FÜRST BISMARCK UND DIE PARLAMENTARIER: BD. DIE TISCHGESPRÄCHE...

Heinrich Ritter von Poschinger

Digitized by Google

Ger 2205.60.4

No. 6437

Digitized by Google

Digitized by Google

1485
82

Fürst Bismarck

und die Parlamentarier

von

Dr. H. Ritter von Poschinger

Erster Band

Die Tischgespräche des Reichskanzlers

Zweite vermehrte Auflage

Breslau
Verlag von Eduard Trewendt
1894.

Digitized by Google

Ger 2205.60.4

HARVARD COLLEGE LIBRARY
JUL 28 1906
HOHENZOLLERN COLLECTION

Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.

Digitized by Google

Inhalt.

Digitized by Google

Seite.

Digitized by Google

Vorrede.

Im Jahre 1879 schrieb die Times in einem Leitartikel über den Fürsten Bismarck und den Reichstag: „In allen Angelegenheiten von großer Bedeutung wird die Nation von ihm beraten und geführt werden wollen. Die Weisheitsfunken, welche der Fürst bei seinen Soireen sprühen läßt, werden dereinst noch höher im Werte stehen, als die längsten Parlamentsdebatten."

In diesem Ausspruch liegt ein wahres Wort. Der Geschichtsschreiber, welcher einmal die Zeit Bismarck's und ihn selbst schildern will, wird über die Gespräche, die derselbe auf seinen parlamentarischen Gesellschaften führte, nicht hinweggehen dürfen; denn sie bilden eine interessante Ergänzung seiner parlamentarischen Reden und sonstigen für weitere Kreise bestimmten Kundgebungen.

Nun besitzen wir zwar eine große Zahl von Ausgaben der Reden Bismarck's; eine Zusammenstellung seiner auf den parlamentarischen Gesellschaften gefallenen Äußerungen existiert aber noch nicht. Der erste Versuch einer solchen Sammlung soll hier gemacht werden und die Einleitung eines größeren Werkes bilden, das sich die Aufgabe gestellt hat, das Verhältnis Bismarck's zu denjenigen Parlamentariern, welche mit demselben in geschäftliche Beziehungen traten, etwas näher in das Auge zu fassen.

Digitized by Google

Einleitung.

1. Die Vorläufer der parlamentarischen Soireen.

Als Bismarck im September 1862 in das Ministerium trat, wurde er ausgesprochen Konfliktsminister und blieb dies bis nach 1866. Daß bei dieser Sachlage sich ein allgemeiner geselliger Verkehr Bismarck's mit den Abgeordneten verbot, bedarf keiner Bemerkung. Die Majorität im Abgeordnetenhause stand ihm schroff gegenüber: ein Angriff auf seine Politik folgte dem andern; die liberale Presse schäumte *voll* Wut über den Junker-Minister über. Ein persönlicher Verkehr Bismarck's mit den Führern der Opposition fand mit Ausnahme von ein paar Begegnungen mit von Unruh und Twesten nicht statt. Keiner hätte seinen Salon besuchen wollen. Das kleine Häuflein Konservativer aber fand den Weg zu ihm auch so.

Was aus dieser Periode von parlamentarischen Gesellschaften, die sich ausschließlich in der Form von Diners abspielten, in die Presse drang, ist äußerst spärlich; außer den Daten, an welchen dieselben stattfanden, ist nichts zu berichten.

28. April 1863. Diner für die Mitglieder des Herren- und Abgeordnetenhauses. Unter den Gästen auch von Vincke und Reichensperger.

Am 27. Mai 1863 erfolgte der Schluß des am 19. Januar eröffneten Landtags, am 3. September die Auflösung des Abgeordnetenhauses. Trotz der größten Anstrengung der Regierung wurde eine wesentliche Änderung in der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses nicht erzielt. Nur die Konservativen waren von einem Dutzend auf sechsunddreißig gestiegen.

Der am 9. November 1863 eröffnete Landtag wurde am 25. Januar 1864 geschlossen, nach Ablehnung der Armeeorganisation, und nach Ablehnung der Anleihe infolge des dänischen Konfliktes.

24. Januar 1864. Diner für die Mitglieder der konservativen Fraktionen des Abgeordnetenhauses.

26. Januar 1864 desgleichen für die Mitglieder des Herrenhauses und mehrere Landtagsmitglieder. —

Digitized by Google

Der am 14. Januar 1865 zusammengetretene Landtag bewilligte dem Ministerium Bismarck nichts. Die Militärnovelle wurde mit 258 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

15. März 1865. Parlamentarisches Diner.

15. Juni 1865 desgleichen. —

Am 15. Januar 1866 wird der Landtag wieder eröffnet und schon am 23. Februar ungnädig entlassen.

11. (oder 12.) Februar 1866. Diner für mehrere Gesandte und Mitglieder des Landtags.

20. Februar 1866. Diner für Landtagsabgeordnete, den Herzog von Ratibor, Fürsten Pleß, Prinzen Biron von Kurland, Botschafter Grafen Goltz, Präsidenten des Obertribunals Uhden und General-Intendanten von Hülsen. —

Als der Krieg unvermeidlich war, wurde das Abgeordnetenhaus am 9. Mai 1866 aufgelöst.

Der Ausfall der Wahlen (Ende Juni Urwahlen, 3. Juli, Tag von Königsgrätz, Abgeordnetenwahlen) war der Regierung günstig. Fortschrittspartei und linkes Centrum verloren fast die Hälfte, die Altliberalen verdoppelten sich, die Konservativen vermehrten sich um mehr als das Dreifache [1]). Die Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 5. August 1866 kündigte an, daß Indemnität verlangt werden würde. Grabow wurde als Präsident durch von Forckenbeck ersetzt. Die Adresse wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen, die Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen erteilt.

Aber nicht bloß die Stimmverhältnisse, auch die Parteiverhältnisse änderten sich nach 1866. Im September 1866 bereitet sich durch eine Erklärung von 24 Abgeordneten die Bildung der bismarckfreundlichen nationalliberalen Partei vor. Am 17. November 1866 hatte sich die neue Fraktion konstituiert.

Mit der politischen Lage änderte sich auch Bismarck's Verhalten gegenüber dem Parlament wesentlich. Bismarck war aus dem Kriege zwar nicht als streng konstitutioneller Minister, aber doch nicht mehr als der frühere, anmaßende und dominierende Herr zurückgekehrt, der jederzeit mit der königlichen Peitsche über die Köpfe der Opposition hinwegknallte. Die Ergebnisse des Krieges von 1866 hatten es ihm leichter gemacht, gegenüber den heimischen politischen Gegnern seiner eigenwilligen Verwaltung, eine hochherzig nachsichtige Miene zur Schau zu tragen. Er konnte, wie ein englisches Blatt treffend bemerkte, seinen eingefleischten Gegnern zurufen: „Seht, was ich gegen euren Willen gethan habe, und was ihr gehindert haben würdet, hättet ihr dazu die Macht besessen. — Die Haltung des Grafen in der Kammer atmete deshalb nach 1866 Ruhe, Versöhnung, Vertrauen. Die zornige Ungeduld, der ungestüme Ton der Herausforderung, die rücksichtslose Überhebung in Sprache und Manieren waren verschwunden und an ihrer Statt zeigte sich von seiten des großen Ministers eine Neigung, sich auf die Volksvertretung zu stützen."

[1]) Die Parteiverhältnisse aus dieser ältesten Periode sind den meisten heutzutage so wenig bekannt, daß einige orientierende Bemerkungen nicht überflüssig erscheinen dürften.

Digitized by Google

Die auf den 12. Februar 1867 ausgeschriebenen Wahlen für den konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes ergaben für die alten Provinzen einen unerwarteten Sieg der ministeriell-konservativen Partei. Das Gesamtbild der Wahlen schien aber der liberalen Sache nicht ungünstig zu sein; denn die Konservativen mit 144 Köpfen waren bei 297 Abgeordneten in Minderheit; der Verlauf des konstitutierenden Reichstags war aber der liberalen Partei unerwartet ungünstig. Die Norddeutsche Bundesverfassung wurde am 16. April 1867 mit 253 Stimmen gegen 53 Stimmen angenommen.

Die Reichstagswahlen vom 31. August 1867 ergaben 68 Konservative, 40 Freikonservative, 83 Nationalliberale, 31 Fortschrittler. Die Wahlen zum vergrößerten preußischen Abgeordnetenhause in der Session 1867—1870 (Urwahlen 31. Oktober 1867) ergaben 210 Konservative, Freikonservative und Altliberale, 101 Nationalliberale, 39 vom linken Centrum und 49 Fortschrittler. Die Konservativen waren mit einem verhältnismäßig freisinnigen Programm aufgetreten.

Die angebahnte entente cordiale zwischen der Regierung und dem Abgeordnetenhause wurde zunächst durch parlamentarische Diners gefördert, welche der leitende Minister gab. Seinem durchdringend klaren Auge war es nicht entgangen, welch' wertvolles Regierungsmittel diese Tischeinladungen mit ihrer zwanglosen Unterhaltung bilden. Er wußte dies, auch wenn er nie die Selbstbiographie des Kriegsrats Scheffer in den Händen gehabt hätte, welcher darüber an einer Stelle bemerkte: „Allein ich hatte es bereits, ohne es im Montaigne (IV. Bd., 3. Kap.) gelesen zu haben, erfahren, daß man feine Leute besser bei Tisch als bei wichtigen Beratschlagungen entdecke, und daß sich oft durch ein Tischgespräch mehr gewinnen und machen lasse als beim bündigsten Vortrag an der förmlichen Konferenztafel und durch die treffliche Relation, ja daß man in Europa so gut wie in Arabien einen mit ganz andern Augen ansieht, mit dem man freundlich zu Tisch gesessen, und war schon damals der Meinung, daß der Staat die vornehmsten Dienstleute, die doch selten viel, und noch seltener die unangenehmsten Dienstpartien bearbeiten, bloß darum so reichlich besoldet, damit sie eine gute Tafel halten, und dabei Gelegenheit haben sollen, ihre Untergebenen anders und näher kennen zu lernen, als es in den Kollegien geschehen kann.“ —

Bei einem kleinen Diner, welches Fürst Bismarck bald nach dem Kriege von 1866 gab und bei dem unter andern Moltke, Roon, der bayrische Militär-Bevollmächtigte, mehrere hervorragende Generäle, Herr von Bennigsen, Herr von Forckenbeck und einige andre parlamentarische Größen zugegen waren, reichte nach Beendigung der Tafel der besonders heiter gestimmte Wirt selbst seinen Gästen die Cigarren. Seinem Vis-a-vis, dem General von Moltke, die offene Kiste darbietend, fragte er lächelnd: „Wissen Sie auch noch, lieber General, wo Sie das letzte Mal eine Cigarre von mir angenommen haben?“ — „Ich erinnere mich nicht,“ antwortete der Feldherr. — „Nun, ich werde diesen Augenblick nie vergessen,“ erwiderte Bismarck, indem er sich die Cigarre anzündete. „Es war am Tage von Königgrätz, in jenen Stunden, in welchen die Schlacht

Digitized by Google

still stand, wir nicht vorwärts, nicht rückwärts konnten, ein Adjutant nach dem andern abging, ohne zurückzukehren und keine Nachricht von dem Herannahen des Kronprinzen eintreffen wollte. Mir wurde heillos schwül zu Mute; meine Augen suchten Sie, liebe Excellenz; ich sah mich um und gewahrte Sie nicht fern von mir halten. Sie blickten in die Schlacht hinaus mit dem gleichmütigsten Gesicht, einen Cigarrenstummel rauchend. Nun, sagte ich mir zum Trost: Wenn Moltke noch mit solcher Seelenruhe raucht, kann es doch nicht so schlimm stehen, wie ich denke. Ich ritt auf Sie zu und präsentierte Ihnen meine Cigarrentasche. Es waren noch zwei Cigarren darin, eine gute und eine schlechte. Sie mit dem sichern Feldherrnblick nahmen die gute. Meine Herren, ich habe nachher am Abend die schlechte geraucht, aber ich kann Ihnen versichern, daß mir noch nie eine so gut geschmeckt hat."

8. September 1866. Parlamentarisches Diner. Zu demselben waren etwa 36 Personen geladen, darunter aus nicht parlamentarischen Kreisen die Minister, der Gouverneur von Berlin Graf von Waldersee, der Chef des Militärkabinetts General von Treskow, der frühere diesseitige Gesandte in Wien, Freiherr von Werther, und der Gesandte am ehemaligen Deutschen Bunde von Savigny. Aus dem Abgeordnetenhause waren Mitglieder aller Fraktionen, bis auf das klerikale Centrum, welches übergangen war, vertreten; anwesend waren u. a. von der konservativen Fraktion: die Abgeordneten Wagener (Neu-Stettin), von Blanckenburg, von Arnim-Heinrichsdorf, von Denzin und der Oberkonsistorialrat Bieck, dann vom linken Centrum und der Fortschrittspartei Reichenheim [1]), Twesten, von Unruh, Michaelis, von Bockum-Dolffs, Freiherr von Vaerst, die Altliberalen von Vincke (Hagen), Simson und die drei Präsidenten des Hauses, von Forckenbeck, von Stavenhagen, von Bonin. Dagegen war Löwe (Calbe), den einzelne Blätter zu den Geladenen zählten, nicht anwesend.

Wenn man an die frühere Stellung des Ministerpräsidenten zu einzelnen seiner Gäste denkt, so dürfte man sich der gegenseitigen Indemnitätserteilung sicher freuen. Die Tafel begann um 6 Uhr und wurde nach 1 ½ Stunden

[1]) Der Abgeordnete N. Reichenheim und dessen Sohn hatten am 9. Mai 1864 an das Staatsministerium in der Notstandsfrage der Weber aus dem Waldenburger Kreise eine Eingabe gerichtet, worin sie beantragten, auch ihrerseits über die Sache gehört zu werden, die Erwartung aussprachen, daß das Ergebnis der dieserhalb veranstalteten Enquete, wie es auch ausfallen möge, der Öffentlichkeit übergeben werde, damit jeder Zweifel, der möglicherweise hier oder da über diese Angelegenheit sich kund geben könne, beseitigt werde. Hierauf erging an dieselben unterm 15. Mai 1864 folgende Antwort: „Ew. Wohlgeboren benachrichtige ich, daß Ihre an das Königliche Staatsministerium gerichtete Eingabe vom 9. d. M., in welcher Sie beantragen, bei Erörterung der von Webern aus Wüstegiersdorf eingereichten Immediat-Eingabe wegen der dortigen Arbeiter-Verhältnisse gehört zu werden, an die Herren Minister des Innern und für Handel und Gewerbe, welchen jene Immediat-Vorstellung vorliegt, abgegeben worden ist.

Ich betrachte es als selbstverständlich, daß bei Erörterung der Frage beide Teile gehört werden und die Anführungen derselben einen gleichen Anspruch auf Öffentlichkeit haben.

v. Bismarck.

Digitized by Google

aufgehoben, die Gäste blieben jedoch bis gegen 10 Uhr beisammen und es soll zu Verständigungen zwischen den Angehörigen der entgegengesetzten Richtungen über manche wichtige Fragen gekommen sein. Graf Bismarck selbst hatte längere Besprechungen namentlich mit dem Präsidenten von Forckenbeck.

16. März 1867. Parlamentarisches Diner.

12. April 1867. Parlamentarisches Diner; anwesend u. a. die Abgeordneten von Bennigsen, von Forckenbeck, von Unruh.

8. Mai 1867. Parlamentarisches Diner.

24. September 1867. Parlamentarisches Diner. Geladen war u. a. der Gesamtvorstand des Reichstags und der spätere Geheime Legationsrat Professor Aegidi vorgestellt. Derselbe war Mitglied des ersten Norddeutschen Reichstags und vermittelte als solcher die Adresse, welche ungeheure Schwierigkeiten bereitete. Nach vielen Verhandlungen mit den Konservativen und Nationalliberalen fertigte Aegidi eine Adresse, deren Wortlaut alle drei Parteien acceptierten, brachte sie als Antrag ein, mitunterzeichnet von Blanckenburg und Karl Braun [1]) Bei der Beratung hielt Aegidi am 24. September 1867 eine Rede im Plenum, die auf den ebenfalls anwesenden Grafen Bismarck sichtlich Eindruck machte, insbesondere wegen der Wendungen über das Verhältnis des Norddeutschen Bundes zu den süddeutschen Staaten [2]). Als ihn jemand Bismarck vorstellen wollte, sagte der Kanzler: „Ach was, Aegidi kenne ich schon [3])!"

28. November 1867. Parlamentarisches Diner von 36 Gedecken, zu welchem die Präsidenten und ein Teil der Mitglieder der beiden Häuser des Landtags eingeladen waren.

5. Dezember 1867. Parlamentarisches Diner.

19. Dezember 1867. Diplomatisch-parlamentarisches Diner, welchem der englische Botschafter Sir Alexander Loftus mit Gemahlin, ferner Mitglieder des diplomatischen Korps mit ihren Gemahlinnen und Mitglieder der beiden Häuser des Landtags beiwohnten.

Bismarck erschien übrigens im konstituierenden Reichstag von 1867 wiederholt am Buffet und ließ sich in Causerien mit den Parlamentariern ein. Dort trat ihm auch der Geschichtsschreiber Sybel näher. Derselbe sah Bismarck am

---

[1]) Vergl. Nr. 13 der Drucksachen des Reichstags von 1867.

[2]) Vergl. den stenographischen Bericht über die 7. Sitzung am 20. September 1867, S. 74 ff.

[3]) Aegidi's Berufung in das Auswärtige Amt war das Werk Herrn von Keudell's; derselbe telegraphierte Aegidi eines Tages nach Freienwalde, ob er ihn wohl sprechen könne. Auf eine bejahende Antwort traf Keudell dort alsbald ein und nahm ihn dann allein vor mit der Anfrage, ob er einer Berufung in das Auswärtige Amt folgen wolle. Aegidi schwankte keinen Augenblick und blieb dann in Bismarck's Umgebung bis 1877. Aegidi war zweimal Gast des Fürsten in Varzin. Mit der Berufung des Professors Aegidi zur obersten Preßleitung in das Auswärtige Amt wurde die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" wieder das Hauptorgan der offiziösen Publicistik. Bedeutungsvoll war insbesondere der von Aegidi selbst redigierte „Politische Tagesbericht", wobei derselbe die unmittelbar vorher vom Reichskanzler eingeholten Informationen verwertete.

Digitized by Google

Buffet stehen, ein gewaltiges Kotelett auf dem Teller. Sybel bat einen ihm befreundeten Abgeordneten, ihn Bismarck vorzustellen. „Nun, ich meine — entgegnete der letztere — wir kennen uns schon zur Genüge. Wir haben doch schon genug Liebenswürdigkeiten miteinander ausgetauscht.“ In der nächsten Session kam er nicht mehr — man sagt, aus Scheu vor der Presse.

18. Januar 1868. Parlamentarisches Diner. Geladen waren u. A. die Abgeordneten von Diest-Daber und Georg von Vincke. Nach dem Diner fand eine Besprechung über die hannoverschen Provinzialfonds statt[1]). Bismarck gab das Versprechen ab, keine Kabinettsfrage aus der Sache machen zu wollen, was ursprünglich seine Absicht gewesen war.

29. Januar 1868. Parlamentarisches Diner.

6. Februar 1868. Diplomatisch-parlamentarisches Diner.

14. Mai 1868. Diner für die Mitglieder des am 27. April eröffneten Zollparlaments. Professor Bluntschli schreibt darüber in seinen Denkwürdigkeiten: „Ungefähr 40 Personen anwesend. Ich saß zwischen Herrn von Rothschild und Graf Bethusy-Huc (freikonservativ). Als Wirt war Bismarck sehr liebenswürdig, politisch blieb er reserviert. Im Garten sagte er mir, er könne nachts nur etwa zwei Stunden schlafen, er müsse viele Stunden warten, bis ein wenig Schlaf komme. Er wolle auf Monate weggehen zu seiner Erholung. Schon deshalb will er jede große Unternehmung vertagen. Kommt der Krieg, wie Moltke glaubt, dann ist's anders. Dann wird er wie Cavour sein Leben einsetzen.

Obwohl Bismarck sehr gewandt und sicher ist in seiner Rede, so scheint er mir doch nicht angelegt zu einem Leiter des Parlaments. Er überwirft sich zu leicht mit den Parteien und Personen, und es fehlen ihm die Vermittler, welche die momentane Gereiztheit abspannen und ausglätten. Und nun soll er gar mit drei Parlamenten verhandeln, den preußischen Kammern, dem Reichstag und dem Zollparlament. Dieses Räderwerk wäre für einen parlamentarischen Minister unhandbar, und nun soll ein Mann von so gewaltiger Natur wie Bismarck mit dieser Maschine arbeiten. Er kann dieselbe in Bewegung setzen, aber dann nicht hindern, daß die Räder, ohne etwas zu leisten, brausend umlaufen.“

21. Mai 1868. Bei Gelegenheit des von der Berliner Kaufmannschaft den Mitgliedern des Zollparlaments gegebenen Dejeuners hielt Graf Bismarck nach der Rede des Präsidenten des Zollparlaments, Simson, welche mit einem Hoch auf den Handels- und Gewerbestand der Stadt Berlin endete, folgenden Toast: „Wenn ich den soeben gebrachten Toast meines verehrten Kollegen, des Vorsitzenden des Zollparlaments, nicht ganz freisprechen kann von einem gewissen Egoismus, indem er eine captatio benevolentiae an die Jury richtete, welche nachher über uns zu Gericht sitzen und sagen soll: „Ihr habt eure Sache gut gemacht!“, wenn ich mich von dieser Klippe fern halte, so lassen Sie mich dem Gefühl Ausdruck geben, welches uns Norddeutsche dahin leitet, unsern süddeutschen

[1]) Vergl. Diest-Daber: Zur Klarstellung des anonymen Schriftstücks 2c. und der Angriffe des Abgeordneten Lasker. Einige Worte der vorläufigen Abwehr. Daber. Selbstverlag des Verfassers. 1878, S. 18.

Digitized by Google

Brüdern einen Scheidegruß zuzurufen. Die kurze Zeit unsres Beisammenseins ist schnell vergangen, wie ein Frühlingstag; möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens! und daß jedes erneute Beisammensein dies Verhältnis stärken wird und muß! Lassen Sie uns dieses Verhältnis festhalten, lassen Sie uns dieses Familienleben pflegen. In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches: Auf Wiedersehen! zu."

23. Mai 1868. Zum Diner beim König mit den Mitgliedern des Zollparlaments, 36 Gedecke; mit dem Herzog von Ratibor, dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten Simson und Delbrück waren vornehmlich die süddeutschen Mitglieder des Zollparlaments geladen.

---

2. Wie die parlamentarischen Soireen entstanden. Die Presse erhält keinen Zutritt.

Mitte April 1869 meldeten die Berliner Blätter, der Kanzler des Norddeutschen Bundes Graf von Bismarck werde vom 24. April ab an jedem folgenden Sonnabend seine Salons für die Abgeordneten zum Reichstage eröffnen. Die Einladungen würden an alle in Berlin anwesenden Reichstags-Abgeordneten ergehen. Es war dies also das erste Mal, daß der Reichstag in corpore zu Bismarck eingeladen wurde, die erste der später zu so großer Berühmtheit gelangten parlamentarischen Kanzler-Soireen.

Wie dieselben entstanden, erzählt der im Jahre 1886 verstorbene nationalliberale Abgeordnete von Unruh (Magdeburg) in seinen Erinnerungen wie folgt: „Daß auch Bismarck in jener Zeit beabsichtigte, mit der Majorität des Reichstags, also namentlich auch mit der nationalliberalen Partei Hand in Hand zu gehen, zeigte nicht nur sein ganzes Benehmen im Reichstag, sondern auch folgender Vorfall.

Es war von nationalliberalen Mitgliedern ein Antrag in den Reichstag eingebracht worden, den auch Konservative unterschrieben hatten, mit dem Bismarck, wie sich nachher zeigte, nicht einverstanden war [1]). Er beklagte sich nach einem Diner bei Delbrück gegen nationalliberale Abgeordnete heftig darüber, daß solche Dinge nicht vorher mit ihm besprochen würden. Es wurde ihm geantwortet, daß es dazu an passender Gelegenheit fehle und auch peinlich für den einzelnen Abgeordneten sei, ohne Auftrag der Partei mit dem Reichskanzler

[1]) Gemeint ist der Twesten-Münster'sche Antrag auf Einsetzung von Bundesministerien; vergl. die Grenzboten 1869, II. Quartal, S. 158.

Digitized by Google

zu verhandeln, man wisse auch nicht, ob man vorgelassen werde. Bismarck erwiderte, daß ein fremder Gesandter, der ihn sprechen wolle, zuvor schriftlich sich anmelden müsse und dann die Zeit der Zusammenkunft bestimmt werde. Dagegen sei sein Portier und seine Dienerschaft angewiesen, einen Abgeordneten, der ihn sprechen wolle, sofort anzumelden. Er habe die Absicht gehabt, zu bestimmten Abenden die Abgeordneten einzuladen, außerdem noch Mitglieder des Bundesrats und Minister; aber seine Frau habe befürchtet, daß die Liberalen sich nicht einfinden würden. Ihm wurde erwidert, daß zu dieser Besorgnis kein Grund vorhanden sei, und daß die liberalen Abgeordneten gewiß sehr gern seiner Einladung Folge leisten würden. Hätten doch noch vor Beendigung des Konflikts im Jahre 1866 Twesten und ich sich auf sein Verlangen bei ihm eingefunden. Darauf erklärte Bismarck, daß er unter diesen Umständen gern solche Zusammenkünfte veranstalten werde, in denen parlamentarische Angelegenheiten besprochen werden könnten.

So entstanden die bekannten Sonnabends-Soireen. In der That ging er bereitwillig auf jedes Gespräch über Reichstagsangelegenheiten ein, regte selbst dazu an und sprach seine Meinung offen aus. Freilich schien er anzunehmen, daß nach solchen Auseinandersetzungen nun auch sein Wille im Reichstag durchdringen und ihm von den Nationalliberalen keine Opposition gemacht werden würde."

An die Presse war zu den erwähnten Soireen eine Einladung nicht ergangen; die Frage einer Zuziehung dieser Großmacht war aber doch zur Erwägung gekommen. Ein gut Unterrichteter, dem es ab und zu vergönnt war, die Gespräche des „Gewaltigen" zu belauschen, weiß darüber folgendes zu erzählen:

„Es war im April 1869, als der Kanzler einen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte. Ich sage Versuch. Denn an eine regelmäßige Wiederkehr solcher Gesellschaftsabende war zunächst nicht gedacht. Erst der vortreffliche Eindruck, den die erste gemütliche Begegnung mit dem Parlament an seinem Herde oder vielmehr Buffet auf den Wirt machte, rief bei ihm den Gedanken hervor, die Soiree regelmäßig zu wiederholen, wie der eben so vortreffliche Eindruck, den der erste außerparlamentarische Verkehr mit dem Kanzler auf die Gäste machte, die Idee der Wiederholung bei den letzteren mit größter Befriedigung aufnehmen ließ. Welcher Kontrast zwischen damals und heute! Den Kanzler des Norddeutschen Bundes erkennt man in dem des Deutschen Reichs, den Grafen in dem Fürsten nicht wieder, bei aller Liebenswürdigkeit, die dieser auch als Wirt noch zu entfalten vermag. Er ist körperlich, er ist geistig ein andrer geworden. Aber auch das Parlament des neuen, des geeinten Deutschlands ist ein andres, als das des nach Einigung ringenden, hoffenden Deutschlands. Im Norddeutschen Reichstag gab es auch widerstrebende Elemente, die Partikularisten, zumal die Annektierten gossen manchen Wermutstropfen in den Becher voll schäumenden Champagners, den damals der Kanzler schlürfte und der Nation kredenzte. Aber was wollte eine solche Opposition bedeuten, zu der sich Reichensperger, Windthorst, von Mallinckrodt mit den Sachsen und

Digitized by Google

Schleswig-Holsteinern, die heute gut national gesinnt sind, als „bundesstaatlich-konstitutionelle Partei" vereinten! Gerade auf der ersten Soiree war es, wo Bismarck und Windthorst — ich habe es noch genau in der Erinnerung — recht herzlich zusammen verkehrten und über ihre auseinandergehenden politischen Ansichten harmlos plauderten — beim Maitrank, den sie sich beide prächtig munden ließen. Die Laune des Kanzlers war die prächtigste von der Welt.

Die Einladungskarten für die Berliner Presse zu den Parlaments-Soireen waren einmal schon geschrieben. Wie sehr die Kultivierung des privaten, häuslichen Umgangs mit der Presse dem Kanzler gleich im Anfang am Herzen lag, dafür kann ich einen Belag beibringen, der wohl außer einem ganz kleinen Kreise von Vertrauten ganz unbekannt geblieben sein dürfte. Graf Bismarck beschäftigte sich nach der ersten Soiree, als er die regelmäßige Wiederholung plante, sofort auch mit dem Gedanken, den Zirkel über Parlament und Bundesrat, über Kanzleramt und preußisches Ministerium noch auszudehnen, nämlich bis auf die Journalisten-Tribüne. Wo ist dieser Gedanke geblieben? Ich will es erzählen.

Der Graf beauftragte den Geheim-Rat X., ihm über die unter den Leuten der Presse zu treffende Auswahl Vorschläge zu machen. Der Geheim-Rat war mit seiner Liste bald fertig. Diese enthielt die Namen aller Chef-Redakteure der Berliner Zeitungen, von der „Kreuzzeitung" an bis zur „Volkszeitung" und „Zukunft", vielleicht auch bis zum „Sozialdemokraten". Doch ich weiß im Augenblicke nicht mehr, welches sozialdemokratische Blatt damals in Berlin existierte und ob es auf der Liste stand.

„Das ist nicht, was ich will," erwiderte Bismarck.

Der Geheim-Rat motivierte seinen Vorschlag. Er bemerkte: „Die Presse ist nicht etwas so Greifbares, wie das Parlament. Im weitesten Sinne genommen, zählt sie Vertreter, die dem Parlament sehr fern stehen oder gar nichts damit zu thun haben; ihr Begriff ist zu elastisch; die inneren Kennzeichen derer, die durch ihre Stellung den Abgeordneten etwa als ebenbürtig erscheinen könnten, sind zu schwer zu erfassen, kurz eine Auswahl ist nicht leicht; man halte sich an äußere Kennzeichen — solche finden wir in der Stellung der Chef-Redakteure. Wer das nicht ist, weiß, warum er nicht eingeladen wird."

Der Kanzler widersprach. „Ich denke — sagte er — nicht eigentlich an die Presse im allgemeinen, sondern an das nötige Zubehör zum Parlament, an die Journalisten-Tribüne."

„Aber Excellenz, da sitzen ebensoviel Schreiber, und vielleicht mehr, als Litteraten und Journalisten. Und wo der Schreiber aufhört und der Parlamentskorrespondent anfängt, möchte auch nicht überall sicher zu konstatieren sein."

„Mir schwebt — erwiderte der Kanzler — die ideale Journalisten-Tribüne vor, d. h. Redakteure, Korrespondenten rc., die, mögen sie nun auf der wirklichen Tribüne einen Platz haben oder nicht, von Berlin aus die größeren Blätter Deutschlands, auch die Berliner selber, mit Artikeln oder Berichten über die Parlamentsverhandlungen versorgen. Ich denke mir, daß das Männer sind, die mit den Mitgliedern des Parlaments, mit einzelnen Fraktionen desselben not-

Digitized by Google

wendig im Verkehr stehen müssen, vielleicht auch mit der Regierung, und die daher bei einer Begegnung in meinem Hause nicht mit Unbekannten zusammen geraten würden. Es könnte sich natürlich nur darum handeln, die namhafteren Vertreter der idealen Journalisten-Tribüne, von der ich spreche, auszusuchen."

Der Geheim-Rat X. ging abermals ans Werk, um dem Kanzler auf der ihm von diesem angegebenen Basis neue Vorschläge zu machen. Dieses Mal setzte er sich mit einem Korrespondenten und Habitué der Journalisten-Tribüne in Verbindung, der durch seine Artikel für ein größeres Blatt außerhalb Berlins die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf sich gezogen, und den letzterer dem Geheim-Rat als Beispiel der Kategorie von Gästen, die er bei sich zu sehen wünsche, angeführt hatte.

Der Geheim-Rat und der Litterat konferierten jetzt manche lange Stunde zusammen. Es galt die ideale Journalisten-Tribüne zu konstruieren, und das wollte gar nicht recht von statten gehen. Beide Herren meinten es gut, der Litterat dachte kollegialisch und wollte den Kreis der Eingeladenen unter seinen Berufsgenossen möglichst ausdehnen, der freundliche Geheim-Rat sekundierte ihm darin vollständig, wenn er auch, die Appartements in der Wilhelmsstraße genauer kennend, als der Litterat, die Dimensionen derselben wiederholt als zur Beschränkung der Herren von der Feder mahnendes Moment in die Wagschale warf. Wichtiger als dieses Moment war der Konflikt zweier gleichberechtigter Prinzipien: Eine würdige Vertretung der Presse und dabei doch keine peinliche Exklusivität. Wo aber die richtige, oder vielmehr überhaupt die Grenze finden? Man wollte niemanden verletzen, jeden Schein einer Zurücksetzung vermeiden, um nicht noch hinterher dem hohen Wirt für seinen guten Willen Nackenschläge zu bereiten. Die Empfindlichkeit derer von der Presse sollte geschont werden — und doch!

Man zog zuletzt noch einen dritten Vertrauensmann zu Rate, einen hervorragenden Abgeordneten. Hatte der Kanzler als Gesichtspunkt bei der Wahl seiner litterarischen Gäste die Zusammengehörigkeit derselben zum Parlament, ihre Bekanntschaft oder Fühlung mit den verschiedenen Reichsboten betont, so schien es ja ganz zweckmäßig, einmal unter diesen Reichsboten selber zu sondieren, um von dieser Seite Wünsche oder Ansichten zu hören. Der Abgeordnete zuckte mit den Achseln und sprach die bedeutsamen Worte aus: „Ich kenne niemanden von der Presse persönlich." Von seiner Fraktion glaubte er dasselbe versichern zu dürfen, wenn auch einzelne sich am Buffet zuweilen von diesem oder jenem Reporter oder Korrespondenten apostrophieren ließen.

„Hat denn der Kanzler nicht selber Namen genannt, an die man sich zunächst halten könnte?" fragte der Litterat eines Tages den Geheim-Rat.

„Dem geht es wie dem Abgeordneten H., er kennt auch niemanden von der Presse oder kaum jemanden, so sehr er auf die Zeitungen achtet und das Bedeutendere sofort mit Interesse verfolgt," erwiderte der Rat. „Das ist bei uns nicht so — fuhr derselbe fort — wie in Wien, Paris, London, wo die Presse sich weniger isoliert und die Vertreter derselben auf beiden Seiten, auf der Seite

Digitized by Google

des Parlaments, wie auf der der Regierung, der einzelnen Minister, persönlichen Verkehr aufsuchen. Bei uns gehen die Herren scheu und mißtrauisch den Ministern aus dem Wege. Sie suchen sich nicht und lassen sich nicht suchen."

„Leute mit verfehltem Berufe — replizierte der Litterat — konnten bisher wohl nicht rechte Neigung verspüren, ihre Karten bei Herrn von Bismarck abzugeben."

„Auch ohne dieses Wort und ohne die Konfliktszeit würde bei uns kein Verkehr zwischen beiden Teilen bestehen; der Liberale, der bei einem konservativen Minister sich öfter sehen ließe — es sei denn, daß er, wie in den jetzigen Parlamentssoireen — durch seine Parteigenossen gedeckt ist, würde gleich den offiziösen Geruch fürchten, in den ihn andre bringen würden. Aber gerade die Offiziösen stehen, was persönlichen Verkehr und gesellschaftliche Auszeichnung betrifft, unsern Ministern und zumal dem Herrn von Bismarck am allerfernsten. So bleibt diesem, aus Mangel an Bekanntschaft mit den Herren von der Presse, auch aus Mangel an abgegebenen Karten oder angemeldeten Besuchen, schon nichts andres übrig, als den ersten entgegenkommenden Schritt zu thun und die Presse als solche einzuladen, die Anfertigung der Namensliste uns überlassend. Ein französischer Minister schlägt bloß sein Notizbuch nach, um zu wissen, welche Herren mit der Einladung zu beehren sind."

„Gut," erwiderte der Litterat, „konstruieren wir die ideale Journalisten-Tribüne."

Oh weh! Auch der zweite Parlamentsabend rückte heran, unser Litterat drängte schon um seiner eigenen Person willen, d. h. um sich schon am nächsten Sonnabend bei Bismarcks zu sehen, zum Abschluß der Liste. Sie kam endlich zu stande — eine lange Namenreihe! Zunächst war die reale Journalisten-Tribüne ins Auge gefaßt, und von ihr die Herausgeber aller größeren sogenannten Kammerberichte notiert. Was heißt „größeren"? Es blieb schließlich nichts andres übrig, als den gordischen Knoten wie Alexander zu durchhauen. Dann kamen die Korrespondenten und Leitartikelschreiber, zunächst der Berliner Zeitungen, an die Reihe. Mit Mühe wurden allerlei Namen ausfindig gemacht. Man begreift diese Mühe bei einer anonymen Presse und bei dem geheimnisvollen Dunkel, das um die Verfasserschaft der Leit- oder andern Artikel in der . . . .-schen oder . . . . . schen schwebt. Man begreift aber auch, daß unsre beiden Vertrauensmänner auf die Chef-Redakteurs zurückkommen mußten. Wie durfte man den bekannten Mann gegen den unbekannteren, den greifbaren Vertreter gegen den mythischen zurücksetzen?

So schwoll die Zahl der Eingeladenen weiter an. Zuletzt kamen die Korrespondenten der auswärtigen „größeren" Blätter. Abermals schwierig, nach zwei oder drei Seiten hin. Welches Blatt nennt man groß? Wer sind die Korrespondenten? Welche stehen dem Reichstag einigermaßen nahe und haben dort Fühlung oder Anknüpfung? Die endlich fertig gewordene Liste wanderte in das bekannte Hotel in der Wilhelmstraße. Unser Litterat, der sich natürlich selber auf die Liste gestellt hatte, warf sich in den Frack, ehe er noch die Einladungskarte erhielt.

Digitized by Google

Er hat sie bis heute noch nicht, so wenig wie seine von ihm patronisierten Kollegen. Auch der Geheim-Rat versichert, nicht zu wissen, wo die Liste geblieben ist. Er hat nie wieder davon ein Wort gehört. Daß nicht bloß an solchen formellen Schwierigkeiten das Vorhaben des Fürsten Bismarck scheiterte, ist selbstverständlich. Die Sache hatte einen tieferen Grund. In der Wilhelmstraße selbst sagte man damals: „Von Herrn von Bismarck ist es bekannt, daß er, obgleich durch einen unermeßlichen Höhenabstand, der äußerlich zuzunehmen scheint, von der Tagespublizistik getrennt, in den ersten Zeiten nach Übernahme seines Ministeriums mehrfach die persönliche Berührung mit den wichtigeren Organen und Vertretern der Presse suchte. Daß ihm dabei wenig mehr als eine kühle Abweisung zu teil wurde, ist nicht gerade zu verwundern. Herr von Bismarck galt in den Augen der meisten als politischer Abenteurer, und dies verstärkte noch die ohnehin grundsätzlich und traditionell vorhandene Abneigung der Opposition vor jeder Berührung mit den Regierungskreisen. Letztere stellten sich bekanntlich dem Oppositionsmann der damaligen Zeit ungefähr in der Gestalt der Erbsünde dar, durch jede Annäherung an dieselbe wurde das eigene politische Seelenheil mehr oder minder gefährdet, und mindestens, selbst wenn man sämtlichen Fallstricken und verborgenen Fußangeln einer solchen Berührung glücklich entging, litt man Schaden an dem bis dahin fleckenlos erhaltenen Ruf, man war „kompromittiert". Mehr oder minder hat dieser Standpunkt in den leitenden Kreisen der hauptstädtischen Oppositionsorgane bis heute Geltung behalten. Die Bildung der nationalliberalen Partei hat sich vollzogen, die Stellung des Fürsten Bismarck ist eine wesentlich veränderte geworden, er selbst ist, indem er seine Salons den Deputierten ohne ängstliche Unterscheidung der Parteifarbe öffnete, mit gutem Beispiel vorangegangen und viele Abgeordnete der Opposition, selbst der fortgeschrittenen, sind durch die geöffneten Thüren eingetreten, sie suchen, indem sie von der liebenswürdig ihnen gebotenen Gastlichkeit Gebrauch machen, dort zwanglosen Verkehr, Anregung, Aufschluß und Berichtigung in politischen Materien und sie finden und gewähren dies, ohne einen merklichen Schaden an ihrer Seele zu erleiden. Nur unter den Spitzen der oppositionellen Presse lebt nach wie vor die Überzeugung, daß alles vermieden werden müsse, was auch nur den leisesten Schein einer Beeinflussung erwecken könne, daß es daher am geratensten sei, sich von jeder Berührung mit der offiziellen Welt und ihren Trabanten systematisch fern zu halten."

Digitized by Google

3. Herstellung der Einladungsliste. Berichterstattung der Presse über die Soireen.

Um über die parlamentarischen Soireen bei Bismarck schreiben zu können, muß man sie mitgemacht haben, was mich noch heute mit Stolz erfüllt. Als ich im Sommer 1876 nach Berlin kam und als bayrischer Bezirksamts-Assessor kommissarisch in das Reichskanzler-Amt eintrat, prophezeite mir alsbald einer der älteren Kollegen: „Und Bismarck werden Sie im Winter auch noch kennen lernen." Auf meine Frage, wie sollte ich — in unansehnlicher Stellung — zu dieser Auszeichnung kommen? antwortete er: „Das wird sich auf einer parlamentarischen Soiree abspielen, wozu Sie, wie wir alle, mit einer Einladung bedacht werden; nur rate ich Ihnen, sobald der Fürst nach Berlin kommt, Ihre Karte beim Portier in Wilhelmstraße 76 abzugeben. Das weitere wird sich dann finden."

Ich that, wie mir geheißen war, und wurde auch richtig mit einer Einladung beglückt, und zwar mit einemmale für alle die Soireen, welche der Reichskanzler in diesem Winter gab. Wie dies kam, erklärt sich aus der Art, wie die Einladungen überhaupt zu stande kamen.

Der Fürst selbst kümmerte sich — dies braucht wohl kaum bemerkt zu werden — um diese untergeordnete Frage nicht. Minima praetor non curat. Sie gehörte zu dem Geschäftskreis desjenigen Beamten, welcher dem Spezialbüreau vorstand. Es waren dies der Reihe nach: Graf Wend zu Eulenburg, von Kurowski, Graf Wilhelm Bismarck, Graf Rantzau und Dr. von Rottenburg. Es wurden im Spezialbüreau über die parlamentarischen Gesellschaften eigene Akten geführt, welche die Herstellung der Einladungsliste erleichterten. Geladen wurden zu den Soireen zunächst alle diejenigen Abgeordneten aus dem Reichstag, dem Herren- und Abgeordnetenhaus, welche bei Bismarck ihre Karte abgegeben hatten, vorausgesetzt, daß sie nicht als „Deklaranten" oder aus einem sonstigen Grunde im „schwarzen Buch" standen. Demnächst kamen die Spitzen der Reichs- und Staatsämter; zu der Zeit, als ich in das Reichskanzler-Amt eintrat, wurden noch sämtliche Räte der obersten Reichsämter mit Einladungen bedacht, die kommissarisch verwendeten Hilfsarbeiter mit inbegriffen. Der Reichskanzler bat bei Beginn der parlamentarischen Campagne die Ressortchefs um die Namensangabe aller dieser Beamten, worauf die Einladung ohne weitere Umstände erfolgte. Später waltete nicht immer dieselbe Gunst vor; sei es, daß die Zahl der Reichsbeamten zu rasch angewachsen, oder daß die Räume nicht alle zu fassen vermochten, genug, es kam die Zeit, da Beamte aus der Kategorie der Räte zu den Festen nur mehr unter besonderen Umständen beigezogen wurden. Nur bei den im Auswärtigen Amt beschäftigten Herren wurde von liberaleren Gesichtspunkten ausgegangen. Dazu kam schließlich der Kreis der sonstigen Intimen des Bismarck'schen Hauses, deren Namen aus den späteren Soireeberichten in die Augen springen. An die Damen der Abgeordneten und sonstigen

Gäste ergingen keine schriftlichen Einladungen, doch war stets ein Kreis von 15—20 Damen anwesend, und zwar fast immer dieselben, die Frauen der Minister, einzelner dem Fürsten und noch mehr der Fürstin nahestehender Abgeordneter und Intimer, welche die Frau des Hauses speziell, dafür aber ein für alle Mal, um ihren Besuch gebeten hatte.

Gleichwie am Tage nach einer Reichstagssitzung die Zeitungen genauen Bericht über alle gehaltenen Reden bringen, so konnte man nach jedem parlamentarischen Diner, nach jeder parlamentarischen Soiree Bismarck's in den Tagesblättern immer genau lesen, was der fürstliche Wirt gesagt hatte, wer seine Gäste waren, wann er sich die Pfeife angesteckt, wann er die übliche Nachtisch-Causerie begonnen und wie lange die Soiree gedauert hatte[1]). Wie kam doch das alles so sorgsam in die Presse? Oder waren am Ende gar die Reichstags-Stenographen im Saale anwesend? Aber man hätte die Eindringlinge doch erkennen müssen. Doch nicht! denn das Amt der Berichterstatter hatten hier die Gäste selbst übernommen: die mit der Presse in Verbindung stehenden Abgeordneten.

Als die parlamentarischen Gesellschaften im Jahre 1869 aufkamen, da bestand noch eine gewisse Scheu, die im eigenen Hause, in intimem Kreise gefallenen Äußerungen des Kanzlers in die Redaktionen der Presse zu tragen. Allein diese Schüchternheit gab sich allmählich; die gefallenen Worte waren zu schlagend, zu pikant; manchmal auch politisch zu interessant, um totgeschwiegen zu werden. Vielleicht entsprach eine solche Diskretion nicht einmal den Intentionen des fürstlichen Gastgebers.

Wie dem auch sei, vor dem Richterstuhl der Geschichte werden diese Indiskretionen sicherlich Gnade finden. Zum Teil verdanken jene Soireeberichte übrigens ihre Entstehung auch der persönlichen Eitelkeit der Gäste. Einen Abend bei Bismarck gewesen zu sein, war eine Sache, auf die jeder stolz war; um sich also selbst unter den Gästen zu erwähnen, machte man einen kleinen Bericht, schickte ihn an eine provinzielle Zeitung, aus der er dann je nach den Umständen in die Berliner Presse zurückfloß. Thatsache ist, daß gewisse Abgeordnete nach jeder parlamentarischen Soiree von den Herren aus den Redaktionen förmlich belagert wurden. Von der Wilhelmstraße wurden sie in den Kaiserhof oder in eine bekannte Weinhandlung geschleppt, wo der Abgeordnete dann von den Erlebnissen des Abends erzählte, während der Redakteur sich gewissenhaft jedes Wort in sein Notizbuch hineinstenographierte. So entstanden die am andern Tage von dem Publikum mit Begierde verschlungenen Referate über die Abende bei Bismarck.

Mich hatte die Person Bismarck's vom ersten Tage meines Aufenthalts in Berlin so mächtig angezogen, daß schon im Winter 1876/77 bei mir der Plan

[1]) Eine fingierte Beschreibung einer parlamentarischen Soiree bei Bismarck mit ebenso erfundenen Gesprächen desselben mit Wrangel, Bennigsen, Windthorst, Lasker und Keudell findet man in dem Werke von Gregor Samarow: Minen und Gegenminen, Band I, S. 178—207.

Digitized by Google

entstand, einer Bismarckbiographie meine freien Stunden zu widmen. Die Vorbereitung meines Werkes: „Preußen im Bundestag" reicht bis in das Jahr 1879 zurück. Die Bedeutung jener Tischgespräche konnte mir keinen Augenblick entgehen, und ich that gut, davon festzuhalten, was mir irgend möglich war. Auf diese Weise besitze ich selbst handschriftliches Material darüber, welches ich bei nachstehenden Berichten zu Rate gezogen habe.

Fürst Bismarck hat sich über die in die Zeitungen gelangten Soireeberichte niemals beklagt, nur die Art und Weise wie einzelne Abgeordnete sie schmiedeten, mißfiel ihm. An einem Abende bemerkte er, wie der in der ihn umgebenden Korona stehende Abgeordnete Franz D . . . . . jedes seiner Worte niederstenographierte. Dies ging dem Wirte doch zu weit, und unwillig bemerkte er zu einem der Herren des Auswärtigen Amts: „Aber da hört doch alle Unterhaltung auf!"

Nun bin ich weit entfernt zu behaupten, daß der gedachte Abgeordnete seine Aufzeichnungen auch in der Presse veröffentlicht hat. Ich glaube vielmehr die ungewöhnliche Diskretion hervorheben zu müssen, die in Deutschland in Bezug auf die Äußerungen Bismarck's beobachtet wurde. Was hat er mitunter nicht alles gesagt, und wie wenig ist davon veröffentlicht worden? In England ist es anders. Der Freund eines bekannten deutschen Parlamentariers war eines Tages bei Gladstone zu Tisch gebeten. In der Nähe des Premiers saß seine Tochter — ein Blatt Papier neben sich legend, worauf sie alles stenographierte, was ihr denkwürdig schien als Beitrag zu Gladstone's Memoiren. Ein eigentümliches Gefühl freilich muß es sein, unter solchen Umständen eine Konversation zu führen. Aber man gewöhnt sich wohl auch daran. Aber der selige Eckermann würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn man ihm nachsagen würde, daß er in einer solch' rohen, ungebildeten, geistlosen Weise die Gespräche Goethe's fixiert habe. Warum jetzt, da der Phonograph erfunden, nicht gleich einen Apparat mitbringen, der einem sogar Tinte und Papier ersparen würde?

---

4. Allmähliche Verwandlung der Abende bei Bismarck in ein Hausparlament desselben.

Als die parlamentarischen Gesellschaften bei Bismarck in voller Blüte waren, bemerkte ein liberales Blatt nicht ohne einen Seitenhieb auf die Redseligkeit des Wirtes: „Wenn wir nur keine Reichsfeinde im Parlament hätten, dann könnten die parlamentarischen Soireen die parlamentarischen Interpellationen vollständig überflüssig machen."

Es drückt sich in diesen Worten scharf aus, wie sich aus den zwanglosen Vereinigungen bei Maiwein und Bier ganz allmählich und unabsichtlich eine Art „Hausparlament" herausgebildet hatte. Diese Metamorphose ist von andrer Seite treffend wie folgt beschrieben worden:

Digitized by Google

„Die halb ernsthaft, halb scherzweise im Laufe einer zwanglosen Unterhaltung hingeworfenen Bemerkungen unsers Reichskanzlers gehören schon seit Jahren zu den begehrtesten Gaben der parlamentarischen Jahreszeit. Sie werden mit Begier aufgefangen und von den vermittelnden Organen der Tagespresse so rasch und vollständig als möglich in alle Welt verkündet. Und diese anscheinend harmlos hingestreuten Aperçus schlingen sich in der That wie zierlichstes Arabeskenwerk um den schweren Textinhalt eines Buches. Aber solch' phantastisches Geranke darf niemals den eigentlichen Inhalt der bedruckten Seiten überdecken wollen. Niemals darf das Maschenwerk zur Hauptsache werden und noch viel weniger darf dies luftige und leichte Gedankenspiel die Aufmerksamkeit der Zuschauer so sehr von dem Wesen der Dinge ablenken, daß für diese selbst gar kein Raum mehr in unserm Vorstellungskreise übrig bleibt. Gerade in solch' eine Gefahr droht aber die gesamte öffentliche Meinung unsers Vaterlandes gegenüber jenen an vollkommen unverantwortlicher Stelle gemachten Mitteilungen des Kanzlers, gegenüber jenen verführerischsten aller Herzensergießungen zu geraten. Eben dieser Umstände halber dürfte es eine unerläßliche Pflicht sein, diese Tischplaudereien einmal, abgesehen von ihrer stets geistreichen Art, in der sie vorgetragen zu werden pflegen, auf ihren wirklichen, inhaltlichen Wert genau anzusehen.

Sie bilden nun in der That einen schier unveräußerlichen Bestand unseres öffentlichen politischen Lebens — sicherlich würde man sie nur sehr ungern vermissen —; es mag daher nicht unangemessen erscheinen, eine recht nüchterne Kritik an diese Halboffenbarungen zu legen und das Wort einmal so zu sagen beim Wort zu nehmen. Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß dies Kontrolgeschäft einen recht pedantischen Anschein annehmen kann, und daß es dem hochmögenden Urheber selber zuweilen peinlich sein dürfte, wenn man seine gelegentlichen Äußerungen und Urteile auf die Goldwage legen wollte. Indessen im Laufe der Entwickelung ist es gekommen, daß diese Kanzlerplaudereien einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Urteile gerade derjenigen Menschen gewonnen haben, die dazu berufen sind, an gewissen entscheidenden Handlungen mit teilzunehmen. Die Gäste des Reichskanzlers gehen in gar keiner andern Absicht, in gar keiner andern Erwartung mehr in das Palais in der Wilhelmstraße, als daß sie über die eine oder die andre der obschwebenden Tagesfragen ein überraschendes Wort, ein imponierendes Bekenntnis einer kampfesfrohen, großen Seele zu hören bekommen werden. Auf die Form und Art der Gespräche ist diese erwartungsvolle Stimmung der Geladenen ganz unwillkürlich von großem Einflusse geworden. Als die Kanzler-Soireen noch neu waren und noch niemand so recht wußte, wie sich's machen würde, da herrschte auf beiden Seiten, beim Wirt wie bei den Gästen, die vollste Unbefangenheit. Man gab sich ungezwungen, ganz wie man war. Man tauschte Erinnerungen aller Art mit einander aus. Jedweder suchte aus seinen im Gedächtnisse aufgespeicherten Vorräten das Beste hervor und teilte es zum allgemeinen Ergötzen mit. Kurz, man unterhielt sich eben in des Wortes wahrer Bedeutung. Rede rief Gegen-

Digitized by Google

rede hervor und hüben und drüben zuckten die Gedanken blitzartig auf. Hin und wieder fiel auch ein Wort, das die unmittelbare Gegenwart berührte. Indessen trat in dieser Hinsicht keinerlei Absicht zu Tage. Man wollte vorerst keine Stimmung machen. Und wer sich der ersten schüchternen Berichte erinnert, die Karl Braun über jene Bismarck-Abende veröffentlichte, der wird sich des Gedankens des Bedauerns nicht erwehren können darüber, daß letztere allmählich ihres naiven Charakters gänzlich verlustig gegangen sind. Damals gingen die Herren Volksvertreter zu Bismarck, um sich zu amüsieren. „Tages Arbeit, abends Gäste, saure Wochen, frohe Feste" — war die unausgesprochene Losung. Und fürwahr, man amüsierte sich prächtig, wenn der erste Arbeiter im Dienste der Zeitgeschichte sich so zu sagen in Schlafrock und Pantoffeln zeigte. Wie hat sich das alles nach Verlauf von nur wenigen Jahren geändert! Die Herren suchten die behaglichen Räume in dem neuen Kanzlerhause nicht mehr in der Absicht auf, um einige Stunden daselbst angenehm zu verbringen, nein, sie wollten vielmehr allerlei so unter der Hand vom Kanzler erfahren, und dieser ist ja bekanntlich ein sehr höflicher und zuvorkommender Mann. So hatten sich denn nach und nach die Rollen der Anwesenden ganz umgestaltet. Aus Beteiligten waren Zuhörende geworden, keine Zwiegespräche wurden mehr gehalten, vielmehr vernahm man nur noch von Monologen, die dem Munde des Kanzlers entströmten. Schon seit langem trug er ausschließlich die Gesamtkosten der Unterhaltung. Zum mindesten wurde der Sachverhalt in den Berichten so dargestellt, und aus den harmlosen Tischgesprächen von ehedem waren eigentlich politische Reden geworden, die eben so gut im Parlamente gehalten sein konnten. Freilich ein geringer Unterschied waltet hierbei ob, daß sich nämlich eine etwaige sachliche Widerlegung ganz von selbst, in Rücksicht auf die Gelegenheit und den Ort verbietet.

Gewiß hat es sein sehr Mißliches, jedes hingestreute Wort so zu sagen festzunageln. Aber es ist nicht unsre Schuld, daß dem so ist. Wenigstens nicht in diesem Falle. Wie Eckermann dereinst jedes Wort des Altmeisters Goethe gewissermaßen dingfest zu machen bestrebt war, also ergeht es heutzutage den flüchtigen Eingebungen der Laune des Kanzlers. Alles aber, was dem Gehege dieser Zähne entflieht, wirkt um so bedeutsamer, um so nachhaltiger auf die Gemüter der Zeitgenossen ein, je sicherer der Instinkt den Kanzler zumeist gerade diejenigen Saiten anschlagen läßt, welche lange und eindringlich in uns nachzuklingen vermögen. Das aber ist das zauberähnliche Kunststück dieses Meisters, der auf dem Instrumente der öffentlichen Meinung wie ein Klavier- oder ein Violinvirtuose zu spielen weiß. Man ist im Augenblick so sehr unter die unmittelbare dämonische Wirkung des Gehörten gestellt, daß an eine Entgegnung gar nicht zu denken ist. Und wenn man sich auf das Wagnis einlassen wollte, wer hätte wohl in aller Welt ein Interesse daran, zu erfahren, was für Einwände von dem oder jenem gemacht worden wären? Es verblaßt aber das Meiste neben dem: „Er hat's gesagt.""

Digitized by Google

5. Die parlamentarischen Diners und die noch intimeren Gesellschaften bei Bismarck.

Bei dem Gros der Abgeordneten beschränkte sich der außerparlamentarische Verkehr Bismarck's auf jene abendlichen Zusammenkünfte [1]). Die Einladung zum „parlamentarischen Diner" hatte schon nähere Verbindung zu dem Hause Bismarck zur Voraussetzung, die Zugehörigkeit zu dem Vorstande des Reichstags oder des Abgeordnetenhauses, oder endlich eine bedeutendere Stellung des Eingeladenen innerhalb der Fraktion.

Der Beginn der parlamentarischen Diners war auf 5 Uhr festgesetzt. Es war dies die gewöhnliche Tischstunde des Kanzlers. Auch der Kaiser Wilhelm I. aß um diese Stunde, ebenso die sämtlichen Minister. Der Fürst selbst bestimmte dem Vorstand des Spezial-Bureaus nur ganz allgemein den Kreis der einzuladenden Gäste, also z. B. den Gesamtvorstand des Reichstags, des Abgeordneten- oder Herrenhauses, das Reichsbank-Kuratorium ꝛc. Wenn ihm die Liste der Geladenen vorgelegt wurde, pflegte er dann seine Wünsche bezüglich einzelner noch zuzuziehender Gäste zu äußern. Es waren meist Diners von 38 Gedecken; mehr Gäste konnten in dem Speisesaal des alten Auswärtigen Amts nicht gesetzt werden. Die Tischordnung ließ sich der Kanzler jedesmal vorlegen. Er liebte es, die Gäste so zu setzen, daß die Minister unter den Abgeordneten zerstreut waren. Er betrachtete die Minister als Spezialkollegen, die in seinem Ministerhotel den Abgeordneten nachstanden. Bismarck wußte, daß sich Lasker besonders geschmeichelt fühlte, wenn ihm ein Minister zur Seite saß, und er verfehlte nie, dieser kleinen Schwäche des berühmten Abgeordneten Rechnung zu tragen. War das Diner ausgesprochenermaßen zu Ehren des Reichstags oder des Landtags arrangiert, so hatte Bismarck den Präsidenten der betreffenden parlamentarischen Körperschaft zu seiner Rechten sitzen, der Vizepräsident bekam den Platz zur Rechten der Fürstin; als die letztere einmal infolge von Unwohlsein am Erscheinen bei der Tafel verhindert war, bestimmte Bismarck, daß an ihrer Stelle, also ihm gegenüber, der bayerische Gesandte Graf Pergler von Perglas sitzen sollte.

Diese parlamentarischen Diners dauerten bis 9 Uhr, ja mitunter bis 11 Uhr. Nach Tisch reihte sich eine bunte Gruppe um den Kanzler. „Der Fürst nimmt seine lange Pfeife [2]), aus der er behaglich schmaucht, und der große „Reichshund" Tyras, der die Gäste so behandelt, wie sie in der gesetzgebenden Versammlung der Regierung gegenüber gestimmt, — so sagt man ihm wenigstens

[1]) Wenn die Abgeordneten gegen 11 Uhr die Salons verließen, trat erst der Fürst mit der Familie den anwesenden Damen und einigen intimeren Gästen ins Buffetzimmer ein, wo eine neue Zahl Schüsseln aufgesetzt worden war und wo der Abend seinen Abschluß fand.

[2]) Vergl. zu Folgendem: Wolfg. Frank, Fürst Bismarck und nicht seine Leute. Leipzig 1882. S. 117 f.

Digitized by Google

nach, — darf an seiner Seite natürlich nicht fehlen. Wie viele und verschiedenerlei Leute sind in diesen Räumen des Reichskanzler-Palais in der Wilhelmstraße schon „gern gesehen" gewesen, — wie viele haben in dem Wandel der Zeiten zu den „ungebetenen Gästen" — buchstäblich genommen — gehört! Da war einst das Gros der nationalliberalen Abgeordneten, Lasker, Bamberger, Karl Braun, Marquardsen, Miquel, Rickert, die Minister Falk und Friedenthal, da sah man den Oberbürgermeister von Berlin von Forckenbeck, und andre — alle die Ausstrahlungen der „liberalen Ära". Jetzt sind von dieser Seite nur etwa noch Gneist, von Treitschke, von Bennigsen, Stephani und einige ihrer zuverlässigsten Gesinnungsgenossen willkommen, an Stelle der beiden Minister bemerkt man von Puttkamer, von Goßler, Lucius; Herr von Kleist-Retzow und die Freiherren von Minnigerode[1]) und zu Frankenstein, der Vize-Präsident Ackermann, von Kardorff[2]) gehören zu den Intimen, daneben tauchen zuweilen die ultramontanen Abgeordneten Dr. Bernards, Reichensperger, die breite würdige Gestalt des Domkapitulars Dr. theol. Moufang von Mainz und die kleine, immer muntere Excellenz von Meppen auf, die freilich auch gelegentlich „auf Fraktionsbeschluß" — fehlen."

Neben diesen größeren festlichen Veranstaltungen lief noch eine intimere Geselligkeit her, an der die Parlamentarier gleichfalls lebhaften Anteil nahmen.

Es verging, wenigstens in den siebziger Jahren, fast kein Tag, an dem Bismarck nicht 10—12 Personen zu Tische hatte. Die Einladungen erfolgten hier weniger förmlich; häufig schrieb die Fürstin selbst ein kurzes Billet, in andern Fällen wurde die Einladung mündlich oft in der letzten Stunde von dem Kammerdiener des Fürsten besorgt. Man saß von 5—6 Uhr zu Tisch. Nach der Tafel wurden Schnäpse und Portwein serviert. Bis gegen 8 Uhr war der Fürst unerschöpflich in Erzählungen. Um 8 Uhr zog er sich zur Lektüre der Zeitungen zurück. Es fiel ihm dann viel ein, und das Bureau that gut, jeden Augenblick der Aufträge des Chefs gewärtig zu sein. Nach 8 Uhr war übrigens die Zeit, da er häufig Konferenzen hatte, mit Abgeordneten und den Ministern,

[1]) Eine Charakteristik des Abgeordneten von Minnigerode findet sich in dem Werke von H. Wiermann: „Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und Größen". Bd. II, S. 214.

[2]) Wilhelm von Kardorff-Wabnitz zählt zu denjenigen Parlamentariern, welche die Politik Bismarck's am geschicktesten vertreten haben. Bereits im Mai 1866 verteidigte von Kardorff die Kriegspolitik Bismarck's gegenüber dem „Rundschauer" der „Kreuzzeitung". Eine allgemeine Charakteristik des Parlamentariers s. bei Wiermann: „Der Reichstag, seine Parteien und Größen", Bd. II, S. 150—188. Vergl. dessen Schrift „Nord und Süd", 1879; „die wirtschaftlichen und finanziellen Reformprojekte des Reichskanzlers", von Kardorffs Programm von Ende 1880 in der „Schlesischen Zeitung", abgedruckt in Schultheß' „Geschichtskalender" S. 215; desgl. seine Programmrede vom 5. August 1882, Schultheß' „Geschichtskalender" S. 150. Zur großen Zierde gereicht es Herrn von Kardorff, daß er auch nach der Entlassung Bismarck's treu zu demselben gehalten hat. Ein besonders hübscher Artikel aus Kardorff's Feder, welcher sein Verhältnis zum Altreichskanzler beleuchtet, findet sich in dem „Deutschen Wochenblatt" vom 6. April 1893.

Digitized by Google

so z. B. mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach zur Zeit, da das Reichseisenbahnprojekt den Kanzler besonders lebhaft beschäftigte.

Wer an solch' intimeren Diners des Fürsten Bismarck teil genommen hat, der weiß, welchen Reiz sie besaßen. Das Gespräch kommt — ich folge hier der Schilderung eines meiner Bekannten aus dem Anfang der achtziger Jahre — rasch in Gang und verbreitet sich über alle möglichen Dinge. Die vornehme Gewandtheit aller Familienmitglieder versteht es, die Gäste sehr rasch von dem Drucke der ungewohnten Situation zu befreien. Man fühlt sich nach wenigen Minuten, als ob man ein langjähriger Gast des Hauses wäre, und selbstverständlich ruft die Empfindung der zunehmenden Sicherheit, gepaart mit dem Bewußtsein von der unmittelbaren Nähe des Fürsten einen unbeschreiblichen Reiz hervor.

Einer meiner Gönner, der zu den größten Gelehrten und Denkern zählt, und gleichfalls einmal mit der Einladung zu einem kleinen Diner dieser Art beehrt wurde, schildert seine Eindrücke bei der ersten Begegnung mit Bismarck wie folgt: „Es war mir zu Mute, als ob die Geschichte selber Fleisch und Blut angenommen habe und an mich herantrete. Die hohe Stellung der Großen dieser Erde hat mich nie mit dem Gefühl der Befangenheit erfüllt, ich habe vor manchem derselben, z. B. dem verstorbenen König von Preußen, dem Kaiser von Österreich gestanden, ohne einen geistigen Druck zu empfinden, ohne eingeschüchtert zu sein, und ich habe mich mit voller Unbefangenheit mit ihnen unterhalten. Nur die persönliche Größe hat mir in meinem Leben zu imponieren vermocht, nur sie hat mich befangen gemacht, weil sie mich mit dem Gefühl der eigenen Kleinheit erfüllte. Nie im Leben aber habe ich ein solches Gefühl der eigenen Nichtigkeit empfunden, als in jenem Moment. In allen andern Fällen stand die Person der Person gegenüber, nur die Weite des Abstandes trennte die eine von der andern, aber hier war mir zu Sinn, als verlöre sich das Persönliche der mir gegenüberstehenden Person in das Unpersönliche der Geschichte, es war ein Stück der Weltgeschichte und zwar eins der gewaltigsten aller Zeiten, das hier vor mir stand. Diesen einzigen Mann hinweggedacht, und die Welt trüge eine andre Gestalt an sich, er gehört zu den Männern wie Alexander, Cäsar, Napoleon, deren Namen, so lange die Menschheit lebt, auf Erden stets genannt werden wird."

Zu alledem kam noch, daß der Fürst wenigstens bis Ende der siebziger Jahre alle Abende von 9 Uhr etwa ab *offenes Haus* hatte. Schriftliche Einladungen ergingen selbstredend hierzu nicht; vielmehr sagte die Fürstin den betreffenden Persönlichkeiten einfach: „Sie sind uns jeden Abend willkommen." Die Gesellschaft, die sich hier versammelte, waren also die eigentlichen Intimen des Hauses Bismarck. Sie war aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt. Von Parlamentariern verkehrten häufig Graf Udo Stolberg, Freiherr von Lucius, der Herzog von Ratibor, Amtsrat Dietze-Barby, Graf Mirbach; von Diplomaten mitunter von Holnstein, häufiger von Radowitz, Graf Limburg-Stirum; von Offizieren Graf Lehndorf, Feldmarschall Freiherr von Manteuffel; von Damen die

Digitized by Google

Gräfin Josephine Dönhoff, Freifrau von Spitzemberg, die Gemahlin des württembergischen Gesandten, Gräfin von Maltzahn-Militsch, die Gräfin Eickstädt, die Hofdame der Kaiserin Gräfin Oriolla, Frau von Kurowski, Frau Metzler und Frau von Schreckenstein aus Frankfurt a. M., Frau von Batoki, geborene Gräfin Keyserling; ich führe dann noch an den Grafen Henckel von Donnersmarck, wenn er Berlin von seinem damaligen Pariser Domizil aus besuchte, den Geh Rat von Löper vom Hausministerium, Herrn von Kurowski vom Auswärtigen Amt; von Verwandten des Bismarck'schen Hauses den verstorbenen Grafen Hans Arnim, den Major Grafen Bismarck und den Gutsbesitzer von Kotze, nebst Frau, Bismarck's Nichte, eine geborene Gräfin Arnim.

Von fremden diplomatischen Korps kamen mitunter einige russische Herren; Lothar Bucher fühlte sich in diesem Kreise nicht zu Hause; die Minister und ihre Frauen zählten zu demselben nicht. Fürst Bismarck erschien meist erst nach 11 Uhr und entwickelte alsdann eine große Gesprächigkeit und einen prachtvollen Appetit. Er aß nicht nur viel, sondern die schwer verdaulichsten Speisen, trank Bier und erzählte von der Politik des Tages und aus vergangenen Zeiten. Serviert wurde Thee, Bier und kalter Aufschnitt; Selterwasser und Portwein fehlten niemals auf dem Tisch; der Fürst blieb 1 bis 1 ½ Stunden im Kreise der Gäste. Wenn es Zeit war, sich zu trennen, gab die Fürstin meist einem der Vertrauten einen Wink.

Später wurden diese offenen Abende im großen Stil nicht wieder aufgenommen. Wen die Fürstin zum Thee bei sich sehen wollte, wurde dann mit besonderer Einladung bedacht. — Abgeordnete, die sich rühmen können, dem Fürsten Bismarck persönlich nahe gestanden zu haben, giebt es nur wenige. Es zählen dahin nur von Blanckenburg, der Amtsrat Dietze, dessen Jagden Bismarck früher mit Vorliebe zu besuchen pflegte, Freiherr von Lucius und von Kleist-Retzow, mit dem er sich duzte. Aber auch diesen Abgeordneten hat die Sonne der fürstlichen Freundschaft nicht immer gleichmäßig geschienen.

Ein dauerndes Verhältnis, einen Pakt oder einen „modus vivendi", welcher, er mag beschaffen sein, wie er will, doch immer beiden Teilen Verpflichtungen auferlegt, hat Fürst Bismarck zu keiner der Parteien gehabt, vielleicht auch nie haben wollen. „Glaubt ihr, mich wie ein Pferd behandeln, mich in eure Deichsel einspannen und euren Partei-Karren durch mich im Lande herumschleppen lassen zu können?" soll er einst zu einem nationalliberalen Abgeordneten gesagt haben.

Im Laufe der Zeiten sind aus den Soireen bekanntlich Frühschoppen geworden. Der Grund zu dieser Änderung lag lediglich in der veränderten Lebensweise des Fürsten Bismarck unter dem Regime meines berühmten Landsmannes, des Professors Dr. Schweninger. Mit dem Wunsche desselben, daß sich der Kanzler von 10 Uhr ab möglichst Ruhe gönne, vertrugen sich die turbulenten, bis Mitternacht dauernden parlamentarischen Soireen nicht.

Als die parlamentarischen Morgengesellschaften aufkamen, erfolgte bekanntlich die Einladung des Fürsten „zu einer vertraulichen Besprechung". Im Grunde

Digitized by Google

war diese Fassung ein von dem Fürsten ausgehender harmloser Spaß. Die Gäste betraten das Reichskanzler-Amt mit der wichtigsten Miene von der Welt, jeder glaubte zu einem tête-à-tête mit dem Unnahbaren berufen zu sein, der eine hoffte im stillen, es würde ihm eine wichtige Mission oder gar ein Minister-Portefeuille angeboten werden, ein andrer wähnte, Bismarck habe ihn rufen lassen, um sich seinen Rat, seine Unterstützung in einer heiklen Sache zu erbitten, ein dritter meinte, es handle sich um die Erfüllung eines lange gehegten Wunsches. Und wer hatte denn keinen Wunsch gegenüber Bismarck? Nun denke man sich die überraschten, um nicht zu sagen enttäuschten Gesichter, als sie in der Garderobe hunderte von Überziehern erblickten und oben im Saal den fürstlichen Wirt umgeben von denselben Parlamentariern und demselben Damenflor, der ehedem die parlamentarischen Soireen geziert hatte. Ich selbst gehörte auch zu den „Enttäuschten".

Digitized by Google

Die parlamentarischen Gesellschaften Bismarck's von 1869—1890.

1. Session des Norddeutschen Bundes und des Zollparlaments 1869.

24. April 1869[1]). 1. parlamentarische Soiree. Wie bereits oben bemerkt, hatte der Bundeskanzler Graf Bismarck im April 1869 während der Dauer der Reichstagssession an jedem Sonnabend abends 9 Uhr in seinem Ministerhotel offenen Empfang angesagt für die sämtlichen Mitglieder des Bundesrats, des Reichstags und des Bundeskanzler-Amts.

Am 24. April fand der erste dieser gastlichen Abende statt. Erfreulicherweise besitzen wir ein ausführliches Referat[2]) darüber aus der Feder von Dr. Hans Blum, des nationalliberalen Vertreters des 15. Wahlkreises des Königreichs Sachsen und ältesten Sohnes von Robert Blum. Dasselbe ist so anziehend geschrieben, daß wir daraus das Wesentliche wiedergeben wollen.

„Die Überraschungen, die Bundesrat und Abgeordneter des norddeutschen Bundes, Regierungskommissar und Preßmensch zu Hause finden, wenn sie nach heißem Tagewerk und spätem Abendessen zu ihren Berliner Penaten pilgern, sind nicht übermäßig troſtreich. Sie beschränken sich in der Regel auf ein umfangreiches Paket von Drucksachen, welches die nächste Tagesordnung des Reichstags und eine Überproduktion von neuen „Verbesserungsanträgen" zur Gewerbeordnung ꝛc. enthält, — nicht selten auch Verschlechterungsanträge, zu denen sich ein Hochtory oder ein Sozialdemokrat des Hauses ermutigt fühlt und an denen das beste ist, daß sie nur die Zeit des Lesers verschlingen und mit „sehr großer Majorität" abgelehnt zu werden pflegen, wie der Präsident Simson jeweilig zu erhärten liebt. Auch Briefe und namentlich Briefe von zu Hause bilden nicht selten einen integrierenden Teil der geistigen Nachtmahlzeit.

---

[1]) Es tagte der Reichstag vom 4. März bis 22. Juni 1869, das Zollparlament vom 3. bis 22. Juni 1869.

[2]) Gartenlaube 1869 Nr. 20.

Man mag sich daher unsre Überraschung denken, als jüngst aus einem der nachts vorgefundenen Couverts sich folgende Einladung herausschälte: „Graf Bismarck-Schönhausen wird dankbar erkennen, wenn der Bundesrat, Abgeordnete, Geheime Regierungsrat so und so ihn vom 24. April d. J. ab abends 9 Uhr jeden Sonnabend während der Dauer der Reichstagssession besuchen wird". Die Einladung liegt uns im Urtext augenblicklich nicht vor, aber wir können beim Styx beschwören, daß dies der gastfreie und sinngetreue Inhalt ist.

Was thun? spricht Zeus, fragte in diesem Falle nur der reine Sozialismus. Alle andern Parteien des Reichstags, auch der kleinste Bundesrat aus dem kleinsten Bundesstaate, waren sofort mit sich einig, der Einladung zu folgen. Das Verhältnis des Reichstags und Bundesrats zum Bundeskanzler ist ja dieses Jahr ein so überaus vortreffliches, weit besser als sie sich in den letzten Tagen des April 1868 durch den bekannten Reichstagsbeschluß vom 22. April 1868 gestaltet hatten. Damals die Bundesanleihe verklausuliert durch das Verlangen parlamentarischer Verwaltung und Kontrolle, damals Flottenentrüstungsterrorismus, und heute eine durch die vereinigten liberalen Parteien des Hauses so gründlich verbesserte Gewerbeordnung, daß dem Bundeskanzler im stillen das Herz im Leibe lacht, eine Reihe von Anträgen auf Redefreiheit der Einzelkammern, auf verantwortliche Bundesministerien, auf Übertragung des ganzen bürgerlichen Rechts an den Bund, die samt und sonders trotz der widerstreitenden Auslegung der feudalen Zeitungen Preußens sich gezeigt haben als große und teilweise entschiedene Vertrauensvoten der norddeutschen Volksvertretung für die Politik der Bundesregierung. Giebt es einen natürlicheren Gedanken als den, daß der Kanzler die Vertreter der Nation, die ihn zum allergrößten Teil freudig begleiten und stützen auf dem steinigen Pfade deutscher Politik, den er einhergeht, bei sich am häuslichen Herde versammelt, um einmal auch die Stunden fröhlicher Muße mit ihnen zu verleben, wie die der schweren täglichen parlamentarischen Arbeit; einmal in munteren Scherzen sich zu messen, statt in dem schweren Geschütz der stenographierten europäischen Reden im norddeutschen Parlament? Dasselbe Bedürfnis empfand fast jeder Abgeordnete und Bundesrat und sonstige Mitarbeiter an der Bundesgesetzgebung wohl in gleichem Maße.

In allem, was den Bund angeht, pflegen die Stunden mit militärischer Genauigkeit eingehalten zu werden. Von dieser bundestreuen Voraussetzung ausgehend, verfügte ich mich alsbald nach 9 Uhr abends nach dem bekannten unscheinbaren einstöckigen Hause in der Wilhelmstraße, das der preußische Staat seinem Minister des Auswärtigen als Amtswohnung anweist und das auch den Grafen Bismarck in seiner dreifachen Eigenschaft als Minister für Lauenburg, preußischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzler beherbergt. Wenn einmal die Bundesverhältnisse auch äußerlich ausgebaut sind durch den projektierten prächtigen Bundespalast in der Wilhelmstraße, wird wohl auch dem Kanzler des norddeutschen Bundes als solchem ebenso eine besondere Amtswohnung eingeräumt werden, wie dem Reichstag ein andres Sitzungslokal als die Räume des preußischen Herrenhauses. Übrigens befindet sich die Kanzlei des Bundeskanzler-

Digitized by Google

Amts schon jetzt nicht in Bismarck's Hotel.[1]) Hier ziehen sich im Erdgeschoß des langgedehnten, schmucklosen Gebäudes die Arbeitsgemächer der preußischen Ministerialbeamten hin. In der ersten und einzigen Etage dagegen befinden sich die Arbeits- und Empfangsräume Bismarck's und die Privatgemächer der Familie. Hinter dem Hause prangt einer jener wundervollen alten, tiefen und schattenreichen Parks, zu denen nie der betäubende Lärm der gewaltigen Stadt dringt, wie sie die Krone Preußen zwischen der Wilhelm- und Königgrätzerstraße und wieder zwischen dieser und der Leipzigerstraße zusammen über hundert Morgen groß besitzt.

Am Eingangsthor standen die unvermeidlichen zwei Schutzleute, die Eintretenden ehrfurchtsvoll grüßend. Es war kaum ein Viertel auf zehn vorüber, als ich eintrat. Mir fiel ein, wie sehr das Wartenlassen in Berlin bei Einladungen zum guten Ton gehört, und mich befiel die Besorgnis, ich möchte dem Kanzler oder seiner Gemahlin als der erste Gast gegenübertreten. „Sind schon Herren da?" fragte ich den Schutzmann. „Ja wohl, viele," war die Antwort. Meine Garderobenummer war einhundertvierundsechzig! An zahlreichen Dienern in schwarz-weißer Livree vorüber führt die stattliche Freitreppe zum ersten Stockwerk. Man tritt in ein behagliches, fein möbliertes Empfangszimmer. Wer da der Audienz harrt, mag sich in Muße der schönen Harmonie der modernen rotseidenen Tapeten, Teppiche und Pfühle erfreuen und darüber nachdenken, in welchen merkwürdigen Beziehungen der ausgestopfte springende Hase auf dem Buffet mit der Familie Bismarck steht. Uns fesselte ein freundlicherer Anblick: die Gemahlin des Kanzlers. Eine hohe, vornehme Gestalt, mit energischen, aber gefälligen Zügen, in modischer Toilette von gewählter Einfachheit stand sie, jeden Ankömmling mit tiefer Verbeugung bewillkommnend. Sie befand sich dicht vor der Draperie, an welcher vorüber der Blick in die Gemächer der Familie schweifte — äußerlich durch die Stellung an diesem Platze, an der Verbindungsthür der Familien- mit der Staatswohnung, schon die hohe Würde der deutschen Frau bekundend, der kein andres Volk eine gleiche an die Seite zu stellen hat. Und wie treulich hat diese deutsche Frau ihrem Gatten zur Seite gestanden vom Anbeginn seiner politischen Laufbahn! Ich weiß nicht, auf welche Mitteilungen sich die Nachricht gründet, die eine mir eben zugehende Chicagoer Zeitung bringt, daß die Gräfin Bismarck der Geheimsekretär ihres Gatten sei. Aber das ist mir als oft wiederholte Erzählung einer bejahrten Schaffnerin des Hauses berichtet worden, wie die Gräfin ihren Gemahl immer mit neuem Mut und Trost zu erfüllen wußte, als dieser auf dem kleinen Gute Schönhausen in der trübseligsten Zeit, die Deutschland seit 50 Jahren gesehen, seine Tage mißmutig dahinlebte, als verborgener preußischer Landjunker sich an seinen großen politischen Gedanken selbstverzehrend.

Doch eine Anzahl älterer Bekannten sammelte sich um die Gräfin. Jetzt war keine Zeit zur Vorstellung. Nach rechts strömte der Zug der Einwanderer

[1]) Dieselbe kam bald darauf in das eigene Gebäude in der Wilhelmstraße 74.

in das Billard-Zimmer, dessen Fenster nach der Straße gehen. Nach links ist ein flüchtiger Blick in Bismarck's Arbeitskabinett gestattet. Das Fell eines vom Grafen selbst erlegten Bären liegt vor dem Sofa des Billard-Zimmers. An einer der Wände steht die wundervolle Porzellanvase mit des Königs Bild und Schloß, die König Wilhelm dem Kanzler nach den Kämpfen des Jahres 1866 verehrte.

Die Versammlung und die Hitze wuchsen mit jeder Minute. Der Graf, sagt man, ist im großen Saal. Wir eilen dorthin. Hart am Eingang steht unser Wirt, im lebhaften Gespräche mit seinen Gästen, doch aufmerksam jeden neuen Ankömmling freundlich grüßend; oft reicht er die beiden Hände zugleich nach rechts und links. Er sieht so wohl, so munter aus! Das ist immer der erste Gedanke, wenn man den Mann wieder erblickt, dem auch die Demokratie bedeutende Arbeitskraft und Thätigkeit niemals absprechen wird. Sein Gesicht hat mit seiner langen Villeggiatur in Varzin wieder Farbe gewonnen, die Augen sind nicht mehr so tief beschattet durch die Wolken der gefurchten Stirn und zugleich auch die außerordentlich langen Brauen, wie voriges Jahr. Die historischen drei Haare sind freilich längst ins Meer der Zeit gesunken, die Stirn ist fast ganz kahl, und namentlich das Hinterhaupt würde keinem mehr die volle Locke zeigen, an der Braun im konstituierenden Reichstag gemahnte, das wandelnde Glück Deutschlands zu fassen.

Aber dafür ist sein Haar von jenem germanischen Aschblond, dem niemand die Jahre des Trägers ansehen kann. Und seine Haltung ist stramm und fest bei seinen vierundfünfzig Jahren trotz des Jüngsten in der Versammlung. Er trägt auch an diesem Abend sein bequemstes Kleid, die Uniform, aber wohl schwerlich ganz vorschriftsmäßig. Moltke lächelt mit den schmalen feinen Lippen, als er des Grafen militärischer Dekolletierung ansichtig wird. Denn der kurze Waffenrock steht offen, von Degengurt und Degen ist nirgends die Rede, und eine einfache schwarze Tuchweste bekleidet die Brust des Grafen. Auch nur gerade die unentbehrlichsten Orden sind aufgesteckt, darunter kokett einige kleinstaatliche. Sind die Herzen der eingeladenen kleinen Bundesräte einzufangen? Wer Bismarck sich nach den Bildern denkt, die von ihm kursieren, oder selbst wer ihn im Reichstag hatte reden hören, wer ihm auf seinen Spaziergängen begegnet ist, kennt ihn nur von der offiziellen Seite, als Staatssorgen- und Würdenträger. Aber hier, innerhalb seiner vier Wände, inmitten der behaglichen Muße, in einem Kreise berühmter und patriotischer Männer, die mehr oder weniger sein Werk beraten, bekämpfen oder fördern halfen, da lernt man den Menschen, den vortrefflichen Gesellschafter im Grafen kennen. Wir haben oft Besucher der Tribünen des Reichstags oder Zollparlaments, wenn sie Bismarck sprechen gehört, erklärt, sie seien durch nichts so enttäuscht worden, wie durch die Klangfarbe seiner Stimme. Seine Höhe, seine Brauen, seine Stirn, seine Brustweite, alles sei viel gewaltiger als sie gedacht, aber diese Stimme habe auch bei der trockensten Darlegung und beim größten Affekt etwas so ungewöhnlich Weiches und Einschmeichelndes. Die Bemerkung ist richtig. Man hört aus den Worten des

Digitized by Google

Grafen, trotz der großen Mäßigung seiner Reden, immer am Klang der Stimme seine augenblicklichen Empfindungen heraus. Und niemals direkter und unmittelbarer als an solchen Abenden! Jetzt tritt er an unsern Kreis heran.

„Ich habe die Herren gern einmal bei mir sehen wollen. Man kann sich da so viel leichter sprechen und verstehen, als im Reichstag." Dabei gab er reihum die Hand. „Und außerdem, wenn Sie das Bedürfnis empfinden, mich oder einen Bundesrat oder Regierungskommissär zu interpellieren, so macht sich das hier meist in fünf Minuten in einer Ecke ab."

Der Graf hatte Recht. Niemals noch in dem Maße wie in dieser Reichstagssession hatte sich die Notwendigkeit vertraulicher Verständigung herausgestellt. Denn aus Anlaß des Twesten-Münster'schen Antrags auf verantwortliche Bundesminister waren die schreiendsten Dissonanzen zwischen Bundesregierung und Reichstag im Anzug gewesen, lediglich aus dem Grunde, weil jede Partei die Absicht der andern nicht verstand. Bismarck war ärgerlich, weil er annahm, man wolle ihn durch die Zugabe des Herrn von der Heydt und seiner Kollegen „abmeiern", der Bundesrat, weil man durch das Verlangen nach einem Bundesministerium den Partikularismus wider die Wolle streichelte, der Reichstag, weil er „auch gar nichts mehr kriegen" sollte. Und schließlich, nach fünfstündiger heißer Redeschlacht, erklärte Bismarck unter anhaltender Heiterkeit des Hauses, er und Lasker seien ganz einer Meinung; sie hätten das leider nur bis dahin nicht gewußt.

Der Graf wurde heute sofort beim Wort genommen. Durch die Reihen der Räte und Abgeordneten drängte sich mühsam die umfangreiche Gestalt des tapferen „roten Becker", so rot an Haar wie an Gesinnung,[1]) aber ein lebendiger Beweis dafür, daß auch der geborene Demokrat und Agitator es zu einem höchst anständigen Leibesumfang bringen kann. Becker hatte sich heute im Reichstag selbst übertroffen. Er, der ständige Referent des Abgeordnetenhauses und des Reichstags über Post-, Telegraphen- und Eisenbahnsachen, hatte den unglaublichen Mißbrauch drastisch geschildert, der seitens der deutschen Fürstenhäuser mit der Paketporto- und Telegraphengebührenfreiheit getrieben wird. Er hatte geschildert, wie der ganze fürstliche Küchenzettel vom Koch telegraphisch gebührenfrei requiriert wird; wie endlose telegraphische Kleiderbestellungen zwischen den deutschen Höfen und Paris kostenfrei hin- und hergehen; wie der Bürgersmann, von dessen Depesche vielleicht Gut nnd Leben abhängt, warten muß, bis der fürstliche Koch für einen Thaler Petersilie durch den Telegraphen bestellt hat; wie dann all' die umfangreichen bestellten Pakete portofrei an den Ort ihrer Bestimmung versandt werden müssen. Und schließlich hatte er zur großen Erheiterung des Hauses aus dem genealogischen Kalender nachgewiesen, daß in Lippe allein sechzig Prinzen und Prinzessinnen mit angeborener Portofreiheit existieren.

Jetzt pflanzte er sich vor dem Bundeskanzler auf, wie gewöhnlich die Hände auf dem Rücken zusammengelegt, und sah ihn mit einem Gesicht an, auf dem

[1]) Als derselbe 1862 in das Abgeordnetenhaus eintrat, wurde er mit wahrem Schrecken angesehen. Wir treffen ihn später als Bürgermeister von Dortmund.

Digitized by Google

geschrieben stand: Nun, haben sie von all diesem fürstlichen Unfug mit der Telegraphen- und Portofreiheit schon eine Ahnung gehabt?

Aber Bismarck lachte herzlich und sprach: „Glauben Sie mir, ich weiß noch viel tollere Dinge."

„Nun, so erzählen Sie doch, Excellenz," sagte der „rote Becker" mit großer Behaglichkeit.

„Ja, das kann ich nicht," erwiderte Bismarck, „ich habe die Mitteilungen vom Generalpostdirektor von Philipsborn — der weiß noch viel tollere Dinge als ich."

Eine Gruppe Gäste drängte sich zwischen uns und die Sprechenden. Ein Diener reichte Thee, sonderbarerweise ohne Rum; so wenig hatte Bismarck während seines langjährigen Aufenthaltes in Petersburg russische Sitte angenommen. Beim Zurücktreten nach der Wand wäre ich beinahe gestürzt. Ein ungewöhnlich großer Gegenstand lag am Boden: der Kopf und das Fell eines Elentieres, das Bismarck gleichfalls selbst erlegt und als Teppich vor dem Sofa seines Salons ausgebreitet hatte. Die Wände zeigten gelbe Gobelins mit chinesischem Muster und entsprechendes Möblement.

Die Versammlung hatte sich nach und nach fast ausschließlich in dieses Gemach gezogen. Abgeordnete, vortragende Räte, die Minister von der Heydt und Graf Itzenplitz, Admiräle, Bundesräte, alles wogte durcheinander. Nichts von der Reserve und Etikette, mit der sonst die Excellenzen dem Volksvertreter gegenüber sich zu umgeben lieben, nichts von der Absonderung nach Landsmannschaften und Parteien, die sonst im Reichstag überall zu Tage tritt. Nur wenige Uniformen sind in der Versammlung sichtbar. Alle die Ecken, in denen nach Bismarck's Wort die großen Staatsaktionen in fünf Minuten abgethan zu werden pflegen, waren mit eifrig flüsternden Gruppen von Abgeordneten und Bundesräten oder den Führern verschiedener Parteien besetzt. Die Gespräche in unsrer Nähe wurden laut und ohne Rückhalt geführt. Denn hier lauert nicht wie hinter jeder Thür und in jedem Erholungszimmer des Reichstags und Bundesrats meuchlings das Ohr des gedungenen Preßknechts, dessen schwierige Aufgabe es ist, die Entenzucht künstlich zu betreiben und die Saure-Gurkenzeit der Welt womöglich zu vertuschen. Hier hätte er sich auf Jahre mit Stoff versorgen können! Mit einem Male wäre hier von seiner sündigen Seele der Fluch wahrheitswidriger Anekdotenbildung genommen worden.

„Wer ist der dicke Herr mit der blühenden Wäsche, dem blauen Frack, mit den goldenen Knöpfen, dem pfundgroßen nagelneuen Adlerorden dritter Klasse und dem mühsam verhüllten morgenländischen Typus?"

„Den kennen Sie nicht? Diesen Mann, den der Sohn Bismarck's in seiner jüngsten Stilübung als den größten seines Jahrhunderts feierte, diesen Vater von Millionen — Eisenbahn-Aktien, den kennen Sie nicht? Wohlan, Sie sehen vor sich den Dr. Strousberg [1]), geborenen Baruch Hirsch Strausberg, in Firma Dr. Ujest, Herzog von Strousberg und Komp. Soll ich Sie vorstellen?"

[1]) Dr. Strousberg hatte sich im Reichstag den Konservativen angeschlossen.

Digitized by Google

Aber der Geschilderte hatte sich dem argen Spötter von Unruh-Magdeburg, dem Präsidenten der konstitutionellen preußischen Nationalversammlung von 1848, schon genähert.

„Ich weiß ein hübsches Geschäft für Sie, Kollege," sagte Unruh. „Kaufen Sie sich den Abgeordneten für die große Seestadt X. zu dem, was er wert ist, und verkaufen Sie ihn zu dem, für was er sich hält."

„Werd' ich verdienen neunundneunzig Prozent," lachte Strousberg.

Das finanzielle Alterego des großen Eisenbahnbarons, der Herzog von Ujest, war jetzt auch in die Nähe getreten; er ist Vize-Präsident des Reichstags, fünf Stimmen waren bei seiner Wahl aus Versehen auf den Dr. Strousberg gefallen.

Jetzt tauchte neben ihm auch das ehrwürdige Haupt Simson's auf, des ewigen Präsidenten aller deutschen Parlamente.

„Kennen Sie das beste Mittel, den Franzosen Respekt einzujagen?" fragte mein Nachbar. Ich dachte an die Million unsrer Krieger. Er aber fuhr fort: „Sie brauchen den Franzosen nur das Eine zu sagen, daß unsre drei Präsidenten Simson, Ujest und Bennigsen zusammen siebenundzwanzig Kinder haben, jeder neun."

Inzwischen war zur Erfrischung der Gäste Maitrank und aus prachtvollen silbernen Humpen schäumendes Bier geschenkt worden. Aber die Hitze wurde immer empfindlicher. Freund Lasker brachte zuerst das Amendement ein, die weißen Handschuhe auszuziehen, und wie die meisten Lasker'schen Anträge fand der Vorschlag zahlreiche Unterstützung unter den Abgeordneten, diesmal sogar unter den Bundesräten. Nun luden auch die näheren Freunde und Verwandten des Kanzlers ein zum Eintritt in das letzte der Reihe von Gemächern, die man bis dahin durchschritten hatte, in den Speisesaal des auswärtigen preußischen Ministeriums. Dieser Saal, ein längliches Rechteck, stößt im rechten Winkel auf den zuletzt geschilderten Salon; nur seine Schmalseite geht nach der Straße. Die äußere Ausstattung dieses Speisesaals weicht von derjenigen aller übrigen Wohnräume des Grafen erheblich ab. Dieser Saal nämlich ist unverändert so gelassen, wie Bismarck ihn von seinem Vorgänger überkommen hat; und wohl seit fünfzig Jahren ist dieser Raum unverändert geblieben. Da hängt noch derselbe schwerfällige Kronleuchter mit achtundvierzig Kerzen, da zieht ringsum an den Wänden noch dasselbe weiße Getäfel mit Goldleisten, dieselben muschelförmigen Lichtspiegel, dieselben gelben Marmorwände, wie unter Hardenberg und Manteuffel und Schleinitz. „Das letzte Mal war ich unter Manteuffel hier," sagte der ehrliche alte Graf Schwerin, der Minister der „liberalen Ära", zu mir, wie immer die Hände in den Hosentaschen.

Die erste Scheu vor dem Zulangen nach den lieblichen Rehrücken und Filets, Mayonnaisen und italienischen Salaten, die auf der Mitteltafel prangten, war bald überwunden. An ein Sitzen während der Mahlzeit war nicht zu denken. Man ergriff einen der Teller, die auf der Tafel übereinander geschichtet waren, und das nötige Handwerkszeug und machte sich stehend mit den verschiedenen Herrlichkeiten vertraut.

Indessen, ich habe immer gesagt, der Rehrücken ist der größte Verführer zu Jagdgeschichten; und das bestätigte sich auch diesmal. Mein verehrter Freund, Apotheker Neubronner [1]), aus dem vormaligen Herzogtum Nassau, den gewiß niemand für einen mordsüchtigen Jäger von Profession halten wird, hatte, als er Bismarck vorgestellt wurde, daran erinnert, wie sie weiland, als Bismarck Bundesgesandter in Frankfurt gewesen, zusammen in der Nähe Frankfurts gejagt hatten.

„Ach, ja wohl," erwiderte Bismarck und schilderte nun den umstehenden, meist der annektierten Provinz Nassau angehörigen Abgeordneten die ihnen bekanntesten Persönlichkeiten Nassaus und Frankfurts jener Tage mit einer Lebendigkeit und Lustigkeit, daß die Heiterkeit dieser süddeutschen Gruppe die allgemeinste Aufmerksamkeit erregte. Namentlich war es die Schilderung des „dicken Daumer" mit seiner kolossalen Todesfurcht, welche die Söhne des jetzigen preußischen Regierungsbezirks Wiesbaden entzückte. Dann fuhr Bismarck fort:

„Mit diesem „dicken Daumer" war ich eines schönen Herbstmorgens in der Nähe von Frankfurt auch auf der Jagd gewesen. Als wir uns am Rande des Waldes hoch im Gebirge zur Rast niedersetzten, entdeckte ich zu meinem Schrecken, daß ich kein Frühstück mit hatte. Der „dicke Daumer" dagegen zog eine mächtige „Wurscht" hervor, die für mich allein gerade ausgereicht hätte und von der er mir edelmütig die Hälfte offerierte. Das Mahl begann; ich sah das Ende meines Wurstteils herannahen. Ich hätte vor Wehmut frankfurterisch reden mögen. Da frage ich den „dicken Daumer" von ungefähr: „Ach sage Sie mir, Herr Daumer, was is doch das Weiße da unne, was aus de Zwetschebaim herausschaut?"

„Gott, Excellenz, da möchte Eim ja der Appetit vergehn — das is der Kirchhof."

„Aber, lieber Herr Daumer, da wollen wir uns doch bei Zeiten ein Plätzchen suchen, da muß sichs wunderbar friedlich ruhen."

„Nu, Excellenz, nu leg i awer die Wurscht weg."

Der dicke Daumer blieb bei diesem Entschlusse, und ich hatte mein ordentliches Frühstück." Ringsum anhaltende Heiterkeit.

Neben mir stehen zwei der größten Juristen der Welt im tief durchdachten Gespräch. Alle Viertelstunden wird ein Wort eines Paragraphen des zukünftigen norddeutschen Strafgesetzbuches fertig. Da tritt Braun-Wiesbaden [2]) dazu und hört das Problem der Aufhebung der Todesstrafe erörtern. „Heben Sie die Todesstrafe ruhig auf, meine Herren," sagte er.

„Ja, haben Sie ein Surrogat?"

---

[1]) Nationalliberaler Abgeordneter des 1. Wahlkreises des Reg.-Bez. Wiesbaden.

[2]) Dr. Karl Braun, damals Anwalt beim Ober-Appellations-Gericht zu Berlin, einer der Abgeordneten, in deren Gesellschaft man Bismarck bei den parlamentarischen Abenden mit am liebsten verkehren sah. Neben Völk, Miquel, Bennigsen war er einer der populärsten Parlamentarier seiner Zeit. Zuletzt hat er sich in Freiburg i. Br. niedergelassen und starb am 14. Juli 1893.

Digitized by Google

„Ja, gewiß."

„Nun?" — — ruft die zünftige Jurisprudenz mit ungläubiger Spannung.

„Gott, lassen Sie den Delinquenten in die norddeutsche Gewerbeordnungskommission wählen.

„Apropos," sagte der schlimme Hennig[1]) zum schlimmen Ziegler[2]), der außer dem roten Becker und dem trefflichen Löwe[3]) heute allein hier die Fortschrittspartei vertritt, „wissen Sie denn, warum unser Garten-Telegraph, der die Abgeordneten aus dem Reichstagspark zum Abstimmen ruft, heute eine Viertelstunde lang fortwährend klingelte, als gälte es dem Umsturz der Bundesverfassung oder einem Extrazug nach Bremen?"

„Nein."

„Ja, der alte Patow war während seiner Rede von der Tribüne auf dem Drücker des Telegraphen eingeschlafen." Die beiden Bösewichte nahmen ruhig eine Prise.

Da höre ich des Kanzlers Stimme wieder hinter mir. „Stoßen wir auf die alten Farben Blau-Rot-Gold der Hannovera in Göttingen an, Herr Korpsbruder!" ruft er seinem alten Verbindungsbruder, Ober-Bürgermeister Fromme aus Lüneburg[4]) zu. Und die beiden „alten Herren" gedenken in einem vollen mit einem Zuge geleerten Glase Maiwein der schönen Jugendstunden. Schon damals antwortete Bismarck auf die Frage, was er studiere: „Diplomatie". Er war damals ein äußerst schmächtiger, hoch aufgeschossener feiner Studio, mit keimendem Schnurrbart, berühmt durch seinen prachtvollen Neufundländer, weithin gefürchtet durch seine Klinge, mit der er schon als Fuchs sämtliche Mitglieder eines feindlichen Korps abgeführt hatte. Freilich auch seine linke Wange giebt vernarbte Kunde von dem treulosen Wechsel des Waffenglücks. Der böse Feind, der ihm diese Quart „hereingebracht", genießt sogar das Vertrauen eines Bruchteils der norddeutschen Bevölkerung in dem Maße, daß er in den konstituierenden Reichstag gewählt ward. Als er hier Bismarck sich vorstellen ließ, rief dieser mit bezeichnendem Hinweis auf seinen „Schmiß":

---

[1]) Von Hennig, Stadtrat in Berlin, war ein besonders eifriges Mitglied des Centralwahlkomitees der Fortschrittspartei. Als die Regierung am 16. Mai 1866 eine Verordnung octroyierte, nach welcher Darlehnskassen gegründet wurden, die 35 Million Thaler Darlehnskassenscheine ausgeben sollten und allen öffentlichen Kassen die Verpflichtung auferlegt wurde, diese Scheine anzunehmen, verfaßte er ein Flugblatt: „Nehmt kein falsches Geld an." Später stimmte er für Erteilung der Indemnität und wurde 1866 ein Mitbegründer der nationalliberalen Partei.

[2]) Franz Ziegler, Ober-Bürgermeister a. D. in Berlin, 1848 in den Steuer-Verweigerungsprozeß verwickelt, seines Amts, der Nationalkokarde und der Orden verlustig erklärt und zu Festungsstrafe verurteilt.

[3]) Es ist lebhaft zu bedauern, daß der Abgeordnet Dr. Löwe-Calbe keine Aufzeichnungen über die Zeit seiner parlamentarischen Thätigkeit hinterlassen hat. Derselbe hatte eine außerordentlich hohe Achtung vor dem Charakter Bismarck's. Es lag aber in seiner Art, sich nicht vorzudrängen und voranzustellen, und so ist es möglich, daß es dem Fürsten Bismarck selbst unbekannt geblieben ist, welch' warmen Freund und Bewunderer er in Löwe hatte.

[4]) Nationalliberaler Abgeordneter für den 16. hannoverschen Wahlkreis.

Digitized by Google

„Sind Sie der?"

„Ja wohl, Excellenz."

„Aber das war doch ein Sauhieb!"

„Ja, Excellenz, das haben Sie schon damals gesagt, aber das Paukbuch beweist das Gegenteil."

Die diplomatischen Studien von Göttingen haben sichtbarlich Früchte getragen. Schade, daß die vielfachen Geschäfte in seinem Amte als dreifacher Minister, Kanzler und Branntweinbrenner dem Grafen nicht verstatten, als Privatdozent der praktischen Diplomatie aufzutreten. Ich vermute, manch' ein Lehrbuch der „praktischen" und „theoretischen" Politik in Deutschland würde eingehen. Die diplomatische Vorlesung, die der Graf an diesem Abend zum besten gab, behandelte das Thema der „Blaubücher", das er tags zuvor, durch Lasker veranlaßt, schon im Reichstag besprochen hatte. „Wenn Sie absolut ein Blaubuch bei mir bestellen, werde ich versuchen im nächsten Jahre etwas Unschädliches zusammenzustellen," hatte er dort unter großer Heiterkeit des Hauses erklärt. Hier erläuterte er an einem schlagenden Beispiel den trügerischen Wert dieser Depeschensammlungen:

„Da kommt z. B. Lord Loftus (der englische Botschafter in Berlin) zu mir und fragt mich, ob ich geneigt sei, einen Privatbrief seines Ministers, Lord Clarendon, anzuhören. Er liest mir nun ein kleines eigenhändiges Manuskript des edlen Lords vor, wir unterhalten uns ungefähr eine Stunde darüber, und — nach fünf Tagen läßt er sich wieder melden. Diesmal hat er ein großes amtliches Schreiben des großbritannischen auswärtigen Amtes bei sich. Er fängt an zu lesen.

„Bitte um Vergebung, Excellenz," sage ich, „das haben Sie mir ja schon am Montag einmal vorgelesen."

„Ja, aber jetzt soll die Depesche ins Blaubuch."

„Da soll ich Ihnen nun wohl auch noch einmal dieselbe Antwort für Ihr Blaubuch geben?"

„Gewiß, wenn Ew. Excellenz nichts dagegen haben, wird dies gar nicht zu umgehen sein."

„Na, da haben Sie die Antwort noch einmal."

„Und nun brauche ich noch einmal eine Stunde, nur um des Blaubuches willen, und dabei muß ich sehr oft dem Engländer noch sagen: „aber diese Stelle meiner Erklärung bringen Sie nicht in Ihr Blaubuch — zum Beispiel die, daß ich das Blaubuch überhaupt für ein sehr zeitraubendes und überflüssiges Institut ansehe."

Doch bereits war es elf Uhr geworden, und in immer größerer Anzahl verabschiedeten sich die Gäste beim Kanzler. Auch ich reichte ihm die Hand zur Empfehlung. Er sagte allen „auf Wiedersehen". Der Saal hatte sich erheblich gelichtet.

Vor den Gemächern der Gräfin Bismarck, wo unsre freundliche Wirtin mit ihrer Tochter und Verwandten im häuslichen Kreise saß, traten wir, uns ver-

Digitized by Google

beugend, vorüber und saßen eine Viertelstunde später im Hotel Petersburg bei einem echten Schwechater in der „Exkneipe". —"

Eine eingehende sachliche Verhandlung führte Bismarck an diesem Abende mit dem nationalliberalen Abgeordneten für Leipzig, dem langjährigen Vorsitzenden der Petitionskommission des Reichstags, Eduard Stephani. Der Anlaß war folgender:

Im Frühjahr 1869 hatte der Abgeordnete Hagen beantragt, die durch Verordnung vom 22. Dezember 1868 von Preußen auf das ganze Bundesgebiet ausgedehnte Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere für verfassungswidrig und deshalb für null und nichtig zu erklären.

Die Verordnung war ergangen auf Grund des Artikels 61 der Bundesverfassung und hatte die betreffenden „in Preußen geltenden Vorschriften" eingeführt, wie solche in der beigefügten Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Kommunalauflagen in den neuerworbenen Landesteilen, vom 23. September 1867 enthalten sind. Der Antrag Hagen berief sich nun darauf, daß nach Artikel 61 nur „die gesamte preußische Militärgesetzgebung", wie sie bei Publikation der Bundesverfassung bereits bestanden, eingeführt werden könne, daß aber die Verordnung vom 23. September 1867 erst nach Publikation der Verfassung erlassen sei. Dagegen bestritt die Regierung die Verfassungswidrigkeit der Verordnung vom 22. Dezember 1868; in der über die Sache niedergesetzten Kommission des Reichstags wurde Stephani zum Referenten ernannt und von ihm eine Erklärung beantragt, welche die formale Unvereinbarkeit der Verordnung vom 22. Dezember 1868 mit der Bundesverfassung, sowie die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der Sache anerkannte, und zugleich ein Gesetz, nach welchem das halbe Diensteinkommen der Miliärpersonen zur Kommunalsteuer herangezogen werden sollte. In diesem Sinne verhandelte er nach allen Seiten, sprach darüber auf unsrer parlamentarischen Soiree auch länger mit dem Bundeskanzler Grafen Bismarck. Der letztere sagte anfänglich ganz freundlich und offen, daß, wenn es an ihm läge, die Sache in drei Stunden geordnet wäre, er könne aber nicht wie er wolle. Dann ward er auf einmal hitzig und sagte: „Wir sind ganz entschieden in unserm Recht, anzweifeln lassen wir uns die Verfassungsmäßigkeit nicht, dann geben wir nicht nach, vor Konflikten fürchte ich mich nicht" u. s. w.

Nach langen Verhandlungen wurde schließlich doch der Antrag Stephani's angenommen [1]).

Vom Reichstag waren an dem Abend sämtliche Fraktionen bis auf die Sozialdemokraten vertreten. Am zahlreichsten hatten sich die Konservativen eingefunden.

---

[1]) Böttcher: Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte. Leipzig 1887, S. 98.

Graf Bismarck unterhielt sich mit den meisten Gästen, vorzugsweise mit Windthorst[1]), Bockum-Dolffs[2]), Löwe[3]), Roß[4]). Von allen Seiten hörte man diese Reunions auf neutralem Boden als eine glückliche Idee bezeichnen[5]).

1. Mai 1869. 2. parlamentarische Soiree. Der Besuch war ein sehr zahlreicher und mit Ausnahme der Sozialdemokraten waren wiederum sämtliche Fraktionen vertreten. Von der Linken wurden u. a. A. Becker (Dortmund), Duncker[6]), Roland[7]), Moritz Wiggers[8]), Julius Wiggers (Berlin)[9]), Hilgers[10]) bemerkt; die preußischen Minister, welche dem Reichstag angehörten: v. d. Heydt, von Roon, Graf Itzenplitz und von Mühler waren gleichfalls zugegen. Zu den Damen des Hauses, welche mit dem Wirte in zuvorkommendster Weise die Honneurs machten, hatten sich einige der von ihnen geladenen Gäste gesellt. Graf Bismarck unterhielt sich fast mit jedem der einzelnen Anwesenden, längere Zeit mit von Hennig, von Forckenbeck, Simson und Duncker. Auch diesmal wurden viele Mitglieder des Bundesrats und des Zollbundesrats bemerkt. Die Zahl der Abgeordneten mochte 180 betragen.

8. Mai 1869. 3. parlamentarische Soiree. Dr. Hans Blum erzählt über dieselbe:

Diesmal waren am Eingange keine Schutzleute zu sehen. Gleich im ersten Empfangszimmer oben bewillkommnete uns Bismarck, verbeugten wir uns vor seiner Gemahlin. Die Letztere war leider auch diesmal nur von einem auserwählten Kreise von Grafen und Herren umringt, sodaß eine ungebetene Ver-

---

[1]) Die bundesstaatlich-konstitutionelle Vereinigung, welcher Windthorst mit 17 Mitgliedern angehörte, umfaßte die Welfen, die schleswig-holsteinschen Abgeordneten und Mallinckrodt, später noch andre preußische Klerikale. Die Bildung der Zentrumspartei erfolgte erst im Winter 1871. Das kurze erste Programm (auf 7 Zeilen gedruckt) findet man bei L. Parisius, Deutschlands politische Parteien, S. 138.

[2]) von Bockum-Dolffs, damals noch Mitglied der freien Vereinigung, später, anfangs der 70er Jahre, „wild“.

[3]) Dr. Löwe(-Calbe), ein Achtundvierziger, Flüchtling, damals Mitglied der Fortschrittspartei; 1878 wurde er, der früher ein entschiedener Freihändler gewesen, Schutzzöllner und der Vorsitzende der „freien volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags“. Vergl. Carl Braun: Randglossen zu den politischen Wandlungen der letzten Jahre. Bromberg 1878, S. 232 f.

[4]) Nationalliberaler Abgeordneter des 3. Wahlkreises Hamburg.

[5]) Diese parlamentarischen Soireen — bemerkte einmal die „Kölnische Zeitung“ — sind noch dadurch so wichtig, daß zwischen den Gästen auch nichtamtlich in kürzester Form vor dem Hummersalat und dem Gerstensaft Geschäftliches erledigt, Aufklärung gegeben, Beschlüsse vorbereitet werden.

[6]) Franz Duncker, Verlagsbuchhändler in Berlin, der Begründer der „Volkszeitung“ und Förderer der auf das Wohl der Arbeiter gerichteten Bestrebungen.

[7]) Fortschrittlicher Abgeordneter des 8. Wahlkreises Merseburg.

[8]) Ein alter Achtundvierziger, der drei Jahre Zuchthausstrafe abzubüßen hatte, bekannt durch viele politische und volkswirtschaftliche Schriften. Mitglied der Fortschrittspartei.

[9]) Gleichfalls ein Achtundvierziger aus Mecklenburg, 1856 zu 1¼ Jahr Zuchthaus verurteilt, der Verfasser vieler politischer Broschüren. Nationalliberal.

[10]) Freiherr von Hilgers, Landrat z. D., 1852 wegen oppositioneller Thätigkeit zur Disposition gestellt und aus Berlin polizeilich ausgewiesen. Mitglied der Fortschrittspartei.

Digitized by Google

mehrung dieser Umgebung ungeziemend erschienen wäre. Ohnedem knüpfte Bismarck sofort bei unserm Eintritt ein Gespräch mit uns an, das er nur unterbrach, um den Neueintretenden die Hand zu reichen: Forckenbeck, der sich unserm Kreise anschloß, Löwe und von Kirchmann[1]) von der Linken, die er seiner Gemahlin zuführte. Er sprach über den neulichen Beschluß des Reichstags auf Abänderung des Artikels zweiunddreißig der Bundesverfassung, d. h. auf Bewilligung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten. Er stellte dem Beschluß keine große Aussicht auf Annahme beim Bundesrat, und fuhr dann fort: „Ich für meine Person würde von der Bewilligung der Diäten einen großen Vorteil haben. Sie wissen, wie faul meine engern politischen Anhänger, die Herren Konservativen sind. Sie würden, sobald Diäten bezahlt würden, sich in weit größerer Zahl einfinden, weil sie mit mehr oder weniger Grund annähmen, daß die linke Seite des Hauses sich nun vollzählig einstelle[2])."

Unser Kreis lichtete sich, die meisten gingen nach dem Billardzimmer. Wir standen noch im Empfangssalon am Büffet, auf dem ein ausgestopfter Hase steht. Der Moment schien mir günstig, für meine Leser das Geheimnis dieses hohen Hasen zu ergründen. Ich fragte Bismarck, was es mit dem ausgestopften Balg für eine Bewandtnis habe.

„O sehen Sie, dieser Hase ist brünett."

„Brünett? Excellenz."

„Ja, er hat einen dunkelbraunen Kopf und Rücken, während er von Rechtswegen gelb sein sollte. Man müßte eigentlich noch einen Hasen daneben stellen, damit das Naturwunder mehr hervortritt. Er war der einzige brünette unter fünfzehnhundert, die wir an dem Tage schossen."

Im Billardzimmer fand sich das Gros der Gesellschaft, im ganzen weniger als am ersten Abend. Die Stiftungsfeier des Juristenvereins hatte fast die gesamte Rechtsgelehrsamkeit des Reichstags nach Charlottenburg entführt.

Mehr als die Gruppen im Billardzimmer hatte mich schon lange die Aussicht in Bismarck's Arbeitszimmer gefesselt, zu dem links die Thür offen stand.

„Ist der Eintritt erlaubt?" fragte ich einen Diener des Hauses.

„Gewiß."

Ich schritt über die Schwelle. Der tapfere, jugendliche Abgeordnete Evelt aus Sigmaringen stand in der Mitte des Zimmers in andächtiger Betrachtung. Ich ahnte, was ihm durch die Seele ging. Er hatte im Jahre 1866 als hochgestellter preußischer Beamter den vorgeschobensten Posten preußischen Landes, seine zweite Heimat, die Fürstentümer Hohenzollern, vor dem Eindringen der bundestäglichen Heerscharen nach Kräften zu verteidigen. Bei lange schwanken-

[1]) Appellationsgerichts-Vize-Präsident a. D., Mitglied der Fortschrittspartei.

[2]) Wegen der Erzählung eines alten Mitglieds des Bundesrats über eine denkwürdige Äußerung des damaligen (1867) preußischen Ministerpräsidenten Grafen von Bismarck, betreffend die Diäten der Reichstagsabgeordneten (der Reichstag braucht nicht in Berlin zu tagen, sondern kann z. B. auch nach Hamburg einberufen werden), vergl. die „Magdeburger Zeitung" Nr. 588 vom 16. Dezember 1874.

Digitized by Google

dem Kriegsglück wäre ihm auch eine nähere Bekanntschaft mit dem Hohenasperg so sicher gewesen, daß selbst sein politischer Gegner Schäffle ihm ein Asyl anbot in seinem Hause. Aber hier in diesem Gemach waren die Pläne zu einer andern Wendung der Geschicke längst gedacht und durch außerordentliches Kriegsglück so rasch gereift, daß auch Evelt im Süden wenig mehr zu thun blieb als dem Bundestag im Norden, nämlich feierlich zu protestieren [1]).

Ich sah mich im Zimmer um. In der Mitte desselben, doch rechts fast bis an die Wand gerückt zwischen den beiden Fenstern, die auf die Terrasse gehen, stand Bismarck's Schreibtisch, ein langes Pult, auf vier Füßen ruhend, zu beiden Seiten des Schreibraumes unter- und oberhalb des Pultes mit offenen Fächern versehen. Der Arbeitsstuhl Bismarck's ist ein runder Sessel von massivem Eichenholz, ohne Lehne, mit drehbarer Sitzscheibe, die letztere von ansehnlichen Dimensionen. Rechts vom Schreibenden, im rechten Winkel an das Pult stoßend, steht das Aktenregal. Akten enthielt es nicht, aber rechts am Fuß des Schreibtisches standen einige verschlossene Portefeuilles. Das Licht fällt von links, gedämpft durch weiße Vorhänge und rotseidene Übervorhänge. Zahlreiche weiße Handschuhe und Degen, so viele, um eine ganze Generalität auszurüsten, sind auf einem Tische aufgespeichert, der rechts von der Thür steht, durch die wir eintraten. Auf dem Sekretär daneben hat der Graf seine Kopfbedeckungen, bürgerliche, dienstliche und militärische, zu einer kleinen Ausstellung vereinigt. Die andre Hälfte der Wand, durch deren Thür wir eintraten, nimmt ein mit blauem Brokat überzogenes Sofa von kolossalen Dimensionen ein. Es ist sehr lang und fast so breit als lang, ohne Rücken- und Seitenkissen, nur am Kopfende ist eine Schlummerrolle angebracht und liegt ein Kissen mit prachtvoller Stickerei und der Inschrift: „Zur Erinnerung an das Jahr 1866." An Bildern hängen an den Wänden die lebensgroßen Köpfe des großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelm III. und des Königs Wilhelm in trefflichen Stichen. Neben König Wilhelm die Madonna von Murillo auf der Mondsichel, gleichfalls in Stich, höchst verwundert über die weltlichen Genossen. An der Wand hinterm Arbeitstisch endlich eine reizende Uhr in Schweizerhausform, aus Holz geschnitzt, mit Wachtelschlag. Der Kukuksruf hätte eine zu aufregende Nebenbedeutung gehabt. Unter dem Bilde des Großen Friedrich, gerade über dem Haupte Bismarck's, wenn er auf dem Sofa ruht, hängt ein kleines Bild seiner Mutter, deren Andenken er, wie bekannt, höher schätzt als irgend etwas auf Erden. Selbst auf dem einfachen Standpunkt von Mann gegen Mann ist es wohlthuend, daß wir in vielen Briefen, die in letzter Zeit aus seinen Familienpapieren in die Öffentlichkeit gekommen sind, ein so reiches Gemütsleben, ein so lebhaftes Natur- und

[1]) Bei den am 19. Juni 1870 in Hechingen abgehaltenen Banketten, welche die Fahrt der württemberger deutschen Partei auf den Hohenzollern beschlossen, brachte bei dem Bankett im Museum Herr Schricker einen Toast auf den Grafen Bismarck aus; der Reichstagsabgeordnete Evelt ließ denselben nach Varzin telegraphieren. Graf Bismarck antwortete darauf telegraphisch: „Herzlichen Dank und landsmannschaftlichen Gruß vom Meer zum Fels zurück. Bismarck.

Digitized by Google

so ausgeprägtes Familiengefühl finden, wie wohl wenige es in dem trotzigen Kämpfer gesucht hätten.

„Trotz aller Parforce-Jagd auf Anekdoten aus Bismarck's Vergangenheit," sagte mir ein sächsischer Abgeordneter, „die nun schon Jahre lang ohne alle Schonzeit von Sonntags- und Werktagsjägern, von Hesekiel und andern großen und kleinen Propheten getrieben wird, kann doch niemals auch nur die Hälfte aufgespürt werden von dem, was derselbe alles gesagt, geschrieben, gethan hat. Und wer einigermaßen ehrlich ist, wird bekennen müssen, daß die frische Ursprünglichkeit und Eigenheit der Form seiner Rede kaum wortgetreu wiederzugeben ist. So ist mir eine Unterredung bekannt, die er mit dem Stadtrat P. aus der sächsischen Stadt M. in der Eisenbahn-Restauration des Berliner Bahnhofs in Leipzig hatte, die zu dem Köstlichsten gehört, was ich bisher von ihm vernommen habe. Bismarck war nämlich (im Jahre 1863) beim König in Karlsbad gewesen, und reiste im strengsten Inkognito über Leipzig nach Berlin zurück. Auf dem Berlin-Anhalter Bahnhof in Leipzig ist über eine Stunde Mittagszeit bis zum Abgang des nächsten Zuges nach Berlin. Mein Stadtrat P. aus M. tritt in den reservierten Speisesalon, Bismarck ebenfalls. Sie waren allein. Der Stadtrat hatte schon in A. von seinem Freunde, dem Bahnhofschef, gehört, mit wem er fahre. Er läßt sich natürlich nichts merken, Bismarck noch weniger, denn er hatte keine Ahnung, daß sein Inkognito verraten sei. Sie setzten sich gegenüber. Der Stadtrat fragt den Kellner, welche Suppe frisch sei.

„Die hier."

„Gut, geben Sie von der."

„Kellner," ruft Bismarck, „geben Sie mir auch von der Suppe."

Nach der Suppe bestellt sich mein Stadtrat eine halbe Flasche Mosel.

„Kellner, bringen Sie mir eine ganze Flasche Mosel," sagt Bismarck.

Dann wird die Karte heruntergegessen. Der Stadtrat wählt — Bismarck immer dasselbe; die Karte geht durch den Kellner immer herüber, hinüber. Zuletzt bleibt sie bei Bismarck liegen. Ein Wort wechseln die beiden nicht.

„Kellner, geben Sie mir einmal die Karte," sagt mein Stadtrat.

„Wollen Sie so gut sein," sagt Bismarck, sie ihm über den Tisch reichend. „Sie sehen, ich habe immer dasselbe gewählt wie Sie und bin zufrieden, nur mit dem Mosel bin ich reingefallen. Wenn Sie erlauben, werde ich nun auch den Käse essen, den Sie bestellen."

Das Gespräch war im Gange, es stockte nicht mehr bis zur Abfahrt. Bismarck schilderte die Schönheit des sächsischen Landes, die Bravheit und den Fleiß seiner Bewohner. Mein Stadtrat, der niemals zu den leidenschaftlichen Verehrern des Herrn von Beust gehört hat, fragt sein Visavis, wie ihm die sächsische Regierung und Politik gefalle. Das Visavis fährt in seiner Lobrede auf Sachsen fort. „Schlägst du meinen Juden, schlag ich deinen Juden," denkt mein Stadtrat, und fängt an, Preußen aus vollem Halse zu loben — mit Ausnahme des Berliners.

Digitized by Google

„Ja, da haben Sie ganz recht," sagt Bismarck. „Die Geschichte kennen Sie wohl, wie der Alpenwirt den Berliner Jüngling fragt, ob's in Berlin auch solche Berge gebe, und der antwortet: „Nein, solche Berge haben wir nich, aber wenn wir welche hätten, wären sie noch höher." Nun, mir ist dasselbe wirklich passiert. Ich habe einmal längere Zeit in Hannover gewohnt und ging eines Tages mit einem Berliner Besuch die schöne Allee nach Herrenhausen entlang. „Sehen Sie nur, diese Prachtbäume," sagte ich. „I wo? des is ja jar nischt jejen die „Linden" in Berlin." Ein Jahr später ging ich mit dem Mann „unter den Linden". Sie hatten ihr sommerliches Aussehen, das Sie wohl als hinreichend öde und traurig kennen. „Na, was sagen Sie nun?" frage ich meinen Begleiter. „Denken Sie einmal an die Allee nach Herrenhausen." „Ach, lassen Sie mich jehen," sagt er wieder, „ich kann mich immer nich jenug ärjern, wenn mir was besseres jezeigt wird, als in Berlin." Da haben Sie den Berliner."

Dann kam Bismarck auf die niederen Stände in Berlin und speziell auf die Packträger zu sprechen. Er beklagte sich, daß kein Mittel ausreiche, sie zuverlässig zu machen.

„Gott, machen Sie es doch wie bei uns," sagte mein Stadtrat. „Lassen Sie die Leute vor ihrem Dienstantritt vereiden."

„O," sagte Bismarck laut lachend, „der Zwirn hält nicht!"

Inzwischen waren die Thüren zum Speisesaal auch für das große „reisende Publikum" geöffnet worden, das sich allmählich zum Zugabgang einfand. Der in Leipzig allbekannte Kolporteur Hartwig benutzte die Gelegenheit, um seinem fliegenden Buchhandel einen schwunghaften Absatz zu verleihen. Er hatte dabei offenbar noch den geheimen Nebenzweck, dem preußischen Ministerpräsidenten einige ungeschminkte Proben seiner politischen Gesinnung zu geben, denn er wußte längst, wen er vor sich hatte.

„Nun, meine Herren, ist was gefällig?" sagte Hartwig, indem er Bismarck an die Seite trat und eine Reihe freisinniger Blätter auflegte.

„Ich danke."

„Deutsche Allgemeine, Kladderadatsch, neueste Nummern, enthalten wieder schöne Geschichten aus Berlin. Da hat der Bismarck wieder —"

„Bei wem erscheint denn die Deutsche Allgemeine?"

„Bei Brockhaus, mein Herr."

„Geben Sie mir die Zeitung. So, und nun noch die Illustrierte," sagte Bismarck.

„Sehen Sie, hier ist auch die neueste Volkszeitung. Lesen Sie nur einmal den Leitartikel."

„Wollen Sie mir einen Gefallen thun, guter Mann?" sagte Bismarck zu Hartwig.

„Mit dem größten Vergnügen."

„Nun, so stellen Sie Ihr Geschäft ein."

Digitized by Google

Ich stieß meinen Erzähler an. Bismarck war ins Nebenzimmer getreten, das zur Familienwohnung gehört, links vom Arbeitszimmer. Er stand dicht an der Thür. Er konnte hier in seinem Privatzimmer etwas zu besorgen haben. Wir kehrten in den Billardsalon zurück. Mir fiel jetzt erst die kolossale Größe des Bärenfelles auf, das unter dem Billard liegt. Es ist so lang wie das Billard selbst. Bismarck hat den Bären in Rußland geschossen, nachdem er ihm fünf Nächte hintereinander aufgelauert hatte.

Der große Nimrod trat soeben an unsern Kreis am Billard heran, lehnte sich mit dem Rücken dagegen, während er sprach, dann setzte er sich aufs Billard, seine Füße berührten kaum noch den Boden! und während er aufs lebhafteste mit Hennig und uns übrigen über allerlei Fragen der inneren Disziplin des Reichstags verhandelte, warf er mit der Hand von Zeit zu Zeit eine Billardkugel fast ganz nach hinten, daß sie jedesmal die beiden andern auf dem Billard berührte.

„Ich werbe heute Abend bei Ihnen um eine Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Reichstags," sagte er unter anderm. „Ich beurteile die Sache allerdings lediglich nach meiner Erfahrung. Aber ich versichere Sie, es giebt Fälle, wo ich mich in Fragen, die ich nicht verstehe, ruhig nach einem Gewährsmann umsehe, von dem ich mir die Direktion für meine Abstimmung geben lasse, oder dem ich meine Stimme im Bundesrat in den Fragen seines Faches übertrage. Solche Leute muß es geben, denn es kann unmöglich jeder alles wissen. Nehmen Sie z. B. an, es wird in einem gewissen Ministerium irgend ein wichtiger Referent krank, so kann das Geschäft oft weit empfindlicher aufgehalten werden, als wenn der Herr Chef selbst unpäßlich wäre. Er weiß ohne den Referenten nicht ein und aus. Das ist auch der einzige Grund, warum sich ein Minister meist langsamer verbraucht, als man eigentlich annehmen sollte. Sehen Sie, ähnlich dachte ich mir Ihre Stellung. Es kann doch ein Abgeordneter auch mit dem größten Fleiß nicht alle Fragen gleichzeitig verstehen. Er muß in bestimmten Fällen den Kopf rechts oder links auf einen Führer richten können, mit dem er aufsteht oder sitzen bleibt."

Man stimmte dem Grafen im allgemeinen zu; doch Hennig als sprechender Kern des Kreises warf ihm ein, das Geheimnis der außerordentlichen Ausdehnung mancher Debatten und infolgedessen der Lichtung der Versammlung sei viel mehr die Redelust einzelner Abgeordneten, als ihre Gleichgültigkeit gegen die Sache.

„Ja, aber giebt es denn in aller Welt kein Mittel, dem zu steuern, was ich eine überreiche Duldsamkeit gegen den Eigennutz der Beredsamkeit nennen möchte?" rief Bismarck. „Jeder Mensch ist doch schließlich zur Notwehr, mindestens zum passiven Widerstand berechtigt. Ich denke mir z. B., wenn ein Abgeordneter urplötzlich das Bedürfnis empfindet, zweihundert ehrliche Männer eine Stunde lang mit einer Auseinandersetzung über das beste Rayongesetz der Welt zu unterhalten, wozu ihm aller und jeder Beruf abgeht, oder ein General geriete plötzlich auf das Gebiet der Naturwissenschaften und spräche über künstliche Fischzucht oder

Digitized by Google

über die Begründung von Arbeitergenossenschaften — da müssen Sie doch ein Mittel haben, dem Manne bemerklich zu machen, daß Sie von ihm nicht viel lernen können."

„Das einzige Mittel, Excellenz, was in diesem Falle mit der Verfassung und der Geschäftsordnung so lange vereinbar ist, als es der Präsident sich nicht verbittet, ist das: tüchtig mit den Pulten zu klappern und anderweit nach Möglichkeit Lärm zu machen," sagte Hennig achselzuckend.

„Ich spräche keine drei Sekunden weiter, wenn ich jemals so schätzbare Beweise der Aufmerksamkeit des hohen Hauses erhielte," erwiderte Bismarck, „und würde höchstens darüber im Zweifel sein, wie ich einen passenden Schluß finden könnte. Aber denken Sie einmal darüber nach, ob nicht Ihr verehrter Präsident etwas mehr in der Richtung thun könnte. Er hat doch schließlich das kostbare Gut der gemeinsamen Zeit zu verwalten und muß unter Umständen gegen den Eigennutz der Beredsamkeit entschieden rücksichtslos sein."

„Ja, das Haus wird ihm dafür sehr dankbar sein," warf Hennig ein, „aber der Redner, Excellenz —"

„Der wird sich schnell daran gewöhnen!" rief Bismarck. „Sehr bald wird er sich sagen, wie der Fuchs beim Balgabziehen: „das ist ja nur ein Übergangsstadium." Aber wollen die Herren nicht ein wenig soupieren?"

Die Gesellschaft begab sich allmählich durch das Zimmer mit den gelben Gobelins voll chinesischer Tiere, Türme und Menschen nach dem unsern Lesern gleichfalls bereits vorgestellten Speisesaal.

Auf dem Wege zum Büffet kam ich noch einmal an Bismarck vorüber. Er hatte soeben mit dem Abgeordneten Stadtsyndikus Albrecht aus Hannover [1]) sich in ein Gespräch eingelassen, demselben Albrecht, der im vorigen Jahre das Herzeleid durchmachen mußte, daß ihm infolge des sogenannten „Notgewerbegesetzes" der übliche Ochse streitig gemacht wurde, den sonst seit rechtsverwährter Vorzeit die Fleischergilde zu Hannover dem Stadtsyndikus zu gestellen gehabt hatte. Um den Ochsen handelte es sich nun dermalen nicht, denn ihn hatte Albrecht sich mannhaft erstritten. Aber die Frage, die Bismarck vorlegte, schien eben so fein und eben so bestritten, denn wir hörten Bismarck noch sagen: „Nun, Ihnen sind die Haare ausgegangen und mir auch, da haben wir wenigstens einen wichtigen gemeinsamen Anknüpfungspunkt und werden uns leichter verständigen."

Das Büffet hatte wieder alle Reize norddeutscher kalter Küche entfaltet. Auch diesmal hatte sich an der rechten Wand als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht ein Tisch mit Abgeordneten besetzt, unter denen wir den feinen, geraden Polizeipräsidenten von Köln, Devens [2]), die beiden wackeren Söhne rother Erde (Evelt [3]) und Hosius [4]), und den mürrischen ehrlichen Günther-

---

[1]) Nationalliberal.

[2]) Freikonservativer Abgeordneter des 5. Wahlkreises des Regier.-Bez. Düsseldorf.

[3]) Staatsanwalt in Hechingen (Centrum).

[4]) Kreisgerichtsrat in Neuwied (nationalliberal).

Digitized by Google

Sachsen[1]) namhaft machen. Sehr bald erschien auch Bismarck und setzte sich zwischen Evelt und Devens. Er weilte über eine Viertelstunde an diesem Tisch, seinem Maiwein lebhaft zusprechend.

„Wie schmeckt Ihnen mein Maiwein?" fragte er unter anderm Evelt.

„O, vortrefflich, Excellenz!"

„Sonderbar, daß ich den Waldmeister am südlichsten in Heidelberg gefunden habe, als Student. Meine süddeutschen Kommilitonen lernten den Maitrank aber immer erst durch uns Norddeutsche kennen. Sie z. B. in Hohenzollern werden gar keinen Waldmeister mehr produzieren."

„O ja," sagte Evelt. „Bei uns wächst der vorzüglichste Waldmeister — aber ich muß mich meinerseits auch rühmen, den Schwaben zuerst die zauberhafte Verwendung desselben gelehrt zu haben."

„Das ist der Segen Ihrer rauhen Alp," sagte Bismarck wieder. „Lägen Sie tiefer, so würden Sie keinen Waldmeister mehr hervorbringen."

Sehr lange sprach der Tisch über die Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Reichstags, die auch hier Bismarck warm befürwortete, obwohl er zugestand:

„Ich habe kaum erwartet, daß der Reichstag zur Zeit der Fliederblüte mit einer Gewerbeordnung von hundertzweiundsiebzig Paragraphen fertig würde."

Aber er hörte auch manch' freies Wort.

„Wir werden sofort die Beschlußfähigkeitszahl herabsetzen," hieß es, „aber nur unter der Bedingung, daß Diäten gezahlt werden und daß der Bundesrat Monate lang vor Eröffnung des Reichstags alle Gesetzesvorlagen fertig beraten hat, so daß die Abgeordneten der verschiedensten Parteien nach dem Wort ihrer Führer während der Session in An- und Abwesenheit sich teilen können."

Eine Gruppe Abgeordneter, mehrere Kellner mit verschiedenen Tellern und Gläsern wandelten zwischen mir und den Sitzenden vorüber. Als ich wieder an den Tisch trat, erzählte Bismarck vom General von Strotha etwa Folgendes:

„Der Mann war ruhig in Frankfurt Kommandant der Bundesgarnison; da trifft ihn ein Telegramm des damaligen Ministerpräsidenten Grafen von Brandenburg, sofort nach Berlin zu kommen und sich im Ministerium einzufinden. Strotha fährt über Hals und Kopf nach Berlin und hier sofort zu Brandenburg.

„Ich habe Eure Excellenz rufen lassen, um Sie zu bitten, das Ministerium des Krieges zu übernehmen."

„Mich? Um Gotteswillen, was fällt Eurer Excellenz ein? Ich bin dazu ja in gar keiner Weise geeignet."

„Ja, das hilft alles nichts, lesen Sie hier diese Kabinettsordre Seiner Majestät des Königs, der Sie zum Kriegsminister wünscht."

Strotha liest mit großer Bestürzung und sagt:

„Ja, wenn Seine Majestät befiehlt, muß ich freilich gehorchen."

---

[1]) Rittergutsbesitzer Theodor Günther, Vertreter des 11 Wahlkreises des Königreichs Sachsen (bundesstaatlich, konstitutionell).

Digitized by Google

„Nun, lieber Kollege," fährt Brandenburg fort, „nun müssen Sie aber auch heute um zehn Uhr in der Kammer erscheinen."

„O bewahre!"

„Ja, das hilft Ihnen nichts, sehen Sie hier ein andres Schreiben Seiner Majestät, welches ausdrücklich verlangt, daß Sie das Kriegsministerium der Kammer gegenüber vertreten."

„Dann muß ich freilich gehorchen," sagte der neue Kriegsminister mit einem bangen Seufzer.

Er will sich eben entfernen, um wenigstens noch etwas zu memorieren für seine mutmaßliche Jungfernrede, da sagt Brandenburg:

„Das wissen Sie wohl, Kollege, daß Sie in Civil in der Kammer erscheinen müssen?"

Strotha stand sprachlos vor Entsetzen.

„Ich habe gar keins," stotterte er endlich.

„Ja, da müssen Sie sich bis zehn Uhr einen Anzug besorgen, der König will es so."

„Dann muß ich freilich gehorchen" erwidert Strotha beklommen, sich hinausschleichend. Aber er wußte sich zu helfen. Er nahm sich eine Droschke und fuhr zum Mühlendamm, wo die Trödler wohnen. Um zehn Uhr aber sah man in der Kammer einen Mann sitzen am Ministertisch mit unendlich hohem Kragen, Frackärmeln, die ihm bis über die Hände reichten — kurz, einen wundervollen neuen Kriegsminister."

Der ehrliche Günther-Sachsen, der sich niemals verstellen kann und sonst so finster dreinblickt, schaute den Bundeskanzler mit unverhohlenem Vergnügen an; der Kreis wurde immer heiterer, belebter.

„Warten Sie, Günther," sagte der Lausitzer Mosig von Aehrenfeld, der Erbfeind des Landesältesten von Thielau, „ich sehe, Sie sind ganz bezaubert von Bismarck; ich werde Ihre Abtrünnigkeit einer gewissen Zeitung in Leipzig denunzieren."

Inzwischen waren auch die Frau Gräfin und deren Tochter eingetreten und hatten am Büffet Platz genommen. Es war spät geworden und daher wohl Zeit zum Abschied. Der liebenswürdige Wirt reichte uns die Hand, vor den Damen verbeugten wir uns und verließen das Haus.

22. Mai 1869. 4. parlamentarische Soiree.

5. Juni 1869. 5. parlamentarische Soiree, zu der auch die neu hinzugetretenen Mitglieder des Zollvereins mit Einladungen bedacht wurden [1]).

12. Juni 1869. 6. parlamentarische Soiree. Dieselbe war in gewohnter Weise zahlreich besucht und Nord und Süd in allen Parteigruppierungen vertreten; nur die Sozialdemokraten hatten sich bis jetzt fern gehalten und der

[1]) Die Einladung lautete für einen nur für diesen speziellen Abend zugezogenen Gast: Graf Bismarck-Schönhausen würde es dankend erkennen, wenn der Herr Oberzollrat Freiherr von Aufseß ihm die Ehre erzeigen wollte, ihn heute Abend 9 Uhr zu besuchen.
Berlin, den 5. Juni 1869.

Digitized by Google

berühmte „Präsident" Mende[1]) schien seiner Zusage, „bei Bismarck den Thee nehmen zu wollen," untreu zu werden.

Ein ausführliches Referat über diesen letzten Abend besitzen wir von Hans Blum, welcher darüber wie folgt berichtet:

Bismarck sah zum zweitenmal das deutsche Zollparlament bei sich zu Hause in den einfach schönen Räumen seines Hotels an der Wilhelmstraße. Bier, Maitrank, Oderkrebse, alles mundete den Gästen vortrefflich, die Unterhaltung ging hoch. Die widerstrebendsten Geister fanden sich hier. Zum großen Leidwesen des trefflichen Abgeordneten Professor Marquardsen aus Erlangen hatte der große Däne und Bauer Krüger-Beftoft (dessen Verhaftung wegen landesverräterischer Umtriebe uns die Zeitungen kürzlich meldeten) diesen nicht losgelassen und sich vergeblich abgemüht, einen Funken dänischer Sympathie aus diesem stahlharten Holsteiner von Geburt herauszuschlagen. Professor Marquardsen war durch den zähen Danomanen der Abend verbittert, ohnehin die zehnte Stunde vorüber. Er winkte seinem Freunde Dr. Völk aus Augsburg, heimlich und französisch sich mit ihm zu drücken. Links aus dem Gobelinzimmer führt eine prächtige kleine Thür direkt hinaus auf den Gang. Man verschwindet lautlos und mit Beschleunigung. Die Ministerien Manteuffel und Schleinitz und andre sind alle durch diese Thür verschwunden. Völk und Professor Marquardsen wollten dasselbe thun.

Da hören sie hinter sich eine volle Mannesstimme: „He, Völk, Sie dürfen noch lange nicht heim, Sie müssen noch eins trinken auf die „Mainbrücke"![2]) — Und dabei hatte Bismarck seinen Arm vertraulich um den des großen Redners gelegt, der am 18. Mai 1868 die Versöhnungs- und Verheißungsworte gesprochen hatte: „Es ist Frühling geworden in Deutschland!" und ihn und seinen Freund Marquardsen zurückgezogen in das hinterste Zimmer, wo nach den parlamentarischen Abenden sich sonst die Familie des Kanzlers zu versammeln pflegte.

Auf die „Mainbrücke" mußte Völk schon anstoßen, wenn er auch sonst nicht gewollt hätte, es war ja sein eigen Kind, erst heute Abend seinem Haupte entsprungen und von den Freunden mit Jubel begrüßt: der treffende Name für die Streiter der deutschen Einheit im Zollparlament aus Bayern, Baden und Hessen, die bis dahin namenlos zusammen in Berlin getrunken und gewirkt hatten. Wenn solch' ein Pate sich zur Taufe einfand wie Bismarck, durfte Völk seinem Sprößling alles Gute verheißen. Mit Wasser wurde nicht getauft, sondern mit

---

[1]) Am 29. April 1869 erging folgendes Telegramm an den Regierungspräsidenten von Kühlwetter in Düsseldorf, betreffend die Behandlung des inhaftierten Abgeordneten Mende:

„In der gestrigen Reichstagssitzung ist geltend gemacht worden, daß der Abgeordnete Mende im Gefängnisse nicht mit Schonung behandelt werde. Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich zu vermitteln, daß man demselben zulässige Rücksicht angedeihen lasse. Graf Bismarck

Hierauf erfolgte folgende telegraphische Antwort: „Die Vermittelung ist erfolgt und der Untersuchungsrichter veranlaßt worden, dem Mende die Selbstverpflegung zu gestatten.

Kühlwetter.

[2]) So hatte Völk an demselben Abend eine von ihm ins Leben gerufene süddeutsche nationale Vereinigung getauft.

Digitized by Google

„Berliner Aktien" d. h. -Bier. „Ich denke, wir wählen Bier," hatte Bismarck in richtiger Erkenntnis der bayerischen Natur gesagt.

So saß man denn fünfviertel Stunden bei einander, als ob man nie wieder von einander gehen wollte, als ob kein Main mehr in Deutschland flösse, und mit rückhaltloser Offenheit wurden gegenseitig Gedanken getauscht, Zustände der Vergangenheit und Gegenwart, Hoffnungen und Befürchtungen für die Zukunft besprochen. Bismarck, wie immer geistsprudelnd, witzig, in den ernstesten Erörterungen voll märkischer Einfälle.

Plötzlich wurde er still und tief-ernst. Das Gespräch war unwillkürlich bei der Luxemburger Frage angekommen und seine Gäste machten ihm kein Hehl aus ihrer Verwunderung, daß er damals nicht losgeschlagen habe wider den französischen Übermut. Indem die Abgeordneten diese Frage tränkten in die Schilderung von der Stimmung ihrer Heimat, wie man damals den Krieg gern gesehen, jetzt das scheinbare Zurückweichen Preußens vor Frankreich in Luxemburg beklage und auf seiten der Ultramontanen und Radikalen wider den Kanzler ausbeute, klang die Frage fast wie ein Vorwurf.

Mit wenigen Worten zeichnete der Kanzler die Situation von damals, als wolle er präludieren zu dem Thema, das, dem Ernst und der Energie seiner Züge nach, ihn von Grund seines Herzens beschäftigte und ergriff, wie kein andres. Dann fuhr er fort, während rasche Blitze aus seinen tiefliegenden Augen schossen:

„Ich bin eine lange, schwere Woche — sie hat aber nur von Dienstag bis Freitag gedauert — über die Frage des Krieges mit Frankreich gesessen. Nicht die Eventualität einer Niederlage war es, was uns beschäftigte — denn Moltke hatte versichert, daß wir siegen werden. Aber es war die Frage zu entscheiden, ob wir Krieg mit Frankreich anfangen sollten selbst im Falle der Gewißheit oder höchsten Wahrscheinlichkeit des Sieges. Auch diese Frage haben wir verneint und uns entschlossen, den Krieg nur zu führen, wenn wir dazu gezwungen würden. Wir haben all' die ungeheuren Verluste, all' den Jammer und das Elend in den Tausenden von Familien erwogen. Ja, meine Freunde, schauen Sie mich immer groß an, meinen Sie, ich habe nicht auch ein Herz? Glauben Sie mir, ich habe ein Herz, das genau so fühlt wie das Ihre. Krieg bleibt immer Krieg — das Elend der vom Kriege ausgesogenen Länder, all' der Jammer der Witwen und Waisen — das ist alles so schrecklich, daß ich für meine Person nur im alleräußersten Notfalle zu diesem Mittel greife."

Er that einen tiefen Zug und fuhr fort:

„Wir glaubten, es könne der Krieg, je länger er verschoben werde, vielleicht ganz vermieden werden, sei es durch gewisse Ereignisse in Frankreich, oder daß das französische Volk zu der Einsicht komme, daß die beiden großen Nationen wahrlich besseres zu thun hätten, als sich um Grenzen zu streiten. Wir glaubten namentlich, daß Gebietserwerbungen nur den Keim zu neuen Kämpfen enthielten und daß die beiden Völker — wenn man einmal sie widereinander führte — sich wie Bulldoggen ineinander verbeißen und verbluten könnten.

Digitized by Google

Wir wollten Herren sein im eigenen Hause, aber die einmal gewordenen Grenzen nicht mehr verrücken."

Endlich sagte er, mit der ihm eigenen zornigen Kurzatmigkeit, wenn er besonders erregt ist:

„Wenn man freilich unsre Friedensliebe nicht anerkennen will, und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, so werden wir ihn mit aller Kraft führen, und Sie — die Bayern — dürfen und werden sich sehr beeilen, daß sie bei der ersten Schlacht, die voraussichtlich bei Metz geschlagen wird, schon dabei sein können. Wir aber werden schon bei dieser Schlacht den Franzosen an Zahl, und auch an andern Dingen bedeutend überlegen sein."

Der Kanzler hielt inne.

„Auch General Moltke," bemerkte Völk, um das überaus interessante Gespräch weiter zu führen, „hat mir schon voriges Jahr beim Schlusse des Zollparlaments im Weißen Saale versichert, daß wir den Franzosen im gegebenen Falle an Zahl und Schnelligkeit bedeutend überlegen sein würden."

„Er hat Ihnen recht gesagt, verehrter Freund," erwiderte Bismarck zuversichtlich, und vor seinem geistigen Auge mochten die Hunderttausende deutscher Krieger vorüberziehen nach dem Rhein, und alle die guten Mächte über ihren Häuptern, die wir für einen Kampf wider den Erbfeind vorrätig hatten und nun wirklich entsendet haben.

Er war ernst und still geworden, der Kanzler, die geheimen Gedanken und Papiere, die im preußischen Archiv ruhten, und die wir nun zum Teil auch kennen, mochten ihm die Stunde vor Augen führen, wo seine Worte wahr werden sollten.

Seine letzten Gäste drückten ihm die Hand zum Abschied und gaben sich drunten vor dem Hause das Wort, dieses Tages zu gedenken. — —

Außer von Blum besitzen wir über die parlamentarische Soiree vom 12. Juni 1869 auch noch eine Schilderung des bayerischen Abgeordneten Dr. Franz Völk, einem Briefe entnommen, den derselbe am folgenden Tage an seine Frau in Augsburg richtete. Dort heißt es: „Abends bin ich mit Petersen und Marquardsen zu Bismarck gegangen; derselbe hat mich sehr freundlich empfangen. Ich habe dort auch die Frau Gräfin und Tochter, sowie Schlör, Hohenlohe und Varnbüler getroffen. Wir hatten eine süddeutsche nationale Vereinigung gestiftet und suchten nach einem Namen; da fiel mir ein, daß man die Gesellschaft „die Mainbrücke" nennen könnte. Dieser Name fand bei Bluntschli u. a. Beifall und wurde sehr heiter aufgenommen, so daß auch Bismarck davon hörte; derselbe kam nun mit einem vollen Glase herbei, ließ mir ebenfalls ein solches reichen und stieß mit mir auf „die Mainbrücke" an, und denke Dir, er hat sein Glas auf einen Zug ausgetrunken, was ich dann auch that. Er führte dann, während die meisten Leute sich schon entfernten, mit mir, Lasker und Marquardsen eine Stunde lang ein sehr interessantes Gespräch über Politik, König, Preußen, Bayern, die Armee und viele andre Gegenstände, von dem ich nur wünschte, daß ich es vollständig hätte. Ich werde aber was ich noch weiß aufschreiben und Dir vieles davon erzählen."

Die Parlamentarier, auf die sich während der damaligen parlamentarischen Kampagne das Hauptinteresse konzentrierte, waren[1]): Geheimrat Wagener, ehedem Redakteur der Kreuzzeitung, eine trockene Gestalt von etwas steifer büreaukratischer Haltung, Miquel, Bürgermeister von Osnabrück, ein schlanker, mittelgroßer Mann, dessen bleiches, etwas kränkliches Gesicht, von hoher Intelligenz durchleuchtet, sympathisch berührte, von Sybel, noch in den besten Jahren, mit hellblondem Haar und frischem, roten Gesicht, Braun-Wiesbaden, eine ungemein joviale Erscheinung, Lasker, Bennigsen, ein großer Mann, dessen rötliches Gesicht mit hoch hinauf kahler Stirn, über welche eine breite Narbe lief, und mit dunklem Volibart ihm das Aussehen eines einfachen Landjunkers gab, wenn nicht die scharfen, beweglich umherspähenden Augen von einer lebhaften und erregten geistigen Thätigkeit Zeugnis abgegeben hätten. Endlich Windthorst, damals Kronoberanwalt des Appellationsgericht zu Celle, früher hannoverscher Staatsminister. Es war kaum möglich, daß zwei Persönlichkeiten einen schärferen Kontrast bildeten, als Graf Bismarck und Windthorst. Der frühere hannoversche Justizminister, im damaligen Augenblick Bevollmächtigter des Königs Georg für die Verhandlungen über die Vermögensabfindung, erschien in seiner auffallend kleinen, durch die gebückte Haltung noch niedrigeren Gestalt fast zwerghaft neben dem hohen, mächtigen Wuchs des Bundeskanzlers. Ebensoviel freie Offenheit, bewußte und stolze Kraft als in den markigen Zügen des Grafen Bismarck lag, ebensoviel versteckte List und Schlauheit drückten die geistreichen Züge des eigentümlichen, charaktervoll häßlichen Gesichts Windthorst's aus. Ein sarkastisches Lächeln spielte oft um den breiten, aber beweglichen und ausdrucksvollen Mund — eine Brille mit großen, runden Gläsern schien mehr den Zweck zu haben, die Augen zu verhüllen, als das in der That schwache Gesicht zu unterstützen, denn der spähende Blick des kleinen, grauen Auges richtete sich im Gespräch fast immer über den Rand der Brille auf den vor ihm Stehenden. Die breite, runde, mächtig gewölbte Stirn war überdeckt von sehr dünnen, kurzen Haaren, — die auffallend kleinen, weiblich zierlichen Hände, welche aus den weiten Ärmeln des altmodischen Fracks hervorspielten, begleiteten die Rede mit lebhafter Gestikulation, — das Kinn begrub sich oft in die weite, weiße Halsbinde, während das Auge von unten herauf den Eindruck der gesprochenen Worte zu verfolgen versuchte. Er trug den Stern des österreichischen Ordens der Eisernen Krone auf der Brust, das Kommandeurkreuz des hannoverschen Guelfenordens an lang herabhängendem blauen Bande um den Hals.

Die auf Sonnabend, den 19. Juni 1869 angesetzt gewesene parlamentarische Soiree fiel aus, da Graf Bismarck den König auf der Reise durch Ostfriesland begleiten mußte.

---

[1]) Vergl. zum Folgenden Gregor Samarow: Europäische Minen und Gegenminen, I. Bd., S. 178 ff.

Digitized by Google

2. II. Ordentliche Session des Norddeutschen Bundes und des Zollparlaments 1870[1]).

12. März 1870. 1. parlamentarische Soiree[2]).

19. März. 1870. 2. parlamentarische Soiree[3]).

Am 31. Juli 1870 verließ Fürst Bismarck Berlin, um sich nach dem Kriegsschauplatz zu begeben; erst am 8. März 1871 kehrte er aus Frankreich wieder nach Berlin zurück. Bismarck hat während dieser Zeit vielfach mit Reichstagsabgeordneten Berührung gehabt, und zwar sowohl mit professionellen Parlamentariern, wenn man Leute wie Friedenthal, Graf Frankenberg, von Bennigsen, Simson, von Forckenbeck, von Köller, Dr. Bamberger, von Roggenbach, von Brauchitsch so nennen will, als mit Persönlichkeiten, welche vor 1870 dem Reichstag oder dem Zollparlament angehört hatten, sei es auch nur vorübergehend und ohne in den Parlamentsverhandlungen hervorgetreten zu sein. In diese zweite Kategorie rechne ich den Grafen Guido Henckel von Donnersmarck, Mitglied des konstituierenden Reichstags, welchen Bismarck zum Präfekten in Metz ernannt und seiner finanziellen Kenntnisse halber auch zu den Beratungen über die von Frankreich zu zahlende Kriegskostenentschädigung hinzugezogen hatte[4]); sodann die Reichstagsabgeordneten Fürst Pleß[5]), Herzog von Ratibor und von Mittnacht (württembergischer Justizminister)[6]).

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

30. September 1870, Ferrières. Das Mitglied des Zollvereins Dr. Hans Blum aus Leipzig, der Verfasser des kürzlich erschienenen vielbesprochenen Werkes „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", zur Tafel des letzteren in Ferrières gezogen. Der Kanzler ist durch die Teilnahme an der Tafel des Königs verhindert, selbst an seinem Tische zu erscheinen und Blum zu sprechen[7]).

28. Oktober 1870, Versailles. Beim Diner des Bundeskanzlers die Reichstagsabgeordneten von Bennigsen von den Nationalliberalen[8]), von Friedenthal

---

[1]) Es tagte der Reichstag vom 14. Februar bis 26. Mai 1870, das Zollparlament vom 21. April bis 7. Mai 1870.

[2]) Es wohnten derselben fast alle Mitglieder des Bundesrats und Mitglieder des Reichstags aus ziemlich allen Fraktionen bei.

[3]) Der Graf und die Gräfin Bismarck hatten Einladungen an die Mitglieder des Reichstags ergehen lassen, wonach ihre Salons vom 12. März bis zum 9. April an jedem Sonnabend abends 9 Uhr für die Abgeordneten geöffnet waren. Es scheinen also mehrere Abende, und zwar wegen Unwohlseins des Kanzlers, ausgefallen zu sein.

[4]) Vergl. Busch: „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I. S. 28, Bd. II. S. 295, 364, 371 und 378 (Graf Bismarck übernachtet bei dem Grafen Henckel in Metz).

[5]) a. a. O. Bd. I. S. 70, Bd. II. S. 20, 35, 124.

[6]) a. a. O. Bd. I. S. 225.

[7]) Blum kam nach Ferrières als Kriegskorrespondent des „Daheim" und stellte sich, einer Anregung von Moritz Busch folgend, persönlich zu beliebiger Verfügung, eventuell für eine Stelle der Verwaltung oder Justiz in den okkupierten Teilen Frankreichs.

[8]) Bennigsen hatte beim Kanzler bereits am 22. Oktober seine Karte abgegeben.

Digitized by Google

von den Freikonservativen und von Blanckenburg von den Konservativen. Bismarck hatte die Herren zu sich berufen, um Vertreter der verschiedenen Gruppen der damaligen Reichstagsmehrheit über gewisse Fragen zu hören. welche damals gelegentlich des Abschlusses der Bundesverträge mit den deutschen Staaten einen Gegenstand der Verhandlungen bildeten. Auch die Frage einer Berufung des Reichstags nach Versailles kam in Erwägung. Von der Berufung eines Vertreters der Fortschrittspartei nach Versailles hatte Bismarck abgesehen. „Die wollen nur — bemerkte er — was nicht möglich ist. Sie sind wie die Russen, die auch im Winter Kirschen essen und im Sommer Austern haben wollen."

Das Tischgespräch drehte sich u. a. um die Flucht des gefangenen französischen Generals Ducrot und die zukünftige Staatsform in Frankreich.

4. November 1870, Versailles. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Bamberger, welcher sich bereits seit dem 1. November in Versailles eingestellt hatte, zu Tisch beim Kanzler. Das Gespräch drehte sich um die Verzögerung der Beschießung von Paris und die Berufung des Reichstags nach Versailles, dem, wie Bismarck meinte, möglicherweise das Zollparlament folgen könnte.

28. November 1870. Das Mitglied des Reichstags Fürst Pleß Tischgast bei Bismarck.

25. November 1870, Versailles. Der Reichstagsabgeordnete Graf Frankenberg Tischgast des Kanzlers. Gesprächsthemata: Die Mißstimmung in Berlin über die Verzögerung des Bombardements von Paris, die energische Kriegsführung der Bayern und die Vorgänge bei der Kapitulation von Sedan.

4. Dezember 1870, Versailles. Der Reichstagsabgeordnete, frühere badische Minister Freiherr von Roggenbach bei Bismarck zu Tisch. Bismarck äußerte sich gegen denselben hauptsächlich über die unfreundliche Kritik, welche die Zeitungen über die kürzlich abgeschlossenen Verträge mit den süddeutschen Staaten brachten. „Nun ja, — sagte der Kanzler — die Kritik muß man sich gefallen lassen. Aber man hat die Verantwortlichkeit dafür, wenn nichts zu stande kommt, während die Kritiker unverantwortlich sind. Mir ist's einerlei, wenn sie mich tadeln, wenn die Sache nur im Reichstag durchgeht. Die Geschichte kann sagen, der elende Kanzler hätte es auch besser machen können. Will der Reichstag ändern, so kann auch jeder süddeutsche Landtag ändern, in andrer Richtung, und dann zieht sich der Prozeß in die Länge und mit dem Frieden, wie wir ihn wollen und brauchen, wird nichts. Elsaß kann doch nicht beansprucht werden, wenn keine politische Persönlichkeit geschaffen ist, wenn kein Deutschland da ist, welches es für sich erwirbt." Roggenbach erklärte sich auf Bismarck's Wunsch sogleich bereit, nach Berlin zu gehen, um den Ungenügsamen unter den Abgeordneten Mäßigung zu predigen. Bismarck rechnete ihm die schnelle Abreise hoch an.

5. Dezember 1870, Versailles. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Bamberger zu Tisch. Wiederum kamen die Verträge mit den süddeutschen Staaten aufs Tapet. Das Verhalten des Fürsten in dieser brennenden Frage wurde als korrekt bezeichnet. „Ja, aber die im Reichstag!" versetzte Bismarck gegen Bamberger gewandt. „Ich muß immer denken: ihr Herren, ihr Herren,

Digitized by Google

ihr verderbt mir den ganzen Vogelfang. Sie wissen, Kaiser Heinrich! Da wurde es zuletzt noch gut. Aber hier. Die können sich dann Mann für Mann totschlagen lassen auf dem Altare des Vaterlandes, es hilft doch nichts." — Er sann einen Augenblick nach, dann fuhr er mit einem halben Lächeln fort: „Man sollte die Landtags- und Reichstagsmitglieder verantwortlich machen wie die Minister, nicht mehr und nicht minder, auf dem Fuße völliger Gleichheit. Ein Gesetz, betreffend Abgeordnetenverantwortlichkeit, wenn sie wichtige Staatsverträge nicht bewilligt hätten, wegen Landesverrat, oder wenn sie, wie die in Paris, grundlos und leichtsinnig Krieg gut geheißen hätten. Die waren alle dafür, nur Jules Favre nicht. Vielleicht schlage ich noch einmal ein solches Gesetz vor."

Später kam man auf das Heranrücken der Kapitulation von Paris zu reden, die in spätestens vier Wochen erfolgen müsse. „Ja — seufzte der Kanzler — wenn es erst zu der kommt, da wird meine Not erst recht losgehen." — Bamberger meinte: „Man sollte sie gar nicht bloß kapitulieren lassen, sondern gleich den Friedensschluß von ihnen verlangen." — „Ganz recht — entgegnete Bismarck — das ist auch meine Meinung, und man sollte sie durch Hunger dazu zwingen. Aber es giebt hier Leute, die vor allen Dingen ihrer Menschlichkeit wegen gelobt sein wollen, und die uns damit alles verderben; ganz abgesehen davon, daß wir zunächst menschlich von unsern eignen Soldaten denken und dafür sorgen sollten, daß sie nicht unnütz Not leiden und totgeschossen werden." — — — — „'s ist mit dem Bombardement auch so. Und daß man die Kartoffelsucher schont — die müßten auch totgeschossen werden, wenn man sie mit Hunger zwingen will."

15. Dezember 1870, Versailles. Bei Tisch der Reichstagsabgeordnete Graf Frankenberg. Bismarck bemerkte, der Beginn des Bombardements von Paris sei nun wohl in acht oder zehn Tagen zu erwarten, der Erfolg aber werde in den ersten Wochen vielleicht gering sein, da die Pariser Zeit gehabt hätten, Vorkehrungen dagegen zu treffen. Frankenberg sagte, in Berlin und vorzüglich im Reichstag spräche man von nichts so viel als von den Ursachen, aus denen man bis jetzt unterlassen, Paris zu bombardieren. Alle andern Dinge träten davor zurück. — „Ja — erwiderte Bismarck — jetzt, wo Roon die Sache in die Hand genommen hat, geschieht doch was. Es sind tausend Wagen und die nötige Bespannung zum Munitionfahren auf dem Wege hierher, und von den neuen Mörsern sollen auch welche angekommen sein. Von jetzt an können wir bald etwas erwarten."

Man kam auf die Art zu sprechen, wie die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums vor den Reichstag gebracht worden sei, und mehrere der Anwesenden äußerten sich dahin, daß man dabei nicht so zu Werke gegangen, wie zu wünschen gewesen. Die Sache sei mit wenig Geschick arrangiert worden. Die Konservativen habe man von der bevorstehenden Mitteilung nicht avertiert, und so sei dieselbe gerade in die Zeit gefallen, wo sie beim Frühstück gesessen, und Windthorst habe dem Anschein nach nicht Unrecht gehabt, wenn er mit gewohnter Gewandtheit im Benutzen der Umstände bemerkt habe, er hätte von der Versamm-

lung mehr Teilnahme erwartet. — „Ja — sagte Bismarck — es mußte bei dieser Sache eine wirksamere mise en scène stattfinden. — — — Es hätte einer auftreten müssen, um seine Unzufriedenheit mit den bayerischen Verträgen auszusprechen. Es fehlte dies und es mangelte jenes. Dann mußte er sagen: ja wenn sich ein Äquivalent für diese Mängel gefunden hätte, etwas, worin die Einheit ausgesprochen wäre, das wäre was andres, und nun mußte man den Kaiser hervorziehen." — „Er ist übrigens wichtiger als mancher glaubt, der Kaiser." — — — „Übrigens gebe ich ja zu, daß der bayerische Vertrag seine Mängel und Lücken hat; es ist das aber leicht gesagt, wenn man keine Verantwortlichkeit hat. Wie war's denn, wenn ich mich weigerte und nichts zu stande kam? Es läßt sich gar nicht ausdenken, welche Verlegenheiten die Folgen gewesen wären, und so hatte ich eine Heidenangst über die Unbefangenheit der centralistischen Reichstagsmitglieder."

17. Dezember 1870, Versailles. Der Reichstagsabgeordnete von Arnim-Kröchlendorf, der Schwager Bismarck's, bei demselben zu Tisch. Das Gespräch drehte sich in der Hauptsache wiederum um das Bombardement und die Stellung, die eine gewisse Partei im Hauptquartier zu demselben eingenommen hatte. Bei Tisch hieß Bismarck Bucher nach Berlin telegraphieren, der König werde am folgenden Tage um zwei Uhr nachmittags die Reichstagsdeputation empfangen. Als Arnim sagte, er könne nicht mehr essen, da er vorher zu viel Saucischen gehabt, sagte Bismarck lächelnd: „Wo waren die denn her? Doch nicht etwa aus Paris? Denn da wäre Gefahr von wegen Ratte." Sie sollen nämlich zu dieser Zeit in Paris wirklich mit frischem Fleisch nur noch knapp versehen gewesen sein, und es hieß, daß an einigen Stellen ein förmlicher Rattenmarkt bestanden habe, dem die Katakomben gute Waare in Fülle lieferten.

18. Dezember 1870. Graf Bismarck wohnt in Versailles dem Empfang der Reichstagsdeputation durch den König bei[1]). An dem Tage, da die Mitglieder der Adreßdeputation bei dem König speisten, saßen dem König gegenüber Graf Bismarck, ihm zur Rechten saß Präsident Simson, zur Linken der Vize-Präsident des Reichstags, Herzog von Ujest. Weiterhin an der äußeren und inneren Seite der Tafel die übrigen Abgeordneten. Am folgenden Tage war Tafel beim Kronprinzen. Derselbe hatte zu seiner Rechten den Grafen Bismarck, zu seiner Linken den Präsidenten Simson. Die Unterhaltung war frei von Zwang.

23. Dezember 1870, Versailles. Zu Tisch der Reichstagsabgeordnete Dr. jur. Friedrich Freiherr von Schwarzkoppen-Rottdorf. Derselbe war in das Hauptquartier gekommen, um einen Präfekten-Posten oder eine andre Stellung in der Verwaltung der occupierten Teile Frankreichs zu übernehmen.

23. Januar 1871, Versailles. Unter den Tischgästen der Reichstagabgeordnete Graf Frankenberg.

[1]) Eine Beschreibung des Empfangs brachte der „Preußische Staatsanzeiger." Vgl. auch die „Grenzboten" 1871, I. Quartal, S. 285, 338 und 393: Die Kaiserfahrt der Reichstagsabgeordneten nach Versailles.

Digitized by Google

26. Januar 1871, Versailles. Die Abgeordneten von Köller und von Forckenbeck bei Bismarck zum Thee. Bismarck betonte, daß man bald wieder Geld brauchen werde. „Wir wollten nicht mehr vom Reichstag verlangen," sagte er, „da wir nicht dachten, daß der Krieg so lange dauern würde. Nun habe ich an Camphausen geschrieben, der aber verweist uns auf Requisitionen und Kontributionen. Die sind jedoch schwer einzutreiben, da es uns bei dem weiten Raume, über den wir uns ausgebreitet haben, an Truppen zur Erzwingung fehlt. Um so ein Land von 12000 Quadratmeilen ganz in seine Hände zu bekommen, müßte man zwei Millionen Soldaten haben." — „Auch ist alles durch den Krieg teurer geworden. Wenn wir requirieren, kriegen wir nichts. Wenn wir bar bezahlen, kommt immer noch genug auf den Markt und billiger als in Deutschland. Der Scheffel Hafer kostet hier vier, aus Deutschland bezogen sechs Franken." — „Nun dachte ich erst daran, mir die Matrikulaturbeiträge eher bezahlen zu lassen. Das giebt aber nur zwanzig Millionen, da Bayern bis zweiundsiebzig noch eigne Rechnung hat. Da habe ich mir nun den Ausweg gedacht, daß man sich an unsern Landtag wenden könnte, daß er eine Summe als Vorschuß bewilligte. Man muß nur erst wissen, was wir den Parisern abdrücken können, d. h. der Stadt Paris; denn mit der allein haben wir's jetzt zu thun." — Forckenbeck war der Ansicht, der Plan Bismarck's würde im Landtag keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen. Zwar würden die Doktrinäre die Berechtigung bestreiten, und andre würden sagen, da müsse Preußen immer wieder aushelfen und Opfer für die übrigen bringen, allein die Mehrheit würde man aller Wahrscheinlichkeit nach haben, wie Köller bestätigen werde, was dieser denn auch that.

---

3. Reichstagssoireen in der I. Session des Deutschen Reichstags 1871[1].

In der Zeit von der Abreise Bismarck's in das Hauptquartier bis zu seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz (31. Juli 1870 bis 9. März 1871) fielen Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus (9. November Urwahlen) und zum ersten deutschen Reichstag (3. März 1871). Die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses war folgende: 116 Konservative, 55 Freikonservative, 123 Nationalliberale, 50 Fortschrittler, 59 Centrum. Der Reichstag zählte: 55 Konservative, 39 Freikonservative, 33 liberale Reichspartei, 119 Nationalliberale, 46 Fortschrittspartei, 70 Centrum inkl. Welfen. Bezeichnend war insbesondere das Auftreten und gewaltige Anwachsen der klerikalen Fraktion. In zehnfacher Zahl waren die Klerikalen aus den Neuwahlen hervorgegangen. Der Kampf zwischen Kirche und Staat war denn auch für die nächsten Jahre der Angelpunkt der ganzen

[1]) Es tagte der Reichstag während der I. Session der I. Legislatur-Periode vom 31. März bis 12. Juni 1871.

Digitized by Google

inneren politischen Entwickelung. Auf die Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium (8. Juli 1871) folgte das sogenannte Kanzelgesetz (10. Dezember 1871); die Thronrede vom 19. Dezember 1871 kündigte Gesetze über Eheschließung und Standesregister, über die rechtlichen Wirkungen des Austritts aus der Kirche und über die Schulaufsicht an; im Januar 1872 wurde der Kultusminister von Mühler durch Falk ersetzt.

15. April 1871. 1. parlamentarische Soiree[1]). In derselben bildete die Frage der Sitzungsdauer des Reichstags den Gegenstand lebhafter Unterhaltung.

22. April 1871. 2. parlamentarische Soiree, zu der die Mitglieder des Bundesrats und die Reichstagsabgeordneten sich zahlreich versammelten.

29. April 1871. 3. parlamentarische Soiree.

23. Mai 1871. 4. parlamentarische Soiree.

27. Mai 1871. 5. parlamentarische Soiree. Es waren nur etwa 25 Abgeordnete anwesend; zuletzt setzten sich die Herren und Damen alle um einen Tisch; der Fürst zwischen Duncker und Lasker, und neben Lasker der alte Wrangel, vor dessen charakteristischem faltenreichen Gesicht mit dem aufwärts gedrehten Schnurrbart freundliche Heiterkeit strahlte. —

Während des ersten Reichstags gehörte auch der württembergische Rechtsanwalt August Ludwig Reyscher (nationalliberal) zu den Abgeordneten, welche sich interessierten, Bismarck persönlich näher zu treten. In seinen Erinnerungen aus alter und neuer Zeit (Freiburg und Tübingen 1884, S. 291) schreibt derselbe: Ich bildete mir nicht ein, in Berlin eine politische Rolle zu spielen, dazu war ich schon zu alt und vielleicht zu aufrichtig: noch weniger ist es meine Gewohnheit, mich an einflußreiche Persönlichkeiten heranzudrängen. Doch erschien ich unbefangen einige Mal bei den Samstag-Abenden, wozu der Fürst und die Fürstin von Bismarck die Abgeordneten eingeladen hatten.

Als ich das erste Mal mit zwei andern Süddeutschen [Elben[2]) und Heydenreich[3])] dort eintrat, kam der Fürst auf uns zu, indem er gleichsam sich entschuldigte, daß er noch so wenig in den Reichstag gekommen sei, er habe soviel Abhaltungen; erst heute, wo er hatte kommen wollen, sei ein Fabrikant aus Lothringen bei ihm gewesen, um ihm zu klagen, daß jetzt eines seiner Werke diesseits, das andre jenseits der deutschen Grenze liege; es sei eben schwer, allen Klagen abzuhelfen. (Als später der Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 veröffentlicht wurde, erinnerte ich mich dieser Äußerung des Fürsten wieder; denn durch das in dem Zusatz III für den erweiterten Umkreis der Festung Belfort tauschweise festgesetzte Hinausrücken der deutsch-lothringischen Grenze war vielleicht der Beschwerde jenes Industriellen abgeholfen worden.) An einem folgenden

---

[1]) 17. April 1871. Fürst Bismarck wohnt der von der Stadt Berlin veranstalteten Begrüßungsfeier für die Mitglieder des ersten deutschen Reichstags bei. Vergl. „Nat.-Ztg." vom 19. April 1871, Nr. 182, „N. Pr. Ztg." vom 19. April 1871, Nr. 91.

[2]) Dr. Otto Elben, Hauptredakteur und Herausgeber des „Schwäbischen Merkur", nationalliberal.

[3]) Ludwig Heydenreich, nationalliberal, Abgeordneter des I. Wahlkreises der bayerischen Pfalz.

Digitized by Google

Bismarck=Abend glaubte der württembergische Gesandte Freiherr von Spitzemberg mich dem Fürsten persönlich vorstellen zu sollen. Es war aber schon spät und die Gäste strebten dem Büffetzimmer zu. So kam es nur zu dem Wechsel einiger wenigen Worte: „Sie vertreten einen schönen Teil Ihres Landes." — „Jedenfalls einen der ältesten Teile von Württemberg."

So freundlich es war, — so schließt der Abgeordnete Reyscher — den Reichstagsmitgliedern einen Vereinigungspunkt in den Räumen des Herrn Reichskanzlers anzubieten, einen eigentlichen Ruhe= und Erholungspunkt bildeten diese nicht. Das lange Herumstehen in den Empfangszimmern war nach den vielen Beschäftigungen des Tages für ältere Herren ermüdend, und auch das Büffet, wo man, wieder stehend, den Hut unter dem Arm, sich Speisen und Getränke holen konnte, hatte wenig Anziehungskraft für mich. Lieber unterhielt ich mich mit der anmutigen Gemahlin des württembergischen Gesandten von Spitzemberg, einer geborenen Freiin von Varnbüler, welche immer einen kleinen Hof von Württembergern um sich hatte und durch ihre ungezwungene Heiterkeit und edle Einfachheit sich auszeichnete.

3. Juni 1871. 6. parlamentarische Soiree. Der Fürst verhielt sich im ganzen schweigsamer als früher, und während er es sonst liebte, bald mit diesem, bald mit jenem de omnibus rebus et quibusdam aliis zu sprechen, drehte sich dieses Mal die Unterhaltung wesentlich um die Friedensverhandlungen. Aus diesen Unterhandlungen ist die Mitteilung des Fürsten interessant, daß der Umtausch des Landes bei Belfort gegen das kleinere Gebiet bei Luxemburg von ihm erst in Frankfurt a. M. bei den Unterhandlungen mit Jules Favre in Erwägung genommen und auch ohne Rückfrage in Berlin beschlossen wurde. Als der Fürst dann in Berlin diese neue Grenzregulierung vorlegte, war man anfangs damit unzufrieden, jedoch drangen die Gründe, welche er für die Annahme vorbrachte, sehr bald durch. In Bezug auf die neuesten Ereignisse von Paris verhielt sich Bismarck zurückhaltend.

10. Juni 1871. 7. parlamentarische Soiree. Der Verkehr des Reichskanzlers mit seinen parlamentarischen Gästen ließ nichts zu wünschen übrig[1]). Daß sein alter ego in der Postsekretärsache sich mit dem Reichstag nicht zu verständigen vermochte, hatte auf den Reichskanzler nicht den allergeringsten Eindruck gemacht[2]). Unter den Reichstagsmitgliedern war dagegen nur eine

---

[1]) Die „Köln. Ztg." Nr. 162 vom 13. Juni 1871 bemerkte: Allmählich und zu gutem Zweck sind die Abende beim Fürsten Bismarck zu einem Bestandteile des politischen Lebens unsrer neuen Reichs- und Kaiserstadt geworden. In Ländern mit längerer parlamentarischer Vergangenheit hat diese Verquickung der Politik und Gesellschaft schon längst stattgefunden und alle Parteien und Interessen sind froh darum. Wenn der Reichskanzler diese gute Sitte bei uns eingeführt hat, verdient er dafür auch vom volksfreundlichen Standpunkte alle Anerkennung, da ein angenehmes soziales Zusammensein den Gang der politischen Arbeit wesentlich erleichtert.

[2]) In der Sitzung des Reichstags vom 10. Juni 1871 gab der Präsident des Reichskanzler-Amts Delbrück in Sachen des Petitionsrechts der Postbeamten eine ziemlich gewundene Erklärung ab, welche Verhandlungen im Gefolge hatte, die nicht nach dem Wunsch der Regierung verliefen. (Stenogr. Ber. S. 1121—1129).

Digitized by Google

Stimme darüber, daß es dem Fürsten Bismarck selber ein Leichtes gewesen wäre, mit seiner Bonhommie dasjenige zu erreichen, was dem Naturell des sonst sehr würdigen Präsidenten des Reichskanzler-Amts[1]) versagt war. In der That schien das „Hornberger Schießen" des Vormittags weder dem Kanzler noch den Reichstagsmitgliedern den abendlichen Humor verdorben zu haben. Die beschauliche Aufmerksamkeit der Gäste des Hauses, in welches der älteste Sohn Graf Herbert eben eine glückliche Heimkehr aus dem Kriege mit ehrenvollen Narben gehalten hatte, teilte sich zwischen einem in künstlerischer Vollendung ausgeführten Ehrenbürger-Diplom der Stadt Worms, welches dem Kanzler im Laufe des Tages von einer Deputation der Stadt überreicht worden war, und dem historischen Tischchen von Versailles, worauf der Präliminarfriede unterzeichnet wurde, und der für diesen Abend als ehrenvolle Last die prächtige Kapsel des Leipziger Ehrenbürgerbriefs trug. Unter den anwesenden Gästen, welche alle Fraktionen zahlreich vertraten, hatte der neue Bürgermeister von Dortmund, der rote Becker, alle Mühe, den vielen Beglückwünschungen aus allen Richtungen der politischen Windrose gerecht zu werden. Mit großem Jubel wurde es aufgenommen, als der ehrwürdige, aber jugendlustige Alterspräsident des Reichstags in dem Abgeordneten und Bürgermeister das künftige Herrenhausmitglied für die altberühmte Stadt der roten Erde begrüßte. Die gute Laune des Reichskanzlers erklärte sich zum Teil daraus, daß er unmittelbar vorher wie eine Bombe in die Parlamentsbau-Kommission geplatzt war und dort zum Entsetzen der Geheimräterei, aber zur großen Genugthuung der Parlamentsmitglieder, den Stein in rasches Rollen gebracht hatte. Während die bureaukratischen Techniker Berlins, die übrigens Fürst Bismarck nötigenfalls durch Wiener zu ersetzen drohte, die Vollendung des Provisoriums erst nach zwei Jahren in Aussicht stellten, sollte jetzt Dank der Bismarck'schen Intervention der Reichstag schon im Herbst in die Porzellan-Manufaktur anständig unter Dach und Fach kommen. Die bedeutsame Hinweisung auf Wien verfehlte ihre Wirkung nicht, wenn auch der Vorschlag eines Reichstagsmitglieds, das Wiener Reichstagsgebäude auf Abbruch und Aufstellung bei uns zu kaufen, da man es an der Donau nicht mehr nötig habe, von einer hohen Autorität für sehr hübsch, aber diplomatisch nicht verwendbar erklärt wurde.

Wie bemerkt, hatte etwa eine Viertelstunde vor Beginn der parlamentarischen Soiree durch eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister von Worms und drei Herren des Stadtvorstandes, die Übergabe des Ehrenbürgerbriefs der Stadt Worms stattgefunden. Über diesen Akt und die Gespräche, die Bismarck mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation teils bei der Übergabe, teils im Verlauf der parlamentarischen Soiree führte, ist bisher noch nichts veröffentlicht worden. Es werden also ein paar Notizen wohl am Platze sein.

---

[1]) Wir sind jetzt noch in der Zeit, da das alte Reichskanzler-Amt unter Delbrück außer dem jetzigen Wirkungskreise des Reichsamts des Innern die Post-, Justiz- und die Finanzsachen des Reichs verwaltete.

Digitized by Google

Auf die Ansprache des Bürgermeisters Brück erwiderte der Kanzler: „Ich fühle mich sehr geehrt, mich mit einer Stadt in nähere Berührung gebracht zu sehen, welche uns schon aus der Schule her als eine Zierde des Reiches bekannt ist. Hoffen wir, daß Worms das schlimmste Jahrtausend überstanden hat, oder Deutschland müßte ja sonst aus dem Leim gehen; aber ich glaube gewiß, daß uns die Franzosen fern bleiben werden. Genehmigen Sie, meine Herren, meinen besten Dank."

Bei der ferneren Unterhaltung mit den Wormser Abgesandten äußerte Fürst Bismarck noch folgendes: „Ich habe bei einem so affrontierenden Angriff von Frankreich nicht geglaubt, daß wir so rasch dort sein würden; deshalb habe ich auf die Abtretung von Metz bestanden. Ich fragte die Herren vom Generalstabe, was halten Sie von Metz? Darüber ist nicht zu reden, sagten sie, Metz ist eine Armee von 120000 Mann wert, Belfort 8000. — Von beiden Städten wollten wir eine haben. Selbstverständlich behielten wir Metz. Metz hält eine große Armee auf, an Belfort kann jede vorbeimarschieren. Übrigens sind die französischen Lothringer nicht so schlimm, als wie man sagt; wer stark haßt, liebt auch sehr. Als ich in meinem ersten Quartier in Frankreich war, sagte mir mein Quartiergeber, bei dem ich beiläufig ein sehr zähes, zahmes Kaninchen verspeiste: Egal, wer uns nimmt, ob Russen oder Preußen; die ziehen wir vor, denen wir die wenigsten Steuern bezahlen. Ich sagte, weniger Steuern zahlen Sie bei uns als in Frankreich, wie lange weiß ich nicht. Aber wie ist es mit dem Militär? fragte der Lothringer. Ich sagte, bei uns muß jeder Soldat werden, der Sohn des Präfekten muß so gut dienen wie der Sohn des ärmsten Mannes; ich und meine Kinder sind auch Soldaten, worauf er sich mit dem Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht einverstanden erklärte." — —

Jeden Franzosen, den ich los werden kann, werde ich gern los, wozu die Bekehrungsversuche[1])?

Trinken Sie, meine Herren, das einzige, was einen noch zusammenhält, ist der kolossale Durst."

---

4. II. Session des Reichstags 1871[2]).

28. Oktober 1871. 1. parlamentarische Soiree. Die Salons waren bis in die Ecken von Mitgliedern aller Fraktionen so gefüllt, daß der Verkehr schwierig war. Große Gruppen bildeten sich nach den politischen Parteien. Die Gespräche drehten sich vornehmlich um das Münzgesetz und den Reichskriegsschatz. Fürst Bismarck dokumentierte den liebenswürdigen Wirt, bewegte sich

---

[1]) Um den Sinn dieser Worte richtig zu deuten, müßte man wissen, in welchem Zusammenhange sie gesprochen wurden.

[2]) Die II. Session der I. Legislaturperiode des Reichstags währte vom 16. Oktober bis 1. Dezember 1871.

Digitized by Google

von einer zur andern Gruppe, an der Unterhaltung teilnehmend, und versäumte nicht, die Gäste auf das Büffet zu verweisen, wo er selbst aus einer großen silbernen Kanne seinen Gästen ein Schmollis zutrank, worauf das Fiducit nicht ausblieb. Allgemein wurde bedauert, daß die von einem Unwohlsein befallene Fürstin nicht zugegen war.

4. November 1871. 2. parlamentarische Soiree. Stark besucht. Der Kanzler war sichtlich niedergeschlagen, wodurch die Stimmung sich als eine gedrückte zeigte. Plötzlich verbreitete sich die Nachricht von dem Tode des Schwiegervaters des Fürsten, des Herrn von Puttkamer, worauf sich die anwesenden Gäste alsbald anschickten, die Salons zu verlassen[1]).

16. November 1871. Diner für Mitglieder des Reichstags. 42 Gedecke[2]).

18. November 1871. 3. parlamentarische Soiree. Hauptgegenstand der Unterhaltung war der Antrag der bayerischen Regierung, welcher eine neue Bestimmung des Strafgesetzbuchs gegen die Überschreitung der Amtsbefugnisse katholischer Priester aufgenommen wissen wollte (Kanzelparagraph). Den Reichskanzler sah man viel und lange mit dem Abgeordneten Lasker sprechen. Die zahlreich besuchte Soiree verlief sonst in heiterer und ungezwungener Weise[3]).

Über das Verhältnis Bismarck's zu Lasker ist bereits viel geschrieben worden. Gewiß war dem Kanzler das Wesen Lasker's, der es liebte, im doktrinärsten Tone den ganzen Bundesrat zu belehren, in hohem Grade unsympathisch; auf der andern Seite war er aber für viele Fragen ein unbezahlbar wertvoller Bundesgenosse. Ich erwähne beispielsweise nur seine Unterstützung der Bismarckschen Politik bei Einbringung des Antrags wegen Erweiterung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht. Mit Bezug auf die partikularistische Haltung der Bevollmächtigten der drei Königreiche äußerte Bismarck um diese Zeit: „So kann es nicht fortgehen, da kämen wir in die alten Bundestagszeiten zurück, ja wir wären sogar noch schlimmer daran; denn damals waren doch nur die Schrullen der Regierungen maßgebend, und bekümmerten sich diese um ihre Landtage wenig oder gar nicht, jetzt aber hätte man auch noch mit diesen oft zweifelhaften und künstlich erzielten Majoritäten zu rechnen, das wäre der sicherste Weg zum Chaos! Die Partikularisten und Ultramontanen sollten nicht vergessen, daß sie ihre Hauptstützen in Paris und Wien verloren haben, und daß Reichsverfassung und Reichstag uns ganz andre Handhaben bieten, über ihre Wünsche, die bisher fast allzugroße Berücksichtigung gefunden haben, fortan zur Tagesordnung überzugehen."

---

[1]) Die parlamentarische Soiree für Sonnabend, den 11. November 1871, war wegen häuslicher Verhältnisse abgesagt worden.

[2]) Außer den Mitgliedern des Bundesrats waren auch die Präsidenten des Reichstags Dr. Simson, Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, von Weber geladen. Letzterer war Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten und zeitweise Vize-Präsident des Reichstags.

[3]) Die Sonnabend-Soiree vom 25. November 1871 sagte der Reichskanzler seines Unwohlseins halber ab.

Digitized by Google

5. Abgeordneten- und Herrenhaus-Diners im Januar, und Soireen in der Reichstags-Session 1872[1].

13. Januar 1872. 1. Diner zu Ehren des Abgeordnetenhauses von 30 Gedecken[2].

20. Januar 1872. 2. Diner zu Ehren des Herrenhauses[3].

20. April 1872. 1. parlamentarische Soiree. Die Einladung lautete: für Sonnabend den 20. April und die folgenden Sonnabende. Zu den Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags aus allen Fraktionen gesellten sich diesmal noch mehrere Diplomaten. Das Interesse der Gäste wurde von den vielen reich ausgestatteten Ehrendiplomen Sr. Durchlaucht in Anspruch genommen, die eingehend in Augenschein genommen wurden. Bis spät abends war die Unterhaltung eine lebhafte. Unter den Gästen befand sich auch der Appellationsgerichtsrat Dr. August Reichensperger. Derselbe war mit Bismarck schon vom Parlament in Erfurt her bekannt, wo er zugleich mit ihm eine Zeit lang der von Stahl geführten Fraktion, ebenso wie Reichensperger's Bruder, angehörte. Als der Reichstagsabgeordnete Dr. August Reichensperger den Büffet-Saal eben verlassen hatte und die übrigen Gäste des Fürsten, Herren und Damen, in denselben einzogen, nahm ihn Bismarck bei Seite, führte ihn in ein anstoßendes Zimmer und begann dort ein Gespräch mit ihm, dessen Zweck war, Reichensperger und seinen Bruder von der kurz vorher gegründeten Centrumsfraktion, insbesondere von Windthorst abwendig zu machen. Die Unterredung war sehr eingehend und belebt. In nichts weniger als schonender Weise äußerte Bismarck sich über hervorragende katholische Persönlichkeiten, darunter auch Bischöfe, wobei er es an Kraftworten nicht fehlen ließ. Durch Andeutungen stellte er gewissermaßen

[1]) Die III. Session der I. Legislaturperiode des Reichstags währte vom 8. April bis 19. Juni 1872.

[2]) Geladen waren dazu u. a. die Staatsminister Graf von Roon, Graf von Itzenplitz, Graf zu Eulenburg, von Selchow, Camphausen, Delbrück und von Stosch, der Gesamtvorstand des Abgeordnetenhauses, bestehend aus den drei Präsidenten von Forckenbeck, von Köller, von Bennigsen, den Schriftführern, den Quästoren Häbler und Richter (Hirschberg) und den Vorsitzenden der Abteilungen, den Abgeordneten Dr. Löwe, Lampugnani, von Bonin, Engelken, von Kardorff und von Denzin. In Abwesenheit der Fürstin Bismarck machte die Tochter des Hauses die Honneurs.

[3]) Geladen waren das Bureau und hervorragende Mitglieder desselben, außerdem der General der Kavallerie Freiherr von Manteuffel, der frühere Ministerpräsident Freiherr von Manteuffel, Graf zu Lippe, von Rabe, von Senfft-Pilsach, Präsident Dr. Götze, Professor Dr. Dernburg, von Kleist-Retzow, ferner der Kaiserliche Botschafter am großbritannischen Hofe Graf Bernstorff, die Grafen Nesselrode, Pückler, Perponcher, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses Braun, Hammacher und Graf Wintzingerode, die Geheimen Räte von Klützow, von Landsberg und Herzog, sowie einige Herren aus Lothringen, die sich als Deputierte hier befanden, die Herren Simon und Péridon aus Metz, Herr Marchall aus Thionville und Herr Denis aus Dieuze.

den späteren sogenannten Kulturkampf in Aussicht[1]). Reichensperger ließ es an Gegenbemerkungen nicht fehlen, welche zu erkennen gaben, daß er, zur Zeit jedenfalls, sich nicht veranlaßt sehen könne, vom Centrum sich loszusagen, dessen Führer Windthorst er in Schutz nahm. Bismarck's Verhalten dem Abgeordneten gegenüber war an jenem Abend durchweg freundlich. Als Reichensperger von ihm schied, gab derselbe seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß Bismarck, in seiner Machtstellung, so viel Wesens aus dem Centrum mache, welches immer Minorität bleiben werde und sich nur in der Defensive halten könne. Bismarck antwortete darauf nur mit einer ablehnenden Handbewegung, reichte Reichensperger die Hand, um sich zu seinen Gästen zu begeben, die er so lange vernachlässigt hatte. Auf die wohlwollende Gesinnung, welche Bismarck dem Abgeordneten gegenüber persönlich stets bewiesen hat, hatte der Vorgang keinen Einfluß.

Der verstorbene lübeckische Reichstagsabgeordnete Wichmann hat folgende interessante Aufzeichnung über eine Unterhaltung hinterlassen, welche er und der ebenfalls verstorbene Abgeordnete Hölder aus Stuttgart bei dieser Soiree mit dem Fürsten Bismarck hatten. Dieser sagte dabei im wesentlichen:

„Es ist doch angenehm, beim jedesmaligen Zusammentreten des Reichstags wieder alte Bekannte zu sehen; man hat dabei noch den Vorteil, aus Norden und Süden, von allen Seiten, die verschiedenen Stimmungen und Wünsche immer frisch und neu kennen zu lernen. Das sollte eigentlich auch der Bundesrat leisten, aber der Vorteil geht eigentlich bei seiner gegenwärtigen Zusammensetzung verloren. Ich halte es für einen großen Vorzug unsrer Verfassung, daß das Reich aus sehr verschiedenen Staaten, großen und kleinen besteht; der Bundesrat sollte nun die demnach verschiedenen Wünsche und Bestrebungen als ein Substrat des ganzen Reichs in einem Gesamtbilde zum Ausdruck bringen. Ich vermisse aber schmerzlich, daß die kleinen Staaten und ihre Vertreter dies nicht zu erkennen scheinen oder sich nicht offen auszusprechen wagen. Ich möchte in der That mehr Opposition haben und empfinde diese Zurückhaltung als einen Mangel an Vertrauen in meine ehrlichen Absichten. Es ist eigentlich ein Unglück, daß Preußen 1866 so groß geworden ist, und ich für meinen Teil hätte sehr gerne Hannover, Hessen und Nassau als souveräne Staaten erhalten gesehen. Aber es ging leider nicht. Die Dynastien waren ja ganz verkommen, sie waren nicht mehr in der Lage, ihre Stellung und ihre Aufgabe zu verstehen. Die Thorheit ging so weit, daß sie die Menschen einteilten in Männer, Weiber und Fürsten. Es hieß anfangs nach dem Frieden, der Kaiser habe die Absicht, mich mit einer ansehnlichen Dotation zu begnadigen und mich zum Herzog von Lauenburg zu machen. Ich hätte das sehr gerne gesehen und mich sehr gefreut, ein Stück souveränen Bodens unter den Füßen zu haben. Ich würde dann ganz anders aufgetreten sein, wenn ich als solcher Mitglied des Bundesrats geworden wäre. Im Bundesrat müßte wie im Hause der englischen Lords eine

[1]) Die obenstehenden Mitteilungen verdanke ich der gütigen Mitteilung des Abgeordneten Dr. August Reichensperger.

Digitized by Google

viel rücksichtslosere und festere Haltung der Einzelregierungen der Bundesregierung gegenüber sich geltend machen. Aber jetzt sitzen alte, geschulte Bureaukraten darin, die immer erst hören wollen, wie die großen und mächtigen Staaten über die Sache denken. Warum könnte nicht z. B. der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt ebenso oppositionell auftreten wie ein englischer Lord? Aber er fürchtet, wenn er zum Geburtstag des Kaisers oder zur Parade hierher kommt, von dem ein unfreundlich Gesicht zu sehen. Was kann ihn das viel kümmern? Ich würde mich außerdem gern verpflichten und alles dazu thun, daß mein gnädiger Herr von solchen Dingen, die im Bundesrat vorgehen, nichts erführe. — Mir wäre es ganz recht, wenn in den Bundesrat demokratische Krakehler gewählt würden, die, ohne Rücksicht auf Preußen zu nehmen, ihre Ansichten scharf und rückhaltslos aussprächen. Aus solchem Kampfe würde sich der große Vorzug, den nach meiner Ansicht unsre Verfassung hat, erst recht herausstellen, aber bei den Herren, wie sie jetzt sind, ist darauf nicht zu rechnen. Nun mit der Zeit wird sich das auch wohl noch machen."

Der Reichstagsabgeordnete Hölder schrieb seiner Frau über dieselbe Unterhaltung. Ich lasse den betreffenden Brief auszugsweise hier folgen:

Berlin, den 23. April 1872.

Bismarck würdigte mich auch eines längeren Gesprächs, wenn man es so heißen will, da in solchen Fällen er nahezu allein spricht. Seine Gespräche sind aber immer interessant durch den Geist und die Ungeniertheit seiner Äußerungen. Er begann mit der Bemerkung, daß er mit dem Bundesrat unzufrieden sei, weil es in demselben an Opposition fehle. Es zeige dies einen Mangel an Vertrauen, als ob man einen Staat oder den opponierenden Vertreter dies entgelten lassen könnte, und er bedaure dies. Sein Ideal bezüglich des Bundesrats wäre, daß die kleinen Fürsten sich durch Absendung junger, frischer, wenn auch stürmischer Kräfte in den Bundesrat Bedeutung verschaffen sollten. Für solche Kräfte wäre das eine vortreffliche Schule, und in die Geschäfte käme mehr Leben. Die kleinen Fürsten sollten sich mehr als Reichsfürsten, als Oberhaus, denn als Landesherren fühlen. Das habe er hauptsächlich mit dem Bundesrat im Auge gehabt. Unter den jetzigen Umständen mußten die Institutionen dem Ganzen den Halt geben und darum bedaure er besonders, daß sich der Bundesrat nicht nach seiner Idee entwickeln wolle. Im Übermaß seiner Gnade habe der Kaiser einmal daran gedacht, ihn zum Herzog von Lauenburg zu machen. Wäre dies ausgeführt worden, so hätte er gezeigt, welche Leute man in dem Bundesrat brauche; er hätte einen tüchtigen Opponenten geschickt, der der Reichsregierung hätte warm machen müssen u. s. f. — Solche Reden sind natürlich nicht wörtlich zu nehmen, allein sie zeigen doch, welcher Reichtum geistreicher Ideen in diesem Manne ist."

---

27. April 1872. 2. parlamentarische Soiree.

4. Mai 1872. 3. parlamentarische Soiree.

Digitized by Google

11. Mai 1872. 4. parlamentarische Soiree. Der befriedigende Eindruck, den die Verständigung des Bundesrats über die schwierige Frage der Restverteilung der französischen Kriegskontribution hervorgerufen hatte, fand in der Stimmung des Abends einen unverkennbaren Ausdruck. Der Vorgang brachte das Gespräch des Wirtes auf sein Zusammentreffen mit Napoleon bei Sedan: „Als ich — bemerkte Bismarck — dem Kaiser Napoleon in dem kleinen Stübchen bei Sedan beinahe eine Stunde gegenübersaß, war es mir gerade zu Mute, wie als jungem Menschen auf dem Balle, wenn ich ein Mädchen zum Cotillon engagiert hatte, mit dem ich kein Wort zu sprechen wußte, und das niemand abholen wollte."

In das Jahr 1872 fiel das 25jährige Jubiläum des Parlamentarismus in Deutschland. Als dem Fürsten Bismarck von einem Vertreter der alten Anschauungen bemerkt wurde, daß die Verfassungszustände in Deutschland sich wohl kaum länger als noch fünfzig Jahre haltbar erweisen würden, antwortete er, daß er eigentlich für die Gegenwart zuviel zu thun habe, um sich mit tiefsinnigen Spekulationen beschäftigen zu können, was nach einem halben Jahrhundert wohl geschehen werde. Wenn er aber über Konstitutionen seine Meinung äußern solle, so müsse er sagen, dieselben seien in der heutigen Zeit nicht mehr zu entbehren. Die Volksvertretung und die Presse müßten der Regierung durchaus zur Seite stehen, denn auch der größte absolute Monarch könne heute nicht mehr die verwickelten Verhältnisse des Staatswesens beherrschen. Die Volksvertretung und die Presse hätten vor allem die Pflicht, die Schäden der Verwaltung aufzudecken. Mit der hohen Politik sollten sie sich weniger beschäftigen, denn in dieser seien die leitenden Fäden meist so verborgen, daß der Uneingeweihte kein genügendes Urteil gewinnen könne.

---

6. Landtags- und Reichstags-Session 1873[1].

In den Jahren 1872/73 erzitterte der Bau der konservativen Partei, auf welche sich Bismarck bisher gestützt hatte, in allen Fugen. In der Konfliktszeit war er ganz auf ihr kleines Häuflein angewiesen. Sein Bündnis machte sie aber bald erstarken, und aus Dankbarkeit, vielleicht noch mehr aber aus praktischen Erwägungen, beschlossen sie, mit ihm auch zu einer Zeit durch dick und dünn zu gehen, da Bismarck bereits keine exklusiv konservative Politik im Innern mehr trieb. Sie sahen ihn eines ihrer Ideale nach dem andern über Bord werfen, und machten gleichwohl überall mit: bei der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit, der Koalitionsfreiheit, der Wucherfreiheit, dem allgemeinen direkten Wahlrecht[2])

[1]) Die IV. Session der I. Legislatur-Periode des Reichstags währte vom 12. März bis 25. Juni 1873.

[2]) In einem Zeitpunkte, da so viel von einer Abänderung des von Bismarck eingeführten Wahlrechts die Rede ist, mag an ein Gespräch desselben aus dem Jahre 1866 erinnert werden, worüber Freiherr von Völderndorff, lange Jahre im Auswärtigen Amte in München beschäftigt,

Digitized by Google

und bei den Annektionen deutscher Staaten [1]). Aber bis zur Befreiung der Schule von der Kirche, welche Bismarck in dem Schulaufsichtsgesetze [2]) vorschlug, wollten sie nicht mitgehen.

Bismarck ließ damals den gegen das Gesetz agierenden Konservativen durch seine Vertrauensmänner mitteilen, daß er das Haus auflösen würde, falls sie nicht für das Gesetz stimmten, und so dasselbe zum Falle brächten. Welche Folgen dann eine neue Wahl für die Herren hätte, möchten sie aus seinem Entschlusse ermessen, keine Regierungskandidaten aufstellen zu lassen. Ein guter Teil der Alt- und Freikonservativen fand es hierauf geraten, unter die Anhänger

---

folgendes zu erzählen weiß: „Der Kanzler erörterte zuvörderst, daß das System, eine Reichsvertretung durch Delegationen der Landtage zu bilden, weder in Deutschland möglich, noch Deutschlands würdig gewesen wäre. Er meinte, auf die Delegationen wären Schillers Verse passend gewesen: „Zum Teufel ist der Spiritus; das Phlegma ist geblieben." Er fuhr dann fort: — die Worte sind mir unvergeßlich — „Ängstlichen Gemütern hätte es nun wohl zugesagt, die Wahl durch allerlei Kautelen, als da sind Census, Klassenwahl, Abstufung durch Wahlmänner und andres, einzuengen; aber ich bin nie ein ängstliches Gemüt gewesen. Einem andern Volk als dem deutschen hätte allerdings auch ich vielleicht ein so gefährliches Recht einzuräumen nicht gewagt. Die Deutschen aber sind nach meiner Überzeugung, wenigstens im Norden, zu neun Zehnteilen königstreu gesinnt; die große Masse der Bevölkerung hält im Grunde ihres Herzens zu ihrer Regierung, wenn sie auch mit dem Munde raisonniert. Die Leute wissen, daß sie ehrlich und gewissenhaft regiert werden, und im entscheidenden Augenblick kann man sich auf sie verlassen." Diese Anschauung der wirklichen Mehrheit, fuhr der Kanzler fort, habe bei der bisherigen komplizierten Wahlmaschinerie nicht zur Geltung kommen können, vielmehr sei durch dieselbe die Entscheidung in die Hände von Führern gelegt, welche berufsmäßig der Regierung, und zwar meist um persönliche Zwecke zu verfolgen, Opposition machten. Gerade in denjenigen Kreisen, aus denen die Wahlmänner hervorgehen, und welche bisher allein zu wählen hatten, herrschte jenes Besserwissenwollen und Gescheidtersein als die Regierung. Wenn dagegen das Volk selbst, unbeeinflußt und auf sich selbst verwiesen, frei und ungehindert und ohne sich überwacht zu fühlen, seine Stimme abgäbe, werde die Regierung — vielleicht mit Ausnahme der großen Städte — in der Regel auf eine Mehrheit rechnen dürfen. „Kinderkrankheiten — bemerkte der Kanzler — werden allerdings mitunter vorkommen." Auf den Einwand, ob nicht gerade auf dem Lande bei dieser Wahlart die Pfarrer einen ungebührlichen Einfluß erhalten würden, erwiderte Graf Bismarck: „Man hat einmal sagen können: in Radetzky's Lager sei Österreich; ebenso darf man mit vollem Recht sagen: in den Zeiten nach Jena war Deutschland in den protestantischen Pfarrhäusern; also dieser Einfluß wird nur gut thun. Und was die katholischen Geistlichen betrifft, so habe ich auch zu ihnen das Vertrauen, daß sie wenigstens bei uns vor allem Preußen sind, und dann erst katholische Geistliche, die Polen und die im Collegium Germanicum der Jesuiten erzogenen freilich ausgeschlossen. Aber alle Fünfer kann man nicht grade machen.

[1]) Ein Urteil englischer Zeitungen über die Handlungsweise Bismarck's in betreff der depossedierten Fürsten findet sich in der „National-Zeitung" von 1868, Nr. 68.

[2]) Die gewaltige Adressenbewegung, welche aus diesem Anlasse einsetzte und dem Fürsten Bismarck eine kräftige moralische Unterstützung brachte, kann man verfolgen in Artikeln der „National-Zeitung" vom Jahre 1872: Nr. 77 (Posen), 96 (Paderborn), Nr. 93 (Oberschlesien), 102 (Langensalza), 103, 107, 108 (Oberhausen), 110 (Saarbrücken und St. Johann), 111, 128 (Zürich), 114, 118, 119, 120 (47 Mitglieder der 2. badischen Kammer), 121 (Hirschberg), 130 (Schleiden), 355, 420 und 430 (Arthur Kinnaird).

Digitized by Google

des Gesetzes zu gehen, während ein andrer Teil aus der betreffenden Sitzung fortblieb [1]).

Ein zweiter Stein des Anstoßes war für die Konservativen die Kreisordnung. Im Abgeordnetenhause wurde sie angenommen mit 256 gegen 61 Stimmen; davon waren 45 konservativ, darunter Bismarck's Bruder. Im Herrenhaus mußte ein Pairsschub von 25 Mann die von Kleist-Retzow geführte Opposition unschädlich machen. (Annahme mit 116 gegen 91 Stimmen am 7. Dezember 1872). Das Ergebnis war eine Spaltung der konservativen Partei: die gefügige Minderheit (45) schied aus und bildete eine eigene — die neukonservative — Fraktion, im Gegensatz zu der der alten Fahne treugebliebenen Mehrheit, den Altkonservativen, 71 an der Zahl.

Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhause vom 4. November 1873 brachten eine daselbst seit sieben Jahren entbehrte liberale Majorität (74 Konservative, darunter 4 Altkonservative, 28 Neukonservative, 38 Freikonservative, 88 Centrum und Welfen, 178 Nationalliberale).

Die parlamentarische Kampagne im Jahre 1873 hatte Bismarck stark mitgenommen. Die Gründe, die ihn veranlaßten, am 1. Januar 1872 den Vorsitz im preußischen Staatsministerium an den Grafen von Roon abzugeben, sind nirgends schärfer ausgesprochen, als in seinem an denselben unterm 13. Dezember 1872 gerichteten Briefe, worin es heißt: „Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die — Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas für diese Welt entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine Frau dazutritt, wie das seit Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt; der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zu Schanden geritten hat; die Faulen halten länger aus, aber ultra posse nemo obligatur. Ich kann des Königs preußischer Ministerpräsident nicht bleiben; will Seine Majestät mich als Reichskanzler und Auswärtigen Minister behalten, so will ich versuchen, diesen Zweig weiter zu besorgen. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweisen Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen durchkreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig und die — Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den „Rednern“ wie K. und den Intriganten wie B., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also meines Erachtens neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen, und mich in Frieden auf mein diplomatisches Alten-

[1]) Gleichzeitig wurde den Mitverschworenen des Abgeordnetenhauses, den Herrenhäuslern eröffnet, daß mit Auflösung der zweiten Kammer ein Pairsschub vorgenommen werde, welcher der Regierung eine sichere Majorität im Herrenhause verschaffen würde.

Digitized by Google

teil, oder gänzlich, ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen."

Die Rückübernahme des preußischen Staatsministeriums erfolgte bereits wieder am 9. November 1873[1]. —

Nach dem Rücktritt Bismarck's vom Präsidium des Staatsministeriums gefiel es demselben, öfter eine kleine Anzahl ihm näher stehender Abgeordneten zur Mittagstafel bei sich einzuladen.

25. Januar 1873[2]. 1. parlamentarisches Diner[3]. Über dasselbe berichtet von Unruh in seinen Erinnerungen: „Am 25. Januar 1873 war ich zum Diner beim Fürsten Bismarck. Zu meiner Verwunderung wurde mir der Platz neben dem Fürsten angewiesen. Derselbe äußerte, die jetzigen Präsidenten seien anderweitig engagiert, deshalb nehme er einen alten Präsidenten aus früherer Zeit an seine Seite. Auf der andern Seite saß der Abgeordnete Miquel.

Das Gespräch während des Essens war nicht allein sehr interessant und pikant, sondern die Äußerungen, die der Fürst machte, haben nach meiner Meinung einen historischen Wert und enthalten reiches Material zur Beurteilung des Charakters Bismarck's. Deshalb schrieb ich gleich am andern Tage die wichtigsten Teile des Gesprächs möglichst treu nieder und lasse dieselben hier nach meinen Notizen folgen.

Der Fürst war in der besten Laune. Witz und Humor sprudelten bei fast allem, was er sagte, doch hatten viele seiner Aussprüche einen tief ernsten Charakter.

---

[1] Bemerkungen der „Opinione" darüber vergleiche „National-Zeitung" Nr. 529 vom 13. November 1873.

[2] An diesem Tage hielt Bismarck im Abgeordnetenhause eine bedeutsame Rede, aus welcher zwei Punkte hervorzuheben sind: Erstens versprach er mit aller Energie die vorliegenden Kirchengesetze zu fördern; zweitens betonte er, sein Verbleiben im preußischen Ministerium verbürge, daß die gesamte Politik desselben seiner, des Reichskanzlers Richtung, folgen müsse und zwar mit dem besonderen Bemerken, daß, wenn diese Solidarität später etwa einmal aufhören sollte, er sich als Reichskanzler nicht mehr für berechtigt halten würde, Mitglied des preußischen Ministeriums zu bleiben. Vergl. zu dieser Rede die „Nat.-Ztg." vom 28., 29. und 30. Januar 1873, Nr. 45, 48 und 50.

[3] An demselben nahmen teil die Abgeordneten Dr. Achenbach (Unterstaatssekretär), Dr. Bamberger, von Benda, von Bockum-Dolffs, von Brauchitsch, Dr. Braun, Dr. von Cottenet, von Denzin, Dr. Gneist, Dr. Freiherr von Goltz, Hagen, Dr. Hammacher, Kannegießer Dr. Löwe, Miquel, Overweg, Graf Renard, von Unruh, von Watzdorff, von Wedell-Malchow, Willmanns, von Marwitz, Thilenius, Dr. Lucius, Graf Limburg-Stirum (Legationsrat) und der Legationsrat Freiherr von der Brincken. — Graf Johannes Renard war am 24. März 1829 geboren, gehörte seit 1861 dem preußischen Landtage an; er war ein Mann von sehr umfassender Bildung, von vorurteilsfreiem Blick und regem Streben für die freie Entwickelung Preußens und des Reichs. Während des letzten Krieges fungierte er als Präfekt der Meurthe zu Nancy. Er war Mitglied des konstituierenden und des ordentlichen Norddeutschen Reichstags. Sein Haus in Berlin war während der Parlamentssessionen der Sammelplatz hervorragender Mitglieder aller Fraktionen der Parlamente, die er als liebenswürdiger Wirt zu Dank für manche genußreiche Stunde verpflichtete. Er starb im März 1874 an den Folgen einer Operation.

Bismarck kam gleich anfangs auf politische Tagesfragen, so auf seinen Rücktritt als preußischer Ministerpräsident zu sprechen[1]), und erklärte das Gerücht, daß er mit dem Kaiser zerfallen sei, für falsch.

Ich beschränkte mich darauf, die Bemerkung einzuschieben, es wäre gut gewesen, wenn das schöne Schreiben des Königs an ihn vom 1. Januar[2]) früher publiziert worden wäre, dasselbe habe sehr beruhigend und günstig gewirkt, wie mir Miquel bezeugen werde; man sei allgemein der Meinung, daß der Kaiser das Schreiben selbst verfaßt habe und daß es ihm aus dem Herzen gekommen sei.

Fürst Bismarck bestätigte diese Vermutung und fügte hinzu, das Schreiben habe ihm im Konzept vorgelegen und er habe nur zwei orthographische Fehler korrigiert[3]). Er hätte dies nicht thun sollen, dann würde man später an der Echtheit noch weniger gezweifelt haben.

Diese Äußerung des Fürsten frappierte mich. Als Paroli darauf sagte ich, es gäbe etwas, was ich und viele andre dem Kaiser sehr hoch anrechneten und

---

[1]) Am 1. Januar 1873 war der Kriegsminister Graf von Roon an Stelle des Fürsten Bismarck zum Vorsitzenden des Staatsministeriums ernannt worden.

[2]) Das gedachte Schreiben lautet:

„Sie wissen, mit wie schwerem Herzen Ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem Ich Sie von dem Vorsitz Meines Staats-Ministeriums entband. Aber Ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengung die zehn Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangten, und will deshalb nicht länger anstehen, Ihnen eine Erleichterung zu bewilligen.

Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie Meiner Berufung, an die Spitze der preußischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten! Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That Mich in den Stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigung zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet, und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zu teil geworden. Wenn Ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer und fester Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch, unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzler-Stellung, in engsten Zusammenhange bleiben.

Durch die Verleihung der brillantnen Insignien Meines hohen Ordens vom Schwarzen Adler will Ich Ihnen bei diesem Anlaß einen erneuten Beweis meiner höchsten Anerkennung und nie erlöschenden Dankbarkeit geben.

Mögen die Ihnen gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie erhoffen und Ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und dem weiteren Vaterlande und Mir Ihre bewährten Dienste widmen können.

Ihr

treuergebener dankbarer König

Wilhelm."

[3]) Hierin liegt nichts Auffälliges; es ist bekannt, daß der Kaiser Wilhelm I. in den Briefen, die er selbst konzipierte und schrieb, häufig eine jetzt überwundene Schreibweise anwandte. Es giebt eine große Anzahl Briefe des Kaisers, welche mit dieser jetzt für fehlerhaft geltenden Orthographie veröffentlicht wurden. Gleichwie Kaiser Wilhelm I. sich nicht mehr herbeiließ, die moderne Orthographie anzunehmen, so hat er auch seine Vorliebe, französische Wörter in den deutschen Text zu flechten, bis in die letzte Zeit bewahrt. Die zahlreichen Briefe des Kaisers, welche in den Denkwürdigkeiten des Grafen Roon abgedruckt sind, geben hierfür einen sprechenden Beweis ab.

Digitized by Google

auch die Geschichte anerkennen werde. „Nun was?“ fragte Bismarck. Ich antwortete, ich wollte mich wohl aussprechen, wenn er es nicht übel nähme. „Sprechen Sie ganz offen,“ bedeutete mich der Fürst, und ich fuhr fort: „Nun, ich meine den Umstand, daß der Kaiser einen so unbequemen Minister, wie wohl noch kein König von Preußen gehabt habe, nicht allein beibehalte, sondern seinem Rat, wenigstens in der äußeren Politik, unbedingt folge und ihm dankbar sei.“

„Das ist richtig,“ meinte Bismarck ohne jede Empfindlichkeit und setzte dann im Laufe des Gesprächs, in dem auch von dem Könige von Bayern die Rede war, hinzu, die Könige hätten einen eigentümlich weiten Blick für alles, was ihnen fromme. Das Detail, mit denen sie nichts zu thun hätten, störe sie nicht und sie nutzten die Personen, die ihnen nützlich seien, so weit als möglich aus, versuchten wohl auch über diese Grenze hinauszugehen.

Etwas später erinnerte ich den Fürsten an jenes Gespräch, das ich auf seine Veranlassung mit ihm am 20. Juni 1866 gehabt hatte[1]) und gestand ihm, daß ich damals gezweifelt hätte, ob er sein Versprechen, der Konflikt müsse in ehrenhafter Weise ausgeglichen werden, auch nach dem Siege erfüllen werde. Der Passus in der Thronrede: „die Ausgaben entbehren der gesetzlichen Grundlage, meine Regierung ist angewiesen, Indemnität nachzusuchen“, sei die Einlösung seines Wortes gewesen, und wir hätten damals gern die uns dargebotene Hand der siegenden Regierung ergriffen. Dieser Schritt, der, wie ich wisse, daalms auf viele Schwierigkeiten gestoßen, habe die neue Zeit eingeleitet und sei ein nicht genug anzuerkennendes Werk Bismarck's.

Der Fürst bestätigte meine Darstellung und setzte hinzu, allerdings seien die Meinungen in der oberen Region sehr geteilt gewesen. Es lasse sich nicht leugnen, daß man nach dem Siege von 1866 die Verfassung hätte aufheben und mit Rücksicht auf die Vergrößerung und veränderte Stellung des preußischen Staates eine andre Verfassung einführen können. Er sei aber ganz entschieden gegen einen solchen Staatsstreich gewesen, der die Siegesfreude in Bitterkeit verwandelt, die Bevölkerung der andern deutschen Staaten abgeschreckt, deren Regierungen im Gegensatz zu Preußen zu liberalen Maßregeln gedrängt und Preußen wieder völlig isoliert haben würde.

Mir schienen diese Äußerungen von bedeutendem historischen Wert und zugleich als ein Beweis, daß Bismarck das große Ziel, die Einigung Deutschlands, fest im Auge hielt und die Mittel, dazu zu gelangen, mit weisem, sichern Blick erkannte.

Im weiteren Gespräch berührte ich die Verhandlungen in Nikolsburg über die Friedenspräliminarien, von denen ich schon weiter oben gesprochen habe. Ich erkannte jene Politik der Mäßigung nach dem Siege als ein sehr großes Verdienst Bismarck's an, das ihm die Geschichte hoch anrechnen werde, und setzte hinzu, daß ohne dieses weise Verfahren 1870 ganz anders hätte verlaufen müssen, und ich nicht begreife, wie liberale Leute mit scharfem Verstande, wie Virchow,

[1]) Siehe Anhang: Von Unruh's Gespräche mit Bismarck.

Digitized by Google

gerade dagegen Tadel ausgesprochen hätten. In Bezug auf den bekannten Widerstand, auf den Bismarck bezüglich der Indemnität bei dem Könige gestoßen war, bemerkte ich, daß der Kronprinz Bismarck kräftig beigestanden habe, worauf der Fürst etwas zögernd erwiderte: „Ja — wenigstens passiv — aktiv aber in Nikolsburg."

Bismarck widerlegte sich gleich darauf selbst, indem er erzählte, daß der König auf den Rand des Schriftstücks, welches die Friedenspräliminarien enthielt, mit Bleistift geschrieben habe:

> „Ich habe diese wenig ehrenvollen und den erfochtenen Siegen nicht entsprechenden Bedingungen nicht genehmigen wollen; nachdem ich dieselben aber meinem Sohn und Thronfolger vorgelegt und dieser sich auf die Seite meines Ministerpräsidenten gestellt hat, bleibt mir nichts übrig, als meine Genehmigung zu ertheilen."

Bismarck bemerkte, daß er dieses Dokument im Auswärtigen Amte besonders sorgfältig aufbewahren lasse.

Als die bekannten Äußerungen Bismarck's aus dem Jahre 1863 erwähnt wurden, er würde in zwei Jahren der populärste Mann im Staate sein [1]), ferner die Einheit Deutschlands könne nur durch Blut und Eisen erreicht werden, sagte der Fürst: „Ja, es hat aber doch vier Jahre gedauert, aber Blut ist nur vergossen worden gegen Fremde." (1866 bei der Mainarmee?)

Interessant war es, daß der Fürst versicherte, der Kaiser sei ganz fest und zuverlässig in betreff der Kirchengesetze, aber die Civilehe müsse zurückgestellt werden [2]). Nur durch solche Kompromisse komme man weiter.

Bismarck erwähnte auch, wie schon früher bei andrer Gelegenheit, daß zur Konfliktszeit, als er Ministerpräsident wurde, der König damals die Besorgnis ausgesprochen habe, die Katastrophe könne einen Ausgang nehmen, wie in der ersten französischen Revolution. Er habe damals geantwortet, es sei durchaus kein Grund zu einer solchen Befürchtung vorhanden, wenn aber wider alles Erwarten ein solcher Fall eintreten sollte, so halte er einen solchen Tod in Erfüllung seiner höchsten Pflichten für ebenso ruhmvoll, wie auf dem Schlachtfelde. Darauf habe sich die Stimmung des Königs erheitert.

Daß Bismarck damals auch geäußert hat, wie ich schon früher einmal mitteilte, wie man mit den Leuten im Abgeordnetenhause umzugehen habe, werde er zeigen, erwähnte er nicht wieder. Dagegen gedachte er einer andern Äußerung gegen den Kaiser: wenn gewisse Dinge von ihm als Minister verlangt würden,

[1]) Die „Kreuzzeitung" (22. April 1864, Nr. 93) war nach der Erkundigung an bester Quelle in der Lage zu versichern, Bismarck bestreite, jemals diese oder eine ähnliche Äußerung gethan zu haben. Im Gegenteil habe er geäußert, wie jeder Anflug von Popularität bei der liberalen öffentlichen Meinung ihn unsicher mache und ihn zu einer ernsten Selbstprüfung darüber veranlasse, ob er nicht im Begriffe stehe, eine politische Thorheit zu begehen.

[2]) Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung datiert erst vom 6. Februar 1875.

Digitized by Google

die nach seiner besten Überzeugung dem Könige oder dem Staat verderblich wären, so könne er Soldat des Königs, aber nicht sein Minister sein.

Nach dem Essen saß Fürst Bismarck beim Kaffee mit der Cigarre im Kreise einer Anzahl von Abgeordneten um einen runden Tisch herum und sprach von der Kreisordnung und der Reform des Herrenhauses; er sei durchaus kein Gegner der Kreisordnung[1]) und habe, wie bekannt, schon vor Jahren den Erlaß einer solchen betrieben und den Zusammentritt von Vertrauensmännern aus allen Parteien des Abgeordnetenhauses veranlaßt. Ursprünglich sei er der ausgeprägteste Parteimann gewesen, aber als Minister, ja schon als Gesandter habe er sich sehr bald überzeugt, daß sich mit einer Partei nicht regieren lasse, daß man sich vielmehr auf alle brauchbaren Elemente stützen müsse. Unsre Zustände ließen sich nicht in eine Parallele mit den englischen stellen. In England war die Krone ein Appendix des Oberhauses, welches auch das Unterhaus beherrschte bis zur Reformbill, welche die Verhältnisse wesentlich anders gestaltet habe. Bei uns in Preußen habe die Krone stets obenan gestanden. Mit Rücksicht darauf habe er die Zusammensetzung unsres Herrenhauses stets, schon zur Zeit Friedrich Wilhelm IV., für keine glückliche gehalten, und als dieser ihn einmal gefragt, ob nach seiner Ansicht dem Grafen Arnim neben seiner Virilstimme auch noch das Wahlrecht zustehe, geantwortet, er halte die Spaltung des Grundbesitzes (der Rittergüter) in mehrere Kategorien, in den großen und befestigten, den alten &c. für keine glückliche. Die Gutsbesitzer im allgemeinen, adlige wie bürgerliche, seien noch die alleinige, thatsächliche Korporation mit gemeinschaftlichen Interessen und Tendenzen gewesen; auch der bürgerliche Gutsbesitzer sei binnen kurzer Zeit ebenfalls Junker geworden und habe sich den Adligen angeschlossen. Die Schöpfung des Herrenhauses habe diese Einheit zerstört, die Aristokratie isoliert, deren Votum im Herrenhause kein Gewicht nach außen besitze. Es komme darauf an, das Herrenhaus so zusammenzusetzen, daß es die ganze besitzende Klasse repräsentiere, sodaß, wenn das Herrenhaus zu einem Vorschlage des Abgeordnetenhauses „Nein" sage, die ganze besitzende Klasse im ganzen Lande mit diesem Nein einverstanden sei. Deswegen dürfe man das Herrenhaus nicht allein aus der Aristokratie, sondern aus dem Grundbesitz überhaupt und nicht nur aus diesem allein, sondern aus dem Besitz im allgemeinen zusammensetzen, möge man unter diesem auch die Millionäre verstehen. Eine solche Reform des Herrenhauses sei viel wichtiger und dringender als die Kreisordnung, die man lieber noch eine Weile auf den Kaminsims hätte legen und nicht durch Pairsschub hätte durchsetzen sollen, gegen den er (Bismarck) allerdings gewesen sei.

Ich schob die Frage dazwischen, ob der Fürst denn glaube, daß irgend eine ernstliche Reform des Herrenhauses ohne Pairsschub durchzusetzen sei, worauf Bismarck nach kurzem Zögern antwortete: „Ja!" Er setzte aber sogleich hinzu,

[1]) Über Bismarck's Stellung zur Kreisordnung verbreitet eine später abgedruckte Darstellung des Professors Gneist mehr Licht.

5*

Digitized by Google

daß er lieber 40 neue Pairs zur Durchsetzung einer Herrenhausreform, als 24 der Kreisordnung wegen ernannt haben würde.

Von der Umwandlung des Herrenhauses in einen Staatsrat, welche von den Offiziösen angedeutet worden war, sprach Bismarck nicht. Dagegen erwähnte er nochmals den Widerstand, welchen ihm nicht nur die Minister, sondern auch deren Räte bei Gesetzentwürfen oft entgegengesetzt hätten und nannte einen dieser Räte, den man zur Belohnung zum Regierungspräsidenten gemacht habe. (Ohne Bismarck's Zustimmung?)[1])

Ich habe mich, so schließt von Unruh sein interessantes Referat, bemüht, hier die höchst merkwürdigen Aussprüche Bismarck's möglichst treu wiederzugeben. Für den Wortlaut kann ich selbstverständlich nicht einstehen, aber für die Richtigkeit des Inhalts, sowie ich ihn aufgefaßt habe, bürge ich. Mir ist wohlbekannt, wie bedenklich es ist, Tischgespräche einer geschichtlich hochstehenden Person aufzuzeichnen und zu veröffentlichen; aber es handelt sich hier nicht um ein vertrauliches Geplauder in einem kleinen geselligen Kreise, sondern um Aussprüche bei einem großen offiziellen Diner, und der Fürst Bismarck ist nicht der Mann, der sich zu Ausplaudereien hinreißen läßt, im Vertrauen darauf, daß dieselben nicht weiter verbreitet werden. Der Fürst hat einen so gewaltigen Einfluß auf das Geschick Preußens und ganz Deutschlands geübt, daß ich es nicht für zulässig, sondern für äußerst wichtig halte, solche Äußerungen von ihm aufzubewahren, welche geeignet sind, Licht über seine Ansichten und seinen Charakter zu verbreiten."

---

[1]) Herr von Unruh bemerkt noch im Anschluß an obenstehende Äußerungen Bismarck's: „Ich will hier nicht auf eine Kritik der mitgeteilten Aussprüche eingehen, sondern mich auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken. Immer habe ich den Erlaß der Kreisordnung, allerdings in Verbindung mit der Landgemeinde- und Städteordnung für sehr notwendig und dringlich gehalten, weil nur auf diesem Wege die Disharmonie beseitigt werden kann, die jetzt in der Organisation der preußischen Staatsverwaltung liegt und höchst nachteilig wirkt. Neben der alten büreaukratischen, noch ganz intakten Verwaltung bestand und besteht in vielen Provinzen in den Kreistagen eine ständische Institution, auf welcher auch das Herrenhaus beruht. Dafür ist durch das Abgeordnetenhaus ein rein konstitutioneller Faktor getreten auf Grund der Verfassung. Daß diese verschiedenen Körperschaften nicht nach denselben Zielen streben, sondern statt mit-, gegeneinander arbeiten, kann nicht befremden. Dem Wirrsal ist nur durch die obenerwähnten Gesetze, eine dadurch im ganzen Staat eingeführte, praktische Selbstverwaltung und eine dementsprechende Organisation der Staatsbehörden abzuhelfen. Freilich gehört dazu auch eine Reform des Herrenhauses. Ob aber die vom Fürsten Bismarck angedeutete dem Zweck entsprechen würde, muß ich bezweifeln. Wo liegt die Grenze zwischen der besitzenden und der nicht besitzenden Klasse? Nach Bismarck müßte eine ganz willkürliche Trennung gemacht werden, die notwendig nicht zur Einheit, sondern zu einer gefährlichen Spaltung führen würde. Ich halte den wohlhabenden Bauer für ein sehr konservatives Element, mindestens so konservativ wie der Gutsbesitzer. Und das zähe Festhalten der freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck an ihren alten Verfassungen in der Periode 1848—50 zeigt, daß auch im Bürgertum ein sehr starker konservativer Sinn herrscht. Ein Herrenhaus wie es Bismarck zusammensetzen will, würde auch dem konservativen Bürger und Bauer als eine Kombination von Junker und Geldsack erscheinen und bei seinem „Nein" schwerlich die allgemeine Zustimmung aller Besitzenden finden."

Digitized by Google

1. Februar 1873. 2. parlamentarisches Diner[1]). Am 14. Januar 1873 hatte der Abgeordnete Lasker seine große Gründerrede gehalten, welche später zum Sturze des Handelsministers Grafen Itzenplitz führte, und worin er den vortragenden Rat im Staatsministerium, Geheimen Rat Hermann Wagener, die rechte Hand Bismarck's, auf das heftigste angegriffen hatte. Die Rede wurde auf dem parlamentarischen Diner lebhaft besprochen; man kann aber nicht sagen, daß der fürstliche Hausherr sehr davon erbaut gewesen wäre. Es kam zur Aussprache zwischen Bismarck und Lasker, bei welcher Gelegenheit der Kanzler dem „Helden des Tages" seinen Standpunkt in der Sache nicht verhehlte. „Aber ich habe doch Sie, Durchlaucht, — bemerkte Lasker — mit keinem Worte angegriffen." „Allerdings — erwiderte Bismarck — aber Sie haben so nahe bei mir vorbeigeschossen, daß Sie mich auf ein Haar getroffen hätten."

Auf dem Diner wurde auch der Anekdote Erwähnung gethan, wonach der frühere französische Finanzminister Pouyer-Quertier zufolge seiner Verwunderung über zu hohe Beförderungspreise bei den deutschen Bahnen dadurch eine besondere Aufmerksamkeit auf Vermittelung Bismarck's erfahren haben sollte, daß hier für Pouyer-Quertier nicht bloß die Rückreise bezahlt, sondern auf mehreren Stationen der Route Berlin-Aachen opulente Mahlzeiten serviert worden wären[2]). Bismarck

---

[1]) Es nahmen teil die Abgeordneten von Bonin, von Hennig, Dr. Friedenthal, von Kardorff, von dem Knesebeck, Prinz Hohenlohe, Lasker, Kapp, von Blanckenburg, Freiherr von Dalwigk, von Waldow-Reitzenstein, Hahn, Kischke, Bahlmann, von Bunsen, von Clausewitz, Persius, Berger (Witten), von Bismarck-Külz, Devenz, Rohland, Dr. Wehrenpfennig, Geheimer Ober-Finanzrat a. D. Schele, Legationssekretär Graf Arnim.

[2]) Der Pariser „Times"-Korrespondent, Blowitz, hatte die Geschichte wie folgt erzählt: Herr Pouyer-Quertier hatte eben in Berlin den Vertrag unterzeichnet, unter welchem die ersten sechs Departements um Paris geräumt werden sollten. Fürst Bismarck lud den französischen Staatsmann für den folgenden Tag zu Tische, und bei der Tafel kam unter anderm die Rede auf deutsche Eisenbahnen. Herr Pouyer-Quertier räumte die vortrefflichen Eigenschaften der deutschen Bahnen ein, und da er auf Rechnung der französischen Regierung gereist war, konnte er es sich nicht versagen, zu bemerken, die Fahrpreise seien sehr hoch. „Wie meinen Sie das?" fragte Fürst Bismarck. — „Nun — erwiderte Pouyer-Quertier — ich kam in einem französischen Wagen und hatte als Beförderungspreis von Aachen nach Berlin 1000 Frcs. zu zahlen." Der Fürst wandte sich an den Generaldirektor der deutschen Bahnen und erhielt die Antwort, es sei dies allerdings ziemlich teuer, allein so sei nun einmal die Taxe. Am folgenden Tage trat Herr Pouyer-Quertier seine Rückreise an. Der Sekretär, welchem die Zahlungen für die Reisekosten zufielen, ging an die Kasse, um den Fahrpreis zu erlegen, und bot eine 1000 Frcs.-Note. „Ich bitte um Entschuldigung — sagte aber der Eisenbahnbeamte — der französische Minister ist uns nichts schuldig. Die in Aachen bezahlten 1000 Frcs. deckten auch die Rückfahrt." Herr Pouyer-Quertier lachte, stieg in den Wagen und fuhr ab. An der Station in Brandenburg öffneten sechs gallonierte Bediente die Thür des Coupés, und es wurde gemeldet, das Frühstück stehe bereit. Die Gesellschaft trat in einen Salon, in welchem ein lockendes Mahl gerüstet stand, an dem man sich gründlich stärkte. Wieder fragte der Sekretär nach der Rechnung, in der zuversichtlichen Erwartung, daß ein ansehnlicher Betrag zu erlegen sei, und wieder lautete die Antwort: „Das Frühstück war mit einbegriffen bei den in Aachen gezahlten 1000 Frcs." In Hannover wiederholte sich derselbe Vorfall und nach einem vortrefflichen Diner, welches Herr Pouyer-Quertier dort eingenommen, konnte er sich nicht enthalten, in einer telegraphischen Depesche dem Fürsten Bismarck für die sinnreiche Art

Digitized by Google

lachte über die Geschichte und bemerkte: Der französische Minister, ein sehr liebenswürdiger Mann, war herzlich froh, hier ein für Frankreich vorteilhaftes Abkommen getroffen zu haben, und so sehr erfüllte ihn der Gegenstand seiner schwierigen Mission, daß er an nichts andres dachte, geschweige denn darauf kam, über deutsche Bahnen sich zu beschweren und billigere Beförderung zu beanspruchen. Wer die Geschichte erzählt hat, ist falsch berichtet gewesen. Nicht mit Pouyer-Quertier hat sich Ähnliches zugetragen, sondern mit dem russischen Minister Fürsten Gortschakoff. Der hat bei seinen wiederholten Reisen auf preußischen Bahnen allerdings die Erfahrung gemacht, daß ihm förmliche Unsummen abgefordert wurden, die er auch bezahlt, bis er seinen Klagen darüber bei uns Ausdruck gab. Seitdem wird dem russischen Minister das Reisen in Preußen dadurch erleichtert, daß er hier und da Dejeuners und Diners vorfindet, auch nicht mehr Anlaß hat, die Beförderungspreise für zu hoch zu halten. Bismarck äußerte sich im weiteren über die Beziehungen Preußens zu Rußland und betonte die Intimität der beiden Staaten, die auch noch recht lange vorhalten werde, schon Polens halber, das beide Reiche gleich stark interessiere. Es äußerte jemand Besorgnisse über die politische Richtung des russischen Thronfolgers, und diese entkräftigte der Reichskanzler mit dem Einwande, es wäre ja gewöhnlich, daß die Thronfolger zu der jeweiligen Regierung im Widerstreit ständen, aber kämen sie auf den Thron, so verlöre sich das, die Dinge würden dann anders angesehen. Man gewann die Überzeugung, daß wir der dauernden Freundschaft Rußlands gewiß sein dürfen.

Der Fürst kam auch wieder auf sein Lieblingsthema, den passiven Widerstand der Geheimräte, zu sprechen. Er erzählte, das schon 1867 ein als ultrareaktionär bekannter Geheimer Rat im Ministerium des Innern den Auftrag erhalten habe, eine neue Kreisordnung zu redigieren. Der Mann habe aber die Arbeit einfach liegen lassen. Vor das Disciplinargericht sei er nicht zu stellen gewesen. Im Gegenteil sei er durch Beförderung zum Regierungspräsidenten in der Rheinprovinz belohnt worden.

5. Februar 1873. 3. Abgeordnetenhaus-Diner[1]).

24. März 1873. 4. Reichstags-Diner[2]). Es wurde bemerkt, daß die Konservativen nicht so zahlreich als sonst vertreten waren. Der Reichskanzler

---

und Weise zu danken, in welchem er als deutscher grand seigneur auf die Klage eines französischen Staatsmanns geantwortet, der ängstlich darauf bedacht war, mit dem Gelde seines Vaterlandes zu sparen.

[1]) Gäste waren: Der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Delbrück, die Präsidenten des Hauses der Abgeordneten von Forckenbeck, von Köller, von Bennigsen, die Abgeordneten Graf von Bethusy-Huc, von Bismarck-Flatow, Dr. Eberty, Prinz Handjery, Hoene, Hubert, Kleist von Bornstedt, Freiherr von dem Knesebeck (Teltow), Költz, Lampugnani, von Manteuffel, Petri, von Portatius, von Rauchhaupt, Dr. von Rönne, Freiherr von Saurma-Ruppertsdorf, Scharnweber, Schellwitz, Scholz, Warburg; ferner Konsul H. H. Meier aus Bremen und Legationsrat Freiherr von den Brincken.

[2]) Es nahmen teil: Der Präsident und die Vize-Präsidenten des Reichstags Dr. Simson, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst und von Bennigsen; die Schriftführer Freiherr Schenck von

Digitized by Google

war in bester Laune, und als nach aufgehobener Tafel seine Gemahlin den Gästen die Cigarren herumreichte, und der Fürst seine lange Pfeife anzündete, erzählte er unter mannigfachen Abenteuern aus dem letzten Kriege auch nachfolgende Historie: Er kam spät abends nach vielstündigem Ritte ermüdet und hungrig auf der berühmten Besitzung des Barons von Rothschild an. Der Haushofmeister von Ferrières begegnete den bescheidenen Wünschen des damaligen Grafen nach Speise, Trank und Lager mit hochfahrenden französischen Worten, die darauf hinausliefen, daß nichts für den Herrn Offizier vorhanden sei. Der Kanzler erkannte in dem wohlbeleibten Diener des Pariser Goldonkels einen Sohn der freien Stadt Frankfurt und fragte ihn deutsch, ob er wisse, was ein Strohbund sei? Der gute Frankfurter sah ihn verblüfft an. Bismarck meinte weiter, auf einem solchen Strohbund werden renitente Haushofmeister mit dem Rücken in die Höhe gebunden, und das andre ergebe sich von selbst. In weniger als einer Viertelstunde war alles Geforderte da.

In Bezug auf das im Reichstag eben der Beratung unterstellte Reichsbeamtengesetz äußerte sich Fürst Bismarck dahin: „Für die straffe und einheitliche Handhabung der Geschäfte in den höchsten Stellen der Reichsregierung ist Übereinstimmung des Chefs bei allen wichtigen Fragen erforderlich, und diese Übereinstimmung wird eben bei der gegenwärtigen unvollständigen Organisation leicht gefährdet. Da ist zur Zeit nicht anders zu helfen, als durch Kaiserliches Dekret, welches Unverträgliches trennt. Die Beamten aber, welche den diplomatischen Verkehr des Auswärtigen Amts besorgen, zum großen Teil im Auslande, müssen auch aus solchen Gründen schnell entfernt werden können, welche in einem Disciplinarverfahren durchaus nicht gravieren würden, z. B. weil sie etwa einer

---

Stauffenberg, von Puttkamer-Sorau, Dr. Lieber, Freiherr von Minnigerode, Eckhard; die Abgeordneten von Blanckenburg, Braun (Hersfeld), von Cranach, von Davier, Herz, Fürst Hohenlohe-Langenburg, Dr. Holzer, Graf zu Münster-Derneburg, Graf zu Münster (Sachsen), Pogge (Schwerin), Freiherr von Roggenbach, von Schauß, von Simpson-Georgenburg, Dr. Stephani, von Varnbüler, Dr. Völk, Dr. Weigel, Wiggers, Ziegler; vom Auswärtigen Amt Freiherr von den Brincken und Graf H. von Arnim. — Die Beziehungen Bismarck's zu dem Freiherrn von Roggenbach waren in früheren Jahren keine unfreundlichen. Ein Beweis dafür ist nachstehendes Schreiben, welches der Kanzler am 10. Januar 1867 an den Stadtverordneten-Vorsteher Gustav Bertog in Halberstadt gerichtet hat: „Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf die Anfrage vom 5. d. M., daß ich die Wahl des Freiherrn von Roggenbach zum Norddeutschen Reichstage an sich sehr gern sehen würde, daß derselben aber die Bestimmungen der §§ 2 und 5 des betreffenden Wahlgesetzes vom 15. Oktober v. J. unbedingt entgegenstehen. — Nach diesen Bestimmungen ist die Wählbarkeit mit davon abhängig, daß der zu Wählende einem der zum Bunde gehörigen Staaten seit mindestens drei Jahren angehört hat, eine Voraussetzung, welche bei dem Herrn von Roggenbach und seinem Heimatlande, dem Großherzogtum Baden, nicht zutrifft. von Bismarck." — Dr. Hermann Weigel's Beziehungen zu Bismarck reichen bis in das Jahr 1864 zurück. Im November 1864 war derselbe nach Berlin gereist, um Bismarck wegen der kurhessischen Frage zu sondieren. Er gelangte aber nur bis zu den Herren von Keudell und von Philipsborn; Bismarck ließ ihm sagen: „wenn die Hessen den Kurfürsten fortjagten, würde er ihn zurückbringen." — Weigel war später eine Bismarck sehr sympathische Persönlichkeit. Er hat insbesondere auf den parlamentarischen Gesellschaften freundschaftlichst sich mit demselben unterhalten.

Digitized by Google

plötzlich entstandenen Schwierigkeit nicht gewachsen sind, indem sie unter Einflüssen stehen, welche ihr Urteil und ihre Zuverlässigkeit in irgend einer neuen Situation beeinträchtigen."

29. März 1873. 1. parlamentarische Soiree[1]).

17. Mai 1873. 2. parlamentarische Soiree[2]). Das Gedränge war so stark, daß der joviale Wirt vielleicht an die Worte aus dem Zauberlehrling denken mochte.

Als die Sprache auf die Reise kam, welche Bismarck am 24. April im Gefolge des Kaisers nach Petersburg gemacht hatte (Rückkehr 10. Mai), rühmte derselbe den glänzenden Empfang, den sein Allergnädigster Herr daselbst gefunden. Auch er selbst (Bismarck) sei Gegenstand einer Aufmerksamkeit geworden, deren herzlicher und wohlwollender Charakter ihn in hohem Grade erfreut habe. Er habe sich beinahe veranlaßt gefunden, die Ovationen zu vermeiden, welche ihm von mehr als einer Seite zugemutet wurden, weil seine Thätigkeit in einer Richtung absorbiert werde, welche sich mit den Strapazen der großen Festivitäten schlecht vertrage.

Man hörte in jenen Tagen oft danach fragen, ob Fürst Bismarck in Petersburg nichts Besonderes gesagt, kein merkwürdiges und bedeutendes Wort fallen gelassen habe. Der Ausspruch: „Ich würde mich für einen Verräter halten, wenn ich gegen Rußland und seinen Kaiser jemals etwas Feindseliges unternehmen könnte," ist das einzige geflügelte Wort gewesen, welches Fürst Bismarck den Petersburger Chronisten hinterlassen hat.

Als Fürst Bismarck den Abgeordneten Dr. Elben, Redakteur des „Schwäbischen Mercur", gewahr wurde, begrüßte er denselben und brachte alsbald das Gespräch auf den Antrag, den der Abgeordnete am gleichen Tage im Reichstag eingebracht und begründet hatte. Er betraf die Errichtung eines Reichs-Eisenbahn-Amts, einer Institution, der auch der Kanzler sympathisch gegenüberstand.

24. Mai 1873. 3. parlamentarische Soiree. Fürst Bismarck war von seinem Unwohlsein, welches rheumatischer Natur war, vollkommen wieder hergestellt und entfaltete die gewohnte Liebenswürdigkeit des Wirtes. Wie vor acht Tagen bemerkte man auf der Soiree viele Damen, und Bundesrat und Reichskanzler-Amt verhältnismäßig zahlreicher vertreten als den Reichstag. Auf eine Störung des Einvernehmens zwischen der Krone und der Volksvertretung war aber der schwächere Besuch derselben seitens der Parlamentarier nicht zurückzuführen. War doch in der ganzen langen Periode des versammelten Landtags und Reichstags keiner jener persönlichen Konflikte mehr vorgekommen, wie sie als Nachklänge früherer Gegensätze und Ausbruch persönlicher Verstimmung auf beiden Seiten in den ersten Sessionen des Reichstags nicht ganz gefehlt hatten.

---

[1]) Es waren über 200 Mitglieder der drei parlamentarischen Körperschaften, die Herren vom Bundesrat, die Staatsminister, sowie die Räte und Hilfsarbeiter des Reichskanzler-Amts und des Auswärtigen Amts versammelt.

[2]) Einladungskreis wie bei der Soiree vom 29. März. Auch Offiziere bewegten sich dieses Mal in der Gesellschaft.

Digitized by Google

Insofern zeigte der Deutsche Reichstag am Schluß seiner I. Legislatur-Periode ein angenehmeres Bild, als seine Anfänge, wenn ihm auch sonst der Schwung und Glanz seiner ersten, in Siegesrüstung und Geburtsfreude strahlenden Session fehlen mußte.

14. Juni 1873. 4. parlamentarische Soiree[1]), auf der zur nicht geringen Verwunderung seiner eigenen Fraktion (Centrum) der schlesische Graf Friedrich zu Stolberg-Stolberg[2]) erschien, welcher bei seiner neulichen Wahl den Ausspruch gethan haben sollte, er wolle an dem Stricke ziehen helfen, der den Reichskanzler nach dem Jenseits zu befördern hätte. Graf Stolberg stellte die Behauptung in Abrede, was ihm aber nichts half, da ein bekannter freikonservativer Abgeordneter ihn darauf festnagelte. Das Erscheinen des Grafen in der Soiree sollte jedenfalls zum zweiten Male die unliebsame Veröffentlichung des wenig staatsmännischen Ausspruchs dementieren.

Die Gäste sprachen vielfach mit dem Reichskanzler über das Preßgesetz und hielten nicht mit ihrer abweisenden Stellung dem Entwurf gegenüber zurück. Nach den unumwundenen Äußerungen des Fürsten wurde angenommen, daß derselbe bezüglich des Entwurfs sich nicht mit der preußischen Regierung identifiziere.

Unter den Gästen befand sich auch der deutsche Gesandte in Washington, Dr. von Schlözer.

21. Juni 1873. 5. parlamentarische Soiree[3]). Besuchter als die beiden früheren. Unter den Gästen auch der Schriftsteller A. E. Brachvogel, der kürzlich eine Biographie Bismarck's geschrieben hatte[4]). Zum zweiten Male während seiner Berliner politischen Thätigkeit war der Abgeordnete Krüger (Hadersleben) Gast des Reichskanzlers, der sich in der größten Liebenswürdigkeit mit seinem nördlichsten widerwilligsten Schutzbefohlenen unterhielt. Bismarck soll dem alten Herrn, der seine Sache stets anständig vertrat, geantwortet haben, daß er ihm nicht helfen könne, weil 40 Millionen Deutsche andrer Meinung seien. Übrigens versicherte Krüger, mit Kopenhagen schon lange außer Berührung zu stehen und nur im Namen seiner dänisch redenden Nordschleswiger zu sprechen. Außerdem gab nicht sowohl die Anwesenheit Dr. Lasker's — der Fürst hatte in der Reichstags-Sitzung vom 21. Anlaß genommen, ihn zum Besuch der Soiree aufzufordern, der Friede war also ersichtlich geschlossen — als vielmehr das lebendige Wechselgespräch zwischen dem kleinen Doktor und dem großen Kanzler

[1]) Einladungskreis wie bei der Soiree vom 17. Mai 1873.

[2]) Derselbe war Ehrenritter des Malteser-Ordens und k. k. österreichischer Rittmeister a. D., Sohn des am 21. Januar 1859 verstorbenen Grafen Bernhard. Graf Stolberg war bei einer Ersatzwahl zum Reichstag in Oberschlesien an Stelle des freikonservativen Grafen Oppersdorf gewählt worden.

[3]) Einladungskreis wie bei der Soiree vom 17. Mai 1873.

[4]) A. E. Brachvogel: Die Männer der neuen deutschen Zeit. Eine Sammlung von Biographien unsrer Fürsten, Staatsmänner und Helden. II. Band. (Hannover, Karl Rümpler). S. 1—234, Fürst Bismarck.

Digitized by Google

zu allerlei Konjekturen Anlaß, und als der Kreis der Konversierenden sich erweiterte und an derselben Stelle im Bismarck'schen Saale, wo vor vier Jahren die „Mainbrücke" getauft worden war[1]), von den damaligen Taufpathen — außer Bismarck die Abgeordneten Völk, Lasker und Marquardsen — die Erinnerungen an damals ausgetauscht wurden, sammelte sich bald um die Gruppe eine lebhaft interessierte Zuhörerschaft. Der Fürst verteidigte in erfolgreicher Weise durch das, was inzwischen geschehen, seine damalige süddeutsche Politik, wonach er bekanntlich nicht die Sahne abschöpfen und die übrige Milch sauer werden lassen wollte. Besonders pries er die bewiesene deutsch-nationale Gesinnung des Königs von Bayern und der bayerischen Bevölkerung, welche durch ein entgegengesetztes brüskes Verfahren des raschen Anschlusses Badens an den Norddeutschen Bund, was bekanntlich ein unmittelbarer, aber unglücklich nach außen gestellter Kriegsfall für Frankreich gewesen wäre, nur hätte zurückgeschreckt werden können.

Über die Unterredung des Reichstags-Abgeordneten Krüger mit dem Fürsten Bismarck hinsichtlich der nordschleswigschen Frage hat der erstere in einer am 10. Juli 1873 in Hadersleben abgehaltenen Wahlversammlung folgenden Bericht erstattet, den er, wie er erklärte, gleich nach seiner Unterredung niedergeschrieben hatte.

„Als ich mich gegen Abend auf einer Soiree im Ministerium des Äußern mit mehreren Reichstags-Abgeordneten unterhielt, kam Bismarck zu mir, grüßte mich freundlich und redete mich ungefähr folgendermaßen an:

„Es freut mich sehr, Sie in meinem Hause als Gast zu sehen, und benutze ich die Gelegenheit, welche Sie mir gegeben haben, Ihnen meine Anerkennung für die Energie, den Eifer und die Tüchtigkeit zu bezeugen, womit Sie Ihre heiklige Sache hier im Reichstage verteidigen. Sie kämpfen allein für Ihre Sache und bilden also im Reichstage eine Partei für sich selbst, weshalb ich es für meine Pflicht halte, Ihnen meinen Standpunkt Ihrem parlamentarischen Auftreten gegenüber zu erläutern. Es thut mir herzlich leid, daß ich Ihnen, der hier so allein dasteht, keine tröstliche Nachricht mit nach Hause geben kann. Ich spreche hier offen und ehrlich aus, daß zur Zeit keine Aussicht vorhanden ist, daß Ihre Sache erledigt werden kann. Dieses dürfen Sie nicht so verstehen, als ob keine Möglichkeit dafür vorhanden sei, daß die Frage später geordnet werden könne, aber wann und wie, bin ich nicht im stande Ihnen zu sagen. Selbst mit dem besten Willen ist es mir nicht möglich, diese Sache jetzt aus der Welt zu schaffen. Hinter mir stehen 41 Millionen, auf deren Wünsche ich ebenfalls genötigt bin, Rücksichten zu nehmen. Sie dürfen auch nicht vergessen, daß auch die Polen mit nationalen Forderungen kommen."

Ich antwortete, daß diese Mitteilung sehr traurig und niederschlagend für mich sei. Könne aber keine Änderung geschehen, dann müßten wir wenigstens unsre staatsrechtliche Stellung geordnet haben. Wir könnten doch unmöglich ewig in unsrer jetzigen interimistischen Stellung verbleiben, denn keine Stellung könne

---

[1]) Vergl. oben S. 43.

Digitized by Google

verderblicher sein, als wenn man keinen festen Haltepunkt hätte und außerstande sei, sich auf die Zukunft vorzubereiten.

„Sie haben recht," antwortete der Reichskanzler, „aber auch darauf ist es mir nicht möglich eine Antwort zu geben."

Aber, wandte ich ein, durch Nichterfüllung des Artikel V. des Prager Friedens[1]) könnte sich auch ein andrer Faktor geltend machen. Österreich hat nur unter der Bedingung auf sein Mitbesitzerrecht verzichtet, daß die Bevölkerung im nördlichen Schleswig durch eigene Willenserklärung ihren Souverän wähle. Geschehe dieses nicht, dann stehe jenes Mitbesitzerrecht noch in Kraft.

„Österreich hat," bemerkte der Reichskanzler, „nur geringes Interesse in dieser Sache, Österreich hat nicht die Initiative zum Artikel V. ergriffen, welcher ausschließlich von Frankreich ausgegangen ist, und der französische Kaiser hat nur sehr wenig verlangt (hier zeichnete der Reichskanzler einen ganz kleinen Fleck auf den Tisch ab), nur so viel, daß er sagen könne, sein Abstimmungsprinzip sei konstatiert."

Dieses sei, antwortete ich, sehr glaublich, und man sehe daraus, daß das Abstimmungsprinzip nur ein äußerer Schein sei, eine Kränkung des Volksrechtes. Da der Reichskanzler aber Frankreich zur Sprache gebracht habe und da ich mich wiederholt in meinen Reden im Reichstag der Elsässer und Lothringer angenommen, so daß man mir besondere französische Sympathien zugelegt, so müsse ich hier sagen, daß Frankreich jedenfalls niemals weder meinem dänischen Vaterlande, noch meinen Wählern, noch mir selber Gutes gethan habe, weswegen ich Frankreich Dank schuldig sein sollte. Der Sache und der Interessen der elsaß-lothringischen Bevölkerung hätte ich mich lediglich deswegen angenommen, weil die Elsaß-Lothringer meine Leidensgefährten seien und weil ich am besten das schwere Schicksal verstehen könne, welches die Kriegsereignisse über dieselben gebracht habe. Frankreich, fuhr ich fort, ist zu Grunde gegangen. Weshalb? Weil es damals den Umfang und die Bedeutung der dänischen Frage nicht verstand. Es hat ruhig zugesehen, daß alte Besitzungen, welche drei Großmächte garantiert hatten, von Dänemark losgerissen wurden. Daher hat Frankreich Elsaß und Lothringen verloren. Ebenso würde England nie in die jämmerliche Stellung Nordamerika gegenüber gekommen sein, falls es auf der Londoner Konferenz gezeigt hätte, daß es Achtung vor dem Recht habe. Jedoch will ich mich hierüber nicht weiter auslassen, Eure Durchlaucht verstehen es besser als ich.

„Ja, Sie haben recht," antwortete der Reichskanzler. „Ich teile ganz Ihre Auffassung. Ich wiederhole, Sie haben recht. Halten Sie aus. Fahren Sie fort wie bisher. Lassen Sie sich nicht abhalten, die allerschwierigsten Fragen an mich zu richten, noch schwieriger als die bisherigen. Und doch werde ich sie

[1]) Die Auffassung, daß die Bestimmung des Artikel V. des Prager Friedens auf dem Papier stehen bleiben werde, wurde unterstützt durch die Rede, welche der Regierungspräsident Bitter in Schleswig im Sommer 1873 bei einem Diner hielt und worin er auf Äußerungen Bismarck's Bezug nahm. Vergl. auch die früheren Reichstagsreden Bismarck's zu dieser Frage am 18. März 1867.

Digitized by Google

nicht beantworten können. Sie haben aber nicht allein das Recht, Sie haben auch eine Pflicht, wie Sie bis jetzt gethan, die Wünsche Ihrer Wähler zu verteidigen. Sie kennen Ihre Pflicht. Die Versicherung gebe ich Ihnen, daß wenn Sie auch noch schärfer auftreten, ich es Ihnen niemals übelnehmen werde. Sie sind mir zu jeder Zeit willkommen."

Sommer 1873. Fürst Bismarck hatte kurze Zeit nach der Ernennung Scheele's zum Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amts den Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Bamberger zu Tisch geladen, um sich nach aufgehobener Tafel unter vier Augen mit ihm über das Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes [1]) zu besprechen. Der Fürst sah in einem solchen Gesetz einen mächtigen Hebel zur Durchführung eines gemeinnützigen und scharf organisierten Verkehrs-Dienstes über das ganze Reich.

---

7. Landtags- und Reichstags-Session 1874 [2]).

4. Februar 1874. 1. parlamentarisches Diner [3]). Die Unterhaltung wurde mit Lebhaftigkeit geführt, und der Reichskanzler selbst, von einer Gruppe Abgeordneter umgeben, erging sich mit gewohnter Freimütigkeit über die Themata des Tages, wie über retrospektive Angelegenheiten. Als das Gespräch auf die jüngste Pariser Instruktions-Depesche kam [4]), sagte der Fürst, er könne nicht

---

[1]) Mit den Entwürfen eines solchen Gesetzes war der Kanzler bereits im Frühjahr 1873 beschäftigt; im Jahre 1874 ließ er die Entwürfe publizieren, um die Kritik der Beteiligten hervorzurufen.

[2]) Die erste Session der II. Legislatur-Periode des Reichstags dauerte vom 5. Februar bis 26. April 1874.

[3]) Zu demselben hatten Vertreter von Kreisen aus der Nachbarschaft der Besitzungen des Fürsten, die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten: von Arnim, Behr-Behrenhoff, von Gaudecker, Freiherr von der Goltz, Haken, Hildebrand, Hobrecht, Keßler, Kette, von Koeller, Graf von Königsdorf, von Loeper, Ludendorf, Mühlenbeck, Neste, Runge, Schmidt, Schulze (Clebow), Schumann, Thilenius, von Wedell-Vehlingsdorf Einladungen erhalten.

[4]) Bezüglich dieser Instruktions-Depesche giebt es zwei Lesarten. Nach der einen erging sie an die Vertreter der großen Höfe, und besagte, daß die deutsche Reichsregierung zwar von dem Wunsche durchdrungen sei, mit Frankreich im Frieden zu leben. Wenn jedoch außer allen Zweifel gestellt würde, daß ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, dann würde die deutsche Regierung es nicht vor ihrem Gewissen und vor der Nation verantworten können, den Zeitpunkt abzuwarten, der für Frankreich der passendste wäre. Der Antagonist Deutschlands sei zur Zeit das geistliche Rom. Darin liege die Gefahr für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Sobald sich Frankreich mit Rom identifiziere, werde es eben dadurch der geschworene Feind Deutschlands. Ein der kirchenstaatlichen Theokratie unterthäniges Frankreich sei mit dem Weltfrieden unvereinbar. Trennung der französischen Regierung von der Sache des Ultramontanismus sei die sicherste Gewähr für die Ruhe Europas und für die friedliche, menschenwürdige Fortentwickelung des politischen Lebens der Völker diesseits und jenseits der Vogesen. Die „Kölnische Zeitung" analysierte den Inhalt der Depesche wie folgt: Die deutsche Regierung wolle Feind und Freund nicht darüber in Zweifel lassen, daß sie den Kampf mit einer übermütigen

Digitized by Google

jedes Wort vertreten, obwohl dem Sinne nach die Sache ihre Richtigkeit habe. Es sei jedenfalls wunderbar, welche Wirkung ein Journalartikel hervorzubringen im stande sei. Aber er leugne nicht, daß es seine Absicht gewesen, einmal einen kalten Wasserstrahl nach Paris zu senden ....

Interessant waren die Aufschlüsse, welche der Reichskanzler über den Gang der Friedensverhandlungen gab. Unter anderm betonte er, daß er zum nicht geringen Erstaunen der Franzosen beim Beginn der Negociationen zehn Milliarden verlangt habe. Er berief nach Versailles zwei Berliner Bankiers[1], die nach Paris geschickt wurden, obwohl sie meinten, daß sie nicht lebendig von dort zurückkommen würden. Die Verhandlungen schwebten einige Zeit. Er blieb lange und mit aller Energie auf der Forderung von sieben Milliarden stehen, bis er endlich auf fünf zurückging; es machte mit Zinsen, Kriegs-Kontributionen, Verpflegunskosten für die Okkupationsarmee u. s. w. beinahe sechs Milliarden[2]).

Fürst Bismarck öffnete in Gegenwart seiner Gäste ein eben empfangenes Handschreiben des Kaisers. Dasselbe veranlaßte ihn, sich über die außer-

---

Hierarchie in vollem Ernste aufgenommen habe und in seiner völligen Wichtigkeit begreife. Sie möchte, wie es scheint, keine Einmischung in diesen Kampf gestatten und hegt die Erwartung, daß die Regierung der benachbarten Länder ihren Bischöfen, deren staatlich privilegierte Stellung entsprechende besondere Verpflichtungen mit sich führt, nicht erlauben werden, die Auflehnung der deutschen Bischöfe gegen die Landesgesetze und die Umtriebe der deutschen Ultramontanen gegen das Deutsche Reich zu unterstützen. Deutschland weiß, daß es augenblicklich besser gerüstet ist als Frankreich, und wenn dieses fortfährt, die Feinde Deutschlands moralisch zu unterstützen, während es mit einem Rachekrieg droht, sobald seine Rüstungen beendigt sein werden, so wird Deutschland diesen Zeitpunkt nicht abwarten.

[1]) Die Herren von Bleichröder und Baron Erlanger. Der Sohn des letzteren erzählte über diese Verhandlungen: Als mein seliger Vater bei Abschluß des deutsch-französischen Krieges in Frankfurt a. M. durch den Fürsten Bismarck als finanzieller Ratgeber zu den Friedensverhandlungen zugezogen wurde, handelte es sich selbstverständlich in erster Linie um die fünf Milliarden. Mein Vater, der wohl als gewiegter Geschäftsmann bekannt war, erklärte dem deutschen Reichskanzler, daß eine solche Summe von keinem Lande der Welt aufzubringen sei, und er vermute, daß Fürst Bismarck dabei den Hintergedanken habe, Frankreich für lange Zeit dem Deutschen Reiche tributpflichtig zu machen. „Wie kommen Sie auf diese Idee," frug er den Fürsten, „eine solche Summe zu verlangen, die ja unmöglich bezahlt werden kann?" Darauf erwiderte Fürst Bismarck, an dessen Seite sich auch als finanzieller Beirat der Bankier Bleichröder befand, folgendes: „Dieselbe Ansicht hat mir schon gegenüber Minister Favre ausgesprochen und das Rechenexempel hinzugefügt, daß, wenn ein Mensch schon bei Christi Geburt damit angefangen hätte, eine solche Summe zu zählen, er bis zum heutigen Tage noch nicht zu Ende sein könnte." Und Fürst Bismarck erzählte weiter, was er Herrn Jules Favre auf diese Einwendung geantwortet habe. „Darum habe ich mir ja jemanden mitgebracht, der noch vor Christi Geburt zu zählen angefangen hat."

[2]) Näheres über die betr. Verhandlungen Bismarck's mit Thiers und Favre findet man in dem Werke des letzteren: Simple récit d'un membre du gouvernement de la défense nationale. Eine Übersetzung der auf die Kontribution bezüglichen Verhandlungen findet sich in der „Vossischen Zeitung" vom 2. April 1875 Nr. 76, 3. Beilage S. 2.

Digitized by Google

ordentliche Höflichkeit des Monarchen im geschäftlichen Verkehr auszusprechen. Als Beweis dafür deutete er an, mit welcher Rücksicht der Kaiser zu wissen verlange, ob in der Thronrede für den Reichstag auch jener Passus der Thronrede für den Landtag enthalten sei, welcher sein lebhaftes Bedauern darüber ausdrückt, daß es ihm nicht gestattet sei, den Eröffnungsfeierlichkeiten persönlich beizuwohnen. Er sprach von dem völlig befriedigenden Gesundheitszustande des Kaisers, erklärte alle gegenteiligen Gerüchte für unwahr und wies zum Beweise auf das von der Hand des Monarchen geschriebene Couvert, indem er bemerkte, daß man aus dieser sicheren und kräftigen Handschrift wahrlich entnehmen könne, daß der Kaiser nicht krank sei. In der That hätten ihm die Ärzte gestattet, den Reichstag zu eröffnen, aber der Kaiser habe es selbst abgelehnt, weil ihm ohne Stütze die Ersteigung der 100 Stufen zum weißen Saale doch etwas beschwerlich geworden wäre.

Interpelliert über das gleichzeitige Tagen der parlamentarischen Körperschaften, antwortete Fürst Bismarck: „Mit einem bayerischen, württembergischen oder sonstigen Landtag muß man allerdings Nachsicht haben; aber wer im preußischen Abgeordnetenhause ein zweites Mandat annimmt, muß auch doppelte Nerven haben!“

Im Laufe der Unterhaltung fragte Fürst Bismarck den Abgeordneten des Kreises Nordhausen, Rittergutsbesitzer Mühlenbeck, ob Nordhausen noch seinen berühmten Kornbranntwein herstelle, beziehungsweise von früher noch auf Lager habe. Er sei gesonnen, bei Stiftung von Fideikommissen neben andern wertvollen Stücken auch dieses Getränk zum Genusse für spätere Generationen in den Keller zu legen. Die Nordhäuser Brennereibesitzer, welche durch Herrn Mühlenbeck hiervon Kenntnis erhielten, gaben sich infolgedessen die Ehre, dem Reichskanzler zwei Faß vom besten Nordhäuser Kornbranntwein als Geschenk zu übersenden [1]).

13. Februar 1874. 2. parlamentarisches Diner [2]).

17. Februar 1874. 3. parlamentarisches Diner [3]).

---

[1]) Bismarck sprach darauf durch folgendes Schreiben an die Nordhäuser Brennereibesitzer seinen Dank aus: Für die mir seitens der Herren Brennereibesitzer in Nordhausen zugekommene Gabe von Nordhäuser Branntwein sage ich meinen verbindlichsten Dank und werde der Bestimmung der Herren Geber gemäß, welche meinem eigenen Wunsche entgegenkommt, das altberühmte Produkt Nordhausens fideikommissarisch auf die Enkel vererben, damit der wohlverdiente Ruf dieses heimischen Getränkes auch bei den späteren Generationen erhalten und anerkannt bleibe. v. Bismarck.

[2]) Zu demselben hatten u. a. Professor Gneist, Dr. Wehrenpfennig, Amtsrat Dietze und der von der „Kreuzzeitung“ so rücksichtslos behandelte Freiherr von der Horst Einladungen erhalten.

[3]) 27 Einladungen waren ergangen an Mitglieder des Bundesrats, die Präsidenten des Reichstags, den Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amts und an Mitglieder des Auswärtigen Amts.

Digitized by Google

21. Februar 1874. Parlamentarische Soiree[1]), von etwa 160 Mitgliedern[2]) des Reichstags besucht.

Den hauptsächlichsten Konversationsstoff bildete der auf Antrag des Abgeordneten Eugen Richter gefaßte Beschluß der Militärgesetz-Kommission, wonach das gesamte Diensteinkommen der Militärpersonen zur Kommunalbesteuerung herangezogen werden soll. Um 10½ Uhr etwa nahm der Fürst den Arm des Präsidenten von Forckenbeck und führte ihn, gefolgt von der ganzen Gesellschaft, in den Salon, wo das Büffet aufgestellt war, dem wacker zugesprochen wurde. Bald nach 11½ Uhr brach die Mehrzahl der Gäste auf, und nur ein kleiner Kreis intimer Bekannten blieb bis um die Mitternachtsstunde noch um das fürstliche Paar.

---

8. Parlamentarische Session 1874/75[3]).

18. November 1874. 1. Reichstags-Diner[4]). Von aktuellen Fragen wurde besonders der Gedanke die Errichtung einer Reichsbank besprochen. Nachdem die nationalliberale Fraktion, augenblicklich der wichtigste Faktor der Gesetzgebung, sich für die Gründung eines solchen Zentral-Geldinstituts ausgesprochen hatte, so glaubte man in Würdigung von Äußerungen, welche Delbrück fallen ließ, daß das Reichsbank-Projekt nunmehr gesichert sei[5]). Der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf eines Bankgesetzes sah, wie erinnerlich, von der Gründung einer Reichsbank ab.

21. November 1874. 1. parlamentarische Soiree[6]). Der Fürst hatte am Vormittag — es handelte sich im Reichstag um die Kommunalbesteuerung

[1]) Der Reichskanzler und die Frau Fürstin von Bismarck hatten an die Reichstagsabgeordneten Einladungen zu den herkömmlichen parlamentarischen Soireen für die Sonnabende vom 21. Februar bis 29. März um 9 Uhr ergehen lassen. Davon wurden abgesagt die auf den 7., 14., 21. und 28. März fallenden Soireen, und zwar infolge schwerer Erkrankung und dauernder Ruhebedürftigkeit Bismarck's. Über das Stattfinden der auf den 28. Februar fallenden Soiree habe ich keine Nachricht.

[2]) Nur diejenigen hatten Einladungen erhalten, welche entweder beim Reichskanzler ihre Karte abgegeben hatten, oder von denen der Fürst durch ihr früheres Erscheinen in seinen Soireen die Überzeugung hatte, daß sie seiner Einladung Folge leisten würden. Von Ministern bemerkte man den Grafen zu Eulenburg, Dr. Falk und Delbrück.

[3]) Die II. Session der II. Legislatur-Periode des Reichstags dauerte vom 29. Oktober 1874 bis 30. Januar 1875. Der preußische Landtag tagte länger.

[4]) Es nahm daran teil der Gesamtvorstand des Reichstags, die Präsidenten von Forckenbeck, Freiherr Schenk von Stauffenberg, Dr. Hänel, die Schriftführer Dr. Weigel, Wölfel, Dernburg, Bernards, Freiherr von Soden, Graf Kleist, Stumm, Herz, sowie der Quästor von Puttkamer und die Spitzen der Reichsbehörden.

[5]) Am 30. Januar 1876 genehmigte der Reichstag das Bankgesetz mit großer Mehrheit. Das Centrum stimmte geschlossen dagegen.

[6]) Von seiten des Fürsten und der Fürstin Bismarck waren die Einladungen zu den parlamentarischen Soireen für die vier nächsten Sonnabende, den 21. November eingerechnet

Digitized by Google

der Reichsbehörden, um Heranziehung der Grundstücke des Reichs zu den Kommunalsteuern 2c. — gesagt: Man wolle das Reichsfaß überall anzapfen. Am Abend nun, als, wie immer, der edle Gerstensaft beim Reichskanzler kredenzt werden sollte, war der Fürst der erste, der sein Glas selbst aus dem aufgelegten Fäßchen vollschenkte. Das Getränk wollte ihm indes nicht munden; er versuchte, ob das Faß bis auf den kleinen von ihm getrunkenen Teil ganz gefüllt wäre, was bekanntlich sehr wesentlich auf die Güte des Bieres einwirkt, und als er bei der leichten Bewegung des Fäßchens ein bemerkenswertes Vakuum konstatierte, meinte er lachend: „Sehen Sie, meine Herren, sogar dieses Reichsfaß hat man auf dem weiten Wege von München hierher nicht unangezapft gelassen. Übrigens ist das Bier auch zu kalt.“ (Die Fürstin hatte es auf Eis legen lassen.) Dann zu einigen seiner zufällig in der Nähe stehenden Gäste aus dem Süden gewandt, meinte er: „Nun, das hat alles Süddeutsche so an sich; wenn es hierher kommt, ist es kalt, hier wird es dann schon warm in Berlin.“ Nachdem der Fürst sein geflügeltes Wort für diesen Abend geleistet hatte, wandte er sich einer andern Gruppe von Parlamentariern zu.

Politische Gespräche wurden nicht geführt.

Allgemein fiel die Abwesenheit der altkonservativen Mitglieder des Reichstags auf. Die Fraktion war nur durch den Schwager Bismarck's, Herrn von Puttkamer (Lyck) und durch Herrn von Denzin vertreten. Das Fehlen der übrigen brachte man mit der Mißstimmung in Verbindung, welche das Vorgehen gegen den Grafen Arnim in den Kreisen der pommerschen und märkischen Aristokratie erregt hatte. Die Demonstration hätte sicher unterbleiben können.

26. November 1874. Diner für die Mitglieder des Bundesrats [1]).

---

an die Reichstagsabgeordneten ergangen. Die Soiree vom 21. November war zahlreich besucht. Man bemerkte die Minister Delbrück, von Kameke, von Stosch, Leonhardt, Dr. Achenbach und Friedenthal; vom Bundesrat: Michaelis, Friedberg, Stephan, Maybach, Voigts-Rheetz und Herzog; von den Abgeordneten nur solche, welche Karten abgegeben hatten. Von der Centrums-Fraktion war nur ein Mitglied des Gesamtvorstandes des Reichstags, Dr. Bernards, anwesend.

[1]) Da die Mitglieder des Bundesrats sich auch an den parlamentarischen Debatten beteiligen, gewissermaßen also auch zu den Parlamentariern zählen, so hat man geglaubt, die für den Bundesrat gegebenen Diners in die Darstellung nachträglich ebenfalls aufnehmen zu sollen. An dem obigen Diner nahmen teil: die Minister von Kameke und Dr. Achenbach, der bayerische Minister von Fäustle, die sächsischen Minister Abeken und von Fabrice, der württembergische Minister von Mittnacht, der badensche Minister von Freydorff, der württembergische Gesandte Freiherr von Spitzemberg, der mecklenburgische Legationsrat von Bülow, der braunschweigische Wirkliche Geheime Rat von Liebe, der anhaltische Minister von Larisch, der Bürgermeister von Bremen, Dr. Gildemeister, der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger, der bayerische Ministerialrat von Riedel, der bayerische Oberst des Generalstabs Fries, der sächsische Major Edler von der Planitz, der württembergische Oberst von Faber du Faur, der württembergische Ober-Steuerrat von Wintterlin, der hessische Ministerialrat Dr. Neidhardt, der mecklenburgische Ober-Zolldirektor Oldenburg. Außer den Herren vom Bundesrat waren geladen: der Polizei-Präsident von Madai, der Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Michaelis, der Geheime Regierungsrat Starke und Graf Wendt zu Eulenburg.

Digitized by Google

28. November 1874. 2. parlamentarische Soiree[1]).

5. Dezember 1874. 3. parlamentarische Soiree. Zu den Gästen zählte auch der Abgeordnete von Diest-Daber, welcher unterm 2. Dezember 1874 den Fürsten Bismarck um eine persönliche Unterredung gebeten hatte, dafür aber mit einer Einladung zu dieser parlamentarischen Soiree beehrt wurde[2]). Von Diest wurde vom Fürsten mit Freundlichkeit empfangen; die Bitte um ein Gespräch unter vier Augen lehnte Bismarck ab, weil er aus früherer Erfahrung (22. Februar 1873) wußte, daß derartige Gespräche mit Diest mehrere Stunden dauerten und er durch nutzlose Erörterungen nicht sich und seinen übrigen Gästen den Abend zerstören wollte[3]).

Mit Ausnahme der Klerikalen waren alle parlamentarischen Parteien zahlreich vertreten. Die dramatischen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom vorhergehenden Tage, in welcher Bismarck der Centrumsfraktion zugerufen hatte: „Ja, meine Herren, verstoßen Sie den Mörder Kullmann wie Sie wollen, er hängt sich doch an Ihre Rockschöße", bildeten das Hauptthema der Unterhaltung, zu der aber auch die Enthüllungen des ehemaligen württembergischen Ministers von Varnbüler über das Meglia'sche geflügelte Wort: „Der Kirche kann allein die Revolution helfen," das ihrige beitrugen. Die Nachricht, daß das Civilehegesetz für das Reich noch werde eingebracht werden, wurde mit großer Befriedigung aufgenommen.

Im Laufe des Abends fand sich ein Teil der Gäste, darunter auch Damen, im Arbeitskabinett des Fürsten zusammen. Auf einem Tische lagen zwei historische Mordwaffen: der Revolver des Attentäters Blind und die Pistole Kullmann's. Der Reichskanzler kam bereitwillig der Aufforderung entgegen, die Details der beiden Attentate zu erzählen und that dies in so erschöpfender Weise, daß der interessante Vortrag mehr als eine halbe Stunde währte. Eins der Details über das Attentat Blind's, welches bekanntlich in Berlin „Unter den Linden" stattfand, war bis dahin noch nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Der Fürst erzählte: „Als Blind seinen Revolver abgeschossen hatte, stürzte er auf mich los. Ich hatte Mühe, den jungen, kräftigen Mann von mir abzuwehren und lange hätte das Ringen mit ihm nicht dauern dürfen, denn ich

[1]) Dieselbe war zahlreich besucht. Das Centrum glänzte durch Abwesenheit. Ausgeschlossen war keine Fraktion, die Einladungen waren aber wiederum nur solchen Abgeordneten zugegangen, welche ihre Karten abgegeben hatten (seitens des Centrums etwa 10 Mitglieder). Unter den Gästen befand sich auch wieder der Abgeordnete Hans Krüger von Hadersleben genannt „Krüger der Däne".

[2]) Auf sein Gesuch um eine Audienz erhielt von Diest folgende Zuschrift: „Berlin, den 5. Dezember 1874. Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich im Auftrage des Fürsten Reichskanzlers ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß derselbe sich sehr freuen würde, wenn Ew. Hochwohlgeboren auf der heutigen Reichstagssoiree sein Haus besuchen wollten, daß der Fürst aber aus Rücksicht auf Zeit und Kräfte andere Diskussionen als dienstlich notwendige einzugehen nicht in der Lage ist. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung W. Eulenburg."

[3]) Es war dies die letzte Begegnung Bismarck's mit Diest. Infolge der bekannten Angriffe des ersteren wurde das Verhältnis später ein so gespanntes, daß Bismarck einen Brief Diest's im Jahre 1875 uneröffnet zurückschickte.

Digitized by Google

fühlte mich einer Ohnmacht nahe. In diesem entscheidenden Momente erhob sich ein Gewehrkolben über meinem Haupte. Der Soldat, welcher in der Nähe Posten stand, wollte nämlich intervenieren. Da wurde eine lederbehandschuhte Hand sichtbar, welche den Gewehrkolben faßte, und eine Stentorstimme, die einem Offizier gehörte, schrie „Rindvieh!"" Der weitere Vorgang des Attentats ist bekannt. Blind wurde von Herbeieilenden zu Boden geworfen und der Reichskanzler setzte seinen Weg fort.

Die vorstehende Erzählung über den Hergang des Attentats weicht von der sonst verbürgten mehrfach ab. Ein am 7. Mai 1866 abends 7 Uhr ausgegebenes Extrablatt der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" schildert den Hergang wie folgt: „Als der Ministerpräsident Graf Bismarck heute Nachmittag 5½ Uhr, von dem Vortrag bei Sr. Majestät dem König zurückkehrend, in der Mitte der Linden-Allee entlang ging, hörte er, in der Nähe des russischen Gesandtschaftshotels angekommen, zweimal hinter sich schießen. Er sah sich um und erblickte vor sich einen kleinen, etwa vierundzwanzig Jahr alten Menschen stehend, welcher zum drittenmale einen Revolver auf ihn anlegte. Der Ministerpräsident sprang auf den Verbrecher los, der zum drittenmale schoß und abermals fehlte. Als er sich aber von dem Grafen gleichzeitig an Brust und am rechten Faustgelenk gefaßt sah, gelang es ihm, den Revolver in die linke Hand zu nehmen und noch zwei Schuß auf den Grafen Bismarck abzufeuern. Der Paletot, den der Graf über seinem Anzug trug, schwächte die Kraft der Kugeln, sodaß der Graf nur kontusioniert ist, der sich nach seinem Hotel zurückbegab, nachdem er den Verbrecher einigen Soldaten des gerade am Schauplatz der That vorüber marschierenden 1. Bataillons des 2. Garde-Regiments überliefert.

Gott der Herr hat sichtlich über das Leben des Grafen Bismarck gewacht. Seine Verletzungen sind nur unbedeutend, obgleich der Paletot vom Pulver der Schüsse versengt und von den Kugeln durchlöchert ist.

Gleich nachdem die That bekannt geworden, erschien Se. Majestät der König im Ministerhotel, um sich nach dem Befinden des Ministerpräsidenten zu erkundigen. Ebenso Se. Königliche Hoheit der Prinz Karl, Feldmarschall Wrangel, und eine große Zahl hochstehender Persönlichkeiten, die sich mit jedem Augenblick mehren.

Der Thäter heißt Blind und soll der Sohn des bekannten republikanischen Flüchtlings Blind in Baden sein, der aus Hohenheim zum Zweck hierhergekommen war, den Minister zu erschießen."

Der Blind'sche Revolver war ein Geschenk Delbrück's; dieser ließ ihn bei der regelmäßigen Versteigerung der sequestrierten Gegenstände beim Stadtgericht ankaufen. Auf gleichem Wege ist Bismarck in den Besitz der Kullmann'schen Pistole gelangt. Der Fürst hatte an den damaligen Staatsanwalt Rübel das Ersuchen gerichtet, es möge ihm die Pistole überlassen werden. Der Staatsanwalt, der nicht auf eigene Verantwortung handeln zu können glaubte, wandte sich an die Regierungs-Finanz-Kammer in Würzburg und diese hinwiederum an das Finanz-Ministerium in München, von welchem der Bescheid erfolgte: daß

Digitized by Google

die Pistole dem Fürsten um den marktgängigen Preis zur Verfügung stehe. So kam Fürst Bismarck in den Besitz der Kullmann'schen Mordwaffe und der bayerische Fiskus in den Besitz von — 1 Thaler 20 Silbergroschen.

12. Dezember 1874. 4. parlamentarische Soiree. Die politische Konversation gestaltete sich lebendig und der Prozeß Arnim[1]), sowie die noch bevorstehenden Reichstagsgeschäfte bildeten das Thema der Unterhaltung. Von einem der anwesenden Bundesratsmitglieder wurde zur großen Befriedigung der liberalen Parlamentsmitglieder mitgeteilt, daß das Civilehegesetz im Bundesrats-Ausschusse radikale Verbesserungen erfahren habe, welche Aussicht hätten, im Plenum des Bundesrats angenommen zu werden[2]). Der Gesetz-Entwurf werde noch im Laufe der Woche an den Reichstag gelangen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einem der schlesischen Adligen ein Amendement in Aussicht gestellt, nach welchem für gewisse Teile des Reichsgebiets die Funktionen der Standesbeamten an richterliche Behörden übertragen werden dürfen. Motiviert wurde die Forderung durch die in der Praxis sich herausstellende Überhäufung der Geschäfte in Händen solcher Personen, welche für die Dauer die Obliegenheiten ihres Amtes nicht durchzuführen im stande sind. Auch die mecklenburgischen Angelegenheiten[3]) kamen in einer Gruppe zur Sprache. Seitens einer eingeweihten Persönlichkeit wurde die Bemerkung gemacht, daß die Lösung der Verfassungsfrage in liberalem Sinne auf keinen erheblichen Widerstand stoßen werde. Anders verhalte es sich jedoch mit einer Reform der Kirchenangelegenheiten. Da machen die protestantischen Orthodoxen ebenso viel Schwierigkeiten, wie an andern Orten die Ultramontanen. — Mit Befriedigung wurde von den leitenden Persönlichkeiten die glatte Annahme des Militäretats in der zweiten Lesung konstatiert. In der Regierungssphäre hob man hervor, daß die Bewilligung der Forderungen der Militärverwaltung nach außen in einem Momente von großer Bedeutung sei, wo durch das im Arnim'schen Prozeß veröffentlichte Blaubuch die Intentionen der Regierung gegen Frankreich klar ausgedrückt seien. Das sei ein fait accompli, mit dem man jetzt rechnen müsse. Die Franzosen würden nun wissen, daß die deutsche Nationalvertretung mit der Regierung einig in dem Wunsche ist, die Wehrkraft des Volkes und alle seine militärischen Institutionen so aufrecht zu erhalten, daß wir einem Revanchekrieg mit Frankreich gegenüber vollkommen gerüstet dastehen.

Schließlich ist noch eines eigentümlichen Zwischenfalles zu gedenken. Die Gesellschaft hörte plötzlich aus dem Arbeitszimmer des Fürsten eine heftige De-

[1]) Am 4. Oktober 1874 war die Verhaftung desselben auf seinem Gute Nassenheide bei Stettin erfolgt; am 9. Dezember begann der gegen denselben geführte Prozeß.

[2]) Am 5. Januar 1875 genehmigte der Bundesrat mit Mehrheit den vom Ausschuß für Justizwesen umgearbeiteten Entwurf. Die Annahme im Reichstag erfolgte am 25. Januar 1875 mit 207 gegen 72 Stimmen.

[3]) Am 16. Februar 1875 brachte die mecklenburgische Regierung den im Jahre 1874 gescheiterten Entwurf für eine Reform der Verfassung nochmals zur Vorlage. Die Reform scheiterte neuerdings an dem Widerstand der Ritterschaft.

Digitized by Google

tonation, die sich wie ein Schuß anhörte. Es stellte sich heraus, daß der Vorfall ohne Belang war. Einer der Gäste untersuchte nämlich den auf dem Arbeitstisch Bismarck's liegenden Revolver Blind's, wobei sich derselbe entlud. Tags darauf witzelte die Presse über den Vorgang: „Sollten sogar die Reichstagsabgeordneten den alten Spruch vergessen haben: Spiele nie mit Schießgewehren?"

Obgleich aus dem Revolver Blind's, war es doch kein blinder Schuß; die Kugel hatte ohne Verletzung den Bauch des titanenhaften Abgeordneten Jordan-Deidesheim gestreift. Der unschuldige Attentäter war der Abgeordnete von Unruhe-Bomst.

17. Dezember 1874. 2. parlamentarisches Diner. Nachmittag 5 Uhr, unmittelbar nach dem Schlusse der Reichstagssitzung. Auch in die Räume des Gebäudes in der Wilhelmstraße hatte sich jene lebhofte Aufregung übertragen, wie sie am Vormittage im Foyer des Reichstags infolge der vom Fürsten Bismarck beim Kaiser eingereichten Demission[1]) in Abgeordnetenkreisen Platz gegriffen hatte.

An dem Diner nahm der Kronprinz mit seinem Gefolge[2]) teil. Alles war aufs höchste gespannt, welchen Verlauf die Konversation infolge der kritischen Situation nehmen würde.

Nach Aufhebung der Tafel wurden die einzelnen Abgeordneten dem Kronprinzen vorgestellt, der auf die liebenswürdigste Weise mit denselben konversierte. Bismarck seinerseits hatte namentlich die Abgeordneten von Bennigsen, Miquel, Dr. Wehrenpfennig und Löwe über den bedenklichen Vorgang im Reichstag ins Gebet genommen; er äußerte, daß er nach der gestrigen Abstimmung keine Majorität mehr für sich im Reichstag zu haben glaube und deshalb seine Entlassung eingereicht habe. Die nationalliberale Partei entbehre einer festen Führung und habe keinen anerkannten Leiter, als welcher ihm wohl von Bennigsen ungleich lieber sein würde als Lasker, den der Fürst für einen guten Soldaten, aber für einen schlechten Feldherrn hielt. Er verlangte, daß die Mehrheit mit

[1]) Das Entlassungsgesuch stand im Zusammenhang mit der Annahme des Antrags des Abgeordneten von Hoverbeck bezügl. der Verhaftung des Abgeordneten Majunke. Es handelte sich um den aus Anlaß der Verhaftung des Abgeordneten Majunke von den Abgeordneten Lasker und Genossen gestellten schleunigen Antrag, die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel zu prüfen und Maßregeln zu beschließen, welche eine Wiederkehr derartiger Eingriffe in die Würde des Reichstags verhinderten. Der zur Annahme gelangte Antrag des Abgeordneten Hoverbeck lautete: „Bei Aufrechthaltung der Würde des Reichstags ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstags verhaftet werde."

[2]) Es waren erschienen: dessen Ober-Hofmarschall Graf zu Eulenburg, sein Adjutant Oberst Mischke; von Abgeordneten u. a. von Kardorff, von Maltzahn-Gültz, von Arnim-Kröchlendorff (der Schwager Bismarck's), Dr. Wehrenpfennig, Schmidt (Stettin), Berger (Witten), Löwe, Bender, Miquel, von Bennigsen, von Puttkamer (Sorau), Dr. Kapp, Graf von Moltke, Dr. Meyer (Thorn), Dr. Schwarze, Fürst von Hohenlohe-Langenburg und von Arnim-Heinrichsdorf, Dr. Elben. Zur Rechten des Fürsten Bismarck saß Fürst Hohenlohe-Langenburg, zur Linken desselben Dr. Löwe, und gegenüber hatte die Fürstin Bismarck zur Rechten des Kronprinzen, zur Linken den Feldmarschall Grafen Moltke habend, Platz genommen.

Digitized by Google

ihm Fühlung suche und er mit größerer Sicherheit als bisher auf sie rechnen könne. Bei der Abstimmung über die Resolution Hoverbeck habe die Fortschrittspartei und das Centrum geschlossen für dieselbe gestimmt, die Nationalliberalen seien aber dabei auseinandergegangen und außer dem Abgeordneten Lasker hätten sich noch etwa 40 Mitglieder der Fraktion für die Resolution erklärt. Er fasse dies so auf, als hätte man sich damit auf die Seite seiner entschiedensten Gegner, der Centrumspartei gestellt.

Die gereizte Stimmung des hohen Wirtes hatte übrigens auch noch in andern Ursachen ihren Grund. Die Polizei hatte Bismarck wenige Tage vorher mitgeteilt, daß sie einem neuen Attentat gegen ihn auf der Spur sei und ihn dringend ersucht, sie in Kenntnis zu setzen, wenn er ausgehe oder in dem Tiergarten seine einsamen Spaziergänge unternehmen wolle. So weit also war es gekommen, daß sich der Gründer des Deutschen Reichs in der Hauptstadt nicht mehr ohne polizeilichen Schutz aus dem Hause begeben konnte. Bismarck machte den Abgeordneten hiervon gleichfalls kein Geheimnis, indem er äußerte, „daß er nun nicht mehr ohne Leibwache ausgehen könne."

Durch die Anwesenheit des Kronprinzen wurde den Abgeordneten in der Erörterung der eingetretenen Krisis selbstverständlich um so mehr eine Zurückhaltung auferlegt, als sie annehmen mußten, daß der Kronprinz gekommen sei, um mit dem Fürsten Bismarck über das von diesem schriftlich eingereichte Entlassungsgesuch Rücksprache zu nehmen. Bei den Unterhaltungen, die man gruppenweise führte, wurde der Reichskanzler mehrfach gebeten, er möchte sich doch über den Zwischenfall beruhigen; es handle sich im Grunde nur um eine innere Angelegenheit des Reichstags, eine Resolution binde ja den Reichskanzler noch nicht; jedenfalls sei die Sache nicht dringlicher Natur. Der Fürst Bismarck blieb zwar dabei stehen, daß das Entlassungsgesuch ein fait accompli sei, die Abgeordneten verließen ihn indes in der Meinung, es werde sich ein Ausgleich finden lassen, der sowohl das Verbleiben des Reichskanzlers im Amte ermögliche, als auch gestatte, von einer Auflösung des Reichstags Umgang zu nehmen. Als sie sich verabschiedeten, um sich in die Abendsitzung des Reichstags zu begeben, verblieb der Kronprinz noch bei dem Fürsten Bismarck; auch der Abgeordnete Miquel war zurückgehalten worden.

Der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch seines Kanzlers, wie nicht anders zu erwarten war, ab.

19. Dezember 1874. 5. parlamentarische Soiree. Das gute Einvernehmen zwischen Reichskanzler und Reichstag war inzwischen wieder hergestellt, und mancher Abgeordnete war einen Tag länger in Berlin geblieben, damit dem Fürsten Bismarck durch ein recht zahlreiches Erscheinen von Abgeordneten auf seiner Soiree die Befriedigung des Reichstags über die hergestellte Einigkeit ausgedrückt werde[1]).

[1]) Ein großer Damenflor zierte die Gesellschaft; auch der Bundesrat war zahlreich vertreten, und der Justizminister Leonhardt hatte es sich nicht nehmen lassen, durch sein Erscheinen auch eine Demonstration zu machen.

Digitized by Google

Bismarck war in bester Stimmung und äußerte sich unter anderm, wenn er nach einem so liebenswürdigen Beweis des Vertrauens, wie ihn der Reichstag soeben gegeben habe, nicht beruhigt sein wollte, so müßte er ja ein Zänker sein. Öffentlich wurde auf der Soiree nicht verhandelt über das, was die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigte: das Urteil über den Grafen Arnim, welcher von dem Berliner Stadtgericht wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war; doch im stillen wurde genug darüber gesprochen, und zwar in meist übereinstimmender Weise. Im allgemeinen hatte man ein höheres Strafmaß erwartet, mindestens ein halbes Jahr; doch fehlte es auch nicht ganz an solchen, welche eine Freisprechung für möglich hielten, und das milde Strafmaß war es nicht, worüber Juristen und Laien sich am meisten verwunderten.

Im Laufe der Unterhaltung fragte Bismarck ein Mitglied der nationalliberalen Partei, ob er bei der Abstimmung über die Hoverbeck'sche Resolution nicht an den Reichskanzler gedacht habe. Jener antwortete in witziger Weise: „Ich dachte, daß der Reichskanzler daran denken werde, einem voreiligen Staatsanwalt auf die Finger zu klopfen."

Die Abstimmung über den Hoverbeck'schen Antrag war übrigens auch ein Merkstein in dem Verhältnis Bismarck's zu den Parteien, speziell zur Fortschrittspartei. Noch im Jahre 1874 sprach Bismarck mit angesehenen fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten mehrfach von der Bedeutung der Fortschrittspartei, ohne die eine wirklich anständige Mehrheit nicht zu erzielen sei, von dem Werte, den er deshalb auf ihre Unterstützung lege, von den unerträglichen, die besten Manneskräfte aufreibenden Friktionen bei Hofe und in den Regierungskreisen, und von seinem Entschluß, mit vollendetem 60. Lebensjahre (1. April 1875) sich in den Ruhestand zurückzuziehen und den Rest seines, nach dem Ausspruch der Ärzte sonst schnell gefährdeten Lebens seiner Familie zu widmen, sowie endlich von der Notwendigkeit, inzwischen das Reich fester zu konsolidieren u. s. w.[1]). Allein diese Anknüpfungsversuche endeten schnell.

Seit dem in der Majunke'schen Haftsache angenommenen Antrag sind dieselben nicht wiederholt worden.

Wir nähern uns übrigens jetzt dem Zeitpunkte, da die Vertiefung Bismarck's in die wirtschaftlichen Fragen beginnt. Bismarck sagte sich damals, daß er durch eine von seinem Kaiser und König genehmigte kühne, unerschrockene Politik, welche durch die Tapferkeit des treuen Volks in Waffen und durch das Genie unsrer Feldherren unterstützt wurde, den deutschen Einheitsgedanken, der bisher gleich Banquo's Geist, die blutigen Locken schüttelnd, ruhelos und anklagend, umherirrte, verwirklicht und ihm einen Körper gegeben. Er hatte ein wohlerworbenes Recht, stolz zu sein auf seine beispiellosen Erfolge. Denn „Brave freuen sich der That". Er mochte daneben aber sich wohl auch zuweilen zweifelnd

[1]) Ludolf Parisius: Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck S. 204.

Digitized by Google

die Frage vorlegen, ob ihm die Zukunft noch zum zweitenmal solche Erfolge vorbehalten habe, und ob er nicht sich in Gefahr begebe, auf seiner Ruhmesleiter einige Sprossen herunter zu steigen, wenn er, in Ermangelung jeder Aussicht auf die Möglichkeit solcher erhabener Thaten auch für die Zukunft, an der Spitze der Geschäfte des durch seine Politik geschaffenen Reichs weiter verharre, um Funktionen obzuliegen, welche ebensogut auch irgend ein andrer verrichten könne. Dies mochte der Gedankengang sein, welcher ihn im Jahre 1874 in erster Linie mit veranlaßte, ernstlich an seine Entlassung zu denken. Vorstellungen seiner Angehörigen und Sorge für seine Gesundheit mögen in zweiter Linie mitgewirkt haben. Aber wenn er auch auf dem Gebiet der hohen Politik bis zu einem gewissen Grade „müßig geworden", so war doch sein Thatendrang noch lange nicht gesättigt. Allmählich befreundete er sich daher mit dem Gedanken, auf dem Gebiet des Innern und der Finanzen ebenso Großes zu leisten, wie auf dem des Äußern, ein ganz neues System zu ersinnen und auszuführen und auch auf diesem Gebiet Deutschland an die Spitze der Staaten und sich an die Spitze der Staatsmänner des neunzehnten Jahrhunderts zu stellen, — ein Heros, gleich groß auf allen Gebieten. Es war damals, wo er Abgeordneten gegenüber, welche sein persönliches Vertrauen genossen, ohne Rücksicht auf deren politische Parteistellung sagte: „Ich langweile mich; die großen Dinge sind gethan. Das Deutsche Reich ist aufgerichtet. Es ist anerkannt und geachtet bei allen Staaten und Nationen. Etwaigen Koalitionen, welche sich gegen einen Staat, wenn er große Erfolge errungen, wohl zu bilden pflegen, wird man zuvorzukommen wissen. Wenn auch Frankreich Revanchegedanken hegen sollte, so wird es gegen uns keinen Alliierten finden, und ohne einen solchen wird es nichts wagen. Was bleibt mir da unter solchen Umständen übrig? Die Verwaltung im Innern? Nun ja, ich bin durchaus nicht in allem mit ihr einverstanden und fühle manchmal sogar das Gelüst, nachdem ich mein Amt niedergelegt habe, mich um ein Abgeordneten-Mandat zu bewerben, das mir nicht entgehen kann, und dann den Ministern durch meine Opposition das Leben so sauer als möglich zu machen. Aber alles das, mag ich mich nun an der Spitze der Regierung oder an der der Opposition in die Verwaltungsfragen hineinstürzen, sind doch höchst untergeordnete Dinge im Vergleich mit dem, was bisher meine Aufgabe gewesen. Warum soll ich mir also nicht Ruhe gönnen? Ich habe keine Lust mehr dazu, auf eine schlechte Hasenjagd zu gehen. Dazu bin ich zu müde. Ja, wenn es gälte, einen großen und mächtigen Eber — meinetwegen einen erymantischen — zu erlegen, dann würde ich dabei sein, dann würde ich mir noch einmal etwas zumuten. Dem Deutschen Reich eine mächtige, unerschütterliche finanzielle Grundlage zu geben, welche demselben eine dominierende Stellung verleiht und es in organische Verbindung bringt mit allen öffentlichen Interessen in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde, das wäre eine große und würdige Aufgabe, die mich reizen könnte, den letzten Hauch meiner sinkenden Kraft daran zu setzen. Allein die Aufgabe ist schwierig. Ich bin nicht eigentlich Techniker auf diesen Gebieten, und meine jetzigen Ratgeber, so tüchtig sie auch sein mögen für die laufenden

Digitized by Google

Geschäfte, haben keine schöpferischen Ideen. Sie bewegen sich in ausgefahrenen Geleisen. Ich bin darauf angewiesen, selbst die Reformgedanken zu denken und mir die Werkzeuge zu ihrer Ausführung zu nehmen, wo ich sie finde.

1. März 1875. 3. parlamentarisches (Abgeordnetenhaus-) Diner[1]). Der Fürst sah wohl aus und war in heiterer Verfassung. In gewissen Kreisen waren hingeworfene Bemerkungen über seine Wirksamkeit als Parteiführer nach seinem etwaigen Rücktritt[2]) ernsthaft genommen worden. Die Art und Weise wie der Kanzler sich heute über diesen Punkt äußerte[3]), machte auf die Anwesenden den Eindruck, als wenn es sich bei diesem Gedanken nur um das Produkt einer launigen Kombination handeln könne. Bismarck gab an, nach seinen Lauenburgischen Besitzungen abreisen zu wollen, sobald das Wetter wärmer geworden sei, die Ärzte hatten ihm die Reise während der Kälte der letzten Tage streng untersagt. Wie sich's mit der Kanzlerkrisis eigentlich verhalte[4]), darüber wurde kein Wort laut. Scherzend bemerkte Bismarck zu einem Abgeordneten, daß er außer stande sei, dem König Vortrag über neue Gesetz-Entwürfe zu halten, weil er nicht die Zeit habe, sie auch nur zu lesen. Mit dieser leichten Wendung wollte er die von den streberischen Geheimräten bis zum Zerspringen geheizte Gesetzgebungsmaschine persiflieren. Andre bezogen die Äußerung auf das Zurücklegen der rheinisch-westfälischen Reformgesetze. Der Kanzler erkundigte sich mit Vorliebe nach den heimatlichen Verhältnissen der einzelnen Abgeordneten, und als sie sich verabschieden wollten, nötigte er sie, bis 9 Uhr zu bleiben. Speziell mit dem Abgeordneten Dr. Bender (Gumbinnen) unterhielt er sich lange.

15. März 1875. 4. parlamentarisches (Abgeordnetenhaus-) Diner[5]). Von Politik war so gut wie gar nicht, vielleicht absichtlich nicht die

---

[1]) Außer dem Gesamtvorstand des Hauses der Abgeordneten waren erschienen: die Freikonservativen Graf Wintzingerode, Legationsrat Aegidi, Konsul Stengel, die Konservativen von Köller, von Löper, der Altliberale von Bonin, die Nationalliberalen Miquel, von Benda, Dr. Weber, Dr. Gneist, Dr. Bender, Sachse und von Saucken (Julienfelde), die Minister Camphausen, Dr. Achenbach, Dr. Friedenthal und von Schleinitz, Graf Pückler und Graf Eulenburg. Bei Tafel saß der Fürst zwischen dem Minister von Schleinitz und dem Vize-Präsidenten Dr. Löwe, die Fürstin zwischen Graf Pückler und dem Präsidenten von Bennigsen; auch die Komtesse Bismarck machte die Honneurs.

[2]) cf. oben.

[3]) Mitte Februar 1875 verlautete, Bismarck habe in seiner Verstimmung gesagt: „Wenn Virchow das preußische Staatsschiff besser leiten zu können glaubt, so möge er das Ministerium übernehmen."

[4]) Vergl. den Aufsatz: „Vom Reichskanzler, Gerüchte einer Reichskanzlerkrisis" in der Zeitschrift: „Im neuen Reich", V. Jahrg. 1875, Bd. I. S. 356 f.

[5]) Es hatten Einladungen erhalten: der Minister des Innern Graf zu Eulenburg, der Unterstaatssekretär im Justizministerium Dr. Friedberg und die Abgeordneten Allnoch, Dr. Petri, Graf Arco, von Behr (Behrenhoff), von Bismarck (Flatow), Fritze (Stendal), Freiherr von der Goltz, Graf Hochberg, von Kardorff, Kette, Graf Königsdorff, Graf Limburg-Stirum, Dr. Lucius, Ludendorff, Lutteroth und von Wedell-Malchow.

Digitized by Google

Rede. Fürst Bismarck, der guter Stimmung war, berührte den neuesten Stand der kirchenpolitischen Tagesfrage[1]) nur ungefähr mit den Worten: „Nun, wir werden ja sehen, wie morgen die Debatte (im Abgeordnetenhause) verläuft".

9. Reichstags-Session 1875/76[2]).

27. November 1875[3]). 1. parlamentarische Soiree. Dieselbe war so stark besucht, wie früher noch keine. Hierzu trug vor allem bei, daß der völlig zur mythischen Person umgestempelte Reichskanzler plötzlich sein Tuskulum Varzin verließ, in seine Geschäfte hier wieder eintrat und die Zügel in die Hände nahm. Sein Erscheinen zerstreute nach seiner großartigen Programmrede über die Grundzüge einer rationellen Steuerreform (22. November 1875) die Konfliktswolken, sicherte das Einverständnis mit der bisherigen ihm zur Seite stehenden Majorität des Reichstags und gab endlich die Gewähr, daß auch sein Körper trotz der Schlaflosigkeit und eines Nervenübels noch die Elastizität besitzt, dem Vaterlande wichtige Dienste zu leisten.

Die Fürstin Bismarck empfing die erscheinenden Gäste[4]), auf ihrem Gesichte lag ein ernster Zug, wohl veranlaßt auch durch die Krankheit ihres zukünftigen Schwiegersohns; in der Nähe befand sich die Gräfin Bismarck, deren Bräutigam Graf Wend zu Eulenburg sich auf dem Wege der Genesung zu befinden schien.

Der Fürst äußerte sich in freimütiger Weise über die Steuerfragen, über die zu erstrebende Beseitigung der Matrikularbeiträge[5]) und über die Mecklenburger Frage, unterhielt sich auch längere Zeit mit dem Präsidenten von Forckenbeck, aber nicht, um für die Strafgesetz-Novelle[6]) unter der Hand Propaganda zu machen.

[1]) Zur Beratung stand im Abgeordnetenhaus eben der Gesetz-Entwurf über die Einstellung der Leistungen des Staates für die römisch-katholische Kirche.

[2]) Dieselbe währte vom 27. Oktober 1875 bis 10. Februar 1876.

[3]) Fürst Bismarck hatte sogleich auf einmal zu vier Soireen Einladungen ergehen lassen.

[4]) Darunter befanden sich die Minister Leonhardt, Falk, fast alle Mitglieder des Bundesrats, Delbrück an der Spitze. Sämtliche Fraktionen, mit Ausnahme der Polen und Sozialdemokraten, waren vertreten. Aus der Centrumsfraktion, an die zwölf Einladungen ergangen waren, war nur Dr. Bernards als Mitglied des Reichstagsvorstands anwesend. Der Abgeordnete Lasker war nicht erschienen. Im ganzen mochten nahezu 200 Personen anwesend sein.

[5]) Im Mai 1875 hatte Sachsen-Weimar den Antrag auf Verminderung der Matrikularbeiträge durch Erhöhung bestehender oder Einführung neuer Steuern beantragt; der Bundesrat hatte beschlossen, zunächst zwei Gesetz-Entwürfe, betr. die Erhöhung der Brausteuer und die Einführung der Börsensteuer, ausarbeiten zu lassen. Das Nähere darüber findet man in meinem Werk „Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 71 ff.

[6]) Der Reichskanzler hatte dem Reichstag unterm 23. November 1875 den Gesetz-Entwurf, betr. eine Abänderung und Ergänzung des Strafgesetzbuchs, vorgelegt. Die Novelle zielte

Digitized by Google

Nachdem das Buffet eröffnet war, nahm er Platz in der Nische des Saales mit der oval gewölbten Decke. An diesem Tisch saßen Mitglieder der nationalliberalen und der freikonservativen Partei, namentlich die Herren Ackermann, Braun, von Puttkamer-Sorau, Römer-Hildesheim, von Zedlitz, Wehrenpfennig u. a. Das Gespräch drehte sich vorzugsweise um persönliche Erlebnisse, Reisen und dergleichen. Über seinen Gesundheitszustand befragt, klagte der Fürst nur über neuralgische Schmerzen, von welchen er bei längerem Stehen befallen werde, im übrigen befände er sich wohl. Zwischen 11 und 12 Uhr entfernte sich die Mehrzahl der Gäste. Nur die Damen und näheren Freunde des Fürstlichen Hauses blieben noch als eine kleine Tafelrunde vereinigt.

Soweit der äußere Verlauf; genaue Kenner der parlamentarischen Temperatur wollten aber die Wahrnehmung machen, daß die Beziehungen zwischen Bismarck und seinen Freunden von den Majoritätsparteien nicht mehr so warm seien als in früheren Zeiten, eine Erscheinung, die nach dem reservierten Ton der jüngsten kanzlerischen Rede wenig befremden konnte. Einzelne meinten, die wahrscheinliche Ablehnung der Steuervorlagen[1]) und der politischen Bestimmungen der Strafgesetz-Novelle sei als finsterer Geist durch die glänzenden Salons in der Wilhelmstraße einhergeschritten, und wollten es u. a. daraus folgern, daß Fürst Bismarck seine Aufmerksamkeit mehr den Bundesräten und den hohen Funktionären der Krone, besonders süddeutschen Bevollmächtigten zum Bundesrat, zugewendet hatte, als den parlamentarischen Gästen.

30. November 1875. Der frühere Reichstagsabgeordnete, später infolge der Ernennung zum Oberbürgermeister von Dortmund und demnächst von Köln, Herrenshausmitglied Dr. Hermann Becker, einst der rote Becker genannt, mit den Kölner Stadtverordneten Classen und Horst bei Bismarck zur Familientafel. Vor Tisch hatte Dr. Becker dem Kanzler den von Professor Scheuren in Düsseldorf ausgeführten Ehrenbürgerbrief der Stadt Köln überreicht. Der Kanzler betrachtete das kunstvolle symbolische Diplom mit lebhaftem Interesse und sprach seine Freude und Dankbarkeit aus über das Ehrenbürgerrecht einer geschichtlich so hervorragenden Stadt, welche immer eine Kulturstätte des Rheines gewesen sei.

4. Dezember 1875. 2. parlamentarische Soiree. Während die Soiree ihre äußere Physiognomie nicht geändert hatte[2]), blieb auch jene des Reichskanzlers sich getreu, und die Aufmerksamkeit gegen seine Gäste gab sich wie immer darin kund, daß er mit einzelnen wie mit ganzen Gruppen lebhaft konversierte. In

---

dahin, die Regierung in einer Anzahl sog. politischer Paragraphen erweiterte Befugnisse gegenüber den klerikalen und sozialistischen Agitationen zu übertragen.

[1]) Vergl. S. 89 Note 5.

[2]) Sie war sehr besucht. Die Fürstin umgab ein größerer Damenkreis als in früheren Jahren. Der Reichstag wurde durch Mitglieder aller Fraktionen repräsentiert, der Bundesrat mit Einschluß der uniformierten Bevollmächtigten war beinahe vollzählig erschienen, außerdem bemerkte man viele Mitglieder der General-Synode. Auch Feldmarschall Graf Moltke befand sich zur Stelle.

Digitized by Google

einer der Gruppen, welche am Buffet Platz nahmen, wo den trefflichen Biersorten des Wirts mit bayerischen Kennermienen Gerechtigkeit widerfuhr, lenkte sich das Gespräch naturgemäß auf die **Brausteuer**. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob die Bierindustrie die Steuer tragen könne. Bayerische Abgeordnete wiesen aus der Praxis in ihrem Lande nach, daß das Braugewerbe dieselbe gut tragen könne. Der Fürst blieb auf seinem bereits im Reichstag ausgesprochenen Satze[1]) stehen, daß das Bier durch die Steuer besser würde, während die Abgeordneten meinten, daß die Qualität zurückgehen werde. Dann wendete sich die Konversation aus Anlaß des neuesten Antrags der Ultramontanen auf die **Festsetzung des Termins für Abhaltung des Reichstags**[2]). Es wurde von Abgeordneten betont, daß der Oktobertermin ungünstig sei. Der Reichskanzler antwortete, daß diese Angelegenheit nicht durch ihn selbst bestimmt werden könne. Der Fürst kam hierbei auf sein Thema von der geringen Machtsphäre des leitenden Ministers in Preußen zu sprechen[3]), wollte aber die Hoffnung aufrecht erhalten, daß es einstens anders kommen würde. Der Partikularminister

---

[1]) Vergl. Bismarck's Rede über die Reform der Brausteuer vom 22. November 1875 in meinem Werke „Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 75.

[2]) Am 11. November 1875 hatte der Abgeordnete von Ludwig im Verein mit Windthorst, Franckenstein u. a. den Antrag gestellt, den Reichskanzler dringend zu ersuchen, in Zukunft dafür Sorge tragen zu wollen:

1. daß zwischen der alljährlichen Einberufung des Reichstags (Art. 13 der Reichsverfassung) und dem Tage seiner Eröffnung ein Zeitraum von vier Wochen liege.
2. daß die Vorlagen des Bundesrats, insbesondere alle Etatsvorlagen sich vier Wochen vor dem Zusammentritt des Reichstags gedruckt in den Händen der Reichstagsmitglieder befinden. Nur Vorlagen, deren Dringlichkeit später hervortritt, dürfen eine Ausnahme machen.

Bemerkungen über die Verhandlung einer Klage gegen den Reichstagsabgeordneten von Ludwig wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck s. „National-Zeitung" Nr. 4[illegible] vom 28. Januar 1874, 2. Beiblatt.

[3]) Fürst Bismarck sagte einmal in einem Privatgespräch: „Die Reichsminister können nur dem Kanzler verantwortlich sein, und so sollte es in Preußen analog sein, und in diesem Falle ließen sich auch den preußischen Ministern zugleich die entsprechenden Reichsressorts übertragen. Jetzt arbeitet das wie acht Mühlsteine gegen einander. An dem Ressort-Partikularismus geht alles zu Grunde. Was bin ich als Ministerpräsident? Ein ornamentales Glied. Der Virchow hat mit seinem Ausdruck „membra disjecta" ganz recht. Wie sagte er doch ein ander Mal?"

„Eine Kollektion von Ministern."

„Ganz richtig; eine Sammlung von Ministern." —

Als der Kriegsminister von Kameke zurücktrat, sagte ein Blatt: derselbe sei seit vielen Jahren der erste Minister, welcher ohne den Verdacht abgehe, von dem Fürsten Bismarck gestürzt zu sein. Letzterer that damals den Ausspruch: „Ich kann überhaupt keine Minister stürzen; wenn ich zu der Überzeugung gelangt bin, ich kann mit einem meiner Kollegen nicht weiter ersprießlich fortarbeiten, so erbitte ich dessen Ausscheiden von ihm selbst oder von Sr. Majestät dem Könige." — In der Praxis hat er regelmäßig durch Überzeugungskraft auf den Ausgleich der Differenzen zu wirken gesucht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte: „Ob in der That bei früheren Ministerwechseln ein solcher Verdacht (eines Ministersturzes) existiert hat, wissen wir nicht; jedenfalls aber ist derselbe stets aus dem Bestreben einer tendenziösen Geschichtsfälschung entsprungen."

Digitized by Google

sei mächtiger als der Reichskanzler, der nur ein Sommerminister ist. Hierauf erwiderte der fortschrittliche württembergische Abgeordnete Schwarz: „Wenn im Süden Deutschlands die Besorgnisse gehoben werden könnten, daß Deutschland nicht in Preußen aufgehen solle und statt dessen Preußen in Deutschland, so würde die Überzeugung alle Stämme durchdringen, daß der letzte Stein des Anstoßes für die Einigung Deutschlands beseitigt wäre." Bismarck antwortete: „Sie haben recht. Preußen muß in Deutschland aufgehen; aber Preußen ist etwas dick. Man darf nicht vergessen, daß ich der einzige deutsche Minister bin, die andern sind Preußen, Bayern u. s. w."

Der Ehrenbürgerbrief, den die Stadt Köln dem Fürsten vor wenigen Tagen hatte überreichen lassen, war ausgelegt, und er fand die überaus kunstvolle Ausführung und reiche Ausstattung des Dokuments die allseitige Bewunderung.

In dem intimen Zirkel, welcher der Soiree zu folgen pflegte, wurde die Verlobung der ältesten Tochter des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Nordeck zu Rabenau, Louise, mit dem Landrat des Schlawer Kreises Grafen Schwerin deklariert. Fürst Bismarck feierte in heiterster Stimmung das festliche Ereignis durch einen Glückwunschtoast auf „seinen Landrat" (Varzin gehört zum Schlawer Kreise).

11. Dezember 1875. 3. parlamentarische Soiree. Dieselbe war stark besucht, da der Kanzler den Wunsch ausgesprochen hatte, die Gäste möchten durch den Trauerfall in seiner Familie — der Bräutigam der Gräfin Marie, Graf Wend zu Eulenburg, war einige Tage vorher gestorben — sich am Erscheinen nicht abhalten lassen. Es drängte deshalb viele umsomehr, durch ein Wort und einen Händedruck dem Fürsten ihr Beileid auszudrücken. Die Damen des Hauses waren aber selbstverständlich nicht erschienen, und so blieb denn die Versammlung eine vielfach andre, als sonst die Sonnabende sie in den Salons des Kanzlers zusammenführten[1]).

Der Fürst bewahrte eine männliche Fassung, indem er erklärte, daß er bei der Trauer auf militärischem Standpunkte stehe; er halte jene fest bis zum Begräbnisse, nach diesem zeige er tapferen Sinn. Anders jedoch sei die Lage seiner Tochter, welche vom Tode ihres Bräutigams wohl lange tief erschüttert bleiben werde; ebenso die Stimmung seiner Gemahlin.

Der Meinungsverschiedenheiten, welche sich in der letzten Zeit zwischen Parlament und Reichsregierung aus Anlaß der Steuervorlagen gezeigt hatten, gedachte der Kanzler nicht. Als sich das Gespräch der offiziösen Presse zuwandte, bemerkte Bismarck, daß er mit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht wie in früheren Jahren in persönlichem und direktem Verkehr stehe, somit auch nicht für die Artikel verantwortlich sei, welche dieselbe enthalte. „Ich habe mit diesem Blatt gar nichts zu thun, lese es gar nicht und habe es vor Monaten zum letzten Mal gesehen." Ein paar Tage später brüstete sich der Leiter der

[1]) Zur großen Verwunderung wurde eines der kampflustigsten Mitglieder des Centrums am Büffet entdeckt.

Digitized by Google

„Norddeutschen Allgemeinen", Geh. Rat Pindter mit seiner **Selbständigkeit und Unabhängigkeit**[1])!

Bei dem Kapitel der **Presse** einmal angelangt, verurteilte der Kanzler scharf ihr Streben nach dem **Sensationellen**. „Es wird in unsern Zeitungen — so äußerte er sich gegen eine Gruppe von Abgeordneten — zu viel auf Sensationelles gesehen, als ob alle Tage so etwas passieren müßte. Jede Nummer muß wo möglich etwas Neues bringen, etwas Bedeutendes, Außerordentliches. So verwöhnen sie das Publikum, das nun solche Dinge erwartet und verlangt von seinen Blättern, und die verlangen es dann von ihrem Korrespondenten, der kommt dann in eine schlimme Lage. Er soll in all' seinen Berichten etwas Neues schreiben, wichtige Nachrichten, und geschieht das nicht, so hält ihn seine Redaktion entweder für nachlässig und zu bequem, um sich ordentlich umzusehen in seinem Revier, oder sie denkt, er hat keine guten Verbindungen. Da setzt er sich dann hin und berät sich mit seiner Phantasie oder er macht sich an auswärtige Gesandtschaften, die ihn natürlich gern mit Nachrichten versehen, welche ihren Zwecken entsprechen.

In Bezug auf die **Strafgesetz-Novelle** bemerkte Bismarck dem Abgeordneten Dr. Wehrenpfennig und der ihn umgebenden zahlreichen Gruppe nationalliberaler Abgeordneter[2]) gegenüber, daß er aufrichtig entschlossen sei, die korrekten verfassungsmäßigen Versicherungen einzuhalten, die in seiner Reichstagsrede vom 3. Dezember niedergelegt waren. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und der Mehrheit des Reichstags bezüglich

---

[1]) Das offiziöse Blatt schrieb unterm 15. Dezember 1875, Nr. 292: Es ist charakteristisch für den gesamten Ideengang eines gewissen Teils unsrer liberalen Presse, daß derselbe jede, von den eigenen Gesichtspunkten divergierende Beleuchtung des Verhaltens der liberalen Fraktionen auf „erhaltene Anweisung" zurückführt. So sollen denn auch alle Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über die Stellung der liberalen Fraktionen zur Strafgesetz-Novelle aus „erhaltenen Anweisungen" resultieren. Die Versuchung liegt nahe, aus diesem, wiederholten Erklärungen des Gegenteils gegenüber eigensinnig festgehaltenen Vorurteil auf den Mangel eigenen selbständigen Wollens und Urteilens rückzuschließen, bezw. die Frage aufzuwerfen, bis zu welchem Grade jene, überall eine unbedingte Subordination witternden Organe selbst die Parteidisziplin und Parteidoktrin den eigenen Intellekt geopfert haben. Aber diese Auseinandersetzung kann, so verlockend jetzt auch die Gelegenheit hierzu erscheinen mag, doch noch vorbehalten bleiben; für heute wollen wir nur nochmals erklären, daß von „erhaltenen Anweisungen" bei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht die Rede ist. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" tritt mit ihren Anschauungen durchaus selbständig und unabhängig — ihrer ganzen äußeren Stellung entsprechend — in die Diskussion, und es ist nur ein Zeichen der Schwäche unsrer Gegner, wenn dieselben, anstatt in sachliche Erörterungen einzutreten, unablässig mit Phantasmagorien sich quälen, die nur in ihrem beunruhigten Gewissen eine Erklärung finden können. Dasselbe gilt von einer ganzen Reihe der heutigen Morgenblätter, die mit mitleiderregendem Heißhunger jede Äußerung registrieren, welche über die Stellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gethan worden ist oder gethan worden sein soll, oder wenn das „Frankfurter Journal" sich gar eine von ihm in unsern Spalten entdeckte „halbamtliche Stelle" konstruiert.

[2]) Die nationalliberale Fraktion hatte beschlossen, die politischen Paragraphen in der Novelle für unannehmbar zu erklären.

Digitized by Google

der ihm zumeist am Herzen liegenden Bestimmungen der Strafrechts-Novelle und die Fassung nicht den Inhalt betreffe, und daß schließlich ein vollkommenes Einverständnis erzielt werde.

Bedeutungsvoll war die Erklärung des Reichskanzlers, daß er es für durchaus angemessen finde, als Kompensation für den verstärkten strafrechtlichen Schutz der Exekutiv-Beamten dieselben unter eine verstärkte strafrechtliche Verantwortlichkeit zu stellen und wenigstens bei Beleidigung des Publikums durch dieselben den in Preußen leider noch immer zulässigen Kompetenzkonflikt auszuschließen.

„Der Sozialismus hat die allergrößten Fortschritte gemacht, weit größere, als Sie glauben, meine Herren, das wird sich bei den nächsten Wahlen bereits sehr deutlich zeigen. Schon nach einigen Jahren wird das Bürgertum nach den Strafbestimmungen, die Sie jetzt einstimmig verwerfen wollen, lechzen, wie der einsame Wanderer in der Wüste nach einem Schluck Wasser."

Der Fürst sprach sich eingehend über die Lage der parlamentarischen Arbeiten aus und bedauerte zugleich, daß die Elsässer Abgeordneten trotz der energischen Thätigkeit der Parze des Reichstags, des Abgeordneten Valentin[1]), so viele Zeit mit fruchtlosen, unbegründeten Beschwerden der fruchtreichen sonstigen parlamentarischen Thätigkeit entzogen hätten.

Als der größte Teil der Gäste sich zurückgezogen hatte, sammelte sich um den Tisch im Hintergrunde der Halle, an welchem der Fürst erst nach 11 Uhr das Souper einnahm, eine Anzahl von Reichstagsmitgliedern, darunter der Herzog von Ratibor, Miquel, Weigel, Rickert, Dr. Braun, Duncker. In zwanglosester Unterhaltung verbreitete sich hier der Gastgeber über verschiedene wichtige Probleme der innern Reichspolitik. Er sprach sich über die Einrichtung von Reichsministerien aus, welche für die Details der Verwaltung verantwortlich sein müßten, soweit nicht der Reichskanzler durch selbständige Verfügung einzugreifen für notwendig halte. Dieses Recht, die Entscheidung einer Sache in jedem Stadium an sich zu ziehen, hielt Fürst Bismarck als Ersatz des dem englischen Premier indirekt zustehenden Entlassungsrechts für notwendig, da sich dieses auf unsre Verhältnisse zur Zeit nun einmal nicht übertragen lasse. Unter dieser Voraussetzung erklärte sich der Fürst für die Einrichtung selbständiger Reichsministerien für Handel, Zollwesen, Finanzen (diese beiden Ressorts wünschte er ausdrücklich getrennt, damit die Zollpolitik nicht ohne Schutz unter dem Drucke der finanziellen Bedürfnisse stehe) und für Justiz. Ob ein Ministerium für Elsaß-Lothringen, welches unentbehrlich sei, überhaupt dem Reichskanzler unterstehen solle, hielt er für eine offene Frage. Der Fürst bekannte sich sodann als Anhänger und eifriger Förderer des Gedankens, sämtliche deutsche Eisenbahnen wenn auch nur nach und nach für das Deutsche Reich anzukaufen, wobei er die interessante Thatsache mitteilte, daß der Kaiser für diesen Plan ein großes Interesse an den Tag lege und daß im preußischen Ministerium, in

[1]) „Parze des Reichstags" nannte Bismarck den Abg. Justizrat Valentin, weil derselbe Jahre lang es als seine Domäne ansah, Anträge auf den Schluß der Diskussion im Reichstag einzubringen.

Digitized by Google

welchem derselbe „akademisch" besprochen worden sei, keine Stimme sich prinzipiell dagegen erhoben, und nur der Justizminister juristische Bedenken auf Grund des preußischen Eisenbahngesetzes an den Tag gelegt habe. Fürst Bismarck war überzeugt, daß man in fünfzig Jahren der heutigen Eisenbahnmisère sich mit demselben überlegenen Lächeln (sic!) erinnern werde, mit welchem man heute an die Postverhältnisse in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts sich erinnere[1]).

Die Unterhaltung verlief später in ein heiteres und freies Gespräch über Gegenstände der verschiedensten Art, und mit freundlichem Drängen hielt der Wirt die Gesellschaft bis gegen 12 1/2 Uhr zusammen.

Noch niemals hatten die Tischgespräche Bismarck's solches Aufsehen erregt, wie die vom 11. Dezember. Die Lancierung des kühnen Gedankens der Erwerbung der deutschen Bahnen durch das Reich[2]) schlug ein wie eine Bombe. Nicht minder wurden die Äußerungen bemerkt in betreff der Errichtung neuer Reichsämter. Noch stand ja das Reichskanzler-Amt in seiner alten Größe und universellen Bedeutung da. Denn abgesehen von dem Reichs-Postamt, welches am 1. Januar 1876 abgetrennt werden sollte, umfaßte es für das Reich noch die Funktionen der Ministerien des Innern[3]), der Finanzen, der Justiz, des Kultus, der Landwirtschaft, für Handel, öffentliche Arbeiten und für Elsaß-Lothringen. Und diesem mächtigen Verwaltungskörper stand als Präsident der Staatsminister Delbrück vor, ein Mann, der von der Fülle seiner Macht nichts

---

[1]) Ein andrer Ohrenzeuge berichtet über die interessanten Fragen, die Bismarck berührt hatte, wie folgt: Mit besonderer Betonung kam u. a. der Reichskanzler auf die Notwendigkeit zu sprechen, daß das Reich die Eisenbahnfrage endlich löse. Früher habe man die verschiedenen Postgebiete (Thurn und Taxis 2c.) für unerträglich gehalten und es sei selbstverständlich gewesen, daß man allgemein verlangt habe, daß das Reich gleich nach seiner Konstituierung die Verkehrseinheit auf dem Gebiet der Post herstelle. Die Zerrissenheit sei aber auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens noch viel größer, und die in dieser Beziehung gestellte Aufgabe sei allerdings eine sehr schwierige. Die bisherigen Versuche, diese zu lösen, seien nicht gelungen. Man würde schließlich nicht umhin können, beim Eisenbahnwesen denselben Weg einzuschlagen, der früher bei der Unifikation der Post mit Erfolg betreten worden sei. Fürst Bismarck bemerkte, daß das Deutsche Reich ein Finanz-Ministerium, Handels-Ministerium und Verkehrs-Ministerium haben müsse. Namentlich würde man diese Ministerien nicht entbehren können, wenn man mit Entschiedenheit an die Erwerbung der Staats- und Privatbahnen durch das Reich gehen werde. Es wäre selbstverständlich, daß diese Reichsministerien nicht nach dem Muster des preußischen Kollegialsystems eingerichtet werden dürften. Der Reichskanzler sprach sich bei dieser Gelegenheit abermals für die verantwortliche Stellung des obersten Leiters der Reichsgeschäfte aus und betrachtet die andern Minister als Verwaltungsbeamte erster Klasse, die nach den Anweisungen des Premiers zu verfahren hätten.

[2]) Zu vergl. über dieses Projekt, welches fortan nicht in offiziellen Aktenstücken, sondern nur in der Presse zu verfolgen ist: die „Post" vom 26. Januar 1876, Nr. 32, 19. März 1876, Nr. 68, 30. April 1876, Nr. 102, 2. Mai 1876, Nr. 103, und 3. Mai 1876, Nr. 104.

[3]) Dieselben liegen jetzt bei dem aus dem Reichskanzler-Amt hervorgegangenen Reichsamt des Innern. Dasselbe ist noch heute das Reichsamt für Handel, Gewerbe, Landwirtschaft (man denke an die Veterinär-Polizei, Insekten-Polizei), Kultus (einjährig-freiwilliger Dienst, Schutz des geistigen Eigentums, Aufsicht über die Physikalisch-Technische Reichsanstalt 2c.) und öffentliche Arbeiten (Kanal, Eisenbahnen).

Digitized by Google

abzugeben Lust hatte. Die Ausführung des von Bismarck hingeworfenen Planes involvierte aber eine Zerstückelung des Reichskanzler-Amts [1]). Dies wußte der Baumeister des Reichs sehr wohl, und in der That kam von seinen Lippen — zum Schrecken des anwesenden Lasker — auch das Wort: „Das werde alles natürlich nicht abgehen ohne eine Verkleinerung Delbrück's." Lothar Bucher, der sich unter den anwesenden Gästen befand, hörte dasselbe, und erhielt zum Überfluß von dem Chef nachträglich noch den Auftrag, seine Äußerung in betreff des Reichseisenbahn-Projekts am folgenden Tage dem Bucher befreundeten Präsidenten des Reichs-Eisenbahn-Amts Scheele zu hinterbringen. Man konnte also wohl sagen, die Sache war urbi et orbi verkündet worden.

Es war einer der Abende, auf den die oben von mir gebrachte Bezeichnung „Hausparlament" berechtigt war; denn Bismarck hätte die betreffende Rede gerade so gut im Reichstag halten können [2]); sie entschlüpfte ihm auch nicht unvorbereitet von den Lippen; im Gegenteil, es lag derselben ein wohldurchdachter Plan zu Grunde, der seine Spitze, wenn auch nur indirekt, gegen den Präsidenten des Reichskanzler-Amts gerichtet hatte. Ich sage indirekt; denn Bismarck war es kein Geheimnis mehr, daß Delbrück ein Feind des Reichseisenbahn-Projekts war, und daß er um den Preis desselben im Amt unter keinen Umständen zu fesseln war.

Ein halbes Jahr später (31. Mai 1876) war Delbrück aus dem Staatsdienst geschieden und durch den Großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hofmann ersetzt, den er selbst dem Kanzler als den fähigsten unter den Bevollmächtigten zum Bundesrat zum Nachfolger vorgeschlagen hatte.

Noch eine Episode aus der Soiree vom 11. Dezember ist zu erwähnen, und zwar ausführlicher, da die Erzählung auf ungedruckten Quellen beruht. Im Verlaufe der Abendgesellschaft empfing Bismarck die Deputation, welche demselben den von der Stadt Rathenow ausgefertigten Ehrenbürgerbrief zu überreichen berufen war.

Dieselbe bestand aus dem Bürgermeister Grosse, dem Ratsherrn Bordchmann und dem Stadtverordneten-Vorsteher Meuß.

Die Deputation wurde sofort nach ihrem Eintritt in die Festräume vom Fürsten sehr freudig begrüßt. Der Sprecher der Deputation äußerte sich dahin, daß die Stadt Rathenow schon lange die Absicht gehabt, ihre nachbarliche Teilnahme und ihren Dank Sr. Durchlaucht durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts

---

[1]) Dieselbe ist bekanntlich eingetreten. Zunächst erfolgte am 1. Januar 1877 die Umwandlung der bisherigen Abteilungen des Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen und für das Justizwesen in gesonderte Ämter, des Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen unter Herzog und des Reichs-Justizamts unter Friedberg; im Jahre 1878 folgten die Errichtung der Reichskanzlei, eines Herrn von Tiedemann unterstellten Central-Büreaus des Reichskanzlers, des Reichsschatzamts unter Herrn von Burchard und des Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen (d. h. der in Elsaß-Lothringen befindlichen Bahnen) in Personalunion unter dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach.

[2]) In den Blättern wurde hervorgehoben, daß auf den Reichstagssoireen nachgerade die wichtigsten Staatsangelegenheiten „gleichsam im Handumdrehen behandelt werden."

Digitized by Google

für seine großartigen Schöpfungen auszusprechen, daß sie sich aber bisher dieser Ehre für zu klein und unbedeutend erachtet habe, daß sie aber bei der Anwesenheit Sr. Durchlaucht zu Pfingsten im vorigen Jahre durch die Freundlichkeit, mit der der Fürst die Bürgerschaft als alte Bekanntschaft begrüßt und durch die Äußerung desselben, daß er in Rathenow seine großartige Laufbahn begonnen, hoch gehoben gefühlt und an Selbstvertrauen gewachsen sei und noch an demselben Tage den Beschluß gefaßt habe, ihre lang gehegte Absicht auszuführen und zwar an dem Tage, an welchem die Stadt ihren höchsten Ehrentag feiere, an welchem sie eine welthistorische Bedeutung habe, da ja an diesem Tage der Grundstein zu Brandenburgs, Preußens und Deutschlands Größe durch den Großen Kurfürsten gelegt worden sei.

Hierauf verlas der Sprecher den Text der Urkunde und gab schließlich Sr. Durchlaucht die Versicherung, daß dieselbe nicht leere Worte enthalte, sondern der Ausdruck echt märkisch-bürgerlicher Gesinnung sei.

Der Fürst war über den Akt sichtlich erfreut und äußerte sich ungefähr dahin, daß er Rathenow nie für unbedeutend gehalten, denn schon als Knabe sei es ihm als Poststation von Schönhausen von großer Bedeutung gewesen und nachher sei es zum Ausgangspunkt seiner praktischen Laufbahn geworden. Er freue sich über die Bürgerschaft Rathenows, die wie alle Brandenburger stets eine regentenfreundliche Gesinnung dokumentiert, und könne nicht leugnen, daß er, wenn er auch als Kanzler für das Deutsche Reich einstehen müsse, doch immer eine partikularistische Neigung für die treue Mark habe, daß die Mark Brandenburg stets treu und fest zu ihren Regenten gestanden, und, wie er jetzt aus seinem Privatarchiv erfahren, es seiner Zeit übel aufgenommen habe, daß bei Bildung eines Königreichs nicht der Name Brandenburg vor dem von einem polnischen Herzogtume hergenommenen Namen Preußen den Vorzug erhalten habe. Er ließ sich dann in eine weitere Entwickelung der Geschichte der Mark ein, stellte die Deputation mehreren Abgeordneten vor, erklärte diesen den Grund ihres Erscheinens und zeigte ihnen den auf dem Tische neben der Kölner Urkunde liegenden Ehrenbürgerbrief.

Nach der Aufzeichnung eines andern Mitglieds der Deputation, des Ratsherrn Eduard Borchmann, entgegnete Fürst Bismarck auf die Ansprache der Deputation: „Meine Herren, Sie machen mir mit Ihrem Ehrenbürgenbriefe eine große Freude und ich danke Ihnen hierfür aus vollem Herzen; ich besitze in Varzin einen mächtig großen Schrank, der ganz mit Ehrenbürgerbriefen angefüllt ist, aber ich gebe Ihnen die Versicherung, daß von all' denselben mir keiner so lieb und wert als der von Rathenow, weil ich mich in Schönhausen, meiner Geburtsstätte, noch immer zu Rathenow gehörig rechne, denn früher empfing mein Vater alle Briefe über Rathenow mit der Bezeichnung Schönhausen bei Rathenow, und somit sehe ich mich auch stets als geborener Märker an und bin stolz darauf, dies sagen zu können, denn, meine Herren, die Mark ist und bleibt doch stets der Kern der ganzen preußischen Monarchie." —

Digitized by Google

Inzwischen — so berichtet Ed. Borchmann weiter — war eine große Zahl der Mitglieder des Reichstags erschienen und hatte sich um uns gruppiert; der Fürst, dies bemerkend, wandte sich an diese Herren mit den Worten: „Meine Herren, ich stelle Ihnen hier eine Deputation von Rathenow vor, welche mir die große Freude bereitet hat, mir den Ehrenbürgerbrief von Rathenow zu überbringen. Ich bitte, meine Herren, sehen Sie Rathenow nicht als eine so unbedeutende Stadt an, ich gebe Ihnen die Versicherung, daß Rathenow eine der wichtigsten Städte der preußischen Monarchie ist, denn in ihr legte der Große Kurfürst 1675 den Grund zu der jetzigen preußischen Heeresmacht, während ich 1848 in Rathenow den Grund zu meiner parlamentarischen Carriere legte, denn ich hielt hier meine erste und Jungfernrede, wurde aber auch nach derselben gesteinigt." Mit diesen Worten ging er lachend nach dem großen Saal ab.

Die Reichstagsabgeordneten aber, ganz aufgeregt über den Schluß, umringten Herrn Borchmann mit der Frage: „Was ist das, ist das wahr?" worauf derselbe entgegnete: „Wahr ist es wohl, aber es ist nicht ganz so schlimm gewesen; der Fürst hat von einem schlimmen Individuum wohl ein Steinchen an den Kopf bekommen und eine kleine Brausche davon getragen, sonst ist aber nichts weiter vorgefallen."

18. Dezember 1875. 4. parlamentarische Soiree, die letzte vor den Ferien [1]). Die Fürstin und die Gräfin Bismarck waren der Trauer wegen noch nicht anwesend, wohl aber der älteste Sohn, Graf Herbert Bismarck. Der Fürst unterhielt sich sehr lebhaft mit Mitgliedern aller Fraktionen. Aber es war diesmal gerade nicht Zuckerbrot, womit er seine Gäste bewirtete. Unter anderm stellte er noch nach Neujahr einen Gesetzentwurf (Novelle) in Aussicht, nach welchem die Staatsminister, die Mitglieder des Reichstags und der Landtage während der Session nicht außerhalb als Zeugen vernommen werden sollen. Das gerichtliche Zeugnis des Fürsten ist nicht selten bei Anklagen außerhalb gefordert, jedoch befreite ihn sein Charakter als General vom persönlichen Erscheinen. Ohne solche Novelle wäre es möglich, daß durch Vorladung sämtlicher Minister zur zeugeneidlichen Vernehmung nach außerhalb oder einer Anzahl Abgeordneter das Interesse des Landes wesentlich geschädigt werden könnte.

Im Laufe der Unterhaltung kam man auch auf die orientalische Frage [2]) zu sprechen. Der Reichskanzler erklärte, daß Rußland und Österreich über ihre Absichten noch völlig im Unklaren seien. Sie wüßten beide noch nicht, was mit den insurgierten christlichen Provinzen der Türkei anzufangen sei. Was die Nachrichten über Mobilmachung in Rußland betreffe, so sei kein wahres Wort daran; diese Nachrichten seien von Berlin ausgegangen, und es seien noch jetzt

---

[1]) Vertreten waren zahlreich: der Bundesrat, die preußischen Ministerial- und hohen Beamtenkreise, sowie die Generalsynode. Die Gesellschaft trennte sich nach 11 Uhr.

[2]) Mitte Juli 1875 war in der Herzegowina eine Insurrektion ausgebrochen, die sich infolge der ersten günstigen Ergebnisse schnell bis an die montenegrinische Grenze ausdehnte. Die Insurgenten pflanzten die österreichische Fahne auf. Mitte August 1875 brach auch in Bosnien der Aufstand aus.

Digitized by Google

Untersuchungen im Gange, um den Urheber derselben zu ermitteln; allem Anschein nach handle es sich um ein Börsenmanöver.

Die nächste Zukunft erscheine ihm für Deutschland als eine sorgenfreie. Das einzige Wölkchen am Himmel, „Das Bischen Herzegowina" könne Deutschland nicht beunruhigen [1]). Aus dem Wölkchen war nach einem Jahr und vier Monaten allerdings eine Kriegswolke geworden, die aber Deutschlands Grenzen nicht berührt hat.

Auch die Brausteuer wurde lebhaft besprochen. Auf die Bemerkungen eines liberalen Abgeordneten, daß man die Surrogate des Bieres mit hohen Steuern belegen müßte, wie das in Bayern der Fall sei, erwiderte der Reichskanzler, daß er diese Anschauung vollkommen teile, daß man aber in Preußen viel zu stolz sei, um von Bayern etwas lernen zu wollen. Von einigen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, die Surrogate gänzlich zu verbieten.

Zum Schluß fand an dem bekannten Tisch in der Nische, dem Hauptquartier Bismarck's, wieder eine Unterhaltung statt, welche teilweise eine Art von öffentlichem Charakter trug. Denn außer den Abgeordneten, welche am Tische saßen, den Herren von Kardorff, Graf Bethusy-Huc, Dr. Kapp, Dr. Braun, von Puttkamer-Sorau, Struckmann, Stadtrat Weber, Schmidt (Stettin), Rickert, Albrecht u. a., hatte sich eine ganze Corona um den Tisch gesammelt, die mit Aufmerksamkeit dem Gespräche folgte, dessen Hauptkosten natürlich der Reichskanzler trug.

Zunächst war von der Strafgesetz-Novelle [2]) die Rede, jedoch in einem durchaus friedfertigen Tone. Der Reichskanzler erklärte es wiederholt für einen Fehler unsrer Strafgesetzgebung, daß sie in einer ungesund sentimentalen Weise das Individuum zu hoch schätze und den Interessen der Gesamtheit gegenüber so sehr begünstige, daß dadurch manchmal der Staat und die Gesellschaft wehrlos erscheine. Er exemplifizierte u. a. auch auf den Fall Thomas [3]) und fragte die anwesenden Juristen, wie sie dies Verbrechen klassifizieren würden. Jeder der anwesenden Juristen hatte eine andre Meinung. Der eine hielt es für Mord, der andre für „Mord mit dolus indeterminatus," der dritte für Mordversuch, der vierte für Brandstiftung, der fünfte für „Zerstörung durch Explosivstoffe" (§ 311 des Strafgesetzbuchs). Die meisten aber waren der Meinung, man hätte

[1]) Man vergl. den Artikel der „Post" in Nr. 111 vom 24. April 1878, betr die orientalische Frage. Bismarck's „das Bischen Herzegowina", „die Knochen eines pommerschen Grenadiers", „ehrliche Maklerschaft".

[2]) Vergl. oben S. 93.

[3]) William King Thomas beabsichtigte über ihren Wert versicherte Waren auf dem Dampfschiffe „Mosel" zu verladen und den Untergang desselben zu verursachen, um die Versicherungssumme zu gewinnen. Noch vor der Abfahrt erfolgte in Bremerhaven eine furchtbare Explosion, durch welche gegen hundert Menschen getötet, vielleicht ebenso viel verwundet und verstümmelt wurden. Über die strafrechtliche Qualifikation des Thomas'schen Verbrechens vergl. den Aufsatz: „Die Katastrophe von Bremerhaven und das Strafrecht von Dr. Hälschner." Goldammer's Archiv Bd. XXIV., S. 1—12.

Digitized by

den Attentäter, wenn er am Leben geblieben wäre, nicht zum Tode, sondern höchstens zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilen können.

Auch der Arnim-Paragraph mußte herhalten. Von einer Seite, die es wissen konnte, wurde erzählt, daß die deutschen Botschafter von den ihnen winkenden Strafen laut § 353 a[1]) wenig erbaut seien, und sich darüber öffentlich geäußert haben; man wollte sogar wissen, daß der hier vor einigen Tagen eingetroffene Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, seine Mißbilligung der bezüglichen Bestimmung der Strafnovelle befreundeten Personen gegenüber ausgesprochen habe.

Da auch eine Bemerkung über das Wüten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen den Reichstag wegen seiner Haltung zur Strafrechts-Novelle[2]) fiel, so erklärte Fürst Bismarck wiederholt, er habe mit diesem Blatte gar nichts zu schaffen, überhaupt unterhalte er seit dem Frühjahr 1875 (damals war in der „Post" der Artikel „Krieg in Sicht" erschienen) keinerlei Verbindung mehr mit der Presse, namentlich mit der inländischen. Er sei dadurch eine Masse unangenehmer Mißverständnisse und Hetzereien los geworden, welche besonders dadurch entstanden seien, daß unberufene Skribenten, wenn sie einmal eine amtliche Mitteilung erhalten hatten, sich von da ab stets für offiziös ausgegeben hätten, um ihre Erfindungen besser zu verwerten. Die Hauptschuld liege am Publikum, welches ungesunde Kost vorziehe und Klatsch und unwahre Sensationsnachrichten lieber lese als gediegene sachliche Aufsätze über öffentliche Angelegenheiten, durch die sich z. B. die englische Presse so sehr auszeichne. Er, der Fürst, schreibe sein jetziges Besserbefinden zum Teil auch dem Umstande zu, daß er seine Verbindungen mit der Presse gänzlich abgebrochen und sich dadurch vielen Ärger erspart habe.

Was sein Verhältnis zur offiziösen Presse betreffe, so versicherte Fürst Bismarck noch einmal, daß er keinerlei Beziehungen zu derselben unterhalte; das einzige Blatt, über welches er disponiere, sei der „Reichsanzeiger". Seit dem Frühjahr dieses Jahres habe er bei Strafe der Disziplinaruntersuchung seinen Beamten untersagt, irgend eine Einwirkung auf die Presse zu üben. Dabei be-

[1]) § 353a lautete nach dem Entwurf: „Ein Beamter im Dienste des Auswärtigen Amts des Deutschen Reichs, welcher 1. eines Ungehorsams gegen die ihm amtlich erteilten Weisungen sich schuldig macht, 2. es unternimmt, durch unwahre Angaben seine Vorgesetzten oder unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung andre zu täuschen, oder 3. die Amtsverschwiegenheit durch Mitteilung von Dienstgeheimnissen an Unberechtigte verletzt, oder 4. bei der Aufbewahrung amtlicher Schriftstücke ordnungswidrig verfährt, wird ohne Unterschied, ob das Vergehen im Inlande oder im Auslande begangen worden ist, sofern nicht nach andern Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 6000 M., und wenn die Handlung geeignet war, das Wohl des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaates zu gefährden, mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft."

[2]) Obwohl die sogenannten rein politischen Paragraphen vom Reichstag abgelehnt, andre zum Teil mit Modifikationen angenommen wurden, entstand doch ein Konflikt mit dem Reichskanzler nicht.

Digitized by Google

rührte er den ersten Gegenstand, bei dem ein Streit zwischen ihm und der liberalen Presse entstanden sei, nämlich die Wahl in dem Reichstags-Wahlkreise Lauenburg, und erklärte, daß er nicht entfernt eine Einwirkung gegen die Wahl des bisherigen Reichstagsabgeordneten Krieger versucht habe, obwohl er natürlich nicht verhindern könne, daß seine Förster nach alter Gewohnheit für den Landrat des Kreises, den Grafen Bernstorff, stimmten, statt für den früheren Abgeordneten Krieger.

Mit dem Abgeordneten Rickert hatte der Fürst ein langes Gespräch über Budget- und Steuersachen.

Er klagte über die vielen Hemnisse, die er in seiner Thätigkeit finde, und daß diese Hemmnisse zum Teil aus dem Schoße der nationalliberalen Partei hervorgegangen seien. Anknüpfend hieran erfolgte zwischen den nationalliberalen Abgeordneten und dem Reichskanzler ein Austausch von Ideen, der für den weiteren Verlauf der Entwickelung der inneren Reichspolitik von Bedeutung zu sein versprach. Der Fürst beschwerte sich über die Kritik, welche ihm die nationalliberale Partei zu teil werden lasse, während er doch in ihren Reihen seine Bundesgenossen sähe. Von seiten der Abgeordneten hob man freimütig hervor, daß die Kritik eine gegenseitige sei, worin eine Anspielung auf die Feldzüge lag, welche die „Prov.-Korresp.“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen die nationalliberale Partei in letzter Zeit, anscheinend also auf eigene Faust, geführt hatten.

Der Kanzler erklärte, es liege keineswegs in seiner Absicht, sich von der nationalliberalen Partei abzuwenden, einen stillen Krieg mit derselben bis zu den Wahlen zu führen und eine neue Parteibildung anzustreben, wozu ihm Zeit und Umstände nicht angemessen schienen. Zwar würde es ihm ganz recht sein, wenn bei den Wahlen der so viel genannte „rechte Flügel“ der nationalliberalen Partei oder auch die Freikonservativen eine Verstärkung erlangten; aber er versicherte gleich darauf, daß ihm überhaupt an den Parteiunterscheidungen nicht viel gelegen sei. Ihm sollte es recht sein, wenn ganz dieselben Personen wiederkehrten und sie bei den Wahlen, d. h. bei der näheren Berührung mit den Wählern, die Überzeugung gewonnen hätten, daß diese geneigt wären, die Staatsgewalt gegen Ausschreitungen und Zügellosigkeit zu stärken, so oft sich ein Bedürfnis dazu zeige. Er hege große und weittragende Pläne für die künftige innere Reichspolitik und würde bei Ausführung derselben die Unterstützung der bisherigen loyalen Reichstags-Mehrheit nicht entbehren können. Es sei ihm lieb, wenn diese seine Ansichten allgemein bekannt würden [1]).

[1]) Die Auslassungen des Kanzlers widerlegten also die Angaben, daß derselbe mit der nationalliberalen Partei brechen wolle oder schon gebrochen habe. Auf der andern Seite versicherten fortschrittliche Blätter, daß die nationalliberale Partei in der Auflösung begriffen sei und namentlich Lasker fallen lassen wolle. „Wir kennen — bemerkte die „Kölnische Zeitung“ — in der nationalliberalen Partei niemanden, der nicht das Ausscheiden eines so ausgezeichneten Mitglieds sehr bedauern würde. Wenn wir uns dagegen aussprechen, daß Lasker zuweilen Fragen, die ebensowohl politischer als juristischer Natur sind, bloß als Jurist zu behandeln scheine, so

Digitized by Google

Da gerade fünf Jahre verflossen waren, seitdem die Kaiserdeputation des Reichstags unter Führung des Präsidenten Dr. Simson in Versailles eingetroffen war, so forderte der Fürst den um ihn sitzenden kleineren Kreis auf, auf das Wohl des abwesenden Präsidenten zu trinken.

Bei der Verabschiedung wünschte der Fürst allen Gästen ein glückliches Weihnachtsfest; er selbst wollte sich in nächster Zeit zu einem kurzen Besuch nach Lauenburg begeben.

13. Januar 1876. 1. parlamentarisches Diner[1]). Die Frage der Erwerbung der Eisenbahnen für das Reich bildete den Gegenstand eingehender und längerer Unterhaltung[2]).

5. Februar 1876[3]). 5. parlamentarische Soiree[4]). Die Damen des Hauses waren nicht erschienen. Der Fürst machte auf die Gäste den Eindruck eines Rekonvalescenten, er erklärte auch offen, daß es voller Selbstbeherrschung seinerseits bedurft hatte, die Soiree stattfinden zu lassen, daß es ihm aber Bedürfnis gewesen sei, die Herren vor ihrer Heimreise noch bei sich zu empfangen. Der Fürst erklärte mehrfach, er hoffe wenigstens bei der dritten Lesung der Strafrechts-Novelle[5]) im Reichstag erscheinen zu können.

---

fügten wir ausdrücklich hinzu, daß er im Parlament trotzdem unentbehrlich sei, und glauben überhaupt, daß in der ganzen Partei, selbst wenn sie nicht überall mit Lasker's Auffassung einverstanden ist, nur dieselbe Hochachtung für seinen Charakter und seine hervorragenden Gaben herrscht. Die fortschrittlichen Blätter, welche vom Fallenlassen Lasker's reden, verraten deutlich ihren Wunsch wohin er fallen solle, nämlich in ihren Schoß.

[1]) Zugegen waren Maybach, der Präsident des Reichseisenbahn-Amts Scheele, L. Bucher und Abgeordnete verschiedener Fraktionen, namentlich der Nationalliberalen, darunter Miquel, Wehrenpfennig, Kapp u. a.; auch Lasker gehörte zu den Gästen. Die Gesellschaft blieb bis gegen 10 Uhr zusammen.

[2]) Vergl. oben S. 95. An demselben konstatierte die „National-Ztg.", man stehe bei diesem Projekt offenbar einem ernsten und zäh festgehaltenen Plan des Kanzlers gegenüber. Der Grundgedanke, der demselben innewohne, finde sich schon in der Verfassung des Norddeutschen Bundes in den oft bespöttelten Eisenbahngrundrechten ausgesprochen. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß man auf leitender Seite entschlossen sei, zu entscheidenden Schritten vorwärts zu gehen, wobei indessen ein Druck auf die mit eigenen Eisenbahnsystemen versehenen Staaten nicht beabsichtigt sei. Der erste Schritt müßte von Preußen ausgehen. Vergl. 5. Februar 1876.

[3]) Der Reichskanzler hatte für die Sonnabende vom 22. Januar bis 5. Februar Einladungen zu parlamentarischen Soireen ergehen lassen. Die Einladungen für den 22. und 29. Januar 1876 mußten jedoch wegen andauernden Unwohlseins desselben abgesagt werden.

[4]) Es waren etwa 150 Mitglieder des Reichstags erschienen. Von den Ministern Delbrück, Falk und Achenbach, außerdem mehrere Mitglieder der Delegierten-Konferenz der Seeufer-Staaten.

[5]) Vergl. oben S. 82. Der Reichstag lehnte in zweiter Lesung den Sozialisten-Paragraphen fast einstimmig, den verschärften Kanzel-Paragraphen mit 136 gegen 132 Stimmen ab; dagegen nahm er den sogenannten Arnim-Paragraphen etwas verändert mit 179 gegen 120 Stimmen an. Zur dritten Lesung sprach Bismarck (9. Februar). Darauf wurde der verschärfte Kanzel-Paragraph mit 173 gegen 162 Stimmen angenommen; dagegen die übrigen in 2. Lesung verworfenen Paragraphen fast einstimmig abgelehnt.

Digitized by Google

Der Fürst nahm Anlaß seine lebhafte Mißbilligung über die Ausschreitungen einer gewissen Sorte von Blättern auszusprechen, welche ein Gewerbe daraus machen, das Privatleben zu verunglimpfen.

Es wurde bekannt, daß das preußische Staatsministerium sich entschlossen habe, beim Landtag ausdrücklich die Ermächtigung nachzusuchen, daß es wegen Überlassung der Eisenbahnen und des Aufsichtsrechts über dieselben an das Reich mit der Reichsregierung in Verhandlungen eintreten könne, vorbehaltlich natürlich der Genehmigung des etwa zu Stande kommenden Vertrags durch den Landtag [1]).

Im übrigen entsprach die Soiree nicht den Erwartungen, welche man von derselben in parlamentarischen Kreisen hegte. Man glaubte, daß der Reichskanzler sich in gewohnter Weise zum Mittelpunkt einer politischen Konversation im großen Stil machen würde, die selbstredend die parlamentarischen Ereignisse des Tages, die bewegte zweitägige Debatte über das Invalidenfondsgesetz umfassen sollte. Nichts von dem allen. Auf dem Reichskanzler lag sichtlich das Mißbehagen der kaum überwundenen Krankheit. Man bemerkte, daß ihm das Stehen schwer fiel und er häufiger als sonst sich zu setzen genötigt war. Er veranlaßte keine der hergebrachten Gruppenunterhaltungen. Gegen den Präsidenten Dr. Hänel war er besonders aufmerksam, begleitete ihn zum Abschied bis zur Salonthür und sagte rückkehrend zu den Umstehenden: „Den muß ich mir warm halten, er ist der letzte noch übrig gebliebene Präsident.“ Der Fürst bemerkte zu einem der ärztlichen Mitglieder des Hauses, daß er höchstens noch zwei bis drei Jahre die Mühe und Lasten seiner gegenwärtigen angestrengten Thätigkeit aushalten könnte und daß es für ihn selbst geraten wäre, früher sein Amt niederzulegen, um sich noch einige Jahre seiner Familie zu erhalten.

Auf Anregung einzelner, dem Fürsten näher stehenden Personen, namentlich der Minister Falk und Friedenthal, trennte sich die Versammlung schon um 10 ½ Uhr, also sehr viel früher als gewöhnlich.

18. März 1876. 2. parlamentarisches (Abgeordnetenhaus-) Diner [2]). Demselben war mit einer gewissen Erwartung entgegengesehen worden, die sich am besten dadurch charakterisiert, daß man dasselbe in parlamentarischen Kreisen als „Reichseisenbahn-Diner“ bezeichnete. Mit Recht oder Unrecht wurde erwartet,

---

[1]) Vergl. unten zum 18. März 1876.

[2]) Fürst Bismarck nahm seinen Platz zwischen den beiden Präsidenten von Bennigsen und Dr. Hänel ein, ihm gegenüber saßen die Abgeordneten Lasker und Miquel zwischen den Ministern Camphausen und Dr. Falk, zu beiden Seiten des Reichskanzlers verteilten sich zwischen andern Abgeordneten die Minister von Kameke, Dr. Achenbach, Dr. Leonhard und Graf Eulenburg. Der Minister Dr. Friedenthal fehlte. Die Präsidialmitglieder des Abgeordnetenhauses mit Ausnahme des Vize-Präsidenten Grafen Bethusy-Huc, waren sämtlich anwesend, und zwar die Quästoren Abgeordneten Häbler, Költz, und die Schriftführer von Saucken-Julienfelde, Dr. Lutterroth, Delius, Sachse, Laporte, Dr. Freiherr von der Goltz, Grütering und Graf von Schmising-Kerssenbrock, letztere beide dem Centrum angehörend. Außerdem befanden sich unter den Gästen Mitglieder des Seniorenkonvents, Dr. Wachler, von Köller, von dem Knesebeck, von Bonin, von Bismarck-Flatow und andre.

Digitized by Google

daß der Reichskanzler sich über den gegenwärtigen Stand jener wichtigen Frage von neuem aussprechen und so zu sagen das mot d'ordre für die demnächstigen Verhandlungen im Abgeordnetenhause ausgeben werde[1]). Nichts von alledem geschah. Das offizielle Diner verlief in herkömmlicher Weise.

Die Konversation war bei der Tafel lebendig, beschränkte sich aber auf allgemeine Gegenstände. Der Minister des Innern Graf Eulenburg legte Proben seines schlagfertigen Witzes ab, der Kultusminister Falk gedachte seiner anstrengenden Arbeiten ꝛc. Fürst Bismarck bewahrte einen gewissen Ernst in seiner Haltung, der auch später nicht einer mitteilsameren Stimmung wich. Nach aufgehobener Tafel, welche gegen 5 Uhr begonnen und nach 7 Uhr endete, gruppierte sich die über 30 Personen zählende Gesellschaft im angrenzenden Salon. Fürst Bismarck bildete diesmal nicht, wie sonst, den Mittelpunkt einer Gruppe. Die Minister Eulenburg und Falk unterhielten sich mit dem Abgeordneten Lasker. Er sprach mit einzelnen Mitgliedern, doch nicht über die innere Politik, und berührte die äußere nur in einer einzigen Frage. Beiläufig kam er darauf zu sprechen, daß die meteorologischen Stationen den telegraphischen Dienst durch ihre zahlreichen Berichte erschweren. Dieselben okkupierten nach den Mitteilungen des Generalpostmeisters Stephan in den Morgenstunden so sehr die Linie, namentlich jene nach Seestädten, daß Abhilfe geschaffen werden müsse.

Das Gespräch kam auch auf die Verhältnisse in Lauenburg und auf die soziale Frage. Fürst Bismarck versicherte, daß die Arbeiternot dort größer sei, als anderwärts, weil die Unmöglichkeit vorläge, sich anzusiedeln. Einen Gegensatz bildeten die Verhältnisse in Schönhausen und in einem Teile Pommerns, wo die sogenannten Büdnerverhältnisse (Hausbesitz mit Garten und Ackerland bis zu 2 Morgen) den ländlichen Familien die Möglichkeit einer Existenz böten, wenn auch der Mann nebenbei auf Arbeit gehen müsse. Dieses Verhältnis halte er für das richtige. Die Maßregeln in Bezug auf die Dismembration in Pommern seien nicht glücklich. Durch seine industriellen Anlagen in Pommern habe er die Erfahrung gemacht, daß die innerhalb der Tagelöhnerfamilien sich durch besondere Begabung und Fleiß hervorthuenden Individuen Gelegenheit fänden, sich emporzuschwingen; deshalb sei dort kein Mangel an Arbeitskräften. Er halte also industrielle Anlagen in Verbindung mit der Landwirtschaft für einen Hebel auch unsrer gewöhnlichen Tagelöhnerverhältnisse und glaube deshalb, daß die große Ausbreitung des Sozialismus in Holstein mit darauf zurückzuführen sei, daß dort ähnliche Ansiedelungen nach Lage der Gesetzgebung unmöglich seien. Die Unzufriedenen seien die, die etwas gelernt hätten, und sich den Weg zum Vorwärtskommen versperrt sähen.

Die Gesellschaft zerstreute sich gegen 8 Uhr.

---

[1]) Am 23. März 1876 legte die preußische Regierung dem Abgeordnetenhaus den Antrag, betr. die Übertragung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich, vor. Das Haus genehmigte den Antrag mit 216 gegen 160 Stimmen. In den außerpreußischen Bundesstaaten entwickelte sich eine lebhafte Agitation gegen den Bismarck'schen Plan.

Digitized by Google

7. April 1876. 3. parlamentarisches Diner[1]).

Der Fürst war in liebenswürdiger Laune und sprach namentlich seine große Freude aus über das von Hanauer Bürgern ihm gemachte Geschenk, bestehend aus einer Kassette, welche als ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst gepriesen wird[2]).

Im übrigen verlief das Diner in harmloser Weise, da über die brennende Frage nicht debattiert wurde. Dagegen wußte Fürst Bismarck seinen Gästen vieles über die patriarchalischen Verhältnisse zu erzählen, wie er solche im Herzogtum Lauenburg vorgefunden habe. Weil er einen Teil der bureaukratischen Mißstände aus der Welt geschafft, habe er sich in manchen Kreisen des Herzogtums keiner allzu großen Popularität zu erfreuen. Der Reichskanzler machte kein Hehl daraus, daß er den mit Lauenburg abgeschlossenen Inkorporierungs-Vertrag[3]) zurückgezogen haben würde, wenn das Abgeordnetenhaus die zu demselben gestellten Amendements des Abgeordneten Virchow angenommen hätte. Im weiteren Verlauf der Konversation kam Fürst Bismarck auf die in einem Teil der Provinz Nassau sehr ausgedehnte Industrie der Verfertigung der Steinkrüge für Mineralwasser zu sprechen, eine Angelegenheit, die schon bei Beratung des Etats das Abgeordnetenhaus beschäftigt hatte. Diese Industrie, von der sich eine große Anzahl kleiner Leute ernährt, wurde seit einiger Zeit durch die Einführung der Flaschen, die sogar von der fiskalischen Brunnenverwaltung betrieben wird, sehr bedroht. Der Reichskanzler, welcher dieser Angelegenheit ein besonderes Interesse entgegenbrachte, sprach sich zu Gunsten der Erhaltung dieser

---

[1]) Eingeladen waren Graf Königsdorf, von Löper, Hildebrandt, Dr. Wagner, von Gaudecker, Thilenius, Hammacher, Dr. Lucius, Kette und Ludendorff, die Mitglieder des Reichsbank-Direktoriums und eine Deputation aus Hanau, welche dem Reichskanzler ein Ehrengeschenk überbracht hatte.

[2]) Hanauer Bürger hatten beschlossen, Bismarck zu seinem 60. Geburtstag (1875) ein die Hanauer Kunst-Industrie repräsentierendes Geschenk zu überreichen; dasselbe konnte aber erst zum nächsten Jahre fertiggestellt werden. Das Geschenk bestand aus einer reich verzierten Ebenholzkassette, welche die Blätter der Widmung, die Unterschriften und eine Ansicht des Hanauer Rathauses enthielt. Die kalligraphisch ausgearbeitete Widmung lautet:

„Seiner Durchlaucht dem Ministerpräsidenten und Reichskanzler Fürsten Otto von Bismarck. Dem treu bewährten Führer Deutschlands gegen äußere und innere Feinde, dem kühnen Staatsmanne mit dem klaren Blicke und eisernen Willen haben in einmütiger Würdigung seiner unvergänglichen Verdienste um die Einigung, Machtstellung und geistige Befreiung des Vaterlandes dieses aus dem Kunstgewerbe ihrer Stadt hervorgegangene Ehrengeschenk als ein Zeichen dankbarer Zustimmung des Bürgertums dargebracht, die unterzeichneten Einwohner der Stadt Hanau a. M."

Das zweite Blatt enthält die Photographie des Rathauses.

An beiden Seiten stehen auf zwei imitierten Lapislazuli-Steinen in Goldschrift die Worte:

„Fürst Bismarck kennt am besten unsre Feinde, Fürst Bismarck lern' auch kennen seine Freunde!"

Auf acht von Lorbeerzweigen umgebenen Gedenktafeln sind die bedeutendsten Erinnerungen aus dem letzten Kriege verzeichnet.

[3]) Am 2. Februar beantragte die preußische Regierung beim Lauenburgischen Landtag die Einverleibung des Landes in Preußen.

Digitized by Google

Industrie aus und stellte Maßregeln zu deren Schutz in Aussicht. Fürst Bismarck erklärte sich von den Konsuln im Auslande Bericht über diese Angelegenheit erstatten lassen zu wollen. Vom „Kannebecker Land“ allein würden alljährlich nach Holland zwei Millionen solcher Steinkrüge, enthaltend Mineralwasser, geliefert, um von da nach Ostindien gesandt zu werden [1]).

Die vorletzte Session der II. Legislatur-Periode des Reichstags schloß übrigens mit einer häßlichen Dissonanz, dem Bruche Bismarck's mit den Konservativen von der Richtung der „Kreuzzeitung“.

Karl Braun schildert diesen Vorgang in seinen Reichstagebuchblättern 1878, S. 177, wie folgt:

„Vor drei Jahren spie die „Kreuzzeitung“, redigiert von Nathusius-Ludom, Feuer und Flammen wider den Fürsten Bismarck und dessen Politik. Bismarck hatte sich im Herrenhause aus Anlaß von Schul- und Kirchenfragen mit den Konservativen überworfen. Er hatte das Tischtuch zwischen sich und ihnen zerschnitten. Er hatte ihnen gesagt: „Im Reichstag und im Abgeordnetenhaus seid Ihr auf meinen Namen gewählt, wenn ich meine Hand von Euch abziehe, kommt Ihr alle nicht wieder.“ Die Konservativen griffen nun zu den Waffen. Sie holten sich zur Verstärkung den seligen M. A. Niendorf aus dem Lager der Radikalen und Herrn Perrot von Rostock aus dem der Manchesterleute. Es war die Zeit, da ein Altkonservativer auf einem pommerschen Woll- und Pferdemarkt mit Emphase äußerte, er werde Bismarck so klein machen, „daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen müsse“. Und in der That, es fehlte nicht an Kleinmachungsversuchen. Die „Kreuzzeitung“ brachte im Sommer 1875 die famosen Artikel des Herrn Perrot (er schrieb anonym, hat aber später das Visier gelüftet) über die Ära Bismarck-Delbrück-Bleichröder u. s. w., deren sich das Ausland mit Hochgenuß bemächtigte, um das beneidete und gehaßte Deutschland und dessen großen Staatsmann herunterzureißen. Die „Eisenbahnzeitung“ wurde mit den Mitteln des Fürsten Putbus gegründet, dann verwandelte sie sich in die „Reichsglocke“, welche innige Fühlung hatte mit den Altkonservativen sowohl wie mit den Klerikalen. Einer der Hauptglöckner war ein Zögling des „Kreuzzeitung-Wagener“, und der letztere und Windthorst-Meppen machten damals einander Besuche. Dazwischen spielten Broschüren von Arnim und von Diest-Daber.“

Fürst Bismarck antwortete auf die in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Perrot'schen Artikel in der Sitzung des Reichstags vom 9. Februar 1876 wie folgt: „Wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung“, die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in einer

---

[1]) Am 20. (?) Mai 1876 fand beim Reichskanzler ein Familien-Diner statt, an welchem die Herrenhausmitglieder von Arnim-Kröchlendorff, Oberbürgermeister Hasselbach und Vizebürgermeister Weigel, sowie das Mitglied des Abgeordnetenhauses von Bismarck, der Bruder des Fürsten, teilnahmen.

Digitized by Google

solchen Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der sie gelesen hat, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben, — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein „peccavi“ oder „erravi“ spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird. Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung, die darin gemacht wird, — an Verleumdungen, wie die „Kreuzzeitung“ sie im vorigen Sommer gegen die höchsten Beamten des Reichs enthalten hat, ohne die leiseste Andeutung eines Beweises und mit einer komischen Unwissenheit in den Personalgeschichten, die sie dabei zur Schau trägt.“

Anstatt der von dem Fürsten Bismarck erwarteten Lossagung erschien in der „Kreuzzeitung“ vom 26. Februar 1876 folgende „Erklärung“:

„Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat in der Reichstagssitzung vom 9. Februar sich dahin geäußert, daß jeder, der die „Kreuzzeitung“ halte und bezahle, sich indirekt an Lüge und Verleumdung beteilige. Als treue Anhänger der königlichen und konservativen Fahne weisen wir die Anschuldigungen gegen die „Kreuzzeitung“ und die gesamte durch sie vertretene Partei auf das entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er jahrelang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat. So wenig wie die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unsrer Königstreue und in unsern Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verletzendste Angriff gegen die Partei und ihr Organ im stande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ verfochten und alle Versuche, ihr beizukommen, erfolgreich abgeschlagen hat. Wenn aber der Herr Reichskanzler, im Anschluß an den oben angeführten Ausspruch, die Aufrichtigkeit unsrer christlichen Gesinnung in Zweifel zieht, so verschmähen wir es ebenso, mit ihm zu rechten, wie wir es zurückweisen, die gegebenen Belehrungen über Ehre und Anstand anzunehmen.“

Diese Erklärung war unterzeichnet von sechsundvierzig Altkonservativen, darunter die Herren von Gottberg und von Knebel-Döberitz, derer von der Marwitz und derer von Mellenthien, derer von Ritz-Lichtenau und derer von Seherr-Thoß, der Grafen von der Schulenburg-Beetzendorf und der Grafen von Schlabrendorf-Seppau. Den Schluß macht folgende, wahrhaft rührende Signatur: „Mit tiefem Schmerze unterzeichnet A. v. Thadden-Trieglaff.“ Dies war die erste Serie von Zeichnungen. Es folgten deren aber noch mehrere nach. Im ganzen waren es etwa hundert Namen, Namen vom besten Klang unter den Altkonservativen der alten Provinzen. Man nannte sie fortan kurzweg „Deklaranten“.

Digitized by Google

Von den Vorerwähnten zählte Adolf von Thadden-Trieglaff früher zu de begeistertsten Anhängern Bismarck's. In einem Briefe an Ludwig von Gerlach[1] schrieb derselbe: „Freund und Feind haben mir das Zeugnis gegeben, daß i den Gegnern so grob gekommen bin, wie kein andrer. Mit Bismarck will i mich natürlich nicht messen, der in der letzten Sitzung wieder ganz vortrefflic Sachen gesagt hat, doch in meinem Namen mit, was ich mehrmals dadurc praktisch gemacht habe, daß ich von der Tribüne vorbeigehend mich zu ih setzte und ihm die Hand drückte .... Für Otto Bismarck begeistere ich mi mit Dir."

In dieselbe Zeit fällt die Organisierung der „Agrarier", die hier kurz b leuchtet werden muß. Man begegnet heutzutage bei den Jüngeren verwunderte Gesichtern, wenn man darauf hinweist, daß die Konservativen bis zum Anfang der siebziger Jahre Freihändler waren — Bismarck selbst inbegriffen.

Im Jahre 1867 erließ die konservative Partei einen Aufruf, worin von de Gesetz-Entwürfen über die Erneuerung der Zollverträge, über das Paßwesen u die Freizügigkeit gesagt ist, „daß die preußische Regierung den Standpunkt Friedri des Großen wieder aufnehme, welcher das Regiment fortschreitend, die Völk aber konservativ wollte." Unter diesem Aufrufe standen die Namen von Blancke burg, Brauchitsch, von Denzin, Graf zu Dohna-Finkenstein, Freiherr von Hü lessem, Graf von Lehndorff, von Luck, von Romberg, Graf von der Schulenburg Beetzendorf, von Simpson-Georgenburg, von Thadden, von Watzdorff, von Wed meyer.

Noch unter einem am 25. Mai 1870 erschienenen „Aufruf zur Vereinigun der deutschen Freihändler"[2], worin die Beseitigung des „auf uns lastende Restes des Schutzzollsystems" verlangt war, findet man die Namen: von Beh Schmoldow, Elsner von Gronow, Freiherr von Hüllessem, Graf Lehndorff, vo Thadden-Vaynerow, Marc-Anton Niendorf, von Wedemeyer-Schönrade, vo Levetzow-Gossow, Dr. Lucius-Kl. Ballhausen und A. G. Mosle.

Als Deutschland etwa von 1873 ab — trotz des Milliardensegens — infol der freihändlerischen Handelspolitik immer mehr zu verarmen begann, da mach sich der Rückschlag auch bei der Landwirtschaft geltend. Die Bewegung, die si das Ziel setzte, die Ideen und Grundsätze einer gemeinnützigen, auf christliche Grundlagen beruhenden Volkswirtschaft im Volke zu verbreiten und in der Gese gebung zum Ausdruck zu bringen, ging von Norddeutschland aus, und fand ihre Abschluß in dem am 24. Februar 1876 angenommenen Statute der „Vereinigun der Steuer- und Wirtschaftsreformer", um dessen Zustandekommen sich besonder

---

[1]) Vergl. Adolf von Thadden-Trieglaff. Ein Lebensbild von Eleonore Fürstin Reu Berlin 1890.

[2]) Abgedruckt in Dr. Friedrich Werder's Schrift: Eugen Richter, der Führer der For schrittspartei. Berlin 1881 S. 129.

Digitized by Google

bemüht haben: Graf von der Schulenburg-Beetzendorf, Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode und Freiherr von Thüngen [1]).

Wenngleich das Programm der Vereinigung sich mit Bismarck's eigenen wirtschaftlichen Ideen in vielen Punkten deckte [2]), so war derselbe von der neuen Bundesgenossenschaft doch nicht sehr entzückt, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Mehrzahl der Mitglieder der Vereinigung „Deklaranten" waren. Bekanntlich sahen indessen die meisten unter diesen letzteren bald ein, daß ihre Manifestation in der „Kreuzzeitung" ein mindestens übereilter Schritt gewesen war, und sie gaben dem Fürsten Bismarck entschuldigende Erklärungen ab. Es ist das spätere Verdienst des Grafen Mirbach, denjenigen Deklaranten aus der Zahl der Steuer- und Wirtschaftsreformer, welche sich bis zum Jahre 1881 mit dem Reichskanzler noch nicht ausgesöhnt hatten, diesen Schritt erleichtert zu haben [3]).

---

[1]) Zu vergleichen ist insbesondere der im Druck erschienene Bericht über die Verhandlungen der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 22., 23., 24. Februar 1876 erstattet vom Büreau des Ausschusses. Als Anhang: Verzeichnis der Mitglieder. [Berlin 1876. Verlagsbuchhandlung von M. Ant. Niendorf. Berlin SW, Alte Jakobstraße 7.

[2]) Das erste Programm der Vereinigung ist so vergessen, daß sein Abdruck wohl angezeigt ist. Dasselbe lautet:

1. Es ist auf eine gleichmäßige Verteilung aller Steuern hinzuwirken, damit der bis jetzt überbürdete Grundbesitz und die redliche Arbeit in allen Berufszweigen entlastet werden.
2. Die Doppelbesteuerung, welche in der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer liegt, ist zu beseitigen. Das Renten-Einkommen ist höher zu besteuern als das Arbeits-Einkommen. Gegen die Steuerumgehungen des Geldkapitals sind wirksame Sicherheitsmaßregeln zu schaffen.
3. Bei allen Zöllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsenumsatz-Steuer nach dem Werte, sowie eine Besteuerung der ausländischen Wertpapiere sind dringend geboten.
   Die Stempel- und Tax-Gesetzgebung ist einer Revision zu unterziehen behufs Lastenausgleichung zwischen Grundbesitz und beweglicher Habe.
4. Im Eisenbahnwesen ist es notwendig, daß an die Stelle des Aktienbetriebes ein billiger, lebenssicherer Staatsbetrieb mit Beseitigung aller Differenzialtarife tritt, ohne daß der Besitzstand der einzelnen Staaten berührt wird.
5. Papiergeld auszugeben gebührt allein den gesetzgebenden Faktoren des Reichs. Die Banknoten-Privilegien sind zu beseitigen.
6. Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgehenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die sittlichen und wirtschaftlichen Gefahren, welche die unzureichende Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.
7. Die Gewerbeordnung und das Unterstützungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringend der Revision.
8. Den Verträgen zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist durch Gesetz eine Form anzuweisen, welche für beide Teile einen wirksamen Rechtsschutz im beschleunigten Verfahren mit vorläufiger ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.
9. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zwange des römischen Rechts zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.

[3]) In welcher Weise und mit welchem Erfolge dies geschah, wird im besonderen Teile mitgeteilt werden.

Digitized by Google

10. Parlamentarische Gesellschaften in der letzten Session des Reichstags 1876[1]).

1. Dezember 1876. Parlamentarisches Diner, wozu der gesamte Vor- stand des Reichstags geladen war. Es waren ungefähr 20 Gedecke und unte den Gästen alle Fraktionen, auch das Centrum mit drei Mitgliedern vertreten.

Die Gefügigkeit der Nationalliberalen hatte bekanntlich dafür gesorgt, daß der Fürst den „Republikaner" Hänel nicht mehr zu empfangen brauchte. „Drei Präsidenten vom blauen Blute — schrieb die „Vossische Zeitung" — von Forcken- beck, von Stauffenberg und von Benda, weiter kann man die Gefälligkeit de Hofetikette nicht treiben."

Die Anwesenden empfingen den Eindruck, daß der Fürst sich in Varzin diesmal in erfreulichster Weise erholt habe, und daß seine Gesundheit, wie auch die Gesichtsfarbe und das ganze Aussehen des Fürsten bekundeten, kaum zu wünschen übrig lasse.

Alles Interesse konzentrierte sich auf den Gang der Dinge im Orient[2] auf die Mission Salisbury nach Konstantinopel und die Stellung des Deutschen Reichs zu Rußland und Österreich. Fürst Bismarck hatte schon einige Tage vorher den Wunsch verlauten lassen, sobald als irgend möglich im Reichstag über die auswärtige deutsche Politik das Wort zu ergreifen. Der Zeitpunkt schien ihm günstig, an dem heutigen Tage, sei es auch nur in kleinerem parla- mentarischen Kreise, einige orientierende Worte zu sprechen.

Bismarck's Eröffnungen, die gegen $^3/_4$ Stunden in Anspruch nahmen, richteten sich zunächst an die Präsidenten von Forckenbeck und von Bennigsen; es lauschte aber mit Begierde jeder, der auch nur ein Wörtchen erhaschen zu können glaubte

Der Krieg zwischen Rußland und der Türkei — so begann er seine Aus- führungen — scheine kaum mehr verhindert werden zu können, und müsse als nolens volens als die Basis weiterer Betrachtungen angenommen werden Deutschland habe gegen Rußland keinerlei Verpflichtungen. Mit England und Österreich stehe dasselbe in den freundlichsten Beziehungen; die Stelle der Thron- rede[3]), welche von den historisch befreundeten Mächten spreche, habe auch England

[1]) Dieselbe währte vom 30. Oktober bis 21. Dezember 1876.

[2]) Einen guten Überblick der Verwickelungen, welche durch den im Sommer 1875 ent- standenen Aufstand in der Herzegowina hervorgerufen worden waren, s. in Wilhelm Müller Politische Geschichte der Gegenwart, Bd. X., 1876, S. 117—230.

[3]) „Die auswärtigen Beziehungen Deutschlands — so verkündete die Thronrede vom 30. Oktober 1876 — entsprechen, ungeachtet der augenblicklichen Schwierigkeiten der Lage, den friedfertigen Charakter der Politik Sr. Majestät des Kaisers. Das angelegentliche Bestreben Sr. Majestät ist unabänderlich darauf gerichtet, gute Beziehungen mit allen Mächten und ins- besondere mit den Deutschland nachbarlicher und geschichtlich näher stehenden zu pflegen und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Ver- mittelung zu erhalten. Was aber die Zukunft auch bringen möge, Deutschland darf siche

Digitized by Google

im Auge. Scherzhaft bemerkte er, es sei schon schwer, sich zwischen zwei Stühlen niederzulassen, und nun vollends zwischen dreien! Dazwischen ließ sich sehr deutlich das Bedauern vernehmen, daß die innere Lage Österreich-Ungarns eine so außerordentlich verwickelte und schwierige sei, wodurch die Aktionsfähigkeit des Kaiserstaates nach außen hin erschwert werde. Nicht denselben sympathischen Ton schlug der Reichskanzler an, wenn er auf Rußland zu sprechen kam. Von dem Beruf Rußlands, die Christen in der Türkei zu schützen, hatte er keine besonders hohe Meinung. Die russische Armee sei auch gar nicht für den Krieg begeistert. Das Kriegsgeschrei gehe eigentlich von denjenigen aus, welche nicht in den Krieg ziehen, von den Redaktionsbureaus und Agitations-Komitees. England werde wohl in der ersten Zeit des russisch-türkischen Krieges eine ähnliche Rolle übernehmen, wie Rußland in Serbien. Es werde die Pforte nachdrücklich unterstützen, auch möglicherweise Konstantinopel besetzen, ohne Rußland den Krieg zu erklären. Deutschland werde vorerst unbedingt neutral bleiben und, wenn der Kampf eine Zeit lang gedauert habe und die Gegner sich ermüdet hätten [1]), besser als jetzt in der Lage sein, im Interesse des Weltfriedens zu wirken.

Gegenwärtig einen Rat an Rußland zu erteilen, sei mißlich. Er entwickelte die Gründe dafür und bemerkte namentlich, die Folge eines solchen Rates würde sein, die russische Nation zu verstimmen, und das sei schlimmer als eine vorübergehende Differenz mit einer Regierung. Nur wenn Österreich eine „lebensgefährliche Verwundung" erhalten sollte, könne der Moment eintreten, in welchem Deutschland aus seiner Neutralität heraustreten müsse. Dies werde jedoch niemals in dem Sinne geschehen, wie es der Abgeordnete Jörg vorgeschlagen habe [2]). Deutschland wolle und könne keine Gebietserweiterung auf Kosten des Kaiserstaates machen. Deutsch-Österreich sei absolut notwendig zur Erhaltung des Gesamtstaates, der auch ein Bedürfnis für das Deutsche Reich

---

sein, daß das Blut seiner Söhne nur zum Schutz seiner eigenen Ehre und seiner eigenen Interessen eingesetzt werden wird."

[1]) Die „Magdeburger Zeitung" bemerkte am 12. Dezember 1876, Nr. 582: „Fürst Bismarck hat, als er sagte, daß die Türkei und Rußland bei einem Kriege bald ermüden würden, was die erstgenannte Macht betrifft, ganz sicher die Wahrheit gesagt. Wenn man die auf der mohammedanischen Bevölkerung allein ruhenden Lasten des Krieges, welcher die kräftigsten Männer decimiert, ins Auge faßt und es in der Nähe mit ansieht, wie diese unglücklichen, opferwilligen Leute von der Kriegsverwaltung in Erbarmen einflößender Weise behandelt, bezw. vernachlässigt werden, indem die Fälle sich mehren, daß türkische Soldaten vor Hunger und sonstigem Elend verkommen, ja nicht selten bei Abfahrt der Transportschiffe nach Varna sich ins Meer stürzen, dann muß man den Ausspruch Bismarck's unwillkürlich als einen prophetischen ansehen."

[2]) Jörg hatte am 6. November 1876 im Reichstag erklärt: „Wenn das Deutsche Reich begierig sein sollte, früher oder später die acht oder zehn Millionen Deutsch-Österreicher in irgend einer Form dem Reich anzuschließen, dann ist die russische Allianz der rechte Weg."

In der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" dementierte der deutsche Gesandte Graf Bray, daß Bismarck ihm gesagt habe: der nächste Krieg würde gegen Rußland geführt werden. Vergl. auch die „Post" vom 12. November 1876, Nr. 269.

Digitized by Google

sei, da Ungarn und die slavischen Teile ohne Deutsch-Österreich sich nicht selbstständig erhalten könnten.

Deutschland werde seine volle Uneigennützigkeit zeigen und sei die Bleigarnierung in einem Stehaufmännchen, welche die Figur immer zum Stehen bringe. Österreich habe übrigens eine große Lebenskraft, eine größere, wie manche glaubten. Das habe er auch Lord Salisbury bemerkt, und dies würde sich zeigen, wenn Kaiser Franz Joseph unter Umständen selbst sich an seine Völker wenden sollte.

Der Kanzler verglich dann noch England und Rußland mit dem Fisch und dem Wolf, welche in Streit geraten, ohne sich an den Leib kommen zu können. Sie schlügen mit langen Stangen auf einander, ohne sich etwas zu thun.

Ein andrer Ohrenzeuge machte sich über Bismarck's after dinner speech folgende Aufzeichnungen. Deutschlands Bemühungen für die Aufrechterhaltung des Friedens hätten den Erfolg gehabt, daß der Marquis von Salisbury bei seiner Anwesenheit in Berlin sich der deutschen Auffassung mehr zugeneigt und somit wahrscheinlich gemacht hat, daß England gegen die Lokalisierung des Krieges zwischen Rußland und der Türkei nichts zu unternehmen gedenke. Österreich befinde sich in überaus schwieriger Lage. Deutschland habe das Interesse, die Freundschaft Österreichs sich erhalten zu sehen; sollte dieses in schwierige Lagen geraten oder gar „lebensgefährlich verwundet werden", so würde für Deutschland die Möglichkeit einer Unterstützung Österreichs nicht ausgeschlossen sein. Dieser akute Fall werde jedoch erst eintreten, wenn Österreich in den Krieg verwickelt und seine Integrität bedroht würde. Man unterschätze Österreichs Widerstandskraft und überschätze seine konstitutionellen Schwierigkeiten. Deutschland werde neutral bleiben und unter allen Umständen für Lokalisierung des Krieges zwischen Rußland und der Türkei eintreten, damit nicht neue Schwierigkeiten in Asien und Indien entständen! Die Nachricht, daß er (Bismarck) Salisbury gegenüber von seiner Zustimmung zur Besetzung Bulgariens durch Rußland gesprochen, sei nicht richtig.

Fürst Bismarck betonte ausdrücklich, daß Deutschland sich nach keiner Seite hin gebunden habe. Wenn Deutschland sein politisches Prestige hätte zeigen wollen, so wäre jetzt die passendste Gelegenheit dazu gewesen, allein die Zukunft werde die große Uneigennützigkeit der Politik Deutschlands klar zu Tage fördern. Von verschiedenen Seiten sei Deutschland aufgefordert worden, als Friedensvermittler aufzutreten. Deutschland habe diese Rolle abgelehnt, weil dasselbe keine akademischen Unterhaltungen pflege, und deshalb genötigt gewesen wäre, mit seiner ganzen Macht für seine Vermittelungsvorschläge einzutreten. Die Verstimmung, welche zwischen den Nationen herrsche, sei viel schwerer zu überwinden, als die Spannung der Kabinette. Noch bemerkte Bismarck gegen Jörg, er und Deutschland hätten nie daran gedacht, Deutsch-Österreicher zu sich herüberzuziehen, was auch die Deutsch-Österreicher ihrerseits nicht wollen. Die Politik Deutschlands sei eine konservative, Deutschland werde gegenüber

Digitized by Google

etwaigen Versuchen von Umgestaltungen der Karte Europas eine konservative Rolle erfüllen[1]).

Bei der großen Bedeutung, welche die politische Rede Bismarck's noch heute nach fast zwei Jahrzehnten hat, lasse ich noch eine Aufzeichnung folgen, welche mir der frühere Centrumsabgeordnete Freiherr von Soden zur Verfügung gestellt hat. Dieselbe ist von der Hand des Barons Soden, der sich aber über ihre Richtigkeit mit seinen Fraktionsgenossen, den Herren Forcade de Biaix, Obertribunalsrat, und dem Schriftführer Bernards, Landgerichtsrat in Düsseldorf, beriet. Das Referat ist in vielen Punkten reicher als die seiner Zeit in die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen. Die Hauptbedeutung der kanzlerischen Kundgebung schien den drei Abgeordneten in der Klarstellung der Beziehungen Deutschlands zu Österreich zu liegen, eine Ansicht, die damals auch der Abgeordnete Windthorst teilte.

Der Kanzler begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Thronrede und einer Beschreibung der ihr innewohnenden Absichten. Mit Bedauern habe er bemerkt, daß die Thronrede mit Bezug auf den Punkt, der sich über die orientalische Frage verbreitet, mißverstanden worden sei, besonders sei dies der Fall bezüglich des Verhältnisses zu England; er wundere sich, daß man unter den geschichtlich Deutschland näherstehenden Mächten nicht auch dieses Land

[1]) Ich lasse zum Schluß noch das Referat der „Nationalliberalen Korrespondenz“ folgen, und zwar um deswillen, weil die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ konstatierte, daß in demselben der wesentliche Sinn der Äußerungen des Kanzlers zu finden sei. Hiernach erinnerte der Reichskanzler daran, wie bereits in der Thronrede als Deutschands Aufgabe bezeichnet worden sei, „gute Beziehungen mit allen Mächten und insbesondere mit den Deutschland nachbarlich und geschichtlich näherstehenden zu pflegen, und auch unter ihnen den Frieden, sofern er bedroht werden sollte, durch freundschaftliche Vermittelung zu erhalten,“ wobei er darauf aufmerksam machte, daß unter den uns nachbarlich und geschichtlich näherstehenden Mächten auch England mit verstanden sei. Die Aufgabe Deutschlands sei eine Friedensaufgabe, aber Deutschland könne andern Nationen nicht einen akademischen Rat erteilen, um sie von einer Aktion zurückzuhalten, die sie in ihrem Lebensinteresse fänden. Sollte der Krieg zwischen Rußland und der Türkei sich nicht vermeiden lassen, und das erstere siegreiche Fortschritte machen, so werde England vielleicht ohne formelle Kriegserklärung zur Unterstützung der Türkei eingreifen. Ein bedenklicheres Stadium würde es sein, wenn Österreich in den Konflikt hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Bei dieser Gelegenheit fielen manche Bemerkungen in betreff der neuerdings so leichthin angezweifelten Lebensfähigkeit dieses Staates. Es sei falsch, meinte der Kanzler, dieselbe zu unterschätzen. Eine durch vielhundertjährige Geschichte verbundene Monarchie falle nicht so leicht auseinander; es sei Thorheit dies zu denken. Bezüglich der Stellung Deutschlands bemerkte Fürst Bismarck, dieselbe sei deshalb eine so günstige, weil Deutschland für sich nichts wolle. Aber es würde sich diese Stellung verderben, wenn es sich jetzt bereits nach irgend einer Seite engagierte. Habe der Krieg eine Zeit lang gedauert und Opfer gekostet, so würde naturgemäß eine größere Zugänglichkeit für die Vermittelung vorhanden sein. Deutschland sei durch seine Stärke und Interessenlosigkeit nach allen Seiten geschützt, und sein Einfluß zur Wiederherstellung des Friedens werde von entscheidender Wirkung sein, wenn es den rechten Zeitpunkt abwarte, um vermittelnd einzutreten. Man habe übrigens englischerseits eine falsche Vorstellung von der diplomatischen Lage, wenn man glaube, daß das gute Verhältnis der drei Kaiserhöfe, wie es früher gewesen, nicht mehr bestehe.

Digitized by Google

mit einbezogen habe, daß nicht auch dieses Land zu denen gehöre, mit denen gute Beziehungen aufrecht zu erhalten das Deutsche Reich sich zur besondern Aufgabe mache. Er wünsche sich in diesem Zirkel ungenierter und mit benannten Zahlen aussprechen zu können, als ihm dies im Reichstag möglich sei, in seiner Stellung als Minister des Auswärtigen.

Im allgemeinen haben wir kein Interesse dahinten, allgemeine humane, oder um mich intimer auszudrücken: christliche Interessen seien nicht bloß im Orient gefährdet, sondern auch anderwärts und meistens werde ja von beiden Teilen gefehlt. Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands, den Don Quichote Europas zu machen. Er hoffe, daß der Friede durch die Bemühungen der Konferenzen erhalten bleiben möchte, indessen wisse man ja nicht, ob es gelinge, und dann handle es sich darum, den Krieg zwischen Rußland und der Türkei auf diese zu beschränken, später darauf hinzuwirken, daß, wenn andre Mächte darein verwickelt werden, dies möglichst spät geschehe, denn wenn die Kämpfenden eine Zeit lang die Lasten des Krieges getragen haben, seien sie ja eher geneigt einen guten Rat anzunehmen. Man habe davon gesprochen, dies Rußland gegenüber zu thun, d. h. vom Kriege abzuraten. Ein solcher Rat, gegeben von einer Macht wie Deutschland, auch wenn er bloß den Charakter eines akademischen Rates haben sollte, gewinne nur zu leicht den Anschein einer Drohung und lasse einen Stachel zurück, der für die ratende Macht später unangenehm fühlbar sein könne. Besonders sei dies der Fall, wenn das Nationalgefühl bei einer solchen Gelegenheit eine Kränkung erleide; zwischen Regierungen verliere sich die Bitterkeit leichter, zwischen Nationen sei sie nachhaltiger. — Überhaupt habe Deutschland keine Veranlassung sich weitere Feinde zu machen; Deutschland sei in der Defensive. Mit einem, auch mit zwei Feinden können wir ja fertig werden; sei es aber schon immer bedenklich, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, so könne man doch nicht riskieren drei Stühle zu benutzen, es wäre dies ein ganz gefährliches Kunststück. — Auch mit der Freundschaft sei es ein eigenes Ding. Da komme ein Freund und beteure seine guten Beziehungen, verlange aber gleichzeitig, daß man einen andern totsteche, bedenkt aber nicht, daß dieser dritte ein eben so guter Freund sein kann.

Komme es wirklich zum Kriege zwischen Rußland und der Türkei, der wohl nicht so rasch zu entscheidenden Erfolgen führen werde, so sei es möglich, daß ein Zeitpunkt käme, in dem England sich veranlaßt sehe, einzutreten; damit brauche durchaus keine Kriegserklärung verbunden zu sein, es werde dann England genügen, da eine Okkupation vorzunehmen, wo es seine Interessen für gefährdet erachte. Erfolgt aber die Kriegserklärung Englands an Rußland, so sei das auch noch nicht schlimm, denn im Grunde können sich die beiden nicht viel thun, sie stehen zu einander wie Fisch und Wolf. In eine gleiche Lage wie England könne Österreich geraten. Dasselbe könne im Verfolg des Kampfes zwischen Rußland und der Türkei in eine Lage gebracht werden, auch seine Interessen für gefährdet zu erachten. Zunächst würde auch Österreich sich auf eine Okkupation beschränken können. — Bedenklich werde die Sache erst dann,

Digitized by Google

wenn durch das Eintreten Österreichs in den Krieg selbst Gefahr für die Integrität des österreichischen Staates entstehe, wenn es sich also, ich will nicht sagen um die Vernichtung, aber doch darum handelt, daß Österreich eine lebensgefährliche Verwundung erleidet. Zur Zeit seien ja übrigens die Beziehungen der drei Kaiser vollkommen gute. Man taxiere vielfach die Kraft Österreichs zu niedrig, insbesondere in England, und er habe darauf den Lord Salisbury neulich aufmerksam gemacht. Allerdings finde Österreich jetzt große Schwierigkeiten in seinen inneren Verhältnissen. Im ganzen österreichischen Staate sei aber noch eine Summe von Anhänglichkeit für die Dynastie, trotz vieljähriger, ich will nicht sagen Mißregierung, aber Mißgeschicks ohne gleichen; die Nation sei mit der Dynastie zusammengewachsen; wenn heute der Kaiser in Husarenuniform zu Pferde steige und nach Ungarn reite, so würde ihm überall ein „Eljen" entgegenschallen, und seine Völker würden ihn über die Minister hinweg heraushauen; in ähnlicher Weise wäre es in Böhmen, Tirol und wo er hinkäme. Selbst dann, wenn die inneren Verhältnisse noch schlimmer würden, und auch dann, wenn ein Bankerott wie im Jahre 1811 eintreten würde, auch dann sei Österreich nicht verloren. Die Erhaltung dieses Staates sei eine absolute Notwendigkeit für das europäische Gleichgewicht, er dürfe nicht von der Bildfläche verschwinden; wenn in dieser Hinsicht Gefahr eintrete, dann sei es für das Deutsche Reich geboten, sich an die Seite Österreichs zu stellen. Damit erledige sich das Gerede von einem Wunsche, die deutschen Provinzen Österreichs dem Deutschen Reich einzufügen; es sei ein Irrtum zu glauben, daß die Bevölkerung dieser Provinzen dafür Neigung empfinde. Was sollten wir damit anfangen? (man denke doch an die Hauptstadt Wien.) Österreich müsse in seiner Gesamtheit erhalten bleiben, Ungarn allein sei nicht lebensfähig. Das Interesse Deutschlands an guten Beziehungen zu Österreich sei ein so großes, daß bereits früher einmal ein Moment vorhanden gewesen sei, in welchem er sich veranlaßt gesehen habe, Österreich einen Völkerbund vorzuschlagen. Jetzt sei die Sachlage nicht dazu angethan, er hoffe aber, daß ein solcher Moment wieder eintrete. Diese Situation zwischen Deutschland und Österreich könne allerdings wesentlich alteriert werden, wenn Personen die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in Österreich anvertraut werden sollte, die sich die Pflege deutschfeindlicher Interessen zur Aufgabe stellten.

Der Kanzler resümierte das Gesagte dahin:

1. Stadium: Krieg zwischen Rußland und der Türkei.

2. Stadium: Eintreten Englands in den Kampf mit langen Stangen.

3. Stadium: Beteiligung Österreichs und diesfalls die eventuelle Notwendigkeit Deutschlands Österreich zu schützen.

Diese Politik halte er für die richtige und die jetzige Situation habe jedenfalls den Vorteil, daß dadurch Deutschland seine volle Uneigennützigkeit an den Tag legen könne, im Gegensatz zu dem Verhalten Frankreichs, als dies noch die erste Macht in Europa gewesen sei, die jedenfalls versuchen würde, den Schwerpunkt der Lage nach Paris zu verlegen. Deutschland begnüge sich damit, die

Digitized by Google

Bleigarnitur an dem Stehauf Europas zu sein. Deutschland habe überhaupt keine weiteren Interessen, als sein Genügen an sich selbst zu haben. Die Lage Europas komme ihm vor wie seine eigene, wenn seine Frau ihn jetzt frage, was sie ihm zu Weihnachten schenken solle, es falle ihm dann durchaus nichts ein. —

Fürst Bismarck betonte zum Schluß, daß dies keineswegs vertrauliche Mitteilungen seien.

Die Tendenz der ganzen Kundgebung[1]) war unzweifelhaft, es möglichst offenkundig werden zu lassen, Deutschland suche vor allem den Frieden zu erhalten; wenn dennoch der Krieg ausbricht, denselben zunächst zu lokalisieren; wenn sein Verlauf die Lebensinteressen Österreichs bedrohen sollte, für Österreich einzutreten, im übrigen aber mit England auf gutem Fuße zu stehen. Die Worte des Reichskanzlers wurden in Deutschland und in Österreich, ja selbst in England, wie die Befreiung von einem unheimlichen Alpdruck aufgenommen[2]). „Es giebt Männer — bemerkte die „Times" in einer Besprechung der Tischrede — deren einfache Meinungsäußerung wertvoller ist als umfangreiche Ausführungen andrer, Männer, denen ein stets von Erfolg begleiteter Lebenslauf besondere Stärke verlieh. Ein solcher Mann ist Fürst Bismarck, weil sein Urteil bei allen internationalen Streitigkeiten, an welchen er beteiligt war, niemals irrte. Er ist die größte lebende Autorität auswärtiger Politik. Nur gemeiner Argwohn konnte glauben, daß Fürst Bismarck England in einen Krieg gegen Rußland hineintreiben wollte, um beide Mächte zu schwächen. Es wäre Mangel des gewohnten Scharfsinns gewesen, wenn der deutsche Reichskanzler eine Macht hätte schwächen wollen, welche tiefe Sympathie für Deutschland hegt, aller Eroberungssucht vollständig bar und als erste Heimat politischer Freiheit auch die stärkste Abwehr gegen Revolution ist." Besonderes Gewicht legte die „Times" auf die Auslassungen des deutschen Reichskanzlers über Österreich und sie meinte, daß der damit an Rußland gegebene Fingerzeig mächtig dazu beitragen werde, den Krieg zu lokalisieren[3]).

Auch Fragen der inneren Politik wurden im Laufe des Gesprächs berührt. Auf die Frage eines Gastes, was man hinsichtlich der deutsch-feindlichen russischen Zollpolitik zu thun gedenke, bemerkte der Reichskanzler, daß man die großen politischen Fragen doch nicht von der Regelung der Zölle abhängig

[1]) Eine Kritik derselben findet man in der Wochenschrift „Im neuen Reich", Jahrg. 1876, Bd. II, S. 953 ff.

[2]) Äußerungen über die Orientpolitik Bismarck's seitens der „Kölnischen Zeitung" siehe in der „Post" Nr. 137 vom 13. Juni 1876. Das „Berliner Tageblatt" bemerkt in einem „Die Orientpolitik nach Tische" betitelten Leitartikel: „Die Sphinx hat gesprochen. Leider nur „zwischen Käse und Birnen", wie der Franzose sagt und die erste der parlamentarischen Soireen des Reichskanzlers, welche ein bitterböses Mitglied der Centrumsfraktion einst in ärgerlicher Stimmung als die „Korruptions-Abende" des Fürsten Bismarck bezeichnete, bringt uns die authentischen Angaben über die Auffassung, die der Leiter unsrer auswärtigen Angelegenheiten der großen brennenden Orientfrage angedeihen läßt."

[3]) Äußerungen französischer Blätter über die oben stehenden Tischgespräche Bismarck's siehe in der „Post" vom 8. Dezember 1876, Nr. 292.

Digitized by Google

machen könne. Die russische Regierung gebe übrigens gar nicht zu, daß sie die Zölle erhöht habe, denn diese wären ursprünglich auch in Gold und Silber bezahlt worden [1]).

Fürst Bismarck sprach sich auch noch eingehend über ein Thema aus, welches er mit Vorliebe zu behandeln pflegte, nämlich über die Vorzüge der indirekten Steuer, sofern sich dieselbe auf wenige große Artikel des freiwilligen Konsums und des Luxus (z. B. auf Wein) erstreckt, den Tarif im übrigen vereinfacht und den weniger wohlhabenden Klassen Erleichterung in den direkten Steuern verschafft [2]).

Er sprach sich lebhaft gegen die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer [3]) aus, durch die Fleisch und Brot wohlfeiler geworden seien. Als Löwe-Calbe entgegnete, ihm koste das Brot jetzt 20 Proz. weniger als sonst, rief Fürst Bismarck: „Ei, das muß man sich merken; wo wohnen Sie?"

Über die Justizgesetze fand eine eingehendere Besprechung nicht statt; indessen äußerte sich der Reichskanzler doch über die Unannehmbarkeit des Beschlusses auf Einführung der Schwurgerichte für Preßvergehen in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise.

Schließlich äußerte der Reichskanzler sich noch dahin, daß er, sobald die zweite Lesung der Justizgesetze beendigt sei, die erste Gelegenheit ergreifen werde, um seine Ansichten über die orientalische Politik im Reichstag zu äußern. Diese Mitteilungen, auf welche man selbstverständlich in ganz Europa sehr gespannt war, wurden für einen der ersten Tage der folgenden Woche erwartet, da am 2. Dezember die Beratungen über die Justizgesetze, einschließlich der Konkursordnung, beendigt wurden [4]).

Nach aufgehobener Tafel blieb die Gesellschaft noch bis 10 Uhr zusammen.

Bei keiner der bisherigen parlamentarischen Gesellschaften des Fürsten zeigte sich so sehr als bei dieser das Bedürfnis, einen gewissermaßen authentischen Bericht über die Äußerungen Bismarck's für die Presse zu stande zu bringen. Einer unter den Gästen machte den Vorschlag, eine gemeinschaftliche Aufzeichnung für die Presse zu redigieren, weil der Reichskanzler auf eine Anfrage betreffs der Veröffentlichung sich keineswegs abwehrend verhielt. Doch konnte man sich bei der Redaktion der Aufzeichnung nicht über den Inhalt einigen.

---

[1]) Zu dem Kapitel der russischen Zollpolitik äußerte sich Bismarck wenige Tage später (5. Dezember 1876) im Reichstag; vergl. mein Werk: „Bismarck als Volkswirt", Bd I, S. 112. Äußerungen der russischen Presse über die späteren wirtschaftlichen Maßnahmen des Fürsten Bismarck siehe in der „Voss. Ztg." Nr. 5 vom 4. Januar 1879. In der russischen Presse erregten die wirtschaftlichen Maßnahmen Bismarck's ein Gefühl der Beängstigung, weil man begriff, daß dieselben Rußland schädigen würden.

[2]) Näher entwickelt findet sich dieser Gedanke in der Reichstagsrede Bismarck's vom 22. November 1875. Vergl. mein Werk „Bismarck als Volkswirt", Bd I, S. 71.

[3]) Vergl. wegen der alten Vorliebe Bismarck's für diese Steuer mein Werk „Bismarck als Volkswirt", Bd. II. S. 30, 36, 50.

[4]) Der baldige Schluß des Reichstags (22. Dezember 1876) verhinderte die erwarteten Aufklärungen Bismarck's daselbst.

Digitized by Google

2. Dezember 1876[1]). 1. parlamentarische Soiree. Dieselbe verlief äußerlich genau so wie die Soireen früherer Jahre[2]).

Daß nicht allzu viele Mitglieder des Reichstags zur Stelle waren [etwa 50][3]), erklärte sich aus der kleinen parlamentarischen Pause bis zum Dienstag Mittag. Die zweite Lesung der Justizgesetze war sehr anstrengend gewesen, und so mancher zog es vor, gleich mit dem Abendzug Berlin zu verlassen, um auf zwei Tage zu Hause sein zu können. Wer hier geblieben und Bismarck's Gast gewesen, hatte den Verzicht auf die sofortige Abreise nicht zu bedauern.

Der Reichskanzler kam nämlich bei Bier und Cigarren auf das Gespräch zurück, daß er tags zuvor mit dem Vorstand des Reichstags über die Orientfrage geführt hatte und er berührte, beinahe ausschließlich, die Haltung des Reichs gegenüber Österreich. Habe Deutschland an der Orientfrage kein unmittelbares Interesse und ergebe sich hieraus für uns die Pflicht strengster Neutralität bei einem möglichen Konflikt zwischen Rußland und der Türkei, so sei doch geboten, daß das Deutsche Reich seine ganze Teilnahme dem österreichischen Staate zuwende, dessen ungeschmälerter Fortbestand für Deutschland eine eminente Bedeutung habe.

Die Politik Deutschlands sei darauf gerichtet, daß dasselbe der Freund seiner Freunde sein und bleiben wolle. Deutschland habe zu allen Mächten die besten Beziehungen und unter den Großmächten kaum einen Gegner[4]). Allerdings könnten und dürften im gegebenen Augenblick die freundschaftlichen Gefühle für die befreundeten Mächte nicht so weit gehen, daß Deutschland aus Liebe zu dem einen seiner Freunde ruhig mit zusehen sollte, wie dem andern der Garaus gemacht würde. In überaus eingehender Weise drückte der Reichskanzler wiederholt seine Sympathie für Österreich aus und betonte, daß man sich irre, wenn man Österreich schon alle Lebenskraft abspräche. Österreichs physische Lebenskraft wurzele namentlich in Böhmen, Mähren, Siebenbürgen und Ungarn viel mehr als in Wien. Würde erst einmal die konstitutionelle Wand dort weggenommen, so würden trotz des Aufhörens des Dualismus die Kräfte Ungarns sich bewähren, in welchem Lande namentlich die ländliche Bevölkerung eine unbegrenzte Verehrung für die Habsburgische Dynastie habe. Wenn der Zusammenhang zwischen diesen, dem Staate Österreich innewohnenden Lebenskräfte und der Anhänglichkeit der Bevölkerung an das Herrscherhaus zur Geltung gelange, dann würde sich

---

[1]) Der Kanzler ließ sogleich Einladungen für die nächsten drei Sonnabende ergehen.

[2]) Des Kanzlers Salons zeigten noch immer dieselbe Einfachheit, und in den Arrangements zum Empfang wie zur Bewirtung der Gäste des Fürsten brauchte nichts geändert zu werden. Vornehme Zwanglosigkeit war und blieb das Charakteristische an den parlamentarischen Abenden beim Kanzler. Er hatte alle Abgeordneten geladen, die durch Abgabe ihrer Karten rechtzeitig zu erkennen gegeben hatten, daß sie zu des Fürsten Hause in persönliche Beziehungen treten wollten.

[3]) Von hohen Würdenträgern hatten sich die Minister Falk, Achenbach und von Stosch, der General-Postmeister Dr. Stephan und viele Bundesratsmitglieder eingefunden. Erst gegen 11 Uhr abends begannen sich die Salons zu leeren

[4]) Nach der „Volkszeitung" bemerkte Bismarck: „Wir haben nur einen Feind, Frankreich."

Digitized by Google

Österreichs höchste Kraft herausstellen und vor den Augen stehen, welch' mächtiges Mitglied Österreich in der europäischen Staatenfamilie sei [1]). Auf die Frage eines Abgeordneten, was aus den kleinen Fürstentümern an der Donau werden sollte, erwiderte der Reichskanzler, daß diese Frage ziemlich gleichgültiger Natur sei und für ihn erst in dritter Linie in Betracht komme, da erfahrungsmäßigerweise die Verhältnisse dort doch alle zehn Jahre wechselten.

Der russisch-türkische Krieg sei jetzt unvermeidlich; die deutsche Aufgabe bestände darin, den Krieg zu lokalisieren und insbesondere die englische Einmischung unwirksam zu machen. Der Kanzler habe hierüber dem Lord Salisbury reinen Wein eingeschenkt. Rußland würde übrigens der Türkei gegenüber kein leichtes Spiel haben. Habe es genug Opfer an Menschen und an Geld gebracht, so würde es Zeit sein, mit Friedensvermittelungen deutscherseits hervorzutreten.

Bismarck wollte offenbar mit seiner erneuten Kundgebung der Vorstellung wehren, als triebe das Reich russische Politik; darum betonte er die hohe Bedeutung der Intimität zwischen Deutschland und Österreich mit ganz besonderem Nachdruck. „Erst sind des Reichs Interessen zu wahren, dann die des österreichischen Staates, weil sie mit den unsrigen zusammenfallen, und erst zuletzt haben wir zuzusehen, wie wir mit Rußland auf leidlich gutem Fuße weiter leben können." Das war allerdings eine klipp und klare Politik, aus der sich alle weiteren Konsequenzen von selbst ergaben.

Auch einige Fragen der innern Politik wurden von dem Fürsten Bismarck noch berührt, insbesondere die Angelegenheiten der Reichslande und die Justizreformgesetze. In letzterer Hinsicht merkte man dem Kanzler an, daß er hierüber nicht schon jetzt sein letztes Wort sagen wolle. — Für mich persönlich knüpft sich an diese Soiree noch eine besondere Erinnerung, indem ich auf derselben von meinem Chef, dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Hofmann dem Kanzler vorgestellt wurde. Derselbe erkundigte sich nach meiner Heimat und dem mir zugewiesenen amtlichen Wirkungskreis; als ich unter den mir zur Bearbeitung übertragenen Gegenständen auch die Rinderpest anführte, nahm Bismarck sofort Veranlassung, auf die Bedeutung dieses Referats hinzuweisen.

9. Dezember 1876. 2. parlamentarische Soiree [2]). Die Räume des Auswärtigen Amts vermochten die Gäste des Kanzlers kaum zu bergen. Eingefunden hatten sich nahezu 200 Mitglieder des Reichstags, ferner die meisten

[1]) Nach einer andern Version bemerkte Bismarck: „Wenn die konstitutionelle Wand dereinst wieder fiele, die die beiden Hälften des Reichs jetzt trennt, würde das Erscheinen des Kaisers in Honved-Uniform genügen, um einen Jubel in Ungarn hervorzurufen, der alles Murren übertöne."

[2]) Von Abgeordneten bemerkte man u. a. von Puttkamer (Sensburg), von Seydewitz, Dr. Falk, Lasker; von Bundesbevollmächtigten den Minister Dr. von Fäustle, von Stosch, Camphausen, von Pfretzschner, von Bülow, ferner von Philipsborn, Dr. Stephan mit Gemahlin, wie denn überhaupt viele Damen der Abgeordneten an der Soiree teilnahmen. Im übrigen waren vorzugsweise hohe Justizbeamte anwesend, so namentlich Unterstaatssekretär Dr. Friedberg und Direktor von Amsberg.

der preußischen Minister und der Bevollmächtigten zum Bundesrat. Man trank Franziskaner-Bier von München und Bergemann'sches von Stettin; zuletzt wurde Schloß-Punsch gereicht. Allgemein glaubte man, der Fürst würde die Justizgesetze zur Sprache bringen, und seine Stellung zur Justizreform skizzieren, wohl gar mit derselben Offenheit, die den Aufschlüssen über seine Orientpolitik einen so großen Reiz verliehen hatten. Diese letztere Hoffnung wurde jedoch getäuscht; der Fürst nahm dieser Frage gegenüber eine wenn auch nicht ablehnende, doch sehr reservierte Stellung ein; er erklärte, mehrere der bei der zweiten Lesung gefaßten Beschlüsse würden die verbündeten Regierungen keinesfalls gutheißen. Am eingehendsten, fast eine halbe Stunde lang, besprach der Kanzler die Justizreform mit dem Abgeordneten Dr. Lasker, ohne daß indessen die Unterredung irgend welches Resultat oder gar eine annähernde Verständigung hervorgebracht hätte. Fürst Bismarck erklärte dem Führer der Nationalliberalen, daß die preußische Regierung bereits bis an die äußerste Grenze der Konzessionen gegangen sei und schwerlich zu einem weiteren Nachgeben zu bewegen sein werde[1]). Diese Äußerung konnte auf die rechthaberischen Herren nur verstimmend wirken.

Des Kanzlers Stellung wurde vielleicht am besten durch folgendes Vorkommnis bei der Soiree erläutert. Ein vielgenanntes bayerisches Mitglied der Justizkommission bemerkte gegen den Kanzler in freimütiger Weise: „Durchlaucht, der Klügste giebt nach.“ Fürst Bismarck antwortete: „Ich bin lange genug der Klügste gewesen, jetzt ist an Ihnen die Reihe[2]).“

Später hob Fürst Bismarck noch die Gründe hervor, welche gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung geltend gemacht worden waren, indem er auch andeutete, daß unter den Tausenden von Deutschen, welche die Ausstellung besucht hätten, sich gewiß auch Personen finden möchten, welche bei nicht ganz vorsichtiger Haltung der Franzosen gegen die unbeliebten Gäste Konflikt hervorrufen könnten[3]).

Die Verhandlung im Bundesrat über die Beschickung der Pariser Ausstellung zeichnete sich durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzler-

---

[1]) In Abgeordnetenkreisen wurde die Unterredung des Reichskanzlers mit dem Abgeordneten Dr. Lasker auf der Sonnabend-Soiree dahin resumiert, daß Fürst Bismarck die Grenze der bundesrätlichen Zugeständnisse von den bekannten vier Differenzpunkten absteckte.

[2]) Dieser Wink wurde verstanden; es ist das Verdienst der Abgeordneten Miquel, von Bennigsen und Lasker, daß schließlich der Strafprozeß nach den von ihnen eingebrachten Kompromißanträgen mit noch etwas mehr als 50 Stimmen, der Civilprozeß und die Konkursordnung aber einstimmig angenommen wurden. Die amtliche „Provinzial-Korrenspondenz“ erteilte der nationalliberalen Partei das Lob, durch das Kompromiß vom 21. Dezember 1876 nicht nur die Justizgesetze gerettet, sondern auch die konstitutionelle „Irrlehre“ von der Machtvollkommenheit der Parlamente glücklich abgethan zu haben.

[3]) Die Gesichtspunkte, welche den Fürsten Bismarck veranlaßten, sich gegen eine Beschickung der Pariser Weltausstellung auszusprechen, sind ausführlich wiedergegeben in meinem Werke: „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“, Bd. I, S. 242 ff. Vergl. auch den Artikel des Pariser Blattes „Ralliement“, betreffend die Beteiligung Deutschlands an der Pariser Weltausstellung von 1878, unter besonderer Erwähnung des Einflusses des Fürsten Bismarck, abgedruckt in der „Post“ Nr. 283 vom 28. November 1876.

Digitized by Google

Amts, Staatsminister Hofmann, machte die Mitteilung, daß der Ausschuß sich gegen amtliche Teilnahme für Beschickung der Ausstellung erklärt habe. Es meldete sich niemand zum Wort. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mitteilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: „Nach dieser Erklärung ist also die Beschickung der Pariser Ausstellung seitens des Deutschen Reichs abgelehnt." Der Kronprinz interessierte sich für eine Beschickung der Pariser Ausstellung, weshalb an ihn aus Paris von höchster Stelle ein Schreiben gerichtet wurde, um seine Teilnahme für das Unternehmen zu beleben. Indes hatte dies keine Wirkung [1].

16. Dezember 1876. 3. parlamentarische Soiree. Dieselbe war außerordentlich zahlreich besucht und schloß die parlamentarischen Abendeinladungen für den Bundesrat und die Mitglieder des Reichstags.

Die Stimmung des Reichskanzlers war in folge des an demselben Tage mit der nationalliberalen Fraktion wegen der Justizgesetze abgeschlossenen Kompromisses eine offenbar freudige. Die Wolke des Konflikts zwischen Bismarck und der Hauptfraktion des Reichstags war geschwunden; der Fürst schritt am Arme des Präsidenten von Forckenbeck durch den Empfangssaal, um der entente cordiale Ausdruck zu geben und empfing den Abgeordneten Miquel mit den Worten: „Friede sei ihr erst Geläute." Man hob vielfach hervor, daß das deutsche Volk an seinem Weihnachtstische die Justizgesetze gesichert fände, wenn auch in ihnen noch manches eine andre Fassung würde beanspruchen können.

Der Reichskanzler äußerte sich mehrfach in dem Sinne, daß, nachdem der Kampf zur Sicherstellung der Rechte des Staates gegen die Kirche seinen Höhepunkt überschritten und das große Werk des gemeinsamen Rechts in den Hafen gebracht sei, er sich, wenn er in seinem Amte und gesund bliebe, mit wirtschaftlichen Fragen eingehender befassen werde, vorausgesetzt, daß er dabei die Unterstützung seiner Kollegen im preußischen Ministerium erhalte.

Später äußerte der Reichskanzler, daß er einen hohen Wert auf das Zustandekommen der Justizgesetze lege und stets gelegt habe, daß jedoch schwere sachliche Bedenken ihn ohne den gelungenen Ausgleich gezwungen haben würden, verschiedene Beschlüsse des Reichstags abzulehnen. Die Stellung eines verantwortlichen Staatsmannes sei eine andre, als die der Abgeordneten; von dieser Stellung sehe man auch bei sonstiger grundsätzlicher Übereinstimmung viele Fragen mit andern Augen an, als vom Standpunkte eines Abgeordneten. — Das Gebiet der auswärtigen Politik berührte der Fürst weniger. Doch hob er mit Genugthuung hervor, daß er als eins der schönsten Ergebnisse seiner bisherigen Wirksamkeit betrachte, daß ganz Europa seiner Offenheit und Aufrichtigkeit vollen Glauben schenke und ihm keinerlei geheime Hintergedanken zutraue; davon habe er sich in den neuesten Phasen der auswärtigen Politik überzeugen können. Er

[1]) Bemerkungen des „Siècle" über die Ansichten des Fürsten Bismarck hinsichtlich der Weltausstellungen s. in der „Post" Nr. 317 vom 18. November 1884.

Digitized by Google

unterhielt sich auch über die Retorsionsmaßregeln der Zollfrage gegenüber und betonte, daß bei Verhandlungen mit auswärtigen Mächten wegen Handelsverträgen das Auswärtige Amt keine sichere Basis habe, wenn fremde Staaten auch eine Notwehr des Deutschen Reichs gegen drückende fremde Zollbestimmungen von vornherein für ausgeschlossen hielten.

---

11. III. Legislatur-Periode, I. Session 1877[1].

Am 22. Dezember 1876 war die vierte und letzte Session der II. Legislaturperiode des Reichstags geschlossen worden. Die Neuwahlen fanden am 10. Januar 1877 statt; sie ergaben eine Schwächung der Nationalliberalen (128 Mann, Verlust 25 Sitze), eine Zunahme der Freikonservativen (5 Sitze), und ein Anschwellen der Konservativen (35 statt 22). Die Agitation, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zum Zwecke einer konservativen Gestaltung der Dinge in Preußen und im Reich und einer Sprengung der liberalen Majorität bereits im Juni 1877 in Scene gesetzt hatte, war also immerhin von einigem Erfolge begleitet gewesen. Bedeutsam wurde besonders später die im Juli 1876 erfolgte Gründung der „deutsch-konservativen Partei". Da das Mitgliederverzeichnis keinen Zweifel darüber ließ, daß die neue Partei mit der alten feudalen Partei der „Kreuzzeitung" wesentlich identisch war, so säumte die Regierung nicht, durch die offizielle „Provinzial-Korrespondenz" erklären zu lassen, daß sie mit der neuen Partei keine Gemeinschaft habe. Dementsprechend erklärte auch Bismarck im Sommer 1876 dem nationalliberalen Abgeordneten Jung, welcher bei seiner Anwesenheit in Kissingen zur Tafel gezogen worden war, daß er mit der deutsch-konservativen Partei nicht werde gehen können, und er führte unter den Gründen auch den an, daß sich Männer an der Spitze befänden, deren Kirchenpolitik ihm den Repräsentanten des Kulturkampfes (Minister Falk) kosten würde.

Es zeigte sich aber bald ein Umschwung. Bereits im August 1876 fingen die „Nordd. Allg. Ztg." und andre für halbofficiös geltende Blätter an, die neue deutsch-konservative Partei zu unterstützen.

Jedermann fühlte, daß sich in der inneren Politik ein Wandel vorbereite, nur die letzten Ziele Bismarck's lagen noch verschleiert da. Er war mit sich bereits längst einig, daß die Zeit für ein neues Wirtschaftssystem gekommen sei; es fehlte ihm auch nicht an schöpferischen Ideen, wohl aber an Hilfsarbeitern, die seinen Plänen die gesetzgeberische Form geben sollten. In Anknüpfung an ein bereits früher gebrauchtes Gleichnis aus dem Jägerleben bemerkte Bismarck Ende 1876[2]): „Wenn ein Jäger, den die Jahre zu drücken anfangen, einen

[1]) Die erste Session währte vom 22. Februar bis 3. Mai 1877.
[2]) Bismarck hat die obige Äußerung im Januar 1877 in größerem Kreise wiederholt.

Digitized by Google

halben Tag auf der Hühnerjagd zugebracht hat, immer nur Kartoffelkraut unter sich und die Aussicht auf das kleine Geflügel vor sich, so verliert sich die Lust an der Sache; er denkt an den Mittag und den Lehnstuhl und giebt die Völker auf, die er vielleicht noch aufstöbern könnte. Wird ihm aber gemeldet, daß einige starke Keiler eingespürt sind, so erwacht die alte Passion, und er fühlt sich jeder Anstrengung gewachsen." Er (Bismarck) hoffe seit Jahren auf solche Keiler; aber diejenigen, deren Beruf es wäre, sie vorzutreiben, thäten das nicht, verscheuchten sie vielmehr.

Und die Moral: In ihm stehe die Überzeugung nun einmal fest, daß gewisse große Reformen nötig seien, Reformen der Steuergesetzgebung in Preußen, der Zollgesetzgebung des Reichs, im Eisenbahnwesen, endlich die Beseitigung der Übelstände, welche sich aus der von der herrschenden wirtschaftlichen Doktrin seit lange geforderten, vom Bundesrat und Reichstag mit überwältigenden Majoritäten beschlossenen Freizügigkeit entwickelt hätten.

Er könne nur dann im Dienste bleiben, wenn seine Kollegen zu den bezeichneten Reformen aus eigenem Antrieb und mit eigenen produktiven Kräften schritten; wenn nicht, wolle er gehen, da er sich nicht stark genug fühle, um Ministerkrisen, den Bruch mit seinen alten Kollegen und das Einleben mit neuen zu ertragen. Es sei ein unbilliges Verlangen, daß er selbst die nötigen Arbeiten liefere und der Kritik eines in entgegengesetzten Spuren gehenden Ressortministers unterwerfe. Einen solchen Weg habe er in der Eisenbahnfrage eingeschlagen, äußerlich die Zustimmung aller gewonnen, sobald es aber an die Ausführung gegangen, passiven Widerstand und die üble Abweisung angebrachtermaßen gefunden, ähnlich wie bei der Fortschrittspartei, die auch zu sagen pflege: nur so nicht, sondern anders, nämlich so, wie es nicht geht. Für ihn handle es sich um die Ermittelung, ob seine jetzigen Kollegen diejenigen Reformen, welche er für unabweislich halte, aus freien Stücken und eigener Überzeugung so betreiben wollten, daß sie ihn in der Richtung schieben und tragen würden, nicht aber er sie. Wollten sie ersteres, so würde er gern seinen Kredit und seinen Namen in der Firma belassen, um diese Reformen durchführen zu helfen.

Sehen wir, wie die Dinge sich weiter entwickelten.

9. Februar 1877. 1. parlamentarisches (Abgeordnetenhaus-) Diner[1]). Der Wirt selber bezeigte trotz einer schlaflosen Nacht, die vorausgegangen, die gewohnte Liebenswürdigkeit. Das Diner dauerte von 6—8 Uhr, worauf die Cigarre, die Pfeife, jedoch ohne Bier, und die zwanglose Unterhaltung zu ihrem Rechte kamen. Es fehlte in der Unterhaltung nicht an interessanten

---

[1]) Zu demselben hatten außer den drei Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Bennigsen, Kloß und Graf Bethusy-Huc und den Schriftführern desselben auch die Quästoren und die Vorsitzenden der Abteilungen Einladungen erhalten. Auch der Abgeordnete für Naugard, Kammerherr von Bismarck, Bruder des Reichskanzlers, und von Benda waren anwesend. Von Nicht-Parlamentsmitgliedern war nur Assessor von Kurowski geladen. Herr von Bennigsen führte die Fürstin, der zweite Präsident Kloß Comtesse Marie zu Tisch. Letztere hatte ihren Platz zwischen Herrn Kloß und Herrn von Rönne.

Digitized by Google

Themen, die zum Teil der hohen Politik angehörten. Zum Unterschiede von dem Reichstagsdiner vom 1. Dezember 1877, welches den Telegraphen durch halb Europa spielen ließ, zeigte sich dieses Mal der Kanzler mehr zurückhaltend. Gleichwohl haben einige Andeutungen, die während der Tischunterhaltung fielen, ihr Interesse. Über den Orient erklärte der Fürst, daß es noch an Details fehle, wodurch das letzte Ereignis vollständig aufgeklärt würde. Bis dahin könne etwas Positives nicht gesagt werden. Der Fürst ließ scharfe Streiflichter auf die inneren Zustände der Türkei[1]) fallen. Er bezeichnete den gestürzten Midhat Pascha als einen Mann von solider europäischer Bildung, dem die Laster des Orients abgingen, und welcher durch Tüchtigkeit und Genialität unter den türkischen Staatsmännern hervorrage. Sein Sturz[2]) sei wahrscheinlich auf persönliche Zerwürfnisse mit dem Sultan zurückzuführen; jedoch sei es auch möglich, daß ausländische Einflüsse dabei thätig gewesen seien. Welchen Einfluß der Sturz Midhat Paschas auf die Frage von Krieg oder Frieden haben werde, lasse sich zur Zeit noch nicht beurteilen. Rußland werde allem Anschein nach mit und ohne Allierte der kriegerischen Verwickelung mit der Türkei nicht aus dem Wege gehen. Jedenfalls würde Deutschland dabei materiell ganz aus dem Spiele bleiben. — Später hob der Fürst die Wichtigkeit der Stellung der Unterstaatssekretäre und der vortragenden Räte im Staatsministerium hervor, denen häufig die Aufgabe zufalle, etwaige Differenzen zwischen den Ressortministern auszugleichen[3]). Im Anschluß an die Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 8. Februar erklärte sich Bismarck mit Bestimmtheit für die Position der Unterstaatssekretäre. Er drückte dabei das Bedauern aus, daß seit dem Tode des früheren vortragenden Rats im Staatsministerium, Wirklichen Geheimen Rats Constenoble, es ihm nicht gelungen sei, einen Vermittler zwischen den Ministern von gleicher Befähigung zu finden. Von den für die Reichstagssession resp. Legislaturperiode zu erwartenden Vorlagen hob der Fürst das Vereinsgesetz hervor. Mit Rücksicht auf die erwähnte schlaflose Nacht des Fürsten zog sich die Gesellschaft zeitig zurück.

---

[1]) Es hatte eben in Konstantinopel eine internationale Konferenz zur Verhütung des orientalischen Krieges getagt. Der Großvezier Midhat Pascha legte am 18. Januar 1877 dem Sultan die letzten Beschlüsse der Konferenz vor und machte ihn auf die schweren Folgen einer Ablehnung aufmerksam: bei einem anfälligen Kriege könne die Türkei auf keinen Allierten rechnen. Dennoch wurden unter dem Rufe: „Lieber Tod als Entehrung" auch die letzten Vorschläge der Mächte einstimmig abgelehnt.

[2]) Am 5. Februar 1877 wurde Midhat Pascha, der Urheber der türkischen Verfassung, zum Sultan berufen, für verhaftet erklärt und stehenden Fußes auf die kaiserliche Yacht gebracht, welche Ordre hatte, unverzüglich mit ihm abzureisen und ihn auf der Insel Melatin zu landen. An seiner Stelle wurde Edhem Pascha zum Großvezier ernannt.

[3]) In der Zeit, da Bismarck in der Reichskanzlei noch kein ihm eigens zu Diensten stehendes Büreau besaß, benutzte er die Räte des Staatsministeriums vielfach zur Ausarbeitung von Denkschriften und Staatsministerialvoten. Dem Fürsten besonders nahe stand der Geh. Rat von Tiedemann, dessen schöpferische Ideen, große Arbeitskraft und staatsmännische Begabung Bismarck wiederholt anerkannt hat. Sobald der Reichskanzler die Mittel zur Erreichung der Reichskanzlei bewilligt erhalten hatte, betraute er alsbald Herrn von Tiedemann mit der Leitung dieser verantwortlichen Stellung.

Digitized by Google

Ein Nachspiel zu diesem Diner lieferte der Streit einzelner Zeitungen über die Richtigkeit ihrer Wiedergabe der Tischgespräche vom 9. Februar[1]).

3. März 1877[2]). 1. parlamentarische Soiree[3]), auf welcher sich der Reichskanzler die neugewählten Abgeordneten vorstellen ließ. Darunter bemerkte man auch drei Herren von der Gruppe der elsässer Autonomisten, die sich sowohl vom Reichskanzler als ihren Kollegen der freundlichsten Aufnahme rühmen konnten.

Man hatte sich in weiten Kreisen so sehr daran gewöhnt, von den Abendgesellschaften des Reichskanzlers jedesmal ein geflügeltes Wort oder einen die politische Lage kurz und scharf zeichnenden Ausdruck Bismarck's zu vernehmen, daß es dieses Mal enttäuschte Gesichter gab. Das Orakel in der Wilhelmstraße war diesen Abend bei aller freundlichen Redseligkeit gegen die zahlreichen Neulinge des Reichstags über brennende Fragen schweigsamer als sonst.

Die Konversation drehte sich um allerlei Dinge, um die Reichsfinanzen, um den jetzt herrschenden Notstand und den Ankauf des Decker'schen Grundstücks. Fürst Bismarck machte auch keinen Hehl daraus, daß die Errichtung des Reichsgerichts in Berlin bei ihm auf keinen Widerstand stoßen würde[4]). Man kam auch auf die Orientfrage zu sprechen, und Fürst Bismarck bemerkte bei dieser Gelegenheit, er wisse bereits seit zwei Jahren ganz genau, auf welche Weise dieselbe am leichtesten zu lösen sei. Alles spitzte die Ohren und war auf die Lösung der schwierigen Frage aus dem Munde des Reichskanzlers gespannt. Fürst Bismarck fuhr aber zur größten Überraschung fort: „Indessen, da ja Deutschland die orientalische Frage nicht interessiert, schweige ich lieber darüber." Große Heiterkeit, die der Reichskanzler lachend teilte. Übrigens äußerte er dann noch, indem er wieder ernsthaft redete, daß

---

[1]) Die „Kreuzzeitung" schrieb: „Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat sich, wie uns von unterrichteter Seite angedeutet wird, bei dem parlamentarischen Diner am letzten Donnerstag über Fragen der auswärtigen Politik sehr zurückhaltend geäußert, und deshalb ist allen Mitteilungen über angebliche Exkurse des Fürsten auf das Gebiet der orientalischen Wirren wenig oder gar nicht Glauben zu schenken. Es ist wohl zu erwarten, daß weiterhin von Äußerungen des Reichskanzlers, die bei gleichen oder ähnlichen Anlässen laut werden, nur dann öffentliche Mitteilung gemacht wird, wenn der Fürst auf das Bekanntwerden seiner Andeutungen Wert legt oder sie gestattet. Der Unterredung wird alle Freiheit genommen, wenn Nachtischbemerkungen ohne weiteres in die Presse geworfen und häufig kritiklos reproduziert werden." Polemik der „Post" mit der „Kreuzzeitung" in ihrer Nr. 37 vom 13. Februar 1877.

[2]) Fürst und Fürstin Bismarck hatten Einladungen für die Sonnabende vom 3.—17. März ergehen lassen.

[3]) Dieselben waren nicht zahlreich besucht. Die meisten Reichstagsmitglieder waren wegen einer vorübergehenden Stockung der Reichsgeschäfte nach Hause gereist und von den hier zurückgebliebenen waren viele auf der Soiree im Kronprinzlichen Palais, zu der sämtliche Minister und auch die Fürstin Bismarck mit der Comtesse Marie Bismarck geladen waren.

[4]) Am 1. Februar 1877 legte das Reichskanzler-Amt dem Bundesrat einen Gesetz-Entwurf vor, der Berlin als Sitz des Reichsgerichts bestimmte. Der Bundesrat entschied sich mit 30 gegen 28 Stimmen für Leipzig; Preußen wurde also überstimmt. Der Reichstag erklärte sich mit großer Majorität für Leipzig (24. April 1877.)

Digitized by Google

alle Großmächte keine große Lust verspürten, sich aktiv an den Orientwirren zu beteiligen.

10. März 1877. 2. parlamentarische Soiree[1]). Über den Verlauf des Abends entnehme ich einem Briefe des Reichstagsabgeordneten Hölder an seine Frau folgendes:

Berlin, den 12. März 1877.

— In Ermangelung eines andern Stoffes will ich noch Einiges aus der Unterhaltung Bismarck's in seiner Soiree beifügen, die ich hier oft den Collegen erzählen mußte. Ich saß mit Stählin, Planck u. a. im Buffet eingepreßt an einem Tischchen, so etwa 9—10 beisammen. Einer von uns hatte den Platz verlassen, um seinen Teller wieder zu füllen, als auf einmal Bismarck an unseren Tisch trat, sich auf den leeren Stuhl setzte und nun über eine Stunde uns unterhielt. Wir waren damit natürlich angenagelt und bald umgeben von einer Masse Herandrängender, welche auch von den Reden etwas aufzuschnappen suchten. Bismarck sprach von allem Möglichen und nur selten hatten wir Gelegenheit, Einiges dazwischen zu werfen. Er sprach von der Presse und den vielen Lügen und Verdächtigungen in derselben: „Lieber hätte ich mich in Stücke reißen lassen, als ihr bei den Prozeßgesetzen ein Privilegium bezüglich der Zeugnißpflicht einzuräumen. Die Urheber der Verleumdung sitzen oft in hohen Staatsstellen und wir sollten uns der Möglichkeit begeben, auf sie zuzugreifen?

Savigny wollte Reichskanzler werden. Er war auch dafür anfänglich in Aussicht genommen; als aber nach den Beschlüssen des constituirenden Reichstags dessen Stellung bedeutender wurde, war mir klar, daß der preußische Ministerpräsident und der Reichskanzler eine Person sein müsse. Ich schrieb ihm, entweder müsse er den ersteren auch übernehmen oder mir den letzteren lassen. Ich bot ihm auch an, Reichsvizekanzler — was später Delbrück wurde — zu werden. Da wär ich freilich schön reingefallen, unser Herrgott hat mich davor bewahrt. Savigny gab mir auf jenes Schreiben keine Antwort, grüßte mich seitdem nicht mehr und wurde mein Feind." —

Auf die Frage, woher die Sozialdemokraten das viele Geld zur Agitation erhielten, antwortete Bismarck: „Sie mögen wohl von Frankreich Geld erhalten; vielleicht 1 Million Fr., mehr schwerlich. Viel mehr Geld geben die Franzosen aus zu sonstigen Bestechungen, Kauf von Journalisten u. s. f. Ja, das geht in Kreise, an die man nicht denkt, in manchen Staaten hoch hinauf. Wir müssen die Sache mehr mittelbar machen. Die Franzosen sind ungenirter; sie haben die Gabe, eine Schlechtigkeit immer noch in hübsche Worte zu kleiden und bieten in dieser Form direkt an . . . Ich möchte nur wissen, wie die Franzosen diese großen Summen im Budget und ihren Rechnungen verstecken. Mir ist es nie gelungen, sie zu finden."

[1]) Dieselbe währte bis nach 11 Uhr und war besser besucht als die am vorhergehenden Sonnabend. Die Zahl der Konservativen erreichte die der Liberalen.

Digitized by Google

„Wenn nur die Richter bei Widersetzung, Körperverletzung auch strenger wären und sich nicht so nahe dem Minimum hielten. Hier herrscht offenbar ein gewisser Egoismus. Fälschung von Akten und derartiges, das ist etwas Anderes, da fühlt sich der Richter in seinem eigenen Interesse angegriffen und ist streng. Werden aber einem Gendarmen ein paar Beine abgeschlagen oder ein Bauernbursche in Raufhändeln gestochen: pah, das ist ein Anderes, in so gemeine Raufereien kommt ein Richter gar nicht, sondern nur niederes Volk oder niedere Diener, das darf man nicht so wichtig nehmen." —

„Gegen das Berliner Obertribunal herrschen noch alte Vorurteile aus der Zeit der Burschenschaftsuntersuchungen, wo unsere obersten Gerichtshöfe soviel und ungerecht waren. Wer liest nicht mit inniger Teilnahme Reuters Schilderungen des Zuchthauslebens der Burschenschaftler. Es hing an einem Haar, so wäre ich auch zur Burschenschaft gegangen und dann gewiß auch verurteilt worden. Nur die äußeren Formen der Burschenschaft (Deutschthümelei?) stießen mich ab." — —

„Ich habe schon oft gedacht, ich sollte Memoiren schreiben; ich wüßte viel Interessantes; aber ich habe keine Zeit dazu." Auf meine Bemerkung, es sei wünschenswerth, daß er recht lange diese Muse (er sagte: etwa nach seiner Pensionierung) nicht haben möge, erwiderte er: „Lange werde ich nicht mehr aushalten können; die Luft hier bekommt mir nicht gut. In Varzin, wo ich 6—8 Stunden täglich im Freien bin, ist es mir wohler, hier aber ist es gleich wieder anders. Ich kann nachts nicht schlafen, nie vor 5 Uhr, häufig erst um 6 oder 7 Uhr. Dann schlafe ich bis mittags 12 Uhr. Vor 5 Uhr liege ich wachend im Bett. Alles Unangenehme tritt dann vor meine Seele und zwar in der düstersten Form; was mir seit 30 Jahren Widerwärtiges passirt ist, taucht in der Erinnerung auf."

Auf den Rath eines Zuhörers, es einmal mit Bergluft zu probiren, erwiderte Bismarck „Das taugt mir nicht; da würden sich die Leute an mich drängen; ich kann ja nicht allein sein; nur in Varzin. Da ist es mir wohl; ich kenne jeden Baum von Jugend auf. Die Wälder erquicken mich. Ein Revierförster zu werden, wäre mein Lebensberuf gewesen." Meine Bemerkung: es sei recht erfreulich, daß er seinen Lebensberuf verfehlt habe, wurde gnädig aufgenommen. In dieser Weise ging es fort und ich muß sagen, daß der Mann ungemein viel Sympathisches für mich hat."

14. März 1877. 2. parlamentarisches (Reichstags-)Diner[1]. Unter den Gästen befand sich auch Feldmarschall Graf von Moltke. Ein bei dieser Gelegenheit gefallenes geflügeltes Wort des Reichskanzlers zirkulierte in Reichstagskreisen: Preußen bedürfe mehr der Germanisierung, als Deutschland der Borussifizierung.

[1] Zu demselben waren an das Präsidium und die übrigen Mitglieder des Gesamtbüreaus des Reichstags Einladungen ergangen.

Digitized by Google

17. März 1877. 3. parlamentarische Soiree[1]). Fürst Bismarck erschien körperlich äußerst frisch und gut disponiert. Unter den Gästen befanden sich wiederum die elsässischen Autonomisten, deren ungezwungene Haltung und herzlicher Verkehr mit den übrigen ihnen rasch Sympathien erwarben. Mit den Abgeordneten Duncker und von Bockum-Dolffs unterhielt sich der Kanzler längere Zeit sehr eingehend, ebenso mit einzelnen sächsischen Abgeordneten. In betreff der Reichslande[2]) erklärte Fürst Bismarck, daß er denselben so viel Autonomie zugestehen werde, als es der Reichstag für angemessen halte. An der elsässischen Debatte im Reichstag habe er sich nicht beteiligt; es sei ein unfruchtbares Beginnen, die Herrn Simonis, Winterer und Guerber sachlich bekämpfen zu wollen.

Zu der neuesten Wendung der orientalischen Verwickelung[3]) übergehend, deutete Bismarck an, daß die Verhandlungen in London immerhin ein Einverständnis zwischen England und Rußland herstellen könnten und daß man deshalb die Aussicht auf Erhaltung des Friedens noch immer nicht aufgeben dürfe. Diese letztere Mitteilung wurde seitens der anwesenden Abgeordneten mit lebhafter Genugthuung aufgenommen.

Im Vordergrund des Interesses stand auf der Soiree der Konflikt des Kanzlers mit dem Chef der Admiralität, Herrn von Stosch. Am 10. März 1877 hatte Fürst Bismarck in der Reichstagssitzung gesagt: „Mit der Marineverwaltung habe ich im vorigen Jahre einen monatelangen und mit vielem dialektischen Aufwand geführten Kampf gehabt, um die Mehrforderung, die sie dem Reichsfinanzminister gegenüber stellte — als solchen betrachte ich den Präsidenten des Reichskanzler-Amts — herabzusetzen. Ich habe zuletzt vermöge der mir verfassungsmäßig zustehenden Berechtigung die Sache im Sinne der geringeren Summe gegen die Marineverwaltung entschieden, und konnte deshalb nicht erwarten, daß die Autorität oder die Überredungsgabe des Herrn Richter um so viel stärker als die meinige auf die Marineverwaltung wirken würde, daß bereits in der ersten Sitzung diese letztere Verwaltung einsah, daß sie mit einem

---

[1]) Dieselbe war selten zahlreich besucht; es waren sämtliche Parteien des Hauses vertreten. Auch eine Reihe von Damen war erschienen, u. a. Frau von Colmar und eine große Zahl von Beamten und Offizieren.

[2]) Der Kanzler hatte dem Reichstag einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, vorgelegt, dessen einziger Paragraph lautete: „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen können mit Zustimmung des Bundesrats und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden, wenn der durch den Kaiserlichen Erlaß vom 29. Oktober 1874 eingesetzte Landesausschuß denselben zugestimmt hat.“ Die erste Lesung des Entwurfs hatte am 17. März, also am Tage der Soiree, stattgefunden. Der Entwurf wurde von den elsässischen Ultramontanen und der elsässischen Protestpartei als nicht genügend bekämpft, schließlich aber doch mit großer Mehrheit angenommen. (Gesetz vom 2. Mai 1877, Reichs-Gesetzbl. 1877, S. 491.)

[3]) Am 11. März schlug Rußland durch General Ignatieff die Unterzeichnung eines Protokolls bezüglich der orientalischen Frage vor, und zwar in London, und legte einen Entwurf zu demselben vor. England war nicht abgeneigt, verlangte aber, daß der Pforte ein Jahr Frist für ihre Reformen gewährt werde und daß Rußland inzwischen abrüste.

Digitized by Google

noch geringeren Satze auskommen könne, als dem von mir schließlich bewilligten und im Anfang bestrittenen."

Infolge dieser Rede erwuchs aus der bereits in das Jahr 1876 reichenden Differenz zwischen Bismarck und Stosch ein offener Bruch, über den sich der erstere auf der Soiree ohne Rückhalt äußerte. Der durch seine (des Kanzlers) Rede beleidigte General habe eine schriftliche Erklärung gefordert, daß der Fürst ihn nicht habe beleidigen wollen, und daß seine Darstellung des Verhältnisses zwischen ihm und dem Chef der Admiralität keine vollkommen zutreffende gewesen sei. Fürst Bismarck machte seinen Gästen gegenüber kein Hehl daraus, daß er die gewünschte Erklärung nicht abgeben werde, da er nicht gesonnen sei, in dem Streit mit Stosch nachzugeben. Bei dieser Sachlage glaubte jedermann, daß der definitive Rücktritt des Herrn von Stosch unvermeidlich sei.

Der Kaiser hatte aber dieses Mal seinen eigenen Willen. Am 25. März lehnte der Kaiser das Entlassungsgesuch des Chefs der Admiralität ab, wie behauptet war, gegen den entschiedenen Wunsch des Reichskanzlers, der nunmehr — hierüber und durch andre Vorkommnisse[1]) verstimmt — seinerseits um den Abschied bat. Nach der „Kölnischen Zeitung" nahm die Krisis folgenden Verlauf:

Am 28. März hatte Fürst Bismarck die Minister mit Ausnahme von Stosch's zu einer vertraulichen Beratung bei sich versammelt. Er gab den Entschluß seines Rücktritts kund, doch erwog er für den Fall, daß der Kaiser auf eine dauernde Entlassung nicht eingehen wolle, mit den Ministern, auf welche Weise die Stellvertretung am besten sich regeln lasse. Er schlug vor, daß Camphausen ihn in den inneren Reichsangelegenheiten vertrete, so daß Hofmann unter ihm stehe, und Bülow die auswärtigen Angelegenheiten unter seine Verantwortlichkeit nehme. Er betonte auch die Notwendigkeit, sich ins Einvernehmen zu setzen über die während seiner Abwesenheit einzuschlagende Politik. Wenn auch kein Systemwechsel in volkswirtschaftlicher Hinsicht eintrete, so werde es doch nötig sein, auf die bestehenden praktischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, worüber Camphausen sich mit Achenbach verständigen könne. Camphausen sprach auch seine Bereitwilligkeit aus, in diesem Sinne die Stellvertretung zu übernehmen. Am 29. März teilte der Reichskanzler bei Tafel seinen Gästen die Nachricht mit, daß er bei dem Kaiser seine Entlassung eingereicht habe und dabei beharren werde. Tags darauf, am 1. April, wo der Kaiser ihm in Person zum Geburtstag Glück wünschte, kam es zu einer längeren Verhandlung. Der Kaiser wiederholte, daß er vom Kanzler sich nicht trennen könne. Er sei 80 Jahre, Fürst Bismarck erst 62, und müsse noch ferner aushalten. Anfangs glaubte man in hohen Kreisen, die Sache nicht ernster nehmen zu müssen als in früheren Jahren. Indes ging tags darauf vom Fürsten eine schriftliche Wiederholung seines Entlassungsgesuchs bei Sr. Majestät ein.

[1]) Man vergl. die der „Kreuzzeitung" entnommenen Betrachtungen eines Mitglieds der deutsch-konservativen Partei, abgedruckt im Schultheß' Europäischem Geschichtskalender 1877, S. 85.

Digitized by Google

Am 7. April brachte die „Post" einen Artikel, worin gesagt war, daß Fürst Bismarck sich unter Umständen entschließen könne, zu bleiben, wenn er Freiheit zu einer großen Aktion auf dem sozial-politischen Gebiete u. s. w. erhielte[1]).

Am 10. April 1877 erfolgte der Abschluß der Kanzlerkrisis[2]) durch die Beurlaubung Bismarck's an Stelle des erbetenen Abschieds. Der Reichskanzler erklärte sich bereit, während des Urlaubs den Zusammenhang mit der Leitung der Reichsgeschäfte nicht absolut aufzugeben, vielmehr dem Kaiser auf Verlangen mit seinem Rat zur Seite stehen und die verfassungsmäßige Gegenzeichnung der kaiserlichen Anordnung insoweit erforderlich übernehmen zu wollen. Die Vertretung Bismarck's in allen übrigen Beziehungen war für die inneren Reichsangelegenheiten dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts, für die auswärtigen Angelegenheiten dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, die Vertretung in der preußischen Verwaltung dem Vize-Präsidenten des Staatsministeriums übertragen worden.

Am 16. April 1877 reiste Bismarck auf seine Besitzungen, von denen er nach kurzer Unterbrechung des Aufenthalts daselbst erst am 14. Februar 1878 zurückkehrte. In die Zwischenzeit fallen erfolglose Bemühungen Preußens, die Steuerreform im Reich einen Schritt vorwärts zu bringen[3]), Versuche der Reichsregierung, dem Freihandelssystem wenigstens einen kleinen Dämpfer aufzusetzen[4]), endlich

[1]) Fürst Bismarck trägt — so bemerkte die aus der Wilhelmstraße inspirierte „Post" — in seinem Haupte durchdachte und in großem Zusammenhang entworfene Reformpläne auf verschiedenen Gebieten der inneren Einrichtungen. Wir nennen als solche Gebiete die sozialpolitische Gesetzgebung, das Steuersystem im Reich wie in den Einzelstaaten, die Eisenbahnfrage. Der Fürst glaubt, daß, wenn die auf diesen Gebieten unerläßlichen Reformen nicht in dem von ihm gefaßten großen Sinne baldigst in Angriff genommen und durchgeführt werden, Mißstände und Gefahren unsres Volkslebens eintreten müssen, für welche er die Verantwortung nicht ablehnen könnte und möchte. Es liegt also eine Aufgabe vor, welche der Fürst als durchaus unerläßlich ansieht, für deren glückliche und schnelle Lösung er jedoch weder seine alleinigen Kräfte, noch die Ergänzung durch die ihm jetzt zur Seite stehenden Kräfte für zureichend hält. Die notwendigen Reformen stückweise, unter Mißverständnissen und Ärgernissen aller Art, vielleicht ohne genügenden Enderfolg im ganzen, erkämpfen zu müssen: das ist die Aussicht, welche den Fürsten zur Einreichung seiner Entlassung bewogen hat. Ganz anders wäre die Lage, wenn der Fürst entweder Helfer zur Seite hätte, die auf seine Intention in den gedachten Beziehungen völlig, willig und wirksam eingingen, oder aber, wenn eine Mehrheit des Reichstags sich bilden könnte, welche für dieselben Intentionen mit geschlossener Kraft ohne Schwanken eintretend, die Leiter der betreffenden Dienstzweige von ihren Skrupeln befreien und dieselben zu einem schnellen Gang der Reformarbeit in die nach der Überzeugung des Fürsten richtige Bahn drängen würde.

[2]) Vergl. darüber die „Grenzboten" 1877, II. Quartal, S. 112, 190 und 225, und die Zeitschrift „Im neuen Reich", VII. Jahrg. 1877, Bd. I, S. 636—640 und 658; die „Vossische Ztg." vom 6., 10. und 13. April 1877, Nr. 79, 82 und 85; die „Post" vom 5., 6., 7., 8., 10 und 11. April 1877, Nr. 80, 81, 82 83, 84, 85 und 86.

[3]) Preußen beantragte beim Bundesrat die Übertragung sämtlicher Stempelsteuern von den Einzelstaaten auf das Reich, um durch den Ertrag die Matrikularbeiträge abschaffen zu können. Der Bundesrat zerpflückte aber den weit aussehenden Plan so sehr, daß von demselben nur noch übrig blieben die Börsensteuer und die Lotterielossteuer.

[4]) Gesetz-Entwurf wegen Erhebung von Ausgleichungsabgaben.

Digitized by Google

auf dem Gebiete der auswärtigen Politik der Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und der Türkei [1]).

Da die Rückkehr Bismarck's nach Berlin sich in unbestimmte Ferne zu schieben schien, so wurde die Kanzlerkrisis anfangs Dezember neuerdings akut [2]). Die Varziner Verhandlungen mit Herrn von Bennigsen waren nicht geeignet, dieselbe zu einem Abschlusse zu bringen.

---

12. III. Legislatur-Periode, II. Session 1878 [3]).

Wenn Fürst Bismarck lange Zeit in stiller Einsamkeit in Varzin oder Friedrichsruh zugebracht hatte, ergriff denselben mitunter plötzlich der Drang, die Fülle des Überlegten und Studierten, des Aufgenommenen und Verarbeiteten von sich zu geben. Diese Ausschüttung erfolgte meistens im Reichstag, wo man alsdann Reden des Kanzlers zu hören bekam, die sich durch einen besonderen Reichtum an schöpferischen Gedanken und phantasievollen Bildern auszeichneten.

Als Bismarck am 14. Februar 1878 endlich wieder einmal bei seinen Penaten in der Wilhelmstraße einkehrte, war die Erwartung doppelt groß; war es doch ein öffentliches Geheimnis [4]), daß in der Zwischenzeit bei dem Kanzler jene Pläne eine greifbare Form erlangt hatten, durch deren Ausführung er den Reichsbau kräftiger zu stützen gedachte, die Zoll-, Steuer-, Eisenbahn- und Sozialreform.

Und in der That, dieses Mal war Bismarck nicht mit leerer Mappe aus Varzin zurückgekehrt. Bereits am 19. Februar hielt derselbe im Reichstag bei Beantwortung der Interpellation von Bennigsen's über die orientalische Frage seine berühmte Rede, in der er seine Aufgabe mit der eines „ehrlichen Maklers" verglich [5]); drei Tage später (22. Februar) erklärte er die vorgeschlagene neue

---

[1]) 24. April 1877 Kriegsmanifest des Kaisers von Rußland; 10. Dezember Einnahme von Plewna; 29. Dezember 1877 Besetzung der Defileen des Balkans durch die Russen. Äußerungen Bismarck's über den Orientkrieg (nach dem „Pester Lloyd") in der „Post" Nr 242 vom 19. September 1877.

[2]) Äußerungen der Presse über den langen Urlaub Bismarck's und die Notwendigkeit einer endlichen Lösung der Krisis s. in der „Post" Nr. 280, 326, 327, 328, 331, 339 und 343 von 1877 und Nr. 2 von 1878 (Unentbehrlichkeit Bismarck's und Unmöglichkeit seines Rücktritts.) Außerdem ist zu vergl. die „Vossische Zeitung" 1878, Nr. 1, 4 (Das nahe Ende der Kanzlerkrisis) und 5 (Immer noch die Kanzlerkrisis). Eine orientierende Abhandlung über die Kanzlerkrisis erschien von Köbner in der „Rundschau". Über die damaligen Beziehungen der Nationalliberalen zu Bismarck s. die „Post" vom 25. November 1877, Nr. 309.

[3]) Dieselbe währte vom 6. Februar bis 24. Mai 1878.

[4]) Vergl. die „Post" Nr. 89 vom 1. April 1882.

[5]) Urteile der Presse darüber s. in der „Post" vom 16., 22., 23., 24. 26. und 27. Februar 1878, Nr. 46, 52, 53, 54, 56 und 57, und 4. Juni 1878, Nr. 151 (Auslassung des Grafen Andrassy darüber).

Digitized by Google

Tabaksteuer nur als eine Etappe für sein Steuerideal, das Tabakmonopol[1]), und am folgenden Tage war wohl die dramatischste aller bisherigen Reichstagssitzungen — es gab damals noch keinen Ahlwardt — in der der Minister Camphausen sich gleichfalls zum Monopol bekannte und bis zu Thränen gerührt war, als Bismarck erklärte, daß ihre beiderseitigen Wege vielleicht noch weiter zusammenführen könnten, als er, der Kanzler, je gehofft. An demselben Abende,

23. Februar 1878, fand die 1. parlamentarische Soiree[2]) statt. Der Reichskanzler erschien aufgeräumt und unterhielt sich lebhaft mit seinen Gästen. Von einer Einwirkung der erregten parlamentarischen Debatte auf seine Haltung war nichts zu merken. Einer Anspielung darauf antwortete er: „Die Parlamentsherren langweilten sich und ich mußte von Varzin hierherkommen, um sie zu unterhalten.“ Trotz dieses geflügelten Wortes überwog der Ernst der Situation alle andern Stimmungen in der Versammlung, und den Gegenstand der Konversation bildete beinahe ausschließlich die unmittelbar vorhergehende Sitzung des Reichstags und alles, was sich daran betreffs der inneren Krisis, Personalien, Steuerprojekte und der Ministerdemission knüpfte.

Auch die auswärtige Politik wurde berührt. Der Eindruck war der, daß die Situation[3]) doch etwas gespannter sei, als es nach den letzten Nachrichten den Anschein hatte, Rußland vielmehr jetzt die Vorteile seiner Lage gegen England ausbeuten zu wollen scheine.

An dem bekannten Tische, allwo Bier in Krügen geschenkt wurde, hatten gegen 10 Abgeordnete Platz genommen, zu denen später der Reichskanzler sich gesellte, um über eine Menge harmloser Dinge — selbst das neue Hofzeremoniell wurde berührt — sich zu ergehen. Die Art und Weise, wie er das Kapitel der Steuervorlagen[4]) streifte, machte auf die Abgeordneten den Eindruck, als wenn der Reichskanzler leicht über diese Sachen hinwegginge.

---

[1]) Vergl. die „Post“ vom 24. Februar 1878, Nr. 54.

[2]) Das lebhafte Interesse für dieses Rendezvous in den Salons des Reichskanzlers bethätigte sich wiederum in dem außerordentlich zahlreichen Besuch. Von Reichstagsabgeordneten waren u. a. von Bennigsen, von Forckenbeck, Lasker, von Stauffenberg, Graf Bethusy, von Helldorff, Hänel, Klotz, Löwe 2c. erschienen; auch Delbrück, mit welchem der Reichskanzler sich längere Zeit unterhielt. Mit Ausnahme des Centrums bemerkte man fast alle Fraktionen. Der Bundesrat war fast in corpore zur Stelle; außerdem bemerkte man den Oberbürgermeister von Köln, Dr. Becker, und mit Ausnahme von Camphausen und Leonhardt sämtliche Minister.

[3]) Nachdem die russische Armee den Balkan überschritten und bei Philippopel die Hälfte der türkischen Armee geschlagen hatte, hatte der russische Großfürst Nikolaus am 24. Januar das Hauptquartier nach San Stefano verlegt. Am 27. Januar schickte Rußland den General Ignatieff ins Hauptquartier, um mit den Türken über einen Friedensvertrag zu unterhandeln. Inzwischen rückten die Russen fortwährend weiter gegen Konstantinopel vor.

[4]) Vergl. die „Post“ vom 1. März 1878, Nr. 59. In erster Lesung hatte der Reichstag die Vorlagen, betreffend die Tabaksteuer und die Erhebung von Reichsstempelabgaben, der Budget-Kommission überwiesen, was einem Begräbnis der Vorlagen so ziemlich gleichkam.

Digitized by Google

Fürst Bismarck entschuldigte sich noch, daß seine Gäste in den beschränkten Räumen[1]) manche Bequemlichkeiten entbehren müßten. In vierzehn Tagen hoffe er jedoch, sie in seinem neuen Heim, dem ehemaligen Palais Radziwill, begrüßen zu können, welches das Reich zur würdigeren Repräsentation seines ersten Beamten für zwei Millionen angekauft und nach seinen Wünschen restauriert und neu eingerichtet hatte. Es liegt bequem, unmittelbar neben den Geschäftsräumen des Auswärtigen Amts und des alten Reichskanzler-Amts, und hat den Vorzug, von der Straße durch ein starkes Eisengitter und einen geräumigen Hof getrennt zu sein. Hinter dem Hause breitet sich ein großer Garten mit prachtvollen alten Bäumen aus, der bis zur Königgrätzerstraße reicht, die hier direkt vom Thiergarten begrenzt wird. Fürst Bismarck hat, wie man sieht, mit der Auswahl dieses Grundstücks als Dienstwohnung das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden gewußt.

Der Soiree hatte eine ungewöhnlich große Anzahl von Damen beigewohnt. Zu Anfang, als die parlamentarischen Abende aufkamen, waren es nur ganz vereinzelte Auserwählte, welche das parlamentarische Parkett besuchen durften; einmal Fuß gefaßt, ließen sie sich von der interessanten Stätte natürlich so leicht nicht vertreiben. Allmählich wuchs ihre Zahl, und es bildete sich bei verschiedenen eine Art Gewohnheitsrecht. Es wird genügen, an dieser Stelle ein für allemal jene Damen aufzuzählen, die es sich zum Glück anrechnen dürfen, jene historischen Abende durch ihre Gegenwart belebt zu haben.

Es sind dies Frau von Arnim-Kröchlendorff mit Tochter, die Frau des Vize-Kanzlers Grafen Stolberg-Wernigerode, die Frauen der Minister Delbrück, Achenbach, Friedenthal, Falk, Bitter, Kameke, Verdy du Vernois, von Goßler, Lucius, Herrfurth, von Wedell, von Boetticher, Hofmann und Maybach, letztere mit ihren Töchtern, die Frauen der Gesandten von Rudhardt, Graf Hohenthal, von Nostitz, von Spitzemberg, von Türkheim mit Tochter, Freiherr von Marschall, von Prollius und Krüger, die Fürstinnen Lynar, Hatzfeldt, Pleß, die Gräfinnen Bernstoff, Bismarck geb. von Tiele-Winckler, Oriola, Schlippenbach, Dohna, die Frauen der Parlamentarier Graf Bethusy-Huc mit zwei Töchtern, Graf Frankenberg, von Colmar, von Mirbach, von Manteuffel-Krossen, von Keudell, von Wedell-Malchow, von Puttkamer-Kolziglow (Schlawe), von Puttkamer-Lübben,

---

[1]) „Wilhelmstraße 76, Auswärtiges Amt des Deutschen Reichs (1. Abteilung).
Bade, Kutscher.
von Bismarck-Schönhausen, Fürst, Reichskanzler.
Engel, Kammerdiener.
Grams, Hausdiener.
Lindstedt, Portier.
Niedergesäß, Diener.
Spitzenberg, Hausdiener.
Zimmermann, Gärtner.“
belehrte der Berliner Adreßkalender den Leser über des deutschen Kanzlers Wohnung, und diese wenigen Namen schlossen auch seiner Zeit den ganzen Hofstaat des Fürsten ein, der somit kaum dem Aufwande manches wohlhabenden Privatmannes gleichkam.

Freiherr von Stumm aus Neunkirchen mit Töchtern, von Bethman-Hollweg mit Töchtern, die Tochter des Abgeordneten Jordan, außerdem noch die Frauen von Maltzahn, von Xylander, von Stephan, von Kusserow, von Kurowsky, von Tiedemann, von Wallenberg, von Poschinger, von Romberg, von Schrader-Bliesdorf, von Kotze, von Rottenburg, von Zerin, Batocki, Frau Konsul Weber, Gräfin Berchem, die Frau Geh. Leg.-Rat Busch und die Frau des Malers Anton von Werner, Frau Metzler aus Frankfurt, Frau Scipio aus Baden, Frau Haupt aus Hamburg, endlich Frau Dessel mit Tochter.

2. März 1878. 2. parlamentarische Soiree. Der Umzug in das Palais Radziwill war noch nicht erfolgt. Die Koryphäen der nationalliberalen sowie der deutschen Reichspartei, unter ihnen Forckenbeck, Bennigsen, Stauffenberg, Bamberger, Braun, Dr. Völk, Graf Bethusy, von der Fortschrittspartei u. a. von Saucken-Tarputschen, waren erschienen [1]).

Natürlich bildete die „innere Krisis" — Camphausen hatte infolge der Debatten des Reichstags vom 21.—27. Februar seine Entlassung verlangt — den Hauptgegenstand der Konversation. Der Reichskanzler erklärte, daß der Kaiser Herrn Camphausen dahin beschieden habe, er solle bis auf weiteres im Amt verbleiben, d. h. bis der Reichstag sich definitiv über die Steuervorlagen schlüssig gemacht hätte, da der Kaiser augenblicklich noch keinen Grund für Herrn Camphausen erblicke, sein Portefeuille niederzulegen. Die auf der Soiree anwesenden Abgeordneten waren jedoch darüber einig, daß das Gesuch nur aus formalen Gründen vom Kaiser vorläufig abschlägig beschieden worden sei. Es galt als unzweifelhaft, daß Camphausen's Rücktritt eine beschlossene Sache war. Inzwischen wurden die Besprechungen mit den Führern der nationalliberalen Partei fortgesetzt, wie es denn auch nicht unbemerkt blieb, daß der Reichskanzler auf der Soiree in sehr eifriger, angeregter Weise zuvörderst mit den Herren von Forckenbeck und Bennigsen und dann fast eine volle Stunde allein mit Herrn von Forckenbeck konferierte. Man wollte erfahren haben, daß die offizielle Notiz im „Reichsanzeiger", welche Bismarck's neuliche Rede im Reichstag dahin interpretierte [2]), „der Reichskanzler hätte sich nicht direkt für das Tabakmonopol engagiert, sondern auch einen andern Modus der Tabakbesteuerung für zulässig erklärt," auf die Unterredung zurückzuführen wäre, welche Herr von Bennigsen tags vorher mit dem Reichskanzler gehabt. Der Reichskanzler schien ernster gestimmt und nahm nicht wie sonst an der Konversation der einzelnen Gruppen teil. Er bekomplimentierte die elsässischen Autonomisten darüber, daß auch sie in solch' scharfer Weise von Herrn von Schorlemer angegriffen worden seien. Auf die Anregung eines Autonomisten, der Reichskanzler möge für einige Zeit das Elsaß

[1]) Unter den Anwesenden bemerkte man den Feldmarschall Grafen Moltke, die Minister Falk, Achenbach, Hofmann, den General-Postdirektor Stephan, eine Reihe von Mitgliedern des Bundesrats, sowie viele Mitglieder der Reichsbehörden. Von Abgeordneten sind noch zu nennen: Fürst Hohenlohe-Langenburg, von Seydewitz, von Kardorff und die Elsässer Schneegans, Nessel, Bergmann. —

[2]) Abgedruckt in meinem Werke: „Bismarck als Volkswirt," Bd. I, S. 131.

Digitized by Google

selbst regieren und seine Residenz in Straßburg aufschlagen, erwiderte Fürst Bismarck lächelnd, daß er dieses Ideal wohl nicht werde verwirklichen können. Die Gesellschaft trennte sich, während Fürst Bismarck noch in eingehender Unterhaltung mit Herrn von Forckenbeck begriffen war [1]). Auch unterblieb die Abhaltung des kleinen Damen-Cercle, der sich gewöhnlich zum Schluß der Soiree zu bilden pflegte.

9. März 1878. 3. parlamentarische Soiree. Dieselbe war gleichfalls nur schwach besucht [2]) und unterschied sich von den früheren durch ihre kurze Dauer und die geringe Lebhaftigkeit der Konversation. Der Reichskanzler schien körperlich nicht disponiert zu sein. Die nationalliberale Partei war zahlreich vertreten, obgleich Herr von Bennigsen und Herr Lasker fehlten, dafür war der Präsident von Forckenbeck zur Stelle. Der Reichskanzler unterhielt sich mit den Autonomisten über ihre Landesangelegenheiten und sodann besonders lange mit dem sächsischen Gesandten von Nostitz. In der Gesellschaft machte eine Karrikatur des Wiener Witzblattes „Der Floh" Glück, welche drastisch die Vorteile der Position des Fürsten Bismarck für den Fall darstellte, daß auf der Konferenz die drei Kanzler sich „in die Haare" geraten sollten.

Von der hohen und inneren Politik wurde wenig gesprochen, desto mehr über wirtschaftliche Dinge und Handelsverhältnisse. Die ziemlich zahlreich erschienenen Schutzzöllner des Reichstags [3]) kündigten den Ministern Hofmann und Achenbach mehrere Interpellationen über die Stellung der Reichsregierung zu dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Österreich sowie über die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung an. Der Reichskanzler selbst erging sich in philologischen Betrachtungen und führte eine lange Konversation über die Plattdialekte in den verschiedenen Sprachen. Fürst Bismarck wiederholte einem Elsässer gegenüber die schon im Reichstag abgegebene Erklärung, daß er mit der dortigen Bevölkerung den Zeitpunkt herbeisehne, an dem es möglich sein werde, den Reichslanden eine eigene Landesvertretung und eine eigene Regierung mit dem Sitz in Straßburg geben zu können. Allgemein wurde auf der Soiree davon gesprochen, daß dort zum erstenmal einer der Protest-Elsässer, der klerikale Abgeordnete Grad, nicht in Gesellschaftstoilette erschienen war.

Die Soiree fand noch immer in den alten Räumlichkeiten des Auswärtigen Amts [4]) statt. Es hieß, die Fürstin Bismarck trenne sich nur schwer von den Mauern, in denen sie so glückliche und großartige Stunden verlebt hatte.

---

[1]) Nach einer andern Quelle währte die Soiree kaum länger als eine Stunde, was wohl darin seinen Grund hatte, daß die Salons wenig besucht waren.

[2]) Unter den Anwesenden befanden sich die Gesandten von Nostitz, von Spitzemberg; die Minister Hofmann, von Kameke; Graf Bethusy-Huc, von Helldorff, die Grafen Schlippenbach und Luxburg, die Herren Weigel, Brockhaus und von Röder.

[3]) Ein paar Tage nach der Soiree (12. März) thaten sich die Schutzzöllner des Reichs unter der Leitung des Freiherrn von Varnbüler, ca. 60 Mitglieder stark, als sogenannte „volkswirtschaftliche freie Vereinigung" zusammen.

[4]) Die erste Dienstwohnung Bismarck's wurde zu Anfang des vorigen Jahrhunderts erbaut, dem damaligen Geschmack und den damaligen Begriffen von Eleganz entsprechend.

Digitized by Google

18. März 1878. 1. parlamentarisches Diner, zu welchem der Gesamtvorstand des Abgeordnetenhauses, also die drei Präsidenten, die Schriftführer, Quästoren und die Vorsitzenden der sieben Abteilungen Einladungen erhalten hatten.

Nachdem zuerst von gleichgültigen Dingen, z. B. dem jetzigen „Reichshund", die Rede gewesen, begann der Reichskanzler plötzlich, ohne den Ton seiner Stimme und den Ausdruck im geringsten zu verändern: „Da wir hier Vertreter aller Parteien zusammenhaben, so könnten wir wohl gleich eine Art Vorabstimmung vornehmen. Ich habe nämlich die Absicht, die Verwaltung der Staatseisenbahnen von dem Ressort des Handelsministeriums abzulösen und ein selbständiges Eisenbahnministerium[1]) zu bilden. Ich habe den Handelsminister selbst in zweitägigen Debatten überzeugt, daß eine solche Anordnung ihm nur lieb sein könne, weil er dadurch der Notwendigkeit überhoben würde, oft einander widerstreitende Interessen zu vertreten. Es fragt sich nun, ob es geraten ist, diese Einrichtung alsbald vorzunehmen und die erforderliche landtägliche Genehmigung durch Vorlegung eines bezüglichen Nachtrags-Etats einzuholen, oder aber zunächst die Sache selbst vorzubereiten, so zwar, daß die Leitung der Eisenbahnverwaltung kommissarisch einem Beamten übertragen wird, ohne aber außeretatsmäßige Kosten zu verursachen. Denn selbstverständlich werde ich mich wohl hüten, eine Ausgabe zu machen, welche das Abgeordnetenhaus nicht zuvor bewilligt hat, wie ich denn überhaupt auch nicht einen Pfennig unkonstitutionell verwenden würde.

Der Vize-Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr Kloß, äußerte sich auf die Frage des Reichskanzlers dahin, daß nach seiner Meinung die Einbringung eines Nachtrags-Etats der einzig richtige Weg sei. — Herr von Bennigsen erörterte zunächst die Opportunität der zur Rede gebrachten Maßregel, glaubte dieselbe, im jetzigen Zeitpunkt wenigstens, bezweifeln zu sollen, und hielt die Maßregel jedenfalls nicht für so dringlich, daß dieselbe nicht einen Aufschub bis zum Herbst erfahren dürfe. Zur Begründung dieser Ansicht berief sich der Präsident des Abgeordnetenhauses auf die parlamentarische Geschäftslage. Es werde ohnehin schon die Notwendigkeit einer Unterbrechung der Reichstagsarbeiten schwer empfunden, und diese Unterbrechung würde durch einen Nachtrags-Etat des beregten Inhalts noch wesentlich verlängert werden.

Lange war das Haus im Privatbesitz, eine Zeit hindurch in dem der berühmten Gräfin Barbara Campanini. Zu Anfang dieses Jahrhunderts kaufte es der Fiskus mit der Einrichtung, die sich darin befand und die daher für die neuere Zeit durchaus nicht übermäßig elegant war. Fürst Bismarck hatte seine heitere Spottlust oft genug daran geübt, aber nie etwas ändern lassen. Kaum würde — so heißt es in einer Beschreibung der einzelnen Räume — in Frankreich irgend ein Departements-Präfekt mit so bescheidenen Verhältnissen fürliebnehmen. Auch die gold- und silberbetreßten Lakaien, die man sonst von ministeriellen und diplomatischen Antichambres für unzertrennlich hält, und selbst der unvermeidliche Portier, der, den hohen, goldknöpfigen Stab in der feierlich ausgestreckten Rechten, jeden Ankömmling mit strenger Cerberusmiene empfängt, fehlten gänzlich dem Ministerhotel. Bei Bismarck „klingelt man wie bei andern Sterblichen —" um mit Maurus Jokai zu reden.

[1]) Schon im Oktober 1877 wußte die „Weser-Zeitung" von dieser Absicht Bismarck's; vergl. die „Post" Nr. 270 v. 17. Oktober 1877.

Digitized by Google

Von andrer Seite wurde Fürst Bismarck befragt, ob sein Vorschlag im Zusammenhang stehe mit dem Reichseisenbahnprojekt. Letzteres stellte der Kanzler entschieden in Abrede. Die Ablösung der Eisenbahnverwaltung vom Ressort des Handelsministeriums sei ein Zweck für sich, wenn man auch nicht vorher sagen könne, was in Jahr und Tag sich daraus entwickele.

Den Einwendungen des Herrn von Bennigsen gegenüber zeigte sich Fürst Bismarck einigermaßen unwillig. „Ich will nicht immer krastinieren lassen," rief er aus. „Die Erledigung des Nachtrags-Etats erfordert höchstens acht Tage, und so lange werden Reichstag und Abgeordnetenhaus sich wohl noch beisammen halten lassen. Hätte ich übrigens gewußt, daß der Reichstag acht Tage Pause machen wird, so würde ich die Vorlage gleich eingebracht haben. Ich bin aber von den Vorgängen in den Parlamenten ununterrichtet." —

Hiernach wandte sich das Gespräch der gesamten innern Lage zu. Man erfuhr, daß die bevorstehende Ernennung des orthodoxen Grafen Stolberg-Wernigerode zum Stellvertreter des Reichskanzler den Kultusminister Dr. Falk veranlaßt habe, in so dringlicher Weise seinen Abschied zu erbitten, daß auf ein Verbleiben desselben im Amt nicht zu rechnen sei.

Die Amtsniederlegung des Herrn von Camphausen besprach der Reichskanzler als eine Thatsache; des Justizministers Dr. Leonhardt Rücktritt meldete der Fürst Bismarck dadurch an, daß er von der Mühe sprach, die er hat aufwenden müssen, um den kranken Herrn bis jetzt zum Ausharren zu vermögen.

Über die Krankheiten der Minister[1]) ließ sich der Reichskanzler des weiteren aus. „Da sehen Sie den Dr. Friedenthal (der zu den beiden Portefeuilles der Landwirtschaft und des Innern — Graf Eulenburg war wegen Krankheit beurlaubt — auch gar noch die Finanzen übernehmen sollte) bei dem haben sich nun auch schon die ersten Spuren gezeigt. Er glaubt zwar, es komme von Erkältung, in Wahrheit aber ist es nur das Zeichen nervöser Abspannung, die Folge einer Überarbeitung[2]). Wenn die Herren ins Ministerium kommen, so stürzen sie sich in die Arbeit, wie der Spatz in den Hanfsamen; die Gesetzentwürfe drängen einander, aber die Arbeitskraft wird dadurch sehr schnell erschöpft. Wir haben eigentlich nur noch zwei lebendige Minister, und ich selbst bin ja nur auf eine verhältnismäßig kurze Zeit im Jahre zum arbeiten fähig. Augenblicklich geht es

[1]) Nach einer andern Version zählte der Reichskanzler Herrn Falk unter den leidenden „nervösen" Ministern auf, wobei einer der Anwesenden (Graf Bethusy-Huc) energisch dazwischen rief: „Herr Falk ist nicht krank, da er nicht krank sein darf". Am 18. Mai 1878 verlautete, Falk habe seinen Abschied erbeten, weil die vom Kaiser berufenen Mitglieder der Provinzial-Synoden der älteren Provinzen sämtlich der orthodoxen Partei angehörten.

[2]) Nach einer andern Lesart sagte Bismarck: „Ja, sehen Sie, meine Herren, die Lage unsres Ministeriums ist keine beneidenswerte. Einer der Minister ist beurlaubt und will nicht mehr in den Staatsdienst zurückkehren, der zweite steht auf dem Sprunge, wie jener, zu gehen, der dritte klagt immer über Gicht, der vierte seufzt unter der Last der Geschäfte und der fünfte — der Ministerpräsident und Reichskanzler — ist so krank, daß er nicht länger mitmachen kann, so daß dabei immer schon ein Krakehl vorkommen darf."

Digitized by Google

ja, aber ich merke schon die Anzeichen, daß bald wieder ein Umschlag stattfindet. Unter solchen Umständen muß ich die Zeit wahrnehmen, und morgen schon (d. h. am 19. März) will ich suchen, einen Beschluß des Staatsministeriums in Betreff der Vorlegung eines Nachtrags-Etats zu extrahieren"[1]).

Als nach dem Diner zwei konservative Abgeordnete den Reichskanzler im vertraulichen Gespräch befragten, was die nächste Zukunft, über die niemand klar sehe, uns im Innern bringen werde, und ob wir vielleicht alsbald mit einem liberalen Regiment beglückt werden dürften, antwortete Fürst Bismarck: „Lasker hat in der Sonnabend-Sitzung des Reichstags Herrn von Bennigsen in die Suppe gespuckt."

In der gedachten Sitzung vom 9. März 1878 warf Bismarck bei Beratung des Gesetz-Entwurfs über Stellvertretung des Reichskanzlers dem Abgeordneten Dr. Lasker vor, es scheine demselben das Ideal vorzuschweben, „einer gewissen Zerfahrenheit der Exekutive, einer gewissen Anarchie, bei der jeder der einzelnen Ressortchefs thun und lassen könne, was er wolle." Alsbald hatte sich der Abgeordnete Lasker erhoben, um gegen diesen Angriff, der nicht bloß gegen seine Politik sondern auch gegen ihn als Menschen gerichtet sei, zu protestieren, und schließlich durch eine gehobene Apostrophe die Meinung zu erwecken, als gehe Bismarck darauf aus, ihm die freie Meinungsäußerung zu verkümmern. Bismarck verwahrte sich lebhaft gegen diese Insinuation, und bemerkte schließlich, daß ihm die Thätigkeit des Abgeordneten Lasker „seine Aufgaben in höherem Maße erschwere, als die Thätigkeit irgend eines andern Mitglieds im Reichstag."

23. März 1878. 4. parlamentarische Soiree. Auf der ersten im Palais Radziwill[2]) gegebenen Abendgesellschaft hatten sich 4—500 Personen,

[1]) Wegen der Erledigung dieser Frage siehe den Bericht über die folgende parlamentarische Soiree.

[2]) Dasselbe blickt auf einen 150jährigen Zeitraum seit der Erbauung durch den Generalmajor Grafen Adolf Friedrich von der Schulenburg zurück, welcher bei König Friedrich Wilhelm I. in hoher Gunst stand. Hatte er doch als Nichtraucher die Berechtigung, im „Tabaks-Kollegium" eine leere Thonpfeife im Munde halten zu dürfen. Vor der Bebauung des Terrains war dasselbe noch mit den Bäumen des Tiergartens bestanden, dessen Lisière hier von der Schadow- und längs der kleinen Mauerstraße sich hinzog, bis wohin die Friedrichsstadt sich erstreckte. Nachdem dann innerhalb des sogenannten Tiergarten-Viertels alle Bäume bis zur neuen Stadtmauer gefällt worden, ließ der Monarch die Strecke der Wilhelmstraße von den Linden bis zur Kochstraße durch seine Minister, Generäle und Hofbeamte, unter Verleihung des Grund und Bodens, sowie eines Teils der Baumaterialien, mit palastartigen Gebäuden besetzen, um dem Straßenzug ein aristokratisches Aussehen zu verleihen. So kann es denn auch nicht befremdlich erscheinen, daß der König auf der Einweihungsfestlichkeit des mit einem „Cour d'honneur" versehenen Schulenburg'schen Palais in höchsteigener Person erschien. Bewunderung fand der große Saal, der damals durch zwei Stockwerke reichte, später aber zu zwei übereinander liegenden Sälen eingerichtet wurde, in deren unterem der Berliner Friedenskongreß stattfand. Graf von der Schulenburg blieb in der Schlacht bei Mollwitz. Demnächst wurde das Palais von 1759 bis 1762 von dem jüngsten Bruder Friedrichs des Großen, dem nachmaligen Herrenmeister des Johanniterordens zu Sonnenburg, Prinz August Ferdinand, mietsweise bewohnt. Dreißig Jahre später erwarb König Friedrich Wilhelm II. das Palais als Wohnsitz für die Gräfin Dönhoff, und zwar für den Kaufpreis von 30000 Thalern. Doch

Digitized by Google

meistens Abgeordnete des Reichstags, des Abgeordneten- und des Herrenhauses [1]), in den stattlichen, jedoch noch nicht vollständig möblierten Räumen eingefunden.

Fürst Bismarck geleitete eine Anzahl Abgeordneter behufs der Besichtigung durch die Räume und machte u. a. die Bemerkung, daß er sich in seiner alten Wohnung heimischer gefühlt habe. Es war dies kein Wunder, denn das neue Palais entbehrte noch vielfach der inneren Ausstattung und des künstlerischen Schmuckes. Fürst Bismarck war sehr bei Humor und gab zahlreiche Anekdoten zum besten, in deren Erzählung er Meister ist.

Das Buffet war in dem großen, nach dem Parke zu gelegenen Speisesaal aufgestellt, dessen Erker in einen Wintergarten ausläuft. In dieser traulichen Ecke zeigte sich ein eigentümliches Bild. Zwischen dem „gewichtigsten" Mitgliede des Abgeordnetenhauses, dem hannoverschen Pastor Lange, und dem bekannten schlesischen Pastor Gringmuth hatte der Reichskanzler Platz genommen und in vollen Zügen wurde nach echt studentischer Weise dem ausgezeichneten Münchener Bier zugesprochen, während unter dem Tisch der Reichshund treue Wacht hielt.

An den Pastor Lange stellte Bismarck das Ersuchen, er möge ihm als gewiß berechtigte Autorität Mittel und Wege angeben, auf welche Weise er, der Reichskanzler, sein Podagra loswerden und seine von Tag zu Tag zunehmende Körperfülle aufs richtige Maß zurückführen könne; er werde jetzt so korpulent, daß er sich alljährlich neue Uniformen und Garderobe anschaffen müsse.

Von seinen Gesundheitsverhältnissen kam der Fürst auf die parlamentarische Regierung nach englischem Muster zu sprechen, die sein Ideal wäre. In England sei dieselbe bei zwei großen Parteien möglich, nicht aber bei uns, wo sieben bis acht Parteien existierten, die außerdem in den verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften auch verschieden organisiert seien [2]). So sei die Fortschrittspartei im Landtag viel ausgeprägter als im Reichstag.

Aus den ferneren Mitteilungen, die auf der Soiree cirkulierten, ging zweifellos hervor, daß die Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister von Berlin,

---

schon 1795 ging es von den Kindern derselben für 60000 Thaler in den Besitz des Fürsten Michael Radziwill über und erhielt an dem Frontispitz des Mittel-Risalits die Inschrift „Hotel Ratzivil". Zur Zeit des Fürsten Anton R. gestaltete das Palais sich viele Jahre hindurch zu einer Pflegestätte der Kunst, und es fanden hier die ersten Aufführungen der Faust-Tragödie mit den Musik-Kompositionen des Fürsten statt, welcher selbst Virtuos auf dem Violoncell war. Jene Inschrift gab übrigens Clauren den Stoff zu seinem damals beliebten Lustspiel „Der Wollmarkt", indem der Dichter einen Landjunker das Gebäude für einen Gasthof ansehen läßt. Der Fürst machte sich den Scherz, die Rolle des Gastwirts zu spielen, während seine Dienerschaft die Aufwartung des Landjunkers übernehmen mußte.

[1]) Die Mitglieder des Präsidiums der drei Häuser waren vollzählig anwesend. Von der Forschrittspartei waren die Abgeordneten Dr. Hänel, Löwe ꝛc. zugegen. Man sah außerdem die Minister Dr. Falk, Friedenthal, von Kameke, Hoffmann, den Generalpostmeister Dr. Stephan, den Unterstaatssekretär Herzog und viele Bundesbevollmächtigte. Die Honneurs des Hauses machten die Fürstin und ihre Tochter, Comtesse Marie. Damen hatten sich diesmal nicht eingefunden.

[2]) Über die Unmöglichkeit des Bestandes einer aus sechs, unter sich uneinigen Fraktionen gebildeten Reichstagsmehrheit, siehe Bismarck's Schreiben nach Mannheim vom 30. Januar 1886, „Nat. Ztg." vom 31. Januar 1886.

Hobrecht, betreffs der Übernahme des Finanz-Portefeuilles zum Abschluß gediehen seien. Hobrecht war denn auch der Löwe des Tages, der von allen Seiten zu seiner Ernennung zum Finanzminister beglückwünscht wurde. Er lehnte indessen die Glückwünsche als verfrüht ab. „Bitte, meine Herren, ich nehme keine Glückwünsche an.“ Ein witziger Landbote erwiderte lächelnd darauf: „Ich werde mich auch hüten, Ihnen zu Ihrer Berufung als Finanzminister zu gratulieren.“ Es hieß, der neue Finanzminister huldige in wirtschaftlichen Fragen gemäßigt freihändlerischen Anschauungen, sei aber ein entschiedener Befürworter von Einführung möglichst hoher indirekter Steuern. Auf diesem Programm seien die Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Hobrecht binnen so kurzer Zeit zu stande gekommen. Die Wahl fiel bekanntlich erst dann auf Hobrecht, als verschiedene früher in Frage gekommene Kandidaten abgelehnt hatten[1]).

Leute, die das Gras wachsen hören, vermißten in dem Verkehr Bismarck's mit dem Kultusminister Falk den bisherigen Grad der Herzlichkeit. Der Kulturkampf[2]) hatte allerdings seinen Höhepunkt bereits überschritten, und wenige Monate später verhandelte der Kanzler bereits in Kissingen mit dem päpstlichen Nuntius über eine Beilegung desselben[3]).

Von den schwebenden Fragen besprach Bismarck besonders jene wegen des Nachtrags-Etats mit dem Abgeordneten Miquel, und er schien bei diesem die Befürchtung beseitigen zu wollen, daß ein Konflikt mit dem Abgeordnetenhause wegen der Errichtung eines Eisenbahnministeriums auf dem Verordnungswege entstehen könnte. Der Kanzler erklärte, er würde im Fall der Ablehnung der Vorlage den Landtag noch einmal nach Schluß des Reichstags zusammentreten lassen, oder aber auf andre verfassungsmäßig zulässige Weise sein Ziel weiter verfolgen. „Wenn die Vorlage für das Eisenbahnministerium abgelehnt wird, so kann ich mit Achenbach nicht weiter arbeiten[4]). In dieser Äußerung lag der Hauptgrund für die Gerüchte, welche von dem Rücktritt Achenbach's in Umlauf waren.

Der Durchführung des Reichseisenbahnprojekts, dessen der Reichskanzler in seiner Abgeordnetenhausrede vom gleichen Tage (23. März) Erwähnung gethan hatte[5]), wurde auf der Soiree besprochen und fand namentlich in den

[1]) Daß aber Hobrecht der achte Kandidat war, dem vom Reichskanzler das Finanzministerium angetragen worden war, war eine alberne Erfindung, die den Zweck haben sollte, Bismarck's Finanzpolitik lächerlich zu machen.

[2]) Man vergl. den Artikel in der „Post“ Nr. 148 vom 1. Juni 1878: „Warum Fürst Bismarck den Kulturkampf beginnen mußte“.

[3]) Wegen der weiteren Verhandlungen siehe unten 15. Februar 1879.

[4]) Die Differenzen zwischen Bismarck und Achenbach reichten aber weiter zurück; vergl. die „Post“ Nr. 264 vom 11. Oktober 1877. Eine Äußerung Bismarck's, betr. das Verbleiben des Handelsministers (nach der „Tribüne“), siehe in der „Post“ Nr. 87 vom 29. März 1878.

[5]) Bismarck hatte erklärt: Wie die Regierung zu dem Reichseisenbahnprojekt sich verhalten wolle, könne sich erst nach Lösung der Personalfrage zeigen, und wenn man wisse, wer preußischer Finanzminister sei.

Digitized by Google

Kreisen süddeutscher Abgeordneten ziemlich kühle Aufnahme. Es verlautete, daß der Großherzog von Baden, welcher der Beratung im Abgeordnetenhaus beigewohnt hatte, der größte Gegner des Reichseisenbahn-Projektes sei.

Der Soiree vom 23. März wohnte auch Richard Fleischer bei, welcher darüber in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Revue“ (Heft 8, Mai 1878) eingehend berichtet hat: „Ich hatte, — so schreibt derselbe — den Reichskanzler vorher noch nie in Person gesehen. Das Haar des Fürsten ist fast weiß, seine Gesichtsfarbe rötlich, vor allem aber ist Bismarck sehr korpulent, ja ich behaupte, daß er der umfangreichste Mann in der Gesellschaft war, obgleich es an einigen embonpoints nicht fehlte. Man kann es beobachten, wie in dem Fürsten oft eine nervöse Hitze aufsteigt, wenn er sich unterhält; auch scheint der Fürst an asthmatischen Beschwerden zu leiden, wenigstens unterbricht er zeitweise seine Rede, um tief Atem zu holen. Gesund ist leider unser Kanzler nicht, nur mit seiner großen Willenskraft setzt er es durch, sich über sein Leiden zu erheben und die schweren Aufgaben seines hohen Berufes zu erfüllen.

Die Gemahlin des Reichskanzlers mischte sich in alle Kreise der Gesellschaft, sie sprach bald mit einem Führer der Linken, bald mit einem Minister oder einem Künstler, denn auch die Kunst war durch Anton von Werner vertreten.

Der Fürst hatte sich gleichzeitig mit seiner Gemahlin eingefunden und war über eine Stunde lang von allen Seiten mit einem Schwarm von Freunden, Politikern und Staatsmännern umringt, so daß die Unterhaltung für ihn recht angreifend gewesen sein muß. Der Kanzler erteilte nicht nur Auskunft auf viele Fragen, sondern erkundigte sich selbst nach diesem und jenem und erregte durch neue, interessante Mitteilungen die Aufmerksamkeit seiner Umgebung. Während der Fürst sich unterhält, beobachtet er oft mit einer Lorgnette die Vorübergehenden, durch seine Größe ist es ihm möglich, über die meisten hinwegzusehen und hier und da einen Bekannten zu finden, den er besonders zu sprechen wünscht.

Die elfte Stunde war herangerückt und die Massen hatten sich im Speisesaal versammelt. In der Mitte desselben stand ein langer Tisch mit kalten Speisen, an den Seiten waren kleinere Tische und Stühle aufgestellt. Bier wurde aus großen silbernen Humpen an einer besonderen Tafel eingeschenkt und sehr viel gebraucht. Der Fürst saß an einem der kleinen Tische mit mehreren Abgeordneten, zu seinen Füßen lag sein treues Tier, welchem Bismarck selbst einige Portionen reichte. Es wurden Cigarren herumgegeben, der Fürst ließ sich seine lange Pfeife bringen und sprach über hohe Politik. Besonders hob er hervor, daß ihm jetzt die Einheit in mancher Beziehung über die Freiheit gehe, denn durch die Einheit gelangen wir ja zur Freiheit, das hat die Erfahrung gezeigt. „In einem so großen Staate, wie Preußen und Deutschland, kommt es nicht darauf an, ob ein Ministerium mehr nach rechts oder nach links in verschiedenen Fragen hinneigt, das wird durch die Volksvertretung wieder ausgeglichen, sondern es sei weit wichtiger, daß in einer Richtung regiert würde; wenn 6 Pferde vor einen Wagen gespannt sind, müßten sie auch einem Willen folgen, sonst kommen sie nicht vorwärts.“

Digitized by Google

Der Fürst berührte auch noch verschiedene andre Fragen, er sprach über die Rechtspflege und hielt das kürzeste Verfahren für das beste, ihm ist ein Unrecht in manchen Fällen lieber, wie ein in langer Zeit erworbenes Recht, welches keinen Wert mehr hat. Ich machte auf die langwierigen Prozesse in England hierbei aufmerksam und der Kanzler erwiderte, daß man in England am liebsten gar keinen Prozeß mehr führt.

Der Fürst ist sehr vorsichtig mit seinen Worten, er spricht ziemlich langsam, oft abgebrochen, um sich zu überlegen, da er weiß, daß er niemals sicher ist, seine häuslichen Unterhaltungen den nächsten Tag in irgend einer Zeitung gedruckt zu finden."

Die Soiree erreichte um Mitternacht ihr Ende.

Die Erledigung des Nachtrags-Etats erfolgte nicht nach dem Wunsche Bismarck's. Wiewohl er denselben persönlich im Abgeordnetenhaus vertrat, lehnte dasselbe gleichwohl die vorgeschlagene Übertragung der Forsten und Domänen vom Finanz- an das Landwirtschafts-Ministerium und die Errichtung eines Eisenbahnministeriums ab, und genehmigte nur die Übertragung der Besoldung des Ministerpräsidenten auf den Vize-Präsidenten des Staatsministeriums (28. März 1878). Nach diesem Beschluß setzte Bismarck die für nötig erachteten Ministerialänderungen auf administrativen Wege durch[1]). Fast gleichzeitig (27. März) erfolgte die Rekonstruktion des preußischen Ministeriums. Hobrecht wurde Finanzminister, Maybach Handelsminister und Graf Eulenburg Minister des Innern. Die Ernennungen wurden aufgefaßt als Übergang zum „dritten Ministerium Bismarck's". Das erste war das Konfliksministerium, das zweite dasjenige, von welchen jetzt nur noch die Hälfte übrig geblieben war, dazu bestimmt, die Ideen des leitenden Staatsmannes zum ersten Mal vollständig zu verwirklichen[2]).

6. April 1878. 5. parlamentarische Soiree. Wenn die Räume des alten preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten häufig der Zahl der Abgeordneten nicht gewachsen waren, so verlangten die großen Säle des neuen Palais[3]) eine größere Personenzahl, als sich dieses Mal einfand (ca. 300)[4]).

Die Abgeordneten von Forckenbeck, von Bennigsen, Lasker fehlten, eben so die hervorragenden Mitglieder der Fortschrittspartei, während das Centrum ganz unvertreten war.

---

[1]) Vergl. mein Werk „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 142, Note 2.

[2]) Eine Besprechung der Rekonstruktion des Ministeriums siehe die „Post" Nr. 80 vom 31. März 1878.

[3]) Bismarck verfügte in der ersten Etage allein über zwei große Säle, den Kongreßsaal und einen Speisesaal, und über etwa 8 bis 10 geräumige Salons.

[4]) Anwesend waren u. a. die Minister von Bülow, Hofmann, Dr. Friedenthal, Graf Eulenburg, Maybach, die Herren von Philipsborn, Eck, Michaelis, von Nostitz, von Türkheim, von Wedell-Malchow, von Helldorff, Stumm, Pfeifer, von Puttkamer, von Kusserow, Fürst Hohenlohe-Langenburg, Freiherr von Stauffenberg. Die Gesellschaft trennte sich nach 12 Uhr

Digitized by Google

Auch fehlte der historische runde Tisch, der mit seinen Stammgästen eine gewisse Rolle in der parlamentarischen Geschichte einnahm. Den Löwenanteil der Aufmerksamkeit des Reichskanzlers erhielten dieses Mal die Damen, welche zum ersten Mal die neuen Festräume des alten Palais Radziwill durch ihre Gegenwart schmückten und denen der Reichskanzler, als Cicerone dienend, mit sichtlichem Behagen „alles was ihm jetzt unterthänig" zeigte.

Über den neuesten Stand der Orientfrage bemerkte der Reichskanzler, daß er den Kongreß[1]) „noch nicht für unmöglich halte, aber für unmöglich eine Teilnahme Deutschlands am Kriege."

Als das Gespräch sich den neuen Minister-Ernennungen zuwandte, bemerkte Bismarck, er hätte den Finanzminister Camphausen nicht zum Vize-Kanzler machen können, da derselbe zu wenig „europäisch" gemodelt sei. Die Ernennung Stolberg's für diesen Posten werde nicht mehr lange auf sich warten lassen[2]). Auch habe er Herrn Hobrecht auf die Suche nach einem Unterstaatssekretär im Finanzministerium gesandt — man möge in den betreffenden Kreisen daher auf der Hut sein.

Auch die wirtschaftlichen Fragen[3]) wurden von Bismarck berührt; wenigstens wimmelte es am folgenden Tage von unkontrolierbaren Gerüchten. In erster Linie hieß es, dem Reichstag werde noch in dieser Session eine Vorlage wegen Wiedereinführung der Eisenzölle zugehen[4]). Aber damit — so hieß es — soll sich Bismarck noch lange nicht begnügt haben. Man erzählte, daß er auch die Wünsche der Agrarier befriedigen und Zölle auf Vieh, Getreide, Petroleum und andre Gegenstände einführen wolle. Endlich bestätigte man, daß er nicht nur an dem Monopol des Tabaks festhalte, sondern auch die Zweckmäßigkeit eines Zuckermonopols habe durchblicken lassen; ja in Schutzzöllnerkreisen trug man sich mit der zuversichtlichen Hoffnung, daß Fürst Bismarck, wenn eine Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrags nach seinen Wünschen nicht zu stande komme, einen autonomen Tarif für Deutschland aufstellen lassen werde[5]). Die manchesterlich angehauchten Blätter waren außer sich.

---

[1]) Das Zustandekommen eines Kongresses war deshalb zweifelhaft geworden, weil England das Verlangen stellte, daß der Vertrag von San Stefano in allen seinen Bestimmungen der Prüfung und Entscheidung der Mächte vorgelegt werden müsse. Rußland wollte sich hierzu nicht entschließen.

[2]) Sie ließ noch bis zum 15. Juli 1878 auf sich warten. Der offizielle Titel Stolberg's war „Stellvertreter des Reichskanzlers". Er wurde gleichzeitig Vize-Präsident des preußischen Staatsministeriums.

[3]) Über das wirtschaftliche Programm Bismarck's, soweit es damals verlautete, vergl. die „Post" Nr. 115 vom 28. April und 121 vom 4. Mai 1878, speziell [über seine Steuerpläne die „Post" Nr. 211 vom 2. August 1878.] und über seine Zollpolitik die „Post" Nr. 291 vom 21. Oktober 1878.

[4]) Man schloß hierauf, weil Bismarck im Februar 1878 einen Antrag Preußens, betr. die Veranstaltung einer Untersuchung über die Lage der deutschen Eisen-Industrie, vorgelegt hatte.

[5]) Zu der Wirtschafts- (Zoll- Handels- und Steuer-) Politik Bismarck's in jenem Übergangsjahr vergl. die Artikel der „Post" vom 11., 12., 16., 16., 17., 18., 19., 22., 24., 28. April 1878, Nr. 100, 101, 105, 106, 107, 108, 110, 111, 115.

Digitized by Google

Nach den Aufzeichnungen des Abgeordneten Hölder hatte Bismarck auf der Soiree geäußert: Die Mächte Österreich und Rußland wollten jedes von Deutschland so etwa 50000 Mann entlehnen, das seien hübsche Wünsche.

Der Papst sei ein ordentlicher Mann.

Wenn der Reichstag bald fertig werden wolle, dürfe er nur nicht so viel sprechen. Man sollte eigentlich nur abstimmen. Jeder wisse ja, wie er stimmen wolle. Er spreche freilich neuerdings auch zu viel; er werde eben alt. Er hätte vor einem Jahr gehen sollen.

Als die Rede auf seinen Hund kam, erzählte Bismarck: Bei Tisch habe er einmal einen Genickrheumatismus bekommen, und um denselben zu vertreiben, habe seine Frau ihm mit der Faust mehrmals auf das Genick geschlagen. Auf einmal habe sich sein Hund hinter seiner Frau aufgerichtet, dieselbe gefaßt und am Zopfe gepackt.

9. April 1878. 2. parlamentarisches Diner. Der Gesamtvorstand des Reichstags fand den Fürsten Bismarck in der heitersten Laune von der Welt[1]), es schien, als ob es für denselben weder eine innere noch eine äußere Krisis in diesem Augenblick gäbe.

Er nahm verschiedenen Abgeordneten gegenüber Gelegenheit, sich in entschiedener und entrüsteter Weise über Erfindung und Erfinder der ihm fälschlich zugeschriebenen Absicht einer Auflösung des Reichstags auszusprechen. Fürst Bismarck meinte, daß das der absolut verkehrteste Weg wäre, den er gehen könnte.

Nach aufgehobener Tafel kam das Gespräch auf die Memoiren aus dem vergangenen Jahrhundert und auf die Grundsätze, welche für die Benutzung der Staatsarchive maßgebend sein müssen. Fürst Bismarck erklärte sich für eine ausgiebigste Benutzung[2]), wobei er jedoch Rücksicht auf die persönlichen Gefühle des Kaisers, vornehmlich in Beziehung auf den Vater desselben zu nehmen habe. Auch die Geschichte des Jahres 1848 würde dem Historiographen große Schwierigkeiten bieten. In den Märztagen, äußerte der Fürst, seien die deutschen Einzelstaaten viel bescheidener gewesen als heute. Sie würden sich begnügt haben, hätte man ihnen die Domänen und ihre Fürsten gewissermaßen als „Civilkönige" gelassen; die Bundes- und Reichsverfassung wahre denselben bekanntlich weit größere Rechte.

Auf die aktuellen Verhältnisse einlenkend[3]), interpellierte man den Fürsten, ob er am nächstfolgenden Tage im Reichstag erscheinen werde oder nicht. Präsident von Forckenbeck sprach den dringenden Wunsch aus, daß dem Reichstag die tags

[1]) Graf Moltke hatte die Fürstin Bismarck und Freiherr von Stauffenberg die Komtesse Marie zu Tisch geführt.

[2]) Er hat für diese Liberalität zwei sprechende Dokumente in Sybel's „Geschichte der Gründung des Deutschen Reichs" und in meinem Werke: „Preußen im Bundestag" hinterlassen.

[3]) Unterm 5. April 1878 hatte Bismarck beim Reichstag beantragt, fortan auch die Finanzverwaltung unabhängig von dem bisherigen Verband des Reichskanzler-Amts zu konstituiren. Für den Leiter war zunächst nur die Eigenschaft und das Diensteinkommen eines Unterstaatssekretärs in Aussicht genommen.

Digitized by Google

vorher von dem Abgeordneten Lasker gewünschte Erklärung über die Kompetenzabgrenzung zwischen dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts und dem Unterstaatssekretär für die Reichsfinanzverwaltung abgegeben werde[1]). Der Reichskanzler zeigte sich bereit, diese Erklärung am nächsten Beratungstage selbst oder durch Herrn Hofmann im allgemeinen abzugeben[2]), ohne jedoch auf das Detail einzugehen und ohne Präjudizierung des Rechts des Kaisers, administrative Anordnungen auf Grund eines bewilligten Etats zu treffen. Er lege auf den Nachtrags-Etat überhaupt nicht so großen Wert, daß es in seiner Hand liege, die Verfügung zu treffen, daß der Reichsfinanzdirektor Michaelis[3]) ihm direkt Vortrag halte. Auch könne er im Wege der gewöhnlichen Dienstinstruktion anordnen, daß der Reichsfinanzchef ihm keinerlei Vorschläge unterbreite, bevor derselbe sich mit dem preußischen Finanzminister ins Einvernehmen darüber gesetzt, so daß der Kaiserlichen Sanktion keine Reichsfinanzmaßregeln unterbreitet werden, welche nicht auch die Bewilligung des preußischen Finanzministers habe. Ursprünglich allerdings habe er etwas andres gewollt, nachdem jedoch Graf Stolberg die Übernahme des preußischen Finanzministeriums abgelehnt, habe er diesen neuen Gedanken aufgegriffen.

Nach Abzweigung des Reichsfinanzamts werde das Reichskanzler-Amt freilich noch mehr zusammenschmelzen; der Geschäftsumfang dieser Behörde sei aber noch immer so groß, daß an seiner Lebensfähigkeit nicht zu zweifeln sei. Sein Chef Hofmann würde jetzt die nötige Muße haben, um sich in die wichtigen, bisher allzu stiefmütterlich behandelten Gewerbe-Angelegenheiten mehr zu vertiefen.

Der Wunsch, die Leitung der preußischen und deutschen Finanzen in nähere Beziehung zu einander zu bringen, sei ihm durch das Verhältnis Delbrück's zu Camphausen gekommen. Delbrück war der umfassendere Geist, der mehr politische, mehr europäische Kopf, während Camphausen rein „Ressortmann" war. Letzterer besaß große Selbständigkeit, nach oben ebenso wie nach unten, war jedoch für neue Gedanken wenig zugängig und verhielt sich solchen gegenüber mehr abstoßend. Das dienstliche Verhältnis zwischen Delbrück und Camphausen sei oft unerquicklich gewesen. „Delbrück überließ dem älteren Camphausen niemals den Vorsitz, und es kam vor, daß im Bundesrat Camphausen den Standpunkt des preußischen Ministeriums darlegte, Delbrück aber darnach alle siebzehn Stimmen gegen Camphausen abgab." Camphausen's Abgang habe ihm, dem Fürsten, eine gewisse Erleichterung verschafft, „da Camphausen nie mit seinen Intentionen übereingestimmt habe."

Einem Abgeordneten gegenüber bemerkte Bismarck, daß im Reichstag im allgemeinen doch ein feinerer Ton als im Abgeordnetenhause herrsche, und

---

[1]) Vergl. die stenogr. Berichte über die Sitzung des Reichstags vom 8. April 1878, S. 795.

[2]) Man vergl. die Erklärung des Präsidenten Hofmann in der Sitzung des Reichstags vom 10. April 1878, stenogr. Bericht S. 857.

[3]) Dr. Michaelis stand bis dahin als Direktor der Finanz-Abteilung des Reichskanzler-Amts vor; derselbe war aber dem Unterstaatssekretär Eck untergeordnet. — Über die Organisation der Reichsbehörden vergl. die „Post" Nr. 21 u. 22 vom 22. u. 23. Januar 1878.

Digitized by Google

machte dabei den scherzhaften Vergleich: „das Abgeordnetenhaus könne Sekt vertragen, ihn aber nicht bezahlen; das Herrenhaus könne ihn zwar bezahlen, aber nicht vertragen; der Reichstag dagegen schlage zwei Fliegen mit einer Klappe, derselbe könne den Sekt vertragen und bezahlen." —

Die Vorlage, betreffend die Stellvertretung für Elsaß-Lothringen, sei bereits so weit vorbereitet, daß dieselbe schon in nächster Zeit an den Reichstag gelangen könne[1]).

Die brennendere Frage über die Wiederherstellung der Eisenzölle kam nicht zur Sprache; ebenso beobachtete Fürst Bismarck über die auswärtige Politik[2]) absolutes Schweigen.

Der Fürst ließ noch durchblicken, wie sehr er unter der preußischen Büreaukratie zu leiden habe. Es sei was Arges um dieselbe, deswegen habe er nach dem Abgang Delbrück's einen Hessen geholt[3]).

„Des Reichskanzlers Tischreden — so schrieb die „Vossische Zeitung" wenige Tage nach diesem Diner — müssen gerade so aufgefaßt werden, wie sie gethan werden, d. h. als offene und wahre, leicht hingeworfene Äußerungen zwischen Butter und Käse, denen, wie mancher frischen Butter, auch ein Scherflein Salz not thut. So dürfte auch seine entschiedene und entrüstete Zurückweisung der ihm fälschlich zugeschriebenen Absicht einer Auflösung des Reichstags sehr cum grano salis zu verstehen sein. Daß er eine solche Auflösung augenblicklich nicht plant und nicht planen kann, liegt zu klar auf der Hand, um alle darauf bezüglichen Gerüchte anders als leere Erfindungen erscheinen zu lassen. Wie steht es aber um eine spätere Auflösung, etwa im Herbst dieses Jahres, nachdem der Reichstag in seiner neuen Session die inzwischen vielleicht ausgearbeiteten und ihm zur Begutachtung zugegangenen Steuer- und Zollreform-Gesetzvorlagen abgelehnt hat? Treten nach einer solchen Ablehnung die neuen Minister nicht zurück (und dies läßt sich nicht erwarten, da sie nur die Ausführer der Bismarckschen Reformideen sind), so bleibt eben nichts übrig, als ein Entweder — Oder! Entweder giebt Bismarck seine Ideen auf, was aber seiner ganzen Natur widersprechen würde, oder — und das wird ganz gewiß eintreffen! — er appelliert an das Land und stellt als Wahlprogramm eben diese Reform hin[4])."

Die kommenden Ereignisse haben dieser Prophezeiung recht gegeben. Die erstmalige Ablehnung des Sozialistengesetzes nach dem Hödel'schen Attentat (11. Mai 1878 mit 251 gegen 57 Stimmen) sah sich Bismarck noch ruhig an. Als am 2. Juni 1878 Dr. Nobiling ein neues Attentat verübte, befand sich Bismarck in

[1]) Wegen der Erledigung dieser Frage s. 1. März 1879.

[2]) Erste Sitzung des Berliner Kongresses am 13. Juni 1878.

[3]) Gemeint ist der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Hofmann

[4]) Die „Post" meinte von diesem Artikel, er habe der „Berliner Freien Presse" so gut gefallen, daß sie ihn als Premier Berlin wiedergiebt. Er hätte ohne Zweifel, wie die meisten Artikel der „Vossischen Zeitung", auch zuerst in dem sozialdemokratischen Blatt gestanden haben können.

Digitized by Google

Friedrichsruh. Auf der Rückkehr von einer Spazierfahrt, noch vor dem Eintritt in das Haus, wurde ihm die Nachricht von der lebensgefährlichen Verwundung des Kaisers Wilhelm von Herrn Geheimrat von Tiedemann gemeldet. Der Reichskanzler blieb einen Augenblick wie festgemauert stehen, stieß dann den Spazierstock in die Erde und bemerkte sofort, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Jetzt wird der Reichstag aufgelöst werden [1]." Derselbe hatte auch in der That kein besseres Schicksal verdient [2]).

Die nächste Sorge war, einen für die Wünsche des Kanzlers gefügigen Reichstag zusammenzubringen, was im Hinblick auf die Disposition der noch immer leitenden nationalliberalen Partei nur im Falle einer Schwächung derselben erwartet werden konnte.

Auf eine solche arbeitete denn auch in der That die „Nord. Allg. Ztg." energisch hin, indem sie nach provokatorischen Artikeln regelmäßig mit der Frage schloß: „Wie lange wird sich der Reichskanzler die von den nationalliberalen Führern gegen ihn gerichteten Angriffe noch gefallen lassen [3])?"

Das Ergebnis der Reichstagswahlen (30. Juli) verrückte denn auch in der That den Schwerpunkt des Reichstags nach rechts, indem die Zahl der beiden konservativen Fraktionen von 78 auf 110 stieg, und die der Nationalliberalen von 126 auf 97, die der Fortschrittspartei von 35 auf 25 sank [4]). Bismarck hatte die Volksseele bei dieser Auflösung ebenso richtig erkannt, wie bei der nachmaligen zweiten Auflösung im Jahre 1887.

2. Oktober 1878. Der Abgeordnete von Helldorf bei Bismarck zu Tisch (allein mit einem russischen General).

16. Oktober 1878. Die Abgeordneten von Bennigsen, Dr. Lucius und von Helldorff abends zu Bismarck geladen, gleichzeitig der Minister Graf zu Eulenburg, zur Besprechung des Sozialistengesetzes.

Der neue Reichstag erwies sich wie kein zweiter günstig für Bismarck's innere Politik. Das umgearbeitete Sozialistengesetz nahm er fast mit einer Dreifünftel-Mehrheit an [5]) (18. Oktober 1878). Bedeutsamer war noch, daß dem

---

[1]) Bismarck's Antrag an den Bundesrat d. d. Berlin 6. Juni 1878, betreffend die Auflösung des Reichstags, findet sich abgedruckt in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung" v. 9. Juni 1878, Nr. 135. Vergl. darüber die „Post" v. 9. Juni 1878, Nr. 156.

[2]) Die Steuergesetzgebung war nur durch den unbedeutenden Spielkartenstempel bereichert. Unerledigt hatte der Reichstag gelassen die Gesetz-Entwürfe über Fälschung von Nahrungsmitteln, die Statistik des Warenverkehrs, den Feingehalt der Edelmetallwaren, die Beförderung von Auswanderern nach außerdeutschen Ländern, die rumänische Handelskonvention und die Frage des ferneren Handelsverhältnisses zur österreichisch-ungarischen Monarchie.

[3]) Vergl. die offene Bitte des Freiherrn von Lüttwitz, betr. die Nörgeleien einzelner Abgeordneter dem Reichskanzler gegenüber, in der „Post" Nr. 78 vom 20. März 1878.

[4]) Immerhin hatten die Nationalliberalen noch den Schwerpunkt, was sich auch aus der Wahl des Büreaus ergab: Präsident von Forckenbeck, Vizepräsidenten von Stauffenberg und Fürst Hohenlohe-Langenburg.

[5]) Bemerkungen über die Reden des Fürsten Bismarck im Reichstag am 17. September und 9. Oktober 1878 f. in der „Post" am 19., 23. und 24. September und 11. Oktober 1878, Nr. 259, 263, 264 und 281. Eine Äußerlichkeit will ich noch erwähnen, die wohl wenigen

Digitized by Google

Kanzler aus demselben heraus Succurs für seine wirtschaftliche Reform kam. Die bereits am 15. September unter dem Vorsitz des Abgeordneten Löwe zusammengetretene „Volkswirtschaftliche Vereinigung" trat am Tage vor dem Schluß des Reichstags (17. Oktober) mit einer Erklärung hervor, welche sich mit dem Programm des Reichskanzlers vollständig deckte. Bismarck ging jetzt mit einer beispiellosen Energie an die Verfolgung seiner Pläne heran. Am 25. Oktober 1878 erklärte er dem Freiherrn von Varnbüler seinen Entschluß, eine umfassende Revision des Zolltarifs herbeizuführen [1], am 12. November beantragte er beim Bundesrat die Einsetzung einer besonderen Kommission zu diesem Behuf, und am 15. Dezember richtete er aus Friedrichsruh das berühmte Schreiben an den Bundesrat, worin er die Ziele präzisierte, welche er bei der Tarifreform im Auge hatte [2]. Am 5. Februar 1879 erfolgte die Rückkehr aus Friedrichsruh nach Berlin.

---

13. IV. Legislaturperiode, II. Session 1879 [3].

15. Februar 1879. 1. parlamentarisches (Abgeordnetenhaus-) Diner [4] im großen Marmorsaal des Reichskanzler-Palais. Dasselbe dauerte eine Stunde, was bei einem Blick auf das zwölf Gänge enthaltende, in französischer Sprache abgefaßte Menu für einen nicht parlamentarischen Magen unglaublich erscheint. Bei Tisch kam das Gespräch zwischen Bismarck und seinem Nachbar, dem Abgeordneten Löwe-Calbe rasch in lebhaften Fluß. Zunächst galt es dem erinnerungsreichen Jahre der Revolution von 1848, in welchem beide Männer sich ihre politischen Sporen verdient hatten. Sie tauschten ihre gegenseitigen mannigfachen Erfahrungen und ihre Erlebnisse mit einander aus.

aufgefallen sein mag. In der Reichstagssitzung vom 9. Oktober erschien Bismarck im Sitzungssaale mit dem Schleppsäbel an der Seite.

[1]) Der am 6. November 1878 stattgefundenen Vermählungsfeier der Gräfin Marie von Bismarck mit dem Legationssekretär Grafen Kuno von Rantzau wohnten von Parlamentariern nur Kleist-Retzow, von Blanckenburg, Dr. Lucius und Dietze-Barby bei.

[2]) Vergl. über diese Weihnachtsbescherung des Fürsten Bismarck die „Vossische Zeitung" Nr. 303 und 305 vom 25. und 29. Dezember 1878.

[3]) Dieselbe währte vom 12. Februar bis 12. Juli 1879.

[4]) Es befanden sich auf demselben über 30 Mitglieder des Abgeordnetenhauses, darunter die Abgeordneten Löwenstein, Graf Bethusy, Dr. Achenbach, Dr. Löwe-Calbe, Louis Berger, von Zedlitz, Schumann, von Bockum-Dolffs, von Rauchhaupt, Graf Minnigerode, Dr. von Sybel, Seyffahrt, von Benda, Kreck, Behr (Kassel), Schmidt (Stettin), von Bibra, Landrat von Bismarck, Lauenstein, Lucius, von Colmar, Graf Hacke, Nasse, Wehr. Somit waren, mit Ausnahme der Fortschrittspartei, des Centrums und der Polen, sämtliche Fraktionen vertreten. Der Fürst nahm zwischen Dr. Löwe-Calbe und dem Minister Friedenthal Platz, während die Fürstin den Grafen Bethusy und den Minister a. D. Dr. Achenbach zur Seite hatte. Die beiden Söhne des Kanzlers nahmen an dem unteren Ende der Tafel Platz; von Bennigsen befand sich unter den Geladenen, war aber durch eine Reise nach Hannover am Erscheinen verhindert.

Digitized by Google

Namentlich beschäftigten sie sich mit der Entwickelungsgeschichte der damals zuerst in scharfer Gliederung hervortretenden Parteiverhältnisse. Sodann kam der Kanzler auf das Gebiet der auswärtigen Politik zu sprechen und erwähnte mit sichtlicher Genugthuung der jüngsten Verhandlungen über die Beseitigung der kleinen wunden Stelle im Prager Frieden[1]). Von Anfang der orientalischen Konferenzen in Berlin an, so versicherte der Kanzler, habe dies ihm vorgeschwebt, daß die Beseitigung jener unter Umständen gegen Deutschland in Anwendung zu bringenden Handhabe für ihn gewissermaßen als Entgelt für seine Bemühungen als ehrlicher Makler „abfallen" müßte. Aus den Worten des Kanzlers leuchtete es wie freudiger Stolz darüber hervor, daß ihm sein Ziel so gut und so vollständig gelungen ist.

Nach aufgehobener Tafel begab sich die Gesellschaft in das Vorzimmer; Bismarck steckte sich seine lange Pfeife an; Pfeife und Cigarren rauchend saßen die Landboten bei dem Pappenheimer Bier, das nach dem Ausspruch des Grafen Herbert niemand „außer uns" hat, um den Reichskanzler, der seine Gäste, die Miene machten, sich bald zu entfernen, zurückhielt mit dem Bemerken, daß er noch manches mit ihnen zu besprechen habe. Mit aufgeknöpfter Uniform auf dem Sofa sitzend, sprach er zunächst sein Bedauern darüber aus, den Verhandlungen des Landtags nicht beigewohnt zu haben; aber die vielen Geschäfte! Man könne doch nicht zweien Herren dienen. Aber er folge doch stets mit gespannter Aufmerksamkeit den Beratungen, um zu wissen, in welche Zonen die Herren Landboten treiben.

Bismarck besprach dann eingehend die Zollpolitik[2]) und äußerte sich unter anderm: Er betrachte die von ihm proponierten Wirtschafts- und Zollvorlagen wie einen Weihnachtstisch, auf dem allerlei Sachen aufgebaut sind. Es seien freilich auch einige Waldteufel darunter. Nun, die Herren im Reichstag können sich ja davon aussuchen, was ihnen beliebt. Oder man könne die Sache auch

---

[1]) Am 11. Oktober 1878 war zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn folgende Vereinbarung zu stande gekommen: Die in dem zwischen Sr. Majestät dem König von Preußen und Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich, König von Böhmen und Apostolischen König von Ungarn am 23. August 1866 zu Prag abgeschlossenen Friedensvertrag niedergelegte Vereinbarung, wonach der Übertragung der Sr. Majestät dem Kaiser von Österreich durch den Wiener Friedensvertrag vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Herzogtümer Holstein und Schleswig an Se. Majestät den König von Preußen eine Modalität hinzugefügt ist, wird hierdurch aufgehoben, so daß die Worte im Artikel V. des genannten Vertrags vom 23. August 1866: „mit der Maßgabe, daß die Bevölkerungen der nördlichen Distrikte von Schleswig, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen" außer Gültigkeit gesetzt werden. — Am 4. Februar 1879 überraschte der „Reichsanzeiger" die politische Welt durch die vorstehende Mitteilung.

[2]) Augenblicklich unterlag der neue Zolltarif der Beratung der Zolltarif-Kommission. Der Reichstag wurde mit der Vorlage erst am 4. April 1879 befaßt. — Über eine Rede des Abgeordneten Eugen Richter am 27. Januar 1879 in einer Wähler-Versammlung im Saale der Reichshallen, betr. die drohenden Zollprojekte des Reichskanzlers rc. s. die „Post" Nr. 28 vom 29. Januar 1879, S. 3.

Digitized by Google

vergleichen mit dem Wartesaal eines Bahnhofs, in welchen die ankommenden Herrschaften strömen und sich dort von der reichgarnierten Tafel nehmen, was ihnen am besten zusagt. Seitens der Presse wäre ihm vorgeworfen worden, seine wirtschaftliche Politik sei nur mit dem Hintergedanken angebahnt, in die Reaktion einzulenken; er wolle keine Reaktion, sonst hätte er dieselbe ja nach 1866 und 1871 bequem erreichen können. Was heiße überhaupt „Reaktion"? Das bedeute doch: absolutes Regiment. Mit diesem sei es aber heute nicht mehr möglich zu regieren, man müsse mit der öffentlichen Meinung regieren. Wer die moderne Zeit in alte Bilderrahmen hängen wolle, müsse gewärtig sein, daß diese bei der geringsten Berührung zerbrechen. Das absolute Regiment bis 1848 sei zwar ein wohlwollendes, aber unverständiges gewesen.

Wenn die Verfasser ihre Publikationen unterzeichnen müßten, so wäre es möglich, mit der Presse durchgreifend zu wirken. Unter den obwaltenden Verhältnissen seien die Parlamente der beste Ausdruck der öffentlichen Meinung, den man sich verschaffen könne. Er sei also nicht willens, die Reaktion zu Hilfe zu rufen, suche aber Bundesgenossen und nehme sie, wo er sie finde. Die vorgeschlagene Zolltarifreform werde die einzelnen Bundesstaaten entlasten, und er glaube, daß auch das Volk seinen Vorschlag so auffasse.

Die Kornzölle würden nicht den Preis des Getreides in die Höhe treiben; es sei ein Unsinn, in den minimalen, unter 5 Proz. des Wertes bleibenden Kornzöllen einen Schutz für die Landwirtschaft zu sehen [1]). Der Preis der Rohprodukte mache nicht den Preis der Ware, sondern die Zwischenhändler machen die Preise.

In Thüringen sei ihm der Fall bekannt, daß ein Bäcker 290 g Brot zu demselben Preise verkaufe, für welchen ein andrer 500 g liefere. Ebensowenig verteure der Viehzoll dem armen Mann das Fleisch, denn dieser esse Speck und kein Filet oder Kalbsbraten. Das Schwein, das einzige Fleisch, welches der Tagelöhner esse, zahle aber heute schon einen sehr erheblichen Zoll; der kleine Mann schlachte ein oder zwei Schweine, die er teuer bezahlen müsse, weil er sie aus Polen und Rußland beziehe. Er wolle einen Zoll auf Rindvieh und Kälber, der nicht den kleinen Mann, sondern den Geheimrat treffe. Den Schleswig-Holsteinern, die mageres Vieh aus Jütland beziehen, um es gemästet nach England zu exportieren, würde man vielleicht einen Ausnahmezustand bewilligen können, um sie nicht zu schädigen. Lächelnd bemerkte er darauf, daß die Herren bei den nächsten Wahlen dem Bruder Bauer tüchtig die Hand würden drücken müssen, denn der Bauern sind gar viele; andernfalls werde der Bauer selbst in den Reichstag kommen und dort Rechenschaft fordern.

---

[1]) Nach der ursprünglichen Intention sollte der Getreidezoll nicht einen schutzzöllnerischen Charakter haben, sondern den eines Ordnungszolls. Vergl. hierüber auch unten sub 22. Februar 1879. Später erhöhte Bismarck den Getreidezoll, nachdem er die Überzeugung gewonnen hatte, daß der inländische Körnerbau eines wirksameren Schutzes bedürfe. Vergl. wegen dieser Frage mein Werk: „Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 232 ff., Bd. III, S. 47 u. 48.

Digitized by Google

Die fiskalischen und Verbrauchssteuern, welche die liberale Partei zur Deckung des Defizits und zur Beseitigung der Matrikularbeiträge bewilligen wollte, bezeichnete Bismarck als nicht ausreichend[1]). Er sei übrigens fest entschlossen, die Arbeiten der Tarifkommission so zu beschleunigen, daß noch in diese Session die Entscheidung fallen könne.

Über die Holztarife[2]) äußerte sich der Kanzler ausführlich. Er sprach vom Rückgang des Holzgeschäfts und führte Beispiele aus seinen eigenen Forsten an. Langholz für Bauten liefere er fast gar nicht mehr, nur noch Grubenhölzer für Bergbau, besonders für den Bergamtsbezirk Dortmund. Dafür aber sei seine Fracht von Friedrichsruh nach Dortmund viel höher, als die ungarischen und galizischen Hölzer von der Grenze bis Dortmund bezahlen. Er habe die Idee, einen innerhalb gewisser Grenzen ganz feststehenden Tarif aufstellen zu lassen, auf den jeder, welcher die Eisenbahn zur Fracht benutzt, einen rechtlichen Anspruch hat. Er beabsichtige, die Eisenbahnen zu verpflichten, jeden gleich zu behandeln. Ein solches Gesetz wolle er dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorlegen[3]). Die Sache sehe schwerer aus, als sie sei. 1857 hätten sich alle souveränen Postgebiete in Deutschland, deren es damals noch eine ganze Anzahl gegeben habe, ohne große Mühe zu einem Vertrag vereinigt, der für den Postfrachtverkehr die Prinzipien aufgestellt habe, welche der Kanzler jetzt in seiner Vorlage an den Bundesrat zur Geltung zu bringen suche. Die Sache habe sich so gut bewährt, daß nach kurzer Zeit sich alle Welt gewundert habe, wie man die Verwirrung mit den verschiedenen Tarifen in den verschiedenen Postgebieten habe so lange ertragen können.

Der Mißwirtschaft unsres Tarifwesens müsse, wie gesagt, ein Ende gemacht werden, und da er glaube, noch eine kurze Spanne Lebens vor sich zu haben, so wolle er das noch vor seinem Ende ordnen. Der neue Gütertarif würde die Differenzialtarife noch nicht ganz beseitigen, sondern für gewisse Artikel noch beibehalten. Es schien aus des Reichskanzlers Äußerungen hervorzugehen, daß der Generalpostmeister Stephan allerdings den Tarif ausgearbeitet hatte, daß aber von den in der Presse erwähnten Differenzen zwischen Stephan und Maybach keine Rede sei, da der erstere im Einverständnis mit Maybach vorgegangen war. Bei der Tariffrage führte der Kanzler ein solches Heer von Zahlen und statistischen Notizen ins Feld, daß die Abgeordneten nicht im stande waren, seinen Angaben zu folgen.

---

[1]) Das Centrum erklärte am 31. März 1879, daß es die Regierung bezüglich der Schutzzölle unterstützen werde, daß es sich dagegen bezüglich der sogenannten Finanzzölle, worauf es Bismarck ebenso ankam, vorerst freie Hand behalte. — Von dem Tabakmonopol war auf der Soiree nicht die Rede.

[2]) Wegen der Differenzialtarife zu Gunsten ausländischer Hölzer vergl. auch die Reichstagsreden des Kanzlers vom 23. u. 27. März 1878 in meinem Werke: „Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 135, 137.

[3]) Zur Vorbereitung der gesetzlichen Regelung diente das Schreiben Bismarck's an den Bundesrat vom 7. Februar 1879, abgedruckt in „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 185. Vergl. auch unten 22. Februar 1879.

Digitized by Google

Über die Eisenbahnfrage[1]) äußerte Bismarck, daß schon 1876 das Abgeordnetenhaus den Übergang der preußischen Staatsbahnen auf das Reich beschlossen habe. Bei dem Projekt falle aber die finanzielle Seite der Sache sehr ins Gewicht, denn der preußische Finanzminister würde einen sehr hohen Preis vom Reich fordern, der übrigens schon festgestellt sei. Der Kanzler nannte aber keine Zahl[2]).

Endlich streifte der Kanzler auch seine Kirchenpolitik[3]). Er gedachte der eingeleiteten Unterhandlungen mit dem Kardinal Franchi, die einen gewissen Erfolg zu versprechen schienen. Man war beiderseits zu Konzessionen gelangt. So anerkannte der Unterhändler der Kurie die Anzeigepflicht der angestellten oder anzustellenden Geistlichen seitens der Bischöfe, und der Kanzler verstand sich alsdann, wiederum in direkte Beziehungen mit Rom einzutreten. Allein alles sei durch den Tod des Kardinals wieder in Frage gestellt worden. Hierbei ließ der Kanzler so etwas durchblicken, daß er den Gedanken, als sei der erwähnte Kirchenfürst durch Gift beseitigt worden, nicht so ohne weiteres von sich weisen könne. Der Gang der Verhandlungen hätte nunmehr einen so schleppenden Charakter angenommen, daß die Absicht, dieselben ins Endlose hinzuziehen, unzweifelhaft hervorgetreten sei. Er lasse daher nunmehr die Dinge vollständig an sich herankommen, und es sei vorläufig kaum an eine Veränderung der obwaltenden Verhältnisse zu denken. Der Fürst erzählte seinen Nachbarn, er habe von dem Kardinal-Staatssekretär Nina ein 36 Seiten langes Schreiben erhalten, nach 6—8 Seiten Lektüre sich vergeblich gefragt, was darin stehe, und am Schlusse noch genau denselben Eindruck gehabt. Um sich zu vergewissern, daß dies nicht bloß seine subjektive Auffassung sei, habe er seinem Sohn Herbert den Auftrag erteilt, das Schreiben sorgfältig durchzulesen und ihm dann kurz den praktisch brauchbaren Inhalt mitzuteilen. Aber auch dieser habe nichts als Worte darin gefunden. Also wollte Fürst Bismarck seinerseits offenbar bekanntgeben, daß man mit der Kurie vorläufig noch nicht viel weiter gekommen sei.

Als gegen 8 Uhr die Gesellschaft sich empfahl, machte einer der Gäste zum Kanzler die Bemerkung, daß die Reichsgerichtsräte keine passenden Wohnungen in Leipzig finden könnten, worauf ihm dieser erwiderte, daß man ja dann von dem alten Leipziger Meßrecht auch für das Reichsgericht Gebrauch machen könne, nach welchem für die zur Messe Kommenden den Bürgern gegenüber ein Expropriationsrecht bestehe. Er selbst sei ja dafür gewesen, daß Berlin der Sitz

[1]) Vergl. den Artikel: „Die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck" in der „Post" 1879, Nr. 321.

[2]) Die Gesamtbelastung des Staates bei dem Erwerbe der zunächst in Betracht kommenden sieben Hauptbahnen (Anhalter, Potsdamer, Stettiner, Köln-Mindener, Rheinische und Altenbeckener Eisenbahn) bezifferte sich nach einer damaligen Berechnung auf 2 058 456 560 Mark. Das letzte amtliche Aktenstück, welches sich mit dem Reichseisenbahnprojekt befaßte, datiert vom 19. Juli 1878. Vergl. meine „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck", Bd. I, S. 281.

[3]) Vergl. S. 140. Wegen den demnächstigen Verhandlungen Bismarck's mit dem Kardinal Jacobini in Gastein siehe die „Voss. Ztg." Nr. 262 vom 19. September 1879.

Digitized by Google

des Gerichts sei; nun müßten die Herren schon sehen, wie sie sich in Leipzig einrichten.

Beim Abschied bedauerte Fürst Bismarck, daß seine Weihnachtstafel (die Zolltafel nämlich) nicht viel Beifall gefunden zu haben scheine. „Ja, Durchlaucht, es sind zu viel Waldteufel[1]) drauf," lautete die Antwort eines Landboten.

Der Kanzler erschien an demselben Abend auffallend frisch. Jede Spur seiner schon sprüchwörtlich gewordenen Nervosität war vollkommen ausgelöscht.

22. Februar 1879. 1. parlamentarische Soiree[2]). Ein großer Teil der Mitglieder des tags vorher geschlossenen Abgeordnetenhauses hatte seine Abreise verschoben, um die Erinnerung an einen denkwürdigen Abend mit in die Heimat zu nehmen; aus den Reihen der Fortschrittspartei erblickte man Knörcke und Niederschabbehard. Schwächer an Zahl waren die Reichstagsmitglieder[3]). Die Löwen des Tages waren die Mitglieder der nordschleswigschen Deputation in ihrer Nationaltracht (kurzen Röcken und schwarzen Halstüchern), von denen einer sogar der deutschen Sprache nicht vollständig mächtig war. Sie wußten nicht genug von dem liebenswürdigen Empfang zu erzählen, der ihnen seitens des Kaisers und besonders seitens des nach allen Einzelheiten sich informierenden Kronprinzen zu teil geworden war.

Der Fürst und sein Sohn Herbert empfingen die Gäste, wobei letzterer die Namen aufrief. An seinen einstigen Kollegen Delbrück wandte er sich mit der Frage, ob derselbe auch dem „Büffet" habe Gerechtigkeit widerfahren lassen, worauf jener in echt staatsmännischer Ruhe ernst erwiderte: „Gewiß, Durchlaucht, es ist bereits zur Genüge geschehen!" Bekanntlich hielten Delbrück und Camphausen in ganz Berlin am meisten auf eine feine, ausgesuchte Tafel.

Die Unterhaltung nahm zunächst keinen politischen Charakter an, nur einzelne Gruppen im Saale sprachen von einer beabsichtigten Auflösung des Reichstags, über welche seit einiger Zeit Gerüchte umherschwirrten. Aber andre Abgeordnete sowohl wie die Bundesratsmitglieder bestritten, daß an eine derartige Eventualität jemals gedacht worden sei. Während in allen Sälen das vielgestaltige Bild eines Gesellschaftsabends sich entwickelte, saß der Wirt in der Nähe des Büffets in eingehendem Gespräch mit Bennigsen. Allgemein fiel es

---

[1]) Die „Waldteufel" das sind vor allem die Zölle auf Holz, Getreide, Vieh und auf andre Rohstoffe, Halbfabrikate und sonstige Produktionsmittel.

[2]) Dieselben waren auf die Sonnabende bis 8. März angesetzt.

[3]) Die konservative und nationalliberale Partei hatte sich überaus zahlreich eingefunden (von ersterer Herr von Helldorff). Vom Centrum bemerkte man allein den Schriftführer des Reichstags, Herrn Bernards. Die litterarische Welt repräsentierte Herr Julian Schmidt. In einem besonderen Zimmer hatte man die wenigen Damen, die erschienen waren, Platz nehmen lassen; darunter befand sich die Tochter des Bruders des Reichskanzlers, des Abgeordneten und Landrats von Bismarck zu Naugard, die Gräfin Bethusy-Huc mit ihren zwei schönen Töchtern, deren eine die Genugthuung hatte, die Glückwünsche zu ihrer Verlobung mit dem Lieutenant von Witzleben-Normann entgegenzunehmen. Unter andern waren auch Abgesandte von Celle erschienen, die eine Eisenbahn von Celle nach Gifhorn zu erlangen wünschten.

Digitized by Google

auf, daß die Unterhaltung der beiden, trotzdem sie fast eine Stunde dort gesessen, noch immer kein Ende nehmen wollte. Welch' merkwürdige Illustration zu den heftigen Ausfällen Bismarck's gegen die nationalliberale Presse [1])! Durch nichts ließen die beiden sich stören, selbst die Damen, welche in Begleitung des stets galanten Referenten für die Getreidezölle, Geheimen Rat von Tiedemann an das Büffet traten, waren nicht im stande, die Aufmerksamkeit des Kanzlers von Bennigsen abzuziehen.

Als nach 11 Uhr die Gesellschaft sich zerstreut hatte und nur noch ein kleines Häuflein von 25 getreuen Reichs- und Landboten zurückgeblieben war, ließ der Kanzler Tabak und Hofbräu herbeibringen, setzte sich auf das bekannte gemütliche delphische Sofa und jetzt endlich kam die Politik zu ihrem vollen Rechte. Vorher war noch durch den Abgeordneten Richter-Sangerhausen der greise Senior des Abgeordnetenhauses, der 84 jährige Abgeordnete Weusthoff aus Harburg Bismarck vorgestellt worden, worauf er denselben einlud, an seiner Seite Platz zu nehmen.

Plötzlich fiel das Wort „Getreidezoll", und nun sammelte sich der zurückgebliebene Rest der Gäste, um auf die Mitteilungen zu lauschen, die allen früheren Erfahrungen gemäß jetzt folgen mußten. Der Fürst ließ sich in einem längeren Vortrag, in den von seiten der Zuhörer nur kurze Bemerkungen sparsam hingeworfen wurden, über seine zollpolitischen Anschauungen aus. Er bestätigte zunächst, daß er für Roggen 25 Pf., für die übrigen Getreidesorten 50 Pf. auferlegen wolle. Das sei kein Schutzzoll [2]); eine Differenz von diesem Betrag liege zwischen den Marktpreisen von zwei Nachbarstädten, den Verkaufspreisen nebeneinander wohnender Bäcker. Ein solcher Zoll sei ein Finanzzoll. Mit demselben verfolge er aber noch einen besonderen Zweck. Der russische Produzent, der so überaus massenhaft und mit geringen Selbstkosten produziere, werfe große Mengen über unsre Grenze, welche hier unverkäuflich liegen. Dazu verleite namentlich das System der Eisenbahntarife. Ein Quantum von 5000 Wispeln erziele erhebliche Frachtbegünstigungen, von denen die Importeure Gebrauch machen wollten. Das Getreide, welches auf diese Weise ohne Not in das Land hineinkomme, drücke besonders auf den Preis. Sein Zoll solle das bewirken, daß kein Getreide mehr in das Land hineinkomme, dem der Absatz nicht gesichert sei. — Der Reichskanzler verwahrte sich besonders gegen den Vorwurf, daß seine Pläne den armen Mann bedrücken würden; der arme Mann sei heute durch die Steuern auf Salz, Schweinefleisch und Häringe bedrückt. Diese Dinge brauche er neben dem Brot auf das notwendigste.

Ein Mitglied der Tafelrunde warf dazwischen ein, daß für die Konsumenten besser durch Wiederherstellung der Brottaxe, als durch die jetzige Zollfreiheit des Getreides gesorgt wäre. Bismarck nahm diese Bemerkung sofort freudig auf:

---

[1]) Über das Verhältnis Bismarck's zu den Nationalliberalen im Jahre 1878 und die Verhandlungen mit denselben vergl. die „Post" Nr. 57, 81, 100, 147, 176 und 286 vom 17. Februar, 23. März, 11. April (Beilage), 30. Mai, 29. Juni und 26. Oktober 1878.

[2]) Vergl. auch S. 149.

Digitized by Google

„Bringen Sie die Sache nur in Anregung," sagte er. „Wenn Sie dies im Wege der Petition thun, so werde ich dieselbe sofort unterzeichnen." Im übrigen stellte er in Abrede, daß die Einführung von Getreidezöllen zur Verkleinerung des Brotes führen würde. Dies sei nicht der Fall, der Verdienst der Bäcker würde nur geringer sein, und das sei auch nicht schlimm, denn die Bäcker brauche man nur bei den Rockschößen zu fassen, da fallen die Thaler heraus.

Für jeden Ochsen, fuhr der Kanzler fort, halte er einen Zoll von 20 Mark für angemessen, er wiederhole, daß ein solcher Zoll nicht den armen, speckessenden Mann treffen werde. Vermöge seiner ausgedehnten Besitzungen sei er einer der wenigen Minister, die zugleich mit regiert werden: er bekomme daher glücklicherweise unten alle die Fehler zu sehen, die oben gemacht werden. So sei er in Holstein in seinen Fischereiinteressen durch einen Zwiespalt zwischen dem Domänenfiskus und dem landwirtschaftlichen Ministerium arg geschädigt worden. Vom 1. April ab gingen die Domänen auf das landwirtschaftliche Ressort über; er sei neugierig, ob die beiden Abteilungen unter einem Chef sich besser vertragen würden, wobei er seine bekannten Anklagen gegen den Ressortpatriotismus der einzelnen Minister wiederholte. Die Unterhaltung über Fischerei war der Anlaß, daß Bismarck alle die Bäche aufzählte, die in der Mark und Pommern Forellen besitzen; er habe selbst einmal in Varzin eine Forelle von elf Pfund gefangen.

Für die Besteuerung des Branntweins sei er zwar eingenommen; dieselbe drücke aber doch auf den gemeinen Mann, der namentlich bei kaltem und nassem Wetter den Schnaps nicht entbehren könne. Als von einer Seite das Wort „Tabak" fiel, sagte der Reichskanzler: „Ja, ich kenne viele, die keinen Tabak brauchen, namentlich unter den Frauen, aber Schnaps brauchen alle"[1]).

Der zweite Teil der Unterhaltung drehte sich wesentlich um die Eisenbahntarife. Der Fürst gab zu, daß eine große Vereinfachung derselben vor der Hand nicht zu erreichen sein werde; er sei bereit, jeder obwaltenden Verschiedenheit Rechnung zu tragen. Bei teuer gebauten Bahnen mit vielen Brücken und Tunneln müsse die „virtuelle Meile" ihr Recht haben, d. h. eine geringere Strecke müsse für eine Meile gerechnet werden. Auch die Konkurrenzrücksichten mit den Frachtenstellen des Auslandes wollte er nicht ganz ausgeschlossen haben; darauf aber glaubte der Fürst beharren zu müssen, daß das Recht, Tarife festzusetzen, nur der Gesetzgebung zustehen dürfe. Auch Kaiser und Bundesrat sollten Verordnungen nur unter dem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung des Reichstags erlassen[2]).

Der Reichskanzler führte ferner aus, daß die Landwirtschaft besonderer Berücksichtigung bedürfe, da sie die meisten Menschen beschäftige. Er sei stolz

[1]) Über eine Äußerung Bismarck's: „Tabak brauche nicht jedermann zu rauchen, aber seinen Schnaps müsse der gemeine Mann in Norddeutschland haben," vergl. die „Voss. Ztg." vom 5. April 1879, Nr. 97.

[2]) Vergl. 29. März 1879.

Digitized by Google

darauf, durch seine Bauernbriefe mit dem Bauernstand in Verbindung zu stehen und werde die Korrespondenz fortsetzen. Eugen Richter hätte ihm den Vorwurf gemacht, er hätte Bauernbriefe erhalten; darauf werde er ihm noch vom Bundesratstisch antworten. Übrigens berührten ihn diese Vorwürfe nicht, er freue sich vielmehr, mit den Bauern in solche intime Beziehungen getreten zu sein und werde fortfahren, mit ihnen zu korrespondieren. Dem Ansehen der Liberalen habe es auch niemals geschadet, wenn sie intim mit Bauern verkehrten.

In Holstein seien im vorigen Jahre 17 Pächter zu Grunde gegangen, die alle unter relativ günstigen Bedingungen gewirtschaftet hätten. Auch er habe Klage zu führen; zwar könne er sich auf sein Gehalt zurückziehen; aber der Landwirtschaft müsse geholfen werden. Die Seestädte hätten an niedrigen Zöllen ein Interesse; aber der Handel beschäftige verhältnismäßig wenig Arbeiter. Es sei ein vornehmes und achtbares, aber egoistisches Gewerbe. Der Konkurrenz von Amerika, das uns frisches Fleisch, kondensierte Milch und Schmalz liefere, das der Butter ebenbürtig sei, müsse auf dem Wege des Zollschutzes begegnet werden.

Der Eindruck, welchen die Gäste des Kanzlers durch seine Mitteilungen erhielten, war der eines Kampfesmutes, der sich durch die Opposition, welche er gefunden, nicht von seinem weiteren Vorgehen abschrecken ließ. Es war eben Mitternacht, die Gesellschaft wollte sich entfernen, aber der Wirt bat noch zu bleiben. Er hatte soeben sein Glas ausgeschlürft und verlangte noch ein frisches Seidel. Der Diener bringt ihm hiesiges Bier. „Ich wünsche Hofbräu!" — „Durchlaucht, das Faß ist leer." — „Dann lassen Sie das zweite Gebinde anstechen." — „Durchlaucht, das ist auch schon leer." — Die Anwesenden brachen in ein homerisches Gelächter über ihren eigenen Durst aus. — Die erste parlamentarische Soiree war zu Ende, so lustig, wie sie begonnen; denn einigen der in Berlin fremden Landboten, welche noch nie des Kanzlers Gäste gewesen, war ein amüsantes Mißverständnis passiert. Die Wilhelmstraße durchschreitend, sahen sie ein in Lichterglanz strahlendes Haus. Sie traten ein, gaben den Dienern ihre Garderobe und befanden sich zu ihrem Schrecken plötzlich inmitten eines Balles. Vor den strahlenden Toiletten der Damen, die da beim Fürsten Pleß versammelt waren, flüchteten sie und gelangten erst dann in die parlamentarische Gesellschaft.

26. Februar 1879. Der Vorstand des Kongresses Deutscher Landwirte zu Berlin, Ökonomierat Schütze, der Reichstagsabgeordnete Udo Graf zu Stolberg und Freiherr von Thüngen, beim Reichskanzler zu Tisch. Der Fürst drückte den Geladenen hierbei in der wohlwollendsten Weise das zwei Tage vorher bereits im Kongresse deutscher Landwirte vom Geheimen Regierungsrat Tiedemann mitgeteilte Interesse an den Verhandlungen dieses Kongresses noch persönlich aus, so daß diese das Gefühl mit nach Hause nahmen, den Fürsten als eifrigen Förderer der heimischen Landwirtschaft, der festesten Stütze unserer nationalen Größe und Einheit, auf ihrer Seite zu sehen[1]).

[1]) Vergl. den gedruckten Bericht über die Verhandlungen des 10. Kongresses deutscher Landwirte zu Berlin am 24. und 25. Februar 1879 S. 152.

Digitized by Google

28. Februar 1879. 2. parlamentarisches Diner. Zu demselben waren außer dem Vorstand des Reichstags, den Präsidenten, den Schriftführern und Quästoren etwa 15 andre Mitglieder desselben geladen, unter denen vorwiegend die beiden Fraktionen der Rechten erschienen [1]). Zu den Gästen zählten ferner einige zur Zeit in Berlin anwesende, der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer angehörende Grundbesitzer, die sich vorgenommen hatten, den Kanzler in einer Adresse aus Auslaß seiner neuesten Wirtschaftspolitik zu beglückwünschen. Fürst Bismarck lehnte jedoch ab, die Deputation zu empfangen, weil, wie erzählt wurde [2]), den Überbringern derselben ein „Deklarant" sich anschließen wollte. Den letzteren blieben nach wie vor die Salons des Kanzlers verschlossen.

Der Wirt selbst war übrigens nicht ganz wohl; er hatte sich in den letzten Tagen infolge einer Erkältung eine Gesichts-Anschwellung zugezogen, die ihn auch verhindert hatte, dem Leichenbegängnis des Feldmarschalls Grafen von Roon beizuwohnen.

Nach aufgehobenem Diner entfernten sich die meisten der eingeladenen Gäste, darunter auch die Präsidenten von Forckenbeck (welchen der Kanzler eine halbe Stunde lang in ein Gespräch gezogen hatte), Freiherr von Stauffenberg und von Bennigsen. Eine kleine Zahl blieb indessen zurück, die um den Reichskanzler eine Corona bildete. Man kam auf die Zollpolitik zu sprechen und äußerte sich der Reichskanzler u. a. darüber wie folgt: Die Zollpolitik sei mit der Medizin zu vergleichen, es gebe darin keine absolute Wissenschaft [3]). Nur in der Chirurgie habe die medizinische Wissenschaft Erfolge aufzuweisen, die Pathologie sei vollständig stehen geblieben. Wenn ein Patient stirbt, so käme der Arzt nach wenigen Tagen kondolierend zur Familie mit der Bemerkung, daß der Patient nach den Regeln der Wissenschaft noch zehn Jahre hätte gut leben können [4]). So lassen

---

[1]) Unter den Abgeordneten, welche nicht zu dem Büreau gehörten, befanden sich unter andern: von Bennigsen, Graf von Frankenberg, von Boetticher, Freiherr von Minnigerode, von Helldorff, von Seydewitz, Geheimrat Stumm, von Kardorff, Dr. Wehrenpfennig und von Kleist-Retzow. Zu dem Diner führte von Forckenbeck die Fürstin Bismarck, zu deren Rechten der Abgeordnete von Stauffenberg saß. Neben dem Fürsten hatten Dr. Lucius und von Bennigsen ihre Plätze. Nach dem Diner erschienen Fürst Hohenlohe-Langenburg, der vorher zur kaiserlichen Tafel geladen gewesen war, Graf Dürckheim-Monmartin und Kammerherr von Buggenhagen.

[2]) Ich glaube nicht, das dies der Grund war. Bismarck war damals einfach nicht in der Lage, die unzähligen Deputationen, welche ihm aus Anlaß der Tarifreform Adressen überreichen wollten, zu empfangen. Er lehnte darum die Empfänge grundsätzlich ab, und behielt sich vor, einzelne Mitglieder der Deputationen zu Tisch zu ziehen. Vergl. hierüber die „Vossische Zeitung" Nr. 137 vom 16. Mai 1879.

[3]) In der Sitzung des Reichstags vom 2. Mai 1879 sagte Bismarck: „Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt; ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben." Vergl. den Aufsatz: „Der Reichskanzler und die Wissenschaft" in der „Vossischen Zeitung" Nr. 128 vom 7. Mai 1879.

[4]) Die „Magdeburger Zeitung" vom 5. März 1879 gestand zu, daß die Gegenüberstellung der Zollpolitik mit der Medizin geistreich war. „Ist sie aber auch wahr? Das heißt, entspricht sie der thatsächlichen Gestaltung der Entwickelung? Wir erlauben uns hierauf in gemessener und bescheidener Weise mit einem runden „Nein" zu antworten und wir bedauern nur das

Digitized by Google

sich auch in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft keine feste Normen und Gesetze aufstellen. Wäre es nach der Wissenschaft gegangen, so hätte Frankreich unmittelbar nach dem Kriege von 1870/71 verbluten müssen, während es umgekehrt glänzend prosperiert habe, so hätte es England und Deutschland, die beide heute unter der geschäftlichen Krisis zu leiden haben, heute gut gehen müssen. In dem Augenblick, wo Amerika „die Klappe zumachte" und sich vom Freihandelssystem lossagte, sei es ihm besser gegangen. Es sei richtig, daß er sich früher um wirtschaftliche Fragen nicht gekümmert habe, er habe nichts zu antworten gewußt, wenn ihm jemand um den Stand des schwedischen Eisens gefragt hätte. Es erinnerte ihn das an einen Vorfall. Zu Rothschild sei ein Geschäftsmann gekommen mit der Frage: „Wie ist Ihre Ansicht über schwedisches Eisen?" Rothschild habe sich darauf sehr verwundert an einen seiner Kommis gewandt mit der Frage: „Meyer, wie denke ich über schwedisches Eisen?" Von dem Augenblick ab, wo Delbrück ihn verlassen, sei er auf sich allein angewiesen gewesen. Er habe seitdem jede freie Stunde zum Studium der Volkswirtschaft benutzt, und habe sich heute seine bestimmte feste Ansicht und Meinung gebildet. Auch in der Volkswirtschaft gebe es keine feststehenden Normen. Den ihm von fortschrittlicher Seite gemachten Vorwurf des Dilettantismus in wirtschaftlichen Dingen weise er jetzt entschieden zurück [1]).

Eine, daß Rudolf Virchow nicht zu den Genossen des gastlichen Kanzlerhauses gehört. Er hätte sonst gewiß einen sehr berufenen und beredten Anwalt seiner schwer beschuldigten pathologischen Wissenschaft abgegeben. Romea behauptet, wenn die Philosophie keine Julia schaffen könne, so tauge sie nichts. Soll man darum wirklich sofort die ganze spekulative Wissenschaft über Bord werfen, oder soll man das in leidenschaftlicher Aufwallung des Gemüts hingeworfene Wort, das schon von ganz vielen ausgesprochen worden ist, nicht lieber für das nehmen, was es wirklich ist, nämlich für eine Hyperbel? Es ist ja unbestreitbar richtig, daß trotz aller ärztlichen Mühen noch leider Gottes sehr viele Menschen von den mannigfachsten unaufgeklärten Krankheiten hingerafft werden. Ist darin der Vorwurf gegen die Pathologie, gegen die Wissenschaft von dem Wesen der Krankheitsvorgänge begründet? Mit nichten. Aber der souveräne gesunde Menschenverstand behauptet, daß dem so sei, daß die Pathologie keinerlei Fortschritte gemacht habe, und der Fürst Bismarck ist doch unbedingt einer der glänzendsten Vertreter dieses sieghaften gesunden Menschenverstandes! Es mag ja sehr pedantisch sein, den großen schöpferischen Staatsmann auf ein Handbuch der modernen Krankheitslehre verweisen zu wollen — ja mehr noch, es wäre über die Maßen thöricht, von ihm auch nur eine oberflächliche Kenntnis der neuen und neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der pathologischen Forschung zu erwarten. Aber der Kanzler selber hat doch auch neuerdings vor der versammelten Volksvertretung es ausgesprochen, er sei ein Mann, der an Autoritäten glaube, sogar mit zeitweiliger Hintansetzung der eigenen Überzeugung! Und mehr als einmal schon hat es sich ereignet, daß der souveräne, gesunde Menschenverstand trotz seiner natürlichen Schärfe sich der Autorität eines mit allen wissenschaftlichen Hilfsmitteln ausgerüsteten Gelehrtenwissens hat unterwerfen, hat fügen müssen. Gewiß nur ist das Eine, daß die wissenschaftlichen Leistungen, auf welchem Gebiet auch immer, ganz ungeahnte Ausdehnungen nach allen Richtungen hin annehmen, wenn sie von dem zugreifenden, scharfblickenden, gesunden Menschenverstand unterstützt werden. Und da mag denn wohl in der Seele eines für sein zufälliges Fachstudium begeisterten Jüngers der natürliche Wunsch rege werden, daß doch auch einmal ein Kopf von der Struktur unsres Reichskanzlers sich der mißratenen pathologischen Wissenschaft annehmen möchte."

[1]) Das Korrespondenzblatt des deutschen Vereins der Rheinprovinz bemerkt mit Bezug hierauf: „Was haben denn die Nicht-Dilettanten, die großen „Fachmänner" Bamberger, Eugen

Von Delbrück meinte der Reichskanzler, daß dieser ein überaus erfahrener Mann, seine Natur aber eine zu gemäßigte sei, als daß er nicht, wenn er nicht aus dem Reichsdienst ausgetreten, sondern heute noch in demselben thätig wäre, wünschen sollte, daß die Verhältnisse heute anders sich gestaltet wie damals, als er den deutsch-französischen Handelsvertrag abschloß. Damals waren die Freihandelstheorien in der Zunahme begriffen, heute sei es umgekehrt, heute sei der Schutzzoll im Anwachsen. Delbrück[1]) sei seiner ganzen Stellung nach sehr geeignet, im Reichstag vermittelnd einzutreten. Wie die Dinge liegen, würden die gesetzgeberischen Faktoren der neuen Strömung Rechnung tragen müssen. „Meine feststehende Ansicht werden Sie in den Vorlagen widergespiegelt finden, die Ihnen zugehen werden."

Auf die parlamentarischen Verhältnisse übergehend, bemerkte Bismarck, daß der Abgeordnete Eugen Richter ihn fortwährend angreife; dies rühre ihn nicht sehr, wie er sich denn auch vorgenommen habe, Richter nicht mehr zu antworten. Er, der Reichskanzler, müsse es sich gefallen lassen, wenn die Feinde auf ihn schießen, weh thäte es ihm aber, wenn auch die Freunde auf ihn schössen[2]). Sein Gesundheitszustand ertrage die Aufregung des Kampfes nicht und er werde auch nicht auf die heutigen erneuten Beschuldigungen[3]) antworten. Der Fürst sprach dann auch über die Stellung der verschiedenen Parteien zu ihm und legte es namentlich den Nationalliberalen ans Herz, daß es von ihnen un-

---

Richter und wie sie heißen, seit 1874 in ihrem Nachsinnen über die Notlage gefunden? Vielleicht etwas andres, als den grandiosen Trugschluß, daß, weil gewisse andre Nationen mit andern wirtschaftlichen Gesetzen auch in übler Lage wären, unsre Zollgesetzgebung und Steuerpraxis nicht zu tadeln sei? Viel mehr ist es nicht, man müßte denn die ewige Wiederholung des Satzes meinen, daß der Staat am besten thue, wenn er möglichst wenig thue. Wir werden uns lieber entschließen, abzuwarten, was die Projekte des großen Reichskanzlers bieten, wenn sie greifbare Formen haben. Wie oft hat Bismarck die Unfehlbarkeit von sich abgelehnt! Das Reich ist ja nicht auf einen Mann gestellt und der Reichstag bietet edle Elemente genug, die Irrtümer auch in gut gemeinten und durchdachten Vorschlägen herauszufinden. Aber schmähen lassen wir den Fürsten nicht; dafür hat er zu viel für Deutschland gethan!"

[1]) Eine Parallele zwischen Bismarck und Delbrück s. in der „Post" 1879, Nr. 118, S. 2.

[2]) Es lag hierin wohl eine Anspielung auf die Angriffe, welche aus den Reihen der Nationalliberalen während der Verhandlung der wirtschaftlichen Fragen gegen Bismarck erfolgten.

[3]) In der Sitzung des Reichstags vom 28. Februar 1879 hatte der Abgeordnete Eugen Richter den Reichskanzler wegen seiner Wirtschaftspolitik wieder auf das heftigste angegriffen. Fürst Bismarck soll sich über Eugen Richter wie folgt geäußert haben: „Ich verlasse die Sitzung, sobald Herr Richter das Wort ergreift, nicht weil ich mir nicht zutraute, seine Reden zu beantworten, sondern weil der oppositionelle Duft, welcher die ganze Person umgiebt, meine Nerven affiziert, und weil er Satisfaktion für eine Grobheit nur durch gesteigertes Schimpfen zu geben pflegt. Was er sagt ist mir übrigens Wurst im Superlativ; bekehren werde ich ihn nicht, und besiegen wird er mich nicht, und so ist es am besten, wenn wir uns gegenseitig von weitem bewundern." — Über die Parole Richters (anfangs Juli 1879): „Der Kanzler muß aufhören zu regieren, wenn Deutschland zur Ruhe kommen soll," s. die „Post" 1879, Nr. 186 und 197. — Äußerungen eines vornehmen Russen über seine Eindrücke im Reichstag hinsichtlich der Art und Weise des Verkehrs der Oppositionsparteien mit dem Reichskanzler s. die „Post" 1885, Nr. 333.

Digitized by Google

politisch sei, sich in ihren Reden so festzunageln, daß vielleicht ein Kompromiß dadurch unmöglich gemacht würde, indem er dabei wiederholt auch sein Bedauern aussprach, daß er so häufig bei den Parteien, welchen er freundlich sei, keine Unterstützung finde und daher deshalb anderswo suchen müsse.

Auch das berufsmäßige Parlamentariertum kam zur Sprache. Es sei kein Glück für die parlamentarischen Versammlungen, daß eine große Anzahl von Abgeordneten immer wiederkämen, sie würden dadurch viel weniger Vertreter der öffentlichen Meinung, als vielmehr ihrer eigenen Meinung und Interessen. Es sei durchaus wünschenswert, wenn die Berufsabgeordneten weniger zahlreich aufträten und mehr durch frisches Blut ersetzt würden[1]).

Schließlich ließ sich Bismarck noch über die Pest aus. Aus Rußland lauteten die offiziellen Nachrichten günstig[2]), indessen seien andre Kreise dort sehr ängstlich. Er könnte jeden Augenblick die Grenzsperre verfügen, eine solche würde aber unter allen Umständen schwere materielle Schäden im Gefolge haben; er sei auf den allergrößten Tadel in der Öffentlichkeit gefaßt, indessen befinde er sich in der schwierigsten Situation von der Welt. Wenn er jetzt die Grenzsperre dekretierte und es träte keine Gefahr ein, so würde es heißen, die Regierung thue zu viel; wenn er sich dazu verstände, den offiziellen Mitteilungen ausschließlich Glauben zu schenken und danach verfahre, und es würden sich neue Pestfälle zeigen, so würde man wieder sagen, der Reichskanzler thäte zu wenig[3]). Gegen 9 Uhr abends trennte sich die Gesellschaft.

Die vorhin an die Adresse der Nationalliberalen gerichtete Warnung giebt mir Anlaß, mit einigen Worten des Umschwungs zu gedenken, der in dem Verhältnis Bismarck's zu dieser Partei[4]) eingetreten war. Im Sommer 1877 stand die liberale Ära noch in höchster Blüte; 1878 krieselte es schon bedenklich, und es gab an allen Ecken versteckte Opposition; die Zolltarifreform von 1879 schlug endlich dem Faß den Boden aus und brachte einen großen Teil der Nationalliberalen, darunter die Führer Lasker, Forckenbeck und Stauffenberg, in die offene Opposition[5]).

---

[1]) Eine Charakteristik des Berufsparlamentariers findet sich in der Reichstagsrede Bismarck's vom 5. Mai 1881.

[2]) Über die russischerseits angeordneten Vorsichtsmaßregeln s. die „Post" Nr. 42 vom 12. Februar 1879.

[3]) Der Reichskanzler begnügte sich, unterm 29. Januar bezw. 8. April eine Verordnung wegen Beschränkung der Einfuhr gewisser, die Ansteckung vermittelnder Gegenstände aus Rußland (Reichs-Gesetzbl. 1879, S. 3 und 125) und unterm 2. resp. 3. Februar eine Verordnung wegen der Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden (Reichs-Gesetzbl. 1879, S. 9 und 10) zu erlassen.

[4]) Vergl. den Artikel der „Post" 1879, Nr. 180 (Späte Erkenntnis).

[5]) Zu vergleichen die „Post" 1879, Nr. 171 (Kritik der ungeschickten Haltung der Nationalliberalen gegenüber Bismarck), Nr. 172 (Kritik Lasker's und seines Gesamtverhaltens im Reichstag gegenüber Bismarck; ein förmliches Sündenregister desselben), Nr. 179 (die nationalliberale Agitation und der Reichskanzler nach der „Prov. Korrespondenz"), Nr. 191 (pessimistische Betrachtungen der Tagespresse nach der Zollkampagne), Nr. 205 (keine systematische Opposition, keine Antikornliga), Nr. 200 (die nationalliberale Partei in der Opposition, Grenzbotenartikel).

Digitized by Google

Karl Braun hat einmal das Verhältnis Bismarck's zu den Nationalliberalen mit einer Ehe verglichen, die keine glückliche war: „Wenn es ein Märchen wäre, — bemerkte er, — würde man's also erzählen:

Er und Sie: Sie, die Partei meinen wir, liebte Ihn anfangs von Herzen. Hatte Er ja doch 1866 stürmisch und hochgemut um Sie geworben und Sie 1867 mit den wertvollsten Hochzeitsgeschenken erfreut. Auch dauerten die Flitterwochen außerordentlich lange, beinahe drei Jahre. Aber sie paßten doch nicht in allem so recht zu einander. Sie war im ledigen Stande schon etwas alt geworden. Sie hatte sich lange Jahre hindurch vergeblich nach Verwirklichung ihrer Ideale gesehnt und darüber die erste Frische der Jugend verloren. Nicht minder jene elastische Schmiegsamkeit, welche jungen Frauen so gut läßt. Kurz, Sie war ein wenig verknöchert. Auch hatte Sie sehr viel studiert; und das trägt nicht immer dazu bei, die Liebenswürdigkeit zu erhöhen. Allein er hatte auch seine Fehler. Er war ein Mann von hohen Gaben und Gnaden, nur mit einer war Er bei der Verteilung zu kurz gekommen, mit der Geduld. Wie Er im Kampfe da draußen, „im feindlichen Leben", durch reckenhafte Thaten und mächtige, klug ausgesonnene, überraschende Züge das Ziel zu erreichen gewohnt war, so gedachte Er es auch im Hause zu halten. Um das, was Er „Kleinigkeiten" nannte, pflegte Er sich nicht zu kümmern. Auch fragte Er nicht viel danach, ob das Haushaltungsgeld langte. Sie aber war der Meinung, man müßte sich nach der Decke strecken, in Haushaltungsangelegenheiten seien oft die Kleinigkeiten die Hauptsache, und wer von der Hauswirtschaft und von der Kochkunst insonderheit nichts verstehe, der soll sich nicht darein mischen und es sachkundiger Hand überlassen. So gab es zuweilen ein kleines Gewitter, allein es pflegte dann wieder Sonnenschein darauf zu folgen. Es wäre auch alles beim alten geblieben, wenn sich nicht Zwischenträger hineingemengt hätten, teils offene Feinde, teils falsche Freunde von Ihr. Zuletzt machte man einen Sühneversuch. Es sollte biegen oder brechen; und es brach.

Es ging 1878, wie Heinrich Heine schier ein halbes Jahrhundert früher gesungen:

„Doch böse Zungen zischelten Zwiespalt,
Und es trennte sich feindlich
Das hohe, leuchtende Eh'paar.
Böse, zischelnde Zungen
Brachten also Schmerz und Verderben
Selbst über Götter."

1. März 1879. 2. parlamentarische Soiree[1]). Alle Fraktionen des Reichstags waren vertreten, auch die Fortschrittspartei und das Centrum durch

[1]) Anwesend waren gegen 200 Personen, darunter die Minister Dr. Friedenthal, Hofmann, ferner Graf Bethusy-Huc mit Frau, Töchtern und seinem zukünftigen Schwiegersohn Lieutenant von Witzleben-Normann, Freiherr von Spitzemberg, Herr von Prollius, Geheimer Rat Stumm, von Kufferow, A. von Werner, von Schrader-Bliestorf, von Bethmann-Hollweg, von Helldorff, Geh. Legationsrat Busch. Die Honneurs machten die Grafen Herbert und Wilhelm von Bismarck und der Geh. Regierungsrat von Tiedemann. Dem vortrefflichen Hofbräuhausbier wurde tüchtig zugesprochen.

Digitized by Google

einige Mitglieder, das Präsidium durch den Vize-Präsidenten Freiherrn von Stauffenberg, der bis jetzt wegen eigener Krankheit und aus Anlaß des Todes seines Bruders allen Festlichkeiten fern geblieben war.

Auffällig wurde die fast einstündige Konversation bemerkt, welche der Reichskanzler mit dem nationalliberalen Abgeordneten, Generaladvokat von Puttkamer aus Colmar führte. Die Unterhaltung drehte sich um die elsaß-lothringische Frage [1]), welcher der Reichskanzler jetzt sein ganz besonderes Interesse zuwandte; Herr von Puttkamer war schon mehrfach vom Reichskanzler in dieser Frage um Rat angegangen worden. Auf der Soiree wurde mehrfach davon gesprochen, daß derselbe Chancen habe, Nachfolger des Bezirkspräsidenten von Ernsthausen in Colmar zu werden, dessen Ernennung zum Oberpräsidenten von Westpreußen unmittelbar bevorstand [2]). Der Reichskanzler plauderte mit Vorliebe über die elsässische Frage. Es war ihm zu Ohren gekommen, daß der Kronprinz auf dem bei ihm in voriger Woche stattgehabten Diner von einigen Abgeordneten die Mitteilung erhalten hatte, daß bei den letzten Reichstagswahlen in Straßburg Plakate an den Ecken angeschlagen worden waren, in denen die eingewanderten Deutschen zur Wahl für den Kandidaten der Protestler aufforderten. — Den Reichskanzler äußerte sich dahin, daß er bereit sei, die im vorigen Jahr an den Kaiser gemachte Eingabe wegen Einsetzung einer Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen zu wiederholen, falls dafür sich die Mehrheit der Reichslande aussprechen sollte. Es verlautete, daß der Kronprinz gern einige Monate in Straßburg residieren würde, aber der Kaiser wünschte lebhaft, daß sein Sohn, der Thronerbe, sich nicht von seiner Seite entferne. Bekannt wurde auf der Soiree, daß die Protestler und Klerikalen gegen das Projekt der Statthalterschaft durch den Kronprinzen auf das lebhafteste zu opponieren beabsichtigten, indem sie von keiner Hofhaltung in Straßburg und von keiner Gewährung einer Civilliste auf Landeskosten etwas wissen wollten. Der Reichskanzler erkundigte sich, welchen Gang die elsässischen Angelegenheiten im Reichstag bisher genommen hatten, und als er erfuhr, daß der Antrag der Autonomisten die Unterstützung aller Fraktionen mit Ausnahme des Zentrums gefunden, erwiederte er, er halte die Sache, in welcher die Initiative von den Elsässern aus dem Reichstag auszugehen habe, für ernst; der Reichstag müsse die Sache in eingehende Erwägung ziehen. Es sei erstaunlich, wie wenig Verständnis hier die Leute für elsässische Angelegenheit hätten. Die Hauptsache sei jetzt, eine geordnete Regierung für Elsaß herzustellen und eine Spitze zu schaffen; die detaillierte Organisation der Räderwerke werde nicht so schwierig sein. Wenn man nur ein Prinzip habe, dann komme das andre schon von selbst; wollte man jetzt mit Details beginnen, so würde man nicht vorwärts kommen. Durch die bevorstehenden Reichstagsdebatten sollten die Mängel in der Organisation der Reichslande aufgedeckt werden. „Wenn einmal die Regierung der Reichslande in Straßburg ist, dann wird es Sache des Landes-

[1]) Am 26. Februar 1879 stellten die Abgeordneten Schneegans, North und Genossen den Antrag, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte.

[2]) Er erhielt später eine andre Verwendung; vergl. unter 17. Mai 1879.

Digitized by Google

ausschusses sein, die weiteren Wege der Organisation in Gemeinschaft mit der Reichsregierung anzubahnen."

Später konversierte der Kanzler in derselben Angelegenheit auch mit dem Abgeordneten Schneegans und sprach die Hoffnung aus, daß sich der Landesausschuß in einer die Reichsinteressen wahrenden Weise schlüssig machen werde[1]).

An dem bekannten Stammtisch bei Bier und Cigarren blieben dieses Mal nur wenige Reichsboten versammelt; das Gesprächsthema bildeten die wirtschaftlichen Fragen.

Die Schriftstellerwelt war durch Paul Lindau vertreten, welcher dem Kanzler, der sich dann einige Zeit mit ihm unterhielt, durch den Grafen Herbert Bismarck vorgestellt wurde. Die letzten Gäste verließen gegen Mitternacht das Palais.

8. März 1879. 3. parlamentarische Soiree[2]). Auf die Stimmung der Gäste drückte das heftige Rencontre, das Bismarck an demselben Tage im Reichstag gehabt hatte. Aus Anlaß der Haltung Lasker's bei Beratung des Seuchengesetzes verbat sich Bismarck die Art dieses Abgeordneten, ihm belehrende Verweise zu geben.

Die Soiree trat in ihrer Bedeutung gegen die früheren insofern zurück, als Fürst Bismarck nicht in dem Umfang informatorische Gespräche mit seinen Gästen führte, wie zu einer Zeit, da er noch nicht an den Debatten des Hauses teilnahm.

Er war aber trotz der im Reichstag wenige Stunden zuvor stattgehabten Scene in überaus freundlicher Laune und unterhielt sich mit dem Präsidenten von Forckenbeck und dem Schriftführer Dr. Weigel fast eine Stunde lang. Es handelte sich um den der Geschäftsordnungskommission überwiesenen Gesetz-Entwurf, betreffend die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder[3]),

---

[1]) Wegen der weiteren Entwickelung dieser Frage s. unten 3. Mai 1879.

[2]) Dieselbe war etwas weniger als die vorhergehenden besucht. Anwesend waren u. a.: der Vize-Präsident des Staatsministeriums Graf Stolberg-Wernigerode, die Minister Hofmann, Dr. Friedenthal, Graf Eulenburg, Maybach, Delbrück, der Generalpostmeister Dr. Stephan, Staatssekretär Dr. Friedberg, der erste Präsident des Reichstags von Forckenbeck und der zweite Vize-Präsident Dr. Lucius, von Bennigsen, Geheimrat Stumm, von Bethmann-Hohenfinow, von Schrader-Bliestorf, von Jerin, von Wedell-Malchow, von König, der Flügeladjutant des Königs von Württemberg von Sick, eine junge, bildschöne Amerikanerin, Frau Gerlin, und viele Mitglieder der deutschen Reichspartei und der deutsch-konservativen Partei; die nationalliberale war etwas schwächer als sonst, die Fortschrittspartei kaum, die Kunst durch Direktor A. von Werner, die Presse durch den Redakteur der „Post" Dr. Kayßler vertreten. Die Straße vor dem Palais des Kanzlers war durch eine große Anzahl berittener und Fuß-Schutzmänner, die Räume des Vorhofs und des Vestibuls durch Geheimpolizisten besetzt.

[3]) Der Gesetz-Entwurf (Drucks. Nr. 15 des Reichstags) war vom Reichskanzler am 12. Februar 1879 dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Bei der zweiten Beratung am 7. März 1879 war der Antrag des Abgeordneten Freiherrn Schenk von Stauffenberg: für den Fall der Ablehnung des Gesetz-Entwurfs der Geschäftsordnungs-Kommission den Auftrag zu erteilen, unter Vorsitz des Präsidenten des Reichstags die Frage, ob Änderungen der Geschäftsordnung notwendig seien, zu prüfen, und im Bejahungsfalle formulierte Vorschläge an das Haus zu bringen (Drucks. Nr. 44), angenommen worden. (Stenogr. Berichte S. 326.) Vergl. auch unten 15. März 1879.

Digitized by Google

für welchen Fürst Bismarck ein besonderes lebhaftes Interesse an den Tag legte[1]).

Bald nach zehn Uhr begab sich die Gesellschaft an die Buffets, Fürst Bismarck ließ sich an einem Tisch nieder, an welchem eine kleine Anzahl von Herren, u. a. Freiherr von Marschall und Staehlin, vorübergehend auch die Herren von König und Bernards Platz genommen hatten, und verweilte dort längere Zeit in lebhaftem Gespräch. Er wiederholte seine Absicht, der Landwirtschaft durch ausreichende Getreidezölle denselben Schutz angedeihen zu lassen, den die Industrie wohl oder übel erhalten muß. Nach seiner Auffassung sei kein Grund vorhanden, die Kornhändler auf Kosten der inländischen Getreideproduktion zu bevorzugen.

Der Reichskanzler suchte sich sodann bei einigen süddeutschen Abgeordneten über den Stand der wirtschaftlichen Frage in ihren Wahlkreisen zu informieren. Es handelte sich namentlich um Mitteilungen, welche sich auf den wegen der Viehseuche vielfach verhinderten Export deutschen Schlachtviehs bezogen. Auch über die in Süddeutschland bezüglich der Kornzölle herrschende Stimmung wünschte er Aufschluß.

Einer aus der Corona brachte die Frage der Abrüstung zur Sprache, wozu der Abgeordnete von Bühler einen Antrag im Reichstag eingebracht hatte[2]). Bismarck erklärte von Bühler's Antrag als für Deutschland unerfüllbar; wenigstens könne Deutschland, seiner Lage wegen, nicht damit anfangen. Es sei zwar sehr günstig für Durchgangszölle (Heiterkeit) gelegen, im übrigen aber sei es in der unangenehmen Position, stets nach vier Seiten Front machen zu müssen und keinem seiner Nachbarn unbedingt vertrauen zu können.

---

[1]) Privatim hatte der Reichskanzler sich dahin geäußert, daß es ihm vollständig gleichgültig sei, ob seine Vorlage über die Strafgewalt des Reichstags ganz, teilweise oder gar nicht angenommen werde. Er glaube dem Reichstag und sonst niemandem mit der Anregung der Sache einen Dienst erwiesen zu haben, und könne ruhig abwarten, ob der Reichstag die ansehnliche und mächtige Stellung, welche ihm durch die gesetzliche Begründung des Jurisdiktionrechts über seine Mitglieder bereitet werde, annehmbar finde oder nicht. Daß sich der Reichstag auf dem Wege der Geschäfts-Ordnung und ohne einen Akt der Gesetzgebung über die Schwierigkeiten hinweghelfen könne, welche der Mangel des Jurisdiktionsrechts mit sich bringt, sei nicht wahrscheinlich, und der Versuch im Falle der Ablehnung einer legislativen Vorlage abzuwarten. Für jetzt sei dringlich, die Verbreitung von Brandreden der sozialistischen Abgeordneten zu hindern, wenn man nicht die bisherigen günstigen Wirkungen des Sozialistengesetzes lähmen wolle. Mit einer Vorsorge gegen diesen augenblicklichen Übelstand habe der Reichstag aber noch keine hinreichende Ausrüstung, um seine Würde gegen die Ausschreitungen einzelner zu wahren. Empfinde die Mehrheit das Bedürfnis dazu jetzt noch nicht, so habe er wenigstens mit einer dahin zielenden Vorlage, wenn der Reichstag sie ablehnt, seine Pflicht gethan und seine sowie die verbündeten Regierungen Verantwortlichkeit gewahrt. Er selbst habe zu der Majorität der Volksvertretung ein besseres Vertrauen als die Stimmen der liberalen Presse bisher an den Tag legen.

[2]) Derselbe lautete: „Der Reichstag wolle beschließen: den Fürsten Reichskanzler zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongreß zum Zweck der Herbeiführung einer wirksamen allgemeinen Abrüstung, etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere, für die Dauer von vorläufig 10 bis 15 Jahren zu veranlassen."

Digitized by Google

Der Reichskanzler unterhielt sich dann noch über forstkulturliche Gegenstände, bei welcher Gelegenheit er auf die Naturgeschichte der Eiche, Buche und Linde zu sprechen kam. Auch die Waldkulturen in Varzin wurden eingehend behandelt, namentlich sprach sich Fürst Bismarck sehr energisch gegen den ihm gemachten Vorwurf der Waldverwüstung aus.

Wiederum wurde viel von Gerüchten über die Auflösung des Reichstags gesprochen. Ein anwesender Staatsmann bemerkte lakonisch: „Die Ära der Überraschungen ist noch lange nicht zu Ende."

Die Nachricht, daß die Reichsregierung demnächst mit einem Plan wegen Einrichtung eines Parlamentsgebäudes hervortreten werde, wurde von den Abgeordneten mit Genugthuung aufgenommen.

Es entspann sich noch eine Zahl wirklicher Konversationen. Unter andern erzählte jemand eine Anekdote von einem Sachsen, der vor Gericht stand und gefragt wurde, ob er auch immer richtig geschworen habe. „Mehrschtendeels", war die Antwort. Bismarck äußerte sich über den sächsischen Volksstamm in sehr sympathischer Weise, meinte aber, derselbe sei in industriellen Dingen etwas unpraktisch. Als ein sächsischer Reichsbote dagegen protestieren wollte, rief er ihm zu: „Wenigstens mehrschtendeels," was natürlich viel Heiterkeit verursachte[1]).

15. März 1879. 4. parlamentarische Soiree. Die Versammlung war nicht so zahlreich wie in der früheren Soiree. Die Führer der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei fehlten. Vom Centrum waren drei Mitglieder anwesend, während die Konservativen zahlreich vertreten waren[2]).

Die Soiree entbehrte dieses Mal des Reizes, den Reichskanzler inmitten eines größeren Kreises von Abgeordneten über schwebende Fragen seine Meinung

[1]) Das Souper für die anwesenden Damen wurde später serviert. Nach Aufhebung desselben begaben sich die Damen in den größeren Saal zurück, wo auch Fürst Bismarck an der Unterhaltung noch eine kurze Zeit teilnahm. Die letzten Gäste verließen nach 12 Uhr das Haus.

[2]) Außer dem Präsidenten von Forckenbeck bemerkte man von den Nationalliberalen u. a. von Benda, Dr. Völk, von Unruh, die beiden Baehr, Jordan; von den Konservativen und der Reichspartei von Helldorff, von Kleist, Graf Bethusy-Huc, Stumm, von Varnbüler, von Boetticher, Graf Ferdinand Frankenberg; vom Centrum Bernards, Pfafferott und Freiherr von Soden, ferner Schneegans und Herrn von Bühler. Außerdem befanden sich unter den Anwesenden der Vize-Präsident des Staatsministeriums Graf Stolberg-Wernigerode, Fürst Pleß, die Minister Hofmann, Dr. Falk, Dr. Friedenthal, Graf Eulenburg, Maybach, Hobrecht, die Staatssekretäre von Bülow und Dr. Friedberg, der Wirkliche Geheime Rat von Philipsborn, der Generalpostmeister Dr. Stephan, der Hofmarschall Graf Eulenburg und der Introdukteur des Ambassadeurs von Rheder, Graf Guido Henckel von Donnersmarck, Generallieutenant von Voigts-Rhetz, Vize-Admiral Henk, der Flügel-Adjutant des Kaisers von Lindequist, der Hauptmann im Generalstab Graf Keller, der württembergische Gesandte von Spitzemberg, Herr von Batocki, Geheimer Legationsrat Busch, Oberstlieutenant z. D. Heinrich von Blankenburg, Direktor A. von Werner, Prediger Forberg, von der Presse Dr. Lindau, der Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Pindter, derjenige der „Post" Dr. Kayßler, der hiesige Korrespondent der „Daily News" und derjenige der „Schlesischen Zeitung" Ludwig Pietsch. Gegen 11 Uhr schritt man unter Führung des Geheimen Rats von Tiedemann und der Söhne des Kanzlers ans Buffet. Der Reichskanzler führte zu dem Souper die Frau Gräfin Stolberg.

Digitized by Google

aussprechen zu hören. Allerdings nahm er am Buffet Platz zwischen dem Präsidenten von Forckenbeck, dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg und dem Abgeordneten Dr. Völk; über die brennende Frage der Zoll- und Steuergesetzgebung im Reich äußerte er sich aber an dieser Stelle nicht. Dafür unterhielt er sich sehr eingehend mit dem Präsidenten von Forckenbeck über die Geschäftslage des Reichstags; es konnte dem Kanzler mitgeteilt werden, daß infolge seiner Anregung wegen Herbeiführung einer strengeren Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder[1]) die Geschäftsordnungs-Kommission am Dienstag zur Prüfung der Frage der Änderung der Geschäftsordnung zusammentreten werde.

Den Abgeordneten Fürst Hohenlohe-Langenburg und Völk gegenüber erging sich Bismarck in Erzählungen über Jagdabenteuer, namentlich in Rußland auf der Jagd nach Bären, Wölfen und Elchen. Auch der niederen Jagd wurde gedacht und namentlich des weißen Storches im Gegensatz zum schwarzen als eines sehr gefährlichen Hühnerfeindes. Dieses Thema war durch das am Morgen im Reichstag verhandelte Vogelschutzgesetz nahe gelegt und stand somit im Zusammenhang mit den Tagesbegebenheiten. Gegenüber dieser Bemerkung wurde in der Soiree eines Ausspruchs gedacht, der am Morgen einem Redner des Centrums im Hals stecken geblieben war: daß nämlich die klerikalen Kinder durch schwarze Störche gebracht würden.

Die Autorität auf dem Gebiete des Gambrinus, Abgeordneter Völk, wurde über den „Heurigen" vom Reichskanzler interpelliert.

Im gelegentlichen Verkehr mit einzelnen Abgeordneten fielen noch manche bemerkenswerte Äußerungen. So äußerte Bismarck gegenüber einem der Nationalökonomen des Reichstags, daß die Zusammensetzung des Parlaments zu der Hoffnung berechtige, die Majorität werde nicht bei der Beratung der Vorlagen die Finanzzölle von den Industriezöllen trennen und so in einen taktischen Fehler verfallen, der leicht zur Folge haben könnte, daß jede Partei einzeln in der Minorität bliebe.

Mit Unrecht werde ihm die Absicht zugeschrieben, den Reichstag aufzulösen. Und warum sollte er auch dazu schreiten, da es kaum noch zweifelhaft sei, daß er auch mit diesem Reichstag seine Zoll- und Steuerpolitik im wesentlichen durchsetzen könne? Selbst gegen einen mäßigen Getreidezoll könnten die freihändlerisch gesinnten Abgeordneten keine sichere Mehrheit zusammenrechnen. Antwortete doch ein Abgeordneter, der bis dahin von Kornzöllen nichts hatte wissen wollen, auf die Frage nach seiner Abstimmung: „Ich kann für mich nicht mehr einstehen!" [2]).

Mit dem Abgeordneten Hölder wechselte Bismarck einige Worte und vertraute ihm an, daß er sich durch diplomatische Vermittelung in München das

[1]) Vergl. S. 163. Die Kommission trat auch zusammen, und es wurde in ihrem Schoße eine große Zahl von Anträgen gestellt. Bis zu einer Beratung im Plenum gedieh aber die Sache nicht. Sie war in Reichstagskreisen zu unpopulär.

[2]) Gegen 11 $\frac{1}{2}$ Uhr schon verließen die Gäste das Palais des Kanzlers.

Digitized by Google

bestmögliche Bier verschafft habe. Es war aus dem Hofbräuhaus und mundete allen vortrefflich.

29. März 1879. 5. parlamentarische Soiree. Bis zum letzten Augenblick hatte man geschwankt, ob die Soiree infolge der Trauer, welche das Königliche Haus betroffen hatte[1]), abbestellt werden sollte; da aber diese Zusammenkünfte vorwiegend den Charakter des Geschäftlichen trugen, glaubte man davon absehen zu dürfen.

Infolge des Trauerfalls waren, außer der Fürstin und der Gräfin Rantzau, nur wenige Damen erschienen, alle in tiefer Trauer. Sonst gestaltete sich die Soiree zu einer der belebtesten der Saison[2]).

Der Reichstag hatte viele Nationalliberale und Konservative entsendet[3]). Aus der Künstlerwelt waren die beiden Persönlichkeiten geladen, die in diesem Augenblick am meisten mit dem Namen Bismarck genannt wurden: der Bildhauer Schaper, dessen Bismarck-Statue in Köln am 1. April enthüllt werden sollte, und der Professor Franz von Lenbach aus München, der eben an einem Porträt des Reichskanzlers arbeitete[4]).

Der Reichskanzler war besonders aufgelegt; die ihm aus London von seinem englischen Kollegen Lord Beaconsfield zu teil gewordene „Zustimmungsadresse" zu seinem Zollprogramm hatte ihn in eine animierte Stimmung versetzt. Er führte die Reichsboten selbst an das Buffet und bezeichnete das verzapfte Gebräu als so vorzüglich, wie er es kaum jemals seinen Gästen habe darbieten können, nämlich köstliches „Berliner Bockbier" neben „Münchner Hofbräu" und „Salvatorbier". Der Reichskanzler bat, dem Bier gut zuzusprechen, da der Rest morgen nicht mehr zu genießen sei. Die Gesellschaft ließ sich dies nicht zweimal sagen, und verteilte sich in verschiedenen Gruppen, teils im Wintergarten, teils im Saal.

In diesem Kreise wurden Anekdoten erzählt; so u. a. die, wie der frühere Präsident des Reichstags einmal geäußert, er könne nicht früher einschlafen, als bis er elf Seiten Goethe gelesen, worauf der Abgeordnete Völk erwiderte, er könne auch nicht einschlafen, wenn er nicht vorher fünfzehn Seidel Bier getrunken.

---

[1]) Prinz Waldemar, Sohn Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen, war an der Diphtheritis gestorben.

[2]) Unter den Herren bemerkte man den Feldmarschall Grafen Moltke, den Staatsminister Delbrück, den Staatsminister von Bülow, den Ministerialdirektor Philipsborn, eine große Anzahl von Räten, u. a. Lothar Bucher, die Minister Hobrecht, Kameke, Friedenthal, Hofmann und Maybach, Generalpostmeister Stephan, viele Bundesratsmitglieder und Reichsbeamte, den württembergischen und bayerischen Militärbevollmächtigten von Fabre du Faur und von Xylander, eine Anzahl Garde-Dragoner- und Kürassier-Offiziere.

[3]) Darunter von Stauffenberg, von Bennigsen, Weigel, Blum, Völk, Lucius, Graf Bethusy, von Kleist-Retzow, Freiherr von Marschall, und vom Centrum Bernards und Forcade de Biaix. Präsident von Forckenbeck hatte sein Ausbleiben durch Kopfweh entschuldigt.

[4]) Aus der Berliner Schriftstellerwelt war wiederum Paul Lindau eingeladen; neben ihm war die Presse durch Mr. Herbert Tuttle, den Korrespondenten der Londoner „Daily News" vertreten.

Digitized by Google

Die Geschichte erregte viel Heiterkeit. Völk bestritt die Richtigkeit derselben, worauf jemand aus der Gesellschaft behauptete, daß die Frage, betreffend die Anzahl der vom Abgeordneten Völk zu vertilgenden Seidel vor dem Schlafengehen eine Kontroverse sei, und heute nicht zur Entscheidung gelangen könne.

Noch wurde des neulich vom Abgeordneten von Bühler gestellten Abrüstungsantrags[1]) Erwähnung gethan. Als zuerst der Reichskanzler diesen Antrag eingehändigt erhielt, hatte er bemerkt, daß das ein sehr schöner Gedanke sei, wenn nur erst eine der andern Mächte den Anfang mit der Abrüstung machen wollte. „Das Geld für die Militärausgaben könnten wir schon gebrauchen," setzte der Reichskanzler hinzu, „namentlich um unsre Unterbeamten besser zu dotieren." Der Reichskanzler ließ durchblicken, daß dies eine der ersten Aufgaben der Regierung sein werde, wenn sie sich im Besitz der nötigen Reichseinnahmen befinden werde, und es schien, als wollte der Reichskanzler andeuten, daß infolge der ungenügenden Gehaltsverhältnisse eine Anzahl solcher Beamten bis vor kurzem für die Kandidaten der Sozialdemokratie gestimmt hätte.

Nicht wenig fiel die lange Unterredung zwischen Herrn von Kleist-Retzow und dem Präsidenten von Bennigsen auf. Der Reichskanzler beobachtete die Gruppe einige Zeit und machte ihr gegenüber die scherzhafte Bemerkung: „Man lese es an ihren Gesichtern ab, daß jeder den andern halb überzeugt zu haben glaube." —

Nachdem die Herren den Büffetsaal verlassen, um den Damen Platz zu machen, traten diese, geführt von ihren Kavalieren, dort ein. Der Reichskanzler und seine beiden Söhne forderten die Reichsboten auf, an der Tafel der Damen Platz zu nehmen. Hier, an längs der Wand stehenden kleinen Tafeln entwickelte sich nun eine lebhafte Konversation. Der Reichskanzler begab sich nach dem großen Saal, die Corona in bunter Reihe, bestehend aus Staasmännern wie Graf Otto Stolberg, Künstlern, Reichsboten aller Fraktionen, konstituierte sich. Man reichte Cigarren herum, die Kufe kam wieder zu ihrem Recht und der Reichskanzler zündete sich die lange Pfeife an. Fürst Bismarck war in bester Laune; er berührte u. a. das Thema, ob man nicht die englische Parlamentssitte auch bei uns einführen solle, erst nach dem Diner die Parlamentssitzungen abzuhalten. Der Vormittag und Mittag müsse zur vollen Muße für die Arbeit und Vorbereitung freigelassen werden, das Anhören und Redehalten seien Geistesarbeiten zweiten Grades. Er glaube nicht, daß in nach dem Diner abzuhaltenden Parlamentssitzungen jede Leidenschaft der Debatte ausgeschlossen bleibe; die wolle er auch nicht ausgeschlossen wissen, ebensowenig wie die Ungeduld. Nach dem Diner würde sich aber bei der Diskussion eine gesunde Leidenschaft entwickeln, und es würden sich auch die Parteien besser untereinander vertragen. Das Verdrießliche, Erregtere, die Verstimmung, welche die Debatten am Vor- und Nachmittag an sich tragen, würde nicht Platz greifen, der ganze Ton würde ein

[1]) Vergl. S. 164. Wegen des Dementis des Briefes des Fürsten Bismarck an den italienischen Senator Jacini in der Abrüstungsfrage s. die „Post" 1879, Nr. 357.

Digitized by Google

coulanterer sein und dadurch auch das Verhältnis der Regierung zu den einzelnen Parteien ein besseres werden.

In besonders guter Laune war der Generalpostmeister Dr. Stephan trotz des kleinen Echecs vom letzten Freitag im Reichstag[1]). Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das von ihm ausgearbeitete Gesetz über das Gütertarifwesen[2]) doch schließlich in seinen Hauptprinzipien zur Annahme gelangen werde. Auch Fürst Bismarck besprach den Zwischenfall im Reichstag und meinte, daß die Frage: ob die dem Generalpostmeister vom Vize-Präsidenten von Stauffenberg zu teil gewordene Rüge zulässig sei und ob eine solche dem Präsidenten zustehe, nach eingenommenem Diner viel milder zu beurteilen sei, als vor Tisch.

Es wurde bemerkt, wie der Reichskanzler im Vorbeigehen dem Abgeordneten Schneegans herzlich die Hand drückte und ihm versicherte, daß sie beide natürliche Verbündete seien und dieselben Aufgaben in den Reichslanden zu erfüllen hätten. Wenige Schritte davon sah man den Unterstaatssekretär Herzog sehr vergnügt darüber, daß in der Sitzung des Reichstags vom 29. März der Antrag des Abgeordneten Reichensperger wegen der Fassade des Straßburger Universitätsgebäudes[3]) abgelehnt worden war. In animierter Stimmung trennte sich die Gesellschaft; die letzten Gäste verließen erst nach 1 Uhr das Palais des Reichskanzlers, bei dessen Bockbier und Salvator wirklich die Nagelprobe gemacht worden war.

3. Mai 1879. 6. parlamentarische Soiree. Nachdem mittags ein Diner außer den Familienmitgliedern den Geheimen Rat von Böttcher, Mitglied der Tarifkommission für Sachsen, und die Abgeordneten Berger (Witten) und Frhr. von Ow [Freudenstadt) beim Fürsten Bismarck vereinigt hatte, öffneten

---

[1]) Dr. Stephan hatte eine Beschwerde des Abgeordneten Liebknecht wegen Verletzung des Briefgeheimnisses energisch zurückgewiesen, und am Schlusse bemerkt: Calumniare audacter semper aliquid haeret. Darauf bemerkte der Vize-Präsident Freiherr Schenk von Stauffenberg: „Ich muß annehmen, daß sich das nicht auf Dinge bezieht, die im Hause vorgekommen sind, denn ich würde das sonst nicht ungerügt durchgehen lassen können." Vergl. die stenographischen Berichte der 28. Sitzung des Reichstags am 28. März 1879, S. 709. — „La Révolution française" veröffentlicht einige Stellen aus einem Schreiben Liebknecht's, worin er sagt: Fürst Bismarck arbeite für die Sozialdemokratie.

[2]) Das Interesse des Kanzlers an dem Zustandekommen des Gesetzes war so groß, daß derselbe am Tage, da unsre Soiree stattfand (29. März 1879), persönlich den Vorsitz in der Plenarsitzung des Bundesrats übernahm, auf deren Tagesordnung die Frage stand. Der Reichskanzler trat hier mit großer Wärme für die reichsgesetzliche Regelung dieser Frage ein, und zwar unter näherer Darlegung der Gesichtspunkte, welche in seinen beiden Anschreiben an den Bundesrat über die Materie entwickelt waren. Er verbreitete sich sodann über die geschäftliche Behandlung der Frage und wünschte diese analog dem Verfahren, welches bei der Revision des Zolltarifs beliebt worden, durch eine Spezialkommissionerledigt zu sehen.

[3]) Dr. Reichensperger (Krefeld) hatte den Antrag gestellt, den Reichskanzler zu ersuchen, den Plan zum Bau des Kollegienhauses in Straßburg wiederholter Prüfung zu unterwerfen und über das Ergebnis derselben unter einstweiliger Aussetzung des Fassadenbaues dem Reichstag ev. unter besonderer Vorlage Mitteilung zu machen.

Digitized by Google

sich gegen neun Uhr die Empfangssäle des Reichskanzlers zum gewohnten Sonnabend-Abend-Empfang.

Der Soiree wurde in parlamentarischen Kreisen mit einem gewissen Interesse entgegengesehen, weil man über die Stellung des Centrums, ferner über die konstitutionellen Garantien, die Rücktrittsgründe des Finanzministers Hobrecht u. a. mehr Aufschlüsse zu erhalten dachte. Ein guter Teil dieser Erwartungen ging nicht in Erfüllung; dafür dienten einige Vorgänge wie ein einzelnes Licht im großen Kirchenraum nur dazu, die Dunkelheit recht sichtbar zu machen.

Von Abgeordneten waren u. a. erschienen: Von den Deutsch-Konservativen von Kleist-Retzow, die beiden Grafen Stolberg und der Freiherr von Marschall, von den Nationalliberalen der Präsident von Forckenbeck, Öchelhäuser und Mosle, wogegen von Bennigsen[1]), Bamberger, Lasker, Rickert und Braun fehlten. Von der deutschen Reichspartei Stumm, Staehlin und Fürst Carolath[2]).

Aufsehen erregte das erstmalige Erscheinen des elsässer Protest-Abgeordneten Grad. Doch folgte alsbald noch eine größere Sensation: denn das Centrum war diesmal[3]) vertreten durch Schröder-Lippstadt, von Forcade de Biaix, Grütering und Excellenz Windthorst, der bald nach 9 Uhr in dem mit großem Ordensstern geschmückten Frack in den Saal trat[4]). Sein unerwartetes Erscheinen brachte eine allgemeine Aufregung hervor. Fürst Bismarck eilte dem bisherigen Widersacher entgegen und führte den kurzsichtigen, kleinen alten Herrn sorglich in den Saal, indem er ihn mit beiden Händen beim Gehen unterstützte. Windthorst wurde sofort den Damen des Hauses vorgestellt, bei denen schon die Aussicht auf den baldigen Besuch des Centrumführers (er hatte nämlich vor einigen Tagen zum ersten Mal die Karte im Palais Bismarck abgegeben) mit großer Befriedigung aufgenommen worden war. Bald hatten der Fürst und sein diesmaliger Favorit-Gast sich in ein Gespräch vertieft, an welchem als unparteiischer Zeuge teilzunehmen der Tischnachbar, der nationalliberale Graf Flemming, vom Hausherrn aufgefordert wurde.

Die Unterredung hatte freilich keinen hochpolitischen Charakter, sondern bewegte sich in den Grenzen einer gemütlichen Plauderei bei Bayrisch Bier und

---

[1]) Derselbe hatte einer Einladung zum parlamentarischen Diner des Chefs der Admiralität von Stosch Folge leisten müssen.

[2]) Außerdem waren anwesend der Vize-Präsident des Staatsministeriums Graf Stolberg, die Minister Hofmann, Dr. Friedenthal, Maybach, Hobrecht, Delbrück, der Generalpostmeister Dr. Stephan, Staatssekretär Dr. Friedberg, der bayerische und württembergische Militärbevollmächtigte von Xylander und Fabre du Faur, der General von Voigts-Rhetz, der bayerische, württembergische und badische Gesandte von Rudhart, von Spitzemberg und von Türkheim, Baron Wöllwarth aus Württemberg, der bayerische Ministerialrat Meyr, Professor Leyden, Paul Lindau und J. Schaper.

[3]) Bereits im verflossenen Winter hatten sich die Herren Bernards und von Forcade im früheren Palais Radziwill nicht selten blicken lassen.

[4]) Zehn Jahre lang hatte Windthorst das Parkett des Palais des Fürsten Bismarck nicht betreten, nämlich seit dem französischen Kriege. Als im April 1869 der Kanzler seinen ersten Versuch mit einer parlamentarischen Soiree machte, verkehrte Bismarck und Windthorst herzlich zusammen. Vergl. S. 46.

Digitized by Google

Maibowle. Als Fürst Bismarck den seltenen Gast nach etwa einer halben Stunde verließ, drängten sich die Abgeordneten um den ruhig lächelnden Windthorst, indem sie ihn im Scherz und Ernst zum Führer einer neuen Fraktion proklamierten, bei der sie demnächst würden eintreten müssen. Auf alle Fragen über den Inhalt der Zwiesprache antwortete Windthorst mit der Würde eines Augurs: Extra centrum nulla salus.

Auch das Gespräch mit Windthorst blieb nicht ohne scherzhafte Episode. In der Absicht, einen vorübergehenden Herrn mit der Hand zu begrüßen, warf der Fürst nämlich ein mit Maitrank gefülltes Glas so unglücklich um, daß der süße Inhalt Herrn Windthorst beträufelte. Aber als Mann der That bemühte sich der Reichskanzler sofort selbst mit Hilfe einer Serviette den Abgeordneten für Meppen von seinem „feuchten Glanz" zu befreien. Auch die Frau Fürstin eilte sofort hilfsbereit herbei, als sie das kleine Malheur wahrnahm[1]).

Ein vorübergehender Abgeordneter, besonders geübt in der schwierigen Aufgabe, sofort die Tragweite parlamentarischer Situationen wie Wortgefechte wägend zu beurteilen, konnte sich beim Anblick dieser Gruppe des Ausspruchs nicht enthalten: „Die Konstellation, in der wir uns befinden, wird täglich merkwürdiger."

Der Reichskanzler sprach im Laufe des Abends seine besondere Befriedigung über die glückliche Besetzung des Reichsgerichts in warmen Worten aus, namentlich rühmte er die Wahl des Präsidenten Simson. Der Fürst erzählte, wie der anfangs ablehnende Simson sich auf das hohe Alter seiner selbst und seiner Frau berufen, welche eine Übersiedelung nach Leipzig schwierig machten. Bismarck habe den Redenden mit den Worten unterbrochen: „Nun, da thun Sie am besten, gleich nach Leipzig zu fahren und dort eine Parterrewohnung zu mieten, so lange es noch welche giebt." Darauf habe sich Simson gefügt und sei abgereist. Mehrfach kam Bismarck im Laufe des Abends darauf zurück, daß die richterlichen Beamten nicht ihrer Wirksamkeit entsprechend bezahlt würden.

Von dem merkwürdigen Geständnis des preußischen Finanzministers Hobrecht in der letzten Sitzung des Reichstags, daß er nicht auf schutzzöllnerischem Standpunkt stehe und das Steuerprogramm des Kanzlers nicht voll und ganz zu dem seinigen mache[2]), ist sowohl bei dem vorangegangenen intimeren Diner als später viel die Rede gewesen, und der Zukunft des Finanzministers wurde von den Freunden des Kanzlers sans phrase ein trübes Horoskop gestellt. Einige der Anwesenden erklärten, keine Wette eingehen zu wollen über die Sicherheit der ministeriellen Position dieses Mitglieds des preußischen Kabinetts. Umsomehr fiel die besondere Höflichkeit auf, mit welcher Fürst Bismarck gerade diesen Kollegen auf der Soiree begrüßte. Aus diesem Umstand wollte man schließen, daß der Reichskanzler Hobrecht's Vorbehalte, wie er sie in der letzten Reichstagssitzung äußerte, nicht in einem, dem neuen Finanzprogramm entgegenstehenden

---

[1]) Nach Mitteilung von Augenzeugen war Dr. Windthorst „the observed of all observers" und der Gegenstand größter Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit des hohen Wirtes.

[2]) Vergl. die stenographischen Berichte über die 37. Sitzung des Reichstags am 3. Mai 1879, S. 964—966.

Digitized by Google

Sinne aufnahm. Dadurch wurde auch das Gerücht zerstreut, daß der Finanzminister an seinen Rücktritt denke, obgleich von Eingeweihten behauptet wurde, daß die Aufrechterhaltung der konventionellen Formen seitens des Kanzlers noch kein Beweis dafür sei, daß ein Minister fest im Sattel sitze.

Der Abgeordnete Tölcke von Jerichow, dem Kreise, in welchem Bismarck seiner Zeit Deichhauptmann gewesen, sprach längere Zeit mit dem Fürsten, der herzlich darüber lachte, als Herr Tölcke erzählte, wie er so oft mit dem „Stock-Tölcke" verwechselt werde.

Der Abgeordnete Schneegans erfuhr vom Fürsten, daß die Vorarbeiten für die Gesetzvorlagen über die Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen trotz der entgegenstehenden Schwierigkeiten wohl Ende dieser Woche gestatten würden, dieselben dem Bundesrat vorzulegen. Der Reichstag werde sie jedenfalls noch im Laufe der Session erhalten [1]). Die Vorlage war vom Unterstaatssekretär Herzog ausgearbeitet, der, wie man annahm, zum elsässischen Minister ausersehen war und diese Stellung demnächst auch erhielt.

Um die übliche Zeit brach man zum Büffet auf, wobei Fürst Bismarck den Zug führte, Delbrück denselben schloß. Daß letzterer nebst Gemahlin auf den Soireen Bismarck's so zwanglos verkehrte, gestattete einen Rückschluß auf die persönliche Stellung, welche der Staatsminister a. D. Dr. Delbrück dem Fürsten Bismarck gegenüber einnahm.

An der Corona nahmen später u. a. die drei Abgeordneten Stählin, Puttkamer und Völk teil; die Konversation drehte sich in der Hauptsache um die Frage, welche Dauer die General-Diskussion über die Tariffrage wohl haben werde. Der Fürst Bismarck erzählte ferner auch von seinen durch amtliche Berichte bestätigten Nachrichten über die höchst bedrückte Lage des Bauernstandes und die zahlreichen Subhastationen, welche denselben in den letzten Jahren betroffen hätten.

Erst um 1 Uhr trennte sich die Gesellschaft, nachdem eine der Fürstin nahestehende Dame das Signal zum Aufbruch gegeben.

In den nächsten Tagen waren die Zeitungen voll von Kombinationen über die Vorgänge auf der parlamentarischen Soiree. Die ultramontan-fortschrittliche „Klausner'sche Korrespondenz" schrieb über das Erscheinen Windthorst's auf der parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers: „Die persönliche Annäherung der beiden Staatsmänner hat sich am 30. März vollzogen, als Herr Windthorst bei dem Fürsten Bismarck in den privaten Angelegenheiten einer hochstehenden Person (Königin Marie von Hannover) intervenierte. Auf Grund dieser Annäherung hat Fürst Bismarck für die nächste parlamentarische Soiree eine Einladung an den Abgeordneten Windthorst gerichtet, und letzterer glaubte unter den obwaltenden Umständen höflicher Weise dieser Einladung nachkommen zu sollen. Fürst Bismarck unterhielt sich eine halbe Stunde lang sehr angelegentlich mit

---

[1]) Vergl. darüber unten 17. Mai 1879.

Digitized by Google

Herrn Windthorst, wie es eben ein guter Hauswirt mit einem seiner Seltenheit wegen bevorzugten und in jedem Sinne eminenten Gaste thut. Wenn aber an diesem Gespräch etwas bemerkenswert war, so war es der Umstand, daß es nicht mit einer Silbe Politik oder Tagesfragen berührte."

Die „Magdeburger Zeitung" schrieb: „Für die eingeweihten Politiker der Versammlung war es gleichgültig, ob diese Unterredung, wie man wissen wollte, sich bloß auf das Reichsgericht und einige von der Tagesfrage abseits liegende Gegenstände erstreckte. Für sie war schon allein maßgebend, daß der Chef der Ultramontanen, der bestgehaßte Mann in der Wilhelmstraße, der seit Jahren die innere und äußere Politik des Reichskanzlers mit eben so viel Geschick als Ausdauer bekämpfte, zum ersten Mal dem Kanzler seine Karte schickte, sofort eine Einladung erhielt, mit blitzendem Ordensstern des entthronten Königs von Hannover in den Salons des Reichskanzlers erschien und von diesem seiner Gemahlin vorgestellt wurde."

Die „Germania" glaubte, sich der neuen Freundschaft würdig erweisen zu sollen durch einen sehr heftigen Angriff auf die Fortschrittspartei und speziell den Abgeordneten Richter, dem sie den Rat gab, sich nach einem andern Wahlkreis umzusehen, da er in Hagen zum letzten Mal gewählt sei. Voraussichtlich würden die Ultramontanen in Hagen sobald nicht wieder in die Lage kommen, mit ihren 1500 Stimmen den Ausschlag zu geben.

Die welfisch-deutsche „Volks-Zeitung" bemerkte: „Wir sind überzeugt, daß der Besuch Windthorst's auf der Bismarck-Soiree einmal mit dem Kulturkampf nichts zu thun hat, da acceptable Anerbietungen bis vor kurzem wenigstens seitens Bismarck's nicht gemacht wurden; daß zweitens kein Grund zur Beunruhigung für uns Hannoveraner vorliegt." — Mit dem „Grund zur Beunruhigung" war ein Abkommen mit dem Herzog von Cumberland gemeint, und die Äußerung des genannten Blattes richtete sich gegen die „Kreuzzeitung", welche auf die Eigenheit Windthorst's als Führer der Welfenpartei ebenso großes Gewicht gelegt hatte, wie auf die als Führer des Centrums bei Beurteilung der Annäherung zwischen den beiden langjährigen Gegnern.

Offiziös wurde geschrieben: „Das Erscheinen des Abgeordneten Windthorst und andrer Centrumsführer, sowie der lebhafte Verkehr mit ihnen auf der letzten Soiree des Fürsten Bismarck zeigt, daß das Zusammengehen des Centrums mit dem Reichskanzler in Bezug auf eine der wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volks die Schroffheit des früheren Gegensatzes geglättet hat" [1]).

Für die neugeschaffene politische Lage war nichts bezeichnender als der Umstand, daß bei dem Diner, welches Fürst Bismarck am 26. Mai 1879 zu Ehren des Kaisers gab, auch Fürst und Fürstin Radziwill zugegen waren.

[1]) Über die Beziehungen des Centrums und des Reichskanzlers zu einander in Bezug auf die Zoll- und Steuervorlage, Stimmen der „Germania" und der „National-Zeitung", s. die „Post" 1879, Nr 98. Am 16. Mai 1879 konferierte Bismarck mit Windthorst im Sprechzimmer des Reichstags fast eine halbe Stunde über die Erhöhung des Kornzolls auf 50 Pfennige.

Digitized by Google

Quae mutatio rerum! Fürst Radziwill galt lange Zeit, namentlich beim Reichskanzler und seiner Umgebung, für den Schwärzesten der Schwarzen, und so war seine Anwesenheit als Gast an der Tafel seines ehemaligen, jetzt dem Reich gehörigen Palastes ein fast ebenso merkwürdiges Zeichen der Zeit, als das Erscheinen von Windthorst an derselben Stätte.

17. Mai 1879. 7. parlamentarische Soiree. Dieselbe war von Reichsboten weniger besucht, als man dies bisher gewohnt war. Die Vertreter der Freihandelspartei waren nur in sehr bescheidener Anzahl erschienen. Das Präsidium und Büreau war durch den zweiten Vize-Präsidenten Lucius und den Schriftführer Bernards, zugleich das einzig erschienene Mitglied des Centrums, vertreten. Präsident von Forckenbeck war durch das Bankett des Städtetags verhindert, der erste Vize-Präsident Freiherr von Stauffenberg, der noch immer sehr leidend war, hatte vor, sich zur Kur nach Karlsbad zu begeben. Das größte Kontingent hatten die beiden konservativen Fraktionen gestellt [1]; von den Nationalliberalen bemerkte man unter andern Dr. Völk, Groß, Marquardsen, Zinn, Hölder, von Benda, Baur, von Schauß [2], Löwe, Berger, Mosle, außerdem den deutschen Botschafter in Paris Fürsten Hohenlohe, mit dem der Reichskanzler viel konferierte [3].

Die Gesellschaft war sehr animiert. Besonders wurde bemerkt, mit welch' besonderer Zuvorkommenheit der Abgeordnete für Diedenhofen, Notar Lorette, der erste Lothringer, der im Salon des Reichskanzlers erschienen war, von diesem und der Fürstin Bismarck bedacht wurde. Die letztere ließ sich Lorette vom Abgeordneten Schneegans vorstellen und drückte ihre hohe Befriedigung über sein Erscheinen auf der Soiree aus. Der Reichskanzler unterhielt sich teils deutsch, teils französisch mit dem nur in französischer Sprache antwortenden Autonomisten über die elsässischen Verhältnisse, und es wurde ihm mitgeteilt, daß der überwiegend größte Teil der elsässischen Bevölkerung mit dem neuen Gesetz-Entwurf, die Verwaltungsverhältnisse der Reichslande betreffend [4], recht zufrieden sei.

Man erfuhr auf der Soiree, daß die Ernennung des General-Feldmarschalls Freiherrn von Manteuffel zum Statthalter von Elsaß-Lothringen sicher sei. Fürst Bismarck bemerkte, daß diese Wahl als eine durchaus glückliche bezeichnet werden

---

[1]) Es waren u. a. erschienen Graf Frankenberg, von Varnbüler, von Mirbach, von Wedell-Malchow, die beiden Grafen Stolberg, Stählin, von Unruhe-Bomst, von Puttkamer, Stumm, Graf Bethusy-Huc, von Helldorff.

[2]) Vortrag des Abgeordneten von Schauß in einer Versammlung des liberalen Vereins in München über die Zoll- und Steuerfrage s. die „Post“ 1879, Nr. 87; Wahlrede desselben im November 1879 s. Schultheiß Europäischen Geschichtskalender 1879. S. 289.

[3]) Sonst waren noch anwesend: die Staatsminister Dr. Falk, Dr. Friedenthal, von Kameke, Hofmann, Maybach und Hobrecht, der Herzog von Ratibor, der Gesandte in Athen von Radowitz, der bayerische und württembergische Gesandte von Rudhart und von Spitzemberg, der badische Minister des Innern Stößer, die Generale von Voigts-Rhetz und Graf Lehndorff, Flügeladjutant von Lindequist.

[4]) Vergl. S. 162 und unter dem 24. Mai 1879.

Digitized by Google

müsse; denn vergeblich würde man nach einem besseren Vertreter für diesen schwierigen Posten suchen. Die Berufung des Unterstaatssekretärs Herzog zum Staatssekretär und des Abgeordneten von Puttkamer (Fraustadt) zum Unterstaatssekretär der Justiz in Straßburg wurde als feststehend angenommen.

Der Reichskanzler, die historische Pfeife im Munde, setzte sich dann inmitten der sich bildenden Corona[1]) an den langen Tisch und verbreitete sich in längeren Ausführungen über die Ungunst der Verhältnisse, unter denen unsre Landwirtschaft leide[2]). Dabei entwickelte er eine genaue Kenntnis des kleinsten Details, welche die Zuhörer in Erstaunen setzte. Wiederholt betonte der Kanzler die dringende Notwendigkeit, die Landwirtschaft, namentlich aber auch den kleinen Bauer, gegen die Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Auch die Holzfrage wurde eingehend behandelt, und der Kanzler wies an der Hand von thatsächlichen Ermittelungen nach, daß ein Zoll auf Holz dringend notwendig sei[3]), wenn man unsre Forstwirtschaft nicht vollständig zu Grunde gehen lassen wollte.

Der Reichskanzler kam sodann auf das Brausteuergesetz zu sprechen[4]) und hob hervor, wie notwendig das Zustandekommen dieses Gesetzes sei. Jetzt könne man gutes Bier in Deutschland nur aus den bayerischen Brauereien beziehen, — der Fürst wies dabei auf den vor ihm stehenden Stoff hin — alles gute Bier bekomme man nur unter blau-weißer Kokarde[5]). Wenn das Brausteuergetz in Kraft getreten sein werde, so werde man anfangen, auch bei uns im Norden gutes Bier zu brauen und werde nicht mehr bloß auf Bayern angewiesen sein. Über diese Angelegenheit unterhielten sich namentlich die sachverständigen Abgeordneten Dr. Zinn, Dr. Völk und Fürst Hohenlohe-Langenburg. Einer der Anwesenden glaubte, den Fürsten auf die Möglichkeit hinweisen zu müssen, das Brausteuergesetz vom Reichstag in dieser Session nicht angenommen zu sehen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Brausteuerkommission die

---

[1]) Dieselbe bestand aus den Abgeordneten Fürst Hohenlohe-Langenburg, Dr. Völk, Dr Lucius, Zinn, Dr. Löwe (Bochum), von Puttkamer.

[2]) Die „National-Zeitung“ erklärte es für eine der entscheidensten Thatsachen in unserm öffentlichen Leben, daß sich Bismarck in der Weise, wie er es z. B. in dem Brief an Herrn von Thüngen gethan, den Agrariern angenähert habe. — Äußerungen der französischen Presse über Bismarck's wirtschaftliche Programmreden s. in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 130 vom 2. Mai 1879. Vergl. auch den Leitartikel: „Der Bismarck'sche Finanz- und Zolltarif“ a. a. O. Nr. 98 vom 6. April 1879. (Sehr gepfeffert.)

[3]) Eine eingehende Begründung dieses Postulats findet sich in der Reichstagsrede Bismarcks vom 27. Mai 1879, abgedruckt in meinem Werke: „Bismarck als Volkswirt“ Bd. I., S. 252.

[4]) Am 16. April 1879 hatte Bismarck dem Reichstag die Entwürfe a) eines Gesetzes wegen Erhebung der Brausteuer und b) eines Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Brausteuer, unterbreitet. Beide Entwürfe blieben unerledigt.

[5]) In der Berliner Gewerbeausstellung von 1879 hatte die Berliner Bockbrauerei auch ihre Biere ausgestellt. Was die Leistungsfähigkeit des Bockbieres anbetrifft, so prangte in dem Ausstellungsbogen ein Attest des Fürsten Bismarck, wonach das Bier dieser Brauerei dem Münchener Produkte würdig an die Seite gestellt werden konnte.

Digitized by Google

Sache selbst nicht sehr eilig zu haben scheine, da sie bisher noch zu keiner Sitzung einberufen worden sei.

Des weiteren kam der Reichskanzler auf die Reichstagsverhandlungen über den Zolltarif zu sprechen. Fürst Bismarck meinte, daß, wenn man glaube, durch die lang ausgedehnten Beratungen[1]) ihn zu ermüden, man sich sehr irre; er werde, wenn es notwendig sein sollte, bis September in Berlin bleiben, aber zu stande kommen müsse die Sache.

Eine besonders eingehende Unterhaltung führte der Reichskanzler, nachdem er sich längere Zeit hindurch nur Herrn Mosle gewidmet, mit dem Bankpräsidenten von Dechend. Er behandelte in diesem Gespräch vorzugsweise die Silberverkäufe der Reichsbank, welche der Kanzler sistiert zu sehen wünschte[2]). Viel bemerkt wurde auch die lange Unterredung, welche der Fürst mit dem Abgeordneten für Hamburg, Bauer, hatte (die beiden andern Vertreter dieser Hansestadt, Möring und Wolffson, waren nicht erschienen), und welche die brennend werdende Frage des Zollanschlusses der Stadt Hamburg an den Zollverein[3]) zum Thema hatte. Diesen selben Gegenstand behandelte Herr Bauer in später Abendstunde noch eingehend mit dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts Hofmann.

Von konservativer Seite wurde der Versuch gemacht, die Differenzen zur Sprache zu bringen, welche durch die beabsichtigee Erhöhung der Getreidezölle bei der dritten Lesung des Zolltarifs zwischen den Industriellen und den Landwirtschaftern zum Ausbruch kommen dürften. Aber der Reichskanzler schien diesem Internum der Mehrheit kein Gewicht beilegen zu wollen.

Es war für die Situation bezeichnend, daß gerade in den Gruppen der Bevorzugten im Kanzlerpalais die Eventualität einer Auflösung des Reichstags mehr als in den früheren Jahren betont wurde[4]). Des Centrums wurde dabei in einer Weise gedacht, welche deutlich durchblicken ließ, daß den unsicheren Kantonisten, wie man zu sagen pflegt, nicht über die Straße getraut wurde, so bald es sich um die Finanzzölle handelte. Daß auf das Betreiben der Herren vom Centrum in der Zolltarifkommission der Abgeordnete von Bennigsen zum

---

[1]) Die „Volkszeitung" machte für die langen und stürmischen Parlaments-Sessionen nur den Reichskanzler verantwortlich, und verlangte die Beseitigung des jetzigen Regierungssystems. Vergl. die „Post" 1879, Nr. 201.

[2]) Bismarck hatte im März 1879 in folge des ungünstigen Silberkurses bis auf weiteres die Silberverkäufe des Reichs sistiert. Der Silberpreis war damals auf 47 gesunken, während 61 der normale Wert war. Vergl. wegen der Maßregel mein Werk: „Bismarck als Volkswirt" Bd. I., S. 211 und 259.

[3]) Vergl. zu dieser Frage, welche Bismarck bereits im Mai 1879 bei den Senaten von Hamburg und Bremen in Anregung brachte, mein Werk: „Bismarck als Volkswirt" Bd. I., S. 232, 276, 282 und 287 und unten 4. Mai 1880.

[4]) Es verlautete, daß der Kanzler etwaige abändernde Beschlüsse des Reichstags zu dem Tabaksteuergesetz zu benutzen beabsichtige, um nach Genehmigung der Tarifvorlage nochmals an die Wähler zu appellieren und, wenn möglich, eine der Finanzvorlage gegenüber gefügige Majorität zu erlangen. Vermutlich sollten diese Andeutungen nur einen Druck auf die Abgeordneten ausüben.

Digitized by Google

Referenten für das Kapitel der konstitutionellen Garantien[1]) ernannt und die Konservativen ausgeschlossen wurden, befremdete nicht bloß die Intimen der Wilhelmstraße. In der Soiree selbst fehlte Windthorst und sein Stab; die Klerikalen begnügten sich, bloß eine Schildwache in der Person des Herrn Bernards aufzustellen.

Bis gegen 1 Uhr wurde von den Getreuen bei Maibowle und Salvatorbockbier noch politisiert. Der Reichskanzler entließ seine Gäste auf das freundlichste mit dem Zuruf „Gute Nacht“; Herrn Lorette wünschte er „bon soir.“

Wie bereits erwähnt, war der Präsident des Reichstags von Forckenbeck der parlamentarischen Soiree vom 17. Mai fern geblieben; er vereinigte zur selben Stunde die 117 Delegierten des zu einem Protest gegen die Getreide- und Viehzölle nach Berlin berufenen deutschen Städtetags im Zoologischen Garten zum Festbankett, und hielt dort eine zündende Anrede, worin er die Absicht, vom Reichstagspräsidium zurücktreten zu wollen, verkündete und zugleich zur Gründung einer großen liberalen Partei als Zielpunkt anspornte[2]). Am 20. Mai legte er in der That sein Präsidialamt infolge „des Gegensatzes, in welchem er in Bezug auf tiefgreifende Fragen mit der Mehrheit des Hauses gekommen sei“ und aus Gesundheitsrücksichten nieder. Ein paar Tage später legte auch der erste Vize-Präsident von Stauffenberg sein Amt nieder. Bei der Neuwahl wurde der Deutschkonservative von Seydewitz zum Präsidenten und Freiherr von Franckenstein — Centrum zum ersten Vize-Präsidenten gewählt.

24. Mai 1879. 8. parlamentarische Soiree. Die politische Temperatur, wie jene, die nach Celsius oder Reaumur gemessen wird, war derselben nicht günstig. Die schwüle und nahezu erdrückende Atmosphäre in den Salons des Reichskanzlers ließ es den Mitgliedern der liberalen Parteien rätlich erscheinen, fern von der Wilhelmstraße den schönen Maiabend zu genießen. Das Centrum ließ sich nur des Anstandes halber von einigen untergeordneten Mitgliedern repräsentieren, gerade so, als ob dasselbe dem Umschwung der Dinge noch nicht völlig traute. Jedenfalls wurde es bemerkt, daß der neugewählte Vize-Präsident des Reichstags Freiherr zu Franckenstein fehlte, während seine beiden konservativen Kollegen von Seydewitz und Lucius, namentlich der erstere, sich besonderer Gunstbezeugungen des Reichskanzlers erfreuten. Die glänzenden Räumlichkeiten des Kanzlerpalais waren somit nur teilweise von den Mitgliedern der beiden konservativen Parteien und den Ministern sowie einer Anzahl höherer Beamten besucht[3]).

[1]) Die Tagespresse über die konstitutionellen Garantien s. in der „Post“ 1879, Nr. 177, 180 und 181.

[2]) Abgedruckt findet man beide Reden in H. Schultheß' Europäischem Geschichtskalender Jahrg. 1879, S. 165 ff.

[3]) Von Nationalliberalen waren anwesend: Dr. Völk, Dr. Bähr, von Bernuth, Baumgarten, Dr. Gneist, Möring, Meier (Bremen), Dr. Meyer, von Puttkamer, Mosle und Dr. Wehrenpfennig; vom Centrum Kochann und Grütering (Windthorst hatte sein Ausbleiben mit seiner Teilnahme an der Tarifkommission entschuldigen lassen); von den konservativen Fraktionen u. a. Oberpräsident von Ende, Dr. von Schwarze, Freiherr von Mirbach, Freiherr

Digitized by Google

Fürst Bismarck unterhielt sich mit einigen Konservativen über den Wechsel im Präsidium, den er als eine Signatur der parlamentarischen Lage betrachtete. Man war unter den konservativen Abgeordneten darüber einig, daß der Reichskanzler und die Bundesregierungen guten Muts den Beschlüssen des Parlaments entgegensehen durften.

Gegen 10 Uhr kamen mehrere Mitglieder der Tarifkommission auf die Soiree. Dieselben teilten den Beschluß dieser Kommission[1]) mit, daß das Sperrgesetz sich nur auf Tabak und Wein erstrecken solle, und daß der Antrag, dasselbe auch auf Roheisen auszudehnen, mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden sei. Der Kanzler sprach sich tadelnd an maßgebender Stelle über diese Taktik[2]) aus, und bestimmte Abgeordnete wurden aufgefordert, im Plenum den Antrag auf Erstreckung des Sperrgesetzes auf Roheisen zu wiederholen. Dabei erfuhr man, daß die Regierung auf das von der Tarifkommission völlig umgearbeitete Sperrgesetz nicht einzugehen geneigt sei. Die Geltung des Sperrgesetzes für den Tabak, so wurde erklärt, lasse die Regierung ein besonderes Nachversteuerungsgesetz keineswegs überflüssig erscheinen. Die Regierung beharre ferner dabei, daß außer Roheisen noch sämtliche Materialwaren, wie Kaffee, Thee ꝛc., und ebenso Petroleum in dem Sperrgesetz Aufnahme zu finden hätten. Der Kanzler betonte mehrfach, daß bei allen bis jetzt gefaßten Beschlüssen noch das Hauptobjekt zu kurz gekommen sei: „Ich brauche Geld, ich brauche Geld — hörte man den Reichskanzler sagen — die Beschlüsse bringen mir nichts.“

Über das elsässische Verfassungsgesetz[3]), dessen Beratung in den Bundesrat-Ausschüssen zu Ende gediehen war, wurde bekannt, daß, trotzdem nicht unerhebliche Bedenken dagegen sich geltend gemacht, es doch der Intervention des Kanzlers gelungen sei, im großen und ganzen den ursprünglichen Entwurf zur Annahme zu bringen. Die Gesellschaft verabschiedete sich diesmal früher als gewöhnlich.

---

von Marschall, Stählin, die beiden Grafen Stolberg, von Kleist-Retzow, Geh. Kommerzienrat Stumm. Von andern Persönlichkeiten wurden bemerkt der Botschafter in Paris Fürst Hohenlohe, der General-Feldmarschall Graf von Moltke, die Minister von Kameke, Dr Friedenthal, Maybach, Hobrecht, Oberpräsident von Puttkamer, der Gesandte in Athen von Radowitz, der Generalpostmeister Dr. Stephan; vom Bundesrat von Nostitz-Wallwitz, von Bülow, Herzog, Eck, Körte und von Kusserow, Lieutenant Graf Dohna und der württembergische Militärbevollmächtigte von Fabre du Faur. Der Kanzler führte Frau von Kameke zu Tische.

[1]) Näheres über diesen Beschluß, dessen Entstehung und Motive s. bei Schultheß a. a. O. S. 172 unter 24. Mai 1879.

[2]) Die Agrarier erklärten, sich auf die Roheisenzollsperre nicht einlassen zu können, bevor die von ihnen gewünschte Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle gemäß dem Antrag Mirbach eingetreten sei.

[3]) Vergl. S. 174. Am 2. Juni 1879 legte Bismarck dem Reichstag den Gesetz-Entwurf, betr. die Verfassung und die Verwaltung von Elsaß-Lothringen, vor. Dasselbe schlug die Auflösung des in Berlin domizilierenden Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen vor und übertrug die landesherrlichen Befugnisse einem Kaiserlichen Statthalter. (Drucks. Nr. 234, 4. Legislatur-Periode, II. Session 1879.) Es entstand daraus das Gesetz vom 4. Juli 1879, Reichs-Gesetzbl. S. 165.

Digitized by Google

18. Juni 1879. 3. parlamentarisches (Reichstags-) Diner[1]. Dasselbe trug einen wesentlich geselligen Charakter und verlief, ohne durch etwaige Zwischenfälle zu den beliebten sensationellen Gerüchten Veranlassung zu bieten.

Nach aufgehobener Tafel wurde der Kaffee auf dem Altan eingenommen, und lud darauf der Reichskanzler in liebenswürdigster Weise seine Gäste zur Besichtigung seiner drei Gärten ein. Unter seiner Führung wurde der Rundgang durch die prächtigen Alleen gemacht. Die alten Bäume, es befinden sich u. a. darunter Rüstern, die 200 Jahre zählen, erregten die Bewunderung der Gesellschaft. Fürst Bismarck erzählte, wie er genötigt gewesen sei, eine Mauer um den Garten ziehen und Coulissen an exponierten Stellen aufstellen zu lassen, weil das anstoßende Haus in der Königgrätzerstraße, von welchem aus man in seinen Garten hineinsehen konnte, an Engländer vermietet gewesen sei, die stundenlang mit ihren Perspektiven bewaffnet auf ihn lauerten und ihn in lästigster Weise beobachteten[2]).

Der Reichskanzler lud sodann die Gesellschaft wieder ins Haus, wo er bei Tabak und Bier schnurrige Geschichten aus Rußland zum besten gab. Bis auf

---

[1]) Demselben wohnten bei: die Präsidenten von Seydewitz, Freiherr von Franckenstein und Lucius, die Schriftführer Thilo, Eysoldt, Dr. Blum, Dr. Bernards, Freiherr von Soden, Graf Kleist, Dr. Weigel und Wichmann, die Quästoren Forcarde de Biaix und von Puttkamer sowie die Abgeordneten von Bennigsen, von Varnbüler, Windthorst, von Kardorff, von Bernuth, Berger, von Helldorf und von Bötticher. Außerdem waren anwesend Graf Herbert Bismarck, der Präsident des Reichskanzler-Amts Hofmann, die Geheimen Räte Burchard, Mayr und von Tiedemann. An der Tafel hatten neben der Fürstin Bismarck der Präsident von Seydewitz und der zweite Vize-Präsident Dr. Lucius Platz genommen. Der Reichskanzler hatte zu seiner Rechten den ersten Vize-Präsidenten Freiherrn von Franckenstein, zu seiner Linken den Abgeordneten von Bennigsen, bekanntlich die beiden Referenten über die konstitutionellen Garantien in der Tarifkommission, mit denen sich Fürst Bismarck eingehend unterhielt.

[2]) Im Februar 1879 schrieb ein Berliner Blatt: „Fürst Bismarck liebt es nicht, wenn andre ihn beobachten . . . . Er verträgt solche „Beobachtungen" im Reichstag nicht sehr, aber er verträgt sie auch nicht in seinem Privatleben. Man kennt diese Abneigung. In Friedrichsruh hat sie dazu geführt, daß er sich eine hohe Mauer um seine Besitzung hat ziehen lassen, in Varzin hat sie ihn zu möglichster Abgeschlossenheit geführt und auch in Berlin hat sie dieser Tage ihre Konsequenzen gehabt. Man weiß, welch' wunderbarer Park für das Reichskanzlerpalais durch die Gärten des Radziwill'schen Palais, des Decker'schen Hauses, das ehedem Reichsdruckerei war, und des alten Kanzleramts gewonnen ist. In den Gängen seines Parkes nun hat Fürst Bismarck, um die frische Luft zu genießen, in der letzten Zeit häufig mit seinem großen Hund bedächtig promeniert. Da zeigte es sich denn nun, daß das Entsetzliche sich doch nicht hat vermeiden lassen, daß aus einigen Häusern in der Voßstraße man von den Hinterfenstern aus doch in den Park des Reichskanzlers sehen konnte, daß man dort in der Lage war, die Spaziergänge des Reichskanzlers, neben dem der „Reichshund" hertrappelte, zu beobachten. Und Fürst Bismarck hat bei einem dieser Spaziergänge bemerkt, daß von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, daß sich Beobachter einfanden, die ihn sehen wollten — und an einem der letzten Morgen waren die Bewohner der Voßstraße nicht wenig überrascht, als sie aus ihren Hinterfenstern eine riesige Wand sich erheben sahen, die aus Leinwand zwischen Flaggenmasten mit vergoldeten Spitzen gezogen war. Diese leinene Seitenwand verhindert denn nun vollkommen die Möglichkeit eines Einblicks in den Reichskanzlerpark, und es läßt sich annehmen, daß Fürst Bismarck sich jetzt nicht mehr gestört fühlen wird."

Digitized by Google

eine Anspielung des Reichskanzlers über die vom Abgeordneten Delbrück unnötigerweise gestellte Münz-Interpellation[1]) und Kombinationen über die mutmaßliche Dauer der bewegten Reichstagssession war von Politik nicht die Rede. Bismarck erklärte, auf alle Fälle bis zum Schlusse der Session in Berlin und Friedrichsruh sich aufhalten zu wollen und die ihm vorgeschriebene Badekur erst später vorzunehmen.

Ein fortschrittliches Blatt setzte zu der Beschreibung des Diners, wobei der Kanzler zwischen Freiherrn von Franckenstein und Herrn von Bennigsen saß, malitiös hinzu: „Das köstliche Bild malt die Situation vortrefflich. Die nationalliberale Opposition ist dahin geschmolzen[2]) wie der Schnee im März, und Fürst Bismarck kann sich heute nach Belieben einer von beiden oder beider Krücken bedienen." Und er bediente sich beider, zunächst zur Durchbringung der Schutz- und Finanzzölle (Annahme des Zolltarifs mit der Klausel Franckenstein am 12. Juli 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen) und später zur Beseitigung des Kulturkampfes.

2. Juli 1879. Der Vize-Präsident des Reichstags Dr. Lucius anwesend bei einem Diner des Fürsten Bismarck zu Ehren des amerikanischen Gesandten Mr. White.

Die durch die Allianz zwischen den Konservativen und dem Centrum neugeschaffene politische Lage bedingte auch neue Männer. An die Stelle des Finanzministers Hobrecht trat der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Bitter, an die Stelle Falk's der Oberpräsident von Schlesien von Puttkamer, an die Stelle Friedenthal's der Rittergutsbesitzer Dr. Lucius. Der bisherige Leiter der Finanzabteilung des Reichskanzler-Amts Otto Michaelis wurde zum Präsidenten des Reichs-Invalidenfonds ernannt, was einer förmlichen „Kaltstellung" desselben gleichkam. Jeder Widerstand gegen die weiteren Pläne Bismarck's auf dem Gebiet der innern Politik war damit gebrochen. Die neuen Ministerernennungen stellten den Abschluß einer wichtigen Periode dar, die mit dem Ruf

[1]) Bismarck beantwortete dieselbe am folgenden Tage (19. Juni), indem er das Gerücht einer Abänderung der bestehenden Münzgesetzgebung bestimmt dementierte. Vergl. „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 259. — Die „Vossische Ztg." schrieb in der Nr. 171 vom 20. Juni 1879: „Die heftigen Angriffe, welche der Reichskanzler heute gegen den Abgeordneten Delbrück infolge der Einbringung der Münz-Interpellation gemacht, kamen manchen Reichstagsmitgliedern nicht überraschend. Auf dem gestern beim Reichskanzler stattgehabten parlamentarischen Diner hat derselbe sich nämlich im höchsten Grade unwillig über die Stellung der Interpellation, von der er erst beim Lesen Kenntnis erhalten habe, ausgelassen und wiederholte, daß er im Reichstage Herrn Delbrück schon Rede und Antwort stehen werde."

[2]) Am 12. Juni 1879 fand auf dem Gala-Diner im weißen Saale des königlichen Schlosses in Berlin eine zufällige Begegnung und Unterredung Bismarck's mit zwei Führern der Freihandelspartei aus den Reihen der Nationalliberalen statt. Mit einer Anspielung auf die Varziner Verhandlungen mit Herrn von Bennigsen begrüßte er einen der Herren mit den Worten: „Sie haben wieder versäumt, in den Zug mit einzusteigen", worauf der so angeredete erwiderte: „Ja, Durchlaucht, wir werden einen bessern Zug abwarten."

Digitized by Google

„Fort mit Bismarck“ [1]) begann, und mit einem seiner größten Siege endete. Selbst ein gemäßigtes Organ wie die „Vossische Zeitung“ hatte prophezeit, daß Bismarck's Spiel eher zu Ende gehen würde als man glaubte [2]), und es hatte sich so weit verstiegen, den Reichskanzler sogar vom Standpunkt des entschiedenen Preußentums anzugreifen. Er selbst ließ sich durch den wüsten Lärm [3]) nicht irre machen; das Bewußtsein, an den Stufen einer neuen wirtschaftlichen Ära zu stehen, stählte dem 65jährigen die Kraft, die zunächst auf dem Gebiete der auswärtigen und der Kirchenpolitik in Anspruch genommen wurde. (Verhandlungen Bismarck's im September in Gastein mit dem Nuntius in Wien Msgr. Jakobini wegen Beilegung des Kulturkampfes, und in Wien mit Andrassy wegen Abschluß des Schutzbündnisses zwischen Deutschland und Österreich). Zu keiner Zeit zeigte Bismarck mehr als im Jahre 1879, wie einzig er Meister war auf dem Gebiet nicht nur der äußeren, sondern auch der innern Politik. Der Kritiker der „Revue des deux Mondes“ Valbert hatte Unrecht, in seinem Vergleich zwischen Friedrich dem Großen und Bismarck zu behaupten, daß der letztere, was immer auch er in der Leitung der äußeren Angelegenheit erreicht, in der Handhabung der inneren Politik tief unter seinem Vorbild stehe. Darauf hatte bereits die „National-Zeitung“ gebührend geantwortet, indem sie schrieb: Der preußische Ministerpräsident, der Kanzler des Norddeutschen Bundes und des Reichs hat in seiner auswärtigen Politik nie etwas andres sehen können, als einen Teil seiner Gesamtstellung, eine Seite, die nach Lage der Sache mehr oder minder in den Vordergrund trat. Friedrich der Große hatte mit niemandem zu rechnen, als mit dem Ausland; das innere Leben seines Staates war wie Wachs in seiner Hand. In seinen Beziehungen zu den europäischen Mächten lagen die großen Schwierigkeiten seiner Stellung. Für den Fürsten Bismarck hat die auswärtige Politik von jeher die wirksamste Handhabe gegeben, um seine so unendlich komplizierten inneren Beziehungen im Gleichgewicht zu erhalten. Der leitende Staatsmann hat seine Stellung mit Recht als eine europäische bezeichnet; aber es ist charakteristisch, daß die auswärtigen Angelegenheiten das Interesse und den Respekt des Reichskanzlers, so weit man von außen beurteilen kann, nie in der Weise leidenschaftlich erregten, wie z. B. die jetzt aufgeworfenen wirtschaftlichen Fragen.

---

[1]) Man vergl. über diese Losung die „Post“ 1870 Nr. 201, 229, 270 (Auszüge der „Berliner „Zeitung“), 214 („Dresdner Ztg.“ zu der Parole „Fort mit Bismarck“), 194, 197, 211 („Nordd. Allgem. Ztg.“ zu derselben Parole), 146 (Der Reichstag muß das Gehalt Bismarck's verringern. „Berliner Bürger-Zeitung“), 211 (Leitartikel der „Post“), 215, („Berliner Börsen-Courir“), 215, 217 („Die Tagespresse“).

[2]) Vergl. die „Post“ 1879 Nr. 199 (Vergleich des Spiels Bismarck's mit den Parteien mit einem Klavierspieler.)

[3]) Vergl. die „Post“ 1879 Nr. 182. Aufrufung aller Patrioten zu einer Schilderhebung gegen Bismarck.

Digitized by Google

14. IV. Legislatur-Periode, III. Session 1880.[1]

Im Winter 1880 kehrte Bismarck erst kurze Zeit vor der Eröffnung des Reichstags von Varzin nach Berlin zurück (26. Januar). An wichtigen Beratungsgegenständen fehlte es dem Reichstag nicht; der Kanzler war aber durch Krankheit verhindert, an den Verhandlungen teilzunehmen.

18. Februar 1880. Die Reichstagsabgeordneten Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg und von Helldorff bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch.

4. März 1880. 1. Parlamentarisches Diner zu 45 Gedecken für den Gesamtvorstand des Reichstags[2]). Der Reichskanzler sah etwas nach Zimmerluft, aber keineswegs unwohl aus und zeigte sich in bester Stimmung. Er bat die Eintretenden alsbald Platz zu nehmen, da ihm ein längeres Stehen unmöglich sei. „Nun, es ist ja alles sehr glatt gegangen", so begrüßte der Kanzler seine Gäste, „es scheint, daß es wirklich besser ist, wenn ich nicht dabei bin, und meine Gegenwart reizt und aufregt."

Die Konversation während des Diners war eine sehr lebendige. Die prachtvollen herben und süßen Ungarweine, die den Beifall aller fanden, wurden vom Gastgeber als ein Geschenk des Grafen Andrassy an den Reichskanzler bezeichnet. Nach aufgehobener Tafel wurde der Kaffee eingenommen, und die Gesellschaft verteilte sich in einzelne Gruppen. Der Reichskanzler vermied diesmal, die sonst übliche Tafelrunde um sich her zu arrangieren und sprach sich der Gesellschaft gegenüber auch mit keiner Silbe über die Lage der auswärtigen und inneren Politik aus. Längere Zeit sah man den Kanzler indessen in intimem Gespräch mit Windthorst, von Bennigsen und dem Grafen Arnim. Bereits um acht Uhr trennte sich die Gesellschaft.

---

[1]) Dieselbe währte vom 12. Februar bis 10. Mai 1880.

[2]) Außer den Präsidenten des Hauses, dem Grafen Arnim-Boitzenburg, Freiherrn von Franckenstein und Ackermann, nahmen noch weiter teil: die Abgeordneten Graf Moltke, von Bennigsen, Windthorst, Meier-Bückeburg, v. Varnbüler, Gneist, Graf Frankenberg, Stumm, Staatsminister Dr. Lucius und von Puttkamer, von Seydewitz, von Helldorf-Bedra, Dr. Blum, Dr. Klügmann, Dr. Bernards, von Soden, von Kleist, Wichmann, Eysoldt, Richter-Meißen, Kochann, Weber-Magdeburg, von Schorlemer-Alst, Delbrück, Löwe-Berlin, Dr. von Schauß, Hölder, Graf Kleist. Außerdem waren Graf Herbert Bismarck, Graf Rantzau und Baron von Holstein gegenwärtig. Bei der Tafel hatte die Fürstin Bismarck den Grafen Arnim-Boitzenburg zur Rechten und Ackermann zur Linken, der Reichskanzler saß zwischen von Franckenstein und von Bennigsen. — Rede des Abgeordneten Loewe am 5. Februar 1879 im Bezirksverein „Alt-Berlin" über die Zoll- und Steuerpolitik des Fürsten Bismarck s. die „Post" Nr. 37 von 1879; Äußerungen desselben am 8. September 1879 in einer Versammlung des Halleschen Thorbezirksvereins über die Unterstützung des Fürsten Bismarck durch die Liberalen in den Kriegen gegen Österreich und Frankreich s. die „Post" Nr. 251 von 1879; Äußerungen derselben vom 13. März 1880 in einer fortschrittlichen Versammlung liberaler Wähler des I. Berliner Reichstags-Wahlkreises über den Fürsten Bismarck bei Besprechung der neuen Militärvorlage s. Wiermann Bd. I. S. 310—323 und die „Post" Nr. 79 von 1880.

Digitized by Google

8. März 1880. 2. parlamentarisches (Reichstags-) Diner. Dasselbe vereinigte ca. 30 Personen, zumeist Mitglieder der reichsfreundlichen Fraktionen des Reichstags [1]). Der Reichskanzler war wiederum bei der alten guten Laune. Er empfing seine Gäste mit der ihm bei ähnlichen Gelegenheiten eigenen Herzlichkeit; für jeden hatte er ein freundliches Wort. Auch diesmal war ihm das Stehen schwer, so daß er die Nachsicht der Ankommenden in Anspruch nehmen mußte. Das Diner selbst währte etwa eine Stunde; besondere Aufmerksamkeit namentlich bei den anwesenden Bayern erregte der Inhalt einer dem Reichskanzler kürzlich als Ehrengabe zugegangenen Sendung „Grünthaler Göttertranks". Nach aufgehobener Tafel wurde der Fürst der Mittelpunkt eines zwanglosen Zirkels, welcher bei Kaffee und Cigarren — der Reichskanzler bediente sich seiner großen Pfeife — über alle möglichen heiteren Dinge sprach. Anekdoten wurden erzählt, von dem Fürsten mit herzlichem Lachen aufgenommen und durch eine Gegengabe erwidert. Er nahm dabei Veranlassung, nochmals auf die ihm von der „Deutschen Revue" [2]) in den Mund gelegte und durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" [3]) bereits widerlegte Äußerung über die Slaven zurückzukommen. Ungefähr das Gegenteil habe er gesagt. Ein leicht berauschter Bauer hatte die Fürstin „angerempelt" und war von ihm, dem Fürsten, beiseite gestoßen worden. Der Zustand des Bauern bewirkte einen Fall, von dem er sich schnell erhob und den Fürsten in so menschlich-anständiger Weise um Entschuldigung bat, daß dieser herzlich bedauerte, den schnell Verschwundenen so unsanft behandelt zu haben. „Die Leute sind von einer unglaublichen Gutmütigkeit", sagte ich zu meiner Frau, „jetzt möchte ich ihn um Entschuldigung bitten."

Gelegentlich einer Erwähnung des Hartmann-Falles [4]) bemerkte der Reichskanzler, daß er die von der französischen Regierung in dieser Frage beobachtete Haltung nicht mißbilligen könne [5]), so sehr er auch die That Hartmann's und

---

[1]) Den Platz zur Rechten der Fürstin hatte Graf Behr, den zur Linken der bayerische Abgeordnete Dr. von Schauß inne. Die Ehrenplätze zu beiden Seiten des Fürsten Bismarck waren dem Fürsten Carolath und dem Grafen Udo Stolberg zu teil geworden. Von den übrigen Gästen seien noch hervorgehoben die Abgeordneten Gneist und von Treitschke, welche der Fürstin zunächst saßen, die bayerischen Reichsboten Dr. Buhl, Dr. von Marquardsen, Dr. Völk, ferner die Abgeordneten Vowinkel, Dr. Wehrenpfennig, von Flottwell, von Reden, Bode, von Levetzow, von Ohlen und von Ow (Württemberg), außerdem die Legationsräte Graf Rantzau, Rudolf Lindau und Graf Herbert Bismarck. Graf Wilhelm war durch sein rheumatisches Leiden am Erscheinen verhindert.

[2]) Vergl. die „Deutsche Revue" Jahrg. 1880, Bd. II, S. 423.

[3]) Vergl. die Gegenerklärung des Verfassers des Artikels „Bismarck über die Slaven" in der „Deutschen Revue" IV. Jahrg., Bd. III, S. 133.

[4]) Der russische Nihilist Hartmann hatte sich nach Paris geflüchtet. Die russische Regierung verlangte seine Auslieferung. Hartmann wurde verhaftet und die russische Regierung sandte die Beweise seiner Schuld ein. Die französische Regierung lehnte jedoch das Begehren ab. Hartmann ging von Paris nach London. Rußland war verstimmt und rief einstweilen seinen Pariser Botschafter nach Petersburg zurück.

[5]) Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" bemerkte, der Reichskanzler habe nicht gesagt: er könne das Verfahren der französischen Regierung nicht mißbilligen, sondern er habe gesagt: er

Digitized by Google

seiner Genossen verabscheue. In England sei das überaus populäre Ministerium Palmerston zum Fall gebracht worden, als es im Parlament nach dem Orsinischen Attentate die berüchtigte Verschwörungsbill einbrachte. Die junge Republik habe keine andre Entscheidung treffen können, wenn sie sich nicht einer Gefahr aussetzen wollte. Er sei überzeugt, daß ernsthafte Unterbrechungen der russisch-französischen Beziehungen durch den Zwischenfall nicht herbeigeführt werden würden. Nach heute aus Petersburg eingegangenen Nachrichten habe zwar Fürst Orlow bereits erklärt, er bleibe in Paris nur noch als Privatmann und er werde an diesem Vorsatz unbedingt festhalten: das bedeute aber noch nicht den Abbruch oder die Sistierung des diplomatischen Verkehrs zwischen den beiden Ländern. So lange Auslieferungsverträge zwischen zwei Nationen nicht beständen, habe kein von den Konsequenzen betroffene Nation ein Recht, sich über die andre zu beklagen; derartige Fälle seien dann aus dem Gesichtswinkel der inneren Politik desjenigen Landes anzusehen, von welchem man die Auslieferung verlangt. Frankreich habe hier nur mit vollem Recht seine eigensten inneren Interessen konsultiert. Wenn er, Bismarck, russischer Minister wäre, so würde er den Antrag auf Auslieferung nicht gestellt haben, weil er sich hätte sagen müssen, daß die französische Regierung nach Lage der Verhältnisse sie nicht bewilligen könne, da sie sonst die Radikalen vor den Kopf stoße und innere Gefahren herbeiführe. „Dieser Vorgang mag vielleicht jetzt eine Verstimmung zwischen Rußland und Frankreich herbeiführen, dieselbe wird aber wohl nicht stark und andauernd genug sein, um zu verhindern, daß Rußland und Frankreich sich zusammen finden, wenn sie vielleicht nach sechs bis sieben Jahren gegen Deutschland hinlänglich gerüstet zu sein glauben“ [1]).

In betreff der Beziehungen Deutschlands zu Österreich äußerte der Fürst, dieselben seien die innigsten; die österreichischen Militärkreise sympathisierten durchaus mit dem intimen Anschluß der beiden Länder und gerade Erzherzog Albrecht, von dem das Gegenteil behauptet werde, sei eine der besten Stützen des neu angebahnten Verhältnisses, das nach aller menschlichen Voraussicht von dauerndem Bestand sein werde.

Von der zweijährigen Budgetperiode [2]) meinte der Reichskanzler, daß die betreffende Vorlage eigentlich bereits ihre Erledigung gefunden habe in der

---

habe das Verfahren der französischen Regierung vorausgesehen wegen der Gründe innerer französischer Politik, welche die Auslieferung für die Zukunft der gegenwärtigen Regierung bedenklich machten. Der Unterschied der beiden Äußerungen ist, wie man sieht, in der That nur ein diplomatischer, mehr in den Worten, als im Sinne liegender.

[1]) Es scheint, als habe Bismarck Kronstadt und die sich daraus entwickelnde Annäherung Rußlands und Frankeichs vorausgesehen.

[2]) Am 12. Februar 1880 legte Bismarck dem Reichstag einen Gesetz-Entwurf vor, betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung. (Reichstags-Drucksache Nr. 4). In betreff der Tagespresse über die vorstehende Vorlage vergl. die „Post“ 1879, Nr. 193, 194, 195, 196, 198, 199 (Leitartikel), 200, 201, 202 und 208. Der Gesetz-Entwurf blieb im Reichstag unerledigt, im Jahre 1881 wurde derselbe mit großer Majorität abgelehnt.

Digitized by Google

ohne Präcedenzfall dastehenden schnellen Beratung des Budgets. Wenn die Etatsberatung immer mit derselben Promptheit vor sich gehe, so sei ihm an dem Gesetz wenig gelegen. Er wolle nur vermeiden, daß durch die Kollision der beiden großen parlamentarischen Körperschaften die größeren Interessen des Reichs unter den preußischen zu leiden hätten, wie das bisher nur allzusehr der Fall gewesen sei. „Wenn das Gesetz nicht durchgeht, so wird vermutlich die natürliche Folge sein, daß der Reichstag in Zukunft in den amüsanten Wintermonaten tagt, während der preußische Landtag seine Aufgabe im heißen Sommer zu erledigen haben wird."

Auch die Verhandlungen mit Rom[1]) wurden gestreift; Bismarck bemerkte, dieselben nähmen ihren guten Fortgang. Er sei überzeugt, daß Rom sich mit der Zeit zu Zugeständnissen verstehen werde, denen dann vermutlich von deutscher Seite mit gleicher Münze begegnet werden wird. „Aber „Canossamünzen" werden das unter keinen Umständen sein; solche werden in Deutschland nicht geschlagen. Darüber kann man ruhig sein."

Über das Militärgesetz[2]) sprach sich der Reichskanzler fast genau im Sinne der letzten Reichstagsrede Moltke's[3]) aus; von der besonders in Württemberg populären zweijährigen Dienstzeit äußerte der Fürst, zu dem Württemberger von Ow gewandt, daß dieselbe durchaus keine Ersparnis bedinge. Gerade die Süddeutschen sollten übrigens darauf bedacht sein, nichts zu thun, was geeignet sein könnte, die Wehrkraft der Nation zu schwächen.

Bei Besprechung der zweijährigen Dienstzeit[4]) wies er noch auf schlechte Erfahrungen des badischen Feldzugs hin, die dem Kaiser einen unauslöschlichen Eindruck gemacht, wo preußische Bataillone ihre ganze Munition verschossen, ohne einen Mann zu treffen, und der Sieg über die badischen Aufständischen nur durch die Übermacht, ohne Disziplin herbei geführt worden sei. Als Gegensatz dazu erinnerte er an die Schlachtfelder von Metz, wo die reihenweise daniederliegenden französischen Grenadiere das jetzige sichere Treffen der preußischen, tüchtig geschulten und eingeschossenen Infanteristen bewiesen.

---

[1]) Die Unterhandlungen mit Rom hatten Ende Februar 1880 so weit geführt, daß der Papst in einem Briefe an den Erzbischof von Köln erklärte, daß er die von Preußen geforderte Anzeigepflicht, den Ausgang und Angelpunkt des ganzen Streites, unter Umständen „dulden" könnte. Vergl. unten 4. Mai 1880.

[2]) Am 14. Februar 1880 legte Bismarck dem Reichstag eine Novelle zum Reichsmilitärgesetz vor, die eine sehr bedeutende Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee, sowie die Heranziehung der Ersatzreserve I. Klasse zu Friedensübungen verlangte. Die Friedenspräsenzstärke der Armee wurde dadurch um 25—26000, die Kriegsstärke um 80—90000 Mann vermehrt. Die Tagespresse über die neue Heeresvorlage s. in der „Post" 1879, Nr. 24, 26, 27, 31.

[3]) Die Rede des Abgeordneten Grafen Moltke findet sich abgedruckt in dem stenographischen Bericht über die 10. Sitzung des Reichstags am 1. März 1880, S. 181 ff. — Gründe für das Fernbleiben des Fürsten Bismarck von den Debatten über die Heeresvorlage s. die „Post" 1879, Nr. 64.

[4]) Es ist frisch in Erinnerung, daß Fürst Bismarck seine Ansicht hierüber bei Beratung der Caprivi'schen Militärvorlage im Jahre 1892/93 nicht gewechselt hat.

Digitized by Google

Gelegentlich der Besprechung der Militärvorlage teilte der Fürst ein Gespräch mit, welches er zur Zeit des Krimkrieges mit König Wilhelm von Württemberg gehabt [1]), zu dem er gesandt worden sei, ihn zu bewegen, sich der preußischen Politik gegen Frankreich anzuschließen. Der König habe, dies ablehnend, auf der Landkarte gezeigt, wie kurz der Weg von Weißenburg nach Stuttgart sei, ehe Preußen Hilfe dahin bringen könnte; und bei aller guten Gesinnung werde er dann, um sein Land von den Drangsalen zu befreien, Frieden mit Frankreich schließen müssen, „da das Hemd einem näher ist als der Rock."

Bei Besprechung über die Gestaltung der Handelsbeziehungen Deutschlands zu Österreich bemerkte Bismarck, das Äußerste, wozu ersteres in Bezug auf den Zolltarif sich verstehen könne, werde sein, den deutschen Zolltarif von 1879 Österreich gegenüber zum Konventionaltarif zu machen, so daß Österreich von etwaigen, andern Nationen gegenüber eintretenden Erhöhungen nicht betroffen werde. Er werde aber keine Herabsetzung des Tarifs im Handelsvertrag bewilligen. Rütteln an den eben festgestellten Grundsätzen sei für die Volkswirtschaft das Schlimmste. Daher sei er auch gegen die Aufhebung des Zolls für Flachs, eher sei er dafür, den Leinenindustriellen durch Erhöhung der Zölle auf Leinengarn u. s. w. zu Hilfe zu kommen [2]).

Über und gegen die neue Orthographie sprach sich der Reichskanzler in der entschiedensten Weise aus [3]).

Die Abgeordneten von Schauß, Gneist, Marquardsen und Treitschke wurden von dem Reichskanzler mit besonderer Auszeichnung behandelt; sie bildeten im Verein mit Graf Udo Stolberg und Geheimrat Wehrenpfennig einen kleinen Kreis, in dessen Mitte der Fürst bis gegen die achte Stunde verweilte, um welche die letzten Gäste sich entfernten.

15. März 1880. Diner für die Mitglieder des Bundesrats [4]).

18. März 1880. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorf bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch.

4. Mai 1880. 1. parlamentarische Soiree. Der Kanzler bewegte sich in heiterer und angeregter Stimmung zwischen seinen Gästen, ohne sichtbare Zeichen von Nervosität oder Ermüdung, hier und dort Scherz- und Witzworte tauschend. Die ungewöhnlich große Zahl der Gäste hinderte zu Anfang jene Gruppenbildung, welche sonst bei ähnlichen Gelegenheiten dem Kanzler die nächste äußere Veranlassung zur Mitteilsamkeit bot, vor allem die Formierung jenes

---

[1]) Vergl. über diese Unterredung mein Werk: „Preußen im Bundestag" Bd. I, S. 278 ff.

[2]) Wegen der demnächstigen provisorischen Regelung der Handelsbeziehungen zu Österreich s. die dem Reichstag am 12. April 1880 vorgelegte Übereinkunft vom 11. April 1880.

[3]) Durch einen in Schultheß' „Europäischem Geschichtskalender" Jahrg. 1880, S. 80 abgedruckten Erlaß lehnte Bismarck die neue Orthographie des preußischen Kultusministers von Puttkamer für den Reichsdienst ab.

[4]) Da der Bundesrat doch auch zum Parlament gehört, so hat man geglaubt, die bei dieser Gelegenheit geführten Tischgespräche hier einfügen zu sollen, zumal sich dieselben fast ausschließlich mit der durch die ungünstigen Neuwahlen geschaffenen parlamentarischen Lage be-

Digitized by Google

Bierkollegiums, welches der Fürst gewöhnlich, nachdem die Mehrzahl der Gäste sich entfernt hatte, aus einer Anzahl Bevorzugter um sich zu vereinen pflegte.

Außer dem Präsidium [1]) erschienen die konservativen Fraktionen und die liberale Gruppe beinahe vollzählig. Von den Nationalliberalen und dem Centrum war die Mehrzahl der Mitglieder anwesend, der Fortschritt und die Sozialdemokratie waren unvertreten [2]). Dazu kam noch die übliche Gesellschaft, die sich aus den Spitzen im Reichs-, Staats- und Hofdienst zusammensetzte [3]).

Gegenstand ostensibler Auszeichnung seitens des hohen Wirtes war Windthorst, der sich sofort nach seinem Eintritt der Frau Fürstin zuwandte, welche die „Perle von Meppen" ihrerseits ihrer Tochter vorstellte. Er unterhielt sich mit letzterer lebhaft über ihren Knaben, und mit dem Fürsten Bismarck über dessen voraussichtliche Badereise. Im Laufe des Abends wechselte er mit dem Abgeordneten Grafen Moltke in dem Ehrensitz neben dem Kanzler.

In parlamentarischen Kreisen hieß es, der Abgeordnete von Forckenbeck sei zu der Soiree nicht eingeladen worden, obgleich er vorher im Palais seine Karte

---

fassen. Die Tafelordnung war diesmal streng nach der Reihenfolge der Staaten aufgestellt. Der bayerische Gesandte v. Rudhart führte die Fürstin Bismarck zu Tisch, zu deren Linken der sächsische Militär-Bevollmächtigte, Oberstlieutenant Edler v. d. Planitz Platz nahm. Der Reichskanzler selbst saß zwischen dem württembergischen Gesandten Freiherrn von Spitzemberg, welcher der Gräfin Rantzau den Arm geboten hatte, und dem badischen Gesandten Freiherrn von Türkheim. Es folgten auf jeder Seite je ein preußischer Minister, und zwar die Herren Maybach, Bitter und Friedberg; dann kam der hessische Gesandte Neidhardt, der mecklenburgische Gesandte von Prollius, der braunschweigische Gesandte von Liebe und der hanseatische Minister-Resident Dr. Krüger. Von preußischen Bundesbevollmächtigten waren erschienen: der Staatssekretär Schelling, der Staatssekretär Dr. Stephan, der Geheime Rat von Philipsborn, der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Meinecke, der Direktor im Reichsschatzamt Burchardt, der Geheime Rat Körte aus dem Reichs-Eisenbahnamt und der Chef der Reichskanzlei Geheimer Oberregierungsrat Tiedemann. Weiterhin bemerkte man den bayerischen Obersten von Xylander, den württembergischen Generalmajor von Faber du Faur, den weimarischen Minister Dr. Stichling und den schwarzburgischen Minister von Bertrab. Auch Graf Herbert Bismarck und Graf Rantzau nahmen an dem Diner teil.

[1]) Dasselbe war gebildet durch den Grafen Arnim-Boitzenburg (Präsident), Freiherrn zu Franckenstein, der jüngsten bayerischen Excellenz, und Ackermann (erster und zweiter Vize-Präsident).

[2]) Es waren erschienen: Windthorst, Graf Moltke, Delbrück, Graf Frankenberg, Jordan, Rickert, Wolffson, Möring, Stephany, von Marschall, Stumm, Löwe-Bochum, Völk, Beseler, die Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst und Langenburg, von Flügge, Graf Landsberg, von Puttkamer-Kolziglow (Schlawe), von Varnbüler, Mosle, Bernards, von Marquardsen, von Schauß, Prinz zu Hohenlohe-Oehringen, Kommerzienrat Stählin, Freiherr von Soden, von Helldorff-Bedra, von Ow, von Seydewitz, Graf Plessen, Heyl, Schlutow. Das Büreau des Reichstags war durch den neu ernannten Büreaudirektor Knack vertreten.

[3]) Es mögen genannt werden: der Vizekanzler Graf zu Stolberg-Wernigerode, die Minister Hofmann, Bitter, Dr. Lucius, Graf zu Eulenburg, Maybach, Staatssekretär Stephan, der Schwiegersohn des Fürsten mit der Gräfin Marie Rantzau, die Gesandten von Rudhart, von Nostitz-Wallwitz, von Spitzemberg, Staatsminister Delbrück, Geheimrat von Tiedemann, Graf Redern, Scipio aus Baden und der Präsident der Hamburgischen Handelskammer Lutteroth. Im ganzen mochten sich etwa 230 Personen eingefunden haben.

Digitized by Google

abgegeben habe. Diese Nachricht war falsch. Forckenbeck hat seit Niederlegung des Reichstagspräsidiums keinen Fuß mehr in das Kanzler-Palais gesetzt.

Der Senator Versmann, der an Stelle des aus dem Bundesrat ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Kirchenpauer neu eingetretene Hamburger Bevollmächtigte, erschien früh, doch schien Fürst Bismarck demselben gegenüber seine reservierte Haltung eben so wenig aufzugeben, wie Hamburg anderseits seine Reservatrechte.

Nachdem die Gäste beisammen waren, forderte er die Gesellschaft auf, sich an das reichbesetzte Büffet zu begeben. Er selbst führte den Präsidenten des Reichstags Grafen Arnim zum Büffet, und als die Gesellschaft an kleinen Tischchen Platz nahm, ersuchte er den Grafen sich neben ihm zu placieren. Man aß und plauderte sehr ungezwungen an den kleinen Tischen und trank Maibowle und dunkles Bier dazu. War's doch bei der Maibowle gerade, bei der im vorigen Jahr der Reichskanzler mit der „Perle von Meppen" zum ersten Male Freundschaft schloß. Der Reichskanzler war aufgeräumt und zum erzählen aufgelegt. Er gab u. a. zum besten, wie er zum ersten Mal seine persönliche Bekanntschaft mit dem Kaiser Wilhelm gemacht habe, im Hause des Prinzen August von Preußen, und wie damals die Rede davon gewesen, weshalb Bismarck sich der Justiz und nicht der Soldatenlaufbahn zugewendet habe. Aber — so habe er damals erwidern müssen — er sei schon damals nicht mehr im Alter von 15 bis 18 Jahren gewesen, wo jeder gern Soldat werden möchte; auch seien seine Eltern nicht für diese Laufbahn eingenommen gewesen. — Auch der Witze wurde gedacht, welche darüber gemacht wurden, daß der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck im Reichstag gegen einen Antrag seines Vaters gestimmt habe. Der Fürst erwiderte, er habe stets dafür gesorgt, seinen Söhnen vollkommene Unabhängigkeit zu wahren; sehr gegen die Neigung seiner Frau habe er schon — als seine Söhne erst sechs Jahre alt gewesen — nicht gefragt, oder fragen lassen, wohin dieselben gingen, sondern denselben ganz freie Disposition über sich selbst eingeräumt.

Angelegentlich unterhielt sich der Fürst mit Herrn Löwe-Calbe und Herrn Dewitz aus Mecklenburg, seinem alten Korpsbruder aus Göttingen. Politischen Gesprächen ging der Fürst aus dem Wege. Sein Motto war: „Ein politisch Lied, pfui, ein garstig Lied." Er wollte nichts wissen von der Politik, und die gekommen waren, von ihm etwa Aperçus über die Ereignisse der letzten Tage zu hören, sahen sich völlig enttäuscht. Als ein Reichsbote zu Anfang der Soiree zu dem Kanzler bemerkte: „Das sind bewegte Tage in der letzten Woche gewesen," meinte dieser: „Das schadet nichts, das rüttelt einen auf, so eine kleine Mensur."

Einem Abgeordneten, welcher scherzweise dem Kanzler bemerkte, er müsse doch zugeben, daß er zu einer bestimmten Regierungsvorlage nicht gegen ihn gesprochen habe, antwortete Bismarck: „Ich wollte lieber, Sie hätten über mich räsonniert und für mich gestimmt, statt zu schweigen und gegen mich zu stimmen."

Digitized by Google

Der Versuch eines Abgeordneten, die Samoa-Frage[1]) zur Diskussion zu stellen, blieb erfolglos.

Zu dem Antrag des Abgeordneten Völk wegen Herabsetzung der Beschlußfähigkeit des Reichstags[2]) äußerte sich Fürst Bismarck dahin, es würde vielleicht am praktischsten sein, wenn der Reichstag nach dem jetzigen Vorbilde des Bundesrats — welcher bekanntlich zur Erledigung der wichtigeren Gesetzvorlagen auf einen kürzeren Zeitraum beschränkte Ministerial-Konferenzen beschlossen hatte — seine Hauptverhandlungen, nämlich die dritten Lesungen, auch auf einen bestimmten kurzen Zeitraum konzentrierte, so daß es dann allen Abgeordneten leicht möglich wäre, in dieser Frist im Reichstag zu erscheinen. Im übrigen nahm er weder für noch gegen den Antrag Völk Stellung[3]).

Gleich zu Beginn der Soiree spielte sich noch die vielbesprochene Scene mit dem bayerischen Gesandten von Rudhart ab, die durch den von Bismarck unterm 19. April 1880 im Bundesrat eingebrachten Antrag, betreffend die Einverleibung eines Teiles der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet[4]), veranlaßt war. Der Vorstoß des Kanzlers gegen den Zollausschluß Hamburgs hatte nämlich den Senat von Hamburg veranlaßt, in der Bundesratssitzung vom 3. Mai 1880 gleichfalls einen Antrag zu stellen, welcher bezweckte, die Einverleibung der Stadt Altona und eines Teils der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in das Zollgebiet ohne Hamburgs Zustimmung als unzulässig zu erklären. Hamburg legte Wert darauf, seinen Antrag zunächst in dem Bundesrats-Ausschusse für die Verfassung geprüft zu sehen, weil es hoffte, in der Rechtsfrage Recht zu bekommen, während es in der Verwaltungsfrage sicher war, überstimmt zu werden.

Schon dieser Schachzug Hamburgs mochte den Kanzler unangenehm berührt haben; sein Unmut wuchs, als er vernahm, daß der bayerische Gesandte von Rudhart in der Bundesratssitzung vom vorhergehenden Tage (3. Mai 1880) er-

[1]) Am 14. April hatte der Kanzler im Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend die Unterstützung der Seehandelsgesellschaft, eingebracht, welcher mit 128 gegen 112 Stimmen abgelehnt wurde. Die Tagespresse über die Samoa-Vorlage s. die „Post" 1879, Nr. 112; vergl. auch die Nr. 124 (Füst Bismarck und die Abstimmung über die Samoa-Vorlage).

[2]) Der Abgeordnete Völk hatte beantragt, den Reichskanzler um Vorlage eines Gesetz-Entwurfs zu ersuchen, wonach in Abänderung des Artikels 28 der Reichsverfassung die Zahl der Reichstagsmitglieder, deren Anwesenheit zur Fassung eines gültigen Beschlusses notwendig ist, herabgesetzt werde, eventuell wenigstens für jene Beschlüsse, bei welchen es sich lediglich um die Verweisung an eine Kommission oder um eine solche Abstimmung in zweiter Lesung handelt, wodurch der Gegenstand nicht endgiltig erledigt wird.

[3]) Bremer und Hamburger Blätter wußten zu berichten, Bismarck habe in einer Unterhaltung mit mehreren Abgeordneten noch erklärt, er stehe dem Tabakmonopol sehr kühl gegenüber; dasselbe werde aber zu gegebener Zeit wie ein Verhängnis hereinbrechen. Er sei früher für das Rohtabakmonopol gewesen, habe aber die technischen Kräfte zur Ausarbeitung des Projektes nicht gefunden. (Vergl. die „Magdeburger Zeitung" vom 4. Mai 1880, Nr. 206.) Diese Nachricht klingt nicht glaubwürdig, schon die Quelle, woher sie stammte (Bremen, Hamburg) macht sie verdächtig.

[4]) Vergl. „Bismarck als Volkswirt" Bd. I. S. 276.

Digitized by Google

klärt hatte, er werde wegen des Hamburger Antrags seine Instruktion einholen, stimme aber nach seiner Privatansicht mit der Hamburger Auffassung überein. Ob dieser Haltung mußte er, als der Kanzler ihn auf der Soiree zu Gesicht bekam, in Gegenwart der ganzen Gesellschaft harte Worte hören. Er werde sich — bemerkte Bismarck — über den Gesandten bei dessen Regierung beschweren, weil er gegen deren Intentionen, die ihm, dem Reichskanzler, wohlbekannt seien, gestimmt habe, was ihm unzulässig und unerlaubt erscheine. Fürst Bismarck sprach sogar von einer „Konspiration“ [1]). Herr von Rudhart erwiderte auf die unerwartete Anrede des Reichskanzlers nur wenige Worte, ungefähr, daß der Fürst über die Thatsachen falsch berichtet sein müsse. Daß der bayerische Gesandte sofort die Gesellschaft verlassen habe, ist insofern nicht richtig, als er noch eine Viertelstunde auf den Wagen warten mußte. Sobald dieser herbeigeholt war, verließ er mit seiner Gemahlin die Gesellschaft, und gab seinen Entschluß, in keinem Falle auf seinem hiesigen Posten zu verweilen, noch an demselben Tage nach München hin zu erkennen. Bekannten gegenüber erklärte derselbe, jeder persönliche Verkehr zwischen ihm und dem Reichskanzler wäre fortan ein Ding der Unmöglichkeit, und deshalb verstände sich sein Fortgang von Berlin von selbst. Herr von Rudhart setzte in der That keinen Schritt mehr in den Bundesrat, er nahm vielmehr Urlaub, und kehrte nach Berlin nur mehr zurück, um dem Kaiser sein Abberufungsschreiben zu übergeben. Der Zwischenfall machte natürlich großes Aufsehen und bildete das Hauptgesprächs-Thema auf der Soiree. Bismarck selbst ging über die Hamburger Streitfrage kurz hinweg, indem er bemerkte, erst hören zu wollen, was der Bundesrat davon halte.

Erst nach 11 Uhr, wo sich manche Gäste schon entfernt und sich ein kleiner Kreis um den Reichskanzler gebildet hatte, gewann die Unterhaltung eine festere Gestalt. An dem Tisch, an welchem bei Schluß des Abends außer dem Reichskanzler noch der Präsident des Reichstags Graf Arnim, der Herzog von Ratibor, die Abgeordneten Völk, von Marquardsen, Bernards und andre Platz genommen hatten, entspann sich ein halb scherzhaftes Gespräch über die Beendigung des Kulturkampfes [2]), das hauptsächlich zwischen dem Fürsten Bismarck und dem dem Centrum angehörenden Abgeordneten Bernards geführt wurde. Der Reichskanzler betonte seinen guten Willen zum Frieden zu kommen, aber er müsse doch von gegnerischer Seite thatsächliche Beweise für denselben guten Willen abwarten. Man verspreche und verspreche, aber es geschehe nichts; und doch lasse sich ein modus vivendi nur auf dem Boden sachlicher Zustände finden. Es müsse aufhören, daß man an dem Mittwoch etwas zusage, um es am Donnerstag zurückzunehmen. Der Kampf mit Kirche und Welfen sei nicht von heute, er datiere über 800 Jahre zurück, der Abgeordnete Windthorst sei der Hauptsache nach Welfe, nur der Überzug sei ultramontan. Wenn man auf der andern Seite mit

[1]) Die Versionen waren verschieden; nach der am schärfsten lautenden sprach Bismarck von einer Konspiration mit „Römlingen, Juden und Fortschrittlern.“

[2]) Vergl. die „Post“ 1880, Nr. 8, 14 und 20 (Bismarck und der Vatikan), 15 und 17 (Tagespresse über den Kulturkampf).

Digitized by Google

Thatsachen zurückbleibe, so müsse eben alles bleiben wie es ist. Er sprach sodann offen von der Absicht der Regierung, unter Umständen sich vom Landtag in der Nachsession eine diskretionäre Gewalt einräumen zu lassen, um die Maigesetze milde zu handhaben oder ganz ruhen zu lassen. Für immer aufgeben dürfe man die kirchenpolitischen Gesetze nicht[1]).

Der Abgeordnete Völk warf scherzhaft ein, daß er an Stelle des preußischen Landtags dem Fürsten Bismarck persönlich diskretionäer Vollmacht geben würde, aber nur auf seinen Namen, nicht der „Regierung", denn dann wisse man nicht, wo sie hinkomme. Fürst Bismarck erklärte, auch die Regierung werde ihre Rechte zu wahren wissen. „Ja, warum ist denn Herr Falk gegangen?" warf Abgeordneter Völk ein. „Wir haben es eben mit einer andern Nummer versucht — antwortete der Reichskanzler — aber verlassen Sie sich darauf, es wird derselbe Faden gesponnen."

Dem Abgeordneten Bernards gegenüber sprach der Fürst sein Bedauern über die von Windthorst im Reichstag und Abgeordnetenhaus neuerdings wieder eingenommene Haltung aus und ließ dann mit deutlicher Anspielung auf die bekannte Renommage Windthorst's die Bemerkung fallen, er stehe meist eben so früh auf wie andre Leute, zuweilen gehe er überhaupt nicht schlafen. „Ich hoffe — so schloß Bismarck — daß mir bei meinem Versuch zur Beendigung des Kulturkampfes vom Landtag, und namentlich vom Centrum keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden. Ist die Kurie entgegenkommend, und ebenso die Centrumsfraktion, dann wird die Regierung auch im stande sein, die Bischöfe in ihre Diözesen zurückzuberufen und die Geistlichen in ihre Ämter wieder einzusetzen."

Die „Post" gab die Äußerungen des Fürsten Bismarck über den Kulturkampf in etwas schärferer Fassung wieder: Nachdem er sein Bedauern über die vom Abgeordneten Windthorst neuerdings wieder im Reichstag wie im Landtag zur Schau getragene schroffe Haltung ausgesprochen, habe er gesagt: „Wir wollen den Frieden mit der Kirche; wir wollen die Möglichkeit, die Gesetze, welche den Schutz des Staates gegen Übergriffe der Kirche bewirken, milde anwenden oder ganz ruhen lassen zu können. Wir wollen die Waffen auf dem Fechtboden niederlegen, aber weggeben wollen wir sie nicht. Wir glauben, daß wir jetzt Frieden erhalten werden, aber die Zeit kann schnell wieder da sein, wo wir die Waffen brauchen."

Ich habe den Bericht der „Post" wörtlich citiert, weil sich daran noch nach sechs Jahren eine Polemik der „Nordd. Allgem. Ztg." knüpfte. Gegenüber dem Schwäb. Merk.", der, wie das Mitte der 80er Jahre üblich war, nicht etwa für ein erträgliches Verhältnis mit der Kurie, sondern für einen „ehrlichen, aufrichtigen, unverbrüchlichen Frieden mit Rom" schwärmte, bemerkte ein Stuttgarter Blatt: „Wir erinnern uns sehr wohl jener allgemeinen Zustimmung der

---

[1]) Tagespresse über den Gedanken einer diskretionären Anwendung der Maigesetze s. die „Post" 1880, Nr. 136.

Digitized by Google

Presse, von „Merkurs" Schlag, zu den Worten Bismarck's, daß die Waffen nur zeitweilig auf dem Fechtboden niedergelegt, daß derselbe Faden, nur eine andre Nummer, fortgesponnen werde." Daraufhin verlangte die „Nordd. Allgem. Ztg." den Nachweis, daß Fürst Bismarck den citierten Ausspruch gethan habe. „Bisher war von demselben nichts bekannt." Die „Lib. Korr." half dieser Gedächtnisschwäche durch einen Hinweis auf das obenstehende Referat der „Post" nach. Nunmehr dementierte die „Nordd. Allg. Ztg." die angebliche Äußerung Bismarck's.[1] Wir wollen dieselbe hiernach nicht mehr aufrecht erhalten; erinnert darf aber werden, daß Fürst Bismarck wenige Wochen vorher in einer vertraulichen Depesche an den Prinzen Reuß in Wien, durch dessen Hände die damaligen Verhandlungen mit der Kurie gingen (vom 20. April 1880) schrieb: Wenn man in Rom geglaubt hat, daß wir nicht bloß abrüsten, sondern unsre Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollen, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut, wozu ich durch keine meiner Äußerungen Anlaß gegeben habe."

Um etwa 1 Uhr nachts erreichte die Soiree[2]) ihr Ende.

Vor dem Reichskanzler-Palais war wiederum eine große Anzahl von uniformierten Schutzleuten und Geheimpolizisten postiert, die jeden Passanten zwangen, schnell vorüberzugehen und jedes Stehenbleiben verhinderten.

Die weitere Entwickelung in der kirchenpolitischen Frage ist bekannt. Die Regierung legte alsbald dem Landtag einen Gesetz-Entwurf vor, welcher ihr diskretionäre Gewalten bezüglich der Handhabung der Maigesetze[3]) einräumte.

---

[1]) Die „Nordd. Allgem. Ztg." gab in der Nr. 202 vom 1. Mai 1886 zu, daß das Stuttgarter Blatt durch diese frühere Indossierung der „Post" gedeckt sei. „Es ist dies wiederum ein neues Beispiel dafür, wie unangemessen es ist, auf Reporterberichte über gesellschaftliche Unterredungen politische Schlüsse aufzubauen. Im übrigen aber ist durch den Wiederabdruck des „Post"-Artikels vom 6. Mai 1880 nichts weiter konstatiert, als daß die Priorität der publizistischen Anwendung jener Redensart von dem „Fechtboden" der „Post" und ihrem Gewährsmann gebührt. Unrichtig bleibt die Angabe deshalb doch, und wir können dies umsomehr mit Sicherheit behaupten, als der Reichskanzler schon vor sechs Jahren die ihm zugeschriebene Äußerung sprachlich und logisch kritisiert, für geschmacklos erklärt und dabei bemerkt hat, daß das Wort „Fechtboden" in dieser Verbindung in seinem sprachlichen Repertorium nicht vorhanden sei, für ihn also die ihm zugeschriebene Redewendung als untergeschoben kennzeichne. Zu einer Berichtigung in diesem Punkte hat natürlich niemals ein Bedürfnis vorgelegen, so lange nicht durch die Reproduktion nach sechs Jahren den fraglichen Worten eine Bedeutung über das Maß gelegentlicher geselliger Unterhaltung hinaus beigelegt wurde. Der Gedanke, welcher den Worten zu Grunde liegt, ist damals in andrer und besserer Form von vielen Seiten ausgesprochen worden. In dieser Gestalt aber mit der Wendung „Fechtboden" bestreitet der Reichskanzler heute wie vor sechs Jahren ihm jemals Ausdruck gegeben zu haben, und der von uns verlangte Beweis ist somit nicht erbracht."

[2]) Die am 4. April 1880 eingetretene Kanzlerkrisis wegen Ablehnung des Quittungsstempels im Bundesrat war auf derselben nicht berührt worden. Man vergl. den Artikel in der „Post" Nr. 170 (Fürst Bismarck und die Sitzungen des Bundesrats).

[3]) Urteile der Presse darüber s. in der „Post" 1880 Nr. 138, 139, 140, 141, 142, 143 (Leitartikel der „Post", Standpunkt Bismarck's), 144 (Genesis der Vorlage und Haltung Bismarck's dabei, Verhandlungen desselben mit Herrn von Rauchhaupt und einigen nationalliberalen

Digitized by Google

Das Centrum lehnte die Vorlage ab, und nur ein Torso derselben wurde durch ein Kompromis der Konservativen und Nationalliberalen gerettet. Das Bündnis der ersteren mit dem Centrum hatte also nicht lange vorgehalten [1]).

Die Ergebnisse der Reichstagssession waren unerquicklich. Die Militärvorlage war freilich bewilligt; dafür war aber der Reichszuschuß für Samoa abgelehnt und eine stattliche Zahl von wirtschaftlichen Vorlagen ganz einfach unter den Tisch geworfen. Bismarck sah ein, daß er, um zum Ziele zu gelangen, die Zügel der Regierung etwas mehr an sich ziehen müsse und er übernahm, um wenigstens bezüglich der Vorbereitung der wirtschaftlichen Entwürfe keinem Friktionen mehr ausgesetzt zu sein, zu seinen übrigen Ämtern noch das preußische Handelsministerium, erst provisorisch (23. August) und dann definitiv (15. September.)

Es war der Wendepunkt für die neue sozialpolitische Ära, welche sich das hohe Ziel gestellt hatte, das Los der Arbeiter zu verbessern.

23. Juni 1880. Der Abgeordnete von Rauchhaupt ist vom Fürsten Bismarck zu Tisch geladen.

---

15. IV. Legislatur-Periode. Session 1881.[2])

26. Januar 1881. 1. parlamentarisches Diner, wozu die Mitglieder des Vorstandes des Abgeordnetenhauses erschienen waren. Windthorst hatte in Rücksicht auf seinen leidenden Zustand und die Anstrengung, welcher er sich in der voraufgegangenen Sitzung hatte unterziehen müssen, melden lassen, daß er zu seinem Bedauern nicht würde erscheinen können. Das Unterbleiben einer Einladung an die fortschrittlichen Mitglieder des Vorstandes wurde damit erklärt, daß die bezeichneten Abgeordneten ihre Karten beim Reichskanzler nicht abgegeben hatten [3]). Dafür hatte derselbe einige nicht zum Vorstand gehörige Abgeordnete zu sich gebeten, wie von Bennigsen, Freiherrn von Hammerstein u. a.

Führern), 154, 155, 156 (Urteil des Fürsten Bismarck über die Vorlage einem Diplomaten gegenüber), 156 (Stimmung Bismarck's über das Verfahren der Centrumsmitglieder), 179 (Urteile diverser Blätter über die Vorlage), 180 (Die Kirchenvorlage und die nationalliberale Partei); Äußerung Bismarck's befreundeten Abgeordneten gegenüber s. die „Nordd. Allgem. Ztg." 1880, Nr. 272.

[1]) Die Abgeordnetenhaus-Neuwahlen vom Herbst 1879 hatte eine Niederlage der Liberalen und einen entschiedenen Sieg der Konservativen ergeben. Über die Stellung Bismarck's zu den Nationalliberalen vergl. die „Post" 1880, Nr. 238. — Gründung einer Partei „Bismarck" angesichts des Vertrauens, das derselbe genoß, s. die „Post" 1880, Nr. 157.

[2]) Die gedachte Reichstagssession währte vom 15. Februar bis 15. Juni 1881.

[3]) Außerdem waren sämtliche Staatsminister anwesend, ferner Graf Limburg-Stirum, von der näheren Umgebung des Reichskanzlers Graf Rantzau und Geheimrat von Tiedemann, die Fürstin Bismarck und die Gräfin Rantzau. Die Ehrenplätze neben der Hausfrau nahmen der Präsident von Köller und der erste Vize-Präsident von Benda ein, neben dem Hausherrn saßen der zweite Vize-Präsident des Abgeordnetenhauses Stengel und von Bennigsen.

Digitized by Google

Nach der Tafel zeigte sich Fürst Bismarck gesprächig, doch vermied derselbe sich über politische Tagesfragen auszulassen. In Gesprächen mit einzelnen Abgeordneten ließ der Kanzler durchblicken, daß wahrscheinlich eine Nachsession des Landtags notwendig sein werde, da Graf Eulenburg gern ein Votum des Landtags noch in dieser Session über die vorgelegten Kreisordnungen extrahieren wolle[1]).

Es war weder von der Wirtschafts-[2]) noch von der Steuerreform[3]) die Rede; das Gespräch streifte kaum die Tagesfrage, den Antrag Windthorst[4]). Fürst Bismarck soll nur seiner Freude darüber Ausdruck gegeben haben, daß die Debatte über den Antrag verhältnismäßig ruhig abgelaufen sei.

Über die bayerische Bierbrauerei sprach sich der Reichskanzler in sehr schmeichelhafter Weise aus. Das bayerische Bier bleibe doch weitaus das beste, das könne man in ganz Deutschland nicht so herstellen. Am Wasser werde das aber schwerlich liegen, sondern wohl an der scharfen und wohlthätigen Staatskontrolle und den Steuerverhältnissen, wie sie im Bayernlande herrschen. Bei unsern Brauereien sei also Hopfen und Malz verloren.

Fürst Bismarck teilte seinen Gästen noch mit, daß er sich jetzt viel besser als im Vorjahre befinde, und über seinen Gesundheitszustand nicht zu klagen habe. Um 8 ½ Uhr trennte sich die Gesellschaft.

1. Februar 1881. 1. parlamentarische Soiree[5]). Der Reichstag war noch nicht versammelt. Einladungen waren ergangen an die Mitglieder des Bundesrats, des Landtags und des Volkswirtschaftsrats. Aus den Kreisen der Abgeordneten waren die beiden konservativen Fraktionen sowie die Nationalliberalen fast in voller Stärke erschienen. Aber auch die Secessionisten[6]), der

---

[1]) Bekanntlich gab Graf Eulenburg kurze Zeit später seine Entlassung, nachdem im Herrenhaus am 19. Februar bei Beratung des Kompetenzgesetzes ein Konflikt zwischen ihm und Bismarck durch Verlesung einer Kundgebung des letzteren durch den Geheimrat Rommel entstanden war. Graf Eulenburg wurde durch den bisherigen Kultusminister von Puttkamer und dieser durch seinen Unterstaatssekretär von Goßler ersetzt.

[2]) Wegen des boshaften Artikels: „Ministerverbrauch und Wirtschaftspolitik des Kanzlers" vergl. die „Post" 1880, Nr. 50.

[3]) Vergl. die „Post" 1880, Nr. 115 (Fürst Bismarck und das Steuerprogramm), Nr. 121 (Die Ziele der Steuerreform im Reich und Preußen) und die „Vossische Zeitung" vom 1. August 1880 (Bismarck und die Matrikularbeiträge).

[4]) Die zweitägige Debatte über den schon zweimal abgelehnten und doch wieder eingebrachten Antrag Windthorst, betreffend die Straffreiheit des Sakramentspendens und des Messelesens endete wieder mit seiner Verwerfung. Für denselben stimmten geschlossen nur das Centrum und die Polen. Vergl. zu dem Windthorst'schen Antrag den Leitartikel der „Post" 1881, Nr. 28.

[5]) Das wertvollste Referat über diesen Abend bei Bismarck lieferte Paul Lindau für die „Kölnische Zeitung".

[6]) Am 28. August 1880 hatte sich der linke Flügel der Nationalliberalen von der Partei getrennt und ein den Freihandel scharf betonendes Programm erlassen, das von 28 Reichstags- und Landtagsabgeordneten unterzeichnet war.

Digitized by Google

Fortschritt und das Centrum waren vertreten, wenn auch spärlich[1]). Die Anzahl der Anwesenden wurde auf 500 geschätzt, denn im Kongreßsaal, in welchem der Reichskanzler die Amputation der Pforte — die Karte der Türkei lag auf einem besonderen Seziertisch — geleitet hatte[2]), schwirrte es eine Zeit lang wie in einem Bienenstock, ohne daß die Nebenräume verlassen dagestanden hätten.

Die Zahl der anwesenden Damen war größer als sie sonst zu sein pflegte. So vollzählig als möglich hatten sich die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats eingefunden, es fehlte wohl nur, wer Berlin schon verlassen hatte. Vier oder fünf Männer sah man, die an Stelle dessen, was man nach den Begriffen des neunzehnten Jahrhunderts den „Gesellschaftsanzug" nennt, sich im schwarzen Überrock, in Kravatte und Handschuhen von gleicher Farbe präsentierten. Es waren die Arbeiter des Volkswirtschaftsrats, durchweg Männer von intelligentem Gesichtsausdruck, die sich bescheiden, aber ohne jede Spur von Befangenheit auf dem ihnen fremden Boden bewegten.

Gegen zehn Uhr wurde zum Büffet eingeladen, und daß dasselbe außer den üblichen Herrlichkeiten auch einige prachtvolle Sterlets aufwies, ist eine Thatsache, deren Verschweigung ein übles Licht auf die Gewissenhaftigkeit des Chronisten werfen würde.

Nun begab sich das Unerwartete, daß schon hier und schon zu dieser Zeit Fürst Bismarck Gelegenheit nahm, eine seiner Plaudereien zu beginnen, deren historischer Schauplatz sonst das rote Zimmer zu sein pflegt, und die der Regel nach erst beginnen, wenn ein großer Teil der Gäste sich schon entfernt hat[3]). An einem Tische an der einen Längenwand des Büffetsaales hatten vier Abgeordnete verschiedenster Richtung Platz genommen; zu ihnen gesellte sich der Fürst und erörterte zunächst die Fundamentalfrage, was man heute trinken wolle? In bemerkenswerter Einmütigkeit entschied man sich dahin, heute ein Glas Wein zu trinken, und um jedem Geschmack gerecht zu werden, ließ der Fürst drei Sorten weißen Weines kommen, einen ganz jungen, dessen Geburtsstätte die Pfalz gewesen war, einen „im Mittelalter" und endlich einen Rüdesheimer Berg aus dem Jahre 1822, mit welchem sich außer dem Fürsten Bismarck selbst noch einige hervorragend verständige Männer beschäftigten.

Nach Erledigung dieser materiellen Sorge näherte sich das Gespräch allmählich den politischen Thematen, und es muß gleich hier bemerkt werden, daß Fürst Bismarck, als er sich niedersetzte, gewiß nicht vorausgesehen hatte, wie spät er wieder aufstehen würde, ein so weit schauender Mann er auch sonst ist.

---

[1]) Bemerkt wurden u. a. die Abgeordneten von Bennigsen, Graf Moltke, Gneist, von Wedell-Malchow, von Heydebrand, Graf Saurma, Landstallmeister von Dassel, Stöcker, die Minister Graf Stolberg, von Boetticher, von Kameke, Maybach, Bitter, Friedberg, Lucius und der Staatssekretär Scholz.

[2]) „Berliner Tageblatt" Nr. 55 vom 3. Februar 1881.

[3]) Das „Berliner Tageblatt" bemerkte, die Corona des Kanzlers sei dieses Mal aus den Personen gebildet worden, welche der Zufall oder ortsangemessen gezähmter Gebrauch der Ellenbogen in die Nähe des Fürsten geführt hatte.

Digitized by Google

Denn es ereignete sich etwas gänzlich Ungewöhnliches. Als die Unterhaltung etwa eine Stunde gewährt hatte, nahten die Damen, geleitet von den Freunden des Hauses, um nunmehr sich an der Büffettafel niederzulassen. So ist es bei diesen Festen Gebrauch. Die Frau Fürstin, von dem liebevollen Wunsche geleitet, auch ihren Gatten an den Freuden dieser Tafel teilnehmen zu lassen, schickte einige gewandte Unterhändler ab, um den Fürsten aus dem Netze dieser Gespräche loszulösen, und als diese mit ihrer Mission vollständig gescheitert waren, nahte sich die Fürstin selbst zum Entsatz des belagerten Gatten, ohne sich eines größeren Erfolgs rühmen zu dürfen. Kurzum das Resultat ist, daß am 1. Februar 1881 Fürst Bismarck nicht zu Nacht gegessen hat, weil er sich tief in volkswirtschaftliche Gespräche verwickelt hatte. Und wenn er wirklich, was bei dem Mangel quellenmäßigen Materials dahin gestellt werden muß, nach Entfernung der Gäste noch einige Kaviarschnitte verzehrt haben sollte, so wäre dies erst nach Mitternacht geschehen, könnte also schlechthin nicht mehr als eine Abendmahlzeit betrachtet werden.

Der Schauplatz war also ein Tisch mit fünf Stühlen darum, davor ein enger Gang, der durch eine lange Tafel begrenzt wurde. Hinter den vier Glücklichen, denen es beschieden war, sitzend die nachfolgenden Gespräche mit anzuhören, konnte sich noch eine kleine Zahl stehend placieren, und hinter diesen nahmen dann noch einige an der Zuhörerschaft teil, welche ihre Fußzehen und Halswirbel zu ungewöhnlichen Anstrengungen heranziehen konnten.

Alle historischen Anfänge bergen sich im Dunkel, und so haben wir denn auch nicht ermitteln können, wie das Gespräch in die politische Bahn hinübergelenkt wurde. Zu den ersten Fragen, welche anklangen, gehörten die Kolonisationsprojekte des Herrn Fabri; der Reichskanzler lehnte dieselben entschieden ab und betonte, daß in betreff derselben keine Fühlung mit ihm gesucht worden sei.

Dann wurde das Verwendungsgesetz[1]) berührt; der Fürst sprach davon mit Liebe, aber ohne Eifer. Es würde ihm lieb und interessant sein, so sagte er, die Meinung des Landtags darüber kennen zu lernen.

Ein lebhafterer Zug kam in das Gespräch, als jetzt ein Mitglied des Volkswirtschaftsrats, Kommerzienrat Wolff-Gladbach, mit einer gewissen physischen Energie einen Platz hinter einem der vier Stühle sich erkämpfte, sich zum Fürsten hinüberneigte und zunächst seine Entschuldigungen darüber aussprach, daß er so spät komme. Er gab auch den Grund an, weswegen er so spät komme; wir glauben denselben, da er den häuslichen Herd berührt, nicht ausplaudern zu sollen. Vielleicht hätte aber die ganze Entschuldigung nicht in so dringlicher

---

[1]) Unterm 21. Dezember 1880 hatte die Regierung dem Landtag einen Gesetz-Entwurf über die Verwendung der infolge neuer, vom Reichstag erst noch zu bewilligender Steuern und die daraus vom Reich an Preußen zu überweisenden Geldsummen zur Erleichterung der Gemeinden vorgelegt. Der Entwurf wurde im Februar 1881 an eine Kommission verwiesen und daselbst begraben. Vergl. die „Post" 1881, Nr. 7 (Fürst Bismarck und das Verwendungsgesetz) und Nr. 38 (Der Kanzler und die Stellung der Freikonservativen zu dem Verwendungsgesetz).

Digitized by Google

Form vorgetragen werden müssen, denn es lag kein unzweideutiges Symptom dafür vor, daß der Herr schon vermißt worden war. Diesem Herrn nun gelang es, in rascher Reihenfolge dem Fürsten vier Wünsche vorzutragen und auf jeden derselben einen schnellen Bescheid zu extrahieren.

Zunächst wünschte er, daß den Mitgliedern des Volkswirtschaftsrats freie Fahrt auf den Staatsbahnen gewährt werde. Lächelnd sagte der Fürst wohlwollende Erwägung zu. Er fügte noch hinzu, es sei schon ein Fonds vorhanden, aus dem für die nicht aus Präsentationswahlen hervorgegangenen Mitglieder die Diäten bestritten werden könnten.

Dann wünschte der Gast eine Änderung des jetzigen Paketportos, von welchem er behauptete, daß es die Einfuhr fremder Waren begünstige. Darin traf er eine sehr sympathische Seite. Der Reichskanzler forderte ihn auf, ihm diesen Wunsch noch einmal zu wiederholen, ihm denselben auf einen Zettel zu schreiben; er interessiere sich für dieses Anliegen sehr, er wolle es in ernste Erwägung nehmen. Er möchte sich einen Kerb schneiden, um es nicht zu vergessen.

Etwas zurückhaltender wurde der dritte Wunsch aufgenommen: „Durchlaucht, könnte nicht das Hausiergewerbe ein bischen beschränkt werden? Es geniert die ansässigen Kaufleute." Die Antwort war, der Volkswirtschaftsrat möge deswegen einen Antrag stellen; derselbe sei nicht auf die ihm vorgelegte Tagesordnung beschränkt, sondern könne aus eigener Initiative vorgehen.

Nun der vierte Wunsch, hastig hervorgestoßen: „Durchlaucht, könnte die Währungsfrage nicht erledigt werden?" und der Fragesteller blieb einen Augenblick mit geneigtem Kopfe und gespannten Zügen stehen, als erwarte er etwa die Antwort: „Ganz gewiß, Ew. Wohlgeboren, wir werden morgen die Goldwährung abschaffen." Zum Unglück hatte er aber nicht deutlich gesprochen, und Fürst Bismarck fragte zurück: „Welche Frage?" „Die Währungsfrage, Durchlaucht; ich habe nämlich einen Freund in Hamburg, der hat Beziehungen nach Mexiko." — „Ja, wie gesagt, jeder Staatsbürger hat das Petitionsrecht und niemand verliert es dadurch, daß er in den Volkswirtschaftsrat berufen wird, im Gegenteil, die Petitionen, die jemand mit Betonung seines Charakters als Mitglied des Volkswirtschaftsrats einreicht, werden mit besonderer Sorgfalt geprüft werden, denn es handelt sich um Männer, die im praktischen Leben stehen, durch die Wahl der Mitbürger filtriert sind." Acceptiere der Volkswirtschaftsrat einen dahin gehenden Antrag des Fragestellers mit seiner Unterschrift und bringe ihm das auf dem Petitionswege zur Kenntnis, dann werde eine solche Petition ein um so größeres Gehör bei ihm finden.

Nachdem noch mehrere Mitglieder des Volkswirtschaftsrats in die Corona getreten waren, ging der Fürst auf eine Erörterung der Absichten über, die ihn bei der Bildung dieser Behörde geleitet. Mit dem Volkswirtschaftsrat[1]) habe er eine Sonde anlegen wollen, um zu ermitteln, inwieweit den allge-

[1]) Vergl. den Artikel der „Vossischen Zeitung" 1880, Nr. 188. (Der volkswirtschaftliche Senat. Projekt der Einsetzung des Volkswirtschaftsrats).

meinen Wünschen nach den praktischen Erfahrungen Rechnung getragen werden könne. Er wisse wohl, daß die Sonde nicht bis auf den Boden gehe, indessen sei doch durch die bisherigen Beratungen schon viel gewonnen. Er hätte gleich gewünscht, einen Reichsvolkswirtschaftsrat berufen zu können, jedoch hätte er sich vorläufig mit dem preußischen Fuß begnügen müssen. Den Reichsfuß sofort hinzuzufügen, sei nicht möglich gewesen[1]), sonst wäre vor dem Juli eine Einberufung nicht möglich gewesen. Jetzt, nachdem Preußen vorangegangen, seien die übrigen Staaten geneigt, einen Volkswirtschaftsrat zu schaffen. Zu den 75 preußischen Mitgliedern würden etwa 30 bis 50 aus den übrigen deutschen Staaten zu berufen sein, so daß Bayern etwa 15, Sachsen 9 Mitglieder stelle, und die übrigen Kleinstaaten je ein Mitglied pro eine Million Einwohner. Mehrere der Kleinstaaten müßten dann allerdings zusammen nur ein Mitglied stellen.

Der Kanzler betonte, daß er von der neuen Einrichtung eine sachliche Prüfung erwarte, während in den parlamentarischen Körperschaften die politischen Leidenschaften den Blick trüben. Dabei erwähnte er als eines höchst auffälligen Umstandes der Thatsache, daß unter allen für den Volkswirtschaftsrat vorgenommenen Wahlen nur zwei auf Katholiken gefallen seien. Sobald er das erfahren, habe er sofort von Friedrichsruh aus mehr verlangt. Zwar sei es für volkswirtschaftliche Fragen gleichgültig, ob ein Handwerker Protestant oder Katholik sei, aber er habe der Ansicht vorbeugen wollen, als habe die geringe Anzahl der berufenen Katholiken in seiner Absicht gelegen. Die zu berufenden Mitglieder seien bei der Unbekanntschaft der Centralbehörden mit den Personen von den Provinzialbehörden vorgeschlagen worden, und so habe man sich auch auf diese verlassen müssen.

Nach einiger Zeit befand sich das Gespräch auf einem andern Gebiet. Die Gemeinden seien überbürdet; es sei ein sehr tadelnswerter Mißbrauch, den Gemeinden die Armenlast, die Schullast, die Polizeilast aufzubürden[2]). Die Gemeinden seien Organe des Staates, er könne ihre Thätigkeit in Anspruch nehmen, müsse aber auch die Kosten tragen. Der Staat habe ein Interesse daran, daß die Leute etwas lernen, der Gemeinde sei es gleichgültig. Wie komme sie dazu, zumal wenn es eine arme Gemeinde ist, dafür bezahlen zu müssen? Die Abwälzung der Armenlast auf die Gemeinden sei eine willkürliche Vorschrift. Die Stadt Berlin trage mit vollem Unrecht die Kosten der staatlichen Polizeiverwaltung für eine Million Menschen.

Er spreche über solche Fragen sehr gern seine Ansichten im engeren Kreise aus, aber er sei zu schüchtern, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Er habe

---

[1]) Die Absicht des Reichskanzlers, dem Bundesrat sofort bei seinem Zusammentritt Vorschläge wegen Errichtung eines deutschen Volkswirtschaftsrats zu machen, soll an dem Widerspruch der Regierungen von Bayern und Württemberg gescheitert sein. Vergl. „Vossische Zeitung" vom 8. November 1880, Nr. 311.

[2]) Dieser Gedanke kehrt in späteren Reichstagsreden Bismarck's wieder. Vergl. „Bismarck als Volkswirt" Bd. II, S. 37.

Digitized by Google

ja im Parlament nicht immer nur mit sachlichen Erwägungen zu kämpfen, sondern auch mit Flegeleien; er sei zu alt und diene dem König zu lange, um sich mit Klopffechtern herumzuschlagen [1]).

Zurück zum Hauptthema. Man stehe an dem Anfang einer Gesetzgebung, die vielleicht einen zehnjährigen Zeitraum ausfüllen könne. Er habe sich beschieden, sehr langsam und sicher vorzugehen, und habe sich in manche Einschränkungen gefügt, die seine ursprünglichen Anregungen erfahren hätten. Aber man stehe doch erst im Anfang. Mit der Erfüllung des Versprechens, durch positive Maßregeln die Sozialdemokratie zu bekämpfen, müsse Ernst gemacht werden. Das Versicherungswesen müsse weiter ausgedehnt werden als nur auf Unfälle [2]).

Betreffend die Unfallversicherung bemerkte der Reichskanzler, man komme unwillkürlich auf den Gedanken, ob man nicht in den Entwurf [3]) „alle Deutsche" statt „Arbeiter" setzen solle. Namentlich sei vielfach erörtert, ob nicht wenigstens die Arbeiter der Landwirschaft hinzuzuziehen seien, und vernehme er mit Befriedigung, daß die Handwerker für ihre Arbeiter den gleichen Wunsch hätten. Der Fürst betonte, daß man aber zunächst das am leichtesten Erreichbare anstreben müsse; bevor er sich aufs Eis begebe, untersuche er vorsichtig, wie weit es trage.

Er hege die Überzeugung, daß der Staat die Aufgabe habe, kräftig für diejenigen einzutreten, die ohne Mitwirkung des Staates enterbt sein würden. Warum solle der Gedanke einer Altersversicherung nicht durchführbar sein? Wenn jeder arbeitsuntüchtig Gewordene mit einem Rentenbrief über 100 oder 200 Mark sich zurückziehen könne, so würden Tochter und Schwiegertochter ihm keine Schwierigkeiten machen, ihn aufzunehmen, die Söhne freilich thun es nie. Er sei jetzt Handelsminister, allein er sei in das Handelsministerium getreten, wie Odysseus unter die Freier. Seine Aufgabe sei hier lediglich, für das Reich zu erobern [4]). Unumwunden gab er zu, daß er die Einrichtung eines Reichshandelsamts anstrebe, wodurch dieses Ressort ihm, als dem Reichskanzler, ohne weiteres unterstellt wäre [5]). Ihm liege auch die Pflicht ob, den Eintritt der

[1]) Das „Berliner Tageblatt" Nr. 57 vom 4. Februar 1881 war über diese Ausdrücke sehr ungehalten. „Man hält es allgemein für unmöglich, daß der Premierminister Preußens in solcher Weise Parlamentariern gegenüber und gewissermaßen in der Öffentlichkeit über die preußische Volksvertretung sich geäußert haben könne. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Angelegenheit im Plenum des Abgeordnetenhauses zur Sprache kommt."

[2]) Über die ersten Pläne Bismarck's, betreffend die Arbeiterversicherung, vergl. die „Vossische Zeitung" vom 23. und 25. September 1880, Nr. 254 und 267.

[3]) Der dem Reichstag unterm 8. März 1881 vorgelegte Unfallgesetz-Entwurf bezog sich nur auf die in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brüchen und Gruben, auf Werften, in Anlagen für Bauarbeiten, in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter.

[4]) Vergl. die Leitartikel der „Post" 1880, Nr. 331 (Fürst Bismarck und das Handelsministerium), und der „Vossischen Zeitung" 1880, Nr. 242 (Kanzler des deutschen Reichs und preußischer Handelsminister).

[5]) Eine bedeutsame Illustration erhielt diese Äußerung durch die Nachricht, der Reichskanzler arbeite an einer Vorlage für den Bundesrat, durch welche die Handelsangelegenheiten, soweit

Digitized by Google

Hansestädte in den Zollverein[1]) zu betreiben. Wenn er diese Pflicht vernachlässige, würde er ein höchst tadelnswerter Reichskanzler sein (der Ausdruck, den er hier brauchte, war viel stärker, aber es ziemt uns nicht, ihn zu wiederholen). Der Brief, den man durch eine Indiskretion veröffentlicht (der von Wolffson und Virchow mitgeteilte Brief)[2]), habe ihn gar nicht in Verlegenheit gesetzt; denn aus demselben gehe nur hervor, daß er seine Schuldigkeit gethan. Der Fürst erzählte hier eine Anekdote von einem Staatsmann, der, als er hörte, es sei ein Brief von ihm um den Preis von dreißig Thalern verraten, erwiderte, er würde für einen Thaler dreißig solche Briefe geschrieben haben. Er habe übrigens in Friedrichsruh nicht allein die als Anschlußfreunde bekannten Hamburger, sondern auch andre gesehen, welche sich für den Anschluß als notwendig und beiderseits vorteilhaft erklärt hätten.

Weiter erzählte der Fürst, daß er heute einen Staatsstreich gemacht habe. Es bestehe eine Verordnung, wonach die Fischerboote in der Dunkelheit und beim Sturm Lichter mit roten und grünen Scheiben führen müßten, damit die ihnen vorbeisegelnden Schiffe sie nicht überfahren. In andern Staaten sei diese Verordnung schon längst aufgehoben. Denn abgesehen davon, daß die Fischer sich selbst nach Kräften vor der Gefahr schützen und daß sie z. B. im Kurischen Haff gar nicht die erforderlichen Lichter bekommen könnten, bewirkte die angeordnete Maßregel gerade das Gegenteil dessen, was sie solle, sie bringe die Boote noch mehr in Gefahr, denn bei der tanzend drehenden Bewegung, welche ein Boot im Sturm stets mache, wechsele die Richtung des Lichtscheins fortwährend und führe die Schiffe über die Richtung, in welcher die Boote segeln, stets irre. Deshalb habe der König heute auf seine Empfehlung die Aufhebung der Lichterordnung ausgesprochen[3]).

Zum Schluß nahm ein Arbeiter das Wort und pries mit warmen Worten den heutigen Tag, wo der Arbeiter über die Interessen, die ihn bewegen, mit dem Fürsten Bismarck direkt verhandeln dürfe[4]). Fürst Bismarck stieß auf das Gedeihen des Volkswirtschaftsrats an und mahnte Arbeitgeber und Arbeiter daran

---

sie der Kompetenz des Reichs, d. h. der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterliegen, in Zukunft auch durch Reichsorgane verwaltet werden sollen.

[1]) Vergl. die „Grenzboten" Nr. 19 vom 6. Mai 1880, Politische Briefe 11 (Der Reichskanzler und Hamburg) und die „Post" 1880, Nr. 124 (Fürst Bismarck und die Hamburger Zollanschlußfrage).

[2]) Der hier gemeinte Brief ist abgedruckt in meinem Werke: „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 276. Vergl. auch S. 287 a. a. O. Note 1*) und unten 4. April 1881.

[3]) Vergl. die Kaiserliche Verordnung vom 16. Februar 1881, betreffend die Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See. Marine-Verordnungsblatt 1881, S. 49.

[4]) Das „Berliner Tageblatt" schloß das von ihm über die Soiree gegebene Referat wie folgt: Es bleibt immerhin eine denkwürdige Erscheinung, daß in dem stolzesten Hause der Reichshauptstadt der mächtigste Staatsmann unsrer Tage gleichzeitig die Fürsten der Industrie und die Lohnarbeiter, die leitenden Staatsminister und die gewählten Vertreter des Volks in seinem Saale vereinigt, um im direktesten Ideenaustausche für seine Pläne Propaganda zu machen. In Wahrheit fungiert hierbei der Reichskanzler als Apostel jener gesellschaftlichen demokratischen „Gleichheit", um die wir so oft die Franzosen beneiden mußten.

Digitized by Google

zu denken, daß sie Bürger eines und desselben Staates seien und den Fremden gegenüber gleiche Interessen hätten. Er erklärte noch, einer späteren Sitzung des Volkswirtschaftsrats präsidieren zu wollen. Gegen Mitternacht verabschiedete der Wirt sich von den letzten Gästen, an der Thür stehend, mit kräftigem Händeschütteln. Es herrschte unter ihnen allgemeine Freude über das vortreffliche Aussehen und die geistige Frische des Fürsten, der nur etwas von seiner Körperfülle eingebüßt zu haben schien.

Einer andern, stellenweise humoristisch angehauchten Schilderung, welche mehr die Äußerlichkeiten der denkwürdigen Soiree berührte, entnehme ich noch folgende Notizen: Fürst Bismarck empfing seine Gäste selbst. Er trug den Generals-Waffenrock und schwarzes Beinkleid mit der schmalen roten Biese. Auf der Brust funkelten zwei Ordenssterne in Brillanten, neben denen sich das schlichte Eiserne Kreuz um so besser ausnahm. Zu seinen Füßen ruhte Tyras, „der Reichshund". Sein Gebahren war das eines kordialen Hausherrn, der sich freut, innerhalb seiner vier Pfähle die Strammheit der amtlichen Repräsentation beiseite lassen zu können. Er gab sich kaum die Mühe, auf Kosten der eigenen Bequemlichkeit den Beobachter durch straffere Haltung über sein Embonpoint und die leichte Wölbung des Rückens zu täuschen. Je nach der Stellung und den persönlichen Beziehungen wurden die Eintretenden mit bloßem Kopfnicken, einer stummen Verbeugung, einem Händedruck oder einigen freundlichen Worten begrüßt. Andre, besonders solche, die mit ihren Damen erschienen, erhielten nebst längerer Unterhaltung ein kurzes Geleit bis zu dem Saale, wo die Frau Fürstin mit ihrer Tochter, der Gräfin Marie Rantzau, und den Gemahlinnen mehrerer hochgestellten Staatsbeamten Platz genommen hatte.

Der schwarze Frack und die weiße Halsbinde beherrschten das Terrain. Hätten nicht eine Anzahl von Ordensbändern und Sternen eine gewisse malerische Abwechselung in das Bild gebracht, es wäre verzweifelt eintönig gewesen.

Nach 10 Uhr fand der allgemeine Angriff auf die lange, weißgedeckte Tafel statt. Zwar hatten einige kühne Plänkler schon vorher den Versuch unternommen, die Gelüste ihres Magens zu befriedigen; man staunte sie an, folgte ihnen aber nicht. Selbst das Vorgehen eines durch seine häufigen, aber nicht gerade glücklichen Reden bekannten Freikonservativen, durch eine erkleckliche Portion Hummersalat, die er freihändig verzehrte, seine Unterhaltung schmackhafter zu machen, fand keine Nachahmung. Erst die ausdrückliche Aufforderung des mit aller ihm zu Gebote stehenden Liebenswürdigkeit als Vizewirt fungierenden Grafen Rantzau setzte die Kauwerkzeuge der Gesellschaft in allseitige Thätigkeit. Nunmehr stockte plötzlich die laut durcheinanderschwirrende Konversation. Alle drängten der langen Tafel zu, und alle streckten begierig die Hände aus nach der bereiteten Speise. Doch gelang es bei der Regellosigkeit des Angriffs nur den Wenigsten eine gewisse Ordnung in ihr Menu zu bringen. Kaviar und Kuchen mußten sich auf demselben Teller mit einander vertragen lernen, und mancher nahm erst einige Löffel Creme zu sich, um ein Stück Fisch hinterher folgen zu lassen.

Digitized by Google

Dabei gewährte es einen fast ergötzlichen Anblick, diese Männer des Rates und der That, deren Mund sonst von den gewichtigsten Aussprüchen politischer Weisheit überquillt, mit der ernsthaftesten Miene sich abmühen zu sehen, demselben Organe eine solide Füllung zu verschaffen. Unter anderm stand da ein hervorragender Minister, seinen Chapeau-claque unter den Arm geklemmt, weißbehandschuht, und damit beschäftigt, einen großen Löffel, in den er nach Überwindung vieler Schwierigkeiten einen Rest von Kaviar zusammengefegt hatte, mit Brot abzuwischen, um dieses Gericht mit sichtlichem Behagen zu verspeisen. Er dachte in dem Augenblick ohne Zweifel weit angelegentlicher an einen ordentlichen Nachtisch, als an die möglicherweise eintretende Nachsession des Landtags.

Nachdem der Hauptsturm vorüber war, erschien der Fürst im Speisezimmer. Auf die Tafel warf er einen flüchtigen Blick und dann musterte er die verschiedenen Gruppen, welche herumstanden, oder an den kleinen Nebentischen sich gebildet hatten, wie der Zufall, vielleicht auch die Absicht es gefügt. Unter einer dieser Gruppen nahm er Platz. Sie setzte sich zusammen aus dem secessionistischen Bürgermeister Sachse, dem altliberalen Rittergutsbesitzer von Bockum-Dolffs, dem ehedem freikonservativen, nunmehr „wild" gewordenen Freiherrn von Eckardstein[1]) und dem am Morgen desselben Tages vom Abgeordneten Windthorst als „volkswirtschaftlichen" Redner der Nationalliberalen qualifizierten Herrn von Eynern[2]). Hinsichtlich der Parteischattierungen war die Gruppe somit gut assortiert, und hinsichtlich der Bedeutung der einzelnen Persönlichkeiten nicht minder; umgeben von diesen Planeten konnte die Bismarck'sche Sonne ihre hellsten Strahlen werfen und des getreuesten Reflexes sicher sein. Auch war von vornherein anzunehmen, daß der Reichskanzler in solcher Umgebung aus seinem Herzen keine Mördergrube machen, sondern seine geheimsten Pläne vor derselben enthüllen werde. Inwiefern er letzteres gethan, entzieht sich leider der Wahrnehmung. Denn sobald Fürst Bismarck sich niedergelassen, erschien nicht nur ein Diener,

---

[1]) Im Februar 1882 hatte der Freiherr von Eckardstein folgende, mit 4604 Unterschriften bedeckte Adresse an den Fürsten Bismarck übersandt: „Ew. Durchlaucht sagen wir unterzeichneten Einwohner des Kreises Ober-Barnim warmen Dank für die siegreiche Verteidigung des Allerhöchsten Erlasses vom 4. Januar d. J. im Reichstag und energische Zurückweisung der Fortschrittspartei mit ihrem Anhang in deren Bestreben, unsern König und Herrn von seinem Volk durch konstitutionelle Doktrinen zu trennen, welche in der Verfassung ihre Begründung nicht finden. Diesen Dank zu bethätigen, werden wir bestrebt sein, in unwandelbarer Treue und Ergebenheit für unsern Kaiser und König Allerhöchstdessen Regierung nach besten Kräften in den politischen Kämpfen zu unterstützen."

Hierauf erging an denselben nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 20. Februar 1882.

Es hat mir zur besonderen Freude gereicht, aus der von Eurer Hochwohlgeboren mir übermittelten Adresse zu ersehen, daß die Gesinnungen, welchen ich in der Reichstagssitzung vom 24. v. M. Ausdruck gegeben habe, in der Bevölkerung des Kreises Ober-Barnim Zustimmung finden. Eurer Hochwohlgeboren und allen an der Adresse beteiligten Herren danke ich verbindlichst.

v. Bismarck.

[2]) Vergl. die Rede des Abgeordneten Dr. Windthorst in der 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 1. Februar 1881.

Digitized by Google

der mehrere Flaschen Wein von verschiedenen Sorten auf den Tisch stellte, an welchem der Gewaltige saß, sondern auch eine unabsehbare Zahl von Volksvertretern und Volkswirtschsftsräten, um sich als lebendige Mauer in möglichster Nähe um den Kanzler aufzupflanzen. Die weiter zurück Stehenden erhoben sich auf den Zehen, reckten die Hälse vor und verlängerten ihre Ohren in einer Weise, daß man unwillkürlich an die Geschichte des alten Königs Midas erinnert wurde. „Das liest sich morgen viel bequemer!" meinte ein erfahrener Geheimrat, nahm einer noch ziemlich unversehrt gebliebenen Poularde die halbe Brust ab und setzte sich mit dieser Beute schmunzelnd in eine stille Ecke.

Allmählich versagten den stehenden Zuhörern Bismarck'scher Causerie die Beine den Dienst. Sie wickelten sich ächzend aus dem Knäuel heraus und sahen ihre Plätze sofort von andern Wißbegierigen eingenommen. Aber zur Ruhe kamen sie auch jetzt nicht. Denn zehn und zwanzig stürzten auf sie los mit der Frage: „Was hat er gesagt?" — „Wovon spricht er?" — „Giebt es eine Nachsession?" — „Wird Gambetta Präsident?" — „Behalten wir Frieden mit Rußland?" — Und nun erzählten die glücklichen Unglücklichen die erhaschten Bruchstücke jener olympischen Aussprüche, so gut sie es vermochten. Der eine hatte gehört, daß das Reich alle Steuern vereinnahmen und aus seinen stets wohlgefüllten Kassen die Bedürfnisse der Einzelstaaten, Provinzen und Gemeinden bestreiten solle. Dem andern hatte es geschienen, als lehne der Fürst es ab, fernerhin in den Parlamenten seine Entwürfe zu verteidigen. „Er sei zu alt und schon zu lange im Dienst," habe er gesagt, „um sich als Clown mit den übrigen Clowns herumzuschlagen." — „Den Ausdruck „Clown" habe ich nicht gehört," replizierte ein Dritter, dem die überstandene Anstrengung die hellen Schweißtropfen auf die Stirn getrieben. „Soweit ich verstehen konnte, war von „Flegeleien" und „Klopffechtern" die Rede." — „Na, viel besser wäre das auch nicht," entgegnete der Vertreter der Lesart „Clown". „Doch à propos, im Nebenzimmer soll es Sekt geben." „Clown" und „Klopffechter" faßten sich darauf zur gemeinsamen Rekognoscierung unter den Arm und verschwanden nach der Richtung, von woher in der That der anmutende Ton erschallte, den der Champagner von sich giebt, wenn eine kundige Hand ihn der Fesseln entledigt.

Zwischenzeitlich amüsierte sich der „Reichshund" auf seine Weise. Auch er mochte die Unmöglichkeit einsehen, bis zu seinem Herrn vorzudringen, und da er aus den strahlenden Gesichtern der diesen umdrängenden Menschen keine bösen Absichten herauswittern konnte, so trieb er sich mit einem etwas kleineren Kollegen derselben Rasse — Tyras gehört zum Geschlecht derer Doggen von Ulm — anscheinend harmlos in der Gesellschaft umher. Ja, er hatte nichts dagegen, wenn dieser oder jener ihm das glänzende schwarze Fell streichelte; doch nahm er derartige Vertraulichkeiten nur mit einer gewissen Herablassung entgegen. Und auf dem Posten war er dabei stets. Das erfuhr ein älterer Herr, den einige als „Kommerzienrat" bezeichneten. Wahrscheinlich hatte derselbe ein Stückchen Kuchen eingesteckt, um es seiner Familie als Wahrzeichen zu überbringen. Tyras mußte dies erschnuppert haben. Denn er folgte dem Herrn auf Schritt und

Digitized by Google

Tritt und ging schließlich sogar dazu über, dessen Frackschoß sehr ungeniert zu beknabbern. Der Inhaber des bedrohten Kleidungsstückes war in sichtlicher Angst und vielleicht um diese zu verbergen, versuchte er, Tyras durch allerlei Schmeicheleien auf andre Gedanken zu bringen. Aber der „Reichshund" ließ sich durch derartige Kniffe nicht täuschen, sondern blieb dem Kommerzienrat an den Fersen. Was später aus der Affaire geworden ist, wissen wir nicht, da die beiden sich nach einiger Zeit in der Menge verloren.

Nach 11 Uhr füllte sich das Speisezimmer von neuem. In langem Zuge nahten sich paarweise Damen und Herren, um das Souper einzunehmen. Es war die erlesene Gesellschaft, die zur Umgebung der Fürstin gehörte. Unterdessen plauderte Fürst Bismarck weiter, als ob es für ihn keine Damen in seinem Hause gäbe. Vergebens ließ seine Gemahlin ihn daran erinnern, daß er noch nichts genossen habe, vergebens kam sie selber, um ihm bemerklich zu machen, daß auch der größte Staatsmann dann und wann essen müsse. Endlich hob die Fürstin die Tafel auf, und weiter, immer weiter ging die politische Causerie. Erst gegen halb zwölf verabschiedete sich Fürst Bismarck von seinen entzückten Zuhörern, und fand nun, daß es nichts mehr zu essen gab. Doch soll es nachträglich gelungen sein, noch eine Kaviarschnitte für ihn aufzutreiben, und Augenzeugen versichern, dieselbe habe ihm ausnehmend gut geschmeckt. So nahte die mitternächtliche Stunde heran, und aus dem Salon, wo die Fürstin sich befand. drang Tabaksrauch. Sie hatte, so hieß es, eigenhändig die Cigarren ausgeteilt. Bald nachher erschien Graf Rantzau mit einer frischgeöffneten Kiste bei den übrigen Gästen; sie war im Augenblick bis auf den Boden geleert. Doch rückte Succurs nach, und nicht lange dauerte es, bis Volksvertretung und Volkswirtschaftsrat in seltener Einmütigkeit und mit solchem Behagen drauf losqualmten, als wäre niemals vom Tabaksmonopol die Rede gewesen. Zugleich begann die Gesellschaft sich zu lichten, und Fürst Bismarck nahm Aufstellung bei der Thür um als aufmerksamer Wirt seine Gäste ebenso liebenswürdig zu entlassen, wie er sie empfangen hatte. Wohl keiner empfahl sich, ohne einen freundlichen Händedruck des großen Kanzlers mit auf den Weg zu bekommen.

11. Februar 1881. 2. **Diner (für die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats.)** Ein Diner beim Reichskanzler, zu welchem auch Handwerksmeister und Arbeiter eine Einladung erhalten hatten, gehörte zu den noch nicht dagewesenen Vorkommnissen. Die Mitglieder des permanenten Ausschusses des Volkswirtschaftsrats, in welchem bekanntlich neben dem Vertreter der höchsten Aristokratie auch der Mann mit der schwieligen Hand sitzt, waren nach Beendigung ihrer Beratungen einer Einladung des Fürsten gefolgt[1]). Allerdings bewegte sich von Anfang bis zu Ende noch eine weitere vielgenannte, man kann

[1]) Die Honneurs machte die Fürstin Bismarck in dem gegen dreißig Geladene zählenden Kreise, und es war ein liebenswürdiger Zug des Gastgebers, daß er, um der Zusammenkunft ihren officiellen Charakter zu benehmen, auch Tochter und Schwiegersohn, den Grafen und die Gräfin Rantzau hinzugezogen hatte. Außerdem waren die Minister von Boetticher und Lucius sowie der Geheimrat von Tiedemann anwesend.

Digitized by Google

wohl sagen berühmte „Persönlichkeit" in der Gesellschaft. Ohne den Reichshund Tyras geht es nun einmal nicht. Seine alte Gewohnheit, Annäherungsversuche zurückzuweisen, die zuerst bei seinem Rencontre mit dem Fürsten Gortschakoff der Welt offenkundig wurde, verleugnete er auch dies Mal nicht. Denn als ein Arbeiter in allzugroßer Vertraulichkeit den Vielgenannten auf den Rücken klopfen wollte, fuhr Tyras ihm mit den scharfen Zähnen in den Frackärmel. Mit großer Geistesgegenwart wendete sich nach erfolgter Abwehr der Angegriffene an den neben ihm stehenden Geheimrat: „Es scheint fast, als ob der Hund auf die Opposition abgerichtet ist." Dem Fürsten Bismarck, der in der Nähe stand, schien die schlagfertige Bemerkung zu gefallen, denn er lachte, während der Geheimrat allen Ernstes sich für verpflichtet zu halten schien, die fürchterliche Beschuldigung mit den Worten zurückzuweisen: „Ach nein, das glaube ich nicht, er ist nur kein Freund von allzu großen Vertraulichkeiten."

Den Ehrensitz bei Tisch zur Rechten und zur Linken des Reichskanzlers err hielten Kommerzienrat Leyendecker und das langjährige Mitglied des Centralverbandes deutscher Industrieller, der Fabrikant Hessel, welcher im Volkswirtschaftsrat unter dem Namen „Ehrenfried Hessel, Webermeister" figurierte. Herrn Hessel wurde an der Tafel der Platz zur Linken des Fürsten angewiesen[1]), und als er bat, diese Auszeichnung einem Älteren und Verdienteren der Anwesenden zu teil werden zu lassen, wurde dies mit dem Bemerken abgelehnt, daß der Fürst den Wunsch habe, ihn persönlich kennen zu lernen. In der Unterhaltung bei Tisch sprach der Reichskanzler Herrn Hessel seine Freude darüber aus, daß dieser die Berufung als Webermeister angenommen und den Stand nicht verleugnet, aus dem er hervorgegangen. Es habe ihm ja freigestanden, bei der Anfrage, ob er überhaupt das Mandat acceptiere, zu erklären, daß er dasselbe im Rahmen seines heutigen Berufs annehmen wolle. Daß er dies nicht gethan, sei ihm eine Freude gewesen.

Durch die heutige Zeit gehe — so fuhr er fort — eine andre Strömung wie ehedem: Komme ein Handwerker, in welchem Fache es sei, vorwärts, so strebe er dahin, schnell reich zu werden. Die freudige Schaffenslust, die Liebe zum Berufe trete immer mehr in den Hintergrund; habe man dann viel Geld gemacht, mit oder ohne Ehren, dann werde man Spekulant und Bankier und strebe nach äußerem Glanz. Da wäre die ältere Zeit eine bessere gewesen. Sie hätte einen Krupp, Schwartzkopff, Egells als Schlossergesellen, einen Borsig als Zimmergesellen, Wöhlert als Tischlergesellen, einen Pflug als Stellmachergesellen, einen Heckmann als Kupferschmiedegesellen, einen Vollgold als Goldschmiedegesellen gezeitigt und hundert andrer trefflicher Männer als Weber, Gerber rc. Diese Männer alle hätten sich nie des Berufskreises geschämt, aus dem sie hervorgegangen. Mit Stolz erinnerten sich dieselben, wie sie am Ambos, an der Drehbank und Hobelbank gestanden, vor dem Webestuhl gesessen und am Gerberbock geschabt. Möge dieser alte gute Geist wieder in unser Handwerk einkehren.

---

[1]) Bei der übrigen Placierung war jede Berücksichtigung des Berufs ausgeschlossen.

Die Speisekarte umfaßte zehn Gänge und war trotz der rein deutschen Gesellschaft in französischer Sprache abgefaßt. Jede politische Unterhaltung wurde gemieden. Der Fürst war über die Persönlichkeit jedes seiner Gäste gut unterrichtet und begegnete ihnen nach aufgehobener Tafel — die Damen hatten sich zurückgezogen, um die Oper zu besuchen — mit Liebenswürdigkeit. Die lange Pfeife dampfend, den Hund zu seinen Füßen, hatte er auf dem Sofa Platz genommen, während seine Gäste sich um ihn gruppierten.

Der Reichskanzler erzählte eine Masse Ereignisse aus seinem Leben, besonders aus dem deutsch-französischen Kriege. Von einem Mitglied des Volkswirtschaftsrat wurde die Frage der in Deutschland hervortretenden partikularistischen Strömungen angeregt. Sofort fiel der Reichskanzler dem Interpellanten ins Wort und bemerkte: „Ah! Wenn Sie vom Partikularismus sprechen, so kann ich Ihnen nur sagen, daß der Partikularismus seine stärkste Vertretung im preußischen Staatsministerium selbst findet; die preußischen Herren Minister fassen einstimmig einen Beschluß, gehen nachher mit demselben in den Bundesrat und stimmen, unbekümmert um die Reichsregierung, dort einfach flott gegen denselben."

Anknüpfend daran teilte der Reichskanzler der Gesellschaft noch einiges über den verstorbenen früheren Bundestagsgesandten in Frankfurt und Minister von Savigny, den nachmaligen Vorsitzenden der Fraktion des Centrums, mit. „Savigny wollte nach dem Kriege 1866 und der Begründung des Norddeutschen Bundes gern Bundeskanzler werden. Ich stellte ihm vor, wie die ganze Bundesverfassung und alle Verhältnisse darauf angelegt seien, daß der preußische Ministerpräsident zugleich die Oberleitung der auswärtigen Angelegenheiten und die Führung der Geschäfte im Norddeutschen Bund behalten müßte. Ich trug nachher Herrn von Savigny den Posten des Vizekanzlers an. Einen Tag darauf, nachdem ich ihm dies Angebot gemacht, packte Herr von Savigny seine Sachen zusammen und nahm seinen Abschied, ohne mich jemals davon in Kenntnis zu setzen, was ihn damals zu diesem Schritt veranlaßt hat."

Von einem Mitglied des Volkswirtschaftsrat wurde dann darauf hingewiesen, daß die Meistbegünstigungsklausel, die wir im Frankfurter Friedensvertrag Frankreich eingeräumt hätten, Deutschland überall verhindere, Handelsverträge mit unsern Nachbarstaaten abzuschließen, so namentlich auch mit Österreich. Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Sie täuschen sich überaus über die Frankreich zugestandene Meistbegünstigungsklausel. Wir haben damals diese Klausel in dem Vertrage aufgenommen, weil sie auf Gegenseitigkeit beruhte und auch uns zu gute kam. Würde Deutschland heute bei Frankreich anfragen, ob es diesen Vertrag mit der Meistbegünstigungsklausel aufheben wolle, so würde es sich sofort mit Freuden dazu verstehen, denn es würde dann in die Lage kommen, in seinem Zolltarif Revanche gegen uns zu nehmen. Diese Meistbegünstigungsklausel hat gar keinen Einfluß auf das Zustandekommen des Handelsvertrags

Digitized by Google

mit Österreich.[1]) Österreich hat vornehmlich nur an drei Einfuhrartikeln nach Deutschland Interesse, diese sind Getreide, Holz und Vieh, wobei Österreich allerdings Ermäßigungen des deutschen Zolltarifs verlangt; auf eine Ermäßigung des Weinzolls verzichtet Österreich."

Die Unterhaltung berührte auch die Vorzüge des schließlich gereichten Bieres — diesmal war's „Königsberger", und „eingeschicktes", wie bemerkt wurde.

Gegen halb neun Uhr verabschiedeten sich die letzten Gäste.

8. März 1881. 3. parlamentarisches Diner, zu welchem die Präsidenten, Schriftführer, Quästoren und Abteilungsvorstände des Reichstags und einige Mitglieder desselben[2]) geladen waren. Fürst Bismarck war ersichtlich unpäßlich. Sein starker Husten verminderte aber seine Liebenswürdigkeit als Wirt vom Hause nicht, hinderte ihn nicht einmal, nach Tisch in herkömmlicher Weise, aus seiner langen Pfeife zu rauchen. Die Angegriffenheit des Kanzlers äußerte sich den Gästen gegenüber einzig in der schnelleren Erledigung der Formalitäten[3]).

Gegen Ende der Tafel gab derselbe interessante Details über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 zum besten[4]). Eine lebhafte Unterhaltung knüpfte sich auch an die Frage der Regelung des Armenwesens im Deutschen Reich[5]) in Verbindung mit dem heute im Reichstag eingebrachten Unfallversicherungsgesetz. Der Reichskanzler legte auf das Zustandekommen dieses Gesetzes noch in dieser Session sichtlich das allergrößte Gewicht[6]).

Nach aufgehobener Tafel wurde der Kaffee gereicht und die kleine Gesellschaft verteilte sich in kleine und schnell sich verschiebende Gruppen. Fürst Bismarck und der Abgeordnete Windthorst ließen sich in der historischen Sofaecke nieder. Letzterer entrierte eine Schutzzollunterhaltung, die das Interesse der Corona in Anspruch nahm. Windthorst betonte, wie die neue Zollpolitik zahlreichen Fabriken, namentlich den Wachstuchfabriken genutzt habe, und schloß seine

---

[1]) Die Handelsvertragsverhandlungen wurden mit Österreich noch bis Mitte Mai 1881 fortgeführt. Sie führten aber nur zu einem Meistbegünstigungsvertrag mit einigen Erleichterungen für den Grenzverkehr. Abgedruckt findet sich der Handelsvertrag vom 23. Mai 1881 im Reichs-Gesetzbl. 1881, S. 123.

[2]) Es waren noch gegenwärtig: Graf Moltke, Kultusminister von Puttkamer Landwirtschaftsminister Lucius, von Helldorff, von Kardorff u. a., Staatssekretär von Boetticher, Graf Wilhelm Bismarck und Graf Rantzau.

[3]) Präsident von Goßler führte die Fürstin Bismarck, Vize-Präsident Freiher von Franckenstein die Gräfin Rantzau zu Tische. Dem Reichskanzler zunächst saß rechts von Franckenstein, links von Bennigsen.

[4]) Es wird dabei sicher die berühmt gewordene „Emser Depesche" ihre bekannte Rolle gespielt haben.

[5]) Vergl. hierüber „Bismarck als Volkswirt" Bd. II. S. 37, 62, 63, 171, 172 und „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" Bd. II, S. 78, 79.

[6]) Hervorragende Industrielle des Reichstags, die ihren Sitz auf der rechten Seite hatten, verhehlten ihre große Bedenken gegen das Unfallversicherungsgesetz nicht und hoben hervor, daß man die Beratung dieser Vorlage noch auf ein weiteres Jahr hinaus schieben solle, weil die Meinungen noch nicht geklärt seien. Namentlich riefen die Bestimmungen über die Zahlungen der Prämie große Bedenken hervor.

Digitized by Google

Ausführungen mit den Worten: „Die Schutzzollpolitik wird uns bei den Wahlen nichts schaden". Fürst Bismarck ließ diesen ziemlich stark angeschlagenen Ton ohne besonderes Echo fallen und trat in eine Privatunterhaltung mit dem Grafen Moltke ein. Um 7 ½ Uhr entfernten sich die Gäste, da ungeachtet der Aufforderung des Fürsten Bismarck eine allgemeine Unterhaltung nicht zu stande kommen wollte[1]).

Ich habe bisher den Fürsten Bismarck im Kreise der in seinem Hause versammelten Parlamentarier geschildert. Seine Rede floß da begreiflichereise ganz anders, als wenn er im Reichstag das Wort ergriff. Ich glaube aber, es dem Leser schuldig zu sein, Bismarck noch von einer dritten Seite zu zeigen, im trauten Zwiegespräch mit einem Abgeordneten unter vier Augen. Ich will darum hier eine Unterhaltung folgen lassen, welche der Reichsbote v. X., der zugleich ein ehemaliger Corps-Bruder des Kanzlers war und am

22. März 1881 zu einem gemütlichen Abend bei Bismarck eingeladen war, mit demselben führte. Die Unterhaltung ist nicht immer hochpolitischer Natur, aber amüsant genug, um der Vergessenheit entrissen zu werden.

Über das, was sich der Reichsbote über die Dienstwohnung des Fürsten, über den anwesenden Reichshund und sonstige Kleinigkeiten notiert hat, glaube ich hinweggehen zu dürfen, und gebe ihm sogleich für die Hauptsache das Wort: „Wir waren — so erzählt Herr v. X. — allmählich in einen etwas burschikosen Ton verfallen, hatten uns allerhand Studenten-Geschichten erzählt, und, einem sehr natürlichen Ideengange folgend, begleitete ich die Blume eines dritten Seidels mit dem vom Herzen kommenden Ausruf: „Famoser Stoff."

„Das will ich meinen," bekräftigte Sr. Durchlaucht, „kommt auch von meinen guten Freunden, den Franziskanern zu München, gleiche Qualität wie Hofbräu, würde die geistlichen Herren um keinen Preis unter das Klostergesetz stellen lassen — Puttkamer müßte es denn absolut haben wollen (dabei lachte er kräftig). Aber trotzdem, altes Haus (wir stehen nämlich von Göttingen her auf sehr vertrautem Fuß), ich trinke das Zeug doch höchstens vor dem Schlafengehen."

„Na," fiel ich ein, „da haben sich Durchlaucht aber gewaltig verändert; wenn ich an Göttingen denke, oder gar an die Thüringer Bierreise."

„Jawohl", unterbrach mich der Fürst, „alle 70 Sorten gewissenhaft durchgeprobt, steht ja schon bei meinem sogenannten Biographen Wellmer zu lesen. Aber ich habe was gelernt in meinem langen Leben, im Trinken wie in der Wirtschaftspolitik. Ich habe mich früher dem herrschenden Geschmack anbequemt; als Fuchs machte ich's wie unser Senior, als Minister ließ ich mich von Delbrück und Camphausen an's Bändel nehmen; aber jetzt habe ich mich emanzipiert, hier wie dort. Im Getränk wie in der National-Ökonomie muß der alte

[1]) Fürst Bismarck hatte zu Mittwoch den 16. März 1881 eine Anzahl Reichstagsmitglieder zu einem parlamentarischen Diner eingeladen, infolge des Todes des Kaisers von Rußland wurde indessen das Diner abbestellt.

Digitized by Google

Schlendrian aufhören; wir brauchen für unser erschlafftes Geschlecht energische Mittel. Man sagt freilich, ich verfolge mit der Brausteuer[1]) nur fiskalische Zwecke; aber nein, sie steht mit der ganzen Steuerreform auf demselben ethischen Boden, und deshalb setze ich auch Feuer dahinter. Sagt dieser Reichstag nicht Ja — hierbei nahm er einen Schluck und schlug energisch den Deckel aufs Glas — dann thut's ein andrer."

„Ich fürchte das Letztere," erlaubte ich mir zu bemerken; „denn ohne die Spiritussteuer thun es die Liberalen partout nicht."

„Jawohl," sagte er lachend, „da geht's Euch Agrariern an den Schnaps; aber Ihr braucht keine Sorge zu haben; mit meinem Willen geschieht dem edlen Kartoffelblut nichts Schlimmes. Den Ertrag könnten wir schon brauchen; aber, ich wiederhole, es geht nicht aus ethischen Gründen. Ich habe es schon oft gesagt, das Bier macht dumm, und wenn ich an meine jungen Jahre denke, wundre ich mich selbst, daß ich nicht vollständig zum Phlegma geworden bin und noch über einigen Spiritus verfüge. Besehen Sie sich ein paar Charakterköpfe unter Ihren Kollegen. Da ist z. B. Lasker. Der Mann trinkt überhaupt nichts, und wenn er sich ein Vergnügen machen will, geht er nach Pontresina und stolpert über die Gletscher; wie kann bei einer solchen Lebensweise etwas aus dem Kleinen werden? Dann Meyer (Breslau)! Er war früher gar nicht so übel, jetzt ist er „Bier-Meyer" geworden, theoretisch wie praktisch, und was war das Resultat? Er ist unter die Sezessionisten gegangen! Schade um ihn, er hat seinen Beruf verfehlt, wie alles Bier, was nicht getrunken wird; Sie erinnern sich ja an seinen zweifelhaften Witz?"

„Natürlich," antwortete ich; „aber Braun ist doch auch unter die Sezessionisten geraten."

„Ja, leider," sagte der Reichskanzler achselzuckend: „Das kann er auch nur in der Champagnerlaune gethan haben. Sonst ist er übrigens ein prächtiger Herr, den ich von Zeit zu Zeit gern höre, ganz abgesehen von seinem Embonpoint. Es thut mir wirklich von Herzen leid (dabei blickte er ganz melancholisch in sein leer gewordenes Glas), daß er auf seinen alten Tag so unter die Füße gekommen ist, trotz seines guten Geschmacks. Denken Sie sich nur (hier lachte er laut auf), bei seinem Maultierritt in die schwarzen Berge — das arme Vieh soll übrigens acht Tage darauf an Entkräftung gestorben sein — hat er ein halbes Dutzend Flaschen Rüdesheimer-Berg mitgeschleppt und in einer glücklichen Stunde mit Nikita Schmollis getrunken. Das ist die pure Wahrheit, wenn auch das montenegrinische „Amtsblatt" die Sache totgeschwiegen hat. Es ist eine wahre Schande, daß die Wiesbadener den Braun nicht mehr in den Reichstag wählen, in Glogau ist so eine Kraft nicht an ihrem Platz, und ohne diesen Wechsel wäre er sicher mit Bennigsen gut Freund geblieben. Jetzt ist er frère et compagnie mit Biertrinkern der schlimmsten Sorte, z. B. mit N., einem

[1]) Der dem Reichstag unterm 17. März 1881 vorgelegte Gesetzentwurf wegen Erhebung der Brausteuer findet sich abgedruckt als Reichstagsdrucksache 58 4. Legislaturperiode IV. Sess. 1881.

Digitized by Google

Biergenie in Folio, schamlos! sage ich Ihnen. Der reine Bänkelsänger! Mir zum Ärger soll er den jämmerlichen Gassenhauer gedichtet haben:

Gefährlich ist der Kürassier,
Er reitet Schritt und trinkt viel Bier!

Nun, auf mich paßt weder das eine noch das andre. Aber so weit kommt der Mensch durch das viele Biertrinken. Ich versichere Ihnen, der ganze Berliner Fortschrittsring ist im wesentlichen ein Gewächs, das seine Triebkraft dem Weißbier verdankt. Es sind darunter von Haus aus ganz begabte Leute; aber jetzt können sie nichts mehr als raisonnieren und mich in der Mietssteuer schrauben. Da lobe ich mir Charaktere wie den Hundt von Hafften. Der konnte noch etwas mehr wie Spiritus brennen und sagte alles frei heraus, was er auf dem Herzen hatte."

„Ja," meinte ich, „aber zuweilen trieb er es doch etwas zu arg. Denken Sie doch an die Polenreden."

Hier wurde der Fürst sehr ernst.

„Lieber X.," sagte er, „das verstehen Sie nicht; der Hundt hat da einen ganz richtigen Instinkt gehabt. Sie haben doch gestern die „Nordd. Allgem. Ztg." gelesen?" [1])

„Jawohl, Durchlaucht; aber —"

„Nichts aber; sie hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Daß an dem Verschwörertalent der Polen die jesuitische Dressur schuld ist, will ich nicht so gewiß behaupten; aber die Existenz eines förmlichen Nationalfehlers läßt sich nicht ableugnen. Der Berezowskis giebt es da eine ganze Menge, und Kull-

[1]) In dem Artikel (vergl die Nr. 134 vom 21. März 1881) wurde ausgeführt, daß die Polen nicht so ganz unschuldig an der neuesten Entwickelung in Rußland (Ermordung des Russischen Kaisers) seien. „In dem Aufstande von 1863 haben sie in der Kunst der Verschwörung, in dem Organisieren einer geheimen, das ganze Land umspannenden Regierung eine Virtuosität entwickelt, mit der sie ihre Vorbilder und Lehrmeister, die Carbonari, übertrafen. In Rußland, dessen Palastverschwörungen sich immer nur auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt hatten, und wo die von den aus Frankreich 1818 zurückgekehrten Okkupationstruppen importierten konstitutionellen Logen schon 1826 völlig ausgerottet waren, sind die geheimen, über das ganze Land verbreiteten Verbindungen, aus denen die nihilistischen Attentate hervorgingen, erst 1872 entstanden, und unter den vor Gericht gestellten Personen fehlte es nicht an polnischen, allerdings zuweilen russifizierten Namen. In der Mehrzahl werden freilich die Polen sich auf Verschwörungen nur einlassen unter dem Druck eines Terrorismus, wie er 1863 von den Führern durch die Hängegendarmen geübt wurde. Auf der andern Seite aber giebt es keine Nation, in der eine gewisse Klasse so viel Talent zum Verschwören besäße und darin einen so zusagenden Zeitvertreib, eine Art von Sport, fände. Eine erhebliche Anzahl von Polen hätte keine Beschäftigung, wenn das Verschwören nicht wäre; bei den Russen ist die Anstelligkeit und Prädestination dazu in weit geringerem Maße vorhanden. Man wird daher die intellektuellen Urheber und unterirdischen Leiter der Auflehnung gegen die russische Regierung unter Polen suchen dürfen, die zugleich ihre Neigung befriedigen wollen und für die Erfüllung ihrer nationalen Zukunftspläne zu arbeiten glauben. Es spricht dafür auch der Umstand, daß an der Spitze der Oppositionspresse der unter russischem Namen gehende, aber von einem Polen redigierte „Golos" steht, der sich seit Jahren die Verhetzung der drei Kaiserreiche untereinander und die Untergrabung der Autorität der russischen Regierung zur Aufgabe gestellt hat.

Digitized by Google

mann soll vorübergehend dem polnischen Gesellen-Verein in Pleß angehört haben, — wissen Sie, im Wahlkreis des geistlichen Raths Müller. Überall werde ich durch polnische Elemente geniert, und dabei treiben sie's schlau, daß man sie nicht fassen kann. Nehmen Sie den Dr. Polakowsky, den Anti-Semiten, und den Juden Kantorowicz, der die ärgerliche Geschichte im Pferdebahnwagen anfing[1]); Wasser und Feuer, werden Sie sagen; aber ich bin überzeugt, sie liegen trotzdem unter einer Decke und machen mir Verlegenheiten nach Verabredung. Daß es im Kulturkampf so weit gekommen ist, habe ich wesentlich den Polen zu verdanken. Ich kenne die ganze Gesellschaft, welche uns so lange reizte bis wir zu den äußersten, meinetwegen bedauerlichen Mitteln greifen mußten. Über Ledochowski brauche ich kein Wort zu verlieren. Dann war dabei der Nuntius Czacki, Kozmian, der Domherr Borowski, Westerwelle, sodann die ganze Familie — nun ich will den Namen lieber nicht nennen. An die polnischen Redakteure der „Germania" brauche ich Sie kaum zu erinnern — der jetzige Chefredakteur ist darin schlauer — kurz, das alles hing aneinander wie die Kletten und trieb die Agitation so toll, bis wir schließlich dazwischen fahren mußten. Am liebsten steckte ich sie allesamt in eine Strafcompagnie. Aber ich fürchte, sie sind nicht einmal unter das Wehrsteuergesetz[2]) zu bringen. Apropos, lieber X., wie stehen in dieser Beziehung die Aktien?" —

„Offen gesagt, schlecht, Durchlaucht."

„Das muß ich Ihnen leider glauben. Die Angst vor allem, was wie eine neue Steuer aussieht, ist lächerlich. Als ob ich ohne Geld Operationen wie eine neue Steuerreform durchsetzen könnte. Am Ende bilden sie sich noch ein, man könne einen neuen Steuererlaß ohne eine neue Steuer machen. Aber um auf unsern ersten Gegenstand zurückzukommen, auf alle Fälle muß das Bier bluten ganz wie der Tabak. Das fordert nicht bloß unser Geldbeutel, sondern auch die Gesundheit der Nation. Jetzt sitzen 50 Prozent der männlichen Bevölkerung abends im Wirtshaus, trinken Bier, rauchen Cigarren oder gar Pfeifen, räsonnieren auf die Regierung und gehen dann stolz nach Hause, als hätten sie ein schweres Tagewerk vollbracht[3]). Wer weiß, vielleicht mache ich die Sache diesmal mit dem Centrum. Windthorst trinkt bestimmt kein Bier; aber wie steht's mit den beiden Reichensperger?"

„Die sind ja geborene Koblenzer, Durchlaucht, damit ist die Frage erledigt."

„Richtig, neulich hat mir's Nesselrode noch gesagt. Auf die kann ich mich also verlassen, und Schorlemer muß schon als westfälischer Bauernkönig — allen

[1]) Ein Kaufmann dieses Namens wurde von einem Berliner Gymnasiallehrer Dr. Jungfer in der Pferdebahn thätlich beleidigt.

[2]) Der den Reichstag unterm 17. März 1881 vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung der zum Militärdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen, findet sich abgedruckt als Drucks. Nr. 60 4. Legisl.-Periode IV. Sess. 1881.

[3]) Denselben Gedanken hat Bismarck einige Tage später in der Sitzung des Reichstags vom 28. März 1881 weiter ausgeführt.

Digitized by Google

Respekt übrigens — mehr für den Münsterschen alten Klaren, als für fades Bier sein. Hoffen wir das Beste," schloß der Reichskanzler den politischen Teil unsrer Unterhaltung mit einem leisen Seufzer und spielte mit der freundlichen Frage: „Trinken Sie jetzt noch einen Nordhäuser?" das Gespräch auf ein harmloses Gebiet.

Als ich mich kurz darauf empfahl, fragte ich den Fürsten, ob ich von unsrer Besprechung Gebrauch machen könne. „Das ist mir ganz Wurst," antwortete er, „Büschlein[1]) hat noch ganz andre Dinge ausgeplaudert. Lassen Sie's meinetwegen drucken: das Papier ist geduldig, und die Leute können ja glauben oder nicht, was sie Lust haben."

Der Abgeordnete v. X. ließ sich dieses nicht zweimal sagen und ließ den Bericht in der That drucken, fügte jedoch vorsichtigerweise die Bemerkung bei, daß er allerdings nicht für jeden einzelnen Ausdruck die Verantwortung übernehmen könne, aber doch sicher sei, im wesentlichen die Unterhaltung richtig wiedergegeben zu haben. Es entzieht sich das natürlich jetzt nach 13 Jahren vollständig erst recht der Beurteilung, und ich will meinerseits nur so viel einräumen, daß der in Rede stehende Herr jedenfalls den Ton Bismarck's an manchen Stellen nicht übel getroffen hat.

25. März 1881. Der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Mirbach bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch.

29. März 1881. 2. parlamentarische Soiree. Alle Fraktionen des Reichstags, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, hatten sich ein Rendezvous auf derselben gegeben. Es war, wie ein hervorragender Staatsmann äußerte, eine „gemischte Gesellschaft" in des Wortes bester Bedeutung.[2])

Nur eine Stimme war über das gute Aussehen und die treffliche Laune des Wirtes, der sich nacheinander mit dem Präsidenten von Goßler und den Abgeordneten von Bennigsen, von Bockum-Dolffs u. s. w. unterhielt; mit dem letzteren in Erinnerung an ihr erstes parlamentarisches Zusammentreffen auf dem vereinigten Landtag, während bezüglich des Abgeordneten Bode des noch weit länger zurückliegenden feindlichen Zusammentreffens auf der Mensur aus dem Anfang der dreißiger Jahre gedacht wurde. Die Begrüßung durch Bismarck erfolgte mit den Worten: „Hier ist ja einer, mit dem ich mich schon auf einem anderen Boden (dem Fechtboden) befunden habe!"[3]) Bekanntlich trägt der

[1]) Familiäre Abkürzung für Busch, den Verfasser des Werkes: Graf Bismarck und seine Leute.

[2]) Am zahlreichsten waren die Konservativen vertreten, darunter Graf Arnim-Boitzenburg, von Helldorff, von Goßler; von den Nationalliberalen war Bennigsen erschienen. Von den Secessionisten, welche nach ihrem Verhalten zum Windthorst'schen Antrag jetzt scherzhaft „die liberale Verunreinigung" genannt wurden, war der Abgeordnete Schlutow anwesend; endlich hatte der Fortschritt die Abgeordneten Hänel, Wiggers, Hermes, Mendel und Schwarzenberg gestellt. Die Regierung war durch die Minister und Staatssekretäre von Kameke, von Boetticher, Scholz rc. vertreten.

[3]) Auf einer früheren Soiree interpellierte Bode einmal den Kanzler, was er denn demnächst mit „unserem kleinen Ländchen Braunschweig machen werde"? Darauf Bismarck: „Braunschweig ist mir ganz Wurscht. Wir haben uns an Hannover schon genug den Magen verdorben und wollen Ihr Ländchen gar nicht mehr!"

Digitized by Google

erwähnte Abgeordnete noch ein von der Hand des Reichskanzlers geschriebenes Denkzeichen an die lustige Studentenzeit. Als die Gesellschaft in der herkömmlichen Gruppierung um das Buffet „seßhaft und standhaft“ geworden war, wurde zunächst der Vize-Präsident Freiherr von Franckenstein vom Reichskanzler ins Gespräch gezogen. Die eigentliche Unterhaltung des Abends spielte jedoch zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten August Reichensperger, der zum ersten Mal, seitdem aus dem Palais Radziwill der Reichskanzlersitz geworden war, diese Räume wieder besuchte.

Selbstverständlich waren die baulichen Veränderungen der Reichskanzlerwohnung das erste Gesprächsthema, und der Reichskanzler entwickelte gegenüber dem nach helleren Farben verlangenden Kunstenthusiasten die wenigen spartanischen Anforderungen, welche er an Wohnungsräume stellte, dahin, daß gar kein Schmuck besser sei als ein mittelmäßiger. Einverstanden gelangten die beiden Herren mit einem kurzen Abstecher in Parkanlagen auf das allgemeine Gebiet der Architektur und zu den für die erworbenen Schätze von Olympia und Pergamon nötigen Neubauten. Die Löwenvertragsnatur der auf die olympischen Ausgrabungen bezüglichen Abmachungen,[1]) wofür der Reichskanzler die Verantwortlichkeit ablehnte, ward lebhaft beklagt; aber den drastischen Ratschlägen des Herrn Reichensperger, um für Deutschland ein richtigeres Verhältnis zwischen Arbeit, Mühe und Lohn zu stande zu bringen, bedauerte der Reichskanzler lachenden Mundes, nicht folgen zu können. Um so lebhafter war die Befriedigung über den guten Erfolg der pergamonischen Unternehmung[2]), dessen Verdienst der Fürst voll und ganz der Geschicklichkeit des Grafen Hatzfeldt zuschrieb. Nachdem man, nicht zwar des trockenen Tones, wohl aber des trockenen Themas satt, sich über die Vorzüglichkeit des Stoffs unterhalten, welcher aus der herzoglich bayerischen Brauerei zu Tegernsee stammte, gaben die hervorragenden Leistungen — Tegernsee war bekanntlich ehemals ein Benediktiner-Kloster — der Klosterbrauereien und insbesondere des Münchner Franziskaner Bieres, das der Reichskanzler nur um des Reichstags willen dann und wann zu erhalten glaubte, dem Abgeordneten Reichensperger Anlaß, für die guten Mönche und Nonnen auch im Interesse der Biertrinker ein Wort für Wiederherstellung der Klöster einzulegen, das ebenso humoristisch aufgenommen wurde, wie es gemeint war. Der Januskopf der Reichskanzlerpolitik im Kirchenstreit wurde vortrefflich dadurch illustriert, daß der Reichskanzler mit seinem klerikalen Gast auf völlige Ideengemeinschaft anstieß, zugleich aber betonte, daß sie beide auf dem Standpunkt „no surrender“ stünden. Sehr interessant waren die Erinnerungen der beiden Sprecher an ihre parlamentarische

---

[1]) Die in Olympia gefundenen Skulpturen, Architekturteile, Bronzen sind Eigentum der griechischen Regierung geblieben, nur ein Teil der zahlreichen Erzeugnisse der Kleinkunst ist in den Besitz der deutschen Regierung übergegangen. Die Ausgrabungen erfolgten mit einem Aufwand der deutschen Regierung von 800 000 Mark.

[2]) Die preußische Regierung hatte in den Jahren 1878—1886 auf Anregung des Ingenieurs Humann in Pergamon Ausgrabungen veranstaltet, deren Ergebnisse die Zierde der Berliner Kunstsammlungen bilden.

Digitized by

Thätigkeit in Frankfurt und Erfurt, wobei als Beispiel von Politikern mit ausgeprägtester Beredsamkeit, aber mit den daran zugleich haftenden Schwächen für das positive Schaffen, General von Radowitz und Hermann von Beckerath skizziert wurden. Der Reichskanzler war noch im besten Zuge, als endlich gegen halb zwölf Uhr den wiederholten Mahnungen, daß der Damenflor nicht bloß blühen, sondern auch essen muß, eine Plauderei zum Abbruch brachte, die deshalb nicht weniger unterhielt, weil sie harmlos und unpolitisch war. Vielleicht hatte letzterer Umstand auch seine politische Bedeutung, und jedenfalls mußte inmitten der Kämpfe um Verfassungsänderungen, Steuergesetze, Staatssozialismus u. s. w. die parlamentarischen Freunde und Gegner des Reichskanzlers der heitere Gesellschaftsabend wie eine Oase in der Wüste angemutet haben.

Durch die Versammelten bewegte sich während des ganzen Abends des Kanzlers großer Reichshund Tyras, stets den Herrn im Auge, daß ihm von den vielen anwesenden oppositionellen Elementen kein Leids geschehe.

Der Reichtagsabgeordnete Dr. August Reichensperger hat die Güte gehabt, mir über den Verlauf dieser parlamentarischen Soiree folgende Mitteilungen zu machen, welche ich zur Ergänzung des Gesagten hier anzuschließen nicht unterlassen will.

Der Fürst war an diesem Abend, wie ich schon berichtet habe, dem Abgeordneten Reichensperger gegenüber besonders freundlich. Er ließ sich einen Stuhl neben den Reichensperger's setzen, sodann einen Humpen bringen und stieß mit demselben, der beiderseitigen vieljährigen Bekanntschaft gedenkend, an. Als Reichensperger darauf dem Kanzler nicht „humoristisch", sondern ernstlich vorhielt, die Mönche, die das gute Bier brauten, seien aus Deutschland verbannt, erwiderte dieser: „Seien Sie ruhig, die Mönche werden schon wiederkommen."

Bei der Rekapitulation der gemeinsamen Erinnerungen erzählte Reichensperger dem Fürsten folgendes: „Als der eben zum Präsidenten des Erfurter Volkshauses gewählte Abgeordnete Simson die Liste der unter der Fraktion vereinbarten Sekretäre vorlas und „Herr von Bismarck-Schönhausen" zuletzt verlesen wurde, stand letzterer am Fuße der Tribüne und richtete an Reichensperger folgende Worte: „Mein seliger Vater würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß ich Schreiber eines jüdischen Gelehrten[1]) geworden sei." Fürst

[1]) Ich habe kein Bedenken getragen, diese Erinnerungen mitzuteilen.

Der Anspielung mit dem „jüdischen Gelehrten" liegt der Umstand zu Grunde, daß Dr. Simson vor seinem Eintritt in den Justizdienst 1831 sich als Privatdozent in Königsberg habilitiert hatte, 1833 daselbst außerordentlicher Professor wurde. Später (1852) widmete er sich sechs Jahre nur der akademischen Thätigkeit und seinen richterlichen Obliegenheiten in Königsberg. — Wie hoch Bismarck Simson schätzte, beweist folgender Vorgang. Als in der Sitzung des Landtags nach dem Tode des Kaisers Wilhelm die Allerhöchste Botschaft wegen des Regierungswechsels verlesen wurde, äußerte Bismarck zu einem hervorragenden und sehr bekannten Abgeordneten, er habe auf der Fahrt von Leipzig nach Berlin dem Kaiser Friedrich für die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens einen Nationalliberalen — wie er später erläuternd bemerkte, eben Eduard Simson — vorgeschlagen und zu seiner großen Freude sei Se. Majestät darauf eingegangen. Fürst Bismarck bezeichnete dann weiter in den wärmsten Worten den Präsidenten Simson als einen der ausge-

Digitized by Google

Bismarck bemerkte lachend, dessen entsinne er sich nicht mehr, worauf Reichensperger sagte: „Diesen jüdischen Gelehrten haben Sie nun zum Präsidenten des Reichstags gemacht.“ Darauf entgegnete der Kanzler mit einer Handbewegung auf seine Person: „Ja, was noch alles aus Einem werden kann!“

Bismarck war ebenso wie Reichensperger auf die Berliner Architekten im allgemeinen schlecht zu sprechen.

„Man hat mir“ — bemerkte er — „einen Architekten zugewiesen; ich füttere ihn, er darf mir aber nicht über die Schwelle kommen [1]).“

2. April 1881. Der Reichtagsabgeordnete Freiherr von Mirbach bei dem Kanzler zu Tisch. Mirbach hatte kurz vorher (15. März 1881) denjenigen „Deklaranten“ aus der Zahl der Steuer- und Wirtschaftsreformer, welche sich mit dem Fürsten Bismarck noch nicht ausgesöhnt hatten, nahe gelegt, diesen Schritt zu thun. Bismarck hatte von diesem Bemühen Kenntnis erhalten, und bemerkte zu Mirbach nach Tisch, indem er ihm die Hand reichte: „Ich danke Ihnen nochmals herzlich für die Unterstützung, die mir Ihrerseits zu Theil geworden ist.“

4. April 1881. 3. parlamentarische Soiree. Die gelichteten Reihen des Reichstags ließen einen verminderten Besuch erwarten, und da gleichzeitig Fürst Pleß zur Verlobung seiner Tochter einen großen Rout veranstaltet hatte, war auch die Damenwelt wenig vertreten [2]). Besonders wurde bemerkt, daß der Marineminister von Stosch sich unter den Anwesenden befand und von dem Fürsten Bismarck mit Auszeichnung behandelt wurde.

Die Laune des Hausherrn, der seine Familienglieder vollständig um sich versammelt hatte, ließ nichts zu wünschen übrig. Wenn es diesmal auch nicht zu einem so ausgeprägten Einzelgespräch kam, wie sie neulich den Abgeordneten August Reichensperger und den Kreis um ihn ergötzte, so machte dafür Fürst Bismarck nacheinander bei den verschiedenen Tischen, an welchen seine Gäste

---

zeichnetsten von der reinsten Vaterlandsliebe getragen Vertreter des nationalen Gedankens und verglich ihn mit einem edlen Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien.“

[1]) Eingeweihten wird nicht unbekannt sein, welcher Architekt hierunter verstanden ist. Der Reichskanzler hat sich später auch im Reichstag über seine Unfähigkeit beklagt.

[2]) Das Centrum vertraten die Brüder Peter und August Reichensperger, Dr. Windthorst, von Franckenstein, Freiherr von Landsberg und Bernards. Von Nationalliberalen wurden u. a. bemerkt, Stephani, Weigel, Marquardsen, Wachs, Buhl; von der „Gruppe“ von Schauß, Römer (Württemberg), von Ohlen; von den Secessionisten Schlutow, Westphal und Witte-Rostock; außerdem waren erschienen die Minister Dr. Friedberg und Lucius, Graf Lehndorff, der General-adjutant des Kaisers, und von der jüngeren Welt Lieutenant von Arnim-Kröchlendorff, der Neffe Bismarck's, Graf Batthyani und der noch damals im Auswärtigen Amt beschäftigte Prinz Arenberg. Letzterer hat das diplomatische Examen mit dem Grafen Herbert Bismarck gemacht, trat aber später aus dem Auswärtigen Amt aus, weil er sein Interesse den heimatlichen Fragen zuwenden wollte und die Verwendung im äußern Dienst satt hatte. Wegen des Kulturkampfes erfolgte der Austritt nicht; derselbe war zur Zeit des Austritts bereits im Niedergange. Prinz Arenberg war auch später stets persona grata im Hause Bismarck's, insbesondere bei der Fürstin. Er hat den Grafen Herbert auf dessen Wunsch mit dem Freiherrn von Huene bekannt gemacht. Politisch trat er mit dem Reichskanzler in keine Beziehungen.

Digitized by Google

saßen, Besuche, wobei die zahlreich vertretenen Liberalen den Löwenanteil der Unterhaltung bekamen. Von aktueller Politik wurde wenig gesprochen, nur die augenblickliche Stimmung im Elsaß und daran sich knüpfend das Verhältnis der Elsässer zu Deutschland und Frankreich gab dem Reichskanzler zu einigen Ausführungen Anlaß. Es war im Laufe der Soiree gerade ein Telegramm über den Ausfall der Bezirksausschußwahlen angelangt, das zu befriedigen schien. Bismarck stützte seine Hoffnungen für das Elsaß auf die gut preußische Staatsgesinnung, welche schon seit Jahrzehnten die Masse der polnischen Bevölkerung hegt und auch bei den Wahlen zeigen würde, wenn dort nicht die bekannten Agitationen spielten.

Das Thema der Reichstags-Neuwahlen[1]) wurde bei einer andern Gelegenheit gestreift und die darüber befragten Abgeordneten aus Süddeutschland hatten für die kurze Frage auch die kurze Antwort, daß man nichts wissen könne. Unter den Abgeordneten selbst wurde der Verlauf der Tagessitzung, besonders bei dem Antrag Windthorst[2]), lebhaft besprochen, namentlich auch die Rede des Abgeordneten Hänel[3]), der dieses Mal mit seiner ganzen Fraktion durch Abwesenheit glänzte. Vor acht Tagen waren diese Herren ziemlich zahlreich beim Reichskanzler erschienen.

Da der hanseatische Ministerresident Dr. Krüger mit seiner Gattin erschienen war und da sich Fürst Bismarck mit diesem, wie auch mit dem Hamburgischen Abgeordneten Möhring viel und eingehend unterhielt, so griff in der Gesellschaft bald die Meinung Platz, daß die Hamburger Zollanschlußfrage[4]) nicht nur ihrer endlichen Erledigung einen bedeutenden Schritt näher gerückt, sondern daß auch eine den Intentionen des Kanzlers freundlichere Anschauung dieser Angelegenheit bei den betreffenden Abgeordneten Platz gegriffen habe.

Seinem jüngst gegebenen Versprechen gemäß ließ Fürst Bismarck Münchener Hofbräu als Tafelgetränk servieren, das allgemeine, lobende Anerkennung fand. Trotz der animierten Stimmung der Gesellschaft kam die Konversation doch bald

---

[1]) Dieselben standen für den Herbst bevor. Die Agitation begann bereits anfangs Mai, die „Provinzial-Korrespondenz" feierte Bismarck als den „Anwalt des kleinen Mannes."

[2]) In der Reichstagssitzung vom 4. April 1881 stand auf der Tagesordnung die erste Beratung des Unfallgesetz-Entwurfs und der Antrag Windthorst, betreffend die Qualifizierung des Verbrechens des Mordes oder Mordversuchs an einem Staatsoberhaupt (Nr. 83 der Drucksachen).

[3]) Über den Abgeordneten Professor Dr. Hänel vergl. Wiermann: Der deutsche Reichstag. Seine Parteien und Größen, Bd. I. S. 173. Über die Rede desselben vom 27. Juli 1882: Schultheß Europäischen Geschichtskalender 1882, S. 148. Bemerkungen der „Nordd. Allg. Ztg." über die am 24. Januar 1882 hinsichtlich eines Regierungskonflikts gethane Äußerung des Professors Hänel, s. die „Post" vom 27. Januar 1882, Nr. 26. Hänel hatte nur zwei bis drei Mal Gelegenheit zu intimeren Gesprächen mit Bismarck, worüber nichts bekannt geworden ist, auch Aufzeichnungen nicht vorliegen.

[4]) Vergl. die „Post" 1881, Nr. 138 (Antrag auf Einverleibung der Unterelbe), 144, 146, 147 und 148 (Präliminarvertrag, betreffend den Zollanschluß von Hamburg), 150 (Grenzbotenartikel darüber) und 175 (New-York-Herald darüber). S. auch unter 23. Mai 1881.

Digitized by Google

— — auf den Hund, das heißt auf die Rasse des berühmten Reichshundes Tyras. Die schwierige Frage, ob dieser unbedingt treue, stete Begleiter Sr. Durchlaucht eine Ulmer oder eine dänische Dogge sei, beschäftigte lange Zeit die Gemüter, bis sie von einem anwesenden Kenner endgültig dahin entschieden wurde, daß Tyras ein guter Deutscher und seiner Ahnherren Hütte zu Ulm am Donaustrande gestanden habe.

Ob die parlamentarischen Soireen nach Ostern fortgesetzt würden, war Gegenstand einer Debatte, doch ließen die großen Vorräte von Münchener Hofbräubier, von welchem der gastfreie Hausherr bei einer andern Gelegenheit mit bewußter Selbstzufriedenheit sprach, wohl darauf schließen, daß noch nicht aller parlamentarischen Abende Abend war, und der heitere Ton, welcher die in buntem Gemisch der Parteien sich lebendig abspielende Unterhaltung belebte, bewies, daß auch die Parlamentarier die angenehmen Seiten eines solchen unpolitischen Zusammenseins zu würdigen wußten.

9. April und 30. April 1881. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorff Tischgast des Kanzlers. Das Gesprächs-Thema gaben ab die laufenden Geschäfte des Reichstags, namentlich die Börsensteuer und die Tagespolitik.

7. Mai 1881. 4. parlamentarisches Diner. Dasselbe war von einem Teil der Presse politisch bereits eskomptiert worden, welcher zu melden wußte, daß die Einladungen fast nur an Mitglieder der Unfallversicherungskommission mit Ausschluß der grundsätzlichen Gegner des Gesetzes ergangen seien. Ob es solche überhaupt im Schoße der Kommission gab, bleibe dahingestellt; jedenfalls bildeten die eingeladenen Mitglieder dieser Kommission weitaus die Minderheit der Gäste und gehörten bezüglich der wichtigsten Fragen in der Vorlage[1]) den verschiedensten Richtungen an. Nach Ländern gerechnet war Preußen auf dem Diner wenig und fast nur durch Centrumsmitglieder vertreten, nämlich durch die beiden Reichensperger, Freiherrn von Landsberg und Pfafferott. Die Zusammensetzung der Gesellschaft war vorwiegend süddeutsch[2]), und daraus erklärte sich wohl auch, daß die Unterhaltung nach Tisch mehr als sonst ein hin- und

[1]) Stimmen der Presse über den Unfallversicherungs-Entwurf s. in der „Post“ 1881, Nr. 20, 24, 25, 28, 71, 98, 103, 104, 149 und 164.

[2]) Fast jeder größere und mittlere Partikularstaat war durch mehrere Abgeordnete vertreten, so Bayern u. a. durch die Freiherren von Franckenstein und Soden, durch Dr. Buhl, Dr. Marquardsen, Jordan; Württemberg durch neun Mitglieder, u. a. durch von Hölder, von Knapp, von Heim, Stählin, Römer, von Ow, von Varnbüler; Sachsen durch Schmiedel, Vopel, Holtzmann, Frege; Baden durch Freiherrn von Marschall, Lender. Die kleineren Staaten hatten in Moufang für Hessen, dem alten Studiengenossen des Reichskanzlers Bode für Braunschweig, und Merz, dem konservativen Abgeordneten für Reuß ä. L. ihre Vertretung gefunden. Der Stellvertreter Windthorst's im Fraktionskommando, Freiherr von Franckenstein, hatte den ersten Ehrenplatz neben der Fürstin, und ebenso saß Dr. Moufang wenigstens zur Linken des Reichskanzlers. Übrigens war dafür gesorgt, daß auch die Bäume des Centrums nicht in den Himmel wuchsen; denn die nächsten Tischnachbarn waren von der Reichspartei Freiherr von Varnbüler, von der liberalen Gruppe von Hölder, von den Nationalliberalen Dr. Marquardsen, an welche sich dann in bunter, nur durch die Tochter des Reichskanzlers anmutig unpolitisch unterbrochener Reihe die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen schlossen.

Digitized by Google

herwogendes Gespräch und weniger Einzelvortrag war. Die Lebhaftigkeit der Süddeutschen, die übrigens der Rheinländer A. Reichensperger teilte, ist mit der Gegenrede rascher bei der Hand als der Sohn des norddeutschen Flachlandes.

Nachdem der Reichskanzler nach Aufhebung der Tafel einem Teile seiner Gäste, welcher die Räumlichkeiten noch nicht kannte, die darin gefeierten Triumphe reichsbaumeisterlicher Kunst gezeigt und von der Wasserdichtigkeit der neuen Plafonds unter andern Klagen eine Beschreibung gemacht, wonach es höchst unvorsichtig erscheint, im ehemaligen Palais Radziwill ohne Regenschirm zu Hause zu bleiben, sammelte sich in gewohnter Weise die Gesellschaft um den plaudernden Reichskanzler, der alsbald die Varnbüler'schen Vorschläge, betreffend die Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes [1]), aufs Tapet brachte und bei aller Anerkennung des guten Willens ihres Urhebers die Schwierigkeiten ihrer Annahme, besonders bei der in Preußen eingewurzelten Gewöhnung an das Prinzip des Unterstützungswohnsitzes betonte. Die den Reichskanzler wie ehemals die Reichssturmfahne umgebenden Schwaben trugen auf das lebhafteste ihre Beschwerden über das geltende Recht mit seinen demoralisierenden Wirkungen vor und wurden darin von den sächsischen Kollegen eifrig unterstützt, während der Abgeordnete A. Reichensperger auch hier wieder sein Universalmittel gegen alle sozialen Schäden, die christliche Charitas in den Händen der Klöster und der barmherzigen Schwestern, zu Hilfe rief.

Es kamen in der sehr lebendig mit Wechselreden geführten Unterhaltung die nord- und süddeutschen Gegensätze der sozialen Verhältnisse auf dem platten Lande, dort die Gutsbezirke zum großen Teil, wenigstens bisher noch, mit wohlthuend patriarchalischen Empfindungen nach oben und unten, hier die entwickelte Gemeindeverfassung, in der auch der größere Grundbesitzer nur Gemeindemitglied ist und der Kooperation der individuellen Gefühle für den Mitmenschen entbehrt und nach einer harten Regel handeln muß, zur Sprache, und der Reichskanzler wußte über beide Seiten dieses Bildes aus seinem reichen, vielbewegten Leben Belehrendes zu erzählen. Freiherr von Varnbüler hielt sich mit begreiflicher Diskretion hinter der Schußlinie zurück, seine Landsleute dagegen traten mannhaft für ihn ein.

Auch die Währungsfrage wurde berührt. Indem der Reichskanzler betonte, daß vorläufig der status quo in unsrer Münzwährung aufrecht erhalten werde, meinte er, man müsse erst das Ende der Verhandlungen der nach Paris einberufenen internationalen Münzkonferenz [2]) abwarten, vielleicht werde man den freundnachbarlichen Staaten in der Münzfrage kleine Gefälligkeiten erweisen können. Es komme ihm so vor, als sei man in der Frage in einen Sumpf geraten, aus dem man nicht wieder herauskäme, bis der Eingeweihte kommen, und einem sagen wird, ob man rechts oder links gehen soll. Im übrigen be-

[1]) Gemeint ist der in der Drucksache Nr. 124, 4. Legislatur-Periode, IV. Session des Reichstags enthaltene Antrag.

[2]) Vergl. die unter Mitwirkung des damaligen Geh. Regierungsrats Schraut in C. Heymann's Verlag, Berlin, in deutscher Übersetzung erschienenen Konferenzprotokolle.

Digitized by Google

stätigte der Reichskanzler die Erklärungen der deutschen Delegierten auf der Pariser Münzkonferenz.

Unter vielen scherzhaften Wendungen des sehr aufgeräumten Hausherrn sei nur die eine hervorgehoben, daß der liebe Gott es weise eingerichtet habe, den Deutschen die Vorliebe für Meinungsverschiedenheiten zu verleihen, denn sonst würden, bei Einigkeit in allen Dingen, solche Kerle, wie die deutsche Nation, die ganze Welt aus den Angeln heben. „Wissen Sie denn nicht, daß, wenn drei Deutsche zusammenkommen, immer vier Parteien vertreten sind?" hatte er bei einer andern Gelegenheit [1]) bemerkt.

Zu allem Unglück für die Unfallspropheten stellte sich noch heraus, daß in der mehrstündigen after dinner-Unterhaltung von dem Unfallgesetz kein Wort gesprochen wurde [2]) und nur beim Abschied die Bemerkung eines nationalliberalen Abgeordneten, daß die Unfallkommissionsmitglieder von den eingetretenen Parlamentsferien ausgeschlossen seien, dem Reichskanzler Anlaß gab, sein hohes Interesse an den Beratungen und sein Vertrauen auf seinen Vertreter, Geheimen Rat Lohmann [3]) auszusprechen, ein Lob, das die betreffenden Abgeordneten durchaus bestätigten. Vor 9 Uhr schied die buntgemischte Gesellschaft in bester unpolitischer Harmonie von einander.

23. Mai 1881. 4. parlamentarische Soiree. Dieselbe war in kleinerem Stile arrangiert, begann eine Stunde später als üblich, um 10 Uhr, und war gewissermaßen eine Ergänzung des vorher beschriebenen parlamentarischen Diners.

Die Gesellschaft war denn auch nur von ca. 60 bis 70 Personen besucht. Das Gros der Abgeordneten stellten die Konservativen, schwächer waren die Nationalliberalen und die liberale Gruppe vertreten [4]). Secessionisten, der Fort-

---

[1]) Dem Senator Schläger in Hannover gegenüber; vergl. die „Post" 1880, Nr. 296.

[2]) Ebenso wurde die Erwartung getäuscht, daß die Unterhaltung die Vorlage, betreffend den Erwerb des Raczynski'schen Terrains zum Neubau eines Parlamentsgebäudes, berühren werde.

[3]) Geheimer Rat Lohmann, jetzt Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium, war der Berater des Fürsten Bismarck in den ersten Stadien der Gesetzgebung zur Besserung des Loses der Arbeiter. Den ersten und zweiten Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter hat er mit dem Kanzler Schritt für Schritt beraten; ebenso beruht das Gesetz vom 15. Juni 1883, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, in der Hauptsache auf Lohmann's Gedanken. An der Fertigstellung des dritten Versuchs zur Regelung der Unfallversicherung, welcher dem Reichstag unterm 6. März 1884 unterbreitet wurde und welcher bekanntlich die Unfallversicherung auf Berufsgenossenschaften übertrug, wirkte dagegen Lohmann nicht mehr mit. An der Vorbereitung dieses letzten Entwurfs, das aus dem Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 hervorging, waren die Geheimräte Bödiker und Gamp in erster Linie beteiligt.

[4]) Man bemerkte von der deutschen Reichspartei von Varnbüler, Stumm, von Schwartze, von Kardorff, Graf Frankenberg, Stählin, Clauswitz, Dietze; von der deutsch-konservativen Partei die beiden Grafen Stolberg, von Minnigerode, den Oberpräsidenten von Seydewitz, Freiherrn von Marschall, von Mirbach, von Lüderitz, von Puttkamer (Fraustadt); von Nationalliberalen Laporte, Gneist, von Schauß, Mosle, von Ohlen, Kreuz, Römer-Württemberg. Ferner waren erschienen die Minister von Puttkamer und Dr. Lucius, der Flügeladjutant Graf Lehndorff, Graf Limburg-Stirum und Assessor von Kurowsky vom Auswärtigen Amt. — Im De-

Digitized by Google

schritt und das Centrum glänzten durch Abwesenheit. Bayern war durch seinen neuen Gesandten, den Grafen Lerchenfeld, sowie durch verschiedene nach Berlin kommandierte Obersten vertreten, welche durch ihre hellblauen Uniformen eine erfreuliche Abwechselung in die schwarzen Fracks und weißen Halsbinden brachten. Die Gesellschaft hielt sich durchweg in dem großen Saal auf, dessen Mitte das reich besetzte Büffet einnahm. Der Kanzler setzte sich zuerst an den Tisch mit den bayerischen Militärs und unterhielt sich lebhaft mit ihnen, während soupiert wurde. An kleineren Tischen ringsum hatten sich andre Gruppen gebildet, namentlich auch von den dem hohen Hause befreundeten und verwandten Damen, darunter Frau von Arnim-Kröchlendorff, die Schwester des Kanzlers. Nach dem Souper begab sich der Kanzler an einen Tisch, der von Abgeordneten umringt war und führte mit denselben Gespräche über die verschiedensten Materien. Sehr originell erheiternd wirkten die Ausführungen des Fürsten über das Thema, wie in Preußen man stets über den Wechsel der Männer an der Spitze des Staates sich befriedigt zeige, wenn auch diese Männer sich die höchsten Verdienste erworben hätten. Der Kanzler illustrierte dies an der Hand der Geschichte mit vielen pikanten Anekdoten auch aus eigener persönlicher Erinnerung, indem er noch darauf anspielte, wie vielen Leuten er selbst zu dauerhaft sei.

Über das Unfallversicherungsgesetz, das demnächst im Reichstag zur zweiten Lesung gelangte, äußerte sich der Fürst in ebenso gemäßigter als entschiedener Weise. Sollte im Laufe dieser Session eine Einigung über die Vorlage nicht mehr erzielt werden, so müßte sich die Reichsregierung darein finden und mit dem Gedanken trösten, daß bei der alsdann wieder einzubringenden Vorlage die Klärung in der öffentlichen Meinung um so gründlicher sich vollzogen haben werde. Jetzt sei auf die Zustimmung der Reichsregierung nur zu rechnen, wenn in dem Entwurf die Bestimmung über den Zuschuß des Reichs, event. der Einzelstaaten, Aufnahme fände; ohne diese Bestimmung sei für die Regierung das Gesetz unannehmbar. „Ich schreibe meinen Namen unter kein Gesetz, welches eine Belastung des Arbeiters enthält." So erkärte er ausdrücklich unter Bezugnahme auf die Heranziehung der Arbeiter zu eigenen Beiträgen bei der Versicherung gegen Unfall. In sehr eingehender Weise verbreitete sich der Kanzler über die Gedanken, welche er zum Teil in seiner Reichstagsrede vom 2. April 1881 gestreift oder erörtert hatte. Auf eine befriedigende Einigung mit dem gegenwärtigen Reichstag über dieses neue und schwierige Thema rechne er

zember 1881 hat Fürst Bismarck den sogenannten Liberalen in Hof schriftlich sein Bedauern ausgesprochen, daß Herr von Schauß (ein durch seine politische Einsicht und seine versöhnliche Gesinnung gleich ausgezeichneter Mitarbeiter) nicht wieder gewählt sei. Enthüllungen über das Ministerium Stosch und von Schauß's Stellung zu Bismarck s. Schultheß Europäischer Geschichtskalender 1884, S. 80.

Mitteilungen des bayerischen Landtagsabgeordneten von Schauß in einer Generalversammlung der bayerischen nationalliberallen Partei in München, betreffend das Verdienst des Fürsten Bismarck um das Zustandekommen des Bündnisvertrags mit Süddeutschland im Jahre 1871 in Versailles, s. die „Post" 1888, Nr. 293, 296, 298, 307. Von Schauß ist im Jahre 1893 gestorben.

Digitized by Google

kaum; er lege aber höchsten Wert auf sachliche Diskussion des Themas und wünsche hauptsächlich zu wissen, ob er bei praktisch christlicher Lösung der sozialen Frage den richtigen Weg eingeschlagen habe, in das richtige Geleise gekommen sei[1]. Seiner Meinung nach liege der Sieg über die lügenhaften Versprechungen und schwindelhaften Ideen, mit welchen die Führer der Sozialdemokratie die Arbeitermassen ködern, namentlich in dem thatkräftigen Beweise, daß der Staat, oder wie man bei uns sagen würde: daß der König sich der wirtschaftlich Schwachen und Bedrängten annehme, indem er ihnen Teilnahme und Schutz beweise. Einem zum Krüppel Gewordenen müsse eine an seiner Person haftende Rente gesichert werden, damit er in seinem Elend nicht verstoßen und verlassen werde, sondern für eine Haushaltung ein, wenn auch geringen Nutzen bringendes Glied sei. Die Idee, aus gleichartigen Berufsklassen Verbände zu bilden, und damit namentlich die landwirtschaftlichen Arbeiter künftighin der Wohlthaten der Versicherung teilhaft werden zu lassen, führte der Kanzler plastisch aus und erregte damit lebhaften Beifall seines Auditoriums. Bezüglich der Versicherungsanstalten, welche nicht das Reich, sondern die einzelnen Staaten gründen sollten, sprach sich der Kanzler zuversichtlich dahin aus, die kleineren Anstalten dieser Art würden sich nicht als lebensfähig erweisen und der Übergang in eine große Anstalt sich naturnotwendig und von selbst vollziehen. Damit würde sein Wunsch, eine Reichsanstalt zu gewinnen, erreicht werden. Sehr klar betonte der Kanzler, daß er für die nächsten Wahlen gerade die Gedanken dieses Gesetzes von hervorragenden Gewicht erachte und seinerseits nicht ermangeln werden, dieselben in die Agitation hineinzubringen. Der in der Vorlage behandelte Gegenstand dürfe nicht ruhen, vielmehr müsse der Entwurf immer und immer wieder eingebracht werden. Auch in dem gegenwärtigen Stadium der Vorlage hoffe er auf das Verständnis der Arbeiter für seine guten Absichten[2]. Auf die Frage der Einverleibung Hamburgs in den Zollverein[3] näher einzugehen, lehnte der Kanzler mit einem leichten Kopfschütteln ab und fügte hinzu, daß für ihn diese Angelegenheit fertig und entschieden sei. Was im Reichstag in dieser Hinsicht noch gesprochen oder beschlossen werden könne, schien ihn wenig zu interessieren. Bezüglich der Einberufungszeit des Reichstags ließ Fürst Bismarck die Andeutung fallen, daß er dem Kaiser vorschlagen würde, den Reichstag jeweils im Dezember zu versammeln; zusammen mit einer Verlegung des Etatsjahres in Preußen würde[4] dies eine vielseitig gewünschte Lösung

[1] Zu vergl. die „Post" 1881, Nr. 96 und 99 (Auffassung der Arbeiterpolitik Bismarck's), Nr. 153 (Anerkennung der sozialpolitischen Pläne Bismarck's), 161 (desgleichen Artikel der „Provinzial-Korrespondenz"), 164 (Bismarck's Sozialismus), 168 (die Sozialpolitik der Regierung).

[2] Vergl. 27. Mai 1881.

[3] Vergl. S. 216. Zwei Tage nach der Soiree, am 25. Mai 1881, erfolgte der Abschluß des Vertrags, nach welchem Hamburg in den Zollverein eintrat, aber einen Freihafenbezirk behielt und einen Reichszuschuß für die Zollanschlußbauten im Betrage von 40 Millionen Mark erhielt. Vergl. auch unten 27. Mai 1881.

[4] Das Etatsjahr in Preußen war früher mit dem Kalenderjahr vereinigt. Durch das Gesetz vom 29. Juni 1876 ist bestimmt, daß das Etatsjahr für den Staatshaushalt vom 1. April 1877 ab mit dem 1. April beginnt, und mit dem 31. März jeden Jahres schließt.

Digitized by Google

der jetzigen Schwierigkeiten sein. Nach der von einem Abgeordneten gegebenen Auskunft habe der Reichstag an den gegenwärtigen Vorlagen noch Material für 14 volle Sitzungen. Der Reichskanzler schien auf eine große Verlängerung der Session wenig Gewicht zu legen. Große Heiterkeit unter den Gouvernementalen erregte die Äußerung Seiner Durchlaucht, er fühle bei zunehmendem Alter seine Kräfte täglich abnehmen, zugleich hiermit wüchse sein Haß gegen den Liberalismus in der Form, wie er sich heutzutage breit mache.

Demnächst kam der Reichskanzler auch auf den spärlichen Besuch der Reichstagssitzungen zu sprechen und erklärte, er würde vielleicht im nächsten Jahre hierfür dadurch Abhilfe zu schaffen suchen, daß Reichstag und preußisches Abgeordnetenhaus zu gleicher Zeit tagten. Die süddeutschen Mitglieder würden dann einsehen lernen, inwieweit es vorteilhaft sei, in jedem der beiden Parlamente den Etat jährlich zu beraten.

Über den Erfolg Gambetta's im scrutin de liste befragt, äußerte der Fürst daß seiner Meinung nach für die klerikale Partei dieser Wahlmodus von erheblichem Vorteil sein werde, denn der leitende Mann in Frankreich vielleicht unterschätzt habe. Keine Partei sei so im Stande, die Parole für die Listenwahl in den Departements auszugeben und rührig in jedem Hause zu betreiben, als diese, deren geborene Vertreter, die Geistlichen, Einflüsse und Zutritt überall hätten. Es werde sich jetzt erst erweisen, ob in Frankreich wirklich eine starke klerikale Partei existiere. Ebenso würden in manchen Departements die Bonapartisten zweifellose Erfolge erzielen.

Der Kanzler kam auf die Präsidenten unsrer Parlamente zu sprechen und zollte dem Dr. Simson die höchste Anerkennung. Bezüglich des Dekorums, mit welchem der Präsident in andern Ländern umgeben sei, schilderte er sehr drastisch die entrée du président in der französischen Kammer. Militärischer Trommelschlag (jetzt Hornsignale) verkünden, daß der Präsident von seinem Palast aus den Weg angetreten habe. Alle Deputierten nehmen ihre Plätze ein und erwarten seine Ankunft. Vier Huissiers in Uniform mit Degen geleiten den Präsidenten bis zur Thür des Sitzungsaales und sein Eintritt wird durch den lauten Ruf „Monsieur le Président!“ verkündet, worauf er unter Vortritt dieser Beamten, den Präsidentenstuhl besteigt. Daß in unsern Parlamenten in gleicher Richtung wohl manches gebessert und würdiger gestaltet werden könnte, wurde allseitig anerkannt. Unter diesen Gesprächen war es 1 $^1/_2$ Uhr geworden, und die Gäste zogen sich, dem Gebot der späten Stunde folgend, nur ungern zurück.

27. Mai 1881. 5. parlamentarische Soiree. Der Fürst schien an den großen Empfangsabenden keine Freude mehr zu haben; denn wiederum war es eine Soiree en petit comité, die erst um 10 Uhr begann und zu der nur 70—80 Gäste erschienen waren. Aus dem Reichstag waren nur wenige Liberale und die beiden klerikalen Schriftführer Freiherr von Soden und Bernards, sonst lediglich Mitglieder der konservativen Fraktionen anwesend[1]).

[1]) Aus der deutschen Reichspartei nahmen an der Gesellschaft teil der Herzog von Ratibor, die Fürsten Hohenlohe-Langenburg, Hohenlohe-Schillingsfürst und Pleß, Freiherr von Ow,

Digitized by Google

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Eintritt der Vertreter Hamburgs, des Gesandten Dr. Krüger und der Senatoren Dr. Versmann und O'Swald verfolgt, welche nach schweren Mühen das Friedenswerk zwischen ihrer Vaterstadt und dem Reichskanzler zum schließlichen Vorteil für beide Teile, Hamburg und das Reich, mit geschaffen hatten[1]). Der Reichskanzler empfing die Herren mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit. Nachdem sich der Kanzler an dem Buffet längere Zeit mit den sächsischen Militärs unterhalten und sich sodann den Damen gewidmet hatte, nahm er mit der vielbesprochenen langen Pfeife im engeren Kreise Platz. Auf der einen Seite von ihm saßen die Abgeordneten Marquardsen und Freiherr von Ow, auf der andern Holtzmann und Freiherr von Soden. Wie üblich bildete sich um diese Gruppe eine größere Corona. Der Reichskanzler berührte zunächst die brennende Tagesfrage, indem er sich über die ebenso langen wie unnützen Reden in der zweitägigen Debatte über die Hamburger Zollanschluß-Angelegenheit[2]) ausführlich ausließ. Er freue sich, daß diese Angelegenheit eine bundesfreundliche Regelung erfahren habe und dadurch für die Zukunft jede Verfassungsstreitigkeit aus dem Wege geschafft sei; er hoffe, daß die Hamburger Bürgerschaft dem Vertrage zustimmen werde; dem Reichstag werde noch eine Vorlage betreffs Bewilligung der Kosten für den Zollanschluß Hamburgs gemacht werden, doch dürfte diese Vorlage den Schluß der Session nicht verzögern und den Reichstag nicht lange aufhalten. Er sei der hamburgischen Regierung bezüglich der in Frage kommenden Verfassungsartikel sehr entgegengekommen, so lange aber der Abschluß zwischen dem Bundesrat und der Hamburger Bürgerschaft noch nicht erfolgt sei, halte er es für unkorrekt, Mitteilungen darüber zu machen.

Bezüglich der Mehlzölle erklärte Fürst Bismarck, er könne dem Verlangen der Müller wegen Aufhebung der Feststellung der Identität des Getreides und Rückvergütigung des Zolls für ausgeführtes Mehl nicht nachkommen, der Müller sei der natürliche Gegner des Landwirts und der Zollverwaltung.

Er wäre — so fuhr er fort — gern heute in den Reichstag gekommen, um eine große Schutzzollrede zu halten, allein sein kranker Fuß habe ihn gehindert. Als handelspolitisches Zukunftsbild stellte der Reichskanzler den Anschluß Mexikos

---

Dr. Richter-Meißen, Schmiedel, Becker und Stelter; von Deutschkonservativen die Abgeordneten von Goßler (Präsident), Saro und von Schöning, von Gerlach, Graf Holstein, von Helldorff, von Kleist-Retzow, von Seydewitz (Bitterfeld). Außer den ehemaligen Nationalliberalen von Hölder und von Treitschke waren von dieser Fraktion die Abgeordneten Dr. Marquardsen, Jordan, Bode, Bieler, Holtzmann und von Cuny anwesend. Unter den Gästen bewegte sich auch der Büreaudirektor des Reichstags, Geheimrat Knack.

[1]) Sonst waren noch anwesend: die Minister Dr. Lucius, Bitter und von Puttkamer, vom Bundesrat der bayerische und württembergische Gesandte Graf Lerchenfeld und von Baur-Breitenfeld, der zum alten Stamm gehörende Militärbevollmächtigte, General von Faber du Faur, endlich eine Anzahl nach Berlin kommandierter sächsischer Offiziere; die Litteratur und Kunst waren durch Paul Lindau und durch den Sänger Scaria vertreten, den Bismarck von Kissingen her kannte.

[2]) Vergl. S. 221.

Digitized by Google

an das Zollsystem der Vereinigten Staaten hin, durch welchen auch dieser bisher noch offene Markt der deutschen Industrie sich verschließen würde.

Das Thema der Beschlußunfähigkeit des Reichstags wurde nochmals erörtert[1]). Der Reichskanzler beschwerte sich abermals über das gleichzeitige Tagen der Einzel-Landtage mit dem Reichstag, welchem Übelstand abgeholfen werden müsse. Es dürfe nicht vorkommen, daß bei wichtigen Abstimmungen nur 200 Abgeordnete bei einer Gesamtzahl von 397 anwesend seien; hier werde es notwendig werden, für die dritten Lesungen erschwerende Bestimmungen für die Präsenz einzuführen; es werde auch gut sein, daß die Abstimmungen erst am andern Tage erfolgen, nachdem die Debatte über den betreffenden Gegenstand stattgefunden, und nicht an demselben Tage gleich vorgenommen werde. Der Fürst betonte dann seine Absicht, den Reichstag künftighin Ende November und den preußischen Landtag im Februar zu berufen.

Stellenweise nahm die Unterhaltung mehr oder weniger den Charakter einer Plauderei an. Auf die Frage, wie lange er meine, daß der Reichstag noch versammelt sein werde, äußerte Fürst Bismarck, daß auch er Bestimmtes zu sagen nicht im stande sei, jedoch über den 31. Juli hinaus würden die Herren in Berlin keinesfalls aufgehalten werden. An diesem Tage lief nämlich das Mandat der Abgeordneten ab. Der Scherz wurde mit der üblichen Heiterkeit aufgenommen.

Lebhafte Beschwerde legte der Reichskanzler gegen die häufigen und langen Reden verschiedener Reichstagsmitglieder ein und schob auf diese die wesentliche Schuld der Ausdehnung der Reichstagssessionen. Auch hier endete die Unterhaltung mit einem scherzhaften Vorschlag des Kanzlers. Er meinte, es würde sich empfehlen, durch die Zahl der Abgeordneten die mittlere Dauer einer Reichstagssession zu dividieren und das Resultat als Redezeit jedem Deputierten zuzumessen. Überschreiten dürfe er dieses Maß nicht.

Besonders eingehend waren die Erörterungen über das Unfallversicherungsgesetz[2]), zumal sich mehrere Kommissionsmitglieder in der unmittelbaren Nähe des Reichskanzlers befanden. Die Auffassung, daß die Arbeitgeber zum größten Teil bereit seien und deshalb auch im stande sein werden, den Prämienanteil des Arbeiters zu übernehmen, wurde ebenso warm vertheidigt als angegriffen. Auch der Gedanke eines auf fünf Jahre provisorischen Staatszuschusses wurde gestreift, ganz besonders aber die breite Ausdehnung genossenschaftlicher Versicherung und Rückversicherung besprochen. Fürst Bismarck wiederholte, daß er die Reichsanstalt den Landesanstalten vorziehe, diese sich aber gefallen lasse, um den Arbeitern die Wohlthat des Gesetzes nicht vorzuenthalten; von dem Staatszuschuß werde er nicht abgehen, denn mit Ausnahme Stumm's könnten die Industriellen die Prämie nicht allein bezahlen, außerdem habe der Staat in dieser Beziehung auch eine moralische Verpflichtung. Ob sich

---

[1]) Vergl. S. 220.

[2]) Vergl. S. 220.

Digitized by Google

auf dieser Grundlage ein Ausgleich zu Gunsten der Reichsanstalt erzielen lasse, müsse man abwarten.

Ein erfreuliches und nicht unwichtiges Novum, welche in der Gesellschaft mehrfach erörtert wurde, war, daß die deutsche Reichspartei mit der Haltung ihrer Vertreter in der Unfallsversicherungskommission durchaus nicht übereinstimmte. Bekanntlich hatte der Abgeordnete Stumm in der Unfallversicherungskommission den Antrag auf Beseitigung des Staatszuschusses gestellt. Bismarck war deshalb auf den nicht anwesenden, ihm sonst befreundeten Abgeordneten nicht gut zu sprechen.

Auf die großen Prinzipienfragen später noch einmal zurückkommend, bemerkte Bismarck: „Nur dem Reich könne er es gönnen, den ersten positiven Schritt zur Besserstellung der Arbeiterklassen gethan zu haben. Ob die Arbeitgeber allein oder diese mit den Arbeitern zusammen die Prämien einbrächten, sei im Grunde genommen gleichgültig, denn faktisch würden die Beiträge schließlich doch von den Arbeitgebern geleistet. Fraglich sei dabei allerdings, ob die Industrie ohne dauernde Nachteile diese ganze Leistung würde beschaffen können. Mit besonderem Nachdruck erklärte der Kanzler, er betrachte das Unfallversicherungsgesetz nur als einen ersten Schritt auf dem Wege socialer Reformen, welchem eine Reihe andrer, wie namentlich ein Altersversorgungsgesetz, folgen müßten. Einer der Herren, welche an der Unterhaltung teilnahmen, regte die Frage an, woher zu allen diesen Dingen das Geld kommen solle, worauf der Kanzler namentlich die Tabaksteuer[1]) als Quelle dafür bezeichnete. Als Freiherr von Ow hierauf einwendete, die Süddeutschen namentlich hätten von den höheren Einnahmen aus dem Tabak die Beseitigung der Matrikularbeiträge erhofft, meinte Fürst Bismarck, diese Remedur müsse der Getränkesteuer überlassen bleiben.

„Mehr Geld, meine Herren, mehr Geld!“ Mit diesen in scherzhafter Weise ausgesprochenen Worten verabschiedete der Reichskanzler seine Gäste gegen 1 Uhr.

In dem Scherz lag aber bitterer Ernst; der Reichstag hatte die neuesten Steuervorlagen des Kanzlers übel zugerichtet. Die Wehrsteuer und die Biersteuer waren unerledigt geblieben, die Quittungssteuer wurde einstimmig, die Besteuerung der Checks mit Mehrheit abgelehnt, so daß von der umfassenden Stempelsteuervorlage nur die Börsensteuer und die Besteuerung der Lotterielose (Gesetz vom 1. Juli 1881, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben, Reichs-Gesetzbl. S. 185) übrig blieb.

Auf der andern Seite war schließlich das Unfallversicherungsgesetz in einer Fassung aus den Reichstagsberatungen hervorgegangen, die dem Fürsten Bismarck

[1]) Im Mai 1880 veröffentlichten Bremer und Hamburger Blätter übereinstimmend folgende Berliner Depesche: „In einer Unterhaltung mit Abgeordneten soll der Reichskanzler erklärt haben, das Monopol werde zu gegebener Zeit wie ein Verhängnis hereinbrechen. Er sei früher für das Rohtabakmonopol gewesen, habe aber die technischen Kräfte zur Ausarbeitung des Projekts nicht gefunden.“ Wegen Einführung des Tabakmonopols vergl. unten 6. Dezember 1881. Über die Stimmung im Volk gegenüber den Steuerplänen Bismarck's vergl. die „Post“ 1881, Nr. 109.

Digitized by Google

unannehmbar erschien. Man hatte ihm statt der Reichsversicherungsanstalt Landesanstalten angeboten, den Staatszuschuß aber, worauf er gerade besonderes Gewicht legte, einfach gestrichen. Das Gesetz war ihm in dieser Fassung unannehmbar. Fürst Bismarck glaubte, in die Agitation für die bevorstehenden Wahlen eine kräftig wirkende Parole werfen zu sollen, und deshalb ließ er Mitte August 1881 durch den Professor Ad. Wagener erklären, daß der auf ca. 150 Millionen Mark geschätzte Ertrag des Tabakmonopols für die Errichtung einer Arbeiter-Invaliden- und Altersversicherungsanstalt verwendet werden solle, sich also als „Patrimonium der Enterbten“ darstelle. Die „Provinzial-Korrespondenz“ stellte die Neuwahlen als eine Art Plebiscit über die Pläne des Reichskanzlers hin, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ rief den Wählern ein nicht mißzuverstehendes „Entweder — Oder“ zu.

In der kommenden Legislatur-Periode war der Reichstag um eine sehr charakteristische Persönlichkeit ärmer, ich meine den am 22. Januar 1882 verstorbenen bayerischen Abgeordneten Völk.

In den Tagen, wo im Algäu das Denkmal Völk's enthüllt wurde, machten zwei kleine Geschichten, die dieser Reichstagsabgeordnete bei einem fröhlichen Frühschoppen zum besten gegeben hatte, viel von sich reden. Beide spielen in den reichstäglichen Abendunterhaltungen im Heim des Reichskanzlers. Die diesem Gegenübersitzenden unterhielten sich über den, nun längst gestorbenen, Reichshund „Tyras“, der neben seinem Gebieter ausgestreckt lag. Man sprach über die Schönheit des Tieres und seine sonstigen trefflichen Eigenschaften, endlich auch über seine Vorgänger. Einer der an der Unterhaltung Beteiligten behauptete, daß Bismarck schon mehrere Hunde dieser Race gehabt habe, und um darüber genauen Bescheid zu erhalten, wendete er sich mit seiner Frage unmittelbar an den Reichskanzler. Da er glaubte, daß Bismarck den vorhergehenden Teil des Gespräches mit angehört habe, wies er mit einer Handbewegung auf dessen Hund hin und sagte: „Durchlaucht gestatten die Frage, der wievielte von dieser Sorte ist dies schon?“ Durchlaucht aber hatte von dem vorausgehenden Gespräch nichts gehört, verstand Handbewegung und Frage falsch und erwiderte, indem er nach dem Bierglase griff und dessen Inhalt mit wohlgefälligem Schmunzeln prüfte: „Dies ist heute mein achter, aber gestern habe ich 12 Schoppen getrunken und es hat mir auch nicht geschadet.“

„Ein andermal“, erzählte Völk, „wollte das Champagnertrinken gar nicht aufhören, oder richtiger ausgedrückt, das Bier wollte ewig nicht kommen, während es sonst immer ziemlich bald aufgetragen wurde. Meine Nachbarn und ich hatten einen Heidendurst nach Bier und endlich wurde ich auserkoren, unser Verlangen beim Kanzler anzubringen. Ich begab mich auch gleich zu ihm und sobald ich ohne zu stören, mich mit einer Frage an ihn wenden konnte, fragte ich, ob ich ihm ein Rätsel aufgeben könnte? Lachend bejahte er und fügte hinzu: „Es wird wahrscheinlich wieder eins sein, das nicht herauszubringen ist.“ Ich fragte ihn nun, was das beste am Champagner sei? „Na, sehen Sie, lieber Doktor, da steckt wieder was dahinter. Ich weiß zwar viele gute Eigenschaften des Cham-

Digitized by Google

pagners, aber das weiß ich auch, daß ich die nicht errate, die Sie im Auge haben. Also geben Sie gleich selbst die Lösung." So sagte ich denn: „Das beste am Champagner, Durchlaucht, ist, daß das Bier so gut darauf schmeckt!" Und es dauerte keine fünf Minuten, da saßen wir alle beim trefflichen Münchner „Stoff", denn Bismarck hatte unverweilt anstechen lassen.

---

16. V. Legislatur-Periode, I. Session 1881/82[1]).

Auf den 27. Oktober 1881 waren die allgemeinen Neuwahlen des Reichstags ausgeschrieben. Das Resultat war, obgleich fast 100, also der vierte Teil aller Wahlen, nicht definitiv zu stande gekommen war, doch ein unzweideutiges: die innere Politik des Fürsten Bismarck hatte eine Absage erfahren.

Die „Augsburger Allgemeine Zeitung" glaubte das Ergebnis der Reichstagswahlen folgendermaßen charakterisieren zu dürfen: „Wenn schon nach der Natur der Sache und im gewöhnlichen Laufe der Dinge eine auf Grund des allgemeinen Stimmrechts vollzogene Wahl zur Volksvertretung mehr oder weniger den Charakter eines Plebiscits über die Politik der Regierung annehmen muß, so ist dies besonders dann im hohen Grade der Fall, wenn das Gouvernement selbst ein bestimmtes Programm für seine nächste Thätigkeit ausdrücklich und in unzweideutigen Kundgebungen aufstellt[2]) und die Wähler zu einem Votum darüber auffordert, ob sie sich jenem Regierungsprogramm gegenüber ablehnend oder zustimmend verhalten und ob sie dem leitenden Staatsmann ihr Vertrauen zur Durchführung seines Programms oder ihr Mißtrauen dagegen bekunden wollen. Ein solcher Fall lag diesmal bei den Wahlen zum Reichstag vor. Seit Jahren ist die veränderte Richtung der Regierungspolitik erkennbar, seit Monaten ist das Programm, um dessen Verwirklichung es sich in der neuen Session der deutschen Nationalvertretung handeln sollte, in seinen allgemeinen Umrissen bekannt, und seit einer Reihe von Wochen ist in Artikeln des ministeriellen Preßorgans das „Entweder — Oder", welches die Regierung für die Wahlentscheidung aufstellte, und die Pflicht, sich derselben nicht zu entziehen, den

---

[1]) Dieselbe währte vom 17. November 1881 bis zum 30. Januar 1882.

[2]) Ganz erfunden war aber die der „Vossischen Zeitung" aus Kissingen zugegangene Meldung, daß sich der Kanzler persönlich vornehmlich mit der Wahlbewegung beschäftigte und daß viele Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche in heftigster Weise die Liberalen angriffen, von ihm selbst inspiriert waren („Vossische Zeitung" vom 23. Juli 1881, Nr. 337). „Fürst Bismarck betonte wiederholt, daß er vor keinem Mittel zurückschrecken werde, um sich eine Majorität im Reichstag zu schaffen, und er hatte noch später in Kissingen geäußert, daß, wenn abermals seine Steuervorlagen und Entwürfe sozialpolitischen Inhalts verworfen werden sollten, er den Reichstag so oft auflösen würde, bis ihm eine gefügige Majorität das bewilligen werde, was er verlange. Auf das Centrum war der Reichskanzler schlecht zu sprechen." Nur der letzte Satz hiervon war richtig.

Digitized by Google

Wählern eindringlich vorgeführt und eingeschärft worden. Es handelte sich also bei dem Plebiscit der Reichstagswahlen darum: über das neue Programm der Reichsregierung, über die steuer-, wirtschafts- und sozialpolitischen Projekte derselben ein bestimmtes und entschiedenes Verdikt abzugeben. In erster Linie sind es bekanntlich zwei Kardinalpunkte, auf welche sich das Programm der Reichsregierung stützt, und welche somit auch für die Wahlentscheidung maßgebend sein mußten. Der erste ist die Festhaltung und Ausbildung des zur finanziellen Verselbständigung und Kräftigung des Reichs bestimmten Steuer- und Wirtschaftssystems; also Fortbestand der Schutzzölle — auch auf notwendige Lebensbedürfnisse —, Vermehrung der indirekten Steuern, Anstreben des Tabakmonopols, Hebung der nationalen produktiven Kräfte durch staatlichen Schutz der Industrie, Subventionen für Handel und Schiffahrt, für Koloniengründung u. s. w. Der zweite Hauptpunkt des neuen Programms der Reichsregierung, für welches die offiziöse Presse die Stimmen der Wähler in Anspruch nahm, ist die neue Sozialpolitik, das „praktische Christentum", der Schutz für die Armen und Schwachen, das „Patrimonium der Enterbten", die allgemeine Reichsunfallversicherung, die Altersversorgung für die Industrie-Arbeiter. Für dieses Programm hoffe die Regierung, wie sie in ihren Organen erklären ließ, „bei den Wählern nicht nur volles Verständnis, sondern auch eine energische Unterstützung zu finden", ihm gegenüber hoffe sie alle „Fechterkunststücke der Opposition unschädlich zu machen." — Die Antwort der Wähler auf diese Aufforderung der Regierung liegt jetzt vor. Blieb auch ein Viertel der Wahlen unentschieden und dessen Entscheidung den Stichwahlen vorbehalten, so ist doch das Gesamtresultat und seine Bedeutung bereits in genügender Klarheit erkennbar. Das erhoffte Vertrauensvotum durch die Wahl einer Mehrheit für das viel angepriesene Reform-Programm hat sich nicht nur nicht gefunden, gerade diejenigen Persönlichkeiten und Fraktionen, welche als die dem Programm und seinem Urheber nächststehenden gelten müssen, haben bei den Wahlen die meisten und schwersten Mißerfolge erfahren, während diejenigen Parteiführer und Bestrebungen, welche dem neuen Steuer- und Wirtschaftssystem wie dem neuen Staatssozialismus am schärfsten entgegentreten, aus dem Wahlkampf siegreich und verstärkt hervorgegangen sind. Die parlamentarischen Verfechter des neuen Wirtschaftsprogramms, die Herren von Varnbüler, von Kardorff, von Minnigerode, Wagner, Stöcker, von Kusserow u. s. w. haben im Wahlgang vom 27. Oktober vorerst noch nirgends ein Mandat erlangt — die Führer der „freihändlerischen", entschieden liberalen Richtung, die Rickert[1]), Richter[2]), Forckenbeck, von Stauffenberg, Meyer u. s. w. sind mit großen Majo-

[1]) Programmrede des Abgeordneten Rickert am 19. August 1880 s. in Schultheß Europäischen Geschichtskalender 1880, S. 210. Gegen den vom Abgeordneten Rickert aus einer Äußerung des Fürsten Bismarck gezogenen Schluß, daß derselbe die Diktatur einführen wolle, s. die „Post" 1881, Nr. 59 S. 6. — Vergl. über Rickert auch „Wiermann", Bd. I, S. 117—173: Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen.

[2]) Bemerkungen der „Weimarischen Zeitung" über die Verdächtigung des Fürsten Bismarck durch den Abgeordneten Eugen Richter s. in der „Post" Nr. 55 vom 25. Februar 1882,

Digitized by Google

ritäten, zum Teil sogar doppelt wiedergewählt . . . Sehr geschwächt in ihrem Bestand erscheinen durch die Wahl zwei derjenigen Parlamentsfraktionen, deren Stärkung am meisten in den Wünschen der Regierung liegen mußte: die der Freikonservativen und der zur Vermittelung geneigten Nationalliberalen, während die Secessionisten, welche „der Reaktion der neuesten Ära gegenüber vom liberalen Standpunkte die seit Jahren üblich gewesenen, allzuweit entgegenkommenden Kompromisse fernerhin ablehnen," sowie die Fortschrittspartei doppelt so viele Mandate teils schon erlangt, teils zu erreichen Aussicht haben als bei der vorletzten Wahl, und die reine Demokratie als „Volkspartei" zuerst wieder seit langer Zeit als förmliche Gruppe auf dem Plan erscheint. Das seit der Abwendung des Kanzlers vom Liberalismus allmählich vom Banne der Reichsfeindlichkeit befreite, seit dem Umschwung der Wirtschaftspolitik zu Ehren und Einfluß gekommene, aber doch nicht für alle Ziele der Regierung, auch für Hauptpunkte ihres neuen Programms nicht zu gewinnende „Centrum" des Reichstags kehrt mit seinem vollen, achtunggebietenden Kontingent, ja sogar um einige Mann verstärkt, nach der Leipziger Straße in Berlin zurück . . . ."

Die Regierung machte sich über ihre Niederlage keine Illusionen. Die amtliche „Provinzial-Korrespondenz" gestand sie offen zu und selbst der Reichskanzler beantwortete ein Ergebenheitstelegramm aus Leipzig vom 28. Oktober dahin: „Mich hat der Ausfall der Wahlen weder überrascht noch entmutigt. Chronische Krankheiten erfordern Zeit und Geduld zur Heilung."

Auch die 97 erforderlichen Stichwahlen änderten die Signatur der Wahl nicht[3]).

Am 8. November 1881 kündigte die freikonservative „Post" zur allgemeinen Überraschung an, der Reichskanzler werde demnächst nach Berlin zurückkehren und dem Kaiser angesichts des Wahlergebnisses über die zukünftige Gestaltung der Regierung Vortrag halten. „Ich bin es müde — soll der Kanzler gesagt haben — das Stichblatt für alle Bosheit, Niederträchtigkeit, Verleumdung und neidische Verdächtigungen zu sein, welche eine Bevölkerung von 45 Millionen ablagert; die Aufgabe, das deutsche Volk der Einheit oder auch nur der Einigkeit weiter zuzuführen, an der ich Zeit meines Lebens mit ganzer Hingebung gearbeitet habe, übersteigt meine Kräfte. Ich würde nicht daran denken, mich der Fortsetzung

S. 2. Bemerkung der „Schlesischen Zeitung" gegenüber einer Äußerung Richter's über den Fürsten Bismarck, daß der Glanz seines Namens im Erblassen begriffen sei, und die großen Erfolge des Kanzlers auf seiner Handelsreform beruhten, s. die „Post" Nr. 127 vom 12. Mai 1883. — Vergl. auch Eugen Richter und seine Leute, „Grenzboten" 43. Jahrg., III. Quart. S. 57, und: Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen, „Wiermann" Bd. I, S. 1 bis 117.

[3]) Eine wirkliche Mehrheitskombination ergab sich aus dem Gesamtwahlergebnis nicht. Die drei Gruppen standen sich unvermittelt gegenüber: die Konservativen und Freikonservativen mit 79, Centrum mit Polen, Welfen und Elsässern 134, die sich liberal nennenden (Nationalliberale, Sezessionisten und Fortschritt) mit 155 Stimmen. Dazu kamen noch 8 Mitglieder der Volkspartei und 10 Sozialdemokraten.

Digitized by Google

derselben zu entziehen, wenn ich zehn Jahre jünger wäre und noch so rüstig, wie nach Beendigung des französischen Krieges, oder wenn ich in der Zustimmung der Mehrheit meiner Landsleute Stärkung und Beistand fände. Ohne diesen, und erschöpft durch nunmehr 30jährige verantwortungsvolle Arbeit in der großen Politik glaube ich meinen Pflichten gegen mein Vaterland genügt zu haben und halte mich berechtigt, eine undankbare Aufgabe andern Händen zu überlassen. Schon zur Zeit des Berliner Kongresses glaubte ich meine Leistungsfähigkeit erschöpft zu haben, und nur in dem ehrenvollen Vertrauen, welches das gesamte Europa in mich setzte, fand ich die Ermutigung, die mir gestellte Aufgabe durchzuführen [1])."

Nach den Grundsätzen des Parlamentarismus würde die Mehrheit die Nachfolge des Kanzlers übernehmen müssen, indessen können Fortschritt und Centrum wohl gemeinsam opponieren, aber nicht gemeinsam regieren. Bei der Unmöglichkeit, Preußen monarchisch und dennoch nach den Grundsätzen der Fortschrittspartei zu regieren, könne ein Nachfolger des Kanzlers bei der Wahl zwischen Centrum und Fortschrittspartei nur zu Gunsten des Centrums und des Bestrebens optieren, unter Mitwirkung der katholischen Partei eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Der langjährige Kampf Bismarck's mit dem Centrum lasse hierzu andre an Kämpfen unbeteiligte Personen geeigneter erscheinen als Bismarck, der jenen Kampf, gestützt auf die frühere große nationalliberale Partei, glaubte führen zu können, denselben aber aufgeben mußte, als ihn nach dem Mißlingen der Verhandlungen mit Bennigsen die liberale Partei im Stich ließ. Nachdem dieselbe die Führung an radikalere Elemente verloren, sei der Weg, welcher der Regierung bis 1877 vorschwebte, ungangbar geworden. Für neue Wege dürfte die Verantwortlichkeit besser an einen Staatsmann übergehen, welcher die Antecedenzien des Reichskanzlers nicht habe.

Aus Stolp, also der Nachbarschaft von Varzin, ließ sich das „Deutsche Tageblatt" schreiben, daß dem Reichskanzler das Ergebnis der Wahlen Anlaß gegeben habe, „an die Andeutung anzuknüpfen, welche er bei Gelegenheit einer Reichstagsrede dahin machte, daß er, wenn ihm die Durchführung seiner auf Konsolidierung des Reichs berechneten Politik von liberaler Seite unmöglich gemacht werde, dem Kaiser werde raten müssen, an seine Stelle einen Staatsmann zu berufen, welcher nach seinen Antecedenzien im stande sein werde, eine Reichstagsmehrheit aus dem Centrum und den evangelischen Konservativen zu bilden." Sogar den Namen des eventuell von ihm vorzuschlagenden Nachfolgers soll der Kanzler schon genannt haben und dieser Name soll dafür bürgen, „daß der Kanzler die Zukunft des Reichs nicht im Lager der Nationalliberalen sucht."

Die Blätter der Rechten hielten die Nachricht der „Post" für ernsthaft, die der Linken wollten derselben keinen Glauben schenken und hielten sie höchstens für eine momentane Anwandlung des Kanzlers, der übrigens ungewohnt früh (12. November 1881) von Varzin nach Berlin zurückkehrte, um dem Kaiser und

[1]) Vergl. auch die „Post" 1881, Nr. 308.

Digitized by Google

Kronprinzen über die neue politische Situation Vortrag zu erstatten. Dieser Vortrag fand bereits am folgenden Tage, also am 13. November statt. Die „Kölnische Zeitung“ wußte darüber folgendes zu berichten: „Die lange Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler hat zu dem Ergebnis geführt, daß Fürst Bismarck, nachdem er sich durch den Ausfall der Wahlen davon überzeugt hat, daß er für seine Pläne eine feste Stütze im künftigen Reichstag nicht finden werde, vom Kaiser die Ermächtigung erbeten und erhalten hat, mit den Mitgliedern derjenigen Parteien, welche voraussichtlich eine Mehrheit zu bilden im stande sein werden, also neben den Konservativen mit dem Centrum und der großen liberalen Partei — darüber zu verhandeln, ob und unter welchen Bedingungen sie geneigt sein würden, mit ihm in die Führung der Geschäfte einzutreten. Fürst Bismarck will dem Lande, soweit es in seinen Kräften steht, einen Konflikt zu ersparen suchen und sich daher bemühen, solche politische Persönlichkeiten zur Regierung zu berufen, welche eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden sich zutrauen und geeignet erscheinen. Natürlich wird man erst eine entscheidende Abstimmung im Reichstag abwarten müssen, bevor dieser festgesetzte Plan greifbar ins Leben treten kann. Auf eine bloße Wahlliste mit zum großen Teil noch unbekannten Namen hin kann ein so tief eingreifender Beschluß selbstverständlich nicht gefaßt werden.“

16. November 1881. Diner zu Ehren des Bundesrats, zu welchem die in Berlin anwesenden Mitglieder desselben Einladungen erhalten hatten. Die preußischen Minister, die schon vorher Einladungen zu einem gleichzeitigen Diner beim Minister Lucius angenommen hatten, waren dadurch zum großen Teil verhindert im Reichskanzlerpalais zu erscheinen. Außer den sechs Mitgliedern der fürstlichen Familie, dem Reichskanzler, der Fürstin, den Grafen Herbert und Wilhelm, dem Grafen und der Gräfin zu Rantzau, dem dem persönlichen Dienste des Fürsten attachierten Geheimen Regierungs-Rat Rottenburg und dem Vize-Präsidenten des Staatsministeriums von Puttkamer, waren also nur die Vertreter der verbündeten Regierungen anwesend. Das Mahl zählte 30 Gedecke und begann um 5 Uhr.

Bei solchen Gelegenheiten werden die Plätze an der Tafel nicht nach dem Range der Personen verteilt, die im Bundesrate vertreten sind. Die Tafel im Reichskanzler-Palais bildete eine gerade Linie; in der Mitte derselben hatte der Reichskanzler Platz genommen und ihm gegenüber seine Gemahlin. Neben der Fürstin Bismarck hatten die Gesandten Bayerns und Badens ihre Plätze erhalten, zur Seite des Reichskanzlers die Gesandten Sachsens und Württembergs, an diese Herren schlossen sich dann die übrigen Bevollmächtigten an.

Da man die Gewohnheiten des Fürsten kennt, so erwartete man, daß nach dem Essen bei der Cigarre eines der bekannten politischen Plauderstündchen abgehalten werden würde, in denen der Reichskanzler in gemütlicher Rede und Gegenrede seine Auffassungen und Absichten zum besten giebt. Diesmal war die Spannung der Gäste besonders groß, und sie ist auch nicht getäuscht worden.

Digitized by Google

Der Fürst leitete seine politische Tischrede diesmal mit der Ankündigung des Gesetz-Entwurfs über die Verfassungsänderung ein, den er wieder einbringen werde. Hier fiel aber immerhin eine Konzession an den Reichstag auf. Der Kanzler will jetzt nur die Einführung zweijähriger Budgets, dagegen soll die jährliche Berufung des Reichstags bestehen bleiben. Der Kanzler motivierte dies ironisch damit, daß ohne diese die Berufs-Parlamentarier ja nichts zu thun hätten. Dabei machte er einige Bemerkungen über den Einfluß von Parlament und Presse und kam so auf die Ernennung des parlamentarischen Ministeriums Gambetta, dem ja auch Mitglieder der Presse angehörten. Der Fürst erwähnte auch, daß Gambetta an ihm vorbeigereist sei und gab dabei der Vermutung Ausdruck, daß Gambetta wirklich beabsichtigt habe, ihn aufzusuchen, aber vielleicht unterwegs von Paris aus durch seine Freunde eine Warnung erhalten habe, daß ein solcher Schritt in Frankreich bedenklichen Eindruck machen könne, und daß Herr Gambetta darum an Varzin vorbeigefahren sei.

Der Fürst kehrte dann wieder zu den inneren Fragen zurück, machte einige bittere Bemerkungen über Mommsen, der ihm die ungerechtesten Vorwürfe machte; er sei kein Absolutist, kein Reaktionär, er habe keine feudalen Gelüste. Hierauf kam der Reichskanzler auf die durch die Wahlen geschaffene Lage zu sprechen, und man sah es ihm an, daß es ihm recht hart ankomme, sich mit dem Verdikte derselben zu befreunden. „Ich bin," soll er gesagt haben, „zu meinem Bedauern genötigt, gewisse Lieblingsgedanken zurückzustellen, wenn ich daraus, daß gerade in Wahlkreisen mit einer starken Arbeiterbevölkerung gegen mich gewählt wurde, sehe, daß gerade die Leute, für die ich mich in meinen alten Tagen noch erwärmen zu müssen glaubte, nichts von meinen Plänen wissen wollen. Nun, wenn diese mit ihrer Lage zufrieden sind, beneficia non obtruduntur; ich kann es ja aushalten."

Er sei es müde, fuhr der Redner fort, das Stichblatt aller zu sein, den Kugelfang abzugeben, wenn von allen Seiten geschossen werde. Er könnte ja die innere Politik jetzt auf andre Schultern laden, und zwar auf die von Leuten, von denen man annehmen müßte, daß sie jetzt die Mehrheit haben. Er wolle sich also in dieser Richtung Stellvertreter suchen, entweder beim Centrum oder bei den Liberalen[1]). Die Zuhörer verstanden ihn so, daß er sich hierbei des Stellvertretungs-Gesetzes bedienen wolle. Er habe seinen Kandidaten schon gewählt, nämlich Herrn von Franckenstein, eventuell, wenn diese Kombination unausführbar wäre, die Herren von Bennigsen und Forckenbeck.

Das waren in der Hauptsache die auf die aktuellen Vorgänge bezüglichen Äußerungen. Aus den letzten Bemerkungen mochte mancher vielleicht den Schalk heraushören; doch war der Gesamteindruck der, daß der Fürst mit Ruhe, ja mit einer gewissen Resignation sprach. Als einer der Tischgenossen auf Beispiele aus der Geschichte absoluter Monarchen hinwies, bemerkte der Reichskanzler, Absolutismus wäre an sich so übel nicht; man wüßte dann aber nicht immer, in

[1]) Vergl. auch die „Post" 1881, Nr. 317.

Digitized by Google

welcher Hand die Regierung sei; deshalb sei ihm immer die konstitutionelle Staatsform als das Vernünftigste erschienen. Nur dürfe der Parlamentarismus nicht übergreifen [1])

Einen bewegenden Eindruck machte es, als der Reichskanzler sich im Laufe des Gesprächs über seine gemütliche Beziehung zu der Politik der letzten Jahre aussprach. Seine Neigung gehe schon längst nach Wald und Feld; doch verbiete ihm seine Verehrung und Anhänglichkeit für den Kaiser, sich von diesem in seinem hohen Alter zu trennen. Da habe er sich denn, als er vor drei, vier Jahren dies wieder einmal erwog, gefragt, was er zum Schlusse seiner Laufbahn der deutschen Nation noch bieten könne, und diese zwei Gedanken: die Verringerung der direkten Steuern durch umfassende Reform der indirekten und die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen, seien ihm als diejenigen erschienen, mit denen noch etwas zu erreichen sei. Alle könne man ja nicht auf einmal glücklich machen, aber eine Besserung der Lage der Arbeiter habe er jedenfalls damit herbeizuführen gehofft.

Nach einer andern Version äußerte sich Bismarck ganz im Sinne einer in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erschienenen offiziösen Note wie folgt: Er könne sich nicht dazu entschließen, den Kaiser zu verlassen oder gar im Zorne zu scheiden; aber so einfach, wie man sein Verbleiben im Amte hinzustellen beliebe, liege die Sache doch nicht. Es sei freilich recht bequem, wenn man beständig wiederhole, er werde schon bleiben; denn es sei ja richtig, daß das für das Ausland, und auch im Innern, z. B. für den Verkehr mit dem Kaiser, seine Wichtigkeit habe; aber dann dürfe er doch wohl eine bessere Behandlung erwarten, auf die er mehr sehe, als auf guten Lohn. Man könne doch nicht von ihm verlangen, daß er das, was er für unrichtig und schädlich halte, für seine Gegner in Ordnung bringe und erledige, daß er sich einfach zum gehorsamen Diener der andern Fraktionen mache. Bei dem Widerstande aber, auf den seine Politik in neuester Zeit gestoßen sei, bei der Feindseligkeit, mit der ihn sogar die amtlichen Blätter verbündeter kleiner Regierungen während der letzten Wahlen bekämpft hätten, müsse er, wenn er auf dem von ihm eingeschlagenen Wege fortschreite, einen Konflikt befürchten, und dem wolle er nach seinen Kräften vorbeugen. Er wolle also einmal sehen, ob andre Männer, die sich des öffentlichen Vertrauens, wie es die letzten Wahlen bekundet haben, in höherem Maße erfreuen, es geschickter anfangen und günstigere Ergebnisse erzielen würden als er. An welche Parteien er zu diesem Behufe heranzutreten habe, sei ihm durch den Ausfall der Wahlen vorgezeichnet. Es würde sich also nur darum handeln, ob er im Centrum oder in der liberalen Partei wichtige leitende Persönlichkeiten finden würde, welche ein Programm aufstellen könnten, dem der Kaiser seine Zustimmung zu geben vermöchte, und das sie im neuen Reichstage durchzusetzen sich zutrauen würden. Diesen glücklicheren Händen

[1]) Vergl. hierzu auch die „Post" 1880, Nr. 208 (Idiosynkrasie Bismarck's gegen die parlamentarische Regierungsweise) und 1882, Nr. 174 (Bemerkungen der süddeutschen Presse hinsichtlich des Urteils Bismarck's über den deutschen Parlamentarismus).

Digitized by Google

würde er dann die Leitung der Geschäfte übergeben, während er sich darauf beschränken würde, die guten Beziehungen zum Auslande aufrecht zu erhalten. Wenn er also auch von seinem verfassungsmäßigen Rechte, zu jeder Zeit seinen Abschied nehmen zu dürfen, aus Ergebenheit für seinen Kaiserlichen Herrn nicht Gebrauch machen wolle, so werde er nunmehr dahin wirken, daß ein wirklicher Stellvertreter, ein Vizekanzler, für den er beim Reichskanzler ein Gehalt von 60 000 Mark fordern werde, an seiner statt in die Leitung der Geschäfte eintrete. Er selbst werde sich alsdann auf sein „Altenteil" zurückziehen[1]).

Die Gäste des Kanzlers folgten diesen Eröffnungen mit gespanntester Aufmerksamkeit und jedesmal, wenn der Fürst eine Pause machte, herrschte atemloses tiefes Schweigen in der Gesellschaft. Einem seiner Gäste, der schließlich einige gut gemeinte Worte äußerte, der Fürst sehe die Dinge vielleicht zu schwarz an, die Wahlen seien ja niemals ein ganz getreuer Ausdruck des Volkswillens, die starken Minderheiten hielten fest zu der Regierungspolitik, es werde vielleicht alles bald anders, besser werden u. s. w., entgegnete der Fürst freundlich lächelnd, das seien allerdings Wahrheiten, die er seit dem Jahre 1845 kenne, aber diese vermöchten ihn doch nicht zu einer andern Auffassung der gegenwärtigen Verhältnisse zu bestimmen. Der Erfolg liege einmal vor und er müsse die Dinge nehmen, wie sie liegen, und die Männer, wie er sie bekommen könne.

Die Gesellschaft trennte sich etwa um halb 8 Uhr. Als sich der bayerische Gesandte von Lerchenfeldt verabschiedete, sagte ihm der Reichskanzler: „Bereiten Sie also Ihren Landsmann Franckenstein vor, daß ich demnächst in Unterhandlungen mit ihm treten werde."

Die Art, wie der Reichskanzler sich aussprach, ließ den Eindruck zurück, daß er das Wahlergebnis sehr ernst nehme, zu einem festen Entschlusse über seine weiteren Schritte aber nicht gekommen sei.

Die Krisis fand diesmal eine rasche Lösung; Bismarck blieb im Amt und eröffnete am 17. November den Reichstag im weißen Saale des Königlichen Schlosses unter Verlesung einer Kaiserlichen Botschaft, welche ein wirtschaftliches und socialpolitisches Programm in allergrößtem Stil entrollte. Hauptpostulate waren ein Krankenkassengesetz, ein umgearbeitetes Gesetz über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, ein Gesetz über Altersversorgung und Invalidität und die Aufbringung der erforderlichen Kosten mittelst des Tabakmonopols und ergiebiger Getränkesteuern. Bismarck beharrte also auf allen seinen Plänen und brachte dieselben auch schrittweise im Reichstag ein, unbekümmert um den schlechten Ausfall der Wahlen.

24. November 1881. 1. parlamentarisches Diner. Über die Einladungen dazu hatte ein gewisser Unstern gewaltet. Bei der Aufstellung der Liste zu denselben wurde nämlich die Liste des Reichstagsvorstandes (Präsidium, Ab-

[1]) Vergl. auch die „Vossische Zeitung" vom 16. November 1881, Nr. 535 (die Kanzlerkrisis und die Wahlen) und vom 19. November 1881, Nr. 541 (Zusammenstellung der Thatsachen über die Kanzlerkrisis seitens der „National-Zeitung").

Digitized by Google

teilungsvorstände, Schriftführer und Quästoren) mit der des sogenannten Senioren-Konvents der Vereinigung der Fraktionsvorstände verwechselt und wurden die letzteren geladen. Die Liste wurde zwar durch weitere Einladungen vervollständigt, zeigte aber immer noch Abweichungen von der bei solchen Gelegenheiten üblichen[1]). Nach aufgehobenem Diner wurde im Kaffeezimmer Cercle gemacht, hier bildete sich bald um den Reichskanzler eine Corona, welcher er seine politischen Anschauungen unterbreitete.

Es sei vorausgeschickt, daß vom Kulturkampf[2]) mit keiner Silbe die Rede war. Der Reichskanzler erging sich zuerst über die Einführung der deutschen Sprache im diplomatischen Dienst. Auf die Frage, ob der Reichstag mit seinem Pensum bis Ende Weihnachten werde fertig werden, da es sich ja wesentlich nur um den Etat handele, erwiderte der Reichskanzler, daß ja die meisten Vorlagen, welche die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 berühre, den Reichstag jetzt noch nicht beschäftigen würden; er möchte aber dem Reichstag sehr gern noch in dieser Session die Berufsstatistik[3]) vorlegen. Man antwortete ihm, daß diese Vorlage sich ohne Anstand noch werde erledigen lassen können, da sie mit finanziellen Schwierigkeiten nicht verknüpft sei. Der Hinweis auf das Zusammentagen mehrerer Landtage mit dem Reichstag veranlaßte den Reichskanzler zu der Bemerkung, daß er ursprünglich die Absicht gehabt, den preußischen Landtag mit dem Reichstag zusammen einzuberufen[4]), in Zukunft werde er dies thun, damit endlich einmal mit diesem Zusammentagen eine Erfahrung gemacht werde. Für dieses Mal habe er die Absicht, den preußischen Landtag im Januar zu berufen, und dann kurz vor oder nach Ostern den Reichstag. Dieser werde keineswegs alle in der Botschaft angekündigten Vorlagen auf einmal zu erledigen haben.

Von den Gerüchten über eine unmittelbar bevorstehende Veränderung in der Regierung wurde mit keinem Wort gesprochen. Der Eindruck der Äußerungen des Kanzlers war, daß er sich zunächst versöhnlich verhalten wolle, aber auf

---

[1]) Die Tafel im großen Kongreßsaale war wie folgt arrangiert: Nach der Seite des Gartens saßen der Geheime Regierungsrat Dr. Rottenburg und Graf Rantzau, ihnen gegenüber nach der Straße zu Abgeordneter Bernards und Graf Wilhelm Bismarck. Rechts neben dem Reichskanzler hatte Freiherr von Franckenstein, links von Bennigsen Platz genommen; die Nachbarn der Fürstin Bismarck waren: Der Präsident von Levetzow und der zweite Vize-Präsident Ackermann. Außerdem waren anwesend: die Minister von Boetticher, von Kameke, der Botschafter Graf Hatzfeldt, die Abgeordneten Eysoldt, von Seydewitz, von Minnigerode, von Schwarze, Holtzmann, Richter (Meißen), Kochann (Ahrweiler), Dr. Stephani, Windthorst, Peter Reichensperger (Krefeld), Stählin, ferner die Staatssekretäre Dr. Stephan, Scholz und von Schelling.

[2]) Es fiel auf, wie zurückhaltend die Herren vom Centrum an jenem Tage waren.

[3]) Am 5. Dezember 1881 hatte Bismarck dem Reichstag einen Gesetz-Entwurf, betreffend die Erhebung einer Berufsstatistik (Reichstags-Drucksache Nr. 27), vorgelegt.

[4]) Kurze Zeit später äußerte Bismarck, daß dem Zusammentagen des Reichstags mit den Volksvertretungen der Einzelstaaten nur durch die Vorlage über die zweijährigen Budgetperioden und vierjährigen Legislaturperioden abgeholfen werden könne. („Vossische Zeitung" vom 31. März 1882, Nr. 153.)

Digitized by Google

keines seiner Projekte verzichte. Er müsse Minister des Kaisers bleiben, so lange dieser es verlange, sagte er, das habe er sich selbst gelobt, als er den Monarchen verwundet daliegen sah. Bleibe er aber Minister, so könne er nur seine eigenen Ansichten vertreten. Vorläufig habe er freilich keine Majorität, aber auch keine gegnerische Partei habe eine solche. Für jetzt habe er indes nicht die Absicht, „von dem schlecht unterrichteten Volk an das besser zu unterrichtende zu appellieren" [1]). Nach längerem Schweigen der Zuhörer bemerkte Herr von Bennigsen, zu einem Konflikt sei zur Zeit wohl kein Anlaß vorhanden, da die Hamburger Vorlage [2]), die einzige, welche außer dem Etat bis jetzt da sei, angenommen werden würde. Der Kanzler schwieg auf diese Bemerkung; die Frage, ob vor Weihnachten noch weitere Vorlagen zu erwarten seien, verneinte er.

Zur Kaiserlichen Botschaft selbst übergehend, bemerkte der Kanzler: Man solle nicht glauben, daß der Kaiser auf einmal die angekündigten Entwürfe bewilligt haben wolle. Er weiß ganz gut, daß eine lange Zeit hierfür erforderlich sein wird, und auch ein späterer Nachfolger des Kaisers wird sich diesen Aufgaben nicht entziehen können, weil sie dem Wohle der Gesellschaft dienen. Der Kaiser hält fest an dem von ihm in der Botschaft angenommenen Standpunkt und hält die Durchführung dieser Reformen für notwendig. „Wie bei militärischen Exerzitien kommandiert wird, das Ziel auf den Kirchturm [3]) zu richten, so wird auch die Regierung auf ihr Ziel lossteuern." Wie dieses Ziel zu erreichen sei und mit welchen Mitteln, das werde sich finden, von den Prinzipien aber könne nicht Abstand genommen werden. Wenn der Reichstag alle Projekte hartnäckig ablehnen sollte, dann hätte die Regierung ihre Quittung erhalten und ihrem Gewissen genügt.

Er führe ein kümmerliches Leben, und nur sein politisches Gewissen verpflichte ihn, so lange auszuhalten, bis der Kaiser ihn entlasse. Gewönne er die Überzeugung, daß seine Person die Sache schädige, so werde er sich, wie er schon den Mitgliedern des Bundesrats gegenüber geäußert, auf das „Altenteil des Auswärtigen" zurückziehen und auf Grund des Stellvertretungsgesetzes einem „Reichsminister des Innern" oder Vize-Kanzler die verantwortliche Leitung der Geschäfte übertragen.

Als 1871 die auswärtigen Verhältnisse bei uns geordnet waren, da habe er geglaubt, daß, so wie in einem Drama die fünf Akte sich abspielen, seine Mission erfüllt sei. Nun sehe er sich aber doch wieder einer neuen, gewaltigen Aufgabe gegenüber. Wie er von seinem Eintritt in die politische Carrière an stets als Grundsatz aufgestellt, seiner politischen Überzeugung Geltung zu verschaffen, so werde er dies auch in Zukunft thun.

---

[1]) Aus dieser Zeit stammt das in der „Wiener Presse" mitgeteilte geflügelte Wort: „Mit vier Strangschlägern zu fahren ist gefährlich, aber ich werde es versuchen".

[2]) Vergl. das Gesetz, betreffend die Ausführung des Anschlusses der freien und Hansestadt Hamburg an das deutsche Zollgebiet, vom 16. Februar 1882 (Reichs-Gesetzbl. S. 39).

[3]) Nach einer anderen Version bezeichnete der Kanzler die Kaiserliche Botschaft als den Kirchturm, der vielleicht nie, jedenfalls nicht in diesem Jahrhundert erreicht werden würde.

Digitized by Google

Der Reichskanzler sprach dann in höchster Bewunderung über die Pflichttreue des Kaisers Wilhelm I. Später kam derselbe noch des Näheren auf die Wahlen zu sprechen und erklärte, daß das Wahlresultat keineswegs eine Verurteilung der Regierungspolitik gezeigt habe; man dürfe nämlich nicht auf die Zahl der gewählten Abgeordneten sehen, sondern auf die bei den ersten Wahlen abgegebene Summe der Gesamtstimmen, und da ergebe die ihm vorliegende Statistik, daß mit Ausnahme der Deutschkonservativen, der Polen und der Wilden (Volkspartei ꝛc.) alle andern politischen Fraktionen Einbuße erlitten haben; der Reichskanzler suchte dies durch Zahlen nachzuweisen und hob hervor, daß bei diesen Wahlen zweidrittel Millionen Stimmen weniger abgegeben worden wären. Mit der Zeit werde die Bevölkerung der Agitation von gegnerischer Seite nicht mehr folgen; bei uns könne man lesen und schreiben, und darum sei das allgemeine Wahlrecht lange nicht so schädlich wie in Frankreich[1]). Es fiele ihm gar nicht

[1]) Um dieselbe Zeit äußerte Bismarck nach der Versicherung eines Verwandten und Gutsnachbarn: „Unser ganzes deutsches Wahlsystem ist ein gründlich falsches, in einem wohlgeordneten Staate sollte jede Stimme zur Geltung kommen. Ich bin der Meinung, wenn die verschiedenen Parteien durch ganz Deutschland am gleichen Tage ihre Stimmen jede für ihre Partei sammeln, diese dann für jede 25000 einen Vertreter ihrer Partei wählen können; denn der Unsinn liegt klar zu Tage, daß, wo die Parteien fast pari stehen, die andre Hälfte gar nicht zur Geltung kommt. Auch fallen dadurch die Kirchturmsinteressen, Persönlichkeiten und die widerlichen störenden Nach- und Stichwahlen fort. Wie soll nun aber erst der Landmann die Schattierungen unsrer verzwickten Parteiverhältnisse, wie Liberal, Nationalliberal, Secession ist ꝛc., begreifen? Wozu diese vielen fremden Benennungen für eine deutsche Sache? Ich meine, schlichtweg, wenn man einen allgemeinen „Landverein" oder meinetwegen einen „Bauernbund" gründete, so wäre dies verständig und gewiß faßlicher; die Städte sind ja ohnehin stark genug vertreten." Hierzu bemerkte die „Magdeburger Ztg." (Nr. 534 vom 15. November 1881): „Wenn bei den Wahlen zur Volksvertretung in einem wohlgeordneten Staate jede Stimme zur Geltung kommen sollte, so müßte dies doch erst recht mit Bezug auf die innerhalb der Volksvertretung geschehenden Abstimmungen gefordert werden müssen. Es müßte also zu dem Majoritätsgesetz immer noch ein Minoritätsgesetz, z. B. also zu dem bekannten Mietssteuergesetz (lex Tiedemann), welches mit einer Majorität von einer Stimme angenommen wurde, auch noch so eine Art Anti-Mietssteuergesetz hinzukommen. Wer da will, mag sich die Sache weiter ausmalen. Bekanntlich ist übrigens die Frage der Vertretung der Minoritäten schon oft und zwar namentlich in Frankreich und England hin und her besprochen worden, ohne daß es jemals gelungen wäre, sie in einer befriedigenden Weise zu lösen."

Die „Ostsee-Ztg." brachte dazu folgenden Artikel: „Schreiber dieses hat dies System bereits im Jahre 1848 aus dem Munde von Dr. Julius Faucher kennen gelernt, der es in einer Kritik des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts als die letzte Konsequenz desselben entwickelte — indem er allerdings seinerseits dabei zu dem weiteren Schluß kam (von dem wir einigermaßen neugierig wären zu erfahren, ob auch damit der Herr Reichskanzler einverstanden wäre), daß auch der Kauf von Stimmen nicht verboten werden könne. Faucher meinte nämlich, daß — einmal das Prinzip des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zugegeben — um dabei auch den lokal verstreuten Minoritäten so viel als möglich zu ihrem Rechte zu verhelfen, jede Basierung des Wahlrechts auf lokal abgegrenzte Wahlkreise undurchführbar sei; sobald aber jene Forderung als die allein maßgebende hingestellt werde, könne man auch nichts dagegen einwenden, wenn ein Wähler durch den Verkauf seiner Stimme erkläre, daß ihm die dafür zu erlegende Geldsumme mehr wert sei, als der durch ihre Vereinigung mit der Wahl eines Abgeordneten vorgeschriebenen Stimmenzahl auf die Gesetzgebung

Digitized by Google

ein, den Reichstag aufzulösen, auch wenn derselbe seine Projekte ablehnen sollte; die Sache müsse aber klargestellt werden durch Diskussion und Abstimmung. Man werde sich doch mehr und mehr mit den Grundzügen der neuen Vorlagen befreunden. Wenn er im Amt geblieben sei und im Amt verbleibe, so lasse er sich dazu außer von den persönlichen Gefühlen der Anhänglichkeit an den Kaiser lediglich durch den Wunsch bestimmen, das Reich nach seinen besten Kräften zu befestigen. Als Hauptmittel dazu müsse er bezeichnen die günstige Lage der Finanzen und eine vorteilhafte nationale Handelspolitik. Der Reichskanzler erinnerte daran, wie selbst der lose und kündbare Zollverein auch in den damaligen unbefestigten Verhältnissen das kräftigste und beste Band der nationalen Einigung gewesen sei, und so dürfe er auch von den nationalen Finanzen und einer nationalen Handelspolitik erwarten, daß sie dem jungen Reich die rechte Festigkeit geben würden. Aus denselben Erwägungen und Auffassungen sei die ganze Gruppe von wirtschaftlichen Gesetzen hervorgegangen, die den Reichstag bereits beschäftigt und denselben noch zu beschäftigen hätten. Er nannte diese Gesetze „Gesetze der Präventive“, die bestimmt seien, der heranziehenden Gefahr vorzubeugen, im Gegensatz zu der „regressiven Gesetzgebung“, die, wie das Sozialistengesetz, die schon vorhandene Gefahr bekämpfen solle. Er beanspruche keine Unfehlbarkeit, er könne sich irren; aber jedenfalls müsse er, um seiner Verantwortlichkeit ledig zu werden, beim Reichstag dasjenige beantragen, was er nach seinem Wissen und Gewissen für das Beste halte. Wenn er damit beim Reichstag nicht durchdringe, so müsse er sich eben bescheiden; denn ohne die Zustimmung des Reichstags sei ja die von ihm geplante wirtschaftliche Reform nicht durchzuführen. Das sei nicht eine Frage des Kampfes, sondern eine Frage, an der alle Faktoren gemeinsam arbeiten müßten.

Auch die Frage der Errichtung des Reichstagsgebäudes kam zur Sprache. Bismarck befragte den Abgeordneten August Reichensperger hierüber und erhielt von letzterem die Antwort, daß man mit diesem Bau noch warten könne. Der Reichskanzler schloß sich dieser Meinung an.

Über dieselbe Frage unterhielt sich Bismarck demnächst auch mit dem Abgeordneten von Unruh. Als dieser den Fürsten fragte, wo denn eigentlich das Reichstagsgebäude hinkommen solle? antwortete er, wenn es nach seiner Meinung ginge, nach dem Pfingstberge (bei Potsdam). Unruh fragte scherzend: „nach dem Blocksberge?“ Nein, erwiderte der Fürst, es sei sein voller Ernst, daß der

---

zu gewinnende Einfluß. Mit einem Worte: er führte aus, daß das Prinzip des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts, wenn ihm nicht irgend welche Schranken gezogen würden, die vollständige Loslösung des Staates von jeder äußerlich und innerlich festen und haltbaren Basis, die Pulverisierung des Staates, seine Auflösung in rein atomistische, in ihrer Zusammensetzung lediglich nach der wechselnden Stimmung sich ändernde Wählerschaften, begründet liege. Der Gedanke, daß dieses Wahlsystem als eine Korrektur des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, noch dazu als eine Korrektur im konservativen Sinne geplant werden könne, lag ihm allerdings fern.

Digitized by Google

Reichstag nicht nach der Hauptstadt gehöre [1]). Die Nordamerikaner hätten sehr weise ihre legislatorischen Körperschaften nicht nach New-York, sondern nach Washington gelegt; auch die Franzosen hätten eingesehen, daß sich Paris für den Sitz des Senats und des Abgeordnetenhauses nicht eigne und hätten Versailles dazu bestimmt. So wäre es auch hier das Beste, nach Potsdam zu gehen.

Als Unruh darauf aufmerksam machte, daß sich in Washington auch die Behörden dauernd befänden, daß die Reichstagsabgeordneten in einiger Nähe des Pfingstberges kein Unterkommen finden würden, ferner, daß die Reichsbehörden sich doch wohl in demselben Orte mit den preußischen Ministerien befinden müßten und an eine Verlegung der letzteren nach Potsdam doch wohl nicht zu denken sei, sprach sich Fürst Bismarck dahin aus, daß er hierin kein unüberwindliches Hindernis erblicke. Man könne zu diesem Zwecke noch eine separate Eisenbahn nach Potsdam, und in der Nähe des Pfingstberges eine Anzahl von Villen zur Unterkunft der Abgeordneten bauen! —

„Obgleich der Fürst ganz ernsthaft sprach — schreibt Unruh — erschien mir seine Idee doch nur als ein genialer Scherz [2]).“

Gelegentlich bemerkte der Reichskanzler noch, er hätte heute Nachmittag bereits seinen Wagen vorfahren lassen, um in den Reichstag zu kommen, nachdem er aber gehört, daß die Sitzung bereits geschlossen, sei er zu Hause geblieben; er hätte sich vorgenommen, seine beim Diner heute entwickelten Anschauungen noch viel ausführlicher im Reichstag zum Vortrag zu bringen [3]).

Abgeordnete von der liberalen Schattierung nahmen von dem Diner den Eindruck mit fort, als habe die Unbefangenheit, die früher im Kanzlerpalais vorherrschte, jetzt eine kleine Einbuße erfahren. Den Kanzler genierte die Präponderanz des Ultramontanismus; er konnte sich nicht behaglich fühlen, wenn rechts von ihm Bennigsen und links von ihm Franckenstein saß. Mit wem von beiden sollte er ganz vertrauensvoll reden? Mit Bennigsen, der zurückhaltender ist, that er's früher, mit Franckenstein wird er sich nie erwärmen können. Die alte Ungezwungenheit hatte einer Geniertheit Platz gemacht, die keinen rechten Humor auf-

---

[1]) Die Verlegung des Reichstags nach Potsdam kam im Jahre 1873 auch in der Presse zur Sprache. Der „Schwäbische Merkur“ vom 27. Mai 1873, Nr. 124 brachte darüber folgende Notiz: „In einigen Blättern wurde gelegentlich des Parlamentsgebäudes davon gesprochen, der Reichskanzler begünstige die Verlegung des Reichstags und der damit zusammenhängenden Behörden nach Potsdam. Davon hatte wirklich schon seit längerer Zeit verlautet, wenn es auch gewöhnlich als halber Scherz behandelt wurde, und ich habe es auch wohl gelegentlich einmal erwähnt. In den Gedanken Bismarck's sollten die Reichsorgane dadurch gleichsam reiner hingestellt werden; von den lokalen Vorteilen abgesehen. Selbstverständlich handelt es sich dabei um eine Zukunftsidee, deren Verwirklichung nicht bevorsteht.

[2]) Bismarck hat dem Gedanken einer Verlegung des Sitzes der Reichsregierung später im Reichstag noch einmal ganz ernsthaft Ausdruck gegeben. Vergl den stenogr. Bericht über die Sitzung des Reichstags vom 29. April 1881, S. 905.

[3]) Die Gesellschaft verließ gegen 8 Uhr das Palais des Reichskanzlers.

Digitized by Google

kommen ließ. Den Plaudereien fehlte die Ursprünglichkeit, sogar der rechte Fortgang. „Zweimal ging ein Engel durchs Zimmer", zweimal stockte die Unterhaltung ganz. Der Kanzler sieht sich in seinem Bemühen, die Gesellschaft in Stimmung zu bringen, von andern zu wenig unterstützt, und die andern würden oft genug mitreden, wenn sie nicht allerhand Einwendungen hätten, mit denen sie zurückhalten, weil sie Gäste sind."

Am 5. Dezember 1881 erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" folgender Artikel: „In der Kommissionssitzung des Reichstags über die Hamburger Angelegenheit hat der Abgeordnete Windthorst die Frage gestellt, ob die Reichsregierung dessen sicher sei, daß beim Anschluß der Unterelbe an das Zollgebiet Deutschlands die auswärtigen Mächte geneigt sein würden, die durch schwere Opfer erkaufte Freiheit dieses Stromes in Bezug auf die Ablösung des Stader Zolls dadurch beschränken zu lassen, daß dort neue Zollformalitäten eingeführt würden. Herr Windthorst nannte hierbei ausdrücklich England und Rußland und bemerkte dazu, daß er vor einiger Zeit durch einen auswärtigen Agenten über diese Angelegenheit interpelliert worden sei.

Der Finanzminister Bitter hat darauf erwidert, daß die Elbe ein preußisch-deutscher Strom sei, dessen Grenze nach dem Meere zu das Ländergebiet des Königs von Preußen und des Deutschen Reichs abschließe, und daß innerhalb dieser Grenzen Preußen und Deutschland von auswärtigen Mächten ebensowenig eine Einmischung annehmen würden, als sie das Recht hätten, sich ihrerseits in die Einrichtungen zu mischen, welche fremde Länder, namentlich Rußland und England, innerhalb ihres Gebiets zu treffen für nötig hielten, daß er daher in keinem Augenblick die Voraussetzung teilen könnte, als ob Preußen und Deutschland im eigenen Hause nicht Herren ihrer Entschließungen sein dürften. Der Finanzminister hat mit Recht darauf hingewiesen, wie man wohl in einem andern Lande, in Frankreich oder in Rußland, einen solchen Appell an das Ausland bezüglich der Ausübung inländischer Hoheitsrechte auf französischem oder russischem Gebiet aufnehmen würde. Wir glauben nicht, daß ein Franzose oder Russe es über sich gewinnen würde, angesichts der Öffentlichkeit und des Nationalgefühls seiner Landsleute mit der Einmischung des Auslandes zu drohen, wenn es sich um die Legung der französischen oder russischen Zolllinie an der Mündung der Seine oder der Newa handeln sollte. Gerade der Vertrag vom 22. Juni 1861 über den Brunshäuser Zoll konstatiert die Anerkennung, wenn es deren bedurft hätte, der damaligen hannöverschen, also deutschen Hoheitsrechte auf diesem Gebiet, und es kann dem Abgeordneten Windthorst nicht unbekannt sein, daß es sich bei jenem Vertrag um die Aufhebung einer Schiffahrtsabgabe in Gestalt eines Elbzolls handelt, aber in keiner Weise um die Hoheitsrechte Hannovers resp. Deutschlands, die Grenze der Douanen innerhalb des eigenen Landesgebiets dort zu legen, wo es den eigenen Landesinteressen und der eigenen souveränen Gesetzgebung angemessen erscheint. Der Vertrag vom 22. Juni 1861 ist für die

Digitized by Google

Frage der Reichszolllinie vollständig gleichgültig und kein Ausländer, auch wenn er staatsrechtlich weniger durchgebildet wäre, wie der frühere hannöversche Justizminister, würde es für etwas andres als eine Unverschämtheit ansehen, wenn seine Regierung sich in die Regulierung der Douanenlinie des Deutschen Reichs innerhalb des deutschen Gebiets einmischen wollte.

Die Ablösung des Sundzolles war eine vollständige Analogie mit der des Stader Zolls. Auch der Sundzoll gelangte innerhalb der dänischen Gewässer zur Hebung. Wenn man nun aus dieser Ablösung den Vorwand entnehmen wollte, die dänische Staatshoheit innerhalb dieser selben dänischen Küstengewässer in der Ausübung der Kontrolle ihrer Douanengrenze zu bevormunden, so würde sich sicher in einem dänischen Parlament kein Mitglied finden, welches für eine solche Verletzung der nationalen Unabhängigkeit den Anwalt des Auslandes machen würde. Aber allerdings können wir im Punkte des Nationalgefühls auch von Dänemark noch manches lernen."

Dieser geharnischte Artikel des offiziösen Blattes fiel in die Reihen des Centrums, welches sich schon in Herrscherträumen wiegte, wie eine Bombe. Zunächst wurde von der Fraktion beschlossen, bei der Soiree des Kanzlers am 6. Dezember durch Abwesenheit zu glänzen[1]). Windthorst brachte die Sache in der Kommission vor, und Finanzminister Bitter erklärte, daß weder Bismarck noch er an dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beteiligt sei, und daß letztere eine Richtigstellung des Sachverhalts bringen werde. Damit war das Centrum zufrieden und erwartete die versprochene Berichtigung. Aber diese, welche vom Finanzminister in Gemeinschaft mit von Kleist-Retzow verfaßt war, erschien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" nicht. Sie soll bereits im Satz fertig gewesen sein, als die Weisung kam, sie nicht zu veröffentlichen. Dagegen erschien am 8. Dezember ein zweiter Artikel, welcher den Thatbestand der Windthorst'schen Äußerungen aufrecht erhielt und die Vermutung aussprach, daß das Centrum als Preis für seine Unterstützung demütigende Bedingungen auferlegen wolle, welche die Regierung nicht annehmen könne. Dies vorausgeschickt, gehen wir zur Beschreibung der am

6. Dezember 1881 stattgefundenen 1. parlamentarischen Soiree über. Dieselbe zeigte eine von den sonstigen sehr abweichende Physiognomie. Nur sehr langsam stellten sich die geladenen Parlamentarier ein, denn das vom Kriegsminister gegebene Diner hielt eine verhältnismäßig große Zahl von Abgeordneten in den Räumen des Herrn von Kameke zurück, so daß erst sehr allmählich ein gewisses Leben und Treiben in die Gesellschaft des Fürsten kommen konnte. Aber der seit einiger Zeit ansehnlichste und interessanteste Teil der Gäste wollte diesmal überhaupt nicht erscheinen. Das Centrum hatte ausnahmslos einen gesellschaftlichen Strike beschlossen und es führte diesen Entschluß pünktlich aus. War in der Blüte des Kulturkampfes, zu Zeiten, da Fürst Bismarck noch den Geist der deutschen Nation gegen die römische Hierarchie in die Schranken

[1]) Über die Vorgeschichte dieser Demonstration des Centrums für Windthorst vergl. die „Grenzboten", Jahrg. 1881, IV. Quartal, S. 525 ff.

Digitized by Google

zu rufen für gut fand, auf den Kanzlersoireen doch wenigstens stets der Schriftführer Bernards oder auch einige versprengte Mitglieder der Centrumspartei erschienen — dieses Mal war kein einziger der 110 Herren zu erblicken, welche mit dem konservativen Gefolge zusammen die neue Regierungsmajorität ausmachen sollten.

Die Herrin des Hauses hatte auf diesen Ausgang der durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ heraufbeschworenen Katastrophe augenscheinlich nicht gerechnet; denn das im großen Saale aufgestellte Büffet war auf die Zahl der sonst erscheinenden Gäste reichlich eingerichtet. Nun mußte mehr als die Hälfte der kulinarischen Kunstproben als überflüssig stehen bleiben. Und nicht bloß ungetrunkenes Bier, sondern auch ungenossene Speisen gehören zu den Dingen, welche ihren Beruf verfehlt haben. Es waren nur gegen 150 Abgeordnete erschienen; das größte Kontingent hatten die beiden konservativen Gruppen gestellt[1]), die durch das Ausbleiben ihrer Bundesgenossen sichtlich peinlich berührt waren.

Der Reichskanzler, die Fürstin, Graf Wilhelm und Graf Rantzau machten in gewohnter leutseliger Weise die Honneurs, und nachdem die allseitige Begrüßung und die Vorstellung neuer Reichstagsmitglieder geraume Zeit in Anspruch genommen hatte, gruppierten sich die Herren im großen Saale um das Buffet, während die Damen im kleinen Saale sich niederließen. Der Reichskanzler erschien in vollster Frische und sehr aufgeräumt, er nahm erst einen Augenblick bei Herrn von Levetzow Platz, und verweilte die größere Hälfte des Abends im Kreise von Konservativen und Mitgliedern der Reichspartei. Abwechselnd im Gespräch mit seinen Nachbarn, den Herren Abgeordneten Hartmann, Freiherrn von Ow, von Hammerstein und Lohren, wurde in erster Linie des abwesenden Centrums gedacht.

Weniger tragisch als die konservativen Abgeordneten schien der Wirt des Hauses die Abwesenheit der klerikalen Mannschaften zu nehmen. Er ergriff sehr offenherzig das Wort über das Ereignis und sprach mit Bonhommie seine Verwunderung darüber aus, daß ein so kluger Herr und alter Politiker wie der Abordnete Windthorst den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ so tragisch nehmen und sich so darüber echauffieren könne, wie ihm (dem Kanzler) berichtet worden sei. Er selbst habe den betreffenden Artikel gar nicht gelesen und habe erst infolge des Aufsehens, den derselbe gemacht, von seinem Inhalte erfahren. Am liebsten möchte er von der Presse nichts sehen und nichts hören.

[1]) Außer den Präsidenten v. Levetzow und Ackermann bemerkte man den Grafen Moltke, v. Bennigsen, Dr. Blum, Dr. Schläger, Rickert, von Benda, von Bernuth-Schlutow, Dr. Stengel, Stählin, Freiherrn von Ow, Leuschner, Lohren, von Wedell-Malchow, von Köller, von Minnigerode, von Maltzahn, von Kleist-Retzow und Stöcker. Die Fortschrittspartei war vertreten durch Wander und Ahlhorn. Von den Ministern waren anwesend: von Boetticher, Dr. Lucius, von Puttkamer, von Kameke, Maybach, Friedberg, Goßler, ferner die Gesandten Graf Lerchenfeld, von Baur, von Türkheim, von Schmid, General von Fabre du Faur, die Staatssekretäre von Schelling und Scholz, Kontre-Admiral Livonius, von Kusserow rc., sowie fast das ganze Personal des Auswärtigen Amts, Graf Hatzfeldt an der Spitze, eine Anzahl höherer Offiziere mit ihren Damen, endlich Paul Lindau, der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung.“

Digitized by Google

„Aber die Herren — so fuhr er fort — verkennen den Ernst der Situation und leisten der Sache auf solche Weise schlechten Dienst." Auf die Bemerkung des Freiherrn von Ow, der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" dürfte doch nicht ganz richtig die Vorgänge in der Kommission wiedergegeben haben [1]), bemerkte der Fürst: „Mag sein, allein dann hatten ja die Herren Gelegenheit, auf Grund des Preßgesetzes oder durch sonstige Erklärungen die Sache aufzuhellen respektive richtig stellen zu lassen, jedenfalls involviert das Vorgehen der Herren eine sociale Rücksichtslosigkeit von unglaublicher Größe." Schließlich fügte er aber scherzend hinzu: er werde es Herrn Windthorst gedenken, daß derselbe seinem guten Münchener Bier so viele sachverständige Gäste entzogen habe und so ihn zwinge, selbst sein bester Gast zu sein [2]).

Die Frage, ob der Reichstag bis Weihnachten mit seinen Arbeiten zu Ende kommen würde, glaubte der Kanzler verneinen zu müssen. „Ich wünsche, daß die Herren ihre Ferien möglichst kurz bemessen, denn bis zum 15. oder 16. Januar muß ich das preußische Abgeordnetenhaus einberufen."

Sehr bemerkt wurde ein längeres Gespräch des Reichskanzlers mit Bennigsen. Der Kanzler ging, als der nationalliberale Führer den Saal betrat, sofort auf ihn zu, begrüßte ihn herzlich und zog ihn in ein längeres Gespräch, das jedoch so leise geführt wurde, daß selbst die Nächststehenden nichts vernehmen konnten. Es handelte sich, wie später verlautete, um eine Besprechung der augenblicklichen politisch-parlamentarischen Situation, wobei besonders die Gründe für die Schwächung der Mittelparteien mit erörtert wurden. Herr von Bennigsen schien von den vertraulichen Mitteilungen des Kanzlers sehr befriedigt zu sein; wenigstens sprach er sich in diesem Sinne einzelnen Abgeordneten gegenüber aus [3]).

Nicht ohne Bitterkeit konstatierte der Reichskanzler, wie wenig Entgegenkommen bezüglich seiner Reformpläne auf socialem Gebiet [4]) er im eigenen Vaterland gefunden habe und wie das Ausland darin doch anders denke, insofern beispielsweise Gambetta sich bereits die bezüglichen Entwürfe zur Einsicht erbeten habe. „So kommt uns möglicherweise Gambetta vor und es bestätigt sich von neuem, daß der Deutsche das Einheimische nicht achtet. Das ist unser alter Fehler, wie er sich schon in der volkstümlichen Redensart offenbart: „Das ist nicht weit her." —

---

[1]) In der That verwahrte sich Windthorst in der nächsten Sitzung der Kommission energisch gegen die ihm zugeschriebenen Äußerungen; sie seien durch die Berichterstattung entstellt und die Vorwürfe, die das offiziöse Organ der Regierung gegen ihn schleudere, seien geradezu unerhört.

[2]) Paul Lindau schrieb der „Kölnischen Zeitung", „das Centrum habe den Lockungen des vorzüglichen „Reichsbieres" mit der Festigkeit des Cato, oder wie es in diesem Falle besser heißen würde: des heiligen Antonius widerstanden. Es erregte zur Zeit großes Aufsehen, als Windthorst zum erstenmale im Palais des Reichskanzlers erschien, aber der Glanz, den die gestrige Abwesenheit der „Perle von Meppen" verbreitet hat, überstrahlt jenes erste Aufschimmern doch beträchtlich."

[3]) Mit Herrn von Hammerstein unterhielt sich Bismarck länger über dessen Eintritt als Chefredakteur in die „Kreuzzeitung".

[4]) Vergl. die „Post" 1881, Nr. 273 und 280 (Bismarck als Socialist).

Digitized by Google

Wenn er auch von dem jetzigen Reichstag bei seiner Zusammensetzung keine Förderung seiner Pläne erlange, so werde er trotzdem nicht müde werden und dieselben mit aller Zähigkeit weiter verfolgen [1]; er habe schon schwierigere Zeiten des parlamentarischen Lebens überwunden und besitze ein zu festes Vertrauen in die Richtigkeit seiner socialen Politik, als daß er von derselben lassen werde.

Weiter kam der Reichskanzler auf das Tabakmonopol zu sprechen. Er wisse wohl, wie heftig und allgemein das Widerstreben gegen das Monopol sei. Anderseits halte er aber die Einführung desselben für notwendig und für eine bloße Frage der Zeit. Ob er es erlebe, wisse er nicht. „Möglich, daß eine konservative Regierung darüber zu Falle kommt, ihre fortschrittliche Nachfolgerin [2], aber wird es einführen und staunen über die Kurzsichtigkeit ihrer Vorgängerin, welche sich diese herrliche Einnahmequelle entgehen ließ [3]. Einer seiner Nachbarn warf ein Wort von der Schwierigkeit des Übergangs ein. Bismarck erwiderte darauf, zur Einführung könne man nach und nach vorschreiten [4], während eines Zeitraums von vielleicht 20 Jahren; erst nehme das Reich nur den Rohtabak in Monopol und lasse die Fabrikation frei. Dann würden die Fabrikate allmählich vom Reich angekauft, noch besser von den Einzelstaaten; „so haben sie alle beide etwas" (nämlich das Reich einerseits und die Einzelstaaten anderseits), so würde man nach und nach zum Ziel gelangen, ohne Verletzung der Interessenten und ohne Schadenersatz, übrigens werde die Abneigung gegen das Tabakmonopol sich bald legen und von den beteiligten Kreisen das Verlangen nach Einführung desselben ausgesprochen werden. Diesen Erfolg werde das Tabaksteuergesetz von 1876 herbeiführen. Dasselbe sei darauf zugeschnitten, allerdings nicht auf seine Veranlassung. Das Gesetz so zu machen sei eine „geheimrätliche Idee" gewesen; er selbst sei seiner ganzen Natur nach mehr für den Angriff in der Front, allerdings dauere es zuweilen damit länger, ehe er sein Ziel erreiche.

Auf die Bemerkung eines konservativen (badischen) Abgeordneten, daß die großen Belästigungen der gegenwärtigen Steuer bei den Tabakbauern das Mißtrauen gegen das Tabakmonopol gesteigert haben, betonte der Reichskanzler wiederholt, daß den Tabakbauern erfahrungsgemäß nur Nutzen durch das Monopol erwüchse. Der Ausweg des amerikanischen Systems könne ohne zu große

---

[1] Über den Ausspruch Bismarck's, daß er abgelehnte Vorlagen stets wieder von neuem einbringen werde, vergl. die „Post" 1882, Nr. 149.

[2] Zu dieser Prophezeiung bemerkte entrüstet die „Vossische Zeitung" (Nr. 573 vom 8. Dezember 1881): „Woraus der Kanzler das Recht herleitet, der Fortschrittspartei derartiges zu imputieren, ist uns unerfindlich. Er kennt doch die prinzipiellen Gründe gegen die Staatsindustrien gut genug."

[3] Über die Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Tabaksfabrikanten Ritzhaupt in Wersauerhof vergl. die „Post" 1881, Nr. 74. Der Gesetz-Entwurf, betreffend das Reichstabakmonopol, wurde dem Reichstag am 27. April 1882 vorgelegt.

[4] Der Direktor der wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern, Geheimrat Bosse, hatte in seiner um dieselbe Zeit in Mühlheim an der Ruhr gehaltenen Kandidatenrede erklärt, die Regierung werde sich auf eine bestimmte theoretische Form des Tabakmonopols nicht steifen.

Digitized by Google

Preiserhöhung keine annähernd so hohen Erträge abwerfen, wie das Monopol, da bei letzterem der ganze bisher enorme Gewinn des Zwischenhandels in die Staatskasse fiele. Außerdem würde bei uns die Einführung der amerikanischen Fabrikatsteuer ein System des lästigen Kontroll-Apparats notwendig machen, um Defraudation zu verhindern. Sei das Monopol jetzt nicht zu erreichen, so bleibe nichts übrig, als dessen späterhin doch nicht ausbleibende Einführung vorzubereiten.

Zu den einzelnen noch zu erledigenden Vorlagen sich wendend, hob Fürst Bismarck hervor, wie unentbehrlich die Berufsstatistik sei als Grundlage für alle weiteren gesetzgeberischen Maßregeln auf dem Gebiete der Sozialreform. Das Unfallversicherungsgesetz sei ohne eine solche Statistik gar nicht fertig zu stellen. Man könne namentlich nicht die Gefahrenklassen konstruieren, die, wie er hoffe, die korporativen Genossenschaften jede in sich bilden sollten. Statistische Erhebungen werden zur Erkenntnis führen, daß da, wo große industrielle Etablissements und auch große Landesverwaltungen sind, teilweise schon Einrichtungen bestehen, welche die Armen- ꝛc. Budgets der Kommunen wesentlich entlasten. Der Kanzler beklagte dann das ablehnende Votum des Reichstags in der Volkswirtschaftsfrage[1]), für das man die Erklärung in allem andern als in sachlichen Motiven zu suchen habe.

Weiterhin äußerte er sich betreffs der in der Sitzung des Reichstags vom 6. Dezember 1881 an die Budgetkommission zurückgewiesenen Militärknaben- und Unteroffizier-Schule in Neubreisach, er habe sich gewundert, daß man im Reichstag bei Beanstandung dieses Budgetpostens nicht an die nationale Bedeutung dieser Anstalt gedacht habe. Er halte dieselbe für äußerst nützlich, ja nötig zur Erziehung des militärischen Geistes und zur Wiederannäherung des Reichslandes an Deutschland. Bismarck meinte, es werde gelingen, die Kommissionsmitglieder von der Notwendigkeit eines derartigen Instituts im Sinne der rascheren Germanisierung der wiedergewonnem Landesteile zu überzeugen. Auch mit Herrn Stöcker plauderte der Reichskanzler. Es handelte sich aber dabei weder um christlich-soziale Probleme[2]) noch um irgend welche andre persönliche

[1]) Die Position für den Volkswirtschaftsrat war vom Reichstag trotz einer befürwortenden Rede Bismarck's mit 169 gegen 83 Stimmen abgelehnt worden.

[2]) Im November 1891 hatte sich Bismarck bezüglich der Judenfrage in Varzin einem Verwandten und Gutsnachbarn gegenüber geäußert: „Diese Frage ist schon oft an mich herangetreten, ich hüte mich aber wohl, etwas zu äußern, weil es ja doch wieder entstellt würde. Ich habe ähnliche Erfahrungen in der Socialistenfrage bitter durchgemacht, in der ich mir die Finger verbrannte; denn als ich manches von ihnen für gut fand, da hackte man Jahre lang auf mich, und als ich das Socialistengesetz durchbrachte, da hackten dieselben Leute wieder auf mich bis zum heutigen Tage. Ich überlasse die ganze Frage den Gesetzen, dafür sind diese da." Die „Ostsee-Ztg." bemerkte hinzu: Wie weit die Mitteilung richtig ist, müssen wir dahin gestellt sein lassen; steht sie auch mit andern mehr oder minder gut beglaubigten Mitteilungen in Widerspruch, so ist doch darin um so weniger ein Grund gegen ihre Glaubwürdigkeit zu finden, als es doch nicht überraschen könnte, wenn der Reichskanzler sich über die „semitische Frage" u. dgl. im Wechsel der Stimmung in kurzen Zwischenräumen verschieden äußern sollte." —

Digitized by Google

Lieblingswünsche des Hofpredigers. Vielmehr lenkte sich das Gespräch auf das in letzter Zeit so überaus erfreuliche Wohlbefinden des Kaisers, der, wie der Kanzler versicherte, eine geradezu unbezähmbare Jagdlust noch jetzt bekunde. Trotz der Einwendungen der Ärzte sei der Kaiser von der Teilnahme an der Göhrder Jagd nicht abzubringen gewesen.

Der Minister Dr. Lucius, welcher erst nach 11 Uhr kam, weil er den Kaiser zu der Hofjagd begleitet hatte, brachte der Gesellschaft die freudige Nachricht, daß Se. Majestät in bester Laune und Gesundheit den Tag verlebt habe und wohlbehalten nach Berlin zurückgekehrt sei.

Was ihn anlange, so fügte der Fürst hinzu, so habe er „keinen Schneid" mehr für große Jagden [1]); außerdem vertrage er auch die mit dem Waidwerk verknüpften Anstrengungen nicht mehr.

Nachdem es inzwischen Mitternacht geworden war, gab die Verabschiedung einiger dem Hause des Fürsten näherstehenden Herren das Zeichen zum allgemeinen Aufbruch.

Ich lasse hier noch eine für viele Kreise neue und höchst interessante Schilderung folgen, welche der bereits erwähnte Abgeordnete Lohren über seine Beteiligung an den Tischgesprächen Bismarck's in einem Briefe vom 9. Dezember 1881 an eine ihm nahestehende Person entworfen hat.

Über den Verlauf der parlamentarischen Soiree vom 6. Dezember 1881 heißt es darin:

— — — Daß Bismarck mit mir conversiert hätte, könnte ich nicht behaupten; ich saß ihm schräg gegenüber und konnte nur ein paarmal, wo eine Pause eintrat, eine kurze Frage an ihn richten. Die Zeitungen geben das Bild seiner an unserem Tische geführten Unterhaltung im großen und ganzen richtig wieder bis auf einzelne Auslassungen, die besonders interessant waren, und die ich Dir etwas ausführlicher mittheilen will.

Bei seinen Ausführungen über das Unfallversicherungsgesetz erfuhr ich zu meiner Freude, daß der Fürst hohen Werth auf die Bildung von Berufsgenossenschaften legt. Ich habe im „Centralverband" so oft Gelegenheit gehabt, die Wirksamkeit und Nützlichkeit solcher Genossenschaften kennen zu lernen, daß ich alles aufbieten werde, die Idee des Fürsten verwirklichen zu helfen. Rührend war es, wie Bismarck sich über die Hindernisse beklagte, welche der

---

Über einen Vortrag des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg: „Bismarck und die Judenfrage" s. die „Post" Nr. 320 vom 22. November 1881. — Auf die Geburtstags-Gratulation eines Berliner Antisemitenvereins erging z. H. des Herrn Liebermann von Sonnenberg am 9. April 1884 folgende Antwort: Für die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage sage ich meinen verbindlichsten Dank. v. Bismarck.

[1]) Der Ausdruck fiel auf, da man sich des Ausspruchs Bismarck's vor etwa vier Jahren erinnerte, als er im Begriff, zu neuen Wirtschaftspolitik überzugehen, die Äußerung that, er möchte wohl noch einmal auf eine „große Sauhatz gehen," wenn er nur tüchtige Gehilfen dabei fände, Jagd auf kleines, gewöhnliches Wild mache ihm aber keinen Spaß mehr.

Digitized by Google

Reichstag seinen Bestrebungen in der Finanzreform und der Sozialreform bereite und dabei plötzlich bemerkte, wie dankbar fremde Länder, z. B. Spanien und Italien, es anerkennen würden, wenn er seine Kräfte dort nur einige Jahre den finanziellen und wirtschaftlichen Reformen widmen könnte. Auch Gambetta studiere seine sozialen Gesetzesvorlagen eifrig und sei es nicht ausgeschlossen, daß Frankreich uns in dieser Frage noch zuvorkomme. Das Sprüchwort: der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande, scheine sich auch hier wieder zu bewahrheiten. Der Deutsche schätze das Deutsche zu wenig. In Italien heiße es höchstens: — — — Hier folgte ein italienisches Citat, das ich leider nicht verstanden habe. Es ist staunenswerth, wie leicht das Gedächtniß dieses Mannes einmal gehörte Citate bei passender Gelegenheit wiedergiebt.

Es mochte etwa $^1/_2$ 11 Uhr sein, als der Fürst ein paarmal etwas unruhig nach der Eingangsthür blickte. Er erzählte, wie lebhaft unser Kaiser gewünscht habe, heute die Jagd an der Göhrde mitzumachen, obschon er erst in den letzten Tagen eine Spazierfahrt unternehmen durfte und kaum genesen sei. Strahlend vor Freude, setzte er sich wieder zu uns, als Minister Dr. Lucius, der den Kaiser zur Jagd begleitet hatte, die Nachricht brachte, Seine Majestät habe den Tag in bestem Wohlsein zugebracht und sei glücklich zurückgekehrt. Auf meine Frage, ob denn der Kaiser wirklich so bedenklich krank gewesen sei, wie die Tagesblätter es dargestellt hätten, bemerkte der Kanzler, es sei diesmal allerdings schlimmer gewesen, wie in früheren Fällen. Der hohe Herr leide zuweilen an Unterleibsbeschwerden; die seien diesmal besonders schmerzhaft aufgetreten und hätten die Nachtruhe so stark beeinträchtigt, daß die Aerzte zu Schlafmitteln ihre Zuflucht nehmen mußten. Deshalb hätten diese auch große Bedenken gegen den Jagdausflug gehabt. Der Monarch habe sich aber schon gestern so frisch und wohl gefühlt, daß er ihn um seine Zustimmung ersucht habe. Diese habe er auch gegeben, und damit eine große Verantwortlichkeit übernommen. Es sei nicht das erste Mal, daß der Kaiser seine Unterstützung nachsuche, um sich über Bedenken der Aerzte hinwegzusetzen. Jedesmal habe er (der Kanzler) dabei die Erfahrung gemacht, daß diese, aus seinem gesunden starken Geist hervorbrechenden Wünsche einen guten und heilsamen Erfolg auf die körperliche Konstitution ausüben. So scheine es auch heute der Fall zu sein. Die gute Natur des hohen Herrn habe wieder den Sieg davon getragen. Er habe die Beobachtung gemacht, daß der Kaiser nach dem Nobiling'schen Attentat geistig und körperlich frischer geworden sei. Vorher sei eine Ermattung der Kräfte bemerkbar gewesen. Der starke Blutverlust nach dem Attentat scheine die günstige Wirkung gehabt zu haben, welche die Aerzte mitunter nach einem Aderlaß beobachten. Das Interesse des Monarchen an den öffentlichen wie privaten Angelegenheiten sei in erfreulichem Maß frisch und lebendig. — Auf seine eigene Gesundheit hindeutend, meinte Bismarck, er könne die Jagdanstrengungen nicht mehr vertragen, — es fehle die Gewohnheit und die Passion sei im Erlöschen.

Digitized

Hiermit habe ich Einiges, so gut ich es vermag, „sinngetreu“ wiedergegeben. Ich wünschte, ich könnte sagen „wortgetreu“, damit Du auch Anteil haben könntest an dem Zauber, den Bismarck's Art zu erzählen und das Mark seiner Worte auf alle Zuhörer ausübte. Man sitzt da, wie in einem Shakespeare'schen Schauspiel; niemand denkt daran, mitreden zu wollen — man hört und sieht nur den großen Heros des Jahrhunderts, wie er leibhaftig vor unseren Augen über die Weltbühne schreitet. Jeder Ausspruch ist von höchstem Interesse. Das Kleinste wird groß, das scheinbar Nebensächliche bedeutungsvoll in dem Bilde, das er entrollt. Es war ein schöner Abend; er erfüllte einen lang gehegten Wunsch

Deines A. L.

Über die Demonstration des Centrums hat mir der damalige Reichstagsabgeordnete Dr. August Reichensperger noch folgende Mitteilung gemacht:

„Nach dem Erscheinen des kritischen Artikels in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ fand am 6. Dezember 1881, durch Windthorst oder durch eine andre kompetente Persönlichkeit berufen, im Reichstagsgebäude alsbald Vormittags eine Sitzung des Fraktionsvorstandes im Beisein von Windthorst statt, um zu beraten, ob im Hinblick auf jenen Artikel der Einladung in das Reichskanzler-Palais zu entsprechen sei. Da die Ansicht obwaltete, namentlich bei Windthorst, Fürst Bismarck habe den Artikel nispiriert — eine Mutmaßung, die sich bekanntlich später als eine irrige herausgestellt hat — so wurde beschlossen, der Soiree fern zu bleiben. „Darüber soll der Fürst in schärffter Weise sich ausgesprochen haben, weil die Einladung auch namens seiner Gemahlin ergangen gewesen sei, wollte er auch, für seine Person, über die Haltung der Centrumsmitglieder hinwegsehen.“

Die Demonstration war in den Zeitungen der nächsten Tage das Tagesgespräch[1]). U. a. äußerte sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: „Diese parlamentarischen Abendgesellschaften haben nie einen andern Zweck gehabt, als den, den Mitgliedern des Reichstags und des Bundesrats Gelegenheit zu geben, sich gesellschaftlich kennen zu lernen und außerhalb der parlamentarischen Debatten einen Meinungsaustausch auf neutralem Boden und in den freundlicheren Formen pflegen zu können, von welchen die geselligen Beziehungen, unabhängig von politischen Meinungsverschiedenheiten, beherrscht zu sein pflegen. Wir glauben nicht, daß der Reichskanzler bei zunehmendem Alter und erhöhter Krankheit zu seinem persönlichen Vergnügen dieses Herkommen auch jetzt noch zu pflegen sucht. Unmöglich aber muß es ihm werden, wenn die Politik in der Weise, wie es hier nach dem Leitartikel der „Germania“ in Nr. 286 von der Centrumsfraktion geschehen ist, in den Salon übertragen wird. Es ist dies von keiner andern Fraktion geschehen, obschon die Kämpfe des Reichskanzlers mit den liberalen Fraktionen einen erheblichen Grad von Schärfe angenommen haben. Noch am Dienstag befanden sich hervorragende Mitglieder aller liberalen Fraktionen, die

[1]) Zu vergl. die „Magdeburger Zeitung“ v. 8., 9. und 10. Dez. 1881, Nr. 574, 575 577 u. 578.

Digitized by Google

Fortschrittspartei nicht ausgeschlossen, im Hause des Reichskanzlers. Wenn nun zwischen diesem und dem Centrum Diskussionen von ähnlicher Schärfe seit Jahr und Tag nicht stattgefunden haben, sondern nur deshalb, weil ein regierungsfreundliches Blatt es an Ehrerbietung vor Herrn Windthorst hat fehlen lassen, das Haus des Reichskanzlers nach studentischem Brauch in Verruf erklärt wird, so haben sich die beteiligten Herren wohl die Konsequenzen, welche ein solches Verfahren auf gesellschaftlichem Gebiete haben muß, nicht in ihrem ganzen Umfange klar gemacht.

Wir wollen gar nicht davon reden, daß etwa der Bundesrat und die preußischen Staatsbehörden mit demselben Recht wie das Centrum für seinen Führer eine Korpssache aus einem Zeitungsartikel macht, auch ihrerseits aus dem offenen Bruch mit den Regeln der Höflichkeit eine Korpssache für den Beamten an ihrer Spitze machen wollten. Es müßten daraus gesellschaftliche Zustände hervorgehen, wie sie unseres Wissens in keinem andern parlamentarischen Lande vorkommen und die wir als einen Krieg der Unhöflichkeit im Privatleben bezeichnen können.

Wenn die üblichen Abendgesellschaften fortgesetzt werden sollten, welche Garantie könnte dafür gegeben werden, daß nicht infolge unerwarteter Vorkommnisse wiederum in letzter Stunde die Weisung an die Mitglieder einer Fraktion gelangt, das kanzlerische Haus zu meiden und den Inhaber desselben durch diese Verletzung seiner sozialen Stellung für einen Artikel einer regierungsfreundlichen Zeitung zu bestrafen und dieses Strafverfahren so lange fortzusetzen bis das mißliebige Blatt Satisfaktion giebt? Selbst bei den amtlichsten Einladungen kann sich der Reichskanzler der Absage oder dem noch unfreundlicheren stillschweigenden Ausbleiben aus derartigen Motiven, aus dem Grunde, weil sein Haus mit einem Fraktions-Interdikt belegt ist, doch nicht aussetzen." —

Eine noch deutlichere Lektion blieb nicht aus. Mit den parlamentarischen Soireen hatte es sein Ende. Es hat überhaupt nur mehr eine stattgefunden, und diese hieß „eine vertrauliche Besprechung."

19. Januar 1892. Der frühere Reichstagsabgeordnete (zur Zeit ohne Mandat) von Helldorff bei Bismarck; der letztere leidend und verstimmt.

30. Januar 1882. Parlamentarisches Diner. Fürst Bismarck äußerte zu seinen Gästen (unter denen sich bekanntlich auch der schon vor Beginn des Diners in längerer Audienz vom Kanzler empfangene Vize-Präsident des Reichstags Freiherr von Franckenstein, der preußische Gesandte beim Vatikan von Schlözer und der bayerische Gesandte von Lerchenfeld befanden) daß eine Frühjahrssession des Reichstags gar nicht notwendig erscheine. Bekanntlich hatte gerade der Fürst selber in seiner großen Reichstagsrede die Frühjahrssession und ihre Aufgabe indirekt ziemlich bestimmt angekündigt.

Digitized by Google

17. V. Legislatur-Periode, II. Session 1882/83[1]).

Der zuletzt versammelte Reichstag war mit den in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 versprochenen großen Reformgesetzen nicht befaßt worden. Zu ihrer Erledigung war vielmehr eine Frühjahrssession einberufen worden, welcher in einem Zeitraum von vierzehn Tagen, abgesehen von manchem andern wichtigen Beratungsmaterial[2]), drei Riesenvorlagen unterbreitet wurden: die Entwürfe der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und des Tabakmonopols. Der neue Unfallgesetzentwurf hielt an der Gewährung einer Beihilfe aus Reichsfonds fest, er ließ jedoch die Centralisierung der gesamten Unfallversicherung in einer Reichsanstalt fallen und befürwortete eine genossenschaftliche Regelung unter Einteilung sämtlicher Betriebe in Gefahrenklassen und eine Ersetzung der ehedem in Aussicht genommenen Versicherung gegen feste Prämien durch eine Versicherung auf Gegenseitigkeit und auf der Grundlage des Umlageverfahrens[3]).

13. Juni 1882. 1. parlamentarisches Diner. Geladen waren nur die Führer des Centrums, der Konservativen, der Nationalliberalen und der Reichspartei, die Abgeordneten Freiherr zu Franckenstein, Freiherr von Minnigerode, von Bennigsen und von Kardorff, behufs einer Besprechung der Geschäftslage des Reichstags und des eventuellen Schlusses oder einer Vertagung der Session. Es war also eine Art parlamentarischer Seniorenconvent mit Ausschluß der Secessionisten und der Fortschrittspartei. Was die Fortschrittspartei betrifft, so könnte man allerdings einwenden, daß die Mitglieder derselben auf den Soireen des Kanzlers nur ausnahmsweise erschienen, da sie überhaupt, so weit bekannt, ihre Karte im Palais des Fürsten Bismarck nicht abzugeben pflegten und somit selbst auf gesellige Berührung Verzicht leisteten. Auf die secessionistischen Führer konnte aber dieser Einwand keine Anwendung finden. Auch daß vom Centrum Freiherr von Franckenstein statt des Herrn Windthorst oder Freiherrn von Schorlemer-Alst geladen war, wurde vielfach kommentiert.

Herr von Franckenstein hob als Vorsitzender der Kommission für die sozialpolitischen Entwürfe hervor, daß noch drei Wochen für die Kommission nötig sein würden, um das Krankenkassengesetz[4]) für das Plenum zur zweiten Lesung fertig zu stellen. Der Kanzler sprach sich, als die übrigen Anwesenden dies bestätigten, für eine längere Vertagung aus, da es unmöglich sein dürfte, die Abgeordneten bis tief in den Juli hinein in Berlin festzuhalten. Mit dieser

[1]) Dieselbe währte vom 27. April 1882 bis zur ersten Vertagung des Reichstags am 16. Juni 1882 und von der Wiedereröffnung am 30. November 1882 bis zum 12. Juni 1883.

[2]) Eine Zolltarif- und Gewerbeordnungs-Novelle.

[3]) Vergl. den Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 12. Mai 1882, Nr. 219 (ein neues Unfallversicherungsgesetz), und vom 26. Mai 1882, Nr. 241 (die sozialpolitischen Vorlagen).

[4]) Nach Ablehnung des ersten Unfallgesetzentwurfs war dem Reichstag unterm 29. April 1882 der Gesetzentwurf, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, und am 8. Mai 1882 der Entwurf, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter, zugegangen.

Digitized by Google

Vertagung erklärten sich die vier Fraktionsführer ihrerseits ebenfalls einverstanden.

Die in Aussicht genommene Lösung schien eine glückliche zu sein. Bei Wiederaufnahme der Session im Herbst konnte das Haus an den damaligen Stand der Geschäfte anknüpfen, und da sämtliche Kommissionen in ihrer vorigen Besetzung verblieben, die Mitglieder ihre persönlichen Vorarbeiten und Studien fortsetzen. Es wurde also folgender Modus verarbeitet: Der Reichskänzler sollte an den Präsidenten des Reichstags ein Schreiben richten [1]), in welchem er um Auskunft über den Stand der Geschäfte in den verschiedenen Kommissionen ersuchte und zugleich die Angelegenheit der Vertagung des Reichstags zur Sprache brachte. Nach Genehmigung des Reichstags sollte demselben unverzüglich die Gesetzvorlage, welche bei einer längeren Vertagung als dreißig Tage verfassungsmäßig vorgeschrieben ist, zugehen [2]). In dem Gesetze soll kein bestimmter Termin für die Wiedereinberufung des Reichstags vorgezeichnet sein, sondern dieser Termin der Entscheidung des Kaisers vorbehalten bleiben. Der Reichskanzler äußerte sich noch dahin, er beabsichtige Ende November oder Anfang Dezember den Reichstag wieder einzuberufen.

Da der Reichstag auf diesen Vorschlag einging, so erfolgte schon zwei Monate nach der Einberufung des Reichstags eine Vertagung desselben zum Herbst, und die einzige positive That, die derselbe zurückließ, war die Ablehnung des Tabakmonopols mit 276 gegen 43 Stimmen.

Das Reichs-Gesetzblatt war seit seinem Bestehen noch nie so schwach als im Jahre 1882. Es umfaßte nur 141 Seiten — ein drastischer Beweis für die völlige Unfruchtbarkeit des Reichstags.

9. Januar 1883. **Parlamentarische Notstands-Konferenz.** Der Aufforderung des Reichskanzlers an die Unterzeichner des Aufrufes zur **Linderung der Not der durch Wasser geschädigten Rhein- und Mainuferbewohner** zu einer vertraulichen Abendbesprechung über die Verwendung der vom Kaiser aus dem Dispositionsfonds bewilligten 600 000 Mk. waren fast sämtliche Abgeordnete der inundierten Bezirke [3]) gefolgt, nachdem eine Vorbesprechung über die Modalität der Distribution im Reichstage stattgefunden hatte. Man war allmein der Ansicht, daß bei dem gänzlichen Mangel an zuverlässigen statistischen

---

[1]) Dieses Schreiben lief am 14. Juni bei dem Präsidenten des Reichstags ein und enthielt die Anfrage, ob die Vertagung des Reichstags gewünscht werde, in welchem Falle Bismarck dieselbe beim Kaiser beantragen wolle.

[2]) Eine Gesetzesvorlage wurde nicht beliebt. Vielmehr ging dem Reichstag lediglich ein Schreiben Bismarck's zu, wonach mit Ermächtigung des Kaisers eine Vertagung bis zum 30. November 1882 vorgeschlagen wurde. Vergl. die stenographischen Berichte über die 19. und 20. Sitzung des Reichstags, S. 508 und 513 ff.

[3]) Es hatten sich folgende Abgeordnete eingefunden: Hammacher, Philipps, Bender, Schneider, Freiherr von Löw, Moser, Dalwigk, Menken (Cöln), Buhl, Petersen, Büchner, Köhl, Burchard, Dieden, Sander, Grad, Blum, Dietze, von Massow, Freiherr von Minnigerode, Präsident von Levetzow, Vize-Präsident Freiherr von Franckenstein, der Staatssekretär Burchard sowie die Geheimen Räte Aschenborn, Rottenburg und Lindau.

Digitized by Google

Unterlagen über die Schädigungen und insbesondere über die augenblickliche Notlage eine absolut gerechte Verteilung ausgeschlossen sei. Im Hinblick auf die für Preußen bereits bewilligten Gelder und die Vorlage für den Landtag wurde der auf Preußen entfallende Betrag knapper bemessen, als es durch den Umfang des Notstandes im Rheinlande wohl bedingt war. Der Reichskanzler wünschte das Elsaß besonders berücksichtigt und hob wiederholt hervor, daß es sich lediglich um sofortige Linderung der Not handle; der Kaiser wolle den frierenden und hungernden Menschen beispringen[1]), daher wünsche er, daß die Behörden möglichst übergangen und die büreaukratische Maschinerie nicht in Bewegung gesetzt werde. „Wenn sie das Geld an den Oberpräsidenten schicken," äußerte Bismarck, „dann wandert es erst an die Regierungs-Hauptkasse, und sehe einer zu, wie er es wieder herausbekommt." Dagegen war er mit der Überweisung des für das Elsaß bestimmten Betrages an den Statthalter einverstanden. „Der ist ein Soldat und als solcher prompt." Wie der Kanzler mitteilte, hatte er ursprünglich, wie für Preußen, 500 000 Mk. vorgeschlagen, doch habe der Kaiser selbst aus der fünf eine sechs gemacht.

Im weiteren Verlaufe der Konferenz wurde von Bismarck vorgeschlagen, die ganze Summe nicht auf einmal auszuschütten, weil für den Anfang die Privatwohlthätigkeit das Ihrige thun werde, um den dringendsten Erfordernissen abzuhelfen, und in späterer Zeit die Not in ihrer ganzen Größe sich erst übersehen lasse. Die getroffene Vereinbarung ging infolgedessen dahin, vorläufig 160 000 Mk. von der Kaisergabe zurückzubehalten, und den Rest von 440 000 Mk. folgendermaßen zu verteilen: Hessen 100 000 Mk., Pfalz 100 000 Mk., Preußen 100 000 Mk. (und zwar Rheinpreußen 80 000 Mk. und Nassau 20 000 Mk.), Baden 40000 Mk., Bayern 40 000 Mk., Elsaß 40 000 Mk. und Württemberg 20 000 Mk. Man stimmte darin überein, daß Hessen und die Pfalz am meisten geschädigt worden seien, daß aber auch die Gegend am Niederrhein erheblichen Schaden erlitten habe. An der Diskussion beteiligten sich: Freiherr von Löw (Hessen), Buhl (Pfalz), Petersen und Hammacher, Sander (Baden) und Freiherr von Franckenstein. Schließlich bestimmte der Reichskanzler, daß die Summe für Hessen an das Landes-Komitee in Darmstadt, für die Pfalz an das Central-Komitee in Speyer, für die Rheinprovinz an das Komitee in Coblenz, für Nassau an das Komitee in Wiesbaden, für Baden an das Landes-Komitee in Karlsruhe, für Bayern die Hälfte an das Komitee zu Würzburg abgeführt und die andre Hälfte zur Verfügung des Präsidenten Freiherrn von Franckenstein gestellt, sowie die Summe für Elsaß dem Statthalter übergeben werden solle.

Nach erfolgter Billigung des Verteilungsplanes wurde noch die Frage diskutiert, durch welche Maßnahmen den furchtbaren Überschwemmungen vorzubeugen

[1]) Es war der ausdrückliche Wille des Kaisers, so rasch als möglich zu helfen; der Kaiser hatte geäußert, es sei ihm ein unerträglicher Gedanke, daß während er im warmen Zimmer sitze, diese so schwer Heimgesuchten frieren und hungern müßten; wenn er auch nicht im stande sei, das Unglück an sich zu heben, so wolle er wenigstens sein Möglichstes thun, die Armen vor Frost und Hunger zu schützen.

Digitized by Google

sei, welche periodenweise den Wohlstand ausgedehnter Flächen zu zerstören drohen[1]).

Die Unterhaltung, welche sich nach Erledigung des Geschäftlichen entspann, drehte sich meist um persönliche Verhältnisse des Kanzlers; die Politik wurde nur gestreift. Sein verändertes Aussehen erklärte Fürst Bismarck mit dem Versuche, durch den Vollbart die Gesichtsschmerzen zu lindern. „Ich leide in den Morgenstunden ganz außerordentlich," äußerte er, „würde der Reichstag nachmittags seine Sitzungen halten, so hätte ich mir schon im Dezember die Ehre gegeben, dort zu erscheinen. Erst wenn ich eine vollständige Mahlzeit zu mir genommen habe, hören die Schmerzen auf, welche mitunter so heftig sind, daß ich mitten im Satze abbrechen muß. Heute im Reichstage war es mir[2]), als ob die Schmerzen wiederkommen wollten, so daß ich schon fürchtete, mein Pensum nicht hersagen zu können." Er erzählte weiter, daß er fast täglich Rezepte und Medikamente aus England zugesandt erhalte, einige davon auch mit Erfolg, der aber immer nur vorübergehend gewesen, angewandt habe. „Es ist mit diesen Palliativmitteln gegen die Schmerzen wie mit den Vogelscheuchen, ein paar Tage hilft es, dann kommen sie wieder." Der Schmuck des Bartes fand durchaus nicht den Beifall des Kanzlers. „In Varzin ziehe ich mir die Pudelmütze über die Ohren; hier in Berlin kann ich nicht auf die Straße, ohne daß die Jungen hinterher laufen. Man wird noch zum reinen Wrangel." Daher sehnte der Kanzler den Tag herbei, wo er wieder menschlich aussehen würde; er gefiele im Barte sich selbst nicht und seiner Frau noch weniger.

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs klagte der Fürst darüber, daß ihm seine früheren Passionen abhanden gekommen. Vor 10 Jahren hätte er noch geglaubt, daß er sich schlimmstenfalls wie ein mit Gicht behafteter englischer Admiral auf dem Rollstuhle hinausfahren lassen würde, um auf ein Volk Rebhühner zu schießen. Seit etwa sechs Jahren habe er kein Vergnügen mehr an der Jagd. Der stärkste Hirsch und der schwerste Keiler hätten ihre Anziehungskraft verloren; wenn er in Varzin auf dem Anstand stände, dächte er: „wär' es

---

[1]) Kurze Zeit darauf wurde von dem Abgeordneten Thielenius und den übrigen Abgeordneten überschwemmter Gegenden folgender Antrag im Reichstag eingebracht: Den Reichskanzler zu ersuchen, er wolle eine Kommission von Sachverständigen berufen, welche unter Leitung eines Reichskommissars auf deutschem Gebiet a) die derzeitigen Stromverhältnisse des Rheins und der ihm zuströmenden Nebenflüsse mit Einschluß des Oberlaufs derselben untersucht; b) unter geeigneter Anhörung von Interessenten der Land- und Forstwirtschaft aus den beteiligten Landeskreisen die Frage prüft, ob und wie eventuell die betreffenden Stromverhältnisse auf die letzten ungewöhnlich verderblichen Hochfluten des Rheins von Einfluß gewesen sind; c) je nach dem Ergebnis dieser Untersuchung Maßregeln vorschlägt, welche durch Abänderung resp. Verbesserung jener Stromverhältnisse künftiger Gefahr möglichst vorbeugen; d) in Erwägung zieht, ob nicht von Reichswegen regelmäßige Meldung von Hochwasserständen an die beteiligten Uferbewohner einzurichten seien.

[2]) Bismarck erschien am 9. Januar zum ersten Mal in seinem weißen Vollbart im Reichstag; er ähnelte mit demselben seinem älteren Bruder, dem Landrat von Bismarck (Naugard). Er begab sich bei seinem Eintritt alsbald zum Grafen Moltke, den er ungemein sympathisch begrüßte und mit dem er eine kurze Unterredung hatte.

Digitized by Google

nur erst vorbei!" Ebenso sei es mit dem Reiten; „vielleicht geht es mir mit der Politik bald ebenso."

Eine Zwischenbemerkung des Freiherrn von Minnigerode, daß nur die einjährige Kiefer ihr Recht behalten habe, gab dem Kanzler Anlaß, zunächst seine Passion für das Anpflanzen junger Kiefern zu erörtern, an deren Wachstum er sich erfreue, und demnächst auf seine Forstkultur einzugehen. Die Klippe der Holzzölle, welche aus einer Klage des Präsidenten von Levetzow über die Unrentabilität der Forstkultur für den Landwirt hervorblickte, wurde glücklich umschifft, indem der Kanzler eingehend auseinandersetzte, in welcher Weise er durch seine Holzindustrie ein brillantes Geschäft mache. In Varzin habe er zwei Papiermühlen, welche sein Holz verarbeiten und deren Pächter, die Gebrüder Behrend, reich geworden seien[1]. Das käme daher, daß die Wasserkraft so außerordentlich billig sei und er wundere sich, daß sie von den Landwirten in Pommern und Westpreußen nicht besser ausgenützt werde; das läge aber wohl an dem Mangel an Kapital. Schon vor Jahren habe er die Vorzüge der Holzindustrie erkannt und einem seiner Söhne, der damals 16 Jahre alt gewesen, vorgeschlagen, sich dieser Industrie zu widmen. Dann hätte er ihm garantieren können, daß er in verhältnismäßig kurzer Zeit Millionär werden würde. „Der Junge wollte aber lieber studieren." Ein nicht minder gutes Geschäft mache er mit seinem Holze in Friedrichsruh, das er in großen Massen nach Hamburg und England vertreibe.

Mit der Schilderung dieser seiner gewerblichen Thätigkeit war der Hausherr offenbar bei einem Lieblingsthema angelangt; er vertiefte sich in die Details desselben, bis die Mitternachtsstunde schlug und die beiden Präsidenten des Reichstags, von Levetzow und Franckenstein, welche zu beiden Seiten des Reichskanzlers saßen, das Signal zum Aufbruch gaben. — —

Das Tempo, in welchem der Reichstag an die Erledigung des socialen Reformwerkes ging, war ein sehr bedächtiges. Zwar erledigte er in dieser Session noch das Krankenkassengesetz mit 216 gegen 99 Stimmen; bezüglich der Unfallvorlage stellte sich aber bald die Überzeugung fest, daß eine nochmalige (dritte) Umarbeitung unerläßlich sei, um zum Ziele zu kommen. Die Regierung machte sich mit diesem Gedanken vertraut, und sie verlangte vom Reichstag

[1] Die Gebrüder Behrend (in Cöslin) hatten sich seiner Zeit an den Fürsten gewandt, um mit letzterem zum Bau einer Holzschleiferei in Verbindung zu treten und hatten mit diesem schließlich dahin kontrahiert, daß der Fürst zunächst auf Hammermühle für eigene Rechnung die Gebäude aufführte, die Gebrüder Behrend dagegen für ihre Rechnung die sämtlichen gangbaren Werke. Erstere kosteten derzeit ca. 240000 M., letztere ungefähr 180000 M. Mit der Holzschleiferei und Pappenfabrik hatte und hat der Fürst nichts zu thun, nur sind die Pächter kontraktlich gebunden, das zu verwendende Holz zu einem bestimmten Preise aus den Varziner Waldungen zu entnehmen; dies ist das einzige Interesse, welches Fürst Bismarck daran hatte und noch hat. Nach einigen Jahren wurden unter gleichen Bedingungen Etablissements auf Fuchsmühle und Kampmühle errichtet, die an Wert je dem Obigen nahe kommen. Näheres über die industriellen Unternehmungen Bismarck's auf seinen pommerschen Besitzungen siehe in der „Vossischen Zeitung" vom 13. Oktober 1880, Nr. 285.

Digitized by Google

(Kaiserl. Botschaft vom 19. April 1883) nur, daß durch eine Vorberatung des Reichshaushalts-Etats für 1884/85 für die nächste Wintersession diejenige Freiheit für andre unaufschiebliche Geschäfte gewonnen werde, welche erforderlich schien, um die geplanten Reformen alsdann zur Reife zu bringen.

Ganz kurze Zeit nach der vorerwähnten Notstands-Konferenz erkrankte Fürst Bismarck an einer Venenentzündung. Die Zeitungen brachten folgende Notiz darüber: „Das Befinden des Fürsten Bismarck soll zu ernstlichen Befürchtungen keinen Anlaß geben. Sein Leiden besteht in einer Venenentzündung am Bein und in neuralgischen Gesichtsschmerzen, welch' letztere ihn oft ganz plötzlich und unerwartet überfallen und er hat sich infolgedessen gegen Verkehr mit der Außenwelt fast abgesperrt. Am 1. Februar 1883 hatte ein Abgeordneter das Glück, von dem Kanzler angenommen zu werden, und ihn, da er gerade schmerzensfrei war, bei guter Laune angetroffen. „Ist es nicht ein Unglück," soll er gegen diesen geäußert haben, „daß ich gerade jetzt krank werde? Einer der Minister muß abreisen, um sich zu erholen, ein andrer[1]) befindet sich unterwegs und jetzt muß ich hier liegen. Wenn nur der Scholz[2]) munter bleibt; er hat zwar Kräfte genug zuzusetzen, aber seine Thätigkeit ist gerade so aufreibend wie unsre. Man wird alt und krank, kann aber vorläufig nicht daran denken, einmal sein eigener Herr zu sein und fern von hier in Ruhe seinen Kohl zu bauen und seinen Acker zu bestellen. Welch' Verlangen ich habe, auf ein paar Tage aus dem verwirrenden Einerlei herauszukommen, kann ich gar nicht sagen; ich möchte wohl gern ein volles Jahr keinen Menschen weiter sehen, als meine Frau, meine Kinder und meine Enkel. Für die sollte man doch eigentlich leben, aber komme ich dazu? Bisweilen fehlt bloß noch, man ließe sich durch einen Rat kurz Vortrag halten über das Befinden der Allernächsten und verzichtet darauf, sie zu sehen. Der Kaiser hält sich wacker, so Schlimmes er auch durch den Tod des Prinzen Karl hat über sich ergehen lassen müssen. Uns allen zusammen fehlen die Nerven des hohen Herrn, oder vielmehr, ich möchte sagen, der Kaiser hat, so lange er arbeiten muß — und er quält sich von früh bis spät — überhaupt keine Nerven. Ein wahres Glück, daß er sich hält, daß Moltke immer frisch ist und daß Kameke viel aushalten kann; mit uns Civilisten ist nicht viel los, uns fehlt alle Augenblicke bald dies, bald jenes, so daß wir, wenn unsre Jahre gekommen, in Arbeitspausen keinen lieberen Gedanken haben, als den, wie wir uns bei erster bester Gelegenheit aus dem Staube machen können. Die Sehnsucht nach Ruhe tritt bei mir wie eine förmliche Krankheit auf und ich kann diese Krankheit bei meinen übrigen Leiden gar nicht los werden. Ja, wenn ich's bis zu einem vortragenden Rat und nicht weiter gebracht hätte, ich wäre längst über alle Berge; so aber bin ich an die Wilhelmstraße gebannt, die mir mein Lebtag zuwider gewesen ist. In den Reichstag werde ich schwerlich hineinkommen; es geht auch ohne mich; die Reichsmaschine arbeitet vorzüglich und ich freue mich, daß wir konfliktfreie Luft atmen. Wenn das noch wäre, daß man sich ärgern müßte, das

[1]) Der Staatssekretär des Reichsschatzamts.

[2]) Finanzminister.

Digitized by Google

hielte ich jetzt gar nicht mehr aus, ich würde mich geradezu aufreiben. Mein Venenleiden ist älteren Datums und, wie die Ärzte sagen, gefahrlos; aber Schmerzen habe ich bisweilen, um an den Wänden hinauf zu laufen. Es tobt eine Zeit lang, und dann scheint's, als würde es gar nicht wiederkommen, ich bin dann wie neu geboren und vergesse rasch alles Ungemach. Sagen Sie nur im Reichstage, man möchte alles vermeiden, was unnütz böses Blut zu schaffen geeignet ist. Der Kaiser, der von allem Notiz nimmt, muß geschont werden, und ist er auch gesünder als wir alle, so ist er doch erheblich älter als wir, und in der That, er verdient's recht, nur noch Gutes und Angenehmes zu erleben. Sieht man auf ihn, so muß man schweigen — alles in allem, wir dürfen uns ihn in jedem Betracht zum Muster nehmen.

18. V. Legislatur-Periode, IV. Session 1884 [1]).

Nachdem der im Frühjahr 1882 dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes trotz einer einjährigen Reichstagssession zum legislatorischen Abschluß nicht gelangt war, war derselbe unter Berücksichtigung der aus dem bisherigen Entwickelungsgange geschöpften Erfahrungen einer zweiten Überarbeitung unterzogen worden. Dieselbe hatte zu dem Plane einer berufsgenossenschaftlichen Organisation der gewerblichen Unternehmer auf der Grundlage ausgedehnter Selbstverwaltung, sowie einer erweiterten Beteiligung der Arbeiter behufs Wahrung ihrer Rechte geführt.

Die dem Reichstag unterm 6. März 1884 unterbreitete Vorlage war die pièce de résistance der Frühjahrssession und sie veranlaßte den Kanzler, in wiederholten Reden für die Grundzüge des wesentlich von ihm ausgehenden neuen Organisationsplanes einzutreten.

10. Mai 1884. 1. parlamentarische Soiree.

Der Minister-Präsident Fürst Bismarck bittet Herrn . . . . um die Ehre seines Besuches am 10. Mai 8 Uhr zu einer vertraulichen Besprechung.

Die Soiree hatte für diejenigen, welche aus der Form der Einladung etwas Ungewöhnliches erwartet hatten, eine Enttäuschung gebracht, indem sie ganz in der früheren Weise verlief. Bald nach 8 Uhr begannen sich die Räume zu füllen. Der Reichskanzler selbst mit seinem Sohne, dem Grafen Wilhelm, empfing die Gäste im ersten Salon. — Der Einladungskreis war der von alters her übliche [2]). Von Parlamentariern mochten 270 anwesend sein [3]). Besonders stark

[1]) Dieselbe dauerte vom 6. März 1884 bis 28. Juni 1884. Die III. Session 1883 war eine außerordentliche gewesen; sie währte nur vom 29. August bis 1. September 1883.

[2]) U. a. waren erschienen Minister v. Puttkamer, v. Goßler, v. Scholz, Friedberg, Lucius und Maybach, die Staatssekretäre Burchhard und v. Schelling.

[3]) Die Präsidien des parlamentarischen Körperschaften, des Reichstags, des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, waren vollzählig vertreten. Von den Nationalliberalen sah man

Digitized by Google

vertreten waren die beiden konservativen Fraktionen und das Centrum. Dr. Windthorst, Freiherr von und zu Franckenstein und die beiden Reichensperger fielen besonders auf. Die Freisinnigen[1]) hatten Rickert, Lipke, Zelle, Westerburg, Körner, Worzewski, Dr. Horwitz[2]) und ihren Vize-Präsidenten Hoffmann[3]) entsandt. „Ich halte es für meine Pflicht, den Liberalismus zu bekämpfen, soweit mein letzter Atemzug reicht," hatte Fürst Bismarck kurz vorher im Reichstage gesagt. Man sah, schrecken ließ sich der Liberalismus nicht; so leicht ließ er sich nicht aus dem Felde schlagen. Nur zwei Damen, die Gräfin von Rantzau und die Freifrau von Spitzemberg hatten sich in das Gewoge des stärkeren Geschlechts gewagt und dem Auge der Politiker einen angenehmen Ruhepunkt geboten. Frau von Spitzemberg machte neben der Gräfin von Rantzau an Stelle der noch immer nicht ganz hergestellten Fürstin Bismarck die Honneurs. Daß sie in ihrer alten, schwäbischen Heimat freundliche Erinnerungen hinterlassen hatte, sah man aus dem lebhaften Verkehr, womit die württembergischen Reichsboten aller Farben ihr huldigten.

Was die politische Seite des Abends anlangt, so stellte sich bald heraus, daß die „vertrauliche Besprechung" in erster Reihe der Entscheidung galt, ob das dargereichte Wiener oder Münchener Bier den Vorzug verdiene[4]). Zu Ehren des Vaterlandes gereicht es, daß das Votum in der Hauptfrage zu Gunsten des Münchener Bieres ausfiel, womit, schon aus politischen Gründen, die gute Qualität des Wiener Konkurrenten nicht geleugnet werden soll. Die Hauptgegenstände der Unterhaltung des versammelten Kriegsvolks, um eine Lieblingswendung des Reichskanzlers zu gebrauchen, war die Abstimmung über das Sozialistengesetz[5])

v. Benda, Hobrecht, Gärtner, Weber, Schläger, von den Freikonservativen Dietze und Douglas; aus der langen Reihe der Konservativen mag der greise Marschall Moltke und sonst noch Bockum-Dolffs und der Elsässer Kablé erwähnt sein, mit dem sich der Reichskanzler längere Zeit unterhielt.

[1]) Am 5. März 1884 hatten sich auf speziellen Wunsch des Kronprinzen, welcher sich seiner Zeit auf eine große liberale Partei stützen wollte, die Fortschrittspartei und die sogenannten Secessionisten unter dem Namen „deutsch-freisinnige Partei" verschmolzen. Bismarck prophezeite, daß diese Verschmelzung den Nationalliberalen zu gute kommen werde. („Post" 1884, Nr. 99.)

[2]) Der Reichstagsabgeordnete Dr. Horwitz stand in nahen Beziehungen zu Lothar Bucher und reiste mit dessen Empfehlung 1866 als außerordentlicher Korrespondent der „National-Zeitung" nach Nikolsburg, wo er noch den Grafen Bismarck zu sehen bekam.

[3]) Adolf Hoffmann, seit 1874 freisinniges Mitglied des Reichstags, eine Zeit lang zweiter Vize-Präsident, hat mit Bismarck niemals unterhandelt, überhaupt keiner der Freisinnigen, selbst Hänel nicht, wiewohl derselbe doch eine Zeit lang, da Forckenbeck wegen des Ablebens seiner Frau nach Breslau gereist war und Stauffenberg sich mit seiner erkrankten Tochter in Nizza aufhielt, als Präsident des Reichstags funktionierte.

[4]) Die Einladung auf die frühe Stunde, 8 Uhr, hatte mit Rücksicht auf die Gesundheit und die neue Lebensgewöhnung des Hausherrn gelautet und war pünktlich befolgt worden.

[5]) Am 10. Mai 1884 genehmigte der Reichstag nach schweren Kämpfen mit Hilfe der ehemaligen Secessionisten und eines Teiles des Centrums die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre. Vergl. die „Post" 1884, Nr. 89 (Zustimmungeadresse für das

Digitized by Google

und die heitere Mystifikation mit dem Einladungsschreiben. In ersterer Beziehung überwog das Gefühl der Befriedigung, daß man mit dem Sturm und Drang einer politischen Auflösung und Neuwahl verschont geblieben. Es war übrigens ein öffentliches Geheimnis, daß für den Fall der Ablehnung des Gesetzes die kaiserliche, mit Zustimmung des Bundesrats beschlossene Auflösungsrede schon bereit war, um sogleich verlesen zu werden.

Bezüglich des Einladungsscherzes waren manche der Gäste offenherzig genug, die Gedanken zu verraten, womit sie sich nach Empfang des reichskanzlerischen Vertrauensbeweises getragen, während andre, deren Phantasie vielleicht zu weit geschweift war, das Gold des Schweigens dem Redesilber vorzogen.

Die außergewöhnliche Form der Einladung „Zu einer vertraulichen Besprechung“ [1]) war im Grunde ein harmloser Scherz, dem aber doch ein ernster Hintergrund nicht ganz fehlte. Der Fürst glaubte auf diese Weise einer ähnlichen brüsken Ablehnung der Einladung aus dem Wege zu gehen, wie sie von seiten des Centrums im Dezember 1881 beliebt worden war.

Der Kanzler selbst nahm nach längerem Umherwandeln und Begrüßen der einzelnen Gruppen mit mehreren Abgeordneten an einem Tische Platz und führte hier, in seiner sprudelnden Weise plaudernd, die Unterhaltung fast ganz allein. Er sprach zunächst seine Befriedigung darüber aus, daß er sich hier ungestört und unbelästigt zurückziehen könne. „Ich habe aufgehört, ein Individuum zu sein — äußerte er lachend — wo ich erscheine, staunt man mich als ein Ereignis an. Sobald ich auf die Straße trete, höre ich sofort hinter mir das Klipp-Klapp der Tritte von Hunderten von Menschen, die mich verfolgen. Wie zufrieden bin ich dagegen in Varzin, wo ich meilenweit allein und oft ungekannt spazieren kann. Ich verkehre dort viel mit den Holzbauern, nach deren Verhältnissen ich mich eingehend erkundige.“

Als einer der Herren das Gespräch auf die Landwirtschaft lenkte, verbreitete sich der Reichskanzler über die Bodenverhältnisse in Ost- und Westpreußen und Pommern. Er zog eine Parallele zwischen den Pommern und Niedersachsen. Die ersteren seien genügsam, nüchtern und mäßig; die Niedersachsen dagegen hätten viel Ähnliches mit dem englischen Volke: „Sie stellen größere Anforderungen an das Leben und trachten, sich dasselbe behaglich und so angenehm als möglich zu gestalten.“ Seine Hauptsorge auf seinen Besitzungen sei, den Arbeitern dauernd Arbeit zu geben.

Während dieses Gesprächs schenkte der Reichskanzler aus einer riesigen silbernen Kanne seinen Gästen Bier ein, und forderte sie zum Trinken auf. Auf die Frage eines Gastes nannte er den Namen des Bieres, das vortrefflich mundete. Es stammte aus der Brauerei Holnstein in Bayern. Dann zeigte er, indem er den schwersilbernen Deckel der Kanne aufhob, das Medaillon-Porträt, das in

energische Vorgehen Bismarck's in der Sozialistengesetz-Debatte) und Nr. 128 (Leitartikel über diese Debatte).

[1]) Für das Bonmot wurde Graf Wilhelm Bismarck verantwortlich gemacht.

Digitized by Google

dessen Innenseite eingefügt war. „Es ist das Bild des Feldmarschalls Derfflinger — bemerkte er — der ein Ahne meines Hauses ist.“ Einer der Gäste stellte die scherzhafte Frage: ob dies das Modell des berühmten „Bernauer Kruges“ sei, der im Leben des Derfflinger eine auf dessen Laufbahn entscheidende Rolle gespielt hatte. Derfflinger, der zum Schneider bestimmt war, wurde eines Tages mit einem Kruge nach dem Städtchen Bernau gesandt, um Bier zu holen. Statt nach Hause zurückzukehren, blieb Derfflinger, nachdem er den Krug allein geleert hatte, in Bernau, ließ sich als Soldat anwerben und begann dort seine bekannte militärische Carrière. — Während der Unterhaltung bemerkte der Reichskanzler, daß die Herren nicht rauchten, er rief einen Diener herbei und servierte selbst Cigarren. Er selbst rauchte nicht. „Der Arzt[1]) hat es mir verboten.“

Es war bereits gegen 10 Uhr, ein erheblicher Teil der Gäste hatte sich schon entfernt. Neben den zahlreichen kleineren waren aber zwei größere Gruppen übrig geblieben. Die eine an einem Tische unter den Bäumen des Wintergartens sammelte sich um den Kanzler. Die andre, kaum kleinere, umgab den Platz des „ersten deutschen Parlamentariers“, der, in einem längeren Gespräch mit dem Minister von Goßler begriffen, an dem großen Speisetische Platz genommen und den Tafelgenüssen, besonders dem „edlen Naß“, wie es schien, nicht ganz fremd geblieben war. Herr Windthorst war sehr animiert, ob trotz oder wegen der Annahme des Sozialistengesetzes — wer konnte den gewandten Führer des Centrums durchschauen? Eben lichtete sich die Gruppe um Herrn Windthorst etwas, als der Abgeordnete Professor Wagner hinter seinen Stuhl trat und ihn scherzend fragte, was Windthorst nun nach der Proklamierung des „Rechts auf Arbeit“ durch Bismarck in der Reichstagssitzung vom 9. Mai 1884 sage; jetzt werde er mit dem Stichwort des „gefährlichen Sozialismus“ gegen andre, wie z. B. den Fragenden, doch vorsichtiger werden müssen. Windthorst, dessen bedeutsame parlamentarische Stellung auch mit auf seiner großen persönlichen Liebenswürdigkeit und seiner gewandten Weise angenehmer privater Unterhaltung mit politischen Gegnern beruhte, nahm das Gespräch sofort auf, bezeichnete die Ausführungen des Kanzlers über das „Recht auf Arbeit“ als bedenklich genug und meinte auf die Erwiderung Wagner's, daß ja das preußische Landrecht in der That dieses Recht anerkenne: das gelte eben nur im „alten Preußen“ und sei aus der schlimmen Zeit des alten Fritz, des „großen Revolutionärs“, damit beweise man noch nichts für andre Gebiete und für heute.

In diesem Moment trat der Reichskanzler an den Platz Windthorst's heran. Die Gruppe teilte sich sofort, der Kanzler ließ sich neben Windthorst nieder, auf

[1]) Zum Befinden des Fürsten Bismarck verlautete, daß er sich den Anordnungen seines jetzigen Arztes, des Dr. Schweninger, nicht nur hinsichtlich der Diät, sondern auch in Bezug auf seine ganze Tageseinteilung vollkommen untergeordnet habe. Im Widerspruch mit seinen früheren Gewohnheiten pflegte Fürst Bismarck in neuerer Zeit sich abends ohne Ausnahme frühzeitig (gegen 10 Uhr) zur Ruhe zu begeben und er saß des Morgens schon regelmäßig um 9 Uhr bei der Arbeit. Hierzu trat ein täglicher Spaziergang von zwei Stunden. Die Folge war, daß der Reichskanzler nach seiner eigenen wiederholten Erklärung sich wohler fühlte, als seit langer Zeit.

Digitized by Google

dessen andrer Seite der Kultusminister sitzen blieb. Die Herren, welche soeben mit Windthorst gesprochen, bildeten einen engen Kreis um den Kanzler und den Centrumsführer, und nun entwickelte sich eine jener Episoden, wie sie mitunter in diesen parlamentarischen Gesellschaften beim Fürsten Bismarck vorkamen, selten aber wohl so interessant und durch die das Gespräch führende Persönlichkeit der kleinen Excellenz so „pikant“ waren, wie an diesem Abend.

Schon die äußeren Verhältnisse[1]) in solchen Fällen sind anziehend genug. Der kleine, geriebene, grundgescheite, redegewandte Politiker mit dem gewaltigen kahlen Schädel, den das enorme Gehirn beinahe zu sprengen scheint, auf der einen Seite, der herkulische Kanzler, mit kaum weniger kahlem Kopfe, mit den hervortretenden Augenbrauen und dem funkelnden Auge, auf der andern. Der eine lebhaft gestikulierend, beim Sprechen ungewöhnlich warm werdend, hier und da fast bewegt, dem Kanzler mehrfach die Hand drückend, letzterer mehr hörend als redend, reservierter, mit schwächerem Organe als sein Nachbar, daher nur für die Nächststehenden genauer vernehmlich, aber auch seinerseits angeregt und entgegenkommend; die beiden Männer im wesentlichen allein zusammensprechend, die herumsitzenden und stehenden Zuhörer, wie gebannt und in einem gemeinsamen Gefühl einer gewissen Scheu vor diesen hervorragendsten zwei Politikern Deutschlands, ganz Ohr, nur hier und da einmal einer oder der andre ein Wort einschaltend, eng gedrängt, Konservative, wie die Herren von Hammerstein, Dr. Kropatschek (die Redakteure der „Kreuzzeitung“), Dr. Wagner, Wolff, Cremer u. a. Centrumsmitglieder wie die Reichensperger, Mooren, Junvalle, aber dicht neben dem konservativen „Staatssozialisten“, Professor Wagner, der an Windthorst's Stuhl sich lehnt, auch ein „Freisinniger“, die weiter Zurückstehenden nachdrängend, um von dem Gespräch etwas zu vernehmen. Gegenüber an der andern Seite des breiten Tisches, nicht minder aufmerksam lauschend, ebenfalls eine große Anzahl Personen, Mitglieder aller Parteien, Nationalliberale, von Schenckendorff, Freikonservative, Dr. Delbrück u. a. Die ganze Corona mit Auge und Ohr an den beiden Männern in ihrer Mitte hängend, deren leitende überragende Stellung schon durch ihre Gruppierung und durch ihr ganzes Verhalten während des Zwiegesprächs derselben anerkennend. Ein Bild für den Pinsel eines Menzel äußerte mit Recht einer der Zuhörer beim Weggehen.

Windthorst knüpfte dem Kanzler gegenüber sofort an das eben mit Wagner geführte Gespräch über das Recht auf Arbeit an. Dieses Recht so hinzustellen, sei doch bedenklich, wiederholte er, und er wünsche, daß der Kanzler seine Äußerungen darüber bei Gelegenheit, die ja bei den jetzigen Vorlagen sich bald geben werde, gegen leicht mögliche Mißverständnisse selbst berichtige. Anderseits wolle er, Windthorst, ja freilich nicht leugnen, daß die Kaiserliche Regierung durch ihre Politik der Sozialreform[2]) den richtigen Weg in großartiger Weise betreten. „Ich möchte fast sagen,“ bemerkte Windthorst, „der alte Kaiser hat dadurch,

---

[1]) Ich folge hier dem Referat eines Augenzeugen.

[2]) Vergl. hierüber die „Post“ 1882, Nr. 169, 1883, Nr. 264 und 1884, Nr. 182 und 208 (Äußerung des „Leipziger Tageblattes“).

Digitized by Google

durch die Proklamierung der großen Grundsätze in der Botschaft, nach allen seinen unerhörten Erfolgen diese letzteren selbst noch übertroffen." Fürst Bismarck einschaltend: „Ja, das meint der Kaiser selbst; er sagte mir damals, das, was wir hier zu thun haben, ist noch mehr als das, was 1866 und 70—71 zu geschehen hatte." „Durchlaucht — so fuhr Windthorst fort — wenn Sie mir ein offenes Wort gestatten — und wir sind ja hier zu einer „vertraulichen Besprechung vereint", fügte er schmunzelnd bei (herzliches beistimmendes Gelächter der ganzen Versammlung und des Kanzlers mit): „Sie haben mir viel Böses im Leben erzeigt, aber dafür, gestehe ich, muß ich Ihnen als deutscher Patriot Dank wissen, daß Sie nach all' den großen politischen Thaten unsern kaiserlichen Herrn bewogen haben, auf diese Bahn der Sozialreform einzulenken. Es sind ja ungeheure Aufgaben hier zu lösen, ich sehe mit Furcht auf die entsetzliche Gährung in den Arbeiterklassen in den großen Städten, aber der einzige Weg, der noch zum Frieden führen kann, ist der eingeschlagene. Im einzelnen werden die Meinungen ja auseinandergehen, und Sie müssen uns nicht übel nehmen, wenn wir da nicht überall gleich Ihnen folgen. Aber Ihre Ziele billige auch ich und Ihre ersten Hauptpläne, mit der Krankenversicherung, der Unfallversicherung ebenso, immer Abweichungen in einzelnen Punkten vorbehalten. Und ich denke, in dieser Auffassung werden in Deutschland keine verschiedenen politischen Parteien sein. Wenn Sie aber nun, Durchlaucht, gleich wieder, wie jetzt, so allgemein das „Recht auf Arbeit" proklamieren, so geht mir das allerdings zu weit, und ich glaube, es liegt auch hier Ihrer Auffassung ein Irrtum zu Grunde. — Von Einzelheiten, über die wir noch nicht d'accord sind, nenne ich z. B. beim neuen Unfallgesetz die Frage wegen der Arbeiterausschüsse. Schon jetzt machen wir die Erfahrung, daß bei der Einrichtung der Krankenkassen die Sozialdemokraten sich neue Mittel der Organisation schaffen. Ich fürchte, diese Arbeiterausschüsse werden der Sozialdemokratie dazu eine neue gefährliche Handhabe bieten. Im übrigen glaube ich besondern Wert auf internationale Abmachungen legen zu müssen, nicht nur, wenn auch vor allem, hinsichtlich gemeinsamer Maßregeln gegen die gefährlichen Bestrebungen der extremen Sozialisten, der Anarchisten[1]) u. s. w. sondern auch für die reformpolitischen Maßregeln zur Beruhigung der Arbeiter und zur Verbesserung ihrer Lage, so bei der Fabrikgesetzgebung u. s. w. Es ist nicht begreiflich, daß sich bisher hier so viele Schwierigkeiten gezeigt und besonders die fremden Regierungen so wenig Vertrauen und Bereitwilligkeit bewiesen haben. In den deutschen politischen Dingen liegt aber auch, wenn Sie mir das zu sagen erlauben, Durchlaucht, einiges an Ihnen, daß manche Schwierigkeiten entstehen und die Sachen nicht leichter und glatter fortgehen. Sie sind oft für uns etwas zu stürmisch, kommen immer mit neuem, wir können Ihnen da nicht stets sofort folgen, was Sie uns dann auch nicht gleich verübeln müssen. In den großen Grundzügen aber, das wiederhole ich nochmals, sind wir in der Sozialpolitik mit

[1]) Über die Idee des Fürsten Bismarck auf Berufung eines Kongresses zur Bekämpfung der kommunistischen, sozialistischen 2c. Bewegung vergl. die „Post" 1880, Nr. 42.

Digitized by Google

Ihnen einverstanden. Wir sind beide alte Männer und der Kaiser ja noch viel älter als wir. Aber wir möchten noch einiges von den Reformen miterleben und sich bewähren sehen! Das wünsche ich uns allen und unserm deutschen Vaterlande, und jedenfalls wollen wir selbst das unsre dazu thun. Endlich wenigstens zunächst mal das Unfallgesetz fertig zu bekommen, das sehe ich mit Ihnen als nächste Aufgabe an und hoffe darauf."

Dies, soweit das Gedächtnis ausreicht, der Sinn und in einigen Hauptgedanken der ungefähre Wortlaut der Ausführungen Windthorst's. Das ganze Gespräch dauerte wohl eine halbe Stunde. Windthorst sprach mehr als der Kanzler, der einige Male kürzere Gegenbemerkungen machte. Auch diese zusammenfassend, lassen wir den Fürsten selbst reden.

„Das Recht auf Arbeit halte ich doch fest, Excellenz, wie ich es im Reichstage näher begründete. Das preußische Landrecht hat hier, wie vielfach sonst, gute Bestimmungen. Ich muß auch sagen, daß ich die Konsequenzen dieses Rechts nicht für so bedenklich und so weitgehend halte. Schon jetzt liegt die Sache doch so, daß niemand bei uns dem Hunger einfach überlassen wird — wenn jemand sagt, er kann und will arbeiten, findet trotzdem aber keine Arbeit, so können wir einen solchen nicht einfach sich selbst überlassen und thun es auch nicht. Das müßte ja zur Verzweiflung treiben. Wenn wir nun da auf öffentliche Kosten zweckmäßige Arbeiten ausführen lassen, so ist das wohl zu rechtfertigen. Es wird dem Arbeiter dabei auch nur, statt des öffentlichen Almosens, eine etwas reichlichere und würdigere Hilfe gewährt.

Wenn man mir vorwirft, ich ginge zu stürmisch vor, so möchte ich eben die Aufgabe des leitenden Ministers darin sehen, daß er, wie der Lokomotivheizer, immer für richtige Heizung sorgt, damit die Maschine ordentlich weitergeht. Sonst bleiben wir in allem stecken." Worauf Windthorst einwarf, er vertraue dem Fürsten dabei wohl und wolle selbst mit ihm die Lokomotive besteigen, aber wenn's zu scharf vorwärts ginge, nur mitunter ein bischen bremsen [1]).

„Immer in den Einzelheiten Opposition finden, das beweist aber doch," so fuhr der Kanzler fort, „daß man nicht weiterkommt und verdrossen wird. Z. B. in der Frage der Arbeiterausschüsse, meine ich, wie einmal ein Fortschrittsmann in einem andern Falle sagte, die Einrichtung der Versicherung müsse mit einem Tropfen demokratischen Öls geschmiert werden, um ordentlich zu gehen. Aber hier wie sonst darf der Wurst der Pfeffer nicht ganz fehlen.

Daran halte ich aber auf alle Fälle jetzt fest, daß wir zunächst mit der Unfallvorlage weiter kommen, wenn die Herren dann auch noch länger tagen müssen." Der Kanzler kam hier (oder schon bei einem Gespräch kurz vorher mit einigen der umstehenden Abgeordneten) auf seine eigene frühere parlamentarische Thätigkeit i. J. 1847 u. s. w. zu sprechen, wo sie im Abgeordnetenhause Kom-

[1]) Die „Germania", die es wissen könnte, bemerkte: „Die Wendung über die Heizung und das Bremsen der Lokomotive z. B. bezog sich unmittelbar auf die Erörterung über die sozialpolitischen Gesetze, insbesondere das Unfallversicherungsgesetz, so daß das Bild eine engere Bedeutung erhält."

Digitized by Google

missions- und Plenarsitzungen fast den ganzen Tag gehabt hatten, bis spät nachts, wo er dann zur Erholung noch um Mitternacht Unter den Linden herumgegangen sei. Einmal sei der Landtag am 10. August berufen worden und habe durchgetagt bis zum Februar.

Der Eindruck dieses Zwiegesprächs zwischen Bismarck und Windthorst war der, daß Windthorst sehr entgegenkommend sich äußerte und der Kanzler das, zwar etwas reservierter, gut aufnahm. Die in einem konservativen Blatte vertretene Ansicht, jeder Unbefangene habe sich doch überzeugen müssen, daß Windthorst bei dieser scheinbar unbedingten Bereitwilligkeit, die Sozialpolitik Bismarck's zu unterstützen, immer die reservatio mentalis eines Eingehens des Kanzlers auf die Forderungen des Centrums gemacht habe, wurde von andern Ohrenzeugen nicht geteilt.

Manche kleine pikante und amüsante Zwischenbemerkungen können wir hier nicht wiederholen. Es war halb elf Uhr vorbei, spät schon für den neuerdings sich früher schlafenlegenden Staatsmann. Frau von Spitzemberg reichte dem Kanzler die Hand zum Abschied, ermahnte ihn auch, sich zur Ruhe zu begeben. Aber sofort wurde das Gespräch noch nicht abgebrochen[1]). Die kleine Excellenz hatte ihren offenen Tag und expektorierte sich weiter. War wieder das Wort nur da, um die Gedanken zu verbergen? Der liebenswürdige und gewandte Führer des Centrums ist freilich ein hannoverscher Partikularist, aber er ist, dies sollten auch seine Gegner anerkennen, ein deutscher Patriot trotz allem. Sein warmes Wort in Düsseldorf bei der Rückreise vom Niederwald soll ihm unvergessen sein. Und auch an diesem Abend hatte er politischen Gegnern den Eindruck des warmen Patrioten in der sozialpolitischen Frage gemacht. Die Zuhörer sagten ihm auch: „Nun, Excellenz, wir sind Zeugen gewesen, jetzt müssen Sie aber auch mit der Unterstützung der Sozialpolitik Ernst machen. Wir alle haben hier das Versprechen gehört."

Die Gesellschaft trennte sich gegen 10¾ Uhr, der Kanzler verabschiedete sich von seinen Gästen, Windthorst voran, mit freundlichem Händedruck. Windthorst ward von einem Freunde geführt und noch beim Weggehen von Mitgliedern andrer Parteien warm begrüßt. Unter manchem Scherze trennte man sich, um in die herrliche Mainacht hinauszutreten.

20. Juni 1884. 1. parlamentarischer Frühschoppen. Da Fürst Bismarck den Wunsch hegte, die Mitglieder des Reichstags vor dem Schluß der Session noch einmal bei sich zu sehen und die abendlichen Zusammenkünfte demselben bisher sich nicht als zuträglich erwiesen hatten, so hatte der Fürst den ihm befreundeten Abgeordneten Dietze-Barby beauftragt, bei den Fraktionen Anfrage zu halten, ob eine Einladung zu einem Frühstück willkommen wäre. Diese Absicht fand allseitig Zustimmung. Bei den Mitgliedern des Centrums war besonders angefragt worden, ob auch die Anberaumung des Frühschoppens auf

[1]) Ein Berichterstatter des „Westfälischen Merkur" wußte zu melden, Windthorst habe dem Kanzler so zugesetzt, daß „der Reichshund zu bellen begann".

Digitized by

einen Freitag nicht Anstoß errege, für welchen Fall ein andrer Tag gewählt werden sollte. Die Rücksichtnahme hatte eine besonders sympathische Aufnahme gefunden mit dem Bemerken, daß die Centrumsmitglieder für die Dauer der Session derartige Rücksichten nicht zu hegen brauchten.

Von diesem Entgegenkommen stach umsomehr das Auftreten eines allerdings kleinen Teils der Reichstagsmitglieder ab, welcher unter Führung des Sozialdemokraten Stolle durch frühere Ansetzung der auf den 20. Juni fallenden Reichstagssitzung gegen die Einladung demonstrieren wollte.

Dieselbe lautete:

Der Reichskanzler Fürst Bismarck bittet Herrn . . . ihn am Donnerstag den 20. Juni um ½11 Uhr zu einer vertraulichen Besprechung beim Frühschoppen mit seinem Besuche beehren zu wollen.

Der Frühschoppen war zahlreich von Mitgliedern aller Parteien mit Ausnahme der Volkspartei und der Sozialdemokraten besucht[1]). Die beiden konservativen Fraktionen waren besonders vertreten, ebenso auch das Centrum, von dem alle hervorragenden Mitglieder anwesend waren. Von „deutschen Freisinnigen" bemerkte man die Abgeordneten Hoffmann, Rickert, Schwarz, Dr. Horwitz 2c.

Die Formen waren die allerungezwungensten, von Frack und weißer Binde war nicht die Rede, obwohl unter den 300 anwesenden Gästen auch einige Damen erschienen waren, so außer denen des Hauses, der Fürstin Bismarck und ihrer Tochter, der Gräfin Rantzau, die Ministerdamen von Boetticher, von Goßler, Bronsart von Schellendorf, ferner die Frauen von Spitzemberg, von Schelling, Rottenburg, von Wallenberg nebst Tochter, von Kusserow, von Kunowski, von Poschinger u. s. w.

Der Reichskanzler empfing seine Gäste am Eingange des Kongreßsaales mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß Phöbus Apollon seine Pflicht heute nicht erfüllt, sondern seit acht Uhr früh sich leider verdüstert habe, die Tische hätten schon alle im Garten gestanden. Für künftige regenfreie Tage werde er Sorge tragen, daß die werten Gäste den Zugang zum schönen Reichskanzleramtsgarten durch das Reichsjustizamt finden würden.

Für die leiblichen Genüsse der Gäste war sowohl in fester, wie in flüssiger Gestalt in derselben Weise gesorgt, wie dies bei den parlamentarischen Soireen der Fall war. Die Tafelmusik wurde von der Kapelle des 2. Garde-Regiments z. F. ausgeführt. Als besonderer Akt der Courtoisie des Fürsten ist zu verzeichnen, daß derselbe den dem Freisinn angehörigen zweiten Vice-Präsidenten des Reichstags, Hoffmann, an seinem Arme zu seiner Gemahlin führte und ihn derselben vorstellte.

Fast eine Stunde hindurch saß der Fürst im vertraulichen Gespräch an einem Tische mit Mitgliedern der deutschen Reichspartei und der nationalliberalen

[1]) Die Mitglieder des Bundesrats und des preußischen Staatsministeriums hatten sich zahlreich eingefunden. Auch Mitglieder des Staatsrats, die neuerdings ernannt worden waren, bemerkte man unter den Anwesenden.

Digitized by Google

Partei, nämlich den Herren Dr. von Kulmiz, Freiherrn von Aufseß, Freiherrn von Ow, Lohren, Marquardsen, Krämer. Das Gespräch drehte sich zunächst um den Titel der Versammlung, und der Reichskanzler meinte, der Frühschoppen sei gar kein so böses Ding, wie Herr Windthorst es sich denke. Auch die alten Deutschen hätten den Frühschoppen schon gekannt, und es sei eine alte Erfahrung, daß die Anschauungen immer milder würden, je mehr man getrunken habe. Die Abstimmungen müßten natürlich immer am andern Tage stattfinden.

Zweierlei Bier wurde auf den Tisch des Reichskanzlers gesetzt, außerdem Moselwein, Rotwein und Champagner. Von letzterem bediente sich namentlich der Dr. Windthorst, und der Leibarzt des Reichskanzlers, Dr. Schweninger, war ihm dabei behilflich. Als Herr von Kulmiz sich nach der Herkunft des hellen Bieres erkundigte, gab der Fürst den Bescheid: „Das ist Münchener Franziskaner, vom Grafen Holnstein mir dediziert, das dunkle ist Bockbier, Augustinerbräu. Der Graf Holnstein hat uns überhaupt schon große Dienste geleistet, z. B. als er im Kriege unter erschwerenden Umständen von Versailles nach Hohenschwangau reiste und von da den Brief des Königs von Bayern mitbrachte, welcher die Zustimmung zur Begründung des Deutschen Reichs enthielt." In der Fortsetzung führte der Reichskanzler an, daß er zu jener Zeit den Bayern sehr leicht ein paar Millionen hätte zuwenden können. Fürst Bismarck spielte dabei auf seine Verhandlungen mit Thiers über die Kapitulation von Paris an. „Ich forderte natürlich soviel, daß ich von vornherein voraussetzte, sie würden es mir nicht bewilligen. Ich sagte zu Thiers: Eine so große und reiche Stadt, wie Paris, würde sich beleidigt fühlen, wenn ich unter einer Milliarde von ihr verlangte. Darauf machte Thiers ein betroffenes Gesicht und schickte sich zum Weggehen an. Als höflicher Mann begleitete ich ihn und auf der Treppe wurde die Unterhandlung fortgesetzt. Auf der vorletzten Stufe waren wir über 200 Millionen einig. Darauf begab ich mich zum Kaiser und schlug ihm vor, die 200 Millionen zur Rückzahlung der den deutschen Staaten im Jahre 1866 auferlegten Kontributionen zu bestimmen. Der Kaiser sagte: Legen Sie mir nur einen solchen Beschluß vor. Ich entgegnete, das kann ich nicht thun, Majestät, sobald ich als Reichskanzler die Feder ansetze, ist die Sache verloren. Das müssen Majestät als oberster Feldherr thun. Damit blieb ich allein und so unterblieb die Sache."

Den zum ersten Mal bei dem Reichskanzler erscheinenden neuernannten Staatsrat von Schorlemer-Alst zeichnete Fürst Bismarck durch eine längere Unterredung aus, wie auch den Vize-Präsidenten Freiherrn von Franckenstein. Wie es heißt, hätte die Dampfersubventionsvorlage[1]) den Gegenstand der Unterhaltung gebildet und Fürst Bismarck den Wunsch lebhaft betont, die Vorlage noch zur

[1]) Über diesen dem Reichstag unterm 23. Mai 1884 vorgelegten Gesetzentwurf vergl. „Bismarck als Volkswirt" Bd. II, S. 179 ff. und die „Post" 1884, Nr. 164, 172 (Petition von Dortmund), 173, 174 (Revue der Presse), 175 (Petitionen von Handelskammern), 179 (Auslassungen der Presse), 180 (Schreiben des deutschen Kolonialvereins), 181 (Äußerung der „Neuen Freien Presse" und des „Hannoverschen Kuriers"), 184 (Zustimmungsadresse der Deutsch-frei-

Digitized by Google

zweiten Lesung kommen zu sehen; der Seniorenkonvent möge seine Beschlüsse in dieser Richtung einer Revision unterziehen.

Böse Zungen behaupteten, der Reichskanzler habe mit dem auf dem Büffet paradierenden eingefrorenen und demnächst wieder aufgetauten australischen Hammelrücken die Abneigung der Deutschfreisinnigen gegen die transozeanische Dampferunterstützungsvorlage besiegen wollen; allein da die maßgebenden Herren meist durch ihre Abwesenheit glänzten, war diese Rechnung hier ohne die Gäste gemacht.

Er habe die Absicht, — setzte er hinzu — der Budgetkommission am 23. Juni, in welcher der Abgeordnete Hammacher (nationalliberal) die Regierung über den etwaigen Zusammenhang dieser Vorlage mit der Kolonialpolitik [1]) befragen wollte, selbst beizuwohnen, nachdem er seit dem Jahre 1871 an keiner Kommissionsverhandlung sich persönlich beteiligt hatte [2]). Der Kanzler sprach ferner mit einzelnen Abgeordneten [3]) über das Börsensteuergesetz und erklärte dabei, daß er mit der Vorlage nicht einverstanden sei und alles aufbieten werde, um die Ablehnung derselben in der eingebrachten Fassung zu bewirken. Sein Wunsch gehe nur dahin, das Fixen an der Produktenbörse zu verhindern, alles übrige überlasse er den Ältesten der Kaufmannschaft [4]).

---

sinnigen Partei in Würzburg), 242 (Eingabe der Kieler Handelskammer), 341 (desgl. deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf), 347 (Begrüßung deutscher Schiffsbauanstalten in Hamburg), 356 (Resolution der Handelskammer für Aachen und Burtscheid).

[1]) Über die Kolonialpolitik Bismarck's vergl. die „Post“ 1884, Nr. 228.

[2]) Bismarck führte die Absicht auch durch. Vergl. das Referat über seine desfallsigen Ausführungen in der Budgetkommission in der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 174 und 175 vom 24. und 25. Juni 1884, II. Blatt.

[3]) Am 17. Juni 1884 berichtete die „National-Zeitung“ über eine Unterredung des Geheimen Kommerzienrats Mendelssohn mit dem Kanzler: „In der Unterhaltung soll Fürst Bismarck bezüglich der Umsatzsteuer sich dahin geäußert haben, daß er weder auf unveränderte Annahme, noch auf schnelle Erledigung rechne, auch einer Besteuerung der Börse, welche die Nachteile vermeidet, die die Geschäftswelt von dem jetzigen Vorschlag befürchtet, grundsätzlich in keiner Weise abgeneigt sei. Daß Fürst Bismarck die Operationen der Produktenbörsen als den Interessen der Landwirtschaft durch die raschen Preisverschiebungen vielfach entgegenstehend erachtet, ist bekannt und darf man die Geneigtheit des Reichskanzlers annehmen, die Produktenbörse, wenn angänglich, stärker in den Steuerrahmen zu ziehen als die Fondsbörse. Wie weiter verlautet, hätte Fürst Bismarck Veranlassung genommen, eine der Regierung gegnerische Haltung der Geschäftswelt zu konstatieren.“

[4]) Die „National-Zeitung“ bemerkt hierzu am 21. Juni 1884, Nr. 366: „Es ist sehr gut bezeugt, daß Fürst Bismarck sich nach seiner jüngsten Rückkunft aus Friedrichsruh in ähnlichem Sinne geäußert hat, wie vorstehend berichtet wird. Wie verlautete, hätte nach der Einladung, welcher der Kaiser bei dem Reichskanzler folgte, Fürst Bismarck gesprächsweise seine differentierende Meinung eröffnet, was nach der Art, wie einzelne Minister in der Vorlage sich persönlich engagiert haben, sehr bemerkt wurde. Nachdem inzwischen der Bundesrat seine Zustimmung zu dem modifizierten Gesetz gegeben hat, so wurde allgemein angenommen, daß der Reichskanzler seinen Widerspruch zurückgezogen habe. Jedenfalls wäre Fürst Bismarck jetzt auf die von ihm vor einigen Wochen geäußerte Anschauung zurückgekommen.“

Digitized by Google

Des Dr. Schweninger gedachte der Fürst wiederholentlich freundlich, „ohne ihn würde er sich schwerlich noch so wohl[1]) auf der Bildfläche befinden.“ Besonders liebenswürdig und gemütlich war er gegen seine oben genannten Tischgenossen. Schon als er sich erhoben hatte, ließ er sich wieder bei den erstgenannten Herren nieder, mit denen er dann noch drei bis vier Gläser Bier leerte.

Mit Bezug auf die Dauer der Session äußerte der Fürst, daß das nicht von ihm, sondern von der Heftigkeit und Stärke der Opposition abhänge. Seine Wünsche seien darauf gerichtet, auf jeden Fall noch das Unfallversicherungsgesetz[2]), das Aktiengesetz, das Armee-Reliktengesetz und die Dampfervorlage in gegenwärtiger Session erledigt zu sehen.

Daß auch dieses Mal wieder Dr. Windthorst das Ohr des Kanzlers fand und umgekehrt, ist begreiflich, und er hatte sich wiederholt über sein etwas zweifelhaftes Verhältnis zum Frühschoppen zu rechtfertigen. Große Heiterkeit erregte es, als ein Telegramm aus Rostock an Windthorst anlangte, das auf die bekannte Rede des genannten Abgeordneten im preußischen Abgeordnetenhause, die sich gegen den Frühschoppen richtete, anspielte; es lautete: „Excellenz! einen Frühschoppen? Na! Na! Es kommt Ihnen einen Ganzen: Der Frühschoppen von Friemann in Rostock.“ — Windthorst antwortete: „Probieren geht über Studieren; komme nach!“

Wie Banquos Geist, aber glücklicherweise bei lebendigem Leibe, erschien auch August Reichensperger, vom Reichskanzler und vielen andern mit deutschen, lateinischen und griechischen Variationen des „Auch du, mein Brutus!“ begrüßt. Aber er erklärte gewissenshalber hier als Protestler zu erscheinen, wobei er das desipere in loco zu rechter Zeit abends durchaus nicht von sich wies. Zu dieser Stunde aber nahm er von den gebotenen Getränken nichts an. Im übrigen gewannen das reich besetzte Buffet und das Bockbier den Beifall der Gäste, und da der Leibarzt des Fürsten, Dr. Schweninger, selbst den Champagner kredenzte, so war damit die Unschädlichkeit des parlamentarischen Frühschoppen auch im größeren Stil erwiesen. Nach ein Uhr sah es im Foyer des Reichstags und im Reichstagssaal wieder absolut geschäftsmäßig aus. Nur die Konferenzen zwischen den leitenden Persönlichkeiten wiesen darauf hin, daß ein neuer Verhandlungsstoff gegeben worden war.

Eine kleine Zahl Abgeordneter hatte es riskiert, durch Zuspätkommen nach dem Reichstag den Zorn der Sozialdemokraten auf sich zu laden; sie kneipten noch weiter, während die Damen in einem der Nebenzimmer ein Tänzchen improvisierten.

---

[1]) Einen Aufsatz über das Verhältnis Bismarck's zu seinen verschiedenen Ärzten seit der Zeit seines Frankfurter Aufenthaltes (Struck, Cohn, Diruf, Kleinschmidt, Mertens, Besemeyer, Zwingenberg, Frerichs und Schweninger) s. in der „Vossischen Zeitung“ vom 29. August 1883, Nr. 394, Beilage.

[2]) Vergl. die Besprechungen der Vorlage in der Presse, s. die „Post“ 1884, Nr. 77, 79, 81 (Beilage) und 231.

Digitized by Google

Der Kanzler sammelte schließlich noch einen ganz kleinen Kreis um sich, bestehend aus den nationalliberalen Abgeordneten Gneist und Schläger und dem Finanzminister von Scholz. Fürst Bismarck sprach zunächst über rein familiäre Angelegenheiten, er betonte, daß er sich freue, daß Graf Herbert, um dessen staatsmännische Ausbildung sich ja Professor Gneist so verdient gemacht habe, so gut einschlage und ein so schneidiger Diplomat werde. Auch seinem zweiten Sohn, dem Grafen Wilhelm, der sich fleißig einarbeite, erteilte der Fürst Lob. Dann wandte sich das Gespräch politischen Verhältnissen zu. Der Fürst berührte zunächst die vielbesprochene Angelegenheit der Verhandlungen über den Eintritt von Bennigsen's in das Ministerium, er ließ sich darüber etwa wie folgt vernehmen: 1878 habe er sehr gern mit den Nationalliberalen eine engere Verbindung schaffen wollen; er habe aber nur ein Ministerium offen gehabt und das habe er Bennigsen angeboten. Forckenbeck's Ernennung zum Minister, welche die Liberalen immer vorgeschoben hatten, sei ihm absolut unmöglich gewesen, der Kaiser sei nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln. Auf das energischste bestritt der Fürst, das oft zitierte Wort von dem „An die Wand drücken der Nationalliberalen, daß sie quietschten", gesprochen zu haben; er habe sich weder dem Sinne noch der Wortfassung nach über die Nationalliberalen so ausgelassen [1]).

Indem der Fürst die herrschenden Parteiverhältnisse beklagte, die ihm wenig sympathisch seien, kam er nochmals auf seine Stellung zu den Nationalliberalen zu sprechen. Die Nationalliberalen haben, so führte der Kanzler weiter aus, ihm damals (1878) das Leben recht schwer gemacht, indem sie ihm auf den verschiedensten Punkten Schwierigkeiten bereiteten. Letzteres sei besonders hervorgetreten, als er eine anderweitige Verteilung der Ressortverhältnisse der Ministerien und die Schaffung des Eisenbahnministeriums anstrebte. Damals hätten die Liberalen erklärt, daß auch die Kammern bei Regelung dieser Frage gefragt werden müßten. Er habe die Ansicht nicht teilen können, er verweise nur jetzt auf die Verhältnisse in Belgien, hier hätten die neuen klerikalen Minister, ohne die Kammern zu fragen, Veränderungen in den Ressorts der einzelnen Ministerien vorgenommen, das Unterrichtsministerium eingehen lassen u. s. w. Der Fürst erinnerte sich, mit dieser seiner Ansicht sich im Einklang mit Professor Gneist befunden zu haben, der den Nachweis erbracht habe, wie es der Executive frei stände, die Ministerien derartig abzugrenzen, ohne die Kammern zu fragen, wenn nicht spezielle Gesetze dem entgegenständen.

Erst um 3 Uhr erreichte die Unterhaltung ihr Ende und entließ der Fürst mit einem „Auf Wiedersehen!" die letzten Gäste. Summa Summarum — be-

[1]) Über das Verhältnis Bismarck's zu der liberalen Partei vergl. die „Post" 1880, Nr. 214, 254, 229, 233, 234, 239 (Secession des linken Flügels der Nationalliberalen und die Stellung Bismarck's dazu), 250 (Die Spaltung der nationalliberalen Partei und Bismarck), 254 (Bismarck über das Zusammengehen der Liberalen und der Konservativen), 263 (Stellung Bismarck's zum Liberalismus), 1882, Nr. 4 (Stellung Bismarck's zu den politischen Parteien), 10 (Der wahre Grund des Bruches Bismarck's mit den Nationalliberalen).

Digitized by Google

merkte die „Kölnische Zeitung" — war das Ganze ein Fest, wie es in jedem civilisierten Lande in der besseren Gesellschaft vorzukommen pflegt, und der Unverstand und die Rüpelhaftigkeit, welche im voraus darüber zu Gericht saß, hatte wie gewöhnlich das Nachsehen. — —

Auch über den Verlauf des parlamentarischen Frühschoppens vom 20. Juni 1884 liegt eine Schilderung des Abgeordneten von Lohren vor, einem Briefe an eine ihm nahestehende Person entnommen. Wegen ihres hohen Interesses lasse ich dieselbe ungekürzt hier folgen.

Berlin, den 22. Juni 1884.

Liebe M . . . .!

Wie freue ich mich, daß ich trotz meines Referats zum Frühschoppen gegangen bin. Es entwickelten sich dort ein paar reizende Episoden, die ich Dir mitteilen will.

Da ich Bier am Vormittag nicht vertragen kann, sah ich mich auf dem großen Büffettisch nach Wein um, fand aber keinen. Zu meiner Freude bemerkte ich indessen bald den Abgeordneten Dieden aus Uerzig a. d. Mosel, wie er auf dem Sopha gemüthlich bei einem Glase Moselwein saß. Er lobte die Qualität, konnte mir jedoch nichts abgeben, weil der Diener Auftrag hatte, die Flasche zu entfernen. Infolgedessen erbat ich mir eine neue Flasche von demselben und stellte sie vorsorglich hinter das Sopha. Nach und nach nahmen mehrere meiner Collegen von der Reichspartei bei uns Platz. Bismarck unterhielt sich mit Bennigsen am anderen Ende des Kongreßsaales. Plötzlich tauchte Excellenz Windthorst auf, schritt beim Kanzler vorbei langsam den Büffettisch herunter und wählte eine Portion Kaviar. Noch ehe er von der Delikatesse gekostet hatte, trat ein Postbote an ihn heran und überreichte eine Depesche aus Rostock von einem Frühschoppen-Consortium. Die Herren drückten ihre Verwunderung darüber aus, daß Windthorst zum Frühschoppen gehe, während sein Freund Reichensperger im Abgeordnetenhause dagegen donnere. Schlagfertig wie immer, gab Windthorst die Drahtantwort: Probieren geht über Studieren. Die hierbei entstandene Heiterkeit war noch nicht vorüber, als Bismarck sich von Bennigsen trennte und das Büffet musternd auf unseren Tisch zukam. Zufällig wählte er den von Windthorst hingestellten Teller mit Kaviar, fordert ein Glas Bier und nimmt dann bei uns Platz. Der Fürst hatte kaum etwas genossen, da kam Windthorst zurück, um das von ihm ausgesuchte Gericht zu holen. Auf seinen drolligen Ruf: Wer hat meinen Kaviar weggenommen? erschallte ein lautes Gelächter, wobei der Wirth des Hauses bald erkannte, daß er der Attentäter gewesen war.

In liebenswürdigster Weise klärte sich der Mißgriff zwischen beiden berühmten Männern auf.

Mein Nachbar meinte scherzhaft: Zwei könnten wohl aus derselben Staatsschüssel, aber doch nicht von demselben Reichsteller essen wollen; das ginge doch nicht!

Digitized by Google

Wieder bei uns Platz nehmend, bemerkte der Fürst: Die Herren trinken Wein? sind Sie mit der Qualität zufrieden?

Freund Dieden kannte die Marke aus alter Erfahrung und lobte den herrlichen Tropfen. Bismarck lachte über meine Heimlichthuerei mit der Flasche und erzählte, wie hoch er den Wein bei Unpäßlichkeiten als Tischwein schätze, und wie sehr er über die alljährliche Zusendung vom Produzenten sich jedesmal freue. Wie finden die Herren das Bier? fuhr er, zu Dr. v. Kulmiz gewendet, fort. Als dasselbe von allen Seiten gelobt wurde, meinte der Reichskanzler, der betreffende Brauereibesitzer habe sich um das Deutsche Reich sehr verdient gemacht; es sei Franziskaner-Bräu vom Grafen v. Holnstein. Da ich ein solches Lob durch das Bier allein ungenügend begründet hielt, gestattete ich mir zu fragen, worin die hohen Verdienste des Grafen Holnstein beständen. Das gab Veranlassung zu einer fesselnden Erzählung der Vorgänge im Hauptquartier zu Versailles unmittelbar vor der Kaiserproclamation. Der Fürst schilderte die politische Situation Ende des Jahres 1870. Die Kapitulation von Paris hätte man bis auf wenige Tage berechnen können. Die Ereignisse hätten in ihm die Ueberzeugung zur Reife gebracht, daß der Moment gekommen sei, wo das Deutsche Reich gegründet werden müsse; — und daß es für die Zukunft des Reiches von der größten Wichtigkeit sei, daß die deutschen Fürsten, an ihrer Spitze der König von Bayern, dem Könige von Preußen die Annahme der Kaiserwürde vorschlügen. Nachdem es ihm, nicht ohne Widerspruch, endlich gelungen sei, die maßgebenden Stimmen im Hauptlager für diesen Plan zu gewinnen, sei es darauf angekommen, eine Persönlichkeit zu finden, welche dem Könige Ludwig die nöthigen Briefe persönlich zu überreichen in der Lage sei. Die schwierige Zugänglichkeit des Königs war ja allbekannt. Zur Uebernahme dieser Mission wäre der Graf von Holnstein als einzige Person bezeichnet worden. Auch dieser habe ihm den Erfolg nicht versprechen können, sich jedoch auf Wunsch Bismarck's bereit erklärt, alles zu thun, was in seiner Macht stehe und noch an demselben Abende abzureisen. Während der Herr Graf packte, habe der Fürst das Schreiben an den König entworfen und einen privaten Brief beigelegt, um seinen Ratschlägen ein erhöhtes Gewicht zu geben; — ein Ausnahmefall in seinem politischen Leben. Auf meine Frage, ob der Inhalt dieses Briefes Geheimniß bleiben sollte, meinte der Reichskanzler, er halte das nicht für absolut notwendig, der wesentlichste Teil sei ja bekannt. Es sei ihm namentlich daran gelegen gewesen, den König von Bayern davon zu überzeugen, daß der freiwillige Entschluß der deutschen Fürsten zur Bildung eines Kaiserreichs viel angenehmer und günstiger für ihre zukünftige Stellung im Reiche sei, als wenn dasselbe ohne ihren Vorschlag, oder gar gegen ihren Wunsch gebildet werde. Unter allen Umständen müsse eine Centralgewalt über Deutschlands Heere eingerichtet werden und es sei also die Frage nur die: ob der König von Bayern künftig lieber den deutschen Kaiser oder den König von Preußen als obersten Kriegsherrn anerkennen wolle. Im ersten Falle bleibe der König von Bayern dem Könige von Preußen coordinirt; im zweiten

Digitized by Google

subordinirt. Die Entscheidung könne nicht schwierig sein. Bei eigner Initiative der Bundesstaaten würden dieselben auch im stande sein, die Machtbefugnisse der Reichsgewalt auf das Unentbehrliche zu beschränken. Der private Teil des Schreibens habe nur darin bestanden, daß er nicht bloß als Staatsmann dem Könige rate, die Initiative zu ergreifen, sondern als alter Freund der bayerischen Dynastie. In der Familie Bismarck sei es unvergessen, daß ihr Stammsitz Schönhausen ein Lehen Heinrich des Löwen gewesen und gebe er seine Ratschläge dem Könige gewissermaßen als ein alter treuer Vasall.

Sehr spannend war die Schilderung des Kanzlers von der mühevollen Reise des Grafen Holnstein durch die Vorpostenketten, von seiner Ankunft in Hohenschwangau, seinem Wortwechsel durch und mit dem Kabinetssecretär Ziegler, von seinem stundenlangen Antichambrieren in der Nacht und insbesondere von der schließlichen persönlichen Übergabe der Briefe, sowie von der Überreichung des berühmten königlichen Entschlusses bei Tagesgrauen. — Das muß ich Dir gelegentlich mündlich erzählen. Der König Ludwig hat später oft genug dem Reichskanzler, wenn er nach Kissingen zur Kur ging, vor aller Welt bezeugt, daß der Schritt ihn niemals gereut hat.

Der bayerische Abgeordnete Freiherr von Aufseß bemerkte darauf, daß der Fürst keine Idee davon habe, wie beliebt er in Süddeutschland sei. Man schwärme für Kaiser und Reich um so mehr, als der Fürst jedem Volksstamme das Heimatlich-Eigenartige belassen habe. Bismarck erwiderte, wenn alles nach seinem Wunsche gegangen wäre, hätte er den Südstaaten auch die 1866 auferlegte Kriegscontribution größtenteils zurückerstattet. Er habe das nötige Geld dazu einmal zu besitzen geglaubt und zwar bei der Kapitulation von Paris. Dann erzählte er, wie man schon vor der Kaiser-Proklamation (18. Januar 1871) sich über die Bedingungen geeinigt habe, welche bei der Übergabe von Paris, die jeden Tag erwartet wurde, gestellt werden sollten und wie man für eine sofortige Verproviantierung der 2 Millionen Einwohner Vorsorge getragen habe.

Thiers[1]) habe auch bald darauf bei ihm um eine Audienz nachgesucht, und über die aufs höchste gestiegene Not in Paris keinen Zweifel gelassen. Die erste Bedingung unsererseits, „die Besetzung sämtlicher Forts" sei von demselben ohne Einwand zugestanden und die zweite, mit welcher Bismarck erst nach einer längeren Plauderei herausgerückt sei, „der Waffenstillstand auf 3 Wochen", ebenso schnell. Dabei sei ihm die steigende Unruhe aufgefallen, mit welcher die restierenden Bedingungen von der Deputation erwartet wurden. Er sei sich erst klar darüber geworden, nachdem er den 3. Punkt, „die Kapitulation der gesammten Besatzungsarmee" in allen Einzelheiten besprochen habe und direct aufgefordert worden sei, zur Hauptsache überzugehen. Er habe sich sofort der ganz enormen Geldkontributionen erinnert, welche die Franzosen von den deutschen Städten s. Z. gefordert hätten.

---

[1]) Anmerkung des Herausgebers: Jules Favre ist hier gemeint.

Digitized by Google

Schnell entschlossen habe er darauf betont, daß eine so stolze und reiche Stadt, wie Paris, es als eine Beleidigung ansehen würde, wenn er weniger als eine Milliarde Francs in Gold von ihr verlange. Die Wirkung dieser Worte sei eine ungeheure gewesen. Thiers habe erklärt, daß mit Rücksicht auf die ihm übertragenen Befugnisse eine Verständigung über eine solch hohe Summe unmöglich sei und sich zum Fortgehen angeschickt. Auch die Hälfte der Summe sei ein Ding der Unmöglichkeit. Beim Hinausgehen habe Bismarck ihn begleitet und auf der vorletzten Stufe der Treppe sich mit ihm auf 200 Millionen Francs geeinigt. Dann sei er sofort zum Kaiser geeilt, um über den Abschluß der Kapitulations-Bedingungen Bericht zu erstatten und ihn zu bitten, als oberster Feldherr über die 200 Millionen zu verfügen und dieselben zur Rückzahlung der Kriegsschulden der Südstaaten zu verwenden. Der Kaiser habe jedoch erst Delbrück's Zustimmung verlangt und damit sei die Sache für ihn in ablehnendem Sinne entschieden gewesen. Damit endete die Unterhaltung.

Aus diesen Erzählungen des Fürsten Bismarck konnte ich und jeder, der in seiner Nähe saß und jedes Wort verstehen konnte, (er spricht sehr leise) entnehmen, daß dieser gewaltige Mann in der kleinen Konversation nicht verliert, sondern gewinnt. Sein Geist arbeitet dann leicht und frei, die Rede fließt ungezwungen, es wird in uns hell und warm, wie im Maien-Sonnenschein. Ganz anders im Reichstag, wo sein Wort häufig die Wirkung eines Blitzes ausübt und tötlich verletzt, oder noch häufiger die des Stahls, der aus den Steinen Funken schlägt. Wie mancher sich berühmt dünkende Stein hätte dort nie ein Lebensfünkchen blicken lassen, ohne Bismarck's Anstoß. Freilich haben wir auch ein Paar Feuersteine, z. B. Windthorst; allein ohne Bismarck wäre auch der kaum ein Zehntel von dem, was er ist. Was aber wären ohne ihn die Männer aus der Zunft des Immer-Nein-Sagens!

Auch kleine Kinder besitzen die Gabe, durch „Nein", „Nein" Staunen zu erregen.

Nur in dem ruhigen Abwägen des „Für" und „Wider" documentirt sich die Kraft des Mannes.

Noch kommende Geschlechter werden staunen darüber, wie gewissenhaft Bismarck bei der Gründung des Reichs in dieser Beziehung verfahren ist. — Indem ich dieses niederschreibe, wundere ich mich über mich selbst. Du weißt ja, daß niemand zu dergleichen philosophierenden Betrachtungen weniger geeignet ist, als

Dein alter, treuer

A. L.

Eine andere Darstellung des parlamentarischen Frühschoppens vom 20. Juni 1889 verdanke ich noch der Güte des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. August Reichensperger, einige wertvolle Mitteilungen, die ich hier am Schlusse noch einreihen will.

Nach einer Begrüßung Reichensperger's als Frühschoppen-Antagonist führte Bismarck denselben zu einem Laufgang, welcher eben vom Palais aus den Hof

Digitized by Google

entlang gebaut worden war. Dort angelangt bemerkte der Kanzler, seine Absicht sei gewesen, durch eine im Hof aufgestellte Musik seine Gäste zu begrüßen, allein das schlechte Wetter, bei welchem in dem Laufgang sich niemand aufhalten könne, habe es verhindert. Darauf bemerkte Reichensperger, das komme von dem antikisierenden Stil, der mit Säulen operiere, und auf unser Klima u. s. w. keine Rücksicht nehme, der Fürst gab seine Zustimmung zu erkennen, worauf sich Dr. Reichensperger noch über die herrschende akademische Bauweise ausließ. Gleichzeitig gab derselbe seiner Mißbilligung darüber Ausdruck, daß man im Elsaß, auf dessen Germanisierung man doch so sehr bedacht sei, den Universitätsbau und den Kaiserpalast im welschen Renaissance-Stil, statt in der germanischen, so glorreichen Kunstweise des Mittelalters aufrichte. Ohne weiter auf die Stilfrage einzugehen, gab der Fürst dem Abgeordneten seine Zustimmung zu erkennen. Wenigstens hatte derselbe diesen Eindruck.

Die von dem Fürsten hinsichtlich der Güte seines Bieres gewechselten Worte standen in einem gewissen Zusammenhang mit Vorgängen im Reichstag. Dr. Reichensperger hatte sich dort sehr einschneidend über die fast allgemein besonders in Berlin herrschende Bierverfälschung ausgesprochen, was demselben eine Anzahl grober Briefe von Brauereien eintrug. Unter Bezugnahme auf Reichensperger's Rede berief Fürst Bismarck eine Kommission zur Prüfung der Materie und Berichterstattung über dieselbe.

Ohne praktischen Erfolg blieb dagegen das von Reichensperger an den Fürsten Bismarck gerichtete Ersuchen, auch als preußischer Ministerpräsident der Puttkamer'schen Orthographie-Regelung entgegen zu treten, und so ein Ende zu machen.

Obgleich der Fürst, welcher sich zum Weggehen bereits erhoben hatte, dem Abgeordneten beistimmend zuwinkte, blieb doch sein Wunsch unerfüllt. Es widerstrebt Reichensperger, den, dem Volksleben entspringenden, von ihm genährten Fluß der Sprache büreaukratisch reglementiert zu sehen.

Nach einem Diner, welchem Dr. August Reichensperger und dessen Bruder, der Obertribunalsrat Peter Reichensperger bei Bismarck Mitte der achtziger Jahre (das Datum läßt sich genau nicht feststellen), beiwohnten, trat der Hausherr zu den beiden Brüdern, dieselben auf altertümliche Tafelaufsätze aufmerksam machend, welche Familienstücke seien. Darauf sagte Fürst Bismarck, ein Vorfahre von ihm sei auch schon mit der katholischen Hierarchie in Konflikt gekommen. Auf offener Straße habe derselbe einen Kanonikus von Stendal niedergeworfen, er sei deshalb exkommuniziert worden und zwar ganz mit Recht.

Von den Bismarck am Herzen liegenden Reichstags-Vorlagen gingen das Unfallversicherungs- und das Aktiengesetz (Gesetz vom 6. und 18. Juli 1884, Reichs-Gesetzbl. S. 69 und 123) durch, wogegen das Militärpensionsgesetz und die Dampfersubventionsvorlage in dieser Session unerledigt blieben. Sie war die letzte der fünften Legislaturperiode. Die Neuwahlen für den Reichstag wurden auf den 28. Oktober 1884 ausgeschrieben. Das Organ Bismarck's, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", sprach sich — allerdings erst ziemlich kurz vor dem

Digitized by

Wahltermin — für ein Zusammengehen der Konservativen mit den Nationalliberalen aus[1]). Die letzteren erreichten aber nicht die erhoffte Anzahl von Sitzen (bloß 51) und bildeten mit den Konservativen und Freikonservativen (zusammen 106) keine Mehrheit, so daß das Centrum der entscheidende Faktor blieb, je nachdem es sich mit den Konservativen oder mit der Opposition verband.

---

19. VI. Legislatur-Periode, I. Session 1884/85[2]).

24. November 1884. Der Reichstagsabgeordnete Woermann und Stanley bei Bismarck zum Diner. Der Kanzler hielt seine Gäste nach Beendigung des Diners noch längere Zeit in animierter Konversation zurück, die sich um die afrikanischen Verhältnisse und speziell um Mr. Stanley's dortige Reiseergebnisse drehte. Sein lebhaftes Interesse an der Sache bewies der Fürst durch öftere Stellung von Fragen, deren Beantwortung seitens des amerikanischen Entdeckers ein belebtes Bild der dortigen Verhältnisse, Beschaffenheit von Land und Leuten, Bedingungen der Handels- und Verkehrsentwickelung 2c. entwickelte.

Es fiel dem Abgeordneten Woermann auf, ein wie vorzügliches Englisch der Fürst mit Stanley sprach. — Der Fürst machte eine Bemerkung, daß es doch zu verwundern sei, wenn ein Mann wie Stanley einfach durch Afrika gehe und bei diesem Gange ein so großes Reich wie den Kongostaat ohne große Schwierigkeiten gegründet habe. Es machte auf Woermann den Eindruck, als ob die Leichtigkeit, mit der der Kongostaat begründet ist, sehr dazu beigetragen habe, den Kanzler günstig für die deutsche Kolonialpolitik und die Erwerbung von Ländern in Afrika zu stimmen. —

21. Januar 1885. Die Reichstagsabgeordneten von Helldorff und von Minnigerode bei Bismarck zu Tisch.

1. April 1885. Gratulationscour zum 70. Geburtstag Bismarck's.

„Fürst Bismarck bittet Herrn ..... ihn am 1. April 1885 zwischen 11 und 4 Uhr mit seinem Besuche zu beehren."

so lautete die schlicht ausgestattete Einladung zum festlichen Tage. Eine Beschreibung der endlosen Deputationen, welche sich in den Saal drängten, um den Kanzler zu beglückwünschen, fällt außerhalb des Rahmens dieses Buches[3]).

---

[1]) Mitteilungen von dem Wunsche des Fürsten Bismarck, möglichst viel nationale Abgeordnete für den Reichstag gewählt zu sehen, vergl. „Post" 1884, Nr. 246. Nach der Wahl beglückwünschte Bismarck die nationalliberale Partei „zu ihren glänzenden Wahlerfolgen in Hessen."

[2]) Dieselbe währte vom 24. November 1884 bis 15. Mai 1885.

[3]) Das Berliner Tageblatt schrieb in der Nr. 167 vom 1. April 1885: Von 11 Uhr ab kamen und gingen Deputationen in zwangloser Folge und endloser Reihe — Generalität, Kaufleute, Studenten, Diplomaten, Kriegervereine — alles in buntem Wirrwarr. Der Fürst, der die wohlbekannte Kürassieruniform trug, war von seiner ganzen Familie umgeben: Die

Digitized by Google

Der Reichstag hat nur einmal Veranlassung genommen, dem Fürsten Bismarck Glückwünsche darzubringen, und das war zu seinem heutigen Ehrentage. In der Sitzung vom 24. März 1885 hatte nämlich der auf ein paar Wochen vertagte Reichstag auf Antrag seines Präsidenten von Wedell-Piesdorf[1]) beschlossen, ihn zu ermächtigen, Bismarck die Glückwünsche des Reichstags zu seinem Geburtstage zu überbringen.

Der Präsident des Reichstags erschien allein zum Glückwunsch. Bismarck antwortete ihm lakonisch: „Es ist mir eine hohe Ehre, die Glückwünsche des Reichstags zu erhalten und ich danke Ihnen für diese Mission des Friedens." Das Protokoll der nächsten Sitzung des Reichstags (14. April 1885) enthält seltsamer Weise kein Wort darüber, ob und wie der Präsident seines Auftrages sich entledigte.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Köller[2]) war infolge eines Augenleidens genötigt, den Glückwünschen des Abgeordnetenhauses schriftlich Ausdruck zu geben. Sonst erschienen noch Deputationen der konservativen und freikonservativen Fraktionen des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses.

Zum Bismarckjubiläum erließ Dr. Windthorst folgende Bekanntmachung:

> Zehn Mark, welche mir gestern auf telegraphische Anweisung aus Löhne in Westfalen eingezahlt sind und in betreff deren ich später von demselben Absender nachstehendes Telegramm erhielt:

Grafen Herbert und Bill in Dragoner-, Rantzau in Ulanenuniform, die Fürstin, stillgeschäftig waltend, und seine Tochter in Liebreiz erstrahlend. Ein ganzer Flor reizender Damen war anwesend, darunter auch die Gemahlin des Herrn von Poschinger. Der Fürst drückte dem Führer der jeweiligen Deputation die Hand, nahm eine kurze Anrede entgegen, erwiderte kurz und herzlich, ließ sich das eine oder andre Mitglied der Deputation vorstellen und bat dann die Herren, sich in den Kongreßsaal zu begeben, wo der Frühschoppen sie erwarte. Von da ab waren die Gäste des Kanzlers ganz ungeniert und frei, schlenderten durch alle geöffneten Räume, machten im Gartensalon Halt, wo die Geschenke aufgereiht waren, und pokulierten dann im anstoßenden Kongreßsaal. Diese Fülle der Geschenke!

[1]) Derselbe war Reichstagspräsident von 1884 bis zu seiner Ernennung zum Minister des Königlichen Hauses. Er war von Haus aus bemüht, dem Fürsten gegenüber sich auf einen zwar freundlichen, aber immerhin nur formellen Standpunkt zu stellen. Zu Anfang scheint das Verhältnis sogar ein fast kaltes gewesen zu sein, es besserte sich aber im Laufe der Jahre und ließ schließlich nichts zu wünschen übrig. Über eigentliche politische Fragen hat Bismarck mit Herrn von Wedell nie verhandelt, wohl aber wiederholt über die geschäftliche Behandlung gewisser Vorlagen. Nach dem Tode des Kaisers Wilhelm I. hatte Bismarck mit Wedell eine Besprechung, in welcher ersterer sich in ergreifenden Worten über die tragische Situation (Kaiser Friedrich schon mit einem Fuß im Grabe) aussprach.

[2]) Von Köller, Wirklicher Geheimer Rat, Präsident des Abgeordnetenhauses, kannte Bismarck schon als Gutsbesitzer auf Kniephausen, welches Gut dem elterlichen Gute Köller's benachbart war. Bismarck kam damals (vor 1847) öfters zur Jagd herüber und führte selbst auf Kniephausen ein etwas tolles Leben. 1866 trat von Köller in das Abgeordnetenhaus, und stand auch von da ab in freundschaftlichen Beziehungen zum Hause Bismarck. Häufig ging er ungezwungen und uneingeladen abends zu Bismarck und verweilte daselbst stundenlang. Seit er Präsident des Abgeordnetenhauses geworden war, hatte er — um eine unparteiische Stellung im Parlament sich zu sichern — seinen Verkehr mit dem Fürsten mehr eingeschränkt.

Digitized by Google

Verehrer Ew. Excellenz bitten Sie, auf das Wohl des Reichskanzlers zum Frühschoppen ein Glas Sekt zu trinken. Im Auftrage: Kuckuk.

habe ich den Fonds für den Neubau einer zweiten katholischen Kirche in Hannover überwiesen und bitte um Mehreres.

Hannover, 1. April 1885.

gez. Dr. Windthorst.

Der unter den Gästen befindliche frühere Reichstagsabgeordnete Graf Frankenberg schreibt über das Fest:

„Meine Frau und ich gratulierten dem Fürsten zu seinem 70. Geburtstage während des Frühschoppens. Ich erinnere mich nie ein Fest von zwangloserem Charakter, wahrhaft freudigerer Stimmung, seltsamerer Zusammensetzung der Teilnehmer und echterer deutsch-nationaler Prägung mitgemacht zu haben. Hier war kein eitler Flitterglanz, keine falsche gemachte Huldigung, kein erzwungenes Lächeln, kein lügenhaftes Glück und langes Leben Wünschen und Grüßen, hier brachte vom Kaiser bis zum Bauern, vom weisen Gelehrten bis zum Studenten, vom General bis zum Kadetten, von der Fürstin bis zum bescheidenen Fräulein, ein großes, einiges und stolzes Volk seinem größten Manne eine wahrhafte und begeisterte Huldigung dar. — Glücklich der Mann, dem sie galt, und glücklich das Volk, das dieses Fest feiern konnte!"

Bei Gelegenheit des Frühschoppens am 1. April 1885 fand auch der Empfang der Saarbrücker Deputation statt, welche dem Fürsten Bismarck den Ehrenbürgerbrief dieser Stadt überreichte[1]).

Nach der Ansprache der Corpsstudenten und dem Empfang einer Deputation von Jerichow (dem ersten Wahlkreis, in welchem Fürst Bismarck früher kandidierte), kam dem Reichskanzler die Saarbrücker Deputation zu Gesicht. Der Bürgermeister von Saarbrücken, Feldmann, stellte sich, den Beigeordneten Karl Röchling und den Stadtverordneten Justizrat Boltz mit den Worten vor: „Die Vertreter der Stadt Saarbrücken gestatten sich, Euer Durchlaucht deren ehrerbietige Glückwünsche zum heutigen Tage darzubringen und gleichzeitig zu danken für die hohe Ehre, welche Euer Durchlaucht durch Annahme des Ehrenbürgerrechts der Stadt Saarbrücken erwiesen haben!" — Fürst Bismarck erwiderte hierauf, daß ihn die Verleihung sehr gefreut, und er meinte, Saarbrücken habe allerdings besonderen Grund, sich der Ereignisse von 1870/71 zu erinnern, da es damals unmittelbar an das inzwischen wiedergewonnene Elsaß-Lothringen gegrenzt habe. Auf die Gegenrede des Bürgermeisters Feldmann, daß gerade die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens den Saarbrückern besondere Veranlassung gegeben, Seiner Durchlaucht dankbar zu sein, nickte der Fürst mit dem Kopfe und sagte weiter: „Sie haben neuerdings das große Unglück auf Grube Camphausen gehabt und ich kann mir vorstellen, wie schmerzlich das für Sie sein muß; aber die traurigen Folgen für die Hinterbliebenen sollen nach Kräften ge-

[1]) Ich erwähne die nachfolgenden Einzelheiten, weil dieselben bisher unveröffentlicht sind.

Digitized by Google

lindert werden, der Staat wird für sie eintreten! Mein Kollege Maybach hat mir mitgeteilt, daß der Staat für die Witwen und Waisen der unglücklichen Bergleute nach Maßgabe der Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes sorgen werde!" Der Reichskanzler verabschiedete sich alsdann von der Deputation mit kräftigem Händedruck.

12. Mai 1885. Parlamentarischer Frühschoppen.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck bittet Herrn .... ihn am Dienstag den 12. Mai vormittags um ½ 11 Uhr zu einer vertraulichen Besprechung beim Frühschoppen mit seinem Besuche beehren zu wollen.

Wie beim ersten Frühstück dieser Art, am 20. Juni 1884, so war auch dieses Mal das Wetter nicht danach angethan, das Fest in dem herrlichen Garten des Reichskanzler-Palais stattfinden zu lassen. Der heilige Pankratius duldete nur ab und zu eine Minute Verweilen im Freien; dafür war der Kongreßsaal überfüllt, 500 Personen werden kaum eine zu hoch gegriffene Zahl sein. Die Offiziere, darunter Graf Lehndorff, waren meist im Interimsrock und Mütze erschienen, die Mitglieder des Reichstags im schwarzen Überrock, nur vereinzelt wurde ein Frack bemerkt. Die konservative Partei war fast vollzählig zur Stelle, von den Nationalliberalen fehlten nur wenige, auch von Benda war anwesend. Die Freisinnigen waren durch den Vize-Präsidenten Hoffmann, Munckel, Dr. Witte, Stiller, Dr. Horwitz, das Centrum durch Windthorst, Freiherrn zu Franckenstein und den glücklichen Vater des Antrags Huene vertreten. Trotz der Ablehnung des erhöhten Zolles auf Nähgarn hatte auch das schutzzöllnerische Reichsland seine Vertreter entsendet [1]). Die Arrangements waren die üblichen [2]). Der Herr des Hauses bewegte sich heute in fröhlichster Laune von Tisch zu Tisch, von einem der zahlreichen sich bildenden Kreise zum andern. Als Herr Professor Gneist sich nicht recht mit der Behandlung einer Hummerscheere abzufinden vermochte, gewährte der Kanzler als liebenswürdiger Wirt freundliche Hilfe und Belehrung. Am längsten weilte er wohl neben Dr. Windthorst und Herrn von Unruh, zu denen sich allmählich eine Anzahl Mitglieder der Reichspartei, von Kardorff, Dietze, Müller, Gehlert, von Unruh-Bomst, von Gramatzki, und die Nationalliberalen Dr. Marquardsen, Holtzmann, der Ober-

---

[1]) Auch viele Mitglieder des bereits verabschiedeten Landtags waren zur Stelle, darunter der Fürst zu Wied, Herzog von Ratibor, Landgraf Alexis von Hessen; die Journalistik war vertreten durch den Geheimrat Pindter und Paul Lindau, die studierende Jugend durch den stud. jur. Freiherrn von Zedlitz, der am 1. April in denselben Räumen den bekannten zündenden Toast gehalten hatte.

[2]) Das Büffet im Kongreßsaal, um dasselbe herum zahlreiche kleine Tische. Die Honneurs machte in liebenswürdigster Weise neben ihrem Gemahl die Frau Fürstin, Gräfin Rantzau, sowie die Braut des Grafen Wilhelm von Bismarck, Fräulein Sibylla von Arnim. Der letztere und der kürzlich zum Unterstaatssekretär ernannte Graf Herbert Bismarck waren der Gegenstand vielfacher Beglückwünschung. Die Musik wurde von der Kapelle des 2. Garde-Regiments zu Fuß gestellt, welches bekanntlich seit dem 7. Mai 1866 traurigen Angedenkens eine Art Privilegium dafür besaß, auch bei festlichen Gelegenheiten im Hause Bismarck aufspielen zu dürfen.

Digitized by Google

bürgermeister Becker-Düsseldorf gesellten. Die übliche dichte Corona war alsbald gebildet. Windthorst wurde sofort mit der Frage empfangen, ob er der nationalliberalen oder der Reichspartei beitreten wolle. „Vorläufig keiner von beiden," antwortete er. Und als Windthorst zu bemerken schien, sein Glas sei nicht ganz vollgegossen, erhielt er den Bescheid, daß er bis zu dem erhofften Partei-Übertritt überhaupt mit dem Wein knapp gehalten werden solle. In diese scherzhafte Unterhaltung fiel die Musik mit einer rauschenden Passage ein, so daß einige Worte verloren gingen. Ein Mitglied der Reichspartei, der Abgeordnete Gehlert, warf die Frage in dieses Intermezzo, ob es nicht gut sei, die Musik in den Reichstag zu dritten Lesungen zu schicken, nur dürfe Herr Windthorst dabei nicht Tambourmajor sein. „Ich würde mir noch lieber — erwiderte der Reichskanzler — den Präsidenten für diesen Posten vorziehen." „Und ich den Reichskanzler," erwiderte schlagfertig jemand aus der Corona.

Die Kollation bestand aus kalter Küche, als Getränk wurde Münchner Hofbräu und Pschorr, Maibowle und Mosel gereicht. Beim Gespräch über die Getränke äußerte der Kanzler eine Abneigung gegen das Pilsener Bier. Ein Reichstagsmitglied rühmte die österreichische Brauart und die Farbe des Biers, die es dem Wein so ähnlich mache. „Ja, aber es enthält zu viel Kleber," meinte der Kanzler, der sich vorzugsweise ans Pschorr hielt, welches überhaupt vielen Beifall fand[1]).

In unserm verehrten Bundesstaate Bayern — so etwa äußerte sich der fürstliche Gastgeber — habe die Kunst der Bierbereitung in den letzten Jahren entschiedene Fortschritte gemacht, während man in Österreich, wo er selbst früher ausgezeichnetes Bier kennen gelernt habe, neuerdings hierin weniger erfolgreich sei. Er glaube, den ersterwähnten Erfolg weniger den Substraten der Bierbereitung, als vielmehr den ernsten Kunstbestrebungen der bayerischen Brauer zuschreiben zu dürfen, wenngleich er (wie er in humoristischer Weise hinzufügte) nicht leugnen wolle, daß das Berliner Weißbier seine Güte vielleicht den „Spree-Algen" verdanke, die in dem zu seiner Bereitung dienenden Wasser zahlreich vorhanden seien.

Der Abgeordnete Dr. Windthorst, welcher zu seinem Frühschoppen das Getränk des edlen Waldmeisters gewählt hatte, hielt den Augenblick für gekommen, um den Kanzler über das jüngste Abkommen mit Spanien[2]) zu interpellieren. Der Fürst äußerte sich etwas zurückhaltend, und ging, nachdem er die Bedenken des Interpellanten zerstreut hatte, auf ein Gespräch über Holz und Holzverwendung ein, wobei er sich auch über die Absatzgebiete des Holzes aus seinem Forste verbreitete und erstaunliche Kenntnisse über die Detailverhältnisse der Holzproduktion in den Provinzen an den Tag legte.

---

[1]) Der gleichfalls anwesende Professor Schweninger hatte dem Kanzler ein erhebliches Quantum „echtes" ausnahmsweise erlaubt, jedenfalls ein erfreuliches Zeichen für das Wohlbefinden des Fürsten.

[2]) Bismarck hatte mit der spanischen Regierung Verhandlungen angeknüpft, um dieselbe zum Verzicht auf die Bindung des Roggenzolls zu bewegen.

Digitized by Google

Aus dem Gespräche mit Windthorst kursierte im Saale die scherzhaft vom Kanzler an den Centrumsführer gerichtete Frage, ob er nicht geneigt wäre, das Finanzministerium zu übernehmen; eine Möglichkeit, welche die Freunde des Herrn Scholz nicht eben sehr angenehm berührt haben soll.

Übrigens blieb die kleine Excellenz, nachdem der größte Teil der Abgeordneten wegen der beginnenden Plenarsitzung sich bereits verabschiedet hatte, noch längere Zeit mit dem Fürsten Bismarck zu traulicher Zwiesprache zurück. Dieselbe machte nach dem gewaltigen Schwadronshieb, den der Reichskanzler tags vorher (11. Mai 1885) gegen die Welfenpolitik geführt hatte [1]), einen eigentümlichen Eindruck und erinnerte ein wenig an die freundlichen Umarmungen, mit denen sich fürstliche Häupter unter allen Umständen, sei es auch kurz vor dem Ausbruch eines Krieges, begrüßen. Daß Dr. Windthorst trotz des tags vorher erfolgten Aufeinanderplatzens der deutschen und welfischen Politik der Einladung des Reichskanzlers Folge geleistet hatte, war ein neuer Beweis, wie gut er in neuerer Zeit politische Gegensätze von gesellschaftlichen Verhältnissen zu scheiden wußte.

In einer kleinen Gruppe saßen mehrere Abgeordnete zusammen, die von der Kolonialpolitik des Reichs sprachen. Fürst Bismarck, der dies hörte, mischte sich in die Unterhaltung mit dem Bemerken: „Meine Herren, die Kolonialpolitik wird nicht durch Generäle und nicht durch Geheime Räte gemacht, sondern durch Kommis von Handlungshäusern" [2]).

Dem Abgeordneten Holtzmann gab der Kanzler die erbetenen Aufschlüsse über das Sperrgesetz zu den Holzzöllen und über seine Cellulosefabrikation.

Über seine Sommerpläne äußerte sich der Kanzler wie folgt: Er gedenke sich anfangs nächster Woche auf einige Tage nach Schönhausen zu begeben, werde sodann zur Kur nach Kissingen gehen und von dort am 27. Juni in Berlin zurück sein. Die Hochzeit des Grafen Wilhelm Bismarck werde am 29. Juni zu Kröchlendorf stattfinden.

Gegen 1 Uhr fingen viele der Herren an auf die Uhr zu blicken: um besagte Stunde sollte nämlich in der Leipziger Straße Nr. 4, d. h. im Reichstage, die „Konvention zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Madagaskar" zur Beratung gelangen. Zurück blieben nur die „Unparlamentarischen", und die jüngeren Damen und Herren darunter unternahmen sogar noch ein Tänzchen.

Der Reichskanzler sah dem fröhlichen Tanze, seine Pfeife rauchend, mit augenscheinlichem Behagen geraume Zeit zu, bis sein Verlassen der Gesellschaft nach 2 Uhr auch die übrigen Teilnehmer zum Aufbruch mahnte.

---

[1]) Bismarck bemerkte dem welfischen Abgeordneten von der Decken gegenüber, seine Rede hätte von jedem Sozialdemokraten des Hauses gehalten werden können, ohne gegen die sozialdemokratische Theorie zu verstoßen.

[2]) Von der günstigen Entwickelung derselben geben die „Weißbücher" Zeugnis, welche Bismarck in Zwischenräumen unter die Mitglieder des Reichstags verteilen ließ. Zu vergl. die „Post" 1885, Nr. 12 (Bemerkungen englischer Blätter über die Reichstagsrede Bismarck's vom 10. Januar), Nr. 62, 63, 64, 66 (Auslassungen über die Kolonialrede Bismarck's am 2. März 1885), 75, 76 (desgl. über dessen Rede vom 13. März).

Digitized by Google

Im allgemeinen konnte der Kanzler mit dem am 15. Mai geschlossenen Reichstage zufrieden sein. Denn es waren zur Erledigung gekommen: die Zolltarifnovelle (Gesetz vom 22. Mai 1885, Reichs-Gesetzbl. S. 93), die Dampfersubventionsvorlage (Gesetz vom 6. April 1885, Reichs-Gesetzbl. S. 85), die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und die Börsensteuer [1]).

---

20. VII. Legislatur-Periode, II. Session 1885/86 [2]).

13. Januar 1886. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorff zu Tisch bei dem Fürsten Bismarck; der letztere unwohl (Zahnschmerzen).

3. Februar 1886. 1. parlamentarisches Diner, zu welchem 32 Abgeordnete des Landtags und des Reichstags versammelt waren [3]). Der Empfang der Erschienenen geschah im Konferenzsaale, während im weißen Saale gespeist wurde. Die Tafelordnung war so, daß zur linken und rechten Hand des Fürsten und der Fürstin, welche die Mittelplätze beider Tischseiten einander gegenüber inne hatten, sich die geladenen Gäste dem Alter nach aneinanderreihten, so daß die Jüngsten der Anwesenden die Tafel nach beiden Seiten abschlossen [4]).

---

[1]) Unerledigt blieb die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Landwirtschaft und das Postsparkassengesetz.

[2]) Dieselbe währte vom 19. November 1885 bis zum 26. Juni 1886.

[3]) Es nahmen teil: die Abgeordneten von Pilgrim, von Zastrow, von Cuny, von Tiedemann, Metzler, von Minnigerode, Böttcher, von Hasselbach, von Riedesel, Weber, Enneccerus, Oetker, von Helldorff, von Rheinbaben, von Eynern, von Rauchhaupt, von Puttkamer, von Colmar, Cremer, von Below, Hagens, Berger (Witten), Grimm, sowie Graf Herbert Bismarck, Graf Rantzau, Geheimrat Rottenburg.

[4]) Es ergab das folgende Anordnung:

Graf zu Rantzau	von Rheinbaben
von Riedesel	von Puttkamer-Templin
Dr. Wehr	von Colmar
von Zedlitz	Cremer
von Tiedemann-Bomst	von Below
Gerlich	Hagens
Schütt	von Helldorff
Zimmermann	Berger
von Bandemer	Dr. Grimm
Fürst Bismarck	Fürstin Bismarck
Dr. Oetker	von Pilgrim
Gräfin Rantzau	Simon von Zastrow
Graf Behr-Behrenhof	von Cuny
Douglas	von Tiedemann-Labischin
von Heyden	Metzler
von Oertzen	von Minnigerode
Dr. Enneccerus	Dr. Böttcher
Dr. Sattler	von Hasselbach
Graf Herbert Bismarck	Dr. Rottenburg

Digitized by Google

Nach dem Diner[1]) zog man sich in einen Nebensaal zurück, wo Kaffee mit Cognac und Curaçao serviert wurde. Der Fürst, welcher sich seine lange Pfeife mit Meerschaumkopf angezündet hatte, unterhielt sich viel, hauptsächlich mit den Freiherren von Minnigerode und von Zedlitz-Neukirch. Über die Gestaltung der bulgarischen Verhältnisse[2]) befragt, gab derselbe bereitwillige Auskunft.

In Bezug auf das Branntweinmonopol[3]) wiederholte Bismarck die bereits im Abgeordnetenhause dargelegte Auffassung, daß, wenn das Monopol nicht bewilligt würde, die Regierung sich in andrer Weise werde behelfen müssen. Die Gastwirte, so meinte der Reichskanzler, würden dann erst ihren Schaden erkennen, denn die Regierung würde die Lizenzsteuer vorschlagen und wohl auch durchsetzen; alsdann würde die Lage der Gastwirte, aber auch die der Konsumenten schlechter sein. Der Arbeiter würde sein Gläschen Branntwein für höheren Preis in schlechterer Qualität erhalten. Die Fabrikatsteuer erklärte der Reichskanzler für nicht annehmbar, da sie von den Brennern nicht ausgehalten werden könne.

Sehr erfreut und anerkennend äußerte sich der Reichskanzler über die Haltung der Landtagsmajorität gegenüber der Vorlage zum Schutz des Deutschtums in den Ostmarken (Polenfrage) und sprach sein Vertrauen darauf aus, daß die nationalen Parteien ihn auch in Zukunft in dieser Frage kräftig unterstützen würden[4]). Bismarck ließ durchblicken, daß es ihm ganz erwünscht sei, wenn ihm aus dem Abgeordnetenhaus heraus Vorschläge zur nationalen

---

[1]) Das Menu umfaßte folgende Gänge: 1. Austern, zu welchen Sekt gereicht wurde, 2. Suppe (purée de venaison), 3. Croquettes de volaille, 4. Rheinlachs à la hollandaise, 5. Marcassin de Varzin en croûte aux cerises, 6. Pâté de foie gras, 7. Soufflé de gelinottes aux truffes, 8. Cailles en chaufroix, 9. Poulardes rôties, Salades et Compots, 10. Cardons à l'Espagnole, 11. Gâteaux aux amandes, Sauce russe. 12. Plombière à l'Ananas. 13. Dessert. 1875er Rüdesheimer, feine Rotweine und des Fürsten berühmter Burgunder, gefolgt von schwereren Weinen, sowie Sektsorten begleiteten die einzelnen Gänge.

[2]) Am 2. Februar 1886 veröffentlichte die Pforte den mit Bulgarien geschlossenen Präliminar-Vertrag, betreffend Ostrumelien. Über Bismarcks Politik gegenüber Bulgarien vergl. die „Post" 1886, Nr. 245, 246, 247.

[3]) Unterm 22. Februar 1886 hatte Bismarck dem Reichstag einen Gesetzentwurf, betreffend das Branntweinmonopol, vorgelegt. Über die mysteriöse Frage des Nichterscheinens Bismarck's in der Branntweinmonopol-Kommission vergl. die „Vossische Zeitung" vom 6. und 14. März 1886, Nr. 109 und 123.

[4]) Am 28. Januar 1886 hatten im Abgeordnetenhause die Beratungen über den Antrag Achenbach — die Polenfrage betreffend — begonnen, und unmittelbar nach Begründung des Antrags durch den Abgeordneten von Rauchhaupt hatte Fürst Bismarck das Wort ergriffen; seine Rede war wohl geeignet, dem bescheidenen Hause am Dönhoffplatze die Aufmerksamkeit des gesamten Europas zuzuwenden. Sie begann mit einem Rückblick auf die vergeblichen Bemühungen der preußischen Regierung, die Polen zu assimilieren, und sie schloß mit einem ernsten Ausblick auf die deutsche Zukunft. Zu vergl. sind „Deutsches Tageblatt" 1886, Nr. 18 (Bismarck und die polnische Frage), 35 (Eindruck der Polenrede Bismarck's), 58 (Bismarck, die Hoffnung der Polen), die „Vossische Zeitung" 1886, Nr. 48 (Bismarck und die Polen), 50 (Eindruck der Polenrede Bismarck's in Österreich), 54 (desgleichen in Frankreich und Rußland), 58 (Zustimmungserklärung aus Österreich) und die „Post" 1886, Nr. 32, 34, 36 und 51.

Digitized by Google

Politik Preußens in Polen entgegengebracht würden. An die Erörterung über die Polenvorlagen, bei welcher insbesondere auch die Zusammensetzung und Organisation der Immediatkommission zur Leitung der Kolonisation eingehend beleuchtet wurde, knüpfte sich eine interessante Darstellung der Übelstände und Schwierigkeiten, welche bei der gegenwärtigen Organisation des preußischen Ministeriums und dem raschen Gange der Gesetzgebung die gründliche Detailbearbeitung größerer Gesetzvorlagen begegnet. Das zur Beseitigung derselben zum Teil bestimmte Institut des Staatsrats reiche dazu angesichts der Schwierigkeiten nicht aus, welche die Versammlung zahlreicher, in wichtigen Lebensstellungen stehende Männer zu längerem Aufenthalt in Berlin verursacht. Während als Regel für Gesetzesvorlagen das nonum prematur zwar nicht in annum, aber doch in mensem aufgestellt wurde, legte der Fürst doch auf die recht baldige Fertigstellung der Vorlagen zum Schutze des Deutschtums in den Ostseeprovinzen den größten Wert.

Auch private Themata wurden zum Teil in launiger Weise erörtert. So fand das neueste Lenbach'sche Porträt des Fürsten, bei aller Anerkennung für die technische Meisterschaft in der Ausführung und die Treue und Durchgeistigung der Auffassung, nicht allseitiges Lob insofern, als die historische Persönlichkeit des Fürsten darin nicht so sehr zum Ausdruck gekommen, als vielmehr die des Fürsten Bismarck intra muros, ein Umstand, der dadurch erklärt wurde, daß es dem ausführenden Künstler bis dahin nicht vergönnt gewesen war, dem Reichskanzler in politisch bedeutenden Momenten nahe gewesen zu sein. Den späteren Lenbach'schen Porträts kann dieser Vorwurf nicht mehr gemacht werden. Die Kunst ist hier in keiner Richtung einer Steigerung mehr fähig.

An die Erinnerung über die Erlebnisse der 1. Kavallerie-Division und insbesondere des 4. Ulanen-Regiments am 18. August 1870 anknüpfend, erzählte Fürst Bismarck, daß er am 19. August 1870 in Gesellschaft des amerikanischen Generals Sheridan und des Grafen Bismarck-Bohlen über den tiefen Grund vor der französischen Stellung hinausgeritten und dort plötzlich in lebhaftes Gewehrfeuer geraten sei. Er habe zu seinen Begleitern geäußert, daß seine Stellung und seine Pflichten gegen König und Vaterland ihm die gebieterische Pflicht auferlegen, sich derartigen Gefahren nicht ohne dringende Not auszusetzen, und daß er daher trotz der Bedenken, welche gegen einen Galopp den steilen Abhang abwärts erhoben würden, sofort außer Schußweite galoppieren werde. Er habe demgemäß sein Pferd alsbald in scharfen Trab gesetzt und sich so in den Grund in Sicherheit gebracht; mit ihm General Sheridan. Fürst Bismarck, welcher im Ganzen sich körperlich wohl zu fühlen schien, — bei der Fürstin waren die Spuren langer Krankheit noch zu sehen — betonte im Laufe des Gesprächs, daß er nur mit großer Anstrengung im stande sei, den anstrengenden Anforderungen des Dienstes, so wie er es für seine Pflicht halte, nachzukommen.

Gegen 9 Uhr verließen die Gäste das gastliche Haus in der Wilhelmstraße mit einer Fülle von angenehmen Eindrücken, die das heitere, gemütvolle Wesen

Digitized by Google

des Wirtes und der mit ihm an Zuvorkommenheit wetteifernden Mitglieder der fürstlichen Familie hervorzurufen wohl geeignet war.

10. Februar 1886. 2. parlamentarisches Diner. Eingeladen war der Gesamtvorstand des Hauses der Abgeordneten und außerdem Angehörige des Reichstags und des Landtags aus verschiedenen Fraktionen[1]).

Wie beim ersten Diner war das Alter für die Reihenfolge entscheidend[2]).

Das Menu war, wie immer, vorzüglich zusammengestellt und in seinen Einzelleistungen ausgezeichnet, Weine und Sekt von hervorragender Beschaffenheit. Nur fiel es wie oft schon früher auf, daß im Hause desjenigen Staatsmannes, der die deutsche Sprache mit beispiellosem Erfolge in die europäische und außereuropäische Diplomatie eingeführt und den ihr gebührenden Platz siegreich verteidigt hatte, bei Tische der französische Speisezettel nach wie vor in Geltung stand. Vielleicht versenkte sich hinter diesem Umstande die Ironie, daß die Bismarck'sche Politik den Franzosen die Revanche in der Küche nicht abschneiden wollte, um ihrem Thatendrange ein ihnen zusagendes Gebiet freiwillig zu überlassen, und sie dadurch von einer gefährlicheren Bethätigung ihrer Revanchegelüste abzuhalten. — Sowohl während des Diners wie nach demselben entzückte der Fürst den ihn umgebenden Kreis durch seine Frische und Munterkeit. Besonders trat dies hervor, als in einem der Nebensäle vor dem Bilde der Kaiserproklamation die bekannte Plauderecke etabliert war. Anknüpfend an ein ihm kürzlich zugegangenes Buch: „Als der Großvater die Großmutter nahm", gab der Reichskanzler eine ganze Reihe von Jugenderinnerungen zum besten. Der hierdurch angeschlagene Ton war maßgebend für die folgende Unterhaltung. Es

[1]) Aus dem Abgeordnetenhause waren erschienen von den Konservativen: von Koeller, von Liebermann, Graf Saurma, Bohtz, von Heydebrand, von Erffa; von den Freikonservativen: von Dziembowsky, Kennemann, Bopelius, Schmidt-Sagan, Schreiber (Nordhausen), Barth (Naumburg), von Balan; von den Nationalliberalen: von Benda, Dr. Gneist, von Eynern, Dr. Milhoff; vom Centrum: Dr. Peter Reichensperger, Freiherr von Huene, Prinz Arenberg; von der freisinnigen Partei: Worzewski. Aus dem Reichstag waren geladen: Stählin, Saro, von Fischer, von Lenz, von Kardorff, Holtzmann u. A. Dazu kamen noch: Graf Herbert Bismarck, Graf und Gräfin Rantzau und die Geheimräte Dr. Rottenburg und von Kurowski. — Am 17. Juni 1879 erging an Herrn von Erffa auf eine dem Fürsten Bismarck übersandte Zustimmungsadresse das folgende Schreiben:

„Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, den Unterzeichnern der an mich gerichteten Adresse aus dem 2. Meininger Reichstags-Wahlkreise meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln. Ich habe mich gefreut, aus dortiger Gegend eine so vielfache Anerkennung der beantragten Reformen zu hören. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie dieselben auch im weiteren Verlaufe kräftig unterstützen und dadurch den mit so verschiedenen Mitteln betriebenen Widerstand überwinden helfen werden. v. Bismarck.

[2]) Herr von Köller, als Präsident hatte die Ehre, die Frau Fürstin zu Tisch zu führen. Auf der andern Seite hatte Reichensperger Platz genommen. Auf der rechten Seite des Fürsten saß Benda als Vize-Präsident, auf der linken Seite Kennemann als ältestes Mitglied der Gesellschaft. Gräfin Rantzau wurde von Herrn Benda geführt und hatte Herrn Worzewski auf der andern Seite als Tischnachbar. Es folgten die andern Herren in der Weise, daß die Enden der Tafel auf der einen Seite mit Graf Rantzau und Dr. Rottenburg, auf der andern Seite mit Graf Herbert Bismarck und von Kurowski besetzt waren.

Digitized by Google

kam zwar zwischendurch auch die bedrängte Lage der Landwirte zur Sprache, aber im allgemeinen dominierte die bloße gesellschaftliche Plauderei. Ein etwas malitiös angehauchter Freikonservativer glaubte das gänzliche Vermeiden eigentlich politischer Themata der Rücksicht des Fürsten auf die anwesenden Gäste aus dem Centrum zuschreiben zu müssen; doch hütete er sich, auf die Motive dieser Rücksicht näher einzugehen. — Gegen neun Uhr verabschiedeten sich die Eingeladenen von ihrem fürstlichen Wirt, der seiner Gewohnheit entsprechend jeden einzelnen mit einem warmen Händedruck und einigen freundlichen Worten entließ.

2. März 1886. 3. parlamentarisches Diner von ca. 40 Gedecken zu Ehren des Reichstags[1]). Die Fürstin von Bismarck war durch Unwohlsein verhindert und die Gräfin Rantzau machte an ihrer Stelle die Honneurs[2]). Nach Beendigung der Tafel fand eine animierte Unterhaltung statt, welche sich nach kurzer Besprechung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Waldkulturen auf den fürstlichen Gütern der Währungsfrage[3]) zuwandte und bei diesem Gegenstande verblieb, bis die Gesellschaft sich trennte.

Der Reichskanzler, der den Christus-Orden trug, lenkte selbst das Gespräch auf dieses Thema. Er erklärte, das Terrain für internationale bimetallistische Verträge sei doch nicht genügend sondiert, die Verantwortung, die einen leitenden Staatsmann treffe, sei sehr schwerwiegend. Er ging dann auf die mutmaßliche Wirkung des Bimetallismus ein und erhob dagegen einige Bedenken, denen gegenüber der Reichstagsabgeordnete von Schalscha nachwies, wie die Zölle durch die Länder mit Papierwährung und Silberwährung paralysiert würden. Eine sehr wichtige Frage sei die, ob der Rubel, die Rupie ihre Kaufkraft bewährt hätten. „Herr von Mirbach, — so fuhr der Kanzler fort, sich gegen den später in den Kreis eingetretenen Freiherrn von Mirbach-Sorquitten wendend — „hat mir einen interessanten Brief aus Rußland übermittelt, wonach dort die Löhne allerdings, in den baltischen Provinzen wenigstens, recht hoch sind."

Freiherr von Mirbach: „Mir sind die Lohnverhältnisse im nördlichen Rußland aus eigener Anschauung sehr wohl bekannt. Seit Emanzipation der Bauern sind Lohnarbeiter in Rußland schwer zu haben, verhältnismäßig teuer. Aber,

---

[1]) Es nahmen teil vom Reichstag: Präsident von Wedell-Piesdorf, die beiden Vize-Präsidenten Freiherr zu Franckenstein und Hoffmann; die Abgeordneten Graf Adelmann, Graf Dönhoff, Meyer-Jena, Buhl, von Kulmiz, Feustel, Marquardsen, von Schalscha, von Carlowitz, Hartmann, Bürklin, Fürst Hohenlohe, Porsch, von Neurath, von Köller, von Maltzahn, Graf Kleist, Freiherr von Landsberg, Dietze, von Unruh, von Mirbach, Graf Stolberg, Wörmann und Graf Strachwitz. Vom Landtag waren nur die Abgeordneten Graf Limburg-Stirum, von Quast und Stenge zugezogen, außerdem Graf Herbert Bismarck, Graf Rantzau, Graf Berchem, von Brauer und Dr. Rottenburg.

[2]) An ihrer Seite saßen der Präsident von Wedell und der zweite Vize-Präsident Herr Hoffmann, während der erste Vize-Präsident Freiherr zu Franckenstein zur Rechten des Fürsten seinen Platz hatte, an dessen linker Seite der Abgeordnete Feustel saß.

[3]) In der Etatsrede des Finanzministers von Scholz im Abgeordnetenhause am 21. und 22. Januar 1886 hatte sich derselbe für die Goldwährung ausgesprochen. Man vergleiche auch die einschlägigen Verhandlungen im Reichstag am 6., 10. und 11. Februar 1886 bei dem Titel Münzwesen.

Digitized by Google

und das weist der Brief nach, seit und trotz des erheblichen Sinkens des Rubelkurses sind die Löhne nicht gestiegen. Auch für die von dem internen russischen Gewerbe produzierten Hauptartikel ist der Preis stabil geblieben und damit die Kaufkraft des Rubels, wie das der Brief auch nachweist." Fürst Bismarck: „Glauben denn die Herren in der That, daß die Doppelwährung eine Preissteigerung hervorrufen würde? dann würde ich entschieden für dieselbe sein. Der Reichskanzler hob dabei die Bedenken hervor, welche gegen eine vertragsmäßige Relation der Metalle geltend gemacht werden, und meinte, dann wäre ihm unter Umständen die Silberwährung lieber. Freiherr von Mirbach, sich gegen die goldwährungsfreundlichen nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, welche eine Preissteigerung durch die Doppelwährung bestreiten, wendend: „Das haben Sie ja in allen Ihren Schriften und Ausführungen behauptet, der Bimetallismus würde eine erhebliche Preissteigerung herbeiführen, welche allgemein nachteilig sei." — Auf den Zwischenruf: Nein, nein! i bewahre! ruft Graf Udo Stollberg: „Jawohl, meine Herren, das haben Sie stets und bei jeder Gelegenheit behauptet." Freiherr von Mirbach fortfahrend: „Das kann ich Ihnen aus den verschiedenen Schriften nachweisen. Aber wenn das richtig ist, was auch wir Bimetallisten behaupten, so muß auch das richtig sein, daß die Goldwährung, die Restriktion des Geldes, die entgegengesetzte Wirkung gehabt hat: Preisdruck, wirtschaftliche Not. Selbst wenn unserem Geldwesen einmal Schwierigkeiten aus dem Bimetallismus erwüchsen, was ich bestreite, welchen geringen Bruchteil des Nationalvermögens bildet das gemünzte Geld? Seine Werterhöhung ist relativ ein minimaler Gewinn (an sich), seine Wertminderung ein ebenso minimaler Verlust. Die Schwierigkeit internationaler Verträge verkenne ich nicht. Geben Sie mir ein anderes Mittel, was ausführbar ist, die wirtschaftliche Not, insbesondere der Landwirtschaft, zu beseitigen, so spreche ich kein Wort mehr von Währung." Zwischenruf: Dreifache Zölle! Freiherr v. Mirbach: „Werden Sie, d. h. der Reichstag, die bewilligen, werden sie auch aufrecht erhalten werden können? Ist Ihre Goldwährung gut, nun, so führen Sie sie durch." Der Reichskanzler ging dann auf das billige Geld, die Konvertierungen, über, wobei Freiherr v. Mirbach auch noch bemerkte: der sinkende Zinsfuß sei eine Folge der wirtschaftlichen Depression. Ersterer wies ferner darauf hin, daß er vor den Schwierigkeiten eines Gegenstandes nicht zurückschrecke. Das habe er beim Zolltarif bewiesen, dessen Einführung er mit aller Energie betrieben, nachdem ihm klar geworden, daß die bis dahin verfolgte Wirtschaftspolitik eine verkehrte gewesen sei. Bezüglich der Währungsfrage ständen indessen die Verhältnisse augenblicklich so, daß er die Verantwortung für die Komplikationen, die Deutschland aus der von letzterem allein wieder aufzunehmenden Doppelwährung gegenüber dem Geldmarkte erwachsen würden, als leitender Staatsmann nicht übernehmen könne. Im weiteren Verlaufe der Diskussion, die mehr und mehr den Charakter einer parlamentarischen Debatte nebst den obligaten Zwischenrufen annahm, nahm Bismarck die Gelegenheit wahr, nochmals die Bekassinenjagd-Geschichte, deren er nicht, wie es anfangs hieß, einem nationalliberalen Abgeordneten

Digitized by Google

sondern zunächst einem amerikanischen Silberwährungsmanne und Verbündeten der größten amerikanischen Silberminenbesitzer, Herrn Mackey gegenüber Erwähnung gethan, klar zu stellen. Der Betreffende, welcher den Fürsten vor etwa Jahresfrist in Friedrichsruh aufgesucht hatte, um ihn bezüglich der Währungsfrage zu sondieren, erhielt die Antwort, daß der Fürst in Friedrichsruh, wo er das gesamte Terrain genau kenne, allenthalben mit größter Ruhe und Sicherheit der Bekassinenjagd nachgehe; anders verhielte es sich bei den im ausgedehnten Bereiche seiner Besitzungen in Varzin liegenden pommerschen Sumpfstrecken[1]). Da sei die größte Vorsicht geboten, und man dürfe keinen Schritt weiter thun, ohne sich vergewissert zu haben, daß der scheinbar sichere Boden den Jäger auch trage. Die Nutzanwendung, die aus diesem Vergleiche sich für die Behandlung der Währungsfrage ergiebt, liegt auf der Hand[2]).

Da bezüglich der Äußerungen des Fürsten Bismarck über die Währungsfrage verschiedene Lesarten kursierten, so will ich hier noch einschalten, was ich darüber aus dem Munde des früheren Reichstagsabgeordneten von Schalscha, also einem der direkt Beteiligten, erfahren habe:

Sobald sich das Gespräch der Währungsfrage zugewendet hatte, wurde von Schalscha als Sachverständiger vorgeschoben, und er war es, der mit dem Fürsten

---

[1]) Am 28. Februar 1886 schrieb die „Norddeutsche Allemeine Zeitung", Nr. 99: Durch mehrere Zeitungen geht die angeblich von dem hiesigen Berichterstatter der „Magdeburger Zeitung" herstammende Notiz, daß Fürst Bismarck vor kurzem einem nationalliberalen Abgeordneten gegenüber bei Besprechung der Forderung der Bimetallisten, daß die deutsche Reichsregierung in internationale Verhandlungen wegen der Doppelwährung sich einlassen solle, die Äußerung gethan habe, „wenn er auf seinen Gütern auf die Bekassinenjagd gehen wolle, so müsse er sich zwar auch in neblige Sümpfe begeben, kenne aber genau die Stellen, wo die Bekassinen anzutreffen und auch zu schießen seien; nur in solche Sumpfwiesen begebe er sich in diesem Falle." Fürst Bismarck hat, wie wir bestimmt versichern können, diese völlig sinnlose Äußerung nicht gethan, vielmehr hat er sich dahin ausgesprochen, daß er, wenn er auf die Bekassinenjagd gehe, ein Terrain, welches ihm nicht genau bekannt sei, nur betrete, nachdem er es vorher sondiert habe. In welcher Beziehung diese Bemerkung zu der Frage des Bimetallismus steht, brauchen wir wohl nicht weiter darzulegen.

[2]) Die Bimetallisten sowohl als die Goldwährungsmänner suchten aus den Äußerungen Bismarck's Kapital zu schlagen. Jede Partei stutzte demgemäß das Referat seiner Ansicht nach zu. Nach den „Berliner Politischen Nachrichten," welche mit der Reichskanzlei gute Verbindung hatten, nahm Bismarck aus den von den Abgeordneten Freiherr von Mirbach und von Schalscha gegebenen Anregungen Anlaß, „auf die Verschiedenheit der Stellung des verantwortlichen Ratgebers der Krone und der unverantwortlichen Privatpersonen hinzuweisen, welche vielleicht Bestrebungen sich hingeben dürften, von denen sich nicht übersehen läßt, wohin der Weg am Ende führt, während der verantwortliche Staatsmann Schritte von so großer Bedeutung nicht unternehmen darf, ohne völlig sicher deren Wirkung übersehen zu können. Nun sei zwar ganz sicher, daß unser Außenhandel von der internationalen Einführung der Doppelwährung unter Ausschluß Englands schwer leiden werde, dagegen sei der Nachweis erst zu erbringen, daß die Argumente, auf welche die Anhänger der Doppelwährung sich stützen, zutreffen und die Folgen, welche sie von deren Einführung erhoffen, wirklich zu erwarten sind." Aus allen Darstellungen ist zu ersehen, daß Fürst Bismarck die Frage mit Rücksicht auf die Lage der Landwirtschaft des Studiums wert hielt, sich aber freie Hand behalten wollte und zur Zeit nicht daran dachte, sich den Bimetallisten zu überliefern.

Digitized by Google

längere Zeit die Konversation führte. Bismarck hütete sich aber, zur Frage irgendwie selbst positiv Stellung zu nehmen. Er beschränkte sich vielmehr ausschließlich darauf, Zweifel über die Vorteile der Doppelwährung und die Möglichkeit ihrer Einführung auszusprechen und Fragen zu stellen, die allerdings ersehen ließen, daß die Sache anfing ihn persönlich zu beschäftigen.

„Wie wollen Sie es hindern, daß der Preis des Silbers heruntergeht?" — — „Wie kann man zwischen zwei Waren einen Wert bezw. ein Preisverhältnis fixieren?" — —

„Es geschieht das doch Tag für Tag. Man denke nur, wie oft mächtige Faktoren, z. B. Hamburger Kaufleute, den Preis einer Ware festsetzen, ohne daran rütteln zu lassen. Entschließt sich erst gar der mächtige Staat bezw. die großen Kulturstaaten zu einer solchen Festsetzung, so wird dieselbe unzweifelhaft durchführbar sein."

„Mit demselben Rechte — fuhr Bismarck fort — könnte ein festes Preisverhältnis auch zwischen Silber und Eisen statuiert werden." — —

„Doch nicht! Denn Eisen kann man in beliebigen Quantitäten produzieren, bei Silber und Gold, den Edelmetallen, möchte ich dies nicht so unbestritten behaupten."

Es wurde u. a. auch die Rede, welche Bischof Kopp in der Sitzung des Herrenhauses vom 27. Februar hielt[1]), und die Angriffe, welche die kleine klerikale Presse aus diesem Anlaß gegen den Bischof gerichtet hat, erwähnt. Fürst Bismarck bemerkte, daß man sich von Anfeindungen der bezeichneten Art nicht beirren lassen dürfte, dieselben vielmehr mit Nichtachtung strafen müsse.

Nach einer unverbürgten Lesart soll Bismarck nach dem Diner geäußert haben, die Nationalliberalen möchten sich nicht in den Schlund des Branntweinmonopols stürzen. Dazu hatten sie ohnehin keine Lust und deshalb brauchte der Kanzler ihnen auch keinen bezüglichen Rat zu erteilen.

8. März 1886. 4. parlamentarisches Diner, wozu etwa dreißig Einladungen an Mitglieder des Herrenhauses ergangen waren. Neben der Fürstin saßen der Herzog v. Ratibor und Geheimrat Beseler, neben dem Fürsten Graf Arnim-Boitzenburg und Graf Otto Stolberg-Wernigerode[2]).

---

[1]) Bei Beratung des Antrags Dr. Dernburg, von Kleist-Retzow und Genossen, das Herrenhaus wolle erklären, die Staatsregierung dauernd bei ihrer Aufgabe, den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen unterstützen zu wollen hielt Bischof Dr. Kopp eine sehr patriotische Rede, worin er u. a. bemerkte, die Liebe, das Interesse und der Sinn für die Würde und Größe des Vaterlandes müsse jedem Landeskinde innewohnen, und die Kirche habe die Pflicht, die sittlichen Tugenden im Volke zu wecken und zu pflegen.

[2]) Anwesend waren ferner: Bischof Kopp, die Minister Friedenthal und von Bernuth, Graf Pückler-Schedlau, von Decke nd, die Präsidenten Röttger und Oehlschläger, von Kleist-Retzow, von Rochow-Plessow, Graf Radolinski, Fürst Isenburg-Birstein, die Grafen Brühl und Frankenberg, von Sprenger, von Manteuffel, Oberbürgermeister Dr. Miquel, Adams, Dr. Dernburg, Ostermeyer und Meyer (Celle). — Freiherr von Manteuffel-Crossen, jetzt der Führer der konservativen Partei, war zur Zeit, als Bismarck im Amte, noch ein verhältnis-

Digitized by Google

Nach beendeter Tafel nahm der Fürst, der wiederum den Stern des Christusordens trug, in einem engeren Plauderkreise Platz. In seiner nächsten Nähe bemerkte man auf der einen Seite den Herzog von Ratibor, den Dr. Kopp, der in bischöflicher Kleidung erschienen war, und Graf Brühl, auf der andern Seite Justizrat Adams, Geheimrat Dernburg und Dr. Miquel. Der Reichskanzler erzählte aus seiner Jugend, daß ihm eine Gehaltszulage von dreihundert Thalern geboten worden sei, wenn er eine Stelle im Posenschen annehmen wolle; er würde solche Anordnungen auch heute als richtig betrachten. Gegen die Einführung der Erbpacht in die Kolonisationsvorlage erklärte sich Fürst Bismarck als zu mittelalterlich-feudal, dagegen könne man bis zu fakultativen Rentengütern gehen, neben diesen müsse aber auch Zeitpacht und einfacher Kauf zulässig bleiben. Auf die Bemerkung des Dr. Dernburg, daß die Mark das beste Kolonisationsmaterial gebe, erklärte Fürst Bismarck, die Schwaben seien dazu ganz besonders geeignet, als ein echter deutscher Stamm, der seine Nationalität mit besonderer Zähigkeit unter fremden Völkern aufrecht erhalte. In ungemein anerkennender Weise sprach sich der Fürst über den Papst aus. Leo XIII. sei einer der scharfsichtigsten und erleuchtetsten Staatsmänner unserer Zeit, der erkannt habe, welche Bedeutung ein konservatives und geordnetes Staatswesen im Mittelpunkt Europas, wie Deutschland, gegenüber der allgemeinen Lage der Verhältnisse besitze[1]).

Der Fürst wiederholte, daß er auf strengen Befehl des Arztes den Reichstag habe meiden müssen, er fühle noch immer Beklemmungen der Brust. — —

Die Reichstagssession war weniger fruchtbringend als die Landtagssession. Der Reichstag genehmigte zwar die Herstellung des Nord-Ostsee-Kanals (Gesetz vom 16. März 1886, Reichs-Gesetzbl. S. 58) und die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter (Gesetz vom 5. Mai 1886), dafür lehnte er das Tabakmonopol und demnächst zwei Entwürfe, betreffend die Besteuerung des Branntweins, ab, so daß die Reichssteuerreform wieder nicht in Fluß kam. Der Landtag half Bismarck den Kulturkampf beseitigen (Gesetz, betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze, vom 21. Mai 1886, Gesetz-Sammlung S. 147) und er folgte ihm willig auf dem Gebiete der Maßregeln zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken (Gesetz, betreffend die Förderung deutscher Ansiedelung in den Provinzen Westpreußen

---

mäßig zu junger Parlamentarier, um mit dem Kanzler andere als persönliche Beziehungen zu haben. Um so freundlicher gestalteten sich die letzteren; Fürst Bismarck hat für den Sohn seines früheren Vorgesetzten, des Staatsministers Freiherrn von Manteuffel, stets die besten Gefühle gehegt. Als der letztere noch im Ministerium des Äußern in Berlin, Wilhelm-Straße Nr. 76, wohnte, hatte Bismarck, der oft von Frankfurt nach Berlin berufen wurde, daselbst sein eigenes Zimmer.

[1]) Notiz in betreff eines Dankschreibens des Papstes für die anerkennenden Worte des Fürsten Bismarck gelegentlich des parlamentarischen Diners, siehe die „Post“ 1886, Nr. 72. Man vergl. das „Deutsche Tageblatt“ 1886, Nr. 31 (Bismarck in der Sitzung vom 28. Januar über den Kulturkampf), Nr. 104 (Bismarck's Stellung zum Kulturkampf).

Digitized by Google

und Posen, vom 26. April 1886, Gesetz-Sammlung S. 131, und Gesetz, betreffend die Errichtung und Erhaltung von Fortbildungsschulen in diesen Provinzen, vom 4. Mai 1886, a. a. O. S. 143).

18. Juli 1886. Der Führer der bayerischen Nationalliberalen Dr. von Schauß wird vom Fürsten Bismarck in Kissingen zur Tafel geladen.

---

21. VII. Legislatur-Periode, I. Session 1887 [1]).

Die Thronrede für den am 25. November 1886 eröffneten Reichstag bezeichnete als wichtigste Aufgabe die fernere Sicherstellung des Reichs. Als der Reichstag die Gesetzesvorlage, nach welcher die Erhöhung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke erfolgen sollte, mit 181 gegen 154 Stimmen abgelehnt hatte, erfolgte sofort dessen Auflösung. Die Neuwahlen zum Reichstag ergaben einen imposanten Sieg der Septennatsparteien.

6. März 1887. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorf bei dem Reichskanzler zu Tisch, um mit demselben die durch die Neuwahlen geschaffene politische Situation zu besprechen.

11. März 1887. Parlamentarisches Diner. Die Einladungen waren nur an Mitglieder des Reichstags ergangen, und zwar außer an die Präsidenten an die hervorragendsten Mitglieder beziehungsweise Führer der Nationalliberalen und der beiden konservativen Parteien [2]).

In dem Reichstags- und Landtagsabgeordneten Dr. Reinhold begrüßte der Reichskanzler das jüngste Mitglied des Reichstags, wie er glaubte, doch traf

---

[1]) Die III. Session der VI. Legislaturperiode dauerte nur vom 16. bis 20. September 1886 und betraf die Verlängerung des Handels- und Schiffahrtsvertrags mit Spanien. Die IV. Session derselben Legislatur-Periode währte vom 25. November 1886 bis 14. Januar 1887 und endete infolge der Auflösung des Reichstags. Die I. Session der VII. Legislatur-Periode dauerte vom 3. März bis 18. Juni 1887.

[2]) Es waren geladen die drei Präsidenten des Reichstags: von Wedell-Piesdorf, Dr. Buhl und von Unruhe-Bomst, ferner von Helldorff, von Rauchhaupt, Dr. von Frege, Dr. Hartmann, Erbprinz zu Hohenlohe Oehringen, Graf von Holstein, Graf von Kleist-Schmenzin, von Köller, Graf von Behr-Behrenhoff, von Kardorff, Dr. von Kulmiz, Herzog von Ratibor, von Baumbach, Freiherr von Ellrichshausen, Dr. Miquel, von Bennigsen, Dr. Bürklin, Dr. Reinhold, Hobrecht, von Fischer, Dr. Marquardsen, von Benda, Öchelhäuser, Dr. Tröndlin, Freiherr von Degenfeldt und Fürst zu Carolath-Beuthen. Von der Umgebung Bismarck's waren außer seinen Damen zu Anfang nur noch Graf Rantzau und Geheimrat Rottenburg zugegen. Die Geladenen erschienen Punkt sechs Uhr und wurden von der Fürstin Bismarck, welcher ihre Tochter, die Gräfin Rantzau, zur Seite stand, bewillkommnet. — Der Abgeordnete Dr. Tröndlin hatte, da derselbe mehrere Jahre das Amt eines Schriftführers im Reichstag übernommen hatte, verhältnismäßig oft Gelegenheit mit Bismarck in Verkehr zu treten. Derselbe hielt 1885 bei der Bismarckfeier in Leipzig die Festrede; dieselbe erschien im Druck bei Schloemp in Leipzig unter dem Titel: B. Tröndlin, Bismarck als Staatsmann und Parlamentarier.

Digitized by Google

dies nur für das Abgeordnetenhaus zu. Das Diner[1]) war von der üblichen Opulenz. Nach Schluß desselben, als die Damen sich zurückgezogen hatten, begann in dem Dreikaiserzimmer, in welchem auch das Jubiläumsfestgeschenk der Kaiserlichen Familie, „A. von Werner's Kaiserproklamation in Versailles" hängt, das wohlbekannte Tabakskollegium. Der Fürst rauchte seine lange Pfeife, die andern Herren sprachen den Cigarren und dem bayerischen Nationalgetränk zu. Der Fürst hatte sich neben den Präsidenten von Wedell und von Bennigsen gesetzt, an welche sich von Rauchhaupt, Dr. von Frege, Dr. Hammacher, Dr. Marquardsen, von Kardorff und der Herzog von Ratibor schlossen.

Fragen der aktuellen Politik wurden nicht berührt, und die nicht vertreten gewesenen Parteien konnten darüber ganz beruhigt sein, daß keinerlei schlimme Pläne zwischen dem Reichskanzler und der neuen Reichstagsmehrheit ausgesonnen worden waren. Dagegen erzählte der Reichskanzler in der liebenswürdigsten Laune und mit seinem großen Geschick, durch ein einziges Beiwort eine ganze Persönlichkeit zu charakterisieren, von einer ganzen Reihe von Männern, mit denen er in seinem langen politischen Leben zusammengekommen. Der Premierminister von Manteuffel, der Reichskanzler Graf Nesselrode, Gortschakow, Mentschikow, Heinrich von Gagern[2]) und tutti quanti erschienen auf der Bildfläche, es fehlte aber auch nicht an allgemeinen Betrachtungen, wie über den Unterschied der früheren und gegenwärtigen politischen Generation in unserm östlichen Nachbarreiche, das Verhältnis des deutschen und russischen Elementes in der russischen Gesellschaft und was damit zusammenhing. Mit ganz besonderem Zutrauen sprach sich der Fürst über

---

[1]) Zur Rechten des Fürsten saß bei der Tafel der erste Vize-Präsident des Reichstags Dr. Buhl, zur Linken der nationalliberale Abgeordnete Generallieutenant Freiherr von Degenfeldt. Die Fürstin Bismarck hatte den Reichstagspräsidenten von Wedell-Piesdorf zur Rechten, den Herzog von Ratibor zur Linken. Die andern Gäste saßen in bunter Reihe. Die Tafel währte über eine Stunde.

[2]) Bei einer andern Gelegenheit hatte Fürst Bismarck über den einst viel gefeierten Heinrich von Gagern gesagt: „Er läßt seine Töchter katholisch erziehen. Nun, wenn er den Katholizismus für besser hält, so ist dagegen nichts einzuwenden; nur sollte er dann selber katholisch werden. So ist es nur Inkonsequenz und Feigheit. — Ich entsinne mich, 1850 oder 1851, da hatte Manteuffel Befehl bekommen, eine Verständigung zwischen den Gagernschen und den Konservativen von der preußischen Partei zu versuchen — wenigstens so weit, wie der König in der deutschen Sache gehen wollte. Er nahm mich und Gagern dazu, und so wurden wir eines Tages zu einem souper à trois bei ihm eingeladen. Zuerst wurde wenig oder gar nicht von Politik gesprochen. Dann aber ergriff Manteuffel einen Vorwand, uns allein zu lassen. Als er hinaus war, sprach ich sogleich von Politik und setzte Gagern meinen Standpunkt auseinander und zwar in ganz nüchterner sachlicher Weise. Da hätten Sie aber den Gagern hören sollen. Er machte sein Jupitersgesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte die Augen und schlug sie gen Himmel, daß es förmlich knackte, und sprach zu mir mit seinen großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. — Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiderte kühl, und wir blieben auseinander wie bisher. Als Manteuffel dann wieder hereingekommen war und der Jupiter sich entfernt hatte, fragte er mich: „Nun, was haben Sie zu stande gebracht mit einander?" — „Ach", sagte ich, „nichts zu stande gekommen. Das ist ja ein ganz dummer Kerl. Hält mich für eine Volksversammlung — die reine Phrasengießkanne. Mit dem ist nicht zu reden!"

Digitized by Google

Papst Leo XIII. in einer Unterhaltung im engeren Kreise aus. Nach Tisch fand sich auch der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck ein, der infolge der Teilnahme an dem Diner bei dem Kaiser vorher zu erscheinen behindert war. Demselben wurden zur Verleihung des russischen weißen Adlerordens von allen Seiten Glückwünsche dargebracht. Es dürfte wohl der erste Fall gewesen sein, daß einem Ausländer am Geburtstag des Kaisers von Rußland eine solche Auszeichnung zu teil geworden war.

28. März 1887. Die Reichstagsabgeordneten Miquel, von Kardorff, von Helldorff und Dr. Buhl bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch; bei dieser Gelegenheit werden die Grundlagen des dem Reichstag unterm 5. Mai 1887 vorgelegten Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, durchberaten und endgültig beschlossen.

Die auf den Kartell-Reichstag gesetzten Erwartungen sind voll eingetreten. Die Regierung einigte sich mit demselben über die Militärvorlage[1]), über eine ergiebigere Besteuerung des Branntweins und des Zuckers[2]) bei gleichzeitigem Schutze des Branntweingewerbes, und über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Seeleute und die bei Bauten beschäftigten Personen. Die Sozialgesetzgebung war so weit vorgeschritten, daß Mitte November 1886 bereits die Grundzüge der späteren Alters- und Invalidenversicherung veröffentlicht werden konnten.

Über einen Besuch des Abgeordneten Hastedt beim Fürsten Bismarck am 28. Oktober 1887 berichtet der „Harburger Anzeiger“ vom 31. Oktober 1887, Nr. 254: „Unser Reichstagsabgeordneter, Senator Hastedt, welcher seit längeren Jahren geschäftliche Beziehungen mit den Gütern des Fürsten Bismarck unterhält und dem wohl in erster Linie aus diesem Grunde, schon in Berlin, mehrfach die Ehre zu teil wurde, von dem Fürsten zu Tisch eingeladen zu werden, erhielt jüngst wieder eine Einladung nach Friedrichsruh, wo derselbe am Freitag zur fürstlichen Familientafel gezogen wurde, an der außer dem Fürsten und der Fürstin, auch der Schwiegersohn Graf Rantzau, Professor Schweninger und noch einige Gäste teilnahmen.

Nach Aussage des Herrn Hastedt, welcher von dem Fürsten durch längere Unterhaltungen ausgezeichnet wurde, ist das Befinden des Reichskanzlers erfreulicherweise vortrefflich und wird derselbe, obgleich die Eröffnung des Reichstags etwa am 24. November erfolgen dürfte, schwerlich vor Neujahr nach Berlin kommen, es müßte denn schon vom Kaiser eine frühere Rückkehr gewünscht werden oder Zwischenfälle eintreten, welche dieselbe notwendig machten.

Bei der Unterhaltung über den Hamburger Zollanschluß und die damit verbundenen großartigen Bauten nahm Herr Hastedt Veranlassung zu erwähnen, daß für die weitere Entwickelung der Stadt Harburg eine Fahrbrücke über die

[1]) Gesetz, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 11. März 1887, Reichs-Gesetzbl. S. 117.

[2]) Gesetz, betreffend die Besteuerung des Branntweins, vom 24. Juni 1887, Reichs-Gesetzbl. S. 253; Gesetz, betreffend die Besteuerung des Zuckers, vom 9. Juli 1887, a. a. O. S. 308.

Digitized by Google

Süderelbe notwendig sei. Die Stadt bemühe sich bei den direkt in Frage kommenden Ministerien um die Verwirklichung des auch vom Herrn Regierungspräsidenten Lodemann in Lüneburg günstig angesehenen Projekts und bat Herr Hastedt den Fürsten, falls an ihn als Handelsminister die Angelegenheit herantrete, um wohlwollende Beurteilung.

Der Fürst erkundigte sich angelegentlichst nach den hierbei in Frage kommenden weiteren Umständen, und wenn er auch natürlich keine Versprechungen machte, so meinte derselbe, nachdem er den ungefähren Kostenbetrag erfahren, „da wäre ja wohl am Ende über zu kommen."

Herr Hastedt rühmt die bestrickende Liebenswürdigkeit des Fürsten als Gastgeber und die joviale Weise, mit welcher derselbe sich mit seinen Gästen unterhält. Obgleich der Fürst seinen Gast einlud, die Nacht in Friedrichsruh zu bleiben, zog es Herr Hastedt vor, den Abend abzureisen, zu welchem Zwecke dann der Fürst den Kurierzug in Friedrichsruh halten ließ.

An diese Mitteilungen mag ein kleines Scherzwort des Fürsten geknüpft werden, das um dieselbe Zeit ein andrer Friedrichsruher Gast des Reichskanzlers erzählte. Man war gerade im Begriff, bei der Mittagstafel die Suppe einzunehmen, als ein Telegramm aus Berlin überreicht wurde. Der Fürst erhob sich, nachdem er den schon zur Hand genommenen Löffel wieder zur Seite gelegt hatte, und entschuldigte sich seinen Gästen gegenüber damit, daß das Telegramm eine sofortige Beantwortung verlange. Als darauf einer der Gäste sich erlaubte, den Fürsten in scherzhafter Weise zu bitten, doch die Suppe nicht kalt werden zu lassen, entgegnete der Fürst mit komisch-ängstlicher Miene: „Um Gotteswillen nicht — das Telegramm ist von Herbert, meinem Sohn, und wenn ich den warten lasse, schickt er mir sofort ein zweites dringendes Telegramm; in seinen Arbeiten liebt er keine Verzögerung, und das ist gut so; wenn ich in meiner Jugend nur halb so fleißig gearbeitet hätte, wie mein filius, dann wäre aus mir vielleicht noch etwas ganz Andres geworden."

---

22. VII. Legislatur-Periode, II. Session 1887/88 [1].

Die Krankheit des Kronprinzen und die neue Wehrvorlage standen bei der Eröffnung des Reichstags im Vordergrund.

17. Januar 1888. 1. parlamentarisches Diner. Einer der anwesenden Tischgäste sagte zu dem Fürsten, wie es wohl zu erklären sei, daß trotz der anscheinend günstigen Aussichten für die Erhaltung des Friedens die Börse noch ängstlich wäre. Die Antwort des Fürsten zerfiel in drei sich schnell folgende Sätze. Der erste ging dahin, daß wir, wie die neuesten Vorgänge hoffen ließen,

---

[1]) Dieselbe währte vom 24. November 1887 bis 20. März 1888.

Digitized by Google

für zwei oder drei Jahre kaum einen Krieg zu befürchten hätten. Dies schränkte der Fürst aber dann durch den Satz ein: „Für dieses Jahr wenigstens möchte ich dies mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen,“ und fast ohne Unterbrechung fügte er hinzu: „Allerdings habe ich dies auch im Jahre 1870 geglaubt, und es kam doch anders.“

Zur Begründung der neuen Forderung für das Heer hielt Bismarck am 6. Februar 1888 seine große Rede über die Militärvorlage[1]), die, noch ehe sie gehalten war, alle Welt in Spannung gehalten hatte und die auf den Reichstag einen so mächtigen Einfluß ausübte, daß er die Wehrvorlage ohne Debatte en bloc annahm. Der Kanzler hatte einen seiner größten Tage: Als er zu Fuß das Haus verließ, begleitete ihn bis zu Hause eine nach Tausenden zählende und ihn immer mit erneuten Hurrarufen umjubelnde Volksmenge.

14. Februar 1888. 2. parlamentarisches Diner, zu welchem Mitglieder der deutsch-konservativen Fraktion, der deutschen Reichspartei, der Nationalliberalen und des Centrums Einladungen erhalten hatten[2]). Obgleich die Einladung nur im Namen des Fürsten Reichskanzlers ergangen war, nahmen doch auch die Damen des Hauses, die Frau Fürstin und ihre Tochter, Gräfin Rantzau, sowie Frau Geheimrat von Rottenburg am Empfang und an der Mittagstafel teil, welche den berühmten Konferenzsaal mit einer Fülle von Gold- und Silberglanz im Kerzen- und Lampenlicht erstrahlen ließ.

Die bunte Reihe der Parteistellung, welche die Regel des Alters oder der Jugend, wie man will, herbeigeführt[3]), belebte die Tischgespräche, an denen mit

---

[1]) Nach der ersten Einleitung war es unverkennbar, wie außerordentlich die ängstliche Sorgfalt, mit der jedes Wort abgewogen wurde, bevor es über die Lippen kam, den Reichskanzler anstrengte und abspannte. In immer kürzeren Zwischenpausen leerte er das mit einer Mischung von Selters- und Biliner Wasser und Wein gefüllte Glas, das ihm der hinter ihm stehende Sohn Herbert immer wieder erneuerte; wiederholt machte er darauf aufmerksam, daß nicht genug Kohlensäure im Glase sei; je größer die Anstrengung und die Müdigkeit wurde, desto schwieriger schien es, das Getränk zu mischen. Ein unverkennbarer Beweis der körperlichen Abgespanntheit.

[2]) Anwesend waren: Ackermann, Graf Adelmann, Oberstlieutenant Baumbach (deutsche Reichspartei), Graf Behr, von Bennigsen, von Buol, Dr. Buhl, Bürklin, Freiherr von Ellrichshausen, Enneccerus, Fehling, von Fischer, Freiherr zu Franckenstein, von Frege, Gehlert, Prinz Handjery, Hastedt, Fürst Hatzfeldt, von Helldorff, Hobrecht, Freiherr von Huene, Graf Kleist, Dr. von Kulmiz, Lohren, Freiherr von Maltzahn, Graf Moltke, Dr. Marquardsen, Dr. Meyer (Jena), Freiherr von Mirbach, Mooren, von Neurath, Oechelhäuser, Graf Preysing, von Rauchhaupt, Reichensperger, Saro, Scipio, Sedlmayr, Graf Stolberg, Tröndlin, von Wedell-Piesdorf, Wenzel, Wichmann, Woermann; aus der dienstlichen Umgebung des Reichskanzlers Graf Rantzau und die Geheimräte von Rottenburg und von Schwartzkoppen. Im ganzen waren 50 Personen zu Tisch. Später erschien noch Graf Herbert Bismarck. Abgeordnete des preußischen Landtags waren nicht zugegen.

[3]) Wie gewöhnlich bestimmte das Privilegium des Alters die Nähe des Sitzes zu dem Herrn und der Dame des Hauses, und so hatte der Nestor unter den Gästen, Feldmarschall Graf Moltke, den Ehrenplatz neben der Fürstin. Nur für die Mitglieder des Reichstagspräsidiums war eine Ausnahme gemacht; Präsident von Wedell saß an der andern Seite der Fürstin Bismarck, und der Reichskanzler hatte neben sich den Vicepräsidenten Dr. Buhl und den Ab-

Digitized by Google

ganz besonderem Wohlgefallen der Reichskanzler sich zu beteiligen schien. Einem seiner Tischnachbarn trank er auf das Wohlergehen des einigen Reichstags zu und bemerkte unter anderm, daß, wenn derselbe auch nur die Wehrvorlage beschlossen hätte, er doch schon an Bedeutung dem Reichstag von 1870 an die Seite gestellt werden müßte. Nach aufgehobener Tafel gruppierte sich ein Teil der Herren im Nebenzimmer um die Damen des Hauses, während der Rest dem Reichskanzler in das Rauch- und Plauderstübchen folgte, welches diesmal in dem Salon mit den lebensgroßen Bildnissen der drei Kaiser (der „Dreikaisersaal" genannt) abgehalten wurde, wo die Großmacht Frankreich nur durch das Jubelgeburtstagsgeschenk, die Kaiserproklamation in der Spiegelgallerie von Versailles, vertreten war.

Unter den Bildnissen der Kaiser von Deutschland und von Österreich nahm der Reichskanzler behaglich Platz. Zu seiner Rechten schmiegte sich der Generalfeldmarschall Graf Moltke in die Sofaecke; auf der andern Seite hatte der Reichskanzler Herrn von Bennigsen zur Nachbarschaft eingeladen. Präsident von Wedell, Graf Behr, Freiherr von Huene und eine doppelte Reihe von Mitgliedern andrer Fraktionen vollendete die Tafelrunde, in welcher der Fürst ersichtlich mit größtem Behagen und dem besten Wohlbefinden, nur selten unterbrochen durch Antworten oder Zwischenfragen, seine Gäste mit geistiger Nahrung bedachte. Das Gespräch knüpfte an die Verdrehungen an, welche gewisse Äußerungen in der großen Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar in der russischen Presse gefunden. Bismarck beleuchtete das Verhältnis der russischen Regierung zur dortigen Presse und hob hervor, wie wenig eigentlich von einer einheitlichen Gesamtregierung in Rußland gesprochen werden könne. Fast jeder Minister oder höhere Staatsbeamte beeinflusse ein Blatt und es falle selbst für den Kaiser schwer, den einheitlichen Gang der Staatsmaschine herzustellen und aufrecht zu erhalten. Im höchsten Grade deutschfeindlich sei die ganz kleine russische Presse, wie sie der Droschkenkutscher auf seinem Bock lese. Einen thatsächlichen Einfluß übe die Regierung dort nur auf zwei oder drei Zeitungsorgane aus, die übrigen maßgebenden Blätter folgten nur dem Winke von „Protektoren".

Nachdem noch das Verhalten in Feindes- und sogar in Freundesland im Kriege gestreift worden, verließ das Gespräch das rein politische Gebiet, um internationalen, sozialpolitischen Skizzen, wie sie der Reichskanzler zu geben liebt, und niemand sie besser geben kann, Raum zu machen. Wiederholt dankte der Fürst den Abgeordneten für die Haltung des Reichstags am Montag, d. h. für die widerspruchslose Annahme der Anleihe und Wehrvorlage. Der Erfolg dieses einen Tages sei so viel wert, wie die Arbeiten einer ganzen Session, und wenn in der ganzen Tagung weiter nichts zu stande käme, so sei mit dieser Annahme des Wehrgesetzes Hohes erreicht. Die auswärtige Politik wurde zwar nur gestreift. Man ersah aber aus der ganzen Haltung und Stimmung, sowie aus gelegentlichen Bemerkungen des Kanzlers, daß er die Lage als nach der Reichstags-

geordneten Dr. Peter Reichensperger. Neben der Gräfin Rantzau, welche Dr. Buhl's Nachbarin war, hatte Herr von Bennigsen Platz gefunden.

Digitized by Google

sitzung vom Montag für erfreulich geklärt und gebessert ansah. Zu einem Kriege werde Rußland es nicht treiben. Übrigens könnten wir ruhig sein, da wir alle unsre Kräfte gesammelt hätten. Auch des Besuches des russischen Botschafters Grafen Schuwalow, der vor kurzem aus Rußland wieder in Berlin eingetroffen war, gedachte der Kanzler mit Befriedigung, ohne jedoch nähere Mitteilungen zu machen. Die Gäste erhielten aber den Eindruck, daß Graf Schuwalow Träger friedensgünstiger Nachrichten aus Petersburg gewesen sei.

Über den Antrag Lohren und Genossen, betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises, sprach sich Bismarck nicht besonders entgegenkommend aus [1]). Die Angelegenheit sei für ihn non liquet. Sonst wurde die innere Politik nicht berührt. Die Unterhaltung kehrte immer wieder zu dem Erfolge der Montagssitzung zurück, deren nationale und friedensgünstige Bedeutung der Fürst nicht dankbar und freudig genug anerkennen konnte.

Im Zimmer der Damen war das Bild des Reichskanzlers von dem englischen Maler Richmond aufgestellt, aber unter den parlamentarischen Betrachtern bestand kein Zweifel, daß der deutsche Meister Lenbach den Reichskanzler nicht bloß wie er leibt und lebt, sondern auch wie er denkt und handelt, besser zu treffen weiß. Zwischen 9 und 10 Uhr verabschiedeten sich die Gäste vom Hausherrn, dessen körperliches Wohlbefinden die Freude aller war.

An den Schluß der Session reihten sich trübe Tage, die für weitere festliche Veranstaltungen keinen Raum boten. Am 9. März 1888 hauchte Kaiser Wilhelm I. seinen Geist aus, am 15. Juni folgte ihm sein Sohn in die Gruft.

19. Juni 1888. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorff bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch. Längere Besprechung über die neugeschaffene politische Lage.

Es mehrten sich die Anzeichen, daß der junge Kaiser Wilhelm gewillt war, mit seiner ausgeprägten Individualität dem Regiment einen mehr *persönlichen* Charakter zu geben, was wiederum ohne ein Zurücktreten des bisher allmächtigen Kanzlers nicht möglich war. Ja, es dauerte nicht lange, und Bismarck wurde auf seinen *eigenen* Soireen vom Kaiser in den Schatten gestellt, und über die Tischgespräche des letzteren wurden jene des Kanzlers kaum mehr registriert. Es war schon die Dämmerung der „neuen Ära“.

Mitte März 1888. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Köller hatte mit dem Fürsten Bismarck eine Unterredung wegen der Ungehörigkeiten, denen die Abgeordneten in den jüngsten Trauertagen vor dem Dom ausgesetzt waren. Der Reichskanzler stellte die strengste Untersuchung der unerquicklichen Vorfälle in Aussicht.

---

[1]) Gemeint ist der Antrag der Abgeordneten Ampach und Genossen, betreffend Abänderungen der Zolltarifgesetze vom 15. Juli 1879 und 23. Juni 1882 (Drucksache Nr. 102). Da der Abgeordnete Lohren in der Sitzung vom 16. Februar 1888 den Antrag begründete, so wurde später derselbe „Antrag Lohren“ genannt.

Digitized by Google

23. VII. Legislatur-Periode, IV. Session 1888/89[1].

11. Januar 1889. Die Abgeordneten von Bennigsen und von Oechelhäuser beim Fürsten Bismarck zum Diner. Es handelte sich um eine Besprechung der Reichstags-Vorlage, betreffend die Bekämpfung des Sklavenhandels in Ostafrika.

14. Januar 1889. Der Reichstagsabgeordnete von Helldorff bei dem Kanzler zu Tisch. Verhandlung über Ostafrika unter Beiziehung des in der Kolonialabteilung beschäftigten Geheimen Legationsrats Krauel.

20. Januar 1889. Graf von Frankenberg ist beim Fürsten Bismarck zum Diner geladen.

·22. Februar 1889. 1. parlamentarisches Diner.

Fürst von Bismarck beehrt sich Herrn . . . . . . zum Diner am Freitag den 22. Februar 1889 um 6 Uhr ganz ergebenst einzuladen.

U. A. w. g.

Es waren 41 Abgeordnete aus sämtlichen Parteien des Landtags geladen[2]). Der fürstliche Gastgeber bewegte sich so rüstig in der Gesellschaft, daß dadurch sofort alle Gerüchte von einer neuerlichen Indisposition desselben als nichtig

---

[1]) Dieselbe währte vom 22. November 1888 bis 24. Mai 1889. Die III. Session, veranlaßt durch die Thronbesteigung des Kaisers Wilhelm II., dauerte vom 25. Juni bis zum 26. Juni 1888.

[2]) Es waren anwesend: der Präsident von Köller, die beiden Vize-Präsidenten Freiherr von Heeremann und von Benda, sowie von der konservativen Fraktion die Abgeordneten von Liebermann, von Rehdiger, Bohtz, von Wedell-Malchow, Sack, von Rauchhaupt, von Holtz, Simon von Zastrow, Korsch, Graf Limburg-Stirum, von Oertzen, Freiherr von Erffa-Wernburg; von der Centrumsfraktion die Abgeordneten Sperlich, Dr. Reichensperger, Borowski, Freiherr von Schorlemer-Alst, von Schalscha, Freiherr von Huene, Prinz von Arenberg; von der nationalliberalen Fraktion die Abgeordneten Dr. Mithoff, Francke, Dr. von Gneist, Dr. Oetker, Dr. Hammacher, Seyffardt, von Eynern, Dr. Enneccerus, Dr. Sattler; von der freikonservativen Fraktion die Abgeordneten Vopelius, Barth, Christophersen, Stengel, von Dziembowski, von Tiedemann, Graf Douglas, Dr. Gerlich, Freiherr von Zedlitz-Neukirch, und von der deutschfreisinnigen Fraktion der Abgeordnete Czwalina. — Dr. Karl Oetker, Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Berlin und Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Rinteln, gehörte dem Abgeordnetenhause, nachdem er 1871 schon einmal in dasselbe gewählt, seit 1881 ununterbrochen und auch dem Reichstage in der Session von 1884—87 an. Geboren am 22. September 1822 zu Rehren im Kreise Rinteln, erwarb er sich seine wissenschaftliche Bildung auf dem Gymnasium in Rinteln und der Universität Marburg. 1847—48 war er Privatdozent in Göttingen, um dann Obergerichtsanwalt in Kassel zu werden. Von 1862 bis zur Annexion Kurhessens war er Mitglied der kurhessischen Ständeversammlung, auch bekleidete er verschiedene Ämter in der lutherischen Kirche seines Vaterlandes, war Vorsitzender der Anwaltskammer 2c. Erst vor einigen Jahren verlegte er seinen Wohnsitz nach Berlin. Er gehörte zu denjenigen Mitgliedern der nationalliberalen Partei, welche mit dem Fürsten Bismarck freundschaftlich verkehrten. Der durch seinen langwallenden, grauen Bart und seine große, auch durch die Jahre nicht gebeugte Gestalt auffallende Vertreter von Rinteln hatte im Abgeordnetenhause seinen Platz in der nächsten Nähe der Ministerbank, und oft konnte man ihn mit dem an der Ecke derselben sitzenden Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck Bemerkungen austauschen sehen. Er starb im August 1893.

Digitized by Google

bezeichnet wurden. Derselbe empfing mit seiner Gemahlin, seinen beiden Söhnen sowie seiner Schwiegertochter, der Gräfin Wilhelm Bismarck, die Gäste in dem „Dreikaisersaal“, während das Essen in dem Kongreßsaal stattfand, wo die Tafel in bekannter reicher Weise mit den Tafelaufsätzen und dem prächtigen Geschirr der Familie Bismarck ausgestattet war[1]).

Nach Aufhebung der Tafel und nach dem Kaffee bildeten sich an den einzelnen Tischen verschiedene Kreise, zu denen der Fürst hin- und herging; dann holte er den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Köller und den Alterspräsidenten Reichensperger an seinen Tisch, während neben ihm auf dem Sofa Herr von Schalscha Platz nahm, und bald sich eine große Corona um den Fürsten bildete, bei der hauptsächlich die Abgeordneten Reichensperger, Freiherr von Schorlemer-Alst und Graf Douglas in die Unterhaltung eingriffen.

Das Gespräch berührte zunächst land- und forstwirtschaftliche Fragen, die Wasserschäden und die Abhilfe gegen dieselben, und streifte alsdann die auswärtige Politik. Der Kanzler beklagte sich über die Beschwerden, welche ihm die neuen Kolonien bereiteten, schien einen Teil der Schuld an denselben dem Auftreten der Kolonialbeamten beimessen zu wollen, weil sie nicht mit völliger Kenntnis der Verhältnisse aufträten und die Eingeborenen nicht zu behandeln wüßten. Deutschland dürfe sich trotzdem nicht in kleinlichen Reibereien gefallen und müsse die Trübung des Verhältnisses zu auswärtigen Staaten vermeiden. Die geringste Trübung würde den handelspolitischen Beziehungen schaden.

Von Tagesfragen wurde nur über die Samoa-Angelegenheit gesprochen, bei welcher der Fürst wiederholt betonte, daß er es für gänzlich ausgeschlossen halte, daß wegen dieser kleinen Angelegenheit irgendwie das freundschaftliche Verhältnis gestört werden könnte, das seit 100 Jahren Deutschland mit dem stammverwandten Amerika verbindet. Bei der Entlegenheit der Inseln und ihren schlechten telegraphischen Verbindungen halte er es für sehr schwer, die Verantwortlichkeit für jeden einzelnen Schritt der Vertreter an Ort und Stelle zu übernehmen, aber der beste Wille sei auf beiden Seiten vorhanden und es sei kein Zweifel, daß die vorhandenen Handelsinteressen bestens gewahrt würden[2]).

---

[1]) Der Fürst saß zwischen Freiherrn von Heeremann und Geheimen Justizrat Dr. Oetker, die Fürstin zwischen von Köller und von Benda. Die Gattin des Regierungspräsidenten Grafen Bismarck wurde von dem Quästor des Abgeordnetenhauses, Amtsgerichtsrat Francke zu Tisch geführt. Im übrigen hatten die Abgeordneten die Plätze an der Tafel nach ihrem Lebensalter eingenommen, während an den Enden der Tafel die beiden Söhne des Fürsten und die beiden Räte der Reichskanzlei, der Wirkliche Geheime Ober-Regierungsrat Dr. von Rottenburg und der Legationsrat Dr. von Schwartzkoppen Platz genommen hatten. Das Menu lautete: Vendredi, le 22. Février: Potage Moscovite. — Rissoles aux truffes. – Saumon du Rhin, Sauce Colbert. — Selle d'agneau à la bretonne. — Dinde à la Richelieu. — Soufflé de gelinottes à la Perigord. — Homards, Sauce ravigote. — Selle de chevreuil. — Compote. Salade. — Chicorée aux huitres. — Pâté de foie gras. — Abricots à la Condé. — Glace.“

[2]) Zur Regelung der Samoa-Angelegenheit trat am 29. April 1889 im Auswärtigen Amte zu Berlin eine Konferenz zusammen, welche diesen Zankapfel durch ein Abkommen mit England und Nordamerika aus der Welt schaffte.

Digitized by Google

Daran anschließend bemerkte Bismarck, daß die geschichtliche Erfahrung u. a. noch bei der Karolinenfrage beweise, daß eine von volkstümlichen Strömungen abhängige Politik viel leichter engagiert werde als eine von einem Monarchen geleitete. Die letztere könne sich ungefährdet zurückziehen und sogar, wenn sie es notwendig halte, einige Schritte rückwärts gehen, während ein gleiches für die erstere Politik vollständig ausgeschlossen sei. Selbst eine verlorene Schlacht brauche nicht die Stellung des Monarchen zu erschüttern. Hieran knüpften sich längere Ausführungen über die Nützlichkeit einer monarchischen Regierung gegenüber der parlamentarischen; bei dieser verhelfe nur zu leicht die große Gabe einer glänzenden Beredsamkeit zum parlamentarischen Siege über Sachkenntnis und thatsächliche Verhältnisse. Es sei eine alte Erfahrung, daß, wer eine solche Beredsamkeit besitze, selten einen klaren Blick und ein richtiges, nüchternes Urteil für die wirklichen Verhältnisse habe. Demgegenüber sei eine nüchterne, kernige, hausbackene Natur, wie sie den verstorbenen Kaiser Wilhelm zum Segen des Vaterlandes ausgezeichnet habe, um so nachdrucksvoller und glücklicher wirksam [1]).

Auch eine Reihe interessanter Erinnerungen aus dem Jahre 1848 wurden vom Fürsten wachgerufen, insbesondere bemerkte er, daß der Befehl zur Zurückziehung der Truppen, wie er sicher wisse, von Bodelschwingh veranlaßt worden

---

[1]) Das „Berliner Tageblatt“ bemerkte ärgerlich zu dieser Stelle: „Die unbedingten Bewunderer des Kanzlers werden voraussichtlich auch dieses Wort zu den bereits zahlreich vorhandenen „geflügelten Worten“ Bismarck's hinzufügen, und damit wird für sie die Sache zu Ende sein. Denn für diese ist der Kanzler, was für die Ultramontanen Rom. „Roma locuta, causa finita est — Rom hat gesprochen, die Sache ist endgilig entschieden!“ Gewiß mag jeder Regierungsform mancher Vorzug innewohnen, und der monarchischen sind zweifelsohne sehr viele und sehr bedeutsame zuzuschreiben. Allein diese epigrammatisch zugespitzten Halbwahrheiten, welche der Kanzler seinen Reden und seinen Unterhaltungen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, einzuflechten liebt, sind um so gefährlicher, je blendender sie auf den ersten Augenblick erscheinen. Ist es denn wirklich eine „alte Erfahrung“, daß eine glänzende parlamentarische Beredsamkeit sich so außerordentlich schlecht mit „einem klaren Blick und einem richtigen, nüchternen Urteile für die wirklichen Verhältnisse“ vertrage? Es genügt wahrlich, auf Coloman Tisza hinzuweisen, der trotz seiner glänzenden Beredsamkeit und unter den schwierigsten Verhältnissen sich diesen klaren Blick und das nüchterne Urteil über die thatsächlichen Verhältnisse doch ganz gewiß nicht hat trüben lassen. Und gilt das Nämliche nicht auch von dem ehemaligen radikalen italienischen Abgeordneten und jetzigen Leiter der italienischen Politik, von Crispi? Soll man sich auf Camillo Cavour, diesen gewaltigen Redner und Staatsmann berufen, der als ein Virtuose auf dem Gebiete der Realpolitik doch sicherlich dem deutschen Reichskanzler am nächsten kommt? Aber was bedarf es auch der fremdländischen Beispiele? Ist nicht der Reichskanzler selber der glänzendste Beweis dafür, daß sich eine zwingende parlamentarische Beredsamkeit mit dem klarsten Blicke, dem nüchternsten Urteile für die wirklichen Verhältnisse verträgt? Es ist nicht wohl daran gethan, eine so ungewöhnlich mitteilsame und aufgeknöpfte Natur wie den Reichskanzler immer beim Worte zu nehmen. Man könnte sonst aus seinen Reden und Unterhaltungen sehr leicht die widersprechendsten Urteile über dieselben Dinge und vielleicht auch über die nämlichen Personen zusammenstellen. Nicht jedes flüchtig hingeworfene Wort des Kanzlers kann als gemünzte Wahrheit gelten. Wenn aber die Bismarck-Anbeter das trotzdem thun, so verfallen sie in denselben Fehler, wie die Goethe-Anbeter, über welche sich der Kanzler früher in seiner drastischen Weise mehr als einmal weidlich lustig gemacht hat.“

Digitized by Google

sei. Bodelschwingh habe den Erlaß der Proklamation durchgesetzt und sei dann mit derselben zum General von Prittwitz heruntergegangen und habe diesen angesichts des Inhalts derselben zum Rückzuge veranlaßt. Erst als die letzten Bajonette über die Schloßbrücke abgezogen seien, habe der König Kenntnis von dem Rückzug erhalten. Prittwitz sei einige Tage darauf bei Bismarck gewesen und habe ihn gefragt, wie er sich in dieser Lage verhalten haben würde, und Bismarck habe geantwortet, man komme ja klüger vom Rathaus zurück als man hingegangen sei, aber er würde an Stelle des Herrn von Prittwitz sicherlich einem Unteroffizier befohlen haben, den Civilisten (Bodelschwingh) so lange in Verwahr zu nehmen, bis er seine militärischen Maßnahmen durchgeführt haben werde [1]).

---

[1]) Die Vorstehenden, von der „Kölnischen Zeitung" reproduzierten Angaben wurden alsbald von dem Sohne des Ministers, dem kaiserlichen Oberforstmeister z. D. von Bodelschwingh zu Bückeburg, für unrichtig erklärt. „Dem Minister Bodelschwingh konnte nichts ferner liegen, als den Befehl zum Ausmarsch der Truppen zu veranlassen. Die Proklamation („An meine lieben Berliner") hat er so wenig „durchgesetzt", daß er von der Niederschrift derselben durch den hochseligen König Friedrich Wilhelm IV., welche in der Nacht vom 18. auf den 19. März 1848 erfolgte, erst erfuhr, als sie ihm durch den König übersandt wurde." Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" trat diesen Ausführungen mit merklicher Schärfe entgegen: Diese angebliche Berichtigung ist ihrerseits „vollständig unwahr". Sie bestreitet eine in zweifelloser Weise beglaubigte historische Thatsache. Dieselbe ist unter anderm festgestellt durch das ausführliche Zeugnis des Generals von Prittwitz, welcher bald nach dem in Rede stehenden Vorgang bekundet hat, Herr von Bodelschwingh habe von ihm unter Vorzeigung der bekannten Proklamation des Königs „An meine lieben Berliner" (vom 19. März 1848) amtlich gefordert, den Schloßplatz zu räumen. Als der General dies für militärisch unthunlich erklärte, habe Herr von Bodelschwingh unter Verlesung des betreffenden Passus der Proklamation die Frage gestellt: „Ist der Schloßplatz ein öffentlicher Platz oder nicht? Da er es ist, fordere ich im Namen des Königs die Räumung, für die der König sein Wort öffentlich gegeben hat. Noch bin ich des Königs Minister und habe es wohl „„auswendig gelernt"", was ich als solcher zu thun habe." So war der vom General von Prittwitz bekundete Wortlaut, wie noch heute durch Zeugen eidlich festgestellt werden kann. Daraufhin hat der General den Degen eingesteckt und den Platz verlassen. Herr von Bodelschwingh, so wird weiter berichtet, habe die Proklamation um 3 Uhr nachts in die Druckerei gebracht und gegen 5 Uhr morgens den Bürgermeister Krausnick ersucht, für ihre Verbreitung Sorge zu tragen; an letzterer hat der Minister sich, wie man sagt, persönlich beteiligt, indem er eigenhändig mit Thränen im Auge Exemplare der Proklamation an eine Pumpe geklebt hat. Bei der Forderung an General von Prittwitz, die in der Proklamation enthaltene königliche Zusage auszuführen, habe nicht der ganze Inhalt der Proklamation Beachtung gefunden. In der Proklamation heiße es ausdrücklich: „Kehrt zum Frieden zurück, räumt die Barrikaden, die noch stehen, hinweg, und entsendet an Mich Männer, voll des echten alten Berliner Geistes, mit Worten, wie sie sich Eurem Könige gegenüber geziemen, und Ich gebe Euch Mein königliches Wort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen und die militärische Besatzung nur auf die notwendigen Gebäude des Schlosses, des Zeughauses und weniger andrer und auch da nur auf kurze Zeit beschränkt werden wird." Die Räumung der Plätze war also der Wegräumung der Barrikaden subordoniert. Als Herr von Bodelschwingh den General von Prittwitz zur Räumung aufforderte, waren diese Bedingungen noch unerfüllt. Der Sohn des Ministers von Bodelschwingh kenne, so schließt das Kanzlerblatt, die Vorgänge von 1848 nicht aus eigener Wissenschaft, und seine angebliche Berichtigung sei in gutem Glauben verfaßt. Es

Digitized by Google

Auch die Friedensverhandlungen mit Frankreich wurden berührt. Um 9 Uhr endete die Gesellschaft.

26. März 1889. 2. parlamentarisches Diner. Als der Kaiser am 25. März mit dem Fürsten Bismarck zusammentraf, erzählte ihm derselbe von einem parlamentarischen Diner, welches am folgenden Tage bei ihm stattfinde, und zu dem an 40 Abgeordnete Einladungen ergangen wären. Als der Kaiser sein Interesse für diesen Vorgang bekundete, richtete Fürst Bismarck an denselben die Einladung, an dem Diner teilzunehmen, welcher Einladung der Kaiser gern Folge zu leisten erklärte. Es war dies, wenn man von dem Kaiserproklamations-Diner in Versailles absieht, der erste Fall, daß ein deutscher Kaiser an einem parlamentarischen Diner teilnahm. Die Gäste[1]) erfuhren die überraschende Nachricht meist erst unmittelbar beim Eintritt in das Kanzlerpalais. Se. Majestät kam um sechs Uhr als einer der ersten Gäste in einer einfachen Hofequipage angefahren und wurde an der Rampe des Palais vom Fürsten Bismarck empfangen.

Noch vor dem Aufbruch in den Speisesaal hatte der Kaiser dem Freiherrn von Huene persönlich den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Ausdruck des Dankes dafür überreicht, daß er als Reichstagsabgeordneter sich seiner alten Kameraden im Heere so lebhaft erinnert und die Interessen der Armee so warm vertreten. Diese wohlverdiente Auszeichnung würde auch in andern Kreisen als denen seiner politischen Parteigenossen volle Anerkennung finden. Bismarck hatte Herrn von Huene bereits vorbereitet, indem er bei der Begrüßung zu ihm sagte: „Ihnen bringt der Kaiser etwas mit", durch eine entsprechende Bewegung mit der Hand um den Hals eine Dekorierung andeutend.

Der Kaiser hatte schon vor Tisch begonnen, sich einige der Anwesenden vorstellen zu lassen, darunter namentlich auch den Abgeordneten Dr. Petri von

---

sei auch verständlich, daß er im Gefühl kindlicher Pietät seinen Vater vertrete. Allein die unhöfliche Form, in welcher die Berichtigung abgefaßt, entbinde von der Rücksichtnahme hierauf, und es sei daher kein Anstand zu nehmen, den wahren Sachverhalt nochmals zu konstatieren.

[1]) Erschienen waren: der Reichstagspräsident von Levetzow, die Vize-Präsidenten Dr. Buhl, von Unruhe-Bomst, die Reichstagsmitglieder Bürklin, Freiherr von Buol-Berenberg, von Kulmiz, Meyer, Wichmann, Kochann, Ackermann, Graf von Douglas, von Helldorff, Freiherr von Bodenhausen, Hartmann, Klemm, Freiherr von Manteuffel, von Saldern-Plattenburg, von Kardorff, Graf von Behr-Behrendorff, Müller, Fürst zu Carolath-Beuthen, von Rheinbaben, von Bennigsen, Miquel, von Marquardsen, von Cuny, Wörmann, von Fischer, Petri, Freiherr von und zu Franckenstein, von Kosciol-Koscielki, Professor Delbrück, von Dalwigk, Freiherr von Hornstein, Prinz zu Solms-Braunfels, Schulz-Lupitz, Geibel, von Dietze, Oechelhäuser, von Huene, Geheimer Oberregierungsrat von Rottenburg, Legationsrat von Schwartzkoppen und der Büreaudirektor des Reichstags, Geheimer Rat Knack. Windthorst war von dem parlamentarischen Diner ebenso ausgeschlossen, wie die freisinnige Partei. Professor Dr. Delbrück war nie bei Bismarck, außer bei Gelegenheit parlamentarischer Gesellschaften. Er war ihm wohl zu selbständig, um nicht zu sagen, zu oppositionell. In Erinnerung ist wohl noch sein Artikel über die Veröffentlichung des Tagebuchs des Kaisers Friedrich. Vergl. auch Braun, Reichstagebuchblätter, 1878, S. 108.

Digitized by Google

Straßburg. Während der Tafel[1]), die im gewohnten Glanze strahlte, und an deren deutscher Speisekarte auch der große Sprachreiniger Dr. von Stephan nichts auszusetzen gehabt hätte[2]), spielte ein Orchester, auch eine Neuerung, welche dem kaiserlichen Besuche wohl zu verdanken war[3]).

Bei Tisch zeigte der Abgeordnete von Dietze dem Kanzler ein neues Messer, welches auf der einen Seite des bronzenen Heftes die Gestalt des Kaisers in Relief, und auf der andern Seite diejenige Bismarck's zeigte. Der Kaiser wurde, als Bismarck das Messer betrachtete, aufmerksam darauf und ließ es sich vom Kanzler herrüberreichen. Er betrachtete es und sagte dann scherzend: „Nun, Bismarck, so Rücken gegen Rücken haben wir uns doch noch nie entgegengestanden, seitdem wir uns kennen." Dann zum Abgeordneten von Dietze gewandt, fragte der Kaiser, wo das Messer her sei. Auf Dietze's Antwort bemerkte er lustig: „Beim Friseur? Was haben Sie denn da gemacht? Sie können sich doch keine Locken mehr brennen lassen!" Dann nickte er Herrn von Dietze zu und steckte das Messer, welches er anzunehmen gebeten wurde, dankend zur Erinnerung in die Tasche.

„Haben Sie," fragte der Kaiser gelegentlich den Reichskanzler, „auch Unruhe'sche[4]) Weine auf dem Tisch?" was dieser lächelnd verneinte. Der fürstliche Gastgeber erschien ebenfalls in sehr fröhlicher Laune und führte mit seinen Nachbarn ein gelegentlich von lautem Lachen begleitetes Tischgespräch. Mit Appetit sprach er den Speisen und Getränken zu; besonders lobte er die französi-

---

[1]) Die hohe Hausfrau wurde vom Kaiser zu Tisch geführt, während auf der andern Seite der Präsident von Levetzow und neben der Fürstin Bismarck der Abgeordnete von Bennigsen Platz nahm. Neben Herrn von Levetzow saß Freiherr zu Franckenstein, worauf die andern Gäste in bunter Reihe ihre Sitze gefunden hatten. Dem Allerhöchsten Gaste gegenüber saß der Reichskanzler zwischen den beiden Vize-Präsidenten Dr. Buhl und Freiherrn von Unruhe-Bomst; auch auf dieser Seite des Tisches schien im übrigen meist das Alter die Reihenfolge der Plätze bestimmt zu haben.

[2]) Die mit dem goldnen Wappen des Fürsten Bismarck gezierte Tischkarte lautete: Austern. Ochsenschwanz-Suppe. Kleine Pasteten. Forellen, blau mit frischer Butter. Frischlingsrücken. Rinderfilet. Krammetsvögel-Speise mit Oliven. Hummer. Französische Hühner und Enten. Eingemachte Früchte und Salat. Straßburger Gänseleber-Pastete. Frischer Stangenspargel. Savarin-Kuchen. Eis. Käse. Nachtisch.

[3]) Das Programm der Tafelmusik lautete nach der „Post": 1. Der Torgauer Marsch. 2. Introduktion und Brautchor a. d. Oper „Lohengrin", Wagner. 3. Donauwellen-Walzer, Ivanovici. 4. La Paloma, mexikanisches Volkslied, Yradier. 5. Zwei altpreußische Märsche: a) Hohenfriedberger, b) Koburger. 6. Mikado-Walzer, Sullivan. 7. Kaiser-Gavotte, Morley. 8. Habanera aus der Oper „Carmen" Bizet. 9. „Schneidige Truppe", Marsch, Lehnhardt.

[4]) Anspielung auf ein eigenes Gewächs des Abgeordneten von Unruhe-Bomst, das dem Kaiser Wilhelm I. einmal während des Manövers vorgesetzt wurde, und dessen Genuß dem nur an bestimmte Weine gewöhnten alten hohen Herrn etwas „Unruhe" verursacht haben soll. Die Unruhe'schen Weine spielten auch auf dem am 17. Dezember 1876 stattgehabten Festmahle des Reichstags zur Weinprobe eine Rolle. Die Überschrift der Weinkarte lautete: „Deutsche Reichsweinprobe", und seltsam genug: Die Provinz Posen machte den Anfang; da hieß es wörtlich: „von Unruhe-Bomst, Bomst, Provinz Posen, Bomster Rotwein, Château Bomst oder Lacrimae Petri. (Wer ihn getrunken hat, geht in sein Kämmerlein und weint bitterlich)."

Digitized by Google

schen Enten: „Ich lasse zwar selbst Enten züchten,“ bemerkte er dabei, „aber so gut im Geschmack wie die französischen wollen sie bei mir doch nicht gedeihen“. Er trank hauptsächlich ganz alten Burgunder und süßen Cyperwein, und forderte wiederholt seine Nachbarn auf, sich damit zu bedienen. Toaste wurden nicht ausgebracht.

Nach Tisch gruppierte sich in den Nebensälen bei Bier, Wein und Cigarren die Gesellschaft zu dem oft beschriebenen Bilde. Mit den Worten: „Bismarck, jetzt nehmen Sie Ihre Pfeife, sonst gehe ich!“ veranlaßte der Kaiser den Reichskanzler, in gewohnter Weise mit seiner langen Pfeife an dem bekannten Kneiptische Platz zu nehmen. Der Kaiser hielt ununterbrochen Cercle ab und unterhielt sich mit fast sämtlichen Anwesenden, namentlich mit Levetzow, Franckenstein, Huene, Bennigsen, Miquel und Buhl. Aus den Äußerungen des Kaisers gegenüber den Abgeordneten ist noch hervorzuheben, daß der Monarch direkt mit der Volksvertretung verkehren wolle, welcher sein Großvater noch fremder gegenüber gestanden habe, während er (der Kaiser) ein Kind der neueren Zeit sei.

Mit Professor Dr. Delbrück sprach der Kaiser über gemeinsame Forschungen auf dem Gebiet der Kriegsgeschichte und mit dem Abgeordneten Freiherrn von Manteuffel über die Alters- und Invaliditätsvorlage; er ging auf die Materie näher ein und bezeugte seine Zufriedenheit über den bisherigen Gang der Sache. Schließlich sprach er die feste Hoffnung aus, daß das Werk zu einem befriedigenden Abschlusse werde gebracht werden. Den Abgeordneten Klemm, Dr. Hartmann und Ackermann[1]) gegenüber hob der Kaiser hervor, daß in Sachsen ein erhebendes Fest das Wettiner Jubiläum, bevorstehe. Er habe vor, zu demselben persönlich zu erscheinen[2]).

Während der Kaiser von einem zum andern die Runde machte, hatte Bismarck, dem das längere Stehen ärztlich streng verboten war, eine Anzahl Abgeordnete um sich versammelt, die mit Aufmerksamkeit seinen bald ernsten, bald heiteren Reden lauschten. Diese Gespräche schienen sich, soweit sie politisch waren, vorwiegend um Fragen des preußischen Landtags zu bewegen; namentlich waren lange die Abgeordneten von Kardorff, Miquel und von Bennigsen die nächsten Nachbarn des Hausherrn. Als man darauf zu sprechen kam, daß der Kaiser Marineuniform angelegt habe, erklärte der Kanzler, das geschehe wahrscheinlich dem Reichstage zu Ehren, welcher soeben die Marinevorlage bewilligt habe.

---

[1]) Hofrat Ackermann war Mitglied der Deputation aus Dresden, welche Bismarck am 13. September 1872 den Ehrenbürgerbrief der Stadt Dresden überbrachte. Im Jahre 1884 brachten die Innungsmeister in Dresden dem Reichstagsabgeordneten Ackermann einen Fackelzug für Einbringung des sogenannten Lehrlingsparagraphen. An dieselben Innungsmeister sandte Bismarck aus Varzin am 7. Juli 1884 in Erwiderung auf ein Begrüßungstelegramm ein Schreiben, in welchem der Fürst seinen Dank und zugleich die Hoffnung aussprach, daß das Vertrauen, mit welchem die Zünftler in die Zukunft blicken, gerechtfertigt werden möge.

[2]) Am 18. Juni 1889 erschien der Kaiser in der That in Dresden, um dem Könige persönlich seine Glückwünsche zu überbringen.

Digitized by Google

Auch die Frau Fürstin nahm an der heiteren Unterhaltung teil und unterhielt sich namentlich längere Zeit mit dem Abgeordneten von Koscielski. „Ich war schon mit dem Vater befreundet," bemerkte der Reichskanzler dazu. Als jemand scherzhaft die Befürchtung einschaltete, die polnischen Blätter könnten es übel deuten, daß ein Pole beim Reichskanzler gespeist habe, erwiderte von Koscielski, kein polnisches Blatt werde ihn je hindern können, gesellschaftlichen Pflichten nachzukommen, noch dazu solchen, die ihm teuer wären. Um neun Uhr wurde Sr. Majestät gemeldet, daß der Wagen vorgefahren sei, der Kaiser aber winkte ablehnend und rüstete sich erst um 9³/₄ Uhr zum Aufbruch.

Von den parlamentarischen Gästen blieben die Abgeordneten Freiherr von Manteuffel, von Saldern-Plattenburg, Freiherr von Huene, Freiherr von Hornstein, Graf Douglas, Dr. von Cuny u. a. noch zurück und unterhielten sich bis spät mit dem Reichskanzler[1]). Derselbe erzählte zuerst von dem Feldzuge von 1866 und sagte darauf: „Von den drei Kaisern, denen ich gedient, war Wilhelm I. schwer zu einem Entschlusse zu bringen, hatte er aber einen solchen gefaßt, so hielt er daran fest und man war seiner Sache ganz sicher. Kaiser Friedrich war leicht zu einer Entschließung zu bewegen, aber er war leicht geneigt sie zu ändern. Nachträglichen Einflüsterungen lieh er sein Ohr und er war im stande, hinterher das gerade Gegenteil von dem früher Beschlossenen auszuführen. Der jetzige Kaiser hört in dem Maße auf mich, daß er einen von mir hingeworfenen Gedanken förmlich im Fluge auffaßt und sich aneignet."

Später erzählte Bismarck noch von einem trefflichen Koch, den er als Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. gehabt, der ihn aber so sehr bestohlen hatte, daß er ihn entlassen mußte. „Je regrette beaucoup — so sagte er beim Scheiden zu dem teuren Kochkünstler — de ne pas pouvoir Vous garder, mais mon budget n'est pas à la hauteur de Vos talents."

20. Mai. 1889. Parlamentarisches Frühstück. In der elften Stunde wurde es lebendig vor dem Reichskanzlerpalais, von allen Seiten tauchten festlich gekleidete Gestalten auf und blieben zunächst vor dem Kanzlerhause stehen, ehe sie ihren Fuß in dasselbe setzten. Ehrfurchtsvoll wurde der greise Graf Moltke begrüßt, als er in seinem einfachen Wagen herbeikam, um seinem alten Mitstreiter die Hand zu drücken. Große Bewegung ging mit einem Male durch die Reihen der vor dem Eingange zum Palais stehenden Abgeordneten, als der Ruf ertönte:

[1]) Aus Anlaß der Geburtstagsfeier des Fürsten Bismarck am 1. April 1889 begab sich der Präsident des Reichstags, von Levetzow, zwischen zehn und elf Uhr nach dem Reichskanzler-Palais und ließ in seinem und des Vorstandes Namen seine Glückwünsche schriftlich überreichen. Unter den Gratulanten befand sich auch der Reichstagsabgeordnete von Helldorff. Der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, der sich den Fuß verstaucht hatte, gratulierte schriftlich. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Köller erschien persönlich im Reichskanzler-Palais und gab seine Karte ab. Von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses hatten die konservative, freikonservative und nationalliberale Glückwunschschreiben erlassen. — Eine überaus patriotisch gehaltene Rede des Abgeordneten Geheimen Rats Freiherrn von Zedlitz-Neukirch, gehalten am 8. April 1889 bei Veranlassung einer Bismarckfeier durch den königstreuen Arbeiter-Verein in Berlin, findet sich mitgeteilt in der „Nordd. Allg. Ztg." vom 9. April 1889, Nr. 168.

Digitized by Google

Der Kaiser kommt! Se. Majestät kam mit einem Bataillon der Garde-Füsiliere vom Tempelhofer Felde und ritt an der Spitze des Bataillons, nach allen Seiten huldvollst grüßend. Die Abgeordneten entblößten ehrfurchtsvoll ihre Häupter, als der Kaiser an ihnen vorbeikam.

Mit gewinnender Liebenswürdigkeit begrüßte das fürstliche Paar die Gäste und geleitete sie in den großen Festsaal. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Franzosenfreunde waren sämtliche Fraktionen des Reichstags, einzelne davon fast vollzählig vertreten [1]), dazu kam noch die ganze ministerielle Welt von Berlin [2]), zumeist mit ihren Damen, ebenso mehrere mit dem fürstlichen Hause befreundete Persönlichkeiten, auch die Schwester des Reichskanzlers, Frau von Arnim, war anwesend; ein alter Korpsbruder des Fürsten, Amtsgerichtsrat Kern, welcher gerade in Berlin weilte, hatte eine Einladung erhalten und ihr Folge geleistet. In der Mitte des Saales war das mächtige Büffet, beladen mit allem, was nur die Saison bot, aufgestellt, während große Fässer Bier aus der gräflich Holstein'schen Brauerei, imposante Flaschenbatterien — Rotwein und Champagner — den Durstigen volle Beruhigung gewährten, daß trotz der großen Zahl der Erschienenen für alle bestens gesorgt sei. Mit dem Präsidenten des Reichstags, von Levetzow, erschien der Reichskanzler inmitten seiner Gäste, und alsbald entwickelte sich überall im Saale jene ungezwungene Unterhaltung, die den Empfängen im Reichskanzlerhause ein so charakteristisches Gepräge verleiht. Einer der ersten, mit welchen der Reichskanzler ein längeres Gespräch anknüpfte, war der Abgeordnete Windthorst. Alsbald trat der Fürst an den Tisch, an welchem sich der Präsident von Levetzow, Windthorst, Dr. Hammacher, Oechelhäuser, Dr. Buhl, von Massow, von Manteuffel, von Goldfus und der Bundesbevollmächtigte für Baden, Freiherr von Marschall u. a. niedergelassen hatten und nahm in deren Mitte Platz.

[1]) Von Parlamentariern waren anwesend: von Kleist-Retzow, Graf Moltke, Hahn, von Manteuffel, von Helldorff, von Frege, von Friesen, von Heydebrand, Graf Kleist-Schmenzin, Freiherr von Unruhe-Bomst, Dr. Leuschner, Baumbach-Altenburg, Gamp, von Kardorff, von Bennigsen, von Marquardsen, Oechelhäuser, Fehling, Dr. Götz, Dr. Kruse, Fieser, Miquel, Dr. Tröndlin, Geibel. Vom Centrum außer Windhorst u. a. die Abgeordneten Mooren, Freiherr von Huene, Freiherr von Wendt und Borowski. — Der vorerwähnte Reichstagsabgeordnete Gamp ist mit dem Kanzler nur in seiner Eigenschaft als Beamter in Beziehung getreten (vergl. darüber mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt“). Gamp verdankt seinen Übertritt aus der Eisenbahn-Carriere in das Handelsministerium seinem Werke: „Die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben unsrer Zeit.“ Berlin 1880. Wie Bismarck darauf aufmerksam wurde, entzieht sich der Kenntnis. Sicher ist es, daß der Kanzler darin eine Reihe von Ansichten entdeckte, die sich mit seinen eigenen vollständig deckten. Gamp erhielt die Aufforderung, sich beim Fürsten zu melden, in den ersten Tagen des Januar 1882 vom Grafen Wilhem Bismarck. Gamp wurde dann vom Fürsten zu Tisch eingeladen, bei welcher Gelegenheit er jedoch seines Buches keine Erwähnung that, sondern ihm nur den Übertritt in das Handelsministerium offerierte.

[2]) Es waren erschienen die Mitglieder des Bundesrats Graf Hohenthal, Oberstlieutenant von Schlieben, Graf Zeppelin, Freiherr von Marschall, Dr. Heerwart, Geheimer Rat Selkmann, Freiherr von Cramm, Dr. Krüger, die Staatsminister von Boetticher, von Maybach, von Goßler, von Scholz, Graf Herbert Bismarck, Herrfurth, von Schelling, von Verdy du Vernois und die Staatssekretäre von Stephan, Freiherr von Maltzahn, Oelschläger und Heusner.

Digitized by Google

Das Hauptgesprächsthema bildeten das Alters- und Invaliditätsgesetz[1]) und der Kohlenstreik. Dr. Hammacher, welcher eben eine Depesche aus dem Ruhrgebiet erhalten hatte, wonach sämtliche Bergleute am folgenden Tage anfahren werden, überreichte diese Meldung dem Kanzler, der dem Abgeordneten seinen Dank aussprach für die Bemühungen, welchen sich derselbe zur Beilegung des Streiks unterzogen, und ihn zugleich zum Erfolg beglückwünschte. Dieselben Themata wurden naturgemäß auch in allen übrigen Gruppen, die sich gebildet hatten, lebhaft besprochen. Während nun vielfach die Ansicht vertreten war, der Reichstag werde noch im Laufe dieser Woche geschlossen werden können, trat anderseits lebhaft die Meinung hervor, es werde dies kaum möglich sein, da die verbündeten Regierungen großen Wert darauf legten, daß noch die Abänderung des § 4 des Strafgesetzbuches[2]) erledigt werde. Viel gesprochen wurde auch von einem Nachtragsetat, der möglicherweise noch zu erwarten sei. Doch ließ sich der Reichskanzler hierüber nicht weiter aus, so daß eine authentische Bestätigung dieser Nachrichten nicht vorlag.

Nachdem der Reichskanzler die vorgenannte Gruppe der Abgeordneten verlassen hatte, nahm er bei den Damen Platz. Die Heiterkeit, welche während dieses Gesprächs sich an diesem Tische kund gab, zeigte, daß Fürst Bismarck ein ebenso liebenswürdiger Erzähler im Damenkreise wie anregender Unterhalter unter den Politikern ist. Später trat der Reichskanzler einen Rundgang durch den Saal an und zog dabei verschiedene Abgeordnete ins Gespräch. Eine längere Unterhaltung entspann sich in unmittelbarer Nähe des Biertisches, wo die Abgeordneten Veiel, Böttcher, Zeitz, Goldfus, Nobbe, Marquardsen, Petri, Gebhard und von Levetzow standen; der Schriftführer Veiel hatte ein halbgeleertes Glas in der Hand, worauf der Kanzler ihn aufforderte, sich ein neues Glas füllen zu lassen, dann selbst ein volles Glas ergriff und mit ihm anstieß.

Auf die Frage eines Herrn, aus welcher Brauerei das heutige Bier stamme, nannte er die Brauerei des bayerischen Oberstallmeisters Grafen Holnstein, und benutzte diesen Anlaß, die Verdienste dieses Mannes um Deutschlands Einigung, seine vermittelnde Thätigkeit zwischen Versailles und München zu betonen. Er erzählte dabei von den angestrengten, überstürzten Reisen, die der Graf damals unter den schwierigsten Verhältnissen zu machen hatte, und kam dabei auf König Ludwig zu sprechen. Es sei ein hochgebildeter Herr gewesen, der ihm bis zu

[1]) Dasselbe war dem Reichstage am 27. November 1888 zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

[2]) In dem Strafgesetzbuch sollten die Nummern 1 und 2 des § 4 durch nachstehende Bestimmungen ersetzt werden: 1. ein Deutscher oder ein Ausländer, welcher im Auslande eine hochverräterische Handlung gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat, oder ein Münzverbrechen, oder gegen einen Deutschen eine nach den Gesetzen des Deutschen Reiches als Verbrechen oder Vergehen strafbare Handlung, oder als Beamter des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates eine Handlung begangen hat, die nach den vorerwähnten Gesetzen als Verbrechen oder Vergehen im Amte anzusehen ist; 2. ein Deutscher, welcher im Auslande eine landesverräterische Handlung gegen das Deutsche Reich oder einen Bundesstaat begangen hat.

Digitized by Google

seinem Ende beigestanden habe. Noch acht Tage vor seinem Tode habe er einen Brief von ihm empfangen. Der König habe ihn um Rat gefragt. Er habe ihm geantwortet, er möge sich mit seinen Ständen ins Einvernehmen setzen. Aber der König habe geantwortet: Die bewilligen mir kein Geld zu meinen Bauten, und wenn ich nicht mehr bauen kann, kann ich auch nicht mehr leben. Gesprochen habe er den König zum letzten Mal 1863, seitdem nicht wieder. Wenn er in Kissingen gewesen sei, habe er sich stets beim König gemeldet, aber mündlich habe er nicht mit ihm verkehrt, nur schriftlich. Im Jahre 1863 habe er neben ihm gesessen und sich ausgezeichnet mit ihm unterhalten; er habe nicht die gewöhnliche Prinzenunterhaltung gemacht: Wie geht es Ihnen? Wie gefällt es Ihnen hier? Waren Sie schon einmal hier? — sondern die verschiedensten Fragen mit Interesse und Geist berührt. Aber er habe schon damals die Augen immer nach oben gerichtet und beim Sprechen den Partner nicht angesehen.

Von der Zeit des Frankfurter Fürstentags sagte der Kanzler: Diese Zeit sei wohl die schlechteste gewesen, die er in seinem Leben durchgemacht habe. Der „alte Herr" wäre gern nach Frankfurt gegangen, namentlich als man den König Johann von Sachsen mit einer wiederholten freundlichen Einladung an ihn absandte. Er (Bismarck) sei damals bis zum „körperlichen Brechen" erschöpft gewesen. „Wenn ich der Reaktionär gewesen wäre, für den man mich hielt, hätte ich's ja leicht gehabt — ich hätte bloß zuzustimmen brauchen, und wir hätten, auf hunderttausend Bajonette gestützt, die schönste Reaktion gehabt." Daran reihte der Kanzler eine Fülle anmutiger Züge über Kaiser Wilhelm und seine Verhandlungen mit ihm, die bewiesen, welche große Hochachtung und Verehrung er für seinen großen Herrn besaß und wie innig und vertrauensvoll die Beziehungen waren, welche Kaiser und Kanzler mit einander verbanden. Auch betonte er im Anklang an seine Reichstagsrede, daß es für das Gemeinwohl überaus bedenklich und gefährlich sei, wenn durch einen Ausstand, wie es der jetzt glücklich überstandene sei, eine der wichtigsten Lebensbedingungen unsrer ganzen modernen Entwickelung, die regelmäßige Kohlenzufuhr, unterbunden werden könne. Hier müsse jedenfalls geprüft werden, welche Mittel es gebe, um die Wiederkehr solcher Gefahren im voraus unmöglich oder doch thunlichst unschädlich zu machen. Dann kam der Kanzler auf das Alters- und Invaliditätsgesetz zu sprechen und drückte seine Befriedigung darüber aus, daß die Annahme desselben gesichert erscheine [1]). Auch auf die letzte Reichstags-Verhandlung kam der Fürst zu sprechen und er kritisierte sich selbst in launiger Weise; er sei wohl etwas heftig gewesen, den Eindruck habe er am andern Tage selber gehabt, aber vor versammeltem Kriegsvolk „Pfui!" in das Gesicht geschleudert zu bekommen [2]),

[1]) Die Annahme des Gesetzes erfolgte bei der Schlußabstimmung am 20. Mai 1889 mit 185 gegen 165 Stimmen.

[2]) In der Sitzung des Reichstags vom 18. Mai 1889 bekam Bismarck aus den Reihen der Freisinnigen ein „Pfui" zugeschleudert, als er denselben ihre Abstimmungen besonders bei der letzten Wehrvorlage vorhielt. Als einen der Pfui-Rufer bei der Sonnabendrede des Reichskanzlers bezeichnete die „Nat.-lib. Korresp." den Abgeordneten Schenck. Die „Lib. Korresp." war

Digitized by Google

sei doch etwas stark, das sei ja, als wenn man angespuckt würde. Derselbe Ruf sei ihm freilich schon einmal im Reichstage entgegengeschleudert worden und zwar aus den Reihen des Centrums (Graf Ballestrem)[1]). Er habe damals zufällig einen geladenen Revolver bei sich gehabt und unwillkürlich nach demselben gegriffen, aber sich doch noch schnell genug gefaßt und das gefährliche Ding in der Tasche stecken lassen.

Allseitig bemerkt wurde die Thatsache, daß Fürst Bismarck während des Frühstücks den Abgeordneten Dr. Windthorst besonders auszeichnete und überaus freundlich behandelte. Im Zusammenhang mit der kürzlichen Äußerung Bismarck's im Reichstage am 18. Mai 1889, wonach derselbe das Centrum mit den Nationalliberalen zu den Konservativen, d. h. zu den staatserhaltenden Parteien zählte, wollte man jener Thatsache eine ganz besondere Bedeutung beimessen. Längere Zeit unterhielt sich der Kanzler mit dem elsässischen Abg. Dr. Petri, welcher der Hoffnung Ausdruck gab, daß bei den nächsten Wahlen zum Reichstage eine größere Anzahl deutsch-national gesinnter Abgeordneter aus den Reichslanden in das Parlament geschickt werden würde. Der Kanzler meinte, er würde sich gewiß aufrichtig freuen, wenn die Hoffnung des Herrn Petri in Erfüllung ginge. Wir müßten uns eben in Geduld fassen. Später näherte sich Bismarck einer Gruppe nationalliberaler Abgeordneter; als er ihnen eben zutrinken wollte, nahm ihm Professor Dr. Schweninger das Glas aus der Hand und sagte: „Durchlaucht haben jetzt schon viel zu lange gestanden, bitte sich zu setzen.“ „Mein böser Geist“, meinte der Kanzler, aber er folgte demselben, setzte sich und plauderte weiter. Nach Aufhebung der Tafel promenierte ein großer Teil der Gäste bei einer Cigarre im Garten, wo diesmal nicht, wie bei früheren parlamentarischen Frühschoppen, eine Musikkapelle aufgestellt war. Inzwischen war es ein Uhr geworden. Das Präsidium des Reichstags mahnte, da die heutige Reichstagssitzung auf ein Uhr angesetzt war, zum Aufbruch, für alle zu früh. Das Präsidium hielt darauf, das übliche akademische Viertel nicht auf über eine halbe Stunde ausdehnen zu lassen. So leerte sich denn der Saal zwei Stunden nach Beginn des Frühschoppens ziemlich schnell. Der Reichskanzler, welcher sich die lange Pfeife angezündet hatte, ließ sich noch an einem Tische nieder, an welchem der Minister des Königl. Hauses von Wedell-Piesdorf, welchen der Kanzler noch besonders zu seinem heutigen Geburtstage beglückwünschte, der General Kühne vom Kriegsministerium, der badische Bundesbevollmächtigte Freiherr von Marschall, die Abgeordneten Dietze (Barby), v. Fischer, Prinz Solms, Professor Schweninger und Konsul a. D., Landtagsabgeordneter Weber saßen. Dieser gewissermaßen letzte Moment des Frühschoppens wurde verewigt, indem der

---

zu der Erklärung ermächtigt, daß die „Nat.-lib. K.“ falsch berichtet sei. Der Abgeordnete Schenck habe der Entrüstung, welche er über die Verdächtigung der freisinnigen Partei durch den Reichskanzler empfand, keinen Ausdruck gegeben.

[1]) Mit ihm hat Bismarck niemals verkehrt. Er war, wie behauptet wird, der Pfui-Rufer, als Bismarck im Reichstag dem Centrum zurief, daß es Kullmann doch nie von seinen Rockschößen abschütteln werde.

Digitized by Google

Parlamentsphotograph im Saale erschien und den Kanzler inmitten dieser Gruppe aufnahm. — —

Das Hauptergebnis der ausgedehnten Reichstagssession war das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung, vom 22. Juni 1889, Reichs-Gesetzbl. S. 97, welches als der letzte Stein in dem Werke der von Bismarck inaugurierten Gesetzgebung zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen bezeichnet werden darf. Daß alle Einzelheiten dieser Kuppel des Ausbaues nicht den Wünschen des Meisters entsprachen, habe ich bereits an einer andern Stelle erwähnt. Bismarck's Intentionen entsprach es hauptsächlich nicht, daß die Arbeiter zu Versicherungsbeiträgen herangezogen werden. Er drang aber mit dieser seiner Ansicht bei den übrigen Faktoren der Gesetzgebung nicht durch.

---

24. Letzte parlamentarische Kampagne[1].

In der letzten Session der VII. Legislaturperiode bekam der Reichstag den Kanzler nicht mehr zu sehen. Derselbe weilte fast bis zum Schlusse in Friedrichsruh. Die Ablehnung des neuen Sozialistengesetzes, das Bismarck nicht abgeschwächt wissen wollte, wurde von der Regierung — Bismarck's Wille war bereits nicht mehr der maßgebende — nicht bedauert. Auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes vermochte der Kanzler mit seiner passiven Haltung nicht mehr durchzudringen. Am 4. Februar 1890 veröffentlichte der Reichsanzeiger vom Kanzler nicht gegengezeichnete Erlasse, betreffend die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Ordnung der Arbeiterverhältnisse. Einige Tage vorher hatte der Kanzler bereits das seit 1880 geleitete Ministerium für Handel und Gewerbe an den bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, von Berlepsch, abgegeben. Es herrschte die Schwüle vor dem Gewitter.

4. Februar 1890. Parlamentarisches Diner[2]), das wiederum, wie im vorigen Jahre, durch die Teilnahme des Kaisers eine besondere Bedeutung er-

[1]) Dieselbe währte vom 22. Oktober 1889 bis 25. Januar 1890.

[2]) Außer den Vizepräsidenten des Abgeordneten- und des Herrenhauses, von Benda und Dr. Miquel, waren Einladungen ergangen an die Mitglieder des Herrenhauses: Fürst von Hatzfeld-Trachenberg, Graf von Hohenthal, von Koscielski, Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, Freiherr von Stumm; an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Prinz von Arenberg, von Balan, von Bismarck-Kniephof, von Bülow-Wandsbeck, Graf Douglas, Dr. Enneccerus, Freiherr von Erffa, von Eynern, Freiherr von Huene, von Kardorff, Graf von Limburg-Stirum, von Puttkamer-Groß-Nipkau, Dr. Reichensperger, Weber (Genthin), Freiherr von Zedlitz und Neukirch. Ferner nahmen an dem Diner Graf Herbert Bismarck, Regierungspräsident Graf Wilhelm Bismarck nebst Gemahlin, Professor Schweninger, die beiden Flügeladjutanten des Kaisers, Oberstlieutenant von Kessel und Major von Zitzewitz, teil. — Bismarck liebte es, bei den parlamentarischen Diners zur Überraschung der Gäste noch Gänge einzuschieben, die nicht auf der Speisekarte standen. Es pflegte riesig viel aufgetragen zu werden. Einmal gab Freiherr von Erffa dem Reichshund, der überall herumlief, einen Hühnerflügel, den derselbe

Digitized by Google

hielt, welcher bei seinem Eintritt in das Palais von dem Fürsten und der Fürstin, den Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck und der Gemahlin des letzteren empfangen wurde.

Zunächst wurde ein kurzer Cercle gemacht, bei welchem die dem Kaiser bisher nicht präsentierten Gäste vorgestellt wurden.

Die Tafel, mit prächtigen Silberschätzen des Kanzlerpalais geschmückt, war im ganzen für 32 Personen hergerichtet und zog sich in einer Front durch den Kongreßsaal [1]).

In animiertester Unterhaltung verbrachte der Kaiser über eine Stunde bei dem Mittagsmahle, bald den Abgeordneten von Benda, bald die Fürstin Bismarck, bald auch den Kanzler in das Gespräch ziehend. Einmal erhob der Kaiser das Glas und trank dem Kanzler zu. Politische Gespräche wurden bei Tische nicht geführt.

Nach Aufhebung der Tafel bewegte sich die Gesellschaft stehend im Nebensaal, wobei sich der Kaiser mit einzelnen Abgeordneten, darunter längere Zeit mit Herrn von Huene unterhielt. Sodann teilte sich die Gesellschaft in drei

---

begierig verzehrte. Nach Tisch stand Erffa bei dem Grafen Herbert, und sie lachten herzlich in Reminiscenz der Bonner Universitätsjahre. Da trat Fürst Bismarck heran, stützte auf jeden der beiden einen Arm, und bat, ihn doch auch mitlachen zu lassen, da sie sich so sehr zu vergnügen schienen. In dem Augenblick kam der Reichshund heran und leckte die Hand Erffa's. „Sie sind ein guter Mensch — sagte Bismarck — selbst mein Hund liebt Sie!“ Erffa lachte und hütete sich zu sagen, worauf diese Liebe von Tyras zurückzuführen sei. —

[1]) An der rechten Seite des Kaisers nahmen Platz die Fürstin Bismarck, von Puttkamer (Nipkau), von Stumm u. s. w.; an der linken Seite von Benda, Miquel u. s. w. Rechts vom Fürsten Bismarck saßen Reichensperger, Graf Limburg-Stirum, von Eynern, links von Kardorff u. s. w., die übrigen Gäste fanden in der Reihenfolge ihres Alters Platz. Die Speisekarte, in deutscher Sprache gehalten, wies folgende Speisen auf: Kaviar, Fasanensuppe, Trüffeln mit frischer Butter, Rheinlachs, schlesischer Karpfen, Prager Rauchfleisch, Rehschnitt mit Artischocken, Wildschweinskopf mit Cumberlandssauce, französische Masthühner, Stangenspargel, Aprikosenauflauf, Eis, Käsestangen. — Unter den Getränken bei der Tafel, neben dem schäumenden Champagner, dem Rot- und Weißwein, fehlte auch das kühle Bier nicht. — Die parlamentarischen Beziehungen des Grafen Limburg-Stirum zu Bismarck sind nicht bedeutungsvoll. Graf Limburg-Stirum hat als Parlamentarier bis auf die neueste Zeit seinen Schwerpunkt im Abgeordnetenhause gehabt, in dem Bismarck weniger verkehrte. Graf Limburg-Stirum hat seine Aufgabe Bismarck gegenüber so aufgefaßt, daß man ihm in kleinen Fragen nicht entgegentreten dürfe; in den großen ging Bismarck in der letzten Zeit ohnedem stets Hand in Hand mit den Konservativen. Graf Limburg-Stirum glaubte den Fürsten besonders lebhaft unterstützen zu müssen in der Beendigung des Kulturkampfes. Als Bismarck im Januar 1887 im Abgeordneten-Hause das Wort ergreifen wollte, da ihm der preußische Ressortminister nicht deutlich genug gesprochen hatte, ließ er morgens 10 Uhr den Grafen Limburg-Stirum zu sich bitten und ersuchte ihn, ihm Gelegenheit zu geben, im Abgeordnetenhause zu sprechen. Diese Aufgabe löste Graf Limburg-Stirum, indem er den Präsidenten bat, ihm am 24. Januar zu dem Kapitel des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten das Wort zu erteilen. Während Graf Limburg-Stirum, zu Gunsten der Beibehaltung der preußischen Gesandschaften in München, Dresden, Hamburg und Karlsruhe sprach, trat Fürst Bismarck zur großen Überraschung des Hauses in den Sitzungssaal. Es wurde schleunigst Eugen Richter gerufen, der denn auch schweißtriefend ankam und auf Bismarck's Rede mit Glück antwortete.

Digitized by Google

Gruppen. Die eine um den Kaiser, wobei Herr von Stumm zu seiner Linken und Herr Miquel zu seiner Rechten saß. Herr von Stumm legte auf Anregung des Kaisers seine Ansichten über die Arbeiterschutzfragen und insbesondere über Arbeiterausschüsse eingehend dar. Der Kaiser beteiligte sich sehr lebhaft an dieser Unterhaltung und bekundete nicht nur sein wärmstes Interesse für diese Angelegenheit, sondern auch eine sehr eingehende Sachkenntnis in betreff der einschlägigen Fragen. „Inwieweit sind die Arbeiterausstände berechtigt? Was hat zur Vermeidung des Arbeitsausfalls zu geschehen? Wie kann überhaupt eine dauernde Beruhigung erreicht und mit welchen Mitteln am sichersten die Arbeiterwelt befriedigt werden?" Stumm muß zunächst Auskunft geben und mit dessen Vorschlägen sind Miquel's Ansichten in Vergleich zu bringen. Douglas zählt als Grubenbesitzer und Großgrundbesitzer ebenfalls zu den Sachverständigen. Was bringen Sie neues vor?"

Der Kaiser bemerkte u. a. zu Herrn von Stumm, daß dieser als Mitglied des Staatsrats in Bälde Gelegenheit haben werde, dort seine Ansichten noch darzulegen. Zunächst würde ja eine zu berufende Immediat-Kommission die Arbeiterfragen beraten und dann der preußische Staatsrat sich mit der Sache zu befassen haben. Der Kaiser betonte, daß er erst nach Kenntnisnahme der Verhandlungen der letztgedachten Körperschaft Stellung zu den beregten Gegenständen nehmen würde. Hierauf wandte sich das Gespräch den Kolonialfragen zu und im Zusammenhange damit unsrer Marine und der Marine auswärtiger Staaten, wobei der Kaiser voll des Lobes über die Energie war, mit welcher die Interessen der deutschen Kolonien seitens der Repräsentanten des Reiches wahrgenommen würden; insbesondere zollte der Kaiser unsrer jungen Marine uneingeschränkte Anerkennung.

Die zweite Gruppe der Abgeordneten hatte sich um die Fürstin Bismarck und die Gräfin Wilhelm Bismarck gebildet, wobei namentlich spezifisch Berliner Lokal- und Gesellschafts-Fragen Gegenstand der Unterhaltung bildeten.

Die dritte Gruppe hatte sich um den Reichskanzler, welcher die lange Pfeife in Brand gesetzt, geschart und es bildete hier zunächst die in den letzten Tagen stattgehabte Steuerdebatte Gegenstand der Unterhaltung. Fürst Bismarck betonte u. a. die Notwendigkeit der Beseitigung der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer, der stärkeren Heranziehung der aus arbeitslosem Gewinn fließenden Einkommen, der Besteuerung des Einkommens aus ausländischen Papieren, der Gestaltung der Deklarationspflicht in dem Sinne, daß dieselbe nicht durch eine progressive Einkommensteuer zur Vernichtung des Einkommens führe. Des weiteren betonte der Reichskanzler die Notwendigkeit der genauen Regelung der Verteilung der Schullasten und Wegebaulasten, um dann schließlich darauf hinzuweisen, daß er die Last der Jahre und der Arbeit immer mehr fühle und dem Gedanken gern praktische Folge geben möchte, die preußischen Angelegenheiten einer jüngeren Kraft zu übertragen [1]). Er könne dies um so mehr, als der Kaiser

[1]) Am 31. Januar 1890 hatte Bismarck bereits das Handelsministerium dem bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz von Berlepsch abgegeben.

Digitized by Google

sich mit Ernst und Eifer den schweren Aufgaben, die ihm sein Amt stelle, widme. Schließlich gab der Kanzler wiederum einige seiner interessanten Erinnerungen zum besten.

Er bemerkte, daß es ihm am 3. Juli 1866, am Tage der Schlacht von Königgrätz, kaum möglich gewesen sei, König Wilhelm aus dem heftigen Kanonenfeuer zu entfernen. Der hohe Herr sei immer wieder an die gefährdetsten Stellen zurückgekehrt; nur auf sein dringendes Bitten habe der König sich bewogen gefühlt, etwas mehr Schutz vor dem Feuer zu suchen.

Ein dem fürstlichen Hause nahestehender konservativer Abgeordneter glaubte an dem Hausherrn an diesem Abend eine früher niemals beobachtete elegische Stimmung zu beobachten. Er müsse sich — bemerkte der Fürst — doch glücklich schätzen, auf ein so langes und thatenvolles Leben zurückblicken zu können. Das Leben währt 70 Jahre — so heiße es in der Schrift; er habe aber schon seine 75 auf dem Rücken. „Es war aber auch ein Leben voller Arbeit und Thätigkeit," bemerkte der Abgeordnete. „Ja wohl, voller Arbeit," wiederholte Bismarck, indem er seinem Gast dankend für diese Anerkennung die Hand reichte.

Derselbe Abgeordnete, dem ich das obenstehende Gespräch verdanke, erzählte mir noch folgenden kleinen Zug, welcher die Herzensgüte des Fürsten Bismarck recht in das Licht stellt: Im Kanzlerpalais tagte diesmal der Frauen-Groschen-Verein mit seinem alljährlich wiederkehrenden Bazar. Wir finden darauf auch unsern Abgeordneten, und zwar begleitet von seinem kleinen Sohn. Zum großen Leidwesen des Knaben, der den Fürsten für sein Leben gern zu sehen wünschte, war aber derselbe schon verschwunden. Als die Fürstin das betrübte Gesicht des Jungen sah und ihn um den Grund seiner Traurigkeit fragte, gestand er ihr offen, er sei so unglücklich, weil er den Fürsten nicht zu Gesicht bekommen habe. Nach Verlauf einer halben Stunde näherte sich die Fürstin unserm Abgeordneten mit den Worten: „Nun lassen Sie den Kleinen rasch kommen, damit ich ihn zu meinem eben in den Saal getretenen Mann bringe." — Der Fürst gab dem Knaben die Hand und sagte: „Also Du bist der Junge, der so unglücklich war, weil er mich nicht gesehen? Siehe, nun sollst Du doch noch Deine Freude haben."

Noch muß der Chroniker, um wieder zu den Tischgesprächen vom 4. Februar zurückzukehren — eine bemerkenswerte Äußerung registrieren:

„Der Kaiser," sagte der Fürst zu einigen Abgeordneten scherzhaft, „hat mich recht lieb, aber imponieren kann ich ihm doch nicht. Versuchen Sie es doch, meine Herren, vielleicht imponieren Sie ihm; ich zweifle allerdings daran!"

Die zehnte Stunde war schon vorüber, der Kaiser weilte noch immer im Reichskanzlerpalais; erst um 11 Uhr bestellte er seinen Wagen und verabschiedete sich auf das herzlichste von seinem Kanzler.

Die Äußerungen des Kanzlers, daß er mit Rücksicht auf sein Alter und seine abnehmende Arbeitskraft die preußischen Angelegenheiten jüngeren Kräften überlassen wolle, um sich lediglich den Angelegenheiten des Reiches zu widmen, und daß er dem Kaiser nicht mehr zu imponieren vermöge, wurden vielfach besprochen.

Digitized by Google

Der Abgeordnete von Benda hatte Veranlassung, sich unmittelbar nach dem Kaiser zu entfernen. Beim Hinausgehen drückte der soeben vom Kaiser verabschiedete Fürst Bismarck Herrn von Benda die Hand mit einem ernsten Ausdruck, der diesem unvergeßlich bleibt.

Teilnehmern am Festessen prägte sich die Überzeugung auf, daß der Bruch zwischen dem Kaiser und Kanzler bereits damals vollzogen, und daß es nur eine Frage der Zeit war, wann letzterer das Steuerruder aus den Händen geben müsse. Der Kaiser saß in einer Ecke des Saales, Bismarck in der andern. Jedermann fühlte die Kluft, die zwischen beiden bereits bestand. Bismarck sagte — während der Kaiser für die sozialen Arbeitererlasse schwärmte: „Ich sehe es schon kommen, daß man jedem Arbeiter einen Engel auf die Schulter setzt, der ihn ab und zu frägt, ob er noch nicht zu viel gearbeitet." Daß Bismarck schon vor Ablauf eines Monats (20. März 1890) aus den Ämtern als Reichskanzler, Präsident des preußischen Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten scheiden würde — das freilich hatte mit Ausnahme eines einzigen Gastes wohl keiner unter den Festteilnehmern erwartet.

2. März 1890. Die Reichstagsabgeordneten von Helldorff, von Kardorff, Freiherr von Stumm, außerdem Fürst Pleß bei dem Fürsten Bismarck zu Tisch. Hauptgegenstand des Gesprächs war die Behandlung der Arbeiterschutzgesetze.

Damit sind die Tischgespräche des ersten Reichskanzlers, die nicht unzutreffend mit politischen Meilenzeigern verglichen worden sind, geschlossen. Man hat, als Teile davon zuerst in die Tagespresse kamen, in deren Veröffentlichung taktlose Indiskretionen gefunden. Es hieß, Äußerungen privater Natur sollten aus bloßer Lust an pikanten Enthüllungen nicht wiedergegeben werden. Unkontrollierbar sei die Richtigkeit solcher Tischgespräche, und man könne es nur als Verletzung der Gastfreundschaft bezeichnen, wenn dieselben anonym der Öffentlichkeit übergeben würden. Diese Argumentation war aber ganz falsch. Mit der Unterdrückung der Gespräche wäre Bismarck und der Nachwelt ein schlechter Dienst erwiesen worden. Wer vom Wesen der großen Männer den richtigen Begriff erhalten will, der hat ihre Eigenart nicht allein in den Staatsaktionen, dem Geräusch des öffentlichen Lebens, sondern auch in der Häuslichkeit aufzuspüren. „Wie falsch wäre — bemerkte erst kürzlich eine Zuschrift an die „Magdeburger Zeitung" — das Bild, das wir uns von dem Reformator Luther, dem Geistesheroen Goethe entwerfen, wenn wir beide einzig nach dem, was sie in der Öffentlichkeit geäußert hatten, beurteilen wollten. Und verhält es sich bei unserm Nationalhelden, dem Fürsten Bismarck, anders? Würde gerade der Zug, der uns den großen Staatsmann auch als Menschen zeigt, in diesem reichen Staatsleben genügend hervortreten? Nein, es läßt sich bei ihm, wie bei Goethe und Luther, der Nachweis erbringen, daß erst die häusliche, familiäre Seite den passenden Rahmen zum Bismarck-Gemälde liefert" [1]).

[1]) Speziell von den Tischgesprächen des Altreichskanzlers in Friedrichsruh sprechend, heißt es daselbst weiter: Seit den Tagen seiner Thätigkeit am Frankfurter Bundestage sind uns

Digitized by Google

Wer Bismarck nur aus seinen Reichstagsreden, nicht aus seinen Tischgesprächen kennt, kennt ihn also nur zur Hälfte, denn er ist in seinem Hause ein andrer als am Ministertisch. Wer ihn mit geschlossenen Augen hier und dort hört, würde höchstens am schneidigen Witz und an der Vorliebe für Paradoxen die Verwandtschaft zwischen dem Kanzler in Uniform und dem Kanzler im Hausrock erkennen. Im übrigen ist der eine von abweisender Entschiedenheit, der andre von überredender Verbindlichkeit; der eine spricht gleich Perikles Donner und Blitz, der andre plaudert mit einer Harmlosigkeit, die fast ans Unpolitische grenzt [1]).

Die sogenannten „Salons“ früherer Zeiten, in welchen sich Staatsmänner und Gelehrte, Schriftsteller und Schöngeister beiderlei Geschlechts zusammenfanden, um über Kunst, Politik und andre Erscheinungen des Tages, einschließlich des allerneuesten Stadtklatsches, in pikanter Weise zu plaudern, sind dem Gedächtnisse der Gegenwart fast entschwunden. Sie sind überflüssig geworden, seitdem eine möglichst seichte Tagespresse den politischen, litterarischen und sonstigen Klatsch in ausgiebigster Weise vertritt, und erst recht, seitdem die Parlamente eine Stätte darbieten, wo alle Fragen nach jeder Richtung und recht oft mit ertötender Breitspurigkeit zur Verhandlung gelangen können [2]). Bismarck aber kann

---

Äußerungen Bismarck's aus dem engen Familien- und Freundeskreise überliefert, die über die ursprüngliche, divinatorische Weltanschauung, das zündende Temperament, das tiefe Gemütsleben des Helden vielfaches Licht verbreiten. Indessen war es erst einer späteren Zeit der Reife vorbehalten, die volle, harmonische Ausgestaltung dieser einzig angelegten Natur zu zeitigen In der Idylle von Friedrichsruh ist die volle Klärung erfolgt. Herzerquickende, reine Menschlichkeit ist es, die dort jedem Besucher entgegentritt. Ein künstlerischer Zug von Heiterkeit, Stille und Größe durchweht die Räume, in denen Fürst Bismarck mit seinen Angehörigen und Freunden weilt und in denen er seine lieben Landsleute aus allen Teilen des Vaterlands empfängt. Aus den Redekundgebungen des Altreichskanzlers leuchtet die innige Liebe zu seinem Volke hindurch. Und weil er einer der wenigen und Auserwählten ist, die in der Seele dieser reich veranlagten, aber noch vielfach zerfahrenen und unabgeklärten Nation zu lesen verstehen, erscheint er den Mitlebenden als ein wahrer Prophet, ein Verkünder von Wahrheiten, deren Beherzigung nicht verabsäumt werden sollte. Was der Altreichskanzler über schwebende Tagesfragen, über den Wert der Verfassung, die Notwendigkeit eifriger politischer Schaffenslust, den Bundesstaat zu äußern für zeitgemäß erachtet, verfolgt stets dieselbe Tendenz und dasselbe Grundprinzip der Sorge um das Volkswohl und enthält in seinen vielfachen Anzüglichkeiten gegen die jetzigen Machthaber die wohlgemeinte Warnung des Weisen aus dem Sachsenwalde vor Überhebung und Überstürzung. Von den Stützen, welche die, wenn auch noch so pflichttreue und geschulte Büreaukratie dem deutschen Staate zu bieten vermag, hält er nicht allzu viel. Aus eigener Erfahrung ist ihm das Hemmende und Verpfuschende ihres Eingreifens gerade bei grundlegenden organisatorischen Aufgaben klar geworden. Einer weitergreifenden Versumpfung zu wehren, ist der hochbetagte Staatsmann eifrig bemüht. Die nähere Umgebung weiß über das Kapitel vielerlei in Ausführungen und Einzelzügen zu berichten. Frei von verbitterter Schärfe atmen alle jetzigen Reden und Tischgespräche des Fürsten Bismarck den milden, aber doch stets witzigen, oft auch mit Sarkasmus versetzten Geist eines über den Ereignissen stehenden Weltweisen.

[1]) „Berliner Tageblatt“ Nr. 55 vom 3. Februar 1881.

[2]) „Der Kulturkämpfer“, Zeitschrift für öffentliche Angelegenheiten, 3. Band, erstes Halbjahr 1881, Heft 28, S. 10.

Digitized by Google

sich rühmen, einen „Salon" eigenster Art etabliert zu haben, wie ihn Deutschland vorher nie gesehen hat, und den alle diejenigen, die zu seinen Besuchern zählten, nie vergessen werden. Indem ich davon Abschied nehme, drängen sich mir dieselben Betrachtungen auf, die ein Gast der denkwürdigen Soiree vom 10. Mai 1884 anstellte, indem er dachte: Es ist doch eine Freude, in dieser Zeit zu leben und ein Deutscher zu sein. In unsrer Jugend standen uns die Pitt, die Burke, die Fox, die Sheridan vor Augen. Wir brauchen nicht mehr nach England neidisch auf politische und parlamentarische Größen zu blicken. Unser gewaltiger Staatsmann überragt freilich alle. Aber Männer, wie die kleine Excellenz, sind auch Leute, deren Namen, lediglich dank ihrer Geisteskraft, in der Geschichte unvergessen bleiben werden. Das sei auch am politischen Gegner anerkannt. Im übrigen — Protestanten — Katholiken, Preußen — Hannoveraner, Norddeutsche — Süddeutsche, Konservative — Liberale, über allen: das deutsche Vaterland, der deutsche Kaiser, der deutsche Staatsmann, ein „Gemeinbesitz" aller Parteien, den Gott uns lange erhalten möge, und für den wir nicht vergessen wollen, Gott in tiefster Seele zu danken.

Digitized by Google

Aufzeichnungen von Parlamentariern über Gespräche mit Bismarck.

Wie in der Vorrede erwähnt, sollen die hiermit abgeschlossenen „Tischgespräche“ nur die Einleitung zu einer größeren Arbeit bilden, welche es sich zur Aufgabe stellt, den Verkehr des Fürsten Bismarck mit den Parlamentariern etwas näher in das Auge zu fassen. Soweit derselbe sich in den einzelnen parlamentarischen Körperschaften (Abgeordnetenhaus, Herrenhaus, Zollparlament, Reichstag) abgespielt hat, liegt das Material in den gedruckten Parlamentsverhandlungen vollständig ausgebreitet vor uns da. Uns kommt es aber nicht hierauf, sondern auf denjenigen Verkehr an, der sich hinter den Coulissen des Parlaments abgespielt hat, im Hause Bismarck's unter vier Augen, bei oder nach Tische, oder im Konferenzzimmer des Reichstags, und der zum Zweck hatte, die Abgeordneten in die Ziele der Regierungspolitik einzuweihen, und ihren Einfluß bei den Parteien dafür zu gewinnen. Es ist erklärlich, daß über diesen intimeren Verkehr wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, denn nur in wenigen Fällen waren die Eröffnungen Bismarck's der Art, daß sie sogleich für die große Öffentlichkeit bestimmt waren. Ein Fall dieser letzten Art lag z. B. vor bei dem Kompromiß über das Septennat im Jahre 1874, da Bismarck die Abgeordneten Dietze-Barby und Lucius an sein Krankenbett in der Absicht kommen ließ, ihnen, und durch sie dem Reichstag seinen Vorschlag zur Beseitigung des drohenden Konfliktes in betreff des Reichsmilitärgesetzes zu unterbreiten. In vielen Fällen erfuhr aber das Gros der Abgeordneten gar nichts davon, daß eine wichtige Frage bereits vor der Plenarberatung durch ein Abkommen Bismarck's mit den Führern der leitenden Parteien erledigt worden war.

Der Parlamentarier hat sich bei Bismarck stets einer exceptionellen Stellung erfreut. Wie viele verhältnismäßig hochstehende Beamte im Reich und Preußen hat es gegeben, die Bismarck nie gesprochen haben? Es hing dies damit zusammen, daß die Chefs der einzelnen Ministerien das Ohr des Fürsten meist ganz besitzen wollten, weshalb sie eifersüchtig darüber wachten, daß keiner ihrer Untergebenen persönlichen Vortrag beim Kanzler hatte. In der späteren Zeit war es übrigens auch Bismarck selbst lieber, die bekannten Gesichter der Minister und Staatssekretäre zu sehen, als irgend einen ihm fremden Unterstaatssekretär, Direktor oder Geheimrat.

Digitized by Google

Ein Abgeordneter stand darin viel bevorzugter da; der Portier des Reichskanzlerpalais hatte, wie wir wissen, gemessenen Auftrag, jeden Abgeordneten, der Bismarck sprechen wolle, zu melden, und es wird kaum einen Fall geben, daß der Empfang verweigert worden wäre. Erst in den letzten Jahren, da Bismarck überhaupt unnahbarer wurde, schränkte sich auch der direkte Verkehr Bismarck's mit den Parlamentariern ein, da diese selbst es häufig vorzogen, ihre Anliegen der dienstlichen Umgebung des Kanzlers, dem Grafen Herbert Bismarck und dem Geheimrat von Rottenburg zu unterbreiten, und sich auf diesem Umwege über die Dispositionen des Kanzlers zu vergewissern.

Die Sprache, die Bismarck den Abgeordneten gegenüber führte, hat sich von jeher durch eine besondere Offenheit ausgezeichnet: aber er sagte ihnen nichts ohne Absicht, nichts ohne Vorbedacht. Er sah voraus, daß von seinen Mitteilungen in zehn Fällen neun Mal Gebrauch gemacht würde, daß der eine sie ins Gedächtnis eingrub, der andre zu Hause sorgfältig zu Papier brachte, daß ein dritter sie seinen politischen Freunden erzählte, von denen es bald in die Couloirs des Parlaments durchsickerte. Eben deshalb erscheint es unbedenklich, die Schatzkammern dieser historischen Erinnerungen etwas früher zu öffnen. Sie verträgt bereits jetzt mehr Licht, während noch Jahrzehnte hinweggehen werden, bis die mit Bismarck in Verkehr getretenen Diplomaten und Beamten daran gehen dürfen, ihre Erinnerungen einem weiteren Kreise zugänglich zu machen.

Die Zahl der Abgeordneten, über deren Verhältnis zum ersten Reichskanzler bereits etwas publiziert wurde, ist nicht groß. Nur wenige derselben haben sich entschlossen, in Selbstbiographien etwas hiervon zu verraten, so z. B. Bluntschli, Temme, Friedrich Oetker, Geh. Rat Hermann Wagner, von Unruh. Einige andre einschlägige Notizen findet man in Monographien, Aufsätzen und größeren Geschichtswerken, so z. B. von Max Duncker, Twesten, Lasker, Bamberger, von Blanckenburg, Gerlach. Beachtenswertes Material liegt ferner in den Zeitungen begraben; einiges wenige in Korrespondenzen, welche zwischen Bismarck und einzelnen Abgeordneten geführt worden sind. Weitaus das Meiste beruht aber bis jetzt auf dem Gedächtnis, worauf sich die Beteiligten bekanntlich so lange verlassen, bis dasselbe nachgelassen, oder mit seinem Träger den Weg alles Irdischen gegangen ist.

Von dem Fürsten Bismarck ist nicht zu erwarten, daß er sich über seinen Verkehr mit den Parlamentariern — ein paar ganz besonders geartete Unterredungen ausgenommen — Aufzeichnungen gemacht hat, und diese selbst ruhen dann jedenfalls bei den Akten des Auswärtigen Amtes. Es bleiben also für unsern Zweck nur die persönlichen Mitteilungen der Abgeordneten selbst übrig oder von denselben nach ihrem Tode hinterlassene schriftliche Aufzeichnungen. Von beiden Kategorien will ich nachstehend nur je eine Probe geben, um dem Leser zu zeigen, welch' wertvolles Quellenmaterial die Parlamentarier dem Historiker zur Verfügung stellen können.

Digitized by Google

1. Von Unruh's Gespräche mit Bismarck.

geb. 28. März 1806 zu Tilsit, bis 1844 im Staatsbaudienst, Erbauer der Eisenbahn von Potsdam nach Magdeburg, der Gasanstalt in Magdeburg, Gründer der Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau, von 1857—1874 an der Spitze der Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin, Mitglied, zuletzt Präsident der preußischen Nationalversammlung, 1849 Mitglied der Zweiten Kammer, Mitbegründer des deutschen Nationalvereins, 1863—1867 Vize-Präsident des Abgeordnetenhauses, 1867—1879 Mitglied des Reichstags und einer der Führer der nationalliberalen Partei. Gestorben am 4. Febr. 1886 in Dessau.

An Erlebnissen, die der Erinnerung und Aufzeichnung wert sind, hat es bei diesem bewegten Leben Unruh's nicht gefehlt. Derselbe konnte sich aber lange Zeit nicht zum Niederschreiben entschließen, weil er weder eine vollständige Selbstbiographie noch politische Memoiren verfassen wollte; beides widerstrebte ihm. Das eigne Spiegelbild zu zeichnen — so argumentierte er — ist ein mißliches Ding. Ich denke mir, man schwebt dabei immer zwischen Selbstüberhebung und Selbstunterschätzung. Überdem hat die Beschreibung des eignen Lebens für dritte gar kein Interesse, wenn man nicht zu den großen Männern seiner Zeit gehört und kein Dichter ist. Brauchbare Memoiren dagegen müssen sich auf schriftliche, während der Ereignisse gemachte Notizen stützen, wovon ich nur wenige besitze. Es gehört auch ein gründliches Studium der wichtigen Dokumente aus der betreffenden Zeit und eine genaue Vergleichung derselben mit den eigenen Aufzeichnungen und Erinnerungen dazu. Hier auf dem Landsitze, wohin ich mich zurückgezogen habe, fehlt mir fast alles Material zu solchen Studien und, ehrlich gestanden, auch die Neigung zu einer Beschäftigung, welche starke Anspannung der Arbeitskraft erfordert und, statt der auf dem Lande gesuchten Ruhe und Schonung, Anstrengung und Konsumtion der geistigen Kraft bedingt. Erst ein Gespräch mit Sybel, dem Historiker, und mit Bennigsen hat den Entschluß bei mir gereift, meine Erlebnisse niederzuschreiben. Beiden teilte ich meine Bedenken mit. Sybel antwortete mir ungefähr so: „Weder eine Selbstbiographie noch ein historisches Werk kann man von Ihnen verlangen; aber wenn ein Mann, der so viel erlebt hat, selbst in großer Zeit thätig gewesen ist, seine Erlebnisse treu und wahr aus dem Gedächtnisse mitteilt, ohne Tendenz seine persönlichen Eindrücke wiedergiebt, so entsteht ein Bild seiner Zeit, das nicht nur jeden Gebildeten

Digitized by Google

interessieren muß, sondern auch Wert für den wirklichen Historiker hat, für den die lebendigen Aussagen eines Augenzeugen von unzweifelhafter Wichtigkeit sind." Bennigsen trat ihm bei und beide rieten mir dringend, die Sache nicht fallen zu lassen. — —

Auf diese Veranlassung hin und dem gleichzeitigen Wunsche der Seinigen folgend, machte sich von Unruh im Jahre 1878 daran, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben. Die Annahme, daß dieselben erst nach seinem Tode erscheinen sollten, gestatteten ihm, möglichst unbefangen zu schreiben. Indessen gab von Unruh im Jahre 1881 mehrfachen Aufforderungen, schon bei seinen Lebzeiten einzelne Abschnitte daraus zu veröffentlichen, nach, weil es ihm schien, daß manche Mitteilungen für die noch lebende Generation von größerem Interesse seien, als für die heranwachsende. Auf diese Weise entstand die Vorpublikation im IV. Quartal-Band des VI. Jahrgangs der „Deutschen Revue über das gesamte nationale Leben der Gegenwart", welche wichtige Aufklärungen über die politischen Ereignisse seit dem Jahre 1828 enthielt[1]).

Die Bedeutung des Unruh'schen Manuskriptes für mein Werk leuchtete sofort ein, und ich habe es der Güte seines Sohnes, des Kgl. Landrats von Unruh in Bromberg, zu danken, daß ich in der Lage bin, aus den Erinnerungen seines Vaters nachfolgend noch einige weitere Kapitel, welche auf das Verhältnis desselben mit Bismarck Bezug haben, zu erschließen.

I.

Der vereinigte Landtag in Preußen 1847.

Von Unruh schreibt in seinen ungedruckten Erinnerungen über den ersten vereinigten Landtag im Jahre 1847, die Redner der Regierungsvertreter seien ebensowenig erfolgreich gewesen, als die der rechten Seite.

„Bismarck, damals noch sehr jung und auf der äußersten Rechten, wurde wenig beachtet, obgleich schärfer Sehende seine Bedeutung schon damals erkannten, wie ich aus dem Munde eines liberalen Mitglieds des Landtags, Gustav Coqui aus Magdeburg, weiß."

II.

Die Frankfurter Kaiser-Deputation 1849.

Während der Session der Kammern (1849) traf in Berlin die Deputation des Frankfurter Parlaments ein, um dem König die deutsche Kaiserkrone anzubieten. Von Unruh bemerkte über diesen Vorgang:

[1]) Die Publikation umfaßt folgende Kapitel: Gespräch mit Heinrich von Gagern 1848, Verhandlungen mit den Kommissarien des Frankfurter Parlaments, Streit mit dem nachherigen Kabinettsrat Niebuhr 1849, Vorgänge in der Zweiten Kammer, Bismarck, Intervention Bismarcks, Gespräch mit Bismarck 1859, die Konfliktszeit in Preußen, die Reorganisation der Armee, Ministerium Bismarck, Unruh's Eintritt in das Abgeordnetenhaus, Bismarck's Auftreten im Abgeordnetenhause, Politische Verfolgungen; der Nationalfonds, Intriguen der Hofpartei gegen Bismarck, die Verfassung des Norddeutschen Bundes, drohender Konflikt in Frankreich 1867, die Schutz- und Trutzbündnisse mit den süddeutschen Staaten, Französische Ansichten, die Reichsgesetzgebung 1867—1870, die Abgeordneten-Soireen bei Bismarck, Verhandlungen Bismarck's mit Bennigsen, der erste Entwurf zum Tabaksteuergesetz, die Attentate auf den Kaiser, Gesetz gegen die Sozialdemokraten, Auflösung des Reichstags.

Digitized by Google

„Nur ein Monarch von festem, konsequentem Willen mit einem Premierminister wie Bismarck hätte es unternehmen können, auf Grund einer solchen Verfassung Deutschland in Wirklichkeit zu einigen. Ein solcher Mann würde es nicht unterlassen haben, die damalige Schwäche Österreichs, das mit den Ungarn ohne russische Hilfe nicht fertig werden konnte, gründlich auszunutzen. Aber Friedrich Wilhelm IV. regierte, und Bismarck war damals entschiedener Freund Österreichs und nicht Minister."

III.

Bismarck's Politik gegenüber Schleswig-Holstein.

Über die Haltung der liberalen Partei in der schleswig-holsteinschen Frage äußert sich von Unruh wie folgt:

„Recht grell trat es hervor, wie ungeeignet das Eingreifen der Partei in die Politik war, als die Regierung im Laufe des dänischen Krieges eine Anleihe forderte [1]). Man wollte eine solche einem Ministerium nicht bewilligen, das ununterbrochen ohne genehmigten Staatshaushalt, also verfassungswidrig, wirtschaftete. Vergeblich machte ich in der Fraktion geltend, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses sich notwendig über die Politik der Regierung in der schleswig-holsteinschen Frage aussprechen und ein Vorgehen nach einem bestimmten Ziele verlangen müsse. Es komme darauf an, ob das Abgeordnetenhaus die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg auf beide Herzogtümer anerkannt wissen wollte, oder ob es die Einziehung der eroberten Herzogtümer verlange, oder was sonst. Welche Absicht aber auch die Majorität habe, so müsse sie ihren Willen klar aussprechen. Die Regierung habe bei Beginn des Krieges und bei der partiellen Mobilmachung sich gar nicht um das Abgeordnetenhaus bekümmert. Jetzt trete sie an dasselbe mit der Forderung einer Anleihe heran. Wenn jetzt das Haus sich nicht positiv über die einzuschlagende Politik ausspreche, so leiste es Verzicht auf seine Mitwirkung. Die Koalition verschiedener Parteielemente in der Opposition habe ursprünglich den Zweck gehabt, Bismarck und sein Ministerium zu stürzen. Dies sei nicht gelungen. Jetzt komme es darauf an, wenigstens in so wichtigen Fragen, wie die vorliegende, den Willen der Majorität geltend zu machen. Es wurde hin und her gestritten, aber es kam kein andrer Beschluß zu stande, als die Anleihe abzulehnen.

Am andern Tage [2]) erschien der Ministerpräsident im Hause, hörte einige Reden gegen die Bewilligung der Anleihe an und erklärte dann: es sei nach der Verfassung sehr zweifelhaft, ob dem Abgeordnetenhause irgend ein Einfluß auf die auswärtige Politik zustehe. Wenn aber die Regierung mit dem Antrage auf Bewilligung einer Anleihe an das Haus herantrete, ihm also Gelegenheit gebe,

[1]) Man vergl. den dem Landtag am 8. Dezember 1863 unterbreiteten Gesetzentwurf, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und der Marine-Verwaltung. Drucksache Nr. 43, Haus der Abgeordneten, 8. Legislatur-Periode, I. Session 1863—1864.

[2]) Man vergl. die Reden Bismarck's in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 21. und 22. Januar 1864.

Digitized by Google

seine Meinung geltend zu machen, und die Majorität habe darauf keine andre Antwort als ein trocknes „Nein", so abdiziere sie selbst auf diesem Felde.

Man steckte die Köpfe zusammen, es wurde sogar ein Versuch gemacht, während der Sitzung eine Resolution zu stande zu bringen, aber vergeblich. Es blieb bei dem einfachen Nein. Über das zu bezeichnende Ziel herrschte zu große Verschiedenheit der Ansichten.

Von Bismarck war es bekannt, daß er entschiedener Gegner der Etablierung eines neuen Kleinstaates im Norden Deutschlands sei. Ich teilte diese Ansicht vollkommen, aber es ließ sich um so weniger erkennen, auf welchem Wege Bismarck zur Annektion der Herzogtümer gelangen wolle, als Österreich an dem Kriege gegen Dänemark teilgenommen, also mitzusprechen hatte und ganz bestimmt eine Vereinigung der Herzogtümer mit Preußen freiwillig nicht zulassen werde.

Über diese, offenbar mit Zustimmung Bismarck's oder gar auf seine Veranlassung geschehene Beteiligung Österreichs an dem dänischen Kriege wurde er eines Tages im Abgeordnetenhause heftig angegriffen. Man wies darauf hin, daß Österreich, dessen Truppen seit dem dreißigjährigen Kriege den Norden Deutschlands nicht mehr betreten hatten, jetzt seit 1851 durch Preußen zweimal Gelegenheit gegeben worden sei, im Norden zu intervenieren und deutete an, daß dies schlecht mit jener Politik Bismarck's stimme, der gegen den österreichischen Gesandten geäußert haben sollte, Österreich gehöre gar nicht zu Deutschland, sein Schwerpunkt liege im Osten, namentlich in Ungarn. Bismarck verteidigte sich nicht mit der sonstigen eigentümlichen Schärfe, sogar etwas matt, aber indem er sich nach dem Schluß seiner Rede niedersetzte, sagte er halblaut: „Das kommt ja doch auf dasselbe hinaus".

Diese sehr bezeichnende Äußerung hörten die nahe dem Ministertische sitzenden Abgeordneten, zu denen auch ich gehörte, aber nicht die Stenographen. Die Worte fehlen daher im stenographischen Bericht. Es konnte damit nichts andres gemeint sein, als daß die Gemeinschaft mit Österreich in diesem Kriege dessen Bekämpfung in Deutschland nicht ausschließe, im Gegenteil zu einem erwünschten Zerwürfnis mit Österreich führe. Klar auf der Hand lag es, daß zunächst das gemeinschaftliche Vorgehen von Österreich und Preußen die Einmischung andrer Staaten verhinderte.

Der spätere Vertrag von Gastein [1]) war gewiß das Werk Bismarck's, jedoch nur eine Konzession, die er notgedrungen machte in der sicheren Voraussetzung, daß es trotz des Vertrags zum Bruch mit Österreich kommen werde.

In der schleswig-holsteinschen Sache wendete Bismarck zum erstenmal eine Taktik an, die augenscheinlich sehr gefährlich, aber ihm bisher geglückt ist und darin besteht, daß er dem Gegner Anerbietungen macht, die für diesen augenscheinlich sehr vorteilhaft sind, von denen aber Bismarck voraussetzt, daß sie dennoch nicht angenommen werden, aber seinen guten Willen in helles Licht setzen und ihm die Erreichung seines Zieles erleichtern.

[1]) Bismarck selbst nannte die am 14. August 1865 abgeschlossene Konvention von Gastein nur eine „Verklebung der Risse im Bau".

Digitized by Google

Es war bekannt, daß der König dem Herzog Friedrich wohl wollte. Auf der Londoner Konferenz war erklärt worden, daß der Herzog keineswegs der alleinberechtigte Erbe, aber der erstberechtigte sei. Jetzt stellte Bismarck dem Herzog die sogenannten Februarbedingungen, in welchen für Preußen im wesentlichen dieselben Konzessionen verlangt wurden, welche der Frankfurter Verfassungsentwurf den kleineren Staaten gegenüber der Centralgewalt auferlegte; nur in Bezug auf die Benutzung der Häfen wurde etwas mehr verlangt [1].

Als ich diese Bedingungen, unter denen das Erbrecht des Herzogs anerkannt werden sollte, in der Zeitung las, bekam ich einen förmlichen Schreck, weil ich bestimmt annahm, der Herzog werde ohne Besinnen sofort pure acceptieren. Es konnte nichts Vorteilhafteres für ihn geben. Aber Bismarck hatte richtiger gerechnet. Der Herzog lavierte nach wie vor zwischen Österreich und Preußen und gab eine ausweichende Antwort, die Bismarck später im Abgeordnetenhause verlas. Nun konnte selbst beim Könige kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß der Herzog, wenn er zur Regierung käme, keineswegs ein zuverlässiger Bundesgenosse Preußens sein, sondern fortfahren werde, sich auf Österreich zu stützen, für Preußen also neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Etwas später traf ich in Kiel zufällig den damaligen Kabinettsrat des Herzogs von Koburg, Tempeltey, der, wie es schien, den Herzog bei dem Prinzen Friedrich vertrat. Ich sprach meine Verwunderung über das Verhalten des letzteren aus und meinte: Der Prinz hätte sich gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark in die Arme Preußens werfen und bei Ausbruch des Krieges in die preußische Armee eintreten müssen, statt zwischen Preußen und Österreich hin und her zu schwanken, aus den für ihn gesammelten Geldern Uniformen und Waffen anzuschaffen und dieselben dann verstecken zu lassen. Die Geheimräte Franke und Sammer schienen ihn doch nicht gut beraten zu haben. Tempeltey trat mir bei, versicherte aber, daß Äußerungen, die er in dieser Richtung gethan, sehr scharf zurückgewiesen worden sind.

Soviel steht fest, daß wir die Erwerbung der Herzogtümer allein Bismarck verdanken."

IV.

Eingeständnis eines begangenen Fehlers in der Führung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses.

Wie sehr von Unruh gerecht war, selbst wenn es sich um das Zugeständnis eigener Irrtümer desselben handelte, beweist folgende Stelle aus seinen Erinnerungen aus der Zeit vor 1866.

„Endlich will ich hier noch ein Bekenntnis über einen von mir begangenen Fehler ablegen. Ich war im Abgeordnetenhause erster Vize-Präsident und glaubte als solcher mich dem Verfahren des Präsidenten Grabow anschließen zu müssen, um so mehr, als dieser nicht dazu zu bringen war, mir den Vorsitz bei bestimmten

[1] Die Bedingungen, betreffend die Bildung eines selbständigen Staates Schleswig-Holstein, sind enthalten in der Depesche Bismarck's an den Gesandten in Wien, abgedruckt im Staats-Archiv Bd. VIII, S. 389, Nr. 184.

Digitized by Google

Teilen der Tagesordnung zu übertragen, auf die ich mich hätte vorbereiten können. Ich wurde mitten in der Diskussion gerufen, um Grabow abzulösen. Dies geschah auch während einer Rede des Abgeordneten Professor Gneist, bei deren Schluß er in ziemlich direkter Weise dem Kriegsminister von Roon den Bruch des Eides auf die Verfassung vorwarf [1]). Ich glaube, daß ich, wenn ich erster Präsident gewesen wäre, den Abgeordneten Gneist sofort zur Ordnung gerufen haben würde, aber nachdem Grabow, wie schon erwähnt, erklärt hatte, er könne die Minister nicht vor persönlichen Angriffen schützen, weil Bismarck den Ministertisch von der Gewalt des Präsidenten ausgeschlossen hatte, unterließ ich den Ordnungsruf und wies auf mehrfache Beschlüsse des Hauses hin, wonach die Ausgabe der Gelder ohne genehmigten Etat für eine Verletzung der beschworenen Verfassung erklärt wurde [2]).

Es war entschieden falsch, daß ich den Ordnungsruf unterließ. Das Haus mochte beschlossen haben, was es wollte, so stand einem einzelnen Abgeordneten nicht zu, einem Minister persönlich den Eidbruch vorzuhalten."

V.

Ausbruch des Krieges gegen Österreich. Die Mission des Herrn von Gablenz. Die Stimmung in Preußen.

Über 1866, den Ausbruch des Krieges und was dem vorging schreibt von Unruh:

„Der Landtag wurde im zeitigen Frühjahr 1866 geschlossen und später aufgelöst. Gleichzeitig verbreitete sich das Gerücht, daß ein Krieg gegen Österreich in naher Aussicht stehe. Ich wurde damals aufgefordert, vor meinen Wählern in Magdeburg Rechenschaft abzulegen. Bei dieser Gelegenheit erklärte ich mich gegen die Provokation eines Krieges mit Österreich und fand entschiedene Zustimmung. Nicht im mindesten war ich darüber zweifelhaft, daß ein Krieg mit Österreich ganz unvermeidlich sei, um dessen an Herrschaft grenzenden Einfluß in Deutschland zu brechen und Preußens Großmachtstellung und Unabhängigkeit zu sichern, aber ich hielt den Zeitpunkt für einen sehr ungeeigneten und gefährlichen, weil der nun schon im vierten Jahre dauernde Konflikt noch in voller Schärfe bestand und die wiederholten Wahlen den tiefgehenden Zwiespalt zwischen Regierung und Bevölkerung bewiesen, während ich die vollkommenste Übereinstimmung beider zur Entwickelung der größten Energie, Ausdauer und Opferbereitschaft für unumgänglich nötig erachtete bei einem so gefahrvollen Kriege,

---

[1]) Der Vorfall ereignete sich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 5. Mai 1865. Der Abgeordnete Gneist hatte der Regierung, als deren Vertreter Roon anwesend war, vorgeworfen, ihre Maßregeln trügen das „Kainszeichen" des Eidbruchs an der Stirn, und richtete diesen Vorwurf sogar persönlich gegen Roon. Man vergl. über diesen Zwischenfall die Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Feldmarschalls Grafen von Roon, II. Bd., S. 239 f.

[2]) Vergl. den stenographischen Bericht über die 46. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Mai 1865, S. 1344. Der Kriegsminister Roon erklärte daraufhin, die Äußerungen des Abgeordneten Gneist trügen den Stempel der „Überhebung und der Unverschämtheit". Im weiteren Verlaufe nahmen beide Redner das Beleidigende ihrer Äußerung zurück.

Digitized by Google

bei welchem eine Einmischung andrer Großmächte, namentlich Frankreichs, durchaus nicht ausgeschlossen war. Es handelte sich offenbar in einem solchen Kriege um die Existenz.

Inzwischen nahmen die Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich und am Bundestage in Frankfurt einen immer bedrohlicheren Charakter an, es kam zur Mobilmachung der Armee und zur Zusammenziehung von Truppen. Österreich stellte beim Bundestage seinen Antrag auf Kriegsbereitschaft der sämtlichen deutschen Staaten, augenscheinlich gegen Preußen. Der Krieg stand unmittelbar bevor. Man hörte zwar, daß der König sich noch gegen den Krieg sträube und daß die Königin, die Königinwitwe und die Kronprinzessin nebst einer starken Partei am Hofe gegen Bismarck's Politik ankämpften, dessen Äußerungen diese Sachlage bestätigten; aber die Spannung zwischen Österreich und Preußen war bereits so stark geworden, daß an eine Wendung zum Frieden nicht mehr gedacht werden konnte. Nach den österreichischen Zeitungen und sonstigen Nachrichten aus Wien war Österreich offenbar zum Kriege entschlossen.

Diese Lage wurde durch eine Erzählung bestätigt, die ich bald darauf Bismarck mitteilte, und der er nicht widersprach. Danach hatte sich ein preußischer Gutsbesitzer von Gablenz, Bruder des österreichischen Feldmarschallieutenants von Gablenz, Zutritt zum Könige zu verschaffen gewußt und sich erboten, durch seinen Bruder eine Ausgleichung anzubahnen [1]).

Herr von Gablenz war eine eigentümliche Persönlichkeit, eine Zeit lang Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und bei verschiedenen industriellen Unternehmungen beteiligt. Er schillerte in verschiedenen politischen Farben und schien nirgend festen Anhang zu haben; dennoch soll er mit Erlaubnis des Königs in Wien mündlich Erkundigungen über die Stimmung in den verschiedenen Kreisen Österreichs und die Bereitwilligkeit zu einer Verständigung mit Preußen eingezogen haben. Die österreichische Antwort lautete ablehnend.

Die Stimmung in Berlin und wohl in ganz Preußen war nichts weniger als kriegerisch, voller Besorgnis. Die Reserven und die Landwehr stellten sich, mit wenigen Ausnahmen, ohne Excesse, aber halb widerwillig, von Enthusiasmus keine Spur. Die Proklamation, welche die Regierung veröffentlichte [2]), ließ die Leute kalt. Man hatte eine Aussöhnung erwartet, ein Versprechen der Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen. Davon enthielt das Dokument kein Wort. Wenn das Abgeordnetenhaus nicht aufgelöst worden wäre, so hätte dasselbe sofort einberufen und um Bewilligung des nötigen Geldes angegangen werden

---

[1]) Von Gablenz verhandelte im Mai 1869 mehrfach persönlich mit Bismarck über einen Entwurf, betreffend die Beilegung des preußisch-österreichischen Konflikts. Näheres hierüber und mehrfache Depeschen und Briefe Bismarck's über diesen Vermittelungsvorschlag siehe in v. Sybel, die Begründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I., Bd. IV, S. 375, 377, 379, 383, von Friesen, Erinnerungen II. S. 159 f. und in der „Post“ Nr. 43, 44, 47, 50 und 52 vom Jahre 1884.

[2]) Gemeint ist der Aufruf „An mein Volk“, abgedruckt im „Preußischen Staatsanzeiger“ vom 20. Juni 1866.

Digitized by Google

müssen. Es ist eine reaktionäre Lüge, daß die Führer der Opposition erklärt haben sollten: „Diesem Ministerium kein Geld, auch wenn der Feind vor den Thoren steht." In einer Privatversammlung von Abgeordneten wurde allerdings von ein paar Mitgliedern der äußersten Linken ein solcher Antrag gestellt, aber von Twesten, Hennig, mir und der sehr großen Mehrzahl mit der Hinweisung auf die Möglichkeit eines Krieges ganz entschieden abgelehnt. Wenn einzelne in der „Volkszeitung" einen ähnlichen Ausspruch veröffentlicht haben, so geschah es auf ihre persönliche Verantwortlichkeit. Mit Twesten und vielen andern war ich völlig darin einig, daß der Krieg zwar unter sehr bedenklichen Umständen begonnen werde, daß wir alle aber den Sieg dringend wünschen müßten und daß ein Unterliegen gegen Österreich ein sehr großes nationales Unglück sei von unabsehbaren Folgen. Twesten äußerte zu mir, auch er wünsche dringend, daß unsre Armee siege, aber darauf müßten wir gefaßt sein, daß der Soldat bei Rückkehr der siegreichen Armee Leute von unsrer politischen Stellung auf der Straße vom Bürgersteige herunterstoßen werde. Glücklicherweise hat Twesten sich hierin geirrt. Die damals herrschende Stimmung wurde auch durch einen Vorfall in der Berliner Stadtverordnetenversammlung charakterisiert, deren Mitglied ich war. Gerade an dem Tage, an welchem in Frankfurt über den Antrag Österreichs abgestimmt werden mußte (14. Juni), fand eine Sitzung der Stadtverordneten statt. Während derselben traf die Depesche von Frankfurt ein, wonach der Antrag Österreichs auf Mobilmachung der deutschen Bundestruppen mit starker Majorität angenommen worden war. Man wußte, daß Bismarck eine Note an sämtliche Bundesstaaten erlassen hatte, worin gesagt war, daß der Antrag Österreichs weit über die Bundesverfassung und deren Bestimmungen über eine Exekution gegen einen Bundesstaat hinausgehe und lediglich Krieg gegen Preußen bezwecke. Dieses werde daher jedes zustimmende Votum eines Bundesstaats als eine Kriegserklärung ansehen. Obwohl dieser Verlauf mit ziemlicher Sicherheit sich vorhersehen ließ, so machte doch die positive Gewißheit, daß sich Preußen jetzt nicht nur mit Österreich, sondern mit den meisten deutschen Staaten im Kriege befinde, einen gewaltigen Eindruck. Man hatte schon den Krieg gegen Österreich als einen Bruderkrieg bezeichnet; darauf antwortete ich stets, die Deutschen in Österreich machten etwa $^1/_5$ seiner Bevölkerung aus, die andern $^4/_5$ beständen aus Tschechen, Magyaren, Polen, Slovenen, Kroaten, Rumänen, Ruthenen, Italienern rc. Ebenso sei die Armee zusammengesetzt. Man könne also von Bruderkrieg nicht sprechen. Aber als einen solchen mußte man den Krieg gegen die deutschen Bundesstaaten allerdings anerkennen. Ich hielt es in dem Sitzungssaal nicht aus und ging mit zahlreichen Kollegen in das Vorzimmer. Dort machte ein Stadtverordneter die Äußerung, er hoffe, wir würden ordentliche Schläge bekommen. Sofort erhob sich ein Sturm des Unwillens. Ich hörte den Ruf: „Hinaus mit ihm!" und es hätte wirklich dazu kommen können, wenn der Stadtverordnete seine Worte nicht geschickt deklariert hätte. Man billigte das Vorgehen Bismarck's in jenem Zeitpunkte nicht, aber von einer Niederlage wollte man doch nichts wissen.

Digitized by Google

VI.

Unterredung Unruh's mit Bismarck am 20. Juni 1866 über die Haltung der liberalen Partei während des Krieges. Verlangen nach Rückkehr zu einem verfassungsmäßigen Zustande. Bismarck und die deutsche Frage. Der Twesten'sche Entwurf zu einer Thronrede für den Landtag.

Einige Tage später habe ich ein langes Gespräch mit Bismarck gehabt, von solcher Bedeutung, daß ich mir am folgenden Tage ausführliche schriftliche Notizen machte, denen ich hier folge.

Am 19. Juni 1866 vormittags besuchte mich der Geheime Kommerzienrat Gerson Bleichröder und teilte mir mit, daß der Ministerpräsident mich zu sprechen wünsche. Seit dem Herbste 1863 hatte ich keine persönliche Unterredung mit Bismarck gehabt. Bleichröder führte zuerst den Inhalt mehrerer Gespräche mit Bismarck an. Er wollte auf die unbedingte Notwendigkeit versöhnender Schritte von seiten der Regierung in Bezug auf den inneren Konflikt hingewiesen und besonders hervorgehoben haben, daß die Beschaffung der Geldmittel zur Kriegführung ohne das Abgeordnetenhaus durch Zwangsanleihen oder Schatzscheine mit Zwangskurs jedenfalls die Einstellung der Barzahlungen der Bank, daher auch die Entwertung der Papiervaluta, das Silberagio und mit diesem den Ruin der preußischen Industrie, vielleicht auf ein Menschenalter zur Folge haben werde. Ich bemerkte dabei, daß Bleichröder in Berlin Rothschild vertritt und Bismarck oft sprach.

Ich fragte zunächst Bleichröder, ob etwa die Aufforderung Bismarck's, mich zu sprechen, eigentlich von ihm ausgehe und Bismarck nur eingewilligt habe, in welchem Falle ich Bedenken trüge, darauf einzugehen, weil mein Erscheinen bei Bismarck dann ganz unnütz sei. Wie ich mich zu erinnern glaube, setzte ich hinzu, Bleichröder sei wohl ein Mann des Friedens, dazu sei es aber zu spät. Derselbe erwiderte, daß er allerdings zu Rücksprachen mit bekannten Mitgliedern der liberalen Partei dringend geraten und darunter auch mich genannt habe, indessen komme die Aufforderung an mich direkt von Bismarck, wie aus einem eigenhändigen Billet desselben an ihn hervorgehe. Dies Billet legte er mir vor. Dasselbe lautet ungefähr so:

> Wann kommt Herr von Unruh zu mir? Haben Sie noch nicht mit ihm gesprochen, so ist es besser morgen, da ich heut dringende Vorträge habe. Geben Sie mir sofort mit einem Wort Nachricht Bismarck.

Hierauf erklärte ich mich sofort bereit und bemerkte, daß ich mich und jeden für verpflichtet halte, einer solchen Aufforderung in einem Augenblick wie dem jetzigen, zu folgen; ich werde, wenn mir Bismarck dazu Gelegenheit gebe, meine Ansichten über die Lage offen aussprechen, ohne Rücksicht darauf, ob mir dies von der einen oder andern Seite verdacht werde. Ich wurde benachrichtigt, daß der Ministerpräsident mich am andern Abend um 9½ Uhr erwarte. Ich hatte keine Ahnung davon, was Bismarck von mir wolle. Sicher keinen Rat, höchstens Auskunft, aber worüber?

Digitized by Google

Bei meinem Erscheinen wurde ich sofort gemeldet und in den Saal vor dem Kabinett Bismarck's geführt. Im Eintreten warf ich einen Blick links über die Schulter und bemerkte Bucher auf einem Stuhle nahe der Thür sitzend. Da er bei andern Gelegenheiten von mir keine Notiz genommen hatte, so that ich auch, als ob ich ihn nicht bemerkte[1]) und trat quer durch den Saal nach dem Fenster. Bucher stand auf, ging auf und ab und näherte sich mir so weit, daß er mich erkennen mußte, redete mich aber nicht an.

Es fand ein lebhafter Verkehr mit dem Kabinett Bismarck's statt. Boten, hohe Beamte, auch der Kriegsminister von Roon, kamen und gingen. Nach einiger Zeit trat Bismarck ein, entschuldigte sich, daß er mich so lange warten lasse, ich sähe ja, wie er belagert sei. Darauf versicherte ich, daß ich vollkommen Zeit habe zu warten. Bucher machte mit einer Depesche in der Hand eine Meldung, daß, wie ich verstand, ein deutscher Prinz aus einem Kleinstaat gefangen genommen worden sei. Bismarck antwortete kurz und in ziemlich barschem Tone: „Nun, telegraphieren Sie, daß man ihn anständig behandeln solle" — und trat wieder in sein Kabinett. Später kam er wieder in den Saal und sagte mir, ich möge nicht ungeduldig werden, worauf ich versicherte, daß ich so lange warten könne, wie er wolle oder auch am andern Tage kommen. Dies könne nichts nutzen, meinte er, morgen sei es gerade so wie heute bei ihm. Hier oben käme er nicht dazu, mit mir zu sprechen, aber er werde sich losmachen und mit mir in den Garten gehen.

Dies geschah. Wir promenierten in der hellen Sommernacht. Nach einigen einleitenden Worten wurde es mir klar, weshalb Bismarck mich habe sprechen wollen. Er äußerte: es sei gut, daß wir ganz offen mit einander redeten; es komme jetzt darauf an, ob die Liberalen ihre Interessen höher stellen wollten als den Staat, ob sie diesen lieber untergehen lassen wollten, als ihre Forderungen vertagen?

Das Festhalten an denselben ließe sich allenfalls erklären, wenn wir einen Thronfolger hätten, von dem strenges absolutes Regiment zu erwarten sei. Der Kronprinz aber sei ein höchst gutmütiger, milder Mann, unter dessen Regierung sehr leicht und bei dem Alter des Königs auch bald wieder gewonnen werden könne, was man jetzt verloren habe.

Aus diesen Worten ging deutlich hervor, daß Bismarck wissen wollte, wie die liberale Partei sich während des Krieges benehmen würde, namentlich wenn wir zunächst eine Niederlage erlitten. —

Ich antwortete, er stelle die Frage nicht richtig. Vor einigen Monaten, als Preußen noch die Wahl zwischen Krieg und Frieden gehabt habe, hätte man allenfalls so fragen können, wie er eben gethan. Jetzt dagegen sei der Krieg bereits ausgebrochen, bei welchem es sich offenbar um die Existenz des Staates handle. Die speziellen Parteiinteressen könnten jetzt nicht an die Spitze gestellt werden. Es komme in diesem Augenblick nicht darauf an, ob Bismarck recht

[1]) Über das Verhältnis von Unruh's zu Lothar Bucher vergl. meinen Aufsatz in der „Deutschen Revue" XVIII. Jahrg. (1893).

Digitized by Google

habe, oder die liberale Partei, ja nicht einmal darauf, wie der Krieg entstanden, ob derselbe sich habe vermeiden oder verschieben lassen. Der Krieg sei da und es handle sich jetzt darum, die Mittel zu finden, die ganze Kraft des Staates zusammenzufassen, im Unglücksfall jeden Nerv anzuspannen und, wenn nötig, die letzten silbernen Löffel aus dem Schrank des Privatmanns ohne Exekution herauszubekommen, Begeisterung hervorzurufen. Wir müßten siegen, wenn wir nicht untergehen wollten.

Bismarck erwiderte, diese Anschauungen möchten wohl die meinigen sein, aber schwerlich die der ganzen liberalen Partei.

Darauf versicherte ich, daß alle meine Parteigenossen gerade so dächten, wie ich; ich habe viele gesprochen und keiner weiche davon ab. Auf dem äußersten linken Flügel möchten wohl einzelne andre Ansichten haben, aber nur wenige, höchstens ein paar unklare Köpfe könnten glauben, es würde auf eine Niederlage eine Regenerationsperiode folgen, wie 1807 bis 1813. Damals sei Preußen von den Ideen der französischen Revolution geschlagen und das alte morsch gewordene Gebäude zusammengestürzt. Jetzt dagegen handle es sich um eine Niederlage gegen das reaktionäre Österreich, dessen Geschichte und Tendenzen jeder kenne. Äußerste Reaktion in Preußen würde die Folge einer Niederlage sein.

Augenscheinlich war Bismarck sehr befriedigt von meinen Äußerungen und ich brauchte nun keinen Anstand zu nehmen, offen von den, nach meiner Ansicht begangenen Fehlern und den Mitteln zu sprechen, die Bevölkerung zur regen Teilnahme und Anstrengung aller Kräfte zu bringen.

Bismarck stimmte meiner Meinung über die Folgen einer Niederlage gegen Österreich bei und fügte eine scharfe Bezeichnung dessen Politik, wie undeutsch und tyrannisch, hinzu. Der Ausdruck ist mir entfallen, lautete aber jedenfalls ähnlich.

Nun hob ich hervor, daß man das oben bezeichnete Ziel nur durch die Rückkehr auf den Boden der Verfassung und Anerkennung des Budgetrechts des Landtags erreichen könne. Es gebe kein andres Mittel. Auf diesem Wege werde man auch auf Deutschland wirken.

Diesen letzten Punkt griff Bismarck auf und sagte, die deutsche Nation habe jetzt die Wahl, ob es ihr Ernst mit der deutschen Einheit sei oder ob sie in der Kleinstaaterei untergehen wolle. Ich hätte ihm (Bismarck) vor einigen Jahren eine Äußerung von Metz-Darmstadt mitgeteilt: „Lieber den preußischen Stock als die Kleinstaaterei." Seinen (Bismarck's) Ausspruch in der Budgetkommission im Herbst 1862 von Blut und Eisen habe man mißverstanden oder entstellt. Er habe sich offen dahin ausgesprochen, daß es auf friedlichem Wege doch nicht gehe, nicht ohne Blutvergießen; die 500000 Bajonette müßten den Ausschlag geben.

Darauf erwiderte ich, eine solche Äußerung von Metz sei mir unbekannt; ich könne dieselbe ihm also nicht mitgeteilt haben; wohl aber habe ich im Jahre 1859 zu ihm gesagt: Deutschland würde sich um den Preis der Einheit sogar eine vorübergehende Militärdespotie gefallen lassen. Dar-

unter hatte ich eine nicht legitime gemeint, etwa nach einer revolutionären Periode, aber keineswegs die eines legitimen Monarchen.

Bismarck blieb bei seiner Behauptung in betreff des Ausspruchs von Metz stehen. Ich ließ diesen Punkt fallen und lenkte auf die notwendigen Schritte der Regierung zurück, indem ich sagte, daß ich gleich nach der öffentlich angeschlagenen Proklamation mehrfach und an verschiedenen Orten mich unter das lesende Publikum gestellt und dasselbe beobachtet habe. Vor allem sei die absolute Gleichgültigkeit zum Erschrecken gewesen. Keine Spur von Teilnahme. Die meisten seien still geblieben, aber einzelne Äußerungen habe ich wiederholt gehört: „noch nichts" oder „wieder nichts darin". So sei die Stimmung, dumpf, drückend. Das sei die Wahrheit, wie auch offizielle Berichte lauten möchten. Bismarck widersprach nicht. Ich fuhr fort, ich habe Twesten aufgesucht und von ihm erfahren, daß Bismarck ihn vor zehn oder zwölf Tagen gesprochen, daß Twesten, wie ich, auf die unbedingte Notwendigkeit der Rückkehr zur Verfassung hingewiesen und auf Bismarck's Verlangen einen dahin gehenden Passus für die bei Wiedereinberufung des Landtags zu haltende Thronrede entworfen habe[1]). Bei der jetzigen vorgeschrittenen Lage und nach inzwischen erfolgter Auflösung des Abgeordnetenhauses hätte die veröffentlichte Proklamation diesen Passus enthalten müssen, der gezündet haben würde.

Bismarck machte hier eine Bemerkung, die er mehrfach im Laufe des Gesprächs wiederholte: man glaube, er könne alles. Er sei doch nur ein Mann. Ihm ständen Schwierigkeiten entgegen, von denen viele keine Vorstellung hätten. Er bekomme den König nicht zu allem. So sei der Twesten'sche Entwurf im Ministerium beraten und — angenommen worden, dann dem Könige vorgelegt, der denselben gelesen und erklärt habe: Da stände ja dasselbe darin, wie in der Verfassung. Dann könnte man ihm nach dem Kriege einen Teil seiner Regimenter wieder fortnehmen. Das thue er nicht.

Hierauf bemerkte ich, der König sei im Irrtum. Die Majorität des jetzt aufgelösten Abgeordnetenhauses würde die Auflösung der Regimenter nicht verlangt, sondern sich mit Abkürzung der Dienstzeit und einem im Frieden verminderten Präsensstand begnügt haben, wenn das Verfassungsrecht aufrecht erhalten und eine entsprechende Politik eingeschlagen worden wäre. Statt dessen habe die Regierung nicht ein Haar, nicht soviel wie das Schwarze unterm Nagel nachgegeben und so eine Ausgleichung unmöglich gemacht.

Ganz unverhohlen teilte Bismarck mir mit, daß das Ministerium sich mit der Kontingentierung (Festsetzung der Stärke der Armee im Frieden) und $2^1/_2$ jähriger Dienstzeit (bei der Infanterie) einverstanden erklärt und dies dem Könige in einer Staatsministerialsitzung vorgeschlagen habe. Derselbe sei nicht darauf eingegangen, und als das Ministerium die Sache nicht fallen ließ, habe der König sich ärgerlich entfernt und die Minister sitzen lassen. Änderungen

[1]) Dieser Twesten'sche Entwurf findet sich weiter unten am Schlusse dieses Gespräches zwischen Bismarck und Unruh abgedruckt. Hierüber und über die Unterredung Bismarck's und Twesten's s. Lipke: „Bismarck und Twesten", in der „Deutschen Revue" 4. Jahrg., 4. Heft, S. 12.

Digitized by Google

in der Stärke der Armee oder der Dienstzeit ließen sich jetzt nicht durchführen. Im übrigen habe das Ministerium die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, wenn dieselben als einseitig gefaßte auch keinen juristischen Wert hätten, beachtet. Man habe keine neuen Beamten angestellt, die Leute liefen heute noch als interimistische umher.

Nachdem ich die Bemerkung dazwischen geschoben, so einfach läge die Sache doch nicht, die ganze Verfassung sei durchlöchert, erwähnte Bismarck, daß Twesten nicht bei jenem, von ihm redigierten Passus der Thronrede stehen geblieben, sondern schriftlich verlangt habe, daß demnächst das Steuerbewilligungsrecht, mindestens in betreff der direkten Steuern, zugestanden werde. Das sei etwas Neues, stände nicht in der Verfassung.

Dies gestand ich zu, bemerkte aber, daß das Ausgabebewilligungsrecht sich kaum anders feststellen und wirksam machen lasse, als durch das Steuerbewilligungsrecht. Ich wies ferner darauf hin, daß die wirkliche Rückkehr zur Verfassung nicht allein auf die preußische Bevölkerung belebend und kräftigend wirken, sondern auch auf das übrige Deutschland einen sehr günstigen Eindruck machen und Österreich entmutigen würde. Dies bestritt Bismarck nicht, machte aber die pikante Äußerung, daß auch der Twesten'sche Entwurf später allerlei Deutungen zulasse. Dann kehrte er zur deutschen Frage zurück und sagte, er verfolge seit 16 Jahren dasselbe Ziel. Er sei stolz darauf, daß es ihm gelungen, einen König von Preußen zur Unterschrift eines solchen Aktes gebracht zu haben, wie die Berufung eines deutschen Parlaments als Grundlage einer Bundesreform. Bismarck meinte hier offenbar die Antwort auf die Reformvorschläge, die bei dem Fürstentage in Frankfurt a./M. unter österreichischer Führung gemacht worden waren.

Ich erwiderte, daß Bismarck sich von jenem Schritt wohl eine größere Wirkung versprochen und geglaubt habe, derselbe werde wirken wie eine Lunte, die man an ein Pulverfaß lege. Dies sei nicht der Fall gewesen, weil selbst für den einfachen Verstand der Einwand nahe liege, daß, wer den Konflikt in Preußen nicht lösen könne oder wolle, schwerlich die deutsche Einheit zu stande bringen werde.

Bismarck meinte, mit Reden und Abstimmungen ließe sich eine Politik, wie die seine, nicht durchführen; die 500000 Bajonette müßten doch den Ausschlag geben. Was habe Baden mit seinem Liberalismus erreicht? Der Krieg mit Österreich sei ganz unvermeidlich gewesen und würde schon vor 2 Jahren ausgebrochen sein, wenn die Episode mit Schleswig-Holstein nicht dazwischen gekommen wäre.

Ich gestand sofort zu, daß selbst ein liberales Ministerium, welches sich die Einigung Deutschlands zum Ziel setze, den Krieg mit Österreich nicht hätte vermeiden können. So lange Österreich noch existiere, werde es ohne Krieg weder die Machtvergrößerung Preußens, noch die Einigung Deutschlands zulassen. Der Krieg gegen Ungarn, Ruthenen, Slovaken ꝛc. sei kein Bruderkrieg. Aber einen solchen Krieg dürfe man doch nur unternehmen mit Wind und Wellen,

Digitized by Google

Bismarck arbeite jetzt gegen Wind und Wellen. Ich erinnerte ihn an jene Äußerung, die er zu mir im Hôtel Royal 1859 gethan: Preußen sei völlig isoliert, der einzige Alliierte, wenn es ihn richtig zu behandeln wisse, sei das deutsche Volk[1]). Dieser Alliierte fehlte ihm jetzt, wir wären in einer Situation ähnlich der vor dem siebenjährigen Kriege, aber bei aller Ehrerbietung vor dem Könige — „ohne Friedrich den Großen" fiel mir Bismarck in das Wort. „Ja wohl und doch muß es durchgemacht werden." Er habe ein hervorragendes Mitglied der liberalen Partei gefragt, ob dieselbe ein liberales Ministerium bilden könne? . . .

Halte man ihn bei der jetzigen Lage nicht für entbehrlich, so wäre er bereit gewesen, im Auswärtigen Ministerium als Legationsrat oder im Kabinett zu wirken und alle Arbeiten für das Auswärtige zu machen.

Ich nahm keinen Anstand, Bismarck zu erklären, daß ich ihn in diesem Augenblick allerdings für ganz unentbehrlich hielte. Die Reaktion habe 1849 bis 58 und 1862 bis jetzt mit Erfolg dafür gesorgt, daß in den hohen Beamtenkreisen kein liberaler Mann mehr zu finden sei, der die jetzt unentbehrliche Energie und Ausdauer und zugleich das allgemeine Vertrauen besitze.

Bismarck erwiderte, er könne nicht wirkliches Mitglied eines liberalen Ministeriums sein, könne nicht am Ministertische seine früheren Aussprüche verleugnen, nicht entgegengesetzt stimmen.

Auf meine Bemerkung, daß die Aufnahme einzelner liberaler Minister in das jetzige Ministerium gar nichts nutzen könne, weil dieselben sofort als Renegaten angesehen werden und jeden Einfluß verlieren würden, antwortete Bismarck: „Ganz richtig, dasselbe hat mir Roggenbach gesagt, er verlöre sofort seine Partei, und ohne dieselbe sei er unnütz."

Ich deutete nun auf die Beseitigung einzelner, besonders anstößiger Minister hin, wie des Justizministers Grafen zur Lippe und auch des Grafen Eulenburg, der ein liebenswürdiger Mann sei, aber zum Minister des Innern sich doch wohl nicht eigne und für einen Reaktionär gelte.

Bismarck bezeichnete hierauf den Grafen zur Lippe als ein Mitglied, gegen dessen Entfernung er durchaus nichts habe[2]). Er schien sogar ganz einverstanden damit zu sein, meinte aber, mit Eulenburg wäre es schwieriger, der stände sehr gut beim Könige und würde sehr schwer zu beseitigen sein[3]). An dem Abgange des Finanzministers von Bodelschwingh[4]) habe er ein ganzes Jahr zu thun gehabt

---

[1]) Vergl. über diesen Ausspruch von Unruh's „Erinnerungen aus meinem Leben" in der „Deutschen Revue" VI. Jahrg., 4. Bd., S. 12.

[2]) Graf zur Lippe, neben Mühler das am meisten angegriffene Mitglied des Konfliktsministeriums. Die Beseitigung des höchst unpopulären Ministers erfolgte am 5. Dezember 1867.

[3]) Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg erhielt erst am 30. März 1878 die von ihm erbetene Entlassung.

[4]) Derselbe hatte kurz vorher seine Entlassung erhalten, da er 1866 die Verantwortung für die Beschaffung der Geldmittel für den Krieg nicht hatte übernehmen wollen.

Digitized by Google

und würde es vielleicht doch nicht durchgesetzt haben, wenn ihm nicht der Gesundheitszustand Bodelschwingh's zu Hilfe gekommen wäre.

Nun wies ich darauf hin, daß die Regierung bis jetzt nicht nur jeden Schritt zur Versöhnung mit dem Lande unterlassen, sondern demselben gerade in dieser Zeit noch einige Faustschläge ins Gesicht gegeben habe, unter anderm durch die Verwendung des Polizeirats Stieber [1]) und die Wiederanstellung des Ministers von der Heydt [2]).

Die Antwort Bismarck's lautete: unsre Polizei sei unglaublich schlecht, fast unbrauchbar, Stieber der einzig brauchbare Polizeimann. Er solle nur im Felde verwendet werden. „Wenn Sie Minister wären," setzte Bismarck hinzu, „so würden Sie auch Stieber nehmen."

Ich bestritt dies und sagte, Stieber's Ruf sei in allen Schichten der Bevölkerung ein zu bedenklicher und die Verwendung solcher Werkzeuge schade jeder Regierung. Das frühere Urteil Bismarck's über von der Heydt sei mir bekannt, sein Wiedereintritt hieße trotz aller Befähigung des Mannes verfassungswidrige, willkürliche Regierung und verletze allgemein.

„Aber der Mann schafft Geld, und das brauchen wir," wendete Bismarck ein. Darauf entgegnete ich, von der Heydt schaffe vielleicht Geld, aber mutmaßlich in gefährlicher Weise. Übrigens zweifle ich nicht, daß von der Heydt, sobald Bismarck's Stellung später irgend wie bedroht sei, ebensogut gegen ihn intrigieren werde, wie er dies zur Zeit der neuen Ära gegen seine damaligen Kollegen gethan habe. Bismarck stutzte ein wenig und meinte dann, das sei wohl möglich.

Ich fügte noch hinzu, daß Bismarck vom Landtage Geld zur Führung des begonnenen Krieges in ganz loyaler, verfassungsmäßiger Form hätte bekommen können. Ich hielte daher die Auflösung des Abgeordnetenhauses für einen politischen Fehler. Mit dem bisherigen Abgeordnetenhause würde man in der jetzigen gefährlichen Lage gut zu stande gekommen sein.

Bismarck bestritt dies nicht ausdrücklich, meinte aber, man hätte mit demselben Hause, mit welchem die Regierung so feindlich gestanden, nicht füglich verhandeln können.

Meinen Einwurf, Bismarck wisse ja, daß im wesentlichen dieselben Personen wieder gewählt werden würden, suchte er dadurch zu beseitigen, daß er sagte: „wenn auch, es ist doch ein neues Mandat gegeben."

---

[1]) Stieber war von 1850—1860 Chef der Berliner Sicherheitspolizei, von 1860—1861 schweren Verfolgungen ausgesetzt, die zu seiner Amtssuspension und Verhaftung führten. Am 6. Mai 1866 nach dem Blind'schen Attentat erhielt Stieber den Auftrag, den polizeilichen Schutz des Lebens des Königs und Bismarck's beim Ausbruch des Krieges zu übernehmen; am 23. Juni 1866 wurde Stieber zum Feldpolizeidirektor ernannt. Das Nähere findet man in den Denkwürdigkeiten des Geh. Regierungsrats Dr. Stieber, aus seinen hinterlassenen Papieren bearbeitet von Dr. L. Auerbach, Berlin 1884.

[2]) August Freiherr von der Heydt, erst Handelsminister, später Finanzminister von 1848 bis 1862, übernahm am 5. Juni 1866 von neuem das Finanzministerium und verstand es, die Geldmittel für den Feldzug ohne Anleihe zu beschaffen. Sein Rücktritt erfolgte am 26. Oktober 1869.

Digitized by Google

Als zweiten Faustschlag in das Gesicht des Volkes bezeichnete ich die Erklärung der Regierung, daß die bisherigen Regierungsgrundsätze auch ferner aufrecht erhalten werden sollten.

„Wo hat das gestanden, wer hat das gesagt?" fragte Bismarck lebhaft. Ich nannte ihm die „Provinzial-Korrespondenz" [1]), die officösen Zeitungen und die Wahlaufrufe in den Kreisblättern.

Bismarck antwortete etwas erregt: „Ich weiß nichts davon. Wer kann auf solche gedruckte Sachen etwas geben. Ich kann nicht alles selbst lesen und censieren; Eulenburg auch nicht. Hätte ich es gelesen, so würde ich es gestrichen haben."

Ich konnte nichts thun, als ihm sagen: das Pubikum könne gar nichts andres, als solche Erklärung in solchen Blättern für richtig halten.

Endlich bezeichnete ich als einen Punkt, der sogar sehr konservative, aber selbständige Personen befremde, daß man auf dem Palais des Königs noch die Fahne wehen sähe, obgleich Se. Majestät sich doch den Oberbefehl über die Armee vorbehalten habe und diese sich dem Feinde nähere.

Hierbei wurde Bismarck wieder erregt und platzte mit der Äußerung heraus, er habe den König wiederholt gefragt, wann er abzureisen befehle? Zuletzt noch vorgestern. Darauf habe der König ärgerlich geantwortet, er werde selbst bestimmen, wann er abreisen wolle! Bismarck setzte hinzu, er könne doch die durchaus nötigen Dispositionen nicht in einem Augenblick treffen; aber da könne ich sehen, daß er selbst solche Dinge zuweilen nicht durchsetzen könne. Der König sei ein fast siebzigjähriger Mann. Die Königin spreche dazwischen.

Hier schaltete ich ein, man wisse wohl im Publikum, daß Bismarck einen sehr schweren Stand habe. So erzähle man sich, daß hinter dem Rücken Bismarck's mit des Königs Zustimmung der Versuch zur Anbahnung einer Aussöhnung mit Österreich gemacht worden, aber mißglückt sei. Ebenso sei bekannt, daß Bismarck, unmittelbar nach dem Bundestagsbeschluß vom 14. Juni auf Grund einer schon vorher an die deutschen Staaten erlassenen Note, habe in Hannover einrücken wollen, um die Zusammenziehung der hannoverschen Truppen zu verhindern, daß aber der König darauf bestanden habe, zuvor eine Sommation zu erlassen [2]), durch die zwei wichtige Tage verloren gegangen seien. Schnelles Handeln thue jetzt not. Frauen hätten nicht mehr mitzureden.

„Sie thun es aber doch," antwortete Bismarck und desavouierte die eben erwähnten Thatsachen mit keinem Wort.

Im Laufe des Gesprächs kam Bismarck auf den Twesten'schen Entwurf zu einem Passus in der Thronrede zurück und äußerte wiederholt, es sei wünschenswert, eine andre Formel zu finden, in welcher das dem Könige Bedenkliche ver-

[1]) Die Wendung findet sich in einem Leitartikel der „Provinzial-Korrespondenz" vom 16. Mai 1866, Nr. 20. Wörtlich heißt es daselbst: „Sie (die Regierung) hat, obwohl sie an den seitherigen Regierungsgrundsätzen aus gewissenhafter Überzeugung festhält, der Bewegung der öffentlichen Meinung auf allen Gebieten den freiesten Spielraum gewährt" 2c.

[2]) Dieselbe erging am 15. Juni 1866 („Staatsanzeiger" vom 17. Juni 1866).

Digitized by Google

mieden werde. Ich antwortete, das werde schwerlich gelingen, ohne den Zweck zu verfehlen. Zu einer näheren Ausführung des Gedankens kam es nicht.

Bismarck sprach wieder von dem großen Ziel seines sechzehnjährigen Strebens, während ich wiederholt darauf hinwies, daß der erste Schritt zur Versöhnung keinen Aufschub gestatte, daß derselbe besser vor vier Wochen als heute hätte geschehen sollen und heute besser als in acht Tagen; ich setzte jedoch noch hinzu, ich und meine politischen Freunde wüßten sehr gut, daß der Sieg, den wir unsrer Armee dringend wünschten, vor oder ohne Wiederherstellung der Verfassung uns in eine sehr schlimme Lage bringen würde, aber die Niederwerfung Preußens durch Österreich sei ein viel größeres Unglück für Preußen und für ganz Deutschland. Das sähen auch viele Deutsche außerhalb Preußens ein. Bismarck acceptierte diese Anschauung und meinte, daß der König nach dem Siege sich wohl bereitwilliger würde finden lassen; eine demnächstige Ausgleichung des Konflikts sei notwendig. Ich erklärte: ich zweifle nicht, daß Bismarck jetzt die Absicht hege; nicht so sicher sei ich, ob dies auch nach dem Siege der Fall sein werde; sehr zweifelhaft scheine es mir aber, ob Bismarck eine solche Absicht dann noch werde durchsetzen können? — Bismarck erwiderte, daß er alsdann nicht Minister bleiben würde und deutete an, daß es mir freistehe, in solchem Falle von seiner jetzigen Äußerung Gebrauch zu machen.

Wir näherten uns dem Ausgange des Gartens und ich benutzte die wenigen noch übrigen Momente, um Bismarck zu sagen: er mache eine starke Probe auf den preußischen Patriotismus, aber ich hoffe, dieselbe werde bestanden werden. Ich sei überzeugt, die Armee werde sich sehr gut schlagen, aber auf meine Frage, ob derselbe Geist in der Armee sei, der es Blücher gestattet habe, 1813 in Schlesien wiederholt vor und zurückzugehen, dem Feinde stets auf den Fersen zu sitzen und 1815, achtundvierzig Stunden nach der verlorenen Schlacht bei Ligny, bei Belle Alliance den Ausschlag zu geben, habe ein höherer Offizier vor wenig Tagen die Achseln gezuckt und geantwortet, das wisse er nicht. Dazu gehöre, bemerkte ich, ein begeistertes Volk hinter der Armee.

Bismarck rühmte hierauf die Bereitwilligkeit, mit der sich die Landwehr und Linie gestellt habe; ich aber richtete die Frage an ihn, ob er denn einen größeren militärischen Unfall, ja eine Niederlage für unmöglich halte? und was dann geschehen solle, wenn man jetzt nichts thue? —

Bismarck erwiderte, eine solche Unmöglichkeit könne niemand behaupten; aber, setzte er hinzu, wissen Sie, was dann geschieht? — dann dankt der König ab. —

Damit war das Gespräch beendigt. Am andern Tage bestätigte mir jemand, der Bismarck damals oft sprach, den Vorfall mit Gablenz und setzte hinzu, daß selbst in der Umgebung des Königs sich die Ansicht verbreitet habe, es müßten versöhnende Schritte in Bezug auf den nicht beseitigten inneren Konflikt geschehen. Zu den Personen, welche diese Ansicht aufstellten, gehöre unter andern der General von Roeder, bisher Gesandter in Kassel, und der frühere Bundestags-

Digitized by Google

gesandte von Savigny. Der König sollte versöhnende Schritte nicht abgelehnt, aber geäußert haben, jetzt sei dazu keine Zeit. Ob diese Erzählungen richtig, kann ich nicht wissen.

Zur Vervollständigung der oben mitgeteilten Unterredung mit Bismarck lasse ich hier den dabei erwähnten Entwurf Twesten's zu einem Passus in der Thronrede nach einer Aufzeichnung von Twesten's eigener Hand, die ich von ihm selbst erhalten, folgen:

Entwurf zu einem Passus der Thronrede. Bismarck zugestellt am 3. Juni 1866 (Twesten).

In dem Augenblick, da die Verteidigung des Vaterlandes Meinem Volke große Anstrengungen und Opfer auferlegt, ist es Mein dringender Wunsch, die Zweifel über das Grundgesetz des Staates gehoben und die bisher widerstreitenden Auffassungen um der gemeinsamen Aufgaben willen versöhnt zu sehen.

Damit der in der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Zustand der regelmäßigen Verwaltung wieder hergestellt werde, wird Meine Regierung unverzüglich den Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr zur gesetzlichen Feststellung vorlegen. Während des Krieges können Verhandlungen über die Organisation des Heeres im Frieden und über die regelmäßige Verpflichtung zum Kriegsdienste nicht stattfinden; auch ist ein spezieller, den gewöhnlichen Verhältnissen entsprechender Voranschlag und eine Trennung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Armee nicht möglich. Es ist daher statt des Etats des Kriegsministeriums eine den Erfordernissen dieses Jahres entsprechende Pauschsumme für den Unterhalt der Armee und die Kriegführung in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen. Soweit es zur Deckung der Staatsausgaben außerordentlicher Mittel bedarf, wird Ihnen über die Beschaffung derselben ein besonderer Gesetzentwurf zugleich mit dem Budget vorgelegt werden.

Um die zwischen Meiner Regierung und einem Teil der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse zum Abschluß zu bringen, und um Meinem Volke ein neues Pfand meines Vertrauens zu geben, erkläre ich, daß die Verwaltung des Staates in Zukunft nicht ohne ein durch die drei Faktoren der Gesetzgebung festgestelltes Etats-Gesetz geführt und hinfort keine Ausgaben geleistet werden sollen, welche von einem der Häuser des Landtags verweigert worden sind; und Ich will, daß diese meine Zusicherung als eine die Staatsregierung für alle Zeiten bindende Auslegung der bisher streitig gewesenen Verfassungs-Bestimmung gelten soll.

Ich habe das Gespräch mit Bismarck hier so vollständig als möglich erzählt, weil ich glaube, daß es zur Charakterisierung der damaligen Situation und vor allem Bismarck's selbst sehr geeignet ist. In meinen schriftlichen Notizen findet sich die Bemerkung, ich könne bei der Eile der Unterredung und dem schnellen Sprechen Bismarck's nicht für die Richtigkeit der Reihenfolge einstehen. Hier

Digitized by Google

setze ich noch hinzu, daß ich auch den Wortlaut der Bismarck'schen und meiner Äußerungen nicht verbürgen kann, aber wohl den Sinn.

Erwähnen will ich noch, daß der Totaleindruck des Gesprächs auf mich keineswegs ein günstiger war. Bismarck hatte die liberale Partei mit ihren Forderungen, also mit der Rückkehr und Sicherstellung verfassungsmäßiger Zustände auf die Regierungszeit des Kronprinzen vertröstet und deutlich ausgesprochen, daß bis dahin an eine Verminderung der Militärlast auch im Frieden nicht zu denken sei. Die von Bismarck mitgeteilte Bemerkung des Königs in Bezug auf den beabsichtigten Passus zur Thronrede: „da stehe ja dasselbe darin wie in der Verfassung; man könnte ihm nach dem Kriege einen Teil seiner Regimenter wieder fortnehmen, das thue er nicht", ließ keinen Zweifel übrig und bestätigte andre bekannte, zum Teil öffentlich gemachte Äußerungen des Königs, aus denen hervorging, daß derselbe die Krone für ganz unbeschränkt hielt und den Landtag eigentlich nur als eine beratende Körperschaft, deren Rat er befolgen könne oder auch nicht. Das schwache Ministerium der neuen Ära hatte nicht gewagt, dem Könige klar zu machen, daß durch die beschworene Verfassung wesentliche Rechte der bis dahin absoluten Krone geschmälert worden sind und deren Ausübung von der Zustimmung des Landtags abhänge. Bismarck hatte aus andern Gründen offenbar keine Neigung gehabt, dem Könige die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags auseinander zu setzen, die er ja selbst in der Konfliktszeit durchbrach. Daß der König einem ehrerbietigen Hinweis auf bestehendes Recht zugänglich war, ergab sich aus einem Vorfalle, den man zur Zeit der neuen Ära erzählte. Es handelte sich um die Zulassung jüdischer Gutsbesitzer zu den Kreistagen. Herr von Flottwell, der damals kurze Zeit Minister des Innern war, beantragte beim Vortrage die Zulassung der jüdischen Gutsbesitzer. Der König weigerte sich anfangs und erwähnte, daß nach der Meinung von Kronjuristen und andrer hoher Beamten die Juden gesetzlich zur Zulassung nicht berechtigt seien. In der That arbeitete die Reaktion stark dagegen. Der Minister Flottwell erklärte die Gründe der Gegner für sophistische, legte dem König den betreffenden Artikel der Verfassung vor und bat ihn, denselben zu lesen. Das that der König und stimmte dann dem Minister zu.

Bis nach dem Kriege von 1866 waren die vortrefflichen persönlichen Eigenschaften des Königs im Publikum und selbst in höheren Beamtenkreisen sehr wenig bekannt. Gerade in den letzteren cirkulierten schon vor 1848 über die Befähigung des damaligen Prinzen von Preußen, die Schärfe und Klarheit seines Urteils in Staatsangelegenheiten nichts weniger als günstige Nachrichten. Anfangs der vierziger Jahre hatte der damalige Regierungsrat von Witzleben in Potsdam, spätere Oberpräsident in Magdeburg, den Auftrag gehabt, den Prinzen von Preußen auf die Vorträge im damaligen Staatsrat, dessen Präsident der Prinz war, vorzubereiten. Wie mir 1843/44 meine damaligen Kollegen bei der Regierung in Potsdam mitteilten, hatten die Erzählungen des Herrn von Witzleben über seine Spezialvorträge recht ungünstig gelautet. Ich glaube jetzt, daß die Schuld an Herrn von Witzleben und nicht am Prinzen gelegen hat.

Digitized by Google

Die Gewissenhaftigkeit, die strenge Pflichttreue und das gesunde Urteil des Königs sind leider erst nach 1866 allgemein bekannt geworden.

Unter solchen Umständen war es natürlich, daß ich selbst für den Fall des Sieges sehr wenig Hoffnung auf eine gedeihliche Entwickelung unsrer inneren Zustände und ein erfolgreiches Zusammenwirken mit einer verfassungstreuen Regierung hatte.

VII.

Die Friedenspräliminarien in Nikolsburg.

Über den Abschluß des Krieges von 1866 schreibt von Unruh:

Den Abschluß des Waffenstillstandes und der Friedenspräliminarien in Nikolsburg und den definitiven Frieden in Prag habe ich stets als ein Musterstück weiser Mäßigung angesehen; ebenso halte ich es für ein großes Verdienst Bismarck's, daß er zwar Hannover, Hessen, Nassau und Schleswig-Holstein annektierte, aber die andern deutschen Staaten schonte und keine Landabtretungen an Preußen verlangte. Österreich hatte Sachsen in den Frieden eingeschlossen, aber Bayern, Württemberg, Baden und Rheinhessen ihrem Schicksal überlassen, das lediglich von Preußen abhing, welches jeden Widerstand erdrücken konnte. Nur durch diese weise Politik Bismarck's ist der Hergang und die Entwickelung im Jahre 1870, also die Einheit Deutschlands möglich geworden.

Das Verdienst Bismarck's ist um so größer, als nach glaubhaften Mitteilungen, die, wie mir versichert wurde, von der Adjutantur des Hauptquartiers in Nikolsburg herrührten, Bismarck's Politik beim Könige zunächst auf starken Widerspruch gestoßen ist. Ich erzähle hier nach, was ich damals gehört habe und was nicht im Wortlaute, aber in den wichtigsten Thatsachen von Bismarck später bestätigt worden ist. Nach diesen Erzählungen hat Bismarck dem Könige im Schlosse Nikolsburg die von ihm entworfenen Friedenspräliminarien in Gegenwart des Kronprinzen vorgetragen. Der König, der sich zu dem Kriege gegen Österreich nur sehr schwer entschlossen hatte, aber mit Leib und Seele Soldat ist, und als solcher den Sieg durch die Besetzung Wiens zu krönen wünschte, ging zunächst auf die Vorschläge Bismarck's nicht ein und bestand auf dem weiteren Vormarsch. Es soll zu sehr lebhaften Erörterungen gekommen sein, und man sagt, daß Bismarck, ohne abzuwarten, daß der König ihn zum Abtreten veranlaßte, das Kabinett sehr aufgeregt verlassen und sich auf sein Zimmer zurückgezogen habe. Dort soll ihn der Kronprinz aufgesucht und aufgefordert haben, wieder zum Könige zu kommen. Bismarck hat dies anfangs abgelehnt und geantwortet, er wolle nur sein Blut beruhigen und dann sein Entlassungsgesuch schreiben. Erst als der Kronprinz versicherte, daß der König jetzt zum Nachgeben bereit sei, folgte Bismarck dem Kronprinzen und der pflichtgetreue König genehmigte die Präliminarien [1]).

---

[1]) In einem Privatgespräch in späterer Zeit (1868) äußerte sich Bismarck dahin: „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generäle tobten über den Zivilisten. Ich erklärte dem König: Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht

Digitized by Google

VIII.

Wahl und Zusammentritt des Abgeordnetenhauses nach 1866. Präsidentenwahl. Die Entstehung der nationalliberalen Partei.

Über die nach Beendigung des Krieges von 1866 geschaffene parlamentarische Lage und die Gründung der nationalliberalen Partei [1]) schreibt von Unruh:

Die Wahlen zum Abgeordnetenhause hatten unter dem Eindruck der großen Siege stattgefunden und eine liberale, aber in ihrer Mehrheit nicht oppositionelle Majorität ergeben. Der Tag der Eröffnung des Landtags war festgesetzt, aber der König und Bismarck noch nicht wieder in Berlin eingetroffen. Man erzählte, daß zwischen Bismarck und dem Ministerium eine wichtige Differenz über einen Passus der Thronrede obwalte, näheres wurde aber nicht bekannt. In großer Spannung betraten die Abgeordneten den weißen Saal im Schloß. Der König, der erst am Tage vorher in Berlin angekommen war, eröffnete selbst den Landtag [2]). Bismarck war auch zugegen. Die Thronrede lautete im ganzen entgegenkommend und enthielt den überaus wichtigen Satz: „Die Ausgaben entbehren der gesetzlichen Grundlage; Meine Regierung ist angewiesen, Indemnität nachzusuchen [3])."

Nach dem Schluß der Thronrede sagte ich zu einem neben mir stehenden Abgeordneten: wenn die siegende Regierung uns die Hand zur Versöhnung bietet, so wären wir Thoren, nicht einzuschlagen. Dies war auch die allgemeine Stimmung unter den Abgeordneten, nur unter der äußersten Linken schien eine andre Ansicht zu herrschen. Nachdem die Prüfung der Mehrzahl der Wahlen unter einem Alterspräsidenten stattgefunden hatte, kam es zur Konstituierung des

---

auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalben ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbäte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle. Wir hatten damals die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diversion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selbst abwärts fließen ohne Gewalt."

[1]) Der obige Abschnitt beleuchtet scharf die Verdienste des Herrn von Unruh um die Schaffung der nationalliberalen Partei als einer loyal-patriotischen Stütze der Bismarck'schen Politik.

[2]) Die Eröffnung des Landtags erfolgte am 5. August 1866.

[3]) Der König hatte anscheinend anfangs Bedenken um Indemnität nachzusuchen. Bismarck gelang es aber, dieselbe bei Sr. Majestät durchzusetzen. „Wie ist es möglich, sagte er, in dem Antrage auf Indemnität ein reumütiges Sündenbekenntnis zu sehen? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir Indemnität beantragen, fordern wir den Landtag zu der Erklärung auf, daß wir recht gethan, indem wir handelten, wie geschehen. Bisher hat das Haus der Abgeordneten uns bestritten, daß wir durch zwingende Gründe zu diesem Verfahren genötigt gewesen: wenn es uns heut Indemnität bewilligt, so liegt darin sein Eingeständnis, daß man früher jene Gründe nicht begriffen oder nicht gewürdigt habe, jetzt aber sie anerkenne und deshalb dem Vorgehen des Ministeriums nachträglich Zustimmung erteile. Wie darin eine Demütigung der Regierung liegen soll, ist nicht abzusehen." Der König, der ebenso wie sein Minister den innern Frieden wünschte, ließ sich endlich überzeugen; der betreffende Satz der Thronrede wurde genehmigt.

Digitized by Google

Hauses. Ich erklärte in der Fraktion, daß ich die Wahl zum Vize-Präsidenten nicht annehmen würde, weil ich in der ganz veränderten Situation neue Leute für notwendig hielte. Zugleich schlug ich Forckenbeck zum ersten Vize-Präsidenten vor, womit sich die Fraktion einverstanden erklärte. Forckenbeck ließ sich nach einigem Zögern bereit finden, die Wahl anzunehmen. Es traf inzwischen die Nachricht ein, daß auch Grabow die Wahl zum ersten Präsidenten definitiv abgelehnt habe, umsomehr, als sich das Gerücht verbreitete, daß der König die Wiederwahl Grabow's für einen feindlichen Schritt betrachte.

Jetzt handelte es sich um die schwierige Wahl eines andern ersten Präsidenten, der die sichere Aussicht auf die Majorität haben mußte. Ich schlug wiederum Forckenbeck vor, den ich für sehr geeignet hielt, mit Recht, wie die Erfahrung bewiesen hat. Forckenbeck hatte zuerst Bedenken, erklärte sich dann aber bereit, die Wahl anzunehmen, die auch erfolgte. Gleich sein erstes Debut war vortrefflich. Grabow hatte stets nach seiner Wahl eine politische Rede gehalten, welche zuweilen einzelne Parteien im Hause verletzte. Forckenbeck, nachdem er gewählt war, sprach nur einige ganz kurze Worte des Dankes aus[1]) und ging dann sofort zur Tagesordnung über. Dies taktvolle Benehmen brachte ihm ein allgemeines Bravo ein. Es stand außer Zweifel, daß auf die Thronrede eine Adresse an die Krone erlassen werden mußte. Zu dem Zwecke sollte eine Adreßkommission gewählt werden. Die Wahl erfolgte damals in Wirklichkeit durch die einzelnen Abteilungen, nicht, wie später, durch Kompromiß der Parteien. In der Abteilung, zu der ich gehörte, war ich für die Adreßkommission designiert. Die Wahl hatte noch nicht stattgefunden, als über die Adresse in der Partei verhandelt wurde. Waldeck legte einen Entwurf zur Adresse vor, der mein Staunen erregte durch den hochfahrenden, fast verletzenden Ton, der darin herrschte und den Mangel jedes Entgegenkommens auf die versöhnliche Thronrede. Leider habe ich keine Abschrift davon genommen. Es lag doch auf der Hand, daß das Abgeordnetenhaus gegenüber der siegenden Regierung und der Stimmung im Lande sich in einer recht bescheidenen Situation befand. Dennoch saß der Adreßentwurf auf dem hohen Konfliktspferde, als ob das Abgeordnetenhaus es in der Hand gehabt hätte, die Regierung zum unbedingten Nachgeben in allen Punkten zu zwingen. Ich opponierte heftig, es kam aber zu keinem klaren formellen Beschluß. Waldeck sah seinen Entwurf als von der Fraktion genehmigt an. Es wurde noch über andre Gegenstände verhandelt. Der größere Teil der Mitglieder hatte sich bereits entfernt. Da stellte Freiherr von Hoverbeck den Antrag, daß diejenigen Mitglieder der Partei, welche in die Adreßkommission gewählt wurden, sich verpflichten sollten, nicht allein den Waldeck'schen Entwurf aufrecht zu erhalten, sondern jedes dazu gestellte Amendement zu bekämpfen. Ich widersprach lebhaft, erklärte die Waldeck'sche Adresse für unannehmbar und wies darauf hin, daß man bis jetzt alle Anträge auf Einführung bindender Fraktionsbeschlüsse stets abgelehnt habe und jetzt in einem entscheidenden Augenblick einen solchen Zwang

[1]) Vergl. die stenogr. Berichte über die Sitzung vom 10. August 1866, S. 38.

Digitized by Google

ausüben wolle. Johann Jacobi trat Herrn von Hoverbeck bei und Waldeck billigte dessen Antrag. Mir wurde nur schüchtern sekundiert. Ich erklärte, daß ich mir einen solchen Zwang in dieser wichtigen Angelegenheit nicht gefallen ließe und verließ das Lokal. Am andern Tage zeigte ich dem Parteivorstande schriftlich meinen Austritt aus der Fraktion an. Schultze-Delitzsch und andre drangen in mich, nicht auszutreten; ich blieb aber dabei und sprach meine Meinung von der Notwendigkeit einer Trennung der Fraktion offen aus. Twesten, der der Fraktionssitzung nicht beigewohnt hatte, war mit meinem Austritt ganz einverstanden und meinte, das fehle gerade noch, daß man sich von Waldeck, Jacobi und Hoverbeck tyrannisieren lassen solle.

In der Abteilung bat ich, mich nicht in die Adreßkommission zu wählen, unterließ es auch, andre zum Austritt aus der Fraktion aufzufordern. Mir folgten aber Twesten und eine Anzahl solcher Abgeordneten, die den Konflikt beendet wissen und im Interesse Preußens und Deutschlands die Regierung unterstützen wollten, soweit die Aufrechterhaltung liberaler Grundsätze es gestatte. Etwas später trat auch Lasker zu uns, was ich ihm sehr hoch aufnahm, weil er in Berlin gewählt war und sich sagen mußte, daß durch seinen Austritt aus der Fortschrittspartei seine Wiederwahl in Berlin sehr gefährdet sei, wo, wie in vielen großen Städten, die Wähler in ihrer Mehrzahl zum Radikalismus hinneigen. Lasker folgte seiner Überzeugung trotz dieser Gefahr.

So entstand die nationalliberale Partei, der sich später die meisten Abgeordneten aus den annektierten Ländern anschlossen.

So hoch ich es Bismarck anrechne, daß er sein am 20. Juni gegebenes Versprechen hielt und in der Thronrede die Hand zur Versöhnung und zur Beseitigung des Konflikts bot, so war doch nicht zu verkennen, daß er, wollte er sein Ziel: die Einigung Deutschlands, erreichen, zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren mußte und der Unterstützung einer starken liberalen Partei bedurfte, die ihm auch von der nationalliberalen Partei prinzipiell zu teil geworden ist.

IX.

Die Dotationen nach 1866. Besseres Verhältnis zwischen Regierung und Parlament.

Bei Erzählung der Vorgänge in der Kommission wegen Bewilligung eines Betrages zu Dotationen für die Generale und den nach 1866 geschaffenen erfreulichen Wandel in den Parlamentsverhältnissen bemerkt von Unruh:

In der Dotationskommission[1]) las ein Mitglied der Rechten einen an ihn gerichteten Brief Bismarck's vor, worin derselbe den Wunsch aussprach, daß seine Freunde ihn nicht zu einer Dotation vorschlagen möchten. Hierauf ergriff der Abgeordnete Jung das Wort und erklärte, der Brief Bismarck's sei lediglich an

[1]) Vergl. zum Folgenden den Bericht der XVIII. Kommission über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Verleihung der Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste. Drucksachen des Abgeordnetenhauses, IX. Legislaturperiode, I. Session 1866–67, Nr. 100.

Digitized by

seine bisherigen politischen Freunde gerichtet, binde also in keiner Weise die andern Parteien. Er beantrage daher die Aufnahme Bismarck's in die Dotationsliste. Dem wurde nicht widersprochen, sondern zugestimmt [1]). Jung war 1848 radikal, gehörte aber seit seinem Eintritt in das Abgeordnetenhaus nicht mehr der äußersten Linken an, sondern nur der großen liberalen Partei. Soweit ging also die Anerkennung der Bismarck'schen Politik, daß Bismarck von dieser Seite zu einer Nationalbelohnung vorgeschlagen wurde, die er auch erhielt.

Die Stimmung war eine sehr gehobene. Der österreichische Alpdruck auf Deutschland hatte aufgehört. Eine neue Organisation desselben stand in naher Aussicht. Der Konflikt im Innern erreichte durch die Bewilligung der Indemnität sein Ende, wenn auch die dagegen stimmende Minderheit ziemlich zahlreich war. Zwischen den konservativen und liberalen Abgeordneten stellte sich ein freundliches Verhältnis her. Man sprach und verkehrte mit einander ohne Gereiztheit. Auf beiden Seiten wurde wohl erkannt, daß in den meisten Fällen das Ziel: das Glück und die Größe des Vaterlandes ein gemeinschaftliches, und Differenzen hauptsächlich nur in betreff der Mittel und Wege obwalteten. Ausgeschlossen von jeder Annäherung blieb die wirkliche Reaktion, das Strebertum und der krasse Radikalismus. Bei dem ersten Hoffest sprach der König mit vielen Abgeordneten in der freundlichsten Weise. Forckenbeck, der als erster Präsident des Hauses öfter mit dem Könige in Berührung gekommen war, äußerte, daß derselbe bisher sehr unterschätzt worden sei. Der König besitze unwidersprechlich klaren Verstand, gesundes Urteil und offenbar sehr guten Willen. Er lasse sich ehrerbietigen Widerspruch gefallen, höre ruhig zu und begründe dann seine abweichende Meinung in ganz geschickter Weise.

Bismarck lud mehrfach Abgeordnete, auch solche, die zur bisherigen Opposition gehört hatten, zum Diner ein, war sehr mitteilend und ein sehr liebenswürdiger Wirt. Seine Politik und seine große Begabung fand allgemeine Anerkennung; er war in der That, wie er 1863 selbst vorher gesagt hatte, zum populärsten Manne im Staat geworden. Auch sein Auftreten im Abgeordnetenhause befriedigte fast allgemein. Es zeigte sich immer mehr, daß die Hoffnung auf ein gedeihliches Zusammenwirken der Mehrheit des Hauses mit der Regierung wohl begründet sei. Die Entschädigungen für die depossedierten deutschen Fürsten [2]) wurden bewilligt [3]). Während der Debatte [4]) sagte ich privatim dem Ministerpräsidenten, ich würde gegen die Entschädigung für den König von Hannover stimmen. Bismarck fragte: warum? Ich antwortete, weil an ein definitives Ab-

[1]) Diese Details waren bisher nicht bekannt. Der in der vorigen Note erwähnte Kommissionsbericht enthielt darüber nichts. Die entscheidenden Kommissionssitzungen waren geheim.

[2]) Zu vergl. der Gesetzentwurf, betr. die Bestreitung der dem König Georg und dem Herzog Adolf zu Nassau gewährten Ausgleichungssumme, Haus der Abgeordneten, I. Session der X. Legislaturperiode, Drucksache Nr. 45.

[3]) Gesetz vom 28. Februar 1868. Preußische Gesetz-Sammlung 1868, S. 165.

[4]) Vergl. die stenographischen Verhandlungen über die 40. Sitzung, S. 1288—1315.

Digitized by Google

kommen nicht zu denken, sondern zu fürchten sei, das Geld würde zur Agitation gegen Preußen verwendet werden[1]).

X.

Der Norddeutsche Bund und der Reichstag. Das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht.

Über die Entstehung des Norddeutschen Bundes und der Reichsverfassung schreibt von Unruh:

Als es bekannt wurde, daß der neue Deutsche Bund sich vorläufig auf die norddeutschen Staaten beschränken, Bayern, Württemberg und Baden dagegen noch außerhalb des Bundes bleiben sollten, gab es wohl viele Stimmen, welche diese Spaltung sehr beklagten. Die in die Minderheit geratene Opposition im Abgeordnetenhause hat später, namentlich durch den Mund Virchow's, hieraus dem Ministerpräsidenten Bismarck einen schweren Vorwurf gemacht. In der That ließ sich nicht verkennen, daß Preußen es nach Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg völlig in seiner Hand hatte, den süddeutschen Staaten die Friedensbedingungen vorzuschreiben und den Anschluß an den Deutschen Bund zu erzwingen; aber ein solcher auf militärische Überlegenheit gestützter Zwang würde gewiß nicht zu einem haltbaren Bundesstaat, höchstens zu einem unfreiwilligen, losen Staatenbund geführt haben, der bei der ersten Erschütterung dem Zerfallen ausgesetzt gewesen wäre. Es blieben im Norden Deutschlands schon genug widerstrebende, partikularistisch gesinnte Elemente übrig. Die von Preußen annektierten Länder mußten erst assimiliert werden. Die gewaltsame sofortige Einigung Deutschlands hätte ein erfolgreiches Zusammenwirken der Bundesregierung mit der Volksvertretung sehr erschwert. Das richtige Verhalten des norddeutschen Bundesstaates mußte den freiwilligen Eintritt der Süddeutschen erst vorbereiten. Man muß daher abermals die weise Mäßigung Bismarck's umsomehr anerkennen, als er nicht unterließ, die Zolleinigung in wirksamster Weise durch das Zollparlament und den Beistand der südlichen Staaten im Falle eines Krieges durch den erst später bekannt gewordenen Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse, soweit es damals möglich, sicher zu stellen. Die Geschichte der folgenden Jahre hat bestätigt, daß die Bismarck'sche Politik 1866 eine ungemein kluge, weitschauende und erfolgreiche gewesen ist.

Alles kam jetzt auf die Organisation des Norddeutschen Bundes an.

Ungemein überraschte die Nachricht, daß Bismarck den Reichstag aus allgemeinem gleichem Wahlrecht mit geheimer Abstimmung hervorgehen lassen wolle. Er hatte zwar in seiner Antwort auf die Vorschläge des Frankfurter Fürstentags auf eine solche Volksvertretung hingewiesen, aber man hielt dies damals für einen auf Österreich berechneten Schreckschuß.

Im zweiten vereinigten Landtag im April 1848 war Bismarck gegen das allgemeine, gleiche, aber nur indirekte Wahlrecht scharf aufgetreten und hatte

[1]) Vergl. die Verordnung, betr. die spätere Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg, vom 2. März 1868, Gesetz-Sammlung S. 166.

Digitized by Google

geäußert, „Pfund Menschenfleisch und Menschenknochen" gewährten keinen Maßstab für das Wahlrecht. Georg von Vincke hatte eingeworfen: „Seelen."

Bei Bismarck's scharfem Verstande und seiner Beobachtungsgabe läßt sich nicht daran zweifeln, daß er die große Gefahr, die im allgemeinen gleichen Wahlrecht liegt, sicher nicht übersah. Wenn er dasselbe dennoch einführte, so fragt es sich, was ihn dazu bewog? Niemand hatte diesen radikalen Schritt erwartet. Wenn es auch auf dem äußersten linken Flügel viele Anhänger des ganz unbeschränkten Wahlrechts gab, so war dasselbe doch nicht ernstlich und dringend für den Reichstag gefordert worden. Es hatte unter der liberalen Partei sehr viele Anhänger verloren, namentlich in der nationalliberalen Partei. Dazu gehörte auch ich nebst Twesten, Hennig und vielen andern, die nicht in der nächsten aber in der ferneren Zukunft recht bedenkliche Folgen befürchteten, wenn die Entscheidung bei den Wahlen in die Hände der Masse der Besitzlosen und Ungebildeten gelegt werde. Dazu kam, daß die direkte Wahl das Korrektiv beseitigte, welches bei der indirekten Wahl in der Einwirkung auf die Wahlmännerversammlung liegt.

Soviel steht fest, Bismarck war in keiner Weise gezwungen, sich zu einem ganz radikalen Wahlgesetz zu entschließen. Er that dies aus eigenem Antriebe, nach meiner Meinung, nicht weil er selbst radikal oder auch nur liberal geworden war, wovon gar nicht die Rede sein kann, sondern weil er sich eine sehr große Wirkung in Bezug auf seine politischen Ziele versprach. Er wußte, daß er durch das unbeschränkte Wahlrecht nicht nur die Radikalen in ganz Deutschland, sondern auch die Liberalen, die weder scharf nachdachten, noch beobachteten, auf seine Seite zog. Nun ist es aber, nach meiner Ansicht, eine Eigentümlichkeit Bismarck's, daß er ein ganz gefährliches Mittel ergreift, wenn er dadurch sein nächstes Ziel zu erreichen hofft. Er fühlt in sich die Stärke, die Gefahr, die er heraufbeschwört, zu beherrschen. Ob dies auch seinem Nachfolger gelingen wird, scheint seinen Entschluß nicht zu alterieren. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Proklamation des allgemeinen gleichen Wahlrechts zunächst den großen Zwecken Bismarck's entschieden förderlich war. Es fragt sich nur, was in Zukunft daraus werden soll? —

Als Bismarck das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Deutschland einführte, tauchte die Vermutung auf, daß er als Gesandter in Paris gesehen habe, mit welchem Erfolge die Regierung auf die Wahlen einwirken könne und daß ein ähnliches Verfahren in seiner Absicht liege; aber das Irrtümliche dieser Vermutung ergab sich sehr bald aus dem Wahlgesetz und dem Wahlreglement, die bei einiger Aufmerksamkeit selbst bei einer geringen Anzahl Wähler jede Fälschung ausschließen. Mir wurde auch sehr bald eine Äußerung Bismarck's bekannt, aus welcher schlagend hervorging, daß er die französischen Mittel nicht anwenden wollte. Ein Baron Constantin von Ungern-Sternberg, der in Rußland für Staatsrechnung Eisenbahnen baute und Bismarck von der Universität her kannte, hatte gegen diesen darauf hingedeutet, daß sich mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht nach dem Beispiel in Frankreich allerlei erreichen lasse. Bismarck hatte, wie mir Ungern-Sternberg mitteilte, geantwortet: Davon könne in Deutsch-

Digitized by Google

land keine Rede sein, das ließen sich die Deutschen nicht gefallen. Freilich giebt es außer eigentlichen Wahlfälschungen noch andre bedenkliche Wahlbeeinflussungen durch die Regierungsorgane und die offiziöse Presse, aber, so lange es nicht gelingt, eine unbedingt fügsame Mehrheit in das Parlament zu bringen, hat es dieses vollkommen in der Hand, solche Wahlen zu kassieren und dadurch unschädlich zu machen.

Das allgemeine gleiche Wahlrecht[1]) ist recht leicht eingeführt, aber sehr schwer und nicht ohne die heftigsten Kämpfe wieder zu beseitigen. Die Gefahr ist mäßig, so lange die zahlreichste unterste Schicht der Bevölkerung sich noch nich der Macht bewußt ist, welche die Wahlberechtigung ihr verleiht und sich von Mitgliedern der gebildeten besitzenden Klassen noch leiten läßt. Erwacht aber jenes Bewußtsein, wie jetzt bei den Sozialdemokraten, und breitet sich auch unter der ländlichen Bevölkerung aus, so muß notwendig mit der Zeit die unterste Schicht bei den Wahlen die Oberhand bekommen und es fragt sich dann nur, ob sie ihre eigenen Mitglieder in das Parlament bringt oder sich durch spekulative, gewerbsmäßige Politiker, wie in Nordamerika, vertreten läßt. Beides wäre gleich verderblich.

Das Studium der nordamerikanischen Zustände, namentlich seit Beendigung des Sezessionskrieges, zeigt schlagend, wohin das allgemeine gleiche Wahlrecht mit Notwendigkeit führt; vor allem zur Anwendung auch in der Kommune, zur periodischen Wahl aller Beamten, sogar der Richter, und auf diesem Wege zur unausrottbaren Korruption. Die nordamerikanischen Zustände, deren Grundlage das unbeschränkte Wahlrecht ist, und die notwendig Schrecken und Ekel erregen, führen zu der Vermutung, daß Nordamerika an den Folgen des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu Grunde gehen muß. Selbst auf revolutionärem Wege wäre Abhilfe nicht zu erwarten, weil die unterste Schicht sich in der großen Mehrzahl befindet und der amerikanischen Regierung eine genügend starke Armee nicht zur Verfügung steht.

Nun denke man sich, daß dereinst in Deutschland ein radikales Parlament gewählt würde, mit dem die Reichsregierung in Konflikt gerät; ferner, daß eine oder mehrere Auflösungen dasselbe Resultat ergeben. Was dann? — — —

Bismarck hat im Abgeordnetenhause einmal zur Zeit des Konflikts den sehr richtigen Ausspruch gethan, daß jeder monarchisch-konstitutionelle Staat auf einer Reihe von Kompromissen beruhe und daß, wenn diese nicht zu stande kommen, es sich nur noch um Machtfragen handle. Zwischen einem radikalen Parlament und einer konservativen oder auch einer liberalen Regierung kann von Verständigung nicht die Rede sein. Machtfragen können dann offenbar nur durch die Armee entschieden werden, — also durch den Bürgerkrieg!

---

[1]) Die nachstehenden Betrachtungen von Unruh's über das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht sind bereits im „Bromberger Tageblatt“ vom 12. April 1890, Nr. 85, abgedruckt worden. Da dieses Provinzialblatt vielen nur schwer zugänglich ist, habe ich geglaubt dieselben hier noch einmal zum Abdruck bringen zu müssen.

Digitized by Google

Deutschland ist zur republikanischen Staatsform noch viel weniger geeignet, als Frankreich, das dieselbe schwerlich auf die Dauer aufrecht erhalten wird. Ein radikales Parlament würde aber jedenfalls dahin streben, die monarchische Staatsform durch jene zu ersetzen.

Diese Blicke in die Zukunft mögen zu schwarz sein, aber schwerlich wird sich leugnen lassen, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht zu ganz heillosen Folgen führen kann, sobald kein Bismarck an der Spitze steht und das Staatsruder sich vielleicht einmal in schwachen Händen befindet.

Bei der Frage des allgemeinen gleichen Wahlrechts soll man sich nicht auf kleine Staatswesen, wie Schweizer Kantone, berufen, in denen Wohlhabenheit und verhältnismäßig hohe Bildung herrscht und kein zahlreiches Proletariat vorhanden ist. Auch Frankreich gewährt noch keinen genügenden Anhalt, weil dort die Wahlresultate mit wenigen Ausnahmen durch das bekannte System Napoleons III. mehr oder minder gefälscht sind. Erst nach längerer Zeit kann es sich zeigen, ob ein Großstaat auf dem Kontinent mit ganz unbeschränktem, wirklich freiem Wahlrecht auf die Dauer bestehen kann.

Es kann nun noch gefragt werden, weshalb solche liberale Abgeordnete, die Gegner des unbeschränkten Wahlrechts waren, nicht sogleich auf die Gefahren desselben aufmerksam gemacht und Abhilfe verlangt haben? Die Antwort ist sehr einfach: wenn die Regierung selbst ein solches populäres Recht einräumt, so kann von keinem einzelnen Abgeordneten verlangt werden, daß er dagegen auftritt, sich in den Ruf der Reaktion und Volksfeindlichkeit bringen und mit den eigenen Wählern sich verfeinden soll, um so mehr, als nicht die geringste Aussicht vorhanden war, damit durchzudringen. Auch in späteren Perioden würde ein Antrag auf Einschränkung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Reichstage keine Majorität gefunden haben, vielmehr auf das heftigste bekämpft worden sein. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß 1867 die Besorgnisse vor den Folgen des allgemeinen unbeschränkten Wahlrechts nur bei wenigen einzelnen Abgeordneten herrschten. Zunächst fürchtete man nur, daß der Einfluß der Regierung bei allgemeinem gleichen Wahlrecht größer sein würde, als nach irgend einem andern Wahlgesetz. Dazu kommt, daß die allergrößte Meinungsverschiedenheit darüber herrscht, was an die Stelle des unbeschränkten Wahlrechts gesetzt werden könnte. Das Klassenwahlgesetz, wonach das preußische Abgeordnetenhaus gewählt wird, hat unleugbar große Mängel und ist von Bismarck selbst in schärfster Weise kritisiert worden. Man darf aber nicht zweierlei übersehen. Einmal, daß es noch keinem Sozialdemokraten gelungen ist, in das Abgeordnetenhaus einzudringen; dann, daß noch niemals mit Ernst und Nachdruck von liberaler Seite in Antrag gebracht worden wäre, auch für das Abgeordnetenhaus das allgemeine gleiche Wahlrecht einzuführen. Überhaupt walten mit Recht die größten Bedenken gegen alles Experimentieren auf diesem Felde ob. Man kann und darf den großen Unterschied nicht übersehen zwischen Gewährung eines politischen Rechts und Einschränkung desselben. Nur die beiden politischen Pole: Reaktion und Revolution lassen sich auf solche gefährlichen Experimente und radikale Um-

Digitized by Google

gestaltungen ein; die besonnenen Politiker verlangen ruhige organische Entwickelung.

Erst die Erfahrungen, welche bei der Entstehung und Bildung der ultramontanen und der sozialdemokratischen Partei gemacht worden sind, haben den Gedanken an eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts bei einzelnen angeregt. Kommt es später einmal dazu, so kann zunächst wohl nur von einem höheren Alter des Wählers, etwa 30 Jahr, und von einem festen längeren Wohnsitz, vielleicht ein Jahr, die Rede sein. Glaubt man dann weiter gehen zu müssen, so wird schwerlich etwas andres übrig bleiben, als die Einführung eines Census, der sich nicht auf die Steuersumme oder das Einkommen zu beschränken braucht, sondern auch eigenen Hausstand, Grundbesitz und Bildungsstand zum Kriterium des Wahlrechts machen kann.

XI.
Bismarck und die liberale Richtung nach 1866.

Anknüpfend an die Bemerkung, daß die Nationalliberalen nach 1866 keine eigentliche Regierungspartei bildeten, die ja nur in einer parlamentarischen Regierung möglich ist, bemerkte von Unruh:

Dazu kommt, daß nach allen Erfahrungen liberale Parteien sich einer einheitlichen Führung viel schwerer unterwerfen, als die Konservativen. Eine solche Parteidisziplin, wie später die Ultramontanen und die Sozialdemokraten durchgeführt haben, ist bei einer freisinnigen Partei, die zum allergrößten Teil aus selbständigen Männern besteht, nicht zu erreichen. Übrigens muß anerkannt werden, daß Bismarck im Reichstage keineswegs ganz ungefügig war, namentlich im Detail und minder wichtigen Dingen. Er nahm unbestreitbar Rücksicht auf die Anschauungen der Majorität und entwickelte auch in den parlamentarischen Verhandlungen eine außerordentliche Geschicklichkeit. Sehr im Irrtum befanden sich aber diejenigen, welche glaubten, daß Bismarck seine ursprüngliche Farbe gewechselt habe und liberal geworden sei. Ich fand diese Ansicht sogar bei konservativen Abgeordneten, denen ich aber versicherte, daß Bismarck in seinem Innern so konservativ sei, wie früher. Die liberalen Gesetze und sonstigen Maßregeln dürfe man durchaus nicht als die Folge eines Gesinnungswechsels ansehen, vielmehr habe ihn nach meiner Meinung seine Klugheit und seine Fähigkeit scharfer Beobachtung und wirkliche Erfahrung zu der Erkenntnis geführt, daß er seine großen Ziele, namentlich die Einigung Deutschlands und die Größe Preußens nicht auf rein konservativem oder gar reaktionärem, sondern nur auf liberalem Wege erreichen könne. Allerdings sei es eine große Eigenschaft Bismarck's, daß er es vermöge, seine persönlichen Neigungen jenen großen Zwecken unterzuordnen. Hätte er diese auf nicht liberalem Wege sicher erreichen können, so würde ihm dies jedenfalls lieber gewesen sein. Preußens einziger Alliierter ist das deutsche Volk, wenn man es zu behandeln versteht, hatte Bismarck schon im Jahre 1859 zu mir gesagt[1]), und er wußte sehr gut, daß dieser Verbündete nur für eine

[1]) Vergl. oben S. 330.

Digitized by Google

liberale Regierung zu haben ist. Bismarck bedurfte seiner aber damals noch sehr dringend, um bei geeigneter Gelegenheit die süddeutschen Staaten in den Bund hineinzuziehen und ihres Beistandes bei einem Kriege mit Frankreich sicher zu sein.

XII.
Vor Ausbruch des Krieges von 1870.

Über das Jahr 1870 und die Entstehung des Krieges schreibt von Unruh nach einem Hinweise auf die Vorgeschichte, betreffend die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum König von Spanien:

Sehr bald nahmen die Nachrichten aus Ems, wo sich der König befand und der französische Botschafter Benedetti sich hinbegeben hatte, einen sehr bedrohlichen Charakter an. Bismarck kehrte von Varzin, General von Moltke von seinem Gute bei Schweidnitz nach Berlin zurück. Es traf die berühmte Depesche von Ems über die letzte Antwort ein, welche der König dem Botschafter Benedetti auf das unverschämte Verlangen gegeben hatte, der König solle ein bindendes Versprechen in betreff der Königswahl in Spanien geben. Die Depesche schloß ungefähr mit den Worten: der König ließ Benedetti durch den Adjutanten vom Dienst sagen, er habe mit ihm nichts mehr zu sprechen. Diese Depesche und das würdige Benehmen des Königs zündete in ganz Deutschland. Überall hörte man nur enthusiastische Zustimmung, obgleich der Krieg nunmehr gewiß war. Die Stimmung war eine ganz andre, als vor dem Kriege von 1866. Jedermann fühlte die Größe des Moments und war zu jedem Opfer bereit.

Aus sehr guten Quellen wurde erzählt, in der oben erwähnten Depesche habe der angeführte Schlußsatz im Original nicht so schroff gelautet, vielmehr diese Fassung erst durch Bismarck vor der Publikation erhalten. Die Wahrheit wird sich erst ermitteln lassen[1]), wenn die Archive aus jener Zeit zugänglich sein werden. So viel steht aber fest, daß gerade diese Fassung des Schlußsatzes ungemein geschickt und auf Hervorrufung großer Begeisterung richtig berechnet war. Bismarck besitzt in der That die Gabe, durch solche kurze, scharf pointierte Aussprüche eine sehr große Wirkung hervorzurufen.

Die Erzählung von der Abänderung des Telegramms gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß in Paris und von Benedetti selbst die Abweisung des Letzteren zuerst nicht gerade als eine Beleidigung empfunden worden ist und daß erst das Bekanntwerden des nach Berlin gerichteten Telegramms in Paris diesen Eindruck machte. Man erfuhr später, daß die ablehnende Antwort des Königs auf das Verlangen Benedetti's einer nochmaligen Audienz diesem durch den Flügeladjutanten Prinzen Radziwill in sehr höflicher Form überbracht worden ist.

Für richtig halte ich die damals umlaufende Nachricht, daß Bismarck nach seiner Rückkehr nach Berlin den sofortigen Abbruch der Verhandlungen zwischen dem Könige und Benedetti dringend verlangt und in diesem Sinne an den König

---

[1]) Dieser Teil der Erinnerungen ist im Frühjahr 1878 niedergeschrieben. Der Wortlaut der Emser Depesche ist inzwischen von dem Reichskanzler Grafen Caprivi in der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1892 veröffentlicht worden.

Digitized by Google

depeschiert und berichtet hat. Bismarck hat seinen schon in Petersburg gethanen Ausspruch oft wiederholt: wir würden Frankreich niemals angreifen; wenn dies aber uns angriffe, so müßten wir uns wehren, und wenn wir dies nicht könnten, so seien wir nicht wert, eine Nation zu heißen. Nun aber konnte niemand, der die Vorgänge in Paris im Auge behalten hatte, am wenigsten Bismarck, daran zweifeln, daß nach der Rede des Herzogs Grammont im Corps législatif am 6. Juli Frankreich entschlossen war, Preußen und den Norddeutschen Bund anzugreifen, daß also der Zeitpunkt des Wehrens eingetreten sei. Weiteres Ausweichen hätte den Übermut Frankreichs nur steigern können. Der Abbruch der Verhandlungen in Ems war also geboten. Man sagt sogar, daß Bismarck erklärt habe, er würde seine Entlassung nehmen, wenn der König Benedetti noch einmal empfinge.

Gerade in jener Periode ging der Minister des Innern, Graf Eulenburg, zu einer Ausstellung nach Kassel und von da nach Ems, wie man sagte auf Veranlassung Bismarck's. Nach sehr guten Quellen hat Eulenburg dem Könige von einem nochmaligen Empfange Benedetti's abgeraten und ist diesem dann möglichst ausgewichen. Es ist Benedetti aber doch gelungen, Eulenburg auf der Promenade zu sprechen und ihn dringend zu ersuchen, dem Botschafter eine nochmalige Audienz beim Könige auszuwirken. Darauf soll Eulenburg geantwortet haben, der König könne ihm durchaus nichts andres sagen, als was er ihm schon gesagt habe. Benedetti ließ sich aber nicht abweisen, sondern soll bemerkt haben, es komme darauf nicht an; er habe von Paris den bestimmten Befehl, noch einmal mit dem Könige zu sprechen; jedenfalls müsse er sich persönlich verabschieden. Eulenburg konnte unter diesen Umständen nicht umhin, dem Könige Vortrag zu halten, dem es peinlich zu sein schien, den Botschafter nochmals abzuweisen. Darauf soll Eulenburg geäußert haben, Majestät beabsichtigten ja wohl, am andern Tage nach Koblenz zur Königin zu fahren. Da könne man vielleicht Benedetti zum Abschiednehmen nach dem Bahnhofsalon einladen. Hierauf ist der König eingegangen, auch auf die Bemerkung Eulenburg's, der König, der mit dem gewöhnlichen Zuge fuhr, würde doch nicht so pünktlich wie sonst auf dem Bahnhofe eintreffen. Benedetti fand sich im reservierten Salon auf dem Bahnhofe ein, der Eisenbahnzug war angekommen, die Abfahrtszeit eingetreten, aber noch fehlte der König. Endlich traf derselbe ein, stieg eilig aus, passierte schnell den Salon, begrüßte flüchtig Benedetti, nahm mit zwei Worten Abschied im Vorbeigehen und fuhr mit der Eisenbahn ab.

Hiernach wäre es falsch, was damals in den Zeitungen berichtet wurde, Benedetti habe sich in den Bahnhofssalon gewissermaßen eingedrängt, ohne Einladung, um den König noch einmal zu sprechen. Wenn ich auch den Hergang nicht verbürgen kann, so schien es mir doch von Interesse, zur Aufklärung der Vorgänge in Ems Material zu liefern und zu dessen Aufklärung beizutragen.

Endlich will ich noch eines Gerüchts erwähnen, welches später zirkulierte, das ich aber für unbegründet halte[1]). Danach soll Bismarck selbst auf die Wahl

[1]) Es ist es auch in vollstem Maße, und erwähne ich diesen Abschnitt der Erinnerungen von Unruh's nur, um die Gründe desselben anführen zu können, welche gegen die Erfindung sprechen.

Digitized by Google

des Prinzen von Hohenzollern zum Könige von Spanien eingewirkt und sich dazu eines preußischen Stabsoffiziers bedient haben, der damals Spanien bereiste und mit den bestimmenden Persönlichkeiten in Berührung kam. Der Zweck sollte gewesen sein, den Krieg mit Frankreich indirekt zu provocieren, weil der Zeitpunkt dazu geeigneter schien, als ein späterer, und bei glücklichem Verlaufe zum Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund führen mußte. Ich halte diese Erzählung für unrichtig. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Bismarck die Zurückziehung der Zustimmung des Prinzen von Hohenzollern zu seiner Wahl in Spanien nicht vorhergesehen habe, wie ich und viele andre es thaten. Unmöglich war es aber, vorher zu wissen, daß trotz dessen Frankreich die Wahl in Spanien zum Vorwande eines Krieges mit Preußen nehmen werde. Ich weiß aus dem Munde des Generals von Moltke, daß ihm die Depesche, welche ihn von seinem Gute nach Berlin rief, ganz unerwartet gekommen ist.

XIII.
Die Kriegserklärung von 1870.

Über die Entwickelung der Dinge nach der Kriegserklärung berichtet von Unruh:

Gegenüber dem Geschrei in Paris war die Stimmung in Berlin, und wohl auch in ganz Deutschland, ernst, aber gehoben. Die formelle Kriegserklärung von seiten Frankreichs war noch nicht ergangen. Gegen Ende einer Sitzung des Reichstags[1]) in Berlin wurde Bismarck herausgerufen. Ich sah, daß er dem Präsidenten Simson einen Wink gab, die Sitzung noch nicht zu schließen. Als er mit einem Papier in der Hand wieder eintrat, hatte sein Gesicht einen eigentümlichen Ausdruck. Er nahm das Wort und teilte mit, daß ihm soeben die französische Kriegserklärung übergeben worden sei, die er vorlas. Der Reichstag antwortete mit einem donnernden, lang anhaltenden Hurra, in welches die Tribünen einstimmten. Besser konnte sich die Stimmung und der Entschluß, den Krieg mit aller Kraft zu führen, nicht dokumentieren.

In Paris war die Erklärung des Herzogs von Grammont im Corps législatif, daß die Kriegserklärung abgegangen sei, mit tiefem Schweigen aufgenommen worden.

XIV.
Russische Politik im Kriegsjahre 1870.

Auf die allgemeine politische Lage zu Beginn des Krieges übergehend, bemerkt von Unruh:

Daß wir den Rücken gegen Österreich frei behielten und alle Kräfte gegen Frankreich konzentrieren konnten, verdankten wir nächst der Stimmung in Ungarn dem Benehmen Rußlands, und dies wiederum dem Verhalten Bismarck's als Gesandter in Petersburg und seinen Maßregeln während des Aufstandes in Polen im Jahre 1863. Wenn Bismarck damals im Abgeordnetenhause die indirekte Hilfe, die er Rußland bei der Bewältigung der polnischen Insurrektion leistete

[1]) Es war die Sitzung vom 19. Juli 1870.

Digitized by Google

und das Bestehen eines Abkommens mit Rußland beharrlich ableugnete und als Seeschlange bezeichnete, so geschah dies wohl, um Verwickelungen mit Frankreich zu vermeiden. Wir hatten zu jener Zeit einen besonderen Militärbevollmächtigten in Warschau, den damaligen Major im Großen Generalstabe von Verdy du Vernois. Ein wirklicher Vertrag mag nicht abgeschlossen worden sein, so wenig wie 1870, und so konnte man nicht sagen, daß die Ableugnung Bismarck's dem Wortlaut nach unrichtig oder gar unwahr sei, während sie doch die thatsächliche Wahrheit zu verhüllen geeignet schien. Es ist dies ein Verfahren Bismarck's, das er auch bei andern Gelegenheiten angewendet hat.

XV.
Verhandlungen zwischen süddeutschen und norddeutschen Abgeordneten.

Später erwähnt von Unruh die Reisen Forckenbeck's und Lasker's nach Bayern, Württemberg und Baden, die nach dem Siege bei Sedan den Zweck hatten, mit den politischen Freunden, und wenn thunlich auch mit Mitgliedern der Regierungen über den Anschluß des Südens und die Rückerwerbung des Elsaß und eines Teils von Lothringen zu verhandeln[1]).

„Jedenfalls waren diese Privatbesprechungen eine gute Vorbereitung für die Verhandlungen in Versailles, von wo die Nachricht einging, daß Bismarck ernstlich auf den Anschluß des Südens hinarbeite, aber selbst den Schein des Zwanges vermeide und daß er auch für die Erwerbung von Elsaß und eines Teils von Lothringen sei.

Ein solches Zusammenwirken von Führern der liberalen Parteien in Deutschland wäre nach dem Kriege von 1866 schwerlich möglich gewesen, wenn der Nationalverein nicht die einzelnen Personen zusammengeführt und die Gemeinschaftlichkeit der Ziele herausgestellt hätte. Ebenso wäre der Anschluß des Südens gewiß nicht erfolgt und schon die Teilnahme desselben am Kriege verzögert oder ganz verhindert worden, wenn Bismarck nicht mit weiser, gar nicht genug anzuerkennender Voraussicht den Süden beim Abschluß des Friedens von 1866 absichtlich geschont hätte."

XVI.
Bismarck's Verdienst um die Gründung des Reichs.

Über die politische Meisterhand Bismarck's bei Gründung des Deutschen Reichs und die Vorbereitung seines Werkes von langer Hand, sowie über den Zug der Reichstags-Deputation nach Versailles und von Unruh's Erlebnisse daselbst schreibt derselbe:

Inzwischen hatte der König von Bayern auf Bismarck's Veranlassung unsern König aufgefordert, als Deutscher Kaiser an die Spitze Deutschlands zu treten. Die andern deutschen Fürsten stimmten zu und der Reichstag beschloß,

---

[1]) In neuerer Zeit ist über diese Verhandlungen besonders Licht verbreitet worden durch die Publikation: „Aus Eduard Lasker's Nachlaß. Sein Briefwechsel in den Jahren 1870/71" in der „Deutschen Revue" XVII. Jahrgang, S. 46, 166, 296.

Digitized by Google

dem Könige durch eine Deputation in Versailles die Glückwünsche zur Erreichung des Ziels darzubringen, auf das seit den Freiheitskriegen die besten Patrioten gehofft und für welches viele junge, tüchtige Männer jahrelange Festungshaft erduldet hatten. Der geographische Begriff Deutschland sollte sich in einen mächtigen wirklichen Bundesstaat im Herzen Europas verwandeln, der sich im voraus durch die Niederwerfung Frankreichs Ansehen und Anerkennung erworben hatte. Der von Napoleon frivol begonnene Krieg führte zur Einheit Deutschlands. Bismarck's Ausspruch vom Jahre 1862, daß dies Ziel nur durch Blut und Eisen zu erringen sei, hatte sich bewährt. Unzweifelhaft dankt das Vaterland seine Wiederaufrichtung nach traurigen Jahrhunderten der Zersplitterung und seine jetzige Macht großenteils der klugen, vorsichtigen und gleichzeitig energischen, kühnen und konsequenten Politik Bismarck's, die ihr Ziel fest ins Auge faßte, eine Reihe von Jahren hindurch mit großer Umsicht alle Vorbereitungen traf und im geeigneten Moment die Entscheidung herbeiführte. Es steht fest, daß Bismarck, nachdem er die Tendenzen Österreichs in Frankfurt klar erkannt hatte, schon im Jahre 1854 den Plan faßte, den Rivalen aus Deutschland zu vertreiben und dadurch den Dualismus zu beseitigen[1]); daß er als Gesandter in Petersburg und Paris die Ausführung seines großen Planes in äußerst geschickter Weise vorbereitete; daß er als Ministerpräsident die Armeereorganisation in Preußen durchsetzte und daß er endlich den friedliebenden König zum Kriege gegen Österreich zu bestimmen wußte. Bismarck's fast auffallende Milde und Mäßigung bei den Friedensschlüssen mit Österreich und den süddeutschen Staaten im Jahre 1866, die Vermeidung jeden Zwanges zum Eintritt in den Norddeutschen Bund gegenüber Bayern, Württemberg und Baden, die rücksichtsvolle Behandlung der in den Bund eingetretenen Staaten, endlich der Abschluß der Schutz- und Trutzbündnisse mit Süddeutschland, dies alles waren wohlüberlegte, notwendige Vorbereitungen zum Widerstande gegen Frankreich und zur freiwilligen Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norden zu einem wirklichen, mächtigen Bundesstaat.

Es giebt kaum ein Beispiel in der Geschichte von einer so weitsichtigen, klugen, zugleich mit Vorsicht und Energie durchgeführten Politik. Es schmälert das Verdienst Bismarck's in keiner Weise, wenn darauf hingewiesen wird, daß er seine großen Erfolge günstigen, nicht von ihm geschaffenen Umständen, der ganzen politischen Konstellation verdanke. Alexander der Große hätte ohne die Schwäche und Zerrissenheit Griechenlands seine Laufbahn nicht durchführen, Friedrich der Große Schlesien und Westpreußen nicht erwerben und Preußen nicht zu einer europäischen Macht emporheben können ohne die Schwäche Österreichs und die von seinem Vater geschaffene Armee und den gesammelten Staatsschatz.

Napoleon I. war nur möglich auf dem von der Revolution durchwühlten und zum Militärdespotismus vorbereitet n Boden. Die Größe dieser Männer, Bismarck eingeschlossen, besteht gerade in dem klaren Erkennen und geschickten

[1]) Es ist, nachdem von Unruh diese Zeilen geschrieben, dokumentarisch festgestellt worden, durch mein Werk: „Preußen im Bundestage".

Digitized by Google

Benutzen der obwaltenden Umstände. Gewiß hätte Bismarck seine Politik weder unter Friedrich Wilhelm IV. noch Friedrich Wilhelm III. durchsetzen können, auch kaum zu den Lebzeiten Nikolaus' von Rußland, ebensowenig ohne die vortreffliche preußische Armee. Dazu war die Persönlichkeit unsres Kaisers unentbehrlich. Ihm verdanken wir eben so sehr wie Bismarck, daß unser Vaterland einig, groß und mächtig geworden ist.

Meine obige Bemerkung, daß der König von Bayern auf Veranlassung Bismarck's unserm Könige die Annahme der Kaiserwürde vorgeschlagen habe, gründet sich darauf, daß Bismarck in meiner Gegenwart erzählte, er habe von Versailles aus einen Brief an den König von Bayern gerichtet und durch einen bayerischen Grafen, dessen Namen ich vergessen habe [1]), dem Könige überbringen lassen. Bismarck gab den Inhalt des Schreibens näher an. Danach war dasselbe ungemein geschickt und wirksam abgefaßt. Er wies auf das berechtigte Verlangen des deutschen Volks und die Notwendigkeit hin, Deutschland zu einem kräftigen Bundesstaat zu gestalten, auf die Vorteile, die ein solcher auch für die einzelnen Staaten und ihre Dynastien habe; er deutete an, daß der freiwillige Zusammentritt der deutschen Fürsten zum Kaiserreich ihre Stellung innerhalb desselben offenbar sehr günstig gestalten und die für die Centralgewalt unentbehrlichen Konzessionen auf das durchaus Notwendige und Unentbehrliche beschränkt werde. Bismarck erwähnte in dem Schreiben, daß er eine Besitzung habe, die ursprünglich bayerisches Lehen gewesen sei, und daß er daher gegen den bayerischen Souverän fast dieselben Gefühle habe, wie gegen seinen eigenen Landesherrn. Wenn er dem Könige von Bayern riete, die Initiative zur Gründung eines deutschen Kaiserreichs zu ergreifen, so thue er dies in der festen Überzeugung, daß ein solcher Schritt im wohlerwogenen Interesse der bayerischen Dynastie liege. Der Wortlaut des Briefes ist mir nicht bekannt geworden, aber ich glaube den hauptsächlichen Inhalt nach Bismarck's eigenen Angaben im wesentlichen richtig wiedergegeben zu haben.

Der Überbringer des Briefes war von Bismarck instruiert, denselben dem Könige selbst auszuhändigen oder gar nicht abzugeben. Es hielt anfangs schwer, vorgelassen zu werden, geschah dann aber doch, nachdem sich der Überbringer geweigert hatte, den Brief einem Dritten in die Hand zu geben. Beim Lesen des Briefes erheiterte sich das Gesicht des Königs und der Erfolg hat bewiesen, daß Bismarck den richtigen Schritt gethan hatte.

XVII.

Die Reichstagsdeputation in Versailles. Verhältnis zwischen Bismarck und Moltke. Besprechung Unruh's mit Bismarck in Versailles.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags war die Deputation an den König in Versailles durch das Los zu wählen. Ich machte den Präsidenten Simson darauf aufmerksam, daß bei dieser Wahlart leicht einer der schon damals

[1]) Gemeint ist Graf Holnstein.

Digitized by Google

im Reichstage befindlichen Sozialdemokraten in die Deputation kommen könne, und dann in Versailles möglicherweise unangenehme Scenen vorkommen könnten. Deshalb schlug ich vor, daß der Präsident sich vom Plenum ermächtigen lassen möge, die Wahl durch die Abteilungen vorzunehmen. Solche Abweichungen von der Geschäftsordnung sind zulässig, wenn kein Widerspruch erfolgt, und kommen öfter vor. Der Präsident ging aber darauf nicht ein.

Minister Delbrück hatte mich aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Deputation auf möglichst wenig Personen beschränkt werde, etwa zwölf, und daß keine Diener mitgenommen würden, weil es sehr an Transportmitteln von Lagny, der letzten Eisenbahnstation vor Paris, bis Versailles fehle. Ich fiel aber mit meinen Anträgen, die Deputation auf zwölf, fünfzehn oder höchstens achtzehn Mitglieder zu beschränken, im Plenum total durch[1]). Es blieb bei dreißig. Bei der Wahl durch die Abteilungen hätte ich wohl Aussicht gehabt, zur Deputation zu gehören, vom Lose erwartete ich es nicht, weil dasselbe bei andern Gelegenheiten stets gegen mich entschieden hatte. Dennoch wurde mein Name unter Nr. 24 oder 25 gezogen, was mich ungemein erfreute.

Die Reise war eine sehr bequeme. Wir fuhren die Nacht hindurch nach Frankfurt a. M. und am andern Tage nach Straßburg, wo uns der General-Gouverneur, General Graf Bismarck-Bohlen, ein großes Diner gab. Am andern Tage brachte uns ein Extrazug bis Epernay, wo wir die Nacht blieben.

Wir gelangten ohne Unfall nach Lagny. Die lange Wagenreihe wurde von einem starken Kommando vom 3. Reserve-Dragoner-Regiment eskortiert, weil sich zuweilen Franktireurs auf dem Wege gezeigt hatten. Unsre Wagen wurden von preußischen Postillonen gefahren. Man würde jeden für irrsinnig gehalten haben, der uns sechs Monate früher prophezeit hätte, daß wir noch vor Schluß des Jahres 1870 in dieser Weise nach Versailles reisen würden, um unsern König als deutschen Kaiser zu begrüßen. Solch' riesiger, allein mit deutschen Waffen erkämpfter Erfolg war in so kurzer Zeit selbst in den Zeiten des ersten Napoleon nicht vorgekommen, der 1812—15 einer Koalition von halb Europa unterlag.

Die Vorstellung beim Könige in Versailles war ergreifend[2]). Präsident Simson hielt eine sehr passende Anrede, bei welcher der ihm zu Gebote stehende Schwung durchaus angebracht war. Die schlichte, natürliche und zugleich würdige Antwort des Königs ging zum Herzen und wirkte rührend. Ihm selbst standen Thränen in den Augen und vielen von uns auch. Der Moment war ein großer, erhebender.

Bei der ersten passenden Gelegenheit ließ ich mich vom General von Blumenthal, damals Chef des Generalstabs beim Kronprinzen, vorstellen. Der General

[1]) Vergl. die stenographischen Berichte des Reichstags über die Sitzung vom 10. Dezember 1870.

[2]) Über den Empfang der Reichstags-Deputation bei dem Könige in Versailles existiert ein genauer Bericht des „Staatsanzeigers". Derselbe ist abgedruckt in dem Werke von Ludwig Hahn: „Fürst Bismarck, sein politisches Leben und Wirken", Bd II., S. 268 f.; vergl. auch oben S. 45.

Digitized by Google

äußerte nach ein paar freundlichen, einleitenden Worten, er verstände nichts von Finanzen, nichts von Juristerei, aber was hier vor Paris zu geschehen habe, müsse er und die andern Generale verstehen. Auf dies Vertrauen hätten sie Anspruch. Dies möchte ich meinen Kollegen im Reichstage bei meiner Rückkehr mitteilen. Offenbar bezog sich diese Äußerung auf das Bombardement von Paris.

Zur Illustrierung des Verhältnisses Bismarck's und Moltke's [1]) dient folgender Vorfall: Moltke war als Abgeordneter Mitglied der Kommission für das Rayongesetz, in der ich den Vorsitz führte. Durch seine Vermittelung und das Entgegenkommen des Kriegsministers von Kameke kam eine vollständige Verständigung zwischen der Kommission und den Vertretern der Bundesregierung zu stande, aber einer der Regierungs-Kommissarien teilte mir mit, daß der Bundesrat schwerlich das amendierte Gesetz genehmigen werde, an dem sehr viel gelegen war, weil die bestehenden Rayonregulative, namentlich das preußische, große Härten und Ungerechtigkeiten enthielten und mehr, als der neue Entwurf den Bewohnern der Festungen gewährte, nicht zu erreichen war. Ich wußte aus dem Munde von Bismarck, daß er die bestehenden Bestimmungen nicht billige und bat daher den General Graf Moltke, mit dem Reichskanzler zu sprechen und ihn zu bestimmen, seinen Einfluß beim Bundesrat geltend zu machen. Moltke zuckte die Achseln und sagte mir, auch er wünsche dringend, daß das Gesetz zu stande komme, aber — mit Bismarck sprechen könne er nicht. Auf meine Äußerung, daß dann wohl nichts übrig bliebe, als daß ich mich an den Reichskanzler wende, erwiderte Moltke lebhaft: „Thun Sie das auf jeden Fall." Ich trug dem Reichskanzler die Sache vor und das Gesetz wurde im Bundesrat genehmigt, obgleich mir der Minister Delbrück selbst gesagt hatte, daß er ein entschiedener Gegner sei, weil der Reichskasse zu große Ausgaben dadurch erwachsen könnten.

Noch eine Äußerung Bismarck's zu mir will ich erwähnen. Ich fragte ihn, ob er mit dem Reichstage zufrieden sei? Die bayerischen Knödel — ich meinte den Anschlußantrag Bayerns mit seinen Vorbehalten und Separatrechten — hätten uns zwar schlecht geschmeckt und lägen uns jetzt noch im Magen, wir hätten aber doch zugestimmt. Bismarck antwortete: „Gewiß bin ich zufrieden, es war nicht mehr zu erreichen, aber ich weiß nicht, weshalb mir Delbrück in betreff der Zustimmung des Reichstags so bange gemacht hat?" — „Die Sache stand anfangs bedenklich, bemerkte ich; der Entschluß ist uns allen sehr schwer geworden." — „Nun," sagte der Reichskanzler, „den besten Ausspruch hat Lasker gethan: häßlich ist das Mädel, aber geheiratet muß es doch werden." Davon hatte ich in Berlin nichts gehört, fragte aber später Lasker, der bestätigte, daß er die Äußerung zu einem konservativen Abgeordneten gethan. Er wunderte sich, daß Bismarck davon erfahren habe.

---

[1]) In Versailles verlautete, daß dasselbe wegen der Frage der Beschießung von Paris nicht stets ein ungetrübtes gewesen sei.

Digitized by Google

In Versailles teilte ich dem Reichskanzler die Wahrnehmungen mit, die ich wenige Wochen vorher in Petersburg gemacht hatte, namentlich in Bezug auf die Marschbereitschaft der Truppen und die Vorbereitungen auf den Bahnen zum Transport derselben. Ich bemerkte, daß der Entschluß offenbar festgestanden hätte, Österreich nötigenfalls mit den Waffen an einem Angriff auf Deutschland zu verhindern, erwähnte auch der Gortschakoff'schen Note in betreff des Schwarzen Meeres. Bismarck erwiderte: aber die Note hätte etwas später kommen können, indessen schadete es auch nicht viel, daß man nicht gezögert hat.

Die Aufnahme der Deputation in Versailles war ausgezeichnet, wir wurden vom Kaiser, dem Kronprinzen und den berühmten Generalen mit großer Freundlichkeit behandelt[1]).

Es war ein hocherhebendes Gefühl, gerade in Versailles, im Angesicht des berühmten Schlosses Ludwig XIV. zu sehen, wie die deutschen Truppen im Begriff standen, den letzten Widerstand Frankreichs zu brechen, das Deutschland seit Jahrhunderten so oft frivol angegriffen, beraubt und erniedrigt hatte, und den jetzigen Krieg mit unbestrittener Zustimmung des französischen Volkes begonnen hatte, um zu verhindern, daß Deutschland sich zu einem kräftigen Bundesstaat entwickeln und eine wirkliche Nation werde. Wenn am späten Abend der letzte Schuß aus der großen Kanone des Mont Valérien ertönte, so sagte ich mir mit Stolz: „schießt nur immer zu, es hilft euch doch nichts, in wenigen Wochen seid auch ihr besiegt und gefangen."

XVIII.

Stimmung im Reichstag nach 1870. Bismarck und die nationalliberale Partei.

Über die Ereignisse, die Politik Bismarck's und die parlamentarischen Verhältnisse nach dem Kriege mit Frankreich schreibt von Unruh:

Die Stimmung im Reichstage nach dem Kriege war selbstredend eine sehr gehobene. Die große nationalliberale Partei, welche schon seit ihrer Entstehung Ende 1866 die Politik des Reichskanzlers unterstützt hatte, setzte dies Bestreben nach den großen Erfolgen von 1870/71 mit Eifer fort, obgleich sie sich bewußt war, daß sie keine Regierungspartei im englischen Sinne sei und daß schwerlich Mitglieder aus ihr in die Regierung gezogen werden würden. Gerade dadurch wurde das Strebertum in dieser Partei völlig ausgeschlossen.

Hieran änderte sich nichts in dem unter Hinzutritt der süddeutschen Staaten neu gewählten Reichstage. Im Gegenteil waren die nationalliberalen Mitglieder aus Süddeutschland, wie schon früher aus den neuen preußischen Provinzen, sehr entschiedene Anhänger Bismarck's. Sie hatten die größte Scheu, ihm irgendwie

[1]) Sehr bezeichnend ist es, daß Moritz Busch in seinem Buche: „Graf Bismarck und seine Leute" erzählt, der Geh. Legations-Rat Abecken aus der Umgebung Bismarck's habe in Bezug auf die Reichstagsdeputation geäußert: „Was wollen die dreißig **Kerls** hier?" So wenig Verständnis für die Lage Deutschlands und die Bedeutung des Reichstags herrschte also ganz in der Nähe Bismarck's.

Digitized by Google

entgegenzutreten und schüttelten die Köpfe, wenn ich ihnen im Privatgespräch sagte, daß ich gewiß die außerordentliche Begabung und die Leistungen Bismarck's in der äußern Politik vollkommen anerkenne, daß aber mein Vertrauen zu seiner innern Politik, namentlich in Bezug auf die freiheitliche Entwickelung Deutschlands und die fernere Organisation des deutschen Staates sehr begrenzt sei. In dieser Beziehung fürchte ich, daß Bismarck's Ziele keineswegs die unsrer Partei seien. Ich hielte es daher für unvermeidlich, ihm im Parlament bei Abweichungen von dem Wege, den wir gehen wollten, entgegen zu treten. Ein Konflikt sei jetzt durchaus nicht zu besorgen.

Ich habe immer die Annahme für sehr falsch gehalten, daß Bismarck grundsätzlich liberal geworden sei. Die Rechte im Reichstage wollte vor 1870 nichts vom deutschen Kaisertum wissen. Vielleicht glaubte sie, daß ihr Einfluß dann auch in Preußen geringer sein würde. Es schien mir, als ob viele Mitglieder der Rechten Bismarck, seit er liberal geworden, für einen Renegaten hielten. In einer Privatunterredung mit mir wiesen zwei Abgeordnete von der Rechten darauf hin, was Bismarck sie gezwungen habe hinunterzuschlucken, nicht allein das allgemeine gleiche Wahlrecht, sondern auch eine Menge liberaler Gesetze. Ich erwiderte, daß sie sich gänzlich im Irrtum befänden, wenn sie glaubten, Bismarck sei ein liberaler Mann geworden. Sein scharfer Verstand und seine klare Auffassung der gegebenen Verhältnisse hätte ihn erkennen lassen, daß er sein großes Ziel: die Erhebung Preußens und die Einheit Deutschlands nur auf liberalem Wege erreichen könne. Ich zweifelte nicht, daß er diesen oft nur contre coeur eingeschlagen habe.

Der nationalliberalen Partei ist namentlich von seiten der Fortschrittspartei oft vorgeworfen worden, daß sie sich so oft auf Kompromisse eingelassen und häufig in der dritten Lesung anders gestimmt habe als in der zweiten. Die Thatsache ist vollkommen richtig; ich selbst habe bei dem Abschluß von Kompromissen in der Regel mitgewirkt und bedaure dies durchaus nicht, weil ich der Meinung bin, daß haltbarer dauernder Fortschritt nur auf diesem Wege zu erreichen ist. Die Geschichte der Kulturstaaten des Altertums und der Neuzeit bestätigt diese Behauptung vollkommen, namentlich sind Staatsverfassungen, die Dauer gehabt haben, fast niemals anders zu stande gekommen, als durch Verständigung der maßgebenden Parteien und der Regierung. Dasselbe gilt von großen, tief eingreifenden Gesetzen. Die Katholiken- und Sklaven-Emancipation, die Aufhebung der Kornbill, die Beseitigung der Todesstrafe auf kleine Verbrechen in England ꝛc. beruhen sämtlich auf Kompromissen. Toryministerien haben schließlich durchgeführt, was die Wighpartei Jahre hindurch angestrebt hatte. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes konnte gar nicht anders zu stande kommen, als durch Verständigung der Parteien untereinander und mit der Regierung. Ein Kompromiß gewährt deshalb die Aussicht auf Dauer, weil er die Zustimmung aller maßgebenden Faktoren verbürgt und ein einseitiges, gewaltsames Aufdringen ausschließt. Wo revolutionäre Parteien zur Macht gelangt sind, haben sie allerdings ihren Willen mit Gewalt durchgesetzt; aber die auf solchem Wege zu

Digitized by Google

stande gekommenen Verfassungen und Gesetze sind verschwunden, sobald die Macht in andre Hände überging. Diese Erfahrung ist keiner radikalen Partei erspart worden. Schwere Konflikte zwischen Regierung und Parlament, deren Ausgang und Folgen sich gar nicht vorher berechnen lassen, sind oft gar nicht anders zu vermeiden, als durch Kompromiß.

Da die nationalliberale Partei keine eigentliche Regierungspartei war und bei der Persönlichkeit des Reichskanzlers nicht sein konnte, so war es recht eigentlich ihre Aufgabe, Verständigung herbeizuführen, Konflikte und extreme Beschlüsse zu verhüten und sich ihrem Ziele: Einheitliche Entwickelung und Konsolidation Deutschlands, zu nähern. Daß ihr dies oft gelungen, läßt sich nach der ganzen deutschen Gesetzgebung seit 1871 kaum bestreiten.

Die Divergenz der Abstimmungen in 2. und 3. Lesung erklärt sich sehr leicht aus der parlamentarischen Taktik, welche eine Verständigung zum Ziele hat. Für sich allein hat die nationalliberale Partei die Majorität im Reichstage nie besessen, es war häufig schwer, oder ganz unthunlich, die Stimmen, die ihr aus andern Parteien zufielen, vorher mit Sicherheit zu berechnen, daher blieb nichts andres übrig, als bei der 2. Lesung soviel als möglich durchzusetzen und dadurch eine Basis zu einer Verständigung vor der 3. Lesung zu erlangen.

So ist namentlich bei der Beratung der Verfassung des Norddeutschen Bundes verfahren und dadurch vieles erreicht worden, was auf anderm Wege nicht durchzusetzen war. Zwischen der 2. und 3. Lesung fand die Verständigung mit der Regierung, d. h. mit Bismarck statt, und es verstand sich von selbst, daß gemäß derselben in der 3. Lesung gestimmt werden mußte. Der radikale Standpunkt ist allerdings viel bequemer, man stimmt nach den eigenen Anschauungen, lehnt Abschlagszahlungen ab, streckt die Hand nach dem Ganzen aus und wäscht seine Hände in Unschuld, wenn man gar nichts erreicht. Dann sind ja die andern Parteien allein Schuld.

XIX.
Die Tradition des deutschen Kaisertums in Süddeutschland. Das Sitzungslokal des Reichstags.

Über die Einbürgerung des deutschen Kaisertums und die Unterbringung des Reichstags in einem eignen Gebäude schreibt von Unruh:

Es ist bereits erwähnt worden, daß vor 1870 ein sehr großer Teil der konservativen Partei keine Sympathie für Errichtung eines deutschen Kaisertums hatte[1]). Es ist in meinem Hause passiert, daß ein Offizier sich weigerte, auf den künftigen deutschen Kaiser anzustoßen. Mit den Siegen 1870/71 änderte sich die Stimmung auch in diesen Kreisen. Bei einer Fußreise, die ich 1871 mit meinem ältesten Sohne durch den Schwarzwald und einen Teil von Baden und Württemberg machte, kehrten wir oft in kleinen, ländlichen Gasthäusern ein und hatten Gelegenheit, mit Landleuten, Gastwirten, Förstern 2c. zu sprechen. Überall herrschte Freude nicht nur über die Siege, sondern namentlich über die Wieder-

[1]) Vergl. oben S. 335.

Digitized by Google

errichtung des deutschen Kaisertums. „Das werden wir uns nicht wieder nehmen lassen", wurde oft geäußert. In allen Schenkstuben hingen, wenn auch schlechte, wohlfeile Bildnisse des Kaisers, Bismarck's, des Kronprinzen und Moltke's. Allerdings herrschte in diesen Schichten der Bevölkerung der Glaube, daß der Kaiser wirklicher Oberherr über die einzelnen Staaten sei. Mir wurde damals klar, daß die alte Kaisertradition, die in Preußen durch seine selbständige Geschichte verloren gegangen ist, im Süden Deutschlands noch fortlebte. Wäre es nur zu einem Staatenbunde, mit dem König von Preußen an der Spitze, gekommen, so würde dieser mutmaßlich sehr wenig Sympathie in der süddeutschen Bevölkerung gefunden haben. Kaiser und Reich fanden enthusiastische Zustimmung. Auch in diesem Punkt hat Bismarck das Richtige getroffen. Der zähe Partikularismus steckt in den höheren Schichten, hauptsächlich in den Beamten!

Sehr geschickt war die Behandlung der Mittel- und Kleinstaaten durch Bismarck. Überall wurde Einverständnis gesucht und selbst der Schein des Zwanges vermieden. So kam das Reichsoberhandelsgericht und die erhebliche Erweiterung der Kompetenz des Reichstags und der Reichsregierung zu stande.

Man erzählte damals in sonst gut unterrichteten Kreisen, daß Bismarck die Absicht gehabt habe, die 1866 den einzelnen deutschen Staaten auferlegte Kriegskontribution aus den fünf Milliarden, die Frankreich zahlte, zu ersetzen[1]. Die Wirkung würde ohne Zweifel eine sehr große, wenn auch keine nachhaltige gewesen sein. Es hieß, der Kaiser sei auf den Rat des Finanzministers nicht darauf eingegangen.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes hatte kein eigenes Sitzungslokal, er hatte bis 1870 im preußischen Herrenhause getagt. Da zuweilen der preußische Landtag noch tagte, wenn der Reichstag schon einberufen war und dieser doch auch notwendige Bureauräume brauchte, so wurde beschlossen, ein interimistisches Sitzungslokal nebst den sonst nötigen Nebenräumen für den Reichstag einzurichten. Die Regierung schlug dazu die königliche Porzellanfabrik in der Leipzigerstraße 4 vor, die ohnehin in die Nähe von Charlottenburg verlegt und mit der Gesundheitsgeschirrfabrik daselbst vereinigt werden sollte. Zur Prüfung der angebotenen Lokalität und zur Aufstellung eines Bauplans wurde eine Kommission aus Mitgliedern des Bundesrats und des Reichstags, preußischen Beamten und Architekten zusammengesetzt. Ich gehörte zu derselben und schlug bei der ersten Besichtigung vor, den großen Hof des Hauptgebäudes zu überbauen und zum Sitzungssaal einzurichten, und die umgebenden Gebäude, soweit thunlich, zu den Nebenräumen zu verwenden oder durch teilweisen Umbau dafür geeignet zu machen. Mein Vorschlag fand in der Kommission keinen Anklang; es wurde ein großenteils massiver Bau projektiert, der nicht allein sehr große Kosten machte, sondern auch eine Bauzeit von mindestens einem ganzen Jahr und darüber erforderte. In einer Sitzung, in der dieses Projekt beraten wurde, erschien unerwartet der

[1] Vergl. oben S. 265.

Digitized by

Reichskanzler, der sich sehr entschieden gegen den viel Zeit und Geld kostenden Entwurf aussprach und sich dahin äußerte, daß, wenn ein gut bezahlter Botschafter einer Großmacht in der Porzellanfabrik wohne und eines großen Festlokals bedürfe, ein solches binnen wenigen Wochen durch Überbauung des Hofes hergestellt sein würde. Verständen es unsre Architekten nicht, einen solchen Bau schnell und brauchbar zu projektieren und auszuführen, so werde er fremde Architekten von London oder Wien kommen lassen, die der Sache gewachsen wären.

In der Kommission zeigten sich verlegene Gesichter. Da die Idee des Reichskanzlers mit meinem Vorschlage zusammenfiel, so nahm ich das Wort und erwiderte dem Reichskanzler, daß ich mit der Überbauung des Hofes ganz einverstanden sei, daß wir aber zur schnellen Ausführung eines solchen Planes durchaus keiner fremden Architekten bedürften. Dem Reichskanzler sei ja bekannt, daß das Abgeordnetenhaus (damals II. Kammer) 1848/49 in wenigen Wintermonaten erbaut worden sei. An geeigneten Kräften fehle es uns nicht und es käme nur darauf an, den Bauplan schleunigst festzustellen. So verwarf denn die Kommission das vorliegende Projekt ohne viel Besinnen und beauftragte den Geheimen Regierungsrat und Architekten Hitzig mit dem neuen Entwurf. Derselbe wurde sehr bald fertig und in kürzester Zeit von der Kommission und den Reichsbehörden genehmigt. Die Ausführung begann sofort. Zu dem Ende sollte die königliche Porzellan-Manufaktur und das große Lager im Vorderhause schleunigst geräumt und nach einem in der Friedrichsstraße gemieteten Lokal geschafft werden.

Als der Reichskanzler bald darauf die Baustelle besuchte, hörte er von dem die Aufsicht führenden Baumeister, daß die Räumung sehr langsam erfolge, daß man das Porzellan höchst sorgfältig verpacke und daß dadurch die neuen baulichen Einrichtungen sehr aufgehalten würden. Der Reichskanzler gab sofort dem Baumeister den Befehl, im Falle die Räumung innerhalb 3 Tagen nicht beendigt sei, das dann noch im Gebäude befindliche Porzellan auf die Straße zu werfen und daß dies geschehen werde, der Direktion der Porzellanfabrik sogleich anzuzeigen. Diese mietete nun eine Anzahl Möbelwagen und Körbe und die Räumung erfolgte innerhalb der bestimmten Frist. Der Umbau und die Einrichtung der interimistischen Lokale für den Reichstag ging so schnell vorwärts, daß innerhalb 70 und einiger Tage die Beendigung erfolgte. In der That eine sehr große Leistung, die bei aller Tüchtigkeit der ausführenden Baumeister nur durch das energische, rücksichtslose Eingreifen des Reichskanzlers möglich wurde. An der Wahrheit des Herganges ist nicht zu zweifeln, da ich denselben gegen den Reichskanzler auf einer seiner Soireen erwähnte und er durchaus nicht widersprach, sondern sein Vorgehen noch näher motivierte. Ein solcher Hochdruck von seiten des höchsten Staatsbeamten kann allerdings unter Umständen sehr günstig wirken und allgemeinen Beifall finden, aber auch sehr gefährlich werden und die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen, wenn das erstrebte Ziel

Digitized by Google

nicht allgemein gebilligt, vielmehr von berechtigten Seiten als nachteilig und gefährlich bezeichnet wird.

XX.

Der Eisenbahnwagen des Fürsten Bismarck.

Über die Herstellung eines Eisenbahnwagens für Bismarck und ein sich daran knüpfendes Gespräch desselben mit dem Abgeordneten von Unruh bemerkt der letztere in seinen Erinnerungen:

Im Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen war der Antrag gestellt worden, einen Eisenbahnsalonwagen speziell für den Fürsten Bismarck zu bauen. Nach einigem Widerstande wurde der Antrag in der Form angenommen, daß der Wagen dem Fürsten zum Gebrauch für sich und seine Familie zur Verfügung gestellt werden sollte.

Die Direktion der Anhaltischen Eisenbahn bestellte den Wagen bei der Fabrik für Eisenbahnbedarf in Berlin, an deren Spitze ich damals stand. Ich stellte die Bedingung, daß ich sowohl mit dem Fürsten als mit der Fürstin über Einrichtung und Ausstattung des Wagens Rücksprache nehmen und danach verfahren dürfe. Auf meine Bitte bestimmte der Fürst eine Abendstunde zur Vorlegung von Zeichnungen und Besprechung derselben. Als ich in sein Kabinett eintrat, äußerte der Fürst, ich möchte mich noch einen Augenblick gedulden, er habe noch einen wichtigen Brief zu lesen und zu unterzeichnen. Dann setzte er hinzu: „Nun, der Brief wird Sie wohl interessieren, ich werde ihn vorlesen."

Es war dies das bekannte Antwortschreiben Bismarck's an den Grafen Frankenberg in betreff der Streitigkeiten mit dem katholischen Klerus in Oberschlesien.[1]) Der Inhalt ließ kaum einen Zweifel darüber, daß Bismarck entschlossen sei, den Übergriffen der katholischen Kirche in die Rechte des Staates endlich entgegen zu treten. Ich äußerte meine Freude darüber und setzte hinzu, ich glaubte und hoffte, unsre politische Entwickelung werde nun ruhig, allmählich und sicher fortschreiten, aber der Kampf gegen jene Übergriffe scheine mir ganz unvermeidlich und werde lange dauern; je eher derselbe beginne, desto besser, der jetzige Zustand sei unhaltbar. Fürst Bismarck runzelte die Stirn und sagte in sehr zuverlässigem Tone: „Nun, wenn es sein muß, werden wir auch damit fertig werden."

Unter den vorgelegten Wagenprojekten gab der Fürst zu meiner Freude demjenigen den Vorzug, das in der Fabrik unter meiner Leitung entworfen worden war, und äußerte, er wisse kaum ein andres Geschenk, was ihm so viel Freude gemacht habe, als ein solcher Wagen. Er wünschte einige leicht auszuführende, aber sehr nützliche Abänderungen, und teilte mir mit, daß die Fürstin die grüne Farbe an Wänden und Möbeln nicht liebe (wahrscheinlich aus Besorgnis vor

[1]) Der gedachte Brief ist datiert vom 19. Juni 1871 (abgedruckt in der „National-Zeitung" vom 24. Juni 1871). Durch dieses Datum ist auch der Tag der Unterredung Bismarck's mit Unruh festgestellt.

Digitized by Google

Arsenikvergiftung). Später erschien ich noch einmal mit Stoffproben, unter denen die Fürstin die Auswahl traf.

Ich hatte mir die Zeichnung von dem neu verliehenen Wappen verschafft, um dasselbe an beiden Seiten des Wagens anzubringen. Damit erklärte sich der Fürst nicht einverstanden, verbot es aber auch nicht und äußerte: „Ich bin, was ich gewesen, Bismarck."

Als der Wagen fertig war, lud die Anhaltische Eisenbahn-Direktion den Fürsten zur Besichtigung des Wagens nach der Fabrik ein, damit etwa gewünschte Abänderungen dort sogleich ausgeführt werden könnten[1]). Etwas vor der bestimmten Stunde erschien der Geheime Oberregierungsrat Scheele von der Anhalter Direktion, Geheime Baurat Neuhaus von der Hamburger und Geheime Regierungsrat Zenker von der Stettiner Direktion. Herr Scheele produzierte ein Schriftstück, welches dem Fürsten mitgeteilt und an einer passenden Stelle des Wagens befestigt werden sollte. Darin war ausgesprochen, daß der Wagen ausschließlich zum Gebrauch des Fürsten Bismarck und seiner Familie bestimmt sei, ihm zur Verfügung gestellt und auf allen deutschen Bahnen unentgeltlich befördert werde.

Die drei genannten Herren begaben sich nun nach dem Wagen in der Remise am andern Ende der Fabrik und ich erwartete den Fürsten am vorderen Portal. Auf dem Wege nach dem Wagen konnte ich es mir nicht versagen, den Fürsten zu fragen, ob die Zeitungsnachricht wahr sei, wonach der Minister Mühler seine Entlassung eingereicht habe? Bismarck antwortete: „Das ist richtig, aber er (der Minister Mühler) steckt sich jetzt hinter die äußerste Rechte und hofft, daß sein Abschiedsgesuch abgelehnt werden würde"[2]).

Der Wagen fand den vollen Beifall des Fürsten, er dankte in sehr herzlichster Weise und wiederholte, daß dies eines der liebsten Geschenke sei, die er in seinem Leben empfangen habe.

Ich hatte das neue fürstliche Wappen an beiden Seiten des Wagens angebracht, weil ich es für zweckmäßig hielt, den Wagen in dieser Art auszuzeichnen. Wenn der Fürst Widerspruch erheben sollte, so war das Wappen leicht beseitigt. Bismarck äußerte aber nur, als er vor dem Wagen stand und denselben lobte: „Eins hätte ich anders gewünscht," und dabei deckte er das Wappen mit der rechten Hand zu, verlangte aber nicht die Beseitigung desselben.

[1]) Die Übergabe des Salonwagens an den Fürsten Bismarck erfolgte, wie ich einem Artikel der „Vossischen Zeitung" vom 17. Januar 1872, Nr. 13, entnehme, am 15. Januar 1872.

[2]) Im Januar 1872 wurde seine Entlassung vom König genehmigt.

Digitized by Google

2. Freiherr von Hertling's Gespräche mit Bismarck.

Dr. phil., ord. Professor der Philosophie an der Universität München, Reichsrat der Krone Bayern, geboren am 31. August 1843 in Darmstadt, 1880—1882 außerordentlicher Professor in Bonn. Mitglied des Reichstags seit 1875 bis 1890, Vertreter des 3. Regierungs-Bezirks Koblenz. Mitglied des Centrums.

Die Situation, in welche die folgende Unterredung des Fürsten Bismarck mit dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Hertling fällt, war folgende:

Am 8. Mai 1882 hatte der Reichskanzler dem Reichstag zum zweiten Mal den Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter (Drucksache Nr. 19, 5. Legislatur-Periode, II. Session 1882/83) und am 29. April 1882 zum ersten Mal den Gesetzentwurf betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (Drucksache Nr. 14) zur Beschlußfassung vorgelegt. Beide Gesetzentwürfe wurden am 16. Mai 1882 an eine Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. Am 18. Juni 1882 wurde der Reichstag bis 30. November 1882 vertagt. In der kommenden Wintersession widmete der Reichstag der Beratung des Krankenkassengesetzes eine ernste Arbeit, und dieser Teil der Aufgabe des Reichstags war zur Zeit, als Bismarck mit dem Abgeordneten Freiherrn von Hertling in Verbindung trat, bereits so weit gefördert, daß in Bezug auf ihn die Erfüllung der Erwartungen des Kanzlers kaum mehr zweifelhaft erschien. Dagegen war die prinzipiell wichtigere Vorlage über die Unfallversicherung bisher nicht weiter gefördert worden und es konnte auf deren baldige Beratung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden.

Am 7. April 1883 ließ Fürst Bismarck den Freiherrn von Hertling, welcher Seiner Durchlaucht bis dahin nicht vorgestellt war, durch seinen Sohn, den Grafen Wilhelm, ersuchen, zu ihm zu kommen, da er sich mit demselben über die Geschäftslage zu besprechen wünsche. Es darf daran erinnert werden, daß der Abgeordnete Freiherr von Hertling bereits im vergangenen Jahre ein warmes Interesse für die Arbeiterfrage an den Tag gelegt hatte. Die von demselben gestellte Interpellation betreffend die weitere Ausbildung der bestehenden Fabrikgesetzgebung (Nr. 42 der Drucksachen der V. Legislatur-Periode, I. Session 1881/82), hatte Fürst Bismarck in der Sitzung des Reichstags vom 9. Januar 1882 in ausführlicher Weise beantwortet (Stenographischer Bericht über die 50. Sitzung, S. 479 ff.)

Über die zwischen Bismarck und dem Freiherrn von Hertling am 7. April 1883 stattgefundene Unterredung hat der letztere eine Aufzeichnung gemacht, der ich Folgendes entnehme:

Ich verhehlte mein Erstaunen nicht, daß der Herr Reichskanzler sich an meine Person wende, erklärte aber, wie selbstverständlich, meine Bereitwilligkeit zu kommen. Fürst Bismarck begann mit einer Entschuldigung, daß er mich be-

Digitized by Google

lästigt habe; es sei sein Wunsch, mit jemandem über die parlamentarische Lage zu reden, er habe bisher gewöhnlich mit Herrn von Franckenstein verhandelt, derselbe sei augenblicklich nicht hier, es sei aber auch ihm (dem Fürsten) erwünschter, mit einem Herrn zu sprechen, dem die preußischen Verhältnisse genauer bekannt seien. Er habe zunächst die äußere, formelle Lage im Auge. Wie ihm scheine, sei es die Absicht des Reichstags quam citissime seine Arbeiten zu beenden, zu latitieren und die Gesetzesvorlagen der verbündeten Regierungen[1]) nicht zur Erledigung zu bringen; insbesondere nicht die großen sozialpolitischen Vorlagen.

Das Unfallversicherungsgesetz sei nun fast ein Jahr in den Händen der Mitglieder, trotzdem habe die kommissarische Beratung noch immer nicht begonnen. Und doch habe das Gesetz dem Reichstage bereits früher vorgelegen; die damalige Fassung[2]) mit der Vielschreiberei, die das Gesetz, wenn es ins Leben getreten wäre, nach sich gezogen haben würde, habe ihm selbst zu Bedenken Anlaß gegeben. Nunmehr sei der Entwurf in einer Richtung verändert, welche diese Bedenken beseitige und die Durchführung der Unfallversicherung in direkter Annäherung an die Wünsche des Centrums mittelst korporativer Bildungen erstrebe. Statt dieses Gesetzes habe die Kommission das Krankengesetz durchberaten, allein die Krankenversicherung sei ein Stumpf ohne die Unfallversicherung. Wer sorge für den verunglückten Arbeiter nach Ablauf der dreizehn Wochen, während deren die gesetzliche Krankenversicherung einzutreten habe?

Seine Majestät der Kaiser habe, an der Schwelle des Grabes stehend, in der feierlichsten Form, durch eine Botschaft den Willen kund gethan, Vorkehrungen zum Wohle der ärmeren Klassen zu treffen[3]). Es sei ebenso seine, des Reichskanzlers, ernste Überzeugung, daß auf dem sozialen Gebiete nicht lediglich mit Repressivmaßregeln vorgegangen werden dürfe. Das Volk verstehe es nicht, daß trotzdem noch immer nichts geschehe, es werde demnächst an dem Ernste des kaiserlichen Willens zu zweifeln anfangen. Das könne der Kaiser sich nicht gefallen lassen, er dürfe nicht dastehen, wie ein Redner, der am andern Tage nicht mehr wisse, was er tags zuvor gesagt habe. Der Kaiser werde aber auch die Konsequenzen seiner Willensmeinung ziehen. Sollte der Reichstag etwa durch fortgesetzte Beschlußunfähigkeit die Realisierung der kaiserlichen Absichten verhindern wollen, so könne man zunächst versuchen, kaiserliche Mahnbriefe zu erlassen[4]). Helfe dies nichts, so werde man zur Auflösung schreiten müssen, auf

[1]) Der am 12. Juni 1883 geschlossene Reichstag ließ noch vier Gesetzentwürfe unerledigt.

[2]) Vergl. die Drucksache Nr. 41, 4. Legislaturperiode, IV. Session 1881 (Vorlage vom 8. März 1881).

[3]) Die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 findet sich abgedruckt in dem stenographischen Berichte des Reichstags über die Eröffnungssitzung des Reichstags am gleichen Tage.

[4]) Ein solcher erfolgte thatsächlich nach wenigen Tagen. Vergl. die Allerh. Botschaft Seiner Majestät des Kaisers an den Reichstag, betreffend die Geschäftslage desselben, vom 19. April 1883, abgedruckt in den stenographischen Verhandlungen über die Sitzung des Reichstags vom gleichen Tage, S. 1956.

Digitized by Google

die Gefahr hin, den Reichstag in der gleichen Zusammensetzung wiederkehren zu sehen. Man dürfe gegebenen Falles einen Konflikt und die Gegenüberstellung des kaiserlichen Willens und des Reichstagswillens nicht scheuen. Allerdings scheine es fast, als ob der letztere als der allein berechtigte gelten solle. Alles werde nur auf die Wünsche und Bedürfnisse des Reichstags zugeschnitten. Das sprechendste Beispiel sei das Projekt des Reichstagsgebäudes, in welchem der Reichstag zum maßgebenden Mittelpunkt gemacht sei, während doch von Rechts wegen in erster Linie der Bundesrat Berücksichtigung hätte finden müssen; dieser sei der Souverän in Deutschland, oder vielmehr die fürstlichen Vollmachtgeber desselben, ihm gebühre die Repräsentation des Reichs. Was er, der Reichskanzler, zunächst zu wissen wünsche, sei dies, ob der Reichstag entweder durch demnächstige Beratung des Budgets für 1884/85[1]) Raum schaffen werde, um die sozialpolitischen Gesetze in einer Wintersession zur Erledigung zu bringen, oder ob derselbe die letzteren noch in der laufenden Session zu erledigen bereit sei. Ich erwiderte, daß meine politischen Freunde das ernsthafteste Interesse an dem Zustandekommen der sozialpolitischen Gesetze nähmen und dasselbe in jeder Weise zu fördern bereit seien. Dies gelte ganz speziell auch von dem Unfallversicherungsgesetze. Von mir könnte ich sagen, daß ich es im Jahre 1880 als einen besonders glücklichen Griff angesehen hätte, daß damals die Unfallversicherung als erstes Ziel der Gesetzgebung hingestellt worden sei. Meine Freunde ständen noch jetzt demselben mit vollster Sympathie gegenüber. Herr von Franckenstein habe, wie ich dies am Vormittag in der Kommission mitgeteilt hätte, mir gegenüber die bestimmte Absicht kund gethan, in den ersten Tagen der kommenden Woche die Kommission zur Beratung der Vorlage einzuberufen. Wir hätten ebenso den dringendsten Wunsch, das Krankenversicherungsgesetz zu Ende zu bringen[2]), und es sei nicht unsre Schuld, wenn dasselbe nicht schon jetzt zur zweiten Plenarberatung gelangt sei, und statt dessen die endlosen Debatten über die Gewerbeordnungsnovelle stattfänden. Demgegenüber aber ließen sich auch die großen Schwierigkeiten nicht verkennen. Für das Krankenversicherungsgesetz habe die Kommission nicht weniger als 50 Sitzungen gebraucht. Eine entsprechend lange Zeit werde auch die Beratung des Unfallversicherungsgesetzes fordern, nun aber trete bereits am 16. April der preußische Landtag wieder zusammen.

Hier unterbrach mich der Fürst. Das Zusammentreten des preußischen Landtags könne keinen ernstlichen Einwand bilden. Die Herren, welche beiden Häusern angehörten, hätten sich dies selbst zuzuschreiben. Die kommissarische

[1]) Im vergangenen Jahre hatte der Reichstag die gleichzeitige Beratung und Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das laufende und das nächste Etatsjahr abgelehnt. Nunmehr — am 16. April 1883 — legte Bismarck dem Reichstag den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1884/85, vor (Drucks. Nr. 248 und stenogr. Bericht über die 80. Sitzung am 5. Mai 1883).

[2]) Dasselbe gelangte sogleich nach dem Schlusse der Session noch zur Verabschiedung. Vergl. das Gesetz vom 15. Juni 1883 betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter (Reichsgesetzbl. S. 73).

Digitized by Google

Beratung zumal brauche einen Aufschub nicht zu erleiden. Man müsse sich einrichten, abwechselnd zu tagen; keine Regierung könne vor der unvermeidlichen Kollision der parlamentarischen Körperschaften zurückweichen, sei doch auch bedauerlicher Weise der bayerische und der sächsische Landtag von den betreffenden Regierungen einberufen worden.

Ich bemerkte, daß, was den bayerischen Landtag betreffe, Herr von Franckenstein zweimal im bayerischen Ministerium die Bitte vorgetragen habe, den Landtag nicht jetzt einzuberufen, daß aber, wie es scheine, die Erfüllung dieser Bitte auf unübersteigliche Hindernisse gestoßen sei.

In der vorigen Ausführung fortfahrend, bemerkte ich sodann, daß zu den äußeren auch noch materielle Schwierigkeiten hinzukämen, welche eine rasche Erledigung des Unfallversicherungsgesetzes nicht erhoffen ließen. Namentlich die im Entwurfe vorgesehene Bildung der korporativen Verbände müßte auf sehr ernsthafte Bedenken stoßen. Meiner Ansicht, die ich durch Hinweis auf die verschiedenen Zweige des Bergbaus begründete, daß nicht genügend auf das organische Wachstum der Berufsgenossenschaften Rücksicht genommen sei, trat der Fürst in einer kurzen Zwischenbemerkung bei. Eine vollständige Umarbeitung sei demnach unerläßlich, und man habe in der Kommission zu wissen geglaubt, daß auch die Herren Regierungsvertreter dieser Auffassung nicht entgegenträten. Ob für eine solche Umarbeitung durch die Kommission selbst sich die erforderliche Zeit in der laufenden Sitzungsperiode werde finden lassen, glaubte ich bezweifeln zu sollen, während der Fürst meine Zweifel nicht gelten lassen wollte.

Den Gedanken, eine permanente Kommission mit der Arbeit zu betrauen, wie dies zur Zeit mit den Justizgesetzen geschehen sei, wies er mit der Bemerkung zurück, daß dies eine abermalige Vertagung des Reichstags einschlösse.

Ich erklärte, daß meine Freunde auch auf jede andre Regelung der Sache nach Möglichkeit eingehen würden, also beispielsweise auf die Durchberatung der sozialpolitischen Gesetze in einer besonderen Session im Spätjahr. Was die sofortige Beratung des Budgets für 1884/85 betreffe, so könne ich mich darüber nicht äußern, da die Frage meinen Freunden bisher nicht näher getreten sei[1]). Verschweigen wollte ich schließlich nicht, daß uns allerdings der dringende Wunsch erfülle, einmal zu einer längeren Pause in den parlamentarischen Arbeiten zu gelangen.

„A qui le dites-vous?" unterbrach mich der Fürst, und erging sich des weiteren über die ungeheure Zeitvergeudung, welche die parlamentarische Geschäftsführung mit sich bringe, indem er speziell den Fall erwähnte, wo ein ganzes Ministerium 14 Tage lang im preußischen Abgeordnetenhause erschienen sei, um Tag für Tag vergebens zu warten, ob der Gegenstand seines Interesses endlich zur Diskussion gelangen werde. Es sei zu beklagen, daß die Redner sich so

---

[1]) Der Reichstag ging in diese Beratung ein. Das Gesetz, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etats für das Etatsjahr 1884/85, datiert vom 2. Juli 1883, Reichsgesetzbl. S. 125.

Digitized by Google

wenig Beschränkung auferlegten. Zustände solcher Art seien auf die Dauer unerträglich, zumal für die Minister und ihre Beamten.

Eine anderweitige Regelung der parlamentarischen Geschäfte sei notwendig; den Reichstag regelmäßig im Oktober zu berufen, gehe nicht an, da alsdann der Bundesrat während des August würde in Berlin sein müssen. Man werde schließlich zu zweijährigen Budgetperioden kommen.

Ich ging auf letzteres nicht ein, sondern äußerte, daß jene Mängel und zumal die Zeitvergeudung nicht minder auf seiten der Abgeordneten empfunden würden und vielleicht am meisten von der Centrumsfraktion, welche, was der Fürst bestätigte, vielleicht die kleinste Zahl von Berufsparlamentariern aufweise. Trotzdem aber liege es, wie ich nochmals und nachdrücklich hervorhob, keineswegs in der Absicht meiner politischen Freunde, die Fortführung der parlamentarischen Geschäfte etwa dadurch thatsächlich zu beendigen, daß sie durch fortgesetztes Fernbleiben von Berlin zu ihrem Teile die dauernde Beschlußunfähigkeit des Reichstags herbeiführten.

Nunmehr gab der Reichskanzler dem Gespräche eine neue Wendung. Wenn sich die verbündeten Regierungen genötigt sehen sollten, polemisch gegen den Reichstag in der Richtung der zuvor beregten Gesichtspunkte vorzugehen, so sei es sein Wunsch, daß die zwischen der Centrumsfraktion und der Regierung bereits bestehenden, durch menschliche Hilfe nicht lösbaren Schwierigkeiten nicht benutzt werden möchten, jenen Gegensatz zu verschärfen. Der Streit zwischen Staat und Kirche — im weiteren Verlauf der Unterredung nannte er es den Streit zwischen Staat und Kurie, den Streit zwischen König und Priester — werde niemals durch einen definitiven Friedensschluß beendet werden. Man könne lediglich hoffen, von Fall zu Fall, von Stufe zu Stufe, zu einem modus vivendi zu kommen. Nun aber trete ihm der Eindruck entgegen, gegen den er sich wehre, als ob jedesmal dann, wenn Aussicht auf einen provisorischen Abschluß vorhanden sei, diese durch einen feindlichen Vorstoß seitens der Centrumspartei vereitelt werden solle. Zwei Punkte hob Fürst Bismarck hier speziell hervor, die scharfen Angriffe der Herren Windthorst und von Schorlemer in der Kultusdebatte des preußischen Landtags[1]), und das wiederholte Einbringen des Windhorst'schen Antrags auf Freigebung des Messelesens und Sakramentespendens[2]). Verhandlungen mit Rom seien im Gange, dieselben würden, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, fest vorangeführt, wenn er aber in solch feindseliger und verletzender Weise angegriffen werde, mache er keine Konzessionen. Es scheine

[1]) Freiherr von Schorlemer-Alst eröffnete am 22. Februar von seiten des Centrums den Angriff gegen die Regierung, welcher jedoch nicht der Person des Ministers von Goßler, sondern dem System der fortgesetzten Mißhandlungen und Bedrückungen der Katholiken in Preußen galt. Windthorst sekundierte ihm kräftig und versicherte, daß seine Partei nicht aufhöre, den status quo ante zu verlangen, wenn sie auch für den Augenblick Zugeständnisse mache.

[2]) Am 12. Januar 1883 hatte das Centrum den im vorigen Jahre vom Reichstag angenommenen, aber vom Bundesrat abgelehnten Antrag Windthorst auf Beseitigung des einzigen vom Reichstag beschlossenen Kulturkampfgesetzes wieder eingebracht.

Digitized by Google

aber, als ob gewisse Rufer im Streit ein Interesse an der Fortsetzung des Kampfes hätten.

Auf meine Bemerkung, daß dies vielleicht von den Rufern, sicher nicht von den Führern im Streite gelte, erläuterte der Reichskanzler seine Äußerung dahin, daß er die publizistischen Rufer gemeint habe. Von diesen sei es ja auch natürlich; im Kriege, wo jeder Tag etwas Neues bringe, sei eine Zeitung interessanter wie im Frieden.

Ich entgegnete, daß ich dies nicht bestreiten wolle, daß aber meine parlamentarischen Freunde, wie ich mit voller Aufrichtigkeit versichern könne, sich sämtlich nach der Langenweile des kirchlichen politischen Friedens sehnten.

Der Fürst fuhr fort, die Verhandlungen mit Rom seien außerordentlich schwierig [1]), weil in Rom ein einheitlicher Wille nicht vorhanden sei. An der höchsten Stelle, wo ein solcher gesucht werden müsse, überschätze man den Wert von Argumentationen und beredten Ausführungen. Es sei ihm gelungen, gegen alle Hoffnung — wie er sich ein zweites Mal ausdrückte: gegen alle Logik — die Verhandlungen weiter zu spinnen, zu dem eventuale ein eventualissime zu finden. Er habe selbst seine Zweifel bei dem Vorbringen des neuesten Vorschlags nicht verborgen, zu seiner Freude habe man denselben in Rom „von der grünen Seite" genommen. Was er bei dem Vorgehen des Centrums bekämpfe, sei häufig nicht so sehr der Inhalt als die Form und der intensive Charakter. Jener Windthorst'sche Antrag sei vom Bundesrate verworfen worden, er habe selbst dagegen gestimmt und zwar wesentlich darum, weil er ihn für intempestiv gehalten habe. Was solle es nun bedeuten, wenn der gleiche Antrag abermals vorgelegt werde, ohne daß seitens des Centrums etwas geschehen wäre, was ihn für die Regierungen annehmbar gemacht hätte? Es sei dies gerade so, wie wenn die Regierungen dem Reichstage das Tabaksmonopol abermals, nachdem er es abgelehnt, in Vorlage bringen wollten. An sich müsse er sich durchaus für den Inhalt jenes Antrages aussprechen; er beklage es, daß Messelesen und Sakramentespenden unter Strafe gestellt sei, und halte dafür, daß hier vor allem Remedur geschafft werden müsse. Abhilfe sei in verschiedener Weise möglich, einmal,

[1]) Auf den vom Papst (3. Dezember 1882) geäußerten Wunsch, die neue preußische Kirchengesetzgebung möchte in definitiver Weise gemildert und verbessert werden, erwiderte der Kaiser (22. Dezember), dazu würde er gerne die Hand bieten, wenn die Kurie auf dem Gebiet der Anzeigepflicht ein Entgegenkommen zeigen würde. In seinem Antwortschreiben vom 30. Januar 1883 sprach der Papst die Hoffnung auf eine baldige Lösung des Kirchenkonflikts aus und machte die Mitteilung, daß der Kardinal Jakobini dem Herrn v. Schlözer eine Note zugestellt habe, worin bereits eine Konzession bezüglich der sogenannten Anzeigepflicht enthalten war; der Preis, den die Kurie für dies Zugeständnis verlangte, bestand in der Aufhebung des kirchlichen Gerichtshofes und des Gesetzes über die Vorbildung der Geistlichen. Die Antwort der preußischen Regierung vom März 1883 auf die Note Jakobini's forderte die Kurie auf, ihre Wünsche in betreff der freien Ausübung des kirchlichen Hirtenamts und der Erziehung der Geistlichkeit näher zu formulieren und genau die Punkte zu bezeichnen, welche sie für so revisionsbedürftig halte, um dafür die Anzeigepflicht einzuräumen. Die Antwort Jakobini's auf diese Frage war am Tage obiger Unterredung noch nicht in die Hände Bismarck's gelangt.

Digitized by Google

indem man einfach die entsprechenden Worte ins Gesetz schreibe, wie dies der Windthorst'sche Antrag bezwecke, aber auch auf andre Art. Er habe im vorigen Herbst die Absicht gehabt, eine dahin zielende Vorlage zu machen, sei aber auf den Widerspruch seiner Kollegen im Ministerium gestoßen, nur im äußersten Notfalle aber pflege er hieraus einen Kriegsfall zu machen.

Man überschätze überhaupt innerhalb des Centrums sein Können, auch bei dem Kaiser treffe er nicht immer die gleiche Atmosphäre. Außerdem aber habe ihn damals die Haltung der Centrumspartei abgeschreckt. Anderseits sei zu beklagen, daß man namentlich innerhalb des Kultusministeriums die Anzeigepflicht in solcher Weise aufgebauscht, sie zum eigentlichen Mittelpunkt des Streites gemacht habe. Dies beweise, wie gering die Menschenkenntnis in jenen Kreisen sei. Anzeigepflicht samt Veto gäben gar keine Garantie, daß derjenige, den man auf Grund seiner bisherigen Haltung zu einem Amte zulasse, in diesem Amte nicht alsbald eine völlig veränderte Haltung einnehme. „Wir haben es ja erlebt," meinte er, „daß ein Mann, den wir 15 Jahre lang hier in Berlin als Propst gehabt und als durchaus friedliebend gekannt haben, nachdem er Fürstbischof von Breslau geworden, uns von allen die größte Schwierigkeit gemacht hat."

Hier erlaubte ich mir den Fürsten zu unterbrechen. Bezüglich des Herrn Fürstbischofs von Breslau liefen — daß dies auch bei Sr. Durchlaucht der Fall sei, könnte ich freilich kaum annehmen — noch immer die bedauerlichsten Mißverständnisse um. Das Einzige, was der Herr Fürstbischof in dem Mischehenstreit gethan habe, sei ja doch die Ausdehnung der Clementina gewesen.

Fürst Bismarck ließ mich nicht ausreden. Infandum renovare dolorem — meinte er abwehrend. Übrigens habe er keineswegs nur diese Vorkommnisse im Auge, auch auf andern Gebieten bereite gerade Herr Herzog der Regierung die größten Schwierigkeiten, er habe dieselbe beispielsweise bei Ernennung von Domherren völlig ignoriert. Ganz besonders aber schien die Beschwerde des Reichskanzlers darin ihren Anlaß zu haben, daß der bisher so friedfertige Mann sich, wie er sagte, in Breslau zum Instrument eines der streitlustigsten Kämpfer gemacht habe. Dieser Fall beweise eklatant, wie wenig Wert für den Staat die vorhergängige Anzeige haben könne. Niemals könne man wissen, wie ein Geistlicher, ein Beamter sich nach der Berufung entwickeln werde. Der Fürst exemplifizierte auf die unabsetzbaren Beamten, die man häufig schon nach 2 Jahren gerne wieder los wäre, und seine persönliche Erfahrung bei der Präsentation von Pastoren, um wiederholt zu versichern, wie für ihn die Frage der Anzeigepflicht keineswegs den Angelpunkt des Streites bilde.

Auf die Freigebung des Messelesens zurückkommend, führte er sodann aus, daß, abgesehen von dem Windthorst'schen Antrage, zwei Wege, dieselbe herbeizuführen, geeignet seien. Den einen habe seiner Zeit die Kurie selbst angegeben, es sei der, die Anzeige auf die kanonisch instituierten Pfarrer zu beschränken, für alle übrigen Geistlichen dagegen vollkommene Freiheit zu statuieren. Ganz neuerlich aber sei ihm noch ein andrer Weg entgegengebracht worden, und zwar in einem Promemoria meines Fraktionsgenossen Brüel, das durch Vermittelung

Digitized by Google

eines konservativen Abgeordneten in seine Hände gelangt sei. Hierin werde unterschieden zwischen dem staatlichen und dem rein kirchlichen Charakter der geistlichen Handlungen. Die staatliche Anerkennung der Amtshandlung und der Bezug der staatlichen Dotation werde von der vorangegangenen Anzeige abhängig gemacht, die kirchliche Handlung als solche aber freigegeben. Fürst Bismarck wünschte von mir zu wissen, ob mir das Brüel'sche Promemoria bekannt sei, ob dasselbe das Programm der Centrumsfraktion audrücke.

Ich erwiderte, daß ich in diesem Augenblick zuerst von der Existenz desselben Kenntnis erhielte, daß das in jenem Promemoria adoptierte System, wie mir scheine, dem österreichischen System entspreche, und daß dieses, wie ich mich zu erinnern glaubte, in unsern Blättern als ein dem preußischen, in den Maigesetzen verkörperten, vorzuziehendes bezeichnet worden sei [1]). Ich ergriff sodann die Gelegenheit, auf die vorangehenden Ausführungen einiges zu erwidern. Ich wies darauf hin, daß wir die Bedeutung und die großen Schwierigkeiten schwebender Verhandlungen keineswegs verkannt hätten. Wie wenig es in unsrer Absicht liege, störend in dieselben einzugreifen, habe doch wohl noch jüngst die Haltung der Fraktion deutlich gezeigt. Nachdem man durch die Veröffentlichung der betreffenden Schriftstücke [2]) offiziell von der Existenz von Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem römischen Stuhle Kenntnis erhalten hätte, sei der Windthorst'sche Antrag im Reichstage zurückgestellt worden.

Der Fürst äußerte bitter, Drohungen pflegten auf ihn den entgegengesetzten Eindruck zu machen. Man unterschätze, welches Maß zäher Beharrlichkeit eine weltliche Regierung aufzubieten im stande sei.

Ich fuhr fort, keiner von uns sei thöricht genug, zu glauben, die preußische Regierung werde sich etwas abtrotzen lassen. Inzwischen möge Se. Durchlaucht doch auch die Schwierigkeiten unsrer Lage ins Auge fassen. In unsern Wahlkreisen stehe die kirchliche Frage überall im Vordergrund, vor dem kirchlich-politischen Interesse träten die wirtschaftlichen Differenzen durchaus zurück, unsre Wähler bestürmten uns, sie verlangten, daß wir endlich einmal etwas mit nach Hause brächten; Zurückhaltung werde leicht als Zurückweichen gedeutet, die bloße Zurückstellung des erwähnten Antrags werde uns bereits von manchen unsrer Anhänger verübelt. Wenn sodann in den Kultusdebatten des preußischen Abgeordnetenhauses meine Freunde einen schärferen Ton angeschlagen hätten, so erkläre sich dies, wie ich glaube, daraus, daß man eben damals die Verhandlungen mit Rom als abgebrochen angesehen habe.

Fürst Bismarck erwiderte, daß er nicht wisse, woher diese Ansicht entstanden sei.

Zu einer neuen Seite des Themas übergehend, führte er aus, daß er sich meinen Freunden nicht kurzer Hand in die Arme werfen könne. Einmal wüchsen

[1]) Nach eingezogenen Erkundigungen schrieb Freiherr v. Hertling an den Reichskanzler, daß von dem ihm überreichten Brüel'schen Promemoria in Centrumskreisen nichts bekannt sei und daß dasselbe nicht das Programm der Fraktion ausspreche.

[2]) Die Veröffentlichung erfolgte am 19. Februar 1883 durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Vergl. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1883, S. 28—32

Digitized by Google

bei jeder Konzession die Ansprüche, das letzte Ziel der römischen Aspirationen sei ja schließlich die völlige Theokratie. Außerdem aber würde ihm die Annäherung an das Centrum sofort Verluste nach andrer Seite eintragen. Die Regierung müsse vorhandene Empfindungen und Empfindlichkeit schonen. Noch kürzlich habe man erlebt, welche Aufregung eine kirchliche Verfügung des „sehr beschränkten Oberpräsidenten Wolf" hervorgerufen habe. Zwischen dem radikalen Gottesleugner und dem extremen Orthodoxen liege eine Menge von Nüancen, mit welchen die Regierung rechnen müsse. Stütze sich die letztere auf das Centrum, so verliere sie die Nationalliberalen und Freikonservativen, sie gewinne vielleicht die Fortschrittler, aber die Fortschrittler seien Republikaner, sie möchten es leugnen oder nicht. Man könne vielleicht sagen: Hol' der Teufel die Liberalen, und versuchen, mit dem Centrum und den Altkonservativen zu regieren, aber es sei zweifelhaft, ob diese die Majorität bildeten und behielten. Endlich aber müsse man mit der Thatsache rechnen, daß Se. Majestät jeden Tag mit dem Tode abgehen könne. Schwerlich werde die neue Regierung mit einer konservativ-klerikalen Majorität regieren wollen. Seine jetzigen Gegner rechneten darauf, daß er in diese neue Regierung eintreten werde. Dies werde indessen nicht geschehen. Was ihn, den alten und kranken Mann, noch im Amte halte, sei lediglich die Rücksicht auf den Kaiser .... Falle diese Rücksichtnahme weg, so werde er sich zurückziehen. Er werde nicht darauf eingehen, etwa den habituellen Löwenbändiger in der auswärtigen Politik weiter zu spielen und das Gebiet der inneren Verwaltung andern zu überlassen. Sage man, daß er bleiben, daß er es machen solle wie der Minister von Roon, welcher während der liberalen Ära das Kuckucksei in das Nest der Regierung gelegt habe, so würde ihn dies vielleicht reizen, wenn er 15 Jahre jünger. Denn er müßte alsdann noch die Kraft haben, 15 Stunden täglich zu arbeiten, während er es jetzt knapp auf fünf bringe; er müßte im stande sein, 24 Stunden ununterbrochen in der Umgebung Sr. Majestät zu bleiben. Auf Reisen und Manövern mitzuziehen, stets zu Pferde, an der Seite des Königs zu sein, das bringe er nicht mehr fertig. Das sei der Weg gewesen, auf dem er früher den Kaiser vermocht habe, auf seine Politik einzugehen. Jetzt könne er dies nicht mehr. Für welche Maßregeln aber alsdann in Zukunft die königliche Unterschrift zu erwirken sein werde, lasse sich nicht absehen. Schwerlich würden meine Freunde mit einem Ministerium Rickert besser fahren.

Ich entgegnete, daß wir eben wünschen und hoffen müßten, Gott werde Sr. Majestät noch einige Jahre schenken. Für eine Vorlage, welche jenes Brüel'sche System adoptiere, würde ja auch auf die Zustimmung der Liberalen gerechnet werden können, da jenes System die sogenannten Rechte des Staates wahre und ein schiedlich-friedliches Auseinandergehen bedeute.

Das letztere bestätigte der Fürst, indem er das mehrgenannte System als den Anfang zur Trennung von Staat und Kirche bezeichnete.

Ich fuhr fort, der Reichskanzler habe selbst anerkannt, daß ein definitiver Ausgleich nicht zu erhoffen sei. Nach einem provisorischen Abschluß werde darum

Digitized by Google

allerdings auch das Centrum nicht, um einen Ausdruck des Herrn von Puttkamer zu gebrauchen, „verduften".

Fürst Bismarck unterbrach mich mit der Bemerkung, daß er dies gar nicht wünsche und Herr von Puttkamer überhaupt etwas rasch im Ausdrucke sei. Fiele das religiöse Band hinweg, welches die heterogenen Bestandteile des Centrums zusammenhalte, so würde die Mehrzahl zu den Herren Richter und Rickert gehen.

Ich versuchte dies dahin zu berichtigen, daß in manchen unsrer Wahlkreise die fortgeschrittenen Elemente die Oberhand gewinnen könnten, der Reichskanzler wollte seine Bemerkung indessen auch auf die jetzigen Abgeordneten angewandt wissen. Nur ein kleiner Teil, der schlesische und westfälische Adel, werde zu den Konservativen gehen; der Rest werde das sein, was die ehemalige Fraktion Reichensperger gewesen sei, welche „immer gegen die Regierung gestimmt habe".

Ich erklärte, wenn sonach ein definitiver Abschluß des Streites nach des Fürsten eigner Meinung niemals eintreten werde, wenn er seinerseits den Fortbestand der Centrumsfraktion wünsche, so könne doch der Umstand, daß die Centrumsfraktion nach einem vorläufigen Abschluß ihr kirchenpolitisches Programm und ihre Forderungen der Regierung gegenüber festhalten werde, kein Grund sein, einen solchen vorläufigen Abschluß nicht herbeizuführen, und in anderen, zumal allen taktischen Fragen, würde der Gegensatz zwischen Centrum und Regierung durch einen solchen jedenfalls gemildert werden.

Der Reichskanzler schien dies zuzugeben. Er wiederholte, daß das Brüel'sche System ihm erst ganz neuerlich nahegebracht worden sei, und fügte hinzu, zur Zeit sei das Kultusministerium mit einer Vorlage beschäftigt, welche nicht dieses, sondern das System der Unterscheidung zwischen den Stellen kanonischer Institution und den übrigen zur Grundlage habe.

Nachdem ich den Fürsten noch über seine Stellung zu meinen, das Verhältnis der landwirtschaftlichen Arbeiter zur allgemeinen Krankenversicherung betreffenden Antrag befragt[1]) und eine günstige Meinungsäußerung erhalten hatte, stand ich auf, um zu gehen. Der Fürst erhob sich gleichfalls, und indem er lächelnd mit dem Finger drohte, sagte er: „Also, meine Herren vom Centrum, keine Sturmpetitionen mehr!" —

Ich bezog dies auf die bekannte Kölner Petition und bemerkte, daß dieselbe ja wohl ein politischer Fehler gewesen, aber auch, wie ich glaubte, hier in Berlin überschätzt worden sei. Er ging darauf nicht ein, sondern äußerte, indem er mich nach der Thür begleitete, daß er seinerseits geneigt sei, einen Schritt zu thun, daß er aber nicht wisse, wie er den Kaiser finden werde. Derselbe sei in seiner Stimmung wechselnd je nach den Einflüssen, er wisse nicht, seien dies maurerische oder von den Hofpredigern ausgehende. Dann sei er sehr protestantisch, sehr antirömisch, ein ander Mal sagte er auch wieder, daß er den Frieden wolle.

---

[1]) Man vergl. über diese Frage die stenographischen Verhandlungen des Reichstags über die 10., 11., 67., 68., 69. und 84. Sitzung vom 15., 16. März, 19., 20., 21. April und 22. Mai 1883.

Digitized by Google

Ich glaubte noch klarstellen zu müssen, warum in den Kreisen meiner Freunde im Februar dieses Jahres das Scheitern der Verhandlungen angenommen worden sei. Man habe dies aus den öffentlichen Noten entnommen, sofern durch das, worin man das Ultimatum der preußischen Regierung geglaubt habe sehen zu sollen, dem römischen Stuhle eine unmögliche Konzession zugemutet worden sei.

„Sie haben sie uns ja aber doch früher gemacht," entgegnete der Fürst.

Da ich sah, daß ihm das längere Stehen schwer fiel, brach ich ab und empfahl mich.

Digitized by Google

Breslau, Eduard Trewendts Buchdruckerei
(Setzerinnenschule).

Digitized by Google

Fürst Bismarck

und die Parlamentarier

von

Dr. H. Ritter von Poschinger

Zweiter Band

1847—1879

Breslau
Verlag von Eduard Trewendt
1895.

Digitized by Google

Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.

Digitized by Google

Inhalt.

Digitized by Google

Vorrede.

Im vergangenen Jahre veröffentlichte ich unter dem Titel „Die Tischgespräche des Reichskanzlers“ die Einleitung zu einer größeren Arbeit, welche es sich zur Aufgabe stellt, den Verkehr des Fürsten Bismarck mit den Parlamentariern etwas näher ins Auge zu fassen. Soweit derselbe sich in den einzelnen parlamentarischen Körperschaften (Abgeordnetenhaus, Herrenhaus, Zollparlament, Reichstag) abgespielt hat, liegt das Material in den gedruckten Parlamentsverhandlungen vollständig ausgebreitet vor uns da. Mein Augenmerk war aber nicht hierauf, sondern auf denjenigen Verkehr gerichtet, der sich hinter den Kulissen des Parlaments abgespielt hat, im Hause Bismarck's unter vier Augen, bei oder nach Tische, oder im Konferenzzimmer des Reichstags, und der zum Zwecke hatte, die Abgeordneten in die Ziele der Regierungspolitik einzuweihen und ihren Einfluß bei den Parteien dafür zu gewinnen. Es ist erklärlich, daß über diesen intimeren Verkehr wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, denn nur in wenigen Fällen waren die Eröffnungen Bismarck's der Art, daß sie sogleich für die große Öffentlichkeit bestimmt waren. Ein Fall dieser letzten Art lag zum Beispiel vor bei dem Kompromiß über das Septennat im Jahre 1874, da Bismarck die Abgeordneten Dietze-Barby und Dr. Lucius an sein Krankenbett in der Absicht kommen ließ, ihnen, und durch sie dem Reichstag, seinen Vorschlag zur Beseitigung des drohenden Konflikts in betreff des Reichsmilitärgesetzes zu unterbreiten. In den meisten Fällen erfuhr aber das Gros der Abgeordneten gar nichts davon, daß eine wichtige Frage bereits vor der Plenarberatung durch ein Abkommen Bismarck's mit den Führern der leitenden Parteien erledigt worden war.

Die Sprache, die Bismarck den Abgeordneten gegenüber führte, hat sich von jeher durch eine besondere Offenheit ausgezeichnet; aber er sagte ihnen nichts ohne Absicht, nichts ohne Vorbedacht. Er sah voraus, daß von seinen Mit-

Digitized by Google

teilungen in zehn Fällen neunmal Gebrauch gemacht würde, daß der eine sie ins Gedächtnis eingrub, der andre zu Hause sorgfältig zu Papier brachte, daß ein dritter sie seinen politischen Freunden erzählte, von denen es bald in die Couloirs des Parlaments durchsickerte. Eben deshalb erschien es unbedenklich, die Schatzkammer dieser historischen Erinnerungen etwas früher zu öffnen. Sie verträgt bereits jetzt mehr Licht, während noch Jahrzehnte hinweggehen werden, bis die mit Bismarck in Verkehr getretenen Diplomaten und Beamten daran gehen werden, ihre Erinnerungen einem weiteren Kreise zugänglich zu machen.

Die Zahl der Abgeordneten, über deren Verhältnis zum ersten Reichskanzler bereits etwas publiziert wurde, ist nicht groß. Nur wenige derselben haben sich entschlossen, in Selbstbiographien etwas hiervon zu verraten, so zum Beispiel Bluntschli, Temme, Friedrich Oetker, Geheimer Rat Hermann Wagener, von Unruh. Einige andre einschlägige Notizen findet man in Monographien, Aufsätzen und größeren Geschichtswerken, so zum Beispiel von Max Duncker, Twesten, Lasker, Bamberger, von Blanckenburg, Gerlach. Beachtenswertes Material liegt in den Zeitungen begraben; einiges wenige in Korrespondenzen, welche zwischen Bismarck und einzelnen Abgeordneten geführt worden sind. Weitaus das meiste beruht aber bis jetzt auf dem Gedächtnis, worauf sich die Beteiligten bekanntlich so lange verlassen, bis dasselbe nachgelassen oder mit seinem Träger den Weg alles Irdischen gegangen ist.

Von dem Fürsten Bismarck ist nicht zu erwarten, daß er sich über seinen Verkehr mit den Parlamentariern Aufzeichnungen gemacht hat. Es bleiben also für unsern Zweck nur die persönlichen Mitteilungen der Abgeordneten selbst übrig oder von denselben nach ihrem Tode hinterlassene schriftliche Aufzeichnungen. Diese Quellen so vollständig als möglich zu sammeln und in systematischer Darstellung einem größeren Kreise zu erschließen, ist die Aufgabe dieses Werkes. Dieser Band führt bis zum Jahre 1879, dem Wendepunkt in unsrer innern und äußern Politik. Der Schlußband mit einem alle drei Bände umfassenden Personen- und Sachregister wird spätestens bis zum nächsten Herbste nachfolgen.

Digitized by Google

I. Abschnitt.

Vor dem Eintritt in das Ministerium.

(1847—1862.)

Wenn man von dem Verhältnis Bismarck's zu den Parlamentariern spricht, so ist man geneigt, nur an seine Verhandlungen mit den Abgeordneten in seiner Eigenschaft als leitender Staatsmann zu denken, und man vergißt, daß dem ein Zeitraum von 15 Jahren vorausgeht, da er selbst Abgeordneter war und mit diesen also auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren hatte. Bismarck war Mitglied des ersten (11. April bis 26. Juni 1847) und des zweiten vereinigten Landtags (2. bis 10. April 1848), der zweiten Kammer des preußischen Landtags während vier Sessionen (26. Februar bis 27. April 1849, 7. August 1849 bis 26. Februar 1850, 21. November 1850 bis 9. Mai 1851 und 27. November 1851 bis 19. Mai 1852), des deutschen Parlaments in Erfurt (20. März bis 29. April 1850), endlich des Herrenhauses seit dem 21. November 1854.[1]

Über den Verkehr Bismarck's mit den Parlamentariern in dieser ersten Zeit ist nicht viel zu berichten. Derselbe war damals noch nicht die Persönlichkeit, welche es den Kollegen nahe gelegt hätte, sich seine privaten Äußerungen einzuprägen, oder gar darüber sich Aufzeichnungen zu machen. Auch war damals die Gewohnheit der Politiker, ein Tagebuch zu führen, noch wenig verbreitet.

Von Unruh schreibt in seinen „Erinnerungen" über Bismarck's Auftreten auf dem vereinigten Landtag 1847[1]): „Bismarck, damals noch sehr jung, und auf der äußersten Rechten, wurde wenig beachtet, obgleich schärfer Sehende seine Bedeutung schon damals erkannten, wie ich aus dem Munde eines liberalen Mitglieds des Landtags, Gustav Coqui aus Magdeburg weiß."

Wie ein Zeitgenosse berichtet, datiert sich der Haß der liberalen Presse gegen Bismarck eigentlich von seinem Auftreten in der Kurie der drei Stände vom 17. Mai 1847 her. Die Presse war damals überwiegend in den Händen der Liberalen, sie beherrschte die öffentliche Meinung unumschränkt, und sie ging

---

[1]) In das Album desselben trug Bismarck folgenden Ausspruch ein: „Das löbliche Streben wird zur Thorheit, wenn dabei das vorhandene Gute übersehen wird."

Digitized by Google

mit Bismarck noch feindseliger und gewissenloser um, wie mit von Thadden und von Manteuffel. Infolgedessen mußte die Welt glauben, Bismarck sei in der That noch einer der wilden Junker, der bis an die Zähne in Stahl gehüllt, Dorftyrannei und Wegelagerei für die beste Staatsverfassung halte und in tiefer politischer Unwissenheit etwa auf dem Standpunkte Dietrichs von Quitzow oder höchstens eines Junkers aus der Zeit Friedrichs I. stehe. Es gelang der liberalen Presse wirklich, aus Bismarck eine Figur zu machen, die halb Schreckgespenst, halb lächerlicher Popanz war; den lächerlichen Popanz mußte sie denn freilich bald genug fallen lassen, um so fester hat sie an dem Schreckgespenst gehalten und damit bis in eine späte Zeit hinein die alten politischen Kinder zu fürchten gemacht[1]).

Dabei war Bismarck in jener ersten Zeit seines parlamentarischen Auftretens von dem, was man unter einem „Stockjunker" versteht, weit entfernt. „Wir finden bei einer Rückschau wenig, was ganz zur Anschauungsweise der „Kreuzzeitung" paßt, und selbst darin ist meist ein gut Teil Wahrheit. Dagegen begegnen wir bereits in dieser seiner Entwicklungsepoche bei ihm neben großer Schlagfertigkeit und neben einer ungewöhnlichen Gabe, alles auf seine natürlichen Ursachen zurückzuführen, der Erfahrung zu ihrem Rechte zu verhelfen und dem aus dem Auslande bezogenen Doktrinarismus der Liberalen eine auf deutschem Boden gewachsene Realpolitik gegenüber zu stellen, jenem strammen Festhalten an der altpreußischen Treue, an der vollen Souveränetät des Königs, an dem Christentum und seinen Konsequenzen für den Staat und jenem stolzen Gefühl der Nationalehre, jenem echten Patriotismus, mit dem er später der Regenerator unsres Vaterlandes wurde[2]).

Wie aufmerksam Bismarck die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, welcher er persönlich nicht angehörte, verfolgte, das mag der nachstehende auszugsweise mitgeteilte Artikel, datiert Schönhausen, den 21. August 1848, beweisen. Der Aufsatz richtet sich gegen den Abgeordneten des Belgarder Kreises, Jänsch, welcher in der Kammersitzung vom 18. desselben Monats erklärt hatte, daß die pommerschen Tagelöhner nur 2 ½ bis 4 Sgr. Tagelohn erhielten und dabei noch 190 Tage arbeiten müßten, und besagt u. a.: „Daß davon ein Mann nicht leben kann, sieht jeder ein, auch Herr Jänsch, wenn er näher darüber nachdenkt. Ich würde daher die Äußerung dieses Herrn für eine absichtliche, in der offiziellen Eigenschaft als Volksvertreter ausgesprochene Lüge halten, wenn nicht das nachfolgende Verlangen eines festen Satzes von 6 Sgr. Tagelohn bewiese, daß Herr Jänsch die Verhältnisse der zahlreichsten Klasse der von ihm vertretenen Urwähler kennen zu lernen, entweder nicht die Fähigkeit oder nicht die Muße gehabt hat, denn mit 6 Sgr. Tagelohn ständen die pommerschen Arbeiter auf dem Lande

---

[1]) Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck."

[2]) M. Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. I, S. 174. Ganz zu derselben Auffassung gelangt Dr. Hans Blum in seinem Werke: „Fürst Bismarck und seine Zeit." München 1894. I. Buch, S. 110: „Bismarck war damals wirklich sehr liberal." Vergl. auch S. 113.

Digitized by Google

schlechter als jetzt . . . Ich will nicht rühmen, sondern nur historisch bemerken, daß die große Mehrzahl der Gutsbesitzer sich bisher bereitwillig der herrschenden Sitte fügten, indem sie bei Unglücksfällen, Viehsterben, Notjahren die Eingesessenen ihrer Güter ausreichend unterstützten, viele in einem Maße, von welchem unsre weltverbessernden Schwätzer in ihren Deklamationen gegen das Junkertum gar keine Ahnung haben; auch in dem vergangenen Notjahre, zu der Zeit, wo der Abgeordnete Fleischermeister Jänsch in Belgard Kartoffel-Krawall machte, und sich, wenn ich nicht irre, eine Verurteilung deshalb zuzog, hat die von ihm jetzt durch irrtümliche oder erdichtete Nachrichten angegriffene Klasse von Gutsbesitzern mit großen Opfern dafür gesorgt, daß die Einsassen ihrer Güter keine Veranlassung hatten, die Unzufriedenen zu vermehren, an deren Spitze der jetzige Stadtverordneten-Vorsteher Herr Jänsch tumultuarische Lorbeeren zu erkämpfen bemüht war. Ich füge diese Persönlichkeit bei, um die Aufmerksamkeit des Herrn Jänsch auf den übrigen Teil des Artikels zu lenken und ihm so die Gelegenheit zur Belehrung über die Verhältnisse der Leute zu verschaffen, die er zu vertreten angiebt, Verhältnisse, welche er billig hätte kennen müssen, ehe er sie in der Nationalversammlung zur Sprache brachte."

Die erste Wahlrede zur Erlangung eines Mandats für die zweite Kammer hielt Bismarck in Friesack[1]), er stellte merkwürdigerweise schon damals den Satz auf, daß mit der deutschen Einheit in Schleswig-Holstein der Anfang gemacht und daß dann allmählich vom Norden zum Süden das Einheitswerk fortgesetzt werden müsse[2]).

Am 26. Februar 1849 wurde der Landtag eröffnet. Unter den ersten Mitgliedern, welche sich zu der Feierlichkeit im Weißen Saale einfanden, war auch Bismarck. Wahrscheinlich ganz ohne Absicht stellte er sich ungefähr an derselben Stelle auf, wo er einst als Vertreter der Ritterschaft von Jerichow im vereinigten Landtage Platz genommen hatte, und hier nahm er, als Vertreter der alten Kur- und Hauptstadt Brandenburg, zahlreiche Begrüßungen entgegen; es hatte etwas von einer Cour, denn nicht nur seine früheren Gesinnungsgenossen, wie Graf Arnim-Boitzenburg, Minister von Manteuffel und viele andre stellten sich hier ein, sondern auch die Gegner, die, welche es gewesen waren und die, welche es wieder

[1]) Die Wahlrede, welche Bismarck in Rathenow am 2. Februar 1849 hielt, findet sich abgedruckt in Dr. Hans Blum, „Fürst Bismarck und seine Zeit." Bd. I. S. 164.

[2]) Als ein einfacher, alter Bürger von Friesack im Juni 1892 nach Friedrichsruh gewandert war, um Bismarck zu sehen, und sich als Friesacker vorstellte, wurde der Fürst gesprächig und sagte: „Ah, Sie sind aus Friesack? In Friesack habe ich meine erste politische Rede gehalten, und Ihr Wahlkreis hat mich zum erstenmal ins Parlament gewählt." Unser Mitbürger bemerkte darauf, daß er selbst jener Wahlversammlung beigewohnt, und daß er auch bei Gelegenheit der Feier des 70sten Geburtstages des Fürsten die Ehre gehabt, Mitglied einer Glückwunsch-Deputation gewesen zu sein. Der Fürst erinnerte sich im langsamen Weiterschreiten auch noch der übrigen Orte im Kreise, wo er damals als Redner aufgetreten, erkundigte sich des weiteren nach dem Befinden des Grafen von Bredow-Burg-Friesack und trug zuletzt unserm Mitbürger herzliche Grüße an alle Friesacker auf.

Digitized by Google

werden sollten, wie Auerswald, Vincke, Grabow. An jenem Tage blieb sein Antlitz ernst, mochte auch der Freiherr von Vincke noch so humoristisch erzählen, wie er beim Aussteigen aus dem Wagen unten an dem Schloßportal von dem Berliner Janhagel ausgezischt worden sei, während den Temmes und d'Esters Lebehochs gebracht wurden. Bismarck machte sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Lage, wenn auch die Royalisten laut triumphierten über den Ausfall der Wahlen. Die Parteien standen sich nämlich numerisch ungefähr gleich, wenn man zu den Royalisten alle rechnete, die nicht ausgesprochene Demokraten waren. Es war das eine sehr mangelhafte Rechnung und dennoch war nach den Ereignissen des Vorjahres dieses Resultat schon als ein großer Erfolg zu betrachten, ein Erfolg, welcher zu einem guten Teil den Bemühungen Bismarck's und seiner näheren Freunde zugeschrieben werden mußte. Bei der Begrüßung der Abgeordneten sagte ein aus Pommern Gewählter zum Abgeordneten für Westhavelland: „Wir haben gesiegt!"

„Nein, wir haben nicht gesiegt," entgegnete Bismarck ruhig, „aber wir haben angegriffen, und das ist die Hauptsache; der Sieg soll erst noch kommen, aber er wird kommen![1]"

Im Laufe der ersten Session (26. Februar bis 27. April 1849) nahm Bismarck unter den Konservativen mehr und mehr eine führende Rolle ein. Um so mehr rief er durch seine freie, unerschrockene Kampfweise[2] oft den Zorn seiner Gegner hervor.

J. D. H. Temme, welcher Mitglied derselben Kammer war, schreibt über Bismarck in seinen „Erinnerungen": „Ich kam durch den Zufall des Loses mit ihm in die nämliche Abteilung. In den Abteilungen lag der Schwerpunkt der Vorberatungen, die jetzt in Kommissionen stattfinden. Sie kamen daher öfters und oft zu sehr lebhaften Debatten zusammen. Unsre Abteilung war wie durch einen Eigensinn des Loses zusammengesetzt. Ein großer Teil, ich glaube, der größte Teil des hohen Adels aus der Kammer, war darin vertreten; dann kam eine kleine Anzahl des niederen, ärmeren preußischen Adels; dann kamen ehrbare

---

[1]) Vgl. Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck." S. 152 ff.

[2]) Welche Stellung Bismarck am Schlusse dieser Session in der öffentlichen Meinung einnahm, ersieht man am besten aus den Angriffen, die gegen ihn gerichtet wurden. „Dem Abgeordneten zur preußischen zweiten Kammer, Freiherrn von Bismarck-Schönhausen, ist in Anerkennung seiner trefflichen antediluvianischen Rede, welche er in der Sitzung vom 21. April über die deutsche Frage gehalten hat, das Prädikat „Allerunterthänigster Unterthan" beigelegt worden." „Herr von Bismarck-Schönhausen läßt in seinem Wahlkreise Westhavelland-Zauche eine Adresse an den König besorgen, in welcher die Krone gebeten wird, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel als zu revolutionär zu entlassen und sich mit Ministern zu umgeben, welche weniger dem Umsturze des Bestehenden huldigen." — „Herr von Bismarck-Schönhausen hat den Baumeister des Sitzungsgebäudes gefragt, ob es denn gar nicht möglich wäre, die Wand der rechten Seite noch einige Fuß weiter hinauszurücken: sie ist ihm nicht rechts genug. Der Baumeister hat sein Bedauern ausgedrückt, die Wand selbst nicht verrücken zu können, indessen dem Edlen von Bismarck wenigstens versprochen, in künftiger Session eine Nische für ihn einzuschneiden, wenn er nämlich wieder gewählt werden sollte."

Digitized by Google

bürgerliche Philister; zuletzt waren, wie verloren zwischen diesen verschiedenen Elementen, wir Demokraten der entschiedensten Richtung durch das Los hineingeworfen, Georg Jung, d'Ester, Schulze-Wanzleben und ich.

Man saß an einem langen Sitzungstische. Der hohe Adel hatte in geschlossenen Reihen das eine Ende des Tisches eingenommen; wir Demokraten saßen an dem entgegengesetzten Ende beisammen. In der Mitte befanden sich die andern Mitglieder der Abteilung. Herr von Bismarck saß mitten zwischen dem hohen Adel. Eines Tages, mitten in einer Sitzung, erhob sich plötzlich Herr von Bismarck, schob seinen Stuhl mit Geräusch zurück, nahm seine Mappe und seine Papiere, schritt mit Aplomb an der ganzen Länge des Tisches vorüber zu dessen anderm Ende, nahm einen leeren Stuhl und saß auf einmal mitten zwischen den fünf Demokraten. „Diese sind mir doch gar zu dumm!" führte er sich bei uns ein, auf das Ende des Tisches zeigend, das er verlassen hatte. Er blieb an unserm Ende. Er war sehr liebenswürdig in seiner Weise; wir blieben ihm nichts schuldig. Wir blieben als gute Nachbarn zusammen, obwohl wir politisch derbe aneinander kamen. Es war wohl ein eigentümliches Schauspiel, wie aus unserem kleinen Häuflein an dem demokratischen Tischende die kräftigsten Angriffe auf Reaktion, Aristokratie und Junkertum fielen, und dann auf einmal aus der Mitte desselben Häufleins in der junkerlichsten Weise die Demokratie mitgenommen wurde. Der offizielle Streit wurde gewöhnlich im gemütlichen Privatgespräch fortgesetzt. So erinnere ich mich einmal — ich glaube, es war bei der Debatte über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin — daß Herr von Bismarck zu seinem Nachbar d'Ester sagte: „Wenn ich zu befehlen hätte, so ließe ich Sie sofort erschießen," worauf der stets redefertige d'Ester antwortete: „Hm, Herr von Bismarck, wenn wir einmal das Regiment haben, lasse ich Sie henken."

Zu dieser Erzählung bemerkt M. Busch in seinem Werke: „Unser Reichskanzler" Bd. I. S. 179: „Das ist eine arge Verdrehung der Thatsachen. Bismarck konnte gar nicht von der konservativen Gegend des Tisches nach der demokratischen auswandern, weil die Herren nicht nach ihrer politischen Meinung getrennt, sondern nach Zufall durcheinander gemischt saßen, und er konnte die von Temme berichtete Äußerung erstens als Mann von guter Lebensart, dann aber auch deshalb nicht thun, weil die betreffenden Konservativen nichts weniger als „dumm" waren [1]). Was endlich das Gespräch mit d'Ester betrifft, so verhielt es sich damit in Wirklichkeit folgendermaßen. Dieser kleine Herr kam eines Tages „biergefrühstückt" in die Sitzung und wendete sich an den damaligen Vertreter des westhavelländischen Kreises mit den Worten: „Herr von Bismarck, Sie sind gegen uns unter allen Leuten Ihrer Partei immer artig und höflich gewesen. Wir wollen Ihnen darum ein Kartell vorschlagen: wenn wir die Oberhand behalten, so schonen wir Sie, ist's umgekehrt, so thun Sie das mit uns." Bismarck aber lehnte freundlich ab, indem er bemerkte: „Wenn Ihre Partei siegt, d'Esterchen,

[1]) Eine andre Version wird uns weiter unten von Unruh verbürgt.

Digitized by

so ist es nicht mehr der Mühe wert, zu leben; kriegen wir dagegen die Oberhand, so wird gehenkt, aber Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse."

Auf den damals gleichfalls dem Abgeordnetenhause angehörigen Abgeordneten von Unruh. einen Mann mit überaus klarem Auge, machte Bismarck einen sehr günstigen Eindruck [1]), so entgegengesetzt auch ihr beiderseitiger politischer Standpunkt war. „Sein frisches Wesen, seine treffenden originellen Bemerkungen und seine Mitteilsamkeit zogen mich an. Es sprach sich sehr gut mit ihm, auch wich er von der gewöhnlichen Schablone der Reaktionäre bedeutend ab. So unter anderem leugnete er gar nicht, daß er ein Junker sei, sondern äußerte gerade heraus zu mir: „Ich bin ein Junker und will auch Vorteile davon haben." Ich glaubte ihn richtig zu verstehen, daß er nicht sowohl pekuniäre Vorteile, als solche der Stellung und des Einflusses meine. Deshalb antwortete ich ihm: „Dann ist mit Ihnen zu reden und zu verhandeln. Mit den Herren von der Rechten, welche immer das Staatswohl im Munde führen und die ganz Uneigennützigen spielen, ist kaum zu sprechen."

In den Abteilungen saßen, wie im Hause, die Abgeordneten nach Fraktionen geordnet. Bismarck aber nahm seinen Platz in der Abteilung in der Regel bei der Opposition, mir grade gegenüber. Wir waren inzwischen bekannt genug geworden, um ihn zu fragen, was uns die Ehre verschaffe, ihn auf unserem Flügel zu sehen. Daß er nicht horchen wolle, verstände sich von selbst. Einmal gäb' es nichts zum horchen und dann liege das auch sicher nicht in seiner Absicht. Bismarck erwiderte lachend: „O! das ist ganz einfach. Drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsiere ich mich besser."

Auch in der Restauration sprach Bismarck oft mit Abgeordneten von der Opposition, speziell von der äußersten Linken. Von einem solchen wurde ihm eine ähnliche Frage vorgelegt, wie von mir in der Abteilung, wie es komme, daß er soviel mit der Linken verkehre? Bismarck antwortete sofort: „Warum soll ich mit Ihnen nicht reden, Sie gehen mir doch nicht aus dem Wege und fürchten nicht, durch Ihre Unterhaltungen mit mir Ihren politischen Ruf zu schädigen. Da giebt es aber Leute von der ministeriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil sie besorgen in den Ruf der Reaktion zu kommen." Dabei fixierte Bismarck stark den nahe bei ihm stehenden Präsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor, der in dem Ruf stand, daß er das Justizministerium anstrebe.

Eines Tages äußerte Bismarck im Laufe des Gesprächs zu mir, wenn es einmal mit den Waffen zum Klappen käme, so glaube er, daß wir beide auf derselben Seite fechten würden. Ich entgegnete: „Es kommt darauf an, wofür gefochten wird. Da kann es allerdings sein, daß wir auf derselben Seite stehen." Wie Bismarck häufig das Gespräch mit einem pikanten Einfalle endigte, so sagte er auch hier zu mir: „Nun, wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen

[1]) H. v. Unruh, „Erinnerungen aus meinem Leben," Deutsche Revue, IV. Quartal, Band des Jahrgangs VI, S. 8 ff.

Digitized by Google

Sie mich in Schutz und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein." „Sehr gern," antwortete ich und wir lachten beide. Acht Jahre später hatte ich Veranlassung, Bismarck an diese scherzhafte Abrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Er hielt präcise Wort, obgleich es sich ursprünglich nur um einen Scherz handelte.

Ich wußte, daß Bismarck der „Kreuzzeitung" nahe stand, und fragte ihn, weshalb er es dulde, daß dieses Blatt von boshaften Verleumdungen und Lügen strotze, sogar anständige Frauen nicht schone? Bismarck antwortete mir, das sei auch ihm zuwider, aber man sage ihm, daß es in einem solchen Kampf nicht anders ginge. Meine Hinweisung darauf, daß solche Waffen denjenigen besudeln, der sie führe, blieb ohne Wirkung. — —

Am Schlusse der ersten Legislatur-Periode des preußischen Abgeordnetenhauses macht Bismarck auch die persönliche Bekanntschaft des Abgeordneten Lothar Bucher und zwar am 27. April 1849. Die denkwürdige Scene verlief am Büffet des Abgeordnetenhauses, unmittelbar nach Verlesung der Königlichen Botschaft, welche die Auflösung der zweiten Kammer wegen Annahme des Waldeckschen Antrages auf Aufhebung des Belagerungszustandes verkündete. Bismarck richtete an den neben ihm am Büffet stehenden Abgeordneten Bucher die Frage: „Was werden Sie nun thun?" „Ich werde wohl über das große Wasser gehen." „Sie meinen, daß Verfolgungen eintreten werden?" versetzte Bismarck. „Ja!" antwortete Bucher. „Das glaube ich nicht," schloß Bismarck die kurze und doch charakteristische Besprechung. Dieselbe läßt ahnen, daß der jugendlich frische, freiheitsbegeisterte, geist- und kenntnisvolle Oppositionsredner bei Bismarck Interesse und Teilnahme zu erwecken gewußt hatte, und daß Bismarck zu den Prozessen gegen die Steuerverweigerer nicht geraten hat. Auf alle Fälle hatte Buchers parlamentarisches Auftreten auf ihn einen Eindruck gemacht, und zwar einen so lebhaften, daß er ihn im Auge behielt und seine Entwicklung verfolgte. Nachdem Bucher 15 Jahre lang als Schriftsteller seinen eigenen, mühseligen Weg gegangen war, erachtete Bismarck ihn hinreichend vorbereitet für eine praktische Thätigkeit [1]).

In der zweiten Legislaturperiode des preußischen Landtags (7. August 1849 bis 19. Mai 1852) blieb Bismarck seinen bisherigen politischen Grundsätzen treu. Um ein Mandat zu erlangen, erschien er wiederum, wie vor 5 Monaten, in seinem alten Wahlkreise, um sich den Wählern vorzustellen, und sie durch sein kräftiges Wort zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit lief er Gefahr, von seinen politischen Gegnern gesteinigt zu werden [2]). Zur Ergänzung dessen, was ich über

[1]) Zu vergl. mein Werk „Ein Achtundvierziger" III. Bd. S. 105 ff.

[2]) Als Bismarck in Rathenow den Saal verlassen wollte, in welchem er zu den Wählern gesprochen, trat der Schornsteinfegermeister Wolf erregt an ihn heran und flüsterte ihm zu: „Gehen Sie nicht hinaus, Herr von Bismarck, sie wollen Ihnen draußen zu Leibe." „Ach, glauben Sie doch den Bläffern nicht," versetzte Bismarck unverzagt und schritt aus dem Saale. Dicht um den Saaleingang drängte sich ein großer Volkshaufe, der den Heraustretenden mit Zischen und Schimpfrufen empfing. Hochaufgerichtet und mit verächtlichem Blick schritt Bis-

Digitized by Google

diesen Vorgang in Bd. I, S. 98 (der 2. Auflage) dieses Werkes berichtet habe, will ich hier noch ein Gespräch mitteilen, welches Bismarck im August 1890 mit einigen Rathenower Herren führte, welche nach seinem Familiengute Schönhausen gekommen waren, um ihren Ehrenbürger zu sehen. Das Glück war ihnen günstig; sie kamen gerade nach Schönhausen, als Fürst Bismarck mit seinem Sohne Herbert eine Ausfahrt machen wollte, und begrüßten die beiden Herren bei der Vorbeifahrt mit Hurrageschrei. Fürst Bismarck ließ sofort halten, zog seinen Filzhut und fragte: „Wo kommen die Herren her und zu welchem Zweck?" Die Antwort lautete: „Von Rathenow und um Ew. Durchlaucht wieder einmal zu sehen." Nunmehr wurde das Gespräch in folgender Weise fortgeführt:

Bismarck: „So, so, von Rathenow, ach ja, da ist ja jetzt Eisenbahn; früher mußte ich hier meilenweit durch den Sand fahren, als ich mit dem Herrn von Stechow dorthin reiste."

Ein älterer Herr, der sich der Sache erinnern konnte, entgegnete: „Durchlaucht gedenken dabei wohl an die Zeit der Wahlen zum ersten Landtage im Jahre 1849?"

Bismarck: „Jawohl, ich wurde damals in Rathenow aber wenig freundlich empfangen. Es war eine wilde Erregung, und man warf mich sogar mit einem Steine; ich meine die Schmerzen noch jetzt öfter hier (auf den linken Oberarm zeigend) am Knochen zu spüren. Ich begrüßte trotzdem den Herrn, welcher geworfen hatte, recht höflich und warf darauf den Stein zurück."

Der ältere Herr entgegnete darauf: „Ja, Durchlaucht, es war eine bewegte Zeit und besonders ihre Folgen."

Bismarck: „Ja, ja, ich weiß, sogar die Besatzung mußte damals aus Rathenow ausrücken!"

Ein jüngerer Mann bemerkte hierauf: „Durchlaucht, unsre Husaren würden in ähnlicher Lage heute wohl nicht ausrücken."

Bismarck: „Nein, jetzt wird überhaupt nicht mehr ausgerückt."

Hiermit war das Gespräch beendet, und Fürst Bismarck fuhr grüßend weiter. Auch ein paar Tage darauf, da Fürst Bismarck den Bürgermeister Lange von Rathenow mit einer Deputation empfing, hat derselbe mit den Herren Erinnerungen aus dem Jahre 1848/49 ausgetauscht[1].

Während der ersten Session (7. August 1849 bis 26. Februar 1850) machte Bismarck die Bekanntschaft des Abgeordneten Dr. Georg Beseler, welcher in dieselbe Ende August 1849 eintrat. Beseler schreibt über Bismarck in seinem

marck, nur von dem Meister Wolf und dem Stadtschreiber Noack begleitet, durch die erregte Menge dem Gasthof zu, wo er sein Fuhrwerk eingestellt hatte. Hier ließ er ausschirren und trat dann aus dem Gasthof heraus, um fortzufahren. Inzwischen war aber die Menge so angewachsen, daß er nur mit Mühe den Wagen erreichen konnte. Kaum war er eingestiegen, so flogen mehrere Steine über seinen Kopf hinweg, gleich darauf auch einer in den Wagen, der seinen linken Arm nicht unerheblich verletzte. Im ersten Zorn und Schmerz ergriff er den Stein, fuhr vom Sitz empor und erhob den Arm zum Wurf. Dann aber schleuderte er den Stein den Landfriedensbrechern verächtlich vor die Füße und ließ den Kutscher im sausenden Trabe mitten durch die Pöbelmasse hindurchfahren, die feig auseinanderstob. Dr. Hans Blum a. a. O. Bd. I. S. 187.

[1]) Berliner Tageblatt vom 7. August 1890, Nr. 394.

Digitized by Google

Buche: „Erlebtes und Erstrebtes" S. 95: „Die Größe Otto von Bismarck-Schönhausens haben wir damals nicht erkannt[1]), wenn auch seine hohe Begabung, seine streitbare Art, sein sanglanter Witz sich bemerkbar genug machten. Allerdings forderte es mich zum Nachdenken auf, als er, im Begriffe zur Bundestagsgesandtschaft nach Frankfurt abzureisen, mich noch begrüßte, und mir sagte, der Deputierte von Mansfeld werde sehen, daß sie beide in der deutschen Frage nicht so fern stünden, wie es wohl den Anschein habe. Bisher lag er in den Banden der Parteipolitik und deren rücksichtslose Vertretung machte ihn zum bestgehaßten Gegner; fand sich, was häufig geschah, in der „Kreuzzeitung" eine persönliche Invektive gegen Abgeordnete, so war man geneigt, sie auf seine Rechnung zu setzen." —

Wie es einem gewissenhaften und zugleich fernsichtigen Abgeordneten geziemt, blieb Bismarck mit seinen Wählern in Fühlung, hielt dieselben auf dem Laufenden und drückte ihnen ab und zu die Hand. Zwei Schreiben sind uns erhalten, die der Abgeordnete Bismarck in seinen Wahlkreis an die Person des Stadtverordneten-Vorstehers Meus zu Rathenow gerichtet hat und die in meinen anonym erschienenen „Bismarck-Briefen", Neue Folge, Bd. II, S. 1 und 5 abgedruckt sind.

Im Januar 1850 bewarb sich Bismarck in Rathenow um ein Abgeordneten-Mandat für das Volkshaus des Erfurter Unionsparlaments. In einem an eine unbekannte Person, vermutlich den Stadtverordneten-Vorsteher Meus daselbst, gerichteten Briefe erklärte er sich zur Annahme eines Mandats bereit. „Denn es scheint mir gerade dort sehr notwendig, daß Preußen, welches die einzige gesunde und kräftige Grundlage einer engeren Einigung Deutschlands bilden kann, dort gegen die auflösenden und schwächenden Angriffe der sogenannten Großdeutschen und Frankfurter verteidigt werde. Wir laufen dort Gefahr, die erheblichsten Opfer an unsrer Macht und namentlic an unsrer Steuerkraft zu bringen, ohne etwas Andres, als eine Verminderung unsrer Selbständigkeit zu gunsten der kleinen Staaten zu erreichen[2])."

[1]) Andere haben ein ferner sehendes Auge gehabt. „Eine Preußin" widmete im Jahre 1849 dem damaligen Abgeordneten Bismarck folgendes Gedicht:

„Hui, Bismarck, wie klingt Deine Rede so gut!
Hui, Bismarck, wie flammst Du im Löwenmut!
Das Schwert Deiner Rede, es blitzet so frei,
Und der Sinn Deiner Rede ist ewige Treu!

Hurra für den Bismarck! Wem's Herze noch schlägt,
Wer's noch an der rechten Stelle trägt,
Der jub'le mit mir in die Welt hinein,
Daß noch solche Männer in Preußen sei'n.

Ja, wärst Du Feldmarschall, Du flög'st noch im Saus
Und jagtest den Feind uns zum Lande hinaus.
O Gott! schaff uns Männer von dieser Art.
Nur hundert, nur hundert auf unsrer Wart!"

[2]) Ein andrer hierher gehöriger, bisher unveröffentlichter Brief Bismarck's läßt ersehen, daß sich derselbe in Sachen dieser Wahl am 28. Januar 1850 zu dem Rittmeister von Arnstädt in Groß-Kreuz begab.

Digitized by Google

Am 16. Februar 1850 stand in der „Kreuzzeitung" (Zuschauer) folgendes Dementi: „Wir sind autorisiert, diejenigen Äußerungen, welche mehrere Zeitungen dem Herrn von Bismarck-Schönhausen bei Gelegenheit seiner Wahl in Erfurt in den Mund gelegt haben, für unrichtig zu erklären. Namentlich hat Herr von Bismarck nicht erklärt, daß er dahin wirken wolle, daß in Erfurt überhaupt nichts zu stande komme, noch weniger hat derselbe die Übereinstimmung irgend welcher hochgestellter Personen mit seinen Ansichten auch nur entfernt angedeutet."

Da Bismarck eines der jüngsten Mitglieder des Erfurter Parlaments war, so wurde er in der Eröffnungssitzung am 20. März provisorisch zum Schriftführer ernannt und am 26. März zum Schriftführer gewählt. An der Spitze des Volkshauses stand der Präsident der Paulskirche, Dr. Eduard Simson. Als Präsident Simson die Liste der erwählten Schriftführer, und unter diesen zuletzt den Namen des Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen verlas, sagte Bismarck, der eben vor der Tribüne stand, zu August Reichensperger: „Mein seliger Vater würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß ich der Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden bin." In den achtziger Jahren, auf einer parlamentarischen Soiree, erinnerte Reichensperger Bismarck an dieses Wort mit dem Bemerken: „Diesen jüdischen Gelehrten haben Durchlaucht zum Präsidenten des Reichsgerichts gemacht." Darauf aber rühmte Bismarck den Präsidenten Simson, dessen Eltern übrigens schon Christen waren, als einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien.

Bismarck hielt sich als Schriftführer berechtigt, seinen starken Sympathien für Österreich einen merkwürdigen Ausdruck zu geben[1]). Auf der Journalistentribüne des Erfurter Volkshauses saßen u. a. zwei Journalisten, deren österreichfeindliche Berichte Bismarck's besonderes Mißfallen erregt hatten. Der eine dieser Herren war der Braunschweiger Ludwig von Rochau, der begeisterte nationale Kämpfer und spätere Historiker, der wegen seiner Beteiligung an den burschenschaftlichen „Umtrieben" und namentlich an dem Frankfurter Attentat zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, aber nach Paris entflohen und erst im Jahre 1848 nach Deutschland zurückgekehrt war, wo er bis 1851 für Zeitungen schrieb. Er war damals in Erfurt ein ebenso untadeliger deutscher Patriot, wie später, da er als Historiker und Abgeordneter des norddeutschen Reichstags für Bismarck's Politik in trefflichen Schriften und Reden eintrat. Der Name des andern Urhebers von Bismarck's Mißvergnügen ist von keiner Bedeutung. An diese beiden Herren richtete nun Bismarck ein amtliches Schreiben, welches unterzeichnet war: „Das Schriftführeramt des Volkshauses zu Erfurt, von Bismarck." In diesem Schreiben zeigte er den Herren an, daß ihnen die Plätze auf der Journalistentribüne entzogen werden würden, wenn sie fortführen, ihre Berichte in einem österreich-feindlichen

---

[1]) Die folgende Darstellung ist dem Dr. Hans Blum von dem Präsidenten Dr. Simson mitgeteilt worden. Vergl. dessen Werk: „Fürst Bismarck und seine Zeit", Bd. I, S. 223.

Digitized by Google

Sinne zu schreiben. Der eine Betroffene mit dem minder bekannten Namen wandte sich einfach an Dr. Simson mit der Anfrage, ob denn dieser erstaunliche Erlaß mit Wissen des Präsidenten des Volkshauses ergangen sei. Rochau dagegen hielt diese Frage für überflüssig, da er in dem Ukas des „Schriftführeramtes" nur eine unzweifelhaft ganz ungehörige Eigenmächtigkeit des ihm damals wenig sympathischen Abgeordneten von Bismarck Schönhausen erblickte. Er schrieb daher Herrn von Bismarck einen recht scharfen und beleidigenden Brief. Fast zu gleicher Zeit empfing Präsident Simson die Nachricht von dem ungewöhnlichen Vorfall, nämlich durch das Schreiben des minder Berühmten und durch das persönliche Verlangen Bismarck's, ihm selbst volle Genugthuung gegen den frechen Rochau zu verschaffen. Simson richtete darauf an Bismarck vorläufig nur die Frage, ob dieser im Namen des „Schriftführeramtes des Volkshauses zu Erfurt" die beiden Schreiben an die beiden Gentlemen gerichtet habe, was Bismarck mit der Zuversicht einer guten und gerechten That bejahte. Darauf wurde der „Schriftführer des Volkshauses", der zugleich anklagte und verklagt war, vom Präsidenten auf eine frühe Abendstunde zu einer Unterredung unter vier Augen eingeladen. Von dem, was dann hier weiter vorgegangen ist, war Präsident Simson noch nach fast zwanzig Jahren, da er dem Verfasser dieses Ereignis erzählte, einigermaßen erregt: „Bis nach Mitternacht rangen wir förmlich gegen einander in Worten, so daß die Wände erdröhnten," berichtete er etwa von dieser Scene. „Sie müssen sich eben diesen gewaltigen Mann um fast zwanzig Jahre jünger denken." Schließlich fügte sich aber Bismarck doch den Vorstellungen Simson's, indem er seinen Ukas zurücknahm. Simson dagegen entzog Herrn von Rochau den Sitz auf der Berichterstattertribüne, da er sich zu einem Widerruf der an Herrn von Bismarck-Schönhausen gerichteten Beleidigungen nicht verstehen wollte [1]).

In Erfurt gehörte Bismarck eine Zeit lang der von Stahl geführten Fraktion an; zu ihr zählten auch die beiden Brüder Reichensperger.

Auch aus der zweiten Kammersession (21. November 1850 bis 9. Mai 1851) ist wenig zu berichten.

Am 8. November 1850 folgte das Mißverständnis von Bronnzell (bei Fulda). Die Fortsetzung der österreichischen Rüstungen, trotz der mit Preußen angeknüpften Unterhandlungen, zwang letzteres zur Mobilmachung. Im Lande herrschte nationale Begeisterung. Aber Preußen konnte nicht zuschlagen. Der Kriegsminister von Strotha sagte zu Herrn von Bismarck: „Wir können uns gar nicht schlagen; wir haben erst in vierzehn Tagen 70000 Mann zwischen Oder und Elbe und können die Österreicher nicht hindern, Berlin zu besetzen; wir müssen in zwei getrennten Lagern mobilisieren, das eine in Königsberg, das andre in Koblenz,

[1]) Der Protest der Journalisten beim Volkshause, d. d. Erfurt, den 26. April 1850 gegen das Verfahren des Schriftführers des Volkshauses, von Bismarck-Schönhausen und gegen die Ausschließung des Berichterstatters der „Augsburger Allgemeinen Zeitung," von Rochau, von der Journalisten-Tribüne seitens des Präsidiums des Volkshauses, findet sich abgedruckt in der „Voss. Zeitung" 1850, Nr. 98.

Digitized by Google

von da müssen wir unser Land und die Hauptstadt wieder erobern. Ich muß Sie also bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen in der Kammer haben, wiegeln Sie ab, was Sie können."

In diesem Sinne sprach sich Bismarck gegen den damaligen Leiter der Regierungspartei, Justizrat Geppert, und später gegen andre Abgeordnete aus.

Im Jahre 1850 oder 1851 hatte Manteuffel Befehl erhalten, eine Verständigung zwischen den Gagern'schen (den sogenannten Gothaern) und den Konservativen von der preußischen Partei anzustreben. „Er nahm mich (Bismarck selbst erzählt die Geschichte) und Herrn von Gagern dazu und so wurden wir eines Tages zu einem souper à trois bei ihm eingeladen. Zuerst wurde wenig oder gar nicht von Politik gesprochen. Dann aber ergriff Manteuffel einen Vorwand uns allein zu lassen. Als er hinaus war, sprach ich sogleich von Politik und setzte Gagern meinen Standpunkt auseinander und zwar in ganz nüchterner, sachlicher Weise. Da hätten Sie aber Freund Gagern hören sollen. Er machte ein Jupitergesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte mit den Augen, und schlug sie gen Himmel, daß es ordentlich knackte, dann sprach er zu mir mit seinen großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiderte kühl und wir blieben auseinander wie bisher. Als Manteuffel dann wieder herein gekommen war und der Jupiter sich entfernt hatte, fragte mich jener: „Nun, was haben Sie zu stande gebracht mit einander?" „Ach", sagte ich, „nichts ist zu stande gekommen. Das ist ja ein ganz dummer Kerl. Hält mich für eine Volksversammlung. — Die reine Phrasengießkanne! Mit dem ist nicht zu reden." — —

Im Mai 1851 begab sich Bismarck zuerst als Legationsrat nach Frankfurt a. M., um demnächst dort Herrn von Rochow als Bundestagsgesandten zu ersetzen. Bismarck hatte sich infolge dessen einer Neuwahl zu unterziehen (13. Oktober 1851), infolge deren ihm der alte Wahlkreis wieder zufiel. Naturgemäß trat aber seine persönliche Teilnahme an der Kammerverhandlung nunmehr in den Hintergrund. Er ergriff in der dritten Session (27. November 1851 bis 19. Mai 1852) im ganzen nur dreimal das Wort. Trotzdem geriet er mit zwei Parlamentariern hart aneinander, zunächst mit dem Abgeordneten Harkort wegen der Äußerung, Offizier zu werden, sei zwar ehrenvoll, „aber nicht so lukrativ, als Fabriken anzulegen und mit königlicher Unterstützung fortzuführen und den Dank dafür durch Angriffe auf die Regierung zu zahlen." (Sitzung vom 20. März 1852.) Die Differenz mit Harkort wurde beigelegt[1]), ohne daß Bismarck demselben irgend eine Ehrenerklärung gab[2]). Daß dieselbe ausblieb, empfand Harkort unangenehm[3]).

[1]) In der 49. Sitzung vom 24. März verlas der Abgeordnete Harkort zur Entkräftung des neulich gegen ihn laut gewordenen Vorwurfs eine Erklärung der Seehandlungsverwaltung, wonach er ein Geschäft mit ihr jemals weder abgeschlossen noch vermittelt, noch jemals Gelder oder Unterstützungen von der Seehandlung erhalten (Bismarck hatte dies nicht behauptet). — Vergl. auch die „Voss. Zeitung" vom 25. März 1852.

[2]) Dies behauptet ganz irrig Varnhagen von Ense in seinen Tagebüchern.

[3]) Zu vergl. das Werk: „Der alte Harkort". Ein Westfälisches Lebens- und Zeitbild von L. Berger-Witten. Leipzig 1890. S. 483. Dem von Harkort herausgegebenen „Wahlkatechismus

Die Differenz mit dem Abgeordneten Georg von Vincke entstand deshalb, weil dieser am 22. März 1852 Bismarck erst ironisch einen „namhaften Diplomaten" nannte, dann diese Äußerung zurückzog, „da allerdings alles, was ich von seinen diplomatischen Leistungen weiß, sich auf die bekannte brennende Cigarre beschränkt". Bismarck replizierte, „diese Äußerung überschreite die Grenze nicht nur der diplomatischen, sondern derjenigen privaten Diskretion, deren Beobachtung ich von einem Manne von guter Erziehung erwarten zu dürfen glaubte." Die Folge der Diskussion [1]) war eine Forderung, die Herr von Bismarck seinem parlamentarischen Gegner zusandte, und ein Duell zwischen ihnen, welches am 25. März 1852 stattfand.

Die „Nationalzeitung" (26. März 1852, Nr. 145) schrieb darüber: „Wie erzählt wird, hätte diesen Vormittag zwischen zwei bekannten Kammermitgliedern ein Duell stattgefunden, das infolge der neulich stattgehabten parlamentarischen oder unparlamentarischen Debatte engagiert war. Wie hinzugefügt wird, wäre der Zweikampf so abgelaufen, wie manche Kammerdebatte, d. h. es wäre nichts dabei herausgekommen [2])."

In den Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlach's heißt es Band I, S. 746: (23. März 1852.) „Es kommt nun doch zum Duell von Vincke und Bismarck. Gestern Abend war Bismarck bei mir, sehr liebenswürdig über sein Duell; vorher Stolberg, der, davon sehr bewegt, es dennoch für notwendig erklärte. Büchsel hatte Bismarck das heilige Abendmahl verweigert — er war mit Hans Kleist bei ihm gewesen; ich kann das nicht richtig finden, er ist im stande der Notwehr und gerechten Krieges. Kleist hat Büchsel vergeblich zugeredet. Heute Morgen schrieb ich an Alvensleben, um auf Schulenburg-Wolfsburg, Vincke's Schwiegervater, zu wirken und an Eberhard Stolberg, Bismarck's Sekundant, um dem, was von dort kommen könnte, eine günstige Aufnahme zu verschaffen."

---

pro 1852 für das Volk" war ein Verzeichnis derjenigen Abgeordneten beigefügt, welche in der letzten Sitzungsperiode mit der Regierung gestimmt hatten, und welchen Beförderungen und Gehaltsverbesserungen zu teil geworden waren. Alphabetisch geordnet begann diese Liste mit dem Regierungsreferendar von Bismarck-Schönhausen und wies außer diesem noch 34 während der letzten Session beförderte Angehörige der Rechten nach, darunter Bodelschwingh, Eulenburg, zwei Kleist, Klützow, Krassow, Meuselbach, Manteuffel, Puttkamer, Schleinitz, Scherer, Selchow, Witzleben. Auf der schwarzen Tafel, dem Verzeichnis der gemaßregelten Mitglieder der Linken, begegnen wir den Namen Auerswald, Bardeleben, Bonin, Delius, Hansemann, Patow u. a.

[1]) von Vincke war derjenige Abgeordnete, mit welchem sich Bismarck während seines ersten, fünfjährigen parlamentarischen Auftretens weitaus am häufigsten herumgestritten hatte. Sonst kam Bismarck noch häufig und mehr oder minder heftig aneinander mit den Abgeordneten von der Heydt, von Beckerath, Krause, von Bodelschwingh, Beseler, Simson und von Saucken-Tarputschen. Aus Gerlach's Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 195 erfahren wir, daß Bismarck Beckerath für eine Kreatur von Hansemann hielt (1848).

[2]) Parallele zwischen Bismarck und Vincke im 1. Heft der von R. Prutz und Wolffsohn herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Museum", abgedruckt in Horst Kohl, „Bismarck-Reden" Bd. I, S. 262.

Ferner ebendaselbst S. 747 (28. März 1852): „Seitdem ist Bismarck's Duell, ohne daß etwas herausgekommen, vorübergegangen, und zwar am 25. März. Büchsel hat ihm das heilige Abendmahl am Tage vorher morgens gereicht, und er hat vor dem ersten Schuß ein Gebet gesprochen. Auf Vincke soll dies doch Eindruck gemacht haben. Gestern ist Bismarck abgereist."

Varnhagen von Ense's Tagebuch erweist sich auch an dieser Stelle als eine Zusammenstellung von bismarckfeindlichem Klatsch und positiven Irrtümern.

Über den Entschluß Bismarck's, eine Neuwahl in die am 29. November 1852 eröffnete neue Kammer nicht mehr anzunehmen, schrieb derselbe in einem Briefe an den General von Gerlach vom 6. November 1852 (Briefwechsel S. 46): „Wo so verschiedenartige Richtungen, wie die im Ministerium vertretenen, die der „Kreuzzeitung", die von Radowitz und die Seiner Majestät selbst, friedlich bei einander leben, da muß ein Zustand des décousu und der Zerbröckelung vorhanden sein, der es unmöglich macht, einen irgend erheblichen Einfluß auf das Ganze zu üben, indem man nur den Teil in der Hand behält, den man gerade anfaßt. Seine Majestät waren sehr unzufrieden damit, daß ich die Wahl abgelehnt hatte. Ich kann mich vermutlich, wenn ich will, noch im Naugarder Kreise wählen lassen, wo eine Doppelwahl auf Herrn von Raumer gefallen ist, ich halte es aber, ganz abgesehen von der persönlichen Abneigung, die ich habe, mich jetzt in die Berliner Verhältnisse zu mischen, mit meinem hiesigen Dienst wirklich nicht für verträglich. Meine häufigen Abwesenheiten von hier machen mir denjenigen Zusammenhang mit meinen Kollegen unmöglich, der bei einer kollegialisch organisierten Körperschaft, wie der Bundestag, notwendig ist, um im Einfluß und au fait der Geschäfte zu bleiben, und in der Kammer selbst hat ein bruchstückweises und deshalb ununterrichtetes Eingreifen nicht minder nachteilige Folgen für das politische Gewicht dessen, der sich darauf einläßt[1])."

Recht charakteristisch ist folgende Äußerung in einem Briefe Bismarck's an den General von Gerlach d. d. Frankfurt, 25. November 1853. „Es ist vortrefflich, daß die Kammern etwas von ihrem volksvertreterischen Nimbus verloren haben, aber wenn sie ganz auf den Hund kommen, so verliert der König ein brauchbares und in ruhigen Zeiten gesundes Korrektiv für seine von dem Krebs republikanisch-heidnischer Bildung angefressene Büreaukratie, die auf die Dauer mehr Elend in das Land bringt, als die Hand voll oppositioneller Kammerschwätzer[2])."

Am 5. März 1854 schrieb Bismarck an den General Leopold von Gerlach: „Unsere Landtage gravitieren dahin, daß sie durch den Servilismus der Majoritäten in den Abgeordneten, durch die Trägheit und den Mangel an Kenntnissen und Geschäftsroutine bei den Herren vom anderen Hause und dem Adel überhaupt, in Unbedeutendheit und Vergessenheit einsumpfen, und gerade dadurch, daß sie von

---

[1]) Über die Unmöglichkeit, sich in die erste Kammer wählen zu lassen, s. Brief Bismarck's an von Gerlach d. d. 11. Dezember 1852 a. a. O. S. 50.

[2]) Briefwechsel S. 126.

Digitized by Google

keiner öffentlichen Meinung getragen werden, zu büreaukratischen Staatsstreichen auffordern, weil letztere leicht erscheinen werden, wenn es so weiter geht[1])."

Am 13. April 1854 schreibt Bismarck an die gleiche Adresse (Briefwechsel S. 156): „Die Kammerdebatte hat mich amüsiert, und war mir dabei etwa wie dem rauflustigen Schmiedegesellen zu Mute, der den Lärm einer Keilerei hört."

Am 22. November 1854 heißt es in derselben Korrespondenz (Briefwechsel S. 207): „Zu den Kammern werde ich ohne besondere Weisung nicht kommen. Übrigens fehlt mir auch noch die Berufung." Die Stelle bezieht sich nicht auf das Abgeordnetenhaus. Vielmehr wurde Bismarck am 21. November 1854 auf Vorschlag des alten und befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk des Herzogtums Stettin in das Herrenhaus berufen, dessen Debatten er bis 1862 zwar mehrfach beiwohnte, ohne aber aktiv sich an denselben zu beteiligen[2]).

Seine Ansichten über die Stellung Preußens im Zollverein und die Notwendigkeit der Errichtung eines Zollparlaments und die Zuckersteuer-Vorlage entwickelte Bismarck in einem Schreiben vom 15. März 1858, gerichtet an einen unbekannten Abgeordneten, welches in meinem Werke: „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 298, abgedruckt ist[3]).

Unter den Abgeordneten, mit denen Bismarck in dieser älteren Zeit befreundet war, ist der der gemäßigt konservativen Partei angehörige, im Jahre 1882 gestorbene Herr von Below zu erwähnen. Auf der Reise nach Petersburg erkrankte Bismarck auf Below's Besitzung Hohendorf bei Elbing so ernstlich, daß er die Gastfreundschaft desselben längere Zeit in Anspruch nehmen mußte. An diesen Abgeordneten richtete Bismarck am 18. September 1861 aus Stolpmünde einen Brief, woselbst es gegen den Schluß hin heißt: „Wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen."

---

[1]) Briefwechsel S. 144. Des weiteren verbreitete sich Bismarck über den Antrag auf sechsjährige Wahlperioden auf Grund von Mitteilungen, die ihm Moritz von Blanckenburg gemacht hatte.

[2]) Überaus treffende Urteile über die parlamentarischen Vorgänge in Preußen finden sich ferner in den Briefen Bismarck's an den General von Gerlach d. d. 31. März 1857 (Briefwechsel S. 328) und 11. April 1857 (a. a. O. S. 332).

[3]) Über ein interessantes Gespräch, das Bismarck im Jahre 1859 bald nach Ausbruch des französischen Krieges mit dem früheren Präsidenten der preußischen Nationalversammlung von Unruh führte, vergl. die „Erinnerungen" dieses letzteren, auszugsweise mitgeteilt in der „Deutschen Revue" IV. Jahrgang, 4. Bd. S 11. Unruh gehörte damals dem preußischen Abgeordnetenhause nicht an.

Digitized by Google

Auch mit dem Abgeordneten Moritz von Blanckenburg)[1] stand Bismarck schon in seiner Gesandtenzeit über parlamentarische Fragen in Korrespondenz[2]). Bismarck, fast gleichaltrig mit Moritz Blanckenburg, war mit diesem infolge der Nachbarschaft seiner väterlichen Güter Külz und Kniephof befreundet und kam während der Ferien oft nach Zimmerhausen, der Besitzung Blanckenburg's, herüber. Politisch lebhafter gestalteten sich ihre Beziehungen erst zu Anfang der sechziger Jahre, da Roon Kriegsminister geworden war, und zu den gelegentlichen Besuchen, die Bismarck dem alten Freunde bei Gelegenheit seiner Reisen durch Berlin machte, meist Blanckenburg beigezogen wurde. Er war es, der im Auftrage des Ministers von Roon am 15. September 1862 Bismarck zur Beschleunigung der Rückkehr nach Berlin riet mit den Worten: „Periculum in mora. Dépêchez-Vous. L'ami de Maurice Henning" [3]). Nach einer andern Version soll Roon[4]) Bismarck telegraphiert haben: „Die Birne ist reif".

II. Abschnitt.

Vom Eintritt in das Ministerium, 23. September 1862—1866 (Konfliktszeit)

Am 19. September 1862 früh acht Uhr entstiegen auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin einem Coupee erster Klasse zwei ziemlich gleich hoch gewachsene Männer, der eine in Civil, der andre Militär[5]). Nur der letztere erregte einige Aufmerksamkeit beim Publikum. Man flüsterte sich zu: „Der Kriegsminister". Der andre war Herr von Bismarck. Georg von Vincke war mit demselben Zug gekommen, ohne zu ahnen, mit wem er fuhr. Er war am Bahnhofe nicht wenig überrascht, Herrn von Bismarck mit dem Kriegsminister aus demselben Coupee aussteigen zu sehen. Zu einer gegenseitigen Begrüßung kam es nicht. Durch Georg von Vincke gelangte aber die Kunde von der Ankunft der beiden nach dem Dönhoffsplatze. Hier erkannte man sofort die Situation. Der Kriegsminister hatte den neuen Ministerpräsidenten geholt, um ihn schon unterwegs gehörig zu

[1]) von Blanckenburg, Moritz Carl Henning, General-Landschaftsrat und Rittergutsbesitzer in Zimmerhausen bei Plathe. Geboren 25. Mai 1815. Mitglied des Abgeordnetenhauses ununterbrochen von 1852—67. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Reichs.

[2]) Vergl. den in Kohl's Regesten Bd. I, S. 96 abgedruckten Brief Bismarck's an denselben d. d. Frankfurt a. M. den 4. April 1854.

[3]) Kohl, „Bismarck-Reden" Bd. II, S. 14. In der Generalversammlung des (feudalen) preußischen Volksvereins zu Berlin am 29. Oktober 1862 erklärte von Blanckenburg, die Ernennung des Ministers Bismarck sei der Schritt über den Rubicon, der aber fest gemacht werden müsse. Das sei die Aufgabe der konservativen Partei.

[4]) Briefe Bismarck's an den General von Roon über parlamentarische Fragen aus der Gesandtenzeit des ersteren findet man in Roon's Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 27, 79, 92 und 97.

[5]) Vergl. zum Folgenden die anonym erschienene Schrift: „Der Berliner Hof und seine Politik", S. 3. ff.

Digitized by Google

instruieren. Georg von Vincke war an diesem Tage an launigen Einfällen und Glossen reicher als je. „Sie wollen sich gewiß noch einmal an der einsamen Pappel schlagen," bemerkte ihm ein Kollege. Jetzt, wo Herr von Bismarck als designierter Ministerpräsident nach Berlin gekommen war, ergoß sich der Spott des Freiherrn in ähnlicher Weise. Er sprach von der „Feuer- und Eisenpolitik", die jetzt an's Ruder käme. So lautete ursprünglich das Programm des Herrn von Bismarck, noch ehe er Minister wurde. „Blut und Eisen" ist erst später daraus geworden. Herr von Vincke sprach auch von dem „Napoleonsvergötterer", von dem „Renommisten", er bedauerte die Kollegen „des für sie zu genialen Ministers" und persiflierte die Kreuz- und Querzüge, die es jetzt in der auswärtigen Politik geben würde[1]). Die feudalistische Partei dagegen jubelte ihm auf der andern Seite zu, indem sie hoffte, daß jetzt die Zeit einer frischen, fröhlichen Reaktion gekommen sei, täuschte sich damit indessen gleich stark wie die Liberalen mit ihren Befürchtungen und ihrer Geringschätzung des neuen Ministers[2]). War es auch ein Wunder? Hatte doch weder die eine noch die andre Partei auch nur eine Ahnung von der Schule, die Bismarck seit seinem Austritt aus dem Parlament im Bundestag durchgemacht hatte, und von seinen unvergleichlich klaren und lichtvollen Frankfurter Depeschen, die erst fünfundzwanzig Jahre später bekannt geworden sind.

Wer die Verhältnisse kennt, muß es Bismarck zugestehen, daß er mit der Absicht, mit dem Abgeordnetenhause in Feindschaft zu leben, nicht in das Amt als Minister getreten ist. Er hielt es nur für seine Pflicht, gegen das wachsende Übergewicht des Hauses der Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtentums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken. „Ich halte — bemerkte er in einem Briefe an den sächsischen Minister von Beust vom 16. Oktober 1862 — diese Aufgabe für lösbar, ohne mit positiven Bestimmungen der Verfassung zu brechen, und werde dabei bemüht sein, konstitutionelle Empfindlichkeiten soweit es möglich zu schonen, und die unbestrittene Heeresstraße des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder zu gewinnen, immer aber eingedenk sein, daß unser Verfassungseid die „Treue dem König" voranstellt[3])."

Bismarck hielt es auch anfänglich für möglich, die feindlichen Parteiführer zu gewinnen, er verhandelte damals mit vielen; ob Liberale oder Fortschrittsleute[4]), er appellierte an den preußischen Patriotismus in ihnen, sie mußten, wenn

---

[1]) Die „Berliner Allgemeine Zeitung", Vincke's Blatt, von Julian Schmidt redigiert und infolgedessen doppelköpfig unfehlbare Staatsweisheit predigend, entwarf folgende Charakteristik von ihm: „Als ein Landedelmann von mäßiger politischer Bildung, dessen Einsichten und Kenntnisse sich nicht über das erheben, was das Gemeingut aller Gebildeten ist, begann er seine Laufbahn. Den Höhepunkt seines parlamentarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlamente von 1850. Er trat in seinen Reden schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert?"

[2]) M. Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. I, S. 189.

[3]) Beust, „Aus drei Jahrhunderten", Bd. I, S. 306.

[4]) 23. November 1862. Bismarck konferiert mit mehreren Mitgliedern der Fortschrittspartei über die Mittel, zu einem Ausgleich zu kommen. — Die in Bd. I dieses Werkes gegebenen

Digitized by Google

sie auch andre Wege verfolgten, mit ihm doch des Vaterlandes Ruhm und Größe als gemeinsames Ziel im Auge haben! Wenn sie aber Preußens und Deutschlands Heil wollten, so mußten sie auch das Mittel dazu, das neuorganisierte Heer, wollen. So manchem, mit welchem Bismarck damals verhandelte oder verhandeln ließ, mag auch das Herz bei solchem Appell laut genug geklopft haben, aber er gewann doch nur wenige, bei vielen erhob sich die starre Parteidoktrin als unübersteigliche Schranke, bei andern wich unbesiegliches Mißtrauen jedem Versuche zur Verständigung aus [1]).

Am 29. September 1862 trat Bismarck zum erstenmal als Minister vor das Abgeordnetenhaus, nachdem er wenige Tage zuvor (24. September) dem Präsidenten desselben dort seinen Besuch abgestattet hatte. Ein Mitglied des Hauses aus jener Zeit schildert sein parlamentarisches Debut am Ministertisch wie folgt: „Seine Erscheinung, wie sie sich an diesem Tage gab, ist mir mit unverlöschlichen Zügen in die Seele geschrieben. Sie hatte damals noch nichts vom General und alles vom Kavalier. Die heute so breitschultrige Figur durfte damals noch schlank genannt werden, und Haltung und Bewegung ließen an eleganter Vornehmheit nichts zu wünschen übrig. Man sah es dem Mann an, daß das Parkett der Höfe sein gewohnter Aufenthalt sei und daß er dem Vorzug noch nicht entsagt habe, ein vortrefflicher Tänzer zu sein, wenigstens für Quadrillen. Die Verbeugung, welche er gegen das Präsidium machte, verdiente studiert zu werden, so genau war berechnet worden, daß sie an Höflichkeit nicht zu wenig leiste, aber beileibe auch nicht zu viel. Das Auge streifte mit großer Lebendigkeit über die Versammlung hin; was auch die moderne Physiologie gegen die Zauberkraft des Auges einwenden mag, die Geschichte hat über dieselbe immer von neuem berichtet. „Er hat einen wunderbaren Augenaufschlag," sagte der erste Adept, den er gefunden hat und der bis auf den heutigen Tag sein ergebenster geblieben ist.

Am 30. September 1862 gab Herr von Bismarck in der Budgetkommission des Abgeordneten-Hauses die bekannten, übergroßes Aufsehen erregenden Erklärungen ab [2]). Verfassungsleben überhaupt, preußisches und französisches Volkstum, kleinstaatlicher Liberalismus und großstaatliche Machtentfaltung, „katilinarische Existenzen" und Lösung der Zeitfragen durch „Eisen und Blut" — das alles ging in kaleidoskopischer Verschmelzung an den Blicken der Abgeordneten vorüber, rascher wechselnd zumeist, als das Auge fassen konnte.

In dieser Sitzung vom 30. September fiel auch das viel besprochene Wort von dem „Ölzweig von Avignon", über dessen Entstehung der Schleier nunmehr auch gelüftet ist [3]).

Daten über Gesellschaften bei Bismarck, in denen vorzugsweise auch Abgeordnete verkehrten, bedürfen einer Ergänzung. Von Parlamentariern zahlreich besucht waren seine Abendgesellschaften am 7. und 13. Februar 1863; ausschließlich Mitgliedern des Landtags gab er ein Diner am 21. Februar 1863, am 1. März 1865 ein solches für Diplomaten und Mitglieder des Landtags.

[1]) Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck", S. 270.

[2]) Der Wortlaut findet sich abgedruckt in Kohl, „Bismarck-Reden" Bd. II, S. 19 ff.

[3]) Vergl. die Erzählung von Christoph Wild, „der Ölzweig von Avignon" in den „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 19. März 1890, Nr. 192.

Digitized by Google

Am 15. September 1862 speiste Herr von Bismarck, damals auf einer Reise durch die Pyrenäen begriffen, mit Herrn Lüning, einem Frankfurter Patrizier und seiner jungen Gemahlin im Hotel Beau séjour in Avignon und machte nach der gemeinsamen Table d'hôte mit dem Hochzeitspaar einen Ausflug in die Umgebung der Stadt. Bei dieser Gelegenheit empfing Bismarck, als er neben der jungen Dame im Fonds der Equipage Platz genommen hatte, die Depesche des Königs Wilhelm, welche ihn nach Berlin berief, um das preußische Ministerpräsidium zu übernehmen. Er machte aus der Nachricht kein Hehl, die doch tags darauf in allen Blättern stand, und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, die Regierung und die Volksvertretung zu versöhnen.

Man fuhr über die prächtige Kettenbrücke am Rhoneufer entlang bis hinaus, wo zwischen reizenden kleinen Besitzungen die Weinberge mit den Olivenhainen wechseln. Hier stieg man aus und promenierte in der balsamischen Luft.

Madame Lüning brach einen Doppelzweig von einem jungen Ölbaum, überreichte ihn graziös Herrn von Bismarck und meinte: „Möchte er Ihnen als Friedenskündiger mit Ihren Gegnern nützlich sein."

„Ich acceptiere nur die Hälfte," erwiderte dieser lächelnd, und eine Rose brechend und ihr die andre Hälfte des Zweiges als dunkle Folie gebend, fügte er hinzu: „Die andre Hälfte hinter dieser Rose künde Ihnen, gnädige Frau, den ewigen Frieden in Ihrer glücklichen Ehe."

Herr von Bismarck zog eine kleine Brieftasche hervor und barg darin sorgfältig den Ölzweig. Seinen anfänglich auf zwei Tage projektierten Aufenthalt in Avignon mußte er abkürzen, und so schied er denn nach flüchtiger Bekanntschaft von seinen jungen Landsleuten, die er übrigens 1866 und zur Zeit des Frankfurter Friedens näher kennen lernte.

In der mehrerwähnten Sitzung der Budgetkommission versicherte er eindringlich, die Regierung suche Versöhnung, keinen Kampf. Endlich erklärte er, man bedürfe der Militärreform, um nationale Politik treiben zu können.

Darauf erwiderte man ihm, es sei besser, wenn die Regierung durch den Liberalismus moralische Eroberungen in Deutschland mache.

Noch einmal versuchte Bismarck die Gegner zu erweichen. Er zog seine Brieftasche heraus, entnahm derselben den bewußten Zweig mit trockenen Blättern und rief:

„Diesen Ölzweig habe ich von Avignon mitgebracht, um ihn der Fortschrittspartei als Friedenszeichen zu bieten; ich sehe aber, daß ich damit zu früh komme!"

Und als man auch für diese Worte nur ein Lächeln hatte, dann erst reckte sich Bismarck empor und sprach jene berühmten Worte:

„Deutschland sieht nicht auf den Liberalismus, sondern auf die Macht Preußens. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten, damit der günstige Moment nicht wieder verpaßt wird. Nicht durch Reden und Beschlüsse, wie 1848 und 1849, werden die großen Fragen der Zeit entschieden werden, sondern durch Eisen und Blut!"

Digitized by Google

Dabei zerdrückte seine Rechte krampfhaft ein Zweiglein mit welken Blättern und ließ den Staub zur Erde sinken.

Es war der Ölzweig von Avignon!

Am 13. Oktober 1862 wurde der Landtag durch Bismarck geschlossen, nachdem das Haus der Abgeordneten den Beschluß des Herrenhauses auf Verwerfung seines Budgetbeschlusses als gesetzwidrig für null und nichtig erklärt hatte. Zwei Tage später (15. Oktober) hatte Bismarck eine denkwürdige Unterredung mit dem kurhessischen Abgeordneten Dr. Friedrich Oetker[1]), einem damals in Kurhessen politisch und besonders in der Presse („Hessische Morgenzeitung") thätigen Manne, welcher später zu den Mitbegründern der nationalliberalen Partei zählte. Oetker berichtet in seinen „Lebenserinnerungen"[2]) darüber wie folgt:

„Man kann sich vorstellen, mit welchen Gedanken und mit welcher Zurückhaltung ich mich dem Manne näherte, der damals liberalerseits als der wahre aristokratisch-feudale Unhold angesehen wurde. Serviler Landjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummler, leichtsinniger Spieler ꝛc. ꝛc., das waren so etwa die Bezeichnungen, mit denen man den neuen ersten Minister Preußens bedachte. Und ich selbst, wenn ich auch mein Urteil weit freier gehalten hatte, stand doch unter dem Eindrucke der allgemeinen Meinung.

Wie war ich daher erstaunt, in wenig Minuten ein ganz andres Bild in der Seele zu haben, als womit ich das Zimmer des Ministers betreten hatte. Keine Spur von aristokratischem Übermut, borniertem Junkertum, feudaler Einseitigkeit, prinzipieller Verranntheit, diplomatischer Zurückhaltung! . . .

Eine hohe, starke, aber geschmeidige Kraftgestalt kam mir freundlichst bis an die Thür entgegen, reichte mir die Hand, rückte mir einen Sessel zurecht und sagte mit dem gewinnendsten Lächeln: „Na, Sie werden ja auch schon mißliebig bei den Demokraten!"

Gleich aus seinen ersten Äußerungen entnahm ich — und zu meiner großen Freude — daß Herr von Bismarck die deutschen Angelegenheiten noch um viele Grade höher stellte, als seine Vorgänger. Von einem bestimmten Plane war noch nichts zu bemerken; aber desto mehr von einer entschlossenen Thatkraft: man muß die Dinge stets fassen, wie sie eben laufen!

Bismarck wartete nicht auf die Mitteilung meines Anliegens. Er begann sofort, mir seine Ansichten und Bestrebungen in betreff des Handelsvertrags mit Frankreich und des deutschen Zollvereins zu entwickeln. Man sei fest entschlossen, auf jede Folge hin, auch auf die einer „vollständigen Isolierung", am Handelsvertrag mit Frankreich, der ohne Mitwirkung der andern Zollvereinsstaaten ab-

[1]) Oetker, Friedrich, Dr., Schriftsteller in Cassel. Geb. 9. April 1809 in Rehren (Grafsch. Schaumburg). Seit 1838 Obergerichts-Anwalt in Cassel, 1852 rechtswidrig entlassen, 1866 infolge gerichtlicher Klage wieder eingesetzt, ohne von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Seit 1859 Herausgeber der „Hessische Morgen-Zeitung" und thätiges Mitglied des National-Vereins. 1848 Mitglied des Vor-Parlaments. 1848—1850 und 1862—1866 Mitglied der Kurhessischen Landtage; Mitglied des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1867 (nat.-lib.).

[2]) Bd. III, S. 334 ff.

Digitized by Google

geschlossen war, festzuhalten und eine Umbildung der Verfassung des Zollvereins zu erstreben, damit das Veto der einzelnen wegfalle. Dabei solle eine „Vertretung der Bevölkerung“ stattfinden, woraus „mit der Zeit, mit den Jahren“ — denn auf ein Mal lasse sich so etwas nicht erzwingen — eine bedeutungsvolle politische Konsequenz hervorgehen könne. Die Souveränetät der Fürsten komme dabei nicht allzu empfindlich in betracht, indem solche nur durch Verträge, die auf Kündigung ständen, beschränkt werde. Ob alsbald eine Gesamtgesetzgebung für alle Vereinsstaaten in Handelsangelegenheiten und ähnlichen Dingen erzielt werden könne, lasse er vorläufig dahin gestellt sein. — Sehr wichtig bei diesem Plane sei natürlich Kurhessen. (Das gab Anlaß, noch verschiedene kurhessische Fragen zu besprechen, hinsichtlich deren Oetker Bismarck's Ansicht zu hören wünschte, und die hier übergangen werden können.)

Inzwischen waren schon mehrere Anmeldungen erfolgt, darunter Herr von Sydow u. a. Ich hatte mich bereits erhoben, aber Herr von Bismarck hielt mich noch zurück, er hatte augenscheinlich noch etwas auf dem Herzen, worauf er Wert legte. Es werde mich doch interessieren, fuhr er fort, auch etwas über die innere Frage in Preußen zu vernehmen, was aber nicht für die Öffentlichkeit sei. Er habe der Sache die jetzt vorliegende Richtung rc. gegeben, um vorläufig einen gewissen Abschluß zu erzielen. Die Stimmung sei auf allen Seiten eine solche gewesen, daß eine Verständigung jetzt unmöglich erscheine. Die Zeit werde helfen. Er denke nicht daran, den Konflikt zu schärfen . . . . er hege vielmehr die feste Hoffnung, daß sich in wenigen Monaten ein Weg zur Ausgleichung werde eröffnen lassen.

Als ich meinerseits auf eine Mittelzahl in betreff der drei- bezw. zweijährigen Dienstzeit hinwies, entgegnete Bismarck lebhaft: „Das ist der Henkel, an dem sich die Sache wird fassen lassen; es bedarf aber einiger Zeit“ . . . .

Dann klagte Bismarck, daß so viel Verkehrtes in die Öffentlichkeit komme. So habe Frese seine Äußerungen vielfach entstellt veröffentlicht, namentlich auch den Zusammenhang gestört, in dem er von „Eisen und Blut“ gesprochen habe; „Blut“ sei gleich „Soldaten“ gebraucht worden.

Ich schob hier ein, daß ich selbst ganz der Ansicht sei, daß wir ohne „Eisen und Blut“, viel Blut sogar, nicht ans Ziel gelangen würden, was Bismarck wie in Gedanken versunken anhörte.

Dann fuhr er fort: er sei der junge Mensch nicht mehr, der sich 1848 „den Barrikaden gegenüber gestellt habe“ . . . . Jedem hänge seine Erziehung an . . . Aber in Frankfurt seien ihm die Augen aufgegangen . . .

Übrigens habe er das Ministerium übernommen gerade um Extremes zu verhüten; die Herren von der Opposition irrten sich, wenn sie an ein liberales Ministerium dächten, nach ihm würden vielmehr die Herren v. M. u. s. w. kommen und die Sache könne dann leicht mit „Karlsbader Beschlüssen“ enden.

Ich schob abermals eine Bemerkung ein, etwa dahin, daß ich eine ähnliche Auffassung gehegt habe und daß ich ihm keine Pläne „im Sinne der Kreuzzeitung“ zutrauen könne.

Digitized by

Worauf Bismarck in höchster Lebhaftigkeit: „O Gott bewahre!" . . . .

Dann folgten Ausdrücke über die „Kreuzzeitung," so schwer und so wegwerfend, wie ich sie selbst noch niemals in den Mund oder in die Feder genommen hatte.

Schließlich kam Bismarck nochmals auf den Konflikt zurück. Er strebe aufrichtig nach Ausgleichung; es müsse ein Weg gefunden werden. Denn wenn ein Budget nicht zu stande komme, so liege — wie man über die „Lücke" in der Verfassung denken möge — jedenfalls ein thatsächlicher Zustand vor, der in der Verfassung nicht erwähnt werde und wobei das Gesetz nicht sage, wer nachgeben müsse . . . .

Dann begleitete mich der riesige Mann mit freundlichstem Gruße und Händedruck bis zur Thür, und Regierungsrat Zitelmann lief mir noch nach wegen der geheimen Adresse.

Es wirbelte mir im Kopfe, als ich auf die Straße, in mein Zimmer trat . . . Das war also der eingefleischte „Landjunker"? . . . Nicht doch! Wie vieles auch berechnet sein mochte — hier war eine ganz außergewöhnliche, großartige Erscheinung! —

Und diese Überzeugung mehrte sich später bei jeder Unterredung.

Aber vergebens war es, auch andre davon zu überzeugen! Da wuchs nur Wut und Widerwille! Man blieb ungläubig und hielt dafür, daß ich von Bismarck bethört sei und angeführt werde[1])."

Im Oktober 1862 fuhr der Ministerpräsident mit dem sich eben wieder der parlamentarischen Carriere widmenden Herrn von Unruh[2]) zufällig die Eisenbahnstrecke von Berlin bis Jüterbog. Sehr bald kam Bismarck auf den Streit über die Militärvorlage zu sprechen und wiederholte im wesentlichen, was er bereits in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses geäußert hatte: er habe bei seinem Eintritt in das Ministerium auf eine Verständigung gehofft, leider vergeblich. Es bliebe ihm jetzt nichts andres übrig, als nach der Vorschrift der Verfassung zu verfahren, welche die Regierung verpflichte, dem Landtage das Budget rechtzeitig vorzulegen. Wenn ein solches nicht zu stande komme, so könne der Staat deshalb nicht stillstehen, die nötigen Ausgaben müßten geleistet werden u. s. w. Herr von Unruh sprach sich namentlich dahin aus, daß mit der bloßen Vorlage des Etats die verfassungsmäßige Verpflichtung der Regierung nicht erledigt sei, daß vielmehr die Verfassung unzweifelhaft einen vom Landtage genehmigten Etat im Auge habe. Gerade in dem Umstande, daß nur auf Grund eines solchen die Ausgaben geleistet werden könnten, liege für beide Teile der Zwang, zu einer Einigung zu gelangen; Unruh glaubte auch, daß eine solche zu stande zu bringen sei, nur dürfe die Regierung nicht darauf bestehen, daß das Abgeordnetenhaus jede Forderung der Regierung, auch die zu ganz neuen, großen Ausgaben, unbedingt genehmigen solle.

---

[1]) Über eine zweite Unterredung Bismarcks mit Oetker s. unten 7. November 1864.

[2]) Vergl. oben S. 6.

Digitized by Google

So wurde noch viel hin und her gesprochen. Schließlich sagte Unruh ganz offen, daß Bismarck auf dem von ihm betretenen Wege notwendig entweder zum Staatsstreich oder nach langem Streit endlich zum Nachgeben gelangen müsse. Bismarck versicherte, daß er an keinen Staatsstreich denke, aber augenscheinlich auch nicht an Nachgeben [1]. — —

Als Bismarck Minister geworden war, erinnerte er sich sofort des früheren Redakteurs der „Kreuzzeitung", Hermann Wagener, der sich 1854 nach seiner Wahl ins Abgeordnetenhaus ganz der parlamentarischen Thätigkeit hingegeben hatte [2], und nunmehr als der erste mit ihm zu zweien dinierte. „Die Flut der Geschäfte — bemerkt Wagener in seinem Werke „Erlebtes", Abteilung II, S. 17 — die unmittelbar auf ihn einstürmte, war eine solche, daß sie wahrscheinlich jeden andern überwältigt hätte, doch besaß er eben die seltene Gabe, stets fast instinktiv den Punkt zu finden, auf den es ankam, ebenso wie er sich von Anbeginn als Meister des Stils und des richtigen Ausdrucks bewährte. Wie hoch er über seinen Gegnern stand, läßt sich am besten danach bemessen, daß diese auch nicht einmal eine Ahnung davon zu haben schienen, was der Fürst Bismarck in seinem Kopf und Herzen bewegte und erstrebte, und während man ihn dort noch als beschränkten märkischen Junker taxierte, hatte er sich in der Zwischenzeit zum ersten Staatsmann und Diplomaten seiner Zeit entwickelt. Die Illusionen über Österreich mit denen er vielleicht noch nach Frankfurt gegangen war, hatte er während seiner Thätigkeit als Bundestags-Gesandter vollständig abgestreift und er war schon damals von der Überzeugung durchdrungen, daß die nächste und dringendste Aufgabe der preußischen Politik sei, die deutsche Kraft von dem Druck und den Intriguen eines mißverstandenen österreichischen Egoismus zu befreien."

Von der Vortrefflichkeit der reorganisierten preußischen Armee war Bismarck so fest überzeugt, daß er es ausdrücklich aussprach, er würde seine Politik nicht treiben, wenn er es überhaupt für möglich hielte, daß die preußische Armee besiegt werden könne. „Man kann uns auf diesem Gebiete vielleicht alles nachmachen," pflegte er zu sagen, „aber nicht den preußischen Sekonde-Leutnant."

---

[1]) Erinnerungen, S. 15.

[2]) Wagener, Hermann, Geheimer Ober-Regierungs-Rat und vortragender Rat im preußischen Staatsministerium. Geb. 8. März 1815 zu Segeletz (Kr. Neu-Ruppin). Durch das Ministerium Schwerin 1848 zum Austritt aus dem Staatsdienst veranlaßt, wurde er Gründer eines neuen Organs seiner Partei, der „Neuen Preuß. (Kreuz-) Zeitung", deren Leitung er bis 1854 als Chef-Redakteur vorstand. Auch in seiner Stellung als Justizrat beim Obertribunal blieb er, um sich der Politik ungehindert widmen zu können, nur kurze Zeit. Von 1859—1866 gab er ein umfangreiches „Staats-Lexikon" heraus, welches, zwanzig starke Bände umfassend, in seiner Art und namentlich in betreff konservativer Interessen als Quellenwerk bezeichnet werden muß. In amtlicher aktiver Stellung vom 1. April 1866 bis 1. Oktober 1873. Wagener's Verdienste um die konservative Partei, die er sich namentlich auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses erwarb, sind bekannt; seine Partei machte ihm in Anerkennung derselben das Rittergut Eulenburg zum Geschenk. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs bis 1874. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1853—1858, 1861, 1863—1870.

Digitized by Google

Daß Fürst Bismarck vor 1866 der inneren Politik und der Verwaltung der einzelnen Ressorts nur eine geringe Aufmerksamkeit schenkte, war leicht verständlich. Seine Absicht ging eben dahin, den Souveränetätsschwindel des Parlaments durch seine auswärtige Politik und deren Erfolge aus dem Sattel zu heben[1]), und seine Arbeitslast auf diesem Gebiete war groß genug, um ihm für andre Geschäfte nur wenig Muße zu lassen. „Ich habe damals — bemerkt Hermann Wagener — stets die mit überlegener Einsicht und Kühnheit gepaarte Sicherheit bewundert, mit welcher er jeden Schritt vorwärts that, und erhielt auf meine ausgesprochene Bewunderung von ihm die Antwort: „Ich treibe jetzt auswärtige Politik, wie ich früher auf die Schnepfenjagd ging, und setze nicht eher den Fuß vorwärts, als bis ich den Bülten, auf den ich treten will, als sicher und tragfähig erprobt habe.“ — —

Aus der Zahl verschiedener unverbürgter Privatgespräche Bismarck's mit einzelnen Abgeordneten will ich eins hervorheben, welches sich auf die polnische Frage bezieht. Die Sendung des Generals von Alvensleben nach Petersburg, die Mobilisierung von vier Armee-Korps, die deutsch-russische Konvention wegen des polnischen Aufstandes, die drohende Sprache der Westmächte schienen im Jahre 1863 ernste Stürme zu verkünden. Im Abgeordnetenhause folgten sich die Interpellationen und Anträge über diese Vorgänge, welche zu stürmischen Scenen führten.

Um diese Zeit traf Herr von Bismarck ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses auf einem Hofballe. Eine Unterhaltung knüpfte sich an, man kam auf die polnische Frage, und der preußische Ministerpräsident äußerte im wesentlichen folgendes: Es gebe zwei Wege, die polnische Frage zu behandeln; entweder den Aufstand sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken, und somit rasch ein fait accompli zu machen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestieren würden; oder aber, man könne die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich fester verbeißen lassen, dann, falls die Russen Hilfe erbäten oder gar hinausgeschlagen würden, in Polen einmarschieren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Herr von Bismarck so weit gekommen, äußerte der mit solcher Mitteilung beglückte Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihn mit solchem exquisiten Ballscherz regaliere. Im Gegenteil, replizierte Herr von Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preußischer Ministerpräsident; Rußland sei längst

---

[1]) „Erlebtes“, S. 32. Von den parlamentarischen Kämpfen in der Konfliktszeit bemerkte Hermann Wagener, daß Bismarck dieselben immer nur als hors d'oeuvres behandelte und daß es ihm eigentlich ganz bequem war, seine auswärtige Politik hinter dieser Couliffe betreiben zu können. „Für einen Mann von der Einsicht, der Energie und dem Charakter des Fürsten Bismarck waren die parlamentarischen Nadelstiche wohl von Zeit zu Zeit unbequem, doch glaube ich wahrgenommen zu haben, daß es ihm vielleicht nicht gelungen wäre, Österreich zu der Kooperation in Schleswig-Holstein zu bestimmen, wenn man dort nicht auf die vermeintliche innere Schwäche und Zerrissenheit Preußens spekuliert und um deswillen Preußen als einen durchaus ungefährlichen Bundesgenossen betrachtet hätte.“

Digitized by Google

Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die unzivilisiertere Nation der Russen könne die zivilisiertere der Polen nicht beherrschen, die Deutschen würden es können. Wir würden Polen in Jahren germanisieren, sagte Herr von Bismarck, und gleichzeitig fügte er hinzu, es dürfe nur Personal-Union eintreten und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger hier in Berlin, sondern in Warschau tagen[1]).

Wie kurzsichtig Bismarck's meisterhafte Politik in der Herzogtümerfrage beurteilt wurde, geht aus nachstehender Zuschrift hervor, welche ein preußischer Abgeordneter zu Anfang des Jahres 1864 an die „Times" richtete. Derselbe wünschte, daß die Herzogtümer Schleswig und Holstein in ihrem Streben, von Dänemark vollständig loszukommen, unterstützt werden. „Da das Land und sein Herzog einen unnachgiebigen und gewissenlosen Feind, keine Waffen und Verbündete haben, so suchen wir ihnen an dem deutschen Bunde einen Freund zu gewinnen, und wir arbeiten auf die Unterstützung dieser Politik durch Preußen hin. Hierin wie in allem andern arbeiten wir vergebens. In dieser wie in allen anderen Angelegenheiten setzt Herr von Bismarck seinen Stolz darin, in geradem Widerspruch mit unsern Ansichten zu handeln. Für ihn sind die Urheber dieser (sehr sanften) Agitation die Demokraten von 1848, die einen Vorwand zum Sturz der konservativen Herrschaft suchen. Für ihn sind die deutschen Regierungen, die dem Verlangen ihres Volkes beigestimmt haben, Verschwörer gegen Preußens Unabhängigkeit. In seinen Augen wäre die Schöpfung eines neuen, zugleich an der Ost- und Nordsee liegenden norddeutschen Staates eine Aussicht auf einen neuen Gegner Preußens, und so sucht er nur einen anständigen Vorwand zur Anerkennung Christians IX. als Herzog von Schleswig und Holstein." — —

Am 7. und 23. November 1864 hatte Bismarck Unterredungen mit dem bereits oben genannten Abgeordneten Dr. Oetker[2]), die sich zumeist auf die Gestaltung verschiedener kurhessischer Fragen beschränkte. Nur gelegentlich berührte der Ministerpräsident auch den Konflikt mit dem Abgeordnetenhause.

Auf Oetker's Bemerkung, daß endlich der innere Hader in Preußen beigelegt werden möchte, der so viel Kraft wegnehme, rief Bismarck lebhaft: „Sie haben vollkommen recht; aber mit den jetzigen Leuten ist zu keiner Verständigung zu gelangen; die Professoren wollen alles besser wissen, über alles Aufschluß haben, in alles mit hineinreden, und das geht in der Politik nicht[3])."

[1]) Das obige Gespräch ist niemals in das Reich der puren Erfindung verwiesen worden, wie beispielsweise die Erzählung des in Warschau lebenden Schriftstellers Berg über die Mission des Generaladjutanten von Treskow nach Dresden zu Anfang des Jahres 1865.

[2]) Vergl. oben S. 20.

[3]) In einem an Motley unterm 17. April 1863 gerichteten Briefe schreibt Bismarck: „Ich bin genötigt, ungewöhnlich abgeschmackte Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker anzuhören." Noch weniger schmeichelhaft äußert sich Bismarck in der Fortsetzung dieses Briefes vom 18. April 1863. „Diese Schwätzer können Preußen wirklich nicht regieren, sie haben zu wenig Witz und zu viel Behagen dumm und dreist . . . Von der Politik über die Kirchturminteressen hinaus wissen sie so wenig, wie wir als Studenten davon wußten, ja noch

Digitized by Google

Als Bismarck später eine ähnliche Bemerkung machte, die Schale seines Unwillens wiederum auf die Liberalen ausgoß, und Oetker bemerkte: „Aber Excellenz, ich gehöre ja auch zu den Liberalen!"

„Das ist richtig — erwiderte er sofort — aber Sie sind ein praktischer, geschichtlicher Mann, kein philosophischer Prinzipienreiter; Sie gehen von links aus, ich von rechts, und da kommen wir sicher zusammen. —"

Beim Abschied warf Bismarck noch einige Äußerungen über den Kurfürsten und über die offiziösen Blätter hin. Auf diese dürfe Oetker kein zu großes Gewicht legen: ein Ministerium sei keine Redaktion .... Der Kurfürst denke, man werde in Preußen oktroyieren und dann wolle er's auch thun; da könne er jedoch lange warten [1]).

Wenige Monate vor Ausbruch des Krieges mit Österreich fühlte Bismarck, welcher bis dahin seine persönlichen Beziehungen zu der parlamentarischen Opposition abgebrochen hatte, das Bedürfnis, mit einigen seiner einflußreichsten und intelligentesten Gegner wiederum Unterhandlungen anzuknüpfen: Er ließ sie — bemerkt Ludwig Bamberger in seinem Werke „Herr von Bismarck" — auf die bedeutungsvollste Art zu vertraulichen Besprechungen zu sich bitten, in welchen er ihnen die Frage vorlegte, ob sie die nötigen Mittel zum Kriege bewilligen und ob sie ihn im Falle einer ersten ungünstigen Wendung unterstützen würden. Er beschwor sie, für eine kurze Zeit ihre feindselige Haltung aufzugeben und nur an das Vaterland zu denken. Man erwiderte ihm, daß er es gewesen, der einen Abgrund zwischen dem Volke und dem Königtum gegraben, durch die unsinnige Art, mit der er beharrlich die öffentliche Meinung gereizt und jede Rückkehr zum Vertrauen in die Regierung unmöglich gemacht habe. Herr von Bismarck bestritt nicht das Gewicht dieser Anklagen, aber er verschanzte sich hinter die unlösbaren Schwierigkeiten seiner Stellung neben einem den modernen Ideen widerstrebenden Herrn und Meister, der von ultra-aristokratischen Einflüssen umgeben, bei seinem vorgerückten Alter wenig zu Meinungsänderungen geneigt sei. Er forderte sie auf, für jetzt nur an den Staat und das große Vaterland

---

weniger, in auswärtiger Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder; in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweise dumm, einzeln verständig."

[1]) Eine Bestätigung der obigen Politik Bismarck's liegt auch im folgenden: Am 19. Juni 1865, dem Tage vor der Abreise des Königs nach Karlsbad, wurde in Berlin ein Kabinettskonseil gehalten über die der zweiten preußischen Kammer gegenüber zu ergreifenden Maßregeln. Der Kriegsminister von Roon war der Ansicht, daß mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause und dem bestehenden Wahlgesetz nicht länger zu regieren sei und Oktroyierungen stattfinden müßten; von Bismarck dagegen behauptete, daß eine Veröffentlichung des Budgets im Verwaltungswege zur Kenntnisnahme des Publikums vollkommen ausreiche. Auf diesem Wege könne man die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ruhig ertragen. Man werde dieselben in solchen Fällen, wo sie die Zustimmung des Königs fänden, wie bisher acceptieren, in andern aber, wo sie wegen Mangels an Übereinstimmung der drei Faktoren wirkungslos seien, unberücksichtigt lassen. Bismarck's Ansicht drang durch.

Digitized by Google

zu denken, und setzte auseinander, wie man, ohne sich eitlen Selbsttäuschungen hinzugeben, von der Zukunft das beste hoffen könne. Er erkannte ohne Umschweife an, daß einige seiner Kollegen im Ministerium es wohl verdienten, entfernt zu werden, und daß man bei Gelegenheit des Militärgesetzes Unrecht gethan, nicht mehr wie geschehen, zu einer Verständigung mit der Kammer die Hand zu bieten; daß er für seine Person diese beiden Resultate zu erreichen gewünscht, daß man aber seinen Einfluß überschätze, daß er mit unübersteiglichen Hindernissen zu kämpfen habe. Der König, sagte er, wolle von einem versöhnlichen Schritte, welcher irgend eine Reduktion der Armee zur Folge hätte, nichts hören, und es wäre verlorne Mühe, ihm eine Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts anzusinnen.

Bei dieser Lage der Dinge, sagte der Minister, hätte er alles seinem großen, seit acht Jahren verfolgten Zwecke opfern müssen. Dieser Zweck war die Ausschließung Österreichs, die wesentlichste Bedingung zur Bildung eines deutschen Staats. Österreich im italienischen Kriege beizustehen, wäre ein Selbstmord gewesen, und mit diesen nämlichen Worten behauptete er seinerzeit dem Könige von jenem Entschluß abgeraten zu haben, der für einen Augenblick die größte Aussicht hatte, angenommen zu werden. „Mein größter Triumph — rief er mehrmals in diesen Unterredungen aus — ist, vom Könige von Preußen die Kriegserklärung gegen Österreich und die Berufung eines deutschen Parlaments erlangt zu haben. Überlassen Sie das übrige der Zukunft und fragen Sie mich nicht, warum ich dies höchste Ziel nicht erreichen konnte, ohne die Presse und die Kammer gegen mich aufzubringen. Es giebt große Dinge, die man nicht mit Reden und Abstimmungen durchsetzen kann. Man muß dazu fünfmalhunderttausend Bajonette haben."

Herrn von Bismarck fiel es nicht schwer, die Männer, welchen er auf diese Weise unter den interessantesten Bekenntnissen sein Herz ausschüttete, zu überzeugen, daß sie in diesem entscheidenden Momente seinen Rücktritt unmöglich wünschen konnten; er anderseits, fügte er hinzu, könne die Schwierigkeit seiner Stellung nicht noch dadurch vermehren, daß er auf eine Politik eingehe, welche von derjenigen der vier letzten Jahre von Grund aus verschieden wäre. „Ich kann von meinem Posten zurücktreten — sagte er — aber ich kann mich nicht dem Schein aussetzen, von heute auf morgen umgesattelt zu haben, um so weniger, als ich dadurch alle Widersacher meiner großen Politik gegen mich entfesseln würde."

Solche, im Tone einnehmender Offenherzigkeit gegebene Erklärungen bahnten eine schließliche Verständigung an zwischen dem Minister und einem einflußreichen Teile der Opposition, welcher sich ihn zu unterstützen entschied, nicht nach dem errungenen Siege, sondern bevor noch der Kanonendonner von Königgrätz seinen Argumenten zu Hilfe gekommen war.

Wir sind in der Lage, über die hier von Bamberger angedeuteten Verhandlungen einige nähere Details geben zu können.

Digitized by Google

Beginnen wir mit dem Abgeordneten Dr. Miquel[1]), der schon zwei Jahre vorher Bismarck's Verdienste um die deutsche Sache bereitwillig anerkannt hatte. Im November 1864 hielt derselbe nämlich eine Rede, der ich nachstehende Stellen entnehme: „Meine Herren, sehen wir auf die Thatsachen der Gegenwart. Da hatten wir zuerst praktisch zu agitieren um Wiederherstellung der Verfassung in Kurhessen und wer hat den Ausschlag gegeben und geben müssen? Meine Herren, ich sage mit entschiedener Betonung: Bismarck. Wer hat den Zollverein wieder hergestellt? Es ist unter der Regierung Bismarck's geschehen. Wer hat das österreichische Reformprojekt vereitelt? Herr von Bismarck. Wer hat Schleswig-Holstein befreit? Herr von Bismarck. Sie werden nicht verkennen, daß ich weit entfernt bin, dem Ministerium Bismarck Lorbeeren zu streuen. Alles, was hier Herr von Bismarck that, hat er vielleicht wider Willen gethan, aber er hat es im Interesse Preußens zugleich für Deutschland gethan und thun müssen, da in allen großen Fragen das deutsche und preußische Interesse zusammenfällt" (Bravo)[2]).

Über Bismarck's erstes Begegnen mit Miquel berichtet der letztere: Ich war längere Zeit vor dem Kriege zum Besuche bei Verwandten in Berlin, Ende Mai oder Anfang Juni. Bei dieser Gelegenheit fragte mich Geh. Rat Abeken, ein Osnabrücker, ob ich nicht geneigt wäre, bei der schweren Zeit einmal mit dem

---

[1]) Miquel, Johannes Dr., preußischer Finanzminister, geboren am 21. Februar 1829 zu Neuenhaus, evangelisch. Seit 1855 im hannoverschen Verfassungskampf, 1859 Mitbegründer und Ausschußmitglied des Nationalvereins, 1864 Geschäftsführer des Schleswig-Holstein-Ausschusses dieses Vereins, 1864 als Abgeordneter der kleinen Göttingenschen Städte in die hannoversche zweite Kammer eingetreten, 1865 zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählt, 1869—1873 Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, 1882 Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. Von 1867—1877 Mitglied des Reichstages (erst für Osnabrück, dann für Waldeck) des preußischen Abgeordnetenhauses, jetzt des Herrenhauses. 1887 in den Reichstag gewählt für Friedberg (Hessen) und Kaiserslautern, nahm er letzteres Mandat an.

[2]) Vor einem Jahre — so bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 270 vom 17. November 1864 hierzu — würden kaum solche Worte zu Gunsten Bismarck's in der Generalversammlung laut geworden sein, nach einem Jahre dürfte vielleicht noch mehr Grund vorhanden sein, Herrn von Bismarck, dem Staatsmann, der stets „besser gewesen ist als sein Ruf", Gutes nachzusagen. Unsere Leser mögen uns nicht mißverstehen und irre an uns werden, aber wenn man die deutsche Misère sich vergegenwärtigt und die Persönlichkeiten, welche an der Spitze der übrigen deutschen Staaten stehen, mit der kühnen Entschlossenheit und der genialen Fruchtbarkeit des preußischen Premier vergleicht, dann wird man uns zustimmen müssen. Wenn man sich nicht scheut, einen Minister wie Herrn von Beust, der zehn Jahre lang an Gewaltmaßregeln und politischen Nichtswürdigkeiten sich überboten und in Sachsen gewirtschaftet hat, wie es Bismarck selbst beim schlechtesten Willen in Preußen nicht möglich gewesen wäre, wenn ein solcher Minister heute von der liberalen Partei „angetoastet", von schwarz-rot-goldenen Vereinen mit Fackeln und obligaten Vivats empfangen wird, dann — ja dann kann man es uns wahrlich nicht verübeln, wenn der Vertrauensdusel auf uns ansteckend wirkt und wir Anwandlungen bekommen, Herrn von Bismarck als den „rechten Mann" zu preisen, der, wenn es nach seinem Willen ginge, dieser mittelstaatlichen und k. k. österreichischen Intriguen- und Kabalen-Wirtschaft schon längst ein Ende gemacht haben würde. Am Ende ist uns ein Mann der That immer noch lieber als Männer der Phrase, des Separatismus, der Zaghaftigkeit und des politischen Jesuitismus!

Digitized by Google

Grafen Bismarck mich zu unterreden. Ich lehnte anfänglich dies ab, nicht, weil ich irgendwie an Hannover dachte, denn wir glaubten noch immer, es würde eine Einigung zwischen Preußen und Hannover zu stande kommen, sondern wegen der allgemeinen politischen Verhältnisse, und wegen des scharfen Gegensatzes, in dem meine politischen Freunde, die mit im Nationalverein waren, zum Teil gegen Bismarck standen. Die Sache war mir nicht bequem. Schließlich ließ ich mich bewegen, wenn ich eine schriftliche Einladung bekäme, damit ich meinen politischen Freunden gegenüber mich legitimieren könnte. Nun kam ich also zu ihm in Audienz tief in der Nacht wegen starker Beschäftigung. Bismarck unterhielt sich mit mir, bei welcher Gelegenheit ich mich bemühte, dahin zu kommen, im allgemeinen deutschen Interesse, daß der Verfassungskonflikt ausgeglichen werde. Er erwiderte, daß er gegenwärtig nicht dazu im stande sei aus nicht näher mitgeteilten Gründen. Am Schlusse unserer Unterredung kam der Herr Ministerpräsident auf etwas Andres. Er sagte: „Sie sind ja hannoverscher Abgeordneter, was denken Sie, haben wir Aussicht, daß Hannover sich zu uns in ein freundschaftliches Verhältnis stellt?" Darauf sagte ich: „Excellenz, darüber kann ich keine Mitteilung machen. Ich bin in der Opposition, habe keine Beziehungen zum Hofe und zu den dortigen Anschauungen. Darüber kann Ihnen der preußische Gesandte Auskunft geben." Darauf sagte er: „Wir haben mit Hannover gefochten im siebenjährigen Kriege und in den Freiheitskriegen. Preußen, wenn es zu einem Konflikt und Bruche kommt, was ich nicht weiß, ist in einer gefährlichen Lage, wir können nur dringend wünschen, daß Hannover sich neutral hält, mehr verlangen wir nicht, und Geneigtheit zeigt, teilzunehmen an der Rekonstruktion der Bundesverhältnisse, die nicht so bleiben können, wie sie sind." Ich glaube, daß er hinzufügte, vor einigen Tagen sei mit Stockhausen, dem damaligen Gesandten, ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, und er hoffe bestimmt, daß er ratifiziert werde. Dies läge im offenbaren Interesse des Landes. Ich fragte, ob ich von dieser Äußerung Gebrauch machen dürfe. Er sagte, dem stehe nichts entgegen, es wäre ihm sogar sehr erfreulich. Er hat dies verschiedenen Personen gegenüber geäußert.

Die Unterredung, welche der Ministerpräsident am 20. Juni 1866 mit dem damals noch zur Fortschrittspartei gehörigen Abgeordneten Hans Victor von Unruh hatte, ist im ersten Bande (2. Auflage, S. 324 ff.) dieses Werkes von diesem letzteren selbst geschildert worden[1]).

Vor Unruh war auch Twesten[2]) zu Bismarck berufen worden. Ihr Verhältnis zu einander zu schildern, ist eine undankbare Aufgabe. Der Abgeordnete

---

[1]) In den oben erwähnten „Erinnerungen" J. D. H. Temme's, welcher 1863—1864 Mitglied des Abgeordnetenhauses war, findet sich über Bismarck nichts Erwähnenswertes. Temme ist entrüstet über die Redewendungen desselben. „Meine Herren, ich nehme das Geld, wo ich es finde! — Meine Herren, ich führe Krieg auch ohne Sie."

[2]) Twesten, Carl, in Berlin. Geboren 22. April 1820 in Kiel. Unter den Begründern der Fortschrittspartei verfaßte er großenteils die ersten Aufrufe und Programme derselben. Seit 1862 Mitglied des Abgeordnetenhauses, suchte er in dem Militärkonflikt einen Ausgleich auf Grund der zweijährigen Dienstzeit oder einer festen Präsenzzahl der Armee herbeizuführen.

Digitized by Google

fühlte sich eine Zeit lang zu dem leitenden Staatsmann hingezogen, und er wirkte auch zeitweise für seine Politik. Aber es lebte noch eine zweite Seele in ihm, die ihn zum Politiker unfähig machte; er witterte, auch nachdem Bismarck den Frieden mit der Volksvertretung geschlossen hatte, überall die Tendenz zu Gesetzesbrüchen und Verletzungen der Verfassung, und ging dann in der Verteidigung derselben oft mit einer falsch angebrachten Schneidigkeit und Rücksichtslosigkeit vor, die Bismarck schließlich die Überzeugung beibringen mußte, daß es Twesten mehr zu thun sei, in den Augen der Menge als Volkstribun zu erscheinen, denn als ein praktischer Mitarbeiter der Regierung. „Mit Twesten glaubte ich noch einmal zusammen im Ministerium zu sitzen,“ äußerte Bismarck einmal. Es kam so wenig dazu, daß schließlich sogar der persönliche Verkehr der beiden vollständig erkaltete [1]).

Über seine, Ende Mai oder Anfangs Juni 1866 erfolgte Unterredung mit Bismarck schrieb Twesten Ende Juni 1866 seinem Freunde Gustav Lipke [2]), welcher Twesten gefragt hatte, ob nicht zur Beruhigung der Gemüter wenigstens an Stelle der am meisten mißliebigen Minister Lippe und Eulenburg andere, populäre Männer gestellt werden könnten.

„An eine Änderung in dem System oder den Personen der Regierung ist gar nicht zu denken. Bismarck giebt zu, daß liberale Maßregeln und Personen die Chancen des Krieges durch die Wirkung auf das Inland wie auf das übrige Deutschland verbessern, die Erfolge des Sieges namentlich durch die Wirkung auf Napoleon größer und sicherer machen würden; er erklärt, daß er selbst den König zu einem liberalen Ministerium nötigen würde, wenn er im auswärtigen Ministerium zu ersetzen wäre; er versichert, daß er nicht an einem liberalen Ministerium teilnehmen könne, der König sich nicht zu einem solchen entschließen werde. Außer stande, einen großen Aufschwung in Preußen und Deutschland hervorzurufen, erkennt er an, daß es dringend erforderlich, wenigstens so weit zu einer Verständigung zu kommen, daß Geldbewilligungen seitens des Abgeordnetenhauses erfolgen können. Aber selbst dazu soll nichts geschehen. Ich bin auf seinen Wunsch bei ihm gewesen, habe ihm gesagt, daß uns ohne Herstellung des

[1]) Twesten wurde Ende 1861 zum erstenmal in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, nachdem sich die politische Welt kurz vorher lebhaft mit ihm beschäftigt hatte aus Anlaß der anonymen Schrift desselben: „Was uns noch retten kann. Ein Wort ohne Umschweife.“ Berlin 1861. Infolge dieser Schrift kam es zu einem Pistolenduell zwischen dem General von Manteuffel und dem Stadtgerichtsrat Twesten, wobei der letztere durch einen Schuß in den rechten Arm verwundet wurde. Während der Konfliktszeit bekämpfte Twesten die Verfassungsverletzungen der Regierung, aber er begünstigte so wenig den unfruchtbar, nur verneinenden Radikalismus, daß er sogar aus dem Vorstande der Fortschrittspartei ausgeschlossen wurde. Das erste Rededuell zwischen Bismarck und Twesten erfolgte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. April 1863, bei welcher Gelegenheit der Abgeordnete dem Minister einen scharfen aber ganz unnötigen Hieb auf Bismarck's frühere Stellung zur schleswig-holsteinischen Frage versetzte. Bismarck's spätere Politik in dieser Frage erkannte Twesten bereitwillig an.

[2]) Vergl. zum Folgenden den Aufsatz von Gustav Lipke: Bismarck und Twesten in der „Deutschen Revue“, IV. Jahrgang, Heft 4. 1880, S. 1—23. Auch die „Grenzboten“ 1870. IV. Quartal, S. 162.

Digitized by Google

verfassungsmäßigen Budgetrechts jede Verhandlung über Geldbewilligungen unmöglich sei, daß die Bewilligungen aber ohne andere, außerhalb der Budgetfrage liegende Bedingungen sicher erfolgen würden, sobald sie uns durch Herstellung des verfassungsmäßigen Bodens rechtlich und moralisch möglich gemacht würden. Ich konnte ihm diese Versicherung geben, obwohl damals (vor 3 Wochen) noch viel mehr gerufen wurde: diesem Ministerium kein Geld, weil ich sicher war, daß sich das im Kriege schnell ändern würde, und weil ich sah, daß unser Interesse, bewilligen zu können, bald größer sein würde, als sein Interesse, Bewilligungen zu erhalten. Jetzt wird der Ruf: unbedingt bewilligen! schon ziemlich laut. Das ist uns unmöglich. Könnte die Regierung ohne uns kein Geld erhalten, so würde sie in demselben Augenblick nachgeben; aber sie kann es ohne uns auf absolutistischem Wege erhalten, und so wird sie den Weg gehen. Ich machte ihm spezielle Vorschläge über die Budget-Operationen rc. und habe auf seinen Wunsch einen Entwurf für die Thronrede gemacht, worin der König unter Ankündigung der Finanzvorlagen die Zusicherung erteilen sollte, daß künftig nicht ohne ein durch die drei Faktoren festgestelltes Etats-Gesetz regiert und keine Ausgabe gegen einen Beschluß einer Kammer gemacht werden sollte[1].

Seitdem bat er Unruh zu sich, hat ihm erklärt, das ganze Ministerium sei mit meinem Vorschlag und Entwurf einverstanden gewesen, aber der König habe alles verweigert. Dann hat er nur gemeint, wir müßten auch so für den Krieg bewilligen. Das wird hoffentlich nicht geschehen. Der äußere Erfolg wird allerdings ziemlich derselbe sein; wird ohne uns, oder mit unserer einfachen Unter-

---

[1]) Twesten's Entwurf zu einem Passus der Thronrede. Bismarck zugestellt am 3. Juni 1866 lautet: In dem Augenblick, da die Verteidigung des Vaterlandes Meinem Volke große Anstrengungen und Opfer auferlegt, ist es Mein dringender Wunsch, die Zweifel über das Grundgesetz des Staates gehoben und die bisher widerstreitenden Auffassungen um der gemeinsamen Aufgabe willen versöhnt zu sehen.

Damit der in der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Zustand der regelmäßigen Verwaltung wieder hergestellt werde, wird Meine Regierung unverzüglich den Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr zur gesetzlichen Feststellung vorlegen. Während des Krieges können Verhandlungen über die Organisation des Heeres im Frieden und über die regelmäßige Verpflichtung zum Kriegsdienste nicht stattfinden; auch ist ein spezieller, den gewöhnlichen Verhältnissen entsprechender Voranschlag und eine Trennung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Armee nicht möglich. Es ist daher statt des Etats des Kriegsministeriums eine den Erfordernissen dieses Jahres entsprechende Pauschsumme für den Unterhalt der Armee und die Kriegführung in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen. Soweit es zur Deckung der Staatsausgaben außerordentlicher Mittel bedarf, wird Ihnen über die Beschaffung derselben ein besonderer Gesetzentwurf zugleich mit dem Budget vorgelegt werden.

Um die zwischen Meiner Regierung und einem Teil der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse zum Abschluß zu bringen, und um Meinem Volke ein neues Pfand zu geben, erkläre Ich, daß die Verwaltung des Staates in Zukunft nicht ohne ein durch die drei Faktoren der Gesetzgebung festgestelltes Etats-Gesetz geführt und hinfort keine Ausgaben geleistet werden sollen, welche von einem der Häuser des Landtags verweigert worden sind; und Ich will, daß diese Meine Zusicherung als eine die Staatsregierung für alle Zeiten bindende Auslegung der bisher streitig gewesenen Verfassungs-Bestimmung gelten soll.

werfung gesiegt, so wird wahrscheinlich der Erfolg für die Umgestaltung Deutschlands nicht sehr groß und gewiß die Herrschaft der Reaktion im Innern lang und drückend werden. Aber ich ziehe unsere Niederlage durch die Gewalt der Regierung selbst mit Suspension der Verfassung und allem übrigen der Niederlage durch eigenen Abfall und die daran sich knüpfende Demoralisation vor. Und dabei behalten wir doch die eine Chance einer Nachgiebigkeit für den Fall, daß der Krieg sich in die Länge ziehen, oder daß während desselben ein Regierungswechsel eintreten sollte. Für das erste ist an einen Zwang durch Geldnot so wenig zu denken, wie an einen Zwang durch die Haltung des Volkes, wovon natürlich manche träumen, oder jetzt schon träumten.

Ich kam mit Bismarck überein, nicht von der Unterhandlung zu sprechen, so lange ein Erfolg zu hoffen, wünsche auch jetzt nicht, daß die Sache durch mich in das Publikum kommt, und bitte Dich also, in der nächsten Zeit nicht davon zu sprechen." —

Wir kommen zu Rudolf von Bennigsen[1]); derselbe scheint von Haus aus Bismarck skeptischer gegenüber gestanden zu sein als sein Kollege Miquel. Ein Beweis hierfür liegt in dem von ihm unterm 18. Januar 1866 an Dr. Friedrich Oetker gerichteten Briefe, abgedruckt in Bd. III, S. 423 der Lebenserinnerungen des letzteren.

Die persönliche Bekanntschaft zwischen Bismarck und Bennigsen vermittelte Dr. Friedrich Oetker, welcher hierüber a. a. O. S. 425 ff. wie folgt berichtet:

„Während des ganzen Winters trug ich mich mit dem Gedanken, ob nicht eine Annäherung zwischen Bismarck und Bennigsen zu ermöglichen sei.

Gelegentlich der Mai-Sitzung hatte ich wieder eine Unterredung mit Bismarck und gewann darin wiederholt die Überzeugung, daß er entschieden darauf ausging, das Kriegsglück zwischen Preußen und Österreich entscheiden zu lassen, selbst auf die Gefahr seines eigenen persönlichen Sturzes, ja seines Untergangs.

Unter solchen Umständen fand ich mich doppelt veranlaßt, auf nationaler Seite ein richtiges Verständnis der Sachlage herbeiführen zu helfen. Ich machte daher Herrn von Bismarck den Vorschlag, eine persönliche Bekanntschaft mit Bennigsen zu suchen; eine schriftliche Einladung werde gewiß nicht ohne Erfolg bleiben, und ich selbst wolle nötigenfalls das Meinige dazu beitragen. Nach einigem Besinnen erklärte sich Bismarck mit dem Gedanken einverstanden, und

---

[1]) von Bennigsen, Rudolf, Dr. h. c.; Oberpräsident der Provinz Hannover, Wirklicher Geheimer Rat zu Hannover. Nationalliberal. — Geboren am 10. Juli 1824 zu Lüneburg; evangelisch; trat 1856 aus dem Staatsdienst, weil ihm der Urlaub in die zweite hannoversche Kammer verweigert wurde. Seit 1856—1866 Führer der hannoverschen Opposition. Mitbegründer des Nationalvereins und dessen Präsident von 1859 bis zur Auflösung des Vereins im Jahre 1867. Seit 1867 Mitglied des Norddeutschen und des Deutschen Reichstages bis zum Jahre 1883 und wiederum von 1887 ab; 1867—1873 Vizepräsident dieser Körperschaften. Von 1867—1883 Mitglied der preußischen zweiten Kammer. Vizepräsident derselben von 1867—1873 und dann Präsident von 1873—1879. Mitglied des hannoverschen Provinziallandtags von 1867—1888 und Landesdirektor der Provinz Hannover von 1868—1888. Oberpräsident der Provinz Hannover seit 1888.

Digitized by Google

schon vor der Ausschußsitzung teilte mir Bennigsen mit, daß ihn Bismarck durch ein Schreiben von Keudell's auf den 14. Mai, abends neun Uhr, habe einladen lassen. Ich riet natürlich, darauf einzugehen, und gab zugleich Herrn von Bennigsen einige nähere Aufschlüsse über meine eigenen Beziehungen zu Bismarck. Bennigsen war bereit, der Einladung zu entsprechen, hielt sich jedoch für verpflichtet, den Ausschuß von seinem Vorhaben vertraulich in Kenntnis zu setzen.

Da kam es denn zu einem sehr lebhaften Wortwechsel und Meinungszwiespalt. Besonders erklärte sich der verstorbene Rechtsanwalt Lang aus Wiesbaden, dieser kernbrave Rheinländer, mit größtem Nachdruck gegen einen solchen Schritt. Der Ausschuß müsse sich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß sein Präsident, der Präsident des Nationalvereins, der hier nicht als Privatperson in Betracht komme, mit Bismarck in Verkehr trete.

Ich war natürlich ebenso entschieden andrer Meinung, und die Ansichten der übrigen Mitglieder waren ebenso geteilt. Einige, die zu den entschiedensten Gegnern Bismarck's gehörten, z. B. Dr. Metz aus Darmstadt, sprachen sich doch dafür aus, daß Bennigsen der Einladung folge. Ja, Metz gab nicht undeutlich zu verstehen, daß er selber nicht übel Lust hätte, eine solche Unterredung zu haben, um ein Stück Marquis Posa zu spielen. Die Mehrheit würde sich aber doch augenscheinlich gegen den Besuch ausgesprochen haben. Da erklärte Herr von Bennigsen, daß er es nur für seine Pflicht gehalten habe, nicht *ohne Vorwissen* der Mitglieder zu handeln, daß er aber einen Beschluß über den Gegenstand nicht für geeignet halte, diesen vielmehr als eine persönliche Angelegenheit betrachte und die Verantwortlichkeit für seine Handlung allein übernehme.

So fand denn die Unterredung der beiden Männer statt [1]), und auch Bennigsen kam mit der Überzeugung zurück, daß der Krieg bevorstehe."

Obwohl vorstehende Mitteilungen des verstorbenen Dr. Friedrich Oetker ungenau sein sollen, habe ich dieselben doch erwähnen zu sollen geglaubt, will aber gleich hinzufügen, was Herr von Bennigsen [2]) selbst über die betreffende Unterredung vom 19. Mai 1866 bei Gelegenheit eines Prozesses gegen den hannoverschen Redakteur von Dannenberg mitzuteilen für gut fand.

„Etwa in der dritten Woche des Mai, einige Tage nach dem Attentat auf den Grafen Bismarck, als in Berlin eine Sitzung des Ausschusses des Nationalvereins stattfand, bekam ich während der Verhandlungen einen Brief des vortragenden Rates des Ministerpräsidenten, von Keudell, später Botschafter in Rom. In diesem Briefe schrieb er mir, daß der Herr Ministerpräsident den Wunsch habe, mich zu sprechen, am selben Abend oder am folgenden. Sofort habe ich geantwortet, daß ich am Abend den Besuch machen würde. Nachdem ich diese

---

[1]) Vergl. auch die „Grenzboten" 1873. I. Quartal, S. 6—15.

[2]) Zu vergl. über denselben: Wiermann, Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen. Bd. II, S. 1—101 und S. 246. Karl Braun (Wiesbaden), Reichstagebuchblätter 1877, S. 56—63. Adolf Kiepert, Zum 70. Geburtstage Rudolf von Bennigsen's. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers. Hannover, Verlag von Karl Meyer, (Gustav Prior) 1894.

Digitized by Google

Antwort weggeschickt, habe ich den Mitgliedern des Nationalvereins Mitteilung davon gemacht. (Miquel ist wahrscheinlich anwesend gewesen, es waren überhaupt gegen 20 Mitglieder da.) Ich will vorausschicken, daß ich, als ich zum Ministerpräsidenten ging, ihn überhaupt nicht kannte. In der Unterredung hat der Herr Ministerpräsident von Bismarck mir seine Pläne über die Umgestaltung Deutschlands mitgeteilt für den Fall, daß Österreich im Kriege von Preußen besiegt werden würde, einen Sieg, den er als zweifellos voraussetzte. In dieser Unterredung ist von Hannover überhaupt nicht gesprochen worden. Das hatte seinen Grund darin, daß ich gleich bei Beginn der Unterredung befürwortete, daß in unserer politischen Unterhaltung von Hannover nicht gesprochen werden dürfe, eine Befürwortung, die von dem Herrn Ministerpräsidenten innegehalten ist. Im übrigen hat der Herr Ministerpräsident in der Unterredung damals mir mitgeteilt, er beabsichtige, sobald Österreich besiegt sei, in Deutschland eine bundesstaatliche Verfassung einzuführen unter Mitwirkung der Bevölkerung, welche mit möglichst ausgedehntem Wahlsystem zu einer Versammlung zur Mitbeschließung der Verfassung berufen werden solle. Über diese bundesstaatliche Einrichtung ist verschiedentlich unter uns geredet worden. Der Plan, den der Herr Ministerpräsident entwickelte, entspricht im wesentlichen vollständig demjenigen, was später in der norddeutschen Bundesverfassung und in der deutschen Reichsverfassung zur Ausführung gekommen ist. Er entspricht im wesentlichen auch demjenigen, was Herr von Gagern als Ministerpräsident 1848/49 als deutsche Reichsverfassung hinstellte und was in der Reichsverfassung von 1849 von der deutsch-nationalen Versammlung beschlossen ist, was der Nationalverein in seinen Statuten, dann aber in die programmmäßigen Beschlüsse aus den Jahren 1860 und 1863 aufgenommen hat.

Der wesentliche Inhalt der Politik des Fürsten Bismarck, der Bestrebungen des Nationalvereins ist der gewesen, daß ein engerer Bundesstaat mit Centralgewalt und Parlament geschaffen werden möge ohne Österreich. Dieselbe Idee ist die Grundlage desjenigen, was der Herr Ministerpräsident für den Fall der Besiegung Österreichs in Aussicht genommen hatte. Mit Österreich sollte nach dem Nikolsburger Frieden verhandelt werden über das Verhältnis, wie es auf politischem und militärischem Wege hergestellt werden kann. Es ist dies eine der ersten Ideen des Fürsten Bismarck gewesen. Über die Stellung, die Hannover nehmen würde, ist überhaupt nicht gesprochen, weil damals, wie notorisch, zwischen Preußen und Hannover über dieses Verhältnis verhandelt wurde, und ich keine Verantwortung übernehmen wollte. Es ist dieses der Grund, weshalb ich verlangt habe, daß darüber nicht gesprochen werden sollte.

Der Herr Ministerpräsident hat offenbar die Absicht gehabt, mir nicht als Herrn von Bennigsen, sondern als Präsident des Nationalvereins diese Mitteilung zu machen, und ich habe Veranlassung genommen, den politisch wesentlichen Inhalt am folgenden Tage den Mitgliedern des Ausschusses mitzuteilen, mit Ausschluß von Urteilen über Personen. Die Absicht, wenn sie auch nicht ausgesprochen war, war die, über diese Reformpläne für Deutschland, welche allgemein ange-

Digitized by Google

zweifelt wurden, auch von mir, mir eine eingehende Mitteilung zu machen für meine politischen Freunde[1])." — —

Wenn wir von geschäftlichen Verhandlungen Bismarck's mit Abgeordneten in dieser Periode verhältnismäßig so wenig zu berichten vermögen, so ist zu bedenken, daß wir mitten in der Konfliktszeit stehen, wo es leichter ist ein Kapitel über die schlechten als über die guten Beziehungen des Ministerpräsidenten zum Parlament zu schreiben. Dies fällt aber außerhalb des Rahmens dieses Buches[2]). Nur der eine Konflikt möge erwähnt werden, der zu einer Forderung des Abgeordneten Virchow durch Bismarck führte. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni 1865 zog Virchow mit dürren Worten die Wahrhaftigkeit des Ministerpräsidenten in Zweifel. Bismarck ließ Virchow durch den Hauptmann von Puttkamer als Kartellträger am 3. Juni auffordern, entweder jene Äußerung durch öffentliche Erklärung zurückzunehmen, oder sich mit ihm zu schießen. Virchow erblickte nach der „Vossischen Zeitung" in der bemängelten Äußerung nichts Beleidigendes und wies deshalb auch jede öffentliche Erklärung zurück. Ebenso lehnte der Abgeordnete Virchow das Duell mit Rücksicht auf seine parlamentarische Stellung ab[3]).

Über diese Angelegenheit schrieb Bismarck am 26. Dezember 1865 dem ihm befreundeten Prinzen Roman von André: „Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rat annimmt. Wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in

[1]) Es beruht auf einer ganz willkürlichen Kombination, wenn der Franzose Vilbort in seinem Buche „Das Werk des Herrn von Bismarck" Bd. I, S. 228 bemerkt, Bennigsen habe zu Bismarck in der Konferenz vom 19. Mai 1866 gesagt: „Wir verfolgen denselben Zweck, nämlich die Einigung, wo nicht die Einheit Deutschlands zu begründen; wir weichen einzig und allein in der Wahl der Mittel ab; Sie wollen dies Ziel durch den Krieg erreichen, und ich erachte dies für einen schweren Fehler; denn Sie werden gezwungen sein, die Kraft Süddeutschlands zu brechen. Aber auch Ihre Kräfte werden sich in dem schrecklichen Kampfe erschöpfen und Sie werden dann verhängnisvoller Weise Frankreich Zugeständnisse machen müssen, die sich vielleicht hätten vermeiden lassen, wenn diese Einigung oder Einheit auf friedlichen Wege hergestellt worden wäre."

[2]) Diese Seite der Frage findet man behandelt in dem Werke „Fürst Bismarck und nicht seine Leute" von Dr. Wolfgang Frank. Leipzig 1882 Friedrich Thiel. In Format und Ausstattung ganz à la Moritz Busch, beschäftigt sich das Buch mit den parlamentarischen Kämpfen Bismarcks, ihren Ursachen, Anfängen, spannendsten Episoden, ferner mit der Charakterisierung der Führer der verschiedenen, dem Fürsten mehr oder minder gegenüberstehenden parlamentarischen Parteien. Das Charakterbild des Fürsten ist lebensfrisch, da seine persönlichen Äußerungen selbst die eindruckvollste Farbe dazu geben.

[3]) Auch die „Volks-Zeitung" wollte gehört haben, daß am 3. Juni durch einen Offizier, Herrn von Puttkamer, vom Professor Virchow namens des Ministerpräsidenten eine Ehrenerklärung oder eine Genugthuung im Wege des Duells gefordert wurde. Herr Virchow habe die erstere nicht abgelehnt, sondern nur zur Gegenbedingung gemacht, daß der Herr Ministerpräsident seinerseits die Erklärung abgebe, daß er durch seine Bezugnahme auf Hannibal Fischer weder den Referenten noch die Mitglieder der Kommission persönlich habe beleidigen wollen. Zu vergl. auch die Notiz in Kohl „Bismarck-Reden", Bd. II, S. 375.

Digitized by Google

demjenigen Glauben, den ich mir in langem, schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demütigem Gebete vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt."

In den letzten Tagen des Monats Juni hatte Bismarck noch eine scharfe Auseinandersetzung mit einem hervorragenden Mitgliede der konservativen Partei, dem Appellationsgerichts-Präsidenten Dr. von Gerlach[1]). „Wissen Sie nicht," sagte Bismarck zu dem Vertreter des Legitimitäts-Gedankens „was der König von Hannover sich von den Österreichern hat versprechen lassen, und können Sie danach im Ernst an die preußische Regierung die Zumutung richten, diesen Fürsten, für welchen Deutschland nichts als eine Phrase ist, so zu behandeln, als wenn wir nur mit einander gespaßt hätten?"

„Fürchten Sie nicht," entgegnete ihm von Gerlach, „damit den Weg der internationalen Revolution zu betreten und in Deutschland ähnliche Zustände herauf zu beschwören, wie wir dieselben leider in Italien vor Augen haben?" „Ich verstehe es," sagte Bismarck, „daß Sie als alter Soldat aus den Napoleonischen Kriegen nur mit schwerem Herzen daran gehen, das Schwert mit Österreich zu kreuzen, und daß Sie sich nicht mit dem Gedanken befreunden können, den deutschen Bund und mit diesem ein Triumvirat deutscher Fürsten verschwinden zu sehen; doch sollen Sie dabei nicht übersehen, in welcher Weise Preußen seitens des deutschen Bundes behandelt worden ist, und daß es nicht an dem guten Willen der beteiligten Fürsten liegt, wenn Preußen nicht wieder in seine Stellung vor dem 7 jährigen Kriege zurück gedrückt wird."

„Ich fürchte," sagte Gerlach, „daß Ew. Excellenz einen sehr gefährlichen Gang gehen und daß Sie Geister heraufbeschwören, deren Sie schwerlich wieder Herr werden. Unsre alte Freundschaft hat mir deshalb keine Ruhe gelassen, bis ich mein Herz vor Ihnen ausgeschüttet habe; ich kann Ihnen auf dem Wege, welchen Sie betreten haben, nicht folgen und ich bin zu alt, um meine Ansichten zu wechseln wie einen abgetragenen Rock."

„Es wird mir tief schmerzlich sein," sagte Bismarck, „wenn unsere Wege sich trennen, und Sie, was ich vermute, sich verpflichtet fühlen, mir auch öffentlich entgegen zu treten; doch ist mein Entschluß unbeugsam, und ich sehe nicht mehr zurück, sondern nur nach vorwärts und werde mit meiner Politik stehen und fallen[2])!"

---

[1]) von Gerlach, Ernst Ludwig, Appellationsgerichts-Präsident a. D. in Magdeburg. Geb. in Berlin 7. März 1795 (evang.), 1844 I. Präsident des Ober-Landesgerichts in Magdeburg und 1842 Mitglied des Ministeriums Savigny und Mitglied des Staatsrats. 1849 bis 1851 Mitglied der I., 1852 bis 1858 Mitglied der II. Kammer. 1874 wegen einer Flugschrift bestraft und dienstentlassen. Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1874 für Wipperfürt ꝛc., demnächst auch Mitglied des Reichstags, dort Hospitant des Centrums; verstorben den 18. Februar 1877.

[2]) „Bismarck", Erzählung von einem Staatsmann, Deutsche Revue 1866, Oktober-Heft. Bereits unterm 7. Mai 1866 hatte sich der Rundschauer der „Kreuzzeitung" in derselben sehr eindringlich gegen die Politik Bismarck's und die durch sie bewirkte innere Auflösung der kon-

Digitized by Google

Über die letzten Stunden, die Bismarck am 29. Juni 1866 im Kreise von Abgeordneten vor seiner Abreise nach dem Kriegsschauplatz zubrachte, berichtet einer derselben (Hermann Wagener) wie folgt: „Die Stunde war schon weit vorgerückt, als der Ministerpräsident von Bismarck wie gewöhnlich in seinen Salon trat, um seine Freunde, die sich um diese Zeit zu versammeln pflegten, zu begrüßen und sich von den Anstrengungen des Tages im Schoße seiner Familie etwas zu erholen.

Nach den inzwischen eingegangenen Siegesnachrichten war man bereits in gehobener Stimmung, ein Gefühl, welchem Bismarck noch dadurch Ausdruck verlieh, daß er sagte: „Meine Herren, ich habe es stets als ein Axiom behandelt, daß die preußische Armee in ihrer jetzigen Gestalt und Führung überhaupt nicht besiegt werden könne, und ich habe deshalb auch unsre bisherigen Siege nur als eine Art von Morgengabe entgegengenommen. Nichtsdestoweniger beuge ich mich unter die Hand Gottes und will den Tag nicht vor dem Abend loben. Meine Parole bleibt: „Kehre nimmer, oder kehr' als Sieger." Wenn ich nun heute Euch „auf baldiges Wiedersehen" zurufe, so geschieht dies nicht in leichtfertigem Übermut, sondern mit dem Vorbehalte, „so Gott will". Was mich besonders schmerzlich bewegt, ist die Erfahrung, daß meine Pläne gerade bei meinen besten Freunden von früher am wenigsten Verständnis zu finden scheinen, und die Perspektive, daß es der zähe preußische Partikularismus sein wird, welcher dem von mir geplanten Aufbau der deutschen Einheit die größten Schwierigkeiten bereitet. Helfen Sie mir deshalb den nationalen Gedanken zu beleben und vergessen Sie nicht, daß uns nach dem Kriege mit Österreich voraussichtlich noch andere Kämpfe erwarten, aus denen nur die Gesamtkraft Deutschlands als Siegerin hervorgehen wird. Ich habe vor einigen Tagen von unserm alten Freunde Gerlach so zu sagen politischen Abschied genommen [1]) und ich fürchte, daß, wenn auch nicht alle die Charakterstärke besitzen werden, mir öffentlich entgegenzutreten, doch die Zahl derjenigen nicht klein sein wird, welche mich im stillen als den Zerstörer des alten Preußens anfeinden oder mir wohl gar noch schlimmere Absichten zutrauen."

„Gestatten Sie mir," unterbrach ihn Herr von Below-Hohendorf, „Ihnen als Alterspräsident der hier Anwesenden ein einstimmiges Vertrauensvotum auszusprechen, denn wenn wir auch heute noch nicht bis an das Ende Ihrer Pläne zu schauen vermögen, so wissen wir doch, daß der König von Preußen keinen treueren Diener hat als Sie, daß die berechtigten Eigentümlichkeiten unsers Vaterlandes in Ihren Händen gut aufgehoben sind, und daß Ihr Zweck kein anderer sein kann als alles, was der Erhaltung wert ist und was Preußen zu dem gemacht hat, was es ist, zu einem Gemeingute der deutschen Nation zu machen."

---

servativen Partei in Preußen ausgesprochen. Vergl. auch die Schrift Gerlach's „Licht und Bismarck's Finsterniß". Von einem Österreicher. Im Selbstverlag des Verfassers, Braunschweig 1870. 32 Seiten.

[1]) Vergl. oben S. 36.

„Ja, mein alter Freund," sagte Graf Bismarck, indem er ihm herzlich die Hand schüttelte, „wenn wir viele solche Konservative hätten! Man wird mich nicht dahin bringen, meine Pläne fallen zu lassen, aber man wird mich zwingen, meine Mitarbeiter dort zu suchen, wo ich sonst nichts zu suchen hätte, um so auf nicht unbedenklichen Umwegen zum Ziele zu gelangen."

„Ich verstehe Dich nicht ganz," sagte Herr von Kleist-Retzow, „wir haben Dich bisher auf allen Deinen Wegen ohne viel zu fragen rückhaltlos unterstützt, und ich sehe nichts, was diese unsre Haltung alterieren könnte."

„Gedenke unsres heutigen Gesprächs, mein lieber Hans," entgegnete Bismarck lächelnd, „wenn ich Dir dermaleinst das bekannte „auch Du, Brutus" zurufen sollte. Ich setze meine Hoffnung zunächst auf die Armee, welche uns nicht allein zum Siege führen, sondern auch den Kristallisationspunkt bilden wird, den Kern Deutschlands zusammenzufassen und unsre Errungenschaften nach allen Seiten sicher zu stellen."

„Und nun, meine Herren," fuhr er fort, „entschuldigen Sie mich, ich werde wahrscheinlich die Morgensonne am Arbeitstische begrüßen müssen."

Tags darauf, 8 Uhr morgens, begab sich Bismarck im Gefolge des Königs zur Armee nach Böhmen.

Ich schließe die Konfliktszeit mit zwei Aufzeichnungen ab, welche sich in dem litterarischen Nachlasse des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger [1]) fanden [2]). Die erste ist betitelt:

Eine tragikomische Kammerscene und eine ernste Bismarck-Enthüllung und lautet:

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Mai 1863 wurde über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom

[1]) Reichensperger, Peter Dr.; Obertribunalsrat a. D. zu Berlin, Centrum. — Geboren am 28. Mai 1810 zu Koblenz; katholisch. War Landgerichtsrat in Koblenz, Appellationsgerichtsrat in Köln. Schriften: 1847 die „Agrarfrage"; 1848 „Die preußische Nationalversammlung und die Verfassung vom 5. Dezember 1848"; 1851 „Entwurf eines Hypothekengesetzes"; 1856 „Die freie Agrarverfassung"; 1860 „Gegen die Aufhebung der Zinswuchergesetze" und „Deutschlands nächste Aufgaben" (von August und Peter Reichensperger); 1882 „Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848"; 1888 „Die Gemeinschädlichkeit der in Aussicht gestellten Erhöhung der Kornzölle". 1848 Mitglied der preußischen Nationalversammlung, 1850 des Volkshauses in Erfurt, seit 1849 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; war anfänglich bei der liberalen Opposition, seit den Ministerialerlassen von Raumer und Westphalen vom Mai 1852 in der „katholischen Fraktion", nach deren Beseitigung im Jahre 1861 Mitglied des Centrums. In den konstituierenden Reichstag gegen Schluß der Session eingetreten, stimmte er gegen die Bundesverfassung, später im Abgeordnetenhause für dieselbe, indem er anführte, daß diese Verfassung hier nicht mehr, wie im Reichstage, verbessert, sondern nur noch abgelehnt oder angenommen werden könne; geschehe letzteres nicht, so sei jede politische Einigung Deutschlands gefährdet, da die Landesfürsten durch den Allianzvertrag nur noch auf wenige Wochen gebunden seien. Mitglied des Reichstages in allen Sessionen bis 1890.

[2]) Der Schwiegersohn des verstorbenen Abgeordneten Dr. Peter Reichensperger, Professor Loersch in Bonn, hatte die Güte, mir die oben abgedruckten historisch bedeutsamen Aufzeichnungen für dieses Werk zu überlassen.

Digitized by Google

3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, verhandelt. An heftigen Angriffen gegen das Ministerium fehlte es dabei nicht und der Kriegsminister von Roon forderte und erhielt durch den Vize-Präsidenten von Bockum-Dolffs das Wort. Er sagte: „Wenn Äußerungen, wie sie hier gemacht worden sind: „Die Verfassung ist verletzt," oder wenn, wie der letzte Vorredner (von Sybel) für gut gefunden, mir die Berechtigung, zum Patriotismus zu ermahnen, um deswillen abgesprochen, weil ich den Unfrieden, oder wie er sich sonst ausdrückte, ins Land geschleudert habe, — wenn dergleichen persönliche Äußerungen gegen das Ministerium oder gegen eines seiner Mitglieder erhoben werden, so ist das nach meiner Auffassung eine ganz unberechtigte Anmaßung."

Der Vize-Präsident von Bockum-Dolffs unterbrach den Minister und wollte einem andern Abgeordneten das Wort erteilen. Roon ersuchte, ihn nicht zu unterbrechen, und der darauf folgende Wortwechsel endigte damit, daß der Vize-Präsident — unter stürmischen Tumulte — die Sitzung „vertagte", indem er sich bedeckte. [1])

Die Einzelheiten dieser Scene hat der stenographische Bericht aufbewahrt, der sich leider versagt hat und sich wohl versagen mußte, die dabei mitspielende humoristische Tücke des Schicksals zugleich zu verewigen. Diese Tücke bestand nämlich darin, daß der dem Herrn Vice-Präsidenten überbrachte Hut viel zu weit war und darum nicht bloß sein Haupt bedeckte, sondern bis auf dessen Schultern herabsank und nur mit Hilfe des Büreaus in die richtige Verfassung gebracht werden konnte. Selbst die Katone der Versammlung mußten in die unwillkürliche laute Heiterkeit einen Augenblick einstimmen.

Allein diese Heiterkeit hielt nicht lange vor. Die Sitzung war durch den ominösen Hut glücklich vertagt, aber jeder fragte sich, was nun weiter geschehen könne und werde. Man sah die Herren vom Fortschritte die Köpfe zusammenstecken und besorgliche Blicke nach dem Präsidentenstuhle und dem Kabinett richten, in welchem die Minister verschwunden waren. Nach einer halben Stunde kamen einige jener Herren zu mir und meinten, die Angelegenheit sei doch ohne Not auf die äußerste Spitze getrieben worden, — es sei zur Vermeidung eines Bruches dringend zu wünschen, daß der Kriegsminister unter etwaiger Erneuerung seines Protestes in der Sitzung wieder erscheine und die Sache einfach tot geschwiegen werde. Zu dem Ende möchte ich doch mit den Ministern sprechen, da ich mit denselben nicht auf eben so gespanntem Fuße stände wie sie.

Selbstverständlich teilte ich den Wunsch jener Herren, entschloß mich aber erst nach gehöriger Rücksprache mit meinen politischen Freunden zu dem ebenso delikaten, als zweifelhaften Versuche. In dem Ministerkabinett traf ich nur den Herrn Kriegsminister mit der Korrektur seines stenographischen Berichts beschäftigt. Ich teilte ihm die Veranlassung und den Zweck meines Erscheinens kurz mit und sprach die Hoffnung aus, daß er nach Wiedereröffnung der Sitzung erscheinen werde. Noch sichtlich erregt, fuhr er mich mit der Frage an, wie ich ihm, einem alten General, zumuten könne, nach der ihm widerfahrenen Behandlung in der

[1]) Vergl. darüber auch die Denkwürdigkeiten Roon's Bd. II., S. 120.

Digitized by Google

Sitzung zu erscheinen — davon könne keine Rede sein. Ich erwiderte, daß ich nicht vermeint habe, zu dem Herrn General, sondern zu dem Staatsmanne und Kriegsminister zu sprechen, der doch die allgemeinen politischen Interessen nicht außer Betracht lassen werde. Er wollte dies gelten lassen und ließ mich dann eingehender meine Ansicht auseinandersetzen, bemerkte aber, daß er um deswillen nicht darauf eingehen könne, weil er mit den bereits weggegangenen Ministern das Gegenteil verabredet und einen Ministerrat auf den Abend festgestellt habe, in welchem der weitere Beschluß gefaßt werden solle.

In diesem Augenblicke erschien der Ministerpräsident von Bismarck und fragte, was denn vorgefallen sei. Ich teilte ihm kurz die Sachlage und den Zweck meiner Anwesenheit sowie die letzte Äußerung des Herrn von Roon mit, worauf er erklärte, daß es vor der Hand bei jenem Beschlusse der Minister verbleiben müßte, und mich einlud, ihn nach Hause zu begleiten, um ausführlicher zu berichten, damit Herr von Roon ruhig seine Korrektur vollenden könne.

Auf der Leipzigerstraße unterbrach nun Herr von Bismarck, plötzlich stillestehend, meine Erzählung von der Hutkatastrophe mit der Frage: „Wissen Sie, wem diese Schweinereien das meiste Vergnügen machen?"

Ich: „Bitte Excellenz, mir Ihre Antwort zu sagen, da es darauf doch allein ankommt."

Bismarck: „Das will ich Ihnen sagen, — das ist der hohe Bundestag zu Frankfurt a. M."

Nun war an mir die Reihe, betroffen still zu stehen und mir einen Augenblick der Überlegung zu erbitten. Ich erwiderte dann, daß, wenn dem wirklich so sei, dies die schwerste Verurteilung Seiner Excellenz und seiner Bestrebungen darstelle.

„Wieso meinen Sie das?" fragte der Ministerpräsident.

„Nun," erwiderte ich, „dieser hohe Bundestag ist doch wohl keiner Sympathie mit demokratischen Schweinereien verdächtig?"

„Nein", meinte Bismarck trocken.

„Dann muß also — entgegnete ich — jener deutsche Bundestag Grund haben, in Ihnen, Excellenz, eine weit größere Gefahr zu erblicken, als in allen Demokraten Deutschlands!"

„Und darin soll er Recht bekommen!" schloß Bismarck; sprach's und bog mit stummem Gruße und stolz gehobenem Haupte nach der Wilhelmstraße ab.

Ich aber wanderte verdutzt und mit erregten Gedanken heimwärts, fest überzeugt, ein Wort gehört zu haben, welches schwere Ereignisse verkündigte. Oft habe ich dieses Wortes bei den diplomatischen Schachzügen der folgenden Jahre und namentlich des Frühjahrs 1866 gedacht und mußte schließlich anerkennen, daß der hohe Bundesrat in dem ihm von Herrn von Bismarck suppeditierten Urteile nur zu sehr Recht bekommen hat. Verhältnismäßig untergeordnet ist dabei die Frage, ob er geschickt operiert, oder seinem entschlossenen Gegner ins Messer gelaufen, — seine Existenz war und blieb trotz der auf ewige Zeit verbrieften Dauer der deutschen Bundesakte auf die Spitze des Degens gestellt.

Digitized by Google

Ich glaube meinerseits durch Aufzeichnung obiger Äußerung auch keine Indiskretion zu begehen, da ich sie bis zum Jahre 1866 für mich behielt, und Fürst Bismarck nach jenem siegreichen Feldzuge im Abgeordnetenhause selber erklärte, daß der Budgetkonflikt nie eingetreten wäre, wenn er den Zweck der Armeevermehrung ohne Gefährdung seines Endzieles hätte verlautbaren dürfen.

Der heute noch lebende, hochbejahrte Abgeordnete von Bockum-Dolffs[1], dem die drollige Hutscene passierte, war zu Bismarck bereits bei dem ersten vereinigten Landtage dadurch in Beziehungen getreten, daß er ihn im Auftrage von Georg Vincke darüber befragen mußte, ob er diesen durch eine etwas korrumpierte Wiedergabe einer früheren Rede desselben habe persiflieren wollen. Von dieser Stunde an hat von Bockum-Dolffs dem Fürsten Bismarck seine volle Ehrerbietung gewidmet, wie er sie demselben noch heute, nur in erhöhtem Maße, zollt, wenngleich ihre beiderseitigen politischen Überzeugungen weit auseinander gingen.

Die kurze Periode, während welcher der Prinz-Regent nicht nur nach den Worten, sondern auch im Sinne der beschworenen Verfassung zu regieren anfing, wurde durch Minister wahrgenommen, die zu schwach waren, um den Gegenströmungen den nötigen Widerstand entgegenzusetzen; dasselbe galt von den bislang liberalen Fraktionen Vincke, nachmals Grabow. Dadurch entstand bei vielen Abgeordneten der Wunsch, eine neue, völlig unabhängige Fraktion zwischen dem Fortschritt und den reaktionären Parteien zu bilden. Dieser Gedanke kam bei der Krönung zu Königsberg zur Ausführung, und mit dem alleinigen Programm „Zur Aufrechterhaltung der Verfassung" entstand das „linke Centrum", das sehr bald über 100 Mitglieder zählte. Dasselbe war an und für sich regierungsfreundlich, bei allen Zuwiderhandlungen gegen die Verfassung aber und bei allen reaktionären Praktiken völlig unzugänglich, jedenfalls aber weit entfernt, eine grundsätzliche Oppositionspartei zu sein. Die Kamarilla, das Ministerium, alle Büreaukraten, alle Reaktionäre betrachteten aber diese Ausscheidung aus den Alt-Liberalen mit höchstem Mißfallen und gaben dieser Empfindung, wo immer möglich, gehässigen Ausdruck, während die Betroffenen selbst stets an den Tag legten, daß ihnen ein solches Gebahren gleichgültig sei.

Als mehrjähriger Vorsitzender der Budget- und andrer Kommissionen hatte von Bockum-Dolffs zum öftern Gelegenheit, dem Fürsten Bismarck seine

---

[1]) von Bockum-Dolffs, Florens Heinrich, Gutsbesitzer in Völlinghausen (Kr. Soest). Geb. 19. Februar 1802 (evangel.), führte als Landrat i. J. 1851 die Kreisordnung vom 11. März 1850 im Kr. Soest (dem einzigen im Staate, dem sie zu teil geworden) ein, worauf er am 8. Okt. 1852 die Denkmünze „für bewiesene Treue im aktiven Dienst" und am 14. dess. M. seine Dispositionsstellung „im Interesse des Dienstes" erhielt. 1859 als Ober-Reg.-Rat nach Koblenz berufen, wurde er 1862 nach Gumbinnen versetzt, wodurch er 1865 sich veranlaßt fand, den Staatsdienst aus Gesundheitsrücksichten zu quittieren und die Bewirtschaftung seines Gutes zu übernehmen. v. B. war 1847—48 Mitglied des vereinigten Landtags, 1849—51 Mitgl. der I. Kammer, seit 1852 Mitgl. des Abg.-H., seit 1869 Mitgl. des Reichstags bis 1881 (liberal, keiner Fraktion angehörig).

Ehrerbietung zu erkennen zu geben und stets wurden die Äußerungen desselben mit Wohlwollen entgegengenommen. Auch später, als von Bockum-Dolffs keiner Fraktion mehr angehörte, änderte sich dieses Verhältnis nicht.

Die obige Erzählung des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger ruft übrigens die Erinnerung an einen heftigen Zusammenstoß wach, den der Ministerpräsident in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1863 mit dem Vize-Präsidenten Behrend hatte. Es war auf dem Höhepunkt des Verfassungskonflikts während des polnischen Aufstandes. Die fortschrittlichen Abgeordneten von Hoverbeck und von Carlowitz hatten den Antrag eingebracht, die preußische Regierung solle sich den kämpfenden Parteien gegenüber neutral verhalten, insbesondere solle niemandem gestattet sein, ohne gleichzeitige Entwaffnung preußisches Gebiet zu betreten. Dagegen erhob sich der Ministerpräsident von Bismarck. Er warf der Fortschrittspartei vor, sie rufe dem Auslande zu: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen . . . ." Hier unterbrach ihn ungeheurer Widerspruch und Lärm, worauf Bismarck fortfuhr:

„Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern." (Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung!)

Der Vize-Präsident Behrend erklärte hierauf: „Ob der Herr Ministerpräsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Äußerung halte ich nicht für gerechtfertigt."

Bismarck bestritt darauf, daß die Minister überhaupt zur Ordnung gerufen werden könnten und führte dann einen persönlichen Hieb gegen Herrn von Unruh, auf den Steuerverweigerungsprozeß anspielend. Vom Vize-Präsidenten Behrend zur Sache verwiesen, leugnete er in heftigen Ausfällen, der Disziplinargewalt des Präsidenten zu unterstehen und fuhr heraus: „Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat in diesen Schranken ihre Grenzen."

Darauf erwiderte Behrend unter einem Beifallssturm des ganzen Hauses: „Der Präsident des Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, so weit diese vier Wände reichen, sie endet nicht am Ministertische". Und da Bismarck abermals den Steuerverweigerungsprozeß anzog, erklärte Behrend, sofort die Vertagung auszusprechen, falls der Ministerpräsident abermals nicht zur Sache Gehöriges vorbringen würde, worauf dann Bismarck unter lebhaftem Widerspruch des Hauses seine Rede zu Ende brachte.

Die Streitfrage, ob Regierungs-Kommissarien der Disziplinargewalt des Präsidenten unterliegen, ist zwar heute noch nicht rechtlich ausgetragen. Sollte sie aber einmal praktisch werden, so ist sicher von Interesse, die Ansichten kennen zu lernen, welche sich bei dem Fürsten Bismarck in einer weit später zurückliegenden Zeitperiode darüber gebildet haben. Zu Anfang der achtziger Jahre

Digitized by Google

hatte Fürst Bismarck einem Kaiserlichen Beamten gegenüber, welcher als Kommissar ungewöhnlich heftige Kämpfe im Reichstag zu bestehen gehabt hat, folgende Direktive gegeben. „Wenn es dazu kommen sollte, daß Sie vom Präsidenten des Reichstags zur Ordnung gerufen werden, so rufen Sie den Präsidenten Ihrerseits auch zur Ordnung."

Die zweite Aufzeichnung des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger ist betitelt:

Ein folgenreiches parlamentarisches Kabinetsstück

und lautet wie folgt:

Bei Eröffnung der Landtagssession am 15. Januar 1866 bestand der unter dem Namen des Budgetkonflikts bekannte Verfassungsstreit zwischen der Landesvertretung und der Regierung noch in gleicher Schärfe, wie seit 4 Jahren. Die Majorität des Abgeordnetenhauses hatte die verfassungsmäßige Zulässigkeit der im Jahre 1860 ohne dessen Zustimmung eingeführten neuen Armee-Organisation bestritten und auf Grund des im Art. 99 der Verfassungs-Urkunde gewährleisteten Ausgabe-Bewilligungsrechtes die Zustimmung zu der für die Erhöhung der jährlichen Rekruten-Aushebung von 40000 auf 63000 Mann geforderten Mehr-Ausgabe von $8^1/_2$ Millionen Thalern, die durch einen Zuschlag von 25 Prozent zur Klassen- und Einkommensteuer bezw. Mahl- und Schlachtsteuer teilweise gedeckt werden sollten, abgelehnt. Die begonnenen Verhandlungen schlossen sofort jeden Zweifel darüber aus, daß die Majorität auf jenem Standpunkte beharren werde, sowie, daß die Staatsregierung die sog. Lückentheorie nicht aufzugeben, sondern die bisherige budgetlose Verwaltung fortzusetzen gedenke.

Nicht minder gewiß war, daß die rechte Seite des Hauses sowie das Herrenhaus, welches durch Verwerfung des abgeänderten Staatshaushalts-Etats das freie Verfügungsrecht des Ministeriums über alle Staatsausgaben festgestellt zu haben behauptete, auf dem bisherigen Standpunkte beharren werde. Als packende Parole zum Widerstande diente dabei das ausgegebene Schlagwort, daß nach der Forderung des Abgeordnetenhauses die schon unter dem vorhergehenden liberalen Ministerium der neuen Aera (Graf Schwerin, von Patow) an die neuen Regimenter feierlich abgegebenen Fahnen in der Budget-Kommission gestreckt und niedergelegt werden sollten.

Dieser Stand der Dinge wurde in weiten Kreisen nicht bloß vom finanziellen Standpunkte peinlich empfunden, sondern man erkannte zugleich, daß mit dem mißachteten Ausgabe-Bewilligungsrechte des Abgeordnetenhauses die gesamte verfassungsmäßige Zukunft des Landes ernstlich gefährdet sei. Die kleinste Fraktion[1]) des Abgeordnetenhauses entschloß sich darum, den Versuch zu machen, durch einen die entgegenstehenden Interessen möglichst ausgleichenden Antrag der budgetlosen Zeit ein Ende zu machen und die Rückkehr zu normalen Zuständen herbeizuführen.

[1]) Welche Fraktion hierunter zu verstehen war, und wie dieselbe entstand, wird auf S. 46 ausgeführt werden.

Digitized by Google

Zu dem Ende beantragte der Abgeordnete Peter Franz Reichensperger, unterstützt durch 14 Genossen der „Centrumsfraktion" unterm 22. Januar 1866: an Se. Majestät den König eine Adresse zu richten, in welcher 1. „das verfassungsmäßige Ausgabe-Bewilligungsrecht der Landesvertretung nach Maßgabe der beigefügten, 30 Folioseiten umfassenden Denkschrift dargelegt und 2. der König gebeten werde, jenes Recht grundsätzlich anzuerkennen und der Staatsregierung zu befehlen, der Landesvertretung mit Anträgen entgegenzukommen, welche die mit der neuen Heereseinrichtung verbundene Mehrbelastung des Landes auf das von der Staatsregierung selbst als zulässig anerkannte, jedoch bisher von derselben nicht angegebene Minimum zu ermäßigen geeignet sind", endlich 3. die Versicherung ausgesprochen werde, „daß nach Sicherstellung des Rechtes des Abgeordnetenhauses das letztere an die Budgetberatung mit dem Entschlusse herantreten werde, die endliche Beseitigung des, den wahren Interessen der Krone und des Landes zuwiderlaufenden Konfliktes durch möglichste Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse herbeiführen zu helfen".

Dieser Antrag wurde von den beiden Hauptparteien des Hauses gleich ungnädig aufgenommen, indem die fortschrittliche Opposition von irgendwelcher Genehmigung der neuen Armee-Organisation nichts wissen wollte, die rechte Seite des Hauses aber jede Anerkennung des verfassungsmäßigen Ausgabe-Bewilligungsrechtes starr zurückwies.

Bei der Plenarverhandlung vom 22. Februar trat der Abgeordnete Dr. Gneist, welcher schon am 5. Mai 1865 erklärt hatte, „die Maßregeln der Regierung trügen das Kainszeichen des Eidbruches an der Stirn", dem Antrage am schärfsten entgegen, indem er unter anderm erklärte, daß eine Adresse erfolglos sein werde, so lange die gegenwärtigen Personen und das gegenwärtige System sich am Ruder befänden. „Es begann, — sagte er, — alsbald die Neupreußische Regierungsweise, welche nicht ihre Maßregeln nach den Gesetzen sondern die Gesetze nach ihren Maßregeln mißt. Das Königliche Regiment besteht nur einfach darin, daß in Preußen durch Ministerialbeschluß jedes Gesetz für Nichtgesetz und jedes Nichtgesetz für Gesetz erklärt wird, je nach der Maßgabe des vorliegenden Zweckes, und daß die Beamten — auch die der Gerichte bis zum Boten herab — schuldig sind, den zeitigen Ministern hold und gewärtig zu sein und zu diesen Interpretationen positiven Beistand zu leisten".

Der Abgeordnete Twesten wiederholte die Erklärung, „daß es unmöglich sei, von irgend einem Kompromiß zu sprechen, so lange die gegenwärtigen Ratgeber der Krone stehen," — und der Abgeordnete Waldeck erwartete ebenfalls von der Denkschrift und der Adresse keinen Erfolg.

Der gouvernementale Abgeordnete Wagener richtete sodann seine Angriffe gegen das sogenannte konstitutionelle Machtgelüste der Opposition und wünschte nur eine Adresse zu machen, „worin Seine Majestät der König gebeten wird, aus königlicher souveräner Machtvollkommenheit die Initiative zur Lösung unsres Verfassungskonflikts zu ergreifen," was dann seitens der Opposition als eine Aufforderung zum Absolutismus bezeichnet wurde.

Digitized by Google

Der Antragsteller, Abgeordneter Franz Peter Reichensperger erörterte, unter Darlegung der dem gesamten Verfassungsrecht drohenden Gefahren, eingehend die erhobenen Einwendungen und forderte zur Zuversicht in den Sieg des Rechtes auf kraft des Dichterwortes:

Wir sind geschlagen, nicht besiegt,
In solchem Kampf erliegt man nicht.

Während dieser ganzen Verhandlung saß das Staatsministerium am grünen Tische, allein kein Mitglied desselben öffnete den Mund, um den Anklagen entgegenzutreten oder sich über den Adreßantrag zu äußern; erst als derselbe abgelehnt war, erhob sich der Ministerpräsident Graf Bismarck mit der Erklärung, er habe dem Hause Mitteilung von zwei königlichen Verordnungen zu machen. Die Versammlung erhob sich in allseitiger größter Überraschung und vernahm erstens, daß am folgenden Tage die Sitzung des Landtags geschlossen und daß derselbe zweitens bis dahin vertagt werde. Zur Erklärung dieser Verordnungen wurde in der Thronrede ausgeführt, daß das Abgeordnetenhaus von Anfang an nur eine feindliche, ja verfassungswidrige Stellung eingenommen habe, und dann gesagt:

„Angesichts dieser Übergriffe mußte die Staatsregierung sich die Frage vorlegen, ob von der Fortsetzung der Verhandlungen des Landtags gedeihliche Ergebnisse für die Wohlfahrt und den inneren Frieden des Landes überhaupt zu erwarten ständen. Seine Majestät der König hat die Beantwortung dieser Frage ausgesetzt wissen wollen, bis die Beratungen des Hauses der Abgeordneten über einen Antrag erfolgt sein würden, in welchem die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit ihren Ausdruck gefunden hatten. Der Verlauf dieser Beratungen hat bei der Staatsregierung die Besorgnis nicht zu heben vermocht, daß auf dem vom Hause der Abgeordneten eingeschlagenen Wege das Land ernstern Zerwürfnissen entgegengeführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde."

Diese Begründung des Landtagsschlusses nach einer nur dreiwöchigen Session mußte um so befremdlicher erscheinen, als nicht bloß die Opposition, sondern auch die der Regierung ergebene rechte Seite des Hauses den in der Thronrede für entscheidend erklärten Vermittelungsantrag abgelehnt und das Staatsministerium selbst mit keinem Worte seine Bereitwilligkeit zur Betretung des bezeichneten Ausgleichsweges ausgesprochen hatte. Nur wenn letzteres unter Zustimmung der rechten Seite des Hauses geschehen wäre, hätte die Verantwortlichkeit für die Fortdauer der als gefährdet anerkannten Lage des Landes der oppositionellen Majorität des Abgeordnetenhauses zugeschrieben und dessen weitere Thätigkeit, insbesondere die verfassungsmäßig vorgeschriebene Budgetberatung abgeschnitten werden dürfen. Auch die mit dem Zusammensein und den Verhandlungen des Landtags verbundenen Unannehmlichkeiten für das Ministerium konnten unmöglich zur Erklärung der extremen Maßregel ausreichen, und man suchte vergeblich nach dem eigentlichen Grunde derselben, bis die bald folgenden weltgeschichtlichen Ereignisse denselben klar legten.

Digitized by Google

Als historische Thatsache stellte sich nämlich heraus, daß bereits zur Zeit der Plenarberatung vom 22. Februar die Verhandlungen des preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck mit der italienischen Regierung zur Herbeiführung eines Allianzvertrages gegen Österreich im besten Zuge waren. Am 14. März folgte die erste mündliche Verhandlung mit dem italienischen Obersten Govone in Berlin, am 27. März die Vereinbarung über das beiderseitig erstrebte Ziel, und am 8. April 1866 wurde der geheime Offensiv- und Defensivvertrag abgeschlossen, falls binnen drei Monaten der Krieg mit Österreich zum Ausbruch gelange. Dementsprechend stellte die preußische Staatsregierung schon am 9. April beim Bundestage den gegen Österreich gerichteten Antrag auf Reform der Bundesverfassung, worauf dann der Mobilmachungsbeschluß des Bundes erfolgte, nachdem Preußen und Österreich bereits gerüstet hatten — schließlich die Kriegserklärung.

Daß bei all' diesen Bestrebungen und Thatsachen das Abgeordnetenhaus keine Unterstützung, sondern nur Widerstand leisten werde, mithin geschlossen werden müsse, war für Herrn von Bismarck nicht zweifelhaft. Es wurde ihm das Wort in den Mund gelegt, das nötige Geld werde er nehmen, wo er es finde, wie dies dann auch unter anderm durch den Verkauf des Rückfallsrechts gegenüber der Köln-Mindener Eisenbahn für 14 Millionen Thaler geschehen ist. Durch den siegreichen Feldzug in Böhmen wurde dann das einleitende parlamentarische Kabinetsstück der Vergessenheit überantwortet, indem die Thronrede vom 5. August einen Indemnitätsantrag ankündigte und anerkannte, daß der Etat in den letzten Jahren der gesetzlichen Grundlage entbehrt habe.

In der Reichstags-Sitzung vom 24. Januar 1882 hat Fürst Bismarck ganz unumwunden dargelegt, daß die gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses durchgesetzte Armeeverstärkung von Anfang an dazu bestimmt war, die preußische Hegemonie in Deutschland zu verwirklichen.

Der Abgeordnete Franz Peter Reichensperger bezeichnet oben Seite 43 die Fraktion, von deren Majorität der betreffende Vermittelungsantrag ausging, als die „kleinste“ im Abgeordnetenhaus. Dieselbe befand sich damals im Zustand der Ebbe. Ihre Wurzeln reichten bis an das Frankfurter Parlament zurück, dessen glaubenstreue katholische Mitglieder, etwa siebzig an der Zahl, unter dem Präsidium des Generals von Radowitz und des Dr. August Reichensperger als dessen Stellvertreter, einen Verein gebildet hatten, um eine Sanktionierung der kirchlichen Freiheit, auch auf dem Gebiete des Schulwesens, in die Grundrechte der deutschen Nation aufgenommen zu sehen. Der Verein erreichte im wesentlichen seinen Zweck; die betreffenden Grundrechtssatzungen gingen demnächst in die preußische Verfassung über.

Im Abgeordnetenhause bildeten 1851 Dr. August Reichensperger, Dr. Peter Reichensperger nebst noch etwa zwölf Mitgliedern (darunter Osterroth, Rohden, Ziegler) gewissermaßen provisorisch eine Fraktion, welche sich nach dem Herkules-Keller, ihrem Versammlungsorte, benannte. Nach einer Neuwahl im Jahre 1852

Digitized by Google

schwoll dieselbe zu 70—80 Mitgliedern an, welche sich als: „Katholische Fraktion" konstituierte. Dieser Wandel hatte sich dadurch begeben, daß Erlasse des Kultus-Ministeriums vom 22. Mai und 16. Juli 1852 die durch Artikel 12 der Verfassung garantierte Religionsfreiheit auf den Gebieten der geistlichen Missionen und des kirchlichen Unterrichtswesens beschränkt hatten. Nachdem der harte Kampf gegen diese Reaktion von der katholischen Fraktion mit Erfolg durchgefochten war, schmolz dieselbe allmählich wieder sehr zusammen, da man die Religionsfreiheit für vollkommen gesichert erachtete. Im Verfolg bezeichnete sich die Fraktion sogar als „Fraktion des Centrums" unter Beifügung der Bezeichnung „Katholische Fraktion" in Klammern, um so die Kontinuität zu wahren.

Als der deutsche Reichstag zusammentrat, beschloß die große Mehrzahl seiner katholischen Mitglieder, ebenfalls als Fraktion des Centrums sich zu vereinigen.

Die vorstehende Notiz über die Entstehung des Centrums verdanke ich der Güte des Appellationsgerichtsrats Dr. August Reichensperger. Dieselbe ist sehr beachtenswert, weil über den Gegenstand so viel gefabelt worden ist. Wurde doch sogar schon der Abgeordnete Windthorst als der Begründer der Centrums-Fraktion bezeichnet!

III. Abschnitt.

Die Indemnität und die Entwickelung in Preussen während der IX. und X. Legislatur-Periode[1]).

(1866—1870.)

Am 5. Juli 1866, also bereits drei Tage nach der Schlacht von Königgrätz, erklärte sich Bismarck aus Horschwitz mit dem Vorschlag des Ministers v. d. Heydt einverstanden, nach dem günstigen Ausfall der Landtagswahlen Schritte zur Beendigung des Verfassungsstreites zu thun[2]). Den Konservativen, welche hiervon Wind bekommen haben mußten, war diese Entwickelung natürlich in hohem Grade unsympathisch.

Anfangs August erschien Herr von Kleist-Retzow an der Spitze einer Deputation von Gesinnungsgenossen bei dem Ministerpräsidenten in Prag, um denselben zu bewegen, die äußeren Erfolge zu einem Siege des „konservativen

---

[1]) Die IX. Legislatur-Periode wurde von zwei Sessionen ausgefüllt; die erste währte vom 5. August 1866 bis 9. Februar 1867, die zweite vom 24. April 1867 bis 29. Juni 1867. Die X. Legislatur-Periode brachte drei Sessionen: I. Session vom 15. November 1867 bis 29. Februar 1868, II. Session vom 4. November 1868 bis 6. März 1869, III. Session vom 6. Oktober 1869 bis 12. Februar 1870.

[2]) Roon a. a. O., S. 310 und von Sybel V, S. 343. Angeregt war der Ausgleich bereits früher (28. Juni) durch ein Schreiben des Ministers des Innern an Bismarck, betreffend den Entwurf der Thronrede. Vergl. Roon's Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 309. Die Urwahlen für das neue Abgeordnetenhaus waren am 25. Juni, die Wahlen der Abgeordneten am 3. Juli 1866 vorgenommen worden.

Digitized by Google

Prinzips" auch im Innern zu verwerten, d. h. unter dem Vorwande, daß die preußische Verfassung für die weiteren Aufgaben des vergrößerten Staates nicht zugeschnitten sei, dieselbe zu beseitigen und eine neue zu oktroyieren, zu welcher Herr von Kleist-Retzow das Rezept ohne Zweifel in der Tasche trug[1]). In der sicheren Voraussicht, daß größere Kämpfe als die eben beendigten in mehr oder minder naher Zukunft zu gewärtigen seien, erkannte Bismarck unschwer, daß ein reaktionäres Regiment in Preußen der verhängnisvollste Fehler sein würde, zu welchem ein Staatsmann dem Könige in jenem Augenblicke raten konnte. Ein von Herrn von Kleist-Retzow getragenes Banner wäre schwerlich dasjenige geworden, um welches Deutschland vertrauensvoll sich geschart hätte. Die preußische Krone mußte weit heraustreten aus der Aera des Konflikts, sollten die Früchte so großer Anstrengung nicht vollständig verloren gehen. Im Munde des siegreich heimkehrenden Königs klang das Wort: „Indemnität und Versöhnung" unendlich verheißungsvoller und würdiger, als die von den Junkern erbetene „Oktroyierung". Bismarck erwiderte der Deputation: „Haben Sie die Einwilligung des Kronprinzen?" Die Deputation verstand die Antwort und ließ die Angelegenheit fallen.

Über die nach 1866 neugeschaffene parlamentarische Lage, welche in der Gründung der nationalliberalen Partei einen äußeren Ausdruck fand, geben die in Bd. I S. 337 (der 2. Auflage) mitgeteilten Unruh'schen Erinnerungen ein sprechendes Bild. Für den Ausgleich hat, sei es auch nur hinter den Kulissen, der Abgeordnete Dr. Werner Siemens[2]) gewirkt, welcher seinen ganzen Einfluß aufwandte, um die bisher grollenden Mitglieder der Fortschrittspartei zur Bewilligung der Indemnität zu veranlassen[3]).

In den Denkwürdigkeiten des Grafen von Roon findet sich auch die Indemnitätsfrage des Jahres 1866 berührt. Es heißt dort u. a.: „Für Bismarck's Zustimmung war es jedenfalls entscheidend, daß er die versöhnlichen Anschauungen seines Monarchen genau kannte, und er hielt daher an dem Indemnitätsgesetze fest, obwohl viele seiner Anhänger und die Mehrzahl der Konservativen, im Lande sowohl wie in beiden Kammern, dringend abrieten und ein solches Nachgeben für verderblich hielten. . . Es entsprach der Großmut des großmütigsten und gewissenhaftesten aller Könige, die je einen Thron geziert haben, diesen Schritt zu thun."

Hierzu bemerkten die „Hamburger Nachrichten" (21. Juni 1891) in einem augenscheinlich von Friedrichsruh aus inspirierten Artikel: „Die Annahme, daß König Wilhelm seinerseits Bedürfnis nach Erlangung der Indemnität gezeigt

---

[1]) „Aus der Wilhelmstraße". Erinnerungen eines Offiziösen, S. 288.

[2]) Dr. Werner, Siemens geboren den 16. Dezember 1817, fortschrittlicher Abgeordneter in den Jahren 1862—1867.

[3]) Als Abgeordneter ist Dr. Werner Siemens mit Bismarck nicht zusammengekommen, wohl aber hat er später einmal eine Audienz bei dem Reichskanzler erhalten, um denselben für das Zustandekommen eines Reichspatentgesetzes zu gewinnen.

Digitized by Google

hätte, ist irrtümlich. Der Monarch faßte die Sache mehr im Sinne eines ihm zugemuteten Eingeständnisses begangenen Unrechts auf, denn als formale Decharгierung. Er hat darüber nie Zweifel gelassen, daß er in ähnlichem Falle ebenso handeln werde. Diese Haltung entsprach seinen bekannten und mit größter Konsequenz vertretenen Anschauungen über das Königtum; sicherlich wäre ihm persönlich nichts peinlicher gewesen, als das Platzgreifen der Auffassung, daß er sich in dieser Frage im Unrechte glaube und dem Landtage ein pater peccavi auszusprechen sich gedrungen fühle. Es hat der starken und wiederholten Betonung aller der politischen Gründe bedurft, welche dafür sprachen, in Preußen den Verfassungsstreit zu schließen und ihn nicht in die beabsichtigte nationale Neubildung mit den übrigen norddeutschen Staaten zu übertragen. Ob und in wie weit letztere möglich geworden wäre, wenn in Preußen der Riß zwischen der Krone und der parlamentarischen Opposition offen blieb, ist sehr fraglich; jedenfalls wären die Grundlagen des Norddeutschen Bundes, das Verhältnis zur Bevölkerung der annektierten Länder und die Festigkeit dem Übelwollen andrer Mächte gegenüber zweifelhaft geworden, wenn die Verstimmung zwischen dem König und dem Parlament aus formellen Gründen unvermittelt geblieben wäre. Das Staatsministerium stimmte diesen Erwägungen zu mit Ausnahme des Grafen Lippe, welcher dem Berichte an den König ein Separatvotum im entgegengesetzten Sinne beifügte. Die Thatsache, daß das Ministerium im übrigen einstimmig und amtlich die Indemnität befürwortete, bestimmte schließlich den König, den betreffenden Antrag zu genehmigen, aber nicht ohne die Erklärung, daß er vorkommendenfalls in ähnlichen Situationen keine Möglichkeit sehen würde, anders zu verfahren als im Konflikt geschehen war. Es gelang schließlich, den König zu überzeugen, daß das Wort Indemnität keine schlimmere Tragweite habe, als die eines Anerkenntnisses der Thatsache, daß sein Verfahren unter den obwaltenden Umständen nachträglich als einwandfrei anerkannt würde.“ —

Zu den 1866 in das preußische Abgeordnetenhaus gewählten Abgeordneten gehörte auch der Amtsrat und Rittergutsbesitzer Dietze in Barby[1]). Derselbe kannte Bismarck schon als Student und kneipte als solcher einmal mit demselben in Magdeburg. Vor 1848 hielt Bismarck einmal in Gegenwart Dietze's auf dem Lande eine Rede vor einer Versammlung von Landwirten. Dabei entwickelte er eine für damalige Zeiten ungewöhnliche Beredsamkeit und bewies große Sachkenntnis. Als Bismarck Minister wurde, schickte ihm Dietze mehrfach aus seiner Gegend Zustimmungsadressen zu der von ihm befolgten Politik und erhielt darauf verbindliche Dankschreiben. Als Dietze nach 1866 zuerst in den Landtag und später in den Reichstag gewählt wurde, besuchte er Bismarck, der ihn freundlich empfing. „Wir sind ja alte Bekannte; ich hoffe, daß Sie jetzt auch als Abgeordneter die Politik der Regierung vertreten werden.“ Bismarck

[1]) Dietze, von, Gustav Adolph. Geboren den 5. Februar 1825 zu Barby. Amtsrat, Kreisdeputierter, Pächter der Domäne zu Barby und Rittergutsbesitzer. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Norddeutschen und des Deutschen Reichstags bis 1889, mit Ausschluß der Periode 1878—1881.

Digitized by Google

lud denselben noch für denselben Tag zu Tisch ein. „Aber im Rock, ich liebe nicht den Frack." Später wurden die Beziehungen so freundschaftlich, daß Bismarck eines Tages zu Dietze sagte: „Der Reichstag hat keine Diäten. Ich will Sie aber, so viel an mir liegt, entschädigen. Sie finden an jedem Tag Ihr Couvert bei mir für das Diner." Ließ sich Dietze dann einmal einen oder zwei Tage nicht sehen, so schickte Bismarck zu ihm in das Hotel unter den Linden, wo Dietze abgestiegen war. Wenn sich Dietze nach Tisch empfahl, pflegte Bismarck zu ihm zu sagen: „Auf Wiedersehen um zehn Uhr."

In jedem Winter fanden damals in Barby, wie noch heute, große Jagden statt, denen die Anwesenheit Bismarck's einen besonderen Reiz erteilte. Es lag in der Natur der Sache, daß die gemütlichen Plaudereien, die sich bei solchen Gelegenheiten entspannen, oft genug auf das politische Gebiet kamen, um dem Grafen wiederholten Anlaß zu Äußerungen zu geben, die ganz den pointenhaften Charakter seiner Reden trugen und von den Hörern natürlich gierig verschlungen wurden. So geriet die Unterhaltung eines Tages (am 20. Dezember 1866) auf das Thema der Verfassungskämpfe und Bismarck sprach sich dabei über den Absolutismus wie folgt aus: „Ich kenne alle Souveräne Europas und empfinde außerordentliche Hochachtung vor vielen derselben; Sie werden aber, meine Herren, es nicht als eine bloße loyale Phrase ansehen, wenn ich Ihnen versichere, daß ich keinen von allen so tief verehre, wie Seine Majestät unsern König Wilhelm. Selbst diesen unsern König Wilhelm möchte ich jedoch nicht als absoluten Monarchen sehen — wie ich denn überhaupt den Absolutismus für die unglücklichste aller Staatsformen halte. Sie glauben nicht, welchen Anteil an den Geschicken eines absolut regierten Landes oft der Einfluß eines raffinierten Kammerdieners besitzt."

Interessant ist noch folgende, an demselben Tage gefallene Äußerung Bismarck's. Einer aus der Gesellschaft hatte ihn um seine Meinung über Beust, den vor kurzem von ihm Überwundenen, gebeten. Der Graf war sofort bereit, Rede zu stehen. „Wenn ich," sagte er, „mir ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners bilden will, so subtrahiere ich zunächst von dessen Fähigkeiten seine Eitelkeit. Wende ich dies Verfahren auf Beust an, so bleibt als Rest wenig oder nichts[1])."

Von den Abgeordneten aus den neuen Provinzen traten in den Vordergrund Miquel[2]) und R. von Bennigsen. Der letztere bemerkte bei Gelegen-

[1]) 22—23. Dezember 1868, Bismarck Gast des Amtsrats Dietze in Barby. Auch am 19. Dezember 1869 war Bismarck wiederum der Einladung Dietze's gefolgt, und nahm drei Tage in Barby an den Jagden teil.

[2]) Vergl. S. 28. An ersteren richtete Bismarck im April 1868 nachstehendes Schreiben: „Ew. Wohlgeboren und den zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs versammelt gewesenen Bürgern der Stadt Osnabrück spreche ich für die in dem gefälligen Telegramm vom 22. v. M. mir ausgedrückten freundlichen Gesinnungen hierdurch meinen verbindlichen Dank aus. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes. gez. v. Bismarck." Zu vergl. auch das Schreiben Bismarck's an Miquel vom April 1868: Dank für die im Telegramm vom 22. März ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen. „National Zeitung" vom 10. April 1868, Nr. 86.

Digitized by Google

heit des oben erwähnten Prozesses [1]) über sein damaliges Verhältnis zu Bismarck: „Nach Beendigung des Krieges von 1866 wurden die hannoverschen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstags zu längerem Aufenthalt nach Berlin berufen. Dort habe ich mich mit ihm über viele politische Fragen unterhalten und bei dieser Gelegenheit hat er mir sehr viel erzählt von den Verhandlungen in Nikolsburg. Vor der Publikation der Annexion bin ich meiner Erinnerung nach nicht mehr bei Herrn von Bismarck gewesen. Die Publikation ist Ende September erfolgt; das Gesetz ist von Ende September, das Patent wird von den ersten Tagen des Oktober sein. Die Annexion ist beschlossen durch die Kammer in Berlin in der ersten Hälfte des September. Fürst Bismarck habe ich meines Wissens in der Zeit nicht mehr gesprochen. Jedenfalls ist das gewiß, daß ich damals mit ihm niemals über Hannover gesprochen habe." —

Unter den im Nassauischen gewählten Abgeordneten verkehrte Bismarck gern mit Dr. Karl Braun (Wiesbaden) [2]). Man darf dabei nicht nur an die ungezählten Flaschen und Krüge denken, welche beide auf den parlamentarischen Soireen zusammen geleert haben. Auch geschäftlich waren Braun's Dienste dem Kanzler oft willkommen.

Am 5. Mai 1867 wandte sich der Abgeordnete Braun an den Grafen Bismarck mit dem Ausdrucke des Dankes für die Aufhebung der fiskalischen Jagden in Nassau und zugleich mit der Bitte um Beseitigung eines mit der Neuregelung verbundenen Übelstandes. „Die alten Jagden sind aufgehoben, die neuen Jagdverpachtungen lassen auf sich warten. Zwischenzeitig ist niemand berechtigt zu schießen. Die Bauern sind in der Alternative, entweder ihre Saaten durch das Hochwild vernichten zu lassen, oder Wilderei zu treiben. Es ist aber nicht gut, daß der Bauer auf die Jagd geht, viel weniger, daß er wilddiebt. Meine Bemühungen, hier die Sache in Fluß zu bringen, waren ohne Erfolg. Wenn Ew. Excellenz veranlassen wollten, daß die neuen Verpachtungen der Jagd sofort vorgenommen werden, wäre geholfen. Ich schäme mich, Ew. Excellenz mit einer solchen Kleinigkeit zu behelligen. Allein ich hoffe, Sie können mit einem Wort die Sache abthun und rechne deshalb auf Verzeihung."

Auf diese Zuschrift erging nachstehender Bescheid:

---

[1]) Vergl. oben S. 33.

[2]) Braun, Karl, Dr., Justizrat. Geboren den 4. März 1822 in Hadamar in Nassau. Von 1848—1866 Mitglied, von 1859—1866 Präsident der II. Kammer von Nassau. Seit 1859 Präsident des volkswirtschaftlichen Kongresses und Mitglied der ständigen Deputation desselben. Ende 1873—1874 Herausgeber der Spener'schen Zeitung. Verfasser der Parlaments-Briefe (Berlin, Herbig 1868). Seit 1867 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen Reichstags für Wiesbaden, des I. Deutschen Reichstags für Reuß jüngerer Linie (Gera), seit 1874 für Glogau. Gestorben Mitte Juli 1893. Zu vergl. den Nekrolog desselben aus der Feder von Alexander Meyer in der „Nation" 1893, Nr. 44.

Digitized by Google

20. Mai 1867.

An den Reichstagsabgeordneten Dr. Braun (Wiesbaden).

Eurer Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 5. d. Monats ergebenst, daß der Herr Regierungspräsident von Diest mit der nötigen Anweisung versehen worden ist, die Bildung der Jagdbezirke, welche der Verpachtung vorangehen muß, möglichst zu beschleunigen. Das gegenwärtige Interimistikum, so unerwünscht es ist, war leider nicht zu vermeiden.

von Bismarck.

Braun schrieb mit einer unglaublichen Gewandtheit, kleine Broschüren so schnell, wie ein gewöhnlicher Sterblicher einen längeren Brief. Es blieb von seiner geistigen Arbeit nicht leicht etwas im Pulte; was nicht in die Zeitungen kam, wurde zu Abhandlungen in Zeitschriften, Broschüren und Büchern verarbeitet, die alle aufzuzählen allein ein paar Seiten in Anspruch nehmen würde[1]). In einzelnen verrät er manches interessante Gespräch, das er mit Bismarck geführt hat. So schildert er z. B. einmal[2]) den Eindruck, den Bismarck ihm bei öfteren Unterhaltungen mit andern Diplomaten, speziell mit Benedetti machte.

„Ich bin vor diesem wütenden Korsikaner fast meines Lebens nicht sicher," sagte eines Tages Graf Bismarck zu uns, jedoch lächelte er dabei, und wir lachten, wenn wir uns vorstellten, wie eine nordische Eiche seines Kalibers von einem kleinen italienischen Cactus bedroht wird." — —

„Wenn ich eine Prise Tabak nehmen will, muß ich erst sieben preußische Minister fragen," sagte Bismarck ein andres Mal unter Anspielung auf die fast autonome Stellung der einzelnen Minister gegenüber dem Ministerpräsidenten. Seine Äußerung im Reichstag von den sich hart aneinander reibenden Steinen ist bekannt. —

Unter den in Kurhessen gewählten Abgeordneten ist Dr. Friedrich Oetker[3]) zu nennen, mit welchem Bismarck schon am dritten Tage nach der Rückkehr vom Kriegsschauplatz (7. August) spät nachts eine längere Unterredung hatte. Auch den Besiegten gegenüber benahm er sich mit äußerster Mäßigung. Frankreich dagegen,

---

[1]) Mit Bismarck beschäftigt sich Braun besonders in folgenden Schriften: „Erzählungen, Skizzen und Studien während des Krieges". Leipzig 1871. — „Bismarck-Literatur". Aufsatz in der „Gegenwart" 1876, IX. Band, Nr. 16, 18 und 20. — „Fürst Bismarck. Er und seine Biographen." Geschrieben im April 1876, S. 228—282 der „Zeitgenossen" Erzählungen, Charakteristiken und Kritiken, Bd. I, Braunschweig 1877. Beachtenswert der Anhang. „Über den Ursprung und das Wesen der Reptilien" (Staatsanzeiger, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Provinzial-Korrespondenz 2c.). — „Randglossen zu den politischen Verhandlungen der letzten Jahre". Bromberg 1878. 1. Teil, Reichs- und Landtags-Tagebuch. 2. Teil, Reichstags-Tagebuchblätter 1877. — „Friedrich der Große, Friedrich Wilhelm III., Graf Mirabeau und Fürst Bismarck" im dritten Bande des 18. Jahrganges der Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, herausgegeben von Dr. Eduard Weiß. — „Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck", 1882.

[2]) „Bismarck und Benedetti. Unpolitische Briefe an eine Dame". 1871.

[3]) Vergl. oben S. 25 und zum Folgenden Oetker's Lebenserinnerungen, Bd III, S. 454.

Digitized by Google

dessen Botschafter während der ganzen Zeit der Unterredung im Vorzimmer war, vernahm eine Sprache, die deutlich bewies, daß ein gehobenes Selbstbewußtsein in Berlin herrschte. „Mag Napoleon versuchen, was er kann — sagte Bismarck zu Oetker — wir wissen jetzt, wie stark wir sind.“

„Und der Sieger darf auch im Innern Frieden machen,“ erwiderte Oetker.

„Gewiß, gewiß! wir sind um Indemnität eingekommen, das wird viele versöhnen.“

Bismarck sah blaß und angegriffen aus, aber sein Gesicht zeigte eine wahrhaft verklärte Heiterkeit. Er trat mir mit fast vertraulicher Heiterkeit entgegen und scherzte sogleich:

„Nun, bald hoffe ich Sie als Oppositionsmitglied des Abgeordnetenhauses zu sehen; darum keine Feindschaft!“

Ich entgegnete, daß ich „nicht in diese Lage zu kommen gedenke . . .“ Man konnte das auch so verstehen, als hoffe ich noch, der Einverleibung zu entgehen; allein daran mochte und wollte ich in Wahrheit schon längst nicht mehr glauben, wie widerwärtig mir auch gerade in diesen Tagen wieder „die preußische Eigentümlichkeit“, abgesehen von der Kriegstüchtigkeit, erschienen war.

Freilich kam noch viel auf die Antwort an, welche Benedetti erhielt und aus Paris zurückbrachte; allein wer hätte auch dem Ärgsten entgehen mögen durch den siegenden Einfluß Frankreichs?

„Der draußen“, meinte Bismarck, den scherzenden Ton noch etwas festhaltend, „wird mit meiner Antwort noch weniger zufrieden sein, als Sie.“ Und als ich eine entsprechende Frage daran knüpfte, fuhr er fort: „Eine Einverleibung von Apenrade bis Mainz wird in diesen Tagen Europa hingeworfen werden, um zu sehen, welchen Eindruck das macht; die französischen Gelüste aber werden wir zurückweisen.“ Hinsichtlich des Südens schien Bismarck wohl weitgreifende Absichten zu hegen, sie aber vor der Hand vertagt zu haben; wie schon früher, hob er auch jetzt, jedoch klarer, die Mainlinie hervor.

Als ich fragte, warum man jetzt den glänzenden Siegeslauf nicht fortgesetzt und alles mit einem Schlage erledigt habe, rief er, plötzlich ernst werdend, ja fast finster aussehend: „Sie haben noch kein Schlachtfeld gesehen . . . . Furcht vor Frankreich war es nicht; wir wären früher am Rhein gewesen, als die Franzosen, aber die Cholera . . . ich erhielt die bedenklichsten Berichte.“ —

Am 15. November 1867 trat der durch den Zutritt der neuen Provinzen erweiterte preußische Landtag wieder zusammen. In der Sitzung vom 28. November beschäftigte sich die Budgetkommission bereits mit der Denkschrift, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 28. September 1866, wodurch die Regierung ermächtigt worden war, für die durch den Krieg gegen Österreich veranlaßten außerordentlichen Ausgaben das Geld bis zur Höhe von sechzig Millionen Thalern im Wege des Kredits zu beschaffen[1]). Bei der Beratung dieses Gesetzes hatte

[1]) Vergl. zum Folgenden den Aufsatz von Gustav Lipke in der „Deutschen Revue“, IV. Jahrg., Heft 4, S. 18.

Digitized by Google

Bismarck erklärt, daß die Gelder nur dazu verwendet werden sollten, um die Lücken auszufüllen, welche durch die Kriegführung entstanden waren. Der Überschuß über das, was zu dieser Aufbesserung notwendig wäre, solle nur in Verwendung treten, insoweit und falls die Landesverteidigung es unbedingt erfordere. Die Denkschrift über die Ausführung dieses Gesetzes ergab aber, daß trotzdem aus den betreffenden Geldern infolge des mit dem Könige von Hannover geschlossenen Vertrages vom 29. September 1867 sechzehn Millionen Thaler und infolge des mit dem vormaligen Herzog von Nassau geschlossenen Vertrages vom 18. September 1867 8891252 Thaler gezahlt worden waren. Die Verträge waren mit der Denkschrift nicht vorgelegt. Twesten[1]), welcher in der Kommission als vorläufiger Referent fungierte, beantragte daselbst die Vorlegung dieser Verträge und die Einholung der Genehmigung des Landtags zu den in diesen Verträgen gewährten Abfindungssummen. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde auf die nächste Sitzung anberaumt, welche am 29. November in Gegenwart des Ministerpräsidenten Graf Bismarck stattfand. Bismarck beschränkte sich darauf, die hohe politische Bedeutung der Verträge, besonders des mit dem Könige von Hannover abgeschlossenen, hervorzuheben. Twesten führte dagegen aus, daß die Regierung nicht berechtigt gewesen wäre, die Verträge ohne Zustimmung des Hauses abzuschließen und die Abfindungen zu zahlen. Die Handlungsweise der Regierung schließe einen Bruch des Gesetzes und des in Anspruch genommenen Vertrauens in sich. Unmöglich könne die Genehmigung des Hauses zu der Ausgabe beiläufig wie bei einer Etatsüberschreitung ausgesprochen werden, er beantrage, daß die nachträgliche Genehmigung in Form einer besonderen Gesetzesvorlage und unter Vorlegung der Verträge ausgesprochen werde. Bismarck erwiderte, er glaube, keine Veranlassung gegeben zu haben zu einem Ausdruck wie Bruch des Gesetzes und Bruch des Vertrauens, und als Twesten dabei blieb, daß die Verwendung der Gelder zu einem andern Zwecke als zu dem im Gesetze vorgesehenen sich weder mit dem Gesetze noch der in der Beratung desselben abgegebenen Erklärung vereinigen ließe, obgleich er zugebe, daß es nicht in der Absicht der Regierung gelegen habe, das Land zu benachteiligen, verließ Bismarck den Sitzungssaal schließlich noch äußernd, daß er für seine Person kein Bedenken trage, die Ermächtigung Seiner Majestät des Königs zu dieser besonderen Gesetzesvorlage einzuholen, wenn es vom Landtage verlangt würde.

Noch vor Schluß der Sitzung ging nachfolgendes an den Vorsitzenden der Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten, Generalmajor Stavenhagen[2]) gerichtetes Schreiben ein:

Berlin, den 29. November 1867.

Ich bin Ihrer Einladung zur Beteiligung an den Verhandlungen der heutigen Kommission bereitwillig und unter Hintansetzung jedes andern Geschäftes

---

[1]) Vergl. oben S. 29.

[2]) Friedrich Stavenhagen, geboren den 8. März 1896. Mitglied des Abgeordnetenhauses in der 5.—10. Legislatur-Periode. Mitglied des Reichstags 1867 und 1868. Verstorben am 30. März 1869.

Digitized by Google

gefolgt und habe die von mir verlangte Auskunft rückhaltlos gegeben, bin auch den Wünschen, welche in der Kommission über die Behandlung der diskutierten Vorlage ausgesprochen sind, im Namen der Königlichen Regierung bereitwillig entgegen gekommen. Ich habe mich dabei, da mir vor Allem die Verständigung mit der Landesvertretung am Herzen liegt, jeder Diskussion über den Rechtspunkt enthalten, vielmehr im Interesse der Einigung sofort die Bereitwilligkeit der Königlichen Regierung ausgesprochen, bezüglich der nachträglichen Vorlage der hannöversch-nassauischen Verträge den eventuellen Wünschen des Hauses der Abgeordneten zu entsprechen. Ich habe dies ohne Rücksicht auf die daraus hervorgehenden Erschwerungen einer Geschäftsleitung gethan, welche ohnehin meine Kräfte erschöpft. Aber ich bin außer Stande, meine Aufgabe durchzuführen, wenn ich bei ruhiger und sachlicher Diskussion der Geschäfte persönlichen Beleidigungen ausgesetzt bin, deren Entgegennahme meine amtliche Stellung mir ebensowenig zur Pflicht machen kann, als ich sie außerhalb des Dienstes zu ertragen gesonnen wäre. Der Herr Referent hat der Königl. Regierung und insbesondere mir persönlich den Vorwurf des Rechts- und Vertrauensbruches gemacht, und, auf die von mir gegebene Erläuterung, denselben nicht etwa, wie ich erwarten durfte, zurückgezogen, sondern im Gegentheil ausdrücklich wiederholt. Wenn ich mein Amt nur unter der Bedingung fortsetzen könnte, daß ich dergleichen wahrheitswidrige Kränkungen anzuhören gezwungen wäre, ohne mich rechtlich dagegen vertheidigen zu können, so würde ich unbedingt vorziehen, demselben zu entsagen. Einstweilen habe ich geglaubt mich der Gefahr einer nochmaligen Wiederholung verletzender Äußerungen der Art entziehen und die Sitzung verlassen zu sollen. Ich bedaure, daß es mir dadurch unmöglich geworden ist, an der Verständigung über die diskutierte Frage in dem Maße, wie es meine Absicht war, mitzuwirken. von Bismarck.

General Stavenhagen zeigte diesen Brief Twesten und erwiderte darauf noch an demselben Tage dem Ministerpräsidenten, er habe in den von dem Referenten gebrauchten Ausdrücken keine persönliche Beleidigung gefunden, von dem Inhalt des Briefes Twesten Kenntnis gegeben und dieser hätte erklärt, daß ihm jeder Gedanke, daß seine Äußerung eine persönliche Beleidigung des Ministerpräsidenten enthalte, völlig fern gelegen habe. Bismarck beruhigte sich hierbei aber nicht, sondern schickte eine Abschrift des an Stavenhagen gerichteten Briefes an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Forckenbeck mittelst nachstehenden Schreibens:

Berlin, den 29. November 1867.

Ew. Hochwohlgeboren wollen aus meinem in Abschrift beigeschlossenen Schreiben vom heutigen Tage ersehen, daß ich die heutige Sitzung der Budgetkommission verlassen habe, weil der Herr Referent derselben mich durch einen nach seinem Wortlaute und dem Zusammenhange, in dem er vorgebracht wurde, ehrenrührigen Vorwurf beleidigte. In dem gleichfalls abschriftlich beigefügten Schreiben vom heutigen Tage erklärt der Herr Vorsitzende der Kommission, er

Digitized by Google

habe in den fraglichen Äußerungen, wiewohl er sie bedauert, eine Beleidigung meiner Person nicht finden können, weil der Referent von keinem Minister persönlich, sondern von der Staatsregierung kollektiv gesprochen habe.

Diese Auffassung erscheint mir nicht zutreffend.

Auch als Kritik für das Verfahren des Gesammtministeriums muß ich den Ausdruck in die Kategorie derer rechnen, welche in einer früheren Periode die sachlichen Schwierigkeiten der parlamentarischen Verständigung durch Anwendung persönlich kränkender Redeformen erschwerten. Aber Herr Twesten hat den verletzenden Ausdruck gebraucht in unmittelbarer Folge und Anwendung auf eine von ihm citierte Äußerung, die ich selbst gethan und die er als die meinige bezeichnete. Die Spitze war demnach gegen mich persönlich gerichtet.

In der Voraussetzung, daß Ew. Hochwohlgeboren die Disziplin des Hauses, unter deren Schutz allein die Minister des Königs sich an den Debatten betheiligen können, nicht nur im Plenum, sondern auch in allen Verhandlungen des Hauses zu handhaben berufen sind, ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren, zu vermitteln, daß für die mir widerfahrene Beleidigung in gleicher Öffentlichkeit eine Remedur eintrete und ich dadurch in den Stand gesetzt werde, mich fernerhin ohne Gefährdung der persönlichen Rücksichten, auf deren Beobachtung mir gegenüber ich nicht verzichten kann, und die ich zu beobachten mir bewußt bin, an den Verhandlungen zu betheiligen. von Bismarck.

Der Präsident von Forckenbeck wandte sich nunmehr an den mit ihm befreundeten Twesten mit der Bitte, dazu beizutragen, den drohenden Konflikt abzuwenden. Twesten war hierzu bereit und richtete an Forckenbeck einen Brief, in welchem er beteuerte, daß er nicht daran gedacht habe, den Ministerpräsidenten beleidigen zu wollen, und von diesem Briefe jeden Gebrauch zu machen gestattete, und als Forckenbeck ihm mitteilte, daß dieser Brief nicht genüge, so fügte er noch folgendes ebenfalls an Forckenbeck gerichtetes Schreiben hinzu:

Berlin, 30. November 1867.

Da Sie mir mittheilen, daß das von mir gebrauchte Wort „Vertrauensbruch" besonderen Anstoß erregt hat, beeile ich mich, meinem Schreiben von heute Morgen hinzuzufügen, daß ich mit diesem Wort nur meine Empfindung über den objektiven Gebrauch, welcher von dem Creditgesetze dem Abgeordnetenhaus gegenüber gemacht worden ist, ausgedrückt und damit nicht entfernt eine Beleidigung der Regierung oder gar des Herrn Ministerpräsidenten persönlich beabsichtigt habe.

Auch hierbei beruhigte sich Bismarck nicht, er hielt vielmehr, wie Forckenbeck in der am folgenden Tag anberaumten Sitzung der Budgetkommission erklärte, durch die geführte Korrespondenz den Konflikt noch nicht für erledigt, da die Budgetkommission durch die Wahl des Herrn Twesten zum Referenten für das Plenum die von demselben durch das Wort „Vertrauensbruch" geübte Kritik gebilligt zu haben scheine. Auf Antrag des Herrn von Bennigsen, der damals Mitglied der Budgetkommission war, faßte letztere nun folgenden Beschluß:

Digitized by Google

„Es wird auf Anfrage des Vorsitzenden klar gestellt, daß die Kommission durch die Wahl des Herrn Twesten zum Referenten den von Herrn Twesten gebrauchten Ausdruck „Vertrauensbruch" sich nicht hat aneignen wollen."

So wurde der Konflikt geschlichtet, Twesten blieb Referent, doch ehe das Referat von ihm schriftlich abgefaßt war, legte die Regierung bereits, ohne die Aufforderung des Abgeordnetenhauses abzuwarten, die mit dem König von Hannover und dem Herzog von Nassau geschlossenen Verträge dem Abgeordnetenhause zur Genehmigung vor, welche erteilt wurde. Twesten sprach sich für die Genehmigung aus politischen Gründen aus, rügte aber die Verfassungsverletzung [1]). —

Während Bismarck bis 1868 von den Konservativen die bereitwilligste Unterstützung in Bezug auf alle seine Bestrebungen erhalten hatte [2]), bereitete sich im Februar dieses Jahres seine Abwendung von den alten Anhängern und sein Übertritt in das Lager der Nationalliberalen vor. Den Anlaß zu dieser Schwenkung bot die Vorlage, betr. die Überweisung der Bestände bisheriger hannoverscher Fonds an die Provinzialstände Hannovers zur Verwendung für bestimmte provinzielle Zwecke. Die Regierung hatte vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover ebenso wie die der Abfindung der entthronten Fürsten als ein Glied in dem Zusammenhange ihrer nationalen Politik behandelt wissen wollte. Ebenso wie der Ministerpräsident in betreff der Ausgleichung mit den Fürsten die Forderung stellte, daß man nicht ein einzelnes Stück seiner Politik aus dem Zusammenhang herausreiße und verwerfe, während man sich den Anschein gebe, die Gesamtpolitik zu billigen, legte er mit demselben Rechte schon bei den Vorberatungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Wert auf die politische Bedeutung der Sache nicht bloß für die neu erworbene Provinz, sondern für den Eindruck in ganz Deutschland. Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde. Endlich stand die Frage im engsten Zusammenhang mit der laut verkündeten Absicht der Regierung, eine größere Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen anzubahnen. Diese Erwägungen waren unzweifelhaft so wichtig, daß diejenige Partei, welche der Regierung vorzugsweise als Stütze dienen wollte, sich denselben nicht hätte verschließen sollen. Aber es kam anders.

Am 18. Januar 1868 richtete das Mitglied des Herrenhauses, Landrat von Waldow-Steinhöfel das nachstehende Schreiben an Bismarck:

---

[1]) Am 28. November 1867 hatten einige Abgeordnete aus der Provinz Preußen eine Unterredung mit Bismarck, um zu hören, was die Regierung zur Linderung des Notstandes in ihrer Provinz zu thun geneigt sei. Graf Bismarck sagte jede thunliche Hilfe zu und forderte die betreffenden Herren auf, dahin zu wirken, daß alle Mitglieder des Landtags, also sowohl des Herrenhauses wie des Abgeordnetenhauses, welche der Provinz Preußen angehören, sich zu einer gemeinschaftlichen Beratung über die der Regierung vorzuschlagenden Maßregeln zusammenfänden; in dieser Versammlung würde dann die Regierung sich durch Kommissarien vertreten lassen.

[2]) 7. Mai 1867 Glückwunsch-Deputation der konservativen Fraktion am Jahrestage des Blind'schen Attentats.

Digitized by Google

Eure Excellenz erzeigten mir gestern die Ehre, mit mir über den hannöverschen Provinzialfonds zu sprechen. Die Frage ist mir zur Zeit nicht hinreichend bekannt, doch Gründe giebt es für und gegen jede Sache. Noch habe ich indessen in der Provinz und hier niemand gefunden, der aus innerer Überzeugung für die Bewilligung wäre. Excellenz verlangen sie von der konservativen Partei aus Vertrauen zu Ihrer Person und zu Ihrer tieferen Einsicht, gewissermaßen als Recht eines alten Freundes.

An Beweisen unseres Vertrauens, meine ich, haben wir es nicht fehlen lassen. Wir haben unsere Überzeugungen vielfach zum Opfer gebracht, Ihrer Person, Excellenz, nicht dem Ministerium. Was ist uns dagegen geworden? Ich sage nicht von der Person, aber von der Regierung, in der doch schließlich Sie das leitende geistige Element sind. Jede einzige Maßregel war gegen den großen Grundbesitz und gegen die konservativen Interessen gerichtet und wie schmerzlich es auch ist, der Gedanke verbreitet sich immer mehr, daß Excellenz die konservativen Interessen aufgegeben haben. Ich bitte nicht um Verzeihung für diese Offenheit, ich bin sie Ihnen schuldig und ein Mann wie Sie, Excellenz, hat das Recht, sie zu fordern.

Preußen ist ein armes Land und wir gehen, ich bin dessen gewiß, schweren finanziellen Verwickelungen entgegen, und danach können wir in Geldfragen, eine solche ist der hannöversche Provinzialfonds, unsere Überzeugung gefangen geben, aber nur dann, wenn wir auf einem andern Gebiet eine Entschädigung erreichen.

Die Kreisordnung und was damit zusammenhängt schwebt über uns. Nach allem, was seit zwei Jahren geschehen, müssen wir fürchten, sie werde noch trauriger ausfallen, wie die des Grafen Schwerin. Können wir in dieser Frage auf Eure Excellenz zählen, so können wir in der andern mit Ihnen gehen. Sie wissen es und ich täusche mich darüber nicht, Sie können Ihre Zwecke auch ohne und gegen uns erreichen, das berechtigt uns aber nicht zum Selbstmord. Um so weniger, als die Zukunft dennoch schließlich denen gehört, die gegen die Vermehrung der Staatslasten kämpfen.

In unwandelbarer persönlicher Treue und Ergebenheit

Eurer Excellenz gehorsamster

Berlin, den 18. Januar 1868. gez. von Waldow-Steinhöfel.

Hierauf erging nachstehende Antwort:

An das Mitglied des Herrenhauses, Königlichen Landrat Herrn von Waldow-Steinhöfel.

Berlin, den 24. Januar 1868.

Eurer Hochwohlgeboren kann ich nicht unterlassen, auf das Schreiben vom 18. zu erwidern, daß, so sehr ich auch die freundschaftlichen und patriotischen Motive Ihrer Darlegung zu würdigen weiß, ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken kann, daß Sie meines Erachtens die Schwierigkeiten der Stellung und Aufgabe gerade eines konservativen Ministers, der, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, einer Majorität bedarf, unterschätzen.

Digitized by Google

Ob sich irgend Jemand in der Lage befindet, das Zusammenwirken der maßgebenden Kräfte Preußens, in dem Maße, ohne welches die Regierungsmaschine überhaupt nicht im Gange erhalten werden kann, ohne Verletzung befreundeter und selbst eigener Ansichten sicher zu stellen, weiß ich nicht. Davon aber bin ich überzeugt, daß wenn Euer Hochwohlgeboren von der Nothwendigkeit des Zusammenfassens jener, oft sehr heterogenen Kräfte, im Interesse des Vaterlandes, so wie ich, einmal überzeugt wären, Ihre mir bekannte Energie unter Umständen Sie wahrscheinlich zu einer noch freieren Bewegung außerhalb der Schranken der Partei-Gefühle hinreißen würde, als die ist, welche ich mir bisher gestattet habe. Es kommt das nur auf den Versuch an.

Der Ihrige

von Bismarck.

Einige Tage vor diesem Bescheide, am 19. Januar 1868, hatte Graf Bismarck zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Georg von Vincke und von Diest-Daber, schriftlich zu einer Besprechung der Provinzialfonds-Frage zu sich geladen[1]).

Nach eingehender und über eine Stunde dauernder Erörterung aller Gesichtspunkte gab Graf Bismarck diesen beiden Mitgliedern zunächst das Versprechen, keine Kabinettsfrage aus dieser Angelegenheit machen zu wollen, und erklärte sich dann hinsichtlich des ihm seitens eines dieser beiden Abgeordneten unterbreiteten Vorschlages, welcher dahin ging, der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat für 1868 den Betrag von 500000 Thlrn. zu den in dem vorliegenden Gesetzentwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen, und dieselben aufzufordern, spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen, etwa folgendermaßen: Bei der bestimmten Position, die das Staatsministerium in der Sache einmal gewählt, könne man nicht von ihm verlangen, daß er für diesen Vorschlag im Abgeordnetenhause eintreten solle; im übrigen ließe derselbe sich hören und sei möglicherweise in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel, denn er habe eigentlich die Absicht gehabt, Hannover nicht in einem Provinzialverbande zu belassen, insbesondere Teile von Ostfriesland wieder mit Westfalen zu vereinigen. An der Ausführung dieses Planes sei er durch verschiedene Gründe und durch die Kürze der Zeit bisher behindert worden. Werde nun ein Jahr Frist gewonnen, so ließe sich derselbe vielleicht noch realisieren.

---

[1]) Schon vorher hatte der Bruder des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause dem Abgeordneten von Diest gegenüber mündlich und später durch Brief vom 14. Januar 1868 schriftlich den Wunsch ausgesprochen, mit seinem Bruder persönlich die oben bezeichnete Frage durchzusprechen. Es erfolgte dann eine Einladung zu Mittag seitens des Grafen und der Gräfin Bismarck, der Diest, nachdem er zuvor einige Worte an ersteren auf den schriftlichen Wunsch des Bruders geschrieben, Folge leistete. Nach dem Diner wünschte Bismarck die betreffende Besprechung sogleich abzuhalten. Diest bat dagegen um Zuziehung des Herrn von Vincke zur Besprechung.

Digitized by Google

Auf die demnächst von einem der beiden Abgeordneten an ihn gestellte Frage, ob der König durch eine Zusage oder ein Versprechen engagiert sei, antwortete Graf Bismarck, der König habe der ihm nachgereisten Deputation auf der Insel Mainau die Antwort gegeben, er könne ein Versprechen nicht geben, müsse vielmehr erst seinen Landtag fragen[1]).

Der Abgeordnete von Diest stellte demnächst (am 23. Januar 1868) zu dem Berichte der Budgetkommission über den Gesetz-Entwurf, betr. den hannoverschen Provinzialfonds (Nr. 158 der Drucksachen), das bezeichnete Amendement[2]). Auf diesen Diest'schen Antrag bezieht sich die nachstehende Kundgebung Bismarck's.

An das Mitglied des Hauses der Abgeordneten von der Marwitz[3]).

Berlin, den 24. Juni 1868.

Lieber Marwitz!

Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile anderer Geschäfte, daß ich mich mit dem Diest'schen Antrage weder einverstanden erklärt habe, noch einverstanden erklären kann. Es zeigt mir, daß die Organisation einer Regierung unbekannter ist, als man glauben sollte, wenn so viele Freunde einer Reregierung anzunehmen im stande sind, daß eine Gesetzesvorlage, welche ursprünglich auf einer Zusage an den Provinzial-Landtag beruht, welche demnächst im Staatsministerium und im Kabinett mit sorgfältiger Erwägung aller Gegengründe festgestellt, von Seiner Majestät genehmigt und vollzogen, von dem Gesamt-Ministerium mit Aufwendung aller Kräfte und Argumente in der Kommission vertheidigt worden ist, von einem der Minister gewissermaßen unter 4 Augen und heimlich zurückgezogen werden könnte.

Die Leichtigkeit, mit der man mißverstanden wird, scheint mir so groß, daß ich auch diesen Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieselben keine Andeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen Vorgänge, welche mich noch heute an der Vorlage festhalten ließen, sondern daß ich noch heute wie vor vier Monaten das Prinzip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe wenn es nicht schon geschehen wäre, noch heute aus eigener Überzeugung aufstellen und seine Verwerfung, namentlich durch die konservative Partei, und

---

[1]) Wie aus der späteren Darstellung noch deutlicher erhellt, lag eine königliche Zusage nur auf die Vorlegung des Gesetz-Entwurfs an den Landtag vor.

[2]) Dasselbe lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

I. Dem vorliegenden Gesetz-Entwurf die Zustimmung zu versagen.

II. Der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat für 1868 unter den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben" sub II. Finanz-Ministerium Kap. 5. Tit. 4., den Betrag von 500000 Rthlrn. zu den in dem vorliegenden Gesetz-Entwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen.

III. Die Königliche Staatsregierung aufzufordern: spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen.

[3]) von der Marwitz, Eugen, Rittergutsbesitzer, geb. den 11. Juli 1819, Mitglied (konservativ) während der X. Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses.

Digitized by Google

aus ihrem Standpunkte für einen politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der Entwickelung sowohl der hannöverschen wie der provinziellen Verhältnisse im allgemeinen strafen würde.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden Dir gut scheinenden Gebrauch machst. von Bismarck[1]).

In den demnächstigen Verhandlungen im Abgeordnetenhause spielte der im Jahre 1881 in Erfurt im 73sten Lebensjahr verstorbene Regierungs- und Schulrat Bieck[2]), eine seltsame Rolle. In der Sitzung vom 6. Februar 1868 geriet derselbe in einer sehr persönlichen Weise mit dem Abgeordneten Georg von Vincke aneinander, der damals als heftiger Gegner des Gesetz-Entwurfs über die Reservierung des hannoverschen Provinzialfonds auftrat. Graf Bismarck setzte alles daran, die Vorlage durchzubringen, und wie Vincke ihm in öffentlicher Sitzung vorhielt, sollte er den Führern der konservativen Partei, zu denen speziell Herr Bieck gehörte, in einer vertraulichen Besprechung verheißen haben, wenn sie in dieser Beziehung der Regierung zu Willen wären, so würden sie ihre Interessen bei der in Aussicht stehenden Kreisordnung bedeutend mehr berücksichtigt finden, als das sonst zu erwarten wäre[3]). Vincke fragte den Ministerpräsidenten auf sein Wort, ob er solche Versprechungen oder Drohungen gemacht habe[4]), aber Graf Bismarck ließ sich auf eine präzise Antwort nicht ein. Die konservative Partei hatte schon vor der Sitzung von dem Vorhaben Vincke's Wind bekommen, und um dem Minister eine peinliche Scene zu ersparen, hatte sie beschlossen, daß Bieck in einer privaten Besprechung Herrn von Vincke den Hergang der

---

[1]) Später entstand eine Entfremdung zwischen Bismarck und von der Marwitz, da der letztere die Kreuzzeitungs-Deklaranten-Erklärung vom 26. Februar 1875 unterzeichnet hatte.

[2]) Am 14. März 1866 richtete der Ministerpräsident das nachstehende Schreiben an den damaligen Landtags-Abgeordneten, Regierungs-, Konsistorial- und Schulrat Bieck in Erfurt: Ew. Hochwürden kann ich nicht unterlassen, meinen verbindlichen Dank für Ihre treue und erfolgreiche Thätigkeit im Dienst des Königs und des Vaterlandes auszusprechen; umsomehr bin ich erfreut, daß der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten die Geneigtheit gehabt hat, Sie Ihrer dortigen Wirksamkeit auch fernerhin zu erhalten. v. Bismarck.

[3]) Nach dem Zeugnisse des konservativen Abgeordneten von Berg-Perschler hat Bismarck mit der liberalen Kreisordnung nicht gedroht, sondern nur die unausbleibliche Konsequenz mit seiner gewohnten Offenheit bezeichnet. „Denkwürdigkeiten des Grafen von Roon", Bd. II, S. 376.

[4]) „Nun, meine Herren," bemerkte Vincke, „habe ich mir noch eine Frage zu erlauben an den Herrn Ministerpräsidenten, von der ich in unserm Interesse wünsche, daß er sie mit einem entschiedenen Nein beantworten kann. Ich kann Ihnen nur sagen, daß mir in den letzten Tagen von glaubhaften Mitgliedern dieses Hauses gesagt ist, daß — ich weiß augenblicklich nicht mehr, ob in der vorgestrigen Sitzung, ich glaube aber, es war in der vorgestrigen Sitzung — von dem Herrn Ministerpräsidenten an hervorragende Mitglieder der konservativen Partei erklärt worden ist, daß, wenn sie in dieser Vorlage das Ministerium nicht unterstützen, sie eine weniger konservative Kreisordnung von dem Ministerium zu gewärtigen hätten. Meine Herren! Ich wünsche aufrichtig, daß das nicht wahr ist, und ich werde, wenn der Herr Ministerpräsident sagt, daß es nicht wahr ist, keinen Vorwurf darin finden, denn ich bin nur Referent — relata refero, — aber meine Autoritäten sind gut, ich habe keinen Grund, in ihre Mitteilungen Mißtrauen zu setzen."

Digitized by Google

Konferenz mit dem Grafen Bismarck auf das genaueste erzählen, dafür aber das Versprechen der Diskretion verlangen sollte. Vincke war indessen schlau genug, den Plan zu durchschauen, und lehnte alle Mitteilungen Bieck's rundweg ab, um nicht zur Verschwiegenheit über das gezwungen zu sein, was er schon aus andern Quellen wußte [1]). Seine Rechnung, daß er mit diesem Haupttrumpf die Regierung sicher schlagen würde, traf indes nicht zu; der Gesetz-Entwurf wurde mit geringer Mehrheit angenommen; aber eine viele Jahre lang anhaltende Verstimmung zwischen Bismarck und den Konservativen war die Folge der Vinckeschen Enthüllung, die Bismarck einem groben Vertrauensbruch der konservativen Unterhändler, speziell des unschuldigen Bieck, zuschrieb. Wenn wir nicht irren, stellte sich später heraus, daß Vincke zufällig eine Unterhaltung mehrerer Konservativen mit angehört hatte [2]).

Die Verhandlung hatte noch ein Nachspiel. Am 14. Februar 1868 richtete der Abgeordnete Georg von Vincke nachstehendes Schreiben an den Ministerpräsidenten:

Eure Excellenz wollen eine Appellation von Ehrenmann zu Ehrenmann mir gütigst gestatten.

Als ich in Folge Eurer Excellenz Aufforderung am Abend des Ordensfestes den 19. v. M. die Ehre hatte, in Gemeinschaft mit dem Herrn Abgeordneten

[1]) Der Abgeordnete Bieck bemerkte in der Sitzung vom 6. Februar 1867: „Der Abgeordnete von Vincke giebt mir Veranlassung zu einer kurzen persönlichen Bemerkung. Er sagte, daß ein Mitglied dieser, der konservativen Fraktion, ihm noch kurz vor der Sitzung eine Mitteilung habe machen wollen über das, was — um mich der Worte eines der Herren Vorredner zu bedienen — „indiskreter" Weise von ihm hier zur Sprache gebracht worden ist. Ich bin dieses Mitglied gewesen. Nun ist es allerdings richtig, daß ich Herrn von Vincke, ehe die Sitzung begann, eine authentische Mitteilung über die beregte Angelegenheit habe machen wollen, weil ich gehört hatte, daß er einen Gegenstand hier öffentlich zur Sprache zu bringen beabsichtigte, der sich allein auf die konservative Fraktion bezog. Er lehnte dies aber ganz entschieden ab, und dadurch bin ich verhindert worden, ihn mit einer solchen Mitteilung zu versehen, die — wie ich annehme — ihn geschützt haben würde, in solcher Weise, wie er es gethan hat, einen Gegenstand, der sich lediglich auf die konservative Fraktion bezog, zur Sprache zu bringen. Ich bin dadurch auch verhindert worden, die dringende Bitte gegen ihn auszusprechen, nicht indiskret zu sein und eines solchen Vorgangs hier im Hause gar nicht zu erwähnen." Darauf erwiderte der Abgeordnete von Vincke: „Was zunächst die Bemerkung des letzten Herrn Redners anbetrifft, so habe ich seine Mitteilung absichtlich refüsiert und ebenso auch jede weitere Konversation mit den Worten: ich wüßte bereits genau, was ich zur Sprache bringen wollte. Ich wollte nämlich durch fernere Mitteilungen nicht gehindert sein, eine Sache, die ich für wichtig hielt, und die mir von dem Herrn Abgeordneten vielleicht als eine diskrete vertraut würde, zur Sprache zu bringen und mich dadurch einer Indiskretion schuldig zu machen. Die Mitglieder, die mir früher die Worte mitgeteilt haben, haben das in größter Aufregung gethan, und keiner hat mir Stillschweigen darüber auferlegt. Ich habe einen von den Herren, vielleicht beiden, ausdrücklich gesagt, ich würde diese Sache zur Sprache bringen; ich glaubte also, in dieser Beziehung mich in keiner Weise einer Indiskretion schuldig gemacht zu haben."

[2]) „Voßische Zeitung" vom 12. Juni 1881, Nr. 267, I. Beilage S. 2.

Digitized by Google

von Diest bei Hochdemselben mich einzufinden, gaben Eure Excellenz auf die Frage des letzteren:

Ob Seine Majestät der König eine Zusage auf die Bewilligung des hannoverschen Provinzialfonds erteilt habe?

eine verneinende Antwort ....

Dagegen enthält nun aber die amtliche „Provinzial-Korrespondenz" vom 12. d. M. (Nr. 7) folgende Stellen:

„Die Regierung hat freilich vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover eben so wie die der Abfindung des entthronten Fürsten als ein Glied in dem Zusammenhange ihrer nationalen Politik behandelt wissen wollte. Eben so wie der Ministerpräsident in betreff der Ausgleichung mit den Fürsten die Forderung stellte, daß man nicht ein einzelnes Stück seiner Politik aus dem Zusammenhang herausreiße und verwerfe, während man sich den Anschein gebe, die Gesamtpolitik zu billigen, mit demselben Rechte legte er schon bei den Vorberatungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Wert auf die politische Bedeutung der Sache nicht blos für die neu erworbene Provinz, sondern für den Eindruck in ganz Deutschland. Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde.

..... Gerade weil grundsätzliche und Gewissensfragen für die Partei eingestandenermaßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgesprochenen Ansicht nicht blos wichtige politische Verpflichtungen, sondern geradezu die Einlösung einer im Namen des Königs gegebenen Zusage in Frage standen, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konservative Partei alle Bedenken von blos praktischer Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig den von der Regierung entschieden in den Vordergrund gestellten höheren Rücksichten opfern würde.

Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konservativen Abgeordneten so gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuschungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären."

Die unterstrichenen Stellen[1]) stehen im Widerspruche mit den von Ew. Excellenz dem Herrn von Diest und mir am 19. v. M. gegebenen Antwort und der auf Grund derselben von mir in der Sitzung am 6. d. M. gegebenen Relation, und würden, falls sie nicht zurückgenommen würden, den Vorwurf der Unwahrheit einer von mir öffentlich abgegebenen Erklärung einschließen, einen Vorwurf, bei welchem ich, wie Ew. Excellenz anzuerkennen gewiß nicht Anstand nehmen werden, mich nicht würde beruhigen können ....

Auf diesen Brief hin erfolgte kein Widerruf des von der „Provinzial-Korrespondenz" gebrachten Artikels, es wurde nur richtig gestellt, worauf sich die könig-

[1]) Im Text gesperrt gedruckt.

Digitized by Google

liche Zusage bezogen hatte [1]), hiermit mußte sich der Abgeordnete von Vincke [2]) begnügen. —

Wenn man die Korrespondenz überblickt, in welcher die Herren von der feudalen Partei nach Erledigung der Streitfrage ihrem Herzen Luft machten [3]), so

[1]) Die betreffende Stelle der „Provinzial-Korrespondenz" vom 19. Februar, Nr. 68, lautet: „Es ist bei der früheren Besprechung der Angelegenheit mehrfach hervorgehoben worden, daß es sich für die Regierung um die Erfüllung einer den hannoverschen Ständen erteilten ausdrücklichen königlichen Zusage handele. Diese Zusage bezog sich freilich (wie von andrer Seite betont wird) zunächst nur auf die Vorlegung des Gesetz-Entwurfs an den Landtag. Die Erfüllung lag nicht in der Hand der Regierung allein, sie hing zugleich von dem selbstständigen und unabhängigen Ermessen der Landesvertretung ab. Bei der Erteilung jener Zusage aber hatte die Regierung von der Zuversicht ausgehen müssen, daß diejenigen Parteien, welche sich die Unterstützung der Regierung, zumal in Fragen, auf welche diese ein besonderes Gewicht legt, zur Aufgabe gestellt haben, ihr auch bei der Erfüllung der durch jene Verheißung erweckten Hoffnungen bereitwillig zur Seite stehen würden. In solchem Sinne ist seitens der Regierung sowohl, wie an dieser Stelle, auf die erteilte Zusage hingewiesen worden. Des Königs Erwartung ist nicht getäuscht worden."

[2]) Eine ungünstige Beurteilung von Vincke's Verhalten in der hannoverschen Streitfrage findet man in den Roon'schen Denkwürdigkeiten, Bd. II. S. 369. Vincke starb am 3. Juli 1875. Ein Lebensüberblick findet sich in der Zeitschrift „Im neuen Reich", Jahrg. V. 1875, Bd. I S. 955; vergl. auch „Die Grenzboten" 1875, II. Jahrg. S. 440.

[3]) Ein Abgeordneter schrieb Mitte 1868 an Roon: Schuld an dem Zerwürfnis mit den Konservativen sei einerseits von Bodelschwingh, andrerseits Bismarck, der die Partei, welche ihm so unbegrenzt ergeben ist, so viel von ihm hält, und mit der er, wenn er sich nur herablassen wollte, sie halb so gut zu behandeln wie die Nationalliberalen, alles machen könnte — statt dessen mit unbegreiflicher Schroffheit zu behandeln fortfuhr. Statt ihnen einfach zu sagen, von Anfang an, und nicht erst etwas verblümt in der letzten Viertelstunde: „Wir haben im Namen des Königs, und auf dessen eigentlichen Wunsch, die Zusage erteilt: also bewilligt, oder enthaltet Euch wenigstens der Opposition! — statt dessen drohte er ihnen fortwährend öffentlich und durch Zwischenträger mit seiner Ungnade, brüskierte sie, indem er sagte, sie müßten mit ihm stimmen, in allen Fragen unbedingt, dazu wären sie gewählt, er würde sich sonst auf die Liberalen stützen, würde eine liberale Kreisordnung einbringen, u. s. w. — so daß er die armen Leute, welche gar nicht mehr aus und ein wußten, denen es an Führung, aber nicht an Zuflüsterungen aller Art fehlte, förmlich zur Opposition zwang, wenn sie nicht auf immer dem unauslöschlichen Hohne preisgegeben sein und die Partei als solche ruiniren wollten." Ähnlich lauteten die Nachrichten, welche Roon von Blanckenburg empfing. Dieser berichtete am 16. Februar aus Zimmerhausen: „Mir scheint, daß beide Teile verhängnisvolle Fehler gemacht haben. Die Konservativen haben sich durch Bodelschwingh einfangen lassen, haben sich selbst in solche Rage gesprochen und fractioniert, daß kein Bitten mehr half. Der Lange hat anfänglich viele verletzt und zur unrechten Zeit bei Seite stehen lassen, mit den Nationalen coquettirend. Das böse Blut ist dadurch immer höher gestiegen und hat zuletzt Alles schwindlig gemacht. Jetzt arbeitet Wagener in den boshaftesten Ausdrücken gegen Bodelschwingh, Brauchitsch 2c.: „sie haben sich einen alten Fuchs zum Heerführer gewählt." — Indessen was nutzt die Zergliederung der Entstehung des Zwistes! Ich bin in großer Sorge, daß noch mehr Übereilungen geschehen. Mit einer wirklich liberalen Majorität kann Bismarck noch viel weniger Deutschland regieren — das nimmt ein trauriges Ende. Die hart gerittenen, jetzt allerdings durchgehenden Junker wieder weichmäulig zu machen, ist geradezu keine Kleinigkeit — aber mit solchen Mitteln geht es nicht, die jetzt angewandt werden; z. B. er soll niemand sprechen wollen, bevor nicht Bodelschwingh aus dem Vorstande vertrieben ist. Das geschieht sicherlich — aber doch erst wenn der Zeitpunkt da ist. Es geht doch jetzt nicht so Knall und Fall. Neue Partei bilden! Ja wo ist die? — —"

Digitized by Google

begreift man das harte Urteil, das Bismarck über dieselben in einem Briefe an seine Gemahlin d. d. Prag, 3. August 1866 gefällt hatte, worin er bemerkte: „Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase[1]). Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt[2])."

Schon während der vorerwähnten Debatten im Abgeordnetenhaus verlautete, Bismarck sei so erbittert und verärgert, daß er sich unbestimmten Urlaub erbeten habe. Am 29. Mai 1868 erschien er zwar zur Parade, er wurde aber plötzlich so unwohl, daß er sofort zu Wagen in seine Wohnung gebracht werden mußte. Ein tödliche Krankheit befiel ihn, die gebot, ihn in den ersten Wochen mit allen Staatsgeschäften zu verschonen. Als ihm die erste Kunde gebracht wurde, daß man mit den Führern der Konservativen und Nationalen über einen provisorischen Ausgleich in Reichstagsfragen unterhandle, durfte er noch nicht sprechen; er soll damals nur durch eine heftige Kopf- und Handbewegung seine Abneigung ausgedrückt haben.

Es blieb ihm nichts andres übrig, als unter Beschränkung auf die Erledigung der allerwichtigsten Staatsgeschäfte sich in längerem Urlaub nach Varzin zurückzuziehen (16. Juni 1868)[3]).

Die Berichte über den Gesundheitszustand des Grafen Bismarck riefen in London einen tiefen Eindruck hervor. Nicht leicht spiegelt etwas die Wandlung des Urteils, die sich während der letzten Jahre in England über Bismarck vollzogen hatte, besser wieder, als die folgende Betrachtung der „Times": „Es ist ein Glück, daß der Sommer in der Regel eine Stille in politischen Angelegenheiten mit sich bringt. Trotz alledem ist die Geschäftsführung doch keine sehr leichte Sache. Das Sprichwort sagt: „Thoren bauen die Häuser, damit weise Männer darin wohnen können." Wie es scheint, gilt aber in der Regel von

---

[1]) Objektiver urteilte über Bismarck's Verhalten in der hannoverschen Frage der Abgeordnete von Berg-Perschlen und der Kriegsminister von Roon in einem Briefe d. d. Bordighera, 25. Februar 1868 und Lugano, 25. März 1868, letzterer gerichtet an den Abgeordneten v. Blanckenburg. In dem erstgenannten Briefe schreibt Roon: „Wenn man, wie ich, ganz sicher weiß, wie Ungeheures B. zu leisten hat und auch leistet, so kann man ihn billigerweise nicht schelten, daß er nicht auch noch mehr leistet und für seines Kollegen Versäumnis oder Unfähigkeit eintritt. Übrigens wird der Bruch heilen, denn er muß heilen; wir können uns auf keine andre Partei in der Hauptsache stützen, aber die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben wesentlich andre sein müssen, als zur Zeit des Konflikts; sie muß eine Partei des konservativen Fortschritts sein und werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben, so wesentlich und notwendig solche zur Zeit der Übermacht des demokratischen Fortschritts und der damit angedrohten demagogischen Überstürzung auch sein mochte und in der That gewesen ist."

[2]) 20. Februar 1868. Bei Gelegenheit eines Zweckessens der Konservativen wurde beschlossen, die an den Tag gelegte Opposition gegen Bismarck wieder fallen zu lassen.

[3]) Motive für das plötzliche Urlaubsgesuch des Grafen Bismarck s. „National-Ztg." 1868, Nr. 70, 72, 79. Vergl. hierzu auch den Artikel „Die Regierung und die konservative Partei" in der „Provinzial-Korrespondenz", Nr. 73 von 1868.

Digitized by Google

Staaten das Umgekehrte, und es ist ebenso gewiß, daß Deutschland nur einen weisen Mann besitzt, wie es sich noch 1861 auswies, daß Italien nur einen fähigen Mann besaß. Es gab eine Zeit, wo diese Thatsache allgemein anerkannt wurde, wo der beschränkteste, eigensinnigste deutsche Steckenpferdreiter einräumte, daß im ganzen Lande nur ein Mann recht gehabt, nur ein Mann sein Ziel unverwandt im Auge behalten habe. Seit dieser Zeit indessen haben Selbstsucht, Eitelkeit und Querköpfigkeit ihren verlorenen Boden zum großen Teile wiedergewonnen. Konservative und Radikale, Einheitsfreunde und Bundesfreunde, Männer aller Stände und Klassen, Männer aller Farben und Bekenntnisse bilden sich ein, ihre Sache besser zu verstehen als Bismarck ....

Es ist immer unsre feste Überzeugung gewesen, daß, wenn Europa im Laufe der letzten zwei Jahre von den Schrecknissen eines Krieges verschont geblieben, das Verdienst dafür nur zwei Männern, dem Grafen Bismarck und dem Kaiser Napoleon gebührt. Und seit der letztere Herrscher durch Verlegenheiten und Inkonsequenzen von streitenden Parteien in seinem eigenen Kabinett beeinflußt wurde, hat der Friede an der äußerst klaren und entschlossenen, zu gleicher Zeit aber doch vorsichtigen und versöhnlichen Politik des preußischen Staatsmannes gehangen." —

Am 23. August 1868 traf in Berlin folgende schwerwiegende Depesche ein: „Graf Bismarck ist mit dem Pferde gestürzt und hat sich erheblich verletzt." Der Unfall wäre hier nicht zu erwähnen, wenn sich derselbe nicht in Gegenwart eines Parlamentariers, des Abgeordneten Moritz von Blanckenburg[1]) zugetragen hätte, welcher darüber in einem Briefe an den Kriegsminister von Roon d. d. Varzin, 24. August 1868 Nachstehendes mitteilte: „Ich hatte mir schon vorgenommen, Dir einen Bericht über Bismarck's Gesundheit zu machen. Leider ist durch einen Sturz, den er vorgestern mit dem Pferde machte, alles verändert. Wir ritten längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenweg Trab — er unmittelbar vor mir, Keudell hinter mir. Denke Dir mein Erstarren, als ich ganz plötzlich folgendes Bild sich vor mir abspinnen sehe: Der kleine breite Fuchs, den er ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase in der Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte — nämlich daß der Fuchs vollständig „heesterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Ctr. Gewicht!) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte ebenso schnell — nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß ohne Athem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend umher-

[1]) Vergl. oben S. 16. Während der Konfliktszeit stand derselbe mit Bismarck in fortdauernder Korrespondenz. Brief Bismarck's d. d. 18. Juli 1865, Kohl, Bismarck-Regesten Bd. I. S. 260, desgl. v. 26. Juli 1865, a. a. O. S. 261, desgl. 1. August 1865, a. a. O. S. 261. Sommer 1868 Brief Bismarck's an Blanckenburg (Inhalt unbekannt) Kohl. a. a. O. S. 359.

Digitized by Google

ging. Ich war in dem Momente vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren, was natürlich mein erster Gedanke war, auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so daß wir bis jetzt hoffen, daß alles ohne weitere Folgen abgegangen ist. Er ritt noch Schritt 1/4 Stunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. — — Der Arzt kann nichts finden.

Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagt. Er trank — wie er sagte — am Tage vor dem Sturze zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Cigarren . . .

Ein einziges Mal vor dem Sturz fing er mit mir ein wenig Politik an zu sprechen über innere Angelegenheiten, dies war aber mehr wie einer — der vieles, sehr vieles Gebrechen sieht aber keine Macht hat es zu ändern — etwa als wenn ich über dies oder das räsonnire — gar nicht als wenn er Premier und dafür ebenso gut verantwortlich!" — —

Ende September 1869 war derselbe Abgeordnete zu Bismarck nach Varzin gereist, um mit demselben über Landtagsangelegenheiten zu beraten. Über seinen dortigen Aufenthalt schreibt Blanckenburg seinem Onkel, dem Minister Roon, d. d. Varzin, 1. Oktober 1869: „Bin heute noch hier geblieben, weil Eulenburg kommt — wie Du wohl wissen wirst — anscheinend im Auftrage des Königs.

Bismarck hat mich gebeten, daß Du doch Selchow einen Anstoß geben mögest, daß er sich wenigstens der ländlichen Interessen im Staatsministerium annimmt, die Heydt mit Reduction der Creditfristen von 6 Monaten auf 3 Monat wiederum schädigen will. Bismarck ist darüber erregt, erstens daß diese Operation allein dazu geschehen soll, das eigentliche Deficit zu verdecken . . . zweitens ist er auch der Meinung, daß diese Reduction dem Lande einen empfindlichen Schnitt versetzt und ärgert sich, daß niemand außer ihm diese Interessen wahrnimmt . . . Dies Alles ist nun aber eine völlige Nebensache in meinen Augen im Vergleich mit der ganzen Situation, die ich hier vorgefunden habe. Ich finde B. fest entschlossen unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entläßt."

Nachdem dies näher ausgeführt und Bismarck's damalige krankhafte, sehr reizbare Stimmung beklagt worden, fährt der Brief fort: „Mir scheint, daß Du energisch B. helfen mußt, den König zu überzeugen, H. zu entlassen, auch womöglich Seldow, wiewohl dies mehr negativ ist. Ich glaube — dann ließe sich der Lappen flicken.

Otto will hier bleiben — gar nicht zum Landtag kommen und will wohl nichts lieber, als daß der Landtag alles ablehnt. Ich werde meine Entschließungen hierfür mitzuwirken erst fassen, wenn ich die Vorlagen kenne."

Acht Tage später, 8. Oktober 1869, schreibt Blanckenburg von seinem Gute Zimmerhausen weiter an Roon: „Ich habe Bismarck, da es mir in Varzin unmöglich wurde, mich völlig auszusprechen, in diesen Tagen etwas ausführlicher geschrieben, als ich das sonst zu thun pflege. An seine Krankheit kehre ich mich

Digitized by

gar nicht mehr — die ist unheilbar, wenn er in Varzin fortfährt so ungesund zu leben wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, $^1/_2$ Stunde Billard und dann die eigentlich nicht zu vermeidende Arbeit bis 10, 11 Uhr — und das bewußte kalte Nachtessen — natürlich kein Schlaf bei zerstörter Verdauung.

Seine herben Urtheile über seine Kollegen und die Konservativen (er nimmt bei den Ausfällen jedesmal Dich und mich aus) sind ja zum großen Theil völlig gerecht und nicht neu. Ich habe ihm zugesagt, das Meinige (geringe) zu thun um zu helfen. Auf sein Verhältniß zum Könige habe ich keinen Einfluß, auch kein Urteil darüber; habe ihn auf die Ehe verwiesen, die auch nicht ohne gegenseitige Duldung zu führen ist. Mögen nun aber die Konservativen noch schlechter sein, wie er sie schildert — ohne dieselben wird er nimmermehr Preußen in anständiger Form in Deutschland aufgehen machen, was (richtig verstanden) allerdings das noch mögliche gute Ziel ist. Will er dies Werk mit den Liberalen vollziehen — so führt es unfehlbar zur Republik.

Man kann den Liberalen nicht gerecht werden, wenn man nicht ihr ganzes Programm erfüllt, und dazu gehört in erster Linie die Zerstörung der Kirche und Schule . . . Also — läßt sich Deutschland nur einigen auf liberalem Wege, so kann dies nur mit Hülfe der Konservativen geschehen. Die müssen das Bewußtsein behalten oder wiederbekommen, daß sie die eigentliche Stütz-Partei sind, mit der Deutschland erobert wird. Dazu aber sehe ich nicht allein keine Anstalten — sondern ich besorge, daß die Verbindungen, die noch bestehen, abgebrochen werden.

Am letzten Abend in Varzin hatte ich noch ein langes Gespräch mit Eulenburg, der mir mittheilte, was man plante um Heydt zu beseitigen[1]). Ich bin ganz einverstanden, und B. wird auch nicht krank werden, wenn ihm der Schwarze Adler umgehängt wird. H. lauert also auf einen Moment, um als Konservativer abzugehen. Ich fürchte aber, der Moment kommt nicht." —

Am 6. Oktober 1869 stellte das Mitglied des Herrenhauses, der frühere Justizminister Graf zur Lippe daselbst den Antrag: Das Herrenhaus wolle beschließen: daß

[1]) In den letzten Oktobertagen 1869 erfolgte bekanntlich der Rücktritt Heydt's und die Ernennung Camphausen's zum Finanzminister. Dieselbe war wohl dem zunehmenden Einfluß Delbrück's zuzuschreiben, den Bismarck „zu seinem Handwerkszeug rechnete, wenn er bequemer arbeiten wollte." Es war also in Bismarck's unmittelbarster Umgebung ein Triumvirat Delbrück-Camphausen-Wehrmann geschaffen, das einem hochkonservativen Manne wie Roon stark zu denken gab, und den bald kommenden Systemwechsel vorbereitet hat. Den Konservativen fehlte ein Führer. M. v. Blanckenburg wünschte, daß General Moltke die Leitung der Fraktion in die Hand nehme, wie ehedem Stolberg. „Es würden dabei die eigentlichen Korporaldienste von Denzin geleistet, — schrieb er — und ich würde mich ihnen gewiß nicht entziehen, wenn ich da wäre. Aber wir müßten ihn gerade in erster Linie haben als feinstes Deckblatt, das wir noch hätten für unsere Vierradener Einlagen." Darauf erwiderte ihm Roon, daß sich dieser Plan schwerlich verwirklichen werde, da sich das „Deckblatt" Moltke nicht gut rollen läßt.

Digitized by Google

1) seiner Überzeugung nach die in den Gesetzen vom 12. und 21. Juni 1869, betreffend die Einrichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelssachen und die Gewährung der Rechtshilfe (Bundesgesetzblatt Seit 201 u. 305), liegenden gleichzeitigen Änderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 27. Juli 1867 und der preußischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 ohne Zustimmung der preußischen Landesvertretung nicht hätten getroffen werden dürfen;
2) die Königliche Staatsregierung zu ersuchen sei, dem entgegenzuwirken, daß in Zukunft Änderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, soweit durch dieselben zugleich Änderungen der preußischen Verfassungs-Urkunde herbeigeführt werden, ohne Zustimmung der Preußischen Landesvertretung vorgenommen werden.

Motive. Die Wahrung der der preußischen Landesvertretung verfassungsmäßig zustehenden Rechte [1]).

Dieser Antrag des Grafen Lippe wurde der IX. Kommission zur Beratung überwiesen, welche durch Bericht vom 9. November 1869 zustimmte, und dem Herrenhause die Annahme des Antrages empfahl.

Gegen diesen Beschluß ist das nachstehende Schreiben gerichtet, welches der Ministerpräsident Graf Bismarck an den Fürsten Putbus [2]) auf Rügen richtete [3]):

Varzin, den 13. November 1869.

Ich benutze den Anlaß, den mir das Denkmal für Arndt bietet, um ein Wort über den Lippe'schen Antrag im Herrenhaus einfließen zu lassen. Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Kommission irgend welche Zustimmung, geschweige denn die Majorität finden könne, und nun schreibt man mir, er werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesammtentwickelung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik aber sind der

---

[1]) Der Antrag war unterstützt durch die Mitglieder des Herrenhauses von Beurmann, von Borcke, von Brand, von Bredow, Graf von Brühl, von Le Coq, von Goßler, Graf von der Gröben-Ponarien, von Jena, von Karstedt, von Köller, von Kröcher, Leo, Freiherr von Paleske, von Plötz, von Rabenau, Fürst Reuß, Graf von Schlieffen, von Schoenborn, Graf von der Schulenburg-Emden, Graf von der Schulenburg-Heßler, von der Schulenburg-Salzwedel, von Senfft, Graf zu Solms-Baruth, Uhden, von Waldaw.

[2]) Fürst und Herr zu Putbus, Wilhelm Karl Gustav Malte, geborener Graf von Wylich und Lottum, Erb-Landmarschall im Fürstentum Rügen und der Lande Barth, Generalmajor à la suite der Armee, evang., geb. den 16. April 1833 zu Neapel, wohnhaft zu Putbus, Mitglied des Herrenhauses seit April 1863.

[3]) In den Politischen Briefen Bismarck's aus den Jahren 1849—1889, Berlin 1889, Hugo Steinitz' Verlag, Bd. I, Seite 206, ist der Brief vom 17. November 1869 datiert; diese Angabe ist aber falsch.

Digitized by Google

Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Österreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärktem Maße thun. Außerdem ist der Beschluß ein Schlag ins Wasser, an den der Bund sich nicht kehren wird, der aber die Regierung und die gesammte Bundespolitik gezwungener Weise in Opposition mit dem Herrenhause bringt und zwischen beiden Häusern des Landtags einen Konflikt erzeugt, in welchem Fluth und Wind mit der ganzen Kraft deutschen Nationalgefühls zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten und gegen das Herrenhaus laufen. Wenn Sie auf ein politisches Urteil irgend welchen Werth legen, so bitte ich Sie, thun Sie was Sie können, um die Annahme des Lippe'schen Antrags zu hindern; sprechen Sie mit Graf Stolberg und zeigen Sie ihm, wenn Sie die Güte haben wollen, diesen Brief, sowie überhaupt jedem der Kollegen, dem daran liegen kann, meine und der Regierung Ansicht über die Sache zu kennen. Wenn es dem Grafen Lippe gelänge, seine Ansicht in dieser die ganze Situation beherrschenden Principienfrage zur maßgebenden zu machen, so müßte er auch bereit sein, unsere Politik im Sinne dieses Antrages weiter zu führen. Kann und will er das nicht, so treibt der Antragsteller und die, welche mit ihm stimmen, mit den höchsten Interessen des Landes ein strafbares und leichtfertiges Spiel.

Fürst Putbus wirkte demnächst im Herrenhause dahin, daß der Antrag im Plenum abgelehnt werde, was ihm im Verein mit andern verständigen Kollegen gelang. Der Antrag an sich war ohne rechtliche Bedeutung, im Grunde nur ein böser Nadelstich gegen Bismarck. Am 17. November fand die Plenarsitzung statt, in welcher nach längerer Debatte über den Antrag Lippe bei namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 49 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen wurde [1]).

Bereits während der Verhandlungen über den hannoverschen Provinzialfonds sehen wir die neue preußische Kreisordnung im Hintergrunde erscheinen, wie ein Gespenst, mit dem man unartige Kinder gehorchen lernt, wenn die Vernunftgründe den Dienst versagen. Eine greifbare Form nahmen die Versuche, Preußen eine neue Verwaltungsreform zu geben, erst im Jahre 1869 an.

Fürst Bismarck hat das große Verdienst, die Sache in Gang gebracht zu haben in einer Zeit, in welcher niemand etwas von diesen Plänen wissen wollte. Später hat er die Ausführung im wesentlichen dem Grafen Fritz Eulenburg überlassen, da die wichtigen allgemeinen deutschen Fragen seine Aufmerksamkeit

[1]) Fürst Putbus war in Versailles während des Kriegsjahres ein häufiger Gast im Hause Bismarck's. Vergl. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. II, S. 47, 91, 133, 253, 341.

Digitized by Google

mehr verlangten. Das große Verdienst der Initiative bleibt aber wie gesagt dem Fürsten Bismarck. Er allein zeigte in der Übergangszeit die Fähigkeit, nicht bloß über die herrschenden Parteiansichten, sondern auch über die Vorstellungen seiner Geheimräte hinaus das staatlich Notwendige zu erkennen. Bevor Bismarck an die Ausführung ging, hielt er es für angemessen, sich mit unsrer größten Autorität auf diesem Gebiete zu beraten, mit dem Professor Dr. **Rudolf Gneist**[1]), welcher kurze Zeit vorher sein grundlegendes Werk über das englische Staatsrecht beendet hatte. Gneist war Bismarck vom Abgeordnetenhause, dem derselbe seit 1858 angehörte, und außerdem vom konstituierenden Reichstage her bekannt. Er hatte das Glück, während der Konfliktszeit nicht ein einziges Mal mit Bismarck ein Renkontre zu haben. In der Militärfrage stritt er sich ausschließlich mit dem Kriegsminister von Roon herum. Mit Bismarck gab es nur ein kleines Scharmützel in der Lauenburgschen Frage.

Da über die Verhandlungen des leitenden Staatsmannes und des Parlamentariers über die Grundlagen der Kreisordnung bisher noch nichts bekannt geworden ist, so habe ich Herrn Professor Gneist gebeten, den Gedankengang der preußischen Verwaltungsreform in einem Essay zusammen zu stellen, dessen ersten, das Jahr 1869 umfassenden Teil ich am Schlusse dieses Abschnittes (S. 72) folgen lasse.

Wir werden später (1872) auf die endgültige Lösung der Frage zurückkommen.

Am Schlusse unsrer Periode bietet sich in Bezug auf sein Verhältnis zu seinen bisherigen politischen Freunden ein für Bismarck wenig erfreuliches Bild dar[2]). Wie mögen die Bismarck abgeneigten Junker über denselben

---

[1]) **Gneist, Rudolf**, Dr., ordentlicher Professor und Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Geboren 13. August 1816 (evangelisch). Professor in der Juristenfakultät seit 1844. Hilfsrichter beim Obertribunal 1846–50. Mitglied des Landtags seit 1858, des Reichstags seit 1867. Stadtverordneter von Berlin seit 1848. Präsident des deutschen Juristentages 1868 ff. Präsident des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen seit 1869. Präsident des Eisenacher Vereins für Sozialpolitik 1872. Vorsitzender des wissenschaftlichen Vereins der Singakademie &c. Er schrieb u a.: Englisches Verwaltungsrecht. 2. Auflage 1867. 2 Bände. Englisches Selfgovernment. 3. Auflage 1871. Geschichte des Selfgovernment. 1863. Freie Advokatur. 1867. Konfessionelle Schule. 1869. Selbstverwaltung der Volksschule. 1869. Verwaltungs-Justiz. 1869. Preußische Kreisordnung. 1871. Rechtsstaat. 1872. Zur deutschen Strafprozeßordnung. 1874. Formelle Verträge. 1845. Römische Institutionen. 1858 &c. (Nat. Lib.)

[2]) In einem Artikel der „Hamburger Nachrichten“ vom 29. März 1892, Nr. 76, betitelt „Fürst Bismarck und die Konservativen“, heißt es: Die Entfremdung gegen den Fürsten Bismarck hat bei den Führern der Konservativen vielleicht schon im Jahre 1866 in Prag begonnen, als eine konservative Deputation dem Streben des damaligen Ministerpräsidenten, den inneren Konflikt bei der Rückkehr nach Berlin zu schließen, durch den Versuch einer Einwirkung auf den König entgegentrat und bei gewissen Stimmungen des hohen Herrn auch Anklänge fand, obschon die Deputation nicht anzugeben wußte, welche Gestaltung der zukünftigen Entwickelung Deutschlands ihr nach den Ereignissen des Jahres 1866 vorschwebte, wenn bei der Heimkehr des siegreichen Heeres der seit bald sechs Jahren schwebende Konflikt unverändert fortgesponnen werden sollte. Ob die Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik, welche in den letzten sechziger Jahren bei den Konservativen öffentlich zum Ausbruch kam (z. B. in den Kämpfen um den hannöverschen Provinzialfonds und ähnliches), an die Erinnerung an die Prager Vorgänge und an die Indemnitäts-Wendung in der Thronrede in bewußter Weise anknüpfte, lassen wir dahin gestellt

Digitized by Google

räsonniert haben, wenn ein Getreuer, wie M. von Blanckenburg, sich in Briefen an Roon wie folgt erging: Zimmerhausen, 21. 1. 70.

. . . Überraschen thut mich gar nicht, was Du über B. schriebst. Daß er die Fehler, die seit Erledigung der Frage über den Provinzialfonds in Behandlung der Konservativen gemacht sind, nicht wieder gut machen will, das weiß ich von Varzin her; daß er die Meinung hat, daß die vorschreitende Einigung Deutschlands es erfordert, daß wir immer liberaler werden müssen — das spricht er geradezu aus — freilich auch, daß jeder liberale Mann, der dem König durch das Amt näher gebracht wird, eo ipso konservativer wird . . . .

Z., den 5. Februar.

. . . Die Opposition der Konservativen gegen B. nimmt reißend zu — man kann es schon Erbitterung nennen. Führer dieser Opposition gegen ihn will und werde ich nimmermehr sein, und Führer der murrenden, widerwilligen, ihm noch aus allerhand Gründen folgenden Rest-Konservativen mag ich nicht sein, also Stolberg's [1]) Erbschaft trete ich nicht an [2]).

Wir werden in einem späteren Abschnitt sehen, wie sich die Wolken immer drohender zusammenballten, bis sich schließlich über die Häupter der Konservativen unter Donner und Blitz ein Gewitter entlud, welches das alte Fraktionsgebäude bis in die Fugen erzittern machte.

Anhang.

Fürst Bismarck und die preußische Verwaltungsreform.

(Nach einer Mitteilung des Professor Gneist.)

Nachdem der preußische Verfassungskonflikt von 1862—1866 seine glückliche Lösung gefunden hatte und das schwere Werk der Errichtung des Norddeutschen Bundes gelungen war, regte sich in Preußen der lebendige Wunsch, die noch vorhandenen Differenzen über den inneren Ausbau des Staates, insbesondere den Streit über die Ausgestaltung der Kreis-Ordnung zu einem gütlichen Austrag zu bringen.

Im Ministerium des Innern war man mit Entwürfen einer neuen Kreis-Ordnung oder Kreis-Ordnungs-Novelle mehrfach beschäftigt, konnte sich aber kaum verhehlen, daß die in der politischen Abteilung entstandenen ersten

---

sein; jedenfalls waren die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten schon damals lebhafter, als mit freundlichen Beziehungen der konservativen Fraktion und mit deren Unterstützung der Regierungspolitik verträglich war.

[1]) Graf Eberhard Stolberg, bisher Fraktionsvorstand, war kürzlich zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden.

[2]) Der Kriegsminister von Roon erwiderte Blanckenburg am 7. Februar 1870. „. . . Du erwähnst in Deinem letzten Briefe die Opposition resp. Mißstimmung der Konservativen. Der gute Berg diskutierte gestern Abend an meinem Theetisch dasselbe Thema, und sprach, wie Du, vom Rückzuge. Wenn Du und er und die Gleichgesinnten sich von der politischen Bühne in der That zurückziehen, so wird den Liberalen freilich das Feld unbestritten überlassen; dann kann die Regierung oder B. nicht bloß mit den Liberalen transigieren und wirtschaften, dann muß er es thun, und Ihr werdet bald wahrnehmen, wie das Schiff von den Mithänden am Steuer ganz entschieden nach links gewendet wird, was ich natürlich nicht mitmache."

Digitized by Google

Entwürfe in dem jetzigen Landtag unmöglich zur Annahme gelangen könnten. Man hatte nicht nur die Ritterschaft mit ihren Virilstimmen im Kreistage beibehalten, sondern auch noch durch sogenannte Notable (die Superintendenten u. a.) verstärken wollen, ohne zu erwägen, daß die Städte sich in Zukunft mit je einer Stimme, die Bauern in ihrer Gesamtheit mit drei Stimmen unmöglich zufrieden geben würden.

Inzwischen hatten die positiven Vorschläge des Professor Gneist zur Reform der inneren Verwaltung (in der Schrift: „Verwaltung, Justiz, Rechtsweg" im September 1868) in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit erregt. Der Ministerpräsident sah sich dadurch veranlaßt, im Januar 1869 durch seinen damaligen Adlatus, Regierungs-Assessor von Keudell, den Dr. Gneist zu einer Abendbesprechung über diesen Gegenstand einzuladen, die am 2. Februar 1869 in einer bis spät in die Nacht hineindauernden Konferenz stattgefunden hat. Es war damals noch nicht üblich, den Inhalt solcher Interviews weiteren Kreisen mitzuteilen; indessen ist das Wesentliche der Besprechung aus einer bald darauf erschienenen Monographie („Die preußische Kreis-Ordnung", von Dr. R. Gneist) sowie aus dem weiteren Verlauf der Verwaltungsreformen zu entnehmen.

Gneist ging bei seinem Vortrage von folgenden Gesichtspunkten aus:

1. Das Schicksal einer neuen Kreis-Ordnung hängt davon ab, ob sie als eine parlamentarische Institution oder ob sie als eine neue Grundlage der Staatsverwaltung behandelt wird. Soll nur ein neues Kreisparlament geschaffen werden, so entsteht ein unlösbarer Widerstreit: ob neues Herrenhaus oder neues Abgeordnetenhaus. — Die Parlamente häufen sich so, daß eines das andre aufhebt, wenn noch neue Kreis-, Stadt- und Dorfparlamente hinzukommen. Soll dagegen eine Verwaltungseinrichtung geschaffen werden, so handelt es sich darum, Funktionen der bisherigen Staatsbeamten auf Ehrenämter, Staatslasten auf die Kreisverbände zu übertragen. Das, was ein früherer Gesetz-Entwurf vorläufig vermeiden will, „Übertragung von Staatsfunktionen", das ist gerade der einzige Gegenstand des vielgerühmten Selfgovernment. Damit erst beginnt die Kluft sich zu füllen, welche zwischen der Beamtenverwaltung des Staates und den Parlamentskörpern liegt. Die Staatsbeamten gewinnen die Unabhängigkeit der besitzenden Klassen, die besitzenden Klassen einen wesentlichen Teil der Geschäftserfahrung des Beamtentums, wie dies Verhältnis in England die Wurzel der Staatsbildung geworden ist und den Wahlkörpern zum Unterhaus (commune) den festen Zusammenhang gegeben hat, auf dem allein der Aufbau eines Parlaments in seiner englischen Machtstellung möglich ist. Das, worüber konservative und liberale Parteien zur Zeit streiten, ist überhaupt kein Selfgovernment, obgleich beide Seiten es so nennen, sondern beide Teile verlangen nur eine Handhabung wirtschaftlicher Angelegenheiten nach ihren Interessen und Beschlüssen, veruneinigen sich dann aber über die Teilnahme an diesen Machtbefugnissen. Nach konservativer Idee sollen Adel, Ritter, Bürger und Bauern sich in die Beschließung über Provinzial- und Kreiseinrichtungen teilen, nach der liberalen Ansicht sollen alle Steuerzahler

Digitized by Google

diese Machtbefugnisse üben. Beide Teile erstreben nichts weiter als Beschlüsse zu fassen über gewisse gemeinnützige Einrichtungen und solche durch ihre remunerierten Beamten zu verwalten. Die Kreis-Ordnungen Friedrich Wilhelms IV. waren ungefähr so wie die alte deutsche Reichs-Kreisverfassung gebildet; aber bei den heutigen Besitzverhältnissen wird niemand mehr im stande sein, einen Adel-, Ritter-, Bürger- und Bauernstand die ihm zukommende Zahl der Stimmen zuzumessen und dabei das Großkapital, die Großindustrie, die gelehrten Klassen und das in Preußen so einflußreiche Berufsbeamtentum aus dem Rahmen der Vertretung wegzulassen. An dieser Unmöglichkeit ist eben der so patriotische „allgemeine Landtag" gescheitert. Andrerseits hat die liberale Partei im Jahre 1850 nichts weiter zu stande gebracht, als Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial-Ordnungen, die alle nach einem Schema gebildet sind, so wie sich der Privatmann seine Parlamente denkt, als Verwaltungsräte der Steuerzahler, deren Beschlüsse durch besoldete Beamte ausgeführt werden. Die Unfruchtbarkeit solcher Gemeinde-Ordnungen zeigt sich in der Staatsbildung Frankreichs, die mit ihren Gemeinde-Arrondissements- und Departementsräten bis heute zu keinem innern Halt gelangt ist.

Zwischen zwei intransigenten gesellschaftlichen Gruppen steht allerdings unser Staatsbeamtentum. Unser höheres Beamtentum ist in der That geteilt zwischen beiden Bestrebungen: im stillen aber doch einig in dem Grundgedanken, daß höhere Verwaltungsstellen nur von geschulten Berufsbeamten genügend versehen werden können und daß alles Laientum in solchen Funktionen ein unzuverlässiges und kostspieliges Experiment bleibe.

2. Das, worauf es in Preußen ankommt, kann nur vom Staat ausgehen und muß deshalb in unserm monarchischen Staat von der Ministerverwaltung seinen Ausgang nehmen als Reform der Staatsverwaltung, innerhalb welcher schließlich auch die politischen Parteibestrebungen ihre berechtigte Stellung und ihre Befriedigung finden werden.

Das vielgerühmte englische Selfgovernment, das weder der Freiherr vom Stein noch sein Freund, der Oberpräsident von Fincke in seinem vollen Zusammenhang zu übersehen im stande war, hat für uns nur den negativen Wert, nämlich den Beweis zu führen, daß unsre herrschenden Vorstellungen von einer Selbstverwaltung, die konservativen wie die liberalen, sich auf Institutionen berufen, die mit dem historischen Selfgovernment Englands gar nichts gemein haben. Wenn die Selbstverwaltung nichts weiter enthielte als eine wirtschaftliche Verwaltung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Beiträge, so müßte unser Zeitalter ein Wunder von politischer Entwicklung und Reife darstellen infolge der massenhaften Bildung von Aktienvereinen und von Vergesellschaftungen aller Art. Die Dinge, die unsre Parteien ausschließlich in ihren Kreisständen wie in ihren Kreisvertretungen suchen, sind aber im englischen Selfgovernment überhaupt nicht vorhanden. Und wenn Herr von Gerlach in komischer Weise in seinen Patrimonialgerichten, seiner Gutspolizei und seinen ständischen Kurien ein deutsches Selfgovernment gefunden zu haben glaubte, so war das, was die

Digitized by Google

liberale Partei darin suchte: Stadtverordnetenversammlungen, gewählte Kreisvertretungen, gewählte obrigkeitliche Beamte u. dergl., ebensowenig darin zu finden. Der englische Aufbau datiert aus der mittelalterlichen Zeit, in welcher die Staatsfunktionen auf persönlichen und Naturalleistungen der Unterthanen beruhten, und das anglo-normannische Königthum war stark genug, dies System der persönlichen Dienstpflicht zu dem späteren Friedensrichteramt, zum Geschworenendienst und zu den zahlreichen Polizeipflichten englischer Unterthanen fortzubilden. Dieser ganze Unterbau beruht von Hause aus nur auf Erfüllung persönlicher Pflichten des öffentlichen Lebens. Es ist ein obrigkeitliches Selfgovernment, durch dessen Übernahme die besitzenden und gebildeten Klassen Englands ihre Stellung als regierende Klasse und das Parlament allmählich seine sog. Omnipotenz erlangt hat. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung durch gewählte Stadtverordnete haben die englischen Städte erst seit 1835 erlangt (die gewählten Kreisvertretungen sind erst seit 1887 entstanden). Das, was unsre Parteien in der Selbstverwaltung suchen, ist also erst ein moderner Zusatz zu dem historischen Selfgovernment, der nicht zu einer Fortbildung desselben gedient hat, sondern, losgelöst von der obrigkeitlichen Verwaltung, zu einer Verflachung und Entartung des Unterbaues, der denn auch die moderne Parlamentsregierung in England in immer tiefere Kämpfe und Verwirrung hineinzieht.

Unsern Parteien als solchen wird daraus kein Vorwurf zu machen sein, denn die Bestrebungen der Gesellschaft auf die Gestaltung dieses Zwischenbaues sind überall dieselben, und die französische Bourgeoisie wie die seit der Reformbill zur Herrschaft gelangten middle classes in England verfolgen durchaus gleichmäßig dasselbe Ideal einer einseitigen Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Die Verflachung und Bureaukratisierung des Kommunalwesens ist der überall gleichmäßige Erfolg dieser Strömungen. Der Zwischenbau zwischen Staat und Gesellschaft kann also nur aus der Initiative der Staatsgewalt und aus einem Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft zu einer harmonischen Bildung gelangen. In England ist die Monarchie für solche Aufgaben zu schwach. In Frankreich haben die Bourbonen ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllt. In Preußen aber ist die Machtstellung der Monarchie und der rechte Zeitpunkt anscheinend vorhanden, um über die Parteiprogramme hinaus eine rechte Selbstverwaltung zu schaffen. Wo weder die eine noch die andre Partei ein lebensfähiges Programm hat, kann die Vereinigung nur in einem Dritten liegen, — einem Dritten, an welches bisher keiner der beiden Teile gedacht hat. Dies Dritte ist die obrigkeitliche Selbstverwaltung, die Übernahme der persönlichen Pflichten zur Ausführung der Verwaltungsgesetze des Staates in den kleineren und größeren Kommunalverbänden. Aus der Gesellschaft heraus verlangt aber niemand nach neuen Pflichten, sondern nur nach neuen Rechten. Am wenigsten sind es persönliche Dienstpflichten, nach denen die Gesellschaft verlangt. Auch in der Zeit eines hohen patriotischen Aufschwungs waren es einzelne hervorragende Geister, wie der Freiherr vom Stein, der den treibenden Keim in unsre Städte-Ordnung von 1808 zu legen wußte, mit dem ernstlich durchgeführten persönlichen Zwang

Digitized by Google

zur Übernahme der kommunalen Ämter und Vertretungen, die anfangs in vielen Städten (namentlich auch in Berlin) auf starken Widerstand stieß, dann aber bald eine bereitwillige Gewöhnung fand. Unter vielen Vermächtnissen der Stein-schen Zeit ist dies wohl das wertvollste für unsre innere Verwaltungsreform. Der weite Blick des Staatsmannes, geschult durch die vielseitigsten Erfahrungen des Verwaltungsbeamten, hat wohl einzig in seiner Art erkannt, wie in diesem preußischen Staatswesen das geschulte Beamtentum mit selbstthätigen Ehrenämtern der bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden, wie in den kollegialischen Magistraten der Städte ein Hauptorgan der obrigkeitlichen Verwaltung mit einem ständigen Körper der wirtschaftlichen Verwaltung, in den Stadtverordneten die geeigneten Vertreter der Steuerzahler und zugleich in den städtischen Deputationen die praktisch thätigen Mitverwalter obrigkeitlicher Funktionen untereinander zu verbinden seien. Die Städte-Ordnung von 1808 hat jederzeit lebhafte Bewunderer gehabt; aber die Bewunderung gilt in der Regel nicht dem Magistrat und dem städtischen Beamtensystem, sondern fast nur der Stadtverordnetenversammlung.

Schon zur Zeit Stein's und seiner näheren Freunde war vielfach von einer Nachbildung der Friedensrichter, der Quartalsitzungen der constables u. s. w. die Rede. Solche Übertragungen sind aber möglichst zu vermeiden. Gewisse Grundsätze der obrigkeitlichen Verwaltung nach den Landesgesetzen und der wirtschaftlichen Verwaltung der Kommunen kehren in allen Kulturstaaten wieder, der Bau der innern Verwaltung ist aber in den verschiedenen Ländern so grundverschieden, daß eine Übertragung englischer wie französischer Institutionen auf deutsche Verhältnisse nicht ausführbar und darum jeder darauf hindeutende Ausdruck besser zu vermeiden ist. Wir haben nur nötig, die Stein'sche Städte-Ordnung auf die Kreise und damit auf das platte Land auszudehnen; an der Spitze ein geschulter höherer Beamter in einer starken obrigkeitlichen Stellung, zur Seite desselben ein Magistratskollegium als kollegialischer Mittelpunkt der obrigkeitlichen und der wirtschaftlichen Verwaltung, in den Bezirken des Kreisgebiets (Amtsbezirken) ein System von Bezirksvorstehern (Amtsvorstehern), die aber infolge der geographischen Ausdehnung des Kreises nicht Unterbeamte, sondern Hauptbeamte (Unterlandräte) in ihrem Bezirk sind. Daraus ergaben sich folgende Hauptpostulate:

1. Bildung neuer Amtsbezirke, die in der Regel eine Mehrheit von Gutsbezirken und Dörfern umfassen, und von einem Amtmann (später Amtsvorsteher genannt) im obrigkeitlichen Ehrenamt verwaltet werden. Für den inneren Ausbau unsres Staates erscheint es geradezu als Lebensfrage, die besitzenden Klassen in die höhere Staatsverwaltung hineinzuziehen. Ohne das sinkt die Lokalverwaltung in ein wenig zuverlässiges subalternes Beamtentum herab. Und wenn auch nur ein Teil der verwaltenden Lokalämter mit gering besoldeten Schreibern besetzt wird, findet sich bald niemand mehr, der ein solches Amt als Ehrenamt übernehmen möchte. Es wird deshalb auch einer ausdrücklichen Vorschrift bedürfen, daß in Gebieten, in denen es unmöglich ist, eine geeignete Person

Digitized by Google

für den Ehrendienst zu gewinnen, nur ein höher gebildeter Beamter mit angemessenem Gehalt auf Kosten des Amtsbezirks kommissarisch zu bestellen ist. Abgesehen von diesem Ausnahmsfall soll der Amtmann analog dem Landrat in seinem engeren Bezirk verwaltender Beamter der Ortspolizei sein in allen Gebieten derselben, der vorgesetzte Beamte der Dorfschulzen; er bildet zugleich ein hervorragend tüchtiges Element für die Bildung der Kreisausschüsse und deren Deputationen. In dies normale Amt geht die bisherige Gutspolizei auf, deren Beseitigung schon der Freiherr vom Stein dringend gefordert hatte.

2. An die Stelle der aus dem Gutspolizeisystem hervorgegangenen Lehnschulzen und Setzschulzen treten überall die von der Dorfgemeinde zu wählenden Schulzen, die aber als polizeiliche Exekutivbeamte der obrigkeitlichen Bestätigung bedürfen.

3. Zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Steuerzahler tritt eine gewählte Vertretung derselben, der Kreistag. Derselbe wird sich aber nicht länger in drei Kurien scheiden lassen, in welchen die heutigen Klassen des Besitzes und Erwerbs nicht mehr unterzubringen sind. Wie durch das Ehrenamt den höheren Klassen der Gesellschaft ein berechtigter Einfluß gesichert wird, so wird für die gewählte Kreisvertretung ebenso wie in unsern Städte-Ordnungen wohl ein Dreiklassensystem nach der Höhe der direkten Steuerzahlungen sich rechtfertigen lassen. Gelingt es in Zukunft, unsre Parlamentswahlkörper auf die Grundlage fester Kreis- und großer Stadtkorporationen zu gründen, so wird es nicht einmal besonderer Kreiswahlen bedürfen, sondern die Wahlmänner zu den Landtagswahlen können dann auch die geborenen Kreiswähler sein.

4. Ein gewählter Kreisausschuß von 4 oder 6 Mitgliedern unter Vorsitz des Landrats bildet, analog dem Magistrat in den Städten, den kollegialischen Körper für die mannigfaltigen obrigkeitlichen Beschlüsse (streitige und Beschlußsachen) sowie für die kommunalen Angelegenheiten des Kreises. Mit Rücksicht auf diese Doppelstellung sollte der Kreisausschuß bestehen aus ernannten Mitgliedern (Amtsvorstehern und Bürgermeistern), ergänzt durch frei vom Kreistag gewählte Mitglieder. (In der späteren Gesetzgebung sind dafür 6 freigewählte Mitglieder beliebt worden.)

5. Der Kreisausschuß dient zugleich als Grundlage für den Aufbau einer Verwaltungsrechtsprechung, für den dann in der Mittelinstanz gemischte Behörden aus Regierungsbeamten und bürgerlichen Beisitzern, in oberster Instanz ein Verwaltungsgerichtshof zu bilden sein würde.

6. An diese Gestaltung der Kreisverwaltung ließe sich alsbald die Reform des Kommunalsteuersystems anknüpfen. Unser planlos zusammengewürfeltes, rapide steigendes Gemeindesteuersystem überwuchert die dem Staat unentbehrlichen Einkommensteuern mit vervielfältigten Zuschlägen. Erst die Überweisung der Realsteuern an die Kommunen wird hier die rationelle, gleichmäßige Grundlage für das Steuersystem der Nachbarverbände bilden, auf der dann die kostbarsten Teile der Armen-, Schul- und Wegeverwaltung von den Kreisverbänden übernommen werden können. Auf dieser Basis wird es dann schließlich gelingen,

Digitized by Google

unsere auf die Dauer nicht haltbaren Zwerggemeinden und Gutsbezirke zu leistungsfähigen Verbänden zu vereinigen.

Der Ministerpräsident ging beifällig namentlich auf das System der Ehrenbeamten nach den Stein'schen Grundideen ein. Der noch unreife Plan Stein's, eine Anzahl von Großgrundbesitzern den Regierungskollegien beizufügen, werde sachgemäßer erreicht, wenn man von unten herauf durch die Verwaltung der Ortspolizeiämter ein geschäftstüchtiges Ehrenbeamtentum ausbilde. Den durch solche Elemente formierten Kreisausschüssen werden sich wichtige Geschäfte der bisherigen Regierungskollegien übertragen lassen.

Von einem Vorschlag indessen, für die Bearbeitung eines so umfassenden Gesetz-Entwurfs eine Immediatkommission zu ernennen, wollte der Ministerpräsident nichts wissen, erklärte vielmehr einen andern modus procedendi für notwendig, den er alsbald einschlug.

Der Minister des Innern, Graf Fr. Eulenburg erhielt nämlich den Auftrag, über die Reformfragen der Kreis-Ordnung mit hervorragenden Vertrauensmännern aller Fraktionen des Landtags informatorische Besprechungen zu veranstalten [1]).

Zuerst fanden zahlreiche Konferenzen mit hervorragenden Mitgliedern des Abgeordnetenhauses statt, die sich mehrere Wochen hindurch in längeren Abendsitzungen hinzogen. Als überraschendes Resultat ergab sich indessen eine bunte Verschiedenheit der Meinungen, von denen augenscheinlich keine zu einer Majorität zu gelangen Aussicht hatte. Es entwickelte sich das gewöhnliche Hin und Her gesellschaftlicher Vorstellungen über die Teilnahme am Staat, die sich vom Standpunkt der verschiedenen Gesellschaftsklassen aufbauen, aber über das Maß und den Umfang der Teilnahme stetig veruneinigen. Als ein Mitglied beiläufig die Möglichkeit streifte, eine Teilnahme am obrigkeitlichen Amt für die besitzenden Klassen zu konstruieren, fuhr ein berühmter Parlamentarier mit der Bemerkung dazwischen: was das mit der Selbstverwaltung zu thun habe? Daß alle Selbstverwaltungsbeamten nur gewählt werden können, verstand sich auf allen Seiten. Die Ideen gingen so weit auseinander, daß der als Berichterstatter des Ministerpräsidenten anwesende Kreuzzeitungs-Wagener in seiner mephistophelischen Weise die konservativen wie liberalen Redner mit dem bittersten Hohn und Spott überschüttete.

---

[1]) Am 15. Februar 1869 erging an das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ritterschaftsrat von Wedell-Malchow nachstehendes Schreiben: „Das Königliche Staatsministerium ist, wie Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein wird, mit einem Gesetzentwurf zur Reform der Kreis-Verfassung beschäftigt. Im Auftrage des Staatsministeriums ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst um gefällige Erklärung, ob Sie die Güte haben wollen, an vertraulichen Besprechungen dieses Entwurfes teilzunehmen. Denselben würde der Charakter eines freien Meinungs-Austausches gewahrt bleiben, ohne Einfluß auf die Stellung des einzelnen zu der späteren Vorlage der Königlichen Regierung. Im Falle einer bejahenden Antwort werden die zur Information erforderlichen Schriftstücke Ew. Hochwohlgeboren alsbald zugehen, und würden die Besprechungen in den ersten Tagen dieser Woche beginnen. von Bismarck."

Digitized by Google

Etwas einfacher haben sich die Besprechungen unter Mitgliedern des Herrenhauses gestaltet, die nicht allzuweit aus dem Rahmen der alten Kreis-Ordnung hinausgingen.

Die wahrscheinlich pessimistischen Berichte seines vortragenden Rats haben anscheinend den Ministerpräsidenten um so mehr in der Auffassung befestigt, daß ein einheitlicher Reformplan von dem Ministerium ausgehen müsse. Unmittelbar darauf wurde Professor Gneist veranlaßt, in einer Denkschrift die Gesichtspunkte einer obrigkeitlichen Selbstverwaltung zusammenzustellen. Diese Denkschrift hat Graf Bismarck demnächst seinen Kollegen, den preußischen Staatsministern, als ein Gegenprojekt zu den bisherigen Entwürfen mitgeteilt.

Die Vorschläge scheinen anfangs einiges Befremden im Staatsministerium erregt zu haben. Graf Eulenburg war indessen durch den ziemlich trostlosen Eindruck der Vorbesprechungen einem „dritten" Plan nicht mehr so abgeneigt, wie er anfangs gewesen war. Je weiter er aber in den Vorarbeiten und in den späteren Parlamentsverhandlungen in dieser Materie heimisch wurde, um so mehr verwandelte sich nach seinem eigenen Ausdruck der Saulus in einen Paulus der Verwaltungsreform.

Der Minister zog nunmehr mehrere in den Einzelheiten der Frage geschulte Beamte zur Bearbeitung eines neuen Entwurfs heran: für die allgemeineren Fragen den Landrat, späteren Staatsminister Dr. Friedenthal[1]), für die Formu-

[1]) Friedenthal, Rudolf, Dr. jur., Gutsbesitzer zu Gießmannsdorf bei Neiße. Geboren 15. September 1827 zu Breslau (evangelisch). Bis 1854 im preußischen Justizdienst, Assessor, dann beschäftigt mit Verwaltung seiner landwirtschaftlichen Besitzungen und industriellen Etablissements. 1856 Kreisdeputierter; von 1857—64 durch Wahl Landrat des Kreises Grottkau, 1864 übernahm er bei dem Tode seines Vaters die ererbten Besitzungen. Seit 1867 Mitglied des Reichstags bis 1880, seit 1870 des Landtags, 1873 zum Vize-Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, 1874 am 19. September zum Staatsminister ernannt. Friedenthal gehörte im konstituierenden Reichstage mit den beiden Vinckes, Max Duncker und andern dem altliberalen Centrum an. Als diese Fraktion im ersten ordentlichen Reichstage nicht wieder zur Konstituierung gelangte, trat Friedenthal mit der Mehrheit ihrer bisherigen Mitglieder der naheverwandten freikonservativen Partei bei. Über seine Mitwirkung bei der Verwaltungsreform schreibt Friedenthal selbst in einer im Jahre 1884 geschriebenen Autobiographie: Seit meiner Studienzeit hatte ich mich mit der Frage der Reform der ländlichen Gemeinde- und Kreis-Verfassung in den östlichen Provinzen Preußens auf der Grundlage einer im monarchischen Sinne maßvoll geregelten Selbstverwaltung beschäftigt, Material hierfür gesammelt und positive Vorschläge durchgearbeitet. Nachdem ich in meiner Jungfernrede im Reichstage auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer derartigen Reform — auch in nationalem Sinne und als Gegengewicht gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts — hingewiesen hatte, veranlaßte eine zufällige Unterhaltung des damaligen Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg mit mir, den letzteren zu der Aufforderung, ich möge als freiwilliger Mitarbeiter an der von ihm in Aussicht genommenen Reorganisations-Gesetzgebung mitwirken. Ich erklärte mich hierzu bereit, erhielt alles bis dahin geförderte Gesetzgebungs-Material, und im Sommer 1868 trat im Ministerium des Innern eine Kommission (bestehend aus dem Minister, den Herren von Klützow, Bitter der Ältere, Persius, von Boetticher und mir) zusammen, innerhalb welcher die Grundgedanken desjenigen Entwurfs eingehend erörtert und im wesentlichen fixiert wurden, welcher, obwohl als Kreis-Ordnung bezeichnet, zugleich die unerläßlichen Reformen der

Digitized by Google

lierung der einzelnen Hauptabschnitte den Ministerialrat, späteren Präsidenten Persius. Für den so entstandenen Entwurf wurde die Genehmigung des Königs zur Vorlage an den Landtag eingeholt, und am 8. Oktober 1869 führte der Minister Graf Eulenburg diesen vom 27. September 1869 datierten ersten Entwurf zur Kreis-Ordnung mit einer vorsichtig aber würdig gehaltenen Eröffnungsrede in dem Hause der Abgeordneten ein [1]).

Für die Geschichte dieser Gesetzgebung ist es wichtig, sich den Kontrast zu vergegenwärtigen, den der neue Gesetz-Entwurf zu allen früheren Kreis-Ordnungs-Entwürfen (auch zu den Entwürfen des Präsidenten Lette von 1863, 1865) darbot. Schon in der Einführung trat hervor, daß es sich nicht mehr um bloße Regelungen des kommunalen Haushalts, sondern um eine organische Umbildung des preußischen Verwaltungssystems handelt. Die Bildung der ländlichen Amtsbezirke, die Neuschöpfung des Ehrenamts der Amtsvorsteher, die verantwortliche Beamtenstellung desselben (unter völliger Beseitigung der Gutspolizei), die Beseitigung der Lehns- und Erbschulzen, die gesetzliche Pflicht zur Übernahme der Ämter, die Neugestaltung der Kreisvertretung zu einer einheitlichen Repräsentation, die Bildung eines ständigen Kreisausschusses mit wichtigen staatlichen Aufgaben als Beschlußbehörde und als Verwaltungsgerichtshof gaben dem Gesetz-Entwurf eine völlig veränderte Physiognomie.

Gemeinde-Verfassung, der bezüglichen Staats-Verwaltung und die Anfänge der Verwaltungs-Justiz zu ordnen bestimmt wurde. Die Ausarbeitung des Entwurfs, welche der durch seine Beherrschung des in Frage kommenden Gesetzgebungs-Verwaltungsgebietes besonders hervorragende Herr Geheimrat Persius und ich übernahmen, erfolgte bis zum Herbst 1869, und die Einbringung in das preußische Abgeordnetenhaus in der Session 1869/70.

[1]) Zu einer Zeit, da der Entwurf der Kreis-Ordnung bereits zur Vorlage an das Abgeordnetenhaus reif war, machte der Abgeordnete von Diest-Daber noch den Versuch, Bismarck für seinen Reformplan zu gewinnen. Bismarck erklärte sich mit den wesentlichen Grundzügen der Diest'schen Arbeit in einem Briefe an denselben d. d. Varzin, 31. August 1869 einverstanden. „Wollen wir aber einen praktischen Erfolg erzielen, so glaube ich müssen wir beherzigen, daß das Beste des Guten Feind ist; und dürfen wir nicht in den gebräuchlichen, meist nur die Negation der Reform bergenden Fehler verfallen, daß wir den partiellen Umbau verschmähen, weil der generelle ohnehin nötig und deshalb bevorstehend ist. Halten wir uns zunächst an die zu erwartende Vorlage über die Kreis-Ordnung und deren Gebiet. Gelingt es diesen wichtigen Flügel des Gebäudes wohnlich zu restaurieren, so folgt das corps de logis und der Rest. Ich weiß nicht, wie weit die Vorlage des Ministers des Innern greifen wird, aber hüten wir uns vor allem vor dem Irrtum, als könnten wir beim Kreise nicht anfangen, wenn nicht Provinz, Gemeinde und Staat gleichzeitig umgearbeitet würden. Damit schieben wir die Sache auf die lange Bank. Ein zweites Erfordernis, um zum Ziele zu gelangen, ist die Fernhaltung der Partei-Taktik aus der Frage. Die Besprechungen des Winters haben gezeigt, daß auf diesem Boden weder die Opposition so unpraktisch ist, wie die Konservativen, noch letztere so reaktionär sind, wie die Liberalen glaubten. Die Leute vom Lande und die Praktischen unter den Studierten waren eigentlich von Hoverbeck bis Blankenburg-Kleist viel weniger weit von einander, als sie vorher gedacht hatten. Deshalb möchte ich raten, daß Sie bis zu Zusammentritt des Landtages Besprechungen verschiedener Partei-Führer unter einander zu vermitteln suchen, bevor die Animosität der Plenar-Beratungen Konflikte und Spaltungen hervorruft, welche meist mehr persönlich als sachlich sind."

Digitized by Google

Weggelassen aber waren alle Anläufe zu einer Neugestaltung der bunt geschichteten Dorfverfassungen, der Gutsbezirke und aller Reformversuche des kommunalen Steuersystems. Der Verlauf der Gesetzgebung hat bewiesen, daß diese Selbstbeschränkung eine weise gewesen ist, da noch ein Menschenalter später diese Fragen für eine einheitliche Gesetzgebung noch nicht völlig ausgereift erscheinen. Mit kluger Vorsicht war das neue Selfgovernment so gestaltet, um innerhalb desselben ein Kompromiß unter den Parteistandpunkten zu ermöglichen.

Der erste Eindruck der Vorlage, so erheblich abweichend von dem gewöhnlichen Schema der Kommunal-Ordnungen, war in den Abgeordnetenkreisen einigermaßen befremdend, ungefähr vergleichbar dem ersten Eindruck des Entwurfs zur Norddeutschen Bundesverfassung, der auch den herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen fremdartig erschienen war. Allein die Materie war so vielseitig diskutiert, daß die Parteistellungen innerhalb des neuen Rahmens obrigkeitlicher Selbstverwaltung sich doch zurecht finden und zu der Erwägung gelangen konnten, ob die Konzessionen an die liberale wie die konservative Seite diskutabel erscheinen. Hochinteressant war die erste Generaldebatte des Entwurfs, die in vollem Hause stattfand. Es zeigte sich alsbald, daß bei dem „dritten" Standpunkt, den jetzt die Staatsregierung vertrat, sich von rechts und von links hervorragende Mitglieder von den Fraktionsideen ablösten und mit den neuen Grundsätzen der Vorlage ihren Frieden machten. Einzelne Fürsprecher fand die Vorlage bald auf allen Seiten. Am schwersten wurde es den fortgeschrittenen Elementen und den „entschiedenen" Politikern, sich mit den Neuerungen zu befreunden. Die wichtigeren Grundzüge der Vorlage hatten schon in diesem ersten Stadium eine Mehrheit erlangt, und dies wäre auch für die späteren Klauseln, betreffend die obrigkeitlichen Funktionen des Kreisausschusses, unzweifelhaft geschehen, wenn nicht der durch Lage der Geschäfte herbeigeführte Schluß der Session die völlige Durchberatung verhindert hätte.

Die Staatsregierung hatte nunmehr die wünschenswerte Fühlung mit den Fraktionsstandpunkten gewonnen und konnte mit einiger Wahrscheinlichkeit vorhersehen, welche mittleren Standpunkte in einigen streitigen Fragen etwa durchzusetzen waren. Erhebliche Differenzen waren unverkennbar bei der künftigen Frage der Kreistagswahlen noch zu überwinden. Über Erwarten erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Widerstreben der Städte gegen ihre Unterordnung unter den Kreisausschuß. Die liberale Seite konnte sich durchaus nicht mit der Ernennung der Amtsvorsteher befreunden. Die größten Schwierigkeiten waren insbesondere für das Kreissteuersystem zu erwarten.

Diesem verhältnismäßig günstigen Verlauf des ersten Entwurfs der Kreis-Ordnung folgte eine lange Pause, veranlaßt durch den Krieg mit Frankreich und den Abschluß der Reichsverfassung.

Digitized by Google

IV. Abschnitt.

Der konstituierende Reichstag.

(24. Februar bis 17. April 1867.)

Als die Wahlen zum konstituierenden Reichstag ausgeschrieben wurden, dachte ursprünglich Graf Bismarck nicht daran, sich selbst in denselben wählen zu lassen. Da verschiedene Anfragen an ihn ergingen, so gab es Anlaß zu mehrfachen Korrespondenzen, in deren Verlauf er, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, für die Wahl dieses oder jenes Abgeordneten mitunter recht energisch eintrat. Damals dachte noch niemand daran, daß in der Empfehlung eines Kandidaten durch den Ministerpräsidenten ein Grund liege, die Wahl desselben wegen angeblich erfolgter amtlicher Wahlbeeinflußung als ungültig zu erklären.

Ich lasse die betreffende Korrespondenz hier im Zusammenhange vollständig folgen.

Die erste Anfrage an Bismarck, ob er eine auf ihn fallende Wahl in das Parlament eventuell annehmen werde, erging aus dem Lauenburgischen. Bismarck hat darauf, in sehr verbindlicher Weise für das ihm zugedachte Vertrauen dankend, erwidert, daß zur Zeit noch Beratungen darüber schweben, ob Minister für das demnächstige Parlament Mandate würden annehmen können, daß er aber, wenn solches der Fall, bereits einem andern Wahlkreise gegenüber sich engagiert habe. Zugleich gab der Graf den Lauenburgern anheim, einem Einheimischen, der die Wünsche und Bedürfnisse des Landes kenne, die Vertretung des Landes im Parlament zu übertragen [1]).

Am 10. Januar 1867 richtete Bismarck an den Königlichen Landesdirektor der Altmark, von der Schulenburg zu Salzwedel, folgende Zeilen:

> Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die Anfrage vom 6. d. Mts. zu erwidern, daß, da die Bedeutung und der Umfang der Arbeiten des Norddeutschen Reichstags die volle Hingabe und die ungeteilte Thätigkeit seiner Mitglieder in Anspruch nehmen werden, ich, mit Rücksicht auf meine Überhäufung mit Geschäften und auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand, es zu meinem aufrichtigen und lebhaften Bedauern ablehnen muß, eine Wahl zum Norddeutschen Reichstage anzunehmen.
>
> Indem ich deshalb bitte, für den dortigen Wahlkreis, in welchem sonst, als in der Wiege der preußischen Monarchie, eine Wahl besonders ehrenvoll für mich gewesen sein würde, von meiner Person abzusehen, glaube ich dies in dem vorliegenden Falle um so unbedenklicher aussprechen zu können, als

---

[1]) Mitteilungen aus Südkurhessen über die Aufstellung des Grafen Bismarck als Kandidaten für das Reichsparlament. „National-Zeitung", Nr. 549 vom 21. 11. 66.

Digitized by Google

nach den mir anderweit gewordenen Mitteilungen der Graf Schulenburg-Beetzendorf[1]) wohl Aussicht hat, an meiner Stelle gewählt zu werden.

Selbstredend würde diese Wahl der Königlichen Regierung und mir selbst sehr angenehm und willkommen sein, und kann ich deshalb nur dringend wünschen, den Grafen Schulenburg-Beetzendorf statt meiner als Kandidaten für den dortigen Wahlkreis aufgestellt zu sehen[2]).

Ew. Hochwohlgeboren autorisiere ich hierdurch ausdrücklich von dieser meiner Erklärung auch für die Öffentlichkeit Gebrauch zu machen.

von Bismarck.

Am 21. Januar 1867 richtete derselbe an den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode in Wernigerode das nachstehende Schreiben:

Ew. Erlaucht beehre ich mich auf dero Anfrage vom 13. d. Mts. mitzuteilen, daß ich nach Halberstadt allerdings die Antwort erteilt habe, daß die Wahl des Freiherrn von Roggenbach[3]) zum Norddeutschen Reichstage mir an sich in hohem Grade willkommen sein würde, daß ich aber gleichzeitig, nach näherem Ausweis der abschriftlichen Anlage, die Bemerkung hinzugefügt habe, daß derselbe zur Zeit nicht wählbar sei.

Selbstredend ist es der Königlichen Regierung und mir persönlich ganz besonders willkommen und erfreulich, wenn Eure Erlaucht selbst in dem dortigen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt werden, und kann ich nur lebhaft wünschen, daß alle, welche die Regierung unterstützen wollen, sich auf Ihre Wahl vereinigen.

von Bismarck.

Hieran mögen noch folgende Kundgebungen gereiht werden:

An den Vorsitzenden des konservativen Wahlkomitees Herrn von Krosigk auf Hohenerxleben bei Staßfurt.

(Telegramm.) Berlin, den 5. Februar 1867.

Der nach der Anfrage von gestern beabsichtigten Kandidatur des Herrn von Schaetzell kann ich nur den besten Erfolg wünschen.

von Bismarck.

An Herrn Dr. Günther in Barby.

(Telegramm.) Berlin, den 6. Februar 1867.

Die Wahl des Herrn Amtsrats Dietze zum Reichstage würde in jeder Beziehung den Wünschen der Königlichen Regierung entsprechen.

von Bismarck.

---

[1]) Graf von der Schulenburg-Nimptsch und Beetzendorf, Ernst Friedrich Werner, Fideikommißbesitzer, evangelisch, geboren den 1. April 1829 zu Beetzendorf, wohnhaft zu Beetzendorf, Kreis Salzwedel; landtagsfähiger Besitz: Fideikommiß-Rittergut Klosterrode, Kreis Sangerhausen; berufen in das Herrenhaus auf Präsentation des Grafenverbandes der Provinz Sachsen (ohne die Altmark) durch Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktober 1872 auf Lebenszeit.

[2]) Das gute Verhältnis des Fürsten Bismarck zu dem Grafen Schulenburg-Beetzendorf ist, wie wir weiter unten sehen werden, später sehr getrübt worden.

[3]) Mit Roggenbach hatte Bismarck am 8. August 1866 in Berlin in Sachen des Friedensschlusses zwischen Baden und Preußen verhandelt.

Digitized by Google

An Herrn G. W. Koch in Gommern.

Berlin, den 8. Februar 1867.

Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf das Telegramm vom 6. d. Mts., daß ich mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage befinde, dem dort ausgesprochenen Wunsche Folge geben zu können. Bei den mehrseitig an mich gestellten Anfragen vermag ich mich über die Annahme eines Mandats zum Norddeutschen Reichstag nicht zu erklären, bevor ich nicht wirklich gewählt bin.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, die Herren Mitglieder der dortigen Versammlung hiervon mit dem Bemerken in Kenntnis zu setzen, daß ich den Ausdruck des mir kundgegebenen Vertrauens vollkommen und mit verbindlichem Dank zu würdigen weiß.

von Bismarck.

Endlich schrieb Bismarck am 9. Februar 1867 eigenhändig dem Wahlkomitee des 6. Berliner Wahlkreises, daß die Wahl des Generals von Steinmetz[1]) als Abgeordneter für den Norddeutschen Reichstag ihm in jeder Beziehung erwünscht sei, und daß er für jede Mitwirkung zur Durchführung derselben aufrichtig dankbar sein werde.

Bismarck wurde als Vertreter der beiden Jerichowschen Kreise gleich im ersten Wahlgang mit 10 362 von 15 641 Stimmen gewählt und nahm das Mandat auch an. Für Elberfeld-Barmen war er gleichfalls aufgestellt, erhielt aber von 17 379 Stimmen im ersten Wahlgange nur 6 522, während auf den nationalliberalen Kandidaten, den Oberbürgermeister von Forckenbeck 6 122 und auf den Sozialdemokraten Johann Baptist von Schweitzer 4 674 fielen[2]). Im zweiten Wahlgange siegte Graf Bismarck mit 10 187 über Forckenbeck, auf welchen nur 6974 fielen; die Sozialdemokraten stimmten auf den Rat Schweitzer's für Bismarck, weil dieser das allgemeine Wahlrecht geben wollte. Graf Bismarck lehnte diese letztere Wahl mit folgendem Schreiben ab:

An den Oberbürgermeister Herrn Lischke in Elberfeld.

Berlin, 26 Februar 1867.

Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die gefällige Mittheilung vom 25. d. M., wonach ich im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Abgeordneten für den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden bin. Zu meinem aufrichtigen Bedauern befinde ich mich nicht in der Lage, diese ehrenvolle Wahl anzunehmen, da ich bereits als

---

[1]) von Steinmetz, Karl Friedrich. Geboren 27. Dezember 1796 in Eisenach. Seit 1813 Offizier machte er die Befreiungskriege mit. 1864 kommandierender General des 5. Armeekorps und in demselben Jahre General der Infanterie. Seine Thätigkeit an der Spitze des 5. Armeekorps im böhmischen Kriege 1866 ist bekannt. Steinmetz wurde Mitglied des konstituierenden Reichstags und des Reichstags des Norddeutschen Bundes. Die Haltung dieses Abgeordneten im Reichstag fand später nicht den Beifall des Kanzlers.

[2]) Außerdem erhielt Bismarck noch im 2. Berliner Wahlkreise von 13515 Stimmen 5138, im 1. Berliner Wahlkreise von 12765 gültigen Stimmen 12, im 3. von 12007 gültigen Stimmen 31, im 4. von 8956 Stimmen 1462.

Digitized by Google

Abgeordneter des Jerichowschen Wahlkreises fungierte, welcher bald nach der erfolgten Wahl durch eine Deputation mich um eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ersuchen ließ. Ew. Hochwohlgeboren und die geehrten Herren, welche mich im dortigen Bezirke gewählt haben, werden mit mir in dem Gefühle übereinstimmen, daß ich jener Deputation keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits vollzogenen Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elberfeld-Barmen abhängig machen durfte, ohne die Wähler des Jerichowschen Kreises empfindlich zu verletzen. Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren mit dem wiederholten Ausdrucke meines Bedauerns, daß ich unter diesen Umständen auf die Ehre der Vertretung eines Wahlkreises von so hervorragender Bedeutung, wie es der Elberfelder ist, habe verzichten müssen, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

von Bismarck.

Im ganzen waren die Wahlen der liberalen Sache nicht ungünstig; von 297 Abgeordnetensitzen hatten die Konservativen nur 144 erobert.

Am 29. Februar 1867 wurde der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes in Berlin eröffnet. Das Ereignis war so groß, daß sich Bismarck für alle Einzelheiten der Eröffnungsfeierlichkeit interessierte [1]).

Es war ein Sonnentag in der Geschichte der Hohenzollern, wie er noch nie dagewesen war [2]). Auf dem Thron stand der greise Vater, der nach schwerer Mühe das Werk vollbracht sah; ihm zur Rechten, eine Stufe höher als die übrigen Prinzen, stand in vollster männlicher Kraft der Sohn und nächste Erbe der jetzt so reich begnadeten Krone, und von der Tribüne oben schaute, wenn auch als zartes Kind, der Enkel dem Werke zu, dessen Grundstein zu legen Vater und Sohn da unten im Begriff standen. Drei Geschlechter wirkten mit bei diesen Hohenzollernwerk.

Es stand noch ein Mann bei der Eröffnung des Reichstags dem Könige näher als alle andern. Er stand nicht auf einer Stufe des Thrones wie der Kronprinz und auch nicht zur Rechten, wie die übrigen Prinzen, denn er war kein Prinz. Er stand links im Saal, dem Thron zunächst, in weißer Kürassier-Uniform und mit einem Gesicht so bleich, daß man zweifelhaft sein konnte, was weißer sei, ob das Tuch des Rockes oder das Gesicht des Mannes. Man sah es wohl, der Mann war körperlich schwer leidend, aber die Muskeln waren doch noch stark genug, um die hohe, kräftige Gestalt in voller militärischer Straffheit aufrecht zu halten. Das war Graf Otto von Bismarck-Schönhausen, des Königs Wilhelm Ministerpräsident. Er hatte den größten Anteil an dem Zustandekommen des Werkes, und darum stand er ja wohl mit vollem Recht dem Thron ein paar Schritte näher als alle andern. —

---

[1]) Es gab damals noch keinen Bundeskanzler, die betreffenden Verfügungen mußten daher im preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten entworfen worden.

[2]) Vergl. den Artikel: Photographieen aus dem Reichstag, von einem Mitglied desselben. „Gartenlaube“ 1867, Nr. 14.

Digitized by Google

Wenn Bismarck als Abgeordneter im Reichstag zur Abstimmung in den Saal herabstieg, nahm er, obwohl er sich keiner Fraktion angeschlossen hatte, und darum zu den „Wilden" zählte, unter den Konservativen Platz, ganz in der Nähe des Kriegsministers von Roon, seines Freundes Moritz von Blanckenburg und des Geheimrats Hermann Wagener, des Gründers der „Kreuzzeitung". Obwohl er nach der Rückkehr aus dem Böhmischen Feldzuge sich an das Uniformtragen gewöhnt hatte, so erschien er im konstituierenden Reichstag doch mitunter im Jackett. Damals sagte man, wenn man ihn in Generalsuniform sah, er wollte diese bloß abtragen, um dann ganz wieder als unser einer zu erscheinen. Die Sache verhielt sich aber, wie die Folge gezeigt hat, gerade umgekehrt, das bürgerliche Jackett sollte im konstituierenden Reichstage abgetragen werden.

Unmittelbar vor Bismarck saß der konservative Heißsporn Dr. Ludwig von Wedenmeyer, mit dem wir uns später noch zu beschäftigen haben.

Eine Centrums-Partei gab es im konstituierenden Reichstag noch nicht; aber die späteren Koryphäen desselben waren schon damals unter der Firma der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung auf dem Posten: von Mallinckrodt und Windthorst.

Der erstere[1]) war mit Bismarck schon aus der Studienzeit bekannt; verkehrten doch im Mallinckrodt'schen Hause zu Aachen zwei später bekannt gewordene Referendare: Karl Friedrich von Savigny, der älteste Sohn des Ministers, und dessen Freund Otto von Bismarck-Schönhausen. Auf dem Erfurter Parlamente (1850—1853) wurde die Bekanntschaft um so mehr fortgesetzt, als Mallinckrodt mit Bismarck's Ansichten damals ziemlich übereinstimmte. Im konstituierenden Reichstag kam es am 12. März 1867 zu einem ersten parlamentarischen Scharmützel zwischen denselben. „Bismarck ist nichts weniger als zufrieden mit dem Gang der Dinge auf dem Reichstag — bemerkte Mallinckrodt am 8. April 1867 — obwohl er für die nächsten vier Jahre alles erreicht, was er wünscht, es sei denn, daß es definitiv bei der Diätenzahlung bleibt, was ihm in sein Konzept einen ziemlich dicken Strich gemacht hat."

Die Maßregelung Mallinckrodt's, welche in seiner Versetzung von Düsseldorf nach Merseburg lag, war nicht von Bismarck ausgegangen, sondern von dem neuen Regierungspräsidenten in Düsseldorf, von Kühlwetter; sie war aber die Antwort auf Mallinckrodt's Auftreten im konstituierenden Reichstag. Obwohl schon vor dem Kulturkampf Mallinckrodt's und Bismarck's Ansichten sehr aus-

---

[1]) Von Mallinckrodt, Regierungsrat in Merseburg. Geboren den 5. Februar 1821 in Minden. Als Assessor gehörte er den Regierungs-Kollegien zu Minden, Erfurt, Stralsund und Frankfurt a. O. an, war zeitweise kommissarischer Oberbürgermeister von Erfurt und Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern. 1860—67 Regierungsrat in Düsseldorf. 1852—63 und 1868 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden Reichstags des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des allgemeinen Reichstags. Verstorben am 26. März 1874. Vergl. die Schrift: Hermann von Mallinckrodt, die Geschichte seines Lebens. Dargestellt von Otto Pfülf, Freiburg 1892. S. 7.

Digitized by Google

einander gingen, war das beiderseitige Verhältnis bis 1870 doch ein leidliches [1]).

Die Berührungspunkte zwischen Bismarck und Windthorst [2]) reichen gleichfalls bis in die Studentenzeit hinein. Ehemals saßen sie auf der Bierbank beisammen und später auf der Abgeordnetenbank „auseinander." Tempora mutantur! Es scheint, sie waren von dem Schicksal dazu bestimmt, sich gegenseitig mit allen Waffen der Politik zu bekämpfen. Diese Kämpfe reichen bis in die Zeit zurück, da Bismarck noch Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. und Windthorst hannoverscher Minister war. Das hannoversche Ministerium Schele, dem Windthorst als Justizminister angehörte, hatte 1853 der Ständeversammlung eine Vorlage gemacht, der zufolge die erste Kammer derart umgestaltet werden sollte, daß den Rittern 24 Vertreter, ebensoviel den größeren bäuerlichen Grundbesitzern gebühren sollten. Trotzdem der Verfassungs-Ausschuß die Vorlage zur Annahme empfahl, wurde sie von der zweiten Kammer abgelehnt. Diese Umstände benutzten die Ritter, welche mit dem in der Vorlage Gebotenen überhaupt nicht zufrieden waren, um die Stellung des Ministeriums zu einer unhaltbaren zu machen. Wie derzeit versichert wurde, hätten die bei Hofe einflußreichen Angehörigen der Ritterschaften König Georg veranlaßt, sich von dem derzeitigen Bundestagsgesandten Preußens, von Bismarck, den die Ritter als einen Gesinnungsgenossen betrachteten, ein Gutachten über die Verfassungsreformvorschläge Schele's und über die hannoversche Verfassung von 1848 überhaupt ohne Schele's Wissen geben zu lassen. Das Gutachten Bismarck's sei dahin gegangen, die Reformvorschläge

---

[1]) Über das Entgegenkommen, mit dem Mallinckrodt bis 1870 behandelt wurde, vergl. Karl Braun, Reichstagebuchblätter, S. 165. „Damals war noch tiefer Friede zwischen Bismarck und den Ultramontanen. Es verlautete sogar, Bismarck wolle einen päpstlichen Nuntius in Berlin haben." Am 16. März 1869 beteiligte sich Mallinckrodt an der Debatte über die Nichtverfolgbarkeit von Mitgliedern der Kammern und Landtage wegen Äußerungen, die sie in Ausübung ihres Berufs gethan. Bei diesem Anlaß erhob sich Bismarck und sprach: „Ich habe seit drei Jahren so selten das Glück, mich mit dem Herrn Vorredner in Übereinstimmung zu befinden, daß ich den Augenblick, wo dies der Fall ist, nicht vorübergehen lassen kann, ohne mir die Genugthuung zu geben, es zu konstatieren." Nicht immer sollte er von Bismarck so höfliche Sprache hören.

[2]) Windthorst, Ludwig, Dr. jur.: Staatsminister a. D. in Hannover. Geboren am 17. Januar 1812 zu Caldenhof bei Ostercappeln im Fürstentum Osnabrück; römisch-katholisch. War zunächst Advokat, dann ritterschaftlicher Syndikus und vorsitzender Rat des Konsistoriums zu Osnabrück, hierauf Oberappellrat zu Celle. 1851—53 und 1862—65 Staats- und Justizminister zu Hannover (ausgetreten 21. Oktober 1865); zuletzt Kronoberanwalt zu Celle. 1849 bis 1866 wiederholt Abgeordneter und 1851 Präs. der 2. Kammer der Allgemeinen Ständeversammlung zu Hannover. Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen und des Deutschen Reichstags und Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1867 bis zu seinem Tode. Literatur: Die Fraktion Windthorst-Savigny, „Grenzboten" 1872, I. Quartal, S. 285—288. Windthorst, „Grenzboten" 1872, I. Quartal, S. 504—512. „Hie Bismarck, hie Windthorst". Ein Versöhnungswort, Berlin 1885. Richard Wilhelmi. „Whig-Bismarck und Tory-Windthorst." Zur Reichstagswahl. Eine politische Plauderei. 1889. Berlin. Georg Höppner's Buchhandlung. „Ludwig Windthorst" von Johann Menzenbach. Trier 1892.

Digitized by Google

Schele's gingen nicht weit genug und befriedigten die gerechten Ansprüche der Ritter nicht, die hannoversche Verfassung von 1848 verstoße gegen das monarchische Prinzip und die Gesetzgebung des Deutschen Bundes. Der damalige Finanzminister Bacmeister soll mit diesen Anschauungen Bismarck's ganz einverstanden gewesen sein und dies bei der Anwesenheit Bismarck's in Hannover [1]) zur Zeit der Ministerkrisis offen bekundet haben. Das Ende der Ministerkrisis war der Abgang des Ministeriums Schele; den Auftrag zur Neubildung des Ministeriums erhielt aber nicht Bacmeister, sondern von Lütcken.

Auf diesen Vorgang bezieht sich die von dem Abgeordneten Dr. Windthorst in der Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 29. Januar 1886 gefallene Äußerung: „Hat der Reichskanzler denn die Scene vergessen, wo er dem verstorbenen König von Hannover ein Privatissimum darüber las, wie er die Politik zu ändern habe und wie er das Ministerium beseitigen könne, dem ich zum erstenmal angehörte?"

Ende der sechziger Jahre bewegte sich Windthorst noch ungezwungen auf den parlamentarischen Gesellschaften Bismarck's [2]). Sodann mied er bis zum Jahre 1879 dessen Haus. Beide waren inzwischen politisch gewachsen. Aus dem Bundeskanzler Grafen Bismarck-Schönhausen war der Fürst Reichskanzler und Einiger Deutschlands, aus dem zu Ende der sechziger Jahre nicht sonderlich beachteten Abgeordneten war der Führer der mächtigen Centrumspartei, die „Perle von Meppen" geworden. —

Die Gewohnheit, scharfe Hiebe auszuteilen, hat Bismarck von seiner Universitätszeit beibehalten. Unter den Reichsboten befand sich einer, der davon zu erzählen wußte, der Göttinger Kommilitone Bode [3]), den Bismarck mit den Worten begrüßte: „Sind Sie der?" dabei mit dem Finger auf eine Narbe im Gesicht weisend. „Aber der Hieb war doch nicht commentmäßig," entgegnete er lachend auf die bejahende Antwort und setzte hinzu, „das Rappier hat gesplittert."

Bode, der ein brillanter Schläger war, hatte seine erste Abfuhr von Bismarck, mitten über das Gesicht, nicht ungerächt hinnehmen wollen; er forderte ihn deshalb noch einmal, bekam aber zum zweitenmal einen tüchtigen Schmiß ab. Er hatte bei seiner kleinen Statur gegen die Größe und Länge der Arme Bismarck's nicht aufkommen können. Als Abgeordneter wurde Bode wiederholt zu kleinen Diners zum Kanzler geladen, aber er liebte in seiner bescheidenen Weise nicht, darüber viel zu sprechen. Er hielt dies für Renommage.

Der Direktor des königlichen Museums in Berlin, Geheimrat Bode, der Sohn des genannten Abgeordneten, hat die Freundlichkeit gehabt, mich das Korps-

[1]) Vergl. über diesen Aufenthalt die in meinem Werke: „Preußen im Bundestag" Bd. I. S. 369 f. abgedruckten Aktenstücke.

[2]) Außer den in meinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" beschriebenen parlamentarischen Gesellschaften hat noch am 2. März 1867 ein Diner für die Mitglieder des konstituierenden Reichstags stattgefunden.

[3]) Wilhelm Bode, Handelsgerichtsdirektor in Braunschweig, geboren am 17. November 1812, seit 1861 Mitglied der braunschweigischen Landesversammlung; später (1871) Mitglied des Deutschen Reichstags.

Digitized by Google

band seines Vaters einsehen zu lassen, worauf die zwei Duelle, die derselbe mit Bismarck hatte, eingetragen sind. Eins war auf zwölf Gänge und schärfste Mensur ohne Binde. Aus dem übrigen Duellverzeichnis ersieht man, daß zwischen den Hannoveranern und den Braunschweigern damals ein überaus gespanntes Verhältnis bestand. Daß Bismarck nicht daran Schuld war, hat Bode wiederholt den Seinigen versichert. Geheimrat Bode erinnert sich noch, daß sein Vater erzählte, wie Bismarck ihn bei einer der ersten Begegnungen im Reichstag nach dem Krakehler gefragt hatte, der den heftigen Korpszwist verschuldet hatte [1]). „Was ist aus N. N. geworden?“ fragte Bismarck, worauf Bode antwortete: „Er ist ein Schweinehund geblieben“, dem Bismarck laut lachend beistimmte: „Weiß Gott, das war er redlich.“

Von den Mitgliedern der Fortschrittspartei, die sich bei Bismarck sehen ließen, nenne ich zuerst den Schriftsteller Dr. Becker, genannt der „rote Becker“, wegen seiner roten Haare und etwas roten Vergangenheit [2]). Er wurde später Oberbürgermeister von Köln und stand als solcher in Briefwechsel mit Bismarck. Anlaß dazu gab unter anderm eine Begrüßung nach dem Kissinger Attentat [3]), eine Geburtstags-Gratulation aus dem Jahre 1876 [4]), und die Benachrichtigung von dem ersten Durchbruch der Kölner Stadtmauer [5]).

---

[1]) Von studentischen Mensuren des Fürsten Bismarck waren bisher schon etwa sechzig bekannt. Vor einiger Zeit waren die akademischen Monatshefte in der Lage, aus dem Paukbuche der Brunsviga noch folgende sieben nachzutragen, welche in der Zeit vom 9. August 1832 bis 18. Januar 1833 ausgefochten wurden, und zwar am 9. August 1832: Cramer I., mit Erfolg (Abfuhr bei Cramer); 22. August: Silberschlag, mit Erfolg (Abfuhr bei Silberschlag); 9. November: Liebe ohne Erfolg (L. einen kleinen „Blutigen“); 15. November ohne Erfolg; 22. Dezember: Cramer I., ohne Erfolg; 9. Januar 1833: Rudeloff, ohne Erfolg; 18. Januar: Bode ohne Erfolg (Bode einen kleinen Blutigen).

[2]) Dr. Hermann Heinrich Becker, geboren 15. September 1820 zu Elberfeld, nahm an der nationalen Bewegung der Jahre 1848 und 1849 als Volksredner und Publizist lebhaften Anteil, wurde deshalb aus der Liste der Referendarien gestrichen und zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt; nach Verbüßung derselben erlernte er die Kaufmannschaft.

[3]) Ende Juli 1874 erging an den Oberbürgermeister Dr. Becker das nachstehende, in Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnte Schreiben: Der Herr Reichskanzler Fürst von Bismarck hat mit lebhafter Genugthuung Kenntnis des geehrten Schreibens vom 15. d. M. genommen, in welchem Ew. Hochwohlgeboren und die Beigeordneten und Stadtverordneten von Köln ihre Teilnahme an der abermaligen gnädigen Bewahrung seines Lebens vor Mörderhand ausgesprochen haben, und mich beauftragt, für diese Kundgebung den herzlichsten und aufrichtigsten Dank, dessen persönlichen Ausdruck Se. Durchlaucht infolge ärztlicher Anordnung sich versagen muß, Ew. Hochwohlgeboren zu übermitteln. Ich benutze mit Vergnügen diesen Anlaß zur Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts. von Bülow.

[4]) Das bei Kohl unberücksichtigt gebliebene Schreiben d. d. Berlin 2. April 1876 lautet „Eurer Hochwohlgeboren sage ich für die mir zu meinem Geburtstage übersandten freundlichen Glückwünsche meinen herzlichsten Dank. von Bismarck.

[5]) Die betreffende bei Kohl gleichfalls nicht berücksichtigte Kundgebung lautet: Berlin, 11. Juni 1881. Telegramm erhalten, und wünsche ich der altberühmten Stadt neues Glück und Gedeihen im erweiterten Spielraum. von Bismarck.

Digitized by Google

Zu den Männern welche gemeinschaftlich mit Bismarck in dem vereinigten Landtage, in dem Erfurter Parlament, im preußischen Abgeordnetenhause und im konstituierenden Reichstag saßen, zählt ferner Max Duncker[1]), gewöhnlich Geheimrat Duncker genannt (im Gegensatz zu dem fortschrittlichen Abgeordneten, dem Verlagsbuchhändler Franz Gustav Duncker). Man zählt ihn gemeiniglich nicht zu den Parlamentariern, weil er als solcher nicht hervorgetreten ist; um so enger sind die Berührungen, welche sich seit seiner Ernennung zum Ratgeber des Kronprinzen (6. Juni 1861) zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten etablierten[2]).

Für den konstituierenden Reichstag wurde Duncker von Halle ein Mandat angeboten; die Konservativen wollten aber für ihn nicht stimmen, da er in ihren Augen für zu liberal galt. Dies veranlaßte den Professor Dr. Leo, sich schwarz auf weiß von Bismarck versichern zu lassen, daß Duncker's Wahl der Regierung genehm sein werde. Das geschah mittelst folgender Kundgebung:

An den Professor Herrn Dr. Leo zu Halle a/S.

Berlin, den 21. Januar 1867.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 7. d. M. zu erwidern, daß ich mich, mit Rücksicht auf meine Überhäufung mit Geschäften und auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand, habe ent-

---

[1]) Dr. Max Duncker, Mitglied der National-Versammlung in Frankfurt a. M., des Abgeordnetenhauses 1849—1852, 1860—1861.

[2]) Indem für die Einzelheiten auf das Werk R. Heym's: „Das Leben Max Duncker's", Berlin 1891, verwiesen wird, sollen nur die beachtenswerten beiderseitigen Berührungspunkte angeführt werden. Schon vor der Ernennung Bismarck's zum Ministerpräsidenten bezeichnete Duncker denselben dem Kronprinzen als denjenigen Mann, welcher allein die Macht habe, die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Politik zu besiegen. Noch im Jahre 1862 reichte Duncker Bismarck verschiedene politische Denkschriften ein, am 11. Dezember 1862 bat er den Kronprinzen im Auftrage des Ministerpräsidenten, bei einem eventuellen Besuch in Wien jedenfalls sein Inkognito zu wahren und nicht in der Hofburg zu wohnen; am 9. Juni, 23 Juni und 17. Juli 1863 hatte Duncker Unterredungen mit Bismarck wegen der Veröffentlichungen des Schriftenwechsels zwischen dem König und dem Kronprinzen aus Anlaß der Verordnung, welche die Freiheit der Presse gefährdeten. Am 19. Mai 1864 wurde Duncker aufs neue auf das Auswärtige Amt zu einer Unterredung mit Bismarck über das Schicksal Schleswig-Holsteins und die innere Politik beschieden; ihr folgten bald mehrere andre Unterredungen, die Duncker immer tiefer in die Schachzüge, denen die bisherigen Erfolge verdankt wurden, einweihten. Als der Krieg zwischen Österreich-Preußen bereits vor der Thür stand, sprach Bismarck noch einmal den Wunsch aus, den Ratgeber des Kronprinzen in die Situation der deutschen Frage einzuweihen. Diese Unterredung, welche am 22. April 1866 stattfand, sollte Duncker in den Stand setzen, den Kronprinzen für die Politik Bismarck's zu gewinnen. Aber umsonst. An dem gekränkten Selbgefühl des Kronprinzen, seiner Abneigung gegen Bismarck, seiner Parteinahme für den Herzog von Augustenburg und seinem Glauben an die moralische Macht des liberalen Gedankens prallten alle Vorstellungen Duncker's ab. Duncker erhielt am 13. Juni 1866 seine Entlassung. Am 16. Juni 1866 wurde er von Bismarck zur Organisierung der Verwaltung Kurhessens berufen, im August 1866 erhielt er den Auftrag, auf Grund des preußischen Reformvorschlags vom 10. Juni 1866, des Bündnisvorschlags vom 4. August, der Reichsverfassung von 1849 und der Erfurter Modifikationen einen Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund auszuarbeiten.

Digitized by Google

schließen müssen, jede Wahl zum Norddeutschen Reichstage abzulehnen, und daß ich deshalb bitte, auch für den dortigen Wahlkreis von meiner Person absehen zu wollen.

Anlangend die beiden andern dort genannten Kandidaten, den Präsidenten von Wedell und den Geheimrath Duncker, so muß ich Bedenken tragen, mich für den einen gegen den andern auszusprechen, glaube es vielmehr der dortigen regierungsfreundlichen Partei überlassen zu sollen, sich über die betreffenden Personen unter sich zu verständigen.

Von Seiten der Königlichen Regierung dürfte weder gegen den einen noch gegen den andern der genannten Kandidaten etwas auszustellen sein, und bemerke ich noch speziell zu Ew. Hochwohlgeboren Information, daß auch der Geheimrath Duncker als ein zuverlässiger Mitarbeiter an der der Regierung obliegenden Aufgabe bezeichnet werden darf.

von Bismarck.

Diese Erklärung kostete Duncker am 12. Februar 1867 viele Stimmen; denn sie gab den „entschieden Liberalen" das Signal zu einer Gegenagitation, die über 3000 Stimmen mobil zu machen wußte [1]).

Als ein warmer Freund des Zustandekommens der Bundesverfassung erwies sich der bedeutende sächsische Rechtslehrer und spätere sächsische Kultusminister von Gerber [2]). Am 6. April 1867 überreichte derselbe dem Bundeskanzler die Arbeit eines ungenannten Freundes, betitelt: „Die Centuriae juniorum und seniorum des allgemeinen direkten Wahlrechts". Daß das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung schwerlich wieder beseitigt werden könne, stand nach Ansicht des Freundes von Gerber's wohl fest. „Jeder hat aber mehr oder minder das Gefühl, daß auch diese Form des Wahlrechts einer Organisation bedarf, durch welche verhindert wird, daß die bloße Quantität der Stimmen den Ausschlag giebt und statt eines geregelten Fortschritts die momentane Überstürzung den Ausschlag bei den Wahlen giebt. Letzteres ist im geistigen und physischen Leben nur dadurch möglich, daß einer ungehemmten und deshalb sich stets beschleunigenden Bewegung ein retardierendes Element eingefügt wird,

1) In den Norddeutschen Reichstag einzutreten war Duncker nicht vergönnt; am 8. Juli 1867 erfolgte Duncker's Ernennung zum Direktor der preußischen Staatsarchive, am 31. August 1867 zeichnete Bismarck eine von ihm ausgearbeitete Instruktion für die Archiv-Beamten, am 1. Januar 1875 erfolgte sein Ausscheiden aus dem Staatsarchiv, das ihm insbesondere seit der Unterstellung unter den Vize-Präsidenten des Staatsministeriums Camphausen verleidet wurde.

2) Karl Friedrich von Gerber, geboren 11. April 1823, vorzüglicher Rechtsdogmatiker, Publizist und Staatsmann. Er war einer der ersten, welche sich der neuen politischen Ordnung in Deutschland rückhaltslos anschlossen. „Mein Verhältnis zu dem Entwurfe ist — bemerkte derselbe im Reichstag — daß ich die Verantwortlichkeit nicht übernehmen möchte, mich prinzipiell in Opposition zu demselben zu stellen. Dieser Entwurf ist berufen, eine Zeit gewaltsamer Aktion abzuschließen, einen Friedenszustand, einen festen Rechtsboden in Deutschland herzustellen. Es ist eine erste elementare Grundlage! Bringen wir sie rasch zum Abschluß und geben wir getrost unsern Nachfolgern anheim, sie auszubauen und gedeihlich zu entwickeln."

Digitized by Google

wie der Perpendikel in der Uhr. Dieses retardierende Element muß aber ein Teil der Maschine selbst sein, nicht außer ihr stehen. Bei allgemeinem Wahlrecht ohne Census giebt es aber nur einen natürlichen Unterschied unter den Wahlberechtigten, den Unterschied zwischen Alt und Jung. Es würde also nach Analogie der römischen centuriae seniorum und juniorum eine gleiche Anzahl von Mitgliedern des Reichstags durch die älteren und eine gleiche Anzahl durch die jüngeren Wähler zu wählen sein. Um dies auszuführen wäre nichts weiter zu ändern, als daß statt der bisherigen Wahlkreise von 100000 Menschen jetzt Wahlkreise von 200000 gemacht würden. In diesen so vergrößerten Wahlkreisen wählten die Wahlberechtigten von 25—45 Jahren einen Deputirten und die vom 46. Jahre aufwärts einen zweiten. Eine Schwierigkeit würde nur da eintreten, wo es sich um ein Land von nur einem Wahlkreise oder von 3,5 2c. handelte, aber auch für diese Fälle wäre durch Verbindung mehrerer Wahlkreise diese Schwierigkeit zu überwinden."

Auf diese Anregung erging an den Reichstagsabgeordneten von Gerber das nachstehende Schreiben:

Berlin, 16. April 1867.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die mir unter dem 6. d. M. gemachten Mittheilungen. Selbstredend wird es mir sehr willkommen sein, wenn Ihr Freund die Güte haben will, den von ihm angeregten Gedanken einer Regulierung des allgemeinen direkten Wahlrechts nach Analogie des centuriae juniorum und seniorum näher auszuführen.

Bei der Neuheit des Gedankens wage ich nicht, sogleich ein bestimmtes Urtheil darüber auszusprechen, und behalte mir meine Äußerung bis nach Eingang der Ausführung vor.

von Bismarck.

Als Bismarck und seinem Hause nahestehend nenne ich noch zum Schlusse den Abgeordneten Graf Fred Frankenberg[1]). Die katholische Geistlichkeit begann damals seit geraumer Zeit zum erstenmal eine politische Rolle zu spielen und überhaupt sich zu rühren. Frankenberg's Kandidatur setzte sie in den Sattel — den Dank dafür sollte er nach vier Jahren zu kosten bekommen[2]).

[1]) Graf von Frankenberg und Ludwigsdorf, Fred Ludwig Ernst, Mitglied des Staatsrats, des Volkswirtschaftsrats sowie des Provinzialrats für Schlesien, Herrschaftsbesitzer von Tillowitz, katholisch, geboren den 5. Februar 1835 zu Breslau, wohnhaft auf Tillowitz, Kreis Falkenberg; in das Herrenhaus berufen durch Allerhöchsten Erlaß vom 17. August 1885 aus besonderem königlichen Vertrauen auf Lebenszeit; Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und viele Jahre Mitglied des Reichstags.

[2]) Über sein erstes parlamentarisches Auftreten schreibt derselbe: Im Jahre 1867 warf ich mich in die parlamentarischen Geschäfte, da der Kreis Falkenberg-Grottkau mich nach energischem Wahlkampfe gegen einen fortschrittlichen Rechtsanwalt Sommer, der lange Abgeordneter des Kreises Grottkau gewesen war, mit glänzender Majorität in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag wählte. Die Verfassungskämpfe und der glänzende Sieg des großen Staatenlenkers Bismarck und der national gesinnten Parteien interessierten mich bis tief ins Innerste. Der Umgang mit vielen bedeutenden, ausgezeichneten Männern, welche damals der Volksvertretung angehörten, war von größtem Einflusse auf mich, und ich schloß mich denen der freikonservativen

Digitized by Google

Die mächtigste Partei im konstituierenden Reichstag[1]) bildeten die Nationalliberalen (achtzig Mitglieder gegen sechzig Konservative). Mit ihnen mußte Bismarck am meisten rechnen. Nach Beendigung der zweiten Lesung wurden drei Mitglieder der Partei beauftragt, mit Bismarck über die in der zweiten Lesung strittig gebliebenen Punkte zu verhandeln: von Forckenbeck, von Bennigsen und von Unruh[2]).

Bennigsen hoffte die Bewilligung der Diäten durchzusetzen. Unruh war damals noch selbst für Diäten, sagte aber zu Bennigsen, er glaube nicht, daß Bismarck hierin nachgeben werde, vielleicht sei er gar nicht in der Lage, es zu können.

Als Bennigsen bei der Verhandlung mit Bismarck die Diäten zur Sprache brachte, lehnte dieser sofort ganz bestimmt das Eingehen darauf ab. Bennigsen deutete an, daß Bismarck vielleicht durch einen höheren Willen gebunden sei, worauf dieser erwiderte, daß, wenn der König ihm befehle, die Diäten zuzugestehen, er keine Stunde länger Minister bleiben würde. Später kam Bennigsen noch einmal auf dieselbe Frage zurück und Bismarck, der sonst sehr höflich und freundlich sich benahm, sagte nun etwas gereizt, er verstände nicht, wie nach seinen positiven Erklärungen Bennigsen noch einmal davon sprechen könne.

Auch mit dem Bundesministerium drangen die nationalliberalen Unterhändler nicht durch. Der Verfassungs-Entwurf sprach nur vom Bundeskanzler und erwähnte eines Bundesministeriums gar nicht. Die Mehrheit des Reichstags verlangte verantwortliche Bundesminister oder Verwaltungschefs. Bismarck erklärte positiv, hierauf nicht eingehen zu können und sprach sich schon damals, wie auch später ganz entschieden gegen die preußische Organisation aus, die ihm als Ministerpräsidenten keinen genügenden Einfluß gewähre. Seinen Forderungen und Anordnungen stelle jeder preußische Minister seine persönliche Verantwortlich-

---

Partei an, welcher alle meine engeren schlesischen Landsleute angehörten, mit denen ich schon eng verbunden war oder wurde, so z. B. der Fürst Hugo zu Hohenlohe, der Herzog von Ratibor, Graf Bethusy-Huc, Graf Johannes Renard, Fürst von Pleß, Dr. Künzer, Hans Graf Oppersdorff, Fürst Lichnowski, Dr. Friedenthal. Nachdem ich mein Votum für die Verfassung abgegeben, welche zwei Drittel von Deutschland einte, stellte ich mich meinen Wählern wieder vor und wurde nun spielend in den ersten ordentlichen Reichstag im August gewählt. Ich ließ mich bereden, auch ins Abgeordnetenhaus einzutreten und wurde von Falkenberg-Neustadt für 1867—1869 gewählt. Damit saß ich fest für acht Monate des Jahres in Berlin und meine Freiheit war dahin, denn ich nahm die Würde eines Volksvertreters nicht als eine Spielerei, sondern faßte meine Aufgabe sehr ernst an, entsprechend der großen grundlegenden Epoche, durch die wir durch mußten. Mit Freuden begrüßte ich im Zollparlament die Süddeutschen, und mit Völk jubelte ich: „es ist Frühling geworden in Deutschland!"

[1]) Wer eine kurze Geschichte des konstituierenden Reichstags lesen will, eine Orientierung über sein Sitzungsgebäude, seine Partei-Verhältnisse, sein Präsidium und den Gang der Beratung des Verfassungs-Entwurfs, den verweise ich auf das treffliche Buch von Hans Blum: „Auf dem Wege zur Deutschen Einheit", Bd. I, S. 1—98.

[2]) Vergl. zum Folgenden: „von Unruh, Erinnerungen aus meinem Leben", in der „Deutschen Revue", IV. Quartal-Band des VI. Jahrgangs, S. 22 f. Die Verhandlungen mit Bismarck fanden am 11. und 12. April 1867 statt.

Digitized by Google

keit entgegen. Sogar die Räte in den einzelnen Ministerien zögen sich hinter den Gehorsam zurück, den sie ihrem Minister schulden. Dem Ministerpräsidenten bleibe eigentlich nur die formale Leitung der Geschäfte. „Wollen Sie — fragte Bismarck — dieselbe Konfusion (er brauchte noch einen stärkeren Ausdruck) auch im neuen Bunde einführen?"

Auf die Hindeutung, daß solchen Übelständen durch die Wahl geeigneter Minister abgeholfen und die allerdings notwendige Übereinstimmung des ganzen Ministeriums in allen Hauptsachen herbeigeführt werden könne, erwiderte Bismarck, er könne in Preußen keinen Minister los werden, den er nicht brauchbar finde, und keinen Minister, den er für genügend halte, erlangen. Ihm seien die Hände gebunden. Darauf könne er sich im Bunde nicht einlassen. Der Forderung, daß dem Reichstage verantwortliche Verwaltungschefs gegenüber stehen müßten, setzte Bismarck entgegen, daß er sich für verantwortlich halte und der Reichstag sich damit begnügen müsse.

In andern Punkten gab Bismarck nach und acceptierte die in der 2. Lesung angenommenen Verbesserungen. Es schien auch, daß er den immerwährenden Militäretat nicht festhalten wolle und Neigung habe, auf die vermittelnden Vorschläge Forckenbeck's einzugehen. Dieser sowie Bennigsen und Unruh erklärten auf das bestimmteste, daß sie auf den eisernen Militäretat unter keinen Umständen eingehen könnten, so dringend sie wünschten, eine brauchbare Verfassung zu stande zu bringen.

Bismarck hat damals die Streichung des eisernen Militäretats nicht definitiv acceptiert, aber auch nicht auf Annahme bestanden.

Als Resultat der Verhandlungen mit Bismarck stellte sich heraus, daß die Bundesverfassung nur zu stande zu bringen war, wenn in der 3. Lesung die Diäten und die Bundesministerien aufgegeben würden.

Zu den Verhandlungen über den eisernen Militäretat wurde auch der Abgeordnete Twesten[1]) beigezogen, welcher darüber in einem an Gustav Lipke gerichteten Briefe vom 16. April schreibt:

Heute sind wir denn mit der Verfassung fertig geworden, und noch besser davon gekommen, als es in den letzten Tagen den Anschein hatte. Bis Montag früh war Bismarck nicht auf unsere Vorschläge eingegangen, hatte durch die Rechte die Amendements einbringen lassen, welche Armee-Ziffer und Geldpauschquantum auch über 1871 hinaus sichern sollten, und glaubte wohl, alles durchdrücken zu können. In dieser Meinung erklärte ich, daß kein Kompromiß zu Stande gekommen und daß ich für die Artikel, wie sie aus der Vorberatung hervorgegangen, stimmen würde. Da sagte er mir, er habe Ujest und Bennigsen in das Konferenzzimmer gebeten, glaube unsere Vorschläge acceptiren zu können, und werde sich über die Redaktion sofort verständigen. Er und Roon erklärten dann wieder, sie hätten noch nicht mit dem König darüber gesprochen, müßten auch die Konservativen berücksichtigen, die nach ihrem Wunsch die

[1]) Vergl. oben S. 29 und 54.

Digitized by Google

Anträge eingebracht, könnten sich daher nicht öffentlich für unsere Amendements erklären, würden sie aber acceptieren und die Konservativen veranlassen, eventuell dafür zu stimmen. Darauf versprach ich, dies Abkommen zu verbreiten, infolgedessen die meisten von uns gegen die Diäten stimmen würden und mich mit einigen andern, die sich einmal für die Diäten engagiert, der Abstimmung zu enthalten. Als wir dann rasch bis Artikel 60 kamen, wurde die Sitzung vertagt. Heute erklärte Bismarck nun zwar nicht das Amendement Ujest-Bennigsen für unannehmbar, drückte aber öffentlich und privatim, unterstützt und überboten durch Vincke, so stark für die Amendements der Rechten (die nach Ablehnung bei Art. 60 zum Art. 62 wiederholt wurden) auf alle zugänglichen Gemüther, daß fast alle s. g. freie Konservative, Ujest an der Spitze, uns im Stiche ließen, viele bei uns schwankend wurden und die Sache schlimm aussah. Forckenbeck, Bennigsen und ich waren emsig umher, die Schar zusammen zu halten, die gestrige Erklärung Bismarck's geltend zu machen, gegen den Scandal des Abfalls zu eifern, und schließlich ergab sich denn die Majorität, welche die parlamentarische Verhandlung über Armeebestand und Budget von 1871 ab wieder sicher gestellt hat."

In dieser Zeit der Kämpfe um die Verfassung des Norddeutschen Bundes war das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und Twesten ein nicht unfreundliches. Um so seltsamer erschien es, daß die gegen Twesten schwebenden Untersuchungen, welche wegen seiner berühmten Reden gegen die Entscheidungen des Obertribunals, die durch Ernennung von Hilfsrichtern ad hoc herbeigeführt waren, weiter gingen [1]). Es wurde sogar am 18. Februar 1867 durch Beschluß des Obertribunals eine neue Disziplinaruntersuchung gegen Twesten wegen einer seiner Reden verhängt. Als Twesten einer Einladung des Reichskanzlers zum Diner, mit denen er in dieser Zeit häufig beehrt wurde, Folge geleistet hatte, kam der Reichskanzler auf diese Untersuchungen zu sprechen, äußerte, daß jetzt, wo sie beide so gute Freunde wären, er gerne diesen Verfolgungen ein Ende setzen möchte, der Justizminister (Graf zur Lippe) habe aber erklärt, dies sei nicht möglich, sei einmal eine Untersuchung eingeleitet, so könne sie nur durch Erkenntnis wieder aus der Welt geschafft werden. Twesten erwiderte hierauf ganz korrekt: die Behauptung des Grafen zur Lippe sei richtig, insoweit es sich um die gegen ihn schwebende Kriminaluntersuchung handle, Disziplinaruntersuchungen könnten aber jederzeit aufgehoben werden. Wenige Tage nach dieser Unterredung verurteilte in der Disziplinaruntersuchung das Kammergericht Twesten zu einer Geldbuße von 200 Thalern, wies aber den weiter gehenden Antrag des Staatsanwalts auf Dienstentlassung zurück. Was geschah? Der Staatsanwalt appellierte gegen das Urteil, weil nicht auf Dienstentlassung erkannt sei. In der Kriminaluntersuchung wurde gegen die freisprechenden Erkenntnisse des Stadtgerichts und Kammergerichts, welche nach der früheren Praxis des Obertribunals die Reden im Abgeordnetenhaus für nicht verfolgbar erklärten, die Nichtigkeitsbeschwerde ein-

[1]) Lipke: „Bismarck und Twesten", „Deutsche Revue", IV. Jahrgang, 4. Band, S. 17. ff.

gelegt. Twesten empfand es bitter, daß Bismarck seinen politischen Einfluß nicht zu seinen Gunsten ausübte, und so erkalteten jetzt ihre beiderseitigen sozialen Beziehungen, um schließlich sogar einen recht feindseligen Charakter anzunehmen [1]).

Im März 1867 fand Graf Bethusy-Huc [2]) Anlaß, mit dem Fürsten Bismarck über die Luxemburger Frage zu verhandeln, welche der Abgeordnete von Bennigsen durch folgende Interpellation auf die Tagesordnung des Reichstags gebracht hatte:

1. Hat die königlich preußische Regierung Kenntnis davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogtums Luxemburg begründet sind?

2. Ist die königlich preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterlande loszureißen — Mitteilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit

---

[1]) Seine bald darauf (Mai 1869) erfolgte Erkrankung setzte ohnedem seiner parlamentarischen Thätigkeit bald ein Ende. Er verließ außer einigen kurzen Unterbrechungen das Bett nicht bis zu seinem am 14. Oktober 1870 erfolgten Tode. Am 12. Juli 1870 schrieb er an Gustav Lipke: „Da an eine parlamentarische Thätigkeit für die nähere Zukunft nicht mehr zu denken, habe ich natürlich auf Wiederwahl verzichtet. So scheide ich denn aus der politischen Thätigkeit — mit einem gebrochenen Arm, Verlust von Amt und Einkommen, gänzlich zerrütteter Gesundheit, ohne irgend etwas gewirkt und erreicht zu haben. Die Junker haben Glück, bei einer Änderung hätte ich doch am meisten gethan, ihrem Regiment einen Riegel vorzuschieben."

[2]) Graf von Bethusy-Huc, Eduard Georg, Erbherr der Herrschaften Bankau und Albrechtsdorf in Oberschlesien und des Gutes Stany im Königreiche Polen, Ehrenritter des Johanniter-Ordens, Kreisdeputierter des Kreises Kreuzburg, Landwehr-Leutenant a. D. in Bankau bei Kreuzburg. Geboren den 3. September 1829 zu Bankau. Seit 1861 Mitglied des schlesischen Provinzial-Landtags, seit Januar 1862 ununterbrochen des Abgeordnetenhauses (zuerst in der kleinen konservativen Fraktion, nach Abstimmung für die Ministerverantwortlichkeit Wilder, dann freikonservativ). Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen sowie aller Deutschen Reichstage bis 1878. Während des Krieges gegen Frankreich als Johanniter und Delegierter des Centralkomitees thätig. Die „Post" (vom 21. November 1893) bemerkte in ihrem Nachruf dieses Parlamentariers: „Die Reichs- und freikonservative Partei verliert in dem Verblichenen einen ihrer Begründer und ihren langjährigen Führer. In den Jahren 1866 bis 1880 hat er im Abgeordnetenhause (wo er 1874 zweiter Vize-Präsident war) sowohl wie im Deutschen Reichstage die Interessen der freikonservativen bezw. deutschen Reichspartei lebhaft und zielbewußt vertreten, bis er vom Januar 1880 ab, wo sein Mandat infolge seiner Ernennung zum Landrat des Kreises Kreuzburg erlosch, auf die parlamentarische Thätigkeit verzichtete und sich nur seinen Berufsgeschäften widmete. Ursprünglich hatte Graf Bethusy-Huc der konservativen Partei angehört, nachdem er im Jahre 1862 zum erstenmal ins Abgeordnetenhaus gewählt war. Im August 1861 gründete er mit dem Grafen Renard und Herrn von dem Knesebeck die Fraktion der Freikonservativen. Der freikonservativen bezw. deutschen Reichspartei hat er auch nach seinem Rücktritt von der parlamentarischen Thätigkeit die regste Anteilnahme gewährt. Besonders in Erinnerung ist das warm empfundene Schreiben, das er zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Partei an diese richtete. Sein Name wird als der ersten einer in dankbarer Erinnerung bei der Partei fortleben."

ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogtums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen?"

Graf Bethusy berichtet über den Gegenstand:

Wir saßen im Frühjahr 1867 im konstituierenden Reichstage — die Luxemburger Affaire war aufgetaucht, und die Interpellation Bennigsen stand für übermorgen (den 1. April) auf der Tagesordnung. Da sagte mir in einem Gespräch in den Vorräumen des Sitzungssaales General von Moltke etwa Folgendes: „Nach einem Kriege, wie wir ihn eben gehabt, kann man wahrlich nach einem zweiten kein Verlangen tragen, und niemand ist entfernter davon als ich. Und doch muß ich wünschen, daß der gegebene Anlaß zu einem Kriege mit Frankreich benutzt werde — ich halte leider diesen Krieg binnen jetzt und fünf Jahren für absolut unvermeidlich und innerhalb dieser Frist wird sich das heute unbestreitbare Übergewicht unsrer Organisation und Bewaffnung durch Frankreichs Anstrengungen täglich zu unsern Ungunsten mehr ausgleichen. — Je früher wir also handgemein werden, desto besser. Der gegenwärtige Anlaß ist gut. Er hat einen natürlichen Charakter, man benutze ihn also." Diese mir an sich einleuchtenden Äußerungen erschienen mir aus dem Munde einer solchen Autorität trotz ihres zunächst nur vertraulichen Charakters doch zu schwerwiegend, um ihnen nicht weitere Folge zu geben. Ich trug sie in meiner freikonservativen Fraktion vor und wurde von ihr veranlaßt, den Bundeskanzler über seine Ansicht zu befragen, da die Fraktion mit Recht Bedenken hatte, in so wichtiger äußerer Frage sich zu binden, ohne die Ansicht der Regierung zu kennen. Graf Bismarck erkannte zwar die Richtigkeit der Moltke'schen Ausführungen auf politischem wie auf militärischem Gebiete an, erklärte aber zugleich, daß er es niemals würde verantworten können, das Elend eines Krieges über sein Land heraufzubeschwören, wenn das Land diesen Krieg nicht, wie das im österreichischen Kriege der Fall gewesen, zur Wahrung seiner vitalen Interessen oder seiner Ehre bedürfe. Die wie immer fundierte subjektive Überzeugung eines Regenten oder Staatsmannes, daß der Krieg dereinst doch hereinbrechen werde, könne einen solchen nicht rechtfertigen. Unvorhergesehene Ereignisse könnten die Lage ändern und das scheinbar Unvermeidliche abwenden. Als ich tags darauf dem General dies mitteilte, erwiderte er: „Bismarck's Standpunkt ist unanfechtbar, wird uns aber seiner Zeit viele Menschenleben kosten" [1]).

[1]) „Ich weiß, — sagte Bismarck eines Abends in Versailles zu seiner Umgebung — 1867, wie ich (zur Weltausstellung) in Paris war, da dachte ich, wie wär's wohl, wenn wir wegen Luxemburgs losgeschlagen hätten, ob ich da jetzt in Paris wäre oder die Franzosen in Berlin? Ich glaube, daß ich recht gethan habe, damals abzuraten, auch aus militärischen Gründen. Wir hätten die Kräfte von heute bei weitem nicht gehabt. Die Hannoveraner und die Hessen waren zu der Zeit nicht von der Art, daß sie so viel gute Soldaten gestellt hätten wie jetzt. Die Schleswig-Holsteiner, die sich jetzt wie die Löwen geschlagen haben, bildeten damals gar keine Armee. Bei den Sachsen war das Heer aufgelöst und sollte erst wieder gebildet werden. Und von den Süddeutschen war wenig zu erwarten. Die Württemberger — was sind das jetzt für prächtige Leute, ganz ausgezeichnet! — aber sechsundsechzig, da mußte jeder Soldat lachen, als die einmarschierten in Frankfurt wie eine Bürgergarde. Auch mit den Badensern

Digitized by Google

Auch in Gegenwart des nationalliberalen Abgeordneten **von Unruh** besprach Bismarck den drohenden Konflikt mit Frankreich, indem er äußerte, daß der Krieg unvermeidlich sei, wenn Frankreich von der Erwerbung Luxemburgs nicht abstehe. Er teilte Unruh und einigen andern Abgeordneten mit, daß der französische Botschafter Benedetti gegen ihn die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen habe, Preußen werde einer solchen Entschädigung Frankreichs nicht widersprechen. Darauf habe er geantwortet: wenn sein Herr und König ihm befehle, einzuwilligen, so werde er gehorchen; Bismarck setzte aber hinzu, der König habe ihm schon das feste Versprechen gegeben, in keine Abtretung an Frankreich zu willigen. Was das sogenannte Besatzungsrecht der Festung Luxemburg betreffe, so stände ein solches weder Preußen, noch dem Norddeutschen Bunde zu, sondern sei nur dem alten Deutschen Bunde zugestanden worden, der nicht mehr existiere und in dessen Namen und Auftrage jenes Besatzungsrecht durch Preußen ausgeübt worden sei. Indessen beati possidentes. Preußen habe zur Zeit die Festung noch besetzt und würde dieselbe nicht räumen, so lange Frankreich die Erwerbung Luxemburgs nicht aufgebe. Übrigens werde die an sich starke Festung von nicht befestigten Höhen beherrscht und sei deshalb schwer haltbar.

Schon früher hatte Bismarck ebenfalls in Unruh's Gegenwart Gespräche mit Benedetti aus der Zeit von Nikolsburg mitgeteilt, aus denen hervorging, daß Bismarck den französischen Botschafter gründlich irregeführt hatte. Gewiß ist von Bismarck niemals ein Entschädigungsanspruch Frankreichs für die Erwerbungen Preußens und die Bildung des Norddeutschen Bundes anerkannt worden; aber es scheint doch, daß er solche Ansprüche auch nicht ganz definitiv zurückgewiesen hat, so lange der Frieden zu Prag noch nicht abgeschlossen war und Preußen die Hände nicht ganz frei hatte. Bismarck hat sich wohl damals darauf beschränkt, die einzelnen Vorschläge Benedetti's zu bekämpfen und abzulehnen. Dieser muß in einem Falle sehr dringend geworden sein, denn Bismarck erzählte in Unruh's Beisein, daß Benedetti nach einer Abweisung seiner Vorschläge erklärt habe: „**das sei der Krieg**," worauf Bismarck sehr bestimmt geantwortet hat: „Nun gut, dann werden wir den Krieg haben". Hierauf sei Benedetti höflicher und zurückhaltender geworden [1]).

Am 18. März 1867, um welche Zeit der Konflikt mit Frankreich drohte, setzte sich Bismarck während einer Reichtagssitzung auf die Bank vor Herrn von Unruh zu einem befreundeten Abgeordneten, wendete sich dann zu Unruh um und sagte: „Sie werden morgen im Staatsanzeiger etwas sehr Wichtiges lesen." Als Herr von Unruh ihn fragte, ob er nichts Näheres andeuten könne, da es morgen

---

stand es nicht gut, da hat der Großherzog seitdem viel geschaffen. — Freilich war die öffentliche Meinung damals in ganz Deutschland auf unsrer Seite, wenn wir Krieg um Luxemburg führen wollten. Aber die ersetzte doch diese Mängel nicht." — Der Kriegsminister Graf Roon stand in der Luxemburger Streitfrage ganz auf Bismarck's Seite. Vergl. dessen Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 328.

[1]) Erinnerungen, S. 25 f.

Digitized by Google

doch bekannt werde, erwiderte Bismarck: „Ja wohl, es sind Schutz- und Trutzbündnisse mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossen worden." Natürlich war Herr von Unruh sehr erfreut und antwortete: bravo!

Auch über das Zustandekommen jener Bündnisse machte Bismarck in seiner Behausung in Herrn von Unruh's Gegenwart interessante Mitteilungen. Er erzählte, daß nach dem Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg, in welche die süddeutschen Staaten nicht eingeschlossen waren, der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten nach Berlin gekommen sei, um über den Frieden zu verhandeln. Zunächst habe Bismarck sehr weitgehende Forderungen gemacht, von hoher Kriegskontribution und erheblichen Landabtretungen gesprochen, auch auf Ansbach-Bayreuth hingedeutet, das ehemals zu Preußen gehört habe. Nachdem Herr von der Pfordten sehr niedergeschlagen und, wie Bismarck sich ausdrückte, hinreichend mürbe gewesen sei, habe er (Bismarck) geäußert: „Sie können den Frieden sehr wohlfeil haben, ohne Landabtretungen, eine ganz kleine Grenzregulierung ausgenommen, und mit einer sehr mäßigen Kontribution". von der Pfordten habe ganz überrascht und erstaunt ihn (Bismarck) gefragt, welche Gegenleistung er sonst noch verlange, worauf er geantwortet habe: „Nichts als sofortigen Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses." Hierauf habe von der Pfordten ihn (Bismarck) umarmt und geweint. Bismarck drückte sich Herrn von Unruh gegenüber noch drastischer aus.

Bei einer späteren Gelegenheit der Verhandlungen Bismarck's mit Forckenbeck und Unruh über die Verfassung des Norddeutschen Bundes erzählte er diesen beiden noch manche interessante Vorgänge aus der Zeit seines Eintritts in das Ministerium. Er habe, sagte er, bei seiner Ankunft von Paris den König sehr aufgeregt und gleichzeitig deprimiert gefunden, sogar voll Besorgnis vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange. Bismarck habe darauf gegen den König geäußert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für Seine Majestät auf den Block legen müsse, aber es sei nach seiner Auffassung gar kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden, es denke niemand an Revolution, und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er (Bismarck) ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse!

Bei diesem Gespräch standen Bismarck, Forckenbeck und Unruh ganz nahe bei einander. Als Bismarck die oben gesperrt angeführte Äußerung that, die ein helles Licht auf die Konfliktszeit warf, stieß Unruh Forckenbeck an und lächelte. Er that dasselbe und Bismarck, der dies bemerkte, lachte mit[1]).

Konstatieren wir hier am Schlusse dieses Abschnittes noch eins: den riesigen Umschwung, welcher sich im Auslande in der Beurteilung Bismarck's in dem Zeitraume von nicht ganz fünf Jahren vollzogen hatte. Als er das Staatsruder in die Hand nahm, wußte die fremde Presse kaum Worte genug zu finden, um die

[1]) Vergl. die bereits wiederholt citierten von Unruh'schen Erinnerungen, S. 20.

Digitized by Google

Unfähigkeit und Frivolität dieses Staatsmannes zu charakterisieren. Ich will zur Erheiterung des Lesers nur eine kleine Blumenlese aus damaligen Zeitungsstimmen hier folgen lassen.

Anfangs März 1863 schrieb die „Times": „Sein Benehmen gegen das preußische Haus der Gemeinen gleicht dem eines tyrannischen Pädagogen gegen eine Klasse widerspenstiger Schuljungen".

Um dieselbe Zeit sagte das „Journal des Debats": „Dieser ungestüme Minister, welcher Paris, wie man sagt, in dem Glauben verlassen, die Sympathien Frankreichs und die Bundesgenossenschaft der französischen Regierung durch die unbegrenzte Bewunderung erobert zu haben, welche er für alle unsre Institutionen, unsre Preßgesetze nicht ausgenommen, an den Tag legte, wird damit enden, daß er der unglücklichste der Staatsmänner Europas ist".

Die „Wiener Morgenpost" endlich bemerkte, eine solche besondere Art von „Königlicher Regierung", die Herr von Bismarck als Gegensatz zur parlamentarischen Regierung aufgestellt habe, könne schließlich nur dem Königtum schaden. Der Versuch der preußischen Regierung, die Aufmerksamkeit von dem großen Kampfe im Innern abzuziehen, werde vergeblich sein. Man glaube den Drohungen des Herrn von Bismarck nicht, und wenn Thatsachen folgen sollten, so würde seine unternehmende Politik aus Mangel an Teilnahme ein schlechtes Ende finden.

Und jetzt, vier Jahre später, hoben dieselben Zeitungen denselben Staatsmann förmlich in den Himmel. „Graf Bismarck hat — bemerkte die „Times" am 28. März 1867 — in Deutschland ebenso Garibaldi's wie Cavour's Arbeit verrichtet. Die Allianz mit dem Süden war ein Teil desselben Planes, wie die Föderation des Nordens. Deutschland sehnte sich gleich Italien nach politischer Einheit. Die Ansichten der Dynastien und ihrer Anhänger widerstritten dem Volkswillen. Preußen, oder, um uns richtiger auszudrücken, ein Mann in Preußen, machte sich zum Dolmetscher dieses Willens. Kein Wunder, daß er alles vor sich niederwarf."

Und Thiers begann am 14. März 1867 im gesetzgebenden Körper zu Paris eine Lobrede auf Herrn von Bismarck, auf den er Bossonet's Worte auf Cromwell anwendet: „Ein Mann hat sich gefunden!" Es hat sich ein kühner Minister gefunden, der Preußen rasch groß machen wollte und der seine Bevölkerung plötzlich von neunzehn auf dreißig Millionen emporgehoben hat. Anfangs hielt man diese Kühnheit fast für Tollheit und in der That, wie konnte man ohne die Eigenschaften und die Fehler dieses Ministers mit einer Nation von neunzehn Millionen es mit fünfundfünfzig Millionen aufnehmen? Aber er hatte die Lage vollkommen richtig beurteilt."

Digitized by Google

V. Abschnitt.

Der norddeutsche Reichstag.

(1868—1870.)

Am 17. April 1867 erklärte Graf Bismarck die Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie der konstituierende Reichstag beschlossen hatte, für angenommen, womit die Aufgabe des letzteren segensreich beendigt war. Die Neuwahlen für den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes [1]) fanden Ende August 1867 statt. Die Gesamtziffern der Fraktionen erhielten dadurch nur unmerkliche Veränderungen.

Am 14. August 1867 richtete Bismarck an den Kreisdeputierten und Rittergutsbesitzer Grafen Wartensleben auf Rogaesen bei Groß-Wusterwitz das nachstehende Schreiben:

> Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 6. d. M. zu erwidern, daß meine Stellung als Bundeskanzler die Annahme eines Mandats zum Reichstage für mich unmöglich macht.
>
> Für den dortigen Wahlkreis werden Sie jedoch in der Person des Landraths von Brauchitsch [2]) in Genthin einen Ersatz finden, dessen Wahl ich um so lieber empfehle, als ich gewiß bin, daß derselbe auf die Angelegenheiten des Norddeutschen Bundes unsern heimathlichen Wahlkreis ganz in derselben Richtung vertreten würde wie ich, falls ich wiederum die Ehre haben könnte, der Abgeordnete der Jerichowschen Kreise zu sein.
>
> Bei der Bedeutung, welche der nächste Reichstag für die Entwickelung des deutschen Vaterlandes haben wird, muß die Rücksicht auf die landrätliche Stellung und Aufgaben des Herrn von Brauchitsch einstweilen gegen die Vertretung des Wahlkreises im Reichstage in den Hintergrund treten.
>
> von Bismarck.

Als erster Präsident fungierte im konstituierenden Reichstage und in allen Sessionen des Zollparlaments und des Reichstags bis 1873 Dr. Martin Eduard Simson [3])

---

[1]) Es währte die erste Session vom 10. Sept. bis 26. Okt. 1867, die zweite Session vom 23. März bis 20. Juni 1868, die dritte Session vom 4. März bis 22. Juni 1869. Eine gedrängte Geschichte der in diese Zeit fallenden Reichstagsverhandlungen findet man in dem Werke von Hans Blum: „Auf dem Wege zur deutschen Einheit“, I. Band, S. 99—160, S. 243—297, S. 298—377.

[2]) von Brauchitsch, Heinrich, Landrat und Deichhauptm. in Genthin. Geb. 1831 in Berlin. 1862 übernahm er die Verwaltung des Landratsamts Genthin (II. Jerichowscher Kreis), 1866 und 1867 wurde derselbe von den Jerichowschen Kreisen ins Abgeordnetenhaus und demnächst auch in den Reichstag gewählt. (Konservativ.)

[3]) Vergl. den Aufsatz von Karl Braun (Wiesbaden): Eduard Simson, in „Nord und Süd“, Bd. 37, 1886, S. 349—367; Präsident Simson, in den „Grenzboten“ 1872, IV. Quartal, S. 1; Dr. M. Ed. Simson, in A. E. Brachvogel's „Die Männer der neuen deutschen Zeit“, Bd. III, S. 391—454.

Digitized by Google

Nach dem Scheitern der Union[1]) saß Bismarck mit demselben (1851) wiederum zusammen auf den Bänken der preußischen Kammer; der Berührungspunkte gab es aber jetzt verhältnismäßig weniger. Im Jahre 1852 ließ sich Simson nicht wieder in die Kammer wählen, obwohl ihm ein Mandat angeboten worden war. Erst 1859 mit dem Eintritt der neuen Ära trat er wieder in die Kammer ein, deren Präsident er 1860 und 1861 wurde (Nachfolger von Grabow). Bei einer Unterredung mit dem König Wilhelm drückte der letztere später Simson sein Bedauern darüber aus, daß derselbe infolge einer bevorstehenden Operation sich nicht für tauglich hielt, den schweren, verantwortlichen Posten eines Präsidenten wieder zu übernehmen. Als der König bemerkte, daß der in der Nähe stehende Abgeordnete Grabow die Unterredung mit angehört hatte, bemerkte er zu Grabow: „Glauben Sie nicht, daß es mir unangenehm wäre, Sie an diese Stelle treten zu sehen". Als Grabow bemerkte, er trage gleichfalls Bedenken, das Präsidium zu übernehmen, da seine Sinne allmählich an Schärfe verloren hätten, und er nicht mehr alles sehen und hören könne, was vorgehe, entgegnete der König, indem er Grabow auf die Schulter klopfte: „Dann hören Sie nur um so sorgfältiger auf mich."

Als sich Simson und Bismarck nach Königsgrätz zum erstenmal wiedersahen, erzählte der Ministerpräsident dem Parlamentarier manche Details aus dem Schatze seiner Kriegserlebnisse. Selbst auf die Gefahr hin, daß sie bereits durch Mitteilung von einer andern Seite bekannt sind, will ich davon nur zwei Erzählungen folgen lassen. Als Bismarck in den Krieg von 1866 auszog, befand sich unter den Diplomaten, die sich von ihm verabschiedeten, auch der belgische Gesandte. „Auf glückliches Wiedersehen", rief ihm derselbe zu, die entgegengestreckte Hand ergreifend. „Auf Wiedersehen — entgegnete Bismarck — wenn alles gut geht; widrigenfalls lasse ich mich in der letzten Attacke niederreiten."

Im Anschluß daran erzählte er weiter über den Tag der entscheidenden Schlacht. Dieselbe sei bereits entschieden gewesen, und der Kreis der Männer um den König hätte sich bereits gelöst. Bismarck sei allein davon geritten. Da sei ihm ein General nachgekommen und habe ihm gesagt: „Sie können heute lachen. Wenn es schief gegangen wäre, hätten Ihnen die Kehrweiber ihre Besen um die Ohren geschlagen."

Die freundlichen Gesinnungen Bismarck's für Simson erhellen insbesondere aus folgendem Vorgange. Am 30. Januar 1869 wurde Simson zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. ernannt. Dadurch wurde seine Stellung als Präsident des Reichstags von einer Neuwahl abhängig. Bismarck wünschte nun, daß das Präsidium in Simson's Händen verbleibe. Um dies zu erreichen, ließ er die Sache so behandeln, als ob der Präsident nur vorübergehend behindert wäre — was doch nicht der Fall war — und er ließ den Reichstag bis zu Simson's Wiederwahl durch den ersten Vize-Präsidenten, den Herzog von Ujest (Fürst von Hohenlohe-Oehringen) leiten.

---

[1]) Wie oben S. 10 bemerkt, trat Simson zuerst in Erfurt Bismarck näher, nachdem er sich auf dem Revisions-Landtage gründlich mit demselben herumgezankt hatte.

Digitized by Google

In den langen Jahren, da Simson als Präsident des Reichstags fungierte [1]), war sein Verhältnis zu dem Kanzler das denkbar beste.

Nicht bloß der mündliche, auch der schriftliche Verkehr zwischen Bismarck und Simson war ein lebhafter. Oktav-Briefbogen, mit den charakteristischen Schriftzügen Bismarck's, mit Bleistift hingeworfen, vermittelten häufig den Meinungsaustausch zwischen dem Minister- und Präsidententisch. Bald handelte es sich um den Wunsch Bismarck's, das Wort vor oder zu der Tagesordnung zu erhalten, ein andermal um die Verlesung von Aktenstücken, oder um die Veranlassung eines Simson politisch nahestehenden Abgeordneten, in einer schwankenden Sache für die Regierungsforderung einzutreten, bald um die Bitte Bismarck's, Simson in dessen Zimmer ein paar Minuten zu sprechen, um die Benachrichtigung, zu welcher Stunde der König die Präsidenten des Reichstags empfangen wolle, um eine Anfrage, ob ein gewisser Tag Simson geeignet erscheine für das von Bismarck dem Präsidium des Reichstags zugedachte Diner, oder um Wünsche hinsichtlich der Festsetzung der Tagesordnung.

Man kann wohl sagen, daß keiner der späteren Reichstags-Präsidenten sich auch nur annähernd so guter Beziehungen zum ersten Beamten des Reichs rühmen konnte. Es hängt dies einmal mit den persönlichen Gefühlen zusammen, die der Kanzler für Simson hegte, andrerseits mit den politischen Verhältnissen. Simson hatte bis 1874 die große mächtige nationalliberale Partei, auf die sich Bismarck hauptsächlich stützte, hinter sich. Von 1875 ab wurde das Verhältnis von Jahr zu Jahr kühler. Die auf Forckenbeck folgenden Präsidenten waren alle durch Kompromisse verschiedener, zum Teil recht heterogener Parteien zu ihrer Stellung gelangt. — Ich füge hier zum Schlusse noch einen Briefwechsel an, welcher sich im Jahre 1868 zwischen Delbrück und Simson über die Frage der Fortdauer seines Reichstags-Präsidiums entwickelte.

Berlin, 1. März 1868.

An den Königlichen Appellationsgerichts-Präsidenten Herrn Dr. Simson in Frankfurt a. O.

In diesen Tagen ist mir erzählt, daß Sie, mein hochgeehrter Herr und Freund, die Absicht ausgesprochen hätten, die Wahl zum Präsidenten des Zollparlaments und Reichstags nicht annehmen zu wollen. Die ganze Nachricht ist vielleicht eine Ente; in wichtigen Dingen muß man indessen auch auf Enten aufmerksam sein und so verargen Sie es mir nicht, wenn ich Ihnen mit einem, vielleicht überflüssigen Briefe lästig falle.

Wir begreifen hier vollkommen, daß eine Parlaments-Präsidentschaft selbst für einen Virtuosen in diesem Fache kein Hochgenuß ist. Wir begreifen nicht minder, daß Rücksichten auf Familie und Amt es Ihnen wünschenswerth machen, sich diesem negativen Hochgenuß zu entziehen. Aber, ernsthaft gesprochen, wir sind überzeugt, daß Sie uns glauben werden, wenn wir Ihnen versichern,

[1]) Erst im Jahre 1874 wurde er in dieser Stellung von dem Oberbürgermeister von Berlin von Forckenbeck abgelöst.

Digitized by Google

daß Ihre Präsidentschaft eine politische Notwendigkeit ist, und daß Sie Sich der Last der Präsidentschaft nicht entziehen werden, wenn Sie uns diese Versicherung glauben. Daß alle respektabeln politischen Parteien im Reichstage Ihre Wahl wünschen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen; daß alle unsre Feinde im Zollparlament sich freuen werden, wenn Sie nicht Präsident werden, davon bin ich überzeugt. Die Situation ist hiermit charakterisiert und ich darf kaum weiter an Ihren Patriotismus appellieren.

Erlauben Sie mir noch einiges Thatsächliche. Die Verzögerung der Parlamentswahlen in Württemberg und Hessen ist die, mir sehr willkommene Veranlassung zum Verlassen des ursprünglichen Planes, nach welchem zuerst das Parlament und erst bei dessen Schlusse der Reichstag zusammen treten sollte. Es wird, und zwar um den 20. d. M., der Reichstag und während dessen Session, im April, das Parlament berufen werden. Diese Kombination gestattet eine kürzere Dauer der gesammten Session, als der ursprüngliche Plan, ist also auch für den Herrn Präsidenten zusagender als der letztere.

Erfreuen Sie uns bald mit einer beruhigenden Antwort.

Ihr aufrichtigst ergebener

Delbrück.

Die Antwort Simson's lautete:

An Seine Excellenz, den Präsidenten des Bundeskanzler-Amts Herrn Delbrück.

Frankfurt a. O., 3. März 1868.

Eurer Excellenz beeile ich mich, in ergebenster Erwiderung des gütigen Schreibens, mit dem Sie mich unter dem 1. d. M. beehrt haben, vor Allem meinen innigen Dank für das neue Zeugnis von wohlwollender Gesinnung auszusprechen, das ich in Ihrem werthen Blatt besitze.

Daß ich gegen irgend Jemand „die Absicht ausgesprochen hätte, die Wahl zum Präsidenten des Zollparlaments und Reichstags nicht annehmen zu wollen," bezweifle ich entschieden, aber ich darf nicht in Abrede stellen, daß ich diese Absicht allerdings gehabt habe. Ich verhehle nicht, daß eben die Erwägungen, die mich zur Ablehnung einer Wahl für das Abgeordnetenhaus im vergangenen Spätherbst bestimmen mußten, den gleichen Entschluß auch für den Reichstag mir dringend nahe legen. Ew. Excellenz haben diese Erwägungen selbst schon anticipiert. Familie und Amt außerhalb Berlin haben, bei vorrückenden Jahren entfernt von Berlin die immerhin nicht geringe Mühsal des parlamentarischen Lebens bestehen, dazu reicht meine Kraft auf die Dauer nicht aus, und nachdem ich — mit einer Unterbrechung — eben zwanzig Jahre gleichwohl darauf verwendet, halte ich den Anspruch durch jüngere und frischere Kräfte, oder solche die sich in solcher Arbeit nicht so verzehrt wie die meinige, abgelöst zu werden für nicht unberechtigt.

Vor einigen Tagen hat der Herr Justizminister Excellenz die Anfrage an mich gerichtet, ob es meinen Wünschen entsprechen würde, Sr. Majestät dem König für das erledigte (erste) Präsidium des Appellationsgerichts in Hamm

Digitized by Google

in Vorschlag gebracht zu werden. Der Herr Minister hatte die Freundlichkeit hinzuzufügen, „er hoffe, daß die eventuell erforderliche Neuwahl zum Reichstage, auf welche die Königliche Staatsregierung Wert lege, irgend welche Schwierigkeiten nicht finden werde."

Ich habe geglaubt, die Anfrage ehrerbietig ablehnen zu dürfen. Für den Fall fortgesetzter Beteiligung an der Norddeutschen Volksvertretung konnte ich nicht wünschen, mein Domizil von Berlin weiter zu entfernen als der Fall ist.

Nun sprechen Ew. Excellenz mir aus, daß auch Sie auf meine fernere Thätigkeit im Reichstage einigen Werth legen. Sie entnehmen ein Argument für diese mich ebensosehr ehrende als beschämende Auffassung auch aus der Lage des gegenwärtigen Augenblicks, und Sie wissen, sehr gut, daß ich wahrlich nicht blos für die Anschauung der Gesamtlage der europäischen Dinge und der deutschen insbesondere Ihr Urtheil weit über das meinige setze! Darum will ich meine Gedanken jetzt zurücktreten lassen, wie ich im vergangenen Frühjahr den Wunsch, statt meiner Graf Schwerin — und im Herbst den Vorschlag, an meiner Statt Herrn von Forckenbeck zum Präsidenten ernannt zu sehen, aufgegeben habe, und meine Bereitschaft, die Wahl, falls sie mich träfe, anzunehmen, hiermit ausdrücklich aussprechen.

Ew. Excellenz deuten mir an, daß die Arbeit in keinem Falle eine übermäßig lange sein wird, und Sie setzen mit Recht voraus, daß diese Andeutung mir den Entschluß erleichtert. Ich schließe mit dem herzinnigen Wunsche, daß die glücklichen Anfänge der Jahre 1866 und 1867 in dem laufenden Jahre zu segensreicher Fortentwickelung gelangen mögen.

Ew. Excellenz ꝛc.

Simson.

Zu den Mitgliedern des ersten Reichstags des Norddeutschen Bundes zählte auch Graf Guido Henckel von Donnersmarck[1]), welcher sich der nationalliberalen Partei anschloß. Schon von früher her mit Bismarck befreundet, wirkte er als Abgeordneter im Sinne einer Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen den Liberalen und Bismarck über die streitigen Punkte der künftigen Bundesverfassung bestanden. Während der kritischen Verhandlungen sah Graf Bismarck den Abgeordneten Grafen Henckel wiederholt und empfing von demselben Mitteilungen über die Stimmung unter den Parlamentariern und das voraussichtliche Stimmenverhältnis bei den entscheidenden Abstimmungen. Graf Henckel hat bei allen politischen Abstimmungen sich von großen, nationalen und reaktionsfeindlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Daß er mit dem Bundeskanzler, bei der größten Verehrung für denselben, nicht durch dick und dünn gehen wollte, gereicht ihm sicher nicht zur Unehre. Aber gerade darin lag der Keim zu einer

[1]) Graf Henckel von Donnersmarck, Guido Georg Friedrich, Erb-Ober-Landmundschenk im Herzogtum Schlesien, Mitglied des Staatsrats, des Herrenhauses und des Volkswirtschaftsrats, evangelisch, geboren den 10. August 1830 zu Breslau, wohnhaft auf Schloß Neudeck, Kreis Beuthen.

Digitized by Google

Differenz mit Bismarck, welcher seinerseits gerade von einem ihm so sehr befreundeten Manne, wie dem Grafen Henckel von Donnersmarck, unbedingte Heeresfolge verlangen zu können glaubte. Die Folge war die Mandatsniederlegung des Grafen Henckel, welche er mit folgendem Schreiben zur öffentlichen Kenntnis brachte:

Das mir durch das Vertrauen meines heimatlichen Wahlkreises übertragene Mandat als Abgeordneter zum Norddeutschen Reichstage habe ich soeben niedergelegt. Ich erlaube mir dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und zugleich meinen aufrichtigen Dank für das mir bewiesene Vertrauen und die mir dadurch gewordene hohe Auszeichnung auszusprechen.

Zum Entschluß der Mandatsniederlegung hat mich die Überzeugung geführt, daß einerseits der heutige Leiter des preußischen und norddeutschen Staatswesens in der vorliegenden Situation unentbehrlich ist, also wir uns während der bevorstehenden Jahre des Übergangs seiner Führung unbedingt fügen und von jeder entschlossenen Opposition gegen denselben Abstand nehmen müssen, andererseits ich nicht in Freude und Eifer als Volksvertreter mitwirken kann unter Verhältnissen, welche lediglich eine Fortentwickelung auf wirtschaftlichem Gebiet, nicht aber ein entschiedenes Vorgehen in liberalen Institutionen oder einheitlicher Gestaltung in Aussicht stellen.

Neudeck, den 7. Juli 1868.

Guido Graf Henckel-Donnersmarck.

Auf die ferneren Beziehungen Bismarck's zu dem Grafen Henckel hat dieser Vorgang, wie wir sehen werden, keinen Einfluß gehabt.

Ein Abgeordneter, welcher dem Kanzler später in dienstlicher Beziehung näher trat, ist Ägidi[1]).

Den Entwurf zur Adresse auf die Thronrede, welche von den Konservativen ausging, verwarfen die Nationalliberalen, ebenso den Entwurf der letzteren die ersteren. Da traten die Freikonservativen ins Mittel und die drei Parteien einigten sich in gemeinsamer Beratung unter Bennigsen's Vorsitz über einen dritten Entwurf (im wesentlichen aus Ägidi's Feder), den im Namen der drei Parteien

---

[1]) Dr. jur. Ägidi, Ludwig Karl, Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt und ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Berlin. Geboren den 10. April 1825 zu Tilsit. Studierte 1842—1847 in Königsberg i. Pr., Heidelberg, Berlin. Vom 25. März bis 9. November 1848 Privatsekretär preußischer Minister; trat am 9. November aus und lehnte Anträge zum Wiedereintritt am 19. November 1848 ab. Privatdozent in Göttingen bis 1857 (1856 entzog ihm Georg V. die venia für Staatsrecht). Professor des deutschen Rechts in Erlangen bis 1859; im Sommer 1859 zu Berlin, seit Oktober 1859 in Hamburg, seit 1868 in Bonn. Als Schreiber für Zeitungen seit 1847 (Deutsche Zeitung ꝛc.) thätig; als solcher bei den parlamentarischen Versammlungen Berlin (1848—1850), Frankfurt a. M. (Paulskirche, 1848 Juni—Juli), Erfurt (1850 März—April). Er schrieb zahlreiche politische Broschüren und Aufsätze. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1867—1868, 1869—1879. Mitglied des Reichstags 1867 bis 1868 und 1869—1871. (Freikons.)

Digitized by Google

Blanckenburg, Ägidi und Braun-Wiesbaden einbrachten und den am 24. September Ägidi im Reichstage vertrat — namentlich im Hinblick auf die „Mainlinie“.

Ein Abgeordneter, den Bismarck sogleich von Anfang an mit besonderem Wohlwollen behandelte, ist Dr. Hans Blum[1]) in Leipzig, in neuerer Zeit in weiten Kreisen bekannt geworden durch seine beiden Werke „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's“ und „Fürst Bismarck und seine Zeit“[2]).

Als 1869 die Einrichtung der parlamentarischen Abende bei Bismarck ins Leben gerufen wurde, fragte Blum beim Kanzler schriftlich an, ob es gestattet sei, etwas über diese Abende in die Presse zu bringen. Auf bejahende Antwort durch Herrn von Keudell schrieb Blum einige Artikel für „die Gartenlaube“, welche durch die wörtlich mitgeteilten Bemerkungen und Scherzworte Bismarck's dauernden Wert besitzen[3]).

In dem Werke „Fürst Bismarck und seine Zeit“ erzählt Blum eine interessante Reminiszenz aus dem norddeutschen Reichstage, welche sowohl der Unbefangenheit des politischen Urteils, wie den Herzenseigenschaften des Fürsten Bismarck ein neues Ruhmeszeugnis ausstellt. „Am 23. Mai 1870 stand im norddeutschen Reichstag das Schicksal des wichtigsten Gesetzes der dreijährigen Tagung, des Strafgesetzbuches, zur Entscheidung. Es konnte nach den bestimmten Erklärungen der Regierung nur zu stande kommen, wenn der Reichstag die Todesstrafe (auf Mord und Fürstenattentat) annahm, die in zweiter Lesung abgelehnt worden war. In Sachsen war die Todesstrafe schon 1868 abgeschafft worden. Um das große Gesetz zu retten, stimmte Dr. Hans Blum, als der einzige unter den 23 sächsischen Abgeordneten, gleichwohl für die Todesstrafe. Lautes „Pfui“ der Sozialdemokraten und eines Teiles der Fortschrittspartei begleitete dieses „Ja“. (Die radikalen Parteien legten nämlich dem Dr. Hans Blum dieses Votum als Verrat an dem Andenken seines Vaters, des standrechtlich erschossenen Robert Blum aus.) Präsident Simson wies unter dem lautesten Beifall des Hauses die frechen Abstimmungsterroristen zur Ordnung. Gleich darauf aber ließ Bismarck den Dr. Blum in sein Empfangszimmer hinter dem Sitzungssaal entbieten, reichte ihm hier die Hand und sprach etwa: „Ich habe Sie zu mir bitten lassen, um Ihnen in dieser Stunde, von der ich hoffe, daß sie für ganz Deutschland segensreich sein wird, ein Bündnis anzubieten.“

[1]) Dr. Blum, Rechtsanwalt in Leipzig, geboren den 8. Juni 1841, seit Sommer 1866 Mitglied des Ausschusses der nationalliberalen Partei in Leipzig.

[2]) Aus Blum's Feder stammt ferner das Werk: „Auf dem Wege zur deutschen Einheit“ und die zusammenhängende Darstellung der parlamentarischen Arbeit und des Anteils der nationalliberalen Partei an derselben in den Jahren 1867—1870 in der Zeitschrift „Unsere Zeit“ 1868—1870 unter dem Titel: „Reichstag und Zollparlament vom konstituierenden Reichstag an“ (anonym). Diese Artikelfolge giebt über manches, was damals im Schoße der nationalliberalen Fraktion spielte, authentischen Aufschluß.

[3]) Mit geringen Kürzungen finden sich diese Referate abgedruckt im I. Bande dieses Werkes, S. 23 ff. der 2. Auflage.

Digitized by Google

Mit Augen, die von der tiefen Bewegung über das soeben im Reichstage Erlebte und in Erinnerung an manche schlaflose Nacht vor Befestigung der letzten Entscheidung thränenfeucht waren, schaute Blum den Kanzler bei diesen Worten erstaunt an. „Nicht ein Bündnis zwischen uns," fuhr Bismarck freundlich lächelnd fort, „nicht ein Bündnis zu Gunsten eines Lebenden, sondern ein Bündnis zu Gunsten eines Toten. Ich möchte Sie bitten, daß Sie, wenn jemals wieder Ihr Vater von den Herren, die heute Ihre Abstimmung mit ihrem „Pfui" begleiteten — den Herren Bebel und Liebknecht — dadurch herabgewürdigt werden sollte, daß sie ihn für einen der ihrigen erklären, daß Sie dann über alle Macht verfügen wollen, die ich etwa besitze, namentlich in der Presse, um dieses Bild rein zu halten. Ich bin ja damals, 1848, ein scheußlicher Junker gewesen. Ich würde Ihren Vater auch haben erschießen lassen, wenn ich das hätte thun können. Ich würde auch Gottfried Kinkel haben erschießen lassen, obwohl ich mit ihm auf dem Fuße gegenseitiger Hochachtung stand. Aber ich urteile heute gerechter. Ihr Vater war liberal — sehr liberal — aber auch gut national. Er würde, wenn er heute noch lebte und im Reichstag säße, wohl auf denselben Bänken (unter den Nationalliberalen) Platz genommen haben, wie Sie." — Der Leser kann die tiefe Bewegung Blum's bei diesen überwältigenden Worten eines Mannes ermessen, der das Schicksal Deutschlands und den Frieden Europas auf seinem großen Herzen trug und dennoch fähig war, sich liebevoll mit dem zweitjüngsten Abgeordneten des Hauses zu beschäftigen, sich in dessen inneres Ringen hinein zu versetzen und ihn zu erheben mit Worten, die aus diesem Munde ans Ohr drangen wie versöhnender Glockenklang, wie der Spruch des gerechten Richters der Weltgeschichte!

Über die Frage der Aufhebung der Todesstrafe korrespondierte Bismarck in jener Zeit auch mit dem Reichstagsabgeordneten M. von Blanckenburg [1]), welcher bis zu Anfang der siebziger Jahre die Beziehungen der konservativen Partei mit dem Kanzler vermittelte. Es bereitete dem Abgeordneten Genugthuung, zu sehen, daß der von seinen Fraktionsgenossen im Abgeordnetenhause in so kurzsichtiger Weise vom Zaun gebrochene Konflikt mit Bismarck [2]) sich nicht auf den Reichstag herüber erstreckte [3]). Der oben in Bezug genommene Brief Bismarck's an Blanckenburg lautet:

---

[1]) Vergl. oben S. 16.

[2]) Vergl. oben S. 57.

[3]) Am 23. April 1868 schrieb Blanckenburg an den Kriegsminister von Roon: „Parlamentarisches Regiment — oder Königliches: da haben wir gestern wieder diese Fahne flattern lassen (im Reichstage) unter Bismarck's entschiedenster Führung — haben aber eine gründliche Schlappe erlitten. Beim Bundesschuldengesetz hatten die Nationalliberalen wieder den § 17 eingebracht, der dem Reichstag ein direktes Klagerecht gegen die qu. Beamten und gegen den Kanzler indirekt (teils auch direkt) gab! Bismarck hatte diese Sache erkannt und in den Bericht (ich war Berichterstatter) die deutlichste und klarste einstimmigste Erklärung aller Regierungen niedergelegt, daß hier die Grenze sei aller Konzessionen. Die Nationalen nahmen den Handschuh auf und traten in schärfster Weise (Twesten, Lasker) für parlamen-

Digitized by Google

Varzin, 19. Mai 1870.

Lieber Moritz!

Herzlichen Dank für Deinen Brief. Viel Politik vermag ich noch nicht zu leisten, meine Beine sind besser als mein Kopf. — In politischen Verbrechen bin ich für ausgiebige Tötung, bei militärischem Einschreiten und Standrecht ohne Rückfrage an den Monarchen, aber gegen posthume gerichtliche Hinrichtungen und Prozesse, von wegen der Eitelkeit und des falschen Märtyrerthums in dieser modernen Welt. Ich bin alt genug und habe Geschichte und Menschen studiert, um mir ein Urtheil zu bilden über das, was ich für praktisch zu halten habe. Der König kennt diese meine Ansicht, und ich wünschte, daß er sie gut hieße. Er hat aber soviel persönliches Interesse zur Sache, daß ich mich nicht entschließen kann, eine Pression auf ihn zu üben; er weiß auch das, und ich werde mich seinem Willen in dieser Frage unterordnen, aber bestrebt sein, ihn zu überreden, soviel ich es kann, ohne ihn zu verstimmen. Gelingt es mir nicht, so werde ich seine Meinung auch öffentlich vertreten. Ein Kompromiß, welches den wirklich ausgeführten Versuch mit dem Tode bedroht, wäre mir ganz genehm und würde proprio motu mein Bestreben sein, wenn es nicht unvermeidlich wäre, alle die kleinen Fürsten in gleicher Weise wie die wirklichen Monarchen zu behandeln. Ich halte die ganze Frage nicht sehr praktisch d. h. die Hochverrathsfrage; man trifft die eigentliche materia peccans damit nicht, nur Irrenhauskandidaten, wie Sand[1]), Tschech[2]), Sefeloge[3]), die dann auf dem Schafott zwei Jahre später aus Narren zu Märtyrern wurden. Erinnerst Du Dich, andere Hochverräther erlebt zu haben als die beiden letztgenannten und etwa die Burschenschafter? Ich im Augenblick nicht, und doch steht da der Feind nicht. Es ist ein theoretischer Streit.

Dein B.

Neben Blanckenburg zählte nach wie vor Hermann Wagener[4]) zu den dem Fürsten nahe stehenden Parlamentariern. Man war gewohnt und geneigt, in seinen Reden und Abstimmungen die Ansicht des Ministerpräsidenten zu lesen,

---

tarisches Regiment ein — juristische Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers 2c. — verhöhnten ihn als „Großvezier" und gewannen mit einigen Stimmen die Schlacht. Die Freien (-Konservativen) und Altliberalen hielten treu mit uns zusammen. Folge: Sofortiges Zurückziehen des Gesetzes! Folge davon: also kein Anlehen — kein Flottenbau — oder Beschaffung der Gelder durch den Etat. Der Bruch der Freundschaft mit den Nationalen ist der segensreichste Teil dieser Affaire. Ich dachte, sie würden klüger sein wie meine Freunde aus dem Abgeordnetenhause — sind aber ebenso kurzsichtig, inkl. Miquel, Braun, Bennigsen! Na, wohl bekomme es!"

[1]) Der Mörder Kotzebue's.

[2]) Bürgermeister von Storkow, verübte am 26. Juli 1844 einen Mordversuch auf Friedrich Wilhelm IV.; demnächst in Spandau enthauptet.

[3]) Verletzte am 22. Mai 1850 denselben Herrscher durch einen Schuß in den Arm; handelte im Wahnsinn.

[4]) Vergl. oben S. 37.

Digitized by Google

dem er jetzt seit 1866 auch in seiner Eigenschaft als vortragender Rat im Staatsministerium zu Diensten war. Bismarck schätzte aber in Wagener mehr den Parlamentarier als den Beamten. „Mir ist Wagener — bemerkte der Ministerpräsident in einem an den Kriegsminister von Roon gerichteten Briefe d. d. 26. Oktober 1868 — geschäftlich nicht eine solche Hilfe wie er seiner Begabung nach sein könnte. Unerfahrenheit im Büreaudienst, Eigensinn, Drohungen mit Abgang, Nebengeschäfte und vor allem die Erschütterung meines Vertrauens durch Senfft's Drohungen nomine Wagener für den Fall, daß letzterer abginge, treten störend dazwischen. Dennoch ist W. der einzige Redner der konservativen Partei, hart und unbequem, aber doch nötig; und geht er, so schweigt er mindestens, wenn ich ihn auch nicht für so perfide halte, daß er dienstliche Kunde mißbrauchen würde. Aus parlamentarischen Gründen bitte ich Sie, im Staatsministerium diese Frage vor Überstürzung zu behüten, nötigenfalls auch auf Se. Majestät in der Richtung zu wirken. Man muß W. nicht bloß als Ministerrath, sondern auch als Abgeordneten und als einen Mann von Verdienst um die konservative und Königliche Sache abwägen. Ich weiß nicht, wer ihn in der Kammer ersetzen sollte und man ist ihm seit 48 Dank schuldig. Lediglich zu dessen Bethätigung habe ich ihn bei Sr. Majestät mit Mühe durchgebracht."

Von hohem Interesse sind die Mitteilungen, welche der Kanzler diesem Abgeordneten über das Jahr 1866 und die darauf folgende Zeit gemacht hat.

Als nach Beendigung des Krieges mit Österreich von der heiligen Allianz und von dem Testamente Friedrich Wilhelm III. die Rede war, bemerkte Bismarck zu Wagener: „Mir ist es nicht ganz verständlich, wie man heute noch für die heilige Allianz schwärmen kann, nachdem sich in der letzten Zeit zur Evidenz herausgestellt hat, daß dieselbe nichts mehr als eine russische Mausefalle war und das Adjektivum heilig nur noch als ein unpassender Scherz erschien. Sie werden, wenn ich es erlebe, den Beweis in die Hand bekommen, daß der Krieg mit Österreich in meiner Politik nichts war, als ein Gewittersturm, der die Atmosphäre zwischen uns gereinigt hat, und daß es jetzt erst möglich sein wird, eine aufrichtige und nachhaltige Allianz auf dem Fuße der Gleichberechtigung zwischen uns und Österreich zu stande zu bringen. Sie werden mir noch alle Abbitte leisten und mich als den eigentlichen Testamentsvollstrecker Friedrich Wilhem III. preisen."

„Es ist nicht gerade sehr angenehm," sagte er zu Wagener ein andres Mal, „weder auf vierzehn Schritt belorgnettiert, noch auf vier Schritt beschossen zu werden, und das bißchen Eitelkeit, welches in dem Angestauntwerden seine Befriedigung findet, hält nicht lange vor.[1]) Alle die kleinen Eitelkeiten des Lebens haben nur so lange Reiz, wie man sie nicht besitzt. Sobald man dieselben er-

[1]) Nicht nur in Berlin, auch im Auslande wurde Bismarck nach 1866 mit einemmal eine riesig interessante Persönlichkeit. Seine Photographie wurde ein kuranter Handelsartikel. Ein New-Yorker Kunsthändler, welcher an seinen Geschäftsfreund in Berlin schrieb: „Schicken Sie mir schleunigst zwölf Dutzend Bismarck's", erhielt zur Antwort: „So viele Sie wollen, wenn Sie uns nur einen Bismarck lassen."

Digitized by Google

reicht hat, gilt von allen der Ausspruch des Königs Salomo, daß es eitel ist und keine wahre Befriedigung gewährt. Ich begreife deshalb auch nicht, wie ein Mensch dies Leben ertragen kann, der nicht an ein andres und besseres glaubt."

Als eines Tages das Gespräch auf die öffentliche Meinung[1]) und deren Bedeutung kam, sagte der Kanzler zu Wagener: „Sie kennen unzweifelhaft den Ausspruch des alten Napoleon, daß drei schreiende Weiber mehr Lärm machen als tausend schweigende Männer. Man thut deshalb auch sehr unrecht, den schreienden Weibern der öffentlichen Meinung irgend eine größere Bedeutung beizulegen. Die wahre öffentliche Meinung ist die, welche sich aus gewissen politischen, religiösen und sozialen Vordersätzen in einfachster Fassung in der Tiefe des Volkslebens erzeugt und regt, und diese zu erkennen und zum Durchbruch zu bringen, das ist die eigentliche Begabung und Aufgabe des Staatsmannes. Ich möchte dieselbe die Unterströmung der öffentlichen Meinung nennen. Ich habe deshalb auch niemals mit den eigentlichen Parlamentsschreiern gerechnet und habe gerade um deswillen die Genugthuung gehabt, die öffentliche Meinung, auf welche ich Wert lege, in nachhaltiger Weise für mich zu gewinnen. Die Paulskirche in Frankfurt und das Unionsparlament in Erfurt waren in der That eine Versammlung ausgezeichneter Redner, und doch, was ist von denselben übrig geblieben? Versunken und vergessen, das ist des Sängers Fluch."

In Bezug auf die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts bemerkte Bismarck zu Wagener:

„Wenn man eine alte Form umformen will, muß man dieselbe zunächst flüssig machen."

Auf die Frage des Abgeordneten Hermann Wagener (17. Februar 1870), ob man denn die weitere Entwickelung des deutschen Einheitsgedankens sich ganz selbst überlassen wolle, erwiderte Bismarck nicht ohne Sarkasmus: „Sollten Sie vielleicht eine prophetische Gabe besitzen, oder glauben Sie der Mutter und dem Kinde einen Dienst zu erweisen, wenn Sie eine noch nicht reife Frucht mit

---

[1]) Psychologisch sehr interessant ist es — bemerkt Hermann Wagener — daß der Kanzler, ähnlich wie Napoleon I., von dem Professor Leo behauptet, daß er selbst in dem Kanonendonner der Schlacht nach den Parlamentsreden in Paris gehorcht, den Parlamentarismus zwar praktisch mit großer Geringschätzung behandelt, nichtsdestoweniger aber die „öffentliche Meinung" wie kaum ein andrer auf das sorgfältigste studiert und seine größten Erfolge gerade seiner richtigen Diagnose der Volksstimmung und der Strömung verdankt. Freilich hat er dabei stets sowohl theoretisch wie praktisch den Grundsatz festgehalten, daß die Regierung als das Haupt des Volkskörpers und als der Ort, in welchem sich alle Staatsgedanken konzentrieren, der wichtigste und maßgebendste Teil des Volkskörpers sei und als Ausgangspunkt aller politischen Aktion die Aufgabe habe, die öffentliche Meinung zu leiten und zu korrigieren. Daher das große Gewicht, welches er auf die Presse und auf vollendete Thatsachen legt; daher auch die eiserne Konsequenz, mit welcher er seine Pläne verfolgt. Er teilt, wie wir hören und wie er dies in seinem vertrauten Kreise wiederholt ausgesprochen haben soll, die Ansicht des Paters Beckx, welcher zu sagen pflegte: „Wenn der Wind sich dreht, drehen sich alle Wetterfahnen, und zwar um so schneller und entschiedener, je schärfer der Wind ist."

Digitized by Google

Kunst oder Gewalt zur Welt befördern? Solche himmelblaue Zukunftspolitik pflegt sich ja gern einen staatsmännischen Anstrich zu geben, ist aber doch nur Kannegießerei im höheren Stile — und dazu habe ich keine Zeit![1])"

Nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund, am 27. Februar 1870, beauftragte der Kanzler den damals im Auswärtigen Amte beschäftigten Moritz Busch, in der Presse seine Stellung zu der Frage aufzuklären[2]). Er wies dabei auf die Rede hin, in welcher er Lasker und andern Drängern über die Natur der Sache Licht zu geben bemüht gewesen war. „Ich möchte Sie bitten — sagte er — vorzüglich hervorzuheben, daß man in den nationalliberalen Blättern meine Hauptmotive entweder nicht erraten oder absichtlich verschwiegen hat. In meiner Rede lag ein großer Fortschritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben; es war die Andeutung, daß wir uns unter Umständen an die österreichische Auffassung, nach welcher der Süden, und an die französische, nach welcher ein einzelner Staat des Südens nicht in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler. An weiteres kann erst gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris angesehen worden ist." — —

„Es ist wirklich mit diesen beredten Herren (er hatte dabei namentlich den Abgeordneten Lasker im Auge) wie mit manchen Damen, die einen kleinen Fuß haben und immer zu enge Schuhe anziehen und die Füße vorstrecken und sehen lassen. So, wenn einer das Unglück hat, beredt zu sein, da hält er zu lange Reden und zu oft."

Bis 1870 gehörte ein konservatives Mitglied dem Reichstag an, das in der Mitte der fünfziger Jahre viel von sich sprechen machte. Dr. jur. Wilhelm Ludwig von Wedemeyer, Rittergutsbesitzer zu Schönrade-Wognitz[3]). Derselbe hat sich in den siebziger Jahren hauptsächlich mit Wirtschaftspolitik befaßt und dabei allerdings andre Ziele verfolgt, als es die Regierung damals that. Erst mit dem von Bismarck inaugurierten Wirtschaftsumschwung sind viele der Pläne Wedemeyer's verwirklicht worden. Ein mündlicher Verkehr zwischen Bismarck und Wedemeyer hat nicht stattgefunden. Wenn letzterer zu Anfang der siebziger Jahre auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, wie gesagt, auch andre Wege ging, als der Reichskanzler, so hat er doch im übrigen die Verdienste des letzteren um das Vaterland voll und ganz anerkannt, wie dies auch ein Brief Wedemeyer's aus dem März 1875 bezeugt[4]). Wenn von da an ein Umschwung in der Auf-

[1]) Fürst Bismarck und der Aufbau des Deutschen Reichs, „Deutsche Revue", Aprilheft 1889, S. 2.

[2]) Vergl. Moritz Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. II, S. 50 und 346.

[3]) Geboren 12. September 1819. Besuchte das Gymnasium zu Lübeck, studierte in Berlin und Göttingen Jura und widmete sich später der Landwirtschaft, um seine Güter selbst zu verwalten. Er entwickelte eine rege Thätigkeit in den ihm nahe liegenden Kreisen. War 1866 bis 1867 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden Reichstags.

[4]) Unterm 14. Dezember 1875 schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": In dem Streit über Herrn von Wedemeyer wird nun der „Post" „aus zuverlässiger Quelle" die zweite Nachricht der „Kölnischen Zeitung" bestätigt, daß der Herr Reichskanzler im Laufe dieses Jahres

Digitized by Google

fassung Wedemeyer's eingetreten war, so hatte das seinen Grund in dem körperlichen Befinden des ideal angelegten Mannes, zum Teil auch darin, daß jener Brief an den Fürsten Bismarck von diesem unbeantwortet blieb, worin Wedemeyer eine — gewiß nicht beabsichtigte — Kränkung erblicken zu müssen glaubte.

Im Jahre 1869 bemühte sich Bismarck im Reichstag redlich, die Finanzen des Reichs zu verbessern und den Staatsbedarf möglichst mittelst der weniger drückenden indirekten Steuern aufzubringen. Die entsprechenden Steuervorlagen, das sogenannte Steuerbouquet, wurden aber von der Majorität des Reichstags mit einer Fülle von Hohn und Superklugheit zurückgewiesen[1]). Am Tage, da der Reichstag diesen kurzsichtigen Beschluß faßte, äußerte sich Bismarck über die Opposition, die ihm der Reichstag bereitete, einem Korrespondenten des „New-York Herald" gegenüber wie folgt: „Die Abgeordneten haben offenbar kein richtiges Verständnis für die Situation. Unsre Institutionen sind von den englischen wesentlich verschieden, obwohl sehr achtbare Mitglieder aller Parteien darauf bestehen, daß britische Einrichtungen auch bei uns anwendbar sind. Sie können sich nicht von ihren feudalen Vorurteilen frei machen, haben seit 1848 nichts gelernt und nichts vergessen und bilden sich ein, als ein Staat im Staate notwendig zu sein. Ihr Operationsplan ist ein beständiger Angriff auf die Regierung — eine hartnäckige Mißbilligung der Administration und eine nie ermüdende Energie, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Es scheint, daß sie sich hauptsächlich im Widerspruche und Tadel gefallen und denken, die Regierung müsse sich selbst aus allen Schwierigkeiten heraushelfen. Mit in die Bresche zu treten, zu helfen und nützliche Vorschläge zu machen, sehen sie nicht als ihr Amt an. Geteilt in zahlreiche Fraktionen, jede von andern Interessen beherrscht, finden sie sich nur in der Opposition zusammen, so daß die Regierung gar keine feste Stütze hat. Ich bin entschlossen, die Sache zum Herbst zum Austrage zu bringen. Es wird dann vielleicht nötig sein, an die Intelligenz des Volkes zu appellieren, damit es die Schwierigkeiten einer Stellung begreift, die hartnäckig seitens der Vertreter verkannt wird, von denen jeder einzelne sich für einen Staatsmann par excellence hält. Meine Lage ist mir jetzt ganz klar. Ich werde gezwungen sein, die nützlichsten Ausgaben einzuschränken, ohne die dadurch entstehenden Kalamitäten zu berücksichtigen. Ich bin entschlossen, nicht einen Pfennig zu ver-

---

von dem verstorbenen Abgeordneten von Wedemeyer nur einen Brief erhalten hat. Derselbe ist von Herrn von Wedemeyer allein unterzeichnet, aus dem März datiert (also um mehrere Monate älter als die Artikel der „Kreuzzeitung" über die Ära Bleichröder-Delbrück ꝛc.) und ist, während er Angriffe gegen andre Personen enthält, ein Ausdruck vollen Vertrauens und freundschaftlicher Ergebenheit für den Fürsten. Nach dem März habe der Fürst Bismarck einen andern Brief, den Wedemeyer allein geschrieben oder mit andern unterzeichnet hätte, nicht empfangen, und ebensowenig sei ein solcher einem der Herren zu Gesicht gekommen, die nach den bestehenden Einrichtungen einen Teil der an den Fürsten gerichteten Privatbriefe zu öffnen haben.

[1]) Zu vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 59 ff.

Digitized by Google

ausgaben ohne die Garantie der gesetzgebenden Gewalt. Es soll ganz nach konstitutionellen Grundsätzen regiert werden, besonders hinsichtlich der Anleihen und schwebenden Schuld. Es ist ein Jammer, daß die Volksvertreter nicht einsehen, daß sie zur Mithilfe an der Regierung berufen sind, daß sie die Geldmittel nicht dem Ministerium, sondern dem Lande bewilligen sollen, und daß sie durch ihre Verweigerungen nicht nur der Verwaltung die Hände binden, sondern auch die Wohlfahrt des Landes untergraben."

VI. Abschnitt.

Das deutsche Zollparlament.

(1868 bis 1870.)[1]

Am 27. April 1868 wurde das deutsche Zollparlament eröffnet. Zum erstenmal waren also jetzt Vertreter von allen deutschen Landen in Berlin versammelt, und wenn sich das Arbeitsfeld zunächst auch nur auf wirtschaftliche Fragen erstreckte, so war doch wenigstens ein Band geschaffen, das den bereits staatsrechtlich geeinigten Norden mit dem Süden verknüpfte. Man kann sich denken, daß sich gerade die süddeutschen Abgeordneten seitens des Bundeskanzlers einer besonderen Aufmerksamkeit erfreuten.

Unter den Abgeordneten, welche Bayern entsandte, nenne ich an erster Stelle den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst[2]. Derselbe arbeitete an der Regierung in Potsdam kurze Zeit, nachdem Bismarck dort auf Knall und Fall ausgetreten war. Nach allem, was sich die jüngeren Regierungsbeamten über den ausgeschiedenen Kollegen zu erzählen wußten, bedauerte Fürst Hohenlohe lebhaft, seine Bekanntschaft nicht schon damals gemacht zu haben; sie erfolgte erst während der Petersburger Gesandtschaftszeit Bismarck's, also zwischen 1859 und 1861. Als bayerischer Minister des Königlichen Hauses und des Äußern (Nachfolger des Freiherrn von der Pfordten) kam Fürst Hohenlohe im Sommer 1867

---

[1]) Es tagte das erste deutsche Zollparlament vom 27. April bis 23. Mai 1868, das zweite deutsche Zollparlament vom 3. Juni 1869 bis 22. Juni 1869, das dritte deutsche Zollparlament vom 21. April bis 7. Mai 1870.

[2]) Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst (Waldenburgische Linie), Chlodwig Carl Victor, Prinz von Ratibor und Corvey. Geboren den 31. März 1819. Trat im Jahre 1842 in den preußischen Staatsdienst, war Auskultator am Justizsenat zu Ehrenbreitstein, Referendar bei der Regierung in Potsdam und verließ diese Laufbahn 1845, um die ihm durch den Tod seines Bruders Philipp Ernst und durch Vertrag mit seinem Bruder Victor, Herzog von Ratibor zugefallene Standesherrschaft Schillingsfürst im bayer. Reg.-Bez. Mittel-Franken zu übernehmen (12. Februar 1846). Im Jahre 1846 wurde er als erbliches Mitglied in die Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern eingeführt. Seit 1. Januar 1867 Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern, später deutscher Botschafter in Paris, z. Z. Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Digitized by Google

auf Einladung Bismarck's nach Berlin, um die Übereinkunft wegen Fortdauer des Zoll- und Handelsvertrages zwischen den norddeutschen und süddeutschen Staaten abzuschließen. Über die Präliminarien des Zollvertrages zwischen dem Norddeutschen Bund und Bayern unterhandelten die beiden Staatsmänner persönlich. Bismarck lag natürlich viel daran, den Vertrag mit Bayern zu stande zu bringen — er bemerkte aber, daß auch ohne den Vertrag das Verhältnis mit Bayern ein gutes bleiben werde. Auch dann noch werde es heißen: „Seid umschlungen Millionen"[1]). Nach München zurückgekehrt, gewann Fürst Hohenlohe den König Ludwig II. für den Zollvertrag, nachdem er denselben, für den Fall seiner Verwerfung, gebeten hatte, ihn als Minister zu entlassen. Ein Fernbleiben Bayerns vom Zollparlament hielt Fürst Hohenlohe nicht für möglich.

Fürst Hohenlohe wurde am 28. April 1868 zum ersten Vize-Präsidenten des Zollvereins gewählt und hatte an demselben Tage eine Unterredung mit dem Bundeskanzler; später, 1871, wurde er erster Vize-Präsident des Reichstags. Zu eigentlichen Verhandlungen Bismarck's mit dem Fürsten Hohenlohe über parlamentarische Fragen ist es nicht gekommen. Die Fraktion, welcher sich der letztere angeschlossen hatte (liberale Reichspartei), war nicht mächtig genug, als daß der Kanzler das Bedürfnis gefühlt hätte, mit Vertretern derselben in geschäftliche Verhandlungen einzutreten. Die damaligen Vertrauensleute Bismarck's saßen (1871) auf den Bänken der Nationalliberalen, der Konservativen und der deutschen Reichspartei. Hohenlohe war dafür aber im Hause des Kanzlers ein oft und gern gesehener Gast[2]). — —

Lebhaft zu bedauern ist es, daß bezüglich des bayerischen Abgeordneten Dr. Völk, welcher dem Fürsten Bismarck besonders sympathisch war, die Quellen ungemein spärlich fließen. Völk selbst hat weder Aufzeichnungen, noch sonst irgend welche schriftliche Erinnerungen an seinen Aufenthalt im Zollparlament bezw. im Reichstag hinterlassen und nur in verschiedenen Briefen Andeutungen über seine Unterredungen mit Bismarck gemacht. Leider ist dieser Briefschatz verloren gegangen[3]).

---

[1]) 27. Oktober 1867. Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen, der Führer der Opposition im bayerischen Reichsrat, bei Bismarck, um Bayern das Vetorecht in Zollvereinssachen zu sichern. Ablehnung des Zugeständnisses. Nach der Konferenz Diner bei Bismarck.

[2]) Vergl. den Aufsatz: Chlodwig, Fürst zu Hohenlohe, in den „Grenzboten" 1872, III. Quartal, S. 41 f.

[3]) Vergl den Aufsatz: Joseph Völk, von Hans Blum in den „Grenzboten" 1872, I. Quartal, S. 10—28 und die Biographie Völk's von demselben Verfasser in der „Magdeburgischen Zeitung" vom 4. und 5. Februar 1882. — Völk, Joseph, Dr. jur. und Rechtsanwalt in Augsburg. Geboren 9. Mai 1819 in Mittelstetten in Bayer.-Schwaben (altkath.). 1848 und 1849 lebhaft beteiligt an der politischen Bewegung im Sinne der Bestrebungen, welche in der Reichsverfassung von 1849 ihren Ausdruck gefunden haben. 1855 Rechtsanwalt. Seit 1855 Mitglied der bayer. Abg.-Kammer. Auf dem Kongresse deutscher Abgeordneten in Frankfurt am 1. Oktober 1865 und am 30. Mai 1866 vertrat er als Berichterstatter der Ausschüsse die Anträge derselben. Später Mitglied des I. Deutschen Reichstags. Völk ist am 22. Januar 1882 gestorben.

Digitized by

Die persönliche Bekanntschaft des leitenden Staatsmannes mit Völk, dem populärsten Parlamentarier Süddeutschlands, reicht bis in das Jahr 1868 zurück [1]). Er war auf allen parlamentarischen Soireen Bismarck's ein gern gesehener Gast, und wurde auch vielfach zu intimen Diners im Kreise der fürstlichen Familie zugezogen. —

Wenn bisher von Parlamentariern die Rede war, deren Beziehungen zu Bismarck bereits mehr oder minder bekannt waren, so wollen wir nunmehr zu einem hochbejahrten Abgeordneten aus der Zeit des Zollparlaments übergehen, der heutzutage zu den Verschollenen zählt, es aber wohl verdient, näher ins Auge gefaßt zu werden; ich meine den Münchener Universitätsprofessor Dr. Sepp [2]).

Einer der ersten, der ihm in Berlin auf dem Wege zum Sitzungssaal des Zollparlaments, eines Hauptes Länge über gewöhnliche Sterbliche wie über die Staatsmänner seiner Zeit hervorragend, begegnete, war der „Mann von Blut und Eisen". In einer Schilderung seiner ersten Berliner Eindrücke [3]) schreibt Dr. Sepp:

„Auffallend näherten die Herren sich uns Süddeutschen, alle Gespräche hatten militärischen Charakter.

Mit welcher Zuversicht sahen diese wie aus Stahl geschmiedeten Charaktere schon damals dem großen Kampfe mit Frankreich entgegen und wie wurde das Wort eingelöst!

Bei dem berühmten Flottenfest in Kiel bürdete man mir, dem Süddeutschen, den Toast auf die deutsche Flotte auf. Ich that es: „Möge die junge Flotte, die hier unter unsern Augen schwimmt, erstarken und ähnliche Stöße vollführen, wie jüngst die Schwesterflotte im adriatischen Meere bei Lissa. Wir Süddeutsche sind nur Landratten, aber verlassen Sie sich darauf: wir Bayern tragen keine

---

[1]) Am 5. Juli 1868 hatte der Bürgermeister Arnold in Kempten an Bismarck nachstehendes Telegramm geschickt: „Die zu Ehren des Abgeordneten für Immenstadt, Dr. Völk, in Immenstadt versammelten Wähler benachrichtigen, daß Eurer Excellenz ein tausendstimmiges Hoch ausgebracht worden wegen der Worte des 18. Mai: Ein Appell an die Furcht wird niemals Wiederhall in deutschen Herzen finden." Darauf erfolgte folgende Antwort: Varzin, 5. Juli 1868. Herzlichen Dank für die freundliche Kundgebung der vaterländischen Gesinnung, deren Gemeinsamkeit uns landsmannschaftlich verbindet. von Bismarck.

[2]) Sepp, Joh. Nep., Dr. phil., Professor der Geschichte an der Universität zu München. Geboren den 7. August 1816 zu Tölz, studierte unter Möhler, Görres und Schelling und ist Verfasser vieler theologischen, historischen und kunstgeschichtlichen Schriften (Gegner von Strauß und Renan). Als Dozent der Münchener Universität wurde er 1846, nach der Rückkehr von einer Reise nach dem Orient, wegen Konflikts mit Lola Montez des Lehrstuhls enthoben und in seine Heimat an der Oberisar verwiesen. 1848 und 1849 Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt, 1849—1854 der bayerischen Kammer der Abgeordneten, Redner in zahlreichen Volks- und katholischen Generalversammlungen. 1850 in sein akademisches Amt restituiert, wurde er kurz vor seiner Wahl ins Zollparlament auf Veranlassung des bayerischen Kultusministers abermals quiesziert. — Das Wochenblatt des Johanniter-Ordens vom 12. Juni 1889 giebt Aufschluß darüber, wie Professor Dr. Sepp in nähere Beziehung zum preußischen Hofe kam.

[3]) Vergl. zum Folgenden „Die Kriegsthaten der Isarwinkler" von Dr. Sepp. München 1874, S. 108.

Digitized by Google

Rheinbundgelüste mehr, sondern wenn es demnächst den Franzmann gelüstet, werden wir Hand in Hand mit Ihnen den Kampf über dem Rhein aufnehmen." —

Nach der Rückkehr von Berlin fand Dr. Sepp im Jahre 1868 die Einladung vor, sich an der Gründung und Redaktion einer deutschen Zeitschrift in Paris zu beteiligen, worin der Kaiser Napoleon die Rechte und Freiheiten der Süddeutschen gegenüber preußischer Vergewaltigung zu verteidigen wünschte. Ebenso gelangten 1870 kurz vor dem Ausbruche des Krieges Zuschriften an Dr. Sepp mit der Zumutung, es sei doch selbstverständlich, daß die Wortführer in der bayerischen Kammer für die Erneuerung der alten Waffenbrüderschaft mit Frankreich alles aufbieten würden. Sepp antwortete den Herren: „Das Ferkel grunzt der Sau nach," um zu sagen: „Der Neffe führt die Sprache des ersten Napoleon". Zum Schlusse beehrte ihn der „Temps" mit einem Artikel, man habe sich an Dr. Sepp getäuscht.

Zur Ergänzung des Vorstehenden teile ich noch einiges mit, was mir der Universitätsprofessor Dr. Sepp aus seinen damaligen Tagebuchaufzeichnungen mitzuteilen die Güte hatte.

„Als wir Süddeutsche nach Berlin kamen, trug man uns und speziell mich auf den Händen, wohl den Einfluß überschätzend, den ich auf meine Landsleute ausüben könnte. Es galt, uns für den Anschluß an den Norddeutschen Bund zu gewinnen. Ich selbst kam mir den dortigen großen Männern gegenüber als ein politisches Wickelkind vor, wagte aber doch, mich ihnen zu nähern, um, soweit möglich, dem Vaterlande zu dienen, und so entspann sich folgendes, in mein Tagebuch eingetragenes Gespräch mit Bismarck[1]):

Sepp: Ich sehe viele Schritte, die hinein, doch keinen aus der Löwenhöhle führen.

Bismarck: Wir geben uns al pari; wollen Sie uns über pari haben, so ist das Ihre Sache.

Sepp: Wir Bayern sind die Stammesbrüder der Österreicher, sie sind die Ostbayern, wir die Westreicher. Man kann uns totschlagen, aber nicht zu Preußen machen.

Bismarck: Das wollen wir auch nicht, aber schließen Sie als gute Deutsche sich uns an.

Sepp: Wir haben das Haus Österreich für stärker gehalten, möchten aber auch nach Königgrätz nicht gezwungen werden, wie unter dem ersten Napoleon gegen dasselbe ins Feld geführt zu werden.

Bismarck: Herr Professor, ich habe Österreich keinen Zoll breit Landes genommen.

Sepp: Geht es jedoch gegen Tschechen und Magyaren, so sind wir bereit, ihnen das Übergewicht deutscher Waffen zu fühlen zu geben.

---

[1]) Derselbe beehrte den Professor Dr. Sepp während der ersten Session des Zollparlaments persönlich in dessen Wohnung, Französische Straße 11, 3 Treppen, mit seinem Besuche.

Digitized by Google

Bismarck: Sie sprachen als Geschichtsprofessor sich aus, ich darf als Staatsmann Ihnen darauf keine Antwort geben. Andre hören mit, und ich muß fürchten, daß andern Tags die geringste Äußerung mißverstanden in den Blättern steht.

Sepp: Ich bitte um Entschuldigung. Allerdings kann ich nur Lehren aus der Geschichte ziehen. Excellenz sind der Mann der politischen Großthat.

Bismarck: Ja wohl! Mann der That. Es ließe sich manches thun, wenn nicht öfter persönliche Hindernisse sich in den Weg legten. (Hierbei machte Bismarck eine Bewegung mit dem Fuße, als wenn er eine Schlange wegschleudern wollte).

Sepp: Ihre Arbeitskraft erfüllt uns mit Staunen und Bewunderung.

Bismarck: Ja, früher habe ich täglich sechzehn Stunden gearbeitet, jetzt bringe ich es bloß noch auf zehn oder zwölf. Ich habe mich im Militär redlich bis zum Major hinaufgedient, und der Zeitverlust beim Wechsel des Anzugs in Zivil, so oft ich zum König gerufen wurde, betrug täglich eine Stunde, bis Seine Majestät die Gnade gehabt hat, mir den Eintritt in jeder Art Bekleidung zu erlauben. Dreißig Stunden monatlicher Zeitverlust, berechnen Sie, was das an unnützem Lebensaufwand in einem Jahre macht.

Später wurde mir klar, daß Bismarck schon damals nicht bloß den Anschluß von Süddeutschland an Norddeutschland, sondern weiterhin auch ein Bündnis mit Österreich ins Auge gefaßt hatte, annähernd im Sinne der Großdeutschen.

14. Mai 1868. Präsident Simson erfaßt mich nun schon zum drittenmal beim Rock und verbittet sich jeden andern Titel als den: Alter Freund und Kollega. Er führt mich zurück über die Linden mit der Versicherung des aufrichtigsten Entgegenkommens der norddeutschen Brüder, bis die Zeit die Wunden des letzten Krieges geheilt und das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt habe.

Man glaubt an einen Krieg mit Frankreich und sagt uns mit Übertreibung, ganz Europa sei auf die Haltung der Süddeutschen schon gespannt.

21. Mai 1868. Festmahl im Prachtbau der Börse, den Parlamentsmitgliedern zu Ehren. Bismarck beehrt mich mit einer Ansprache.

Es kam die Rede auf das jugendfrische Aussehen Bismarck's, worauf derselbe erwiderte:

Ich zähle hier auch noch zu den Jüngeren. Sehen Sie den General Steinmetz an, der zählt siebzig und hat noch dazu Aussicht, von seiner jungen Frau beschenkt zu werden. In Parlamenten wird man freilich früh alt, dazu noch der Dienst. Es ist unglaublich, was ich täglich lesen muß, und äußere ich mich, so legt man Worten eine Bedeutung bei, die unbeachtet blieben, wenn sie aus anderm Munde kämen. Man glaubt zu schieben, und man wird geschoben.

Sepp: Wir halten uns an Thaten. Mit Worten macht man keine Weltgeschichte.

Bismarck: Für alles, was hier geschieht, haben wir der Geschichte Rechenschaft zu geben.

Unter Trompetenschall begann sofort der Eintritt in den Eßsaal.

Digitized by Google

Nach Tisch im Garten nähere ich mich den Generälen.

von Steinmetz: Wie gefällt es Ihnen bei uns?

Sepp: Ich sehe nichts als Uniformen und Kasernen. Allenthalben ist vom Krieg die Rede. Ist — wenn es dazu kommt — Preußen nicht mehr gedient, wenn wir Bayern durch bewaffnete Neutralität dessen linke Flanke decken und die Franzosen zwingen, am Rhein den Stier bei den Hörnern zu fassen?

von Steinmetz: Wie! Sie denken in Süddeutschland neutral zu bleiben?

Sepp: Das sage ich nicht, aber in einem Tage sind die Franzosen von Straßburg aus in Freiburg, ein paar Tage danach in München. Der Norddeutsche Bund kann uns nicht so schnell zu Hilfe kommen.

von Steinmetz: Wie viel Mann denken Sie selber aufzustellen?

Sepp: Eine Armee von 80000 Mann. Das reicht doch nur hin, um Ingolstadt zu besetzen und etwa Ulm zu verteidigen.

von Steinmetz: „Mit 80000 Mann getraue ich mir schon, mich angriffsweise im Felde zu behaupten, und ich brauche die Armee nicht in Festungen brach zu legen.

Sepp: Wir begreifen wohl: Preußen würde eine unglückliche Schlacht überstehen, für Frankreich wäre es der Sturz der Dynastie.

von Steinmetz: Was? unglückliche Schlacht! Sie werden sehen, wie das vorwärts geht.

von Moltke: Herr Professor! Bevor die Franzosen nach München kommen, sind wir in Paris!

Ich schweige. Schon die Voraussetzung, als könne das Preußenheer abermals, wie bei Jena, geschlagen werden, brachte ihn in Harnisch. Und wie hat dieses Siegesvertrauen mich im Glauben an den bevorstehenden Triumph Deutschlands bestärkt!

4. Mai 1868. Windthorst geht schon Arm in Arm mit mir und bespricht, ob sich nicht durch einen Königlichen Familienrat das Besorgnis erregende Verhältnis mit dem König Ludwig II. von Bayern lösen lasse. Ferner: Weshalb wir nicht das liberale Ministerium Fürst Hohenlohe beseitigen wollten? Auf die Anfrage, ob er eventuell Hohenlohe's Nachfolger als Ministerpräsident in Bayern zu werden wünsche, antwortet er ablehnend.

23. Mai 1868. Einladung der Parlamentsmitglieder zum Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach dem Neuen Palais in Potsdam. Vorstellung durch den bayerischen Gesandten Pergler von Perglas.

Kronprinz: Ich heiße Sie willkommen. Sie sind doch nicht zum erstenmal hier?

Sepp: Vor neun Jahren genoß ich die Ehre, von dem Oheim Eurer Königlichen Hoheit als Landsmann Allerhöchstseiner Gemahlin im Schlosse Sanssouci vorgestellt zu werden.

Kronprinz: Sie haben sich auch wohl weiter umgesehen?

Sepp: Jüngst war ich in Babelsberg. Wenn die Architektur der Ausdruck für den Aufschwung eines Staates ist, so kann man Preußen nur gratulieren.

Digitized by Google

Diese stattliche Burg mit ihren selbständigen Geschoßen und vorspringenden Ecktürmen, freien Erkern und Zinnen, Hochsälen und wunderbaren Lichteffekten im Innern, so eigentümliche Bauten und doch ein einheitliches großes Ganze — so stellen wir uns den Bau des Deutschen Reiches vor.

Kronprinz: So meinen wir's ja auch! Ich will Sie aber jetzt meiner Gemahlin und Ihnen meine Kinder vorstellen. — —

Unter den württembergischen Abgeordneten ist zu nennen Dr. Moritz Mohl[1]). Derselbe war wegen seiner ausgesprochenen partikularistischen Gesinnung dem Fürsten Bismarck bis Mitte der siebziger Jahre feindlich gesinnt. Erst die Schwenkung desselben in der wirtschaftlichen Frage brachte eine Annäherung zwischen den beiden Männern zu stande. Schließlich (1878) wurde Moritz Mohl sogar ein entschiedener Vorfechter von Bismarck's Lieblingsprojekt, dem Tabakmonopol. Zu vergleichen dessen „Denkschrift für eine Reichs-Tabak-Regie". Als Zollvereins-Abgeordneter ist Mohl mit Bismarck persönlich nicht bekannt geworden; später hat aus Anlaß des Tabakmonopols nur ein schriftlicher Meinungsaustausch zwischen denselben stattgefunden.

Baden entsandte der Professor Dr. Bluntschli[2]), auf den Bismarck bei der ersten Begegnung den Eindruck eines „Recken aus der Zeit der Nibelungen, riesenhaft, gewaltig, mit den durchbohrenden Augen und den waldigen Augenbrauen" machte.

Beim Zusammentritt des Zollparlaments drehte sich hauptsächlich der Streit um die Frage, ob die Thronrede mit einer Adresse beantwortet werden solle, wodurch sich eine bequeme Gelegenheit gegeben hätte, das politische Verhältnis des Südens zum Norden zu klären. Bismarck hatte dem Grafen Schwerin gesagt, er könne sich weder dafür noch dagegen erklären, jenes nicht, weil es dann hieße, er habe die Adresse bestellt, dieses nicht, weil er sich für den Fall, daß doch eine Adresse beschlossen würde, keiner Niederlage aussetzen wolle. Das hieß doch wohl, er war für die Adresse, wenn sie Aussicht hatte.

Die Frage schien dem Abgeordneten Bluntschli so wichtig, daß er es für das beste hielt, darüber direkt mit Bismarck zu verhandeln. Am 30. April schrieb

---

[1]) Mohl, Moritz, Dr. phil. et cam., geboren den 9. Februar 1802. Seine nationalen Erstrebungen, parlamentarisch und schriftstellerisch, gingen seit 1866 auf ein ganzes Deutschland, Österreich mitinbegriffen, politisch und handelspolitisch. Er stimmte gegen den Eintritt Süddeutschlands in den Nordbund, gegen Abschluß der Schutz- und Trutzverträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten und für Zollschutz.

[2]) Bluntschli, Johann Kaspar, badischer Geheimrat, Professor der Staatswissenschaften zu Heidelberg, Mitglied der ersten Kammer. Geboren den 7. März 1808 in Zürich. Seit 1861 Professor für Staatswissenschaften in Heidelberg. Wirkte als Mitglied der ersten Kammer für deren liberale und nationale Richtung. Einer der Gründer des deutschen Abgeordnetentages zur Förderung der Bundesreform 1862. Im 36er Ausschuß 1863. Anträge für Neutralität des Südens im preußisch-österreichischen Kriege von 1866; nach dem Frieden gegen einen Sonderbund der Südstaaten, für nationalen Anschluß an den Nordbund.

Digitized by Google

er demselben[1]) und bat um eine Unterredung. „Er lud mich — so berichtet Bluntschli — umgehend auf denselben Abend ein. Meine Unterredung mit Graf Bismarck dauerte abends von 9 bis 10½ Uhr. Ich war höchst bequem mit ihm allein in seinem Arbeitszimmer, bei einem Glase Bier und mit Cigarren. Den Inhalt des Gesprächs habe ich unmittelbar nachher aufgeschrieben.

Erst brachte ich die Adreßfrage zur Sprache. Bismarck verhehlte nicht seinen Ärger über die Haltung der Liberalnationalen in der Frage der Verantwortlichkeit der Behörde für Schulden. Er bemerkte: „Ich habe das Wort gebraucht: setzt uns nur in den Sattel, wir werden schon reiten. Ich habe diese Zuversicht nicht mehr. Sie nötigen uns, als Stallmeister zu reiten, und dabei kommt man nicht vorwärts. Sie haben mir vorgeworfen, ich habe sie brüskieren wollen. Hätte ich auch zu viel gesagt, so war das kein Grund, die Sache zu stören. Ich war in Wahrheit voll Rücksichten. Ich werde künftig diplomatischer verfahren und anfangs weniger gewähren müssen, um nachher durch Zugeständnisse das Nötige zu erhalten. Wir leben nicht in einer Zeit, wo der Kreisrichter, der nichts von Politik versteht — das ist ja nicht seine Sache — über politische Dinge entscheiden kann.

Es sind kluge Leute darunter und gerade die Klügsten haben das gethan, Miquel, der kleine Lasker u. s. f. Die Doktrin steckt ihnen noch im Leibe. Sie kommen nicht darüber hinaus, und die kleine Eitelkeit der Partei spielt noch eine allzu große Rolle. Hätten sie das nicht gethan, so wäre die Thronrede noch viel entschiedener in nationalem Sinne ausgefallen. Über die Adresse kann ich mich nicht erklären. Sage ich, daß ich einverstanden sei, so heißt es, Bismarck hat die Adresse bestellt, und ich muß die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiß aber nicht, wie die Beratung ausfällt. Bis auf einen gewissen Grad ist sie unberechenbar.

Die Frage ist: Wird die Beratung eher das verhaltene Gift entleeren und dadurch wohlthätig wirken, oder die Erbitterung vergrößern? Darüber läßt sich streiten.

Es wird Ihnen vielleicht phantastisch vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern wie in der Natur, die einen sind männlich, die andern weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, daß sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slaven und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu führen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herren. Auch die Kelten sind nichts als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst durch die Mischung entstanden staatliche Völker. So die Engländer und auch die

[1]) Zu vergl. zum Folgenden das unter dem Titel „Denkwürdiges aus meinem Leben" von den Hinterbliebenen des berühmten Staatsrechtslehrers Bluntschli herausgegebenen Memoirenwerk.

Digitized by Google

Spanier, so lange noch Goten an ihrer Spitze waren, die Franzosen, so lange das fränkische Element leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestoßen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westfalen und die Schwaben sind echte Germanen und wenig gemischt, deshalb aber auch so schwer an den Staat zu gewöhnen. Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfaßt sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preußen ist eine starke Mischung von slavischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer staatlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slavischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen.

Dazu kommt ein zweites. Die Hohenzollern haben von Anfang an ein wirkliches Fürstentum aufgerichtet und den widerspenstigen Adel dem Staate unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte und auf der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Überall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Staat bestehen kann. Nur in Preußen hat er gelernt, sich dem Staate zu fügen und dem Staate zu dienen.

Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem Staate gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adelige Herren hängen lassen, um zu zeigen, daß niemand in Preußen dem Gesetze entgegen handeln dürfe.

So ist Preußen gewachsen. Wie klein war es noch unter Friedrich dem Großen, der es aussprach, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen, und er ist in ihr Blut übergegangen.

Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd. Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsre Generale haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Überfall bis nach Mainz und Koblenz kommen. Dann aber ist es aus und sie stoßen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300000 Mann zum Angriff, und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine größere Macht entgegensetzen. Im letzten Kriege hatten wir 640000 Mann in den Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren alle bis auf die 36jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es ist etwas andres, für den eigenen Herd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

Möglich, daß die Franzosen durch Überraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Falle brauchen sie dafür doch jedenfalls 50000 Mann, welche sie dann an dem Orte entbehren müssen, wo es zur Ent-

Digitized by Google

scheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können, aber geben Sie ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äußersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schließlich gewinnen und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden.

Ich schätze den einzelnen Franzosen doch nicht höher als den Deutschen. Wir haben aber die Überzahl. Wenn nicht Gott uns ungünstig und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die größte Macht der Welt und hat nichts zu fürchten.

Österreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutsch-Österreicher wissen, daß der Krieg, der für Österreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre Errungenschaften bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, daß ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slaven sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Rußland Österreich gänzlich im Schach. Sie werden es nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Österreich für ein Interesse, seine Existenz aufs Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müßte thun, was dieser vorschriebe.

Den Russen brauchen wir gar nichts zu geben für eine eventuelle Allianz in einem Kriege mit Frankreich. Ihre schwache Seite ist Polen. Ein französisches Bataillon würde Polen zum Aufstand bringen. Die Russen können die Franzosen als Alliierte nicht brauchen, ohne daß diese sie in ihren wichtigsten Interessen bedrohen würden. Es giebt nur etwa 5 Millionen Polen. Das übrige (Littauen) ist früher von den Polen unterworfenes russisches Land. Die Polen sind genötigt, in ähnlicher Weise auf uns zu sehen und sich an uns anzulehnen, wie die Ungarn. Das wird sich ganz von selber so machen und ist heute schon wahrnehmbar. Wenn die Russen fortfahren, die Polen zu vernichten, so wird das nur um so bälder kommen.

Mit England stehen wir ausgezeichnet. Die Engländer hatten sich früher auf Österreich gestützt, weil sie darin eine Sicherheit gegen Frankreich fanden, und weil sie glaubten, daß Österreich in Deutschland die leitende Macht sei. Seit dem Kriege von 1866 haben sie als praktische Leute auf eine andre Karte gesetzt. Sie haben nichts gegen eine nationale Gestaltung von Deutschland einzuwenden. Sie ist ihnen ganz recht.

Der Empfang des Kronprinzen in Italien hat niemanden überrascht, als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wußten, daß er enthusiastisch empfangen werde, und weil wir ein Ministerium La Marmora

Digitized by Google

verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist nicht möglich.

Sie sehen wir sind unsrer Sache sicher, und wir wollen im Frieden an der Entwickelung von Deutschland arbeiten." —

Ich brachte nun meinen Antrag zur Sprache für ein gesetzgeberisches Zusammenwirken des Südens mit dem Norden, je nach der Wahl des ersteren.

Bismarck: Wir haben nach dem Sprichwort eine Seele gerettet. Wir haben ganz denselben Gedanken. Dabei muß ich freilich sagen: Ich werde vielleicht genötigt sein, mich nicht ganz so scharf dafür auszusprechen und unter Umständen zu diplomatisieren. Meine Stellung macht mir das zur Pflicht.

Auch die von mir geäußerte Meinung, daß wir durchaus nicht stille stehen dürfen, sondern in dem Parlament einen Schritt vorwärts machen müssen, bestätigte er vollständig: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen. Stillstand wäre Rückschritt."

Als ich die Unmöglichkeit, mit bloßen Verträgen zu helfen, auseinandersetzte und als Beispiel das Civilprozeßgesetz erwähnte, sagte er: „Nehmen Sie als Beispiel die Freizügigkeit, die gegenwärtig in Frage ist. Wir werden den Antrag der Bayern ablehnen, ganz wohlwollend. Wir wollen Bayern schonen und ihm Zeit lassen, sich zu besinnen. Aber diese Dinge lassen sich nur durch eine gemeinsame Gesetzgebung ordnen, nicht durch Verträge. Da würden wir, wie früher im Zollverein, riskieren, zwölf Jahre lang stille stehen zu müssen und nur bei der Erneuerung einen Schritt thun können. Das geht nicht."

Dann kam Bismarck auf 1866 zu sprechen: „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generale tobten über den Civilisten. Ich erklärte dem Könige: Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbitte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle. Wir hatten damals die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diversion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selber abwärts fließen, ohne Gewalt. Auch die Indemnität durchzusetzen war sehr schwierig. Die andern Minister wollten nicht. Der König sah darin eine Gefahr für seine Ehre. Er wolle nicht „Abbitte thun" vor den Kammern. Ich habe oft ansetzen und alles anstrengen müssen, um ihm begreiflich zu machen, daß hier Indemnität nichts Andres heiße als: Hätten die Kammern alles gekannt, so hätten sie rebus sic stantibus ähnlich gehandelt wie wir.

Der König hat, nach Art der Hohenzollern, ein lebhaftes Pflichtgefühl gegen den Staat. Er arbeitet den ganzen Tag und läßt sich alles vortragen. Ich habe ihn mehr als einmal bei wichtigen Gelegenheiten mitten in der Nacht wecken lassen und ihm im Bette Befehle zur Genehmigung und Unterschrift vorgelegt.

Digitized by Google

Nichts ist ihm erwünschter, als etwa die Inspizierung eines Regiments. Dennoch wenn er eben im Begriffe wäre, zur Inspizierung eines neuen Garderegiments hinauszureiten, und ich ihm sagen ließe, ich habe Vortrag zu machen, so wird er zwar sehr ärgerlich sein über die Durchkreuzung seines Wunsches, aber er wird dableiben und mich anhören. Er war als Militär erzogen worden, ohne einen Gedanken, an die Regierung zu kommen. Aber als er dennoch zur Regierung kam, fing er sofort an zu arbeiten und möglichst viel nachzuholen. Er las nun fleißig, und nach richtiger Methode — von hinten, Akten. Anfangs ging es schwer, aber der sechszigjährige Mann hat sich doch viel rascher, als zu erwarten war, in die Geschäfte hineingearbeitet. Seine einzige Erholung ist abends das Theater.

Dabei hat der König das Bewußtsein, daß seine Befehle von der Armee unbedingt befolgt werden. Wenn er mir sagte: Schicken Sie alle die Herren des Abgeordnetenhauses nach Spandau, so sage ich nicht, daß ich das als konstitutioneller Minister thun würde (mit Lächeln), aber ich sage, daß der König, und nicht ohne Grund, überzeugt sei, daß sein Befehl von der Armee befolgt würde.

Als es sich nach dem Kriege um die Indemnität handelte, war auch die Frage nach Erneuerung des Absolutismus wieder hervorgetreten. Ich bin persönlich kein Anhänger irgend eines Verfassungssystems. Man kann einen Staat mit Erfolg auch absolut regieren.

Bluntschli: Unter Umständen gewiß. Aber für ein civilisiertes Volk in unsrer Zeit nicht mehr. Der Absolutismus ist nur möglich, wenn große, allen weit überlegene Individuen ihn ausüben. Dafür aber haben die Völker gar keine Gewähr.

Bismarck: Allerdings nicht und auch dafür nicht, daß diese Individuen gut sind. Der absolute Regent muß überdem sehr viele Rücksichten nehmen, die der konstitutionelle nicht zu nehmen braucht. Dieser kann die Verantwortlichkeit auf die Majoritäten abladen, jener nicht. Ich erklärte damals den Herren: Man kann Preußen auch absolut regieren, und es ist unter dem absoluten Regiment groß geworden. Aber es geht nicht, daß man bald so, bald so regiere. Der Staat kann nicht gedeihen, wenn er von einem System zum andern schwankt. Habt Ihr die Einwilligung des Kronprinzen zur Wiedereinführung des absoluten Regiments? Wenn nicht, so dürfen wir die Wege der Verfassung nicht verlassen und nicht zum Absolutismus zurückkehren; denn dieser würde doch nicht länger halten, als bis zur Thronbesteigung des Kronprinzen. Diese Erwägung hat durchgeschlagen, da man wußte, daß der Kronprinz nicht zustimmen würde.

Über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund bemerkte Bismarck: Wir müssen Bayern schonen. Wäre Baden im Nordbunde, so müßte Württemberg nachfolgen. Nun, das hätte so viel nicht auf sich. Aber Bayern würde diese Umarmung als eine Bedrohung empfinden und sich vielleicht dadurch zu falschen Schritten treiben lassen. Am Ende müßten wir dann Bayern mit den Waffen zwingen. Das wünsche ich zu vermeiden. Es soll mit meinem Willen

Digitized by Google

kein deutsches Blut mehr im Kampf von Deutschen mit Deutschen vergossen werden.

Wir wollen den Bayern Zeit lassen, daß sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen.

Wir haben Zeit, weil wir den Krieg nicht zu führen brauchen. Es läßt sich alles friedlich mit Bayern abmachen. Allerdings dürfen wir nicht stille stehen. Es muß vorwärts gehen. Aber schonen wollen wir die Bayern. Ich habe das auch Ihrem Großherzog gesagt.

Als ich einmal an die Notwendigkeit erinnerte, der Nation auch eine geistige Befriedigung zu verschaffen, erklärte sich Bismarck einverstanden, aber dieser Punkt wurde nicht näher besprochen, bleibt daher für später vorbehalten.

So reckenhaft und fast antediluvianisch mir der Mann erschienen war, als ich ihn zum erstenmal erblickte, so machte er mir nun bei dieser Unterredung einen ganz andern Eindruck. Er war überaus liebenswürdig und bei seiner staunenswerten Offenheit durchaus behaglich. Oft lachte er ganz von Herzen, seine Stimme offenbarte auch zarte und sogar weiche Empfindungen. Ein paar Mal aber leuchteten die Augen wie Blitze. Ich war in hohem Grade von der ganzen genialen Weise befriedigt[1]).

Zu den interessantesten Charakterköpfen des Zollparlaments zählte unstreitig Dr. Ludwig Bamberger[2]). Bismarck hat seine Bedeutung wohl gewürdigt und eine Zeit lang in freundlichen Beziehungen zu demselben gestanden. Bamberger hat sich darüber Aufzeichnungen gemacht, die einmal eine überaus wertvolle Geschichtsquelle bilden werden, und mit deren Veröffentlichung derselbe hoffentlich nicht mehr lange zurückhalten wird.

Aus der Zeit vor 1868 sind einige Briefe Bamberger's an Arnold Ruge erhalten, die, soweit Bismarck darin erwähnt wird, hier aufgeführt werden mögen. Am 6. Oktober 1866 schreibt er aus Trouville:

---

[1]) Die vorstehende Unterredung Bismarck's mit Bluntschli ist so bedeutsam, daß andre gelegentliche Wahrnehmungen, die der letztere in seiner Eigenschaft als Abgeordneter über Bismarck machte, in den Hintergrund treten. Vergl. Bd. III. der Denkwürdigkeiten S. 214 (Verlangen der Nationalliberalen nach einem oder zwei Ministern), S. 217 (Bismarck's Ausspruch: „Der Deutsche kennt die Furcht nicht"), 259 (Bismarck für die Idee eines norddeutschen Kaisers), 273 (Gründung einer Art von Sedanstag), S. 292 (Differenzen über den Kaisertitel in Versailles), 315 (Überreichung der zweiten Auflage seines Völkerrechts), S. 411 (Gedanken über Bismarck's Rücktritt). Verschiedene Aufsätze Bluntschli's über Bismarck enthält die „Deutsche Revue," besonders in den ersten Bänden.

[2]) Dr. jur. Bamberger, Ludwig, Rentner zu Berlin, geboren am 22. Juli 1823 zu Mainz. Infolge seiner Beteiligung an der Bewegung von 1848/49 ging er im Sommer 1849 zunächst nach der Schweiz und dann nach England. Von 1850—1866 in Bankhäusern in London, Antwerpen, Amsterdam, Rotterdam und Paris. Privatisiert seit 1866. Seit 1866 Mitglied des Zollparlaments, seit 1871 Mitglied des Reichstags bis 1893. Verfasser zahlreicher politischer Schriften. Ursprünglich nationalliberal, später Sezessionist, schließlich deutsch-freisinnig.

Digitized by Google

„Dein Manifest habe ich gelesen und mit Wonne, auch Deinen Brief an Simon. Der sitzt nun einmal bis aller Tage Ende auf dem letzten Ausschußbericht seines Stuttgarter Parlaments und ist über das erste Lallen dieser 48 er Zeit nie hinausgekommen. Die reine Scholastik. Und wie bequem, „sich ins letzte Dorf zu setzen und Nein zu sagen" und dabei ein Volksmann zu sein. In jedem trimmer[1]), der jetzt mit Bismarck . . . , ist mehr politische Tugend als in diesen keuschen Josephs, die sich zu ewiger Unfruchtbarkeit verdammen!

Aber eins fehlt uns jetzt vor allem: ein Organ in der Presse. Oppenheim, der wie ein angeschossener Eber nach Berlin stürzte, als ihm Bismarck die Stallthüre öffnete, ließ sich gleich in das loyalste Schwarzweiß umkleiden und tauchte in die „National-Zeitung" unter. Das paßt nicht für uns, ist mir zuwider und schneidet den Zusammenhang mit Süddeutschland ab."

In einem Briefe aus Trouville vom 8. Oktober 1867 macht Bamberger eine Anspielung auf sein eben für die „Revue Moderne" unter der Feder befindliches Buch „Monsieur de Bismarck".

Am 27. Mai 1868 schreibt Bamberger aus Aachen:

„Bismarck und die Nationalen sind wie zwei Liebende, die sich schlecht vertragen und doch nicht lassen können. Bismarck ist die stolze Kokette, welche ihren Anbeter mißhandelt, aber doch ankettet. Das deutsche Provisorium hat das Gute, daß es Bismarck zu dem Parlamentarismus zwingt, den er sonst in der Seele verachtet. Es ist noch schauerlich viel zu thun, und die Geduld unsrer Landsleute, aus ihrer staatlichen Bedürfnißlosigkeit entspringend, ist himmelschreiend.

. . . Hast Du meinen Bismarck bekommen?"

In seinen „Vertraulichen Briefen aus dem Zollparlament" (1868—1869—1870) zeigt sich Bamberger keineswegs als einseitiger Bewunderer Bismarck's; im Gegenteil, er geht stellenweise scharf mit demselben ins Gericht. An die beliebte Behauptung, daß es Bismarck's eigentlicher Grundgedanke sei, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu töten, glaubte Bamberger nicht. „So viel Geistesfreiheit wird der Mann aus seinen Erfolgen doch erübrigt haben, daß er bedenkt: es können große, schwere Zeiten kommen, in denen das Parlament seiner Politik große Dienste zu leisten berufen wäre und in denen er es bereuen müßte, es zu schanden geritten zu haben. Nein, es ist bloß starrer Sinn, der sich nicht bequemen kann, unter den Willen einer Mehrheit sich zu beugen, es ist alter Minister- und Regententrotz von Anno 1866, und mit dem können wir unsre Zukunft nimmer bauen!"

[1]) Überläufer.

Digitized by Google

VII. Abschnitt.

Berührung mit den Parlamentariern während des deutsch-französischen Krieges.

Am 19. Juli 1870 mittags $1^1/_2$ Uhr überreichte der französische Geschäftsträger in Berlin Le Sourd dem Grafen Bismarck die französische Kriegserklärung. An demselben Abend hatte Bismarck eine Konferenz mit dem hessischen Bundeskommissar und den hessischen Abgeordneten Grafen Solms-Laubach, Freiherrn zu Rabenau und Buff über das Verhalten des Großherzoglich hessischen Ministers von Dalwigk im deutsch-französischen Konflikt [1]).

Der Krieg selbst war im Grunde bereits seit dem 13. Juli eine beschlossene Sache. Die Akten über die sogenannte „Emser Depesche" vom gleichen Tage sind, seitdem der Reichskanzler Graf von Caprivi in der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1892 über den Hergang derselben genau berichtet hat, abgeschlossen. Um so unbedenklicher erscheint es, das hier zu reproduzieren, was Fürst Bismarck über die Vorgänge vor der Kriegserklärung vor Jahren in seinem Palais Parlamentariern gegenüber erzählt hat. Einer der Zuhörer, welcher sich sofort Aufzeichnungen gemacht hatte, berichtete darüber [2]): „Um große Ereignisse — sagte der Reichskanzler — windet sich immer ein Legendenkranz, und das ist oft sehr gut. Gewisse Legenden soll man nicht zerstören. Der König war in Ems, ich in Varzin, als in Paris der Spektakel wegen der Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron losbrach. Die Franzosen benahmen sich so kopflos wie nur möglich. Allen voran die Regierung mit Ollivier an der Spitze, welcher der Situation in keiner Weise gewachsen war und nicht ahnte, was er mit seinen unvorsichtigen Prahlereien im gesetzgebenden Körper anrichtete. Die Situation lag für uns damals äußerst günstig. Wir waren thatsächlich die Provozierten, und da die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Frankreich uns allen längst klar war, erschien der jetzige Augenblick zum Losschlagen geeignet. Ich verließ also Varzin, um mich in Berlin mit Moltke und Roon über alle wichtigen Fragen auszusprechen. Unterwegs erhielt ich die telegraphische Mitteilung: Fürst Karl Anton von Hohenzollern hat um des lieben Friedens willen die Kandidatur seines Sohnes Leopold zurückgezogen. Es ist alles in schönster Ordnung.

Ich war von dieser unerwarteten Lösung ganz bestürzt, denn ich fragte mich: Wird sich je wieder eine so günstige Gelegenheit darbieten? Als ich in Berlin eintraf, rief ich Roland und sagte ihm: Telegraphieren Sie nach Hause, daß ich in drei Tagen zurückkomme. Zugleich reichte ich in einer Depesche nach Ems bei Sr. Majestät meine Entlassung als Ministerpräsident und Bundeskanzler ein.

---

[1]) „Neue Preußische Zeitung" Nr. 169, vom 23. Juli 1870.

[2]) Die nachstehenden Ausführungen sind einem Artikel der „Neuen Freien Presse" entnommen.

Digitized by Google

Ich erhielt darauf eine Depesche vom König: Ich solle nach Ems kommen. Ich hatte mir die Situation längst klar gemacht und sagte mir: Wenn ich nach Ems gehe, wird alles verzettelt; wir kommen im günstigsten Falle zu einem faulen Kompromiß; die allein mögliche, die allein ehrenhafte und große Lösung ist dann ausgeschlossen; ich muß thun, was ich thun kann, um Se. Majestät nach Berlin zu bringen, wo er den Pulsschlag des Volkes deutlicher fühlen wird, als es in Ems möglich wäre. In ehrerbietigster Weise motivierte ich daher mein Nichtkommen; ich sei in diesem Augenblicke in Berlin absolut unabkömmlich.

Zum Glück thaten inzwischen die übermütig gewordenen und kurzsichtigen Franzosen alles, um den Karren wieder zu verfahren. Sie ließen an den König das Ansinnen stellen, einen Brief zu unterzeichnen, der einer tiefen Demütigung gleichkam. Der König fragte mich telegraphisch um meinen Rat, und ich antwortete ihm mit bestem Gewissen: die Unterzeichnung ist unmöglich.

Ich hatte am Abend des 14. Juli Moltke und Roon zu Tische geladen, und wir besprachen alle Eventualitäten. Wir alle teilten die Hoffnung, daß das thörichte Vorgehen Frankreichs, das an unsern König gestellte unerhörte Ansinnen, die Gefahr eines schwächlichen und unrühmlichen Ausganges doch noch beseitigen würde. Da traf, während wir bei Tische saßen, eine Depesche aus Ems ein. Die Depesche begann mit den Worten:

> Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Nun folgte eine längere Auseinandersetzung. Der Sinn war etwa der, daß der König sich auf das berufen habe, was er bereits dem Grafen Benedetti mitgeteilt habe. Botschafter Benedetti habe diese Rückäußerung dankbar entgegengenommen, und er würde dieselbe seiner Regierung übermitteln. Indessen erbat Benedetti noch eine Zusammenkunft mit Sr. Majestät, sei es auch nur, um sich noch ein mal mündlich bestätigen zu lassen, was von Sr. Majestät an der Brunnenpromenade geäußert worden war. Dann hieß es weiter:

> Se. Majestät lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter noch einmal zu empfangen, und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen.

Als ich diese Depesche verlesen hatte, ließen Roon und Moltke gleichzeitig Messer und Gabel auf den Teller fallen und rückten vom Tische ab. Es entstand eine lange Pause. Wir waren alle tief niedergeschlagen. Wir hatten die Empfindung: die Sache verläuft im Sande.

Da stellte ich an Moltke die Frage: „Ist das Instrument, das wir zum Kriege brauchen, ist unser Heer wirklich so tüchtig, daß wir mit größter Wahr-

Digitized by Google

scheinlichkeit auf einen guten Erfolg den Krieg aufnehmen können?" Moltke war felsenfest in seinem Vertrauen. „Wir haben nie ein besseres Werkzeug gehabt, als in diesem Augenblicke," sagte er. Roon, zu dem ich freilich weniger Vertrauen hatte, bestätigte Moltke's Worte vollkommen.

„Nun, dann essen Sie ruhig weiter," sagte ich den beiden.

Ich setzte mich an einen kleinen runden Marmortisch, der neben dem Speisetisch stand, las die Depesche aufmerksam durch, nahm meinen Bleistift und strich die ganzen Zwischensätze über Benedetti's Bitte um eine nochmalige Audienz u. s. w. fort. Ich ließ eben nur Kopf und Schwanz stehen. Nun sah die Depesche allerdings etwas anders aus. Ich las sie in dieser neuen Fassung Moltke und Roon vor.

Die beiden riefen: „Herrlich! Das muß wirken!" Wir aßen mit bestem Appetit weiter.

Ich gab sogleich die Weisung, die Depesche durch das Telegraphen-Bureau an alle Zeitungen und alle Missionen auf schnellstem Wege zu versenden. Und wir waren noch zusammen, als wir schon von der Wirkung, welche die Depesche in Paris gemacht hatte, die erwünschte Nachricht erhielten. Sie hatte wie eine Bombe eingeschlagen.

Während in Wahrheit man unserm König und Herrn eine beleidigende Zumutung gemacht hatte, wirkte die Depesche bei den Franzosen so, als ob ihr oberster Vertreter von unserm König brüskiert worden sei. Der gesamte Boulevard-Janhagel war der Ansicht, daß man sich das nicht bieten lassen dürfe. Der Ruf: „A Berlin! A Berlin!" wurde von den johlenden Massen ausgestoßen. Die Stimmung war da.

Und gerade wie drüben wirkte die Sache hüben. Der König, der sich auf mein dringendes Bitten entschlossen hatte, seine Emser Kur zu unterbrechen, kehrte nach Berlin zurück und war von dem Volksjubel, der ihm überall entgegenbrauste, ganz bestürzt. Er begriff einstweilen noch gar nicht, was sich inzwischen ereignet hatte. Die unbeschreibliche Begeisterung, die ihm hier in Berlin entgegenbrauste, ergriff und erschütterte den greisen Herrn auf das tiefste. Die Augen wurden ihm feucht. Er erkannte, daß es in Wahrheit ein nationaler Krieg, ein Volkskrieg war, den das Volk begehrte, dessen es bedurfte.

Schon vor der Ankunft in Berlin hatten wir vom König die Zustimmung dazu erhalten, daß wenigstens ein Teil der Armee mobil gemacht werde. Als der Kronprinz den königlichen Zug verließ, sprach er auf dem Bahnhof absichtlich sehr laut von der bevorstehenden Mobilmachung, und nun brach der Jubel immer aufs neue los. Und als wir im Schlosse angelangt waren, war Se. Majestät bereits zur Mobilmachung der gesamten Armee geneigt.

Wie sich dann die Sachen weiter entwickelten, ist Ihnen ja bekannt. Das ist der Punkt, über den Gramont in seinen Memoiren sein aufrichtiges Erstaunen ausspricht. Er begriff nicht, woher auf einmal, nachdem die Sachen eine ganz friedliche Wendung genommen hatten, das Kriegerische wieder die Oberhand gewann. „Une apparition sinistre, survint. Tout d'un coup tout est changé.

Digitized by Google

Qu'était-il arrivé? Monsieur de Bismarck à Berlin." So ähnlich steht es ja wohl in Gramont's Memoiren. Ich citiere aus dem Gedächtnisse. Jedenfalls war ich die „unheimliche Erscheinung".

Ich bemerke übrigens, daß ich auch formell zu dem mir durchaus notwendig erscheinenden Striche berechtigt war. Es war mir anheimgegeben, die Depesche in extenso oder im Auszuge zu veröffentlichen. Ich habe nicht zu bedauern gehabt, daß ich den Auszug gemacht habe[1])."

Bereits aus den im ersten Bande mitgeteilten „Tischgesprächen des Reichskanzlers" ist zu ersehen, welch' regen Verkehr derselbe nach Ausbruch des Krieges gegen Frankreich mit den Parlamentariern pflog. Zur Ergänzung des dort Gesagten[2]) sollen hier noch einige speziellere Vorgänge mitgeteilt werden.

Vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich war Dr. Ludwig Bamberger zufällig in Paris, um auch die Wohnung, die er bis dahin daselbst noch immer besaß, aufzugeben. Mit seinem klaren Blick durchschaute er die in Paris geschaffene Situation, erkannte, daß es zum Kriege kommen werde, und telegraphierte — auf Umwegen — Delbrück und dem Gouverneur seiner Vaterstadt Mainz seine Pariser Eindrücke. Als Bismarck in Begleitung des Königs am 5. August 1870 in Mainz eintraf, um dort mit dem Hauptquartier bis zum 7. August zu verbleiben, erhielt Bamberger die Einladung Bismarck's, ihn zu besuchen. Die Unterredung betraf Maßregeln im Interesse der deutschen Operationen. Nach der Schlacht von Weißenburg ließ Bismarck Bamberger ein zweites Mal rufen; ihm lag daran, eine Persönlichkeit empfohlen zu haben, welche ihm resp. dem Hauptquartier attachiert blieb und die nötige Verbindung des Kanzlers mit der deutschen und ausländischen Presse bewirken sollte. Bamberger schien diese Aufgabe wichtig genug, um sich selbst für diese Arbeit anzubieten, und so kam es, daß er am 7. August 1870 mit dem Hauptquartier im Salonwagen Bismarck's nach Homburg aufbrach. Bamberger blieb die ganze nächste Zeit im direkten Gefolge Bismarck's[3]) bis zum 18. August[4]), dem Tage der Schlacht von Gravelotte. Auf Wunsch des Kanzlers begleitete jetzt Bamberger den designierten deutschen Präfekten von Nancy dorthin; später begab er sich auf schriftliche Aufforderung aus dem Hauptquartier nach Hagenau, woselbst er noch während der Belagerung von Straßburg das erste deutsche amtliche Blatt ins Leben rief[5]).

---

[1]) Die „Hamburger Nachrichten" Nr. 283 vom 27. November 1892 (M.-A.) reproduzierten diese Darstellung ihres historischen Interesses wegen, aber mit Vorbehalt, da sie stellenweise ungenau ist.

[2]) Die zweite Auflage hat gerade bezüglich dieses Kapitels eine starke Vermehrung erfahren.

[3]) Vergl. Dr. Moritz Busch: „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 23.

[4]) Nach Busch Bd. I, S. 30 stellte sich am 16. August 1870 in Pont à Mousson auch der Landrat Jansen, Mitglied der Freikonservativen im Reichstag (?), bei Bismarck ein, bereit zur Übernahme einer Verwaltung im eroberten Lande.

[5]) Zu vergl. auch M. Busch: „Graf Bismarck und seine Leute," Bd. I, S. 28, 51, 139, 204, 214, 233, 260, 304, 314.

Digitized by Google

Ende September 1870 ging Bamberger von Hagenau fort, weil es ihm unter den dort eingetroffenen Bureaukraten zu eng und unbequem geworden war. Vorher hatte er drei Wochen lang mit vielem Eifer und bekanntem Geschick gearbeitet und erreicht, was unter den schwierigen Verhältnissen erreichbar gewesen war und alles in guten Gang gebracht. Er fühlte sich mit andern beunruhigt durch die Möglichkeit, daß die Regierung an eine Wiedereinsetzung Napoleons denke, hielt sie aber für eine moralische Unmöglichkeit und war somit geneigt, anzunehmen, daß Andeutungen in der Presse, in denen sie als denkbar erscheint, nur eine Pression auf die provisorische Regierung in Paris im Auge haben. Bamberger fuhr fort, sein Talent und seinen Einfluß in der Presse im Sinne des Kanzlers geltend zu machen und korrespondierte eifrig mit dem Hauptquartier in Ferrières.

Bamberger mißbilligte u. a. das Verfahren gegen den Abgeordneten Jacoby (Verhaftung desselben) und machte darüber auch seine Vorstellungen im Hauptquartier. Er meinte, Bismarck könne thun, was er wolle, wenn er nur gesunde deutsche Politik triebe, d. h. „wenn in diesem Augenblicke wenigstens der einheitliche deutsche Bundesstaat fix und fertig gemacht würde". „Man ist" — so fährt er fort — „in Deutschland so fest überzeugt davon, daß diese Lösung jetzt in der Hand des Bundeskanzlers liegt, daß jeder Widerstand von der öffentlichen Meinung auf seine Rechnung geschrieben wird. Man sagt sich, wenn Graf Bismarck diesen Widerstand nicht heimlich ermutigte, so würde er vor der Größe des Augenblicks sich nicht zu regen wagen." Schließlich fragte Bamberger an, ob er nach Versailles kommen solle. Bismarck, von Bucher hierüber befragt, äußerte, die Herkunft Bamberger's würde ihm ganz erwünscht sein, da uns seine Lokalkenntnis in Paris, wenn wir erst drin, nützen könne. „Auch kann er nach seiner Rückkehr in seinen Kreisen über manches Aufklärung geben, was sich nicht gut schreiben läßt. Es ist übrigens komisch" — setzte Bismarck hinzu — „daß sie denken, ich wünschte die Einheit Deutschlands nicht. Die Sache geht aus andern Gründen nicht recht vorwärts. — — Aus denselben Gründen wird sie, wenn wir einmal damit zu stande kommen, das eine und das andre vermissen lassen."

Die Intervention Bamberger's für Dr. Johann Jacoby [1]) war nicht nutzlos. Am 26. September richtete der letztere nachstehendes Schreiben an den Grafen Bismarck in das Hauptquartier:

„Auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein sind Kaufmann Herbig und ich am 20. d. M. verhaftet und auf Festung Lötzen gebracht worden.

[1]) Dr. med. Jacoby, Johann, geboren 1. Mai 1805, praktischer Arzt in Königsberg, Mitglied der preußischen National-Versammlung, der National-Versammlung in Frankfurt a. M. und des preußischen Abgeordnetenhauses 1849, 1863—1870. 1874 zum Reichstag gewählt, Mandat aber nicht angenommen. Verstorben 6. März 1877, Mitglied der äußersten Linken; von ihm rührt das Wort her: es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Vergl. hierüber die von mir herausgegebenen Erinnerungen von H. V. von Unruh. „Deutsche Revue", Juni-Heft 1894, S. 305.

Digitized by Google

Herbig, weil er „in einer öffentlichen Versammlung den Vorsitz geführt" — ich, weil in „derselben Versammlung ich gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen gesprochen". Der das Vereins- und Versammlungsrecht betreffende Verfassungsartikel ist bei Erklärung des Kriegszustandes in unsrer Provinz nicht außer Kraft gesetzt, — die erwähnte Versammlung dem Gesetze gemäß bei der Polizei angemeldet und bis zum Schlusse durch Polizeibeamte überwacht worden. Meine Rede, die durch die Zeitungen veröffentlicht ist, enthält nichts Strafbares, noch bin ich sonst einer Schuld mir bewußt.

Excellenz! Obgleich alle Zeit ein entschiedener Gegner Ihrer Politik, habe ich doch das Vertrauen zu Ihnen als Menschen, daß — wenn anders es in Ihrer Macht steht — Sie nicht dulden werden, daß über schuldlose Männer, auf Grund des sogenannten Kriegsrechts, eine durchaus willkürliche Strafe verhängt wird.

Ew. Excellenz ergebener

Dr. Johann Jacoby.

Hierauf antwortete Bismarck an Jacoby d. d. Ferrières, 3. Oktober 1870:

„Ew. Wohlgeboren Schreiben vom 26. v. M. ist mir gestern vorgelegt worden. Ich vermag auf Entschließungen des Königlichen General-Gouverneurs der Küstenlande, da dessen Wirkungskreis außerhalb meiner amtlichen Kompetenz liegt, einen direkten Einfluß nicht auszuüben. Zur Motivierung seiner militärischen Maßregeln Behufs Verhinderung von Kundgebungen, welche den Feind in seinem Widerstande gegen die diesseitigen Streitkräfte bestärken, hat der General-Gouverneur sich vorbehalten, Seiner Majestät dem Könige einige Schriftstücke einzureichen, welche noch nicht vorliegen. Sobald dieselben eingegangen, werde ich mich freuen, wenn die Überzeugung, die ich von der Sachlage gewinne, mir gestattet, für die Erfüllung Ihrer Wünsche thätig zu sein.

von Bismarck.

Bereits am 26. Oktober 1870 erfolgte die Entlassung Jacoby's aus der Haft [1]).

Unterm 26. Oktober 1870 schreibt Bamberger aus Heidelberg an Arnold Ruge:

„Ich weiß nicht, ob Du von meinen Aventuren seit den Kriegszeiten was erfahren, daß ich eine zeitlang mit Bismarck umhergezogen und die ganze Campagne bis zum 23. August (die 3 Schlachten um Metz) miterlebt, dann drei Wochen lang Elsaß annectirt habe. Nun bin ich seitdem in der Schweiz gewesen, habe die zwei Gallomanen C. Vogt und L. Simon in natura besehen und wollte jetzt hier an meinem alten Musensitz Winterquartier aufschlagen. Aber schon winkt mir wieder eine Reise ins Hauptquartier nach Versailles, um

[1]) Vergl. über diese Frage auch noch M. Busch: „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I. S. 267, 269 und 273, Bd. II. S. 27 und 307, und Bismarck's Erlaß an den Oberpräsidenten in Königsberg von Horn d. d. 28. September 1870, abgedruckt in der „Vossischen Zeitung" vom 13. Oktober 1870, Nr. 251, S. 3.

Digitized by

dabei zu sein, wenn Deutschland am Sitze Ludwigs XIV. regenerirt wird. Ein schlimmes Omen für den Einfluß der Perücken. Aber es wird doch gehen. Diesmal muß der Bien, und heiße er selbst Bismarck oder Wittelsbach. . . . Lebe wohl. Ich reise eben nach Versailles und hoffe mit guten Nachrichten zurück zu kommen."

Am 22. November 1870 schrieb Ludwig Bamberger aus Versailles an Lasker:

Lieber Freund.

Ich habe heute mit Bismarck einen kleinen Strauß gehabt, wegen dessen ich mich direkt an Sie wende, da Sie den Anlaß gaben.

Bismarck erzählte mir in einer Unterredung über die deutsche Angelegenheit, daß auch mit Bayern Alles auf dem besten Wege sei, er habe deshalb unter anderm Schwierigkeiten gehabt, weil ihm Folgendes begegnet sei: Bei einer Reihe von Zumuthungen, die ihm Bayern gestellt, habe er abgelehnt mit der Bemerkung „solche Konzessionen würde der Reichstag nie gutheißen", worauf die Bayern ihm erklären, bei den Verhandlungen mit den Nationalliberalen in München seien dieselben Reservate als gerecht und durchführbar anerkannt worden. Als ich dazu ungläubige Bemerkungen machte, ward er ungehalten, daß ich Angaben in Frage stelle, die er schriftlich besitze, und ließ sich die Akten herbeibringen. Es kamen nun zwei Dokumente, das eine war mit Bleifeder oben bezeichnet: „Lasker", das andere: „Marquard Barth". Das erste sollte den Text der von Ihnen in München als zulässig erklärten Reservate enthalten. Er las mir vor, mit Glossen über das davon Eingeräumte und Abgewiesene und Glossen über die zu weit gehenden Konzessionen einzelner Punkte, die er nimmer konsentirt hätte.

Ich lege Ihnen wortgetreue Abschrift des Aktenstücks (Lasker)[1]) bei, das von Marquard Barth erkannte er selbst für irrelevant an, ich bemerke noch zu dem Ihrigen, daß er als besonders anstößig erklärte:

Nr. II, als zu viel Weitläufigkeiten reservierend, besonders aber.

Nr. VI, als das Wesentliche der ganzen Sache auf die lange Bank schiebend und auf Schrauben stellend. Die vorbehaltene Übereinkunft der Monarchen wäre vom höchsten Übel gewesen.

Nr. IX, 2ter Theil widersinnig.

Einzelne dieser Punkte sind nun Bayern allerdings eingeräumt worden, in vielen will Bismarck Verbesserungen erwirkt haben. Wegen Nr. I der Stimmenzahl sagt er, es käme ihm gar nicht so darauf an, daß Preußen das bisherige Übergewicht im Bundesrath habe, im Gegentheil er wünsche, daß das übrige Deutschland ins Gewicht falle! (?)

Nr. IV. Eisenbahnen habe er ebenfalls in besserem Sinne durchgetrieben, daß der bestehende Artikel der Norddeutschen Bundesverfassung in Geltung trete,

VI. die Militärübereinkunft ad separatim zwischen die zwei Monarchen verwiesen, schien ihm besonders anstößig.

---

[1]) Dasselbe findet sich als Schlußnote dieses Briefes abgedruckt.

Digitized by Google

Auch X. sei zu weit gegangen, er habe es an eine bestimmte Zahl von Stimmen gebunden, ich glaube eine Minorität von 14 Stimmen.

Da er, wie immer, furchtbar überladen und übereilt war, so ging die ganze Konversation in einer Hast vor, welche mir nicht erlaubte, Alles festzuhalten und vielleicht auch nicht in allem Festgehaltenen ganz treu zu sein. Das Wesentliche gebe ich Ihnen natürlich wieder.

Einzelnes, wie z. B. die Klausel in 9, daß zum Rekurs wegen Verfassungsstreits die Übereinstimmung beider Theile nothwendig sei, scheinen Sie mir unmöglich eingeräumt haben zu können.

Ich bitte Sie nun, mir über diese Frage einen authentischen Auftrag geben zu wollen, damit ich eintretenden Falles den Bayern Ihr Dementi entgegensetzen kann.

In der Hauptsache hat Ihre Anschauung Recht behalten; der deutsche Bund kommt auf alle Fälle zu Stande und eigentlich trotz allen Genergels vollständiger, als wir erwarten durften. Die ganzen Reservate beziehen sich im Grund auf kleine Schollen am Ufer, die der Strom schon fortreißen wird. Bismarck macht mir den Eindruck, als sei ihm die Vollendung der Sache ernster und bedeutungsvoller, wie mir früher schien. Ich schreibe dies den bösen Stunden zu, die ihm die auswärtige Politik macht und die ihm die Nothwendigkeit zeigte, das Bild der deutschen Einheit und Einigkeit dem Ausland ganz und unverkleinert entgegenhalten zu können. Darum auch war er schließlich der Ansicht, daß Bayern besser mit Konzessionen als gar nicht in den Bund trete. Ich gebe ihm darin Recht und glaube beinah, er macht es mit Ihnen in diesem Fall, wie z. B. mit dem König; er schiebt Ihnen in die Schuhe, was ihm eigentlich recht ist, was er aber lieber Andere verantworten läßt. Sehr viel Schlimmes ist im Grund in diesen zehn Punkten nicht, wenn ich den neunten ausnehme, der mir nicht möglich scheint, und den sechsten, der allerdings eine Hauptsache in sehr unvollkommenem Stadium ließe.

Ich bitte die ganze Sache mit äußerster Diskretion zu behandeln. Sie können darauf rechnen, daß ich Ihre Remonstrationen, wenn Sie deren haben, an den Mann bringe. Bismarck ist in einem irritirteren Zustande als je. Man begreift dies, wenn man sieht, wie entsetzlich er mit Arbeit überhäuft ist. Er kommt wirklich nicht zum Athemschöpfen und man muß ihm deshalb viel zu Gute halten. — —

Mit herzlichem Gruße Ihr

L. Bamberger[1]).

---

[1]) Das in dem Briefe erwähnte Dokument Lasker's lautet:

I.

Art. 4 der Norddeutschen Bundesakte soll keine Restrictionen erleiden, dagegen dürfte es keinen wesentlichen Schwierigkeiten unterliegen, die Stimmenzahl Bayerns im Bundesrath auf die doppelte der nächst größten Staaten zu erhöhen, also etwa auf 8 zu bestimmen, vorausgesetzt, daß auch die Stimmzahl Preußens dahin erhöht wird, daß seine künftige Stimmzahl zur künftigen Gesammtheit im bisherigen Verhältniß bleibe.

Digitized by Google

Die Abreise Bamberger's aus Versailles nach Berlin Anfangs Dezember 1870 erfolgte nach langen und eingehenden Verhandlungen mit Bismarck über diejenigen Punkte der Verträge mit den Südstaaten, namentlich mit Bayern, welche bei der nationalliberalen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen waren. Bismarck wünschte, daß sich Bamberger nach Berlin begebe, um seine politischen Freunde aus allgemeinen politischen Erwägungen zur Nachgiebigkeit in diesen Punkten zu bewegen. „Es kommt mir“ — so hatte Bismarck bei der Schlußkonferenz zu Bamberger

---

II.

Art. 19 (Bundesexekution) soll zwar nicht auf Bayern unanwendbar erklärt, aber gleichzeitig mit dem Beitritt Bayerns in einer Weise geändert werden, daß geeigneter Schutz gegen willkürliche Handhabung der Einzelstaaten gegeben ist.

III.

(Reservat wegen Bier- und Branntweinsteuer.)

IV.

Art. 41 der Norddeutschen Bundesverfassung wird dahin modifizirt, daß Eisenbahnen für Rechnung des Bundes in Bayern ohne Zustimmung der bayerischen Regierung zwar auf Grund eines Bundesgesetzes im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebietes, nicht aber im Interesse des gemeinsamen Verkehrs errichtet werden können.

V.

Sofern Bayern seine Post und Telegraphie den Vorschriften des Bundes gemäß einrichtet und verwaltet, wird dagegen, daß es diese Anstalten selbständig behält, keine prinzipielle Erinnerung gemacht, wenn sich die Maßregel als ohne Schädigung der Gemeinsamkeit technisch durchführbar herausstellt.

VI.

In Beziehung auf das Bundeskriegsgesetz ist festzuhalten, daß die Gesetzgebung und die Lasten sowohl für den Staat als für den Einzelnen in Bayern dieselben wie sonst im Bunde sein müssen, wogegen im Übrigen die Vereinbarung zwischen den zwei Monarchen über die Bayern in dieser Branche einschließlich des Festungsbaues einzuräumenden besonderen Befugnisse bei der Legislative keinen Schwierigkeiten begegnen dürften.

VII.

Art. 68 (Kriegsstandserklärung) soll zwar auf Bayern Anwendung finden, jedoch wird die Forderung als zurechtbestehend anerkannt, daß das darin vorgesehene Bundesgesetz gleichmäßig mit dem definitiven Eintritt Bayerns erlassen werde.

VIII.

Die Vorschriften der Regulirung des Bundesbudgets sind mit den Bayern schließlich gewährten Sonderrechten in Übereinkunft zu bringen.

IX.

Gegen eine entsprechende Modifikation des Art. 75 (Hochverrathsbehandlung 2c.) wird nichts erinnert, ebensowenig gegen einen Vorbehalt, daß Abschnitt 2, Art. 76 (Verfassungsstreitigkeiten in einem Bundesstaat) nur dann Anwendung auf Bayern finden soll, wenn Regierung und Landesvertretung zugleich auf Vermittlung durch den Bund antragen.

X.

Den Bedenken zu Art. 78 (Verfassungsänderungen) soll dadurch abgeholfen werden, daß für Verfassungsänderungen eine größere Mehrheit im Bundesrath bestimmt und außerdem Bayern gegen solche Änderungen, wodurch sein Stimmrecht oder eines der ihm eingeräumten Sonderrechte berührt wird, ein freies Veto gegeben wird. —

Lasker's Antwort (auf Bamberger's Brief) vom 25. November 1870 und ein zweiter Brief Bamberger's zur gleichen Frage vom 28. November 1870 finden sich abgedruckt in der „Deutschen Revue“, Septemberheft 1892, S. 291 und 296.

Digitized by Google

gesagt — „vor allem darauf an, den Ring nach außen zu schließen, alle inneren Differenzen können später ausgeglichen werden.“ Bamberger reiste mit Extrapost bis Lagny, der ersten benutzbaren Eisenbahnstation für den Weg nach Deutschland, und dann bei furchtbarer Kälte ohne Unterbrechung bis Berlin [1]).

Als der Krieg gegen Frankreich ausgebrochen war und die Frage der Verwaltung der okkupierten französischen Landesteile entschieden werden mußte, dachte Bismarck sofort an das bedeutende Organisationstalent des Grafen Henckel von Donnersmarck [2]), dem außerdem seine gründlichen Kenntnisse der französischen Verhältnisse zu statten kam.

Schon kurze Zeit nachdem der Kanzler die französische Grenze überschritten hatte, finden wir den Grafen Henckel im diplomatischen Hauptquartier. Am 29. Januar 1871 berichtete Graf Henckel dem Kanzler über die Stimmung der französischen Bevölkerung in seinem Departement, und war zum Frühstück und Diner der Gast Bismarck's. Später wurde er zum Vorsitzenden der Kommission ernannt, welche die Regelung der Kriegskostenentschädigung Frankreichs vorbereiten sollte. Graf Henckel war in dieser Zeit drei Wochen lang täglich in Versailles bei Bismarck und oft bei demselben zu Tisch. Die Mitwirkung des Herrn von Bleichröder bei dieser Frage war nur eine sekundäre, wenngleich er mit dem Geheimen Finanzrat Scheitmann gleichfalls der oben erwähnten Kommission angehörte.

Eines Tages sagte Bismarck zu dem Grafen Henckel: „Heute fahren Sie nach Paris hinein und verlangen 6 Milliarden Kriegsentschädigung.“ — Henckel erwiderte: „Ich muß aber einen Zeugen mitnehmen, sonst wird mir nachträglich jedes Wort abgeleugnet. Ist es Eurer Excellenz genehm, wenn ich Herrn von Bleichröder mitnehme?“ Bismarck hatte gegen diese Wahl nichts einzuwenden, und so kam es, daß der Berliner Bankier zu den finanziellen Verhandlungen auch nach Paris kam. Seit dieser Zeit haben die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Bismarck und Henckel ungetrübt weiter bestanden. Bismarck übernachtete am 7. März 1871 auf der Rückreise nach Deutschland bei dem Präfekten Grafen Henckel in Metz. —

Große Verdienste um die Verwaltung in den okkupierten Ländern hat sich außer dem Grafen Henckel noch Graf Johannes Renard, der Präfekt von Nancy, erworben. Derselbe war Mitglied des konstituierenden Reichstags und des Reichstags des Norddeutschen Bundes und einer der Begründer der freikonservativen Partei [3]).

---

[1]) Nach dem Tagebuch des Kronprinzen (Eintrag d. d. 28. November 1870) forderte Bismarck alle im Felde befindlichen Reichstagsmitglieder auf, nach Berlin zur Abstimmung zu gehen.

[2]) Vergl. S. 105.

[3]) Graf Renard, Johannes, Gutsbesitzer in Gr.-Strehlitz. Geboren 24. März 1829. Studierte Jura auf den Universitäten Halle, Berlin und Bonn, 1852—53 Attachee der königlich preußischen Gesandtschaft in Washington, dann bei der Gesandtschaft in Konstantinopel bis 1854. Von 1861 ab bis 1874 Mitglied des preußischen Hauses der Abgeordneten. Gestorben 7. März 1874.

Digitized by

Ich will, um die Schneidigkeit seiner Administration zu illustrieren, nur eine wenig bekannte Geschichte erzählen.

In der Zeit, als es eben von größter Wichtigkeit war, die vor Paris stehende Armee auf dem Schienenwege mit Proviant für Magen und Geschütze zu versehen, kamen verblendete Franzosen auf den Gedanken, die Eisenbahnbrücke bei Toul in die Luft zu sprengen. Graf Renard besorgte sich sofort 500 französische Arbeiter, die mit den Wiederherstellungsarbeiten betraut wurden. Französischen Hetzern und Einschüchterungen aller Art gelang es jedoch, diese Arbeiter zum Ungehorsam beziehungsweise zur Einstellung ihrer Arbeitsthätigkeit zu bestimmen.

Graf Renard war nun nicht verlegen. Er ließ ein paar Musikkorps auf dem Stanislaus-Platz in Nancy, welcher nur zwei Straßen-Eingänge hat, spielen, und als sich eine große Menge Franzosen daselbst versammelt hatte, ließ er mit einemmal die Zugänge sperren; daneben hatte er den ihm zur Verfügung stehenden 50 Feldgendarmen aufgetragen, 300 Franzosen zu ergreifen und sie zwangsweise nach Toul zu Arbeiten an der Brücke zu transportieren. Den Gendarmen war zur Pflicht gemacht, nur die bestgekleideten Franzosen zu ergreifen, insbesondere jene, die einen Cylinder als Kopfbedeckung trügen. An der Brücke in Toul angelangt, wurde den Gefangenen eröffnet, ein jeder könne nach Hause gehen, wenn er an seine Stelle zwei willige französische Arbeiter zur Stelle bringe. Am nächsten Tage war die genügende Zahl fleißiger Hände zur Stelle.

In Ferrières treffen wir auch den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Hans Blum mit den Leuten Bismarck's im Verkehr. Blum war gleich nach Ausbruch des Krieges gegen Frankreich als Korrespondent des „Daheim" dem Hauptquartier gefolgt und kam Ende September nach Ferrières, woselbst sich auch Graf Bismarck mit seinem diplomatischen Stabe auf dem Wege nach Versailles einige Zeit aufhielt. Blum war mit Moritz Busch, dem Verfasser von „Graf Bismarck und seine Leute", von Leipzig und Berlin her bekannt und suchte ihn natürlich in Ferrières sogleich auf. Schon bei dem ersten Besuche Blum's erklärte ihm Busch: Bismarck klage darüber, daß unter den Juristen, welche verfügbar seien, um in den von deutschen Truppen besetzten französischen Departements die Geschäfte der vormaligen französischen Präfekten oder Unterpräfekten während der deutschen Okkupationszeit zu übernehmen, so wenige geläufig französisch sprechen und schreiben können. Das sei eine wahre Notlage. Er (Busch) glaube, Blum würde Bismarck erfreuen, wenn er sich ihm zu beliebiger Verfügung stelle. Blum würde dann voraussichtlich die Präfektur oder Souspräfektur in Melun oder Fontainebleau zugeteilt erhalten. Blum erwog den Vorschlag und bedauerte unendlich, ihn nicht mit den Seinigen beraten zu können; dann setzte er sich am 24. September in Lagny hin und schrieb an den Grafen Bismarck, was ihm Busch mitgeteilt habe, und daß er sich dem Kanzler persönlich zu beliebiger Verfügung stelle. Er müsse nur die eine Bedingung stellen, daß er dauernd in der Verwaltung oder Justiz von Elsaß-

Digitized by Google

Lothringen angestellt werde, wenn seine amtliche Stellung in Frankreich über sechs Monate dauern sollte, da er nach so langer Zeit von seiner Anwaltspraxis in Leipzig so gut wie nichts mehr antreffen werde, wenn er dann erst dorthin zurückkehrte.

Am 26. September schon hielt der Reichstagsabgeordnete von Brauchitsch [1]), der Schwiegersohn des Kriegsministers von Roon, beritten vor der kleinen Bankiersvilla, die Blum in Lagny bewohnte, eilte auf dessen Zimmer und sagte ihm, Graf Bismarck lasse ihn ersuchen, sogleich nach Ferrières zu kommen und mit ihm über seinen Brief zu verhandeln. Er ritt sofort wieder zurück, um Blum anzumelden. Sobald dessen Pferd gesattelt war, folgte er nach. Als Blum sich im Schlosse meldete, wurde er zu Graf Hatzfeldt geführt, der ihn empfing und ihm sagte, Bismarck könne ihn heute nicht empfangen, da er eben zu längerem Vortrag bei Sr. Majestät befohlen worden sei und nachher wichtigere Geschäfte zu erledigen sein würden. Die nächste Audienz würde Blum von dem Herrn Bundeskanzler bestimmt werden. Dieselbe wurde demnächst auf den 30. September festgesetzt und Blum traf abermals pünktlich in Ferrières ein. Aber diesmal hatte Bismarck nicht daran gedacht, daß an diesem Tage der Geburtstag der Königin Augusta sei, und daß er dieses Geburtsfest an des Königs Tafel werde feiern müssen. Er war eben zur Königlichen Tafel gegangen, als Blum eintraf, ließ ihm aber sagen, er möchte doch auf ihn warten, und sein Gast bei seinem eigenen Diner sein, das wohl um 5 Uhr nachmittags genommen wurde; er hoffe sicher, einige Zeit wenigstens daran teilnehmen zu können. Blum ließ dem Kanzler zurücksagen, daß er für die gütige Einladung verbindlichst danke, er würde warten, so lange er befehle. Das hinderte jedoch den Grafen Hatzfeldt nicht, sich inzwischen der Sache zu bemächtigen. Nachdem er Blum's Schreiben an den Kanzler durch die Finger hatte gleiten lassen, bemerkte er zu Blum: „Hören Sie mal, ich glaube, Sie verlieren Ihre Zeit hier. Sie suchen, wie es scheint, eine Stelle durch Bismarck in Elsaß-Lothringen? — Aber alle diese Stellen hat das Civilgouvernement in Rheims zu vergeben. Da müssen Sie nach Rheims gehen — wir werden Ihnen aber eine Empfehlung dorthin mitgeben." Blum benahm dem Grafen seinen Irrtum und belehrte ihn, daß es doch wohl ein himmelweiter Unterschied sei, eine freie, selbstgeschaffene, unabhängige Stellung, die er schon besäße, aus patriotischem Pflichtgefühl zu opfern, und beschäftigungslos um eine Stellung zu antichambrieren, hier oder in Rheims. Diese Unterstellung müsse er entschieden zurückweisen. Graf Hatzfeldt erwiderte hierauf: „Ah, das ändert die Sache, das ist in der That anerkennenswert." Damit verbeugte er sich zum Zeichen dafür, daß die Unterredung zu Ende sei.

Bei Tisch verscheuchten die interessanten Gespräche der Mitarbeiter Bismarck's alle trüben Gedanken Blum's, und mit großer Spannung wartete er auf das Erscheinen des Kanzlers, der von dem ersten Tage seines Eintrittes in den Reichstag ihm zahlreiche Beweise von wahrhaft väterlicher Güte gegeben. Aber er

[1]) Vergl. S. 101.

Digitized by Google

kam nicht. „Als wir," so erzählte Blum selbst am Schlusse dieser Episode[1]), „nach der Tafel rauchend umherstanden und plauderten und plauderten, verschwand auf kurze Zeit der Geheime Legationsrat von Keudell — der spätere Botschafter des Deutschen Reichs beim Königreich Italien in Rom — den ich schon von Bismarck's parlamentarischen Abenden in Berlin her kannte, aus unserem Kreise, und als er zurückkehrte, winkte er mich hinaus in ein besonderes Zimmer. Hier teilte er mir überaus freundlich folgendes mit: „Der Kanzler bedauert sehr, bei der Tafel des Königs länger festgehalten zu werden, als er dachte, so daß er Sie nicht sprechen kann. Er beauftragt mich, Ihnen zu sagen, daß er sich über Ihr Schreiben und Ihre Bereitwilligkeit sehr gefreut hat. Er findet Ihre Bedingungen durchaus gerechtfertigt. Er ist auch bereit, jeden Wechsel für Sie auszustellen, aber die Frage ist nur die, ob der Graf Eulenburg — der die dauernden Stellen in Elsaß-Lothringen zu vergeben hat — diesen Wechsel acceptieren würde." — „Oh, wenn Graf Eulenburg in die Sache mit hineinzureden hat, dann mag mir Graf Bismarck nicht verübeln, wenn ich mein Anerbieten ganz zurückziehe!" rief ich. — „Recht so," versetzte Keudell lächelnd, und er fügte so etwas hinzu, als ob er und Bismarck selbst sich auch nicht anders entscheiden würden, wenn sie den Grafen Eulenburg als Vorgesetzten beschert erhielten. Ich ritt in tiefer Dunkelheit nach Lagny und schrieb noch spät an die Meinen. Die Antwort lautete: „Gott sei Dank, daß sich die Sache zerschlagen hat." Und damit sprachen sie nur aus, was ich selbst dachte." —

Bald nach Ausbruch des Krieges mit Frankreich wurde der Abgeordnete Graf Fred Frankenberg[2]) als Armee-Delegierter der freiwilligen Krankenpflege in das Hauptquartier des Kronprinzen berufen. In dieser Eigenschaft machte Graf Frankenberg auch die Schlacht von Sedan mit. Er sah, wie Bismarck nach der Nachricht von der Kapitulation der Festung auf dem Schlachtfelde zu den jungen Fürstensöhnen herantrat und, dem jugendlichen Thronerben von Württemberg die Hand schüttelnd, sagte: „Der heutige Tag sichert und befestigt die deutschen Fürsten und die konservativen Grundsätze".

Am 14. Oktober 1870 fuhr Graf Frankenberg nach Orleans, um nach den Verwundeten des von der Tann'schen Korps zu sehen. Bei der Organisation der Lazarette fand derselbe insbesondere Unterstützung bei dem berühmten Erzbischof Dupanloup, der eines Tages zu des Grafen großer Überraschung als einfacher Abbé gekleidet im Abenddunkel in dessen Zimmer trat. Graf Frankenberg bemerkte bald, daß er eine ernste Unterredung vorhatte. Zuerst bat der Erzbischof um Schonung seiner Stadt, welche die schwere Kriegskontribution nicht leisten könne. Dann ging er plötzlich auf ein andres Thema über und sprach sehr feurig über hohe Politik, indem er den Grafen Frankenberg in seine Pläne einweihte, welche später sich größtenteils genau erfüllt haben.

---

[1]) Im II. Bande seines Werkes „Auf dem Wege zur deutschen Einheit".
[2]) Vergl. S. 92.

Digitized by Google

Frankenberg hat über diese Unterredung folgende Aufzeichnungen gemacht:

„Frankreich muß Frieden haben" — begann Dupanloup — „und zwar bald, denn alles bei uns ist in Frage gestellt und alles geht in Trümmer, wenn der Krieg, in welchem wir, wie ich erkenne, besiegt sind, noch länger dauert.

Man hat sich von seiten der Notablen dieser Stadt und anderwärts mit der Aufforderung an mich gewendet, eine Friedens-Liga zu bilden und an deren Spitze zu treten. Ich kann es heute nicht mehr, denn Orleans hat nicht mehr die Ehre der Freiheit und der Unabhängigkeit, und nur von einem Punkte und einem Manne, der sicher und frei ist, darf die Bewegung ausgehen. Der einzige Mann in Frankreich, der heute den Frieden machen kann, ist mein langjähriger Freund Thiers. Seine Voraussicht unsres Unterliegens, sein mutiger Widerstand in der Legislatur gegen den Krieg haben sein Ansehen mächtig gehoben und ihm die volle Unabhängigkeit im Handeln gewahrt. Der Ort, von welchem die Friedensbewegung ausgehen muß, ist Bordeaux — eine Stadt von 200000 Einwohnern, die fern und sicher gelegen ist. Ich will mit Thiers, den ich in Tours vermute, mich ganz geheim in Verbindung setzen und brauche daher ein sauf conduit für einen Vertrauten, den ich mit nur mündlichem Auftrage an ihn absende. Eine Sicherheit müssen wir aber vor allen Dingen haben, daß Preußen nicht beabsichtigt, uns Napoleon wieder aufzudrängen."

Hier bemerkte ich: Soviel ich nach offiziellen Kundgebungen und meiner Kenntnis der Ideen an der maßgebenden Stelle die Situation beurteile, wird Frankreich ganz frei und unabhängig seine inneren Angelegenheiten regeln können. Wir brauchen Friedensgarantien, in das Weitere mischen wir uns nicht ein.

Monseigneur schien von dieser Erklärung sehr befriedigt und fuhr fort: „Ich habe die Depesche des Grafen Bismarck über seine Zusammenkunft mit Jules Favre in Ferrières gelesen. Die Forderungen, welche er darin an Frankreich stellt, sind nicht übertrieben, und ich erkenne sie als durch die Erfolge und die Situation berechtigt an. Gebietsabtretungen müssen wir uns gefallen lassen, und da neben Straßburg und Metz nur ein gewisses Territorium, nicht aber die ganzen Provinzen Elsaß und Lothringen gefordert werden, ist die Bedingung acceptabel. Ist der Friede gemacht, so kann Frankreich nur durch Rückkehr zur legitimen Dynastie gerettet werden. Preußen hat Jena überstanden, weil es die Hohenzollern als Hort hatte; Österreich überdauerte Austerlitz und Königgrätz, weil es durch die Habsburger zusammenhielt. Ein Unheil für uns ist noch der Zwiespalt in der legitimen Familie, und hier wünschte ich den Einfluß des Königs Wilhelm, um eine Vereinigung der Getrennten zu stande zu bringen. Die Sache müßte mit dem tiefsten Geheimnis umgeben werden, aber ich weiß, sie kann gelingen."

Ich frug, in welcher Art Monseigneur sich die Erledigung der Thronfolge wohl denke? „Der Graf von Chambord" — antwortete er — „muß König werden, und da er kinderlos ist, den Grafen von Paris als Erben adoptieren. Ich spreche" — fuhr der Bischof fort — „hier nicht allein meine Meinung aus, sondern glauben Sie, daß mir zur Seite der ganze Episkopat Frankreichs steht! Ich bitte Sie, in Versailles Sr. Majestät dem Könige und dem Grafen Bismarck Kenntnis

Digitized by Google

von dem zu geben, was ich Ihnen mitgeteilt habe. Das Geheimnis aber muß gewahrt bleiben, wenn meine Bemühungen und die meines Freundes Erfolg haben sollen!“ Der Bischof hatte mit solcher Wärme und solcher Bestimmtheit seine Ideen entwickelt, daß ich tief ergriffen war. Die Hoffnung trat mir vor die Seele, daß der Friede, der ersehnte Friede uns näher sei, als wir glaubten, daß leidenschaftslos denkende Männer in Frankreich die Lage des Landes richtig beurteilten und mit ihnen auf der Basis, die Deutschland fordert, paktiert werden könne, während den Machthabern des Moments der Boden unter den Füßen schwinde. Ich verhehlte dem großen Kirchenfürsten meine Gedanken nicht und er schied von mir in herzlichster Weise, indem er sprach: „Bestellen Sie alles was ich Ihnen anvertraute, und Gott segne Ihre Worte!“

Es war dunkel geworden, als der Bischof in einfachem Abbé-Mantel mit schwarzem, breitkrämpigem Hut das Haus verließ. Unten stand ein Trupp Franzosen, die wohl gesehen hatten, als er hineinging, und sich nun wunderten, was er wohl so lange bei dem maudit Prussien gemacht habe. Am andern Morgen um 6 Uhr verließ ich Orleans im dichtesten Nebel. In Etampes fütterte ich zwei Stunden. Ohne die Peitsche in die Hand zu nehmen fuhr ich so die 16 Meilen glatt durch, und beide Pferde gingen bis zuletzt fest in die Hand und langen Trab. Um 6½ Uhr trat ich zu Excellenz von Blumenthal ins Zimmer und gab die Depeschen von General von der Tann ab. Gleich darauf empfing mich der Kronprinz und hörte mit lebhaftem Interesse meine Meldungen und Mitteilungen aus Orleans an. Er befahl mir, um 9 Uhr beim König zum Thee zu erscheinen. Se. Majestät rief mich, sobald ich kam, heran, trat abseits an den Kamin und vernahm mit gespannter Aufmerksamkeit meine Relation. „Das ist sehr wichtig, was Sie mir da überbringen. Das ist viel, daß unsre Bedingungen von Dupanloup annehmbar erklärt werden. Gehen Sie morgen sofort zu Bismarck und erzählen Sie ihm alles. Thiers hat sich übrigens selber schon angemeldet, von Florenz aus, und kann jeden Tag kommen.“

Ich brachte nun noch die Bitte um Erlaß der Kontributionen von Orleans vor. Der König rief den Kronprinzen heran und sagte ihm: „Gieb morgen Befehl, daß die Verpflegungssache geregelt werde!“

Am folgenden Morgen ging ich zu Bismarck. Er lag an einem Fußübel zu Bett, ließ mich aber sofort vor. Ich stellte meinen Stuhl zu seinen Füßen so hin, daß ich ihm voll ins Gesicht sehen konnte und begann meinen Bericht. Als ich die Vorbedingung erwähnte, die der Bischof stellte, daß nämlich Napoleon von uns nicht zurückgeführt werden solle, sagte er lächelnd: „Das können wir ruhig acceptieren!“ Dann freue ich mich, Excellenz, fuhr ich fort, wohl das Richtige getroffen zu haben, wenn ich dem Bischof sagte: Frankreich werde ohne unsre Einmischung seine Angelegenheiten regeln können, sobald Friede sei. Der Graf nickte verschmitzt und zog sich die Decke höher herauf. Als ich ihm sagte, Dupanloup habe die Forderungen seiner Cirkular-Depesche für annehmbar und angemessen erklärt, stieß er die Decke wieder zurück, hob sich auf den Ellenbogen und sagte: „Das ist mir lieb zu erfahren, das ist mir sehr wichtig!“ Als ich

Digitized by Google

von Thiers sprach, unterbrach er mich: „Ich kann ihn jeden Tag hier eintreffen sehen. Er hat schon selbst angefragt von Florenz aus, ob er ins Hauptquartier kommen dürfe. Seine Mission an allen Höfen hat vollständig Fiasko gemacht, und es soll mir angenehm sein, ihn jetzt zu sehen. Ich mache Frieden mit dem, der uns die günstigsten Bedingungen und Garantien bietet. Sie müssen nun Dupanloup antworten, daß seine Intermediation günstig aufgenommen sei, daß sein Freund hier erwartet werde, und in betreff Napoleons drücken sie sich vorsichtig aus, sagen Sie: die Ansicht, welche Sie neulich Monseigneur gegenüber ausgesprochen hätten, scheine dem Willen an maßgebender Stelle zu entsprechen. Fügen Sie dann noch eins bei: Wir unterhandeln mit Metz. Bazaine und seine Armee sind immer noch gut kaiserlich und der Marschall will nur auf Befehl Napoleon's sich übergeben. Der Bischof soll nicht ignorieren, welche verschiedenen Strömungen in Frankreich herrschen und wie nötig darum der Friede mit dem äußeren Feinde ist." Ich sprach die Hoffnung aus, Metz bald kapitulieren zu sehen. „In acht Tagen, meine ich, können wir darauf rechnen," entgegnete der Kanzler, „die Unterhandlungen gehen langsam. Jetzt verlangt Bazaine noch mit Armee und Waffen nach Belgien übertreten zu dürfen, um sich dort kriegsgefangen zu geben. Diesem Spiel aber trauen wir nicht, wir bestehen auf den Bedingungen von Sedan."

Ich wechselte infolgedessen drei Briefe mit Monseigneur Felix, die sich mit Krankenpflege, Genfer Konvention, Kriegskontribution und Friedensbedingungen beschäftigten.

Der Schluß war der, daß am 3. November der Erzbischof so ziemlich alles zurückzuziehen versuchte, was er früher angeboten hatte. Als ich diesen Brief dem Kanzler vorlas, lachte er und sagte: „Aha, die Armee Gambetta's nähert sich der Loire, da ist in Orleans der Wind umgeschlagen!"

Thiers war während dieser Verhandlungen in Versailles erschienen. Ich übergab ihm zwei Briefe seines Freundes Dupanloup, erzählte ihm die Unterredung und die Vorschläge seines Freundes und lernte auf diese Weise den Friedensstifter und Regenerator Frankreichs kennen. Es traf sich seltsam, daß gerade ich zum Zwischenträger der ersten Friedensvorschläge wurde, auf deren Basis, nachdem die Loire-Armee und die andern Armeen Gambetta's besiegt waren und Paris erschöpft war, das schwere Werk gelingen sollte." —

Am 30. November 1870, als Graf Frankenberg eben von dem blutigen Gefecht des VI. Korps bei Ville Juif abends nach Hause kam, ließ ihm Bismarck sagen: er müsse in den Reichstag, um die Verträge mit den süddeutschen Staaten retten zu helfen. Frankenberg ging zu ihm hin, um sich zu orientieren. „Die Situation" — sagte der Kanzler — „ist ernst, wie Delbrück telegraphiert, ich glaube kaum mehr an die Annahme des Vertrags mit Bayern. Ich habe zwar mehr erlangt als Bennigsen-Lasker gefordert hatten, als sie in München waren, um sich mit den dortigen Führern der Liberalen zu verständigen. Eigentlich haben sie mir durch zu billige Bedingungen das Geschäft verdorben. Das wird sie aber jetzt gar nicht hindern zu behaupten — ich hätte zu wenig durch-

Digitized by Google

gesetzt. Verwirft der Reichstag jetzt die Verträge, so müssen wir bis 1877 so weiter existieren, wie bisher — was aber bis dahin geschieht, das weiß der Himmel. Die Herren werden dann selber zusehen müssen, wie sie bessere Verträge zu stande bringen können!"

Frankenberg entgegnete, daß er nimmermehr glaube, der Reichstag werde sich selbst seinen Grabstein setzen, der das deutsche Volk mit Unmut und Trauer erfüllen müsse. „Ganz richtig" — fiel Bismarck ein — „Deutschland wird trauern und unsre Feinde ringsum werden jubeln! Wir selber nehmen vielleicht die Sache gar nicht so ernst, aber das Ausland wird an die tiefste Zerrissenheit Deutschlands und die Unmöglichkeit jemaliger Einigung glauben. Der Friedensschluß, vor dem wir stehen, wird dann unendlich erschwert und sicherlich ungünstiger für uns werden. Ich höre" — sagte er abspringend — „die Liberalen verlangen durchaus einen Kaiser. Den sollen sie haben, das verspreche ich ihnen. Es ist alles dazu eingeleitet und im Gange. Halten Sie fest in Berlin" — schloß er mit Nachdruck — „wenn wir jetzt die Einigung nicht zu stande bringen, ist sie für Jahre verloren."

Im Reichstag fand Graf Frankenberg die Stimmung günstiger als der Kanzler sie angesehen hatte. Am 8. Dezember votierte der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten mit allen gegen 32 Stimmen.

Am 23. Januar 1871 befand sich unter den Tischgästen im Hause Bismarck's auch wiederum der Reichstagsabgeordnete Graf Fred Frankenberg. Der Kanzler empfing ihn mit der guten Nachricht, er erwarte Jules Favre. „Den Bundeskanzler von Ferrières wird er jetzt nicht mehr in mir finden," fügte er drohend und grimmig hinzu. Als Frankenberg um 7 Uhr sich verabschiedete, kam ein geschlossener Glaswagen gefahren, der den französischen Unterhändler brachte. Als Graf Frankenberg nachts 12 Uhr noch an seinem Schreibtische saß, kam Fürst Putbus eilig heran und rief jubelnd: „Wir haben Paris! Eben komme ich von Lehndorff zurück, dort trat Bismarck plötzlich ein, pfiff Halali und rief: „Es ist zu Ende! Trochu ist gestürzt, Favre ganz zahm. Ich habe eben drei Stunden mit ihm konferiert und schon dem Kaiser Vortrag gehalten."

Über die etwas bestrittene Frage von Bismarck's Einzug nach Paris berichtet Graf Frankenberg: „Mit dem VI. (schlesischen) Armee-Korps hielt ich meinen Einzug in Paris durch die Grande Avenue de Neuilly oder de la grande armée. Plötzlich kam Graf Bismarck in gelber Kürassier-Uniform angetrabt. Als er mich freundlich grüßte, konnte ich es mir nicht versagen, dem Manne, den ich über alles verehre, zu sagen: „Excellenz, am Abend von Königgrätz haben Sie mir die Rechte geschüttelt, lassen Sie mich in dem Thore von Paris auch wieder Ihre Hand drücken!" Der Kanzler antwortete kein Wort, aber er preßte meine Hand so kräftig zwischen seine mächtigen Finger, daß ich seine innere Erregung sehr deutlich und fast schmerzlich verspürte.

Am Rande des Weges stand gedrängt französisches Gesindel. Bismarck ritt dicht an dieser Bande entlang, und ich bemerkte, daß er sehr wohl erkannt wurde. „Voilà, Bismarck, c'est lui!" schrie manche Stimme, und ich sah viele Blousenmänner, die, so rasch es anging, voranliefen, um den gehaßten Gegner nochmals

Digitized by Google

vorbeipassieren zu sehen. Mir wurde bange um ihn. Ich drängte mein Pferd möglichst zwischen ihn und die Menge und paßte genau auf, ob nicht ein Revolver oder Dolch blitzen werde. Am Arc de Triomphe wurde das Gedränge immer ärger, so daß wir zum Stillhalten kamen. Da wendete Bismarck in eine Nebenstraße ein, seine Herren begleiteten ihn, und als ich ihn in der Richtung nach Versailles zu unbehelligt forttraben sah, wandte ich mich zurück und durchritt den ganzen Raum der Elysäischen Felder, welcher allein den deutschen Heeren eingeräumt worden war."

Nach Sedan hatten auch die Konservativen das Bedürfnis gefühlt, die Grundlagen zu einer neuen deutschen konservativen Partei zu legen. Zu diesem Behuf war M. von Blanckenburg bereits Ende September nach Berlin gekommen, um mit den extremen preußischen Fraktionsgenossen zu verkehren. „Ich wäre beinahe" — schreibt derselbe am 24. September 1870 dem Kriegsminister Roon — „nach München gefahren, um Anknüpfungspunkte zu suchen — indeß sagten wir uns, daß es unthunlich sei, hinter Bismarck's Rücken und ohne dessen Aufträge an Delbrück zu kennen in Bayern anzubinden" [1]).

Als die Konservativen über die Basis der Neuorganisation des Reichs in geheimen Beratungen sich geeinigt hatten, hatte Blanckenburg mit Wagener, Lasker, Forckenbeck und Unruh eine Konferenz. Das Resultat übersandte der Abgeordnete Geheimrat Hermann Wagener in einem Promemoria an Bismarck, damit dieser genau erfahre, „was die Konservativen, soweit er mit denselben rechnen mußte, und die Nationalliberalen denken." Diese letzteren kamen aus München und Stuttgart und berichteten blaue Wunderdinge! Alles sei bereit zum Eintritt, es käme nur auf Bismarck an. —

Es fehlte nicht viel, und der Reichstag wäre nach Versailles berufen worden. Bismarck lancierte diesen Gedanken zuerst am 29. Oktober 1870 [2]). Am folgenden Tage wurde dieser Gedanke von dem Kanzler bereits ausführlich besprochen und erwogen, ob wohl auf den Einwand Delbrück's der Ständesaal von Versailles für eine so große Versammlung Raum genug bieten würde. Am 4. November 1870 faßte Bismarck auch die Berufung des Zollparlaments nach Versailles ins Auge; der Gedanke wurde aber bald fallen gelassen. Dafür berief er Ende Oktober 1870 drei Reichstagsmitglieder, für die Konservativen von Blanckenburg, für die Nationalliberalen von Bennigsen [3]), und für die Freikonservativen Dr. Friedenthal nach Versailles, um Vertreter der verschiedenen Gruppen der damaligen Reichstagsmehrheit über gewisse Fragen zu hören, welche damals gelegentlich des Abschlusses der Bundesverträge mit den deutschen Staaten einen Gegenstand der Verhandlungen bildeten.

Moritz von Blanckenburg kam am 26. Oktober 1870 in Versailles an, nachdem er einundsechzig Stunden lang mit dem Post-Courier Tag und Nacht gefahren

---

[1]) Graf Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 483.

[2]) M. Busch, Bd. I, S. 293, 299 und 314.

[3]) Über Bennigsen's Anwesenheit in Versailles vergl. M. Busch, Bd. I, S. 281, 293 und 294 und das „Tagebuch des Kaisers Friedrich" unterm 18. Oktober 1870.

Digitized by Google

war. Zu seinen Ehren veranstaltete der Kriegsminister von Roon einige kleine Diners, woran auch Bismarck teilnahm.

Am 31. Oktober kam es bei einem solchen Diner zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung zwischen Roon und einem der Gäste, der dem Kriegsminister lebhafte Vorwürfe wegen der Verschleppung des Bombardements machte. Der Angegriffene blieb ihm nichts schuldig. Bismarck, der an diesem Tage auch bei Roon war, versuchte die Sache wieder auszugleichen, aber es wurde nur ein höflicher Waffenstillstand geschlossen [1]).

Über die Aussichten der Versailler Verträge im Reichstage, insbesondere des mit Bayern abgeschlossenen Vertrages, muß Delbrück nach Versailles überaus pessimistische Nachrichten gesandt haben. Für den Fall, daß der Fortschritt und die Nationalliberalen die Abmachungen mit den süddeutschen Staaten wirklich ablehnen sollten, stand Bismarck's Entschluß fest, den Reichstag aufzulösen. „Dann wird die Fortschrittspartei bei den Neuwahlen noch kleiner werden, und von den Nationalliberalen werden auch einige nicht wiederkommen" [2]) (29. November 1870). Ein paar Tage später (2. Dezember) gab er seiner Befürchtung darüber Ausdruck, der Reichstag möchte den Vertrag mit Bayern, wenn auch nicht verwerfen, doch abändern. „Die Leute ahnen nicht" — bemerkte Bismarck, die Konsequenzen eines solchen Vorgehens beleuchtend — „was die Lage ist." —

Die Art, wie die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde vor den Reichstag gebracht wurde, fand den Beifall Bismarck's nicht. „Es mußte bei dieser Sache eine wirksamere Mise en scène stattfinden. Es hätte einer auftreten müssen, um seiner Unzufriedenheit mit den bayerischen Verträgen auszusprechen. Es fehlte dies, und es mangelte jenes. Dann mußte er sagen: ja, wenn sich ein Äquivalent für diese Mängel gefunden hätte, etwas worin die Einheit ausgesprochen wäre, das wäre was Andres, und nun mußte man den Kaiser hervorziehen." —

Im Dezember 1870 beschloß der Reichstag, eine Adresse desselben in Versailles durch eine Deputation von Reichstagsabgeordneten überreichen zu lassen. Am 14. Dezember sprach man am Tische des Kanzlers davon, daß die Reichstagsdeputation bereits in Straßburg angelangt sei, und in ein paar Tagen in Versailles eintreffen werde. „Da müssen wir doch endlich auch daran denken" — äußerte der Kanzler — „was wir ihnen antworten wollen. Simson wird das übrigens wohl thun. Der hat solche Sachen schon mehrmals mitgemacht, bei der ersten Kaiserdeputation, dann auf der Hollenzollernburg. Er spricht geschickt, spricht gern und gefällt bei solchen Gelegenheiten" [3]). Am 16. Dezember meldete sich der Präsident Simson bereits um 10 Uhr morgens bei Bismarck, der ihn wohl über die Abneigung des Königs, die Reichstagsdeputation vor Eingang aller fürstlichen

---

[1]) Denkwürdigkeiten des Kriegsministers Grafen von Roon, Bd. II, S. 497. Als Blanckenburg von Versailles nach Berlin zurückkam, und mit Wagener und „einem Haufen Freikonservativer" gesprochen hatte, sah er schwarz, und fürchtete eine „Verlaskerung des ganzen Reichstags".

[2]) M. Busch, Bd. II, S. 45 und 62, Äußerung Bismarck's über den radikalen Charakter der Berliner Wahlen, Bd. I, S. 311.

[3]) M. Busch, Bd. II, S. 97, 122, 137, 140 und 141.

Digitized by Google

Zustimmungsbriefe zur Herstellung der Kaiserwürde zu empfangen[1]), verständigte. Diese Briefe waren erst an den König von Bayern gegangen, der sie dem Könige von Preußen zuschickte. Telegraphisch hatten die deutschen Fürsten sich bereits alle zustimmend geäußert, nur Lippe schien noch nicht mit seinen Bedenken ins Reine gekommen zu sein. Man glaubte, es würden infolge dieser Verzögerung ein Paar von den Mitgliedern der Deputation erkranken müssen.

Erfreulicherweise trafen die fürstlichen Zustimmungsbriefe in den nächsten Tagen ein, sodaß der feierliche Akt am Sonntag den 18. Dezember vor sich gehen konnte. Da über denselben die Reichstagsverhandlungen keinen Aufschluß geben, so will ich hier den einzigen getreuen Bericht wiedergeben, welcher seiner Zeit im „Staatsanzeiger" erschien.

Gegen 10 Uhr versammelte sich vor der Schloßkapelle auf der „Place d'Armes", um das Denkmal Ludwigs XIV., der Kronprinz mit seinem Stabe, die Prinzen des Königlichen Hauses, die deutschen Fürsten, die Generäle und Offiziere, um Se. Majestät zu erwarten. Der König betrat, dem glänzenden Gefolge um wenige Schritte voran, die Kirche, nach allen Seiten den Gruß der versammelten Soldaten erwidernd, und nahm Platz zur Rechten des Altars, an seiner Seite die Prinzen und Fürsten. Die vordersten Reihen der linken Seite waren von den Abgeordneten eingenommen. Nach dem Gesang eines Militärchors: „Ehre sei Gott in der Höhe", und einem von der Militärmusik begleiteten Choral hielt Hof- und Divisions-Prediger Rogge aus Potsdam die Predigt, die auf die Bedeutung des Tages Bezug nahm.

Die Überreichung der Adresse fand um 2 Uhr in dem großen Empfangssaale der Präfektur statt. Auf den Korridoren, welche die Eintretenden passieren mußten, versahen Mannschaften von der Stabswache des großen Hauptquartiers die Ehrenposten. Eingeladen waren die Fürsten mit den höchsten Chargen ihrer persönlichen Umgebung, der Bundeskanzler, die Generäle, die höheren Beamten des Königlichen Hofstaates.

Se. Majestät nahm am Ende des Saales Platz. Zur Rechten standen Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, die Prinzen Karl und Adalbert von Preußen, die Großherzöge von Baden, Sachsen und Oldenburg, die Herzöge von Koburg und Meiningen, der Prinz Wilhelm von Württemberg, die Erbgroßherzöge von Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg, der Herzog Eugen von Württemberg, der Erbprinz von Hohenzollern. Es folgten die Generäle von Roon, von Podbielski, von Blumenthal, von Hindersin, von Kirchbach u. a. General Graf von Moltke hatte sich den Deputierten angeschlossen, die in der Mitte des Saales vor Sr. Majestät Aufstellung genommen hatten. Zur Linken

---

[1]) Dem Tagebuch des Kaisers Friedrich zufolge (Eintrag vom 16. Dezember 1870) wollte der König nichts vom Empfang der Abgeordneten hören, „doch lebt er sich mehr in die Sache ein; schlimm ist, daß gerade jetzt Bismarck fußleidend ist." 17. Dezember 1870. „Ich höre vom Hofmarschall des Prinzen Karl, daß morgen bei Sr. Majestät Diner für die Reichstagsabgeordneten. Bismarck sagt, der König wolle sie vorher empfangen; lange Unterhaltung mit Simson, der korrekt und logisch."

Digitized by Google

Sr. Majestät des Königs stand der Bundeskanzler, die Herren vom Civil- und Militärkabinet, die Flügel-Adjutanten, der Hofstaat.

Tiefe Stille herrschte, als der Präsident Dr. Simson die Feierlichkeit mit der folgenden Ansprache an Se. Majestät eröffnete:

Allerdurchlauchtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Königliche Majestät haben huldreich gestattet, daß die von dem Reichstage des Norddeutschen Bundes am 10. d. M. beschlossene Adresse Allerhöchstdenselben in Ihrem Hauptquartier zu Versailles überreicht wird.

Dem Beschluß der Adresse war die Zustimmung zu den Verträgen mit den deutschen Südstaaten und zu zwei Verfassungsänderungen voraufgegangen, mittelst deren dem künftigen deutschen Staat und seinem höchsten Oberhaupt Benennungen gesichert werden, auf denen die Ehrfurcht langer Jahrhunderte geruht, auf deren Herstellung das Verlangen des deutschen Volkes sich zu richten niemals aufgehört hat.

Ew. Majestät empfangen die Abgeordneten des Reichstags in einer Stadt, in welcher mehr als ein verderblicher Heereszug gegen unser Vaterland ersonnen und ins Werk gesetzt worden ist. Nahe bei derselben sind — unter dem Druck fremder Gewalt — die Verträge geschlossen, in deren unmittelbarer Folge das Reich zusammenbrach.

Und heute darf die Nation von eben dieser Stelle her sich der Zusicherung getrösten, daß Kaiser und Reich im Geist einer neuen lebensvollen Gegenwart wieder aufgerichtet und ihr, wenn Gott ferner hilft und Segen giebt, in beidem die Gewißheit von Einheit und Macht, von Recht und Gesetz, von Freiheit und Frieden zu teil werden.

Ew. Majestät wollen geruhen, den Befehl zu erteilen, daß der Wortlaut der Adresse verlesen und die Urkunde in Ew. Majestät Hände gelegt werde.

Nachdem Se. Majestät Allerhöchstihre Zustimmung gegeben, verlas der Präsident Dr. Simson die Adresse, welche auf Pergament geschrieben, in rotem Einband eingeschlossen, Sr. Majestät überreicht und von Allerhöchstdemselben dem Flügel-Adjutanten Grafen Lehndorff eingehändigt wurde. Se. Majestät der König verlasen darauf die folgende

Allerhöchste Erwiderung an die Deputation des Reichstags.

Geehrte Herren!

Indem ich Sie hier auf fremdem Boden, fern von der deutschen Grenze, empfange, ist es Mir das erste Bedürfnis, Meiner Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung Ausdruck zu geben, deren wunderbare Fügung uns hier in der alten französischen Königsstadt zusammengeführt.

Gott hat uns Sieg verliehen in einem Maße, wie Ich es kaum zu hoffen und zu bitten wagte, als Ich im Sommer dieses Jahres zuerst Ihre Unterstützung für diesen schweren Krieg in Anspruch nahm.

Digitized by Google

Diese Unterstützung ist mir in vollem Maße zu Theil geworden, und Ich spreche Ihnen den Dank dafür aus in Meinem Namen, im Namen des Heeres, im Namen des Vaterlandes. Die siegreichen deutschen Heere, in deren Mitte Sie Mich aufgesucht haben, fanden in der Opferwilligkeit des Vaterlandes, in der treuen Theilnahme und Fürsorge des Volkes in der Heimath, in der Einmüthigkeit des Volkes und des Heeres ihre Ermuthigung in schweren Kämpfen und Entbehrungen.

Die Gewährung der Mittel, welche die Regierungen des Norddeutschen Bundes noch in der eben geschlossenen Session des Reichstags für die Fortsetzung des Krieges verlangten, hat Mir einen neuen Beweis gegeben, daß die Nation entschlossen ist, ihre volle Kraft dafür einzusetzen, daß die großen und schmerzlichen Opfer, welche Mein Herz wie das Ihrige tief bewegen, nicht umsonst gebracht sein sollen, und die Waffen nicht aus der Hand zu legen, bis Deutschlands Grenze gegen künftige Angriffe sicher gestellt ist.

Der Norddeutsche Reichstag, dessen Grüße und Glückwünsche Sie Mir überbringen, ist berufen gewesen, noch vor seinem Schluß zu dem Werke der Einigung Deutschlands entscheidend mitzuwirken. Ich bin demselben dankbar für die Bereitwilligkeit, mit welcher er fast einmüthig seine Zustimmung zu den Verträgen ausgesprochen hat, welche der Einheit der Nation einen organischen Ausdruck geben werden.

Der Reichstag hat, gleich den verbündeten Regierungen, diesen Verträgen in der Ueberzeugung zugestimmt, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unsern süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses, bemessen und dargeboten worden sind. Ich hoffe, daß die Vertretungen der Staaten, denen jene Verträge noch vorzulegen sind, ihren Regierungen auf dem betretenen Wege folgen werden.

Mit tiefer Bewegung hat Mich die durch Se. Majestät den König von Bayern an Mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten Deutschen Reichs erfüllt. Sie, meine Herren, bringen Mir im Namen des Norddeutschen Reichstags die Bitte, daß Ich Mich dem an Mich ergehenden Rufe nicht entziehen möge.

Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht Mein eigenes Gefühl, auch nicht Mein eigenes Urtheil Meinen Entschluß bestimmen kann.

Nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf.

Digitized by Google

Es wird Ihnen wie Mir zur Genugthuung gereichen, daß ich durch Se. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständniß aller deutschen Fürsten und freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht.

Nach beendeter Rede schritt Se. Majestät auf den Präsidenten Dr. Simson zu, begrüßte ihn auf das huldvollste und kündete ihm die Verleihung des Sterns zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse an. Se. Majestät reichte dann allen Mitgliedern die Hand, und sprach mit jedem einige Worte. Ein Hoch des Präsidenten auf Se. Majestät den König Wilhelm, den obersten Feldherrn des deutschen Heeres, schloß die Feier.

Simson blieb noch den folgenden Tag in Versailles und machte nach 2 Uhr mit Bismarck einen Ausflug zu Wagen. Dabei erzählte derselbe dem Kanzler, er sei das letzte Mal 1830 nach der Juli-Revolution in Versailles gewesen. Bismarck dachte, Simson würde sich für den Park und die hübschen Aussichten in ihm interessieren. Aber er zeigte nichts davon. Nun, vielleicht waren ihm an der Seite des Gründers des Reichs andre Gedanken mehr am Herzen als der Sinn für landschaftliche Schönheiten. Die Anwesenheit der Reichstags-Deputation in Versailles gab Bismarck auch Veranlassung, seinen Klagen über die Verzögerung des Bombardements von Paris Ausdruck zu geben. Dem Kanzler wäre es erwünscht gewesen, wenn diese Frage im Reichstag im Wege einer Interpellation zur Sprache gebracht worden wäre. Das Nähere hierüber und ein höchst charakteristisches Gespräch, das Bismarck darüber mit dem Abgeordneten Weigel führte, findet man in den Erinnerungen des Abgeordneten H. V. von Unruh, deren Publikation in der „Deutschen Revue“ im Gange ist. —

Am 28. Januar 1871 zählte zu den Tischgästen Bismarck's der Abgeordnete von Dietze-Barby[1]). Als derselbe in das Haus des Kanzlers in Versailles eintrat, kam der letztere gerade die Treppe herab und freute sich lebhaft über die Ankunft des bekannten Gesichts. Er habe augenblicklich wichtige Geschäfte, sagte er zu Dietze, rechne aber darauf, denselben bei Tisch zu sehen. Bismarck's Diener Engel riet Dietze, sich vorher zu stärken, denn der Anfang des Diners könne leicht Aufschub erhalten. Es war der Tag, da Jules Favre die Kapitulation unterzeichnete und mit mehreren Offizieren der Gast des Kanzlers war.

Über Dietze bemerkte Bismarck einmal in Versailles: „Der ist doch der liebenswürdigste Mensch, den ich kenne, sein Haus ist das gastfreieste und behaglichste, in dem ich je gewesen bin. Gute Jagd, vortreffliche Verpflegung und eine allerliebste, scharmante Frau. Er zeigt so recht die natürliche, angeborene Herzlichkeit — politesse du coeur — nichts Anerzogenes. Wie anders ist eine Jagd bei ihm[2]), der ohne Gewehr mitreitet und sich freut, wenn seine Gäste recht viel schießen, als eine gewisse andre Jagd, wo es für selbstverständlich gilt,

[1]) Vergl. S. 49.

[2]) Am 27. Dezember 1871 begab sich Bismarck nach Barby, jagte daselbst am 28. und 29. und erlegte 315 Hasen.

Digitized by Google

daß der Herr des Gutes das Meiste schießt, und wo es schlechte Laune und schlechte Behandlung der Diener giebt, wenn es nicht so kommt."

Die Urteile Bismarck's über andre Abgeordnete aus der Zeit seines Versailler Aufenthaltes waren stets treffend, aber für den Betroffenen nicht immer schmeichelhaft. Waldeck[1]), der Führer und Abgott der Fortschrittsdemokraten, wurde von Bismarck während des deutsch-französischen Krieges einmal wie folgt charakterisiert: „Ähnliche Anlage wie Favre, immer konsequent, prinzipientreu, fertig mit seiner Ansicht und seinem Entschlusse von vornherein; dazu stattliche Gestalt, weißer, ehrwürdiger Bart, Phrase im Brustton der Überzeugung auch in Kleinigkeiten — das imponierte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Überzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glase stecke (wir waren eben beim Thee), und proklamierte, daß jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung."

Auch die Haltung des Generals von Steinmetz[2]) im Reichstag gefiel Bismarck nicht. Die Tapferkeit gestand er ihm zu, aber er bezeichnete ihn als eigenwillig und über die Maßen eitel. Im Reichstag — so erzählte Bismarck am 21. August 1870 während des französischen Feldzuges — halte er sich immer in der Nähe des Präsidentenstuhles auf und stehe, damit man ihn hübsch sehen könne. Auch kokettiere er, indem er fleißig aufpasse und sich auf ein Papier Notizen mache. „Er denkt dabei" — so schloß diese kleine Charakteristik — „daß die Zeitungen davon Notiz nehmen und seinen Eifer loben werden." Bismarck irrte durchaus nicht; die Presse hatte, wie gewöhnlich, was gewünscht und erstrebt wurde, zur Genüge gethan[3]).

Als im November 1870 bei Tisch die Möglichkeit erwähnt wurde, daß der Papst in Deutschland Aufenthalt und Zuflucht finden könne, setzte Bismarck hinzu: „Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf. . . . Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung[4])." Nach Mallinckrodt's Tode wurde vom damaligen Reichskanzler die Äußerung berichtet: „Das Rennen zwischen der ultramontanen und der nationalen Partei steht jetzt; bisher war das Centrum gerade um die Länge Mallinckrodt's voraus[5])."

---

[1]) Waldeck, Benedict Franz Leo, Dr. jur. Geb. 31. Juli 1802 zu Münster. Seit 1846 Geheimer Ober-Tribunalsrat in Berlin. 1848 an vier Stellen zur Nationalversammlung gewählt; zur 2. Kammer in 2 Berliner Wahlbezirken gewählt und Mitglied der äußersten Linken. Nach ihrer Auflösung ward Waldeck 16. Mai 1849 verhaftet und mußte 6 ½ Monate Untersuchungshaft in der Hausvogtei zubringen; bei seiner glänzenden Freisprechung am 3. Dezember 1849 erklärte der Staatsanwalt selbst die Beschuldigungen für Produkte eines Bubenstückes. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1861, 1862—1869, des konstituierenden und des ordentlichen Reichstags 1867—1869. Verstorben 12. Mai 1870.

[2]) Vergl. S. 84.

[3]) M. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 46.

[4]) Busch I, S. 338.

[5]) Vergl. die „Tribüne" vom 4. Juni 1874.

Digitized by Google

Als Vogel von Falckenstein während des deutsch-französischen Krieges den Abgeordneten Jacoby als franzosenfreundlich demonstrierenden Sozialdemokraten hatte verhaften lassen, und Bismarck sich bei ihm vergeblich für dessen Freigebung verwendet hatte, sagte letzterer: „Wenn er ihn als Rhinozeroskotelett gegessen hätte, meinethalben, aber einsperren — da hat er nichts als einen alten, dürren Juden."

In den letzten Tagen seines Versailler Aufenthalts richtete Bismarck an die polnische Landtagsfraktion, zu Händen des Abgeordneten Dr. Szuman nachstehendes Schreiben:

„Ich erlaube mir, Ihnen und allen Denen, welche die Vorstellung an mich vom 11 cr. unterschrieben haben, zu antworten, daß die deutsche Administration von Elsaß und Lothringen Ausweisungen nur insoweit verfügt hat, als sie die militärischen Rücksichten für geboten erscheinen ließen. — Es ist mir bis dahin nicht bekannt, daß unter den Ausgewiesenen sich auch preußische Unterthanen befinden, mögen sich dieselben nur unseren Behörden anvertrauen, und dieselben werden ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften bereitwillig Schutz gewähren.

Bismarck.

VIII. Abschnitt.

Die I. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags.

(21. März 1871 bis 25. Juni 1873)[1].

Die Reichstagswahlen vom 3. März 1871 trugen das deutliche Gepräge des hohen nationalen Aufschwungs jener großen Tage. Die liberalen Mittelparteien nahmen zusammen von 382 Mandaten 150 in Besitz (120 Nationalliberale, 30 von der „liberalen Reichspartei"), mit den 38 Mitgliedern der ihnen sehr nahestehenden „deutschen Reichspartei" (den Freikonservativen) sogar 188, also nahezu die Mehrheit. Diese wurde aber in den allermeisten Beschlüssen und Entscheidungen ergänzt durch den größten Teil der 50 Stimmen zählenden Konservativen, manchmal sogar durch die Mehrheit der 44 Abgeordneten der Fortschrittspartei. Die reine Opposition hatte bei den Wahlen schlechte Geschäfte gemacht. Sie zählte insgesamt nur 80 Stimmen, also nur ein Fünftel der Versammlung. Die Sozialdemokratie war von der Oberfläche des politischen Lebens nahezu hinweggefegt. Sie hatte insgesamt nur zwei Abgeordnete durchgebracht, Bebel und Schraps. Dagegen zählten zur unversöhnlichen Opposition

[1]) Es währte die I. Session der I. Legislatur-Periode des ersten deutschen Reichstags vom 21. März bis 15. Juni 1871, die II. Sesion vom 16. Oktober bis 1. Dezember 1871, die III. Session vom 8. April bis 19. Juni 1872, die IV. Session vom 12. März bis 25. Juni 1873.

Digitized by Google

der Däne Krÿger, drei Welfen und dreizehn Polen. Welfen und Polen bargen sich unter den Fittichen der neuen katholischen Partei, die hier zum erstenmal, 57 Mitglieder stark, auf der parlamentarischen Bildfläche des Deutschen Reichs erschien, unfraglich das unholdeste Erzeugnis dieser Frühlingstage, welche Kaiser und Reich zu schaffen vermocht hatten[1]).

Der erste deutsche Reichstag brachte eine große Zahl neuer Parlamentarier nach Berlin, die weder dem Zollparlament noch dem Reichstag des Norddeutschen Bundes angehört hatten.

Aus der nächsten Nähe des Kanzlers war in den Reichstag der damalige Geheime Legationsrat Robert von Keudell eingetreten[2]). Seine erste Frau, geb. von Patow, besaß als Erbteil von mütterlicher Seite das jetzt Herrn von Keudell gehörige Gut Hohenlübbichow im Kreise Königsberg in der Neumark. 1870 war einer der beiden Landtags-Abgeordneten dieses Kreises Eugen Richter. Als im Oktober durch eine von Versailles aus gegebene Bestimmung die Abgeordneten ausgelost worden waren, kam Herrn von Keudell der Gedanke, die Stimmen einiger seinem altliberalen Schwiegervater befreundeten Personen mit denen der Konservativen auf sich zu vereinigen[3]), um Eugen Richter zu schlagen, was dann auch geschehen ist. Den Urlaub zur Wahlreise in den Kreis, den Keudell noch nie betreten hatte, erhielt derselbe leicht, und ohne daß der Chef dabei etwas andres ausgesprochen hätte als den Wunsch, das Vorhaben seines vortragenden Rates möge gelingen. Nachdem Keudell mit geringer Majorität bei der Abgeordnetenwahl durchgekommen war, wurde derselbe im März 1871 in demselben Kreise für den Reichstag als Kandidat aufgestellt und gewählt, ohne daß er nötig gehabt hätte, sich seinen Wählern noch einmal persönlich vorzustellen.

Keudell hat wegen seiner im Herbst 1872 erfolgten Ernennung zum Gesandten in Konstantinopel nur die beiden Frühjahrs-Sessionen 1871 und 1872 mitgemacht und sich der Amtsgeschäfte wegen an den parlamentarischen Vorgängen nur wenig beteiligen können.

Niemals hat der Reichskanzler demselben in bezug auf schwebende parlamentarische Fragen einen Auftrag erteilt. Er war nur zufällig zugegen, als Keudell am 17. April 1882 im Reichstag eine längere Rede hielt, um den Vereinsgesetz-Entwurf von Schulze-Delitzsch zu Falle zu bringen, was auch unter Mithilfe Lasker's gelang.

---

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 14.

[2]) von Keudell, Robert, Wirkl. Geh. Rat und Gutsbesitzer zu Berlin. Geboren am 27. Februar 1824 zu Königsberg i. Pr.; evangelisch. Gerichtsassessor 1850, Regierungsassessor in Potsdam 1851, Oberpräsidialrat in Breslau 1858, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 1863 bis 1872, Gesandter in Konstantinopel 1872, in Rom 1873, Botschafter 1876, in vorläufigen Ruhestand getreten 1887. Abgeordneter für Königsberg (N.-M.) auch im Landtage 1871—72, später Mitglied des Reichstags von 1888 bis 1893.

[3]) Vergl. auch M. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 318 (Eintrag vom 5. November 1870).

Digitized by Google

In dieser Rede Keudell's ist die Ansicht zum Ausdruck gekommen, der Staat sei die einzige Macht, die berufen und befähigt ist, Organisationen zu schaffen, um die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig zu wahren (Stenograph. Ber. S. 79): „Ich wünsche und hoffe, daß unsere höchsten Staatsbehörden, mit denen ja die Parlamente in diesem Falle auf das innigste zusammen zu wirken berufen sein werden, sich der herantretenden Aufgabe in Deutschland gewachsen zeigen werden, und daß es gelingen wird, auf diese Weise die drohenden Gefahren zu bannen."

Der Reichskanzler, welcher die Rede Keudell's mit Interesse verfolgt hatte, bemerkte nachher zu demselben: „Ihre Andeutung über die Staatshilfe wird sich schwerlich erfüllen". Aus dieser Äußerung muß man schließen, daß damals noch kein Gedanke an die drei sozialpolitischen Gesetze in seiner Seele ruhte, welche die Nachwelt dereinst als eine seiner größten Thaten preisen wird[1]).

Unter den Neugewählten befand sich auch der Abgeordnete von Helldorff[2]), nachmals viele Jahre hindurch der Führer der Konservativen. Helldorff sah Bismarck zum erstenmal in Wetzlar, und zwar am 10. August 1867, wo ersterer Landrat war, als der Ministerpräsident den Ort mit der Eisenbahn passierte. Bismarck, welcher von Herrn von Keudell begleitet war, hatte das Mißgeschick, daß ihm beim Verlassen des Zuges auf ein Haar die Hand an der Thür des Koupees gequetscht wurde[3]), so daß das erste Wort, welches Helldorff von Bismarck zu hören bekam, ein kräftiger Fluch desselben war.

Während der ersten Legislatur-Periode des Reichstags (1871—1874) knüpfte Helldorff die ersten persönlichen Beziehungen mit Bismarck an. Zu geschäftlichen Verhandlungen kam es damals noch nicht. Helldorff zählte noch zu den jüngeren Abgeordneten, denen es nicht zustand, die brennenden Fragen mit den Ministern zum Austrag zu bringen.

---

[1]) Über die Vielseitigkeit Keudell's, seines neuen Kollegen im Reichstag, hatte Dr. Braun-Wiesbaden zur Zeit des französischen Krieges geschrieben: „Herr von Keudell ist nicht nur Diplomat, sondern auch Soldat. Er nimmt sich mit seinem frischen und kräftigen Gesicht, den schon etwas ergrauten, scheinbar gepuderten Haaren und dem hochblonden Schnurrbart in der Uniform als Landwehr-Kürassier-Offizier sehr stattlich aus und erinnert an seine Ahnen, welche als deutsche Ritter ausgezogen, um „Kultur nach Osten zu tragen". Er ist der Freund und Vertraute Bismarck's und zieht diese Stellung der ungleich glänzenderen einer auswärtigen Gesandtschaft vor. Wenn der Bundeskanzler der Riesenarbeit, der Schwierigkeit und der Verantwortlichkeit seiner Stellung, bei der die Hauptdiffikultäten keineswegs vorzugsweise auf der parlamentarischen Seite zu suchen sind, zu unterliegen droht, so ist es Herr von Keudell, der ihn durch sein musikalisches Talent und seine liebenswürdige Konversation neu zu beleben weiß. Herr von Keudell ist eine Künstlernatur. Alle Welt kennt ihn und alle Welt liebt ihn."

[2]) von Helldorff, Otto Heinrich, Rittergutsbesitzer, königlicher Kammerherr, Landrat a. D. auf Bedra bei Frankleben, Kreis Querfurt. Geboren zu Bedra 16. April 1833 (evangelisch). Mitglied des Reichstags von 1871—74 und 1876—81. Wahlkreis: Reg.-Bez. Merseburg 2. Deutsch-konservativ.

[3]) Über dieses Mißgeschick, das erfreulicherweise keine Folgen hatte, da Bismarck mit einer leichten Hautschürfung davonkam, vergl. die „National-Zeitung" 1867, Nr. 371, 1. Beibl. S. 1, Sp. 2 und Nr. 373, 1. Beibl. S. 1, Sp. 2.

Digitized by Google

Hannover entsandte in den Reichstag den gegenwärtigen kaiserlichen Botschafter Grafen Münster[1]), welcher mit Bismarck bereits am 7. August 1866 über die Frage verhandelt hatte, ob noch etwa die Krone von Hannover, sei es auch nur für den Kronprinzen, zu retten sei[2]).

Graf Münster war einer der ersten hochgestellten Hannoveraner, welche das fait accompli der Annexion des Königreichs durch Preußen anerkannten. Schon vor der Krisis war er davon überzeugt, daß es so, wie in Hannover regiert wurde, nicht weiter gehen könne.

Im Reichstag war Graf Münster für eine kräftige Ausdehnung der Centralgewalt. Man sagte ihm nach, er huldige geradezu unitarischen Tendenzen. Thatsache ist, daß er in seinen Anträgen mitunter weiter ging, als der Reichskanzler. Wäre es nach seinem Wunsche gegangen, so trügen heute alle Geldmünzen das Bildnis des Kaisers und nicht das der Landesherren. Graf Münster stellte einen entsprechenden Antrag im Reichstag, ohne sich mit Bismarck darüber vorher verständigt zu haben. Um so überraschender kam der Widerspruch, den Bismarck gegen diesen Antrag am 15. November 1871 erhob. Vor der Sitzung glaubte Graf Münster, weitaus der größte Teil des Reichstags stehe in dieser Frage hinter ihm. Als Bismarck sich dagegen erhoben hatte[3]), vereinigten sich nur ein Paar Stimmen auf den Münster'schen Antrag; darunter befand sich merkwürdigerweise die des Prinzen Wilhelm von Baden, des Bruders des regierenden Großherzogs von Baden. Auch in der Jesuitenfrage[4]) war die

[1]) Graf zu Münster, Georg Herbert, auf Derneburg bei Hildesheim in Hannover, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in Paris, evang.-luth., geb. den 23. Dezember 1820 zu London, wohnhaft zu Paris bezw. Derneburg; berufen in das preußische Herrenhaus durch Allerhöchsten Erlaß vom 16. November 1867. 1856—1864 hannoverscher Gesandter in Petersburg. Seit 1856 Mitglied der ersten Kammer des Königreichs Hannover, während des Ministeriums Borries in der Opposition.

[2]) Vergl. die Schrift des Grafen Münster „Mein Anteil an den Ereignissen des Jahres 1866 in Hannover".

[3]) Gegen den Antrag Münster erhob sich zunächst der württembergische Minister von Mittnacht, dann aber auch Fürst Bismarck mit den Worten: „Wenn es sich um Interessen des Reiches handelte, durch die seine Einheit, seine Festigkeit, sein Vorteil bedingt sind, so würde ich keine Rücksicht kennen. In dieser Frage aber einen politisch in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Giebt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum Reiche als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Seine Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der andern Seite das kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein?! . . . Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Regierungen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wem dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen sehr sorgfältig rechnen, sie fallen sehr schwer ins Gewicht . . . Mein Gefühl, als ich nach allen schwierigen Verhandlungen diesen Antrag sah, war, ich hoffe, nicht ganz so ohnmächtig wie Archimedes, zu sagen: Noli turbare circulos meos!"

[4]) Die dritte Lesung des Jesuitengesetzes erfolgte am 19. Juni 1872. Der Bundesrat erteilte die Genehmigung am 25. Juni 1872. Der Abgeordnete Hermann Wagener war in der Jesuitengesetzfrage besonders thätig; er hielt damals eine Rede, die Feuer und Flamme war.

Digitized by Google

Stellung des Grafen Münster von der des Fürsten Bismarck abweichend. Graf Münster sah in dem Vorgehen gegen die Jesuiten den Vorläufer des Kulturkampfes, und vereinigte sich darum mit Lasker und von Blanckenburg zu anderweitigen gesetzgeberischen Vorschlägen.

Graf Münster kam damals mit dem Fürsten Bismarck vielfach zusammen; er war wiederholt sein Gast bei Tisch und sein Gesellschafter beim Ausreiten. Ihm schien es bedauernswert, daß der Kanzler mit den Parteien überhaupt und speziell mit der freikonservativen damals keine rechte Fühlung nehmen wollte.

Zu Anfang der siebziger Jahre hob sich aus der großen Zahl der Nationalliberalen mehr und mehr der Abgeordnete Wehrenpfennig[1]) hervor, welcher den Fürsten Bismarck schon von den parlamentarischen Gesellschaften her kannte, zu geschäftlichen Unterredungen aber erst herangezogen wurde, seitdem er im Jahre 1872 die Leitung der „Spener'schen Zeitung" übernommen hatte. Das Blatt war dem Kanzler wichtig, weil der Kaiser Wilhelm es regelmäßig las; deshalb ließ Bismarck den Abgeordneten Wehrenpfennig häufig durch Kanzleidiener rufen, um ihm seine Wünsche wegen der Behandlung gewisser politischer Fragen in dieser Zeitung mitzuteilen. Artikel schrieb Bismarck für die „Spener'sche Zeitung" nicht; er schickte Wehrenpfennig auch keine solchen zu; kleine Notizen über ganz spezielle Fragen abgerechnet, welche von Ägidi kamen. „Bedenken Sie" — sagte Bismarck zu Wehrenpfennig — „daß Sie Ihre Artikel für den Kaiser schreiben[2])." Das Blatt hatte ehedem seine Hauptabonnenten unter den Pastoren; jetzt, da der alte Schlauch mit neuem Wein gefüllt wurde, gaben sie ihre Abonnements auf, und da neue nicht genügend hinzukamen, so sah sich Wehrenpfennig nach etwa 2 Jahren gezwungen, die Redaktion niederzulegen. Aber auch demnächst blieb derselbe in der Presse thätig. Er arbeitete mit dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Fr. Boettcher an der seit 1874 ins Leben gerufenen „Nationalliberalen Korrespondenz." Wenn Bismarck in der Folge mitunter in den nationalliberalen Blättern heftig angegriffen wurde, ließ er Wehrenpfennig kommen, um ihm seine gravamina vorzutragen. Wehrenpfennig konnte dann einwenden, daß er zwar mittelst der Korrespondenz die nationalliberalen Blätter mit Artikeln versehe, daß er aber nicht in jeder einzelnen Redaktion sitze, und deshalb die Verantwortung für alle Angriffe auf Bismarck nicht übernehmen könne. Als Bismarck an-

---

[1]) Wehrenpfennig, Wilhelm, Dr. phil., vortragender Rat im preußischen Kultus-Ministerium. Geboren 25. März 1829 zu Blanckenburg in Braunschweig. Früher Lehrer am Joachimsthaler und Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium in Berlin. Unter dem Ministerium Auerswald-Schwerin bis Frühjahr 1862 Direktor des litterarischen Bureaus im Staatsministerium, wurde er beim Wechsel des Ministeriums zur Disposition gestellt. Seit 1863 Leiter der „Preußischen Jahrbücher", die er seit 1867 in Gemeinschaft mit Professor von Treitschke herausgab. 1872 bis Ende 1873 Chefredakteur der „Spener'schen Zeitung". Verfasser zahlreicher philosophischer und historischer Arbeiten. Seit 1868 Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Seit März 1869—1881 Mitglied des Reichstags.

[2]) Man beachte die wohl aus der Feder von Wehrenpfennig herrührende Schilderung über den Kompromiß in der Militär-Septennats-Vorlage in der „Spener'schen Zeitung" vom 11. April 1874.

Digitized by Google

fing, die konservative Partei empor zu bringen, hatte derselbe die Absicht, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" für die konservative Partei zu erwerben und seinen früheren vortragenden Rat im Staatsministerium Hermann Wagener an die Spitze des Unternehmens zu stellen. Wehrenpfennig riet hiervon ab. Die Person Wagener's sei zu ausgesprochen und würde die Haltung des Blattes sofort einen zu prononcierten Charakter annehmen. — Wehrenpfennig stimmte gegen die Getreidezölle, aber für den Zolltarif als Ganzes. Bismarck war es ganz erwünscht, daß Achenbach vor hatte, ihn für das Ressort des technischen Unterrichts im früheren Handelsministerium als vortragenden Rat zu gewinnen. Er empfahl Wehrenpfennig warm und freute sich über die Erfüllung seiner Wünsche (Ernennung zum Geheimen Rat 19. Oktober 1877)[1]. Von da ab hörten alle Beziehungen Wehrenpfennig's zu Bismarck auf. Wohl sprach er denselben noch auf parlamentarischen Gesellschaften, zu Verhandlungen mit demselben kam es aber nicht mehr.

Unter den neu gewählten Abgeordneten befand sich auch Georg von Bunsen[2]. Seit 1862 dem preußischen Abgeordnetenhause als Mitglied des linken Centrums angehörig, trat derselbe vor 1866 Bismarck nicht näher; später als Mitglied der nationalliberalen Partei besuchte er gleich seinen Fraktionsgenossen dessen Salon. Bei Gelegenheit einer parlamentarischen Soiree im Jahre 1869 trat Bismarck an Bunsen, den er vom Landtag her wohl kannte, heran, und erwartete, daß dieser ihn ansprach. Bunsen that dies, auf das Venenleiden anspielend, das dem Kanzler wohl Schmerzen bereite. Das Gespräch wandte sich alsbald auf das Verhältnis Bismarck's zu seinem Könige und auf die deutsche Gesinnung und Haltung des Königs von Württemberg. „Glauben Sie, Excellenz, daß auf ihn politischer Verlaß ist?" „Unbedingt" erwiderte Bismarck. „Mit der jüngeren Kategorie von Offizieren, wozu er zählt, ist er von deutschem Geiste durchdrungen. Kürzlich war in Ulm eine gemeinsame Übung der Bayern und Württemberger, wozu auch österreichische und französische Offiziere geladen waren. Dieselben wurden mit vollendeter Höflichkeit behandelt — aber damit war es auch zu Ende, während den preußischen Offizieren alles gesagt und alles gezeigt wurde. Die französischen Offiziere berichteten nach Paris über ihre Wahrnehmungen. Am Schlusse der technischen Berichterstattung schrieben sie ein paar politische Beobachtungen, die darin gipfelten, daß Württemberg im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich nicht mit den Franzosen gehen werde." Die Unterredung dauerte eine volle Stunde, so daß Bunsen nach Schluß derselben von den Abgeordneten förmlich belagert wurde, die alle wissen wollten, was Bismarck zu ihm gesagt habe.

---

[1]) Vergl. Karl Braun, Reichstagebuchblätter 1877, S. 56.

[2]) von Bunsen, Georg, Dr. phil. in Berlin. Geboren 7. November 1824 im preußischen Gesandtschaftshause auf dem Kapitol zu Rom (evangelisch). Vom Mai 1862—1879 unausgesetzt Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des norddeutschen Reichstags von 1867—1870 und des deutschen Reichstags von 1871—1874 und von 1876—1887, zuletzt der deutsch-freisinnigen Partei angehörig, vordem liberale Vereinigung, nationalliberal.

Digitized by Google

Das Verhältnis nach 1869 blieb ein leidliches, obwohl eine spätere Unterredung zwischen Bunsen und Bismarck nicht mehr erfolgte. Die ersten Spuren seiner Verschlechterung zeigten sich bei Gelegenheit der Beratung des von Bunsen im Reichstag mit Unterstützung fast aller Parteien eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Bildung eines Fonds aus der französischen Kriegskostenentschädigung zum Besten derjenigen Reservisten und Landwehrmänner, welche bei ihrer Heimkehr aus dem Kriege einer Unterstützung dringend bedürfen[1]).

Die Stellung dieses Antrags war nicht recht verständlich, da Bunsen wußte, daß sich der Reichskanzler schriftlich auf das entschiedenste gegen seinen Antrag erklärt hatte. Bunsen hatte die Frage dem Reichskanzler schriftlich unterbreitet und umgehend zur Antwort erhalten, daß er nicht geneigt sei, auf den Antrag einzugehen, weil es dem Reich an Organen zur Verteilung fehle, und weil diese Aufgabe kleine Kreise und Vereine zu erfüllen hätten. — Bunsen saß im Herrenhaus, wo der Reichstag eine Zeit lang tagte, Bismarck so nahe, daß er ihm fast auf die Finger sehen konnte. So sah Bunsen, wie Bismarck eine Bleiangabe für den Referenten auf dem Eingange auf einem Blättchen aufsetzte, und zweimal korrigierte, bis er die richtige Fassung hatte, die er dann auf die eingegangene Piece übertrug. So sehr war er sich im Laufe der Jahre der Tragweite jedes seine Unterschrift tragenden Wortes bewußt geworden.

Unter den in Preußen Wiedergewählten finden wir auch den Grafen Fred Frankenberg[2]).

Über die Entstehung des Kulturkampfes schreibt derselbe:

„Gleich zum Beginn der Beratungen des Reichstags, in welchem nicht nur der Kanzler, sein Schöpfer, sondern die ungeheure Mehrzahl des deutschen Volkes das sicherste Gebilde der Einigung und des festen Zusammenschlusses der Nation erblickte, sollte ein Kampf entbrennen, der den patriotischen Geist vergiftete, die kaum begründete Einheit zu zerstören drohte und die Leidenschaften wieder auferweckte, welche unschädlich unter der Asche glimmten, die der 30jährige Krieg auf sie gehäuft hatte. Der Kampf der römischen Partei in Deutschland entbrannte gegen das Deutsche Kaisertum, weil es nicht katholisch war. Die Centrums-Fraktion, welche Wurzeln geschlagen hatte in Deutschland, während die Blüte des Landes nur mit der Vertheidigung des Vaterlandes beschäftigt, jenseits des Rheins weilte und keine andre Politik trieb als Deutschlands Schutz und

[1]) Vergl. die Stenographischen Berichte des Reichstags vom 23. Mai 1871.

[2]) Vergl. S. 92. Derselbe schreibt über seine Neuwahl: „Ich war in den Reichstag gewählt mit 5428 Stimmen gegen einen demokratischen Gutsbesitzer in Grottkau, Herrn von Hönika, der es auf 1868 gebracht hatte. In Tillowitz bekam ich sämmtliche abgegebene 175 Stimmen." Am Abend der Reichstagseröffnung (21. März) konstituirte sich die frühere freikonservative Fraktion unter dem Namen „Deutsche Reichspartei". Der Vorstand wurde gebildet aus Graf Otto Stolberg-Wernigerode, Graf Münster, Generallieutenant von Wagner (ehemals württembergischer Kriegsminister), Dr. Friedenthal, Kanonikus Dr. Künzer; Schriftführer wurden ich und Kommerzienrath Stumm. Im Uebrigen blieb der Stamm der früheren Fraktion von 20 Mitgliedern derselbe.

Digitized by Google

Rettung, sie nutzte diese günstige Zeit wohl aus, „machte mobil" (wie Fürst Bismarck sich ausdrückte) und stand schlagfertig da, als Kaiser, Kanzler und Heere heimkehrten. Sie erfand für sich den echt deutschen Namen Centrum und ging sofort nicht als Mittelpartei, sondern als extreme Opposition los gegen Bismarck und das junge Reich.

Die Adresse, welcher alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken freudig zustimmten, gefiel nur dem Centrum und 2 oder 3 Demokraten nicht und es fertigte seine „eigene" Adresse an. Dann behagten ihm weder die Verträge mit den süddeutschen Staaten noch die Verfassung selbst und es schmückte dieselbe mit einigen Ornamenten von Grundrechten aus.

Ich konnte mich nicht enthalten, diesen Herren, welche unter der Fahne meiner Kirche zu streiten vorgaben, sofort als Katholik gegenüber zu treten und scharf mit ihren Führern aneinander zu gerathen.

Meine Jungfernrede im ersten Reichstag wurde entscheidend für meine ganze politische Stellung in den kommenden Jahren, des Kulturkampfes. Die Leidenschaft, mit welcher ich sofort von meinen Malteser Konfratres in Breslau angegriffen wurde, deren statutarische Pflichten ich soeben während 7 Monate als Armee-Delegirter so ganz schlecht nicht vertreten zu haben glaubte, zeigte mir, wohin die Dinge getrieben werden sollten. Meine Thaten galten nichts gegen meine Abstimmung zu Gunsten einer Adresse, aus welcher die Klerikalen eine Abweisung ihrer Ansprüche auf Wiedereinsetzung des Papstes in sein weltliches Königreich herauslasen, und meinen Widerstand, die Verfassung Deutschlands durch Einführung von Grundrechten gefährden zu lassen. Die Hetze ging los, und ein Jahr darauf waren nicht nur ich, sondern der uns von Rom gegebene Bailli Herzog von Ratibor aus dem Vorstande herausgedrängt und der Verein schlesischer Malteser gesprengt.

Der Kampf mit den „Vertretern der deutschen Katholiken", wie die Centrumsmitglieder sich titulirten, hielt mich selbstredend nicht ab, mich mit einer Frage eingehend zu beschäftigen, welche für alle Katholiken wichtig ist, mit der Garantie nämlich für die Souveränetät Sr. Heiligkeit des Papstes. Ich übergab dem Kanzler Mitte Mai 1871 ein Memoire, worin ich ihm Vorschläge unterbreitete, und er gestattete mir eine eingehende Unterredung darüber.

Ich erhielt hier wieder, was ich schon wußte, bekräftigt, daß der Kanzler nicht entfernt die Absicht hege, mit den Ultramontanen in Unfrieden zu geraten, aber daß er ihre Angriffe, wie in der Adreß- und Grundrechtsdebatte, wenn sie wiederholt würden, kräftig abweisen werde. Zwei Tage darauf sagte mir Herr von Keudell, er sei beauftragt, in meinem Sinne nach Rom zu schreiben, um das Terrain zu sondieren.

In jener Unterredung ermächtigte mich auch der Kanzler zu der Mittheilung, daß Kardinal Antonelli sich mißbilligend gegen den bayerischen Gesandten Grafen Tauffkirchen darüber ausgesprochen habe, daß die Centrumspartei es mit der Regierung verderbe, welche von allen gegen die Katholiken die gerechteste und unparteiischte sei, und welche ihnen volle Freiheit angedeihen lasse.

Digitized by Google

Als ich dies meinen Wählern gegenüber verkündigte, ging der Sturm los, und als der Kanzler in einem Schreiben an mich die Wahrheit meiner Behauptungen bestätigte, flogen alle Minen auf, bis der päpstliche Staatssekretär in sehr diplomatischer, aber wenig loyaler Weise sich selbst desavouirt hatte. Daß diese und viele nachfolgende Vorgänge die Verhandlungen zwischen Bismarck und Antonelli nicht förderten, versteht sich. Bismarck sagte mir kurz und scharf: „Die Centrumsmänner machen uns zu Italienern!" Eins der vielen „Verdienste" der Führer des Centrums um die Interessen der Katholiken ist es ganz unzweifelhaft, daß das Deutsche Reich zum Schutze der Souveränetät des Papstes nichts that."

Das oben erwähnte Schreiben Bismarck's an den Abgeordneten Grafen Frankenberg d. d. 19. Juni 1871 lautet:

„Ew. Hochgeboren beehre ich mich auf die von Ihnen unter dem 12. d. M. an mich gerichtete gefällige Zuschrift zu erwidern, daß die von Ihnen angeführte Thatsache einer Unterredung des Grafen Tauffkirchen mit dem Kardinal-Staatssekretär und einer von Letzterem dabei ausgesprochenen Mißbilligung des Vorgehens der s. g. Fraktion des Centrums begründet ist. Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reichs von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens enthalten hatten. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraktion, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Centrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der neuen Institutionen und die Pflege des inneren Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu; der parlamentarische Einfluß der Fraktion des Centrums fiel, welches auch die Ansichten der Führer der letzteren sein mögen, thatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Thätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heiligkeit dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reichs prinzipiell anfechten und negiren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des Deutschen Reichs in Rom unterrichtet[1]), damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speziellen Vertheidiger des römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heiligkeit des Papstes entspreche. Der Kardinal-Staatssekretär hat dem Grafen Tauffkirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde. Den Wortlaut der Äußerungen Sr. Exc. bin ich nicht berechtigt ohne spezielle Erlaubniß des Herrn Kardinals wiederzugeben; ich darf aber hinzufügen, daß Äußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Kardinal Antonelli in seiner gegen den Grafen Tauffkirchen

[1]) Zu vergl. die Depeschen Bismarck's an den Geschäftsträger Grafen von Tauffkirchen in Rom, d. d. 17. April 1871, 23. u. 30. Juni 1871, veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 27. März 1887, No. 145.

Digitized by Google

ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Centrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe[1]).

Infolge dieses Schreibens publizierte alsbald der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Ketteler, Bischof von Mainz[2]), folgenden an ihn gerichteten Brief des Kardinals Antonelli vom 5. Juni 1871: „Aus Ihrem Schreiben vom 28. Mai habe ich ersehen, daß durch die Gegner der Kirche in deutschen Zeitungen verbreitet wurde: es sei die Handlungsweise der katholischen Fraktion im deutschen Reichstag von mir getadelt worden. Daß dies geschehen, hat mich nicht wenig betrübt. Damit Sie aber deutlich und klar erkennen, wie die Sache sich zugetragen hat, will ich Ihnen mittheilen, daß ich auf Grund von Zeitungsnachrichten, welche im Allgemeinen berichteten, es sei von einigen Katholiken im Reichstag der Antrag eingebracht worden, sich der Angelegenheiten des apostolischen Stuhles anzunehmen, in einer Unterredung mit dem bayerischen Gesandten und zeitweiligen Geschäftsträger des Deutschen Reichs geäußert habe: ich erachte die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, nur für verfrüht. Es hätten dieselben nämlich dieser Absicht Folge gegeben bei Beratung der auf die kaiserliche Thronrede zu gebenden Antwort. Hieraus läßt sich ermessen, daß ich in jener Unterredung durchaus nicht das Bestreben der katholischen Abgeordneten getadelt habe, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, indem es durchaus nicht zweifelhaft sein kann, daß dieselben mitten unter den Versuchen, welche man gemacht hat, sie einzuschüchtern, jede geeignete Gelegenheit ergreifen würden, ihrer Gewissenspflicht zu genügen, wozu die Wahrung und die Verteidigung der Religion und der Rechte ihres Oberhauptes gehört."

---

[1]) Über die Reichstagssession 1872 schreibt der Abgeordnete Graf Frankenberg: „Die Wogen des Kulturkampfes gingen höher und höher, und trotzdem mein Kopf und Herz ganz und gar mit andern Dingen beschäftigt war, schrieb ich gerade in jenen Tagen, wo das Centrum die lang zurückgehaltene Kriegserklärung von Bismarck im Abgeordnetenhause provocirt und das Schulaufsichtsgesetz — das erste der Kulturkampfsgesetze — votirt war, eine kleine Broschüre „Ein Mahnwort an Deutschlands Katholiken". Ich versuchte noch einmal zu warnen vor dem unseligen, frevendlich von einer Schaar Fanatikern heraufbeschworenen Kampfe, und rief mit Redwitz' Worten:

Kann jeder nicht dem Vaterland
Und seiner Kirche treu ergeben sein?
O! nur nicht solcher Zwiespalt. Eintracht, Friede!

Mit welchem Hohne wurde dieses Mahnwort, welches mir aus tiefster Seele kam und das ich aus Pflichtgefühl hinausgesandt hatte, von der ultramontanen Presse verhöhnt und begeifert! Ich hatte mein Gewissen salvirt und sah, daß nichts zu retten war. Die Episode Kardinal Gustav Hohenlohe als Botschafter bei Pius IX. abgewiesen und das Jesuitengesetz bei Abschluß der Session, der ich nicht mehr beiwohnte, ließen den Stand der Dinge ganz klar erkennen, und ich war überfroh, die leidige Politik los zu werden."

[2]) Freiherr von Ketteler, Wilhelm Emanuel, Dr. theol., geboren 25. Dezember 1811. 1847 Pfarrer in Hopsten, 1848 Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt a. M., 1849 Propst in Berlin, 1850 Bischof von Mainz, gewählt 1871 in den Reichstag.

Digitized by Google

Der Bischof Freiherr von Ketteler stand bis zum Jahre 1871 zu Bismarck in keinem schlechten Verhältnis[1]). Am 1. Oktober 1870 hatte derselbe an Bismarck das später von ihm in einer Schrift „Die Centrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstage", Mainz 1872, S. 35, veröffentlichte Schreiben gerichtet, worin er demselben als eine der wohlthätigsten Maßregeln, um den konfessionellen Frieden in dem neugegründeten Deutschen Reiche zu pflegen und zu fördern, die Aufnahme der preußischen Verfassungsbestimmungen über das Verhältnis nicht bloß „der katholischen Kirche", sondern aller anerkannten christlichen Religionsgenossenschaften zum Staate, in die deutsche Reichsverfassung dringend empfahl. Auf dieses nach Versailles gerichtete ausführliche Schreiben erfolgte keine Erwiderung[2]).

Bei Eröffnung des Reichstags erlaubte sich Bischof von Ketteler bei einer Unterredung darauf zurückzukommen, ohne aber damit Glück zu haben[3]). Als das Gnesener Bistum vakant geworden war, bat Bismarck den Bischof Ketteler dringend, dasselbe zu übernehmen und doch der Lüge ein Ende zu machen, als ob die preußische Regierung die katholische Religion im Posenschen bekämpfe, wenn sie sich gegen den revolutionären Polonismus wende. Ketteler lehnte diese Berufung wegen mangelnder Kenntnis der polnischen Sprache ab, fuhr aber auch weiterhin fort, freundliche Beziehungen zum Kanzler zu unterhalten.

Die Entfremdung zwischen beiden Männern, die auf dem nationalen Gebiete viele Berührungspunkte hatten, soll vorzugsweise durch den Reichstagsabgeordneten von Savigny herbeigeführt worden sein[4]). Savigny[5]), der zu den Schul-

---

[1]) M. Busch „Unser Reichskanzler", Bd. I, S. 191.

[2]) Am 18. Februar 1871 überreichte Ketteler dem Kanzler in Versailles eine Adresse von 56 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses, durch welche der Kaiser zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes aufgefordert wurde.

[3]) Nach der „Vossischen Zeitung" vom 26. September 1882, No. 450, soll sich Bismarck an das Schreiben nicht mehr erinnert, aber erklärt haben, daß er gegen die Sache selbst und gegen den Versuch des Centrums, sie in dem Reichstag durchzusetzen, nichts zu erinnern habe, auch die Gründung der Centrumspartei sich gefallen lasse und sich nicht wundern würde, wenn dieselbe in der Folge eine Stärke von hundert Mitgliedern erreiche; er selbst aber könne die Sache nicht weiter unterstützen, da die Majorität des Reichstags dagegen sei und er die zahlreichen obwaltenden Schwierigkeiten nicht anders als mit dieser Majorität zu überwinden vermöge. Bischof von Ketteler hat sich über diese Erklärung niemals verwundert oder unzufrieden geäußert und in der Sache selbst keinen weiteren Schritt mehr gethan. Ueber eine Verhandlung mit Bismarck über weltliches Einschreiten gegen die Italiener hat Bischof von Ketteler niemals ein Wort gesprochen, wohl aber im Privatgespräch geäußert, daß ein kriegerisches Einschreiten gegen die Italiener der preußischen Regierung schon durch die Rücksicht auf die Protestanten, wenn nicht unmöglich, so doch im hohen Grade erschwert und niemals zu erwarten sei.

[4]) Ich folge in Nachstehendem der Darstellung von M. Busch „Unser Reichskanzler", Bd. I. S. 141 f.

[5]) von Savigny, Carl Friedrich, Wirklicher Geheimer Rat und Kammerherr zu Berlin, und auf Gut Trages bei Hanau. Geboren 19. September 1814 zu Berlin, wurde im elterlichen Hause (sein Vater war der Rechtslehrer v. S., seine Mutter die älteste Schwester Clemens Brentano's) erzogen; von 1839 ab Legationssekretär in London, Dresden, Lissabon, Haag und Paris, Geschäftsträger in Kassel, Gesandter in Baden, 1859 in Dresden, 1863 in Brüssel an den Ar-

Digitized by Google

und Jugendfreunden Bismarck's gehörte [1]), war dessen Feind geworden von dem Augenblicke an, wo er die Hoffnung aufgeben mußte, Bundeskanzler zu werden. Dieser Titel war in dem ursprünglichen Verfassungsentwurfe für den preußischen Präsidialbevollmächtigten zum Bundesrate gewählt worden an Stelle des im Bundestage üblich gewesenen Präsidialgesandten. Der Bundeskanzler sollte anfänglich nichts weiter sein als der stimmführende preußische Präsidialbevollmächtigte, der seine Instruktion vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten hätte. Diese Stellung wurde aber eine ganz andre, eine ministerielle, durch den bei der Verfassungsrevision im Reichstage angenommenen Zusatz, daß die Anordnungen des Präsidiums der Kontrasignatur des Bundeskanzlers bedürften. Nachdem dies in der That Gesetz geworden war, erklärte Fürst Bismarck Herrn von Savigny, daß nunmehr die Stelle des Bundeskanzlers, wenn sie nicht die eines selbständigen Ministers neben und über dem preußischen Minister des Auswärtigen sein solle, von ihm, Bismarck, selbst übernommen werden müsse. Savigny verschloß sich der Logik dieser Ansicht wahrscheinlich nicht, war aber der Meinung, daß der Ministerpräsident sich jenem Amendement des Reichstags hätte widersetzen müssen, während er es gar nicht bekämpft, ja vielleicht zu Tage gefördert habe. Daß letzteres nur die Pflicht eines nationalen Politikers war, leuchtete Savigny wohl nicht ein, namentlich dann nicht, wenn dadurch die für ihn in Aussicht genommene amtliche Stellung, deren Dienstwohnung er bereits bezogen hatte, hinfällig werden sollte. Das Anerbieten des Ministerpräsidenten, ihm die nachherige Delbrück'sche Stellung an der Spitze des Bundeskanzler-Amts mit dem Titel eines Vizekanzlers zu gewähren, blieb ab irato unbeantwortet und hatte nur das Verlassen der Dienstwohnung und den Abbruch jeder Beziehung zu dem bisherigen Freunde zur Folge. Von diesem Augenblicke an wurde Savigny zum Feinde und begann Partei gegen den Kanzler zu werben. Wir finden ihn zuerst wieder, wie er in Gemeinschaft mit Ketteler an der Begründung des Centrums arbeitet. Es lag in seiner Natur, mehr hinter den Kulissen als auf der sichtbaren Bühne thätig zu sein, und während seiner Beteiligung an den Verfassungsarbeiten vermied er sorgfältig jede rednerische Äußerung im Parlament. Sein Anteil an der Begründung der Centrumspartei ist deshalb auch weniger

---

beiten der Scheldekonferenz beteiligt. Vom 14. April 1864 ab bevollmächtigter Minister bei der Bundesversammlung in Frankfurt a. M., bekleidete diese Stellung bis zur Katastrophe am 14. Juni 1866, wo er nach Annahme des österreichischen Mobilisierungs-Antrags im Auftrage der preußischen Regierung den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen erklärte, die Grundzüge eines neu zu vereinbarenden Bundes vorlegte, die bisherigen Bundesglieder mit Ausnahme Österreichs zum Abschlusse eines solchen einlud, seine Thätigkeit für beendet erklärte und die Sitzung verließ. Später leitete er in Berlin die Regierungskonferenzen für den Norddeutschen Bund und war während des konstituierenden Reichstags preußischer Bundeskommissar. Seit Herbst 1867 bis 1873 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des Reichstags von 1868—1874. Verstorben am 11. Februar 1875.

[1]) In seinem Werke „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. I, S. 50, teilt Graf Beust mit, seine erste Begegnung mit Bismarck sei im Jahre 1848 in Berlin im Hause des Herrn von Savigny erfolgt.

Digitized by Google

bekannt geworden als derjenige andrer. Aber er war, wenn auch kein öffentlicher Redner, doch ein geschickter Diplomat und hatte hervorragenden Anteil am Zusammentreten und an der Bestimmung der Richtung dieser Gruppe von Abgeordneten. Das Vorgehen der letzteren war nicht von Haus aus durch persönliche Feindseligkeit gegen den Kanzler gezeichnet, und letzterer wurde erst allmählich und, wie wir zu wissen glauben, nicht durch konfessionelle, sondern durch rein politische Motive in den Kampf hineinzogen. — —

Zu den aus Bayern entsandten, national gesinnten Reichstagsabgeordneten, welche Fürst Bismarck gerne sah, zählte der erste Bürgermeister der Stadt Augsburg von Fischer[1]), welcher sich der liberalen Reichspartei anschloß und später durch mehrfache Schreiben des Kanzlers ausgezeichnet wurde.

Unter der Bedingung, daß der Universitätsprofessor Dr. Sepp in München[2]) zur päpstlichen Unfehlbarkeit sich bekenne und gegen Döllinger auftrete, war ihm zeitlebens die Wahl in den Reichstag und in die bayerische Kammer gesichert gewesen. Da Sepp aber als Mann von Charakter nicht wider seine bessere Überzeugung handeln konnte und Tausende auf ihn, den kundigen Laientheologen blickten, so ließ man ihn im Jahre 1871 bei der Reichstagswahl fallen.

Aus diesem Anlaß richtete Fürst Bismarck an den bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Sepp das nachfolgende Schreiben:

> Es ist mir eine Enttäuschung gewesen, geehrter Herr Professor, gerade Sie unter den Abgeordneten zum ersten Deutschen Reichstage zu vermissen. Ich würde mit unbedingtem Vertrauen auf Ihren deutschen Sinn Ihre Mitwirkung an dem großen Werke erwartet haben, zu dem Sie sich in Ihrem eigenen Namen und in dem des edlen bayerischen Stammes so männlich und offen bekannt haben. Ihre Landsleute haben es auf dem Schlachtfelde wie daheim bewährt, daß sie einen vollen und lebendigen Sinn für die deutsche Einheit haben, und wie ich Sie mit Freuden unter den parlamentarischen Vorkämpfern derselben in den kernigen Reden begrüßt habe, so hoffe ich auch ferner auf die Mitwirkung Ihres beredten Wortes zu der Erreichung des uns beiden gemeinsamen Zieles: des Heiles der deutschen Gesamtheit.
>
> von Bismarck.

Im Jahre 1874 wurde Dr. Sepp von dem Fürsten Bismarck mit dem Auftrage beehrt, eine Expedition nach Phönizien zu unternehmen, um die Gebeine

---

[1]) von Fischer, Ludwig Friedrich Alexander, geboren 5. Oktober 1832, seit 1863 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer.

[2]) Dr. Sepp hat das früher (vergl. S. 119) abgegebene Versprechen, der Norddeutsche Bund könne beim nächsten Kriege bestimmt auf Bayern rechnen, am 19. Juli 1870 eingelöst, indem er in der bayerischen Kammer das Eis brach und gegen den Referenten Jörg, der mit Moritz Mohl in Stuttgart im Einverständnisse war, durch eine im furor teutonicus gehaltene Rede die Majorität für den Eintritt in den deutsch-französischen Krieg bestimmte. Abgedruckt findet sich die denkwürdige Rede in der Broschüre Dr. Sepp's „Die Kriegsthaten der Isarwinkler", München, 1874 S. 110. Ebenso trug Sepp am 21. Januar 1871 durch die Macht seiner Rede dazu bei, daß die Versailler Verträge in der bayerischen Kammer angenommen wurden.

Digitized by Google

des alten Barbarossa, welche in der schon zwölf Jahre nach seinem Tode eingestürzten Kathedrale von Tyrus beigesetzt wurden, nach Deutschland zurückzubringen.

Dr. Sepp entdeckte mit seinem Sohne unter den Ruinen wohl den gemauerten Sarkophag, aber die Reliquien waren verschwunden.

Das über diese Expedition herausgegebene Werk [1]) hat Sepp dem Fürsten Bismarck gewidmet.

Dr. Sepp zählt zu den Bayern, „welche gern den Rest ihres Lebens hingäben, um" — wie er mir selbst sagte — „die Jahre unsres großen Kanzlers und Reichsstifters von Gottes Gnaden zu verlängern [2])." —

Das Königreich Sachsen entsandte mehrere persönliche Verehrer Bismarck's in den Reichstag, ich nenne in erster Linie den bekannten Leipziger Verlagsbuchhändler Dr. Eduard Brockhaus [3]), welcher sich dem rechten Flügel der Nationalliberalen anschloß. Auf den parlamentarischen Soireen kam Brockhaus wiederholt in persönliche Berührung mit dem Kanzler; er hat denselben auch nach seiner Entlassung wiederholt in Friedrichsruh und Kissingen besucht.

Die Bekanntschaft zwischen Bismarck und dem Professor Dr. Biedermann [4]), dem Vertreter des 15. sächsischen Wahlkreises, reicht weit zurück. Als Publizist (Biedermann redigierte damals in Leipzig die „Deutsche Allgemeine Zeitung") hat sich derselbe zu Bismarck von dem Augenblicke an bekannt, wo dieser — am 9. April 1866 — an ein deutsches Parlament appellierte. Biedermann hat dann, ohne dem Staatsmann selbst nahe zu treten, die Sache, deren gewaltiger Bannerträger Bismarck war, nach seinen Kräften und in seinem begrenzten Wirkungskreise vertreten: beim Ausbruch des Krieges von 1866 durch leider erfolglose Anstrengungen, das Königreich Sachsen von der Teilnahme an diesem Kriege zurückzuhalten, dann als Mitglied der zweiten sächsischen Kammer bei verschiedenen Gelegenheiten und ebenso als langjähriger Führer der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen.

---

[1]) Der Titel lautet: „Meerfahrt nach Tyrus zur Ausgrabung der Kathedrale mit Barbarossa's Grab. Im Auftrag des Fürsten Reichskanzlers unternommen von Professor Dr. Sepp, Ritter des Heiligen Grabes." Leipzig, Verlag von E. A. Seemann.

[2]) Auf die Äußerung des Fürsten Bismarck hin, er sei geborener Protestant und erwarte von Bayern her Aufschlüsse über die kirchlichen Verhältnisse, beschrieb Dr. Sepp „die Staats- und Kirchenzustände in Süddeutschland" unter dem Namen seines Landsmannes und freisinnigsten katholischen Theologen des vorigen Jahrhunderts. Der Titel des Buches ist: „Staats- und Kirchenzustände in Süddeutschland. Reformschrift von E. Amort dem Jüngeren." München 1878.

[3]) Brockhaus, Heinrich Eduard, Dr. phil., Buchhändler und Buchdruckereibesitzer, älterer Chef der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig. Geboren den 7. August 1829 daselbst (evangelisch-lutherisch). Widmete sich seit Verlassen der Universität dem Buchhandel und den verwandten technischen Zweigen. Mitglied des Reichstags 1871—1878.

[4]) Biedermann, Dr. Friedrich Karl, geboren den 25. September 1812, Professor an der Universität Leipzig, ehedem Mitglied des Parlaments und in der zweiten Kammer in Sachsen, Verfasser vieler bedeutsamer politischer Schriften (national-liberal).

Digitized by Google

Die Soireen des Kanzlers hat Biedermann während der kurzen Zeit, da derselbe dem Reichstage angehörte (1871—1874) zwar regelmäßig besucht, jedoch, da es nicht in seiner Natur lag, sich vorzudrängen, an den engeren Cirkeln, die sich bei diesen Gelegenheiten um den Fürsten bildeten, keinen Teil gehabt. Auch der Anlaß, daß er der Deputation von Leipzigern angehörte, welche dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht Leipzigs überbrachten, gab zu keiner weiteren Annäherung die Handhabe, da die Audienz, welche der Fürst den Herren aus Leipzig gewährte, nur kurz war, sich im wesentlichen auf eine Ansprache der Deputation und die dankende Antwort des Fürsten beschränkte[1]).

Unter den württembergischen Reichsboten treffen wir den Redakteur des „Schwäbischen Merkur" Dr. Otto Elben[2]). Derselbe hat aus Berlin während der Parlamentszeit unter dem Zeichen 00 an den „Schwäbischen Merkur" mehrfach Referate geschrieben, die, gesammelt, noch heute einen Leserkreis finden würden.

Als im Sommer 1870 in Stuttgart die Intriguen gegen den Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich an der Tagesordnung waren, schrieb Dr. Elben im August eine kleine Denkschrift, in welcher er das Verlangen stellte, mit der Frage des Eintritts der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich nicht zu warten bis der Krieg mit Frankreich zu Ende wäre, sondern mitten im Kriege den Eintritt durchzusetzen[3]). Dr. Elben belegte den Wunsch mit Mitteilungen aus seiner Kenntnis der württembergischen Verhältnisse. Diese Denkschrift übergab derselbe dem preußischen Gesandten von Rosenberg, der sie zur Beförderung an Bismarck übernahm, nachdem er dem Verfasser sein Einverständnis mit den darin niedergelegten Auffassungen mitgeteilt hatte.

Am 21. April 1871 brachte Dr. Elben bei einem traulichen Mahle der nationalliberalen Fraktion im Hotel du Nord in Berlin einen Toast auf Bismarck aus, der mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurde[4]). Später begegnen wir dem Abgeordneten Dr. Otto Elben als Vorkämpfer der Eisenbahnpolitik Bismarck's. Als Dr. Elben in der Sitzung des Reichstags vom 17. Mai 1873 den Antrag auf Errichtung eines Reichs-Eisenbahn-Amts begründet hatte, trat Bismarck beim Verlassen des Reichstags auf eine Gruppe Abgeordneter zu, unter welchen sich auch Dr. Elben befand, und unterhielt sich, hauptsächlich gegen den Abgeordneten Bode, seinen ehemaligen Paukgegner gewandt, über den Gegenstand der Sitzung. Bismarck sagte, er sei dem Antragsteller Dank schuldig;

---

[1]) Bemerkungen über den Empfang der Leipziger Deputation zur Überreichung des Ehrenbürgerrechts-Diploms beim Fürsten Bismarck am 18. Mai 1871 siehe „National-Zeitung" vom 22. Mai 1871. No. 235, Beil.

[2]) Geboren den 30. Januar 1823, Verfasser verschiedener politischer und volkswirtschaftlicher Schriften. Mitglied des deutschen Reichstags 1871—1876, seit 1868 Abgeordneter zur württembergischen Kammer, national-liberal.

[3]) Elben war Referent der großen Stuttgarter Versammlung vom 3. September 1870, welche das Verlangen der nationalen Einigung Deutschlands stellte.

[4]) Der Wortlaut des Toastes ist im „Schwäbischen Merkur", No. 97 vom 26. April 1871, abgedruckt.

Digitized by Google

längst habe er das Bedürfnis gefühlt, den Abschnitt der Reichsverfassung, welcher von den Eisenbahnen handelt [1]), zu verwirklichen; zur guten Stunde seien ihm jetzt die Herren zu Hilfe gekommen, wofür er denselben seinen Dank ausspreche. Auch am Abend desselben Tages, da gerade parlamentarische Soiree war [2]), sprach Bismarck einige Worte mit dem Antragsteller Dr. Elben über den Gegenstand.

Dr. Elben war wiederholt beim Fürsten zu Tisch geladen. So z. B. am 17. Dezember 1874 zu dem parlamentarischen Diner, an welchem der Kronprinz die Kunde brachte, daß die Differenzen zwischen dem Kaiser und Kanzler ausgeglichen seien.

Das gute Verhältnis, welches sich vom Zollparlament und vom Kriegsschauplatz her zwischen Bismarck und dem Abgeordneten Bamberger [3]) etabliert hatte, währte auch in der ersten Zeit nach der Gründung des Deutschen Reichs noch an. Über gewisse mysteriöse Schreckmittel, deren sich Bismarck zur Einwirkung auf den Reichstag mitunter bediente, erzählt Ludwig Bamberger [4]): Eines Abends, gerade um die Zeit, als die Salzsteuer und der strenge Arrest auf der Höhe der parlamentarischen Antipathien standen (Mai 1872), offenbarte der Fürst — so wird von Ohrenzeugen berichtet — einem Kreise lauschender Zuhörer, er habe nächtens einen fürchterlichen Traum gehabt; eingeschlafen in bangen Besorgnissen um den Fortbestand der deutschen Einheit, habe ihm der Traumgott die Karte Deutschlands in die Hände gegeben; die sei allmählich morsch und morscher geworden zwischen seinen Fingern und endlich sei sie wie Zunder in viele Fetzen auseinander gegangen. Schrecken malte sich — erzählt mein Berichterstatter — auf den Gesichtern der Zuhörer, und keiner war unter ihnen, welcher das rechte Wort fand, dem Fürsten zuzurufen: Durchlaucht,

„Ein Traum ist nichts, bedeutet nichts fürwahr,
Bewegtes Blut wirft seinen Schaum auf wie
Bewegtes Wasser.“

Zwar nicht die Gesellschaft Jesu, aber doch die ganze ultramontane Partei ist stark genug, dem deutschen Staate noch lange das Leben zu verbittern, aber weder sie noch sonst was ist stark genug, unsre Einheit wieder anzutasten. Fürst Bismarck unterschätzt — wenigstens im Träumen — die Herrlichkeit seines eigenen Werkes.

Erst im Laufe der Session (1873) trat in den Reichstag der Minister Dr. Falk [5]) ein, der sein Portefeuille hauptsächlich der Sachkunde und Eleganz

---

[1]) Zu vergl. Abschnitt VII, Artikel 41—47.

[2]) Vergl. Bd. I, (2. Aufl.) S. 72.

[3]) Vergl. S. 126 und S. 131.

[4]) In der „Gegenwart“ vom 6. Juli 1872, Bd. II, No. 24.

[5]) Falk, Adalbert, Dr. jur., Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in Berlin. Geboren den 10. August 1827 in Metschkau, Kreis Striegau in Schlesien (evang). Am 30. März 1847 Eintritt in den preußischen Justizdienst; 1850 Gerichtsassessor und Staatsanwaltsgehilfe zu Breslau; 1853 Staatsanwalt zu Lyck in Ostpreußen;

Digitized by Google

verdankte, mit der er im Jahre 1871 das von der Regierung eingebrachte Haftpflichtgesetz verteidigt hatte. Falk war, bevor er Minister wurde, vortragender Rat im Justizministerium und wohnte als solcher im Geheimratsviertel drei Treppen hoch. Eines Tages schellte es an seiner Thür; ein großer Mann stand davor und ließ sich melden. Es war Bismarck, dem Falk für den Posten als Kultusminister empfohlen und der gekommen war, um persönlich wegen der Übernahme des Ministeriums mit Falk zu verhandeln.

Daß Falk Bismarck als Kultusminister genehm war, genügte dem Kaiser aber nicht; er forderte noch das Gutachten des Kriegsministers Roon ein, das dieser unterm 20. Januar 1872 erstattete. In seinem Berichte machte Roon zunächst die verlangten Angaben über die einzelnen Abstimmungen des Abgeordneten Falk in der Militärfrage (Falk war im preußischen Abgeordnetenhause Mitglied der Fraktion Mathis und damit der gemäßigten Opposition gewesen) und fuhr dann fort: „Dr. F. gehört unter allen Umständen zu denjenigen, welche, durch die Erfolge der Reorganisation längst mit derselben ausgesöhnt, offenbar zu einer größeren politischen Reife gelangt sind, so wie er auch stets zu den Männern zu zählen war, welche selbst da, wo sie irrten, einer ernsten, gewissenhaften Überzeugung folgten, zu denjenigen, welche, Feind jeder Frivolität und persönlichen Gehässigkeit, ihre Meinungen stets mit angemessener Würde und einer anerkennenswerten Ruhe zu vertreten wußten."

Die Kulturkampfgesetze machte Bismarck gemeinschaftlich mit dem Dr. Falk, d. h. der Kanzler gab die Gedanken her und der Kultusminister brachte dieselben in die Form von Gesetzentwürfen. Dabei ging es nicht ohne lebhafte Auseinandersetzungen der beiden Staatsmänner ab. Einmal erklärte Dr. Falk rundweg: „Nun, dann bitte ich um meine Entlassung." Bismarck goß Öl ins Wasser: „Wir werden doch noch unsern Meinungsverschiedenheiten Ausdruck geben dürfen!" [1])

1861 Staatsanwalt am Kammergericht und Hilfsarbeiter im Justizministerium; 1862 Apell.-Gerichtsrat zu Glogau; 1868 Geheimer Justizrat und vortragender Rat im Justizministerium; 1871 Geheimer Oberjustizrat und 22. Januar 1872 Minister. 1858—61 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Lyck; 1867 Mitglied des konstituierenden norddeutschen Reichstags für Glogau; 1871 Mitglied des Bundesrats und der Kommission für die deutsche Civilprozeßordnung; 1873 Mitglied des Reichstags für Bunzlau-Lüben; 1873 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses bei siebenfacher Wahl, für Duisburg-Essen. (Keiner Fraktion angehörig.)

[1]) Über Bismarck's Haltung zur Frage des Rücktritts des Kultusministers Falk schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 16. März 1891: In Rückblicken, die einzelne Blätter anläßlich des Wechsels im preußischen Kultusministerium und des Todes Windthorst's auf den Kulturkampf werfen, finden wir die Ansicht vertreten, daß Fürst Bismarck seiner Zeit Dr. Falks Rücktritt veranlaßt habe. Das ist nicht richtig. Fürst Bismarck hat vielmehr Falk gehalten, so lange es möglich war und es dem Willen des Ministers entsprach; sollte Dr. Falk einmal die Geschichte seines Ministeriums schreiben, so wird er diese Thatsache nur bezeugen können. Dr. Falk's Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich so weit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte. Fürst Bismarck war bei der Maigesetzgebung aus Kameradschaft für Falk und im Vertrauen auf ihn mitgegangen, obschon er mitunter andrer Meinung gewesen sein und nicht von allen Einzelheiten Kenntnis gehabt haben mag. Nachdem sich Dr. Falk vom Fürsten Bismarck gegen dessen

Digitized by Google

Die deutsche Reichs- (freikonservative) Partei hatte, wie früher, auch im Jahre 1873 dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage ihre Gratulation mit Glückwünschen für seine Gesundheit dargebracht.

Fürst Bismarck dankte mit dem Hinzufügen, daß für seine Gesundheit es entscheidend sei, ob die Angelegenheiten des Deutschen Reiches sich in gutem Fortgang befinden. Hindernisse der politischen Entwickelung des Reiches seien für ihn die hauptsächlichsten Gesundheitsstörer; die beste Medizin aber sei ihm das einträchtige Zusammenwirken aller berechtigten Elemente der Nation.

Wir schließen diesen Abschnitt mit einigen Briefen, welche der im Jahre 1871 in den Reichtag getretene württembergische Abgeordnete von Hölder[1]) während unserer Legislaturperiode in die Heimat gerichtet hat. Dieselben nehmen auf den Fürsten Bismarck zwar nur gelegentlich Bezug; sie sind aber gut geschrieben und geben solchen, die in den parlamentarischen Mechanismus nicht eingeweiht sind, ein so orientierendes Bild, daß die Aufnahme an dieser Stelle keiner weiteren Rechtfertigung bedarf.

Berlin, den 1. April 1871.

Vor einigen Tagen hatte ich eine Audienz bei dem Fürsten Bismarck. Eine solche kann man nur durch briefliches Ersuchen erlangen, da er mit Geschäften überhäuft ist. Er war freundlich und schüttelte mir beim Abschied die Hand.

Gestern habe ich zum erstenmal im Reichstag gesprochen, was Ihr aus den Zeitungen ersehen werdet. Bei großen Debatten, wie heute wieder eine bevorsteht, ist es sehr schwer zum Wort zu kommen. Der Präsident hat hier-

---

Wunsch getrennt hatte, wurden seitens des leitenden Ministers allerdings abweichende Meinungen zur Geltung gebracht, aber diese waren von Anfang an die seinigen gewesen; er hatte nur auf ihre Vertretung verzichtet, um einer so hervorragenden Kraft wie Falk so lange als möglich die Führung des Amtes zu überlassen. Als dies nicht mehr möglich erschien, fiel der Zweck jener Zurückhaltung fort und der Fürst vertrat alsdann seine eigenen Ansichten. Es wiederholte sich hier aus denselben Gründen derselbe Vorgang wie beim Abgang Delbrück's: nachdem Fürst Bismarck sich zum Verzicht auf Kollegen genötigt sah, die er wegen ihrer ausgezeichneten Fähigkeiten als Ressortminister so lange als möglich und unter Zurücksetzung eigener Wünsche und Auffassungen unterstützt hatte, ergab es sich von selbst, daß er nunmehr seine eigenen Wege ging.

[1]) von Hölder, Julius, Rechtsanwalt in Stuttgart. Geboren den 24. März 1819 (evang). Im Frühjahr 1848 vom März-Ministerium als Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen, nahm im Januar 1853 wegen politischer Mißliebigkeit seine Entlassung aus dem Staatsdienst und ließ sich in seiner Vaterstadt Stuttgart als Advokat nieder. Landtagsabgeordneter im Jahre 1849 und 1850, desgleichen seit 1856; 1862 einer der Gründer des deutschen Abgeordnetentags, 1865—66 Gründung der nationalen (deutschen) Partei in Württemberg unter seiner Mitwirkung im Kampfe gegen Volkspartei, Ultramontane und Regierungs-Anhänger. Berichterstatter der württembergischen Abgeordnetenkammer im Juli 1870 über die Verträge Württembergs mit dem Norddeutschen Bund, betreffend den Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich. Reichstagsabgeordneter von 1871—73 und wiederum in Folge einer Zwischenwahl vom Herbst 1875 bis 1879. Seit Frühjahr 1875 Präsident der württembergischen Abgeordnetenkammer (nationalliberal). Verstorben am 30. August 1887.

Digitized by Google

bei so ziemlich diskretionäre Gewalt und man muß sich gefallen lassen, wie er einen einrangiert, auch daß er die Ordnung nachträglich wieder ändert. Es giebt aber hier insbesondere von unsrer (d. h. der nationalliberalen) Partei so viele gute Redner, daß man das Geschäft diesen gern überläßt.

Über die Parteiverhältnisse im Reichstag haben Euch wohl die Zeitungen schon Andeutungen gebracht. Bedauerlich war, daß die Bayern mit einigen andern Elementen eine neue Partei gebildet haben[1]). Die liberalen Württemberger in der Zahl von zwölf, die nationalen Badener und Hessen haben sich alle der nationalliberalen Partei angeschlossen. Dieselbe ist die stärkste im Reichstag und zählt über 100 Mitglieder. Weiter nach links steht die Fortschrittspartei mit ca. 36 Mitgliedern, mehr nach rechts die Bayern u. Gen. (wie man hier sagt, eine Partei von gewesenen Ministern und solchen, die es werden wollen)[2]) mit ca. 28 Mann; sie nennen sich „liberale Reichspartei", ferner die früheren Freikonservativen, die sich ebenfalls Reichspartei nennen wollen, mit ungefähr 30 Mann. Diese 4 Parteien suchen wir für wichtigere Fragen zusammen zu halten. Meine Partei, die nationalliberale, hat sich gestern definitiv konstituirt, durch Wahl eines Vorstandes von 7 Mitgliedern und von 4 Schriftführern; in ersteren wurde ich auch berufen. Weitere Parteien, oder wie man hier sagt Fraktionen, sind die Konservativen mit ca. 80 und die Klerikalen (Ultramontanen) mit ca. 65 Mann.

Das Verhältniß der Fraktionen und der einzelnen unter sich ist ein äußerst höfliches. Die Kanzlei des Reichstags besorgt auch die Fraktionsbestellungen und die Sitzungen der letzteren finden im Reichstagsgebäude statt. Dadurch ist dann die Kommunikation unter den Fraktionen ungemein erleichtert. Gewöhnlich haben dieselben Abends Sitzung und machen sich durch Abgesandte Mitteilungen. So kommt es, daß häufig eine im Reichstag vorkommende Angelegenheit schon vorher durch die Beratungen und Kommunikationen der Fraktionen entschieden ist. Übrigens geht alles sehr förmlich zu, in den Fraktionssitzungen sowohl wie im Reichstag.

Berlin, den 8. April 1871.

Berlin hat ungemein viel geistig Anregendes. Die geistigen Kapazitäten aller Branchen, interessante Leute der verschiedensten Art und aus aller Herren Länder strömen hier zusammen. Bei dieser großen Konkurrenz ist der einzelne auf sich verwiesen, Stellung zu gewinnen und sich geltend zu machen. Das trifft auch für den Reichstag zu, wo viele ausgezeichnete Kräfte vereinigt sind. Hier ist es nicht wie bei uns, daß man froh ist, wenn eine mehr oder minder tüchtige Kraft sich zeigt, daß man dieselbe zu fördern und für die politischen Aufgaben zu verwenden sucht. Kräfte mittlerer Bedeutung stehen insbesondere

[1]) Gemeint ist die „liberale Reichspartei", welcher von Bayern beitraten: die Abgeordneten Kastner, Kottmüller, Stadberger, v. Lottner, Louis, Fürst von Hohenlohe, v. Swaine, M. Barth, Graf Luxburg, v. Hörmann, Fischer und Völk.

[2]) Angespielt wird hier auf v. Bernuth, v. Bonin, v. Kusserow, Freiherr v. Patow, Freiherr v. Roggenbach.

Digitized by Google

der nationalliberalen Partei massenhaft zur Verfügung, und die bedeutendsten Männer und Redner der Partei sind so hervorragend, daß man ihnen gerne die Führung überläßt. Dazu kommt bei wichtigen Fragen der starke Zudrang zum Wort, so daß es schwer fällt, es vom Präsidenten, der eine gewisse Diskretion üben darf und alle Parteien berücksichtigen muß, zu erhalten, ferner die scharfe Kritik, die hier über alles geübt wird. Diese Erwägungen bestimmten mich, bei den Kämpfen mit den Ultramontanen mich gar nicht um das Wort zu bewerben, obgleich ich manches auf dem Herzen gehabt hätte. Sicherheit wird man auf diesem Boden nur langsam erlangen und großer Fleiß, Vorbereitung, Aufmerksamkeit ist unter allen Umständen nötig, wenn man sich auf das Seil wagen will.

Ein von mir auf den Fürsten Bismarck gleich in der ersten Woche meines Hierseins bei einem Essen ausgebrachter heiterer Toast hat mir mannigfache Glückwünsche eingebracht.

Der gedachte, am 24. März 1871 in der juristischen Gesellschaft ausgebrachte Toast lautete:

„Es ist heute Abend viel von dem Deutschen Reiche gesprochen worden und von einer neuen deutschen Rechtsentwickelung, welche auf dem Boden der deutschen Wissenschaft steht. Meine Herren, ich habe den Wunsch, ein Hoch auf den Mann auszubringen, dem wohl vorzugsweise ein Verdienst bei der Begründung dieses neuen Deutschen Reichs zukommt, nämlich auf den Fürsten Bismark. (Beifall.) Zwar weiß ich nicht recht, wie ich es angreifen soll, um diesen Toast hier zu begründen, denn man könnte mir sagen, wie kommt Saul unter die Propheten? (Heiterkeit.) Ich könnte mich wohl auch nicht darauf berufen, daß er zum Doktor der Philosophie ernannt worden ist, wie etwa Blücher seiner Zeit zum Doktor ernannt worden ist. Da wir aber eine Anzahl von Mitgliedern der hiesigen Universität, den Rektor an ihrer Spitze, in unsrer Mitte haben, so möchte ich denselben dringend empfehlen, daß sie es anregen, daß der Fürst Bismarck von der Universität der Reichshauptstadt zum Doktor der Rechte ernannt werde (lebhafter allseitiger Beifall), denn er hat sich als ein guter Jurist bewährt, zwar nicht sowohl als Theoretiker, sondern vielmehr als Praktiker, als ein gewaltiger Praktiker. (Sehr gut!) Er hat ein neues deutsches Staatsrecht aufgestellt und den deutschen Fürsten und Regierungen ein Praktikum in demselben gelesen (Beifall), und zwar mit gutem Erfolge. Sie waren früher etwas hart im Verstehen, aber dem braven Bismarck gehört das Verdienst, daß er ihnen das Verständnis für das deutsche Staatsrecht eröffnet hat. Er hat auch gute Kenntnisse im Völkerrecht bewiesen (Ruf: vorzügliche!) und hat auch außerhalb Preußens Anerkennung seiner Kenntnisse im Völkerrecht gefunden; so sehr, daß sogar die Herren Thiers und Jules Favre Privatissima bei ihm genommen haben (Beifall). So, meine Herren, denke ich, darf man wohl in einer juristischen Gesellschaft ein Hoch ausbringen auf diesen eminenten Praktiker des Staats- und Völkerrechts, auf den Fürsten Bismarck. Er lebe hoch, abermals hoch und immer hoch!"

Digitized by Google

Berlin, den 19. April 1871.

Wie lange der Reichstag noch versammelt bleiben wird, läßt sich noch nicht bestimmen, hoffentlich nicht über Mitte Mai. Über Ostern war es eine fatale Faulenzerei und jetzt geht es nur langsam vorwärts.

An den Verhandlungen beteiligte ich mich durch meine Anwesenheit. Zum Sprechen drängen sich immer Viele, und da lasse ich gerne anderen die Freude. Wir Württemberger müssen auch erst das Terrain kennen lernen. Es wird zur rechten Zeit die Reihe schon noch an uns kommen.

Am vergangenen Samstag war der erste Empfangsabend beim Fürsten Bismarck, der auf vier Samstage eingeladen hat. Ich habe mich dort gut unterhalten, wurde der Fürstin vorgestellt und der Frau unsres Gesandten von Spitzemberg.

Berlin, den 7. Mai 1871.

Meine Geschäfte mehren sich, da ich in die Finanzkommission und in die Elsasser Kommission gewählt bin.

Mit den Einladungen hat es nun Ruhe. Da Fürst Bismarck der Friedensverhandlungen wegen nach Frankfurt a. M. verreist ist, war auch gestern keine Soiree bei ihm. Er hat nun auf die beiden nächsten Samstage eingeladen. Damit ist, wie wir hoffen, auch das Ende des Reichstags bezeichnet. Jedenfalls sind viele Mitglieder entschlossen, nicht über Pfingsten zu bleiben und zu diesen gehöre auch ich.

Berlin, den 22. Mai 1871.

Die Regierung bringt dem Vernehmen nach einen Entwurf im Reichstag ein, betr. die Verteilung der 5 Milliarden, wobei Württemberg schlecht wegkommen wird. Denn der zu verteilende Rest soll nach Verhältniß der militärischen Leistungen, nicht nach der Bevölkerungszahl verteilt werden, und bekanntlich hat Württemberg verhältnißmäßig wenig geleistet. Im Reichstag werden wir nichts durchsetzen können, wenn nicht im Bundesrath durch unsere Minister noch etwas erreicht werden kann. Allein die Wähler könnten meinen, man hätte etwas erreichen können, wenn man da gewesen wäre. Deshalb muß ich so lange aushalten, als dies nach dem Stand der Geschäfte zu Hause irgend möglich ist.

An den Debatten über die Verfassung von Elsaß-Lothringen werde ich mich nicht beteiligen, weil ich mit der Mehrheit unserer Partei im Widerspruch stehe und auf Parteidisziplin Rücksicht nehmen zu müssen glaube. Für die Zeit des Provisoriums bin ich zwar mit den Nationalliberalen einig, allein für das Definitivum stimme ich im wesentlichen mit der Fortschrittspartei überein, deren Anträge Du in den Zeitungen finden wirst. Die nationalliberale Partei will in ihrer großen Mehrheit nicht an eine künftige Verfassung für Elsaß-Lothringen heran, sondern möchte dasselbe möglichst von hier aus regieren, überhaupt sehe ich bei Vielen unitarische Tendenzen, mit denen ich nicht einverstanden bin. Denn so wenig Werth ich den kleinen Fürsten beilege, und so gewiß die Reichsgewalt in manchem noch besser und kräftiger organisirt werden muß, so unbe-

Digitized by Google

dingt notwendig halte ich die Selbständigkeit der einzelnen Staaten bezw. Provinzen in den inneren Angelegenheiten im Interesse der Freiheit und politischen Kraft der Nation für geboten.

Berlin, den 26. Mai 1871.

Um keine Verschleppung der Geschäfte zu veranlassen, trug ich zu dem Beschlusse bei, gar keine Ferien zu machen. Allein die Herren Norddeutschen kehrten sich großenteils nicht daran und heute wurde das Haus ausgezählt, d. h. beim Beginn der Sitzung beantragte ein Mitglied den Namensausruf, der ergab, daß wir nicht vollzählig waren. Darauf vertagte der Präsident die Sitzung bis nächsten Mittwoch. Neuerdings höre ich, daß die Verteilung der 5 Milliarden uns nicht mehr beschäftigen wird. Es heißt, man wird uns nur für bestimmte Zwecke (Entschädigung) einige Vorlagen machen. In diesem Falle könnten wir in drei Wochen mit unserem Arbeitspensum zu Ende sein.

Gestern gab es eine Hetze mit Bismarck, von der die Zeitungen berichten werden. Er behauptete, man habe ihm ein Mißtrauensvotum gegeben, woran Niemand dachte, drohte mit seinem Rücktritt[1]) u. s. f. Es heißt, er sei sehr böse auf den Reichstag, weil letzterer mehrere Male gegen seine Wünsche Beschlüsse faßte. Gestern handelte es sich um die künftige Verfassung von Elsaß-Lothringen, und ich theilte hierbei im Grunde mehr seine Ansicht als die der Nationalliberalen. Die Sache wurde an die Kommission zurückverwiesen, wo Bismarck erschien und ein Ausgleich stattfand, d. h. die Nationalliberalen gaben im Grunde nach, sie behaupten aber, sie hätten doch vieles erreicht! Ich sagte in der Reichstagssitzung zu Mehreren meiner Kollegen: „Wozu verweist Ihr die Sache an die Kommission? Ihr gebt schließlich doch nach," das ärgerte sie. — In der Kommission sagte Bismarck unter Anderem, man wolle ihn eingrenzen, etwa wie die Rinderpest, der Reichstag sei aggressiv, wir sollen uns einen Anderen suchen, der die Geschäfte unter solchen Beschränkungen besorge, es würden sich schon Leute finden, er habe ohnehin genug u. s. f.[2]) Bei dieser uns ungewohnten Art des Auftretens der Minister geht es aber doch nicht auf die Dauer, und diese Wahlperiode wird noch Konflikte erleben. Wegen der brutalen Versetzung von zwei Postsekretären, deren ganzes Verbrechen eine beabsichtigte Petition an den Reichstag um Gehaltsaufbesserung war, haben Völk, Banks (von Hamburg) und ich, unterstützt von etwa 75 weiteren Mitgliedern aus den 3 liberalen Parteien, heute einen Antrag eingereicht, der ihm auch nicht gefallen wird. Allein verfassungsmäßige Rechte können wir Bismarck zu Liebe nicht opfern. Ein Konflikt ist aber unsererseits natürlich nicht beabsichtigt.

Mit Mittnacht stehe ich hier auf gutem Fuße, derselbe nimmt über wichtige Angelegenheiten des Bundesrats, die Württemberg betreffen, häufig mit mir Rücksprache.

---

[1]) Vergl. Horst Kohl „Bismarck-Reden", Bd. V, S. 87 ff.

[2]) Über die Äußerungen Bismarck's in dieser Kommissions-Sitzung vergl. Kohl a. a. O., S. 87 ff.

Digitized by Google

Berlin, den 14. Juni 1871.

Morgen soll der Reichstag geschlossen werden, nachdem wir uns in den Verwilligungen für Pensionen, Ehrendank (Dotationen) u. s. f. wahrhaftig nicht knauserig benommen haben. Der Kaiser kann mit dem ersten deutschen Reichstag zufrieden sein.

Berlin, den 28. April 1872.

Die neue Session des Reichstag ist bereits seit drei Wochen eröffnet, mit unseren Geschäften geht es aber nicht gerade munter vorwärts. Die Hauptgesetze die wir berathen, sind das Reichsbeamtengesetz, das Gesetz über den Rechnungshof und das Militärstrafgesetz. Schon bei dem ersten giebt es einschneidende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parlament und der Reichsregierung. Wir wollen den Satz aufnehmen, daß jeder Reichsbeamte für gesetzwidrige Handlungen verantwortlich sein soll, während nach der Anschauung der Regierung der Befehl des Vorgesetzten den Untergebenen von der Verantwortlichkeit befreien soll. Noch stärker gehen die Meinungen bei dem Militärstrafgesetz [1]) auseinander, wo es sich um die Sonderstellung des Militärs, insbesondere der Offiziere, bei Vergehen des gemeinen Strafrechts (im Gegensatz von militärischen Vergehen) handelt. Wir sind natürlich gegen jene Sonderstellung und man spricht schon davon, der Entwurf werde zurückgezogen werden. Ich glaube aber noch nicht daran; man sucht offenbar nach einer Verständigung, und Fürst Bismarck soll bei der gestrigen Soiree wohl dreiviertel Stunden lang mit Lasker darüber gesprochen haben. Pfingsten kommen wir keinenfalls schon nach Hause, wenn es gut geht, Ende Mai.

Berlin, den 1. Mai 1872.

Die Geschäfte des Reichstags haben augenblicklich ihren Schwerpunkt in den Kommissionen. Veranlassung, im Plenum des Reichstags das Wort zu ergreifen, hatte ich bis jetzt nicht. In den Vorstand der Fraktion bin ich wieder gewählt worden und da mehrere Vorstandsmitglieder abwesend sind, liegt mir neben Bennigsen und Lamey [2]) die Aufgabe ob, abwechselnd in den Parteisitzungen den Vorsitz zu führen.

Berlin, den 6. Mai 1872.

In unserer Kommission über das Beamtengesetz kommen wir nur langsam vorwärts, oft erledigen wir nur einen Paragraphen in der Stunde, und wir

---

[1]) Unter dem Vorsitz Moltke's gestaltete die Reichstagskommission den Entwurf der Regierung wesentlich um. Diese Arbeit fußte einerseits auf den wissenschaftlichen Grundlagen des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs, andererseits auf dem Grundsatze, daß zu weit getriebene Menschlichkeit die notwendige eiserne Mannszucht im Heere zu erschüttern drohe. Deshalb ließ auch die Reichtagskommission am 30. April, auf Vorstellung der Regierungen, das Strafmittel des „strengen Arrestes" bestehen. Im Reichstag stellte die Opposition diese Strafe auf eine Linie mit der Folter. Auch Lasker's weichem Gemüt erschien sie zu hart. Er hatte schon in der Kommission an Stelle der Strafverschärfung „Wasser und Brot" vergeblich eine „knappe, nahrungsfähige Kost" setzen wollen. (Hans Blum, „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 126.)

[2]) Lamey, Dr. August, früher Präsident des badischen Ministeriums des Innern.

Digitized by Google

haben noch 50—60 Paragraphen vor uns! Es steht sehr dahin, ob die Session eine fruchtbare sein wird. Beim Militärstrafgesetz sind die Aussichten neuerdings besser.

Berlin, den 11. Juni 1872.

Mit Arbeiten bin ich stark in Anspruch genommen. Die Kommission für das Gesetz wegen Verwendung der Kriegsentschädigung nahm in der letzten Woche mit ihren Sitzungen die Abende oft bis 10 ja sogar bis 11 Uhr in Anspruch [1]). Ich mußte mich um unsere süddeutschen Interessen tüchtig wehren, und es gelang mir in Verbindung mit den süddeutschen Abgeordneten der Kommission und den süddeutschen Ministern gute Erfolge zu erzielen. Im Reichstag wird voraussichtlich nicht darüber gestritten werden. Wir werden hoffentlich den Franzosen nicht das Schauspiel eines Zanks um die noch gar nicht bezahlten Milliarden geben. Der württembergische Militäretat, der ein Teil des deutschen Militäretats ist, beschäftigt mich gegenwärtig lebhaft. Als Mitglied der Kommission für das Militärbudget reichte ich nach hiesigem Gebrauch eine Reihe von Fragen zur Aufklärung ein. Die preußischen Kommissare waren nicht in der Lage, dieselbe in der Sitzung zu beantworten; sie erbaten sich darum Aufschlüsse von Stuttgart. Unser Kriegsminister von Suckow hatte nun die Zuvorkommenheit, den Etatreferenten, Intendanturrath Metzger hierher zu senden, um dem württembergischen Militärbevollmächtigten und mir mündlich die nöthigen Aufschlüsse zu geben. Ich habe schon 2 Tage mit diesen beiden Herrn gearbeitet und beabsichtige, bei der 3. Lesung des Militäretats meine Bemerkungen im Reichstag vorzubringen, — hauptsächlich um unsern Leuten zu Hause die wünschenswerthen Aufschlüsse zu geben.

Aus der letzten Session der ersten Legislaturperiode liegen noch folgende briefliche Äußerungen des Abgeordneten Hölder vor.

Berlin, den 29. April 1873.

Unser Leben hier ist sehr einförmig, und ich sehne mich nach mildem Frühlingswetter. Ich bin in der Kommission für das Kriegsleistungsgesetz (Quartier, Vorspann u. s. f.), in der wir in der Stunde etwa einen Paragraphen erledigen. Man kann sich denken, wie viel Zeit diese Kommission kostet. Dazu kommt beinahe jeden Abend von 7—10 Uhr Fraktionssitzung!

---

[1]) Bayern und Württemberg hatten behauptet, sich „verkürzt" zu fühlen, wenn die Verteilung der Milliarden nur nach den militärischen Leistungen der Einzelstaaten vom 16. Juli 1870 bis zum 1. Juli 1871 stattfände, und nicht auch Gewicht gelegt werde auf andere, namentlich politische Gesichtspunkte. Sie hatten daher ursprünglich vorgeschlagen, die französische Kriegsentschädigung zu $5/8$ nach den Kriegsleistungen, zu $3/8$ nach der Bevölkerungszahl der Einzelstaaten zu verteilen. Diese unbillige Forderung wurde von Bayern später dahin ermäßigt, daß $3/4$ nach der Kriegsleistung, $1/4$ nach der Bevölkerungszahl an die Bundesstaaten verteilt werden sollte. Bundesrat und Reichstag stimmten einhellig zu. (Hans Blum a. a. O. S. 125.) Vergl. auch S. 172.

Digitized by Google

In 3 Wochen soll ein von der Reichsregierung veranstalteter Ausflug des Reichstags nach Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven erfolgen. Derselbe ist auf 2—3 Tage berechnet; ich bin begierig, unseren deutschen Kriegshafen nebst Kriegsschiffen zu sehen. Auch eine Seefahrt von 5—6 Stunden gehört zum Programm.

Berlin, den 5. Mai 1873.

Daß ich in der Diätenfrage eine Rede gehalten habe, wirst Du gelesen haben. Im Übrigen stehe ich unter dem Einfluß einer gewissen mit Bequemlichkeit verknüpften Bescheidenheit oder auch Befangenheit, und lasse gerne Andere die Sachen führen, wenn sie nur in meinem Sinne besorgt oder wenigstens vertreten werden. Mich vorzudrängen, war nie meine Sache.

Indessen werde ich doch noch dem einen oder anderen Gegenstand meine eingehendere Aufmerksamkeit und Studium widmen und dann je nach Umständen auch noch einige Male an den Debatten theilnehmen. Da ich mich jetzt wieder wohl und ausgeruht fühle, werde ich mich auch leichter einarbeiten.

Die Kommission für die Kriegsleistungen (Leistungen der Gemeinden und Einwohner während eines Krieges an Quartier, Fuhren, Arbeiten, Lieferungen u. s. f.), deren Mitglied ich bin, hält noch immer beinahe täglich Sitzung ab. Oft erledigen wir in 2 Stunden nur einen Paragraphen: denn man ist hier womöglich noch kritlicher und breiter als bei uns. Der gestrige Sonntag war von 11—3 Uhr durch die Sitzung dieser Kommission ausgefüllt. Ich sitze in dieser Kommission mit dem Freiherrn von Varnbüler zusammen und wir suchen mit einander die württembergischen Interessen, soweit sie berechtigt sind, zu wahren.

Auch in die Budgetkommission soll ich dem Vernehmen nach gewählt werden. Dieselbe wird namentlich die Militär- und Flottenexigenzen zu prüfen haben; da giebt es Arbeit genug, und zu Vergnügungen bleibt nicht viel Zeit übrig.

Berlin, den 11. Mai 1873.

Die letzten Tage waren angestrengte. Die Berathungen der freien Kommission über die Kriegsleistungen fanden beinahe täglich statt. Wir haben das aus 32 Paragraphen bestehende Gesetz gehörig umgearbeitet; morgen wird dasselbe im Reichstag zur Berathung kommen. Heute hatten wir noch eine Sitzung von 9—1 Uhr und dann war Sitzung der Fraktion, die daneben um 11 Uhr begonnen hatte.

Berlin, den 19. Mai 1873.

Am Mittwoch und Donnerstag findet die Fahrt des Reichstags nach Bremen und Wilhelmshaven statt. Wenn das Wetter gut wird und die Kriegsschiffe operiren können, werden wir ein interessantes Schauspiel erleben.

Berlin, den 29. Mai 1873.

Die Dauer des Reichstags wird sich bis Ende des nächsten Monats hinziehen. Von mehreren Seiten wurde die Vertagung bis zum Herbste angeregt.

Digitized by Google

Das wäre eine schöne Bescheerung gewesen. Das Militärgesetz [1]) kann freilich nicht mehr in Arbeit genommen werden und es fragt sich, ob die Reichsregierung es für angemessen hält, dessen Berathung dem neu zu wählenden Reichstag zu überlassen. Wir sind daher immer noch nicht davor sicher, ob nicht wegen dieses Gesetzentwurfs am Ende doch ein außerordentlicher Reichstag im Herbste berufen wird. Allein in diesem Falle bin ich entschlossen, nur etwa auf 8—10 Tage, wenn es sich um die wichtigsten Abstimmungen handelt, hierher zu gehen.

Daß wir, da von einer Vertagung des Reichstags abgesehen wurde, tüchtig arbeiten müssen, kannst Du Dir denken, und da ich Mitglied der Budgetkommission bin, so bin ich außerordentlich angespannt.

Berlin, den 7. Juni 1873.

Innerhalb 4 Tagen ist der Reichstag drei Mal ausgezählt worden, d. h. auf Antrag oder bei namentlichen Abstimmungen wurden die Anwesenden gezählt und es stellte sich drei Mal heraus, daß das Haus beschlußunfähig sei. Zwei Mal war ich wegen der verlängerten Pfingsttour selbst unter den Fehlenden. — So kann es natürlich nicht fortgehen. Es scheinen nur 10 bis 12 Abgeordnete über die beschlußfähige Zahl hier zu sein, so daß es eine kleine böswillige Minderheit in der Hand hat, die Berathungen unmöglich zu machen. Wenn nothgedrungen und im Interesse der Würde des Reichstags eine Vertagung eintritt, dann ist eine Herbstsession unvermeidlich.

Vom nächsten Montag an soll die Budgetkommission jeden Tag um 9 Uhr Vormittags Sitzung haben, und der Reichstag ebenfalls täglich um 12 Uhr. Die Abende hätte man dann allerdings frei, allein einen Theil derselben muß ich zur Lektüre der Vorlagen verwenden, zumal ich in der einen oder anderen Angelegenheit noch das Wort zu ergreifen gedenke. Wird der Reichstag noch ein paar Mal beschlußunfähig, dann ist freilich Alles zu Ende.

Berlin, den 22. Juni 1873.

Erfreulich ist es mir, berichten zu können, daß der Reichstag rasch seinem Ende entgegen geht. Der Präsident, den ich gestern Abend in einer Gesellschaft bei Bismarck sprach, meinte, am Mittwoch fertig werden zu können. In diesem Falle werde ich wohl am Donnerstag abreisen.

Ob dieser Reichstag noch einmal zusammen treten wird, weiß noch Niemand; meinerseits betrachte ich die hiesige Thätigkeit als abgeschlossen. An Streitigkeiten im Reichstag, in den Kommissionen und Fraktionen hat es fürwahr nicht gefehlt und unter den süddeutschen Nationalgesinnten macht sich allmählig

[1]) Gemeint ist die Vorlage für die Befestigung und Verstärkung der deutschen Wehrkraft, jenes Gesetz, welches nach Ablauf der Pauschsummenjahre (Ende 1874) zur Grundlage der Heeresstärke und des Etats der Heeresbedürfnisse dienen sollte. Die Regierung hatte diesen Entwurf schon 1873 vorgelegt, allerdings erst nach monatelanger Tagung, am 13. Mai, während damals schon die Sorgen um das Reichspreßgesetz den Reichsboten schwere Arbeit machten. Die Regierung genehmigte daher damals die Zurücklegung der Gesetzesvorlage bis zur Reichstagssession von 1874.

Digitized by Google

ein Mißmuth gegen die Manieren unserer norddeutschen Parteigenossen geltend. Seitdem wir aber einige Male derb und grob waren, sind sie geschmeidiger. Es ist ein eigener Charakterzug, daß unsere süddeutsche Gutmüthigkeit und Bescheidenheit sie zum Übermuthe reizt. Festem Auftreten tragen sie Rechnung. In der Budgetkommission bin ich letzthin in einer württembergischen Angelegenheit gegen die absprechende Manier des Regierungskommissars, Geheimrath Michaelis sackgrob geworden. Seitdem ist derselbe äußerst artig und freundlich, er redet mich privatim an, was er früher nie that. Die Norddeutschen kämpfen mit spitzigen Stichen: wir mit Knütteln. Das ist ihnen neu, es thut aber den Dienst.

IX. Abschnitt.

Die XI. preussische Legislatur-Periode.

(14. Dezember 1870—5. Oktober 1873.)[1]

Das Ergebnis der Neuwahlen veränderte die bisherigen Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhause nicht in nennenswerter Weise. Die Konservativen und Freikonservativen (171) büßten zwei Mandate ein, die Nationalliberalen erreichten dieselbe Zahl wie im letzten Hause (99), die Fortschrittspartei (43) verlor 4 Mitglieder; dafür mußte aber das linke Centrum beinahe die Hälfte seiner Mandate an die Klerikalen[2]) abgeben.

Nach der Unterbrechung durch die Kriegszeit 1870/71 wurde mit einigen Modifikationen (Wegfall der sogenannten Höchstbegüterten in der Kreisvertretung, Verkleinerung der Amtsbezirke u. a.) der **Entwurf der neuen Kreisordnung** während der Landtags-Session 1871/72 dem neugewählten Abgeordnetenhause wieder vorgelegt und fand im wesentlichen entgegenkommende Aufnahme.

Die zu seiner Vorberatung eingesetzte Kommission verteilte das Referat in 4 Abteilungen, von denen Dr. Friedenthal eine erhielt. Derselbe hatte schließlich als Gesamtreferent den allgemeinen Teil der Kommissions-Beschlüsse vor dem Plenum zu rechtfertigen.

---

[1]) Es währte die I. Session vom 14. Dezember 1870—17. Februar 1871, die II. Session vom 27. November 1871—1. November 1872, die III. Session vom 12. November 1872—5. Oktober 1873.

[2]) Der ehemalige Rundschauer der „Kreuzzeitung“, Dr. Ernst von Gerlach, Appellationsgerichts-Chef-Präsident in Magdeburg, wurde am 15. Januar 1873 in dem katholischen Westkreise Mühlheim a. d. R. zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt und trat, obgleich Protestant, sofort dem Centrum bei. In der Sitzung vom 17. Dezember 1873 geriet er mit Bismarck scharf aneinander. Vergl. die Broschüre: „Die Civilehe und der Reichskanzler.“ Vom Verfasser der Rundschauen. Mit einem Anhange, enthaltend die Rede des Verfassers und des Reichskanzlers im Abgeordnetenhause am 17. Dezember 1873. Berlin, v. Muyden. 1874 gr. 8. (55 Seiten.)

Digitized by Google

Nach den bekannten politischen Vorgängen kam es schließlich zur Annahme der Gesetze in einer Form, welche dem Grafen Eulenburg als annehmbarer Kompromiß erschien.

Auch über dieses Stadium der Verhandlungen liegt eine bisher unveröffentlichte Aufzeichnung des Professors Dr. Gneist vor, welche die Teilnahme Bismarck's an dem Gesammtwerke ersehen läßt. Dieselbe ist am Schlusse dieses Abschnittes abgedruckt.

Hatte schon die liberale Kreisordnung die Kreuzzeitungsmänner lebhaft gegen Bismarck aufgebracht, so erwuchs denselben eine neue Pein durch das am 14. Dezember 1871 dem Landtag vorgelegte Schulaufsichtsgesetz. „Es ist ein undankbares Geschäft — so schrieb das Junkerblatt am Jahresschluß — heute noch konservativ zu sein. Bismarck schwimmt mit dem breiten Strom des Liberalismus und kämpft gegen die, mit denen er nach Gottes Ordnung zusammenstehen müßte.“ Dieser Stoßseufzer klang deutlich genug zugleich als Absage und Kriegsruf gegen den Reichskanzler.

Aus Anlaß des Schulaufsichtgesetzes lief bei Bismarck eine große Zahl von Adressen ein, die ihn hinwiederum seinerseits zu einer lebhaften agitatorischen Korrespondenz veranlaßten[1]).

Am 9. März 1872 richtete derselbe an den Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der badischen zweiten Kammer Kirsner in Karlsruhe das nachstehende Schreiben:

> Obwohl ich es mir seit einiger Zeit habe versagen müssen, die mir mit Bezug auf das Schulaufsichtsgesetz zugehenden Adressen wesentlich gleichen Inhalts einzeln zu beantworten, kann ich es nicht unterlassen, Ew. Hochwohlgeboren und den der badischen Landesvertretung und zum Theil gleichzeitig dem Deutschen Reichstage angehörenden Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 6. dieses Monats[2]) besonders meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich erkenne in Ihrer Kundgebung eine Fortsetzung der nationalen Politik, welche in Baden unter der Leitung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von lange her gepflegt worden und der von hier aus geförderten nationalen Entwickelung seit Jahren so lebendig entgegengekommen ist. Ew. Hochwohl-

[1]) 23. Februar 1872. Der Abgeordnete Graf Bethusy-Huc bei dem Fürsten Bismarck behufs Überreichung der aus Oberschlesien eingegangenen Zustimmungs- und Dankadressen.

[2]) Die Adresse schloß mit den Worten: Ew. Durchlaucht steht das Vertrauen, die Dankbarkeit, die Vaterlandsliebe und die Geistesbildung des deutschen Volkes in diesem neuen Streite um die Unabhängigkeit des Reiches zur Seite. Die unermeßliche Kraft dieser edlen Hilfsmittel, welche die Nation ihrem Führer in solchem Kampfe um die höchsten Güter des Rechtsstandes und der Gesittung unsrer Zeit verleiht, wird Ew. Durchlaucht aufs Neue die Ehren unvergänglicher Siege gewähren. Möge die Vorsehung, welche schützend über der Begründung des neuen Reiches gewaltet hat, dem deutschen Staatsmanne fernerhin Kraft und Gesundheit verleihen! Die weise, mit sicherer Hand vollzogene Lösung der neugestellten Aufgabe wird Ew. Durchlaucht den Dank und den Segen der Zeitgenossen und der kommenden Geschlechter erwerben.

Digitized by

geboren und Ihre Herren Kollegen werden mit mir in der Zustimmung des deutschen Volkes den Lohn für unser Streben finden. Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, diesen meinen Dank zur Kenntniß der Herren Mitunterzeichner bringen zu wollen.

von Bismarck.

Nach Annahme des Schulaufsichtsgesetzes machte der Geheimrat Hermann Wagener den Versuch einer Reorganisation der konservativen Fraktion[1]). Er arbeitete eine bezügliche Denkschrift aus, deren Kernpunkte in dem Artikel „Ein Mitarbeiter Bismarck's" in der „Deutschen Revue", XV. Jahrgang, I. Band S. 182 abgedruckt ist.

Im Februar 1872 hatte der Kongreß deutscher Landwirte beschlossen, durch eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiterklasse prüfen und über den Befund dem Kongreß berichten zu lassen. Die Kommission hatte sich dieser Aufgabe unterzogen und demgemäß bestimmte Fragen formuliert und an die landwirtschaftlichen Vereine und einzelne hervorragende Landwirte versandt, das auf diese Weise gewonnene Material verarbeitet und auf Kosten des Kongresses drucken lassen.

Parallel hiermit ging eine von Staatswegen veranlaßte Enquete über die ländliche Arbeiterfrage. Der praktische Blick Bismarck's sah ein, daß es für das Ergebnis von Wert sei, nicht bloß Beamte, sondern auch parlamentarisch geschulte Landwirte um ihre Ansicht zu fragen. Aus diesem Anlaß entstanden folgende zwei Schreiben an das Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags von Wedell-Malchow[2]):

Berlin, den 14. Mai 1873.

Das Königliche Staatsministerium hat beschlossen, die ländliche Arbeiterfrage durch Kommissarien der einzelnen Ministerien berathen zu lassen. Die Berathungen sollen unter der Leitung des Herrn Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hier stattfinden und in Kurzem beginnen. Indem es meine Absicht ist, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hierbei durch einen aus eigener Anschauung mit den Verhältnissen vertrauten und be-

---

[1]) Im Jahre 1873, als die Altkonservativen dem Fürsten Bismarck den Rücken wandten und ihn in ihren Blättern befehdeten, hielt es ein alter Herr in Pommern (Senfft-Pilsach?) für Recht und Pflicht, ihn in einem absurden Briefe salbungsvoll zur Einkehr und zum Gebete zu vermahnen. Der Fürst verwies ihn in seiner Antwort, die er Moritz Busch im Jahre 1881 teilweise vorlas, u. a. auf Psalm 12,4 und 5, wo es heißt: „Der Herr wolle ausrotten alle Heuchelei und die Zunge, die da stolz redet, die da sagen: unsre Zunge soll Überhand haben, uns gebühret zu reden; wer ist unser Herr?" Vergl. M. Busch „Unser Reichskanzler" Band I, S. 157, und den Aufsatz: Fürst Bismarck und die Konservativen, von A. B. in der „Gegenwart", Bd. I. Nr. 5, S. 65—66.

[2]) von Wedell-Malchow, Friedrich, Ritterschaftsdirektor, Rittergutsbesitzer, Landwirt, Besitzer von Malchow und Polzow, in Malchow (Kreis Prenzlau, Provinz Brandenburg). Geboren den 23. April 1823 zu Malchow (evangelisch). Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses ununterbrochen von 1866 bis zu seinem Tode.

Digitized by Google

währten Sachkundigen vertreten zu sehen, erlaube ich mir die Anfrage, ob Ew. Hochwohlgeboren für den Fall, daß die Wahl sich auf Sie lenkt, bereit sein würden, ein solches Kommissorium entweder direkt oder bei eintretendem Bedürfniß der Stellvertretung zu übernehmen. Ew. Hochwohlgeboren würden mich durch eine baldgefällige Äußerung zu verbindlichstem Dank verpflichten.

von Bismarck.

Berlin, den 20. Mai 1873.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich für die in dem Schreiben vom 15. dieses Monats erklärte Bereitwilligkeit, an den Berathungen über die ländliche Arbeiterfrage in abwechselnder Vertretung mit Herrn von Blanckenburg für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Theil nehmen zu wollen, verbindlichst zu danken. Das Nähere über Beginn und Art der Berathung werden Ew. Hochwohlgeboren durch den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der den Vorsitz übernommen hat, erfahren. Behufs vorläufiger Information erlaube ich mir Ew. Hochwohlgeboren ein von Seiten des Herrn Präsidenten des Staatsministeriums vorgelegtes Promemoria sowie eine darüber mit dem Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten stattgehabte Korrespondenz hierbei in Abschrift zu persönlicher Kenntnißnahme mit der Bitte um Rückgabe mitzutheilen. Nach mündlicher Besprechung mit Herrn von Blanckenburg darf ich annehmen, daß zwischen beiden Herren eine Verständigung über gegenseitige Vertretung nach Maßgabe Ihrer Konvenienz stattgefunden hat.

von Bismarck.

Bei der Zusammensetzung des Ministeriums — Delbrück, Camphausen, Falk — und dem Umstand, daß sich Fürst Bismarck nach der Rückkehr von Versailles infolge seiner erschütterten Gesundheit mehr und mehr in Varzin einschloß, auch sich an der preußischen Politik verhältnismäßig wenig beteiligte, war es nicht zu verwundern, daß die Führer der liberalen Partei einen wachsenden Einfluß auf die Leitung der inneren Politik gewannen. Die Folge war ein immer gespannteres Verhältnis Bismarck's mit den Konservativen[1]). Der Kanzler bemerkte in einem an den Kriegsminister von Roon gerichteten Schreiben d. d.

[1]) Graf Roon schreibt darüber im Bd. II. S. 573 seiner Denkwürdigkeiten: Bismarck versäumte — oder verschmähte es, mit seinen bisherigen Freunden Fühlung zu halten und sie über die Notwendigkeit, in der inneren Politik andre Bahnen einzuschlagen, rechtzeitig zu orientieren. Die Konservativen ihrerseits waren durch manche Erfahrungen, und weil der Einfluß der Herren Camphausen und Delbrück sichtlich gewachsen war, auch mißtrauisch geworden, und nachdem auch Falk in das Ministerium berufen war, verweigerten sie dem letzteren die unbedingte Heeresfolge, auf welche Bismarck nach seinen Erfolgen ein unbedingtes Recht zu haben glaubte. Ihr Widerstand zeigte sich mehr oder minder offen, als die Entwürfe über Schulaufsichtsgesetz, Civilehe, die kirchlichen Kampfgesetze und die neue Kreisordnung beraten wurden. Die sehr beklagenswerte Folge dieser Haltung war zunehmende Verstimmung Bismarck's gegen seine alten Freunde und Kampfgenossen (welche bekanntlich im Jahre 1873 sogar zum offenen Bruch mit dem größten Teile der Konservativen führte).

Digitized by Google

Varzin, den 12. Dezember 1872.

Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die — Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas, für diese Welt, entmuthigendes. — — Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig und die — Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den „Rednern" wie K. und den Intriganten wie B., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen, und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altentheil, oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen."

Dem in Berlin persönlich unterstützten Antrage entsprechend wurde Bismarck am 1. Januar 1873 von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten, das nun auf Roon überging, enthoben. Roon und Bismarck wünschten, daß das Portefeuille des landwirtschaftlichen Ministers dem Abgeordneten Moritz von Blanckenburg angeboten werde[1]). Indessen war diese Ernennung nicht durchzusetzen; die Mitglieder des Staatsministeriums wünschten nicht einen neuen Kollegen zu erhalten, der sowohl mit Fürst Bismarck wie mit Roon in innigster vertrauter Freundschaft nahe verbunden war; sie fürchteten, sein Einfluß würde ein zu überwiegender werden — und darum mußte diese Kandidatur fallen gelassen werden[2]).

Zu den wenigen konservativen Abgeordneten, welche in der XI. preußischen Legislatur-Periode mit dem Fürsten Bismarck Berührungen hatten, zählt der Königliche Landrat und Rittmeister a. D. von Woedtke auf Woedtke[3]). Derselbe war häufig Gast des Kanzlers, verdankte aber diese Gunst nicht so sehr seiner politischen Wirksamkeit, als dem Umstande, daß er ein rechter Vetter des Fürsten ist (beider Mütter waren Schwestern). Ihre beiderseitige Bekanntschaft rührt von der Zeit her, da Bismarck noch in Kniephof wohnte und von Woedtke bei den 4. Ulanen in Greiffenberg stand.

Als Mitglied des Reichstags war von Woedtke nur einmal mit einem Auftrage des Fürsten an seine Fraktionsfreunde beehrt worden, und von seiner Fraktion nur einmal mit einer Anfrage zu dem Kanzler geschickt worden.

Dem Umstande, daß von Woedtke als Politiker niemals sich in den Vordergrund gedrängt hat oder hat drängen lassen, ist es zu verdanken, daß er der Gefahr glücklich entronnen ist, in ein Zerwürfnis mit dem Fürsten Bismarck zu geraten, wie es leider seinem verstorbenen Onkel, dem Oberpräsidenten von Kleist-

[1]) 27. Juli 1872. Der Abgeordnete von Blanckenburg trifft in Varzin ein.

[2]) Roon: Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 585 f.

[3]) von Woedtke, Reinhold, geboren den 23. Juli 1823, gewählt in das Abgeordnetenhaus in der XI. Legislatur-Periode.

Digitized by Google

Retzow und seinem ebenfalls verstorbenen Vetter Moritz von Blanckenburg ergangen ist[1]).

Bereits in der zweiten Auflage des ersten Bandes meines Werkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“ S. 57 habe ich in gedrängten Zügen eine Unterredung erwähnt, welche Fürst Bismarck auf der parlamentarischen Soiree am 20. April 1872 mit dem Abgeordneten Dr. August Reichensperger[2]) hatte. Der letztere hat mir darüber auf Grund seiner Tagebuchaufzeichnungen noch nachfolgende Mitteilungen gemacht:

Die erste zur Soiree geladene, durchweg aus Parlamentariern bestehende Serie der Gäste hatte sich eben verabschiedet; aus Anlaß eines Gesprächs mit dem Vizekanzler Delbrück war ich, meines Erinnerns das einzige zur Soiree geladen gewesene Centrumsmitglied, zurückgeblieben. Für die zweite Serie wurde der langgestreckte Buffettisch wieder zurechtgemacht. Ich wollte mich dann auch bei dem Fürsten verabschieden, derselbe führte mich aber in eine Fensternische des anstoßenden Salons und begann ein Gespräch mit mir. Alsbald veranlaßte ihn aber das Vorüberziehen der weiteren aus Damen und Herren bestehenden Gäste nach dem Speisesaal hin, mich in ein benachbartes Zimmer zu führen. Dort redete er mich wie folgt an: „Sie und Ihren Bruder halte ich trotz Ihres Ultramontanismus für loyale Deutsche; darum will ich Ihnen offen sagen, was ich von Ihrer Centrumspartei halte und wie ich mich zu derselben zu stellen denke.“ Die dazu gehörenden Welfen, fuhr der Fürst fort, seien für ihn der Hauptstein des Anstoßes; mit ihnen sei ein friedliches Zusammengehen nicht möglich. „Und wie kommen Sie dazu, diese Fraktion zu gründen; was wollen Sie damit?“ Auf diese Frage erwidernd, bezog ich mich zunächst auf die Absetzung des Armeebischofs Namczanowski, weil derselbe zufolge päpstlichen Erlasses nicht gestattet habe, daß in der Kölner Garnisonkirche zu St. Pantaleon zugleich römisch-katholischer und altkatholischer Gottesdienst abgehalten werde; es zeige dies klar,

---

[1]) Am 22. Mai 1871 wurde Bismarck auf der Rückreise von Frankfurt a. M. in Naumburg von Herrn von Rabenau, einem alten Bekannten aus dem Herrenhause, begrüßt. Der Kanzler bat den greisen alten Herrn, sein Haupt zu bedecken. Herr von Rabenau entgegnete aber: das Glück, Seine Durchlaucht sehen zu können, erwärme ihn wie Sonnenschein.

[2]) Reichensperger, August, Dr. honor. causa, Apell.-Ger.-Rat a. D. in Köln. Geb. 1808 in Koblenz. Besuchte die Gymnasien in Boppard, Köln und Bonn, studierte 1827—30 in Bonn, Heidelberg und Berlin Jurisprudenz, Auskultator bei dem Oberlandesgericht in Münster, Referendar und Assessor bei dem Landgerichte in Koblenz, Assessor bei dem Apell.-Gerichtshofe in Köln, Landgerichtsrat in Trier und endlich erst Landgerichts-Kammerpräsident und dann Apell.-Gerichtsrat in Köln; seit August 1875 pensioniert. Veröffentlichte zahlreiche Schriften über Politik und christliche Baukunst. Im Jahre 1848 gewählt in das Parlament zu Frankfurt und in die II. Kammer in Berlin, später Mitglied des Parlaments zu Erfurt. Von 1850—1863 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. 1855 erster Vizepräsident unter dem Präsidium des Grafen Schwerin. 1867 Wahl zum norddeutschen Reichstag (Landkreis Aachen) abgelehnt, 1870 dreimal, für Münster, Aachen und Koblenz, für das Abgeordnetenhaus gewählt, nahm er für Koblenz-St. Goar an. Mitglied des Reichstags von 1871—1884.

Digitized by Google

daß die Staatsregierung die altkatholische Bewegung begünstige. Weiter sodann wies ich auf die Beseitigung der „katholischen Abteilung" im Kultus-Ministerium hin, als auf eine für die kirchlichen, die religiösen Interessen der Katholiken besonders bedrohliche Maßnahme. Darauf entgegnete der Fürst, die katholische Abteilung habe stets das Staatsinteresse gänzlich außer acht gelassen, deren Chef Krätzig unter einer Decke mit den Polen gelegen, hinter welchen man stets mit gefälltem Bajonnett stehen müsse; „an den Beinen sollte man ihn aufhängen", lautete der vom Fürsten gebrauchte Kraftausdruck. Ich meinerseits nahm den Geheimrat Krätzig auf Grund meiner Bekanntschaft mit ihm in Schutz; sein Wirken, namentlich auch für die im Kriege zu Schaden Gekommenen, werde allerhöchsten Orts anerkannt, sein Verkehr mit der Familie Radziwill könne doch unmöglich seine Loyalität als zweifelhaft, als dem Polentum gewissermaßen affiliiert erscheinen lassen. Dem Vorgang mit dem Bischof Namczanowski sich zuwendend, bemerkte der Fürst, in Bezug auf das Heer sei sorgsam darüber zu wachen, daß jedem undeutschen Einfluß begegnet werde. Sollte es etwa zu einem Kriege kommen, so erfordere das Interesse Deutschlands, es mit Italien zu halten, dessen Regierung, wie unsre deutsche, mit dem Papst gespannt sei. Im Beichtstuhl könnten da leicht unsre Soldaten beeinflußt werden; unsre Bischöfe erschienen ihm wenig zuverlässig; so habe zum Beispiel der Mainzer mit dem Polen Kozmian korrespondiert; nur auf das kirchliche Interesse seien dieselben bedacht. Jeden Glauben respektiere er, selbst einen Glauben an den — vor ihm stehenden — roten Stuhl, wenngleich er als Individuum seinem Gott gegenüberstehe; wie aber die Dinge sich nun einmal gestaltet hätten, dürfe er schlechterdings nicht dulden, daß eine feindliche, die Gestaltung Deutschlands bedrohende Macht sich organisiere. Die Organisation der deutschen Katholiken sei bewundernswert, wie sich dies bei den Wahlen gezeigt habe[1]). Dagegen müsse er rüsten. Meine Zugehörigkeit zum Centrum betreffend, meinte er, Windthorst werde dasselbe führen, wohin mein Bruder und ich nicht wollten. Derselbe sei ein besonders feiner Kopf; durch und durch Welfe, halte er jetzt nur die katholische Maske vor. Hiergegen nahm ich Windthorst auf das entschiedenste in Schutz. Seit einer langen Reihe von Jahren habe ich zu ihm schon in Beziehung gestanden und ihn stets

[1]) Einer Mitteilung des Abgeordneten Dr. August Reichensperger zufolge gab den Anlaß zu dieser Expektoration Bismarck's eine unmittelbar vorher im Wahlkreise Rees-Moers stattgehabte Nachwahl. Die im Jahre 1871 mit schwacher Mehrheit erfolgte Wahl des Centrumsabgeordneten Freiherrn Otto von Loë gab bekanntlich der gegnerischen Parteileitung zu einem Wahlproteste Anlaß und Professor Dr. Gneist als Referent der Wahlprüfungs-Kommission bewies, daß derselbe begründet war. So kam es im April 1872 zur Neuwahl, bei welcher Fürst Bismarck zu Gunsten seines späteren Geheimschreibers, damaligen Professors Dr. Aegidi seinen Einfluß in so verstärktem Maße geltend zu machen wußte, daß es ihm schier unfaßbar war, wie trotzdem der Mann des Centrums mit erhöhter Stimmenzahl sich behaupten konnte. Vor dieser Zeit standen hier zu Lande die Katholiken derartigen Wahlen mit so sträflicher Gleichgültigkeit gegenüber, daß in Dutzenden von Gemeinden sich kaum 10 Proz. an dem Wahlakte beteiligten und beispielsweise 1867 der erste offizielle katholische Kandidat Dr. Krebs (Köln) es noch nicht auf 2000 Stimmen brachte.

Digitized by Google

als glaubenstreuen Katholiken befunden; aus seiner Anhänglichkeit an die Welfen-Dynastie machte er kein Hehl, was ihm im Hinblick auf sein früheres, so nahes Verhältnis zu derselben nicht zu verdenken sei; zu der Annahme aber, daß er seiner nunmehrigen Unterthanenpflicht zuwiderhandele oder derselben Entgegenlaufendes anstrebe, liege, meines Wissens, nicht der mindeste Grund vor. Ich könne nur wünschen, daß der Fürst einen Spion bei unsern Fraktionssitzungen gehabt habe, gewiß würde er aus denselben irgend Strafbares nicht vernommen haben. Mit den Polen[1]) hielten wir nur insofern, als wir gemeinsam mit ihnen unser und unserer Kirche bedrohtes verfassungsmäßiges Recht zu wahren bemüht seien. Auch über andere Centrums-Mitglieder noch äußerte der Fürst sich in unliebsamer Weise. So namentlich über Schröder (Lippstadt), der sich rühme, im Jahre 1848 auf der Barrikade gestanden zu haben, und bei den Verhandlungen über die Dotations-Frage anstößig hervorgetreten sei. Ich konnte darauf erwidern, daß Schröder nur im Scherz sich als Barrikadenheld aufgespielt habe, keinesfalls im Centrum zu den Tonangebenden gehöre.

Ohne daß die Unterredung zu irgend einem bestimmten Abschluß gekommen wäre, setzte der Fürst sich mit mir in Bewegung, um sich zu seinen Gästen zu begeben. Vor seinem Eintreten in die zu denselben führende Thüre richtete ich an ihn noch die Bemerkung, daß es mir schwer begreiflich sei, wie er so viel Aufhebens von der Centrumsfraktion machen könne, da dieselbe doch stets Minorität bleiben und nur in der Defensive sich geltend zu machen im stande sein werde. Mit den Worten: „Lassen wir das gut sein“ gab der Fürst mir freundlich die Hand, und verabschiedete ich mich von ihm.

Im Vorgefühle, daß ein schweres Gewitter über der Centrumsfraktion sich zu bilden im Begriff sei, notierte ich, in meiner Wohnung angelangt, sofort das zwischen dem Fürsten und mir Vorgekommene in mein Tagebuch.

---

[1]) Auch im Jahre 1877 während seines Aufenthaltes in Kissingen erklärte der Reichskanzler in einer Unterredung mit einigen schwäbischen Predigern, daß die „Polonisierungsgelüste“ den „Kulturkampf“ hervorgerufen hätten. Diese letztere Lesart ist seitdem bei den verschiedensten Gelegenheiten wiedergekehrt. Der vierten kirchen-politischen Novelle des Jahres 1886, welche von größerer Tragweite war als die bisher zu stande gekommenen, gingen die bekannten Polen-Vorlagen vorher. Bereits am 3. Dezember 1884 hatte Fürst Bismarck bei Beratung des Antrags Windthorst, betr. Aufhebung des Priester-Ausweisungsgesetzes, im Reichstag erklärt: „Ich würde in dieser Frage wie in vielen andern Konzessionen gar nicht abgeneigt sein, wenn mir die Bemühungen geglückt wären, in unserer Gesetzgebung eine Scheidelinie zwischen jenen Landesteilen einzuführen, welche polnische, und denjenigen, welche deutsche Zunge reden.“ Und in einer im Abgeordnetenhause am 28. Januar 1886 gehaltenen Rede hatte der Reichskanzler als „den eigentlichen Grund, durch den er überhaupt in den Kulturkampf geraten“ sei, die damalige katholische Abteilung im Kultus-Ministerium bezeichnet, welche nach seiner unmittelbaren Erfahrung „rein den Charakter eines polonisierenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung“ gehabt habe und „unter der Leitung des Herrn Krätzig ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden war, in deren Dienst diese Behörde behufs Polonisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten sich gestellt hatte.“ Am 12. April 1886 erklärte Fürst Bismarck im Herrenhause geradezu: „Durch die Polen-Vorlage wird der eigentliche Zweck der Maigesetze hoffentlich erreicht.“

Digitized by Google

Anhang.

Aus dem Essay des Professors Gneist über Bismarck's Teilnahme an der Verwaltungsreform.

Dem verhältnismäßig günstigen Verlauf des ersten Entwurfs der Kreisordnung folgte eine lange Pause, veranlaßt durch den Krieg mit Frankreich und den Abschluß der Reichsverfassung. Inzwischen wurde der Entwurf der Kreisordnung nochmals revidiert, mit Rücksicht auf die voraussichtliche Stellung der Parteien [1]).

Erst im Dezember 1871 erfolgte die Vorlage des zweiten Gesetzentwurfs unter Beibehaltung der früheren Grundlagen. Als erhebliche Änderung führte der Minister nur die Verkleinerung der Amtsbezirke an, und eine Gestaltung der bisherigen Deputationen für das Heimatwesen zu etwas erweiterten Bezirksverwaltungsgerichten. Beide Änderungen entsprechen unverkennbar den im Abgeordnetenhause vorherrschenden Ansichten, da die ursprüngliche Gestaltung der Amtshauptmannschaften den liberalen Vorstellungen etwas zu aristokratisch erschienen war.

Der Entwurf überstand nun ein Kreuzfeuer lang hingezogener Beratungen sowohl im Hause wie in den Kommissionen. Überaus zahlreiche Amendements gelangten zur Annahme, die Mehrzahl von nicht großer Tragweite, darunter auch unverkennbare Verbesserungen an der Vorlage. Erfreulich war die Erscheinung, daß mit dem Eindringen in die Einzelheiten der Reform die Zahl der überzeugten Fürsprecher sich sichtlich vermehrte, und Mitglieder, die das eine oder andere Amendement durchgebracht hatten, mit erhöhtem Eifer weiter teilnahmen. Ein harter Streit drehte sich immer noch um die Zusammensetzung des Kreistags, die zuletzt zu einer Verteilung zwischen Stadt und Land nach der Bevölkerungszahl, zwischen Großgrundbesitz (einschließlich des Bergwerksbesitzes und der Großindustrie) einerseits und den Dorfschaften andrerseits zu gleichen Theilen führte [2]).

Schwer zu überwinden war die liberale Fraktionsforderung der freien Wahl der Amtsvorsteher. Von dieser Seite konnte man sich auch einen Amtsvorsteher nicht denken, ohne ihm eine gewählte Amtsvertretung zur Seite zu geben.

Der hartnäckigste Streit drehte sich um die gesetzliche Regelung der Kreiskommunalsteuern und den möglichen Umfang der partikulären Kreisstatuten. Mit geduldiger Ausdauer wurden die Streitpunkte schließlich zu einem Kompromiß

---

[1]) Dem Minister Grafen Eulenburg gelang es, nun auch in seinem Departement einen Stab von Ministerialräten zu bilden (Wohlers, Persius, von Brauchitsch u. a.), die in dem weiteren Verlauf dem Minister, insbesondere auch in den lang hingezogenen Kommissionssitzungen, wacker zur Seite gestanden haben.

[2]) In der Mehrzahl der Landkreise des Ostens war das Eindringen von Handel, Gewerbe und Industrie in den geschlossenen Agrikulturstaat noch immer ein mehr oder weniger sporadisches. Die Gestaltung der Kreistagswahlen bot daher das Bild von tief ineinander geschobenen Grundsätzen einer ständischen Vertretung nach Besitzgruppen und einer Repräsentation der Steuerzahler als solcher dar.

Digitized by Google

gebracht, zum Teil unter persönlicher Einwirkung des Ministerpräsidenten. Die gesetzliche Regelung der Kreissteuern bot trotz ihres verhältnismäßig geringen Umfangs immer noch so viel intransigente Gegensätze dar, daß wohl alle Beteiligten sich überzeugen mußten, daß eine durchgreifende Regelung des Kommunalsteuersystems und damit auch der Dorfverfassung in diesem Stadium völlig aussichtslos gewesen wäre.

Das glücklich zu stande gekommene, schließlich mit großer Majorität angenommene Gesetzeswerk drohte jedoch noch einmal zu scheitern, da im Herrenhause die ursprünglich sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Anschauungen sich unvermittelter gegenübertraten als im Hause der Abgeordneten. Die gutsherrlichen Interessen der Mehrzahl, die großstädtischen Interessen der Oberbürgermeister fanden nur zu viel an der Vorlage auszusetzen. Man ließ sich zwar die endliche Aufhebung der Gutspolizei gefallen, kam aber, namentlich bei der Zusammensetzung der Kreistage, so sehr auf die ständischen Ideen samt ihrer itio in partes zurück — mit Beibehaltung der Lehnsschulzenämter und mit zahlreichen Einzelamendements —, daß die Unmöglichkeit einer Vereinigung beider Häuser auf diesen Grundlagen evident wurde. Die Generaldebatte ergab sogar heftige Angriffe gegen den Gesamtplan der Staatsregierung, und die Schlußabstimmung am 31. Oktober 1872 führte zu dem überraschenden Resultat einer Verwerfung der Kommissionsvorlage mit 145 gegen 18 Stimmen.

Das Staatsministerium gewann nach den heftigen Streitreden, die der Minister des Innern geradezu als „Leichenreden" bezeichnete, die Überzeugung, daß die gesellschaftlichen Klassengegensätze sich hier noch so schroff gegenüberstanden, daß jahrelange Verhandlungen zu keiner friedlichen Lösung führen konnten, wie solche auch im Abgeordnetenhause mühsam genug zu stande gebracht waren. Der Ministerpräsident entschloß sich daher, die Session zu schließen, dem Herrenhause durch einen Pairsschub 25 neue Mitglieder hinzuzufügen, und unmittelbar darauf in einer neueröffneten Session die Kreisordnung zum drittenmal vorzulegen, der dann nach einer kurzen Generalberatung im Abgeordnetenhause mit übergroßer Majorität, im Herrenhause schon am 9. Dezember 1872 mit 116 gegen 91 Stimmen (unter zahlreichen Stimmenthaltungen) angenommen und als Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 sofort publiziert wurde.

Von einer Vergewaltigung der I. Kammer der Legislatur konnte bei diesem raschen Verfahren wohl nicht die Rede sein, da es sich bei der früheren Abstimmung des Herrenhauses nicht sowohl um erhebliche staats- und verwaltungsrechtliche Differenzen, als um Interessengegensätze zwischen Stadt und Land handelte, die in Regierungskreisen nunmehr seit Jahren sorgfältig erwogen und durch eine Reihe billiger Ausgleichungen vermittelt waren. Vor allem waren dem Großgrundbesitz in der neuen Kreisvertretung, in der Beibehaltung der Gutsbezirke, im Kreissteuersystem, in der Neugestaltung der Ehrenämter und der Kreisausschüsse so weitgehende Konzessionen gemacht, daß die Staatsregierung in dieser Richtung nicht

Digitized by Google

weitergehen, vielmehr den seit zwanzig Jahren fortgesetzten Streit über die Kreisordnung endlich schließen mußte[1]).

Eine vergleichende Studie über die Stellung der öffentlichen Meinung und der Staatsregierung zu den Grundideen der Verwaltungsreform ergiebt eine wunderbare Umwandlung der Standpunkte von den Fraktionsprogrammen der früheren Jahrzehnte. Aus den Fraktionen treten zunächst hervorragende Mitglieder zu den Reformideen über, und ihre Zahl ist in langsamer aber stetiger Zunahme. Aus den Fraktionsprogrammen verschwinden langsam eine Reihe alter Schlagworte, die aus der Grundidee kommunaler Parlamentsverfassung erwachsen waren. Die stetige Wechselwirkung der Institutionen des Staats und der darauf beruhenden Gewöhnungen der Gesellschaft zeigt sich auch darin, daß in einem folgenden Jahrzehnt die ehemals heftigsten Gegner konservativer wie liberaler Seite sich so gerieren, als wären sie von Hause aus die eigentlichen Fürsprecher der Umgestaltung gewesen. Sehr erfreulich war es auch, daß im preußischen Beamtentum die alten Charakterzüge der Stein-Hardenberg'schen Periode noch einmal lebendig wurden und sich von dem Druck politischer Parteiprogramme freizuhalten wußten[2]).

Das Verdienst der Neuschöpfung verteilt sich zunächst unter zahlreiche Mitglieder des Landtags[3]) und überaus tüchtige Kommissarien aus dem Kreise der Ministerialverwaltung.

Hervorragend bleiben die persönlichen Verdienste des Ministers Grafen Fritz Eulenburg, der von Jahr zu Jahr die Grundideen der Verwaltungsreformen tiefer erfaßt, genial weiter geführt und energisch durchgeführt hat. Schon vom Jahre 1872 an bekunden seine Reden einen zusammenhängenden Plan durchgreifender Reformen, wie er auch im ganzen und großen zu stande gebracht ist.

---

[1]) Die weitere Fortbildung der Verwaltungsreformen in den höheren Gebieten der Provinzen und Regierungsbezirke wurde hauptsächlich durch die energische Thätigkeit des Ministers Grafen Eulenburg durchgeführt. An dieser Stelle ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten daraus, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aufgaben in den alten Provinzialverbänden, der Schwerpunkt der obrigkeitlichen Verwaltung in den Regierungsbezirken lag, und schließlich wurde eine Mehrheit für die Neugestaltung der Selbstverwaltung in diesen höheren Bezirken gewissermaßen dadurch erkauft, daß den Provinzen sehr reichliche Ausstattungen aus Staatsfonds zu eigner Verwaltung überlassen wurden. Ebenso gebührt dem Grafen Eulenburg und seinen Räten ein überwiegendes Verdienst um das Zustandekommen des Zuständigkeitsgesetzes von 1876, das in seiner Weise ein Muster technischer Durcharbeitung genannt werden kann, an welchem namentlich auch hervorragende Ministerialräte und Mitglieder aller Parteien (insbesondere Lasker und Hänel) einen erheblichen Anteil haben.

[2]) Man kann die der Reform von Anfang an zu Grunde liegenden Grundgedanken kaum würdiger zusammenfassen, als es später der Ministerialrat von Brauchitsch in der Einleitung zu seiner Ausgabe dieser Gesetze gethan hat.

[3]) Erwähnt mag an dieser Stelle werden die hervorragende Mitwirkung des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Wilhelm von Rauchhaupt; derselbe hat im Verein mit Friedenthal, Lasker und Brauchitsch den großen Bericht ausgearbeitet, der ihm bald eine führende Stellung unter den Konservativen sicherte.

Digitized by Google

Der Schwerpunkt der Schöpfung aber bleibt dennoch in der Person des Ministerpräsidenten konzentriert[1]). Der durchdringende Blick des großen Staatsmanns hat in einer scheinbar ratlosen Lage über alle Parteiprogramme hinaus das punctum saliens erkannt und anfangs gegen das Staatsministerium den neuen Reformplan in Gang gebracht. Sein Verdienst war ferner die Wahl und die stetige Unterstützung eines genialen Staatsmannes, des Grafen Eulenburg, der mit richtiger Auswahl seiner Mitarbeiter die höchst verwickelte Aufgabe im einzelnen durchzuführen verstand. In allen Stadien dieser Übergangszeit hat der Ministerpräsident seine starke Hand über der Durchführung des Werkes gehalten, in dem entscheidenden Zeitpunkt den unberechtigten Widerspruch des Herrenhauses mit raschem Entschluß beseitigt und in den Zwischenstadien der Beratung in geduldiger Ausdauer zahlreiche Kompromisse durch seinen maßgebenden persönlichen Einfluß zu stande gebracht. Unter den vielen Ruhmeserinnerungen des großen Reichskanzlers wird sein Verdienst als Schöpfer der neuen Verwaltungs-Ordnung sicherlich Menschenalter hindurch unvergessen bleiben, als eines ebenbürtigen Fortführers der Stein-Hardenberg'schen Reformepoche auch im Innern unsres Vaterlandes.

X. Abschnitt.

Die II. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags.

(5. Februar 1874 bis 21. Dezember 1876.)[2])

Die auf den 10. Januar 1874 ausgeschriebenen Reichstagswahlen waren den Konservativen ungünstig. Die Nationalliberalen blieben die stärkste Partei und hatten schon mit der Fortschrittspartei zusammen die absolute Mehrheit. Dazu traten auch hier, wie im preußischen Landtag, in allen nationalen Fragen, insbesondere im Kulturkampf, die Freikonservativen. Gleichwohl hatten die Ultramontanen auch im neuen Reichstag 25 Sitze gegen 1871 (92 statt 67) gewonnen, namentlich bayerische. Immerhin zählte das Centrum auch im Reichstag noch nicht ein Viertel, mit Polen und Sozialdemokraten zusammen nicht ganz ein Drittel, der Versammlung[3]).

Der Einfluß der Konservativen war bei diesem Stimmenverhältnis in unserer Legislatur-Periode ein geringer. Den Verkehr derselben mit Bismarck vermittelte

---

[1]) Nach Roon: Denkwürdigkeiten, Bd. II. S. 574, bestanden über die Kreisordnung zwischen Bismarck und dem Grafen Eulenburg nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

[2]) Es währte die I. Session der II. Legislaturperiode vom 5. Februar bis 26. April 1874, die II. Session vom 29. Oktober 1874 bis 30. Januar 1875, die III. Session vom 25. Oktober 1875 bis 10. Februar 1876, die IV. Session vom 30. Oktober bis 31. Dezember 1876.

[3]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 91.

Digitized by Google

u. a. der Abgeordnete von Puttkamer, der Nachfolger Falk's im Kultus-Ministerium [1]).

Unter den aus Preußen in den Reichstag neu Eingetretenen nenne ich den Geheimen Justizrat und ordentlichen Professor der Rechte an der Universität Berlin Dr. Georg Beseler [2]).

Obgleich die parlamentarische Thätigkeit Beseler's im Reichstag und im preußischen Herrenhause ihn vielfach in Berührung mit dem Fürsten Bismarck brachte, hat diese doch zu näheren Beziehungen zwischen beiden nicht geführt. Beseler, der von Hause aus einer gemäßigt liberalen Richtung in den meisten Fragen der inneren Politik huldigte, gehörte dem preußischen Abgeordnetenhause nur vorübergehend vor der Übernahme des Ministerpräsidiums durch Bismarck an, und blieb während der ganzen Konfliktszeit dem politischen Leben fern. Er hatte von vorn herein den Fehler, den die altliberale Partei mit ihrer ablehnenden Stellung zur Armee-Reorganisation einnahm, klar durchschaut, und hat in vertrautem Kreise wiederholt erzählt, daß seine Bemühungen, Georg von Vincke zum Eintreten für den Reorganisationsplan König Wilhelms zu gewinnen, vergeblich gewesen seien. Er gab der Haltung Vincke's in dieser Frage stets die Hauptschuld am Entstehen des beklagenswerten Verfassungskonflikts.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß während der Konfliktszeit von der preußischen Regierung — ob von Bismarck selbst, will ich nicht behaupten — der Versuch gemacht worden ist, Beseler zu einer juristischen Rechtfertigung der Haltung der Regierung in dem Konflikt zu veranlassen. Beseler erklärte sich hierzu außer stande. Die politische Berechtigung des Standpunktes der Regierung erkannte er rückhaltlos an, ihre Schritte, ihre Haltung der Landesvertretung gegenüber aber glaubte er rechtlich nicht begründen zu können.

Diese ablehnende Haltung Beseler's war durchaus charakteristisch für die Handlungsweise seines ganzen politischen Lebens; seine strenge, vielleicht zuweilen schroffe Wahrung des Rechtsstandpunktes auch bei allen politischen Fragen machte es ihm nicht immer möglich, allen Schritten einer Opportunitäts- oder Parteipolitik zu folgen. Hierin lag der Grund, daß er sich, bei allem Einverständnis mit den letzten Zielen, hin und wieder ebensowenig den Wegen der ihm sonst gesinnungsverwandten Politiker, wie denen der Regierung, oder genauer des Fürsten Bismarck anzuschließen vermochte. Hier ist auch die Ursache für sein wiederholtes heftiges Zusammengeraten mit dem Kanzler während seiner späteren

---

[1]) von Puttkamer, Robert Viktor, geboren den 5. Mai 1828. 1867 bis 1871 vortragender Rat im Bundeskanzler-Amt, 1871 Regierungspräsident in Gumbinnen, 1874 bis 1877 Regierungspräsident von Lothringen, demnächst Oberpräsident von Schlesien, Kultusminister, Minister des Innern und z. Zt. Oberpräsident in Stettin.

[2]) Beseler, Dr. Georg, geboren den 2. November 1809 zu Rödemiß bei Husum in Schleswig (evang.). 1848 für Greifswald in die deutsche Nationalversammlung gewählt, Mitglied des rechten Centrums, Mitglied der Kaiserdeputation, 1849 Mitglied der preußischen II. Kammer, an der Verfassungsrevision beteiligt. Seit Ostern 1859 Professor in Berlin (deutsches Recht und Staatsrecht); 1861—62 Mitglied des Abgeordnetenhauses (vermittelnd bei der Militärorganisation). Nat.-liberal. Vergl. auch S. 8.

Digitized by Google

politischen Thätigkeit im Reichstage und Herrenhause zu suchen. Beseler war der rückhaltloseste Bewunderer der großen nationalen Politik des Kanzlers, die ja das Ziel der alten Frankfurter Erbkaiser-Partei: die Errichtung eines deutschen Bundesstaates ohne Österreich unter preußischer Führung, erreicht hatte; um so mehr schmerzte es ihn, daß Fürst Bismarck der Frankfurter Bestrebungen gelegentlich nicht ohne einen gewissen Spott gedachte, was Beseler veranlaßte, dem Fürsten in einer Herrenhaussitzung auf eine derartige Bemerkung ungefähr zu erwidern: „Wenn das Frankfurter Parlament einen König Wilhelm und eine Schlacht von Königgrätz hinter sich gehabt hätte, würden seine Bestrebungen wohl auch einen andern Erfolg gehabt haben."

Der Wiedereintritt Beseler's in das politische Leben (1874) fiel mit den ersten Septennats-Verhandlungen zusammen. Beseler trat damals in den Kreisen der nationalliberalen Fraktion, der er sich angeschlossen hatte, energisch für das Septennat ein, ja seine persönlichen Wünsche gingen weiter, d. h. bis zur gesetzlichen Festlegung der Friedens-Präsenzstärke überhaupt. Daß er in jener Zeit irgendwie in nähere Beziehungen zum Fürsten Bismarck getreten wäre, dafür fehlen Anhaltspunkte. Sein im Sommer 1874 bedeutender Einfluß auf die rechtsstehenden Teile der damaligen nationalliberalen Partei machte sich vom Herbst dieses Jahres an weniger geltend, da er sich bei einer — wenn ich nicht irre, geschäftlichen — Frage in Gegensatz zu dem Fraktionsvorstand stellte und sich durch dessen Haltung ihm gegenüber veranlaßt sah, aus der Fraktion auszuscheiden, der er auch nicht wieder beigetreten ist. Für seine politische Haltung im allgemeinen, für sein Vertrauen zur Politik des Fürsten Bismarck in jenen Jahren mag folgender charakteristische Zug angeführt werden. Nach einem brutalen Angriff des Abgeordneten Windthorst gegen den Kanzler rief Beseler diesem in einer kurzen Entgegnung auf die Windthorst'schen Angriffe zu, daß er gern fünf Jahre seines Lebens darum geben würde, wenn er dadurch den Fürsten für die Leitung der Reichspolitik erhalten könnte[1]. Damals bahnte sich vorübergehend ein näheres Verhältnis zwischen dem Kanzler und Beseler an; der Fürst kam ihm mit besonderer Liebenswürdigkeit und Aufmerksamkeit entgegen; ohne Zweifel sah er damals in Beseler einen überzeugten Anhänger seiner Person und seiner Politik — und das mit vollem Recht.

Die Gründe, die später zu einer Entfremdung Beseler's von der Person des Fürsten und zu einer ablehnenden Haltung gegen dessen Politik führten, lagen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und der Kirchenpolitik. Wir werden darauf später zurückzukommen haben.

Der Freude über die Wiederwahl des Abgeordneten Dr. Völk[2]) gab Bismarck in folgendem, am 8. Februar 1874 an Herrn W. Schnetzer in Kempten gerichteten Schreiben Ausdruck:

---

[1]) Vergl. die ungemein sympathischen Worte Beseler's in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1874 gegenüber dem Angriff des Abgeordneten Windthorst. Stenographischer Bericht S. 490.

[2]) Vergl. S. 115.

Digitized by Google

Ich sage Ihnen für die bei Gelegenheit der Wahl des Dr. Völk mir telegraphisch ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen meinen verbindlichsten Dank und freue mich persönlich und politisch, diesen erprobten Vertreter der nationalen Sache bei Ihnen wiedergewählt zu sehen.

von Bismarck.

Baden entsandte in den Reichstag den Abgeordneten von Mohl, den berühmten Professor der Staatswissenschaften in Tübingen und Heidelberg [1]). Derselbe bethätigte durchweg eine nationale Gesinnung, unterstützte nach 1866 kräftig Bismarck's Politik gegenüber dem süddeutsch-partikularistischen Streben und kam auch während seiner Funktionen als Reichstagsabgeordneter mit dem Reichskanzler auf den parlamentarischen Soireen freundschaftlich zusammen. Zu Verhandlungen unter vier Augen lag eine Veranlassung nicht vor. —

Anfangs 1874 teilte ein früheres konservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses dem Fürsten Bismarck seine Bedenken wegen Einführung der obligatorischen Civilehe und der Civilstands-Register mit. Fürst Bismarck erwiderte unterm 11. Februar 1874, daß in dem Stadium, in welchem sich die Angelegenheit befinde, eine mündliche Erörterung derselben zu einem praktischen Resultat nicht führen könne. „Auf einzelne Ihrem Standpunkt entsprechende Modalitäten des Gesetzes einzugehen, wäre seiner Zeit gewiß thunlich, aber mit Erfolg doch nur für einen Minister möglich gewesen, der sich auf die Unterstützung einer starken konservativen Partei hätte berufen können. Ich glaubte bis zur Beratung des Schulaufsichtsgesetzes in diesem Falle zu sein, habe mich aber von meinem Irrtum überzeugt, und meinen praktischen Wirkungskreis dieser Erfahrung entsprechend eingeschränkt." —

Die bedeutsamste Vorlage, welche dem neugewählten Reichstag unterbreitet wurde, war die bereits oben flüchtig erwähnte Militärvorlage [2]). Die Einbringung des Gesetzes war schon in den Artikeln 60 und 61 der Reichsverfassung in Aussicht genommen, nach Ablauf der Pauschsummenjahre, durch die Bestimmung: „Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt. Nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichsmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrate zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden." In Erfüllung dieser Zusage und um aus der Fülle zerstreuter und teilweise veralteter preußischer Gesetze und Verordnungen über das Heerwesen das Beste und Bewährte mit einheitlicher Geltung übersichtlich zusammenzustellen, bestimmte der neue Entwurf

[1]) von Mohl, Robert, 1848 Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt, Reichs-Justizminister und Mitglied der erbkaiserlichen Partei daselbst, von 1861—1866 badischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt a. M., dann bis zur Auflösung der badischen Gesandschaft in München (1871) badischer Gesandter daselbst.

[2]) Die folgenden allgemein orientierenden Bemerkungen sind dem Werke von Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 130 f. entnommen.

Digitized by Google

nicht bloß die Ziffer der künftigen Friedensstärke und die organische Gliederung des Reichsheeres, sondern er traf auch eingehende Anordnungen über dessen Ergänzung, über die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechtsverhältnisse der bei der Fahne stehenden Personen, über den Beurlaubtenstand und die Ersatzreserve erster Klasse. Der Schwerpunkt des Entwurfs lag aber im § 1, welcher lautete: Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401 659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Der Beginn der Beratung des Gesetzes im Reichstag am 16. Februar 1874 ließ keinen Zweifel darüber, wie die Fortschrittspartei und die übrigen Oppositionsparteien zu dem Entwurf sich stellten. Eugen Richter erklärte, seine Partei werde den § 1 unter keinen Umständen und in keiner Form bewilligen. Der Reichstag verwies die Vorlage an eine Kommission, und diese Kommission beriet anfangs gar nicht einmal über den Kernpunkt der Frage, die Präsenzziffer, sondern über den umfangreichen organisatorischen Teil des Gesetzes. Inzwischen versuchten diejenigen nationalliberalen und freikonservativen Mitglieder der Kommission, für welche die Notwendigkeit der Annahme des Gesetzentwurfs von Anfang an feststand, zu einer Verständigung mit den Vertretern der Militärverwaltung auf Grund einer etwas niedrigeren „Durchschnitts"-Präsenzziffer zu gelangen, während sie 401 659 Mann als Maximalfriedensstärke anerkennen wollten. Die Freikonservativen schlugen 385 000 Mann vor, die Nationalliberalen 360 000. Die Militärverwaltung wies jedoch alle Vorschläge auf Herabsetzung der Friedensstärke sowohl als der zeitlichen Begrenzung des Präsenzstandes entschieden zurück. So schien denn eine Einigung ausgeschlossen, da der einzige Mann, mit welchem man zu einem Vergleich hätte gelangen können, der Reichskanzler, an seinem alten rheumatischen Leiden schwer erkrankt war. So war denn leider der § 1 der Vorlage in der Kommission am 13. März mit 24 gegen 4 Stimmen, am 20. März mit 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Nationalliberalen, welche dagegen stimmten, thaten dies nur, um bis zur Wiedergenesung des Fürsten Bismarck behufs der Verständigung mit diesem einen Aufschub zu gewinnen.

Wie ernst Bismarck die Situation auffaßte, erhellt aus folgenden Vorgängen.

Am 27. März 1874 hatten die beiden Mitglieder des Reichstags Dietze-Barby und Dr. Lucius einem Bericht der „Spener'schen Zeitung" zufolge[1]) eine Audienz bei dem Reichskanzler. Sie besuchten die Fürstin, um sich nach des Kanzlers Befinden zu erkundigen und ihre Teilnahme kundzugeben. Zum Fürsten zu gehen hatten sie eigentlich nicht die Absicht. Allein derselbe erfuhr von ihrer Anwesenheit und ließ sie zu sich bitten. Sie fanden ihn nicht so krank, wie sie es nach den offiziellen Nachrichten erwartet hatten. Dagegen war der Fürst sehr unzufrieden mit dem Gange der parlamentarischen Politik. Er bemerkte

[1]) Derselbe stammt mutmaßlich aus der Feder des Abgeordneten Wehrenpfennig.

Digitized by

u. a.: „Ich habe 1867 im konstituierenden Reichstage gesagt: Heben wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können. Ich fürchte, dieses geflügelte Wort muß man wieder streichen. Der Reichstag scheint den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten kann. Der Reichstag verkennt die Situation. Einzelne hervorragende Mitglieder glauben sich durch irgend eine frühere Äußerung gebunden. Sie glauben deshalb, das nicht thun zu dürfen, was die Lage des Augenblicks gebieterisch fordert. Ich habe es anders gemacht. Ich habe stets gestrebt, neues zu lernen; und wenn ich dadurch in die Lage kam, eine frühere Meinung berichtigen zu müssen, so habe ich das sofort gethan, und bin stolz darauf, daß ich so gehandelt habe. Denn ich stelle stets das Vaterland über meine Person. Das gegenteilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn es das Wohl des Ganzen erheischt. Hier aber im Reichstage glauben diejenigen Herren, welche ausdrücklich auf meinen Namen gewählt sind, von welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsre gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch geraten mit irgend einem Worte, das sie an einem andern Orte, zu anderer Zeit und unter ganz andern Umständen gesprochen haben. Ich kann mir diese Lage der Dinge nicht gefallen lassen. Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Vielleicht findet sich ein andrer, welcher sich in diesem Reichstag eine Majorität, eine zuverlässige Majorität zu sichern weiß. Ich habe an andern Orten, z. B. auch im Bundesrat, schon Schwierigkeiten genug zu überwinden; spöttelnd sagt man mir, unter Hinweisung auf das Verhalten einzelner Liberaler und der Fortschrittspartei im Reichstag: Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen? Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß möglichst bald ein Ende gemacht werden; und es giebt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt oder die Auflösung des Reichstags."

Auf Anfrage der beiden Abgeordneten ermächtigte der Reichskanzler dieselben, diese seine Äußerungen andern mitzuteilen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Reichskanzlers, bemerkte erläuternd: „Wir hören, daß diese Relation über Unterredungen, welche die betreffenden Herren nicht gemeinschaftlich, sondern zu verschiedenen Zeiten mit dem Reichskanzler gehabt haben, insofern einen dem Hergange nicht ganz adäquaten Eindruck macht, als der Hauptgedanke, an den der Kanzler seine Betrachtungen knüpfte, nicht wiedergegeben ist, daß nämlich die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teiles der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machten. Fünfzig bis sechzig reichstreue, nicht an Zerstörung des Reiches denkende Wahlkreise seien durch Abgeordnete vertreten, welche gegen die Reichsregierung operierten, und das zu einer Zeit, wo die reichsfeindlichen Parteien

Digitized by Google

so stark seien, daß die Majoritäten an und für sich schwankend würden. Dieser Fehler in der Situation werde sich voraussichtlich im Laufe der Legislaturperiode mehr schärfen, anstatt sich zu mildern. Von dieser Auffassung ausgehend, ist der Herr Reichskanzler zu dem Satze gelangt, das einzige Mittel sei eine Berufung an die Wähler, und wenn das den Fehler nicht heile, so sei eine konstante Majorität, auf welche irgend eine Regierung sich stützen könne, überhaupt nicht möglich [1]."

Nachträglich verlautete [2], daß sich Fürst Bismarck den beiden Krankenbesuchern gegenüber auch über die Abänderungen verbreitet hatte, welche der preußische Gesetzentwurf des Kirchendienergesetzes im Bundesrate erfahren hatte. Der Reichskanzler hielt die juristischen Bedenken, welche zu einer Beschränkung der der Staatsgewalt zuzuweisenden Aktionsmittel geführt hatten, für sehr wenig stichhaltig gegenüber den politischen Erwägungen, welche ihm die volle Entfaltung der staatlichen Kräfte im kirchlichen Kampfe notwendig erscheinen lassen. Da Fürst Bismarck befürchtete, daß im Reichstag sich ebenfalls eine starke Neigung zur Aufrechterhaltung der durch den Bundesrat beschlossenen Abschwächungen des preußischen Entwurfs zeigen möchte, so gab er dieser Besorgnis Ausdruck.

Über die viel besprochene Unterredung der Herren Dietze und Dr. Lucius [3]) mit dem Reichskanzler veröffentlichte der letztgenannte Abgeordnete in der „Spener'schen Zeitung" nachstehende Berichtigung.

Ballhausen bei Erfurt, 30. März 1874.

An die Redaktion der „Spener'schen Zeitung" in Berlin.

Die in Ihrer Zeitung vom 29. cr. enthaltene, teilweise unrichtige Darstellung einer am 27. d. M. mit Sr. Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler gehabten Unterhaltung nötigt mich zu nachstehender Berichtigung, welcher Sie gefälligst Aufnahme in einer Ihrer nächsten Nummern gewähren wollen. Ich fand den Fürsten Bismarck durch sein mehr wie dreiwöchentliches Krankenlager über Erwarten verändert und sehr geschwächt, wie es ja bei den permanenten heftigen Schmerzen sowie der gänzlichen Appetit- und Schlaflosigkeit nicht anders sein konnte. Er hatte einen Tag vorher unter Beistand zweier Diener

[1]) Vergl. auch den Artikel in den „Grenzboten", Jahrgang 1874, II. Quartal, S. 29.

[2]) „Voß. Ztg." Nr. 81 vom 8. April 1874.

[3]) Lucius, Robert, Freiherr von, Dr. med., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputierter, Landwehroffizier, in Kleinballhausen bei Erfurt. Geboren den 20. Dezember 1835 in Erfurt (katholisch). Machte 1860 den spanischen Feldzug gegen Marokko, 1860–62 die preußische Expedition nach Ostasien als Gesandtschaftsarzt, die Feldzüge 1864, 66 und 70 als Landwehr-Kavallerie-Offizier mit, ward im März 1870 in den Reichstag, November 1870 ins Abgeordnetenhaus gewählt; seit Juli 1879—1890 Minister für Landwirtschaft. Die Beziehungen des Abgeordneten zu dem Fürsten Bismarck reichen bis in das Jahr 1871 zurück. Die Debatte über die Gebührenfreiheit von Postsendungen an die zur Okkupationsarmee gehörigen Soldaten gab den Anlaß zur ersten Annäherung. In den nächsten Jahren bis zum Eintritt des Abgeordneten Lucius in das landwirtschaftliche Ministerium als Nachfolger Friedenthal's, Juli 1879, hat es nicht leicht einen Parlamentarier gegeben, der sich Bismarck's Vertrauen in dem Maße erfreute, als der Freiherr von Lucius.

Digitized by

den kurzen Weg vom Bett zum Sopha gemacht und hütete wieder dauernd das Bett. Die Ärzte hatten ihm die Aussicht gestellt, etwa Mitte Juni reisefähig zu sein, um direkt in ein Bad zu gehen, während von einer früheren Übernahme der Geschäfte gar keine Rede sein könne. Nach diesem Befund hat mir wohl nicht die Äußerung in den Sinn kommen können, „der Fürst sei mir nicht so krank erschienen, wie nach den offiziellen Nachrichten zu erwarten gewesen wäre." Was den Inhalt der Konversation betrifft, welchen ich allerdings einigen befreundeten Mitgliedern des Reichstags mitgetheilt habe, um dem Irrthum zu begegnen, bei Einteilung der noch nothwendig zu erledigenden Geschäfte Rücksicht auf die Genesung des Reichskanzlers zu nehmen, so beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß der Fürst seiner Verstimmung über den Entwickelungsgang der Dinge lebhaften Ausdruck gab und die Absicht aussprach, unter diesen Umständen baldigst seinen Abschied nachzusuchen. Er fühle sich nicht mehr kräftig genug, um die amtliche Friktion der vorbereiteten Stadien und die in der schwankenden Majorität des Reichstages entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Besonders klagte er darüber, daß so viele unbedingt reichstreue Wahlkreise nach Maßgabe der Haltung ihrer Vertreter für die dem Reiche entgegenstehenden Parteien thatsächlich ins Gewicht fielen. Soviel zur Berichtigung! Auf andere, in dem betreffenden Bericht enthaltene Details einzugehen, liegt für mich keine Veranlassung vor.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung zeichne ich als einer verehrlichen Redaktion ergebenster

Dr. Robert Lucius.

Am 8. April 1874[1]) stattete auch der Abgeordnete Miquel dem Fürsten einen Besuch ab. Derselbe überzeugte sich, daß der Reichskanzler durch die soeben überstandene Krankheit doch weit mehr geschwächt war, als man nach manchen durch die Blätter gehenden Nachrichten annehmen sollte. Die politische Lage betreffend erklärte er auf das bestimmteste, daß ihm schon sein körperlicher Zustand nicht erlauben würde, seinen Platz an der Spitze der Reichsgeschäfte zu behaupten, wenn er in einer die innere Konsolidierung wie die äußere Machtstellung des Reichs in so eminentem Maße, wie das Militärgesetz berührenden Frage innerhalb der nationalen Mehrheit des Reichstags nicht eine feste Stütze fände.

Am 9. April erfolgte der Besuch Sr. Majestät des Kaisers bei dem Kanzler, und am Nachmittag desselben Tages ließ der Kanzler zuerst Herrn von Bennigsen[2]) und später Herrn Dr. Lucius zu sich einladen, um ihnen Mitteilungen zu machen, welche die Bereitwilligkeit der Regierung, auf ein Provisorium von längerer Dauer (Septennat statt der ursprünglichen Forderung einer dauernd fixierten Friedenspräsenzstärke) einzugehen, erkennen ließen.

[1]) Anfangs April 1874 dankte Bismarck mit herzlichen Worten der deutschen Reichspartei für das von derselben an ihn gerichtete Geburtstags-Glückwunschschreiben. Die Antwort des Kanzlers war gerichtet an den damaligen Vorsitzenden der Partei, den Fürsten Hohenlohe-Langenburg.

[2]) 16. Januar 1874, Bismarck in der Matinee bei Bennigsen.

Digitized by Google

Die Besprechungen zwischen den Führern der nationalliberalen Partei und der Reichsregierung zogen sich noch einen Tag hin, und erst am 11. April wurde von der Seite jener Fraktion der Beschluß gefaßt, einstimmig für das siebenjährige Provisorium einzutreten. Auch ist, soviel bekannt, die letzte definitive Entscheidung des Kaisers erst Sonnabend den 11. April früh erfolgt. In militärischen Kreisen war man mit dem Resultat keineswegs zufrieden, da man dort die Ansicht vertreten hörte, daß die Regierung die günstige Stimmung des Landes hätte benutzen sollen, um damit eine Pression für die Regierungsvorlage auf den Reichstag auszuüben. Der zu stande gekommene Kompromiß wurde in militärischen Kreisen darum vielfach mit Mißmut aufgenommen und geradezu für eine zu Gunsten der Diplomatie erlittene militärische Niederlage erachtet. Diese Auffassung zeigte aber von der größten politischen Kurzsichtigkeit. Im Laufe der sieben Jahre hat sich für die Regierung noch jedes Mal das Bedürfnis herausgestellt, mit Neuforderungen für militärische Zwecke an den Reichstag zu gehen. Es hätte also schlimmstenfalls ein noch kürzerer Zeitraum als das Septennat angenommen werden können.

Zu der Zeit, da der Kompromiß geschlossen wurde, befand sich der frühere Abgeordnete von Blanckenburg auf drei Tage in Berlin. „Noch will ich Dir — berichtet derselbe dem Kriegsminister von Roon [1]) — schreiben, wie ich Bismarck gefunden habe, an dessen Krankenbett und zuletzt-Stuhl ich die drei Tage viele Stunden allein gesessen habe. Ich fand ihn ganz anders als ich dachte. Er war geistig ganz frisch — körperlich völlig hinfällig, unfähig allein zu stehen vor Schwäche. Es war nicht angethan, tiefer in die Lage einzusteigen, da er zum Widerspruch noch viel zu krank war. Was ich bei dieser letzten Kompromiß-Katastrophe am meisten bedaure, das ist die Art und Weise, wie es in Scene gesetzt ist. Das hat die Konservativen seit 1867 ruiniert und wird jetzt die Nationalliberalen ruinieren, nachdem man Bethusy und Genossen parlamentarisch völlig vernichtet hat. Das schadet dem Ansehen der Regierung: erst alle Organe, auch Kommissare hineinzusetzen und dann plötzlich: linksumkehrt! Das beklage ich, aber nicht den materiellen Inhalt des Gesetzes."

Als Fürst Bismarck im Jahre 1874 nach der Erledigung der Militärvorlage wie üblich zum Besuche der Heilquellen nach Kissingen fuhr, besuchte ihn dort u. a. auch der Reichstagsabgeordnete von Dietze-Barby. Der Zufall wollte, daß, als der Böttchergeselle Kullmann am 13. Juli aus nächster Nähe auf den Fürsten Bismarck eine Pistole abfeuerte, Dietze-Barby ganz in der Nähe des Thatortes war. Eilig bestieg er die Equipage, welche der König von Bayern dem Fürsten zu seinen Fahrten zur Verfügung gestellt hatte, fuhr in Carriere nach der Saline, benachrichtigte zuerst die Fürstin Bismarck und den Grafen Herbert, die im Begriff waren, dort zu baden, und kehrte dann eiligst in die Wohnung Bismarck's zurück. Dietze nahm an dem Verhör Kullmann's teil und stellte fest,

[1]) Denkwürdigkeiten desselben Bd. II, S. 635.

Digitized by Google

daß seine Angabe, sich längere Zeit in Magdeburg aufgehalten zu haben, richtig sei. —

Zu den wenigen preußischen Ministern, welche unter Bismarck das Portefeuille ihrer parlamentarischen Thätigkeit verdanken, zählt der bereits oben genannte Dr. Friedenthal[1]), welcher im Herbst 1874 zum Staatsminister und Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannt wurde.

Über seine Wirksamkeit in dieser Stellung schreibt Friedenthal in einer mir von seiner Wittwe zur Verfügung gestellten Autobiographie:

„Einige Zeit nach der Übernahme des durch die Überweisung der Oberaufsicht über die Grundkredit-Institute und andre Materien verstärkten Ministeriums hatte ich Gelegenheit, bei einer in Gießmannsdorf stattgehabten Versammlung des oberschlesischen landwirtschaftlichen Vereins meinen Berufsgenossen die Richtung zu bezeichnen, in welcher ich mir vorsetzte, das mir anvertraute Ressort zu verwalten. Die Zeitungen brachten damals meine als Programm bezeichnete bezügliche Rede.

Unter Anerkennung der Thatsache, daß die Landwirtschaft, das wichtigste und bedeutungsvollste Gewerbe unsres Staates, bisher weder in der Gesetzgebung die ihr zukommende Berücksichtigung, noch in dem Organismus der Verwaltungsbehörden, von den obersten bis zu den untersten Instanzen, die gebührende Stelle gefunden habe, erklärte ich es als meine Aufgabe, in beiden Beziehungen Besserung anzustreben und meine Kräfte namentlich auch dafür einzusetzen, daß in den wirtschaftlichen Einrichtungen des Staates die legitimen Interessen der Landwirtschaft in erheblich höherem Maße als bisher gepflegt würden. Das Heil der Landwirtschaft könne ich nicht darin suchen, daß man sie als sozusagen „politische Institution“, als „Grundbesitz-Interesse“, von der Gesamtwirtschaft des Staates, von der Gesamtarbeit des Volkes ausscheide und dergestalt isoliere, sondern darin, daß man ihr als integrierendes Glied in dem staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organismus die gebührende Stelle erringe und durch Gesetze und Einrichtungen ihre Kraft entwickele. Preußen sei dazu bestimmt, weder ein Handels- und Industrie-Staat, aber auch kein bloßer Ackerbau-Staat zu sein. Zwischen dem Streit der Interessen den Frieden mit starker Hand zu wahren, aber auch gleichzeitig durch positive Schöpfungen die Form und das Ziel konzentrischen Wirkens der Volkskraft Elemente zu schaffen, sei die Mission unsrer Monarchie, und in diesem Sinne wolle ich dem Landesherrn und der Landwirtschaft dienen.

Die landwirtschaftliche Verwaltung, welcher im Frühjahr die bisher dem Finanz-Ministerium zugeteilte Verwaltung der Domänen und Forsten hinzutrat, habe ich bis zum Sommer 1879 geführt.

Als im Herbst 1877 der Minister Graf F. Eulenburg um seine Entlassung bat und von Sr. Majestät dem Kaiser und König zunächst nur einen

---

[1]) Vergl. oben S. 79.

Digitized by Google

sechsmonatlichen Urlaub erhielt, übernahm ich für diese Zeit nach dem mir direkt gegenüber ausgesprochenen Verlangen Sr. Majestät des Kaisers und auf den besonderen Wunsch des Fürsten Bismarck zugleich die Verwaltung des Ministeriums des Innern. Dasselbe definitiv zu übernehmen, wurde mir im Frühjahr 1878 im Auftrage des Kaisers durch den Fürsten Bismarck angetragen. Ich bat, dasselbe ablehnen, und mein altes, mir lieb gewordenes, durch die Verwaltung der Domänen und Forsten zu verstärkendes Ministerium, das hierdurch zu einem der bedeutendsten und dankbarsten Zweige der inneren Verwaltung geworden war, behalten zu dürfen und führte dieses bis zum Jahre 1879, wo ich in das Privatleben zurücktrat." —

Am 18. Dezember 1874 verlautete, Fürst Bismarck habe infolge der Annahme des Hoverbeck'schen Antrages zu dem Fall Majunke durch die Majorität des Reichstags [1]) seine Demission eingereicht, oder beabsichtige dies demnächst zu thun. Die Nachricht fand um so mehr Beachtung, als sie von Personen ausgegangen war, die dem Fürsten Bismarck persönlich nahe standen, nämlich von den Abgeordneten von Arnim-Kröchlendorff [2]), dem Schwager Bismarck's, und von Denzin [3]), welcher in der konservativen Partei eine Zeit lang die Korporaldienste leistete. Es wurde erzählt, der Reichskanzler habe diesen beiden Vertrauenspersonen erklärt, er wäre müde, mit einer solchen Reichstags-Majorität ließe sich überhaupt nicht regieren. „Wenn die Ultramontanen es wirklich darauf angelegt haben, mich zu Tode zu ärgern, so sind sie von ihrem Ziele leider nicht allzuweit entfernt." In den kritischen Tagen besprach sich Bis-

[1]) Es handelte sich um den aus Anlaß der Verhaftung des Abgeordneten Majunke von den Abgeordneten Lasker und Genossen gestellten schleunigen Antrag, die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel zu prüfen und Maßregeln zu beschließen, welche eine Wiederkehr derartiger Eingriffe in die Würde des Reichstags verhinderten. Zur Annahme gelangte die Resolution des Abgeordneten Hoverbeck, welche lautete: „Bei Aufrechterhaltung der Würde des Reichstags ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstags verhaftet werde." —Eine Charakteristik Leopold von Hoverbeck's findet man in der Zeitschrift „Im neuen Reich", V. Jahrgang 1875, Bd. II, S. 357.

[2]) von Arnim-Kröchlendorff, Oskar Friedrich Ernst Abraham Heinrich Carl, Königlicher Kammerherr und Landrat a. D. auf Kröchlendorff bei Boitzenburg (Uckermark). Geboren 16. Juni 1813, 1849—61 Vertreter des Angermünder Kreises und dann für Angermünde-Prenzlau im Abgeordnetenhause; durch Allerhöchsten Erlaß vom 7. Januar 1860 auf Lebenszeit ins preußische Herrenhaus berufen. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Reichstags von 1874—1877.

[3]) von Denzin, Carl Friedrich, Rittergutsbesitzer auf Denzin. Geboren 16. Okt. 1800. Wohnte den vereinigten Landtagen von 1847 und 1848 bei, war Mitglied des Staatenhauses zu Erfurt, 1848—53 Mitglied der ersten Kammer. Seit 1853 in der zweiten Kammer, bildete er mit dem Prinzen Hohenlohe-Ingelfingen eine konservative Fraktion, die bis 1858 bestand. Der durch die neue Ära auf dreizehn Anhänger reduzierten, in der folgenden Legislaturperiode jedoch bis zu vierunddreißig Mitgliedern angewachsenen konservativen Partei gehörte er als Vorstand an. Bei der Krönung in Königsberg wurde er von König Wilhelm nobilisiert. Mitglied des konstituierenden Reichstags (konservativ).

Digitized by Google

marck im Konferenzimmer des Reichstags mit dem Führer des rechten Flügels der Nationalliberalen, von Bennigsen, welcher demselben jedenfalls beruhigende Erklärungen über die Haltung seiner Parteigenossen zu geben vermochte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bismarck bei diesem Anlasse besonders die Haltung des Abgeordneten Lasker scharf tadelte, welcher vierzig seiner Fraktionsgenossen zu bestimmen gewußt hatte, für den Antrag Hoverbeck zu stimmen.

Der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch des Kanzlers ab; in der Sache selbst war aber damit wenig gewonnen, da die mächtigste Partei nach wie vor einer festen Leitung entbehrte. Sie folgte Lasker, der schon lange in den Augen Bismarck's zwar ein guter Soldat, aber ein ganz unfähiger Feldherr war.

Die Geduld, die Bismarck mit Lasker bisher gehabt hatte, schien jetzt ernsthaft auf die Neige zu gehen. Was ihn am meisten von ihm zurückstieß, war, daß bei Lasker alles einstudiert war, alles Phrase, rhetorische Floskel; und dann dieser Redefluß, dieser Doktrinarismus!

Im September 1875 erstattete der Abgeordnete Braun (Wiesbaden) dem Kanzler einen mündlichen Bericht über seine Reiseeindrücke in Bosnien und der Herzegowina und die damit zusammenhängenden politischen Fragen[1]). Braun schwärmte damals für die Türken, gab diesem Gefühle unverhohlenen Ausdruck und beobachtete alles, was er von den russischen Umtrieben, die ihm auf eine Vorbereitung zum Kriege hinauszulaufen schienen, erfahren hatte. Braun sprach schließlich die Ansicht aus, es sei die Aufgabe Deutschlands, den Russen jeden Angriff auf die Türkei zu verbieten oder wenigstens zu verhindern, daß die Türkei ausschließlich von Rußland okkupiert werde; er gedachte der Griechen als eines wichtigen Kultur-Elementes auf der Balkan-Halbinsel und meinte, für das fruchtbare und kulturfähige Land zwischen Sawa, Raschka und Ibar sei ein bißchen österreichische Militärdiktatur, welche die Ordnung aufrecht erhält und Ackerbau-Kolonieen ermöglicht, nicht übel. Der Fürst lächelte. „Friedrich der Große," meinte er, „behauptete von Kaiser Joseph dem Zweiten, derselbe wolle immer schon den zweiten Schritt thun, bevor er den ersten zurückgelegt habe. Hüten wir uns, daß man dasselbe auch von uns sagen könne. Das mächtige Deutschland hat große Aufgaben: vor allem aber die, Europa den Frieden zu erhalten. Dies ist für mich der oberste Gesichtspunkt, auch in der orientalischen Krisis. Ich gedenke mich ohne die äußerste Not nicht einzumischen. Denn gerade durch die Einmischung könnte eine europäische Konflagration entstehen, namentlich dann, wenn auf der Balkan-Halbinsel die Interessen Österreichs und Rußlands einander feindselig entgegen treten. Nähme ich für den einen Staat Partei, dann würde sich Frankreich sofort auf die Seite des andern schlagen, und ein europäischer Krieg stände vor der Thüre. Ich habe zwei mächtige Wappentiere an ihren Halsbändern. Ich halte sie auseinander, erstens damit sie sich nicht zerfleischen, zweitens damit sie sich nicht auf unsre Kosten verständigen können. Ich glaube

[1]) Vergl. dessen Aufsatz „Unterhaltungen mit dem Fürsten Bismarck" in der „Deutschen Revue", X. Jahrgang (1885), I. Quartal.

Digitized by Google

damit nicht nur jedem derselben, sondern auch Deutschland und Europa einen Dienst zu erweisen. Was den von Ihnen befürchteten Angriff Rußlands auf die Türkei anlangt, so ist ein solcher, so viel ich weiß, bis jetzt noch durchaus nicht beschlossen, obgleich es eine Partei giebt, die zum Kriege drängt, und eine andre, welche sich drängen läßt; und so wäre es möglich, daß Rußland dem Kriege entgegentriebe. Was in diesem Falle zu thun, ist Sache demnächstiger Überlegung. Dem, welcher zum Hieb ausholt, in die Klinge zu fallen, ist ein schlechtes Geschäft. Man erwirbt sich damit keine Freunde, und der Behinderte wird einem dies Dazwischentreten bei andrer Gelegenheit entgelten lassen. Es wäre immerhin eine Art Intervention, und die Folgen einer solchen Handlungsweise lassen sich schwer übersehen.

Ich glaube nicht, daß im Augenblick die Türkei schon geteilt und der „unaussprechliche Türke", wie sich Mr. Gladstone ausdrückt, schon ganz aus Europa hinausgeworfen wird. Jedenfalls ist es nicht Mr. Gladstone, der es thun wird.

Ihre Mitteilungen über Bosnien und dessen Verhältnis zu Österreich sind mir von großem Interesse. Es ist das erste Mal, daß ich von einem unparteiischen Beobachter dergleichen höre. Ich meine es gut und aufrichtig mit Österreich-Ungarn und habe nicht die Absicht, es in irgend einem Unternehmen zu hindern, welchem die deutschen Interessen nicht entgegenstehen. Ich zweifle nicht an der Richtigkeit Ihrer Behauptungen, aber die Zeit ist noch nicht gekommen, dieselben praktisch zu verwerten. Jedenfalls wäre es nicht unsre Sache, so zu disponieren, sondern die Sache Europas. Ohne die Zustimmung des letzteren würde die Disposition keine Dauer versprechen." —

Am 13. Dezember 1875 verhandelte der Kanzler längere Zeit mit dem Präsidenten des Reichstags von Forckenbeck, unter Zuziehung des Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Staatsministers Delbrück. Gegenstand der Verhandlungen bildete die Arbeitspause, deren der Reichstag während der Weihnachtstage bedurfte. Der Reichskanzler betonte, welchen Wert die verbündeten Regierungen und er selbst darauf lege, daß alle dem Reichstage gemachten Vorlagen auch in Beratung genommen und ein Urteil des Reichstags über dieselben gefaßt werde. Der Präsident von Forckenbeck gab dem Reichskanzler von der Konferenz der Fraktions-Delegierten und von deren Übereinkommen in betreff der Weihnachtsferien Kenntnis, was sowohl den Reichskanzler als auch den Reichskanzler-Amts-Präsidenten befriedigte. —

Gegen den Schluß unsrer Session wurde das Tischtuch zwischen Bismarck und allen jenen konservativen Abgeordneten zerschnitten, welche seine Rede gegen die „Kreuzzeitung" vom 9. Februar 1876[1]) mit einer Protest-

[1]) „Wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung" — bemerkte Bismarck — die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in solcher Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der

Digitized by Google

Erklärung[1]) erwidert hatten. Der „Reichs- und Staatsanzeiger" druckte zum ewigen Gedächtnis die Namen dieser „Kreuzzeitungs-Deklaranten" ab.

Zum größten Teile fand man unter diesen „Erklärungen" die Namen der angesehensten und einflußreichsten Männer der protestantischen Bevölkerung der Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen. Besonders zahlreich waren die Unterschriften in den Ruhestand getretener Offiziere aller Grade bis zum General hinauf, woraus der Schluß erlaubt war, daß der aktive Offizierstand nur durch Rücksichten von der Abgabe gleicher Erklärungen abgehalten wurde. Es war ferner von Bedeutung, daß zu diesen Deklaranten Personen zählten, welche zu Sr. Majestät dem Kaiser in sehr nahen Beziehungen standen und schwerlich ihre Meinung so offen kundgethan hätten, wenn sie eine Mißbilligung dieses Schrittes an höchster Stelle zu befürchten gehabt hätten[2]).

Es war die Zeit, da ein altkonservativer Abgeordneter auf einem pommerschen Wollmarkte mit Emphase renommierte, er werde Bismarck noch so klein machen, „daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen möchte."

An Kraftaussprüchen dieser Art hatte es freilich auch früher nicht gefehlt. So hatte sich der Reichstagsabgeordnete Graf Fred Frankenberg in Tillowitz drei Jahre früher zu folgender Erklärung veranlaßt gesehen:

Berlin, den 17. Mai 1873. Direktor Raczek, Neustadt O.-S. Friedrich Graf Stolberg hat zu Schloß Falkenberg die in der „Schlesischen Zeitung" seinerseits bestrittene Äußerung: Wenn Graf Bismarck gehängt werden soll, so ziehe ich mit am Strick, in meiner Gegenwart gethan[3]).

Wie es aber oft im Leben vorkommt, daß unglückselige Vorgänge den Anstoß zu heilsamen Neuerungen geben, so erging es auch mit dem Deklarantenunfug. Er beschleunigte thatsächlich die Reorganisation der konservativen Partei, die es dann Bismarck möglich machte, von der bisherigen, im Lasker'schen Fahr-

---

sie gelesen, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird. Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung."

[1]) Dieselbe lautete: „Als treue Anhänger der königlichen und konservativen Fahne weisen wir diese Anschuldigungen gegen die „Kreuzzeitung" und die gesamte durch sie vertretene Partei auf das entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat."

[2]) Von den Mitgliedern des Herrenhauses unterzeichneten die Deklaration gegen Bismarck: W. von Bandemer-Gambin, Rittmeister a. D., von Borcke-Giesenbrügge, Graf Friedrich Carmer auf Pantzkau, Graf von der Groeben-Ponarien, von Hatten, Hauptmann a. D. auf Elotten, Graf Houwald-Streupitz, von dem Knesebeck-Corwin, Graf von Krassow, von Lepell-Wick, Freiherr von Manteuffel-Redel, Major a. D., Graf von der Schulenburg-Beetzendorf.

[3]) Durch Erscheinen auf der parlamentarischen Soiree Bismarck's am 14. Juni 1873 suchte Graf Stolberg den ihm selbst unliebsamen Eindruck seiner Äußerung zu verwischen.

Digitized by Google

wasser schwimmenden liberalen Majorität loszukommen. Bereits im Juni 1876 begann die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine lebhafte Agitation für eine konservative Gestaltung der Dinge in Preußen und im Reich und für eine Sprengung der liberalen Majorität. Der Landrat des Kreises Samter forderte seine sämtlichen Kollegen in einem Aufsehen erregenden Wahlrundschreiben auf, die Wahlagitation zeitig genug in die Hand zu nehmen und mit allen Kräften dahin zu wirken, eine möglichst konservative Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstage zusammenzubringen, „die bereit ist, die Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen und auf deren Unterstützung der Fürst rechnen kann — ohne übrigens zu entscheidendes Gewicht auf die konservative Gesinnung des Wahlkandidaten zu legen. Sollte auch ein Abgeordneter mit liberalen Neigungen gewählt werden, so ist das, wenn er sich nur verpflichtet, der „Partei Bismarck" — sit venia verbo — beizutreten, wie ich glaube, an und für sich gerade nicht bedenklich und zumal dann nicht, wenn der Wahlkandidat etwa Grundbesitzer ist."

Am 10. Juli 1876 veröffentlichte eine Anzahl Konservativer aus Nord- und Süddeutschland einen „Aufruf zur Bildung einer deutsch-konservativen Partei". Da das Programm der neuen Partei später Bismarck zu Erörterungen Anlaß bot, lassen wir das Aktenstück hier mit seinen Unterschriften folgen.

Aufruf zur Bildung einer deutschen konservativen Partei.

Wir wenden uns an die konservativen Elemente des Deutschen Reiches mit dem Aufrufe zu vereinter Arbeit für die großen, gemeinsamen Ziele:

1. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten, Provinzen und Stämme gewahrt werde.

2. Wir können nur eine solche Weiterbildung unsres öffentlichen und privaten Rechtes als segensreich anerkennen, welche auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stätigkeit unsrer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwickelung sichert.

3. Wir legen auf politischem Gebiete entscheidendes Gewicht auf die monarchischen Grundlagen unsres Staatslebens und eine kräftige obrigkeitliche Gewalt.

Wir wollen ein volles, gesetzlich gesichertes Maß bürgerlicher Freiheit für alle und eine wirksame Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung.

Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

4. Das religiöse Leben unsres Volkes, die Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen und kirchlichen Einrichtungen, die seine Träger sind, — vor allem die konfessionelle, christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage jeder gesunden Entwickelung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende

Digitized by Google

Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Kulturkampf vom Liberalismus zum Kampfe gegen das Christentum ausgebeutet wird, als ein Unglück für Reich und Volk und sind bereit, zu dessen Beendigung mitzuwirken.

Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränetät sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, und werden die Staatsgewalt den entgegenstehenden Ansprüchen der römischen Kurie gegenüber unterstützen. Andrerseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne sind wir zu einer Revision der im Laufe des Kampfes erlassenen Gesetze bereit. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.

5. Gegenüber der schrankenlosen Freiheit nach liberaler Theorie wollen wir im Erwerbs- und Verkehrsleben eine geordnete wirtschaftliche Freiheit. Wir verlangen von der wirtschaftlichen Gesetzgebung gleichmäßige Berücksichtigung aller Erwerbsthätigkeiten und gerechte Würdigung der zur Zeit nicht ausreichend berücksichtigten Interessen von Grundbesitz, Industrie und Handwerk. Wir fordern demgemäß die schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals. Wir fordern die Heilung der schweren Schäden, welche die übertriebene wirtschaftliche Centralisation und der Mangel fester Ordnungen für Landwirtschaft und Kleingewerbe zur Folge gehabt hat. Insbesondere fordern wir die durch Erfahrung gebotene Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und der Gewerbeordnung.

6. Wir erachten es für Pflicht, den Ausschreitungen der sozialistischen Irrlehren entgegen zu treten, welche einen wachsenden Teil unsres Volkes in feindseligen Gegensatz zu der gesamten bestehenden Ordnung bringen. Wir sind überzeugt, daß die bloße Entfesselung der individuellen Kräfte zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwickelung nicht führen kann, daß der Staat vielmehr die Aufgabe nicht abweisen darf, die redliche Erwerbsarbeit gegen das Überwuchern der Spekulation und des Aktienunwesens zu schützen und durch eine wirksame Fabrikgesetzgebung die sittliche und wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter, sowie das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sichern und zu fördern.

Alle, welche diesen Grundsätzen zustimmen und gewillt sind, dieselben, unabhängig nach oben wie nach unten, zu vertreten, fordern wir auf, sich zu einer festgeschlossenen Partei der deutschen Konservativen zu vereinigen.

von Below-Saleske (Pommern); Freiherr von Burgk-Roßthal (Sachsen); F. A. Bierling-Dresden; W. Curtmann, Hofgerichts-Advokat, Friedberg (Wetterau); Dreykorn, Gymnasialdirektor, Landau; Graf Finkenstein-Ziebingen (Brandenburg); Freiherr E. A. von Göhler-Karlsruhe; von Haas, Bezirksgerichts-Rat, Ansbach; von Helldorff-Bedra (Pr. Sachsen); Freiherr von der Horst-Hollwinkel (Westfalen); E. Katz-Gernsbach (Baden); Graf

Digitized by Google

Kleist-Tschernowitz (Lausitz); Graf Krassow, Regierungspräsident a. D., Pansewitz (Rügen); Luthardt, Regierungsrat, Augsburg; Freiherr von Maltzahn-Gültz (Vorpommern); Freiherr von Minnigerode-Rossitten (Preußen); Dr. Mühlhäuser, Ober-Kirchenrat, Wilferdingen (Baden); C. Ott-Fürth; C. Graf Rantzau-Rastorf (Holstein); von Rauchhaupt, Landrat, Delitzsch; Erbgraf Reinhardt von Rechtern-Limpurg (Baiern); Dr. M. Rieger-Darmstadt; Fr. Graf zu Solms-Laubach (Hessen); Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (Schlesien); Bernhard Stroedel, Advokat, Dresden; Uhden, Amtsrat, Sorge (Neumark); Weyrauch, Landrat, Kassel.

Das Programm war geschickt abgefaßt; in seinen Falten lag der Keim zur Versöhnung Bismarck's mit den Konservativen, zu dem Bündnis der Konservativen mit dem Centrum und die Kriegserklärung gegen die manchesterlich angehauchte liberale Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts [1]).

Da das Mitglieder-Verzeichnis keinen Zweifel darüber ließ, daß die neue Partei mit der alten feudalen Partei der „Kreuzzeitung" wesentlich identisch war, so säumte die Regierung nicht, durch die offizielle „Provinzial-Korrespondenz" erklären zu lassen, daß sie mit der neuen Partei keine Gemeinschaft habe. —

In diese Zeit fällt eine Unterredung, welche der nationalliberale Abgeordnete von Benda zwischen dem 10. und 26. Juli 1876 mit dem Kanzler in Kissingen hatte.

Herrn von Benda's [2]) Bekanntschaft mit Bismarck schreibt sich vom Jahre 1844 her, wo er in Potsdam Regierungsassessor war. Er war als Referendar eingetreten zur Zeit, als Herr von Meding dort Oberpräsident war. Die Regierung in Potsdam zählte damals unter den jüngeren Mitgliedern, Assessoren und Referendaren, eine größere Anzahl angehender Beamten, die sich später im Staats- und öffentlichen Leben in hervorragender Weise hervorgethan haben. Sie standen mit den Offizierskreisen im besten freundschaftlichen Verkehr.

---

[1]) In einer Versammlung liberaler Urwähler sprach sich E. Richter am 26. September 1876 also aus: Ich bin nicht der Meinung, als ob Fürst Bismarck das ganze Programm der Konservativen oder Freikonservativen vollständig teile. Die Herren thun freilich so, als ob es der Fall wäre. Es kommt dem Fürsten, wenn ich ihn recht verstehe, zunächst darauf an, daß die liberale Partei geschwächt, die konservative Partei stärker werde. Beide Parteien sollen sich gegenseitig die Wagschale halten können, damit das Zünglein ihm selbst in die Hand komme. Neutralisieren sich die Parteien, so ist ein bestimmender Einfluß des Reichstags auf ihn nicht mehr vorhanden, viemehr hat er alsdann den Reichstag in der Hand. Positiv könne dasselbe Ziel erreicht werden für ihn durch Bildung einer ihm absolut ergebenen und zugleich den Ausschlag gebenden Mittelpartei. Versuche nach dieser Richtung hin sind gemacht, aber fehlgeschlagen.

[2]) von Benda, Robert, Rittergutsbesitzer in Rudow bei Berlin. Nationalliberal; geboren am 18. Februar 1816 zu Liegnitz; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Berlin und die Universitäten Berlin und München. War früher Regierungsassessor in Potsdam, seit 1853 Landwirt. Mitglied des Kreistags, der Provinzialversammlung und des Provinzialrates. Mitglied des Landtags und des Reichstags. Jahrelang Vorsitzender der Budgetkommission, Vizepräsident im Landtage.

Digitized by Google

Bismarck wurde von seinen Kollegen zuvorkommend aufgenommen, war jedoch bei den geselligen Vergnügungen ein seltener Gast und sein Aufenthalt nur von kurzer Dauer. Veranlassung seines Ausscheidens war eine Begegnung mit dem Oberpräsidenten von Meding, von der man sich folgendes erzählte: Bismarck wünschte dienstlich oder privatim mit dem Oberpräsidenten zu sprechen und wurde von diesem zu einer bestimmten Stunde bestellt. Er trat bei Herrn von Meding ein, welcher an seinem Arbeitstisch saß, ihn eine Viertelstunde stehen ließ, dann aufstand und fragte, was er wolle. Bismarck antwortete darauf in höflicher Weise, er werde sich gestatten, ihm dies schriftlich mitzuteilen, entfernte sich und reichte seinen Abschied ein. Der Vorgang war für die bei der Regierung beschäftigten jungen Leute damals ein ganz erstaunliches Ereignis. Ihre Liebe zu dem Oberpräsidenten wurde dadurch nicht erhöht.

Während der Konfliktszeit gehörte von Benda dem linken Centrum mit von Bockum-Dolffs, Gneist und von Sybel an, und hatte in dieser Zeit weder Veranlassung noch Neigung, mit Bismarck persönlich zu verkehren; war es doch in jener Zeit, seit der Führung des Herrn von Vincke, gewissermaßen Grundsatz der liberalen Parteien, die Hotels der Minister entgegengesetzter Richtung nicht zu besuchen.

Vom Tage der Indemnität ab trat aber ein in dem Gange der umgestalteten Parteiverhältnisse begründetes gutes persönliches Verhältnis zwischen von Benda und Bismarck ein, welches in den langen Jahren bis zu dem Ausscheiden desselben aus seiner hohen Stellung ungestört geblieben ist, wie es auch dieses Ausscheiden überdauert hat.

An zahlreichen persönlichen Begegnungen in dieser langen Zeit hat es nicht gefehlt, zumal seit Begründung des Deutschen Reichs und seit den vielfachen Besprechungen, welche der Reichskanzler mit den Führern der nationalliberalen Partei in den Jahren 1877 bis 1880 hatte.

Besonderen Anteil nahm der Fürst auch an den Verhandlungen des landwirtschaftlichen Kongresses, dessen Präsident von Benda im Jahre 1871 war. Er besuchte den Kongreß, nahm an dessen Verhandlungen teil und bezeugte sein lebhaftes Interesse, indem er in den Bundesrat zur Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft ein Mitglied (Herrn von Nathusius) berief — eine Einrichtung, welche dann später, da ihr praktischer Erfolg den Erwartungen nicht entsprach, wieder aufgegeben wurde.

Bei allen Gelegenheiten, auch bei den späteren Vorgängen, welche unter der Richtung von Niendorf zu Spaltungen und Zersplitterungen im landwirtschaftlichen Vereinswesen führte, hat Bismarck an den Interessen des Ackerbaues den lebhaftesten Anteil genommen und es wiederholt lebhaft beklagt, daß die Förderung dieser Interessen vielfach von einseitigen, vielfach von politischen Parteistandpunkten behandelt und beurteilt würde.

Vom Jahre 1880 datiert der Niedergang der nationalliberalen Partei an Zahl und Einfluß. Auf die Verhandlungen wegen Eintrittes ihrer Führer in die Regierung kam Bismarck nicht mehr zurück. Wie sehr aber auch späterhin der

Digitized by Google

Fürst eine freundliche Stellung zur nationalliberalen Partei begehrte, davon geben die zahlreichen Kundgebungen im Reichstage wie außerhalb desselben, die anerkennenden Äußerungen bei Beantwortung der Geburtstagswünsche, bei der Wahl im Holstein'schen Kreise u. s. w. Zeugnis.

In Kissingen war Herr von Benda seit der Indemnität und nach Beendigung des französischen Feldzuges beim Fürsten ein stets gern gesehener Gast. Bismarck hatte hier die Gewohnheit, außer seiner Familie nur noch einige Herren bei sich zu Tisch zu sehen. Durch eine solche Tischeinladung wurde Herr von Benda im Jahre 1876 gemeinsam mit Herrn von Bernuth und Herrn von Obernitz (dem verunglückten Freunde der Familie) ausgezeichnet. Der Fürst begrüßte seine Gäste freundlich, war aber sehr ungehalten über die orientalischen Angelegenheiten und den alten Disraeli, der immer den Kriegslustigen spiele, den man auspoltern lassen müsse. Da sei es seine Aufgabe, stundenlang zu sitzen, oder nach Würzburg zum Kaiser zu fahren — das halte er nicht länger aus. Die Unterhaltung bewegte sich ferner ungezwungen über die Verhältnisse des Kissinger Badelebens, sprang dann aber bald wieder auf das politische Gebiet über, wobei der Fürst ziemlich rückhaltlos über die parlamentarischen Führer sowie über seine Kollegen im Ministerrate sich erging. Besonders beklagte er das Ausscheiden von Delbrück[1]), der mit seinen Eigenschaften nicht zu ersetzen sei. Seinen Nachfolger Hofmann habe er auf Empfehlung Delbrück's als Präsidenten des Reichskanzler-Amts berufen; er sei der liberalste unter allen vorgeschlagenen Kandidaten gewesen und erfreue sich derselbe bei seinen Kollegen im Bundesrat hoher Achtung. Beim Kaiser Wilhelm habe sich Hofmann durch seine Unterstützung des Ministers des Innern Grafen Eulenburg bei Beratung der Strafnovelle Beifall erworben. Er hoffe, daß er nicht gleich in der ersten Session werde zerrissen werden. Daran schloß sich die Darlegung der Motive, aus welchen Hofmann in das preußische Ministerium berufen sei. Der Fürst erklärte, er habe mit dem preußischen Partikularismus nicht mehr fertig werden können. Nicht Bayern, nicht Württemberg, nicht Sachsen bereite ihm Schwierigkeiten, den größten Widerstand gegen die Reichspolitik fände er in Preußen, zumal im Finanz- und Handelsministerium; unter solchen Umständen habe er es für nützlich gehalten, ihm ergebene Mitglieder des Bundesrats ins preußische Staatsministerium zu berufen.

Eingehend äußerte sich der Fürst über seine früheren und gegenwärtigen Kollegen im Ministerrate, über Vorgänge, welchen gegenüber Delbrück seinerzeit zu beschwichtigen gewesen sei.

Über das Reichseisenbahnprojekt[2]) ließ sich der Fürst sehr eingehend aus. Er schilderte seine Entstehung, seine Entwickelung und Bedeutung für die Zukunft.

Der künftige Übergang auf das Reich sei das Ziel, welches zu erstreben sei. An geeigneten Männern fehle es nicht, er denke vor allem an Maybach, den

[1]) Delbrück war in seiner Stellung als Präsident des Reichskanzler-Amts am 31. Mai 1876 durch den Großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hofmann ersetzt worden.

[2]) Vergl. hierüber mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I. S. 76, 79 und 82.

Digitized by Google

intelligenten und erfahrenen Fachmann. Ungehalten war der Fürst über die Schwierigkeiten, welche der Erwerb von Privateisenbahnen in der Landesvertretung finde. Es sei eine Thorheit, wohlfeile Käufe abzuweisen, weil irgend eine unbequeme Bedingung damit verbunden sei. Den weiteren und Hauptgegenstand des Tischgesprächs bildete schließlich die künftige Gestaltung der parlamentarischen Parteien und Bismarck's eigenes Verhältnis zu denselben. Der Fürst würzte diese Unterhaltung durch eine lebhafte und drastische Kritik der hervorragenden Persönlichkeiten. Lasker könne man den Verstand nicht absprechen. Mit Miquel, so hoch er ihn schätze, könne er nicht so frei von der Leber sprechen, wie z. B. mit Bennigsen. Von Benda bemerkte, das Urteil des Fürsten beruhe wohl zum Teil auf der Stellung Miquel's zum Kirchenkampfe, den dieser in seinem Umfange nicht für nötig gehalten habe. Hiergegen verwahrte sich der Fürst sehr lebhaft. Er führte eingehend aus, wie die Erscheinungen in der Provinz Posen, die Absorption des germanischen Elements daselbst durch polnisch-katholischen Einfluß ihm die Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes aufgedrungen habe, dessen Abschluß nach erreichten Zielpunkten natürlich nur in seinen Wünschen liegen könne.

Auf das Parteiwesen selber eingehend, äußerte der Fürst, er habe erst kürzlich die betreffenden Fragen mit einzelnen seiner Kollegen ausführlich besprochen. Nichts verletze ihn mehr, wie die falschen Nachrichten, die man in der Presse, zumal in der „Kölnischen Zeitung", über seine Absichten und die Verbindungen, die er gesucht, verbreitet habe. Er sei nach wie vor bereit, sich mit der nationalliberalen Partei zu verständigen[1]), in der er bisher seine Stütze gefunden habe, und wenn es heiße, er wolle diese Partei sprengen, um neue Parteibildungen herbeizuführen, so sei dies eine Unwahrheit. Er betrachte als seine Feinde, abgesehen vom Centrum, die spezifischen und extremen Kreuzzeitungsleute, vor allem weil sie die Revolution vertreten, weil sie alles wieder in Frage stellen was in neuester Zeit Großes geschaffen sei — und dann die Fortschrittspartei[2]), welche unfruchtbar und für seine Regierung nur ein Hemmnis sei. Was ihn angesichts der nächsten Wahlen besorgt mache, sei der Umstand, daß die nationalliberale Partei die ihr eigentümliche Selbständigkeit, welche ihm, wenn auch mühevoll, die Führung der Politik bisher erleichtert habe, verlieren könne; daß ihre Mehrheit, wie dies in der letzten Session vorgekommen, ins Schlepptau der Fortschrittspartei geraten könne, oder gar mit dieser und der Centrumspartei sich verbinde.

In solchem Falle sei für ihn keine Möglichkeit der Fortführung der Geschäfte gegeben; die Folge würde dann nicht der Eintritt eines liberalen, sondern eines

---

[1]) Vergl. die Broschüre: „Nationalliberale Partei, nationalliberale Presse und höheres Gentlemanthum. Von einem Nichtreichsfeinde." Berlin bei Julius Springer, 1876, und eine Besprechung derselben in den „Grenzboten", 35. Jahrgang 1876, II. Quartal, S. 192—196.

[2]) Vergl. den Artikel der „Provinzial-Korrespondenz": „Die Fortschrittspartei und die Bismarck'sche Politik" (August 1876) und die Besprechung desselben in der „Post" No. 182 vom 4. August 1876, Beilage.

Digitized by Google

spezifisch konservativen Ministeriums sein, welches seine Majorität in der Vereinigung aller nach rechts stehenden Elemente — das Centrum nicht ausgeschlossen — suchen müsse. Der Lösung solcher Aufgabe werde er sich selbstverständlich nicht unterziehen, aber er werde, wenn es hierzu komme, dem Könige keinen andern Rat geben können. Als Elemente, die für solchen Fall nutzbar zu machen seien, betrachte er auch die Agrarier. Er könne nicht in Abrede stellen, daß die Grundbesitzer berechtigte Beschwerden haben und gegenüber den mancherlei Vorteilen, welche andre Erwerbszweige im Laufe der Zeit sich angeeignet, eine kräftigere Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten wünschen müssen, wenn er auch das agitatorische Vorgehen derselben auf diesem Gebiete vielfach nicht als nützlich angesehen habe.

Herr von Benda bemerkte, daß nach seinen Erfahrungen die agrarische Agitation häufig Gefahr laufe, der politischen Ausbeutung zu verfallen. Der Fürst schien auf weitere Erklärungen über seine Anschauungen nicht eingehen zu wollen; daß ihm die Interessen und Gefahren des großen Grundbesitzes in den östlichen Provinzen lebhaft vor Augen stehen, leuchtete aber aus allem heraus.

Das Gespräch wandte sich demnächst auf das Ungenügende des deutschen Parteiwesens, die Mängel in der Führerschaft und den Mangel der Disziplin in den Parteien selbst; es streifte sodann die aus unserm Nationalcharakter hervorgehenden Schwierigkeiten, welche der feste Zusammenschluß in den bestehenden kirchlichen, nationalen und gesellschaftlichen Verhältnissen findet. Fürst Bismarck bemerkte hierbei wiederholt, es sei entschieden falsch, wenn man ihm imputiere, er sei damit beschäftigt, neue Verbindungen und Kombinationen zu suchen; er nehme auch ferner gerne das freundschaftliche Verhältnis der Nationalliberalen entgegen, aber er müsse eine Majorität ablehnen, in welcher in den entscheidenden Fragen die Führer der Fortschrittspartei den Ausschlag gäben.

Auf den Gang der Gesetzgebung übergehend, äußerte der Fürst, die Überhäufung mit Gesetzesvorschlägen müsse endlich einmal ein Ende nehmen; die Geheimen Räte, nicht er, seien an dieser Abundanz schuld. Jeder Rat, der ins Amt trete, habe nur die Passion, seine Lieblingsideen ins Leben zu führen — stiefmütterlich werde dabei das Herrenhaus behandelt.

Der Entwickelung der Parteibildung in den neu zu wählenden Parlamenten sah der Fürst mit Aufmerksamkeit entgegen, und er behielt sich seine Entschließungen vor.

Die 2 ½ stündige Unterhaltung bewegte sich ungezwungen in lebhaftem Austausch der vielfach abweichenden Anschauungen. —

In der letzten Session der II. Legislaturperiode stellte die Frage einer Verständigung über die Justizgesetze die junge Institution des Reiches auf eine schwere Probe [1]). In der Herbstsession 1874 hatte der Reichskanzler dem Reichstag drei Entwürfe, die Civilprozeßordnung, die Strafprozeßordnung und

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 139 ff.

Digitized by Google

ein Gerichtsverfassungsgesetz zur Beratung vorgelegt. Zunächst wurde in erster Lesung beschlossen, eine außerordentliche „Justizkommission des Reichstags" mit der Durcharbeitung der Entwürfe zu betrauen. Unter den Händen dieser Kommission hatten die drei Entwürfe freilich ein so völlig andres Aussehen gewonnen, daß der Reichstag sich in der zweiten Lesung am 7. November 1876 mit dieser Arbeit, der inzwischen die von keiner Seite beanstandete treffliche Reichs-Konkursordnung hinzugekommen war, in seiner großen Mehrheit unbedingt einverstanden erklärte. Die Schwierigkeit der Verständigung und des Abschlusses der wichtigen gesetzgeberischen Arbeit lag jetzt vielmehr darin, ob es gelingen werde, die Zustimmung der Regierungen zu den Änderungen zu erlangen, welche die ständige Kommission des Reichstags mit der Strafprozeßordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz vorgenommen hatte. Als der Bundesrat zuerst diese neugestalteten Entwürfe beriet, hielt er nicht weniger als 86 der Kommissionsbeschlüsse für „unannehmbar." Da eilte Fürst Bismarck (am 21. November 1876) von Varzin herbei, um die Spannung zu verringern, um die Arbeit von Jahren, die Hoffnung ihres Abschlusses nicht scheitern zu lassen.

Der Abgeordnete, mit dem Bismarck die Differenz bezüglich die Justizgesetze zuerst besprach, war der verstorbene Rechtslehrer Dr. Schwarze[1]; ihm gegenüber fiel bei Besprechung des Falles Arnim das geflügelte Wort des Kanzlers: „Meine Diplomaten müssen auf Kommando schwenken wie die Soldaten".

Am 9. Dezember 1876 bemerkte der Kanzler dem Abgeordneten Dr. Völk gegenüber, daß der Reichstag nunmehr nachgeben und die Beschlüsse des Bundesrats annehmen solle. Darauf antwortete der Abgeordnete Dr. Völk, es wäre doch gut, wenn hier der alte Spruch angewendet würde: Der Gescheidtere giebt nach. Der Reichstag mache ja keinen Anspruch darauf, immer der Gescheidtere zu sein. Der Fürst entgegnete: „Nun, lassen wir es auch einmal umgehen." Im Verlauf des Gesprächs kam nun Dr. Völk auf die große Bedeutung der Sache in Beziehung auf die nationale Entwickelung zu sprechen und bemerkte, daß alle kleinen Rücksichten schwinden müßten, wenn es sich um die Reichseinheit, dieses große Bindemittel im Interesse des Deutschen Reiches handele. Fürst Bismarck meinte nun, die Justizgesetze gingen zunächst die Juristen und die 14 deutschen Justizminister an, er sei darin noch mehr Dilettant als ihm vorgeworfen worden sei in Beziehung auf die Zollfrage. Hierauf erwiderte Dr. Völk: „Durchlaucht, darauf kommt es hier nicht an. Scheitern die Gesetze, so sagt man überall in Deutschland: der Bismarck hat sie nicht gewollt. Verkündet aber der

---

[1]) Schwarze, Friedrich Oskar, Dr. jur. und General-Staatsanwalt für das Königreich Sachsen. Geboren den 30. September 1816 zu Löbau, Königreich Sachsen (evangelisch). Appellationsrat, Hilfsarbeiter im Ober-Appellationsgericht und im Justizministerium 1848—54, Ober-Appellrat 1854, Ober-Staatsanwalt 1856 und General-Staatsanwalt 1860. Derselbe war bei der Straf- und Strafprozeß-Gesetzgebung Sachsens thätig. Er war Mitglied des sächsischen Landtags im Jahre 1849 und vertrat auf dem konstituierenden Reichstage wie auf den späteren Reichstagen den 4. sächsischen Wahlkreis (Neustadt-Dresden 2c.); 1874/76 Mitglied der Reichs-Justizkommission.

Digitized by Google

Telegraph, die Justizgesetze kommen zu stande, so sagt man überall: das hat der Bismarck den andern gegenüber erwirkt; der ist doch eigentlich der einzige, der von großen Gesichtspunkten ausgeht". — Daran anknüpfend bemerkte der Abgeordnete Dr. Zinn, daß, wenn die Gesetze scheitern, daran der preußische Partikularismus schuld sei, der, weil er der größte, auch der gefährlichste sei; worauf Fürst Bismarck erwiderte: „Das habe ich ja auch schon gesagt und dem entgegengearbeitet."

Seit Jahren führte Bismarck am 12. Dezember 1876 zum erstenmal wieder den Vorsitz im Bundesrate, als es sich darum handelte, Stellung zu nehmen und Entscheidung zu treffen für die dritte Lesung dieser Entwürfe im Reichstag. Zwischen der zweiten Lesung des Reichstags und dem Erscheinen des Reichskanzlers in Berlin lagen zwei Wochen, welche zu friedlichen Verhandlungen der ständigen Kommission mit Vertretern des Bundesrats benutzt worden waren und schon zur Beseitigung von 36 der 86 Bedenken des Bundesrats geführt hatten. Die mächtige Persönlichkeit und Einwirkung Bismarck's ließ von den 86 „Punkten" schließlich nur 18 dem Bundesrate „wirklich unannehmbare" übrig. Nun begannen in den Tagen vom 15. und 16. Dezember 1876 vertrauliche Verhandlungen der Führer der nationalliberalen Partei, Bennigsen, Miquel und Lasker, mit dem Fürsten Bismarck und dem Bundesrate, welche schon am 16. Dezember zu der allen patriotischen Männern hocherwünschten Verständigung über das gesamte Gesetzgebungswerk führten [1]).

Recht bedauerlich ist, daß über die Mitwirkung Lasker's [2]) bei dem Kompromiß keine näheren Daten vorhanden sind. Derselbe hat — es ist kaum zu glauben — über seinen Verkehr mit Bismarck absolut keine Aufzeichnung hinterlassen. Legationsrat Dr. Cahn im Auswärtigen Amte, der mit Lasker befreundet war und aus seinem litterarischen Nachlaß einiges in der „Deutschen Revue"

---

[1]) Nach der „Kölnischen Zeitung" kam der Kompromiß auf folgende Weise zu stande. Herr von Bennigsen ging zu dem Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob ihm überhaupt am Zustandekommen der Justizgesetze gelegen sei, weil sonst alle Verhandlungen vergeblich sein würden. Der Reichskanzler bejahte die Frage. Wenn die 18 Punkte als unannehmbar bezeichnet wären, so solle das nicht heißen, daß die Regierungen auf dem Ganzen ihrer Forderungen beharren würden, einzelne Bestimmungen könnten sie allerdings nicht opfern, die Abgeordneten möchten zum Justizminister Leonhardt gehen und sich mit ihm verständigen. Dies geschah; der Justizminister bewilligte selbst einige Zugeständnisse wegen der Presse, die Fürst Bismarck aber wieder zurücknahm.

[2]) Lasker, Eduard, Dr. jur. et phil. h. c., Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Geboren den 14. Oktober 1829 (mosaisch). Seit 1858 Assessor beim Berliner Stadtgericht. Er schied 1870 aus dieser Stellung und wurde Rechtsanwalt beim Stadtgericht. Später Syndikus des Berliner Pfandbriefamtes. Im 4. Berliner Wahlbezirk im März 1865 und im Juli 1866 zum Abgeordneten gewählt, trat er 1866 aus der Fortschrittspartei aus und wurde Mitbegründer der nationalliberalen Fraktion. Mitglied des konstituierenden Reichstages für den 1. Berliner, des Norddeutschen und der Deutschen Reichstage für den 2. Wahlkreis des Herzogtums Meiningen. Schied 1880 aus der nationalliberalen Fraktion aus, um der liberalen Vereinigung beizutreten.

Digitized by

veröffentlicht hat, versicherte mir, es seien in den Lasker'schen Papieren von Bismarck's Hand nur ein paar flüchtig und mit Bleistift auf ein Papier geworfene Zeilen gefunden worden, worin sich Bismarck bereit erklärte, Lasker zur Besprechung einer gewissen Frage zu empfangen. In unsrer Periode waren die Honigmonate von Bismarck's Verhältnis zu Lasker bereits längst vorüber[1]). Am 21. November 1876 war der Kanzler, wie schon erwähnt, zur Schlichtung der Differenzen über die Justizgesetze nach Berlin gekommen, und noch am selben Abende soll Bismarck beim Thee seiner ausgezeichneten Laune „auf Kosten Lasker's" freien Lauf gelassen haben. Ein „Offiziöser" schreibt über diesen Theeabend beim Fürsten Bismarck[2]):

Der Fürst arbeitete gleich den ersten Abend mit seinen Geheimen Räten A. und Z. bis gegen Mitternacht. Dann lud er sie noch zum Thee ein. Es war intimster Familien-Thee, anwesend die Fürstin, die Komtesse, einige Verwandte, Herr v. P. u. s. w. Die Unterhaltung betraf Varzin, die Ernte, die Klee-Kultur, dann die Reise des Kaisers nach Italien, an welcher der Fürst nicht hatte teilnehmen können, dann den eben eröffneten Reichstag.

„Ich hoffe doch, daß wir dieses Mal vor Weihnachten fertig werden," meinte der Fürst.

„Der Mensch denkt und — Lasker lenkt," griff Herr von P. ein. Der Fürst runzelte die Stirn, als wenn ihm der Scherz nicht gefiele. Geheimrat Z. mochte das wohl nicht bemerkt haben. Denn er fiel nach der Bemerkung des Herrn von P. gleich mit den Worten ein: „Da ist mir heute ein seltsames Schriftstück zugegangen; es betitelt sich: Das beste Mittel, die Reichs- und Landtagssessionen abzukürzen, oder was Lasker alljährlich dem Staate kostet."

Es folgte darauf ein männliches und weibliches Gelächter, an dem nur der Fürst nicht teilnahm.

„Wo haben Sie das Schriftstück, lieber Geheimrat?" sagte Herr von P.

„Oh, ich habe es bei mir," erwiderte der Geheimrat, „wenn ich wüßte, daß ich damit nicht langweilte, würde ich es vorlesen."

Die Thee-Gesellschaft forderte stürmisch das Vorlesen. Der Fürst willigte durch sein Schweigen ein.

Ich muß jetzt bemerken, daß ich das Schriftstück nicht wörtlich wiedergeben kann. Es ist mir heute nur eine flüchtige Durchsicht desselben gestattet worden, wobei es mir nur möglich war, die verschiedenen Zahlen, die darin figurieren, zu notieren. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der schalkhafte Z. selber das Schriftstück verfaßt oder durch einen seiner Untergebenen hat aufsetzen lassen.

---

[1]) Schon in der Sitzung des Reichstags vom 16. Juni 1873 war es bei Beratung des Preßgesetzes zu einer ungemein heftigen und erregten Aussprache des Kanzlers gegenüber dem Abgeordneten Lasker gekommen. Vergl. den Leitartikel der „Magdeburger Zeitung" No. 276 vom 17. Juni 1873: „Fürst Bismarck und der Reichstag", und No. 277 vom 18. Juni 1873: „Unser Percy".

[2]) Vergl. die Schrift „Aus der Wilhelmstraße." Erinnerungen eines Offiziösen. Berlin, Verlag von Richard Eckstein Nachfolger.

Digitized by Google

Er liebt solche Späße. Der Geheimrat las also ungefähr wie folgt: „Seitdem Lasker im Jahre 1865 die Parlaments-Tribüne betreten, hat er am Dönhofsplatze und am andern Ende der Leipziger-Straße im ganzen 927 745 328 Worte gesprochen". — Lautes Staunen außer beim Fürsten. — — „154 mal so viel Worte, als das ganze alte Testament (incl. Apokryphen) enthält, oder 42 mal so viel, als Goethe geschrieben, oder 3,9 mal so viel, als Cicero in den von ihm aufbewahrten Reden gesprochen. Wenn man Lasker's sämtliche in den verschiedenen Parlamenten gesprochenen Worte hinter einander auf einen Streifen Papier schriebe, so würde dieser mehr als neunmal um die Erde reichen, d. h. neunmal von Berlin aus über den Atlantischen Ocean, Amerika, den stillen Ocean, Japan, Asien, Jerusalem bis wieder nach Berlin reichen". — Schallendes Gelächter, in das schließlich der erst widerstrebende Fürst einfällt. „Spricht Lasker nur noch zwei Drittel einer Legislaturperiode so fort wie bisher, so reicht der Streifen vom Dönhofsplatze bis an den Mond." Stürmische Heiterkeit.

„Nun, und wie lange wird es dauern, bis der Streifen die Sonne erreicht?" fragte darauf eine weibliche Stimme.

„Das sagt leider der Statistiker nicht," erwiderte Geheimrat Z.

„Dafür hat sein Name schon längst die Sonne erreicht," fiel Herr von P. ein.

Der Geheimrat fuhr fort:

„Anträge und Amendements hat Lasker im ganzen 27344 gestellt, wovon 27211 angenommen sind. An Bravos verzeichnen die stenographischen Berichte nicht weniger als 11874 in nur 11 Jahren! Darunter 8881 stürmische Bravos. Zur Ordnung ist er einmal gerufen."

„Wie? was?" fiel hier die Gesellschaft ein, „Lasker ist auch einmal zur Ordnung gerufen?"

Jetzt bemerkte der Fürst selber: „Gewiß, vor einem Jahre im Reichstage wegen einer Äußerung gegen Windthorst; ich habe ihm dazu nur herzlich gratulieren können."

Der Geheimrat fortfahrend:

„Die 927 745 328 Worte Lasker's verteilen sich auf 866 194 Reden und 74 312 persönliche Bemerkungen. Davon beziehen sich 44 912 Reden auf das Budget- und Finanzwesen, 1953 Reden auf das Strafgesetzbuch, 126 auf Wucherzinsen, 14 auf die Lumpen-Ausfuhr des Zollvereins, 17 auf die Impfordnung, 289 auf den Kulturkampf, 71 auf den Gründungsschwindel, 77 auf Aktienwesen, 9 auf die Rinderpest, 22 auf die Leckage in Niederlagen, 4 auf die Prostitution in Berlin, 6 auf die Zwangskehrbezirke der Schornsteinfeger, 13 auf die Rebläuse . . . ."

„Genug, genug," fiel hier die Gesellschaft ein, deren Lachen die Stimme des Vorlesers mehr und mehr übertönte.

„Lieber Geheimrat, bitte sagen Sie noch einmal, wieviel Worte hat Lasker im Ganzen schon geredet," sagte die Fürstin.

„927 745 328 Worte, Durchlaucht."

„Fehlt nicht viel an der ersten Milliarde," bemerkte Herr von P.

Digitized by Google

„Was meinst Du, Otto, wenn die fünf Milliarden voll sind, müßte Lasker doch so gut in den Adelsstand erhoben werden, wie Herr von Bleichröder; er zählt doch auch von Erschaffung der Welt. Was er wohl sagen würde, wenn er eines Morgens einen großen Brief erhielte mit der Adresse: Sr. Excellenz, dem Herrn Staatsminister von Lasker. Denn Minister wird er doch längst sein, ehe er die fünfte Milliarde ausgeredet hat. Welches Portefeuille hast Du eigentlich für ihn in petto?"

Der Fürst machte zu diesen Worten eine Miene, als wenn er sagen wollte, daß er über diesen Gegenstand den Scherz nicht liebe. Er erwiderte ernsthaft:

„Ich hätte Lasker ganz gerne im Ministerium zur Seite; er ist bloß zu vielseitig; Wahl macht Qual; ich weiß nicht, ob man Justiz, Finanzen, Inneres oder Handel ihm anvertrauen soll."

„Den Krieg, lieber Otto, den Krieg," fiel Herr von P. ein.

„Oder den Kultus," bemerkte eine weibliche Stimme.

„Nun," erwiderte der Fürst, ein guter Jurist ist auch leicht ein guter Kultusminister, Falk oder Lasker." Große Bewegung [1]). —

Zu den Errungenschaften dieser Legislatur-Periode zählt auch das Bankgesetz vom 30. Januar 1875, welches der Zettelbankwirtschaft mit ungedeckten Noten ein Ende machte. Mit dem Abgeordneten Ludwig Bamberger hat Bismarck über dieses Gesetz, wie man anzunehmen geneigt sein könnte, nicht verhandelt, wohl aber über die Frage der Einziehung des Papiergeldes der Einzelstaaten. Bismarck wäre dafür gewesen, daß einzelnen Bundesstaaten bezüglich der Belassung ihres Papiergeldes Konzessionen gemacht würden — aus politischen Erwägungen. Er, Bamberger, war aber mit seiner Opposition gegen jede Konnivenz auf diesem Gebiete durchgedrungen.

Eine Episode seines Zusammenwirkens mit Bismarck, welche sich Ende Dezember 1876 abspielte, hat der Reichstagsabgeordnete Bamberger erst kürzlich in der

---

[1]) Zu Beginn der Session 1876 wartete des Fürsten Bismarck in den Räumen des Reichstags eine Überraschung. Sie bestand in einem Pokal aus kunstvoll geschliffenem Glase und von einem Deckel aus getriebenem Silber gekrönt, der die Form eines preußischen Helms trug, auf dessen Innenseite von künstlerischer Hand das Familienwappen Bismarcks angebracht war. Als Veranlassung zu diesem Geschenke, das von dem Restaurationspächter des deutschen Reichtags dem Reichskanzler gewidmet worden war und demselben demnächst mit geziemender Feierlichkeit überreicht werden sollte, galt in Abgeordnetenkreisen der Umstand, daß Fürst Bismarck zu Beginn jener Sitzungen, in welchen er eine Rede zu halten die Absicht hatte, sich aus der Restauration einen Krug hellen Bieres holen zu lassen pflegte, um sich die Sprachorgane stark und geschmeidig zu machen. Es war dieser Bierschluck für die Habitues und Intimen des Reichstags von jeher ein Zeichen, daß derselbe in die Debatte eingreifen werde, und hatte demzufolge ein Ausharren der Abgeordneten auf ihren Plätzen zur Folge. Die Abgeordneten sahen nun in dem Bismarckkrug des aufmerksamen Restaurateurs nichts als die berechtigte Glorifikation dieses Signals, und sie hatten darum die Absicht, sich dem Momente der Überreichung durch eine Deputation anzuschließen.

Digitized by Google

Reichstagsrede vom 28. Januar 1893 berührt. „Es war — so bemerkte Bamberger in Widerlegung einer Bebel'schen Äußerung — keine absolute Abneigung in der Reichsregierung vorhanden, die Pariser Welt-Ausstellung von 1878 zu beschicken. Fürst Bismarck erwies mir die Ehre, mich damals zu Rate zu ziehen über die Frage, ob ich glaubte, daß Deutschland gut thue, die Ausstellung von 1878 zu beschicken. Er war sehr zweifelhaft, er hatte aber keine positive Entscheidung getroffen, er erklärte sich jedem Rat zugänglich; ohne Zweifel hat er noch eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die er für kompetent hielt, zu Rate gezogen, und ich habe mich damals ganz rund gegen das Beschicken dieser Ausstellung erklärt, und zwar aus politischen Gründen.

Ich erinnere mich noch sehr gut der früheren Ausstellungen in Paris aus den Jahren 1855 und 1867, wo ich immer den Eindruck hatte: Deutschland kann sehr Gutes und Nützliches in seiner Industrie hervorbringen, aber auf einem solchen Jahrmarkt, der namentlich dazu gemacht ist, die Menschen in Masse zu fesseln und zu blenden, wird es immer keine siegreiche Rolle spielen. Das würde wahrscheinlich im Jahre 1878 auch noch so gewesen sein. Und wenn dazu die Neigung kam, aus internationaler Antipathie abfällig über Deutschland zu urteilen, so war eben damit ein schwarzer Punkt geboten, den man ihr lieber nicht bieten sollte. Ich erinnere mich meines damaligen Gespräches mit dem Fürsten Bismarck noch ziemlich genau, und er war so wenig geneigt, den Franzosen hier einen Tort anzuthun oder zu zeigen, daß Deutschland eines besonderen Mißgefühls wegen wegblieb, daß er zuletzt auf die, wie mir schien, recht ingeniöse und wirklich auch ausgeführte Idee kam, zu sagen: wir wollen es so machen: wenn wir es nicht für angezeigt halten, die Industrieausstellung mit Produkten zu beschicken, wollen wir doch nicht unhöflich sein; wir können unsre Künstler veranlassen, ihre Bilder, Skulpturen dort auszustellen, wir wollen damit gewissermaßen unsre Karte abgeben, einen Akt der Höflichkeit vollziehen, so daß man uns die Sache nicht vom politischen Standpunkte aus auslegen kann.

Das ist auch geschehen [1]." —

In das Jahr 1876 fällt Bismarck's Umkehr in der Wirtschaftspolitik. Der Kanzler war, man kann dies ohne Umschweife aussprechen, ursprünglich Freihändler und ist erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein überzeugungs-

---

[1]) Von dem Abgeordneten Geheimen Regierungsrat a. D. Jakobi in Liegnitz war zu Anfang des Jahres 1876 eine Broschüre als Separatabdruck aus dem „Arbeiterfreund" erschienen, welche über den neuesten Stand der gewerblichen Arbeitslöhne in Niederschlesien berichtete. Der Verfasser hatte auch dem Reichskanzler ein Exemplar der Broschüre übersandt, darauf erhielt derselbe ein Schreiben Bismarck's, in welchem dieser unter dem Dank für die Übersendung das große Interesse bekundete, welches die Arbeit beim Durchlesen derselben in ihm hervorgerufen habe. Gleichzeitig sprach der Reichskanzler seine Verwunderung darüber aus, daß die Arbeitslöhne, wie er das von seinen Besitzungen genau wisse, sowohl in Pommern als auch im Lauenburgischen noch nicht den niedrigen Satz erreicht hätten, wie dies, der Broschüre zufolge, in Niederschlesien der Fall war. Bismarck bat den Verfasser, ihm über die Gründe Aufschluß zu geben.

Digitized by Google

treuer Verfechter des Schutzes der nationalen Arbeit geworden[1]). Von da bis zum Zustandekommen eines schutzzöllnerischen Zolltarifs war aber ein weiter Schritt, der dem Fürsten Bismarck von seinen amtlichen Mitarbeitern fürwahr nicht leicht gemacht wurde. Im Frühjahr 1876 war Delbrück gegangen, weil er sich zu einer den praktischen Verhältnissen Rechnung tragenden Wirtschaftspolitik nicht entschließen konnte; damit war Bismarck wohl von dem Generalstabschef der Freihändler befreit, dagegen verblieben ihm die manchesterlich angehauchten Kollegen

[1]) Der Nizzaer Korrespondent des „Pest. Lloyd" wußte im Jahre 1885 eine Reminiscenz über die Entstehung des Art. XI des Frankfurter Friedensvertrages zu berichten, die den Wandel Bismarck's in Bezug auf seine wirtschaftliche Anschauung recht deutlich illustriert. Hiernach war der eigentliche Autor des in Frage stehenden Artikels Bismarck, der über diesen Paragraphen vorzüglich nur deshalb mit Pouyer-Quertier verhandelte, weil der andre Bevollmächtigte, Jules Favre, in wirtschaftlichen Dingen nicht so viel Bescheid wußte. Pouyer-Quertier galt gewissermaßen als die Inkarnation der Schutzzoll-Ideen in Frankreich. Seit dem Jahre 1860 war er der am meisten genannte Vertreter des Protektionismus, so daß seine Parteigenossen in der französischen Industrie ihn wiederholt durch glänzende Ovationen auszeichneten. Da nun nach dem Kriege Thiers an die Spitze des Staates gelangte und den großen Baumwollfabrikanten von Rouen als Finanzminister in sein Kabinett berief, war niemand darüber zweifelhaft, daß damit eine Ära des Protektionismus eröffnet werden sollte. Pouyer-Quertier selbst zweifelte am wenigsten daran. Als der Kanzler des Deutschen Reiches ihm nun den Artikel XI proponierte, ging der französische Bevollmächtigte mit großer Bereitwilligkeit darauf ein. Da er sich aber dem Fürsten Bismarck gegenüber befand, hielt er es nicht am Platze, den Schlauen zu spielen, sondern bemerkte ohne Umstände: „Sie wissen, mein Fürst, daß ich ein Protektionist bin und daß auch Thiers es ist. Nach unsern fürchterlichen Niederlagen und nach den unerhörten Opfern des Krieges werden wir fortan wohl nicht viele Begünstigungen gewähren; für uns kann der Paragraph, den Sie wünschen, also nur angenehm sein; Sie aber, glaube ich, stehen einigermaßen anders, denn Sie in Deutschland sind Freihändler." „Jawohl — erwiderte Fürst Bismarck — ich bin zur Zeit Freihändler. Ich gestehe, mich mit diesen Dingen nicht ganz eingehend beschäftigt zu haben, obgleich ich ihre Wichtigkeit anerkenne. Wenn dieser Artikel Ihnen zum Vorteil gereicht, um so besser! Damit will ich nicht gesagt haben, daß ich für alle Zeiten unbedingt auf meinem jetzigen Standpunkt verharren werde. Es handelt sich natürlich darum, ob dieser sich für Deutschland bewährt. Sollte ich jemals meine Ansicht ändern, so werde ich das offen eingestehen und dementsprechend handeln. Ich werde Sie persönlich davon verständigen." Pouyer-Quertier ahnte damals die Entwickelung der Dinge nicht, welche das gerade Gegenteil von dem brachte, was im Jahre 1871, bei Abschluß des Frankfurter Friedens, erwartet wurde. In der französischen Nationalversammlung gelang es Thiers nur teilweise mit seinen Anschauungen durchzudringen; dagegen hat Fürst Bismarck eine wahre Revolution in allen Ideen über diesen Gegenstand hervorgerufen und diese Revolution vor allem zu Gunsten Deutschlands ausgenützt. Im Jahre 1879, als Fürst Bismarck mit seinen ersten Zollvorlagen vor den Reichstag trat, erinnerte sich Pouyer-Quertier an die Worte des deutschen Kanzlers beim Abschlusse des Frankfurter Friedens, allein auch Fürst Bismarck hatte jene kurze Konversation nicht vergessen, und eines Tages erhielt Pouyer-Quertier in Rouen ein großes Paket aus Berlin zugestellt. Darin befand sich das Original der ersten schutzzöllnerischen Vorlagen des Kanzlers an den Reichstag, ferner eine Übersetzung verschiedener Berliner Zeitungsartikel, welche den Kanzler wegen seiner protektionistischen Velleitäten heftig attackierten und daneben eine Visitenkarte mit der einfachen Inschrift: „Le prince de Bismarck — protectioniste à Monsieur Pouyer-Quertier." Das Erstaunen des Empfängers und die Empfindung desselben, indem er alle vergangenen Dinge überdachte, kann man sich leicht vorstellen!

Digitized by Google

im Ministerium und Bundesrat und das ganze Heer im Delbrück'schen Geiste groß gewordener Geheimräte im Reich und Preußen. Und mit diesem Apparate sollte Bismarck den verfahrenen Freihandelskarren aus dem Sande herausziehen! Bismarck sah ein, daß das eine vergebliche Mühe sei; er wußte, daß ihn die Büreaukratie bei diesem Vorhaben nur lau und widerwillig unterstützen werde; deshalb suchte er sich anderweitig Hilfstruppen, bei den Interessenten und vor allem bei ihren Vertretern im Reichstag.

Zu denjenigen Abgeordneten, welche die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Fürsten Bismarck am wirksamsten vorbereitet haben, zählt der Abgeordnete A. Lohren [1]). Selbst lange Zeit an der Spitze eines großen industriellen Unternehmens, mit England durch mehrjährigen Aufenthalt gründlich bekannt, kannte er wie kein zweiter die Bedürfnisse der Industrie. Er zählt zu den ältesten Vorkämpfern der Zolltarif-Reform. Jede Einseitigkeit lag ihm fern; und es ist bezeichnend, daß er mit zuerst auch den Schutz für landwirtschaftliche Produkte verlangte, und zwar zu einer Zeit, da die Landwirte selbst, Bismarck nicht ausgeschlossen, an Getreidezölle noch gar nicht dachten. So kommt es, daß der Zolltariff von 1879 in vielen Positionen geradezu als sein Werk erscheint, wie denn auch manche seiner Ausführungen Wort für Wort in die dem Zolltarif vom Bundesrat mit auf den Weg gegebenen Motive übergegangen sind. Bei der Bedeutung, welche die Zolltarif-Reform in der inneren Politik Bismarck's einnimmt, lohnt es sich, Lohren's Thätigkeit auf diesem Gebiete näher zu besehen.

Am 14. Dezember 1875 [2]) hielt Lohren bei der Konstituierung des Centralverbandes deutscher Industrieller eine Rede, worin er behufs Feststellung eines Statuten-Entwurfs die Grundzüge für den Zweck und die Thätigkeit des Vereins entwickelte. Als Ziel, welches der Centralverband auf seine Fahne schreiben müsse, bezeichnete Lohren:

„Schutz der gesamten nationalen Arbeit in Industie, Handwerk und Landwirtschaft, Solidarität aller wirtschaftlichen Interessen." Nur das geringste Maß eines die nationale Arbeit wirklich wahrenden und fördernden Schutzes verlangte Lohren — nichts weiter, und in diesem Sinne bat er den Hauptpunkt seines Programms, die Bekämpfung des einseitigen Freihandels, des Systems des „laisser aller" auffassen zu wollen [3]).

---

[1]) Lohren, Arnold, Rentier in Berlin, geboren 15. Januar 1836 zu Krefeld, 1859—1863 Aufenthalt in England und Frankreich, 1864—1880 Erbauung und Leitung der Berlin-Neuendorfer Kammgarn-Spinnerei zu Neuendorf bei Potsdam. Verfasser einer Zahl wirtschaftlicher, historischer und technischer Schriften. Mitglied des Reichstags von 1881 bis 1890; Mitglied des Hauses der Abgeordneten 1882 bis 1893.

[2]) Am 7. Dezember 1875 war der Reichstag auf den Rat Delbrück's über die Petition des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welcher darum bat, daß die für 1877 bevorstehende gänzliche Aufhebung der Eisenzölle rückgängig gemacht werde, zur Tagesordnung übergegangen.

[3]) Vergl. A. Lohren „Das System des Schutzes nationaler Arbeit", Potsdam 1880. S. 23 bis 26.

Digitized by Google

Am 3. Juli 1876 hielt Lohren im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes in Berlin einen Vertrag über die Wirkungen der Freihandelspolitik auf Deutschlands Wohlstand[1]), worin er besonders hervorhob, welche Unsummen alljährlich für die ganz zollfrei eingehenden landwirtschaftlichen Produkte in das Ausland gingen[2]).

Im September 1876 rief derselbe der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft die Warnung zu, bei der bevorstehenden Revision des Handelsvertrages mit Österreich auf der Hut zu sein[3]). Andernfalls stehe man vor einer neuen Befestigung des radikalen Freihandelssystems. Am 16. Dezember 1876 hielt Lohren einen Vortrag[4]) im Centralverband deutscher Industrieller in Berlin, in dessen Eingange er die Anwesenden aufforderte, „dem gewaltigen Manne (scil. Bismarck), welcher die Geschicke Deutschlands im treuen Dienste unsres erhabenen Kaisers mit historisch beispielloser Kraft bis jetzt geleitet hat, für seine Reden im Reichstag am 5. und 12. Dezember unsern aufrichtigen Dank auszudrücken. Wenn man bisweilen zweifeln konnte, ob der weitblickende Geist des Reichskanzlers auch in den weiten Gebieten der Volkswirtschaft, die ihm eine terra incognita zu sein schienen, den richtigen Weg finden würde, so dürfen wir heute zuversichtlich vertrauen, daß der Fürst Bismarck nunmehr die Interessen der deutschen Arbeit zu den seinigen machen und kein Mittel unversucht lassen wird, die Benachteiligungen, welche das Ausland uns zufügt, aufzuheben. Die Ausdrücke jener Reden: „Retorsionszoll", „Kampfzoll", zeigen uns, wie ernst der Fürst seine Aufgabe aufgefaßt hat, sowie daß sein unverbrüchlich dem deutschen Wohle zugewandter Blick sich bald in den wirtschaftlichen Fragen unsres Landes zurechtfinden und Freund und Feind deutscher Arbeit und Unabhängigkeit klar und scharf von einander unterscheiden wird."

Lohren betonte hier aufs neue die Notwendigkeit eines ergiebigen Zollschutzes für Getreide, Vieh, Holz und andre Erzeugnisse des Landbaues; er konnte mit Befriedigung konstatieren, daß seit seinem Eintreten die Freihandelsstimmung in den landwirtschaftlichen Kreisen umgeschlagen sei, und daß die Führer dieser Partei mäßigen Schutzzöllen nicht mehr abgeneigt seien. „Voll und ganz habe ich die Überzeugung gewonnen, daß der Ackerbau einer großen Nation handelspolitisch nicht als ein untergeordnetes, sondern der Industrie vollkommen koordiniertes Gewerbe aufgefaßt werden und daß er die dauernde Grundlage aller volkswirtschaftlichen Entwickelung bilden muß. Wo der Ackerbau leidet, können Handel und Industrie sich nicht gesund entwickeln. Nur die Harmonie der Interessen der nationalen Arbeit kann uns dauernd vorwärts führen[5])."

---

[1]) Abgedruckt a. a. O. S. 52.

[2]) A. a. O. S. 58.

[3]) A. a. O. S. 62 f.

[4]) „Die Reform des Zolltarifs", Vortrag gehalten im Centralverband deutscher Industrieller von A. Lohren. Berlin 1877, Verlag und Druck von F. A. Günther und Sohn.

[5]) Am 16. Februar 1877 beschloß der Centralverband deutscher Industrieller die Anbahnung einer Verständigung mit der Landwirtschaft.

Digitized by Google

Am 24. Januar 1877 übersandte der Abgeordnete Lohren dem Fürsten Bismarck einzelne seiner auf die Wirtschaftsreform bezüglichen Schriften. Die Zuschrift [1]) lautet:

„Friedrich der Große liebte es, in wirtschaftlichen Fragen manchmal die Ansichten einzelner Industrieller einzufordern. Der Gedanke: was würdest Du in solchem Falle betreffs der Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge antworten? ist die Veranlassung gewesen, die erste der beifolgenden Schriften auszuführen.

Die beiden andern Abhandlungen enthalten Vorträge, welche ich infolge mehrfacher Aufforderung als Ergänzung obiger Schrift über die Minimalzölle gehalten habe. Sie konzentrieren meine eigenen Erfahrungen über den Gegenstand und entwickeln ein spezifisches System der Zollgesetzgebung für Deutschland und zwar auf Grundlage der statistischen Erhebungen des Deutschen Reichs, welche ja eigens zur Klarlegung dieser schwierigen Fragen dienen sollen. Die Herstellung des Gleichgewichts der Interessen von Ackerbau und Gewerbe erscheint nur an der Hand dieser Zahlen möglich.

Daß ich erst nach langem Zaudern wage, diese drei Schriftstücke Eurer Durchlaucht zu überreichen, findet seine Erklärung zum Teil darin, daß ich kompetenteren Kräften nicht vorgreifen wollte; ebenso in dem Vertrauen, daß Eurer Durchlaucht das Studium dieser trockenen Zahlenverhältnisse erleichtert werden muß, wenn die Analyse derselben von der Liebe zum großen einigen Vaterlande durchglüht ist.

Hierzu gesellt sich endlich die Meinung, daß jemand, welcher das gewaltige Schaffen Eurer Durchlaucht so bewundert, wie ich, nicht wohl eine ernste Geistesarbeit ausführen kann, welche in den Grundakkorden der Auffassungsweise Disharmonie erzeugen könnte, so sehr auch viele Mängel in der Darstellung der Nachsicht bedürfen.

Neuendorf bei Potsdam, den 24. Juni 1877."

Einen Sukkurs erhielt die von Lohren planmäßig ins Leben gerufene Schutzzollbewegung durch die „Steuer- und Wirtschaftsreformer", die sich am 24. Februar 1876 über ein Programm [2]) geeinigt hatten, das sich mit den späteren wirtschaftlichen Ansichten Bismarck's in der Mehrzahl der Punkte deckte. An die Prophezeihung des Abgeordneten Freiherrn von Schorlemer-Alst, „er höre schon den eisenbeschlagenen Tritt der Agrarier, an deren Spitze Fürst Bismarck als Tambourmajor einherziehe", ist in späteren Jahren mehrfach erinnert worden. —

Die ersten Reichstagswahlen in den Reichslanden erfolgten am 10. Januar 1874 [3]). Es währte aber bis zum Anfang des Jahres 1877, bis sich elsaß-lothringische

[1]) Bisher ungedruckt.

[2]) Das erste Programm der Steuer- und Wirtschaftsreformer findet sich abgedruckt im Bd. I. dieses Werkes, 2. Auflage, S. 109.

[3]) Als Fürst Bismarck am 2. Mai 1871 im Reichstage die Gründe entwickelte, welche bei der Angliederung der neuen Lande entscheidend gewesen, lautete der Schlußsatz: „Es blieb uns

Reichstagsabgeordnete fanden, welche sich entschlossen, mit Bismarck über die künftige Organisation ihres Landes in Benehmen zu treten. Ehe wir auf diese Verhandlungen näher eingehen, soll zuvor erörtert werden, welche Versuche schon bisher gemacht worden waren, um das staatsrechtliche Verhältnis der Reichslande zu ordnen; denn lange Zeit nach der Annektierung von Elsaß-Lothringen blieb es zweifelhaft, was daraus werden sollte: ob Reichsland oder ein richtiger Bundesstaat, oder ob es als preußische Provinz, oder unter mehrere Bundesstaaten verteilt, als selbständiges Ganzes vollständig verschwinden sollte.

Schon bald nach dem Kriege hatten sich zu verschiedenen Malen Deputationen von Elsässern nach Berlin begeben, Vertreter der Handelskammern und namentlich zwei von den Notabelnversammlungen von Kolmar und Straßburg im Jahre 1871 an den Reichskanzler delegierte Abordnungen[1]). Auch waren namhafte Persönlichkeiten aus dem Elsaß aus eigenem Antriebe und in eigenem Namen verschiedentlich dem Reichskanzler näher getreten, um auf Grund persönlicher Beziehungen oder Empfehlungen mit dem Fürsten die Lage zu besprechen.

Diesen Versuchen einer Anbahnung von persönlichen Beziehungen zur deutschen Regierung und zum Reichskanzler stand die öffentliche Meinung in Elsaß-Lothringen im Anfange nicht, wie dies später der Fall ward, feindlich oder übelwollend gegenüber; man hatte allgemein das Gefühl, daß dieselben nötig seien, wollte man sich eben nicht auf den verderbenbringenden Standpunkt des „in Unterjochung seufzenden eroberten Landes" stellen. Man erinnerte sich daran, daß schon der Chef der Exekutivgewalt in Frankreich, Thiers, als die elsässischen Deputierten der Nationalversammlung in Bordeaux mit der Bitte an ihn herantraten, bei den Verhandlungen des Friedensvertrages gewisse Zugeständnisse für die abgetretenen Provinzen zu verlangen, denselben geantwortet hatte, sie möchten sich nicht an ihn, sondern an den Fürsten Bismarck, bei welchem allein fürderhin die elsaß-lothringischen Interessen zu verhandeln seien, wenden.

Unter den von den Notabelnversammlungen von Kolmar und Straßburg nach Berlin abgesandten Abordnungen befanden sich auch zwei ehemalige Deputierte, welche in der Nationalversammlung von Bordeaux den Protest gegen die Annexion mit unterzeichnet hatten, und welche nun, nach vollendeter That-

---

nichts übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen." Den Bewohnern dieses deutschen Festungsgebietes aber wurde zu gleicher Zeit die Versicherung zuteil: „Wir sind im stande, ihnen einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten." Dem letzteren Satze fügte der Reichskanzler dann noch die erläuternde Wendung hinzu: „Wir müssen dem Ziele zustreben, den Spielraum, welcher der Bevölkerung auf dem Gebiet der Selbstverwaltung gelassen ist, allmählich zu erweitern, daß er dem Ideal nahe kommt, daß jedes Individuum, jeder engere, kleinere Kreis dasjenige Maß der Freiheit besitzt, welches überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist."

[1]) Die folgenden und die sich daran im nächsten Abschnitt anreihenden Ausführungen über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage beruhen auf den Mitteilungen, welche Herr Generalkonsul Schneegans mir anzuvertrauen die Güte hatte, und wofür ihm die Geschichte gewiß zu Dank verbunden sein wird.

Digitized by Google

sache, ausdrücklich von ihren Mandataren den Auftrag erhalten hatten, bei dem deutschen Reichskanzler die Konstituierung Elsaß-Lothringens als „autonomes Land", als Bundesstaat, zu befürworten. Es waren dies die Herren Hartmann aus Münster und Kablé, späterer Reichstagsabgeordneter für Straßburg[1]).

Jene ersten Versuche einer Annäherung der damals maßgebenden Persönlichkeiten in Elsaß-Lothringen an die deutsche Reichsregierung[2]) blieben indessen erfolglos; es wurden gewisse Äußerungen des Fürsten Bismarck viel besprochen, wie diejenige, die er einem hervorragenden oberelsässischen Fabrikherrn, dem Reichstagsabgeordneten Jean Dollfus[3]), gegenüber gethan hatte: „Sehen Sie sich an wie eine kleine Republik, die ihre inneren Angelegenheiten selber besorgt". Da demnächst nichts geschah, um dem Reichsland ein, nach der erhofften Richtung hin, bestimmteres und festeres Gefüge zu geben, so trat an Stelle der anfänglich vorhandenen Bereitwilligkeit, sich mit Berlin zu verständigen, das gerade entgegengesetzte Gefühl einer immer weiter um sich fressenden Abneigung gegen jedweden Versuch, eine gegenseitige Annäherung anzubahnen.

Die ersten elsaß-lothringischen Reichstagswahlen von 1874[4]) gaben der aus diesen Momenten entspringenden Stimmung Ausdruck. Der „Mehlthau", der, wie Fürst Bismarck sich einmal im Reichstage ausdrückte, dadurch auf die in Deutschland Elsaß-Lothringen gegenüber gehegten Erwartungen fiel, hatte zur Folge, daß einerseits in den Regierungs- und Reichstagskreisen eine gewisse Zurückhaltung den reichsländischen Angelegenheiten gegenüber eintrat, und andrerseits im Reichsland selbst diejenigen Elemente, welche an einen konstitutionellen Wiederaufbau auf dem Boden des Frankfurter Friedensvertrags herangetreten waren, in ihren Bestrebungen gehemmt wurden und daß sich auch in diesen Kreisen allmählich eine pessimistische Stimmung Bahn brach, welche dahin ging, daß es am

---

[1]) Kablé, Jacques, Rentner, Straßburg i. E. Geboren 7. Mai 1830 in Brumath, Unter-Elsaß (protestantisch). Von altelsäßischer Abstammung. 1859 Versicherungsdirektor, 1881 durch Ausweisung der französischen Versicherungsgesellschaften in Ruhestand versetzt. 1871 Teilhaber und Mitarbeiter des „Elsässischen Volksblattes". Während der Belagerung Straßburgs (August-September 1870) Präsident des Hilfsvereins für Verwundete, organisierte und leitete er zwölf Lazarette mit 2400 Verwundeten. Munizipalrat und Beigeordneter. Februar 1871 Mitglied der französischen Nationalversammlung. Mai 1871 Delegierter der elsässischen Notabelnversammlung in Berlin. 1878 Reichstagsabgeordneter für Straßburg-Stadt. 1879 Gründer und Mitarbeiter der 1881 durch Diktatorialverfügung unterdrückten „Presse für Elsaß und Lothringen". (Elf.-Lothr. Protestpartei.)

[2]) Am 13. Mai 1871 befand sich die elsässische Deputation, bestehend aus dem Maire von Straßburg Herrn Klein, dem Grafen Dürckheim und Herrn Kablé, bei Bismarck.

[3]) Dollfus, Joh., Fabrikant, Haus Dollfus, Mieg & Co., in Mülhausen (Elsaß). Geboren 26. September 1800 (protestantisch). Bürgermeister von Mülhausen, Mitglied vom Conseil général in Kolmar, Kommandeur der Ehrenlegion, Offizier de l'Instruction publique.

[4]) Von den gewählten Abgeordneten verließ die weitaus größte Mehrzahl den Reichstag, um niemals wiederzukehren; drei davon (die Pfarrer Guerber, Winterer und Simonis) beteiligten sich zuweilen an den elsaß-lothringischen Debatten, vermieden es aber, an den Kommissionsberatungen teilzunehmen, und schlossen sich teilweise auch als Hospitanten dem Centrum an.

Digitized by Google

besten sei, den Dingen ihren Lauf zu lassen und sich gar nicht mehr um das Werden des Landes zu bekümmern.

Ihrerseits blieb die Reichsregierung auf die Dauer nicht unthätig. Sie ging aber von einem andern Standpunkte als demjenigen aus, der im Reichslande erwartet worden war[1]).

Zunächst wurde durch Allerhöchsten Erlaß vom Oktober 1874 zur Vorberatung und Begutachtung der Gesetze für Elsaß-Lothringen und von Verwaltungsanordnungen von allgemeiner Bedeutung der Landesausschuß eingesetzt, mit der Maßgabe, daß jeder der drei Bezirkstage aus seiner Mitte zehn Mitglieder in den Landesausschuß entsenden sollte.

Der Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparat war jetzt, und zwar bis Ende 1876 beziehungsweise Anfang 1877, in kurzem folgender: in Berlin tagten die obersten Instanzen, der Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Körper sowie der Reichskanzler mit dem Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen als oberste Verwaltungsbehörde; in Straßburg der aus den Bezirkstagen hervorgegangene Landesausschuß mit nur konsultativen Gesetzgebungsbefugnissen und das Oberpräsidium als zweite, im Lande residierende Verwaltungsbehörde; ferner die Bezirkstage und Kreistage mit Bezirkspräsidenten und Kreisdirektoren, anknüpfend an die französischen Conseils généraux, Conseils d'arrondissement, Préfets und Sous-Préfets.

Die Einsetzung des konsultativen Landesausschusses war zwar von dem kleinen Kreise derjenigen als ein Fortschritt begrüßt worden, welche, jedweder agitatorischen Politik abhold, den Wiederaufbau ihres Landes auf der Grundlage des Friedensvertrages zum Ziele ihrer politischen Thätigkeit genommen hatten; sie konnten sich aber doch der Empfindung nicht verschließen, daß die langsame und behutsame Gangart der Regierungsmaßregeln auf die Länge gerade in denjenigen Bevölkerungsschichten, die ihnen bis dahin die Hand zur gemeinsamen Arbeit gereicht hatten, eher Unzufriedenheit als das Gegenteil hervorzurufen geeignet sein dürfte. Die Reichstagswahlen hatten den Wagen aus dem Geleise gebracht; die Reichstagsverhandlungen führten ihn immer weiter vom Wege ab; die Einrichtung des nur konsultativen Landesausschusses befriedigte nur in beschränktem Maße; es bemächtigte sich der nicht protestlerischen Bevölkerungskreise allmählich das Gefühl einer Versumpfung im Provisorium.

In jener Zeit beschloß eine Gruppe von Männern, welche die Errichtung beziehungsweise Entwickelung Elsaß-Lothringens zum autonomen Bundesstaat als die einzige richtige Lösung erkannt hatten, den Versuch zu machen, erneuerte und nähere direkte Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen und Persönlichkeiten in Berlin anzuknüpfen, um sich Klarheit über die dortige Auffassung der Lage und der elsaß-lothringischen Aussichten zu verschaffen. Mit dieser Sendung wurde

[1]) Die Stellungnahme der Regierung in den elsaß-lothringischen Verfassungsfragen ist aus der Rede des Unterstaatssekretärs im Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothingen, Herzog, in der Reichstagssitzung vom 17. März 1877 ersichtlich.

Digitized by Google

der Direktor des „Elsässer Journals" und nachmalige Reichstagsabgeordnete Karl August Schneegans[1]) betraut. Für ihn wie für seine Freunde lag der Schwerpunkt der zu lösenden Frage besonders darin, ob man überhaupt in Deutschland und in Berlin an eine festere Gestaltung Elsaß-Lothringens als autonomes Land denke, oder ob der damalige Bureaukratismus als Anbahnung zur Einverleibung in Preußen aufzufassen sei. Erschienen die Aussichten für die elsaß-lothringischen, autonomistischen Wünsche günstig, so galt es zu erwägen, welcher Weg einzuschlagen sei, um zum Ziele zu gelangen.

Zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe reiste Schneegans während der Reichstagssession im Winter 1876 nach Berlin und verkehrte dort mit vielen politischen Persönlichkeiten, unter andern mit dem früheren preußischen Finanzminister a. D. von Patow, dem Staatssekretär Hofmann, dem Unterstaatssekretär Herzog, dem Geheimrat von Pommer-Esche und den Reichstagsabgeordneten Dr. Lucius, von Forckenbeck, von Stauffenberg, von Roggenbach, von Bennigsen, Miquel, Löwe-Calbe, Marquardsen, Hänel, Lasker, Bamberger, Rickert, Duncker, Virchow, Dr. Siemens, Delbrück, Dernburg und andern.

Bei der Besprechung mit diesen Herren gewann Schneegans die Überzeugung, daß weder die Regierung noch die Regierungsparteien im Reichstag den von seiner Partei verfolgten Bestrebungen abhold waren, daß aber die Weiterentwickelung der Verfassung von Elsaß-Lothringen in erster Linie davon abhängig gemacht werde, welche Stellung die elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage dem Reich und dem Friedensvertrage gegenüber einnähmen. Sollten die nächsten Wahlen wieder den 1873 in Scene gesetzten Protest erneuern, so müßte selbstverständlich Abstand davon genommen werden, einem Lande, das sich dem Reiche gegenüber als Feind aufspiele, politische Rechte zu geben, welche dasselbe nur gegen das Reich verwerten würde.

Schneegans vermied es damals geflissentlich, in persönliche Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck zu treten, obwohl ihm dies von verschiedenen Seiten nahe

[1]) Schneegans, Karl August, geboren den 9. März 1835 (prot.). Prot. Gymn. in Straßburg, Académie de Strassbourg (Faculté des Lettres), später in Paris. Im Jahre 1857 Reisen nach den Donaufürstentümern, als Sekretär der internationalen Kommission für Regulierung der Donaumündungen; über Konstantinopel, Smyrna, Athen und Italien zurück. Sechs Jahre in Paris, als Lehrer der alten Sprachen in verschiedenen Privatanstalten; Mitarbeiter des „Temps" (von 1866 an speziell mit den Artikeln über Deutschland betraut). 1863 nach Straßburg als Redakteur des „Courier du Bas Rhin" unter Börsch; 1870 in die Schweiz, die „Helvetia" gegründet; 1871 nach Lyon berufen, um die Redaktion des liberalen „Journal du Lyon" zu übernehmen; nach dem 24. Mai 1873 durch die klerikale Reaktion verdrängt; in das Elsaß zurück, an dem „Elsässer Journal" gearbeitet, dessen Wesen (Autonomie) er schon im „Journal du Lyon" und in der „Helvetia" nach dem Friedensschluß verteidigt hatte. Während der Belagerung Straßburgs Mitglied der Munizipal-Kommission; nachher Beigeordneter (adjunct) des Bürgermeisters Küß. Im Februar 1871 als Deputierter für den Niederrhein in die Nationalversammlung nach Bordeaux gewählt. Im Jahre 1877 von dem Kreise Zabern in den Reichstag gewählt, dem er bis 1879 angehörte. Von da ab Ministerialrat im Ministerium zu Straßburg. Gegenwärtig Kaiserl. Deutscher General-Konsul in Genua.

Digitized by Google

gelegt und die Bewilligung einer Audienz in sichere Aussicht gestellt worden war; ja, er verließ Berlin sogar einige Tage früher, als er es vorhatte, nur um zu verhüten, daß er dem Reichskanzler bei einer Gesellschaft zu Ehren des Reichstags, zu der er auch geladen worden war, vorgestellt würde. Schneegans that dies, weil er sich wohl bewußt war, daß, bei der krankhaften Empfindlichkeit der elsaß-lothringischen Bevölkerung, eine Begegnung mit dem Fürsten Bismarck der autonomistischen Sache mehr schaden als nützen würde.

Seine Wahrnehmungen und Erfahrungen in Berlin veröffentlichte Schneegans in Briefform im „Elsässer Journal" und gab seinen Landsleuten den dringenden und wiederholten Rat, bei den nächstbevorstehenden Reichstagswahlen nur solche Abgeordnete zu wählen, die sich verpflichten würden, mit Hintansetzung ihrer früheren Gefühle, offen und ehrlich auf dem Boden der gegebenen Thatsachen für das Wohl des Landes zu arbeiten. Diese „Berliner Briefe" erregten damals Aufsehen, sowohl in Elsaß-Lothringen als auch in Frankreich, von wo mit Schmähungen der schlimmsten Art geantwortet wurde.

Wir werden später auf die patriotische Wirksamkeit des Abgeordneten Schneegans noch zurückkommen. Wir haben jedenfalls unter unsern Parlamentariern nicht viele, die sich rühmen können, mit dem Fürsten Bismarck in so eingehende, und man darf wohl noch hinzusetzen, in so fruchtbringende Verhandlungen getreten zu sein, als er. —

Wir schließen diesen Abschnitt mit Auszügen aus einigen Briefen, welche der bereits oben genannte Abgeordnete Hölder[1]) während unsrer Legislatur-Periode zur Orientierung den Seinigen in die Heimat geschrieben hat.

Berlin, den 30. November 1875.

Demnächst wird der Gesetzentwurf, betreffend Änderungen im Strafrecht, zur Berathung kommen. Die Regierung will durch äußerst beengende Strafbestimmungen die politischen Freiheiten beschränken, ich möchte beinahe sagen knebeln[2]). Hierauf kann die liberale Partei nicht eingehen und da dieselbe die große Mehrheit hat,

---

[1]) Vergl. oben S. 169.

[2]) Die dem Reichstag im Oktober 1885 vorgelegte Strafgesetznovelle enthielt eine Reihe von Strafverschärfungen, hinsichtlich deren Bundesrat und Volksvertretung übereinstimmten. Der preußische Minister des Innern Graf Eulenburg und Fürst Bismarck suchten bei diesem Anlaß schärfere Waffen gegen die aufhetzende und untergrabende Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in die Hand zu bekommen und hatten zu diesem Zwecke, in Abänderung der §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs, mit Zustimmung des Bundesrats vorgeschlagen, eine strenge Bestrafung „der öffentlichen Angriffe gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums" eintreten zu lassen. Nicht minder sollten Schmähungen der Behörden, der Staatsgewalt, des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der Gesetze und Verordnungen auch schon dann strafbar sein, wenn der Angeklagte nicht wider besseres Wissen oder unter wissentlicher Entstellung der Thatsachen handelte. Ferner war die Strafdrohung der Aufreizung zu strafbaren Handlungen und gegen geheime Gesellschaften oder solche Gesellschaften, welche den Gehorsam gegen unbekannte Obere fordern oder angeloben, wesentlich verschärft. Vergl. Hans Blum a. a. O., S. 151.

Digitized by Google

so werden die betreffenden Artikel unbedingt verworfen werden. Allein Bismarck legt darauf großen Werth[1]), und da müssen wir uns auf Stürme gefaßt machen. Bei dieser Sachlage ist es sehr zweifelhaft, ob wir bis Weihnachten, also in stark drei Wochen fertig werden können. Möglich ist es immerhin noch; denn die Budgetarbeiten schreiten rasch voran, und außer dem erwähnten Strafgesetz wird keine andere Vorlage besonders aufhalten. Indessen sind noch weitere Vorlagen in Aussicht gestellt und die Dinge sind unberechenbar.

Berlin, den 2. December 1875.

Am nächsten Dienstag bin ich zum Kriegsminister von Kameke zum Diner geladen.

In der Budgetkommission stehen wir heute vor einer neuen, zweifelhaften Militär-Forderung, wodurch für den Kriegsfall die Aufstellung von etwa 150 weiteren Bataillons möglich werden soll. Die Herrn vom Kriegsministerium malen uns die Heeresmassen, welche Frankreich für einen Kriegsfall durch seine neue Gesetzgebung vorbereitet, schaurig aus. Frankreich werde 7½ Armeekorps mehr aufstellen können als wir nach den bisherigen Einrichtungen, man könne aber Abhilfe schaffen, wenn wir die Kosten für die Kommandeurs jener weiteren Bataillons bewilligen wollten. Alles Weitere würde sich schon finden. Bis jetzt bin ich noch nicht gesonnen, Geld für neue Organisationen zu verwilligen. Wo soll das enden? Allein der Entschluß ist mir nicht leicht.

Morgen ist die erste Berathung der sog. Strafgesetznovelle. Nach den in der nationalliberalen Fraktion einstimmig gefaßten Beschlüssen wird dieselbe mit den anderen liberalen Parteien gegen die freiheitswidrigen Artikel entschieden Front machen. Die Herren von der Volkspartei trauen uns dies nicht zu. Man wird aber sehen, daß wir eine wahrhaft freisinnige Partei sind[2]). Ob wohl Bismarck den Rückzug antritt? Dies ist die vielfach erörterte Frage. Morgen werden wir sehen.

Ich habe noch immer die Absicht, Weihnachten mit Sack und Pack heimzugehen und nach Neujahr nur noch zu kurzem Aufenthalt hierher zu kommen. Wenn freilich entscheidende Fragen vorkommen, darf ich nicht fehlen.

Berlin, den 8. Dezember 1875.

In ein paar Tagen wird die Budgetkommission mit ihren Arbeiten fertig sein. Alsdann werden aber auch die Abendsitzungen des Reichstags beginnen. Wenn dieselben dazu dienen, vor Weihnachten mit unserm Pensum fertig zu

---

[1]) „Es ist das vielleicht einer von den Würmern, die nicht sterben!" — bemerkte derselbe. „Ich sehe in dieser Diskussion den Beginn einer Revision, die sich vielleicht auf mehrere Gesetzgebungsperioden erstrecken wird."

[2]) Lasker beherrschte diesmal noch die große Mehrheit des Reichstags. In seiner 2½ stündigen Rede vom 3. Dezember 1875, bei der ersten Lesung der Vorlage, hatte er diese antisozialdemokratischen Paragraphen des Entwurfes „Kautschukparagraphen" genannt und sie wegen ihrer Dehnbarkeit, welche dem persönlichen Belieben und Empfinden des Richters alles überlasse, für unannehmbar erklärt.

Digitized by

werden, so lasse ich sie mir gerne gefallen. Wir haben das Budget so gestaltet, daß keine neuen Steuern und auch keine erhebliche Erhöhung der Umlagen auf die Staaten (Matrikularbeiträge) nöthig werden.

Eben komme ich vom Diner beim Kronprinzen. Es waren etwa 24 Reichstags-Abgeordnete anwesend; im ganzen 36 Gedecke.

Die Kronprinzessin und der Kronprinz unterhielten sich längere Zeit mit mir. Beide sehr liebenswürdig. Er drückte mir freundlichst die Hand und begann die Unterhaltung mit den Worten: er freue sich mich wieder zu sehen.

Berlin, den 26. Januar 1876.

Auf letzten Sonntag hatte ich eine Einladung zum Krönungs- und Ordensfeste erhalten. Es war mir interessant, dem Feste beizuwohnen. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf 7—800. Die Pracht der Toiletten war groß. Die Kaiserin und die Prinzessinnen hatten Schleppen bis zu 1 ½ Metern Länge; diese Schleppen wurden von je 2 Pagen getragen und in der Kirche vor den Sitzen der Damen ausgebreitet. Es war für die Pagen keine kleine Mühe, nach beendigtem Gottesdienst für den Zug die Schleppen wieder in die Reihe zu bringen. Ich setzte mich mit Römer (aus Hildesheim) beim Essen zusammen; auf der anderen Seite hatte ich einen heiteren, alten pensionirten Oberstabsarzt aus der Provinz, der von dem ungewohnten Champagnergenuß bald ein Zöpfchen hatte. — Interessant war mir neben dem kaiserlichen Prunk ein demokratischer Zug. Denn unter den Geladenen war eine große Anzahl Unteroffiziere, Briefträger, niedere Beamte u. s. f., die eine Medaille oder so etwas erhalten hatten. Sie waren Gäste des Kaisers wie die Anderen, saßen unter den Anderen, die Herrschaften unterhielten sich mit Manchem von ihnen: kurz es war eben der Gedanke ausgedrückt, daß das Verdienst auf jeder Lebensstufe den Zutritt zum Kaiser eröffne, und zu einer relativ sozialen gleichen Stellung berechtige. Man kann sich denken, wie es die Anhänglichkeit an die Dynastie fördert, wenn ein Unteroffizier in die Kaserne zurückkommt und von einem solchen Feste erzählt.

Morgen Abend ist wieder ein Fest bei Hofe: große Cour und Konzert. Die Reichstagsmitglieder können sich einfinden, wenn sie wollen. Da es interessant ist, die Sache sich einmal anzusehen, so werde ich vielleicht hingehen.

Bismarck ist unwohl; man sieht ihn nicht. Es heißt, er sei übel disponirt, und es scheint hinter den Kulissen manches vorzugehen. Unter Hinweis hierauf wurden gestern in der Parteisitzung dringende Ermahnungen von Bennigsen erlassen, fester zusammen zu halten, als es in der letzten Zeit der Fall war.

Über das Ende des Reichstags läßt sich noch nichts sagen. Es hängt davon ab, ob und welche Gesetzentwürfe über Bord geworfen werden. Man spricht schon von Mitte Februar.

Berlin, den 1. Februar 1876.

Am Donnerstag bei der Cour befanden sich in dem Saale, der für den Reichstag bestimmt war, etwa 60 Abgeordnete. An diesem Tage war im Reichstag der früher erwähnte reaktionäre Strafgesetzantrag der Regierung verworfen

Digitized by Google

worden[1]), und der Kaiser deswegen nicht gut auf den Reichstag zu sprechen. Er verweilte in unserem Saale kaum 10 Minuten und empfing den Präsidenten mit den Worten: „Heute kann Ich Ihnen kein freundliches Gesicht machen; wohin soll das führen?" Zu andern Abgeordneten sagte er: „Sie haben heute eine große Schlacht geschlagen, aber sie wurde gegen Mich geschlagen." Zu einem Dritten: „Haben Sie heute auch gegen Mich gestimmt?" Zu einem Vierten: „Sprechen wir lieber nicht von Ihrer heutigen Verhandlung; es ist sehr bedauerlich." An mir ging das Gewitter vorüber, meinen Nachbar Wagner fragte er um seinen Namen und ging dann weiter. Die Kaiserin ließ sich eher auf das Vorstellen der Mitglieder ein. Ich wurde ihr vorgestellt und sie fragte mich, ob ich aus Stuttgart sei, was ich nicht leugnen konnte.

Unser Eindruck hätte angenehmer sein können, besonders, da wir beim Konzert auf die Gallerie plaziert wurden, die zwar mit Lehnstühlen versehen, einen guten Überblick über die Pracht des Saales gewährt, aber sehr heiß war. An Erfrischungen fehlte es nicht. Pagen, Schleppen, Kammerherren, galonnierte Diener, Schildwachen von den Gardes du Korps u. s. f. wie beim Ordensfest.

Gestern beim Hofball erging es uns besser.

Alles verlief glänzend. Lange Reihen von Zimmern und Sälen waren geöffnet; prachtvolle Toiletten, gutes Buffet. Der Kaiser ließ sich zwar in dem Zimmer, wo sich vorzugsweise die Reichstags-Abgeordneten aufhielten, nicht sehen. Dagegen unterhielt sich der Kronprinz mit gewohnter Leutseligkeit mit uns, indem er je mehrere zu einem Gespräch zusammen nahm. Nach ihm erschien die Kaiserin sehr huldvoll. Als sie vor mir stand und zu mehreren von uns zugleich sprach, führte ich das Wort zu ein paar Antworten. Nachher kam Simson auf mich zu (die Kaiserin war noch im Saale) und sagte mir, dieselbe habe nach mir gefragt, und er habe ihr gesagt, der mit dem weißen Knebelbart sei ich; sie wolle mit mir sprechen. Ich wurde also nun vorgestellt. Sie fing an, sie müsse auf Stuttgart zurückkommen (Erinnerung an die Frage am Donnerstag); es sei dort so schön, sie sei immer gern dort gewesen; habe einen Vetter dort, den Prinzen Weimar, der ihr viel schreibe, ich würde ihn wohl kennen; er sei ein liebenswürdiger Mann; wie lange ich Präsident sei? Die Kaiserin erinnerte sich Weber's, „den haben Wir ja auch gekannt"; lobte nun ganz Württemberg; gemütliches, schönes Land u. s. f. Ich beschränkte mich auf die nöthigen Antworten und die Sache ging gut vorüber.

Berlin, den 20. November 1876.

Die Geschäfte werden stark betrieben und ein Theil der Abende sowie der Sonntag ist mit Fraktionssitzungen ausgefüllt. Es ist allseitig guter Wille da, die Differenzen, deren Zahl freilich noch groß ist, auszugleichen und die großen Justizgesetze fertig zu bringen. Am Samstage war große Württemberger Schlacht, die von 3 bis nach halb 6 Uhr Abends dauerte. Ich, unterstützt von zwei

---

[1]) Vergl. oben S. 224, und über die Pläne Bismarck's den Aufsatz von B. A. Gumbrecht: „Der Reichskanzler, die Sozialdemokraten und die deutsche Presse," in Nr. 15 der „Gegenwart", 1876.

Digitized by Google

Drittel unserer Landsleute und den Badensern, die ähnliche Einrichtungen verlieren sollten, kämpfte für die Beibehaltung unserer Gemeindegerichte in Bagatellesachen. Lasker kam uns, indem er uns scheinbar bekämpfte, mit einem Vermittlungs-Vorschlag zu Hülfe und wir siegten in der Art, daß gegen den Ausspruch des Gemeindegerichts binnen einer kurzen Zeit jeder der Betheiligten den ordentlichen Rechtsweg anrufen kann. Andernfalls bleibt es aber doch beim gemeinderäthlichen Ausspruch. Damit ist der praktische Zweck, daß Einwohner derselben Gemeinde in erster Linie bei Streitigkeiten bis zu 60 Mk. verpflichtet werden können, vor dem Gemeinderat Recht zu holen, erreicht. Denn erfahrungsmäßig werden die Leute in neunzehn bis zwanzig Fällen sich vergleichen oder mit dem gemeinderätlichen Spruch zufrieden sein. Die Stimmenmehrheit war nicht groß, und hoffe ich, daß die Errungenschaft uns in dritter Lesung nicht wieder genommen wird. Die Abgeordneten Römer und Gaupp sprachen heftig gegen mich, Schmid und den Badenser Blum; ein erquickliches Schauspiel war es nicht, diese württembergische Wäsche vor dem ganzen deutschen Publikum! Doch fand ich auch bei manchen sachlichen Gegnern, daß sie mir den Sieg gönnten. Mehrere gratulirten mir nachher.

Fürst Bismarck ist noch nicht hier. Erst nach seinem Eintreffen wird man sich darüber verständigen können, ob die schließlich geforderten Nachgiebigkeiten nicht zu stark sind.

Berlin, den 28. November 1876.

Aus Deinem Brief habe ich ersehen, daß Ihr über unseren hiesigen Kampf wegen der Gemeindegerichte das Nähere gelesen habt. Indessen brachte der „Merkur“ nur eine sehr ungenügende Darstellung, da Elben, sein Chef-Redakteur, das Interesse hatte, die Sache etwas modifiziert darzustellen, als ob er der Sache in gemildeter Form auch geneigt gewesen wäre, während er unsern Antrag nicht mit unterschrieb, überhaupt anfänglich dagegen war, und nur am Ende wohl mit Rücksicht auf württembergische Verhältnisse nothgedrungen einen zustimmenden Ausweg suchte. Lasker hat die Sache im Wesentlichen gerettet und viele thaten mir den persönlichen Gefallen, der Vermittlung beizutreten. Was Römer betrifft, so beschwere ich mich über ihn nicht; er hat uns, wenn auch in gewohnter Leidenschaftlichkeit, aber loyal auf der Tribüne bekämpft. Gaupp aber hat außerdem mich in Zeitungsartikeln in einer Weise angegriffen, welche meiner Ansicht nach mit einem persönlichen Freundschaftsverhältniß unvereinbar ist. Schmid seinerseits greift nun in den ihm zugänglichen Blättern Gaupp und Römer nicht minder heftig an, nimmt aber alles Verdienst für sich in Anspruch und erwähnt meinen Namen gar nicht. Das ist freilich keine angenehme Situation und die scherzhafte Äußerung Römers, ich hätte mich in Form einer persönlichen Bemerkung gegen den „Freund“ verwahren sollen, hat viel für sich. Übrigens stehe ich mit Römer persönlich noch ganz gut.

Der Differenzen in Bezug auf die Justizgesetze bleibt eine große Zahl übrig und es wird ein großes Kunststück sein, sie zu vermitteln. Bismarck nimmt bis jetzt gar keinen Theil und wird erst zwischen der 2. und 3. Lesung seine Stellung

Digitized by Google

nehmen. Bis vor wenigen Tagen „war das Deutsche Reich in Varzin", wie Bamberger sich vor einigen Tagen in der Fraktion ausdrückte. Auf die Dauer kann es kaum ohne verantwortliche Minister gehen, denn wir haben jetzt tägliche 5 bis 6 stündige Sitzungen, die nahezu wertlos sind, weil die Vertreter des Reichskanzler-Amts nichts thun, als pflichtschuldigst den Regierungsstandpunkt Satz für Satz in langweiliger Breite zu vertheidigen. Ein Scheitern dieser Gesetzgebung wäre für die nationale Sache ein schwerer Schlag, allzu weit gehendes schließliches Nachgeben unsererseits aber nicht minder.

Ich war gestern Abend bei Lasker, der mich sehr freundlich empfing, die Haltung Mittnacht's in nationaler Richtung als befriedigend erklärte, einer Erörterung über die Stellung der weniger centralistischen Elemente unserer Deutschen Partei aber auswich. — Die Politik kann einem gründlich verleidet werden!

XI. Abschnitt.

Die XII. preussische Legislatur-Periode.

(12. November 1873—30. Juni 1876) [1].

Die preußischen Landtagswahlen vom 4. November 1873 lieferten ähnliche Ergebnisse wie die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874. Das Centrum setzte reichlich 20 Abgeordnete mehr durch als drei Jahre zuvor, bildete aber freilich eine aussichtslose Minderheit gegenüber den 251 Liberalen (darunter 182 Nationalliberale), 40 Freikonservativen und 22 Neukonservativen, welche fast einmütig gegen das Centrum mit der Regierung gingen.

Wenige Tage nach den Wahlen hörte Roon's Interregnum als Ministerpräsident wieder auf. Bereits am 9. November 1873 erfolgte sein Abschied; das Amt des Ministerpräsidenten wurde wieder Bismarck übertragen, während Camphausen Vizepräsident des Staatsministeriums und Kameke Kriegsminister wurde. An Stelle des zurückgetretenen Landwirtschaftsministers Königsmarck wollte Bismarck den bisherigen Reichstagsabgeordneten M. von Blanckenburg ernannt sehen. In einem Schreiben d. d. Varzin, 20. November, worin Bismarck diese, infolge der Weigerung Blanckenburg's gescheiterte Kombination dem Grafen Roon mitteilte, heißt es: „Ich habe es abgelehnt, Moritz vertraulich zu sondieren; ich hatte das, bezüglich Stettin und Berlin, zweimal gethan, und nachdem ich sein Widerstreben überwunden, wurde nichts daraus. Ich verlangte also, daß er diesmal auf Allerhöchsten Befehl amtlich und nicht von mir freundschaftlich gefragt werde. Das Weitere wird Ihnen genauer als mir bekannt sein. Moritz hat mir am

---

[1]) Es währte die I. Session der XII. Legislatur-Periode vom 12. November 1873—21. Mai 1874, die II. Session vom 16. Januar 1875—15. Juni 1875, die III. Session vom 16. Januar 1876—30. Juni 1876.

Digitized by Google

16. d. geschrieben." Nachdem Bismarck seiner Unzufriedenheit über Blanckenburg's Ablehnung und die Haltung seiner Fraktionsgenossen[1]) und der „Junker" lebhaften Ausdruck gegeben, fährt der Brief fort: „. . ich stehe dienstlich auf der Bresche und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt."

Anfangs Oktober 1875 hielt sich M. von Blanckenburg, dem Bismarck seinen Ministerrefüs inzwischen bereits vergeben hatte, mehrere Tage in Varzin auf. Nach den erhaltenen Eindrücken glaubte er schon damals einen „Zusammensturz der liberalen Minister- und Parlamentsherrschaft" sowie der damals noch herrschenden Wirtschaftspolitik prophezeien zu können; freilich fügte er hinzu: „mit welchen Mitteln dies Ziel aber erreicht werden soll, ist mir, und ich fürchte auch Bismarck, ein völliges Räthsel."

Unterm 24. Dezember 1875 schreibt Blanckenburg: „Politisch liegen die Dinge (ich war einige Tage in Berlin) sehr verwirrt. Bismarck will ehrlich los von den Geistern, die er rief — indeß ich sehe immer noch nicht das Loch, aus dem die Geister entweichen werden. Ja, wenn es sich nur um das alte Preußen handelte — dann wäre es nicht allzu schwer, an eine gesunde Reaktion zu glauben . . . aber Deutschland — da stoßen sich die Parteien so gewaltig und so mannigfach, daß ich nicht weiß, wie Bismarck von der jetzigen Majorität loskommen will." —

Am 24. Februar 1874 erging an den Abgeordneten für den 4. Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis, Kreisrichter Hansen, nachstehendes Schreiben:

> „Euer Hochwohlgeboren erwidere ich auf den Antrag vom 13. d. Monats ergebenst, daß ich den Entschädigungs-Ansprüchen der vormals Jütischen Enklaven mein besonderes Interesse widme, und für die beschleunigte Erledigung dieser Angelegenheit ohne Verzug die mir ressortmäßig zu Gebote stehenden Schritte gethan habe. Weitere Mitteilung behalte ich mir vor.
>
> von Bismarck.

Die hier in Bezug genommene Entschädigungsfrage spielte in den Verhandlungen der zweiten preußischen Kammer, insbesondere auch im Schoße der Wahlprüfungs-Kommission lange Zeit eine Rolle. —

Zu Anfang des Jahres 1875 war der Abgeordnete von Sybel[2]), augenscheinlich bestimmt durch die drückende Majorität der Klerikalen in der Rhein-

---

[1]) Zu vergl. die Schrift: „Ein Wort für Bismarck's innere Politik von einem Konservativen." Berlin 1874, Schneider und Comp. (Goldschmidt und Wilhelmi). Eine Widerlegung der harten Worte der „Kreuzzeitung": „Bismarck könne im Innern nicht regenerieren, sondern nur zerstören", und eine Rechtfertigung der Handlungsweise des Staatsmanns im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse und die schmollende Haltung der Konservativen.

[2]) von Sybel, Dr. Heinrich Karl, geboren den 2. Dezember 1817, Professor der Geschichte in Bonn, seit 1875 Direktor der preußischen Staatsarchive, Wirklicher Geheimer Rath. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1862—1864, und dann wieder von 1873 ab.

Digitized by Google

provinz, der Ansicht, daß die Emanation einer Kreis- und Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz z. Z. als ein wahres Übel zu betrachten sei[1]). In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses warf ihm der Abgeordnete Berger seine obstruktive Haltung mit dem Bemerken vor, Herr von Sybel habe sich an Mitglieder der Staatsregierung gewandt und dort mit einem beklagenswerten Erfolge die Gefahren vorgestellt, welche nach seiner Meinung aus dem Erlasse solcher Gesetze für die Rheinprovinz entstehen würden. „Es soll unter anderm dem Fürsten Bismarck gesagt worden sein: das kleinste reichstreue Kind in der Rheinprovinz würde Bravo rufen, sobald es bekannt würde, daß diese Gesetzentwürfe nicht vorgelegt würden."

In der Sitzung vom 11. Februar 1875 verteidigte sich der Abgeordnete von Sybel gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Berger, gestand aber zu, in der Sache allerdings auch mit dem Fürsten Bismarck gesprochen zu haben; „ich habe aber niemals jenes geistreiche Wort ausgesprochen, welches mir der Herr Abgeordnete in den Mund gelegt hat". Im übrigen hielt derselbe seinen Standpunkt vollständig aufrecht, wogegen der Abgeordnete Dr. Virchow[2]) mit aller Entschiedenheit die Vorlegung eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen verlangte[3]).

Die Frage der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die Rheinprovinz schien dem Fürsten Bismarck so wichtig, daß er, bevor er sich schlüssig machte, noch weitere Informationen einziehen wollte. Es kam dem Fürsten dabei auf das Urteil von möglichst unbefangenen Sachverständigen an. Für unbefangener als die Parteiführer schien er einfache Parteimitglieder zu halten, und er bat deshalb je eins von den drei damals die Staatsregierung stützenden Parteien zu einer Unterredung; von den Konservativen den damaligen Landrat Tiedemann in Mettmann, von der Fortschrittspartei den Abgeordneten Klöppel und von der nationalliberalen Partei den Abgeordneten Seyffardt, Fabrikbesitzer in Crefeld.

Die Unterredung mit dem letztgenannten Abgeordneten fand am 22. Januar 1875 statt. Nach erfolgter Begrüßung ging Fürst Bismarck sogleich direkt auf sein Ziel los: „Sie wissen durch Ihre Unterredung mit Graf Eulenburg, über welche Angelegenheit ich mir Ihre Meinung erbitten möchte. Der Abgeordnete Klöppel, den ich gestern bei mir sah, hat mir zwar mitgeteilt, daß er aus einer Unterredung, die er mit Ihnen gehabt, entnommen habe, daß Sie sich mit ihm bezüglich der Verwaltungsreform für die Rheinprovinz in den wesentlichen Dingen im Einverständnis befinden, doch möchte ich bei der verschiedenen Parteistellung, die Sie einnehmen, auch Sie gern persönlich darüber hören.

Ich muß natürlich wünschen, daß die Entwickelung der inneren Verhältnisse des Staates in einheitlichem Sinne erfolge und daß die Übertragung der Grundsätze der Kreis-Ordnung für die östlichen Provinzen auf die Rheinlande und West-

[1]) Zu vergl. die Rede des Herrn von Sybel im Abgeordnetenhause vom 10. Februar 1875, Stenogr. Bericht S. 176 und 182.

[2]) Stenographischer Bericht S. 200.

[3]) Stenographische Verhandlung über die Sitzung vom 11. Februar 1875.

Digitized by

falen keine unnötige Hemmung erfahre. Ehe ich mich aber dafür entscheide, muß ich die Überzeugung haben, daß die Autorität des Staates, für die ich in erster Linie einzutreten habe, bei der Reorganisation nicht irgend welche Beeinträchtigung erfahre. Gewichtige Stimmen aus Ihrer Provinz, ich meine besonders den Führer des deutschen Vereins, Sybel, scheinen in dieser Beziehung schwarz zu sehen und die Befürchtung zu hegen, daß der Ultramontanismus durch die Reform Oberwasser gewinne. Es wird von dieser Seite angenommen, daß die klerikale Opposition, der durch die Maßregeln gegen den Mainzer Katholiken-Verein die Möglichkeit, sich öffentlich geltend zu machen, entzogen wurde, eine neue und dazu gesetzliche Grundlage in den Kreistagen und Kreisausschüssen gewinnen werde, ja es wird befürchtet, daß auch die unpolitischen Befugnisse diesen letzteren Gelegenheit zum Mißbrauch im ultramontanen Sinne bieten werden. Wie denken Sie darüber?"

Der Abgeordnete Seyffardt sprach sich nunmehr dahin aus, daß ihm die beabsichtigte Einführung der Landgemeinde- und Kreis-Ordnung in den westlichen Provinzen angesichts der ultramontanen Agitation allerdings bedenklich erscheine[1]. Auf die Bemerkung, daß das Bestätigungsrecht der Regierung illusorisch sein würde, da eben nur solche Personen präsentiert werden würden, welche den Forderungen des Staates zwar keinen offenen, dafür aber einen desto zäheren passiven Widerstand leisten würden, äußerte Fürst Bismarck, dieser Punkt würde sich erledigen lassen. „Ich würde nie zur Wahl der Bürgermeister in den ländlichen Gemeinden meine Zustimmung geben. Der passive Widerstand ist der schlimmste, denn man kann ihn nicht fassen."

Nach dieser bedeutsamen Erklärung des Ministerpräsidenten schwanden die ursprünglichen Bedenken des Abgeordneten Seyffardt erheblich[2]. Ultramontan freilich — meinte derselbe — würden die Kreistage und Kreisausschüsse in vielen Gegenden ausfallen und es könne dann nicht fehlen, daß hier und da der Versuch zu Demonstrationen gemacht werde. Diese könne der Landrat aber leicht unterdrücken und die Thätigkeit der Ausschüsse auf die verschiedenen wirtschaftlichen

---

[1] „Wenn wir schon jetzt sehen — bemerkte derselbe zu Bismarck — daß manche mit der Polizeiverwaltung betraute Organe, also die von der Regierung ernannten Bürgermeister und Landräte, durch ihre laue und nichts weniger als energische Haltung die neuen Gesetze illusorisch machen, was dürfen wir dann von Amtsvorstehern erwarten, die ihre Stellung der Wahl der entweder aus Überzeugung klerikalen, oder doch aus allerlei nahe liegenden Gründen klerikal beeinflußten Gemeindeglieder verdanken. Wie diese klerikale Einwirkung sich geltend macht, ist ja bekannt. Was Priester und Beichtstuhl nicht direkt vermögen, thun die Verwandtschaft, die gewerbliche Kundschaft oder aber die Frauen."

[2] „Wenn demnach dafür gesorgt wäre — bemerkte Seyffardt zu Bismarck — daß nicht durch gesetzliche Bestimmungen die Befähigung der Exekutive, für Recht und Interesse des Staates einzutreten, beschränkt werde, wenn im Gegenteil die bisherige noch vielfach laue Praxis durch festes und an allen Orten gleichmäßiges Eingreifen ersetzt würde, dann vermag ich nicht einzusehen, wie die Einführung der Kreis-Ordnung und die Erziehung der Bevölkerung zur Selbstverwaltung den Staatsinteressen nachteilig sein sollte. Ich muß wirklich annehmen, daß bei Betonung der entgegengesetzten Ansicht Herr von Sybel sich ein wenig in den Eifer hinein gesprochen habe."

Digitized by Google

Funktionen, die ihnen zustehen, deren Bedeutung die praktischen Rheinländer wohl zu würdigen wüßten, beschränken [1]).

Die Anspielung des Fürsten auf Wühlereien des Mainzer Katholiken-Vereins brachte das Gespräch auf den Kulturkampf. Durch Polizeimaßregeln — bemerkte Fürst Bismarck, dem Abgeordneten Seyffardt zustimmend — lasse sich der Kirchenkonflikt nicht lösen. „Eine solche Annahme wäre sehr kurzsichtig. Polizeimaßregeln können nur den Zweck haben, dem Gesetze sofortige Achtung zu erzwingen [2]).“

„Die Schwierigkeiten, dem Staate zum Siege zu verhelfen, habe ich niemals unterschätzt, im Gegenteil, ich fühle die ganze Schwere der übernommenen Aufgabe. Nicht leichtsinnig bin ich in den Kampf eingetreten. Erst als ich mich überzeugt hatte, daß er ganz unabwendbar sei, zögerte ich nicht länger, den dem Staate hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Zu der Überzeugung, daß etwas Positives geschehen müsse, hat nichts mehr beigetragen, als die unzweifelhafte Wahrnehmung, daß in den polnischen Landesteilen die deutschen katholischen Geistlichen sich die Polonisierung der bäuerlichen Bevölkerung zur Aufgabe stellten. Leider wird die politische Bedeutung des Kampfes nicht in allen Ressorts der Regierung gleichmäßig gewürdigt. Ich komme täglich in den Fall, mich über die Haltung meiner Herren Kollegen beklagen zu müssen. Es gewinnt viel zu häufig den Anschein, als wenn es sich schließlich nur um die Lösung juristischer Fragen handelt. Selbst Falk [3]) vermag in dieser Beziehung nicht immer die

---

[1]) „Der Idee, die Kreisausschüsse analog den Vorschlägen für die Provinz Posen, wie von einzelnen Seiten befürwortet wird, zur Hälfte aus gewählten, zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern zusammenzusetzen — bemerkte Seyffardt — kann ich unmöglich beitreten. Der Institution würde dann das öffentliche Vertrauen ebenso fehlen wie den jetzigen veralteten Kreisständen. Was nun die von Durchlaucht erwähnte Befürchtung, die Kreisversammlungen werden an die Stelle der Verzweigungen des Mainzer Katholiken-Vereins treten, betrifft, so liegt wirklich kein Bedürfnis vor, die Thätigkeit des letzteren durch eine analoge zu ersetzen. Soweit dazu die Öffentlichkeit erforderlich, leistet die kleine ultramontane Presse das Mögliche, und in Bezug auf geheime Agitation bieten die zahllosen katholischen Vereine: Constantia, Gesellen-, Pius-, Borromäus-, Herz Jesu-Vereine, die z. B. in meinem Wohnort nach Dutzenden zählen, die fertige Organisation. Umgekehrt glaube ich, daß die Einführung der Kreis-Ordnung den Schwerpunkt der klerikalen Bestrebungen aus den Kreisen der jesuitisch erzogenen Geistlichkeit und hier und da der österreichisch gesinnten adeligen Herren in gewählte Körperschaften verlegen werde, die anfangs vielleicht nur in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Funktionen, später aber überhaupt mit sich sprechen lassen“.

[2]) „So würden also — bemerkte Seyffardt — die Kreisvertretungen ihr Teil mit dazu beitragen, die katholische Bevölkerung zu einer verständigen Behandlung der Streitfragen zu erziehen. Darauf kommt es ja wesentlich an.“

[3]) Über Falk äußerte sich Fürst Bismarck unter vier Augen dahin: Dr. Falk habe als Kultusminister die Dinge mit großer juristischer Feinheit und Geschicklichkeit behandelt, aber eben nur mit juristischer, während ihm der politische Blick zuweilen gemangelt habe. Immerhin sei es Dr. Falk gewesen, der ihm, dem Reichskanzler, den Stuhl vor die Thür gesetzt, denn er selbst habe bis zum letzten Augenblick nicht aufgehört, dem Kollegen behilflich zur Seite zu stehen, wenn es sich darum handelte, bei dem Kaiser die Genehmigung zu einer Vorlage zu erlangen, was nicht immer leicht war. — Diese Bemerkung war vorzugsweise dadurch provoziert, daß von der andern Seite entgegengehalten war, Dr. Falk habe seiner Zeit über eine Abnahme der kollegialischen Hilfsbereitschaft des Kanzlers geklagt. Vergl. auch oben S. 168.

Digitized by Google

staatsmännische Anschauung gegenüber der juristischen zur Geltung zu bringen[1]). Die Ansicht, daß mein Rücktritt aus dem Amte in Bezug auf die Kirchenpolitik einen Systemwechsel bedeuten würde, ist grundfalsch. Der alte Gegensatz zwischen der dem Staat absolut nötigen Autorität und den Forderungen der Kirche ist so schroff herausgetreten, daß Se. Majestät von der jetzt eingenommenen Haltung schwerlich abgehen wird und abgehen kann. Die Hoffnung auf den Thronfolger, die sonst in Monarchien den Feinden des herrschenden Systems zum Trost gereicht, trifft bei uns durchaus nicht zu. Der Kronprinz, unter ganz andern Voraussetzungen wie sein Vater, ich möchte sagen unter konstitutionellen Einflüssen ins Leben getreten, ist, wenn möglich, noch entschiedener für das Festhalten an der heute vertretenen Politik. — Daß im Ministerium des Innern bei Ausführung der Gesetze nicht überall mit der wünschenswerten Energie vorgegangen wird, räume ich ein[2]), ebenso, daß ein Menschenalter erforderlich ist, um einen ernstlichen Erfolg zu erzielen. Daß die Staatsregierung die Schule so lange andern Händen überlassen hat, war ein Fehlgriff, dessen Folgen sobald nicht gut zu machen sind. Die Hauptschuld trifft aber die katholische Abteilung im Kultusministerium, welche die Interessen des Staates in unverantwortlicher Weise geschädigt hat[3]).

---

[1]) „Wenn Durchlaucht — bemerkte Seyffardt — sich so offen aussprechen, wird noch ein Moment, das gegen die Sistierung der Verwaltungsreform recht eindringlich spricht, hervorzuheben sein. Es wäre doch nicht der Schein des Stillstehens, es wäre ein wirkliches Stillstehen, wenn die Staatsregierung aus Furcht vor den Ultramontanen einem konsequenten Vorschreiten auf dem Wege, die Verwaltung mit den bestehenden konstitutionellen Verhältnissen in Einklang zu bringen, ablassen wollte. Sie würde dadurch dem trotz aller parlamentarischen Schlappen von den Klerikalen zur Schau getragenen Siegesbewußtsein eine neue Unterlage gewähren. Die ultramontanen Blätter wissen ohnehin nur zu gut bei ihren Lesern die Ansicht zu pflegen, daß früh oder spät das gegenwärtige System doch wieder der früheren Praxis weichen müsse. Durchlaucht hätte nur wahrnehmen sollen, wie dieser Augenblick schon in Aussicht genommen wurde, als Sie vor wenigen Wochen Miene machten, die Last der Staatsgeschäfte auf andre Schulter abzuwälzen."

[2]) „Das ist sehr erfreulich bestätigt zu hören — erwiderte der Abgeordnete Seyffardt — und auch die Hoffnung oder Überzeugung der Reichsfreunde. Wie kann es aber auch in die Überzeugung des irregeleiteten katholischen Volkes übergehen, so lange dieses wahrzunehmen glaubt, daß die Organe der Regierung in der Rheinprovinz gar häufig recht gelinde vorgehen, um bei einem als möglich vorausgesetzten Wechsel nicht zu sehr kompromittiert zu sein. Ich gebe indes zu, daß seit Jahresfrist in dieser Richtung eine wesentliche Besserung nicht zu verkennen ist. Im Unterrichts-Ministerium steht es nicht besser," ohne daß Herrn Dr. Falk deshalb ein besonderer Vorwurf zu machen wäre; ja es wird kaum anders werden, ehe das neue in Aussicht stehende Schulgesetz eingeführt sein wird. Für mich noch ein ganz besonderer Grund, warum ich die Durchführung der neuen Ordnungen, an die die Schulgesetzgebung anknüpfen muß, für so dringend notwendig halte. Das einzige durchschlagende Mittel, um in dem gegenwärtigen Konflikt dauernd Sieger zu bleiben, ist ja doch unzweifelhaft die Erziehung eines jungen Geschlechts mit andern, unsrer Ansicht nach bessern Anschauungen."

[3]) „Wenn Durchlaucht aber zugeben — warf der Abgeordnete Seyffardt hier ein — daß erst von einem zu erziehenden Geschlecht die Wandlung zu erwarten, so werden Sie sich nicht wundern können, daß die bisherigen Maßregeln des Unterrichts-Ministeriums den Reichsfreunden

Digitized by Google

Ich resümiere Ihre Ansichten dahin, daß unter der Voraussetzung ernster Pflichterfüllung und strenger Pflichtauffassung der Organe der Staatsregierung und der Polizeigewalt, Sie von der Einführung der neuen Organisationen in der Rheinprovinz keinen ungünstigen Einfluß auf den Kampf mit dem Ultramontanismus erwarten."

Abgeordneter Seyffardt: „Gewiß nicht." (Sich erhebend.) „Ich bitte Eure Durchlaucht noch recht sehr um Entschuldigung wegen der Mühe, die es gekostet hat, mich zu citieren. Leider kamen die beiden liebenswürdigen Einladungen zum Mittagessen in meiner Wohnung gerade in der Stunde an, die ich in diesen Tagen zum Diner benutzte."

Fürst Bismarck: „Bitte sehr! Mein Unwohlsein läßt mich gewöhnlich erst in den Morgenstunden die unentbehrliche Ruhe finden. Wenn ich dann spät aufstehe, bleibt nur kurze Zeit, um jemand zu Tisch zu laden. Übrigens — setzte er mit schalkhaftem Lächeln hinzu — besonders häuslich sollen Sie in Berlin nicht sein. Ihre Hausleute meinten auf die Frage meines Boten, wo Sie denn wohl anzutreffen seien: Wenn Sie zu jener Zeit ausgegangen, könne es 1 Uhr nachts werden, ehe Sie wieder nach Hause kämen. Nun, ich weiß ja, Hausleute pflegen verleumderischer Natur zu sein."

Abgeordneter Seyffardt: „Durchlaucht, ich merke wohl, ich bin erkannt." —

---

bei uns zwar als Schritte in richtiger Richtung, aber doch nur als halbe Maßregeln erscheinen. Ein Teil der katholischen geistlichen Lokal-Schulinspektoren wird entfernt, ein andrer Teil bleibt im Amte. Über Gehen und Bleiben entscheidet eine Denunziation oder irgend ein Zufall, denn die im Amte Verbleibenden sind genau von denselben Ideen beseelt wie die andern. So lange daher noch ein einziger katholischer Priester Schulinspektor bleibt, werden nicht nur die ihm untergebenen, sondern auch alle übrigen katholischen Lehrer nicht glauben können, daß es sich um eine dauernde prinzipielle Änderung handelt, die ihre Arbeitskraft von dem Drucke der geistlichen Gewalt befreit und sie der civilisatorischen Aufgabe des Staats zur Disposition stellt. Diese Änderung ist aber nötig, denn bis vor ganz Kurzem war von einer Pflege des Patriotismus in den katholischen Schulen auf dem Lande in unsrer Provinz kaum die Rede. Fast allein die Landwehr- und Kriegervereine, deren ältester in weitem Umkreis seit nunmehr 29 Jahren in meinem Wohnort existiert und 1400 Mitglieder zählt, haben die während der Militärzeit unsrer jungen Burschen gepflanzten Keime eines gesunden Patriotismus, des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit preußischer und deutscher Lande, lebendig erhalten. Die militärische, in dieser Beziehung ausgezeichnete Erziehung, beginnt aber zu spät, um ganz nach Wunsch wirken zu können. Gelingt es dagegen, in der Volksschule eine von geistlichen Einflüssen ganz befreite kernige Bildung heimisch zu machen, knüpfen wir daran einen Fortbildungs-Unterricht von nur wenigen wöchentlichen Stunden mit etwas weitergehenden analogen Zielen, dann wird der staatsfeindlichen Agitation der Boden entzogen."

B. „Es bleibt mir noch die Frage, ob in Ihren Gegenden die neue Kreis-Ordnung nicht unter Belassung der alten Landgemeinde-Ordnung einzuführen sei, was halten Sie davon?"

S. „Zur Beantwortung dieser Frage bin ich als Stadtbewohner ohne Vorbereitung nicht kompetent. Praktisch habe ich mit der bisherigen Landgemeinde-Ordnung nicht gearbeitet. Für mich sind die vielfachen, in dem neuen Entwurf enthaltenen Reformen der Grund, deren Einführung mit den vorhin erwähnten Modifikationen zu wünschen."

Digitized by Google

Der Abgeordnete Klöppel[1]), welcher vorstehend erwähnt wurde, empfing die Einladung zu einer Unterredung mit Bismarck im Foyer des Reichstags. Fürst Bismarck legte auch ihm die Frage vor, ob die Kreis-Ordnung in den westlichen Provinzen nach dem von dem Geheimen Rat Wohlers ausgearbeiteten, von dem Grafen Eulenburg genehmigten liberalen Entwurfe eingeführt, oder ob diese Einführung, wie Herr von Sybel riet, auf unbestimmte Zeit sistiert, oder endlich nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der nicht ultramontanen Abgeordneten der betreffenden Provinzen nur mit gewissen Abänderungen zur Sicherung der obrigkeitlichen Autorität gegen die zu erwartenden ultramontanen Mehrheiten der Vertretungskörper stattfinden solle. Diese dritte Ansicht vertrat auch der Abgeordnete Kloeppel, aber ohne Erfolg. Fürst Bismarck machte gegen seine Darlegung einige Einwendungen im Sinne der Sybel'schen Ansicht, behielt sich aber den Entschluß vor, der erst bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Entwurf in der zweiten Februarwoche bekannt wurde[2]).

Nachdem dieser Gegenstand erschöpft war, führte Fürst Bismarck in der ihm eigenen zwanglosen Weise die Unterhaltung auf andre Gebiete hinüber. So machte er dem Abgeordneten aus den während der Unterredung eingehenden neuesten Depeschen die Mitteilung der Erledigung der Podgorizza-Affaire, dem Vorspiel der einige Monate später beginnenden orientalischen Verwickelung.

XII. Abschnitt.

Die erste Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags.

(22. Februar bis 3. Mai 1877.)

Am 22. Dezember 1876 war die vierte und letzte Session der II. Legislatur-Periode des Reichstags geschlossen worden. Die Neuwahlen fanden am 10. Januar 1877 statt; sie ergaben eine Schwächung der Nationalliberalen (128 Mann, Verlust 25 Sitze)[3]), eine Zunahme der Freikonservativen (5 Sitze) und ein Anschwellen der Konservativen (35 statt 22). Die Agitation, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zum Zwecke einer konservativen Gestaltung der

---

[1]) Klöppel, Peter, geboren den 1. Juli 1840 zu Cöln, katholisch, seit 1865 Advokat erst in Cöln später in Jena, z. Z. in Leipzig, seit 1872 Leiter der „Rheinischen Zeitung", Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1873—1876, des Reichstags von 1874—1876. Derselbe gehörte der Fortschrittspartei nur vorübergehend an.

[2]) Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg erklärte sich gegen den Antrag Virchow, weil die Gemeinde- und Kreis-Ordnung für Rheinland-Westfalen im Ministerium noch nicht festgestellt sei und noch Verhandlungen darüber nötig seien. Stenographischer Bericht S. 208 und 211. Trotz dieser keineswegs ablehnenden Erklärung wurde der Antrag Virchow mit 292 Stimmen (unter 320) angenommen.

[3]) Eine merkwürdige Rede Miquel's, der kein Mandat mehr annehmen wollte, vom 4. Januar 1877 findet sich abgedruckt in Schultheß' Geschichtskalender 1877, S. 36.

Digitized by Google

Dinge in Preußen und im Reich und einer Sprengung der liberalen Majorität bereits im Juni 1876 in Scene gesetzt hatte, war also immerhin von einigem Erfolge begleitet gewesen.

Erfreulich lautete die Antwort der elsässischen Wähler bei den Reichstagswahlen vom Januar 1877, welche in sämtlichen fünf unterelsässischen Wahlkreisen den von der autonomistischen Partei unter obigem Programm aufgestellten Kandidaten den Sieg über die Protestler und Ultramontanen gaben. Es waren dies, neben Schneegans, für den Wahlkreis Zabern Kaufmann Bergmann, für Straßburg-Stadt Bankdirektor North, für Straßburg-Land Bürgermeister Nessel, für Hagenau Dr. med. Rack und für Benfeld Erstein.

Die gesamten Wahlkreise des Unterelsasses hatten sich für das autonomistische Programm ausgesprochen; von den andern Abgeordneten schwankten einige zuerst (wie zum Beispiel der Abgeordnete Grad von Kolmar) zwischen Autonomie und Protest; sie schlossen sich jedoch nach kurzem Zögern alle der in der vorhergehenden Legislaturperiode gebildeten, dem Centrum nahe stehenden „elsässischen Gruppe" an, während die fünf Unterelsässer ihre Plätze auf der entgegengesetzten Seite des Reichstags hinter der nationalliberalen Fraktion einnahmen. —

Aus der früheren Darstellung ist bekannt, daß Bismarck die reorganisierte konservative Partei zu Anfang nicht ohne Mißtrauen betrachtete. Die Schwierigkeit lag weniger in dem Programm der Partei, das sich in vielen Punkten mit dem seinigen deckte, als in ihrem Personalbestande. Wenn Bismarck das Mitgliederverzeichnis der neuen Partei zur Hand nahm, so fand er darin mehr als einen Deklaranten, und dazu noch so manche, die ihn als Kanzler von der Tribüne und in der Presse bis vor kurzem auf das heftigste angegriffen hatten. War mit einer Partei, die ihm so feindselige Elemente aufzunehmen nicht Anstand genommen hatte, ein dauernden Bund zu flechten?

Schon die ersten Tage nach dem Zusammentritte des Reichstags sollten die Situation klären. Am 24. Februar 1877 meldete sich der Abgeordnete von Helldorff[1]) mit Herrn von Seydewitz und dem Grafen Kleist[2]) als Vorstand der neu konstituierten Fraktion der Konservativen im Kanzler-Palais. Anlaß war die Aufnahme der Reichstags-Abgeordneten von Nathusius-Ludom und von Kleist-Retzow in die Fraktion der Konservativen.

Bismarck war über die Aufnahme der gedachten Herren in die Fraktion mit Recht ungehalten; denn Nathusius-Ludom[3]) hatte als Redakteur der „Kreuzzeitung"

---

[1]) Vergl. oben S. 154.

[2]) Graf von Kleist, Conrad, Gutsbesitzer auf Schmenzin (Kreis Belgard), Märk. Friedland. Geboren den 4. April 1839 in Tschernowitz bei Guben (evangelisch). Mitglied des Deutschen Reichstags seit 1874.

[3]) von Nathusius-Ludom, Philipp, Besitzer der Herrschaft Ludom im Kreise Obornik. Sohn des in Gemeinschaft mit Heinrich Leo langjährigen Herausgebers des „Volksblattes für Stadt und Land", Philipp von Nathusius und der Dichterin Marie Nathusius. Geboren 4. Mai 1842 zu Althaldensleben (evangelisch-lutherisch). Bis Herbst 1872 Landwirt, von da ab über-

Digitized by Google

den Abdruck der Perrot'schen „Ära-Artikel“ in das feudale Blatt gestattet, und von Kleist-Retzow hatte sich über den Kulturkampf und die Kreis-Ordnung mit seinem alten Duzbruder Bismarck auf das gründlichste überworfen. Nach der Ansicht Bismarck's, der sich auf die reorganisierte konservative Partei zu stützen gedachte, war diese Absicht aussichtslos, wenn im Schoße derselben Abgeordnete saßen, welche die Bekämpfung seiner Person und seiner Politik offen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Helldorff führte bei der Konferenz das Wort in der heiklen Sache und erläuterte die Gründe, welche den Vorstand der Fraktion veranlaßt hatten, die Aufnahme der beiden Herren in dieselbe zuzulassen. Bismarck machte erst sachliche Einwendungen, er wollte doch aber jeden Anschein von Kleinlichkeit vermeiden, und entließ die drei Herren gnädig. Die Offenheit Helldorff's hatte aber anscheinend dem Kanzler doch etwas peinlich berührt, wenigstens wurde der erstere, als er sich am 3. und 17. März 1877 auf den parlamentarischen Soireen bei Bismarck befand, durch keine Ansprache ausgezeichnet[1]).

Gleichwie Herr von Helldorff war auch der Abgeordnete Graf Udo Stolberg[2]) bemüht, eine fruchtbringende Verbindung zwischen Bismarck und der reorganisierten konservativen Partei herzustellen. Als Graf Stolberg zum Reichstag nach Berlin gekommen war, besprach derselbe alsbald das Programm der deutsch-konservativen Partei mit dem Kanzler Punkt für Punkt. Bismarck wünschte eine Kräftigung derselben und bemerkte in Bezug auf sein Verhältnis zu der bisherigen Majorität im Reichstag, er gieße getrübtes Wasser nicht aus, bevor er reines habe. Als Zielpunkt setzte Bismarck hin: In den großen politischen Fragen müsse liberal vorgegangen werden, in den wirtschaftlichen unter Berücksichtigung der agrarischen Interessen. Mit diesem letzteren Postulate traf der Kanzler einen Herzenswunsch des Grafen Udo Stolberg, denn er ist es, der die Vereinigung

---

nahm er die Leitung der „Kreuzzeitung“, legte dieselbe jedoch im Sommer 1876 nieder. Die Herausgabe der von ihm im Vereine mit Bunsen gegründeten christlich-konservativen Volkszeitung „Der Reichsbote“, welche in kurzer Zeit 7000 Abonnenten gewann, behielt er noch eine Zeit lang, er beteiligte sich an der Bildung der Vereinigung der „Deutschen Konservativen“ und vertrat auch die Kreuzzeitungs-Partei bei der am 7. Juni 1876 erfolgten Konstituierung derselben in Frankfurt a. M. Kurz vorher erschien bei Puttkammer und Mühlbrecht (Berlin 1876) seine Schrift: „Konservative Position“, welche ein ausführliches Parteiprogramm enthält. In demselben Verlage 1872 „Konservative Partei und Ministerium“ und „Die Civilehe“. In demselben Jahre bei A. Heinicke, Berlin, „Ständische Gliederung und Kreis-Ordnung“. In neuerer Zeit widmete Nathusius seine ganze Kraft der Herausgabe des konservativen Konversationslexikons. Die Thätigkeit Bismarck's hat Nathusius daselbst in überaus sympathischer Weise besprochen.

[1]) Die reorganisierte konservative Partei entwickelte im Reichstag von 1877 eine lebhafte Thätigkeit (Initiative in der Gewerbeordnungsfrage).

[2]) Graf zu Stolberg-Wernigerode, Udo, Oberpräsident der Provinz Preußen, Major à la suite der Armee, Besitzer der Fideikommisse Kreppelhof in Schlesien und Dönhoffstädt in Ostpreußen sowie des Rittergutes Cammin in der Neumark. Geboren am 4. März 1840 zu Berlin; evangelisch. Als aktiver Militär die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht, bei Königgrätz verwundet, besuchte die Kriegsakademie, ist Landrat a. D., Mitgied des Herrenhauses, des Reichstags von 1877—81 und von 1884—1893.

Digitized by Google

der Steuer- und Wirtschaftsreformer ins Leben gerufen hat[1]). Ehedem war Graf Stolberg gleich den meisten konservativen Landwirten Freihändler. Erinnern wir daran, daß derselbe Abgeordnete Bismarck's Kirchenpolitik schon vor zwei Jahren im Herrenhause kräftig unterstützt hatte[2]), und daß er auch für dessen Reichseisenbahnprojekt von Anfang an energisch eingetreten war[3]). Nach seiner ganzen politischen Vergangenheit war er sonach der Mann, der geeignet war, Bismarck's Wiederannäherung an die Konservativen in die Wege zu leiten[4]).

Bald nach der Aufnahme Kleist-Retzow's in die konservative Partei vollzog sich dessen Wiedereintritt in das Haus des Fürsten Bismarck. Es wurde die Form einer Tischeinladung des Parlamentariers gewählt. Nach den Verhandlungen zu schließen, welche dieser Einladung unter Mitwirkung des Grafen Udo Stolberg vorausgegangen waren, blieb es zweifelhaft, ob Kleist-Retzow förmlich wie ein andrer Abgeordneter, oder als Verwandter begrüßt werden würde. Schließlich sprach die Stimme des Herzens doch kräftiger, als der Wunsch, den Abgeordneten für seine oppositionellen Abstimmungen zu bestrafen; genug, als derselbe in den Saal trat, begrüßte ihn die Fürstin Bismarck auf das herzlichste mit einer verwandschaftlichen Anrede.

Zu den Abgeordneten, die sich rühmen können, bei den Wahlen von 1877 auf die Empfehlung Bismarck's in den Reichstag gekommen zu sein, zählt Dr. Kapp[5]). Sein Gegenkandidat war Graf Schulenburg-Beetzendorf, derselbe Schulenburg, den Bismarck im Januar 1867 als einen ihm genehmen Reichstagsabgeordneten bezeichnet hatte[6]). Der letztere war freilich inzwischen unter die Deklaranten gegangen und zählte neuerdings zu den offenen Frondeurs des Herrenhauses.

---

[1]) Graf Mirbach trat erst später an die Spitze.

[2]) Am 13. und 15. April 1875 erklärte Graf Udo Stolberg im Herrenhause, die letzte päpstliche Encyklika habe ihn offen auf die Seite des Staates gestellt. Bismarck nahm die von den Konservativen ihm gereichte Hand an und erkärte, es sei dies eine Brücke, um alte Beziehungen zur konservativen Partei, die nicht ohne schwere Verletzung für ihn zerrissen werden konnten, wieder anzuknüpfen. — Kleist-Retzow verharrte damals noch auf seinem ablehnenden Standpunkte.

[3]) Über die Genesis dieses Projektes vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I. S. 77, Note *. Am 20. März 1876 interpellierte Graf Udo Stolberg die Regierung in betreff der Reichseisenbahnvorlage.

[4]) Die Verhandlungen Stolberg's mit Bismarck über das Programm der reorganisierten konservativen Partei war die bedeutsamste seiner Begegnungen mit dem Kanzler, in dessen Hause er freundschaftlich bis 1890 häufig verkehrte.

[5]) Kapp, Friedrich, Dr. jur., in Berlin. Geboren den 13. April 1824 in Hamm, Prov. Westfalen (evang.), nahm 1848 seinen Abschied aus dem preußischen Justizdienst, lebte in Belgien, Frankreich und in der Schweiz bis Frühjahr 1850, wo er nach Amerika ging. Praktizierte bis 1870 als Advokat in New-York und war dort auch von 1865 bis 1870 Einwanderungs-Kommissar des Staates, kehrte Mai 1870 nach Deutschland zurück, wohnt seitdem in Berlin. Seine Schriften betreffen hauptsächlich die amerikanische Geschichte und den Anteil der Deutschen an der Entwickelung der Vereinigten Staaten (nat.-lib.).

[6]) Vergl. oben S. 83.

Digitized by Google

Ein Zufall wollte es, daß im Jahre 1877, just nach zehn Jahren, als der später von dem Nationalliberalen Dr. Kapp beseitigte Graf Schulenburg wieder Aussicht hatte, in den Reichstag zu gelangen, Fürst Bismarck auf die Anfrage eines überloyalen Mannes, wen er für die engere Wahl empfehle, Schulenburg oder Kapp, zurücktelegraphiert hat: „Wählt Kapp.“ [1]) —

Wie nähern uns dem Zeitpunkte, da die Kämpfe um die neue handelspolitische Ära alle andern Fragen der inneren Politik in den Hintergrund drängten.

Bedeutsameren Einfluß noch als der oben genannte Abgeordnete Lohren hatte in diesen Beziehungen auf die Entschließungen Bismarck's der frühere württembergische Minister des Auswärtigen, Reichstagsabgeordneter Freiherr von Varnbüler [2]). Derselbe hatte im Februar 1873 im zweiten württembergischen Wahlkreise mit einer Ansprache an die Wähler kandidiert, welche mit großem Geschick abgefaßt war und ein volles, klares und weitsichtiges Programm enthielt [3]). Sein

---

[1]) Ludolf Parisius, „Deutschlands politische Parteien“ I, S. 90.

[2]) Freiherr Varnbüler von und zu Hemmingen, Friedrich Gottlob Karl, Königlich württembergischer Staatsminister a. D., Besitzer der Rittergüter Hemmingen und Höfingen (früher Reichsritterschaftlich) und von Ludwigshöhe. Geboren in Hemmingen den 13. Mai 1809 (luth.). Mehrere längere Reisen nach Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Schweden. 1833—39 Kollegialmitglied der Königlichen Kreisregierung in Ludwigsburg, von 1839 an Betrieb der Landwirtschaft auf seinen Gütern, 1846—53 Leitung einer großen Maschinenfabrik in Wien. Seit 1845 mit einer Unterbrechung während eines Jahres (1850) Abgeordneter der Ritterschaft in der württembergischen Kammer der Abgeordneten, von September 1864 bis September 1870 Königlich württembergischer Minister des Königlichen Hauses, der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsanstalten. 1867—70 Mitglied des Zollparlaments, des Reichstags von 1872—1881. Schrieb „über das Bedürfnis einer Gewerbe-Gesetzgebung in Württemberg“, Stuttgart 1846. „Über die Frage eines Deutschen Heimatrechtes“, Stuttgart 1864. Referate über verschiedene Volks- und staatswirtschaftliche Gegenstände, z. B. über Bau und Betrieb von Eisenbahnen, über die Revision der forstpolizeilichen Bestimmungen in Bezug auf Gemeinde- und Privatwaldungen, über die Erwerbung des Bürgerrechts und die Niederlassung in den Gemeinden, über ein Weideablösungsgesetz, über die württembergische Gewerbeordnung vom Jahre 1862, das Gesetz über Feldweg- und Gewand-Regulierung von 1862 ꝛc. Verstorben am 26. März 1889.

[3]) Der erste Teil desselben diente dem Zweck der Verteidigung seiner früheren Politik und setzte die deutsch-patriotische Gesinnung des Verfassers in das glänzendste Licht. Dem französischen Gesandten, der ihn am 13. Juli 1870 benachrichtigte, daß Napoleon mit dem Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern nicht zufrieden sei, sondern das bekannte Ansinnen an den König von Preußen stelle, erklärte Varnbüler sofort, das sei eine Beleidigung des Königs und Deutschlands Süddeutschlands wie Norddeutschlands, und werde den Nationalkrieg herbeiführen. Diese Antwort teilte er dem preußischen Gesandten mit, der dafür den wärmsten Dank des Grafen Bismarck überbrachte. Daß Bayern eine entschiedene Stellung einnahm, ist gleichfalls das Verdienst Varnbülers, der, als er die dortige Stimmung zweifelhaft sah, selbst nach München eilte, worauf auch dort die Sache ins rechte Geleise kam. Am meisten hat man Varnbüler verdacht, daß nach erklärtem Krieg der französische Gesandte noch geraume Zeit in Stuttgart und Kanstadt sich herumtrieb. Allein das deutsche Volk muß hierfür Varnbüler vielmehr den wärmsten Dank zollen. Es war die reine Kriegslist, daß er den Gesandten der feindlichen Macht so lange hinhielt, dadurch gewann man nicht nur Zeit zu Rüstungen, man störte auch

Digitized by Google

Eintritt in die handelspolitische Arena erfolgte mittelst eines mit seiner Chiffre v. V. gezeichneten, „Die Erneuerung der Handelsverträge" überschriebenen Artikels der „Post" vom 3. März 1877, Nr. 53. Angesichts der Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn erklärte von Varnbüler es augenblicklich als unzeitgemäß, für eine Reihe von Jahren unwiderruflich tiefeingreifende Entscheidungen auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerpolitik zu treffen. Wohl aber empfehle es sich, daß die Reichsregierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, Zeugnis zu erlangen über die zu ermittelnden Thatsachen, eine unmittelbare, genaue ins einzelne gehende Untersuchung anstellen lasse über die einzelnen Zweige des Erwerbslebens, und zwar durch sachkundige Männer, welche die Fähigkeit haben, die Wahrheit der ihnen abgelegten Zeugnisse zu prüfen. Den Antrag auf eine solche wirtschaftliche General-Enquete stellte demnächst von Varnbüler auch im Reichstag[1]). Da die Regierung aber dem Antrag sehr lau gegenüberstand, so war es für die Freihändler ein leichtes, denselben zu Fall zu bringen. Ein geschäftlicher Verkehr fand in unsrer Session zwischen Bismarck und Varnbüler[2]) noch nicht statt.

Im März 1877 fanden im Reichstag Verhandlungen statt behufs Zurücknahme einer Requisition des Kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg, welche die Inhaftierung des Dr. **Kantecki** wegen Zeugnisverweigerung zur Folge

---

den französischen Kriegsplan und verhinderte einen Angriff am Oberrhein. Das alles wußte man in Berlin und billigte es vollkommen. Aber noch mehr, Freiherr von Varnbüler hat den Anstoß zum Abschluß des Allianz- und des Zollvertrages gegeben, „welche natürlich von gewichtigstem Einflusse auf die Entschließungen des Jahres 1870 waren". Die Triumphe über Frankreich, an welchen so auch Herr von Varnbüler erheblichen Anteil hat, „bilden die anerkannten Grundlagen des mächtigen Staates in Europa, den der Deutsche mit Stolz sein Vaterland nennt". Natürlich erklärte sich Herr von Varnbüler als ein warmer Freund des Reichs. Doch kannte er seine ländlichen Wähler zu gut, um für die Einheit allzu rücksichtlos zu schwärmen. „Es liegt so wenig im Interesse des Reichs als der einzelnen Länder, daß alles über einen Kamm geschoren wird. Es soll künftig Rechtseinheit sein, aber darum dürfen nicht alte Rechtsgewohnheiten durch ein allgemeines Gesetz beiseite geschafft werden. Unsere Einrichtungen im Eherecht, bei Teilungen und Vormundschaften, bei Schuldklagen u. s. w. sind gut, und nur wenn der Beteiligte es anders haben will, dann soll ihm das Reichsgesetz dafür den Anhalt geben. Der Verkehr im Reich soll einheitlich geregelt werden, aber die eigene Post muß uns natürlich verbleiben. Das Reich muß eigene Einnahmen erhalten, aber natürlich darf die Getränkesteuer des Reichs nicht bei uns eingeführt werden." Einen Haupttrumpf spielte er schließlich aus, indem er das Unterstützungswohnsitzgesetz beklagte, das der einzelnen Gemeinde die Pflicht auferlegt, alle diejenigen, die zwei Jahre sich in derselben aufgehalten haben, zu unterstützen.

[1]) Die Rede des Freiherrn von Varnbüler über seinen Antrag, betr. die Untersuchung der Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirtschaft (Nr. 57 der Drucks. d. Reichstags), findet sich in dem Stenographischen Bericht über die 32. Sitzung des Reichstags am 28. April 1877.

[2]) Zu vergl. die Artikel desselben in der „Post": „Die letzten Wahlen und das Wahlgesetz" in der Nr. 29 vom 3. Februar 1877, und „Wehrgeld und rationelles Steuersystem" in der Nr. 35 vom 10. Februar 1877 (Gegen die Einführung einer Wehrsteuer).

Digitized by Google

hatte[1]). Bei Besprechung dieses Zwischenfalles äußerte Fürst Bismarck namhaften Abgeordneten gegenüber, der Bundesrat würde, wenn der Reichstag zu Gunsten des Dr. Kantecki dem Antrag auf Erlaß eines Notgesetzes zustimme, einem solchen Gesetzantrag niemals seine Genehmigung erteilen[2]).

Am 1. April 1877 feierte der Reichskanzler seinen 62. Geburtstag; an demselben Tage bat er den Kaiser um Entlassung von allen seinen Ämtern und Würden, da seine Kräfte der ungeheuern Last nicht mehr gewachsen seien. — Die Frage eines definitiven und vollständigen Rücktritt Bismarck's von den Geschäften hielt die öffentliche Meinung gewaltig in Spannung[3]).

Ein Mitglied der deutsch-konservativen Partei stellte über die Beweggründe des Reichskanzlers zu seinem Rücktrittsgesuche folgende Betrachtungen an[4]):

„Zu den vielen tendenziösen Erfindungen, welche durch das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck hervorgerufen worden sind, gehört auch die Behauptung, Fürst Bismarck ginge, weil er der konservativen Reaktion weichen müsse. Was zunächst den Begriff einer konservativen Reaktion betrifft, so mag die liberale Phantasie sich darunter alles Mögliche und Unmögliche vorstellen, thatsächlich besteht sie darin, daß durch die letzten Reichstagswahlen eine „Verschiebung" des Schwerpunktes mehr nach rechts stattgefunden hat in der Weise, daß, während in der letzten Session die Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei über die absolute Majorität verfügten, diese Majorität jetzt durch die nationalliberale und die beiden konservativen Fraktionen hergestellt wird. Daß hierin eine Stärkung der konservativen Partei liegt, ist allerdings klar; daß aber durch diese Stärkung die Stellung des Reichskanzlers erschwert worden sei, scheint uns denn doch in den Bereich der bewußten oder unbewußten Täuschung zu gehören. Wir wollen die Gründe, die den Reichskanzler zu seinem Rücktritt bewogen haben sollen, der Reihe nach durchgehen und zeigen, daß die konservative Reaktion oder, um es konkret auszudrücken, die Stärkung der deutsch-konservativen Partei damit nicht

---

[1]) Der Redakteur des „Kuryer Poznański", Dr. Kantecki, befand sich seit dem 27. November 1876 in Haft beim Königlichen Kreisgerichte zu Posen; die Inhaftierung erfolgte und dauerte fort, weil Dr. Kantecki infolge einer Requisition des Kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg, zur zeugeneidlichen Vernehmung darüber aufgefordert, von welcher Person ihm die Mitteilung über den Inhalt der vom Oberpostdirektor zu Bromberg in Nr. 213 des „Kuryer Poznański" vom 19. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen Sr. Eminenz des Kardinal Erzbischofs Grafen Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen sei, zwar bezeugt und beschworen hatte, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen sei, sonst aber sich geweigert hatte, die betreffende Person zu bezeichnen. Infolgedessen interpellierte eine große Anzahl Abgeordneter den Reichskanzler, an ihn die Frage stellend: 1. Ist der vorliegende Fall zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers gelangt? 2. Ist der Herr Reichskanzler geneigt, geeignete Maßnahmen zu Gunsten des inhaftirten Dr. Kantecki zu treffen?

[2]) Die Frage wurde gegenstandslos durch die später erfolgte Entlassung des Dr. Kantecki aus der Haft.

[3]) Zu vergl. den Artikel „Der Rücktritt des Reichskanzlers" in den „Grenzboten", 36. Jahrg. 1877, II. Quartal S. 112.

[4]) Vergl. hierüber auch Hans Blum „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 250.

Digitized by Google

das mindeste zu thun hat. Zunächst trat in die Öffentlichkeit die Affaire Stosch [1]). Ob und inwieweit dieselbe Einfluß gehabt hat auf den Entschluß des Reichskanzlers, wissen wir nicht und sind auch nicht in der Lage, uns Gewißheit darüber zu verschaffen; aber so viel wissen wir, daß der Chef der Admiralität, dessen militärischen Fähigkeiten wir die höchste Anerkennung nicht versagen, in politischer Beziehung nicht konservativ, sondern im Gegenteil ziemlich prononziert liberal ist. Sodann kommt die Affaire Berlin-Leipzig [2]). Daß deren Ausgang den Reichskanzler verstimmt hat, glauben wir als sicher annehmen zu dürfen, weniger der Sache wegen, als wegen der Motive und der begleitenden Umstände. Wenn es sich im Laufe der Zeit herausstellt, daß der zwischen der Reichshauptstadt und Leipzig hergestellte Dualismus zu Unzuträglichkeiten oder gar zu Gefahren führt, so kann nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren das oberste Gericht von Leipzig nach Berlin übergeführt werden. An und für sich ist die Sache nicht so schlimm. Zwei Punkte aber scheinen es gewesen zu sein, die den Fürsten Bismarck unangenehm berührt haben. Zunächst hat es sich gezeigt, daß die Reichsverfassung thatsächlich eine Majorisierung der preußischen Interessen zuläßt nach formalem Recht, aber gegen die realen Verhältnisse. Dieser Umstand muß notwendig eine Reaktion im unitarischen Sinne hervorrufen. Dadurch wird von neuem an der Verfassung selbst gerüttelt werden, und gerade das ist dem Reichskanzler unlieb, denn er will eine naturgemäße organische Entwickelung auf Grund des Bestehenden und fürchtet das Experimentieren reichsfreundlicher Heißsporne. Sodann wird sich der Reichskanzler sagen, daß der Ausgang wahrscheinlich ein andrer gewesen wäre, wenn er selbst beizeiten sich ins Mittel gelegt hätte. Gerade die Überzeugung aber, daß die Sachen nur dann gehen, wenn er selbst sie betreibt, daß diejenigen, auf deren Unterstützung er glaubt rechnen zu können, nur handeln, wenn sie von ihm geschoben werden, mag ihn mutlos gemacht haben. Mit alledem hat aber die konservative Partei nichts zu thun gehabt. Herr von Kleist-Retzow hat mit Wärme für Berlin gesprochen. Es haben im Reichstage drei Fraktionen für den preußischen Vorschlag gestimmt, keine geschlossen, aber den größten Prozentsatz im Verhältnis zu ihrer Stärke an Stimmen für Berlin hatte die deutsch-konservative Fraktion. Ferner spricht man von den Intriguen in Hofkreisen [3]), die dem Fürsten Bismarck das Leben sauer gemacht haben sollen. Wir wissen nicht, was daran wahres ist; aber so viel wissen wir, daß weder von den Leitern der deutsch-konservativen Bewegung, noch von den Mitgliedern der gleichnamigen Reichstagsfraktion auch nur ein einziger mit derartigen Intriguen das geringste zu thun hat. Der wahre, eigentliche Grund des Demissionsgesuches scheint uns darin zu liegen, daß in den volkswirtschaftlichen Fragen der Reichskanzler sich außer stande

---

[1]) Am 25. März 1877 lehnte der Kaiser das Entlassungsgesuch des Herrn von Stosch ab; Bismarck konnte nach der ganzen Haltung dieses Ministers nur wünschen, daß derselbe sein Portefeuille niederlege.

[2]) Scil. die Frage über den Sitz des obersten Gerichtshofes in der einen oder andern Stadt.

[3]) Vergl. über die angebliche katholische Agitation gegen Bismarck beim Kaiser den Brief aus Berlin, d. d. 4. April 1877, bei Hansen „Les coulisses de la diplomatie," S. 325 ff.

Digitized by Google

sieht, das durchzuführen, was er als notwendig erkannt hat. Fürst Bismarck hat sein Programm in der Steuer- und Zollfrage offen ausgesprochen[1]); er erstrebt die Beseitigung der Matrikular-Umlagen durch allgemeine Finanzzölle. Ferner hält er eine Reform des Eisenbahnwesens für notwendig. Diese beiden großen Reformen kann er aber nur durchführen, wenn er unterstützt wird von dem preußischen Ministerium und von der Majorität des Reichstags. Statt diese Unterstützung zu finden, ist er auf Indifferentismus und passiven Widerstand gestoßen. Nicht das Gespenst einer konservativen Reaktion vertreibt den Reichskanzler, sondern der Mangel an Unterstützung seitens der herrschenden Partei."

Die Kanzlerkrisis endigte erfreulicherweise mit der Bewilligung eines unbeschränkten Urlaubs, der sich als nichts Anderes herausstellte, als ein „Dienst im Schlafrocke".

Am 11. April 1877 teilte der Kanzler dem Reichstag die Kaiserliche Entschließung, betr. seine Beurlaubung und Stellvertretung, mit. An demselben Tage hatte derselbe eine Unterredung mit dem Präsidenten des Reichstags von Forckenbeck[2]). Einige Tage später äußerte Bismarck einigen Reichstagsabgeordneten gegenüber sein Befremden, sein Schreiben vom 11. April einer Besprechung im Reichstag zu unterziehen[3]). —

Bereits oben haben wir das erfreuliche Resultat gemeldet, das die zweiten elsaß-lothringischen Wahlen gebracht hatten.

Die fünf reichstreuen Abgeordneten Schneegans, Bergmann, North[4]), Ressel und Dr. Rack[5]) wandten sich sofort nach ihrer Ankunft in Berlin am 23. Februar 1877 mit der Bitte um Bewilligung einer Audienz an den Fürsten Bismarck, welche am 24. Februar, 3 Uhr nachmittags, im alten Reichskanzlerpalais, jetzigen Auswärtigen Amte, im großen Empfangssalon stattfand.

Der Fürst, der im Nebenzimmer arbeitete, ließ die Deputation nur kurze Zeit warten. Er hieß die Herren willkommen, indem er bemerkte, es sei das erste Mal, daß elsaß-lothringische Reichstagsabgeordnete sich an ihn wendeten,

---

[1]) Vergl. die Reichstagsrede Bismarck's am 10. März 1877 in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 119 f.

[2]) Vergl. die „Post" Nr. 86 vom 12. April 1877. Wahlrede Forckenbeck's in Breslau vom 5. Juli 1877: „Zurück auf die Schanzen", s. Schultheß Geschichtskalender S. 125.

[3]) Die Besprechung von Bismarck's Entlassungsgesuch fand gleichwohl am 13. April 1877 statt. Bennigsen pries mit begeisterten Worten die Verdienste des Kanzlers. Diskussion der nationalliberalen Fraktion über die aus Anlaß der Kanzlerkrisis aufgeworfene konstitutionelle Frage, s. die „Post" Nr. 86 vom 12. April 1877. Gneist warnte vor einer Änderung der Reichsverfassung nach der Seite der Stellvertretung. Streit über die Opportunität eines Vertrauens-Votums innerhalb der Fraktion.

[4]) North, Jean, früher Direktor der Aktiengesellschaft für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, in Straßburg. Geb. 8. März 1828 zu Härtigheim, Landkreis Straßburg, (prot.). Doctor juris (Fakultäten Straßburg und Paris besucht). Advokat am kaiserl. Appell.-Gerichtshof von Paris und am Landgericht zu Straßburg während 5 Jahren. 10 Jahre Notar zu Brumath.

[5]) Rack, Achille, Dr. med., Bürgermeister von Benfeld, Ritter der Ehrenlegion. Geb. 19. Juni 1815 (kath.), prakt. Arzt, früher conseil général; Bürgermeister seit 1852.

Digitized by Google

und er begrüße diesen Schritt als eine günstige Vorbedeutung für die Entwickelung der reichsländischen Dinge im Sinne des Anschlusses an Deutschland. Der Abgeordnete für Straßburg, Bergmann[1]), stellte dann seine Kollegen einzeln vor; zu dem Abgeordneten für Hagenau, Bürgermeister Nessel[2]), sagte der Fürst lächelnd: „Wir kennen uns schon von früheren Zeiten". Zu Schneegans sagte der Fürst, indem er ihm die Hand drückte: „Ich habe schon von Ihnen gehört und freue mich, Sie bei mir zu sehen".

Es war das erste Mal, daß Schneegans den Fürsten von Person zu Person sah. Bei der Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale sowie im Reichstage selbst verschwand der Eindruck, den der Mensch auf den Menschen macht; hier kam er zur Geltung. „Es war — wie Schneegans selbst schildert — der Eindruck des Gewaltigen, die hohe, mächtige Gestalt, der feste Schritt, der starke, nicht aber hart umspannende Druck der Hand, die sichere, willenskräftige Ruhe des Blickes, alles gab der Erscheinung den Ausdruck der Kraft — und Machtfülle. Nichts Gesuchtes, nichts Suchendes lag in dem ernsten Auge, in welchem ich weniger das oft betonte Fascinierende, als ein selbstsicheres Wohlwollen beobachtete, dem aber, wenn im Laufe der Unterhaltung die Rede des einen oder des andern von der in Erörterung stehenden Frage abzuschweifen drohte, unter der rasch sich zusammenziehenden Stirnfalte wie ein Funkeln von raschem und gebieterischem Mahnen zur Rückkehr zur Sache entflog." Der Abgeordnete Schneegans gewann aus dieser seiner ersten Unterhaltung mit dem Fürsten die Überzeugung, daß, falls er in die Lage kommen sollte, in nähere Beziehung zu ihm zu treten, nur in der vollsten Offenheit nach jeder Richtung hin und nicht im Diplomatisieren der Weg zu finden wäre, um Verhandlungen mit ihm anzuknüpfen.

Die fünf unterelsässischen Abgeordneten besprachen mit dem Fürsten zunächst die sogenannte „Optantenfrage", die damals Elsaß-Lothringen in Aufregung versetzte, indem der Rückkehr derjenigen, die für Frankreich optiert hatten, verschiedentliche Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die den Elsaß-Lothringern als nicht sachgemäß erschienen und in den von diesen Maßregeln betroffenen Familien Erbitterung erzeugten. Der Fürst besprach die Frage eingehend und äußerte sich dahin, daß er sich wundere, daß demjenigen, welcher ins Land zurückkehren und sich naturalisieren lassen wolle, die Sache so schwer gemacht würde; dagegen müsse die deutsche Regierung denjenigen gegenüber, welche noch

---

[1]) **Bergmann**, Gustav Adolf. Geb. im Mai 1816 in Straßburg. Einer der Gründer und Vorstand des Aufsichtsrats der größten Bank-Kommanditgesellschaft seit 1849 und 1863. Seit 1848 Mitglied der Handelskammer, mehrmals delegiert nach Paris in Eisenbahnfragen, Mitglied des letzten Municipalrates. 1871—1873 Präsident des Ehrensyndicats für das Nieder-Elsaß. 1874 Vertreter für Elsaß-Lothringen in der Eisenbahntarifreform-Enquete. Verfasser zahlreicher volkswirtschaftlicher Schriften.

[2]) **Nessel**, Xaver Joseph, Eigentümer in Hagenau. Geb. 20. Februar 1834. Beschäftigte sich mit besonderer Vorliebe mit elsässischer Geschichte und Archäologie. Mitglied des Gemeinderates in Hagenau seit 1860; Bürgermeister daselbst seit 1870. Nessel hatte kurz nach dem Kriege gegen Frankreich dem Fürsten Bismarck dadurch Dienste geleistet, daß er denselben über gewisse elsaß-lothringische Verhältnisse orientierte.

Digitized by Google

in einem militärischen Verhältnis zu Frankreich ständen, zurückhaltender und vorsichtiger sein; er wisse, daß die Zahl der letzteren eine sehr große sei, daß in Elsaß-Lothringen eine volle Division militärpflichtiger Franzosen sich befände und daß, im Falle eines Krieges, dadurch dem Reiche eine Gefahr entstehen würde, welcher vorzubeugen die Regierung die Pflicht habe. Frankreich gegenüber müsse Deutschland auf seiner Hut sein, nachdem es im Jahre 1870 mit einer vom Zaun gebrochenen Kriegserklärung überfallen worden sei; Frankreich konzentriere seit einiger Zeit seine Kavallerie an der Ostgrenze und könne Metz investieren. Die Regierung scheine zwar friedlich gesinnt, aber man könne niemals sicher sein, da diese Friedfertigkeit jedwedem Zufalle ausgesetzt sei. Er ersuchte schließlich die Abgeordneten, dem Unterstaatssekretär Herzog eine schriftliche Eingabe einzureichen, die er zu prüfen sich vorbehielt.

Der Abgeordnete Schneegans nahm sodann im Auftrage seiner Kollegen das Wort, um die Verfassungsfrage anzuregen, und entwickelte vor dem Fürsten das Programm seiner Partei, dahin gehend, daß das Reichsland zu einer festen Gestaltung wie die andern Bundesstaaten kommen möge, daß zunächst die Verwaltung nach Straßburg verlegt werde, der Landesausschuß erweiterte Befugnisse erhalte, und daß allmählich Elsaß-Lothringen mit den andern deutschen Staaten immer mehr gleichgestellt werde.

Der Fürst hörte der ziemlich langen Auseinandersetzung aufmerksam zu, ohne den Redner zu unterbrechen, und bemerkte alsdann folgendes: Die Bestrebungen der autonomistischen Partei seien ihm bekannt und auch sympathisch; auch in der Regierung bestehe der Wunsch, die elsaß-lothringischen Verhältnisse in der besagten Richtung hin, wenn auch vielleicht noch nicht in dem von den Abgeordneten gehofften Umfang zu entwickeln. Vieles hänge von der Haltung der Bevölkerung selber ab; wenn diese sich ohne Hintergedanken auf den Boden des Friedensvertrags stelle, so stehe der Verwirklichung der zur Sprache gebrachten Hoffnungen im wesentlichen nichts entgegen; die unterelsässischen Abgeordneten hätten den richtigen Weg zur Begleichung der Hindernisse gewählt, indem sie sich in direkte Beziehungen zum Reichskanzler gesetzt hätten, und es sei zu hoffen, daß sie nicht vereinzelt blieben und den Rest der Bevölkerung nach sich ziehen würden. Übrigens, so schloß der Fürst, würde sich die Gelegenheit bieten, diese Sache im Reichstag näher zu erörtern, da die Regierung eine Vorlage eingebracht habe, welche dem Landesausschuß erweiterte Befugnisse gewähren würde. Er stellte anheim, diese Gelegenheit zu benützen und eine Debatte vor dem Reichstag herbeizuführen.

Bevor er die Herren nach dreiviertelstündiger Audienz entließ, ließ der Fürst an dieselben mündlich die Einladung zu den parlamentarischen Sonnabend-Soireen ergehen, indem er beifügte, er würde dort Gelegenheit finden, die schwebenden Fragen, besonders die Optantenfrage weiter zu besprechen.

Die Herren verfehlten natürlich nicht, dieser Aufforderung Folge zu leisten, und sie gewannen dabei den Eindruck, daß der Besuch dieser parlamentarischen Abende beim Reichskanzler als ein integrierender Teil der Abgeordnetenpflichten

Digitized by Google

anzusehen sei. „Ich bin heute noch der Ansicht — bemerkte Generalkonsul Schneegans — daß in diesen vertraulichen Zusammenkünften der Vertreter aller Parteien und aller Richtungen mehr zur gegenseitigen Verständigung erreicht wird als in endlosen öffentlichen Sitzungen des Reichstags; hier wird vorbereitet, was dort beschlossen wird; hier reift, was dort zur Entfaltung kommt. Da die Sitte und nicht ein steifes Reglement auf diesem Boden den Umgang mit anders Gesinnten beherrscht und demselben die in der Gesellschaft üblichen feineren Formen aufdrückt, so scheiden von selber alle gröberen oder nicht salonfähigen Diskussionsformen aus, welche in den Reichstagssitzungen die Debatten beschweren, den Verhandlungen einen unnötig gehässigen oder auch nur leidenschaftlichen Charakter anheften und statt die verschiedenen Meinungen einander näher zu führen, dieselben zu immer schrofferem Gegensatz zu einander bringen. Wenn ich in der Lage war, während meiner parlamentarischen Thätigkeit meinem engeren Lande Elsaß-Lothringen einige Dienste zu erweisen, manches auszugleichen, manches vorzubereiten, so muß ich dies darauf zurückführen, daß mir unter anderm diese Gesellschaftsabende beim Fürsten die Gelegenheit boten, mit den höchsten Vertretern der Regierung, mit den Mitgliedern des Bundesrats, mit den Abgeordneten aller Parteien in vertraulicher Weise und in der besonderen, für jeden sich anpassenden Form unsre Lage zu besprechen, unsre Wünsche zu formulieren und die Pforten zu finden und zu öffnen, welche uns den Durchgang zu der von uns erhofften Verfassung und Neugestaltung erlauben würden."

Als der Abgeordnete Schneegans mit seinen unterelsässischen Kollegen in der ersten parlamentarischen Abendgesellschaft des Reichskanzlers, am 1. März 1877, erschien [1]), trat der Fürst auf ihn zu, um demselben mitzuteilen, er habe sich von dem Unterstaatssekretär Herzog über die Optantenfrage, infolge der von demselben eingehändigten Eingabe, mehrmals Vortrag halten lassen; die Sache sei im Gange; der Kriegsminister allein mache noch einige Schwierigkeiten, die aber gehoben werden dürften. Der Fürst fügte dann noch hinzu (es klang dabei wie ein Befremden durch des Fürsten Stimme), der oberelsässische Protestabgeordnete Grad [2]) habe bei ihm eine Audienz in dieser Sache nachgesucht, er habe ihm antworten lassen, er (der Fürst) würde an diesem Tage im Reichstage zu sprechen sein, und als Herr Grad ihm dort die Optantenangelegenheit auseinandersetzte, habe er ihm geantwortet: „Sie kommen post festum, ich habe die Sache schon mit ihren unterelsässischen Kollegen erledigt." Der diesen Worten zu Grunde liegende Sinn kam deutlich durch den Stimmfall und durch die die Worte be-

---

[1]) Die obigen Ausführungen bilden eine schätzenswerte Ergänzung dessen, was über diese parlamentarische Soiree in meinem Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Band I, 2. Auflage, S. 161 ff gesagt ist.

[2]) Grad, Charles, Mitglied der Société industrielle in Mülhausen, seit 1876 Sekretär des Bezirksrats der oberelsässischen Baumwolle-Fabriken von Anton Herzog & Cie. in Logelbach. Geb. 8. Dezember 1842 in Türckheim, Elsaß (kath). Verfasser zahlreicher naturhistorischer, volkswirtschaftlicher und kulturhistorischer Schriften.

Digitized by Google

gleitende Geberde zum Ausdruck; der Fürst wunderte sich augenscheinlich darüber daß ein Abgeordneter, der sich nicht zu denjenigen bekannte, die die Annahme der gegebenen Thatsachen zur Richtschnur ihrer politischen Thätigkeit genommen hatten, dennoch mit einer Bitte vor die Regierung, deren Existenzberechtigung er doch nicht anerkannte, treten konnte. Das Befremden des Fürsten betraf übrigens nicht den Abgeordneten Grad allein, da, wie nachher bekannt wurde, ein andrer Protestabgeordneter (Jaunez) eine Audienz bei dem Kronprinzen, und die Herren Dollfus, Besanzon, Abel, Germain und Jaunez am 4. März eine Audienz bei dem Kaiser nachgesucht hatten. Letzteres Gesuch wurde am 8. März durch den Reichskanzler dahin beantwortet, daß die Audienz nicht bewilligt worden sei, daß den Herren anheimgestellt werde, ihre Klagen schriftlich dem Reichskanzler einzureichen.

Ich lasse hier die betreffende Korrespondenz folgen:

a) Immediateingabe der Reichstagsabgeordneten Dollfus, Besanzon, Abel, Jaunez und Germain d. d. 4. März 1877:

Sire, Les députés soussignés d'Alsace-Lorraine ont l'honneur de solliciter de votre haute et paternelle bienveillance quelques instants d'audience pour vendredi ou samedi prochain.

Ils seraient heureux de voir leur demande accueillie pour pouvoir entretenir S. M. des conséquences des expulsions qui viennent d'être récemment ordonnées dans leurs deux provinces.

Les soussignés ont l'honneur de prier Sa Majesté de leur permettre de lui offrir l'hommage de leur profond respect.

b) Schreiben an den Reichstagsabgeordneten Dollfus:

Berlin, den 8. März 1877.

Auf die Vorstellung, welche Ew. Hochwohlgeboren gemeinschaftlich unterm 4. d. M. an des Kaisers Majestät gerichtet haben, beehre ich mich, Sie im Allerhöchsten Auftrage zu benachrichtigen, daß Seine Majestät Allerhöchst Sich nicht veranlaßt sehen, Ihnen die nachgesuchte Audienz zu ertheilen.

Falls Sie Beschwerden über Maßregeln der Regierung in Elsaß-Lothringen zu führen haben, so stelle ich anheim, dieselben in schriftlicher Form anzubringen.

Der Reichskanzler.
Fürst von Bismarck.

Die Bestrebungen der unterelsässischen Abgeordneten in betreff der Optantenfrage wurden insofern von Erfolg gekrönt, als der Unterstaatssekretär Herzog am 5. März dem Abgeordneten für Straßburg-Stadt, Bergmann, mitteilte, daß der Reichskanzler neue Instruktionen an das Oberpräsidium habe abgehen lassen, welche die Bevölkerung befriedigen würden. In einem an die unterelsässischen Abgeordneten, zu Händen des Abgeordneten Bergmann, gerichteten Schreiben vom 11. März 1877 sprach sich der Reichskanzler in demselben Sinne aus. Dasselbe lautet:

Digitized by Google

Ich habe die Anträge, welche Ew. Hochwohlgeboren in der gemeinschaftlichen Vorstellung vom 26. v. M. gestellt haben, um die Naturalisation solcher Optanten, welche der französischen Armee angehören, zu erleichtern, in Erwägung gezogen und in Berücksichtigung der von Ihnen geltend gemachten Gründe bezüglich der Gewährung der Naturalisation den Herrn Oberpräsidenten unterm 5. d. M. mit Instruktion versehen. Danach sollen Anträge auf Naturalisation nicht lediglich aus dem Grunde zurückgewiesen werden, weil der Gesuchsteller die völlige Lösung eines auswärtigen Militärverhältnisses nachzuweisen nicht vermag, mit der Maßgabe, daß den nach dem 1. Januar 1851 geborenen Optanten die Naturalisation nur gewährt wird, wenn seit der Option in ihren persönlichen und Familienverhältnissen Änderungen eingetreten sind, welche ihre Befreiung von der Verpflichtung, im deutschen Heere zu dienen, begründen würden, oder ihren Entschluß zur Niederlassung im Reichslande aus Familienrücksichten erklären. Die Umstände, welche eine solche Annahme zulassen, sind den zuständigen Behörden des Näheren schon früher bekannt gegeben. Die unter dieser Voraussetzung naturalisirten Optanten werden nur nach Maßgabe ihres Lebensalters wehrpflichtig, also zur Ableistung des activen Militärdienstes im Frieden nicht mehr einberufen, wenn sie das dritte Konkurrenzjahr überschritten haben. Darüber, ob Optanten, welchen die oben erwähnten Ausnahmegründe nicht zur Seite stehen, die Naturalisation unter der Bedingung gewährt werden soll, daß sie nachträglich der activen Dienstpflicht genügen, sind Verhandlungen eingeleitet, von deren Ausgang die Entschließung abhängt. Es ist angeordnet, daß die Ausführung von Ausweisungsbefehlen gegen Optanten der letzterwähnten Art, welche bei dem Antrage auf Naturalisation sich zur Ableistung der activen Dienstpflicht verpflichtet haben, vorläufig sistirt werden.

von **Bismarck**.

Obwohl diese Instruktionen eine Besserung in der Lage der Optanten herbeiführten, so wurde die Frage in der Folge doch noch einmal aufgeworfen, da, wie es den Anschein hatte, die Instruktionen in ihrer Ausführung sich nicht mit den von ihnen gehegten Erwartungen deckten.

Die Verfassungsvorlage (Gesetzentwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, Reichstagsdrucksache Nr. 5), von welcher der Reichskanzler mit den unterelsässischen Abgeordneten gesprochen hatte, sollte am 17. März im Reichstag zur Beratung kommen. Diese Vorlage, welcher der Landesausschuß schon begutachtend beigestimmt hatte, ging im wesentlichen dahin, daß „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, inklusive des Landeshaushaltsetats mit Zustimmung des Bundesrats und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der Landesausschuß denselben zugestimmt hat".

Bevor die Debatte darüber im Plenum des Reichstags eröffnet wurde, hielten es die unterelsässischen Abgeordneten für angemessen, ihre Stellungnahme vor den in Frage kommenden Fraktionen (den Nationalliberalen, der Reichspartei, den Konservativen, der Fortschrittspartei und der damals noch bestehenden, an die Rechte derselben sich anlehnende „Gruppe Löwe") des näheren auszuführen.

Digitized by Google

Am 10. März 1877 wohnten die Abgeordneten Bergmann, Nessel und Schneegans einer Fraktionssitzung der Nationalliberalen bei. Zuerst ergriff der letztere das Wort, welcher der Klarlegung seines Standpunktes die bündige Erklärung vorausschickte: „Wir treten vor Sie, als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes." Sowohl bei der nationalliberalen als auch bei den andern beteiligten Fraktionen wurde der Schritt der drei autonomistischen Abgeordneten günstig aufgenommen.

Die elsaß-lothringische Gesetzesvorlage gelangte am 17. März im Reichstag zur ersten Beratung. Der Reichskanzler beteiligte sich an derselben nicht. Die Regierung war durch den Unterstaatssekretär Herzog vertreten. Die elsaß-lothringischen Verhältnisse wurden von allen Seiten einer weitgehenden Besprechung unterzogen, wobei die autonomistischen Redner Bergmann, Nessel und Schneegans erklärten, sie würden die Vorlage als „Abschlagszahlung" annehmen, obgleich ihre Wünsche viel weiter gingen, da sie eine Abänderung der Verfassung, durch welche Elsaß-Lothringen den andern deutschen Staaten gleichgestellt und zunächst die Regierung in das Land selber verlegt würde, anstrebten. Die Beratung endete mit der Annahme des Regierungsentwurfs.

An die Einbringung einer weitergehenden Vorlage war in dieser Session selbstverständlich nicht zu denken. Die autonomistischen Abgeordneten beschränkten sich darauf, die Frage, so oft dazu die Gelegenheit geboten wurde, in den parlamentarischen Soireen des Reichskanzlers sowohl mit dem Fürsten selbst als mit den Abgeordneten zur Sprache zu bringen und für eine künftige Reichstagssession in dieser Weise vorzubereiten.

Schneegans verließ Berlin anfangs Mai 1877 mit dem Eindruck, daß er und seine Gesinnungsgenossen den richtigen Weg gewählt hatten, indem sie versuchten, mit dem Reichskanzler selber Verhandlungen anzuknüpfen; in Berlin, im Reichskanzlerpalais und am Hofe allein lag die Entscheidung, und dort mußte der Hebel angesetzt werden, ohne das Dazwischentreten der Straßburger Instanzen anzurufen. Die Herren hatten das Gefühl, daß das bekannte französische Sprichwort auf ihre Lage passe: „Il vaut mieux s'adresser à Dieu qu'à ses saints."

Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage war durch die Reichstagsdebatte in Fluß geraten. Sie blieb nun sowohl in Elsaß-Lothringen selbst als auch in der überrheinischen Presse auf der Tagesordnung. In den Zeitungen wurde sie nach allen Richtungen und bis in die Modalitäten ihrer eventuellen Ausführung erörtert; man sprach von Einsetzung einer Statthalterschaft, von Personalunion mit dem deutschen Kaiser, wie Luxemburg dem holländischen Königshause gegenüber, von Anschluß an das Großherzogtum Baden, ebenfalls in Form einer Personalunion, ja selbst von der Errichtung eines süddeutschen Königreichs. Es wurde behauptet, der Kaiser habe sich während seines Aufenthalts in Straßburg eingehend mit der Frage beschäftigt; auch wurde die Reise des Unterstaatssekretärs Herzog nach den Reichslanden im Herbst dieses Jahres mit derselben in Verbindung gebracht. Von süddeutschen Blättern wurden sogar schon Personalfragen dabei berührt und unter andern der Reichstagsabgeordnete Freiherr von

Digitized by Google

Stauffenberg, welcher von jeher und mit Sachkenntnis und besonderem Wohlwollen für die elsaß-lothringischen Angelegenheiten in die Debatten eingegriffen hatte, als der künftige „Minister" des auf neuer Basis konstituierten Reichs- oder Kaiserlandes genannt.

In der Eröffnungssitzung des Landesausschusses am 10. Dezember 1877 besprach der Alterspräsident Flurer das Gesetz vom 2. Mai 1877, „das für unser Land von größtem Werte ist," indem er hinzufügte, „man verdankte es der Haltung unsrer elsässischen Abgeordneten im Reichstag und den zahlreichen Sympathien, welche unsre Sache in dieser Versammlung gefunden hat." In der Schlußsitzung vom 23. Dezember faßte diese Versammlung den Beschluß, den Wunsch auszusprechen, „daß dem Lande eine eigene Verfassung als Bundesstaat gewährt werde mit dem Sitze der Regierung in Straßburg und Vertretung im Bundesrate."

In der Auseinandersetzung, welche sich an diesen Beschluß anknüpfte, wurde von dem Antragsteller, Rechtsanwalt Ferdinand Schneegans (Vetter des Reichstagsabgeordneten Schneegans) [1]) sowie von dem Abgeordneten Baron Zorn von Bulach die Errichtung eines „Kaiserlandes" mit Personalunion, nach Luxemburger Muster, erwähnt und darauf hingewiesen, daß nach dieser Richtung hin die Wünsche der elsaß-lothringischen Bevölkerung Befriedigung finden dürften.

In seiner prinzipiellen, allgemeinen Fassung war dieser Beschluß des Landesausschusses von großem Werte für die autonomistischen Bestrebungen im Reichstag und in den höheren Regierungs- und Gesellschaftskreisen in Berlin.

Im Jahre 1877 hatte der Abgeordnete Karl Braun eine zweite Unterredung [2]) mit dem Fürsten Bismarck über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich. Braun hatte sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie, die er bis in die äußersten Winkel bereist hatte, nach Kräften informiert über die Stimmungen gegenüber Deutschland. Was ihn beunruhigte, waren die schutzzöllnerischen Bestrebungen der österreichischen Industriellen, welche Deutschland in die nämliche Richtung zu drängen suchten.

Dem Freihändler Karl Braun graute vor solchen Plänen. Zwar fürchtete er nicht, daß die Deutschen wieder Österreicher niederer Ordnung werden würden, wie sie es unter Metternich waren, aber er fürchtete einen Pakt andrer Art. Einen Pakt Do ut des, facio ut facias. Sein Trost waren die Ungarn, die einer neuen mitteleuropäischen Kontinentalsperre widerstrebten und keine Lust hatten, sich von den österreichischen Schutzzöllen ausbeuten zu lassen. Die dortigen Freihändler befürchteten von den Schutzzöllen Erschwerung ihres Vieh- und Getreide-Exportes und wollten lieber gar keine Zölle. Die ungarischen Schutzzollinteressenten wollten zwar eine chinesische Mauer, aber sie wollten solche an der Leitha, d. i. gegen Österreich.

---

[1]) Über eine Wahlrede des Abgeordneten Schneegans in Buschweiler am 7. Juni 1877 vergl. Schultheß, Geschichtskalender S. 117.

[2]) Vergl. oben S. 200 u. zum Folgenden die „Deutsche Revue" Jahrg. X. Bd. I.

Digitized by Google

Fürst Bismarck hörte Braun's Ausführungen mit Interesse an und versicherte demselben, daß er Österreich liebe, daß das Gewitter von 1866 notwendig gewesen sei, um die Luft zu reinigen, daß er aber auch damals sich der Annexion von Böhmen und Mähren widersetzt und Österreich nichts Unwürdiges zugemutet habe.

„Österreich — so sagte er weiter — konnte den Verlust seiner italienischen Stellung, welche ihm keine Anlehnung gewährte, ohne großen Schmerz schon verwinden. Etwas Andres ist es mit Deutschland. Österreich-Ungarn ist ein eigentümliches Mosaik verschiedener Rassen, Religionen und Völker; deutsche, magyarische, slavische und romanische Stämme wimmeln dort bunt durcheinander. Ist dieses Mosaikbild ganz allein sich selbst überlassen und beginnen dessen einzelne Stifte einander zu stoßen oder zu schieben, so befindet es sich in Gefahr, auseinander zu fallen. Ist es aber an einer dauerhaften Wand angebracht oder auf einem unverrückbaren Boden befestigt, so kann selbst eine Veränderung der musivischen Zusammenstellung ohne Gefahr sich vollziehen. In dem ersteren Falle führt jede Differenz im Innern auch zu einer Krisis nach außen. Im letzteren dagegen mögen die inneren Fragen in Ruhe und Frieden ihre Verständigung suchen, ohne nach außen zu explodieren. Man denke, was ersteren Fall anlangt an die gegenwärtige Koinzidenz der Ausgleichskrisis und der türkischen Wirren.

Um in solchen schwierigen Fragen nicht mißverstanden zu werden, muß man vor allem sagen, was man nicht will. Wir wollen nicht die Wiederherstellung des deutschen Bundestages. Denn er war nur der organisierte Krieg zwischen Österreich und Preußen. Er verleitete Deutschland, sich in die inneren Angelegenheiten des Donau-Reiches einzumischen, und Österreich, sich für jede jämmerliche Kabinettsintrigue im deutschen Bundestags-Wirrwarr zu engagieren. Wir schickten unsern sächsischen Beust und unsern württembergischen Rechberg nach Österreich, und Österreich seinerseits schickte wieder seine Grafen Leiningen und Prinzen Solms nach den „Mittelreichen“ von Deutschland. Wir haben beiderseits dabei zu viel Schmerzens- und Lehrgeld bezahlt, um nicht zu sagen: Laß', Vater, genug sein des grausamen Spiels. Es mochte für die Beuste und Rechberge, für die Leiningen und Solmse recht schön sein, aber wir andern, wir „Achivi“, sowohl an der Donau und der Theiß, als an dem Rhein, der Isar und der Spree, haben darunter gelitten. Wir wollen ferner auch nicht wieder, wie zur Zeit des seligen Herrn von Bruck, dem Phantom der Zolleinigung nachjagen. Wir haben bei der Münzkonvention schlechte Erfahrungen gemacht, wir haben infolge derselben jetzt die österreichischen Silberthaler auf dem Halse; ihre Einlösung, die im Interesse unsrer Münzreform notwendig ist, wird uns nicht erspart bleiben und eine stattliche Summe Geld kosten. Auch eine Zolleinigung ist unmöglich zwischen zwei Staaten, in welchen Geldumlaufs-, Produktions- und Konsumtions-Verhältnisse so verschieden sind, wie zwischen dem Deutschen Reich und der österreichisch-ungarischen Monarchie. Etwas Andres ist es dagegen mit Erleichterungen des Grenzverkehrs, welche für beide Teile ebenso erwünscht als praktikabel sind. Wir wollen endlich nicht eine nur vorübergehende Vereinigung ad hoc, etwa zum

Digitized by Google

Zwecke einer Eroberung, wie zur Zeit der schleswig-holsteinischen Krisis. Ein solche Vereinigung ist ohne bleibendes Interesse und kann, wie wir gesehen haben, jeden Tag in ihr Gegenteil umschlagen.

Was beiden Teilen nützlich sein würde, das wäre eine dauernde organische Verbindung, welche weder eine Injektion noch eine Kommixtion, weder eine Fusion noch eine Konfusion, weder eine wirtschaftliche und finanzielle Gemeinschaft noch eine wechselseitige Einmischung in innere Fragen und territoriale oder partikuläre Differenzen anstrebt, sondern alles das auf das bestimmteste und strikteste ausschlösse, welche aber den beiderseitigen gegenwärtigen Besitzstand garantierte und sich zur Aufrechterhaltung des mitteleuropäischen Friedens, zu Schutz und Trutz, mittelst bleibender Institutionen verpflichtete. Damit wäre nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr mit inbegriffen eine Reihe von Vereinbarungen zu gleichheitlichen Einrichtungen auf den Gebieten der Rechtspflege, der Gesetzgebung, der Verwaltung sowie der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dinge, eine Zusammenwirkung, welche ohne Zweifel sehr segensreich sein könnte zwischen zwei Gemeinwesen, welche so sehr berufen sind, einander zu ergänzen."

Auf Braun's handelspolitische Auseinandersetzungen gab der Fürst demselben außer dem im obigen Wiedergegebenen keine Antwort. Er kannte denselben als entschiedenen Freihändler und als Anhänger der Volkswirtschafts-, Zoll- und Handespolitik Delbrück's. Er hatte aus diesem Grunde keine Neigung, sich damals, 1877, mit Braun auf eine eingehende Erörterung volkswirtschaftlicher Dinge einzulassen. Der vormalige württembergische Minister Freiherr von Varnbüler-Hemmingen besaß damals schon sein Ohr in dergleichen Angelegenheiten. Jedenfalls aber machten die damaligen Äußerungen des Fürsten auf Braun wenigstens den Eindruck, daß er trotz seiner Vorliebe für Österreich und seiner Überzeugung von der Notwendigkeit, in der großen Politik Hand in Hand mit demselben zu gehen, doch die Idee eines mitteleuropäischen Siebzig-Millionen Reiches oder eines dem entsprechenden österreich-deutschen Zollvereins (nebst Kontinentalsperre) auf das entschiedenste repudiierte.

Über Rußland bemerkte Bismarck noch: „Ich glaube nicht, daß das Testament Peters des Großen apokryph ist. Jedenfalls giebt es in Rußland noch Leute, welche demselben anhängen und welche Rußland immer mehr nach Westeuropa wollen vordringen lassen, wo es sich doch nichts holen kann, als den Nihilismus und ähnliche Krankheiten, welche auch mit einer „heiligen Allianz" nicht zu kurieren wären. Seine Aufgabe ist in Asien. Dort repräsentiert es den Kulturfortschritt [1])." —

Am 30. Dezember 1877 teilte die „National-Zeitung" mit, Herr von Bennigsen sei tags vorher, von Varzin kommend, auf seiner Rückreise nach Hannover

[1]) Karl Braun erinnerte sich, fast wörtlich dasselbe vor etwa 50 Jahren in Ludwig Börne's gesammelten Schriften, Bd. VII. Seite 110, „Fragmente und Aphorismen", Nr. 292, gelesen zu haben.

Digitized by Google

durch Berlin passiert [1]. „Nach dem, was über das Ergebnis der zu Varzin gepflogenen Verhandlungen verlautet, steht eine Lösung der obschwebenden Krisis weder in den wenigen Tagen dieses Jahres noch zu Anfang des nächsten in Aussicht. Als positiv kann jedoch gelten, daß Fürst Bismarck an der Notwendigkeit der Hereinziehung von Elementen festhält, welche eine unmittelbare Fühlung mit der Mehrheit der Volksvertretung repräsentieren. Die Einladung, welche von seiten des Fürsten Reichskanzlers an Herrn von Bennigsen erging, war in einem eingehenden Schreiben erfolgt, das in der entgegenkommendsten und herzlichsten Weise abgefaßt war [2]. Herr von Bennigsen erhielt das Schreiben am Tage der Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses. Kurz vorher war ein Kabinettskurier Sr. Majestät des Kaisers mit geheimen Depeschen an den Reichskanzler abgegangen."

In Varzin sollte die Einigung über die Personenfrage erzielt werden [3]; die neuen organischen Veränderungen, welche Bismarck nach dem Abgange Delbrück's für notwendig hielt, scheinen schon früher erörtert worden zu sein. Wenigstens verlautete, Bennigsen sei infolge seiner Unterredung mit Bismarck am 10. oder 11. April 1877 von dem letzteren zu der vertraulichen Mitteilung an seine Fraktionsgenossen ermächtigt worden, daß in Bälde das Reichs-Finanzamt mit dem preußischen Finanzministerium vereinigt werden und der preußische Finanzminister der geborene Reichskanzler-Amts-Präsident sein sollte.

So viel auch darüber geschrieben worden ist [4], der wahre Sachverhalt der Varziner Verhandlungen und der Minister-Kombination Bennigsen's ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Fürst Bismarck selber hat in einem Privatgespräch sich dahin geäußert: Zur Zeit der Varziner Verhandlungen habe er sehr gern mit den National-

---

[1] Bereits Ende Juli 1877 hatte Bennigsen nach der Rückkehr aus Italien einen Besuch in Varzin gemacht. Vergl. die „Post" vom 28. Juli 1877, Nr. 189.

[2] Dasselbe datierte vom 19. Dezember 1877.

[3] Diesem Gedanken gab Bennigsen auch in der Reichstagsrede vom 13. April 1877 Ausdruck. Infolgedessen widersetzten sich die Nationalliberalen auf ausdrücklichen Wunsch des Fürsten dem Antrag der Fortschrittspartei — der deshalb gar nicht eingebracht wurde — auf Vorlegung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes.

[4] Vergl. darüber die „Vossische Zeitung" vom 4. Januar 1878, Nr. 3: Die Varziner Verhandlungen; 15. Januar 1878, Nr. 12: Stellung der Fortschrittspartei dazu; 13. Oktober 1881, Nr. 478: Weshalb Bennigsen nicht Minister wurde; 14. Oktober 1881, Nr. 480: Noch einmal die Ministerkandidatur Bennigsen's; 25. Oktober 1881, Nr. 498: Die Verhandlungen zwischen Bismarck und Bennigsen; 1. November 1881, Nr. 510: Noch einmal Bismarck und Bennigsen; 10. April 1884, Nr. 172: Gewinnung Bennigsen's zum Eintritt in das Ministerium; 12. April 1884, Nr. 174: Gewinnung Bennigsen's und Miquel's zum Eintritt in das Ministerium; die „Post" vom 30. und 31. Dezember 1877, Nr. 343 und 344: Varziner Zusammenkunft und Äußerungen des „Hannover'schen Couriers" darüber vom 4. Januar 1878, Nr. 3. Äußerung der „Tribüne", Beziehungen Bismarck's zu den Nationalliberalen; 5., 8. und 10. Januar 1878, Nr. 4, 7, 9. Äußerungen verschiedener Tagesblätter („Hannoverscher Courier," „Volkszeitung" „Times") über die Varziner Verhandlungen; 22. März 1878, Nr. 80: Der Reichskanzler und die Nationalliberalen; 1. Mai 1878, Nr. 118: Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über das gescheiterte Eintreten Bennigsen's in das Ministerium; s. auch die „Post" 1881, Nr. 279, 281, 282, 289 und 1883, Nr. 25.

Digitized by Google

liberalen eine engere Verbindung schaffen wollen, er habe aber nur ein Ministerium offen gehabt und das habe er Benningsen angeboten. Forckenbeck's Ernennung zum Minister [1]), welchen die Liberalen immer vorgeschoben hätten, sei ihm absolut unmöglich gewesen, der Kaiser sei nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln. Wir werden auf diese Varziner Verhandlungen unten noch mehrmals zurückkommen und schließen auch diesen Abschnitt mit der Wiedergabe einiger Briefe, welche der Reichstagsabgeordnete Hölder während unsrer Session aus der Reichshauptstadt an die Seinigen gerichtet hat.

Berlin, den 27. Februar 1877.

Gestern gegen 1 Uhr bin ich glücklich hier angekommen. Morgen soll ein feierliches Fraktionsessen sein, dem wir anwohnen werden. Ich sehe viele neue Gesichter, wurde von den alten Bekannten freundlich begrüßt.

Die Geschäfte sind noch nicht im Gang und werden erst ordentlich betrieben werden, wenn der preußische Landtag aus ist. Zur Zeit streiten sich noch die Fraktionen im Reichstag darüber, wie viele Mitglieder jede in die Kommissionen zu stellen hat.

Berlin, den 18. März 1877.

Vor einigen Tagen war ich Abends zur Soiree beim Kaiser eingeladen. Es waren etwa 200 Personen der höchsten Gesellschaft da, und es fand ein schönes Hofkonzert statt, dessen Programm ich beilege. Der Flügel und die Sängerinnen waren in der Mitte eines großen runden Saales postirt, um welchen kleinere Tische standen, an denen sich die Gesellschaft niederließ. Auf zwei Seiten des Saales schlossen sich breite Räume viereckig an. An den Tischen wurde nachher soupirt. Einfach, auf dem Tischteppich ohne Tischtuch. Weinflaschen waren keine aufgestellt, sondern die Diener boten kleine Weingläser auf Brettern an, nachher ebenso Champagner. Ich konnte zu einem Glas Wein und zwei Kelchen Champagner gelangen. Ich rief einmal einen Diener um weiteren Wein, ohne Erfolg. Nachher präsentirte man Gläser mit Wasser. Der Kaiser ging freundlich an den Tischen herum, und richtete auch an den unseren einige wohlwollende Worte.

---

[1]) Über den Eintritt Forckenbeck's in das Ministerium vergl. Wiermann a. a. O. S. 243—248. Der Abgeordnete Dr. Friedrich Boettcher schreibt hierüber: „In der nationalliberalen Partei hatten sich schon damals bedenkliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, namentlich auch eine gewisse Verstimmung gegen das Vorwiegen des Hannoveranertums. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß Bennigsen fest erklärte, nur mit Forckenbeck zusammen in die Regierung eintreten zu wollen. Diese Personenfrage und mehr wohl noch die von Forckenbeck gestellten Bedingungen waren es nun allem Anscheine nach, was die Angelegenheit für die nächste Zeit ins Stocken brachte.“ Die „Hamburger Nachrichten“ brachten am 26. Mai 1891 einen auf unsre Frage bezüglichen Artikel, worin es heißt: Herr von Bennigsen stellte die Bedingung, daß die Herren Forckenbeck und Stauffenberg mit in das Kabinett einträten. Diese Bedingung zu erfüllen, war nicht möglich, da der König sich nicht dazu entschließen konnte, zwei Minister zu entlassen, um sie durch so avancierte Politiker zu ersetzen. Der König war entschieden gegen die Idee, der nationalliberalen Fraktion in dieser Weise das Ministerium einzuräumen, und verbot weitere Verhandlungen.

Digitized by Google

Auf morgen bin ich zum Prinzen August von Württemberg, auf Dienstag zu dem württembergischen Gesandten Freiherrn von Spitzemberg zum Diner geladen. An Einladungen fehlt es also nicht. — Gestern Abend war ich zur parlamentarischen Soiree bei Bismarck. Daneben drängen sich die Geschäfte: Fraktions-, Plenar- und Kommissions-Sitzungen. Die Budgetkommission hält häufig Abends von 7½—11 Uhr Sitzung; solche strenge Arbeit sind wir nicht gewöhnt. — Dabei erlebt man manches Interessante. So verkehrte ich schon öfter mit Elsässern. Die sogenannten elsässer Autonomisten, die fünf Abgeordnete durchgesetzt haben, werden offenbar vom deutschen Leben angezogen, sind ihm auch wohl schon gewonnen. Drei derselben sind in unserer Fraktion erschienen, um ihre Wünsche vorzutragen. Der bedeutendste unter ihnen, Schneegans, sprach das schöne Wort in seinem Vortrag: Wir erscheinen bei Ihnen „als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes".

Nächsten Samstag werden wohl unsere Arbeiten bis nach Ostern vertagt werden, wir hoffen auf eine Vakanz von immerhin 10 Tagen. Nachher dürfte der Reichstag bis Anfang Mai fortdauern.

Berlin, den 21. März 1877.

Ich schreibe Dir diesen Brief inmitten des harten Kampfes über den Sitz des Reichsgerichts. Derselbe wird wohl zu Gunsten Leipzigs gegen Berlin entschieden werden. Dies entspricht auch meiner Ansicht; allein die extremen Nationalen sind leidenschaftlich für Berlin und an Vorwürfen herüber und hinüber wird es nicht fehlen.

Berlin, den 23. April 1877.

Nach dem Stande unserer Geschäfte und den Absichten in maßgebenden Kreisen dürfte auch der Schluß des Reichstags in der übernächsten Woche etwa bis zum Himmelfahrtsfest möglich sein.

Heute gingen endlich unsere Arbeiten in der Budgetkommission zu Ende, was mir eine große Erleichterung gewährt, da wir sehr viele Abendsitzungen hatten und dadurch meine freie Zeit sehr beschränkt war.

Im Reichstag tobt gegenwärtig der Kampf zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern. Mir stehen diese Fragen ziemlich ferne. Allein den extremen Theorien der Freihändler kann ich nicht beitreten. In etwas scheint die bisher entschieden freihändlerische Reichsregierung einlenken zu wollen, und da regnet es natürlich, wenn auch in höflicher Form, Vorwürfe herüber und hinüber.

Mit dem Jahre 1878 erweitern sich die Aufzeichnungen des Abgeordneten Hölder zu einem ausführlichen Tagebuch. Bevor ich Mittheilungen daraus mache, will ich die Gesichtspunkte mittheilen, die den Abgeordneten Hölder bei Abfassung seiner Erinnerungen geleitet haben und die derselbe in der Einleitung zu seinem Tagebuch niedergelegt hat. Derselbe schreibt:

Stuttgart, den 12. Juli 1877.

Freunde haben mich schon wiederholt aufgefordert, Vorkommnisse meines politischen Lebens aufzuzeichnen, weil solche Aufzeichnungen meinen Angehörigen

Digitized by Google

in späterer Zeit von Interesse sein könnten. Ich mußte die Berechtigung dieser Anschauung in der Voraussetzung eines freundlichen Andenkens anerkennen. Manches habe ich auch erlebt und erfahren, was einen willkommenen Beitrag zu einer Spezialgeschichte meines engeren Vaterlandes abgeben mag; denn ich habe mich schon oft darüber gewundert, wie rasch die Erinnerung an interessante Entwickelungen verloren geht, wie schnell die Menschen wegsterben, welche allein in der Lage wären, über die innere Geschichte so mancher Vorgänge Auskunft zu geben, und wie mit ihnen die Möglichkeit einer vollkommenen Aufklärung überhaupt dahinstirbt. Endlich entspricht es meinem eigenen Wesen, jetzt, wo ich mich den Grenzen des Alters nähere, für mich selbst den Gang meiner Entwickelung und Erlebnisse zu fixieren und damit zu einem gewissen Abschlusse zu bringen. Da ich mich aber zu einer größeren Arbeit schwer entschließen kann, so wage ich mich nicht an eine Selbstbiographie. An eine solche werden mit Recht größere Anforderungen gestellt, als an bloße Notizen, und ich müßte mit ziemlichem Zeitaufwand aus meinen gänzlich ungeordneten Sammlungen von Aktenstücken, Briefen, Zeitungsnotizen u. s. f. sowie aus den Tageblättern der betreffenden Jahre das Material sammeln, um alles mit der wünschenswerthen Genauigkeit und relativen Vollständigkeit wiederzugeben.

So habe ich mich denn entschlossen, statt eine Selbstbiographie zu unternehmen, Tagebuch-Aufzeichnungen zu machen, um wenigstens von jetzt an dasjenige zu fixieren, dessen Erinnerung mir selbst, meinen dereinstigen Hinterbliebenen und je zuweilen vielleicht auch für den Gang der politischen Dinge in Württemberg von Interesse sein mag. Dabei behalte ich mir vor, in freier Weise, wie sich Veranlassung und Zeit dafür darbietet, Erinnerungen aus meinem bisherigen Leben einzuschalten. Wenn Glück und eigener Fleiß günstig sind, könnten sich so am Ende doch die wesentlichsten Elemente meines bisherigen Lebensganges zusammenfinden. Der allgemeine Rahmen für letzteren findet sich in den Notizen des Parlaments-Almanachs und in dem meine Person betreffenden Artikel des bei Brockhaus erschienenen Konversationslexikons der Gegenwart, den ich durchgesehen und ergänzt habe.

Ich werde mich bei meinen Aufzeichnungen strengster Unparteilichkeit und möglichster Objektivität befleißigen. Allein trotzdem müssen ja derartige Notizen den subjektiven Charakter an sich tragen, ganz abgesehen davon, daß sie neben Thatsächlichem auch eigene Ansichten und Anschauungen enthalten werden und enthalten sollen. Sollte ich daher ohne meine Schuld dem einen oder anderen Manne Unrecht thun, so will ich es zum Voraus abbitten.

Und so will ich denn in Hoffnung der erforderlichen Ausdauer und einer glücklichen Hand mit denselben beginnen.

Die erste Stelle des Tagebuchs, welche uns sogleich interessiert, ist die folgende:

Stuttgart, den 20. Januar 1878.

Eine Bismarck befreundete, dem Bundesrat angehörige Persönlichkeit hat sich mir gegenüber gestern in folgender Weise geäußert: Bismarck sei in Varzin

Digitized by Google

sehr angegriffen; um Neujahr habe er noch zu Bett gelegen und werde sobald im Reichstag nicht erscheinen können. Solange der Kaiser lebe, werde dieser wesentlichen Änderungen im Reichsorganismus nicht zustimmen. Was die nationalliberalen Blätter von Änderungsplänen brächten, die Bismarck mit Bennigsen verabredet, sei Schwindel; es seien nichts als die Wünsche dieser Partei. Wie könne man glauben, daß Bismarck durch Lasker und Friedberg einen Plan ausarbeiten lasse, da doch Bismarck Lasker nicht ausstehen könne. Das wäre etwas Schönes, wenn der preußische Finanzminister zugleich der des Reichs wäre[1], wo die Interessen so oft kollidierten, oder wenn gar der preußische Eisenbahnminister gleichzeitig der Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amts wäre. Wenn dies im Wege einer Verfassungsänderung verlangt würde, würden die 14 Stimmen im Bundesrat dagegen sein. Führe es der Kaiser bloß thatsächlich aus, könne man nichts machen, dann habe es aber auch keine so große Gefahr. Preußischer Partikularismus hemme allerdings oft die Reichsbehörden; ob aber dies die rechte Abhülfe sei, daß man den preußischen Partikularismus an die Spitze der Reichsämter stelle, sei doch die Frage. In einigen andern Branchen wäre die Sache weniger gefährlich. Allein diesen Tendenzen gegenüber müsse doch einmal das Verlangen einer staatsrechtlichen Instanz erhoben werden, bei der gegen Übergriffe gegen die Reichsverfassung Hülfe gesucht werden könne. Freilich werde die Hoffnung auf eine solche durch das Erkenntniß des Appellationsgerichts Lübeck in dem preußisch-sächsischen Eisenbahnstreit sehr herabgedrückt werden, doch sei etwas besser als nichts.

Eine der deutschen Bundesregierungen habe einmal bei dem Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Friedberg in Anregung gebracht, die Reichsorgane sollten doch über die Ausführungsgesetze der einzelnen Staaten zu den Justizgesetzen kognoscieren, und zwar so lange dieselben noch Entwürfe seien. Friedberg sei ganz einverstanden gewesen; dessen Ansinnen, der betreffende Bundesstaat solle die Initiative durch einen Antrag ergreifen, habe aber die Regierung desselben abgelehnt, dafür aber i h r e Entwürfe mit kurzem Begleitschreiben an Friedberg eingeschickt. Einige Wochen darauf sei ein von Bismarck selbst unterzeichnetes Cirkularschreiben an die Bundesregierungen ergangen, worin dieselben mit Berufung auf den Vorgang des betreffenden Staates um dasselbe ersucht wurden. Bismarck habe, wie er (Hölder) erfahren, deshalb selbst unterzeichnen müssen, weil Leonhardt als preußischer Justizminister die Vorlegung verweigert habe!

Im Zusammenhang mit dem dem Bundesrath bald darauf vorgelegten Gesetz-Entwurf, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, erfuhr Hölder noch, Fürst Bismarck habe dem König von Bayern seiner Zeit versprochen, keine Reichsministerien einzuführen. Bestätigt sich diese Nachricht, so lag es klar, daß Bismarck, um dem allgemein anerkannten Bedürfniß zu entsprechen, sich mit dem oben erwähnten Gesetz behelfen mußte.

---

[1]) Vergl. hierüber oben S. 254.

Digitized by Google

XIII. Abschnitt.

Die zweite Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags.

(6. Februar — 24. Mai 1878.)

In der zweiten Session der III. Legislatur-Periode legte Bismarck dem Reichstag einen großangelegten Finanzplan vor, der sich aus der Besteuerung der Börsenpapiere und Lotterielose, der Regelung des Spielkartenstempels und der Erhöhung der Einheitssätze der Tabaksteuer zusammensetzte. Eine lebhafte außerparlamentarische Unterstützung erfuhren die Steuerpläne des Kanzlers durch den Freiherrn von Varnbüler[1]), auf den derselbe durch zwei Artikel aufmerksam geworden war, die dieser Abgeordnete am 14. und 15. September 1877 in der „Post" veröffentlicht hatte. Der erste betraf den von Preußen ausgehenden Vorschlag, gewisse Stempel- und die Erbschaftssteuer, die bisher von den Bundesstaaten erhoben worden waren, für das Reich in Anspruch zu nehmen. Varnbüler sprach sich lebhaft gegen dieses Finanzprojekt aus, einerseits wegen seines kleinlichen Zuschnittes, anderseits weil es in die Budgets der Einzelstaaten zu empfindlich eingreifen würde. In dem zweiten Artikel betonte er die Notwendigkeit, für das Reich neue erhebliche Einnahmequellen zu schaffen. Da eine Tabaksbesteuerung augenblicklich keine Aussicht auf Erfolg hatte, so empfahl Varnbüler eine Erhöhung resp. Wiederherstellung der Zölle auf Petroleum, rohen Kaffee, Kaffee-Surrogate, Thee, Getreide (0,20 Mark), Mehl, Vieh, Fleisch, Wein, begleitet von einer mäßigen Abgabe aller in das Ausland gehenden Sendungen als Entgelt für die statistische Erhebung derselben. Eine Berechnung der Zölle aus den erwähnten Quellen ergab eine Gesamteinnahme von 36242895 Mark, die Varnbüler zu erreichen hoffte, ohne Beeinträchtigung der Einnahmen der Einzelstaaten, ohne jeden Eingriff in ihre Finanzverhältnisse, ohne Steigerung des Verwaltungsapparates.

Entschiedener noch ging Varnbüler bereits auf sein Ziel los in einem „Post"-Artikel vom 30. April 1878 (Nr. 117). Anzustreben sei, daß das Reich mit seinen eigenen Einnahmen seine Ausgaben decke; das Reich vermöge leicht ohne volkswirtschaftlichen Nachteil mehrere hundert Millionen mehr als bisher aufzubringen; da die Steuerkräfte der einzelnen Staaten überspannt seien, so müßten denselben Ersparungen zu teil werden, sei es durch den Wegfall der Matrikularbeiträge oder durch effektive Zuschüsse seitens des Reichs. Über die Konsequenzen der dadurch veränderten Bilanzen hätte die Regierung den Volksvertretungen Vorschläge zu machen[2]). Die eigenen Einnahmen solle sich das Reich haupt-

[1]) Vergl. oben S. 240.

[2]) Pflicht des Reichstags sei es nur, sein Budgetrecht aufrecht zu erhalten; dagegen liege es außerhalb seines Berufes, hierbei in das staatsrechtliche Gebiet des Einzelstaates einzutreten (Frage der konstitutionellen Garantien). „Post" vom 7. März 1878, Nr. 59.

Digitized

sächlich aus dem Tabak schaffen, entweder durch Einführung der Fabrikatsteuer oder durch das Monopol, welch letzteres sich am meisten empfehle[1]).

Mit handelspolitischen Vorlagen wurde der Reichstag in dieser Session noch nicht befaßt; wir sind aber gleichwohl bereits bei dem Zeitpunkte angelangt, da die Zolltarif-Reform die erste greifbare Gestalt annahm. Dabei ist es bezeichnend, daß die beiden wichtigsten Vorarbeiten des neuen Zolltarifs das Licht der Welt nicht in den Ministerialbüreaus erblickten, vielmehr das Resultat der Privatarbeit von Reichstagsabgeordneten waren. Ich habe hierbei im Auge den von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Grothe[2]) gemeinschaftlich mit dem Regierungsrat Beutner ausgearbeiteten autonomen deutschen Zolltarif[3]) und dem von dem Abgeordneten A. Lohren[4]) ausgearbeiteten „Entwurf eines Zolltarifs für landwirtschaftliche Produkte[5])." Dieser letztere Entwurf wurde am 15. Februar 1878 durch A. Niendorf im Kongresse der Steuer- und Wirtschaftsreformer eingebracht. Lohren sollte denselben selbst dort verteidigen; er lehnte jedoch ab, dieser Einladung zu entsprechen. Die Versammlung beschloß, den Entwurf ihrem Ausschusse zu überweisen, und letzteren zu ermächtigen, durch Hinzuziehung von Fachleuten sich zu verstärken[6]).

Am 5. März 1878 wurde der revidierte Zolltarif-Entwurf von dem Ausschuß des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer dem Fürsten Bismarck und dem Reichstag übermittelt[7]).

---

[1]) „Post"-Artikel des Freiherrn von Varnbüler vom 1. März 1878, Nr. 59. Vergl. auch dessen fernere Artikel in der „Post" vom 9. April 1878, Nr. 98: „Zur Einführung und Verwaltung der Tabaksregie" (von Varnbüler empfahl hier für Deutschland die Einführung des Tabakmonopols mit Regie durch das Reich) und vom 2. Mai 1878, Nr. 119, „Die vorgeblichen Nachtseiten des Tabakmonopols" (Polemik Varnbüler's mit der Nr. 195 der „National-Zeitung").

[2]) Grothe, Hermann, Dr. phil., Ingenieur und General-Direktor in Berlin. Geboren den 30. März 1839 zu Salzwedel (evangelisch). Ingenieur für Fabrikbauten, Dozent der mechanischen Technologie (1868—1873) und der Königlichen Gewerbeakademie zu Berlin, Ausstellungskommissar und Berichterstatter (priv. und offiz.), Redakteur der „Polyt. Zeitung". Verfasser mehrerer volkswirtschaftlicher Schriften (nat.-lib., in wirtschaftlichen Fragen gemäßigt-schutzzöllnerisch).

[3]) Der volle Titel desselben (März 1878 im Drucke erschienen) lautet: Revidierter Entwurf eines autonomen Zolltarifs für das Deutsche Reich. Im Auftrag und auf Grund der Beratungen und Beschlüsse des Central-Verbandes deutscher Industrieller ausgearbeitet von Dr. Hermann Grothe, Ingenieur und Reichstagsabgeordneter, und G. F. Beutner, Regierungsrat a. D. Berlin 1878. Druck von F. A. Günther Sohn, Berlin.

[4]) Vergl. oben S. 217.

[5]) Am 30. Dezember 1877 übersandte Lohren diesen Entwurf dem Fürsten Bismarck mit einem längeren Begleitschreiben, welches sich abgedruckt findet in Lohren's Werke „Das System des Schutzes nationaler Arbeit". Potsdam 1880, S. 80—89.

[6]) Vergl. den Bericht über die Verhandlungen der General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 14. und 15. Februar 1878. Berlin 1878. S. 40 und 45.

[7]) A. a. O. S. 85.

Digitized by Google

In der reorganisierten konservativen Partei trat der Abgeordnete von Helldorf[1]) mit seinem ganzen Ansehen für eine entschiedene Stellungnahme für die Zoll- und Steuerpolitik des Kanzlers ein. Aus dieser Zeit stammen die ersten weiteren Beziehungen dieses Abgeordneten zu Bismarck.

War es schon vorher ein Hauptgesichtspunkt der Thätigkeit Helldorff's die konservative Partei aus dem engen Rahmen altpreußischer Auffassung auf den Boden einer weitsichtigeren Reichspolitik zu stellen und die Schwierigkeit zu überwinden, die sich aus der Verstimmung zwischen Bismarck und den preußischen Konservativen (Kreisordnung und Schulaufsichtsgesetz) gebildet hatten, so kam es jetzt darauf an, auf ein richtiges Vertrauensverhältnis zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen hinzuarbeiten. Helldorff glaubte seinen Teil dazu beizutragen, indem er auf die Aussöhnung der Deklaranten mit Bismarck hinwirkte.

Auch auf die Aussöhnung von Bismarck mit Kleist-Retzow mag sein Bemühen nicht ohne Erfolg gewesen sein.

Die elsaß-lothringischen Verhältnisse[2]) kamen in der zweiten Session der III. Legislatur-Periode mehrmals[3]), die Verfassungsfrage besonders bei Anlaß des Stellvertretungsgesetzes des Reichskanzlers zur Sprache (8. März 1878).

Bei Vorbesprechung der letzteren vertrat Schneegans bei seinen engeren Parteigenossen die Ansicht, daß die Gelegenheit wahrzunehmen sei, um in irgend einer Weise die noch unerfüllten Forderungen zur Sprache zu bringen.

An einen sofortigen praktischen Erfolg dachte Schneegans dabei nicht, wohl aber daran, daß die elsaß-lothringische Verfassungsfrage dadurch wieder auf die Tagesordnung gebracht und der Aufmerksamkeit der in Betracht kommen könnenden Kreise wieder näher gerückt würde. Schneegans hegte dabei die Hoffnung, daß der Reichskanzler selbst sich veranlaßt fühlen würde, das Wort zu ergreifen, um die ihm im Laufe des Vorjahres und neuerdings wieder in den parlamentarischen Soireen persönlich gemachten Eröffnungen und Ermutigungen vor dem Reichstage zu wiederholen. Im Einverständnis mit seinen engeren elsässischen Parteifreunden brachte Schneegans zunächst folgenden Zusatzantrag zu dem Stellvertretungsgesetz ein:

> Der Reichstag wolle beschließen, am Ende des § 2 folgenden Zusatz beizufügen:
> „Der Stellvertreter des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen hat seinen Amtssitz in Straßburg."

---

[1]) Vergl. oben S. 154.

[2]) Vergl. oben S. 250.

[3]) Ich verweise insbesondere auf die Reichstagsverhandlung, betreffend die Interpellation des oberelsässischen Abgeordneten Winterer wegen des Verbotes eines projektierten kirchlichen Wochenblattes „Der Elsässer", Stenogr. Verh. S. 237. Vergl. auch den Konflikt zwischen den Abgeordneten Schneegans und Frhrn. von Schorlemer-Alst, S. 252 u. 253.

Digitized by Google

Dieses Amendement wurde von dem Abgeordneten Schneegans namens seiner politischen Freunde zunächst in einer Fraktionssitzung der nationalliberalen Partei (4. März) erörtert, und es gelang dem Redner, die Abgeordneten von Stauffenberg, von Puttkamer und Lasker davon zu überzeugen, daß die ganze Entwickelung zu neuen Reformen in Elsaß-Lothringen dränge [1]). Nur meinten dieselben, für den Augenblick stehe die Neuordnung der inneren Reichsangelegenheiten weit über allem andern, auch über der elsaß-lothringischen Frage, und es scheine darum der Zeitpunkt, um letztere im Plenum des Reichstags zu erörtern, schlecht gewählt.

Bei dieser Sachlage beschloß Schneegans, nach vorheriger Besprechung mit seinen Kollegen, an Stelle der eingehenden Auseinandersetzung, wie dieselbe vor der nationalliberalen Fraktion stattgefunden hatte, eine kurze, so knapp als möglich gehaltene Reichstagsrede treten zu lassen, welche nur den einzigen Zweck haben sollte, die Regierung und womöglich den Reichskanzler selbst zu veranlassen, seinen Standpunkt darzulegen.

Schneegans kam im Reichstag am 8. März 1878 zum Wort, und er hatte das Glück, den Reichskanzler zu der erhofften Stellungnahme gegenüber den geäußerten Wünschen zu veranlassen [2]). Zwar wurde in der entscheidenden Sitzung das oben erwähnte Schneegans'sche Amendement abgelehnt, dafür war es aber gelungen, vom Reichskanzler die Zusicherung zu erhalten, daß die Entwickelung der elsaß-lothringischen Verfassungsverhältnisse im Sinne der Autonomie als eine auf der Tagesordnung stehende Frage behandelt werde, und daß die Regierung sich den zur Sprache gebrachten Bestrebungen in dieser Richtung wohlwollend anschließe.

Der Abgeordnete Schneegans hatte sich im Reichstag schon zum Worte gemeldet und mußte jeden Augenblick gewärtig sein, daß ihm dasselbe erteilt würde, als sein Kollege, der Abgeordnete Bergmann (Straßburg-Stadt) zu ihm trat und ihm mitteilte, der Geheime Rat Tiedemann, Chef der Reichskanzlei, habe ihn soeben im Auftrage des Reichskanzlers rufen lassen und ihm folgende Eröffnung gemacht: Fürst Bismarck werde den elsässischen Antragstellern antworten und ihr Amendement im wesentlichen unterstützen; der Kanzler sei der Ansicht, daß die beste Lösung der Frage darin bestehe, daß der jeweilige Kronprinz des Deutschen Reichs dort die „Souveränität" im Namen des Kaisers ausübe; der Kanzler stelle anheim, die elsaß-lothringische Verfassungsfrage in dieser Richtung und in dieser ganz konkreten Form bei Besprechung des Amendements zur Sprache zu bringen. Der Abgeordnete Bergmann bat Schneegans, sich mit ihm sofort zu dem Geheimen Rat Tiedemann zu begeben, um das Nähere zu besprechen. Da der Abgeordnete Schneegans aber jeden Augenblick gewärtig sein mußte, vom Reichstagspräsidenten das Wort zur Unterstützung seines An-

[1]) Die betreffende Rede des Abgeordneten Schneegans findet sich abgedruckt im „Elsässer Journal" vom 13. März 1878, Nr. 61.

[2]) Bezüglich beider Reden darf auf die Stenogr. Berichte S. 395 f. verwiesen werden.

Digitized by Google

trages zu erhalten, so bedauerte er, dem Wunsche seines Kollegen nicht entsprechen zu können.

So sympathisch ihm die vorgeschlagene Lösung war, so glaubte er überdies doch nicht das Recht zu haben, als Abgeordneter im Namen seiner politischen Freunde zu sprechen, ohne dieselben vorher davon benachrichtigt und ihre Meinung eingeholt zu haben.

Es wird nach Kenntnis dieses Zwischenfalls angenommen werden dürfen, daß, wenn Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 8. März 1878 davon sprach, daß die Wahl des Statthalters auf eine Person fallen könnte, „die sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Seiner Majestät dem Kaiser, erfreut," darunter der Kronprinz des Deutschen Reichs zu verstehen war.

Der Name des Kronprinzen war schon früher, am Ende des Jahres 1877, von andrer Seite mit den elsaß-lothringischen Reformplänen in Verbindung gebracht worden; auch der Reichskanzler hatte diese Lösung gelegentlich erwähnt, und während der Kaiserreise wurde sie in Straßburg lebhaft besprochen. Nunmehr wurde dieselbe zum erstenmal, wenn auch verhüllt, vom Regierungstische aus proklamiert.

Nach Beendigung der Reichstagsdebatte über das Stellvertretungsgesetz hatte der Abgeordnete Schneegans mehrmals noch Gelegenheit, den Fürsten Bismarck zu sehen; am Sonnabend, den 9. März, bei der letzten parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers, wiederholte der Fürst ihm gegenüber die schon im Reichstage abgegebene Erklärung, daß er mit der dortigen Bevölkerung den Zeitpunkt herbei sehne, an dem es möglich sein werde, dem Reichslande eine eigene Landesvertretung und eine eigene Regierung mit dem Sitze in Straßburg geben zu können. Der Reichskanzler kam dabei wiederholt auf das Kronprinzenprojekt zu sprechen und betonte, daß dies die beste Lösung wäre; er möchte aus Elsaß-Lothringen ein deutsches Dauphiné machen, in welchem der jeweilige Kronprinz sich mit der Führung der Geschäfte vertraut machen könnte, wo er einen, wenn auch beschränkten Wirkungskreis finden würde, der ihm später bei der Thronbesteigung von Nutzen wäre.

In der Presse kamen damals die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck; man sprach von „Kaiserlichem Kronland", von „Kaiserland", von „Großherzogtum"; das eigentliche „Kronprinzenprojekt" schien aber weitaus die größten Sympathien zu haben.

In diese Zeit (2. April, nachmittags 2 Uhr) fällt eine Besprechung, welche die unterelsässischen Abgeordneten Bergmann, North und Schneegans mit dem Fürsten Bismarck hatten. Der Abgeordnete für Straßburg, Bergmann, nahm zuerst das Wort, um dem Reichskanzler zu sagen, daß das Kronprinzenprojekt vielen Anklang gefunden habe; es frage sich, wie demselben näher getreten werden könne.

Fürst Bismarck antwortete ungefähr Folgendes:

Digitized by

„Ich habe die Meinung des Kaisers über die Frage noch nicht eingeholt [1]). Es ist mir also schwer, Ihnen einen Rat zu erteilen. Sie müssen selbst aus den Verhältnissen den richtigen Weg erkennen, der Sie zum Ziele führt. Wie Sie wissen, ist die Frage der Ernennung des Kronprinzen zum Souverän von Elsaß-Lothringen durch die Presse verschiedentlich angeregt worden. Es sind diese Artikel aber insofern nicht ganz richtig, als darin von einer Statthalterschaft des Kaisers durch den Kronprinzen die Rede war; eine solche Statthalterschaft ist aber nicht beabsichtigt; es würde Sie dies auch nicht weiter führen. Wenn man Erbstatthalterschaft gesagt hätte, so wäre das richtiger gewesen; denn der Kronprinz soll Ihr Landesherr, Ihr Souverän sein: er soll die Maßregeln treffen, die jetzt der Kaiser trifft, und zwar soll er sie im Lande selbst treffen. Man hat dagegen geltend gemacht, daß der Kronprinz nicht in Elsaß-Lothringen wohnen kann, da er auch Kronprinz von Preußen ist; aber er brauchte ja auch nicht immer dort zu wohnen, sondern z. B. einen Monat alle Vierteljahre. Mit dem Kaiserland kommen Sie nicht weiter; was Sie brauchen, das ist die Regierung des Landes im Lande selbst; wenn der Kaiser Ihr direkter Souverän wäre und auch einen Statthalter nach Straßburg schickte, so müßte er doch immer noch ein Kabinett in Berlin haben, und das käme immer wieder auf ein Ministerium in Berlin heraus, während der Kronprinz, als direkter Souverän, sich in Straßburg selbst dies Ministerium bilden müßte. Es könnte ein älterer Herr sein, z. B. Herr von Möller, er könnte einen Elsässer an seine Seite stellen oder einen Süddeutschen. Jedenfalls ist diese Souveränität des Kronprinzen der einfachste Weg, der Sie von Berlin losbringt. Der Begriff des Kaiserlandes würde auch Schwierigkeiten mit den verbündeten Regierungen hervorrufen; es würde dies eine Abtretung der Rechte von seiten der andern Staaten erfordern, während, wenn der Kronprinz Ihr Landesherr ist, es nur einer kleinen Änderung im organischen Gesetze bedürfte, nämlich die Worte „der Kaiser übt die Staatsgewalt aus", durch die „der Kronprinz" zu ersetzen."

Auf die Bemerkung des Abgeordneten Schneegans, daß sich doch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen den vom Fürsten befürworteten Vorschlag des Kronprinzen als Landesherrn ausgesprochen habe, erwiderte der Reichskanzler, dieser Artikel sei weder von ihm noch vom Kronprinzen inspiriert; er (der Fürst) kenne die Quelle, welcher er entsprungen sei, er komme aus einer Strömung, die der elsaß-lothringischen Sache nicht sympathisch sei, „denn es giebt auch hier in Berlin solche, die nicht wollen, daß die Dinge bei Ihnen sich konsolidieren."

Der Abgeordnete Bergmann bemerkte alsdann, der Landesausschuß habe sich während des Aufenthalts des Kaisers in Elsaß-Lothringen entschieden für die Personalunion ausgesprochen und der Kronprinz sich ebenfalls mit dieser Kombination einverstanden erklärt. Es frage sich, wie nun vorzugehen sei, mittelst einer Deputation oder auf dem Petitionswege?

---

[1]) Der Kaiser war dagegen.

Digitized by Google

Hierauf erwiderte Fürst Bismarck:

„Eine Deputation hätte ihre Schwierigkeiten; der Zufall könnte ja wollen, daß der Kaiser unwohl wäre und Sie nicht empfangen könnte; dies würde sofort die entgegengesetzte Strömung fördern. Der Petitionsweg scheine angemessener; der letzte Beschluß des Landesausschusses biete den richtigen Ausgangspunkt zu einer Petition. Die Personalunion würde Sie bald zur Realunion mit Preußen führen, was Sie nicht wollen, und was Preußen auch nicht will. Es würde gehen wie mit Luxemburg. Die Elsaß-Lothringer werden viel eher Deutsche werden wollen als Preußen. Sie müssen ein kleiner Staat werden; in einem solchen befinden Sie sich besser als in einem großen wie Preußen, wo Sie unter den 25 Millionen untergehen würden. Der Kronprinz ist ein zu ehrfurchtsvoller Sohn, als daß er sich gegen väterliche Ansichten hätte aussprechen können. Jedenfalls werden Sie mich bereit finden, Sie in Ihren Bestrebungen zu unterstützen. Ich werde Ihr Advokat sein. Wenn eine Deputation zur Überreichung einer Petition notwendig erscheinen sollte, werde ich es Ihnen sagen. Auf alle Fälle können Sie auf meine Unterstützung zählen."

Das Kronprinzenprojekt schien von diesem Zeitpunkt an in den höchsten Berliner Kreisen festeren Fuß zu fassen. Es wurde in mehreren Zeitungen berichtet, der Kronprinz habe mit den Herren von Roggenbach und von Stauffenberg des näheren darüber beraten. Man wollte wissen, daß diese Herren oder einer von ihnen als Minister nach Elsaß-Lothringen berufen werden würde. Anfangs Mai wurde dem Abgeordneten Schneegans durch Stauffenberg mitgeteilt, daß das „Kronprinzenland fertig sei", als plötzlich die am 14. Mai und 2. Juni erfolgten Attentate auf den Kaiser eine unerwartete Wendung herbeiführten; denn am 6. Juni wurde der Kronprinz mit der Wahrnehmung der Geschäfte und Stellvertretung des Kaisers betraut, und am 13. Juni wurde der Reichstag aufgelöst, hauptsächlich aus dem Grunde, weil er es versagt hatte, der Reichsregierung nach dem ersten Hödel'schen Attentat Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu geben.

Über den Entwurf eines Sozialistengesetzes verhandelte Bismarck auch mit dem Abgeordneten Bamberger. Derselbe hatte sich publizistisch gegen den Erlaß dieses Ausnahmegesetzes ausgesprochen (man vergl. seine Schrift „Deutschland und der Sozialismus") und er setzte nunmehr dem Kanzler in einer längeren Unterredung die Gründe auseinander, die seine Ansicht bestimmten.

Ich schließe dieses Kapitel mit folgendem Vorfalle, der sich auf einer parlamentarischen Soiree im Jahre 1878 ereignete.

Es war Bier herumgereicht worden, und zwar aus einem frisch von München angekommenen, im Saale aufgestellten Faß, als der Fürst mit gefülltem Humpen zu dem von Schneegans und seinen Freunden gebildeten Kreise herantrat und fragte:

„Nun, wie fühlen sich die Elsässer in Deutschland?"

„Durchlaucht," antwortete Schneegans, „wir gehen eine Vernunftehe ein, das giebt oft die besten Ehen."

Digitized by Google

Der Fürst lachte und erwiderte:

„Liebe und gegenseitige Achtung stellen sich im Zusammenleben ein; darauf stoßen wir an!"

Und es wurde angestoßen. —

Bereits oben wurde bemerkt, daß sich die Aufzeichnungen des Reichstagsabgeordneten Hölder mit dem Beginne des Jahres 1878 zu einem sehr fleißig geschriebenen Tagebuch erweitern, das für die Beurteilung mancher parlamentarischen Vorgänge als eine wertvolle Quelle bezeichnet werden darf. Es trifft dies besonders zu hinsichtlich der Vorgänge im Schoße der nationalliberalen Partei, in welcher schon lange zwei Seelen wohnten — zwei Richtungen, die der Theoretiker, der Doktrinäre, die das praktische Leben nicht kannten, der Formalisten, angeführt von Lasker, und die der Realpolitiker, als deren Hauptvertreter man Bennigsen und Miquel nennen konnte. Im Jahre 1878 stieß die Zoll- und Steuerfrage einen neuen Keil in die Partei, und zwar so tief in ihr Herz, daß bereits im folgenden Jahre ein erstes Ausscheiden namhafter Mitglieder derselben, und zwar zunächst nach der rechtsliberalen Seite zu (Gruppe Schauß) erfolgte. In den Tagebuchblättern des Abgeordneten Hölder kann man nun schrittweise verfolgen, wie die Krisis innerhalb der Fraktion entstand, wie die Gegensätze auf einander platzten und mit welchem Eifer bis zum letzten Augenblick an der Verklebung der Risse gearbeitet wurde. Hölder stand freilich mitten in den Kämpfen, und insofern möchte man einwenden, es fehle ihm zur Schilderung der Vorgänge innerhalb der Fraktion die nötige Objektivität. Wir wollen abwarten, ob seiner Darstellung dieser Vorwurf nicht erspart bleibt. Verneinendenfalls kann man sich nur freuen, wenn die Geschichte des häuslichen Zwistes innerhalb seiner Fraktion auch noch von einem andern, vielleicht dem Lasker'schen Flügel angehörigen Mitglied derselben geschrieben wird.

Hölder selbst zeigt sich aus seinen Tagebuch-Aufzeichnungen in dem besten Lichte; er ist ein freidenkender, nebenbei aber sehr praktischer Mann, ein Partikularist in des Wortes gutem Sinne, der zwar den Unitarismus bekämpft, an Kaiser und Reich aber mit ganzem Herzen hängt und darum vor keinem Opfer zurückschreckt, wenn es gilt, das Reich zu festigen, sei es auf den Gebieten der materiellen oder kulturellen Interessen. Die Hölder'schen Aufzeichnungen sind stilistisch nicht ausgearbeitet; es sind meist nur ganz knappe, fragmentarisch gehaltene Satzbildungen. Den Sätzen unter einander fehlt oft jede Verbindung. Man sieht es dem Tagebuch an, daß dem Verfasser nur darum zu thun war, die wesentlichen Vorgänge festzuhalten; zu sorgsamer Ausarbeitung fehlte ihm im Drange der Geschäfte und des großstädtischen Berliner Lebens die Zeit.

Das Tagebuch folgt hier in dieser seiner ursprünglichen, ungekünstelten Form. Ich glaube, eine stilistische Ausarbeitung, wie sie der Verfasser vielleicht für später ins Auge gefaßt haben mochte, wäre für einen andern Herausgeber ein Mißgriff gewesen.

Digitized by Google

Berlin, den 13. Februar 1878.

Montag den 4. Februar abends Abreise nach Berlin. Mittwoch den 6. Februar Eröffnung des Reichstags durch den Finanzminister Camphausen und nicht durch den Präsidenten des Reichskanzler-Amts Hofmann. In der nationalliberalen Fraktion wurde die Mitteilung über die Varziner Verhandlungen [1]) verschoben, bis dieselbe vollzähliger versammelt sei. Wunsch, die Debatte über die innere und äußere Frage im Reichstag bis zur Ankunft des Kanzlers zu verschieben. Sorge, bei der ersten Beratung des Budgets könnte sie von anderer Seite hereingeworfen werden.

Mittwoch, den 13. Februar, 12 Uhr Fraktionssitzung. Wie die allgemeine Debatte über das Budget zu leiten? Allgemeine politische Fragen fern halten. Wie stehen wir zur Einführung von neuen Reichssteuern, insbesondere zum Tabak? Klare und gute Rede Bennigsens: Keine zu großen Abstriche bei der Marine; neue Steuern keinesfalls für künftig zu vermeiden bei der Finanzlage der Einzelstaaten; dies gelte besonders auch für Preußen. Tabak ein geeignetes Besteuerungsobjekt; im Nothfall bis zum Monopol [2]). Wenn ich nur auch in den politischen Fragen sowie hier mit Bennigsen einverstanden sein könnte!

Berlin, den 16. Februar 1878.

Bismarck ist gestern hier angekommen. Es war Zeit; denn wo in der Welt würde es die Volksvertretung ruhig hinnehmen, daß bei ihrem Zusammentritt der erste Minister abwesend ist [3]). Der Bundesrat kaut an dem Stellvertretungsgesetz [4]). Ich wünschte, es käme eine loyale Verständigung mit Bismarck zu Stande. Kommt es zum offenen Gegensatz, könnte ich mich kaum für die preußisch-partikularistische Lösung, d. h. für Personalunion der preußischen und Reichsminister aussprechen. Allein Bennigsen und die andern Führer der nationalliberalen Fraktion scheinen dafür zu sein. Werde ich dann nicht aus der Fraktion austreten müssen? Freilich finde ich mich schon längst mit derselben in ihrer preußisch-unitarischen

---

[1]) Vergl. oben S. 254. Sofort am Eröffnungstage fand unter Teilnahme von Bennigsen, Bamberger, Lasker, Stauffenberg und Stephani eine vertrauliche Konferenz bei Forckenbeck statt, in welcher man beschloß, durch Besprechung sowohl der äußeren als der inneren Politik die Situation nach Möglichkeit zu klären.

[2]) Eine Bestätigung der Behauptung, Bennigsen habe für den äußersten Fall auch das Tabakmonopol acceptiert, findet sich weiter unten (s. Tagebucheintrag vom 25. Februar 1878). Mir scheint dieser Punkt trotzdem noch der Aufklärung zu bedürfen.

[3]) Ich möchte hierauf nur sagen: Quod licet Jovi . . . .

[4]) Der Kanzler hatte dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher es ihm ermöglichte, einzelne Zweige der Reichsverwaltung durch seine Staatssekretäre verantwortlich versehen zu lassen, unter dem Vorbehalt, eventuell jede Sache an sein eigenes Forum heranziehen zu können. Der Kanzler wollte im Reich kein Kollegialsystem einführen, wie es im preußischen Staatsministerium zu Recht besteht; aber er wollte im stande sein, ihm ferner liegende Geschäfte in staatsrechtlich unanfechtbarer Weise durch die Chefs der obersten Reichsämter erledigen zu lassen. Bisher war eine solche Stellvertretung nur in dem Bankgesetz vom 14. März 1875 (§ 26) vorgesehen. Schon im Bundesrat stieß der Entwurf auf Schwierigkeiten, jedenfalls war Bismarck „vergnügt", als die Vorlage wenigstens dieses Stadium glücklich durchlaufen hatte.

Digitized by Google

Tendenz nicht mehr einig. Allein ich möchte mich nicht in neue politische Kämpfe und Gegensätze begeben und hätte gewünscht, ohne dieselben über die Reichstagswahlperiode hinüber zu kommen. Eine Neuwahl nehme ich keinesfalls wieder an.

Die Arbeiten werden jetzt erst recht beginnen, nachdem Bismarck angekommen ist. Heute bin ich in die Budgetkommission gewählt worden. Am Dienstag ist große europäisch-politische Interpellation und Debatte betreffs Deutschlands Orientpolitik. Demnächst kommen innere politische Fragen zur Beratung, die bei der centralistischen Richtung der nationalliberalen Partei für mich möglicher Weise recht unangenehm werden können.

Berlin, den 17. Februar 1878.

Gestern war Beratung der Fraktion über die Steuergesetze. Keine große Stimmung und Aussicht für sie. Bennigsen's Vortrag über die Frage, was denn die Herren Führer unter der Steuerreform verständen? Antwort: In allen großen Staaten seien die Finanzen wesentlich auf indirekte Steuern gegründet, nur nicht in Deutschland. Die Einzelstaaten hätten wenig indirekte Steuern, und durch die großen Matrikularbeiträge werde auch ein Teil der Reichsausgaben auf die direkten Steuern gewälzt, d. h. mittelbar. Es sei notwendig, das Reich mittelst indirekter Reichssteuern auf eigene Füße zu stellen, und dadurch die Einzelstaaten zu entlasten, die dann ihre, insbesondere die direkten Steuern erleichtern könnten. Geeignet zur Reichsbesteuerung sei insbesondere der Tabak. Dieses Objekt könne das vier- und fünffache des vorgeschlagenen Ertrags abwerfen. Die vorgeschlagene Steuer sei ein Stückwerk und deren Annahme nicht zu empfehlen. Im Notfall würde er bis zum Tabakmonopol gehen, allein das amerikanische Tabaksteuersystem dürfte ohne Monopol dasselbe leisten. Dies sei werth geprüft zu werden. Heute sei es wohl am besten, mit etwaigen Abstrichen im Budget sich noch mit Matrikularbeiträgen zu behelfen, um dem großen Reformplan nicht zu präjudicieren, zu dem es dann um so gewisser kommen müsse.

Im Wesentlichen — so setzt der Abgeordnete Hölder hinzu — bin ich damit einverstanden. Der weitere von mir nicht geteilte Gedanke, das Reich werde den Einzelstaaten noch Steuergelder abliefern können, wird sobald nicht gefährlich sein. Allein das möchte ich nicht, daß am Ende das Reich alle oder doch alle indirekten Steuern erhöbe und die Einzelstaaten vom Reich alimentiert würden. Bezeichnend ist aber der Gedanke für die centralisierende Richtung!

Für Dienstag zur Orientdebatte großer Andrang zu den Billets für die Tribüne des Reichstags. Erhebendes Gefühl für den so lange mißhandelten Deutschen, daß ganz Europa mit Spannung einer Sitzung des deutschen Reichstags entgegensieht!

Berlin, den 20. Februar 1878.

Den 18. Februar (Montag) in der Fraktionssitzung aus Anlaß der Beratung der Steuergesetze. Mitteilungen Bamberger's und Bennigsen's über die sogen.

Digitized by Google

Varziner Verhandlungen [1]), unter Auferlegung strengster Diskretion. Diese Mitteilungen, obwohl ziemlich allgemein gehalten, waren doch interessant und konzentrieren sich in Folgendem: Die Verhältnisse im Reich und auch in Preußen seien nachgerade unleidlich geworden. Gesetz-Entwürfe würden vorgelegt, für die niemand die Verantwortung trage. Reibungen, Schwierigkeiten nach allen Seiten. Das Budget steige naturgemäß an, dabei fehle es an einem durchgreifenden Steuerreformplan. Daher notwendig wirklich verantwortliche Regierung, die aber auch mit der Reichstagsmehrheit engste Fühlung haben müsse. Bismarck sehe dies ein, habe in dieser Richtung mit Bennigsen gesprochen. Reichsministerien könne man wegen der Schwierigkeiten nicht erlangen; daraus sei die Stellvertretungsvorlage entstanden. Irgend etwas werde in dieser Richtung zu erreichen sein. Die Bewilligung neuer Steuern müsse man als Pressionsmittel in der Hand behalten, sowohl dem Bundesrat gegenüber als (wie mir schien, jedenfalls dem Sinne nach) auch dem Kaiser und Bismarck gegenüber, um (kurzgesagt) eine parlamentarische Reichsverwaltung zu erzwingen [2]). Insbesondere müßten die Finanzen des Reichs und Preußens in eine Hand (Bennigsen's) kommen. Letzterer Name wurde nicht mit dieser Deutlichkeit genannt. Appell an die nationalliberale Partei, hierfür fest und einig einzutreten.

Beunruhigung bei mir, ob und in wie weit ich mich entschließen kann, wie mich erklären, um in keine schiefe Stellung zur Partei zu kommen. Am Dienstag mit dem Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg hierüber gesprochen; insbesondere in Bezug auf die beabsichtigte Verbindung preußischer Ministerien mit Reichsämtern, die mir bei verschiedenen Ressorts (z. B. bei dem Reichs-Eisenbahn-Amt) bedenklich scheint. Stauffenberg sagte mir: Es handle sich eigentlich nur um die Finanzen. Die Regierungen wollten den Vizekanzler und die Verantwortlichkeit einzelner Reichsämter zugestehen; fürchteten hauptsächlich die Verbindung eines Kriegsamts mit dem preußischen Kriegsministerium und des Reichs-Eisenbahn-Amts mit einem preußischen Eisenbahnministerium. Um diese Dinge handle es sich aber nicht, sondern wesentlich um die Finanzen. Bennigsen müsse (nach den Intentionen der nationalliberalen Führer) Vizekanzler und preußischer Finanzminister werden. Übrigens hätten sie bei Bismarck auch das preußische Ministerium des Innern beansprucht (wohl für Forckenbeck?) [3]). Auch von ihm (Stauffenberg) sei die Rede gewesen. Allein was bliebe für ihn? Der Wert eines Süd-

---

[1]) Vergl. oben S. 254. Äußerungen der Presse über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit den Nationalliberalen und ihr beiderseitiges Verhältnis. „Post" Nr. 57 vom 27. Februar 1878 und Nr. 81 vom 23. März 1878. Auszug aus einem Vortrage des Dr. Kreyssig: „Fürst Bismarck und die liberale Partei." „Post" Nr. 100 vom 11. April 1878, Beilage.

[2]) Vergl. Köbner, S. E., „Die Kanzlerkrisis", „Deutsche Rundschau" Bd. XIV (1878) S. 302 bis 318. Gründe der Krisis und Mittel zur Abhilfe (Einführung der parlamentarischen Regierung, Einführung weiterer Personal-Unionen von preußischen und Reichsressorts, Schaffung einer Vizekanzler-Stelle. Herstellung eines Parteien-Bündnisses zwischen den Liberalen und Konservativen gemäßigter Richtung.)

[3]) Dieses Ministerium war nach einer Mitteilung in den „Hamburger Nachrichten" damals nicht frei.

Digitized by Google

deutschen in der Reichsverwaltung zur Beruhigung der Süddeutschen sei gering, man würde ihn bald nicht mehr als solchen anerkennen. Das Reichs-Justizamt habe seinen Mann. Mit der Stellvertretung werde es nicht gefährlich werden. Stosch und Stephan würden wohl lange warten müssen, bis Bismarck von einer solchen Ermächtigung zu ihren Gunsten Gebrauch mache[1]).

Dienstag, den 19. Februar, fragte ich Bennigsen über die Sache, sprach ihn nur kurz: Das verstehe sich, daß bei Reichsämtern, die eine Aufsicht über Staatsverwaltungen zu führen hätten, nicht von einer Verbindung mit preußischen Ministerien die Rede sein könnte; es handle sich wesentlich um die Finanzen.

Berlin, den 23. Februar 1878.

Auf heute Abend hat Bismarck die Reichstagsabgeordneten zu einer Soiree eingeladen. Die Einladung lautet jedoch nicht auf eine Reihe von Sonnabenden, sondern nur auf heute, ohne Zweifel deshalb weil der Kanzler nicht weiß, ob er nicht durch die Teilnahme an Kongressen behindert ist. Ich werde hingehen, um ihm damit meine Ehrerbietung zu bezeugen.

Das Gesetz, betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers, ist gestern im Reichstag eingebracht worden, die 2. Beratung dürfte gerade um die Zeit von Königs Geburtstag stattfinden. Da der Staatsminister Mittnacht an der Beratung unbedingt Teil nehmen will, so reist er morgen nach Stuttgart, um bis dahin wieder in Berlin zu sein.

Berlin, den 25. Februar 1878 (Montag).

Die letzte Woche war politisch höchst interessant. Am Dienstag fand die Orient-Interpellation statt, die von Bennigsen vortrefflich begründete. Der Kanzler schien nur das gute Vernehmen Deutschlands zu Rußland besonders zu betonen, daher die Nichtbefriedigung der englischen Blätter und die kühle Beurteilung durch die österreichischen begreiflich, von ihrem Standpunkt aus berechtigt.

Mittwoch Fraktionssitzung über die Steuervorlagen resp. über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Gesichtspunkte der Führer resp. Lasker's: Keine Steuern mit relativ unbedeutendem Ertrag, sondern Steuerreform, um das Reich auf eigene Füße zu stellen. Keine Steuerreform ohne Steuerbewilligungsrecht im Reich und in Preußen und ohne Organisation entsprechender Organe der Reichsverwaltung. Reichsämter verbunden mit preußischen Ministerien, zur Sicherung der einheitlichen Politik des Reichs und Preußens. Beteiligung Bennigsen's u. s. w. an der Regierung, zur Sicherung einer mit der Mehrheit übereinstimmenden Regierungspolitik.

Ich nehme in der Fraktion das Wort zur Bezeichnung meines Standpunkts; billige im Wesentlichen das Vorgetragene und erkläre mich für Vereinigung der Finanzpolitik des Reichs und Preußens in einer Hand aus Gründen der praktischen Notwendigkeit. Es möge sein, daß eine solche Personalunion auch in irgend einem oder andern sonstigen Verwaltungszweige geboten; im andern wäre sie

[1]) Am 18. abends Trauungsfestlichkeiten im Königlichen Schlosse. „Fürchterlich voll, langes Warten und Stehen in der Kapelle, nachher Gedränge an den Büffets."

Digitized by Google

unbedingt abzulehnen, z. B. beim Reichs-Eisenbahn-Amt, das ja eine Art Instanz über den Staatseisenbahn-Verwaltungen bilde. Hier müsse von Fall zu Fall geprüft werden. Für parlamentarische Regierung, da die Notwendigkeit der Dinge darauf hindränge.

Donnerstag Vorstandssitzung bei Lasker zur Beratung der Taktik für die auf Freitag anberaumte Steuerberatung. Bei dieser Gelegenheit betonte ich meinen politischen Standpunkt noch schärfer: so weit wie Lasker würde ich nicht gehen, das ganze indirekte Steuerwesen an das Reich zu ziehen und den Einzelstaaten das was das Reich nicht brauche herauszuzahlen. Das Reich soll finanziell selbständig sein; aber auch die Einzelstaaten, ich sei nicht dafür, daß diese vom Reich alimentiert würden. Ich sei auch für Stärkung der Reichsgewalt, soweit es zu deren richtigen Organisation erforderlich. Allein ich erkenne auch die relative Berechtigung der Einzelstaaten an, in Übereinstimmung mit dem großen Teil der nationalen Partei in Württemberg. Ich sei mir bewußt, in dieser Richtung weiterzugehen als meine hiesigen Freunde; diese Verschiedenheit habe sich ja auch praktisch schon gezeigt; ich sei aber der Ansicht, daß wir, da ich in den praktischen Hauptfragen mit ihnen einig sei, wohl zusammen gehen können, und es werde mich freuen, wenn meine Freunde diese letztere Ansicht teilten.

In letzterem Punkt wurde nicht widersprochen. Lasker erwiderte nur, die Einzelstaaten müßten ja froh sein, wenn sie vom Reich Geld bekämen, Berufung auf Stimmungen in der Bevölkerung könnten für ihn nicht maßgebend sein. Bennigsen betonte in seinem Vortrag, es handle sich nicht darum, die Reichsaufsicht mit preußischen Ministerien zu verbinden.

Kiefer erklärte: sein Großherzog sei nicht so unbedingt sicher für äußerste nationale Tendenzen, warnt wegen des Einflusses einer Tabaksteuer auf das badische Volk. Sie in der badischen Kammer hielten hauptsächlich Regierung und Volk in der richtigen Bahn; sie seien national im preußischen Sinn; aber man soll den Bogen nicht zu hoch spannen. Mir gebe er indessen recht, daß wir in Württemberg nicht anders handeln könnten nach unsern Verhältnissen.

Freitag und Samstag Steuerdebatte im Reichstag: Camphausen und Bismarck[1]). Letzterer erklärt das Tabakmonopol als sein Ziel; ersterer spricht am Freitag so gut wie dagegen, zieht am Samstag eine Denkschrift heraus, wonach

[1]) Am 22. Februar ließ die nationalliberale Partei durch den Freiherrn von Stauffenberg die Finanzpolitik des Kanzlers einer Kritik unterziehen, auf welche Camphausen gewunden und zweideutig antwortete, indem er gleichzeitig die phantastischen Erwartungen von dem Ertrage eines Tabakmonopols ins Lächerliche zu ziehen suchte. Unmittelbar darauf erhob sich Fürst Bismarck, um die Vorzüge des Monopols aus voller Überzeugung zu preisen und die Ausführung desselben als sein „letztes Ideal“ anzukündigen. Es spielte sich am folgenden Tage jene bekannte Rührscene ab, in welcher Camphausen aus den Akten nachwies, wie er bereits vor Jahresfrist dem Reichskanzler die Einführung des Monopols als das Ziel und den vorliegenden Gewichtssteuerentwurf als das Mittel zu diesem Zwecke bezeichnet habe, und Fürst Bismarck erklärte, daß ihrer beider Wege vielleicht noch länger zusammenführen könnten, als er vor Jahren vorauszusehen vermocht habe.

Digitized by Google

er schon vor einem Jahr dafür gewesen. Harte Angriffe gegen ein solches Verhalten der Regierung [1]).

Am Samstag rannen Camphausen die Thränen herunter. Bismarck werde ihm bezeugen müssen, daß er öfter seine Entlassung angeboten, spricht von den Verhandlungen (offenbar die in Varzin), deren Inhalt er nicht kenne, bei denen es sich aber offenbar um den Satz handle: Ote-toi, que je m'y mette.

Mein Eindruck war: Bismarck hat es Camphausen schlecht gemacht; dieser geht, dadurch giebt es Raum für die Nationalliberalen. Betreffend die Äußerung Bismarck's über das Tabakmonopol [2]), so wird er mit sich reden lassen. Bennigsen hatte außerdem selbst in der Fraktion gesagt, unter gewissen Voraussetzungen und äußerstenfalls könne er bis zum Monopol gehen [3]).

Allein die Sache kam anders und es spielen da offenbar Momente mit, welche die Fraktion nicht erfährt.

In der Fraktionssitzung gestern erklären die Führer: nach den Vorgängen der letzten Tage müssen die Verhandlungen mit Bismarck für abgebrochen gelten. Man dürfe zwar auch jetzt keine systematische Opposition machen, allein wo immer nötig eine sachliche, sich auf Auflösung vorbereiten; kurz, es war Feuer im Dach. Zur weiteren Begründung dieser Anschauung wurde nur beigebracht: von Bennigsen, daß zwischen ihm und Bismarck über das Tabakmonopol gar nicht verhandelt und ersterem die gestern ausgesprochene Ansicht Bismarck's durchaus unbekannt gewesen sei; von Lasker: er habe bestimmt erfahren, daß die preußische Regierung schon längst im Prinzip fürs Monopol sich entschieden [4]).

Endlich werden die Äußerungen Bismarck's, er wünsche und hoffe noch recht lange mit Camphausen zusammen zu arbeiten, als ernstlich gemeint angesehen.

Samstag Unterredung mit dem Minister von Mittnacht, mit dem Bismarck vorzugsweise [5]) über den Stellvertretungs-Gesetzentwurf verhandelte.

---

[1]) Der Entwurf des Tabaksteuergesetzes wurde bekanntlich in der Budgetkommission begraben, und das einzige Ergebnis des in dieser Session vorgelegten, groß angelegten Steuerreformplans war das Gesetz vom 3. Juli 1878, betreffend den Spielkartenstempel.

[2]) Über Bismarck's Differenzen mit der Reichstagsmehrheit wegen des Tabakmonopols und dadurch erfolgter Riß mit den Liberalen s. die „Post" Nr. 147 vom 30. Mai 1878 (Auszug aus einem Artikel der „Germania": Bismarck's Popularität).

[3]) Vergl. oben S. 267.

[4]) Nach dem Buche Böttcher's: „Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte", Leipzig 1887, fand gleich nach der betreffenden dramatischen Reichstags-Sitzung eine Konferenz der nationalliberalen Führer bei Forckenbeck statt. Stephani hatte Herrn von Bennigsen bereits am Abend vorher dringend gebeten, nicht in die Regierung zu treten, und ihn auch in verwandter Stimmung gefunden. Heute hatte nun während der Sitzung Bennigsen eine Konferenz mit dem Kanzler gehabt, über deren Ergebnis Stephani wie folgt berichtet: „Bennigsen erzählte uns, daß er soeben dem Kanzler den Abbruch aller weiteren Verhandlungen erklärt habe, weil Bismarck von uns Verpflichtung auf das Tabakmonopol verlangt und alle konstitutionellen Garantien verweigert habe. Wir alle sagten: Gott sei Dank! Am folgenden Tage wurde von dem Plenum der Fraktion nach einer Rede Bennigsens der Abbruch der Verhandlungen einstimmig gebilligt."

[5]) Auch mit dem bayerischen Minister von Pfretzschner und mit dem sächsischen Gesandten von Nostitz verhandelte Bismarck über diesen Gesetzentwurf persönlich.

Digitized by Google

Berlin, den 26. Februar 1878.

Ich teilte dem Abgeordneten v. Benda meine Bedenken gegen die tragische Auffassung der letzten Debatten und den Abbruch der Unterhandlungen mit den Nationalliberalen mit. Derselbe erwiderte: die Sache hängt damit zusammen, daß der Kaiser dem preußischen Landtag das Steuerverwilligungsrecht nicht einräumen will; deswegen sagte Bismarck kein Wort über die Garantien.

Stuttgart, den 6. März 1878.

In der Fraktionssitzung am 3. März 1878 und in der vorangegangenen Vorstandssitzung war die Stimmung dafür, das Stellvertretungsgesetz unter allen Umständen anzunehmen, wenn auch die gewünschten Abänderungen vom Bundesrath nicht zu erreichen seien. Man ging davon aus, daß die Einzelnstellvertretung durch die Inhaber der obersten Reichsämter wirklich eine Verfassungsänderung sei. Es sei (wegen der 14 Stimmen im Bundesrat, die widersprechen könnten) von größter Wichtigkeit, nun einmal diese Barrière zu beseitigen. Dann könne man ja bei Gelegenheit die Sache weiter entwickeln. Aus diesen Äußerungen ersah ich, wie wichtig es für die Mittelstaatsregierungen gewesen wäre, den positiven Inhalt dieses Stellvertretungsgesetzes als Verfassungsgesetz und Teil der Reichsverfassung zu behandeln, um später nicht durch einfache Mehrheit im Bundesrat darüber hinaus geführt zu werden. In der Vorstands- und Fraktionssitzung am 3. März wurde übrigens das Verlangen des Bundesrats, daß die Aufsichtsrechte des Reichs nur vom Reichskanzler resp. Vizekanzler sollen ausgeübt werden dürfen, als relativ berechtigt anerkannt (Bennigsen: „nicht ganz unberechtigt“; Lasker: „die oberste Entscheidung in Aufsichtssachen“ u. s. f.). Gewünschte Änderungen: a) Vizekanzler als ständige nicht blos mögliche Institution. b) Andere Fassung des Spezialvertretungs-Paragraphen, wohl um dem Gesetz eine weitere Ausdehnung geben zu können. c) Wo möglich Beseitigung oder bessere Fassung des § 3. — Gneist: Das jederzeitige Eingreifen des Reichskanzlers sei selbstverständlich; folge aus der büreaukratischen, nicht kollegialen Gestaltung der Reichsregierungsorgane, die im Bundesstaat notwendig. Dagegen Bennigsen: wenn durch Kaiserliche Verordnung eine Stellvertretung angeordnet, könne der Reichskanzler sie für sich doch nicht illusorisch machen.

Man erfährt in der Fraktion, daß vielfache Besprechungen Bismarck's mit Bennigsen und Forckenbeck stattfänden. Letzteren habe er am Samstag ängstlich machen wollen, von Auflösung des Reichstags, nötigenfalls regieren ohne Reichstag gesprochen; er habe ja die Militärkonventionen, die seien für die Machtstellung des Reichs ausreichend.

Stuttgart, den 20. März 1878.

(Bericht über eine zweistündige Unterredung mit einem Mitgliede des Bundesrats über das Stellvertretungsgesetz). Derselbe erkennt an, daß es für die Mittelstaaten besser wäre, wenn das Gesetz ein Verfassungsgesetz wäre; das habe man nicht erreichen können. Die Mittelstaaten seien aber davon ausgegangen, daß jede weitere Einschränkung der Befugnisse des Reichskanzlers wiederum durch

Digitized by Google

14 Stimmen verhindert werden könne. Zweifel, ob sie dies noch zu Protokoll erklären sollen. Die andern würden eben schweigen und sich für den praktischen Fall die Entschließung vorbehalten.

Über den Fürsten Bismarck äußerte derselbe Staatsmann: er sei eben hoch über die andern hinausgewachsen, binde sich nie, behalte sich alles vor; sage unumwunden, wo er befehlen könne, brauche er nicht zu beraten. Bennigsen habe er in den Besprechungen mit ihm nie als künftigen Vizekanzler oder Finanzminister genannt. Bismarck sei sich offenbar selbst noch nicht klar, wie er die Stellen besetzen wolle, schwerlich mit Nationalliberalen. Lasker könne er nicht leiden; daher sein Angriff auf ihn. Lasker habe einmal im vorigen Jahre gesagt: Bismarck soll sich aufs Auswärtige beschränken, die innern Angelegenheiten sollen andere Kräfte übernehmen. Dies scheine Bismarck vorgeschwebt zu haben, er habe nur offenbar nicht gewußt, wann Lasker es gesagt, aber Bismarck genüge zu so einem Ausfall die allgemeine Erinnerung, der Totaleindruck.

Den 14. März von Berlin nach Stuttgart gereist, da der Reichstag und die Budgetkommission eine siebentägige Pause machen. Ich spreche mit dem Abgeordneten Schneegans, welcher mit mir bis Frankfurt reiste, viel über Politik. Schneegans sagt, daß auch er am liebsten mit dem Reichskanzler selbst verhandle. Schneegans erzählt, er habe lange vor dem Kriege die Annexion vorausgesehen, da er sich über die beiderseitigen militärischen Kräfte auf dem Laufenden erhalten. Bei Ausbruch des Krieges habe er offen gesagt: jetzt werden wir annektiert. Er habe längere Zeit vor dem Kriege einmal einen Traum gehabt, welcher die Annexion zum Inhalt hatte.

Berlin, den 22. März 1878.

In den Sitzungen des Reichstags wie der Budgetkommission kam nichts Erhebliches vor, außer daß beide die nächste Sitzung erst am Dienstag halten werden. Also wiederum 4 Tage gänzlich frei. Der Grund liegt darin, daß Bismarck die preußischen Ministerien neu organisieren will[1]) und infolgedessen unerwarteter Weise dem preußischen Abgeordnetenhause neue Vorlagen gemacht wurden, welche dessen Arbeiten bis tief in die nächste Woche hinein verzögern. Sehr fatal für die Dauer des Reichstags. Von Minister-Veränderungen ist alles erfüllt. Mit den Nationalliberalen sind aber alle Verhandlungen hierüber abgebrochen.

Berlin, den 26. März 1878.

In den obersten Kreisen herrscht Verwirrung, Bismarck scheint zwar allmählich sein Ministerium beisammen zu haben. Aber schon spricht man wieder von weiteren Ministern, die sich unsicher fühlen sollen. Die nationalliberale Partei ist selbstverständlicher Weise nicht gut auf diese Zustände zu sprechen, und man ist begierig, ob sie nicht morgen im preußischen Abgeordnetenhaus

[1]) Bismarck betrieb im Abgeordnetenhause die Abzweigung der Verwaltung der Domänen und Forsten von dem Finanzministerium und die Errichtung eines eigenen Eisenbahnministeriums. Das Nähere hierüber findet sich in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirth“, Bd. I, S. 134 ff.

Digitized by Google

den Antrag Bismarck's auf Einsetzung eines preußischen Eisenbahnministers bekämpfen hilft. Mir wäre es hauptsächlich um deswillen leid, weil zu befürchten ist, daß bei einem Systemwechsel auch Rom Konzessionen gemacht werden.

Mit dem Kongreß will es auch nicht vorwärts gehen, und so ist die politische Lage nach allen Seiten hin eine unbehagliche.

Berlin, den 31. März 1878 (Sonntag).

Die letzte Woche ist im Reichstag wenig geschehen. Die Ministerkrisis spielte sich im Abgeordnetenhaus ab. Jetzt scheint das Ministerium rekonstruiert. In welchem Sinne? Das ist das Räthsel. Da es mit den Nationalliberalen nichts ist, natürlich in konservativem Sinne. Die Verhandlungen mit Bennigsen scheinen mir nie ernst gemeint gewesen oder doch bei Bismarck nie über das Stadium einer Recognoscierung, ohne festen Entschluß gediehen zu sein. Bismarck bindet sich überhaupt nicht leicht.

Ein Hölder nahestehender Bevollmächtigter zum Bundesrat, der am 30. März beim Fürsten Bismarck in kleinem Kreise zu Mittag gegessen, hatte Hölder in betreff der aus dem Kanzlerpalais mitgebrachten Eindrücke Nachstehendes mitgetheilt: Bismarck's Machtstellung beim Kaiser sei groß. Bismarck spreche sich ganz föderalistisch aus. Bei dem Reichseisenbahnprojekt sei ihm nur darum zu thun, die preußischen Bahnen für Preußen zu erwerben. Ein Eisenbahngesetz habe er ernstlich ins Auge gefaßt; allein er spreche davon, dasselbe im Wege von Konferenzen mit den Mittelstaatsregierungen zu Stande zu bringen. Das sei bereits angenommen, daß bei Differenzen über die Befugnisse des Reichs-Eisenbahn-Amts mit den Einzelregierungen ein förmliches Gericht, keine Karrikatur eines solchen, wie bisher es vorgesehen, entscheiden soll.

Zweierlei bedeutende Fragen fasse Bismarck nie zu gleicher Zeit ernstlich an. — In Zolltarifsachen sei es außer Zweifel, daß Bismarck von der extremen Freihandelsrichtung zum gemäßigten Schutzzoll zurückkehren werde. An Kammer- oder Reichstagsauflösungen denke er nicht mehr. Er habe gesagt, zur dritten Lesung der Vorlage wegen der Ministerien gehe er gar nicht mehr ins Abgeordnetenhaus. Er mache eben jetzt den Maybach zum Handelsminister und erreiche so seinen Zweck auch.

Berlin, den 6. April 1878.

Heute Abend ist bei Bismarck Soiree, die ich besuchen werde, um auch einmal sein neues Palais zu sehen.

Gestern und heute habe ich zum ersten Male im Reichstage gesprochen. Es waren württembergische Budget-Angelegenheiten, deren ich mich annahm.

Berlin, den 7. April 1878.

Gestern Abend (nach Bismarck's Soiree) bei Siechen, der Stammkneipe Völks, mit diesem, Pfälzern u. A. zusammen. Dr. Groß stellte die Behauptung auf, wenn der Kulturkampf und die Stellung des Centrums aufhöre oder Bismarck mit den Nationalliberalen in einen Konflikt gerate, werde die Zusammensetzung der letzteren sich ändern. Sind wir dann einig? fragte Völk, und setzte

Digitized by Google

die Gegensätze zunächst in wirtschaftlichen Fragen auseinander. Hauptsächlich die Süddeutschen der Partei hätten hier andere Ansichten als die Führer, insbesondere Bamberger, Braun u. s. w. Ein Kollege aus Sachsen bestätigte eine entsprechende Stimmung für sein Land. Zu mir sagte Völk wie schon früher: „Ihr Württemberger hättet eben zur liberalen Reichspartei gehen sollen, Ihr seid bei den Nationalliberalen zu früh eingetreten.“ Ich hatte ihm das schon im Jahre 1871 ein paar Monate nach Beginn des ersten Reichstags zugegeben. Der doktrinäre Radikalismus Lasker's gefällt vor allem uns Süddeutschen, aber auch manchem nationalliberalen Norddeutschen nicht. Die Mehrzahl der Anwesenden war darin einig, daß wenn Bismarck, anknüpfend an eine maßvoll umwendende Wirtschaftspolitik (insbesondere Schutzzoll), einen Bruch mit den Nationalliberalen inscenieren würde und der Kulturkampf aufhörte, er eine Mehrheit erlangen könnte. Bayern, Württemberg, Sachsen und wohl auch Baden würden ihm in einem solchen Falle wohl entsprechende Wahlen liefern [1]).

Heute mit Volze über Parteiverhältnisse gesprochen; über die Unterschiede der Nord- und Süddeutschen. Er hält auch die Gründung einer besonderen Partei: echt national aber bundesstaatlich, in wirtschaftlichen Dingen maßhaltend, gemäßigt schutzzöllnerisch, für geboten. Wenn Bismarck den Reichstag wegen einer solchen Frage auflösen würde, müßte man sich entscheiden.

Berlin, den 12. April 1878. Freitag.

Gestern Sitzung des Vorstandes der nationalliberalen Partei, um Stellung zum Tabak-Enquete-Gesetz [2]) zu nehmen. Ich schließe mich dem Votum gegen das Tabakmonopol an aus folgenden Hauptgründen: Die Matrikularbeiträge sollen allerdings der Hauptsache nach durch Reichssteuern ersetzt werden. Allein sie betragen nur ca. 80 Millionen Mark, werden in den nächsten Jahren vielleicht 100—120 Millionen betragen. Es sollen also 80—100 Millionen durch Reichssteuern aufgebracht werden. Dieser Summe gegenüber bedarf es des Monopols nicht, das alle möglichen Mißstände hat. Letztere könnten nur auf das Reich genommen werden, wenn dann wirklich auch ein entsprechender Betrag erzielt würde und ein solcher nötig wäre. Frankreich bezieht aus dem Monopol ca. 260 Millionen Francs bei 6—700000 Centner Tabakverbrauch, während

---

[1]) Einige auf der parlamentarischen Soiree vom 6. April 1878 gefallene Äußerungen Bismarck's, welche Hölder an dieser Stelle seines Tagebuchs erwähnt, sind bereits im I. Bande S. 144 (2. Auflage) berücksichtigt.

[2]) Nachdem der Reichstag das ihm am 9. Februar 1878 vorgelegte Gesetz, betreffend die Tabaksteuer, so unfreundlich aufgenommen hatte, daß es demselben nicht einmal eine zweite Lesung bewilligte, legte Bismarck demselben unterm 8. April 1878 einen Gesetzentwurf vor, welcher die Reichsregierung in den Stand setzen sollte, ein Enquete über die rationellste Art der Tabakbesteuerung zu veranstalten. Dazu bedurfte sie gewisser Befugnisse und vor allem Geld. Im Reichstag witterte man auch hinter diesem harmlosen Entwurf das Monopol, oder besser gesagt eine Etappe zu demselben, und war deshalb des Mißtrauens voll. Gleichwohl kam es aber dieses Mal zu einer Einigung unter den gesetzgebenden Faktoren (Gesetz vom 26. Juni 1878, Reichs-Gesetzbl. S. 129).

Digitized by Google

Deutschland ca. 1600000 Centner verbraucht. Sollten diese unter dem Monopol auch erheblich abnehmen, so wären hiernach doch immerhin nach Ablauf der Übergangszeit wohl über 300 Millionen Mark zu erzielen, die wir nicht brauchen. Unter diesen würde außer der Steuer vielleicht der Geschäftsgewinn stecken, der durch die Monopolisierung einer Masse mit Tabakshandel und -Fabrikation bisher beschäftigten Bürgern entzogen würde. Ohne Not soll aber das Reich keine Einnahmen in Gewerbsgewinnen suchen. Daß auch durch Tabaksteuer sich bedeutende Ergebnisse erzielen lassen, zeigt Nordamerika. Es ist also immerhin zu hoffen, daß wir unsern Bedarf durch eine Steuer decken können, zumal einige weitere Konsumtionsartikel besteuerungsfähig sind. Dabei sprach ich mich aber gegen Stempel u. s. w. sowie gegen Steuern aus, durch welche die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten alteriert würde[1]).

Abends in der Fraktion alles einstimmig, obgleich Gegensätze durch die Hülle scheinen. Ich nahm auch in der Frakton das Wort, um meine Ansicht darzulegen und vor unnötigen Reibereien mit der Regierung zu warnen, ebenso aber mich dafür auszusprechen, daß man bei sachlichen Differenzen mäßig fest und rechtzeitig entgegentreten soll. Die Motive der Parteigenossen sind freilich vielfach andere als die meinigen. Wir treiben in eine oppositionelle Stellung hinein, wobei ich der nationalliberalen Partei keinen Vorwurf machen kann. Wenn es aber über dem (Zollfragen!) zu Spaltungen und neuen Gruppierungen kommt, würde ich allerdings den Zeitpunkt für gekommen halten, die bundesstaatlichen Elemente besonders zu gruppieren.

Kiefer will bei aller nationalen Haltung „im preußischen Sinne", wie er sich im Vorstand ausdrückte, doch auch Beachtung der Bedürfnisse und Anschauungen Süddeutschlands.

Vor Beginn der Sitzung sprach mich Bennigsen an und äußerte seine Befriedigung darüber, daß ich gestern in der Vorstands- und nachher in der Fraktionssitzung mein Einverständnis mit Ablehnung des Tabakmonopols erklärt hätte. Er lege einen Wert darauf, daß Süddeutschland, insbesondere Württemberg, mit ihnen einig gehe.

Von Bismarck über die Differenzen mit den Nationalliberalen folgende hübsche Anschauung: sie hätten die Gewalt haben können, und Garantien verlangt[2])!

Stuttgart, den 27. April 1878.

Bericht über die Unterhaltung mit einem württembergischen Staatsmann, der sich über die Beschlüsse der Nationalliberalen betr. des Tabakmonopols verschnupft

[1]) Über die Stellung des Abgeordneten Hölder zum Tabakmonopol vergl. auch dessen Artikel in Nr. 95 der früher in Stuttgart erschienenen „Neuen Zeitung" und in Nr. 100 ebendaselbst (Rede Hölder's in der Versammlung der deutschen Partei in Stuttgart).

[2]) Die Rede, welche der Abgeordnete Hölder am 25. April 1878 in der deutschen Partei in Stuttgart hielt, findet sich abgedruckt in der „Stuttgarter Neuen Zeitung" vom 26. April 1878. Hölder bemerkte, er habe sich dem das Monopol ablehnenden Beschlusse der nationalliberalen Partei mit voller Überzeugung angeschlossen. „Nur eine gänzliche Veränderung der Lage könnte die Annahme des Monopols rechtfertigen."

Digitized by Google

äußerte: Es mache eben den Eindruck, als ob die Nationalliberalen überhaupt neue Steuern ernstlich nicht wollten. Mit Bismarck sei aber nicht zu spaßen. Er nehme den Widerstand sehr ernst, und habe — darüber dürfe man sich nicht täuschen — noch einen festen Boden im Volke; jetzt werde es zwar zu keinem Bruche kommen, aber das nächste Jahr könne man für nichts stehen. Darauf erwiderte Hölder: Bismarck werde es nicht bei einer Steuerfrage, sondern bei der Schutzzollfrage nötigenfalls zur Auflösung treiben.

Berlin, den 13. Mai 1878.

Das Ereignis des Tages ist natürlich das Attentat auf den Kaiser. Die Entrüstung ist eine allgemeine; doch hat man außer unter den Linden und in der Nähe des kaiserlichen Palais nicht viel Auffallendes bemerkt. Das Leben einer großen Stadt muß eben auch bei solchen erschütternden Ereignissen seinen Gang weiter nehmen.

Meine Erlebnisse sind nahe bei einander. Am Freitag hatten wir eine interessante politische Debatte über die Tabaksteuer. Am Samstag eine Verhandlung über die Advokatenordnung, an der ich auch einigen Anteil nahm. Die Einrichtungen in den einzelnen deutschen Staaten sind eben ungemein verschieden und alle müssen etwas nachgeben. Es ist uns zwar mit einer Stimme Mehrheit gelungen, eine unsern Einrichtungen entsprechende Bestimmung in einem nicht unwesentlichen Punkte durchzusetzen; allein bei der dritten Beratung wird die Sache wohl wieder geändert werden.

Berlin, den 18. Mai 1878.

Am Tage, ehe ich hierher kam (8. Mai), gab Herr von Bennigsen in der nationalliberalen Fraktion vertraulich weitere Mitteilungen über seine Verhandlungen mit Bismarck.

Von Anfang an habe er den gleichzeitigen Eintritt von Forckenbeck und Stauffenberg ins Ministerium und konstitutionelle Garantien wegen der Steuern verlangt. Gleichwohl habe Bismarck ihn wiederholt zu sich geladen. Vom Tabakmonopol habe dieser nie gesprochen. Gleich nach der Monopolrede Bismarck's habe er ihm erklärt, unter diesen Umständen könne er die Verhandlungen nicht fortsetzen. Bismarck habe gesagt, es sei eben so ein Gedanke, wenn auf andre Art der Tabak das Nöthige abwerfe, sei es ihm auch recht. Nachher habe er einmal zu ihm gesagt: Minister werden nicht auf ewig gemacht; was diesmal nicht möglich gewesen, könne später einmal sein.

Nun wird aber auch der Rücktritt von Falk gemeldet, den allem nach die Hofpredigerpartei weggedrückt hat. Ferner sollen reaktionäre Gesetze vorbereitet werden gegen die Sozialdemokratie, die aber natürlich schließlich gegen jede oppositionelle Regung verwendet werden können. Falls sie nicht durchgingen, sei Auflösung in Aussicht genommen. Wir hatten uns im Reichstag so eingerichtet, um etwa am 22. d. M. fertig zu werden, nun kommt diese unerwünschte Verzögerung.

Dem Kaiser kleben eben seine alten Anschauungen an, die das Heil von Polizei-Verordnungen erwarten.

Digitized by Google

Bismarck liegt alles daran, eine von der nationalliberalen Partei unabhängige Mehrheit zu erhalten. Die Schwäche der letzteren liegt wenigstens für Süddeutschland in ihren centralistischen Neigungen, ferner in ihrer überwiegenden Freihandelsrichtung. Daher bedauerte ich längst, daß sich nicht eine „freisinnige bundesstaatliche Partei“ abgeschieden hat, die mit der nationalliberalen wohl meist zusammengehen könnte [1]).

Allein einen Anfang in Württemberg zu machen hinderten einerseits die Centralisten der Partei, andrerseits war das liberale Element in der Partei zu sehr zurückgetreten. Durch eine Gestaltung in der bemerkten Weise hätte man aber die gesunden Teile der Volkspartei an sich ziehen können. Dies ist nun verscherzt und ich sehe voraus, daß die deutsche Partei in Württemberg einerseits von der liberalen großdeutschen, andrerseits von der deutschkonservativen und der Regierungspartei zersetzt werden wird. In meinem Alter und bei meiner Vergangenheit und als Kammerpräsident wollte ich die Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten einer neuen Parteibildung und des Bruchs mit alten Freunden nicht noch einmal durchmachen. In Deutschland überhaupt und in Württemberg insbesondere wird Bismarck die Angst des Philisters vor der Sozialdemokratie und der Umstand zu Hilfe kommen, daß — nachdem fast zehn Jahre lang die liberale Partei in der Mehrheit gewesen und darum für alles verantwortlich gemacht worden ist — nach dem Gesetze von Ebbe und Flut die Massen nun wieder der konservativen Strömung folgen werden. Es wird aber auch wieder anders kommen. Zunächst, fürchte ich, wird Bismarck, wenn es zum Konflikt kommt, dem wir seit drei Monaten zutreiben, die Oberhand bekommen.

Mich selbst führt diese Sachlage mit der nationalliberalen Partei gegen Erwarten wieder enger zusammen. Es scheint, dieselbe wird dem reaktionären Anprall entgegentreten: Ich werde nicht in meinem Alter das fördern, was ich dreißig Jahre lang bekämpft habe. Ich hätte nicht gedacht, daß ich schließlich wieder in engerem Anschluß an diese Partei meine Laufbahn im Reichstag beschließen werde, in einem Gegensatz von liberal und konservativ, statt in einem Gegensatz von centralistisch und föderalistisch. Wird wohl der Rückschlag gegen

---

[1]) Der „Vossischen Zeitung“ wurde am 7. Februar 1878 (Nr. 34) geschrieben: Ein großer Teil der süddeutschen Reichstagsabgeordneten, insbesondere diejenigen, welche der nationalliberalen Partei angehören, sind diesmal, wie man uns aus Süddeutschland schreibt, mit großem Unbehagen nach Berlin gegangen. Mehr noch als die eigentliche Opposition sind die Nationalliberalen Süddeutschlands mit dem Gange der Dinge unzufrieden, einerseits fühlen sie sich innerhalb ihrer Partei, in welcher sie mit ihren oft weitergehenden Forderungen nicht durchdringen, majorisiert, andrerseits glauben sie, daß man ihren kleinen partikularistischen Herzenswünschen zu wenig Gehör schenkt, überdies finden sie weder Rückhalt an der Landes- noch Reichsregierung und unter ihren Wählern herrscht mancherlei, wie sie selbst zugeben, berechtigte Unzufriedenheit. So wissen wir aus guter Quelle, daß einige hervorragende süddeutsche Nationalliberale, wie Hölder, Kiefer u. a., aus Gründen, welche zu nahe liegen, um auch nur angedeutet zu werden, entschlossen sind, bei den Neuwahlen kein Mandat für den Reichstag mehr anzunehmen. Es ist offenbar nicht Müdigkeit oder Gleichgültigkeit, sondern Unmut und Unlust, welche ihnen die parlamentarische Thätigkeit verleiden.

Digitized by Google

die Nationalliberalen dieselben zur Erkenntnis ihrer Fehler in handelspolitischer Beziehung und betreffs der föderativen Fragen bringen [1])?

Dienstag, den 21. Mai 1878. Vor und nach der Sitzung des Reichstags Beratung des Vorstands der nationalliberalen Partei über das Sozialistengesetz. Die Abendberatung fand in Lasker's Wohnung statt. Man ist einig, daß der Entwurf, so wie er vorliegt, verworfen werden müsse. Meinungsverschiedenheit, ob nicht „Etwas" geschehen könne. Ich und Unruh sprechen in letzterem Sinne, wenn es möglich sei. Vortreffliche Darlegungen Bennigsen's, der Vormittags die Frage offen hält, ob nicht durch eine Resolution der Regierung der Weg gezeigt werden könne. Lasker verhält sich ziemlich ablehnend gegen alles, sagt, man solle probieren, ob sich eine annehmbare Resolution finden lasse; man werde keine Formulierung treffen. Frage, ob die Strafgesetze Lücken enthielten und zu ergänzen seien? Kiefer verneint dies nach seiner staatsanwaltlichen Erfahrung. Ich sage, hypothetisch sei doch die Frage aufzuwerfen. Lasker widerspricht. Bennigsen nimmt im Reichstag den Gedanken in dem Sinne an, wenn die Lücke durch strafablehnende gerichtliche Urtheile nachgewiesen werden könne. Schließlich einigt sich der Vorstand dahin, daß statt der Resolution Bennigsen in seiner Rede, namens der Partei, die Anerkennung der Gefahr und die Bereitwilligkeit der Hülfe durch ein Gesetz über Vereine und Versammlungen eventuell durch Ergänzung des Strafgesetzes aussprechen soll.

22. Mai 1878. Fraktionssitzung über das Sozialistengesetz. Einigung auf die Anschauung des Vorstandes nach langen Debatten. Nur Gneist, der sich auch gegen das Gesetz, wie es vorliegt, ausspricht, behält sich die Ausführung seiner besonderen Ansicht vor. (Nachher Streit darüber, ob er nicht auch auf Stellung von Amendements verzichtet habe.) Treitschke für das Gesetz [2]). Bei der Abstimmung dissentiert nahezu niemand. Bennigsen's Rede in der Fraktion war durchschlagend. Auffallend war mir, daß er in irgend einer seiner Reden sich für eine Umkehr von den weitgehenden Freihandelstheorien aussprach.

Der Gesetzentwurf zum Schutze gegen die Sozialdemokratie ist eine Monstrosität, er würde der Polizeibehörde des Orts und weiter dem Bundesrat die Befugniß einräumen, alle Druckschriften, Vereine, Versammlungen „mit sozialdemokratischen Zielen" zu verbieten, und die Übertretung eines solchen Verbots mit Gefängnis bis zu fünf Jahren zu bestrafen. So weit sind wir nun

---

[1]) Der Rechenschaftsbericht des Abgeordneten Hölder, erstattet in einer Versammlung der deutschen Partei in Echterdingen, findet sich abgedruckt in der „Stuttgarter Neuen Zeitung" vom 5. Juni 1878, Nr. 130.

[2]) Ein Auszug aus der Treitschke'schen Rundschau Ende 1877 über die chronische Ministerkrisis findet sich abgedruckt in der „Post," Nr. 341 v. 28. Dezember 1877 (Die Nation verlangt ein Ministerium Bismarck). Vgl. auch die Nr. 342 v. 29. Dezember 1877 (Besprechungen der Äußerungen Treitschke's in der übrigen Presse). Zu vgl. über den Abgeordneten Treitschke auch Wiermann a. a. O. Bd. II, S. 129—150. Derselbe hat über schwebende parlamentarische Fragen mit Bismarck nicht unterhandelt und mit demselben überhaupt nur einmal in dessen Hause über einige Tagesereignisse kurz gesprochen. Es war dies nach einem Diner im Kanzlerpalais.

Digitized by Google

doch noch nicht in der Angst vor dem rothen Gespenst, um die Sozialdemokraten in einen solchen Belagerungszustand zu versetzen und Bestimmungen zu sanktionieren, die wir, als der selige Bundestag solche erließ, aufs heftigste bekämpften. Die Kehrseite wurde gewiß nicht übersehen, und wir werden uns erbieten, in der nächsten Session, nötigenfalls in einer außerordentlichen, im Wege einer ordentlichen Gesetzgebung über Vereine und Versammlungen der Regierung die zum Schutze des Staates gegen Umsturzpläne erforderlichen Vollmachten einzuräumen, auch etwaige Lücken im Strafgesetz auszufüllen. Allein zum Handlanger der offenen Reaktion kann sich eine liberale Partei nicht herbeilassen[1]).

Stuttgart 4. Juli 1878.

Ereignißreiche Wochen liegen hinter mir, seit ich das letzte Mal Notizen niederschrieb. Der Untergang des „Großen Kurfürsten" am 31. Mai, der zweite Mordanfall auf den Kaiser am 2. Juni lasten schwer auf dem deutschen Volke.

XIV. Abschnitt.

Die erste Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(9. September bis 19. Oktober 1878.)

Die Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 ergaben eine konservativ-klerikale Mehrheit und eine entsprechend starke Verminderung der Mittelparteien, vor allem der Nationalliberalen (um 32 Sitze), während die Konservativen um 19, die Freikonservativen um 18 gewachsen waren. Der Fortschritt hatte 10 Sitze verloren. Der Kampf, welchen die konservative und offiziöse Presse während der Wahl gegen den Liberalismus und namentlich gegen die Nationalliberalen geführt hatte, war nach jeder Richtung den Extremen zu gute gekommen, also auch dem Centrum, den Welfen, elsässischen Protestlern und der Volkspartei. Dagegen hatte die Sozialdemokratie, zu deren Bekämpfung die Neuwahlen doch eigentlich ausgeschrieben

[1]) In einem Briefe Hölder's an die Seinigen d. d. 23. Mai 1878 heißt es noch: Wir hatten gestern zwei Vorstandssitzungen, heute Parteisitzung. Alles wurde reiflich erwogen, nach allen Seiten hin; es fehlte nicht an abweichenden Ansichten. Das schließliche Resultat aber war, daß morgen (wohl mit wenigen Ausnahmen, da auch Andersmeinende schließlich überzeugt wurden) die ganze nationalliberale Partei gegen das Gesetz stimmen wird. Da auch das Centrum und die Fortschrittspartei dagegen stimmen, dafür nur die Konservativen und Freikonservativen mit etwa 60 Stimmen, so ist das Schicksal des Gesetzes besiegelt. — Was wird dann erfolgen? Auflösung? möglicherweise. Dann bin ich rascher meiner Verbindlichkeit entledigt, als ich dachte. — Hölder stand mit seiner abfälligen Kritik der ersten Sozialistenvorlage nicht isoliert da. Böttcher schreibt darüber in dem oben S. 272 erwähnten Buche: „Sie ist angeblich gegen die Sozialdemokratie, in Wahrheit gegen die Nationalliberalen gerichtet", meinte Stephani, nachdem er sie zu Gesicht bekommen, und der gleichen Ansicht waren sicherlich die meisten seiner Fraktionsgenossen. Man hatte die Empfindung, als sollte die nationalliberale Partei bei dieser Gelegenheit nach einem damals viel gebrauchten Worte an die Wand gedrückt werden.

Digitized by Google

waren, nur drei Sitze verloren, neun gerettet. Nach den Stichwahlen zählten die Konservativen und Freikonservativen zusammen 115, die Nationalliberalen mit ihrem Anhang 107, der Fortschritt mit seinem Anhang 27, das Centrum 94, die Welfen 10, Polen 15, Protestler 11, Sozialdemokraten 9, die Volkspartei 5 Abgeordnete [1]).

Auf nationalliberaler Seite wurde um diese Zeit vielfach die Parole ausgegeben, der Kanzler habe sich neuerdings von den Nationalliberalen getrennt und sich der Reaktion zugewandt

„Ich habe," so sagte Bismarck im Januar 1881, als er mit Moritz Busch jene auch von Bamberger erhobenen Klagen und Vorwürfe besprach, „seit ich Minister bin, niemals einer Partei angehört, weder der liberalen noch der konservativen; der König war mein einziger Fraktionsgenosse, und meine einzigen Ziele waren Verteidigung der monarchischen Gewalt gegen verfassungswidrigen Parlamentarismus und Herstellung, Kräftigung und Weiterausbildung des Deutschen Reichs. Die Konservativen waren, soweit sie Reaktion wollten, immer gegen mich, weil ich keine wollte. Sie erinnern sich an die Stellung, welche die „Kreuzzeitung" 1872 und später, zur Zeit der großen Verleumdungen (durch Joachim Gehlsen's „Reichsglocke" und die sie läutenden Junker) mir gegenüber einnahm. Da haben sie sich von mir losgesagt und mich mit allen möglichen Mitteln angegriffen, weil ich nicht mit ihnen gehen konnte. Ganz ähnlich aber war es 1877 mit den Nationalliberalen. Als das Ministerium Bennigsen nicht zu stande kam, weil der Unmögliches verlangte und andrerseits der Kaiser ihn nicht wollte und weiteres Verhandeln mit ihm ausdrücklich verbot, ließen sie mich im Stiche, sagten sich von mir los und redeten mir allerhand Unwahrheiten nach. In der Kammer aber haben sie mich von da an nur lau oder gar nicht unterstützt und bei meinen Kollegen, den Ministern, Anlehnung gesucht [2])."

Bei den Neuwahlen zum Reichstag gab es zwei Abgeordnete, für deren Wahl sich Fürst Bismarck interessierte. Der eine war der Amtsrat Dietze-Barby [3]), der andre sein jüngster Sohn Graf Wilhelm Bismarck.

Am 10. August 1878 erließ der Landrat Stielow in Quedlinburg folgende Bekanntmachung: „Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck hat mich durch Telegramm vom heutigen Tage zu der öffentlichen Erklärung ermächtigt, daß er es

---

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 273

[2]) In ähnlichem Sinne äußerte sich Fürst Bismarck am 11. Juli 1890 in Friedrichsruh dem Herausgeber des „Frankfurter Journals" Julius Ritterhaus gegenüber. „Mit den Nationalliberalen habe ich mich meist gut vertragen. Es ist mir das Wort in den Mund gelegt worden: ich hätte sie einmal an die Wand gedrückt, bis sie quietschten. Dieser Satz ist mir niemals in den Mund gekommen; nie habe ich einen derartigen Ausdruck gebraucht. Er ist mir gar nicht geläufig; er entspricht so wenig meinem Fühlen und Denken, daß er mir unsympathisch, ja geradezu ekelhaft ist. Dem Sinne nach aber haben die Nationalliberalen seiner Zeit mit mir so verfahren wollen: mich wollten sie an die Wand drücken; mir wollten sie die Macht aus den Händen winden."

[3]) Vergl. oben Seite 49.

Digitized by Google

beklagen würde, wenn der Amtsrat Dietze zu Barby nicht wieder in den Reichstag gewählt werden sollte."

Diese Empfehlung wurde Bismarck von den Liberalen als starke Wahlbeeinflussung sehr verargt; Dietze-Barby kam aber in den Reichstag und bereicherte bald darauf den Anekdotenschatz über den Kanzler durch folgende Geschichte. Er selbst stellte Ende 1878 dem Kanzler die kitzliche Frage, wen er für den ersten Diplomaten halte, worauf Bismarck schnell gefaßt antwortete: „Wen ich für den ersten Diplomaten halte, kann ich nicht sagen, gewiß ist aber Lord Beaconsfield der zweite."

Graf Wilhelm Bismarck, geb. am 1. August 1852 in Frankfurt a. M., zur Zeit der Wahl also erst 26 Jahre alt, kandidierte im 3. Wahlkreise des Regierungsbezirks Erfurt (Mühlhausen, Langensalza, Weißensee)[1]). Bei der Stichwahl entbrannte ein lebhafter Parteikampf, der sich aber entschieden zu Gunsten des Sohnes des Kanzlers gestaltete, seitdem ihm die 2000 Stimmen der Ultramontanen von den Führern derselben zugesagt worden und zwar infolge des nachstehenden seltsamen Depeschenwechsels. Das Wahlkomitee der Centrumspartei richtete an den Grafen Wilhelm Bismarck nach Gastein, wo derselbe sich in der Umgebung des Kanzlers eben aufhielt, folgende telegraphische Anfrage: „Um bei der Stichwahl eventuell Eurer Hochgeboren unsre Stimmen geben zu können, bitten wir um hochgeneigteste sofortige telegraphische Auskunft, ob Hochdieselben Ihren Einfluß auf Aufhebung des Kulturkampfes geltend zu machen gedenken." Hierauf lief am 6. August 1878 abends vom Grafen Wilhelm nachstehende Depesche ein: „Telegramm von gestern erhalten. Ich glaube nicht, daß die darin gestellte Frage den Reichstag beschäftigen wird. Sollte es dennoch der Fall sein, so werde ich für mein Verhalten den Rat des mir persönlich nahestehenden Reichskanzlers erbitten und um so lieber befolgen, als mir die persönliche Gesinnung desselben bekannt ist."

Es war bei der Jugend des neu gewählten Abgeordneten nicht zu erwarten, daß er sich im Parlament zu großen Thaten aufschwingen werde. Gleichwohl ergriff er in mehreren Fragen die Initiative[2]). Bedeutsamer ist wohl seine Thätigkeit hinter den Kulissen gewesen; denn er war es vorzugsweise, an den sich diejenigen Abgeordneten wandten, die sich über die Absichten und Wünsche seines Vaters vergewissern wollten.

Am 29. September 1878 war Bismarck zur Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen[3]) in Berlin eingetroffen. Bereits an einem der nächsten Tage

[1]) Der Parlaments-Almanach f. d. Jahr 1878 gab noch folgende biographische Notizen: Premier-Lieutenant à la suite des k. preuß. 1. Garde-Dragoner-Regiments in Berlin. Besuchte das Gymnasium in Berlin, studierte in Bonn. Deutsche Reichspartei.

[2]) 14. April 1880 Antrag des Grafen Wilhelm Bismarck auf Einsetzung eines Zinsmaximums, Schultheß Geschichtskalender S. 109 und 117 (20.—22. April); 7. Mai 1880 Antrag auf Beschränkung der Wechselfähigkeit, a. a. O. S. 138 (cfr. S. 183).

[3]) Von dem Auftreten Bismarck's in der Reichstagssitzung vom 17. September 1878 hat der „Schwäbische Merkur" ein charakteristisches Bild entworfen, dem wir die folgenden Züge

Digitized by Google

stattete demselben ein persönlich nahestehender Reichstagsabgeordneter in früher Morgenstunde einen Besuch ab, der keinerlei politische Motive hatte, sondern vornehmlich die höfliche Nachfrage bezweckte, ob der Gutsherr von Varzin wieder wohl und munter in Berlin eingetroffen sei. Bekanntlich schlief nun der vielbeschäftigte Staatsmann des Morgens gern lange und liebte es nicht, selbst von seinen intimsten Freunden in seinem Schlummer gestört zu werden. Der eben bezeichnete Intimus aber nahm diesmal von der Bismarck'schen Tagesordnung keine Notiz, weil es sich um die Wichtigkeit handelte, allen andern Hausfreunden voraus dem glücklichen Schwiegervater seine Glückwünsche zur Verlobung der Komtesse Marie [1]) abzustatten. Der Leibdiener hatte aber kaum den Besuch, dessen wohlwollende Absicht der Fürst Bismarck schnell durchschaut hatte, gemeldet, als dieser befahl, seinen Lieben und Getreuen in das Empfangszimmer einzulassen, und Tyras, der seinen Herrn bis dahin bewacht hatte, mitzunehmen, damit der Hausfreund, wie sich der Reichskanzler ausdrückte, „bis zu seinem Erscheinen wenigstens einige Zerstreuung habe". Infolgedessen war dem Reichshunde die schmeichelhafte Aufgabe zugefallen, den Besuch gebührend zu empfangen. Tyras übte nun den „gebührenden Empfang" in der Weise aus, daß er den ihm Fremden knurrend beschnüffelte, so daß dieser dem Diener gegenüber seine Be-

---

entnehmen: Der große, stattliche Mann in der kleidsamen blauen Generalsuniform mit den gelben Aufschlägen hat das beste, gesundeste Aussehen von der Sommerfrische mitgebracht. Er überschaut zuerst mit der Lorgnette die neue Situation, die er im Reichstage vorfindet, öffnet sodann sein Portefeuille und liest verschiedene Akten, wobei er seinen großen Bleistift anmerkend oder durchstreichend mit Energie handhabt. Doch jetzt ist Hänel zu Ende und Fürst Bismarck erhebt sich, indem er sich gegen den Präsidenten des Hauses neigt. Der letztere ruft: „Fürst Bismarck hat das Wort!" und plötzlich kehrt eine lautlose Stille im Saale ein. Die Abgeordneten drängen sich mit Macht in die Nähe des Reichskanzlers. Selbst Bebel macht sich auf den Weg und setzt sich zur Notierung alles Wichtigen in Bereitschaft. Doch wie erstaunen gemeiniglich diejenigen, die den Fürsten zum erstenmal sprechen hören. Statt seiner kräftigen, sonoren Stimme, statt des vermuteten Pathos, statt einer vom Feuer klassischer Beredsamkeit durchglühten Philippika, fließt das so leise und sacht, fast im Konversationstone hervor über die Lippen des großen Mannes, und stockt zuweilen und windet sich, bis der rechte Ausdruck gefunden. Ja fast eine Art Verlegenheit ist anfänglich dem Redner anzuspüren. Sein Oberkörper ist in wiegender Bewegung und alle Augenblicke holt der Kanzler sein Taschentuch aus der hinteren Rocktasche, wischt sich das Gesicht, steckt das Tuch in die Tasche und holt es wieder hervor. Doch ohne jegliche Beklemmung folgt der Hörer den zögernden Ausführungen des Redners. Denn dieser fällt nie aus der Konstruktion und ein hoher, geistvoller Gedanke um den andern wirft Licht auf den Weg. So fließt das murmelnde Bächlein dahin bis zum gewaltigen Schluß, oft unterbrochen vom homerischen Gelächter der Hörer über den eingestreuten attischen Witz, aber ohne jegliches Pathos, selbst bei seinen letzten hochernsten Worten von „den Opfern, die der Kampf noch fordern könnte". Doch gerade dieser Verzicht auf jeden Effekt, diese sachliche Ruhe verleiht den leise gesprochenen Worten eine durchschlagende Wirkung, und das beruhigende Gefühl, das Steuerruder des Staatsschiffes in diesen nervigen Händen zu wissen, kehrt nach Bismarck's Rede in neuer Stärke ein in der deutschen Brust.

[1]) Dieselbe war am 22. September 1878 erfolgt. Zur Hochzeit der Gräfin mit dem Grafen Rantzau waren von Parlamentariern nur geladen: von Kleist-Retzow, von Blanckenburg, Dr. Lucius und Dietze-Barby.

Digitized by Google

fürchtung aussprach, der Hund werde ihn am Ende à la Gortschakoff behandeln. Das geschah nun allerdings nicht, aber Tyras machte sich auf andre Weise zum „chien terrible“. Er griff nämlich ohne weiteres des Abgeordneten Klapphut, der auf einem Fauteuil lag, mit den Zähnen und legte ihn mit einer gewissen Grandezza an der Thürschwelle nieder. — Dieser deutliche Wink hatte denn auch zur Folge, daß der Hausfreund sogleich eine Visitenkarte aus der Tasche zog und sie dem Diener mit der Bemerkung übergab, er bitte Se. Durchlaucht für die Störung zu so früher Morgenstunde um Entschuldigung und werde sich nach einigen Stunden erlauben wieder vorzusprechen. Als Fürst Bismarck diese neue Frevelthat Tyras' vernahm, soll er erst gelächelt, dann aber gesagt haben: „Der Schlingel bringt mich schließlich noch um meine besten Freunde!“

Der einzige Beratungsgegenstand des Reichstags war das umgearbeitete Sozialistengesetz. Bei den Verhandlungen darüber war der Abgeordnete von Helldorff lebhaft beteiligt, und in dieser Zeit haben mehrfache Berührungen mit Bismarck stattgefunden.

In den Tagebuch-Aufzeichnungen von Helldorff's finden sich folgende Daten:

Am 2. Oktober 1878 bei Bismarck gespeist, allein mit einem russischen General.

Am 8. Oktober 1878 um 3 Uhr bei Bismarck, und lange mit ihm im Park promeniert.

Am 16. Oktober 1878 bei Bismarck; wirkt für Festhalten an einer längeren Frist für die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes.

An demselben Tage abends zu Bismarck eingeladen zugleich mit den Abgeordneten von Bennigsen und Dr. Lucius und dem Minister Graf Eulenburg zur Besprechung des Sozialistengesetzes.

Abgesehen von dem 16. Oktober besprach Bismarck mit Bennigsen, welcher zum Vorsitzenden der Kommission für das Sozialistengesetz ernannt worden war, die parlamentarische Situation noch am 17. September, Ende September und am 7. Oktober 1878 [1]).

Zu einer wertvollen Geschichtsquelle gestaltet sich für unsre Reichstagssession das Tagebuch des Abgeordneten Hölder. Ich beginne mit meinen Auszügen daraus bereits mit der Wahlperiode, weil Hölder's Schilderungen aus dieser Zeit deutlich die Strömungen ersehen läßt, welche damals innerhalb der nationalliberalen Partei [2]) herrschten.

---

[1]) Vergl. über diese Unterredungen die „Vossische Zeitung“ Nr. 223 vom 22. September 1878 und Nr. 231 vom 2. Oktober 1878, die „Post“ Nr. 272 und 279 vom 2. Oktober 1878 und 9. Oktober 1878, endlich Schultheß Europäischen Geschichtskalender 1878, S. 63.

[2]) Artikel der „National-Zeitung“ und des „Hannoverschen Courier“ über die Beziehungen des Reichskanzlers zu den Nationalliberalen s. die „Post“ Nr. 286 vom 16. Oktober 1878. Zur Haltung des Centrums gegenüber Bismarck s. die „Post“ Nr. 285 vom 15. Oktober 1878.

Digitized by Google

Stuttgart, den 12. Juni 1878.

Meine Gründe gegen Annahme einer Wiederwahl sind folgende: Die nationalliberale Fraktion im Reichstag wird in doktrinärer Weise geführt. Damit hängt diese Centralisirungssucht zusammen, der die einzelnen Staaten nur geduldete Organisationen sind. Außerdem hat der Doktrinarismus zu dem Freihandelssystem geführt, das keinen Schutz für die nationale Arbeit kennt und zu den verklausulierten Strafartikeln, welche eine kräftige Repression hemmen. Von diesem Standpunkt aus werden Verbesserungen der Gewerbeordnung (Strafe des Kontraktbruchs rc.) angestrebt; das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, der mit 2 Jahren erworben wird, hat den Heimatbegriff im öffentlichen Recht aufgehoben. Und anderes mehr. In allen diesen Dingen weiche ich nun von der durch Lasker, Bamberger u. s. w. geführten Mehrheit der nationalliberalen Fraktion ab, und in Folge davon ist meine Stellung in derselben eine unbehagliche, da ich nie weiß, ob ich nicht in die Lage komme, meinen Austritt erklären zu müssen. Zudem kommt, daß Gaupp, Elben rc. mich offenbar schon seit Jahren in Berlin als Partikularisten verschrieen haben. Eine Folge davon ist es ohne Zweifel, daß, obwohl ich Mitglied des Vorstands bin, und zwar gemäß dem entschieden ausgesprochenen Willen der Führer, ich doch nicht in das engste Vertrauen derselben gezogen werde. Möglicherweise hängt dies auch mit der Zugeknöpftheit der Norddeutschen und damit zusammen, daß meine geselligen Wege in Berlin andere sind als die Bennigsen's u. s. w.

Diese verschobene persönliche Situation im Reichstag dachte ich nun längst schon durch Ablehnung einer Neuwahl zu lösen. Es geht so am gelindesten. Denn wollte ich als gewählt aus der Fraktion austreten, so müßte es notwendig unangenehme Erklärungen herüber und hinüber zur Folge haben. Und dann würde es sich fragen wohin? Die Freikonservativen sind mir doch zu konservativ; die Partei in schlimmen Tagen verlassen geht auch nicht; überdies würde Übergang zu einer andern Partei stets ungünstig beurteilt. Wilder kann ich auch kaum werden. Eine freisinnige Reichspartei mit föderativer Färbung giebt es nicht mehr und es besteht keine Aussicht einer Neubildung . . . . .

Vor Tisch kam N. zu mir, um über die Wahlen zu sprechen. Ich setzte ihm meine Bedenken gegen eine Wiederwahl auseinander. Er erwiderte: ich könne mich einer Wiederwahl unmöglich entziehen, schon wegen meiner Stellung als Präsident der württembergischen Kammer nicht; es wäre der größte politische Fehler, wenn ich es thäte. Dies sei sein Gefühl und er täusche sich darin selten. Er rate mir daher als Freund, eine Wiederwahl nicht abzulehnen. Vorausgesetzt sei natürlich meine Zustimmung zu Spezialgesetzen gegen die Sozialdemokratie. In diesem Fall werde weder die Regierung noch die konservative Partei hier gegen meine Wahl sein, sie vielmehr wünschen.

(Folgt eine Mitteilung von dem Besuche eines Verwandten.) Auch er erklärt es für unmöglich, daß ich die Wahl ablehne. Der nationalliberalen Partei gehöre die Zukunft, aber sie müsse den Doktrinarismus Lasker's ausstoßen, sonst werde sie durch Jahre der Trübsal gehen müssen, bis sie wieder aufkomme.

Digitized by Google

Er würde in der Fraktion derb gegen derartige Lasker'sche Spitzfindigkeiten auftreten.

Stuttgart, den 26. Juni 1878.

Die letzten 14 Tage bewegte mich schwer die Frage wegen Annahme einer Reichstagswahl. Die Gründe, auch die sachlichen für und gegen, halten sich die Waage. Viele Besprechungen mit Römer, von Schmid, Harth, den Ministern, Fetzer (Renten-Anstalt), Gemmingen, Landeskomitee u. s. w. Die wohlwollendsten, mir persönlich befreundetsten Personen erklären eine Ablehnung meinerseits unter den vorliegenden Umständen für unmöglich. Allein die hiesige Wählerschaft ist ganz gewiß, wenigstens in diesem Augenblick, konservativer als ich, und wie wird sich meine Stellung in der Fraktion im Reichstag gestalten? Ausnahmegesetze gegen die sozialdemokratische Partei könnte ich bei jetziger Sachlage zulassen; ohne eine solche Erklärung wäre auch meine Wahl gar nicht möglich. Allein meine freisinnige Richtung im Ganzen vermag ich nicht aufzugeben. Korrespondenz mit Stauffenberg über die Frage.

Von einer der Regierung nahestehenden Seite erfuhr Hölder noch Folgendes: Die württembergische Regierung sei nicht gegen seine Wahl. Die Abstimmung gegen den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes sei für sie kein Hinderniß. Sie sei zur Abstimmung im Bundesrat zu spät gekommen. So wie es vorgelegen, hätte sie auch nicht dafür stimmen können. Dagegen habe sie für die Auflösung mit voller Überzeugung gestimmt. Die nationalliberale Partei verhalte sich zu wenig positiv, so insbesondere bei den Steuerfragen. Bismarck sei nicht gegen die nationalliberale Partei im Ganzen, wohl aber wünsche er eine Schwächung des linken Flügels und eine Zurückdämmung des Lasker'schen Einflusses. Sonst hätte ja die Auflösung keinen Sinn. Außer einem Vereinsgesetz und dem Gesetz gegen die Sozialisten dürften noch weitere Entwürfe dem Reichstag vorgelegt werden, z. B. über Modifikation des Gesetzes, betr. Freizügigkeit, und über den Belagerungszustand. Es handle sich für mich ja nicht um Austritt aus der nationalliberalen Partei. Ich dürfe überzeugt sein, daß noch viele Nationalliberale in meiner Lage sein werden. Dann gelte es gemeinschaftlich seine Stellung zu nehmen.

Nach langen innern Kämpfen fasse ich endlich meinen Entschluß; ich wähle im Zweifel das Ehrenhaftere, entscheide mich für das, womit mehr persönliche Opfer verbunden sind, also unter gewissen Bedingungen für die Annahme[1]). Entscheidend wäre, wie ich gestern und heute K. Schott zu Händen des Lokalkomitees der deutschen Partei erklärte, wenn alle reichstreuen Richtungen hier in dieser schweren Zeit mir ihr Vertrauen schenkten und jeder Wahlkampf unter ihnen durch meinen Entschluß beseitigt würde; in diesem Falle würde ich die Zurück-

---

[1]) Über die Annahme eines Mandats seitens Hölder's vergl. den „Schwäbischen Merkur" vom 2. Juli 1878, Nr. 155, die Stuttgarter „Neue Zeitung" vom 2. Juli 1878, das Stuttgarter „Neue Tageblatt", Nr. 171 u. 172, Jahrgang 1878 (Kandidatenrede Hölder's in Stuttgart), Nr. 174 (desgleichen in Feuerbach am 25. Juli), die Stuttgarter „Neue Zeitung" vom 25. Juli 1878, Nr. 172 (Rede Hölder's in einer Stuttgarter Wahlversammlung).

Digitized by Google

weisung des allgemeinen Vertrauens für unzulässig halten. Dabei muß ich aber natürlich meinen politischen Charakter wahren und kann mich zu nichts meiner Überzeugung Widersprechendem verpflichten. Zu offenster Darlegung meiner Ansichten bin ich bereit. Dann erst wird es sich zeigen, ob die Deutschkonservativen (an denen indessen die Minister gar keine Freude haben) ihre Stimmen auf mich vereinigen wollen. Die nächsten Tage werden somit Besprechungen über die politischen Ansichten resp. Ansprüche bringen und ich erklärte Schott, daß ich meine Bedingung ernstlich nehme und mich nur dann zu einer Wahlkandidatur entschließen könne, wenn die Deutschkonservativen auf Grund meiner Ansichten resp. trotz derselben gleichfalls mich zur Übernahme des Mandats auffordern würden.

30. Juni 1878.

Letzten Mittwoch Versammlung der deutschkonservativen Partei. Fetzer kündigt mir am Donnerstag eine Deputation derselben auf Montag (später Dienstag) an.

Große Zweifel, wie ich mich zu dem Programm[1]) derselben verhalten soll? Nicht unbedingt zustimmend.

Stuttgart, den 29. Juli 1878.

Endlich sind Gottlob die Wahlsuiten beendigt. Was aus diesem deutschen Hexenkessel herauskommen wird, muß sich morgen zeigen. Mir ist es am wahrscheinlichsten, daß die Zahlen der Parteien sich nicht wesentlich ändern, höchstens mit 20—30 nach rechts verschieben werden. Allein innerhalb der nationalliberalen Partei wird die Stimmung gemäßigter, konservativer sein. Dann muß es eben biegen oder brechen.

Stuttgart, den 8. August 1878.

In den letzten Tagen mehrfache Besprechungen mit Max Römer über seine künftige Parteistellung im Reichstag; am Dienstag nahm auch Präsident Werner[2]) an denselben Teil. Derselbe hat keine Lust, zu den Nationalliberalen zu gehen, so lange Lasker dort herrscht, will sich aber zunächst auch den Freikonservativen gegenüber nicht binden.

Erörterung der Möglichkeiten: Lasker mit dem linken Flügel der Nationalliberalen tritt aus; dann würde in wünschenswerther Weise der rechte Flügel für sich bleiben, der Regierung gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen und die doktrinären Konsequenzreitereien unterlassen resp. verbessern können. Oder: der rechte Flügel ist in der Minderzahl und tritt aus. Diese Eventualität wäre mir weniger erwünscht; unter Gneist's und Treitschke's Leitung möchte ich nicht sein. Die Trennung von Bennigsen fiele mir schwer. Wo wären geeignete Führer für eine solche liberale Reichspartei? Am wahrscheinlichsten scheint mir,

---

[1]) Ein Referat über die zweite Versammlung der deutschkonservativen Partei in Stuttgart, welche beschloß, mit Hölder über die Annahme der Kandidatur in Verhandlung zu treten, s. in Nr. 149 der Stuttgarter „Neuen Zeitung" vom 28. Juni 1878.

[2]) Präsident der württembergischen Centralstelle für die Landwirtschaft in Kannstat. Derselbe trat demnächst der deutschen Reichspartei bei.

Digitized by Google

daß innerhalb der Nationalliberalen mit Hochdruck dahin gearbeitet wird, eine Trennung zu verhüten. Wie und unter welchen Bedingungen wird das aber sein? Lasker ist doktrinär und eigensinnig, Bennigsen ist bei den Neuwahlen von den Offiziösen schwer verletzt worden. Es war m. E. ein Fehler Bismarck's, im Wahlkampf die ganze nationalliberale Partei angreifen zu lassen. Unter den obwaltenden Umständen bleibt nichts übrig, als für die entscheidenden Fragen, entsprechend dem eigenen Wahlprogramm und den Anschauungen meiner Wähler, die eigene Selbständigkeit zu wahren und deren Achtung zur Bedingung der ferneren Teilnahme an der nationalliberalen Partei zu machen. Manche werden in ähnlicher Lage sein wie ich. Schließlich wird es sich ja zeigen, ob die nationalliberale Partei in Zukunft mehr Maß halten, ob sie das Auseinandergehen ihrer Mitglieder in erheblichen Einzelfragen ertragen, oder ob sie am Ende doch auseinandergehen wird. Die schlimmste Entwickelung wäre, wenn Lasker und Genossen im Anfang versöhnlich auftreten und, wenn alles wieder im Geleise ist, doch am Ende wieder ihren alten dominierenden Einfluß erlangen würden. — Es wird unangenehme Beratungen in- und außerhalb der Fraktion bei der nächsten Session geben.

Wir kommen überein, die neugewählten Württemberger der gemäßigt liberalen Partei sollen sich während der bevorstehenden außerordentlichen Session noch zurückhalten und vor dem Eintritt in eine Parteistellung die Entwickelung abwarten.

Rorschach[1]), den 19. August 1878 (Montag).

Der Entwurf des Sozialistengesetzes ist erschienen. Er ist streng konsequent, wird aber vielfach der Änderung bedürfen. Im übrigen: wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen.

Stuttgart, den 30. August 1878.

In der Kammerkanzlei besucht mich Finanzminister Renner und spricht über den Etat. Ich erwähne die Heidelberger Zusammenkunft deutscher Finanzminister. Er ist zurückhaltend, teilt aber doch vertraulich einzelnes mit: Bismarck habe verlangt, man solle 250 Millionen Mark durch neue Reichssteuern aufbringen. Er wolle durchaus schon zum 1. April 1879 neue Steuern einführen. Die Notwendigkeit sei eben eine zwingende. Die Biersteuer solle auch für Norddeutschland erhöht werden. Das Verlangen, die Sonderstellung Württembergs und Bayerns bezüglich der Bier- und Branntweinsteuer aufzugeben, hätten die Vertreter dieser Staaten abgelehnt. Das Reich habe ja ohnehin schon die meisten Steuern und Steuerobjekte an sich gezogen. Renner setzt die Vorteile des Tabakmonopols auseinander. Es sei ein Unding, daß in Deutschland auf den Kopf 90 Pf. Salz- und nur 35 Pf. Tabaksteuer kommen.

Stuttgart, den 31. August 1878.

Aufzeichnung über eine tags vorher (30. August) erfolgte Unterredung mit einem Staatsmann, welcher kurz vorher in Kissingen mit dem Fürsten Bismarck

[1]) In Rorschach am Bodensee nahm Hölder wiederholt seinen Sommeraufenthalt.

Digitized by Google

zusammengekommen und darum in die nächsten Ziele und Absichten des Kanzlers wohl eingeweiht war. Der gedachte Staatsmann teilte Hölder mit, er habe Bismarck gegenüber seinerzeit den Wunsch ausgesprochen, den Entwurf des neuen Sozialistengesetzes vor der Einbringung desselben beim Bundesrat kennen zu lernen. In Folge dessen habe der Kanzler ihm denselben geschickt, wiewohl das Reichs-Justizamt eine vorzeitige Mittheilung des Entwurfs an die Bundesregierungen nicht wünsche. Der Minister keines andern Bundesstaates habe sich einer gleichen Rücksichtnahme zu erfreuen gehabt. Er habe darauf Bismarck seine Erinnerungen zu dem Entwurfe mitgeteilt, das neue Reichsamt beanstandet, nicht in partikularistischem Sinne, sondern weil hier seiner Ansicht nach das Ermessen, aber kein Quasigericht entscheidend sein müsse, ferner zeitliche Begrenzung des Gesetzes vorgeschlagen. Hierauf habe ihn Bismarck nach Kissingen beschieden und ihm erklärt, auch er sei ganz entschieden gegen das Hereinziehen richterlicher Elemente, der Entwurf sei in diesem Punkt nicht nach seinem Sinne. Mit dem Bundesrat resp. einem Ausschusse desselben als Beschwerde-Instanz sei er einverstanden gewesen. Indessen habe nun aber Bayern und Sachsen in Berlin in ähnlicher Richtung, aber aus partikularistischen Gründen Opposition erhoben, und Bismarck habe ihm gesagt, dieser Opposition könne er nicht nachgeben, aber Richter wolle er durchaus nicht. Was thun? Wenn jemand die Vermittelung übernähme? Hierzu habe er (der Staatsmann) sich erboten, das Erbieten indessen davon abhängig gemacht, daß Preußen, wenn der Vergleich zu stande käme, unbedingt mitgehen müsse. Auf das Versprechen Bismarck's, er könne sich hierauf verlassen, habe er von Kissingen aus den bayerischen Minister von Pfretzschner um eine Zusammenkunft in Ulm gebeten und habe sich mit ihm nach dem Wunsche Bismarck's verständigt. Indessen seien in Berlin die Dinge kanzleimäßig weitergegangen, Bismarck habe es unterlassen, sogleich nach Berlin Weisung zu geben, und so sei der ursprüngliche Entwurf im Bundesrat eingebracht worden. Nach gewohnter Manier habe die Ausschußsitzung gleich an einem der nächsten Tage stattgefunden, allein bei der ersten Lesung sei niemand instruiert gewesen, und so habe man eben den Entwurf angenommen. Am andern Tage seien dann von allen Seiten, insbesondere auch von Bismarck, die telegraphischen Weisungen eingelaufen, und so sei der Entwurf in jetziger Fassung schließlich einstimmig angenommen worden. Das Odium, statt der halbrichterlichen Instanz aus partikularistischen Motiven den Bundesratsausschuß eingefügt zu haben, werde nun aber doch in der Presse auf die Mittelstaaten gewälzt.

Ueber den Vorschlag der zeitlichen Begrenzung des Gesetzes habe sich Bismarck in Kissingen ausgeschwiegen. Er meine aber, eine solche zeitliche Begrenzung könne der Reichstag durchsetzen. Im Bundesrath hätten nur zwei Regierungen, darunter Braunschweig, für diesen Antrag gestimmt.

Im übrigen werde Bismarck auf allem Wesentlichen beharren. Er sei äußerst energisch, gesünder als je, rede von Auflösen bis er seinen Zweck erreiche, und scheue vor keinen Konsequenzen zurück. Jedenfalls werde er selbst zu den Verhandlungen des Reichstags in Berlin eintreffen.

Digitized by Google

Wir besprachen manches über diesen Punkt und waren darin einig, daß ein Bruch mit dem Reichstag und eine Konfliktsregierung bei der heutigen Situation in Deutschland und Europa sehr bedenklich wäre.

Hölder's Gewährsmann wußte dann noch eine Reihe interessanter Punkte über Bismarck zu erzählen, wovon einiges hier noch angereiht werden mag. Anfangs August 1878 fanden in Heidelberg die bereits oben erwähnten Ministerkonferenzen zur Berathung der Steuerreform[1]) statt. Der Staatsminister Hofmann sei mit ihm in Kissingen gewesen mit den Protokollen der Heidelberger Konferenz, schön zugeknüpft in eine Rolle mit Rosaband. Bismarck habe die Rolle nicht einmal geöffnet und Hofmann ohne eingehenden Bescheid abreisen müssen[2]). —

Die Verhandlungen Bismarck's mit Bennigsen seien nicht deshalb gescheitert, weil der letztere den Miteintritt Stauffenberg's in das Ministerium verlangte, sondern weil Bismarck eine Parteiregierung gefürchtet habe. Diese Befürchtung habe sich an das Verlangen Bennigsen's geknüpft, politische Freunde mit ins Ministerium zu nehmen.

Auf den Einwand Hölder's, eine Parteiregierung werde Bennigsen damit nicht beabsichtigt haben, wohl aber eine Garantie gegen das Eingreifen Bismarck's ohne Beachtung der Stellung seiner Kollegen, antwortete ihm der gedachte Staatsmann: Da habe aber Bennigsen Bismarck schlecht gekannt, dieser lasse sich von seinem Willen nicht abbringen, und wenn alle Minister andrer Ansicht seien, setze er seinen Willen gegen alle durch. Unter den Ministern seien Leonhardt und Friedberg die gefügigsten; aber auch Delbrück habe oft genug seine Ansicht derjenigen Bismarck's untergeordnet.

Berlin, den 16. September 1878.

Die politische Situation ist noch nicht geklärt. Bei der Präsidentenwahl sprachen Professor Gneist, Dr. Völk und ich dafür, des Friedens und guten Einvernehmens willen, den ersten Vize-Präsidenten den Deutschkonservativen anzubieten. Schon hatte es den Anschein, daß eine Einigung zu stande komme. Im letzten Augenblick sprang jedoch infolge des Auftretens von Forckenbeck und andrer die Stimmung um. Sie hatten das Stimmenverhältnis im Reichstag richtig berechnet. Die Liberalen (Nationalliberale, Fortschritt und liberale Wilde) zählen immer noch 10 Stimmen über die vereinigten Konservativen. So fielen letztere für die engere Wahl durch, in welche Stauffenberg mit einem Ultramontanen kam. Bei der engeren Wahl waren somit die Konservativen in eine Zwangslage versetzt; sie mußten, da ein Ultramontaner auch für sie unmöglich war, für Stauffenberg stimmen. — Es war eine richtige Parteitaktik, ob sie zum Heile des Reichs dient, müssen die nächsten Wochen lehren. — Die Verstimmung von den Wahlen her

[1]) Vergl. hierüber mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 143.

[2]) Hierin wird etwas Absonderliches wohl kaum erblickt werden können, da Fürst Bismarck wahrscheinlich sich ein eingehendes Studium der Protokolle vorbehielt, bevor er bestimmten Bescheid erteilen wollte und konnte. Ein solcher Bescheid wäre doch auch ohne vorgängige Beratung mit dem preußischen Finanzminister verfrüht gewesen.

war eben noch zu groß, um die Nationalliberalen zum Kompromiß mit den Konservativen zu stimmen.

Was das Sozialistengesetz betrifft, so ist nun allerdings der Wille vorhanden, ein solches zu stande zu bringen. Die Wähler haben auch in Norddeutschland vielfach ihren Willen dafür deutlich ausgesprochen. — Allein Verbesserungen, Milderungen sind notwendig, und darüber habe ich noch keine Beruhigung, ob man nicht von gewisser Seite innerhalb der Nationalliberalen so einschneidende Änderungen vorzunehmen beabsichtigt, daß das Gesetz am Ende für Bismarck unannehmbar wird. Erschwert wird die Wirksamkeit der Freunde des Entwurfs durch die Unberechenbarkeit und Zurückhaltung Bismarck's. Heute ist die erste Lesung und man weiß zur Stunde noch nicht, ob Bismarck auftreten und die Punkte bezeichnen wird, die für ihn unangreifbar sind. Wüßte man dieselben beizeiten, so glaube ich, würden viele Nationalliberale sie zugestehen. Wartet er aber, bis man sich in Amendements verbissen und sich für Beschlüsse engagiert hat, dann ist eine Verständigung viel schwerer. — Allein man weiß ja nicht einmal, ob Bismarck nicht eine nochmalige Auflösung wünscht, um die Nationalliberalen noch mehr zu schwächen! Morgen wird nun der Entwurf an eine Kommission verwiesen werden, der ich keinenfalls angehören werde. Ich möchte mir meine Ansichten möglichst lange offen halten. Die Thätigkeit der Kommission wird auf 8—10 Tage geschätzt.

Berlin, den 18. September 1878.

Montag vor acht Tagen haben die Sitzungen des Reichstags begonnen, heute wurden dieselben vorläufig ausgesetzt, bis die Kommission über das Sozialistengesetz ihren Bericht erstattet haben wird. Unbedingt zustimmend verhalten sich die beiden konservativen Fraktionen, verneinend das Centrum und der Fortschritt. Die nationalliberale Partei hat somit die Sache in der Art in der Hand, daß ca. 30 Mitglieder derselben das Gesetz zu Fall bringen können. Beim Zusammentritt des Reichstags war die Stimmung der nationalliberalen Führer (Forckenbeck, Bennigsen u. s. w.) noch eine ziemlich gereizte wegen der allerdings heftigen Angriffe, die sie bei den Wahlen insbesondere in Norddeutschland seitens der Konservativen und des Reichskanzlers resp. seiner Preßorgane zu erdulden hatten. Diese Stimmung machte sich bei der Wahl des Präsidiums bemerklich. Mir schien es im Interesse des Reichs von Wert zu sein, daß die drei staatserhaltenden Parteien (Deutschkonservative, deutsche Reichspartei und Nationalliberale) schon hier ihr Zusammengehen dokumentierten, daß daher den Deutschkonservativen der erste Vize-Präsident zugestanden werden solle. Nachdem Stauffenberg nach mehreren halben Erklärungen endlich die Ablehnung seinerseits unbedingt erklärt hatte, schien man darin einig zu sein, die Wahl des ersten Vize-Präsidenten den Fraktionsgenossen frei zu geben. In diesem Falle hätten etwa 25 Mitglieder der nationalliberalen Fraktion sofort für Seydewitz gestimmt, er wäre mit den Ultramontanen in die engere Wahl gekommen und folgeweise gewählt worden. Da trat etwa 15 Minuten vor Schluß der Fraktionssitzung und der sich unmittelbar daran reihenden Plenarsitzung Forckenbeck gegen dieses Ver-

Digitized by Google

fahren und für Festhalten an Stauffenberg auf, und infolge seiner Rede fiel ihm die große Mehrheit zu; die Minderheit bestand aus 7—8 Mitgliedern: Gneist, Treitschke, von Cuny, Völk, Schauß, Römer und ich. — Dies bestimmte mich, Bennigsen nach der Sitzung zu erklären, daß ich aus dem allerdings zunächst provisorischen (früheren) Vorstande austrete. Er meinte, ich solle es noch überlegen, überdies wollte er die Erklärung gar nicht annehmen, da ein Vorstand noch nicht bestehe. Zunächst beruhigte ich mich, folgte aber den Einladungen zur Besprechung der Sozialistengesetz-Vorlage im Schooße des Vorstandes nicht mehr. Von Lasker darüber befragt, nahm ich Bezug auf die Bennigsen gegenüber abgegebene Erklärung, die ich damit motivierte, daß ich mich voraussichtlich noch öfter im Widerspruch mit der Mehrheit der Fraktion befinden würde, weshalb der Austritt der Sachlage völlig entspreche. Er wollte diesen Grund nicht anerkennen, weigerte sich, ihn auszurichten, versprach aber, mein Wegbleiben einfach zu entschuldigen.

In der nationalliberalen Fraktion zeigt sich auf allen Seiten der gute Wille, das Gesetz mit den nöthigen Verbesserungen zu stande zu bringen. Die Stimmung wird jeden Tag ruhiger. Zeitliche Beschränkung, die bei der Regierung wohl keinen Anstand finden wird, ist die Hauptbedingung. Wie es mit der zweiten betreffs der „Rekursbehörde" gehen wird, muß die Zukunft lehren . . . .

Bei den Fraktionsberatungen hielt ich mich zurück. Eine behufs der Verständigung zur Mäßigung ratende Ansicht könnte heute als Ketzerei von der Fraktion verfehmt werden, während vielleicht in 14 Tagen Bennigsen unter allgemeinem Jubel als Ergebniß getroffener Verständigung sie vertritt. Geht es aber zum Bruch, so will ich mich nicht vorzeitig nach der einen oder andern Seite hin engagieren. Indessen ist die Stimmung versöhnlich. Die Gefahr liegt meines Erachtens hauptsächlich darin, daß Bismarck mit seinen Erklärungen zu lange zurückhalten und in Folge davon die Fraktion resp. ihre Vertreter in der Kommission sich zu fest binden könnten. Stauffenberg, den ich heute sprach, teilt auch letztere Ansicht. Derselbe erzählt, der Kronprinz habe ihm gesagt, wir sollten nur so handeln, daß die Schuld eines etwaigen Scheiterns nicht auf uns gewälzt werden könne. Bismarck sprach gestern eine halbe Stunde mit Bennigsen, der aber zurückhielt. Heute liegt Bismarck im Bett. — Bennigsen engagierte sich in der Fraktion nach keiner Seite. Es scheint mir, daß er womöglich eine Verständigung will. Dies wollen indessen, wie mir vielfach gesagt wird, auch die Wähler in Norddeutschland, nicht blos bei uns. Daher ist die geneigte Stimmung in der Fraktion erklärlich . . . .

Max Römer sucht sich rasch zu orientieren und lacht über die Art, wie die Fraktion von einer kleinen Clique geleitet wird. Dies geschieht allerdings unter Anwendung aller großen und kleinen Mittel und Kniffe. Allein jene Wenigen sind eben auch sehr hervorragend. Unzufriedenheit mit dieser Behandlung der Dinge in Verbindung mit einer gewissen vornehmen Zurückhaltung im persönlichen Verkehr mit der Masse ist allgemein. Allein, sagt Römer, die Sklaven klirren nur mit den Ketten, folgen aber im entscheidenden Augenblick immer wieder.

Digitized by Google

Stuttgart, den 26. September 1878.

Mittwoch, den 18. September, wurden die Sitzungen des Reichstags ausgesetzt und die Vorberatung des Sozialistengesetz-Entwurfs einer Kommission von 21 Personen überlassen. Interessant waren die Umtriebe für die Wahl der 6 Mitglieder der nationalliberalen Fraktion. Lasker konnte nicht umgangen werden; dagegen hätte ich die Wahl Gneist's und Völk's gewünscht. Letzteren ersetzten die Führer durch Schauß, ersteren verdrängten sie ganz. Es fielen nur etwa 26—28 Stimmen in der Fraktion auf ihn. So war gesorgt, daß unter den 6 Mitgliedern der nationalliberalen Partei kein entschiedener Gegner der Führer gewählt wurde. Dieselben behielten damit die Bestimmung des Maßes der Nachgiebigkeit in der Kommission sich selbst vor. Zu ihrem großen Ärger wählten die Konservativen der 2. Abtheilung — Gneist als das 21. (freigegebene) Mitglied doch hinein [1]).

Alles was nicht der Kommission des Reichstags angehörte, verließ jetzt Berlin.

Berlin, den 8. Oktober 1878.

Um 11 Uhr war Fraktionssitzung. Bennigsen verhandelt mit Bismarck und es ist alle Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes. Dem Anscheine nach ist Bismarck viel willfähriger, als nach den Mitteilungen des Ministers Mittnacht zu erwarten war. Allein ersterer ist eben unberechenbar und Bennigsen ist sehr zurückhaltend. Im gegebenen Augenblick wird er eben der Fraktion ankündigen, worin sie der in Aussicht genommenen Verständigung gemäß noch nachgiebig sein muß. Für mich werden keine Schwierigkeiten zu überwinden sein, da ich in den Änderungen garnicht so weit gehe, als die Mehrheit der Fraktion. Die rechte Seite der letzteren ist etwa 26—30 Köpfe stark. Lasker würde schwerlich die 25 Stimmen Nationalliberaler zusammenbringen, die zur Verwerfung der Vorlage im Reichstag nötig wären; also hängt die Entscheidung von Bennigsen ab, der den Rest von 50 Stimmen, die weder ausgesprochen rechts noch ausgesprochen links sind, nach der einen oder andern Seite hin führen kann.

Die Reichstagssitzung selbst war gestern uninteressant; sie dauerte bis halb 5 Uhr. Um halb 8 Uhr begann bereits wieder die Fraktionssitzung, die bis 10 Uhr währte. Heute um 12 Uhr nehmen die Beratungen in der Fraktion ihren Fortgang und morgen beginnt der Reichstag die seinigen. Alles ist natürlich auf Bismarck's Auftreten gespannt.

Berlin, den 14. Oktober 1878.

Seit letzten Mittwoch dauern die Beratungen über das Sozialistengesetz, und die zweite Lesung wird noch einige weitere Tage in Anspruch nehmen. Ein wohlunterrichteter Landsmann hat mir über den Stand beim Bundesrat und die Erklärungen Bismarck's in dessen Mitte Mitteilungen gemacht. Darnach lägen

[1]) Der Senioren-Konvent hatte die Wahl des 21. Mitglieds in Ermangelung einer andern Verständigung der durchs Loos ausgewählten 2. Abteilung überlassen. In der nationalliberalen Fraktion hatte Professor Dr. Gneist nur ca. 26 Stimmen erhalten, die etwa den rechten Flügel darstellten.

Digitized by Google

gegenüber den Kammerbeschlüssen drei Hauptanstände vor: die zu enge Fassung des Artikels I, die Rekursinstanz und die zu kurze Gültigkeitsdauer von $2^1/_2$ Jahr. Die übrigen Differenzpunkte seien untergeordneter Art. Zu den letzteren zähle im Civilbelagerungs-Paragraphen das Wort „unmittelbar" bei Gefahr, und das Verbot der Ausweisung aus dem Wohnort. Eine Unterredung Bismarck's mit Bennigsen vor der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes in der Kommission scheine ohne Ergebnis geblieben zu sein, wenigstens sei dieselbe bei ihren Beschlüssen geblieben, ohne daß eine wiederholte eingehende Beratung stattgefunden habe. Mir schien — so fährt Hölder fort — hiernach die Sache ziemlich bedenklich zu stehen; denn wenn ich auch bei der Rekursinstanz das große Gewicht, das von der einen und andern Seite auf die verschiedenen Anträge gelegt wird, nicht begreife, fürchtete ich doch große Schwierigkeiten wegen § 1 und wegen der Gültigkeitsdauer des Gesetzes.

Gleich in der ersten Fraktionsberatung zeigten sich aber die Hauptschwierigkeiten als geebnet. Bennigsen hatte seitdem weitere Unterredungen mit Bismarck, und, wenn er auch sehr zurückhaltend sprach, gab er doch zu verstehen, gerade diese letzteren Punkte würden das Gesetz dem Reichskanzler nicht unannehmbar machen. Bei der Fraktionsberatung behielt ich mir gleichwohl meine Abstimmung für eine längere Gültigkeitsdauer vor, denn $2^1/_2$ Jahre sind eben gar zu kurz. Dagegen betonte Bennigsen nachdrücklich die Notwendigkeit, beim Civilbelagerungs-Paragraphen nachzugehen, und im übrigen die Kommissionsanträge nicht noch mehr zu relaxieren. Damit war die Gefahr für den rechten Flügel, ausscheiden zu müssen, beseitigt. Lasker wehrte sich zwar mit gewohnter Hartnäckigkeit in der Fraktion gegen die Beseitigung der betreffenden Worte beim Civilbelagerungs-Paragraphen, sprach sogar davon, daß bei ihm eine Überzeugung nicht so schnell schmelze wie bei andern, er blieb aber in einer verschwindenden Minderheit (3 oder 4 Stimmen auf seiner Seite). Es zeigte sich eben der gewaltige Einfluß des Wunsches der Wähler, das Gesetz zu stande zu bringen, und der Wille der großen Mehrzahl, es auf keinen Bruch mit der Reichsregierung ankommen zu lassen.

Nicht dem mindesten Zweifel unterliegt es, daß eine Dauer von 5 Jahren, vollends wenn Bismarck dieselbe als conditio sine qua non bezeichnet hätte, eine sehr große Mehrheit in der Fraktion erlangen würde. Allein etwa 25 bis 30 Nationalliberale können das Gesetz im Reichstag zu Fall bringen; Lasker hat also mit dieser Zahl die Entscheidung in der Hand. Ob er diese Zahl von 25—30 hat, beziehungsweise, wenn Bennigsen 5 Jahre vertrat, dieselbe zusammen bekommen hätte, das vermag ich nicht zu beurtheilen. Es wurden insgeheim Unterschriften solcher gesammelt, die bei längerer Dauer als $2^1/_2$ Jahr **unbedingt gegen** das Gesetz stimmen würden. Sie haben zwischen 20 und 30 zusammen gebracht und Bennigsen hat die Erklärung Bismarck vorgelegt, woraus sich dessen Nachgiebigkeit in diesem Punkte erklärt. Ob Bennigsen durch die Sachlage gezwungen so handelte oder ob er selbst Bismarck diese Unterwerfung auflegen wollte, wage ich nicht zu entscheiden. Das faktisch in seinen Grundzügen hergestellte Einvernehmen fand seinen äußern Ausdruck in den Reden von

Digitized by Google

Bismarck und Bennigsen. Soviel steht fest, daß Lasker jetzt dessen Grundlagen nicht mehr alterieren kann. Letzten Samstag stimmte er bei dem Versammlungsartikel in einem Punkt mit dem Fortschritt, erhielt aber bei namentlicher Abstimmung nur noch 16 Nationalliberale auf seine Seite und im Hause war immer noch eine Mehrheit von 200 gegen 164 da. Der linke Flügel ist also, soweit das Kompromiß geht, ohnmächtig. Die erwähnte Separation machte in der Fraktion böses Blut, und es wird der Gedanke einer möglichen Ausscheidung des linken Flügels in Privatgesprächen erörtert. Stauffenberg's Stellung auf Seite Lasker's versteht man nicht. — Bei Forckenbeck, der sich am Samstag der kritischen Abstimmung entzog, denkt man an den Oberbürgermeister des fortschrittlichen Berlin. Zwischen Bennigsen einerseits, Stauffenberg und Lasker andererseits soll große Verstimmung herrschen. Ersterer ließ nach der vorgestrigen Abstimmung erklären, wenn sich solche Zwischenfälle wiederholten, könne er für nichts mehr stehen. Den Gedanken einer Beseitigung des linken Flügels habe er als noch nicht an der Zeit abgewiesen.

Herr von Schauß zeigt wegen einer Beschwerde gegen Forckenbeck, der ihn (trotz der Verständigung des Kommissionsvorstandes Bennigsen und des heiseren bisherigen Berichterstatters Schwarze) als neuen Berichterstatter, wie behauptet wird auf Lasker's Betrieb, nicht zuließ, seinen Austritt aus der Fraktion an. Bei einer etwaigen Neugestaltung der Partei hofft er mit seinen bisherigen Genossen wieder zusammen gehen zu können. Die Verstimmung gegen Lasker und Genossen ist ziemlich allgemein in der Partei.

Heute machten die Konservativen den Schachzug, weil sie mit einem Amendement nicht durchdrangen, gegen den Preß-Paragraphen zu stimmen. Derselbe ist also vorerst mit allem was dazu gehört gefallen. Die Differenz ist in meinen Augen keine entscheidende, darum ist das Benehmen der Konservativen in meinen Augen höchst frivol. — Allem Anschein nach hatte sich Bismarck in den beanstandeten Punkt gefunden; denn er ermahnte noch in der Sitzung zum Festhalten. Die Sache wird ja in der dritten Lesung wohl ins Reine kommen. Allein mit dem Feuer soll man nicht spielen, und das Gesetz ist noch nicht über alle Gräben. Der Schwierigkeiten giebt es ohnehin genug[1]).

[1]) Einem Briefe Hölder's an die Seinigen d. d. 14. Oktober entnehme ich noch die folgenden Stellen: Das Zustandekommen des Gesetzes ist gesichert, allein mit Mühe muß man sich kämpfend von Artikel zu Artikel durcharbeiten. Die Gegner wehren sich mit größter Zähigkeit und den Vorwurf kann man dem Gesetz gewiß nicht machen, daß es nicht nach allen Seiten erwogen sei.

Erfreulich ist es mir und wohl auch für die reichsgetreuen Wähler in Württemberg, daß die nationalliberale Partei — wenn ich so sagen darf — ihren Frieden mit Bismarck geschlossen hat. Die Reden Bismarck's und Bennigsen's gaben der Sache den äußeren Ausdruck. Lasker und Genossen sind zwar damit nicht recht einverstanden und es rumort innerhalb der Partei; allein die große Mehrheit der Partei steht auf Bennigsen's Seite. Daß es jetzt schon zu einer Trennung kommt, ist mir sehr zweifelhaft. Lasker wird es nicht wollen, und wenn nach meiner und vieler Ansicht dessen Ausscheiden auch wünschenswert wäre, so scheint doch Bennigsen den Zeitpunkt zum Bruch noch nicht für gekommen zu erachten. Klar scheint ihm aber zu sein, daß er sich dem Einfluß Laskers entziehen muß. Es sind in der Fraktion schon spitzige Reden zwischen beiden gefallen.

Digitized by Google

Berlin, den 15. Oktober 1878.

Das Spiel von gestern wird von den Konservativen bei § 16 wiederholt werden. Werden die Worte „außerhalb ihres Wohnorts“, wie dies geschehen wird, aufrecht erhalten, stimmen sie gegen den Paragraphen. — Ich frage Bennigsen, ob da ein Schachzug Bismarck's mit unterlaufe? Bismarck könnte ja sagen: Mit Euch Nationalliberalen habe ich mich dahin verständigt, daß das Gesetz bei mir keine Schwierigkeiten finden wird, wenn es verabredetermaßen an mich gelangt. Dafür, daß letzteres eintrete, haben die Ordnungsparteien unter sich zu sorgen. Er habe ja in seiner Rede es ausgesprochen, daß diese sich unter sich verständigen müßten. Geschehe das nicht — und er könne den Konservativen nichts befehlen — so bedaure er es; er aber sei unschuldig. Bennigsen erwiderte mir: wir dürften ganz ruhig sein. Er habe ja darauf hingewiesen, daß bei der zweiten Lesung Zwischenfälle vorkommen könnten; bei der dritten werde alles ins Reine kommen.

Das Fatale ist, daß man allerseits so zurückhaltend ist und man Keinem recht trauen kann. Wenn die Zuversicht Bennigsen's auf seine mit Bismarck getroffenen Abreden fehl schlägt, steht es mißlich mit dem Gesetz. Von Anfang an ging meine Ansicht in Berücksichtigung der durch die Wahlen geschaffenen Stimmung dahin, daß Bismarck sehr viel erreichen kann, wenn seine unbedingten Forderungen zur Zeit bekannt werden. Selbst eine längere Gültigkeitsdauer als bis zu 5 Jahren wäre am Ende zu erreichen gewesen. Wenn aber die Fraktion durch Reichstagsbeschlüsse einmal engagiert ist, — vollends wenn sie dies in der Ansicht gethan hat, ihre Konzessionen reichten im übrigen aus — dann wird es Schwierigkeiten haben, sie noch weiter zu drängen und bei der dritten Lesung noch mehr zu erreichen. Denn schon all zu oft hat sie durch solche Nachgiebigkeit ihr Renommée geschädigt. — Darin liegt die Hauptgefahr für das Gesetz; dies war von Anfang bis jetzt meine Ansicht, die ich auch Mittnacht gegenüber mehrmals aussprach.

Berlin, den 16. Oktober 1878 (Mittwoch).

Gestern erhielt das Gesetz eine neue Lücke wegen der seitens der Nationalliberalen verweigerten Ausweisung vom Wohnort.

In weiten Kreisen der Nationalliberalen ist man der Ansicht, das Gesetz unter keinen Umständen fallen zu lassen. —

Ich spreche auch mit Mitgliedern der Rechten (Puttkamer-Slave, Behr-Schmoldow, Lucius); Behr erzählt, in Pommern, Ost-Preußen und in der Mark habe die Bevölkerung förmlich aufgebrüllt gegen den Reichstag: auf ihren König habe man geschossen, derselbe habe Schutz gegen die Mörder verlangt, der Reichstag habe aber denselben verweigert.

Berlin, den 17. Oktober 1878.

Der Abgeordnete Max Römer erfuhr von seinem Jugendfreund Stauffenberg Folgendes:

Bennigsen habe die Verständigung mit Bismarck in Sachen des Sozialistengesetzes ganz auf seine Faust gemacht, ohne Stauffenberg oder Lasker irgend eine

Digitized by Google

Mitteilung davon zu machen. Lasker sei ohne jede Kenntnis davon in die Fraktion gekommen und infolgedessen mit seiner Ansicht gänzlich unterlegen. Darüber sei er schwer aufgebracht und stehe momentan ganz schlecht mit Bennigsen; Stauffenberg habe sich mit letzterm wieder soweit verständigt, daß sie mit einander verkehren könnten. Bennigsen für sich allein könne die Fraktion nicht führen; er habe Lasker notwendig. Im Ministerium könnte sich Bennigsen ohne Forckenbeck gar nicht halten, daher könnte er auch nur mit diesem eintreten. Stauffenberg habe Forckenbeck sehr hervorgehoben; er stehe auch beim Kronprinzen in hoher Gunst. Erst vor ein paar Tagen habe letzterer zu Forckenbeck gesagt: „Auf Sie verlasse ich mich vor allem in diesen schweren Zeiten." Dies sei bedeutsam, denn der Kaiser sei sehr schwach und es sei zweifelhaft, ob derselbe die Regierung wieder übernehmen könne.

Das Gerede, daß der Kronprinz Statthalter von Elsaß-Lothringen werden solle[1]), habe Grund gehabt. Stauffenberg hätte in diesem Fall dessen leitender Minister werden sollen. — Stauffenberg sei momentan deprimiert, theils wegen seines Zerwürfnisses mit Bennigsen, dem er seine Wahl in den Reichstag verdankt, teils weil er mit Lasker augenblicklich so wenig Einfluß in der Fraktion habe. Auf die Bemerkung, die Süddeutschen sehen doch in ihm (Stauffenberg) ihren Vertreter, habe er erwidert: das sei nicht mehr so. Er leugnet, daß er seinen Schwerpunkt nach Berlin habe verlegen wollen. Im bayerischen Landtag wolle er beim Budget energisch auftreten, die dortige Schlaffheit insbesondere in Reichssachen müsse aufhören.

Den linken Flügel, der ihm (Stauffenberg) und Lasker folge, berechne ersterer auf etwa 20; sie seien über die Ansichten eines Jeden genau orientiert. Die Möglichkeit einer Trennung der Partei hätten Stauffenberg und Lasker auch schon ins Auge gefaßt; da es in der Fortschrittspartei auch gähre, dächten sie daran, mit dem rechten Flügel der letzteren zusammen zu gehen. Jetzt komme die Sache nicht zum Austrag, aber nächstes Frühjahr werde es heiße Kämpfe geben.

Mich bestärkten diese Mitteilungen — schreibt Hölder — in der Überzeugung, daß Stauffenberg sich zu sehr von Lasker beeinflussen läßt, dessen Doktrinarismus für viel zu wertvoll hält, statt denselben auf das richtige Maß zurückzudrängen, dadurch hat sich Stauffenberg momentan deplaciert. Dagegen trägt Bennigsen der Situation, den Stimmungen der Wähler und der Mehrheit der Fraktion Rechnung. Oft schon habe ich es geäußert, von Lasker würde ich mich gerne, von Bennigsen nur im äußersten Notfall trennen. Daß Stauffenberg nicht zu diesem letzteren hält, thut mir leid. —

Heute ist Rasttag vor der dritten Lesung des Sozialistengesetzes. Bennigsen referiert in der Fraktion über die Ausgleichsverhandlung; derselbe war gestern bei Bismarck mit Eulenburg und Führern der Rechten. Heute Vormittag Verhandlung mit letzteren; Bennigsen führte die Verhandlungen allein. (!) Ein Anstand

---

[1]) Näheres über dieses Projekt s. oben S. 262 ff.

Digitized by Google

bleibt übrig bei § 6 (Presse; Zulässigkeit des Verbots von Tagesblättern ohne vorgängige Bestrafung, wie die Rechte will). Die Deutschkonservativen wollten nicht recht ans Nachgeben heran; sie machen einen Vergleichsvorschlag (wenn das Programm des Blattes den Voraussetzungen des § 1 entspreche oder dasselbe Organ eines unter § 1 fallenden Vereins sei). Mir erscheint der Vorschlag acceptabel, da aber Bennigsen abrät und 25 Stimmen der Nationalliberalen doch die Sache vereiteln können, erhebe ich keinen Widerspruch; auch um die Stellung Bennigsen's bei den weiteren Verhandlungen zu kräftigen. So kann man den Konservativen sagen: die Fraktion beharre einstimmig. Doch beruft Bennigsen Vorsichts halber auf abends halb 9 Uhr noch einmal eine Fraktionssitzung.

N. ist auf die Nationalliberalen nicht gut zu sprechen; sie seien Schuld daran, daß das Gesetz nicht scharf genug ausfalle. Bismarck sei augenscheinlich getäuscht worden, er hätte mehr erreichen können und habe seine Stärke den Nationalliberalen gegenüber unterschätzt u. s. w. Soviel mag wahr daran sein, daß wenn Bennigsen gewollt hätte, möglicherweise eine längere Geltungszeit bei den Nationalliberalen hätte erzielt werden können; vielleicht wären nicht einmal die bewußten 25 Stimmen dagegen übrig geblieben. Bennigsen hätte aber einen Bruch innerhalb der Partei riskiert; jedenfalls bei der übrig bleibenden Minorität (Lasker, Stauffenberg, Bamberger) eine große Verstimmung zurückgelassen. Er ist ein kluger, sicherer, wohlberechnender, einsichtsvoller Führer.

Berlin, den 19. Oktober 1878.

Heute Schluß des Reichstags. Vorgestern Abend kam noch zwischen den Nationalliberalen und den beiden konservativen Fraktionen eine Verständigung zu stande. Im Hauptpunkt gaben letztere nach (Unterdrückung von Zeitungen erst nach vorangegangener Unterdrückung einer Nummer auf Grund des Gesetzes). Bennigsen war unruhig, bis endlich die Nachricht der Zustimmung der Deutschkonservativen eintraf. Er hat vortrefflich operiert, die Sache allein gemacht, ohne Beiziehung andrer, insbesondere ohne Lasker und Stauffenberg, im Vertrauen, daß ihn die Fraktion nicht im Stiche lassen werde. Es ist dies zugleich eine Warnung für Lasker, daß Bennigsen im Notfall ohne ihn seinen Weg gehen werde. Ich konnte nicht umhin, Bennigsen meine Anerkennung für seine kluge und energische Handlungsweise auszudrücken. Er nahm es freundlich auf und reichte mir die Hand.

Gestern und heute 3. Lesung; die Debatte hatte sich doch am Ende erschöpft. Ein Schlußwort Bismarck's behielt der Regierung weitere Vorlagen für den Notfall resp. überhaupt vor. Da haben wir gute Aussicht auf künftige Schwierigkeiten [1]).

---

[1]) Am 19. Oktober 1878 speiste der nationalliberale Abgeordnete Vogel aus Chemnitz, Vertreter des 16. Wahlkreises des Königreichs Sachsen, bei Bismarck. („Chemnitzer Tageblatt“ vom 23. Oktober 1878.)

Digitized by

Stuttgart, den 22. Oktober 1878.

von Schmid [1]) erzählt mir, es sei in den höchsten Kreisen die Verlegung der Residenz nach Cassel ernstlich erwogen worden, da gegen Berlin wegen der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Wahlen große Verstimmung herrsche. Letzteres finde ich begreiflich, ersteres unwahrscheinlich.

Schneegans erzählt von den Mißständen preußischer Verwaltung in Elsaß-Lothringen [2]). Bekomme man beim Präsidenten und Oberpräsidenten Recht, so komme es vor, daß der Kreisdirektor dagegen protestiere; dann müsse der Instanzenzug von neuem durchgemacht werden. Mit der Justiz- und Forstverwaltung seien sie zufrieden. Die eigentliche Regiminalverwaltung mache große Mißgriffe, sei zu kompliciert, zu eckig, könne nicht ab- und zugeben. — Eine Deputation angesehener autonomistisch gesinnter Einwohner habe in der ersten Zeit wegen einer verfehlten, Erbitterung erregenden Maßregel bei dem betreffenden Präsidenten oder General Vorstellung gemacht, um die Regierung vor einem schweren Fehler zu bewahren; sie schade damit den deutschen Sympathien. „Ich verlange keine Sympathie, sondern Gehorsam," war die kurze Antwort. „Diesen werden Sie ganz gewiß finden", erwiderte die Deputation, nahm die Hüte und entfernte sich. — Das ist moralische Propaganda für das Deutschtum!

Stuttgart, den 24. Oktober 1878.

In den Kreisen meiner hiesigen Bekannten hat das Zustandekommen des Sozialistengesetzes allgemeine Befriedigung hervorgebracht. Man hat sich in Folge davon mit der nationalliberalen Partei wieder mehr ausgesöhnt [3]).

Stuttgart, den 5. November 1878.

Bericht über die tags vorher erfolgte Unterredung mit einem württembergischen Staatsmanne: Meine Vermutung, daß Stauffenberg und die Linke der nationalliberalen Partei bei dem Kronprinzen eine Stütze zu haben glauben, sei richtig und habe sachlichen Anhaltspunkt. Bismarck habe lange geschwankt, ob er mit dem Reichstag brechen oder mit dem Gebotenen sich begnügen wolle; der Kronprinz sei entschieden für letzteres gewesen. Indessen habe er Andeutungen, daß Bennigsen dem Reichskanzler gewisse Aussichten auf weitere Zugeständnisse im Frühjahr eröffnet habe. — Bismarck habe sich für die Zusammensetzung der Beschwerde-Kommission sehr interessirt; von Baden habe er gar kein Mitglied

---

[1]) von Schmid, Karl Joseph. Damals Ober-Finanzrat in Stuttgart, später württembergischer Minister. Mitglied des Reichstags.

[2]) Da diese Mißstände jetzt seit lange überwunden sind, so wird es unbedenklich sein, das Schneegans'sche Gespräch hier wiederzugeben.

[3]) Eine Rede Hölder's in der Versammlung der deutschen Partei in Stuttgart, betreffend den Verlauf der Verhandlungen über das Sozialistengesetz im Reichstag, findet sich abgedruckt in der Stuttgarter „Neuen Zeitung" von 1878, Nr. 259 und 259 B. — Ende Oktober 1878 Vortrag Hölder's über den Verlauf der Beratungen über das Sozialistengesetz im Reichstag. Vergl. die Stuttgarter „Neue Zeitung" Nr. 259 und „Schwäbischer Merkur" Nr. 262.

Digitized by Google

gewollt, da werde die Regierung gänzlich von den Liberalen beeinflußt; von Bayern wenigstens kein Bundesratsmitglied, nur ein richterliches habe er concediert.

Bezüglich des Vorsitzenden gehe Bismarck davon aus, daß derselbe keine Stimme habe, dagegen mit den 5 urteilenden an der Beratung teilnehme, so daß bei letzterer die Verwaltung durch 3 vertreten sei gegen die 3 Richter. Schon bei Beratung des Reglements seien die Richter immer überstimmt worden, da stets wenigstens einer mit den Bundesräten gestimmt habe.

Ich erzählte ihm, wie Bennigsen den Lasker und Stauffenberg in der Fraktion an die Wand gedrückt und alle Verhandlungen allein geführt habe, worauf derselbe die eminente Befähigung Bennigsen's anerkannte.

Zwischen den Schluß des außerordentlichen und der Berufung des nächsten ordentlichen Reichstags fallen die vorbereitenden Schritte zur Zoll- und Steuerreform. Der Abgeordnete, der den Kanzler hierbei am kräftigsten unterstützte, war der Freiherr von Varnbüler[1]). Am 10. Oktober 1878 hatte der Kanzler eine Konferenz mit demselben.

Am 19. Oktober 1878 richtete Varnbüler an den Fürsten Bismarck nachstehende Zuschrift:

Euer Durchlaucht!

In dem freien volkswirtschaftlichen Vereine des Reichstags ist der Gedanke angeregt worden, durch eine Interpellation eine offizielle Kundgebung der Reichsregierung über das von ihr beabsichtigte Vorgehen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung zu veranlassen.

Es wurde jedoch erkannt, daß eine solche Interpellation der parlamentarischen Geschäftslage nicht entsprechen würde. Da aber der Wunsch, über die Absichten der Reichsregierung einigermaßen aufgeklärt zu werden, ein allgemeiner und in den wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands begründeter ist, so wollen Eure Durchlaucht es mir gestatten, Hochdenselben auf diesem Wege die Frage zu unterbreiten, ob es die Absicht ist, dem Reichstage bei seiner nächsten Session den Entwurf eines revidierten Zolltarifs vorzulegen, und ob die Reichsregierung, bevor dies geschehen, einen neuen Handelsvertrag mit Konventionaltarif nicht abschließen werde?

Ich benutze diesen Anlaß zu dem Ausdrucke meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und verehrungsvollen Gesinnung, womit ich die Ehre habe zu sein

Eurer Durchlaucht ganz ergebener

Freiherr von Varnbüler.

Darauf erging nachfolgender Bescheid:

Friedrichsruh, den 25. Oktober 1878.

Die Fragen, welche Eure Excellenz mir in dem Schreiben vom 19. d. M. gestellt haben, würde ich amtlich nur dann beantworten können, wenn die ver-

---

[1]) Vergl. oben S. 240.

Digitized by

bündeten Regierungen über unsere zukünftige Zollpolitik bereits Beschlüsse gefaßt hätten.

In Ermangelung solcher vermag ich Eurer Excellenz nur meine persönlichen Ansichten mitzuteilen. So weit es mir gelingen wird, letztere zur Geltung zu bringen, liegt es allerdings in meiner Absicht, eine umfassende Revision unseres Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbündeten Regierungen zu unterbreiten. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits in Angriff genommen.

Den Abschluß neuer Handelsverträge mit Konventionaltarifen vermag ich so lange nicht zu befürworten, als die Frage der Revision unseres Tarifes nicht ihre Erledigung gefunden hat.

Genehmen Eure Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich verbleibe

Euer Excellenz ganz ergebener

Bismarck.

Die Genehmigung des Fürsten Bismarck zur Veröffentlichung vorstehender Korrespondenz erfolgte durch folgende Mitteilung:

An den Königlich württembergischen Gesandten Herrn Freiherrn von Spitzemberg in Berlin.

Friedrichsruh, den 25. Oktober 1878.

Eurer Excellenz

beehre ich mich, das anliegende, an Ihres Herrn Schwiegervaters Excellenz gerichtete Schreiben des Herrn Reichskanzlers mit der Bitte um Weiterbeförderung ganz ergebenst zu überreichen. Ich füge eine Abschrift des Schreibens bei, welches zu dieser Antwort Veranlassung gegeben, und bitte, Ihrem Herrn Schwiegervater mitteilen zu wollen, daß der Fürst mit der gleichzeitigen Veröffentlichung beider Schreiben einverstanden ist.

Mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Eurer Excellenz ganz ergebenster

Tiedemann.

Am 24. Dezember 1878 veröffentlichten die Zeitungen das Schreiben Bismarck's an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878, welches das steuer- und wirtschaftliche Programm des Kanzlers enthielt [1]). Ein paar Tage später (28. Dezember 1878) brachte die „Post" (Nr. 358) einen von Varnbüler gezeichneten Artikel unter der Überschrift: „Unsre handelspolitische Lage und der Handelsvertrag mit Österreich", der sich in einem gewissen Gegensatze zu Bismarck's Programm befand. Das Schreiben des letzteren vom 15. Dezember 1878 legte nämlich den ganzen Nachdruck auf den finanziellen Gesichtspunkt. Die Zollreform sollte ihm in erster Linie das Mittel sein, um die beabsichtigte Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs zu erreichen. Im übrigen war es mehr das

[1]) Abgedruckt in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 170 ff.

Digitized by Google

Programm der Agrarier als das der Schutzzöllner, das Bismarck auf seine Fahne geschrieben hatte. Im Gegensatz hierzu wünschte Varnbüler die bestehenden mäßigen Schutzzölle durch hohe, ja sogar durch Kampfzölle zu ersetzen, an deren Beseitigung eventuell durch Deutschland günstige Handelsverträge gedacht war[1]).

Aus Anlaß des berühmt gewordenen Schreibens vom 15. Dezember 1878 wurde Bismarck auch von dem „Verein für deutsche Volkswirtschaft" auf das freudigste begrüßt. Die von A. Lohren verfaßte Adresse an den Fürsten Bismarck[2]) lautet:

Berlin, den 15. Januar 1879.

Durchlauchtigster Fürst, Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Der Verein für deutsche Volkswirthschaft zu Berlin beehrt sich, Eurer Durchlaucht für das große Reformprogramm vom 15. Dezember, welches die für die Zolltarif-Revision maßgebenden Gesichtspunkte darlegt, seine ungeteilte und dankbare Anerkennung ganz ergebenst auszusprechen.

Als unerläßlichste Voraussetzung jeder gedeihlichen wirtschaftlichen Thätigkeit muß die Wiederherstellung einer sicheren, finanziellen Grundlage des Reichs betrachtet werden. Nur auf gesunder und stabiler finanzieller Basis ist es möglich, die Entwickelung von Landwirthschaft und Gewerbe erfolgreich zu fördern.

Wir begrüßen es deshalb mit hoher Genugthuung, daß Eure Durchlaucht die notwendig gewordene Finanzreform in die vorderste Linie gestellt und hierfür die Verminderung der direkten Steuern durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs als Ausgangspunkt genommen haben. Mit diesen Vorschlägen greifen Eure Durchlaucht auf die alte Finanz- und Zollpolitik Preußens und des Zollvereins zurück, welche sich mehr als 30 Jahre vortrefflich bewährt hat, und stellen dadurch die Kontinuität der Gesetzgebung, welche eine Grundbedingung des Vertrauens im wirtschaftlichen Leben ist, wiederum her. Die Befürwortung der Wiedereinführung allgemeiner Zollpflichtigkeit als Regel bei der Einfuhr, sowie die Empfehlung von Staffelzöllen an Stelle der einheitlichen Gewichtszölle für Waren von sehr verschiedenem Arbeitswert haben bei allen Freunden deutscher Arbeit ein Gefühl froher Zuversicht und dankbarer Zustimmung erzeugt. Eure Durchlaucht haben damit eine starke und eine schwache Seite des alten Vereinstarifs gekennzeichnet und sowohl vom finanziellen, wie vom volkswirthschaftlichen Standpunkte in unübertrefflich klarer und mustergültiger Weise beleuchtet.

Den volkswirtschaftlichen Teil anlangend, warnen Eure Durchlaucht wir im echten Geiste des suum cuique vor einem Zollsystem, welches nur einzelne Industriezweige berücksichtigt wissen will und empfehlen den Schutz der ge-

---

[1]) Denjenigen Blättern, welche die Tarifreform mit Mißgunst betrachteten, kam diese Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und seinem vornehmsten Berater sehr erwünscht. Und doch waren keine Schlüsse daraus zu ziehen, denn bei Abfassung des „Post"-Artikels kannte Varnbüler den Dezemberbrief Bismarck's noch nicht.

[2]) Dieselbe ist bisher ungedruckt.

Digitized by Google

samten nationalen Arbeit und zwar so hoch, daß der inländischen Produktion auf dem heimischen Markte ein mäßiger Vorzug vor den ausländischen Erzeugnissen zu teil werde.

Auf diesem schönen Grundsatze des Schutzes nationaler Arbeit ist unser Verein gegründet. Derselbe erblickt in der ungestörten Erhaltung und Förderung lohnender Arbeit das heiligste Gut des Menschen und die einzige unversiegbare Quelle des Volkswohlstandes. Er betrachtet deshalb die Lenkung der nationalen Arbeitskräfte zu einer harmonischen Gesamtaktion als die wichtigste Mission des Staates und als den Schlüssel des Erfolges aller kulturpolitischen Bestrebungen.

Zur Ausführung dieser Mission ist die Kenntnis der thatsächlichen Arbeitsverhältnisse in allen Gebieten des Gewerbfleißes und der Landwirtschaft eine unerläßliche Bedingung. Das System der Enqueten durch sachverständige Kommissionen bahnt hierzu bereits den Weg.

Dabei legt unser Verein ein besonderes Gewicht darauf, daß auch die ethische Seite des Grundsatzes volle Würdigung finde. Denn nur dann, wenn der Schutz der nationalen Arbeit sich in gerechter Weise sowohl auf die Besserung der Lage des „Arbeitnehmers" wie des „Arbeitgebers" erstreckt, wird derselbe Gesetz zu einem untrüglichen Leitstern auf dem schwierigen Gebiete der Sozialpolitik. Nur wenn die Bestrebungen nach materiellen Erfolgen Hand in Hand gehen mit den sittlichen, wird die große national-volkswirtschaftliche Bewegung in Deutschland von jenem geistigen Schwung getragen werden, welcher nicht ruht, bis die höchsten Güter des Volkslebens erreicht sind. Indem wir Eurer Durchlaucht großartige Auffassung der sozialen Frage, wie dieselbe in den Debatten über das Sozialistengesetz zum Ausdruck gekommen, mit den Prinzipien des Reformprogramms vom 15. Dezember kombinieren, durchdringt uns die Überzeugung, daß Eure Durchlaucht auf dem Felde deutscher Volkswirtschaft einem Höhepunkt entgegen gehen, von dem herab die ungeahnte Fülle wirkender Kräfte mit klarem Blick zur Erringung einer neuen, großen Epoche deutschen Volkslebens vereint zu Kampf und Sieg geführt werden kann.

Die Mitglieder unseres Vereins erblicken eine Ehre und eine Pflicht darin, Eurer Durchlaucht in diesem Kampfe treu zur Seite zu stehen und verbleiben mit dem Ausdruck wiederholten, tiefempfundenen Dankes

Eurer Durchlaucht ganz gehorsamste.

(Unterschriften.)

Im Freihandelslager verursachte umgekehrt der Dezemberbrief Bismarck's eine lebhafte Bestürzung. Er kostete dem Kanzler insbesondere die fernere Unterstützung seitens aller manchesterlich gesinnten Abgeordneten, Ludwig Bamberger an der Spitze, der sich verpflichtet glaubte, rasch für die gefährdeten freihändlerischen Prinzipien eine Lanze zu brechen. Dies geschah in einem Vortrage, den derselbe in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt, und worüber die „Vossische Zeitung" in

Digitized by Google

der Nr. 16 vom 14. Januar 1879, 2. Beilage, des Näheren berichtete. Es reihten sich daran noch ein Schreiben Bamberger's an seine rheinischen Wähler, „Was uns der Schutzzoll bringt" („Post" 1879, Nr. 113, S. 1) und der Vortrag Bamberger's „Ist der Freihandel ein Reichsfeind?" („Post" 1880, Nr. 142, S. 3). Hiermit war das Tischtuch zwischen den beiden zerschnitten, und die späteren Zeiten haben die Kluft, die sich zwischen denselben gebildet, nur noch erweitert und vertieft.

Bald darauf wurde der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Varnbüler von Bismarck zum Vorsitzenden der vom Bundesrat beschlossenen Zolltarif-Kommission ernannt. Diese Stellung bedingte einen häufigeren persönlichen Ideenaustausch mit seinem Auftraggeber, zu dem er sich wiederholt nach Friedrichsruh begab[1]). Der Schwerpunkt der Varnbüler'schen Thätigkeit war natürlich Berlin; des Morgens empfing er die Deputationen, von mittags ab arbeitete er in der Tarif-Kommission. Varnbüler besaß große technische Kenntnisse, die er sich wohl hauptsächlich dadurch erworben hatte, daß er mehrere Jahre eine von seinem Schwiegervater (von Süßkind) ererbte Eisenfabrik in Wien selbständig leitete. Wiederholt beschwerte er sich bei Bismarck darüber, daß er bei den preußischen Mitgliedern der Zolltarif-Kommission nicht die nötige Unterstützung finde.

Es war bisher nicht bekannt, daß Freiherr von Varnbüler bereits im Jahre 1878 dem Fürsten Bismarck einen vollständig ausgearbeiteten Plan für die Zoll- und Steuerreform in Deutschland überreicht hatte. Da das im Jahre 1879 Erreichte sich in manchen Punkten an die Varnbüler'schen Ausführungen anlehnt, darin auch viele Gesichtspunkte enthalten sind, welche noch heute für den Volkswirt von Interesse sind, so habe ich geglaubt, die Denkschrift hier im Auszug wiedergeben zu sollen.

Auszug einer Denkschrift des Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler über die Zoll- und Steuerreform, dem Fürsten Bismarck überreicht Mitte 1878[2]).

Eure Durchlaucht!

Es ist unzweifelhaft, daß Deutschland die ihm auferlegten öffentlichen Abgaben an das Reich, den Staat und an die Gemeinde mißwilliger und schwerer

[1]) 2. und 30. Januar 1879 Konferenzen Bismarck's mit Varnbüler in Friedrichsruh zur Verständigung über die Aufgaben der Zolltarif-Kommission. Am 27. Januar 1879 hatte sich noch der Reichstagsabgeordnete Dr. Lucius nach Friedrichsruh begeben.

[2]) Das Datum der Abfassung der Denkschrift hat sich nicht feststellen lassen, die Niederschrift erfolgte aber jedenfalls nach dem März 1878 und vor dem Oktober 1878. Die Denkschrift ist hier nur im Auszuge mitgeteilt. Gestrichen ist eine große Zahl statistischer Nachweise, die Motivierung zu einzelnen Zolltarifpositionen und andre antiquierte Abschnitte. Der Schwerpunkt liegt in den allgemeinen Gesichtspunkten, welche in der Denkschrift enthalten sind, und welche sich Fürst Bismarck, wie seine späteren Vorschläge zeigen, vielfach angeeignet hat. Die Denkschrift enthielt ein praktisches, wohl ausführbares Programm in großen Zügen, das in manchen Punkten noch heute mehr als historisches Interesse in Anspruch nehmen darf.

Digitized by Google

trägt, als die anderen Länder — und doch sind diese Abgaben im Verhältnisse zum Nationalvermögen vergleichsweise nicht höher, sondern niedriger. Der Grund hierfür liegt in der unrichtigen Art der Besteuerung und diese wieder ist zurückzuführen auf die Art der Regelung unserer Steuerverhältnisse, wie sich diese geschichtlich entwickelt hat und entwickeln mußte. Dem Reiche ist im Wesentlichen das Gebiet der indirekten, den Einzelstaaten und Kommunen dasjenige der direkten Abgaben zugewiesen.

Jenes Gebiet, richtig angebaut, gewährt mehr Einnahmen als die Ausgaben des Reichs beanspruchen; doktrinäre Subtilität führt jedoch zu dem Bedenken, daß das Reich dem Einzelstaate keine Einnahmen zuwenden solle, ehe dessen Notwendigkeit und die Art ihrer Verwendung formell nachgewiesen seien, und so gelangt man dahin, das fruchtbare Feld auf der einen Seite brach liegen zu lassen, während man auf der anderen die Ertragsfähigkeit über Gebühr anstrengt.

In welchem Wesen dieses der Fall ist, ergiebt sich daraus, daß die

nach Prozenten betragen:	Einkommens- und Vermögenssteuer	Verbrauchssteuer
in Deutschland	44,22	55,78
„ Österreich	36,06	63,94
„ Frankreich	25,17	74,83
„ Großbritannien und Irland	13,00	87,00

Der hieraus sich ergebende Zustand ist unhaltbar, die aus demselben folgende finanzielle falsche Belastung wird auf das Reich zurückgeführt und entzieht demselben Anhänger und Freunde.

Die Deckung der Bedürfnisse des Reichs durch Matrikularbeiträge, eine durch die Reichsverfassung gebotene Pflicht, genügt nicht; die Aufgabe ist, die Quelle der indirekten Abgaben in dem Maße zu verwerten, wie man es thun würde, wenn die Steuergebiete des Reichs und der Einzelstaaten keine getrennten wären.

Den letzteren ist zu überlassen, über die sich für sie ergebenden Zuschüsse nach ihren staatsrechtlichen und ökonomischen Gesetzen zu verfügen; sie mögen namentlich die Gemeinden durch Übernahme ihrer Lasten oder Zuweisung von Einnahmen erleichtern.

Überall würde der Zuschuß ein willkommener, in den meisten Staaten eine Hilfe in der Not sein. Die Notwendigkeit der ausgiebigen Erhöhung der Einnahmen des Reichs ist allgemein anerkannt, nur über das Maß dieser Erhöhung und die Art, wie sie zu erzielen sei, besteht eine Verschiedenheit der Ansichten.

Daß nur große Summen den zu verfolgenden Zweck erfüllen, ist klar. In Nachstehendem soll nachgewiesen werden, wie sie zu erlangen sind, ohne nachtheilige Rückwirkung auf das wirtschaftliche Leben der Nation.

Digitized by Google

Vor allem stellt sich der Tabak als eine reiche und mit Recht auszubeutende Einnahmequelle dar, und es besteht über diese Frage ein ernstlicher Widerstreit der Meinungen nicht.

Dieser bezieht sich nur auf das Maß und die Art seiner Besteuerung und zwar namentlich darauf, ob sie erfolgen soll mittelst einer Fabrikatsteuer oder durch das Monopol mit Regie durch das Reich.

Zu einer Vergleichung der für die eine oder andre Art der Besteuerung sprechenden Gründe liegt hier ein Anlaß nicht vor; eine nähere Untersuchung muß ergeben, ob die Fabrikatsteuer in Deutschland überhaupt einführbar ist.

Sicher ist, daß das Monopol, richtig verwendet, bald nach seiner Einführung ohne irgend empfindliche, vielleicht ohne jede Erhöhung der von der freien Industrie geforderten Tabakfabrikatpreise, 180 Millionen Mark eintragen kann.

Frankreich bezieht bei einem Tabakkonsum von ca. 650000 Centnern netto 220 Millionen Mark.

Deutschland konsumirt jetzt 1697622 Ctr. Wenn man dessen Verbrauch zu 1500000 Ctrn. annimmt, so könnte man, um einen Reinertrag von 180 Millionen Mark zu erzielen, den Regiegewinn auf ca. 40 Prozent des französischen reduzieren, die Preise der Tabakfabrikate erniedrigen und die Versuchung zur Defraudation und zum Schmuggel vermindern.

Hierbei sind für Verzinsung und Amortisation der Abfindungssumme jährlich 20 Millionen in Rechnung genommen.

Nächst dem Tabak dürften wohl die spirituösen Getränke die geeignetste Steuerquelle bilden.

Der Wein und der Obstmost bilden in Württemberg, den Reichslanden, in Baden und Hessen ein Besteuerungsobjekt, welches ersterem allein 3 Millionen Mark einträgt; es könnte sich fragen, ob dasselbe nicht für das Reich zu verwerten wäre; allein der Konsum dieser beiden Getränke ist hierfür doch wohl im Norden zu klein.

Das Bier, für Bayern und Württemberg eine sehr reiche Einnahmequelle, würde bei Annahme der in diesen beiden Staaten angenommenen Besteuerungsweisen in deren Sätzen einen Mehrertrag von 25 Millionen abwerfen. Die Erhebungsweise hat sich durch lange Erfahrung durchaus bewährt, und es empfiehlt sich daher deren Einführung für die Braugemeinschaft.

Da diese Steuer bei der Fabrikation erhoben wird und das Fabrikat selbst ganz frei in den Verkehr tritt, so könnte bei gleicher Besteuerung der Ertrag den Staaten und den Staatengruppen verbleiben, in welchen sie anfällt, und könnte hierbei von jeder Steuervergütung und Übergangsabgabe abgesehen werden und somit für diesen Artikel die interne Zollgrenze fallen. Die Ausgleichung des verschiedenen Konsums wäre damit von selbst gegeben.

Zu erwägen wäre hierbei freilich, ob die Brausteuergemeinschaft sich nicht durch eine Mehreinfuhr süddeutschen Bieres in ihr Gebiet benachteiligt fände. Durch Erhebung der Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr wäre das sich hierbei ergebende Interesse festzustellen, und dann die Entschließung entsprechend zu fassen.

Digitized by

Es wäre auch der Modus denkbar, daß weder Rückvergütung noch Übergangssteuer erhoben, sondern die sich ergebende Differenz gegenseitig abgerechnet würde.

Was den Branntwein betrifft, so wäre natürlich eine einheitliche Besteuerung desselben in ganz Deutschland sehr erwünscht. Hierfür scheint jedoch der Augenblick noch nicht gegeben.

Parallel hiermit würde eine Ausschanksteuer laufen können, welche in Form einer jährlich zu bezahlenden, nach bestimmten Kriterien des Ertrages zu graduierenden Schankkonzessionsgebühr zu erheben wäre. Ich schlage vor, diese Gebühr von sämtlichen Schankwirtschaften zu erheben und die Graduierung je nach dem Vorherrschen des Branntweinvertriebes zum Nachteile des letzteren zu steigern[1]). Wenn man die Schankgebühr auf alle Schankwirtschaften, somit auf alle Getränke ausdehnte, so würde eine durchschnittliche Abgabe von 60 Mark eine Einnahme von rund 21 Millionen ergeben.

Es läge in einer solchen Abgabe überdies ein sehr erwünschtes Mittel gegen die Vermehrung der Schankwirtschaft.

Der Zucker[2]).

Eine Erhöhung der Salzsteuer kann wohl nicht ins Auge gefaßt werden[3]).

Die inneren Verkehrssteuern für das Reich in Anspruch zu nehmen, hätte das prinzipielle Bedenken, daß dadurch das ohnehin zu sehr beschränkte Besteuerungsgebiet der Einzelstaaten noch mehr eingeengt würde. Bei Beachtung dieses Bedenkens wird von dieser Einnahmequelle wenig zu erwarten sein, jedenfalls nicht so viel, um die daran sich knüpfenden Störungen des Verkehrs und die Aufstellung eines Kontroleapparates zu rechtfertigen. Ein solcher wird immer unangenehm empfunden und rechtfertigt sich nur durch hohe Staatseinnahmen.

Eine sehr erhebliche Einnahmequelle bilden die Zölle. In betreff derselben wird sich zunächst fragen, ob es sich nicht empfiehlt, eine allgemeine niedrige Abgabe von sämtlichen Gütern zu erheben. Diese Abgabe könnte entweder den Charakter eines Zolles oder einer Kontrolegebühr haben.

Die letztere hätte den finanziellen Vorteil, auch die transitierenden Güter und zwar doppelt zu treffen. Es ständen dem die bestehenden, noch einige Jahre laufenden Handelsverträge rechtlich nicht entgegen, während ein Zoll vom Transitgute nach denselben unzulässig wäre. Der Nachteil dieses Vorgehens bestände darin, daß man durch eine sehr niedrige Kontrolegebühr nur wenig Einnahmen, und keinen entsprechenden Vorteil für das inländische Produkt erzielen, durch eine hohe Bemessung aber das letztere in betreff des Exportes schädigen würde, während eine ungleiche Bemessung der Kontrolegebühr beim Import und Export

---

[1]) Folgen statistische Nachweise über die Zahl der Wirtschaften in Württemberg und Preußen.

[2]) Folgen heutzutage antiquierte Ausführungen über die Art seiner Besteuerung.

[3]) Folgen Bemerkungen über die Einführung eines Eingangszolles auf Salz zum Schutze der inländischen Salzproduktion.

Digitized by Google

ihr den Charakter des Zolles gäbe und als eine Umgehung der eingegangenen Verträge sich darstellen müßte.

Es wird sich daher empfehlen, auf die frühere Zollgesetzgebung, wie sie bis 1. Juli 1865 bestand, zurückzugreifen und für alle Artikel, welche mit einem speziellen Zolle nicht belegt sind, einen allgemeinen Eingangszoll etwa im Betrage von Mark 0,25 festzusetzen. Derselbe betrug bis 1865 1,5 Mark per Centner, es war aber davon eine größere Anzahl von minderwertigen Artikeln ausgenommen. Auf Massengüter, welche im Verhältnisse des Gewichtes besonders minderwertig sind, mußte diese Abgabe nach höher gegriffenen Gewichtseinheiten (Wagenladungen, Lasten u. s. w.), also verhältnißmäßig niedriger bemessen werden. Zu diesen wären zu zählen beispielsweise Erze, Erden, Holz, Steinkohle, Dünger. Dieser allgemeine Eingangszoll würde die Kontrolegebühr für die Einfuhr unnötig machen und diese könnte dann für die Ausfuhr sehr gering, etwa auf 5 oder höchstens 10 Pfennig bemessen und vielleicht mit der Eingangsgebühr der niedriger zu belegenden Massengüter in Übereinstimmung gebracht werden.

Indem man den allgemeinen Eingangszoll auf 0,25 Mark festsetzte, könnte man denselben auf Salz und Getreide anwenden und würde dadurch die Einwendungen abschwächen, welche eine Belegung dieser beiden Artikel mit einem speziellen Zolle hervorriefe. Derjenige für Getreide unter Zugrundelegung der Einfuhr des letzten Trienniums betrüge rund 10 Millionen Mark und gäbe dem inländischen Produkte bei einem Tarife von 1 Pfennig per Centner und Eisenbahnmeile einen Vorsprung vor dem ausländischen von 25 Meilen. Es wird an solchen nicht fehlen, welche in der Belegung des Getreides mit einer noch so kleinen Abgabe eine Verletzung der Gesetze der Humanität und des Grundsatzes finden werden, daß man die Nahrung nicht verteuern dürfe. Die Vorgänge der Schweiz, Frankreichs, Englands, welches eine Kontrolegebühr erhebt, zeigen, daß andere Staaten hierüber anders denken, und gewiß wird jeder, welcher nur einigermaßen mit dem Gange des Getreidehandels und der Fluktuationen der Getreidepreise und der dieselben beeinflussenden Verhältnisse bekannt ist, darüber unzweifelhaft sein, daß eine solche Abgabe keinerlei fühlbaren Einfluß auf die Preise der Nahrungsmittel üben wird.

Den voraussichtlichen Ertrag der allgemeinen Eingangsabgabe und einer Ausgangskontrolegebühr auch nur annähernd zu berechnen, ist mir ohne großen Zeitaufwand nicht möglich; derselbe ist jedoch aus den amtlichen Notizen zu berechnen. Im französischen Budget erscheint für das analoge „droit de Statistique“ ein Satz von 5 142 000 Frcs.

Bei Festsetzung der speziellen Zölle ist zu unterscheiden zwischen solchen Artikeln, welche den Gegenstand industrieller Verarbeitung bilden, und solchen, welche zum unmittelbaren Verbrauche dienen.

Bei jenen wird es die Aufgabe sein, nach genauer, mit technischer Sachkunde vorgenommener Vergleichung der Produktions-Bedingungen des Auslandes, und zwar namentlich seiner Zolltarife mit denjenigen Deutschlands, die Zölle so zu

Digitized by Google

regeln, daß die inländische Industrie, sofern sie überhaupt für uns sich eignet, unter gleich günstigen Bedingungen arbeite, wie diejenige des Auslandes, daß sie in den stand gesetzt sei, die reichen Arbeitskräfte der Nation zu benutzen und gut zu bezahlen, daß aber namentlich ein Impuls dafür gegeben und die Möglichkeit erhalten werde, die Naturschätze, welche die deutsche Erde birgt und schafft, zu heben und nicht Erze, Erden aller Art, Kohlen, Holz u. s. w. unverwertet zu lassen.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn der Landwirt sich mit besonderem Eifer gegen die hohen Arbeitslöhne kehrt; er vergißt, daß diese sich in höherer Verwertung seiner Produkte spiegeln.

Eine objektive Prüfung unsres Tarifs und dessen Vergleichung mit demjenigen andrer Länder, namentlich Frankreichs, welches die sachkundigste, aber auch nationalste Tarifkonstruktion besitzt, ergiebt, daß unsre Zollgesetzgebung den Gestaltungen der Gegenwart in keiner Weise mehr entspricht und daher einer Revision bedarf.

Hierbei werden folgende Grundsätze einzuhalten sein:

1. Die Zölle dürfen nicht so hoch bemessen werden, daß dadurch der Impuls gelähmt würde, welchen die Konkurrenz des Auslandes auf dem inneren und auswärtigen Markte zu geben pflegt, aber doch hoch genug und namentlich so stetig, daß die Industrie Kapitalien anziehen, zu fester und sich vervollkommnender Thätigkeit fortschreiten und infolgedessen dem Konsumenten wohlfeilere und bessere Ware liefern kann.

2. Da die Industrie sich zusammensetzt aus einer langen Reihe der verschiedensten Thätigkeiten, welche einander beeinflussen, so ist die Aufgabe zu lösen, daß nicht die Tarifierung der einen Thätigkeit die Entwickelung der andern beeinträchtige. Es ist dies der schwierigste Teil der Zollgesetzgebung und namentlich derjenige, welcher gegen die vertragsmäßige Feststellung der Zölle spricht, weil die Wandelbarkeit und die Vielseitigkeit der wirtschaftlichen Thätigkeit die Bedingungen der Produktion fortwährend umgestaltet. Um diese Sätze etwas konkreter zu gestalten, führe ich an als Beispiel die Eisen-Industrie, deren einzelne Zollsätze sich zu bilden haben werden nach dem Entwickelungsgrade der einzelnen Branchen, vom Stücke Roheisen bis zum Maschinenteile, sowie nach den geognostischen Verhältnissen und dem Grade, wie sie ausgebeutet werden; die Textil-Industrie, bei welcher Rohproduktion (Wolle, Lein, Hanf), Spinnerei, Weberei und Appretur ineinandergreifen, in ihrem Interesse sich oft durchkreuzen und zöllnerisch so zu behandeln sind, daß nicht die Begünstigung des einen Teils den andern in seiner Entwickelung störe.

Die in dem einzelnen Teile der produktiven Thätigkeit schaffende Kraft wird den Maßstab zu bilden haben, für die Bemessung der einzelnen Sätze nach richtigen, technischen Gesetzen.

3. Von sehr großer Bedeutung ist sodann die Regelung der Verkehrsverhältnisse, und man wird sich der Aufgabe nicht entziehen dürfen, diese so zu regeln, daß ferner nicht mehr zufällige und unberechtigte persönliche Verhältnisse

Digitized by Google

und Willkür den regelmäßigen Entwickelungsgang des wirthschaftlichen Lebens stören können.

Die Schwierigkeit der Lösung dieser Aufgaben ist weniger eine sachliche als eine persönliche.

Der eigentlich Sachkundige ist es entweder nur in betreff eines engen Kreises produktiver Thätigkeit oder er ist befangen durch den bewußten oder unbewußten Einfluß seiner Interessen; der Nichtbefangene, also zunächst der Beamte, ist in der Regel im technischen Sinne nicht sachkundig und eben deshalb und wohl auch vermöge der ja auch im geistigen Leben wirkenden vis inertiae dem einfachen und bequemen Prinzipe zugewendet, welches künstlicher Konstruktionen nicht bedarf, indem es alles der ausgleichenden Kraft der freien Bewegung anheimgiebt — mit vollkommenem Rechte, wenn man sich für befugt hält, von jedem nationalen Egoismus zu abstrahieren.

Aus Vorstehendem ergiebt sich, daß bei denjenigen Artikeln, welche integrierende Bestandteile der schaffenden Industrie sind, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zollgesetzgebung deren Aufgabe zu beherrschen hat, die finanzielle eine untergeordnete ist und daher für einen Finanzplan nur insofern in Betracht kommt, als die Lage der Industrie zurückwirkt auf den Ertrag der Konsumtionssteuern. Sie wirkt jedoch natürlich unmittelbar bei allen denjenigen Artikeln, welche nach der bestehenden Gesetzgebung von jedem Zolle befreit, mit Zöllen neu belegt werden sollen, also namentlich bei dem Eisen.

Es knüpfen sich hieran folgende Erwägungen und Vorschläge:

Bis zum Jahre 1865 bestanden höhere Zollsätze, welche übrigens die französischen nicht erreichten.

Diese Sätze waren zu Gunsten des inländischen Gutes um so wirksamer, als nach der damaligen Lage der Verkehrsanstalten in betreff der Transportspesen das Inland dem Auslande gegenüber entschieden im Vorteile war, während jetzt das Gegenteil zutrifft, so daß z. B. beträgt die Fracht von England über Stettin nach Berlin für 1000 Kilo 14 Mark, von den Hauptpunkten der Eisen-Industrie Westfalens 15,50 Mark, von Oberschlesien (Königshütte) 14,20 Mark, nach Dresden von England über Hamburg-Magdeburg 16,50 Mark; von Westfalen 19,50 Mark, von Oberschlesien 17,80 Mark, und nach Mittel- und Süddeutschland sich diese Verhältnisse noch ungünstiger gestalten.

Nachdem die Handelsverträge mit Frankreich und Österreich abgeschlossen waren und sich hieran die übrigen Meistbegünstigungsverträge anreihten, trösteten sich die mit dem englisch-französischen Handelsvertrage gar nicht zufriedenen französischen Industriellen über denselben einigermaßen damit, daß sie sagten: „au moins on sait pour douze ans, où on en est,“ und wirklich wurden überall die Konventionaltarife als die den Industrien fest geschaffene Grundlage behandelt, nach welcher sie ihre Thätigkeit sicher bemessen könne. Allein in Deutschland wurden während der Vertragsperiode allmählig in den Jahren 1868, 1870, 1873 und endlich 1877 neben einer Reihe anderer Zölle diejenigen auf Eisen mehr und mehr herabgesetzt und endlich ganz aufgehoben, ohne daß

Digitized by Google

man es auch nur versucht hätte, sich dafür vom Auslande irgend eine Konzession auszubedingen.

Notwendig mußte dies Unruhe und Unsicherheit in Produktion, Fabrikation und Handel bringen ....[1])

Bei der Woll-Industrie tritt die Frage nahe, ob und in wie weit die rohe Wolle mit einem Eingangszoll zu belegen sei, und nur diese Frage hat eine unmittelbare finanz-politische Seite.

Es muß ja von allen Seiten zugegeben werden, daß die Konkurrenz namentlich der australischen Wolle die deutsche Schafzucht außerordentlich schädigt, und daß der Rückgang der letzteren ein großer Nachteil ist, weil sich an diese eine ganze Reihe großer wirtschaftlicher Vorteile knüpft, Erhöhung namentlich der landwirtschaftlichen Produktion. Andrerseits ist dem Übelstande kaum beizukommen. Der Wert des Centners Wolle bewegt sich zwischen 200 und 250 Mark. Es müßte also ein sehr erheblicher Zoll auf den Wollimport gelegt werden, wollte man dadurch die Schafzucht heben. Ein solch' hoher Zoll aber würde wieder die Verarbeitung der Wolle ungemein erschweren und dadurch mittelbar viel mehr schaden, als der unmittelbare Nutzen betrüge.

Ich würde daher die Wolle nur mit dem allgemeinen Eingangszolle von 0,25 Mark zu belegen vorschlagen, zumal sie auch in Österreich und Frankreich frei ist.[2])

Das eigentliche Feld für Finanzzölle bilden diejenigen Artikel, welche zum unmittelbaren Konsum dienen. Verschieden sind sie zu behandeln, je nachdem sie als ein eigentliches Lebensbedürfnis zu betrachten sind oder nur als Genußmittel, und je nachdem sie auch im Lande produziert werden oder nicht.

Es werden bei Bemessung dieser Zölle folgende Grundsätze einzuhalten sein:

1) Der Zoll ist so zu bemessen, daß er nicht die Preise empfindlich steigert und dadurch, indem er den Konsum vermindert, die Einnahme schmälert.

2) Um die Grenze für Bemessung der Höhe des Zolles richtig zu finden, wird man die regelmäßigen Schwankungen in den Preisen der bezüglichen Ware einer genaueren Beobachtung zu unterwerfen haben und darf annehmen, daß, sofern sich der Zollsatz innerhalb der Grenzen dieser Schwankungen bewegt, er die Preise wohl kaum wesentlich beeinflussen wird.

3) Bei denjenigen Produkten, welche Deutschland auch produzirt, wird in Frage kommen, ob deren Einfuhr oder Ausfuhr überwiegt, ob daher der Bezug derselben als Bedürfniß erscheint oder nicht .....[3])

Ich würde glauben, dem mir gewordenen Auftrage nicht völlig entsprochen zu haben, wenn ich an die speziellen Erörterungen und Vorschläge nicht einige

---

[1]) Folgen Vorschläge hinsichtlich der Zölle auf Eisen, der rohen Baumwolle, der Garne, der Baumwollgarne, der Leinen- und Seidenwaaren.

[2]) Ich habe gedacht. vorstehende Bemerkungen abdrucken zu sollen, da die Forderung der Einführung eines Zolles auf rohe Wolle in der Zwischenzeit wiederholt verlangt worden ist.

[3]) Hier folgen Vorschläge nachstehender Steuerobjekte unter eingehender Würdigung ihrer Zweckmäßigkeit: Petroleum, Kaffee, Mehl, Vieh, Weine, Gewürze aller Art, Südfrüchte, Oel.

Digitized by Google

allgemeine Bemerkungen über unsre wirtschaftliche Lage und die Bedeutung beifügte, welche, wie ich überzeugt bin, die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands auf dieselbe geübt hat.

Es ist ja Thatsache, daß weit über die Grenzen Deutschlands sich erstreckend krankhafte Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben hervortreten; man ist daher nicht berechtigt, dieselben für Deutschland auf dessen Zollpolitik allein zurückzuführen. Das schließt aber nicht aus, die Frage zu stellen, inwieweit unsre Not im kausalen Zusammenhange steht mit unsrer Zoll- und Handelspolitik.

Es fehlt hierfür an Anhaltspunkten nicht, das Beispiel der Eisen-Industrie möge diese darthun; diejenige der Textil-Industrie, der Papier-, der Sodafabrikation u. a., deren Rückgang unmittelbar zusammenfällt mit unsrer neuen Zollgesetzgebung, bestärken es.

Die Produktion des Eisens, früher in stetigem Steigen begriffen, ist seit der Herabsetzung und Aufhebung der Zölle progressiv im Niedergange, und zwar nicht bloß in dem einen oder andern Teile dieser großen Industrie, sondern in allen, in der Gewinnung der Erze wie in der Erzeugung der Fabrikate, der Zahl der Arbeiter, dem Werte des Arbeitsproduktes, und zwar in den letzten beiden, — den entscheidenden für die Wohlfahrt — am meisten . . .[1]).

Hiernach leidet die Industrie nicht an der eigenen, zu starken Produktion, sondern an der Konkurrenz des Auslandes, welches sich auf den deutschen Markt in dem Maße mehr drängt, als er sich ihm rückhaltlos öffnet und die andern sich durch Zollschranken schließen.

Wenn Deutschland in den letzten Jahren verhältnismäßig stark exportierte, so liegt in den Preisen der exportierten Waren der Beweis, daß hier ein Kampf um die Existenz, um die Erhaltung namentlich eines Stammes geschulter Arbeiter gekämpft wird.

Wenn in einem Lande, welches wie Deutschland nicht einmal die ihm nötigen Brotfrüchte baut, die wichtigsten Industrien im Niedergange begriffen sind, dann wird auf den Rat der Freihändler, da zu kaufen, wo es am wohlfeilsten ist, wohl die Frage erlaubt sein, womit soll die wohlfeile Ware bezahlt werden?

Deutschlands Handel mit dem Auslande hatte in den Jahren 1872—1876 eine Unterbilanz von 6276 Millionen Mark. Wie immer man über die Bedeutung der Handelsbilanzen denken mag, immerhin mahnt dieses Ergebnis daran, daß wir uns mit der Deckung dieses Saldo zu unsern Lasten recht ernst zu beschäftigen haben.

Dürfte ich Eurer Durchlaucht aussprechen, was ich meine, daß zu geschehen habe, so wäre es:

1. daß unser Tarif ohne alle voreingenommene prinzipielle Richtung in seinen Einzelheiten geprüft,

---

[1]) Folgen statistische Nachweise über die Wirkung der Eisenzölle seit 1872.

Digitized by Google

2. daß er den erkannten Bedürfnissen unsrer produktiven Thätigkeit angepaßt und namentlich in das richtige Verhältnis zu derjenigen des Auslands gesetzt,

3. daß unser Tarif in kritisch-bewegter Zeit nicht vertragsmäßig für Jahre festgestellt, sondern dafür die Zeit gewonnener Klarheit über die eigenen Interessen abgewartet,

4. daß aber darum eine freundliche Regelung der internationalen Handelsbeziehungen, von dem Tarife abgesehen, keineswegs abgewiesen werde.

Ich habe die Äußerungen Eurer Durchlaucht über die Eisenbahntariffrage nicht dahin verstanden, daß ich darüber mich auszusprechen habe.

Es wäre mir diese auch ohne die eingehendsten Erörterungen nicht möglich gewesen. In dieser ebenso schwierigen als verwickelten Frage steht nur eines ganz fest, daß Abhilfe gegen unzweifelhafte Mißstände gefunden werden muß.

Ich bitte Eure Durchlaucht, vorstehende Erörterungen lediglich als Aphorismen anzusehen, wie sie die mir zugemessene Zeit bedingte.

Die von mir ausgesprochenen Meinungen werden bei genauer Prüfung mancher Berichtigung bedürfen, ihre Begründung, welcher ich mich nötigenfalls nicht entziehen würde, könnte nur geschehen mittelst umfassenden Materials.

Eurer Durchlaucht ganz ergebener

Freiherr von Varnbüler."

XV. Abschnitt.

Die zweite Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(12. Februar bis 12. Juli 1879.)

Sogleich bei Beginn der Session beschäftigte die Frage der Verhaftung Fritsche's resp. die Wahrung der Reichstagsprivilegien das Haus[1]). Die Auffassung an höchster Stelle beziehungsweise die Rücksicht auf diese war von Einfluß und Herr von Helldorff[2]) hatte einen harten Stand in der konservativen Fraktion. Es fand aus diesem Anlaß am 20. Februar 1879 eine Kommunikation zwischen Helldorff und Bismarck statt.

Gleich zu Beginn der Session[3]) hatte der Kanzler eine denkwürdige Unter-

[1]) Gemeint ist die Reichstagsverhandlung vom 19. Februar 1879 veranlaßt durch das Schreiben des Reichskanzlers, betreffend die Einholung der Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Fritsche wegen Zuwiderhandlung gegen § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878, Nr. 19 der Reichstagsdrucksachen.

[2]) Vergl. oben S. 154.

[3]) Das Datum der folgenden Besprechung zwischen Bismarck und Franckenstein läßt sich nicht feststellen. Sie fällt aber unzweifelhaft in das Jahr 1879 und zwar noch vor dem 22. Februar 1879, also in die Zeit lange vor der Beschlußfassung über den neuen Zolltarif und die Klausel Franckenstein.

Digitized by Google

redung mit dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von und zu Franckenstein[1]). Es rührt darüber folgende Aufzeichnung von der Hand des Freiherrn von Franckenstein her:

Nachdem der Reichskanzler Fürst Bismarck sich entschuldigt hatte, mich am Sonntag nicht haben empfangen zu können, da er nicht mehr schlafen könne, außer von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr mittags, eine Folge der schlechten Gewohnheit, die er früher angenommen hat, die Nacht durch bis in den Morgen hinein zu arbeiten, sprach er mir die Befriedigung aus, daß eine Annäherung zwischen dem Centrum und den Konservativen stattgefunden habe, und bemerkte, hierzu den Konservativen gegenüber das seinige beigetragen zu haben.

Hierauf begann er mit der Erklärung, kein Kulturkämpfer von Passion zu sein, und behauptete, daß die Veranlassung des Kulturkampfes die Bildung einer konfessionellen Partei im Reichstage, vornehmlichst aber das Zunehmen des polnischen Elements in Posen und Oberschlesien, gefördert durch den Klerus der Diözese Posen-Gnesen, gewesen sei. Er, der Reichskanzler, habe darüber mehrfach mit dem seligen Bischof Ketteler in Mainz sich besprochen, und habe leider denselben nicht vermögen können, Erzbischof von Posen zu werden. In wahrhaft erschreckender Weise sei das deutsche Element zurückgedrängt worden, in vielen Gemeinden, in welchen noch vor kurzer Zeit Deutsche gewesen seien, seien nunmehr gar keine mehr, und dieses Zurückdrängen des Deutschtums sei namentlich von der Kanzel und in der Schule durch die Geistlichkeit gefördert worden. Er sei gezwungen gewesen, um in der Schule die deutsche Sprache zu erhalten und deutsche Gesinnung zu verbreiten, das Schulaufsichtsgesetz den preußischen Kammern vorzulegen. Da habe nun die konservative Partei, seine ehemaligen Freunde, den erbittertsten Kampf gegen ihn zu führen begonnen. Sein bester Freund habe geradezu republikanische Gesinnungen manifestiert; mit dem Bruder seiner Schwiegermutter, Herrn von Kleist-Retzow, der ihm so eng befreundet war, habe er brechen müssen. Auch die „Kreuzzeitung", sein früheres Organ, habe eine Reihe von Schmähartikeln gegen ihn erscheinen lassen. Die Motive der genannten Herren seien, was ich kaum verstehen würde, den Gefühlen des Neides zuzuschreiben, und zwar wegen der ihm gewordenen Dotationen. Er habe diese Haltung des preußischen Adels, der seit vier Jahrhunderten durch dasselbe Herrscherhaus regiert worden sei und diesem Hause in den vielen Kämpfen gegen Polen gedient habe, nicht begreifen können, so gut er begreife, daß der süddeutsche Adel, der bis zum Beginn dieses Jahrhunderts unabhängig war, leicht geneigt sei, seinen jetzigen Souveränen oppositionell entgegen zu treten. Dieses Bekämpftwerden durch die konservative Partei habe ihn vermocht, bei der

---

[1]) Freiherr von und zu Franckenstein, Georg Arbogast, I. Präsident der bayer. Kammer der Reichsräte, Großkanzler des bayer. Hausritterordens vom hl. Georg; Ullstadt bei Langenfeld, Mittelfranken. Geb. 2. Juli 1825 zu Würzburg (röm.-kath.). Stud. auf der Universität München. Mitglied der bayer. Reichsratskammer seit dem Jahre 1847, des Zollparlaments für den Wahlkreis Eichstätt, seit 1872 des Reichstags für den Wahlkreis Lohr. Gestorben am 22. Januar 1890.

liberalen Partei Hilfe zu suchen; er liebe nicht, mit Parteien zu gehen, sondern die Hilfe da zu nehmen, wo er sie finde.

Ungerecht sei der Vorwurf, den man ihm mache, daß er ein Centralist sei; der Unitarismus in Deutschland würde zur Republik führen. Nach seiner Meinung sei Preußen zu groß und zu mächtig in Deutschland, er würde es vorziehen, wenn noch mehrere andre, größere Bundesländer in Deutschland bestehen würden. Man habe ihm vorgeworfen, Hannover und Hessen genommen zu haben, das erkläre sich damit, daß der König von Hannover ein eigentümlicher Mann, und der Nachfolger des Kurfürsten mit der Einverleibung Hessens einverstanden gewesen sei; überdies sei allerdings wahr, daß Preußen vor dem Jahre 1866 gleichsam in zwei Hälften geteilt gewesen sei; eine Verbindung der beiden Teile habe not gethan. Gegen andre Annexionen, die namentlich der Kaiser gewünscht habe, nämlich die Einverleibung Österreich-Schlesiens und der Markgraftümer Ansbach und Bayreuth, habe er entschieden und erfolgreichen Widerstand geleistet. Nachdem der Kaiser durchaus die genannte Ländererwerbung für Preußen machen wollte, habe er nicht nur in Nikolsburg seine Entlassung eingereicht, sondern er habe durch 3 Tage in Nikolsburg seine Thätigkeit als Minister eingestellt. Auch später in Versailles habe er geraten, man möge mit den ersten Kriegskontributionsgeldern die im Jahre 1866 erhobenen Kriegskontributionen zurückzahlen; da habe man gesagt: „Bismarck ist betrunken“, und sein Rat sei nicht befolgt worden.

Der Krieg mit Österreich gegen Dänemark habe erwiesen, was Deutschland-Österreich vereinigt vermöge. Alle Staaten wären damals gegen den Krieg gewesen, und keiner habe gewagt, Dänemark zu Hilfe zu kommen. Der Krieg vom Jahre 1866 sei eine peinliche Notwendigkeit gewesen. Der Dualismus in Deutschland konnte, ohne Deutschland zu schädigen, nicht fortdauern, eher konnte Preußen durch den Krieg sich auf die zweite Stellung zurückdrängen lassen, als die Fortdauer des bis zum Jahre 1866 bestandenen Verhältnisses zu dulden. Er, Bismarck, habe, nachdem schon die ersten Schüsse gewechselt worden seien, durch den Bruder des General Gablenz dem Kaiser Franz Joseph das Anerbieten machen lassen, mit Preußen zu sagen, das bisher Vorgefallene sei nur ein Spaß gewesen. — Kaiser Franz Joseph sei nicht abgeneigt gewesen, auf den Vorschlag einzugehen, der österreichische Finanzminister Graf Larisch habe aber gesagt, das ginge nicht, entweder müßten in fünf Wochen die österreichischen Truppen in Berlin stehen, dann sei Geld genug vorhanden, oder der Krieg falle zu Österreichs Ungunsten aus, und dann sei der Grund für einen neuen österreichischen Staatsbankerott gegeben. Graf Mensdorff und die übrigen Minister hätten Graf Larisch zugestimmt, und der Krieg habe das bekannte Resultat gehabt. Die häufig laut gewordene Ansicht, daß er weitere Eroberungen für Deutschland machen wolle, gehöre zu den vielen unsinnigen Dingen, die behauptet werden. Was solle denn für Deutschland noch erobert werden? Etwa Dänemark, Holland, Belgien, oder gar Österreich bis an die Leitha, mit Wien als Provinzialstadt? Der preußische Minister, der je daran denken werde, durch

Digitized by Google

Österreichs Eroberung Deutschland zu vergrößern, würde damit seinen politischen Unverstand dokumentieren. Deutschland und Österreich vereinigt wären die beste Friedensbürgschaft für Europa, so habe er immer gedacht, und werde er immer denken; schon deshalb habe er nicht geduldet, daß im Jahre 1866 Österreich auch nur eine Scholle Landes genommen werde, da dann eine Mißstimmung für lange Zeit entstanden wäre, während jetzt schon ein enges Zusammengehen denkbar und möglich sei.

Wenn die Beziehungen zwischen dem Berliner und Petersburger Hofe intimer seien als zwischen dem Berliner und Wiener Hofe, so sei das den engen Familienverbindungen zuzuschreiben, die zwischen dem deutschen und russischen Kaiserhause bestehen.

Selbst ein Verfassungsverhältnis zwischen Österreich und Deutschland sei denkbar, wohl aber nicht gemeinschaftliche Zölle. Sind Österreich und Deutschland einig, so sind sie gemeinschaftlich jedem Feinde, sei es Frankreich oder Rußland, gewachsen. Solche Ideen habe er dem Kaiser Franz Joseph bei seiner ersten Begegnung mit ihm nach dem Jahre 1866 mitgeteilt.

Was die Verhandlungen mit Rom betreffe, so sei der Tod des Kardinals Franchi[1]) sehr zu bedauern gewesen, mit ihm wäre wohl bald der Abschluß eines Vertrages möglich geworden, nach seinem Tode habe sich alles geändert. Man habe von ihm (Bismarck) verlangt, als Basis für die Verhandlungen die Aufhebung der Maigesetze und die Wiederherstellung der Verfassungsparagraphen zuzusagen, das sei unmöglich.

Eine prinzipielle Einigung sei ja nie mit auch nur einiger Dauer zwischen Kirche und Staat erreicht worden. Er habe auch mit Masella verhandelt, das sei noch ein junger, lebhafter Diplomat und ganz Italiener. Der Schriftenwechsel mit Rom dauere fort, bisher sei durch denselben gar nichts erreicht worden. Er habe nun den Bischof von Rottenburg, Herrn Hefele verlangt, der sei ihm als gescheiter Mann bekannt, mit dem könnte man leicht hier verhandeln. Er hielte es für das beste, im Benehmen mit Rom die erledigten katholischen Pfarreien zu besetzen, dann würde er einen Gesandten beim Vatikan beglaubigen.

Was die Civilehe betreffe, könne er nur sagen, daß er, als die Vorlage an die preußischen Kammern gelangte, in langem Urlaub in Varzin gewesen sei. Roon sei damals Ministerpräsident gewesen, habe den Kaiser zur Ermächtigung, die Vorlage den Kammern zu machen, veranlaßt, dann aber allerdings von ihm (Bismarck) verlangt, daß er die Vorlage mit gegenzeichne, und für den Fall, daß er dies nicht thun wolle, mit seiner Entlassung und jener Camphausen's und Falk's gedroht. Eine neue Ministeriumbildung sei damals unmöglich gewesen, und da habe er nachgegeben, wenngleich er kein Freund der Civilehe sei; er

---

[1]) Alessandro Franchi, unter Leo XIII. erster Staatssekretär, der im Gegensatz zu dem schroffen Auftreten Pius IX. mit Zustimmung des Papstes eine gemäßigte Politik einschlug und in Preußen schon nicht unbedeutende Erfolge erzielt hatte, wurde plötzlich am 30. Juli 1878 durch einen Anfall von Sumpffieber (nicht ohne Verdacht der Vergiftung) dahingerafft.

wisse aber, daß in der ersten Zeit der Christenheit, wo noch Heiden-Christenehen vorkamen, die bürgerliche Ehe von der Kirche anerkannt worden sei [1]). —

Die Session brachte eine Reihe sehr wichtiger Verhandlungen, von denen wir zunächst die Regelung der Verfassung von Elsaß-Lothringen ins Auge fassen wollen.

Die am 30. Juli 1878 stattgehabten Reichstagswahlen hatten eine Schwächung der autonomistischen Partei zur Folge [2]), indem in Straßburg-Stadt der bisherige Abgeordnete Bergmann durch den Protestkandidaten Kablé ersetzt worden war und der Wahlkreis Hagenau — der bisherige Abgeordnete Nessel ließ sich nicht wieder aufstellen — ebenfalls an einen Protestler verloren ging. Hingegen wurde ein autonomistischer Kandidat, Lorette, in Lothringen gewählt. Es waren also ihrer vier: Lorette, North, Dr. Rack und Schneegans. Die Wahl der Hauptstadt konnte nicht ermangeln, eine besondere Bedeutung zu gewinnen. In der deutschen Presse wurde dieselbe allgemein dahin gedeutet, daß die autonomistischen Bestrebungen, wenn nicht sofort aufs Spiel gesetzt, so doch sistiert und aufgehalten seien.

Indessen hatte sich diese Befürchtung erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Schon am 22. Februar 1879 konnte sich der zur Eröffnung des Reichstags nach Berlin gereiste Abgeordnete Schneegans überzeugen, daß der Kronprinz entschlossen war, seinen ganzen Einfluß im Sinne einer Sanierung der elsaß-lothringischen Verhältnisse in die Wagschale zu werfen. An demselben Tage wohnte dieser Abgeordnete einer parlamentarischen Soiree beim Reichskanzler bei, der alsbald die Frage an ihn richtete, wie es um die Zukunft von Elsaß-Lothringen bestellt sei. Auf die Äußerung des Abgeordneten Schneegans, die Hoffnung der Autonomisten sei nicht geschwunden, nur glaubten sie nach den Attentaten vom Sommer 1878 nicht mehr an eine Verwirklichung des „Kronprinzenlandes“, erwiderte Fürst Bismarck, nach seiner Ansicht dürfe man nicht verzweifeln; es sei an der Zeit, nunmehr einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu machen, ob in der ehedem gedachten Art, das sei zu untersuchen. „Halten Sie sich in meiner Nähe, ich will mit Ihnen darüber sprechen.“

Schneegans that, wie der Fürst es gewünscht; aber nach mehreren Versuchen, wobei der Reichskanzler durch Vorstellungen immer aufs neue unterbrochen wurde, sagte er zu dem Abgeordneten, hier ginge es nicht, er möchte am folgenden Tage um 2 Uhr zu ihm kommen.

Am 23. Februar, zu besagter Stunde, stellte sich Schneegans bei dem Reichskanzler ein. Derselbe empfing ihn in seinem Arbeitszimmer im Erdgeschoß, und als er denselben in Gesellschaftstoilette sah, bemerkte er, diese Förmlichkeit sei ganz

[1]) Nach der „Post“ hatte Freiherr von Franckenstein auch am 10. März 1879 eine Unterredung mit dem Kanzler.

[2]) Wegen der früheren Versuche zur Lösung der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage s. oben S. 281.

unnötig, er würde Schneegans öfter zu sich berufen, möglicherweise auch aus einer Reichstagssitzung, und er möchte so erscheinen, wie er eben sei.

„Wir müssen in dieser Session die elsaß-lothringischen Angelegenheiten regeln," fuhr der Kanzler fort, „es kann nicht weiter so fortgehen; die Verhältnisse stehen wohl nicht nach Wunsch? Darum erzählen Sie mir genau und rückhaltlos, wie es dort zugeht."

Der Abgeordnete Schneegans setzte nun die Verhältnisse ebenso auseinander, wie er es später in der Sitzung des Reichstags vom 21. März 1879 wiederholte, worauf Fürst Bismarck seinen Gedankengang ungefähr in folgender Weise entwickelte:

„Mit seinen Feinden regieren, das ist doch stets die schlimmste Politik, deshalb verurteile ich die Haltung jeder Regierung, welche den Wünschen ihrer Gegner, hier also der Protestler, mehr entgegenkommt, als den ihrer eigenen Stützen, der Autonomisten, in der Hoffnung, die Gegner auf diese Weise zu gewinnen.

Sie können mich als Ihren Verbündeten ansehen. Das Projekt des Kronprinzenlandes hat bei dem Kaiser nunmehr noch weniger Aussicht, da der bejahrte hohe Herr, zumal nach den Attentaten, seinen Sohn in der Nähe zu behalten wünscht. Man muß daher eine andre Lösung ins Auge fassen."

Der Fürst ging darauf verschiedene Eventualitäten mit dem Abgeordneten Schneegans durch, erklärte zwei hier nicht näher zu bezeichnende Auswege für undurchführbar, um schließlich das Projekt der Organisation des Landes unter einem Kaiserlichen Statthalter näher zu erörtern. Es sei seine Absicht, Elsaß-Lothringer in die höheren Regierungs- und Verwaltungsstellen zu berufen; man brauche ja kein Beamter zu sein, um einen guten Unterstaatssekretär oder Bezirkspräsidenten abzugeben; in Frankreich besetze man diese höheren Stellen vielfach auch nicht mit geschulten Beamten.

Nachdem der Kanzler sich einige Personalvorschläge in dieser Beziehung von dem Abgeordneten Schneegans erbeten hatte[1]), wünschte er zu wissen, ob es opportun erscheine, den jetzigen Landesausschuß, die Bezirks- und Kreistage aufzulösen und direkte Wahlen auszuschreiben, um den Landesausschuß auf erweiterter Basis neu herzustellen. Schneegans bemerkte dazu, daß bei der jetzigen Stimmung die Gefahr vorliegen würde, daß solche Wahlen als ein Deutschland voraussichtlich ungünstiges Plebiszit aufgefaßt würden.

Als die Rede auf die Gesinnung der Elsässer vor und nach dem Kriege kam, und Schneegans ohne Hehl erklärte, daß er wie alle seine Landsleute von Haus aus die Annexion an Deutschland nicht gewünscht — ja dieselbe geradezu offen bekämpft hätte, bemerkte Bismarck, den Abgeordneten scharf ins Auge fassend: „Das wußte ich, und wenn Sie mir das Gegenteil gesagt hätten, so hätte ich

---

[1]) Es kam die Rede auf den Präsidenten des unterelsässischen Bezirkstags Klein und auf Schneegans selbst, der bei aller Bereitwilligkeit, einem an ihn ergehenden Ruf zu folgen, doch die Bedenken hervorhob, welche seinem Eintritt in die Regierung zur Zeit entgegenstehen möchten.

Digitized by Google

es nicht geglaubt; daß Sie mir es aber mit dieser Offenheit sagen, dafür zolle ich Ihnen meine Achtung! Mit Männern, wie Sie sind, kann ich verhandeln!"

„Welches auch unsere Gefühle damals waren," fügte Schneegans hinzu, „so haben wir uns jetzt auf den Boden der gegebenen Thatsachen gestellt, um ehrlich den Wiederaufbau unseres Landes herbeizuführen."

Die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat sehe man im Lande als eine Ehrensache an; man würde eine Verweigerung dieser Vertretung wie eine capitis diminutio den andern Ländern gegenüber betrachten. Fürst Bismarck erwiderte, man müsse die richtige Modalität zu finden wissen, es sei schwierig, aber doch nicht unmöglich. Ihm schwebe der Gedanke vor, daß der Vertreter von Elsaß-Lothringen im Bundesrat am besten ein Gesandter, ein diplomatischer Vertreter des Landes sei, der eventuell vom Landesausschuß gewählt werden sollte und womöglich ein Elsässer sein solle.

Der Fürst berührte alsdann noch verschiedene Detailfragen der künftigen Organisation und schloß die zweistündige Besprechung, indem er sagte:

„Können Sie mir versichern, daß ich bei Ihren politischen Freunden einen Halt finde? Ich muß mich doch bei dem Kaiser auf den Willen des Landes stützen können."

„Für mich persönlich kann ich mit Ja antworten," entgegnete Schneegans, „aber ich habe das Recht nicht, für meine abwesenden Kollegen zu sprechen."

„Sind denn die Herren noch nicht hier?"

„Nein, Durchlaucht, ich bin bis jetzt der einzige."

„So telegraphieren Sie ihnen, sie mögen doch erscheinen, und kommen Sie dann mit ihnen, um mich zu besuchen."

„Darf ich dann um eine Audienz einkommen?"

„Nicht Audienz! Schicken Sie mir Ihre Karte; ich werde Sie jedesmal empfangen, um die Angelegenheit weiter zu besprechen."

Auf die telegraphische Aufforderung von Schneegans kamen die autonomistischen Abgeordneten North, Dr. Rack und Lorette bereits am 24. Februar in Berlin an; tags darauf wurden dieselben von dem Reichskanzler empfangen. Nachdem dieselben Punkte wie bei der Konferenz vom 23. Februar erörtert worden waren, stellte der Abgeordnete Schneegans schließlich an den Fürsten Bismarck die Frage, ob er die Stellung eines entsprechenden Antrages im Reichstage für angebracht halte. Nachdem der Kanzler diese Frage bejaht hatte[1]), brachte der

[1]) Die „Post" Nr. 57 vom 27. Februar 1879 wußte über die fragliche Audienz nachfolgendes zu berichten: Der Reichskanzler empfing gestern Mittag die reichsländischen Abgeordneten Schneegans, Rack und North in längerer Audienz. Es soll, wie nationalliberale Blätter wissen wollen, der Gedanke, die reichsländischen Angelegenheiten in einer oder der andern Weise dem Kronprinzen zu unterstellen, wiederum in den Vordergrund getreten sein. Der „Magdeburger Zeitung" schreibt man darüber: Aus unzweideutigen Äußerungen des Reichskanzlers geht hervor, daß das im Frühjahr vorigen Jahres ventilierte Projekt einer dem Kronprinzen zu übertragenden Statthalterschaft für Elsaß-Lothringen neuerdings wieder in maßgebenden Kreisen in den Vordergrund getreten ist. Danach würde die Regierung der Reichslande nach Straßburg verlegt werden, ein vom Kronprinzen ernannter Minister würde daselbst residieren; Elsaß-Lothringen würde eine

Digitized by Google

Abgeordnete Schneegans nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden im Reichstage, insbesondere mit dem Präsidenten Dr. von Forckenbeck und Stauffenberg, am 26. Februar folgenden Antrag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen: Den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte."

Als Antragsteller waren unterschrieben: Schneegans, North, Dr. Rack und Lorette; unterstützt wurde der Antrag durch die hervorragendsten Mitglieder verschiedener Parteien.

Nachdem der Reichskanzler am 1. und 5. März mit dem zu sich berufenen Abgeordneten Schneegans die Verfassungsfrage noch einmal besprochen und bei dieser Gelegenheit aufs neue gezeigt hatte, welchen Wert er auf den Eintritt von Elsaß-Lothringern in den Reichsdienst lege [1]), gelangte der autonomistische Antrag am 21. März 1879 auf die Tagesordnung des Reichstags. Der Abgeordnete Schneegans erhielt zur Begründung desselben zuerst das Wort [2]). Darauf erklärte der Abgeordnete Kablé im Namen der nicht autonomistischen Abgeordneten, daß dieselben dem Antrage zwar beistimmen würden, in betreff der Ausführung aber gewisse Vorbehalte machen müßten [3]). Nach einer längeren Rede des Reichskanzlers [4]) wurde die Beratung am 27. März fortgesetzt [5]) und hier die vorgeschlagene Resolution beinahe einstimmig (nur eine Stimme war dagegen) angenommen.

---

eigene Landesvertretung erhalten und drei vom Kaiser ernannte Vertreter in den Bundesrat senden. Dies würde den Wünschen der elsaß-lothringischen Bevölkerung durchaus entsprechen. In Reichstagskreisen hält man es für wahrscheinlich, daß noch in dieser Session die Angelegenheit den Reichstag beschäftigen wird. Jedenfalls dürfte das oben bezeichnete Projekt demnächst vom Reichskanzler dem Kaiser unterbreitet werden. Fürst Bismarck hat dem Abgeordneten Schneegans darin beigestimmt, daß die Dinge in Elsaß-Lothringen nicht so weiter gehen können wie bisher, und daß eine Abhilfe geschaffen werden müsse, welche der Fürst, wie aus seinen Äußerungen hervorgeht, eben in der angedeuteten Richtung herbeizuführen gedenkt.

[1]) Die „Vossische Zeitung" Nr. 77 vom 16. März 1879 wußte hierüber zu berichten: Wie wir hören, hat der Reichskanzler in den letzten Tagen erneute Besprechungen mit einigen Abgeordneten, so u. a. auch mit dem Abgeordneten Schneegans gehabt. Das Projekt einer Statthalterschaft mit einem Prinzen scheint vorerst gänzlich aufgegeben zu sein. Die ganze Veränderung wird sich darauf beschränken, daß der Kaiser einen Minister zur Übernahme der Regierungsgeschäfte nach Straßburg sendet, und daß der 30 Mitglieder zählende Landesausschuß, dem man das Recht der Initiative in der Gesetzgebung eingeräumt, nicht unerheblich vermehrt werden wird. Dagegen dürfte Elsaß-Lothringen eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Landesvertretung nicht erhalten.

[2]) Stenographischer Bericht S. 556 f. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Schneegans auf Errichtung einer selbständigen Regierung in Elsaß-Lothringen, Reichstagssitzung vom 21. März 1879, ist auch als selbständige Broschüre erschienen.

[3]) Stenographischer Bericht S. 562.

[4]) Stenographischer Bericht S. 563.

[5]) Antwort des Abgeordneten Schneegans auf die Rede des Reichskanzlers, Stenograph. Bericht S. 659.

Digitized by Google

Auf der an demselben Abend stattgefundenen parlamentarischen Soiree sprach der Abgeordnete Schneegans dem Reichskanzler seinen Dank dafür aus, daß derselbe ihn gegenüber einem Vorstoße des Abgeordneten Freiherrn von Schorlemer-Alst[1]) verteidigt hatte, worauf der Fürst äußerte, sie seien ja beide natürliche Verbündete und hätten dieselben Feinde, „da muß man sich auch gegenseitig helfen, und das that ich gern".

Der am 2. Juni 1879 dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens (Nr. 238 der Anlagen), wurde nach viertägiger Beratung[2]) mit großer Mehrheit angenommen[3]). Damit war das lang erstrebte Ziel glücklich erreicht.

Im späteren Verlauf der elsaß-lothringischen Angelegenheit trat Fürst Bismarck weniger hervor; die Verteidigung der zuletzt erwähnten Verfassungsvorlage überließ er dem Unterstaatssekretär Herzog. Dagegen berührte der Reichskanzler hin und wieder auf den parlamentarischen Gesellschaften die schwebenden Fragen im Gespräch mit dem Abgeordneten Schneegans.

Eines Abends trat der Kanzler an die Tafelrunde, die Schneegans mit verschiedenen Beamten des Auswärtigen Amts bildete, heran, indem er scherzend äußerte, dort (am großen Tische) werde es jetzt zu steif, er komme lieber 'mal hierher.

Ein andres Mal näherte sich der Hausherr wiederum der von Schneegans und andern Herren gebildeten Tischgesellschaft, welche eben die Frage der künftigen Statthalterschaft diskutierte. „Um was handelt sich's denn hier?" fragte der Fürst lächelnd.

„Durchlaucht," erwiderte der Legationsrat Freiherr von Richthofen mit scherzhaftem Ernst, „wir sind gerade dabei, den Statthalter von Elsaß-Lothringen zu ernennen."

„So? und wer soll das sein?"

„Der Feldmarschall von Manteuffel!"

„Ei! davon ließe sich ja weiter sprechen!" meinte der Fürst und entfernte sich.

In der parlamentarischen Gesellschaft vom 17. Mai 1879 teilte Fürst Bismarck dem Abgeordneten Schneegans mit, daß in der That der Feldmarschall von Manteuffel Kaiserlicher Statthalter, der Unterstaatssekretär Herzog Staatssekretär in Straßburg und der Abgeordnete von Puttkamer Unterstaatssekretär (für Justiz) werden würden. Über die andern Unterstaatssekretärstellen war noch keine Verfügung getroffen. Die dem Präsidenten des unterelsässischen Bezirks-

[1]) Angriff des Abgeordneten von Schorlemer-Alst auf den Abg. Schneegans Sten. Ber. S. 659, Zurückweisung dieses Angriffs durch den Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg S. 663, den Abgeordneten Dr. Hänel S. 667 und den Fürsten Bismarck S. 669.

[2]) Vergleiche die Stenographischen Berichte über die Sitzung vom 13., 14., 21. und 23. Juni 1879. Reden des Abgeordneten Schneegans S. 1762, 1773, des Abgeordneten North S. 1623, 1751, 1754 f.

[3]) Gesetz v. 11. Juli 1879, Reichs-Gesetzbl. S. 165.

Digitized by Google

tages, Klein, angebotene Unterstaatssekretärstelle lehnte derselbe zum großen Bedauern seiner politischen Freunde ab. Dagegen trat der Abgeordnete Schneegans im Oktober 1879 als Ministerialrat in das Ministerium für Elsaß-Lothringen ein, woselbst derselbe bis zu seinem Übertritt in den Dienst des Auswärtigen Amts (Mai 1880) verblieb.

Seit dem 1. Oktober 1879 bilden Statthalter und Ministerium die Grundlage der administrativen Organisation der Reichslande[1]).

Bei weitem die wichtigste Aufgabe des Reichstags war die große Zolltarifreform mit Abwendung von der bisherigen Delbrück'schen Handelspolitik.

In dem vorbereitenden Stadium, ich rechne dahin die Zeit vom Zusammentritt des Reichstags bis zu den Osterferien (12. Februar — 3. April 1879), ist wiederum die hingebende Thätigkeit des Abgeordneten Lohren[2]) zu erwähnen.

Am 24. Februar 1879 referierte derselbe im Kongresse deutscher Landwirte über den inzwischen revidierten Tarifentwurf[3]) für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Tags darauf erklärte Geheimer Rat Tiedemann in der Sitzung, durch sein Erscheinen eine angenehme Pflicht zu erfüllen, indem er versicherte, daß der Fürst Reichskanzler den Verhandlungen des Kongresses mit regem Interesse folge[4]).

In der IV. General-Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 26. und 27. Februar 1879 erhob die Versammlung nachfolgende Resolution des Abgeordneten Freiherrn von Mirbach zum Beschlusse:

> Die Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer spricht dem zoll- und wirtschaftspolitischen Programm des Fürsten Bismarck sowohl in wirtschaftlicher wie auch in finanzieller Richtung ihre vollkommene Zustimmung aus. Sie hält das in demselben empfohlene Prinzip einer möglichst gleichmäßigen Besteuerung aller belangreichen Importartikel für geboten, einerseits im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit, andrerseits zur Erreichung

---

[1]) Dem zehnjährigen Bestehen des Gesetzes über Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen widmete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 1. Oktober 1889 eine Betrachtung in der es heißt: Wer den Erfolg beurteilen will, darf sich nicht beirren lassen durch vorübergehende Schwankungen, welche in diesen oder jenen Einflüssen des Augenblicks ihren Grund haben mögen; er darf auch zum Maßstabe des Urteils nicht etwa nehmen den patriotischen Wunsch, sondern das Gesetz, welches der Natur der Dinge innewohnt; — wer von diesem Standpunkte aus betrachtet und erwägt, wie Elsaß-Lothringen nach Verfluß eines Jahrzehnts der Statthalter-Regierung das Erscheinen des erlauchten Kaiserpaares in der Mitte seiner Bevölkerung aufgenommen hat, der wird nicht anstehen, zu sagen: die vor nahezu zwei Jahrzehnten angekündigte Politik hat sich bewährt; mit Stetigkeit und Festigkeit verfolgt, muß und wird sie ganz zum Ziele führen.

[2]) Vergl. oben S. 217.

[3]) Zu vergl. den gedruckten Bericht über die Verhandlungen des 10. Kongresses deutscher Landwirte zu Berlin am 24. und 25. Februar 1879, Berlin 1879, S. 3 ff. Der Tarif findet sich abgedruckt a. a. O. S. 88, vergl. bes. S. 34: die Erklärung des Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller, betreffend die Solidarität der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft.

[4]) A. a. O. S. 149.

Digitized by Google

großer finanzieller Erträge im Interesse des Reichs und zur Entlastung von der drückenden Doppelbesteuerung im Gebiete der direkten Steuern.

Nach Überreichung dieser Adresse ging dem Freiherrn von Mirbach unterm 20. März 1879 seitens des Fürsten Bismarck ein Schreiben zu, mit dem Ersuchen, in der Versammlung seinen Dank auszusprechen für die Zustimmung zu der von ihm beabsichtigten Wirtschaftspolitik[1]).

Es ist bekannt, daß sich der Kanzler für die Arbeiten der Tarif-Kommission lebhaft interessierte. Ganz ohne sachliche Differenzen ging es auch zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Kommission nicht ab. Beweis hiervon folgender Entwurf eines Schreibens des Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler an den Fürsten Bismarck[2]).

Eure Durchlaucht!

Die Unterredung vom 8. d. M. hat mich überzeugen müssen, daß Eure Durchlaucht die von mir empfohlene Klassifikation der Gerste in die Position Roggen nicht annehmen. Ich werde demgemäß meine Stimme in der Kommission abgeben, weil ich der Verabredung in Friedrichsruh nicht untreu werden will.

Es geschieht mit schwerem Herzen, weil ich nach vielen gewichtigen Stimmen, welche ich vernommen habe und täglich vernehme, überzeugt bin, daß der von mir gemachte Vorschlag die Landwirte vollständig befriedigt, ja manchen derselben sogar zu hoch erscheint.

Immerhin ist die Differenz mit den Ansichten Eurer Durchlaucht keine absolut prinzipielle.

Dagegen haben Eure Durchlaucht den Ausspruch gethan, ich verfolge einen von dem Ihrigen verschiedenen Zweck, ich handle als Wirtschaftspolitiker, während Sie als allgemeiner Politiker vorgehen — und Eure Durchlaucht haben an diesen Ausspruch praktische Konsequenzen in betreff der Geschäftsbehandlung geknüpft.

Als meine Aufgabe betrachte ich es, zur Aufstellung eines Tarifentwurfes zu gelangen, geeignet, die schroffen Gegensätze zu vermitteln, welche auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sich bekämpfen und auf diese Weise die Schwierigkeiten zu vermindern, welche die von Eurer Durchlaucht in klarer Würdigung der Bedürfnisse Deutschlands angeordneten Reformen namentlich im Reichstage finden werden, wo ich ja auch für dieselben einzutreten haben werde.

Der Auffassung Eurer Durchlaucht würde entsprechen, eine Reihe einzelner Meinungsäußerungen aus der Mitte der Kommission zu veranlassen, und dadurch die konservative Wählerschaft zu gewinnen.

---

[1]) Vergl. den gedruckten Bericht über die Verhandlungen der IV. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 26. und 27. Februar 1879, S. 110.

[2]) Auf den Rat des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode ist dieses Schreiben nicht zum Abgang gelangt. Es wirft aber so interessante Streiflichter auf die Situation, daß dessen Abdruck gewiß gerechtfertigt erscheinen dürfte.

Digitized by Google

Auf diesem Wege aber vermöchte die Kommission nicht, dem ihr gewordenen Auftrage gemäß zu dem Aufbau eines systematischen Tarifentwurfs zu gelangen, welcher den Berathungen des Bundesrats als Grundlage dienen und so das Reformwerk vorbereiten könnte.

Sollten sich in dem von der Kommission zu entwerfenden Entwurfe Sätze finden, welche den Auffassungen Eurer Durchlaucht entsprechen, so wird ja dort die Korrektur erfolgen.

Wenn es meine Aufgabe ist, die Geschäfte in diesem Sinne zu leiten, in thunlichster Uebereinstimmung einen homogenen Tarifentwurf zu stande zu bringen, dann bedarf ich des Vertrauens, daß ich in der Hauptsache aus eigener Entschließung im Sinne Eurer Durchlaucht vorgehen werde.

Mit diesem Vertrauen wird das Bewußtsein der Verantwortlichkeit steigen; dieses und die hohe Autorität des Reichskanzlers Fürsten Bismarck wird mich oft genug zu Eurer Durchlaucht führen.

Sollte ich jenes Vertrauen nicht in vollem Maße genießen, sollte mir die Möglichkeit nicht gegeben sein, in der Kommission möglichst viel Boden für meine Auffassungen zu gewinnen, dann würde ich glauben, zur Lösung der mir gewordenen Aufgabe nicht gelangen, den Erwartungen nicht entsprechen zu können, welche Eure Durchlaucht an meine Berufung geknüpft habe.

Ich bitte dringend, diese meine Bemerkungen nicht als den Ausdruck von Empfindlichkeit auffassen zu wollen, sie entspringen lediglich dem Bedürfnisse, die vollste Klarheit in mein Verhältnis zu Eurer Durchlaucht zu bringen.

Was immer Eure Durchlaucht beschließen werden, meiner treuesten Ergebenheit und meine warme Unterstützung der geplanten Reformpläne bleibt Ihnen unwandelbar gesichert."

Nach Beendigung ihrer Arbeit legte Freiherr von Varnbüler als Vorsitzender der vom Bundesrate eingesetzten Zolltarif-Kommission am 1. April 1879 das Ergebnis der Beratungen dem Bundesrate vor.

Dem Bericht des Vorsitzenden entnehmen wir folgende bisher unveröffentlichte Ausführungen:

„Von einer Darlegung der volkswirtschaftlichen, zoll-, handels- und finanzpolitischen Erörterungen, welche in der Kommission zum Ausdruck gekommen sind, in einem Generalberichte hat die Kommission Abstand genommen; sie wäre bedingt gewesen durch eine genaue Feststellung der sich durchkreuzenden Ansichten und hätte daher eine wertvolle Zeit in Anspruch genommen, ohne sachlich von entscheidender Bedeutung zu sein.

Die Kommission hat sich beschränkt auf eine Begründung der einzelnen von ihr gefaßten Beschlüsse und ist hierbei der Anordnung des aufgestellten Tarifs gefolgt.

Um den Bundesrat in den Stand zu setzen, auch diejenigen Gründe zu prüfen, welche den Beschlüssen entgegengesetzt wurden, legt die Kommission ihre Protokolle mit den Begründungen der Referenten und den zu den Akten gegebenen Separatvoten vor und hat sie den in der Minderheit stehenden Kommissionsmit-

Digitized by Google

gliedern anheimgegebenen, in dem Berichte selbst ihre abweichenden Ansichten zum Ausdruck zu bringen.

Die Kommission hat es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, darüber Untersuchungen anzustellen, welche Folgen für die Finanzen des Reichs ihre Anträge voraussichtlich haben würden. Ehe diese Anträge sich zu Beschlüssen gestaltet haben, hätte jede Zahlenangabe lediglich die Bedeutung einer Vermutung gehabt; dabei wäre eine Aufstellung des voraussichtlichen Zollertrages bedingt gewesen durch eine mühsame, zeitraubende Erhebung vielfacher denselben bedingenden thatsächlichen Verhältnisse.

Die Kommission hat sich darauf beschränkt, die Fassung der einzelnen Positionen des Tarifs zu redigieren und die Zollsätze vorzuschlagen; sie hat sich hierbei selbstverständlich zur Aufgabe gemacht, den inneren Zusammenhang zu berücksichtigen, in welchem die einzelnen Teile des Tarifs zu einander stehen. Hierbei mußte sie zwar die sich ergebenden zolltechnischen Fragen in Erwägung ziehen und berücksichtigen, sie hielt es aber für ihre Aufgabe nicht, über die Art Anträge zu stellen, sondern hat diese den Erwägungen an anderer Stelle anheimgeben zu sollen geglaubt."

Am 4. April 1879 legte Fürst Bismarck den von ihm betriebenen Zolltarif-Gesetz-Entwurf dem Reichstag vor. Am 16. April 1879 referierte Lohren über diesen Entwurf im Verein für deutsche Volkswirtschaft und zwar speziell über die Gruppe Landwirtschaft[1]), und er kam hier zu dem Ergebnis, daß die Landwirtschaft noch eines höheren Zollschutzes bedürfe, als der vorliegende Tarif vorgeschlagen hatte[2]). „Soll Deutschland seine „Unabhängigkeit" nicht verlieren, so muß der für seine Bevölkerung notwendige Bedarf an Rohstoffen zur Bekleidung, sowie an Getreide zur Ernährung im Lande selbst erzeugt werden, wie es Jahrhunderte lang gewesen ist. Diese Unabhängigkeit vom Auslande in der Brotversorgung ist die erste Bedingung stabiler Entwickelung des Staats- und Volkslebens eines großen Reiches."

Lohren hatte wohl die geistige Kraft und die Energie, die Tarifreform nach seinen Gedanken zu formen, aber nicht die Gesundheit, auch noch in den Bureaus und in der Presse für sein Werk zu agitieren. Den Verkehr zwischen ihm und Bismarck vermittelte Ehrenfried Hessel, welcher beim Kanzler wiederholt verkehrte und dessen Entschließungen auf Lohren's Vorschläge entgegennahm[3]).

---

[1]) Abgedruckt ist das Referat in dem Lohren'schen Werke: „Das System des Schutzes nationaler Arbeit", Potsdam 1880, S. 112; bes. zu vergl. S. 128—134.

[2]) Sie hat ihn bekanntlich später auch erreicht.

[3]) Über die Haltung des Oberbürgermeisters Dr. Miquel in der Frage der Eisenzölle vergl. den Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 11. Februar 1879, Nr. 44. Am 7. März 1879 zog Bismarck den Reichstagsabgeordneten Dr. von Schwarze aus Dresden mit einer Deputation aus Sachsen zur Familientafel. Die gedachte Deputation hatte im Kanzlerpalais vorher eine mit 300000 Namen bedeckte Adresse aus dem Königreich Sachsen überreicht, alles Personen die Bismarck ihre Dankbarkeit für seine Reformpolitik ausdrücken wollten. Sowohl während der Tafel als nach derselben sprach sich der Kanzler in ebenso freimütiger als eingehender Weise über die schwebenden Zoll- und Steuerfragen aus.

Digitized by Google

Kurz vor den Osterferien des Reichstags, am 31. März 1879 erfolgte noch ein parlamentarisches Ereignis ersten Ranges — eine einstündige Unterredung Bismarck's mit dem Abgeordneten Windthorst[1]). Es versteht sich wohl von selbst, daß der Kulturkampf und die Zoll- wie Steuerfrage den Inhalt des Gesprächs ausmachten, das zur vorläufigen Zufriedenheit beider Staatsmänner, wenigstens in den Hauptpunkten, geendet hat[2]).

Wie üblich hatte der Abgeordnete Windthorst beim Reichskanzler schriftlich angefragt, ob und wann er ihn in der Angelegenheit der verwittweten Königin von Hannover sprechen könne. Darauf erfolgte eine sofortige und sehr höfliche Antwort, welche es Herrn Windthorst freistellte, entweder noch am selbigen Tage oder am nächsten Tage zu einer bestimmten Stunde zu erscheinen. Da der nächste Tag nun der 1. April, der Geburtstag des Fürsten war, so entschied sich Herr Windthorst noch für denselben Tag. So war die „Konferenz" mit allen ihren Vorbereitungen das Werk weniger Stunden gewesen.

Die „Germania" suchte zwar der Begegnung jede politische Bedeutung abzusprechen[3]); aber sie mochte schreiben was sie wollte, die bloße Thatsache einer vertraulichen Unterredung zwischen zwei politischen Männern, die durch den denkbar größten Gegensatz von einander getrennt waren, war eines der beachtenswertesten Zeichen der Zeit.

Die Vorgänge, welche Forckenbeck im Verlaufe der Zolltarifdebatten veranlaßten, das Reichstags-Präsidium am 20. Mai 1879 niederzulegen[4]), dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Der Rücktritt Forckenbeck's aus der leitenden parlamentarischen Stellung gewährte Bismarck sichtlich eine Erleichterung. Trotz der vielen Berührungspunkte, welche die langjährige Stellung des Reichstagspräsidiums im Gefolge hatte[5]), hat der beiderseitige Verkehr niemals auch nur annähernd jenen

---

[1]) Vergl. oben S. 87.

[2]) Vergl. darüber die „Magdeburger Zeitung" vom 2., 4., 10. und 18. April 1879, Nr. 155, 160, 170, 179; die „Nationalliberale Korrespondenz" vom 4. April 1879, Nr. 160; den „Westfälischen Merkur" vom 10. April 1879, Nr. 170; die „Post" 1879, Nr. 93, 94, 96, 99, 123, 140; die „Vossische Zeitung" vom 2., 3., 6., 10. April und 2. Mai 1879, Nr. 94, 95, 98, 102 und 123; die „Neue Preußische Zeitung" vom 4. April 1879, Nr. 80.

[3]) Dieselbe bemerkte: Die Audienz, welche der Abgeordnete Windthorst vorgestern Nachmittag um 4 Uhr bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck hatte, giebt hiesigen und auswärtigen Blättern Stoff zu allerlei Kombinationen, die wir hiermit für völlig unbegründet erklären. Wir haben von der Audienz keine Meldung gethan, um Vermutungen vorzubeugen, welche die Lage der politischen und kirchlichen Verhältnisse nahe legt, die aber nichtsdestoweniger jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. Die Angelegenheiten, welche die Audienz veranlaßten, entziehen sich selbstverständlich der Öffentlichkeit.

[4]) Die Rede, die Forckenbeck im Zoologischen Garten zu Berlin aus Anlaß des dorthin berufenen deutschen Städtetags hielt, findet sich abgedruckt in Schultheß Europäischem Geschichtskalender S. 165. Es sprachen daselbst noch Dr. Braun, Rickert, Richter (Hagen) und Saucken-Tarputschen. Vergl. über die Haltung und den Rücktritt Forckenbeck's die „Post" 1879, Nr. 135, 136, 137, 138, 139, 141 und 143.

[5]) Anfang Februar 1876 drückte der Reichskanzler dem Oberbürgermeister von Forckenbeck infolge des Todes der Gattin des letzteren schriftlich sein Beileid aus.

freundschaftlichen Charakter angenommen, der zwischen Bismarck und Simson[1]) lange Jahre und bis zum Ende bestanden hatte. Schon der Ursprung Forckenbeck's aus der Fraktion Jung-Lithauen machte ihn in den Augen des Kanzlers verdächtig; und dabei dieser energische, schroffe Charakter mit dem Jupiterkopf!

Nach der Sitzung, in der Forckenbeck das Präsidium niedergelegt hatte, berieten alsbald die Fraktionen über die bevorstehende Präsidentenwahl. In der deutschen Reichspartei riet der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck, mit dem Centrum ein Kompromiß einzugehen, welcher Antrag jedoch kurzsichtigerweise abgelehnt wurde, da die Fraktion sich der Hoffnung hingab, den ihr angehörigen Vize-Präsidenten als Präsidenten durchzubringen[2]). Diese Kombination scheiterte aber, und es wurde zum erstenmal seit dem Bestehen des Reichstags der Präsident von der konservativen Fraktion gestellt; Herr von Seydewitz war der Erwählte[3]). Derselbe war in geschäftlicher sowohl wie auch angenehmer persönlicher Beziehung zum damaligen Ministerpräsidenten von Bismarck schon als Landeshauptmann der Oberlausitz zu der Zeit getreten, als es sich darum handelte, die durch die neue Grundsteuer-Gesetzgebung vom Jahre 1861 wesentlich berührten öffentlichen Verhältnisse der Oberlausitz ohne Schädigung derselben zu regulieren; das Entgegenkommen des Ministerpräsidenten führte zu einem erwünschten Abschluß und von Seydewitz war ihm mit dem von ihm damals vertretenen Landesteil zu aufrichtigem Dank dafür verpflichtet. Seydewitz war von Haus aus Mitglied der konservativen Fraktion, und viele Jahre zum Teil leitendes Mitglied im Vorstande derselben. In näheren Verkehr trat derselbe jedoch mit dem Fürsten Bismarck erst, als er zum ersten Präsidenten des Reichstags gewählt worden war. Er fand im Hause fast allseitige Unterstützung, und besonders erleichterte ihm Fürst Bismarck die Erfüllung seiner Aufgabe. Natürlich war Seydewitz nach der Wahl zum Präsidenten des Reichstags aus der Fraktion ausgeschieden,

---

[1]) Im Jahre 1890, als der Präsident des Reichsgerichts Simson seine Versetzung in den Ruhestand beantragte, schrieb die „National-Zeitung": Es war bezeichnend für die feine Empfindung, welche Fürst Bismarck allezeit für die politischen „Imponderabilien" gehabt hat, daß er 1879 Simson bewog, trotz seines Alters, auf welches dieser abwehrend hinwies, das Präsidium des Reichsgerichts zu übernehmen, obgleich gerade damals die Wege des Kanzlers und der nationalliberalen Partei, zu deren verehrtesten Mitgliedern Simson immer gehört hat, sich trennten; Fürst Bismarck empfand die Notwendigkeit, an die Spitze des Reichsgerichts für dessen erste Periode nicht bloß einen hervorragenden Juristen, sondern einen Mann zu stellen, der zugleich einen Namen von national-politischer Bedeutung trug.

[2]) Bei der Wahl des Vize-Präsidenten nach der Niederlegung der Vize-Präsidentenstelle seitens des Freiherrn von Stauffenberg wurde demnächst am 24. Mai doch der Centrums-Kandidat Freiherr von Franckenstein gewählt.

[3]) von Seydewitz, Otto Theodor, Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Kurator der Universität Breslau, Besitzer von Reichenbach O.-L. und Biesig, wohnhaft zu Breslau. Geboren den 11. September 1818 zu Gr. Badegast (evangelisch-lutherisch). Landrat des Görlitzer Kreises, hierauf Landeshauptmann und Landesältester der preußischen Oberlausitz, Vizelandtags-Marschall von Schlesien, Vorsitzender des Schlesischen Provinzial-Ausschusses, Mitglied aller Reichstage vom konstituierenden an bis 1884.

Digitized by Google

in welcher Herr von Helldorff die Leitung übernahm. Bald nach Schluß des Reichstags wurde Seydewitz zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt; er lehnte jetzt ab, in der neuen Session sich als Kandidaten für das Präsidium des Reichstags aufstellen zu lassen, und trat dafür wieder in den Vorstand der deutsch-konservativen Fraktion ein.

Es giebt keine Periode während der ganzen Ministerthätigkeit Bismarck's, da derselbe so viel und so eingehend mit Abgeordneten verkehrt hat, als während der Schlußberatung der Tarifreform. Die widerstrebenden Abgeordneten schließlich doch zu dem Punkte geführt zu haben, der ihm genehm bezw. annehmbar erschien, war einer seiner größten parlamentarischen Erfolge.

Den Verkehr zwischen dem Kanzler und den Nationalliberalen vermittelte Bennigsen. Der Standpunkt des letzteren war dornenreich; zum erstenmal verweigerten ihm seine bisherigen Getreuen den Gehorsam; es gab wohl noch eine nationalliberale Partei, aber die bekannten „zwei Seelen", die in ihr schon bisher gelebt, hatten sich vervielfältigt; jetzt gab es drei ganz ausgesprochene Richtungen: 1. die enragierten Freihändler Lasker, Bamberger, Forckenbeck, Braun-Wiesbaden, Rickert und Stauffenberg, 2. die Schutzzöllner (rechter Flügel), welche sich von norddeutschen Doktrinären nicht länger mehr ins Schlepptau nehmen lassen wollten, endlich 3. eine vermittelnde Richtung, Bennigsen an der Spitze, welche sich auf das Diplomatisieren verlegte, welche Bismarck zwar Konzessionen machen zu müssen glaubte, es aber gleichzeitig mit den Radikalen in der Partei, den bisherigen sogenannten Koryphäen doch nicht ganz verderben wollte. Daß bei dieser Sachlage Bennigsen, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hatte, dem Kanzler keine nachhaltige Unterstützung gewähren könne[1]), war Bismarck gleich zu Anfang klar.

Wir haben oben S. 190 von dem Verhältnis Bismarck's zu dem Abgeordneten Dr. Beseler gesprochen und schon erwähnt, daß das gute Verhältnis, welches sich 1874 anzubahnen schien, später infolge der neuen Zollpolitik des Kanzlers eine Trübung erfahren hat. Beseler war, ohne einen irgendwie radikalen Standpunkt einzunehmen, im allgemeinen überzeugter Freihändler. Doch war weniger diese Lehrmeinung der Grund für sein Auftreten gegen die neue

---

[1]) Am 29. April 1879 Konferenz zwischen Bismarck und Bennigsen, „Vossische Zeitung" No. 122 vom 1. Mai 1879. — 16. Mai 1879 wiederholte Konferenz derselben im Sprechzimmer des Reichskanzlers, „Vossische Zeitung" No. 138 vom 17. Mai 1879. In Reichstagskreisen wollte man wissen, daß die Konferenz den Zweck hatte, Bennigsen's Einfluß dafür aufzubieten, eine Mehrheit für den Antrag auf Erhöhung des Kornzolls auf 50 Pf. zusammenzubringen, nachdem fast alle Agrarier für die Bundesratsvorlagen, den Eisenzoll betreffend, gestimmt hatten. Scheitern der Vorschläge Bennigsen's in der Tarif-Kommission, „Post" 1879, Nr. 178 und 181; der Reichskanzler hat die Opposition von Bennigsen's nicht zu fürchten, „Post" 1879, Nr. 189; beabsichtigter Rücktritt desselben von der parlamentarischen Thätigkeit, „Post" 1879, Nr. 205, 206, 207 und Schultheß Geschichtskalender 1879, S. 216; Wiederannahme eines Mandats, a. a. O. S. 256.; Banketrede vom 10. Dezember 1879, Verhältnis Bismarck's zu der nationalliberalen Partei, a. a. O. S. 259.

Digitized by Google

Wirtschaftspolitik des Kanzlers im Jahre 1879[1]), als eine etwas zu idealistische Abneigung gegen jede Vertretung bestimmter einseitiger Wirtschaftsinteressen durch politische Parteien. Er hielt es schlechthin für verderblich für das politische Leben, wenn der Maßstab für den Patriotismus der Partei oder des einzelnen an deren wirtschaftliche Überzeugungen angelegt werden sollte. Diese Gefahr glaubte er durch die Art, wie die Tarifreform eingeführt wurde, heraufbeschworen, und er hielt es für seine Pflicht, davor zu warnen.

Auch die sogenannte clausula Franckenstein[2]) bekämpfte Beseler lebhaft, weil er glaubte, daß die Finanzhoheit des Reichs dadurch verloren gehe. Bismarck hielt diese Annahme vollständig für unbegründet und er wiederlegte die Ansicht ausführlich, weil sie von einem Abgeordneten (Beseler) ausging, „auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können, und den ich persönlich hochschätze und verehre.“ (9. Juli 1879, Stenographischer Bericht S. 2194.)

Bismarck fühlte sich jedoch durch Beseler's Auftreten nicht verletzt, er begrüßte ihn vielmehr, nachdem Beseler im Reichstag ausführlich gesprochen, mit den freundlichen Worten: „Kommen Sie her, alter Kriegskamerad, geben Sie mir die Hand!“ Beseler verfolgte übrigens seine Opposition nicht weiter, sondern beteiligte sich, nach Wahrnehmung seines prinzipiellen Standpunkts, nicht mehr an den Debatten, da ihm das Technische der wirtschaftlichen Fragen fern lag. Auch schied er bald ganz aus dem Reichstage aus.

Ein andres Mitglied der nationalliberalen Partei, welches in der Tariffrage markant hervortrat, war der Abgeordnete für Bremen, Alexander Georg Mosle[3]). Derselbe stand schon seit dem Jahre 1871 mit dem Kanzler in Korrespondenz[4]), und seine Vaterstadt freute sich über seine guten Beziehungen zu

---

[1]) Vergl. besonders die Rede Beseler's am 24. Juni 1879, Stenographischer Bericht des Reichstags S. 1810.

[2]) Wir kommen darauf weiter unten zurück.

[3]) Mosle, Alexander Georg, Kaufmann (Firma Mosle u. Co.) in Bremen. Geboren den 8. September 1827 (protestantisch). Reiste 1848 über England nach Brasilien, war daselbst bis 1862 in Rio de Janeiro etabliert und General-Konsul der freien Hansestadt Bremen für Brasilien. Seit 1863 in Bremen etabliert. Mitglied und Vize-Präsident des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages. Vorsitzender der geographischen Gesellschaft in Bremen (früher Verein für Nordpolarfahrt). Nationalliberal.

[4]) Schreiben Bismarck's an Mosle als Vorsitzenden des Vereins für die deutsche Nordpolexpedition d. d. Versailles, den 19. Februar 1871, abgedruckt in meinen „Bismarck-Briefen,“ Neue Folge Bd. II, S. 61. Ein an den Abgeordneten Mosle gerichtetes Schreiben Bismarck's d. d. 1. Februar 1874 (Dank für telegraphisch ausgesprochene freundliche Gesinnungen) findet sich abgedruckt in der „Nat.-Zeitung“ vom 5. Februar 1879 No. 30; ein weiteres Schreiben Bismarck's an Mosle d. d. 15. April 1875 (Dank für die freundlichen Glückwünsche der Hansestadt Bremen zum Geburtstag) abgedruckt in meinen „Bismarck-Briefen“, Neue Folge Bd. III, S. 147. Am 12. Februar 1876 erging an den Reichstagsabgeordneten Mosle in Berlin nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 12. Februar 1876.

Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 9. d. Mts. unter Rücksendung der Anlage ergebenst, daß ich nach dem Zustande meiner Gesundheit und der Lage der Geschäfte gegenwärtig nicht im stande bin, Herrn Kapitän Brickenstein persönlich zu

Digitized by Google

Bismarck; hatte sie den letzteren doch selbst mit Ehren überschüttet, als derselbe am 15. Juni 1869 in Bremen Zeuge des Abgangs der zweiten deutschen Nordpol-Expedition gewesen war.

Mosle kam, wie es bei ihm als einzigen Vertreter der freien Hansestadt Bremen gar nicht anders zu erwarten war, 1871 als Freihändler in den Reichstag. Die Persönlichkeit Bismarck's scheint auf ihn eine geradezu fascinierende Anziehungskraft ausgeübt zu haben; seine Politik zu unterstützen, schien ihm eine Lebensaufgabe, und so kam es, daß Mosle nach seiner eigenen Erklärung „durch einen Händedruck des Reichskanzlers" vom Freihändler zum Schutzzöllner umgewandelt worden ist. Von diesem Augenblick an war Mosle's Stellung als Vertreter der freihändlerischen Hansestadt Bremen eigentlich unhaltbar.

Bei Einführung des Zolltarifs dachte Bismarck im Jahre 1879 daran, die Sympathien der deutschen Seeplätze durch Einführung von Flaggenzöllen zu gewinnen. Dieser Plan wurde indessen bald aufgegeben; um so lebhafter interessierte sich der Kanzler demnächst für Differenzialzölle zu Ungunsten der indirekten Einfuhr von Kolonialwaren, besonders über Holland und England, wie solche in dem französischen Tarife erhoben werden. Es war ein Zuschlag von 1½ Mark für den Centner beabsichtigt, ohne Unterschied zwischen den verschiedenen Waren, namentlich ohne Unterschied, ob es sich um zollfreie oder zollpflichtige Waren handelte.

Am 4. April 1879 abends konferierte der Reichskanzler mit dem Abgeordneten Mosle längere Zeit über dieses letztere Projekt. Mosle erklärte sich aber mit derselben Entschiedenheit gegen diesen Differenzialzoll, wie seiner Zeit gegen den Flaggenzoll, mit welchem man der deutschen Rhederei beispringen zu können glaubte.

In einer Versammlung der Bremischen Handelswelt vom 15. April 1879 teilte der gleichfalls der nationalliberalen Partei angehörige Abgeordnete Konsul

---

empfangen. Den Verhandlungen der britischen Behörden über die Strandung des Dampfers „Deutschland", deren Ergebniß Herrn Brickenstein zu dem Wunsche veranlaßt hat, wegen Einleitung einer anderweiten Untersuchung jenes Unfalls mündlich bei mir vorstellig zu werden, bin ich mit Aufmerksamkeit gefolgt. Ich bedauere, daß das Urteil des Boards of Trade für ihn nachteilig ausgefallen ist, und ich verkenne nicht, daß er ein wesentliches Interesse daran hat, das Versehen, welches das Urteil ihm zur Last legt, von sich abzulehnen; indessen habe ich nach dermaliger Lage der Gesetzgebung keine Mittel, eine nochmalige Untersuchung des Vorgangs durch eine deutsche Behörde amtlich herbeizuführen. Nach der deutschen Gesetzgebung kann eine amtliche Feststellung der Ursachen eines Seeunfalls nur im Wege der Verklagung, des Zivilprozesses oder des Strafprozesses, mithin nur in einem gerichtlichen Verfahren erfolgen, dessen Einleitung meiner Einwirkung völlig entzogen ist. Ew. Hochwohlgeboren stelle ich ergebenst anheim, Herrn Brickenstein hiervon gefälligst Kenntnis zu geben.

von Bismarck.

Die Korrespondenz, welche der Abgeordnete Mosle anfangs Februar 1876 mit dem Kapitän E. Brickenstein in der Angelegenheit des verunglückten Dampfers „Deutschland" geführt hatte und welche oben erwähnt ist, findet sich abgedruckt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Februar 1876, Nr. 40.

Digitized by Google

H. Meier[1]) mit, wie auch ihm in betreff der Surtaxe anerbietende Andeutungen von dem Reichskanzler gemacht worden seien, wie er aber im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Abgeschmacktheit, gewissen hochentwickelten Gegenden Deutschlands die natürlichen Handelswege zu erschweren, eine Durchführbarkeit und eine dauernde Herrschaft der Surtaxe für unmöglich gehalten, und aus seiner Ansicht Bismarck gegenüber kein Hehl gemacht habe[2]).

Am 29. April 1879 beschloß eine in Tivoli stattgehabte Versammlung von Reichstagswählern Bremens, an welcher sich ungefähr 3000 Personen beteiligten, nachdem der Abgeordnete Mosle seine Stellung zur Zolltarif-Vorlage dargelegt hatte, die Resolution, daß sie die nationale Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers als notwendig und zweckmäßig erachte, und das volle Vertrauen zur Reichsregierung habe, daß neben den berechtigten Interessen von Gewerbe und Landwirtschaft auch diejenigen von Handel und Schiffahrt die vollste Berücksichtigung finden werden.

In Beantwortung dieser Resolution richtete der Kanzler an den Reichstagsabgeordneten Mosle[3]) nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 29. April 1879.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für das Telegramm, welches mich von den Beschlüssen der am 24. d. Monats versammelten Reichswähler Bremens in Kenntnis setzt. Ich sehe in diesen Beschlüssen eine Ermutigung, meine auf Schutz der deutschen Schiffahrt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen, und hoffe, daß es gelingen wird, in der Flaggenfrage die nicht ganz identischen Interessen des Handels und der Schiffahrt zu vermitteln.

von Bismarck.

Zu den Zeiten, da Lasker im Bismarck'schen Hause noch freundschaftlich verkehrte, sagte der Kanzler einmal scherzend zu demselben: „Ich wette, wir werden doch noch einmal Kollegen."

Lasker antwortete sehr ernsthaft: „Sollten Durchlaucht wirklich die Absicht haben, Rechtsanwalt zu werden?"[4])

Der Fürst beeilte sich zu einem andern Thema überzugehen.

---

[1]) Meier, Hermann Henrich, Kaufmann, Rheder und Gutsbesitzer, Chef der Firma H. H. Meier & Co. zu Bremen. Geboren daselbst den 16. Oktober 1809 (protestantisch). War Mitglied der Bremer Bürgerschaft, des Frankfurter Parlaments, der Bremer Handelskammer, des konstituierenden und ersten norddeutschen Reichstags, Präsident des deutschen Handelstags, des Norddeutschen Lloyd, der Bremer Bank, der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger seit deren Begründung.

[2]) Bei Gelegenheit seines Aufenthaltes in Bremen im Juni 1869 war Bismarck bei dem Konsul H. Meier zu Gast. Als derselbe im Oktober 1889 seinen achtzigsten Geburtstag feierte, lief auch vom Fürsten Bismarck ein Glückwunsch-Telegramm ein, worin derselbe an die langen Jahre gemeinsamen Strebens und an die erfolgreichen Unternehmungen Meier's erinnerte.

[3]) Das Schreiben des Abgeordneten Mosle an seine Wähler, d. d. 15. Mai 1879, betreffend seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei, findet sich abgedruckt in der „Post" 1879, Nr. 134, S. 2.

[4]) Karl Braun, Reichstagebuchblätter 1878, S. 162.

Digitized by Google

Bereits vor 1879 war in dem beiderseitigen Verhältnis eine Erkaltung eingetreten; gespannt wurde dasselbe seit dem Wortwechsel über die von Bismarck behauptete übertriebene Milde gegen die Verbrecher [1]), und ganz schlecht, nachdem Lasker die Abgeschmacktheit beging, im Reichstag dem Kanzler ganz ohne Grund Unkenntnis der Gesetze vorzuwerfen [2]).

Den Verkehr zwischen dem Reichskanzler-Palais und den Konservativen vermittelte in der Hauptsache wiederum der Abgeordnete von Helldorff [3]). Derselbe spielte sich in der Hauptsache auf den größeren parlamentarischen Gesellschaften Bismarck's [4]) ab; außerdem sprach Bismarck Helldorff im Reichstag am 1. Mai 1879 während einer längeren Rede Delbrück's und am folgenden Abend im Reichskanzler-Palais.

21. Juni 1879 Verhandlungen Helldorff's mit Bismarck.

30. Juni 1879 nach Tisch Anmeldung Helldorff's bei Bismarck und abends von $\frac{1}{2}$9 bis $\frac{1}{2}$10 Uhr eingehende Besprechung mit demselben.

In die Tage vom 23. Juni u. ff. fielen die entscheidenden Verhandlungen über die Zollvorlage. Zugleich hatten die Minister Friedenthal [5]), Falk und

---

[1]) Vergl. hierüber die „Post" 1879, Nr. 70 und 71. Darauf bezügliche Leitartikel der „Post": „Der Reichskanzler und Herr Lasker", Nr. 72. Stimmen der nationalliberalen Partei, Nr. 74. Eine Charakteristik Lasker's s. bei Hermann Wagener, „Erlebtes", und in dem Grenzboten-Artikel 1879, II. Vierteljahr, S. 525—532.

[2]) Über den Konflikt zwischen Bismarck und Lasker während der Zolldebatte s. die „Post" 1879, Nr. 130 und 132.

[3]) Vergl. oben S. 154. — Schreiben Bismarck's vom April 1879 an den Vorsitzenden des konservativen Kreiswahlvereins in Schwerin, (Dank für ausgesprochenes Vertrauen) abgedruckt in meinem Werke „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 216. — 17. Juni 1879, Schreiben Bismarck's an den konservativen Abgeordneten von Erffa (Dank für die Zustimmungsadresse aus dem II. Meininger Wahlkreise) a. a. O. S. 258.

[4]) Helldorff nahm teil an den parlamentarischen Soireen vom 22. Februar, 1., 15. März und 17. Mai 1879 und dem parlamentarischen Diner vom 28. Februar 1879.

[5]) Über sein Abschiedsgesuch und seine spätere Wirksamkeit bemerkt Friedenthal in seiner bereits oben erwähnten Autobiographie: Im Sommer 1879 erbat ich den Abschied und erhielt denselben in Gnaden, indem mir gleichzeitig — ohne mein Vorwissen — von Sr. Majestät dem Kaiser und König der Adel verliehen wurde. In Ehrerbietung bat ich, in meinem bisherigen Stande verbleiben zu dürfen. Im Herbst desselben Jahres wurde ich für Lebenszeit aus Allerhöchstem Vertrauen in das Herrenhaus berufen. Die mir von mehreren Kreisen angebotene Wiederwahl in den Reichstag lehnte ich ab, und habe mich von der Beteiligung an dem politischen parlamentarischen Leben mehr und mehr zurückgezogen. Im Herrenhause habe ich nur als Berichterstatter über die Graf Botho Eulenburg'sche Vorlage, betreffend die Revision der Verwaltungs-Organisations-Gesetze, — der bezügliche Bericht legt meine Stellung zu dieser Frage dar — und über die Vorlage, betreffend den Schlesischen Notstand, teil genommen. Friedenthal war vor dem Freiherrn von Lucius der einzige thätige und schöpferische Landwirtschaftsminister, den es in Preußen gegeben hat; er war eine vornehme Natur. Er hat wegen der Umstände, unter denen sein Ausscheiden aus dem Amte erfolgte (die „Tribüne" hat darüber Andeutungen gemacht), dem Fürsten Bismarck keinen Groll nachgetragen. Als im Jahre 1885 eine Ehrengabe für den Kanzler in Frage kam, war er es, der gegen den Herzog von Ratibor und die Mehrzahl der Komitee-Mitglieder dafür eintrat,

Hobrecht ihre Portefeuilles niedergelegt[1]). Der wesentliche Gegenstand einer im Konferenzzimmer des Reichskanzlers im Reichstag stattgehabten Besprechung Bismarck's mit Helldorff waren die konstitutionellen Garantien (Clausula Franckenstein) und die Situation bei diesem Ministerwechsel.

Zur Charakterisierung der Tendenz, in der sich damals Helldorff's Thätigkeit bewegte, citiere ich einen Satz aus den Jahresmitteilungen des Wahlvereins der Deutsch-Konservativen.

„Wesentlich die konservativen Elemente sind es, auf die sich die Reichsregierung bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie und bei der Anbahnung einer grundlegenden Reform unsrer Handels-, Finanz- und Steuer-Politik stützen kann."

Gegenstand der Erörterung war ferner vielfach die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse; die Sammlung der Elemente, die für Bestand und Ausbau des Reichs eintreten; namentlich gegenüber der Politik des Centrums, dessen fester Thurm den Pivotpunkt für die centrifugalen und demokratischen Elemente bildete. Für die konservative Partei war, nachdem die Stellung der Nationalliberalen erschüttert war, nach Helldorff's Ansicht eine Haltung geboten, die es ermöglichte, je nach dem Bedürfnis mit dem Centrum oder mit den Mittelparteien zu gehen. Aus diesem Verhältnis erwuchsen viele Schwierigkeiten und Reibungen, und Herrn von Helldorff's Aufgabe war es, da nach Kräften Mißverständnisse zu vermeiden und Mißhelligkeiten zu begleichen, eine Aufgabe, die nur mit sehr großer Vorsicht und Diskretion — auch den eigenen Parteigenossen gegenüber — zu lösen war.

Die Verhandlungen mit dem Centrum führte Bismarck mit dem Abgeordneten Freiherrn von und zu Franckenstein[2]) und mit Windthorst. Am 3. Mai 1879 erschien der letztere zum erstenmal auf der parlamentarischen Soiree des Kanzlers[3]), am 16. Mai 1879 konferierte Bismarck in seinem Sprechzimmer im Reichstag eine halbe Stunde mit Windthorst über die Erhöhung des bisher auf 50 Pfennig fixierten Kornzolles[4]), und am 4. Juli fand eine nochmalige Konferenz statt[5]).

Am glattesten verliefen die Verhandlungen Bismarck's mit der deutschen Reichspartei. Von dieser Fraktion verkehrten ohnedem die meisten Abgeordneten

---

daß Bismarck Schönhausen geschenkt würde. „Wird dieser Plan — so bemerkte er — fallen gelassen, dann sorge ich dafür, daß eine neue Sammlung in Scene gesetzt wird, um dem Kanzler das Schloß seiner Väter zu sichern." Friedenthal starb am 6. März 1890.

[1]) Über den Rücktritt der drei Minister vergl. die „Post" 1879, Nr. 178—182, 184, 186, 188, 189 (Unterhaltung Bismarck's mit Friedenthal im Reichstag nach der entscheidenden Abstimmung über die Tarifvorlage. Ostentativer Abschied), 200.

[2]) Vergl. oben S. 315. Die entscheidenden Unterredungen fanden am 28. Mai, 1. und 4. Juli 1879 statt. Vergl. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 2. Juli 1879, Nr. 263. 17. August 1879 Wahlrede des Freiherrn von Franckenstein, abgedruckt in Schultheß Geschichtskalender, S. 222.

[3]) Vergl. Bd. I. (2. Auflage), S. 170.

[4]) „Vossische Zeitung" vom 17. und 20. Mai 1879, Nr. 138 und 141.

[5]) Schultheß Europäischer Geschichtskalender 1879, S. 196

Digitized by Google

im Kanzlerpalais; die eigentlichen Pourparlers führten Graf Wilhelm Bismarck, der Vize-Präsident des Reichstags Dr. Lucius[1]) und Freiherr von Varnbüler[2]). Nach Abschluß der Zolltarifreform erhielt derselbe den Kronen-Orden I. Klasse, eine Dekoration, die für den ehemaligen Minister des Äußern eines Königreichs nicht gerade als eine hohe bezeichnet werden konnte.

Ich schließe auch dieses Kapitel mit Auszügen aus dem Tagebuche des Abgeordneten Hölder, das auf Schritt und Tritt die Krisis beleuchtet, welche die nationalliberale Partei bei der Genesis der Zolltarifreform durchmachte.

Stuttgart, den 19. Januar 1879.

Bei uns ist man im allgemeinen gegen die extremen Freihändler. Allein die Ernennung Varnbüler's zum Vorsitzenden der Tarifkommission gefällt nicht recht.

Mit dem Entwurf wegen Disziplinierung des Reichstags[3]) ist man nicht einverstanden.

Stuttgart, den 3. Februar 1879.

In der letzten Woche brachte die Linke den Antrag wegen des Maulkorbgesetzes[4]) ein, er wird nächsten Mittwoch oder Donnerstag zur Beratung kommen. Verhandlungen darüber; sie wollten zuerst eine bloße Erklärung abgeben. Schmid gab es nicht zu, und ich erkannte an, daß derartige Erklärungen nicht geschäftsordnungsmäßig sind. Wie wird es bei der Beratung gehen?

Über die Stellung der württembergischen Regierung zu dem gedachten Gesetz-Entwurf im Stadium der Beratung desselben im Bundesrat erfuhr Hölder Folgendes: Württemberg habe im Bundesrats-Ausschuß gegen die Abbitte, die Verweisung an den Strafrichter, die Wahlunfähigkeitserklärung und die vorgesehene Kommission gestimmt und gewollt, nur der Reichstag soll mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit die zulässigen Rügen erkennen dürfen. Letzteres sei nicht, dagegen seien erstere Punkte durchgegangen. Bleibe es im Plenum des Bundesrats bei den Beschlüssen des Ausschusses, so könne Württemberg zustimmen. Wenn nicht, erhebe sich die Frage, ob Württemberg gegen das Gesetz stimmen und möglicherweise die gegen ein Verfassungsgesetz ausreichenden 14 Stimmen herstellen helfen solle. Bayern werde gegen das Gesetz stimmen, nicht weil es kein Bedürfnis anerkenne, sondern weil es überhaupt gegen jede Verfassungsänderung sei.

---

[1]) Mit dem letztern konferierte Bismarck am 4. Juli 1879. Am 2. Juli nahm derselbe an einem Diner beim Fürsten Bismarck teil, gegeben zu Ehren des amerikanischen Gesandten Mr. White.

[2]) Zu vergl. die Reichstagsreden desselben zur Beratung des Zolltarifs am 2., 3., 5. und 6. Mai 1879.

[3]) Gemeint ist der Gesetzentwurf, betreffend die Strafgewalt über die Mitglieder des Reichstags. Es wird davon weiter unten noch näher die Rede sein.

[4]) So nannte man den in der vorigen Note erwähnten Gesetzentwurf, welcher ja den Abgeordneten unbequem erscheinen mochte, politisch aber doch sehr motiviert war.

Digitized by Google

Hölder's Gewährsmann erklärte, er würde es für unpolitisch halten, wenn Württemberg dagegen stimmte und dadurch den Reichskanzler reizte. Gedankt werde es Württemberg von niemandem; die Nationalliberalen hätten selbst in dem Gesetzentwurf einen gesunden Kern anerkannt. Das Empfehlenswertheste würde im unterstellten Fall Stimmenthaltung sein.

Stuttgart, den 2. März 1879.

Der Reichstag ist am 12. Februar zusammengetreten. Bis zum 22. Februar war ich durch die Sitzungen des Landtags entschuldigt. Max Römer ist schon seit 3 Wochen zum Reichstag abgereist. Er hat mir über die Situation geschrieben, die noch voll Unklarheit ist. Man mache sich auf eine Auflösung gefaßt. Übereinstimmend sagte mir ein Bevollmächtigter zum Bundesrat, Bismarck sei zu allem entschlossen; es sei gegenwärtig sehr schwer mit ihm verkehren.

Den Gedanken, der mich seit Jahr und Tag bewegte, führte ich aus: ich schrieb an Herrn von Bennigsen, eine Wiederwahl in den Vorstand der nationalliberalen Partei müßte ich ablehnen; der wesentlichste Grund seien die Parteiverhältnisse in Württemberg in Verbindung mit meiner Vertrauensstellung als Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten, welche mir diese Zurückhaltung auferlegen. Einer näheren Erläuterung wird es hier kaum bedürfen.

Von der deutschen Partei in Württemberg stehen mindestens $^3/_4$ bis $^5/_6$ viel näher der freikonservativen Partei als der nationalliberalen. Von den gegenwärtigen Kammermitgliedern würden in Berlin kaum 6 zur nationalliberalen Fraktion gehen. Letztere hat in Württemberg überhaupt so gut wie keinen Boden. Die centralisierende Richtung ihrer Führer schreckt die Württemberger ab. Sie ist ferner überwiegend freihändlerisch, während wir in Schwaben überwiegend für mäßige Schutzzölle sind. Lasker und seine Freunde, die bei den Wahlen und in der Presse das große Wort führten, neigen entschieden zur Fortschrittspartei, von dieser will unsere deutsche Partei und die Masse der Bevölkerung nichts wissen, während unsere Volkspartei früher oder später in deren Lager eintreten wird, es teilweise schon gethan hat.

In allen diesen Punkten stimme ich mit der hiesigen Partei überein, werde also häufig in Berlin im Widerspruch mit der Mehrheit der nationalliberalen Partei sein. Da würde es sich sonderbar ausnehmen, wenn ich in deren Vorstand wäre, und ich kann bei dieser Sachlage auch die moralische Verantwortung, welche auch ein dissentierendes Vorstandsmitglied immerhin hat, für die nationalliberale Partei nicht übernehmen. Persönlich bin ich ruhebedürftig und will mich in Berlin von aktiver Thätigkeit möglichst fern halten. Als Vorstandsmitglied müßte ich aber, zumal im Fall abweichender Ansichten, diese in öffentlicher Rede vertreten, was wieder mißlich für die Fraktion wäre. Endlich haben die Herren an der Spitze seit lange mit mir wenig oder gar nicht über die zu entscheidenden Fragen verhandelt, während ich den Eindruck habe, daß das Meiste unter ihnen schon vor der Vorstandssitzung aus- und abgemacht ist. Einen Privatverkehr mit mir suchten sie seit lange nicht, der vertrauliche Gedankenaus-

Digitized by Google

tausch fehlte, und dazu halte ich mich denn auch für zu gut, nur mit meinem Namen, der ihnen vielleicht für Württemberg von Wert wäre, auf der Vorstandsliste zu paradieren.

Berlin, den 10. März. 1879.

Die Situation ist eine gespannte. Neuerdings zwar wird wieder weniger von Auflösung des Reichstags gesprochen. Der Reichskanzler selbst stellt derartige Absichten in Abrede. Vielleicht weil er jetzt auf eine Mehrheit für seine zollpolitischen Pläne rechnen kann und nicht unnötig erbittern will. Eine zeitlang aber hatte man den Eindruck, als ob er auch darauf ausgehe, die nationalliberale Partei zu zerstören[1]), avilir puis anéantir: Diese Worte schwirrten mir immer im Kopfe. Denn man hörte von allen möglichen Zumutungen, die er dem Reichstag machen wolle, und denen am Ende auch der gemäßigte Mann nicht folgen könnte. Ich und mit mir manche sind für Beschaffung der Reichsbedürfnisse durch neue Zölle resp. Steuern auf Konsumtionsgegenstände und für mäßigen Schutz der Gewerbe nach Prüfung von Fall zu Fall. Nun schlägt er allgemein Zölle auf alles vor, er will Getreide, Vieh, Holz, Roheisen einem Zoll unterwerfen[2]), er will viel Geld, ohne daß man nur erfährt wie viel, und die Befürchtung ist nicht abzulehnen, daß bei der Schwierigkeit einer Detailprüfung die Frage en bloque auf Ja oder Nein gestellt werden wird. Wie soll man sich da entscheiden?

Im Reichstag und in der nationalliberalen Fraktion rumort es täglich und die kommenden Kämpfe werfen ihre Schatten voraus.

Ich finde übrigens, daß in letzterer die gemäßigten Schutzzöllner stärker vertreten sind, als ich gedacht hätte. Außerdem giebt es darunter viele (mindestens eine starke Minderheit), welche die fortwährenden Angriffe Lasker's auf die Reichsregierung, die ewigen Nörgeleien mißbilligen. Auch die Tyrannei innerhalb der Fraktion, die Mache der Götter und Halbgötter (Führer und ihre Trabanten) haben viele satt. W. Siemens und Zinn brachten eine Besprechung von Fraktionsgenossen zusammen, um einmal sich den Rückhalt zu sichern für Fälle, wo es nötig ist, der herrschenden Clique entgegen zu treten. Wir waren zu 8 und bezeichneten etwa 12 weitere zuverlässige Fraktionsgenossen, von denen wir nach sorgfältiger Erwägung und Prüfung der einzelnen annehmen, daß sie bereit sein werden, bei künftigen vertraulichen Besprechungen mit uns zusammen zu treten.

---

[1]) Daß dem Kanzler diese Absicht sehr fern lag, ist von demselben bei den verschiedensten Anlässen versichert worden. Hölder aber glaubte fest daran. In einem ein paar Tage später (15. März 1879) in seine Heimat gerichteten Briefe heißt es: „Viele meinen, Bismarck lege es darauf an, die Nationalliberalen zu demütigen oder durch eine Auflösung in ihrer Bedeutung vollends zu vernichten."

[2]) Wenn Hölder hier anzunehmen schien, daß Bismarck für die im Texte aufgeführten Gegenstände einen Zoll in ein und derselben Höhe verlangte, so trifft dies nicht zu. Nur alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer einheitlichen Eingangsabgabe belegt werden. Vergl. Bismarck's Schreiben an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878 in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 171.

Digitized by Google

(Anwesend waren: Zinn, Völk, Siemens, Kreutz, Klein, Müller und ich. Der achte ist mir nicht in Erinnerung. Als sicher betrachten wir u. A.: Gareis, Pfähler, Groß, ten Dornkaat, Koolmann, Buhl u. s. w.). Schauß sprach sich gestern gegen mich in gleichem Sinne aus. Es sei notwendig, der einseitigen preußischen Leitung der Parteien ein Ende zu machen. Er meinte aber, das sei nur möglich durch Bildung einer neuen Partei. Der Gedanke hat viel für sich; allein wir müssen die Dinge langsam sich entwickeln lassen. Auf meinen Rücktritt aus dem Vorstand bestand ich. Wir wurden in unserm Kreise einig, daß ich in der Fraktion Völk statt meiner vorschlagen solle. Das that ich gestern und derselbe erhielt von 47 bei der Vorstandswahl abgegebenen Stimmen 41. — Außerdem verabredeten wir acht, um Lasker ein Notabene zu geben, nicht für ihn zu stimmen, sondern statt seiner Schauß zu wählen. Der Erfolg war, daß Lasker nur mit 30 Stimmen gewählt wurde, während Schauß 17 erhielt. Merkwürdig war aber, daß bei der Vorstandswahl auch Bamberger nur 30 Stimmen erhielt, den wir nicht als zu streichen bezeichnet hatten. Diesem hatten offenbar ohne Verabredung die Gegner seines Freihandelsstandpunkts ihre Stimmen entzogen.

Dabei ist zu bemerken, daß bei der Vorstandswahl die auf der rechten Seite stehenden Parteimitglieder aus Preußen: Treitschke, Gneist, Cuny, Puttkamer u. s. w. gar nicht anwesend waren. Diese Herren sind uns aber nicht sympathisch, mit diesen wollen wir nicht zusammengehen; man sieht aus dem Gesagten, daß der innere Zusammenhalt der Partei kein besonders starker mehr ist.

Würde sich eine neue Partei bilden, resp. würde die nationalliberale Partei auseinandergehen, so würden bei künftigen Wahlen die Trümmer der letzteren aus Württemberg und Bayern keine Mitglieder mehr bekommen. Die nationalliberalen Badenser halten fest zusammen, doch sind auch sie nicht mehr so einseitige Schleppträger unserer regierenden Parteihäupter wie bisher. Sie haben allen Grund einzulenken, denn ihre Minoritäten sind im Wachsen und einige Plätze haben sie bereits verloren[1]).

Berlin, den 15. März 1879.

Daß Bismarck einer der größten Massenbeherrscher unserer Zeit ist, glauben die meisten, die nicht gerade zu den Konservativen gehören. Man weist auf seine Bearbeitung der Bauern durch die Kornzollprojekte hin. Da aber Bismarck meiner Ansicht nach in vielem Recht hat, so ist es nicht leicht, die rechte Linie zu finden, um weder der Sache zu nahe zu treten, noch Bismarck zu weit nach-

---

[1]) Zum Verständnis der Haltung Bismarck's gegenüber den Parteien, im besonderen der nationalliberalen Partei, während der Kämpfe um die Zoll- und Steuerreform vergl. die „Post" 1879, Nr. 137 (Die neue konservativ-klerikale Parteikombination. — Centrum Stütze des Fürsten B.), 148 (Machtstellung des Centrums, mit der Fürst B. zu rechnen hat), 153 (Gründe, aus denen die nationalliberale Partei sich der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers entgegenstellt), 165 (Die Wirtschaftsreform und die Parteien, aus der „Provinzial-Korrespondenz"), 189 (Wirkungen des Programms der wirtschaftlichen Reform des Fürsten B.), 189 (Verteidigung des Fürsten B. gegen die Verdächtigungen seiner liberalen Gegner), 209 („Berliner Bürger-Zeitung": Fürst B. und die nationalliberale Partei. Rechtfertigung Lasker's).

Digitized by Google

zugeben. Es muß da eben die ruhig erwogene Ueberzeugung entscheidend sein. Die Zollentwürfe werden in der nächsten Zeit noch nicht einkommen, obgleich in der Tarifkommission, die der Bundesrat eingesetzt hat, mit fieberhaftem Eifer gearbeitet wird.

Vor Ostern werden der Etat und die wenigen Gesetzentwürfe, die uns vorliegen, zur Erledigung kommen. Dann wird eine mehrwöchige Pause eintreten, und erst nach deren Ablauf kommen die Zoll- und Steuervorlagen zur Beratung; dieselbe wird uns bis in den Juni hinein beschäftigen. Schöne Aussichten!

Berlin, den 21. März 1879.

Jeder Empfang beim Kaiser am morgigen Geburtstage ist abbestellt, wegen des Unwohlseins seit dem in den Blättern gemeldeten Fall desselben[1]); bei dem Alter des Kaisers denkt man gleich an alles. Es wird erzählt, Bismarck sei jetzt geschmeidiger gegen die Nationalliberalen; er habe vor ein paar Tagen Völk nebst einigen andern zu Tisch geladen, sei freundlich gewesen und habe die ihm zugeschriebene Absicht einer Auflösung des Reichstags desavouiert, freilich mit dem Beisatz: wenn man ihm nicht die notwendigen wirtschaftlichen Reformen unmöglich mache.

Heute stand auf der Tagesordnung des Reichstags der elsaß-lothringische Antrag auf Verlegung der Regierung nach Straßburg, größere Selbständigkeit u. s. w. Bismarck war anwesend und sprach lange, im ganzen entgegenkommend; merkwürdigerweise erwähnte er eine Vertretung des Landesausschusses im Bundesrat mit beratender Stimme, ja sogar mit einer Art diplomatischem Charakter.

Welchen Einfluß könnte ein Regierungswechsel auf die Parteiverhältnisse, insbesondere die Nationalliberalen, und auf die Stellung des Reichskanzlers haben? Ich sprach mich gestern gegen Römer, insbesondere auch im Hinblick auf diese Eventualitäten, für ein langsames Tempo unserer Parteibestrebungen aus. Er kommt immer wieder darauf zurück, daß nur ein Austritt aus der nationalliberalen Partei und die Gründung einer neuen Partei helfen könne. Würde es uns da nicht gehen wie Wallenstein mit seinen Generalen? Merkwürdigerweise sprach sich aber heute auch der alte Oetker, mit dem ich über die Parteiverhältnisse sprach, ohne besondere Veranlassung meinerseits im gleichen Sinne aus. Wenn wir einen jüngeren Führer hätten, meinte er, wäre er gleich dabei. Zinn wäre wohl bereit?

Berlin, den 29. März 1879.

Die Freihändler plänkeln bei jeder Gelegenheit im Reichstag. Es ist Zeit, daß ihre Gegner sich vorsehen. Gestern Vormittag war Sitzung der volkswirtschaftlichen Vereinigung, gemäßigte Schutzzöllner aller Fraktionen. Wir beschlossen, durch eine Interpellation an den Präsidenten des Reichstags dem Bemühen der Freihändler entgegen zu treten, durch frühzeitige Osterferien die künftige Ver-

---

[1]) Auf dem glatten Parkett bei Gelegenheit einer Abend-Unterhaltung im Kgl. Palais.

Digitized by Google

schleppung der Steuer- und Zollreform vorzubereiten. Einstweilen gelang dies, indem der Präsident versprach, wenn möglich bis 4. oder 5. April fortzutagen.

Abends hatten Römer und Zinn eine Besprechung derjenigen Nationalliberalen veranlaßt, die zugleich Mitglieder der volkswirthschaftlichen Vereinigung sind: also Gegner der Freihändler. Es kamen etwa 10 zusammen. Wir fanden bei Rubrizierung des Mitgliederverzeichnisses der Nationalliberalen etwa 32 unserer Richtung, etwa 42 entschiedene Freihändler und etwa 28, die in einer Mittelstellung eine Verständigung nicht ablehnen würden. Zu letzteren rechnen wir auch die stark rechts Stehenden (Behr, Treitschke, Wehrenpfennig rc.), die, wenn auch ihrer Überzeugung nach Freihändler, einen Bruch mit der Regierung unbedingt vermeiden und nicht mit Bamberger, Lasker und Rickert gehen werden. Ferner rechnen wir dazu Bennigsen mit seiner Leibgarde, der aus politischer Klugheit einen Bruch vermeiden, die Partei zusammenhalten, Bismarck seine einflußreiche Stellung fühlbar machen wird und dann sich mit demselben wird verständigen wollen.

Wir kamen mit einander überein, daß die Frage der Verweisung der zu erwartenden Vorlagen an eine Kommission für uns zunächst offen bleiben soll. Dabei betrachten wir aber als unbedingte Voraussetzung der Zustimmung zu einer Kommission deren loyale Zusammensetzung nach Verhältnis der wirtschaftlichen Richtungen. Wenn z. B. bei einer Kommission von 28 die Nationalliberalen 8—9 Mitglieder zu stellen haben, so müssen wir 2—3 davon für uns in Anspruch nehmen. Buhl soll in dieser Richtung offen mit Bennigsen reden.

Die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der Fraktion wirken selbstverständlich auf diese wirtschaftliche Gruppierung. Mit wenigen Ausnahmen sind, sit venia verbo, die Schutzzöllner zugleich gegen die radikalen Neigungen Lasker's und Rickert's, sowie Gegner der bisherigen oligarchischen Herrschaft innerhalb der Fraktion. Andererseits mag der eine oder andere unserer Gruppe trotz wirtschaftlich gleichen Anschauungen ferne bleiben, wenn er persönlich mit den regierenden Herren eng verbunden ist.

Berlin, den 30. März 1879.

Bericht über diejenigen Personen, welche Hölder am 29. abends auf der parlamentarischen Soiree bei Bismarck gesprochen hatte. Ein sehr gut unterrichteter Landsmann erzählte ihm: „Im großen bestehe über die Zoll- und Steuerprojekte Bismarck's unter den maßgebenden Regierungen Einigkeit. Am Mittwoch (den 3. April) sei die entscheidende Sitzung des Bundesrats, am Freitag soll die Zolltarifvorlage formell beim Reichstag eingebracht, sofort gedruckt und den Abgeordneten während der Osterferien nachgesandt werden. Zinn behauptet, Bennigsen sei, von einem Essen bei Lucius kommend, sehr angeheitert bei Bismarck erschienen, was dieser sofort bemerkt habe.

Berlin, den 31. März 1879.

Die Situation scheint sich etwas zu klären. Wenn es auch nach Ostern heftige Kämpfe geben wird, so bildet sich doch allmählich für die Zollpolitik des

Reichskanzlers und für seine Steuerprojekte in ihren Grundzügen eine Mehrheit. Die Konservativen und das Centrum werden wohl in ihrer überwiegenden Mehrheit dafür sein; die — übrigens nur etwa 25 Köpfe zählende — Fortschrittspartei dagegen! Bei den Nationalliberalen steht die Sache etwa so, wie wir kürzlich geschätzt haben. Für die Pläne im großen Ganzen etwa 30, absolute Freihändler und Gegner der Reform etwa 40—45, solche, die zwar freihändlerisch sind, aber teils weil sie in der Fraktion auf der rechten Seite stehen, teils weil sie aus allgemeinen Gründen eine Verständigung wünschen werden, etwa 30 mit Bennigsen an der Spitze. Die Anhänger der wirtschaftlichen Politik des Kanzlers (jene ersten 30), zu denen ich mich rechne, suchen nun in der Fraktion eine sebständige Stellung zu erlangen. Wir haben zu diesem Zwecke am Samstag eine Sonderbesprechung gehalten. Gestern um 12 Uhr war dann Sitzung der „wirtschaftlichen Vereinigung“, an der Mitglieder aus allen Fraktionen Teil nahmen, welche dieser Richtung huldigen. Frage, ob die zu erwartenden Zoll- und Steuervorlagen an eine Kommission verwiesen werden sollen oder nicht; das Centrum neigt sich ersterer Ansicht zu. Beschlußfassung auf später ausgesetzt.

Berlin, den 2. April 1879.

Bennigsen hat den neuen Zolltarif schon in der Hand und studierte denselben in heutiger Sitzung fleißig. Rickert sagte zu ihm: „Auch Du, Brutus!“ Allem Anschein nach bahnt sich zwischen Bennigsen und Bismarck eine Verständigung an, bei der letzterer der Hauptsache nach bei seinen Vorschlägen bleiben wird, die nötigenfalls auch ohne Bennigsen eine Mehrheit erhalten würden. So dürfte nach menschlicher Berechnung die Steuer- und Zollreform gesichert sein.

Stuttgart, den 8. April 1879.

Letzten Donnerstag (3. April) war die letzte Sitzung des Reichstags vor Ostern. Bis zum Schluß der Sitzung wußte man nicht, ob nicht auch noch am Freitag Sitzung sein soll. Die nächste Sitzung wurde auf den 28. April anberaumt. Fürst von Langenburg sprach für den 23. April, ich stimmte dafür mit wenigen Nationalliberalen und den Konservativen, wir blieben aber in der Minderheit. Der Kaiser hat sich nachher gegen den Fürsten Langenburg sehr ungehalten über Forckenbeck ausgesprochen wegen der langen Ferien. Die Zoll- und Steuerangelegenheit müsse einmal zum Abschluß kommen, sie dürfte nicht verschleppt werden. Die Anhänger der Zollerhöhungen müssen allerdings auf der Hut sein, damit die Freihändler nicht mit allen möglichen Kunstgriffen die Sache am Ende verderben.

Interessantes kam in den letzten Tagen des Reichstags nicht mehr vor, alles ist auf die Hauptschlacht nach Ostern gespannt[1]).

[1]) Am 23. April fand in Stuttgart eine Versammlung zur Besprechung der Zoll- und Wirtschaftsfragen statt, wozu der Abgeordnete Hölder die Vorstände der deutschen und deutschkonservativen Partei daselbst eingeladen hatte. Referate über den Vortrag Hölder's findet man im „Schwäbischen Merkur“ vom 25. April und im „Neuen Stuttgarter Tageblatt“ vom 25. und 26. April 1879.

Digitized by Google

Berlin, den 2. Mai 1879.

Montag Abend bin ich von Stuttgart abgereist und Dienstag hier angekommen. Von einem in die Verhältnisse eingeweihten Bevollmächtigten zum Bundesrat erfuhr ich, Bismarck habe die Entschädigung der Tabakinteressenten, welche für den Fall der Einführung des Tabakmonopols in dem Moser'schen Gutachten vorgeschlagen worden war, als zu hoch gegriffen bezeichnet. Von allen Gründen dafür ließ er nur den einen gelten, daß wenn das Reich vom Monopol etwa 180 Millionen Mark einnehme, es nicht darauf ankommen könne, 5 Millionen pro Jahr mehr oder weniger für Entschädigung zu zahlen. (Hölder's Gewährsmann meinte, das dem Reichstag vorgelegte Tabaksteuergesetz sei darauf berechnet, die Fabriken rc. zu entwerten, um nachher bei Einführung des Monopols um so weniger an Entschädigung zahlen zu müssen. „Bismarck sage: so sei eben stets die preußische Finanzpolitik gewesen". — Noblesse oblige! scheint nicht im Sittenbüchlein der Preußen zu stehen. — Den Platz, den man vom preußischen Fiskus zum Reichstagsgebäude brauche, müsse man zu einem enorm hohen Preise bezahlen.)

In Berlin traf ich alles in Thätigkeit zur Vorbereitung auf die Zoll- und Steuergesetze.

Die nationalliberalen Dissidenten kamen Dienstag und Mittwoch Abend zusammen. Wir zählen etwa 30, anwesend bei der Besprechung waren nicht über 14—15. Unzuverlässigkeit vieler; nur die Eisenwerkdirektoren gehen durch dick und dünn. Daneben tagte vorgestern und heute die volkswirtschaftliche Vereinigung. Es wurde vereinbart, gewisse Positionen des Tarifs an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen, den Rest desselben aber im Plenum durchzuberathen, Brausteuer und Tabaksteuer sollen je an eine besondere Kommission verwiesen werden. Gestern war nationalliberale Fraktionssitzung. Lasker äußerte, man solle sich lieber trennen, wenn man der Regierung gegenüber keine einheitliche Haltung mehr bewahren könne. Die Fraktion komme jetzt in die Minderheit, da müsse das ewige Nachgeben aufhören. Es fänden Privatbesprechungen statt u. s. w. Schließlich sagte er aber: wenn er in der wirtschaftlichen Frage auch in der Minderheit bleibe, so könnten wir doch zusammen wirken, wenn wir nur bezüglich der politischen Gesichtspunkte (Höhe der zu bewilligenden Steuern, konstitutionelle Garantien) uns einigen könnten. Er besprach die Möglichkeit, daß für ihn eine politische Ruhepause kommen könne. Bamberger sagte mehr elegisch: es erhebe sich für ihn die Frage, ob er noch in der Fraktion bleiben könne. Die wirtschaftliche Wendung werde zum Verderben Deutschlands gereichen. Braun entgegnete derb: die Sache sei einfach; hie Freihändler, hie Schutzzöllner, die einen oder andern müßten austreten.

Bennigsen trat energisch Braun entgegen: die Frage des Schutzzolls sei für die Fraktion eine offene, über die politischen Fragen werde man sich verständigen können.

Schauß erwiderte Lasker; nachher sprach ich und wahrte im Auftrag der Dissidenten bezüglich der wirtschaftlichen Fragen die volle Freiheit einschl. das

Digitized by Google

Recht der Besprechung der taktischen Fragen u. s. w. Daß die wirtschaftlichen Fragen zu politischen Gegensätzen führen könnten, sei richtig, dann würde allerdings ein Zusammengehen nicht mehr möglich sein. Allein man solle doch den Fall abwarten, dann sei es immer noch Zeit sich zu trennen. Die Frage, ob eine oder zwei Kommissionen zu bilden seien, werde aber dieser Fall noch nicht sein. (Die Nationalliberalen hatten bezüglich des Tarifs zwei Kommissionen, eine wirtschaftliche und für die Finanzzölle eine politische beschlossen, die dann die Garantien zu erwägen gehabt hätte.) Schließlich sprach ich mich auch für Garantien und mäßige Steuerbewilligungen aus. Lasker werde daraus ersehen, daß wir in den politischen Fragen uns wohl würden einigen können, wenigstens sei der Versuch nicht aussichtslos; vielleicht sähe er, daß es noch nicht nötig gewesen sei, die Kriegsfrage zu stellen. Ich rühmte Bennigsen's Ruhe und Mäßigung.

Bei der Abstimmung über die Frage, ob auf dem Beschluß wegen Bildung von zwei Kommissionen zu beharren sei, stimmten 19 dagegen. (Unsere Unterfraktion.)

Heute lange wechselvolle Verhandlungen unter unsern speziellen Anhängern, ob der Antrag der volkswirthschaftlichen Vereinigung von uns mit zu unterschreiben sei. Römer, der die Bestellungen und geschäftlichen Befragungen dieser Unterfraktion auf sich hat, verzweifelt über die Unsicherheit der Einzelnen.

Berlin, den 6. Mai 1879.

Die nationalliberale Fraktion befindet sich in einer großen Krisis, aus der sie nicht intakt hervorgehen wird. Es liegen eben zu große Gegensätze vor. Schon zählt jede Richtung ihre Stimmen: absolute Freihändler und politisch zu einer entschiedenen Opposition hindrängend etwa 22, gemäßigte Schutzzöllner und dem Grundgedanken nach auf Bismarck's Seite (unsere Seite) etwa 28, der Rest mit Bennigsen in der Mitte. Unsere Gruppe hält fast täglich Besprechungen ab. In der Fraktion ist die Trennungsfrage bereits angeregt worden. Es ist ein wahres Schachspiel, die Frage ist, wer den andern hinausdrängt. Bennigsen wird sich bald entscheiden müssen. Ein falscher Zug kann großen Nachteil bringen, daher die beiderseitige Vorsicht; persönlich aber ein beinahe freundlicherer Verkehr als vorher.

Berlin, den 10. Mai 1879.

Der Antrag der volkswirtschaftlichen Vereinigung wurde am Ende doch noch von 13 Mitgliedern unserer engern Fraktion unterschrieben. Römer ärgert sich, daß so viele vor der Unterschrift mutlos zurückweichen. Allein billigerweise ist anzuerkennen, daß die Auffassung der gegen die nationalliberale Fraktion zu nehmenden Rücksichten eine verschiedene sein kann.

Sonntag den 4. d. M. greift Lasker in der Fraktionssitzung die Unterzeichnung eines von der Fraktion verworfenen Antrags durch Fraktionsmitglieder als eine noch nie dagewesene Erscheinung an. Ich weise den Vorwurf entschieden damit zurück, daß wir die Freiheit in wirtschaftlichen Dingen nicht blos

Digitized by Google

platonisch für die etwaige Abstimmung im Hause, sondern voll und ganz mit allen Konsequenzen für Vorberatungen, Anträge, taktische Fragen u. s. w. in Anspruch nehmen. Lasker beruhigt sich.

Die Generaldebatte über den Tarifentwurf dauerte von Montag bis gestern. Wir halten fleißig Unterfraktionsberatungen ab. Dienstag hält Bennigsen seine Rede, die wir beinahe unterzeichnen könnten. Damit ist unser Sieg in der Fraktion gesichert. Die ganze Hammelheerde des Fraktionscentrums wird ihm nachspringen. Sie sind zwar recht böse auf Bennigsen, wir trösten sie aber damit, daß sie in kurzer Zeit Bennigsen beitreten werden, der eine etwas früher, der andere etwas später. Sie machen sauersüße Gesichter dazu. Allein auch der entschieden freihändlerische linke Flügel wird einlenken. Sie wagen nicht Bennigsen direkt anzugreifen. Zum großen Aerger Römer's wird kaum einer austreten, wenn auch eine Anzahl im Reichstag ihre Anschauungen festhalten wird. Auch mir wäre es lieber, wenn 1 bis 2 Dutzend der linken Seite austreten würden. Bleiben sie, so ist die Frage nicht gelöst und der Konflikt nur vertagt.

Allein manchen unserer Separatisten ist durch Bennigsen's Rede ein Stein vom Herzen genommen, manche sehnen sich darnach, daß unsere Sonderzusammenkünfte bald aufhören. Mit dem Gedanken der Trennung unsererseits und Bildung einer eigenen Fraktion müssen wir vorsichtig sein.

Bennigsen rechnet und zählt die Häupter seiner Lieben. Er läßt sich von uns die Namenslisten der Separatisten geben. Sie zählt 28 Namen. Allein die Zahl ist flüssig; für eine Verständigung mit der Regierung auch in der Tariffrage dürfen wir immerhin noch etwa 10 dazu rechnen: den politisch rechten Flügel der Partei. Für eine eventuelle Trennung glaubt Römer auf etwa 15 zählen zu können. Langsam und vorsichtig!

22 Namen zählt Bennigsen als Anhänger Bamberger's und Genossen; es ist das wohl zu wenig. Den Rest (102—28—22=52) rechnet er gerne als seine spezifischen Anhänger.

Mittwoch (Bußtag) mit Römer, Graf und Völk in der Gewerbeausstellung. Völk sagte: erforderlichenfalls gründen wir wieder eine liberale Reichspartei.

Gestern endlich Abstimmung, ob der Tarif an eine oder zwei Kommissionen zu weisen. Mehrheit für ersteres, wohl $^2/_3$. Von unserem Sonderklub stimmen etwa 20 dafür, immerhin ein erträgliches Zeichen von Festigkeit.

Berlin, den 12. Mai 1879.

Es spielt die Geschichte mit Mosle, den die Freihändler in der Partei für einen Renegaten erklären. Sie unterbrachen ihn häufig während seiner Rede im Reichstag. Weil er vom semitischen Treiben in der Wirtschaftspolitik sprach, wollen sie ihn aus der Fraktion ausschließen [1]). Völk berichtete letzten Freitag Abend in unserm Sonderklub über die letzte Vorstandssitzung der nationalliberalen

[1]) Vergl. oben S. 332, Note 3.

Digitized by Google

Partei: man sei sehr aufgebracht gegen Mosle und habe beschlossen, ihm den freiwilligen Austritt nahe zu legen. Wir sind der Ansicht, daß eine solch' leidenschaftliche Behandlung der Sache nicht zu dulden sei. Wird dieselbe bei der Fraktion anhängig, so verlangen wir eine ruhige, unbefangene Prüfung des Ganzen incl. etwaiger ungeeigneter Ausschreitungen einzelner Fraktionsgenossen gegen Mosle. Völk wird beauftragt, diese unsere Ansicht dem Vorstand mitzutheilen. Am Samstag erfuhren wir sodann, daß Mosle den freiwilligen Austritt abgelehnt und der Vorstand beschlossen habe, von sich aus nichts weiter gegen ihn zu thun. Die Hitzköpfe werden Wasser unter ihren Wein gießen und sich hüten, die Gegensätze bei einer bedenklichen Personalfrage zum platzen zu bringen.

Freundschaftliche aber berechnete Besprechungen mit Blum und Marquardsen bei Siechen über die Kommissionswahl und den Fall Mosle. Es gilt, den Herren klar zu machen, daß eine starke Minderheit die herkömmliche oligarchische Beherrschung der Fraktion sich nicht mehr gefallen lassen will.

Römer teilt mir in der Sitzung mit, der Vorstand der nationalliberalen Fraktion halte daran fest, den schutzzöllnerischen Separatisten von den 8 Tarif-Kommissionsmitgliedern der Nationalliberalen nur 2 (Hammacher und Schauß, nicht auch Buhl) statt der verlangten 3 zu gewähren. Die Unbilligkeit des Vorschlags läge, da wir nicht über 25 zuverlässige Mitglieder zählen, nicht hierin, sondern in der Aufnahme von 3—4 absoluten Freihändlern in der Kommission (Delbrück, Rickert, Bamberger, Oechelhäuser), während letztere im Gegensatz zu Bennigsen und Genossen nur etwa 22 Mitglieder zählen. Von der Gruppe Bennigsen wäre nur er selbst und Benda in Vorschlag. Allein Bennigsen ist damit wie es scheint zufrieden. Er hat eben zu spät seine Stellung genommen, um noch Dank dafür zu ernten. Ich höre, daß die Konservativen und das Centrum, die in der Kommission die Mehrheit haben werden, ihn weder zum Vorsitzenden noch zu dessen Stellvertreter wählen, sondern diese Stellen aus ihren Reihen besetzen wollen. Dies könnte Bennigsen wieder nach links drängen.

Mit Gneist habe ich über die Parteiverhältnisse gesprochen. Er ist gegen eine Trennung. Ihn möchte ich mit seinen Genossen auch nicht in einer neuen Fraktion mit haben.

Berlin, den 15. Mai 1879. Donnerstag.

Dienstag Fraktionssitzung über die Entsendung der Parteigenossen in die Tarifkommission. Das bei dem oben erwähnten Vorschlage unterlaufende Mißverhältnis hebe ich in der Sitzung hervor, trete übrigens dem Antrag auf Annahme der vorgeschlagenen Liste per Akklamation bei.

Bennigsen giebt der linken Seite der Fraktion viel zu sehr nach; schadet damit der letzteren und am Ende sich selbst. Hieraus erklärt sich der Mißstand, daß die nationalliberale (Berliner) Presse und die Reden im Reichstag (Lasker, Rickert, Bamberger, Braun 2c.) sich viel oppositioneller ausnehmen, als es der Ansicht der Mehrheit entspricht. Bei minder wichtigen Dingen läßt Bennigsen diese Oligarchie gewähren, bei Hauptsachen (Sozialistengesetz, Zolltarif) nimmt er seine versöhnende Haltung, welcher die Mehrheit folgt, zu spät ein.

Digitized by Google

Die Folge davon ist, daß die Konservativen und das Centrum im Bunde neuerdings bei den Vorstandswahlen in der Tarif- und Tabak-Kommission die Nationalliberalen, insbesondere Bennigsen, ganz übergangen haben. Bennigsen wird sich bald zwischen dem rechten und linken Flügel entscheiden müssen.

Die Freihändler der Fraktion bis herein gegen die Mitte (30 bis 40) halten nun auch besondere Beratungen ab. Die Dinge treiben vorwärts. Die Tabaksteuer-Kommission hat mit Schutzzoll und Freihandel so gut wie nichts zu thun. Die Fraktion wählte aber doch von unsrer Gruppe nur Buhl und Groß und beseitigte Servais.

Gestern sprach ich auch mit Schmid über Parteiverhältnisse. Auch er beschwert sich über Eigenmächtigkeit des Vorstandes seiner Fraktion[1]) und tadelt, daß die Konservativen bei den Abteilungswahlen statt mit Bennigsen mit dem Centrum gehen. Er ist mit mir darüber einverstanden, daß die Bildung einer neuen Fraktion zwischen den Nationalliberalen und den Freikonservativen mit mehr süddeutscher resp. mittelstaatlicher Zusammensetzung und Leitung erwünscht wäre.

Abends sprach ich einen Landtagsabgeordneten aus Hannover. Wir fanden uns in den Anschauungen über die Parteimißstände und die Fehler Bennigsen's einig. Auch in Hannover schade das Auftreten Lasker's und seiner näheren Freunde der nationalliberalen Partei sehr. Bismarck sei auch dort bei den Nationalliberalen eine dominierende Autorität und er habe Bennigsen schon oft geraten, Lasker mehr im Zaum zu halten oder ihn abzuschütteln.

Berlin, den 17. Mai 1879.

Gestern fand in der Zolltariffrage die erste wichtigere und zwar namentliche Abstimmung statt. Die sogenannten Schutzzöllner erlangten eine Mehrheit von weit über $^2/_3$. Von den Nationalliberalen stimmten etwa 34 für den Schutzzoll, darunter Bennigsen. Damit ist ein gutes Prognostikum für die Durchführung der Sache gewonnen. Wie es schließlich mit dem Bestand der nationalliberalen Fraktion aussehen wird, steht dahin. Mir wäre es am liebsten, wenn die äußerste Linke austreten würde.

Heute Abend hat Bismarck wieder zu einer Soiree eingeladen, zu der ich vielleicht gehe.

Berlin, den 20. Mai 1879.

Die Situation im Reichstag ist eine verworrene. Eben hat Forckenbeck seine Stelle als Präsident des Reichstags niedergelegt. Er hatte aus Veranlassung des Städtetags gegen die Reichstagsmehrheit offen Partei genommen. Da konnte jener Schritt nicht ausbleiben. Wer wird gewählt werden? Bennigsen hätte Aussicht; aber er will nicht. Man bauscht hier die Zollfrage zu einer Frage des Liberalismus auf. Bennigsen steht in der Fraktion zwischen dem rechten und linken Flügel, zur Zeit noch unentschlossen und vermittelnd, aber mit sichtbarer Hinneigung nach links. Es treibt zu einer Entscheidung und ich bin be-

[1]) Scil. der Reichspartei.

Digitized by Google

gierig, wie zu Ende der Session die nationalliberale Partei aussehen wird, bezweifle, ob ich noch dabei sein werde. Angenehm ist diese gespannte Situation nicht.

Berlin, den 21. Mai 1879. Mittwoch.

Heute wurde Herr von Seydewitz von der Rechten an Stelle von Forckenbeck zum Präsidenten gewählt. Die Nationalliberalen gaben meist weiße Zettel ab. Der Zurücktritt Forckenbeck's war kaum zu vermeiden, nachdem er letzten Samstag bei dem aus Veranlassung des Städtetags gehaltenen Bankett sich als Führer der zu bildenden großen liberalen Partei, deren Kern das freie Bürgerthum bilden solle und die auch wirtschaftlich freisinnig, d. h. freihändlerisch sein müsse, proklamieren ließ[1]). Die Gegensätze in der Fraktion schärfen sich, die Freihändler werfen uns vor, wir seien — wenn auch unbewußt — an der Verschiebung der Parteistellung durch unsern Beitritt zu den 204 (freie wirtschaftliche Vereinigung) schuld. Wir erwidern, sie hätten nur die Zollfrage nicht zu einer Parteifrage aufbauschen sollen, sie sei noch nie und nirgends eine Frage des Liberalismus gewesen. Bennigsen bemerkt hierzu, die wirtschaftliche Frage sei eine viel zu schmale Basis zur Bildung einer Partei; Streit in der Fraktion wegen des Verhaltens bei der Präsidentenwahl. Möglicherweise hätten wir mit Hülfe der Freikonservativen Bennigsen durchsetzen können. Allein dies wäre die Sprengung der Partei gewesen, da der linke Flügel erklärt, er würde bei dieser Lage keinem Mitgliede unserer Partei die Stimme geben. Bennigsen hatte also vollkommen Recht, unbedingt abzulehnen, und wir waren daher nicht in der Lage, den Präsidenten zu stellen. Der rechte Flügel will jedoch die Fühlung mit den Freikonservativen nicht aufgeben, während der linke sie „reißen" will, selbst auf die Gefahr, daß ein Centrumsmann erster oder (wenn der kranke Stauffenberg niederlegt) wenigstens zweiter Präsident wird. Es fällt das Wort, das würde der Situation entsprechen, thatsächlich seien das Centrum und die konservative Partei doch einig, Bismarck habe es so gewollt; dann wiederholt sich die Bemerkung, die 204 resp. wir Nationalliberale unter denselben seien daran schuld. Völk erwidert kräftig. Bennigsen konstatirt, es sei kein bindender Beschluß darüber zu fassen, ob weiße Zettel abzugeben seien oder nicht, die Mehrheit sei für ersteres. Die Gefahr eines Centrumsmannes als erster Präsident werde aber beseitigt sein, wenn die Minderheit der Nationalliberalen beschriebene Zettel abgebe. Nach der Fraktionssitzung erfahren wir, daß beide konservative Fraktionen und Centrum sich auf Seydewitz vereinigt hätten. Was wurde letzterem dafür versprochen?

Bei den Freikonservativen scheint es auch heftige Scenen gegeben zu haben. Schmid erzählt mir davon: Freiherr von Varnbüler und Graf Wilhelm Bismarck sollen darauf gedrungen haben, jede Verbindung mit den Nationalliberalen abzubrechen. Er (Schmid) habe opponiert. Viele, selbst der Botschafter Hohenlohe seien ihm beigetreten, von dem Wunsche beseelt, die Beziehungen zum rechten Flügel der Nationalliberalen aufrecht zu halten. In gleicher Weise sprachen sich

---

[1]) Vergl. oben S. 327.

Digitized by Google

gestern Fürst Carolath und Baron Lerchenfeld gegen mich aus. Schmid sagt, er habe eine große Zahl hinter sich, wie es scheint, die Mehrzahl der Württemberger.

Wir besprachen die Möglichkeit einer neuen Partei, bestehend aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem linken der deutschen Reichspartei mit überwiegend süddeutschen Elementen. Wie viele könnten wir dazu stellen? Vielleicht 15. Die Lage in der nationalliberalen Partei ist aber von der Art, daß der gemäßigte Teil mit Bennigsen viel zahlreicher ist. Letzterer will die Partei zusammen halten, so lange es geht; nur schwankt er lange, vielleicht zu lange. Er ist mit den Leuten des linken Flügels eben persönlich eng befreundet und sie haben die tüchtigen Redner (Forckenbeck, Stauffenberg, Lasker, Rickert, Bamberger, Braun rc.). Bennigsen kann schließlich nicht mit ihnen gehen, er giebt ihnen aber zu viel Spielraum; sie beherrschen auch die nationalliberale Presse. So erklärt sich das weite Mundaufreißen der Parteiorgane und Redner zu Anfang der Verhandlung über einen Gegenstand, das häufig grell kontrastiert mit der schließlichen Haltung der Partei, wenn Bennigsen sich endlich entscheiden muß. Dabei gereicht es denn doch uns zur Beschwerde, daß derselbe immer mit den Leuten vom linken Flügel konferiert, dagegen niemals mit uns. Vor einigen Tagen sprach Völk zu ihm über die politische Situation; er schwieg sich aus. Gestern sagte ich ihm, ich möchte mit ihm über die Lage sprechen, er möchte während der Sitzung, wenn es ihm passend sei, mich holen. Er sagte: es sei ihm recht, kam aber nicht. Allerdings hörte die Sitzung bald auf und es schloß sich die erregte Fraktionssitzung an. Diese Situation ist uns aber keine entsprechende, und es steht dahin, ob wir warten können, bis Bennigsen sich endlich entschließt, auf die eine oder andere Seite zu treten. Alle vom rechten Flügel (Gneist, Treitschke rc.) könnten wir aber auch nicht brauchen. Sie sind mir zu konservativ und zu centralistisch.

Letzten Samstag war ich in der Soiree bei Bismarck. An Bismarck's Tisch saß Völk. Zinn machte sich auch dahin.

Bismarck's heutige Rede wird als meisterhaft betrachtet. Der Mann hat sich jedenfalls tief in die Sache einstudiert. Dagegen finden allerdings seine nebelhaften Steuerprojekte keinen Anklang. Meiner Ansicht nach sollte man nicht viel über die eigenen Bedürfnisse des Reichs hinaus an neuen Steuern bewilligen.

Ueber Delbrück's Rede wird gesagt, er sei zu sehr Detaillist, die großen Gesichtspunkte fehlten ihm. Er entspreche nicht den gehegten Erwartungen, was von den Freihändlern selbst anerkannt werde.

Berlin, den 23. Mai 1879.

(Beschreibung eines Tags vorher mit Fraktionsfreunden gemachten Ausflugs in die Umgebung von Berlin.) Wir sprachen viel über Politik, über die Notwendigkeit einer neuen Partei aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem linken der Freikonservativen. Lange kann es so nicht fortgehen; wir müssen uns von Rickert und Gen. trennen, mit oder ohne Bennigsen.

Digitized by Google

Schmid erklärt, Freiherr von Varnbüler sei ganz bismärckisch. Merkwürdigerweise sei Bennigsen vorgestern Abend bei Siechen[1]) (Völk's und unsere Kneipe) gewesen und habe sich sehr liebenswürdig benommen. Forckenbeck hätte einige Tage früher seine Präsidentenstelle niederlegen sollen. (Sehr wahr!) — Sucht Bennigsen Fühlung mit uns, denen er seit Jahren kaum ein Wort, geschweige politische Mitteilungen gönnte? Bald muß sich's zeigen. Heute wird über die Getreidezölle abgestimmt werden, die Rickert in der Fraktion als eine politische Frage bezeichnet hatte.

Berlin, den 25. Mai 1879. Sonntag.

Gestern Wahl des ersten Vize-Präsidenten an Stauffenberg's Stelle. Die Mehrheit der Nationalliberalen beschließt, weiße Zettel abzugeben. Bamberger führt in der Fraktion aus, nachdem der Reichskanzler mit dem Centrum Frieden gemacht, sei es nicht angezeigt, daß wir den Kampf gegen dasselbe fortsetzen. Völk tritt gegen ihn auf; die kirchlichen Übergriffe müßten von uns stets bekämpft werden; er zeigt, daß die Abstinenzpolitik bei der Wahl falsch sei, daß wir einen Kandidaten, wenn auch ohne Aussicht auf Erfolg, aufstellen müßten und schlägt Benda vor. Dieser lehnt ab; die Linke der Fraktion erklärt, keinem ihre Stimme zu geben. Benda und Bennigsen geben nach. Der Einigkeit der Fraktion wegen soll alles weiße Zettel abgeben. Dem tritt leider auch Schauß bei und sagt nachher, dies sei das letzte mal, daß er nachgebe. In der freikonservativen Partei giebt es analoge Kämpfe! Schmid theilt mir mit, daß Freiherr von Varnbüler das Zusammengehen mit dem Centrum wünsche. Bismarck's Sohn sei auch dafür. — Varnbüler läßt in der Fraktion einen Zettel mit angeblichen eigenen Worten Bismarck's herumgehen[2]). Schmid ist darüber aufs höchste entrüstet, er erhält in seiner Fraktion eine Mehrheit für das Zusammengehen mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen, woraus aber nach den Vorgängen in unserer Fraktion nichts wird. — Die Stimmen, die Völk bei der Wahl zum Reichstags-Präsidenten erhielt, rühren teils vom linken Flügel der Reichspartei, teils vom rechten der Nationalliberalen her.

Vielfache Gespräche über den möglichen Ausgang der Krisis. Dr. Hammacher meint, bei den konstitutionellen Garantien werde es zum brechen kommen.

Berlin, den 26. Mai 1879.

Montag. Für den gestrigen Sonntag hatte ich mit Völk eine Tour nach Buckow verabredet; mehrere andre hatten auch mitgehen zu wollen erklärt, es kam aber keiner. Betrachtungen über die Zuverlässigkeit der Menschen, insbesondere der Abgeordneten. Völk und ich machten also die Tour allein, sie war sehr befriedigend; schöner Tag. Wir harmonieren in dem Bedürfnis, in der Natur und in relativer Einsamkeit uns von dem Getriebe der Großstadt und der

[1]) Bierwirtschaft in einer Querstraße der Friedrichstraße zunächst den Linden.

[2]) Über einen Artikel des „Hamburger Korrespondenten", betr. die Beziehungen des Centrums zu den Konservativen, über den Fürsten Bismarck und den Friedensschluß mit Rom, s. die „Post" 1879, Nr. 242.

Digitized by Google

Politik zu erholen. 12 Stunden von Berlin, auf dem Lande steht der Mensch dem Menschen auch wieder menschlich näher, man grüßt und spricht ohne vorgestellt zu sein.

Wir sprachen auch über die Parteiverhältnisse. Völk erzählte, Bennigsen habe ihm gesagt, wenn der linke Flügel nicht blos beim Schutzzoll, sondern auch nachher politisch Opposition machen wolle, so könne man denselben nicht mehr in der Partei brauchen; er nehme die Zahl der für diesen Fall Ausscheidenden zu etwa 12 an. Wir meinen unter uns, es könne nicht schaden, wenn es auch mehr würden.

Stuttgart, den 31. Mai 1879.

Letzten Mittwoch war vor Pfingsten die letzte Reichstagssitzung. Ich stimmte mit nur fünf andern Nationalliberalen für die Holzzölle. Mein Motiv war die notwendige Rücksicht auf den deutschen Wald, der unter beengender Forstpolizei steht, und daher auch einigen Schutz für seine Produkte verlangen kann, gegenüber der maßlosen Konkurrenz aus denjenigen Ländern, in denen die weitgehendste Waldverwüstung gestattet ist.

Stuttgart, den 10. Juni 1879.

Im allgemeinen ist man in meinen Kreisen mit der Haltung des rechten Flügels der Nationalliberalen einverstanden. Viele, insbesondere alle meine näheren Freunde hier halten eine Trennung der Fraktion für bevorstehend und würde sie nicht bedauern. Doch wünschen die meisten, daß sich Bennigsen auf diese Seite schlüge.

Berlin, den 15. Juni 1879. Sonntag Abends.

Die Situation scheint sich wieder verschoben zu haben. Im Centrum treten Gegensätze zu Tage: Schorlemer und Windthorst. Das Centrum macht mit den Finanzzöllen Schwierigkeiten und steht mit Bismarck nicht auf besonders gutem Fuße.

Letzterer ließ Bennigsen gestern mehrmals in sein Zimmer rufen. Er scheint mit diesem wegen des Zustandekommens der Tarife und Bewilligung der neuen Steuern zu verhandeln. Bennigsen seinerseits verhandelt viel mit Bamberger, Rickert ꝛc.; den rechten Flügel der Partei ignoriert er nach wie vor. Römer und ich besprachen die Unleidlichkeit dieses Zustands. Die Stimmung in der Fraktion ist immer noch eine sehr unangenehme. Wenige, fast keine Fraktionssitzungen, in der letzten am Freitag waren nur etwa 15 Mitglieder anwesend.

Berlin, den 19. Juni 1879. Vormittags.

Dienstag den 17. Abends fand eine Besprechung der schutzzöllnerisch gesinnten Nationalliberalen statt. Es handelte sich um das Verhalten zu den Schutzzöllen und konstitutionellen Garantien. Man einigte sich darüber, erst in einigen Tagen der Frage näher zu treten, wenn in der Tarifkommission die verschiedenen Richtungen sich ausgesprochen hätten. Einig war man darüber, einer intriganten Behandlung der Frage seitens der Freihändler entgegen zu treten; andererseits aber auch, die liberalen Grundsätze nicht zu verläugnen. Die neuen Bewilligungen

Digitized by Google

werden je nach den verschiedenen Möglichkeiten zwischen 80 und 120 Millionen Mark betragen. Garantien wegen Überlassung eines entsprechenden Teils an die Einzelstaaten, wie das Centrum will mit Beibehaltung der Matrikularbeiträge? Bewilligung der Finanzzölle nur auf einige Jahre? Die Frage wird erörtert, ob man sich mit Bennigsen in Verbindung setzen und ihn zu Mitteilungen möglichst veranlassen soll? Sie wird verneint mit Rücksicht auf die Schwierigkeit seiner vermittelnden Stellung. Man glaubt, Bismarck werde wegen der sogenannten konstitutionellen Garantien keine großen Schwierigkeiten machen; er ist eben ein praktischer Mann. Wenn er nur das Geld bekommt, giebt er uns gern ein Blatt Papier, und vertraut, daß er, falls dessen Inhalt ihn später genieren könnte, schon wieder Mittel und Wege zur Abhülfe finden werde. Auch Varnbüler, der mich vorgestern wegen der konstitutionellen Garantien fragte und dem ich von der Bewilligung der Finanzzölle auf Zeit sprach, erwiderte, er glaube nicht, daß dieser Gedanke bei Bismarck Schwierigkeiten finden werde.

Berlin, den 19. Juni 1879, Abends.

Im Reichstag findet die Interpellation Delbrück's und Bamberger's, betreffend die Gerüchte über die Einführung der Doppelwährung, statt. Bismarck antwortet, in der Sache befriedigend, allein gereizt, mit persönlichen Ausfällen. Daran knüpft sich eine Debatte von 2—3 Stunden über die Frage, ob die Interpellation nötig gewesen, ob darin ein Angriff gelegen, was in den Blättern gestanden, was privatim resp. offiziös vorher herüber und hinüber gesprochen u. s. w. — Hätte Bismarck einfach „nein" gesagt, so hätte man viel Zeit erspart und sich nicht gegenseitig gereizt.

An demselben Tage hörte Hölder von einem Wohlunterrichteten näheres über die am 18. Juni 1879 stattgehabte Verhandlung im Bundesrat über den Antrag Bismarck's, betreffend die Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen. Der Gewährsmann Hölder's meinte: Die Überlassung der Festsetzung der Eisenbahntarife und Zulassung von Aufschlägen an den Bundesrat würde den Mittelstaaten geradezu den Strick um den Hals legen; die Staaten sähen doch ein, daß es sich hier nahezu um ihre Existenz, wenigstens um deren Selbständigkeit handle. Auch Bayern sei auffallend entschieden gewesen; Baden und Sachsen hätten die Opposition geführt. Im Verfassungsausschuß, an den der Antrag gewiesen wurde, seien 2 Stimmen dafür, daß die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs eine Verfassungsänderung seien, 7 dagegen. Ob bei dieser Sachlage das Plenum des Bundesrats mit etwa 32 gegen 28 Stimmen dies verneinen und jene Artikel annehmen werde, sei die Frage. Bayern stimme bei der Verfassungsfrage mit, obgleich die materiellen Bestimmungen über die Eisenbahnen dasselbe vermöge seiner Reservatrechte nicht unmittelbar berühren. Eine Vergewaltigung der Mittelstaaten werde Bismarck sich nicht nachsagen lassen. —

Beim gestrigen Diner habe er gethan, als habe er von dem preußischen Ansinnen gar nichts gewußt; er sagte: er wolle nur die Privatbahnen, nicht die Mittelstaaten mit ihren Eisenbahnen treffen. Eine friedliche Verständigung,

Digitized by

zu der bei dieser Sachlage Aussicht sei, wäre ihm am liebsten; wenn die Staatseisenbahnen nur nicht gänzlich dem guten Willen des Bundesrats preisgegeben würden. An den Reichstag werde diese Sache keinesfalls mehr, überhaupt nichts Neues mehr kommen. Bei der jetzigen Stimmung würde ein solches Gesetz jetzt keinesfalls durchgehen. Die vielen Vertreter der Privatbahnen, Centrum, Fortschritt, linker Flügel der Nationalliberalen und gewiß viele Vertreter der Mittelstaaten würden gegen solche Vollmachten an den Bundesrat sein. Indessen werde es immerhin geraten sein, die jetzige relativ günstige Situation zu einer billigen und sichernden Verständigung zu benützen, da eine Regelung des Eisenbahntarifwesens notwendig sei, und da ja ein Gesetz darüber unter Umständen die Mittelstaaten gegen Preußen, wenn es seine Privatbahnen vollends erworben und uns umklammert habe, Schutz gewähren könne. —

Berlin, den 20. Juni 1879.

Die politischen Fragen, die sich an die neuen Zoll- und Steuerbewilligungen knüpfen, werden wohl im Wege der Verständigung mit einer erforderlichen Mehrheit ihre Lösung finden, und hierbei wird Bennigsen eine Hauptrolle spielen, der bis jetzt noch zugeknöpft ist bis an den Hals hinauf. — Die Eisenbahntarif-Vorlage, derenthalben Mittnacht hier ist, wird nicht mehr an den Reichstag kommen, denn über den 15. Juli hinaus ist dieser nicht zusammen zu halten.

Berlin, den 27. Juni 1879 (Freitag).

Am Mittwoch (den 25. Juni) keine Reichstagssitzung. Die Tarifkommission behandelt die sogen. konstitutionellen und föderalistischen Garantien. Ich wohne mit vielen Kollegen der Sitzung bei. Bennigsen fällt mit seinen Anträgen (Quotisierung von Salz und Kaffee, Ueberweisung der Ueberschüsse an die Einzelstaaten durch Gesetz), mit denen ich im wesentlichen einverstanden bin, durch. Das Centrum siegt mit den Konservativen. Sie geben die Quotisierung preis, weisen alle neu bewilligten Beiträge den Einzelstaaten zu und behalten darnach die Matrikularbeiträge wie bisher bei. Großer Allarm auf der ganzen Linie. Es heißt, der einheitliche Charakter des Reichs und die Rechte der Volksvertretung seien damit preisgegeben. Manches ist daran wahr, manches übertrieben. Erörterung in allen Blättern über die Krisis innerhalb der nationalliberalen Partei. Wie hat man zum Gesetz im Ganzen zu stimmen, wenn der Centrumsantrag angenommen ist? Wer muß aus der nationalliberalen Partei austreten? Oder wird man sich auf ein gemeinsames Veto einigen? Bennigsen konnte dem Reichskanzler eben nicht genug Stimmen bieten; da 30—50 nationalliberale Freihändler unter allen Umständen gegen das Tarifgesetz stimmen werden, war ohne das Centrum keine Mehrheit zu erlangen. Dazu kommt, daß man für jährliche Bewilligung indirekter Steuern vielfach, insbesondere in Preußen kein Verständnis hat.

Schwere innere Zweifel, wie ich schließlich stimmen soll. Gegen „Ja“: die nationalen und freiheitlichen Prinzipien würden damit preisgegeben. Gegen „Nein“: der große Zweck Schutzzoll und finanzielle Hülfe gegen das Defizit

Digitized by Google

werde wegen bloßer Doktrinen preisgegeben. Die Schmälerung der Reichsstellung sei nur eine formelle, scheinbare; für Konfliktsfälle mit der Reichsregierung werde durch Zuweisung der Gelder an die Einzelstaaten eine gewisse Garantie in den Landesvertretungen gewonnen. Die Rücksicht auf die Fraktion ist mir eine untergeordnete, obgleich ich mit nur wenigen nicht austreten möchte. Mittwoch Abend neige ich mehr zu „Nein", halte dies auch gestern noch fest; heute bin ich mehr für „Ja". Erörterung der Sache mit vielen Kollegen, auch mit einem Mitglied der freikonservativen Partei. Letzterer meint, auch ihm sei die Lage sehr unangenehm, schließlich aber brauche man nicht kaiserlicher zu sein als der Kaiser und Bismarck. Wie wird die Sache im Lande von den Wählern, von den Parteigenossen aufgenommen werden?

Gestern Abend Besprechung der Sache im Kreise der Zolldissidenten im Hotel Magdeburg; Ansichten geteilt, jeder behält seinen letzten Entschluß vor. Die entfernte Möglichkeit einer schließlichen Wendung der Dinge sei noch vorhanden. Zu „Ja" neigen sich: Völk, Schauß, Servais, zu „Nein": Bernuth, Hammacher. Anwesend sind 17; Zinn und Buhl fehlen.

Heute Morgen höre ich, Bennigsen mache noch Versuche, der Sache eine Wendung zum Bessern zu geben. So viel scheint mir sicher, daß auf eine Quotisierung jedenfalls verzichtet werden müßte. Im übrigen scheint mir Bennigsen auf seinen Vorschlägen ziemlich festgenagelt. Gestern Abend wurden begründete Klagen erhoben, daß Bennigsen mit niemandem, mindestens mit niemandem unserer Unterfraktion Rücksprache nehme. —

Ich schalte hier einen Brief ein, den der Abgeordnete Hölder an seinen alten Fraktionsgenossen Elben, den Redakteur des „Schwäbischen Merkur" richtete, um denselben über die Sachlage im Reichstag zu informieren. Derselbe lautet:

Berlin, den 2. Juli 1879.

Lieber Freund!

Deinen Brief vom 30. v. M. habe ich heute früh erhalten. Die Lage ist eine verschobene. Wir konnten hoffen, daß Bennigsen bezüglich der konstitutionellen Garantien sich mit Bismarck verständige und daß dann der linke Flügel der Partei austreten werde. Diese Hoffnung scheiterte, wie Bennigsen in der gestrigen Fraktionssitzung, der ersten seit Wochen, darlegte, lediglich an den Zahlen. Weil bei uns immerhin 30—40 voraussichtlich doch gegen das Gesetz gestimmt hätten, konnte Bennigsen dem Reichskanzler nicht so viel Stimmen garantieren, als zu einer Mehrheit ohne das Centrum nöthig war. Da wendete sich der Reichskanzler als absoluter Realpolitiker ruhig an das Centrum. Bennigsen, Benda u. s. w. sind nur an den Antrag des ersteren gebunden und werden, wenn die Situation sich nicht ändert, wozu keine große Aussicht ist, gegen das Gesetz stimmen. Sie müssen natürlich wünschen, daß die Fraktion dies geschlossen thue. Völk, ich und etwa 10 andere (die Zahl gerechnet ohne den politisch rechten Flügel, Treitschke u. s. w.) legen dem Franckenstein'schen Antrag keine so große Bedeutung bei; Völk und die meisten andern unter jenem Dutzend neigen

Digitized by Google

sich daher zur Annahme des Gesetzes auch mit dem Antrag Franckenstein. Ich neige mich aus principiellen Gründen mehr zum „Nein“ sagen; behalte mir aber, wie überhaupt Alle unserer spezifischen Richtung, meine letzte Entscheidung vor.

Der linke Flügel benützte aber die Gunst des Augenblicks und drang auf eine Fraktionssitzung, welche gestern stattfand. In derselben beantragt derselbe, es zur Fraktionssache zu machen, daß, so lange der Franckenstein'sche Antrag bestehe (wohl als Mehrheitsbeschluß der Kommission), die Fraktion bei der Einzelberatung gegen die Finanzzölle und gegen das Gesetz stimmen solle. Sie wollen damit offenbar unseren rechten Flügel hinausdrängen. Du kannst Dir denken, mit welcher Schärfe Rickert, Lasker, Forckenbeck diesen Antrag begründeten. Völk trat entgegen, indem er die relative Harmlosigkeit des Franckenstein'schen Antrags nachwies. Treitschke argumentierte ähnlich, nur mit einer etwas stärkeren Nuance gegen den Antrag. Er schloß: die süddeutschen Freunde könnten versichert sein, daß, wenn sie austreten, bald andere (wegen der allgemeinen Lage in der Partei) folgen würden. Daneben äußerte er sich scharf gegen Forckenbeck, Bunsen u. s. w. Bennigsen nahm seine Stellung so: der Antrag (der Linken) wie er liege, könne zunächst nicht angenommen werden, so lange noch kein Beschluß des Reichstags gefaßt sei. Dann allerdings müsse auch nach seiner Ansicht die Fraktion gegen die Finanzzölle und das Gesetz stimmen. Hierauf folgten die heftigsten Angriffe von Seiten Lasker's und Forckenbeck's gegen Bennigsen persönlich; sie warfen ihm seine Rede über den Zolltarif vor. Forckenbeck bemerkte: Bennigsen suche wieder die Energie der Fraktion zu lähmen. Hierauf erfolgte die Vertagung der Beratung auf heute oder morgen.

Man sagt, der linke Flügel wolle austreten, wenn sein Antrag nicht angenommen werden sollte. Dies würde, wie auch die Angriffe auf Bennigsen (die wohl in der Leidenschaft gemacht wurden) mit meiner obigen Ansicht, daß sie die Situation benützen wollten, um das Centrum der Fraktion auf ihre Seite herüber zu ziehen, allerdings nicht harmonieren. Ich sehe hier über ihre Absicht noch nicht ganz klar.

Meine Ansicht, die ich in der nächsten Fraktionssitzung möglichst milde darlegen oder andeuten werde, ist folgende: Die Fraktion in dieser Zusammensetzung kann nicht bei einander bleiben, und diese Frage muß jetzt zum Austrag kommen. Am richtigsten wäre die Ausscheidung des linken Flügels. In diesem Falle könnte neben den andern Gründen schon aus Rücksicht auf Bennigsen der rechte Flügel sich wohl dazu verstehen, schließlich zum Gesetz mit dem Franckenstein'schen Antrag „Nein“ zu sagen. Gelingt dies nicht, so muß der rechte Flügel, allerdings zunächst in kleiner Zahl, austreten, ich mitinbegriffen, ganz unabhängig von der Frage, ob ich zum Gesetz schließlich „ja“ oder „nein“ sage. Wie dann Bennigsen mit Forckenbeck, Lasker und Rickert zurecht kommt, weiß ich nicht. Die unerquicklichen Zustände innerhalb der Partei würden dann eben fortdauern. Ob wir (etwa mit Löwe, der auch zum eventuellen Stimmen gegen das Gesetz neigt, im übrigen aber mit mir bezüglich der politischen und Parteiverhältnisse fast ganz übereinstimmt) dann eine Gruppe oder Fraktion bilden können, steht dahin.

Digitized by Google

Daß ich bei dieser Sachlage mich durch Fraktionsbeschlüsse in meinen Abstimmungen nicht binden lasse, ist natürlich.

Für Eure Haltung wird es sich empfehlen: die praktische Bedeutung des Franckenstein'schen Antrags unter aller Anerkennung seiner formellen Mißlichkeit auf ihr kleines Maß zurückzuführen, dagegen stark zu betonen, daß Bennigsen und Gen. mit Lasker und Gen. künftig nicht zusammen gehen können, wie auch die Frage des Tarifgesetzes schließlich entschieden werden möge. . . .

Nunmehr lasse ich wieder die Tagebuchaufzeichnungen des Abgeordneten Hölder folgen.

Berlin, den 2. Juli 1879.

Es geht kunterbunt zu im Reichstag und in der Regierung. Centrum und Konservative einigen sich auf den Antrag Franckenstein. 3 Minister treten ab. Ob ein Einverständnis mit dem Reichskanzler hergestellt ist, weiß man noch nicht. Es heißt, er verhandle noch mit dem Centrum über den Betrag der Finanzzölle. Letztere dürften wohl ermäßigt werden. Nicht zu viel bewilligen ist die beste Garantie. Im Centrum scheint aber keine Einigkeit zu herrschen. Viele wollen keine Finanzzölle. In der Reichspartei ist vielen die Allianz mit der Centrumspartei unerwünscht. In der nationalliberalen Partei vollends scheint die Sache zum klappen zu kommen. Ich konferierte viel mit Schmid, Treitschke, Löwe und andern über die brennenden Fragen. Mit den beiden letzteren bin ich bezüglich der Parteilage einig und geneigt, mit ihnen gegen das Gesetz mit dem Franckenstein'schen Antrag zu stimmen. Beide sind aber der Ansicht, daß die linke Seite (Forckenbeck, Lasker, Rickert) aus der Fraktion ausscheiden sollte. Wird Bennigsen die Hand dazu bieten? Er scheint heute sehr bedenklich; die Aussicht, daß etwa 12 jedenfalls austreten werden, wozu noch etwa 6 von der Richtung Treitschke's kommen würden, scheint ihm doch eine üble Aussicht auf seine künftige Lage in der Fraktion der entschiedenen Linken gegenüber zu eröffnen. In der Tarifkommission sind heute alle Finanzzölle durchgefallen. Es ist noch alles im Fluß.

Berlin, den 4. Juli 1879.

Die Stellung der Regierung zum Franckenstein'schen Antrag scheint noch nicht fest zu sein. Die Einigung des Centrums mit derselben ist aber wahrscheinlich. Ein Mitglied der freikonservativen Partei erzählt mir, daß in der Reichspartei viele geneigt seien, zwar gegen diesen Antrag zu stimmen, schließlich aber doch das Gesetz als Ganzes, also mit dem Antrag Franckenstein, anzunehmen. Er rät mir dringend, dies auch zu thun, man würde zu Hause ein „nein" nicht verstehen. Er berichtet ferner von Unterredungen mit dem Abgeordneten Dr. Lucius. Der Reichskanzler werde bei der Debatte den Antrag Franckenstein jedenfalls so auslegen, daß alles Bedenkliche für das Reich wegfalle. Es liegt ja auch auf der Hand, daß auch nach diesem Antrag der einzelne Staat die Zolleinnahmen zunächst nur für die Gesamtheit der Staaten erheben und in Besitz nehmen kann. Erst wenn die Abrechnung geschehen ist, steht fest, was nach derselben dem Einzelstaat gebührt.

Digitized by Google

Es finden viele Privatverhandlungen unter den Fraktionsgenossen statt. Gestern Abend war eine Versammlung der Magdeburger (Schutzzöllner) und Angehöriger der Bennigsen'schen Gruppe. Das Ergebnis der Berathung der letzteren ist mir noch unbekannt. Gestern stand die Sache nach Mitteilungen Marquardsen's an Römer so: In der Fraktionssitzung von heute Abend soll der Antrag Lasker, die Fraktionsfrage jetzt schon zu stellen, abgelehnt werden. Ob dann der linke Flügel austritt, ist mir unwahrscheinlich. Die Gruppe Bennigsen würde den Austritt einiger Führer der Linken wohl nicht ungern sehen, allein den Entschluß zu aktivem Vorgehen gegen dieselben scheint Bennigsen nicht fassen zu können. Vielmehr will er, sobald das Plenum den Franckenstein'schen Antrag angenommen hat, selbst das „Nein“ gegen das Gesetz zur Fraktionssache gemacht wissen. Damit würde ein Teil des rechten Flügels u. a. auch ich aus der Fraktion gedrängt. Wir schätzen aber die Zahl nur auf 10—12. Auch bei der Besprechung von gestern Abend waren manche noch zurückhaltend. Austreten würden etwa: Völk, Römer, Klein, Servais, Kreutz, Rentzsch, Bayer, Feustel, Vopel und ich; voraussichtlich auch Schauß und der eine oder andere mehr. Wir einigten uns in Anwesenheit von etwa 17 gegen die Stellung der Fraktionsfrage in der Fraktion zu stimmen. Deren Bejahung bedarf ²/₃ der Anwesenden. Da nun etwa 28 Nationalliberale zu den sog. Schutzzöllnern gehören, die Gruppe Treitschke aus etwa 5 Mitgliedern bestehend ausgesprochen gegen die Linke ist und uns derselben nicht wird preisgeben wollen, so haben wir die Hoffnung, daß selbst ein solcher Antrag von Bennigsen nicht die nötige Mehrheit finden werde. Die Anhänger Bennigsen's mahnen uns für heute Abend zur Zurückhaltung.

Berlin, den 5. Juli 1879.

Stephani stellte offenbar unter Rücksprache mit andern Freunden der Mittelpartei einen Antrag dahin: 1. Der Franckenstein'sche Antrag ist abzulehnen. 2. Mit demselben ist das Gesetz unannehmbar. Dieser Beschluß soll ein feierlicher, aber kein etwaige Dissidenten zwingender sein. Er hielt eine schöne Rede über Einigkeit u. s. w.

Völk und ich erwidern. Eine Verpflichtung gegen das Gesetz zu stimmen mit dem Franckenstein'schen Antrag könnten wir nicht übernehmen; wir heben die Gründe hervor, warum uns der gedachte Antrag nicht so gar bedenklich erscheine. In wichtigen Dingen müßten wir nach eigener gewissenhafter Überzeugung stimmen bei aller Achtung vor der Ansicht der politischen Partei. Ich erhebe mich insbesondere gegen Bamberger, der zwischen Völk und mir sprach und ausführte, Bismarck habe sich seit Jahr und Tag von seiner früheren Haltung abgewendet; seine Regierung sei schädlich, zu bekämpfen [1]) u. s. w., wir seien mitten in der Reaktion. Ich führe dagegen aus, in allem wesentlichen seien wir bisher mit Bismarck gegangen, Fehler und Angriffe seien von beiden Seiten vor-

[1]) Vergl. die „Post“ 1879, Nr. 194 (Parole der großen liberalen Partei: Fort mit Bismarck); Nr. 208 (Die nationalliberale Partei in der Opposition).

gekommen. Ob eine Reaktion kommen werde, vermöge ich nicht zu beurtheilen. Zu einer sachlichen Opposition, wo solche notwendig, werde ich stets bereit sein. Wenn aber wirklich eine Reaktion drohe, so habe man um so mehr Grund beisammen zu bleiben. Einer solchen gegenüber werde die Fraktion uns stets an ihrer Seite sehen, sie möge jetzt so oder so beschließen.

Ich wollte versöhnlich reden, insbesondere auf die Mittelpartei wirken.

Da stellt Forckenbeck den ausdrücklichen Antrag, die Abstimmung gegen das Gesetz mit der Bestimmung Franckenstein zur Fraktionssache zu machen, und begründet denselben damit, daß die Fraktion einig, geschlossen, thatkräftig dastehen müsse. Rickert stellt für den Fall der Ablehnung der zwingenden Kraft den Austritt der Linken in Aussicht.

Bennigsen sagt, heute sei noch nicht die Zeit, hierüber Beschluß zu fassen spricht von der Unmacht der liberalen Partei, wenn sie in die verschiedensten Fraktionen und Fraktiönchen zerfallen würde, hebt dann aber die Gefährlichkeit des Antrags Franckenstein und die Notwendigkeit, sich eventuell gegen das Gesetz zu einigen, so stark hervor, daß ich den Eindruck habe, er werde sich Forckenbeck zu lieb und um den linken Flügel nicht zu verlieren, dazu entschließen, die Endabstimmung zur Fraktionssache zu machen.

Die Frage ist durch diese Sachlage offenbar aus dem Rahmen einer Spezialfrage herausgerückt. Es handelt sich darum, ob der rechte oder linke Flügel auszutreten hat; mag schließlich die Mehrheit in der Fraktion ausfallen wie sie will: eine Trennung zwischen beiden Seiten ist unvermeidlich und die in der Mitte müssen sich zwischen beiden entscheiden.

Abends.

Buhl teilte im Auftrage Bennigsen's Römer mit, er möchte doch unseren Austritt zu verhindern suchen. Er (Bennigsen) werde mit seinen Freunden dem Antrag Forckenbeck's auf Stellung der Fraktionsfrage entgegenwirken. Der gedachte Antrag werde unter diesen Umständen keine Mehrheit, keinesfalls die $^2/_3$ Mehrheit bekommen. Buhl fügte bei, in diesem Falle würden Forckenbeck und seine speziellen Anhänger austreten. Auf unserer Seite würden nach einer Auszählung Römer's eventuell 16—17 austreten, darunter Schauß. Zinn wird zwar gegen das Gesetz stimmen, dann aber mit austreten. Römer läßt Bennigsen sagen, die gedachten 17 bleiben nur in dem Falle, wenn Forckenbeck und Gen. austreten. Dies veranlaßt mich denn doch, Buhl zu sagen, er möge seine Informationen auch von mir holen. Diesen Austritt machte ich nicht gerade zur Bedingung des Bleibens. Nur genüge auch mir zum Bleiben ein notdürftiges Drittel gegen die Kabinettsfrage nicht. Wir müßten mit Ehren und dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit gemäß bleiben können.

Römer sagt nachher zu mir, durch meine Nachgiebigkeit verdürbe ich die Verhandlungen mit Bennigsen. Von Feder, bayerischer Regierungspräsident, spricht viel mit mir über den Franckenstein'schen Antrag und scheint geneigt, auch schließlich „ja" zu sagen.

Landmann[1]) hat mit dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Minister Hofmann darüber gesprochen, der ihm versicherte, nach Ansicht der Reichsregierung bleibe das Eigentum des Reichs an den betr. Geldern bis zur erfolgten Verteilung unbedingt fortbestehen. Diese Auffassung werde Bismarck im Reichstag zur Geltung bringen. Im Etat werde auch die Gesamtheit der anfallenden Zölle in Einnahme, und die Leistung an die Einzelstaaten in Ausgabe gebracht werden. Landmann scheint sich damit zu beruhigen, und es ist diese Erklärung in der That der schlagendste Beweis für die Hohlheit des Geschreis vom Preisgeben der Reichsrechte!

Berlin, den 9. Juli 1879.

Ich bin mit manchen Bestimmungen des Tarifgesetzes nicht einverstanden, und stimme bei diesen Punkten nach meiner Überzeugung mit der Partei und wenn es sein muß, gegen die Regierung. Allein schließlich werde ich doch für das Gesetz stimmen, weil dasselbe nach verschiedenen Seiten große Verbesserungen bringt, welche die Bedenken bei einzelnen Punkten weit überwiegen. Die Partei mag dann thun was sie will und uns hinausdrängen oder nicht. So wie jetzt kann die Partei ohnehin auf die Dauer nicht mehr beisammen bleiben. Wenn es daher auch Bennigsen gelingen sollte, einen Fraktionsbeschluß gegen uns zu verhindern, so ist es doch eine ernste beherzigenswerte Frage, ob wir nicht dennoch austreten und eine neue Fraktion bilden sollen. Dieselbe würde aus 12 bis 20 Mitgliedern bestehen, und außer mir, Völk, Römer u. s. f. zu ihren Mitgliedern zählen.

Berlin, den 11. Juli 1879.

In der Fraktionsfrage treiben die Dinge vorwärts. Man hatte die linke Seite dahin gebracht, den Antrag, die Ablehnung des Tarifgesetzes zur Fraktionssache zu machen, aufzugeben. Forckenbeck hätte die erforderlichen $^2/_3$ Stimmen nicht zusammengebracht. Römer war sehr unglücklich darüber, daß die Fraktion beisammen bleiben solle. Bennigsen gab sich allem nach die erdenklichste Mühe, den Bruch zu vermeiden. Die Rede Bismarck's vorgestern förderte dieses Beginnen; sie war ein Absagebrief an die Nationalliberalen. Da änderte der gestrige Tag die Situation. Völk und ich motivierten im Reichstag unser bevorstehendes Votum für das Gesetz. Bezüglich meiner Rede erkannten die Fraktionsgenossen an, daß sie sachlich gehalten und in keiner Weise verletzend für die Fraktion sei. Dagegen ist über die Rede Völk's Feuer im Dach. Auch wir sind mit derselben nicht durchaus einverstanden. Er legte den „konstitutionellen Garantien" keinen Wert bei, sagte, der Rücktritt Falk's gehe das Reich nichts an. Nun nahm Forckenbeck seinen Antrag wegen der Fraktionsfrage wieder auf. Heute früh war Fraktionssitzung. Gestern Abend waren wir zu 15 im Hotel Magdeburg versammelt und beschlossen, uns in Nichts zwingen, auch Völk nicht fallen zu lassen. Wir bereden die Bildung einer neuen Fraktion und rechnen

[1]) Gustav Landmann, Oberpfarrer, nationalliberales Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

mit Hinzuzählung einiger außer der Fraktion Stehender (Löwe, Berger) auf etwa 20 Mitglieder.

Heute fand eine erregte Fraktionssitzung statt. Als Vermittelungsantrag wurde folgender eingebracht: die Art und Weise, wie Völk seine Ansichten dargelegt habe, sei zu mißbilligen. Forckenbeck zog seinen Antrag zu Gunsten des Mißbilligungsantrags zurück. Wir ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der letztere für uns ebenfalls den Austritt bedeute. Endlich erfolgte die Vertagung der Abstimmung.

Die Mittelpartei macht die möglichsten Anstrengungen, um eine Verständigung herbeizuführen. Völk soll mindestens eine Erklärung abgeben. Wenn er das Auseinandergehen der Fraktion verhindern will, so muß und kann er dies thun. Kann man es ihm zumuthen? Bennigsen sprach sich dahin aus, es bei der allgemeinen Mißbilligung bewenden zu lassen. Allein es ist sehr zweifelhaft, ob er die Mittelpartei dahin bringt, ihm zu folgen. Die Linke verfolgt ihren Vorteil, den ihr die Erregtheit der Mittelpartei bietet; die guten Leute meinen eben, irgend eine Genugthuung müsse Völk geben, und sie haben dabei streng und formell genommen Recht. Allein es wird eben unter dieser Form über eine viel tieferliegende Frage entschieden. Schauß sprach in der Fraktion sehr gewandt und sehr ruhig, aber mit Bestimmtheit. Die eventuell zum Austritt Entschlossenen sind: Völk, Zinn, Schauß, Groß, Römer, Klein, Rentzsch, Kreutz, Servais, Jäger, Bauer, Feustel, Puttkamer, Vopel, Ohlen und ich. Gneist und Einige vom politischen rechten Flügel werden folgen, Treitschke wird für sich austreten. Zur neuen Fraktion hoffen wir: Löwe, Berger, Bockum-Dolffs, Bethmann-Hollweg zu gewinnen, 5—9 weitere Mitglieder der nationalliberalen Fraktion werden auch fürs Gesetz stimmen, aber, wenn die Frage Völk nicht ins Reine kommt, vorerst nicht austreten.

Der deutsche Botschafter in Paris Fürst Hohenlohe Schillingsfürst ist auch angekommen. Er erzählt, es gelinge ihm absolut nicht, den Franzosen, die mit Interesse sich nach dem Streit erkundigen, die Bedeutung des Franckenstein'schen Antrags klar zu machen. Höfliche sagen ihm auf seine Auseinandersetzungen: Ah! je comprends, ce sont des querelles allemandes, merci Monsieur. —

Lasker spricht nach langer Zeit wieder einmal freundlich mit mir. Wir sind darin einig, daß die Trennung besser wäre als das Zusammenbleiben. Er sagt zu Römer, er habe mit Bennigsen gesprochen und sie beide seien der Ansicht, daß sie künftig besser mit einander auskommen würden als bisher. Auch Gneist ist der Ansicht, daß es jetzt besser wäre, auseinanderzugehen. Liberale Reichspartei ist der wahrscheinliche Name der neuen Partei.

Ich meinestheils forciere den Bruch nicht, wenn aber die Dinge dahin führen, so bin ich nicht dagegen.

Berlin, den 12. Juli 1879.

Der Reichstag geht heute zu Ende. Auf 9 Uhr war Fraktionssitzung anberaumt, um die Anträge auf Zwang zur Verwerfung des Gesetzes und gegen Völk zur Erledigung zu bringen. Gestern aßen wir Separatisten mit einander

Digitized by Google

im Hotel Magdeburg, es waren 15 Abgeordnete anwesend; 2—3 fehlten. Völk brachte zur Besprechung, ob er dem Ansinnen einer Erklärung wegen seiner Rede entsprechen soll. Er für sich allein wolle die Verantwortlichkeit, den Bruch der nationalliberalen Partei herbeigeführt zu haben, nicht auf sich nehmen. Er trug uns seine Gedanken über den Inhalt einer Erklärung vor, die er für den Fall abgeben könnte, wenn der Mißbilligungsantrag vorher zurückgenommen wäre. Seine Erklärung müsse aber eine freie sein, sie dürfe nicht als durch Drohung einer Mißbilligung erzwungen erscheinen. Wir sind mit seinen Anschauungen einverstanden. Während der Reichstagssitzung verhandelt Benda mit Völk. Sie verständigen sich über ein Schreiben des letzteren an den Vorstand der Partei, das womöglich noch nichtssagender als die von uns in Aussicht genommene Erklärung ist. Die mittlere Richtung in der Fraktion will absolut jeden Bruch vermeiden; allein mit den Männern des linken Flügels ist unseres Erachtens beim Wiederzusammentritt des Reichstags ein Zusammengehen nicht möglich.

Abends 6 Uhr.

Die Würfel sind gefallen. Unerwarteterweise erklärten die Antragsteller mit der Erklärung Völk's die Sache nicht für abgethan. Sie beharrten darauf, daß die Fraktion mindestens ihr Bedauern über Völk's Rede auszusprechen habe. Bennigsen, Benda u. s. w. widersprachen vergeblich; Schauß bot als letzten Vermittelungsversuch unsererseits an, diesen Ausspruch mit dem Beisatz anzunehmen: die Fraktion erkläre damit die Sache für erledigt, oder: gebe ihr keine weitere Folge. Bei namentlicher Abstimmung wurde mit 40 gegen 39 Stimmen dieser Antrag abgelehnt, und dann das bloße Bedauern mit ca. 45 gegen 35 Stimmen angenommen, 3—4 der gemäßigten Partei fehlten, die Gegner hatten alle Mann auf dem Platze. Sie haben gestern Abend eine bis 12 Uhr dauernde Versammlung gehalten, worin sie sich verpflichteten, auszutreten, wenn sie keine ausreichende Genugthuung erlangen könnten.

Bennigsen mit seinen speziellen Anhängern hatte für die Milderung und dann gegen den Antrag selbst gestimmt. Große Aufregung; Verhandlungen herüber und hinüber. In unserem engeren Kreise erklärte Völk, der auf Ansuchen Bennigsen's in der Sitzung nicht erschienen war, er trete heute noch aus. Ich erklärte dies ebenfalls, da ich Völk nicht allein ziehen lasse; Zinn, Schauß desgl. Schließlich gaben 15 die Austrittserklärung ab. Treitschke war schon vorher für sich ausgetreten, Gneist, Cuny, Boretius wollen noch abwarten. Einige, die sich vorgestern mit Völk solidarisch erklärt hatten, haben uns im entscheidenden Augenblick verlassen. Ausgetreten sind: Zinn, Schauß, Römer, Klein, Kreutz, Rentzsch, Servais, Feustel, Jäger, v. Ohlen. Bähr-Kassel, Bauer, Puttkamer, Vopel und ich. —

Heute Abend 10 Uhr reise ich ab[1]).

---

[1]) Zu vergl. ist noch der am Tage nach Völk's Rede erscheinende Censur-Artikel der „National-Zeitung" und die daselbst abgedruckte Erklärung der 15 Austretenden.

Digitized by Google

Stuttgart, den 16. Juli 1879.

Unser Austritt aus der nationalliberalen Fraktion wird hier allseitig gebilligt. Viele wünschen uns Glück dazu, sie hätten es schon längst erwartet. Meine Abreise aus Berlin erfolgte schon am Samstag um 8 Uhr abends, $3^1/_2$ Stunden nach Schluß der Reichstagssitzung. Die meisten der Ausgetretenen[1]) speisten noch zusammen im Hotel Magdeburg, wir waren fröhlich und guter Dinge; Völk und ich freuten uns der endlichen Erlösung aus unserer Zwangslage innerhalb der nationalliberalen Partei. Ärgerlich waren wir über so manche, die bis zuletzt versprochen hatten mit uns zu gehen und uns dann doch im Stiche ließen, wie insbesondere Groß, Krafft, Müller-Sangershausen, Witte-Schweidnitz, Heilig ꝛc. Allein viel zu bekümmern haben wir uns darum nicht. Römer, der Samstag Abend noch in Berlin war, erzählte mir hier, Laporte, Marquardsen, Buhl hätten den Verlauf der Dinge aufs äußerste bedauert. Laporte sage, er wäre mitgegangen, wenn seine persönlichen Verhältnisse zu Bennigsen ihn nicht abgehalten hätten. Dieser sei im höchsten Grade deprimiert und spreche von seinem zeitweisen Rücktritt aus dem politischen Leben. Er ist in einer üblen Lage, hat sie aber teilweise selbst verschuldet durch seine Passivität und Unentschlossenheit. Nach dem Städtetag hätte er mit der Linken der Fraktion brechen sollen, er wurde ja stärker als wir in der Presse des linken Flügels und sogar in der Fraktion von Lasker und Forckenbeck angegriffen. Jetzt wird ihm freilich in der Presse geschmeichelt, allein auf die Dauer wird er dem linken Flügel das Gleichgewicht nicht mehr halten können, und Forckenbeck ist sein gegebener Rivale in der Parteileitung, die er beim letzten Verlauf der Dinge ja in der That nicht mehr hatte. Heute noch wäre es für ihn richtiger, mit seinem Anhang ebenfalls aus der Partei auszutreten und sich mit uns wieder zu vereinigen[2]). Allein in Preußen wartet alles die bevorstehenden Landtagswahlen ab; da wird sich wohl manches klären.

In Bruchsal traf ich im Waggon mit dem bayerischen Justizminister Fäustle zusammen, meinem alten politischen Freunde, der aus Veranlassung der Einführung der Justizgesetze in der Pfalz gewesen war. Die Geschichte unseres Austrittes interessierte ihn sehr und er freute sich des letzteren; insbesondere sei

---

[1]) Da auch noch der Reichstagsabgeordnete Dr. Wehrenpfennig sein Mandat infolge der Krisis in der nationalliberalen Partei niederlegte, so war dieselbe im ganzen um 18 Mitglieder schwächer geworden. Vergl. die Artikel des „Schwäbischen Merkur" vom 15. und 16. Juli 1879.

[2]) Ein von Hölder am 17. Oktober 1879 im Saale der Stuttgarter Bürgergesellschaft erstatteter Rechenschaftsbericht findet sich abgedruckt im „Schwäbischen Merkur" vom 19. Oktober 1879 und in der „Schwäbischen Landeszeitung" vom 19. Oktober 1879. Über die Partei-Entwickelung nach Abschluß des Zolltarifs vergl. die „Post" 1879, Nr. 192 (Die Secession aus dem nationalliberalen Lager), 202 (Die nat.-lib. Partei darf dem Reichskanzler die Unterstützung nicht verweigern, wenn er sie braucht), 205 (Über die von der nat.-lib. Partei den Zollgesetzen gegenüber ein zunehmende Haltung), 233 (Der Reichskanzler deckt durch seine machtvolle Persönlichkeit den reaktionären Angriff der klerikal-konservativen Mehrheit), 293 (Annäherung des Fürsten Bismarck an die Nationalliberalen), 301 (Stellung des Fürsten Bismarck zu den Parteien).

es ihm auch lieb wegen seines Freundes Völk. Die Bildung einer Fraktion, in der die preußischen Mitglieder nicht einwirken, hielt er für sehr angemessen. Ich stimmte ihm bei. Eine solche Fraktion würde auch einer über die Reichsverfassung und die praktische Notwendigkeit hinausgehenden Centralisierungssucht mit Erfolg entgegentreten können.

Fäustle wohnte seiner Zeit im Jahre 1869 einer vertraulichen Besprechung Nationalgesinnter in Heidelberg aus Veranlassung des dortigen Juristentages bei, die unter meinem Vorsitz den Eintritt in den Nordbund resp. die Mittel dazu berieth.

Mit dem formellen Abschluß der Zolltarifreform des Fürsten Bismarck schließen wir den zweiten Band dieses Werkes, das in einem folgenden dritten Bande bis zu Ende geführt werden wird.

Breslau, Eduard Trewendt's Buchdruckerei (Setzerinnenschule).

Digitized by Google

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau

Denkwürdigkeiten

aus dem Leben des

General-Feldmarschalls Kriegsministers

Grafen Albrecht von Roon

Sammlung von Briefen, Schriftstücken und Erinnerungen

In 2 Bänden

Mit 2 Porträts und einem Faksimile

Geheftet 20 Mk.
In 2 Leinwandbänden 22 Mk. In 2 Halbfranzbänden 25 Mk.

Man darf dem ältesten Sohne des General-Feldmarschalls, Grafen Waldemar Roon, nur dankbar sein, daß er den überaus wertvollen Nachlaß seines Vaters in der zusammenfassenden und erweiterten Form eines Buches der Nation dauernd zugänglich gemacht hat, besonders da die Darstellung der Ereignisse vom Herausgeber in außerordentlich geschickter Weise verfaßt, das Material übersichtlich geordnet und mit erläuternden Bemerkungen versehen ist. — Politisch und militärisch zeigt sich die durchaus kompetente Hand, welche den Stoff völlig beherrscht.

Roon's „Denkwürdigkeiten" geben Roon's Briefwechsel mit seinen Freunden und seiner Frau und enthalten hochinteressante Aufklärungen und Berichte über das Leben Kaiser Wilhelms und das Werden und Wachsen des Reiches. — Die zahlreichen, in dem Buche abgedruckten Briefe Sr. Majestät geben nicht allein die rührendsten Beweise seines nie erschütterten Vertrauens, welches er

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

zwanzig Jahre lang — bis zu Roon's Tode — diesem in besonders hohem Maße zugewandt hat, sondern spiegeln auch in Verbindung mit den vielen Schreiben des Prinzen Friedrich Karl, des Fürsten Bismarck und andrer mehr, in der lebendigsten Weise die Menschen und die Dinge, die innersten Gedanken und Handlungen der leitenden Männer wieder.

Für den Deutschen, der sein Vaterland und sein Volk liebt, ist dies Buch nicht nur eine erquickliche und herzerfreuende Lektüre, sondern auch das interessanteste und für die Geschichte der Aufrichtung des Deutschen Reiches wichtigste Quellenwerk.

Der Inhalt ist in folgende Abschnitte geteilt:

I. Die Jugend. 1803—1828.
II. Pädagogisches, wissenschaftliches und militärisches Wirken. 1829—1848.
III. In wichtigen Dienststellen. 1848—1859.
IV. Schwere Kampfeszeiten. 1860—1866.
V. Sieges-Zeiten. 1866—1871.
VI. Neue staatsmännische Aufgaben. 1871—1873.
VII. Im Ruhestande. 1873—1879.

Beide Bände enthalten zwei Anhänge:

I. a) Genealogische Nachrichten über die niederländischen Geschlechter von Roon rc.
b) Reisen mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl.

II. a) Gehört der Kriegsminister in das Hauptquartier der vom Monarchen befehligten Feldarmeen?
b) Näheres über die letzten Lebenstage und den Tod, aufgezeichnet von der im Jahre 1885 verstorbenen Gemahlin des Grafen Roon.

Bildnisse des Premier-Lieutenants Albrecht von Roon aus 1835 und des Kriegsministers Grafen von Roon aus 1871, beide in Kupferdruck, zieren das Buch; auch wird den Lesern das Faksimile des Begleitschreibens zu dem Militär-Reorganisations-Entwurf aus Kolberg vom 18. Juli 1858 eine interessante Beigabe sein.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau

Feldbriefe 1870/71 von Karl von Wilmowski

Nebst biographischen Mitteilungen

von

Dr. Gustav von Wilmowski

Geh. Justiz-Rat

7 Bogen. In elegantem, biegsamen Leinenband

Preis 2 Mk.

Während der letzten zwei Jahrzehnte der Regierung des Kaisers Wilhelm I. und demnach in dem größten Teile seiner Regierungszeit war fast täglich in der Umgebung des Kaisers der Chef seines Civilkabinetts Karl von Wilmowski.

Trotzdem er an allem, was den Kaiser betraf, an politischen und persönlichen Ereignissen, ausnahmslos teilnahm, so ist sein Name nicht hervorgetreten; die Weltgeschichte würde ihm wohl kein Blatt widmen.

Und doch wäre gerade er bei seiner hohen Vertrauensstellung geeigneter gewesen, wie irgend jemand, Angaben und Enthüllungen, wenngleich für eine erst späte Veröffentlichung, zu schreiben, aber sein Posten, der ihm als intimem Ratgeber der Krone außerhalb der Öffentlichkeit angewiesen war, seine Objektivität, sein edler Charakter haben dem schlichten Manne verboten, hervorzutreten, in der Meinung, daß er das Meiste und Interessanteste, was er sagen könnte, doch niemals, am wenigsten öffentlich, sagen dürfe.

Das einzigste, was wir aus seiner Feder besitzen, sind seine aus dem Hauptquartiere datierten **„Feldbriefe 1870/71“**, denen der Bruder des Verstorbenen einige biographische Mitteilungen beigegeben hat.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Wilmowski hat den König nach Ems begleitet und blieb auch während des ganzen Feldzuges sein beständiger Begleiter.

Diese „Feldbriefe 1870/71" werden jetzt zum ersten Male der Öffentlichkeit übergeben. Bei der Objektivität ihres Verfassers, der nie Sonderstrebungen, welche außerhalb der sachlichen Lösung seiner Aufgaben lagen, verfolgt oder gefördert hat, sind dieselben an allererster Stelle dazu angethan, die Vorgänge im großen Hauptquartiere in dem wahren Lichte erscheinen zu lassen. In schlichter Einfachheit zeichnen sie ferner ein Bild, wie die Ereignisse in der Umgebung des Königs und namentlich auch in der Anschauung des Königs selbst aufgefaßt wurden und wirkten.

Aus der großen Zahl der günstigen Besprechungen, die dem Büchlein zu teil wurden, mögen hier einige Platz finden:

Post:

„In täglichem, zwanglosem Verkehr mit dem Könige hatte der Kabinettsrat Gelegenheit, die Stimmungen und Meinungen des hohen Herrn in unmittelbarer Frische kennen zu lernen. Diese Briefe bringen Neues zur Charakteristik des alten Kaisers und sind ein wertvoller Beitrag zur Geschichte derer, die im großen Kriege zu den Vertrauten Wilhelms I. gehörten."

Kölnische Zeitung:

„Die Feldbriefe erscheinen in der jetzigen Zeit doppelt interessant. Sie geben ein überaus anregendes und zuverlässiges Bild, wie die Kriegsereignisse in der Umgebung des Königs und namentlich auch in der Anschauung des Königs selbst aufgefaßt wurden und wirkten."

Hamburger Korrespondent:

„Diese schlichten Aufzeichnungen sind eins der schönsten Denkmale, die den Manen des großen Kaisers geweiht sind."

Allgem. Militär-Zeitung:

„Wir empfehlen diese Feldbriefe unseren Lesern angelegentlich; sie werden darin schätzenswerte Erinnerungen an eine große Zeit finden."

Nation:

„Wir können der pietätvollen, mit feinem Takte verfaßten Schrift nur einen recht großen und verständnisvollen Leserkreis wünschen."

Kreuzzeitung:

„Da der Kabinettsrat außer diesen Feldbriefen nichts an Aufzeichnungen hinterlassen hat, so verdienen sie hohe Beachtung und seien daher warm empfohlen."

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Fürst Bismarck

und die Parlamentarier

von

Dr. H. Ritter von Poschinger

Dritter Band

1879—1890

Breslau
Verlag von Eduard Trewendt
1896.

Digitized by Google

Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten

Digitized by Google

Vorwort.

Der vorliegende Band ist nur zu stande gekommen durch die gütige Förderung, welche Abgeordnete aller Bismarck freundlichen Fraktionen demselben zu teil werden ließen.

Mit dem Ausdruck des Dankes dafür kann ich konstatieren, daß die Beiträge dies Mal reicher geflossen sind als in den früheren Stadien der Arbeit. Ich führe dies darauf zurück, daß viele Abgeordnete ursprünglich Anstand nahmen, ein Werk zu unterstützen, dessen Tendenz sie nicht kannten. Sie mußten sich erst überzeugen, daß es geschrieben ist weder um Bismarck noch irgend eine der Parteien, auf die er sich der Reihe nach gestützt hat, zu verherrlichen, sondern daß es sich lediglich darum handelte, den Schleier von einer Anzahl historischer Vorgänge zu lüften, die sich auf die Parlamente zwar bezogen, sich jedoch außerhalb der Mauern derselben abgespielt haben.

Digitized by Google

Inhalt.

Nachtrag zu Band II (1847—1879).

Digitized by Google

Digitized by Google

I. Abschnitt.

Die XIII. preussische Legislatur-Periode.

(12. Januar 1877—21. Februar 1879 [1]).

Bei den Neuwahlen am 27. Oktober 1876 errangen die nationalliberale und die Fortschrittspartei die Majorität des Abgeordnetenhauses, die ultramontane Partei machte keine Fortschritte, die neue deutschkonservative Partei hatte einen mäßigen Erfolg, indem sich die bisherige konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses nur um vier Stimmen vermehrte; die nationalliberale Partei zählte 7—8 Mitglieder mehr als bisher, die Fortschrittspartei blieb sich gleich.

Die Gestaltung der politischen Dinge hat es mit sich gebracht, daß die großen, hochpolitischen, prinzipiellen Entscheidungen mehr oder weniger den Arbeitsgebieten der Einzellandtage entrückt und den Faktoren der Reichsgesetzgebung vorbehalten sind; ersteren ist im wesentlichen die Aufgabe zugefallen, die in der Reichsinstanz gegebenen Grundgedanken der allgemeinen weiteren Entwickelung für die Einzelstaaten auszugestalten. Aus diesem Grunde ermangelt die Thätigkeit der einzelstaatlichen legislatorischen Körperschaften, so gewichtig sie für die Geschicke der betreffenden Bevölkerung auch ist, der großen Konflikte, als welche sich die Phasen der großen politischen Fortentwickelung zu kennzeichnen pflegen. Mit diesen großen Konflikten wurde auch der Anlaß zu einem persönlichen Eingreifen Bismarck's in die Geschäfte des preußischen Landtags sehr vermindert, und man darf sich nicht wundern, wenn darum auch seine Verhandlungen mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses nur sporadischer Natur sind [2]).

---

[1]) Es währte die I. Session der XIII. Legislatur-Periode vom 12. Januar bis zum 3. März 1877, die II. Session der XIII. Legislatur-Periode vom 21. Oktober 1877 bis zum 30. März 1878, die III. Session der XIII. Legislatur-Periode vom 19. November 1878 bis zum 21. Februar 1879.

[2]) Bismarck nahm an den Verhandlungen mehrerer Sessionen des Landtags gar nicht teil, so nicht an jenen vom 14. Januar bis 11. Mai 1882, vom 14. November 1882 bis 2. Juli 1883, vom 20. November 1883 bis 19. Mai 1884, vom 15. Januar bis 9. Mai 1885, vom 14. Januar bis 30. April 1889 und vom 15. Januar bis 13. Juni 1890.

Digitized by Google

Anfangs Oktober 1878 ließ Bismarck den Abgeordneten Dr. von Sybel[1]) rufen, um demselben zu sagen, er bäte ihn, wo ihm immer ein Gerücht zu Ohren käme, daß Bismarck eine reaktionäre Schwenkung seiner Politik beabsichtige, dieses Gerücht unbedingt und so nachdrücklich wie möglich zu dementieren. Zum Belege führte der Kanzler Herrn von Sybel an, daß er jetzt, obgleich der kirchenpolitische Streit, um dessenwillen Bismarck 1874 die Kreisordnung vertagt hatte, und obgleich die widerstrebende Gesinnung großer Bevölkerungsmassen in der Rheinprovinz noch fortdauere, sich dennoch entschlossen habe, aus der bisherigen Negative hinsichtlich der Kreisordnung herauszutreten und, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und unter Vorkehrung der nötigen Kautelen für die Staatssicherheit, für jede einzelne Provinz Preußens eine Kreis- und Provinzialordnung ausarbeiten zu lassen[2]). Unter diesen Modalitäten hatte Sybel keinen Grund, dem Fürsten Vorstellungen über die Gefahr des beabsichtigten Schrittes zu machen.

Als der Abgeordnete von Sybel später wahrnahm, daß Bismarck den Kulturkampf beendigen wollte, sah er ein, daß seine Abstimmungen mit seiner Überzeugung fernerhin nicht immer konform bleiben würden. Denn als Vorstand der königlich preußischen Staatsarchive konnte er in einer so wichtigen hochpolitischen Frage seinem unmittelbaren Chef[3]) unmöglich parlamentarische Opposition machen. Er hatte übrigens so viel Parlamentsjahre hinter sich, als ein Historiker brauchen kann; darum nahm er eine Neuwahl nicht wieder an.

Einer der älteren Führer der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhause hat mir über die Art, wie Bismarck mit den Nationalliberalen zu jener Zeit verhandelte, da dieselben noch die ausschlaggebende Partei bildeten, nachstehendes mitgeteilt:

„Bei den Verhandlungen mit uns Führern zeigte sich Bismarck stets im besten Lichte. Er war voll von Ideen, kühn in Ergreifung selbst gewagter Mittel, vor allem überaus ehrlich und offen. Er hat uns niemals eine Unwahrheit gesagt, niemals ein gegebenes Versprechen gebrochen. Er schenkte uns stets klaren Wein ein, und ließ uns bis auf den Grund sehen. Selbst in die auswärtigen Angelegenheiten gestattete er uns einen Einblick, so oft er das für seinen Zweck für nötig hielt, beispielsweise wenn es galt, unsre Unterstützung für militärische For-

---

[1]) Dr. von Sybel, Heinrich Karl Ludwig, Vorstand der königlich preußischen Staatsarchive, geboren 2. Dezember 1817, Mitglied des Abgeordnetenhauses 1862—1875, nationalliberal. Mandat niedergelegt nach Schluß der zweiten Session 1875 wegen Ernennung zum Direktor der Staatsarchive. Wiedergewählt. Mitglied des Abgeordnetenhauses in der III. Session 1876 und I. Session 1877.

[2]) Stenographischer Bericht über die 4. Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 26. Oktober 1877, Seite 39. Wegen der früheren Stellung Sybel's zu dieser Frage vergl. Bd. II., Seite 230 f.

[3]) Die Direktion der königlichen Staatsarchive untersteht direkt dem Präsidenten des Staatsministeriums. Auch das Bureau des Direktors ist im Gebäude des königlichen Staatsministeriums.

Digitized by Google

derungen zu erlangen. Bismarck war niemals eigensinnig auf eine Sache verpicht, und er hat seine erste Meinung besseren Gründen stets untergeordnet. Er war ein einziger Mann, den die andern nur nicht begriffen, überhaupt nur ganz wenige, weil er — Luther gleich — so viele und so große Eigenschaften besitzt, daß die gewöhnlichen Sterblichen sie gar nicht fassen können."

Im Abgeordnetenhause beklagte sich Bismarck einmal darüber, daß die Stenogramme über seine Reden, bevor dieselben von ihm korrigiert waren, in die Presse kamen. Fürst Bismarck schrieb deshalb an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Bennigsen; eine angestellte Untersuchung ergab aber, daß dem Stenographenbureau ein Vorwurf nicht gemacht werden konnte.

Bismarck hat übrigens den Parlamentsstenographen das Leben nicht leicht gemacht. Im Stolze'schen Stenographenverein machte hierüber im Jahre 1885 der Rechtsanwalt Dr. Sauer die nachfolgenden Mitteilungen: Bismarck ist nicht nur für seine politischen Gegner, sondern auch für die Stenographen ein ungern gesehener Gast. Langsame Redner sind nicht immer die Freunde der Stenographen, aber Redner, die in so verschiedenem Tempo sprechen, wie Fürst Bismarck, erschweren dem Stenographen die Arbeit außerordentlich. Dabei hat der Fürst im Gegensatz zu seiner Figur ein nicht kräftiges Organ; er spricht leise. Zwischen dem Platze des Kanzlers und dem Stenographentisch ist ein ziemlich großer Raum, der, wenn der Kanzler spricht, stets mit Abgeordneten gefüllt ist, die sich gleichsam als eine Wand dazwischen stellen. Auch herrscht keineswegs große Stille während der Reden; dieselben werden vielmehr von vielen Interjektionen unterbrochen, und auch die Abgeordneten unter sich können sich nicht enthalten, sich allerlei Bemerkungen zuzuflüstern. Dabei hat Bismarck einen eigenartigen Stil, er gebraucht viele Citate, häufig in fremder Sprache. Der Stenograph hat bei Bismarck-Reden immer das Gefühl, daß er die hohe Aufgabe hat, die gewichtigen Worte der Welt zu übermitteln, und das wirkt namentlich für den Neuling einschüchternd. Das einschüchternde Gefühl nimmt noch zu bei dem steten Bewußtsein, daß das Damoklesschwert der Beschwerde über dem Stenographen hängt und häufig seine Existenz in Frage steht. Fürst Bismarck ist keineswegs sparsam mit Beschwerden und kleidet dieselben gewöhnlich in Marginalbemerkungen. Eine solche Bemerkung hatte er auch zu seiner Rede am 9. Februar 1876 gemacht, er hatte geschrieben: „Bis hierher ist nicht mit gewohnter Sicherheit stenographiert, von hier ab wird's besser". Nun hatten bis zu der Stelle Gabelsberger Stenographen geschrieben, von da ab Stolzeaner, und Herr Böckler, der Vorsitzende des Stolze'schen Stenographen-Vereins, machte litterarischen Gebrauch von der Bemerkung, was ihm eine Flut von Angriffen aus dem Lager der Jünger Gabelsberger's eintrug, die sogar zu Prozessen Veranlassung gaben.

Digitized by Google

II. Abschnitt.

Die dritte Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(12. Februar bis 10. Mai 1880.)

Am 15. Juli 1879 erlangte der neue Zolltarif, den man als das Werk Bismarck's bezeichnen kann, nach hartem Siege Gesetzeskraft. Damit trat jedoch in wirtschaftlichen Fragen noch keineswegs ein Stadium der Ruhe ein; die baldige Übernahme des Handelsministeriums durch den Reichskanzler (23. August 1880) zeigte, wie umfassende Reformen auf diesem Gebiete derselbe damals noch vorhatte.

Der Reichstag hatte die große Zolltarifsession am 12. Juli 1879 geschlossen; sein Wiederzusammentritt erfolgte erst am 12. Februar 1880. Aus der Zwischenzeit ist nachstehendes zu berichten.

Am 17. Dezember 1879 bat der Geschäftsführer des Centralverbandes deutscher Industrieller (Regierungsrat Beutner) den Staatsminister und Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Varnbüler[1]), er möchte die Angelegenheit der Schaffung eines volkswirtschaftlichen Senats in der volkswirtschaftlichen Vereinigung anregen und dahin wirken, daß ein bezüglicher Gesetzentwurf von der letzteren aufgestellt und im Reichstage eingebracht werde.

Bevor Freiherr von Varnbüler diesem Ersuchen stattgab, wandte er sich an den Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Hofmann, um sich vorher über den eigentlichen Stand der Dinge zu erkundigen.

Ausweislich der Auskunft des Staatsministers Hofmann d. d. Berlin, 31. Dezember 1879, war der Plan der Errichtung eines „volkswirtschaftlichen Senats" von den Vorsitzenden des deutschen Handelstages (Bankier Delbrück) und des Centralverbandes deutscher Industrieller (Schwartzkopff) dem Reichskanzler bereits zu Anfang des Jahres 1878 vorgelegt und von diesem mit wohlwollendem Interesse aufgenommen worden. Der Plan ging dahin, daß Vertreter der soeben genannten beiden Verbände mit Vertretern des deutschen Landwirtschaftsrats unter dem Namen „Volkswirtschaftlicher Senat" eine Vereinigung bilden sollten, an welcher auch die Reichsregierung durch delegierte Beamte teil nehmen könnte. Das Projekt scheiterte damals an der Abneigung des deutschen Landwirtschaftsrats, auf die vorgeschlagene Verbindung mit Vertretern der Handels- und Industrieinteressen einzugehen. „Seitdem ist — so heißt es in dem Schreiben des Staatsministers Hofmann — die Sache bei dem Reichskanzler-Amt nicht wieder angeregt und deshalb auch nicht weiter erörtert worden. — Was meine persönliche Auffassung betrifft, so teile ich die in Ihrem gefälligen Schreiben dargelegten Bedenken hinsichtlich einer von dem Reichstag getrennten Gesamtvertretung der wirtschaftlichen Interessen der Nation. Das Beispiel Frankreichs, auf welches vielfach hingewiesen wird, schlägt dieses Bedenken nicht nieder. Die Experimente, die man dort mit

[1]) Vergl. den Artikel der „Post" 1880, Nr. 250, überschrieben „Herr von Varnbüler in Ludwigsburg".

Digitized by Google

der Zusammensetzung des Conseil supérieur etc. macht, reizen nicht gerade zur Nachahmung. Ein dringendes Bedürfnis zur Verpflanzung der französischen Einrichtung auf deutschen Boden liegt nicht vor. Sachverständigen Rat kann die Reichsverwaltung, wenn sie ihn braucht, auch jetzt schon durch Befragung hervorragender Fachleute oder der bestehenden Interessen-Vertretungen, eventuell durch Veranstaltung von Enquêten sich verschaffen, und über die Hauptschwierigkeit bei allen großen wirtschaftlichen Fragen, nämlich den Widerstreit der Interessen, hilft auch ein volkswirtschaftlicher Senat nicht hinaus.

Trotz alledem bin ich der Meinung, daß unter gewissen Voraussetzungen die Bildung eines Centralorgans zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für die Behandlung der einschlägigen Fragen von Nutzen und für die Regierung namentlich insofern erwünscht sein kann, als es darauf ankommt, die Ermittelung thatsächlicher Verhältnisse und die Begutachtung wirtschaftlicher Probleme durch solche Sachverständige vornehmen zu lassen, welche von den beteiligten Kreisen als die Vertreter ihrer Interessen anerkannt werden müssen. Die Voraussetzungen aber, unter welchen ich eine Einrichtung der in Rede stehenden Art als unbedenklich und sogar als nützlich ansehe, sind folgende:

1. Die Regierung müßte auf die Zusammensetzung des Centralorgans soviel Einfluß haben, daß sie eine prinzipielle Opposition gegen das System ihrer Handelspolitik fern halten oder unschädlich machen könnte. In diesem Einfluß der Regierung und daneben in der möglichsten Beschränkung der Zahl der Mitglieder würde zugleich das beste Mittel liegen, den volkswirtschaftlichen Senat vor der Gefahr des Parlamentspielens zu bewahren.

2. Es müßte von dem freien Ermessen der Regierung abhängen, ob und über welche Fragen sie den Senat mit seinem Gutachten hören will.

3. Die Zusammensetzung des Senats müßte die Gewähr bieten, daß die sämtlichen wirtschaftlichen Interessen nach Maßgabe ihrer Bedeutung für die Wohlfahrt der Nation zur Geltung kommen.

Die Erfüllung dieser letzten Voraussetzung bietet die größten Schwierigkeiten. Ich will nur eine davon hervorheben. Das Handwerk, welches in wirtschaftlicher wie in sozialpolitischer Hinsicht einen höchst bedeutsamen Zweig unsrer nationalen Erwerbsthätigkeit bildet, besitzt keine Organisation, die als Grundlage der Verwaltung seiner Interessen in einem Centralorgan dienen könnte. Die Künsteleien, welche R. v. Kaufmann in seinem Buche vorschlägt, ersetzen eine solche Organisation nicht. Wohl aber wird dieser Punkt eine befriedigende Lösung finden, wenn es zu einer gesunden Wiederbelebung des Innungswesens kommt.

Ehe diese Frage zum Abschluß gelangt ist, fehlt es, wie mir scheint, an einer Vorbedingung für die Gestaltung einer alle Zweige der wirtschaftlichen Thätigkeit darstellenden Gesamtvertretung. Meine Ansicht geht deshalb schließlich dahin, daß diese ganze Sache zu einer gesetzgeberischen Erledigung augenblicklich noch nicht reif und um so weniger zu einer parlamentarischen Initiative geeignet ist."

Im Sinne dieser Auffassung richtete Freiherr von Varnbüler aus Hemmingen am 10. Januar 1880 an den Regierungsrat Beutner nachstehendes Schreiben:

Hochgeehrter Herr!

Ihre Zuschrift vom 29. Dezember 1879 hat mir den Anlaß zu reichlicher Prüfung des an mich gestellten sehr ehrenden Ansinnens und der daran sich knüpfenden ebenso schwierigen als wichtigen Fragen gegeben.

Das Schlußergebnis derselben ist, daß ich mich nicht verpflichten kann, im Reichstage die Initiative für Schaffung eines „volkswirtschaftlichen Senates“ zu ergreifen.

Ohne eine sehr eingehende Untersuchung seiner Natur, nämlich der Art seiner Berufung, seiner Zusammensetzung, seiner organischen Stellung im Staatsleben und der daran sich knüpfenden Frage, wie seine Thätigkeit sich zu gestalten habe, ist mir nicht klar, ob der Weg der Gesetzgebung zu beschreiten sei oder der der Kaiserlichen Verordnung auf Antrag des Bundesrats. Sobald man diese Fragen in ihren Konsequenzen verfolgt, ergeben sich Erwägungen der zweifelhaftesten Art.

Aber eben darum wird es kaum möglich sein, den Weg der Initiative durch den Reichstag zu betreten, selbst wenn man sich für den der Gesetzgebung entscheidet.

Hiernach werden Sie es nur als natürlich anerkennen, wenn ich mich nicht verpflichten kann, in nächster Session auf die von Ihnen vorgeschlagene Weise vorzugehen. Wenn ich hiernach Ihrem ehrenden Rufe nicht folgen kann, so werden Sie darum nicht weniger überzeugt sein, daß die Wärme meines Interesses für die schaffenden Kräfte unsres Vaterlandes nicht gesunken ist noch je sinken wird.

Auch bedarf es der Versicherung nicht, daß, wenn ein andrer die Aufgabe zu lösen unternimmt, welche Sie mir zugedacht haben, er gewiß in mir keinen prinzipiellen Gegner, sondern bei mir die freundlichste Prüfung seiner Vorschläge finden wird.

Empfangen Sie den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung, womit ich die Ehre habe zu sein, Hochgeehrter Herr,

Ihr ergebener

Varnbüler.

Von dem Freiherrn von Varnbüler ist noch ein Äußerung zu erwähnen, die er etwa vor zwanzig Jahren über Miquel machte, als derselbe politisch noch nicht sehr hervorgetreten war: „Miquel ist nach Bismarck der gescheuteste und befähigste Mann in Preußen.“ [1])

Über die russische Verstimmung gegen Deutschland, welche Bismarck im Herbst 1879 bewog, sich nach Wien zum Abschluß eines Bündnisses mit Österreich zu

---

[1]) Am 19. Dezember 1879 sandten 14 Herren des preußischen Adels an Bismarck eine Zuschrift, worin sie der Deklaration in Nr. 48 der „Kreuzzeitung“ vom Jahre 1876 eine Deutung gaben, welche jede Verletzung Bismarck's ausschloß. Die gedachte Zuschrift und die Antwort des Reichskanzlers d. d. Varzin, den 30. Dezember 1879, findet sich abgedruckt in Kohl's Bismarck-Jahrbuch I., S. 130 f.

Digitized by Google

begeben, erfuhr der Reichstagsabgeordnete von Hölder[1]) Näheres aus dem Munde eines ihm befreundeten Staatsmannes, der mit dem Reichskanzler während eines mehrtägigen Aufenthaltes in Gastein öfter zusammen gekommen war. Hölder's Tagebuch besagt darüber unter dem Datum des 18. Oktober 1879 folgendes:

Rußland hatte bei Frankreich ein Schutz- und Trutzbündnis nachgesucht mit offenbarer Spitze gegen Deutschland, war aber abgewiesen worden. Auf wie lange, steht bei der Wankelmütigkeit der Franzosen dahin. Die Hetzereien der russischen Blätter gegen Deutschland konnten nicht erfolgt sein ohne Zulassung des Kaisers. Derselbe hatte sich geweigert, auf deutschem Boden mit dem deutschen Kaiser zusammen zu kommen; gleichwohl ging letzterer in das kleine, polnische Städtchen Alexandrowo. Bismarck war gegen die Zusammenkunft. Der Kronprinz habe den Reichskanzler bei seiner Haltung Rußland gegenüber unterstützt.

Zur Reise nach Wien habe Bismarck zwar die Erlaubnis des Kaisers gehabt, zur Unterzeichnung des Bündnisses habe letzterer aber lange sich nicht entschließen können. Zweimal habe das gesamte preußische Ministerium, Bismarck an der Spitze, seine Entlassung angeboten, bis der Kaiser sich fügte. Die innere Krisis habe 14 Tage gedauert. Stolberg sei von Baden unverrichteter Sache zurückgekommen. Erst der Kronprinz scheint die Sache ins reine gebracht zu haben. Bismarck habe in Wien sehr weit gehen wollen, bis zu einem Verfassungsbündnis, das die Zustimmung der beiderseitigen Volksvertretungen nötig gehabt hätte. Dieser Gedanke sei aber nicht zur Ausführung gekommen.

Auf die Anfrage, ob Bismarck im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit der Österreicher dem Kaiser von Österreich traue, habe Bismarck in Gastein geantwortet, er verlasse sich auf die gemeinschaftlichen resp. österreichischen Interessen.

Der Abschluß des Bündnisses — bemerkte der Gewährsmann Hölder's — sei notwendig gewesen. Allein daß es notwendig gewesen und Bismarck, gewiß nur gedrängt durch die Situation, zu demselben habe greifen müssen, sei das Bedenkliche. Rußland und Frankreich seien jetzt noch mehr als früher auf einander angewiesen, und man müsse sich darauf gefaßt machen, daß früher oder später der Zusammenstoß erfolge. —

Aus der dritten Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags ist folgendes zu berichten:

Am 11. Februar 1880 verhandelte der Abgeordnete von Helldorff mit dem Chef der Reichskanzlei, Geheimrat von Tiedemann, wegen der Wahl des Grafen von Arnim-Boitzenburg zum Präsidenten des Reichstags. Die Fraktionsgenossen Helldorff's befürchteten, daß die Wahl des Grafen Arnim, eines Schwagers des Erbotschafters Harry Arnim, am Ende bei Bismarck unangenehm berühren und

[1]) Die im Bd. II. S. 169 gebrachten Personalnotizen über den Abgeordneten von Hölder bedürfen einer Ergänzung. Hölder war Reichstagsabgeordneter von 1875 bis 1881 (nicht 1879) und zwar für Stuttgart. Im Jahre 1881 wurde derselbe zum württembergischen Minister des Innern ernannt.

Digitized by Google

den doch unerläßlichen Verkehr zwischen der Leitung des Reichstags und dem Kanzler beeinträchtigen möchte. Sie hielten es für geboten, einem Mißverständnis der Haltung der Partei vorzubeugen.

Geheimrat von Tiedemann muß dem Abgeordneten von Helldorff eine beruhigende Erklärung gegeben haben, sonst würde am 13. Februar bei der Präsidentenwahl die konservative Partei nicht geschlossen ihre Stimme für den Grafen Arnim-Boitzenburg habe abgeben können. Ob die Wahl des Grafen Arnim-Boitzenburg im Hinblick auf den Umstand eine glückliche genannt werden konnte, daß Regierung und Reichstag ein gleich starkes Interesse haben, daß der Reichskanzler und Reichstagspräsident nicht bloß nicht schlecht, sondern im Gegenteil besonders gut zu einander stehen, mag dahin gestellt bleiben. Bis zum Beginn des Arnim-Prozesses (8. Dezember 1874) ließ das Verhältnis Bismarck's zu dem Grafen Arnim-Boitzenburg nichts zu wünschen übrig. Hätte nur die geringste Animosität bestanden, so würde Bismarck nicht dessen Ernennung zum Ober-Präsidenten der Provinz Schlesien in der kritischen Zeit des Prozesses dem König vorgeschlagen haben. Erst der Verlauf des Prozesses trübte naturgemäß das Verhältnis und veranlaßte schließlich den Grafen zum Rücktritt aus dem Staatsdienst (1879). Als derselbe die Wahl zum Präsidenten des Reichstags angenommen hatte, lag der Prozeß, der die beiden Familien vollständig entzweit hatte, zwischen denselben. Es konnte nicht ausbleiben, daß der trennende Punkt jetzt zwischen Arnim und Bismarck berührt wurde. Gleich nach der Wahl zum Präsidenten [1]) besuchte Graf Arnim den Kanzler, und es fand hier eine bewegte Unterredung statt. Graf Arnim sah aber ein, daß der Familienzwist auf seine aus der Präsidentenstelle erwachsenden geschäftlichen und geselligen Beziehungen zu Bismarck keinen Einfluß ausüben dürfe, und er richtete sein Benehmen danach ein. Fürst Bismarck hat nach dieser ersten Unterredung keinen Anlaß gehabt, über den neuen Reichstagspräsidenten unzufrieden zu sein [2]). —

Am 18. Februar 1880 waren die beiden Abgeordneten von Helldorff und Fürst Hatzfeldt [3]) bei Bismarck zu Tisch geladen. Mit dem letztgenannten Abgeordneten hat sich Bismarck in seinem Hause über politische Fragen mehrfach gelegentlich unterhalten, auch einmal über die Beseitigung des Kulturkampfes.

---

[1]) Die Wahl des Grafen Arnim-Boitzenburg zum Präsidenten und des Freiherrn von Franckenstein zum Vize-Präsidenten erfolgte auf Grund eine Koalition der Konservativen, der deutschen Reichspartei und des Centrums. Über die politische Bedeutung dieser Wahl vergl. Schultheß „Europäischer Geschichtskalender", S. 68.

[2]) Über die Unterredung Bismarck's mit Arnim am 3. Mai 1880, betreffs der Erledigung der dem Reichstag damals noch obliegenden Geschäfte, vergl. die „Post" 1880, Nr. 121, 122 und 124.

[3]) Fürst Hatzfeldt-Trachenberg (Hermann Anton Leo Karl), Oberst-Schenk, Standesherr, Major à la suite der Armee, katholisch, Ober-Präsident der Provinz Schlesien, geb. den 4. April 1848 zu Trachenberg, Mitglied des Herrenhauses und des Reichstags seit 1878.

Digitized by Google

Ende Februar 1880 brachte der Abgeordnete von Bühler den Antrag [1]) ein: „Der Reichstag wolle beschließen: den Fürsten Reichskanzler zu ersuchen, einen europäischen Staatenkongreß zum Zwecke der Herbeiführung einer wirksamen allgemeinen Abrüstung, etwa auf die durchschnittliche Hälfte der gegenwärtigen Friedensstärke der europäischen Heere für die Dauer von vorläufig 10 bis 15 Jahren zu veranlassen."

Aus diesem Anlaß fand zwischen Bismarck und Bühler folgender Briefwechsel statt:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Reichskanzler ꝛc. Berlin.

Berlin, 29. Februar 1880.

Ew. Durchlaucht wollen anliegenden, wenn auch politisch vielleicht verfehlten, aber menschlich gut gemeinten Antrag nicht mit Mißfallen aufnehmen. Auf dem Schlachtfeld von Gravelotte, wo ich in der Nähe Eurer Durchlaucht mitten unter Leichen stand, schwur ich, was an mir ist, beizutragen, um das Elend des Krieges zu verhindern. Möchten Eure Durchlaucht damals ähnliche Eindrücke empfangen und hochherzige Entschlüsse zum Wohle der Menschheit gefaßt haben.

In tiefster Ehrfurcht Eurer Durchlaucht gehorsamster

v. Bühler (Oehringen).

An das Mitglied des Reichstags Herrn von Bühler, Hochwohlgeboren, z. Z. hier.

Berlin, den 2. März 1880.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich ergebenst für die Mitteilung Ihres Abrüstungsantrags. Ich bin leider durch die praktischen und dringlichen Geschäfte der Gegenwart so in Anspruch genommen, daß ich mich mit der Möglichkeit einer Zukunft nicht befassen kann, die, wie ich fürchte, wir beide nicht erleben werden. Erst nachdem es Ew. Hochwohlgeboren gelungen sein wird, unsre Nachbarn für Ihre Pläne zu gewinnen, könnte ich oder ein andrer deutscher Kanzler für unser stets defensives Vaterland die Verantwortlichkeit für analoge Anregungen übernehmen. Aber auch dann fürchte ich, daß die gegenseitige Kontrole der Völker über den Rüstungszustand der Nachbarn schwierig und unsicher bleiben, und daß ein Forum, welches sie wirksam handhaben könnte, schwer zu beschaffen sein wird.

v. Bismarck.

---

[1]) Zu vergleichen darüber auch Bd. I. (2. Aufl.) S. 164 u. 168; von Bühler, Karl Gustav, königlich württembergischer Geheimer Hofrat in Stuttgart. Geb. 13. Dezember 1817 zu Stuttgart (evang). Trat nach kurzer Funktionierung im württembergischen Staatsdienst in die Dienste des Fürsten zu Hohenlohe-Öhringen. Schied 1877 aus fürstlichen Diensten aus und widmete sich seitdem als Mitglied des Reichstags den öffentlichen Angelegenheiten. Mitglied des Reichstags seit 1877. — (Fortschritt, keiner Fraktion angehörig.)

Digitized by Google

An Se. Durchlaucht den Fürsten von Bismarck, Kanzler des Deutschen Reichs, Berlin.

Berlin, 5. März 1880.

Durchlauchtigster Fürst! Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Das hohe Schreiben, mit welchem Eure Durchlaucht mich würdigten, ist für die von mir verfochtene Sache von unschätzbarem Werte. Indem Ew. Durchlaucht in demselben dem Gedanken der Möglichkeit einer allgemeinen Entwaffnung in der Zukunft Raum geben, ist schon für die Gegenwart ein fester Boden gewonnen. Die Abrüstung soll die immense, auf Ihren Schultern ruhende Last nicht vermehren, sondern erleichtern. Dieselbe würde nicht nur die an ihren Fersen hängende Finanznot sofort beseitigen, sondern alsbald auch einen sehr erheblichen Teil der politischen und sozialen Verwickelungen lösen. Die Vornahme der Entwaffnung würde der beunruhigten Welt die tröstliche Gewißheit geben, daß in Europa noch ein fester, vernünftiger Wille und nicht der Zufall herrschen soll.

Die Weisung Euer Durchlaucht, mich mit meinen Plänen zunächst an andre Mächte zu wenden, möchte ich um so eher nachzukommen mich getrauen, weil sie nicht nur eine Art Vollmacht für mich, sondern selbst eine gewisse Garantie in sich schließt, daß Euer Durchlaucht für den Fall des Einverständnisses andrer Mächte analoge Anregungen auch für Deutschland zu übernehmen gewillt sind; ferner weil die Königin von England auf die im Jahre 1873 gestellte Bitte des Hauses der Gemeinen: „ihren ersten Staatssekretär des Auswärtigen zu beauftragen, mit auswärtigen Mächten, zu Verhinderung von Kriegen, wegen Begründung eines permanenten, internationalen Schiedsgerichtssystems in Verbindung zu treten“, eine zustimmende Antwort erteilte; endlich weil die k. k. österreichisch-ungarische Regierung in der Begründung zur jüngsten Wehrgesetzvorlage offiziell erklärte:

„daß sie es für eine patriotische Pflicht ansehen würde, eine Herabsetzung der Kriegsstärke des Heeres und der Kriegsmarine, sowie auch die Einschränkung des Wehrsystems überhaupt vorzunehmen, wenn unter den Mächten eine, von der Regierung gewiß ebenso wie vom Reichstage ersehnte Verständigung über eine Verminderung der Wehrkräfte erzielt werden sollte.“

An solche reale Kundgebungen anzuknüpfen, däucht mich nicht gänzlich unpraktisch und aussichtslos, und ich übernehme daraufhin unbedenklich die Gefahr der Lächerlichkeit und Zurückweisung.

Die von Euer Durchlaucht hervorgehobenen Schwierigkeiten sind groß, ja unüberwindlich, wofern es am ernstlichen Willen der Mächte fehlt; klein, wenn solcher vorhanden ist. Es wird deshalb vor allem darauf ankommen, diesen Willen zu erkunden.

Möge es, wie ich im Reichstag auszusprechen mir erlaubte, Euer Durchlaucht gefallen, das höchste politische Gut der Gegenwart und Zukunft, den Frieden auf Erden, zum letzten hehren Ziele Ihres ruhmreichen Lebens zu machen.

In Ehrfurcht verharre ich Euer Durchlaucht gehorsamster

v. Bühler, Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

Um die Militärvorlage [1]) im Reichstag einer glücklichen Erledigung durchzuführen, hatte Bismarck im Laufe der Session eine Besprechung mit dem Abgeordneten Dr. Windhorst (29. Februar 1880) [2]), und mehrere Zusammenkünfte mit Bennigsen [3]). Es gelang dem Kanzler nur die nationalliberale Partei für das Septennat zu gewinnen, wogegen das Centrum eine ablehnende Haltung einnahm [4]).

Am 4. März 1880 nahm der Abgeordnete von Helldorff an dem parlamentarischen Diner bei Bismarck teil [5]). Die Situation erschien dem Führer der Konservativen „gespannt".

Am 5. März 1880 fand von 9 bis 10 1/2 Uhr eine Besprechung des Abgeordneten von Helldorff mit Bismarck über die Parteiverhältnisse, die Forderung für die Marine und die Affaire Stosch statt. Helldorff verließ das Palais befriedigt, mit der Überzeugung, daß es nur gelte, sehr ruhig und überlegt weiter zu operieren.

Am 14. März 1880 erklärte der Abgeordnete Lasker seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei. In dem am 15. März an den Vorstand der Partei gerichteten Schreiben [6]) bemerkte derselbe, daß er schon seit vorigem Jahre

---

[1]) Am 22. Januar 1880 hatte Bismarck dem Bundesrat den Entwurf eines neuen Militärgesetzes vorgelegt, welches in erster Linie ein neues Septennat gemäß dem im Jahre 1874 mit dem Reichstag geschlossenen Kompromiß vorschlug. Ferner die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gemäß der Volkszählung von 1875 um 25 615 Mann, der Kriegsstärke um 80 bis 90 000 Mann. Auch wurde behufs besserer Ausbildung die Heranziehung der Ersatzreserve erster Klasse zu Friedensübungen verlangt. Begründet wurde die Vorlage unter anderm auch mit der „numerischen und organisatorischen Überlegenheit" der Streitkräfte Frankreichs und Rußlands, welche durch schlagendes Zahlenmaterial klargelegt wurde. Der Bundesrat nahm die Vorlage am 9. Februar einstimmig und unverändert an.

[2]) „Vossische Zeitung" vom 2. März 1880, Nr. 62.

[3]) Bennigsen speiste bei Bismarck am 8. Februar 1880. In den Monat Februar fallen wiederholt Besprechungen des Staatsmanns mit dem Parlamentarier („Vossische Zeitung" vom 20. Februar 1880, Nr. 51). 5. März 1880, Unterredung Bennigsen's mit Bismarck. 10. Mai, Bismarck äußert sich Herrn von Bennigsen gegenüber, die Reichsregierung beabsichtige, die in dieser Session nicht erledigten Steuervorlagen dem Reichstag in nächster Session wieder vorzulegen. 11. Mai 1880 bei Bismarck zu Tisch.

[4]) Bei der ersten Lesung im Reichstag am 1. und 2. März konnte man bereits erkennen, daß die Konservativen, Freikonservativen und der größte Teil der Nationalliberalen für die Vorlage stimmen würde, aber die Ultramontanen, Fortschrittler, Polen, Sozialdemokraten, die französisch gesinnten Elsaß-Lothringer und Welfen dagegen. Bei der zweiten Lesung am 9. und 10. April wurde diese Vermutung bei der Abstimmung zur Gewißheit, denn das Septennat und die Vorlage wurde hier mit 186 gegen 96 Stimmen angenommen, aber vom Centrum stimmte kein Mann für die notwendigen Heeresbedürfnisse des Deutschen Reiches. Und ganz dasselbe Ergebnis bot die dritte Lesung am 15. und 16. April. Auch zu den 186 (gegen 128) Sitmmen, welche bei der letzten Entscheidung des Reichstags die Wehrhaftmachung der Nation befestigten und vervollkommneten, stellte das Centrum nicht einen einzigen Mann. (Hans Blum: „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 374).

[5]) Vergl. Bd. I. (2. Auflage), S. 182.

[6]) Das Schreiben Lasker's findet sich abgedruckt bei Wiermann „Der deutsche Reichstag" Bd. II. S. 37. Vergl. die „Post" 1880, Nr. 86, und die „Grenzboten" 39. Jahrg. (1880), II. Quartal, S. 45.

Digitized by Google

sich nicht in Harmonie mit der Fraktion und ihrer Leitung befunden habe. Das Aktenstück konnte natürlich ohne ein paar Nadelstiche gegen Bismarck nicht in die Welt hinausgehen. So heißt es an einer Stelle, auch solche Liberale, welche zu dem ganzen Bismarck'schen Zollsystems später ihre Zustimmung gegeben, seien „durch den Dezemberbrief des Fürsten Bismarck [1]) wie durch die andern, tief eingreifenden agrarischen Verheißungen des Fürsten auf das unangenehmste überrascht worden."

In dieser Zeit trug sich Lasker augenscheinlich noch mit der Hoffnung, daß er aus dem Konflikt mit Bismarck als Sieger hervorgehen werde. Dahin zählt das bekannte Wort, daß Bismarck nur so lange mit dem Kopf gegen die Wand laufen werde, als er wisse, daß dieselbe von Pappe sei. Einer steinernen Mauer gegenüber wird er dies wohl lassen. Umgekehrt soll Bismarck von Lasker gesagt haben, daß er wie ein Ei in seiner Hand sei, welches er zerdrücke, wenn er wolle.

Über das Verhältnis Bismarck's zu dem Abgeordneten Lasker schreibt der langjährige Fraktionsgenosse desselben [2]), Karl Braun:

„Berufspolitiker in der höchsten Potenz, wie sie dem Reichskanzler ein Dorn im Auge sind, ist Lasker. Derselbe ist Rechtsanwalt und könnte eine reichliche Praxis besitzen; allein er verschmäht sie. Er besitzt weder Frau noch Kind, weder Pferd noch Hund, ja nicht einmal eine Katze oder einen Kanarienvogel. Er liebt weder Wein, noch Weib, noch Gesang in irgend einem erheblichen Grade. Er hat keine Liebhabereien, ja nicht einmal ein Steckenpferd. Das Parlament absorbiert ihn gänzlich. Nachts studiert er die Drucksachen des Hauses, morgens sitzt er in der Kommission, nachmittags im Plenum und abends in der Fraktion, wo er die „Füchse" parlamentarisch einexerziert. Die Fraktion ist bei Tage sein Gedanke, des Nachts sein Traum. Sie ist seine Braut, wie für Theodor Körner „das Schwert an seiner Linken, mit seinem hellen Blinken" seine Braut war. Dabei ist er unzugänglich für jede Beeinflussung. Er verläßt nie die Burg seines „ethischen Bewußtseins", die er mit furchtbaren Wällen aus Landrechts-Quadern verschanzt hat. Außerdem hatte er noch den Fehler, ein unermüdlicher Debatter zu sein und an der Spitze der zahlreichsten Partei zu stehen, welche er, wenigstens im Abgeordnetenhause, längere Zeit hindurch unbedingt beherrscht hat. Es ist unter diesen Umständen nur zu begreiflich, daß der Fürst Bismarck den Abgeordneten Lasker — drücken wir es in der allerdünnsten Verdünnung aus — gerade nicht liebt. Die Sarkasmen, die er über ihn sich erlaubt hat, würden eine Sammlung bilden, vergleichbar mit den bekannten „Epigrammen auf Wahl's lange Nase". Sie sind aber nicht alle zur öffentlichen Mitteilung mittelst Druckerschwärze geeignet. Von jenen Flegeleien, mit welchen die Reptile und die sonstige

[1]) Gemeint ist das Schreiben Bismarck's an den Bundesrat d. d. 15. Dezember 1878, abgedruckt in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 170.

[2]) In seinen „Dreißig Parlamentsbriefen. Zur Physiologie und Pathologie der Parteien im Reichstage. September und Oktober 1878." S. 160.

Digitized by Google

„mehr oder weniger freiwillig" gouvernementale Presse seit der Auflösung des vorigen Reichstags über Lasker hergefallen, in der mit dem äußersten Mißerfolge gekrönten Absicht, ihm seinen Reichstagssitz zu entreißen, von jenen Flegeleien unterscheiden sich Bismarck's Sarkasmen sehr wesentlich, denn diese sind witzig und jene nur grob.

Wenn man behauptet, der alte Reichstag sei 1878 aufgelöst worden, um Lasker verschwinden zu machen, so ist das offenbar zu weit gegangen. Aber außer allem Zweifel steht es, daß die Offiziellen und Offiziösen den letzten Hauch von Roß und Mann daran gesetzt haben, um seine Wiederkehr zu verhindern."

Man beachte wohl, daß zu der Zeit, als Braun-Wiesbaden so schrieb, der Kanzler Lasker bereits nichts mehr recht machen konnte; Bismarck hatte sich ja unterstanden, den Götzen „Freihandel" von seinem Thron herabzustoßen. — —

Am 18. März 1880 wurde der Abgeordnete von Helldorff morgens zu Bismarck gerufen und abends mit einer Einladung zu Tisch beehrt.

Am 18. April 1880 hielt sich derselbe Abgeordnete von 2 bis 3 Uhr bei Bismarck auf. In diese Zeit fällt die erste Reichstagsdebatte über Samoa und die Anfänge der deutschen Kolonisation. Helldorff hatte Schwierigkeiten in der Fraktion, Verständnis für diese Aufgaben zu erlangen. Weiter stand zur Beratung die Verlängerung der Geltungsdauer des Sozialistengesetzes [1]).

Im Frühjahr 1880 stand in dem II. Berliner Reichstagswahlkreis eine Nachwahl bevor, für welche der Geheimerat Dr. Max Duncker als Kandidat aufgestellt wurde. Bismarck hatte für denselben bereits einmal bei dessen Wahl in den konstituierenden Reichstag eine Lanze gebrochen [2]). Nun wiederholte sich der Vorgang, indem der Reichtagsabgeordnete Freiherr von Maltzahn am 6. April 1880 erklärte: „Ich bin in der glücklichen Lage, dem Vorredner, Hauptmann a. D. Berg sogleich zu antworten. Ich hatte Gelegenheit, mit Seiner Durchlaucht dem Fürsten Reichskanzler wegen der Kandidatur Max Duncker Rücksprache zu nehmen, und Seine Durchlaucht hat die Kandidatur nicht bloß genehmigt, sondern auch den lebhaften Wunsch geäußert, Max Duncker zu wählen." —

Die Frage, ob Deutschlands Schiffahrt und Handel gegenüber der durch staatliche Mittel begünstigten Mitbewerbung andrer Nationen in gedeihlicher Weise sich werde fortentwickeln können, verdiente nach Bismarck's Ansicht ernste Erwägung. Als ein in dieser Richtung besonders wirksames Mittel erschien die Einführung einer Zuschlagsabgabe von Waren außereuropäischen Ursprungs nach dem Muster der französischen oder österreichischen surtaxe d'entrepôt [3]). Über diese Frage verhandelte Bismarck im Frühjahr 1880 mit dem Abgeordneten

---

[1]) Am 4. Mai 1880 Teilnahme Helldorff's an der parlamentarischen Soiree Bismarck's.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 90.

[3]) Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 165, 212, 216 und 217, und die „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck", Bd. II., S. 157, 158.

für Bremen, Alexander Georg Mosle[1]), und richtete überdies an denselben am 4. Mai das nachstehende Schreiben:

Ew. Hochwohlgeboren bin ich sehr dankbar für die mir in unsrer neulichen Besprechung gegebenen Anregungen. Ich werde die Frage der Surtaxe im Auge behalten; dasselbe Interesse für Deutschlands Rhederei und Schiffahrt, welches mich veranlaßt hat, die Seehandelsgesellschaft und ihre Beziehungen zu Samoa zu befürworten, wird mich seiner Zeit auch bestimmen, zur Begünstigung der nationalen Flagge und der deutschen Rhederei im Sinne der Surtaxe mit legislativen Anträgen vorzugehen. v. Bismarck.

Mit seinen Bremer Wählern wegen seiner protektionistischen Haltung vollständig zerfallen, wanderte Mosle später nach Brasilien aus, wo er bereits ehedem bis 1862 etabliert war. Von jetzt ab war er politisch verschollen[2]).

Am 5. Mai 1880 hatte Bismarck eine Unterredung mit den Hamburgischen Reichstagsabgeordneten Möring[3]) und Dr. Wolffson[4]).

Über diese Unterredung ist bisher nur Dürftiges in die Öffentlichkeit gedrungen. Es hieß, die Audienz sei den Hamburger Abgeordneten von ihrem Kollegen von Schauß vermittelt worden, um unnütze Interpellationen der Fortschrittspartei im Reichstag zu verhindern. Nach einer Lesart hieß es: „Bismarck spielte, statt nachzugeben, den Angreifer, und überhäufte die Abgeordneten mit Vorwürfen. Mit langen Gesichtern kamen dieselben von der Audienz zurück."

Da es sehr wünschenswert erschien, hier einer Mythenbildung vorzubeugen, so ersuchte ich Herrn Dr. Wolffson, mir eine authentische Darstellung über den Verlauf der Unterredung zu geben. Auf Grund seiner Erinnerungen bin ich in der Lage, über den Grund der Besprechung und über ihren Verlauf Nachstehendes mitzuteilen[5]).

Die Veranlassung gaben die damals beim Bundesrat schwebenden Verhandlungen wegen Einbeziehung der Hansestädte Bremen und Hamburg in den Zollverein. In Bezug auf diese Verhandlungen ist folgendes zu bemerken.

Der Artikel 34 der Reichsverfassung lautet:

---

[1]) Vergl. Bd. II. S. 330.

[2]) Er hat seinem Leben durch Selbstmord ein Ende bereitet.

[3]) Möring, Rudolf Heinrich, geboren 23. Juli 1831 in Hamburg, protestantisch. Früher Kaufmann, später Privatmann, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft 1869—1878 der Hamburger Finanzverwaltung. Mitglied des Reichstags seit 1874. Wahlkreis 1 Hamburg (national-liberal).

[4]) Wolffson, Isaak, Dr. jur., Mitglied der Civilgesetzgebungskommission, geboren 19. Jan. 1817 (Israelit). Verfasser sehr beachtenswerter juristischer Schriften. Mitglied der konstituierenden Versammlung in Hamburg seit 1859, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1862 und 1863 Präsident derselben. Mitglied des Reichstags seit 1871. Wahlkreis 3 Hamburg (national-liberal).

[5]) Erklärungen des Abgeordneten Wolffson bezüglich der Veröffentlichung des bis dahin sekreten Briefes des Fürsten Bismarck an den Finanzminister Bitter, d. d. 15. April 1880, siehe in der „Post" 1880, Nr. 200, 204 und 225.

Digitized by Google

„Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres und des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen."

Einzelne hamburgische Gebietsteile waren schon früher nach Verständigung mit der hamburgischen Regierung durch Beschluß des Bundesrats dem Zollverein angeschlossen; dagegen war die sich unmittelbar an die hamburgische Vorstadt St. Pauli anschließende Stadt Altona mit Rücksicht auf ihren Verkehr mit Hamburg und die Zugänglichkeit ihres Hafens außerhalb der Zollgrenze gelassen worden.

Nachdem die preußische Regierung bei den Senaten beider Städte wegen des Anschlusses der letzteren an den Zollverein angefragt und vom hamburgischen Senat die Antwort erhalten hatte, daß derselbe bereit sei, in desfallsige kommissarische Beratungen einzutreten, stellte dieselbe, ohne sich mit dem hamburgischen Senat in Einvernehmen gesetzt zu haben, beim Bundesrat den Antrag, die Stadt Altona und die Vorstadt St. Pauli in den Zollverein einzubeziehen [1]. Infolgedessen stellten die oben genannten beiden hamburgischen Abgeordneten in Gemeinschaft mit dem Abgeordneten Rickert beim Reichstag eine durch Mitglieder der nationalliberalen Fraktion unterstützte Interpellation, in der sie über die Einbringung jenes Antrages sowie darüber Auskunft verlangten, ob wegen dieses Antrages vorher Verhandlungen mit der Stadt Hamburg stattgefunden hätten, ob es die Absicht sei, die Einverleibung eines Teiles der Vorstadt St. Pauli auch ohne die Zustimmung der Stadt Hamburg vorzunehmen und wie eventuell eine solche Absicht mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen sei.

Diese Interpellation wurde in der Reichstagssitzung vom 1. Mai 1880 durch den Abgeordneten Wolffson begründet. Er suchte den Nachweis zu führen, daß ein gegen Hamburg ausgeübter Zwang zum Anschluß St. Paulis mit der Verfassung im Widerspruch stehe, und daß überdies die Herstellung einer Zollgrenze zwischen St. Pauli und der inneren Stadt auf die Verkehrsverhältnisse nachteilig einwirken müsse, wenn sie sich bei der Lebhaftigkeit des zwischen beiden bestehenden Verkehrs nicht als technisch unausführbar herausstellen würde. Der damalige Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt Scholz beantwortete in Vertretung des Reichskanzlers die Frage über die Stellung des Antrages Preußens bejahend, erklärte, daß Separatverhandlungen mit Hamburg, die nach der Reichsverfassung nicht erforderlich seien, nicht vorhergegangen wären, und daß der Antrag dahin gehe, den Einschluß eines Teiles von St. Pauli eventuell auch ohne Zustimmung Hamburgs beschlossen zu sehen. Hierüber hinaus in eine nähere Erörterung dieser allgemein bekannten Thatsache einzugehen, müsse der Reichskanzler ablehnen, weil er es mit der Rücksichtnahme auf die verfassungsmäßige Stellung des Bundesrats und der Wahrung der Freiheit der Beratung desselben nicht in Einklang finden würde, seinerseits über einen bei dem Bundesrat eingebrachten und demnächst

---

[1]) Abgedruckt findet sich der Antrag in meinem Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I. S. 276.

dort zur Verhandlung stehenden Antrag eines Bundesmitgliedes auf Grund einer Interpellation mit dem Reichstag zu verhandeln.

In der darauf eröffneten Diskussion über die Interpellation sprachen sich die Redner sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Konservativen, für die Auffassung der Interpellanten aus, indem sie in der Ausführung der beabsichtigten Maßregel ohne Zustimmung Hamburgs eine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte sehen müßten.

Die durch diese Angelegenheit hervorgerufene Aufregung und die Gefahr eines sich daraus entwickelnden Konflikts zwischen Bundesrat und Reichstag veranlaßte einige Parteifreunde der hamburgischen Abgeordneten, welche im Hause des Reichskanzlers verkehrten und der Meinung waren, daß eine Besprechung der Angelegenheit zwischen dem Reichskanzler und diesen Abgeordneten zu einer Annäherung führen könne, bei ersterem anzufragen: ob er zu einer solchen Besprechung geneigt sei. Der Fürst erklärte sich bejahend, was den beiden Abgeordneten mitgeteilt wurde, die sich auch ihrerseits zustimmend erklärten.

Fürst Bismarck hatte ursprünglich beabsichtigt, diese Unterhaltung in der von ihm am 4. Mai veranstalteten Soiree stattfinden zu lassen[1]), ließ den Abgeordneten aber später sagen, daß er es vorziehe, sie in besonderer Audienz zu empfangen, und bestimmte dafür den 5. Mai nachmittags 1 Uhr.

Die Abgeordneten Möring und Wolffson fanden sich zur bestimmten Stunde ein und wurden vom Kanzler mit den Worten begrüßt: „Sie haben gewünscht, mich zu sprechen". Die Abgeordneten wiesen auf die Umstände hin, durch welche sie dazu gelangt waren, den Fürsten um eine Audienz zu bitten; aus freien Stücken würden sie diesen Schritt um so weniger gethan haben, als sie kaum etwas Neues in Bezug auf die vielbesprochene Angelegenheit vorzubringen imstande seien. Die ihnen gebotene Gelegenheit wollten sie indessen gerne benutzen, um dem Kanzler zu versichern, daß die von Preußen in Bezug auf den Zollanschluß Hamburgs eingeleiteten Schritte in ihrer Vaterstadt eine tiefe Verstimmung hervorgerufen hätten. Der Reichskanzler bemerkte in seiner Erwiderung, daß der hamburgische Senat nicht klug daran gethan habe, die Sache auf das

---

[1]) Über den Zwischenfall, der sich in dieser Soiree aus Anlaß der Altonaer Anschlußfrage mit dem bayerischen Gesandten von Rudhardt ereignete, vergl. Bd. I., S. 189 (2. Auflage). Neues Licht brachte über die Frage ein Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 4. April 1893, Nr. 79, worin es heißt: „Die offiziöse Presse beruft sich zur Rechtfertigung des Verfahrens gegen den anhaltischen Minister von Koseritz darauf, daß in einem solchen Falle sich auch Fürst Bismarck zu Beschwerden berechtigt gehalten habe, wie das Beispiel des Herrn von Rudhardt zeige, dem Äußerungen, die er seiner Zeit über die Zolleinverleibung im Bundesrate gethan habe, schließlich seine Stellung gekostet hätten. Diese Berufung trifft nicht zu. Die Sache lag im Rudhardt'schen Falle ganz anders als im Koseritz'schen. Der anhaltische Minister hat die Ansicht seiner Regierung vertreten, während Herr von Rudhardt Ansichten kundgegeben hatte, die nicht die der bayerischen Regierung waren, wenigstens nicht in dieser Form. Das Vorgehen gegen ihn erfolgte also nicht, obwohl er die Ansichten seiner Regierung zur Geltung brachte, sondern weil er sie nicht, oder nicht in dem gewollten Maße vertrat, und seinen Sympathien für die Delbrück'schen Auffassungen weiter nachgab, als in seiner Instruktion lag."

Digitized by Google

Gebiet des Verfassungsrechtes hinüberzuspielen, worauf einer der Abgeordneten bemerkte, daß die Verfassungsfrage durch die Einbringung des Antrages auf Einbeziehung von Altona und der Vorstadt St. Pauli in den Zollverein beim Bundesrat angeregt sei. Dagegen wies der Fürst darauf hin, daß der Senat auf die preußische Anfrage, betreffend den Eintritt Hamburgs in den Zollverein, nicht eingegangen sei und ihn dadurch gezwungen habe, die Angelegenheit beim Bundesrat in dieser Weise anhängig zu machen.

Berichtigend äußerten die beiden Abgeordneten, daß Hamburg sich auf die preußische Anfrage immerhin zu kommissarischen Verhandlungen bereit erklärt habe, worauf der Kanzler hinzufügte, daß, so wie die Sache jetzt liege, die zolltechnische Frage die untergeordnete, die Verfassungsfrage aber die Hauptsache sei, und in dieser Beziehung könne er eine Majorisierung Preußens im Bundesrat nicht dulden. Seit einiger Zeit, schon seitdem er durch seinen Gesundheitszustand gehindert sei, sich persönlich so eingehend wie früher um alle Dinge zu kümmern, mache sich ein Partikularismus breit, der gefährliche Dimensionen anzunehmen drohe. Habe doch der hamburgische Bevollmächtigte in dieser Angelegenheit den bayerischen Partikularismus zu Hilfe gerufen. Er (Bismarck) werde in der Verfassungsfrage niemals nachgeben können. Er fasse die Sache so auf, daß daraus für Preußen eine Lage entstehen könne, wie diejenige, in der es sich im Juni 1866 im Bundestag befand. Er habe seit Jahren den preußischen Angelegenheiten zu nahe gestanden, um hier weichen zu können. Auf die Bemerkung eines der Abgeordneten, daß es wohl noch andre Wege zur Entscheidung von Verfassungsdifferenzen gebe als den angedeuteten, erklärte der Reichskanzler, daß jeder andre Weg zur Herbeiführung einer Entscheidung ausgeschlossen sei.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung kam Fürst Bismarck auf die Zustände in Hamburg zu sprechen. Die Regierung übe einen so starken Druck auf die Bevölkerung aus, daß niemand sich dagegen aufzulehnen wage. Die geheime Polizei sei in bewundernswerter Weise organisiert, so daß man im polizeilichen Interesse nur wünschen könne, daß sie in Preußen auf derselben Stufe stehe. Das habe er namentlich von hamburgischen Handwerkern erfahren, die er in Friedrichsruh beschäftigte, und die, ehe sie sich aussprachen, sich scheu umzusehen pflegen, ob auch kein Unberufener sie höre. Die Abgeordneten erwiderten darauf, daß ihnen die hamburgischen Verhältnisse seit einer langen Reihe von Jahren bekannt seien, daß sie aber von einer derartigen Entwickelung der geheimen Polizei daselbst niemals etwas gemerkt oder erfahren hätten, worauf der Fürst entgegnete, daß sie als Lokalpatrioten selbstverständlich seiner Behauptung widersprechen müßten, was er an ihrer Stelle auch thun würde. Hamburg müsse bei seiner jetzigen Freihafenstellung zu Grunde gehen; alles gehe dort zurück, insbesondere die Steuerkraft der kleinen Leute, eine Behauptung, deren Richtigkeit die Abgeordneten nicht zugeben wollten. Der Kanzler äußerte ferner, daß Altona von Hamburg ausgesogen werde, so daß es nicht im stande sei weiter zu existieren.

In Bezug auf den § 34 der Verfassung bemerkte Fürst Bismarck, daß durch denselben den Hansestädten keineswegs das Recht gegeben werden sollte,

dauernd außerhalb des Zollvereins zu verbleiben, wie sich das aus den früheren Verhandlungen ergebe. Er selbst habe den Paragraphen verfaßt, habe Lothar Bucher den Wortlaut diktiert und noch vor kurzem in einem alten Taschenbuch eine Notiz darüber gefunden. Der Paragraph sei vielleicht schlecht stilisiert, aber die Absicht desselben sei jedenfalls nicht die gewesen, den Hansestädten für immer das Recht zu geben, außerhalb des Zollvereins zu bleiben. Der Staatsminister Delbrück sei seinerzeit mit ihm (Bismarck) darüber einig gewesen, daß dieser Paragraph den Hansestädten ein so ausgedehntes Recht, wie es jetzt beansprucht werde, nicht einräumen solle, und sei es ihm unbegreiflich, daß Delbrück die Interpellation jetzt mit unterzeichnet habe. Auf die Frage, wie viel Zeit Hamburg etwa gebrauchen würde, um sich auf den Eintritt in den Zollverein vorzubereiten, habe ihm Delbrück seiner Zeit etwa sechs Jahre angegeben.

Hamburg habe ein verfassungsmäßiges Recht auf einen Freihafen, der aber nicht in dem größten Teil seines Gebietes bestehen könne (worauf einer der Abgeordneten erwiderte, daß der Umfang des Freihafengebietes zwar für Hamburg von großem Interesse sei, dem Zollverein aber gleichgültig sein könne). Er gebe zu, daß Hamburg große Dockanlagen haben müsse, auf die aber das Freihafengebiet zu beschränken sei. Die Kosten für die Herstellung des Freihafengebietes, zu denen das Reich ja einen angemessenen Beitrag geben könne, würden ja nicht unerschwinglich sein, sie seien ihm auf höchstens zehn Millionen Thaler veranschlagt worden, worauf ihm einer der Abgeordneten erwiderte, daß ein früherer Anschlag dieselben auf 92—100 Millionen Mk. berechne, während der andre Abgeordnete eine noch viel höhere Summe als erforderlich bezeichnete. Der Reichskanzler war durch die Höhe dieser Schätzungen offenbar überrascht[1]).

Im Laufe des Gesprächs hob der Kanzler noch hervor, daß viele Millionen Deutsche durch die Freihafenstellung Hamburgs im freien Verkehr behindert seien. Namentlich seien dadurch, daß die Elbe von Hamburg abwärts als Zollausland betrachtet werde, die Bewohner des nördlichen Teiles der Provinz Hannover im Verkehr mit den Bewohnern der an die Elbe grenzenden Strecken Schleswig-Holsteins beschränkt. Er meinte, daß man mit der Hälfte der zur Bewachung der beiden Elbufer unterhalb Hamburgs nötigen Zollwächter die Grenze zwischen Altona und St. Pauli durch etwa alle zwanzig Schritte am Grenzgraben entlang postierte Beamte ausreichend bewachen lassen könne, wobei er wiederholte, daß die Einbeziehung St. Paulis vorzugsweise eine Frage der Zolltechnik sei, während das von Hamburg behauptete Widerspruchsrecht gegen die Einbeziehung Altonas in keiner Weise anzuerkennen sei. Die Abgeordneten erklärten, daß kein irgendwie sachkundiger Mensch ein solches Recht behaupten werde, und wollten dieser Behauptung gegenüber die Verweisung auf Äußerungen in der Hamburger Presse nicht als in Betracht kommend gelten lassen.

---

[1]) Thatsächlich betrugen die Kosten bis ult. 1893 ca. 125 Mill. Mk., wovon das Reich 40 Mill. als Beitrag übernahm; ca. 6600000 Mk. kommen als Ertrag der Nachsteuer in Gegenrechnung. Im ganzen werden sich die Kosten wohl auf 140 Mill. Mk. belaufen.

Digitized by Google

Die Unterhaltung wurde durch die Meldung eines Kammerdieners, daß es für den Fürsten Zeit sei, zur Sitzung des Bundesrats zu fahren, abgebrochen.

Zur Orientierung sei noch bemerkt, daß dies preußische Projekt wegen des isolierten Zollanschlusses von Altona und St. Pauli infolge der sich herausstellenden technischen Schwierigkeiten später aufgegeben wurde, wodurch die Verfassungsdifferenz in Wegfall kam. Die darauf eröffneten Verhandlungen mit Hamburg wegen seines Eintrittes in den Zollverein unter Belassung eines Freihafenbezirkes führten bekanntlich zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß. —

Die Gegensätze, welche am Schluß der Session zur Beratung des Zolltarifs den Austritt des rechten Flügels der Nationalliberalen verursacht hatten, machten auch noch in der folgenden Session das Gebälk der verschiedenen Fraktionen erzittern. Zunächst bildete sich aus der Zahl der ausgeschiedenen Nationalliberalen eine eigene Fraktion. Über diese Parteibildung, die Entwickelung der neuen Fraktion, ihr Verhältnis zum Fürsten Bismarck und den andern Parteien ist bisher noch so viel als nichts veröffentlicht worden. Um so dankbarer muß man dafür sein, daß sich die Tagebuchaufzeichnungen des Abgeordneten von Hölder [1]) auch über alle diese Fragen mit größter Ausführlichkeit verbreiten. Die betreffenden Aufzeichnungen haben um deswillen einen großen Wert, weil Hölder innerhalb der ausgeschiedenen Gruppe neben Schauß als Führer gelten konnte, und weil er auch nach dem Ausscheiden aus der nationalliberalen Partei mit Bennigsen und andern gemäßigten Faktoren innerhalb der Fraktion gute Beziehungen fort unterhielt.

Stuttgart, den 15. Februar 1880.

Letzten Freitag erfahre ich, daß ich zum zweiten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt worden bin [2]). Heute lehne ich die Wahl ab. Die Gründe liegen nahe. Alle Liberalen gaben weiße Zettel ab. Telegramme und Briefe hin und her. Die Sache bewegte mich einigermaßen, meine Aufgabe war mir aber bald klar. Morgen um 12 Uhr geht es nach Berlin zum Reichstag.

Berlin, den 18. Februar 1880. Mittwoch.

Gestern kam ich glücklich hier an. Seit Samstag Gratulationen von allen Seiten wegen der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten und ewige Erklärungen meinerseits, warum ich nicht annehmen könne. Denkende Personen begriffen die Gründe. Ich bemühte mich, die Redaktionen des „Merkur“ und der „Landeszeitung“ zur Darstellung der Sache in letzterem Sinne zu bestimmen, und Neuberg vom „Neuen Tageblatt“ erschien noch am Montag während des Einpackens bei mir und entwarf in meinem Einverständnis ein Artikelchen [3]). Hier wird mir bestätigt, daß der Vorschlag meiner Person und das Beharren auf

[1]) Vergl. oben S. 7, Note.

[2]) In der Sitzung vom 13. Februar 1880 war Graf Arnim-Boitzenburg zum Präsidenten des Reichstags, Freiherr von Franckenstein zum ersten, von Hölder zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden.

[3]) Vergl. die betreffenden Artikel im Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ vom 17. Februar 1880, Nr. 39, und 18. Februar 1880, Nr. 40.

Digitized by Google

demselben trotz der Ablehnung meiner näheren Parteigenossen von Varnbüler ausging. Derselbe bemerkte zu Römer auf dessen Einwurf, ich könne bei dieser Sachlage unmöglich annehmen, „Sie rechnen nicht mit der menschlichen Eitelkeit". Hier erkennen nahezu alle (Hohenlohe, der Präsident Arnim, Kardorff u. s. w.) die Richtigkeit meiner Handlungsweise an. Nur Varnbüler ist ungehalten.

Was wird aus unsrer Gruppe werden? Sie ist klein und doch viel umworben. Bisher hat Römer deren Geschäfte besorgt. Wir berechnen unsre Zahl auf 16—17. Fürst Carolath von den Freikonservativen ist beigetreten. Die letzteren wie die Nationalliberalen bewerben sich darum, unsre Zahl bei Austeilung der Kommissionen sich beirechnen zu dürfen. Beide machen Anerbietungen. Römer mit den wenigen Anwesenden schließt mit den Nationalliberalen den Pakt ab: Volle Unabhängigkeit im Materiellen; die Nationalliberalen müssen bei Kommissionen von 21 oder mehr Mitgliedern von unsrer Gruppe einen, der von uns bezeichnet wird, annehmen, bei Kommissionen von 14 je das andre mal einen. Unter diesen Bedingungen dürfen sie unsre Zahl im Seniorenkonvent sich zurechnen. Achtsamkeit notwendig gegen Intriguen und Übervorteilungen. Das Ansinnen, wieder einzutreten, weisen wir entschieden ab. Römer scheint bei den Verhandlungen energisch und klug gewesen zu sein. Jetzt müssen sie uns beachten, während man uns früher seitens der in der Fraktion regierenden Oligarchie beinahe beleidigend ignoriert hat. Wie wird es in der nationalliberalen Partei gehen? Wird der linke Flügel sich von Bennigsen und seinem Anhang trennen? Letzterem wäre es wohl am liebsten, wenn etwa ein halbes Dutzend vom linken Flügel austreten würde. Man sagt, Lasker habe sich in die Fraktionsliste noch nicht eingetragen. Aber Forckenbeck? Wie wird Bennigsen mit diesem auskommen?

Der für uns günstigste Fall, daß etwa ein Dutzend vom rechten Flügel austreten und uns verstärken, wird wohl nicht eintreten. Bennigsen hält ängstlich seine Leute zusammen.

Berlin, 19. Februar 1880.

Gestern um 8 Uhr Sitzung unsrer Gruppe. Wir waren zu fünf, zählen im ganzen 16, inkl. des zweifelhaften Behr und des neu hinzugekommenen Fürsten Carolath. Diesem ist es wohl, wie uns, vom bisherigen Fraktionszwang erlöst zu sein. Die meisten fehlen noch, sind aber zuverlässig. Wir besprechen unsre Verstärkung. Löwe, Mosle, Falk? Vielleicht noch einzelne von nationalliberaler und freikonservativer Seite. Wer die Gelegenheit zum Austritt versäumte, dem fällt es jetzt schwer. Manche versichern uns, sie seien ganz einverstanden und entschuldigen sich, daß sie nicht auch gehen. Welchen Namen sollen wir annehmen? „Liberale Gruppe?" Dieser mein Vorschlag gefällt. Wir setzen alles aus, bis die andern einrücken. Haltung: wie bisher liberal, ohne den Doktrinarismus der nationalliberalen Partei. Offene Anerkennung der zu verbessernden Punkte, wo man aus Doktrinarismus zu weit gegangen ist. Selbständig, aber ohne die Gehässigkeit gegen Bismarck. Freiheit von der bis-

Digitized by Google

herigen Fraktionstyrannei. Eher vielleicht könnten wir von freikonservativer Seite Verstärkung bekommen. Einige Württemberger gehören eigentlich zu uns; allein der Fraktionsverband ist ein mächtiger.

Was wäre nun wünschenswert, im Auge zu behalten und mit aller Vorsicht anzubahnen? Eine Fraktion, die unabhängig ist vom beherrschenden Berlinertum und von der spezifisch preußischen Parteipolitik, in der auch Süddeutschland mit seinen Anschauungen und Interessen mehr als in den bestehenden Fraktionen zur Geltung kommt. Gegen zu weit gehende Centralisationsgelüste: hier muß man vorsichtig sein, um nicht zu erschrecken.

Der Name könnte sein: „Liberale Partei." Die „Mäßigung" und die Möglichkeit, daß auch „gemäßigt" Konservative beitreten, würde sich von selbst machen; die Unterscheidungsmerkmale sind hier flüssig. Das Beiwort „national", in Württemberg der Name „deutsche Partei", weist auf einen Gegensatz früherer Zeit hin, dessen Bedeutung mehr und mehr nach seinem früheren Sinne zurücktritt. Er stößt aber noch manche ab und erinnert unnötigerweise an frühere verletzende Kämpfe.

Ich glaube, im Sinne des oben Bemerkten ließe sich in Württemberg wie im Reichstag mit dem Namen „liberale Partei" und entsprechender sachlicher Haltung etwas machen, in Württemberg vielleicht alles außer den Extremen vereinigen. Dann könnte vielleicht bei den nächsten Reichstagswahlen in Württemberg und Bayern auf den Namen der „liberalen" Partei gewählt werden und dadurch die neue Gruppe zur mächtigen Fraktion heranwachsen. — Vorerst aber ist abzuwarten.

Berlin, Freitag, 20. Februar 1880.

Gestern Abend bei N. Wir besprachen die Fraktionsverhältnisse. Ihn und einige andre hörte ich gestern von Bildung einer großen liberalen Partei sprechen, welche die Zukunft bringen könne. Wir wollen einmal mit einer kleinen anfangen.

Von verschiedenen Seiten höre ich, daß Bismarck mit dem Gang der Präsidentenwahlen sehr unzufrieden sei (Arnim, ultramontane konservative Allianz).

Berlin, 21. Februar 1880. Samstag.

Gestern wurde Ackermann zum zweiten Vizepräsidenten gewählt mit nur 102 Stimmen; gegen 90 weiße Zettel. Die Freikonservativen gaben meist auch weiße Zettel ab. Bismarck soll zu Arnim, als dieser ihn besuchte, gesagt haben, Bennigsen wäre ihm als Präsident lieber gewesen.

Gestern besprach ich mit Löwe, dem Präsidenten der anno 1849 in Stuttgart gesprengten Nationalversammlung, die politische Situation und die Parteifrage. Wir fanden uns in der Hauptsache einig; er wird, vielleicht noch mit einigen andern, unsrer Gruppe beitreten.

Berlin, 23. Februar 1880. Montag.

Mit den Nationalliberalen stehe ich freundlich. Aus meiner Ablehnung der Wahl zum zweiten Vizepräsidenten haben sie eine Bürgschaft dafür, daß ich trotz meines Ausscheidens aus der Fraktion der liberalen Sache getreu bin.

Digitized by Google

Berlin, 24. Februar 1880. Dienstag.

Gegen die Militärvorlage[1]) läßt sich der Hauptsache nach mit Grund nicht opponieren. Deutschlands centrale Lage bedingt die eventuelle Notwendigkeit, nach zwei Seiten zugleich Front zu machen. Dies ist zwar eine Last, zugleich aber auch eine nationale Ehre, weil Deutschland damit zur maßgebenden Macht in Europa wird. Der geschichtlichen Mission, die ihr beschieden, muß jede Nation gerecht werden, wenn sie nicht verkümmern will. Die Gebote der Selbsterhaltung und der Ehre fallen zusammen. Zu bedauern sind die, welche von Jugend an für Deutschlands Größe, Einheit und Macht geschwärmt haben und dann, wenn es gilt, auch die Lasten und Opfer dieser Mission zu bringen, dies kleinlich ablehnen.

Viele Nationalliberale äußern sich unter vier Augen in dem Sinne, sie seien ganz unsrer (der Ausgetretenen) Ansicht über die Parteiverhältnisse und würden sich gerne anschließen, aber — —. Unsre Gruppe hat sich eben noch nicht als kriegführende Macht bewährt, und mir ist es nicht mehr gegeben, in diesem Sinne mich in neue Parteikämpfe zu stürzen. Oetker sagte mir gestern in diesem Sinne, er habe sich nach langer Überlegung von neuem dem Teufel verschrieben, das heißt bei den Nationalliberalen eingezeichnet.

Gewöhnlich knüpfen sich an derartige Gespräche nachträgliche Erörterungen darüber, ob Bennigsen vor zwei Jahren hätte ins Ministerium eintreten sollen. Bismarck habe geäußert, mit Mühe habe er die Thür etwas öffnen können, um einen hereinzulassen; da habe dieser zwei weitere mit hereindrücken wollen, und die Thür sei wieder zugefallen. Meyer (Bremen) erzählt, im letzten Stadium der Verhandlungen habe Bennigsen ihm gegenüber geäußert, die Dinge lägen nun so, daß er allein immer noch ins Ministerium treten könnte.

Oetker meint, er hätte eintreten und damit den Anstoß zur Neubildung der Partei geben sollen. Erörterung der Frage, ob er sich nicht bald abgenützt hätte; Oetker verweist verneinend auf Falk.

Berlin, 25. Februar 1880. Mittwoch.

In der nationalliberalen Fraktion hat es dem Vernehmen nach gestern die ersten Reibungen gegeben, und Forckenbeck Besprechung der beherrschenden politischen Fragen verlangt, um ins klare zu kommen, ob die Fraktion die erforderliche Homogenität besitze.

Berlin, 29. Februar 1880. Sonntag.

Vorgestern konstituierte sich unsre Gruppe als „liberale Gruppe", nachdem von den Bayern Schauß und Feustel angekommen waren. Der Wunsch der Mitglieder war, mich zum Vorstand zu wählen. Ich hätte damit die Aufgabe der Vertretung der Gruppe im Reichstag in erster Linie auf mir gehabt, der ich recht gerne ledig geblieben bin. Außerdem wird in Bayern Wert darauf gelegt werden, daß ein Bayer an der Spitze steht. Von Schauß weiß die Welt, daß er ehrgeizig ist. Völk ist nicht hier und taugt nicht recht zum Leiter einer

[1]) Vergl. oben S. 11.

Digitized by Google

Gruppe resp. Partei. So wählten wir denn per Akklamation Schauß zum Vorstand, nachdem allseits meine Ablehnung bedauert worden war. Ich bin mit diesem Gang durchaus einverstanden. Schriftführer wurde Römer. Die von der Gruppe einzunehmende Haltung, wie ich sie darlegte, wurde genehmigt; als Name derselben wurde auf meinen Vorschlag angenommen: „Liberale Gruppe". Mitglieder sind folgende: Schauß, Römer, Völk, Feustel, Zinn, Vogel, Reußsch, Fürst Carolath, von Ohlen, Jäger, Servais, Kreuß, Klein und ich; 14 wohlgezählte: 4 Bayern, 2 Württemberger, 2 Sachsen, 2 Schlesier, 3 Rheinländer, 1 Thüringer. — Behr wird wohl wegen seiner Beförderung zum Reichsgerichtsrat austreten müssen, Bauer (Hamburg) ist schon ausgetreten.

Mit Sicherheit sind Beitritte nur zu erwarten von Mosle, Löwe.

Im nationalliberalen Lager treibt es einer Trennung zu. Es müssen schwere Kämpfe stattfinden; es finden täglich Sitzungen statt und es wird Stillschweigen darüber beobachtet. Forckenbeck geht in oppositionellem Sinne vor.

Gestern wurde gesagt, Windthorst habe eine zweistündige Unterredung mit Bismarck gehabt; die „Germania" lenkt sogar bezüglich des Sozialistengesetzes ein. Die Situation ist ähnlich wie im vorigen Jahr. Bismarck ist Realpolitiker, er will unbedingt Mehrheiten haben. Diese können ihm die Nationalliberalen wegen innerer Zerrissenheit nicht gewähren, somit sucht er sie durchs Centrum zu erlangen.

Gestern hatte ich mit dem Geheimen Legationsrat von Bülow eine Unterredung wegen Unterstützung der Schulen des deutschen Tempels in Palästina, für die ich auf Anregung von Stuttgart aus im Reichstag eingetreten war. Bülow stellte mir Gewährung einer mäßigen Unterstützung in bestimmte Aussicht.

Berlin, 1. März 1880. Montag.

Heute früh erhielt ich eine Einladung zum Diner bei Bismarck auf Donnerstag.

Um 10 Uhr Sitzung unsrer Gruppe, der nun Mosle beigetreten ist. Ferner meldet sich Treitschke; ich habe große Bedenken gegen dessen Zulassung. Er ist entschiedener Unitarier, als solcher in Württemberg verschrieen, und würde unsrer Sache in Württemberg großen Eintrag thun. Außerdem ist er mir zu einseitig bismarckisch, auch kaum mehr liberal zu nennen (s. seine entschiedene Stellung in der Judenfrage); endlich ein Professor, wie er im Buche steht, ausgeprägter individueller politischer Charakter, der nie recht in den Rahmen einer Fraktion sich einfügen, sondern stets seinen eigenen Weg gehen wird. Solche auf sich selbst stehende, hervorragende Charaktere (wie z. B. auch Mohl) sind von höchstem politischen Wert für eine Nation, nicht aber für eine Partei.

Beginn der Beratung über das Militärgesetz. Edle, eindrucksvolle Rede Moltke's. Im ganzen ist die Verstärkung der Militärmacht gewiß notwendig und unsre Gruppe hierin bis etwa auf einen einig. Für mich ist die politische Lage im ganzen nicht, wie sie momentan ist, sondern wie sie sich historisch entwickelt hat, maßgebend. Zeitungsartikel und Tagesereignisse lassen mich in dieser

Digitized by Google

Beziehung kalt. Bei Rußland kommen dessen Jahrhunderte alte orientalische Politik, sein Ziel: Konstantinopel und mittelbare oder unmittelbare Beherrschung der Balkanhalbinsel, sein Panslavismus, seine Expansionskraft und innere Verworrenheit, bei Frankreich seine seit Jahrhunderten oft erprobte Aggressivpolitik und seine bisherigen erprobten Revanchegelüste in Betracht. — Das sind Dinge, die nicht über Nacht anders werden. — Die Balkanhalbinsel muß unter deutschem resp. österreichischem Einfluß stehen, soweit sie ihren Halt nicht in sich selbst finden kann.

Berlin, 3. März 1880. Mittwoch.

Heute Verhandlung in der Gruppe wegen der Zulassung Treitschke's. Es wird unter der Hand ablehnend bereinigt werden. Sein Unitarismus wäre besonders wegen der württembergischen und bayerischen Wähler bedenklich. Römer meinte nachher, ich hätte mich zu scharf ausgesprochen.

Stuttgart, 6. März 1880. Sonntag.

Letzten Donnerstag, abends 5 Uhr, Diner beim Reichskanzler. Es waren etwa 30 Abgeordnete geladen. Von der liberalen Gruppe Schauß und ich. Bismarck gab mir beim Empfang die Hand und erkundigte sich nach unserm Landtag. Bei Tisch saß ich in nächster Nähe des Grafen Wilhelm Bismarck, der sehr liebenswürdig war, von seiner Familie Sommeraufenthalt bei Kissingen und von den Geschenken erzählte, die sein Vater aus der ganzen Welt empfangen u. s. f. Ich entfernte mich etwas früher als die andern, um noch zu dem 8 Uhr-Schnellzug zu kommen, bat den Grafen Wilhelm, mich bei seinem Vater deswegen zu entschuldigen. Er fand mein Fortgehen natürlich, sagte: „Ich hoffe Sie bald wieder bei uns zu sehen", und begleitete mich bis zur Thüre.

Berlin, 16. März 1880. Dienstag.

Unsre Gruppe besteht aus 15 Mann; sie wird von Bismarck sehr protegiert, der gestern vor 8 Tagen 6 Mitglieder derselben bei sich zu Tisch hatte. Der Kanzler war äußerst liebenswürdig gegen Schauß. Wir müssen uns hüten, der Ansicht Grund zu geben, als ob wir die Partei Bismarck sans phrase seien, was man von uns mit Unrecht behauptet.

Am Sonntag Sitzung der Gruppe zu nur 5. Wir besprachen die Situation. Lasker ist aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten; werden Forckenbeck, Stauffenberg, Bamberger, Braun folgen? Außer denselben soll sich noch ein weiterer linker Flügel von Unzufriedenen bilden. Es rumort auch in der Fortschrittspartei und bei den Freikonservativen. Vorerst und auf diesem Reichstag wird es aber schwerlich zu neuen Parteibildungen kommen, und wir haben zunächst keine Aussicht auf Zuwachs. Bennigsen ist, wie es scheint, mit Bismarck verständigt und dieser ist der Herr der Situation.

Berlin, Donnerstag, 8. April 1880.

Schon in Hof erfuhr ich auf der Reise von Stuttgart nach Berlin von Sonnemann, der auch im Zug war, daß Bismarck wegen einer Abstimmung im

Digitized by Google

Bundesrat seine Entlassung eingereicht habe[1]). Preußen fiel bei der Frage über die Stempelpflichtigkeit der Postquittungen für Anweisungen u. s. w. mit Bayern, Sachsen, Waldeck durch gegen Württemberg und alle andern Kleinen, 30 gegen 28 Stimmen. Hier in der Stadt und im Reichstag spricht alles davon. Es werden alle möglichen Vermutungen aufgestellt und Witze gemacht. Württemberg habe den Reichskanzler gestürzt, wer wird Reichskanzler? Obgleich die Preußen der Durchfall gegen die Kleinen geniert, erkennen sie doch meist an, daß es sich um eine Lappalie handelte, zudem um eine unpraktische, da die Quittungssteuer im Reichstag doch fallen wird, daß man den Bundesrat streichen könne, wenn in solchen Dingen seine Abstimmung nicht mehr frei wäre. Will Bismarck mit diesem Schritt der Einrichtung des Bundesrats irgendwie auf den Leib?

(Während der Reichstagssitzung erfuhr Hölder noch Näheres über den Vorgang. Schmid, der württembergische Bevollmächtigte zum Bundesrat, handelte genau nach Instruktion.) Bayern war im Ausschuß gegen den Quittungsstempel, und der bayerische Minister Riedel sprach in der speziellen Frage mit Schmid dagegen. In der Zwischenzeit bis zur Plenarberatung verständigte sich Preußen mit Bayern auf einen Stempel für den fraglichen Fall im Betrage von zehn Pfennig. Wahrscheinlich sicherte Preußen Bayern dagegen die Beibehaltung seines bayerischen Stempels von gewissen Quittungen bei der bayerischen Staatsfinanzverwaltung zu.

Sachliche Gründe für die Ansicht von Württemberg: Die Posteinnahmen könnten abnehmen, da der Stempel im Effekt nichts andres als eine Erhöhung des Postportos wäre; doppelte Besteuerung des Postscheins und der nachherigen Quittung des Empfängers. Die Vertreter der kleinen Staaten seien zum Teil sehr beunruhigt über das, was sie anstellten. Der württembergische Gesandte Freiherr v. Spitzemberg sei zu Bismarck gerufen worden. Er habe sogleich erklärt, wenn es sich um eine Änderung der württembergischen Abstimmung handle, sei nichts zu machen. Bismarck habe dies und weiter anerkannt, daß Württemberg von seinem Standpunkte recht habe. Er sei nicht böse auf Württemberg. Es scheine, Bismarck wolle die Gelegenheit nur benützen, um eine Änderung in der Geschäftsordnung des Bundesrats durchzusetzen, die er längst anstrebe.

Geärgert habe ihn, daß 2 Vertreter kleiner Staaten 16 Stimmen geführt hätten. Es werde sich um Unzulässigkeit von Substitutionen oder Beschränkung derselben handeln, so daß etwa ein Anwesender nur eine weitere Stimme führen

---

[1]) In der Sitzung des Bundesrats vom 3. April 1880 wurde ein Antrag Preußens, betreffend den Quittungsstempel, von der Mehrheit der Stimmen gegen die Stimmen von Preußen, Bayern, Sachsen und Waldeck abgelehnt. Dieser Beschluß, für dessen Ausführung Bismarck die Verantwortung nicht übernehmen zu können glaubte, gab Anlaß zu einem Demissionsgesuch desselben. Da der Bundesrat hierauf bei wiederholter Beratung den Antrag Preußens annahm, so zog auch der Kanzler sein Entlassungsgesuch zurück und beschränkte sich darauf, den Antrag auf Revision und Vervollständigung der Geschäftsordnung zu stellen. Über die hinter den Coulissen sich abgespielten Vorgänge erfuhr der Abgeordnete von Hölder manches Detail von einer sehr gut unterrichteten Seite. Ich lasse hier folgen, was er in seinem Tagebuch darüber schreibt.

Digitized by Google

dürfte. Abwesende würden nicht gezählt. Bismarck wünsche, daß die Minister der Staaten selbst zu gegebenen Zeiten im Bundesrat erscheinen; er äußere sich föderalistisch, d. h. seiner Behauptung nach. Hölder's Gewährsmann hielt eine solche Einrichtung für gefährlich, da dann der persönliche Einfluß zu groß würde, während Bevollmächtigte durch Berufung auf ihre Instruktion eine gesicherte Stellung hätten.

Mit dem Kanzler selbst sei immer noch leichter (im mittelstaatlichen Sinn) zurecht zu kommen, als mit den andern Preußen in der Regierung.

Berlin, 11. April 1880.

Der Präsident des Reichstags, Graf Arnim, erzählte gestern im Foyer, der Kaiser habe sich ihm gegenüber sehr erfreut über die große Majorität ausgesprochen, mit der das Militärgesetz angenommen wurde. Es sei ihm dieselbe insbesondere dem Ausland gegenüber lieb, da letzteres daraus sehen könne, wie er, der Kaiser, sich in Fragen der Machtstellung Deutschlands auf die Volksvertretung verlassen könne. Er habe ihn beauftragt, diese Freude den Abgeordneten mitzuteilen.

Die Nationalliberalen haben bei der Wahl in die Wucherkommission nicht korrekt gegen uns gehandelt und den von uns ihnen bezeichneten Völk nicht gewählt. Sie berufen sich auf ein Mißverständnis; Schauß habe ihnen gesagt, ihm sei diese Wahl gleichgültig. Wir können uns diese Handlungsweise nicht gefallen lassen; eventuell müßten wir direkt mit dem Seniorenkonvent zu verhandeln suchen.

Bunsen, der voriges Jahr in einer Volksversammlung heftig gegen Bismarck gesprochen, sagt mir, er sei durch den Vertrag mit Österreich wieder ganz ausgesöhnt mit ihm. Er sei eben ein großer Mann. — Den Kaiser habe längst schon als Prinzen von Preußen die Abhängigkeit von Rußland gedrückt. Mit einer milden Form der Emanzipation (gegenüber der brüsken Bismarck's) wäre er auch einverstanden gewesen. — Bunsen verkehrt öfter mit dem Kronprinzen.

Berlin, 12. April 1880.

Der Bundesrat hat nun mit der Stempelsteuer auch in dem beanstandeten Punkt dem Reichskanzler den Willen gethan; Württemberg enthielt sich der Abstimmung.

Vielfach hört man behaupten, der württembergische Bevollmächtigte zum Bundesrat Schmid habe die letzte Mehrheit gegen Bismarck zusammengebracht. Ich widerspreche, doch scheint es, daß er seine Instruktion sehr energisch vertreten hat. Das war seine Pflicht, vielleicht war die Form zu schroff.

Berlin, 14. April 1880.

Über die spätere entscheidende Abstimmung im Bundesrat über den Quittungsstempel bemerkte ein andrer Gewährsmann Hölder's, der gleichfalls Mitglied des Bundesrats war, im Bundesrat habe weder zur Sache selbst noch zur Formfrage irgend einer gesprochen. Da habe denn er (Hölder's Gewährsmann) das Wort ergriffen und geäußert, wenn durch die wiederholte Beratung und ab-

Digitized by Google

weichende Beschlußfassung konstatiert sei, daß in der Geschäftsordnung ein Mangel bestehe, so solle man doch letztere in Erwägung ziehen. Daran habe er einige Andeutungen wegen etwaiger Verbesserungen geknüpft. Nach der Sitzung sei der Chef der Reichskanzlei, Geheimrat Tiedemann zu ihm gekommen und habe gesagt, das seien ungefähr auch die Ideen des Reichskanzlers. Letzterer habe ihn seinen diesfälligen Bericht an den Kaiser lesen lassen und ihn zum Essen eingeladen. Bismarck beanspruche aber nicht für sich die Substitutionen, sondern sei überhaupt gegen dieselben oder doch für äußerste Begrenzung derselben. Die Königreiche hätten schon bisher keine Substitutionen übernehmen dürfen, weil Preußen das sehr übel aufgenommen hätte. So hätten die Kleinen die Vertreter von Kleinstaaten benützen müssen. Nun ärgere auch dies den Kanzler. Es sei allerdings auch nicht ein gesundes Verhältnis; denn die Instruktionen gingen gewöhnlich nur dahin, für den Ausschußmehrheitsantrag zu stimmen. Bismarck sage: die Kleinstaaten brauchten ja für ihre Vertretung im Bundesrat keinen großen Aufwand zu machen; sie sollten einen geeigneten Beamten schicken; ein solcher könnte so gut wie ein preußischer Landtagsabgeordneter mit 20 Mark pro Tag hier leben. — An eine Verfassungsänderung werde gar nicht gedacht, nur die Frage der Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat mit Stimmrecht sei immer im Hintergrund. Das sei aber nun einmal verfassungsmäßig unmöglich.

Um 8 Uhr Sitzung der Gruppe. Besprechung des Übergehens von Völk bei Wahl der Wucherkommission seitens der Nationalliberalen entgegen den Bestimmungen des Kartells. Hier spielt eine Intrigue.

Berlin, 15. April 1880.

Römer erzählte mir, daß Bismarck gegenwärtig mit den Freikonservativen nicht sehr zufrieden sei. Bismarck suche unsre Gruppe ganz in seinem Sinne zu beeinflussen (Besteuerung der Dienstwohnungen rc.), man müsse auf der Hut sein. Nun, es wird sich Gelegenheit geben, zu zeigen, daß wir ihm nicht ohne weiteres zu Willen sind.

Berlin, den 16. April 1880.

Heute (Freitag) Sieg der Ultramontanen im Reichstag mit Hilfe der Konservativen, mit 10 Stimmen Mehrheit in einer zwar nicht sehr praktischen aber prinzipiellen Frage[1]). Die Regierung war dagegen. Die Frage wird erörtert, wodurch dieses Resultat? Hat Bismarck insgeheim doch anders kommandiert oder war die Abstimmung mehr im Sinne des Kaisers?

Berlin, 29. April 1880.

Die Nationalliberalen sagten mir,[2]) unsre Gruppe stehe zwischen ihnen und der Linken, während sie bisher geglaubt hätten, sie stände zwischen ihnen und

---

[1]) Gemeint ist der Antrag, die Geistlichen von den Übungen, welchen die Ersatzreserve nach dem neuen Militärgesetz unterworfen werden soll, zu befreien. Stenogr. Berh. Seite 726—739.

[2]) Nach der von Hölder in der 41. Sitzung des Reichstags am 29. April 1880 gehaltenen Rede, worin er sich über das Stempelsteuergesetz im wesentlichen ablehnend äußerte.

den Freikonservativen. In speziellen Vertrauens- und Personalfragen stimmen wir allerdings nicht mit ihnen, sondern häufig mit dem rechten Centrum, so bei der gestrigen Tabaksfrage und bei Samoa. Im letzteren Falle war uns ausschlaggebend, daß in einer Frage der äußeren Politik wir den Reichskanzler nicht im Stiche lassen wollten. In der Tabakmonopolfrage wollten wir uns nicht binden und keinen aggressiven Stoß gegen den Kanzler führen. In beiden Fragen unterlag er gleichwohl. Die Zahl seiner Gegner vermehrt sich überhaupt. Das Centrum stimmt neuerdings beharrlich gegen ihn.

Stuttgart, 8. Mai 1880. Samstag.

Nach den Zeitungsberichten und einem Brief Römer's ist in Berlin zunächst Frieden mit dem Reichskanzler geschlossen; er läßt sich demnächstigen Schluß des Reichstags und Vertagung seiner Steuerprojekte gefallen und machte bei der am Dienstag abgehaltenen Soiree den Liebenswürdigen. Nur gegen Hamburg tobt der Sturm fort.

Stuttgart, 19. Mai 1880.

Am 8. Mai 1880 hielt Bismarck aus Veranlassung des Delbrück'schen Antrags zur Elbschiffahrtsakte im Reichstag seine Staub aufwerfende Rede, am Montag machte sich der Reichstag schlüssig und wies bei der dritten Lesung den Gegenstand unmittelbar vor dem Schlusse an die Kommission zurück. Der Beschluß hatte den Sinn des non liquet, und wenn ich in Berlin gewesen wäre, hätte ich auch für diesen ursprünglich Bennigsen'schen Antrag gestimmt.

Ich erfuhr aus Bundesratskreisen, Fürst Bismarck habe bei seiner Anwesenheit in den Bundesrats-Ausschüssen die Äußerung gethan, die Mittelstaaten (Bayerns Gesandter stellte sich im Kampf um die Freihafenprivilegien Hamburgs auf die Seite dieser Hansestadt) sollten an den 14. Juni 1866 denken. Die gleiche Äußerung habe der Sohn Bismarck's gesprächsweise zu dem Abgeordneten Römer gethan.

Römer erzählt, Graf Wilhelm Bismarck habe ihm während der Sitzung erklärt, sein Vater sei entschieden gegen den Antrag Bennigsen, er ziehe ein einfaches Ja oder Nein vor. Nach seiner Erzählung verkehrt Fürst Bismarck auch mit Schauß, und Römer behauptet (wohl mit einiger Übertreibung), unsre Gruppe resp. Schauß habe den Kanzler bestimmt, zu der Dienstagssoiree einzuladen. Letzterer habe am Montag darüber zu Schauß gesagt, er wisse gar nicht, woher er so schnell gutes Essen herbekommen solle, worauf Schauß erwidert habe, gute Worte seien den Abgeordneten lieber als gutes Essen. Mir wird bei diesem Verkehr der Gruppe und dieser Intimität mit Bismarck schwül zu Mute.

Rorschach, 22. August 1880.

In den Zeitungen, die ich hier nicht regelmäßig lese (auch eine Erholung), finde ich die Nachricht, daß demnächst der linke Flügel der Nationalliberalen mit einer Erklärung austreten und eine besondere Gruppe zwischen Fortschritt und Nationalliberalen bilden werde. Da gilt es nun Stellung zu nehmen, vorerst aber abzuwarten. Indessen wird es notwendig werden, in einer Wähler-

Digitized by Google

versammlung meinen Standpunkt darzulegen. Wie derselbe sich zu Bennigsen resp. Forckenbeck verhalten wird, muß die Zukunft lehren. Durch dick und dünn gehe ich nicht mit Bismarck, obgleich ich (soviel jetzt schon klar ist) mit Forckenbeck und Genossen (Freihandel, Doktrinarismus, Centralismus, Negation gegen Steuern überhaupt, gegen die Militärerhöhung, gegen das Sozialistengesetz u. s. f.) noch weniger als mit Bennigsen gehen kann.

Mit dem Jahre 1880 haben die Tagebuchaufzeichnungen Hölder's ihren Abschluß gefunden. Den Plan der Fortsetzung, den er im Jahre 1881 noch hatte, vereitelte die Geschäftslast, die vom Herbst 1881 an infolge seiner Berufung zum Ministerposten auf ihm ruhte. Hölder hat von da an keinerlei schriftliche Aufzeichnungen über seine politischen Erlebnisse mehr gemacht. Sein Wunsch, dies in den letzten Jahren seines Lebens in ruhiger Weise zu thun und die früher gesammelten Aufzeichnungen u. s. w. zu sichten und zu verarbeiten, ging nicht in Erfüllung. Er starb mitten in der Geschäftslast, die er nie mit Befriedigung getragen und nur aus Pflichtgefühl und auf Grund politischer Erwägungen übernommen hatte. —

Das Ergebnis dieser Reichstagssession erfüllte die Opposition mit großer Zuversicht. Obwohl die Reichstagswahlen noch über ein Jahr Zeit hatten, glaubte Eugen Richter jetzt schon die Vorbereitung derselben in Angriff nehmen zu sollen. In seiner am 11. Juni 1880 veröffentlichten Kundgebung erhoffte er von diesen Wahlen eine „entscheidende Wendung", mit andern Worten einen Bismarck feindlichen Reichstag; ließen doch — nach seiner von der Mehrheit der Nation allerdings nicht geteilten Auffassung — „die neuesten Vorgänge selbst manche der taktischen Eigenschaften vermissen, welche früher dem Kanzler zu seinen großen Erfolgen verholfen". Eugen Richter wurde jetzt immer mehr der Brennpunkt der Opposition; in früheren Jahren hatte Bismarck im Parlament manchen Strauß mit ihm durchgefochten; schließlich verlor er die Lust dazu.

„Ich verlasse die Sitzung — soll Fürst Bismarck geäußert haben — sobald Herr Richter das Wort ergreift, nicht weil ich mir nicht zutraute, seine Reden zu beantworten, sondern weil der oppositionelle Duft, welcher die ganze Person umgiebt, meine Nerven affiziert, und weil er Satisfaktion für eine Grobheit nur durch gesteigertes Schimpfen zu geben pflegt. Was er sagt, ist mir übrigens Wurst im Superlativ; bekehren werde ich ihn nicht, und besiegen wird er mich nicht, und so ist es am besten, wenn wir uns gegenseitig von weitem bewundern."

Mit welchem Mißbehagen übrigens den Fürsten die letzte Reichstagscampagne erfüllte, erhellt aus einem Schreiben, das derselbe unterm 28. Oktober 1880 [1]) an den Kaiser Wilhelm richtete: Der tumultuarische Versuch, den die Partei des Freihandels unter der Führung Delbrück's und in Rechnung auf die Hilfe des Centrums gemacht hat, die von Ew. Majestät im vorigen Jahre mühsam hergestellte Protektion vaterländischer Arbeit wieder in Frage zu stellen,

[1]) Das Datum steht nach Kohl's „Bismarck-Jahrbuch", I. S. 132, nicht fest.

Digitized by Google

würde mir als ein parlamentarisches Ereignis keinen Eindruck gemacht haben, wenn ich, wie ich erwarten durfte, die Regierung einig und bereit gefunden hätte, für ihre eigenen verfassungsmäßigen Rechte gegen die Übergriffe des Reichstags einzustehen. Entmutigend aber wirkt auf mich die Wahrnehmung, daß es meinen fortschrittlichen und freihändlerischen Gegnern gelungen ist, durch unwahre Darstellungen an mehr als einem deutschen Hofe Anklang für ihre Bestrebungen gegen die Politik zu finden, die ich nach Ew. Majestät Intentionen so führe, wie ich sie verstehe und bisher mit günstigem Erfolge geführt habe. Ich hatte im vorigen Jahre noch geglaubt, daß ich in Bezug auf die Richtigkeit dieser meiner Politik wenigstens des Vertrauens der deutschen Regierungen sicher wäre; ich habe mich aber überzeugen müssen, daß ich im Irrtum war und daß selbst bei den ansehnlichsten und am meisten bei den Wechseln europäischer Entwickelung interessierten Dynastien sehr geringe Anlässe hinreichen, um der Bewegungspartei gegen mein Streben nach Erhaltung und Konsolidierung beizustehen, mir aber, anstatt mir zu helfen, durch Kritik die Arbeit zu erschweren und damit wenigstens so viel zu erreichen, daß eine Arbeitslast, der ich überhaupt nicht mehr gewachsen bin, noch gesteigert wird. Wenn die Zahl meiner persönlichen und politischen Gegner sich mit der Länge der Zeit, während welcher ich nun schon andern Bewerbern entgegenstehe, notwendig vermehrt, so thut es mir um so mehr leid, daß in demselben Maße meine Widerstandskräfte mit Jahren und Krankheiten abnehmen. Ich kann mich der Besorgnis nicht erwehren, daß die deutschen Errungenschaften, die unter Ew. Majestät Führung durch die Tapferkeit der Armee erreicht worden sind, durch den Parteikampf in Parlament und Presse unter Konnivenz dynastischer und höfischer Einflüsse schwer geschädigt werden können, namentlich wenn ansteckende Krisen in den großen Nachbarländern ausbrechen sollten. Ich würde es für ein hartes Geschick halten, wenn ich Entwickelungen, die ich bekämpfe, die ich aber nicht hindern kann, durch die Fortdauer meiner Anwesenheit im Dienste sanktionieren sollte. Die Besorgnis vor dieser rückläufigen Entwickelung wirkt lähmend auf meine Kräfte.

Daß ich in solcher Lage mich der Geschäftslast nicht mehr gewachsen fühle, ist Ew. Majestät seit Jahren bekannt und insbesondere seit dem Frühjahr 1877. Ich habe dennoch eine Bitte um Entlassung seitdem nicht wieder ausgesprochen, denn diejenige vor 5 Wochen konnte ihrer Natur nach nicht ernsthaft gemeint sein. Ich habe sie nicht ausgesprochen, nicht weil ich mich kräftiger und meinen Aufgaben gewachsen fühlte, sondern weil ich mich, nach allem, was vorangegangen war, nicht entschließen kann, gegen Ew. Majestät Willen aus Allerhöchstderen Dienst zu scheiden. Ich erlaubte mir unterthänigst im August 1878 Ew. Majestät gegenüber in Gastein auszusprechen, daß ich nach dem, was damals vorgegangen war, Ew. Majestät gegen Allerhöchstderen Willen den Dienst nicht versagen würde. Wenn ich mich nun in der Voraussetzung nicht irre, daß Ew. Majestät auch heute meinen Rücktritt aus dem Dienste zu genehmigen nicht geneigt sind, so kann ich mich doch über das Maß meiner Kräfte im Verhältnis zu dem Widerstand, den ich von allen Seiten erfahre, nicht täuschen, sondern werde in dem Stell-

Digitized by Google

vertretungsgesetze die Möglichkeit suchen müssen, die Arbeit sowohl wie die Verantwortlichkeit für das Ergebnis derselben andern Kräften zu überlassen. Spezielle Anträge werde ich an Ew. Majestät in dieser Beziehung erst dann richten können, wenn der Verlauf der mit dieser Woche beginnenden Landtagssession sich erst mit mehr Sicherheit übersehen läßt. von Bismarck.

Erinnern wir hier zum Schluß noch an eine Äußerung, welche Bismarck dem Senator Schläger in Hannover gegenüber über die ungesunde Parteibildung im deutschen Parlament gemacht hat. Als letzterer dem Kanzler die Aufgabe vorlegte, dahin zu wirken, daß es im Parlament bloß zwei Parteien gebe, eine konservative und eine liberale, da habe Bismarck ihn verwundert angesehen und gefragt: „Wissen Sie denn nicht, daß wenn drei Deutsche zusammenkommen, immer vier Parteien vertreten sind, die Lösung einer solchen Aufgabe mithin unmöglich ist!“ [1])

Am 22. Juli 1880 erging aus der Reichskanzlei nachstehendes Schreiben an den Reichstagsabgeordneten, Staatsminister Freiherrn von Varnbüler in Schloß Hemmingen.

Eurer Excellenz beehre ich mich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers die beiden Anlagen zu vertraulicher Kenntnisnahme ganz ergebenst zu übersenden.

Der Herr Reichskanzler würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie die Gewogenheit hätten, ihm Ihre Ansicht über die darin in Aussicht genommenen Gesetzentwürfe mitzuteilen.

Genehmigen Eure Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung. von Kurowsky.

Die Anlage bildete eine im Reichsamt des Innern ausgearbeitete und dem Reichskanzler von dem Staatsminister Hofmann unterm 10. Juli 1880 vorgelegte Denkschrift über die Frage der Versorgung erwerbsunfähig gewordener Fabrikarbeiter. Der Staatsminister Hofmann entwickelte hier das, was die Gesetzgebung schon bisher auf diesem Gebiet geleistet hatte, und erwähnte die verwandten Anregungen, die von dem Abgeordneten Stumm im Reichstag im Jahre 1870 und 1880 ausgegangen waren. „Nach der Art, wie Eure Durchlaucht sich gelegentlich über den Stumm'schen Antrag mir gegenüber ausgesprochen

[1]) Die „Post“, 1880, Nr. 296, S. 2. — Das 5. allgemeine deutsche Turnfest, welches im Sommer 1880 in Frankfurt a. M. stattfand, gab Anlaß zu einer Korrespondenz Bismarck's mit dem Abgeordneten Miquel. Auf die Einladung zum Besuch des Turnfestes erging an den ersten Präsidenten des Centralausschusses des Turnfestes, den Oberbürgermeister Dr. Miquel folgendes eigenhändige Schreiben Sr. Durchlaucht: Friedrichsruh, den 12. Juli 1880. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, dem Centralausschuß meinen verbindlichen Dank übermitteln zu wollen für die Einladung, die er mir zur Feier hat zugehen lassen. Ich würde derselben um so lieber folgen, als ich den Festort, in welchem ich acht glückliche Jahre verlebt habe, seit einer langen Reihe von Jahren nicht wieder besuchen konnte und bedauere lebhaft, daß mein Gesundheitszustand mir diese Freude versagt. von Bismarck.

Digitized by Google

haben, darf ich annehmen, daß es Hochdero Absicht entspricht, wenn dem Reichstag im nächsten Frühjahr eine Vorlage zur Regelung der Arbeiterversorgung gemacht wird."

Der Staatsminister Hofmann empfahl Gesetzentwürfe zum Schutze der Arbeiter in Fällen

a) von Krankheit,
b) der Körperverletzung durch Unfall,
c) Gebrechlichkeit durch Alter beziehungsweise durch frühzeitige Abnutzung der Arbeitskraft,

und erbat sich von dem Reichskanzler die Erlaubnis, entsprechende Gesetzentwürfe ausarbeiten zu lassen und dieselben nach vorgängiger Vernehmung von Sachverständigen dem Bundesrat vorlegen zu dürfen.

Dem Auftrage des Fürsten Bismarck entsprach Freiherr von Varnbüler, indem er demselben am 17. September 1880 das erbetene Gutachten mit folgendem Begleitschreiben vorlegte:

Eurer Durchlaucht beehre ich mich, hiermit die mir mittelst Schreibens der Reichskanzlei vom 22. Juli aufgegebene Beurteilung der beiden Entwürfe von Gesetzen über die Bildung von Handwerkerinnungen und von Versorgungskassen im Anschlusse zu überreichen.

Wie der Antragsteller, so halte auch ich dafür, daß das Bestreben darauf zu richten sei, in die Zerfahrenheit der arbeitenden Klassen, namentlich des Handwerks, mehr Halt zu bringen und zu diesem Zweck nach entsprechenden organischen Einrichtungen zu suchen, sowie dem alternden invaliden Arbeiter die hilfreiche Hand zu bieten, allein es ist mir, was die Innungen betrifft, nicht möglich gewesen, über ernste Bedenken hinwegzukommen, sobald man den Wirkungskreis über die Grenze autonomer Thätigkeit führen wollte. Die große Wandelbarkeit in der Organisation der Arbeit und in dem Verfahren bei der gewerblichen Produktion bilden mir die Hauptschwierigkeit.

Aus ähnlichen, teilweise denselben Gründen ist es ungemein schwer, für die zu versorgenden Arbeiter die richtige Klassifikation, feste Kategorien zu finden, auf welche das Gesetz mit Sicherheit angewendet werden könnte.

Dies führte mich zu einer Generalisierung des Stumm'schen Planes, welche allerdings riesenhafte Dimensionen annehmen, aber der Reichs- und Staatsverwaltung keine schwierigeren Aufgaben stellen würde, als manche andre, welche sie mit Erfolg bewältigt. Prinzipiell begegne ich hier dem Bedenken, daß ein großer Teil der Ersparnisse in Zeitrenten zerschlagen und der Kapitalansammlung entzogen würde.

Ich durfte Eurer Durchlaucht meine Zweifel und Bedenken nicht vorenthalten. Hochdieselbe werden zu beurteilen wissen, in wie weit sie begründet sind und werden die Schwierigkeit der Ausführung überwinden, falls die Entscheidung für dieselbe fiele.

Digitized by Google

Ich benutze diesen Anlaß zu dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, womit ich die Ehre habe zu sein

Eurer Durchlaucht ergebenster Diener

Freiherr von Varnbüler.

Am 5. August 1880 wandte sich der Abgeordnete von Helldorff brieflich an Bismarck in dem Sinne: „es sei unerläßlich, die Legislatur-Periode nicht abschließen zu lassen, ohne ein für die Masse verständliches Resultat der Steuererleichterung als Folge der Zollpolitik; für die parlamentarische Beratung scheine es geraten, die gesamten Steuervorlagen gleichzeitig und bei Beginn der Session vorzulegen, und in einer Denkschrift den finanziellen Effekt, namentlich auch für preußische Verhältnisse klar zu legen." —

Ende August 1880 unterzeichneten 13 Mitglieder des Reichstags, 12 des Abgeordnetenhauses und 3, welche beiden Vertretungskörpern angehörten, folgendes Manifest, das allgemein als eine Kriegserklärung gegen Bismarck angesehen wurde[1]):

„Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre haben in steigendem Maße uns die Überzeugung aufgedrängt, daß die nationalliberale Partei gegenüber den wesentlich veränderten Verhältnissen nicht mehr von der Einheit politischer Denkart getragen wird, auf der allein ihre Berechtigung und ihr Einfluß beruhten.

In dieser Überzeugung erklären die Unterzeichneten hiermit ihren Austritt aus der nationalliberalen Partei.

Eine in sicheren Bahnen ruhig fortschreitende Entwickelung unsrer in Kaiser und Reichsverfassung ruhenden Einheit wird nur aus der Wirklichkeit eines wahrhaft konstitutionellen Systems hervorgehen, wie es die deutsche liberale Partei seit ihrer Existenz unverrückt erstrebt hat. Das einige Zusammengehen der liberalen Partei in den wesentlichen Fragen, das Aufhören verwirrender und aufreibender Kämpfe verschiedener liberaler Fraktionen erscheint uns aber als die unerläßliche Voraussetzung für das ersehnte Ziel.

Fester Widerstand gegen die rückschrittliche Bewegung, Festhalten unsrer nicht leicht errungenen politischen Freiheiten ist die gemeinschaftliche Aufgabe der gesamten liberalen Partei.

Mit der politischen Freiheit ist die wirtschaftliche eng verbunden, nur auf der gesicherten Grundlage wirtschaftlicher Freiheit ist die materielle Wohlfahrt der Nation dauernd verbürgt.

Nur unter Wahrung der konstitutionellen Rechte, unter Abweisung aller unnötigen Belastungen des Volks und solcher indirekten Abgaben und Zölle,

[1]) Vergl. über die Sezession: Wiermann, „Der deutsche Reichstag", Bd. I., S. 143, die „Post" 1880, Nr. 147. Vorbereitet wurde die Sezession durch eine Rede des Abgeordneten Rickert vom 19. August 1880, s. „Schultheß' Geschichtskalender", S. 210. Äußerung des Abgeordneten von Bennigsen über die Sezession vom 19. September 1880 auf dem Parteitag in Hannover a. a. O., S. 220. — 19. November 1880 Verhandlung in Berlin über das Statut der „liberalen Vereinigung" a. a. O., S. 256.

Digitized by Google

welche die Steuerlast vorwiegend zum Nachteil der ärmeren Klassen verschieben, darf die Reform der Reichssteuern erfolgen.

Mehr wie für jedes andre Land ist für Deutschland die kirchliche und religiöse Freiheit die Grundbedingung des inneren Friedens. Dieselbe muß aber durch eine selbständige Staatsgesetzgebung verbürgt und geordnet sein. Ihre Durchführung darf nicht von politischen Nebenzwecken abhängig gemacht werden. Die unveräußerlichen Staatsrechte müssen gewahrt, und die Schule darf nicht der kirchlichen Autorität untergeordnet werden.

Wir sind bereit, einer Einigung auf dieser Grundlage zuzustimmen. Für uns aber als Mitglieder der liberalen Partei werden unter allen Umständen diese Anschauungen die leitenden sein."

Unter den 28 Abgeordneten, welche das Manifest der „neuen vereinigten liberalen Gruppe" unterzeichneten (Sezession), waren mehrere, die früher mit Bismarck persönlichen Verkehr gepflogen hatten. Ich nenne in erster Linie den Abgeordneten Rickert[1]), welcher jahrelang die parlamentarischen Gesellschaften in dem Hause Wilhelmstraße 76 besuchte, bis zu Ende der siebziger Jahre die Erkaltung zwischen diesem und dem linken Flügel der nationalliberalen Partei, dem Rickert angehörte, eintrat. Bei diesen parlamentarischen Abenden unterhielt sich der Kanzler wiederholt mit Rickert, auch über schwebende Fragen, worüber sich der Kanzler zu informieren wünschte. Eigentliche Eröffnungen hat aber der Kanzler diesem Abgeordneten niemals gemacht; er trug demselben von Haus aus Mißtrauen entgegen, weil er dessen Freundschaft zu dem Minister Stosch kannte, von dem es hieß, daß er sich gerne an Bismarck's Stelle gesetzt hätte[2]).

Geradezu gespannt wurde das Verhältnis, seitdem der Kaiser, wenn ich nicht irre in Danzig, von der Wahl Rickert's abgeraten hatte. Rickert behauptete, daß Bismarck den Kaiser zu einer Manifestation gegen ihn veranlaßt habe, was der Kanzler bestimmt in Abrede stellte[3]).

---

[1]) Rickert, Heinrich, geb. 1832; evangelisch. Früher unbesoldeter Stadtrat in Danzig; bei Einführung der Prov.-Ordnung 1876 zum Landesdirektor der Provinz Preußen in Königsberg i. Pr. auf sechs Jahre gewählt, legte nach der Teilung der Provinz dieses Amt nieder und kehrte nach Danzig zurück. Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses seit 1870, des Reichstags seit 1874. 1887 gewählt in Oldenburg 2 und Potsdam 8, 1890 in Danzig 3 und Potsdam 8. Deutsch-freisinnig.

[2]) Die „Nord. Allg. Ztg." entnahm einmal an leitender Stelle dem „Rhein- u. Naheboten" einen die Kandidatur zum Reichstag in Bingen-Alzey betreffenden Brief des Abgeordneten Dr. von Schauß, in welchem es u. A. hieß: Damals (1879) habe ich den Abgeordneten Rickert nicht einmal sondern wiederholt äußern hören, nun müsse ernstlich an die Entfernung des Reichskanzlers aus seinem Amte gedacht werden. Den Nachfolger hatte Rickert schon in der Tasche, dieser war der frühere Minister von Stosch; der innerste Grund dieser Aktion war damals die Hoffnung, daß die preußischen Ostseeprovinzen und die östlichen Häfen Memel und Danzig in größere Protektion genommen würden.

[3]) Im Januar 1881 bemerkte der Abgeordnete Rickert auf dem sezessionistischen Parteitag der Provinz Sachsen in Halle a. S.: „Fürst Bismarck ist so lange liberal gewesen, als die Mehrheit der Volksvertretung es war; er ist Rückschrittler geworden, seitdem das Volk nach den Attentaten auf den Kaiser mißverständlich konservativ gewählt hat". Die Symptome dieses

Digitized by Google

Die guten Beziehungen zwischen Bismarck und Bamberger[1]) waren bereits seit den Kämpfen um den Zolltarif getrübt. Man erzählt, daß der Kanzler in Bezug auf diesen Abgeordneten gelegentlich geäußert habe: „Bei mir geht es wie im Evangelium; ich habe Gefäße zu Ehren und zu Unehren und habe mich noch niemals beim Gebrauche vergriffen, so ähnlich auch unter Umständen eine Maibowle einer Suppenterrine und ähnlichen Gefäßen sehen mag. Was schadet es, daß die Flasche zerbricht, wenn der Wein ausgetrunken ist."

Aus Süddeutschland hatten sich der Gruppe 4 Mitglieder des Reichstags angeschlossen, darunter aus Bayern der Abgeordnete Freiherr von Stauffenberg[2]). Die Chancen dieses Parlamentariers standen einmal bei Bismarck günstig; er war als Kandidat für verschiedene hohe Stellungen in Aussicht genommen; als Minister in Elsaß-Lothringen, sodann als Schatzsekretär. Nach der Darstellung des Abgeordneten von Kardorff ist Bennigsen's Eintritt in das Ministerium im Jahre 1877[3]) lediglich an seiner Person gescheitert. Die Versionen sind sehr verschieden. Eine Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung", die Herrn von Kardorff wegen dieser „Entstellung" angriff, wurde von diesem mit folgender Erklärung in der „Post" erwidert: „In einer zu Bernstadt gehaltenen Ansprache an meine Wähler hatte ich ausgesprochen, der Eintritt des Herrn von Bennigsen

Rückschritts, sagte derselbe, seien die Wirtschaftspolitik und Herr Stöcker; den Hofprediger pflanzte er als Vogelscheuche vor Bismarck auf, um die liberalen Spatzen von dem Gegenstande ihrer alten Anhänglichkeit in gehöriger Entfernung zu halten. „Wir können nicht eine Politik unterstützen, die Herrn Stöcker zum Verteidiger hat". (Stürmischer Beifall). Herr Rickert fuhr unmittelbar fort: „Wir verlangen in unserm Verfassungsleben eine gewisse Kontinuität; statt dessen werden wir unaufhörlich durch neue Gesetzesvorlagen beglückt." (Heiterkeit.) Am 31. August 1880 erklärte er in Danzig, daß das Ziel der neuen liberalen Partei (Sezession) nicht „eine Partei wider Bismarck", sondern „eine Partei gegen die jetzigen Pläne Bismarck's" sei.

[1]) Vergl. Bd. II, S. 126, 131, 167, 214, Auszüge aus der Vorrede zur neuesten Auflage der Bamberger'schen Schrift: „Die Sezession" in der „Post" 1881, Nr. 47. Die „Weimarische Ztg." stellte dem Staatsideal des Abg. Bamberger das des Fürsten Bismarck entgegen. („Post" 1881, Nr. 97.) Offener Brief Moritz Carrière's in der „Gegenwart" an seinen ehemaligen Schüler Dr. Bamberger bezügl. dessen Broschüre: „Die Sezession". („Post" 1881, Nr. 26.) Carrière trat hier sehr für Bismarck ein; er erzählt, es sei dem Kanzler das Werk von Friedrich List vor einigen Jahren von einer Tochter desselben zugesandt worden.

[2]) Frhr. Schenk von Stauffenberg, Franz August, Gutsbesitzer auf Rißtissen bei Ulm (Württemberg), wohnh. daselbst, geb. 3. August 1834 zu Würzburg (kath.). Wurde 1863 Staatsanwalt in Augsburg; im Jahre 1866 verließ er den Staatsdienst, vorzugsweise aus politischen Gründen. 1866 in das bayer. Abg.-Haus gewählt, gehörte er demselben bis 1877, dann wieder seit 1878 an. Gleich nach seinem Eintritt in den Finanz-Ausschuß gewählt, war ihm besonders das Referat über die Verkehrsanstalten übertragen; auch das umfangreiche Wehrgesetz hatte er 1867 als Referent zu vertreten. Bei allen wichtigeren Verhandlungen des bayer. Landtags, insbesondere bei den Verhandlungen über die Zollvereinsverträge, die Versailler Bündnisverträge, das Militärbudget im Jahre 1870, Aufhebung der Todesstrafe, Beschwerde des Bischofs von Augsburg 2c. in erster Linie beteiligt. November 1873—75 Präs. der II. Kammer des bayer. Landtags. Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis München I, von 1871—1878, 1878—1881 für Holzminden; 1876—1879 erster Vize-Präsident des Reichstags. Demnächst gewählt in 2. Wahlkreise Mittelfranken, Erlangen-Fürth. (Liberale Vereinigung.)

[3]) Vergl. Bd. II, S. 254, 267.

Digitized by Google

in das Ministerium bezw. als Stellvertreter des Reichskanzlers sei meiner Überzeugung nach weniger an der Frage der konstitutionellen Garantien für das Steuerbewilligungsrecht des Reichstags und Landtags gescheitert, als vielmehr an der Personenfrage, namentlich der Forderung, Herrn von Stauffenberg das Schatzsekretariat des Reichs zuzuwenden. Jene Schwierigkeiten würden bei dem damals auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen haben beseitigt werden können, denn sie seien in der That nicht unüberwindlich. Dagegen solle man erwägen, welche Schwierigkeiten nach allen Seiten der Reichskanzler zu überwinden gehabt haben werde, ehe er es habe wagen können, den als Unitarier bei den mittleren und kleineren Regierungen angesehenen Herrn von Bennigsen zu dem gedachten Posten zu berufen, ohne befürchten zu müssen, durch diese Berufung das Vertrauen und den guten Willen dieser Regierungen zu verscherzen, auf deren Unterstützung im Bundesrate er doch angewiesen sei. Er habe diese Bedenken glücklich überwunden und nun sei in letzter Stunde noch die Forderung bezüglich des Herrn von Stauffenberg gestellt, der in Mittel- und Süddeutschland ungefähr in demselben Renommee stehe, wie Herr von Bennigsen, nämlich dem eines Unitariers und Preußenfreundes. Er habe sich jetzt fragen müssen, ob er nicht in der That durch die Aufnahme dieses Vorschlages mehr verliere, als gewinne, nämlich verliere: das Vertrauen der verbündeten Regierungen, und gewinne: die Unterstützung der nationalliberalen Partei, aber noch lange nicht eine sichere Mehrheit im Reichstage. Ein Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" ist so gütig, dies nur für aufgebundene Märchen zu erklären und hinzuzufügen, Herr von Stauffenberg sei nur durch Familienverhältnisse veranlaßt gewesen, seinen Aufenthalt hier in Berlin zu nehmen, — eine Thatsache, die mir sehr wohl bekannt ist und die ich niemals in Zweifel gezogen habe. Dagegen halte ich aufrecht: 1) daß die Forderung gestellt war, Herrn von Stauffenberg solle das Schatzsekretariat des Reichs übertragen werden, und 2) daß meiner Überzeugung nach diese Forderung aus dem von mir angegebenen Grund mehr zu dem Scheitern der Verhandlungen beigetragen hat, als die Frage der konstitutionellen Garantien. Ich begreife es, daß in demselben Augenblicke, in welchem man den Fürsten Bismarck von liberaler Seite zu verdächtigen sucht, eine großartige Reaktion ins Werk setzen zu wollen, und die Mythe lebendig zu erhalten sucht, der Reichskanzler habe die konstitutionellen Rechte der Landtage lahmzulegen beabsichtigt, und dies sei der Grund des Scheiterns der Verhandlungen — ich begreife es, daß in diesem Augenblicke meine Kombination jener Seite nicht paßt: aber es liegt nicht in meinen Gewohnheiten, derartige Dinge bloß auf müßiges Gerede hin zu behaupten. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" möge also annehmen, daß meine Auffassung der damaligen Situation der wirklichen Sachlage mehr entspricht, als er vielleicht augenblicklich zuzugeben für gut befindet."

In seiner Magdeburger Rede von 1881 hatte Herr von Bennigsen gesagt: „Kaum 3 Jahre sind es her, daß an meiner Stellung zum Monopol die damalige Kombination, welche der Reichskanzler selbst ernstlich wünschte, mein Ein-

treten und das andrer liberaler Männer ins Ministerium und in die Reichsämter scheiterte, hauptsächlich, wenn auch nicht allein, weil ich es ablehnte, die Verantwortlichkeit für die Durchführung des Monopols zu übernehmen."

Hierauf brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen sichtlich inspirierten Artikel, worin es u. a. heißt: „Der Reichskanzler hatte im Dezember 1877 die Absicht, Sr. Majestät dem Könige Herrn von Bennigsen für den damals erledigten Posten eines Ministers des Innern vorzuschlagen. In dieser Absicht ersuchte der Reichskanzler ihn um persönliche Besprechung, bei welcher sich ergab, daß Herr von Bennigsen geneigt sein würde, in das Ministerium einzutreten (wenn auch nicht als Minister des Innern), falls mit ihm Herr von Forckenbeck, den er für einen geeigneten Minister des Innern hielt, einträte und Freiherr von Stauffenberg das jetzige Reichsschatzamt erhielte. Dieser Plan ist nicht am Tabaksmonopol gescheitert, sondern an sich selbst. Die Kombination war faktisch als „gescheitert" anzusehen, sobald der Ministerpräsident die von ihm gehegte Absicht, Herrn von Bennigsen Sr. Majestät dem Könige als Minister vorzuschlagen, aufgab. Auch wenn er sie ausgeführt hätte, hätte die Kombination an der Monopolfrage doch immer erst dann scheitern können, wenn der König den Antrag seines Ministerpräsidenten genehmigt hätte. Die Frage, ob dies geschehen sein würde, ist nicht zur Entscheidung gelangt, weil der Ministerpräsident zwar bereit gewesen war, Herr von Bennigsen vorzuschlagen, aber nicht Herrn von Forckenbeck, Herr von Bennigsen aber daran festhielt, nicht ohne den Letzteren eintreten zu wollen. In betreff des Freiherrn von Stauffenberg würde der Ministerpräsident damals weniger schwierig gewesen sein: die Unmöglichkeit desselben trat erst ans Licht nach der Rede, die Herr von Stauffenberg über den § 109 der preußischen Verfassung gehalten hatte, zu einer Zeit allerdings, wo Verhandlungen über die Kombination überhaupt nicht mehr stattfanden, weil es weder in der Absicht, noch in der Macht des Ministerpräsidenten lag, Herrn von Forckenbeck ein Portefeuille zu verschaffen."

Herr von Forckenbeck sprach sich bei der Bereisung seines Wahlkreises über die Ministerkombination von 1877 bis 78 in einer Rede folgenden Inhalts aus: „Als mit Herrn von Bennigsen von seiten des Kanzlers — denn der Kanzler hat diese Verhandlungen eingeleitet — die Verhandlungen über seinen Eintritt in das Ministerium eröffnet wurden, befand ich mich in Breslau und bin nur auf wiederholte Aufforderung eines Freundes nach Berlin gekommen. Die Verhandlungen wurden nicht im Kreise der Partei, sondern nur unter ganz wenigen Freunden, fünf bis sechs, geführt. Alle erkannten es als eine höchst bedenkliche Frage an, ob es bei den damaligen Strömungen, die im Volke und die oben herrschten, überhaupt zum Heile des Vaterlandes gereichen könne, wenn in das Ministerium von der damaligen Gestaltung Männer unsrer Partei einträten und ob ein derartiges Ministerium zum Heile des Vaterlandes die Aufgaben, die gestellt wurden, lösen könne. Aber wir sagten uns, wenn die Verhandlungen eröffnet sind, so ist es die Pflicht, und zwar ernste Pflicht politischer Männer,

Digitized by Google

diese Verhandlungen zu führen und zu sehen, ob sie zu einem glücklichen Resultate gelangen können, und bei diesen Verhandlungen war es Herr von Bennigsen selbst, der von Anfang an und ausdrücklich erklärte, daß er ohne zwei politische Freunde nicht in das Ministerium eintreten wolle. Er selbst, meine Herren, hat dieses von Anfang bis zum Schluß der Verhandlungen festgehalten und ich glaube, die Geschichte wird ihm die Anerkennung nicht versagen, daß er in dieser Art und Weise seinen Einblick, seine Voraussicht als Staatsmann bewährt hat. Meine Herren! Hat er darin recht gehabt? Vergleichen Sie doch und denken Sie an das Schicksal des Ministers Hobrecht, der dann als Finanzminister eintrat und nach 9 oder 10 Monaten, nachdem er mit seinen Vorsätzen gescheitert war, wiederum aus dem Ministerium austreten mußte. Meine Herren! Bei dieser Gelegenheit kann ich mit meinem Freunde Stauffenberg auch das als wahr bestätigen, daß Herr von Bennigsen glaubte, die Verhandlungen schwebten noch, bis die bekannte Sitzung stattfand, in welcher der Reichskanzler zum erstenmal das Tabaksmonopol als sein Ideal erklärte. Ich erinnere mich ganz deutlich. Ich präsidierte in dieser Sitzung, und als diese Vorgänge und Reden vorüber waren, kam Herr von Bennigsen zu mir zum Präsidentenstuhl mit folgenden Worten: „Forckenbeck, für das Tabaksmonopol können wir doch nicht mitgehen und wirken. Wenn Sie einverstanden sind, dann gehe ich jetzt unmittelbar zum Herrn Reichskanzler hin und sage, daß er auf uns nicht mehr zu rechnen habe.“ Ich sagte ihm, ich wäre damit vollständig einverstanden; er ging hin, und nach einer Stunde erzählte er mir, daß mit dem Reichskanzler die Verhandlungen abgebrochen seien. Das kann ich der Wahrheit gemäß hier bestätigen. Ich selbst habe immer an dem Gelingen dieser Verhandlungen gezweifelt.“

Die Äußerung des Herrn von Stauffenberg, auf welche hier Herr von Forckenbeck Bezug nahm, hatte derselbe in einer zu Erlangen gehaltenen Wahlrede gethan. Er sagte dort: „Kurz nach dem Austritt Delbrück's aus der Regierung hat sich jene Episode abgespielt, auf welche in neuesten Auslassungen wieder Bezug genommen worden ist, die Verhandlungen mit Bennigsen wegen seines Eintritts in das Ministerium. Bezüglich dieser Unterhandlungen hat Herr von Bennigsen jüngst wieder einige Mitteilungen in Magdeburg gemacht, und diesen Mitteilungen gegenüber ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit der Enthüllung gekommen, daß schon im Anfang des Jahres, mehrere Wochen vor dem formellen Abbruch der Verhandlungen, die Absicht, die Unterhandlungen fortzuführen, definitiv aufgegeben worden sei. Wie überraschend diese Enthüllungen allen Beteiligten gekommen, ist schwer zu sagen. Am meisten überrascht wird Herr von Bennigsen gewesen sein, der in der ganzen Sache als ein wahrer Gentleman gehandelt hat. Ich kann die Erzählung des Sachverhalts, die er in Magdeburg machte, als Augen- und Ohrenzeuge nur wortwörtlich bestätigen.“

Über die Varziner Verhandlungen kann ich auf Grund einer Unterhaltung mit dem verstorbenen Abgeordneten von Sybel noch Nachstehendes mitteilen. In der Fraktionssitzung der nationalliberalen Partei, in welcher Bennigsen über die Varziner Besprechungen referierte, erklärte derselbe offen, daß Bismarck ihm

Digitized by Google

ein Ministerportefeuille angeboten habe. Da erhob sich der Abgeordnete Lasker und bemerkte, daß eine ersprießliche Wirksamkeit Bennigsen's als Minister nicht möglich sei, wenn er nicht noch zwei nationalliberale Kollegen erhalten würde. Es frägt sich, ob Lasker hierbei nicht an sich selbst dachte; Thatsache aber ist es, daß Bennigsen hiermit ein Bleigewicht angehängt wurde, das die ganze Kombination schließlich scheitern ließ [1]).

Aus Hessen-Nassau war Dr. Thilenius [2]) der Sezession beigetreten, den die fürstliche Familie früher gern bei sich sah und bei dem die Fürstin Bismarck während ihres Aufenthalts in Soden einmal gewohnt hatte. Der Abbruch der persönlichen Beziehungen erfolgte im Anschluß an den Frontwechsel vom Freihandel zum Schutzzoll, den Thilenius nicht mitmachen zu können glaubte, sein Beitritt zur Sezession machte den Bruch unheilbar [3]).

Von der großen Verstimmung, die sich auch Bennigsen's in dieser Zeit bemächtigte, giebt eine Rede Zeugnis, die derselbe in Hannover am 19. September 1880 auf dem hannoverschen Parteitage hielt. Über die Steuerpolitik sagte derselbe hier: „Die stoßweise ausgehende Politik, welche der Reichskanzler auf dem Gebiete der Steuerfragen verfolgt, hat in der Bevölkerung eine große Beunruhigung hervorgerufen, kein Mensch weiß, wohin alle diese Experimente führen sollen. Auf diesem schwierigen Gebiete, wo man gleichzeitig die Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten zu erwägen hat, ist ein planmäßiges Verfahren der Regierung nicht zu bemerken, und daher die Unruhe und das Mißtrauen."

Hermann Wagener meinte, daß Bennigsen kein besonderes Vergnügen daran fand, wie die Spartaner bei Thermopylä noch länger „im Schatten zu fechten". Die Schuld an der fortwährenden Zerbröckelung der nationalliberalen Partei [4]) kann ihm nicht in die Schuhe geschoben werden. Ihm wäre nichts lieber gewesen, als mit den alten Freunden stets Hand in Hand mit dem Kanzler zu

---

[1]) Guten Aufschluß müßte über die Varziner Verhandlungen der Abgeordnete von Dietze-Barby geben können, welcher gleichzeitig mit Bennigsen in Varzin weilte. Bei einer entscheidenden Besprechung Bismarck's mit Bennigsen bat ersterer Dietze-Barby, sie beide allein zu lassen, jedoch das Zimmer nicht zu verlassen. Es gewann fast den Anschein, als habe sich Bismarck für die Unterredung einen Zeugen sichern wollen.

[2]) Thilenius, Georg, Dr. med., königlicher preußischer Sanitätsrat, praktischer Arzt in Soden am Taunus. Geboren 19. April 1830 in Rüdesheim a. Rhein (evangelisch). Studierte Berg- und Hüttenwissenschaften in Bonn und Berlin, ging 1851 zur Medizin über. Seit 1855 Arzt in Soden, seit 1870 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den Landkreis Wiesbaden, Mitglied des Reichstags seit 1874. Litterarische Thätigkeit nur fachwissenschaftlich. (Liberale Vereinigung.)

[3]) Abgeordneter von Saucken-Tarputschen in einer Wählerversammlung über die Kanzlerkrisis und den Fürsten Bismarck („Post" 1880, Nr. 115, S. 3). — „Für eine große liberale Partei fehlt unter einem Ministerium Bismarck jeder Wirkungskreis" („Post" 1880, Nr. 197, aus der „Volkszeitung"). — Der Reichskanzler wird sich nie an die Spitze einer liberalen Regierung stellen („Post" 1880, Nr. 207, aus der „Volkszeitung"). — „Fürst Bismarck und die konservativ-klerikale Partei" („Post" 1880, Nr. 212).

[4]) 1874 zählte sie im Reichstag 150 Mitglieder, im Jahre 1877 sank die Zahl auf 126, 1878 auf 97. Im Juli 1879 waren sodann 13 Mitglieder aus der Partei ausgetreten und hatten nach rechts die Gruppe Völk-Hölder gebildet.

Digitized by Google

gehen, immerhin mit dem stillen Nebengedanken, mit der Zeit besser gewürdigt und näher herangezogen zu werden. Daß ihm dies nicht auf die Dauer gelang, hatte darin seinen Grund, daß seine Basis und Bestrebungen politischer Natur waren, während seine Rivalen sich, wenn nicht ausschließlich, jedoch überwiegend auf dem volkswirtschaftlichen und sozialen Gebiete bewegten und hier mit ihren Motiven auch ihre Kraft schöpften.

Am 25. September 1880 gab Graf Wilhelm Bismarck [1]) in Mühlhausen einen Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit als Reichstagsabgeordneter. Er begann damit, daß es für den Abgeordneten notwendig sei, mit seinen Wählern Fühlung zu behalten, und er würde auch stets für ihr Interesse wirken; indem er sich über die zahlreich Erschienenen freue, müsse er jedoch von vornherein warnen, wegen seiner persönlichen Beziehungen irgend welche offiziöse Mitteilungen oder Enthüllungen zu erwarten. Die Thätigkeit des Reichstags habe sich in den beiden verflossenen Jahren hauptsächlich auf die Zollgesetzgebung erstreckt, sei jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt, da verschiedene Vorlagen vom Reichstage abgelehnt seien. Trotz des kurzen Bestehens der zum Schutze unsrer Industrie eingeführten Zölle könne man bereits die Besserung in verschiedenen Zweigen derselben konstatieren; in der Textilbranche hätte er gern Veränderungen in dem von der Kommission beratenen Tarife gewünscht, wäre aber davon abgestanden, um das so schwer zusammengebrachte Werk nicht gänzlich zu gefährden. Für die so viel angefochtene Getreidesteuer habe er gestimmt, da ein solcher Schutz für unsre Landwirtschaft — und Deutschland sei doch vorwiegend ein ackerbautreibender Staat — notwendig sei, dann aber auch, weil ein derartiger Zoll verwerflichen Agitationen der Spekulanten Schranken setze. Die Zölle hätten bis jetzt eine Einnahme von 40 Millionen ergeben; das sei gerade hinreichend, um ein chronisch gewordenes, künstlich verdecktes Deficit in unserm Staatshaushalte zu decken; aber um die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überlassen, was er voriges Mal als zu erreichendes Ziel hingestellt habe, gehörten 100 Millionen, und würde er daher für eine hochveranlagte Börsensteuer und Erhöhung der Brausteuer stimmen. Daß letztere zu ertragen möglich, ersehe man an Bayern, wo dieselbe viel höher sei. Entgegen den Ausführungen von Bennigsen und Kardorff, erklärte Graf Bismarck für Erhöhung der Branntweinsteuer nicht unbedingt eintreten zu können.

Auf die weitere gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstags eingehend, bekannte sich Graf Bismarck dazu, für autonome Innungen eingetreten zu sein, da unser Handwerkerstand nur durch Weckung der Standesehre zu heben sei. Mit dem Wuchergesetz habe er sich eingehend beschäftigt; seine Anträge seien zwar nicht durchgedrungen, aber der Wucher wohl auch noch nicht gänzlich ausgerottet, vielleicht komme man darauf zurück. Seine Anträge auf Beschränkung der Wechselfähigkeit fänden viel Widerspruch, so noch neuerdings auf dem Juristentag zu Leipzig; der Reichstag habe sie aber anerkannt

---

[1]) Vergl. Bd. II, S. 283.

Digitized by Google

und dessen Spruch sei doch wohl noch gewichtiger[1]). Auch den Anforderungen für Erhöhung der Militärlast glaubte Graf Bismarck zustimmen zu müssen. Deutschland habe eine für Industrie ausgezeichnete centrale Lage, aber an seinen Grenzen starke Militärmächte, gegen die es stets gerüstet sein müßte. Was hätte Deutschland im Anfang dieses Jahrhunderts unter der feindlichen Invasion nicht gelitten! Mit einem Appell an die gemäßigten Parteien schloß der Redner: die Fortschrittspartei und die ihr naheverwandten Sezessionisten hätten noch 1866 kurz vor Beginn des Krieges gesagt: „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn die Kroaten vor den Thoren von Berlin ständen!"

In der Nr. 276 der „Kölnischen Zeitung" vom 4. Oktober 1880 veröffentlichte dieselbe folgende ihr zugegangene Zuschrift des Grafen Wilhelm von Bismarck, Mitglied des Reichstags:

Friedrichsruh, den 2. Oktober.

In der Nummer 271 der „Kölnischen Zeitung" vom 29. v. M., welche mir erst heute zu Gesicht gekommen, ist einem von mir am 26. v. M. meinen Wählern erstatteten Rechenschaftsberichte ein Artikel gewidmet, welchem eine irrtümliche Information zu Grunde liegt[2]). Ich bitte ergebenst um dessen Richtig-

---

[1]) Aus Anlaß der von dem Reichstagsabgeordneten Grafen Wilhelm Bismarck im Reichstag eingebrachten Resolution, betr. die Beschränkung der Wechselfähigkeit, erließ Fürst Bismarck im Juni 1880 ein Rundschreiben an die Bundesregierungen, abgedruckt in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. 1., S. 285. Als Stichprobe, welche Sprache der Abgeordnete Eugen Richter gegen den Grafen Bismarck führte, führe ich folgendes an: In Barmen sagte er: „Nicht nur, daß der Vater Bismarck Projekte macht, jetzt fängt der Sohn auch an (große Heiterkeit). Von ihm ist der Vorschlag zur Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit ausgegangen, wodurch gerade der Kredit der kleinen Handwerker und Landwirte erschüttert wird. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme, aber ein großer Mann hat auch nicht immer einen großen Sohn" (Heiterkeit). Bald nachher hielt der Abgeordnete Eugen Richter in Erfurt im fortschrittlichen Vereine eine Rede gegen den Fürsten Bismarck, den Minister Dr. Lucius und den Grafen Wilhelm Bismarck, gegen deren Ton ein liberales Blatt, die „Thüringische Zeitung", Protest einlegte. Als Kennzeichen dieses Tons mag bemerkt werden, daß nach derselben Zeitung der Abgeordnete Richter immer von dem jungen Grafen Bismarck sprach und zwischen den Worten jungen und Grafen eine Kunstpause machte, welche von dem des Redners würdigen Teil des Publikums belacht wurde.

[2]) Der betreffende Artikel lautete: In einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Graf Wilhelm Bismarck vor seinen Wählern in Mühlhausen gehalten, ist das Beachtenswerteste wohl die Stelle, worin er sich über die Steuerreform ausspricht. Graf Bismarck wies zwar die Vermutung zurück, daß infolge seiner persönlichen Verhältnisse seinen Mitteilungen ein offiziöser Charakter innewohne, allein „gute Informationen" wird man ihm doch immer zutrauen dürfen. Der Redner meinte, hundert Millionen Mark neuer Steuern würden zur Erreichung des angestrebten Zieles der Entlastung an direkten Steuern noch nötig sein, und will diese Summe in erster Linie durch die längst bekannten beiden Steuerprojekte aufbringen, die Stempelsteuer, die hinsichtlich der Börsengeschäfte noch etwas höhere Sätze als die der früheren Vorlage vertragen könne, und die Erhöhung der Brausteuer. Dagegen sprach sich Graf Bismarck über die Erhöhung der Branntweinsteuer in einer Weise aus, die, wenn seine Ansichten mit denen des Reichskanzlers übereinstimmen, wenig Aussicht eröffnet, daß auch diese Steuer dem Reichstag vorgeschlagen werden soll. Der Redner meinte, der Branntwein sei jetzt schon unverhältnismäßig hoch besteuert; im Notfall könne man vielleicht später einmal auf das Projekt zurück-

Digitized by Google

stellung. Ich habe nicht gesagt, daß die zur Beseitigung der drückendsten direkten Steuern u. s. ungefähr erforderlichen 100 Millionen Mark ausschließlich durch die Stempel- und erhöhte Brausteuer zu decken seien; ich habe nur erklärt, daß ich zur Verwirklichung der von der Reichsregierung in Angriff genommenen Steuerreform in erster Linie jene beiden Objekte heranzuziehen wünsche. Es wird aber jedermann einleuchten, daß dadurch allein dem Reiche niemals Einnahmen in Höhe von 100 Millionen Mark zugeführt werden können. Da es bisher nicht in meiner Absicht liegt, mit steuergesetzlichen Initiativanträgen im Reichstage vorzugehen und ich anderseits nicht weiß, welche Vorlagen wir nach den bisherigen Ablehnungen im Reichstage von seiten der verbündeten Regierungen zu erwarten haben, so habe ich es für überflüssig erachtet, in eine weitere, doch nur akademische Erörterung von Steuerfragen einzutreten, und bloß bei der Branntweinsteuer eine Ausnahme gemacht, weil es bekannt ist, daß sie bei der Ablehnung der Brausteuervorlage von entscheidendem Einflusse gewesen ist. Ich habe erklärt, daß ich den Standpunkt einer großen Zahl von Abgeordneten hierin nicht teilte, und nicht wie diese aus der Erhöhung der Branntweinsteuer eine conditio sine qua non für die der Brausteuer machen würde, daß ich aber im Falle des Bedarfs die erhöhte Branntweinsteuer nicht ablehnen würde, vorausgesetzt, daß die Landwirtschaft nicht dadurch geschädigt wird. Übrigens sind meine Äußerungen im wesentlichen richtig von einem — wenn ich nicht irre — fortschrittlichen Blatte, nämlich in Nr. 225 der „Nordhäuser Zeitung“ wiedergegeben, wenn auch die unvermeidliche Kürzung meines Vortrages nicht ohne Einfluß auf Sinn und Zusammenhang desselben hat bleiben können. Wenn schließlich in Ihrem Artikel, trotz meines ausdrücklichen und öffentlichen Protestes, von dem Inhalte meines Vortrages Rückschlüsse auf die zukünftigen Maßnahmen des Herrn Reichskanzlers gemacht werden, so ist es ja für Preßangriffe auf diesen zweifellos bequem, in einer Zeit, wo keine Kundgebungen von ihm zu erwarten sind, ihm persönlich nahestehende Abgeordnete für seine politischen Prokuristen zu erklären. Ich nehme aber wiederholt das Recht für mich in Anspruch, meine Ansichten zu äußern, ohne daß mir derartige Unterstellungen gemacht werden,

---

greifen. Nachdem noch jüngst Herr von Bennigsen die höhere Belastung des Branntweins als Bedingung für eine neue Brausteuer bezeichnet, und nachdem man bis tief ins konservative Lager hinein die Gerechtigkeit und Notwendigkeit dieser Maßregel anzuerkennen begonnen hat, ist es nicht erfreulich, diese populäre Steuer, für die sich so zahlreiche wirtschaftliche und moralische Gesichtspunkte geltend machen lassen, jetzt wieder so kühl abgewiesen zu sehen. Wenn der Abgeordnete für Mühlhausen ferner die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz nimmt, daß sie das Versprechen einer Steuerermäßigung nicht gehalten habe, indem er fragt: wie man alte Steuern erlassen könne, wenn der Reichstag in den letzten Sessionen die vorgelegten Steuerprojekte zurückgewiesen habe, so vergißt er dabei doch ganz die Bewilligungen des vorigen Jahres, des neuen Zolltarifs und der Tabaksteuer. Die Überzeugung, daß in der Steuerfrage jetzt endlich ein Weg eingeschlagen wird, der diese so lange schwebende Angelegenheit zu einem befriedigenden Ziele führt, wird man aus den Darlegungen des Grafen Bismarck nicht gewinnen können.

Digitized by Google

wenn ich auch erwarte, daß mir eine gewisse Agitationspresse der oppositionellen Parteien dieses Recht nicht zugesteht. Mit dem Ausdrucke meiner Hochachtung bin ich Ew. Wohlgeboren ergebener

Graf W. von Bismarck, Mitglied des Reichstags.

Es ist gewiß gegen unsre Absicht geschehen, bemerkte die „Kölnische Zeitung" bei Abdruck dieser Zuschrift, wenn in unserm Berichte die Ansichten des Grafen Wilhelm Bismarck nicht ganz richtig getroffen sind. —

Von der Ansicht ausgehend, daß die Kritik derjenigen, die später durch die Ausführung der Gesetze betroffen werden, erhöhte Bürgschaften für die zweckmäßige Gestaltung der Gesetze gewährt, interessierte sich Bismarck sogleich nach seiner Ernennung zum Handelsminister lebhaft für die Errichtung eines preußischen Volkswirtschaftrats, dem der „Reichsfuß" später noch hinzugefügt werden sollte. In diesen Bestrebungen fand Bismarck einen wertvollen Bundesgenossen in der Person des Reichstagsabgeordneten Dr. phil. Hermann Rentzsch[1]).

Am 4. Februar 1881 richtete er an denselben nachstehendes Schreiben[2]):

Euer Wohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Zuschrift vom 26. v. M., daß ich wegen der Bildung eines deutschen Volkswirtschaftsrats den Bundesregierungen bereits Vorschläge gemacht habe, welche im Prinzip von Ihren Auffassungen nicht abweichen. Die einzelnen von Ihnen gegebenen Anregungen werden bei den weiteren Beratungen Beachtung finden.

Wie im vorliegenden Falle, so werde ich auch bei andern Gelegenheiten Anregungen, die mir bei der Bedeutsamkeit Ihrer Stellung von Wichtigkeit sind, gern entgegennehmen.

Der Kanzler legte auf das Urteil des Abgeordneten Rentzsch Wert, da derselbe damals die wichtige Stelle eines Generalsekretärs des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin bekleidete. Er hatte denselben schon am 24. Februar 1879 zu sich gebeten, also zu einer Zeit, da die Vorarbeiten der Zolltarifreform mitten im Gange waren.

Der Leser wird entschuldigen, wenn ich auf diese erste einstündige Unterredung Bismarck's mit Dr. Rentzsch hier zurückkomme, wiewohl dieselbe in eine frühere Session dieser Legislatur-Periode fällt.

---

[1]) Namhafter Volkswirt, wohnhaft in Dresden-Blasewitz. Geboren den 9. Oktober 1832 in Daubnitz. Evangelisch-lutherisch. Von 1859—1862 Oberlehrer an der ersten Realschule in Dresden und Redakteur für den volkswirtschaftlichen Teil der sächs. konstit. Zeitung, von 1862 ab Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Dresden. 1868—1875 Mitglied des sächsischen Landtags, übernahm nach kurzer Thätigkeit in der sächsischen Eisenbahnbaugesellschaft die Geschäftsführung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, interimistisch 1867—1877 das Generalsekretariat des deutschen Handelstages. Verfasser namhafter volkswirtschaftlicher Schriften, vor allem bekannt durch die Herausgabe des Handwörterbuchs der Volkswirtschaftslehre. Leipzig (1863—1865). 1878 in den Reichstag gewählt im 1. Wahlkreise des Königreichs Sachsen. Nationalliberal.

[2]) In Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

Digitized by Google

Die Stadt Zittau hatte dem Fürsten Bismarck eine Adresse übersandt. Einer Anfrage des Chefs der Reichskanzlei, Geh. Rat von Tiedemann, ob Rentzsch als Vertreter des I. sächsischen Wahlkreises dieselbe dem Fürsten persönlich überreichen wolle, wurde selbstverständlich sehr gern entsprochen. Nach Erkundigungen über die Erwerbsverhältnisse der Stadt Zittau wie der Oberlausitz ging der Fürst rasch zur Handelspolitik über und erzählte, wie er vom Freihandel zu einem gemäßigten Schutzzoll gelangt sei.

„Ich habe früher keine Zeit gefunden — führte der Fürst aus — mich mit wirtschaftlichen Fragen, ausgenommen etwa die mir naheliegende Land- und Forstwirtschaft, zu beschäftigen. Ich verließ mich auf Delbrück und habe 1873 der Aufhebung der Eisenzölle unbedenklich mein Placet erteilt. Als ich jedoch 1875 las, daß eine Anzahl von Hochöfen ausgeblasen worden sei, wurde ich stutzig, fragte bei Delbrück nach und erhielt zur Antwort, daß es sich nur um eine der zeitweilig eintretenden Geschäftsstockungen handele, die sich demnächst wieder bessern werde. Ich beruhigte mich dabei. Nachdem ich aber nach etwa Jahresfrist die Lage noch ungünstiger geworden sah und von Delbrück genau die frühere Antwort erhielt, ersuchte ich Delbrück, die Kosten für die Erhebung der bekannten Eisenenquête in das Budget einzustellen. Bald darauf nahm Delbrück seine Entlassung, ließ sich auch zu einer Willensänderung nicht bewegen. So verlor ich für die wirtschaftlichen Angelegenheiten meinen bisherigen Ratgeber. Wenn auch mit der äußeren und inneren Politik schon überlastet, beschloß ich doch, mich über die wirtschaftlichen Zeitfragen selbst zu unterrichten und in den Jahren 1876—78 habe ich — meist in Varzin — das was mir an Sachkunde fehlte nachzuholen versucht. Englands Industrie ist mit Hilfe der Schutzzölle groß geworden — ist erst im Deutschen Reiche die Industrie dadurch erstarkt, daß ihr der inländische Absatz gesichert ist, so wird sie, wenn ich es auch nicht erlebe, später den Engländern auch die Alleinherrschaft auf dem Weltmarkte streitig machen. Wie sich der Reichstag zu dem neuen Zolltarif stellen wird, muß ich freilich abwarten — falls abgelehnt, kommt die Vorlage von neuem."

Im weiteren Verlaufe der Unterredung gelangte Fürst Bismarck — der selbstverständlich das Wort führte, jedoch gelegentlich plötzlich innehielt, irgend eine Gegenbemerkung abwartend — zur Besprechung der hervorragenderen deutschen Industriezweige, namentlich des Eisens, der Industrie in Baumwolle, Leinen, Jute, Wolle und Seide, sodann in Papier, Leder und Maschinenbau, meist mit Bemerkungen, inwieweit ein staatlicher Schutz geboten erscheine. In Bewunderung versetzte den Abgeordneten Rentzsch die große umfassende Sachkenntnis des Kanzlers insofern, als von ihm teils in den Ziffern der vorhandenen Hochöfen, Spindeln, Webstühle oder den Zahlen der beschäftigten Arbeiter, teils in Prozentsätzen zutreffende Vergleichungen zwischen der betreffenden deutschen Industrie und ihrer Konkurrenz in England, Frankreich, Belgien, Österreich u. s. w. durchgeführt wurden. Alle diese Angaben waren zwar abgerundet, was aber vollständig ausreichend war, und frei aus dem Gedächtnis gegeben. Für den, der berufsmäßig

Digitized by Google

volkswirtschaftliche Fragen studiert und sich mit der Statistik als Hilfswissenschaft Jahre hindurch beschäftigt hat, kann es kaum noch als ein sonderliches Verdienst gelten, etwaigen entsprechenden Fragen gegenüber sattelfest zu sein: der Abgeordnete Rentzsch hatte indessen nicht erwartet, den Fürsten mit den einschlagenden Thatsachen und Ziffern schon so vertraut zu finden, als ob von Jugend auf Nationalökonomie und Statistik zu seinen wissenschaftlichen Lieblingsfächern gehört hätten.

Folgerichtig gelangte sodann das Verkehrswesen, und zwar zu Wasser wie zu Lande, durch den Fürsten zur Erörterung, allerdings nunmehr mit stärkerer Betonung der Land- und Forstwirtschaft. Der Reichskanzler sprach sich auch diesmal über das Gütertarifwesen der Privat- ebenso der Staatsbahnen tadelnd aus, betonte jedoch, daß die Staatsbahnen ihre Ausnahme- und Differenzialtarife, Refaktien rc. ohne erhebliche Verluste nicht wohl allein aufgeben könnten. Durch die Gesetzgebung[1]) müßten die Regierungen in die Lage versetzt werden, die Privatbahnen zu der Beseitigung der schreiendsten Übelstände zwingen zu können. Besonders lebhaft wandte sich der Fürst gegen die damals noch bestehenden niedrigen Ausnahme-Tarife für die Einfuhr von Getreide aller Art, Holz u. a. aus Rußland nnd Österreich. —

„Als Ideal schwebt mir vor, daß in Deutschland alle vom Ausland eingeführten Güter um so und soviel Prozent der Frachtkosten teurer gefahren werden, als inländische Erzeugnisse. Ich kann nicht dulden, daß der der Landwirtschaft wie der Industrie zu gewährende mäßige Zollschutz durch die billigere Tarifierung des Auslandsguts wieder aufgehoben wird. Der Handel wird sich dagegen auflehnen, die Einsichtigeren werden aber doch wohl begreifen lernen, daß ohne ein kaufkräftiges Inland, ohne erstarkte Industrie und Landwirtschaft der Handel zurückgehen muß."

Im weiteren Verlauf gab der Fürst selbst zu, daß Differenzfrachten zwischen in- und ausländischem Transportgut doch wohl nicht durchzuführen seien und fügte hinzu, daß sein Plan, alle Eisenbahnen vom Reich anzukaufen, nicht nur von der Hoffnung getragen werde, dem Reiche neue Einnahmequellen zu erschließen, vielmehr von dem Gedanken, durch eine einheitliche Oberleitung dieselben ihre große wirtschaftliche Bedeutung für den Verkehr ganz erfüllen zu lassen. Die Bahnen hätten die landesüblichen Zinsen für ihr Anlagekapital aufzubringen, außerdem einen angemessenen Beitrag für die Amortisation und Neubeschaffungen des abgenutzten Materials, auch festzulegende Beträge für die Tilgung ihrer Anleihen — die Einnahmen über diese finanziellen Leistungen hinaus seien dagegen vorwiegend dem Verkehr durch generelle Frachtermäßigungen zuzuwenden.

Ganz kurz — mit schwächerer Stimme und anscheinend im Selbstgespräch begriffen — berührte sodann der Fürst den Widerstand der Partikularstaaten

[1]) Kurze Zeit vorher (7. Febr. 1879) hatte Fürst Bismarck einen die Regelung des Eisenbahntarifwesens betreffenden Antrag an den Bundesrat gestellt. Derselbe findet sich abgedruckt in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 185 f.

Digitized by Google

gegen seine Reichseisenbahnidee und fuhr dann mit erhobener Stimme fort, daß, wenn Bayern, Sachsen, Württemberg ihre Staatsbahnen dem Reiche abzutreten nicht geneigt seien, Preußen durch Erwerbung der preußischen Privatbahnen seinem Plane möglichst nahezukommen haben werde, was ja auch später geschehen ist.

Die Erörterung des Eisenbahnwesens führte nahezu von selbst auf den Wasserverkehr, und hierbei erwies sich der Fürst, wovon damals kaum etwas bekannt war, als ein besonderer Freund der Wasserstraßen, sowohl in betreff der damals noch recht mangelhaften Regulierung der laufenden Gewässer, als des Baues von Kanälen. Der Fürst beklagte, daß zu einem rascheren Vorgehen in der Regulierung der deutschen Ströme die entsprechenden Geldmittel fehlten, auch im preußischen Landtag das rechte Verständnis für die Bedeutung leistungsfähiger Wasserstraßen bei der Majorität noch nicht vorhanden sei. Einige wenn auch nur flüchtige Bemerkungen ließen vermuten, daß dem Fürsten nur zu wohl bekannt war, daß bis zum Jahre 1879 die eifrigsten Gegner der Wasserstraßen in der Eisenbahn-Abteilung des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten saßen und Anregungen des Fürsten dort passiven Widerstand gefunden hatten. Von den Strömen hielt der Fürst in erster Linie die Vertiefung der Elbe, sodann des Rheins, der Oder und Weichsel für notwendig, worauf die andern Ströme und die Nebenflüsse zu folgen hätten. Da außer der Donau alle deutschen Ströme dieselbe Richtung (nach Norden) verfolgen, eine Querverbindung aber erst von der Elbe bis zur Weichsel vorhanden sei, müsse durch einen Kanal vom Rhein zur Elbe (Mittellandkanal) abgeholfen werden.

Gestreift wurden sodann vom Kanzler noch das Anwachsen der Sozialdemokratie und die Arbeiterfrage. Mit der ihm eigentümlichen Lebhaftigkeit betonte der Fürst, wie viel Wert seinerseits darauf gelegt werde, daß bei der erst in Aussicht genommenen Kranken- und Unfallversicherung möglichst wenig der Arbeiter belastet werde. Auch dem Arbeitgeber dürfte man mit Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz zu hohe Beiträge nicht zumuten, den erforderlichen Zuschuß habe der Staat zu decken und die dazu erforderliche Deckung könnte durch das Tabaksmonopol verschafft werden.

Die vorstehende Schilderung des Abgeordneten Rentzsch ist nur insofern nicht treu, als er bei der Aufzeichnung die Gegenstände der Unterhaltung systematisch geordnet hat. Die Unterredung selbst bewegte sich keineswegs in so thematisch abgegrenzten Bahnen, vielmehr sprang der Reichskanzler von einem Gesprächsthema zu dem andern über, erörterte bei der Zollfrage die bessere Stellung des Arbeiters, gelangte bei dem Eisenbahnwesen zum Schutzzoll zurück, kam auch bei Besprechung des Exports gelegentlich auf Amerika und Asien zu sprechen. „Kurz, wir regierten in dieser einen Stunde die ganze Welt, aber wohl verstanden: Bismarck regierte und ich — hörte zu.“ Indessen gab der Fürst seinem Besucher auch Gelegenheit zu einigen Gegenbemerkungen. Wie dieselben gelautet haben, hat mir Herr Rentzsch, offenbar von einer zu weit gehenden Bescheidenheit ausgehend, nicht mitgeteilt.

Digitized by Google

Mit einer anderweiten Einladung wurde der Reichstagsabgeordnete Rentzsch bald nachher und zwar zu dem parlamentarischen Diner am 28. Februar 1879[1]) beehrt. Eingeladen waren nur die Präsidenten des Reichstags und die Fraktionsführer. Die freie volkswirtschaftliche Vereinigung der 204, zu deren Sekretär Dr. Rentzsch gewählt war, paßte nicht in den Fraktionsrahmen. Dadurch, daß der Fürst zu dieser Elite des Reichstags auch den Sekretär der 204 zuzog, sollte vielleicht dokumentiert werden, daß er auch die 204 als eine Fraktion und zwar als eine solche, auf die mit einiger Sicherheit zu rechnen war, betrachtete.

III. Abschnitt.

Die vierte Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(15. Februar bis 15. Juni 1881.)

Am Tage vor dem Beginn der Session (14. Februar) hatte der Abgeordnete von Helldorff um 2 Uhr eine halbstündige Besprechung mit dem Kanzler über die allgemeine politische Lage. An einem der folgenden Tage kam das Gespräch auch auf die Präsidentenwahl. Graf Arnim-Boitzenburg hatte erklärt, eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu wollen; der Grund zu diesem Entschluße lag zum Teil in seinen Gesundheitsverhältnissen, die ihm die Übernahme des aufregenden Postens nicht mehr gestatteten. Außerdem wollte er das Präsidium nicht mehr aus den Händen des Centrums in Empfang nehmen.

An Arnim's Stelle wurde der Unterstaatssekretär im Kultusministerium von Goßler[2]) zum Präsidenten des Reichstags erwählt.

Mit Rücksicht auf Goßler's Beamtenqualität hatte Bismarck zu Anfang gegen diese Wahl Bedenken erhoben, die er aber schließlich fallen ließ, da die Wahl eines konservativen Präsidenten nötig war[3]), und es dann darauf ankam, weniger die persönliche Stellung (als Beamter) als die Tüchtigkeit und Befähigung für den Posten entscheiden zu lassen. Die Erfahrungen, die man mit Herrn von Goßler als Reichstagspräsidenten gemacht hat, sprechen durchaus für ihn. Seine Geschäftsleitung ist derart gewesen, daß die Vorurteile, die anfangs namentlich auf liberaler Seite gegen ihn bestanden, sich bald und schnell zu seinen Gunsten änderten.

---

[1]) Eine Beschreibung dieses parlamentarischen Diners findet sich in meinem oben angeführten Werke, Bd. I, 2 Aufl., S 157

[2]) von Goßler, Gustav, Oberpräsident in Danzig, geb. den 13. April 1838 zu Naumburg a. S. (evang.) 1865 Landrat des Kreises Darkehmen, 1874 Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern, 1878 Oberverwaltungsgerichtsrat, 1879 Unterstaatssekretär im Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten, 1881 Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten. Seit 1877 Mitglied des Reichstags. (Deutsch-konservativ, Hospitant.)

[3]) Ausfall der Wahl des Präsidiums des Reichstags eine direkte Niederlage des Fürsten Bismarck, s. „Post", 1881, Nr. 48 (Aus dem „Berl. Tageblatt").

Digitized by Google

Die Neigung, mehr zu beobachten als zu sprechen, wurde im Frühjahr 1881 durch die politische Lage in Preußen dem Abgeordneten von Goßler zur Pflicht; die Schwierigkeiten, welche damals zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Finanzminister, dem Minister des Innern, dem Vizepräsidenten des Staatsministeriums bestanden, und sich durch das Auswählen ihrer Nachfolger steigerten, die Besetzung des Ministers des Innern mit dem damaligen Kultusminister, die oft wechselnden Kandidaturen für letzteren Posten und Herrn von Goßler's persönliche Stellung zu diesen Fragen ließen eine strenge Zurückhaltung desselben als selbstverständlich erscheinen. Als Goßler's Präsidium sich dem Ende zuneigte, fand zwischen ihm und dem Fürsten Bismarck im Reichstagsgebäude die Verhandlung über seine Nachfolge im Kultusministerium statt[1]).

Während der Amtsthätigkeit des Präsidenten von Goßler im Frühjahr des Jahres 1881 beklagte sich Fürst Bismarck einmal, daß seine Reden von den Stenographen nicht richtig wiedergegeben würden. Die Beschwerde des Kanzlers wurde von Goßler eingehend geprüft. Es stellte sich heraus, daß ein Stenograph ein paar Lücken in seinem Stenogramm gehabt und dieselben selbständig ausgefüllt hatte, ohne seinen Kontrolkollegen zu Rate gezogen zu haben. Die Unregelmäßigkeit beruhte aber auf einem Versehen und nicht auf böser Absicht des betreffenden Stenographen[2]).

---

[1]) Wegen der längeren Unterredung zwischen Bismarck und dem Präsidenten von Goßler am 24. Februar 1881 vergl. die „Post", Nr. 57.

[2]) In einem Aufsatze „Heiteres aus den Parlamenten" („Berl. Tageblatt", 15. Januar 1895, Nr. 25) heißt es: „Diesmal ist leider Unsinn stenographiert worden!" beschwert sich ein Redner, der es mit der logischen Folge seiner Worte und Sätze nicht immer genau nimmt. „Aber wörtlich!" erwidert der schlagfertige Stenograph, der seine Art kennt. Ein guter Redner wird auch ein gutes Stenogramm bekommen. So plauderte der Reichstags- und Landtagsstenograph J. Rindermann am Donnerstag im Stolze'schen Stenographenverein und legte die Ursachen akustischer, physiologischer und psychologischer Art dar, die einen Stenographen oder seinen Schreiber etwas verhören oder verschreiben, den Redner sich versprechen und „verhebbern" lassen, ohne daß es häufig andre als stenographisch geschulte Ohren merken. Den deutschen Parlamentariern empfahl Redner, sich gleich den norwegischen nicht bloß Tagegelder und freie Fahrt, sondern vor allem auch freie zahnärztliche Behandlung gewähren zu lassen. Von Hörfehlern ungeübterer Stenographen eine kleine Probe: Aus der „Großmut der Stadt Leipzig" wurde eine „Großmutterstadt Leipzig". Ein Bayer fand, daß er vom „Hochverräter Frhr. v. Huene" statt vom „hochverehrten Frhr. v. Huene" gesprochen haben sollte. Fürst Bismarck hatte sein bekanntes: „Ich sterbe wie ein Pferd in den Siehlen!" gesprochen. Der Stenograph kannte oder verstand das Pferdegeschirr nicht, er glaubte „Siegen" zu hören; auch die Sätze vorher waren undeutlich gewesen, und so bildete er sich ein, es müsse heißen: „Ein guter Feldherr stirbt im Siegen!" „Die Synode" eines Sachsen war „diese Note" geworden, und wollte so natürlich schwer in den Sinn passen. Erfahreneren Stenographen begegnen solche Hörfehler natürlich kaum, dafür aber um so häufiger den Schreibern, denen er sein Stenogramm in die Feder diktiert. Bei längerer Arbeit werden diese völlig mechanisch und achten auf den Sinn der Worte nicht mehr. So las man statt „vor der 48. Sitzung" einst „vor der Achtung wird sich die Sitzung", statt „irrelevant" ein „ihr Elefant." Der Stenograph sucht sich manchmal die Langweiligkeit des Abdiktierens dadurch zu verkürzen, daß er den Text seines Stenogramms mit den Büreauwitzen verbrämt. Er spricht vom „Stuß der Sitzung", wenn er ihren „Schluß" meint, eröffnet die „Schwitzung" statt „Sitzung" u. s. f. Häufig sind

Digitized by Google

Es wird unter allen Reichstags- und Landtagsabgeordneten kaum einen geben, welcher den Fürsten Bismarck in seinen Bestrebungen, die Landwirtschaft vor dem Niedergange zu bewahren, kräftiger unterstützt hat als Graf Mirbach[1]). Er ist einer der sachkundigsten und nebenbei geschicktesten, schlagfertigsten parlamentarischen Vorkämpfer der agrarischen Interessen, außerdem der Verfasser verschiedener volkswirtschaftlichen Aufsätze insbesondere auf dem Gebiete der Währung und des Identitätsnachweises.

Im Jahre 1881 versuchte Graf Mirbach die Gegensätze zu überbrücken, welche bis dahin infolge der Äraartikel der „Kreuzzeitung" noch immer bestanden. Zu diesem Behufe legte er unterm 15. März 1881 denjenigen Deklaranten aus der Zahl der Steuer- und Wirtschaftsreformer, welche sich mit Bismarck noch nicht ausgesöhnt hatten, nahe, diesen Schritt zu thun. Das geschah mittelst folgenden Cirkulars[2]):

Euer p. p. erlaube ich mir nachstehendes ganz ergebenst zu unterbreiten.

Wie Euer p. p. aus dem Einladungsschreiben zu der anfangs Februar stattfindenden Sitzung des Ausschusses der Steuer- und Wirtschaftsreformer bekannt ist, war es mein dringender Wunsch, den Vorsitz der Vereinigung niederzulegen.

Einmal erscheint dieser Wunsch doch berechtigt in Anbetracht der Arbeitslast, die ich mehrere Jahre getragen habe, sodann hat mich meine Thätigkeit auf dem Gebiete der Vertretung der Interessen der Landwirtschaft nicht nur bei den Steuer- und Wirtschaftsreformern und im Kongreß deutscher Landwirte, sondern auch namentlich im Reichstage und Herrenhause vielfach der öffentlichen Kritik und Aufmerksamkeit unterstellt, so daß ich das Los aller Konservativen, die über das gewöhnliche Maß hinaus für das Interesse ihrer Gesinnungs- und Erwerbsgenossen eintreten, habe teilen müssen, nämlich das, von den eigenen Parteigenossen angegriffen und verdächtigt zu werden.

---

diese Scherze etwas derber Natur. Einst ließ ein Stenograph den Präsidenten die „Quatscherei" (statt Diskussion) fortsetzen. Ein beliebter konservativer Führer war just im Bureau und horchte hoch auf bei diesen und ähnlichen Berolinismen. Als unser Freund, der ihn bei der „Quatscherei" bemerkte, sich entschuldigen will, meint er aber trocken: „Ich bin auch gegen die Fremdwörter!" Gelegentlich schlüpfte aber einmal ein solches übermütiges Wort dem müden Schreiber in die Feder. So fand ein Centrumsmann in seiner Rede plötzlich: „Beifall im Vatikan!" der ihn natürlich, da er nur von des Bureaus Gnaden kam, mit gerechtem Zorn erfüllte; und nur schwer fand sich eine plausible Erklärung, wie der „Vatikan" sich hier an die Stelle des „Centrums" hatte setzen können.

[1]) Graf von Mirbach, Julius; Rittergutsbesitzer auf Sorquitten in Ostpr. Wahlkr.: 7. Reg.-Bez. Gumbinnen (Sensburg-Ortelsburg.) Deutsch-konservativ. Geb. am 27. Juni 1839 zu Sorquitten; evangelisch. Besuchte die Universitäten Königsberg, Bonn und Berlin 1858 bis 1862. Absolvierte 1862 das Auskultatorexamen bei dem königl. Kammergericht zu Berlin. Dann vier Jahre Offizier im 1. Garde-Dragonerregiment, Kreisdeputierter und Amtsvorsteher. Seit 1874 Mitglied des preuß. Herrenhauses auf Grund der Präsentationswahl des alten und befestigten Grundbesitzes in Lithauen und Masuren. Erster Vorsitzender der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer. Reichstagsabgeordneter 1878 bis 1881 und seit Mai 1886.

[2]) Vergl. zu demselben die „Post", 1881, Nr. 82, 83, 86, und Schultheß Geschichtskalender, S. 48.

Digitized by Google

Weil ich mehrfach in Reden für den Reichskanzler eingetreten bin, weil ich mich einiger Aufmerksamkeiten seitens des großen Staatsmannes zu erfreuen hatte — übrigens in sehr beschränktem Maße und durchaus nicht immer — ist mir von einigen Seiten, allerdings solchen, auf deren politisches Urteil ich nicht zu großes Gewicht legen zu müssen glaube, unterstellt worden, ich prozedierte gewissermaßen im Auftrage des Kanzlers. — Das ist thatsächlich nie der Fall gewesen. —

Indem ich nun wegen der meine Person betreffenden Einleitung um Entschuldigung bitte, muß ich die geschichtliche Entwickelung unsrer Vereinigung kurz anstreifen.

Niendorf, der doch gewiß in seinem Urteil scharf, bissig und vielleicht etwas zu rücksichtslos war nach allen Seiten hin, war stets und von vornherein der Anschauung, daß in dem Fürsten Bismarck die einzige Kraft zu finden sei, von der die durch unsre Gesetzgebung, unser Steuersystem so schwer geschädigte landwirtschaftliche Produktion Gerechtigkeit und Hilfe zu erwarten habe. — So oft einzelne Männer in unsrer Vereinigung dazu drängten, so hat sich doch Niendorf nie dazu verstanden, den Reichskanzler anzugreifen. Was Niendorf vorhergesehen, ist eingetreten. Fürst Bismarck ist der einzige Staatsmann, von dem wir, nach meiner Auffassung, etwas zu erwarten haben. — Aus dieser meiner Überzeugung mache ich durchaus kein Hehl. Deshalb braucht man aber seine Selbstständigkeit, seine Überzeugung doch nicht aufzuopfern.

Es ist nun meines Erachtens ein Gebot praktischer Politik, wenn man es versucht, einen großen, einflußreichen Staatsmann mit allen rechtlichen und ehrlichen Mitteln auf seine Seite zu ziehen, was wohl im vorliegenden Falle zunächst dadurch zu erreichen ist, daß man seine Wirtschaftspolitik, die ja mit unsern Bestrebungen im wesentlichen konform ist, energisch unterstützt. Es ist nach dieser Richtung meines Erachtens unserseits nicht immer mit Geschick prozediert worden.

Es ist ferner bekannt, welch' eine große Rolle Personenfragen bei dem Reichskanzler spielen. Ich will diese seine Eigenart durchaus nicht unbedingt in Schutz nehmen — glaube aber, daß Charaktere von der Kraft und der Initiative dieses Mannes auch stärker empfinden als die meisten andern Menschen. —

Die letzten Auseinandersetzungen mit dem Finanzminister Camphausen im Herrenhause haben — von den absolut verwerflichen, persönlichen Verdächtigungen der Äraartikel will ich ganz absehen — nun doch vollends bewiesen, wie unrecht man gethan hat, von einer Ära Delbrück-Camphausen zu sprechen, welcher der Reichskanzler zuzurechnen sei. — Die durch die Äraartikel hervorgerufenen Äußerungen des Reichskanzlers über die „Kreuzzeitung" waren, wenn auch zu heftig und weitgehend, jedenfalls entschuldbar.

Die Deklaration in der „Kreuzzeitung", welcher auch Ew. p. p. beitraten, war bekanntlich eine Konsequenz der Äußerungen des Reichskanzlers. — Die Zeit und die letzten Ereignisse haben auch nach dieser Richtung hin klärend gewirkt. Es hat eine große Anzahl von Deklaranten, namentlich in den letzten zwei Jahren,

Digitized by Google

mehrere auf meine persönliche Veranlassung — **den Kanzler in kurzen Worten wegen Unterzeichnung der Deklaration in der „Kreuzzeitung" um Entschuldigung gebeten, ihm ihr Bedauern darüber ausgesprochen.** Der Reichskanzler hat keine ihm so dargebotene Hand zurückgewiesen.

Mein ganz besonderer, allerdings durchaus persönlicher Wunsch geht dahin, es möge mir durch diese Zeilen, welche ich an die nicht mehr sehr große Zahl von sogenannten Deklaranten in unsrer Vereinigung richte, gelingen, die Differenzen, welche zwischen einzelnen Mitgliedern unsrer Vereinigung und dem großen Staatsmanne bestehen, zu beseitigen. Ich habe zu diesem Schritte allerdings Anlaß genommen aus meiner Stellung zu den Steuer- und Wirtschaftsreformern, bin aber allein, ohne Rücksprache mit irgend jemandem aus der Vereinigung, also ohne Autorisation vorgegangen, nur meiner persönlichen Überzeugung folgend — muß also auch die Konsequenzen jeder Kritik allein tragen. Für mich ist, wenn ich bei Ew. p. p. auf Widerspruch stoße, dieses Vorgehen gewiß kein angenehmes, ich bitte aber in diesem Falle, es mich und nicht unsrer Vereinigung entgelten zu lassen. Ich thue diesen Schritt, lediglich geleitet von dem Wunsche, in dem letzten Jahre, in welchem ich die Geschäfte unsrer Vereinigung leite, soweit es in meinen Kräften steht, fördernd auf die Entwickelung und die Stellung unsrer Vereinigung einzuwirken.

Ich wiederhole, was ich bei der Eröffnung der Generalversammlung im Februar 1880 zu sagen mir erlaubte:

> „Wenn auch in den Herzen einzelner von uns vielleicht noch ein Tropfen von Bitterkeit aus früherer Zeit zurückgeblieben ist, so glaube ich doch, diese Herren haben als Christen und als praktische Politiker die Pflicht, dem großen Staatsmann nun dasselbe Gefühl der Dankbarkeit entgegenzubringen, das ihm unsre Vereinigung zollt."

Wenige von Ew. p. p. an den Reichskanzler zu richtende Zeilen in oben angedeutetem Sinne (s. das Fettgedruckte) würden ausreichen, die bisher bestandenen Differenzen zu beseitigen.

Es liegt wohl in der Natur der Angelegenheit, daß ich ersuchen muß, dieselbe als absolut vertrauliche zu behandeln.

Mit der Bitte, diese Zeilen nur als den Ausdruck meiner persönlichen Überzeugung entgegennehmen zu wollen, verbleibe ich

in ausgezeichneter Hochachtung

Berlin, den 15. März 1881. Freiherr von Mirbach.

Das als „ganz vertraulich" bezeichnete Cirkular des Grafen Mirbach wurde, zur großen Überraschung der politischen Welt, in der „Germania" veröffentlicht. Graf Mirbach richtete hierauf an die Redaktion der „Germania" folgende Zuschrift:

Wie ich soeben erfahre, ist ein Cirkular, an dessen Kopf der Passus „absolut vertraulich" stand und das mit einer Bemerkung schließt, in welcher

Digitized by Google

der Empfänger ersucht wird, diese rein persönliche Angelegenheit als durchaus vertraulich zu behandeln, in Ihrem Blatte zuerst veröffentlicht worden. Ich erkläre, daß dieses Schreiben nur durch einen groben Vertrauensbruch in die Hände der Redaktion gelangt sein kann. Eine Anfrage seitens der Redaktion bei mir, zu der ja jederzeit Gelegenheit war, hätte jeden Zweifel über den Charakter des Cirkulars, der nach dem Inhalt des vertraulichen Schreibens mir wenigstens ausgeschlossen schien, beseitigt.

Die „Germania" erklärte hierauf, dem Wunsche nach Namhaftmachung ihres Gewährsmannes nicht nachkommen zu können. — Es war naheliegend, daß Graf Mirbach zu erfahren wünschte, welchen Eindruck die Indiskretion des genannten Blattes auf den Fürsten Bismarck gemacht hatte. In dieser Beziehung teilte Graf Rantzau demselben mittelst Schreibens vom 24. März 1881 u. a. mit:

„Wie ich vermutete, hat die Publikation der „Germania" den Reichskanzler nicht im mindesten froissiert. Er freute sich vielmehr über den Schneid, mit welchem Sie heut die Sonnemann'sche Gelegenheit am Schopf ergriffen [1]), und bittet Sie, morgen um fünf Uhr im Überrock bei ihm zu essen."

Der Reichskanzler sagte dem Grafen Mirbach am 2. April nach Tisch, bei der Verabschiedung, indem er ihm die Hand reichte: „Ich danke Ihnen nochmals herzlich für die Unterstützung, die mir Ihrerseits zu teil geworden ist."

Die Anregung des Grafen Mirbach in seinem Cirkular vom 5. März 1881 wurde von nahezu allen Empfängern desselben sympathisch aufgenommen, fast alle ließen auch den Wunsch erkennen, den bewährten Politiker auch fürderhin an der Spitze der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu sehen.

Einzelne der Deklaranten setzten sich alsbald persönlich mit dem Fürsten Bismarck ins Benehmen, andre hatten noch Bedenken hinsichtlich der Form, einzelne wollten nur nicht förmlich pater peccavi sagen, hatten aber im Herzen längst eingesehen, daß sie Bismarck unrecht gethan hatten und daß die Konservativen nur in ihm die Verwirklichung ihrer Ideale finden würden. Jedenfalls kann man sagen, daß der Mirbach'sche Schritt von Erfolg begleitet war und daß er vielfach eine Versöhnung anbahnte, die unter andern Umständen so leicht nicht zu erzielen gewesen wäre.

Besonders früher, als die Wunde noch heftiger brannte, nahm es Fürst Bismarck mit der Annäherung von Deklaranten nicht leicht. Einer derselben hatte sich brieflich an den Grafen Herbert Bismarck gewendet mit der Bemerkung, er wolle, indem er eine Audienz beim Fürsten nachsuche, hierdurch demselben seine besondere Hochachtung und Ehrerbietung zu erkennen geben. Graf Herbert lehnte den Besuch namens seines Vaters ab, da der Fürst zu krank sei, um Besuche zu empfangen. Gleichzeitig stand gerade damals in allen Blättern, der Fürst erfreue sich einer besonders guten Gesundheit, er gehe täglich auf Jagd und so weiter.

---

[1]) Anspielung auf die Reichstagsrede Mirbach's vom 24. März 1881, Stenogr. Bericht, S. 511.

Digitized by Google

Ein andrer Deklarant hatte dem Bruder des Fürsten Bismarck gegenüber (dem Landrat des Naugardter Kreises) den Wunsch ausgesprochen, mit dem Reichskanzler wieder in bessere Beziehungen zu treten. Hierauf erhielt er die Antwort, daß der Fürst alle diejenigen, welche jenen Protest unterzeichnet, als persönliche Feinde ansehe, die seiner Ehre zu nahe getreten wären. Er würde nur dann das alte Verhältnis wieder eintreten lassen, wenn die Protestanten erklärten, sich geirrt zu haben, und, mit einem Worte, widerriefen.

Den Verkehr Bismarck's mit der konservativen Partei vermittelte während der Session in erster Linie der Abgeordnete von Helldorff, der, von den größeren parlamentarischen Festlichkeiten abgesehen[1]), am 9. und 30. April Tischgast des Kanzlers war, wobei die laufenden Geschäfte des Reichstags, namentlich die Börsensteuer und die Tagespolitik das Gesprächsthema abgaben. Außerdem sah der Kanzler bisweilen auch den Freiherrn von Minnigerode[2]); derselbe hat jedoch eine Führerrolle innerhalb seiner Partei nie gehabt. Er wurde von seinen Fraktionsgenossen niemals zum Kanzler geschickt, um sich über die Stellungnahme desselben zu einer Frage zu erkundigen; und er kam nie zu den politischen Freunden mit der Bemerkung: „der Fürst wünscht das oder jenes". Wohl aber konnte er — infolge seiner Informationen — den Konservativen sagen: „Ich glaube, wenn Ihr so handelt, so trefft Ihr das Richtige". Äußerlich im Parlament hervorzutreten, widerstrebte Minnigerode im Grunde, er zog es vor, unter der Hand zu operieren, in aller Stille sich der Bismarck'schen Intentionen zu versichern und dafür dann kräftig zu wirken. Gerade darauf, daß Bismarck wußte, Minnigerode beobachte seinen Äußerungen gegenüber die größte Diskretion beruhte sein Einfluß beim Kanzler und im Schoße der Partei.

Lebhaft war der Verkehr des Grafen Frankenberg[3]) bei Bismarck im Winter 1881. Er selbst schreibt darüber: „Im Februar mußte ich in den Reichstag. Ich ging zuerst allein hin und fand dort, wie seit einer Reihe von Jahren, meine größte Freude darin, daß ich im Hause des Fürsten Bismarck ein gern gesehener Gast war und jederzeit zum Thee dort erscheinen durfte. Wie viele Abende, oft bis nach Mitternacht, verbrachte ich im intimsten Kreise des großen Patrioten und Staatsmannes, für den unbegrenzte Bewunderung und ich möchte sagen kindliche Verehrung mich immer mehr erfüllte, je mehr mir Gelegenheit

---

[1]) Bei dem parlamentarischen Diner am 8. März 1881 hatte Helldorff nach Tisch eine lange Sitzung mit Bismarck. 29. März 1881 Besuch der parlamentarischen Soiree durch Helldorff.

[2]) Frhr. von Minnigerode, Wilhelm, Majoratsherr auf Schadeleben, kgl. Rittmeister a. D., wohnhaft zu Rossiten bei Reichenbach, Ostpr. Geb. 28. November 1840 in Braunschweig (evangelisch). Lieutenant im Regiment Garde du Corps zu Berlin, seit 1865 mit Bewirtschaftung seiner Güter beschäftigt. Mitglied des 1., 2. und 4. Deutschen Reichstags, seit 1877 auch des preußischen Abgeordnetenhauses.

[3]) Vergl. Bd. II., S. 158.

Digitized by Google

wurde, Blicke zu thun in das reiche Gemütsleben und das geistige Walten und Gestalten dieses echtesten Deutschen. Mir war oft vergönnt, Kenntnis von vergangenen und gegenwärtigen Ereignissen zu erhalten, die nur wenig Menschen bekannt sein mögen. Ich erfuhr Dinge über Personen und Vorkommnisse, welche oft meine bisherige Meinung ganz und gar umwarfen. Ich hörte den Fürsten Ereignisse voraussagen und Thaten der Menschen berechnen, die mir ganz unglaublich erschienen. Jetzt, nach einer Reihe von Jahren in meinen Tagebüchern blätternd, finde ich mit Erstaunen bestätigt und geschehen, was ich damals als nimmermehr möglich ansah.

Mit hoher Freude erfüllte es mich, daß bei mehreren nicht unwichtigen Angelegenheiten der Fürst meinen Rat verlangte und annahm — vielleicht darum, weil er ihn für unbefangen und frei von selbstsüchtigen Motiven erkannte. Der große Menschenkenner wußte wohl, daß ich nichts für mich wollte, keine Stelle irgend welcher Art ambierte und darum traute er meinem Worte. Meiner heimatlichen Provinz vermochte ich in mehreren Gelegenheiten von Nutzen zu sein.

Da meine Fraktion mich meist in die wichtigsten und arbeitsreichsten Kommissionen des Reichstags entsendete, konnte ich dort oftmals den Wünschen des Kanzlers zur Annahme verhelfen oder Ablehnung unliebsamer Anträge durchsetzen. Die Scheu vor dem Reden, die mich in den ersten Jahren arg beherrschte, legte ich nach und nach ab, und hielt bei wichtigen Gelegenheiten sogenannte große Tribünenreden, die das Ohr des Hauses hatten. So war also meine Stellung im Reichstag derart, wie ich sie wünschte, und ich arbeitete mit mehr Lust, Liebe und Gewissenhaftigkeit an den mannigfachen gesetzgeberischen Arbeiten, als wohl mancher der verehrten Kollegen."

Es mag um diese Zeit gewesen sein, daß Graf Frankenberg bei dem Reichskanzler das Thema Auswanderung und Kolonien berührte. Er war über dessen Antwort sehr erstaunt! „So lange ich Reichskanzler bin, treiben wir keine Kolonialpolitik. Wir haben eine Flotte, die nicht fahren kann (es war in der Blütezeit der Ära Stosch) und wir dürfen keine verwundbaren Punkte in fernen Weltteilen haben, die den Franzosen als Beute zufallen, sobald es losgeht."

Die spätere Politik des Kanzlers war für den Grafen Frankenberg ein Beweis, wie anders derselbe fünf Jahre später über unsre Flotte und über unsre Kraft dachte, auch in fernen Weltteilen den deutschen Bürger und seinen Besitz schützen zu können. „Es ist — so bemerkte Graf Frankenberg — ein stolzes und wohlthuendes Gefühl für mich, den kompetentesten Beurteiler von Deutschlands Können, so klar und gewaltig zur Schau tragen zu sehen, wie sehr er die Fortschritte der Macht des Vaterlandes anerkennt und schätzt. Daß er zugleich mit dieser Erkenntnis seine frühere Meinung ruhig aufgab, zeigt wieder in diesem eklatanten Falle die erhabene Größe dieses Patrioten." —

Inwiefern sich der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Varnbüler der Zustimmung des Fürsten Bismarck bei seinen Bestrebungen versicherte, die Grund-

Digitized by Google

lagen des sogenannten Unterstützungswohnsitzes zu ändern[1]), ist nicht bekannt geworden. Er sprach mit Bismarck über die Frage eines deutschen Heimatsrechts bereits zu Anfang der sechziger Jahre und zwar von der Annahme ausgehend, daß eine Gleichstellung der Angehörigen der verschiedenen deutschen Staaten in ganz Deutschland die beste Vorbereitung für eine deutsche Einheit sei.

Viel besprochen wurde am 5. April 1881 in Reichstagskreisen eine Äußerung des Fürsten Bismarck, wonach er in keinem Falle gesonnen wäre, aus dem Entwurf über die Reichsstempelabgaben[2]) die Börsensteuer allein zum Gesetz erheben zu lassen. Es müßten entweder alle einzelnen in der Vorlage enthaltenen Steuern zusammen genehmigt oder zusammen abgelehnt werden. Wenn die Börsensteuer und sonst nichts weiter zu stande käme, so erführen möglichenfalls seine, des Kanzlers, Bemühungen um eine allgemeine Steuerreform Widerspruch bei den Klein- und Mittelstaaten, weil diese annehmen könnten, vorläufig wäre den dringendsten Bedürfnissen genügt und weitere Steuergesetzprojekte hätten keine Eile. Indessen zeigte sich, daß Bismarck mit dieser Auslassung nur einen Druck auf die Abgeordneten hatte ausüben wollen. Denn als in der That von allen vorgeschlagenen Stempelsteuern nur das Börsengesetz angenommen wurde, wollte er die Verantwortung, daß dieses Gesetz unverabschiedet blieb, nicht übernehmen[3]).

Am Ende unsrer Session wurde der Abgeordnete Freiherr von Stumm-Halberg[4]) reichstagsmüde. Die Beziehungen desselben zu Bismarck reichen bis in das Jahr 1866. Im Frühjahr 1866, als der Krieg gegen Österreich bereits in Sicht war, ging im Saarbrückenschen das Gerücht, der preußische Fiskus gehe damit um, sich des Besitzes der Saarbrücker Kohlenbecken durch Verkauf an ein internationales Konsortium zu entledigen, um sich die für einen eventuellen Krieg nötigen Fonds zu sichern[5]). Da unter den mutmaßlichen Erwerbern der fiskalischen Gruben auch Franzosen waren, so bemächtigte sich große Aufregung des Saarbrücker Bezirks; man befürchtete, daß die französischen Mitbesitzer französische Arbeiter hereinbrächten, und daß Preußen das ganze Geschäft nur vorhabe, um im Falle einer Abtretung des Bezirks von Saarbrücken an Napoleon wenigstens den Wert der fiskalischen Bergwerke zu retten. Stumm erklärte, zur Beruhigung der Einwohner des Bezirks nach Berlin reisen zu wollen; denn da derselbe fortschrittlich

[1]) Zu vergleichen die Rede Varnbüler's bei Beratung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz in der Reichstagssitzung vom 25. Mai 1881 (auch als Flugschrift erschienen).

[2]) Vergl. darüber mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. II., S. 43.

[3]) Vergl. das Gesetz vom 1. Juli 1881, betr. die Erhebung vom Reichsstempelabgaben, Reichsgesetzblatt S. 185.

[4]) Freiherr von Stumm-Halberg, Karl Ferdinand; Geheimer Kommerzienrat, Rittergutsbesitzer, Major a. D. zu Halberg und Neunkirchen. Wahlkr.: 6. Reg.-Bez. Trier (Ottweiler-St. Wendel). Reichspartei. — Geboren zu Saarbrücken; evangelisch. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1867—1870, lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses seit 1882. Mitglied des Reichstags 1867—1881 und dann wieder seit 1889. Mitglied des Rhein. Provinziallandtages. Kreisdeputierter. Vorsitzender der Saarbrücker Handelskammer. Führte 1870/71 eine Schwadron schwerer Reiter.

[5]) Vergl. Schultheß „Geschichtskalender" 1866, S. 167.

Digitized by Google

gewählt hatte (Virchow, Duncker) und somit an den finanziellen Schwierigkeiten der Regierung mitschuldig war, so müsse er die Sache schon selbst in die Hand nehmen. Stumm kam gerade am Tage nach dem Blind'schen Attentat, also am 8. Mai 1866, nach Berlin; er ließ sich dem Ministerpräsidenten sofort melden und hatte die Genugthuung, alsbald in langer Audienz empfangen zu werden. Beim Eintritt beglückwünschte Stumm den Grafen Bismarck wegen der Errettung aus Mörderhand [1]) und setzte demselben die Gründe auseinander, welche gegen den Verkauf der staatlichen Gruben in Saarbrücken sprechen.

„So kaufen Sie doch selbst die Gruben", bemerkte der Ministerpräsident zu Stumm, nachdem er demselben die ganze politische Lage auseinandergesetzt hatte, welche unter Umständen eine Veräußerung des fiskalischen Besitzes unerläßlich machen könnte. Stumm erklärte sich auch jetzt lebhaft gegen eine solche Maßregel und setzte wenigstens so viel bei Bismarck durch, daß er versprach, vor einem entscheidenden Schritte ihn noch einmal zu sprechen. Es dauerte nicht lange, und Stumm erhielt eine telegraphische Aufforderung zu einem zweiten Besuche Bismarck's. Derselbe erklärte, jetzt sei der Zeitpunkt da, wo der Verkauf der fiskalischen Gruben doch vor sich gehen müsse, — denn er brauche Geld zur Kriegführung und die Existenz Preußens liege ihm mehr am Herzen, als die Saarbrücker Gruben. Stumm erhob gegen die finanzielle Operation aufs neue lebhafte Bedenken. „Nur in dem Falle, Excellenz, dürfen Sie zu diesem Geschäfte greifen, das uns die Franzosen ins Land bringt, wenn das Abgeordnetenhaus Ihnen die Mittel zur Kriegführung verweigert." Die Mittel wurden bekanntlich später durch den Verkauf der Köln-Mindener Eisenbahnaktien gewonnen.

Die Frage des Verkaufs der staatlichen Kohlengruben bei Saarbrücken ist später noch gegen Bismarck auszubeuten versucht worden [2]). Wir erfahren darüber näheres aus dem Buche Busch's „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I., Seite 25.

Seit dieser Zeit war Stumm eine von Bismarck geschätzte Kraft, die er sich auch für das parlamentarische Leben erhalten wollte. Deutlich spricht hierfür das nachfolgende Telegramm:

An Herrn C. Stumm, Neunkirchen bei Saarbrücken.

Berlin, den 7. Februar 1867.

Ihre Wahl zum Reichstage würde der Staatsregierung in hohem Grade erwünscht sein und mir persönlich in Erinnerung an unsere Beziehungen im vorigen Sommer zu großer Freude gereichen. von **Bismarck**.

Auf die Ergebenheitsadresse, welche im Frühjahr 1877 1678 Einwohner Neunkirchens an den Fürsten Bismarck richteten, sandte der letztere an den Geheimen Kommerzienrat Stumm das nachstehende Schreiben:

---

[1]) Aus Freude darüber stellte Stumm sofort eine namhafte Summe zur Verfügung, worüber Bismarck zu einem guten Zwecke disponieren sollte.

[2]) Am 12. Dezember 1866 wurde über diese Angelegenheit im Abgeordnetenhause konversiert. Der Handelsminister Graf Itzenplitz antwortete ausweichend.

Digitized by Google

Friedrichsruh, den 3. Mai 1877.

Die freundlichen Worte, welche die Bürger Neunkirchens im Verein mit meinen Freunden in Wiebelskirchen, Elversberg und Wellersweiler an mich gerichtet haben, sind mir eine aufrichtige Freude gewesen, und ich sage allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank für diesen Beweis Ihres Wohlwollens. Ew. Hochwohlgeboren würden mich verbinden, wenn Sie für diese mich ehrenden Kundgebungen den Unterzeichneten meinen Dank gefälligst übermitteln wollen.

von Bismarck.

Für die Beibehaltung der Eisenzölle ist Stumm im Reichstag energisch eingetreten — nicht aber bei Bismarck persönlich, um nicht in propria causa bei ihm zu plädieren.

Die Agitation für die Einführung von Getreidezöllen rührt erst aus dem Jahre 1879 her; 1877 waren noch fast alle Steuer- und Wirtschaftsreformer Freihändler. Bismarck sah aber bald ein, wohin der Freihandel führte, und sobald er einmal den Entschluß gefaßt hatte, damit im Interesse der nationalen Wohlfahrt zu brechen, beriet er die Frage unter andern Sachverständigen natürlich auch mit Stumm. „Delbrück will ich Ihnen preisgeben. Greifen Sie die Regierung meinethalben wegen ihrer Zollpolitik nur kräftig an."

Stumm wurde demnächst Mitglied der von Bismarck im Sommer 1878 berufenen Enquete über die Lage der deutschen Eisenindustrie und that hier das Seine, um die Geheimräte über die Lebensbedingungen und die Wichtigkeit dieser Industrie aufzuklären.

Als in Frage kam, auch den Amtsrat Dietze aus Barby als Sachverständigen zu vernehmen, wandte ein freihändlerisch gesinntes Mitglied der Kommission ein: „Vom Amtsrat Dietze weiß man nur, daß er ein Freund des Reichskanzlers ist." Stumm war über diese Äußerung indigniert, verlangte die Aufnahme derselben in das Protokoll und erzählte sie seinen Freunden, wodurch sie auch zur Kenntnis Bismarck's kam, der den betreffenden Regierungsvertreter zur Rede stellte.

In der Arbeiterversicherungsfrage kann man Stumm geradezu den Vorläufer, um nicht zu sagen Vorkämpfer der Bismarck'schen Ideen nennen. Bereits bei Beratung der Gewerbeordnung im Jahre 1869 stellte Stumm einen Antrag wegen Invalidenversorgung der Fabrikarbeiter, der aber unerledigt blieb. Der Antrag machte Stumm damals freilich im Detail wenig Mühe, denn er legte demselben in der Hauptsache bloß die Bestimmung zu Grunde, wie sie für die Knappschaften bereits längst in Übung waren. Am 14. September 1878 brachte Stumm im Reichstag den Antrag auf Einführung obligatorischer, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftskassen zu bildenden Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter ein. Da dieser Antrag unerledigt blieb, so erneuerte Stumm denselben zuerst am 12. Februar 1879 (Nr. 16 der Drucksachen) [1]. Dieses Mal wurde der Antrag in der Kommission sehr eingehend beraten und

[1]) Zu vergl. die stenographischen Verhandlungen der IV. Legislaturperiode, II. Session 1879, S. 155, 181, 184. Der Kommissionsbericht findet sich als Drucksache Nr. 314.

Digitized by Google

daraufhin eine Resolution gefaßt, welche sich im wesentlichen auf den Standpunkt Stumm's stellte, nur seinen ursprünglichen Antrag auf der einen Seite mehr generalisierte.

Die Kommissare der verbündeten Regierungen erwiesen sich damals dem Antrage wenig entgegenkommend. Daß der Kanzler dem Antrage weit sympathischer gegenüberstand als die in der Reichstagskommission aufgetretenen Regierungskommissare, beweist der Umstand, daß Fürst Bismarck nach dem Schlusse der Reichstagssession alsbald die deutschen Bundesregierungen in einem Rundschreiben ersuchte, eingehend alle diejenigen Fragen zu erwägen, welche eben von der Reichstagskommission beraten worden waren.

Am 19. Februar 1880 kleidete Stumm seinen nunmehr zum drittenmal gestellten Antrag in die Form einer Interpellation[1]), welche am 27. Februar im Reichstag von ihm begründet und demnächst vom Minister Hofmann beantwortet wurde[2]). Derselbe — und man darf aus seinem Munde auf die Disposition des Kanzlers schließen — erkannte den Stumm'schen Gedanken, daß der Arbeiter, der durch Alter oder sonst infolge der Arbeit erwerbsunfähig geworden ist, nicht der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen soll, sondern in andrer Weise eine angemessene Versorgung finde, als richtig an und wies nur noch auf die Schwierigkeit einer gesetzlichen Regelung der Materie hin. Die betreffende Schwierigkeit hatte aber die Regierung bereits im folgenden Jahre, also überraschend schnell, überwunden.

Im Laufe der Jahre sah Stumm Bismarck häufig; er bat gewöhnlich um eine Audienz und bekam dann regelmäßig eine Tischeinladung, in deren Verlaufe das Gewünschte zwanglos besprochen wurde. Bei einer solchen Gelegenheit kam auch der eingangs erwähnte Austritt Stumm's aus dem Reichstage zur Sprache, der wegen der Haltung des damaligen preußischen Arbeitsministers erfolgte.

Die Blätter („Vossische Zeitung" vom 25. Mai 1881, Nr. 240) brachten folgende Version: Neulich besuchte ein der Rechten angehöriger Abgeordneter, der vor kurzem in einer vielbesprochenen Angelegenheit (betreffend das Verbot einer kleinen Zeitung) ziemlich scharf mit dem Minister Maybach zusammengeriet, den Kanzler, um ihm u. a. zu erklären, er gedenke bei den nächsten Wahlen die Flinte ins Korn zu werfen und nicht wieder zu kandidieren. Ein Vergnügen sei für ihn der Aufenthalt in Berlin nicht, sondern ein großes Opfer; komme nun noch hinzu, daß man für seinen guten Willen, gegen die sozialdemokratischen Hetzer zu wirken, statt Dank und Unterstützung zu erhalten, vielmehr vom Regierungstische zurecht gewiesen und faktisch im Stich gelassen werde, so sei es eben nicht zu verwundern, daß das Resultat davon Überdruß an der Abgeordnetenwirksamkeit und Aufgeben dieser politischen Thätigkeit bedeute. Der Kanzler erwiderte gelassen, er bedaure diesen Beschluß des Herrn Abgeordneten

---

[1]) Nr. 17 der Drucksachen, 4. Legislaturperiode, III. Session 1880.
[2] Stenographische Berichte S. 147—168.

Digitized by Google

außerordentlich, da er (der Kanzler) hierdurch um das Vergnügen mancher angenehmen Plauderstunde komme, welches ihm dessen Anwesenheit in Berlin verschaffe — politisch genommen sei es ihm aber völlig gleichgültig, ob der Herr sich wieder wählen lasse oder nicht, da der Reichstag ja doch keine zuverlässige Mehrheit liefere, mit der man politisch rechnen könne, man müsse sich also, so lange keine andre Zusammensetzung zu erzielen sei, auch ohne ihn zu behelfen suchen.

Die Sache lag aber doch etwas anders. Bismarck bat Stumm, sich doch über die Sache hinwegzusetzen; Maybach sei durch Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung nun einmal nicht entbehrlich. Stumm blieb aber fest; er könne das Vorgehen des Ministers nicht ruhig hinnehmen. Opposition wolle er aber der Regierung auch nicht bereiten. —

Noch nie waren einem Abgeordneten von Bismarck solche Elogen gesagt worden, als dem Abgeordneten von Bennigsen in der Reichstagssitzung vom 5. Mai 1881[1]).

Wem war bisher das Zeugnis erteilt worden, daß er von allen seinen Fraktionsgenossen Bennigsen allein als den betrachte, der ihn „am meisten gefördert" habe und daß „ihm das Deutsche Reich jedenfalls großen, sehr großen Dank schulde". Diese ostentative Äußerung der Verdienste Bennigsen's erhielt aber ein ganz bestimmtes Relief durch den Zuruf: „Laß dich vom Linken nicht umgarnen", den der Reichskanzler sehr deutlich dahin interpretierte, daß es ein großer Verlust für das Reich und die Reichsregierung sein würde, der dem Reichskanzler persönlich sehr nahe gehen würde, wenn sich Bennigsen der Reichsregierung entfremden und eine Kontinuität zwischen Nationalliberalen und der Opposition bis zu den Sozialdemokraten herstellen würde, während er sich bisher immer noch der Hoffnung hingegeben habe, es würde sich eine Verschmelzung der Partei Bennigsen's mit den weiter rechts stehenden anbahnen lassen. Dieser warme Appell an Herrn von Bennigsen erinnerte fast an den Ausspruch Wallenstein's: „Max, bleibe bei mir, geh nicht von mir, Max!" Damit trat Fürst Bismarck mit aller Energie in den Wahlkampf und die Parteibildung hinein und widerlegte die Angriffe, welche die offiziöse Presse gegen die Nationalliberalen in letzter Zeit gerichtet hatte[2]).

---

[1]) Vergl. über die Auseinandersetzung zwischen Bismarck und Bennigsen die „Post" 1881, Nr. 124, 125, 127, 130 u. die „Vossische Zeitung" v. 6. Mai 1881, Nr. 209. — 29. Mai 1881 Rede Bennigsen's in der Landesversammlung der nationalliberalen Partei („Post" 1881, Nr. 265, und Schultheß' Geschichtskalender, S. 201). — 9. Oktober 1881 Magdeburger Rede Bennigsen's (Schultheß, S. 260 Wiermann, a. a. O., Bd. II., S. 53).

[2]) Aber auch noch im späteren Wahlkampf bekamen die Nationalliberalen von der sogenannten Regierungspresse manches Unangenehme zu hören. So behauptete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" von dem Programm der nationalliberalen Partei, es liege in ihm die Absicht, die Regierung zu bekämpfen: „Diejenigen bisherigen Mitglieder der nationalliberalen Partei, welche dieses Programm acceptieren, sind sich bewußt, daß seine Spitze mehr gegen den Reichskanzler, wie gegen die Fortschrittspartei gerichtet ist."

Digitized by Google

Je näher der Termin für die Neuwahlen heranrückte, um so lebhafter erscholl von seiten der Forschrittspartei der alte Schlachtruf „Fort mit Bismarck“ [1]).

Taktisch geschickter ging bei seiner Agitation Eugen Richter auf einer Wahlrede in Neustadt in der Pfalz zu Werke. Er ließ in die Versammlung nicht etwa den Ruf hineinschallen: Fort mit Bismarck — aber er bemühte sich darzuthun, daß die Politik Bismarck's in allen ihren Richtungen den Auffassungen der Fortschrittspartei entgegen sei; er mutete den Pfälzern nicht zu, sich „gegen Bismarck“ zu erklären, aber er sagte ihnen, daß es der Fortschrittspartei darauf ankomme, ihren — „gegen Bismarck“ genommenen Standpunkt zu wahren, und daß sie alles daran setzen müsse, um einen Umschwung zu ihren Gunsten herbeizuführen. „Wir schätzen den großen Staatsmann hoch, — sagte Herr Eugen Richter — aber wir treiben keinen Bismarck-Kultus [2]).“

---

[1]) Vergl. die am 30. März 1881 gehaltene Rede des Abgeordneten von Saucken-Tarputschen in Berlin („Post“ Nr. 119, außerordentliche Beilage). Am 29. April 1881 erklärte der Abgeordnete von Saucken-Tarputschen in einer Berliner Wahlversammlung: Er habe weder die Frage „für oder gegen Bismarck“ noch die Parole: „fort mit Bismarck“ aufgestellt, sondern nur in seiner früheren Rede gesagt, daß nach der Haltung und den Ausführungen der konservativen Presse bei der nächsten Wahl sich zwei Parteien bilden müßten, von denen die eine für, die andre gegen Bismarck sei. Die Fortschrittspartei würde nie zu der Forderung sich veranlaßt sehen, die Entfernung Bismarck's zu verlangen, denn sie wisse, daß dann nur eine jüngere Kraft auftreten würde, welche dieselben Prinzipien wie Bismarck verfolgt. Die Fortschrittspartei nehme trotz der energischen Bekämpfung Bismarck's von dem Reichskanzler alles gern entgegen, was dem Volkswohl nützen könne, und die Pflicht eines jeden Mannes, der es mit dem öffentlichen Wohle ehrlich meine, sei es, das anzunehmen, was dem Volkswohle nützen könne, gleichviel von wem es komme; die konservative Partei habe von jeher die Anmaßung besessen, Patriotismus und Königstreue für sich allein in Anspruch zu nehmen. Die Pflicht eines jeden wahrhaft patriotischen Mannes sei es, mit der Wahrheit offen aufzutreten und das offen herauszusagen, was er als für das Wohl des Landes und Volkes für geboten halte. Das sei die wahre Königstreue. Zu der politischen Situation und besonders der jüngsten Vergangenheit übergehend, bemerkt Redner, daß die Maßregeln des Fürsten Bismarck nach der agitatorischen und organisatorischen Seite hin zu beurteilen sind. Die agitatorische Thätigkeit Bismarck's sei ganz bedeutend und von enormer Wirkung. Zu der organisatorischen Thätigkeit des Fürsten Bismarck übergehend, verweist Redner darauf, daß der Reichskanzler auch keine besondere Goldquelle habe, wie jeder andre, sondern daß jeder Pfennig, den er ausgebe, aus den Taschen der Steuerzahler hervorgehen müsse. Es handle sich bei allen neuen Propositionen Bismarck's nur um ein Tauschsystem, bei welchem er das nur wiedergiebt, was er vorher erhalten hat. Was der Reichskanzler vorgeführt, seien vorläufig nur Ideale. In dem System Bismarck's liege eine Schädigung des Parlamentarismus und des konstitutionellen Lebens. Er (Redner) erkläre offen, daß er durch und durch ein Monarchist sei, und weil er das sei, wolle er den Monarchen so stellen, daß er der Verantwortlichkeit vollständig enthoben ist, dies aber könne nur durch ein vollkommenes konstitutionelles System geschehen.

[2]) „Gewiß ist — so bemerkte die „Nordd. Allg. Ztg.“ v. 30. April 1881, Nr. 200 — auch diese Zuspitzung der Richter'schen Rede charakteristisch für die Taktik der Fortschrittspartei, welche, da sie es vor diesem Publikum für nicht ratsam gefunden hat, die Beseitigung des Reichskanzlers als Ziel ihrer Bestrebungen offen zu bekennen, allen seinen Plänen entgegentritt und alle unklaren Geister durch einen falschen Vorwurf an sich zu locken sucht. Gerade die unklaren Geister wollen ja am wenigsten den Schein der Unselbständigkeit auf sich laden; von diesen unklaren und unselbständigen Geistern kann man erwarten, daß sie sich blindlings der Autorität des

Digitized by Google

Am 25. Juni 1881 hielt der Reichstagsabgeordnete Graf Wilhelm Bismarck[1]) in der von dem konservativen Halleschen Thorbezirks-Verein in Berlin berufenen Versammlung eine viel beachtete Rede. Die Einladungen zur Versammlung waren nur an bekannte konservative Parteigenossen ergangen, die Kontrolle wurde sehr streng gehandhabt. In der Versammlung bemerkte man fast alle Leiter und Vorsitzende der konservativen Vereine, des konservativen Central-Wahlkomites u. s. w., nicht einen geringen Teil der Versammlung bildeten Beamte. Der Saal war dicht gefüllt, ungefähr 700 Personen mochten anwesend sein, auch in dem Nebensaal hatten sich viele Personen angesammelt. Graf Wilhelm Bismarck, der kurz nach 8 Uhr erschien und in dessen Begleitung sich Graf Rantzau und Graf Herbert Bismarck befanden, wurde bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Herr von Erichsen eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß man nur in der Absicht, um das konservative Vereinsleben zu fördern und der konservativen Sache zu dienen, sich an den Grafen Bismarck gewandt und denselben ersucht habe, einen Vortrag zu halten, andre Motive hätten nicht vorgelegen. Es müßte für jeden konservativen Mann eine Freude sein, den Sohn unsres verehrten Reichskanzlers zu hören. (Stürmischer Beifall.)

Graf Wilhelm Bismarck: Wenn man die verflossene Reichstags-Legislaturperiode betrachten und würdigen wolle, so müsse man zunächst die Zeit ins Auge fassen, die derselben vorausgegangen. Bis Juli 1878 sei der politische Himmel Europas mit düstern Wolken bezogen gewesen; den ersten Lichtblick habe im Juli 1878 der Kongreß zu Berlin gebracht; jetzt sei der politische Horizont so wolkenlos und friedlich wie lange nicht zuvor. (Beifall.) Während der Zeit

---

Herrn Richter hingeben, weil sie nicht den Vorwurf hören wollen, daß sie auf den Namen und die Autorität des Fürsten Bismarck schwören. In der That aber handelt es sich für die deutsche Nation, auch wenn man zugiebt, daß die künftige Wahlschlacht „für oder gegen Bismarck" entschieden haben wird, lediglich um Namen und persönliche Autoritäten. Nicht bloß, daß in unsrer parlamentarischen Welt kein Name genannt werden kann, welcher, ohne das Odium der Lächerlichkeit auf den Inhaber zu werfen, mit dem Bismarck'schen in Konkurrenz gebracht werden könnte, — die Nation weiß auch ganz genau oder kann es ganz genau wissen, um welche Sache, um welche Interessen und Güter des politischen Lebens es sich handelt, wenn sie bei den künftigen Wahlen sich für oder gegen Bismarck entscheidet." Vergl. wegen der Resolution des Ausschusses der Fortschrittspartei in Franken über die innere Reichspolitik des Fürsten Bismarck (Fort mit Bismarck) die „Post" 1881, Nr. 108; „Der Reichskanzler und die Fortschrittspartei", die „Post" 1881, Nr. 74. „Vom Fortschrittsring." (Wirkung der Rede des Fürsten Bismarck gegen den Berliner Fortschrittsring) die „Post" 1881, Nr. 69.

[1]) Aus dem Leben desselben erinnerte die „Voss. Ztg." kürzlich bei dem Anlaß seiner Ernennung zum Oberpräsidenten daran, daß Graf Wilhelm Bismarck sich meist im „Deutschen Hause" in Königsberg zusammen mit Herrn von Balan durch den jetzigen Ministerialdirektor Kayser für die peinliche Staatsprüfung habe vorbereiten lassen. Das waren noch selige Tage; mancher Gastwirt erzählt von ihnen noch heute. Und auch Graf Wilhelm Bismarck mag ihrer gedenken mit einem nassen, einem heitern Auge. Als Hanauer Landrat veröffentlichte Graf Bismarck den bekannten Erlaß gegen die Trunksucht und das Kartenspiel der Volksschullehrer.

Digitized by Google

der Beunruhigung im Auslande habe natürlich die Regierung den materiellen Interessen der Nation nicht so viel Sorge entgegenbringen können als nach 1878. Die Regierung habe die Zollreform inauguriert, der Industrie den schützenden Mantel umgehängt, den Versuch gemacht, den Handwerkerstand zu reorganisieren u. s. w. und schließlich mit dem Unfallversicherungsgesetz ein ganz neues Gebiet sozialer Reform betreten. Wie hätten sich nun zu diesem Bemühen der Regierung, das materielle Wohl des Volkes zu heben, die Fortschrittspartei und die Sezessionisten gestellt? Die Fortschrittspartei rede fortwährend von Diktatur. Was sei geschehen? Die Verfassung sei nicht geändert, die über Diktatur schreit, — die Fortschrittspartei erstrebt selbst die Diktatur. (Stürmischer Beifall.) Die Fortschrittspartei spreche fortwährend vom Volkswillen, sobald sie mit zur Majorität gehöre, sobald sie aber in der Minorität sich befinde, rede sie von einer unlauteren Vereinigung. (Bravo, sehr richtig!)

Der Redner ging darauf des Näheren auf die einzelnen Gesetzentwürfe ein, die den letzten Reichstag beschäftigt haben. Das erste Sozialistengesetz — so äußerte sich derselbe — habe der Reichstag kühl abgelehnt; die Regierung habe den Reichstag aufgelöst und da hätten die Wähler ein imperatives Mandat den Abgeordneten gegeben, das Sozialistengesetz anzunehmen. Die Animosität, welche man gegen das Gesetz gehabt, sei geschwunden, weil die Regierung es vollkommen loyal ausgelegt und gehandhabt habe. Wer merke etwas von dem kleinen Belagerungszustand? Die Hundesperre drücke viele Einwohner Berlins viel schwerer als derselbe. (Heiterkeit, sehr richtig!) Die Herren Bamberger und Richter hätten die neuesten Bestrebungen der Regierung, wie sich dieselben in dem Unfallversicherungsgesetz dokumentierten, ebenfalls sozialistisch genannt und dieselben mit den anarchistischen Tendenzen eines Hasselmann und Liebknecht zusammengeworfen. Die Regierung wird, so hoffe er jedoch, auf dem von ihr betretenen Wege weiter vorwärts gehen. (Bravo.) Mit der Zollreform sei man zu den Grundsätzen des deutschen Zollvereins, die bis 1865 in Kraft gewesen, wieder zurückgekehrt. Minister Delbrück habe die Grundsätze verlassen. Die Industrie und Landwirtschaft seien, ehe die Zollreform eingeführt, der ausländischen Konkurrenz rettungslos preisgegeben. (Sehr richtig, leider.) Die Fortschrittspartei habe die neue Zollreform mit allen Mitteln bekämpft und dieselbe zu Falle zu bringen gesucht. Jetzt, nachdem der neue Zolltarif erst zwei Jahre in Kraft sei, haben sich die Segnungen desselben weit größer herausgestellt, als man gehofft. (Sehr wahr.) Ein Aufschwung der Industrie sei zu konstatieren, in einzelnen Bezirken seien die Löhne gestiegen, wie dies die Herren Stumm und von Kardoff so schlagend nachgewiesen. England, wenn dessen Interessen es erheischten, sei nicht absolut freihändlerisch, in 5—6 Jahren würde England ebenso schutzzöllnerisch sein als die andern Länder. Die Herren von der Fortschrittspartei richten jetzt, da sie gegen den Zolltarif im großen und ganzen nicht mehr ankämpfen, ihre Angriffe gegen die Getreidezölle. Die Getreidezölle seien absolut notwendig für die Landwirtschaft; nach Einführung der Getreidezölle im Januar 1880 seien die Getreidepreise gefallen. (Hört.) Durch den Fortfall der Schlacht- und Mahlsteuer sei

Digitized by Google

das Brot nicht billiger (Sehr richtig!) und das Fleisch nicht besser und billiger geworden. (Sehr richtig!) Zehn und eine halbe Million Mark seien für den Staat und die Kommunen durch den Fortfall dieser Steuern verloren gegangen. Daß der neue Zolltarif verbesserungsfähig sei, wäre gewiß. Die Regierung habe den deutschen Volkswirtschaftsrat ins Leben rufen wollen, in dem praktische Männer sich befinden sollten, die nicht von der Höhe das Leben betrachten, sondern in harter Arbeit kämpfen und die Wirkungen der einzelnen Tarifpositionen am besten beurteilen könnten. Der deutsche Volkswirtschaftsrat sei vom Reichstag abgelehnt. Die Versammlung möge mit allen Kräften dafür sorgen, daß ein Reichstag zu stande komme, der den Interessen des arbeitsamen Volkes sich gefügsamer gegenüberstelle als der verflossene. (Stürmischer Beifall.) Am Parlamentarismus und an der vielen Wählerei sei das Volk übersättigt, deshalb habe die Regierung die Verlängerung der Legislatur-Periode erstrebt. Diejenigen aber, die fortwährend aufregen, die fortwährend Material für ihre Zeitungen haben wollen, haben sich dem Bestreben der Regierung am meisten widersetzt. (Stürmischer Beifall.) In verschiedenen Zeitungen sei die Animosität gegen die Vorlage der Regierung gar nicht so groß, habe doch erst neulich ein liberales Blatt geschrieben, daß man das Tabaksmonopol bewilligen könne, wenn eine konstitutionelle Regierung eintrete, daß heiße, wenn man aus der Fortschrittspartei und der ihr verwandten Gruppen die Minister nehme. Was habe das Volk für ein Interesse, ob die Herren von Forckenbeck, Lasker, Richter Excellenzen wären. (Stürmischer Beifall.) Es würde ihm sogar einen gewissen Spaß bereiten, wenn Lasker Excellenz sei, wenn nur der Schade für das Land nicht zu groß wäre. (Stürmischer Beifall, Heiterkeit.) In der Leitung der Verwaltung von Berlin übe die Fortschrittspartei den größen Absolutismus, die größte Tyrannei aus. (Beifall.) Man habe einen neuen Viehhof gebaut; wer habe den Löwenanteil von diesem Viehhof? (Stürmischer Beifall. Rufe: Juden.) Die Rieselfelder seien auch kein glückliches Institut. Wollte man die Wirkungen der fortschrittlichen Verwaltung in Berlin auf das Deutsche Reich übertragen, so würde vielleicht das ganze Deutsche Reich ein Rieselfeld sein. (Beifall. Heiterkeit.) Mit dem Unfallversicherungsgesetz habe die Regierung ein ganz neues Gebiet sozialer Reform betreten; er habe schließlich gegen das ganze Gesetz gestimmt, da man $^1/_3$ der Prämien dem Arbeiter aufgelegt, während naturgemäß das Reich und der Staat dieses Drittel habe tragen müssen. Er wolle lieber noch ein Jahr warten, die Vorlage würde den Reichstag doch wieder beschäftigen. Aber noch andre soziale Reformen wären notwendig und zu erwarten, wie die Vorlagen über Versicherung gegen Alter und Invalidität. (Bravo! Sehr richtig!) Das Unfallversicherungsgesetz bilde im Verein mit den andern bereits besprochenen Gesetzen und ferner dem Wuchergesetz die Signatur der verflossenen Legislatur-Periode; die Regierung sei fortwährend bemüht gewesen, die ärmeren Leute von dem Steuerdruck zu befreien (Bravo!); eine Fraktion ehrgeiziger Leute habe diese Absicht zu durchkreuzen gesucht; es sei wenig erreicht, vieles bleibe noch zu thun übrig, die konservative Sache sei gut, sie müsse siegen, die konservative

Digitized by Google

Partei möge in dem heißen Wettkampf keine Mühe scheuen, ihr Schlachtruf müsse lauten: Nieder mit der Fortschrittspartei, nieder mit dem Fortschrittsring, nieder mit der Fortschrittstyrannei. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Die Versammlung dankte dem Redner für seinen Vortrag durch Erheben von den Sitzen und brachte dem Fürsten Bismarck ein stürmisches Hoch. Graf Wilhelm Bismarck dankte für diese Ovation und schloß mit der Aufforderung: „Gehen Sie hin zu ihm (Fürst Bismarck), Sie werden finden, daß er Ihr bester und wärmster Freund ist!"

Professor Brecher feierte darauf das Wachsen der konservativen Partei in Berlin, dadurch, daß Fürst Bismarck seinen Sohn gesandt, sei es jetzt vollständig klar, daß Fürst Bismarck ganz und gar Gesinnungsgenosse sei. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß man telegraphisch den Gruß der Versammlung dem Fürsten Bismarck übermitteln werde und schloß darauf, nachdem ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, die Versammlung[1]). —

An dem Versuche, bei den Reichtagswahlen von 1881 Berlin den radikal-fortschrittlichen Parteien zu entreißen[2]), war in erster Linie Professor Wagner beteiligt, der im folgenden Jahre in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Als die Agitation ihrem Höhepunkt zusteuerte (Juli 1881), empfing Fürst Bismarck in Kissingen den Professor Wagner und besprach mit demselben eingehend seine sozialpolitischen Pläne[3]) und die Aufbringung der hierfür erforderlichen Geldsummen. Wagner erfuhr hier, daß es in der Absicht Bismarck's liege, die Einkünfte des Tabaksmonopols für die Unfallversicherung und die Invalidenversorgung zu verwenden[4]).

Darüber erhitzten sich die Gemüter leidenschaftlich. Jene Mitteilung wurde benutzt, um die Regierung aufs neue wegen Programmlosigkeit, Versprechens und Nichthaltens, unsicheren Umhertappens, und — Betreibens bloßer Wahlreklame statt sachlicher Politik zu verurteilen; bei der neuen Bestimmung der

---

[1]) Vergl. über diese Rede Wolfgang Frank, „Fürst Bismarck und nicht seine Leute", S. 107, Wiermann a. a. O., Bd. I, S. 69, die „Post" 1881, Nr. 172, 173, 175 und 185 (aus dem „Pester Lloyd") und die „Nationalzeitung" Nr. 295 vom 27. Juni 81.

[2]) „Immer in der ganzen Reichsgeschichte — äußerte Bismarck am 26. Juli 1881 gegen Moritz Busch — ist die Fortschrittspartei der advocatus diaboli gewesen — Sie wissen, bei der Heiligsprechung in Rom. Glücklicherweise waren es aber nur Sprühteufel," setzte er lächelnd hinzu. — „Püstriche — sagte Busch — wie die vom geraden und krummen Horne am Grabe Faust's."

[3]) Hierüber bemerkte Bismarck am 26. Juni 1881 zu Moritz Busch: „Der Staat muß die Sache in die Hand nehmen. Nicht als Almosen, sondern als Recht auf Versorgung, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege erwerbsunfähig geworden ist, oder als Beamter, durch Alter, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit? Diese Sache wird sich durchdrücken. Sie hat ihre Zukunft. Es ist möglich, daß unsre Politik einmal zu Grunde geht, wenn ich tot bin. Aber der Staatssozialismus paukt sich durch. Jeder, der diesen Gedanken wieder aufnimmt, wird ans Ruder kommen."

[4]) Vergl. über diesen Plan mein Werk, „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. II., S. 78 und 79; die „Post" 1881, Nr. 223, 226, 237, 238, 244; Schultheß „Europäischer Geschichtskalender" 1881, S. 222, 228, 258, und 1882, S. 5, 7; Wiermann, „Der deutsche Reichstag", S. 272 f.

Digitized by Google

Revenuen des Tabaksmonopols sei nicht von Steuererlaß oder Anweisung zu Gunsten der Kommunen die Rede, sondern nur von invaliden Arbeitern; das sei nicht bloß Programmlosigkeit oder stets wechselnde Projektenmacherei, sondern selbst ein „Stoß in das Herz des monarchischen Prinzips", denn als einen solchen habe der heutige Minister des Innern einst selber einmal „jede Enttäuschung in dieser Beziehung", d. h. die Nichtberücksichtigung der Kommunen bei Verwendung der Überschüsse aus neuen indirekten Steuern, also das Nichthalten eines wiederholt in feierlichster Form den Kommunen gegebenen Versprechens bezeichnet. Demgegenüber erklärt „die Post", die Verwendung der Erträge des Tabakmonopols zur Altersversicherung der Arbeiter widerspreche dem früheren Programm nicht, denn auf diesem Wege würden die Ausgaben der Kommunen für die Zwecke der Armenpflege verringert, die Gemeinden würden also in den Stand gesetzt, ihre Steuern zu vermindern. Und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schrieb: „Nichts ist ungerechter und sophistischer, als die von einigen fortschrittlichen Blättern versuchte Anklage, daß mit der Bestimmung des Tabaksmonopols für sozialpolitische Zwecke die Steuerreform resp. die Steuererleichterungen aufgegeben seien. Für diese ist ja durch das Gesetz vom 15. Juli 1879 bereits die formale Vorkehrung getroffen worden; die materiellen Mittel kann jetzt nur das Wachstum des nationalen Wohlstandes und die daraus hervorgehende Steigerung der Reichseinnahmen liefern."

Im übrigen förderte der Wahlkampf recht seltsame Früchte an den Tag. So erklärte der Abgeordnete Ludwig Löwe[1]) in einem Vortrage, gehalten in dem Halleschen Thorbezirksverein in Berlin, daß der „Fürst Bismarck ohne die liberale Unterstützung (?) gar nicht im stande gewesen wäre, seine Lorbeeren zu erringen, da der österreichische Krieg nicht ohne diese Unterstützung (?) durchzuführen war, und daß auch im Kriege gegen Frankreich lediglich der liberale Gedanke (?) es war, welcher die Süddeutschen zur preußischen Heeresfolge bewog."

Die Palme gebührte aber doch dem Abgeorneten Theodor Mommsen[2]), der in einem Schreiben an die holsteinische Wählerschaft vom Jahre 1881 sagte, Fürst Bismarck sei im Begriff, alle Institutionen in Deutschland, welche einen eigenen Willen haben oder haben können, zu zerstören, damit er allein in seiner „grauenvollen Einsamkeit" das Land unumschränkt in Zukunft regiere. „Was bleibt? Es bleibt die Krone. Ist dies noch die Krone der Hohenzollern? Ich weiß es nicht und halte hier ein. Unsre Kinder werden die Antwort auf diese Frage zu geben haben. Die Staatsomnipotenz in der Form des Minister-

---

[1]) Löwe, Ludwig, Fabrikbesitzer in Berlin. Geb. am 27. November 1837 in Heiligenstadt (mosaisch). Seit 1858 in Berlin etabliert, organisierte er 1870 im großen Maßstabe die erste Maschinenbau-Anstalt und Waffenfabrik nach amerikanischem System im Inlande, welche ein anerkanntes Muster-Institut geworden ist. Seit Anfang 1864 Mitglied der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für Berlin I. seit 1877, Mitglied des deutschen Reichtags für Berlin I. seit 1878 (Fortschrittspartei).

[2]) Theodor Mommsen, Professor in Berlin, geb. am 30. November 1817 zu Garding in Schleswig. Mitglied des deutschen Reichstags in der V. Legislaturperiode.

Digitized by Google

absolutismus ist sehr wohl durchführbar und oft in der Geschichte dagewesen, zuweilen als vorübergehender Eingriff eines allzumächtigen Geistes, aber auch dauernd als die letzte Phase einer untergehenden Nation. Der Parallelen enthalte ich mich; sie könnten nicht schmeichelhaft sein."

„Wir behaupten — so wurde ihm damals von dem Abgeordneten Dr. Delbrück[1]) geantwortet — daß dabei in erster Linie gedacht werden muß an einige Minister in dem letzten Menschenalter des weströmischen Reiches, z. B. Stilicho; an die fränkischen Hausmeier; an einige türkische Großveziere aus den letzten Jahrhunderten; einige spanische Minister und endlich und vermutlich vor allem an den Kardinal Richelieu. Mommsen selbst fügt hinzu, daß die Parallele nicht schmeichelhaft sein soll. Nun, was die Person des Reichskanzlers betrifft, so kann dieser sich eigentlich über den Vergleich nicht weiter beklagen. Jene Minister waren meist ausgezeichnete, um ihr Land im höchsten Maße verdiente Staatsmänner. Für wen also soll der Vergleich nicht schmeichelhaft sein? Sehen wir uns die historischen Persönlichkeiten etwas näher an. Stilicho regierte das weströmische Reich unter dem Kaiser Honorius. Dieser Kaiser beschäftigte sich in dem festen Ravenna mit der Hühnerzucht, während Alarichs Westgoten die Stadt Rom belagerten und erstürmten. Der Großvezier Mehemet regierte das osmanische Reich unter den Sultanen Selim und Murad, die mit matten Augen sich an den Tänzen der Sklavinnen des Serails ergötzten und keine andre Leidenschaft kannten, als Frauen und Gold. Richelieu bändigte den mächtigen Feudal-Adel Frankreichs unter Ludwig XIII; einem krankhaften und schwächlichen Manne, der seinen Minister behielt, mehr, weil er sich vor ihm fürchtete, als weil er die Maßregeln seiner Politik gebilligt hätte. Wie, sagt der geneigte Leser und schüttelt mit dem Kopfe — das ist ja aber unmöglich, das ist ja Unsinn, daran kann Mommsen nicht gedacht haben. Wie hätte er so etwas meinen können? Wie kann man solche Parallelen ziehen wollen? Was ist denn gerade das eigentümlich Große unsrer Zeit? Ist es nicht die einzige Erscheinung in der Geschichte, daß ein Monarch das Glück und das Geschick gehabt hat, sich einen Staatsmann und einen Feldherrn zur Seite zu stellen, die den ersten Staatsmännern und Feldherren beigezählt werden, diesen Männern den entscheidenden Einfluß bei der Führung im Kriege und Frieden einzuräumen und dennoch nicht von ihnen in den Schatten gestellt zu werden — was sagen wir, gerade durch die Hilfe dieser Männer erst auf die Höhe der Menschheit gehoben zu werden, in einer Vornehmheit dazustehen, welche jeden Vergleich ausschließt, die Königswürde ganz in derselben Fülle und Gewalt darzustellen, wie seine Gehilfen die Leistungen der Politik und der Strategie repräsentieren? Ist es nicht gerade das, was das deutsche Volk mit einer so grenzenlosen Dankbarkeit und Verehrung erfüllt hat für seinen Kaiser, daß er sich mit solchen Ratgebern umgeben hat? Ist es nicht neben

[1]) Delbrück, Hans, Professor der Geschichte an der Universität Berlin, geb. am 11. November 1848 zu Bergen auf Rügen. 1882—1885 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1884 Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

den Erfolgen der Politik gerade die zugleich so anmutige und heroische Gestalt dieses Kaisers an der Spitze der Neuschöpfungen, welcher die — verhehlen wir es uns nicht — unter der Regierung Friedrich Wilhelms IV. schon hier und da zerbröckelnde alte royalistische Gesinnung im preußischen Volke wiedererweckt und für alle Zeiten so unerschütterlich fest aufgebaut hat, daß selbst die oppositionellen Parteien als die Grundlage ihres Programms die Königstreue proklamieren? So denken alle Deutsche, deren Verstand nicht von Gelehrten-Eitelkeit benommen ist. Mommsen aber, der berühmte Historiker Mommsen hat sich anders ausgesprochen. Er hat öffentlich die Frage aufgeworfen und seinen Zweifel laut werden lassen, ob die Krone, die Kaiser Wilhelm seinen Nachfolgern überlassen wird, noch die rechte alte Hohenzollernkrone sein werde."

Noch weiter ging Mommsen in der Charlottenburger Rede aus dem Jahre 1881, woselbst er die wirtschaftliche Politik Bismarck's eine Politik des Schwindels nannte [1]).

Verschiedene liberale Blätter äußerten sich sehr entrüstet, als der Professor das erste Mal unter Anschuldigung der Beleidigung des Fürsten Bismarck vernommen wurde. Die „National-Zeitung" registrierte mit Bedauern, daß somit eine öffentliche Gerichtsverhandlung „gegen einen der berühmtesten Gelehrten Deutschlands, dessen Name unserm Lande und der ganzen Kulturwelt zur Zierde gereicht," bevorstehe.

Mommsen wurde freigesprochen. Er wollte mit der „Politik des Schwindels" nicht den Fürsten Bismarck, sondern andre gemeint haben, worauf Professor Wagner ein Schreiben an ihn richtete, worin es hieß, ob Kollege Mommsen die Professoren der Staats-Nationalökonomie, den Zeitungsberichten und speziell den Referaten über die Gerichtsverhandlung gemäß, als diejenigen Personen hervorgehoben habe, denen seine Äußerung über Schwindelpolitik gegolten hätte?

Herr Mommsen erwiderte darauf, er habe bei seinem berühmten Ausspruch weder an den Fürsten Bismarck, noch an Herrn Wagner, noch an irgend ein andres Individuum gedacht, er habe mit einem Worte niemand gemeint. Gleichwohl hatten die Charlottenburger den in Rede stehenden Ausdruck stürmisch beklatscht. Sie hatten wohl also auch an niemand gedacht [2]). —

Den 28 Mitgliedern, welche am 31. August 1880 aus der nationalliberalen Partei ausgetreten waren, wurde bei dem Herannahen der Neuwahlen sehr unheimlich zu Mute. Der Abgeordnete Forckenbeck erhoffte alles Gute von dem „Zusammenwirken aller Liberalen" und der Bildung der „großen liberalen Partei" [3]).

---

[1]) Wiermann a. a. O., Bd. I., S. 329.

[2]) Über Beleidigungsklagen des Reichskanzlers gegen den Professor Mommsen vergl. die „Post" vom 16. Juni 1882, Nr. 160, vom 10. u. 11. Januar 1883, Nr. 9 u. 10, und vom 4. April 1883, Beil., Nr. 91.

[3]) Zu vergl. dessen Rede an die Wähler in Neuhaldensleben anfangs Oktober 1881 (Schultheß „Europäischer Geschichtskalender", S. 257). 3. April 1881, Rechenschaftsrede des Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg zu Gunsten der Sezession und der Gründung einer einzigen großen liberalen Partei. Hinweis auf die Gefahren (?) für das Vaterland, welche entspringen aus der Macht Bismarck's, seinem Willen und seiner fast übermenschlichen Energie, vergl. Schultheß „Europäischen Geschichtskalender", S. 193.

Digitized by Google

Diese Parteikombination kam ja schließlich auch zu stande; nur ist dieselbe keine große, sondern eine recht kleine Partei geworden, und diese hatte keinen Bestand, da die Bestandteile zu heterogene waren. Aus der Zeit des Wahlkampfes [1]) sind verschiedene Kundgebungen des Reichskanzlers zu erwähnen.

An den Stadtrat L. W. Vopel [2]) in Chemnitz, welcher in der letzten Legislatur-Periode den 16. Wahlkreis des Königreichs Sachsen inne hatte, erging nachstehendes Schreiben:

Kissingen, den 22. Juli 1881.

Aus Ihrem Wahlaufruf, der mir mit der Post zugeschickt worden ist, habe ich mit Befriedigung ersehen, daß auch von Ihnen und Ihren Freunden die Überzeugung geteilt wird, daß die von mir vertretenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen an sich weder mit dem liberalen Prinzip noch mit dem einer andern Partei unvereinbar sind, und daß sie keine Tendenzen oder Wirkungen mit sich bringen, welche mit liberaler Politik mehr als mit konservativer in Widerspruch ständen. Sie haben keinen andern Zweck als den, allen Deutschen, welcher Partei sie auch angehören mögen, wirtschaftlich nützlich zu sein.

von Bismarck.

Auf eine aus Wiesbaden von konservativer Seite an den Kanzler gerichtete Anfrage, betreffend die Wahl des Admirals Werner in den Reichstag, erwiderte derselbe aus Varzin am 10. Oktober 1881:

Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf die gefällige Anfrage vom 4. d. M., daß ich mich freuen würde, den Admiral Werner im Reichstage zu sehen, weil jeder sachkundige Vertreter der Marine im Schooße desselben von Nützlichkeit ist. Wie die Chancen im dortigen Wahlkreise für ihn liegen, kann ich von hier aus allerdings nicht übersehen. von Bismarck.

Auch dieses Mal wurde dem Kanzler der Vorwurf nicht erspart, daß er die Wahl einzelner Abgeordneter in unzulässiger Weise begünstige.

Es war der reine Zufall, daß im Sommer 1881 in einer Sitzung der Ritter- und Landschaft zu Ratzeburg vom Fürsten Bismarck ein Brief verlesen wurde, gerichtet an den kommissarischen Landrat von Bennigsen-Förder, in dem der letztere ersucht wurde, der Stadt Ratzeburg die Freude des Reichskanzlers darüber zum Ausdruck zu bringen, daß Ratzeburg wieder mit einer Garnison belegt werde [3]). Sofort wurde in den oppositionellen Blättern das Märchen

---

[1]) Zu vergl. die „Vossische Zeitung“ vom 20. April 1881 (Leitartikel, Wahlpolitik des Reichskanzlers), die „Post“ 1881, Nr. 194 (Stellung Bismarck's zur Wahlbewegung), 203 (die Fortschrittspartei und Herr von Bismarck), 210 (zur Geschichte der Fortschrittspartei), 220 und 223 (Verhalten der Fortschrittspartei Bismarck gegenüber).

[2]) Vopel, Louis Wilhelm, ehedem Stadtrat, Pelzwarenhändler und Rittergutsbesitzer, geb. am 7. Oktober 1838 in Bernburg.

[3]) Auch Graf Herbert Bismarck sandte einen Brief ein, in welchem es heißt: „Mein Vater läßt Ihnen sagen, daß es erst nach vieler Mühe gelungen ist, daß das 9. Jägerbataillon am 1. April 1882 wieder nach Ratzeburg verlegt wird“.

Digitized by Google

kolportiert, Bismarck agitiere mit dieser Notifikation, um die Wahl des konservativen Herrn von Schrader in Lauenburg durchzusetzen und sich an den Liberalen dafür zu rächen, daß Graf Herbert Bismarck bei den vorigen Wahlen in dem Herzogtum Lauenburg unterlegen war [1]).

IV. Abschnitt.

Die erste Session der V. Legislatur-Periode des Reichstags.

(17. November 1881 bis 30. Januar 1882.)

Im Spätherbst 1881 summte Fürst Bismarck, als derselbe mit M. Busch in der Dunkelheit durch die gewundenen Wege des Parkes hinter seinem Berliner Palais ging, und sich mit demselben über den neugewählten Reichstag unterhielt, die Melodie des Studentenliedes: „Wir hatten gebauet ein stattliches Haus", und nach einer Weile sprach er vom Glück von Edenhall, mit dem er die deutsche Verfassung verglich. Die Melodie ging in seiner Seele dem Gleichnis und dem darin liegenden Gedanken voraus [2]). —

In einem Gespräche mit dem verstorbenen Abgeordneten Berger [3]) hatte Bismarck bemerkt: was er sich wünsche, sei eine Majorität, wie sie Louis Napoleon in seinem corps législatif gehabt [4]); was er bei der Wahl am 27. Oktober erhielt, war davon weit entfernt. Die Wahl war für die Konservativen schlecht ausgefallen. Das Projekt des Tabaksmonopols war vom Freisinn mit großem Geschick zur Agitation ausgenutzt worden [5]). Bismarck wurde

---

[1]) „Vossische Zeitung" vom 9. Juli 1881, Nr. 313.

[2]) M. Busch, Unser Reichskanzler, Bd. II., S. 428.

[3]) Louis Berger, früher Gußstahlfabrikant in Witten a. d. Ruhr. Geb. am 28. August 1829 zu Witten. Mitglied des Abgeordnetenhauses für Solingen-Lennep 1865—66 und (wiedergewählt) 1866—67; sodann für seinen heimatlichen Wahlbezirk Bochum-Dortmund von 1868 an. 1874 für den Kreis Dortmund zum erstenmal in den Reichstag gewählt, trat er infolge der Abstimmung über das Militärgesetz aus der Fortschrittsfraktion aus und legte sein Mandat nieder, wurde aber Oktober 1874 mit großer Mehrheit wiedergewählt. 1877 für den nämlichen Bezirk zum drittenmal gewählt. Referent im Eisenbahn-, Post- und Bergwesen. — Arbeitete vorzugsweise im Berg-, Hütten- und Eisenbahnwesen. (Fortschrittspartei).

[4]) In einer anfangs November 1881 gehaltenen Wahlrede teilte der Abgeordnete Berger noch folgendes mit: Fürst Bismarck habe ihm gegenüber erklärt, daß sich in konstitutioneller Weise nur regieren lasse, wenn, wie in England, der Premierminister gleichzeitig der Führer der Majorität des Parlaments sei. Herr Berger habe dem Reichskanzler darauf erwidert, daß der Satz umgekehrt richtig, daß nämlich in England der Führer des Unterhauses Ministerpräsident sei.

[5]) Wie sehr der Ausfall der Wahlen die Hoffnungen der Fortschrittspartei erweckte, ersieht man aus einer Wahlrede des Abgeordneten Eugen Richter in Berlin am 16. November 1881 „Die Konservativen haben keine Zukunft mehr". (Schultheß, S. 279.)

Digitized by Google

aber durch das Schlußergebnis weder entmutigt noch überrascht[1]). „Chronische Zeiten — so bemerkt er in einem Dankschreiben auf ein Ergebenheitstelegramm des Vereins deutscher Studenten in Leipzig — fordern Zeit und Geduld[2])."

Bezeichnend ist noch das folgende Telegramm, welches der Kanzler an das konservative Centralkomitee in Berlin auf die Anzeige von dem ungünstigen Berliner Wahlresultat aus Varzin richtete: Ich danke verbindlichst für Ihr Telegramm[3]) und werde für jede Unterstützung dankbar sein, die ich in dem Kampfe gegen die meiner Überzeugung nach Kaiser und Reich gefährdenden Bestrebungen der Fortschrittspartei erhalte. von Bismarck.

Bei mehreren Wahlkandidaten bedauerte der Kanzler das denselben ungünstige Wahlergebnis. An das Mitglied des Abgeordnetenhauses von Rauchhaupt richtete derselbe das nachstehende Schreiben[4]):

Berlin, den 22. Dezember 1881.

Ew. Hochwohlgeboren und Ihren Auftraggebern danke ich verbindlichst für die freundliche Gesinnung, welche das Telegramm vom 19. d. M. zum Ausdruck bringt[5]). Gleichzeitig spreche ich Ew. Hochwohlgeboren mein Be-

[1]) Vergl. den Artikel „Die Reichstagswahlen und der Reichskanzler" in den „Grenzboten", 40. Jahrgang (1881), IV. Quartal, S. 301—307. Konsequenzen der den politischen Schwerpunkt erheblich nach links verrückenden Wahlen. Hoffnung und Notwendigkeit. Der Kanzler werde, wenn auch angeekelt von der sich in den Wahlen aussprechenden Undankbarkeit, gleichwohl im Amte bleiben.

[2]) Am Abend des Wahltages (27. Oktober) war in Leipzig der Verein deutscher Studenten versammelt, um die Siegesbotschaften in Empfang zu nehmen. Ein Studiosus Hahn feierte in beredter Ansprache den deutschen Reichskanzler. Den ersten Schatten über die freudige Stimmung warf der wenig befriedigende Wahlausgang in Leipzig. In Betrübnis versetzte aber alle Anwesenden ein in der zwölften Nachtstunde vom Berliner Kartellverein einlaufendes Telegramm mit dem Inhalt: „Fortschritt viermal gesiegt, zweimal Stichwahl mit Sozialdemokrat." Mit bewegten Worten beklagte Studiosus Hahn dies unerwartete Resultat. Man beschloß, die Kneipe sofort aufzuheben, den Reichskanzler aber noch in derselben Stunde aufs neue der unentwegten Ergebenheit des Vereins zu versichern. Darauf ging noch am selben Tage aus Varzin ein Antwortschreiben ein, in dessen Schlußsatze es heißt: „Ich freue mich aus Ihrem Telegramm zu ersehen, daß der Verein deutscher Studenten im festen Vertrauen auf die Zukunft mit mir übereinstimmt."

[3]) Das Telegramm lautete: „Ew. Durchlaucht beehrt sich das C. C. C. ergebenst anzuzeigen, daß es angesichts des heute offiziell festgestellten Wahlresultats für Berlin den festen Entschluß gefaßt hat, den Kampf gegen den Berliner Fortschrittsring mit ungeschwächten Kräften fortzusetzen, und sich bemühen wird, so viel an ihm liegt, zur Heilung des an unserm Staatsleben fressenden chronischen Übels beizutragen."

[4]) In Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

[5]) In einer von Wahlmännern der konservativen Partei in Delitzsch am 19. Dezember abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck abzusenden. „Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck. Die konservativen Wahlmänner des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welche mit großer Majorität den konservativen Kandidaten zum Abgeordnetenhause gewählt, entsenden Ew. Durchlaucht den vollen Ausdruck ihrer Übereinstimmung mit der von Ihnen befolgten Reformpolitik. Wolle Gott Ew. Durchlaucht die Kraft zur siegreichen Durchführung Ihrer Pläne voll verleihen. von Rauchhaupt."

Digitized by Google

dauern darüber aus, daß die dortige konservative Partei bei der jüngsten Reichstagswahl nicht ebenso erfolgreich gewesen ist, wie bei der stattgehabten Landtagswahl. Es würde mir eine besondere Freude bereitet haben, durch Ew. Hochwohlgeboren bewährte Kraft im Reichstage unterstützt zu werden.

von Bismarck.

Auf ein Zustimmungstelegramm konservativer Wähler aus dem Kocherthale erging nachstehender Bescheid[1]): Für das Telegramm, welches Ew. Wohlgeboren mir Namens der reichstreuen Wähler des Kocherthales übersandt haben, danke ich Ihnen und allen beteiligten Herren. Ich bedaure lebhaft, daß Fürst Hohenlohe-Langenburg[2]) nicht zu den Mitarbeitern dieses Reichstags gehört, ich teile aber auch mit Ihnen die Hoffnung, daß die Ergebnisse von Wahlen, wie die dortige, keine definitive und für die Zukunft des Reichs nicht maßgebend sein werden.

von Bismarck.

Endlich richtete Bismarck ein Schreiben an das liberale Kreiswahlkomitee in Hof, worin er sein Bedauern darüber ausdrückte, die Mitwirkung des durch seine politische Einsicht und seine versöhnliche Gesinnung gleich ausgezeichneten vormaligen Mitarbeiters Dr. von Schauß[3]) vermissen zu müssen. Schauß war eine parlamentarische Kraft ersten Ranges, dabei dem Fürsten treu ergeben und sympathisch. Er war, so lange er noch der nationalliberalen Partei angehörte, ein starkes Gegengewicht gegen Lasker, dessen Einfluß viel stärker war, als seine Bedeutung. Weil er immer Lärm machte, nannte ihn Bismarck einmal „die Brummfliege“ der nationalliberalen Partei.

Fürst Bismarck dachte wiederholt daran, Herrn von Schauß für den Reichsdienst zu gewinnen. Die Stellung, die derselbe zuletzt in München bekleidete, war aber eine so günstige, daß es schwer war, ihm in Berlin etwas Verlockendes anzubieten[4]). —

Es war ein empfindlicher Schlag für die Sache der Schutzzöllner, daß der Vorkämpfer des Zolltarifs vom Jahre 1879 bei den Neuwahlen in seinem alten

---

[1]) Das Datum desselben habe ich nicht feststellen können. Es fällt aber vor den 22. November 1881.

[2]) Fürst Hohenlohe-Langenburg, jetzt Statthalter von Elsaß-Lothringen, geb. am 31. August 1832. Erbliches Mitglied der I. württembergischen Kammer. Mitglied des Reichstags seit 1871. Fürst Hohenlohe-Langenburg unterstützte später die Kolonialpolitik des Fürsten Bismarck und unterhielt sich darüber mehrfach mit dem Kanzler. Auch als langjähriger Vorstand der deutschen Reichspartei hatte Fürst Hohenlohe-Langenburg öfters Gelegenheit, die Politik des Kanzlers mitbestimmend zu unterstützen.

[3]) von Schauß, Friedrich, Dr. jur., Direktor der süddeutschen Bodenkreditbank in München. Geb. 22. Januar 1832 in München (kath.). 1859 Staatsanwaltssubstitut in München, dann in Cronach. 1863 Rechtsanwalt in München. Seit 1871 Bankdirektor, Mitglied der bayerischen II. Kammer seit 1869. Mitglied des Reichstags seit 1871. Früher nat.-lib., dann liberale Gruppe. Schauß starb im Sommer 1893.

[4]) Einladung des Dr. von Schauß zur Theilnahme an den Beratungen über eine Reform der Aktiengesetzgebung im Februar 1882 („Neue Preußische Zeitung“ v. 1. März 1882, Nr. 51).

Digitized by Google

Wahlkreise nicht mehr gewählt wurde. Freiherr von Varnbüler[1]) verschmähte es, im Wahlkreise herumzureisen; er konnte mit Recht geltend machen, daß er überall bekannt sei und sich auf Wahlreisen mit obligaten Reichstagsreden nicht einzulassen brauche. Gleichwohl unterlag er einem Kandidaten von der Volkspartei, der sich rühmte, nicht orthographisch schreiben zu können.

Auch von Helldorff unterlag in der Wahl und hatte gleichzeitig das Unglück, bei einem Sturz mit dem Pferde sich so zu verletzen, daß er mehere Monate lag. Derselbe blieb aber als Vorstandsmitglied des konservativen Wahlvereins in Verbindung mit der Politik und war öfter in Berlin, so u. a. am 19. Januar 1882 bei Bismarck zu Tisch. Helldorff fand den Kanzler leidend und recht verstimmt. —

Über die Niederlage des Grafen Fred Frankenberg schreibt derselbe: „Ich wußte wohl, daß mir viele Gegner daraus erwuchsen, daß ich das Tabaksmonopol für eine eminent vernünftige Einrichtung ansah, und dies gefiel den Produzenten des berühmten Ohlauer und Wansener Krautes nicht.

Mich bekümmerte es wenig, wohl aber wurde ich stutzig, als ein hochkonservativer Rivale mir gegenübertrat. So ungefährlich auch die Persönlichkeit war, so bedenklich war die Spaltung. Die Fortschrittspartei begriff ihren Vorteil augenblicklich, und aus Berlin wurde als liberaler Kandidat ein Bierbrauer Namens Goldschmidt[2]) (aber aus alter christlicher Familie, wie es in seinem Wahlaufruf hieß) entsendet, den niemand im Wahlkreise kannte. Die liberale Agitation war ebenso geschickt als die konservative unglücklich geleitet, und ich kam mit dem Berliner in die Stichwahl. — Bei den üblichen 3500 Stimmen „der christlich Konservativen", wie hier das Centrum sich nannte, lag die Entscheidung. In einer großen Wählerversammlung in Strehlen trat mir ein Kaplan und ein jüdischer Doktor Schulter an Schulter entgegen; da war mir die Situation nicht mehr unklar. Ich unterlag am 16. November mit 6370 gegen 8743. Die Kreise Strehlen und Nimptsch hatten mich gewählt; der an Stimmen zahlreichere Kreis Ohlau hatte gegen mich entschieden. Die Führer hatten mich gerade dort abgehalten, persönlich zu erscheinen, sie wollten alles allein machen. In Nimptsch und Strehlen hatte ich selbst agitiert und der Erfolg sprach für mich. Im ersten Moment traf die Niederlage mich hart. Sieben Jahre hatte

---

[1]) Es mag hier an einen parlamentarischen Witz erinnert werden, der sich an seinen Namen knüpft. Im Jahre 1878 stellten bekanntlich die Abgeordneten Buhl und Varnbüler den Antrag auf eine General-Enquete zur Vorbereitung der Zolltarif-Revision. Für diesen Antrag hatte man etwa zweihundert Stimmen geworben. Als aber die Sache im Reichstag von allen Seiten diskutiert wurde, fiel einer nach dem andern ab und die Herren Buhl und Varnbüler mußten sich beeilen, den Antrag zurückzuziehen, um ihn vor der Ablehnung zu bewahren. Damals erfand man folgende Steigerung: Positiv: Buhl, Komparativ: Bühler (ein oberschlesischer Eisenmann), Superlativ: Varnbüler.

[2]) Goldschmidt, Johannes Friedrich, Brauereidirektor, Hauptmann a. D. und Handelsrichter am Landgericht I. zu Berlin. Geb. den 20. Februar 1837 (evangl.). Verfasser verschiedener volkswirtschaftlicher Schriften. Nach der Wahl im 5. Regierungsbezirk Breslau schloß sich derselbe der „Liberalen Vereinigung" an.

Digitized by Google

ich wirklich nach besten Kräften den Wahlkreis vertreten und ich war eine wirksame Stütze für die Interessen des rein ländlichen Bezirks gewesen, dem die neue Zollgesetzgebung sehr zu gute kam; ich hatte die Politik des Kanzlers kräftig unterstützt, deren vaterländische Ziele und wunderbare Erfolge aller Welt sichtbar vor Augen lagen, dennoch machten die sogenannten „königstreuen Konservativen" den ersten Ausfall gegen mich, und im Verein mit Juden und Kaplänen überlieferten sie den Wahlkreis, der bisher immer konservativ gewählt hatte, an einen Fortschrittsmann aus Berlin. Das allgemeine Wahlrecht und der Fraktionsfanatismus zeigten, wessen sie fähig seien! Sechszehn Jahre hatte ich meine vornehmste Beschäftigung in der Arbeit im Reichstag gefunden, den gesetzgeberischen Ausbau des stolzen Gebäudes, dessen Fundamente ich in zwei großen Kriegen unter Einsetzung meines Lebens mitgelegt, und jetzt einem unbekannten Bierbrauer zu unterliegen — das kränkte mich.

In dem neuen Reichstag war überdies die patriotische Mehrheit früherer Zeiten zersprengt und Windthorst konnte erklären, „dieser Reichstag gefiele ihm sehr gut!" Meine Fraktion war dezimiert, fast alle bedeutenderen meiner früheren parlamentarischen Genossen waren unterlegen oder hatten eine Neuwahl abgelehnt — dies alles machte mir den Abschied vom Parlament leicht[1])."

Zu bemerken ist noch, daß die Niederlage des Grafen Fred Frankenberg erfolgte, wiewohl der Reichskanzler nachstehendes, offenbar für die Wähler bestimmte Telegramm an ihn gerichtet hatte[2]):

> Brief erhalten. Falls es zum Tabaksmonopol kommt, liegt die Errichtung einer Staatsfabrik in Ohlau, welche dort in erster Linie indiziert ist, in der Absicht der Regierung. von Bismarck.

Neu eingetreten in den Reichstag war Freiherr von Hammerstein[3]), derselbe war Deklarant und als solcher, wiewohl schon vor 1880 namhaftes Mitglied der konservativen Partei im Abgeordnetenhause, für Bismarck nicht vorhanden. Als Fürst Bismarck im Jahre 1879 die Zolltarifreform durchsetzte und den bekannten agrarischen Brief an den Freiherrn von Thüngen geschrieben hatte, da

---

[1]) Im Winter 1882 beteiligte sich Graf Frankenberg an der Gründung eines deutschen Kolonialvereins und wurde demnächst erster Vorsitzender der Abteilung Berlin.

[2]) Zu vergl. über den Schriftwechsel zwischen Bismarck und Frankenberg die „Post" 1881, Nr. 310, und die „Vossische Zeitung" vom 6. November 1881, Nr. 519, und 11. November 1881, Nr. 527, (demnächstige Erklärung Frankenberg's an seine Wähler).

[3]) Freiherr von Hammerstein, Wilhelm; zu Berlin. Wahlkreis: 2. Regierungsbezirk Minden (Herford-Halle). — Deutschkonservativ. — Geb. am 21. Februar 1828; lutherisch. Nach absolvierter Maturitätsprüfung widmete er sich dem Studium der Forstwissenschaft auf den Akademien zu Tharand und Eberswalde. Ostern 1860 trat er als Forstmann in mecklenburg-schwerinsche Dienste, die er 1863 wieder verließ, um die nach dem Tode seines Vaters ererbten Güter zu bewirtschaften. Übernahm am 28. November 1881 die Chefredaktion der „Kreuzzeitung" und verlegte seinen Wohnsitz nach Berlin. Seit 1876 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Mitglied des Reichstags von 1881 bis 1890. Seit dem 1. September 1892 wiedergewählt für denselben Wahlkreis. Vergl. auch Schultheß „Geschichtskalender" 1889, S. 26 und 149, und Wiermann „Der deutsche Reichstag". Seine Parteien und Größe. Bd. II., S. 229.

Digitized by Google

drängte sich dem Freiherrn von Hammerstein die Überzeugung auf, daß es jetzt für die konservative Partei an der Zeit sei, Bismarck's wirtschaftliche Politik wirksam zu unterstützen und mit der alten Fronde aufzuräumen. Während die andern Deklaranten dem Bedauern über frühere Mißverständnisse meist in Kollektiverklärungen Ausdruck gaben, richtete Freiherr von Hammerstein persönlich ein Schreiben an den Fürsten Bismarck, worin derselbe im Sinne der übrigen Deklaranten um die Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen bat. Bismarck antwortete alsbald in befriedigendem Sinne.

Als es bereits bekannt war, daß Freiherr von Hammerstein die Leitung der „Kreuzzeitung" übernehmen werde, lud Bismarck denselben, da er gerade in Pommern sich aufhielt, ein, ihn in Varzin zu besuchen. Hammerstein folgte dieser Einladung und hielt sich anfangs November 1881 zwei Tage in Varzin auf. Hier wurden eingehende politische Verhandlungen zwischen beiden geführt. Bismarck kam es darauf an, zum Zwecke der weiteren Durchführung seiner Zollpolitik und der Gesetzgebung für die wirtschaftlich Schwachen das gute Verhältnis, welches sich 1879 zwischen den Konservativen und dem Centrum bei Beratung des Zolltarifs angebahnt hatte, weiter zu pflegen. Hammerstein erschien dem Kanzler als ein Bindeglied zwischen diesen Parteien, deren Einvernehmen ihm auch in der Frage der Beseitigung des Kulturkampfes wünschenswert war. Deshalb war es dem Fürsten Bismarck auch willkommen, daß Hammerstein, welcher bisher nur dem Landtag angehört hatte, nunmehr auch Mitglied des Reichstags geworden war. Er wünschte, daß derselbe die Reorganisation der konservativen Partei in die Hand nehme und sich in dieser Sache mit dem Minister von Puttkamer in Verbindung setze. Von dem Anerbieten des Kanzlers, Hammerstein brieflich bei dem Minister des Innern einzuführen, brauchte derselbe nicht Gebrauch zu machen, da er mit Puttkamer bereits hinlänglich bekannt war. Übrigens hatte der Kanzler vor, in den nächsten Tagen selbst nach Berlin zu kommen, so daß dieser Punkt mündlich erledigt werden konnte.

Freiherr von Hammerstein gehörte zu den extremen Konservativen, so daß sich Bismarck über sein Programm keiner Täuschung hingeben konnte. In dieser politischen Grundanschauung des Parlamentariers lag die Ursache, weshalb es zwischen ihm und Bismarck niemals zu einer Einigung kam. Der Verkehr gestaltete sich gleichwohl freundlich; Hammerstein war öfters bei Bismarck zu speziellen Beratungen. Es kam vor, daß er ihm in den Reichstag sagen ließ, er esse heute allein, ob er ihn zu Tisch erwarten dürfe. —

Aus Bismarck's Nachbarschaft in Varzin gelangte in den Reichstag Adolf von Massow auf Rohr[1]. Die Eltern des Abgeordneten gehörten seit langen

[1]) von Massow, Adolf, Rittergutsbesitzer, Major z. D., auf Rohr (Pommern). Wahlkreis: 2. Köslin (Schlawe-Rummelsburg). — Deutschkonservativ. — Geb. am 27. August 1837 zu Berlin; evangelisch. 1857 Offizier im Zieten-Husaren-Regiment, später im Garde-Kürassier-Regiment bis zum Major. Mitglied des Kreistags und Amtsvorsteher, Mitglied des Reichstags seit 1881, des preußischen Abgeordnetenhauses von 1879 bis 1882.

Digitized by Google

Jahren zu den Bekannten des Hauses Bismarck; er selbst ist erst im Jahre 1879 in nähere Beziehung zu dem fürstlichen Hause getreten, nachdem er im Wahlkreise Schlawe-Rummelsburg zum Mitgliede des preußischen Abgeordnetenhauses gewählt worden war.

Obgleich die Stimmen der Varziner Güter Herrn von Massow bei der Wahl nicht zufielen, machte derselbe gleich nach der Wahl seinen Besuch in Varzin und fand eine überaus freundliche Aufnahme. Seit der Zeit ist Herr von Massow alljährlich in Varzin, Berlin oder Friedrichsruh der Gast im Fürst Bismarck'schen Hause gewesen, und nachdem Fürst Bismarck erkannt, daß er in demselben nicht nur einen persönlichen Verehrer, sondern auch einen unbedingt politischen Anhänger in ihm hatte, wurde der Verkehr ein vertraulicher, was sich besonders in den vom Fürsten geführten Gesprächen dokumentierte. Mit der ihm eigenen Offenheit besprach der Reichskanzler seine Stellung zu Kaiser Wilhelm I. und das Verhältnis zu seinen Kollegen im Ministerium, insonderheit sein Verhältnis zu den politischen Parteien.

Zu der Zeit, als Fürst Bismarck noch lange im Dienst war, äußerte er wiederholt: „Als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident habe ich keine Zugehörigkeit zu einer besonderen politischen Partei, auch nicht zu der konservativen, ich nehme die Unterstützung von allen Parteien und acceptiere einen persönlichen Verkehr von allen denjenigen, welche mich in meinem Streben zum Wohle des Vaterlandes unterstützen wollen. Bin ich erst nicht mehr im Dienst, dann ändert sich die Sache, dann werde ich mich zu denen halten, die namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet mit mir denselben Strang ziehen." Der Fürst hat also schon damals bekannt gegeben, daß er nach seiner Verabschiedung den Maßnahmen der Regierung nicht indifferent gegenüber stehen werde, vielmehr jederzeit mit seinen persönlichen Ansichten nicht zurückhalten würde.

Neu eingetreten war ferner in den Reichstag der damalige Hofprediger Stöcker[1]). Einigermaßen mysteriös bezeichnet Hermann Wagener das Verhältnis des Fürsten Bismarck zu demselben. „Daß derselbe jemals eine Einladung nach Varzin oder Friedrichsruh erhalten, haben wir nicht gehört, wenngleich man uns versichert, daß er hier im Reichskanzlerpalais verkehre. Wahrscheinlich gilt hier mutatis mutandis der Spruch aus Goethe's Faust: Von Zeit zu Zeit seh' ich den Pastor gern."

Über die Stellung der Regierung zu der sozial-politischen Thätigkeit des Hofpredigers Stöcker wurde im Dezember 1880 der „Schlesischen Zeitung" ge-

[1]) Stöcker, Christian Adolf, Hof- und Domprediger in Berlin. Geb. den 11. Dezember 1835 (evang.). Pfarrer in Seggerde 1863—1866, in Hamersleben 1866—1871, Divisionspfarrer in Metz 1871—1874, seitdem Hof- und Domprediger in Berlin. Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1879 für den Wahlkreis Bielefeld-Herford-Halle. — Wahlkreis: 1. Regierungsbezirk Arnsberg, Siegen. (Christlich-sozial, Fraktion der Deutsch-Konservativen). Vergl. noch Wiermann „Der deutsche Reichstag", Bd. II., S. 282—307. Über die Stellung Bismarck's zur Stöcker'schen Bewegung s. die „Post" 1880, Nr. 332 (Auszug aus einem „Grenzboten"-Artikel).

Digitized by Google

schrieben: „Es ist in neuester Zeit der Regierung wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie die sozialpolitische Agitation des Hofpredigers Stöcker nicht ungern sehe oder wohl gar begünstige. Es erscheint daher angezeigt, das Verhalten der Regierung in dieser Angelegenheit auf grund durchaus zuverlässiger Information endlich einmal darzulegen. Der Hofprediger Stöcker ist wegen seines Vorgehens auf sozialem Gebiete der Regierung von vornherein nichts weniger als persona grata gewesen; — es ist vielmehr schon früher die Frage in Erwägung gezogen worden, ob das Auftreten desselben nach Erlaß des Sozialistengesetzes überhaupt noch zu dulden sei[1]). Fürst Bismarck hat sogar den Ausdruck entschiedener Mißbilligung des Auftretens des Herrn Stöcker bis an die allerhöchste Stelle gelangen lassen. Es ist jedoch als irrtümlich erkannt worden, das Sozialistengesetz gegen Herrn Stöcker in Anwendung zu bringen, weil seine sozialpolitische Thätigkeit entschieden keine dem Gesetz verfallende ist, wenn auch die Form seines Auftretens zu Bedenken und Ausstellungen Anlaß geben mag. Wiederholt soll dann das Kirchenregiment angegangen worden sein, der Agitation des Herrn Stöcker Einhalt zu thun. Wenn dies bisher nicht geschehen, so ist einzig und allein der Umstand daran schuld, daß immer und immer wieder von hervorragend einflußreicher Stelle, der nicht wohl zuwider gehandelt werden konnte, die zweifellos redliche Absicht des Herrn Stöcker geltend gemacht worden ist. Die bezüglichen Vorstellungen des Kirchenregiments sollen jedoch in neuerer Zeit dahin geführt haben, daß Herrn Stöcker wiederholt eröffnet wurde, die Stellung eines Hofpredigers sei mit seinem Auftreten schwerlich vereinbar. Hieraus mag wohl das Gerücht entstanden sein, daß Herr Stöcker, der ein vermögender Mann ist und der aus innerster Überzeugung den Kampf gegen den Sozialismus und im Zusammenhange damit gegen das Gründerwesen und das Überhandnehmen des jüdischen Einflusses auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens für seine Mission hält, lieber seinen Abschied nehmen, als auf die nachdrückliche Geltendmachung seiner Bestrebungen verzichten werde. So viel steht fest, daß man die etwaige Fortdauer der Stöcker'schen Agitation nicht als eine Folge der von der Regierung geübten Konnivenz bezeichnen darf. Die Regierung vermag Herrn Stöcker gegenüber kein wirksames disziplinarisches Mittel zur Anwendung zu bringen, in diesem Falle würde allein das Kirchenregiment einschreiten können."

[1]) Über die ganz falsche Behauptung des „Reichsboten", Bismarck habe anfangs der achtziger Jahre die Ausweisung Stöcker's gefordert, vergl. die „Vossische Zeitung" Nr. 462 vom 3. Oktober 1890, das „Berliner Tageblatt" Nr. 502, vom 4. Oktober 1890, die „Kölnische Volkszeitung" Nr. 274 vom 4. Oktober 1890. Auch das „Deutsche Tageblatt" bezweifelte die Angabe des „Reichsboten", indem es sich darauf berief, daß im Gegenteil Fürst Bismarck noch in einer sehr viel näher liegenden Periode, nicht unter dem gegenwärtigen Kaiser, einen empfindlichen Schlag, nämlich die Entfernung vom Hofpredigeramte, von Herrn Stöcker abgewandt habe. Darauf antwortete nun der „Reichsbote": „Das geschah allerdings in den ersten Tagen der Regierung Kaiser Friedrich's, macht aber unsre Mitteilung nicht unwahr. Fürst Bismarck folgte oft den Impulsen des Augenblicks, wie das Vorgehen der offiziösen Presse gegen Stöcker nach der Waldersee-Versammlung und vor der letzten Wahlcampagne illustriert."

Digitized by Google

Als erster Präsident des Reichstags fungierte von 1881—1884 und von 1888 bis April 1895 der Landesdirektor und Rittergutsbesitzer von Levetzow[1]). In der Zeit von 1867—1871 zählte derselbe noch zu den jüngeren Mitgliedern der Fraktion und hatte infolgedessen keine näheren Beziehungen zum Fürsten Bismarck. Was zwischen Bismarck und der Fraktion zu verhandeln war, besorgte damals hauptsächlich Moritz von Blanckenburg. Die Fraktion hielt zu jener Zeit ihre Sitzungen mitunter im Kriegsministerium, da der Minister von Roon an den Beratungen derselben teilnehmen wollte.

Nach 1877 wurden die Beziehungen Levetzow's zum Kanzler schon häufiger; er wurde öfter zu Tisch geladen, manchmal in größerer Gesellschaft, zuweilen auch allein, wobei dann die schwebenden Fragen besprochen wurden. Eine Unterredung betraf die Beseitigung des Kulturkampfes. „Den Kulturkampf will ich auf alle Fälle aus der Welt haben — sagte der Fürst. — Goßler scheint ja der richtige Mann zu sein, um dies Ziel zu erreichen; ich finde nur, daß die Ansichten seiner vortragenden Räte zu sehr von ihm zurückschimmern."

Wiederholt beklagte sich Fürst Bismarck bei Levetzow, daß seine Reden nicht wortgetreu stenographiert würden. Levetzow bestimmte darauf, daß, so oft der Fürst sprach, noch der Vorstand des stenographischen Bureaus als dritter zum Dienst herangezogen wurde.

Levetzow hatte es sich als Präsident des Reichstags zum Grundsatz gemacht, zum Reichskanzler nicht in ein intimes Verhältnis zu treten; das Bekanntwerden eines solchen würde seine Autorität im Reichstag geschmälert haben. Er gab Herrn von Wedell, seinem Nachfolger als Präsident, den Rat, dasselbe Prinzip zu befolgen, und letzterer wußte ihm später für diesen von ihm gleichfalls befolgten Wink Dank. Daß die Taktik Levetzow's nach Lage der Verhältnisse an sich geschickt war, will ich gern zugeben. Aber dann waren doch die Verhältnisse ungesunde. Das Ideal ist es sicherlich nicht, wenn der Reichstag aus den intimen Beziehungen zwischen seinem Präsidenten und dem obersten Reichsbeamten Argwohn schöpft. Für die Erledigung der Geschäfte des Reichstags müßte es weit förderlicher sein, wenn der Kanzler und der Reichstags-Präsident enge Fühlung mit einander besitzen, sowie es z. B. zu Simson's Zeiten der Fall war.

Ein brieflicher Verkehr zwischen Levetzow und Bismarck hat nicht stattgefunden, abgesehen von den üblichen Geburtstagsgratulationen, wofür der Fürst sich stets in verbindlichen Worten bedankte.

---

[1]) von Levetzow, Albert Erdmann Karl Gerhard, Landesdirektor der Provinz Brandenburg und Rittergutsbesitzer auf Gossow, konservativ. Geboren am 12. September 1828 zu Gossow; evangelisch. Regierungsassessor zu Potsdam und im Kultusministerium zu Berlin, von 1860—67 außer Dienst, mit der Bewirtschaftung seines Gutes beschäftigt. 1867—76 Landrat des heimatlichen Kreises Königsberg i. d. N., 1876 Landesdirektor der Provinz Brandenburg; Major der Landwehr a. D.; Mitglied des Brandenburger Provinzial- und Neumärk. Kommunal-Landtages, auch des Kreistages von 1867 bis 1871; von 1867—71, von 1877—84 und von 1887—90 Mitglied, von 1881—84 und von 1888—95.

Digitized by Google

Beim Beginn der Session faßte Bismarck die parlamentarische Lage wie folgt auf: Durch die Wahl ist das Centrum der Scheibe nach links verschoben. Das sezessionistisch-fortschrittliche Judentum mit seinem Gelde ist von großen Massen der Wähler mir vorgezogen worden, es ist jetzt der Mittelpunkt geworden. Unverstand und Undank regieren weite Kreise des Volkes. Die Wahlen haben bewiesen, daß der deutsche Philister noch lebt, daß der Köder der Phrase und Lüge ihn noch verlockt. Er will nichts vom Schutze der nationalen Arbeit, nichts von der Unfall- und Altersversicherung der Arbeiter mit staatlicher Beihilfe wissen, er will keine Erleichterung der Steuerlast der Gemeinden in Schul- und Armensachen, er will wieder Zuschläge zur direkten Steuer. Sie können das haben, aber nicht von mir. Ob man sich darüber klar ist, ist gleichgültig. Ich muß eine zuverlässige Majorität zum Regieren haben, und ich finde sie nicht. Es wäre wohl mit einer Vereinigung der Klerikalen und der Konservativen gegangen, aber das Centrum ist bei den Wahlen überall gegen uns gewesen, und es ist kein Verlaß auf sie. Alle Parteien schießen auf mich, betrachten mich als Kugelfang. Alle Angriffe gelten zunächst meiner Person. Ich soll eine Reaktion wollen, ein Junker sein, der das Gesicht der alten feudalen Zeit zugewendet hält. In jeder Weise bin ich angefeindet, verkleinert und verdächtigt worden, besonders aber nach dieser Richtung hin. Man hat den Leuten vorgespiegelt, daß mein Getreidezoll dem Arbeiter das Brot verteure, daß das Tabaksmonopol bewirken werde, daß das Pfund drei bis fünf Mark koste, man hat in ländlichen Distrikten die Erinnerungen an die Vergangenheit, an die Junkerherrschaft wach gerufen und den Leuten gesagt, ich wolle dahin zurück. Die alten Jagdfrohnden, das jus primae noctis sogar haben herhalten müssen, um den Emissären des Fortschritts die Verhetzung zu erleichtern, und die Leichtgläubigkeit des Volkes hat den Unsinn für bare Münze hingenommen. So in Holstein, in Lauenburg, wo die dänischen Könige einem Zustand das Leben gefristet hatten, der das reine Mittelalter war. Die Junker herrschten, hatten den Elefantenorden auf der Brust sitzen und aßen das Fett des Landes. Sie thaten nichts und konnten nichts und hatten dafür Einnahmen bis zu zehntausend Thalern jährlich. Sie schrieben sich reichliche Sporteln gut und legten schwere Lasten auf; die Leute in ihrem Bann mußten das ungenießbare Bier trinken, das auf ihren Gütern gebraut wurde, und kein Mensch konnte im Herzogtum Land erwerben, weil sie nicht wollten, daß mehr als zweitausend Seelen auf der Quadratmeile lebten. An diese Mißregierung erinnert sich der kleine Mann noch, und damit wurden sie von den Aposteln des Fortschritts und der Sezession gefaßt und vor mir gewarnt, und doch bin ich's gerade, ich allein, der dem Kaiser geraten hat, diesen Zuständen trotz dem Widerstreben der Junkerpartei ein Ende zu machen.

Die solche und andre Wahllügen predigten, glauben aber selbst nicht daran. Sie hassen mich, weil ich ein Junker bin und kein Professor, weil ich seit zwanzig Jahren Minister bin und ihnen das zu lange gedauert hat. Ich bin als Junker geboren, aber meine Politik war, so lange ich dem König als Minister diene, niemals reine Junkerpolitik. Ich bin auch nicht konservativ im Sinne der konser-

Digitized by Google

vativen Partei. Das hat man bei vielen Gelegenheiten beobachten können, z. B. bei dem Streit über das Schulaufsichtsgesetz, wo sie mich verließen, mich mieden und mich mit Verleumdung anfeindeten. Ich bin in erster Linie Royalist, dann ein guter Preuße und ein guter Deutscher, dafür legt meine ganze Vergangenheit Zeugnis ab . . . Jetzt benutzt man meine Anhänglichkeit an den Kaiser, mein entschlossenes Pflichtgefühl ihm gegenüber, mich weiter zu verdächtigen. Ich soll es mit meinem Rücktritt nicht ernsthaft meinen, den oder jenen Zweck mit dessen Ankündigung verfolgen, das Regieren soll mir ans Herz gewachsen sein und dergl. m. Es kann aber anders kommen. Es kann heißen: Hier habt Ihr, was Ihr wollt, hier ist das Heft, greift zu und versucht, was Ihr könnt. Es würde mir sehr schwer fallen, den Kaiser in seinem Alter zu verlassen. Aber ich kann meine Überzeugung nicht aufgeben, und ich will keine Wiederkehr der Konfliktszeit. Ich verlange eine bessere Würdigung und Behandlung[1]).

Aus der Darstellung in Bd. I., Seite 234 (2. Aufl.) ist bekannt, daß Fürst Bismarck nach dem Ergebnis der Wahlen offen die Eventualität eines Eintrittes des Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein in die Regierung erörterte. Durch die von Windthorst am 6. Dezember 1881 eingefädelte Demonstration des Centrums[2]) wurde diese Kombination hinfällig[3]). Drei Jahre lang ließ sich die „kleine Excellenz" im Reichskanzlerpalais nicht mehr sehen; erst am 10. Mai 1884 bei dem berühmten Frühschoppen war „die Perle von Meppen" wieder zur Stelle.

Hart an den Schluß unsrer Session (22. Januar 1882) fällt das Ableben des Abgeordneten Dr. Völk[4]). Aus diesem Anlaß richtete der Kanzler an dessen Witwe den nachstehenden Kondolenzbrief:

Ich bitte Sie, gnädige Frau, meine herzliche Teilnahme an dem schweren Verluste entgegenzunehmen, den Sie erlitten haben. Ich betrauere mit Ihnen und mit allen, welche politische oder persönliche Beziehungen zu dem Verstorbenen gehabt haben, in ihm einen von reiner, patriotischer Begeisterung

---

[1]) „Wenn die Opposition — sagte Fürst Bismarck am 2. Dezember 1881 zu Moritz Busch — noch lange im gegenwärtigen Sinn und Stil fortnegiert, keine Reform aufkommen läßt und selber keine zu leisten im stande ist, so wird sie beim Unmöglichen anlangen, bei dem, was nicht zu ertragen ist und nicht zu dulden. Auch das „Glück von Edenhall" — man wird das Bild hoffentlich begriffen haben. (Er hatte es einen oder zwei Tage vorher öffentlich gebraucht.) — Sie kennen's, das Uhland'sche Gedicht. Auch das könnte, wenn man ihm von jener Seite zuviel Haltbarkeit zutraute, man mit zu grober Hand experimentierte, einmal zu Grunde gehen — die deutsche Verfassung."

[2]) Vergl. hierüber Bd. II. (2. Aufl.) S. 241 und die „Magdeburger Zeitung" Nr. 574 vom 8. Dezember 1881, Nr. 575 vom 9. Dezember 1881, Nr. 577 vom 10. Dezember 1881, Nr. 578 vom 10. Dezember 1881.

[3]) „Vossische Zeitung" Nr. 583 vom 14. Dezember 1881, s. auch die Nr. 586 und 591 vom 15. und 18. Dezember 1881. Über das Verhältnis der polnischen Reichstagsfraktion zum Fürsten Bismarck s. die „Vossische Zeitung" vom 9. Dezember 1881, Nr. 575.

[4]) Vergl. hierüber Bd. I, S. 226 u. Bd. II., S. 115.

Digitized by Google

getragenen und dabei von großer persönlicher Liebenswürdigkeit unterstützten Mitarbeiter an der nationalen Wiedergeburt Deutschlands.

von Bismarck.

Nicht lange Zeit vorher, bei Gelegenheit seiner silbernen Hochzeit, hatte Dr. Völk, auf die unter andern Geschenken aufgestellte Bismarckstatue deutend, bemerkt: es sei ihm heute Morgen ein bedeutungsvolles Zeichen gewesen, als sein Blick auf das Bild dieses Mannes fiel, unter dessen sicherer und bewährter Führung das deutsche Volk sich ein Deutsches Reich geschaffen, und dessen Einsicht und Charakter er wie bisher in politischen Dingen so auch ferner vertrauen werde, mögen nun andre denken und sagen, was sie wollen.

Für die Periode 1881—1890 wird der Ausfall der Hölder'schen Tagebücher ersetzt durch eine Anzahl von Originalberichten, welche mir der Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen (Vogtland) zur Verfügung gestellt hat. Dr. Hartmann hat dem Reichstag von den allgemeinen Wahlen 1881 bis zur Auflösung am 6. Mai 1893 ohne Unterbrechung und für denselben, seinen heimatlichen Wahlkreis angehört. Vollständig schildert das von mir mitgeteilte Material die Beziehungen dieses Abgeordneten zu dem Fürsten Bismarck nicht[1]. Derselbe hat ihn bei vielen Gelegenheiten ausgezeichnet, ebenso Graf Herbert Bismarck, dessen Gast derselbe ebenfalls häufig war. Dr. Hartmann hat sich immer als entschiedener Anhänger des Fürsten Bismarck gezeigt. Nur bei dem Tabaksmonopol, dem Branntweinmonopol und bei dem Postsparkassengesetz glaubte derselbe ihm seine Unterstützung versagen zu müssen.

Über die am 6. Dezember 1881 stattgefundene parlamentarische Soiree bei Bismarck, der ersten in dieser Session[2], entnehme ich einer Aufzeichnung des Dr. Hartmann folgendes: „Von 9 Uhr an füllten sich die prächtigen Repräsentationsräume des ehemaligen Palais Radziwill, Wilhelmstraße 77, mit Reichstagsabgeordneten, Mitgliedern des Bundesrats in Civil und Uniform, Staatssekretären und Ministern. Die Abgeordneten aller Fraktionen waren mehr oder weniger zahlreich erschienen, nur das Centrum fehlte gänzlich, desgleichen die wenigen Angehörigen der äußersten Gruppe. Der Angriff, welchen tags zuvor die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen den Abgeordneten Dr. Windthorst gerichtet hatte[3], war der Grund, weshalb das Centrum demonstrativ ferne blieb. Im ersten Zimmer empfing der Reichskanzler, im zweiten die Frau Fürstin die Gäste. Fürst Bismarck war augenscheinlich sehr wohlauf und in guter Stimmung. Bald verfügten sich die Gäste auf seine Einladung an das Buffet, welches in dem Speisesaal, dem Schauplatz des orientalischen Kongresses von 1878,

---

[1] Dr. Hartmann hatte noch weit mehr persönliche Berührungen mit dem Reichskanzler sowohl im Reichstag als in dessen Hause.

[2] Vorstehender Bericht bildet eine wertvolle Ergänzung meines in dem Werke „Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I, S. 241 (2. Auflage), aufgenommenen Referates über diese durch das Fehlen des Centrums besonders denkwürdige Soiree.

[3] Vergl. Bd. II. (2. Aufl.), S. 240.

Digitized by Google

bereit stand. Dort verblieben auch die Gäste größtenteils während des übrigen Abends.

Der Reichskanzler verweilte zunächst an dem Tisch, an welchem die Präsidenten des Reichstags, von Levetzow und Ackermann, Platz genommen hatten, dann an dem Tisch, wo Herr von Bennigsen und andre Liberale saßen, endlich an einem Tisch, welcher mit Konservativen beider Fraktionen besetzt war. Hier, auf der einen Seite Dr. Hartmann und auf der andern den freikonservativen Freiherrn von Ow (Freudenstadt in Württemberg), verbrachte der Reichskanzler den größeren Teil des Abends, und hier gruppierte sich nach und nach eine sehr große Zahl von Abgeordneten. Der Reichskanzler erörterte in Rede und Gegenrede maßvoll die Fragen, welche zur Zeit den Reichstag interessierten.

Großen Wert legte er dem Gesetz über die Berufsstatistik bei, welches eben dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Behandlung zugegangen war. Er glaubte, daß das durch diese Berufsstatistik zu gewinnende Material den verbündeten Regierungen für weitere Schritte auf dem Wege sozialer Reformen schlechterdings unentbehrlich sei. Daran knüpfte er Betrachtungen darüber, daß unsre Industrie noch immer vielfach unter fremder Etikette auf den Markt trete, obschon sie das gar nicht nötig habe. Der Abgeordnete Hartmann wartete bei dieser Gelegenheit mit einem erst am nämlichen Tage erlebten Beispiele auf. Er hatte in einer Hofhutfabrik in der Friedrichstraße einen Hut gekauft. In dem Futter des Hutes fand sich in sehr bescheidener Ausstattung die Firma des Fabrikanten, auf der Hutschachtel war aber in Lapidarschrift gedruckt: Fabrique de chapeau de Paris.

Auch des Sozialistengesetzes gedachte der Reichskanzler. Er betonte wiederholt, daß der Zweck desselben nur der gewesen sei, die Massen aus dem Bann der Agitatoren und ihrer vergifteten Presse zu befreien und sie auf diese Weise für die wohlgemeinten Pläne der Regierung behufs Verbesserung ihrer Lage zugänglich zu machen, — und dieser Erfolg sei erreicht worden, wenn schon nicht so vollständig, als man wünschen müsse.

Das Fehlen des Centrums befremdete ihn höchlich. Er stehe dem verletzenden Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ fern; die Herren vom Centrum schienen den Ernst der Situation zu verkennen. Dann fügte er scherzend hinzu: „Windthorst soll mir's noch entgelten, daß mein gutes Münchener Bier zum Teil ungetrunken bleibt und daß ich selbst mein bester Gast sein muß.“

Trotz des Fehlens des Centrums war die Haltung der Gesellschaft durchaus nicht gedrückt, und der Konsum des in der That vortrefflichen Münchener Bieres ein achtunggebietender.

Bezüglich der Gesundheit Sr. Majestät des Kaisers bezeugte der Reichskanzler, daß dieselbe jetzt, Gott sei Dank, kaum etwas zu wünschen übrig lasse; es sei, als ob der hohe Herr, nachdem er einmal über die ihm von Nobiling zugefügte Verwundung hinweggekommen, gesunder und spannkräftiger sei, als vor jenem fluchwürdigen Attentat. Als man gerade davon sprach, erschien der Minister Dr. Lucius, welcher an diesem Tage Sr. Majestät zu der Jagd in der

Digitized by Google

Göhrde gefolgt war, und meldete, daß der Kaiser die ganze Jagd durchgemacht, 34 Sauen und 17 Stück Damwild erlegt habe und soeben frisch und wohlbehalten in Berlin wieder eingetroffen sei. Selbstverständlich herrschte darüber allgemeine Freude und Genugthuung.

Mit seiner eigenen Gesundheit war der Reichskanzler nicht zufrieden, Berlin bekomme ihm nicht, es fehle ihm an frischer Luft und Bewegung, er müsse bald wieder aufs Land. Von seinem Wirken auf seinen Gütern, dem Bau von Wohnungen für seine Arbeiter u. s. w. sprach er mit offenbarer Befriedigung.

Es war schon spät geworden, als ein vertrauter Freund des Hauses mit Betonung der vorgerückten Stunde Abschied nahm und dadurch den Fürsten darauf aufmerksam machte, daß ein Teil seiner Gäste sich zum Aufbruch anschicke. Im Laufe einer Viertelstunde waren die gastlichen Räume leer und nur die nächsten Freunde des fürstlichen Hauses blieben zurück. Draußen schlossen die Gäste sich in kleinere Kreise zusammen und tauschten ihre Wahrnehmungen und Empfindungen aus.

Es war nicht Zufall, daß der Fürst sich gerade an den Tisch niederließ, an dem überwiegend Neulinge oder doch weniger namhafte Parlamentarier saßen. Denn, indem er sich diesem Tische näherte, gebrauchte er seine Lorgnette, wie manchmal in großer Gesellschaft, und als er heran war, zog er einen leer stehenden Stuhl herbei, schob denselben zwischen den Dr. Hartmann und den Freiherrn von Ow, die natürlich schleunigst auseinander rückten, und nahm darauf Platz. —

Bei dieser Gelegenheit lernte Dr. Hartmann auch den Reichshund Tiras kennen. Er mochte sich aber lästig gemacht haben, denn die Fürstin Bismarck ergriff ihn beim Halsband und führte ihn aus dem Saal. Das mochte ihm aber nicht passen, er stemmte sich kräftig dagegen, und die Fürstin hatte es schwer, ihn vom Fleck und hinaus zu bringen. Begreiflicherweise erlaubte sich niemand von den Gästen, mit Hand anzulegen. Sie wurde schließlich allein mit ihm fertig.

Berlin, den 20. Januar 1882.

In den beiden vergangenen Wochen hat der Reichskanzler nur ein einziges Mal an den Verhandlungen im Reichstage teil genommen. Er war die ganze Zeit hindurch unwohl, auch damals schon. Doch hatte er bei der Wichtigkeit der Sache auf persönliche Teilnahme an der Verhandlung nicht verzichten wollen. Es handelte sich um die Interpellation des Abgeordneten Freiherrn von Hertling (Centrum) wegen weiterer Ausbildung der Fabrikgesetzgebung. Der Reichskanzler hielt damals wieder eine hochbedeutsame und wirkungsvolle Rede. Den humanen Absichten des Interpellanten stimmte er zu. Freilich konnte er nicht umhin, vor Übertreibungen zu warnen, damit nicht, zumal dem Arbeiter, die beabsichtigte Wohlthat zur Plage werde. Liberalerseits wollte man ihm hier einen Rückfall in die Lehren des Manchestertums beimessen. Das konnte ich darin nicht finden. Denn wenn er ausführte, daß ein absolutes Verbot der Sonntagsruhe nicht angehe (z. B. bei den Gewerben mit fortdauernder Feuerung), daß eine für immer feststehende Normalarbeitszeit unter Umständen einem gewerblichen Unternehmer

Digitized by Google

unberechenbaren Schaden zufügen könne und für den fleißigen Arbeiter eine lästige und schädliche Tyrannei sei, daß die Arbeit der Kinder (nämlich von 12 bis zu 14 Jahren) und der Frauen nicht schlechthin entbehrlich sei und daß ihr unbedingtes Verbot die arbeitende Klasse selbst schädigen würde — so sind das nicht Lehrmeinungen irgend einer volkswirtschaftlichen Schule, sondern die Ergebnisse gereifter Erfahrung und umfassender Kenntnis der einschlagenden Verhältnisse. Im übrigen kündigte der Reichskanzler an, daß im Frühjahr, wahrscheinlich im April, der Reichstag wieder zusammentreten und eine Vorlage über die Unfallversicherung der Arbeiter erhalten wird. Die Vorlage soll auf der Basis der korporativen Verbände beruhen. Ohne korporative Unterlage mit Beitrittszwang sei das Unternehmen nicht ausführbar. Mit der früher in Aussicht genommenen bureaukratischen Einrichtung (Reichs- oder Landesanstalt) gehe es nicht, die Nummern der Centralbehörde würden zu massenhaft werden. Zur Aufsicht der Betriebe seien die zu beaufsichtigenden Interessenten selbst herbeizuziehen, in Kombination mit dem Institut der Fabrikinspektoren. Staatliche Zuschüsse würden nicht vermieden werden können, er schrecke davor nicht zurück. Er wolle die soziale Frage behandeln im Sinne des praktischen Christentums, damit könnten auch diejenigen zufrieden sein, welche Gesittung und Nächstenliebe nur als „fossile" Überreste des Christentums ansehen. Er sei entmutigt durch die Haltung der Arbeiter bei den Wahlen, doch werde er in seiner Fürsorge für sie nicht nachlassen. Auch bekundete er sein Beharren bei dem Projekt des Tabakmonopols. Endlich that er der Altersversicherung der Arbeiter Erwähnung, jedoch mit dem Zusatz: „Das steht noch im weiten Felde!"

29. Januar 1882.

Daß das Gesetz über den Beitrag des Reichs zu den Kosten des Zollanschlusses von Hamburg mit 179 gegen 102 Stimmen zur Annahme gelangte, ist ein Triumph für den Reichskanzler und gleich erfreulich vom Standpunkt der wirtschaftlichen Interessen wie der nationalen Politik.

Gelegentlich der dritten Beratung des Reichshaushaltes unternahm die Fortschrittspartei den angekündigten Sturm gegen den Reichskanzler beziehentlich die preußische Regierung wegen des Allerhöchsten Erlasses vom 4. Janur 1882, betr. die Beteiligung der Beamten an den Wahlen[1]). Zwei Tage hindurch tobte die Redeschlacht. Am ersten Tage war der Reichskanzler selbst anwesend. Er kam vom Krankenbett und war noch krank. Aber an Kraft und Feuer gebrach es ihm wahrlich nicht. In löwenartigem Ansturm warf er alles über den Haufen, was ihm zu Leibe gehen wollte. Für den echten Monarchisten war es eine Freude, aus solchem Munde das hohe Lied von der Würde und Gewalt des Königtums in deutschen Landen zu hören, des Königtums, wie es bei uns von Rechts wegen und thatsächlich besteht. Er wies entrüstet die Verdächtigung von sich, als ob er die Feigheit begangen habe oder begehen wolle, sich mit der Person des Kaisers zu decken, während er umgekehrt diesen decken muß. Zurufe

[1]) Abgedruckt findet sich dieser Erlaß im Reichsanzeiger vom 7. Januar 1882.

Digitized by Google

aus den Reihen des Fortschritts brachten ihn auf den Verdacht, daß man diesen Vorwurf aufrecht erhalten wolle, und nun ereignete sich eine Scene von hochdramatischer Wirkung. In hellem Zorn schritt er nach den Bänken der Linken hinüber und rief: „Wer wagt es, mich der Feigheit zu beschuldigen?! Er stehe auf, er nenne sich! Heraus mit ihm!". Von der Linken wurde ihm zugerufen, daß niemand ihn der Feigheit beschuldige. Nun kehrte er beruhigt auf seinen Platz zurück mit den Worten: „Dann danken Sie Gott[1])!!" — Schon an diesem ersten Tage war sichtbar die Schlacht für die Linke verloren. Vergebens suchten Eugen Richter und andre Liberale am folgenden Tage das Treffen wieder herzustellen. Vergebens! Der Minister von Puttkamer, welcher an diesem Tage die preußische Regierung vertrat, hatte leichtes Spiel. Alle Welt erkannte an, daß der erste Teil des Erlasses über die Königsrechte im allgemeinen durchaus den Bestimmungen der preußischen Verfassung entspricht. Und bezüglich des zweiten Teils, die Stellung des Königs zu den Beamten betreffend, wurde auch liberalerseits zugegeben, daß nach den Erläuterungen vom Regierungstisch aus die Sache unverfänglich sei. Insbesondere sprach der Abgeordnete von Bennigsen namens der nationalliberalen Fraktion sich in diesem Sinne aus.

V. Abschnitt.

Die zweite Session der V. Legislaturperiode des Reichstags.

(27. April 1882—12. Juni 1883.)

Im Jahre 1882 richtete Freiherr von Varnbüler in Sachen der Exportbonifikation[2]) an den Fürsten Bismarck folgendes bisher unveröffentlichte Schreiben:

„Eurer Durchlaucht erlaube ich mir einige Bemerkungen zu unterbreiten, betreffend eine Bewegung, welche an Intensität zunimmt und deren Richtung die Bahnen der Zollgesetzgebung des Jahres 1879 durchkreuzt, eine Bewegung, welche um so bedenklicher ist, als sie aus der Mitte derjenigen hervorgeht, welche gegebene Anhänger des Schutzzolles sind, wenigstens sein sollten. Einen Verteidiger hat sie gefunden in dem Verfasser eines Artikels der Nummer 100 der volkswirtschaftlichen Korrespondenz „Zollrestitutionen für die Exportindustrie".

Schon im Jahre 1878 machten einige besonders begehrliche Industrielle schüchterne Versuche, solche Restitutionen sich zu sichern. Mit Zustimmung Eurer

---

[1]) Der Ausruf Bismarck's im Reichstag: „Nun, dann danken Sie Ihrem Gott", ist im Stenogramm vom 24. Januar 1882 unterdrückt und auch in der Kohl'schen Ausgabe der Bismarck-Reden unberücksichtigt; s. die „Vossische Zeitung" Nr. 46 vom 27. Januar 1882.

[2]) Vergl. den Artikel: „Zollrestitutionen für die Exportindustrie" in der deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz vom 30. Dezember 1882, Nr. 100.

Digitized by Google

Durchlaucht wurden sie von mir etwas unsanft a limine gewiesen. Bekanntlich wurden prinzipiell solche Restitutionen nicht gewährt, sondern nur Ausnahmen spärlich eingeräumt; darunter ist die bedeutendste diejenige für Mühlenfabrikate, welche indessen nach den gemachten Erfahrungen gewiß mit Recht erweitert worden ist. Eine solche Ausnahme liegt auch in dem Veredlungsverfahren, vermöge dessen den eingeführten Waren der Zoll erlassen wird, wenn man sie veredelt wieder ausführt. Daß darin eine Benachteiligung derjenigen inländischen Industrie liegt, welche die zu veredelnde Ware produziert, ist unläugbar und hat sich in Frankreich gezeigt, welches die den schweizerischen Geweben gewährten admissions temporaires im Jahre 1870 wieder aufhob, weil dieselben die elsässischen Feingewebe schädigten.

Die Forderung geht auf Restitution des von den Rohstoffen und Halbfabrikaten, deren die Industrie sich bedient, erhobenen Zolles.

Was die industriellen Rohstoffe betrifft, so sind diese zollfrei, es wäre denn, daß man auf den Gedanken käme, das Holz und die Borke unter dieselben zu rechnen und die Restitution dieses Zolles im Falle seiner Verarbeitung für den Export zu verlangen. Ich nenne Lumpen und ungebleichtes Halbzeug aus solchen, rohes Blei, Zink, Zinn, Kupfer, edle Metalle, Erden und Erze, mineralische Kohlen, Haare, Häute, Felle, Kautschuk, Flachs und andre vegetabilische Spinnstoffe, Kokons, Baumwolle, Wolle. — Die Frage ist daher in betreff der „Rohstoffe" gegenstandslos.

Ganz anders und zwar tief einschneidend für die Zolllasten und die Industrie gestaltet sich dieselbe in betreff der Halbfabrikate. Der Ausdruck Halbfabrikat ist ein logischer Unsinn. Die Hälfte kann sich ja nur auf ein Ganzes beziehen, dieses Ganze aber ist hier eine ungreifbare wandelbare Größe, weil eine verschiedene, in den verschiedenen Stadien industrielle Stoffumgestaltung. Roheisen ist für Schmiedeeisen, Schmiedeeisen für façoniertes Eisen, für Stahl, diese sind wieder für eiserne Fabrikbestandteile, Räder, Turbinen, — letztere für Wagen, Lokomotiven, Spinn- und Webestühle ꝛc. Halbfabrikate. Dasselbe Bild gestaltet sich bei der Textil-, Leder-, Papier-Fabrikation, kurz bei allen Industrien. Was ist nicht alles Halbfabrikat bei den Herren Konfektionisten und Möbelfabrikanten, welche ja bekanntich im Jahre 1879 ohne Zollrestitution ihren Ruin mit voller Sicherheit prophezeit haben, um dann in nicht gekannter Blüte aus dem Kampfe hervorzugehen.

Werfe ich einen Blick auf die Industrie nicht allein Deutschlands, sondern so ziemlich aller Industrieländer, so ist mir unzweifelhaft, daß die Darstellung der sogenannten Halbfabrikate den weitaus überwiegenden Teil der industriellen Thätigkeit in sich faßt. Die Statistik wird dafür die Zahlen liefern.

Nun wird freilich eingewendet werden, daß man die Restitutionen in der von mir angedeuteten Ausdehnung nicht verlange. Allein die Erfahrung lehrt und Eure Durchlaucht haben es auch schon zu empfinden gehabt, als Deichhauptmann wie als Reichskanzler, daß durch die geöffneten Schleusen und den ge-

Digitized by Google

brochenen Damm das Wasser rücksichtslos sich drängt, und so wird, ist einmal die Restitution im Prinzip zugegeben, die Grenze für dieselbe kaum mehr festzuhalten sein und folgen dann diesem Systeme die acquits à caution mit ihren Korruptionen unfehlbar.

Wie würde dann aber die Lage des, wie gesagt, weitaus größten Teils der Industrie sich gestalten? Sie würde dem Verbrauche für den Export gegenüber völlig schutzlos, so schutzlos, daß der Zustand vor 1879 noch ein gesegneter wäre. Der für den Export arbeitende Industrielle würde seinen Bedarf vielfach aus dem Auslande beziehen, die Arbeit daran ginge dem deutschen Arbeiter verloren, den Gewinn würde das Ausland machen, soweit es dem Kaufmann und Rheder nicht gelänge, denselben für sich einzuthun.

Es ist bekannt, daß die geschützten Artikel am meisten exportiert werden, das hat sich auch seit 1879 gezeigt. Der Grund liegt darin, daß dem Industriellen durch Sicherung erweiterter und ruhiger Thätigkeit bessere und wohlfeilere Produktion möglich gemacht wird. Diese Stellung ging wieder verloren.

Dies die volkswirtschaftlichen Nachteile.

Denke ich mich aber hinein in das Labyrinth der Kontrollen, der Identitätsnachweise, in das System der Gesetzes-Umgehungen und in die damit verbundene Demoralisation, dann werde ich zweifelhaft, auf welche Seite das Gewicht der Schädigungen sich neigen würde.

Die finanzielle Einbuße würde, das bedarf kaum der Erwähnung, eine sehr große sein.

Ich würde aus diesen Gründen ein Eingehen auf die gestellten Forderungen, auch nur ein teilweises, für ein wirkliches Unglück und dasselbe für um so weniger gerechtfertigt halten, als ohnehin der Export sich in erfreulichster Weise hebt und sich noch ganz anders heben ließe, wenn der Reichstag nur einen kleinen Teil der Opfer, um welche es sich bei dem System der Zollrestitution handeln würde, verwilligte, um den Export zu fördern.

Man stellt die Exportbonifikation der Zucker- und Branntweinsteuer auf gleiche Linie mit der Stückvergütung der Zölle, als ob zwischen beiden eine Ähnlichkeit bestände.

In dem einen Falle wird eine Produktion aus einheimischen Stoffen, welche in der Grundsteuer schon vorher reichlich mit Abgaben bedacht sind, mit einer die Zölle um das vielfache übersteigenden Steuer belegt, einer Steuer, welche allein den Grund für sich hat, daß man Geld braucht, in dem andern Falle verlangt man einen Zoll, um die Vorteile der industriellen Thätigkeit dem Vaterlande zuzuwenden und würde es mit Freuden begrüßen, wenn diese so gehoben würde, daß kein Schutzzoll mehr einginge. Wo liegt da das Tertium comparationis?

Wollte man aus der Vergleichung der Steuervergütung mit der „Zollrestitution" Folgerungen ziehen, dann müßte man dahin gelangen, in die Vergütung auch diejenigen Steuern zu ziehen, mit welchen die Rohstoffe belastet sind, aus welchen die versteuerten Produkte dargestellt werden.

Digitized by Google

Ich unterlasse, die von mir besprochene Frage in ihre Details zu verfolgen mit Rücksicht auf die so eng bemessene Zeit Eurer Durchlaucht, sie hat mich aber in meinem einsamen Krankenzimmer so sehr erregt, daß ich mir in der Erinnerung an die Kämpfe des Jahres 1879 nicht versagen konnte, an entscheidender Stelle dieselbe in Anregung zu bringen und in meinem Sinne zu besprechen.

Ich benutze diesen Anlaß, zu dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und innigsten Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein."

Bismarck antwortete dem Freiherrn von Varnbüler zustimmend [1]). —

Am 9. Januar 1883 hatten die Parlamentarier den Genuß, den Fürsten Bismarck mit dem vielbesprochenen Vollbarte, mit dem er von Varzin zurückgekehrt war, zu bewundern. Um 2 ¼ Uhr erschien der Kanzler im Reichstag, von allen Seiten angestaunt. Bevor er seinen Platz am Bundesrats-Tische einnahm, begrüßte er den Abgeordneten Grafen Moltke, neben dem er sich zu einem Gespräch niederließ.

Mit seinem Nachbar am Bundesrats-Tische, dem Unterstaatssekretär Marcard, unterhielt sich Bismarck über die trichinösen amerikanischen Speckseiten. Der Kanzler begrüßte dann den das Präsidium führenden Freiherrn von Franckenstein, und konferierte längere Zeit mit dem Kriegsminister.

Bald darauf machte er eine Mitteilung von dem hochherzigen Entschlusse des Kaisers, 600000 Mark aus dem Allerhöchsten Dispositionsfonds zur Linderung der Rheinüberschwemmungen zu bewilligen. —

Der Verlauf der bedeutsamen Unterredung, welche Bismarck mit dem Abgeordneten Freiherrn von Hertling am 7. April 1883 hatte, ist bereits in Bd. I. 2. Aufl., S. 361, mitgeteilt worden. —

Ende April 1883 ging in parlamentarischen Kreisen das Gerücht von einer Äußerung, die Bismarck im Privatgespräch gethan haben sollte, und die dahin lautete: „Die Ehre der Regierung fordere es, den Reichstag aufzulösen, falls derselbe nicht vor seinem Auseinandergehen im Sommer das Budget fertig gestellt habe." Er knüpfte daran angeblich noch eine etwas undurchsichtige Andeutung über noch weitere Folgen, die sich an ein solches Vorkommnis anschließen würden. Kurze Zeit darauf verdichtete sich der Ausspruch Bismarck's bereits zu der Version, daß sich an eine eventuelle Auflösung des Reichstags „eine Tragödie" oder eine „kleine Tragödie" knüpfen könne. „Das Deutsche Reich — soll Fürst Bismarck gesagt haben — ist auf Grund eines Vertrages zwischen den deutschen Souveränen und den Freien Städten entstanden. Diese Kontrahenten sind somit in der Lage, den Vertrag ebenso zu lösen, wie sie ihn geschaffen haben, und gleichzeitig einen neuen Vertrag abzuschließen, der sich von dem früheren wesentlich unterscheiden kann und beispielsweise das Institut eines deutschen Reichstags gar nicht zu kennen braucht! Nicht einmal das Hindernis eines politischen Eides steht hier im Wege, denn niemand hat die Reichsverfassung beschworen."

[1]) Der Brief ist leider nicht erhalten.

Digitized by Google

Die „Kölnische Zeitung" bemerkt dazu: Der Reichskanzler forderte schon vor längerer Zeit von einem unsrer nahmhaftesten Rechtsgelehrten ein Rechtsgutachten über diese Angelegenheit ein. Dieses Gutachten fiel aber nicht in Einklang mit seinen Wünschen aus. Der hochstehende Jurist wird wohl der Meinung gewesen sein, die wir alle teilen, daß die Reichsverfassung nur durch ein Gesetz, und also unter Zustimmung des Reichstags, geändert werden könne.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" war ermächtigt, die ganze Notiz für eine Erfindung zu erklären. „Wir wissen nicht — bemerkt dieselbe — ob überhaupt Aussicht zu einer Auflösung vorhanden ist, aber wenn eine solche stattfände, so sehen wir nicht ein, was die Ausübung eines verfassungsmäßigen Rechts der Regierungen Tragisches an sich haben oder nach sich ziehen könne .... Wenn eine Auflösung stattfände, so würde darauf weiter nichts folgen, als eine Neuwahl und ein Wiederzusammentritt des Reichstags innerhalb der bekannten neunzig Tage. Ebenso ist die Bemerkung der „Kölnischen Zeitung" aus der Luft gegriffen, daß der Reichskanzler vor längerer Zeit von einem namhaften Rechtsgelehrten ein Gutachten über die Frage erfordert habe, ob und wie der Bundesvertrag zu lösen sei. Der „hochstehende Jurist" kann also auch kein Gutachten abgegeben haben, welches mit den Wünschen des Reichskanzlers nicht im Einklang gestanden hätte, und diese Wünsche werden allen übrigen Zeitungen voraussichtlich ebenso unbekannt sein, wie uns selbst" [1]).

Richtig ist, daß die Art und Weise, wie er, der Gründer des Deutschen Reichs, seit Ende der siebziger Jahre im Reichstag behandelt worden war, in ihm ein Gefühl des Unbehagens erzeugte, wie er es zu Simson's Zeiten nicht gekannt hatte.

Von der Stimmung, die den Kanzler jetzt beseelte, giebt ein Schreiben Zeugnis, das derselbe am 7. Juni 1883 an den Geheimen Regierungsrat Bödiker [2]) gerichtet hat. Derselbe vertrat damals als Kommissar des Bundesrats in überaus geschickter Weise im Reichstag die Novelle zur Gewerbeordnung [3]), welche die mit

[1]) Im Widerspruch zu der in der „Vossischen Zeitung", Nr. 165, vom 10. April 1883, mitgeteilten Äußerung des Reichskanzlers, bezüglich der Vertagung des Reichstags, verlautete, der Reichskanzler habe in einer Besprechung mit dem Präsidenten des Reichstags, Herrn von Levetzow, seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß die Gerüchte, nach Pfingsten solle durch Unbeschlußfähigkeit das Forttagen des Reichstags unmöglich gemacht werden, unbegründet seien. Er, der Reichskanzler, habe den dringenden Wunsch, daß die Novelle zur Gewerbeordnung das Krankenkassengesetz, die Holzzoll- und Zuckersteuervorlage, der Etat für 1884/85 und das Unfallversicherungsgesetz zum mindesten in den Kommissionen erledigt werden.

[2]) Damals vortragender Rat im Reichsamt des Innern, jetzt Präsident des Reichs-Versicherungsamts.

[3]) Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung (Reichstags-Drucksache Nr. 5 der II. Legislatur-Periode, Session 1882), war dem Reichstage unter dem 26. April 1882 zugegangen. Bödiker hatte damals im Reichstage sehr zu kämpfen. Er ergriff das Wort bei der ersten Beratung am 5. Mai 1882; bei der zweiten Beratung am 5. April 1883 (2 Mal), 6. April (2 Mal), 7. April (2 Mal), 9. April (3 Mal), 10. April (4 Mal), 11. April (5 Mal), 12. April (6 Mal), 13. April (3 Mal), 14. April und 2. Mai (je 1 Mal), 4. Mai (2 Mal), 9. Mai (1 Mal); endlich bei der dritten Beratung am 28. und 29. Mai (je 2 Mal), 30. Mai (7 Mal), 31. Mai (6 Mal), 1. Juni (4 Mal).

Digitized by Google

dem Gewerbebetrieb im Umherziehen auf dem Gebiete der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Sittlichkeit verknüpften Gefahren wirksamer als bisher zu bekämpfen suchte.

Der Kanzler, welcher die Reichstagsverhandlungen aus den stenographischen Berichten aufmerksam verfolgte, sah den jungen vortragenden Rat in dieser Zeit mehrmals bei sich zu Tisch, um bei der Pfeife über den einzunehmenden Standpunkt mit ihm zu sprechen.

Als die Novelle Gesetzeskraft erlangt hatte, glaubte Bismarck die seltenen Leistungen Bödiker's mit einer besonderen Anerkennung belohnen zu sollen, und beantragte für denselben beim Kaiser den Rothen Adler-Orden. Den betreffenden Immediatbericht zeichnete der Kanzler selbst. Außerdem richtete er an Bödiker das nachfolgende Privatschreiben:

Berlin, den 7. Juni 1883.

In Erwiderung auf Eurer Hochwohlgeboren Schreiben vom 5. d. Mts. kann ich Ihnen nur meinen herzlichen Dank für die Tapferkeit aussprechen, mit der Sie im Reichstage nicht nur Ihre sachliche Aufgabe vertreten, sondern sich auch der abwesenden Mitglieder des Bundesrats angenommen haben. Daß die vollen und halben Gegner Ihnen dafür feindlich sind, ist natürlich und steht mit meiner eigenen langjährigen parlamentarischen Erfahrung in Übereinstimmung. Ich habe gleich Ihnen die Schwierigkeiten kennen gelernt, welche gebildete und wohlerzogene Leute zu überwinden haben, um die Roheit unsrer parlamentarischen Klopffechter mit dem nötigen Maß von Geringschätzung entgegenzunehmen, und ihnen die unverdiente Ehre der sittlichen Gleichstellung auch innerlich zu versagen. Die wiederholten und erbitterten Kämpfe, in denen Sie allein im Gefecht standen, werden Sie in dem Gefühl der Verachtung für solche Gegner bestärkt haben, welche weder ehrlich noch achtbar genug sind, um verletzen zu können.

Zu diesem Gewinn tritt der weitere hinzu, daß Sie durch Ihre Tapferkeit alle Freunde der Monarchie für sich gewonnen haben, und so dürfen Sie denn meines Erachtens mit hoher Befriedigung auf Ihre erste parlamentarische Kampagne zurückblicken. von Bismarck.

Diese Kundgebung ist übrigens nicht die einzige dieser Art. Bereits am 4. Juni 1882 hatte Bismarck aus Friedrichsruh an den Berliner Bürgerverein Friedrichswerder das folgende Schreiben gerichtet:

Ich danke dem Bürgerverein Friedrichswerder für den Ausdruck seiner Sympathie[1]) und werde mich freuen, wenn seine Bemühungen den Erfolg

---

[1]) Der Berliner Bürgerverein Friedrichswerder hatte dem Reichskanzler nachfolgende Resolution zugesandt: Der konservative Bürgerverein Friedrichswerder, Stadtbezirk 14, 15 und 16, erklärt: 1. Das Benehmen eines Mannes, welcher in öffentlicher politischer Versammlung den ersten Ratgeber Sr. Majestät des Kaisers, den höchsten Beamten des Deutschen Reiches, in boshafter, verächtlicher Weise nur mit „Er" bezeichnet, ist ein unwürdiges und tadelnswertes. 2. Der konservative Bürgerverein Friedrichswerder spricht seine Mißbilligung aus über das von

Digitized by Google

haben, die Abweichungen von den Verkehrsformen der Gebildeten, welche in den parlamentarischen Verhandlungen den Ministern gegenüber vorkommen, zu verhüten oder doch seltener zu machen, als sie es in der neuesten Zeit gewesen sind. von Bismarck[1]).

Ein Besuch Bennigsen's in Varzin im Sommer 1882, von dem die Blätter sprachen, hat nicht stattgefunden[2]). Wohl aber empfand Bismarck Mitte Februar 1883 das Bedürfnis, die Ansichten dieses ruhigen und besonnenen Politikers über die parlamentarische Situation, besonders über die Steuerpolitik einzuholen[3]).

Einen befriedigenden Verlauf nahm die letzte Unterredung, die Bennigsen am 5. Juni 1883 mit Bismarck hatte[4]). Der Abgeordnete hatte als Präsident der Budgetkommission die Absicht geäußert, bevor die zweite Lesung des Etats im Plenum des Reichstags beginne, über den Stand der Dinge mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen, um ihm vorzustellen, daß nach Erledigung der Vorberatung des Etats in der Kommission es empfehlenswert erscheine, die zweite Lesung im Plenum nicht zu beginnen, sondern dieselbe nach Vertagung des Reichstags im Herbst erst vorzunehmen, da alsdann Zeit genug für die Beratung des Etats im Plenum sich finden werde, während die Unfallversicherungskommission sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung zu beschäftigen habe. Da der Präsident des Reichstags unter Zustimmung der Mehrheit die zweite Lesung des Budgets anfangs Juni auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt hatte, so war Bennigsen entschlossen, auf den beabsichtigten Besuch des Kanzlers zu verzichten. Es war aber seine Absicht zu Ohren des letzteren gelangt, und Bennigsen erhielt infolgedessen einen Brief des Grafen Wilhelm von Bismarck, welcher ihn im Namen seines Vaters freundlichst ersuchte, seine Absicht

---

einzelnen Mitgliedern der liberalen Partei in neuerer und neuester Zeit beliebte Toben und Lärmen in den parlamentarischen Körperschaften. 3. Der konservative Bürgerverein Friedrichswerder beschließt, mit allen gesetzlichen Mitteln durch Besprechung in den Versammlungen u. auf die öffentliche Meinung einzuwirken, damit einem solchen Gebahren, welches die Würde und das Ansehen der parlamentarischen Körperschaften auf das Tiefste schädigt, Einhalt geschieht.

[1]) Kurze Zeit darauf übersandten auch der Bürgerverein Alt-Kölln und der konservative Bürgerverein Moabit dem Reichskanzler Resolutionen, in welcher das unqualifizierbare Verhalten gewisser liberaler parlamentarischer Wortführer gegenüber dem ersten Beamten des Kaisers verurteilt wurde.

[2]) Am 11. Juni 1882 bemerkte der Abgeordnete von Bennigsen bei Gelegenheit einer Programmrede in Hannover, Bismarck habe das Herandrängen der Tendenzen und Interessen-Vertretung geduldet und die Wirtschafts-, Steuer- und politische Frage in deren Sinne angegriffen. Auch sonst enthält die Rede einige Spitzen gegen Bismarck (Schultheß „Europ. Geschichtskalender", S. 108). In einer zweiten Rede vom 2. Juli 1884 in Köln (Schultheß, a. a. O. S. 123) trat der Bismarck unfreundliche Grundgedanke wieder mehr zurück. Bemerkungen der „Badischen Landeszeitung" zur Rede Bennigsen's s. „Post" vom 23. Juni 1882, Nr. 167.

[3]) Vergl. die „Post" vom 2. März 1883, Nr. 60.

[4]) Die Vorgeschichte der Unterredung ist einem Berichte der „Magdeburger Zeitung" entnommen. („Post" vom 8. Juni 1883, Nr. 153.)

Digitized by Google

auszuführen. Bennigsen hatte demnach am 5. Juni 1883 nachmittags eine Unterredung mit dem Kanzler. Der letztere bezeichnete es hier als unmöglich, nach der Kaiserlichen Botschaft auf die Durchberatung des Etats noch in dieser Session Verzicht zu leisten, und beklagte sich mit ernsten Worten über die Haltung der nationalliberalen Partei gegenüber der Regierung; dabei hielt er dem Führer der Partei ein förmliches Sündenregister vor, bestehend aus einer Zusammenstellung aller derjenigen Entwürfe, hinsichtlich welcher der Reichskanzler von dem Reichstag dilatorisch behandelt worden war[1]). Bennigsen muß aus dem Kanzler-Palais den Eindruck mitgenommen haben, daß für die nächste Zeit für ihn die Aussicht eines gedeihlichen Zusammenwirkens mit Bismarck geschwunden sei; nur so erklärt sich die wenige Tage später (11. Juni) erfolgte Niederlegung seines Mandats als Reichstags- und als Landtagsabgeordneter.

Zu dem Schreiben, womit Bennigsen seinen Rücktritt aus den Parlamenten ankündigte[2]), brachte Bismarck's Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung",

[1]) „Vossische Zeitung" vom 10., 11. und 12. Juni 1883, Nr. 265, 266, 267; „Post", Nr. 156 vom 11. Juni 1883.

[2]) Das an den Vorstand des nationalliberalen Vereins in Berlin gerichtete Schreiben lautet: Geehrte Herren und Freunde! Die so anerkennenden und so freundschaftlichen Worte, welche Sie an mich im Namen und Auftrage der nationalliberalen Fraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses richteten, haben in mir Gefühle des lebhaftesten Dankes erweckt. Zugleich führen dieselben mir immer wieder das Schwere und Schmerzliche meines Entschlusses, des Austrittes aus den Parlamenten, vor die Seele. Seit einer langen Reihe von Jahren mit Ihnen menschlich und politisch, in Freud und Leid, in angestrengter und vielfach erfolgreicher Arbeit für die nationale und freiheitliche Entwickelung unsres Vaterlandes während einer Zeit großer Umgestaltung aller Verhältnisse verbunden, empfinde ich schwer das Aufhören unsrer gemeinsamen Thätigkeit. Wohl war dieselbe, auch abgesehen von den in den letzten Monaten unnatürlich ineinandergreifenden gleichzeitigen Sitzungen des Reichstags und Abgeordnetenhauses, mit mancherlei Hindernissen und Opfern für fast einen jeden von uns verbunden. Schon seit Jahren habe ich gefühlt, daß ich weder im Reichstage noch im Abgeordnetenhause, noch in meiner umfassenden verantwortlichen Wirksamkeit an der Spitze der provinzialständischen Verwaltung in der Lage war, meine Pflicht vollständig so zu erfüllen, wie ich es wünschen mußte. All' das blieb, wenn auch schwer, erträglich, so lange für mich die Möglichkeit einer erfolgreichen Thätigkeit für unser Land, wie für unsre gemeinsamen politischen Aufgaben vorhanden war. In den letzten Jahren und insbesondere in diesem Frühjahre habe ich mich leider aber immer stärker davon überzeugen müssen, daß die eingetretene Entwickelung unsrer inneren politischen Zustände, die steigende Verbitterung der Parteien, der immer stärker auftretende Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Parlamenten, die Spaltung unter den Liberalen in wichtigen, selbst entscheidenden Fragen für mich zur Zeit eine auch nur einigermaßen nützliche und erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr ausführbar erscheinen lassen. Nach meiner ganzen Natur und politischen Veranlagung tief davon durchdrungen, daß für unser neues Deutsches Reich nichts gefährlicher sein muß, als das Hervorkehren des seit 1867 kaum mehr empfundenen Gegensatzes zwischen der berechtigten Stellung der Monarchie und der Parlamente, ein immer stärker die Extreme zur Geltung bringender, haßerfüllter, leidenschaftlicher, mit persönlicher Bitterkeit geführter Streit der Parteien, welche doch darauf angewiesen sind, mit einander auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes zu leben, habe ich nach schwerem inneren Kampf zur Zeit einer Wirksamkeit entsagt, welche, körperlich und geistig aufreibend, für mich eine Befriedigung und dem öffentlichen Wohl und meinen politischen Freunden einen irgendwie erheblichen Nutzen nicht versprechen

Digitized by Google

einen Artikel folgenden Wortlauts: „Herr von Bennigsen hat in dem Schreiben an den Vorstand der nationalliberalen Partei „die Spaltung unter den Liberalen in wichtigen, selbst in entscheidenden Fragen“ als den Grund bezeichnet, warum ihm „zur Zeit“ eine auch nur einigermaßen nützliche und erfolgreiche Thätigkeit im Sinne einer versöhnlichen und ausgleichenden Politik nicht mehr ausführbar erscheine. Wir können dem nur beistimmen und müssen den Vorwurf Herrn von Bennigsen's gegen unser parlamentarisches Leben als nur zu begründet anerkennen.

Aber das gleiche Zugeständnis wird man ihm nicht machen können, wenn er neben der steigenden Verbitterung der Parteien auf „den immer schärfer hervortretenden Gegensatz zwischen der Reichsregierung und den Parlamenten“ als Motiv für seinen Rücktritt aus dem parlamentarischen Leben anführt. Wir finden den Vorwurf, der hier der Reichsregierung implicite gemacht wird, nicht gerechtfertigt. Wir bestreiten überhaupt die Thatsache, daß ein solcher Gegensatz sich herausbildet, soweit er eben nicht auch das Resultat des von Herrn von Bennigsen mit soviel Recht getadelten verbitterten Parteikampfes darstellt. Wo ist eine konstante Majorität in diesem Parlament, zwischen welcher und der Regierung ein nachhaltiger und prinzipieller Gegensatz bestände? Die parlamentarischen Majoritäten, mit welchen Vorlagen der verbündeten Regierungen angenommen oder abgelehnt wurden, sind Konglomerate wechselnden Inhalts, variabel nach dem Bestande der Fraktion, nach der Anwesenheit ihrer Mitglieder und nach den augenblicklichen taktischen Bedürfnissen der Kämpfe der Parteien untereinander. Die Regierung müßte es sonderbar anfangen, in dieser ganz unregelmäßig wechselnden Ebbe und Flut ein konstantes Prinzip herauszufinden, durch dessen Aneignung sie glauben könnte dem Reich zu nützen oder auch nur ihm nicht zu schaden. Wenn Herr von Bennigsen vom Gegensatz der Regierung und der Parlamente spricht, so hat dieses Argument doch nur einen Sinn, wenn man das Wort Parlamente für den Begriff der Mehrheit und ihrer Beschlüsse setzt. Mit diesen existiert aber ein irgendwie konstanter Gegensatz der Reichsregierung nicht, weil der eine Gegner, die parlamentarische Majorität, bisher seine Existenz nicht hat begründen können. Die Reichsregierung hat wiederholt versucht, ihre Politik in Gemeinschaft mit einer konstanten Majorität zu führen. Sie ist dabei von der Fiktion ausgegangen, welche die Grundlage alles parlamentarischen Lebens bildet, daß es in der Hauptsache zwei große Parteien gäbe, eine erhaltende und eine fortbildende, und daß eine von beiden jedesmal eine konstante Majorität

---

konnte. Seien Sie überzeugt, daß in den Tagen der Muße und Sammlung, welche jetzt für mich kommen, mir stets in dankbarer und lebendiger Erinnerung die vielen Jahre gemeinsamen politischen Wirkens stehen werden, welche mich mit Ihnen so eng verknüpft haben und auch in Zukunft verbunden halten werden. Die wohlwollenden und ehrenden Worte, welche Sie mir zugesendet haben, gewähren mir zugleich die mich ergreifende Überzeugung, daß Sie nicht minder Wert darauf legen, daß trotz meines Ausscheidens aus den Parlamenten die nahen freundschaftlichen und politischen Beziehungen unter uns dauernd erhalten bleiben. Ihr

Rudolf von Bennigsen.

Digitized by Google

besitzen müsse, wenn parlamentarisch regiert werden solle. Sie hat es in diesem Sinne versucht, gestützt auf die konservative Partei, zu regieren, bis sie dem Anspruch begegnet ist, sich von derselben regieren zu lassen und die königliche und kaiserliche Politik der Partei unterzuordnen, oder auf die Unterstützung derselben zu verzichten. Sie hat notgedrungen das letzte gethan, um gestützt auf die Nationalliberalen die Regierung im Sinne der Ausbildung und Befestigung des Reiches weiter zu führen. Die Dinge haben dabei eine etwas andre Gestalt gewonnen, als sie bei Fortsetzung der konservativen Heeresfolge gefunden haben würden. Sie hat aber in ehrlicher Gegenseitigkeit mit den Nationalliberalen und gemäßigten Konservativen an der Ausbildung und Konsolidierung der Reichseinrichtungen fortgearbeitet, bis vor etwa fünf Jahren das, was Herr von Bennigsen „den immer schärfer auftretenden Gegensatz zwischen Reichsregierung und Parlament" nennt, dadurch ins Leben gerufen worden ist, daß die große liberale Partei zu einer aggressiven Politik gegen die Regierung mit der Absicht überging, die verfassungsmäßig bestehende Verteilung der politischen Rechte zum Nachteil der Monarchie und zum Vorteil der Parlamente abzuändern. Wir brauchen nur an die Schlagwörter der konstitutionellen Garantieen, an die Namen Stauffenberg, Lasker, die Stauffenberg'sche Rede im Februar 1878 und die Reihe von kühlen, wenn nicht feindlichen, gegen die Reichsregierung gerichteten Manifestationen der ersten Hälfte des Jahres 1878 zu erinnern. Die Situation kulminierte in den Verhandlungen über die Zollreform und in der Stellung, welcher der Abgeordnete von Forckenbeck als Präsident des Reichstags im Sinne des fortschrittlichen Bürgertums der großen Städte durch seine Rede im Zoologischen Garten nahm. Die Theorie, zu der man sich damals zuerst amtlich bekannt hat, ist neuerdings wieder bei dem Bürgermeister-Diner des Herrn von Forckenbeck in dem Sinne der „Herrschaft des fortschrittlichen Bürgertums in Preußen" proklamiert worden. Wenn auf diese Weise ein Gegensatz zwischen Parlament und Regierung künstlich ins Leben gerufen wird, so trägt an einem solchen die Regierung keine Schuld; sie ist eben nicht in der Möglichkeit, Parteiinteressen zu dienen, namentlich nicht solchen, denen keine konstanten Majoritäten zur Seite stehen, und sie kann nicht die Hand dazu bieten, das in den bestehenden Reichs- und Landesverfassungen gegebene Gleichgewicht nach Parteiwünschen zu ändern.

Wir zweifeln nicht, daß die Wahrheit bezüglich unsrer parlamentarischen Geschichte und die aus derselben für unsre Zukunft zu ziehenden Lehren sich um so klarer Bahn brechen werden, je häufiger und leidenschaftsloser die Vorgänge der letzten Jahrzehnte öffentlich besprochen werden, ohne damit die Absicht einer Ausbeutung im Sinne des Parteikampfes zu verbinden. Wir wünschen aufrichtig das Gedeihen unsrer parlamentarischen Institution, denn wir sehen keinen andern gleich guten oder, wenn man will, weniger bedenklichen Weg, ein großes Land zu regieren. Aber es gehört dazu das Gefühl der Verantwortlichkeit nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei den Parlamenten und ihren Mitgliedern. Auf die Institution und die Bevölkerung fällt die Gefahr zurück, wenn es uns nicht gelingt, die Mängel abzustellen, an denen unsre parlamentarischen Arbeiten

Digitized by Google

bisher leiden, und wenn es den Mitgliedern der Parlamente nicht gelingt, sich ihre höheren vaterländischen Pflichten lebendiger gegenwärtig zu halten, als die, welche jeder gegen seine Fraktion zu haben glaubt. Wir können nicht finden — und wir glauben nicht vereinsamt zu stehen mit unsern Eindrücken — daß die Art, wie unsre parlamentarischen Geschäfte betrieben worden sind, bisher das Ansehen der Institution gesteigert, oder auch nur auf der Höhe, von welcher sie ausgingen, erhalten hätte.

Im vereinigten Landtag von 1847 war das Gefühl von Würde und Patriotismus, welches jedes Mitglied und auch die schärfste Opposition beseelte, stärker als in unsern heutigen großen Parlamenten. Der erste Schritt zur Besserung ist immer die Erkenntnis des Übels, und deshalb sollte jemand in der hochangesehenen Stellung des Herrn von Bennigsen von „dem immer schärfer auftretenden Gegensatz zwischen Reichsregierung und Parlament" unsrer Ansicht nach nur mit dem Zusatz reden, daß die Reichsregierung an diesem Gegensatz, soweit er überhaupt stattfindet, die Schuld nicht trägt. Es wird in jedem Parlament Minoritäten geben, die mit den Resultaten unzufrieden und deshalb geneigt sind, die Regierung anzuklagen."

Ich schließe auch diesen Abschnitt mit der Wiedergabe einiger Briefe, welche der Reichstagsabgeordnete Dr. Hartmann (Plauen) aus der Reichshauptstadt nach Hause gerichtet hat.

Berlin, den 1. Juni 1883.

Gelegentlich der Beratungen dieser Woche kam es zu scharfen Renkontres zwischen den Abgeordneten von Kleist-Retzow und Eugen Richter. Letzterer fand es angemessen, Herrn von Kleist-Retzow Mißgriffe vorzuwerfen, welche derselbe angeblich vor dreißig Jahren als Oberpräsident der Rheinprovinz begangen, und auf die entsprechende Antwort des Angegriffenen gab er zu verstehen, daß das vorgerückte Alter von Kleist-Retzow's dessen Zurechnungsfähigkeit beeinträchtige. Sehr geschmackvoll! Übrigens hat von Kleist-Retzow sich eine ganz wunderbare Frische und Elastizität bewahrt. Sensationell wirkte es, daß am Abend desselben Tages, an welchem dieser Auftritt stattfand, Herrn von Kleist-Retzow im Reichstag ein Schreiben überreicht wurde, inhalts dessen er von dem Kaiser durch die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz ausgezeichnet worden ist! In Reichstagskreisen faßte man dies als die Besiegelung der Versöhnung des Fürsten Bismarck mit von Kleist-Retzow (Deklaranten!) auf. Thatsächlich führte die Danksagung für die Auszeichnung den Abgeordneten von Kleist-Retzow zum erstenmal seit der Deklarantenzeit in das Haus des Fürsten Bismarck, seines Jugendfreundes und alten Kampfgenossen.

Berlin, den 8. Juni 1883.

Der Führer der Nationalliberalen, Herr von Bennigsen, zugleich Vorsitzender der Budgetkommission, hat vor einigen Tagen den Versuch gemacht, das Einverständnis des Reichskanzlers dazu zu erlangen, daß die Beratung

Digitized by Google

des Etats für jetzt ausgesetzt und der Herbstsession vorbehalten wird. Damit soll er aber sehr übel angekommen sein. Fürst Bismarck soll ihm erklärt haben, daß der Reichstag nur zwischen Durchberatung des Etats und Auflösung die Wahl habe. Seitdem haben die Nationalliberalen ihren Widerstand aufgegeben. Die Opposition besteht jetzt im Wesentlichen nur noch in den Gruppen der vorgeschrittenen Liberalen, Fortschritt, Sezession u. s. w. Aber nicht einmel diese sollen einig sein und unter allen Umständen erkennen sie, daß ihr Widerstand vollkommen nutzlos ist, und gegenüber dem geschlossenen Auftreten der Konservativen und des Centrums auch der Versuch, das Haus durch absichtliches Wegbleiben beschlußunfähig zu machen, aussichtslos ist.

Da ich einmal bei den Gerüchten bin, erwähne ich auch die Nachricht, daß eine Annäherung zwischen dem Reichskanzler und der nationalliberalen Partei im Werke sei. Diese Nachricht pflegt von Zeit zu Zeit aufzutauchen und die Zeitungen zu durchlaufen. Bisher hat sie noch niemals Bestätigung gefunden. Möglich, daß es ihr diesmal besser geht — ich weiß es nicht. Aber wenn sich auch die Thatsache bestätigen sollte, so bedeutungsvoll, wie man vielfach anzunehmen scheint, ist sie nicht. Die heutigen Nationalliberalen sind von den Konservativen nicht so weit entfernt, daß es als ein Systemwechsel sich darstellen würde, wenn Fürst Bismarck gegen die Konservativen etwas kühler und gegen die Nationalliberalen etwas wärmer sein sollte. Einen bestimmenden Einfluß räumt der Reichskanzler, wie nun einmal seine gewaltige Persönlichkeit geartet ist, keiner Partei und keinem einzelnen Manne ein. Übrigens wolle man nicht vergessen, daß die nationalliberale Partei im Reichstag 43 Mitglieder zählt, 43 von 397! Mit den 43 Mann allein ist doch offenbar gar nichts zu machen. Da müssen noch andre Kräfte hinzustoßen, und hier würden, wie einmal die Parteiverhältnisse liegen, die Konservativen schlechterdings nicht fehlen können. Daß aber bei einer Verbindung der Konservativen und der Nationalliberalen die Ersteren nicht mit der bescheidenen Rolle eines Schleppenträgers abgespeist werden könnten, dafür bürgt die oft bewährte Selbständigkeit der Gesinnung und das numerische Übergewicht der konservativen Partei. Eine Annäherung des Reichskanzlers an die nationalliberale Partei mag für diese Partei und Herrn von Bennigsen sicher von Bedeutung sein, aber eine wesentliche Änderung der Gesammtlage würde sie nicht zur Folge haben.

Was man von der Unterredung Bismarck's mit Bennigsen erzählte, wies durchaus nicht auf eine annäherungslustige Stimmung des Ersteren hin. Er soll u. a. sich stark über die Haltung der Nationalliberalen beklagt und, als Bennigsen dies nicht in solchem Grade und Umfang hat gelten lassen wollen, einen großen Bogen Papier vorgebracht haben, auf dem die „Sünden" der Nationalliberalen haarklein und aktenmäßig in einer stattlichen Reihe von Nummern verzeichnet waren.

Bekanntlich wurde bald darauf der Reichstag durch die Mitteilung des Präsidenten überrascht, daß der Abgeordnete von Bennigsen sein Mandat

Digitized by Google

niedergelegt habe. Derselbe war bereits in aller Stille von Berlin abgereist und erschien erst infolge der allgemeinen Wahlen von 1887 wieder im Reichstag.

VI. Abschnitt.

Die XIV. preussische Legislatur-Periode.

(28. Oktober 1879—11. Mai 1882 [1]).)

Als am 10. Juli 1879 das Gesetz über die Besteuerung des Tabaks verhandelt wurde, fand Richter dieses Experimentieren in allen Zoll- und Steuerfragen, dieses unbestimmte Umhertappen sehr schädlich. „Keiner weiß, woran er ist. Deutschland wird nicht eher zur Ruhe kommen, als bis dieses Regierungssystem des Reichskanzler aufgehört hat. Man sagt es bereits in weiten Kreisen Deutschlands, nicht eher wird es besser werden, als bis der Reichskanzler überhaupt zu regieren aufgehört." Die „parlamentarische Korrespondenz" Eugen Richter's brachte das auf den präzisern Ausdruck: „Fort mit Bismarck".

Nur kaum drei Monate später gelangte das folgende Telegramm an den Fürsten Bismarck. „Über hundert beim Mittagsmahl vereinte Wahlmänner des Kreises Hagen bringen in ihrer Freude, daß Richter heute hier seinen Richter gefunden, dem großen Kanzler und Einer Deutschlands ein donnerndes Hoch!" Hagen, der alte Wahlkreis Richter's seit 1870, hatte seinen Vertreter desavouiert und so gab damals die große Mehrheit des preußischen Volkes in gleichem Sinne eine Antwort auf das: „Fort mit Bismarck". Der Herausforderung vom 10. Juli entsprach der Umfang der Niederlage [2]). Die Neuwahlen zum Landtage am 8. Oktober 1879 ergaben eine entschiedene Niederlage der Liberalen und einen entschiedenen Sieg der Konservativen [3]).

Vorübergehend war in dieser Session (1879 und 1880) Mitglied des Abgeordnetenhauses der Geheime Kommerzienrat Baare in Bochum, der mehrfach

---

[1]) Es währte die I. Session der XIV. Legislatur-Periode vom 28. Oktober 1879 bis zum 3. Juli 1880, die II. Session der XIV. Legislatur-Periode vom 28. Oktober 1880 bis zum 23. Februar 1881, die III. Session der XIV. Legislatur-Periode vom 14. Januar bis zum 11. Mai 1882.

[2]) Wiermann a. a. O., Bd. I, S. 38.

[3]) Die „Prov.-Corr." gab folgende Aufstellung des Wahlresultats:

	früher	jetzt	mehr	weniger
Konservative	42	115	73	—
Freikonservative	35	50	15	—
Centrum	89	96	7	—
Nationalliberale	168	105	—	63
Fortschrittler	63	34	—	29
Polen	15	19	4	—
Keiner Fraktion angehörig	21	14	—	7

(Zu den 14 gehören 3 frühere Minister, 1 voraussf. Freikonservativer, 1 Centrumsmann. 2 Dänen und 7 Liberale von der Gruppe Löwe.)

Digitized by Google

mit Bismarck in Berührung kam. Zunächst zog ihn der Kanzler als Mitglied der Eisenzoll-Enquete heran, welche sehr wesentlich mithalf, das frühere Freihandelssystem über den Haufen zu werfen. Wesentliche Dienste erwies er Bismarck bei Lösung der Arbeiterversicherung. Diese Frage beschäftigte Bismarck eine Zeit so lebhaft, daß er sie selbst in Kissingen, wo er doch sehr der Erholung bedurfte, nicht aus dem Sinn bekam. Im August 1880 empfing Baare von dort eine Einladung Bismarck's zum Besuche in Berlin oder in Friedrichsruh behufs Besprechung der Grundlagen einer rationellen Arbeiterversicherung. Baare, augenblicklich zur Kur in Marienbad, fragte in Kissingen an, ob die Sache eilig sei oder ob dieselbe bis zu Beendigung seiner Brunnenkur Zeit habe. Hierauf wurde Baare telegraphisch ersucht, seine Kur nicht zu unterbrechen, sich vielmehr später nach Friedrichsruh zu begeben. Dort erfuhr er, daß es sich um die Besprechung eines Gesetzentwurfs für die allgemeine obligatorische Arbeiter-Unfallversicherung handle, worüber Baare im Jahre 1880 dem Staatssekretär des Innern, Staatsminister Hofmann eine Vorlage gemacht hatte, die Bismarck in den Akten fand, und deren Inhalt ihm für seine Zwecke Material bot. Diese Angelegenheit wurde zwischen Bismarck und Baare in Friedrichsruh ausführlich besprochen [1]), demnächst richtete Bismarck an den Sachverständigen den Wunsch, er möge einen Gesetzentwurf mit Motiven ausarbeiten und denselben ihm in möglichst kurzer Zeit zur Verfügung stellen. Baare erwiderte, daß er dies natürlich nur in Verbindung mit Berufsgenossen und unter juridischer Beihilfe ausführen könne, jedoch bemüht sein wolle, innerhalb 6 Wochen den Gesetzentwurf zur Verfügung zu stellen [2]). Welchen Verlauf die Sache später genommen hat, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Über die auf der parlamentarischen Soiree vom 4. Mai 1880 gefallenen Äußerungen Bismarck's weiß ich noch in Ergänzung des Band I, (2. Aufl.) S. 186 Gesagten folgendes nachzutragen [3]).

„Um dem Papst Leo meine Versöhnlichkeit zu zeigen, habe ich einen Kultusminister genommen, der dem Papst eine Nummer näher steht als Falk. Herr von Puttkamer ist den Katholiken sehr weit, in einzelnen Fällen vielleicht zu weit entgegengekommen. Vielleicht können wir dazu kommen, zu dem früheren Rüstzeug zurückkehren zu müssen . . .

---

[1]) Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. II., S. 3 und Schultheß „Europäischen Geschichtskalender", 1880, S. 221.

[2]) Vergl. Baare's Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Arbeiter-Unfallversicherungskasse, in der Zeitschrift für deutsche Volkswirtschaft, I. Band. Berlin 1880, und in Hirth's Quellen 1881. Ein Schreiben Bismarck's an den Geheimen Rat Baare d. d. 24. Dezember 1884 aus Anlaß seiner Bereitstellung einer Summe bei Ablehnung der Forderung für die Anstellung eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amte durch den Reichstag findet sich abgedruckt in den „Politischen Briefen Bismarcks" aus den Jahren 1849—1889, Bd. III., S. 383.

[3]) Vergl. noch die Berichtigung Bismarck's in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Mai 1885 über die ihm s. Z. von der Presse in den Mund gelegten Äußerungen in Kohl, „Bismarck-Reden", Bd. XII., S. 114.

Digitized by Google

Ich werde nun nicht mehr abwarten, ob und bis Rom den ersten „praktischen" Schritt mit der Anerkennung der Anzeigepflicht thun wird, sondern selbständig in der Gesetzgebung vorgehen. Ich werde in der demnächstigen Nachsession des preußischen Landtags demselben einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher mich zu einer milden, den Kulturkampf gänzlich vermissen lassenden Ausführung der Maigesetze ermächtigt [1]). Gegen die Zurückberufung der im Auslande weilenden Bischöfe würde ich nichts einzuwenden haben. Diese würden dann ihrerseits durch Besetzung der verwaisten Pfarreien zur weiteren Beseitigung des Kulturkampfes beitragen können. Aber auf der Aufrechthaltung der Maigesetze muß ich bestehen, um, wenn nötig, von denselben jederzeit den entsprechenden Gebrauch machen zu können."

Zu lebhaften Verhandlungen zwischen Bismarck und den Parlamentariern kam es aus Anlaß des dem Abgeordnetenhause in Gemäßheit dieser Zusage am 20. Mai 1880 vorgelegten ersten kirchlichen Friedensgesetzes. Dieses Gesetz entfernte nicht einen einzigen Eckstein der Maigesetzgebung; die Regierung wünschte aber dadurch in den Besitz von Vollmachten zu gelangen, um dem heiligen Stuhl auf halbem Wege entgegenzukommen und der Kirche gegenüber eine versöhnliche Haltung einnehmen zu können, sobald die Gesinnungen des heiligen Stuhles durch Thaten ihren Ausdruck fanden, sobald die kirchlichen Organe ihre Haltung änderten und Garantien für die Einhaltung eines geänderten Verhaltens gaben. Die Centrumsfraktion wollte die diskretionären Erleichterungen in gesetzliche fixieren, was an dem Willen der Regierung und der ihr ergebenen Parteien scheiterte. Da aber anderseits unter den letzteren manche Bedenken trugen, der Regierung eines konstitutionellen Staates so weitgehende Vollmachten zu erteilen, wie sie verlangt wurden, keine Partei aber wieder einmütig hierin war, so trat ein ungeheures Durcheinander ein [2]), das nur Bismarck selbst zu schlichten vermochte.

Schon vor der Verhandlung der Vorlage im Abgeordnetenhause fühlten die Parlamentarier das Bedürfnis, mit dem leitenden Staatsmann die erste Bresche in das Bollwerk der Maigesetze zu besprechen.

Am 24. Mai hatte der Abgeordnete von Rauchhaupt [3]) eine mehrstündige

---

[1]) Die Regierung wünschte erstens die zerstörten Diözesanverwaltungen dadurch wiederherzustellen, daß sie ermächtigt wurde, abgesetzte Bischöfe wieder einzusetzen und Bistumsverweser da, wo der Bischof gestorben war, unter Dispensation von dem gesetzlich erforderten Treueid anzuerkennen; zweitens wollte sie dem Mangel an Geistlichen dadurch abhelfen, daß sie das Recht beanspruchte, von den gesetzlichen Bedingungen der Vorbildung Abstand zu nehmen; drittens endlich gedachte sie, gewisse Härten der bisherigen Gesetzgebung zu mildern, indem sie die Verfolgung einer Reihe von Gesetzesverletzungen, besonders der unbefugten seelsorgerischen Thätigkeit von dem Antrage des Oberpräsidenten abhängig machte, die Errichtung neuer Niederlassungen von Krankenpflegeorden in das Ermessen der Minister stellte, an Stelle der Entlassung aus dem kirchlichen Amte die Unfähigkeit zur Bekleidung derselben und den Verlust des Einkommens setzte u. dergl. mehr.

[2]) Majunke, Geschichte des Kulturkampfes, S. 494.

[3]) von Rauchhaupt, Wilhelm, Landrat des Kreises Delitzsch, auf Storckwitz bei Delitzsch, geb. 26. Juni 1828, evangelisch. (Konservativ.) 1866—67, 1870—73 und 1877—81 Mitglied des Abgeordnetenhauses für denselben Wahlbezirk, 1882—88 für 5 Potsdam. 1867 Mitglied

Digitized by Google

Konferenz mit dem Kanzler[1]), wobei der letztere das größte Gewicht auf die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage legte. Rauchhaupt verlangte namens der konservativen Partei, daß die diskretionäre Gewalt nur auf eine bestimmte Reihe von Jahren eingeräumt werde. Bismarck sowohl als der Kultusminister glaubten eine Fristbestimmung zugestehen zu können.

Bei der ersten Lesung am 28. und 29. Mai 1880 verhielten sich Centrum und Fortschrittspartei durchaus ablehnend, die Konservativen zustimmend, Nationalliberale und Freikonservative waren gespalten. Der stärkste Widerspruch richtete sich gegen den Bischofsparagraphen, den Puttkamer gerade als den Kern des ganzen Gesetzes verteidigte. In den Kommissionsberatungen wurde er wie mehrere andre von der Majorität verworfen, bei der Schlußabstimmung aber auch das ganze Gesetz abgelehnt.

In dieser parlamentarischen Lage sprach sich Fürst Bismarck anfangs Juni 1880 über die Vorlage gegen persönlich befreundete Abgeordnete wie folgt aus:

„Da die Kommissionsverhandlungen kein positives Ergebnis geliefert haben, werden die Beratungen des Plenums unter Zugrundelegung der Regierungsvorlage stattfinden, zu welcher die Stellung der Staatsregierung, meines Erachtens, heute dieselbe bleiben muß, wie zur Zeit der Einbringung. Die Regierung hält sich für verpflichtet, unabhängig von Verhandlungen mit Rom, den katholischen Unterthanen des Königs alles das zu gewähren, was ohne Schädigung der Gesamtinteressen des Staates gewährt werden kann. Dieser Gedanke ist durch die Vorlage zum Ausdruck gebracht worden. Es kann nicht erwartet werden, daß die Regierung ihre Ansicht über das Maß der zulässigen Konzessionen in den acht oder zehn Tagen der Kommissionsberatungen geändert haben sollte, da diese Ansicht nicht auf augenblicklichen Erwägungen der parlamentarischen Konstellation, sondern auf der prinzipiellen Erwägung der Bedürfnisse und der unveräußerlichen Rechte des Staates beruht. Die Regierung kann sich in ihrer

---

des konstituierenden Reichstags, seit 1887 Mitglied des Reichstags. (Mit Dr. Friedenthal, Dr. Lasker und von Brauchitsch Berichterstatter über die Kreisordnung.) Mitte 1855 übernahm er das Landratsamt seines Heimatkreises Delitzsch. War Mitglied des Provinziallandtages und Vorsitzender des Provinzialausschusses. Gestorben im April 1894.

[1]) Vergl. die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung" Nr. 121 v. 27. Mai 1880 u. die „Germania" vom 26. Mai 1880. Die „Magdeburger Zeitung" wollte wissen, Bismarck habe besonders an den §§ 1, 4 und 10 der Vorlage festhalten, im übrigen Amendements nicht völlig von der Hand weisen wollen. Der Kanzler habe außer mit Herrn von Rauchhaupt auch mit einigen nationalliberalen Führern konferiert. „Der § 4 (der von der Rückberufung der Bischöfe handelt) dürfte besonders hohe Protektoren haben." Die „National-Zeitung" schrieb: Fürst Bismarck hat in den letzten Tagen mit einer ganzen Reihe von hervorragenden Abgeordneten, und zwar mit jedem einzeln vertrauliche Besprechungen gehabt. Über den Inhalt derselben dringt in die Öffentlichkeit, daß er auf die Durchberatung des Gesetzes den größten Wert legt. Eine Klausel einzufügen, welche die Gültigkeitsdauer auf kurze Zeit — etwa ein Jahr — beschränkt, ist er bereit. Eine Angabe der „Germania", wonach der Reichskanzler im übrigen die unveränderte Annahme des Gesetzes fordert, mag etwas über das Ziel hinausschießen, aber richtig ist, daß er gerade auf die Beibehaltung derjenigen Bestimmungen besteht, welche in der liberalen Partei das schwerste Bedenken erregen.

Digitized by Google

Schätzung der Bereitwilligkeit der einzelnen Fraktionen, den Wünschen der katholischen Bevölkerung auch parlamentarisch entgegenzukommen, getäuscht haben; aber auch hiervon ist ein strikter Beweis durch die Kommissionsverhandlungen noch nicht geliefert; nur Plenarbeschlüsse können ihn herstellen. Durch das Votum der Mehrheit eines der beiden Häuser des Landtags kann die Regierung verfassungsmäßig gehindert werden, der katholischen Bevölkerung diejenigen Konzessionen auf kirchlichem Gebiete zu machen, welche sie für staatlich zulässig hält. Sie kann durch ein solches Votum genötigt werden, auf die Ausführung der Absichten, welche den Entwurf eingegeben und ihm die königliche Genehmigung verschafft haben, ganz oder teilweise zu verzichten. Sie wird natürlich den verfassungsmäßig bekundeten Willen des Landtags achten. Aber die Regierung würde mit sich selbst in Widerspruch treten, wenn sie ihre in der Vorlage gemachten Anerbietungen oder einen Teil derselben freiwillig zurücknehmen und damit ihrerseits die Verantwortung für die Versagung der Konzessionen übernehmen wollte, welche sie ohne Schädigung des Staates im Interesse des religiösen Friedens vor drei Wochen gewähren zu können glaubte. Dem kirchlichen Bedürfnis der katholischen Preußen weniger zu gewähren, als ihnen ohne Schädigung des Staates gewährt werden kann, würde den landesväterlichen Interessen Sr. Majestät des Königs nicht entsprechen. Die Regierung wird daher, meines Erachtens, an der Vorlage festhalten müssen, bis sie sich einer amtlichen Ablehnung derselben durch eins der Häuser des Landtags gegenüber befindet[1])."

Die zweite Lesung knüpfte also wieder an die Regierungsvorlage an und führte zur Annahme des Bischofsparagraphen, freilich mit der Bedingung, daß die wieder einzusetzenden Bischöfe die Anzeigepflicht anerkennen müßten. Das Centrum stimmte dafür, um zu zeigen, daß eine große Mehrheit im Prinzip für die Rückberufung der Bischöfe sei; aber Windthorst erklärte zugleich, daß es in dritter Lesung gegen das ganze Gesetz stimmen werde, wenn die Anzeigepflicht nicht wieder daraus entfernt werde. Umgekehrt waren Bennigsen und ein Teil der Nationalliberalen entschlossen, wenn der Bischofsparagraph bestehen bleibe, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Dagegen erklärte er sich mit etwa der Hälfte seiner Partei bereit, die Dispensation der Geistlichen von der vorgeschriebenen Vorbildung der Regierung zu gewähren, und schloß in diesem Sinne ein Kompromiß mit den Konservativen.

Zwischen der zweiten und dritten Lesung sah Bismarck wieder Parlamentarier bei sich, und zwar zu Tisch am 23. Juni den Abgeordneten von Rauchhaupt und am folgenden Tage den Abgeordneten von Bennigsen[2]). Der letztere stellte Bismarck vor, daß die Zurückberufung der abgesetzten Bischöfe in ihre Sprengel den übelsten Eindruck machen würde, und er gab sich alle Mühe, den Reichskanzler für das Fallenlassen des Bischofsparagraphen zu gewinnen. Die „Norddeutsche

[1]) Revue der Presse hierzu in der „Post" 1880, Nr. 162.

[2]) Vergl. die „Post", Nr. 172, S. 2, und Schultheß „Geschichtskalender" 1880, S. 193. Über die Haltung Bennigsen's in dieser Kirchenfrage s. Wiermann, „Der Deutsche Reichstag", Bd. II., S. 46 f.

Digitized by Google

Allgemeine Zeitung" brachte über diese Verhandlungen noch vor der dritten Lesung folgende Notiz:

„Verschiedene Blätter bringen die Nachricht, der Reichskanzler suche gegenwärtig bis zur dritten Lesung der Kirchenvorlage noch einen Kompromiß herbeizuführen. Er habe deshalb die Führer der konservativen und nationalliberalen Fraktionen zu sich entboten, um eine Einigung zwischen den entgegengesetzten Standpunkten derselben anzubahnen, damit das Gesetz in irgend einer Form zur Annahme komme.

Diese Nachricht ist das Gegenteil des wirklichen Herganges. Der Reichskanzler hat durchaus keinen Versuch gemacht, einen Kompromiß herbeizuführen, und die Besprechungen, welche er in den jüngsten Tagen mit Führern der konservativen und nationalliberalen Fraktionen gehabt hat, haben nur dazu gedient und haben keinen andern Zweck gehabt, als den befreundeten Abgeordneten die Gründe darzulegen, welche es der Regierung unmöglich machen, an einem Kompromiß mitzuwirken, sie vielmehr in die Notwendigkeit versetzen, an der vom Staatsministerium beschlossenen und von Sr. Majestät dem Könige sanktionierten Vorlage festzuhalten, weil dieselbe das Maß der Konzessionen darstellt, welche die Regierung glaubt ohne Schaden für den Staat den katholischen Unterthanen des Königs machen zu können. Es ist nicht zu erwarten, daß die Regierung in der dritten Lesung einen andern Standpunkt einnehme als bisher; jedenfalls ist die Nachricht unrichtig, daß der Reichskanzler für Herbeiführung eines Kompromisses auf der Basis irgend welcher Abminderungen jener Konzessionen thätig sei.

Die fortschrittlichen Blätter, wie gewöhnlich hierin Bundesgenossen des Centrums, sind auch heute bemüht, dem Centrum die Ablehnung der Regierungsvorlage zu erleichtern, sie suchen der verbündeten Oppositionsfraktion diesen Dienst dadurch zu leisten, daß sie die Unwahrheit verbreiten, als ob die Regierung auf Art. 4 verzichte. Sie suchen dadurch dem Centrum einen Entschuldigungsgrund für die Fortsetzung des Kampfes zu suppeditieren, denn die Fortschrittspartei bedarf des kämpfenden Centrums an ihrer Seite. In diesem Sinne werden die Nachrichten verbreitet, daß der Minister von Puttkamer erklärt habe, die Regierung sei nunmehr bereit, den Art. 4 der Kirchenvorlage fallen zu lassen. Dies ist unwahr; die Regierung ist dazu nicht bereit; sie wird freiwillig keinen Teil der Vorlage fallen lassen und dem Centrum die Aufgabe nicht ersparen, über den Gesamtinhalt der Vorlage sich entweder annehmend oder ablehnend vor dem Volke zu erklären. Ebenso willkürlich ist die Erfindung, daß Fürst Bismarck Herrn von Rauchhaupt gegenüber den Verzicht auf Art. 4 erklärt oder geleistet habe. Es ist das eine tendenziöse Insinuation, die von Herrn von Rauchhaupt sicher nicht ausgeht.

Die Staatsminister haben noch heute in vertraulicher Besprechung sich gegenseitig darüber vergewissert, daß die Regierung an der königlichen Vorlage, so wie sie eingebracht ist, nach wie vor festzuhalten hat. Alle entgegengesetzten Behauptungen sind im Dienste der Centrumsfraktion erfunden."

Digitized by

Bei der Abstimmung in dritter Lesung fiel der Vorbildungsparagraph mit 198 gegen 197, der Bischofsparagraph mit fast allen Stimmen, der Rest des Gesetzes wurde mit 206 gegen 202 Stimmen angenommen. Die wichtigsten Ermächtigungen, die stehen geblieben, waren die Dispensation der Bistumsverweser vom Eide, die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen für ganze Sprengel, die Gestattung von Niederlassung der Krankenpflegeorden. Außerdem wurden die Strafbestimmungen gegen die Amtshandlungen gesetzmäßig angestellter Geistlichen in fremden Pfarreien aufgehoben. Die Dauer der außerordentlichen Vollmachten wurde auf die Zeit bis zum 1. Januar 1882 beschränkt. Herrenhaus und Regierung nahmen das so verkürzte Gesetz an, und am 14. Juli 1880 wurde es vom König unterzeichnet.

Über das Verhältnis des Kanzlers zu dem Abgeordneten Rauchhaupt ist noch folgendes zu bemerken. Ihre Wege führten mehr auseinander als zueinander. Schon 1872 machte Rauchhaupt den Versuch, der neuen Kirchen- und Schulpolitik der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Als 1879 das konservativ-klerikale Bündnis zu stande kam, wurde er mehrfach von dem Reichskanzler als parlamentarischer Vertrauensmann benutzt, und gewann dadurch unzweifelhaft eine gewisse Autorität innerhalb seiner Partei. Das Verhältnis dauerte aber nicht lange, da Rauchhaupt sich der Bismarck'schen Autorität in einer Reihe von Fragen nicht fügen wollte[1]). Er (Rauchhaupt) hatte auch gewarnt, im Jahre 1881 das Tabakmonopol so unvorbereitet, wie Bismarck es gethan, in die Wahlen zu werfen. Bereits in einer Rede, die Rauchhaupt im September 1882 in der Sitzung des Centralvereins des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises hielt, sprach er von „kleinen Schatten“, die in das Verhältnis der konservativen Partei zur Regierung geworfen seien. Ein Ausfluß der Verstimmung zwischen Bismarck und Rauchhaupt lag in der Thatsache, daß letzterer im Jahre 1883 bei den Gnadenerweisungen in der Provinz Sachsen gelegentlich des Kaisermanövers völlig leer ausging. —

Am 1. Februar 1881 fand bei Bismarck eine Soiree für die Mitglieder des Landtags und des Volkswirtschaftsrates statt, über welche bereits in Bd. I, S. 194—204 der 2. Aufl. berichtet worden ist. Über den Verlauf derselben liegt noch ein Referat des Landtagsabgeordneten von Eynern[2]) vor, welcher

[1]) Rauchhaupt wollte 1882 die soziale Frage lösen durch eine Verbesserung der Armenpflege, Bismarck durch die Arbeiterversicherung. Rauchhaupt bekämpfte Bismarck's Verwendungsgesetz.

[2]) von Eynern, Ernst, Kaufmann und Stadtverordneter in Barmen; daselbst geboren am 2. April 1838, lutherisch. Gewählt für Düsseldorf 1. (Lennep, Stadtkreis Remscheid, Solingen). Nationalliberal. Seit 1879 Abgeordneter für denselben Wahlbezirk. Besuchte die Schulen seiner Vaterstadt, nahm dann mehrjährigen Aufenthalt in der Schweiz, Frankreich und England. Trat als Teilhaber ein in das väterliche Geschäft. War bis zur Einführung der neuen Provinzialordnung (1888) Mitglied des ständischen Landtags der Rheinprovinz für Barmen und bis zur Verstaatlichung der bergisch-märkischen Eisenbahn Mitglied der Direktion dieser Gesellschaft. Gegenwärtig noch Aufsichtsrat verschiedener großer Aktienunternehmungen. — Schrieb: „Wider die Sozialdemokratie und Verwandtes“ (Leipzig 1874), „Die Neukonservativen im Westen“ (Elberfeld 1876), und kleinere Aufsätze volkswirtschaftlichen und politischen Inhalts in Zeitschriften und Tagesblättern.

Digitized by Google

das Glück hatte, an diesem Abende längere Zeit an demselben Tische mit Bismarck zu sitzen und von demselben direkt in die Unterhaltung gezogen zu werden.

Eynern zählt zu den Spitzen der nationalliberalen Partei, und wer immer das Glück hatte, ihm näher zu treten, der wird es begreifen, daß auch Fürst Bismarck von seiner Persönlichkeit sympathisch angezogen wurde. So kommt es, daß Herrn von Eynern, obwohl er, als einer der jüngeren, mit Bismarck geschäftlich niemals verhandelt hat, mehr persönliche Erinnerungen an denselben aufbewahrt als mancher andre, dem wiederholt die Ehre persönlicher Audienzen zu teil geworden ist.

Die Soiree schildert von Eynern in einem an seine Frau gerichteten Briefe vom folgenden Tage wie folgt:

Zu der gestrigen parlamentarischen Soiree beim Fürsten Bismarck hatten auch die in meinem Hotel wohnenden Mitglieder des Volkswirtschaftsrats, Geheimer Kommerzienrat Wesenfeld aus Barmen und Dr. Jansen aus Dülken, Einladungen erhalten. Deren Erwartung, den großen Staatsmann kennen zu lernen, war keine geringe, und sie fuhren schon gegen neun Uhr ab. Ich folgte eine halbe Stunde später und gab dem Kutscher stolz die Weisung: Zu Bismarcken! Der Kutscher schlug auf den Gaul, ich drückte mich befriedigt in die Wagenecke und stieg frohen Mutes vor einem glänzend erleuchteten, mit Dienern in großer Livree vollgespickten Portal aus. Bald war ich meines Pelzes ledig, und betrat einen mit Uniformen und Damen in großen Toiletten angefüllten Saal. Die ganze Sache kam mir aber nicht recht geheuer vor, denn ein ganz unbekannter Herr hatte mir unter murmelndem Dank für die ihm durch mein Kommen erwiesene Ehre die Hand geschüttelt, und ich hatte vor einer mir ebenso unbekannten Dame eine tiefe Verbeugung gemacht. Von dem Fürsten Bismarck war nichts zu sehen; ich suchte nach ihm, und da ich ihn nicht fand, suchte ich nach Wesenfeld und Jansen, und als auch hier jeder Erfolg ausblieb, befreite ich einen Diener von einer Tasse Thee und stellte mich wartend an die Seite. Bald gesellte sich der Polizeipräsident von Berlin, Herr von Madai zu mir, und ich bat ihn, mich bei dem zu erwartenden Erscheinen der Fürstin Bismarck dieser vorstellen zu wollen. „Ja — sagte Herr von Madai — sehr gerne, aber dann müssen wir zusammen einige Häuser weiter gehen, hier könnte ich diesen Wunsch nur bei der Gräfin Schleinitz, bei der Sie Gast sind, erfüllen.“

Es war richtig, der Kutscher hatte mich im Hausministerium, Wilhelmstraße 73, statt im Reichskanzler-Amt, Wilhelmstraße 76, abgeladen. Beide Hotels haben gleiche Höfe und ähnliche Bauart und die Verwechselung war verzeihlich. Mit meinen Klagen, daß ich nun die Anfangsstunde der Soiree beim Fürsten Bismarck versäumt habe, fand ich Widerhall bei andern anwesenden Abgeordneten, denen die gleiche Verwechselung passiert war und die darüber erst durch mich unterrichtet wurden. Wir enteilten zu etwa einem halben Dutzend Herren nach vorgebrachter Entschuldigung dem gastlichen Dach und begaben uns eilenden Laufes zu der richtigen Hausnummer.

Digitized by Google

Hier empfing uns der Fürst in Generalsuniform mit Händedruck. Der Frau Fürstin, einer im höchsten Grade sympathischen und „lieben“ Erscheinung, wie Du sagen würdest, wurde ich durch Herrn Heimendahl aus Krefeld vorgestellt, der als Introdukteur für den Volkswirtschaftsrat freiwillige Funktion übernommen und diese mit vollendeter Zeremonienmeistermiene und -Haltung ausführte. Tyras, der Reichshund, war auch da und beschnüffelte mich in höchst zudringlicher Weise, so daß ich ihm schleunigst davonlief und in dem Buffetsaal Platz zu finden suchte; es war aber mehr Buffet da als Platz. Ich stand, beladen mit meinem Chapeau claque, einem eroberten Glase Bier und einer Hummerschere ratlos da und schaute hilfesuchend auf mehrere hundert zufrieden dasitzende Herren. Endlich entdeckte ich an der einen Längenwand des Buffetsaales zwei leere Stühle, zu denen ein Tischchen gehörte, an welchem die Kollegen Hollenberg, nationalliberal, Sachse, Sezessionist, und Freiherr von Eckardstein, seit einiger Zeit „wilder Konservativer“, Platz genommen hatten. Die Herren rückten zusammen, und kaum saß ich, so bekam ich in dem Fürsten einen weiteren Nachbar. Dieser hatte nach Abschluß des Empfanges (wir waren die letzten gewesen) den Buffetsaal betreten und, die schwierige Situation überschauend, sofort den ersten freien Stuhl besetzt. Es war ein leichter Rohrstuhl und derselbe knarrte erschreckt zusammen. Tyras beschnüffelte ihn sorgsam und legte sich dann, anscheinend über die Haltbarkeit zufriedengestellt, schnarchend unter ihn nieder. Zum weiteren unmittelbaren Gefolge des Fürsten gehörte ein Diener, der den Labetrunk in Gestalt einer Flasche Mineralwasser und einer Flasche eines dunkelgefärbten Stoffes, der auf dem Etikette als alter Jahrgang eines Rüdesheimers bezeichnet war, vor uns hinstellte. Der Fürst wußte zweifellos zunächst nicht, in welch' illustren Kreis er eingetreten war. Besonders mich fixierte er in auffälliger Weise, und Tyras erhob aufmerksam sein Haupt. Nachdem wir uns vorgestellt, sagte er: „Ach so, der Sohn — wenn ich Ihren Namen lese, stelle ich mir darunter immer den alten Herrn vor, und da erkennt man die Jugend nicht gleich wieder[1]). Was macht denn Ihr Vater? Als ich den Namen nach jahrelanger Unterbrechung wieder im Sitzungsbericht der Zeitungen las, hatte ich stets die Vorstellung, es sei der alte Kollege, aber ich hätte mir doch selbst sagen können, daß es ein andrer sein müsse, denn Ihr Vater muß doch gute zehn Jahre älter sein wie ich, und wie könnte er da noch etwas leisten! Ich fühle mich mit meinen fünfundsechzig Jahren schon alt und müde.“ — Ich machte ihm darauf natürlich das Kompliment, daß man davon in seiner Thätigkeit und Arbeit wenig merke, worauf er ablehnend eine lange Krankheitsgeschichte erzählte, die sehr den Anschein der Wahrscheinlichkeit für sich hatte, denn sein Aussehen war abgespannt und nervös; auch bewegte er sich sehr schwer. Seine Art in Sprache und Bewegung hatte Ähnlichkeit mit derjenigen des alten Herrn Overweg in Letmathe in dessen letzten Lebensjahren. Übrigens ist unser Weihnachts-

[1]) Der Vater des Abgeordneten von Eynern war von 1849—1873 Abgeordneter gewesen und dem Fürsten gut bekannt.

bild erstaunlich ähnlich. Unter dem Einfluß einiger Gläser des braunen Weines besserte sich aber sehr bald sein Äußeres. Ich imponierte ihm offenbar sehr wenig, denn seinen Wein schlug ich, „da wir Rheinländer meistens um diese Stunde nur sauren leichten Mosel tränken," höflich aus; darauf befahl er dem Diener, mir eine Flasche des dünnsten Zeugs zu bringen, was aufzutreiben sei. Erst als er den wirklichen Grund meiner Enthaltsamkeit erfuhr, den ich ihm dahin mitteilte, daß ich ohnedem durch die unerwartete Ehre, in seiner Nähe sein zu dürfen, genügend aufgeregt sei, um eines weiteren Aufregungsmittels entbehren zu müssen, wurde ich wieder in Gnaden aufgenommen — so ein junger, kluger Mann, meinte er. Ich aß meinen Hummer und er verteilte in die Gläser meiner Nachbarn seinen Rheinwein, mit sicherem Blick und fester Hand, ohne auch nur einen Tropfen, trotz des unbequemen engen Sitzens, zu verschütten. Offenbar hatte ihn aber die Erinnerung an seinen alten Kollegen elegisch gestimmt. Er fuhr fort, seinen schlechten Gesundheitszustand zu schildern. Seitdem er den Bruch mit den Konservativen habe vollziehen müssen [1], sei er überhaupt nur noch wenig wert. Er müsse jetzt, als alter Mann, überall nach neuen Freunden suchen. Er habe dem Vaterlande das größte persönliche Opfer bringen müssen, was ein Mensch bringen könne, den Zwiespalt mit allen seinen Jugendfreunden. Sie seien ihm jetzt alle, politisch gesprochen, „Luft". Sein Gemüt und Herz sträubten sich dagegen; es sei ein Kampf mit sich selbst, der täglich wiederkehre. Und warum und weshalb sei er auch immer vom Schicksal dazu bestimmt, solche jeden Menschen aufreibende Opfer bringen zu müssen?

Als einer der Herren ihm sagte, über solche erklärliche menschliche Stimmungen helfe allein die Arbeit hinweg, und an solcher fehle es ihm doch nicht, ja, er scheine mit besonderer Vorliebe stets neue zu suchen, meinte der Fürst plötzlich in heiterem Umschwung seiner Stimmung: „Sie spielen damit wohl auf den Handelsminister an, der ich auch noch geworden bin [2]). Ja, da bin ich hineingegangen wie Odysseus unter die Freier; ich will den Mann aus Preußen wegjagen, das Amt gewissermaßen für das Reich erobern. Wir haben keinen preußischen, keinen sächsischen, keinen braunschweigischen Handel, nur einen deutschen, und deshalb muß auch unser Handelsministerium eine Reichseinrichtung sein. Es geht aber nicht so schnell damit, das Amt zu beseitigen, denn Preußen ist der partikularistischste Staat in Deutschland. Aber fertig bringe ich es doch noch und zwar dadurch, daß ich mich zur gelegenen Zeit selbst beseitige."

Er schenkte wieder, als ob das Thema damit für ihn abgeschlossen wäre, aufs neue ein. Ich sprach, ihn festhaltend und die Zollanschlußfrage an Hamburg berührend, vom deutschen Handel und seiner immer mehr zunehmenden Bedeutung, welche diejenige der alten Hansa wohl schon überträfe. Diese Bedeutung zeige sich auch in den stets zunehmenden Bestrebungen, eigenen Kolonialbesitz zu er-

---

[1]) Die Anfänge der Verstimmung zwischen Bismarck und den Konservativen reichen bis in das Jahr 1866 hinauf; der Bruch vollzog sich zuerst 1872, die völlige Entfremdung 1873.

[2]) Übernahme des Handelsministeriums (erst provisorisch) am 23. August 1880.

Digitized by Google

werden. In Düsseldorf sei ein Kolonisationsverein zu dem Zwecke, diese Fragen in schnelleren Fluß zu bringen, gegründet worden.

„Ja wohl," sagte er, sich etwas erregt zu mir wendend, „Sie sind ja auch dabei." Als ich ihm sagte, das sei eine Verwechselung in den Zeitungen mit meinem Bruder, meinte er, solche Bestrebungen könnte man ja fördern, aber dieser Verein sei nicht gut geleitet.

Der Missionsinspektor Fabri, der doch sonst ein kluger und feiner Kopf sei, habe ihm eine Depesche zugeschickt, die ihre Spitze gegen die Kolonisationsbestrebungen der Engländer richte, und sie noch dazu veröffentlicht. So etwas dürfe nicht sein [1]). In England handelten auch die Privatpersonen in ihren großen Unternehmungen stets in Fühlung mit dem Auswärtigen Amt, das die Verantwortlichkeit immer aber nur übernehme, wenn der Erfolg gesichert und die Bahn frei gemacht sei. Unsre deutschen Kolonisationsbestrebungen könnten nur in gleicher Anlehnung an das jetzt mächtig gewordene Auswärtige Amt Erfolg haben. Gar keine Fühlung habe Fabri mit ihm genommen. Wenn England in der Transvaalrepublik Krieg führe, sollte er da unsre Konsuln anweisen, Stellung gegen England zu nehmen? Überall hätten die Engländer die freundlichsten Beziehungen zu den deutschen Reichsangehörigen, und deren Eigentum und Thätigkeit sei von ihnen stets geschützt worden, so wie das eigene englische. Besonders die Missionare hätten doch wahrhaftig niemals Ursache gehabt, sich zu beklagen. In Kriegszeiten würde jedes Wort eifersüchtig verfolgt und nichts sei dabei so vom Übel, als sich in seinen Sympathien von unklaren Gefühlen leiten, die thatsächlichen, allen Kämpfen zu Grunde liegenden Interessengegensätze unberücksichtigt zu lassen. Für die Buren fehlten ihm Sympathien nicht, das ging schon aus seiner Freude hervor, daß sich die Leute stolz und selbstbewußt „Buren" nennten, das, was sie wären. — Er ließ sich dann noch des längeren über die Verhältnisse in Transvaal aus, die ihm sehr genau bekannt zu sein schienen.

Während dieser Erörterung nahm ein Abgeordneter und gleichzeitiges Mitglied des Volkswirtschaftsrat an unserm Tische Platz und fragte, was bei unsern so vielfachen parlamentarischen Vertretungen mit dieser neuen Vertretung bezweckt werde. „Ach — meinte der Fürst — ich weiß ja, die Parlamente wollen eifersüchtig werden, aber gegen diese ist die Institution gar nicht gerichtet. Sie geht gegen den grünen Tisch, von dem aus ein eintrocknender Geheimratswind das Land durchweht." An diesem grünen Tisch säßen ja hochgebildete und tüchtige, theoretisch außerordentlich kenntnisreiche Leute, und wenn sie ihm ihre ausgearbeiteten Gesetzentwürfe vorgelegt hätten über Dinge, von denen er nichts verstanden, so sei ihm alles stets sehr gut und klar vorgekommen. Habe er sich dann aber selbst in die Materie, die er habe vertreten sollen, eingearbeitet, Berichte eingefordert

[1]) Die Kämpfe der Buren für die Unabhängigkeit ihrer Transvaalrepublik gegen die Engländer erregten damals wegen der Nähe des deutschen Kolonialgebietes das besondere Interesse aller deutschen Kolonialfreunde. Gerade zu dieser Zeit hatten die englischen Truppen empfindliche Niederlagen erlitten, die späterhin zur vorläufigen Unabhängigkeit des Landes führten.

Digitized by Google

und Umfrage gehalten, dann seien ihm die Arbeiten immer minderwertiger erschienen. Unsre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, fuhr er fort, seien so äußerst kompliziert geworden, daß er die Männer der Praxis habe heranholen müssen, die übrigens in den Parlamenten, ihrer anderweitigen Pflichten halber, auch nicht genügend vorhanden seien. Es sei immerhin zu berücksichtigen, daß er diese Männer der Praxis nur zeitweise versammeln könne, denn sie könnten sich nicht monatelang ihren Arbeiten entziehen. Er hoffe, sein Vorschlag einer Organisation mit Ausschüssen, welche die Arbeit verteilen und mit den Hintermännern in steter Anregung verkehren könnten, würde diesen Übelstand beseitigen und ihm einen ständigen Beirat verschaffen.

Den „Volkswirtschaftsrat" habe er zunächst als preußischen Volkswirtschaftsrat gebildet, weil die deutschen Regierungen mit allen Erwägungen und Bedenken bis mindestens Juli ihre Zusage hinausgeschoben haben würden, und dann sei die Zeit des Rates vorüber gewesen. Jetzt spiele er einmal den preußischen Partikularismus aus, und, wie er seine Leute im Reich kenne, werde es ihn jetzt nur ein paar höfliche Briefe kosten, um der Beisendung aus den andern deutschen Staaten sicher zu sein und damit den Volkswirtschaftsrat für Deutschland geschaffen zu haben [1].

Während dieser Unterhaltungen hatte sich um unsern Tisch eine große Corona gebildet, die immer mehr herandrängte. Ein Kollege aus dem Abgeordnetenhaus, Weißermel, stand hinter meinem Stuhl und hatte mich verschiedentlich flüsternd gebeten, ihm vorübergehend meinen Platz abzutreten, worauf ich ihm ebenso häufig erwidert hatte, daß ich nicht gewillt sein könne, diesen historischen Moment für mich abzukürzen. Jetzt aber wandte sich der Fürst von der Tischgesellschaft ab und einem herantretenden Mitgliede des Volkswirtschaftsrates, Tischlermeister van der Brüggen aus Bielefeld, zu. Ich sah, daß unser Unterhaltungsstündlein geschlagen, wandte mich zu Herrn Weißermel um und fragte ihn, was er darum gebe, wenn ich ihm jetzt meinen Platz einräume. „Eine Flasche Sekt," rief er eifrig. Ich stand auf; in demselben Moment, wo der Ansteigerer sein Eigentumsrecht ausüben wollte, erhob sich aber auch der Fürst und schritt durch die Corona andern Tischen zu. Die Flasche Sekt haben wir aber heute trotzdem getrunken.

Ich zog nun, frei geworden, durch die Räume und stieß in einem Nebenzimmer auf Paul Lindau, den guten Bekannten aus seiner Elberfelder Zeit, der im Kreise der einzig geladene Schriftsteller war. Gleichzeitig betrat der Hofprediger Stöcker dasselbe Zimmer, und Lindau bat mich, ihn mit demselben bekannt zu machen. Ich entledigte mich dieses Auftrags und ging mit dem frohen Bewußtsein von dannen, ein gutes Werk vollbracht zu haben. Hatte ich doch Gelegenheit gefunden, zwei Männer zu einem beiderseits gewiß höchst angenehmen und an-

[1] Diese Hoffnung erfüllte sich bekanntlich nicht, da der Reichstag zweimal mit großen Majoritäten den Antrag auf Bewilligung von jährlich 85 000 Mark Kosten für diesen geplanten deutschen Volkswirtschaftsrat ablehnte, weil er „eine besondere Vertretung einzelner Klassen und Stände nicht wolle".

Digitized by Google

regenden Gedankenaustausch zu vereinigen. Es war Mitternacht geworden. Bei meiner Verabschiedung vom Fürsten nahm ich einen Gruß an Vater mit auf den Weg, den Du wohl gleich übermittelst. —

Am 18. Januar 1881 bethätigte Bismarck sein Interesse für die Einführung der Schlachthäuser[1]) durch einen Besuch des Abgeordnetenhauses, in welchem die betr. Vorlage eben zur Beratung stand. Der Kanzler grüßte eintretend das Haus durch Verneigung, welche die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten durch Erheben von den Sitzen erwiderte. Darauf ließ sich derselbe an seinem gewohnten Eckplatz nieder und unterhielt sich mit dem ihm zunächst sitzenden Abgeordneten Sachse, seinem Bruder, dem Abgeordneten von Bismarck-Flatow, und von Bennigsen, welche an den Ministertisch herantraten. Dem letzteren sagte er u. a., er habe heute im Hause nicht fehlen wollen, da ein Gegenstand seines Ressorts (Schlachthaus-Vorlage) auf der Tagesordnung stehe. Fürst Bismarck hatte ein geradezu blühend frisches Aussehen[2]). Der starke Umfang seines Körpers, der in den drei letzten Jahren stetig zugenommen hatte und den Bewegungen oft etwas Steifes und Mühseliges gab, hatte sich vermindert, und Gang wie Haltung haben wieder die frühere Elastizität und Sicherheit. Der Kanzler saß nur etwa zehn Minuten im Saal und zog sich darauf in das Ministerzimmer zurück, um mit seinen Kollegen zu konferieren. Nach Beendigung der Sitzung kehrte er noch einmal in den Sitzungssaal zurück. Beim Eintritt bemerkte er zu den Umstehenden: „Wir sind schneller fertig geworden, als ich erwartet hatte." —

Im Jahre 1881 hatte der Abgeordnete von Bennigsen zwei Unterredungen mit Bismarck in Fragen, die das Abgeordnetenhaus beschäftigten. Zuerst am 24. Januar über den dauernden Steuernachlaß (Antrag von Minnigerode)[3]) und dann im Frühjahr über den Kulturkampf. Der Führer der Nationalliberalen soll bei der letzten Gelegenheit dem Kanzler gesagt haben, daß dieser das Spiel verloren habe. Bennigsen sprach die Ansicht aus, daß, wenn die Regierung nur noch einige Jahre fest geblieben wäre, die schon müde römisch-katholische Kirche sich den Maigesetzen gefügt haben würde. Statt dessen habe der Fürst um vorübergehender finanzieller Zwecke sich bei der Tarifreform dazu herbeigelassen, mit dem Centrum zu paktieren; hierdurch, sowie durch die Unterhandlungen mit Rom, sei er auf eine abschüssige Ebene geraten, auf der es keinen Halt mehr gebe[4]).

[1]) Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. II., S. 39 f.

[2]) Es ist nicht uninteressant, daran zu erinnern, wie die „Vossische Zeitung" in ihrer Nummer vom 9. Januar 1881, in welcher sie die Ankunft des Fürsten Bismarck meldete, das Aussehen desselben geschildert hat: „Der Reichskanzler stieg zuerst aus dem Coupee, gestützt auf die Schultern Rantzau's und seines alten Reisefaktotums Schütz . . . Fürst Bismarck hat mindestens um zehn Jahre gealtert in der Zeit seiner Abwesenheit, wo wir ihn nicht mehr gesehen."

[3]) Vergl. die „Vossische Zeitung" vom 25. Januar 1881, Nr. 39. — 3. März 1881 Rede Bennigsen's in der Fraktion (Schultheß „Geschichtskalender", S. 89).

[4]) Die „Vossische Zeitung" vom 21. November 1882, Nr. 545 (einem Artikel der „Allgemeinen evangelisch-lutherischen Kirchen-Zeitung" entnommen) meint, sehr wahrscheinlich sei gerade diese Unterredung der Ausgangspunkt der neueren schrofferen Stellung des Kanzlers in der Kirchenfrage geworden.

Der Kanzler suchte dies mit dem ganzen Aufwand seiner Dialektik zu bestreiten und zu zeigen, daß er die Sache noch ganz in seiner Hand habe; aber Bennigsen blieb bei seiner Ansicht[1]). War er aber in der Lage, dem Kanzler eine Majorität für die Aufrechthaltung einer im Detail jedenfalls fehlerhaften Kirchenpolitik zur Verfügung zu stellen? Bennigsen irrte außerdem in der Annahme, daß die Kurie nach Jahr und Tag klein beigegeben haben würde.

Über den Richter'schen Steuernachlaß sprach Bismarck auch mit dem Freiherrn von Hammerstein[2]), ohne daß eine Einigung zu erzielen war. Desgleichen unterhandelte er mit diesem Abgeordneten auch über die Reform der direkten Steuern. Eine Aufhebung der Grundsteuer als Staatssteuer schien dem Kanzler keineswegs eine zu radikale Maßregel.

Hammerstein war für eine Beseitigung des Kulturkampfs und darum für Anlehnung der Konservativen an das Centrum. In dem Maße, als Bismarck nach 1881 mittelparteiliche Demarchen machte, lockerte sich Hammerstein's Verhältnis zu Bismarck; es war klar, daß der Kanzler bei einem Bündnis mit den Konservativen, Freikonservativen und den Nationalliberalen den eigentlichen Stützpunkt nicht bei den extremen Konservativen, sondern in der Mittellinie nehmen müsse. 1884 hatte Bismarck das Ziel erreicht. —

Im Februar 1881 nahm der Kanzler Anlaß, sich über das preußische Herrenhaus privatim ungefähr in folgender Weise zu äußern: „Die praktische Beteiligung des Herrenhauses an unsrer Politik ist in der letzten Zeit mangelhaft gewesen, doch dürfen wir die Quelle dieses Übelstandes nicht in ihm allein suchen. Allerdings fällt dabei ein gewisser Mangel an Interesse für staatliche Angelegenheiten, der bei einem großen Teil unsrer Lords zu beobachten ist, erheblich ins Gewicht. Die Hauptschuld jedoch trägt meines Erachtens die Staatsregierung, und zwar deshalb, weil sie, nicht nur die finanziellen Vorlagen, sondern gleichzeitig auch alle wichtigen und Interesse erweckenden andern Vorschläge und Entwürfe zuerst an das Abgeordnetenhaus bringt. Jenes ist durch die Verfassung geboten, dieses nicht. Um ein Beispiel hierfür anzuführen, hat man sämtliche Organisationsgesetze, sowohl die, welche für die ganze Monarchie, als die, welche für einzelne Provinzen bestimmt waren, regelmäßig und ausschließlich zunächst dem Abgeordnetenhause vorgelegt, welches sie entweder in seinen Kommissionen liegen oder sie wenigstens nicht vor der Schlußwoche der Session dem Herrenhause zukommen ließ. Manchen Leuten kann dabei eine Variation des Schiller'schen Verses einfallen, die ungefähr lauten würde: Wenn das Laster satt ist, setzt sich die Tugend zu Tisch. Mit andern Worten: Der bescheidene Teil wird seiner Bescheidenheit

[1]) Im Angesicht der 1881er Reichstagswahlen sagte der Abgeordnete von Bennigsen auf einer Rede in Hannover: „Ich habe die Überzeugung, daß ein Mann, wie der Fürst Bismarck, dessen historischer Name mit den Kämpfen des Staates gegen unberechtigte Ansprüche der Kirche ebenso verwachsen ist, wie mit der Herstellung des Deutschen Reichs, daß ein solcher Mann unmöglich seine historische Bedeutung selbst preisgeben kann, indem er Rechte, welche der Staat nicht preisgeben darf, wegen einer momentanen politischen Lage aufgeben sollte."

[2]) Vergl. oben S. 73.

gemäß hintangesetzt und übel behandelt . . . Ich bin der Meinung, daß diese Politik weder recht würdig noch recht praktisch ist. —

Ich kann mich der Befürchtung nicht erwehren, daß spätere Regierungen den Fehler zu büßen haben werden, welchen die gegenwärtige mit einem Verfahren begeht, das einer Nullifizierung des preußischen Oberhauses nahe kommt. Der vorhin von mir erwähnte Mangel an Teilnahme für die öffentlichen Angelegenheiten, welche die größere Anzahl der Mitglieder des Herrenhauses charakterisiert, ist ohne Zweifel teilweise die Folge unzweckmäßiger Einrichtungen, welche jene Körperschaft ihrer Entstehung und Ergänzung zu verdanken hat. Infolge deren fehlt den meisten Mitgliedern des Hauses eine lebendige Beziehung zum öffentlichen Leben. Der warme Pulsschlag desselben erreicht sie nicht.

Es wird Politiker geben, die sich noch der ebenso lebhaften als wirksamen Thätigkeit erinnern, mit welcher die ehemalige erste Kammer, die durch das Herrenhaus ersetzt worden ist, in das staatliche Leben eingriff, und der solcher Lebhaftigkeit entsprechenden Teilnahme, welche die öffentliche Meinung damals gerade vorzugsweise für die Verhandlungen dieser Kammer an den Tag legte, weil sie in Wahrheit inhaltreicher waren und mehr geistige Kapazität gewahren ließen, als die Debatten der zweiten. Wem dies wie mir noch gegenwärtig ist, der kann nicht ohne Bedauern damit das Gewicht und die Wirksamkeit vergleichen, die dem Herrenhause, dem umgestalteten Nachfolger jener Kammer, verblieben sind.

Der Fehler, dem wir hier begegnen, liegt aber nicht lediglich an den unzureichenden Wurzeln, welche das Herrenhaus nach seiner Ergänzung mit dem Lande verbinden; denn auch so wie der jetzige Senat Preußens besteht und zusammengesetzt ist, würde er mehr Bedeutung haben, wenn die Regierung ihm mehr Bedeutung beilegen wollte und nicht durch die Art und Weise seiner Beteiligung an den Landtagsgeschäften und durch die Auswahl bei den Ernennungen dazu beitrüge, daß das Haus auf einen nur geringen Anteil an den gesetzgeberischen Arbeiten beschränkt wird und beschränkt bleibt. Die Form, in welcher unser Oberhaus seine Beteiligung an diesen Arbeiten hinzunehmen genötigt ist, hat die Folge, daß die Vorbereitungen in den Kommissionen und die laufenden Geschäfte im wesentlichen von den Mitgliedern in die Hand genommen werden, die ihren Wohnsitz in der Hauptstadt haben, und letztere sind größtenteils zurückgetretene und mit ihrem Rücktritt mehr oder weniger unzufriedene Beamte. Ehemalige Minister, die wie von Bernuth, Graf Lippe, Friedenthal und Camphausen freiwillig zurückgetreten sind, haben zum Teil die Neigung, die gewohnte ministerielle Thätigkeit als Parlamentarier fortzusetzen, zum Teil die verdrießliche Empfindung, nach ihrer Verabschiedung nicht wieder ein Portefeuille erhalten zu haben oder sonstwie verwendet worden zu sein. Sie müßten sich einer ungewöhnlich vornehmen Denkart erfreuen, wenn sie Erfolge derer, die jetzt ihre Posten einnehmen, frei von jeder Mißgunst betrachten oder gar herbeiführen zu helfen geneigt sein sollten, und es ist nur menschlich, nur natürlich und gewöhnlich, wenn bloße Durchschnittsnaturen der Versuchung, den Eindruck hervorzurufen,

Digitized by Google

daß ihr Rücktritt eine unausfüllbare Lücke in die Regierungsmaschine gerissen habe, keine höheren patriotischen Rücksichten entgegenzustellen im stande sind. Ich glaube nicht hoch zu greifen, wenn ich annehme, daß diese Berliner mit Hinzurechnung einiger Vertreter großer Städte die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl sechzig stellen. Die übrigen Mitglieder des Hauses, namentlich die Vertreter des großen Grundbesitzes in den Provinzen, denen das Hauptgewicht in dieser Versammlung zugedacht war, erscheinen daneben nur bei den seltenen Gelegenheiten, wo der Abstimmungsapparat im Verlaufe weniger Tage die Ergebnisse der Session sanktionieren soll, und das ist ein ganz entschiedener Nachteil. Die erste Frage bei vielen der zu jenem Zwecke in Berlin Eintreffenden ist gewöhnlich die: „Wann wird man wieder heimreisen können?"

Bei der Beratung des Gesetzes über die Feld- und Forstpolizei, welches gerade für den Großgrundbesitz von höchster Wichtigkeit war und ihn mit unerträglicher Vexation bedrohte, sind, wenn ich recht zähle, nur etwas mehr als 80 Herrenhausmitglieder zur Abstimmung erschienen, und davon gehörten kaum zwanzig den durch dieses Gesetz gefährdeten Grundherren aus der Provinz an.

Will daher die Regierung wirksame Politik treiben und nicht bloß einzelne Ressorts verwalten, so wird sie die Notwendigkeit einsehen müssen, den Versuch zu unternehmen, ob eine bessere, mehr auf dem Fuße der Gleichheit mit dem Abgeordnetenhause sich bewegende Behandlung des Herrenhauses nicht bewirken kann, daß dessen Mitglieder sich lebhafter und regelmäßiger an den Landtagsgeschäften beteiligen. So, wie der Geschäftsgang bisher war, darf es fernerhin nicht gehalten werden, wenn die wünschenswerte Regeneration des Hauses sich vollziehen soll. Denn wer wollte jetzt etwas Stichhaltiges und Überzeugendes gegen die Ausrede vorbringen, mit welcher die Mehrzahl der 133 Herrenhausmitglieder, die von den 300 bei der letzten namentlichen Abstimmung zugegen waren, auf den Vorwurf antworten konnten, daß sie erst in den letzten beiden Wochen in der Mitte der andern erschienen seien, gegen die Frage nämlich: Was hätten wir denn früher hier gesollt? Etwa an der Thüre des Abgeordnetenhauses warten, bis es den dortigen Herren beliebte, uns den Abhub ihrer Leistungen zukommen zu lassen? Oder auf die Minister warten, bis die für uns Zeit haben? Wir können das ganz und gar ebensogut zu Hause thun[1]). —

Am 1. Januar 1882 waren die Vollmachten, welche der Regierung durch die Art. 2, 3, 4 des Gesetzes vom 14. Juni 1880 verliehen worden waren, abgelaufen. Die Regierung legte deshalb am 16. Januar 1882 dem Landtag einen neuen Gesetzentwurf vor, welcher den im vorhergegangenen Gesetze vom

[1]) Der konservative Bürgerverein der Stadtbezirke Berlins 41—44 hatte gelegentlich seiner Konstituierung ein Begrüßungstelegramm an den Fürsten Bismarck abgesandt. Darauf erging an den Vorsitzenden des Vereins, den Landtagsabgeordneten Böhne in Nettelbeck bei Putlitz folgendes Telegramm: Berlin, den 26. Januar 1882. Ew. Hochwohlgeboren Telegramm vom 24. d. M. ist mir ein erfreulicher Beweis für die nationale Gesinnung des hier neu gegründeten Bürgervereins. Ew. Hochwohlgeboren und allen an dem Telegramm beteiligten Herren danke ich verbindlichst. von Bismarck.

Digitized by Google

Landtag abgelehnten Bischofsparagraphen wieder enthielt, ebenso den abgelehnten Dispensparagraphen (Art. 3) bezüglich der jungen Kleriker. In § 4 verlangte die Regierung unumschränkte diskretionäre Gewalten bezüglich des staatlichen Einspruchrechtes und der Anzeigepflicht.

Die Kommissionsberatungen hatten damals das Resultat, daß die Regierungsvorlage samt denjenigen Anträgen, über welche die Konservativen und Klerikalen sich geeinigt hatten, abgelehnt wurde. Nach dem Kompromiß des Herrn von Hammerstein mit Windthorst und dem Präsidenten von Köller sollte das Gesetz von 1880 über die diskretionären Vollmachten bis zum 1. April 1883 verlängert, der Bischofsartikel angenommen, die Aufhebung des Kulturexamens und die Beseitigung des Instituts der Staatspfarrer beschlossen, die beiden Artikel über das Einspruchsrecht und die Anzeigepflicht aus dem Gesetz entfernt werden. Der Windthorst'sche Antrag über die Freigebung des Messelesens und des Sakramentespendens wurde zurückgezogen: die Konservativen verpflichteten sich, einen in diesem Sinne gehaltenen Antrag, der an die Stelle der Regierungsvorlage zu treten hätte, bei der zweiten Beratung der letzteren einzubringen. Da die Regierung, um nicht das ganze Gesetz fallen lassen zu müssen, sich mit dem Kompromiß einverstanden erklärte, so war die Annahme desselben im Abgeordnetenhause gegen die Stimmen der Liberalen gesichert. Über die weiteren Verhandlungen brachte damals ein Schreiben interessante Aufschlüsse, welches der Regierungspräsident von Tiedemann[1]) zu Bromberg an einen befreundeten Wahlmann richtete, und worin derselbe das Votum derjenigen Freikonservativen rechtfertigte, welche mit ihm für das Gesetz stimmten. Das Schreiben lautete:

Bromberg, den 8. April 1882.

Verehrter Freund!

Sie wünschen die Gründe kennen zu lernen, welche mich veranlaßt haben, mit einem Teile der Fraktionsgenossen bei der Beratung des kirchenpolitischen Gesetzes gegen einzelne Artikel des von Rauchhaupt'schen Antrages, nach deren Annahme aber bei der Schlußabstimmung für das ganze Gesetz zu stimmen. Ich erfülle um so bereitwilliger Ihren Wunsch, als ich dadurch Gelegenheit

---

[1]) von Tiedemann, Christoph Willers, Regierungspräsident in Bromberg, Mitglied des Staatsrats, geb. 24 September 1836, evangelisch. Gewählt für 3 Bromberg (Schubin, Inowrazlaw, Strelno). [Freikonservativ]. Gehörte 1873—76 und 1879—82 dem Hause für den Wahlbezirk Mettmann an. Seit 1882 Abgeordneter für 3 Bromberg. War 1879 Mitglied der Zolltarif-Kommission und vertrat die aus derselben hervorgegangene Vorlage als Kommissar des Bundesrats im Reichstage. Wurde 1862 Rechtsanwalt zu Segeberg (Holstein). 1864 Landvogt und Deichgraf der Landschaft Stapelholm, 1865 Polizeimeister zu Flensburg, 1870 Dezernent in der Regierungsabteilung des Berliner Polizeipräsidiums, März 1872 kommissarisch, Januar 1873 definitiv Landrat des Kreises Mettmann, Februar 1876 vom Fürsten Bismarck als Hilfsarbeiter in das preußische Staatsministerium berufen, August 1876 Geheimer Regierungs- und vortragender Rat daselbst, Mai 1878 vortragender Rat in der neu gebildeten Reichskanzlei (Centralbureau des Reichskanzlers), Dezember 1879 zum Geheimen Ober-Regierungsrat, März 1880 zum Mitglied des Bundesrats, September 1881 zum Präsidenten der Regierung zu Bromberg ernannt.

Digitized by Google

erhalte, den Verdächtigungen entgegenzutreten, welche man an die Abstimmung der Minderheit der freikonservativen Fraktion, speziell an die meinige, geknüpft hat. Sie wissen aus vielfachen Unterredungen, wie ich über unsre kirchenpolitischen Wirren denke. Nie würde ich meine Hand dazu bieten, die eigentlichen Bollwerke niederzureißen, welche unsre Gesetzgebung zum Schutze der staatlichen Autorität gegen hierarchische Übergriffe aufgerichtet hat. Aber ich verkenne keinen Augenblick, daß die Maigesetzgebung eine Anzahl von Bestimmungen enthält, die über den Zweck, dem Staate eine unangreifbare Defensivstellung zu sichern, weit hinausgehen und gewissermaßen in der Hitze des Kampfes erlassen sind, lediglich um dem Gegner Wunden zu schlagen. Die Härten und Übertreibungen dieser Kampfgesetze, welche wir bis zum Abschluß eines dauernden Friedens leider nicht ganz werden entbehren können, im Interesse unsrer deutschen Mitbürger katholischer Konfession zu mildern, giebt es nur ein Mittel: die Erteilung diskretionärer Vollmachten an die Staatsregierung. Letzterer muß die Möglichkeit gewährt werden, unter Umständen von der buchstabenmäßigen Anwendung gewisser unnötig schroffer Bestimmungen Abstand zu nehmen. Wie im Jahre 1880, wo ich infolge meiner damaligen Stellung über die Motive und Ziele der Staatsregierung genau unterrichtet war, stehe ich daher auch heute voll und ganz auf dem Boden der Regierungsvorlage.

Das Gesetz über die diskretionären Vollmachten vom 14. Juli 1880, welches am 1. Januar d. J. außer Wirkung getreten ist, kam gegen die Stimmen des Centrums, durch einen Kompromiß zwischen den Konservativen und den Freikonservativen und der Mehrheit der Nationalliberalen zu stande. Auch jetzt hätte ich gewünscht, daß ein Zusammenwirken dieser drei Fraktionen zu erzielen gewesen wäre. Nach der unbegreiflichen Haltung aber, welche die Mehrheit der Nationalliberalen (ihre wirklichen Führer verließen den Sitzungssaal) bei der Abstimmung über die Wiedereinrichtung einer Gesandtschaft beim römischen Stuhle einnahmen, war hieran nicht mehr zu denken. Sollte überhaupt ein Gesetz zu stande kommen, so war dies nur unter Mitwirkung des Centrums möglich. Auf letzteres konnte noch wenige Tage vor Einbringung des von Rauchhaupt'schen Antrages durchaus nicht gerechnet werden. Die Wortführer des Centrums hatten bei der ersten Beratung der Vorlage eine schroff ablehnende Haltung angenommen. Herr Windthorst hatte ausdrücklich erklärt: „Auf dem Boden der diskretionären Gewalt ist eine Verständigung unmöglich; wir haben nicht zehn Jahre gekämpft, um nun, wo der Kampf sich zu Ende neigt, statt der in der Maigesetzgebung geplanten gesetzlichen Vernichtung uns der Gnade und Ungnade eines ungewissen Ministeriums zu ergeben." — Ähnliche Erklärungen waren von den Mitgliedern des Centrums in der Kommission abgegeben worden. Dann hatten die Debatten über den Kultusetat einen Ton angenommen, welcher an die schlimmsten Zeiten „des Kulturkampfes" erinnert, und endlich war durch Einbringung des Windthorst'schen Antrages, nach welchem das Lesen der Messe und das Spenden der Sakramente unter allen Umständen straflos sein sollte, der Versuch gemacht, eine wirkliche Bresche in die Maigesetzgebung zu legen. Es mußte daher überraschen,

Digitized by Google

als bekannt wurde, daß das Centrum bereit sei, für den von Rauchhaupt'schen Antrag zu stimmen, d. h. für eine Fassung des Gesetzes, welche die diskretionären Vollmachten vom 14. Juli 1880 wiederherstellte und wesentlich erweiterte und welche, indem sie die Handhabung verschiedener Maigesetze regelte die Anerkennung der Rechtsgültigkeit derselben zur Voraussetzung hatte. Mit dieser Zustimmung zu dem von Rauchhaupt'schen Antrage verließ das Centrum die Verteidigungslinie, welche es seit dem Beginn des Kulturkampfes hartnäckig festgehalten hatte: die prinzipielle Negierung der Maigesetze. Es stellte sich auf den Boden der letzteren, es legte die schneidige Waffe, die es in seinem abstrakten non possumus hatte, zum erstenmale aus der Hand, um nach praktischen Rücksichten an der kirchenpolitischen Gesetzgebung mitzuwirken, und — es unterwarf sich der diskretionären Gewalt der Staatsregierung. Die politische Bedeutung dieser Thatsache ist, meines Erachtens, nirgends genügend gewürdigt worden. Man hat sich liberalerseits die größte Mühe gegeben, den neulichen Kompromiß zwischen Konservativen und Centrum als einen Rückzug der ersteren darzustellen; in Wirklichkeit bedeutet der Kompromiß einen Rückzug des Centrums.

Was nun die einzelnen Punkte des von Rauchhaupt'schen Antrages betrifft, so schlossen sich dieselben im wesentlichen der Regierungsvorlage an. Art. 1 stellte die außer Wirksamkeit getretenen diskretionären Vollmachten des Gesetzes vom 14. Juli 1880 wieder her, welche die Dispensierung der Bistumsverweser vom Eide, die kommissarische Vermögensverwaltung und die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen für den Umfang eines Sprengels betrafen. Art. 3 hob das sogenannte Kulturexamen auf, das sich in der Praxis lediglich als eine ebenso drückende wie nutzlose Belästigung der evangelischen Kandidaten der Theologie erwiesen hatte. Art. 4 beseitigte das Institut der Staatspfarrer, die unglücklichste Schöpfung der Maigesetze, deren Unhaltbarkeit, wie ich glaube, von allen Parteien anerkannt wird. Art. 2 endlich, der bestrittenste Punkt, ermöglichte die Restitution staatlicherseits ihres Amtes entsetzter Bischöfe im Wege der Gnade. Die schon in der Kommission vereinbarte Fassung dieses Artikels war meines Erachtens eine wenig glückliche. Durch königliche Gnade können nach staatsrechtlichen Grundsätzen nur die subjektiven, nicht auch die objektiven Folgen eines Straferkenntnisses beseitigt werden. Es kann nur die Strafe erlassen werden; soll aber beispielsweise ein Staatsdiener, der infolge einer Strafe sein Amt verloren, letzteres wieder erhalten, so bedarf es außer der Begnadigung noch eines zweiten Aktes: der Wiedereinsetzung in das Amt. Indem nun der Artikel 2 des Antrags der Konservativen die Wiedereinsetzung eines Bischofs in das verlorene Amt zu einer unmittelbaren und notwendigen Folge des ausgeübten Begnadigungsrechtes machte, verstieß er gegen die Natur der Sache und gegen die bisherige Staatspraxis. Vollständig korrekt dagegen war der Bischofsartikel nach der Fassung der Regierungsvorlage. Hier war die Ermächtigung gefordert, einem entlassenen Bischof die staatliche Anerkennung als Bischof seiner früheren Diözese wieder erteilen zu können, die Ermächtigung also zu dem obenerwähnten Art. 2. Das Begnadigungsrecht, das verfassungsmäßig unbeschränkt

Digitized by Google

ist, war hier nicht erwähnt. Mit meinen sämtlichen Fraktionsgenossen habe ich aus den von mir skizzierten Gründen in der zweiten und dritten Lesung gegen den Artikel 2 des von Rauchhaupt'schen Antrages gestimmt. Wäre die Regierungsvorlage zur Abstimmung gelangt, so würde ich für dieselbe votiert haben, so gut wie ich das bereis im Jahre 1880 gethan. Nachdem nun aber mit großer Majorität die Fassung des von Rauchhaupt'schen Antrags angenommen worden war, mußte ich mir die Frage vorlegen: Bietet diese mangelhafte und theoretisch anfechtbare Fassung einen genügenden Grund, das ganze Gesetz zu verwerfen? Und diese Frage mußte ich nach gewissenhafter Frage verneinen. In seiner praktischen Wirkung ist der jetzige Bischofsartikel gleichbedeutend mit demjenigen der Regierungsvorlage. Der eine wie der andre gewährt der Staatsregierung die Möglichkeit, einen entlassenen Bischof in sein früheres Amt zurückzurufen und damit im Interesse der Seelsorge eine geordnete Diözesenverwaltung wieder herzustellen.

Wenn Sie mir nun in Ihrem Briefe die Frage vorlegen, ob nicht durch das neue Gesetz die ganze Maigesetzgebung faktisch beseitigt werde, so bitte ich Sie, verehrter Freund, diese Frage an der Hand der Thatsachen selbst beantworten zu wollen. Rekapitulieren wir, was geschehen ist: definitiv beseitigt ist das Kulturexamen und das Institut der Staatspfarrer. Dann ist es in das Ermessen der Staatsregierung gestellt, die Bistumsverweser vom Eide zu dispensieren, die staatliche Vermögensverwaltung und das Sperrgesetz in einzelnen Diözesen aufzuheben und, wenn es ihr zweckmäßig erscheint, die Rückkehr des einen oder andern abgesetzten Bischofs zuzulassen. Im übrigen ist die ganze Maigesetzgebung intakt geblieben. Die Anzeigepflicht, die Absetzbarkeit der Bischöfe, der kirchliche Gerichtshof 2c. 2c., alle diese wesentlichsten Punkte des staatlichen Verteidigungssystems werden durch das Gesetz gar nicht berührt. Kann man dem gegenüber ohne die heilloseste Übertreibung behaupten, daß unsre kirchenpolitische Gesetzgebung beseitigt sei? Freilich, die oppositionelle Presse giebt sich die erdenklichste Mühe, den Thatbestand zu verdunkeln. Dieselben Blätter, welche noch vor wenigen Wochen bereit waren, dem Centrum die weitgehendsten Konzessionen zu machen, ringen jetzt die Hände über die angebliche Niederlage des Staates oder sprechen gar von einem „Kanossagang", um mit solchen und ähnlichen Redensarten urteilslose politische Kinder graulich zu machen.

Ich wiederhole: Das Gesetz, wie es jetzt vom Abgeordnetenhause angenommen worden, hätte in seiner Fassung besser sein können. Trotzdem behaupte ich: Es bezeichnet einen wesentlichen Fortschritt auf der Bahn zu kirchlichem Frieden, ohne der Autorität und Würde des Staates auch nur im geringsten Abbruch zu thun. Und deswegen habe ich es für meine Pflicht gehalten, für dasselbe zu stimmen.

Mit herzlichem Gruß bin ich Ihr ganz ergebener Tiedemann[1]).

---

[1]) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung" konstatierte: „Zwei für die Charakteristik der Situation entscheidende Thatsachen", welche durch den Brief erst in ein klares Licht gerückt

Digitized by Google

Die Blätter[1]) wollten damals wissen, konservative Abgeordnete hätten sich an den Fürsten Bismarck in Friedrichsruh mit der Anfrage gewandt, ob er den zu der kirchenpolitischen Vorlage eingegangenen Kompromiß der Konservativen mit den Klerikalen genehmige. Darauf soll der Reichskanzler nicht geantwortet haben, worauf sich die Herren zum zweitenmal an ihn wandten; aber der Reichskanzler beharrte auf seinem Stillschweigen, das nicht mißzuverstehen war. Die Herren legten es sich, gewiß mit Recht, auf folgende Weise aus: „Thut, was Ihr nicht lassen könnt, aber laßt das Ministerium aus dem Spiel. Wir müssen Ehren halber so lange als möglich bei unsrer Vorlage beharren."

Diese Geschichtserzählung ist von Anfang bis zu Ende eine Erfindung[2]).

Unter denjenigen Abgeordneten, welche die Eisenbahnpolitik Bismarck's unterstützten, ist der Abgeordnete Dr. Miquel in erster Reihe zu nennen. Als derselbe im Abgeordnetenhause seine große Verstaatlichungsrede gehalten hatte, erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach: „Nun brauche ich nicht auch noch zu sprechen. Die Sache ist durch Miquel's Rede entschieden".

Der Kanzler verfolgte bekanntlich den großartig angelegten Plan, alle hauptsächlichen Eisenbahnlinien für das Reich zu erwerben. Miquel sah die Schwierigkeiten, welche dieser Plan bei den Einzelstaaten verursachen würde, voraus, und riet, zunächst in Preußen mit der Verstaatlichung vorzugehen. Auch die Frage der „Garantien", die damals bei der Eisenbahnverstaatlichung beschlossen wurde, ist in der Hauptsache das Werk Miquel's. Leider sind dieselben nicht so durchgeführt worden, wie Miquel es sich dachte, darunter krankte später das preußische Budget.

VII. Abschnitt.

Die vierte Session der V. Legislatur-Periode des Reichstags.

(6. März bis 28. Juni 1884[3]).)

Am 5. März 1884, also am Tage vor der Reichstagseröffnung, erfolgte die Fusion der sogenannten Sezessionisten und der Fortschrittspartei zu einer neuen liberalen Partei, die sich den Namen „Deutschfreisinnige Partei" beilegte und

---

worden seien. „Erstlich, daß das Centrum durch seine Zustimmung zu dem von Rauchhaupt'schen Kompromißantrage den abstrakt negativen Standpunkt, welchen es bisher festhielt, aufgegeben und die Hand zur positiven Mitwirkung an der kirchenpolitischen Gesetzgebung geboten hatte. Zweitens, daß durch Beschränkung des Bodens der diskretionären Gewalt das Prinzip der Staatsautorität nicht geschädigt, sondern bewahrt werde."

[1]) Vergl. die „Vossische Zeitung" Nr. 166 vom 8. April 1882.

[2]) Vergl. die „Post" Nr. 96 und 99 vom 9. u. 13. April 1882 und die „Vossische Zeitung" Nr. 169 vom 12. April 1882. (Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".)

[3]) Die 3. Session 1883 war eine außerordentliche gewesen; sie währte nur vom 29. August bis 1. September 1883.

Digitized by Google

99 Mitglieder stark war. Als Bismarck die Kunde von der Verschmelzung beider Parteien erhielt, war seine erste Bemerkung: „Der Schritt wird den Nationalliberalen zu gute kommen". Die Thatsachen haben ihm recht gegeben. Am 4. Januar 1884 verstarb der Abgeordnete Lasker während einer Reise nach Amerika in New York. Aus diesem Anlaß faßte das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten eine Resolution, die dem Beileid des amerikanischen Volkes an dem Ableben Lasker's Ausdruck gab[1]). Mr. Sargent, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, entledigte sich des ihm zu teil gewordenen Auftrages, indem er eine Abschrift der betreffenden Resolution dem Auswärtigen Amte in Berlin mit der Bitte einreichte, dieselbe an den Präsidenten des deutschen Reichstags gelangen zu lassen. Bismarck beantwortete diese Zumutung durch folgenden Erlaß an den kaiserlichen Gesandten von Eisendecher in Washington:

Friedrichsruh, den 9. Februar 1884.

Der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika hat mittels der abschriftlich beigefügten Note vom 1. d. Mts. den ebenfalls angeschlossenen Text eines Beschlusses des amerikanischen Repräsentantenhauses vom 9. v. Mts., in welchem dem Bedauern des Hauses über das Ableben des Dr. Eduard Lasker Ausdruck verliehen wird, hierher übersandt[2]).

---

[1]) Vergl. Horst Kohl, „Bismarckreden", Bd. 10, S. 8 f.

[2]) Beide Aktenstücke lauten:

Legation of the United States.

Berlin, 1st February 1884.

The Undersigned Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the United States of America has the honor, under instruction from his government, to enclose to His Excellency, Count Hatzfeldt, Imperial Secretary of State for Foreign Affairs, an engrossed copy of a Resolution adopted on the 9th ulto, by the House of Representatives of the Congress of the United States of America, expressing the deep regret with which that body heard of the death in that country of the eminent German Statesman, Edward Lasker, with the respectful request that the same may be transmitted to the President of the Legislative Body of which the late Mr. Lasker was a member.

The Undersigned avails himself of the occasion to renew to His Excellency Count Hatzfeldt the assurances of his most distinguished consideration.

A. A. Sargent.

His Excellency Count Hatzfeldt, Imperial Secretary of State for Foreign Affairs.

Forty-eight Congress
First Session.

Congress of the United States.
In the House of Representatives.

January, 9. 1884.

Mr. Ochiltree submitted the following which was agreed to:

Resolved, That this House has heard witch deep regret of the death of the eminent German Statesman Edward Lasker.

That his loss is not alone to be mourned by the people of his native land, where his firm and constant exposition of, and devotion to free and liberal ideas have materially advanced the social, political, and economic conditions of those people, but by the lovers of liberty throughout the world.

Digitized by Google

Jede Anerkennung, welche die persönlichen Eigenschaften eines Deutschen im Auslande finden, kann für unser Nationalgefühl nur erfreulich sein, insbesondere, wenn sie von einer so hervorragenden Körperschaft ausgeht wie das amerikanische Repräsentantenhaus. Ich würde deshalb die Mitteilung des Herrn Sargent dankbar entgegengenommen und Se. Majestät den Kaiser um Ermächtigung zur Vorlage derselben an den Reichstag gebeten haben, wenn nicht die Resolution vom 9. v. Mts. zugleich ein Urteil über die Richtung und die Wirkungen der politischen Thätigkeit des Abgeordneten Lasker enthielte, welches mit meiner Überzeugung im Widerspruch steht.

Es heißt in der Resolution mit Bezug auf den Verstorbenen, daß his firm and constant exposition of free and liberal ideas **have materially advanced** the social, political and economic condition of those people. Nach meiner Kenntnis des Herganges der politischen und wirtschaftlichen Entwickelung des deutschen Volkes kann ich dieses Urteil nicht als ein solches ansehen, welches den von mir erlebten Thatsachen entspricht. Ich würde nicht wagen, mein eigenes Urteil dem einer so erlauchten Körperschaft, wie das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten, gegenüberzustellen, wenn ich nicht bezüglich der inneren Politik Deutschlands durch eine mehr als 30 jährige aktive Beteiligung an derselben eine Erfahrung gewonnen hätte, die mich ermutigt, auch meinem Urteil innerhalb dieses Gebietes eine gewisse Kompetenz beizulegen.

Ich kann mich nicht entschließen, bei Sr. Majestät dem Kaiser die nötige Ermächtigung zur Mitteilung der Resolution des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten an den Deutschen Reichstag zu beantragen, weil ich dazu ein Urteil mir amtlich aneignen und bei Sr. Majestät vertreten müßte, welches ich als zutreffend nicht zu erkennen vermag.

Eure Hochwohlgeboren ersuche ich, vorstehende Mitteilung durch Vorlesen zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs Frelinghuysen zu bringen, und demselben Abschrift davon zu lassen, ihm auch unter dem Ausdrucke meines Bedauerns, daß ich dem kundgegebenen Wunsche nicht nachzukommen vermöchte, die beigefügte amtliche Ausfertigung der Resolution des Repräsentantenhauses zurückzustellen.

von **Bismarck**.

Die von Herrn Sargent dem Reichskanzler gemachte Zumutung war, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hervorhob[1]), eine so ungewöhnliche, daß man sie nur mit der Unkenntnis des diplomatischen Gebrauches erklären konnte. Zur Beleuchtung der völkerrechtlichen Natur dieses Schrittes genügt es, sich klar zu

That a copy of these resolutions be forwarded to the family of the deceased as well as to the Minister of the United States resident at the Capital of the German Empire to be by him communicated through the legitimate channels to the Presiding Officer of the Legislative Body of which he was a member.

Attest:

Ins. B. Clark, jr.
Clerk.

[1]) Vergl. die Nr. 87 vom 21. Februar und die Nr. 91 vom 23. Februar 1884.

Digitized by Google

machen, daß in demselben nichts weniger als die an den Deutschen Kaiser gestellte Zumutung liegt, sich das Votum einer auswärtigen Körperschaft anzueignen, und dasselbe, mit seinem Visum versehen, dem Parlamente mitzuteilen. Denn man darf nicht vergessen, daß der Reichskanzler nur die Allerhöchsten Befehle auszuführen hat, und daß er nicht im Dienste der internationalen Demokratie, sondern in dem des Deutschen Kaisers steht. Gerade so gut wie das amerikanische Repräsentantenhaus die Verherrlichung des verstorbenen Führers der Sezessionisten durch den Deutschen Kaiser herbeizuführen suchte, könnte irgend eine fortschrittliche Körperschaft des Auslandes dem Herrn Richter und eine sozialistische dessen Kollegen Herrn Bebel ein Vertrauensvotum widmen wollen. Schließlich müssen wir bemerken, daß es uns überhaupt nicht klar ist, wie sich die regierungsfeindlichen Blätter den Vorgang, dessen Unterbleiben sie so heftig bewegt [1], eigentlich gedacht haben. Sollte der Reichskanzler die Mitteilung stillschweigend weitergeben? In diesem Falle wäre jedermann berechtigt gewesen, daraus den Schluß zu ziehen, daß Se. Majestät der Kaiser und der Reichskanzler sich das Urteil des amerikanischen Repräsentantenhauses über Dr. Lasker angeeignet und sich somit ganz einfach in den Dienst der Sezession und deren verstorbenen Führers begeben hätten. Oder sollte der Reichskanzler etwa sagen, er teile zwar nicht die Ansicht des amerikanischen Repräsentantenhauses über die Wirksamkeit des Dr. Lasker, aber er habe sich dennoch veranlaßt gefühlt, die kaiserliche Genehmigung dafür zu erbitten?

Am 11. März 1884 schrieb Bismarck aus Friedrichsruh an die Absender einer Adresse aus der Stadt Marggrabowa in betreff der Lasker-Resolution:

Euer Wohlgeboren und Ihrer Mitunterzeichner Schreiben vom 27. v. M. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich bin mit Ihnen vollkommen einverstanden darüber, daß die praktische Ausbildung unsrer gesetzlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen durch die oppositionellen Theoretiker Schaden er-

[1] Die „Kölnische Zeitung" machte dazu die ruhige Bemerkung, daß der Reichskanzler sich möglicherweise aus formellen Gründen außer stande gesehen habe, eine derartige Resolution einer fremden gesetzgebenden Körperschaft zur Kenntnis des Reichstags zu bringen, — und fügte hinzu, vielleicht wäre es besser gewesen, wenn das amerikanische Repräsentantenhaus sich, wie in früheren Fällen, durch Vermittelung seines Vorsitzenden direkt an den Reichstagspräsidenten gewendet hätte, und man sähe nicht recht ein, weshalb es diesmal von einem so einfachen Verfahren abgegangen wäre. Die andern liberalen Zeitungen aber erhoben lautes Geschrei und machten auch bei dieser Gelegenheit wieder gemeinschaftliche Sache mit den ausländischen deutschfeindlichen Blättern, um die Regierung mit Vorwürfen, ja sogar mit Verwarnungen und Drohungen zu überhäufen. Namens der „öffentlichen Meinung", für deren einzig berufenen Vertreter die regierungsfeindliche Presse sich mit kühler Dreistigkeit ausgab, protestierte sie gegen „die unerhörte Beleidigung", die angeblich den Amerikanern zugefügt sei, und ermunterte somit geradezu zu auswärtigen Kundgebungen gegen die einheimische Regierung. Überall in der liberalen Presse gelangte das Bedauern zum Ausdruck, daß nicht sofort alles Mögliche zur Glorifizierung eines liberalen Abgeordneten geschehen sei; nirgends spürte man auch nur einen Hauch der Entrüstung darüber, daß eine auswärtige Körperschaft sich in die inneren Angelegenheiten des Reichs einzumischen versucht hatte.

Digitized by Google

leidet. Nur möchte ich Sie bitten, dem Mißverständnis nicht Raum zu geben, als ob der Kundgebung des amerikanischen Repräsentantenhauses etwas andres zu Grunde gelegen hätte, als der Wunsch, das Wohlwollen Amerikas für Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Die Person, die Stellung und Bedeutung des verstorbenen Dr. Lasker in Deutschland, sowie die Thatsache, daß eine Anerkennung seiner Leistungen gleichzeitig die Verurteilung der Politik der kaiserlichen Regierung enthält, ist wohl nur den deutschen Urhebern des amerikanischen Antrages bekannt gewesen. von Bismarck[1]).

Der Reichstagspräsident besitzt eine Dienstwohnung in der zweiten Etage des Blücher'schen Palais am Pariser Platze. Gleich zu Beginn der Session kam in aller Frühe, als Herr von Levetzow noch im Bette lag, ein Kanzleidiener zu ihm mit der Anfrage, ob der Reichstagspräsident den Kanzler um 9 Uhr früh empfangen wolle. Levetzow wollte dem Kanzler den Weg ersparen und erbot sich, denselben in seinem Palais aufzusuchen; der Fürst ließ es sich aber nicht nicht nehmen, sein Vorhaben auszuführen. Es war das einzige Mal, daß derselbe die Dienstwohnung des Präsidenten des Reichstags betrat.

Den Behörden waren um dieselbe Zeit Drohbriefe zugegangen, welche ein Attentat im Reichstag befürchten ließen, weshalb Fürst Bismarck in weiser Vorsicht an den Präsidenten des Reichstags das Verlangen stellte, auf die Journalistentribüne Geheimpolizisten schicken zu dürfen. Er wollte jedenfalls verhüten, daß ein zu jedem Verbrechen geneigter Sozialist sich dort einschleiche und auf die unmittelbar darunter sitzenden Mitglieder des Bundesrats eine Bombe hinabwerfe. Levetzow berief sich auf die Geschäftsordnung des Reichstags[2]), welche ihm, dem Präsidenten, die Polizei im Sitzungssaale einräume; wenn der Fürst ihm Polizeibeamte designiere, so wolle er denselben gerne den Eintritt auf die Journalistentribüne gestatten, er allein aber habe darüber zu befinden.

Bismarck wollte die Berufung auf die Geschäftsordnung nicht gelten lassen, worauf Levetzow bemerkte, daß dieselbe in der Verfassung des Reichs vorgesehen sei und daß er sich darüber nicht hinwegsetzen könne[3]).

---

[1]) Zu vergl. über die Haltung Bismarck's zur Frage; die „Post" 1884, Nr. 52, 53, 54, 56, 59, 60, 61, 72, 74, 75, 76, 77 und 80, die „Vossische Zeitung" 1884, Nr. 102 Beil. (Gerüchte über Friktionen zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn von Goßler), Nr. 126, Beil., 131 und 141, und den Artikel „Die Kleinlichkeit des Reichskanzlers" in den „Grenzboten" 43. Jahrgang, 1884, II. Quartal, S. 1—5. (Widerlegung des in mehreren Beispielen erläuterten Vorwurfs. Rechtfertigung der Gesamthaltung des Kanzlers.)

[2]) § 13 der Geschäftsordnung lautet: „Dem Präsidenten liegt die Leitung der Verhandlungen, die Handhabung der Ordnung und die Vertretung des Reichstages nach außen ob ...

[3]) Der Wunsch des Polizeidirektors Krüger, in allen Räumen resp. auf allen Tribünen des Reichstags Geheimpolizisten schicken zu dürfen, involvierte nach der Ansicht des Reichstagspräsidenten eine Unbeachtung der ihm im Reichstagsgebäude zustehenden Polizeigewalt. Es wurde deshalb das Arrangement getroffen, daß die in sehr geringer Zahl auf die Tribünen verteilten Geheimpolizisten Karten erhielten, welche sie zum Betreten der speziell namhaft gemachten Tribünen legitimierten.

Digitized by Google

Dies vorausgeschickt, werden jetzt folgende Stellen in den stenographischen Reichstagsberichten erklärlich. In der 10. Sitzung vom 21. März 1884 bemerkte der Abgeordnete Liebknecht:

„Noch eines interessanten Faktums muß ich hier erwähnen, auf das ich vorhin aufmerksam gemacht worden bin. Es ist nämlich ein ganzer Schwarm von Geheimpolizisten jetzt in diesem Hause — oben auf der Journalistentribüne (Heiterkeit), welche meiner Ansicht nach doch nicht zu dem Zwecke da ist, solche Gesellschaft zu beherbergen (Zurufe rechts: Unsinn!) — Ja, ja, ein ganzer Schwarm — ein ganzer Schwarm, wenn Sie es noch einmal hören wollen! (Zuruf rechts: Wo denn?!) — Wenn sie jetzt fort sind, so sind sie eben, als sie merkten, auf welches Kapitel ich kam, rasch verduftet (große Heiterkeit), ein Beweis, daß sie noch mehr Schamgefühl haben als die, welche sie hergeschickt haben. (Zuruf rechts: Niemand ist weggegangen!)"

Am Schlusse seiner Rede bemerkte der Reichstagspräsident von Levetzow: „Als Handhaber der Polizei in diesem Hause bin ich dem Reichstag die Erklärung schuldig, daß nach den angestellten Ermittelungen während der heutigen Sitzung auf der Journalistentribüne nur Journalisten gewesen sind." (Hört! hört!)

Abgeordneter Liebknecht: „Der Herr Präsident, als Inhaber der Polizeigewalt in diesem Hause, rektifizierte mich vorhin in Bezug auf meine Behauptung, daß Geheimpolizei auf der Journalistentribüne des Hauses anwesend sei. Wie mir seitdem von mehreren Kollegen mitgeteilt wurde, — und zwar auf das positive Zeugnis von Journalisten, welche auf dieser Tribüne ihren Platz haben, — befand sich in der That der Herr Polizeirat Krüger in Begleitung von fünf oder sechs Geheimpolizisten in der Journalistenloge bis zu dem Moment, wo der Herr Reichskanzler den Saal verließ.

Ferner wird mir mitgeteilt, daß auch jetzt noch, wenigstens bis vor zwei Minuten — ich kenne die Polizeiherren nicht, kann also jetzt nicht kontrollieren — der Herr Polizeirat Krüger in obiger Loge noch anwesend sei, oder bis vor zwei Minuten gewesen sei.

Es wird mir weiter versichert, daß zu Anfang der Sitzung sogar 10 bis 12 Geheimpolizisten in der Journalistenloge gewesen seien. Ich glaube, diese Thatsache bedarf einer genaueren Untersuchung; aber jedenfalls wird zugegeben werden müssen, daß ich nicht leichtfertig etwas behauptet habe, was mit Fug und Recht rektifiziert werden könnte."

Präsident: „Ich habe demgegenüber zu erklären, daß die Ermittelungen, die ich infolge der Bemerkungen des Herrn Abgeordneten habe anstellen lassen, zu dem Resultat geführt haben, daß keine andern Personen, als Journalisten, auf der Journalistentribüne anwesend waren. Ich werde demnächst der Sache weiter nachforschen, und wenn das Resultat von meiner Angabe abweichen sollte, so werde ich nicht ermangeln, mich zu rektifizieren." (Bravo!).

Die Angelegenheit fand ihre Erledigung durch nachfolgende Erklärung des Präsidenten des Reichstags in der Sitzung vom 24. März 1884:

Digitized by Google

„Meine Herren, wie ich mir vorbehielt, berühre ich noch kurz den Zwischenfall am Schluß der letzten Sitzung, die Journalistentribüne betreffend. Aus der Äußerung eines Redners war für mich die Frage entstanden, ob die bekanntlich sehr enge Journalistentribüne, welche nur betreten werden soll gegen Vorzeigung besonders hierfür ausgestellter Karten, von den Dienern des Hauses der getroffenen Anordnung entgegen ohne solche Karten zugänglich gemacht worden sei. Dies ist nicht der Fall gewesen, wie ich hiermit wiederholt konstatiere. Ich habe daher das, was ich in der Freitagssitzung sagte, nicht zu berichtigen. Natürlich weiß ich nicht und kann es nicht wissen, ob übrigens Polizeibeamte in jener öffentlichen Sitzung auf den Tribünen waren. Dies Haus ist von der Vorsorge der Polizei für die öffentliche Sicherheit nicht ausgenommen, und es besteht in dieser Beziehung absolut kein Gegensatz zwischen der Königlichen Polizeibehörde und den geschäftsordnungsmäßigen Befugnissen des Präsidenten."

Der Schluß der Erklärung von Levetzow's beruhte auf einem vorgängigen Meinungsaustausch mit dem Reichskanzler. In ihr liegt der Schwerpunkt. Bismarck hatte auch in dieser Frage einen weiten Blick. Ich erinnere an das Bombenattentat im französischen Abgeordnetenhause, wo es nur an einem Haare hing, daß nicht die schrecklichsten Folgen erwuchsen. —

Bereits an einer früheren Stelle [1]) sind die Dienste erwähnt worden, welche der Abgeordnete A. Lohren dem Reichskanzler in Bezug auf die Zolltarif-Reform leistete. Lohren ist äußerlich nicht so sehr in den Vordergrund getreten, als beispielsweise Freiherr von Varnbüler; dafür kann er sich aber rühmen, weit früher als dieser positive Vorschläge zur Reform des Zolltarifs gemacht und dieselben mit größter Sachkenntnis verteidigt zu haben. Er war es, der Bismarck ermutigte, den Schutz der nationalen Arbeit auf seine Fahne zu schreiben, der jeden von dem Kanzler auf diesem Gebiete gemachten Schritt freudig begrüßte und der zuerst das Postulat aufstellte, daß nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft Anspruch darauf habe, gegen die auswärtige Konkurrenz geschützt zu werden.

Auch auf die Maßregeln, welche unter Bismarck zum Wohle der Arbeiter ergriffen wurden, hat Lohren einen bemerkenswerten Einfluß gehabt. Bei dem Zustandekommen des Krankenversicherungsgesetzes, des Unfallversicherungsgesetzes, der Novelle zum Hilfskassengesetz, der Novelle zum Stempelsteuergesetz und der Ergänzung des Innungsgesetzes war dieser Abgeordnete in hervorragender Weise beteiligt, sei es als Kommissionsmitglied, sei es als Mitantragsteller. Überall kämpfte er sozusagen Schulter an Schulter mit Bismarck; die Änderung des Prinzips, welche der Altersversorgungsentwurf im Reichstag erfuhr, beruht auf Lohren's Grundgedanken. In den Kommissionen war sein Gedanke mehrfach der ausschlaggebende; insbesondere war er es, der die Stellung des Geheimrats Lohmann in der Kommission des Reichstags für das Unfallversicherungsgesetz erschütterte, indem er im Gegensatz zu dem Regierungskommissär dafür eintrat,

[1]) Vergl. Bd. II., S. 217 f.

Digitized by Google

daß die Unfallversicherung auf der Basis der Berufsgenossenschaft in das Leben gerufen werde, was bekanntlich auch eine Lieblingsidee Bismarck's war.

Nur ein Gebiet giebt es, auf dem sich die Wege Bismarck's von denen Lohren's trennten. Im Gegensatz zu dem Kanzler trat Lohren dafür ein, daß in der Frage des Arbeiterschutzes wenigstens ein Schritt geschehe[1]; Lohren predigte so gut wie Bismarck, daß der erwachsene männliche Arbeiter volle Freiheit über die Verwendung seiner Arbeitskräfte behalten müsse und deshalb durch Gesetze möglichst wenig beschränkt werden dürfe. Eine Ausnahme glaubte er aber in Bezug auf die Arbeit der Frauen und jugendlichen Arbeiter statuieren zu müssen und bedauerte oft, daß in diesem Punkte der Fürst die Ansichten Lohmann's und des Freiherrn von Stumm teilte, welche seiner Ansicht zufolge wohl die Arbeitsverhältnisse der Männer, nicht aber diejenigen der Frauen richtig beurteilten.

Bei den zwanglosen parlamentarischen Soireen hatte Lohren wiederholt Gelegenheit, das wahrhaft fabelhafte Gedächtnis Bismarck's zu bewundern. In seinen Citaten konnte man dem Fürsten niemals einen Fehler nachweisen. Von seiner Geschichtskenntnis — so bemerkte mir Lohren — gab er erstaunliche Proben. Es war, als ob er bei Berührung irgend eines Ereignisses im Kopfe nur die Seitenzahl eines Geschichtswerkes aufzuschlagen und die betreffende Stelle abzulesen brauchte. So stand mit einem Schlage alles gegenwärtig vor ihm da. Ein ähnliches Gedächtnis hat vielleicht im ganzen Reichstag nur Windthorst gehabt. Der letztere überraschte insbesondere darin, daß er, wenn er auf die Ausführungen eines Vorredners zu sprechen kam, nicht bloß einen, sondern oft zwei bis drei Sätze desselben fast verbo-tenus wiedergab. Seiner Kurzsichtigkeit wegen war dies allerdings auch sehr notwendig, da er Notizen kaum verwerten konnte. Erschienen ihm solche unentbehrlich, so ließ er sie sich von seinem Nachbar notieren und in den kleinen Pausen während seiner Rede zuflüstern. Bei Bismarck ist das in den schwierigsten Situationen niemals vorgekommen. Für ihn war die Pause nur das Werk der staunenswertesten geistigen Concentration seines Gedankenreichtums und der ihm gebotenen diplomatischen Vorsicht in der Wahl der Worte. Bei heftigen seelischen Erregungen trat die Geistesarbeit auch äußerlich sichtbar in die Erscheinung. Das große Auge nahm einen grellen Glanz an, die Brust dehnte sich und der linke Unterarm geriet in Schwingung. „Der Fürst ist sehr erregt, — äußerte einmal der Abgeordnete Minister von Puttkamer zu Lohren — sehen Sie nur, wie der Arm höher geht; wenn der Ellenbogen einen rechten Winkel erreicht, schlägt der Blitz ein“. — Und richtig, gleich darauf fuhr die Bezeichnung „sujet mixte“ auf den Abgeordneten Dr. Bamberger nieder, daß dieser heftig zusammenzuckte. — Solche Momente hatten für männliche Naturen einen unbeschreiblichen Reiz, weil sie meistens den Stempel des Außer-

[1] Ich verweise auf das Werk: Die Reden unsres Landtags- und Reichstagsabgeordneten Herrn A. Lohren 1881—1884. Nach den stenographischen Berichten zusammengestellt vom Konservativen Volksverein des Niederbarnimer Kreises, Berlin 1884; desgleichen II. Teil 1884 bis 1890, Berlin 1890.

Digitized by Google

gewöhnlichen, des Starken und Erhabenen an der Stirn trugen — das gerade Gegenteil der Wirkung der Kampfreden des Abgeordneten . . . . ., deren Ausdrucksweise an Widerlichkeit nur übertroffen wurde von der Verzerrung seines Gesichtes.

Am 25. April 1884 erging an den Reichstagsabgeordneten Dr. Frege-Abtnaundorf[1]) nachstehendes Schreiben:

Euer Hochwohlgeboren danke ich für die freundliche Begrüßung durch die Adresse vom 15. d. M., welche mir ein neuer Beweis für die lebenskräftige Entwickelung der reichstreuen Gesinnung im Volke ist. Aus Euer Hochwohlgeboren Begleitschreiben ersehe ich zu meiner Freude, daß sich an dieser Kundgebung die konservativen und liberalen Vertrauensmänner des Wahlkreises gleichmäßig beteiligt haben, und hoffe ich, daß dieses dankenswerte Beispiel einmütigen Zusammenhaltens aller Freunde des Reiches und der Monarchie gegen die bewußten und unbewußten Gegner des einen oder der andern, oder beider, im ganzen Lande Anklang und Nachahmung finden werde. Die Festigkeit und die gedeihliche Entwickelung des Reiches wird davon abhängen, ob dem Ganzen und Großen zu Liebe die Parteiunterschiede in den Hintergrund treten, durch welche die in verschiedene Fraktionen verteilten Anhänger des Reiches ihre Trennung dokumentieren und verschärfen.

von Bismarck.

In dieser Session bahnte sich wiederum ein leidliches Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Windthorst an, welcher seit der parlamentarischen Soiree vom 6. Dezember 1881 das Haus Bismarck's gemieden hatte[2]). Am 10. Mai 1884 wohnte er zum erstenmal wieder der berühmten „vertraulichen Besprechung" im Kanzlerpalais bei, und verkehrte von da ab bis zur Entlassung des Kanzlers in dessen Hause gastlich, so bei den parlamentarischen Frühschoppen am 20. Juni 1884, 12. Mai 1885 und 20. Mai 1889. Bezeichnend ist aber doch, daß er zu einem parlamentarischen Diner in den letzten Jahren niemals eingeladen wurde, und daß Bismarck es vorzog, mit dem Freiherrn von Franckenstein zu verhandeln, wenn es galt, sich die Mitwirkung des Centrums bei einer parlamentarischen Aktion zu sichern[3]).

Als es dem preußischen Finanzminister Dr. Miquel gelungen war, mit beispiellosem Erfolg seine Steuerreform in Preußen durchzusetzen, war auf vieler Munde

---

[1]) von Frege, Arnold Waldemar, Dr.; Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Leipzig, Fürstlich Reuß-Plauenscher Kammerherr. Geb. am 30. Oktober 1848 zu Abtnaundorf; evangelisch-lutherisch. Direktor der Oekonomischen Societät zu Leipzig und des Distrikts des Landwirtschaftlichen Kreisvereins seit 1879 bis 1887, Mitglied des Landes-Kulturrats und des Fürstlichen Landwirtschaftsrats (für Reuß), Schriften über Oldenburg, Landwirtschaftsschulen, Zölle 2c., Mitglied des Reichstags seit 1878 für Borna-Rochlitz.

[2]) Auszug aus einem Artikel der „Germania", betreffend die Parteistellung Bismarck's und Bemerkungen der „Weimarschen Zeitung" hierzu („Post", 1884, Nr. 229 und 230).

[3]) Über die Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Dr. Möller wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck vergl. die „Post" Nr. 77 vom 18. März 1884.

Digitized by Google

die Frage, warum Bismarck nicht daran gedacht habe, diesem ausgezeichneten Parlamentarier ein Portefeuille anzubieten. Eine Minister-Kandidatur Miquel hat zur Zeit Bismarck's aber wiederholt gespielt. Im Monat April 1884 war viel von einer Ministerkrise die Rede. Fürst Bismarck wollte, so wurde gemeldet, sich von der Leitung der Geschäfte Preußens, die er nach der kurzen Unterbrechung des Ministerpräsidiums des Grafen Roon nahezu ein Vierteljahrhundert geführt, zurückziehen. In denselben Tagen (15. April 1884) berichtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": Verschiedene Blätter beschäftigen sich mit Verhandlungen, welche über den Eintritt des Herrn Miquel in das preußische Ministerium stattgefunden haben sollen. Die betreffenden Artikel beruhen ohne Ausnahme auf Erfindung, ebenso wie die sonstigen Lückenbüßer über Ministerkrisen. Es ist weder eine Vakanz, noch eine neu zu schaffende Stellung in Aussicht, die zu dergleichen Mutmaßungen Anlaß geben könnten. Der Ursprung aller dieser Erfindungen beruht möglicherweise auf subalterner Ausbeutung der Thatsache, daß der Reichskanzler den Wunsch gehabt hat, Herrn Miquel bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zu sehen, ohne denselben aber verwirklichen zu können, weil Herr Miquel vor Empfang der erfolgten Einladung Berlin verlassen hatte. Ein solcher Wunsch hat bei den von jeher guten Beziehungen zwischen dem Reichskanzler und Herrn Miquel an sich nichts Auffälliges und können ehrlicherweise daraus doch von niemand Rückschlüsse auf Ministerkrisen und Minister-Zukunft gezogen werden. Fürst Bismarck kann sowohl um der Persönlichkeit des Herrn Miquel willen, als auch wegen seiner hervorragenden Stellung in einer angesehenen Fraktion, auch wegen seiner Eigenschaft als consul dirigens einer so bedeutenden Stadt wie Frankfurt a. M.[1]) ist, sehr wohl das Bedürfnis nach persönlichem Verkehr mit demselben haben, ohne daß daraus auf eine Ministerkrisis und Verhandlungen über Neubesetzung noch nicht vakanter Stellen geschlossen werden dürfte[2])!

Zur Feier der Grundsteinlegung des Reichstagsgebäudes erschien am 9. Juni 1884 um 11¾ Uhr der Reichskanzler in der Uniform seiner Magdeburger Kürassiere mit wallendem Federbusch, im großen Bande des Schwarzen Adler-

---

[1]) Fürst Bismarck hatte die an ihn ergangene Einladung, welche der Oberbürgermeister von Frankfurt, Herr Miquel, namens der Stadt zur Teilnahme an dem Kaiserdiner am 27. September 1883 an ihn gelangen ließ, abgelehnt. In dem an Herrn Miquel gerichteten Schreiben sprach der Reichskanzler sein Bedauern aus, daß sein Gesundheitszustand, der eben erst in der Genesung begriffen sei, und bestimmte ärztliche Verordnung die Teilnahme am Fest unmöglich mache. Der Brief schloß: „Es ist mir schmerzlich, mir die Freude versagen zu müssen, die vielen wohlthuenden Erinnerungen wieder aufzufrischen, welche mich an Frankfurt knüpfen."

[2]) Der orthodox-konservative „Reichsbote" bemerkte hierzu in einem „Wie Dr. Miquel Minister geworden" überschriebenen Artikel: Gleichwohl hatte das Gerücht einen ernsten Kern gehabt. Fürst Bismarck wollte damals Herrn Miquel an die Stelle des Ministers von Puttkamer (?) bringen. Der Frankfurter Oberbürgermeister lehnte ab. Drei Jahre später gedachte der Reichskanzler sein Portefeuille als preußischer Handelsminister niederzulegen und konferierte wegen des Nachfolgers wiederum mit Dr. Miquel.

Digitized by Google

Ordens, begleitet von seinem Sohne, dem Grafen Herbert Bismarck, in Dragoner-Uniform, und seiner Tochter, der Gräfin Rantzau. Der Reichskanzler begrüßte in freundschaftlicher Weise die anwesenden Minister und hatte dann eine längere Unterredung mit dem russischen Botschafter Grafen Orloff.

Im Laufe der Festlichkeit wurde der Reichskanzler von dem russischen General Fürsten Dolgorouky, der des Fürsten Kürassier-Uniform bewunderte, gefragt, aus welchem Stoff seine weißen Unaussprechlichen beständen; er antwortete: „Ils sont de peau."

Auf die Frage: „Trägt man solche auch im Kriege?" gab der eiserne Kanzler zum größten Gaudium der Umstehenden die diplomatische Antwort: „Je ne sais pas, nous ne faisons plus de guerre!" (Ich weiß es nicht, wir führen keine Kriege mehr).

Am 16. Juni 1884 erschien Bismarck während der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes [1]) um 1 Uhr im Reichstage und blieb bis zum Schluß der Abstimmung über § 1, welche um 4 Uhr erfolgte, im Hause anwesend. Um 2 Uhr empfing der Reichskanzler in seinem im Reichstage befindlichen Amtszimmer den persischen Gesandten, welcher in Begleitung seines Sohnes erschienen war, zu einer längeren Konferenz. Darauf erschien der Kanzler wieder im Saale. Es blieb nicht unbemerkt, daß Fürst Bismarck sich vom Bundesratstisch in die Reihen der Abgeordneten begab und sich längere Zeit mit dem Abgeordneten Windthorst freundschaftlich unterhielt. Auch mit dem Abgeordneten Dietze-Barby sowie mit dem Herzog von Ratibor tauschte der Kanzler einen Händedruck aus, ebenso hatte er mit Herrn von Levetzow eine längere Unterredung, welche sich auf die parlamentarische Geschäftslage bezog [2]).

Ich reihe auch an den Schluß dieses Abschnittes Auszüge aus Briefen an, welche Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen [3]) über den Verlauf dieser Session in seine Heimat geschrieben hat.

---

[1]) Fürst Bismarck soll, wie der „Berliner Börsen-Courier" mitteilte, sich einem Mitgliede des Bundesrats gegenüber in mißfälliger Weise darüber geäußert haben, daß die beiden Hauptkommissionen des Reichstags — die Sozialistengesetz- und die Unfallversicherungs-Kommission sich thatsächlich geweigert haben, wenigstens während eines Teils der Osterferien an der Fortberatung der ihnen überwiesenen Vorlagen zu arbeiten. In der Sozialistengesetz-Kommission — sei einzig der Wunsch des Centrums maßgebend gewesen, ihn, den Reichskanzler, dilatorisch zu behandeln, was er zwar nicht billigen, aber doch verstehen könne. Die Unfallgesetz-Kommission dagegen habe ihrem eigenen, einstimmig gefaßten Beschluß zuwider gehandelt, welcher dahin ging, die Pause in den Plenarsitzungen auszunützen.

[2]) Am 25. Juni 1884 erging auf das bei Gelegenheit des oberschwäbischen Parteitages zu Ulm von dem früheren Reichstagsabgeordneten Bürgermeister von Fischer aus Augsburg an Bismarck abgesandte Telegramm folgendes Schreiben an den Ersteren: Es hat mir zur besonderen Freude gereicht, aus dem Telegramm vom 22. d. M. zu ersehen, daß die Bestrebungen der verbündeten Regierungen bei der Bevölkerung Ihrer gesegneten Heimat Anerkennung finden. Euer Hochwohlgeboren und allen an dem Telegramm beteiligten Herren danke ich verbindlich.

v. Bismarck.

[3]) Vergl. oben S. 94.

Digitized by Google

Berlin, den 14. März 1884.

Die erste That der aus dem Fortschritt und der Sezession fusionierten „deutsch-freisinnigen Partei“ war die Übertragung des Lasker-Skandals aus der Presse in den Reichstag. Dem Abgeordneten Rickert gebührt das Verdienst. Aber er fand in dem konservativen Abgeordneten von Hammerstein einen wachsamen und schlagfertigen Gegner, und so fiel die Ovation ins Wasser, welche dem toten Sezessionistenführer auf Kosten des Reichskanzlers und zum Gaudium des Auslandes zugedacht war.

Gestern wurde uns, nach langer Pause, die Freude zu teil, den Reichskanzler Fürsten **Bismarck** im Hause zu begrüßen: „Der Fürst ist da!“ — so ging es von Mund zu Munde. Und richtig, da erschien er, im blauen Überrock seiner Magdeburgischen Kürassiere mit schwefelgelbem Kragen, magerer als sonst, aber noch immer ein hünenhafter Mann, mit geradem Nacken und gesundfarbigem Gesicht, von dem Aussehen eines rüstigen Fünfzigers, nicht wie einer, der am nächsten 1. April in sein siebzigstes Lebensjahr tritt. Die Luft und Lebensweise von Friedrichsruh und ebenso der Dr. Schweninger haben ihre Sache gut gemacht! So lange ich das Glück genieße, den großen Mann von Angesicht zu Angesicht zu schauen, habe ich ihn noch niemals auch nur annähernd so frisch und gesund aussehend gefunden, wie gerade jetzt.

Der Reichskanzler begann damit, dem Reichstage auseinanderzusetzen, warum er sich verpflichtet gehalten habe, die Beileidsadresse des amerikanischen Repräsentantenhauses aus Anlaß des Todes des Abgeordneten Lasker nicht an den Reichstag zu befördern, sondern der Regierung der Vereinigten Staaten zurück zu geben. Die Gründe sind bereits genügend bekannt und für jeden Unbefangenen überzeugend. Als der Reichskanzler davon sprach, daß die Gesinnungsgenossen Lasker's an dessen Sarge die Pietät gegen einen Toten in wucherischer Weise ausgebeutet hätten, ertönte aus den Reihen der Linken ein lautes „Pfui“! Nunmehr schritt der Kanzler, ähnlich wie an jenem berühmten 24. Januar 1882, auf die Sitze der Linken los und forderte den Pfuirufer auf, sich zu nennen. Der aber ließ es bleiben und mußte es nun hinnehmen, daß der Reichskanzler dem anonymen Beleidiger sein Pfui zurückgab. Der fortschrittliche Abgeordnete Hänel versuchte, den Reichskanzler zu widerlegen, aber dieser antwortete in gewohnter wuchtiger und treffender Weise, und darauf wurde der Gegenstand verlassen.

Berlin, den 21. März 1884.

Am Sonnabend der vergangenen Woche wurde nach dreitägiger Verhandlung die erste Lesung des Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter zu Ende geführt. Am dritten Tage ergriff der Reichskanzler das Wort. In markiger, zündender Rede verteidigte er die Sozialreform im Sinne der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, und den vorliegenden Gesetzentwurf als Ausfluß derselben. Gleichzeitig bekundete er die denkbar entgegenkommendste Haltung gegenüber den erhobenen Bedenken.

Digitized by Google

Berlin, den 9. Mai 1884.

Als ein Zeichen der Zeit betrachtet man es, daß der Reichskanzler zu einer morgen Abend stattfindenden Soiree die betreffenden Reichstagsabgeordneten eingeladen hat, ohne ihnen — wie es der Sitte entsprechen würde — den Titel von Reichstagsabgeordneten zu geben. Das wird viel besprochen. Nun, möglicherweise sind wir morgen Abend nicht mehr Abgeordnete. Ich gehöre zu den Eingeladenen und werde auch hingehen[1]).

Berlin, den 15. Mai 1884.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der Vorlage wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes stand der von den verbündeten Regierungen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Wir brauchen dies zum wirksameren Schutze gegen die Mordbuben, welche mit Dynamit und dergleichen gegen Menschenleben und Eigentum freveln. Es entsprach so sehr der allgemeinen Stimmung und Lage, daß es in allen drei Lesungen, ohne erhebliche Debatte und ohne Kommissionsberatung, fast einstimmig angenommen worden ist. Nur von den Deutschfreisinnigen stimmten einige dagegen. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung, nachdem in ihrem Namen der Abgeordnete Hasenclever eine konfuse Erklärung abgegeben hatte. Das Gesetz wurde von dem konservativen Freiherrn von Minnigerode als ein „drakonisches Gesetz gegen die Bestialität" bezeichnet. Mit vollem Recht. Es ist in der That gegen die Bestialität gerichtet und überaus streng. Auch der friedliche, wohlgesinnte Bürger möge sich durch diese Zeilen warnen lassen. Es ist sehr leicht, diesem Gesetze zu verfallen, und darum befasse sich niemand mit Dynamit, wer es nicht muß, und gerechte Ursache dazu hat.

Anfangs war alle Welt — die Konservativen und Nationalliberalen inbegriffen — darüber einig, daß das wichtige Gesetz, das schwere Strafen androht und sogar einen neuen Fall der Todesstrafe einführt — einer Kommissionsberatung unterzogen werden müsse. Aber Fürst Bismarck war ganz dagegen, er fürchtete davon nicht nur unerwünschten Aufschub, sondern auch eine Verwässerung der Vorlage. Er setzte die ganze Wucht seiner Persönlichkeit ein, stieg während der Sitzung in die Bänke der Reichstagsabgeordneten, nahm in den Reihen der Konservativen neben dem Abgeordneten von Kleist-Retzow Platz und bearbeitete diesen und durch ihn die Konservativen; dann ging er zu den Nationalliberalen und sprach mit dem Abgeordneten von Bennigsen. Ob und wie das Centrum bearbeitet worden ist, weiß ich nicht; genug, der Abgeordnete Dr. Windthorst erklärte, daß von seiten des Centrums Kommissionsberatung nicht mehr verlangt werde, nachdem man von andrer Seite davon abgekommen sei. Von keiner Seite wurde Kommissionsberatung beantragt, und man trat ohne solche sofort in die 2. Lesung ein.

---

[1]) Wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes befürchtete man eine Auflösung des Reichstags.

Digitized by Google

Das gesellschaftliche Leben war in den vergangenen Wochen noch sehr rege. Mir wurden mehrfach Einladungen bei Ministern und Staatssekretären, wie auch dem sächsischen Gesandten Herrn von Nostitz Wallwitz zu teil. Die Krone von allen Festlichkeiten aber war die parlamentarische Soiree, welche der Reichskanzler am vergangenen Sonnabend (10. Mai) gab[1]). — Die erste seit Dezember 1881. Geheimnisvoll war die Fassung der Einladung. Nicht der Reichskanzler lud ein, sondern der Königlich preußische Ministerpräsident; auf der Adresse fehlte, ganz der Sitte zuwider, der „Reichstagsabgeordnete"; als Zweck der Einladung war eine „vertrauliche Besprechung" bezeichnet. Über die beiden ersten Punkte ließ sich leicht hinwegkommen — der Reichskanzler wußte nicht, ob nicht zwischen der Einladung und der Festlichkeit selbst der Reichstag aufgelöst würde — deshalb die Unregelmäßigkeit in den Titulaturen. Aber die „vertrauliche Besprechung"?! Das hat mehr als einem Abgeordneten den Kopf verdreht, bis er erfuhr, daß außer ihm noch etwa fünfhundert andre Staubgeborene mit genau der gleichen Einladung beehrt worden waren. Es sollen da Geschichtchen vorgekommen sein, welche den geneigten Leser sicher höchlich ergötzen würden, aber mit Rücksicht auf den knapp bemessenen Raum hier unterdrückt werden müssen. Richtig aufgeklärt ist die Sache nicht, obgleich der eine und der andre von uns gelegentlich der Soiree den Fürsten Reichskanzler darauf „anzuzapfen" versuchte. Wahrscheinlich hat man es nur mit der Faselei irgend eines Büreaubeamten zu thun[2]), welcher die betreffenden Formulare verwechselt hat. Genug, „vertrauliche Besprechungen" gab es an jenem Abend im Reichskanzlerpalais nicht, wohl aber einen liebenswürdigen Wirt, etwa dreihundert Gäste und ausgezeichnete Verpflegung.

Berlin, den 13. Juni 1884.

Der vergangene Montag sah, nach mehrwöchentlicher Pause, die Reichsboten wieder hier versammelt, und zwar vorerst nicht zu ernster Arbeit, sondern zu festlichem Thun. Es galt der Legung des Grundsteins zum Reichstagsgebäude, jenen stolzen Bau, welchen die Nation ihren Vertretern bestimmt hat, zugleich zu dem herrlichsten Denk- und Siegesmal für die deutschen Heere und dem gewaltigsten Wahrzeichen des wieder aufgerichteten Reiches. Die Feier ging in seltener Pracht und Großartigkeit vor sich. Als Prinz Wilhelm, der hoffnungsvolle Erstgeborene des Kronprinzen, so recht forsch seine drei Hammerschläge auf den Grundstein that, durchbrauste halbunterdrückter Jubel die dort versammelten Tausende — man hörte darin die Freude über das jugendfrische, kräftige Auftreten des künftigen dritten Kaisers im neuen Reich. Die Königliche Familie hatte, mit Ausnahme der leider durch Krankheit behinderten Kaiserin, die Hammerschläge gethan, da schritt der Kaiser nochmals, entblößten Hauptes, aus dem Kaiserzelte nach dem Grundstein, ergriff wiederum den Hammer und that von neuem drei Schläge mit den Worten: „Im Namen der Kaiserin und Königin" — nicht ohne tiefe Rührung wurde das ritterliche Thun des Kaiserlichen Herrn von der versammelten

[1]) Vergl. darüber Bd. I (2. Aufl.), S. 256.
[2]) Diese Auffassung trifft nicht zu, der Witz steht auf dem Conto des Grafen Wilhelm Bismarck.

Digitized by Google

Menge aufgenommen. Unmittelbar darauf vollzog Fürst Bismarck die drei Hammerschläge, dann Graf Moltke. Nachdem dies geschehen, rief der Kaiser erst den Kanzler, dann auch den Grafen Moltke heran, reichte jedem eine Hand und hielt sie so, während er mit ihnen sprach, offenbar in überaus gnädiger Weise — eine Gruppe, an der jedes deutsche Herz seine helle Freude haben mußte, ein dankbarer Vorwurf für einen vaterländischen Historienmaler! — Einen sehr guten Eindruck machte es auch, als am Ende der Feier ein Patriot auf einer der Tribünen ein Hoch „auf unsern alten Kaiser" ausbrachte; es stand nicht im Programm und war offenbar nur der spontane Ausbruch patriotischer Gesinnung, aber es fand eine sehr gute, freudige Aufnahme bei den Festgenossen.

Berlin, den 20. Juni 1884.

Lebhaftes Bedauern wird, wie ich glaube, die große Mehrheit des deutschen Volkes darüber empfinden, daß die Vorlage wegen der Dampfersubventionen unerledigt bleibt. Das Bedürfnis direkten Verkehrs durch Schnellschiffe mit Ostasien und Australien ist allgemein anerkannt; unser Handel, unsere Post, unsere Marine brauchen direkte schnelle Verbindung mit jenen Gegenden. Jetzt fehlt es uns daran. Von selbst wird so etwas nicht; auch die „praktischen" Engländer, die uns so oft als Muster vorgehalten werden, subventionieren derartige Dampferlinien, die Franzosen desgleichen. Die verbündeten Regierungen wollten deshalb entsprechende Unternehmungen in Hamburg oder Bremen, mit 4 Millionen Mark jährlich, 15 Jahre lang, subventionieren. Daß dahinter noch mehr steckt, nämlich ein vielleicht außerordentlich folgenreicher Vorstoß auf dem Gebiet der Kolonialpolitik, das hat sich wohl ungefähr jeder halbwegs verständige Schuljunge in Deutschland gesagt. Freilich, es ist viel Geld — die 4 Millionen auf 15 Jahre repräsentiren, kaufmännisch gerechnet, ein Kapital von 45 Millionen Mark, und eine Rente für dieses Kapital läßt sich nicht ausrechnen. Es ist ungefähr dieselbe Lage, als wenn der Staat nach Gegenden, welche wenig Verkehr haben, Eisenbahnen baut. Daß das Geld auf absehbare Zeit sich nicht verzinsen wird, ist gewiß. Aber ebenso gewiß ist, daß die betreffende Gegend, ihr Wohlstand, ihre Steuerkraft gehoben, daß somit das Kapital im höchsten Grade nutzbringend angelegt wird. Von derartigen Anschauungen hat sich die Eisenbahnpolitik des Staates Sachsen bisher leiten lassen, und das hat unbestreitbar unserm engern Vaterlande großen Segen gebracht. Aber die Freisinnigen, Eugen Richter und Dr. Bamberger voran, wollen womöglich Zinsgarantien sehen. Für Maßnahmen, welche das Produktionsgebiet Deutschlands erweitern, seiner Industrie lohnenden Absatz, seinen Arbeitern Arbeitsgelegenheit schaffen, fehlt es ihnen an Verständnis. So nörgelten sie denn an der Vorlage herum, verlangten Kommissionsberatung und setzten dies durch, mit Hilfe des Centrums, welches hier wieder einmal seine Unberechenbarkeit darthat. Es zeigte sich von neuem, daß die verbündeten Regierungen für Unternehmungen mit nationalem Beigeschmack nur auf die Konservativen und die Nationalliberalen rechnen können; diese für sich allein verfügen nicht über

Digitized by Google

die Majorität in diesem Reichstag. Die Kommission wird das Grab der Vorlage sein, sie mag ad acta Samoa gelegt werden. Daß die heimische Handelskammer in Plauen mit Energie für das fragliche Unternehmen eingetreten ist, hat mir große Freude gemacht. Freilich wird sie sich den Hohn Eugen Richter's gefallen lassen müssen, welcher findet, daß die Schwärmerei für überseeische Dinge bei den Leuten um so größer ist, je entfernter sie von der See wohnen.

Heute fand der vielbesprochene „parlamentarische Frühschoppen“ beim Reichskanzler statt[1]). Mir war diesmal das Glück wieder recht hold — unberufen! Ich saß mit einigen Herren der konservativen und der nationalliberalen Partei sowie des Centrums an einem der in dem sogenannten Kongreßsaal aufgestellten Tische, und wir thaten uns gerade an dem wirklich selten schönen Kaviar gütlich, als der Fürst sich unserm Tische näherte und bei uns niederließ. Er hat wohl nahezu eine Stunde bei uns verweilt. Anfangs bewegte sich das Gespräch um gleichgültige Dinge, die Vorzüge des Hofbräus, eines leichten Moselweins und dergl. Der Kanzler bedauerte dabei, daß das unfreundliche Wetter es ihm unmöglich gemacht, uns in seinem Garten zu bewirten; wenn das Wetter sich bessere, werde er uns in nächster Woche wiederum bitten, einen Frühschoppen bei ihm zu genehmigen, dann aber im Garten. Später wendete sich das Gespräch auf die Vorgänge um die Jahreswende 1870/71.

Fürst Bismarck erzählte, über die Kriegskontribution von 200 Millionen Franken, welche damals noch vor dem Friedensschluß der Stadt Paris auferlegt worden, habe er mit dem „kleinen“ Thiers verhandelt, als sie miteinander die Treppe hinuntergegangen seien. Er habe zu Thiers gesagt: „Wir würden glauben, Paris zu beleidigen, wenn wir weniger als eine Milliarde verlangen wollten.“ Thiers sei ob der Höhe der Summe bald vom Stengel gefallen. Die Verhandlungen seien fortgesetzt worden, und als man unten an der Treppe angelangt, sei man darüber einig gewesen, daß Paris 200 Millionen Franken zu zahlen habe. Diese seien denn auch entrichtet worden. Er, Bismarck, habe darauf im preußischen Ministerrat beantragt, daß diese Summe, die erste Einnahme aus dem mit vereinten Kräften geführten Nationalkriege, dazu verwendet werde, den deutschen Bundesgenossen die Kriegskostenentschädigungen zurückzuzahlen, welche sie im Jahre 1866 an das siegreiche Preußen hatten zahlen müssen. Er sei da auf lebhaften Widerstand gestoßen, man habe ihm erwidert: „Diese Dinge gehören der Vergangenheit an!“ Er habe entgegnet: „Es ist nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft, wir schmieden damit das neue Reich fester zusammen.“ Er sei aber in der Minorität geblieben oder vielmehr ganz allein, keiner seiner Kollegen habe mit ihm gestimmt.

Weiter besprach er die Vorgänge vor der Kaiserproklamation am 17. bezw. 18. Januar 1871 und die Beteiligung des Königs von Bayern dabei. Letzterer habe ihn schon damals, wie bis heute, mit seinem Vertrauen beehrt. Bei früheren Verhandlungen mit dem König von Bayern habe er diesem einmal gesagt: „Ew.

[1]) Vergl. darüber Bd. I (2. Aufl.), S. 263 f.

Majestät, wir Bismarck's sind altbayerische Vasallen, unsre Besitzungen in der Mark danken wir dem deutschen Kaiser Ludwig dem Bayern; schon darum werde ich Ew. Majestät niemals etwas anraten, was ich für Ew. Majestät schädlich erachte." Der König habe ihm seitdem Vertrauen geschenkt und er, Bismarck, sei nachmals öfter in der Lage gewesen, den König zu beraten; er könne mit gutem Gewissen sagen, daß er ihn stets gut beraten habe. Damals, im Januar 1871, habe er an den König von Bayern geschrieben, um ihn zu bestimmen, daß er die Proklamation des Königs von Preußen zum Deutschen Kaiser herbeiführe. Er habe ihm vorgestellt, daß er, der König, durch die Versailler Verträge schon mehr zugestanden habe, als der König von Bayern dem König von Preußen einräumen könne: dem Deutschen Kaiser aber könne er das alles zugestehen; darum solle der König von Preußen zum Deutschen Kaiser ausgerufen werden. Abends zwischen 7 und 8 Uhr habe er den Brief in aller Eile geschrieben. Gleichzeitig habe er dem Grafen Holnstein, Oberststallmeister des Königs von Bayern, sagen lassen, daß er um 9 Uhr abreisen müsse, um den Brief an den König von Bayern auf Schloß Berg zu bestellen und die Antwort zurückzubringen. Richtig sei Graf Holnstein abends um 9 Uhr abgereist und er habe es fertiggebracht, binnen sieben Tagen nach Schloß Berg zu gelangen, dort den Brief an den König von Bayern und dessen Antwort sodann in Versailles zu überreichen. Darauf sei die Kaiserproklamation erfolgt.

Fürst Bismarck erwähnte bei obigem Gespräch, daß der König von Bayern anfangs das Ansinnen, den König Wilhelm im Namen und Auftrag der deutschen Fürsten und freien Städte die deutsche Kaiserwürde anzutragen, abgelehnt habe. Darauf sei man an den König Johann von Sachsen mit der Frage getreten, ob er es thun wolle. Dieser habe ohne Besinnen bejaht, unter dem Vorbehalt, daß es eben der Bayer nicht thun würde. Nunmehr habe er dem König von Bayern davon Kenntnis gegeben, daß, wenn er es nicht thue, es durch den König von Sachsen geschehen werde. Darauf habe der König von Bayern seinen Widerstand aufgegeben[1]). — Jetzt sind beide Könige tot, da kann er dies wohl erzählen. —

Ich benutzte die Gelegenheit, da das Haus des Fürsten Bismarck bei hellem Tageslicht Hunderten von Gästen preisgegeben war, um nicht nur den anstoßenden Park zu besichtigen, sondern auch in sein Arbeitszimmer zu ebener Erde und das daneben befindliche Allerheiligste mit dem Hünensofa einzudringen. Es war mir ein eigenartiger Genuß, in dem Raume zu verweilen, wo der Mann des Jahrhunderts seiner Tagesarbeit obzuliegen pflegt. Zum Andenken nahm ich mir aus dem Feuerzeug auf dem Schreibtisch einige Streichhölzer, riesenhaft wie alles an ihm und um ihn, schon mehr Spähne. Ein paar davon habe ich nachmals an andre Bismarckverehrer verschenkt, zwei besitze ich noch, sie liegen in meinem Reliquienschrein.

---

[1]) Vergl. über diese Frage mein Werk „Fürst Bismarck, Neue Tischgespräche und Interviews," S. 91, Note, und „von Unruh, Erinnerungen aus meinem Leben," S. 316.

Digitized by Google

Berlin, den 27. Juni 1884.

Der gestrige Tag gehörte fast ausschließlich der Vorlage über die Dampfersubventionen. Nicht, daß der Gegenstand auf der Tagesordnung gestanden hätte — nein, das haben die Freisinnigen im Bunde mit dem Centrum bisher zu hintertreiben gewußt, und aller Voraussicht nach wird diese Session und damit die ganze Legislatur-Periode enden, ohne daß das Plenum in die Lage kommen wird, über diese Angelegenheit von höchster wirtschaftlicher und nationaler Bedeutung sich schlüssig zu machen. Eben deshalb benutzten die Konservativen die Beratung des Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrages mit Korea, um durch den Freiherrn von Maltzahn-Gültz die Dampfersubvention und die Kolonialfrage überhaupt in die Besprechung zu ziehen. Am Montag bereits hatte der Reichskanzler in der Kommission die erschöpfendsten Erklärungen über beide Gegenstände gegeben. Er war zugleich in der Lage, mitzuteilen, daß inhalts einer ihm am Tage zuvor zugegangenen Nachricht von London die englische Regierung den Widerspruch gegen die deutsche Niederlassung in Angra Pequena an der Westküste von Afrika aufgegeben und das Deutsche Reich zu seiner ersten Kolonie beglückwünscht hat.

Ich habe der Sitzung als Zuhörer beigewohnt und kann bezeugen, daß der Eindruck dieser Mitteilung ein ganz gewaltiger war. Die Konservativen und die Nationalliberalen wenigstens machten aus ihrer patriotischen Freude kein Hehl. Die Freisinnigen blieben kühl; in ihren Augen ist Angra Pequena nur eine Sandwüste mit zwei Holzhütten, welche, wie Eugen Richter mit höhnendem Anklang an die bekannte stolze Depesche Bismarck's an die britische Kapregierung bemerkte, „unter dem Schutz des Reiches stehen". Kühl blieben sie auch bei der Eröffnung der Reichskanzlers, daß er noch andres dieser Art in petto habe, daß er aber seine Eisen aus dem Feuer nehmen und kalt werden lassen müsse, wenn er rücksichtlich der Dampfersubvention abermals auf ein Nein stoße, wie seinerzeit bei der Samoavorlage. Seine weiteren Darlegungen ließen klar erkennen, wie nüchtern und besonnen er die Dinge betrachtet, wie thatkräftig er aber auch vorzugehen gedenkt, wenn ihm die Unterstützung der Volksvertretung zu teil wird. Alles umsonst! Eugen Richter, Bamberger und Rickert verlangten Rentabilitätsnachweise, und da ihnen diese der Natur der Sache nach nicht gegeben werden konnten, erklärten sie, daß sie gegen die Vorlage stimmen würden. Die nächste Sitzung der Kommission wurde auf heute, Freitag, Abend anberaumt, trotz des energischen Widerspruchs des konservativen Abgeordneten Dr. Frege gegen solche Verschleppung, trotz seines Hinweises darauf, daß voraussichtlich heute oder doch morgen der Reichstag geschlossen werden würde.

Die Deutschfreisinnigen haben mit dem Centrum zusammen die Majorität in der Kommission, und sie beliebten die Fortsetzung der Beratung erst am Freitag. Nun, gestern erfolgte wenigstens die öffentliche Besprechung der Sache, dank der Initiative der konservativen Partei. Das Bild war ungefähr dasselbe wie in der Kommission. Auf der einen Seite der Reichskanzler mit den Konservativen und den Nationalliberalen für die Vorlage und für eine ebenso that-

Digitized by Google

kräftige als vorsichtige Kolonialpolitik kämpfend — ihnen gegenüber die Deutschfreisinnigen mit hohnvollem Nein — in der Mitte das Centrum mit wenns und abers in Hülle und Fülle. Das Gute hatte aber die Verhandlung doch, daß selbst die Freisinnigen schließlich sich nicht getrauten, ihr Nein mit der früheren Schroffheit aufrecht zu halten. Zur Klärung der öffentlichen Meinung in Deutschland wird diese Verhandlung ganz wesentlich beitragen. Nach welcher Seite die öffentliche Meinung sich neigen wird, das scheint mir zweifellos zu sein.

Von dem vorhin beschriebenen parlamentarischen Frühschoppen vom 20. Juni 1884 ist noch ein charakteristischer Vorgang nachzutragen. Der Kanzler hatte an einem Tische inmitten von Nationalliberalen Platz genommen, und sprach nicht eben sehr respektvoll von Windthorst. In dem Augenblicke betritt die Perle von Meppen den Saal. Bismarck eilt demselben entgegen und behandelte ihn mit Auszeichnung. Als Bismarck wieder zu seinem Stammtisch zurückkehrte und ihm von den Nationalliberalen der Kontrast seiner eben vernommenen Worte über Windthorst und seines Benehmens gegen denselben scherzend vorgehalten wurde, bemerkte er: „Wie sollte ich nicht, — bei dem großen Corps, das er hinter sich hat."

Von demselben Frühschoppen kam ein Abgeordneter schwer beladen in den Reichstag, verschwand aber bald aus dem Wandelgange und wurde nach einiger Zeit auf einem verunreinigten Orte aufgefunden. Die Freunde des Abgeordneten machten sich nun daran, ihren Kollegen in eine Droschke zu packen. In weiser Vorsicht wurde der Kutscher genau instruiert, es wurde ihm die Hausnummer angegeben, wo der Herr wohnte, und bemerkt, er solle zurückkommen und melden, wie er den Fahrgast nach Hause gebracht. Als der Kutscher zurückkam, fragte ihn ein Abgeordneter, ob er für die Verunreinigung der Droschke etwa noch etwas zu erhalten habe. — „Nein — antwortete der Kutscher — ich habe den Braten schon gerochen und ihm den Futtersack umgebunden."

VIII. Abschnitt.

Die XV. preussische Legislatur-Periode.

(Vom 14. November 1882 bis zum 9. Mai 1885[1].)

Die im Jahre 1882 zum Abgeordnetenhaus vollzogenen Wahlen konnten als ein Bismarck gegebenes Vertrauensvotum für seine Wirtschafts- und Sozialpolitik angesehen werden. Das Verhältnis wurde für die Regierung dadurch noch günstiger, daß die von der nationalliberalen Partei nach links abgeschwenkten

[1]) Es währte die I. Session der XV. Legislatur-Periode vom 14. November 1882 bis zum 2. Juli 1883, die II. Session der XV. Legislatur-Periode vom 20. November 1883 bis zum 19. Mai 1884, die III. Session der XV. Legislatur-Periode vom 15. Januar bis zum 9. Mai 1885.

Digitized by Google

Elemente sich im vorigen Frühjahr mit der abstrakten Opposition verschmolzen, so daß die Nationalliberalen mehr als je auf das Zusammengehen mit der Rechten hingewiesen wurden [1]).

Kurze Zeit vor den Wahlen hatte Bismarck die persönliche Bekanntschaft des Abgeordneten Christop Joseph Cremer [2]) gemacht. Derselbe arbeitete seit 1864 in der Journalistik, war im Jahre 1875 von dem zweiten Kölner Wahlkreise in das Abgeordnetenhaus gewählt worden, und kandidierte im Jahre 1881 für den Reichstag in Berlin. Im Jahre darauf wurde er in das Abgeordnetenhaus unterhalb der Mauern Berlins von einer rein protestantischen Bevölkerung gewählt. Die Bedeutung der Kandidatur eines Katholiken in dem protestantischen Berlin lag auf der Hand [3]).

Die erste Anregung der direkten und persönlichen Beziehungen des Abgeordneten Cremer zu dem Fürsten Bismarck erfolgte durch den damaligen Freiherrn, jetzigen Grafen von Mirbach. Letzterer kannte Cremer als Mitarbeiter am „Deutschen Tageblatt" und als eifrigen Verfechter konservativer und nationaler Ideen und sagte im Herbst 1881 zu demselben: „Sie müssen den Fürsten Bismarck kennen lernen!" Cremer verhielt sich zu diesem Vorschlage keineswegs ablehnend, that aber seinerseits keinen Schritt zur Verwirklichung desselben. Am 1. März 1882 vermittelte Freiherr von Mirbach in seinem Absteigequartier im Hotel Royal in Berlin die Bekanntschaft Cremer's mit dem Chef der Reichskanzlei, Geheimrat Dr. von Rottenburg. Kurze Zeit darauf sagte Rottenburg zum Abgeordneten Cremer auf einem Balle bei dem Minister Maybach: „Der Fürst Bismarck wünscht Sie morgen zu sprechen. Ich werde Sie vom Abgeordnetenhause abholen." Rottenburg fuhr am andern Tage dort auch vor, jedoch nur um ihm zu sagen, daß der Reichskanzler an diesem Tage infolge rheumatischer Schmerzen verhindert sei, Cremer zu empfangen.

---

[1]) Ein offiziöser Korrespondent wollte im August 1882 dem Publikum glauben machen, daß Fürst Bismarck sofort nach Ablehnung des Tabakmonopols es in einer Ministerialsitzung entschieden abgelehnt habe, auf die Wahlen einzuwirken. Er habe damals die volle Verantwortung für das Weitere Herrn von Puttkamer zugeschoben und denselben ziemlich scharf angelassen: „Besorgen Sie die Wahlen und schaffen Sie mir das Verwendungsgesetz. Eher bekümmere ich mich nicht mehr um die innere Politik." Die Nachricht klang sehr unwahrscheinlich.

[2]) Cremer, Christoph Joseph, Redakteur in Berlin, geboren in Bonn am 15. Juli 1840, katholisch. Seit 1875 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Sein politischer Standpunkt ist der christlich-konservative. Cremer trat anfangs April 1864 in die Redaktion der „Kölner Blätter" (jetzt „Kölnische Volkszeitung") ein. Bald darauf übernahm er die „Kölnische Handelszeitung" unter eigener Verantwortung. Im Jahre 1868 ging er auf zwei Jahre nach Frankreich; im Juni 1870 nach Deutschland zurückgekehrt, übernahm er die Redaktion des „Westfälischen Merkurs" in Münster. Dann kam er nach Berlin zur „Germania", deren Redaktion er im Jahre 1875 selbständig leitete, 1877 redigierte er kurze Zeit die in Würzburg erscheinende „Bavaria".

[3]) Vergl. Wiermann a. a. O. Bd. II., S. 332.

Digitized by Google

Ende August 1882 erhielt der Abgeordnete von Massow auf Rohr in Pommern von Herrn von Rottenburg eine Zuschrift, worin derselbe äußerte: „Wie ich höre, besucht Sie demnächst der Abgeordnete Cremer[1]). Bringen Sie ihn doch einmal mit nach Varzin.“ Augenscheinlich hegte Fürst Bismarck den Wunsch, den Mann kennen zu lernen, der in Berlin und in den Provinzen so kräftig für die antifortschrittliche Richtung agitierte.

Herr von Massow schrieb darauf unter dem 29. August von Rohr aus an Cremer: „Heute Morgen erhielt ich aus der Reichskanzlei ein Schreiben, in welchem ich gebeten werde, falls Sie mich in Rohr besuchten, mit Ihnen einen Ausflug nach Varzin zu machen. Übermorgen fahre ich nun voraussichtlich allein dorthin und werde vermelden, daß Sie mir für Mitte September Ihren Besuch in Aussicht gestellt hätten und ich Sie dann einführen würde. Dies wird Sie vielleicht bewegen, Ihren Besuch nicht in das Unbestimmte hinauszuschieben.“ Cremer erwiderte, daß er seinen Besuch in Rohr unter allen Umständen gemacht haben würde und sagte zu, am 16. September dort einzutreffen.

Zwischenzeitlich fuhr Herr von Massow selbst nach Varzin und ließ durch den Grafen Rantzau fragen, wann dem Fürsten Bismarck der Besuch der beiden Abgeordneten angenehm sei. Als dieser Zeitpunkt wurde der 21. September bezeichnet. Am bestimmten Tage fuhr man von Rohr zu Wagen nach Varzin, wo man kurz vor der Dinerzeit eintraf. Der Fürst empfing seinen langjährigen Gutsnachbarn, Herrn von Massow, auf das freundschaftlichste und behandelte Herrn Cremer, den er sofort in ein längeres Gespräch zog, mit Auszeichnung. Als man sich gerade zu Tisch begeben wollte, ertönte vom Gutshofe her das Signal einer Extrapost. „Da kommt Friedberg! — sagte der Fürst — er ist auf einer Inspektionsreise begriffen, und ich habe ihn gebeten, bei mir vorzusprechen.“ Dann meinte er zu Cremer gewendet, daß er ihn gebeten haben würde, die Nacht in Varzin zu bleiben, nunmehr aber auf Gewährung seines Wunsches bestehen müsse, weil er sonst zu wenig Gelegenheit finden würde, sich mit Cremer eingehender zu unterhalten, denn der Justizminister, der am folgenden Morgen wieder abreise, würde ihn (den Fürsten) bis dahin vollständig in Anspruch nehmen. Nachdem der Minister Dr. Friedberg den Salon betreten hatte, ging man zur Tafel. Der Minister führte die Fürstin, der Abgeordnete Cremer die Gräfin Rantzau zu Tisch und saß während des Mahles zur linken Seite des Fürsten. Nach Tisch zogen sich Fürst Bismarck und Dr. Friedberg zu einer langen Konferenz zurück. Am andern Morgen zeigte die Fürstin Herrn von Massow und Cremer den Park, und nach dem Frühstück erfolgte eine Ausfahrt Bismarck's mit Massow und Cremer, die sich bis kurz vor die Dinerzeit ausdehnte. Die Fahrt erstreckte sich über einen großen Teil des Varziner Gebietes. Fürst Bismarck war bei bester Laune, erzählte unermüdlich die reizendsten Episoden aus seinem Leben,

---

[1]) Cremer befand sich damals auf einer politischen Agitationsreise von Breslau über Rügen nach Königsberg und Tilsit, da die preußischen Abgeordnetenhauswahlen vor der Thür standen.

Digitized by Google

sprach über Politik und Politiker, versäumte aber keine Gelegenheit, seine Vorliebe für Landwirtschaft und das Landleben an den Tag zu legen. Er versicherte allen Ernstes, daß, wenn ihm nicht die Politik in die Quere gekommen wäre, er es in der Landwirtschaft zu etwas Tüchtigem gebracht haben würde. Die Unterhaltung gewann somit einen durchaus gemütlichen Ton. Als das Gefährt in einen richtigen pommerschen Sandweg einlenkte, dessen Bestimmung ein Täfelchen an einem Baume als „Holzweg" charakterisierte, machte Cremer mit Bezug darauf den Scherz, daß er aus eigenster Erfahrung eine Behauptung aufstellen könne, die kein Diplomat der Welt wagen könne, ohne sich unendlich lächerlich zu machen, nämlich, daß er den Fürsten Bismarck auf dem Holzwege gesehen habe. In bester Stimmung langte die Gesellschaft in Varzin wieder an. Als es zur Tafel ging, hatte Cremer die Ehre, die Fürstin Bismarck zu Tisch führen zu dürfen, und an der rechten Seite des Fürsten Platz zu nehmen. Nach Tisch besprach Fürst Bismarck mit Cremer die gesamte politische Lage, namentlich mit Rücksicht auf die damals bevorstehenden Wahlen. Cremer entwickelte seine Grundsätze, und Fürst Bismarck machte ihm gegenüber aus seinen intimsten Gedanken kein Hehl. Herr von Massow war an dieser Unterhaltung nicht beteiligt. Wiederholt trat die Fürstin an ihren Gemahl heran mit der Mahnung: „Otto, Du mußt Dir endlich Ruhe gönnen; Du mutest Dir wieder zu viel zu!" Aber der Fürst winkte in liebenswürdigster Weise ab mit den Worten: „Laß mich, Johanna, wir unterhalten uns ausgezeichnet, und das ermüdet auch nie!" Am Schlusse konnte Cremer konstatieren, daß er fast in allen Punkten mit Bismarck übereinstimmte. Bismarck bat Cremer wiederholt, die entwickelten Theorien mit Nachdruck weiter zu verteidigen, ohne im mindesten die eigenen Anschauungen desselben zu beeinflussen, und fragte schließlich, ob er etwas für ihn thun könne. Cremer erwiderte, er habe nur den einen Wunsch, Bismarck möchte seinen Einfluß dahin aufwenden, daß er staatlicherseits weder Anerkennung noch Auszeichnung erhalte, und bemerkte etwas drastisch: „Ein Band ins Knopfloch wäre für mich die Strippe ums Bein. Sobald ich einen Titel oder Orden hätte, würde man sagen: Er muß! Ich will aber nicht müssen, ich will wollen!" Bismarck war anfangs frappiert. Dann meinte er lachend: „Während man sich sonst die Gesellschaft kaum vom Halse halten kann, die einen um alles Mögliche bittet, verlangen Sie das Gegenteil. Den Gefallen kann man Ihnen thun, und Recht haben Sie obendrauf!"

Nach der Abreise von Varzin sagte Massow dem Abgeordneten Cremer, daß von dem in Varzin Gesprochenen nichts lautbar werden dürfe.

Auf der Rückreise nach Berlin traf Cremer unterwegs mit dem Grafen Wilhelm Bismarck zusammen. Cremer frug den Grafen, wie er sich zu verhalten habe, falls die Thatsache seines Varziner Besuches in der Presse verlautbare. Graf Wilhelm erwiderte, daß Cremer absolut keine Veranlassung habe, aus der Thatsache selber ein Geheimnis zu machen, daß er sich aber in Bezug auf die Einzelheiten Reserve auferlegen möge. Es dauerte volle sechs Wochen, bis die Anwesenheit Cremer's in Varzin öffentlich bekannt wurde. Zunächst geschah dies

Digitized by Google

in Form eines schlechten Witzes von Eugen Richter, der seinen Lesern die große Neuigkeit auftischte, Cremer habe „im Nachthemde des Reichskanzlers“ geschlafen[1]). Das wahrscheinlich von einem Reporter aus einer gelegentlichen Unterhaltung in privaten Kreisen aufgeschnappte Faktum ist allerdings „historisch“ richtig, aber keineswegs das einzige Bemerkenswerte an jener Begegnung. Die praktische Folge war, daß Cremer bis zum Abgange Bismarck's in der Presse für die Politik desselben eintrat, und auch in der Folge nie zu denen gehört hat, die mit Rücksicht auf die veränderte Situation sich auf die Gegenseite stellten. Im übrigen darf hier bemerkt werden, daß Cremer schon seit Jahren auch als Mitglied des Centrums zu den treuesten Verehrern des Fürsten Bismarck gehörte, dem er im Hinblick auf dessen weltgeschichtliche Leistungen für die Ehre und die Größe des deutschen Vaterlandes alle Nachsicht für eine Kirchenpolitik angedeihen ließ, die er (Cremer) als einen verhängnisvollen Mißgriff betrachtete. Hatte Cremer es doch schon im Jahre 1879 gewagt, eine parlamentarische Soiree des Fürsten zu besuchen, ohne sich durch die Stichelreden und die Grobheiten seiner Kollegen vom Centrum in seiner Haltung beirren zu lassen[2]).

Am 18. September 1882 sandte der neue Wahlverein in Osthavelland nachstehendes Telegramm an den Fürsten Bismarck: „Der heute in Nauen versammelte neue Wahlverein stellt Herrn Professor Wagner in Berlin als Kandidaten zum Abgeordnetenhause für das Osthavelland auf und beglückwünscht sich,

---

[1]) Die „Post“ Nr. 288 vom 22. Oktober 1882 schrieb: „Der Abgeordnete Cremer soll, wie vor einiger Zeit von mehreren Zeitungen gemeldet worden, ohne daß dieser Meldung widersprochen wurde, bei dem Fürsten Reichskanzler in Varzin gewesen sein. Die Meldung scheint richtig zu sein. Denn der „Kölnischen Volkszeitung“ wird jetzt geschrieben: Herr Cremer fand in Varzin, wo er 1½ Tage verweilte, beim Reichskanzler die freundlichste Aufnahme. Er wurde zur Tafel gezogen und übernachtete auf der Besitzung des Fürsten. Der Reichskanzler habe vorher den Wunsch ausgesprochen, gern den Mann sehen zu wollen, der in Berlin und in den Provinzen so kräftig für die antifortschrittliche Richtung agitiere, und habe ihn deshalb durch den Landrat von Massow zu sich entbieten lassen, welcher Einladung Cremer in Begleitung des Landrats gefolgt sei. Dabei sei er auch zufällig mit dem Justizminister Friedberg in Varzin zusammengekommen; Cremer sei schließlich mit ermutigendem Händedruck vom Kanzler geschieden, und beabsichtige er, falls er gewählt werde, der konservativen Fraktion nicht beizutreten und „wild“ zu bleiben, um eventuell nach allen Seiten hin Hiebe austeilen zu können.“

[2]) Cremer's Stellung zum Kulturkampf erhellt aus einer Rede vom Februar 1883, worin es heißt: „So lange der Staat einseitlich durch seine Gesetze, insbesondere auf der ganz falschen Grundlage der Maigesetze, seine Verhältnisse zur Kirche regelte, gehörte ich dem Centrum an. Von dem Augenblicke an aber, wo im Jahre 1878 die Unterredung zwischen Kanzler und Nuntius in Kissingen stattfand -- ich erhielt die Nachricht gerade, als ich mich mit dem Fürst-Bischof Förster im Gespräch befand — da sagte ich sofort: „Jetzt ist eine Wendung eingetreten; der Staat läßt sein bisheriges Prinzip fallen; jetzt ist es die Pflicht eines patriotischen Preußen, ihm in der Beseitigung des Kulturkampfes beizustehen.“ Erst dann können wir den Kulturkampf überwinden, wenn jeder von uns „mit wahrhaft preußischer, patriotischer Gesinnung an die Lösung dieser Aufgabe herantritt, und bei aller Hochachtung, die ich vor Herrn Windthorst habe, möchte ich doch sehr in Zweifel ziehen, ob er im stande sei, eine wirklich preußische Politik zu treiben.“

Digitized by Google

in dem Genannten einen Mann gefunden zu haben, welcher in der Lage und froh bereit ist, die hohen Ziele der Regierung Sr. Majestät, besonders auf dem Gebiete der inneren Politik, zu fördern und zu stützen und die Ideale Euer Durchlaucht zum Besten der Nation verwirklichen zu helfen."

Darauf erging (Ende September) die Antwort:

Ich danke für das freundliche Telegramm des Neuen Wahlvereins und werde mich freuen, wenn eine Kraft von der Bedeutung des Herrn Professors Wagner für die parlamentarische Vertretung der wirtschaftlichen Politik, welche die Regierung nach Maßgabe der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November verfolgt, gewonnen werden kann.

von Bismarck.

Wagner war in der That eine wertvolle Unterstützung Bismarck's und es sollen ihm die Worte nicht vergessen werden, welche er im August 1881 in Elberfeld sprach, um den Vorwurf zu entkräften, die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers entbehre der wissenschaftlichen Begründung. In dieser Beziehung sagte Professor Wagner folgendes: Ich erlaube mir zunächst einige Worte im eigenen Interesse zu sagen, da ich sehr wohl weiß, daß diejenigen, welche, wie ich, als Theoretiker die heutige Politik des Reichskanzler Fürsten Bismarck vertreten, sofort von den Gegnern verdächtigt werden, aber wir Universitätslehrer haben schon länger eingesehen, daß die Theorie des neuen Wirtschaftssystems, die Theorie der freien Konkurrenz, höchst einseitig ist, daß sie den Menschen durchaus nicht auffaßt, wie er ist, mit allen seinen Schwächen und Vorzügen, sondern den Menschen viel zu günstig behandelt, indem sie voraussetzt, daß er überall ein bedeutendes Maß von Intelligenz, Charakterstärke und Tüchtigkeit auch in körperlicher Beziehung darstellt, was einfach nicht der Fall ist. Wir Theoretiker aber haben gesucht, den Menschen zu nehmen, wie er sich in Wirklichkeit findet, realistisch, mit allen seinen Schwächen und Vorzügen, und wir haben uns deshalb überzeugt, daß die Theorie der freien Konkurrenz und die Praxis der freien Konkurrenz in dieser Weise nicht haltbar sind, wie sie in neuerer Zeit zur Geltung gekommen sind. Diese Ansichten, welche in der That von einem erheblichen Teil der deutschen wissenschaftlichen Männer vertreten werden, mögen angefochten werden — aber es sind doch nicht etwa Ansichten, die erst gestern aufgestellt worden sind, weil Fürst Bismarck und andre mächtige Staatsmänner sie vertreten, es sind vielmehr Ansichten, die eine lange Zeit hindurch sehr unpopulär waren, und wegen deren wir ausgespottet wurden. Ich prätendiere durchaus nicht, bei Ihnen die Ansicht zu erwecken, daß wir paar Theoretiker es gewesen wären, die einen Mann, wie den Reichskanzler Fürsten Bismarck, bestimmt hätten; gewiß nicht, ein Mann, wie der Reichskanzler, hat ja auch nicht einmal die Zeit dafür, sich mit solchen theoretischen Ansichten zu beschäftigen. Aber das spricht doch auch für seine Politik, daß, während wir Theoretiker von dem Boden der reinen Theorie aus ganz ähnliche Tendenzen geltend gemacht haben, er auf einem ganz andern Wege zu seinen Ansichten, wie er sie vertritt, gekommen ist, und da wird man doch die alte

Digitized by Google

Regel gelten lassen, wenn zwei auf ganz verschiedenen Wegen zu ziemlich denselben Zielpunkten und Vorschlägen kommen, so spricht auch das für eine gewisse innere Wahrheit dieser Ideen ... Bismarck schreckt nicht zurück vor dem Gedanken, den er den Gegnern, den Sozialisten, entnommen hat, sondern er sagt, wo mir ein Gedanke richtig und ausführbar erscheint, da nehme ich ihn an, einerlei, von wem er gekommen ist, und verwende zu seiner Ausführung die Mittel des Staates. Er sagt ganz mit Recht, wir wollen gerade unsern Arbeitern zeigen, daß der Staat in der That sich nicht scheut, auch mit materieller Hilfe für sie einzutreten, wo es notwendig ist. —

Auf dem kirchenpolitischen Gebiet dauerten die Bestrebungen Bismarck's, den Boden für den Kulturkampffrieden zu ebnen, fort.

Von den im Bischofsparagraphen des Kirchengesetzes vom 31. Mai 1882 enthaltenen Vollmachten machte die Regierung zu Anfang nur bezüglich der Bischöfe von Limburg und Münster Gebrauch. Die Metropoliten von Köln und Gnesen-Posen blieben im Exil. An eine Rückberufung des Kardinals Ledochowski hat Bismarck wohl nie gedacht, eher war er geneigt, den Erzbischof Melchers aus dem Exil zurückzuberufen[1]). Bismarck beriet sich über die Opportunität einer solchen Maßregel mit mehreren nationalliberalen Abgeordneten.

Dr. von Sybel, der früher zu den heftigsten Kulturkämpfern gehört hatte, meinte, wie die Sache jetzt liege, einen Widerspruch gegen die Absicht Bismarck's nicht erheben zu sollen. „Was kann da sein, — meinte er — die Kölner werden am Tage seines Einzuges etwas mehr Maiwein trinken." Denselben Abgeordneten hatte Bismarck zuerst in seine Absicht, dem Kulturkampf ein Ende machen zu wollen, eingeweiht. Es war die Zeit, da die Wogen des Kulturkampfs am höchsten gingen, als derselbe inmitten einer längeren, höchst interessanten Entwickelung der Lage, der Hindernisse welche seine Politik durchkreuzten, die Notwendigkeit einer Frontveränderung auseinandersetzte. „Ich habe jetzt die Sache satt. Ich werde den Kulturkampf beseitigen, aber nicht auf dem Wege von staatsrechtlichen, nein, von völkerrechtlichen Verhandlungen."

Als dieser sehr antiklerikal gesinnte Abgeordnete Bismarck erstaunt fragte, wie ihm denn dieser Entschluß so plötzlich gekommen sei, erwiderte Bismarck, der Gedanke sei ihm in einer schlaflosen Nacht gekommen.

Zwei andre nationalliberale Abgeordnete, welche Bismarck gleichfalls zu sich bat (darunter von Bennigsen), waren der Ansicht, daß die Rückberufung des Erzbischofs von Köln nicht beschlossen werden könne, ohne das Ansehen des Staates auf das empfindlichste zu verletzen. Bismarck war andrer Ansicht und begründete dieselbe mit solcher Lebhaftigkeit, daß die Abgeordneten nach ihrem Hut griffen und sich von ihm verabschiedeten.

Auf der Treppe begegnete denselben ein hoher Würdenträger, der sich zum Vortrage beim Kanzler melden wollte. Einer der Abgeordneten rief ihm zu:

---

[1]) In dieser Beziehung hatte sich eine lebhafte Agitation gebildet. Vergl. H. Wiermann, Geschichte des Kulturkampfs, Leipzig 1885, S. 269, 298, 304.

Digitized by Google

„Wählen Sie lieber eine andre Stunde; der Kanzler ist sehr aufgebracht." Der betreffende Beamte ließ sich aber in seinem Vorhaben nicht abhalten, und trat in Bismarck's Arbeitszimmer ein. Nach einer Stunde traf er zufällig den Abgeordneten, der ihn gewarnt hatte, wieder: „Nun, wie haben Sie den Kanzler getroffen?" „Ich habe in seiner Stimmung nichts gemerkt; er war ruhig wie sonst und sagte nur: „Soeben haben mich die Abgeordneten (N. N.) verlassen; wir haben über die Rückberufung des Erzbischofs von Köln diskutiert. Im Grunde haben sie ganz recht gehabt[1])."

Melchers sollte in seine Diözese in der That nicht mehr zurückkehren. Er wie Ledochowski hatten schon längst ihre Resignation in die Hände des Papstes gelegt und diesem die Entscheidung anheimgestellt. Am 15. Dezember 1885 zog Dr. Krementz, bisher Bischof von Ermland, als Erzbischof in Köln ein, von den Spitzen der Regierungs- und städtischen Behörden empfangen. Der ihm zu Ehren veranstaltete Fackelzug wies 20000 Teilnehmer auf.

Während die Regierung im Jahre 1883 mit der Kurie über die Anzeigepflicht verhandelte, brachte das Centrum im Abgeordnetenhause den im vergangenen Jahre abgelehnten Antrag auf vollständige Freigebung des Messelesens und Sakramentespendens ein[2]).

Als die Absicht der Windthorst'schen Aktion bekannt wurde, sah Bismarck seinen alten Jagdfreund, den Abgeordneten von Dietze-Barby bei sich zu Tisch, und erklärte demselben offen, er sei im Grunde kein Gegner des Antrags[3]), ja, es frage sich, ob, da Windthorst die Frage einmal wieder auf die Tagesordnung bringe, es nicht das Beste sein würde, ihm von seiten der Regierung zuvorzukommen.

In diesem Sinne verhandelte Bismarck mit seinen Kollegen, stieß aber beim Kultusminister von Goßler auf entschiedenen Widerstand. Goßler setzte in einer größeren und wohldurchdachten Denkschrift auseinander, daß durch eine solche unbedingte Freigebung der geistlichen Verrichtungen die ganze preußische kirchliche Gesetzgebung der letzten zehn Jahre durchlöchert und wertlos gemacht werde, und verhehlte nicht, daß er seine Hand nicht dazu bieten könne. Ihm trat nicht bloß das Staatsministerium, sondern auch der Abgeordnete von Bennigsen bei. Genug, Fürst Bismarck überzeugte sich, daß der Weg, den er einschlagen wollte, nicht gangbar sei, und er äußerte sich in diesem Sinne in einer zweiten Unterredung Dietze-Barby gegenüber. Die Konservativen wußten um die veränderte Stimmung des Fürsten Bismarck bei der Beratung des Windthorstschen Antrages noch nicht und glaubten, in seinem Sinne gehandelt zu haben, als sie demselben nicht entgegentraten.

---

[1]) Ich führe den Vorgang an, um zu beweisen, wie wenig Bismarck an einer vorgefaßten Meinung festhielt. Für ihn gab es nur Gründe, und keine Vorurteile.

[2]) Vergl Wiermann, Geschichte des Kulturkampfes, S. 278 und 290.

[3]) Als Dietze-Barby die Nachricht dem Abgeordneten Windthorst im Reichstage mitteilte, bemerkte dieser letztere: „Sie sind die Friedenstaube mit dem Ölblatt."

Digitized by Google

Wie in vorliegendem Falle, so fungierte auch in vielen andern Dietze-Barby als Sprachrohr des Kanzlers den Parlamentariern gegenüber. Er operierte dabei mit großer Vorsicht. Wenn Bismarck sich einmal für eine Ansicht aussprach, so pflegte Dietze davon nichts verlauten zu lassen. Kam der Kanzler aber öfter und mit Nachdruck darauf zurück, so pflegte er zu fragen: „Durchlaucht, liegt es in Ihrem Wunsche, daß dies bekannt wird?" Auf diese Weise war er sicher, niemals eine Indiskretion zu begehen. Dietze-Barby hat das große Verdienst, den Professor Schweninger zu Bismarck gebracht zu haben. Der Kanzler wollte von einem Wechsel in der Person seines Hausarztes lange nichts wissen. Schließlich arrangierte man es so, daß man endlich dessen Jawort erlangte, und den bereit gehaltenen Schweniger sofort in das Gemach Bismarck's einführte. Als Bismarck am dritten Tage eine ihm von Schweninger nicht erlaubte Speise essen wollte, nahm letzterer ihm den Teller vor der Nase weg und schüttete den Inhalt durch das Gartenfenster.

Die Reichstagsmitglieder aus dem Centrum, mit denen Bismarck persönlich verhandelt hat, kann man an den Fingern abzählen. Franckenstein, Windthorst, Hertling, Schalscha, die beiden Reichensperger, Schorlemer-Alst, Preysing und Freiherr von Huene [1]). Der letztere hat sich hauptsächlich der Behandlung finanzieller, wirtschaftlicher und militärischer Fragen zugewandt und innerhalb seiner Fraktion darin eine gewisse Stellung erworben. Er war Vorsitzender der großen Steuerkommissionen (1890—91 und 1892—93) im preußischen Abgeordnetenhause, und während mehrerer Jahre der Budgetkommission des Reichstags; zur Zeit hat er diese letztere Stellung im Abgeordnetenhause. Es ist ihm vor allem die Gabe eigen, die Regierungsentwürfe in der Weise zu amendieren, daß sie der parlamentarischen Mehrheit annehmbar erscheinen.

Hervorragend beteiligt war Freiherr von Huene an dem Zustandekommen des preußischen Gesetzes vom 14. Mai 1885, betreffend die Überweisung von Beträgen, welche aus landwirtschaftlichen Zöllen eingehen, an die Kommunalverbände (Gesetzsammlung S. 129), indem er einen Initiativantrag einbrachte, aus welchem dies Gesetz sich entwickelt hat. Dasselbe hatte den Zweck, die durch die beabsichtigte Änderung des Zolltarifs erwachsenden Einnahmen zu benützen, um damit zugleich auch die Erleichterung der kommunalen Lasten herbeizuführen. Das Einverständnis Bismarck's zu der lex Huene wurde durch Verhandlungen erzielt, welche Freiherr von Huene mit dem Grafen Herbert Bismarck führte.

Das Gesetz war im Abgeordnetenhause angenommen und lag dem Herrenhause vor. Im Reichstage stand man vor dem Abschluß der Beratungen über

[1]) Freiherr von Hoiningen-Huene, Karl, Major a. D., Rittergutsbesitzer auf Groß-Mahlendorf (Postst. Grüben, Ober-Schlesien), zuletzt Wahlkr. 8. Reg.-Bez. Breslau (Landkr. Breslau-Neumarkt). — Centrum. — Geb. am 24. Oktober 1837; römisch-katholisch. 1859—73 in der preußischen Armee; Feldzüge 1864, 1866 und 1870—71. Amtsvorsteher, Mitglied des Kreistags und des Kreisausschusses des Kreises Falkenberg in O.-Schl., Mitglied des Landeseisenbahnrats, des Ausschusses für Hochwasserverhältnisse. Mitglied des preuß. Hauses der Abgeordneten, des Staatsrats und von 1884—1893 des Reichstags.

Digitized by Google

die Erhöhung der Getreidezölle. Nachdem einige dreißig Centrumsabgeordnete aus dem Westen den Beschluß gefaßt hatten, nur unter der Bedingung der Erhöhung der Getreidezölle zuzustimmen, daß die Einführung des Überweisungsgesetzes in Preußen feststehe, erhielt dasselbe die Bedeutung, die Annahme des Zolltarifs zu sichern, zudem da nicht feststand, wie viel andre Reichstagsabgeordnete sich noch den obigen anschließen würden. Der Reichskanzler wünschte aber die baldige Erledigung des Zolltarifgesetzes. In diesem Stadium der Angelegenheit ließ sich Graf Herbert Bismarck durch den Prinzen Arenberg im Foyer des Reichstags mit Huene bekannt machen, teilte ihm diesen Wunsch seines Vaters mit und fragte, wie man wohl die durch die noch nicht abgeschlossene Beratung des Überweisungsgesetzes bestehende Schwierigkeit beseitigen könne. Huene machte den Vorschlag, der Fürst möge als Mitglied des Herrenhauses bei den Beratungen des Überweisungsgesetzes anwesend sein und dafür stimmen. Erhalte dasselbe so die Majorität, so sei das Gesetz schon als publiziert anzusehen.

Am andern Tage teilte Graf Herbert mit, daß sein Vater auf den Vorschlag eingehe. Es wurde demgemäß verfahren und das Gesetz in namentlicher Abstimmung am 9. Mai angenommen. Am 11. folgte die Annahme der Erhöhung der Getreidezölle im Reichstage; Roggenzoll mit 188 gegen 139 Stimmen, also nur mit 24 über die absolute Majorität.

Später äußerte der Fürst gegenüber dem Abgeordneten Windthorst bei einem parlamentarischen Frühstück hinsichtlich des Gesetzes: „Es war ein geschickter Schachzug, der aber auf unserm Wege lag."

Zur Feier des siebzigsten Geburtstags Bismarck's hielt der Landtagsabgeordnete Dr. Karl Theodor am 28. März 1885 in Barmen eine Rede, in welcher er besonders die Verdienste des Jubilars auf dem innerpolitischen und wirtschaftlichen Gebiete pries.

In Folge seiner Thätigkeit stünden die „nationalen Interessen jetzt unangefochten über allen andern"; er sei der Förderer des großen Handelsbetriebes, der Großindustrie, des Mittel und Handwerkerstandes, gewissermaßen der Testamentsvollstrecker von Justus Möser geworden, er habe dem von Staat und Gesellschaft vergessenen sogenannten vierten Stand, den großen Stand des lohnarbeitenden Volkes, wieder seinen Grad von Lebenswürdigkeit und Ehre gegeben. In seine große Art des Denkens und der Arbeit habe Fürst Bismarck allmählich die deutsche Nation hineingezogen. Niemals — seit Goethe — sei das rein Persönliche eines Mannes so fruchtbar anregend, die Beschäftigung mit ihm so voller umstimmender Einwirkung auf die Volksseele gewesen.

Digitized by Google

IX. Abschnitt.

Die erste Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags.

(20. November 1884—15. Mai 1885 [1]).)

Die aus der Wilhelmstraße inspirierte Presse empfahl vor den Wahlen ein Zusammenwirken der konservativen Partei mit denjenigen Liberalen, welche, auf dem Boden des Heidelberger Programms stehend, zum voraus ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Reichspolitik in einer Reihe der wichtigsten und zunächst zur Entscheidung stehenden Fragen zu erkennen gegeben hatten [2]). In demselben Sinne lauteten alle diejenigen Kundgebungen, welche von Bismarck persönlich aus Anlaß der Neuwahlen ausgingen. Dem Vorsitzenden des konservativen Vereins der Rheinprovinz dankte er für „die vermittelnde Thätigkeit, welche derselbe in richtiger Würdigung des staatlichen Gesamtbedürfnisses gegenüber der Schärfe der Gegensätze entfaltet hatte, die in Deutschland auch unter ehrlichen Parteien das Zusammenwirken für gemeinsame Zwecke so wesentlich erschwert."

In Schmalkalden war eine Einigung der gemäßigten Parteien auf den freikonservativen Gutsbesitzer von Christen aus Werleshausen zur Bekämpfung des deutschfreisinnigen Rechtsanwalts Frieß in Kassel zu stande gekommen. Aus diesem Anlaß richtete am 12. Oktober eine in Schmalkalden stattgehabte äußerst zahlreich besuchte Wählerversammlung folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck: „Mehrere Hunderte nationalliberaler und freikonservativer, zum Kampfe gegen die Fortschrittler geeinter Wähler aus dem Kreise Schmalkalden bringen Ew. Durchlaucht begeisterten Gruß und das Versprechen warmer Förderung Ihrer Pläne." Auch dem Unterzeichner dieses Telegramms, dem Abgeordneten Pfannstiel zu Weidebrunn, sprach der Kanzler seine Freude über die Einigung der gemäßigten Parteien zu gemeinsamer Arbeit aus.

Der am 28. Oktober 1884 gewählte neue Reichstag ergab eine aus Deutschfreisinnigen, Centrum, Sozialdemokraten, Welfen, Dänen und Elsässern gebildete Mehrheit, die über 240 Stimmen verfügte und trotz aller prinzipiellen Gegensätze in dem einen Punkte einig war, dem Fürsten Bismarck das Leben so sauer als möglich zu machen und wenn möglich seinen Rücktritt herbeizuführen, um freies Feld für eine neue politische Bildung zu schaffen. Die übel berufene Parole „Fort mit Bismarck" war nach wie vor das Feldgeschrei der Mehrheit [3]).

In Eisenstein gaben bei der Reichstagswahl 34 von 41 Wählern dem Reichskanzler ihre Stimmen. Auf ein noch am Abende des Wahltages an den Reichskanzler abgesandtes Telegramm, in welchem das Ergebnis mitgeteilt und das Einverständnis der Wähler mit der Regierungspolitik des Reichskanzlers

[1]) Einen Überblick über die Session s. in Schultheß „Europ. Geschichtskalender" 1885, S. 92

[2]) Vergl. den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 484 vom 15. Oktober 1884.

[3]) Kohl, Bismarck-Reden, Bd. X., S. 236.

Digitized by Google

betont worden war, traf, zu Händen eines Eisenbahn-Assistenten in Bayerisch-Eisenstein, das nachstehende Antwortschreiben [1]) ein:

Euer Wohlgeboren danke ich verbindlich für Ihr Telegramm. Wenn ich auch als Mitglied des Bundesrats nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht wählbar bin, so freue ich mich doch über das Vertrauen, welches Sie mir schenken, und dem durch meine Thätigkeit im Bundesrate zu entsprechen ich mir stets angelegen sein lassen werde.

von Bismarck.

Die nationalliberale Partei in Hessen beglückwünschte er zu ihrem glänzenden Wahlerfolge [2]).

Diesmal war es auch dem ältesten Sohne des Reichskanzlers, dem Grafen Herbert Bismarck [3]), geglückt, ein Mandat für den Reichstag im 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise zu erlangen.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins für den Kreis Herzogtum Lauenburg hatte gelegentlich dieses Wahlsieges an den Fürsten Reichskanzler folgendes Beglückwünschungs-Telegramm abgesandt:

Voll freudiger Genugthuung über die Wahl des Grafen Herbert zu unserm Reichstagsabgeordneten sendet Euer Durchlaucht seinen aufrichtigen Glückwunsch in unwandelbarer Liebe und Verehrung der Vorstand u. s. w.

Hierauf traf folgende Antwort ein:

Berlin, den 30. Oktober 1884.

Für Ihr Begrüßungstelegramm verbindlich dankend, sehe ich in dem Wahlergebnis ein erfreuliches Zeichen der fortschreitenden gegenseitigen Verständigung der nationalen Elemente, durch deren Zusammenwirken allein die großen Aufgaben, die uns gestellt sind, gelöst werden können.

von Bismarck.

Den Wahlsieg seines Sohnes berührt Bismarck auch in folgendem, an den Erblandmarschall von Bülow-Gudow gerichteten Schreiben:

Berlin, den 2. Dezember 1884.

Auf Eurer Hochwohlgeboren Telegramm und die ehrenvolle Anerkennung meiner politischen Thätigkeit bitte ich, meinen herzlichen Dank für die Unter-

[1]) In Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

[2]) Am 16. November 1884 feierten in Darmstadt die Nationalliberalen ihren Sieg und sandten bei dieser Gelegenheit ein Begrüßungstelegramm an den Reichskanzler ab, auf welches an den Vorsitzenden des Ausschusses folgende Antwort einging: Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlich für das Telegramm vom 16. d. M. und beglückwünsche die nationalliberale Partei zu ihren glänzenden Wahlerfolgen in Hessen. Möge es Ihnen gelingen, die gewonnene Stellung zu behaupten! von Bismarck. In Kohl's Bismarck-Regesten ist auch dieses Schreiben des Kanzlers nicht erwähnt.

[3]) Graf Bismarck-Schönhausen, Herbert; geb. am 28. Dezember 1849 in Berlin, evangelisch. Besuchte das Friedrich-Werder'sche Gymnasium in Berlin und die Universitäten Bonn und Berlin. 1874 Attaché bei der Gesandtschaft in München, 1876 Gesandtschaftssekretär in Bern, 1881 Legationsrat im Auswärtigen Amte, 1884 Gesandter im Haag, 1885 Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, 1886 Staatssekretär.

Digitized by Google

stützung entgegenzunehmen, welche meinem Sohne und indirekt mir selbst seitens seiner Wähler zu teil geworden ist. Die Einigkeit, mit der die dortigen nationalen Elemente sich bei den Wahlen aneinander geschlossen haben, schätze ich — nicht als Eingesessener Lauenburgs, sondern von dem Standpunkte des Reichskanzlers — als ein Zeichen des wahren politischen Fortschritts im Gegensatz zu den unsrer nationalen Entwickelung hinderlichen Elementen.

von Bismarck[1]).

Unter den Neugewählten befand sich noch ein zweiter aktiver Beamter des Auswärtigen Amts in der Person des Legationsrats Gerlich[2]). Derselbe verdankte dem Wohlwollen des Reichskanzlers eine verhältnismäßig rasche Carriere, und erhielt noch zu Bismarck's Zeiten die einträgliche Stelle bei der dette publique in Konstantinopel, welche zur Zeit Rudolf Lindau versieht. Gerlich zählt noch heute zu den treuen Anhängern des Fürsten Bismarck und ist noch in diesem Jahr (1894) bei demselben in Varzin zu Gast gewesen. Als Parlamentarier ist derselbe nicht hervorgetreten.

Zur Genugthuung gereichte dem Kanzler die Wiederkehr des nationalgesinnten Bürgermeisters von Augsburg in den Reichstag. In Augsburg fand aus Anlaß des Wahlsieges eine patriotische Festfeier in den „Drei Mohren" statt, deren Teilnehmer an den Reichskanzler folgendes Telegramm richteten:

Mehr als tausend zu Augsburg versammelte deutschgesinnte Schwaben aus Bayern und Württemberg feiern den in Ulm errungenen Wahlsieg der deutschen Partei und senden Ew. Durchlaucht herzlichen Gruß mit der Versicherung, daß das Reichstagsmitglied für Ulm allzeit treu zum Kaiser und seinem Kanzler stehen wird.

Darauf traf an den Vorsitzenden des Festkomitees folgendes Antwortschreiben[3]) ein:

An den Bürgermeister Herrn von Fischer, Hochwohlgeboren zu Augsburg.

Berlin, den 19. November 1884.

Den Gruß von der schwäbischen Versammlung zu Augsburg erwidere ich mit herzlichem Danke und freue ich mich über den Sieg der nationalen Partei

---

[1]) Graf Herbert selbst antwortete auf ein Begrüßungstelegramm: Herrn Oberlehrer Naydt. Dem nationalliberalen Vereinsvorstand und besonders den Unterzeichneten des eben erhaltenen Telegramms danke ich verbindlichst für die freundlichen Glückwünsche und für Ihre kräftige Hilfe zur Erzielung des mich in hohem Maße ehrenden Wahlresultats. Graf Bismarck.

[2]) Gerlich, Hermann, Wirklicher Legationsrat in Berlin. Geb. 1844 zu Bankau, Kreis Schwetz, Provinz Westpreußen. 1872 in den auswärtigen Dienst des Deutschen Reichs getreten, war er zuerst in Kairo, später in New York, zuletzt in St. Louis als kaiserlicher Konsul beschäftigt; sodann, nachdem er inzwischen zeitweilig im Auswärtigen Amt und dem königlich preußischen Handelsministerium zu Berlin Verwendung gefunden, 1883 als vortragender Rat in das Auswärtige Amt berufen. (Deutschkonservativ.)

[3]) In H. Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

Digitized by Google

in Ulm um so mehr, als er dem Reichstage ein bewährtes Mitglied wieder zurückgegeben hat, dessen Fehlen mit Bedauern empfunden wurde.

von Bismarck.

Einem Wähler im Reichstagskreise Heidenheim bei Ulm, der in der Freude des Wahlsieges den Sieg der Freikonservativen dem Reichskanzler mit dem Bemerken mitteilte, daß die Gegner die Kandidatur des Bürgermeisters von Fischer in Augsburg einen dummen Schwabenstreich nannten, wurde folgende Antwort zu teil:

Berlin, den 4. November 1884.

Für die Begrüßung durch Ihr Schreiben vom 30. d. M. danke ich verbindlichst und freue mich, daß der 14. Wahlkreis seine reichstreue Gesinnung durch die Wahl des Bürgermeisters von Fischer so erfolgreich bestätigt hat. Wenn das ein Schwabenstreich ist, so ist er es im Sinne von Uhland's bekanntem Gedicht, zur Ehre des schwäbischen Namens.

von Bismarck.

Die Nachricht, der Kanzler habe die Wahl des Sozialdemokraten Adolf Sabor, Lehrer in Frankfurt, begünstigt[1]), trägt so deutlich den Stempel „des Märchens" an der Stirn, daß wir uns damit nicht weiter zu beschäftigen haben.

Bei Beginn der Session nahm Bismarck gegen das Centrum eine scharfe Stellung ein. Der wieder in den Reichstag gewählte Abgeordnete von Helldorff hatte mit der Leitung der Fraktion gleichzeitig auch wieder die des Wahlvereins der Deutschkonservativen übernommen, nachdem Freiherr von Hammerstein von 1881 ab diesen Posten versehen, den er jetzt, durch persönliche Verhältnisse gezwungen, niederlegen mußte.

Wie sich Helldorff im einzelnen zu den politischen Tagesfragen stellte, erhellt aus der Rede, die derselbe in der Generalversammlung des konservativen Vereins für den Kreis Wittenberg am 15. Oktober 1884 hielt. Helldorff verurteilte hier die Opposition, welche die aus den Sezessionisten und den Fortschrittlern hervorgegangene „deutschfreisinnige Partei" dem Fürsten Bismarck machte, und erklärte dieselbe als unverständlich und unpatriotisch[2]). Wie man im

[1]) Die „Frankfurter Zeitung", Nr. 163 vom 14. Juni 1893, schrieb in dieser Beziehung: „Sofort bei Ansicht Ihrer Notiz in Nr. 161, Abendblatt der „Frankfurter Zeitung", habe ich vorausgesehen, daß Sie eine Berichtigung von Herrn Dr. Lucius erhalten würden, da es mir bekannt war, daß das betreffende Telegramm s. Z. nicht an diesen Herrn gelangt ist. Nichtsdestoweniger ist die Sache richtig, daß ein Telegramm „Fürst wünscht Sabor" 1884 vor der Stichwahl an eine namhafte Persönlichkeit in Frankfurt und zwar von einer Seite gerichtet worden ist, welche in dieser Sache gut unterrichtet sein konnte. Dieses Faktum ist vor der Wahl und seit jener Zeit unter den Angehörigen aller Parteien der Stadt oft besprochen, auch im Reichstage erwähnt, später aber niemals in Abrede gestellt worden. Heute hat es nur noch einen historischen Wert, ob der Absender des Telegramms wirklich über die Absicht des Fürsten Bismarck unterrichtet war oder nicht. Seine Wirkung bei der damaligen Wahl hat das Telegramm jedenfalls gethan (Sabor wurde in den Reichstag gewählt), und damals ist dessen Inhalt nicht in Zweifel gestellt worden."

[2]) „Charakteristisch für diese Partei ist es, daß ihre Agitation sich recht eigentlich und persönlich gegen unsern großen Staatsmann Bismarck richtet. Vergegenwärtigen wir uns doch

Digitized by Google

Ausland darüber dachte, das illustrierte er an einer kleinen Anekdote: In einer deutschen Stadt waren zu großen städtischen Anlagen, Wasserleitung, Pferdebahn oder dergleichen, ausländische Unternehmer herangezogen worden. Nach Beendigung des Baues fand ein großes Festessen statt, viele Reden wurden gehalten, auf mancherlei getoastet. Schließlich erhebt sich einer der ausländischen Unternehmer, klopft an sein Glas und sagt in gebrochenem Deutsch: er müsse seine Verwunderung darüber aussprechen, daß unter allen Toasten keiner Bismarck gegolten. Wenn sein Heimatland einen Mann hätte, der wie dieser das Land groß gemacht und seine Wohlfahrt gefördert, es würde seiner bei solchen Gelegenheiten gewiß in erster Linie gedacht werden. Er wolle das Versäumte nachholen und bringe ein Hoch auf Bismarck aus. Der Redner, meine Herren, soll ein Däne, und den freisinnigen Vätern der Stadt die Sache recht peinlich gewesen sein.

Während der Reichstag tagte, fanden mehrere Besprechungen Bismarck's mit Helldorff statt, so am 2. Dezember 1884 über den Antrag Windthorst's auf Aufhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern (Nr. 17 der Drucksachen).

In jener Zeit markierte sich in der konservativen Partei mehr und mehr jene centrumsfreundliche Richtung, welche für den Antrag Windthorst stimmen wollte. Da Helldorff in der ganzen politischen Situation die Stellungnahme auf Seite der Regierung für geboten hielt, während man von der andern Seite sich auf die Konsequenz einer Abstimmung über denselben Gegenstand im Vorjahr stützte, so war ein starker Dissens in der Fraktion die Folge, der zu mehrfachen Besprechungen Anlaß gab.

Am Tage nach der Unterredung mit Bismarck nahm Helldorff bei Beratung dieses Antrages das Wort, um in einer kurzen aber kräftigen Rede die Gründe auszuführen, welche ihn bestimmten, augenblicklich gegen die Aufhebung des Gesetzes vom 4. Mai 1874 zu stimmen[1]). Am 4. Dezember 1884 ließ Bismarck während der Reichstagsverhandlungen Helldorff rufen und sprach demselben für seine Haltung in dieser inzwischen erledigten Sache[2]) seinen Dank aus.

Es folgten nun weitere Verhandlungen am 15. Dezember. Benehmen über die an diesem Tage beginnende Debatte wegen Bewilligung eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amt[3]).

---

die jetzige Lage im Vergleich zur Vergangenheit! Vor kaum zwanzig Jahren wurde Preußen vielfach kaum als voll zu den Großmächten gehörig angesehen. Jetzt nimmt Preußen, das unter ihm geeinigte Deutschland, geradezu eine dominierende Stellung in Europa ein, nie hat ein deutscher Kaiser eine solche Fülle von Macht und Achtung in sich vereinigt, wie unser erhabener Kaiser Wilhelm, kaum je hat ein Staatsmann eine solche Stellung in der Welt behauptet, wie Fürst Bismarck."

[1]) Stenographischer Bericht, S. 169.

[2]) Bei namentlicher Abstimmung hatten für den Antrag 217 Abgeordnete gestimmt. Die Minderheit (darunter Helldorff) hatte es auf 93 Stimmen gebracht.

[3]) Am gleichen Tage und in derselben Sache ergriff Helldorff das Wort im Reichstag; vergl. die Stenographischen Berichte, S. 369.

Digitized by Google

Die Ablehnung dieses Postulats am 15. Dezember 1884 rief einen Sturm der Entrüstung in der Nation hervor. Aus Stuttgart ging folgende Adresse an den Fürsten Bismarck ab: Angesichts der feindseligen, das Vaterland schädigenden Haltung der Reichstagsmehrheit vom 15. d. M. fühlen wir uns gedrungen, Ew. Durchlaucht unser rückhaltsloses Vertrauen und den ehrfurchtsvollsten Dank für die energische Wahrung der deutschen Interessen auszudrücken. Möge das deutsche Volk, dessen Herz Ew. Durchlaucht gewonnen hat, den auf seine Größe und sein Wohl gerichteten Bestrebungen Ew. Durchlaucht künftig verständnisvoller und entschiedener Unterstützung gewähren!

Im Namen von 44 Mitgliedern der württembergischen Kammer der Abgeordneten: W. Wolff, Landtagsabgeordneter der Stadt Tübingen.

In einem Schreiben an Herrn von Laster in Berlin, d. d. 26. Dezember 1884, äußerte Fürst Bismarck aus Anlaß des Reichstagsbeschlusses vom 15. Dezember 1884: die Deutschen im Auslande hätten augenscheinlich „ein wärmeres Herz für das Vaterland, als die Reichstagsfraktionen, welche die Mehrheit des Volkes zu vertreten glauben".

Und dem Abgeordneten von Benda schrieb der Kanzler in Erwiderung auf eine aus seinem Wahlkreise (Wanzleben) überreichte Adresse:

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben sowie die demselben beigefügte Adresse habe ich empfangen und bitte Sie, Ihren Wählern für diese Beurkundung ihres Wohlwollens und Vertrauens meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. Die große Zahl der Unterschriften unter der Adresse ist ein erfreuliches Zeichen für die fortschreitende Erkenntnis der Gefahr, welche für die Zukunft des Reichs in der Zersetzung unsrer Volksvertretung durch die Fraktionspolitik liegt, und darin finde ich die Ermutigung, im Kampfe gegen die feindliche Koalition verneinender Geister auszuharren.

von Bismarck.

In Bezug auf die kolonialen Fragen war es für den Kanzler von Wert, in dieser Legislatur-Periode in der Person des Reichstagsabgeordneten Adolf Woermann[1]) einen praktischen Sachverständigen zur Seite zu haben. Bereits am 28. April 1884 hatte Bismarck eine Unterredung mit demselben, woran noch teilnahmen: Lüderitz, Dyes aus Bremen und der Geheime Legationsrat von Kusserow, auf dessen Anregung die Unterredung arrangiert war. Der Fürst führte namentlich aus, daß das Deutsche Reich nicht französische Kolonialpolitik treiben wolle; man könne nicht Kriegsschiffe aussenden, um überseeische Länder zu erobern, auch könne die deutsche Regierung nicht fremde Länder ohne weiteres in Besitz nehmen; dagegen solle der deutsche Kaufmann geschützt werden, wo

---

[1]) Adolf Woermann, Kaufmann (Chef der Firma C. Woermann, Hamburg), geboren den 10. Dezember 1847 zu Hamburg (evangelisch). 1868—1870 Reisen nach Asien und Amerika, 1871—72 zwei Reisen nach der Westküste Afrikas mit einjährigem Aufenthalt in Liberia. Mitglied der Handelskammer Hamburg, 1884 Vorsitzender derselben. Mitglied der Bürgerschaft Hamburgs. Mitglied des Reichstags (III. Wahlkreis Hamburg) seit 1884 bis 1890. Nationalliberal.

Digitized by Google

er sich niedergelassen habe, und wo der deutsche Kaufmann von dem Lande Besitz ergriffen habe, da werde die deutsche Regierung bereit sein, dem Kaufmann zu folgen, wie das England stets gethan habe. Mit Bezug auf die Verwaltung solcher Länderstrecken schwebe ihm ebenfalls das Vorbild Englands vor, welches großen Gesellschaften eine sogenannte Charter erteilt habe, so daß die Verwaltung ganz in den Händen solcher Gesellschaften gelegen habe. Er wies auf die East Indian Company hin und auf die neuerdings der Borneo Company von England erteilte Charter.

Der Fürst teilte darauf mit, daß ein deutsches Kriegsschiff und ein Reichskommissar (Dr. Nachtigal) nach Westafrika gesandt seien, und wünschte zu wissen, welche Instruktionen diesem in betreff der Erwerbung von Küstenstrecken zu erteilen seien.

Woermann entledigte sich dieses Auftrages in einer unterm 30. April 1884 an den Reichskanzler gerichteten Eingabe[1]). Dieselbe wurde vom Reichskanzler der am 19. Mai 1884 dem Generalkonsul Dr. Nachtigal erteilten Instruktion beigegeben.

Nachdem dann im Laufe des Sommers die Berichte des Dr. Nachtigal eingetroffen waren, nach welchen das jetzige Kamerun sowie das Togogebiet unter deutschen Schutz gestellt waren, fanden sich auf Einladung des Reichskanzlers die Inhaber der Firmen C. Woermann und Jantzen & Thormählen in Hamburg, die Herren Ad. Woermann, E. Bohlen, W. Jantzen und J. Thormählen, zu einer Besprechung der ihre Niederlassungen im Biafragebiete betreffenden Angelegenheiten am 25. September 1884 in Friedrichsruh ein.

Im Laufe der Unterredung sowie während des sich anschließenden Frühstücks fielen manche sehr charakteristische Äußerungen des Fürsten, von denen namentlich zwei schon damals einen besonderen Eindruck auf die Anwesenden machten. Dieselben sind einer ausdrücklichen Erwähnung schon deshalb wert, weil ihre Richtigkeit erst in späterer Zeit recht zu Tage getreten ist.

Fürst Bismarck sprach wiederholt davon, daß die praktischen Kaufleute bei der Kolonialpolitik das Beste thun müßten; mit den Bureaukraten könne er keine Kolonialpolitik treiben, „ich kann Ihnen doch keinen preußischen Landrat nach Kamerun setzen".

Ferner erwähnte der Fürst, daß ihm von manchen Seiten und zwar von „sehr klugen" Leuten geraten sei, Angra Pequena (Deutsch-Südwestafrika) den Engländern zu überlassen und dagegen von diesen Helgoland einzutauschen; er beurteile aber den Wert von Südwestafrika anders.

Der Fürst kam auch auf das Verhältnis Deutschlands zu England und Frankreich in Bezug auf die Kolonialpolitik zu sprechen. Als er der englischen Regierung Mitteilung von der Besitznahme Angra Pequenas gemacht, habe er erwartet, daß das Eintreten Deutschlands in die Kolonialpolitik von seiten

[1]) Dieselbe findet sich abgedruckt in von Koschitzki: „Kolonialgeschichte", Bd. II., S. 130, Note. Vergl. auch Müller: „Politische Geschichte", S. 176.

Englands freundlich begrüßt werden würde, und daß es uns infolge dieser Besitznahme sowie auch infolge der Besitznahme Kameruns keinerlei Schwierigkeiten machen würde, so daß ein gemeinsames Vorgehen Deutschlands mit England möglich gewesen wäre. Als aber das Gegenteil eingetreten sei, habe er sich mit Frankreich verständigen müssen, und deshalb sei es wichtig, bei dem Vorgehen in Westafrika und an andern Orten die Empfindlichkeiten Frankreichs zu schonen (siehe Weißbuch Seite 36, Nummer 9). Unmöglich könne Deutschland Kolonialpolitik treiben, wenn es sowohl England als auch Frankreich zu Gegnern habe. — England habe jetzt „den Anschluß verfehlt", und deshalb sei die Verständigung mit Frankreich erfolgt.

Fürst Bismarck erwähnte bei dieser Gelegenheit einer Eingabe der Hamburger Handelskammer an das Auswärtige Amt, in welcher darauf hingewiesen war, daß bei den gerade damals ausgebrochenen Differenzen zwischen Frankreich und China über verschiedene Häfen Chinas von Frankreich die Blockade verhängt, ohne daß diese Blockade effektiv geworden sei, was gegen die völkerrechtlichen Abmachungen verstoße. Die Handelskammer hatte darauf das Ersuchen an den Reichskanzler gerichtet, bei Frankreich diesbezügliche Vorstellungen zu machen im Interesse der deutschen Schiffahrt in China. — Der Fürst sprach seine Verwunderung darüber aus, daß gerade die Hamburger Handelskammer eine derartige Eingabe habe machen können. Er könne sich nicht in die Angelegenheiten Frankreichs einmischen; es würde daraus unter Umständen die Gefahr entstehen, daß französische Kriegsschiffe die Elbe blockierten, das würde aber den Hamburgern teurer zu stehen kommen als der durch die Blockade in China entstehende Schaden [1]).

Auf Ansuchen des Reichstagsabgeordneten Adolf Woermann erteilte Fürst Bismarck demselben im Laufe des Winters 1884 eine Audienz in betreff der Vorlage über die Dampfersubvention. Woermann hielt es für richtiger, daß die Zweiglinie Brindisi-Alexandria nicht eingerichtet würde, sondern daß die Hauptdampfer nach Übernahme der Post von Brindisi direkt durch den Suezkanal nach Ostasien und Australien gehen sollten. Der Fürst folgte indessen in dieser Hinsicht den Vorschlägen des früheren Reichstagsabgeordneten, Präsidenten des Norddeutschen Lloyd Hermann Heinrich Meier in Bremen.

In der Folge aber hat sich die erwähnte Zweiglinie doch als unhaltbar herausgestellt, und hat der Vertrag des Reiches mit dem Norddeutschen Lloyd eine entsprechende Änderung erfahren.

Auf Veranlassung des Fürsten Bismarck wurde der Reichstagsabgeordnete Adolf Woermann auch zum Délégué adjoint der Kongokonferenz ernannt; ferner erwies der Fürst demselben die Ehre, ihn zu beauftragen, mit dem damaligen

---

[1]) Nach dieser Unterredung erfolgte Woermann's Wahl (im November 1884) in den Reichstag. Im Laufe der ersten Session hatte derselbe mehrfach Gelegenheit, den Fürsten Bismarck bei parlamentarischen Diners und Soireen zu sehen, ohne aber selbst in die nähere Unterhaltung des Kanzlers gezogen zu werden, abgesehen von dem Diner mit Stanley bei dem Fürsten, wovon in Bd. I., S. 274 (der 2. Auflage) die Rede ist.

Digitized by Google

französischen Botschafter Baron de Courcel über die Abgrenzungen der französischen und deutschen Gebiete an der Goldküste und in der Biafra-Bai zu verhandeln.

Mehrfach lud der Kanzler Herrn Woermann nach Friedrichsruh ein. Der Fürst machte dann häufig Bemerkungen darüber, daß ihm in der Kolonialpolitik namentlich von den Kaufleuten nicht die genügende Unterstützung zu teil würde.

Er fragte Woermann auch einmal, woher es wohl kommen möge, daß die Beamten in den Kolonien sich so selten unter einander vertragen könnten, es schiene ihm, daß die meisten von ihnen von dem „furor regiminalis“ ergriffen würden. Woermann erwiderte darauf, daß es den Kaufleuten mit ihren Angestellten auch nicht besser erginge; zu allen Schwächen, welche in Europa die Menschen beherrschten, kämen in Afrika noch das Klimafieber und viele andre Verhältnisse hinzu, welche den Charakter der Europäer beeinflußten.

Bei einer andern Gelegenheit sprach der Fürst noch über Wißmann. Er habe diesem stets volles Vertrauen geschenkt und ihm plein pouvoir gegeben, da er selbst von Berlin in die Einzelheiten in Ostafrika nicht habe sachkundig eingreifen können. Wißmann habe dies Vertrauen niemals mißbraucht oder getäuscht; in allen schwierigen Verhältnissen, in die er gekommen sei, habe Wißmann sich stets „eine vollkommen weiße Weste“ erhalten.

Bei einer Gelegenheit fragte Woermann den Fürsten Bismarck, wie Kaiser Wilhelm I. persönlich zu der Kolonialpolitik stehe, ob er sich auch dafür interessiere oder nicht. Der Fürst erwiderte, daß der Kaiser sich kaum für die Einzelheiten interessiere, daß er aber die Überzeugung gewonnen habe, daß es für ein großes, mächtiges Reich, wie das jetzige Deutschland, auch „dazu gehöre“, die überseeischen Unternehmungen seiner Angehörigen zu fördern und zu schützen, und daß von diesem Gesichtspunkte aus Seine Majestät der Kolonialpolitik zugestimmt habe.

Am 19. Dezember 1884 sprach Bismarck den Abgeordneten von Helldorff von 1½—2½ Uhr) über die Lage; am 21. Januar 1885 speisten die Abgeordneten von Helldorff und von Minnigerode bei Bismarck.

Am 10. Februar 1885 stand auf der Tagesordnung des Reichstags die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Zolltarifgesetzes vom 15. Juli 1879, zu dessen Verteidigung Fürst Bismarck das Wort ergriff, um sich in der Hauptsache über die Notwendigkeit eines genügenden Zollschutzes für Holz und Getreide auszusprechen. Als nächster Redner ergriff der Abgeordnete von Schalscha das Wort, um sich zunächst gegen den Abgeordneten Rickert zu wenden und dann die ihm sympathische Vorlage der Regierung zu verteidigen. Am Schluß der Rede kam der Abgeordnete auf die Doppelwährung zu sprechen und bemerkte, er werde gerne den größten Teil der Zölle preisgeben, wenn die Regierung zur Doppelwährung übergehe. Der Kanzler war nach Schluß seiner Rede bereits im Begriffe, den Reichstag zu verlassen, als ihn die Ausführungen von Schalscha's zu fesseln schienen. Genug, er blieb, und hörte dessen Rede bis zum Schlusse an. Noch am gleichen Tage erhielt Herr von Schalscha durch Geheimrat von Rottenburg eine Einladung des Fürsten Bismarck, ihn am folgenden

Digitized by Google

Tage zu besuchen. Die Audienz währte eine halbe Stunde. Bismarck kam demselben in gewinnender Weise entgegen und besprach sodann mit dem Abgeordneten eine Reihe von Zollfragen, insbesondere die Frage der Einführung eines Kohlenzolls, die von Schalscha in seiner Rede auch gelegentlich berührt hatte. Von Schalscha versuchte wiederholt, das Gespräch auf die Währungsfrage überzuspielen, doch ging der Kanzler darauf nicht im mindesten ein. Der Anlaß zu einem Gespräche über die letztere ergab sich nach einem parlamentarischen Diner des Fürsten, bei dem auch Freiherr von Franckenstein und Graf Mirbach zugegen waren. Sobald sich das Gespräch dieser Frage zugewendet hatte, wurde von Schalscha als Sachverständiger vorgeschoben, und er war es, der mit dem Fürsten längere Zeit die Konversation führte. Bismarck hütete sich aber, zur Frage irgendwie selbst positiv Stellung zu nehmen. Er beschränkte sich vielmehr ausschließlich darauf, Zweifel über die Vorteile der Doppelwährung und die Möglichkeit ihrer Einführung auszusprechen und Fragen zu stellen, die allerdings ersehen ließen, daß die Sache anfing, ihn zu beschäftigen. „Wie wollen Sie es hindern, daß der Preis des Silbers heruntergeht?" — „Wie kann man nur zwischen zwei Waren einen Wert bezw. ein Preisverhältnis fixieren?" — — „Es geschieht das doch Tag für Tag. Man denke nur, wie oft mächtige Faktoren, z. B. Hamburger Kaufleute, den Preis einer Ware festsetzen — ohne daran rütteln zu lassen. Entschließt sich erst gar der mächtige Staat bezw. die großen Kulturstaaten zu einer solchen Festsetzung, so wird dieselbe unzweifelhaft durchführbar sein."

„Mit demselben Rechte — fuhr Bismarck fort — könnte ein festes Preisverhältnis auch zwischen Silber und Eisen statuiert werden."

„Doch nicht. Denn Eisen kann man in beliebigen Quantitäten produzieren, bei Silber und Gold, den Edelmetallen, ist das ausgeschlossen."

In ähnlichen Wendungen drehte sich die Tischunterhaltung, die ein praktisches Ergebnis zwar nicht hatte, den Fürsten aber jedenfalls auch von dem Vorhandensein guter Gründe für die Beseitigung der Goldwährung überzeugen mußte [1]).

Bereits in Bd. I (2. Aufl.), S. 275 f. ist erwähnt, in welcher dürftigen Form der Reichstag dem Fürsten Bismarck seine Glückwünsche zum 70. Geburtstag (1. April 1885) darbrachte. Dafür feierten ihn die regierungsfreundlichen Fraktionen [2]) durch Übersendung von Adressen.

---

[1]) Auf eine mit 6003 Unterschriften bedeckte Adresse aus dem Landkreise Breslau-Neumarkt erging im März 1885 an den Reichstagsabgeordneten Herzog von Ratibor nachstehendes Schreiben: Die Adresse, welche Eure Durchlaucht mir zu übermitteln die Güte gehabt haben, beweist das Verständnis, welches die nationalen Bestrebungen der Politik Seiner Majestät des Kaisers bei den Wählern Ihres Kreises finden. Eure Durchlaucht darf ich bitten, den Beteiligten meinen verbindlichsten Dank für diese Kundgebung ihrer wohlwollenden Gesinnung und für ihre bereitwillige Unterstützung ausdrücken zu wollen. von Bismarck.

[2]) 1. April 1885 hielt in Plauen im Vogtlande die öffentliche Festrede zu Ehren des 70. Geburtstages und 50jährigen Amtsjubiläums des Reichskanzlers der Superintendent Landmann; den Kaisertoast brachte der Reichstagsabgeordnete Dr. Hartmann aus. Vergl. den „Vogtl. Anzeiger und Tageblatt" Nr. 77 vom 3. April 1885.

Digitized by Google

Dem Abgeordneten Regierungsrat Althaus, als dem in der alphabetischen Reihenfolge ersten Unterzeichner der von der konservativen Fraktion zum Geburtstage des Reichskanzlers überreichten Adresse, ging das nachstehende Dankschreiben zu:

Ew. Hochwohlgeboren und Ihren Herren Fraktionsgenossen danke ich verbindlichst für die freundlichen Glückwünsche, mit welchen Sie mich zu meinem Geburtstage beehrt haben. v. Bismarck.

An die freikonservative Fraktion erging folgendes [1]) Schreiben:

Berlin, den 20. April 1885.

Für die freundlichen Glückwünsche, welche in der mir zu meinem siebzigsten Geburtstage übersandten Adresse einen für mich so ehrenvollen Ausdruck gefunden haben, sage ich meinen verbindlichsten Dank. v. Bismarck [2]).

An den Abgeordneten von Benda richtete Bismarck folgende Zeilen:

Berlin, den 20. April 1885.

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, den Mitgliedern der nationalliberalen Fraktion im Reichstage und Abgeordnetenhause für die freundlichen Glückwünsche, mit denen die Herren mich zu meinem Geburtstage beehrt haben, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. v. Bismarck [3]).

Die Adresse, welche die noch lebenden Veteranen der erbkaiserlichen Partei von 1849, die für den „Erbkaiser" stimmenden Mitglieder des Frankfurter Parlaments, an den Reichskanzler richteten, hatte folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst! Vor mehr als drei Jahrzehnten berufen, dem langen Sehnen des deutschen Volkes nach Vereinigung seiner Glieder zur Erfüllung zu helfen, vermochten die ehrerbietigst Unterzeichneten damals nur, auf den Weg hinzuweisen, der die Nation zur Einheit führen könne; ihnen war mehr nicht vergönnt, als ihrer Überzeugung, daß der deutsche Bundesstaat nur unter der Führung des Hohenzollernstaates zu gründen sei, festen Ausdruck und bestimmte Fassung zu geben, und diese gegen Anfechtung, Thorheit und Leidenschaft aufrecht zu halten. Daß wir jene Bahn in stürmischen Tagen betreten, die Fahne erhoben und unentwegt zu ihr gestanden haben, giebt uns ein Anrecht, dem Manne, der unsern Glauben zur That gemacht und uns zum Ziele geführt hat, den Dankeszoll, der ihm in unsern Herzen lebt, heute auszusprechen. Wer hat eindringlicher und schmerzlicher

---

1) In Horst Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt.

2) Auch mit dem Abgeordneten von Forckenbeck entwickelte sich eine Korrespondenz Bismarck's, jedoch nur in der Eigenschaft des ersteren als Oberbürgermeister von Berlin. Die betr. Schreiben d. d. 20. April 1885 und 31. März 1885 finden sich abgedruckt in der „Vossischen Zeitung" vom 25. April 1885, Nr. 191, und „Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung" vom 5. April 1885 (im Berl. Zuschauer).

3) Eine Charakteristik des Fürsten Bismarck seitens des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Theodor Brünings in einem Rechenschaftsbericht an seine Wähler findet man in der „Post" Nr. 215 vom 9. August 1895.

Digitized by Google

als wir erfahren, welche Kluft Streben und Erreichen, Gedanken und Vollbringen trennt? Wer könnte deutlicher die volle Wucht der Aufgabe empfinden, die Ew. Durchlaucht inmitten widerstrebender Kräfte, inmitten feindseliger Mächte auf sich genommen, wer aufrichtiger und lebhafter bewundern, was Ew. Durchlaucht vollbracht haben: die Erweckung der versunkenen Herrlichkeit der deutschen Nation zu neuem Leben und hellem Glanze! Politische Größe ruhte niemals auf Weitsicht, Kühnheit und Kraft allein, nicht minder auf Mäßigung und Selbstüberwindung; wie zu gespanntestem, verantwortlichstem Handeln, ist sie zu geduldigem Ausharren berufen. Was die einsam in schweren Stunden errungenen Entschlüsse kosten, ermißt, der sie zu fassen hatte, allein. Möge Ew. Durchlaucht zu dem einen wie zu dem andern auch hinfort die von innerster Überzeugung getragene Kraft nicht fehlen, möge Ew. Durchlaucht beschieden sein, nach glorreichsten Kriegen Deutschland und Europa den Frieden zu erhalten, das Deutsche Reich weiter und weiter erstarken zu lassen, über das heut vollendete Lebensjahr hinaus noch lange zum Heile der lebenden und der kommenden Geschlechter fortzuführen!

Entworfen war das Aktenstück von Geheimrat Max Duncker, es trug unter andern die Namen: Präsident Simson (Senatspräsident des Reichsgerichts), Drechsler (Kanzler der Universität Tübingen), von Rümelin, Geheimrat Beseler, Geheimrat Waitz, Dr. Löwe, Professor Biedermann[1]), Professor Markowiczka, Graf Keller, Dr. Pinkert in Erfurt[2]).

Auf diese Glückwunschadresse wurde der frühere Reichtagsabgeordnete Dr. Beseler durch nachstehende Antwort erfreut:

Berlin, den 20. April 1885.

Ew. Hochwohlgeboren und Ihren Herrn Genossen aus der Zeit des Frankfurter Parlaments danke ich verbindlichst für Ihre freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage.

Ihre wohlwollenden Worte der Anerkennung meiner politischen Thätigkeit sind für mich von um so größerer Bedeutung, als sie aus dem Munde von Männern kommen, welche von Anbeginn unsres parlamentarischen Lebens mit stets gleicher Hingebung für die Einigung unsres Vaterlandes eingetreten sind.

v. Bismarck.

Mitte April 1885 hielt der Abgeordnete Graf Herbert Bismarck[3]) in Ratzeburg vor seinen Wählern seine Jungfernrede. Dabei zeigte er sich als getreuen Interpreten der wiederholt von seinem großen Vater öffentlich dargelegten Anschauungen. Graf Herbert beleuchtete den allgemeinen Finanzzustand, die Notwendigkeit der Bewilligung höherer Einnahmen und die Zweckmäßigkeit der Ein-

[1]) Biedermann schrieb zum Jubiläum einen biographischen Aufsatz über Bismarck in der Zeitschrift „Nord und Süd“ (anonym).

[2]) Namhaftmachung derjenigen Persönlichkeiten, welche als frühere Mitglieder des Frankfurter Parlaments die Adresse an den Reichskanzler nicht unterschrieben haben, in der „Vossischen Zeitung“ vom 10. April 1885, Nr. 166, Beilage.

[3]) Vergl. S. 145.

Digitized by Google

führung des Branntweinmonopols. Daß auch er gleich wie sein Vater auf die Liberalen schlecht zu sprechen war, verwunderte nicht, und ebensowenig, daß er denselben den oft gehörten Vorwurf der Obstruktionspolitik machte. Die Zuhörer fanden, daß der Graf selbst in der Redeweise seinem Vater ähnlich sei[1]). —

Am 29. April und 6. Mai 1885 sprach Fürst Bismarck mit dem Abgeordneten von Helldorff über die Börsensteuer und den Schluß des Reichstags[2]).

Auch über den Verlauf dieser Session liegt mir eine Anzahl Berichte des Reichstagsabgeordneten Dr. Hartmann[3]) (Plauen) vor, denen ich nachfolgende Stellen entnehme.

Berlin, den 21. November 1884.

An den Eröffnungsfeierlichkeiten am 20. November 1884 nahm Fürst Bismarck teil. Bei Sr. Majestät dem Kaiser traten die Anzeichen des Alters und der dadurch bedingten körperlichen Schwäche viel stärker hervor, als gegenüber den stereotypen Versicherungen der Tagespresse von Spannkraft, Frische und dergl anzunehmen gewesen wäre. Die Thronrede war mit großen, mehrere Centimeter hohen und entsprechend starken Buchstaben gedruckt, die beim Umwenden auch für den ziemlich entfernt Stehenden sichtbar wurden. Gleichwohl vermochte der Kaiser nur stockend zu lesen. Mehrmals verblätterte er sich beim Umwenden, wodurch jedesmal ein peinlicher Aufenthalt veranlaßt wurde. Über das Wort Skierniewice — Ort der Zusammenkunft mit den Kaisern von Österreich und Rußland — kam er nur mit Mühe hinweg.

Als er nach Verlesung der Thronrede vom Thron herabgestiegen und von dem Teppich auf das unbedeckte Parkett gelangt war, kam er ins Schwanken, und es hatte einige Sekunden lang den Anschein, daß er stürzen würde. Der Kronprinz rechts und Fürst Bismarck links näherten sich in möglichst unauffälliger Weise — augenscheinlich, um ihn äußersten Falles zu stützen. Doch wären sie wohl zu spät gekommen, wenn nicht der Kaiser selbst noch die Kraft gefunden hätte, die Hacken zusammen zu schlagen und sich wieder aufzurichten. Daß ihm dies Genugthuung bereitete, konnte man ihm deutlich vom Gesicht ablesen. Aber peinliche Augenblicke waren es, und ich sagte unwillkürlich zu meiner Umgebung: „Das war das letzte Mal, daß Wilhelm der Siegreiche einen deutschen Reichstag eröffnet hat.“ — So ist es geworden. Der kaiserliche Herr hat noch eine Reichstagseröffnung erlebt, die von 1887, und er würde damals gewiß mit besonderer Freude den Anstrengungen der Eröffnungsfeierlichkeit sich unterzogen haben; aber er vermochte es nicht mehr.

---

[1]) Vergl. die „Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung“ Nr. 87 vom 15. April 1885.

[2]) In einem am Schlusse der I. Session für die Mitglieder seiner Partei geschriebenen Aufsatze bemerkte Helldorff, nachdem er die Erfolge des Kanzlers auf dem Gebiete der Kolonial-, Sozial- und Zollpolitik beleuchtet hatte: In wachsender Erkenntnis dieser Beziehungen sieht die Mehrheit der Nation in Bismarck auch auf diesen Wegen den genialen Vorkämpfer des nationalen Gedankens und wendet sich mehr und mehr einer praktischen politischen Auffassung zu, — welche die hergebrachten Parteidoktrinen und Parteischablonen zu durchbrechen droht.

[3]) Vergl. S. 126.

Digitized by Google

Berlin den 12. Dezember 1884.

Einen peinlichen Verlauf nahm die Debatte über einen Posten von 2700 M. jährlich, welcher zur Aufbesserung der Gehälter von drei Subalternbeamten der Reichskanzlei gefordert wurde. Der Reihe nach traten der Chef der Reichskanzlei, Geheimer Oberregierungsrat Rottenburg, ferner der Abgeordnete Graf Herbert Bismarck, Sohn des Reichskanzlers, endlich dieser selbst für die Vorlage ein. Sie alle vermochten die sogenannten Deutschfreisinnigen und das Centrum nicht von der Notwendigkeit der Ausgabe zu überzeugen. Die Sache wurde an die Budgetkommission zur Vorberatung verwiesen, gegen die Stimmen der Konservativen. In der Budgetkommission ist aber die Sache sehr glatt und schnell abgegangen. Die Forderung wurde bewilligt, gegen die alleinigen Stimmen des Centrums — ein Beweis dafür, daß mit der Opposition nichts weiter beabsichtigt war, als den Fürsten Bismarck zu kränken. Er hat es auch so aufgefaßt, beim Verlassen des Sitzungssaales soll er geäußert haben: „Man muß sich vor dem Ausland schämen!"

Der Gedanke an das Ausland lag sehr nahe, da gerade jetzt die Konferenz zur Regelung der afrikanischen Angelegenheiten in Berlin tagt. Aus der ganzen civilisierten Welt sind auf die Einladung des Kaisers hin die Diplomaten hierher geeilt, um unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck über die Geschicke eines Erdteils zu beschließen; sie folgen — freudig oder widerwillig, gleichviel — der überlegenen Leitung des genialen Mannes, und zur selbigen Zeit versagt ihm das Parlament 2700 M., obgleich er die Ausgabe für unerläßlich erklärt und mit seiner zweifellos höchsten Sachkunde dafür eintritt! Übrigens hielt bei dieser Gelegenheit Graf Herbert Bismarck seine Jungfernrede, und aus diesem Anlaß wohnte die ganze Familie des Reichskanzlers in einer der Logen der Verhandlung bei.

Unter den wichtigeren Gegenständen, welche uns in der letzten Zeit beschäftigten, nenne ich eine alte Bekannte, die Vorlage wegen der Postdampfersubventionen. Das Bild war ungefähr das nämliche, wie im vergangenen Monat Juni: die Konservativen und die Nationalliberalen entschieden eintretend für die nationalen und praktischen Ziele der Vorlage, das Centrum kühl und unentschieden, die „Deutschfreisinnigen" und die Sozialdemokaten mehr oder weniger feindselig. Die Vorlage wurde an eine Kommission verwiesen. Daß diese den Centrumsmann Grafen Ballestrem zum Vorsitzenden und den „deutschfreisinnigen" Abgeordneten Bamberger, den erklärten und entschiedenen Gegner der Vorlage, zum stellvertretenden Vorsitzenden wählte, scheint nicht gerade geeignet, bei den Freunden der Vorlage Hoffnungen zu erwecken. Indessen wird man doch das Ende mit verhältnismäßiger Seelenruhe abwarten können. Mir ist es ganz unwahrscheinlich, daß bei der entscheidenden Abstimmung eine Mehrheit sich zusammenfindet, welche es wagen sollte, entgegen dem erklärten einmütigen Willen der Nation die Vorlage abzulehnen. Die Kommission hat inzwischen mehrere Sitzungen abgehalten und ich habe denselben größtenteils beigewohnt. Bamberger und Genossen nörgelten munter und verlangten Rentabilitätsberechnungen, aber

Digitized by Google

die Regierungskommissare, die Abgeordneten Meier (Handelsherr in Bremen), Woermann von Hamburg, Gerlich (konservativ), Hammacher (nationalliberal) u. s. w. verteidigten die Vorlage in überzeugendster Weise. Interessant war es, aus dem Munde des Abgeordneten Bebel zu vernehmen, daß er zwar entschiedener Gegner der Dampfersubvention sei, aber damit in seiner, der sozialdemokratischen Fraktion, sich in der Minorität befinde; die Majorität seiner Fraktionsgenossen werde für die Vorlage stimmen.

Der enge Zusammenhang des Gesetzentwurfes über die Postdampfersubventionen mit der neuerdings seitens des Reiches mit Thatkraft und Umsicht eingeschlagenen Kolonialpolitik liegt klar zu Tage. Das stolze Wort „Unter dem Schutz des Reiches!" klang vor wenig Monaten zum erstenmal in zwei Jahrtausenden deutscher Geschichte hinaus über das Weltmeer — die Nationen, vor allem das seegewaltige England, haben das Wort vernommen und geachtet — Deutschlands Banner wehen auf afrikanischer Erde! Wer das vor 25 Jahren auch nur zu hoffen gewagt hätte, wäre für verrückt erklärt worden. Nun gilt es, das, was durch Gottes Gnade und die Weisheit der Staatsleitung im Reiche so hoffnungsreich begonnen ist, zur Ehre und zum Wohl des deutschen Volkes hinauszuführen. Die Postdampfersubvention ist ein Glied in der Kette der hierauf abzielenden Maßregeln. Weiteres wird und muß folgen. Mit Gottes Hilfe wird der Segen bald sichtbar, werden vor allem unsre Industrie und unser Handel die Früchte einheimsen können! Das Wort Bebel's, der Arbeiter werde nichts davon haben, ist ganz und gar thöricht. Vermehrte Arbeitsgelegenheit und in der weiteren Entwickelung auch höhere Löhne können gar nicht ausbleiben, wenn unsrer Industrie neue und gesicherte Absatzgebiete von unabsehbarer Ausdehnung gewonnen werden.

In der vorigen Woche wurde viel Staub aufgewirbelt durch den Antrag des Centrumführers Dr. Windthorst auf Aufhebung des Expatriirungsgesetzes. Der Antrag ist bereits zweimal vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen, und ebenso oft vom Bundesrat abgelehnt worden, zuletzt erst vor einigen Wochen. Gleichwohl brachte Windthorst den Antrag gleich nach dem Zusammentritt des Reichstags wieder ein, offenbar ohne alle Hoffnung auf Annahme seitens des Bundesrats und nur zum Zweck der Demonstration. Früher hatte der Bundesrat im Reichstag zu dem Antrag geschwiegen. Jetzt trat kein Geringerer gegen ihn auf als Fürst Bismarck, und zwar mit vollster Entschiedenheit. Er fand in dem Antrag die Absicht, den verbündeten Regierungen die Mißachtung des Reichstags auszudrücken, und ihr Ansehen zu beeinträchtigen, erklärte das Gesetz für unentbehrlich gegenüber den Umtrieben der Polen und bat um Ablehnung des Antrages. Das Redeturnier zwischen ihm und Windthorst war höchst interessant. Letzterer sprach von Tyrannen, welche den Völkern die Religion nehmen und sie dadurch zum Aufruhr treiben, vom Interdikt und andern dergl. Dingen, während die Ausführungen des Reichskanzlers in dem alten Kampfruf gipfelten: „Hie Kaiser, hie Papst"! Unter solchen Umständen entschloß ich mich, diesmal gegen den Antrag zu stimmen, obschon ich das vorige Mal mit ja votiert hatte. Die

Digitized by Google

Situation war eben jetzt eine andre und ich spüre durchaus keinen Beruf in mir, eine bloße Schachfigur in der Hand des klugen Parlamentstaktikers Windthorst zu sein. Der größere Teil der Deutschkonservativen, die Freikonservativen (deutsche Reichspartei) und die Nationalliberalen stimmten mit nein, wir brachten aber nur 93 Stimmen zusammen. Das Centrum, die sogenannten Deutschfreisinnigen, die Polen, die Welfen, die Elsaß-Lothringer, die Sozialdemokraten, kurz alle übrigen stimmten mit ja, und so erlangte der Antrag 217 Stimmen. Er ist im Reichstag angenommen, wird aber vom Bundesrat selbstverständlich zum drittenmal abgelehnt werden. Wie lange wird es dauern, bis er wieder kommt? Dann stimme ich vielleicht mit ja, vielleicht abermals mit nein, je nach der Gesamtlage der Dinge, wie sie sich da gerade darstellen wird. Wenn andre Leute mit derartigen Dingen Schach spielen, thue ich es auch.

Berlin, den 16. Januar 1885.

Die Eröffnung unsrer Verhandlungen am 8. l. M. stand, wie das Ende im Dezember des vergangenen Jahres, im Zeichen der Kolonialpolitik. Schon am ersten Tage beschäftigte man sich mit ihr aus Anlaß verschiedener Wünsche und Beschwerden betreffs des Auswanderungswesens. Den Höhepunkt aber erreichte die Verhandlung infolge einer sehr deplacierten Bemerkung des deutschfreisinnigen Abgeordneten Dirichlet, welcher die Kühnheit besaß, unsre starke Auswanderung mit dem üblen Einfluß zu erklären, welcher nach Ansicht dieses unbelehrbaren Manchestermannes die gegenwärtige Wirtschaftspolitik des Reichs auf den Wohlstand unsres Volkes ausübt. Nun, die Thatsachen vor und nach 1879 reden laut und unzweideutig genug: vorher sichtliche, erschreckenden Umfang annehmende Verarmung, seitdem zahlreiche und unbestreitbare Anzeichen wachsenden Nationalwohlstandes an allen Ecken und Enden — die alleinige Landwirtschaft ausgenommen. So hatte Fürst Bismarck leichtes Spiel mit seinen freihändlerischen Gegnern aus den Reihen der sogenannten Deutschfreisinnigen. Dabei konnte er nicht umhin, die Notlage unsrer Landwirtschaft zu schildern und ihre Hilfe durch eine angemessene Erhöhung der Zölle auf verschiedene landwirtschaftliche Erzeugnisse in Aussicht zu stellen. Diese Ankündigung wurde von dem Abgeordneten Eugen Richter mit lautem Triumphgeschrei aufgenommen. Der Führer der sogenannten Deutschfreisinnigen hofft, die Parole von der Verteuerung des Brotes im nächsten Wahlkampf ausbeuten und damit die Scharte auswetzen zu können, welche der famose 15. Dezember den sogenannten Deutschfreisinnigen eingebracht hat [1].

Fürst Bismarck legte nochmals die unabweisbare Notwendigkeit dar, der Landwirtschaft zu helfen, und schloß mit den Worten: „Wenn der Herr Abgeordnete Richter dem widerspricht, so versteht er nicht sein Land und seine Zeit!" — Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Am 9. Januar beschäftigten wir uns hauptsächlich mit einem Etatsposten von 150000 M., Jahresbeitrag an die Afrikanische Gesellschaft, behufs Er-

[1] Vergl. S. 148.

Digitized by Google

forschung des „dunklen Kontinents". In den früheren Jahren schon ist zu gleichen Zwecken der Betrag von 100000 M. bewilligt worden. Jetzt fordert die Regierung 50000 M. mehr, weil unser Interesse an der Erforschung Innerafrikas außerordentlich gestiegen ist, seit wir aktive Kolonialpolitik treiben und in dem Forschungsreisenden den Pionier unsrer Kolonialbestrebungen zu erblicken haben. Um diese 50000 M. mehr entbrannte ein hitziger Streit. Das Centrum und die sogenannten Deutschfreisinnigen vermochten nicht zu verstehen, warum wir jetzt auf einmal 50000 M. mehr für diese Zwecke ausgeben wollen. Die ganze Beredsamkeit des Fürsten Bismarck vermochte sie nicht zu überzeugen. Sie verlangten Zurückverweisung an die Kommission und beharrten dabei, obschon ihnen der Reichskanzler versicherte, daß er uns alles gesagt habe, was er mitteilen könne und dürfe, und daß in der Kommission keinerlei weitere Aufklärung zu erwarten sei. Sie setzten ihren Willen durch in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 128 Stimmen. Die Minorität bestand aus den Konservativen und den Nationalliberalen, sowie vereinzelten Mitgliedern andrer Parteien. Inzwischen sind in der Kommission die Würfel gefallen. Sie hat mit allen gegen eine Stimme die Forderung bewilligt, und das, ohne weitere Aufklärung von seiten der verbündeten Regierungen erhalten zu haben. Genau so, wie bei den 2700 M. für die Unterbeamten des Auswärtigen Amtes! Kann man eine solche Opposition als eine sachliche anerkennen?

Nach der erwähnten Abstimmung that ein Abgeordneter aus der sogenannten deutschfreisinnigen Fraktion, mit welchem ich privatim in freundlichem Verkehr stehe, zu mir die Äußerung: „Sie sehen, was der Adressensturm genützt hat!" Ich antwortete: „Es stehen uns unendlich wichtigere Dinge bevor und wir wollen abwarten, ob Sie es wagen werden, da dem ausgesprochenen, unzweideutigen Willen der Nation zu trotzen; dann werden wir weiter mit einander reden."

Welcher von beiden Standpunkten der richtige war, das ergab sich bereits am folgenden Tage. Da gelangte der Gesetzentwurf zur Beratung, durch welchen 180000 M. zum Bau zweier Dampfschiffe für den dienstlichen Gebrauch unsres Gouverneurs in Kamerun an der Westküste von Afrika gefordert werden. Der Gouverneur, oder richtiger das Gehalt für denselben ist noch nicht bewilligt, das kommt später daran, die Vorlage wegen der Schiffe ist viel dringlicher, weil diese erst gebaut werden müssen und dazu eine Zeit von ungefähr sechs Monaten nötig ist. Es handelte sich darum, die allererste Geldverwilligung auszusprechen, welche mit unsrer Kolonialpolitik in direktem Zusammenhang steht, und es war für jedermann von vornherein klar: wer die Anschaffung der Schiffe für den Gouverneuer in Kamerun gutheißt, der billigt auch die Anstellung des Gouverneurs selbst, der billigt es, daß das Kamerungebiet unter den Schutz von Kaiser und Reich genommen ist, der billigt die ganze Kolonialpolitik, wie sie bis jetzt sich entwickelt hat. Und siehe da, die Vorlage ging mit Pauken und Trompeten durch. Windthorst wollte auch hier, treu seiner bisherigen Haltung, Kommissionsberatung und damit Aufschub der Entscheidung, aber die sogenannten Deutschfreisinnigen ließen ihn im Stich. That da der „Adressenschwindel", wie die so-

Digitized by Google

genannten Deutschfreisinnigen die imposanten Kundgebungen des deutschen Volkes für die nationale Politik unsres großen Kanzlers zu nennen pflegen, seine Wirkung? Genug, Eugen Richter erklärte, für ihn und seine Gesinnungsgenossen sei die Sache klar genug, die Vorlage bewege sich in dem Rahmen derjenigen Kolonialpolitik, welche von ihnen gebilligt werde, und deshalb erscheine ihnen eine Kommissionsberatung überflüssig. Nun blieb dem Centrumsführer Dr. Windthorst nichts übrig, als sein Verlangen nach Kommissionsberatung aufzugeben. Man trat sofort in die zweite Lesung ein und in dieser wurde die Vorlage ohne weitere Debatte mit erdrückender Mehrheit angenommen. Soviel ich sehen konnte, hat höchstens eine Mandel Leute dagegen gestimmt: einige Centrumsmänner, einige Polen, der „deutschfreisinnige" Dr. Bamberger und wohl auch einige Sozialdemokraten. Das war der 10. Januar 1885, ein Merkstein in der deutschen Geschichte! —

Die Debatte bewegte sich auf der Höhe der Situation und es wäre wohl der Mühe wert, auf die Einzelheiten, insbesondere auf die großartigen und weitsichtigen Darlegungen Bismarck's über die deutsche Politik auf dem Kontinent und jenseits der Meere des weiteren einzugehen. Ein eigentümliches Zusammentreffen war es, daß am Morgen dieses Tages die Nachricht von den Kämpfen hier eintraf, welche unsre Marinetruppen im Dezember mit den Eingeborenen von Kamerun gehabt haben. Der Aufstand ist niedergeschlagen worden, aber nicht ohne blutige Opfer auf unsrer Seite. Anzettelungen dort wohnhafter Engländer werden vermutet. Da hätten wir nun die erste jener überseeischen Verwickelungen, welche im vergangenen Sommer dem Abgeordneten Dr. Bamberger so tiefes Grauen einflößten. Er hätte nun rufen können, daß er recht behalten; aber er schwieg, gewiß mit gutem Grunde. Die Stimmung war so, daß man sich lebhaft an jenes geflügelte Wort Bismarck's erinnert fühlte: „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen!" Wer des Vorzuges teilhaftig ist, von deutschen Eltern gezeugt zu sein, der weiß, daß jenes Wort wahr ist. Nun deutsches Blut jenseits des Weltmeeres geflossen, giebt es erst recht kein Zurückweichen auf der Bahn, welche das Reich mit ebensoviel Entschlossenheit als Umsicht betreten hat.

Berlin, den 30. Januar 1885.

Endlich hat der Reichstag die Forderung von 150000 Mark, Beitrag an die Afrikanische Gesellschaft zur Erforschung von Innerafrika, doch noch mit großer Mehrheit bewilligt. Nur das Centrum und vereinzelte „Freisinnige" stimmten dagegen. Bei dieser Gelegenheit und sonst wiederholt kam die Rede auf den Adressensturm aus Anlaß der Abstimmung vom 15. Dezember v. J. Offenbar hat jene großartige Erklärung des Volkswillens die Majorität des 15. Dezember, das Centrum und die sogenannten Deutschfreisinnigen, auf das empfindlichste getroffen. Sie wetteiferten daher im Zorn über den „Adressenschwindel", sprachen von „bestellter Arbeit" und verhöhnten die Deutschen im Auslande, welche oft genug aus unlauteren Gründen das Vaterland verlassen

hätten und nun mit reden wollten, ohne etwas zu bezahlen. Es erschien ihnen als unerhörte Dreistigkeit, daß das deutsche Volk eine andre Meinung zu haben und auszusprechen wagt, als seine, von ihm selbst gewählten Vertreter; Windthorst bezeichnete ein solches Beginnen geradezu und wörtlich als revolutionär; kurz, die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstand feierte ihre Auferstehung, nur diesmal ins Parlamentarische übersetzt. Daß die Herren unrecht hatten, ist ganz zweifellos.

Berlin, den 6. März 1885.

Am vergangenen Montag trat der Reichstag wieder zusammen. Die Woche fing gut an. An der Spitze der Tagesordnung stand die zweite Lesung über die Forderung der Regierungen für die Gehälter von neuen Beamten in unsern afrikanischen Schutzgebieten, d. h. in Kamerun, Togo und Angra Pequena, sowie für die nötigsten Bauten in denselben. Die Forderung belief sich auf im ganzen 248000 Mark für das Etatsjahr 1885/86. Aber die Bedeutung der Sache liegt nicht in der verhältnismäßig geringen Summe, sondern darin, daß die Verwilligung oder die Versagung derselben eine folgenschwere Entscheidung des Reichstags für oder gegen die Kolonialpolitik des Reiches enthalten mußte, vor Deutschland, vor dem futterneidischen England, vor aller Welt. Der Reichstag zeigte sich, mit großer Genugthuung darf ich das sagen, des großen Momentes würdig. Von den Abgeordneten deutscher Nationalität gewannen nur die Sozialdemokraten, einige wenige Mitglieder des Centrums und der „deutschfreisinnige" Dr. Bamberger es über sich, gegen die Forderung zu stimmen; mit ihnen gingen die Polen, getreu ihrem Prinzip, in allen Fragen von nationalem Beigeschmack sich als Fremdlinge im Reiche deutscher Nation zu gebärden. Alle übrigen stimmten zu. Nach allem, was seit Jahr und Tag vorgekommen ist, mußte es dem Patrioten zur größten Freude gereichen, aus dem Munde des Abgeordneten von Stauffenberg für die sogenannten Deutschfreisinnigen und des Abgeordneten Dr. Windthorst für das Centrum die feierliche Versicherung zu hören, daß unser ganzer Parteihader nur häuslicher Zwist unter Brüdern ist und daß wir alle einig sind, sobald das Ausland es wagt, die Ehre und die Sicherheit des Vaterlandes zu bedrohen. Es war nicht überflüssig, dies auszusprechen, schon in Anbetracht der sehr unfreundlichen Haltung, welche neuerdings von England Deutschland gegenüber eingenommen worden ist. Näheres erfuhren wir aus dem Munde des Fürsten Bismarck. Er hielt eine hochbedeutsame Rede, welche an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und zweifelsohne jenseits des Kanals verstanden werden wird. Insoweit das Verständnis unsrer englischen Vettern noch der Nachhilfe bedürfen sollte, hat der Reichskanzler hierfür gesorgt, indem er unmittelbar nach dieser Reichstagsverhandlung seinen Sohn, den Grafen Herbert Bismarck, gen London entsendet hat.

Der Gesamteindruck bleibt ungeschmälert, daß die überseeische Politik des Reichskanzlers in der Volksvertretung Erfolge errungen hat, wie sie noch vor wenig Monaten von der Opposition für unmöglich gehalten worden sind.

Digitized by Google

20. März 1885.

Vier volle Sitzungen und einen Teil einer fünften Sitzung nahm die zweite Lesung der Postdampfervorlage in Anspruch. Es handelt sich dabei um die Gewährung von Subventionen aus Reichsmitteln für die Einrichtung und Erhaltung von deutschen Schnelldampferlinien nach Ostasien, nach Australien und nach Afrika. Fürst Bismarck führte uns auf die Höhen der auswärtigen, insbesondere der überseeischen Politik, und auch dem blödesten Auge mußte es klar werden, welch' einen weitblickenden und thatkräftigen Staatsmann, welch' einen warmfühlenden Patrioten wir an ihm besitzen. Ergreifend war die Scene, als er, am Freitag, die Auferstehung von Kaiser und Reich als den deutschen Völkerfrühling pries und mit tiefem Schmerz die Gefahren schilderte, welche dem herrlichen Werk der deutschen Einheit durch den Zwist der Parteien drohen. Er redete, als wenn eine Inspiration über ihn gekommen sei — die Sprache, sonst zögernd und stockend, floß leicht dahin, die Stimme tönte gewaltig durch den weiten Raum, sein Antlitz rötete sich, die Augen wurden feucht. Vielleicht noch niemals in seinem ganzen öffentlichen Leben hat Fürst Bismarck Herzen und Sinne der Hörer so gefangen genommen, wie an jenem Tage. Brausender, nicht enden wollender Zuruf folgte, nicht allein von zahlreichen Mitgliedern des Reichstags, nein, auch von den Zuhörern auf den dicht gefüllten Tribünen, aus der Hofloge, wo Prinz und Prinzessin Wilhelm Platz genommen hatten — das war nicht bloß der Beifall, welcher einer gelungenen Rede zu folgen pflegt, das war der Jubelruf eines dankbaren Volkes, in welchen der zukünftige Träger der Kaiserkrone freudig und herzhaft einstimmte. Ähnliches hat der Reichstag zuvor vielleicht nur ein Mal erlebt, an jenem Julitag des Jahres 1870, als die Kriegserklärung Frankreichs verlesen wurde.

Am 2. Juni 1885 richtete der Reichstagsabgeordnete Graf B. Bernstorff-Gartow[1]) das folgende Schreiben an den Bundesrat, z. H. des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck:

> Die königlich preußische Regierung hat den am 21. Mai beim Bundesrate eingereichten Antrag, worin die deutschen Regierungen auszusprechen aufgefordert werden: daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reichs nicht verträglich sei, zum größten Teil auf eine Beurteilung des Verhaltens der hannoverschen Bevölkerung, insbesondere der Welfenpartei gestützt, welche unter Hinweisung auf die notorischen Thatsachen als irrig zurückzuweisen, mir, der ich seit Jahren mit der Führung dieser Partei im Wahldirektorio und mit ihrer Vertretung beim Reichstage beehrt bin, unabweisliche Pflicht erscheint. In dem Antrage der preußischen Regierung wird behauptet: Die Haltung der

[1]) Graf Bernstorff, Bechtold; Majoratsherr zu Gartow, Poststation Gartow, Eisenbahnstation Lenzen a. d. Elbe. Wahlkreis: 15. Hannover (Lüchow-Ülzen). — Centrum. — Geboren am 25. Oktober 1803 in Berlin; lutherisch. Erhielt Privatunterricht, besuchte von 1824 die Universität in Berlin, 1826—27 Göttingen; nachher ständischer Landrat in Hannover, dann bis 1866 Geheimer Rat und Virilstimme der Hannov. I. Kammer, seit 1876 Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

Anhänger des Herzogs vom Cumberland im hannoverschen Lande bis in die Gegenwart sei von der Art, daß selbst ein persönlicher Verzicht des Herzogs von Cumberland auf die von ihm erhobenen Ansprüche an Hannover der königlichen Regierung keine Bürgschaft für das Aufhören der auf Losreißung Hannovers von Preußen gerichteten Bestrebungen der Welfenpartei gewähren würde, ferner: Der bei diesen Bestrebungen gemachte Vorbehalt, daß die Abtrennung des Königreichs Hannover von Preußen auf gesetzlichem Wege herbeigeführt werden solle, sei bedeutungslos, da der gesetzliche Weg durch die gegebenen Verhältnisse naturgemäß ausgeschlossen und nur der gewaltsame möglich sei, ferner: Der Herzog von Cumberland würde sich auch als Herzog von Braunschweig den Einflüssen der Partei, an deren Spitze Se. königliche Hoheit bisher steht, und deren vornehmste Leiter als seine Mandatare für seine Interessen thätig seien, nicht entziehen können, ferner: In Braunschweig würde sich unter der staatlichen Autorität eines der Teilhaber an der souverainen Bundesgewalt ein Stützpunkt für verfassungswidrige Bestrebungen bilden, ferner: Der Herzog von Cumberland würde in seiner benachbarten Residenz nicht im stande sein, Verbindungen und Zumutungen abzuwehren, welche den inneren Frieden des Reichs in Frage stellen, endlich: Unter diesen Umständen würde die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig politisch unzulässig sein, weil die innere Sicherheit des Reichs dadurch gefährdet würde. Alle diese Anschuldigungen entbehren jedes thatsächlichen Grundes. Die Welfenpartei, worin die große Mehrheit des hannoverschen Volkes aller Stände ihre politische Organisation für die parlamentarischen Wahlen findet, hat keine verfassungswidrigen Bestrebungen. Sie gefährdet nicht die Sicherheit des Reichs. Sie ist gar nicht in der Lage, den inneren Frieden in Frage stellen zu können. Die Welfenpartei übt keinen Einfluß auf den Herzog von Cumberland. Der Herzog steht nicht an der Spitze einer Partei. Die Welfenpartei hält sich auf das sorgfältigste im gesetzlichen Wege. Sie hat keine Vorbehalte gemacht und bedarf deren nicht. Der gewaltsame Weg ist für sie ausgeschlossen, er ist naturgemäß, nach den gegebenen Verhältnissen, nach ihren Prinzipien, in ihrem Interesse und nach dem wohlbekannten Charakter des hannoverschen Volkes unmöglich.

Mit dieser Erklärung habe ich nur der Annahme begegnen wollen, als ob durch ein Schweigen unserseits die Behauptungen rechtswidriger Bestrebungen irgendwie und auch nur in einem kleinsten Punkte zugestanden würden.

Für jetzt: Brunnen in der Schweiz, den 2. Juni 1885.

Graf B. Bernstorff-Gartow,
Reichstagsabgeordneter.

Darauf erging d. d. Kissingen, 6. Juni 1885, folgendes Antwortschreiben des Reichskanzlers:

Ew. Hochgeboren Schreiben an den Bundesrat vom 2. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und zweifle nicht an der Aufrichtigkeit Ihrer eigenen Überzeugung bezüglich der zukünftigen Haltung der Welfenpartei. Da-

Digitized by Google

gegen teile ich die Auffassung nicht, daß die Führung und die Zwecke der Partei von Ew. Hochgeboren abhängig und Sie Ihrerseits in der Lage sind, authentische Zusicherungen über die Mittel zu geben, mit welchen die Partei ihre Bestrebungen zu verwirklichen beabsichtigt. Aber auch wenn ich glaubte, daß die Leitung der Partei in Ew. Hochgeboren Händen läge, so würde ich mich doch nicht für berufen halten, in eine amtliche Beantwortung Ihrer Eingabe einzutreten.

Ich beschränke mich deshalb auf die private Mitteilung, daß ich Ew. Hochgeboren Schreiben, wie jede an den Bundesrat gerichtete Eingabe, ohne derselben eine Beziehung zu der braunschweigischen Frage beizulegen, zur Kenntnis des Bundesrats bringen werde.

Genehmigen Ew. Hochgeboren den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. von Bismarck.

X. Abschnitt.

Die zweite Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags.

(19. November 1885—26. Juni 1886.)

In der zweiten Session der VI. Legislatur-Periode war der Abgeordnete von Helldorff bei den Verhandlungen über Gestaltung der sozialpolitischen Gesetze lebhaft beteiligt; ebenso hat derselbe, obgleich nicht Mitglied des preußischen Landtags, für das Zustandekommen der kirchenpolitischen Gesetze in demselben gewirkt, was durch viele Beziehungen zu Freunden möglich wurde.

Helldorff's Auffassung der politischen Fragen erhellt aus einem von demselben im Mai 1886 geschriebenen Artikel des „Wahlvereins der deutschen Konservativen". Dieser Artikel verdient um deswillen erhöhte Beachtung, weil die darin erörterten politischen Fragen von dem Verfasser vielfach mit Bismarck durchgesprochen worden waren.

13. Januar 1886. Der Abgeordnete von Helldorff morgens beim Kanzler. Das Gespräch wurde durch Fürst Dolgorouky's Besuch unterbrochen.

Am 6. Februar 1886 richtete der Reichstagsabgeordnete Graf Herbert Bismarck an das Mitglied des Vereins der Gastwirte, Herrn Stapelfeld-Ratzeburg, ein Schreiben, worin er das Monopol als die erträglichste Form bezeichnete, um den Branntwein zur Besteuerung heranzuziehen. Im Falle der Ablehnung des Branntweinmonopols werde die preußische Regierung nicht darauf verzichten können, die für sie nötigen Geldmittel durch eine andre, im preußischen Landtage zu beantragende Form der Besteuerung der Genußmittel, und namentlich der Getränke, zu beschaffen. Der Weg, welcher dann voraussichtlich betreten werden dürfte, sei der der Erhöhung der Gewerbesteuer für den Ausschank geistiger Getränke bis zur Höhe des Bedarfs. Diese Höhe würde eine so bedeutende sein

Digitized by Google

müssen, daß der Verkehr mit Branntwein mit ähnlichen strengen Kontrollen und hohen Strafen umgeben werden würde, wie dies in den meisten andern Ländern, wie England, Frankreich, Amerika, bereits der Fall ist. Diese Maßregeln werden eine Verminderung des Verbrauchs zur Folge haben, weil sie den Preis der davon betroffenen Genußmittel in sehr viel höherem Maße verteuern werden, als es durch das Monopol geschehen würde; dann aber auch werden sie die Folge haben, daß das Gewerbe der Gastwirtschaft größere Mittel und größere Anstrengungen unter schärferer Kontrole der Steuerbehörde erforderlich machen wird. Sollte sich die Zahl der Schankwirte dadurch vermindern, so würden die Übrigbleibenden notwendig denselben Gesamtsteuerbetrag aufbringen müssen, welchen der Staat von dem Gesamtverbrauch geistiger Getränke beansprucht: erst dann wird die volle Last der Steuer die Gewerbegruppe treffen, welche, wie die gedruckte Petition vom 29. v. M. sich ausdrückt, den Stand der Gast- und Schankwirte bildet. Ich halte nach diesen Erwägungen für die Herren Gastwirte von Ratzeburg das Branntweinmonopol immer noch für die erträglichere Form, um den Verbrauch geistiger Getränke in der für die Reichsfinanzen unentbehrlichen Höhe zur Beisteuer heranzuziehen; wenn ich auch nicht bestreiten kann, daß jedes Monopol und jede Steuer an sich eine unerwünschte, aber leider unvermeidliche Zugabe zu den Vorteilen eines geordneten Staatswesens bildet. Ich glaube deshalb das Interesse nicht nur des Reichs, sondern auch speziell das der Gemeinde Ratzeburg und der Herren Gastwirte daselbst zu vertreten, wenn ich die Einführung des Branntweinmonopols befürworte, ohne gerade an jeder einzelnen Bestimmung des im Bundesrat eingebrachten Entwurfs festzuhalten.

Der Gastwirtsverein in Ratzeburg zog seine dem Reichstagsabgeordneten Grafen Herbert Bismarck gegen das Branntweinmonopol überreichte Petition zurück und sprach die Bitte aus, die Einführung desselben im Reichstage befürwortend vertreten zu wollen. Auf die betr. Zuschrift ging an den Vorsitzenden des Gastwirtsvereins folgende Antwort ein:

Berlin, den 1. März 1886.

Ew. Wohlgeboren danke ich verbindlichst für die namens Ihres Vereins an mich gerichtete freundliche Zuschrift vom 21. v. M. Dieselbe hat mir zur lebhaften Befriedigung gereicht, und ich habe mich sehr gefreut, daraus zu ersehen, daß unsre beiderseitigen Standpunkte in Bezug auf die zu erstrebende finanzielle Unabhängigkeit des Reichs vollkommen harmonisch sind. Ich würde Ew. Wohlgeboren dankbar sein, wenn Sie auch Ihren Herren Kollegen meine Genugthuung über die Gemeinsamkeit unsrer Auffassung aussprechen wollen, und bitte Sie zugleich, die Versicherung meiner vollkommensten Hochachtung entgegen zu nehmen. Graf Bismarck.

6. März 1886. Der Abgeordnete von Helldorff erwirkt, daß der Kanzler sich gegenüber dem umhergetragenen Klatsch für das Festhalten am Monopol erklärt[1]).

[1]) Näheres darüber s. in den Aufzeichnungen des Abgeordneten Dr. Hartmann S. 168.

Digitized by Google

Der 1. April war wieder nicht ohne die üblichen Beglückwünschungen durch die Parlamentarier verlaufen. Darauf bezieht sich das folgende Schreiben[1]):

Berlin, den 4. April 1886.

Für die freundlichen Glückwünsche, mit denen der Vorstand der nationalliberalen Partei mich auch in diesem Jahre zu meinem Geburtstage beehrt hat, bitte ich die Herren meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

von Bismarck.

10. April 1886. Dr. Miquel abends bei Bismarck.

Mit Interesse verfolgte der Kanzler in dieser Periode die Bemühungen des Abgeordneten Oechelhäuser[2]) um das Zustandekommen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft. Die Bekanntschaft Oechelhäuser's mit Bismarck reicht bis in die Zeit seiner Eigenschaft als Bundestagsgesandter zurück. Es war im Jahre 1852, als Bismarck denselben mit andern Deputierten des Handels im Schlafrock empfing und sich in offenster Weise mit ihm unterhielt. Auf die Unglaubwürdigkeit von Prokesch-Osten[3]) fiel bei dem damaligen Gespräch mancher Seitenhieb. In den Reichstag wurde Oechelhäuser erst im Jahre 1878 gewählt, und da er sich zum Freihandel bekannt hatte, so fehlte es zunächst an Berührungspunkten mit Bismarck. Erst die Kolonialfrage hatte solche im Gefolge. Oechelhäuser begann seine Thätigkeit in derselben am 18. November 1885 auf Aufforderung des Geheimen Legationsrats Kayser unter spezieller Zustimmung des Fürsten Bismarck. Außer Oechelhäuser wurde noch Geheimrat Langen und von beiden als dritter Geheimrat Delbrück zugezogen. Es gelang denselben rasch, die bestehende Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft zu begründen, und zwar im Februar 1886, nachdem die frühere Kommanditgesellschaft Peters & Comp. sich aufgelöst hatte. Seit dieser Zeit war Oechelhäuser fortgesetzt in der Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft thätig und darf in dieser Beziehung auf die Geschäftsberichte derselben von 1888 bis 1890 verwiesen werden. —

Zur Ergänzung des von mir in „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Bd. I., 2. Auflage, S. 284 mitgeteilten Referats über das parlamentarische Diner bei Bismarck vom 2. März 1886 lasse ich noch folgen, was der Abgeordnete Dr.

---

[1]) In Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt. Der Adressat ist vermutlich der Abgeordnete von Benda.

[2]) Oechelhäuser, Wilhelm, Königlich preußischer Geheimer Kommerzienrat in Dessau. Wahlkreis 2: Anhalt (Bernburg). — Nationalliberal. — Geboren am 26. August 1820 in Siegen, evangelisch. Bis 1848 in der Papier- und Maschinenfabrikation; dann 3 Jahre Beamter (Sekretär, später Assessor) des Reichshandelsministeriums und der Centralbundeskommission in Frankfurt a. M.; von 1852—56 Bürgermeister in Mülheim a. d. Ruhr; von 1856 ab 33 Jahre lang Generaldirektor, gegenwärtig Vorsitzender des Direktoriums der Deutschen Continental-Gasgesellschaft in Dessau. Ehrenbürger der Stadt Dessau. Wurde 1883 geadelt, verzichtete jedoch für seine Person auf die Führung des Adelstitels. Verfasser verschiedener handelspolitischer und sozialer Schriften. 1852—53 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; seit 1878 Mitglied des Reichstags.

[3]) Vergl. hierüber auch die von mir herausgegebenen Erinnerungen aus dem Leben von Hans Viktor von Unruh, S. 194.

Digitized by Google

Hartmann (Plauen)[1] in einem Briefe vom 5. März 1886 darüber zu melden weiß:

Am vergangenen Dienstag — so schreibt derselbe — hatte ich die Ehre, an einem parlamentarischen Diner beim Reichskanzler Fürsten von Bismarck teil zu nehmen. Die Gäste, etwa dreißig an der Zahl, wurden von dem Fürsten und seiner Tochter, der Frau Gräfin Rantzau, auf das liebenswürdigste empfangen. Die Frau Fürstin war leider krank und bettlägerig. Graf Herbert Bismarck, Graf Rantzau und Geheimrat Rottenburg assistierten dem Fürsten in den Pflichten des Hausherrn. Gegessen wurde in dem bekannten Kongreßsaal. Auffällig war mir, daß die Speisekarte durch und durch in französischer Sprache abgefaßt war, sogar die Überschrift: Mardi, le 2. Mars — in dem Hause des deutschesten aller Deutschen nur erklärlich durch die Notwendigkeit, häufig Ausländer (Diplomaten und dergl.) bei sich zu sehen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Der eigentliche Schwerpunkt dieser parlamentarischen Diners beim Fürsten Bismarck liegt bekanntlich in dem Kaffeestündchen nach Tisch. So war es diesmal auch. Man gruppierte sich im Rauchzimmer, Kaffee und Cigarren wurden gereicht, dem Fürsten selbst aber anstatt der Cigarre eine gewaltige, lange Pfeife — und nun gab es eine zwanglose Konversation über verschiedene Gegenstände. Ich war unmittelbar neben dem Fürsten, zu seiner Linken, zu sitzen gekommen, und dankte diesem Umstand ein Zwiegespräch mit ihm über sächsische Verhältnisse. Dann kam man auf die Währungsfrage, und nun traten die Bimetallisten in die Aktion. Von rechts näherte sich der Reichstagsabgeordnete von Schalscha (Centrum)[2] und von links der konservative Landtagsabgeordnete Freiherr von Mirbach. Letzterem zu liebe rückte ich etwas in den Hintergrund, und so konnte ich das Gespräch um so genauer verfolgen. Bimetalliste rechts, Bimetalliste links der Kanzler in der Mitten, eingehüllt in dicke Wolken, wie Zeus Kronion — das Bild wirkte unverkennbar erheiternd auf die ganze Gesellschaft. Der Inhalt des Gespräches ist bereits von den größeren Zeitungen berichtet worden und zwar, wie ich bezeugen muß, in zutreffender Weise. Daher beschränke ich mich auf die Bemerkung, daß mir Fürst Bismarck von der Bekehrung zum Bimetallismus noch sehr weit entfernt zu sein schien.

Bei dem Währungsgespräch mit von Schalscha und Freiherrn von Mirbach bezweifelte Fürst Bismarck insbesondere die Richtigkeit der Behauptung, daß das Gold eine geringere und schwankendere Währung bei Zwangskurs im Inland die Kaufkraft besitze, die seinem Nominalwert entspricht. Er exemplifizierte auf Rußland, wo z. B. ein Knecht in der Landwirtschaft neben freier Station 70 Rubel Jahreslohn empfange. Die Lebenshaltung dieser Leute vertrage sich nicht mit der Annahme, daß diese 70 Rubel mit ihrem Nominalwert entsprechende Kaufkraft besitzen.

Nach etwa einstündiger Unterhaltung entfernten wir uns, um eine köstliche Erinnerung reicher.

[1]) Vergl. oben S. 156.

[2]) Vergl. oben S. 153.

Digitized by Google

Als am 4. März und die folgenden Tage die erste Lesung des Branntweinmonopols im Reichstag stattfand, erregte eine Notiz der „Magdeburger Zeitung" großes Aufsehen, wonach Fürst Bismarck bei dem parlamentarischen Diner am 2. desselben Monats den Nationalliberalen geraten haben sollte, „sich nicht in diesen Schlund — des Brantweinmonopols — zu stürzen". Man erklärte sich damit die überraschende Stellung der Nationalliberalen gegen das Monopol. Wie mir damals von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wurde, hat sich der Führer der Konservativen, Abgeordneter von Helldorff-Bedra, zum Grafen Herbert Bismarck begeben und um Aufklärung dieses Gerüchtes, das begreiflicherweise in den Reihen der Konservativen Unruhe und Verwirrung hervorgerufen hatte, gebeten[1]). Graf Herbert habe dann sofort seinen Vater aufgesucht und von demselben den Bescheid zurückgebracht, er wünsche nach wie vor das Zustandekommen des Branntweinmonopols, die Notiz der „Magdeburger Zeitung" sei Wort für Wort erlogen. Der Kanzler soll so wütend darüber gewesen sein, daß er gleich das Rasiermesser, mit dem er sich gerade den Bart abnahm, in die Ecke gefeuert hat. — In der That soll die fragliche Warnung bei Gelegenheit des erwähnten Kanzler-Diners den Nationalliberalen zu teil geworden sein, nur nicht seitens des Fürsten Bismarck, sondern von einer andern ihm nahestehenden Person.

Auf den 2. Juni 1886 fiel ein Kommers aller Corpsstudenten in Leipzig, bei welcher Gelegenheit der Reichstagsabgeordnete Dr. Hartmann[2]) den vor einem halben Jahrhundert der Hannovera in Göttingen angehörenden größten Corpsstudenten Fürsten Bismarck in folgender Weise feierte:

Es ist ein halbes Jahrhundert und länger her, da schmückte die Corpsmütze der Hannovera zu Göttingen das blonde Lockenhaupt eines jungen märkischen Edelmanns. Er hat die Lust der Lieder und der Waffen mit vollen Zügen genossen und, als es zum Scheiden kam, durften seine Corpsbrüder ihm mit Wahrheit nachrufen: „Sein Herz wie auch sein Eisen stets brav geschlagen hat!"

Jahrzehnte sind vergangen, da sehen wir ihn durch das Vertrauen seines Königs an die Spitze der preußischen Staatsregierung gestellt. Jetzt beginnt eine Thätigkeit von weltgeschichtlicher Bedeutung. Mit wenigen wuchtigen Schlägen zimmert er das Deutsche Reich von neuem zusammen — stolz und gewaltig steht der Bau da, als hätte er niemals in Schutt und Trümmern gelegen — des Kaisers Majestät und des Reiches Herrlichkeit, seit lange nur ein schöner Traum, sind Wirklichkeit geworden.

Seitdem hat der alte Corpsbursch der Hannovera als Kanzler und erster Rat des Kaisers die deutschen Angelegenheiten geleitet. Das Reich, im Augenblicke seiner Auferstehung schon die erste Großmacht Europas, reckt und dehnt sich zur Weltmacht. Es ist der waffengewaltigste Hort des Rechtes und des Friedens. Auf fast allen Gebieten des staatlichen Lebens erscheint es führend, bahnbrechend, ein leuchtendes Beispiel für andre Nationen. Und allezeit hält er als treuer Eckart scharfe Wacht.

[1]) Vergl. oben S. 166.

[2]) Dr. Hartmann ist alter Herr der Lusatia zu Leipzig.

Noch wirkt er in voller Kraft trotz der 71 Jahre, die über seinen Scheitel dahin gezogen sind; noch darf man — so Gott will! — weiter Großes von ihm erwarten. Aber schon das, was er bisher ersonnen und gethan hat, sichert ihm für alle künftigen Jahrhunderte, Jahrtausende einen ruhmvollen Platz in der Geschichte. Sein Name wird, neben dem ehrwürdigen ersten Kaiser im neuen Reich, mit Ehrfurcht und in Dankbarkeit genannt werden, so lange auf dieser ganzen weiten Erde auch nur ein einziger Mann noch lebt, in dessen Adern deutsches Blut rinnt.

Der große Mann gehört der ganzen Nation. Wir aber dürfen ihn noch in einem engeren Sinn den Unsrigen nennen.

Daß er einmal Corpsstudent war, ist mehr als eine bloße Arabeske in seiner Lebensgeschichte, ist ganz zweifellos für die Entwickelung des großen Mannes von Einfluß gewesen.

Mir ist es durch ein Mandat zum Reichstag seit einer Reihe von Jahren vergönnt, ihn in seiner amtlichen Thätigkeit zu sehen; öfters war ich Gast in seinem Hause; mehr als einmal hatte ich das Glück eines Zwiegespräches mit ihm — immer und überall trat mir in ihm jener männliche und ritterliche Geist entgegen, der auf den Universitäten vorzugsweise von den Corps gepflegt wird, und äußerlich jenes undefinierbare Etwas, welches dem profanen Auge verborgen bleibt, dem Kundigen aber auf den ersten Blick verrät: Das ist ein alter Corpsstudent! — Man muß ihn sehen, wenn er im Reichstag sich anschickt zu reden, unwillkürlich sagt man sich: „Jetzt wird er p. p. fechten!“ — es ist ja auch stets pro patria — und ganz von selbst klingt einem das altvertraute Kommando durch die Ohren: „Auf die Mensur!“ „Bindet die Klingen!“ u. s. w.

So ist er doppelt der Unsrige!

Darum reiben wir mit doppeltem Feuer einen urkräftigen Salamander auf den Fürsten Bismarck, den Stolz der ganzen Nation und den größten deutschen Corpsstudenten!

Im Juni 1886 machte das Ratzeburger Gymnasium einen Ausflug nach dem Sachsenwalde. Zu den Primanern sagte der ihnen begegnende Fürst: „Reichskanzler können Sie nicht alle werden, aber wenn Sie einmal Reichstags-abgeordneter werden, so machen Sie Ihrem Reichskanzler das Leben nicht allzu sauer. Es ist leichter, zu kritisieren, als zu regieren.“

XI. Abschnitt.

Die dritte Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags.

(16. bis 20. September 1886.)

Vom 16. bis 20. September 1886 war der Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenberufen, um die Verlängerung des am 12. Juli 1883 zwischen dem Deutschen Reich und Spanien abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrages zu beschließen.

Digitized by Google

Am 12. September 1886 erging seitens des Kanzlers an den Reichstagsabgeordneten von Helldorff in seiner Eigenschaft als Leiter der konservativen Fraktion ein Brief, worin er denselben bat, für die Präsenz seiner Fraktionsgenossen zu sorgen, da die lästige Sitzung unvermeidlich sei.

XII. Abschnitt.
Die vierte Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags.
(25. November 1886 bis 14. Januar 1887.)

Während des Beginns der Herbstsession von 1886 war Bismarck von Berlin abwesend. Das Hauptinteresse konzentrierte sich um die Septennatsvorlage[1]). Der Konflikt, der längst in der Luft lag, begann sich zuzuspitzen. Mächtige Einflüsse waren für ein Nachgeben der Regierung thätig. — Der Abgeordnete von Helldorff vertrat die Ansicht, daß man dem Konflikt nicht aus dem Wege gehen dürfe, daß vielmehr ein energisches Eintreten die Zwecke der Regierung nur fördern könne. von Helldorff hatte in diesem Sinne mehrfache Besprechungen mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Grafen Herbert Bismarck, dem Chef der Reichskanzlei Dr. von Rottenburg, dem Kriegsminister und damit indirekt auch mit dem Fürsten Bismarck, so namentlich in den ersten Tagen des Dezember 1886.

Am 8. Januar 1887 traf der Kanzler in Berlin ein, und bereits am Abend des 10. Januar hatte von Helldorff mit demselben eine Besprechung über eine eventuelle Reichstagsauflösung und die Wahl des günstigsten Momentes zu diesem Schritte.

Am 11. Januar 1887 hielt Bismarck im Reichstag eine hochpolitische Rede zu Gunsten der Militärvorlage, die ihm beim Verlassen desselben auf dem Wege in sein Palais begeisterte Kundgebungen einbrachte[2]).

---

[1]) Vergl. Kohl Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 143.

[2]) Über die Anwesenheit Bismarck's bei der zweiten Lesung der Militärvorlage im Reichstage am 11. Januar 1887 ist zu berichten: Während einer Oppositionsrede des Abgeordneten von Stauffenberg verbreitete sich 1 Uhr 12 Minuten die Kunde, daß soeben der Reichskanzler das Haus betreten, „stramm, hoch aufgerichtet, in einen großen, grauen Reitermantel gehüllt, und festen und sicheren Schrittes." Der Reichskanzler erschien am Bundesratstisch etwa 6 Minuten später, griff sofort nach einer großen schwarzen Mappe und wandte seine Aufmerksamkeit dem Redner zu, der soeben von den schlimmen Konsequenzen der Militärlast sprach. Von Stauffenberg wurde zum Schluß hin sehr heftig, indem er rief, es läge durchaus nicht in der Absicht seiner Partei, eine Herabminderung der Schlagfertigkeit der Armee zu erstreben. Sieben Jahre stellten ebenso ein Provisorium dar, wie drei Jahre, ein Unterschied im Prinzip sei somit zwischen den Meinungen seiner Partei und der Regierungsvorlage nicht vorhanden, es handle sich nur um Zweckmäßigkeitsfragen, über die man verschiedener Ansicht sei. Währenddessen hat Fürst Bismarck sich wieder in das Studium der vor ihm liegenden Schriftstücke vertieft und setzt dies auch fort, nachdem der Redner um 1 Uhr 40 Minuten geendet, da sich nunmehr eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entspinnt. Nach deren Abschluß meldete sich der Reichskanzler zum Wort.

Digitized by Google

Auf eine Adresse, welche der deutsche Bürgerverein „Fürst Bismarck“ aus Anlaß dieser Rede am 12. Januar dem Kanzler überreicht hatte[1]), erging an den Vorsitzenden Wendel nachstehende Zuschrift:

> Eure Wohlgeboren bitte ich, dem von Ihnen geleiteten „Deutschen Bürgerverein“ für dessen patriotische Kundgebung vom 12. d. M. meinen verbindlichsten Dank übermitteln zu wollen. von Bismarck.

Ein zu den Spitzen der nationalliberalen Partei gehöriger Abgeordneter hatte Bismarck geraten, sich doch mit dem Quinquennat zu begnügen. Der Kanzler fühlte es aber genau heraus, daß er für das Septennat die Mehrzahl der Wähler auf seiner Seite habe. Er schritt zur Reichstagsauflösung in der festen Überzeugung, daß er einen guten Reichstag erhalten werde. Und er hat sich nicht getäuscht. Am 14. Januar 1887 erfolgte die Auflösung des Reichstags, nachdem derselbe mit 186 gegen 154 Stimmen das Septennat abgelehnt hatte. —

Auch für die wichtigste Beratungswoche dieser Session liegt eine Aufzeichnung des sächsischen Reichstagsabgeordneten Dr. Hartmann (Plauen) vor, der ich nachfolgende Stelle entnehme.

Berlin, 14. Januar 1887.

Diese Woche gehörte der Militärvorlage. Die Friedenspräsenz des deutschen Heeres ist durch das Reichsgesetz von 1880 auf rund 427000 Mann festgesetzt, und zwar für sieben Jahre. Jetzt verlangen die verbündeten Regierungen eine Erhöhung auf rund 468000 Mann (= 1 Prozent der Bevölkerung von 1885), wiederum für sieben Jahre. Am Dienstag begann die zweite Lesung im Plenum, auch Mittwoch und Donnerstag wurden davon voll in Anspruch genommen. Man kann sagen: Das war eine der größten Aktionen, welche bisher im deutschen Reichstage vorgekommen sind. Schon äußerlich trat dies hervor — die Reichsboten in seltener Vollzähligkeit anwesend, die Plätze des Bundesrates gestopft voll, in der Hofloge Prinz Wilhelm und Gemahlin, die Diplomatenloge mit den Botschaftern und Gesandten der fremden Mächte gefüllt, Sturm des Publikums auf die Eintrittskarten, Hunderte und Tausende vor dem Reichstagsgebäude und in der Nähe desselben angesammelt,

[1]) Die Adresse lautete: Eure Durchlaucht haben in der Reichstagssitzung vom 11. d. M. in überzeugendster Weise wiederum der Wahrheit Ausdruck gegeben, daß nur durch ein starkes kaiserliches, nicht durch ein Parlamentsheer unser Deutsches Reich erhalten und, wenn überhaupt so nur auf diesem Wege uns wie den andern Kulturvölkern die Segnungen des Friedens bewahrt bleiben können. Der in regelmäßiger Sitzung versammelte „Deutsche Bürgerverein Fürst Bismarck“, welcher Eurer Durchlaucht aufopferndes Wirken für das deutsche Vaterland mit stets dankbarer Anteilnahme begleitet und nach seinen Kräften unterstützt, bittet Eure Durchlaucht, für Ihr weltgeschichtlich bedeutsames Auftreten am gestrigen Tage seinen ganz besonders tiefempfundenen Dank und seine begeisterte Zustimmung hochgeneigtest entgegennehmen zu wollen. Möchte der Samen, welcher in Eurer Durchlaucht Worten wie Thaten ausgestreut wird, in alle Ewigkeit Früchte tragen zur Kräftigung unsres Reiches und der Vaterlandsliebe seiner Bürger, als Schutz und Trutz gegen äußere Feinde und innere Gegner des Reiches. Das walte Gott! (In Kohl's Bismarck-Regesten ist weder die Adresse noch die Antwort Bismarcks erwähnt.)

Digitized by Google

den Fürsten Bismarck bei der An- und Abfahrt mit donnernden Hochrufen begrüßend und bis an sein Palais zurück geleitend, das war das Bild, welches dem Auge sich darbot. Aber die Majorität des Reichstags stand nicht auf der Höhe der Lage. Nörgeln und Feilschen ohne Ende!

Die Deutschfreisinnigen beantragten eine Erhöhung um 14000 Mann auf drei Jahre, überdies vorübergehend 14000 Mann auf das erste Jahr, das heißt $^2/_3$ der Regierungsforderung auf ein Jahr, $^1/_3$ auf weitere zwei Jahre, gar nichts auf die folgenden vier Jahre. Ähnlich hielt sich das Centrum, nur wollte dieses auf ein Jahr die ganze Erhöhung um 41000 Mann verwilligen. Einige Centrumsleute erklärten sich bereit, diese 41000 auf drei Jahre zu genehmigen. Die Konservativen und die Nationalliberalen traten voll und ganz für die Regierungsvorlage ein, wie sie dies unentwegt vom ersten Tage an gethan haben.

Das beste im Kampfe leistete Fürst Bismarck, wie immer. Er schilderte vor allem die Gefahr, welche uns von Frankreichs Seite droht — Frankreich werde uns anfallen, sobald ihm die Zeit passend erscheine, in zehn Jahren oder in zehn Tagen, gleichviel; — er schilderte die fürchterlichen Drangsale, welche das besiegte Deutschland von dem siegreichen Frankreich in früheren Zeiten erduldet hat und in gleichem Fall auch künftig über sich ergehen lassen müßte; er wies darauf hin, daß die Regierungen früher die Feststellung der Friedenspräsenz auf unbegrenzte Zeit gefordert haben und daß ihr Zurückgehen auf sieben Jahre eine große Nachgiebigkeit gegen den Reichstag enthalte, daß man nicht weiter nachgeben könne, ohne die Tüchtigkeit und Sicherheit der Armee, des vornehmsten Bollwerks und der wichtigsten Einrichtung des Reichs, zu gefährden und ohne die verfassungsmäßige Stellung der verbündeten Regierungen herabzudrücken; er legte dar, wie schädlich die häufige Wiederkehr solcher Krisen und Erschütterungen, wie sie jedesmal durch die Beratung dieses Gegenstandes hervorgerufen werden, auf den Frieden im Innern und auf unser Ansehen nach außen einwirken müssen; er rief den guten Genius der Nation an, mit den höchsten Accenten, deren unsre Sprache fähig ist. Wahrlich, er sprach Worte von welthistorischem Ernst. Seine Reden waren Fundgruben für die Geschichte und die gegenwärtige Lage Deutschlands, Schätze an Geist, Thatkraft und reinster Vaterlandsliebe. Sie gehen durch alle Zeitungen; jeder Deutsche möge sie lesen, wenn er seinen Geist erleuchten und sein Herz erwärmen will! Wie undankbar und kurzsichtig wird die Mehrheit des jetzt lebenden Geschlechts unsern Enkeln erscheinen, wenn sie von diesen Kämpfen des einzigen Mannes für Kaiser und Reich, wenn sie von den Nörgeleien seiner Gegner im Volk und in der Volksvertretung lesen!

Der preußische Kriegsminister Bronsart von Schellendorff stand dem Reichskanzler wacker zur Seite; für ihn fochten die Konservativen (von Moltke, von Helldorff, Graf Behr) und die Nationalliberalen (Hobrecht und Dr. Buhl), gegen ihn alle andern von Windthorst bis zu Hasenclever.

Wiederholt erklärte der Reichskanzler, daß die verbündeten Regierungen auf unveränderter Annahme der Vorlage bestehen und andernfalls zur Auflösung des

Digitized by Google

Reichstags schreiten müßten. Die Opposition gab zu erkennen, daß sie es darauf ankommen lassen wolle.

Heute kam es zur Abstimmung. Zuvor zogen die „Freisinnigen" ihren beschränkenden Antrag zurück, um nunmehr mit dem Centrum gemeinschaftlich die geforderten 468000 Mann zu verwilligen, aber nur auf drei Jahre. So wurde denn auch beschlossen mit 183 gegen 154 Stimmen, während 31 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten (Summe der Abstimmenden 368 Mann). Die Mindrität bestand aus den Konservativen beider Fraktionen und den Nationalliberalen; diese Parteien stimmten Mann für Mann gegen drei Jahre, weil sie sieben Jahre bewilligen wollten.

Unmittelbar nach der Verkündung des Abstimmungsergebnisses erhob sich Fürst Bismarck und verlas eine kaiserliche Botschaft, inhalts deren der Bundesrat mit Zustimmung des Kaisers die Auflösung des Reichstags beschlossen hat. Das ganze Haus hatte sich erhoben, um stehend die Botschaft entgegen zu nehmen. Auf der linken Seite des Hauses besaßen einige Herren die Dreistigkeit, beim Vorlesen der Boschaft Bravo zu rufen. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß der Reichstag nun geschlossen sei, — ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, von dem Präsidenten von Wedell-Piesdorf ausgebracht und vom Hause mit Begeisterung aufgenommen, während im Hintergrunde Sozialdemokraten u. s. w. aus dem Sitzungssaale flüchteten, um nicht einstimmen zu müssen — allgemeines Abschiednehmen und Händeschütteln, und alles war vorüber.

Fürst Bismarck wurde auf der Straße von dem zu Tausenden angesammelten Publikum mit tosenden Beifalls- und Hochrufen empfangen und bis an sein Palais geleitet. Wenn man daraus auf die Stimmung der Nation schließen darf, dann können die Regierungen und die regierungsfreundlichen Parteien den Neuwahlen unbesorgt entgegen sehen.

XIII. Abschnitt.

Die XVI. preussische Legislatur-Periode.

(14. Januar 1886 bis 26. Mai 1888[1]).)

Auf den 10. Februar 1886 war der Gesamtvorstand des Hauses der Abgeordneten von dem Fürsten Bismarck zu Tisch geladen worden.

Über dieses Diner schreibt der Abgeordnete von Eynern in einem Briefe vom 11. Februar 1886:

Vorgestern Abend übergab mir der Portier des Hotels ein Schreiben, welches er vergessen habe mir nach Barmen nachzusenden; es läge schon ungefähr eine

[1]) Es währte die I. Session der XVI. Legislatur-Periode vom 14. Januar bis zum 30. Juni 1886, die II. Session der XVI. Legislatur-Periode vom 15. Januar bis zum 14. Mai 1887, die III. Session der XVI. Legislatur-Periode vom 14. Januar bis zum 26. Mai 1888.

Digitized by Google

Woche in seiner Loge. Es war eine Einladung zum Diner beim Fürsten Bismarck zum 3. Februar, abends sechs Uhr[1]). Sie hatte ich nun weder befolgen noch beantworten können. Da ich weiß, wie empfindlich der Fürst über jede Vernachlässigung der gesellschaftlichen Formen denkt, fuhr ich gestern sofort in die Reichskanzlei und bat Herrn von Rottenburg, mich bei dem Fürsten, unter Darlegung des Sachverhaltes, entschuldigen zu wollen. Die Antwort bestand in einer neuen Dinereinladung auf denselben Tag, gestern[2]). Liebenswürdiger kann man doch nicht sein.

Ich traf eine große Gesellschaft, etwa vierzig Personen, aus unsrer Fraktion: Gneist, Mithoff, von Benda. Der Fürst nahm mich gleich in Beschlag, um Anekdoten über ihm widerfahrene Unannehmlichkeiten durch mangelhafte Bestellungen von Zusendungen in Gasthöfen zu erzählen. „Aber, wo so etwas passiert ist, bleibt man doch nicht wohnen", bemerkte er ingrimmig. Dann machte er mir ein Kompliment über meine Rede in den letzten Tagen gegen Rickert und über die Stellungnahme der Nationalliberalen in der Polenfrage. Bismarck trug eine Kürassierinterimsuniform, die ihm gut stand; die Fürstin, liebenswürdig und reizend natürlich wie immer, trug schwarze Seide. Mit dem Empfang der Gäste waren Graf Herbert, Graf und Gräfin Rantzau und Rottenburg beschäftigt. Sehr feines Diner mit französischem Menu an einer überreich mit goldenen und silbernen Zierraten, Geschenken von Kaisern und Königen, geschmückten Tafel. Ich saß zwischen Graf Saurma und Landrat Schneider. Nach der Tafel, bei Kaffee und Cigarre, zog der Fürst mich wieder in ein kurzes Gespräch, dann setzte er sich mit langer Pfeife in die Plauderecke unter dem Krönungsbild und neben ihn setzte sich der alte Peter Reichensperger und erzählte ihm Geschichten aus der gemeinsamen Vergangenheit. Unter den sich immer mehr steigernden Rauchwolken, die der Bismarck'schen Pfeife entströmten, flüchtete ich an einen Nebentisch, wo Graf Herbert und Rottenburg tiefsinnige Gespräche vollführten. Gegen neun Uhr brach die Gesellschaft auf.

Auch die XVI. Legislatur-Periode ging nicht zu Ende, ohne daß wieder Fortschritte in der Versöhnung zwischen Kirche und Staat erzielt wurden. Am 14. Februar 1886 ging die neue kirchenpolitische Vorlage[3]) zur allgemeinen Überraschung zuerst nicht dem Abgeordnetenhause, sondern dem Herrenhause zu, und der Bischof D. Kopp von Fulda[4]) wurde durch königliches Vertrauen in dasselbe berufen, um hier als Mittelsperson zwischen der Regierung und dem heiligen Stuhle zu verhandeln. Diese Taktik hatte viel für sich. Das Auftreten des Bischofs Kopp versprach von vornherein Erfolg, weil Bismarck gegen denselben nicht die Abneigung

---

[1]) Eine Schilderung desselben findet man in meinem Werke „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I. (2. Aufl.), S. 280.

[2]) Eine Beschreibung befindet sich a. a. O., S. 283.

[3]) Vergl. darüber Kohl, Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 65 ff.

[4]) D. Kopp (Georg), Fürstbischof von Breslau und Mitglied des Staatsrats, kath., geb. den 25. Juli 1837 zu Duderstadt in der Provinz Hannover, wohnhaft zu Breslau; berufen durch Allerhöchsten Erlaß vom 18. Januar 1886 aus besonderem königlichen Vertrauen auf Lebenszeit; eingetreten den 24. Februar 1886.

Digitized by Google

hegte[1]), wie gegen Windthorst und Genossen; auch war ein Bischof als solcher viel geeigneter zur Vermittlerrolle zwischen Rom und Berlin als die Laien des Centrums.

Bismarck legte überdies Wert darauf, daß in der Kommission des Herrenhauses kein Mitglied des Centrums saß, damit Kopp allein die Sache dirigieren könnte. Er verhandelte nur mit diesem, mit keinem andern Centrumsführer.

Windthorst und selbst Schorlemer-Alst waren sehr ungehalten über diesen Schachzug. Sie wollten die Sache selbst machen; nun hatte Bismarck über ihre Häupter hinweg alles mit Rom arrangiert, und Bischof Kopp war sein parlamentarischer Helfershelfer. Windthorst sprach sich in starken Ausdrücken über die Haltung des Bischofs aus; er contrekarriere die ganze Aktion des Centrums; nun wollten sie die Hände in den Schoß legen.

Der Bischof D. Kopp hat sich bei diesen Verhandlungen als ein ebenso geschickter Diplomat, wie als gewandter und schlagfertiger Parlamentarier bewährt, der im Interesse der Kirche auf das beste zu operieren verstand. Derselbe hatte während der Herrenhaus-Session mehrfache Unterredungen mit Bismarck[2]) und er verließ Berlin mit dem Eindruck, daß der Kanzler ein Friedensbedürfnis ohne Hintergedanken habe[3]). Nach der „Schlesischen Volkszeitung" soll Bismarck zu Kopp sogar gesagt haben, er würde selbst nicht gegen die alsbaldige Rückkehr der Orden, einschließlich der Jesuiten, etwas einzuwenden haben, aber, meinte er weiter, von den Ministerkollegen würden noch wohl einige darüber stolpern müssen[4]).

Über die kirchenpolitische Frage sprach Bismarck gelegentlich auch mit dem Mitgliede des Herrenhauses Freiherrn von Landsberg[5]). Derselbe war bereits in

---

[1]) Bismarck kannte Kopp schon vom Anfang der siebziger Jahre als einen maßvollen Geistlichen. Über den Empfang desselben durch Bismarck nach der Ernennung zum Bischof vergl. die „Post" Nr. 11 vom 12. Januar 1882.

[2]) Am 27. März 1886 bewegte sich Bismarck bei seiner Anwesenheit im Herrenhause in ungezwungener, geselliger Weise unter den in lebhaftem Gespräche befindlichen Mitgliedern im Saale und unterhielt sich u. a. namentlich auch mit dem Bischof Kopp. („Post" 1886, Nr. 86.) 29. März 1886 Kopp bei Bismarck.

[3]) Die „Post" 1886, Nr. 111. Die klerikale „Neisser Zeitung" teilte mit, Bischof Kopp habe vor seiner Abreise aus Berlin eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck gehabt, in welcher ihm der Kanzler versicherte, daß das Kirchengesetz zu stande komme, dafür stehe er ein.

[4]) 24. Januar 1888 Besuch des Fürstbischofs von Breslau D. Kopp in Friedrichsruh. Über Kopp's Friedenspolitik s. noch Schultheß Geschichtskalender 1887, S. 175, und 1889, S. 9. Verhältnis des Reichskanzlers zum Centrum nach Mitteilung des „Pest Lloyd" mit Bezug auf die kirchenpolitische Frage, s. „Vossische Zeitung" Nr. 130 vom 18. März 1886. Eindrücke des französischen Abgeordneten Jul. Roche, der sich eine Zeit lang in Berlin aufgehalten hat, über eine parlamentarische Verhandlung im preußischen Abgeordnetenhause pp. und über den Fürsten Bismarck bei seinen parlamentarischen Reden und bei seinem Gange nach der Wohnung, „Vossische Zeitung" Nr. 247 vom 29. Mai 1886.

[5]) Freiherr von Landsberg-Velen-Steinfurt (Ignatz Franz Karl Engelbert Maria), Landrat des Landkreises Münster und königlicher Kammerherr, katholisch, geboren den 9. Febr. 1830 zu Münster, wohnhaft zu Steinfurt bei Drensteinfurt und zu Münster; landtagsfähiger

Digitized by Google

den fünfziger Jahren mit Bismarck bekannt. Als die erste Pariser Weltausstellung war, hielt sich Freiherr von Landsberg bei seinem Verwandten, dem preußischen Gesandten Grafen Hatzfeldt in Paris besuchsweise auf. Bismarck, damals noch Bundestagsgesandter in Frankfurt a/M., war auch etwa vierzehn Tage im selben Hause zu Gast. Derselbe schloß sich mit Unbefangenheit an den weit jüngeren Landsberg an, und beide lernten damals Paris gründlich kennen. Als Bismarck als Minister nach Berlin kam, war Freiherr von Landsberg im Hause Bismarck's ein gern gesehener Gast; so oft er wollte, konnte er dort den Thee einnehmen. Als der Krieg gegen Frankreich ausbrach, ernannte Bismarck Herrn von Landsberg zum Präfekten des okkupierten Departements der Aisne zu Laon. Noch während Landsberg in Frankreich war, erhielt er die Nachricht, daß er als Reichstagskandidat aufgestellt sei. Landsberg nahm an und verkehrte bis zum Beginn des Kulturkampfes häufig im Hause Bismarck's; während desselben stellte er seinen Verkehr dort ganz ein. Als der Kulturkampf sich seinem Ende zuneigte und Landsberg wieder bei Bismarck erschien, wurde er von demselben freudig begrüßt.

Mit Bezug auf die oben erwähnte Kirchenvorlage sagte Bismarck zu Landsberg: „Was ich dem Herrenhause angeboten habe, ist das Äußerste, was ich habe erreichen können; ich will den Streit mit den katholischen Unterthanen beseitigt haben, was in meinen Kräften stand, habe ich gethan. Meinethalben hätte noch mehr bewilligt werden können; ich hätte auch nichts gegen die Rückberufung der Jesuiten, aber ich habe noch mit andern Faktoren zu rechnen. Glauben Sie, daß das Abgeordnetenhaus die von dem Herrenhause acceptierte Vorlage annehmen wird?" Landsberg bejahte diese Frage, da das Centrum nicht katholischer sein könnte als der Papst, und seine Prophezeiung ist auch in Erfüllung gegangen.

Nachdem die kirchenpolitische Novelle am 13. April 1886 im Herrenhause angenommen worden war, hatte dieselbe noch das Abgeordnetenhaus zu passieren. Da das Centrum und die Konservativen die Vorlage in der vom Herrenhause beschlossenen Fassung anzunehmen bereit waren, so galt es in der Hauptsache nur den Widerspruch der Nationalliberalen zu besiegen. Bismarck griff zu diesem Behufe am 4. Mai 1886 mit einer längeren Rede in die Diskussion ein[1]).

Über die Haltung Bismarck's und dessen Laune in dieser Sitzung wurde der „Vossischen Zeitung" geschrieben[2]): Fürst Bismarck hat im Parlament selten eine so gute Laune zur Schau getragen, als am ersten Tage der Beratung über die kirchenpolitische Vorlage. Mit dem heitersten Gesicht betrat er den Sitzungssaal, in seinen sehr lebhaft geführten Privatgesprächen lachte er viel, und ebenso stimmte er vielfach in jovialster Weise in die Heiterkeitsausbrüche des

---

Besitz: Rittergüter Offenbeck und Steinfurt; berufen in das Herrenhaus auf Präsentation des Verbandes des alten und des befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirke Münsterland durch Allerhöchsten Erlaß vom 27. Januar 1866 auf Lebenszeit; eingetreten den 7. August 1866.

[1]) Kohl, Bismarck-Reden Bd. XII., S. 105 ff.

[2]) Vergl. Nr. 207 vom 5. Mai 1886, 1. Beilage.

Digitized by Google

Hauses ein. Er lachte auch, als der Abgeordnete Seyffarth in Goethe's Citaten seinem Mißtrauen gegen die Politik der römischen Kurie Luft machte, als der Redner dann aber mit den Worten aus dem „Tasso" schloß: „Wer fänd' im Vatikan nicht seinen Meister?" war die lachende Miene blitzschnell verschwunden und die Brauen zogen sich ärgerlich zusammen. Von Herzen schienen ihm die Zeichen der Heiterkeit überhaupt nicht zu kommen, am wenigsten die lachende Ironie, welche er der Richter'schen Rede entgegenzusetzen suchte. Er schien sich vor Lachen fast ausschütten zu wollen, indessen bedurfte es keines besonderen Scharfsinns, um zu erkennen, daß der Reichskanzler innerlich durch diese schonungslose Aufdeckung der Situation, in welche seine Kirchenpolitik den preußischen Staat geführt hat, leidenschaftlich erregt war.

Im Laufe der Sitzung hatte Bismarck eine Unterredung mit einem nationalliberalen Abgeordneten — ich vermute mit Professor Dr. Gneist — worüber die „Nationalzeitung" [1]) berichtete: „Fürst Bismarck sprach sich nicht ohne Besorgnis über den Gesundheitszustand seines Sohnes, des Grafen Herbert Bismarck aus, bei welchem zwar das Fieber aufgehört, trotzdem aber das Delirium noch drei Tage angehalten habe. Er selbst sei in Ermangelung von geeigneten Ersatzkräften gezwungen, für seinen Sohn einzutreten, der eine ungewöhnliche Arbeitskraft besitze. Sehr eingehend äußerte sich Bismarck über die kirchenpolitische Frage. Seit acht Jahren sei er bestrebt gewesen, zu dem Ziele zu gelangen, dem er sich jetzt genähert habe, und zwar sei das wesentlich geschehen unter Berücksichtigung der dringenden Wünsche maßgebender Personen. Dr. Falk habe als Kultusminister die Dinge mit großer juristischer Feinheit [2]) und Geschicklichkeit behandelt, aber eben nur mit juristischer, während ihm der politische Blick zuweilen gemangelt habe. Immerhin sei es Dr. Falk gewesen, der ihm, dem Reichskanzler, den Stuhl vor die Thüre gesetzt, denn er selbst habe bis zum letzten Augenblick nicht aufgehört, dem Kollegen behilflich zur Seite zu stehen, wenn es sich darum handelte, bei dem Kaiser die Genehmigung zu einer Vorlage zu erlangen, was nicht immer leicht war. Diese Bemerkung war vorzugsweise dadurch provoziert, daß von der andern Seite entgegengehalten war, Dr. Falk habe seiner Zeit über eine Abnahme der kollegialischen Hilfsbereitschaft des Kanzlers geklagt. Im übrigen ergab sich aus der Unterredung, daß Fürst Bismarck keinerlei Mißstimmung empfand wegen der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen gegenüber der kirchenpolitischen Vorlage.

Über ein Familiendiner bei Bismarck am 25. Januar 1887 schreibt der Landtagsabgeordnete von Eynern [3]) am folgenden Tage in seine Heimat:

„Aus den Zeitungen wirst Du schon erfahren haben, daß vorgestern im Abgeordnetenhause sich einer jener großen Vorgänge abspielte, die unauslöschlich

[1]) Vergl. die Nr. 288 vom 6. Mai 1886.

[2]) Der Minister Falk bemerkte im Jahre 1872 dem Abgeordneten von Mallinckrodt gegenüber, der vollen freien Bewegung der Kirchengemeinschaften werde er nicht hindernd in den Weg treten, aber da, wo Rechte des Staates auf dem Spiele ständen, werde man ihn als „Juristen" finden.

[3]) Vergl. oben S. 102.

Digitized by Google

in der Erinnerung bleiben. Bei der Beratung des „Etats des Ministeriums für die auswärtigen Angelegenheiten" erschien, allen unerwartet, Fürst Bismarck im Hause und setzte sich an die rechte Seite des Ministertisches, also ganz in meine Nähe. Wir Nationalliberalen begrüßten ihn durch Erheben von unsern Plätzen. In kurzer Unterhaltung sagte er mir, er habe so vieles auszusprechen, daß er länger nicht damit zurückhalten könne; er werde sofort vorgehen. Das that er dann auch, nachdem Graf Limburg eine zweifellos vorher vereinbarte, in Beschwerden über die Haltung des Reichstags in der Militärfrage sich bewegende Anfrage an ihn gerichtet, in einstündiger Rede [1]) und in einer Weise, daß uns allen der Atem stockte. Du kennst die wunderbare Art und Gewalt seiner Rede, wie er oft anscheinend nach dem richtigen Ausdruck sucht, so daß man in Spannung mitsucht und helfen möchte, und wo dann plötzlich der Lichtfunken durchbricht, so daß man mit seinem eigenen armen Geist in Dunkel gehüllt dasitzt. Diesmal ging es wohl vorbereitet ziemlich flott von Anfang an.

An seine Ausführungen schlossen sich große und ausgezeichnete Reden von Windthorst und Richter. Des letzteren Ausführungen reizten mich zur Meldung zum Wort, und ich erhielt dasselbe unmittelbar nach einer zweiten Rede des Fürsten. Ich sprach [2]) in sehr zuversichtlichem Tone mit Verteidigung unsrer Kartellpolitik und mit der Versicherung, daß wir den Reichstagswahlen siegesfreudig entgegengingen und die militärischen Anschauungen des Kaisers und seiner Paladine schon zur Anerkennung bringen würden. Die glückliche Abwehr eines Zwischenrufes von Richter (daß ich gerne darauf verzichten wolle, in seinem Sinne ein „feiner Mann" zu sein) veranlaßte durch die Heiterkeit des Hauses eine kurze Pause in meinen Ausführungen. Ich benützte sie, um mich nach dem Fürsten umzusehen, und sah dessen Gesicht mit einem unglaublichen Ausdrucke inneren Behagens und befriedigter Gegnerschaft auf Eugen Richter gerichtet.

Am andern Morgen, kaum erwacht, (es war allerdings recht spät) erhielt ich einen Brief mit einer Einladung zum Familien-Diner bei Fürst und Fürstin Bismarck auf denselben Abend sechs Uhr. Ich sagte dankend zu und traf außer der Familie (Fürst, Fürstin, Graf Herbert, Graf und Gräfin Wilhelm und Graf und Gräfin Rantzau) nur noch Dr. Schweninger und die Abgeordneten Graf Limburg, Freiherr von Zedlitz-Neukirch und Freiherr von Minnigerode. Ich saß links neben der Fürstin, rechts neben der Tochter, Gräfin Rantzau. Das Essen, ähnlich wie unser Familientagsessen: Suppe, Fisch, Erbsen und Gänsebrust, Hammelrücken mit Salat, Pudding, Äpfel und Käse. Es servierten nur zwei Diener und die Beleuchtung bestand in Lampen, was, zusammen mit der artigen, zwanglosen Unterhaltung, alles sehr gemütlich machte. Der Fürst hatte guten Appetit und Durst und war in der heitersten Stimmung. Die Fürstin versicherte,

[1]) Dieselbe findet sich abgedruckt in den Stenographischen Berichten vom 24. Januar 1887, S. 94.

[2]) Vergl. die Stenographischen Berichte a. a. O. S. 113.

Digitized by Google

der gestrige Tag habe ihn wieder ganz gesund gemacht, und meine Rede, „bei der ja Richter ganz blaß geworden wäre," habe dazu auch beigetragen.

Nach aufgehobener Tafel allgemeine Unterhaltung bei Kaffee und Cigarre. Ein Teil der Gäste entfernte sich, ich werde aber eingeladen, mich zum Fürsten zu setzen, der sich behaglich auf seinem Ruhesofa ausstreckt und seine Pfeife raucht. Der Fürst hat viel zu erzählen und manches zu fragen, speziell will er über die Aussichten meiner Reichstagskandidatur in Hagen, wozu ich mich nur auf sein Andrängen widerwillig entschlossen, unterrichtet sein. Dann unterhalten wir uns über die Aussichten der Kleist-Hammerstein'schen Bewegung, welche durch die Versammlung in Barmen nach dem Westen getragen sei, wo sie doch keinen Boden finden könne. Hieran, an diesen Zwiespalt im evangelischen Lager, reihten sich Klagen allgemeiner Art über die Friktionen bei Hof und in den Verwaltungen und über die augenblicklich schwebenden politischen Fragen. Dann kam ohne eigentlichen Übergang, die Rede auf den Bimetallismus. Schon die Fürstin hatte mich bei Tisch gefragt, ob ich davon etwas verstände; ihr Mann sei für diese Sache sehr wissensdurstig. Ich hatte ihr lachend erwidert, daß ich allerdings mein ganzes Leben lang durch meine geschäftlichen Beziehungen zu Silberländern praktisch mich damit habe beschäftigen müssen, und ich hätte auch letztes Jahr eine lange Rede darüber gehalten, aber in den Augen der unmittelbar Interessierten und der Theoretiker sei ich doch mit allen andern Antisilbermännern ein unergründlich dummer Kerl, gewissermaßen dumm aus reiner Bosheit.

Nun entwickelte ich dem Fürsten meine Ansichten ziemlich ausführlich und fand den aufmerksamsten Zuhörer; besonders als ich die Sistierung unsrer Silberverkäufe als einen Fehler nachzuweisen suchte und eine künstliche Preishaltung oder Preiserhöhung des Silbers gegen Gold mit der Assignatenwirtschaft in ihrer Wirkung auf gleiche Höhe hinstellte. Zunächst eine allgemeine Preissteigerung, dann ein um so tieferes Fallen.

Im weiteren Verlauf wurden noch manche Fragen berührt; bei Erwähnung notwendiger Finanzreformen erschien, ich glaube von mir zuerst genannt, der Name von Freund Miquel in unserm Gespräch. Die Fürstin ging ab und zu, und der Fürst gab dann dem Gespräch stets eine heitere Wendung. Halb scherzhalb ernsthaft beklagte er sich einmal über die Zudringlichkeit seiner Verehrer. Er sei wie ein Gefangener in seinem Hause, kaum betrete er die Straße, so hemmten Menschenmengen jeden seiner Schritte.

Es war ein Kabinettstückchen humorvoller Schilderung. Als ich ihm sagte, mit etwas Unbequemlichkeit sei die Berühmtheit stets verbunden, ich würde aber meiner Frau alles wiedererzählen, damit sie eine Besserung der Damenwelt herbeiführe, denn auch sie habe letzten Winter die ganze Wilhelmstraße durchlaufen, um ihn zu sehen, sagte er: „Da wollen wir vorbeugen; wenn Ihre Frau nach Berlin kommt, müssen Sie mir dieselbe zuführen. Ich werde mich freuen, einer Verehrerin meinen Anblick bequemer gestatten zu können."

Digitized by Google

„Da aber — meinte die Fürstin — Frau von Eynern diesen Winter nicht kommt, könntest Du Dich ihr zunächst durch Übersendung Deiner Photographie vorstellen."

Inzwischen trat Graf Herbert Bismarck ins Zimmer mit einem eben eingetroffenen Schreiben des Kaisers. Die beiden Herren unterhielten sich leise über den Inhalt. Ich trat zurück, da ich aber wider Willen das Gespräch verstehen konnte, setzte ich mich entfernter zur Fürstin und sagte ihr, es sei wohl Zeit, aufzubrechen. „Noch nicht — meinte sie — ich gebe Ihnen schon den Wink." Graf Herbert brachte uns das Couvert des Briefes. Es war eines jener großen Telegrammcouverts des Auswärtigen Amts mit der gedruckten Adresse: Seiner Majestät dem Kaiser und Könige. Der sparsame Monarch hatte es zur Rückantwort benützt, über diesen Druck ein „Von" gesetzt und darunter den Adressaten geschrieben, so daß die Inschrift jetzt hieß: Von Seiner Majestät dem Kaiser und Könige an den Staatssekretär Grafen Bismarck. Ein neuer Verschluß war durch ein großes rotes Siegel mit der Krone, welches das erste Siegel überdeckte, an der aufgerissenen Stelle hergestellt worden. Ich durfte das Couvert mitnehmen, und wir wollen es unter Glas und Rahmen aufbewahren. Als ich mich wieder zum Fürsten setzte, bemerkte ich, daß er andern Gedanken nachhing, und ich stand, nach einem Blick auf die Fürstin, auf. Diese aber enteilte noch in das Nebenzimmer und kehrte mit Tinte und Feder und einer größeren Photographie des Fürsten zurück. Der Fürst erhob sich vom Sofa, legte die Pfeife weg und schrieb mit großen Buchstaben: v. Bismarck unter das Bild. Dann fragte er mich nach dem heutigen Datum. Der Fünfundzwanzigste. „Nein — sagte er — den wollen wir als Erinnerungstag nicht nehmen. Essen können Sie noch öfter bei mir, aber eine so gute Rede wie gestern halten, das werden Sie sobald nicht wieder fertig bringen, den Tag wollen wir festhalten."

Und er schrieb unter unsrer Heiterkeit hinter seinen Namen: 24. Januar 1887. —

Am 22. Februar 1887 legte die Regierung dem Herrenhause ein neues Kirchengesetz für die katholische Kirche vor, welche eine Anzahl in der vorjährigen Novelle nicht geregelte Gegenstände in den Kreis ihrer Erwägung zog [1]). Wieder war es der Bischof Kopp, der im Einverständnis mit Bismarck dem Gesetze zu seiner Annahme verhalf.

Am 30. März 1887 hatte Bismarck über die Kirchennovelle eine Besprechung mit dem Reichstagsabgeordneten von Helldorff; derselbe verhalf damals der versöhnlichen Kirchenpolitik des Kanzlers zum Siege, indem er seinen Einfluß in dem Sinne in die Wagschale warf, daß die konservative Fraktion im Abgeordnetenhause schließlich gegen ihren Führer von Rauchhaupt sich der Auffassung der Regierung anschloß. Ein unerwarteter Widerspruch seiner Kirchenpolitik erwuchs dem Kanzler im Herrenhause in der Person des Professors Dr. Beseler [2]). Der-

---

[1]) Vergl. Kohl, Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 330 ff.
[2]) Vergl. Bd. II., S. 190 und 329.

Digitized by Google

selbe war keineswegs ein unbedingter Anhänger der Falk'schen Kirchenpolitik gewesen, deren Tendenz er zwar zustimmte, deren einzelne Schritte aber durchaus nicht seinen Beifall hatten. Beispielsweise bezeichnete er manche zu Gunsten der Altkatholiken gestellten Forderungen in vertraulichen Kreisen als geradezu unerträglich für die römischen Katholiken. Ebensowenig war er jedoch später mit der Wendung der Regierungspolitik, insbesondere mit dem Eingehen auf die Vermittelung des Bischofs Kopp einverstanden.

Beseler suchte im Herrenhause[1]) die nach seiner Überzeugung den Rechten des Staates drohenden Gefahren, unbeirrt durch die Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen und ungeachtet der Anfeindungen seitens der äußersten Rechten, mit Nachdruck klarzulegen. Es war der letzte und vielleicht größte Kummer seines Lebens, daß Fürst Bismarck dies, nur vollster Hingabe für das Staatswohl entsprungene Auftreten dazu benutzte, um Beseler als einen allezeit kritischen Nörgler zu charakterisieren, „dessen vollen Einverständnisses zu irgend einem Vorgehen in seinem Leben zu erlangen ihm niemals gelungen sei", und „dessen vollen Beifalls sich noch keine Handlung in seinem Leben erfreut habe".

Daß diese Worte dem bisher guten Verhältnisse Beseler's zum Fürsten Bismarck ein Ende bereitete, bedarf keiner Bemerkung.

Zu den Gegnern des Kulturkampfes gehörte der am 5. April 1893 verstorbene Graf Brühl, Standesherr zu Forst und Pförten, Mitglied des Herrenhauses seit 1856. Während er im Verfassungsstreit 1862—66 jeder mit der Verfassung vereinbaren Maßregel der Regierung eifrig zugestimmt hatte, wurde er in den siebziger Jahren ein ebenso heftiger Gegner des Fürsten Bismarck, mit dem er damals manchen Zusammenstoß im Herrenhause hatte.

Nach Beseitigung des Kulturkampfes hat sich Graf Brühl mit dem Fürsten Bismarck vollständig ausgesöhnt. Es war bei Gelegenheit einer Sitzung im Herrrenhaus über die Kirchengesetzgebung, und zwar, als es sich um die den Kulturkampf beseitigenden Gesetze handelte. Graf Brühl war wegen vorgerückter Zeit verhindert, eine beabsichtigte Rede zu halten. Es drängte ihn aber, Bismarck sein Einverständnis mit dessen neuer Kirchenpolitik mündlich auszusprechen. Deshalb ging er auf den Ministertisch zu, um dem Ministerpräsidenten sein Herz auszuschütten. Die Scene war bewegt. Als der Kaiser Wilhelm I. zu Neujahr 1888 einen außerordentlichen Botschafter nach Rom entsandte, um dem Papste Leo XIII. Geschenke und ein eigenhändiges Glückwunschschreiben zum 50jährigen Priesterjubiläum zu überbringen, fiel die Wahl auf den Grafen Brühl. Derselbe hatte die Aufgabe, noch einige politische Fragen mit dem Papste zu besprechen, und er verhandelte darüber vor der Abreise mit dem Grafen Herbert Bismarck. Auf Wunsch des Grafen Brühl gestattete Fürst Bismarck, daß dessen Sohn, Offizier bei den Gardes du Corps, die Römerreise mitmachte[2]).

---

[1]) Vergl. die stenographische Verhandlung über die Sitzung vom 12. und 13. April 1886 und 23. März 1887.

[2]) Wegen der Staatskatholiken-Adresse vergl. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1887, S. 134 und 135.

Digitized by Google

Eine ernste Differenz entspann sich in der zweiten Session der XVI. preußischen Legislatur-Periode zwischen Bismarck und dem Abgeordneten Freiherrn von Hammerstein[1]) aus Anlaß des sogenannten Hammerstein-Kleist'schen Antrages, welcher bezweckte, auch der protestantischen Kirche in Preußen eine höhere Basis zu geben[2]). Bismarck zeigte für die hierauf abzielenden Bestrebungen keine Sympathie, indem er von der Annahme ausging, daß von der geplanten Reform nur die protestantische Hierarchie Nutzen ziehen würde. Wenn es ihm zu bunt würde, würde er in die böhmische Gemeinde eintreten. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen. Am 20. April 1887 erklärte Freiherr von Hammerstein dem Fürsten Bismarck während einer ihm bewilligten Audienz: „Morgen bei Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze, werde ich Sie im Abgeordnetenhause offen aber entschieden angreifen." Bismarck kam aber dem Angriff zuvor und ergriff sofort seinerseits in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. April das Wort, während Hammerstein, der erst später auf der Rednerliste stand, dadurch taktisch aus der Offensive etwas in die Defensive gedrängt wurde. Am 22. April 1887 sprach sodann Hammerstein, dem Fürst Bismarck sofort antwortete. In diesen Reden kann man die Gegensätze entdecken, welche zwischen beiden in den vorhergehenden Besprechungen zu Tage getreten waren[3]).

Von da ab hat Freiherr von Hammerstein den Fürsten Bismarck nicht mehr gesprochen[4].) —

Auf eine Ergebenheitsadresse, welche die polnischen Mitglieder des Reichstags an Kaiser Friedrich gerichtet hatten, erging an das Mitglied des Herrenhauses Grafen von Bninski folgende Antwort:

Berlin, den 29. Mai 1888.

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht, die von Eurer Hochgeboren und Mitunterzeichnern unter dem 4. d. M. eingereichte Ergebenheitsadresse dem Staatsministerium mit dem Befehle zugehen zu lassen, dieselbe in Allerhöchstdero Namen zu beantworten.

Das Staatsministerium entledigt sich dieses ihm gewordenen Allerhöchsten Auftrages mit dem Versichern, daß Seine Majestät der König an der Treue, mit welcher die Preußen polnischer Abstammung an dem Throne und dem Staate hängen, niemals gezweifelt haben. Aber es hat Seiner Majestät Freude

[1]) Vergl. oben S. 73.

[2]) Vergl. Kohl. Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 390 ff.

[3]) „Ich schicke voraus — bemerkte Herr von Hammerstein — daß der Fürst Bismarck augenscheinlich für die objektive Bedeutung der kirchlichen Institution nicht dasjenige Maß von innerem Verständnis besitzt, wie er es für die Bedeutung des subjektiven Christentums jederzeit offen an den Tag legt." Bismarck antwortete gereizt.

[4]) Die Haltung der von dem Freiherrn von Hammerstein redigierten „Kreuzzeitung" war nach Bismarck's Entlassung ihm gegenüber eine freundlichere als die mancher Zeitungen, welche ihn ehedem vergöttert hatten („Kölnische Zeitung", von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gar nicht zu sprechen).

Digitized by Google

gemacht, dasselbe Gefühl, von welchem Allerhöchstdero polnisch redende Unterthanen in ihrer großen Mehrheit jederzeit beseelt gewesen sind, auch in der Adresse vom 4. d. M. ausgedrückt zu finden. Se. Majestät entnehmen daraus die Zuversicht, daß die Herren Unterzeichner der Adresse das Gefühl der treuen Anhänglichkeit und der Dankbarkeit für die Wohlthaten geordneter staatlicher Einrichtungen auch in ihrer Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten des Reichs- und des Landtages im Interesse des preußischen Staates bethätigen werden.

Das Staatsministerium stellt Ew. Hochgeboren anheim, den Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 4. d. M. eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen zu wollen.

Das Staatsministerium.
von Bismarck.

Als die Neuwahlen für das Abgeordnetenhaus vor der Thüre standen, fiel allgemein ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auf, welcher als eine Kriegserklärung gegen den Führer der Konservativen von Rauchhaupt [1]) anzusehen war. Derselbe hatte in der „Halleschen Zeitung" eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er die politische Wirksamkeit der nationalliberalen Partei auf das heftigste angriff, und derselben in unverblümter Weise für die bevorstehenden Wahlen zum Landtage der Kampf angekündigt wurde.

Darauf antwortete das Blatt Bismarcks: „Der Umstand allein, daß die nationalliberale Parteileitung die Erneuerung des für die letzten Reichstagswahlen abgeschlossenen Kartells für die Landtagswahlen bisher beanstandet hat, kann unsres Dafürhaltens eine genügende Erklärung für das Auftreten des Herrn von Rauchhaupt nicht abgeben, zumal bisher aus keinem Wahlbezirke verlautet hat, daß die Nationalliberalen den Konservativen das Mandat streitig zu machen versucht hätten, während das Umgekehrte von verschiedenen Seiten berichtet worden ist. Wir können daher die Stellungnahme des Herrn von Rauchhaupt nur auf die Haltung zurückführen, welche er bei den noch in frischer Erinnerung befindlichen Verhandlungen über das Schullastengesetz eingenommen hat. Es konnte keinem unbefangenen Beurteiler entgehen, daß das Verfahren des Herrn von Rauchhaupt schon damals dazu führen mußte, zwischen die drei Parteien, welche bisher in fast allen wichtigen Fragen zusammengestanden hatten, einen Keil zu treiben und die konservative Partei von neuem in das Lager des Centrums herüberzuführen. Der Versuch mißlang, da bei der entscheidenden Abstimmung die weitaus größere Anzahl der Konservativen ihren Führer im Stich ließen und in Gemeinschaft mit den Freikonservativen und Nationalliberalen das stark gefährdete Gesetz glücklich unter Dach und Fach brachte. Es scheint fast, als ob Herr von Rauchhaupt den jetzigen Augenblick für geeignet hält, den mißlungenen Versuch zu erneuern und sich der ihm unbequemen Bundesgenossenschaft der nationalliberalen Partei zu entledigen. Hierfür spricht insbesondere die freudige Zustimmung, welche das Vorgehen des konservativen Führers bei der „Germania" und der

[1]) Vergl. oben S. 98.

„Kreuzzeitung" gefunden hat. Ruft doch letztere mit Frohlocken aus: „Wo ist im Abgeordnetenhause noch ein gemeinsamer Boden für ein ersprießliches Zusammenwirken der konservativen und nationalliberalen Partei?"

Wir verzichten darauf, mit der „Kreuzzeitung" über die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Kartells in Erörterungen einzutreten. In kleinlicher Parteipolitik befangen, hat dieses Blatt schon längst den Blick für die wahren Interessen des Vaterlandes verloren. Das Bündnis mit dem jeder staatlichen Autorität widerstrebenden Centrum ist seiner politischen Weisheit letzter Schluß, und in tiefgewurzeltem Hasse gegen alle, die nicht ihren spezifisch kirchlichen Standpunkt teilen, scheut die „Kreuzzeitung" nicht davor zurück, zur Bekämpfung der nationalen Elemente in der Provinz Hannover auf die Hilfe der Welfen zu rechnen, trotzdem dieses Liebeswerben auf seiten der letzteren nur Spott und Hohn gefunden hat.

Anders verhält es sich mit Herrn von Rauchhaupt. Herr von Rauchhaupt ist der anerkannte Führer der konservativen Partei im Abgeordnetenhause. In dieser Eigenschaft liegt ihm die Verpflichtung ob, die Auffassungen nicht eines kleinen Bruchteils, sondern der Gesamtpartei zu vertreten. Die Auffassung der konservativen Partei in ihrer Totalität geht aber nicht dahin, mit der nationalliberalen Partei zu brechen, sondern im Gegenteil mit derselben zu einer Verständigung zu gelangen. Wenn daher Herr von Rauchhaupt im Widerspruche hiermit in seiner neuesten Veröffentlichung offenkundig dazu beiträgt, die naturgemäß zwischen verschiedenen Parteien vorhandenen Gegensätze bis zu einer unüberbrückbaren Kluft zu erweitern, so kann er nicht als der berufene Vertreter der konservativen Partei angesehen werden."

Zwischen Bismarck und Rauchhaupt hat schließlich jeder persönliche Verkehr aufgehört. Der Grund der Entfremdung lag weniger in der Divergenz der politischen Meinungen, als in dem so außerordentlich verschiedenen Temperament beider. Angegeben wurde seinerzeit als direkte Veranlassung zu dem Abbruch eine Indiskretion, welche Rauchhaupt durch öffentliche Wiedergabe einer privaten Äußerung des Fürsten von einigem politischen Belang in einer Volksversammlung in seinem Heimatskreise begangen haben soll.

XIV. Abschnitt.

Die erste Session der VII. Legislatur-Periode des Reichstags.

(3. März—18. Juni 1887.)

In den Tagen nach der Reichstagsauflösung kam das Wahlkartell zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen[1]) zu stande, bei dessen Verhandlung von Helldorff lebhaft beteiligt war, nicht ohne Kampf gegen die damals kleine

[1]) Vergl. darüber die „Mitteilungen des Wahlvereins der deutschen Konservativen für seine Mitglieder" vom Mai 1887 (aus der Feder von Helldorff's) und Kohl, Bismarck-Reden, Bd. XII, S. 409 f.

Digitized by Google

Gruppe Hammerstein in der Fraktion. Es war schließlich ein scharfer Druck auf die Nationalliberalen von seiten des Kanzlers nötig, wofür von Helldorff (15. Januar) sorgte.

„Das wissen Sie gerade so gut wie ich — sagte Bismarck kurz vor den Wahlen zu dem nationalliberalen Abgeordneten von Eynern — wir leben im Frieden, aber sehen Sie auf die Vorbereitungen Frankreichs, auf die Barackenbauten, auf Boulanger, auf das seit 16 Jahren ertönende Geschrei der Patriotenliga, und dann werden Sie wissen, ob und was wir von Frankreich zu fürchten haben [1])."

Bennigsen und Miquel erklärten sich zur Annahme eines Mandats bereit.

Es waren wiederholt an den Reichskanzler Anfragen gelangt, ob eine kaiserliche Proklamation für die Wahlen ergehen würde. Fürst Bismarck hat dieselben dahin beantwortet, daß eine derartige Maßregel vor der Hand nicht zeitgemäß sein würde. Dieselbe würde erst in Frage kommen, wenn die Wahlen so schlecht ausfallen sollten, daß eine nochmalige Auflösung des Reichstags notwendig würde.

Es erfolgte nun die Wahl und der Sieg der Kartellparteien mit schwacher Mehrheit [2]). Alsbald nach der Eröffnung des Reichstags am 6. März 1887 war von Helldorff allein mittags bei Bismarck, um mit demselben die durch die Neuwahl geschaffene neue Situation zu besprechen.

Der Annahme des Septennats ging eine Unterredung Bismarck's mit dem Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein voraus (10. März 1887); in die Verhandlungen des Reichstags darüber griff derselbe aktiv nicht ein [3]).

In der nächsten Zeit trat das Branntweinsteuer-Projekt in den Vordergrund. Von Helldorff interessierte sich lebhaft für das Zustandekommen dieses Gesetzes und verhandelte darüber am 26. März 1887 mit von Rottenburg und demnächst auch mit den andern Parteien.

Am 28. März nahm er mit den Abgeordneten Miquel, von Kardorff und Buhl an einem Diner bei Bismarck teil, bei welcher Gelegenheit die Grund-

[1]) Die „Post" 1887, Nr. 45. Über die Stellung der nationalliberalen Partei innerhalb des Kartells bei den Wahlen vom 21. Februar 1887 vergl. Ludwig Bamberger: „Die Nachfolge Bismarck's", autorisierter Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Die Union", Berlin S. Rosenbaum-Hart 1889, 43 Seiten.

[2]) Besonders bemerkenswert war außer der Niederlage der freisinnigen Partei das vollständige Verschwinden der Volkspartei aus dem Reichstage, der Verlust aller sächsischen Mandate für die Sozialdemokraten und die Fruchtlosigkeit aller Anstrengungen der Reichstreuen in Elsaß-Lothringen, wo der einzige Elsässer, der in rückhaltlosem Anschluß an das Reich für das Septennat eingetreten war, Freiherr Zorn von Bulach, sein Mandat verlor.

[3]) Bei der zweiten Lesung der Militärvorlage (8. März 1887) war Bismarck im Reichstag aber anwesend. Der Kanzler schien bei guter Stimmung zu sein, unterhielt sich längere Zeit mit dem Minister von Puttkamer und dann mit dem Abgeordneten von Kleist-Retzow. Nachdem das Triennat durch Verwerfung des Antrages Bamberger mit 222 gegen 23 Stimmen — 88 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung — abgelehnt worden, entfernte sich der Fürst

Digitized by Google

lagen des dem Reichstag unterm 5. Mai 1887 vorgelegten Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Branntweins, durchberaten und endgültig beschlossen wurden.

Fürst Bismarck trug nach Tisch, die Pfeife in der Hand, den Inhalt des preußischen Entwurfes vor. Die Parlamentarier machten der Reihe nach ihre Ausstellungen. Am folgenden Tage teilte Bismarck auf Grund der zu stande gekommenen Einigung seinen definitiven Entschluß dem Staatssekretär des Reichsschatzamts Scholz mit.

Auf dieselbe Frage bezogen sich weitere Besprechungen Helldorff's mit dem Chef der Reichskanzlei Dr. von Rottenburg und Bismarck am 30. März 1887.

Ein hübscher Zug des Fürsten Bismarck ist es, daß er sich, als im September 1887 dem früheren Reichstagsabgeordneten Professor Karl Biedermann in Leipzig[1]) zum 75sten Geburtstag von seinen nächsten Parteifreunden eine Ehrengabe überreicht wurde, mit einem namhaften Beitrag daran beteiligt hatte. In dem Antwortschreiben auf Biedermann's Dankbrief bemerkte Fürst Bismarck: „Gestatten Sie mir, Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung auszusprechen für die Treue Ihres durch keinen Wechsel der politischen Lage beirrten Festhaltens an dem nationalen Gedanken und für die Thätigkeit, welche Sie für die Verwirklichung desselben auch in Zeiten entfaltet haben, wo eine Aussicht auf Erfolg noch nicht vorlag."

Biedermann darf es sich als ein Verdienst anrechnen, daß ihm, dem Sachsen, sogleich im Beginn seiner publizistischen Thätigkeit (1842) der Gedanke einer Hegemonie Preußens als selbstverständlich erschien, und daß er diesen Gedanken lange als der Einzige in der Tagespresse vertrat, und zwar zu Zeiten und unter Umständen, da es jedenfalls für den Sachsen nicht leicht und gefahrlos war, sich zu demselben zu bekennen (z. B. 1866). Vielleicht hat Bismarck bei Abfassung seines Briefes auch an eine frühere Zeit gedacht, z. B. an die Zeit, wo Sachsen von der Union abfiel, und Biedermann mit seinen Gesinnungsgenossen im sächsischen Landtage alles, freilich vergebens, aufbot, um dies zu verhindern, wofür ihn dann die Rache des Herrn von Brust traf.

Bismarck ließ es aber bei der obigen Spende als Beitrag zu der Biedermann gewährten Dotation nicht bewenden. Er wollte ihm eine kaiserliche Pension zuwenden, wie sie Ruge und andre genossen hatten, die von viel weiter links her und viel später schließlich auf nationalem Boden angelangt waren. Die Sache verzögerte sich, weil Bismarck die Sache persönlich bei dem Kaiser vortragen wollte, bis in den Februar 1888. Die schließlich bewilligte Jahrespension von 3000 Mark für Biedermann war eine der letzten Gnadenbewilligungen des alten Kaisers.

---

[1]) Vergl. Bd. II., S. 165, und oben S. 155.

XV. Abschnitt.

Die zweite Session der VII. Legislatur-Periode des Reichstags.

(29. November 1887—20. März 1888.)

Die Herbstsession des Reichstags im November 1887 brachte zunächst Debatten über Getreidezölle. Die Regierungsvorlage, betreffend die Erhöhung der Getreidezölle, fand im Reichstag ihre glückliche Erledigung. Die Stellung des landwirtschaftlichen Ministers wurde im Laufe der Debatten dadurch erschwert, daß der Kanzler die Sache der Schutzzöllner während der Beratung im Reichstag nicht bloß mit keinem Worte unterstützte, sondern daß daselbst geradezu das Gerücht verbreitet wurde, es liege demselben überhaupt nichts an den Getreidezöllen. Natürlich wurde dies böswillige Gerücht von den Gegnern der Vorlage absichtlich verbreitet, um dieselbe zum Fall zu bringen. Der Minister Dr. Lucius ließ sich aber durch das Gerede nicht beirren, und hielt sich bei seinem erfolgreichen Eingreifen in die Debatte an die Vorlage, welche die Unterschrift Bismarck's trug.

In der zweiten Session der VII. Legislatur-Periode spielte die Frage des Fortfalls des Identitätsnachweises[1]) eine bedeutende Rolle. Graf Mirbach[2]) war damals Mitglied der Kommission zur Beratung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Zolltarifs, welches unter anderm eine Erhöhung des Zolles auf Weizen und Roggen von drei auf sechs Mark vorschlug[3]). Graf Mirbach und mit ihm die Konservativen hatten den Wunsch, daß gleichzeitig mit der Zollerhöhung auch die Frage des Identitätsnachweises geregelt werde. Als Graf Mirbach nach dieser Richtung zu wirken suchte, äußerte einer der höchsten Beamten des Reichs ihm gegenüber, der Reichskanzler sei sehr böse auf ihn, weil er die Frage der Getreidezollerhöhung mit der über den Fortfall des Identitätsnachweises belaste. Diese Eröffnung veranlaßte den Grafen Mirbach, sich seine Information direkt beim Kanzler zu holen, worauf derselbe ihm in einem Briefe vom 10. Dezember 1887 mitteilte, er, Bismarck, sei gar nicht böse auf Mirbach. „Ich habe davor warnen wollen, das Erreichbare dadurch in Frage zu stellen, daß verschiedenartige petita mit einander untrennbar verbunden werden. Gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises sprechen, abgesehen von den Meinungsverschiedenheiten über ihre thatsächliche Wirkung, soviel ich weiß, hauptsächlich finanzielle Bedenken; jedenfalls glaube ich, daß die Verbindung dieser Frage mit der des Getreidezolles die Chancen einer jeden von beiden schlechter stellen würde, als sie bei isolierter Behandlung stehen würden."

Der Antrag wegen des Identitätsnachweises blieb in dieser Session unerledigt.

---

[1]) Zu vergl. der Antrag der Abgeordneten Ampach und Genossen um Annahme eines Gesetzes, betr. Abänderungen der Zolltarifgesetze vom 15. Juni 1879 und 23. Juni 1882 (Drucksache Nr. 102).

[2]) Vergl. oben S. 49.

[3]) Vergl. die Drucksache Nr. 22.

Digitized by Google

Der Abgeordnete Lohren hatte in der „Post“ die Erhöhung der Kornzölle von 3 auf 4,50 Mark im Zusammenhange mit der Aufhebung des Identitätsnachweises von Getreide bei der Ausfuhr befürwortet. Damals brachten die Blätter die Nachricht, Bismarck habe ein Schreiben an Lohren gerichtet, in welchem er den Abgeordneten unter Berufung auf seinen ihm (dem Reichskanzler) wohlbekannten Patriotismus und auf die Verehrung des Abgeordneten für ihn (den Reichskanzler) ersuchte, auf die Einbringung eines Antrages (den Getreidezoll auf 4,50 Mark festzusetzen) zu verzichten. Die Nachricht war aus der Luft gegriffen. Der Kanzler hat an Lohren in dieser Frage ein Schreiben nicht gerichtet.

Bereits im ersten Bande [2]) ist eine Unterredung erwähnt, welche zwischen dem Reichskanzler und dem Grafen Mirbach auf der parlamentarischen Soiree vom 2. März 1886 über die Währungsfrage geführt wurde. Über dieselbe Frage konferierte Fürst Bismarck mit dem genannten Parlamentarier am 1. Februar 1888 bei Gelegenheit einer demselben bewilligten Audienz. Das Gespräch ging von der Versicherung des Fürsten Bismarck aus, daß er ebenso wie Graf Mirbach von der Notwendigkeit durchdrungen sei, der Landwirtschaft die möglichste Unterstützung zu gewähren, und daß er gern bereit sei, auch in der Währungsfrage Konzessionen zu machen, jedoch nur in sicherer Vereinbarung mit den andern Ländern; insbesondere könne kein entscheidender Schritt ohne England geschehen.

Das weitere Gespräch bewegte sich in folgendem Ideengange.

Graf Mirbach betonte, in England sei die Bewegung für den Bimetallismus eine so starke, daß wenn von Deutschland eine Kundgebung von Bedeutung im Sinne des Mitgehens von Deutschland erfolge, vielleicht schon in diesem Winter im Unterhause eine Majorität im Sinne der Einführung des internationalen bimetallistischen Systems zu haben sei — ohne eine solche entscheidende Kundgebung freilich schwerlich. Graf Herbert Bismarck habe ihm erst heute ein Schreiben des Mr. Chaplin, M. of P., gleichzeitig Mitglied des P. Council of H. M., des Führers der englischen Agrarpartei, vorgelegt, welche seine, Mirbach's, Äußerungen bestätigte. Chaplin wünsche eine solche Kundgebung Deutschlands und lege großen Wert darauf. Er, Graf Mirbach, und von Kardorff wünschten deshalb eine Resolution des Reichstags in dem Sinne herbeizuführen, daß Deutschland seine Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Vorgehen mit England aussprechen sollte, wenn England die Initiative ergriffe.

Fürst Bismarck erwiderte, dies sei ja seit lange der Standpunkt der deutschen Regierung. „Es handelt sich nicht einmal um die Initiative von England. Wenn England mitgeht, gehen wir auch vor.“

Nachdem sich das Gespräch über das Agio des Friedrichsd'or und das Wesen der freien Prägung verbreitet hatte, kam Fürst Bismarck auf das Wertverhältnis zwischen Silber und Gold zu sprechen. Nehme Deutschland im Falle

[2]) Vergl. Bd. I., zweite Auflage, S. 284 f.

Digitized by Google

der Rückkehr zum Bimetallismus, also der in integrum restitutio, die frühere Relation von 1:15 ½ an, so laufe Deutschland Gefahr, mit Silber überflutet zu werden. „Die amerikanischen Silberminenbesitzer sollen ihre Minen sperren, mit deren Exploitation darauf wartend, daß das Silber als vollwertiges Münzmetall wiederhergestellt werde."

Graf Mirbach glaubte, in dieser Beziehung den Fürsten Bismarck beruhigen zu können. Die Frage des Wertverhältnisses zwischen Gold und Silber werde sehr überschätzt. „In dem Moment, wo Deutschland und England und so weiter erklären: Wir werden in der Relation 1:15½ prägen, ist das Verhältnis so." Die Gefahr einer künftigen Überflutung durch die amerikanischen Silberminenbesitzer könne er, Mirbach, gleichfalls nicht zugeben. „Die Erfahrung lehrt, daß wenn der Preis eines Gegenstandes sinkt, die Produzenten bemüht sind, durch Verstärkung der Produktion die Ausfälle zu decken. Mir ist es auf diesem speziellen Gebiete bekannt, daß der Mansfelder Silberbergwerksbau die Folgen des Fallens der Silberpreise wesentlich dadurch zu eliminieren versucht hat, daß er den Umfang des Betriebes immer mehr steigerte. Ich halte übrigens die Amerikaner auch nicht für so gute Menschen, daß sie nur an ihre Kinder und Enkel denken und auf den gegenwärtigen Gewinn für sich durch Silberausbeute verzichten."

Graf Herbert Bismarck bestätigte den kolossalen Vermögensverfall der englischen Landwirtschaft, in Deutschland werde er nur durch die Zölle noch aufgehalten. „Diese Frage ist die entscheidende. Lösen wir sie nicht durch Restitution des Silbers, so ist die Expropriation des gesamten Grundbesitzes durch das internationale mobile Kapital unvermeidlich — nur eine Frage der Zeit. In jeder Minute nimmt der Wert (die Macht) des hauptsächlich internationalen Großkapitals zu, um ebensoviel verringert sich der Wert aller produktiven Arbeit. Warum quälen wir uns mit allerlei andern wirtschaftlichen, sozialen Gesetzen, sie sind der Macht dieser Frage gegenüber auf die Dauer wirkungslos."

Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Fürst Bismarck noch seine Ansicht über die Reform der direkten Steuern. „Meines Erachtens müßte der Coupon, aber nur dieser, höher besteuert werden, die Mühe des Couponabschneidens steht in keinem Verhältnis zu sonstiger Arbeit und Risiko. Der Reform der direkten Steuern, von der ich mir überhaupt nicht viel verspreche, müßte mindestens zuvorgehen eine Beseitigung der Ungerechtigkeit der Grundsteuer, die ohne Rücksicht auf die Verschuldung auferlegt wurde. Die Ungerechtigkeit wird jährlich vervielfältigt durch die Zuschläge."

Einen erregenden Zwischenfall bildete die sogen. Waldersee-Versammlung[1], die durchaus nicht den Wünschen des Kanzlers entsprach. Aus Anlaß dieser Angelegenheit war der Abgeordnete von Helldorff am 28. Januar 1888 bei dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh. Von dieser Zeit datiert die grundsätzliche Abwendung des Kanzlers von allen Stöcker'schen Bestrebungen.

[1]) Über die Beteiligung Stöcker's daran s. Schultheß, Europäischer Geschichtskalender 1887, S. 190.

Digitized by Google

Der berühmten Rede Bismarck's vom 6. Februar 1888 bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe zu militärischen Zwecken [1]), ging der private Empfang mehrerer Mitglieder des Reichstags voraus. So sah der Kanzler am 31. Januar den Abgeordneten von Bennigsen bei sich. Voraussichtlich teilte er demselben den Wunsch mit, das Anleihegesetz, sowohl im Plenum wie in der Kommission des Reichstages mit derjenigen Zurückhaltung der Öffentlichkeit gegenüber zu behandeln, welche durch die Natur des Gesetzes allerdings selbstverständlich war.

Am 1. Februar 1888 erhielt Freiherr von Huene eine Einladung des Reichskanzlers zu einer Besprechung, also kurz vor der großen Rede, welche der Kanzler am 6. Februar 1888 im Reichstag bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufnahme einer Anleihe zu militärischen Zwecken, hielt, zu deren Vorbereitung am 3. Februar 1888 die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages vom 7. Oktober 1879 erfolgt war.

Bismarck kam es darauf an, auch innerhalb des Centrums die Überzeugung von der Notwendigkeit weiterer Rüstungen Deutschlands zu erwecken. Um dieses Ziel zu erreichen, wandte sich der Kanzler an Huene, der selbst lange Jahre Offizier gewesen, und der wie kein zweiter im Reichstage das Militärbudget und die Militärbedürfnisse zu übersehen vermochte.

Mit der Bismarck eigenen Offenheit weihte er seinen Besucher in mannigfache Verhältnisse der äußeren Politik ein und hielt ihm einen anderthalbstündigen Vortrag über die Machtverhältnisse Deutschlands und seiner Nachbarn, über die Beziehungen zu Österreich, Rußland, Frankreich, die Eventualitäten eines Krieges, das Verhältnis Rußlands und Österreichs zu der orientalischen Frage, dann speziell noch über das rauchlose Pulver, das neue Gewehr und so weiter. Gerade in letzterer Hinsicht betonte der Fürst, daß die Regierung nicht in der Lage sei, das, was sie vorhabe, schon öffentlich auszusprechen. Schließlich berührten die Äußerungen des Fürsten auch Fragen der inneren Politik, namentlich seiner eigenen Stellung.

Bismarck hat vielleicht noch niemals so viel Genugthuung, Ehre, Erfolg und innere Befriedigung gehabt, als am 6. Februar 1888. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, die ganze Welt habe auf seine Rede gelauscht, wie auf das Wort eines Messias. Die Losung: Krieg oder Frieden erwartete Europa aus seinem Munde. Der Andrang zu den Tribünen des Reichstags war ein noch nicht dagewesener. Als ich auf dem Wege dahin das Reichskanzler-Palais Wilhelmstraße 77 passierte, wogten dichte Menschenmassen auf der Straße.

Bismarck sah überaus wohl aus, voller Kraft, seine Gesichtsfarbe war frisch, seine Stimme sehr verständlich. Nach Annahme der Vorlage durch den Reichstag war auf seinem Antlitz wahre Herzensfreude zu lesen; er sah förmlich glücklich aus. Die Zustimmung Rickert's begleitete er mit einem „Bravo".

---

[1]) Vergl. hierüber und über die Militärvorlage Kohl's Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 440.

Digitized by Google

Unter den Reichsbeamten war große Aufregung über einen Erlaß, der denselben das Betreten der Bundesrats-Tribüne verbot. Dem Vernehmen nach hatte sich Bismarck bei einer früheren Rede durch die Anwesenheit einer Schar von Reichsbeamten auf der Bundesrats-Tribüne belästigt gefühlt und selbst diesen Ukas veranlaßt, der sogar dem Unterstaatssekretär Eck und dem Direktor Bosse vorgelegt wurde. Die Kollegen im Auswärtigen Amt waren auch davon betroffen. Abends erzählte mir noch einer aus der nächsten Umgebung Bismarck's, derselbe habe seine Rede sogar schriftlich ausgearbeitet; er sei die letzten Tage schwer zugänglich gewesen. In der Sitzung brachte Bismarck als aide memoire ein Oktavblatt von ca. 4 Seiten mit, worin er den Gang der Rede durch Stichworte sich angemerkt hatte. Er warf oft längere Blicke in die Aufzeichnung, gleich als wollte er den weiteren Gang der Rede überfliegen, bevor er damit fortfuhr [1]). —

Der Abgeordnete für Mühlhausen, August Lalance [2]), hatte von Bismarck's Politik in Bezug auf die Reichslande eine Meinung, die in Frankreich wohl gerne gehört, aber selbst dort nicht geglaubt sein wird. Danach besaß Elsaß-Lothringen in Bismarck's Augen lediglich die Bedeutung eines Zankobjekts, an dem sich die beiden Nationalitäten reiben, und wenn erst die deutsche Nationalität in diesem Streite sich soweit gestärkt habe, daß sie endgültig in ihrem Bestande gesichert sei, dann würde Bismarck das Elsaß die Stelle des Mohren spielen lassen, der seine Schuldigkeit gethan hat. Herr Lalance war davon überzeugt, daß Fürst Bismarck seinen Ruhm durch die Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich besiegeln und so sein Volk glücklich machen werde. „Denn dieses — so schloß ein von Lalance an Emilio Castelar gerichteter Brief — ist im Grunde friedliebend und sieht nicht ohne Besorgnis, wie das Vaterland Schiller's und Goethe's in eine weite Kaserne umgewandelt wird." Das „Vaterland" Schiller's und Goethe's ist allerdings für Franzosen und solche, die es gern sein oder werden möchten, ein Ideal deutscher Zustände, das sich, wie wir Deutsche hoffen, nie wieder verwirklichen wird.

Um Ostern 1888 brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen Artikel, wonach hinter dem Rücken Bismarck's eine Verlobung der Tochter des Kaisers Friedrich mit dem ehemaligen Fürsten von Bulgarien geplant werde, was, wenn es zu stande komme, den Rücktritt des Fürsten Bismarck zur Folge haben müsse. Der nationalliberale Abgeordnete Professor Dr. Biedermann in Leipzig [3]) hielt dafür, daß jeder Patriot thun müsse, was er könne, um eine solche Gefahr wo-

[1]) Aus Anlaß der Bismarck'schen Rede hatte der Zeichenlehrer Weidmann in Greiz Bismarck ein schwungvolles Gedicht eingesandt. Darauf erging am 16. Februar 1888 folgende Antwort (in Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnt): Ich danke Ihnen verbindlichst für die freundliche Anerkennung, mit welcher Sie mich aus Anlaß der Reichstagssitzung vom 6. c. beehrt haben. von Bismarck.

[2]) Geboren den 1. September 1830 in Champagney. Fabrikant in Mühlhausen.

[3]) Vergl. oben S. 187.

Digitized by Google

möglich abzuwenden. In dieser Überzeugung regte derselbe jene Leipziger Adresse an den Fürsten Bismarck an, die damals mehrseitig, selbst von einzelnen nationalliberalen Zeitungen, bekritelt worden ist[1]), andre aber, und mit ihnen Biedermann, noch heute für ebenso berechtigt als nicht inopportun halten. Die Adresse[2]) hatte binnen zwei oder drei Tagen wohl viertausend Unterschriften erlangt, wurde aber auf den vom Fürsten Bismarck telegraphisch gegen den Oberbürgermeister Georgi ausgesprochenen Wunsch zurückgezogen, da sich inzwischen die Krisis durch Dazwischenkunft des Kaisers Friedrich verzogen hatte.

Gewisse freisinnige Blätter waren so abgeschmackt, diese politische Aktion Professor Biedermann's damit zu erklären, daß er sich für den oben erwähnten Beitrag des Fürsten Bismarck habe dankbar erweisen wollen — wobei noch insinuiert wurde, derselbe sei wohl aus dem Welfenfonds geleistet worden!

Biedermann's lange politische Thätigkeit, die offen vor aller Welt Augen liegt, spricht ihn von jedem Verdacht eines solchen Handelns aus persönlichen Motiven frei; es bewog denselben zu dem Schritt einzig und allein die schwere Besorgnis vor der Gefahr des Vaterlandes. Biedermann hat sich darüber in

---

[1]) Dieselbe lautete: Durchlauchtigster Fürst! Höchstzuverehrender Herr Reichskanzler! Das hierher gelangte Gerücht von der Möglichkeit eines Rücktritts Ew. Durchlaucht von Ihrem hohen Amte hat selbst in dieser unbestimmten Form die schwerste Beunruhigung in der Einwohnerschaft Leipzigs, wie unter den eben jetzt hier anwesenden Angehörigen andrer deutschen Länder verbreitet. Alle politisch Denkenden und patriotisch Fühlenden in Deutschland, welches auch sonst ihr Standpunkt sein mag, treffen doch in der zweifellosen Überzeugung zusammen, daß die Pflege unsrer großen nationalen Angelegenheiten, daß die Wahrung der Machtstellung, a der Sicherheit Deutschlands nach außen keiner andern Leitung so zuversichtlich anvertraut werden könne, als der so lange und so glänzend bewährten Ew. Durchlaucht. Nicht wir Deutsche allein, sondern in ganz Europa alle die, welche die Erhaltung und Befestigung des Friedens samt der dadurch allein verbürgten Wiederbelebung des schwer darniederliegenden Verkehrs ersehnen, blicken hoffend auf Ew. Durchlaucht als den Staatsmann, dessen ebenso feste wie besonnene Politik allein die Geister der Kriegslust, wo immer sich solche regen, im Zaume hält. Zu Ew. Durchlaucht opferwilligem Patriotismus hegen wir die feste Zuversicht, daß Höchstdieselben den weltgeschichtlichen Posten, auf welchen die Vorsehung Ew. Durchlaucht gestellt hat, nicht anders als aus den zwingendsten Gründen aufgeben werden. Mit gleich vertrauensvoller Zuversicht blicken wir ehrfurchtsvoll auf Seine Majestät unsern erhabenen Kaiser Friedrich, dessen allverehrte Weisheit und hochherzige Hingebung an die großen Interessen der Nation gewiß die rechten Mittel und Wege finden wird, um einen so unersetzlichen Verlust von unserm geliebten deutschen Vaterlande abzuwenden.

[2]) Die „National-Zeitung" schrieb dazu: Wir können nicht sagen, daß Demonstrationen dieser Art uns erfreulich erscheinen; die Bedenken gegen dieselben liegen dergestalt auf der Hand, daß man sie nicht ausdrücklich hervorzuheben braucht. Auch die Urheber der Kundgebungen werden sich diesen Bedenken nicht verschlossen haben; wenn man dieselben hier und da bei Seite schiebt, so ist dies ein Beweis der Aufregung, welche durch die neuesten Vorgänge hervorgerufen worden. — In denselben Tagen wurde aus Breslau berichtet: Behufs Annahme und unterschriftlicher Vollziehung einer an Se. Majestät den Kaiser zu richtenden Bittschrift, in welcher um Erhaltung des Reichskanzlers Fürsten Bismarck in seinen Ämtern gebeten wird, sind die Vorsitzenden des hiesigen nationalliberalen Wahlvereins, des neuen Wahlvereins und des deutschkonservativen Wahlvereins zu einer Versammlung einberufen.

Digitized by Google

einer Landesversammlung der Nationalliberalen Sachsens am 3. Juni 1888 öffentlich ausgesprochen und die Genugthuung gehabt, die volle Zustimmung der Versammlung zu seinem Verfahren zu erhalten[1]).

In Verbindung mit der Kanzlerkrisis stand die Thatsache, daß Bennigsen nach Berlin reiste und am 9. April 1888 von Bismarck empfangen wurde[2]). Die Kanzlerkrisis rief übrigens bei einem Reichstagsabgeordneten eine Erinnerung wach, die ihm vor einiger Zeit ein der Reichspartei angehöriges, persönlich befreundetes Reichstagsmitglied gemacht hatte. Dieser Herr hatte eine Unterredung mit dem Fürsten Bismarck, welcher dabei folgende Äußerung that: „Sie glauben gar nicht, wie eigensinnig der alte Herr (der Kaiser) sein kann." Als der Abgeordnete darauf in dem Sinn erwiderte, daß Fürst Bismarck in solchen Fällen wissen werde, was er zu thun habe, habe der Kanzler erwidert: „Sie täuschen sich, der Kaiser bekommt leicht einen andern Kanzler, ich aber bekomme keinen andern Kaiser."

Kaiser Friedrich hatte nach der „Danziger Zeitung" beabsichtigt, mehreren hervorragenden liberalen Parlamentariern Ordensauszeichnungen zu verleihen: Virchow, Mommsen, Hänel und von Stauffenberg. Er verzichtete aber darauf, als Fürst Bismarck das Entlassungsgesuch des gesamten Staatsministeriums in Aussicht gestellt hatte.

Fürst Bismarck begründete den Widerspruch nicht nur im eigenen Namen, sondern auch unter Berufung auf das gesamte preußische Staatsministerium. Die Gesamtpolitik des letzteren würde in allen inneren Angelegenheiten in Frage gestellt, wenn Personen, welche notorisch zur Opposition gegen die von den Ministern geführte Politik gehörten, mit Ordensauszeichnungen bedacht würden. Insbesondere könnte dadurch auch eine Verwirrung in den Auffassungen der Wähler bei den demnächstigen Wahlen zum Abgeordnetenhause hervorgebracht werden, welche die Mehrheit in Frage stelle, auf welche das Ministerium sich stützen müsse. Das Gesamtministerium würde daher nicht in der Lage sein, die Geschäfte fortzuführen, wenn der Kaiser auf seiner Absicht hinsichtlich der gedachten vier Ordensauszeichnungen beharre!

---

[1]) Biedermann hat seine 1890 erschienene „Deutsche Geschichte vom Wiener Kongreß bis zur Errichtung des neuen Deutschen Kaisertums" dem Fürsten Bismarck nach vorher eingeholter und von ihm in liebenswürdigster Weise erteilten Erlaubnis gewidmet.

[2]) Das „Berliner Fremdenblatt" schrieb am 11. April 1888: Dem Besuche des Herrn von Bennigsen beim Fürsten Reichskanzler weiß die „Magd. Ztg." ganz besondere Bedeutung beizulegen, die sie allerdings noch etwas verschleiert. Herr von Bennigsen ist Landesdirektor der Provinz Hannover, von der gleichfalls weite Distrikte vom Hochwasser verheert sind, und schon in voriger Woche, schreibt sie, wurde uns mitgeteilt, daß er zu den Vorberatungen über das Notstandsgesetz, die jetzt thatsächlich in Angriff genommen sind, hier erwartet werde. Die „Post" weiß freilich schon von einer mehrstündigen Unterhaltung des Herrn von Bennigsen mit dem Fürsten Bismarck zu berichten, und diese dürfte sich dann allerdings nicht allein auf die Hochwasserangelegenheit bezogen haben.

Bismarck machte aber dem Kaiser später noch eine Konzession bezüglich Virchow's [1]), welcher dem Herrscher während seiner Krankheit persönliche Dienste geleistet hatte, als es sich darum handelte ein dem Kehlkopf entnommenes Fleischstückchen zu untersuchen [2]).

XVI. Abschnitt.

Die dritte Session der VII. Legislatur-Periode des Reichstags.

(25.—26. Juni 1888.)

Am 19. Juni 1888, nach dem Tode des Kaisers Friedrich, war der Abgeordnete von Helldorff bei Bismarck zu Tisch und hatte eine längere Besprechung über die Lage. Dieselbe war insofern von Interesse, als bereits in jener Zeit der energische Kampf jener Kreuzzeitungsgruppe gegen Helldorff begann, welche die von Bismarck inaugurierte Kartellpolitik bekämpfte. Diese Lage veranlaßte von Helldorff zu einer ausführlichen Darlegung über die Parteiverhältnisse, welche derselbe dem Grafen Herbert Bismarck am 3. August 1888 zur Mitteilung an den Kanzler überreichte. Helldorff's Standpunkt erhellt aus einem Aufsatze, den derselbe bereits im Mai 1887 in den Mitteilungen des Wahlvereins der deutschen Konservativen veröffentlicht hatte.

Bald nach dem am 15. Juni erfolgten Tode des Kaisers Friedrich hatte auch der frühere Reichstagsabgeordnete Freiherr von Stumm eine Besprechung mit dem Kanzler, welcher die ganze politische Situation streifte.

Am 7. August 1888 begab sich Herr von Bennigsen zu einem zweitägigen Besuche Bismarck's nach Friedrichsruh [3]). Gegenstand der Verhandlungen war die Frage eines Wiedereintritts des Führers der Nationalliberalen in das Abgeordnetenhaus und die damalige Parteigruppierung. Den Schleier, der zu Anfang über den Besuch ruhte, hob zuerst ein Gewährsmann des „Hamburger Korrespondenten", welcher bemerkte: Herrn von Bennigsen zählt der Reichskanzler zu seinen persönlichen Freunden, und er dürfte den Plan, ihn in die Regierung zu berufen, nicht endgültig aufgegeben haben. Es sind fast zehn Jahre vergangen seit jener bedeutsamen Unterredung beider Männer, welche resultatlos

---

[1]) Hermann Wagener bemerkte einmal: „Es ist nicht bekannt, daß Bismarck jemals Lust verspürt haben sollte, sich Virchow's ärztlichen Rates zu bedienen oder gar eine Schädelmessung an sich vornehmen zu lassen. „Wenn der Mann sich auf Staatsmänner nicht besser versteht als auf den Staat, dann ist es sehr bedenklich, sich bei ihm in die Kur zu geben," soll der Reichskanzler gesagt haben.

[2]) Am 24. Mai 1888 meldete der „Reichsanzeiger" die Verleihung des Roten Adler-Ordens II. Klasse mit Stern und Eichenlaub an Professor Dr. Virchow.

[3]) Man vergl. über diesen Besuch die „Nationalzeitung" vom 13. August 1888, die „Post" Nr. 225, 228 (Auslassungen der Presse), das „Berliner Tageblatt" vom 12., 14., 15., 16., 18., 22., 24. August 1888, die „Posener Zeitung" vom 14. August 1888.

Digitized by Google

verlief, weil Herr von Bennigsen den Plan, die Reichsfinanzreform mit Hilfe des Tabakmonopols durchzuführen, mißbilligte und keine Garantien dafür erhalten konnte, daß er für seine gemäßigt liberalen Ideen die erforderliche Unterstützung in der Regierung finden würde. Man hat sich seitdem daran gewöhnt, Zusammenkünften des Reichskanzlers mit Herrn von Bennigsen eine hochpolitische Bedeutung beizumessen und um wichtige Dinge wird es sich auch diesmal gehandelt haben. Der gegenwärtige Moment dürfte vielen allerdings kaum günstig für die Ausführung des alten Planes des Reichskanzlers erscheinen, und es wäre nicht leicht, den Wirkungskreis zu bezeichnen, welcher Herrn von Bennigsen gegenwärtig zugewiesen werden könnte. Aber nicht unwahrscheinlich ist es, daß Fürst Bismarck es gerade jetzt für ersprießlich hält, durch Berufung eines gemäßigt liberalen Politikers zu seinem Mitarbeiter seinen Absichten einen stärkeren Nachdruck zu geben.

Ende August 1888 [1]) meldeten die Blätter die Ernennung Bennigsen's zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover.

Am 12. November 1888 hielt der zweite Vizepräsident des Reichstags von Unruhe-Bomst [2]) bei Gelegenheit der Eröffnung des neuen Buchhändlerhauses in Leipzig eine Rede, die dessen freundschaftliche Beziehungen zu Bismarck gut beleuchtet:

Mir ist — so bemerkte er — die hohe Ehre zu teil geworden, jetzt in der Reihe der Redner den Reichstag zu vertreten. Ich nehme aber damit die viel höhere Ehre in Anspruch, als Mitglied des Hauptes der deutschen Volksvertretung jetzt namens des Deutschen Volkes zu sprechen.

Darum wird es Entschuldigung finden, wenn mir der Rede feine Weise weniger zu Gebote steht als den hochverehrten Rednern, die vor mir gesprochen.

Aus des Herzens Wärme jedoch wird mir das Wort gegeben, das, so hoffe ich, auch den Weg zu Ihren Herzen finden wird. Wir haben der guten alten Sitte getreu zuerst dem Kaiser, unserm Schutz- und Schirmherrn, dem edlen Friedensfürsten, sodann dem Landesherrn hier, einem Fürsten, dessen Verdienst

[1]) Um dieselbe Zeit bemerkte in einer Versammlung freisinniger Wähler des Stadtteiles Moabit der Abgeordnete Dr. Alexander Meyer: Unwahr sei es, daß die Freisinnigen die Parole ausgegeben: „Fort mit Bismarck!“ Die freisinnige Partei kämpfe für den alten Bismarck gegen den neuen, sie rufe nicht: „Fort mit Bismarck!“ sondern: „Her mit dem alten Bismarck!“ Diese Wendung haben wir schon früher vernommen.

[2]) Freiherr von Unruhe-Bomst, Hans Wilhelm Stanislaus; Wirklicher Geheimer Rat, Schloßhauptmann von Posen und Rittergutsbesitzer zu Langheinersdorf in der Neumark. Deutsche Reichspartei. Geboren am 26. August 1825 zu Berlin; evangelisch. 12. Februar 1855 zum Landrat in Wollstein ernannt. Am 1. April 1893 aus dem Staatsdienst ausgeschieden mit dem Charakter als Wirklicher Geheimer Rat und dem Prädikat Excellenz. In den Jahren 1855 bis 58 und 1866—67 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Bomst-Meseritz. Am 12. Februar 1867 zum erstenmal als Mitglied des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes gewählt und demnächst Mitglied des Reichstags des Norddeutschen Bundes und der sämtlichen folgenden Deutschen Reichstage immer für denselben Wahlkreis (Meseritz-Bomst). Im Oktober 1891 auf Allerhöchstes Vertrauen zum lebenslänglichen Mitgliede des preußischen Herrenhauses berufen.

Digitized by Google

um die Begeisterung zündende Gestaltung des 29. Juni in unser aller Herzen tief eingegraben lebt, unsre Huldigung dargebracht. Jetzt ist es mir Herzensbedürfnis, und ich denke dabei Ihrer Zustimmung gewiß zu sein, den Fürsten Bismarck, unsern großen Kanzler zu feiern.

Nicht will ich seine großen Thaten rühmen; dazu würde der Rahmen einer Tischrede nicht ausreichen, auch erachte ich mich nicht würdig genug dazu.

Ich will ihn preisen als den besten Freund des deutschen Volkes, der wie der Prinz im Märchen die schlafende Seele der Deutschen mit den rettenden Worten wach gerufen hat.

Ich gedenke der Zeit, da Herr von Bismarck-Schönhausen fast einzig, gestützt auf die Huld seines Königlichen Herrn, dessen allergetreuester Diener zu sein stets sein höchster Ruhm gewesen, angefeindet fast von allen Seiten, unbeirrt und festen Fußes auf das sich selbst gesteckte Ziel voranschritt. Wie er, mit nicht gerade sanfter Hand, die unter verschiedenen Namen getrennten Stämme des deutschen Volkes zusammenzwang. Ich gedenke der Zeit, da der Graf Bismarck, nachdem man sein Ziel erkannt und anerkannt hatte, unter weiser Schonung berechtigter oder doch gewohnter, lieb gewonnener Eigentümlichkeiten ein Gemeinwesen schuf, dessen Klassifizierung damals den verschiedensten Staatsrechtslehrern Kopfzerbrechen verursachte. Ich habe es gesehen und sehe es fortgesetzt bis auf den heutigen Tag, wie dieses Gemeinwesen auf die Anregung des Fürsten Bismarck immer wohnlicher ausgestaltet wurde; wie wir, die wir uns in demselben zusammenfinden, uns immer heimischer darin fühlen, wie wir uns der Zusammengehörigkeit immer bewußter wurden, wie wir, gleichviel welche Mängel der Form des Bandes anhaften, als ein Volk uns anerkannten, wie wir in voller Sicherheit die Werke des Friedens, Handel, Gewerbe, Industrie, auf deutschen Wegen, unter gemeinsamer deutscher Flagge trieben und uns der deutschen Kunst, der deutschen Wissenschaft erfreuen. Ja! meine Herren, wenn ich als Preuße heute hier in Sachsen zu Ihnen spreche und mich doch mit Ihnen auf das innigste verbunden fühle, wenn wir uns Deutsche nennen und in diesem Namen unsern Stolz, unsre Ehre sehen, so danken wir es dem Reichskanzler, der, als unsre Gedanken in träumerischem Sehnen befangen, ja zum Teil sich abirrten von dem gemeinsamen Ziele, uns den Namen, den zu führen wir die Berechtigung verloren hatten, wieder finden ließ und nicht nur den Namen uns zurück gab, sondern diesem Namen einen Klang gab, kräftig und schreckend den Feinden und Neidern; anderseits anlockend, wie die Glocken des Gotteshauses am Sonntage, die Landsleute auf dem ganzen Erdball einladend, sich der Zugehörigkeit zu erfreuen. Ein weiteres Verdienst um uns ist es, daß er immer aufs neue, wenn wir wieder einmal der alten Verschiedenheit uns zu erinnern und den gemeinsamen Namen zu vergessen scheinen, uns durch ein zündendes Wort denselben wieder zuruft und uns der Zusammengehörigkeit bewußt werden läßt.

Meine Herren, wir sind hier im Saale des neuen deutschen Buchhändlerhauses, eines köstlichen Werkes des vorhin von mir gepriesenen Friedens. Hier ist der Mittelpunkt des geistigen Verkehrs Deutschlands, hier wird das geschriebene,

das gedruckte Wort gewogen, ob es wert ist zu bleiben, oder ob es im Wind verwehen soll. Hier ist auch der geeignete Ort, unsern großen Kanzler zu feiern, als den Meister des rettenden Wortes, das eingegraben steht mit unverwüstlicher Schrift in den Herzen des deutschen Volkes.

Meine Herren, ich weiß es, dieser Saal birgt in sich ausgezeichnete Meister des geschriebenen, des gedruckten Wortes; Meister der schönen Rede — aber der Mann, der am 6. Februar dieses Jahres in der Seele des Volkes lesend die Worte sprach: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!“ der Mann, meine Herren Meister, verzeihen Sie es mir, ist Ihnen allen über. Ihm dem getreuesten Diener seines Kaiserlichen Herrn, dem treuesten Freund des deutschen Volkes, lassen Sie uns ein volles Glas widmen.

Es lebe der Fürst Bismarck, unser großer Kanzler! (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Freiherr von Unruhe-Bomst kam mit dem Fürsten Bismarck gesellschaftlich viel zusammen, besonders zu der Zeit, da derselbe die Würde eines Vizepräsidenten des Reichstags bekleidete. Wie sehr der Kanzler ihn schätzte, das beweisen die Worte, welche er an die Huldigungsdeputation der Deutschen aus der Provinz Posen richtete. Er nannte hier Unruhe-Bomst seinen „lieben verstorbenen Freund“.

Kurz vor Eröffnung der Herbstsession (15. September 1888) wurde das bisherige Reichstagsmitglied Freiherr von Maltzahn Gültz[1]) an Stelle des ausscheidenden Jacobi zum Staatssekretär des Reichsschatzamts ernannt. Freiherr von Maltzahn war der Etatsredner der konservativen Partei, und hatte als solcher wohl die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf sich gelenkt. Als Abgeordneten sprach der Kanzler denselben nur gelegentlich; die erste geschäftliche Unterredung erfolgte, nachdem ihm Bismarck durch einen preußischen Staatsminister die Stelle des Schatzsekretärs hatte anbieten lassen. Nachdem Freiherr von Maltzahn die Bereitwilligkeit erklärt hatte, in den Reichsdienst zu treten, teilte ihm Bismarck die Aufgaben mit, die seiner im Reichsschatzamte warteten, und wie er, der Kanzler, sich deren Lösung dachte. Nachdem sich Freiherr von Maltzahn mit den Zielpunkten Bismarck's einverstanden erklärt hatte, erfolgte seine Berufung in die Stelle, die er später unter Caprivi freiwillig niederlegte.

---

[1]) Freiherr von Maltzahn, Helmuth, Rittergutsbesitzer in Gültz, Pommern. Geboren 6. Januar 1840 zu Gültz (evang.-luth.). Regierungsreferendar in Koblenz und in Stettin bis 1866. Dann nach dem Assessorexamen den Abschied genommen. Feldzüge 1866 in Böhmen und 1870 im Kür.-Regt. „Königin“ (Pommersches) Nr. 2, dann Landwirt. Staatssekretär des Reichsschatzamts von 1889 bis 1893. Mitglied des Reichstags seit 1871. — Wahlkreis: 1. Reg.-Bezirk Stettin, Anklam-Demmin. (Deutsch-konservativ.)

XVII. Abschnitt.

Die ausserordentliche Session des preussischen Landtags.

Vom 27.—28. Juni 1888.

Am 27. und 28. Juni 1888 waren die beiden Häuser des Landtags durch Allerhöchste Verordnung vom 20. Juni 1888 zu einer außerordentlichen Session berufen worden. In der Sitzung vom 28. Juni 1888 beriet das Herrenhaus den Entwurf einer Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König. Bismarck war in dem Hause anwesend, ohne das Wort zu ergreifen; dafür äußerte er sich in einem Kreise von Herrenhausmitgliedern in gewohnter freimütiger Weise über Kaiser Wilhelm II. und die politische Lage. Der Kanzler sprach sich zunächst mit hoher Anerkennung über die Begabung und Tiefe der Auffassung des Kaisers in betreff der ihm gewordenen Aufgabe und über den Eifer, die Bereitwilligkeit und Hingebung sowie die Festigkeit des Willens, mit welcher der junge Kaiser sich der übernommenen Leitung der Regierungsgeschäfte widme, aus und wußte nicht genug die Ruhe und das Verständnis hervorzuheben, welche Kaiser Wilhelm in allen Punkten der mannigfachen Vorkommnisse in der inneren wie äußeren Politik, wie auch in den vielfachsten Angelegenheiten der Verwaltung zu erkennen gebe und die einem erfahrenen Verwaltungsbeamten alle Ehre machen würden.

Der Fürst hob sodann ganz besonders hervor, daß Kaiser Wilhelm bei jeder Gelegenheit und zu wiederholten Malen seine Friedensliebe nach allen Seiten hin zu erkennen gegeben habe, daß der Kaiser ihm auf das entschiedenste und eingehendste versichert habe, wie er die Aufrechterhaltung des Friedens, soweit er sich irgend mit der Ehre, Würde und den Interessen des Reiches und seiner Angehörigen vereinbaren lasse, als das wichtigste und schwerwiegendste Vermächtnis seines Großvaters und Vaters übernommen habe und zur Durchführung zu bringen bestrebt sein werde. Dies erachte er als seine erhabenste Mission nach außen hin, wie er die Fortsetzung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die Ausgleichung der religiösen Differenzen und die Hebung der Produktivität des Landes durch Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbes, der Industrie und des Handels in gleichem Maße und nach gleicher und gerechter Verteilung der Kräfte als ein gleich wertvolles und erhabenes Vermächtnis seiner beiden großen Vorfahren erachte und dasselbe allezeit vor Augen habe und zur Ausführung bringen wolle. Ihm in diesem Bestreben, wie bisher seinem Großvater und seinem Vater, in gleicher Weise treu zur Seite zu stehen und ihn unterstützen zu wollen, darum habe ihn Kaiser Wilhelm recht aufrichtig und innig gebeten, und er (der Kanzler) habe ihm (dem Kaiser) auch die feste Versicherung gegeben, daß er, so lange ihm dies Leben und Gesundheit gestatten, nicht von seiner Seite weichen werde.

Und dies Versprechen werde er (der Kanzler) auch bis zu seinem letzten Atemzuge halten.

Der Kanzler fügte sodann hinzu, daß er die feste Überzeugung habe, daß unter den jetzt bestehenden Verhältnissen der Weltfriede nicht gestört werde, wenn nicht in andern Staaten die Veranlassung hierzu gegeben würde. Auf Befragen äußerte der Kanzler den Herren, daß er eine derartige Befürchtung für Rußland nicht hege und die feste Überzeugung habe, daß die Differenzen, die früher zwischen Berlin und Petersburg schwebten, jetzt vollkommen beigelegt seien. Allerdings wünsche er wohl, daß er die gleiche Zuversicht in betreff des westlichen Nachbars hegen könne; dies sei ja möglich, so lange es den jetzigen Machthabern in Frankreich gelinge, den verschiedenen dort bestehenden Parteien gegenüber die Hand oben zu behalten. Allein bei dem reichen Zündstoff, welchen Frankreich biete, und bei der leichten Erregbarkeit seiner Bevölkerung sei es schwer, eine Garantie zu übernehmen, daß dieser Zustand auf die Dauer erhalten werde. Der Tropfen, welcher ein volles Gefäß überlaufen mache, schwebe in jenem Lande ständig in der Luft und könne zu einem Zeitpunkt und von einer Stelle aus herabfallen, von wo man dies am allerwenigsten erwarte, und was dann geschehen werde, lasse sich schwerlich jetzt voraussagen. Vorläufig aber glaube er, daß auch hier sobald nicht andre Zustände eintreten werden.

XVIII. Abschnitt.

Die vierte Session der VII. Legislatur-Periode des Reichstags.

(22. November 1888 bis 24. Mai 1889.)

Der Einbringung des Gesetzentwurfs, betr. die Bekämpfung des Sklavenhandels und den Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika[1]), welcher durch die Resolution Windthorst's vom 14. Dezember 1888 eingeleitet worden war[2]),

---

[1]) Derselbe lautet:

§ 1.

Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika wird eine Summe bis zur Höhe von zwei Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

§ 2.

Die Ausführung der erforderlichen Maßregeln wird einem Reichskommissar übertragen, welcher gleichzeitig nach den ihm erteilten besonderen Instruktionen die dem Reichskanzler statutenmäßig zustehende Aufsicht über die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft und deren Angestellte ist Ostafrika ausübt.

§ 3.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die erforderlichen Beträge nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses aus den bereiten Mitteln der Reichshauptkasse zu entnehmen.

[2]) Der Reichstag hatte in seiner Plenarsitzung vom 14. Dezember 1888 eine Resolution beschlossen, worin derselbe unter Bezugnahme auf die Allerhöchsten Worte der Thronrede die

ging anfangs Januar 1889 eine Konferenz bei dem Fürsten Bismarck voraus, woran Geheimer Legationsrat Krauel, Hauptmann Wißmann und die Reichstagsabgeordneten von Bennigsen und Oechelhäuser teilnahmen.

In dieser Konferenz trug Oechelhäuser dem Reichskanzler eine Zahlenaufstellung vor, wonach es für das Reich finanziell äußerst vorteilhaft sei, mit Übernahme der Hoheitsrechte über den Küstenstreifen den Sultan von Zanzibar mit einem Kapital abzufinden und die Zölle seitens des Reichs zu erheben. Der Reichskanzler brachte dieser Frage großes Interesse entgegen, bemerkte aber, daß ihre Lösung der Zukunft vorbehalten bleiben müsse, einmal weil sie die Durchbringung des beabsichtigten Gesetzentwurfs bezüglich der zwei Millionen im Reichstag gefährde, dann aber auch, weil sie in damaliger Lage auf die Zustimmung Englands nicht rechnen könne.

Oechelhäuser legte hierauf seine Ansichten nochmals in einer Denkschrift nieder, welche er unter ausführlicher mündlicher Erörterung dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amts Grafen Herbert Bismarck übergab.

Am 14. Januar 1889 war der Abgeordnete von Helldorff beim Reichskanzler zu Tisch und verhandelte mit dem Geheimrat Krauel gleichfalls über Ostafrika. Die leitenden Mitglieder des Centrums wurden am 15. Januar zu diesen Vorberatungen herangezogen. Bismarck erklärte im Laufe derselben, er werde demnächst im Reichstage das Wort nehmen, und wenn es auch nur zu einem Vogelschutzgesetz wäre, d. h. zu einem Gegenstande, der mit dem, was er vorbringen wollte, nicht im Zusammenhang stand.

Am 23. Januar 1889 hatte der Seniorenkonvent beschlossen, die erste Beratung der Kolonialvorlage am Sonnabend vorzunehmen und nach der ersten Beratung die Vorlage alsdann an eine Kommission zu verweisen. Als Fürst Bismarck von diesem Beschlusse des Seniorenkonvents erfuhr, zeigte er sich sehr ungehalten, fuhr am 24. Januar in den Reichstag und ließ sich erst Freiherrn von Franckenstein, dann Herrn von Bennigsen herausrufen. Letzterer verweilte über eine halbe Stunde beim Reichskanzler und kehrte dann mit sehr gerötetem Antlitz in den Sitzungssaal zurück. Der Kanzler hatte verlangt, daß die erste Kolonialdebatte schon am 25. Januar vorgenommen werde, ohne Kommissionsberatung müsse die zweite Lesung sofort folgen, da der Vorlage eine Mehrheit im Reichstag von vorne herein gesichert sei, auch bei dem jetzigen Stande der Dinge vertrauliche Mitteilungen in der Kommission nicht gemacht werden könnten. Sowohl Herr von Franckenstein wie Herr von Bennigsen wiesen auf die großen Unzuträglichkeiten hin, in den einmal getroffenen Vereinbarungen etwas zu ändern. Nach den Verhandlungen mit den genannten Abgeordneten erschien der Kanzler im Sitzungssaal, und es schien auch eine Zeit lang, als ob er beabsichtigte, nach

---

Überzeugung aussprach, daß die Aufgabe, Afrika für christliche Gesittung zu gewinnen, mit der Bekämpfung des Negerhandels und der Sklavenjagden beginnen müsse. In der Resolution war ferner die Bereitwilligkeit des Reichstags ausgesprochen, die von den verbündeten Regierungen zu diesem Zweck vorzuschlagenden Maßregeln in Erwägung zu ziehen und zu unterstützen.

Digitized by Google

Schluß der Sitzung bei Besprechung der Tagesordnung noch persönlich einen Versuch zu machen, vor dem Plenum eine Änderung des vereinbarten Geschäftsplanes durchzusetzen. Indes zog sich die Diskussion über die Tabaksteuer sehr lange hin und der Kanzler verließ nach 4 Uhr den Sitzungssaal[1]).

In der konservativen Partei hatte die Stellungnahme der „Kreuzzeitung“ aus Anlaß der Geffcken-Affaire und die von der Kreuzzeitungs-Gruppe fortgesetzte Polemik gegen die Kartellpolitik mancherlei Wirren zur Folge. Zwischen dem 21. und 30. Januar 1889 Kommunikationen des Abgeordneten von Helldorff mit Bismarck wegen der Haltung der „Kreuzzeitung“.

Am 13. März 1889 stand auf der Tagesordnung des Reichstags u. a. der Rechenschaftsbericht der beteiligten Regierungen über die Ausführung des Sozialistengesetzes. Fürst Bismarck trat eben in den Sitzungssaal, während der Abgeordnete Sabor mit seiner salbungsvollen Rede nicht zu Ende kommen konnte. Nach kurzem Verweilen auf seinem Ministersessel nahm Fürst Bismarck neben dem Abgeordneten von Helldorff Platz. Die Unterredung mit dem Führer der deutschkonservativen Partei, in welcher sich der Fürst auch durch die Apostrophen des sozialdemokratischen Redners nicht stören ließ, währte nahezu eine Viertelstunde und wurde sehr bemerkt. Nach Beendigung dieser Unterredung verließ der Kanzler das Haus[2]).

Am 21. März 1889 hielt Bismarck im Reichstag eine längere Rede zur Befürwortung der Neuorganisation in der kaiserlichen Marine. Nach Annahme des Nachtragsetats stieg der Reichskanzler Fürst Bismarck die von der Bundesrats-Tribüne in den Saal führenden Stufen hinab und unterhielt sich einige Zeit mit dem klerikalen Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein und später mit dem Abgeordneten von Bennigsen. Im Vorübergehen wechselte er einige herzliche Worte mit dem Grafen Moltke und verließ dann das Haus.

Am 29. März 1889 begegnete Fürst Bismarck Herrn von Helldorff auf dem Wege in den Reichstag. Das Gesprächsthema bildete die auf der Tagesordnung des Reichstags stehende Alters- und Invalidenversicherung. In der konservativen Fraktion bildete sich eine scharfe Opposition gegen das Invalidengesetz. Die Führung der Opposition im Hause gegen dieses Gesetz lag wesentlich in Windthorst's Hand, während Franckenstein für das Gesetz eintrat.

Zu den zahlreichen Huldigungen, die dem Kanzler zum 1. April 1889 zugingen, gesellten sich auch die der Parlamentarier. Gegen 11 Uhr vormittags begab sich der Präsident der Reichstags von Levetzow in das Reichskanzler-Palais und ließ in seinem und des Vorstandes Namen seine Glückwünsche schriftlich überreichen.

---

[1]) Die Beratung im Reichstag erfolgte am 26. Januar 1889.

[2]) Die „Staatsbürger Zeitung“ vom 14. März 1889, Nr. 62, schrieb über den Vorgang: Der Reichskanzler hatte sich am Mittwoch gegen Mittag zu Fuß nach dem Reichstagsgebäude begeben, auf dem ganzen Wege von den ehrfurchtsvollen Grüßen der Vorübergehenden begleitet. Nach der Sitzung bewegte sich der Fürst, der sehr frisch und munter aussah, kurze

Digitized by Google

Der Präsident des Herrenhauses Herzog von Ratibor übersandte, da er sich den Fuß verstaucht hatte, seine schriftliche Gratulation dem Reichskanzler. Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Köller erschien persönlich im Reichskanzler-Palais und gab seine Karte ab. Von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses erließen die beiden konservativen und die nationalliberale Glückwunschschreiben.

Am 3. April 1889 Verhandlungen von Helldorff's über die Ajournierung der Novelle zum Strafgesetzbuch, zuerst mit von Bennigsen und demnächst mit Bismarck. Die letztere Besprechung erfolgte, wenn ich recht unterrichtet bin, durch Vermittelung des Chefs der Reichskanzlei, Geheimrat Dr. von Rottenburg.

Am 11. Mai 1889 konferierte Bismarck in seinem Palais 1 1/4 Stunden lang mit dem Abgeordneten von Bennigsen [1]).

Am 18. Mai 1889 hielt Bismarck seine letzte Reichstagsrede über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter [2]). Das Erscheinen des Reichskanzlers im Reichstage war bis zur Nachmittagsstunde für ungewiß gehalten worden und wirkte, als der Kanzler nach 3 Uhr in das Haus trat, überraschend. Die Photographen, welche seit einer Reihe von Wochen behufs Herausgabe eines Reichstagsalbums Aufnahmen im Foyer machen durften, waren gerade damit beschäftigt, von der Journalistentribüne aus eine Aufnahme des Plenums zu machen, als der Kanzler eintrat; er ließ sich später im Foyer auch mit dem Bundesrat photographieren. Fürst Bismarck kam zu Fuß in den Reichstag und verließ denselben auch zu Fuß. Sein frisches und kräftiges Aussehen und Auftreten hatte allgemein erfreut. Ohne Anstrengung sprach er fast 3/4 Stunden,

---

Zeit im Sitzungssaale des Reichstags und unterhielt sich mit verschiedenen Abgeordneten, besonders mit Herrn von Helldorff. Inzwischen war draußen ein mit Regen gemischtes Schneegestöber entstanden, und man legte dem Reichskanzler nahe, einen Wagen kommen zu lassen, der Fürst aber wies die Anerbietungen mit Hinweis auf seinen längeren Aufenthalt auf dem Lande zurück und begab sich zu Fuß durch die Leipziger- und Königgrätzerstraße nach dem hinteren Gartenportal seines Palais. Auch auf diesem Wege wiederholten sich die Aufmerksamkeiten des Publikums.

[1]) Am 2. März 1889 hatte die Einführung des neuen Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk Hannover, Grafen Wilhelm Bismarck, durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen stattgefunden, wobei man sich gegenseitig in Liebenswürdigkeiten überbot. Herr v. Bennigsen sprach seine Freude darüber aus, daß an die Spitze der dortigen Regierung der Sohn des um das Vaterland so hochverdienten Reichskanzlers träte. Der Herr Regierungspräsident antwortete, daß es ihm besonders angenehm sei, sein neues Amt unter den Auspizien des Oberpräsidenten v. Bennigsen antreten zu können, der sich seit einer langen Reihe von Jahren große Verdienste erworben habe rc. rc.

[2]) Dem Mitglied des Reichstags, Hofbuchdruckereibesitzer O. Henning in Greiz ging aus der Reichskanzlei nachstehendes (in Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähntes) Schreiben zu: Berlin, den 12. Juni 1889. Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich namens des Herrn Reichskanzlers für die übersandten Erläuterungen zu dem Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversorgung der deutschen Arbeiter, verbindlichst zu danken.

von Schwarzkoppen, Legationsrat.

Digitized by Google

allerdings einigermaßen leise, sodaß das Verständnis auf den Tribünen, ganz besonders auf der Journalistentribüne, erschwert war.

„Ich habe mich — so lautet der Text seiner Rede nach dem stenographischen Berichte S. 1832 — darüber nicht gewundert, daß die Herren von der freisinnigen Partei dagegen stimmen. Ich habe in dem Vierteljahrhundert und mehr, daß ich an dieser Stelle bin, noch nie von diesen Herren eine Zustimmung für irgend etwas gehabt (oho! bei den Freisinnigen) — wenn ich allein vielleicht ausnehme vor Jahr und Tag die letzte Zustimmung zur letzten Hand, die an unsre Wehrverfassung gelegt wurde. Ob sie da aus Liebe zum Reich und in Minderung ihrer Abneigung gegen meine Person gestimmt haben, oder in der fraktionsmäßigen Notlage ihre Zustimmung oder Ihr Schweigen haben geschehen lassen — (Rufe links: Pfui!) — Meine Herren, von „Pfui" ist da nicht die Rede — erlauben Sie, daß ich da ganz offen rede; wer mir „Pfui" sagt, den nenne ich: unverschämt (Bravo! rechts). Ich will den Herrn gar nicht fragen — — Sie mögen die Wahrheit nicht hören; ich bin aber hier, um Ihnen die Wahrheit zu sagen; insultieren lasse ich mich nicht, dann insultiere ich wieder. (Bravo! rechts.) „Pfui" — ich weiß nicht, worauf sich das bezog; ich kann deshalb darauf nicht erwidern. Ich betrachte es als einen allgemeinen Ausdruck des Hasses, dessen Gegenstand ich seit Jahren hier an dieser Stelle für die Herren, welche dort sitzen, gewesen bin. Als Christ kann ich das hinnehmen, aber als Kanzler, so lange ich hier stehe, kämpfe ich dagegen und lasse mir dergleichen nicht sagen, ohne darauf zu reagieren."

Das „Deutsche Tageblatt" hatte anläßlich des „Pfui"-Rufs aus der deutsch-freisinnigen Fraktion und der Erwiderung des Reichskanzlers einen den Präsidenten von Levetzow heftig angreifenden Artikel gebracht. Infolge dessen wurde der Vertreter des „Deutschen Tageblatts" im Reichstage auf Beschluß des Vorstandes von dem Besuch des Reichstags ausgeschlossen; das Blatt wurde im Hause nicht mehr ausgelegt. — In dieser Angelegenheit brachte die „Nordd. Allg. Ztg." folgende hochoffiziöse Erklärung: Bei den konservativen Gruppen des Reichstags hat ein Artikel unangenehme Empfindungen hervorgerufen, in welchem das „Deutsche Tageblatt" den bekannten Zwischenfall in der Sonnabendsitzung des Reichstags, insbesondere das Verhalten des Reichstagspräsidiums gegenüber den Pfui-Rufern im Reichstage einer abfälligen Kritik unterzogen hatte. Wie wir hören, haben jene Empfindungen besonders dadurch eine Verschärfung erfahren, daß in den Parlamentskreisen jene Auslassungen des „Deutschen Tageblatts" für inspiriert gehalten wurden. Diese Voraussetzung entbehrt jedoch jeder Begründung und, wie man zu derselben hat gelangen können, ist völlig unverständlich, nachdem der Reichskanzler selbst Veranlassung genommen hatte, bei der ersten Begegnung mit dem Reichstagspräsidenten nach jener Sitzung demselben sein Bedauern darüber auszusprechen, daß er gegenüber den bekannten Zwischenrufen in der Sonnabendsitzung dem Präsidium in der Ausübung seiner Disziplinargewalt vorgegriffen hatte."

Digitized by Google

Über die Vorgänge, die sich an die Reichstagsrede Bismarck's am 18. Mai 1889 anschlossen, berichtete ein sächsisches Blatt vom 21. Mai 1889: „Kaum hatte der Reichskanzler seine Rede unter dem Beifall der Freunde der Invaliditätsvorlage geschlossen, so verließ er den Sitzungssaal und begab sich festen Schrittes nach dem Foyer, wo sich bald ein bewegtes Bild bot, denn ihm folgten die meisten Mitglieder des Hauses, sodaß der Saal während Bamberger's Rede fast gelichtet war. Die zwanglosesten Gruppen bildeten sich um den Fürsten, welcher seine Einwilligung auf das an ihn gestellte Ersuchen gab, sich von dem anwesenden Photographen photographieren zu lassen. Der Fürst blieb über eine halbe Stunde in eifrigem Gespräch und knüpfte u. a. mit Freiherrn von Friesen, Freiherrn von Franckenstein, Freiherrn von Wendt, Graf Holstein, Dr. Hartmann, Freiherrn von Manteuffel, Freiherrn von Stumm Unterredungen an.

Erklärend teilte mir der Reichstagsabgeordnete Dr. Hartmann (Plauen) noch folgendes mit: Der Reichskanzler hatte, als der nachfolgende Redner, Dr. Bamberger, sich anschickte, sich mit der Rede des Fürsten Bismarck zu beschäftigen, demonstrativ den Sitzungssaal verlassen und sich in das Foyer begeben, wo damals gerade der Hofphotograph Braatz sein Wesen trieb. Er nahm u. a. auch eine oder mehrere Gruppen mit dem Fürsten Bismarck auf. Dieser ließ sich bestimmen, ihm zu sitzen, und zwar allein auf der Bank am Stirnende des Foyers, links vom Haupteingang. Von dieser Aufnahme, die ich, auf etwa 10 Schritt Entfernung dem Fürsten gegenüberstehend, mit ansah, besitze ich einen Abzug. Das Foyer war gedrängt voll von Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern. Im Gespräch mit mir meinte der Fürst: „Es muß doch gar niemand drin sein!“ (d. h. im Sitzungssaal) und knüpfte daran die Frage: „Wer spricht im Augenblick?“ Bei meiner Antwort: „Immer noch Dr. Bamberger“, zuckte eine grimmige Freude über sein Gesicht, er that auch eine, mir nicht mehr wörtlich erinnerliche Äußerung der Genugthuung darüber, daß dieser Gegner, auf den er einen besondern Bittern hat, vor einem leeren Hause sprechen mußte. — Die Photographie ist sehr treu ausgefallen, nur die seitliche Haltung des Kopfes ist etwas Ungewohntes an Bismarck.

Kurz nach dem Schluß der Session hatte der Abgeordnete von Helldorff noch die Ehre, von dem Reichskanzler empfangen zu werden. Es war dies am 28. Mai 1889. Die Besprechung berührte mancherlei Gegenstände; so auch die Behandlung der schwebenden Fragen in der evangelischen Kirche.

Es ist der Versuch gemacht worden, den Abgeordneten Miquel als den Urheber einer Bewegung hinzustellen, welche im Jahre 1889 darauf hinauslief, die Nationalliberalen vor Bismarck zu warnen[1]). Eine Agitation fand

[1]) Am 20. Mai 1894 (Nr. 115) schrieb der orthodox-konservative „Reichsbote“: Im Anfange des Jahres 1889 brachten die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel: „Der Reichskanzler und die Nationalliberalen“. Der Artikel hatte eine merkwürdige Veranlassung. Von seiten des Generalsekretärs der nationalliberalen Partei war ein Cirkular an eine Anzahl Parteimitglieder gerichtet worden, in welchem sie vor einer allzuweitgehenden Unterstützung des „rasch alternden Reichskanzlers“ gewarnt wurden. Es ist kaum glaublich, daß Herr

Digitized by Google

in der bezeichneten Richtung statt, aber Miquel stand derselben vollständig fern [1]).

Auch alle sonstigen Versuche, einen Antagonismus zwischen Bismarck und Miquel zu konstatieren, verweise ich in das Reich der Erfindung [2]). We

---

Patzig dieses Cirkular wirklich ganz auf eigene Faust verbrochen hätte. Der Urheber jener Warnung war Herr Miquel. Dieser sagte sich damals, der Kanzler könne dem Vaterlande doch einmal recht schnell entrissen werden; in diesem Falle aber stände eine Partei, die sich ganz mit ihm identifiziert habe, vis-à-vis de rien. Was dann geschehen würde, wisse man nicht; schwerlich dürfte es zu einer unveränderten Fortsetzung der Politik Bismarck's kommen. wenn auch sicher anzunehmen sei, daß Graf H. Bismarck Staatssekretär des Auswärtigen bleibe, so sei doch kein Zweifel, daß er nicht der leitende Staatsmann in dem Sinne sein werde, wie dies sein großer Vater jetzt sei, vielmehr stehe anzunehmen, daß irgend ein andrer als Nachfolger des Fürsten Bismarck in Betracht komme. — Das Cirkular des Herrn Patzig war dem Reichskanzler bekannt geworden; bekanntlich nahm der Fürst Veranlassung selbst im Reichstage der Auffassung entgegenzutreten, als ob er rasch altere. Und in der That es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die gewaltige Körperkonstitution des Reichskanzlers ungebrochen war. Der Artikel der „Hamburger Nachrichten" war eine Verwarnung der Nationalliberalen, welche an das Stillschweigen derselben bei der Erörterung der Geffcken-Angelegenheit im Reichstage anknüpfte. Dieses Stillschweigen wurde in Verbindung gebracht mit „gewissen, im Laufe der letzten Zeit gemachten Beobachtungen, welche nicht verfehlen konnten, die Besorgnis wachzurufen, daß in einigen Kreisen der nationalliberalen Partei das Bestreben obwalte, sich gegenüber der Politik des Kanzlers „möglichst vorsichtig" zu verhalten". Nach dieser Feststellung wurde den Nationalliberalen auseinandergesetzt, welche Wege die politische Klugheit ihnen vorzeichne; für den Fall, daß diese Wege eingeschlagen würden, stellte der Artikel in Aussicht, daß den Nationalliberalen die Früchte ihrer zweifellos großen Verdienste um Kaiser und Reich von selbst in den Schoß fallen würden. Andernfalls wurde ihnen prophezeit, daß die „Weltgeschichte über ihre Köpfe hinweggehen" werde.

[1]) Vergl. den Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 21. Mai 1894, Nr. 117.

[2]) Über die Unterschiede, die sich in der Konversation mit beiden zeigen, sagte ein aufmerksamer Beobachter im Stuttgarter „N. Tagbl.": Fürst Bismarck spricht das eine Mal langsam, anscheinend mit größter Bedächtigkeit nach dem treffenden Wort suchend, und selbst dann, wenn es gefunden ist, es mit Anstrengung über die Lippen bringend, gleichsam als wollte er noch im letzten Augenblick den wuchtigen Ausdruck zurückhalten. Ziemlich lange Pausen trennen zuweilen die Sätze, namentlich, wenn es sich um die Abgabe eines politischen Urteils handelt, von dem der Sprecher weiß, daß, wenn es in die Öffentlichkeit gelangt, an jede Silbe geprüft wird. In einem andern Teile der Konversation, bei dem minder Wichtiges zur Frage steht, lösen sich die einzelnen Worte ganz leicht von den Lippen. Der Gesichtsausdruck wird etwas ironisch, und dann ist der Augenblick gekommen, wo Fürst Bismarck im Gespräch sich gehen läßt. Er knüpft plötzlich an eine frühere Äußerung wieder an und spricht nun mit einer weit freieren Ausdrucksweise über dasselbe Thema, das er noch vor wenigen Minuten mit behutsamer Vorsicht, ja mit Widerstreben behandelt hat. Dann fallen jene kräftigen Worte wie Hammerschläge; wie befreit von langer und mühsamer Zurückhaltung reiht sich Satz an Satz. Der Fürst vergißt anscheinend in diesen Momenten gänzlich, daß seine Worte von andern Ohren aufgefangen werden; er führt gleichsam ein Selbstgespräch. Und ganz ebenso unvermittelt, wie sie gekommen, bricht diese Phase der Mitteilung ab. Vielleicht, daß Fürst Bismarck in den Mienen der Zuhörenden den Ausdruck einer gespannten Aufmerksamkeit, eine Überraschung wahrgenommen hat und dadurch plötzlich kühl wird. So sind auch die Abschwächungen, die Fürst Bismarck über mit ihm stattgehabte Interviews zu Teil werden ließ, sehr erklärlich. Ganz anders pflegt sich Miquel im politischen Gespräche zu geben, vorausgesetzt natürlich, daß er dem Gesprächsteilnehmer Urteil und Verständnis für die

Digitized by Google

immer sich eine Gelegenheit ergab, hat Bismarck sich anerkennend über Miquel geäußert [1]), und ebenso umgekehrt [2]).

In der Ausstandsbewegung der Grubenarbeiter verhandelte Bismarck mit dem Reichstagsabgeordneten Gamp [3]), dem er den Auftrag erteilte, eine Denkschrift über diejenigen Maßregeln auszuarbeiten, welche Bergarbeiterausstände zu verhindern oder wenigstens abzuschwächen geeignet wären. Diese Denkschrift wurde etwa 8 Tage später Bismarck überreicht und am 6. Juni mit dem Abgeordneten besprochen, der dann das Kommissorium erhielt, in die Ausstandsgebiete zu gehen und die Verhältnisse daselbst einer eingehenden, sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Den mündlichen Bericht über die Ergebnisse dieses Kommissoriums nahm der Kanzler am 15. und 16. Oktober 1889 entgegen. Der Vortrag Gamp's dauerte am 1. Tage gegen 3, am zweiten Tage über 1 ½ Stunden.

Bismarck folgte diesem Vortrage mit dem regsten Interesse und bethätigte dasselbe durch eine große Zahl von Fragen. Insbesondere informierte er sich auf das genaueste über die Höhe der Löhne und die Lebenshaltung der Bergarbeiter, die Preise der Lebensmittel und Wohnungen, die Ursachen der Ausstandsbewegung, das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern u. s. w.

Sehr einverstanden erklärte er sich mit den Vorschlägen, die zügellose Freiheit der jugendlichen Arbeiter zu beschränken, um der stetig zunehmenden Verwilderung derselben Einhalt zu thun. Der Fürst bezeichnete die bessere Erziehung der Jugend und die Stärkung der väterlichen Autorität als eine der

---

zu erörternden Fragen zutraut. Zwar beginnt auch Miquel mit einer gewissen Zurückhaltung der Aussprache, aber bald genügt es diesem lebhaften, schnell und energisch denkenden Politiker nicht, in knappen Sätzen zu antworten. Zufällig kommt ein Thema zur Sprache, das ihn besonders interessiert, und im Nu ist alle Bedächtigkeit abgeworfen. Miquel durchmißt dann wohl mit großen Schritten das Zimmer; in glänzender, musterhaft stilisierter Rede legt er seine Ansichten dar, ein geistreicher Gedanke folgt dem andern, Satz um Satz fügt sich zu einer Beweiskette, und wenn man stenographierte, so würde ein politischer Essay von feinster Ausarbeitung der Form und klarster Durchführung der Gedanken sich ergeben. Das eben ist ein interessanter Unterschied zwischen Miquel und Bismarck, daß Miquel niemals, trotz seiner weit größeren äußeren Lebhaftigkeit, ein Ausdruck entschlüpft, der irgendwie einer späteren Abschwächung oder Verstärkung bedürfte.

[1]) Ich erinnere an die Worte, die Bismarck über Miquel gelegentlich eines Interviews dem Redakteur Julius Ritterhaus gegenüber sprach. Vergl. die Schrift von Ritterhaus „Kritisches und Erlebtes“. Berlin 1891.

[2]) An den Entwurf eines Artikels, den Ritterhaus zum Geburtstag Bismarck's im Jahre 1890 schrieb, setzte Miquel die Worte: „Vielleicht könnten die Verdienste Bismarck's noch etwas wärmer dargestellt werden“.

[3]) Gamp, Karl, Geheimer Ober-Regierungsrat und Rittergutsbesitzer. Geb. am 24. November 1846 zu Massaunen; evangelisch. 1873 Assessor. 1874 Übertritt zur Staatseisenbahnverwaltung, 1878—80 Hilfsarbeiter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. 1. April 1882 Hilfsarbeiter und Januar 1883 vortragender Rat im Handelsministerium. Schriften: Die wirtschaftlich-sozialen Aufgaben unsrer Zeit (Berlin 1880). Der landwirtschaftliche Kredit und seine Befriedigung (Berlin 1883). Referent im Reichstag über die Branntweinsteuervorlagen vom Jahre 1887 und 1891. Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der Börsen-Enquete-Kommission. Gehört seit 1884 dem Reichstage an.

Digitized by Google

wichtigsten Aufgaben und als ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und ihrer Lehren.

In Bezug auf die Schaffung einer Arbeitervertretung durch Errichtung von Arbeiterausschüssen für die einzelnen Großbetriebe war der Fürst der Ansicht, daß derartige Einrichtungen nicht durch die Gesetzgebung zwangsweise ins Leben gerufen werden dürften, sondern sich allmählich entwickeln und von dem Vertrauen der Arbeitgeber und Arbeiter getragen werden müßten, wenn sie segensreich wirken sollten. In dieser Beziehung sei eine gewisse Vorsicht notwendig. Er würde es daher für zweckmäßig halten, vorerst sich auf die Abhaltung bergwirtschaftlicher Konferenzen zu beschränken, mit denen Arbeitgeber und Arbeiter einverstanden seien.

Die Beschäftigung der Strafgefangenen im Bergbau fand die Billigung des Fürsten, sofern sich die technischen Schwierigkeiten überwinden ließen. Daß der Kohlenbergbau mit Gefahren für Leben und Gesundheit der in demselben beschäftigten Arbeiter verbunden sei, könne kein Grund sein, die Strafgefangenen von dieser Arbeit auszuschließen; es sei im Gegenteil mehr gerechtfertigt, Personen, die sich schwer gegen die Rechtsordnung vergangen, diesen Gefahren auszusetzen als freie Arbeiter.

Die Mitteilung des Geheimrats Gamp, daß die unteren Grubenbeamten fast ausnahmslos beim Ausstand treu zu den Arbeitgebern gestanden und oft mit eigener Lebensgefahr deren Interessen verteidigt hätten, veranlaßte den Fürsten zu der Bemerkung, daß er es für sehr erwünscht hielte, wenn alle ausgebildeten, tüchtigen und ständig beschäftigten Bergarbeiter in ein beamtenähnliches Verhältnis zu den Grubenverwaltungen treten möchten, weil sie dann sich weniger an Ausständen beteiligen würden.

Nach Beendigung des Vortrags beauftragte der Fürst den Geheimrat Gamp seine Beobachtungen und Vorschläge in einer Denkschrift niederzulegen [1]). Bei der Fülle der Materials könne er sich über die einzelnen Vorschläge nicht augenblicklich schlüssig machen, halte es auch für notwendig, daß dieselben zunächst den beteiligten Ressorts mitgeteilt und durch Kommissare derselben vorberaten würden.

Zum Schluß sprach der Fürst dem Geheimrat Gamp seine volle Anerkennung für seine Thätigkeit und sein erfolgreiches Kommissorium aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß seine Mühe und Arbeit dem Vaterlande zum Segen gereichen werden.

Ich lasse hier noch einige Originalberichte über parlamentarische Gesellschaften bei Bismarck folgen, welche mir Abgeordnete zur Verfügung zu stellen die Güte hatten.

Den Verlauf des parlamentarischen Diners beim Fürsten Bismarck am 22. Februar 1889 [2]) schildert der Abgeordnete von Eynern [3]) in einem Briefe an seine Gemahlin d. d. 23. Februar 1889 wie folgt:

---

[1]) Dieselbe findet sich abgedruckt in meinem Werk „Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" Bd. II., S. 241 ff.

[2]) Vergl. hierüber „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. I. (2. Aufl.), S. 2[illegible]

[3]) Vergl. oben S. 179.

Digitized by Google

Bei Bismarck war es gestern sehr schön und fein, wie das einliegende Menu zeigen möge. Empfang im Dreikaisersaal, Diner im Krongreßsaal. Etwa vierzig Herren. Wir saßen nach dem Alter geordnet, ich zwischen dem Freiherrn von Erffa und dem Regierungspräsidenten von Tiedemann, dann folgten Graf Wilhelm Bismarck und Prinz Arenberg.

Der Fürst sah wohl aus, klagte aber, als ich mich nach seinem Befinden erkundigte, über Schlaflosigkeit. Das ihm von mir empfohlene Sulfonat sei gar nichts wert; er habe es genommen und sich noch den ganzen folgenden Tag „dämelich" gefühlt. Die Fürstin erkundigte sich nach dem Schicksal der mir vor zwei Jahren geschenkten Photographie ihres Mannes; ich hätte sie gewiß für mich behalten und sie nicht ausgeliefert, wie egoistische Männer so etwas ja immer thäten. Nach dem Diner, bei dem es an unsrer Ecke sehr lustig zuging, wurde der historische Sofaplatz eingenommen. Franz Reichensperger und Freiherr von Schorlemer-Alst nahmen daneben Platz, Herr von Schalscha auf dem Sofa neben dem Fürsten. Ich wurde sehr günstig vis-à-vis placiert und war dadurch angenehmerweise der unmittelbaren Nähe des schnüffelnden Reichshundes entrückt, mit dessen Ohren und Schwanz sich der Fürst in den entstehenden kurzen Gesprächspausen sinnreich beschäftigte und sie mit Erörterungen über die Rasse des Hundes ausfüllte.

Die Unterhaltung nahm der Fürst fast allein auf sich, und hinter unsern Stühlen bildete sich eine große Corona, die gespannt lauschte, wie wir selbst natürlich auch. Die Tagespolitik wurde kaum berührt. Bei auftauchenden Betrachtungen über die Stellung des Monarchen in einem Staat machte aber der Fürst manche für die redegewandten Berufsparlamentarier wenig schmeichelhafte Äußerungen über die zweifelhafte Befähigung derselben, Geschäfte auch leiten zu können. Er lobe sich eine so einfache, stets auf das richtige Ziel lossteuernde Natur, wie sie unser Kaiser besitze — der bringe vorwärts. Und daran anknüpfend, besprach er seine Erlebnisse aus dem Jahre 1848, wo Friedrich Wilhelm IV. sich hin und her habe ziehen lassen und wo man den Rückzug der Truppen aus Berlin ohne Befehl des Königs habe geben können. Dann kam er auf Konfliktserlebnisse, wo auch hin und her geschwankt worden wäre, und wo man das Gemüt des Königs beunruhigt habe. Und dann erzählte er darüber folgendes: Als er 1862 zum Minister ernannt worden sei, sei er dem Könige bis Jüterbog entgegengefahren und habe denselben in größter Niedergeschlagenheit angetroffen. Die badischen Herrschaften, von denen der König gekommen, hätten den Konflikt mit dem Landtag für unlösbar gehalten und ihn zum Einlenken zu bestimmen gesucht. Der König habe zu ihm gesagt: „Minister sind Sie geworden, aber nur um das Schafott zu besteigen, was auf dem Opernplatz für Sie errichtet wird; ich selbst, der König, werde nach Ihnen an die Reihe kommen." „Der König hoffte zweifellos, ich würde ihm diese Dinge ausreden, — sagte Bismarck —, ich that aber das Gegenteil, weil ich meinen ehrlichen und gegen jede erkennbare Gefahr mutigen Mann kannte. Ich sagte ihm, die beiden Fälle hielte ich augenblicklich vielleicht für nicht ganz ausgeschlossen — aber

Digitized by Google

wenn sie eintreten sollten, was sei dann Großes daran gelegen? Sterben müßten wir alle einmal, und es sei gleichgültig, ob ein bischen früher oder später. Er sterbe dann, wie es seine Pflicht sei, im Dienste seines Königs und Herrn, und der König sterbe dann in Verteidigung seiner heiligen Rechte, was auch seine Pflicht sei gegen sich selbst und gegen sein Volk. Man brauche ja nicht gleich an Ludwig XVI. zu denken, der sei ja unangenehm gestorben, aber Karl I. habe einen höchst anständigen Tod erlitten, ein solcher, der ebenso ehrenvoll gewesen, wie der auf dem Schlachtfelde."

„Als ich — erzählte Bismarck weiter — derart den König als Soldaten an sein Portepee faßte, wurde er noch ernster und dann wurde er sicher, und ich reiste mit einem vergnügten, kampfesfrohen Mann nach Berlin hinein."

So etwas in der Bismarck'schen Art wiederzugeben ist unmöglich, es ist die Gestaltungs- und Schilderungskraft eines Dichters, welche dem Zuhörer die Situation entrollt, als sei man in derselben mitwirkend gewesen.

Bald darauf erhob sich der Fürst, und wir empfahlen uns. Ich bildete mir ein, daß er sein Schlußwort: „Wenn man mutig bleibt, hat man nie etwas zu befürchten", zu mir gewendet gesagt habe. Herr von Schorlemer-Alst nahm es aber für sich auch in Anspruch, und so teilten wir uns friedlich darein.

Zur Ergänzung meines Bd. I. (2. Aufl.), S. 300 gebrachten Referates über das parlamentarische Diner vom 26. März 1889 lasse ich hier noch folgen, was der Abgeordnete Dr. Hartmann (Plauen) darüber aufgezeichnet hat.

„Es geschah zum erstenmal, daß der Kaiser bei einer derartigen Gelegenheit erschien. Die meisten der Eingeladenen erfuhren davon erst, als sie Se. Majestät in der Gesellschaft erblickten. Mir selbst ging es so. Der Kaiser war überpünktlich erschienen. Als ich genau um 6 Uhr eintrat, in das Dreikaiserzimmer fand ich außer dem fürstlichen Ehepaar und seiner nächsten Umgebung nur sehr wenige Gäste vor, darunter einen Herrn in Marineuniform, der mir in diesem Augenblick den Rücken zuwendete. Als er dann seine Stellung veränderte, so daß ich ihn von der Seite zu sehen bekam, erkannte ich den Kaiser. Gesagt hatte mir auch bis zu diesem Augenblick niemand davon. Einem sehr hervorragenden Reichstagsabgeordneten, der allerdings spät eintrat, stieß es zu, daß er von der Anwesenheit des Kaisers noch nichts wußte, als Se. Majestät der Frau Fürstin den Arm bot, um sie zu Tische zu führen. Er fragte mich: „Wer ist denn der Marinier?" und war ganz überrascht zu hören, daß es der Kaiser war.

Vor Tisch hielt derselbe Umgang unter den im Kreise aufgestellten Gästen gefolgt vom Präsidenten von Levetzow, der ihm die einzelnen vorstellte. Ich war neben dem Freiherrn von Huene zu stehen gekommen und wurde so Augen- und zum Teil Ohrenzeuge der Scene mit dem Roten Adler-Orden II. Klasse. Der Kaiser begann das Gespräch wörtlich folgendermaßen: „Ich danke Ihnen im Namen meiner Armee" . . . Das Weitere — wahrscheinlich ist dann zunächst gekommen: „und meiner Marine" — konnte ich nicht mehr verstehen, weil ich es inzwischen für angemessen gefunden hatte, etwas weg zu treten.

Digitized by Google

Der Kaiser hielt eine kleine Ansprache an den Freiherrn von Huene, langte dann mit der linken Hand nach rückwärts, empfing aus der Hand eines der ihn begleitenden Offiziere das rote Etui und übergab es dem Freiherrn von Huene. Dieser dankte sichtlich überrascht und hochbeglückt. Als dann der Kaiser sich zu mir gewendet hatte, verschwand Freiherr von Huene, um bald darauf, mit der soeben empfangenen Ordensdekoration um den Hals, wieder zu erscheinen. Nur eins war ihm schmerzlich: Die Dekoration war nicht mit den Schwertern versehen, die sich an der ihm früher verliehenen Dekoration des nämlichen Ordens befinden.

Mit mir sprach der Kaiser über einige, damals höchst aktuelle Rechtsfragen. Er wollte meine Ansichten darüber hören. Ich entwickelte diese in der gebotenen Kürze, der Kaiser begleitete meine Ausführungen mit Zwischenbemerkungen und Fragen, und so wurde dieses Gespräch verhältnismäßig sehr lang, was die Aufmerksamkeit aller erregte, auch des erlauchten Wirtes, der in einiger Entfernung in dem bekannten Ecksofa rechts vom Eingang Stellung genommen hatte. Wie mir nachher erzählt wurde, hat der Fürst darüber seine Bemerkungen gemacht, z. B. „Sehen Sie nur, wie dieser sächsische Staatsanwalt den Kaiser festhält!" — Mit dem „Festhalten" that er mir aber Unrecht, wie aus Vorstehendem hervorgeht.

Bei Tisch waren wir — abgesehen von den Plätzen in der nächsten Umgebung des Kaisers und des fürstlichen Ehepaares — nach dem im Hause des Fürsten herrschenden Brauche nach dem Lebensalter gesetzt. Ich, als einer der Jüngeren, saß infolgedessen nicht eben nahe an dem Mittelpunkt der Tafel, war aber doch nahe genug, um zu beobachten, in welcher liebenswürdigen, jugendlich frischen Art Se. Majestät der Kaiser mit seiner Umgebung verkehrte.

Die Tischkarte war diesmal deutsch. Die Tafelmusik begann mit dem Torgauer Marsch.

Als nach Tisch Cigarren herumgereicht wurden, nahm der Kaiser eine, brannte sie auch nach einiger Zeit an. Die andern Teilnehmer zögerten begreiflicherweise, das gleiche zu thun. Da trat Fürst Bismarck, mit einer langen Pfeife — unangezündet — im Arm, an den Kaiser heran und stellte sich militärisch in Achtung vor ihn, meiner Wahrnehmung nach ohne etwas zu sprechen. Der Kaiser verstand aber die Pantomime sofort und ersuchte den Fürsten in jovialer Weise, ja anzubrennen. Das geschah sofort, und wie mit einem Zauberschlag waren etwa dreißig Cigarren in Brand.

Der Kaiser blieb stehend und sprach so mit einzelnen und Gruppen der Anwesenden. Der Fürst setzte sich auf das bereits erwähnte Ecksofa. Hier wurde mir das Glück zu teil, einige Zeit hindurch neben ihm zu sitzen. Er plauderte zunächst über Rußland, indem er die Beobachtungen und Erlebnisse aus seinem Aufenthalt in Rußland zum besten gab — ein beliebtes Nachtischthema des Fürsten. Mit mir insbesondere sprach er über sächsische Verhältnisse. — Die Stellung der Dynastie zum Volke &c. Zwischenhinein bewunderte er die Ausdauer des Kaisers im Stehen, meinte: „Das brächte ich nicht fertig; er ist zwar jung, aber das ist es nicht allein; die Hohenzollern haben ein kolossales „Stehfleisch";

Digitized by Google

der Vater und der Großvater hatten es auch; die vielfache Übung mag die hohen Herren besonders leistungsfähig machen, und schließlich vererbt sich das, wie andre Vorzüge und auch Mängel" — worauf ein längeres Gespräch über Atavismus folgte.

Ein Jahr später war der Fürst nicht mehr Reichskanzler." —

Endlich hat mir der frühere Reichstagsabgeordnete August Gebhard[1]) einen Originalbericht über den parlamentarischen Frühschoppen vom 20. Mai 1889 (Bd. I, 2. Aufl., S. 303) zur Verfügung gestellt, der meine frühere Schilderung desselben[2]) in vielen Punkten ergänzt.

„Im Verlaufe des Frühschoppens am 20. Mai 1889 überzeugte sich Fürst Bismarck durch Anklopfen an die Fässer, die auf dem in einer Ecke des Saales hergerichteten Bierausschanke lagen, ob sie noch hinreichend gefüllt seien. Er wandte sich dann zu den in der Nähe stehenden Reichstagsabgeordneten Zeitz, Böttcher und Gebhard, und eine von dem Erstgenannten über die Beschaffenheit des Bieres gemachte Bemerkung, die Fürst Bismarck dahin mißverstand, als sei Zeitz der Meinung, daß das Bier von der Berliner Bockbrauerei stamme, bot den Anlaß, daß Fürst Bismarck sich über die Herkunft des Bieres aussprach: Es stamme aus der Brauerei Thalhausen des Grafen Holnstein. Dieser sei ein alter Lieferant von ihm, er habe mit seinem Biere auch die Diplomatie in Versailles versorgt. Dort sei gutes Bier schwer zu beschaffen gewesen, und da habe Graf Holnstein wiederholt dem Hauptquartiere aus der Not geholfen.

„Graf Holnstein war uns auch sonst sehr nützlich; er vermittelte den Verkehr zwischen uns und dem Könige Ludwig. Dabei konnte ich die Diplomatie nicht gebrauchen. Graf Holnstein aber stand dem Könige persönlich nahe — er war Oberststallmeister — und ich mußte mich an ihn wenden, um eine Einwirkung auf den König selbst ausüben zu können. Graf Holnstein hat dann zweimal quam citissime die Reise von Paris nach München gemacht, und das war keine Kleinigkeit; denn es war zu der Zeit, wo noch auf zwanzig Meilen die Eisenbahnverbindung fehlte."

Als Zeitz bemerkte, daß die Bayern in Versailles überhaupt einen großen Einfluß geübt hätten, bestätigte dies Bismarck und fuhr fort: „Zur Annahme der Kaiserwürde konnte ich anfänglich meinen alten Herrn schwer bewegen; er war geneigt, sie mehr wie eine höhere Beamtenstellung aufzufassen. Als Kaiser, sagte er, muß ich thun, was die andern wollen, als König bin ich Herr. Als König bin ich geboren, was ich dadurch habe, weiß ich; was ich aber als Kaiser

---

[1]) Gebhard, Hermann August Wilhelm Karl. — Nationalliberal. — Geb. am 21. April 1843 zu Braunschweig; evang. 1873—76 Polizeiassessor bei der Herzogl. Polizeidirektion in Braunschweig, von 1876—80 Stadtrat in Braunschweig, seit 1880 Stadtdirektor in Bremerhafen. 1884 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und des Reichstags für den 19. Hannoverschen Reichstagswahlkreis. Veröffentlichte verschiedene Arbeiten volkswirtschaftlichen Inhalts in Zeitschriften und selbständigen Büchern. Jetzt Direktor der Hanseatischen Versicherungsgesellschaft für Invalidität und Altersversorgung in Lübeck.

[2]) Vergl. Bd. I. (2. Aufl.), S. 303.

Digitized by Google

habe, weiß ich nicht. Es ging ihm, wie einem jungen Lieutenant aus altem Hause; er läßt sich lieber Herr Graf als Herr Lieutenant nennen."

Er (Bismarck) habe nun, um in dieser Sache, wo er nicht nur das Widerstreben der andern Fürsten, sondern gewissermaßen auch das seines alten Herrn gegen sich gehabt habe, den König Ludwig zu gewinnen, an diesen geschrieben, er hätte durch den Eintritt in den Bund schon so viel zugestanden, daß er kaum mehr zugestehen könne. So wie die Sache liege, mache er seine Zugeständnisse dem Könige von Preußen und dieser werde künftig in Bayern in einem gewissen Umfange Befehle zu erteilen haben; da wäre es doch richtiger, die Zugeständnisse dem Kaiser von Deutschland, als sie dem Könige von Preußen zu machen. Er (Bismarck) habe ihn auch an die deutschen Kaiser erinnert, die aus seinem, des bayerischen Königs Hause, hervorgegangen seien, besonders an Ludwig den Bayer — es sei dies recht ad hominem gerichtet gewesen —; auch habe er (Bismarck) erwähnt, daß er aus der Geschichte seiner Familie wisse, daß Ludwig der Bayer ihr ein wohlwollender Herrscher gewesen sei.

Den bewußten Brief habe er im Gasthause am Eßtische geschrieben; er sei darum auch nicht völlig formgerecht gewesen; das Papier sei von einer mangelhaften Beschaffenheit gewesen, und die Schrift sei durchgeschlagen. So habe er den Brief dem Grafen Holnstein mitgeben müssen.

Der König Ludwig habe, als Graf Holnstein bei ihm eingetroffen sei, Zahnschmerzen gehabt und ihn zunächst nicht empfangen wollen. Darauf habe Graf Holnstein ihm sagen lassen, er habe einen Brief von Bismarck, und da habe König Ludwig gesagt: „Na, dann bringen Sie ihn her!" Der Köng habe den Brief gelesen, sich ihn zum zweiten und zum drittenmal vorlesen lassen und dann gemeint: „Ja, es ist richtig! Der König von Preußen muß deutscher Kaiser werden!" Er habe dann von Bismarck den Entwurf eines Schreibens verlangt, das er an den König von Preußen richten sollte; Bismarck habe den Entwurf dazu dem König Ludwig übermittelt, dieser habe denselben für gut befunden und das Schreiben an den König von Preußen abgesandt.

Auf Gebhard's Bemerkung, daß der König Ludwig seine Gunst dem Fürsten Bismarck ja wohl bis zu seinem Tode bewahrt habe, erwiderte der Kanzler: „Ja wohl, ich habe noch acht Tage vor des Königs Tode einen sehr gnädigen Brief von ihm erhalten; in persönlichem Verkehr habe ich aber in den letzten Jahren mit dem Könige nicht mehr gestanden; von Kissingen aus habe ich zwar wiederholt den Versuch gemacht, den König zu sehen, derselbe habe aber den Besuch stets unter höflichem Vorwande abgelehnt."

Der Abgeordnete Goldfus, der, wie mehrere andre, mit herangetreten war, meinte, dazu sei beim Könige wohl Verlegenheitsgefühl die Veranlassung gewesen, worauf Fürst Bismarck entgegnete, das sei wohl möglich. Zu dem letzten Briefwechsel hätten des Königs Geldverlegenheiten den Anlaß gegeben. Bismarck habe ihm geschrieben, er möge sich doch an seine Stände wenden, die würden die Sache gern in Ordnung bringen. Darauf habe der König geantwortet, das glaube er wohl, aber das ginge nicht, denn die Stände würden ihm das Bauen

verbieten, und ohne Bauen könne er nicht leben. Bei dem Briefwechsel habe es auffallen müssen, wie des Königs Handschrift immer unleserlicher geworden wäre, die Schriftzüge seien weit auseinander gezogen und die Buchstaben immer mehr schief zu einander gestellt gewesen.

Abgeordneter Gebhard warf ein: Professor Riehl erzählte, König Max, der Vater von König Ludwig, habe nach einer ihm (Riehl) gemachten Mitteilung beabsichtigt, seinen Sohn so zu erziehen, daß er bis zu seinem achtzehnten Lebensjahre nur die idealen Seiten des menschlichen Daseins kennen lernen und von dem Bösen, das es in der Welt gäbe, möglichst unberührt bleiben solle; dann habe er seinen Sohn bei der Hand nehmen und ihn mit dem Leben so, wie es wirklich sei, bekannt machen wollen. Ehe er aber seinen Sohn so auf die Widerwärtigkeiten des Lebens hätte vorbereiten können, wäre König Max gestorben.

König Ludwig habe, so erzählte Fürst Bismarck im Anschluß daran weiter, als Kronprinz sich wohlunterrichtet gezeigt. Er, Bismarck, sei damals mit ihm zusammengekommen und habe in dem Lustschloß Nymphenburg bei München an der Tafel mit ihm gesessen, als er etwa 17 Jahre alt gewesen sei. Seine Unterhaltung sei keineswegs die gewöhnliche Prinzenunterhaltung gewesen, wie sie am Hofe beim Cercle geführt werde: „Sind Sie schon lange in Berlin?“ „Wann reisen Sie wieder ab?“ „Was macht Ihre Frau Mama?“ u. s. w. Seine Unterhaltung sei die eines sehr gebildeten jungen Mannes, aber sehr unstät gewesen. Aufgefallen sei es ihm, daß der Kronprinz sehr viel Sekt getrunken und dem einschenkenden Lakai immer das geleerte Glas über die Schulter hingehalten habe, damit es wieder gefüllt werde. Der Diener habe einen Blick nach der Königin geworfen, ob er im Einschänken noch fortfahren dürfe, es wäre aber nichts dagegen geschehen, und man habe ihm, dem Kronprinzen, überhaupt sehr viel freien Willen gelassen. Bei der Unterhaltung wäre es aufgefallen, daß sein Auge stets nach oben gerichtet gewesen sei.

Als der Abgeordnete Gebhard erwähnte, daß König Ludwig diese Eigentümlichkeit mit dem König Georg von Hannover gemein gehabt habe, erwähnte Fürst Bismarck, daß dieser um jene Zeit ganz besonders großen Eifer in der Angelegenheit des Frankfurter Fürstentages an den Tag gelegt habe, da er sich bewußt gewesen wäre, daß sein Königtum nur in engster Verbindung mit der Bundesverfassung Dauer habe. Dabei sei er nur leider ein ganz erbitterter Preußenfeind gewesen.

Bismarck kam durch diese Wendung des Näheren auf den Fürstentag in Frankfurt a. M. von 1863 zu sprechen. Die Sachlage sei damals eine sehr schwierige und insbesondere für ihn, Bismarck, eine sehr anstrengende gewesen. König Wilhelm habe gern dem Fürstentage beiwohnen wollen. „Das war ja auch natürlich, denn fünfundzwanzig Fürsten versammelt und ein König als Courier! Wir waren damals in Baden-Baden und dorthin kam der König von Sachsen. Da war es schwer, abzulehnen!“ Nach langem Zögern und Überlegen

habe der König doch abzulehnen beschlossen. Er sei zu diesem Beschlusse auf einer Ausfahrt gekommen, die er mit ihm (Bismarck) gemacht und die wohl eine Stunde gedauert habe. Für Bismarck sei sie höchst anstrengend gewesen; die Unterhaltung habe, damit die Dienerschaft sie nicht verstehe, in französischer Sprache geführt werden müssen. Zum Brechen müde sei Bismarck gewesen, als sie zurückgekommen seien. Als sich der König endlich zur Ablehnung entschlossen, habe es sich noch darum gehandelt, den Absagebrief zu schreiben. Nachdem dies geschehen, habe der König noch genau das Verschließen des Briefes beobachtet. Der König habe immer sehr viel darauf gegeben, daß richtig gesiegelt werde, und daß insbesondere das Siegel gerade gesetzt würde. Während Bismarck den Brief zusiegelte, sei der König hinter ihm gestanden und habe ihm zugesehen; nachdem er dann wahrgenommen, daß das Siegel gerade gesessen, habe er sich in einen Sessel gesetzt, zurückgelegt und gesagt: „Nun ist es gut, nun kann ich nicht mehr zurück!“

Er (Bismarck) sei mit dem Briefe dann weggegangen, von dem ganzen Vorgange aber so nervös geworden, daß er, als er die Thür hinter sich geschlossen, den Thürgriff abgerissen hätte. Als er diesen hinter sich geworfen, habe der dienstthuende Adjutant betroffen gefragt, ob etwas Besonderes geschehen sei, das ihn so aufgeregt habe. Bismarck, der inzwischen wieder ruhig geworden — solche nervöse Aufregung beruhige sich ja am schnellsten durch eine körperliche Kraftanstrengung — habe erwidert, es wäre schon wieder gut.

„Wäre ich ein solcher Reaktionär gewesen, — fuhr Bismarck fort — als welcher ich damals immer verschrieen wurde und heute noch bei manchen Leuten gelte, so wären wir nach Frankfurt gegangen. Alsdann wäre die Bundestags-Reaktion, auf so und so viel hunderttausend Bajonette gestützt, zur That geworden. Aus meiner Kindheit war mir diese Reaktion aber noch bekannt und das hat mich zurückgehalten. In der That bin ich nie ein Reaktionär gewesen.“

Inzwischen hatte sich der Kreis der Umstehenden immer dichter gestaltet. Der Präsident von Levetzow trat durch denselben an den Fürsten heran und verabschiedete sich. Bismarck, einige verbindliche Abschiedsworte sprechend, wandte sich den hinter ihm Stehenden zu, unter denen sich auch der elsässische Abgeordnete Dr. Petri befand. Dieser wurde Bismarck von dem Präsidenten von Levetzow als ein elsässischer Abgeordneter, der nicht Franzose wäre, vorgestellt. Bismarck sprach seine Freude darüber aus, und der Abgeordnete Petri stellte in Aussicht, daß die Wahlen das nächste Mal noch besser ausfallen würden, worauf Bismarck erwiderte: „Nun gut! Wir können ja warten!“ und indem er sich wieder zu seinen früheren Zuhörern wandte: „Wir haben Elsaß-Lothringen als Glacis für Süddeutschland erworben!“

Nachdem Fürst Bismarck sich dann dem zu seiner Linken stehenden Abgeordneten Veiel zugewandt, auch dafür gesorgt, daß dieser ein frisches Glas Bier erhielt, und mit ihm angestoßen hatte, begann er: „Ja, ich bin vorigen

Digitized by Google

Sonnabend zu weit gegangen[1]). Ich habe es nachher bedauert; aber ich bin solche Insulten nicht gewohnt, man wird erregt und geht dann zu weit."

Als der Abgeordnete Zeitz einwandte, diese Auffassung sei doch nicht allgemein, er, Fürst Bismarck, habe für viele ein erlösendes Wort gesprochen, fuhr dieser fort: „Ja, was soll man machen, wenn einem jemand so zu sagen vor versammeltem Kriegsvolke Pfui zuruft. Es ist das doch gerade, als ob mich jemand anspuckt. Es ist mir das früher schon einmal in meinem parlamentarischen Leben vorgekommen[2]). Damals war es ein Herr vom Centrum, der mir das Wort zurief. Es war noch die Zeit, wo ich immer einen Revolver in der Tasche trug. Als der Zwischenruf erscholl, dachte ich zunächst: „Gehst Du hin und schießt ihn nieder. Nach einer halben Minute Überlegung aber habe ich mir gesagt: Nein! Das ist denn doch nicht Dein Metier!"

Als man dem Fürsten ein frisches Glas reichen wollte, dankte dieser und versprach, später nachzukommen; dann trat Dr. Schweninger hinzu, faßte den Fürsten am Arme und forderte ihn auf, sich zu setzen. Er folgte der Aufforderung, ließ sich seine lange Pfeife reichen und nahm an einem Tische mit dem Kriegsminister, dem Abgeordneten von Wedell-Piesdorff und einigen andern Herren noch für einige Zeit Platz."

Zu dem Frühstück war auch der Amtsgerichtsrat Fritz Kern aus Hameln ein alter Corpsbruder des Fürsten von der Hannovera in Göttingen, geladen. Kern war am 18. Mai 1889 zum erstenmal in seinem Leben nach der Reichshauptstadt gekommen, zum Besuch seiner dort verheirateten Tochter. Am folgenden Tage morgens klingelte eine Bote der Reichskanzlei in dem Hause in Steglitz, wo Kern wohnte, und überbrachte eine Einladung des Fürsten. — „Aber, wie ist es möglich? Es muß ja ein Irrtum sein, wenn nicht etwa ein Scherz." — „Ja, wir in der Reichskanzlei wissen alles!" — Ein Freund in Hameln hatte dem Geheimrat Dr. von Rottenburg geschrieben, daß dem Fürsten Gelegenheit gegeben sei, einem trefflichen Corpsbruder aus der goldenen Jugendzeit eine freundliche Überraschung zu bereiten. Mit den Worten: „Auf Wiedersehen!" schüttelte der Reichskanzler nach dem Frühschoppen zum Abschiede dem alten Genossen die Hand. „Ja, aber siebenundfünzig Jahre darf es nicht wieder dauern, Durchlaucht," erwiderte Kern.

[1]) Anspielung auf die Reichstagssitzung vom 18. Mai 1889, vergl. oben S. 204.

[2]) In der Reichstagsrede vom 13. März 1884. Vergl. Kohl, Bismarck-Reden, Bd. X., S. 15

XIX. Abschnitt.

Die I. und II. Session der XVII. preussischen Legislatur-Periode.

(14. Januar 1889 bis zum 13. Juni 1890[1]).)

In weiterer Verfolgung der Ziele der sogenannten lex Huene[2]) hatte Freiherr von Huene 1889 von seinen politischen Freunden die Zustimmung zur Einbringung eines Gesetzentwurfs erhalten, welcher die Überweisung zunächst der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände vorschlug mit Inaussichtnahme weiterer Überweisung bis zum vollen Betrage; dagegen sollten die Gemeinden und kommunalen Verbände im Verhältnis der überwiesenen Anteile das Recht verlieren, Zuschläge zu diesen Steuern zu erheben. Huene übersandte dem Fürsten noch vor der Einbringung eine Abschrift des Entwurfs. Sogleich erhielt er eine Einladung zu einer Besprechung, welche — bei einer Flasche Pschorrbräu — über eine halbe Stunde dauerte. Huene begründete seinen Antrag, mußte denselben wiederholt verlesen, und auf Wunsch des Fürsten wurde darin der gänzliche Ausschluß der Zuschläge schon gegenüber der Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer aufgenommen; der Fürst meinte: „Wir können uns ja abhandeln lassen."

Die Unterhaltung bekundete das lebhafteste Interesse des Fürsten für die Erleichterung des Grundbesitzes. Huene erhielt von ihm die Ermächtigung, auszusprechen, daß der Fürst mit dem Grundgedanken des Antrags durchaus einverstanden sei. „So weit kann ich Eideshelfer sein," sagte er; weiter könne er nicht gehen, da der Antrag dem Staatsministerium noch nicht vorliege. Der Antrag wurde einer Kommission überwiesen, welche zugleich die Beratung des damals in Aussicht stehenden neuen Einkommensteuergesetzes verhandeln sollte. Dieses aber wurde nicht eingebracht und dadurch auch die weitere Beratung des Antrags nicht durchgeführt.

Am 8. April 1889 hielt der freikonservative Abgeordnete Frhr. von Zedlitz-Neukirch[3]) bei der durch die königstreuen Arbeitervereine Berlins am 8. April 1889 veranstalteten Bismarckfeier eine Festrede, die von Begeisterung für den großen Staatsmann eingegeben war[4]). Der gedachte Abgeordnete hat wohl mit dem Kanzler politische Gespräche geführt, allein nur bei Gelegenheit von größeren geselligen Vereinigungen.

---

[1]) Es währte die I. Session der XVII. Legislatur-Periode vom 14. Januar bis zum 30. April 1889, die II. Session der XVII. Legislatur-Periode vom 15. Mai bis zum 13. Juni 1890.

[2]) Vergl. oben S. 142.

[3]) Freiherr von Zedlitz und Neukirch, Geheimer Ober-Regierungsrat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin, geboren 6. Dezember 1840. 1871—1874 Mitglied des Reichstags, seit 1876 des Abgeordnetenhauses.

[4]) Abgedruckt findet sich dieselbe in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 168 vom 9. April 1889.

Digitized by Google

Am 16. Februar 1889 erschien Bismarck unerwartet im Herrenhause. Die Mitglieder waren überrascht und erwarteten ganz besondere Dinge. Es war ihm offenbar darum zu thun, bei der, wie vorauszusehen war, einstimmigen Annahme der Vorlage über Erhöhung der Krondotation nicht zu fehlen. Fürst Bismarck unterhielt sich u. a. längere Zeit mit dem Chef des Generalstabes Grafen Waldersee.

XX. Abschnitt.

Die fünfte Session der VII. Legislatur-Periode des Reichstags.

(22. Oktober 1889—25. Januar 1890.)

Im Oktober 1889 begannen die Verhandlungen des Reichstags wieder. Hauptgegenstand war die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Bismarck war abwesend und ein Verkehr nur durch Mittelspersonen möglich.

Am 25. November 1889 war der Abgeordnete von Helldorff in Friedrichsruh und besprach mit Bismarck eingehend die Verhandlungen über das Sozialistengesetz und deren Rückwirkung auf die parlamentarische Lage und die Stellung der Parteien.

Am 24. Januar 1890 kam Fürst Bismarck nach Berlin, und auf Helldorff's Wunsch war derselbe am Abend desselben Tages bei dem Reichskanzler und verhandelte mit ihm über das Sozialistengesetz, nach dessen Ablehnung der Reichstag geschlossen wurde.

Im Herbst 1889 entwarf der Abgeordnete Oechelhäuser[1]) die Grundzüge zu einem neuen Abkommen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mit dem Sultan von Zanzibar, welches einerseits durch den 1888 ausgebrochenen Aufstand in Ostafrika, anderseits durch die Weigerung der Reichsregierung notwendig geworden war, die Entschädigungsansprüche der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft aus dem ursprünglichen Sultansvertrage vom 28. April 1888 zu vertreten. Nachdem Graf Bismarck diese Vorschläge als für das Reich acceptabel anerkannt hatte, wurden sie zwischen dem Geheimen Legationsrat Krauel und dem Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Herrn Vohsen, näher präzisiert und am 13. Januar 1890 vom Sultan von Zanzibar acceptiert. Auf Grundlage dieses neuen Vertrages erfolgte dann später, nach Abschluß des deutsch-englischen Abkommens, die Vertragsregelung des Reichs mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, unter Übernahme der Hoheitsrechte, die letzterer bisher zugestanden hatten.

Zu einer vierten Berührung des Reichskanzlers mit dem Freiherrn von Huene[2]) gab der von diesem am 12. Dezember 1889 im Reichstag eingebrachte Antrag, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen, Anlaß. Huene schrieb über

[1]) Vergl. oben S. 167.

[2]) Vergl. oben S. 142, S. 191 und S. 217.

Digitized by Google

den betreffenden Initiativantrag an den Fürsten Bismarck nach Friedrichsruh mit der Bitte um Unterstützung desselben.

Huene schreibt es wesentlich der Einwirkung des Fürsten zu, daß das Gesetz, welches eine Zeit lang sehr gefährdet war, schließlich im preußischen Staatsministerium die Mehrheit erhielt und damit auch im Bundesrat. Die vorbereitenden Schritte zur Durchbringung hatte bereits der frühere Kriegsminister Bronsart von Schellendorff gethan.

Die letzte Unterhaltung mit dem Fürsten hatte Huene nach dem Diner, welches Seine Majestät der Kaiser dem Staatsrat gab. Derselbe war bekanntlich zur Vorberatung der sozialpolitischen Gesetzgebung berufen. „Wie gefallen Ihnen diese Dinge?" fragte der Fürst. Huene sprach seine Übereinstimmung mit der eingeschlagenen Richtung aus und zugleich die Hoffnung, daß der Fürst die Sache unterstützen werde. Dieser verbreitete sich dann über die Art und Weise, wie die Dinge behandelt worden seien, und verhehlte nicht seine Unzufriedenheit mit der Art des Vorgehens. Als dann später Kaiser und Kaiserin, bevor sie den Saal verließen, auf den Fürsten zugingen, um sich zu verabschieden, war dieser sichtlich erfreut und erwiderte auf eine Äußerung Huene's über die Art der Kaiserin: „C'est le charme du coeur".

Die Auszeichnung Huene's durch die persönliche Verleihung des Roten Adler-Ordens II. Klasse durch Se. Majestät den Kaiser verdankt einer Anregung des Kriegsministers von Bronsart, welche, wie es scheint, erst am 25. März 1889 erfolgt war, ihre Entstehung, während die Übergehung der III. Klasse, da Huene nur den Orden IV. Klasse mit Schwertern hatte, wohl auf die Vorschläge des Fürsten zurückzuführen ist. Huene erhielt am 25. März 1889 abends die Einladung des Reichskanzlers zum Diner am 26. Es war das erste parlamentarische Diner, welches Seine Majestät mit Allerhöchstseiner Gegenwart beehrten. Beim Eintreten hatte der Fürst zu Huene gesagt: „Ihnen hat der Kaiser etwas mitgebracht wegen Ihrer militärischen Verdienste", dabei machte er eine Handbewegung um den Hals. Als kurz darauf Huene dem Kaiser vorgestellt wurde, übergab Allerhöchstderselbe ihm nach einer gnädigen Ansprache den Orden mit der Aufforderung, denselben alsbald anzulegen [1]).

Über das parlamentarische Diner, welches Fürst Bismarck am 4. Februar 1890 gab, ist bereits im ersten Bande (2. Aufl.) S. 308 eingehend berichtet worden. Ich lasse hier noch eine Aufzeichnung darüber folgen, welche von dem Landtagsabgeordneten von Eynern [2]) herrührt.

„Vor etwa einem Jahre hatte der Kaiser einem Diner bei dem Reichskanzler beigewohnt, wozu ausschließlich Mitglieder des Reichstags geladen worden waren.

[1]) Bezeichnend für den Vorgang ist ein Schreiben der General-Ordens-Kommission an Freiherrn von Huene vom 4. April 1889, in welchem es heißt: „Infolge der Allerhöchsten Kabinettsordre vom 3. d. M., laut welcher Seine Majestät der König Ihnen den Roten Adler-Orden II. Klasse mit Eichenlaub zu verleihen und am 26. v. M. persönlich zu übergeben geruht haben 2c.".

[2]) Vergl. oben S. 209.

Digitized by Google

Der preußische Landtag war auf diese Ehre eifersüchtig und fühlte sich in seiner Bedeutung etwas zurückgesetzt. Man hatte aber für diese Session die Hoffnung auf eine Begegnung mit unserm jungen Kaiser aufgegeben, denn es lag schwül in der Luft; immer mehr schienen sich die Einzelereignisse, welche von differierenden Auffassungen zwischen dem Kaiser und dem Kanzler Kunde gaben, zu einer Katastrophe vereinigen zu wollen. Da brachte unerwartet ein fürstlicher Diener eine große Einladungskarte in meine Wohnung:

> Seine Majestät der Kaiser und König haben Allerhöchst Ihr Erscheinen zugesagt.
> Fürst von Bismarck beehrt sich
> Herrn von Eynern, Mitglied des Abgeordnetenhauses, zum Diner am Dienstag, den 4. Februar um sechs Uhr ganz ergebenst einzuladen. U. A. w. g.

Wie ich erfuhr, waren gleiche Einladungen an etwa dreißig Personen ergangen, worunter siebzehn Abgeordnete; von unsrer Fraktion außer an mich an die Herren von Benda, Professor Dr. Enneccerus und Konsul Weber (Genthin), sodann an Dr. Miquel als Vizepräsidenten des Herrenhauses.

Der Kaiser erschien auf die Minute, mit ihm seine beiden Flügeladjutanten Oberstlieutenant von Kessel und Major von Zitzewitz. Wir standen im Kreis und wurden vorgestellt. Dann ging es zu der im Kongreßsaal aufgestellten prächtigen Tafel; ich saß neben dem Grafen von Limburg-Stirum, der die Gräfin Wilhelm Bismarck zur Seite hatte, dann folgte Peter Franz Reichensperger, dann der Fürst. Seiner Majestät, die zwischen der Fürstin und von Benda Platz genommen, saß ich schräg gegenüber.

Ich kam mit meinen Nachbarn bald in animierte Unterhaltung, wir sprachen den guten Speisen reichlich zu, und die Gräfin Wilhelm Bismarck spendete mir, nach allem aufgetragenen Lob, ihr Menu zur Erinnerung für meinen Sohn.

Der Kaiser trank gleich zu Beginn der Tafel dem Fürsten zu, der sich kerzengerade erhob, sein Glas mit einem Zuge feierlich und langsam leerte und dann dem Kaiser eine jener tiefen Verbeugungen machte, die ich schon so oft bei Überreichung der Thronreden gesehen und die den ganzen Mann charakterisieren: Gerad, stolz und schlicht und als wenn man Waffenklang dabei hören müßte. Der Kaiser trank dann noch im Laufe der Tafel, an der wir eine knappe Stunde saßen, Dr. Miquel und dem Grafen Douglas zu.

Aus dem Kongreßsaal ging es in das große Empfangszimmer zurück. Cigarren wurden präsentiert, und der Kaiser setzte sich rauchend in eine Sofaecke unter das Bild des Königs von Italien. Der Fürst zündete seine Pfeife an und setzte sich an die andre Seite der Eingangsthür, unter das Bild des Kaisers von Österreich. Ich setzte mich mit Professor Enneccerus und andern zu ihm. Das Gespräch nahm gleich, anknüpfend an die Steuerdebatten, einen lebhaften Charakter an; mit vielem war Fürst Bismarck einverstanden, mit Auf-

Digitized by Google

hebung der Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer, mit besonderer Besteuerung des Renteneinkommens und anderm. Aber er erklärte sich mit größter Entschiedenheit gegen jede progressive Einkommensteuer und wurde ungeduldig, als Enneccerus ihm auseinandersetzte, die wolle man ja auch nicht, sondern nur eine degressive, und daran längere Erörterungen über den Unterschied zwischen progressiv und degressiv knüpfte. Ach — meinte der Fürst — das sei tout la même chose, ob man von oben oder von unten anfange wegzunehmen; wenn man diese sozialistische Richtung verfolge, dann möge man doch gleich die Konsequenz ausüben und etwa bestimmen, daß alles, was ein Bürger, er wolle einmal sagen über 40000 Mark verdiene, als Abgabe vom Staat weggenommen würde. Mit 40000 Mark bleibe man ja immer noch ein wohlhabender Mann und könne noch eine Stellung in der Welt ausfüllen, aber die Vermögensbildung, die Grundlage des staatlichen Wohlstandes, höre auf.

„Was soll dieser soziale Neid! Hätten wir nur in Deutschland um zweitausend Thalermillionäre mehr, wir wären ein ganz andres Volk; sehen Sie auf England, was das durch seine reichen Männer in Unternehmungen über die ganze Erde leistet."

Aber er könne nichts mehr durchsetzen, die Jahre drückten ihn und sein Einfluß schwände immer mehr dahin. Und nun ließ er sich über die Geschehnisse der letzten Tage aus, über die von ihm verfolgten sozialpolitischen Ziele, die in der von ihm selbst — „mit diesen meinen Fingern" niedergeschriebenen ersten Kaiserlichen Botschaft ausgesprochen seien, aber auch begrenzt sein müßten. „Haben Sie den Reichsanzeiger gelesen? Nun, so wird er Ihnen morgen Neues bringen; ich bin schuldlos daran, ich kann so weit weder wünschen noch hoffen." Und wohl in Erinnerung an frühere zu mir bei Gelegenheit seiner Übernahme des Handelsministeriums gemachte Äußerungen meinte er, ich müsse ja wohl den neuen Handelsminister von Berlepsch und dessen Wirksamkeit von Düsseldorf her kennen, auch seine Befähigung zur Durchführung der vom Kaiser beabsichtigten weiteren Reformarbeiten, besonders auf dem Gebiet der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und sozialer Wohlfahrtseinrichtungen beurteilen können.

Dann kamen wieder andre Fragen des Tages auf: die durch die Aufhebung des Sozalistengesetzes in den Städten immer mehr um sich greifenden Verführungen der unteren Volksklassen und über die Wanderung der arbeitsfähigen Bevölkerung aus dem Osten nach dem Westen, namentlich in die Städte, die dadurch sich stets fortpflanzende Verschiebung der Erwerbsverhältnisse, dazwischen die Anekdote eines seiner Gutsarbeiter, der auf die Frage, was ihn denn nach Berlin treibe, geantwortet habe, man könne dort so hübsch im Freien sitzen und Bier trinken. Und zweifellos bewegte sich sein Geist immer wieder in Vergleichungen zwischen seinem alten und seinem neuen Herrn; von ersterem erzählte er Erlebnisse, wie er ihm gedient habe, als ein Vasall, das sei er auch den Hohenzollern, und wenn er nicht mehr zu dienen brauche, nun, er habe seine Pflicht gethan und werde sie thun bis zum letzten Atemzuge.

Eine Äußerung, wie sie heute in den Blättern steht, der Kanzler habe gesagt: „Dem Kaiser, so lieb er mich hat, kann ich nicht mehr imponieren," habe ich nicht gehört, ich brach aber, da der Fürst mir sagte, er glaube, der Kaiser wolle gerne mehr Abgeordnete kennen lernen, und ich möge zu dessen Tisch herangehen, vor Beendigung der Gespräche von meinem Platz auf.

Seine Majestät saßen mit dem Freiherrn von Stumm, dem Grafen Udo Stolberg, Freiherrn von Huene, Graf Limburg, Prinz Arenberg und Dr. Miquel an einem ovalrunden Tisch; die letzen beiden Herren rückten für mich zusammen. Das Gespräch war ein freies und allgemeines und bewegte sich über das Gebiet der Arbeiterverhältnisse und der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, namentlich auch über Streiks, deren Behandlung und Vorbeugung, mit Rückblick auf die in Westfalen und an der Saar gemachten Erfahrungen. Die vielfache Heranziehung englischer Vergleichsverhältnisse führte zu einer vom Kaiser angeregten Erörterung über die Befähigung des parlamentarischen Regimes zur Lösung großer sozialer Aufgaben, sodann weitergehend zu Erörterungen über die Lebensansprüche des englischen im Vergleich zum deutschen Arbeiter und zum Vergleich über den frohen und sicheren geschäftlichen Wagemut des englischen Kaufmanns gegenüber dem vorher alles erwägenden und studierenden Thätigkeitssinn des deutschen Kaufmanns.

Die Beispiele, welche der Kaiser zur Beweisführung für seine Anschauungen vorbrachte (so die Schilderung der Anfertigung eines Armstronggeschützes in den englischen königlichen Gießereien, die Bergung der Ladung eines gestrandeten Schiffes an der indischen Küste durch Amerikaner, über die Bewaffnung und Bekleidung der englischen Armee) waren stets so zutreffend, und wurden mit solchem Humor vorgetragen, daß oftmals lautes und frohes Lachen die Runde durchbrach. Immer aber kehrte ein ernster Ton zurück. Den Herren war der Inhalt des im Staatsanzeiger erscheinenden Erlasses des Kaisers an den Reichskanzler, ohne Gegenzeichnung desselben, auf die Anbahnung internationaler Verhandlung behufs Verständigung über der Arbeiter Wünsche und Bedürfnisse bekannt. Dr. Miquel teilte ihn mir mit. Herr von Stumm ließ sich in seiner klaren und eindringlichen Weise über mancherlei Bedenken und Schwierigkeiten aus, die der Kaiser mit gespanntester Aufmerksamkeit anhörte und mit Hinweis auf den Nebentisch als ihm in noch viel weiterem Maße bekannt hinstellte. Zu den Personen, auf deren Sachkunde er rechne, gehöre aber gerade Herr von Stumm, er werde seine Berufung in den Staatsrat vorfinden, und dort sollten Gründe und Gegengründe ihre volle Geltung haben.

Auf eine eingestreute Bemerkung, daß die arbeitenden Klassen ihm doch geringe Anerkennung für sein Thun unter den vorherrschenden Lehren entgegenbringen würden, sprach der Kaiser lebhaft das Wort aus: „Und ob wir nun Dank oder Undank für unsre Bestrebungen ernten, ich werde in denselben nicht erlahmen, und ich rechne auf Ihrer aller Mitarbeit. Ich habe die Überzeugung, daß staatliche Fürsorge allein uns zum Ziele führen kann, die arbeitenden Klassen innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung zu versöhnen. Jedenfalls geben

Digitized by Google

diese Bestrebungen mir für alles, was wir thun, ein ruhiges Gewissen[1])." Nun sprachen noch Dr. Miquel und Graf Douglas in eingehender Weise über die zur Beruhigung der arbeitenden Klassen staatlicherseits zur Verfügung stehenden Mittel, aber der Höhepunkt der Unterhaltung war überschritten, und es war elf Uhr geworden. Schon vor einer Stunde hatte der Flügeladjutant gemeldet, daß die Wagen vorgefahren seien.

Jetzt erhob sich der Kaiser und begrüßte zum Abschied uns und mit besonderer Herzlichkeit den Fürsten und seine Familie. Die Gäste brachen nach und nach auch auf. Als folgenden Tags auf Wunsch der politischen Freunde Professor Enneccerus und ich in der Fraktionssitzung Bericht über die Vorgänge erstatteten, schloß ich meine Ausführungen mit den Worten: „Zwischen unserm Kaiser und dem Reichskanzler liegt eine Generation als unausfüllbare Kluft." —

Zu dem Kaiser-Diner am 4. Februar 1890 wurde der Abgeordnete Freiherr von Stumm, welcher sich bereits auf der Rückreise in die Heimat in Frankfurt a. M. befand, von Bismarck telegraphisch eingeladen[2]). Tags darauf, am 5. Februar, hatte Stumm die letzte Unterredung mit Bismarck vor dessen Rücktritt über die von dem Kaiser geplante internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung. In der Auffassung der sozialen Fragen waren Stumm und Bismarck von sehr verschiedenen Gesichtspunkten ausgegangen. Stumm war es ausschließlich um die soziale zu thun; Bismarck vorzugsweise um die politische. Stumm ging Bismarck anfangs nicht weit genug, da derselbe ein Gegner des Staatszuschusses bei der Unfallversicherung der Arbeiter war. Später betrachtete er Stumm wieder als Bundesgenossen. Allerdings hatte Stumm im Gegensatze zu dem Kanzler schon 1878 für eine gesicherte Sonntagsruhe für die gewerblichen Arbeiter im Reichstage gewirkt und blieb diesem Standpunkte auch im Staatsrate treu, in welchem er sich unumwunden auf den Standpunkt der kaiserlichen Februar-Erlasse stellt. In diesem Sinne ist er auch im Reichstage seit dem Abgange Bismarck's aufgetreten. Mit dem jüngsten sozial-politischen Auftreten Stumm's im Reichstag hat sich Fürst Bismarck ausdrücklich einverstanden erklärt.

In dem litterarischen Nachlaß des verstorbenen Abgeordneten Franz Peter Reichensperger[3]) fand sich unter der Überschrift: „Ein denkwürdiges Diner bei Bismarck" folgende Aufzeichnung desselben.

„Beim Diner des Fürsten Bismarck vom 4. Februar 1890, an welchem der Kaiser teilnahm, hatte ich die Ehre, zur Rechten des Fürsten gegenüber dem Kaiser zu sitzen und die Gräfin Wilhelm von Bismarck zu Tisch zu führen. Wegen der Unterhaltung nach rechts und links, sowie wegen eines dazwischen

---

[1]) Diese Worte zeichnete sich Herr von Eynern gleich zu Hause auf und holte sich durch Excellenz von Lucanus bei Seiner Majestät die Erlaubnis ein, sie öffentlich benützen zu dürfen, was er zunächst am 11. Februar in einer Rede in Remscheid that.

[2]) Wegen der Gespräche desselben mit dem Kaiser vergl. „Fürst Bismarck und die Parlamentarier," Bd. I, S. 256.

[3]) Vergl. Bd. II., S. 38.

Digitized by Google

stehenden Tafelaufsatzes konnte ich Seine Majestät nicht recht beobachten. Der Kaiser trank zwischen den Weinen viel Wasser und unterhielt sich vielfach und lebhaft mit seiner Nachbarin, der Fürstin Bismarck, mehr aber über seinen Nachbar von Benda hinweg mit Miquel.

Ich fragte unter anderm den Fürsten Bismarck nach dem Ursprung eines auf der Tafel stehenden kostbaren silbernen Humpens, der mit Münzen bedeckt war. Er erwiderte, daß derselbe von seinem mütterlichen Urahn Derfflinger herrühre. Es sei wohl nur eine Legende, daß er Schneidergeselle gewesen.

Auf meine Bemerkung, daß der Festsaal, in welchem er dem Friedenskongresse präsidiert, ihm wohl stets eine stolze Erinnerung biete, erwiderte er, daß er den Nutzen doch höher anschlage als die Ehre.

Graf Douglas trat einmal hinter den Stuhl des Fürsten und erzählte so laut, daß auch der Kaiser aufmerkte, von der leichten Stillung eines Aufstandes in Staßfurt. Ich bemerkte dabei, zum Kaiser gewendet, daß der Marschall Maison einmal mit bestem Erfolg in Paris eine Brandspritze mit Jauche gefüllt angewendet, worauf der Kaiser zustimmend lachte. Zum Fürsten fügte ich hinzu, daß die Spottblätter dem Marschall eine Klystierspritze in die Hand und in sein Wappen gegeben.

Nach Tisch bildeten sich zwei Kreise um den Kaiser und um Bismarck mit der langen Pfeife und dem großen Hunde. Ich als Alter hielt es für geraten, mich zu dem alten Herrn zu halten, und saß neben ihm. Bei Besprechung der Steuerfrage sagte er, die minder Wohlhabenden müßten geschont, die Reichen mehr herangezogen werden. Das Hauptunheil drohe von der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. Ich bemerkte darauf, daß die Regierung selbst an dieser Unzufriedenheit schuld sei und sie erzeuge, indem sie das Volksschulwesen überspanne. Wenn man alle Kinder nicht bloß im Lesen, Schreiben und Rechnen und besonders in der Religion unterrichte, sondern ihnen bis zum vollendeten vierzehnten Jahre Halbwissen in Geschichte, Geographie und Naturkunde beibringe, dann hielten sie sich für viel zu „gebildet", um z u f r i e d e n e Stall- und Ackerknechte oder Fabrikarbeiter sein zu können.

„Nun — sagte er — das ist seit langem meine Überzeugung, aber bei keinem Kultusminister erreichte ich etwas; die Geheimräte erst sind wie die Wollsäcke, an denen jeder Stoß abprallt!"

Ich erwiderte, daß gerade ein Staatsminister wie er, der dem Kaiser wie den Ministern so sehr imponiere, diesen Widerstand doch brechen könne, wenn er nur wolle. Er: „Da irren Sie sich, der Kaiser läßt sich von niemandem imponieren, er hört mich bereitwillig und gern. Ja, er liebt mich (und dabei schlug er auf die Brust), aber imponieren läßt er sich nicht."

Als ich ihm leiser bemerkte, daß er bei der letzten kirchenpolitischen Novelle seine imponierende Stellung doch zum Danke von Millionen bewiesen, nickte er beifällig.

Im Kreise des Kaisers war es noch lauter geworden, und schon elf Uhr und sehr warm. „Ja — sagte Bismarck — ich kann doch nicht zuerst aufstehen. Le roi s'amuse."

Digitized by Google

Ich: „Gottlob, nicht wie in jener Komödie, sondern, wie man hört, mit sehr ernsten Dingen, besonders der Arbeiterfrage." Der Kaiser erhob sich bald, nachdem sein Wagen anderthalb Stunden gewartet[1])." —

Eine andre Aufzeichnung des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger, welche sich gleichfalls in dessen litterarischem Nachlasse befand, betitelt sich: „Ein edler Charakterzug des Fürsten Bismarck" und lautet wie folgt:

„Zur Zeit des schärfsten Paßzwanges in Elsaß-Lothringen erhielt ich von Verwandten die Mitteilung, daß meine Schwägerin, Frau Stoffels de Varsberg, auf ihrem Schlosse Varsberg in Deutsch-Lothringen geistig und körperlich krank darniederliege und sich um so mehr nach dem Besuche ihres einzigen Sohnes, eines Rittmeisters in der französischen Armee, sehne, als ernste Verwickelungen mit ihrem Gutspächter beständen. Es wurde daran die dringende Bitte geknüpft, wenn irgend möglich, die Erlaubnis zu jenem Besuche zu erwirken. Ich entschloß mich, auch einen alten Bekannten, den Staatssekretär von Puttkamer, um Unterstützung anzugehen, erhielt aber von demselben die Antwort, daß jene Frage lediglich in der Hand der deutschen Botschaft in Paris beziehungsweise des Fürsten Bismarck liege. Trotz mancherlei politischer und persönlicher Bedenken stellte ich ihm die Sachlage dar, bat um seine gütige Intervention und erhielt die Antwort, daß er auf meine Bürgschaft hin die Botschaft anweisen werde, keine Schwierigkeit zu erheben, daß dieselbe aber den Paß für einen aktiven Offizier nur unter Zustimmung der obersten Militärbehörde ausstellen dürfe. Bezüglich meiner Bürgschaft war ich vorsichtig genug gewesen, zu sagen, daß ich meinen Neffen seit Jahren nicht gesehen, aber von den Verwandten gehört habe, daß er ein durchaus loyaler, jeder politischen Agitation fern stehender Mann sei.

Mit jenem Bescheide erachtete ich meine Aufgabe für erledigt, erhielt aber in derselben Woche ein zweites Schreiben des Fürsten, in welchem er mir mitteilte, daß er selbst sich an die oberste Militärbehörde gewandt, aber die Erwiderung erhalten habe, daß zu viele schlimme Erfahrungen gemacht worden seien, um die erbetene Genehmigung zu erteilen."

Die nächste Zeit brachte die Kaiserlichen Erlasse über die Arbeiterschutzgesetze[2]) und die Beratungen des Staatsrats über dieselben. Bei der Eröffnung des Staatsrats am 11. Februar 1890[3]) flüchtige Begegnung des Fürsten Bismarck mit dem Abgeordneten von Helldorff.

Am 2. März 1890 befand sich von Helldorff zum letztenmal bei Bismarck zu Tisch, zugleich mit dem Fürsten Pleß und dem Abgeordneten von Kardorff und Freiherrn von Stumm. Hauptgegenstand des Gesprächs war die Behandlung der Arbeiterschutzgesetze.

---

[1]) Nach dem Diner waren noch die Herren Abgeordneten von Koscielski und Professor Schweninger im Palais erschienen und hatten an der Gesellschaft teilgenommen.

[2]) Abgedruckt in Kohl's Bismarck-Reden, Bd. XII., S. 665 f.

[3]) Die Rede des Kaisers zur Eröffnung des Staatsrat s. bei Kohl a. a. O., S. 670.

Digitized by Google

Am 12. März 1890 fand die letzte Zusammenkunft zwischen Bismarck und Windthorst statt. Dr. Hans Blum schreibt darüber in seinem Werk „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarck's" S. 668: Am 12. März 1890 wurde der Abgeordnete Windthorst vom Reichskanzler in längerer Audienz empfangen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der verschlagene Centrumsführer dem Fürsten Bismarck die Unterstützung der ultramontanen Partei um den Preis bestimmter Gegenleistungen des Reichskanzlers anbot, und zwar auch in den Meinungsverschiedenheiten des letzteren mit seinem kaiserlichen Herrn. Ebenso begründet aber ist die Annahme, daß Windthorst die von ihm erwünschte Antwort seitens des Fürsten Bismarck nicht erhalten hat. Denn sofort gelangten über dieses Gespräch von ultramontaner und bismarckfeindlicher Seite Dinge in die Öffentlichkeit, welche nicht bekannt gemacht worden wären, wenn die von Windthorst geplante Verständigung geglückt wäre. Diese Mitteilungen waren übrigens zum großen Teil unwahr und die wahren und unwahren Einzelheiten nur darauf berechnet, den Kaiser zum völligen Bruch mit dem Kanzler anzutreiben[1]). So wurde wahrheitswidrig berichtet, Fürst Bismarck habe den Centrumsführer zu einer vertraulichen Besprechung förmlich eingeladen, während umgekehrt Windthorst durch Herrn von Bleichröder beim Reichskanzler um Gewähr der Audienz nachgesucht hatte[2]). Ferner sollte in dieser Unterredung die Frage des Welfenfonds erörtert worden sein, was nicht der Fall war. Sicherlich ist aber auch von den Geschäftsleuten, welche an dem Sturze des Fürsten Bismarck arbeiteten (und zu diesen gehörte, nach dem Mißlingen der Verhandlung vom 12. März 1890, auch Windthorst in erster Linie selbst), nicht versäumt worden, den wirklichen Inhalt jener Unterredung sofort zur Kenntnis des Kaisers zu bringen, nur mit einiger von der Wahrheit ab-

[1]) Nach einer Mitteilung der „Kölnischen Zeitung" sollen die „Kaufbedingungen", zu welchen der „Chef des kirchenpolitischen Handlungshauses, welches sich Centrum nennt," die Zustimmung des Centrums zu etwaigen Regierungsmaßregeln des Fürsten zu „verschachern" beabsichtigte, sich „für das Reich auf die Aufhebung oder Einschränkung des Jesuitengesetzes und für Preußen auf die Unterwerfung der Schule unter die Kirche erstreckt haben."

[2]) In der Nr. 362 vom 20. Dezember 1891, M.-A., bemerkten die „Hamburger Nachrichten": Durch die Presse läuft folgende Notiz über den letzten Besuch Windthorst's beim Fürsten Bismarck: „Windthorst hat nach der „Germania" nicht lange vor seinem Tode über seine Zusammenkunft mit Bismarck geäußert: „Ich hatte das merkwürdige Schicksal, an sein politisches Sterbebett gerufen zu werden." Wenn sich der verstorbene Abgeordnete Windthorst wirklich so geäußert hätte, so wäre das eine thatsächliche Unwahrheit gewesen. Die „Germania" könnte sich am sichersten davon überzeugen, wenn sie bei Herrn von Bleichröder Erkundigungen einzöge. Die Unwahrheit der Angabe in der „Germania" wird auch durch einen Artikel des „Westfälischen Merkur" beleuchtet, nach welchem der Centrumsabgeordnete Dr. Porsch in Breslau geäußert haben soll: „Ich kann z. B. sagen, ich bin mit Windthorst zusammen gewesen, ehe er damals zu Bleichröder ging, und ich bin der erste und einer der wenigen gewesen, mit dem er sofort darüber vertraulich sprach, was ihm Bleichröder gesagt hätte. Das war an einem Sonntag, und am folgenden Montag hatte er die Unterredung mit dem Fürsten Bismarck." Hier wird ein unwillkürliches Zeugnis dafür abgelegt, daß Windthorst die Initiative zu seinem Besuche beim Fürsten Bismarck ergriffen hat. Das Ergebnis der Windthorst'schen Besprechung mit Herrn von Bleichröder war die Mitteilung des letzteren an den damaligen Reichskanzler, daß Windthorst ihn zu sprechen wünsche.

Digitized by Google

weichenden Färbung, in dem Sinne, als habe der Kanzler sich einer Bundesgenossenschaft mit dem Centrum gegen den Kaiser nicht abgeneigt gezeigt. So allein läßt sich das weitere erklären.

Im August 1891 lief durch die Presse eine Notiz, wonach Dr. Windthorst in Ems einem Mitarbeiter der „Essener Volkszeitung“ nachfolgendes sagte: „Zwei Thatsachen vergesse ich nie in meinem Leben: als ich dem König Georg von Hannover mitteilen mußte, daß es aus sei mit seiner Herrschaft, da stand ich an dem moralischen Sterbebett eines entthronten Königs; und dann, als mir Bismarck mit Thränen in den Augen sagte: Man will mich nicht mehr, ich muß gehen; da stand ich an dem moralischen Sterbelager einer gefallenen Größe.“ — Über die Unterredung selbst habe ich nichts erfahren; wohl aber sagte mir Dr. Windthorst noch, er habe damals dem Fürsten Bismarck, als dieser ihm seinen Sturz mitgeteilt, geantwortet: „Dann will ich Ihnen sagen, daß Caprivi Ihr Nachfolger wird.“ Das erläuterte mir Herr Dr. Windthorst also: Vor fünf Jahren habe ich in einer Gesellschaft, in welcher über die Frage diskutiert wurde, wer eventuell der Nachfolger Bismarck's würde, erklärt, Caprivi wird sein Nachfolger. Nach einiger Zeit sagte mir ein Herr, der an dem Gespräche sich beteiligt hatte und dem Kaiser Friedrich nahe stand, er hätte dem Kaiser Friedrich über unsre Unterhaltung berichtet, worauf Kaiser Friedrich geantwortet habe, daß Caprivi ein tüchtiger Soldat sei, wäre bekannt, ob er aber auch ein guter Diplomat sei, darüber wolle man ihn aufs Korn nehmen. Insofern bin ich vielleicht die Ursache, daß Caprivi der Nachfolger Bismarck's geworden. Ich sage das post hoc, nicht gerade propter hoc.

Hierzu bemerkten die „Hamburger Nachrichten“ (Nr. 190 vom 12. August 1891): Zur Zeit dieser Unterredung stand der Rücktritt des Kanzlers noch nicht fest und würde außerdem niemals ein Thema zur thränenreichen Erörterung zwischen diesen beiden Herren abgegeben haben. Für die Eventualität eines Wechsels in der Kanzlerstellung war schon einige Monate vor der Windthorst'schen Besprechung der General von Caprivi dem Kaiser von dem Fürsten Bismarck selbst empfohlen worden; unter Kaiser Friedrich ist davon überhaupt nicht die Rede gewesen, sondern nur von der Verwendung des jetzigen Reichskanzlers an der Spitze des Kriegsministeriums oder des Generalstabes. Diese von Kaiser Friedrich selbst ausgegangene Anregung scheiterte damals an dem Widerspruche des Grafen Moltke, aber der verstorbene Windthorst ist im Irrtume gewesen, wenn er in seiner Anregung die Ursache zu finden geglaubt hat, daß Caprivi der Nachfolger Bismarck's geworden ist. Dieselbe kam, wenn sie überhaupt an die höchste Adresse gelangt ist, was wir nicht glauben, jedenfalls post festum[1]).

Am 25. November 1891 äußerten sich die „Hamburger Nachrichten“[2]) noch

[1]) Zu vergl. darüber, daß Caprivi nichtsdestoweniger der Kandidat des Centrums gewesen sei, die „Hamburger Nachrichten“, Nr. 161 vom 8. Juli 1892.

[2]) Vergl. zu diesem Artikel die Raisonnements der „Kölnischen Zeitung“ Nr. 951 vom 26. November 1891 und der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 544 vom 27. November 1891.

Digitized by Google

eingehender über die denkwürdige Unterredung, zu der Windthorst einmal zu früh aufgestanden war, folgendermaßen:

Die Initiative zu der damaligen Unterredung ging von Herrn von Bleichröder aus; durch ihn als Mittelsperson ließ Herr Windthorst beim Fürsten Bismarck vertraulich anfragen, ob er bereit sein werde, ihn zu empfangen. Der erste Eindruck des Reichskanzlers war der der Verwunderung, nicht darüber, daß Windthorst ihn zu sprechen wünsche, sondern darüber, daß derselbe vorher eine Anfrage darüber zu bedürfen glaubte, ob er empfangen werden würde oder nicht. Es war durch eine langjährige Praxis bekannt, daß Bismarck es für seine dienstliche Pflicht hielt, jeden Reichstagsabgeordneten, der sich unter Berufung auf diese seine Eigenschaft bei ihm melden ließ, zu jeder Zeit zu empfangen, um so mehr eine im Reichstag so hervorragende Persönlichkeit wie die des Führers des Centrums. Fürst Bismarck beantwortete die gestellte Anfrage, daß seine Bereitwilligkeit selbstverständlich sei, und empfing den Abgeordneten Windthorst, sobald derselbe sich bei ihm melden ließ. In dem darauf stattgehabten Gespräche, dessen Dauer etwa 1 bis 1 1/2 Stunde betragen konnte, hatte Fürst Bismarck natürlich das geschäftliche Bedürfnis, zu erfahren, welche Haltung das Centrum in dem damals neu gewählten Reichstage annehmen werde und welches die Ansprüche seien, die dasselbe stellen werde. Von dem Versuche, irgend eine Kooperation einzuleiten, war zwischen beiden Herren keine Rede. Fürst Bismarck verhielt sich lediglich sondierend und der Abgeordnete Windthorst motivierend, d. h. die Bedürfnisse des Centrums nach Maßgabe der Stimmung der Wähler darlegend. Herr Windthorst hat auch nicht versucht, nach Zerschmetterung der Kartellstützen, wie die „Kölnische Zeitung" sich ausdrückt, eine Anknüpfung der Regierung mit der Centrumspartei herbeizuführen, er hat lediglich auf Sondierung des Fürsten Bismarck präcisiert, was das Centrum haben müsse, um zufrieden zu sein. Der Abgeordnete Windthorst hat sich hierüber klar und präcise dahin ausgesprochen, daß das Centrum die Herstellung des status quo ante 1870 in allen und jeden Beziehungen (!) anstrebe. Mit dieser Erklärung war für den Fürsten Bismarck das Bedürfnis der Sondierung erschöpft. Im übrigen bezog sich die Unterhaltung der beiden Herren auf die Frage des bevorstehenden Kabinettwechsels, wobei der Abgeordnete Windthorst dem Fürsten Bismarck zum Verbleiben in seiner Stellung lebhaft zuredete, für den Fall aber, daß der Wechsel dennoch stattfände, dringend empfahl, die Nachfolge einem Militär, also einem General zu übertragen, indem er dabei die Bedenken geltend machte, die gegen eine civilistische Leitung in der unruhigen Lage der Parteiverhältnisse sprächen. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt einging, empfahl der Abgeordnete Windthorst bei einer Besprechung der Personenfrage in erster Linie den General von Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstag auch als Redner das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei. Beide Herren verkehrten und trennten sich in den wohlwollenden Formen, die ihre beiderseitige gesellschaftliche Stellung naturgemäß mit sich brachte. Der damalige Reichskanzler war durch diese Unterredung zu der Überzeugung gelangt

welche er in den wenigen Tagen, die er noch im Amte blieb, auch nicht verhehlt hat, daß eine geschäftliche Annäherung der Regierung an das Centrum wegen der zu weit gehenden Forderungen desselben in der damaligen Lage nicht thunlich sei. Wir glauben aber nicht, daß die höfliche Natur der Unterredung den Fürsten Bismarck dazu geführt haben wird, diese Überzeugung Herrn Windthorst gegenüber expressis verbis auszusprechen. Überraschend war demnächst für den Reichskanzler nur die Schnelligkeit, mit welcher der Vorgang der Unterredung mit Herrn Windthorst und die Thatsache, daß zur Herbeiführung derselben die Vermittlung des Herrn von Bleichröder benutzt worden sei, zur Kenntnis weiterer Kreise und namentlich der höheren Regionen gelangte, und zwar ohne den Zusatz, daß die Vermittlung nicht vom Fürsten Bismarck, sondern von Herrn Windthorst nachgesucht worden war[1]).

In der Nr. 178 vom 28. Juli 1892 bestritten die „Hamburger Nachrichten", daß Bismarck bei seiner letzten Unterredung mit Windthorst, im März 1890, den Verzicht auf die Sperrgelder zugesagt habe. „Wir wiederholen, daß weder diese Frage noch überhaupt irgendwelche gegenseitige Konzession mit einer Silbe zwischen beiden Herren damals zur Sprache gekommen ist."

Zum letztenmal beschäftigten sich die „Hamburger Nachrichten" mit dem Vorgang in der Nr. 193 vom 15. August 1892, woselbst es heißt: Die „Tremonia" veröffentlicht zum Beweise, daß Windthorst nicht am Sturze des Fürsten Bismarck gearbeitet habe und daß Graf Caprivi nicht der Kandidat des Centrums sei, den Wortlaut eines Gespräches, das im Sommer 1890 „ein Pfarrer" mit Windthorst in Ems gehabt haben soll. Die Mitteilungen der

---

[1]) Die „Hamburger Nachrichten" hatten viel zu thun, um der Legendenbildung in der Angelegenheit Bismarck-Windthorst entgegenzutreten. In den ersten Tagen des Dezembers 1891 schrieb der „Pester Lloyd": Am 1. Februar vormittags hatte bereits jene Audienz des Herrn von Caprivi bei dem Kaiser stattgefunden, von welcher angenommen wird, daß sie für die Nachfolgerfrage entscheidend gewesen sei, nachdem schon einige Zeit vorher der Kaiser in Hannover gewesen war und mit Herrn von Caprivi konferiert hatte. Ob Herr Windthorst in Kenntnis dieser Umstände Herrn von Caprivi empfahl, wer kann es wissen? Offenbar aber bekundet seine Empfehlung, daß er die Lage der Dinge richtig tarierte, während der Fürst, selbst als sein Rücktritt schon feststand, über die Nachfolgerfrage noch im Unklaren war, und, als er die Ernennung Caprivi's erfuhr, ausgerufen haben soll: „Gott sei Dank, also doch nicht der andre!" — Wir würden, bemerkten die „Hamburger Nachrichten", in rein historischem Interesse sehr dankbar sein, wenn der Korrespondent des ungarischen Blattes den „andern" namentlich benannt hätte. Wir haben keine Ahnung, welcher „andre" gemeint sein kann. Der „Pester Lloyd" ventiliert auch die Frage einer Kooperation, die zwischen Windthorst und dem Reichskanzler damals geplant worden sei. Andre Blätter haben dies dahin weiter ausgebeutet, daß an eine antikaiserliche Kooperation auf einer der beiden Seiten gedacht worden sei. Die Haltlosigkeit dieser Vermutung bedarf keines Beweises. Ein kaiserlicher Kanzler kann an keiner antikaiserlichen Operation teilnehmen: kein Oppositionsführer wird das für möglich halten und solche Zumutungen stellen. Wenn überhaupt um jene Zeit eine Kooperation mit dem Centrum in Betracht kam, so konnte dieselbe ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein und nicht gegen den Kaiser. Aber der Preis für eine Kooperation gegen die Sozialdemokratie, welchen der Centrumsführer mit der Herstellung des status quo ante 1870 forderte, ist dem damaligen Reichskanzler zu hoch erschienen.

Digitized by Google

„Tremonia" erhalten den Stempel der Ungenauigkeit schon durch die Behauptung, Fürst Bismarck habe bei seiner Begegnung mit Windthorst im März 1890 diesem „selbst seine Entlassung mitgeteilt". Der Fürst hatte damals noch durchaus keinen Grund zu dem Glauben, daß ihm der Rücktritt geboten werden würde, und er selbst war der Überzeugung, daß dies in betreff der reichskanzlerischen Stellung überhaupt nicht stattfinden werde und daß bezüglich des Ministerpräsidiums die Entscheidung bis nach den ersten Verhandlungen mit dem neuen Reichstage vertagt sei. Geradezu lächerlich ist in dieser Erzählung der Windthorst in den Mund gelegte Satz: „als mir Bismarck mit Thränen in den Augen sagte, man will mich nicht mehr". Fürst Bismarck am Halse des Herrn Windthorst sich ausweinend über seinen politischen Kummer — das ist ein Bild, welches man nach allem, welches über die gegenseitigen Beziehungen der beiden Herren bekannt ist, nur als eine urteilslose Erfindung bezeichnen kann, und das einigermaßen an die Schlußverse aus Schiller's Bürgschaft erinnert, in denen der Tyrann und Möros sich gerührt umarmen; als dritter würde dann Geffcken im Hintergrunde zu denken sein [1]).

---

[1]) Vergl. auch die Schrift: „Wie Bismarck entlassen wurde." Nach authentischen Quellen, Berlin, Hugo Steinitz, S. 59—93. In Horst Kohl's „Bismarck-Regesten" wird folgendes mitgeteilt: „Am 14. März ließ Windthorst durch Herrn von Bleichröder vertraulich anfragen, ob Fürst Bismarck bereit sei, ihn zu einer Unterredung zu empfangen. Fürst Bismarck verhehlte dem Vermittler seine Verwunderung darüber nicht, daß ein Mann wie der Abgeordnete Windthorst, der Führer des Centrums, überhaupt erst einer derartigen Anfrage zu bedürfen glaube, da ja durch langjährige Praxis bekannt sei, daß Fürst Bismarck es für seine dienstliche Pflicht halte, jeden Reichstagsabgeordneten, gleichviel welcher Partei, zu empfangen, der sich unter Berufung auf diese seine Eigenschaft bei ihm melden lasse. Er empfing demgemäß alsbald den Abgeordneten Windthorst und hatte eine etwa anderthalbstündige Unterredung mit ihm. Fürst Bismarck hatte das geschäftliche Bedürfnis, zu erfahren, welche Haltung das Centrum in dem neu gewählten Reichstage einnehmen und welche Ansprüche es stellen werde. Von dem Versuche, irgend eine Kooperation einzuleiten, war zwischen Bismarck und Windthorst nicht die Rede; jener verhielt sich lediglich sondierend und dieser entwickelte die Bedürfnisse des Centrums nach Maßgabe der unter den katholischen Wählern herrschenden Stimmung. Die Forderung, die er stellte — Herstellung des vollen status quo ante 1870 — war für Fürst Bismarck unannehmbar, eine geschäftliche Annäherung der Regierung an das Centrum wegen der zu weit gehenden Forderungen desselben mithin ausgeschlossen. Im Verlaufe der Unterredung wurde auch die Frage eines Kabinettswechsels erörtert. Der Abgeordnete Windthorst bat dringend den Fürsten Bismarck, in seiner Stellung zu verbleiben, und empfahl nur für den Fall, daß der Entschluß des Reichskanzlers, sein Amt niederzulegen, unabänderlich sei, die Nachfolge einem General zu übertragen, weil er bei der unruhigen Lage der Parteiverhältnisse eine civilistische Leitung für bedenklich hielt. Als Fürst Bismarck auf diesen Gesichtspunkt einging, empfahl der Abgeordnete Windthorst bei einer Besprechung der Personenfrage in erster Linie den General von Caprivi, der sich durch parteilose und sachliche Haltung während seiner Vertretung der Marine im Reichstage auch als Redner das Ansehen erworben habe, mit dem seine Persönlichkeit umgeben sei. Die Thatsache der Unterredung des Fürsten Bismarck mit Windthorst und der Vermittlerrolle, die Herr von Bleichröder dabei gespielt hatte, wurde dem Kaiser mitgeteilt und gab ihm Anlaß, dem Kanzler bei einer Unterredung, die am Morgen des 15. März in der Amtswohnung des Grafen Herbert Bismarck stattfand, sein Befremden darüber auszudrücken. Fürst Bismarck weigerte sich, seinen Verkehr mit Abgeordneten einer Kontrolle unterwerfen zu lassen, und nahm die Überzeugung mit, daß ein Bruch eingetreten sei."

Digitized by Google

Windthorst starb gerade zur rechten Zeit; ein Weilchen noch, und es wäre mit ihm bergab gegangen; sein Einfluß in der Partei war schon bedenklich ins Wanken gekommen.

Nach Tisch begleitete ein Windthorst nahestehender Centrums-Abgeordneter denselben regelmäßig in seine einfache Wohnung in der Alten Jacobstraße. Der Vertrauensmann öffnete dann die Briefe, und merkte in den Zeitungen an, was der Sekretär Windthorst am folgenden Tage vorlesen sollte. Gewöhnlich schlief Windthorst dann ein bis zwei Stunden. Einmal hatte er eine Halluzination. Plötzlich schrie er aus dem Schlafe laut auf: „Bismarck rückt an". Als er zu sich gekommen, sagte er zu seinem politischen Freunde und Vertrauten, er sehe sehr schwarz in die Zukunft. Windthorst hat keine Tagesaufzeichnungen hinterlassen; er war seit Jahren fast blind; dem Sekretär konnte er nicht alles in die Feder diktieren; dazu war er auch zu mißtrauisch; in England würden sich bei einem Mann von seiner Bedeutung so und so viele junge Leute von Familie gefunden haben, die sich glücklich geschätzt hätten, ihm ihre Dienste anzubieten. Er war und blieb auf sich selbst angewiesen. Von seiner großen Korrespondenz vernichtete er so viel als möglich.

Ich will hier zum Schlusse noch eine Äußerung anhängen, die Bismarck über Windthorst gemacht haben soll. „Es giebt nicht zwei Seelen in der Centrumspartei, sondern sieben Geistesrichtungen, die in allen Farben des politischen Regenbogens schillern, von der äußersten Rechten bis zu der radikalsten Linken. Ich für mein Teil bewundere die Kunstfertigkeit, mit welcher der Kutscher des Centrums (Windthorst) alle diese auseinanderstrebenden Geister so elegant zu lenken versteht."

Hermann Wagener weiß zu berichten, daß Fürst Bismarck sich vielfach recht verdrießlich und auch wohl scharf über die Person und politische Thätigkeit des Dr. Windthorst ausgesprochen habe; doch habe derselbe dabei stets die Bedeutung und die Leistung seines Gegners voll gewürdigt, ja denselben in neuerer Zeit nicht selten in geradezu demonstrativer Weise ausgezeichnet. „Aus dem Munde des Dr. Windthorst selbst wissen wir, daß er sogar zu der Zeit, als die Wogen des Kulturkampfes am höchsten gingen, doch stets unbeirrt an der Überzeugung festgehalten hat, daß der Fürst Bismarck der einzige Mann sei, welcher diesen Kulturkampf im höheren Stiele zu beendigen vermöge. Desgleichen wissen wir von andrer Seite, daß der Allianzvertrag Deutschlands mit Österreich die Meinung des Dr. Windthorst über die politischen und kirchlichen Tendenzen des deutschen Reichskanzlers nicht unwesentlich modifiziert hat, in ähnlicher Weise wie dies ja auch bei der süddeutschen Aristokratie des Fall gewesen ist. Was den Fürsten Bismarck von seiten des Dr. Windthorst am meisten verletzt hat, waren dessen Äußerungen gelegentlich des Kullmann'schen Attentats, in welchen der Reichskanzler eine Nichtachtung seiner Person und seines Lebens erblicken zu müssen glaubte. Wir halten es deshalb auch nicht ganz von ungefähr, daß der Dr. Windthorst gelegentlich des letzten Frühschoppens im Reichskanzler-Amte dem

Digitized by Google

Dr. Schweninger mit besonderer Wärme seinen Dank für die Wiederherstellung des Reichskanzlers ausgesprochen, ja, wie hiesige Zeitungen versichern, dem Minister von Goßler dessen Ernennung zum Professor ans Herz gelegt hat."

Vom Centrum gewann in der Zeit vor Bismarck's Rücktritt auch der Abgeordnete Graf Preysing[1]) Fühlung mit dem Hause Wilhelmstraße 76. Preysing hat nie um eine Audienz bei Bismarck nachgesucht; aber er hatte Beziehung zu dem Grafen Herbert Bismarck durch seinen Jugendfreund, den Unterstaatssekretär Grafen Berchem im Auswärtigen Amte. Mit dem Sohne des Kanzlers wurde dann allerdings die eine oder die andre politische Frage besprochen.

Zum Schlusse mögen noch ein paar allgemeine Bemerkungen über den Aufenthalt Bismarck's im alten Reichstagsgebäude angereiht werden.

Der Fürst hielt sich, wenn er den Reichstag besuchte, abgesehen von dem Sitzungssaale in der Regel in seinem Konferenzzimmer, mitunter im Zimmer des Reichstags-Präsidenten oder in den Sälen des Bundesrats bei Beratungen desselben auf. Das Foyer betrat er nur das eine Mal, da er sich dort photographieren ließ[2]), der Sitz, den er am Bundesratstisch einnahm, war der Ecksitz; mitunter stieg er die rechte Treppe hinab, die zu den Abgeordneten führte. Er nahm dann zuweilen bei ihm befreundeten oder nahe stehenden Abgeordneten Platz. Wenn Fürst Bismarck in den Reichstag kam, so war oft vorher bereits ein Kanzleidiener desselben gekommen, der die Ankunft des Kanzlers signalisierte. Ohne eine solche vorgängige Mitteilung hätte der Fürst den Thorweg des Reichstags für seine Equipage verschlossen gefunden. War sein Besuch angekündigt, so wurden alle Vorkehrungen getroffen, welche die Sicherheit seiner Person verbürgten. Der Polizeidirektor Krüger erwartete Bismarck oft selbst vor dem Reichstagsgebäude und begleitete alsdann den Wagen des Kanzlers, hinter dem sich alsbald die Einfahrtsthore schlossen. Auf der andern Seite waren alle in den Hof führenden verschiedenen Thüren geschlossen worden, um zu verhüten, daß der Fürst beim Verlassen des Wagens behelligt werde.

In der letzten Zeit seiner Amtsführung kam der Fürst mehrfach ohne Begleitung zu Fuß in den Reichstag und ging ebenso auch wieder fort.

Die großen Ovationen, die dem Fürsten vor dem Reichstagsgebäude gebracht wurden, wo ein gebildetes Publikum, Damen und Herren der besseren Stände, den Wagen umringten, sind einzig und unvergeßlich. Elegante Damen wollten oft wertvolle Blumenspenden dem Fürsten in das Arbeitszimmer im Reichstag bringen, welche der Direktor in der Regel in das Haus des Fürsten wies.

---

[1]) Graf von Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad; königlicher Kämmerer, erbl. Reichsrat der Krone Bayern, Kapitular-Komthur des bayer. St. Georgs-Ritter-Ordens, in München. Wahlkreis: 2. Niederbayern (Straubing). — Centrum. — Geboren am 16. März 1843 auf Schloß Zeil (Württemberg); katholisch. Mitglied des Reichstags seit 1871—1893.

[2]) Vergl. oben S. 206.

Digitized by Google

An den Kommissionssitzungen hat sich Fürst Bismarck am 23. Juni und 27. Juni 1884, und zwar hervorragend beteiligt bei Beratung des ersten Gesetzentwurfs, betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

Seine Reichstagsreden hielt Bismarck wohl frei, aber nicht unvorbereitet. Er studierte dieselben sorgfältig aus, bis auf einzelne Redewendungen. Als zu Anfang Februar 1878 die orientalische Frage auf der Tagesordnung war, befand sich Bismarck in Varzin. Er wünschte, sich über die Frage zu äußern, und ließ deshalb bei Bennigsen anfragen, ob er eine entsprechende Interpellation einbringen wolle. Als die Frage bejaht wurde, überdachte sich Bismarck seine Rede in Varzin; beim Ausritt fragte er seinen Begleiter: „Wie wäre es, wenn ich sagte: Deutschland hat kein Interesse an den Dingen am Balkan; es kann Gewehr bei Fuß dastehen? Oder es kann dasitzen wie ein Zuschauer im Cirkus? Notieren Sie sich einmal das." Am andern Tage brachte Bismarck neue Wendungen, und fragte: „Wie habe ich doch gestern gesagt?" Schließlich verfiel er auf den treffenden Ausdruck „Ehrlicher Makler".

In den Reichstag nahm er bei dieser denkwürdigen Sitzung nur ein kleines Stück Papier mit, worauf einige Stichworte standen. Bei der Größe seiner Schriftzüge war nicht für viele Raum.

Bei Beratung des Zolltarifs saß neben dem Kanzler ein höherer Beamter, der ihm während einer Rede ein Zettelchen hinschob, worauf stand: „Die Schiffe, die die Themse nach London hinauffahren, haben sich einer viermaligen Zollkontrolle zu unterziehen." Bismarck bemerkte dann auch richtig im Laufe der Rede: „Es ist doch allbekannt, daß die Schiffe u. s. w." Nach Schluß der Rede fragte er den nebenan sitzenden Geheimrat: „Woher haben Sie die Notiz, ist sie richtig?"

Ein andrer Parlamentarier, der zu den Intimen des Hauses Bismarck gehörte, erzählte mir noch folgendes: Als ich abends einmal das Glück hatte, den Kanzler zu sehen, fing er an, in langen Ausführungen, als wenn es sich um eine wohleinstudierte Rede handelte, in der er mich für eine Auffassung gewinnen wollte, über eine Frage zu sprechen. Am andern Tage hörte ich ihn dieselbe Rede im Parlamente vortragen, mit denselben Worten und allen Redewendungen von gestern. Ich verzog keine Miene, merkte aber wohl, daß es sich Tags vorher nur um eine Generalprobe seiner Rede gehandelt habe, die er schon vollständig durchdacht und memoriert im Kopfe umhertrug.

Im Jahre 1887 hatte Fürst Bismarck eine Unterredung mit dem Bureau-Direktor bei dem Reichstage, Geheimrat Knack, den er in sein Konferenzzimmer bitten ließ. Der Fürst beschwerte sich, daß seine Reden im Reichstag durch sozialistisch angehauchte Stenographen ungenau wiedergegeben würden. Geheimrat Knack bemerkte dem Fürsten, er sei falsch berichtet, wenn er glaube, daß sich unter den Stenographen des Reichstags Leute mit sozialistischer Gesinnung befänden; dieselben seien sämtlich akademisch gebildete Leute und es würden nur solche gewählt, welche sich durch eine lange Reihe von Jahren in einem Landtage ausgezeichnet hätten. Die nicht treue Wiedergabe der Reden des Fürsten beruhe vielmehr in der Schwierigkeit ihrer wörtlichen Reproduktion; oft zeige ja

Digitized by Google

das langsame Tempo der Rede, daß der Fürst sich jedes Wort überlege und nach dem treffenden Ausdruck zuweilen förmlich ringe, dafür gäbe es aber häufigere Momente, wo ihm die Rede nur so aus dem Munde fließe, wo ein Wort das andre dränge, einem Gebirgsstrom gleich, wo die Fluten sich überstürzen.

Es gelang dem Geheimrat Knack ohne Mühe, den Fürsten Bismarck davon zu überzeugen, daß ihm eine falsche Meinung über die Reichstags-Stenographen beigebracht worden sei; um aber für die Zukunft keinen Anlaß zu weiteren Beschwerden zu geben, versprach Knack, so oft der Fürst spreche, einen besonders gewandten dritten Stenographen (Dr. Engel) hinzuzuziehen. Dies geschah auch sofort im Reichstage und später auch im Abgeordnetenhause, und seitdem sind Klagen des Fürsten Bismarck in dieser Richtung nicht mehr vorgekommen.

Unter den Besprechungen, welche Fürst Bismarck mit dem Bureau-Direktor Geheimrat Knack hatte, ist noch diejenige zu erwähnen, welche die Verwendung des Reichstagsgebäudes für die Zwecke des Abgeordnetenhauses betraf. Die Unterredung fand im Sommer 1889 im Garten des Herrenhauses an der südlichen Front des Reichstagsgebäudes statt und hatte folgenden Verlauf:

Der Fürst bemühte sich aus Veranlassung eines beabsichtigten Neubaues des Dienstgebäudes des preußischen Abgeordnetenhauses, der zum Teil in dem schönen Garten des Herrenhauses errichtet werden sollte, in dem letzteren einige Messungen vorzunehmen. Er erklärte gegen den Direktor, der bei den Messungen bestrebt war dem Fürsten zu helfen, daß nach seiner Meinung ein Neubau des Abgeordnetenhauses vermieden werden könnte, wenn das Reichstagsgebäude später dazu angemessen verändert würde. Er befragte den Direktor über verschiedene lokale Angelegenheiten, die ihm mit Hilfe schnell herbeigeholter Akten beantwortet wurden, und äußerte mit Befriedigung, daß das Gebäude nach und nach wirklich praktisch geworden und daß die früheren Übelstände des Zuges beseitigt wären. Der Direktor bestätigte, daß die Mitglieder des Reichstags sich in dem Gebäude seiner Bequemlichkeit wegen auch recht wohl fühlten. Nachdem noch ein Abschreiten der Front in der Leipzigerstraße angeordnet worden und Se. Durchlaucht auf Grund dieser Ergebnisse seine von ihm notierten Berechnungen kontrolliert hatte, verließ er das Gebäude.

Digitized by Google

Nachtrag zum II. Bande (1847—1879).

Seit dem Erscheinen des zweiten Bandes sind mir aus der Zeit, die derselbe behandelt, noch zahlreiche Mitteilungen über Bismarck's Verhältnis zu einzelnen Parlamentariern zugegangen.

Da sobald keine Aussicht besteht, diese Notizen in einer vermehrten Ausgabe des zweiten Bandes verwerten zu können, so mögen dieselben hier als am Schlusse des Werkes Aufnahme finden.

1. Hans Hugo von Kleist-Retzow.

In der „Gartenlaube" erschien einmal ein Artikel, betitelt: Silhouetten aus dem Herrenhause, worin es heißt:

„. . . Der Herr dort, welcher eben im Geschwindschritt den Saal betritt und auf seinen Platz eilt, ist jedenfalls viel schlimmer noch als der Graf Arnim. Es ist Herr von Kleist-Retzow[1]), der jetzige Hauptheld des Herrenhauses und Erbe der Stahl'schen Herrschaft daselbst. Als Chef der Ultrafeudalen setzte ihn die Reaktion im Anfang der 1850er Jahre als Oberpräsidenten über die Rheinprovinz, und der Mann hat dafür gesorgt, daß er im Gedächtnis der Rheinländer noch lange weiter leben wird. Durch Präsentation der Familie von Kleist kam er 1858 unter die gesinnungsähnlicheren Pairs, während er bis dahin stets im

---

[1]) von Kleist-Retzow, Hans Hugo, königlich preußischer Wirklicher Geheimerat und Oberpräsident a. D., Besitzer der Rittergüter Kieckow, Klein-Cröffin im Kreise Belgard und Lauzen im Kreise Neu-Stettin. Geboren 25. November 1814 in Kieckow (lutherisch). Besuchte das Gymnasium in Schulpforta und die Universitäten in Berlin und Göttingen. Kammergerichtsassessor, Landrat des Kreises Belgard von 1844—1851. Oberpräsident der Rheinprovinz von 1851—1858, Mitglied des Kreistages zu Belgard und des Kreissynodalvorstandes, des Provinziallandtags, wie des Provinzial-Synodalvorstandes von Pommern, des Herrenhauses und Reichstags, wie des General-Synodalvorstandes. Vorsitzender des sogenannten Junkerparlaments, des Abgeordnetenhauses von 1849 an, des Staatenhauses in Erfurt, im preußischen Herrenhause, Vorstand der Fraktion Stahl.

Digitized by Google

Abgeordnetenhause gesessen hatte. Dieser Mann nun ist der ideale Vertreter des Kreuzrittertums und unstreitig einer der gescheitesten Köpfe desselben, jetzt wohl auch der beste Redner des Herrenhauses. Er hat eine natürliche Beredsamkeit, und was er spricht, ist weniger geistvoll als klar, bestimmt, hastig, polemischer Natur. Dazu besitzt er eines der angenehmsten, klangvollsten und kräftigsten Organe. Sein Naturell muß sehr lebhaft sein. Auf der Straße sieht man ihn mit der Mappe unterm Arm wie einen Schulknaben ins Herrenhaus traben; auf der Rednerbühne äußert sich diese Lebhaftigkeit in dem Charakteristischen der Sprache. Der kleine Mann hat etwas Raubvogelartiges in seiner Erscheinung; mit dem schneeweißen, dickbuschigen Haar und dem schwarzen Schnurrbart unter der gebogenen Nase sieht er aus wie ein bös gewordener Kakadu."

Dieses Bild wird für diejenigen unkenntlich sein, die Kleist-Retzow in seinen letzten Jahren gekannt haben. Damals verrieten seine Züge Energie, Charakterfestigkeit und Geist. In seinen Augen aber lag ein Zug besonderen Wohlwollens und großer Menschenfreundlichkeit.

Die im Jahre 1885 erschienene dritte Abteilung der Geschichte des Geschlechts von Kleist brachte eine überaus wertvolle Biographie[1]) dieses Parlamentariers, die zum größten Teil nach Aufzeichnungen desselben ausgearbeitet ist und jedenfalls vor der Drucklegung demselben vorgelegen hat. Dieselbe giebt zum erstenmal authentischen Aufschluß über das Verhältnis von Kleist-Retzow's zu Bismarck, von dem man bisher nur wußte, daß es ursprünglich ein sehr freundschaftliches, dann acht Jahre lang vom Erlaß des Schulaufsichtsgesetzes bis zum Sozialistengesetz getrübt war, um schließlich einen familiären, des Politischen mehr entkleideten Charakter anzunehmen.

Kleist-Retzow wurde sehr religiös erzogen; vom zehnten Jahre ab bei einem Pastor in Gr. Tychow, vom dreizehnten Jahre ab auf der Landesschule in Pforta. 1840 arbeitete er als Referendar bei dem Oberlandesgericht zu Frankfurt a. O. unter dem Vizepräsidenten von Gerlach, dessen kirchliche Weltanschauung auf ihn überging. Bereits 1844 wurde er zum Landrat des Belgarder Kreises ernannt, um dessen wirtschaftliche Entwickelung er sich große Verdienste erworben hat. Die Sicherheit und Entschlossenheit, mit welcher der Landrat von Kleist-Retzow den revolutionären Tendenzen des Jahres 1848 gegenübertrat, sammelte bald den ganzen Kreis fest geeint um ihn und wirkte auch in den benachbarten Kreisen anziehend. Als der Prinz von Preußen im Jahre 1848 nach England gegangen war, war es der Belgarder Kreis, der zuerst in einer Adresse ihn um seine Rückkehr bat und dadurch das Signal zu zahlreichen ähnlichen Erklärungen gab.

Schon aus dieser Zeit datieren die herzlichen und engen Beziehungen zwischen Kleist-Retzow und Herrn von Bismarck-Schönhausen. Sie lernten sich kennen

[1]) Der vollständige Titel des im Buchhandel nicht erschienenen Werkes lautet: „Geschichte des Geschlechts von Kleist. Dritter Teil. Dritte Abteilung," enthaltend die Biographien der Muttrin-Demen'schen Linie, entworfen von G. Hypke, Pastor in Büche bei Marienfließ, Pommern. Berlin, Trowitzsch und Sohn. 1885.

Digitized by Google

auf der Hochzeit ihres gemeinsamen Freundes von Blanckenburg-Zimmerhausen mit der Tochter des Herrn von Thadden-Trieglaff[1]). Von Blanckenburg hatte beide vorher glauben gemacht, daß der andre schwer höre; deshalb folgte die ganze anwesende Gesellschaft mit größter Spannung ihrer ersten Unterredung. Der alte Herr von Blanckenburg wollte damals schon in dem Landrate von Kleist-Retzow den Oberpräsidenten und in Herrn von Bismarck den auswärtigen Minister erkannt haben. Infolge der dort gemachten und dann auf einer Harzreise weiter gepflegten Bekanntschaft hatte sich Herr von Bismarck mit seiner späteren Gemahlin Johanna von Puttkamer, der Schwestertochter des damaligen Landrats von Kleist-Retzow, verlobt. Auf ihrer Hochzeit zu Reinfeld im Sommer 1847 brachte der letztere Otto von Bismarck-Schönhausen's Gesundheit aus, indem er die Hoffnung aussprach, daß in ihm für Deutschland ein neuer Otto der Sachse entstehen werde. So hoch stellten ihn und spannten ihre Erwartungen von ihm schon damals seine Freunde.

Im Sommer 1848 erwogen Herr von Below-Hohendorf, Herr von Bismarck-Schönhausen, der Landrat von Kleist-Retzow und Herr von Puttkamer-Reinfeld in dem Garten des letzteren, wie das von der damaligen Nationalversammlung dem Vaterlande drohende Verderben möglichst abzuwenden sein möchte! Sie kamen zu dem von Herrn von Below angeregten Entschlusse, jener unfähigen demokratischen Versammlung ein freiwilliges Parlament aus erfahrenen, anerkannten Persönlichkeiten in Berlin gegenüber zu stellen, welches die Beratungen jener in ihrer ganzen Haltlosigkeit darthun und die Blicke des Königs und Landes auf die Elemente lenken sollte, von welchen Hilfe zu erwarten und bei denen sie daher zunächst zu suchen wäre. Der Landrat von Kleist-Retzow wurde beauftragt, diesen Gedanken dem in weiten Kreisen hochgeschätzten und populären Herrn von Bülow-Cummerow zu unterbreiten und ihn zur Ausführung desselben aufzufordern.

Herr von Bülow ging auf den Gedanken ein. Die von ihm berufene Versammlung tagte den 18. und 19. August in Berlin als sogenanntes Junkerparlament unter dem zum Vorsitzenden gewählten Landrat von Kleist-Retzow und ist auf die nicht lange danach eintretende politische Umkehr wohl nicht ohne Einfluß gewesen.

In demselben Sommer fand der Landrat von Kleist-Retzow eines Tages ein Schreiben des Generals von Gerlach vor, welches ihn nach Potsdam berief, indem der Generaladjutant von Rauch mit ihm über seine etwaige Berufung zum Minister zu verhandeln wünsche. Der Landrat von Kleist-Retzow konnte die Freudigkeit zur Übernahme eines Ministeriums nicht gewinnen, riet vielmehr dringend, jemand zu berufen, welcher neben der nötigen Entschiedenheit die volle Kenntnis der bestehenden Verwaltung besitze, die ihm nach seiner bisherigen

---

[1]) Am Abend des Hochzeitstages brannte durch ein jenseits des bei dem Dorfe liegenden Sees veranstaltetes Feuerwerk infolge sich plötzlich ändernder Windrichtung fast das ganze Dorf ab. Herr von Bismarck führte demnächst die Entschädigungsverhandlungen mit den abgebrannten Bauern.

Digitized by Google

Stellung noch abgehe. Von Berlin nach Schönhausen fahrend, erhielt er von Herrn von Bismarck darüber Vorwürfe; worauf es zur Zeit ankomme, sei Entschlossenheit; ein diese voll besitzender Sekondelieutenant mit einem Trommler als Adjutanten sei die geeignetste Vertretung der Regierung der Nationalversammlung gegenüber.

Bismarck und Kleist-Retzow wurden gleichzeitig ins Abgeordnetenhaus gewählt. Beide, nur mäßiges Vermögen besitzend, bewohnten während der Jahre, wo sie im Abgeordnetenhause saßen, 1849—1852, wenn Bismarck nicht seine Familie in Berlin hatte, zusammen eine Arbeitsstube mit einem Schlafzimmer und hielten sich auf Bismarck's Vorschlag, der dabei auf die Girondisten exemplifizierte, in der ersten Zeit gegenseitig vorher zu Hause ihre Reden.

Der Landrat von Kleist-Retzow war bei Bismarck's beiden ersten Kindern Pate. Herbert wurde in Berlin geboren und von Goßner getauft. Weil es diesem schon schwer wurde, die liturgischen Formulare dabei zu verlesen, so übernahm dies der Präsident von Gerlach, der ebenfalls sein Pate war, und infolge dessen wurde scherzhaft behauptet, Herbert sei von Gerlach getauft worden. Über die Herzlichkeit und Innigkeit ihres Zusammenlebens giebt ein von Bismarck verfaßtes und selbst geschriebenes Gedicht, mit welchem eine große, braune Tasse als Geburtstagsgeschenk überreicht wurde, ein lebendiges Zeugnis.

Das Gedicht lautet:

„Nicht ganz so schwarz wie Ebenholz, doch braun wie Mahagoni,
Wünsch' ich Dir, aller Pommern Stolz, ein Leben süß wie Honig.
Wenn Wenzel Dich gelangweilt hat, Schwerin den Zorn erregt in Dir,
Wenn übel Dir vom Doktorrat, dann, Hans, erhole Dich bei mir.
Wenn dann der Kaffee Dir behagt und Du, um streng Dich zu kastein,
Die zweite Tasse Dir versagt, dann, Hans, laß mich die erste sein.
Und schein' ich Dir zu groß und weit für ein so kleines Landrätlein,
So denk: Es ist die höchste Zeit, dir eine Gattin anzufrein.
Ihr trinkt dann aus mir alle beide Kaffee, Schokolade oder Thee,
Zu Tante Adelgundens Freude, in Kieckow, auf dem Kanapee.
Geliebter Onkel Schievelbein, schaff' bald uns eine Tante,
Dann wirst Du alles hoch erfreu'n, was jemals Hans Dich nannte.
In gleichem Belgard und Polzin, Schievelbein und Tempelburg,
Ratzebur und Neustettin, Kallis nebst Dramburg, Falkenburg.
Sie, und die Leute all' nicht minder aus Kieckow, Tychow und Kröffin,
Sowie die beiden Typhuskinder, wollen all' zu Landrats Hochzeit zieh'n.
Aber Hochzeit, hohe Zeit! Hans, schon ist Dein Härchen grau,
Wart' nicht länger, es wird Dir leid, Du kriegst wahrhaftig keine Frau!
Und uns wäre es großer Jammer, wenn die Art aus — sollt' sterben!"

Während der Mitgliedschaft des Abgeordnetenhauses wirkte der Landrat von Kleist-Retzow in engster Verbindung mit dem Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen für Aufrechterhaltung der christlichen Grundlagen des Staates und der Machtfülle des Königs.

Im Jahre 1849 während des Landtags gab der russische Gesandte von Budberg eine matinée dansante am Sonntag Vormittag nach dem Gottesdienste.

Digitized by Google

Der damalige Landrat von Kleist-Retzow schrieb zu Montag Abend einen Leitartikel für die „Kreuzzeitung" unter der Überschrift: „Wir rühmen uns der Reaktion", in welchem der grelle Widerspruch hervorgehoben wurde, wenn rücksichtlich der Sonntagsheiligung gegen Arbeiter und Dienstboten eingeschritten werde, während die höheren Stände in solcher offenen und schweren Weise dagegen fehlten. Der Gesandte war darüber in der heftigsten Erregung. An dem Abend desselben Montag fand ein großes Hoffest im königlichen Schlosse statt. Herrn von Bismarck-Schönhausen fiel die Aufgabe zu, Herrn von Budberg zu beruhigen. Letzterer verlangte aber das schärfste Einschreiten der Regierung gegen die „Kreuzzeitung", die Bestrafung von Wagener, und beklagte sich bei seiner Regierung. Diese mißbilligte sein Verfahren, und damit hatte diese Angelegenheit ihr Ende erreicht.

Im Frühjahr 1850 eröffnete der Minister von Manteuffel dem Landrat von Kleist-Retzow, daß er ihm nach Schluß des Landtags Seine Majestät dem Könige zum Regierungspäsidenten in Köslin vorzuschlagen gedenke.

Während seiner Stellung im Bundestage klagte Herr von Bismarck einmal über die unerträglichen Rücksichtslosigkeiten Österreichs gegen Preußen. Der Oberpräsident von Kleist-Retzow mahnte: Das gute Verhältnis mit ihm trotzdem aufrecht zu erhalten, und erinnerte an Friedrich Wilhelm I., dessen Geduld und Treue wir es zu verdanken hätten, daß demnächst unter Friedrich II. die Vergeltung gekommen sei. Herr von Bismarck erwiderte: Das Maß sei voll und jener Tag der Vergeltung sei eben gekommen.

Als Bismarck aus Paris berufen wurde, um das Ministerium zu übernehmen, war der Oberpräsident von Kleist-Retzow bei seinem Empfange im Garten des Kriegsministers von Roon. Es wurde von dem zu ergreifenden Wege gesprochen. Der Oberpräsident von Kleist-Retzow riet von der Anwendung von Repressivmaßregeln ab und setzte alle Hoffnung auf ein im großen Stil positiv schaffendes Regiment, welches geeignet sei, das Volk mit sich fortzureißen. „Der Kleine zu meiner Linken wird wohl recht haben," war die Bemerkung des Herrn von Bismarck.

Erfreulich war es dem Oberpräsidenten, in zweien der wichtigsten Aktionen des Herrenhauses[1]) voll auf seiten des Ministers von Bismarck stehen und für ihn eintreten zu können. Nach den Äußerungen des Professors Ranke, welche freilich aus einer Periode vor den sozialpolitischen Gesetzentwürfen datieren, ist die glänzendste Periode des gewaltigen, thatenreichen Lebens des ersten Reichskanzlers die in der Geschichte einzig dastehende sogenannte Konfliktszeit. Die Regierung war bei seinem Eintritt ins Ministerium völlig festgefahren, das Regiment war den Händen ihrer Organe entglitten und drohte in die Hände der Mehrheit des demokratischen Abgeordnetenhauses zu geraten. Er ist es ge-

[1]) Seit 1858 gehörte Kleist-Retzow demselben als Vertreter der Familie von Kleist an, und zwar saß er bei der Fraktion Stahl, bis er nach dessen Tode erst neben von Plötz-Weckow, dann mit von Below, von Kröcher und Graf Lippe zu deren Führer berufen wurde.

wesen, welcher das königliche Regiment wieder wie einen rocher de bronce stabilierte, so daß es gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, trotz der Verweigerung jeder Geldbewilligung, einen großen glücklichen Krieg zu führen in der Lage war.

Das zweitemal war es bei Gelegenheit der Adresse, welche das Herrenhaus nach den gewaltigen und glorreichen Erfolgen des Krieges von 1870 gegen Frankreich nach Versailles an Seine Majestät den König mit der Bitte richtete: nunmehr das deutsche Kaisertum wieder aufzurichten. Der Entwurf jener Adresse ist aus der Feder des Oberpräsidenten von Kleist-Retzow geflossen.

Vor dem Ausbruche des Krieges mit Österreich im Frühjahr 1866 eröffnete Herr von Bismarck dem Oberpräsidenten von Kleist-Retzow bei einem Abendbesuche: „Hans, wir bekommen Krieg mit Österreich!" Auf dessen Bitte, doch alles aufzubieten, was zu seiner Vermeidung möglich, es sei ihm, wie Gastein zeige, schon viel diplomatisch gelungen, erwiderte er: Es sei unmöglich.

Als Bismarck im Jahre 1866 aus dem Kriege heimkehrte, erfuhr der Oberpräsident von Kleist-Retzow, daß der gleich darauf zusammentretende Landtag mit der Forderung der Indemnität rücksichtlich der inzwischen budgetlos geführten Regierung angegangen werden solle. Der Oberpräsident war darüber tief betrübt. Er war dessen sicher, daß, selbst wenn das noch vor dem Bekanntwerden des Sieges von Königgrätz gewählte Abgeordnetenhaus der Regierung deswegen Schwierigkeiten machen sollte, eine Auflösung desselben und Neuwahlen ein völlig konservatives Abgeordnetenhaus und damit die unbedingte Unterstützung eines konservativen Regiments bringen würden. Während des Krieges hatte von Gerlach ihm und dem Obertribunalspräsidenten von Kleist gegenüber als dessen sichere Folge eine liberale Regierung vorausgesagt. Beide Kleist hatten das Gegenteil behauptet. Der Krieg selbst, gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, sei eine entschieden monarchische, konservative That. Als Sieger heimkehrend, erlange Bismarck vom Lande ein unbedingt monarchisch-konservatives Abgeordnetenhaus. Von Gerlach führte dagegen aus, daß die Folge eines glücklichen Krieges das zu einem Reiche geeinte Deutschland sein müsse. Das werde, bei dem Widerstreben der deutschen Fürsten, ohne die volle Zustimmung der Landtage der Einzelstaaten, durch welche die Fürsten zu ihrer Einwilligung gedrängt würden, nicht hergestellt werden können. Diese Landtage seien liberal, nur einem liberalen Preußen würden sie eine derartige Stellung einräumen und ihm ihre Sympathien schenken. So werde mit Notwendigkeit der Erfolg dieses Krieges in Preußen ein in hohem Grade liberales Regiment sein.

Die Forderung der Indemnität erschien dem Oberpräsidenten von Kleist-Retzow als der Anfang dieser traurigen Prophezeihung des Präsidenten von Gerlach. Sie baute den liberalen Elementen unsres früheren Abgeordnetenhauses, statt sie zu besiegen und zu vernichten, eine goldene Brücke. Die in Berlin anwesenden Minister, mit Ausnahme von der Heydt's, welcher deren Aufnahme in der Thronrede vorgeschlagen hatte, waren ebenfalls gegen eine der-

Digitized by Google

artige Forderung der Indemnität[1]). Der Oberpräsident von Kleist-Retzow schrieb Herrn von Bismarck, mit Wissen eines der Minister, auf dem Wege der Heimkehr aus Böhmen und mahnte aufs dringendste davon ab[2]). Der Landtag wurde eröffnet, die Forderung der Indemnität verkündet. Der Oberpräsident von Kleist-Retzow blieb im Weißen Saale stehen, bis alle andern ihn verlassen, Herr von Bismarck desgleichen. Die Freunde begrüßten sich. Herr von Bismarck: „Aber ich muß wissen, Du alter Junge, von wem Du die Mitteilung über die Indemnität hast?"

Kleist-Retzow: „Das wirst Du von mir nicht erfahren!"

Bismarck: „So werde ich Dir den Staatsanwalt senden!"

Kleist-Retzow: „Du könntest mich auch ins Gefängnis setzen lassen."

Eine Stunde darauf lud der Diener des Herrn von Bismarck den Oberpräsidenten zum Diner ein. Derselbe wurde aufs herzlichste von jenem empfangen; der betreffende Minister selbst habe es ihm gesagt, daß er dem Oberpräsidenten die Mitteilung gemacht, es sei alles ausgeglichen.

Es verlautete damals, daß das frühere, tief schmerzliche und leicht unheilvolle Übelwollen einer einflußreichen hohen Persönlichkeit gegen den Ministerpräsidenten während des Krieges[3]) vornehmlich durch ein Entgegenkommen desselben in diesem Punkte beseitigt sei. Abgesehen davon hatte der Minister von der Heydt die wesentlichsten Dienste dadurch geleistet und den Ministerpräsidenten sich verpflichtet, daß er im Gegensatze gegen die Schwierigkeiten, welche der Finanzminister von Bodelschwingh rücksichtlich der Darbietung der notwendigen Mittel zu dem Kriege machte, diese bereitwilligst und leicht verschaffte. — —

Die wichtigsten und folgenschwersten Verhandlungen, bei welchen Kleist-Retzow im Herrenhause an der Opposition gegen das Ministerium Bismarck und zwar in führender Stellung beteiligt war, waren die über die Kreisordnung und die sogenannten Kulturkampfgesetze des Kultusministers Dr. Falk.

Bei Beratung des Schulaufsichtsgesetzes war der Oberpräsident von Kleist-Retzow gegen seine ausdrückliche Bitte zum Referenten für dieses Gesetz gewählt. Dadurch war seine hervorragende Stellung bei den Verhandlungen gegeben. Als er diese dem Fürsten Bismarck als eine nach seiner demselben bekannten kirchlichen Überzeugung ganz notwendige Konsequenz mitteilte, erklärte dieser in dem Falle „das Tischtuch zwischen beiden zerschnitten".

So tief schmerzlich das Kleist-Retzow war, es konnte seine Stellung zu diesem Gesetze und der ganzen Reihe der andern, welche ihm folgten: Ver-

[1]) Nach der Darstellung von Roon (Denkwürdigkeiten Band II., Seite 311) war nur der Justizminister Graf zur Lippe mit der Einbringung des Indemnitätsgesetzes nicht einverstanden; außerdem stellte der Kultusminister von Mühler ein Amendement, durch welches eine etwas andre Begründung des Antrages beabsichtigt wurde.

[2]) Hiernach ist also die in Band II., Seite 47 übergegangene Darstellung, wonach H. von Kleist-Retzow an der Spitze einer Deputation in Prag bei Bismarck erschienen sei, um denselben zur Oktroyierung einer neuen Verfassung zu bewegen, unzutreffend.

[3]) Hierunter dürfte der Kronprinz zu verstehen sein. In der Konfliktszeit soll derselbe Bismarck gegenüber einmal geäußert haben: „Sie bringen mich um Krone und Reich!"

Digitized by Google

änderung der Verfassungsurkunde, Einführung der Civilehe, Temporaliensperre und so weiter, nicht ändern. Kleist-Retzow hat mit aller Hingabe dieselben bekämpft.

Auch während der schweren Zeit jener Entfremdung hat der Oberpräsident die Sitte bewahrt, dem Reichskanzler jährlich zu Weihnachten die täglichen Losungen der Brüdergemeinde zu schenken. Der Fürst Bismarck fand das erste Exemplar in dem Palais des auswärtigen Ministeriums bei seinem Einzuge in dasselbe in Gegenwart des Oberpräsidenten von Kleist-Retzow, wohl aus dem Besitze der Frau Gräfin von Bernstorff herstammend. Da übernahm letzterer, in Freude darüber, die Pflicht, dieselben jährlich zu erneuern. Der Fürst gebrauchte sie zu täglichen Notizen, er las sie am Schlusse des Tages. Sie sind ihm schon mehrfach im Leben von Bedeutung gewesen. An dem Tage, an welchem er die lebensgefährliche Verwundung seines ältesten Sohnes in einem Duell in Bonn erfahren hatte, enthielt die Losung die Worte: „Er wird leben . . .“, und er nahm sie als eine ihm gewordene Verheißung für das Leben des Sohnes.

Im Jahre 1877 wurde der Oberpräsident von Kleist-Retzow vom Wahlkreise Herford-Halle ersucht, ein Mandat zum Reichstage anzunehmen. Er lehnte es ab, weil es ihm neben dem Herrenhause nicht wohl möglich sei, jedenfalls seine ältere Pflicht gegenüber dem Herrenhause — zumal bei der größeren Bedeutung des Reichstags — darunter schwer leiden würde, und endlich, weil es ihm schon schwer genug sei, im Herrenhause dem Reichskanzler mehrfach entgegenzutreten, und er das nicht noch auf den Reichstag ausgedehnt wissen möchte. Die Antwort war, er werde gewählt werden und möge dann entscheiden.

Freunde meinten nach der Wahl, daß es unmöglich sei, sie abzulehnen. So ist er denn seit jener Zeit unausgesetzt von jenen treuen westfälischen Bauern gewählt worden. Und gerade diese Wahl war — seiner Besorgnis entgegen[1] — die Veranlassung der Wiederanknüpfung leidlicher Verhältnisse zum Reichskanzler. Er sprach mit besonderer Entschiedenheit über das vorgelegte Sozialistengesetz. Er erklärte es für kein Ausnahmegesetz, vielmehr für die notwendige staatliche Reaktion gegen eine Ausnahmestellung der Sozialisten, welche ein Treiben zum Hochverrat sei. Er wies auf die Verschuldung der Gesetzgebung wie des ganzen Volkslebens dabei hin und forderte eine Verbindung aller, diese Schäden zu beseitigen. Nach der Rede kam der Fürst Reichskanzler vom Bundesratstisch in den Saal, setzte sich neben den Abgeordneten von Kleist-Retzow und reichte ihm die Hand[2]).

---

[1]) Wie aus Bd. II., Seite 23 erhellt, war Bismarck zu Anfang über die Aufnahme Kleist-Retzow's in die konservative Fraktion ungehalten.

[2]) Der „Kreuzzeitungs-Reporter“ wollte gesehen haben, daß beide Herren „sichtlich bewegt“ waren. Die in Breslau erscheinende „Schlesische Zeitung“ hat die „Kreuzzeitung“ weit hinter sich gelassen. Sie macht aus dem fraglichen Hergang ein förmliches Melodrama nach der Melodie:

„Und in die Arme sanken sich beide
Und weinten vor Schmerz und vor Freude.“

Digitized by Google

Einige Zeit nach der Wiederherstellung des früheren Verhältnisses zwischen dem Oberpräsidenten und dem Fürsten Reichskanzler fand die Feier der Hochzeit der einzigen Tochter des Fürsten, Marie, ebenfalls Pate des Oberpräsidenten, statt. Dieser wies bei dem Mahl in einem Toaste auf Deutschland darauf hin, wie seine bei der Hochzeit ihrer Eltern ausgesprochenen Hoffnungen erfüllt seien, indem der Reichskanzler, soweit eine Vergleichung zwischen ihm und einem regierenden Herrn überhaupt möglich sei, Deutschland in der That in sehr wichtigen Beziehungen ein Otto der Sachse geworden sei. Neben andern gewaltigen Vergleichungspunkten habe zuletzt der Reichskanzler — wie Kaiser Otto seinen Speer in den Ottensund geworfen zum Zeichen der dauernden Vereinigung der ganzen Halbinsel mit Deutschland — seine einzige Tochter dem Sprossen eines hervorragenden Geschlechtes aus Schleswig-Holstein gegeben als Pfand, daß beide für immer mit Deutschland „ungedeelt" verbunden sein sollen. „Wir haben wieder ein Kaisertum deutscher Nation, das jetzt auf dem besten Wege ist, die 1871 leider noch abgewiesene Bezeichnung als „eines christlichen" zur Geltung zu bringen, welches in einem realeren Sinne als unter Otto dem Sachsen die Geschicke von ganz Europa beeinflußt.

Die uns vorliegenden Aufzeichnungen lassen nicht ersehen, ob Bismarck über im Parlamente schwebende Fragen demnächst noch mit Kleist-Retzow verhandelt hat. Es ist das nicht wahrscheinlich, Kleist-Retzow stellte im Reichstage keine Forderungen, welche Bismarck's Politik etwa durchkreuzten, und umgekehrt entsprachen die sozialpolitischen Vorlagen des Reichskanzlers, auf Grundlage der Forderungen des Christentums den Stand der Arbeiter zu heben, vollständig den Anschauungen des alten Parlamentariers. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die am 28. Mai 1883 erfolgte Ernennung Kleist-Retzow's zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Titel Excellenz auf Bismarck's Veranlassung zurückführt. Zu seinem Wahl- und Wappenspruch hat derselbe das Wort der Mahnung aber gleichzeitig auch der Verheißung des Herrn an den Jairus bei der Nachricht von dem Tode seiner Tochter gemacht:

„Fürchte Dich nicht, glaube nur."

2. Dr. phil. Otto Michaelis.

Zu den wenigen Abgeordneten, welche ihre spätere dienstliche Stellung ihrer parlamentarischen Wirksamkeit verdankten, zählt Dr. Otto Michaelis [1]). Derselbe

[1]) Michaelis, Otto, Dr., geboren 12. September 1826 zu Lübbecke (Provinz Westfalen). Studierte 1844—1847 in Bonn und Berlin Rechts- und Staatswissenschaften und trat im Herbst 1847 als Auskultator beim Oberlandesgericht zu Paderborn ein. 1849 wurde er wegen Preßvergehens angeklagt, zwar von den Geschworenen freigesprochen, aber vom Justizminister im Disziplinarwege aus dem Justizdienste entlassen. Er widmete sich nun dem Studium der Volkswirtschaft, siedelte im Spätherbst 1849 nach Berlin über, wo er unter Leitung von Prince-Smith seine volkswirtschaftliche Vorbildung vollendete. 1851 Redakteur für volkswirtschaftliche und finanzielle Fragen bei der „National-Zeitung". 1858 in Gotha Mitbegründer des Kongresses deutscher Volkswirte. 1863 gründete er mit J. Faucher zusammen die in Berlin erscheinende Vierteljahrschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte. 1861 wurde er in Stettin

gehörte während der Konfliktszeit im preußischen Abgeordnetenhause, der Fortschrittspartei an, beteiligte sich aber 1867 an der Gründung der nationalliberalen Partei. Im Abgeordnetenhause verfaßte Michaelis besonders die wirtschaftlichen und handelspolitischen Referate, und er ging, da Bismarck damals noch freihändlerischen Tendenzen huldigte, in dieser Beziehung mit der Regierung Hand in Hand. Bismarck beachtete seine damalige parlamentarische Thätigkeit sehr genau und schenkte ihm volles Vertrauen. Als es sich darum handelte, für den Handelsvertrag mit Frankreich die Genehmigung der gesetzgebenden Faktoren zu erhalten, ließ Delbrück den Abgeordneten Michaelis, damals Redakteur der „Nationalzeitung", zu sich rufen und bemerkte ihm: „Ich gehe wohl in der Annahme nicht fehl, daß die „Nationalzeitung" für das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages eintreten wird. Um Sie in den Stand zu setzen, das aus voller Überzeugung und mit Kenntnis aller amtlichen Vorgänge thun zu können, will ich Ihnen gestatten, die über das Zustandekommen des Vertrags erwachsenen Ministerialakten einzusehen."

Von dieser Erlaubnis machte Michaelis auch Gebrauch.

Als 1867 an Delbrück die Aufgabe heran trat, das Bundeskanzleramt zu organisieren, fragte er Bismarck, ob derselbe ihm die Heranziehung von Michaelis gestatte. In dem Berichte an den König, worin seine Anstellung im Bundeskanzleramt beantragt wurde, war ausdrücklich bemerkt, weshalb er 1849 aus dem Justizdienste entlassen worden war, daran anknüpfend wurde aber auf die hervorragenden Eigenschaften desselben hingewiesen, welche seine Gewinnung für den Reichsdienst erstrebenswert erscheinen ließen.

Als Beamter des Reichskanzleramts (er war zuletzt Direktor der Finanzabteilung) besuchte Michaelis wohl die parlamentarischen Soireen Bismarck's; näher ist derselbe aber dem Fürsten nicht getreten, und meines Wissens niemals von demselben zu Tisch geladen worden. Wohl aber kam es vor, daß Delbrück denselben zu Vorträgen zu dem Kanzler mitnahm. Bei Eintritt des Umschwunges der Reichspolitik in wirtschaftlicher Beziehung (Abgang Delbrück's) wurde dem Direktor Michaelis der Entwurf eines Finanzprogramms aufgegeben. Nach der in seinem wissenschaftlichen Vorleben gewonnenen Überzeugung konnte er kein „schutzzöllnerisches" Programm aufstellen, sein Programm fand daher keinen Beifall, und die Einleitung der neuen Wirtschaftspolitik wurde Männern anvertraut, welche der neu einzuschlagenden Richtung angehörten (Freiherr von Varnbüler). Michaelis vertauschte bald darauf das Amt als Direktor im Reichskanzleramt mit der Stellung eines Vorsitzenden der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds. Von da ab war selbstredend die Gelegenheit zu direkten Beziehungen desselben zu Bismarck vorüber.

---

und Anklam zum Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gewählt, nahm für den letztern Kreis das Mandat an und vertrat denselben bis 1866, wo in den Juliwahlen dort die liberale Partei unterlag. 1866 und 1867 war Michaelis für den dritten Wahlkreis Stettin gewählt. Er war auch Mitglied des konstituierenden Reichstags und des ersten Reichstags des Norddeutschen Bundes.

Digitized by Google

Michaelis war Mitgründer oder doch mindestens langjähriges Mitglied der volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin, eines Klubs, in welchem volkswirtschaftliche Vorträge gehalten wurden, an welche sich unter Umständen eine weitere Besprechung knüpfte. Als Bismarck wahrnahm, daß Michaelis sich an den Versammlungen dieser Gesellschaft auch noch zu einer Zeit beteiligte, da im Schoße derselben die Handelspolitik der Regierung bekämpft wurde, ließ der Kanzler Michaelis unter der Hand eröffnen, daß er sein ferneres Verbleiben in der Gesellschaft nicht für angemessen erachte.

Michaelis war später noch in Frage gekommen, als es sich um die Neubesetzung des Präsidiums der Seehandlung handelte. Es fanden Unterhandlungen mit ihm seitens des Finanzministers und der übrigen mehr oder minder leitenden und beratenden Persönlichkeiten statt, weil man von seiner Direktion einen Aufschwung der wirtschaftlichen Bedeutung der Seehandlung erwartete. Alles war bereits so weit geordnet, daß Michaelis die Zuversicht gewonnen hatte, daß ihm ein neues bedeutenderes Feld der Thätigkeit eröffnet werde. Fürst Bismarck entschied aber, daß eine so wichtige, leitende Stelle einem Beamten nicht anvertraut werden könne, welcher wirtschaftlichen Tendenzen huldigte, die denen der Regierung schroff gegenüber standen. Michaelis mochte den Entschluß Bismarck's als einen gegen ihn gerichteten Schlag schmerzlich empfinden; objektiv betrachtet kann man aber doch nur die Handlungsweise Bismarck's billigen. Eine Regierung, die sich nicht selbst das Grab bereiten und ein Zeugnis der größten Schwäche ausstellen will, darf Vertreter einer andern politischen Richtung unmöglich in leitenden Stellungen belassen, geschweige denn sie in solche Stellungen erst bringen.

3. Dr. Hans Blum.

Die neueste Publikation desselben, „Fürst Bismarck und seine Zeit", hat unsre Kenntnis der Beziehungen des Verfassers zum Altreichskanzler nach verschiedenen Seiten hin bereichert. Blum erzählt, traumhaft sei ihm am 24. September 1867 die Thatsache erschienen, daß bei der rein geschäftlichen Mitteilung des Präsidenten Simson zu Anfang der Sitzung „Neu eingetreten in das Haus ist der Abgeordnete Dr. Blum, Sachsen", Graf Bismarck plötzlich das Glas an die Augen führte, und es nicht absetzte, bis er „auf der korrekten Mittellinie des Hauses" den unzweifelhaft jüngsten Abgeordneten entdeckt hatte.

Am 24. April 1869 fand die erste parlamentarische Soiree bei Bismarck statt. Dr. Hans Blum erzählt darüber in Ergänzung meines in Bd. I (2. Aufl.) S. 23 gebrachten Referats: „Für den Verfasser, der mit ganzem Herzen sich dem Abend entgegenfreute, stand zur Frage, ob er die auf 9 Uhr angesetzte Empfangsstunde pünktlich einhalten solle oder nicht. Alles ging im Tagewerk des Bundes auf den Schlag der Minute. Der Berliner Chic dagegen verlangte bei Einladungen bedeutend späteres Erscheinen, um dem Wirt zu beweisen, daß der Gast keine dringende Eile empfinde, sich einzustellen. Zwischen diesen beiden Gegensätzen wählte der Verfasser die goldene Mittelstraße in dem so bewährten „akademischen Viertel" und betrat pünktlich um ¼ 10 Uhr das schmucklose

Digitized by Google

Palais in der Wilhelmstraße. Die Garderobennummer 164 belehrte ihn aber, daß schon viele vor ihm pünktlicher gewesen seien. Das hohe Haus war also vollkommen „beschlußfähig". Trotz dieser Fülle aber erhielt der Verfasser bald den Beweis, daß der liebenswürdige Wirt sein Auge mit der gleichen Huld wie früher dem Verfasser zuwandte. Denn bei der ersten Gelegenheit zu einem vertrauten Wort sagte Bismarck: „Sie sind seit dem Vorjahr wieder erheblich stärker geworden. Sie sollten reiten." „Das würde ich gern thun," erwiderte der Verfasser, „aber am Geburtstag Ew. Excellenz, am 1. April d. J., bin ich Advokat geworden, und wenn mich der Leipziger reiten sähe, so würde er sagen — mit sächsisch-provinzieller Betonung: „Der Advogade had nischd zu dhun". Bismarck lachte.

4. Dr. Rudolf von Gneist[1])

hat mir noch am 15. Mai 1895, also ganz kurze Zeit vor seinem Ableben (22. Juli), einige Mitteilungen über sein Verhältnis zu Bismarck gemacht, die im Zusammenhang mit dem Inhalt einiger früher mit ihm geführter Gespräche hier ihre Stelle finden mögen.

Als der II. Band dieses Werkes erschienen war, teilte mir Gneist mit, die in Bd. II., S. 72 ff. dieses Werkes geschilderte Abendkonferenz, welche er am 2. Februar 1869 in Sachen der preußischen Verwaltungsreform mit dem Grafen Bismarck hatte, sei für ihn von besonderem Wert. „Denn einerseits enthielt die Denkschrift, die ich damals dem Reichskanzler überreicht habe, und die der Kanzler demnächst dem Staatsministerium mitgeteilt hat, nur einen Auszug aus der Abendunterhaltung mit Weglassung der Motivierungen, anderseits enthielt die Schrift über die Kreisordnung, die ich bald darauf veröffentlichte, weitergehende Vorschläge, als die dem Reichskanzler vorgetragenen, deren Richtigkeit und Ausführbarkeit mir selbst später nach den ausführlichen Debatten im Landtag zweifelhaft geworden ist.

Es ist danach von hohem Wert für mich, in Ihrer Schrift schwarz auf weiß den wesentlich korrekten Inhalt jener Nachtkonferenz wiedergegeben zu sehen, so wie ich sie selbst aus der Erinnerung hätte niederschreiben sollen, wenn ich damals im Drange massenhafter Geschäfte dazu hätte kommen können. Aber dem Inhalt nach und im wesentlichen auch der Form nach ist sie möglichst getreu wiedergegeben. Daß auch der Altreichskanzler selbst mit der Wiedergabe nicht unzufrieden ist, möchte ich daraus schließen, daß er mir kürzlich wieder einige recht freundliche Worte geschrieben hat."

Über Gneist's Anteil an dem Zustandekommen der Kreisordnung äußerte sich derselbe mir gegenüber noch wie folgt. „Die Grundideen über das Kommunalwesen vor 1870 waren völlig verschieden von denen des jetzigen Neubaues. Aber die Fraktionen entschließen sich sehr schwer zu einer Selbsterkenntnis ihrer Irrtümer. Ich war daher in den vieljährigen Verhandlungen genötigt, persönlich mich mög-

---

[1]) Vergl. den Aufsatz „Rudolf Gneist" in den Grenzboten 1872, II. Quartal, S. 45? bis 465.

lichst im Hintergrunde zu halten. Was ich gewirkt habe, beruht auf der Grundlegung bei dem Reichskanzler und vorzugsweise auf der Einwirkung der Ministerialkommissarien, namentlich Friedenthal, Persius, Brauchitsch, die frühzeitig überzeugte Anhänger und Apostel der neuen Grundideen geworden waren. Eulenburg hat sich etwas langsamer konvertiert, ist dann aber mit Feuereifer hineingegangen. Es handelt sich bei dem Selfgovernment im letzten Hintergrunde darum, die gesellschaftlichen Interessen und die konfessionellen Gegensätze, die jetzt in ungebundenster Weise mit einander hadern, von unten herauf in dem täglichen Zusammenleben nachbarlicher Pflichtgenossenschaften an einander zu gewöhnen und mit einander auszugleichen. Erst dann entstehen die festen Wahlverbände für eine Landesvertretung, die sich dann abwechselnd zu konservativen oder liberalen Parteibildungen zusammenfinden. Dieser politische Gesichtspunkt ist bei den legislatorischen Verhandlungen nicht eben stark hervorgetreten. Nur Brauchitsch hat denselben in seiner Einleitung wesentlich aus meinen Schriften rekapituliert. Diese Seite der neuen Institutionen wird wohl erst in der nächsten Zukunft mehr hervortreten, wenn der jetzige Klassenkampf ausgetobt haben wird."

Gneist stand in der Konfliktszeit dem großen Kanzler ziemlich mißtrauisch gegenüber, hat aber in einem instinktiven Gefühl von der Bedeutung des Mannes einen persönlichen Zusammenstoß mit demselben vorsichtig vermieden. Nach dem österreichischen Kriege entstanden freundschaftliche Beziehungen, die zunächst eine Einwirkung auf die Söhne des Kanzlers, besonders Herbert, zum Gegenstande hatten. Gneist hat dem Grafen Herbert durch öftere Versuche und Ratschläge über den Gang seiner Studien und Vorbereitungen zum Examen vielleicht einiges genützt, ihm aber niemals in irgend einer Weise ein privatissimum gehalten. Gneist taxierte den Fleiß und die geschäftliche Anstelligkeit des Grafen Herbert von Anfang an höher als der Kanzler selbst, der den anders angelegten Grafen Bill höher taxierte. Gneist hat darüber eine Zeit lang mit dem Fürsten Bismarck manch' kleinen Disput gehabt, bis er sich selbst von der praktischen Verwendbarkeit seines Erstgeborenen zunächst als Privatsekretär mit Freuden überzeugte.

Gneist's Beziehungen zum Bismarck'schen Hause blieben überwiegend privater Natur. Er war ein Jugendfreund Lothar Bucher's und kannte die pommerschen Umgebungen des Kanzlers so genau, daß er mit der Fürstin viele scherzhafte Reminiscenzen teilen konnte, auch zuweilen an den Geburtstagsfeiern und intimsten Kreisen teilnahm. Der Fürst behandelte Gneist stets mit ausgesuchter Höflichkeit und Rücksicht, sah aber in ihm doch überwiegend den Theoretiker, mit welchem er nicht häufig über die augenblickliche politische Situation sprach. Abgesehen von der Kreisordnung erfolgten Erörterungen auch über die Maigesetze, und es wurde wohl bemerkt, daß Bismarck am 16. Mai 1872 der Abgeordneten Gneist, der eben als Referent über die Jesuiten-Petitionen im Reichstag gesprochen hatte, mit einem warmen Händedruck beglückte, und mit demselben noch längere Zeit im Gespräche verweilte, nachdem der Saal sich bereits geleert hatte. Bei allen Unter-

Digitized by Google

haltungen über politische Fragen[1]) hatte Gneist stets Veranlassung, die treffenden Urteile des Kanzlers zu bewundern. Zuweilen fand Gneist in dem Kanzler die ihm speziell bekannten Standpunkte des pommerschen Landadels wieder; er mußte aber anerkennen, daß dieser viel gescholtene Landadel weniger intolerant und exklusiv ist, als der Typus manch' anderer Provinzen.

Bezeichnend als Ausdruck der persönlichen Hochschätzung Gneist's ist ein ausführliches Schreiben Bismarck's, in dem der Kanzler den berühmten Rechtslehrer ersuchte, an Stelle seines verstorbenen Kollegen Heffter die Stellung als erstes Mitglied der diplomatischen Examinationskommission zu übernehmen.

Zu Gneist's 70jährigem Geburtstag (13. August 1886), an dem er gleichzeitig mit Bismarck in Gastein weilte, brachte letzterer persönlich seinen Glückwunsch dar.

Auch nach der Entlassung Bismarck's blieb derselbe mit Gneist in Verkehr. So erhielt Gneist einen Brief Bismarck's über seine Stellung zur Militärvorlage, worin er sich für die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit aussprach.

5. Graf Fred von Frankenberg.

Wenn man an die große Zahl von Abgeordneten denkt, welche während des französischen Krieges mit dem Kanzler in geschäftliche Berührung kamen, so muß man sich wundern, daß so wenige sich veranlaßt sahen, über ihre denkwürdigen Unterredungen mit Bismarck Aufzeichnungen zu machen, welche für die Geschichte dereinst von Wert sein würden. Eine rühmliche Ausnahme macht der frühere Abgeordnete Graf Fred Frankenberg, von dessen Erlebnissen auf französischem Boden in seiner Eigenschaft als Armeedelegierter der freiwilligen Krankenpflege im Hauptquartier des Kronprinzen bereits im II. Bande, S. 140 ff. berichtet worden ist.

Zur Ergänzung des dort Mitgeteilten lasse ich hier noch einige Auszüge aus seinem Kriegstagebuch folgen.

Versailles, den 23. November 1870.

Ich war heute mit dem Fürsten Putbus zu Tisch bei dem Bundeskanzler[2]).

Graf Bismarck bewohnt eine hübsche Villa in der Rue de Provence mit seinem diplomatischen Stabe, bestehend aus dem Grafen Bismarck-Bohlen, Hatzfeldt, Herrn von Keudell, Lothar Bucher und dem alten Geheimrat Abeken. An seiner Tafel speisen noch etwa zehn Beamte und Sekretäre des Auswärtigen Amts mit. Bismarck sitzt am oberen Ende der langen Tafel und beherrscht natürlich das Gespräch vollständig mit Wort und Blick. Er war heute sehr aufgeräumt und heiter und klagte nur über Mangel an Schlaf, sonst fühle er

[1]) Gneist sagte mir, er sei ein Gegner der Bismarck'schen Steuerpolitik gewesen, und er habe besonders die Steuererlässe perhorresciert. Bismarck's Gedanken auf dem Gebiete der Sozialpolitik nannte er „groß und genial", aber mit ihrer Ausführung war er nicht durchweg einverstanden.

[2]) Die Anwesenheit dieser beiden Tischgäste wird bestätigt in dem Werke von M. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. II., S. 22.

Digitized by Google

sich im ganzen wohl. Er sprach mit der ihm eigenen Ungezwungenheit und Offenheit über die wichtigsten Staatsangelegenheiten, welche ihm im Kopfe herumgingen, und fällte so scharfe Urteile über verschiedene hoch- und höchstgestellte Personen, daß ich nicht umhin konnte, verstohlene Blicke auf die Dienerschaft zu werfen, welche die Tafel umstand.

Der Kanzler kam zuerst auf die Verschleppung des Bombardements von Paris, sodann auf den Reichstag zu sprechen, der am Tage nach meiner Tischeinladung in Berlin wieder eröffnet wurde.

„Ich hatte ursprünglich vor, — so bemerkte er — zum Reichstag nach Berlin zu reisen, als ich mich aber fragte, ob mein Körper es aushalten würde, drei Tage und ebenso viele Nächte zu fahren, sodann vierzehn Tage eine aufreibende parlamentarische Campagne durchzumachen und demnächst hierher zurückzueilen, um mit Frankreich einen für Deutschland segensreichen Frieden abzuschließen, da mußte ich mir sagen, daß dies über meine Kräfte gehe. Übrigens war auch der König durchaus gegen meine Reise. „Sie werden mich doch hier mit den Europäern nicht allein lassen?" entgegnete er auf meine erste Andeutung, und der hohe Herr hat recht. Die Noten und Depeschen, welche nur der Eingeweihte beurteilen und beantworten kann, jagen sich jetzt hier so sehr, daß ich durchaus unabkömmlich bin. Nimmt der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten an, so ist die Session in vierzehn Tagen beendet[1]; mäkelt er aber daran herum und findet er das zu wenig, was wir hier erreicht haben, so sind meine Dispositionen getroffen. In diesem Falle wird der Reichstag bis Weihnachten versammelt bleiben, und bis dahin bin ich selbst dort" — fügte er mit bedeutsamem Lächeln hinzu.

„Es ist eine sehr schwere Verantwortung für mich, — fuhr Bismarck fort — hier allein Verträge abzuschließen und Abmachungen zu treffen, die für die Zukunft von entscheidendster Bedeutung sind. Ich bin in schlecht geregelter Verbindung mit der Heimat, habe keine Akten zur Hand, und doch muß ich entscheiden: dies nehme ich an, jenes nicht. Ich setze mich der herbsten Kritik für mein ganzes Leben aus, wenn die mit den süddeutschen Staaten getroffenen Abmachungen übel ausschlagen, und doch läßt der Erfolg sich so wenig vorausberechnen wie der nächste Abzug im Pharao."

Ich war betroffen über diese Bemerkungen; zeigten sie doch nur allzu deutlich, welche Schwierigkeiten bei Regelung der Verhältnisse mit Süddeutschland Schritt auf Schritt zu bewältigen sind. Ist es nicht traurig, zu sehen, daß trotz des gemeinsam vergossenen Blutes, trotz der gemeinsam erfochtenen herrlichen Siege, doch der Sondergeist und das Mißtrauen in Deutschland noch so mächtig sind, daß der klarste und mächtigste Kopf der Nation solch' ein Wort ausspricht über das Gelingen des Gusses, mit welchem er Deutschlands Einigung

[1] Der Reichstag nahm die Versailler Verträge am 9. Dezember an und wurde am 10. Dezember, also 16 Tage nach seinem Zusammentritt, geschlossen.

Digitized by Google

zu vollenden unternimmt? Darf man da freudige Hoffnung und Zutrauen für die Zukunft hegen?

Von der Stirne heiß
Rinnen muß der Schweiß,
Soll das Werk den Meister loben —
Doch der Segen kommt von oben.

Und der Segen wird uns nicht fehlen, das erhoffe ich felsenfest. Gott hat so Wunderbares an Deutschland gethan, daß er seine segnende Hand nicht in dem Augenblicke abziehen wird, da wieder ein so gewaltiger Schritt zur Vollendung der Einheit geschieht.

„Heute abend — fuhr Graf Bismarck fort — denke ich den Vertrag mit Bayern zu unterzeichnen[1]). Ich hoffe, der Reichstag ist klug genug, um einzusehen, daß nicht mehr erreichbar war, und daß er nicht verwirrt, was ich mühevoll zu stande gebracht habe."

Ich fragte, was wohl die Sondergelüste der Bayern für sich behalten hätten?

„Post, Telegraphie, Eisenbahnen, selbständige Armee mit Ernennung der Stellen in derselben, beschränktes Gesandtschaftsrecht, das behalten sie sich vor — im übrigen nehmen sie die Bundesgesetzgebung voll an. Wenn ich also die Annahme der allgemeinen Wehrpflicht, die Präsenzstärke von 1 Proz. der Bevölkerung mit der dreijährigen Dienstzeit in Anschlag bringe und die übrige gemeinsame Gesetzgebung, so ist der Fortschritt ein so bedeutender, daß ich ihn nicht zurückweisen kann. Hoffentlich denkt man zu Hause daran, mit welcher Freude noch vor drei Monaten solch' eine Übereinkunft begrüßt worden wäre, gegen die man jetzt nicht genug zu mäkeln hat. Man glaube ja nicht, daß die Bayern durch diesen Krieg mürbe und kleinmütig geworden sind. Im Gegenteil! Sie haben sich tapfer geschlagen, haben im Vergleich zu 1866 ihr kriegerisches Selbstgefühl neu gewonnen und befestigt. Sie sind jetzt hartnäckig, weil sie sich stark fühlen."

Versailles, den 30. November 1870.

Gestern abend ging ich zu dem Fürsten Pleß (derselbe war Generalinspekteur der freiwilligen Krankenpflege), um ihm Bericht über die Verlustliste des heutigen Gefechts bei Villejuif, das ich mitgemacht hatte, zu erstatten. Er empfing mich mit der Botschaft, Graf Bismarck wünsche, daß wir in den Reichstag gingen, um die Verträge mit den Süddeutschen durchbringen zu helfen. Delbrück und Friedenthal hätten dringend an ihn telegraphiert, und so mußten wir uns denn auf den Weg machen. Ich meldete mich am andern Tage bei dem Kanzler, um zu hören, was er mir für den Reichstag mitgeben wolle. Er hält die Lage ernst und glaubt kaum mehr an ein Durchgehen der Verträge mit den süddeutschen Staaten. „Ich habe von Bayern mehr verlangt, — so sprach er leb-

---

[1]) An demselben Abend gegen 10 Uhr kam Bismarck zu seiner Tischgesellschaft mit der Nachricht: „Nun wäre der bayrische Vertrag fertig und unterzeichnet, die deutsche Einheit ist gemacht und der Kaiser auch."

Digitized by Google

haft — als Bennigsen und Lasker eigentlich gefordert haben, als sie in München waren, um sich mit den dortigen Führern der Liberalen zu verständigen. Sie haben mir eigentlich durch zu billige Bedingungen das Geschäft erschwert [1]) und beinahe verdorben. Das wird sie aber gar nicht hindern, jetzt zu behaupten, ich hätte zu wenig durchgesetzt.

Verwirft der Reichstag die Verträge, so müssen wir bis 1877 so weiter existieren wie bisher. Norddeutschland bleibt für sich und Süddeutschland auch; was aber bis dahin geschieht, das weiß der Himmel. Die Herren werden dann selber zusehen müssen, wie sie bessere Verträge erlangen. Verwirft der Reichstag die Vorlagen der verbündeten Regierungen, so kommt umgehend die Nachricht: Der Bundeskanzler hat seine Demission gegeben [2]). Tags darauf kommt die Nachricht: Der König hat die Demission abgelehnt und den Reichstag aufgelöst, um durch Neuwahlen an das Volk zu appellieren und zu zeigen, daß er und die verbündeten Regierungen Wert, hohen Wert auf das Zustandekommen der Verträge legen."

Ich entgegnete, nimmermehr könne ich glauben, der Reichstag, welcher doch die nationale Politik mit seinem Kanzler gefördert habe, werde sich im jetzigen Moment einen Grabstein setzen, der das deutsche Volk mit Trauer und Unzufriedenheit erfüllen müsse.

„Ganz richtig, — fiel der Graf ein — Deutschland wird trauern und unsre Feinde ringsum werden frohlocken. Wir selber werden vielleicht die Sache gar nicht so ernst nehmen, aber das Ausland wird an die tiefste Zerrissenheit und an die Unmöglichkeit jemaliger Einigung Deutschlands fest glauben. Der Friedensschluß, vor dem wir stehen, wird dann unendlich erschwert und sicherlich ungünstiger für uns werden.

Ich höre auch, — sagte er abspringend — daß die Liberalen durchaus einen Kaiser verlangen. Den sollen sie haben, das verspreche ich ihnen. Es ist alles dazu eingeleitet und im besten Gange."

Zum Abschiede sagte er nochmals mit feierlichem Nachdruck: „Halten Sie fest in Berlin! Wenn wir jetzt die Einigung nicht zu stande bringen, ist sie auf Jahre hinaus verloren" [3]).

Versailles, den 15. Dezember 1870.

Den Grafen Bismarck fand ich, als ich nach meiner Rückkehr ins Hauptquartier mit Fürst Pleß bei ihm speiste, wieder leidend an dem Schmerze im

---

[1]) In ähnlichen Klagen erging sich Bismarck auch gegenüber dem Abgeordneten Dr. Bamberger. Vergl. Bd. I., S. 134.

[2]) Das sich Bismarck am 30. November 1870 ernstlich mit dem Gedanken trug, den König um Enthebung von seinem Amte zu bitten, ist auch aus Busch a. a. O. Bd. II., S. 47 bekannt.

[3]) Im Reichstag fand Graf Frankenberg die Stimmung günstiger, als der Kanzler sie angesehen hatte. Am 8. Dezember nahm der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten mit allen gegen 32 Stimmen an.

Digitized by

Fuß, der ihn schon seit drei Jahren von Zeit zu Zeit überfällt. Im lebhaften Gespräch bei Tisch vergaß er die Schmerzen und amüsierte sich herrlich über unsre Darstellung der Kaiserentpuppung im Reichstage, wie Delbrück—Friedenthal sie so unglücklich insceniert hatten [1]).

Versailles, den 23. Januar 1871.

Ich war heute wieder zu Bismarck zu Tische geladen [2]). Der Kanzler empfing mich mit der Neuigkeit, Jules Favre habe sich bei ihm angemeldet. In der besten Laune und mit sehr interessanten Gesprächen verlief das Diner, an welchem auch noch der Staatsminister Delbrück und General von Kameke teilnahmen. Bismarck ist gegen die Franzosen grimmerfüllt und wird dem unterhandelnden Minister-Advokaten keine leichte Stunde bereiten. „Den Bundeskanzler von Ferrières soll der Mann in mir nicht mehr finden!" sagte er streng. „Wenn Paris kapituliert, müssen vor allen Ducrot und die andern wortbrüchigen Offiziere ausgeliefert werden. Ehe wir hineingehen, müssen ferner alle Waffen ausgeliefert werden; wir geben der Stadt nur Lebensmittel gegen Austausch der Waffen, und bis nicht 700 000 Gewehre abgeliefert sind, geht kein Regiment hinein. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung können wir aber 50 000 Mann Nationalgarden drin bewaffnen. Als Geiseln müssen uns sämtliche Regierungsmänner, Präfekten, Maires, Redakteure, Generale und ein paar tausend Notabeln gestellt werden. Diese verteilen wir in die Forts, bis die Minen daraus entfernt sind, dann besetzen wir die Forts und die Enceinte und lassen niemand aus Paris heraus. Die Armee, die kriegsgefangen wird, muß auch drin bleiben! Nach Deutschland kann sie nicht geschickt werden. Roon hat bereits erklärt, daß er den Befehl, noch 200 000 Mann nach Deutschland zu bringen, als seine Entlassung ansehen müsse."

Ich bemerkte dem Kanzler, ob es denn nicht thunlich scheine, Paris überhaupt nur dann Kapitulation zu gewähren, wenn es sich für den Frieden auch mit Frankreich verpflichtete. Er ging scharf darauf ein und sagte: „Gewiß werden wir das verlangen."

Über Tafel kamen mehrere Telegramme. Aus London wird gemeldet: „Der große Ausfall aus dem Valérien hat große Niedergeschlagenheit und eine schwüle Stimmung gegen Trochu hervorgerufen. Man wirft ihm vor, daß er die Kräfte unnütz geopfert habe, anstatt gerade auf Versailles zu marschieren!" — Gerade auf Versailles; diese Auffassung der Pariser Strategen der Straße ist wirklich unvergleichlich. Warum nicht lieber gleich: direkt auf Berlin!?

Als ich um 7 Uhr mich verabschiedete und die Rue de Provence hinaufging, kam im raschen Trabe ein geschlossener Wagen gefahren. Ein Gendarm saß auf dem Bock; zwei Schutzmänner ritten vorne weg. Ich zweifelte, ob es nicht Jules Favre sei, der heute schon angekommen.

---

[1]) Näheres über dieses Tischgespräch bei M. Busch a. a. O. Bd. II., S. 125.

[2]) Die obenstehenden Tischgespräche Bismarck's sind um so interessanter, als M. Busch an diesem Tage von der Unterhaltung bei Tafel nichts zu berichten wußte.

igitized by Google

Nachts um 12 Uhr, als ich schreibend in meinem Zimmer saß, kam Fürst Putbus eilig herein und rief uns zu „Es ist zu Ende! Ich kehre eben von Lehndorff zurück. Dort kam Bismarck hinein, pfiff Halali und rief uns zu: „Es ist zu Ende; Trochu ist gestürzt, Favre ganz zahm. Ich habe eben mit ihm drei Stunden konferiert und schon dem Könige Vortrag gehalten!"

Versailles, den 1. März 1871.

Um 1 Uhr war die große, herrliche Kaiserparade im Longchamps beendet. Die Truppen marschierten nach Paris ab.

Generallieutenant von Kameke, der Kommandant von Paris, dem u. a. Graf Waldersee, Fürst Putbus und mein Vetter Baron Saurma (jetzt Botschafter in Washington) beigegeben waren, meldete Sr. Majestät, daß die Besetzung der Champs Elysées ohne bemerklichen Widerstand oder Unfug vor sich gegangen sei. Dem Kaiser sah ich das Verlangen an, selber hinein zu reiten in die eroberte Hauptstadt, aber er kämpfte den Wunsch nieder und ritt mit seinem hohen Sohne nach Versailles zurück.

Übermorgen aber will er mit seinen Garden hineinmarschieren — wenn nicht inzwischen der abgeschlossene Friede ihm diesen Triumph noch plötzlich wegnimmt. In Bordeaux scheint der Einmarsch in Paris doch die zaudernden Volksvertreter zur eiligsten Entscheidung anzutreiben.

Ich trabte durch das wohlbekannte Bois de Boulogne der Stadt zu. Mit dem sechsten schlesischen Corps traf ich am Thore zusammen. Da erschien auch Bismarck mit einem glänzenden Gefolge von Reitern auf der Avenue de la grande armée. An seiner Seite ritt ich um die aufgeworfene Barrikade vor dem Thore und über die Zugbrücke nach Paris hinein. Vor uns erhob sich, von der klaren Frühlingssonne angestrahlt, der gewaltige Arc de triomphe, das stolze marmorne Denkmal für die zahllosen Siege des großen Kaisers, hinter uns erklang jubelnd die muntere Melodie des Pariser Einzugsmarsches vom Jahre 1814. Ich fühlte mein Herz unbändig schlagen. Auf dem weiten runden Platze des Triumphbogens stand dichtgedrängt eine große Schar Pariser Straßenpöbels. Sie empfing uns mit Geschrei und schrillem Pfeifen. „Vive la France, à bas les Prussiens!" scholl es uns frech entgegen.

Bismarck war an der rechten Seite der Avenue nahe an der Spalier bildenden Menge mitgeritten [1]). Bald war er in seiner gelben Kürassieruniform von den Parisern erkannt. „Ah le voilà, c'est lui, voilà Bismarck!" so ging es von Mund zu Mund. Wie besessen drängten die Leute heran und liefen mit, um den furchtbaren Feind zu sehen. Mir wurde bange, es könne ein Streich gegen ihn geführt werden, und ich ritt, scharf aufpassend und die Zudringlichkeiten abdrängend, zwischen dem Kanzler und der erregten Menge. Wie mir schien, baten einige der Herren aus seiner nächsten Umgebung den Kanzler, sich nicht unnötig der Gefahr auszusetzen, und, ihnen nachgebend, versagte sich der Held,

[1]) Die nachstehenden Ausführungen bilden eine Ergänzung dessen, was bereits im Bd. II., S. 144 über diese Episode von dem Grafen Fred Frankenberg berichtet worden ist.

durch den Triumphbogen einzureiten in das stolze Paris, das zu Deutschlands Füßen lag. Er wendete sein Pferd rechts ab in eine Seitenstraße und trabte mit einem Teil seiner Herren auf Versailles zu. Welche Gedanken mögen seinen Geist in dieser Stunde bestürmt haben?! —

Fürst Bismarck hat selbst im Januar dieses Jahres diesen Vorgang einem Friedrichsruher Besucher wie folgt erzählt: [1]) „Ich ritt von der Parade aus ganz allein, sogar ohne Begleitung eines Reitknechts, bis zum Arc de triomphe, von vornherein in der Absicht dort umzukehren, nicht aus Rücksicht auf die Volksmassen, sondern in Gemäßheit eines auch mir und zwar vom Könige selbst mitgeteilten königlichen Befehls, welcher den sämtlichen höheren Chargen, mit Ausnahme der mit den Truppen dienstlich in Paris einrückenden, das Einreiten in Paris vor dem Einzuge Sr. Majestät, der damals noch beabsichtigt war, bestimmt untersagte. Ich hatte daher von Anfang an die Absicht, am Triumphbogen umzukehren, zumal für den Nachmittag noch ein Vortrag beim Könige anberaumt war, und ich benutzte die mir aus der Erinnerung bekannte Seitenstraße nur deshalb, weil ich den Weg für kürzer hielt und weil ich auch den Begegnungen der einrückenden Truppen ausweichen wollte. Auch auf diesem Wege fand ich ein sehr erregtes Publikum, welches mich mit den Rufen: Ah! le Prussien! le salop! empfing. Ich ritt bei einem solchen Anlaß direkt auf einen Mann zu, der rauchend dastand, um mir Feuer für meine Cigarre zu erbitten, was in höflichster Weise gewährt wurde. Im Weiterreiten begegnete ich dem Prinzen Karl von Preußen mit Gefolge, der mich erstaunt fragte: „Bismarck, weshalb kehren Sie um?" Ich erwiderte, daß dies einem königlichen Befehle zufolge geschehe und daß es mich wundere, den Prinzen dennoch nach Paris reiten zu sehen. Prinz Karl setzte indes seinen Weg fort, auf welchem er nicht unbehelligt blieb.

6. Hans Victor von Unruh.

Von den Mitgliedern der nach Paris entsandten Kaiserdeputation hatte der Abgeordnete von Unruh [2]) ein Gespräch mit Bismarck, das zu charakteristisch war, um es hier zu übergehen. Unruh erkundigte sich nach Bismarck's Befinden, und er antwortete, so lange er oft biwakiert, aus der Satteltasche gelebt und wenig mit Schreiberei zu thun gehabt habe, sei sein Befinden vortrefflich gewesen; seitdem er hier wieder mit Schreibwerk und Verhandlungen überladen sei, stehe es wieder schlecht mit seiner Gesundheit. „Mir war — so berichtet Unruh — aus besten Quellen genau bekannt, daß Bismarck niemals biwakiert hatte, auch nicht bei Gravelotte, wo er die Nacht in einem kleinen Hause zugebracht; ebenso wußte ich, daß das große Hauptquartier zwar sehr frugal gelebt, es aber an den nötigen Lebensmitteln niemals gefehlt habe. War doch die Verpflegung der

[1]) „Berliner Neueste Nachrichten", Nr 57 vom 1. Februar 1895.

[2]) Zwei Gespräche aus den Jahren 1856 und 1859, welche Bismarck mit von Unruh führte, als dieser dem Abgeordnetenhaus noch nicht angehörte, findet man in den von mir herausgegebenen „Erinnerungen aus dem Leben von Hans Victor von Unruh" S. 194 und 207 f.

Digitized by Google

Truppen eine ziemlich regelmäßige und ausreichende gewesen. Ich erlaubte mir daher gegen Bismarck in halb scherzhafter Form die Bemerkung, mit dem Biwakieren des großen Hauptquartiers möge es wohl nicht schlimm gewesen sein, und für die notwendigen Lebensmittel sei doch gewiß auch gesorgt worden. „Man war nur dessen sicher, was man in der Satteltasche hatte," erwiderte Bismarck. Gleich darauf sagte jemand aus der Umgebung Bismarck's, ich glaube, es war Herr von Keudell, zu mir, biwakiert habe Bismarck allerdings nicht, auch an den nötigen Lebensmitteln habe es nicht gefehlt[1]); dennoch sei es vollkommen richtig, daß der Reichskanzler sich während des Marsches bis Versailles sehr gut befunden hatte, weil er früh aufstehen und früh zur Ruhe gehen, sehr einfach leben mußte und nicht viel zu arbeiten hatte. Hier in Versailles setze er sein Berliner Leben fort, bleibe oft bis lange nach Mitternacht auf und vormittags lange im Bette, esse reichlich und trinke nicht viel, aber doch mehr, als ihm oft gut thue, arbeite und konferiere sehr viel und befinde sich wieder nicht gut.

7. Freiherr von Ketteler.

Bald nach der Rückkehr Bismarck's aus dem französischen Kriege hatte der Abgeordnete Freiherr von Ketteler eine Unterredung mit Bismarck[2]). Näheres darüber erfahren wir aus einem Schreiben, das der Bischof von Mainz nach der Herrenhausrede Bismarck's vom 10. März 1873 an eine ihm publizistisch nahe stehende Stelle richtete. Hier erklärte derselbe:

„Von dem Schreiben, welches ich am 1. Oktober 1870 nach Versailles an den Fürsten Bismarck richtete, hatten die Herren der Centrumsfraktion keine Kenntnis, bis ich dasselbe veröffentlicht hatte. Dieses Schreiben selbst aber ist gewiß der beste Beweis, wie fern mir der Gedanke lag, daß man diese Bemühungen (auf Erzielung von Garanticen in der Reichsverfassung) später als staatsfeindlich und staatsgefährlich, als ein Bestreben, einen feindlichen Dualismus ins Leben zu rufen, auffassen werde. Ich hatte damals vielmehr allen Grund zu glauben, daß dieses mein angebliches Programm durchaus den Absichten der preußischen Regierung entspreche. Aus diesem Grunde habe ich mein sogenanntes Programm auf keinem andern Wege zu verwirklichen gesucht, als lediglich dadurch, daß ich in meinem Briefe meine innigsten Überzeugungen dem Fürsten Bismarck

---

[1]) Die Darstellung des Verhältnisses, wie sie Bismarck Unruh gab, wird gleichwohl nicht angezweifelt werden dürfen. In ähnlicher Weise erzählte der Kanzler am 29. Oktober 1870 dem badischen Minister Freiherrn von Freydorf, daß er seine Karlsbader Wasserkur behufs der politischen Verhandlungen und zum Kriegszuge 1870 habe unterbrechen müssen. Anfangs habe er starkes Arbeiten des Blutes verspürt und für seine Gesundheit gefürchtet Als er aber ein paar Tage im Felde gewesen, sei er vollkommen gesund geworden. Nur als es bei Metz einige Tage Ruhe gegeben, sei er wieder etwas leidend gewesen. Im übrigen habe er alle Strapazen ausgehalten und häufig nur von einem Stück Brot und Speck gelebt, einer Kost, die er sich sonst nicht habe zumuten dürfen. Alle nötigen Geschäfte besorge er gern und bleibe dabei gesund; unnötige Arbeit aber mache ihm Ärger und Galle, schwelle ihm die Adern an, und das sei seine Krankheit.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 162.

Digitized by Google

vertrauensvoll vorgetragen habe. Ganz in derselben Weise handelte ich, als ich später als Abgeordneter nach Berlin kam. Ich erbat mir eine Audienz beim Fürsten Bismarck lediglich und allein in der Absicht, um ihm die Gründe, welche ich für die Aufnahme der preußischen Verfassungsbestimmungen in die Reichsverfassung in meinem Schreiben entwickelt hatte, eingehender zu motivieren. Es steht mir nun nicht zu, mich über die hierüber gepflogene Unterredung mit dem Fürsten des Näheren auszusprechen. Ich habe aber den Fürsten damals mit der Überzeugung verlassen, daß ein bezüglicher Antrag der Centrumsfraktion zwar zur Zeit und aus politischen Gründen seitens der Reichsregierung keine Unterstützung finden werde, daß derselbe aber ebensowenig als ein oppositioneller, als ein regierungsfeindlicher würde angesehen werden. Ich hätte eher geglaubt, daß der Fürst einem solchen Antrage persönlich wohlwollend gegenüberstehe. Ich hoffe, daß diese Mitteilung keine Indiskretion enthält, da sie mir durch die Äußerung des Fürsten Bismarck im Herrenhause abgenötigt ist. Nach diesen Vorgängen konnte ich fürwahr nicht erwarten, daß der Fürst mein Programm, welches — um es nochmals zu wiederholen — mit den preußischen Verfassungsbestimmungen identisch ist, später als staatsgefährlich, als einen Versuch, die Einheit des preußischen Staatswesens auseinander zu reißen, bezeichnen werde . . .

8. Von Savigny.

Dieselbe Kulturkampfrede Bismarck's veranlaßte auch den Abgeordneten von Savigny [1]) zu einer Replik in der „Germania". Herr von Savigny erklärte:

Aus den Zeitungsreferaten über die Herrenhaussitzung vom 10. d. M. habe ich ersehen, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck mit ausdrücklicher Erwähnung meines Namens die Richtung der Centrumsfraktion, deren Programm ich mit zu unterzeichnen die Ehre hatte, als eine „regierungsfeindliche" charakterisiert hat. Solche Anklage, einer prinzipiell regierungsfeindlichen Richtung, ist schon wiederholt, innerhalb wie außerhalb der Kammern gegen die genannte Fraktion erhoben, aber auch ebenso oft von ihren Mitgliedern mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden.

Wenn jedoch die Regierung gegen das Erwarten der Männer, welche zuerst das Programm der Centrumspartei aufzustellen sich veranlaßt sahen, ihrerseits auf kirchenpolitischem Gebiete thatsächlich eine ganz neue, der bisherigen verfassungsmäßigen Ordnung in Preußen entgegengesetzte Richtung zu befolgen für rätlich erachtet hat, so erklärt dies wohl zur Genüge, weshalb die Centrumsfraktion auf diesem Gebiete der Regierung entschiedene Opposition zu machen jetzt genötigt ist.

Zu wahrer Befriedigung darf es dabei allen Genossen der Centrumspartei, also auch dem Unterzeichneten, gereichen, daß sie nicht bloß im eigenen Kreise, sondern auch in weiteren Kreisen, und zwar im gesamten deutschen Vaterlande, treuen und bewährten Patrioten katholischer wie evangelischer Kon-

[1]) Vergl. Bd. II., S. 162.

Digitized by Google

fession begegnen, welche mit ihnen den Weg aus vollem Herzen beklagen, den die preußische Regierung gegenwärtig auf kirchenpolitischem Gebiete eingeschlagen hat.

Berlin, den 12. Mai 1873.

von Savigny, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Hermann Wagener, der Savigny eine Zeit lang näher gestanden, bemerkt, daß demselben die Gabe der freien Rede gänzlich versagt und daß er deshalb völlig außer stande war, einem Parlamente gegenüber eine staatsmännische Rolle zu spielen.

9. Dr. Ritter von Schulte[1]).

In der Zeit, da die Wogen des Kulturkampfes am höchsten gingen, wurde in den Reichstag der Bonner Professor Dr. von Schulte gewählt, welcher seit Jahren mit ebenso vielem Eifer als Geschick die Sache derjenigen Katholiken vertreten hatte, welche das von Pius IX. am 18. Juli 1870 durchgesetzte Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes nicht anerkennen wollten.

Die Berührungen Bismarck's mit Schulte datieren aus einer etwas früheren Zeit her, da Schulte von den Altkatholiken das Mandat erhalten hatte, wegen der Wahl eines altkatholischen Bischofs mit der preußischen Regierung zu verhandeln[2]). Am 28. November 1872 sandte derselbe ein kurzes Promemoria an den Fürsten Bismarck in einem Briefe an den in Varzin weilenden Geheimrat Bucher mit der Bitte, es dem Herrn Reichskanzler einzuhändigen. Bucher schrieb an Schulte am 1. Dezember: „Er (der Reichskanzler) beauftragt mich, für diese Mitteilung seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Er sei bereit zu vermitteln, in wie weit resp. mit welchen Modifikationen der von Ihnen bezeichnete Weg gangbar sei. Dazu müsse er sich mit Sachkundigen, womöglich auch noch mit Ew. Hochwohlgeboren besprechen, was erst nach seiner Rückkehr zur Stadt, hoffentlich im Laufe dieses Monats, thunlich wäre. Inzwischen bitte er um eine gefällige Benachrichtigung, ob Sie ihm gestatten, über den Gegenstand mit dem Herrn Kultusminister in Korrespondenz zu treten." Diese Nachricht gab Schulte sofort bejahend ab.

Am 14. Dezember 1872 traf Bismarck von Varzin zu ständigem Aufenthalt in Berlin ein.

Am 19. oder 20. Dezember 1872 besprach Bismarck bei der ersten Begegnung mit dem Kultusminister Dr. Falk die Altkatholikenfrage. Während derselbe früher zu schroffem und raschem Vorgehen zu deren Gunsten gesonnen war

---

[1]) Geboren am 23 April 1827, altkatholisch. Universitätsprofessor in Bonn. Von 1854 bis 1872 in Prag. Verfasser zahlreicher und hochbedeutsamer Werke über Kirchenrecht und Rechtsgeschichte. Gewählt 1874 in den Reichstag im sechsten Wahlkreise Düsseldorf. National-liberal.

[2]) Die nachstehenden Ausführungen sind dem bedeutsamen Werke von Schulte: Der Altkatholizismus, Geschichte seiner Entwickelung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung, Gießen 1887, entnommen.

zed by Google

riet er jetzt zum vorsichtigen. Bei einer zweiten Begegnung mit Falk meinte Bismarck, man solle so viel als möglich suchen, die Sachen ohne Eklat zu planieren. Über die Bischofsfrage hatte Bismarck mit Falk bei dieser Gelegenheit nicht gesprochen.

Am 2. Januar 1873 wurde Professor Schulte von Bismarck empfangen[1]. Der Kanzler sagte zu ihm:

„Mein Standpunkt ist ganz der Ihrige. Ich halte die Altkatholiken für die einzigen Katholiken, denen eigentlich alles gebührt. Wenn nun die Regierung diesen Standpunkt praktisch zum Teil aus den hervorgehobenen Gründen nicht durchgeführt und nicht gesagt hat, wir sehen die Millionen nicht mehr als Katholiken an, so hat sie ihn darum nicht aufgegeben. Ich habe bisher verhindert, daß das geringste geschehen ist, wodurch diesem Standpunkte präjudiziert würde; man kann daher in jedem Augenblicke sich auf ihn stellen. Was meine Ansicht betrifft, so habe ich sofort, als ich Ihr Memoire gelesen, prima facie mir gesagt und bleibe dabei: wählen Sie einen Bischof, kommen Sie dann ein um die Anerkennung. Wir können diese nicht versagen, da wir zugeben müssen, daß mit dem Vatikanum alles hinfällig geworden ist und deshalb die Formen nicht mehr passen. Als Politiker muß ich Ihnen aber raten, nicht bloß nach meiner Ansicht zu handeln, sondern ich muß versuchen, meine Kollegen dahin zu bringen. Ich werde, wenn dazu Zeit sein sollte, morgen in der Sitzung des Staatsministerums, die ich wohl bei mir werde abhalten lassen müssen, den Gegenstand zur Sprache bringen, jedenfalls aber unausgesetzt ihn im Auge behalten . . . Ist die Anerkennung gesichert, so müssen wir auch die budgetmäßigen Mittel bewilligen. Ihnen gehört ja eigentlich alles. Will die Regierung diesen Standpunkt nicht durchführen, so muß sie Ihnen das Notwendige geben."

Von einem vortragenden Rate des Kultusministeriums erfuhr Schulte am 1. Januar 1873, daß bis zu diesem Tage Fürst Bismarck mit dem Minister Falk über die von ihm in dem Promemoria vorgetragene Sache der Bischofswahl nicht gesprochen habe.

Am 3. Januar 1873, nachmittags von 1—5 Uhr, fand eine Staatsministerialsitzung in dem Zimmer des Fürsten Bismarck, der dies nicht verlassen konnte, statt. Bismarck brachte zum Erstaunen Falk's, ohne Schulte zu nennen und ohne daß einer merkte, es sei nicht sein eigener Vorschlag, vor, daß die Altkatholiken, da sie doch die eigentlichen Katholiken seien, Bischöfe wählen müßten, und daß die Regierung diese anzuerkennen und ins Budget die Dotation einzustellen habe.

Falk war erstaunt, als Bismarck in der Sitzung des Staatsministeriums plötzlich die Frage aufwarf, es sei an der Zeit, für die Altkatholiken eine Dotation einzustellen, damit sie einen neuen Bischof wählen und sich so konstituieren könnten.

[1]) Horst Kohl sind alle Daten, welche Bismarck's Beziehungen zu Schulte betreffen einschließlich der durch L. Bucher geführten Verhandlungen, unbekannt.

Digitized by Google

da sie doch die eigentlichen Katholiken seien. Ein Ohren- und Augenzeuge der Sitzung[1]) hegte die Vermutung, Bismarck habe vielleicht die Idee gehabt, die Bischofsfrage zu benutzen, um die Kurie zu vollem Rückzuge zu bewegen, zur unbedingten Anerkennung aller Veränderungen u. s. w.

Am 4. Januar 1873 war wieder eine Sitzung des Staatsministeriums. Vor derselben sagte der Minister Falk im Vorzimmer Bismarck's merkwürdig erregt:

„Ich begreife nicht, wie Bismarck auf einmal dazu kommt, seinen und des Ministeriums Standpunkt aufzugeben. Wir haben bisher beide Parteien als in der katholischen Kirche stehend anerkannt, jetzt soll plötzlich nur die eine als solche anerkannt werden. Ich weiß nicht, was dazwischen liegt."

Und zu Schulte sagte Falk am 5. Januar abends:

„Obwohl man bei Bismarck auf grelle Sprünge gefaßt ist und bei einem Staatsmann von solcher Bedeutung nicht immer jedes Bindeglied verlangen darf, was bei andern nötig ist, glaube ich doch, daß etwas in der Mitte liege."

Am 11. Juni 1873 sandte Professor von Schulte folgendes Schreiben an den Fürsten Bismarck:

„Die am 3. Juni in Köln tagende Wahlversammlung hat die anliegenden „Provisorischen Bestimmungen" einstimmig angenommen, am 4. Professor Dr. Reinkens mit 69 von 77 Stimmen zum Bischof gewählt und dieser die Wahl angenommen. Wegen des Ablebens des Bischofs von Utrecht wird der Bischof von Deventer die Konsekration im Juli d. J vornehmen. Obwohl erst nach dieser um die Anerkennung wird eingeschritten werden, habe ich geglaubt, die Wahl, die Mitglieder der Synodalrepräsentanz und jene Folgen bezeichnen zu sollen, welche sich nach unsrer Auffassung als Konsequenz der staatlichen Anerkennung ergeben, in der vertrauensvollen Voraussetzung, die hohe Regierung werde schon jetzt der Sache ihre Aufmerksamkeit zuwenden, um die spätere Bitte baldigst zu gewähren.

Zu ordentlichen Mitgliedern wählte man Knoodt und Reusch, die Laien Schulte, Hasenclever und Appellations-Gerichtsrat Rottels in Köln. Alle wählten mich zum 2. Vorsitzenden (§ 6), wir kooptierten Friedrich und Michelis, Cornelius in München und Windscheid[2]) in Heidelberg . . .

Im Namen der Synodalrepräsentanz möge mir die gehorsamste Bitte gestattet sein um Einstellung einer Summe von 20000 Thlrn. im Staatsvoranschlage von 1874." . . . .

Am 22. Juni teilte Geheimer Legationsrat Bucher dem Professor von Schulte mit:

„Im Vertrauen erlaube ich mir Ihnen die ganz ergebenste Mitteilung zu machen, daß der Fürst über Ihre letzte Eingabe mit dem Herrn Kultusminister

[1]) Da auch bisweilen Geheimräte als Kommissare der Staatsministerialsitzung beiwohnen, so ist damit nicht gesagt, daß der betreffende Zeuge ein Minister war.

[2]) Derselbe lehnte ab, worauf Professor Gengler aus Erlangen gewählt wurde.

Digitized by Google

gesprochen hat und günstigen Dispositionen begegnet ist, die sich amtlich bethätigen werden, sobald der Antrag auf staatliche Anerkennung eingegangen ist."

An der Summe von 20000 Thlrn. hielt Schulte fest in der Antwort auf eine Anfrage von Geheimrat Bucher vom 14. Februar 1873, welche lautete:

„Zugleich erlaube ich mir die Bitte um eine gefällige Benachrichtigung, welche Summe nach Ihrem Ermessen zur ersten mise en scène der Bischofswahl erforderlich sein würde. Der Finanzminister ist geneigt, verlangt aber Ziffern. Zwanzigtausend Thaler würden wohl ohne Schwierigkeit zu erlangen sein, und wenn die Sache einmal im Gange ist, wären Nachschüsse noch leichter zu beschaffen."

Am 9. Juni 1873 schrieb Bucher dem Professor Dr. von Schulte:

„Ich erlaube mir im engsten Vertrauen auch zur Erledigung eines noch älteren Korrespondenzrestes etwas zu bemerken. Der Fürst war geneigt, die Subvention zu beantragen. Auf andern Seiten, wo man in Geldsachen mitzureden hat, erhob man aber zur Zeit, namentlich wegen der Kirchengesetze, Bedenken. Der Fürst rechnete darauf, daß Sie auf Ihrem Umzuge nach Bonn Berlin berühren würden und verschob die Mitteilung an Sie auf eine persönliche Begegnung, zu der es nicht gekommen ist. Vergessen Sie die Sache aber nicht" [1]).

Eine zweite Berührung Schulte's mit Bismarck erfolgte bei dem Zustandekommen des preußischen Altkatholikengesetzes.

Im Abgeordnetenhause war der Appellationsgerichtsrat Dr. Petri aus Wiesbaden seiner Überzeugung und Tüchtigkeit nach der Mann, um einen Initiativantrag zu stellen. Petri arbeitete den betreffenden Gesetzentwurf aus, übersandte ihn dem Professor von Schulte und änderte denselben nach den Angaben des letzteren um.

Auf den Wunsch Petri's übersandte Schulte bei seiner Anwesenheit zu den Sitzungen des Reichstags den Entwurf dem Fürsten Bismarck behufs Prüfung und Erklärung, ob der Einbringung Bedenken entgegenständen, zu deren vertraulicher Mitteilung er um eine kurze Audienz bat. Die Antwort lautete:

Berlin, den 10. Dezember 1874.

Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich für die Mitteilung des beabsichtigten Antrages bezüglich der äußeren Rechtsverhältnisse der Altkatholiken meinen verbindlichsten Dank zu sagen. Von einer mündlichen Erörterung desselben wird vielleicht Umgang genommen werden können. Die Rücksicht auf meine Gesundheit macht es mir zur Pflicht, mündliche Konferenzen und Verhandlungen prinzipiell und der Exemplifikation wegen zu vermeiden. Eine Notwendigkeit solcher dürfte nicht vorliegen, da ich von dem badischen Gesetze vom 15. Juni d. J., an welches der Entwurf sich anlehnt, zur Zeit seiner Beratung Kenntnis genommen habe und einer analogen Maßregel zur

[1]) Statt der 20000 Thlr. wurden nur 16000 Thlr. von der Regierung gefordert und vom Landtage bewilligt.

Digitized by Google

Befriedigung des auch bei uns vorhandenen Bedürfnisses, so viel an mir, ohnehin förderlich zu sein beabsichtigte. von Bismarck.

Petri setzte sich hierauf, als er zum Landtage in Berlin war, mit Falk in Verbindung und teilte ihm den Entwurf mit. Derselbe wurde nicht gebilligt, vielmehr der Ministerialdirektor Dr. Förster und Geheime Ober-Regierungsrat Dr. Hübler beauftragt, mit Petri in eine Besprechung darüber einzutreten.

In dem von dem Abgeordneten Petri eingebrachten Gesetzentwurf war in Art. 13 eine sehr einschneidende Bestimmung, welche lautete:

„Haben die Altkatholiken innerhalb einer Kirchengemeinde oder eines Kirchspiels eine staatlich genehmigte eigene kirchliche Gemeinschaft gebildet, so können sie nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tage der früheren Abstimmung an gerechnet, eine neue Abstimmung nach Maßgabe der Bestimmungen in Artikel 4 Absatz 3 beantragen, nach deren Ergebnis ihre Ansprüche auf die Verwaltung und Nutznießung des in der betreffenden Kirchengemeinde oder dem betreffenden Kirchspiel vorhandenen Kirchen- und zu kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögens sich bemessen."

Falk sagte zu Petri (Mitte Februar 1875), daß Bismarck noch neuerdings sich entschieden gegen den von den Altkatholiken gewünschten Abstimmungsmodus erklärt habe. Da der Kultusminister selbst Bismarck's Auffassung teilte, so wurde der Artikel 13 abgelehnt.

10. Ein lothringischer Abgeordneter.

Am 18. Februar 1874 stand, bei einem ungewöhnlichen Andrang zu den Tribünen, der Protest des Abgeordneten für Zabern, Teutsch, gegen die Einverleibung von Elsaß-Lothringen auf der Tagesordnung. Vor Beginn der Verhandlungen wandte sich ein lothringischer Abgeordneter privatim an den Fürsten Bismarck, um in französischer Sprache die Zulässigkeit des Französischsprechens im Reichstage zu befürworten. Fürst Bismarck lehnte es auch für den Privatverkehr ab, mit einem Reichstagsabgeordneten französisch zu sprechen. Als der Abgeordnete erwiderte, Bismarck spreche doch sonst sehr gut französisch, entgegnete derselbe, im Reichstag spreche der Reichskanzler nur deutsch [1]).

11. Rudolf von Bennigsen.

Am 19. Mai 1866 weihte Bismarck den Abgeordneten von Bennigsen in seine Pläne in Bezug auf die Umgestaltung Deutschlands ein [2]). Aus den inzwischen veröffentlichten Tagebüchern Theodor von Bernhardi's wissen wir, daß dieser Historiker auf Roon's Veranlassung die gedachte Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten des preußischen Staatsministeriums und des Nationalvereins vermittelte, und zwar bei Gelegenheit einer Audienz, welche Bernhardi von Bismarck am 27. April 1866 gewährt wurde.

---

[1]) Eugen Richter: Im alten Reichstag, S. 77.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 33.

Digitized by Google

Am 25. April 1876 ließ Bismarck abends den Abgeordneten von Bennigsen kommen, um demselben noch besonders zu versichern, daß das Entlassungsgesuch Delbrück's nur auf erschütterte Gesundheit desselben zurückzuführen sei. Fürst Bismarck machte dann noch Andeutungen über den Nachfolger; er bezeichnete als solchen Herrn Hofmann, den bisherigen hessischen Gesandten. Zu jener Zeit wollte man in parlamentarischen Kreisen wissen, daß Fürst Bismarck schon vor Ostern lange Konferenzen mit Hofmann gehabt und letzteren veranlaßt habe, sich auch dem Kaiser in Wiesbaden vorzustellen. Fürst Bismarck suchte es noch am Abend des 25. April gegenüber Herrn von Bennigsen so darzustellen, als ob in der Auswahl des Herrn Hofmann eine Rücksichtnahme auf die Nationalliberalen enthalten sei. Damals war allerdings auch die Rede davon, daß der spätere Minister des Innern Graf Botho zu Eulenburg, damals noch Oberpräsident in Hannover, Delbrück's Nachfolger werden sollte [1]).

12. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode [2]).

Zu denjenigen Konservativen, welche die Aufgaben einer konservativen Partei in Preußen richtig erkannt und die Fronde nicht mitgemacht haben, welche der Kern dieser Partei zu Anfang der siebziger Jahre zu inscenieren für gut fand, zählt **Graf Udo Stolberg**. In allen großen Fragen sehen wir den Grafen **Udo Stolberg** Schulter an Schulter mit Bismarck kämpfen; ich nenne in erster Reihe den Streit über die Linien zwischen Staat und Kirche, das Reichseisenbahnprojekt und die Fürsorge des Staates für die bedrängten Interessen der Landwirtschaft.

Gleich bei seinem Eintritt in den Reichstag erwies Graf Stolberg dem Kanzler einen Dienst, indem er das Programm der im Jahre 1877 reorganisierten konservativen Partei den Wünschen Bismarck's möglichst anzupassen sich bestrebte. Bismarck, der damals von der im Lasker'schen Fahrwasser schwimmenden nationalliberalen Partei mit größtem Mißtrauen betrachtet und dementsprechend bei den entscheidenden Abstimmungen auch überall im Stich gelassen wurde, war damals eben gezwungen, sich nach einem Ersatz dafür umzusehen. Da das Centrum bei der damaligen Lage des Kulturkampfes als Regierungspartei nicht in Frage kommen konnte, so blieb nur die neu konstituierte Fraktion der Konservativen [3]) übrig.

---

[1]) Eugen Richter: Im alten Reichstag I., S. 146.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 238 f.

[3]) Auf das Verhältnis der Fraktion der Deutsch-Konservativen zu Bismarck wirft nachstehendes Schreiben Licht, welches vom Vorstande der gedachten Fraktion an den Chefredakteur der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gelangte: „Berlin, 12. April 1877. Euer Hochwohlgeboren haben in der heutigen Nummer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auf eine Korrespondenz der „Magdeburger Zeitung" aus Berlin aufmerksam gemacht, die sich mit der angeblichen Stellung und den Wünschen der deutsch-konservativen Abgeordneten bezüglich der Beurlaubung des Herrn Reichskanzlers beschäftigt. Wir können nur dankbar dafür sein, daß Sie diese Insinuation bereits mit dem richtigen Namen bezeichnet haben. Unsrerseits kann nur ein Bedauern ausgesprochen werden, wenn der Gesundheitszustand des Kanzlers dem Reiche die feste, leitende Hand entziehen sollte, deren es jetzt nach innen und außen dringend bedarf. Daß unsre Fraktion und ihre Stellung im Reichstage zu den Vorgängen, die auf die Entschlüsse des Fürsten Bis-

Digitized by Google

deren Vorstand durch die Herren von Seydewitz, Graf Kleist und von Helldorff gebildet wurde. Graf Udo Stolberg hatte nur eine eigentliche geschäftliche Unterredung mit dem Kanzler[1]), und diese betraf die politische Lage bei Beginn der neuen Reichstags-Legislatur-Periode.

„Ich habe mich — bemerkte Bismarck — von der konservativen Partei trennen müssen, weil sie mich beim Schulaufsichtsgesetz der Kurie gegenüber im Stich gelassen hat. Die Haltung der Konservativen brachte mich vor die Alternative, entweder vor der Kurie das Gewehr zu strecken, oder mich auf andre Parteien zu stützen." Das Centrum und die Konservativen gegen sich, habe er sich nicht bloß auf die nationalliberale Partei stützen müssen, er habe vielmehr noch weiter nach links greifen müssen, um eine Mehrheit zu erlangen. Dadurch habe der Kulturkampf gegen seinen Willen einen kirchenfeindlichen Anstrich bekommen; er habe den Kulturkampf von Haus aus nur betrachtet als eine Abwehr gegen die Übergriffe der Kurie auf weltliches Gebiet und gegen das Vordringen der polnischen Propaganda.

Demnächst kam Fürst Bismarck auf das Programm der neu gegründeten konservativen Partei[2]) zu sprechen. Hauptsächlich beteiligt waren an deren Gründung die Abgeordneten von Helldorff, von Minnigerode, Grimm, von Below und der damalige Landrat, jetzige Unterstaatssekretär im Kultusministerium von Weyrauch. Helldorff's Grundgedanke war eine Partei, die alle konservativen Elemente in Nord- und Süddeutschland umfassen, die bei voller Wahrung ihrer Selbstständigkeit sich auf nationalen Boden und somit in den Dienst des Reichsgedankens stellen, und dadurch in allen großen nationalen Fragen die Regierung nach Möglichkeit unterstützen sollte.

Bismarck ging das Programm der neuen Partei mit dem Grafen Udo Stolberg Punkt für Punkt durch und bemerkte dazu:

Das Programm müsse in wirtschaftlichen Fragen entschieden agrarisch sein, in allen politischen Fragen den Liberalen möglichst weit entgegenkommend. Denn auf die Dauer ließe sich schon in Preußen und noch mehr im Deutschen Reich regieren, wenn man sich stütze auf die konservativen und gemäßigtliberalen Elemente. Bei Punkt vier des Programms wollte Bismarck an Stelle des Wortes: „das

marck etwa einen Einfluß geübt haben, in absolut keiner Beziehung stehen, ist eben so gewiß, als daß von seiten der Fraktion keinerlei Kundgebung und keinerlei autorisierte Äußerung in der Presse erfolgt ist, in welcher dem Gedanken Ausdruck gegeben wäre, daß uns der Rücktritt des Reichskanzlers erwünscht sei. Gerade für die Reform der Steuer- und Sozialgesetzgebung, die wir erstreben, können wir dem Herrn Reichskanzler nur die volle Gesundheit wünschen. Die von ihm öffentlich ausgesprochenen Ansichten lassen es nicht zweifelhaft erscheinen, daß er für seine Pläne auf diesem Gebiete von unsrer Seite des Hauses auf eine kräftigere Unterstützung rechnen kann, als von der Seite, deren Interessen bisher die „Magdeburger Zeitung" vertreten hat. Der Vorstand der Fraktion der Deutsch-Konservativen. Graf Moltke. v. Seydewitz. v. Helldorff. Ackermann. Graf Kleist."

[1]) In Bd. II., S. 238 konnte nur die Thatsache dieser Unterredung mitgeteilt werden. Ich bin jetzt in der Lage, den Inhalt derselben näher zu skizzieren.

[2]) Dasselbe findet sich abgedruckt Bd. II., S. 203.

Digitized by Google

religiöse Leben" den Ausdruck „das christliche Leben" genannt haben, da dieser Ausdruck konkreter wäre. Er könne sich — so fuhr der Kanzler fort — natürlich nicht mit jedem Passus des Programms identifizieren, aber er glaube wohl, daß, wenn die deutsch-konservative Partei auf diesem Programm stehe, ein gedeihliches Zusammenwirken mit der Regierung möglich sei. Auf den Kulturkampf noch einmal zurückkommend, bemerkte Bismarck, er halte ihn nicht für eine dauernde Institution, hoffe denselben vielmehr durch einen Vergleich s. Zeit beseitigen zu können [1]). Dies würde um so leichter sein, je kräftiger die Stellung der Regierung sei und je mehr sie von den Parteien unterstützt werde. Er würde sich freuen, wenn eine verstärkte konservative Partei wieder in den Reichstag käme. Vor allem empfehle er den Herren, sie möchten sich fleißig an der wirklichen Arbeit im Plenum und namentlich an den Kommissionen beteiligen; denn im Parlament hätten nur die Einfluß, die arbeiten.

13. Von Nathusius-Ludom.

Aus der Darstellung in Bd. II., S. 237, wissen wir bereits, daß es im Februar 1877 wegen der Aufnahme des Abgeordneten Nathusius-Ludom [2]) in die neu gegründete konservative Partei auf ein Haar zu einer Differenz mit Bismarck gekommen ist. Über das Verhältnis dieses Abgeordneten zu Bismarck ist noch fogendes nachzutragen.

Im Frühjahr 1872 schrieb von Nathusius-Ludom eine Serie von Artikeln für die „Kreuzzeitung", betreffend die Kreisordnung und die ständische Gliederung. Dieselben lenkten die Aufmerksamkeit der konservativen Partei auf ihn. Als Beutner — der Nachfolger Hermann Wagener's als Chefredakteur der „Kreuzzeitung" — noch in demselben Frühjahr vom Schlage gerührt wurde (er hatte sich kurz vorher wegen eines überaus sarkastischen Artikels des Herrn von Nathusius-Königsborn über den verfassungsmäßig monarchischen und christlichen Charakter des preußischen Staates eine heftige Rüge des Reichskanzlers in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zugezogen), wurde Nathusius-Ludom im Herbst 1872 Chefredakteur der „Kreuzzeitung". Seine obengenannte Arbeit, welche auch im Separatabdruck erschien, war eine scharfe, ja höhnende Absage an den „un-

---

[1]) Es mag daran erinnert werden, daß, als diese Unterredung Bismarck's mit dem Grafen Stolberg stattfand, der Kulturkampf seinen Höhepunkt bereits überschritten hatte. Bismarck's erste Versuche einer Anknüpfung mit Rom begannen bereits anfangs 1876. Als Basis war gedacht, der Papst solle unter Aufrechthaltung der Maigesetze in einen modus vivendi mit dem preußischen Staat einwilligen. 1878 verhandelte Bismarck in Kissingen bereits mit dem päpstlichen Nuntius in München Masella über die Beseitigung des Kulturkampfes.

[2]) von Nathusius-Ludom, Sohn des in Gemeinschaft mit Dr. Heinrich Leo langjährigen Herausgebers des „Volksblatts für Stadt und Land", Philipp von Nathusius und der Dichterin Marie Nathusius, geb. 4. Mai 1842 zu Althaldensleben, evangel. luth., trat im Sommer 1865 in den Besitz der Herrschaft Ludom. 1872—76 Leiter der „Kreuzzeitung", begründete er 1873 die christlich-konservative Volkszeitung „Der Reichsbote". Verfasser verschiedener politischen Schriften, Herausgeber der „Deutschen Encyklopädie".

Digitized by Google

wissenschaftlichen", „unhistorischen" und „unpraktischen" Liberalismus, der damals im Parlamente die Majorität besaß.

Als eine solche wurde selbstverständlich nun auch seine Berufung an die Spitze der „Kreuzzeitung" aufgefaßt. Als kurz darauf der Pairschub erfolgte, um im preußischen Landtage die Bahn nicht nur für die neue Kreisordnung sondern auch für die von der „Kreuzzeitung" scharf bekämpfte kirchenpolitische Gesetzgebung frei zu machen, wandte Nathusius seine Waffe auch gegen den Leiter der Politik selbst. In den folgenden Jahren wurde denn auch die Sprache der „Kreuzzeitung" gegen den Fürsten Bismarck eine immer schärfere. Bei diesem rücksichtslosen Vorgehen kam es Nathusius-Ludom zu statten, daß er in ungewöhnlichem Maße seiner politischen Anhänger sicher war und sie durch seine Kampfesweise mehr und mehr mit sich fortriß. Fanden doch auch in seinem Hause allwöchentlich die geselligen Zusammenkünfte der Spitzen der „Kreuzzeitungspartei" statt, an welchen unter andern die Herren von Kleist-Retzow, Minister a. D. Graf zur Lippe, Oberpräsident a. D. von Witzleben, von Thadden-Trieglaff, Präsident Hegel, Generalsuperintendent Büchsel, Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf, Graf Solms-Baruth teilnahmen. Auch daß es Nathusius-Ludom gelungen war, gleich nach Übernahme der „Kreuzzeitung" die heillos verwirrten Finanzen derselben dermaßen zu ordnen, daß neben erhöhten Verwendungen für die Zeitung selbst ein großes Reservekapital gesammelt und die Mittel zur Begründung des „Reichsboten" (1873) flüssig gemacht werden konnten, festigte diese seine führende Stellung. So wurde ihm auch von den ursprünglichen Begründern die Reorganisation der in den ersten Anfängen stecken gebliebenen deutschen Adelsgenossenschaft übertragen. Er trat infolge dessen mit dem von ihm für die Genossenschaft gewonnenen Grafen v. d. Schulenburg-Beetzendorf in den Vorstand und veröffentlichte in der „Kreuzzeitung" den für die weitere Entwickelung grundlegenden Aufruf.

Der schärfste Konflikt mit dem Reichskanzler brach auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik aus. Zu den Unzufriedenen zählte auch der Herr von Wedemeyer-Schönrade [1]). Er schickte zu Nathusius, der ihm mitgeteilt hatte, daß er beabsichtige, seine Angriffe auf den Liberalismus von jetzt ab wesentlich auf das wirtschaftliche Gebiet zu verlegen, erst Glagau, den aber Nathusius als unklaren und verrannten Ideologen zurückwies, alsdann Perrot, gegen den er zwar auch seine Bedenken hatte, weil er zu den in eine einzige Idee verrannten Spezialisten gehörte, als welcher er alles Unheil in der Welt von der Existenz der Aktiengesellschaften herleitete, mit welchem er aber doch den Entwurf zu den sogenannten Äraartikeln besprach. Der von Perrot dann vorgelegte Entwurf war jedoch sehr mangelhaft, und Nathusius hat denselben vor der Drucklegung radikal umarbeiten, das Material gehörig ordnen und dem Ganzen die politische Spitze geben müssen. Bei dieser Flickarbeit blieben jene wenigen Zeilen stehen, in welchen der Reichskanzler um so mehr einen versteckten, höchst gehässigen

[1]) Vergl. über denselben Bd. II., S. 112.

Digitized by Google

persönlichen Angriff erblicken mußte, als damals bereits jene persönlichen Anfeindungen begonnen hatten, die schließlich in den perfiden Unterstellungen der „Reichsglocke" ausliefen. Nathusius-Ludom war aber überhaupt nicht in das Vertrauen der damals noch nicht an die Öffentlichkeit getretenen persönlichen Angriffe gezogen worden. Er erklärte später, daß, wenn ihm jene Angriffe bekannt gewesen wären, er mehr Aufmerksamkeit der verfänglichen Stelle zugewendet und ihr eine andre Form gegeben haben würde. Mit der Veröffentlichung der Artikel verband Nathusius die Absicht, die Regierung, von welcher er annahm, daß sie in wirtschaftlichen Dingen sich ganz von kapitalistischen Anschauungen leiten lasse, in andre Bahnen zu drängen; daß die bewußten Artikel aber einen so gewaltigen Einfluß auf die ganze innere Situation ausüben würden, daran dachte weder er noch sonst jemand in der Redaktion. Am meisten empörte es den Fürsten Bismarck, daß er, weil die Betrachtung der preußischen Verhältnisse mit einem „auch" unmittelbar an die scharfe Besprechung der österreichischen anschloß, auf eine Stufe mit Beust gestellt erscheinen konnte, der dafür bekannt war, daß er sich bei jedem Geschäfte ein Trinkgeld ausbedung. Diese Unterstellung wäre, wenn beabsichtigt, allerdings im höchsten Grade unwürdig gewesen. Es kam die bekannte geharnischte Rede Bismarck's im Reichstag, worauf die „Kreuzzeitung" nach zwei eigenen scharfen Leitartikeln mit einer knappen, abwehrenden Erklärung einer Anzahl von angesehenen Lesern des Blattes antwortete, der sich dann wochenlang die bekannten „Deklaranten" in den Spalten des Blattes anschlossen.

Als im Winter 1875/76 die neue deutsch-konservative Partei geplant wurde, kam Herr von Minnigerode zu Nathusius-Ludom und forderte ihn auf, sich dieser Neubildung anzuschließen. Es handle sich um eine durchaus unabhängige, die konservativen Elemente des gesamten Reiches umfassende Partei, welche in ihrer kompakten Geschlossenheit der Regierung eine Schwenkung nach der konservativen Seite erleichtern und sie thunlichst unterstützen sollte. Nathusius-Ludom entschloß sich gegen den anfänglichen Widerspruch des Herrn von Kleist-Retzow, den Plan zu fördern. Herr von Kleist wollte den in harten Kämpfen gefestigten Kern der „Kreuzzeitungspartei" nicht in eine größere, unbestimmte Masse sich auflösen sehen, während Nathusius-Ludom ein Prävalieren dieses Kernes im Anschluß an die ihm nahestehenden süddeutschen und sächsischen Elemente erhoffte. Es kam dann zu langen Verhandlungen über das Parteiprogramm, bei denen Nathusius-Ludom sich in hervorragender Weise in Berlin und Frankfurt beteiligte, während Herr von Helldorff-Bedra den linken Flügel der Partei vertrat. Den Reichskanzler vertrat der Graf Finckenstein-Ziebingen, welcher eine Vollmacht der Besitzer der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" in Händen hatte. Auf den Vorschlag und das Betreiben von Nathusius-Ludom zeichnete für den rechten Flügel der Partei das vereinbarte Programm Graf Krassow, während Herr von Kleist-Retzow Nathusius selbst diese „wohlverdiente Auszeichnung" zuwenden wollte. Auch trat Nathusius nach Eröffnung des Reichstags nicht gleich in den ersten Tagen der Fraktion bei. Als Fürst Bismarck hörte, daß er der Fraktion beizutreten im Begriff stehe,

bemerkte er dem Grafen Udo Stolberg gegenüber im größten Unwillen, daß er mit einer Reichstagsfraktion, zu welcher Nathusius gehöre und in welcher derselbe eine Rolle spiele, nicht gemeinschaftlich operieren wolle. Er würde sich dann wieder an Herrn von Bennigsen wenden. Der bereits unter der Hand nominierte Fraktionsvorstand, die Herren von Seydewitz, von Helldorff und Ackermann, begaben sich, als ihnen dieses mitgeteilt worden war, sofort zum Reichskanzler, woselbst Herr von Seydewitz die Selbständigkeit der Partei wahrte, nebenbei auch dem Reichskanzler eine andre Meinung über Nathusius-Ludom's persönliche Stellung beizubringen versuchte. Bismarck ließ darauf aus politischen Gründen, ohne im übrigen sein persönliches Urteil über Nathusius zu modifizieren, seinen Widerspruch fallen, und die noch an demselben Tage versammelte Fraktion sprach dem Vorstande seine Zustimmung aus. Im Reichstag hielt sich Nathusius dann vollständig zurück, wie er auch schon einige Monate vorher die Leitung der „Kreuzzeitung" niedergelegt hatte, was dem Reichskanzler als ein Entgegenkommen der Partei dargestellt worden war.

Seit der Zeit, da Herr von Nathusius als Leiter der „Kreuzzeitung" dem Kanzler so heftig entgegentrat, sind an die zwanzig Jahre verflossen. Wenn er schon damals mit Entschiedenheit für sich in Anspruch nahm, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, den Reichskanzler persönlich zu beleidigen, so milderte die Zeit auch im übrigen manche Gegensätze. Konnte Nathusius-Ludom seinerseits doch auch mit Befriedigung auf den Umschwung in der Wirtschaftspolitik und auf die mächtige Erstarkung konservativer Grundsätze blicken, welche er in jugendlichen Jahren fast allein gegen eine Welt von Feinden vertreten hatte. Seiner Verehrung und Bewunderung für den Verfechter der ungeschmälerten Rechte der preußischen Krone und für den Wiederhersteller des Deutschen Reiches hat Herr von Nathusius-Ludom in dem von ihm selbst verfaßten Artikel „Bismarck" in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Encyklopädie" (vergl. Bd. II., S. 681 bis 693)[1]) einen überaus beredten und fesselnden Ausdruck gegeben. Es ist in so knapper Form und so klar wohl nirgends anders das großartige diplomatische Ringen dargestellt worden, in welchem der Kanzler, jeden Fehler der Gegner benützend, von Stufe zu Stufe sein hohes Ziel verfolgt und schließlich im Dreibunde gesichert hat.

---

[1]) Der auf den Konflikt Bismarck's mit den Konservativen und der „Kreuzzeitung" bezügliche Abschnitt aus dem gedachten Nathusius'schen Artikel lautet wie folgt: „Die dem Reichskanzler außerordentlich nahegehende konservative Opposition gegen die „liberale Ära" auf dem Gebiete der inneren Politik (Selbstverwaltungsgesetze, Trennung der Schule von der Kirche, Civilehe, Maigesetzgebung, manchesterliche Wirtschaftspolitik ꝛc.) und der dadurch bedingte Zwiespalt wurde noch verstärkt durch das beklagenswerte Mißverständnis, als ob persönliche Kränkungen und Verdächtigungen konservativerseits beabsichtigt gewesen seien (Äraartikel der „Kreuzzeitung", Anklage des Reichskanzlers im Reichstage vom 6. Februar 1876, „Deklaranten" der „Kreuzzeitung"), welche mit dem isolierten Vorgehen einiger excentrischen Edelleute oder gar mit den persönlichen Angriffen der „Reichsglocke" (Eisenbahnzeitung) in innerem oder äußerem Zusammenhang ständen."

Digitized by Google

14. Dr. Ludwig Bamberger.

Eine der letzten Unterredungen dieses Parlamentariers [1]) mit Bismarck betraf den Kampf gegen den Umsturz. Bamberger hatte eben in der „Deutschen Rundschau“ den ersten Teil einer Abhandlung über „Deutschland und der Sozialismus“ veröffentlicht, in welchem er ausgeführt hatte, wie die Deutschen am meisten von allen Völkern zum sozialistischen Experiment prädestiniert seien. Fürst Bismarck ließ Bamberger, während er einer Reichstagssitzung beiwohnte, in sein Kabinett bitten. Es war demselben schon vorher zu Ohren gekommen, daß der Kanzler sich beifällig über die Arbeit ausgesprochen habe, und er wiederholte das jetzt unter vier Augen. Nachdem das Gespräch sich eine Zeit lang über den Gegenstand verbreitet hatte, gelangte er zu dem, worauf es ihm eigentlich ankommen mochte. Er sei begierig, zu hören, welches Mittel der Abhilfe Bamberger im noch ausstehenden zweiten Teil der Arbeit vorschlagen werde. Dem praktischen Staatsmann war das nicht zu verdenken. Aber der schreibende Beobachter hatte ihm keine Kurmethode zu bieten. Falsche Ansichten, meinte Bamberger, seien nur durch Verbreitung der richtigen zu bekämpfen. „Nicht doch, — meinte Bismarck — wenn man keine Kücken haben will, muß man die Eier zerschlagen.“

15. Graf Wilhelm von Bismarck.

Am 25. August 1878 fand in Mühlhausen (Regierungsbezirk Erfurt) im Saale des dortigen Schützenhauses eine Wählerversammlung statt, in welcher Graf Wilhelm Bismarck [2]) für seine Reichstagskandidatur daselbst eintrat. Er sprach folgendermaßen:

Meine Herren! Es ist ein erhebendes Bewußtsein für mich, ein so weitgehendes Vertrauen Ihrerseits zu besitzen, daß Sie mich für würdig halten, Sie im Reichstage zu vertreten. Ich spreche hierfür allen meinen Dank aus und werde meine Kraft daran setzen, es zu rechtfertigen. Sie haben bisher den Minister Dr. Friedenthal als Ihren Vertreter für den Reichstag entsendet und zuletzt durch überwiegende Majorität bestätigt, daß seine politische Thätigkeit mit Ihren Wünschen und Ansichten harmoniert. Der Minister Friedenthal hat

---

[1]) Vergl. den Aufsatz: Ludwig Bamberger, in den „Grenzboten“, 1872, II. Quartal, S. 81–99; Wiermann, Der Reichstag pp. Bd. I., S. 290—310; die „Post“ 1874, Nr. 171, über die Abneigung Bismarck's gegen das Interpelliertwerden in Anknüpfung an Bamberger's Interpellation, und Ludwig Bamberger's Aufsatz: „Der Genius des Reichskanzlers und der Genius des Reichstags“ in der „Gegenwart“, Bd. II., 1872, Nr. 24, S. 1—3.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 283, Graf Wilhelm Bismarck, jetzt Oberpräsident von Ostpreußen, ist jetzt (1895) 43 Jahre alt und kann von sich behaupten, daß er vorsichtig war in der Wahl seiner Eltern. Derselbe bestand nach besonderer Vorbereitung durch den jetzigen Ministerialdirektor der Kolonialabteilung Kayser 1878 das Examen als Gerichtsassessor, wurde 1881 Regierungsrat und ständiger Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei seines Vaters, 1884 Geheimer Regierungsrat und Landrat des Landkreises Hanau, 1889 Regierungspräsident in Hannover. Er hat es vermieden, sich an der Fronde seines Vaters nach 1890 in der Öffentlichkeit zu beteiligen. Graf Wilhelm Bismarck war Reichstagsabgeordneter von 1878 bis 1881 für Mühlhausen-Langensalza. Parlamentarisch ist derselbe in dieser Zeit nicht besonders hervorgetreten.

Digitized by Google

anderswo ein Mandat angenommen in der Voraussetzung, daß Sie wiederum einem Kandidaten derselben politischen Richtung Ihre Stimme geben werden. Ich habe noch keine politische Vergangenheit; ich erkläre einfach, daß ich auf seinem Standpunkte stehe. Ich brauche wohl nicht hinzuzusetzen, daß dies auch die Politik meines Vaters ist, und es wird Sie nicht wundern, daß ich derselben in den Hauptpunkten folgen werde. Aber ich halte es auch, abgesehen von diesen Verhältnissen, nicht für eine Schande, eine Regierung zu unterstützen; wir brauchen eine starke Regierung, um die Verhältnisse zu ordnen. Keine Reaktion, meine Herren, ist das Ziel der Regierung; die das behaupten wollen, sagen eine tendenziöse Unwahrheit. Ebenso überlegen sich diejenigen, die daraus eine Schande machen, eine Regierung zu stützen, wohl nicht genau, daß sie es für rühmenswert halten, wenn eine Regierung einer Fraktion nachfolgt; das ist nicht logisch, denn: „was dem einen recht ist, ist dem andern billig“. Die Regierung verlangt keine absolute Heeresfolge, sie hat stets das größte Entgegenkommen bewiesen. Nur wenn das Staatswohl absolut gefährdet war, hat sie es für ihre Pflicht gehalten, bei ihren Absichten zu verbleiben und ihren Standpunkt zu wahren. Ich glaube, meine Herren, daß ich in dieser Hinsicht auf meinen Namen hinweisen kann, Sie werden ein bestimmtes Programm darin finden. Um jedoch Irrungen zu begegnen und Unklarheit zu vermeiden, werde ich meinen Standpunkt an der Hand der Gesetze, die in der nächsten Reichstagssession eingebracht werden sollen, erörtern. Das vorzüglichste ist das Sozialistengesetz. Sie sind wohl alle der Ansicht, daß etwas gegen diese staatsunterwühlenden Elemente geschehen muß und daß solche Zustände nicht länger geduldet werden dürfen. Es fragt sich bloß, wie dies zu machen ist. Dem Entwurf des Gesetzes wird der Charakter als Ausnahmegesetz entgegengehalten, deswegen findet er Mißbilligung: „Die bürgerlichen Freiheiten des Volkes würden dadurch gefährdet“ und dergl. Ich meine vielmehr, daß wir dieselben gefährden, wenn wir Gesetze, die für bestimmte staatsgefährliche Elemente gegeben sind, auf alle ruhigen Staatsbürger ausdehnen. Wir werden uns diese notwendige Maßregel dadurch erleichtern, daß wir dem Ausnahmegesetze zunächst eine bestimmte Dauer geben, nach deren Ablauf dasselbe aufgehoben werden kann. Gleiches Recht ist allerdings ein schöner Grundsatz; aber gleichen Rechten stehen auch gleiche Pflichten gegenüber. Wenn von einer Partei alle Pflichten geleugnet werden, können ihr auch nicht alle Rechte zustehen. Das neue Gesetz wird der Regierung umfassende Vollmachten geben, wir können gewiß das Vertrauen zu ihr haben, daß sie diese Vollmachten nicht mißbrauchen wird.

Die zweite große Vorlage in der nächsten Session betrifft die beabsichtigte großartige Steuerreform. Es ist klar und die Regierung hat es schon lange gesehen, daß die Steuern, die jetzt aufgebracht werden, vom Reiche in einer sehr viel bequemeren und weniger drückenden Weise aufgebracht werden können. Sie hat deshalb beschlossen, einen andern Steuermodus einzuführen. Nicht auf einen Schlag kann es geschehen, allmählich muß sich diese Ansicht Bahn brechen. Der Grundgedanke der Regierungsvorlage ist: die direkten Steuern sollen den

Gemeinden überwiesen, die Bedürfnisse des Staates aus indirekten Steuern und Zöllen bestritten werden, womit natürlich ganz allmählich angefangen werden soll. Ich glaube, daß es bei den großen Veränderungen der Geldwerte in den letzten Jahren sich empfehlen wird, wenn wir den Anfang der Einkommensteuerstufe höher setzen, so daß etwa von 2000 Thlrn. als Minimum an Einkommensteuer bezahlt würde, während jedes niedrigere Einkommen nur zur Klassensteuer veranlagt, diese selbst aber gänzlich den Kommunen überwiesen würde. Die Revision der Gewerbeordnung habe ich mit Freuden begrüßt, wie sie in der letzten Session begonnen, leider aber nicht vollendet wurde. Ich halte es für notwendig, das Lehrlings- und Gesellenwesen zu reformieren, um einen kräftigen Mittelstand in den Handwerkern zu erhalten, der allezeit eine der besten Grundlagen des Staates gewesen ist und bleiben soll.

Bezüglich der Zölle auf fremde Waren glaube ich, daß nur wenige Leute im Unklaren sind, wie wir mit dem System des absoluten Freihandels zu weit gekommen sind, so daß wir in dieser Beziehung einen Rückschritt machen und zu den Traditionen des Zollvereins zurückkehren müssen, bei denen wir uns sehr glücklich befanden und unter denen die deutsche Ware einen großen Ruhm auf dem Weltmarkte behauptet hat.

Meine Herren, ich glaube, daß Sie auch aus diesen wenigen Worten doch schon über meinen politischen Standpunkt orientiert sind. Ich bin bereit, auf etwaige Interpellationen gern noch weitere Auskunft zu erteilen[1]).

16. Freiherr von Varnbüler.

Einen erfreulichen Zuwachs dessen, was wir über das Verhältnis Bismarcks zu dem Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler bereits wissen[2]), verdanken wir seiner in Berlin lebenden Tochter, der Freifrau von Spitzemberg, welche mir aus dem Nachlasse ihres Vaters eine Reihe bisher unbekannter Materialien zur Veröffentlichung übergab.

Am 19. Dezember 1876 war der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Varnbüler in Gesellschaft seines Schwiegersohnes, des württembergischen Gesandten in Berlin Freiherrn von Spitzemberg, seiner Tochter Hildegard, des Herrn von der Schulenburg, früheren preußischen Gesandten in Stuttgart, und seiner Frau bei dem Fürsten Bismarck zu Tische.

Über die bei dieser Gelegenheit geführten interessanten politischen Gespräche entnehmen wir einer Aufzeichnung des Freiherrn von Varnbüler folgendes:

Beim Kaffee setzte sich Fürst Bismarck mit Spitzemberg und mir zusammen, sprach mir zuerst von dem Eisenbahnprojekte und sagte mir, ihm liege nur daran, daß die Privatbahnen, zumal die größeren, in die Hände des Staates kommen, da es nicht erträglich und mit den Interessen des wirtschaftlichen Lebens vereinbar sei, daß diese Gesellschaften das wirtschaftliche Wohl und Wehe ganzer

[1]) Eine Anfrage wurde nicht gestellt.

[2]) Vergl. Bd. II., S. 240 f., 301 f., 305—314 u. 335 zu Note 2.

Digitized by Google

Provinzen beherrschen. Die Mittelstaaten haben diesen Zweck nahezu erreicht, jetzt solle es in Preußen geschehen. Um aber den preußischen Finanzminister dafür in die rechte Bewegung zu setzen, müsse er den nationalen Gedanken anspannen. Habe dann Preußen die Bahnen erworben, so sei es noch lange nicht sicher, daß es mit dem Reiche über den Kaufpreis einig werde.

Von den Differenzialtarifen sagte er, daß diese von den Reichsbehörden (dem Bundesrat) abhängig sein müßten.

Er ging dann auf eine Erzählung über, welche mir der Anlaß zu diesen Niederschreibungen ist.

Im Jahre 1857 sei er wegen der Neuenburger Frage in Frankreich gewesen und zum Kaiser Louis Napoleon berufen worden[1]). Derselbe habe, damit einleitend, daß er das Vertrauen seines Königs besitze, ihm folgende Eröffnungen gemacht: Er ambitioniere für Frankreich die Herrschaft über das Mittelmeer, solle es auch zum französischen See nicht ganz, so doch zu etwas dem Ähnlichen werden. Dies würde dem amour propre des Français genügen und wäre für Europa nicht gefährlich, weil die Franzosen keine Marins wie die Engländer und daher für sich allein eine Herrschaft über die Meere geltend zu machen nicht im stande seien. Zu diesem seinem Zwecke brauche er die italienische Frage und einen Krieg in betreff derselben mit Österreich.

Außerdem müsse die Alleinherrschaft Englands über das Meer gebrochen werden, und zu diesem Zwecke sollten die Flotten der andern europäischen Staaten so entwickelt werden, daß sie, kombiniert mit der französischen, der englischen die Spitze bieten könnten, die italienische, spanische, holländische, skandinavische und preußische. Um dies zu erreichen, müßte Preußen die nördlichen deutschen Uferstaaten annektieren. Er schlage hierzu ein Bündnis mit Preußen gegen Österreich vor. Auf die Bemerkung Bismarck's, warum Napoleon, wenn er eine Koalition zur See gegen England wünsche, Rußlands Flotte den Eintritt ins Mittelmeer erschwere, ging derselbe mit der wohl nicht ganz aufrichtigen Bemerkung ein, daß Rußland, wenn es über die griechischen Seeleute verfügte, im mittelländischen Meere zu stark für Frankreich werden würde. Seine wirklichen Gründe waren andre.

„Für die Rheinlande — so fuhr er fort — haben Sie nichts zu fürchten. Abgesehen von einigen Grenzregulierungen wären die preußischen und bayerischen Rheinlande im Besitze Frankreichs undenkbar ohne Belgien, dieses würde wieder Holland nach sich ziehen, zusammen elf Millionen, bewohnt von den reichsten und einflußreichsten Nationen, und das ergäbe ein Frankreich, welches Europa nicht dulden würde, wogegen sein Plan mit dem Mittelmeere seinem und Frankreichs Ehrgeiz genügen würde, ohne Europa gegen sie zu verbinden."

Bismarck habe ihm erwidert:

Der Plan sei ohne Kenntnis der konkreten Verhältnisse entworfen. Nie und nimmermehr werde der König (Friedrich Wilhelm IV.) zu einem solchen

---

[1]) Vergl. über diese Episode mein Werk: „Preußen im Bundestag", Bd. III., S. 94 - 97

Digitized by Google

Bündnis zu bewegen sein, vielmehr bei ihm unüberwindlichen Widerstand, überhaupt die verschiedenartigsten Schwierigkeiten aller Art hervorrufen „Vous vous embourberiez."

„C'est une expression pittoresque, mais bien significative," bemerkte Napoleon darüber.

„Es ist gut, — fuhr Bismarck fort — daß Sie diese confidences mir gemacht haben, denn ich bin vielleicht der einzige Preuße, welcher es auf sich nimmt, darüber nicht zu berichten. Würde das aber geschehen, so könnten absichtliche oder unabsichtliche Indiskretionen dieselben nach Wien durchdringen lassen, und dann wäre der Samen, in seinen Folgen nicht zu berechnenden Mißtrauens gesät. Ich gebe Eurer Majestät mein Wort, daß ich das mir Mitgeteilte nicht berichten werde, bitte Sie aber, solche Gedanken aufzugeben."

Der Kaiser habe das zugesagt und sei darauf auch später nicht mehr zurückgekommen, habe ihm aber von dieser Zeit an volles Vertrauen geschenkt und sei ihm gegenüber auch im wesentlichen wahr gewesen.

Im Jahre 1870 zwar habe er ihn hintergangen; da seien aber das leitende Prinzip die Kaiserin und die römische Kurie gewesen, welche von den relativen sich gegenüberstehenden Kräften keine genaue Kenntnis gehabt haben.

Wie ich das selbst gefunden habe und mir Leute, welche dem Kaiser Napoleon näher standen, wie zum Beispiel die Königin von Holland, Lord und Lady Cowley und andre, ganz übereinstimmend ausgesprochen haben, so beurteilt auch Bismarck Napoleon nicht als einen sehr intelligenten, kalt berechnenden Mann, sondern als einen mit Verstand ganz gewöhnlich begabten, gutmütigen und Gefühlseindrücken zugänglichen Menschen.

Im Jahre 1866 wurde Bismarck derselbe Plan zugetragen, welcher von einem gewissen Geiger den süddeutschen Ministern gebracht worden war, natürlich ganz privatim, um dieselben auszuholen, worauf diese aber auf keine Weise reagierten, nämlich Preußen mittelst Sachsen und Hannover und den übrigen mittel- und norddeutschen Staaten zu konsolidieren und dafür die katholische sächsische Dynastie am Rhein zu entschädigen und so, wie Bismarck sich ausdrückte, einen Sicherheitspuffer zwischen Preußen und Frankreich zu legen. —

Zu den ersten geschäftlichen Verhandlungen zwischen Bismarck und Varnbüler über die handelspolitische Frage kam es erst im Jahre 1878. Am 25. Oktober 1878 teilte der Reichskanzler Varnbüler die Absicht mit, eine umfassende Regelung des Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbündeten Regierungen zu unterbreiten [1]), und bald darauf reifte in Bismarck der Gedanke, an die Spitze der vom Bundesrat beschlossenen Zolltarifkommission nicht ein Mitglied des Bundesrats oder etwa einen aktiven Staats- oder Reichsbeamten, sondern Varnbüler zu stellen.

Wie dieser Entschluß zur Ausführung gelangte, ersehen wir aus einem Briefe, welchen der damalige württembergische Gesandte in Berlin, Freiherr

---

[1]) Vergl. Bd. II., S. 303.

von Spitzemberg unterm 1. Dezember 1878 seinem Schwiegervater, dem Freiherrn von Varnbüler, schrieb:

„Wir haben gestern in den betreffenden Ausschüssen den Beschluß gefaßt, zum Zwecke der Revision des bestehenden Zolltarifs eine aus vierzehn Mitgliedern zusammengesetzte Kommission von Beamten des Reichs und der Bundesstaaten einzusetzen. Jeder der Bundesstaaten, welcher eine eigene Zollverwaltung besitzt, würde einen Beamten in die Kommission ernennen, also zehn außer Preußen, Preußen und das Reich würden die vier übrigen stellen, wobei es aber noch nicht feststeht, ob nicht Preußen drei Bevollmächtigte beansprucht[1]).

Die Aufgabe der Kommission erstreckt sich auf die Revision des ganzen Zolltarifs, sowohl hinsichtlich der äußern formalen Anordnung und der Übereinstimmung desselben mit dem giltigen Maß-, Münz- und Gewichtssystem, als auch hinsichtlich der Angemessenheit der einzelnen Zollsätze, mit Ausnahme jedoch der einer besonderen Beschlußfassung unterliegenden Finanzartikel. Die Kommission hat das Recht, Sachverständige zu vernehmen und Gutachten einzufordern und durch Requisition von Landesbehörden Ermittelungen zu veranlassen.

Dies ist der wesentliche Inhalt des Antrages, den die Ausschüsse stellen und der im Laufe dieser Woche zum Beschlusse erhoben werden wird. Der Reichskanzler wünscht nun Dich zum Vorsitzenden dieser Kommission von Reichswegen zu ernennen und beauftragt mich, Dich zu bitten, diese Stellung als Vorsitzender anzunehmen. Er legt einen großen Wert auf Deine Zusage, und bitte ich Dich, mir womöglich telegraphisch zu antworten, ob Du den Antrag anzunehmen geneigt bist.

Der Kanzler wünscht, daß die Kommission sich noch vor Weihnachten konstituiere und daß die Arbeiten so schleunig behandelt werden, daß eine Vorlage noch an den nächsten Reichstag erfolgen kann. Die Gegner der Zollrevision halten eine Förderung der Arbeiten in der Weise, daß dieselben in wenig Monaten beendigt werden, für unmöglich; der Kanzler wird aber alles daran setzen, um in kürzester Frist zu einem Ergebnis zu gelangen. Die Arbeitslast wird unter solchen Umständen keine geringe sein; wenn Du Dir aber die Kraft zutraust, so würdest Du der Sache durch Deine Annahme selbstverständlich den größten Dienst leisten."

Freiherr von Varnbüler antwortete alsbald in zusagendem Sinne. „Die Verwendung, — schreibt derselbe in seinem Erwiderungsbrief d. d. Hemmingen, 3. Dezember 1878 — welche mir der Herr Reichskanzler zugedacht hat, ist ebenso ehrenvoll wie interessant, aber auch sehr schwierig, teils der kurzen Frist wegen, innerhalb welcher die schwierige Aufgabe gelöst und ein sehr umfangreiches Material gesichtet werden muß, teils der schroffen Gegensätze wegen, welche sich auf diesem Gebiete begegnen werden.

---

[1]) In welcher Weise demnächst die Kommission thatsächlich gebildet wurde, erhellt aus meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 170, Note 1.

Digitized by Google

Daß die Frist nicht verlängert werden darf, darin stimme ich mit dem Fürsten ganz überein.

Meine Ansichten über die von dem Reich einzuhaltende Zoll- und Handelspolitik sind allgemein und speziell dem Fürsten bekannt; derselbe weiß, daß ich es für geboten halte, die einheimische Industrie im ungleichen Kampfe mit derjenigen des Auslandes durch Zölle so weit zu unterstützen, als nötig ist, um mit dem Auslande konkurrieren zu können auf dem einheimischen Markte, womöglich einen kleinen Vorsprung vor ihr zu gewinnen. Diese Zölle werden wohl nur ausnahmsweise die Grenze von Finanzzöllen übersteigen.

Der Herr Reichskanzler bekennt sich im wesentlichen zu diesen Anschauungen; er hat mir diese ausgesprochen.

Ich darf daher auf seine mächtige Unterstützung rechnen, wenn ich, seiner Aufforderung folgend, mich der schweren Aufgabe unterziehe, welche er mir stellt. Im Vertrauen hierauf werde ich, wenn der Fürst mich beruft, dem Rufe folgen, meine ganze Kraft einsetzen, in obigem Sinne zu wirken, bitte aber sowohl ihn als Dich, genau zu erwägen, ob ich auch wirklich der rechte Mann für die zu lösende Aufgabe bin, ob dazu mein Wissen und Können ausreicht."

Am 11. Dezember 1878 teilte der Gesandte Freiherr von Spitzemberg dem Freiherrn von Varnbüler mit, es sei ihm, nachdem er die zusagende Antwort des letzteren zur Kenntnis des Kanzlers gebracht, der nachstehende Brief des Grafen Wilhelm Bismarck zugegangen:

Friedrichsruh, den 3. Dezember 1878.

Eurer Excellenz

wird als Mitglied des Bundesrats jedenfalls bekannt sein, daß in nächster Zeit die Kommission für Revision der Zolltarife zusammentreten soll. Das Deutsche Reich als solches wird darin einen, wahrscheinlich sogar zwei Vertreter haben, und mein Vater würde es dankbar erkennen, wenn Sie ihn darüber vertraulich vergewisserten, ob Ihr Herr Schwiegervater ein solches Mandat annehmen würde, auch wenn er nicht den Vorsitz in der Kommission erhielte. Dieser käme ihm allerdings seiner ministeriellen Stellung nach zu — mein Vater glaubt aber, daß er seinen von meinem Vater völlig geteilten Ansichten alsdann weniger Nachdruck würde verleihen können, weil man von dem Vorsitzenden eine gewisse Unparteilichkeit verlangen werde; falls aber Ihr Herr Schwiegervater den Vorsitz zur Bedingung seines Eintritts in die Kommission machte, so würde er sein Recht zur Ernennung des Vorsitzenden zu Gunsten Seiner Excellenz geltend machen. Er weiß allerdings nicht ganz sicher, ob ihm dieses Recht zusteht. Eure Excellenz werden sich indessen leicht darüber informieren können."

„Soviel mir Hofmann sagte — fügte Freiherr von Spitzemberg diesen Zeilen hinzu — ist schon zwischen ihm und dem Kanzler das Bedenken besprochen worden, ob es im Interesse der Sache liege, Dich um Übernahme des Vorsitzes zu bitten, da damit der Kommission von vornherein ein sehr ausgesprochen schutzzöllnerischer Charakter aufgedrückt würde und es bei einer Enquetekommission

Digitized by Google

doch zu vermeiden sei, Zweifel in die absolute Unparteilichkeit aufkommen zu lassen. Die Bedenken, über welche damals der Kanzler hinwegkam, scheinen ihm nachträglich wieder gekommen, vielleicht auch von anderwärts ausgedrückt worden zu sein. Ich habe aber, wie ich ausdrücklich bemerke, keine Veranlassung, das letztere anzunehmen.

Du hast jetzt zu entscheiden, was Du auf die zweite Anfrage sagen willst. Sollte Deine Antwort sich in ein paar Worte zusammenfassen lassen, so wäre ich Dir für ein Telegramm dankbar."

Freiherr von Varnbüler beeilte sich, am 6. Dezember aus Hemmingen dem württembergischen Gesandten seine Entschließung wie folgt zugehen zu lassen:

„Als ich die erste Aufforderung zu dem Eintritt in die Zolltarifkommission erhielt, hatte ich sofort Zweifel darüber, ob meine Wahl eine richtige sei. Einmal bin ich darüber nicht außer Zweifel, ob meine zolltechnischen Kenntnisse ausreichen für die Redaktion eines Zolltarifgesetzes, sodann aber weil ich, wenn auch mit völligem Unrechte, für den Prototyp des extremen Schutzzöllners gelte und dies von den Gegnern ausgebeutet würde, um diejenigen, welche einen vermittelnden Standpunkt einnehmen, scheu zu machen.

Daß das Urteil über meine zollpolitischen Ansichten ein irrtümliches ist, würde wenig helfen, da bekanntlich Vorurteile um so fester haften, je irrtümlicher sie sind, zumal auf einem Gebiete, wo die wenigsten Sachkunde besitzen.

Diesen meinen Bedenken habe ich keinen Ausdruck gegeben, weil ich dem Rufe des Herrn Reichskanzlers mich nicht entziehen wollte und ich mir nicht anmaßte, die Lage besser zu beurteilen als er.

Die Auffassung Hofmann's[1]) freilich kann ich nicht teilen, welcher von Parteilichkeit und Unparteilichkeit spricht. Denn wenn die Regierung die Aufgabe hat, sich bei gesetzgeberischer Initiative eine bestimmte Ansicht zu bilden, so können doch diejenigen, deren Ansichten sie nicht teilt, nicht von Parteilichkeit sprechen.

Wenn ich nach dem Gesagten den Fürsten recht dringend und aufrichtig bitte, sich die Frage meiner Berufung noch einmal zu überlegen, und ja zu glauben, daß ich eine Umkehr von seiner ersten Auffassung ganz natürlich fände, so glaube ich andrerseits, daß es nicht angezeigt wäre, mir eine andre Stellung einzuräumen als die des Vorsitzenden. Abgesehen davon, daß ich dann Referate übernehmen müßte, welche Spezialisten besser machen, würde die Annahme einer meiner Stellung nicht entsprechenden Rolle mißdeutet und würde meiner Wirksamkeit in der Kommission wie im Reichstage schaden. Der Eindruck auf die öffentliche Meinung bliebe ganz derselbe, ob ich als Vorsitzender oder in andrer Stellung in die Kommission berufen würde.

Einen allgemeinen Gesichtspunkt kann ich schließlich nicht unerwähnt lassen, nämlich den, ob nicht meine Mitgliedschaft an der Kommission meine Wirksamkeit

[1]) Es liegt hier ein Mißverständnis des Freiherrn von Varnbüler vor, da wir es hier nicht mit einer Auffassung des Staatsministers Hofmann zu thun haben, sondern mit einer Auffassung eines dritten, die Hofmann mit dem Kanzler nur besprach.

Digitized by Google

im Reichstage beeinträchtigen würde, ob die Verteidigung der Vorlage nicht als ein Eintreten für die eigene Sache beurteilt würde und dies ohne die offizielle Stellung am Tische des Bundesrats.

Ich bitte den Herrn Reichskanzler, diese Seite besonders zu erwägen.

Ich wiederhole demselben, was ich ihm mündlich gesagt habe: Auf jede Weise, in jeder Form steht dasjenige, was ich in diesen Fragen vermag, zu seiner Verfügung. Er mag nur entscheiden, wie das am zweckmäßigsten geschieht."

Freiherr von Spitzemberg teilte den Inhalt vorstehenden Schreibens am 7. Dezember 1878 dem Fürsten Bismarck mit.

In der Zwischenzeit, bis die definitive Entscheidung des Kanzlers eintraf, war die Lage eine sehr zweifelhafte. Bis zum 20. Dezember 1878, um welche Zeit ungefähr das Schreiben Bismarck's an den Bundesrat d. d. 15. Dezember 1878 [1]) bekannt wurde, waren die Freunde des Schutzzolls in der größten Besorgnis. Dieselben befürchteten eine abermalige Verschleppung der Zolltariffrage. Deshalb schlug der Reichstagsabgeordnete H. Rentzsch dem Abgeordneten Dr. Löwe für Mitte Januar die Berufung der volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags nach Berlin vor, zu keinem andern Zwecke, als auf die Regierung eine moralische Pression behufs deren handelspolitischer Stellungnahme auszuüben [2]).

Ende Dezember 1878 erfolgte die Zusammensetzung der Zolltarifkommission und die Ernennung des Freiherrn von Varnbüler zum Vorsitzenden derselben. Über die weitere Entwickelung geben folgende, bisher unveröffentlichte Aktenstücke Aufschluß:

Friedrichsruh, den 2. Januar 1879.

Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister Freiherrn von Varnbüler, Berlin [3]).

Indem ich Eurer Excellenz meinen ergebensten Dank dafür ausspreche, daß Sie Sich bereit erklärt haben, an den Arbeiten der Zolltarifkommission in der

---

[1]) Abgedruckt in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 170.

[2]) „Wir einigten uns — schreibt Rentzsch unterm 28. Dezember 1878 an Freiherrn von Varnbüler — mit Herrn Berger (Herr von Schorlemer-Alst war bereits nach Hause gereist) dahin, Eurer Excellenz Ansichten über die Zweckmäßigkeit einer solchen Berufung zu erbitten, zuvor jedoch bis etwa Neujahr uns über die Intentionen der Regierung näher zu orientieren. Was inzwischen geschehen, hat meine Besorgnisse vollständig verschwinden lassen und das letzte Bedenken, in welcher Weise Bismarck's Finanzzolltheorie mit dem Schutz nationaler Arbeit zu vereinbaren sein möchte, ist durch Eurer Excellenz Ernennung beseitigt worden. Wenn nunmehr noch an eine Berufung der volkswirtschaftlichen Vereinigung zu denken sein sollte, welche durch die Anwesenheit vieler unsrer Mitglieder im preußischen Herren- und Abgeordnetenhause wesentlich erleichtert sein würde, so könnte nur noch die Unterstützung der Regierungspolitik in Frage kommen."

[3]) Es ist dies wohl jenes Schreiben Bismarck's, von dessen Existenz die Zeitungen zu berichten wußten, dessen Wortlaut aber bisher noch nicht bekannt war. Vergleiche mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 180, Note*).

Digitized by Google

Eigenschaft eines Vorsitzenden teilzunehmen, bitte ich um die Erlaubnis, die nachstehenden, unvorgreiflichen Ansichten über die Aufgaben der Kommission Ihrer gefälligen Erwägung zu unterstellen.

Zunächst wird meines Erachtens jede mit der Wichtigkeit des Gegenstandes verträgliche Beschleunigung der Kommissionsarbeiten von seiten des Bundesrats mit Dank erkannt werden müssen, da es ein Bedürfnis der verbündeten Regierungen ist, ihre Beschlüsse über das Ergebnis der Kommissionsberatungen so früh fassen zu können, daß sie dieselben dem Reichstage rechtzeitig vorzulegen vermögen.

Nach den Beschlüssen des Bundesrats werden die Arbeiten der Kommission sich auf den ganzen Umfang der Tariffrage zu erstrecken haben, und durch mein der Kommission gleichfalls zur Beratung überwiesenes Schreiben vom 15. Dezember vorigen Jahres ist dieselbe in die Lage gesetzt, sich über die mit dem Tarife in sachlichem Zusammenhange stehenden volkswirtschaftlichen Fragen auszusprechen. Wenn daher die Kompetenz der Kommission eine unbeschränkte ist, so glaube ich doch in den Verabredungen, welche die Finanzminister und Vertreter der Bundesregierungen im August vorigen Jahres zu Heidelberg getroffen haben, bei der maßgebenden Bedeutung der Teilnehmer an denselben und bei der Einstimmigkeit ihrer Beschlüsse eine Direktive für die Kommission erkennen zu dürfen. Indem ich ein Exemplar des in Heidelberg vereinbarten Schlußprotokolles beizufügen mich beehre, bemerke ich, daß die Kommission nach der Allgemeinheit ihres Mandats zweifellos berechtigt ist, sowohl die dort berührten Punkte zum Gegenstande ihrer Beschlüsse zu machen, als auch in Bezug auf dort nicht angeregte Fragen Anträge und Vorschläge an den Bundesrat zu richten.

Wenn in Bezug auf einzelne, in das Gesamtgebiet des Tarifwesens fallende Fragen Spezialenqueten teils bereits stattgefunden haben, teils noch schweben, so werden meines Erachtens durch diesen Umstand die Gegenstände derselben keineswegs von dem Gebiete der Kommissionsberatungen ausgeschlossen.

Die hervorragend wichtige Frage bezüglich der Behandlung des Tabaks wird durch die Beschlüsse der Zolltarifkommission ebensowenig definitiv entschieden werden können, wie durch das Gutachten der Spezialkommission für die Tabaksenquete. Erst nach amtlichem Meinungsaustausch unter einander werden die verbündeten Regierungen feste Stellung zu der Frage nehmen können, für welche dem Reichstage zu machende Vorlage sie die Verantwortlichkeit zu übernehmen bereit sein werden. Die von seiten der Enquetekommission für Tabak dem Vernehmen nach gefaßten Beschlüsse können keine andre als informatorische Tragweite haben, um so weniger, als angenommen werden muß, daß die Mitglieder jener Kommission nur eigene, persönliche und nicht Ansichten verantwortlicher Regierungen vertreten haben. Für jede Vervollständigung des Materials, welche die von Eurer Excellenz geleiteten Kommissionsarbeiten auch bezüglich der Tabaksfrage liefern werden, können meines Erachtens die verbündeten Regierungen nur dankbar sein. Die Beschlüsse der in Heidelberg vereint gewesenen

Digitized by Google

Herren Minister geben auch in dieser Beziehung Fingerzeige und Anhaltspunkte, welche für die definitiven Beschlüsse des Bundesrats voraussichtlich eine entscheidende Bedeutung haben werden.

von Bismarck.

Friedrichsruh, den 4. Januar 1879.

Seiner Excellenz dem Herrn Staatsminister Freiherrn von Varnbüler.

Auf Eurer Excellenz gefällige Anfrage bin ich sehr gern damit einverstanden, daß den Herren Mitgliedern der Kommission mein Schreiben vom 2. dieses Monats [1]) zur vertraulichen Kenntnisnahme in Abschrift mitgeteilt wird, wenn ich auch in demselben ursprünglich nur meine persönliche Meinung behufs vertraulicher Benutzung niederzulegen beabsichtigte. Ich wurde hierzu besonders veranlaßt durch die Überzeugung, daß Eure Excellenz behufs Leitung der Verhandlungen notwendig Kenntnis von dem Heidelberger Schlußprotokoll haben mußten, um die maßgebende Bedeutung derselben zu berücksichtigen und die Konsequenzen zu ziehen, welche sich aus dem Inhalt für die Begutachtung des gesamten Tarifs nach dem Ermessen der Kommission ergeben werden.

von Bismarck.

Berlin, den 16. Februar 1879.

An den Vorsitzenden der Zolltarifkommission, Königlich württembergischen Staatsminister a. D. Herrn Freiherrn von Varnbüler, Excellenz.

Eurer Excellenz ist es nicht unbekannt, daß der Plan einer Revision unsres Zolltarifs mächtige und einflußreiche Gegner besitzt, deren Bemühung zunächst auf Hinausschiebung der Revision gerichtet ist. Der erste Schritt dazu wäre die Verhinderung einer rechtzeitigen Vorlage für die gegenwärtige Reichstagssession. Dieser Gefahr gegenüber würde ich Eurer Excellenz zu lebhaftem Danke verpflichtet sein für jede Beschleunigung der Arbeiten der unter Ihrem Vorsitze tagenden Kommission. Um eine rechtzeitige Vorlage für den Reichstag zu erzielen, wird es nötig sein, daß die Arbeiten des Bundesrats an denselben in den ersten Tagen des März beginnen können. Eure Excellenz ersuche ich deshalb ganz ergebenst, auf die möglichste Förderung der Kommissionsarbeiten geneigtest hinwirken zu wollen.

von Bismarck.

Die Arbeiten der Kommission wurden von Varnbüler so sehr gefördert, daß derselbe bereits am 1. April 1879 in der Lage war, das Ergebnis der Beratungen dem Bundesrate vorzulegen. Damit war die demselben vom Reichskanzler übertragene wichtige Kommission erledigt.

17. Freiherr von und zu Franckenstein.

Bereits im II. Bande, Seite 314 f., ist ein Gespräch mitgeteilt worden, welches der Reichskanzler mit dem Abgeordneten Freiherrn von und zu Franckenstein zu Beginn der Reichstagssession geführt hat. Dasselbe fiel in die Zeit zu

---

[1]) Zu vergl. S. 276.

Digitized by Google

Beginn der Reichstagssession von 1879; es betraf die schwebenden Steuer- und Zollfragen nicht, und hatte überhaupt einen mehr akademischen Charakter, das heißt den Zweck, dem Centrumsführer die bisherige allgemeine Politik Bismarck's verständlicher zu machen. Der Abgeordnete Freiherr von Franckenstein griff später aber auch in die schwebenden Reichstagsfragen ein, er ist der Vater der nach ihm benannten Clausula Franckenstein[1]), eines Vorschlages, wegen dessen Annahme Bismarck lebhaft angegriffen worden ist. Er selbst würde von Haus aus das Gesetz mit dieser Last für die Reichskasse natürlich nicht bepackt haben. Auf der andern Seite wurde aber durch Annahme der Franckenstein'schen Klausel sein eigenes Finanzprogramm in dem einen Punkte verwirklicht, daß das Reich aufhören sollte, ein lästiger Kostgänger und mahnender Gläubiger bei den einzelnen Staaten zu sein[2]). Außerdem war eben ohne die Annahme des von dem Centrum ausgehenden Vermittelungsvorschlages die Zoll- und Steuerreform im Reichstag überhaupt nicht durchzusetzen.

Wie das Kompromiß zu stande kam, darüber ist bisher nichts bekannt geworden. Um so mehr Interesse wird die folgende Aufzeichnung erwecken, bei deren Abfassung die hinterlassenen Papiere des verstorbenen Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein zu Rat gezogen worden sind. Dieselbe lautet:

Bei dem Diner am 18. Juni 1879[3]) saß Freiherr von Franckenstein zur Rechten des Reichskanzlers. Gegen Ende der Tafel beklagte der Fürst den langsamen Fortgang der Beratungen der Tarifkommission; Freiherr von Franckenstein, welcher Vorsitzender der Kommission war, widersprach dieser Auffassung, wies auf die Fülle des bereits erledigten Materials hin, aber auch auf die Notwendigkeit, die Garantiefrage nun bald zur Beratung zu bringen. Er legte dabei dem Fürsten diejenigen beiden Anträge dar, welche seitens des Centrums hinsichtlich der Garantiefrage gestellt werden würden: Verteilung der den Betrag von 105 Millionen übersteigenden Zolleinnahmen an die Einzelstaaten und Bewilligung einiger Zölle stets nur auf bestimmte Zeit. Der Fürst erwiderte, die Anträge ständen im Widerspruch mit der Reichsverfassung.

Während man sich nach Tisch im Garten bewegte, sprach der Fürst zunächst allein mit dem damaligen Präsidenten des Reichstags von Seydewitz; dieser

---

[1]) Über die Verwendung der durch den neuen Zolltarif bewilligten Zölle hatte die Tarifkommission des Reichstags auf Antrag des Freiherrn von und zu Franckenstein folgenden Paragraphen in das Tarifgesetz eingefügt: Derjenige Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer, welcher die Summe von 130000000 Mark in einem Jahre übersteigt, ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matrikularbeiträgen herangezogen werden, zu überweisen. Diese Überweisung erfolgt vorbehaltlich der definitiven Abrechnung zwischen der Reichskasse und den Einzelstaaten auf Grund der im Art. 39 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsextrakte und beziehungsweise Jahresabschlüsse. Ein gedrängtes Resumé der Reichstagsverhandlungen über den Antrag Franckenstein enthält die „Provinzial-Korrespondenz“ vom 16. Juli 1879.

[2]) Bismarck's Rechtfertigung der Annahme der Clausula Franckenstein findet sich in seiner Reichstagsrede vom 9. Juni 1879, abgedruckt in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt“, Bd. I., S. 265.

[3]) Ein eingehendes Referat hierüber findet man Bd. I. (2. Aufl.), S. 179.

Digitized by Google

kam dann zum Freiherrn von Franckenstein und forderte denselben auf, mit dem Reichskanzler die Lösung der Garantiefrage zu vereinbaren, die Konservativen würden in diesem Falle zustimmen. In gleichem Sinne äußerte sich auch der Abgeordnete Dr. Lucius namens der Reichspartei. Es folgte noch eine längere Unterredung zwischen dem Fürsten und Freiherrn von Franckenstein über die von letzterem gemachten Vorschläge, deren erster von ihm als Vorbedingung für die Annahme der Zölle bezeichnet wurde.

Der Fürst wünschte die Redaktion der Anträge zu sehen, und es wurde verabredet, daß Freiherr von Franckenstein am andern Tage (19. Juni), abends neun Uhr, dieselbe dem Fürsten vorlegen werde. Bei dieser Zusammenkunft las Freiherr von Franckenstein dem Fürsten die beiden Anträge wiederholt vor; dieser las laut die Einleitung zur Reichsverfassung und erklärte, der erstere Antrag (Überweisung an die Staaten) habe einen mehr föderativen, der zweite (Bewilligung auf Zeit) einen rein konstitutionellen Charakter, ersterer gefalle ihm besser, beide Anträge zugleich werde er nie zugestehen. Da die Finanzzölle sowie das Tabak- und Brausteuergesetz auf Widerstand zu stoßen schienen, könne man sich vorläufig mit den Schutzzöllen begnügen. Der Fürst beklagte sich bei dieser Gelegenheit über die Finanzminister der Einzelstaaten, welche ihm das ganze Odium der Vorlagen überließen, aber bereitwilligst das beschaffte Geld annehmen würden.

Es wurde sodann über die Höhe der für das Reich zurück zu stellenden Summe verhandelt. Freiherr von Franckenstein sagte, daß das Durchschnittserträgnis der Zölle bisher 105 bis 110 Millionen betragen habe; der Fürst verlangte die Einstellung von mindestens 150 Millionen, worauf Franckenstein erklärte, über 130 Millionen würden seine politischen Freunde niemals gehen. Der Fürst sprach sich sodann dahin aus, daß er sich den Antrag nicht aneigne, auch würden sich die Kommissare bei den Garantieverhandlungen gar nicht aussprechen, der Antrag aber sei ihm von allen, die er bisher gesehen, der sympathischste, aber unter der Bedingung, daß man nicht auf dem zweiten Antrag bestehe. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Fürst auf bezügliche Anfrage des Freiherrn von Franckenstein, daß er ohne Nachsteuer das Tabaksteuergesetz nicht brauchen könne, und das Brausteuergesetz nicht ohne Verbot der Surrogate. Nachdem diese Fragen erledigt waren, berührte Franckenstein noch die Beseitigung der Maigesetze und sprach den Wunsch aus, der Fürst möge doch nicht dulden, daß der Kulturkampf in so kleinlicher, aufregender, der Würde des Staates nicht entsprechender Weise geführt werde. Franckenstein verwahrte sich dabei dagegen, als ob er Tarif- und Zollpolitik mit dieser Frage zusammen verhandeln wolle, auch sei es klar, daß die Verhandlungen mit Rom nicht so schnell würden zum Abschluß kommen, es sei aber doch unverständlich, daß man nicht mit der kleinlichen Art des Kampfes aufhöre. Der Fürst erwiderte, darin könne er nichts thun, jeden Eingriff in das Kultusressort würde Falk mit seinem Entlassungsgesuche beantworten, er wolle nicht, daß Falk sagen könne, er (Bismarck) habe seinen Austritt aus dem Ministerium veranlaßt. Falk werde nicht mehr zu

zed by Google

lange bleiben, es seien Momente denkbar, die in den nächsten Monaten denselben zum Gehen veranlassen könnten.

Beim Fortgehen nach etwa anderthalbstündiger Unterhaltung übergab Franckenstein den ersten Antrag dem Fürsten, welcher bemerkte, er wolle denselben, wenn möglich, noch dem Kaiser zeigen, der werde nichts dagegen haben; anders würden die Empfindungen des Kronprinzen sein. Dem Kaiser falle es schwer, sich rasch mit einem unbekannten Gegenstand zu befreunden. Einen neuen Gedanken müsse man den Kaiser erst erwägen lassen.

Im Verlaufe der weiteren Beratungen des Zolltarifs hatte Freiherr von Franckenstein noch dreimal Besprechungen mit dem Fürsten: am 29. Juni, bei welcher es zu sehr lebhaften Erörterungen kam, am 5. und 6. Juli 1879.

Eine nähere Mitteilung über diese Besprechungen auf Grund der noch vorhandenen Aufzeichnungen würde ein Eingehen auf Einzelheiten der Zoll- und Tariffragen erforderlich machen.

Am 5. Juli hatte der Fürst auch mit Dr. Windthorst verhandelt.

18. Karl August Schneegans.

Von dem früheren autonomistischen Abgeordneten Schneegans, über den gleichfalls bereits in einem früheren Abschnitt [1]) geschrieben wurde, will ich hier noch eine unpolitische Erinnerung mitteilen.

Während der Zolldebatten saß Schneegans eines Tages mit einigen Kollegen im Garten des Herrenhauses, in dem der norddeutsche Reichstag zu Anfang seine Sitzungen abhielt. Es war ja zuweilen, wenn uninteressante Redner sprachen oder technische Fragen zum soundsovieltenmal breit getreten wurden, recht langweilig im Reichstag, und man hatte mitunter das dringende Bedürfnis, sich in frischer Luft etwas auszuruhen. Die Herren saßen im Garten unter den großen Bäumen, als der Fürst zu denselben trat und scherzend bemerkte: „Die Herren Abgeordneten scheinen recht fleißig zu sein.“ Da Bismarck gerade neben Schneegans stand, antwortete derselbe: „Durchlaucht, wir erfrischten uns unter diesen Bäumen, und suchten hier, wie Mendelssohn früher, neue Arbeitslust zu gewinnen.“

„Wie kommt denn Mendelssohn da hinein?“ bemerkte der Fürst, worauf Schneegans erwiderte: „Unter diesen Bäumen schrieb er den Sommernachtstraum!“ [2])

„Na! — erwiderte der Kanzler lachend, indem er den Abgeordneten Schneegans auf die Schulter klopfte und den Rückweg nach dem Reichstag antrat — da muß man noch von einem Elsässer über Berliner Geschichten belehrt werden!“

---

[1]) Vergl. Bd. II., S. 223 f.

[2]) Das Grundstück, worauf heute noch das preußische Herrenhaus steht, befand sich bis vor ungefähr dreißig Jahren im Besitze der Familie Mendelssohn-Bartholdy, von der es der Staat samt dem weiten parkähnlichen Garten hinter dem Hause für einen Preis kaufte, der heute ein Spottpreis genannt werden würde. Beim Austritt aus dem Garten erblicken wir links und rechts zwei alte Eiben (Taxus), hier hat Felix Mendelssohn einst in einer linden Nacht seine Ouvertüre zum Sommernachtstraum geschrieben.

Im Anschluß an die in Bd. II, S. 263, enthaltene Darstellung des Generalkonsuls August Schneegans in Genua über seine Beziehungen zum Fürsten Bismarck veröffentlicht der Geheime Justizrat Dr. Ferdinand Schneegans in Straßburg in der „Straßburger Post“ eine Mitteilung des Inhalts, daß der im Jahre 1877 aufgetauchte Plan, dem jeweiligen deutschen Kronprinzen die Regentschaft in Elsaß-Lothringen zu übertragen, nicht, wie vielfach angenommen, vom Fürsten Bismarck, sondern ursprünglich von ihm (Dr. Schneegans) angeregt worden sei. „Ich erinnere mich noch, — schrieb Dr. Schneegans — daß Kronprinz Friedrich mich bei dieser Eröffnung etwas überrascht besonders ansah, und mir darauf sofort antwortete: „Ich begehre nicht mehr.“ An demselben Abend hatte ich dann noch die Gelegenheit, dem Kaiser selbst dieselbe Idee nahe zu legen, und seine Majestät nahm sie huldvoll auf und antwortete mir, der Vorschlag scheine ihm bemerkenswert, doch könnten sich darüber einige Bedenken erheben; die Frage müßte überlegt und geprüft werden. Einige Zeit nachher erfuhr ich, daß der Vorschlag in Berücksichtigung gezogen werde und Aussicht auf Ausführung desselben bestehe. Dann kamen aber die Attentate, dem Kronprinzen wurde die Regentschaft übertragen, und dabei scheiterte der Erfolg.“

Zur nämlichen Angelegenheit äußerten sich demnächst die „Hamburger Nachrichten“ (Nr. 217 vom 14. September 1894) wie folgt:

Es ist vollständig unrichtig, daß der damalige Kronprinz gegen die Idee seiner Regentschaft in Elsaß-Lothringen gewesen sei; er ist vielmehr mit Liebe auf den Gedanken, als er vom Fürsten Bismarck angeregt wurde, eingegangen, und dieser würde wahrscheinlich Verwirklichung gefunden haben, wenn nicht Kaiser Wilhelm I. mit Bestimmtheit dagegen gewesen wäre, weil er in seinem Alter wünschte, den Kronprinzen in seiner Nähe, in Berlin zu behalten. Wie er gelegentlich äußerte, überschritt die Abwesenheit seines Nachfolgers von Berlin ohnehin schon das Maß dessen, was er als Familienvater und als Landesherr in seinen Jahren und bei der Unberechenbarkeit seiner Lebensdauer für richtig hielt. Der Kaiser war damals 80 Jahre alt und bei gelegentlichen Krankheitsanfällen mit der Möglichkeit eines früheren Ablebens, als später der Fall war, jederzeit vertraut. Lediglich diese berechtigte Auffassung des Kaisers, aber durchaus nicht die Abneigung des Kronprinzen stand der Verwirklichung der elsaß-lothringischen Regentschaft im Wege, und daß die lebensgefährliche Verwundung des Monarchen jeder weiteren Verfolgung der Idee ein Ziel setzte, ist wohl erklärlich. Wir wollen nur feststellen, daß der Kronprinz von Anfang an bereit war, sich der Regierung von Elsaß-Lothringen zu widmen; der abgeschlossenen Vergangenheit gegenüber ist es kein Bedürfnis mehr, die Zweckmäßigkeit jenes Planes, seine Vorteile und Gefahren näher zu erwägen. Wenn der Kronprinz wirklich zu Schneegans gesagt hat: „Ich begehre nicht mehr!“ so stimmt das mit unsrer Darstellung des Sachverhalts überein.

Durch diese Erklärungen des Altreichskanzlers wird die Mitteilung von Dr. Schneegans vollinhaltlich bestätigt.

Digitized by Google

19. Die Führer und Mitglieder der konservativen Partei.

Über die Führer und Mitglieder der Rechten soll sich Fürst Bismarck einmal wie folgt geäußert haben: „Diese Herren erkennen mich entweder als ihren Chef an, und dann müssen Sie mir Folge leisten, oder sie gehen selbständig vor, und dann müssen Sie es mir überlassen, zu beurteilen, wann und bis zu welchem Grade ich mit ihnen gemeinsame Sache machen soll. Es giebt keinen Mittelweg. Der Bauer ist unstreitig eine sehr wichtige Figur im politischen Schachspiel, aber ich kann nicht zugeben, daß er in einem gegebenen Fall den Anspruch erhebt, als Turm oder Springer verwandt zu werden.

20. Graf von Bethusy-Huc.

Im II. Bande meines Werkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" (S. 97) ist bereits auf Verhandlungen hingewiesen worden, welche Bethusy mit Bismarck im Frühjahr 1867 über die Luxemburger Frage geführt hat.

Wir sind jetzt in der Lage, nach den eigenen Aufzeichnungen Bethusy's den Wortlaut jener denkwürdigen, in den letzten Märztagen 1867 stattgehabten Unterredung mitteilen zu können.

Es war ein Vertrag zum Abschluß fertig, oder vielleicht schon abgeschlossen — dieser Punkt ist bisher nicht klar gelegt worden — wodurch Napoleon III. das Großherzogtum Luxemburg gegen Zahlung einer Geldsumme vom Könige von Holland erwerben sollte. Dies verursachte, als es bekannt wurde, im konstituierenden Reichstage große Aufregung, und Bennigsen gab dem allgemeinen Gefühl in folgender, mit 70 Unterschriften bedeckten Interpellation Ausdruck:

1. Hat die königlich preußische Regierung Kenntnis davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogtums Luxemburg begründet sind?
2. Ist die königlich preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterlande loszureißen — Mitteilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogtums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen?

General von Moltke äußerte vertraulich im Foyer:

Da ein Krieg mit Frankreich auf die Dauer doch unvermeidlich, so wäre — da ein genügender Anlaß vorläge — der gegenwärtige Moment besonders günstig, indem Frankreich militärisch noch vollkommen unvorbereitet sei, es aber nicht mehr lange bleiben werde, da es mächtig arbeite.

Die freikonservative Partei, so sehr sie sonst ihre unabhängige Stellung zu wahren bestrebt war, glaubte in Sachen der äußeren Politik nicht ohne genommene Fühlung mit der Staatsleitung vorgehen zu sollen und schickte deshalb

Digitized by Google

ihren Führer, den Grafen Bethusy-Huc, zum Ministerpräsidenten, um nach vorgenommener Information ihre Stellung zur Interpellation Bennigsen zu nehmen.

Die Unterredung verlief nach der üblichen Einleitung etwa wie folgt.

Abgeordneter: Glauben Eure Excellenz, daß binnen jetzt und 5 Jahren ein Krieg mit Frankreich unvermeidlich eintreten wird?

Graf Bismarck: Ja, das glaube ich leider.

Abg: Glauben E. E. mit mir, daß innerhalb dieses 5jährigen Zeitraumes der gegenwärtige Moment der günstigste bezüglich des gegenseitigen Verhältnisses unsrer Streitkraft ist?

Graf Bismarck: Das glaube ich ohne Zweifel.

Abg: Können E. E. binnen jetzt und 24 Stunden den Krieg herbeiführen?

Graf Bismarck: Die Regierung Seiner Majestät kann dies sicherlich. Ich brauche aber Ihre vierte Frage nicht abzuwarten. Sie würde logisch lauten müssen: Warum dann raten Sie Sr. Majestät nicht zum Kriege? und ich könnte nur antworten: weil ich ein sehr thörichter oder sehr furchtsamer Mann bin, wenn ich das „Ja“ auf Ihre erste Frage in allem Ernst so bedingungslos ausgesprochen hätte, als es unterhaltungsweise geschehen durfte.

Ja, ich glaube leider an einen deutsch-französischen Krieg in nicht allzulanger Frist. Die durch unsre Siege verletzte krankhafte französische Eitelkeit wird dazu drängen. Für absolut unvermeidlich vermag ich ihn aber nicht zu erachten, weil ich weder für Frankreich noch für uns ein ernstes Interesse sehe, welches die Entscheidung der Waffen erheischte. Für 200000 Wallonen und eine bicoque wie die Luxemburger Festung werden wir einen großen Krieg nicht beginnen, so lange Deutschlands Ehre nicht im Spiel ist. Die würden wir allerdings für gefährdet halten, wenn Frankreich ein nominell deutsches Land von einem Dritten käuflich erwürbe. Das aber hoffen wir ohne Krieg verhindern zu können.

Gelingt es jetzt diesen aufzuschieben, so ist die Dauer des Aufschubs schwer zu berechnen.

Napoleon will den Krieg weniger als viele andre Franzosen, und doch ist er vielleicht der Befähigste, ihn zu führen. Eine Revolution, die ihn stürzt, kann den unmittelbaren Ausbruch des Krieges oder seinen Aufschub ad infinitum zur Folge haben.

Chi lo sa?

Nur für die Ehre des Landes — nicht zu verwechseln mit dem sogenannten Prestige — nur für seine vitalsten Interessen darf ein Krieg begonnen werden.

Kein Staatsmann hat das Recht ihn zu beginnen, bloß weil er nach seinem subjektiven Ermessen ihn in gegebener Frist für unvermeidlich hält. Wären zu allen Zeiten die Minister des Äußeren ihren Souveränen bezw. deren Oberfeldherren in die Feldzüge gefolgt, wahrlich, die Geschichte würde weniger Kriege zu verzeichnen gehabt haben.

Ich habe auf dem Schlachtfelde und was noch weit schlimmer ist, in den Lazaretten die Blüte unsrer Jugend dahinraffen sehen durch Wunden und Krank-

heit, ich sehe jetzt aus diesem Fenster gar manchen Krüppel auf der Wilhelmstraße gehen, der heraufsieht und bei sich wohl denkt, wäre nicht der Mann da oben, und hätte er nicht den bösen Krieg gemacht, ich säße jetzt gesund bei „Muttern". Ich würde mit diesen Erinnerungen und bei diesem Anblick keine ruhige Stunde haben, wenn ich mir vorzuwerfen hätte, den Krieg leichtsinnig oder aus Ehrgeiz oder auch aus eitler Ruhmessucht für die Nation gemacht zu haben.

Ja, ich habe den Krieg von 1866 gemacht in schwerer Erfüllung einer harten Pflicht, weil ohne ihn die preußische Geschichte still gestanden hätte, weil ohne ihn die Nation politischer Versumpfung verfallen und bald die Beute habsüchtiger Nachbarn geworden wäre, und stünden wir wieder, wo wir damals standen, würde ich entschlossen wieder den Krieg machen. Niemals aber werde ich Sr. Majestät zu einem Kriege raten, welcher nicht durch die innersten Interessen des Vaterlandes geboten ist.

Abg.: Leider vermag ich den Ausführungen Eurer Excellenz nicht mit einer Silbe zu widersprechen. Ich danke herzlich für dieselben, bedaure aber doch im Hintergrund meiner Seele, daß Sie nicht mehr Student sind.

(Der Abgeordnete war eben damals auch noch jünger. Heute würde er dies Bedauern schwerlich empfinden.)

Andern Tags begründete Bennigsen die Interpellation in warmer, patriotischer, von allen Parteien mit lebhaftestem Beifall begleiteter Rede. — Der Ministerpräsident antwortete, ohne seine Anerkennung für die Empfindungen des Reichstags zurückzuhalten, sachlich gemessen unter sorgfältigster Schonung berechtigter und unberechtigter Empfindlichkeit.

Präsident Simson resümierte — was gegen jede parlamentarische Gewohnheit — in kurzen Worten den erhebenden Eindruck der Verhandlung.

Luxemburg aber kam nicht an Frankreich und der Friede wurde drei weitere Jahre erhalten.

Es liegt kein Grund für die Annahme vor, daß Fürst Bismarck den in dem oben citierten Gespräch geäußerten Auffassungen in irgend einem Punkte untreu geworden sei. Vielmehr hat er dieselben seither bei hundert Gelegenheiten erneut bethätigt.

Hoffen wir, daß sie dereinst Gemeingut aller denkenden Menschen werden.

Als im Juni 1870 ein ansehnlicher Teil von Bethusy's Wählern, welche im Jahre 1861 ihm zuerst ein Mandat übertragen und durch 5 Jahre zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstag an ihm unverbrüchlich festgehalten hatten, in offenkundiger Weise zu erkennen gaben, ihn wegen seiner Abstimmung über die Kreisordnung[1]) nicht wieder zu ihrem Vertreter zu wählen, erklärte Graf Bethusy in einer Ansprache an die Wähler des Wahlkreises Kreuzburg-Rosenberg aus Bankau im Juni 1870, daß er seiner Ansicht in dieser Frage stets treu geblieben

[1]) Es handelte sich um diejenigen Bestimmungen derselben, welche die Ortspolizei behandelten.

sei. Es müsse also die hochkonservative Partei des Wahlkreises, die jetzt plötzlich nichts mehr von ihm wissen wolle, entweder das politische Verhalten eines ihrer Abgeordneten überhaupt nicht verfolgt, oder ihrerseits seit den Wahlen des Jahres 1867 eine Schwenkung nach rechts oder besser nach rückwärts gemacht haben, „die sie jetzt vergeblich dadurch zu vertuschen sucht, daß sie ihrem bisherigen Abgeordneten eine Schwenkung nach links vorwirft."

Die „Post" (vom 21. November 1893) bemerkte am Schlusse ihres Nachrufs dieses Parlamentariers:

„Der freikonservativen bezw. deutschen Reichspartei hat er auch nach seinem Rücktritt von der parlamentarischen Thätigkeit die regste Anteilnahme gewährt. Besonders in Erinnerung ist das warm empfundene Schreiben, das er zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Partei an diese richtete. Sein Name wird als der ersten einer in dankbarer Erinnerung bei der Partei fortleben."

Ich lasse hier ein

Promemoria

des Grafen Bethusy-Huc folgen, welches derselbe Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen von Preußen auf seinen Befehl am 25. Februar 1867 selbst überreicht hat.

„Das zu erstrebende Ziel ist:

Deutschlands größtmöglichste Macht, Einheit und Freiheit unter den Hohenzollern.

Zwei Vordersätze allgemeiner Natur stelle ich voran, welche ihren Beweis in der Geschichte finden.

1. Ideen werden durch Gewalt weder geschaffen noch getötet; sie können aber ohne Gewalt nicht gestaltet werden.

So führt die Macht die Idee ins reale Leben, die Idee verleiht der Macht Berücksichtigung und Dauer.

2. Die Menschen erstreben das Gute meist nur wenn sie *müssen*, sie beharren darin, wenn sie es als gut erkannt haben und es ihnen *nützt*. Hieraus folgt: Es muß dekliniert werden: *Macht, Einheit, Freiheit*, nicht umgekehrt.

Die Hohenzollern und das deutsche Volk haben ein Interesse an der deutschen Einheit.

Alle andern deutschen Kabinette, Kammerherren und Hoflieferanten und alle fremden Nationen und Regierungen haben ein Interesse, sie zu verhindern. Jene müssen unterworfen, diese zur Zulassung genötigt werden. Erst wenn die Einheit hergestellt ist, wird die ruhende Kraft zur Sicherstellung der inneren Entwickelung genügen. Bis dahin ist außerordentliche Machtentfaltung erforderlich. Nur die Hohenzollern können solche hervorrufen und führen; nur aus dem deutschen Volke kann sie gewonnen werden. Soll Dauerndes geschaffen werden, so gilt es, die Idee mit der Machtentfaltung gleichen Schritt halten zu lassen, es gilt dem

Digitized by Google

deutschen Volke immer stärker zum Bewußtsein zu bringen, daß seine Interessen mit dem des preußischen Staates identisch sind. Ein wesentlicher Schritt hierzu wird die Verallgemeinerung der allgemeinen Wehrpflicht sein. Ihr Nichtbestehen in allen außerpreußischen Ländern war die Hauptstütze des Partikularismus. Man darf sich nicht damit begnügen, durch Übertragung der eigenen Lasten das Gleichgewicht herzustellen. Man muß Vorzüge aufweisen, welche den Verständigen den Zwang als richtig oder doch innerlich berechtigt erscheinen lassen, die Masse nachträglich damit versöhnen. Soweit sind die sogenannten moralischen Eroberungen berechtigt, ja notwendig, mit denen allein man keinen Hund vom Ofen lockt.

Der fünfjährige Konflikt, welcher unmittelbar auf die Flegeljahre unsres Verfassungslebens folgte, hat eine unheilvolle Stagnation in unsre Gesetzgebung gebracht. Der Vorsprung, den wir vor unsern Nachbarn zu haben pflegen, ist geringer geworden. Die erwachenden Sympathien unsrer neuen Provinzen erkühlen mit der Erinnerung an den Respekt, welcher sie erzeugte, und schon fängt man an zu hören: Die Preußen kochen auch nur mit Wasser. Das ist gefährlich — schlimmer als Preußenhaß. Denn es ist berechtigt, was die Leidenschaft nicht ist.

Vieles ist veraltet und verrottet bei uns wie anderwärts. Die Geschichte aller Nationen ist in ein intensiveres Stadium des fortlaufenden Entwickelungsprozesses eingetreten.

Nationen, welche solchen Wendepunkten gegenüber sich neutral verhalten, scheiden aus der Reihe der führenden. Wie Preußen in der Zeit der größten äußeren Erniedrigung vor fünfzig Jahren auf allen Gebieten reorganisatorisch allen übrigen Nationen vorging, so muß es jetzt das gleiche thun, sonst kann ihm die Machterweiterung der Gegenwart gefährlicher werden als die Einengung von damals — die Gefahr ist ernst. Deutschland drängt zum Ganzen.

Der Weg durch Republik zum Cäsarismus ist nicht absolut unmöglich geworden, wenn auch, Gottlob durch Königgrätz, in weite Ferne gerückt.

Es fragt sich also: was ist zu thun

a) auf dem Gebiete der kommunalen Verwaltung und Justiz,
b) auf dem kommerziellen,
c) auf dem eigentlich politischen im inneren Preußen, d. h. dem legislatorischen,
d) zur Stärkung der preußischen resp. norddeutschen Centralgewalt auf politischem und militärischem Gebiete.

Die Antworten auf diese vier Fragen sollen hier nur aphoristisch angedeutet werden. Die eigentliche Ausführung würde für jede einzelne Frage ein Buch erfordern.

ad a) Die Reorganisation der Verwaltung und Justiz kann nur gleichzeitig und im engsten Zusammenhange vorgenommen werden. Oberster Grundsatz: Erweiterung der Selbstregierung durch verantwortliche Ehrenämter. Verminderung und bessere Besoldung der eigentlichen Beamten. Vormundschaft und Hypothekenwesen werden von der Justiz getrennt und der Verwaltung überwiesen. Die Justiz beschränkt ihren Wirkungskreis auf das eigentliche Rechtsprechen. Die

Digitized by Google

kleinen Kreisgerichte, der soziale Krebsschaden des neupreußischen Beamtenstandes, hören auf. Je vier bis sechs Kreise erhalten ein größeres kollegialisches Gericht erster Instanz. Das notwendige Übel der dadurch vermehrten kommissarischen Einzelrichter wird durch häufige Ablösung derselben in seinen sozialen Nachteilen gemildert.

Die Zahl der Gerichte zweiter Instanz wird auf je eines für jede Provinz herabgesetzt, die appellationsfähige Summe von 50 auf 200 bis 300 Thlr. erhöht. Letzteres ist wichtig. Es steuert der Rabulisterei, befreit die Obergerichte von wustiger Überschüttung, und erhält sie ihrer Aufgabe, durch Herstellung gleichmäßiger Rechtsgrundsätze die Gerechtigkeit im Lande zu fördern. Eine neue Gemeindeordnung wird emaniert. Der Schulze wird gewählt. Der Gemeinde das Recht einer juristischen Person erteilt, diese unter Aufsicht des Kreisausschusses gestellt. Die Polizei wird durch vom König ernannte, vom Kreistag präsentierte Ehrenbeamte verwaltet. Eine neue Kreisordnung wird erlassen, die Kreisvertretung auf Wahl nach gewissem, nach Umständen variablem Verhältnis aus den bisherigen 3 Ständen begründet.

Der Kreisausschuß, gleichfalls gewählt, führt mit einem bezahlten Syndikus das Hypotheken- und Vormundschaftswesen des Kreises. Ehrenämter dürfen bei einer gewissen Einkommensteuer nicht abgelehnt werden. Eine Hypotheken- und Subhastationsordnung ist unerläßlich.

In dieser vielleicht einzigen Richtung kann Mecklenburg als Vorbild dienen.

Der Kreisausschuß bildet die zweite und unter Umständen die letzte Instanz über den Landrat für gewisse Zweige der inneren Verwaltung unter dem Vorsitz eines periodisch zu delegierenden Mitgliedes der Provinzialregierung.

Die bisherigen Regierungsbezirke und ihre Kollegien hören auf. An ihre Stelle treten lediglich die Provinzialverbände, an deren Spitze große Regierungskollegien unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten stehen. Diesen ist im Verhältnis zu den kommandierenden Generalen ein höherer Rang als bisher zu erteilen — sie müssen denselben vom Tage ihrer Ernennung ab gleichstehen.

Ebenso müssen die Abteilungsdirigenten dieser Kollegien den Ministeralräten höherer Ordnung derart gleichgestellt werden, daß eine Hin- und Herversetzung jederzeit möglich ist.

Diese Formen haben hier politische Bedeutung.

Sollte dieser Reorganisationsmodus nicht beliebt werden, und namentlich die zweite Instanz bei den Kreisausschüssen Bedenken erregen, so müssen an die Stelle der jetzigen Regierungskollegien Präsidenten mit beigeordneten vortragenden Räten treten.

Die jetzigen Kollegien sind unter einem energischen Präsidenten eine Farce auf den Begriff, unter einem schwachen ein desorganisatorischer Körper, von Zufällen bestimmt. In beiden Fällen erzeugen sie ein büreaukratisches Hineinreglementieren in praktische Verhältnisse, und entfremden in eigenem Thaten- und Zielendurst den Landrat seiner Hauptthätigkeit, indem sie ihn zur Schreibmaschine stempeln.

Digitized by Google

ad b. Auf dem kommerziellen und nationalökonomischen Gebiet war Preußen seinen neuen und alten Verbündeten immer weitaus voran, und auch während des Konflikts ist die Rekonstruktion des Zollvereins und der französische Handelsvertrag zu stande gekommen; das Gesetz wegen der Genossenschaften und die Aufhebung des Salzmonopols bezeichnen weitere Schritte der neuesten Zeit auf dem betretenen gesunden Wege.

Das preußische Eisenbahnnetz gehört zu den fertigsten des Kontinents, Handel und Verkehr blühen, und Mittel- und Süddeutschland fühlt, daß es eine innige Verbindung mit Preußen nicht entbehren kann. Dies Gefühl zu stärken, gilt es fortzufahren auf dem betretenen Wege, die Ordnung der Finanzen zu erhalten und die allgemeine Wohlfahrt zu heben durch Vermehrung der Freiheit des Verkehrs zunächst im Gewerbe selbst, Bankfreiheit, Koalitionsfreiheit, Aufhebung des Preßzwanges ꝛc. ꝛc.; sodann durch weitere Hebung der Verbindungsmittel: Chausseen, Eisenbahnen ꝛc., vor allem durch baldige und energische Inangriffnahme des Nordostsee-Kanals. Es ist nicht gut, daß Preußen ein so gewichtiges Wort ausspricht, ohne die Ausführung dem Wort auf dem Fuß folgen zu lassen. Seine Thaten müssen auf diesem Gebiete wie auf dem Schlachtfelde seinen Worten eher voraneilen als nachhinken. . . .

ad c. In legislatorischer Beziehung sind außer den sub a und b angeregten gesetzlichen Änderungen zunächst die promissorischen §§ der Verfassungsurkunde, i. e. die §§ 12, 15, 19, 26, 61 und 104 ihrer Erfüllung entgegenzuführen. Die Trennung[1]) der Kirche vom Staat und die daraus mit Notwendigkeit resultierende obligatorische Civilehe ist das einzige Mittel, die Grundidee des preußischen Staates, die religiöse Parität, zu gewährleisten, ohne die Staatseinheit dadurch zu schädigen.

De facto ist zur Zeit die katholische Kirche durch ihre größere Selbständigkeit der evangelischen gegenüber im Vorteil, und wirkt in ihrer immer noch zu engen Verbindung mit dem Staat zersetzend auf diesen.

Die Erfahrungen Westfalens und Oberschlesiens während des letzten Krieges und die klerikale Fraktion des Abgeordnetenhauses sind sprechende Illustrationen dazu. Die obligatorische Civilehe würde den politischen Einfluß der katholischen Geistlichen mindern und zugleich den einzig wirksamen Schutz für den Protestantismus gegen die Ausbreitung des Katholizismus gelegentlich der Einsegnung gemischter Ehen abgeben.

Die Emancipation der Juden muß in Konsequenz des Artikels 12 der Verfassung ausgesprochen werden. Sie ist zudem das einzig wirksame Mittel gegen das, was uns bei den heutigen Juden mit Recht tadelnswert erscheint. Dies hat zum großen Teil seine Wurzel in der ihnen zu teil gewordenen schlechten

---

[1]) Zu dieser Stelle findet sich im Manuskript folgender eigenhändige Zusatz: Darunter kann sehr Verschiedenes verstanden werden. So wie man es jetzt gewöhnlich auffaßt, habe ich es damals nicht gemeint.

15. 5. 1888. Bethusy-Huc.

Digitized by Google

Behandlung. Durch Jahrhunderte erzeugt und vererbt, werden diese Eigenschaften nur langsam weichen. Doch muß die Kur begonnen werden.

Das Unterrichtsgesetz und Oberrechenkammergesetz müssen vorgelegt werden. Über die Art wird sich streiten lassen.

Die Presse muß durch balons d'essai, d. h. durch Veröffentlichung nicht bindender Entwürfe zur Besprechung derselben veranlaßt und in derselben durch angemessene Mittel beeinflußt werden. Gewährt man ihr unter gegenseitiger Wechselwirkung eine vorherige Teilnahme an den Regierungsvorlagen, so wird nicht nur ihrer nachträglichen Opposition, sondern auch der der Landesvertretung vielfach die Spitze abgebrochen. — Richtig behandelt, könnte die Presse zu Zeiten statt übler gute Dienste leisten. Daß sie es vermag, hat sich z. B. gelegentlich der Adresse des Abgeordnetenhauses eklatant manifestiert.

Ein Ministerverantwortlichkeitgesetz muß erlassen werden, nicht weil ich ihm irgend einen praktischen Wert zuschreibe, sondern lediglich weil es in der beschworenen Verfassung steht.

Im Wesen wird es eine Farce bleiben, die niemandem nützt als höchstens den Ministern, welche für korrekt verfassungsmäßig angesehen werden müssen, so lange sie nicht verurteilt sind. Aber die Ideologen müssen befriedigt werden und vor allem muß man Wort halten. Endlich: Es ist zu hoffen, daß dereinst jede geschriebene Verfassung den natürlichen und durch jede Praxis anerkannten Grundsatz auch äußerlich sanktionieren wird, wonach das Budget in ein Ordinarium, welches nur durch consensus omnium geändert und ein Extraordinarium, welches nur durch consensus omnium verwandt werden darf, zerfällt.

Keine lebendige Regierung kann mit dem Ordinarium auf die Dauer auskommen. Das unbestrittene Recht der Landesvertretung, das Extraordinarium zu normieren, giebt ihr einen ungeheuren und für alle Wege genügenden Einfluß. Will sie mehr, so will sie das Unmögliche und verliert das Vernünftige.

In unsrer Verfassung hat aber dieser Grundsatz keinen Ausdruck gefunden.

Zur Zeit kann man ihn auf geradem Wege nicht hineinbringen und niemals darf man ihn auf krummem hinein interpretieren.

Man muß aber um jeden Preis versuchen, ein Normalmilitärbudget auf fünf, wenigstens auf drei Jahre bewilligt zu erhalten.

Es ist unmöglich, innere Freiheit und äußeres Ansehen in einem Staate zu mehren, wenn die Quelle seiner Sicherheit selbst nicht gesichert ist.

ad d. Die Berechtigung eines Staatengebildes wird bedingt durch seine Befähigung, den geistigen und materiellen Fortschritt seiner Angehörigen bei möglichst geringer Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit zu fördern und selbstständig zu sichern.

Da die letztere Befähigung bei der heutigen Lage europäischer Verhältnisse allen Kleinstaaten absolut fehlt, so fehlt ihnen auch die selbständig staatliche Daseinsberechtigung — sie sind nach Analogie kommunaler Autonomien zu behandeln, ergo zu begünstigen, sofern und soweit sie weder ihre Angehörigen noch ihre Nachbarn mit Lasten beschweren oder in ihrer Freiheit beschränken.

Digitized by Google

und soweit sie der Staatseinheit nicht entgegenstehen, welche allein ihnen Sicherheit gewährt und deren dienende Glieder sie sein müssen.

Ohne die absoluteste Einheit dem Auslande gegenüber ist jedes Staatengebilde nur ein Konglomerat von positiven und negativen Größen, die sich gegenseitig aufheben statt zu unterstützen.

Daß die Einheit der Nationalität gegen solche Kombination nicht schützt, hat die deutsche Geschichte tausendmal, zuletzt im Sommer v. J. bewiesen. Darum, so hoch ich die deutsche Nationalität stelle, so stelle ich die Einheit des Staates doch noch höher, und indem ich nie aufhören werde, die Vereinigung des ganzen deutschen Vaterlandes zu erstreben, begnüge ich mich zur Zeit mit einem festgeschlossenen centralisierten Norddeutschland lieber als mit einem losen, über ganz Deutschland sich ausbreitenden Staatenbund, auch wenn man ihm den Namen eines Bundesstaates geben wollte.

Unter allen charakteristischen Merkmalen eines einheitlichen Staates ist die einheitliche Militärleitung das Hauptsächlichste. Mit diesem steht und fällt sie.

Wenn ich im Eingange das zu erstrebende Ziel aufgestellt und im Fortgange die Wege angedeutet habe, auf denen es sachlich zu erreichen, so frage ich nun weiter: wird das Ziel und die Wege von dem zeitigen Leiter der preußischen Politik richtig erkannt, werden die letzteren betreten, und wo nicht, aus welchen Ursachen werden sie verfehlt?

Graf Bismarck ist primo loco spezifischer Preuße. Für einen klaren Kopf, wie der seinige, führt das Preußenthum aber mit Notwendigkeit zum Deutschtum hinauf, wie das Deutschtum zum Preußentum hinab. Er verfolgt das im Eingange bezeichnete Ziel fest und unverrückt. Er ist Realpolitiker und verachtet das Ideale, doch ist er selbst nicht ohne Ideal. Er ist im gewöhnlichen Sinne vollkommen prinzipienlos, hat mit allen seinen früheren Prinzipien gebrochen. Eines vertritt ihm alle anderen: Preußen hoch und mächtig in Deutschland, oder wie man ebenso füglich umkehren kann — Deutschland einig und mächtig durch Preußen. Die außerordentliche Produktivität und Gewandtheit seines Geistes, mit welcher er jeden Augenblick bereit ist, seine gestrige Schöpfung zu vernichten, um nach veränderten äußeren Kombinationen eine heutige an ihre Stelle zu setzen; die Zähigkeit, mir welcher er auf den scheinbar entgegengesetzten Wegen und Umwegen die Annäherung an dasselbe Ziel unverrückt im Auge behält, — so bewundernswert diese Eigenschaften sind, sind sie weitaus nicht die hervorragendsten Merkmale dieses bedeutenden Staatsmannes. Sie enthalten sogar eine Klippe, welche seinen Erfolgen schon häufig Eintrag gethan hat.

Bestimmbar und wendbar durch äußere reale Gestaltungen, voll Vertrauen auf seine Fruchtbarkeit jeder durch sie geschaffenen Verlegenheit gegenüber, hat er Freude an dieser Art von Kampf, läßt sich von dem Übermute seines Temperaments verleiten, seine Gegner zu reizen, und, indem er seine Nichtachtung der Ideologie gern zur Schau trägt, beträgt er sich wohl zu Zeiten selbst über den realen Wert der Ideen und vergrößert die Schwierigkeiten, welche seine Gegner

Digitized by Google

ihm schaffen. Was ihm zum Schlusse hilft, sie zu überwinden, was ihn zum großen Manne stempelt, ist die warme Glut seines preußischen Herzens (sein Nervenleiden beweist, daß sein Gemüt viel weicher und empfänglicher ist, als die meisten annehmen) und die mächtige Energie seines Willens. Wenn er trotzdem, statt schöpferisch-gigantische Gedanken wie Zeus die Minerva ganz und geharnischt aus seinem Kopfe zu schleudern, vielfach stückweis Halbheiten mühsam gebärt; wenn nicht nur nichts von dem oben Angedeuteten, sondern auch wenig Anderes an dessen Stelle geschieht und der brausende Sturmgang der letztjährigen vaterländischen Geschichte in den stagnierenden Schneckenschritt des verwichenen Bundestages zurückversetzt scheint, so liegt der Schlüssel teils in seiner durch seine Antecedentien bedingten Entfremdung von der inneren Politik, teils in dem Mangel ebenbürtiger Gehilfen, besonders aber in den massenhaften Schwierigkeiten, welche dem Durchdringen seines Willens sich täglich und stündlich auch aus andern Gründen entgegenwachsen, und welche von nur wenigen in ihrem ganzen Umfange gekannt, von noch wenigeren genügend gewürdigt werden.

Graf Bismarck's Einfluß auf den König wird weitaus überschätzt. Er kann ihn mühelos von vielem abhalten, schwer und immer nur langsam zu etwas bewegen — zu Zeiten gar nicht. Der König steht seinem Naturell und seiner ganzen Vergangenheit nach den modernen Staatsanschauungen fern. Spezifisch Soldat, fällt die Periode seiner Mannwerdung in die Zeiten der Kamptz und Metternich. Wenn er die jetzt veralteten Theorien jener Zeit, mit denen er groß geworden, nie zu den seinigen machte und im höheren Alter noch weiter selbstverleugnend abstreifte, so hat sein edles Herz, seine ernste Pflichttreue, sein hohes Gerechtigkeits- und Billigkeitsgefühl und die Traditionen seines Hauses den besten Teil daran.

Naturgemäß muß seinem biedern, auf bestimmten Voraussetzungen gebildeten Wesen die immer neu wendbare, voraussetzungslose Denkart seines Ministers unbequem, ja antipathisch sein. Die Not hat ihn zu ihm geführt, seine gewohnte Konsequenz ihn in mancher Krise gegen äußere Angriffe gehalten, und was er heute am meisten an ihm schätzt, ist vielleicht in Graf Bismarck nicht das Schätzenswerteste."

Die nun folgende persönliche Charakteristik der damaligen ministeriellen Kollegen des Grafen Bismarck eignet sich nicht zur Veröffentlichung. Graf Bethusy fährt nach ihrem Abschlusse fort:

„Nun die Parteien im Parlament. Der Konflikt in seiner Verjährung hat die meisten über ihre ursprüngliche Absicht hinaus in einen persönlichen Antagonismus hinein engagiert. Ein Bündnis mit Graf Bismarck ist für die Liberalen heute schwerer als es vor 4 Jahren gewesen wäre.

Die sogenannte konservative Partei verehrte in ihm ihren Held. In der Not hat er ihre Freundschaft mehr als seinem Plane förderlich acceptiert. Jetzt lassen ihn die Geister, die er rief, nicht los. Sich selbst zu retten, sind sie ihm mit Brechung ihrer Prinzipien gefolgt, und fahren, trotz allem was gegen ihren Rat geschehen ist, fort, ihn als ihr Eigentum zu reklamieren. Sie speisen

Digitized by Google

bei ihm, sie umgeben ihn aller Orten, sie sind seine Vettern und schneiden ihn von andern Verbindungen, die er suchen möchte, ab. Die Sprödigkeit der Gegenseite wächst. Um nicht allen Halt zu verlieren, muß man den oft beleidigten Freunden gelegentlich doch auch eine Konzession machen. Die bedauerliche Rede im Herrenhaus über die Veröffentlichung der Parlamentsreden ist ein Exempel. Galt sie dem Hof, dem Partikularismus, oder dem Herrenhaus? — wer kann's sagen. Gewiß ist nur: Graf Bismarck bracht sie ungern. Wer unterstützt den Grafen Bismarck? Im Lande viele; auf dem Operationsterrain in Berlin niemand.

Gewiß hat Graf Bismarck persönlichen Ehrgeiz, aber er ist längst mit dem preußischen indentifiziert. Allein in der Gegenwart, ohne Aussicht und Gewicht für die Zukunft, wird er nach menschlichem Naturgesetz zum Erstreben ephemeren Erfolges hin und von der Verfolgung seines eigenen großen Ideals abgedrängt.

Wer allein kann den Grafen Bismarck wirksam unterstützen?

Der Kronprinz von Preußen. Er kann sich überzeugen, ob meine Behauptung begründet, daß Graf Bismarck mit ihm dasselbe große Ziel verfolgt, er kann Einsicht nehmen von den gewählten Mitteln, sie vom Einzelnen ab und zum großen Ganzen hinlenken. Er kann das schwankende Gleichgewicht des Idealen und Realen herstellen helfen. Er wird die Elastizität der Aktion dadurch nicht schwächen, sondern stärken.

Je mehr Graf Bismarck eigenen Ehrgeiz habe, je höher er seine Zukunft anschlagen sollte, desto leichter wird auf ihn zu wirken sein. Graf Bismarck mied früher den Kronprinzen, weil der Kronprinz ihn mied. Gern wird er sich finden lassen als Unterthan, als Mensch und als Preuße.

Fühlt sich der Minister nicht mehr allein, fühlt er sich unterstützt von einer mächtigen Gegenwart und einer mächtigeren Zukunft, so wird der Minister Bismarck, der aus Not zach war, in sein Naturell zurückkehren, nach rechts und links brechen, aus Wahl und nicht aus Not, vom Halben ab, dem Ganzen sich zuwenden. Ich weiß, daß kein preußischer Prinz gegen oder nur neben dem Könige agitieren darf; ich weiß ferner, daß ein Thronfolger mit Notwendigkeit mehr Reserve zu beobachten hat als irgend ein andrer Staatsbürger.

Aber ich weiß auch, daß die Einheit preußischer und hohenzollernscher Staatsaktion nicht ungestraft unterbrochen wird.

Bismarck kann leichtlich die Zukunft des Kronprinzen verderben, wenn der Kronprinz der Gegenwart Bismarck's fern bleibt, und die Zukunft des Kronprinzen ist die Zukunft Preußens und Deutschlands.

Der Kronprinz ist nicht nur Thronfolger — er ist auch Hohenzoller, er ist auch Preuße. In dieser Eigenschaft kann das Vaterland schon jetzt vollen Dienst von ihm erwarten.

Der Kronprinz hat für das Vaterland freudig sein Leben eingesetzt. Wenn es ihm nützlich scheint, wird er ihm ebenso freudig das Opfer der mühsamen täglichen und stündlichen Selbstverleugnung bringen."

21. Freiherr von Schorlemer-Alst.

Nachdem Windthorst am 3. Mai 1879 seit zehn Jahren zum erstenmal wieder auf einer parlamentarischen Soiree beim Kanzler erschienen war, lag auch für den nächstbedeutendsten Wortführer des Centrums, den Freiherrn von Schorlemer-Alst [1]) kein Anlaß mehr vor, das Bismarck'sche Haus zu meiden. Man hatte mit einander auf Tod und Leben gefochten; jetzt war es, um ein von Bismarck gebrauchtes Bild anzuwenden, an der Zeit, die Waffen auf den Fechtboden niederzulegen.

Freiherr von Schorlemer, „der Reitergeneral aus dem Kulturkampf", pflegte stets dann in das Treffen geschickt zu werden, wenn es galt, der Verstimmung der Partei einen besonders derben Ausdruck zu geben. [2]) Bismarck bezeichnete ihn denn auch ehedem im Privatgespräche als „rücksichtslos aber ehrlich". Noch im Juni 1880 brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" einen geharnischten Artikel gegen diesen Abgeordneten [3]), weil er im Abgeordnetenhause von der „drakonischen Gesetzgebung" gegen die Katholiken in Mecklenburg-Schwerin gesprochen hatte. Indessen war dies nur mehr eine Episode, denn von der Zeit ab, wo das Centrum im Zolltarif ein Bindemittel mit der Regierung gefunden, datieren bereits die besseren Beziehungen zwischen Bismarck und Schorlemer. Sie gestalteten sich im Laufe der Jahre immer besser, da der Abgeordnete für die von dem Kanzler inaugurierte Wirtschafspolitik von Haus aus ein sympathisches Interesse hegte.

Wie bei Bismarck so zeigte sich übrigens auch bei Schorlemer-Alst in den letzten Jahren eine zunehmende Neigung nach der konservativen und nach der agrarischen Seite; kein Wunder also, daß der Kanzler den Wunsch hegte, den Einfluß des „Vaters der Bauern" immer mehr zur Unterstützung seiner eigenen Politik heranzuziehen.

---

[1]) Freiherr von Schorlemer-Alst, Burghard, Geh. Kämmerer Sr. Heiligkeit des Papstes, Königl. preuß. Prem.-Lieut. der Kavallerie a. D., erhielt im Jahre 1892 den Charakter als Rittmeister, 1894 als Major; Malteserritter, Kreisdeputierter auf Alst, Kreis Burg-Steinfurt. Geb. den 21. Oktober 1825 in Schloß Herringhausen, Kreis Lippstadt (kath.). Bezog, durch Privatunterricht vorgebildet, die Militär-Bildungsanstalt in Dresden. Machte Reisen nach Österreich, Ungarn, die Schweiz und Italien. Zwölf Jahre in aktivem Militärdienst als Offizier und Adjutant beim 8. Ulanenregiment. Landwirtschaftliche Thätigkeit als Gutsbesitzer und in landwirtschaftlichen Vereinen. Mitglied des Landesökonomie-Kollegiums seit 1863. Direktor des landwirtschaftlichen Provinzialvereins in Westfalen, des landwirtschaftlichen Hauptvereins Münster, Kreisvereins Burg-Steinfurt. Thätigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiet durch kleinere volkswirtschaftliche Schriften. Mitglied des Abgeordnetenhauses seit 1870, des Reichstags von 1875—1885. Erhielt Ende der achtziger Jahre den Kronen-Orden II. Klasse und zwei Jahre darauf den Stern zu diesem Orden. Mitglied des Herrenhauses aus besonderem Königlichen Vertrauen seit 1891 (oder 1892). Gestorben am 17. März 1895.

[2]) Zu vergleichen die Reden des Freiherrn von Schorlemer-Alst, gehalten im preußischen Abgeordnetenhause und im deutschen Reichstag in den Jahren 1872—1879. Osnabrück 1880.

[3]) Abgedruckt in Wiermann: Der Deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen.

Digitized by Google

Freiherr von Schorlemer hatte zwei geschäftliche Unterredungen mit Bismarck, die beide auf die Initiative des Kanzlers zurückzuführen waren. Die erste fand im Frühjahre 1885 statt; der Kanzler wünschte die Ansicht des Abgeordneten über die Frage der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter zu vernehmen [1]).

Das Thema dieser Unterhaltung war nur zu dem Zwecke ausgewählt, um eine persönliche Annäherung zwischen dem Reichskanzler und von Schorlemer auf neutralem Gebiete zu erleichtern. In der Frage der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bestand wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit und Fürst Bismarck konnte höchstens ein Interesse daran haben, durch Herrn von Schorlemer sich über die Stimmung der ländlichen Kreise Westfalens betreffs dieser Frage zu orientieren. Weit wichtiger war es ihm aber jedenfalls, nach dieser Unterredung in weiterem persönlichen Verkehr mit Herrn von Schorlemer sowohl die wirtschafts- wie kirchenpolitischen Fragen erörtern zu können.

Die zweite Unterredung wird im Jahre 1886 stattgefunden haben. Sie betraf in der Hauptsache die Maßnahmen zur völligen Beilegung des Kulturkampfes, wenngleich im Laufe des Gesprächs auch Fragen der äußeren Politik, insbesondere die Beziehungen zu Rußland und die politischen Verhältnisse Italiens Erwähnung gefunden haben.

Man wird nicht fehlgreifen in der Annahme, daß der Rat des Herrn von Schorlemer die Staatsregierung in dem Entschlusse bestärkt habe, die noch schwebenden Differenzen in direkter Verhandlung mit der römischen Kurie zu erledigen und mit der Centrumsfraktion nicht eher in Verbindung zu treten, bis die Kurie sich zur Sache entschieden hatte. In diesem Sinne werden sich auch etwaige Vorschläge bewegt haben, welche von Schorlemer-Alst dem Fürsten Bismarck gelegentlich der zweiten Unterredung gemacht hat. Die Anschauungen des Herrn von Schorlemer dürften dem Fürsten Bismarck um so sympathischer gewesen sein [2]), weil dem letzteren nicht unbekannt geblieben sein konnte, daß der Abgeordnete Windthorst des öfteren direkten Interventionen der preußischen Staatsregierung bei der römischen Kurie entgegengearbeitet und den Anspruch erhoben hatte, vor jeder Entscheidung in kirchenpolitischen Angelegenheiten seitens der Kurie gehört zu werden.

Über das Verhältnis des Herrn von Schorlemer zum Abgeordneten Windthorst ist viel geschrieben und viel gedichtet worden. Soviel ist sicher, daß beide

---

[1]) Es war dies ein Lieblingswunsch Bismarck's. Vergl. mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. II., S. 34 und Bd. III., S. 1. (Die Vorlage des betreffenden Gesetzentwurfs an den Reichstag erfolgte am 3. Januar 1885). Genau kann das Datum der Unterredung nicht angegeben werden, jedenfalls hatte sie im Winter 1883—84 noch nicht stattgefunden

[2]) Ein Zeichen von Bismarck's Vertrauen zu dem Abgeordneten darf auch darin erblickt werden, daß er denselben dem Könige als Mitglied des im Jahre 1884 reaktivierten Staatsrats vorschlug.

Digitized by Google

Herren in manchen wichtigen Fragen sich nicht in Übereinstimmung befunden haben, und diese Thatsache konnte dem Fürsten Reichskanzler weder unbekannt noch gleichgültig geblieben sein.

Von Schorlemer-Alst war stets ein Mann der konservativen Richtung; daß letztere zeitweilig bei ihm zurücktrat, war lediglich die Folge des Kulturkampfes, dessen bedenkliche Wirkungen nicht allein für die Kirche sondern auch für den Staat wohl niemand klarer, wie von Schorlemer, vorausgesehen und aufrichtiger bedauert hat.

Als die preußische Staatsregierung sich zur Beilegung des Kulturkampfes entschlossen hatte, glaubte von Schorlemer, daß ein weiteres Entgegenkommen der Regierung vor allem dadurch zu erzielen sei, daß die Centrumsfraktion sich in sonstigen Fragen als regierungsfähige bezw. die Regierung stützende Partei erweisen würde. Ohne die Politik des do ut des zu vertreten, war er sich darüber klar, daß die Regierung sowohl im eigenen Interesse, als auch gegenüber den andern Parteien die Befriedigung der kirchenpolitischen Forderungen der Centrumspartei nur dann auf sich nehmen und vertreten konnte, wenn diese Partei zur Bildung einer zuverlässigen und ausreichenden Majorität die Hand bot.

In der Voraussetzung, daß nach Beilegung des sogenannten Kulturkampfes für die Centrumspartei die noch übrig bleibenden kirchenpolitischen Forderungen dauernd nicht ausreichen würden, um die Partei in frischer lebenskräftiger Aktion zu erhalten, hoffte von Schorlemer durch Vertretung einer energischen Politik zu Gunsten der Arbeiter und Handwerker, des Schutzzolls und der berechtigten agrarischen Bestrebungen bei gleichzeitigem Eintreten für mäßige Forderungen zur Erhaltung und Stärkung der deutschen Wehrkraft die Wähler des Centrums in konservative Bahnen hinüberzuleiten und in Verbindung mit der großen konservativen Partei dem Centrum eine ausschlaggebende Stellung zu sichern. Selbstredend war von Schorlemer bei dieser Richtung jedem Zusammengehen mit der deutsch-freisinnigen Partei, und ebenso manchen Ansichten feindlich, welche der größere Teil der bayrischen Abgeordneten in der Centrumsfraktion des deutschen Reichstags im Verein mit einzelnen rheinischen Centrumsabgeordneten schon damals vertrat.

Windthorst war mit dieser Stellungnahme seines Kollegen von Schorlemer keineswegs einverstanden. Zwar war auch er weit davon entfernt, in erster Linie seiner welfischen Gesinnung Rechnung zu tragen und von diesem Standpunkte aus die kirchen- und allgemein-politischen Fragen zu beurteilen. Windthorst hatte vor allem die Absicht, sich selbst als Führer und seine Partei in der Herrschaft über die Wählermassen in Rheinland, Westfalen und Bayern zu erhalten und deshalb alles zu vermeiden, was eine Zersplitterung und vielleicht die Secession der demokratischen Elemente herbeiführen konnte. Aus diesem Grunde machte er den letzteren fortwährend, wenn auch zuweilen innerlich widerstrebend, Konzessionen, welche gegenüber den konservativen Vertretern in der Fraktion damit motiviert wurden, daß die Einheit der Partei gefährdet und Rücksicht auf die

Digitized by Google

Stimmung des Volkes und der Presse zu nehmen sei[1]). Gleichzeitig suchte er in den Anträgen auf Vorlage eines christlichen Volksschulgesetzes und auf Wiederzulassung der Jesuiten stets von neuem Forderungen in den Vordergrund zu stellen, bei welchen die Übereinstimmung sämtlicher Parteigenossen keinem Zweifel unterlag.

Es ist Herrn von Schorlemer längere Zeit aber nicht dauernd gelungen, gegenüber der vorzugsweise von Windthorst geleiteten Centrumsfraktion des Reichstags die Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses in einem entschieden mehr konservativen Fahrwasser zu erhalten. Aber auch in der Centrumsfraktion des Abgeordnetenhauses machten allmählich die älteren, der konservativen Richtung zuneigenden Abgeordneten jüngeren Juristen und sonstigen Persönlichkeiten Platz, die dem sogenannten linken Flügel der Partei näher standen. Freiherr von Schorlemer, dessen Gesundheit überdies durch einen sehr heftig auftretenden Herzfehler erschüttert war, hielt es unter diesen Umständen für richtiger, sich von dem politischen Kampfplatze zurückzuziehen, auf welchem er die erforderliche Unterstützung innerhalb der Partei nicht mehr gefunden hatte.

Der Rücktritt seines langjährigen Parteigenossen war in dieser Zeit dem Abgeordneten Windthorst durchaus erwünscht. Er hatte es im Verein mit andern in Rom einflußreichen Persönlichkeiten sehr unangenehm empfunden, daß von Schorlemer-Alst die direkten Verhandlungen zwischen der Kurie und preußischen Regierung gefördert hatte, von welchen Windthorst — insbesondere damals, als es sich um Beibehaltung der Anzeigepflicht der Geistlichen handelte — nicht in erwünschter Weise Kenntnis erhielt. Letzterer machte für diese Übergehung in erster Linie den Fürstbischof von Breslau und von Schorlemer verantwortlich, obwohl von Schorlemer in keiner Weise die Rücksichtnahme außer acht gelassen hatte, welche er dem Fraktionsgenossen und Mitleiter der Partei schuldig war. Aber Windthorst war in diesem Punkte, wenigstens gegenüber den konservativen Parteigenossen, gewissermaßen Tyrann; er selbst unterhandelte und verständigte sich mit Hilfe der ihm geeignet erscheinenden Personen und zog von Schorlemer nur selten zu Rate; er war aber außer sich, wenn er wahrzunehmen glaubte, daß Schorlemer auf eigene Faust Politik getrieben hatte.

Es ist mehr wie naiv, daraufhin behaupten zu wollen, wie es ultramontane Blätter im Jahre 1893 gethan haben, daß Schorlemer in den letzten Jahren dem Abgeordneten Windthorst das Leben verbittert habe! Wenn jemand Grund zur berechtigten Klage hatte, so war es zweifellos Schorlemer! Nur der vornehmen Eigenart und Selbstlosigkeit dieses Mannes war es möglich, im Interesse der Partei so manche Rücksichtslosigkeit seines Fraktionsgenossen stillschweigend zu ertragen, ohne dabei auf die Äußerung einer abweichenden Ansicht innerhalb und außerhalb der Partei zu verzichten.

---

[1]) Schorlemer neigte mehr zum Schutzzoll als Windthorst, ersterer war für, letzterer gegen den Rhein-Ems-Kanal.

Mit dem Freiherrn von Schorlemer ist aus der Centrumspartei und dem Leben ein Mann geschieden, der dem offenen Bekenntnis seiner Anhänglichkeit an seinen Glauben und an sein Vaterland und seinen König niemals etwas vergeben hat![1] Vielleicht wäre es ihm unter andern Verhältnissen gelungen, ein dauerndes Einvernehmen zwischen der Staatsregierung und Centrumspartei herbeizuführen. Daß er mit seinen Bestrebungen unterlag, ist in erster Linie denjenigen zuzuschreiben, welche systematisch darauf hingearbeitet haben, die Zahl seiner Gesinnungsgenossen in der parlamentarischen Vertretung der Centrumspartei zu vermindern.

---

[1]) In den letzten Jahren liebte Freiherr von Schorlemer es zu betonen, daß die Katholiken treu am Deutschen Reich hängen sollten, wo „die Zustände besser seien als in jedem andern europäischen Staat". Die kirchliche Freiheit müßten die Katholiken unentwegt verlangen, aber dann sollten sie auch die besten Patrioten sein.

Digitized by Google

Namenregister.

A.

B.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

J.

K.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Q.

R.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

T.

U.

V.

Digitized by Google

W.

Digitized by Google

Sachregister.

A.

Digitized by Google

Digitized by Google

C.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

L.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

S.

Digitized by Google

Digitized by Google

T.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau

Denkwürdigkeiten

aus dem Leben des

General-Feldmarschalls Kriegsministers

Grafen Albrecht von Roon

Sammlung von Briefen, Schriftstücken und Erinnerungen

in 2 Bänden

Mit 2 Porträts und einem Faksimile

Geheftet 20 Mark

In 2 Leinwandbänden 22 Mk. In 2 Halbfranzbänden 25 Mk.

Man darf dem ältesten Sohne des General-Feldmarschalls, Grafen Waldemar Roon, nur dankbar sein, daß er den überaus wertvollen Nachlaß seines Vaters in der zusammenfassenden und erweiterten Form eines Buches der Nation dauernd zugänglich gemacht hat, besonders da die Darstellung der Ereignisse vom Herausgeber in außerordentlich geschickter Weise verfaßt, das Material übersichtlich geordnet und mit erläuternden Bemerkungen versehen ist. — Politisch und militärisch zeigt sich die durchaus kompetente Hand, welche den Stoff völlig beherrscht.

Roon's „Denkwürdigkeiten" geben Roon's Briefwechsel mit seinen Freunden und seiner Frau und enthalten hochinteressante Aufklärungen und Berichte über das Leben Kaiser Wilhelms und das Werden und Wachsen des Reiches. — Die zahlreichen, in dem Buche abgedruckten Briefe Sr. Majestät geben nicht allein die rührendsten Beweise seines nie erschütterten Vertrauens, welches er

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by

zwanzig Jahre lang — bis zu Roon's Tode — diesem in besonders hohem Maße zugewandt hat, sondern spiegeln auch in Verbindung mit den vielen Schreiben des Prinzen Friedrich Karl, des Fürsten Bismarck und andrer mehr, in der lebendigsten Weise die Menschen und die Dinge, die innersten Gedanken und Handlungen der leitenden Männer wieder.

Für den Deutschen, der sein Vaterland und sein Volk liebt, ist dies Buch nicht nur eine erquickliche und herzerfreuende Lektüre, sondern auch das interessanteste und für die Geschichte der Aufrichtung des Deutschen Reiches wichtigste Quellenwerk.

Der Inhalt ist in folgende Abschnitte geteilt:

I. Die Jugend. 1803—1828.
II. Pädagogisches, wissenschaftliches und militärisches Wirken. 1829—1848.
III. In wichtigen Dienststellen. 1848—1859.
IV. Schwere Kampfeszeiten. 1860—1866.
V. Sieges-Zeiten. 1866—1871.
VI. Neue staatsmännische Aufgaben. 1871—1873.
VII. Im Ruhestande. 1873—1879.

Beide Bände enthalten zwei Anhänge:

I. a) Genealogische Nachrichten über die niederländischen Geschlechter von Roon &c.
b) Reisen mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl.

II. a) Gehört der Kriegsminister in das Hauptquartier der vom Monarchen befehligten Feldarmeen?
b) Näheres über die letzten Lebenstage und den Tod, aufgezeichnet von der im Jahre 1885 verstorbenen Gemahlin des Grafen Roon.

Bildnisse des Premier-Lieutenants Albrecht von Roon aus 1835 und des Kriegsministers Grafen von Roon aus 1871, beide in Kupferdruck, zieren das Buch; auch wird den Lesern das Faksimile des Begleitschreibens zu dem Militär-Reorganisations-Entwurf aus Kolberg vom 18. Juli 1858 eine interessante Beigabe sein.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Verlag von **Eduard Trewendt** in **Breslau**

Kriegsminister von Roon als Redner

Politisch und militärisch erläutert

von

Waldemar Graf Roon

Generallieutenant z. D. und Mitglied des Reichstags

Erster Band (1859—1863)

Geh. 6 Mk. In Leinwand geb. 7 Mk. In Halbfranz geb. 8 Mk. 50 Pf.

Waldemar Graf Roon hat mit diesem Buch eine vielfach begehrte Ergänzung zu den Denkwürdigkeiten seines Vaters geliefert. Nur durch das Studium beider Werke wird man ein vollständiges Bild von jenem für die Armee und die ganze vaterländische Geschichte so bedeutungsvollen Zeitabschnitte, sowie von der gewichtigen Persönlichkeit des großen Organisators der Armee erlangen können.

Der zweite Band, enthaltend die Jahre 1863—1873, wird voraussichtlich Anfang Februar 1896 erscheinen.

Briefwechsel

zwischen dem

Kriegsminister Grafen von Roon

und

Clemens Theodor Perthes

Professor der Rechte in Bonn

aus den Jahren 1864 bis 1867

Ein Nachtrag zu den Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Kriegsministers

Herausgegeben von

Otto Perthes

Professor am Gymnasium in Bielefeld

Preis eleg. geh. 2 Mk.

Durch die Veröffentlichung dieses Buches hat sich Professor Otto Perthes den Dank aller erworben, die den größten preußischen Kriegsminister verehren und das Wachsen der Bedeutung Preußens für Deutschland unter Führung der gewaltigen Männer: König Wilhelm, Bismarck und Roon verstehen lernen wollen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

Feldbriefe 1870/71 von Karl von Wilmowski

Nebst biographischen Mitteilungen

von

Dr. Gustav von Wilmowski

Geh. Justiz-Rat

In elegantem, biegsamen Leinenband

Preis 2 Mark

Während der letzten zwei Jahrzehnte der Regierung des Kaisers Wilhelm I. und demnach in dem größten Teile seiner Regierungszeit war fast täglich in der Umgebung des Kaisers der Chef seines Civilkabinetts Karl von Wilmowski.

Bei seiner hohen Vertrauensstellung wäre er geeigneter gewesen, wie irgend jemand, Angaben und Enthüllungen, wenngleich für eine erst späte Veröffentlichung, zu schreiben, aber sein Posten, der ihm als intimem Ratgeber der Krone außerhalb der Öffentlichkeit angewiesen war, seine Objektivität, sein edler Charakter haben dem schlichten Manne verboten, hervorzutreten, in der Meinung, daß er das Meiste und Interessanteste, was er sagen könnte, doch niemals, am wenigsten öffentlich, sagen dürfe.

Das einzigste, was wir aus seiner Feder besitzen, sind seine aus dem Hauptquartiere datierten **„Feldbriefe 1870/71“,** denen der Bruder des Verstorbenen einige biographische Mitteilungen beigegeben hat.

Wilmowski hat den König nach Ems begleitet und blieb auch während des ganzen Feldzuges sein beständiger Begleiter.

Diese „Feldbriefe 1870/71“ werden jetzt zum erstenmal der Öffentlichkeit übergeben. Bei der Objektivität ihres Verfassers, der nie Sonderstrebungen, welche außerhalb der sachlichen Lösung seiner Aufgaben lagen, verfolgt oder gefördert hat, sind dieselben an allererster Stelle dazu angethan, die Vorgänge im großen Hauptquartiere in dem wahren Lichte erscheinen zu lassen. In schlichter Einfachheit zeichnen sie ferner ein Bild, wie die Ereignisse in der Umgebung des Königs und namentlich auch in der Anschauung des Königs selbst aufgefaßt wurden und wirkten.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Breslau, Eduard Trewendt's Buchdruckerei (Setzerinnenschule).

Digitized by Google

This book should be returned to the Library on or before the last date stamped below.

A fine is incurred by retaining it beyond the specified time.

Please return promptly.

DUE OCT '66 H
CANCELLED
SEP 8 '70 H

FEB 11 1991
CANCELLED

Digitized by Google

Digitized by Google